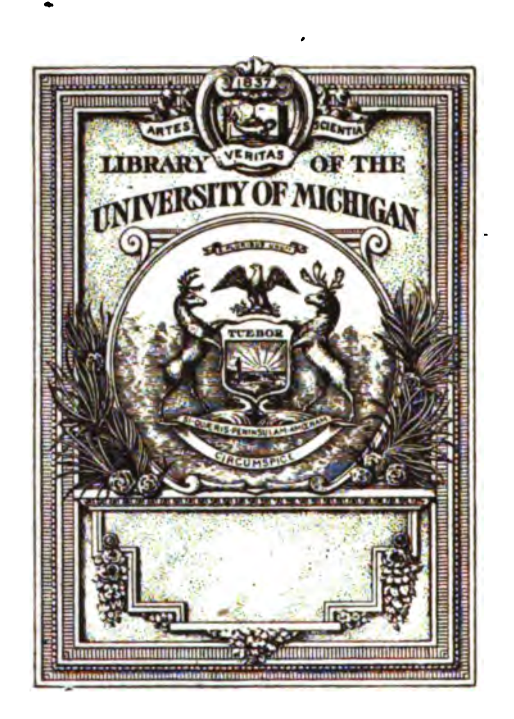
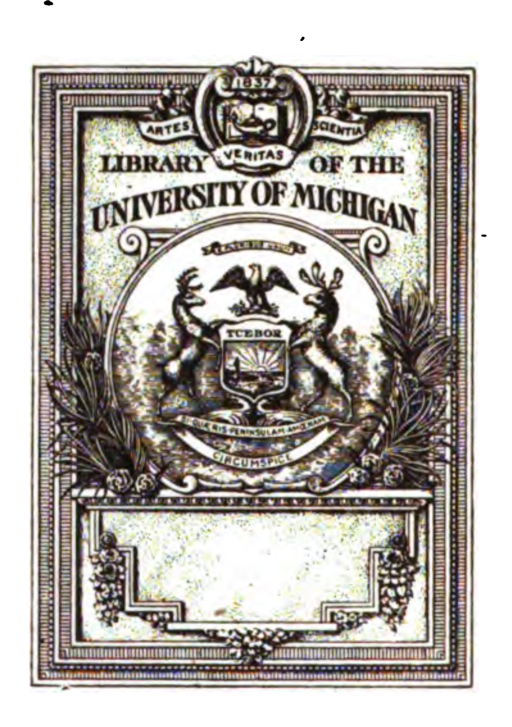

1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE


1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE





Geschichte

der

neuesten Zeit.

1815—1871.

Von

Dr. Constantin Bulle.

Erster Band.

Von 1815 bis 1848.

Mit einem Namen- und Sachverzeichniß.

Leipzig.
Verlag von Veit & Comp.
1876.

Inhaltsverzeichniß.

IV.

Einleitung.

Als mit Napoleons Sturze die Stürme sich legten, die ein Vierteljahrhundert hindurch Europa von einem Ende zum andern durchbraust hatten, da trat an Fürsten und Völker die Aufgabe heran, ihre Beziehungen nach innen und außen auf neuen Grundlagen und im Geiste der neuen Zeit zu regeln. Die Wirkungen der französischen Revolution waren doch zunächst nur zerstörender Art gewesen. Gesunken waren vor dem Schlachtrufe der Freiheit und Gleichheit das unumschränkte Königthum und die Vorrechte der begünstigten Stände; aber die Versuche, auf den neuen Principien eine neue Lebensordnung der Völker zu begründen, waren mißlungen. Aus dem Kampfe der widerstreitenden Interessen und Grundsätze war das Kaiserthum hervorgegangen und hatte mit starker Hand die Idee des Staates gegenüber der auflösenden Kraft der freiheitlichen Bestrebungen zur Geltung gebracht. Aber eine Versöhnung der Gegensätze hatte es nicht erreicht. Wie es innerhalb der französischen Nation an die Stelle einer zügellosen Freiheit die ebenso ungezügelte Willkür gesetzt, so hatte es die Selbständigkeit der Nachbarvölker unterdrückt und ihnen unerbittlich das Joch der Fremdherrschaft auferlegt; wie es dort die Rechte des Bürgers, so hatte es hier die Rechte der Nationalität mit Füßen getreten und kein anderes Recht anerkannt, als das des Staates, der in seinem Begründer und Beherrscher verkörpert war. Diese Maßlosigkeit schuf sich selbst den Untergang. Gegen das Kaiserthum erhoben sich vereint alle die Mächte, die es mittelbar oder unmittelbar sich unterworfen. Die Feinde der Revolution, die vergeblich von dem Bändiger derselben die Rückgabe ihrer „legitimen" Rechte erwartet hatten, die begeisterten Anhänger der Gleichheit und Freiheit, denen der Usurpator die guten und die schlimmen Früchte ihres Sieges gleichmäßig entrissen hatte, die mißhandelten Völker, welche den Schatz ihrer Nationalität erst, da sie ihn verloren, recht [illegible]igen gelernt hatten, sie alle standen zusammen, um den gemein[illegible]n Gegner zu stürzen, und sie stürzten ihn. Aber nachdem sie [illegible]s Ziel erreicht, trennten sich ihre Wege, und an die Stelle der [illegible]desgenossenschaft trat der Kampf der Bundesgenossen. Gegen die [illegible]erungen der Mitstreiter erhob sich die Schaar derer, welche die [illegible]ltung oder vielmehr die Erneuerung des Alten wollten. Ihr [illegible] alle die zugewandt, die unter den Stürmen der Revolution

Aufgaben der neuen Zeit.

Die Gegensätze.

Die Legitimität.

Vorrecht und Besitz verloren hatten und nunmehr Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangten. Auch unter ihnen, den Fürsten, der Kirche, dem Adel, gab es wohl solche, die Manches aus der neuen Zeit beizubehalten für recht und nothwendig erkannten; aber im Wesentlichen galt ihnen doch der Wirrwarr, zu dem die Ideen von 1789 geführt, als der beste Beweis für die Unhaltbarkeit derselben, und in dieser Schlußfolgerung stimmten gar Viele mit ihnen überein, die einst den großen Schlagworten, die über den Rhein herüberklangen, laut zugejauchzt hatten. In der öffentlichen Meinung war durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eine doppelte Strömung hervorgetreten, die von verschiedenen Seiten her die erregten Gemüther in den Hafen der conservativen Grundsätze führte, die eine religiöser, die andre historischer Art. Je mächtiger die furchtbaren Ereignisse, die man erlebt hatte, jedem Einzelnen das Herz in der Brust erschütterten, desto allgemeiner war das Gefühl der Abhängigkeit von einer höheren Macht wieder zum Durchbruch gekommen, und desto größer war die Zahl derer geworden, die vor den Irrungen und der Willkür des subjectiven Glaubens eine Zuflucht bei den Satzungen der Kirche suchten. Viele der verdientesten Patrioten der Freiheitskriege, die Stein, Niebuhr, Eichhorn, Arndt, Schenkendorf, Görres folgten aus tiefer Ueberzeugung der orthodoxen Lehre ihres Bekenntnisses; zahlreiche bedeutende Männer aus protestantischen Kreisen ließen sich damit noch nicht genügen, sondern kehrten wie Fr. Schlegel, Ad. Müller, Werner u. A. früher oder später in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurück. Bei vielen verband sich diese religiöse Stimmung mit der historischen. Die Erfahrung hatte gezeigt, zu welch entsetzlichen Zuständen es führe, wenn man unbekümmert um die geschichtliche Entwickelung und um die vorhandenen Gesellschaftsformen die Ideen und Träume weltbürgerlicher Philosophen in die Wirklichkeit rufen wollte; durch die despotische Gleichmacherei der Republik und des Kaiserthums war das Bewußtsein von der berechtigten Eigenthümlichkeit der einzelnen Völker wieder lebendig geworden; trotz der Ungunst der Zeiten hatte man mit Eifer begonnen, diese Eigenthümlichkeit auch in der Vergangenheit zu studiren, und Sprache, Dichtung, Kunst, Verfassung, Rechtsleben, Geschichte zumal der Jahrhunderte des Mittelalters zu erforschen. Die romantische Schule war entstanden und hatte allmälig die Herrschaft auf den verschiedensten Gebieten des geistigen Lebens erworben. Sie war ihrem innersten Wesen nach conservativ und den Ideen des Liberalismus, der Aufklärung, feindselig abgewandt; allein sie war daneben doch zugleich national und insofern ein Bindeglied zwischen den Vertretern der Legitimität und denen des Liberalismus. Auch in dem letzteren waren die Keime zu großen Spaltungen vorhanden; neben der nationalen Richtung bestand immer noch die kosmopolitische. Aber fürerst war sie freilich unendlich schwach und durch die Begeisterung der Kriegsjahre selbst in das nationale Fahrwasser hineingerissen; sie gewann erst dann an Stärke, als der Spalt zwischen den nationalen Liberalen und den nationalen Romantikern dadurch unausfüllbar wurde, daß diese mit fliegender

Die Romantik.

Der Liberalismus.

Fahnen in das Lager der Reaction übergingen. Da konnte der kosmopolitische Liberalismus noch einmal eine große Herrschaft in den Gemüthern gewinnen, obgleich ihm so wenig wie der Legitimität oder der Romantik die Verheißung der Zukunft beschieden war. Diese ruhte nur bei der Partei, welche es verstand, das Recht der Nationalität mit den Principien gesetzlicher Freiheit und Gleichheit zu verbinden; die Aufgabe, welche den Völkern Europas nach den napoleonischen Kriegen gestellt war, konnte nur die sein, nationale Staatengebilde auf der Grundlage constitutioneller Verfassungen herzustellen. Bei dem einen Volke wog das eine, bei dem andern das zweite Bedürfniß vor; zwei Menschenalter sind nöthig gewesen, um die wichtigsten Länder Europas an das doppelte Ziel zu führen. Das Jahr 1870 bildet für Deutschland und Italien einen entscheidenden Abschluß, und fordert deshalb dazu auf, den Zeitraum, der zwischen ihm und dem Jahre 1815 liegt, in zusammenhängender Darstellung zu schildern.

1815 u. 1870.

Einen so allgemeinen Wendepunkt der gesammten europäischen Geschichte wie der Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft bildet es freilich nicht. Der Sturz des ersten Napoleon war ein Ereigniß, zu welchem das ganze Europa mitgewirkt hatte; das ganze Europa trat zusammen, um seine Rechtsordnung auf einem neuen Fundamente aufzubauen. Wie schlecht und mangelhaft dieser Bau in vielen seiner Theile sein mochte, die Grundmauern waren gezogen; man konnte sie wieder wegräumen oder man konnte auf ihnen weiter bauen, aber unbeachtet lassen konnte man sie nirgends. Auch der Sturz des dritten Napoleon war ein Ereigniß von der weitreichendsten Bedeutung; seine Folgen wurden mehr oder minder stark von jedem Volke des Erdtheils, ja des Erdballs verspürt; aber er ging aus von einer einzelnen Nation, und nur Frankreich selbst erfuhr durch ihn eine gänzliche Umgestaltung seiner staatlichen Grundlagen, wie es sie überdies in den verflossenen zwei Menschenaltern schon dreimal erlebt hatte. Allerdings, Deutschland und Italien war es vergönnt in Folge dieser Begebenheit den letzten Stein in das Gebäude ihrer nationalen Einigung zu fügen; sie haben mit dem Jahre 1870 das heiße Tagewerk beschlossen, das mit dem Wiener Congresse begann; ein neuer Arbeitstag ist für sie angebrochen. Aber für das übrige Europa war kein Ruhepunct gekommen; drei Großmächte und die ganze Reihe der mittleren und kleineren Staaten stehen den Ereignissen von 1870 so gegenüber, wie denen von 1815 nur etwa die Türkei. Sie empfinden den gewaltigen Umschwung der Dinge in allen ihren Beziehungen, nach Außen wie im Innern; sie müssen ihm Rechnung tragen und wohl oder übel sich ihm anbequemen; aber davon abgesehen fahren sie ruhig fort in den Arbeiten, bei welchen sie beschäftigt waren; ein neues Zeitalter hat für sie nicht begonnen.

So stellen sich für jetzt wenigstens die Verhältnisse unsren Augen dar; was der Blick künftiger Geschlechter Anderes und Größeres wahrnehmen wird, entzieht sich unserer Beurtheilung. Es ergiebt sich daraus aber eine Folgerung, die wichtig für den ist, welcher die Geschichte der neuesten Zeit darstellen will. Es bietet sich ihm eine

Plan der Darstellung.

doppelte Wahl: entweder er muß auf einen leitenden Faden in seiner Entwickelung verzichten und gruppenweise die Ereignisse an einander fügen; oder er muß die deutsche Geschichte, die einen sicheren Abschluß gewonnen hat, in den Mittelpunct seiner Erzählung rücken, an den sich vorausschreitend und nachholend die Begebnisse und Erlebnisse der anderen Nationen zu knüpfen haben. Diese Wahl sich stellen heißt, zumal für einen Deutschen, natürlich auch schon sie getroffen haben. Mag der Standpunct, auf den sie ihn führt, auch ein beschränkter und nicht so hoch sein wie der, welchen das nächste oder zweitnächste Geschlecht erklimmen wird: der rothe Faden, der sich durch seine Erzählung hindurchzieht, darf kein anderer sein als das Ringen des deutschen Volkes nach seiner staatlichen Einigung, und alle andern Ereignisse, die seit 1815 die Menschheit bewegt haben, können nur im Zusammenhange der deutschen Geschichte — oder wenn ein solcher Zusammenhang fehlt, als äußerliche Beigaben — vorgeführt werden. Ihnen auch so gerecht zu werden, sie in der Ausführlichkeit zu schildern, die ihrer Bedeutung entspricht, und auf ihre Verknüpfung unter einander gebührend Bedacht zu nehmen, ist eine Aufgabe, deren Schwierigkeit wohl schrecken und zu Mißgriffen führen kann, die aber die Richtigkeit des Verfahrens nicht zu beeinträchtigen vermag. Was sie aber allerdings beeinträchtigen wird, das ist das Gleichmaß, die künstlerische Rundung der Erzählung. Wenn wir von dem Standpuncte des deutschen Volkes aus die Ereignisse seit 1815 betrachten, werden wir oft genöthigt sein, die Blicke lange in der Ferne und auf den Geschicken andrer Völker ruhen zu lassen, während inmitten unsrer eigenen Nation nur unbedeutende, wenig in die Augen springende Vorgänge wahrzunehmen sind. Nur locker wird die Verknüpfung mitunter sein und mehr in der Empfindung des deutschen Erzählers und Lesers als in den Thatsachen selbst ruhen; der Schwerpunct des Erzählten wird nicht immer mit dem Standpunct des Erzählers zusammenfallen. Dieses Mangels sind wir uns wohl bewußt geblieben; aber ihn zu beseitigen lag nicht in unserer Macht, wofern wir nicht ein ganz anderes Werk, eine Geschichte des deutschen Volkes, statt dessen, das wir beabsichtigten, einer Geschichte der civilisirten Völker, schreiben wollten.

Völker und Fürsten der Heiligen Allianz.

Stimmung in Deutschland.

Ohne Zweifel lebte nach den Befreiungskriegen in unserem Volke ein starkes Verlangen nach staatlicher Einigung; aber wir sind im Allgemeinen doch wohl geneigt, uns dieses Verlangen lebhafter und drängender vorzustellen, als es wirklich war. Es wird uns nicht leicht, uns in den unglaublich traurigen Zustand zurückzuversetzen, welchem dieser Krieg ein Ende machte. Die Abschüttelung des Franzosenjoches, die Herstellung nationaler Staatengebilde war allein schon ein so unendliches Glück, daß die große Menge derer, welche die schweren Jahre der Fremdherrschaft erduldet hatten, über dem Erreichten ohne zu großes Widerstreben auf das Nicht-Erreichte verzichtete. Kannten sie doch auch allesammt aus eigner Erfahrung keinen Zustand, der ihnen mehr geboten hätte; war das deutsche Volk doch schon seit unvordenklichen Geschlechtern des Segens einer wirklichen staatlichen Einheit verlustig. Denn das deutsche Reich, das 1806 zu Grabe gegangen, hatte ja nur dem Scheine nach diesen Namen verdient. Und andrerseits ließen sich an den neu gegründeten Bund, so lange er noch nicht in Wirksamkeit getreten war, ja alle die Hoffnungen knüpfen, mit welchen vertrauensvolle Sehnsucht das Unbekannte auszuschmücken liebt. Als dann später die Enttäuschung kam, als die einzige Kraftäußerung des Bundestages in der Unterdrückung freiheitlicher und nationaler Bestrebungen zu Tage trat, da war in der großen Masse der Nation, die doch immer den Ausschlag giebt, die Abspannung zu groß, um ein Aufraffen zu gestatten. Die schwere Zeit, welche die Lebenden hinter sich hatten, schien kein andres Bedürfniß zurückgelassen zu haben, als das nach einem Zustande der Ruhe, der Erholung, des Genusses. Freilich fehlte es, zumal unter der Jugend, nicht an solchen, welche die Schmach dieses thatlosen Pflanzenlebens tief empfanden; die gewaltigen Leidenschaften, welche in den hoffnungsreichsten Tagen der Freiheitskriege die Brust der Völker durchlodert hatten, die glänzenden Zukunftsträume, mit denen todesmuthige Begeisterung die Kämpfenden entflammt, die Sterbenden beglückt, die Trauernden getröstet hatte, sie zuckten auch jetzt noch nach wollten nicht an ihre Nichtigkeit glauben; aber sie bildeten nicht Gepräge der Zeit; sie waren das schmerzliche Vorrecht der igeren, edleren Naturen; sie ermuthigten, reizten, peinigten den, er an ihnen hing; aber sie vermochten nicht die Herzen der en Masse zu erobern; sie waren nicht stark genug, um die Folgen geistigen und physischen Ueberanstrengung zu überwinden, die

Stimmung in Europa.

nach so gewaltigen Stürmen nicht ausbleiben konnten. Und das war nicht allein in Deutschland der Fall. Selten wohl sind die Völker eines ganzen Erdtheils so einmüthig bereit gewesen, mit Bewußtsein auf ihre Ideale zu verzichten und sich willig der Leitung ihrer Machthaber hinzugeben, wie nach 1815. Das Einzige, was sie verlangten, war ein verständiges, mildes Regiment; ja sie waren in der Stimmung, als solches auch noch Willkürlichkeiten gelten zu lassen, die in minder ermatteten Zeiten für argen Despotismus wären angesehn worden. Der Bogen konnte sehr scharf gespannt werden ohne zu springen; wenn und wo er doch sprang, da mußte den Völkern mehr, als Menschen ertragen können, zugemuthet sein.

Hörte man freilich nur auf die Worte der Regierenden, so mußte man denken, das goldene Zeitalter werde wiederkehren. Und diese Worte schienen Glauben zu verdienen; denn unter den tonangebenden Fürsten wa keiner, dem nicht eine gewisse patriarchalische Gesinnung gegen seine Unterthanen eigen gewesen wäre. Da war zuerst Alexander, der russische Czar. Ueber dem Tage, der ihm die Krone aufs Haupt gesetzt, schwebte ein unheimliches Dunkel; der Weg zum Throne hatte ihn über die Leiche seines Vaters Paul I. geführt. Mochte er auch von der Verschwörung zum Voraus Nichts gewußt haben, so hatte er doch die Früchte geerntet und hatte, vielleicht widerstrebenden Herzens, die Mörder belohnt. Ueber seine Seele hatte sich in Folge dessen ein düstrer Schleier gelegt; er war tiefsinnig, schwärmerisch, mystisch geworden. Er hatte Verzeihung für ein schweres Unrecht von Gott zu erbitten und er hatte zugleich in dem eignen Gewissen einen feindlichen Mahner niederzukämpfen. Das Eine machte ihn weich, wohlwollend, zugänglich; das Andre machte ihn scheu, argwöhnisch, schroff. So bewegte er sich in Extremen, ein Mann, dem das innere Gleichgewicht fehlte; aber es überwog doch zumeist die milde, schwermüthige Stimmung; es überwog der Wunsch, durch ein gerechtes, christliches Regiment seine Herrschaft und ihren dunklen Beginn vor Gott, vor der Welt und vor sich selbst zu rechtfertigen. Die großen Wechselfälle seines Lebens, die Tage von Austerlitz und Friedland, von Moskau und Leipzig, mußten dieser religiösen Stimmung nachhaltige Nahrung verschaffen; zeigte sich doch sichtbar in ihnen der Finger des strafenden, aber auch des verzeihenden Gottes. So war ein böswilliger Despotismus von Alexander niemals zu erwarten; denn er fühlte beständig eine höhere Macht über sich; es fehlte ihm das, was allein den wahren Despoten macht, der Glaube an die eigne Straflosigkeit oder der Leichtsinn, der diesen Glauben hinwegspottet. Aber es fehlte freilich auch das, was allein den wahrhaft volksfreundlichen Fürsten macht: das offene Zutrauen, das gute Gewissen, die heitere Ruhe der Seele. Und je weniger diese Ruhe in ihm war, desto größeres Verlangen trug er, sie um sich zu sehen. So wurde er ein aufrichtiger Freund des Friedens und ein herzhafter Feind der Revolution; so ging sein sehnlicher Wunsch dahin, die Völker Europas gerecht und weise beherrscht zu sehen, aber nicht minder auch dahin, jede Auflehnung rasch und entschieden im ersten Keime

Alexander I.

zu ersticken. Zu dem Einen wie zu dem Andern war ihm jedes Mittel recht; konnte die Ruhe der Nation durch eine Verfassung erzielt werden, so billigte er die Verfassung; mußte sie durch Kanonen erzwungen werden, so war er auch für die Kanonen. Nur keine Gährung, nur keine Unruhe, nur Nichts, was an Verschwörung erinnerte! Dann war er zufrieden und gütig und glücklich.

Kaiser Franz.

In diesem Puncte konnte „Franz der Kaiser, unser guter Kaiser Franz“, des vielsprachigen Oestreichs Herrscher, ihm wohl verglichen werden. Nur ging seine Liebe zur Ruhe aus wesentlich andern Bedürfnissen hervor. Der gemüthliche Herr war das leibhaftige Phlegma. Er wollte gewiß Niemandem zu nahe treten, aber Niemand sollte auch ihm etwas zu Leide thun, und das that unglücklicher Weise jeder, der ihn in seiner Ruhe störte. Das Verfolgen an sich machte ihm keine Freude, aber wer sich nicht bedeuten lasse, so sagte man, den jage er weg, und wer sich unterfange, mit ihm ringen zu wollen, den sperre er zeitlebens ein. Er war vollkommener Egoist. Ungemein treffend hatte über ihn als 17jährigen schon sein Oheim Kaiser Joseph geurtheilt: Ein verzogenes Mutterkindchen ist er, dem allein die Erhaltung seiner Person unendlich wichtig erscheint; edle moralische Motive, Ehrgeiz, Vaterlandsliebe, Pflichterfüllung, selbst Religionsgrundsätze machen auf ihn nicht den geringsten Eindruck; nur Furcht und Scheu vor Verdrießlichkeiten beeinflussen ihn. Seine Unterthanen sollten daher thun und lassen, denken und glauben, was er wollte und verlangte. Wer neue Ideen in Umlauf brachte, der wurde schon dadurch sein persönlicher Feind. Befand er selbst doch bei den alten Zuständen sich ganz vortrefflich; wozu also Aenderungen herbeiführen? „Es sind jetzt neue Ideen im Schwung, sagte er 1821 zu den Laybacher Professoren; Ideen, die ich nie billigen kann, nie billigen werde. Halten Sie Sich an das Alte, denn dieses ist gut und unsre Vorfahren haben sich dabei gut befunden, warum sollten wir es nicht? Ich brauche keine Gelehrten, sondern brave Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden liegt Ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle. Wer das nicht kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen.“ Solchen Anschauungen entsprach es vollkommen, wenn er etwa einen höheren Offizier um Verzeihung bat, weil er ihn für den Verfasser eines militärischen Werkes gehalten, oder wenn er Gott dankte, daß Gentz und solche Leute keine geborenen Oestreicher, sondern Ausländer seien. Alle großen Gesichtspuncte fehlten ihm; nur für Einzelheiten und Personalien hatte er Theilnahme. Die Stärke des Heeres bestimmte ohne ihn der Hofkriegsrath; aber die Befreiung irgend eines einzelnen Mannes vom Kriegsdienst mußte ihm selbst vorgelegt werden. Audienzen rtheilen machte ihm unendliches Vergnügen; auf seiner Reise in ien empfing er 1825 etwa 20,000 Personen. Dabei erwies er dann stets sehr leutselig und gewann durch seine gemüthlichen oorten in der Sprache des Volkes große Beliebtheit. Aufrichtiges lwollen beseelte ihn freilich durchaus nicht; es war jene gutige Schwäche, die ganz gern Andern etwas zu Liebe thut, wenn

sie nur sich selbst dadurch kein Opfer auferlegt, verbunden mit einer kleinlichen Neugier nach den Privatangelegenheiten seiner Unterthanen. Das Spionir- oder Spitzelsystem wurde daher unter ihm zur größten Blüte gebracht und die Verletzung des Briefgeheimnisses war so selbstverständlich, daß Stein ohne weitere Bemerkung an Gneisenau schreibt: Ihren Brief erhielt ich durch die östreichische Post, also unzweifelhaft eröffnet, — daß Varnhagen meinte, es genüge daran zu denken, daß man in Oestreich sei, um die Lust zum Schreiben und Empfangen von Briefen zu verlieren, — und daß ein toscanischer Minister sich weigerte mit Oestreich einen Postvertrag abzuschließen, weil man demselben kein Felleisen anvertrauen könne. Diese Spürsucht, die ihre erste Quelle vielleicht nur in weibischer Neugierde hatte, mußte mit innerer Nothwendigkeit eine Saat von Mißtrauen ausstreuen; die Polizei wurde immer gewaltiger im Staat und über den Kaiser selbst; sie erstreckte ihre Aufsicht über die Geringsten und über die Höchsten; sie bestimmte über die Anstellung von Professoren und über die Residenz von Erzherzögen; sie zog eine chinesische Mauer gegen das Ausland; fremde Bäder waren so gut verboten wie fremde Universitäten. Selbst in den Zeiten der dunkelsten Reaction herrschte in Preußen noch Tageshelle, wenn man den dortigen Zustand mit Oestreich verglich, und die preußische Staatszeitung, die man in Berlin verachtete, galt in dem Kaiserstaate für ein Wunder von Freisinn. Und dennoch blieb der gute Kaiser Franz der Liebling seines Volkes, die Wiener verträumten unter den Klängen Beethoven'scher Musik und in behaglichem Wohlleben ihre schmachvolle politische Lage, und rechtfertigten das bittere Wort: in Wien lasse sich jede Revolution mit ein paar tausend gebackener Hähndeln beschwichtigen.

Friedrich Wilhelm III.

Ein Liebling seines Volks war auch der preußische König, Friedrich Wilhelm III. Schwere Zeiten nähern ja die Herzen derer, die sie zusammen erdulden. So hatten die trüben Jahre von 1806 bis 1812 um Herrscher und Beherrschte ein Band gewoben, das 25 Jahr lang bis zum Tode des Königs in unverminderter Stärke aushielt. Und dieser verdiente in vielfacher Rücksicht die Liebe seiner Unterthanen. Er war kein großer Geist; umgestaltende Neuerungen konnten ihm nur schwer annehmbar gemacht werden; kühne Entschlüsse vermochte er nur unter dem drückendsten Zwang der Verhältnisse zu fassen; großartige Charactere waren ihm unbequem und beängstigend. Aber er besaß neben großem persönlichem Wohlwollen eine unbestreitbare Ehrlichkeit; sein schlichtes Aeußere war frei von der Gefallsucht des östreichischen Kaisers; sein Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner Regentenpflichten minderten sich auch mit dem Alter nicht. Der politisch denkende Theil seines Volkes mochte vielfach Anstoß nehmen an den militärischen und theologischen Neigungen des Monarchen; er mochte es schmerzlich empfinden, daß die verheißene Verfassung immer länger auf sich warten ließ und endlich in durchaus ungenügender Weise ihre vergebliche Erfüllung fand; der hohe Adel und die Umgebung des Königs mochten über seine wachsende Verdrießlichkeit klagen und widerwillig die Ausbrüche seiner Galle über

sich ergehen lassen; aber das eigentliche Volk blieb von diesen Mißstimmungen unberührt: ihm war Friedrich Wilhelm der Gemahl der Königin Luise, das schuld- und wehrlose Opfer der Wuth des rohen Corsen, der Urheber des Aufrufes vom 17. März 1813, der Gründer der Landwehr, der Freund und Förderer des allgemeinen Volksunterrichtes, der Zertrümmerer der Zollschranken, der gewissenhafte Arbeiter, der wohlwollende Fürst, der schlichte bürgerfreundliche Mann. Man hätte ihm so wenig etwas zu Leide gethan wie einem persönlichen Freunde und eben so wenig konnte man ihm etwas verübeln oder mit ihm grollen und schmollen. Seine Stellung zum Lande war weniger eine politische als eine persönliche. Man ertrug seine Schwächen, wie man die Schwächen eines Vaters erträgt, und man war einverstanden darüber, daß dieser Vater ein liebevoller, achtungswerther und gerechter Fürst sei.

Verhältniß der drei Herrscher.

Zwischen Friedrich Wilhelm und Alexander bestand ein sehr herzliches Verhältniß. Seit jener Novembernacht im Jahre 1805, wo sie am Grabe Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche zu Potsdam sich ewige Freundschaft gelobt hatten, war freilich manche Wetterwolke zwischen ihnen aufgestiegen; Alexanders Haltung gegen Preußen beim Abschluß des Friedens von Tilsit hatte wenig den schönen Worten entsprochen, mit denen er noch ein paar Wochen zuvor im Angesichte der vereinigten Heere den Freund umarmt hatte: Nicht wahr, wir fallen zusammen, entweder keiner von beiden oder — beide? Aber das, und Preußens Abfall nach Austerlitz, und seine Theilnahme am Krieg von 1812, und was man etwa sonst noch einander vorzuwerfen hatte, war vergeben und vergessen: die Waffengemeinschaft von 1813 bis 1815 hatte die Erinnerung daran verscheucht; das häufige Zusammensein im Feldlager und in den Hauptstädten, bei Friedensschlüssen und Congressen hatte die persönlichen Bande noch enger gezogen; Gemeinsamkeit der Grundsätze und Gemeinsamkeit der Empfindungen gaben diesem Bündniß die höhere Weihe; bald trat auch durch die Verlobung des Großfürsten Nicolaus mit des Königs Tochter Charlotte der gemüthvolle Reiz enger verwandtschaftlicher Beziehungen hinzu. Dagegen stand Kaiser Franz diesem innigen Verhältniß ziemlich fern; seine Verbindung mit den beiden Waffengenossen war eine fast ausschließlich politische, und wenn der Vortheil es zu erheischen schien, so kostete es ihm keine Ueberwindung, sich sogar mit Frankreich gegen seine beiden Alliirten zu verbünden, wie er das während des Wiener Congresses bewiesen hatte. Bewahrte doch nur die unerwartete Landung Napoleons Europa vor dem Schauspiel eines Krieges, der auf der einen Seite Rußland und Preußen, auf der
rn die übrigen Bundesgenossen und Frankreich gesehen hätte.
erliche Beziehungen zwischen Franz und seinen Vettern in Peters-
und Berlin gab es nicht, und nur mit einem geheimen spöttischen
eln mag der östreichische Kaiser jene merkwürdige Urkunde unter-
net haben, in welcher Alexander seine aufrichtigen Gefühle nieder-
und Friedrich Wilhelm seine eigensten Anschauungen wiederfand:
rkunde der Heiligen Allianz. Es war am 26. September 1815.

Die Heilige Allianz.

Von Paris aus, wo die siegreichen Fürsten sich noch befanden zur Vereinbarung des zweiten Pariser Friedens, waren sie nach Vertus gefahren, einer großen Musterung der russischen Truppen beizuwohnen. Nach Beendigung des Feldgottesdienstes legte Alexander den beiden befreundeten Monarchen das eigenhändig von ihm abgefaßte Schriftstück vor, in dem der Versuch gemacht wurde, die Grundsätze der christlichen Religion zur Grundlage der Politik eines ganzen Erdtheiles zu erheben. Denn es erklärten die Unterzeichner, daß sie ihre Völker nur als Zweige einer und derselben christlichen Nation betrachten wollten, und luden sämmtliche christliche Fürsten ein, sich ihrem Bunde anzuschließen. Als Bevollmächtigte der Vorsehung wollten sie ihre Völker regieren; wie die Beziehungen der Staaten unter einander, so sollte die innere Verwaltung der einzelnen Länder nur auf die Vorschriften des Christenthums, auf Gerechtigkeit, Liebe und Frieden gegründet werden; wie Brüder wollten die Fürsten unter sich verkehren, wie Familienväter wollten sie ihren Unterthanen gegenüber stehn. Es war das Programm einer neuen Zeit, das so der Welt verkündet wurde; es war gleichsam die Summe der Lehren, die ein Vierteljahrhundert voll Haß und Blut dem Menschengeschlechte gepredigt. Hatte sich der vortreffliche Inhalt dieser Urkunde auch in etwas wunderbare Formeln gehüllt, deren schwärmerischer Klang dem Ohre der Kinder der Welt seltsam genug erschien, so war das, was versprochen wurde, doch um so köstlicher. Später freilich hat die Heilige Allianz das einstimmige Verdammungsurtheil der Völker getroffen; aber es wäre unrecht und ungeschichtlich, wenn man glauben wollte, die bösen Früchte, welche sie trug, seien von Anfang an beabsichtigt gewesen. Der Kaiser Alexander, welcher im privaten Gespräch aufrichtig betheuerte, friedlich für die Verbreitung liberaler Ideen wirken zu können, sei das Einzige, was dem Leben für ihn einigen Werth verleihe, der König von Preußen, der wenige Monate vorher seinem Volk eine Verfassung verheißen, um ihm ein Pfand seines Vertrauens zu geben, sie waren gewiß am 26. September 1815 nicht Willens, mit schönklingenden Worten ein trügerisches Spiel zu treiben und absolutistische Neigungen unter dem Deckmantel christlicher Frömmigkeit zu verbergen. Wenn sie ihre Völker als Väter zu lenken versprachen, so wollten sie damit die Liebe und Sorgfalt bezeichnen, die sie ihnen schuldig zu sein überzeugt waren; sie wollten nicht damit sagen, daß sie dieselben für unmündige Kinder hielten, denen ein eigner Antheil an der Ordnung ihrer Geschicke nicht verstattet werden könne. Und daß es ihnen Ernst war mit der Versicherung, sich gegenseitig als Brüder zu behandeln und in friedlicher Vereinbarung etwa ausbrechende Streitigkeiten zu schlichten, dafür lieferten sie einen klaren Beweis in der Erklärung, welche sie am Tage des zweiten Pariser Friedens erließen und laut deren sie, die Monarchen, theils selbst von Zeit zu Zeit persönlich zusammenkommen, theils Bevollmächtigte zusammentreten lassen wollten, um zu erwägen, wie man die Ruhe und Wohlfahrt Europas am sichersten fördern und bewahren könne. Auch dieser in seinem Ursprung vortreffliche Vorsatz hat sich nachher

Die Congresse.

zum Bösen gewendet, und endloses Leid und Unheil ist durch die Congresse von Aachen bis Verona über die verschiedensten Völker Europas gebracht worden. Als er der Welt bekannt wurde, konnte er nicht anders als den einstimmigen Beifall aller Verständigen finden. Denn kaum zu irgend einer Zeit mag das Gefühl der Gemeinsamkeit in den Interessen die verschiedenen Nationen Europas gleichmäßiger und stärker durchzogen haben als damals, wo sie fast ausnahmslos zusammengestanden hatten, um das Joch des Eroberers abzuschütteln, und wo auf dem Wiener Congreß in einer großen Friedensacte das Geschick des ganzen Erdtheils neu geordnet und ein neues europäisches Staatenrecht geschaffen war.

Die romanischen Völker.

Frankreich.

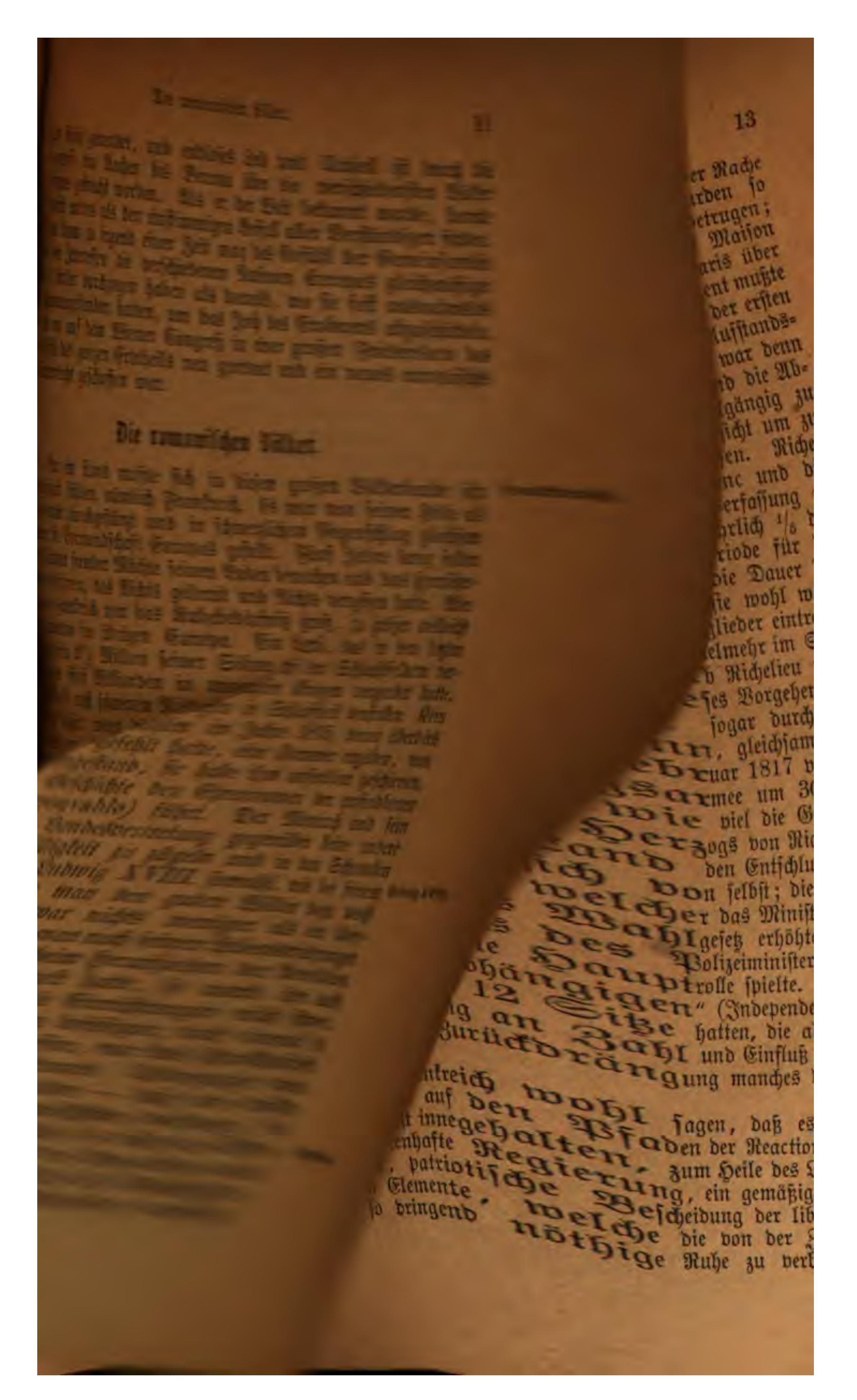
Nur ein Land mußte sich in diesem großen Völkerbunde sehr vereinsamt fühlen, nämlich Frankreich. Es war von seiner Höhe als Herrscherin hinabgestürzt und in schmerzlichem Gegenschlag gleichsam unter die Vormundschaft Europas gestellt. Fünf Jahre lang sollten die Truppen fremder Mächte seinen Boden bewachen und das Herrscherhaus beschirmen, das Nichts gelernt und Nichts vergessen hatte. Aber auch in Frankreich war das Ruhebedürfniß groß, ja größer vielleicht als irgendwo im übrigen Europa. Ein Land, das in den letzten zehn Jahren 2½ Million seiner Söhne auf den Schlachtfeldern verloren und fünf Milliarden in ungerechten Kriegen vergeudet hatte, durfte wohl nach schweren Niederlagen in Schlaffheit versinken. Kein Wunder daher, wenn die Wahlen im Jahre 1815, denen überdies der Druck von oben nicht gefehlt hatte, eine Kammer ergaben, von der selbst der König eingestand, sie habe ihm unfindbar geschienen, und die daher in der Geschichte den Ehrennamen der unfindbaren Kammer (chambre introuvable) führt. Der Monarch und sein Ministerium hatten dieser Landesvertretung gegenüber keine andere Aufgabe, als ihre Dienstwilligkeit zu zügeln und in den Schranken der Weisheit zu halten. Bei Ludwig XVIII. sowohl, wie bei seinem ersten Minister Richelieu durfte man den guten Willen dazu wohl voraussetzen. Der König war zwar nichts weniger als ein überzeugungstreuer Liberaler; das konnte man nach seinen Lebenserfahrungen nicht wohl verlangen. Aber wie er beim Heranziehen der Revolution mit freisinnigen Grundsätzen geliebäugelt hatte, so ward ihm auch jetzt das Eingehen auf gemäßigt liberale Einrichtungen nicht schwer. Es lag ihm am Herzen, seine Herrschaft zu befestigen; noch einmal in seinem Alter das Brod der Verbannung zu essen, war das schreckhafteste Gespenst, das ihm vor die Seele treten konnte. Ueberzeugte man ihn – und er war sehr geneigt, das zu glauben — daß eine milde constitutionelle Regierung dieser Gefahr am dienlichsten vorbeuge, so war die Sache für ihn entschieden. Richelieu ließ es nicht an Eifer fehl[illegible], in diesem Sinne zu wirken. Während der Revolution und des Kaiserreiches hatte er in Rußland gelebt und sich als Statthalter von Odessa Erfahrung und Beliebtheit erworben. Alexander empfahl

Ludwig XVIII.

Richelieu.

ihn zum Minister und hatte an ihm einen Mann, der ganz in seinem Geiste wirkte. Ein höchst achtungswerther Character mußte auch in Frankreich dem ersten Rathgeber der Krone bei allen Verständigen Ansehn und Geltung verschaffen; vor Allem war seine strenge Uneigennützigkeit in dem Lande der Talleyrand und Fouché eine seltene Eigenschaft; daß ein Minister, dem bei seinem Rücktritt ein Ehrengeschenk bewilligt wurde, dessen ganzen Betrag milden Anstalten überwies, war in Frankreich noch nicht dagewesen. Unglücklicher Weise aber machten sich neben Richelieu andre Einflüsse geltend; im Ministerium selbst arbeitete Vaublanc gegen ihn, der nach Bedürfniß Jacobiner, Banapartist und jetzt Ultra-Reactionär war. An der Spitze der Rückschrittspartei stand des Königs Bruder, Graf Artois, dessen Residenz im Pavillon Marsan das Hauptquartier aller Reactionäre (oder, wie man in Frankreich sagte, aller Ultras) war. Auch die übrigen Prinzen und Prinzessinnen schlossen sich diesem Lager an, und ihrem vereinten Bemühen gelang es, König und Ministerium unter Hinweis auf die Stimmung der Kammer zu sich herüber zu ziehen. So begann denn in Frankreich eine Reaction, die um so thörichter war, als die Parteien, gegen welche sie ihren Zorn richtete, die Republicaner und die Bonapartisten, vollständig ohnmächtig waren. Durch die Erschießung des Marschall Ney, des Obersten Labedoyère und andrer Offiziere, die bei der Rückkehr Napoleons von Elba sich wieder zu ihm gewandt hatten, durch das Todesurtheil, das man über Flüchtlinge aussprach, ohne es vollstrecken zu können, reizte man das Heer, in welchem persönliche Zuneigungen für die Helden des Kaiserreichs, die Träger des nationalen Ruhmes, natürlich weit verbreitet waren. In dem Hasse gegen Napoleon ließ man einzelne Präfecten so weit gehen, daß sie seine Bilder verbrannten; einer fügte dem Autodafé auch noch einen lebendigen Adler hinzu; ein anderer schüttete die Asche des „Menschenfressers" in die Loire. Die Absetzungen von Beamten wurden immer massenhafter; in einzelnen Departements erreichte ihre Zahl 6—700; in der Isère und Aude wurden allein je 300 Maires ihrer Posten beraubt. Durch die Sicherheitsgesetze wurde die persönliche Freiheit gefährdet; zur Bestrafung aufrührerischer Rufe und Handlungen wurden besondere Gerichte, nach Art der Kriegsgerichte, eingesetzt. Ueber den Käufern der Güter, welche in der Revolution eingezogen waren und die natürlich zum großen Theil schon ein- oder vielmals ihre Besitzer gewechselt hatten, schwebte beständig das Damoklesschwert der Einziehung. Die Geistlichkeit wurde in jeder Weise begünstigt; der ganze Hof, der greise Monarch voran, zog in Procession durch die Straßen des spottlustigen Paris; Artois trat an die Spitze eines strengkatholischen Vereines, der Congregation, der seine Fühlfäden über das ganze Land erstreckte und für Gläubige wie für Ungläubige, sofern sie nur zu heucheln verstanden, als Leiter zu Macht und Ansehn diente. Zu entsetzlichen Gräueln führte der Religionseifer in den südlichen Provinzen, besonders in der Stadt Nîmes, wo nur der Anmarsch östreichischer Truppen den mörderischen Verfolgungen gegen die Protestanten

Uebergewicht der Ultras.



Portugal. In den andern romanischen Staaten lagen die Dinge nicht so gut. Auf der pyrenäischen Halbinsel befand sich Portugal in einem ganz widernatürlichen Zustande. Das von Napoleon abgesetzte Haus Braganza hatte zwar dem Namen nach wieder den Thron bestiegen; allein die wahnsinnige Königin Maria und ihr Sohn Johann, der für sie als Prinz-Regent herrschte, weilten noch in Brasilien, und alle Macht befand sich in den Händen des Engländers Beresford, der sich als Oberbefehlshaber des Heeres durch seine Begünstigung englischer Offiziere und englischer Handelsinteressen großen Haß zuzog. Wenn dieser, wie im Jahre 1817, in einer Militär-Revolution sich entlud, schritt er natürlich mit Strenge ein und vermehrte dadurch von Neuem den Zündstoff, der früher oder später zu einem Ausbruch führen mußte. Ungleich schlimmer aber noch sah es in Spanien aus.

Spanien. Der Ruhm, mit welchem die Bewohner dieses Landes sich in dem Kriege gegen Napoleon und seinen Bruder Joseph bedeckt, die Verdienste, welche sie durch ihren hartnäckigen Widerstand sich um ganz Europa erworben, die Treue gegen das Königshaus und die Liebe zur Freiheit, von der sie so zahlreiche und glänzende Beispiele gegeben hatten, alles das ruft unwillkürlich unsre Theilnahme für sie wach. Allein die Grunderfordernisse zu einem glücklichen Staatsleben waren bei ihnen nicht zu finden.

Die Parteien. Das Volk war in zwei schroff gesonderte Parteien zerspalten, deren einziger Bindepunkt der Haß gegen den Fremden gewesen war. Auf der einen Seite stand die Geistlichkeit, welche mit Leidenschaft an den verrotteten Einrichtungen der vorjosephinischen Zeit festhielt; auf der andern Seite die Liberalen, die alles Heil in den Grundsätzen der französischen Revolution suchten und als gemeinsames Banner, um das sie sich schaarten, die Verfassung von 1812, das Werk der Cortes von Cadix, erhoben. Beide Parteien waren stark, beide waren unnachgiebig und eigenwillig. Die Clericalen verlangten Inquisition und Jesuiten, Censur und Steuerfreiheit der Geistlichkeit; die Liberalen schwuren auf ihre Constitution von 1812 wie auf ein Evangelium und hatten in sie die Bestimmung aufgenommen, daß sie während der nächsten 8 Jahre in keinem Puncte geändert werden dürfe. Zwischen diesen Gegensätzen hindurch zu laviren, war eine Aufgabe, die zu lösen dem größten Staatsmanne schwer, vielleicht unmöglich gewesen wäre.

Ferdinand VII. Und was für ein Mensch fand sich in Wirklichkeit dieser Arbeit gegenüber gestellt! Ferdinand VII., der jetzt aus der französischen Gefangenschaft zurückkehrte, hatte schon in den Wirren mit seinem Vater und in den Verhandlungen mit Napoleon, die ihm den Thron kosteten, seine ganze Jämmerlichkeit gezeigt. Grausam und feig, stumpf und genußsüchtig, faul und argwöhnisch, besaß er auch nicht den leisesten Anflug der Eigenschaften, die zu seiner schweren Aufgabe nöthig waren. Zwischen den Parteien zu vermitteln, war ein Gedanke, der in seinem Hirne nicht einmal dämmerte.

Herrschaft der Clericalen. Ohne Widerstreben gab er sich auf der Stelle den Clericalen hin, die ihrerseits nichts Eiligeres zu thun hatten, als durch den Marquis von Mataflorida und etwa 70 andre Cortesmitglieder ihrer Partei ihn um einen Staatsstreich zu ersuchen und durch ihr

Preßorgan „den Galgen ohne Spruch und Recht" für die Liberalen zu verlangen. Der König ließ sich auch nicht lange bitten. Schon am 4. Mai 1814 hob er die Constitution von 1812 auf. Ehe er in Madrid einzog, wurden die Mitglieder der Regentschaft, die Minister, die liberalen Parteiführer verhaftet, um nach mehrmonatlichen Quälereien ohne Angabe eines Grundes für 6—8 Jahre in die Klöster, die Festungen oder die africanischen Presidios gesperrt zu werden. Keine Verdienste konnten vor der schmählichsten Behandlung sichern; die Vertheidiger von Saragossa, die Helden des Unabhängigkeitskrieges waren so gut den Verfolgungen ausgesetzt, wie die Afrancesados oder Josefinos, wie man die Anhänger der Franzosen nannte. Alle Beamte, die von den Cortes Stellen angenommen, wurden abgesetzt; alle Anhänger des Königs Josephs auf 20 Stunden von der Hauptstadt verbannt, etwa 10,000 von ihnen des Vaterlandes und Eigenthumes beraubt; in den Kerkern der Inquisition schmachteten schon 1816 über 50,000 Gefangene. Den Käufern der eingezogenen Kirchengüter wurde nicht bloß ihr Eigenthum genommen, sondern noch eine Geldstrafe dazu auferlegt. Dabei herrschte am Hofe die größte Verschwendung. Obgleich Heer und Flotte vernachlässigt wurden, so daß laut amtlichen Berichtes in Ferrol drei Marineoffiziere Hungers starben, obgleich die Steuern erhöht wurden und zahlreiche Confiscationen die Staatscasse füllten, häufte König Ferdinand in 5 Jahren 2 Millionen Realen Schulden an. Tüchtige Minister hatte er nicht; und hätte er sie gehabt, ihnen wäre nicht die Erlaubniß geworden und nicht die Zeit gelassen, Verbesserungen einzuführen. Der König war völlig in der Macht seiner Höflingsschaar; diese blieb; die Minister wechselten; in 6 Jahren hatte er deren dreißig. Wollte er sie wegjagen, so rief er sie wohl zu sich, überhäufte sie mit Freundlichkeiten und entließ sie gnädig; kamen sie dann nach Haus, so fanden sie ihre schimpfliche Absetzung oder auch einen Verhaftbefehl. Solches Regiment mußte unvertilgbaren Haß aufsammeln; aber weil es der Unterstützung der Geistlichkeit sicher war und weil diese das niedrige Volk unbedingt beherrschte, so kümmerte man sich nicht darum. Die Gebildeten waren machtlos, das Heer ohne Zusammenhang. Deshalb scheiterten auch alle Versuche, die aus dessen Mitte unternommen wurden; neun Aufstände wurden in den Jahren 1814—19 niedergeschlagen und mit Strick und Blei, mit Kerker und Folter gebüßt, wenn es den Führern nicht gelang, wie dem berühmten Mina, über die Grenze zu fliehen. Aber jeder mißlungene Versuch feuerte zu neuem Wagniß an; Verbindungen der Gleichgesinnten wurden heimlich angeknüpft; das Land glich einem Vulcane; mochten Eruptionen auf Eruptionen ohne großen Schaden anzurichten vorübergehen: jeden Tag konnte ein neuer Ausbruch erfolgen und niemand vermochte vorauszusagen, welche Ausdehnung er annehmen werde.

Italien.

Würdige Seitenstücke zu diesem spanischen Treiben wies die apenninische Halbinsel auf. Zwar einige von ihren vielen Staaten erfreuten sich weisen oder doch milden Regimentes. So Parma, wo Napoleons Gemahlin, die Erzherzogin Maria Louise, das Scepter

führte; so Toscana, wo Großherzog Ferdinand zwar die französischen Neuerungen, auch die guten, meist beseitigte, aber in den verständigen Gesetzen seines Vaters Leopold keinen schlechten Ersatz bot. In den übrigen Staaten aber herrschte die blindeste Reaction. Mit löblichem Beispiel ging der Papst Pius VII. voran. Er, der den Jesuitenorden wieder herstellte, führte auch die Inquisition wieder ein und gestattete gegen die Freimaurer den Gebrauch der Folter. Ein getaufter Jude, der zu seiner Religion wieder zurücktrat, wurde zum Tode verurtheilt und es galt für ein Großes, als in Folge dieser Scheußlichkeit die Todesstrafe gegen Ketzer aufgehoben wurde. Mit einem Schlage thaten fast 2500 Klöster sich von Neuem auf. Die Straßenbeleuchtung wurde als eine französische Einrichtung abgeschafft und die Pockenimpfung theilte wenigstens vorübergehend dieses Schicksal. Doch konnte sich in dieser Hinsicht der Papst noch nicht mit dem König von Sardinien, Victor Emanuel, messen, der den botanischen Garten in Turin zerstören ließ, weil Franzosen ihn gepflanzt, die Pobrücke abreißen lassen wollte, weil Napoleon sie gebaut, und Pässe für den Mt. Cenis zu ertheilen verbot, damit die prächtige Straße verfalle, die der verhaßte Corse über diesen Berg hatte führen lassen. Mit auffälliger Schonung behandelte man die französischen Einrichtungen in Neapel; aber man sorgte durch eine liederliche Verwaltung dafür, daß sie möglichst wenig Segen bringen konnten. Erreichte schon im Kirchenstaat die Pest des Brigantenthums eine furchtbare Höhe, so wurde Neapel doch das Eldorado aller Räuber und Raubmörder, deren Zahl man 1817 auf 30,000 schätzte und die zu bekämpfen man kein andres Mittel fand, als eine Bande gegen die andre zu dingen oder mit Gift und Giftmischern, für die der General Amato z. B. der Regierung 2000 Ducaten in Rechnung setzte, gegen sie vorzugehen. Von constitutionellen Formen wollte man nirgends etwas wissen. In einem geheimen Vertrage mit Oestreich verpflichtete sich König Ferdinand von Neapel 1815, keine Verfassung einzuführen und keine Einrichtungen zu treffen, die liberaler seien als die der Lombardei. Die freisinnige Verfassung der Insel Sicilien wurde aufgehoben. In Sardinien führte dasselbe Edict, welches alle französischen Gesetze aufhob, die königlichen Constitutionen von 1770 wieder ein mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß deren Befolgung ohne Rücksicht auf irgend ein andres Gesetz geschehen müsse. Der Kirchenstaat sah natürlich die alte Cardinalswirthschaft ohne jede Ueberwachung durch Laien in vollster Blüte wieder erstehen. Ein Ersatz für die geträumte Freiheit, die man durch die Vertreibung der Franzosen zu erringen gehofft, ein Ersatz für die geordnete Verwaltung, die man mit dem Ende der Fremdherrschaft verlor, ohne doch den harten Steuerdruck los zu werden, ein Ersatz für den Schein nationaler Selbständigkeit, der in dem Vicekönigthum Eugens und der unabhängigen Monarchie Murats gelegen hatte, wurde nicht geboten. Im Gegentheil: Italien mußte sich für einen bloßen geographischen Begriff erklären lassen; seine einzelnen Staaten wurden nicht einmal wie die deutschen durch einen noch so lockeren Bund vereinigt; zwei seiner fruchtbarsten, geistig leben-

Marginalia: Der Kirchenstaat. — Sardinien. — Neapel. — Die Verfassungen. — Nationale Wünsche.

digsten und politisch reifsten Provinzen vertauschten die französische Fremdherrschaft mit der östreichischen. Für den Italiener boten daher die Festsetzungen des Wiener Congresses keinen Abschluß der Revolutionszeit; für ihn galt es weiter zu kämpfen und an die Stelle der von Europa befohlenen Ordnung eine neue zu setzen, die den Wünschen und Bedürfnissen des eignen Volkes entsprach. Da es für diesen Kampf an einer offenen, gesetzlichen Arena fehlte, so zog sich die Agitation in geheime Verbindungen zurück, die überdies dem Charakter der Nation so sehr zusagen. Schon im Jahre 1799, nach andern Quellen 1807 war eine Gesellschaft gegründet worden, die seit 1811 den Namen der Carbonari, d. h. der Köhler, führte. Weshalb sie sich so nannten, wußten sie selbst nicht; sie suchten ihren Namen durch allerlei Mythen, z. B. durch Herleitung von jenem Köhler, der bei dem sächsischen Prinzenraube eine Hauptrolle spielte, zu rechtfertigen. In der französischen Zeit war ihr Bestreben die Abschüttelung des fremden Joches gewesen; jetzt wurde es die Sicherung des erwerbenden Bürgerstandes nach unten und oben, gegen Räuber und Fürsten. Letzterer Zweck wurde ihnen in Neapel förmlich aufgedrängt, indem die Regierung einen monarchischen Gegenbund, die Kesselmacher oder Calderari, ins Leben rief. Da nun aber die Feinde desselben Gegners untereinander leicht zu Freunden werden, so kam es vielfach zu einem Bündniß zwischen Carbonari und Briganten und es wurde schwer zu unterscheiden, wo der Straßenräuber aufhörte und der politische Verschwörer anfing. In den übrigen Landschaften Italiens hielt sich der Bund reiner, erlangte freilich auch nicht die gleiche Ausdehnung. Immerhin aber zählte man nach einigen Jahren 60,000 Theilnehmer in allen Gegenden der Halbinsel und zahlreiche kleine Aufstände verriethen das Feuer, das unter der Asche glomm.

Die Carbonari.

Oestreich.

Gegensatz der Nationalitäten.

Keine der Großmächte wurde durch diese Gährung in Italien unmittelbarer bedroht als Oestreich, das nicht blos die Lombardei und Venetien zu verlieren hatte, sondern auch die Ansteckung der liberalen und nationalen Bestrebungen für die übrigen Bestandtheile des vielsprachigen Kaiserreiches fürchten mußte. Daß dieses Gemisch von Deutschen und Italienern, von Czechen und Polen, von Magyaren und Kroaten, Rumänen und Ruthenen, Slawonen und Slowenen und wie die Völker und Völkchen sonst sich nennen mögen, damals nur durch das straffe Band eines selbstherrlichen Willens zusammengehalten werden konnte, wird nicht leicht Jemand zu bestreiten wagen. Fangen wir doch erst seit Kurzem an zu hoffen, daß die Erfahrungen von sechs Jahrzehnten und die fortgeschrittene politische Bildung der Gegenwart die constitutionelle Einheit Oestreichs zu sichern im Stande sein werden. Was man damals von den Ständen einzelner Reichstheile zu erwarten hatte, dafür lieferte Ungarn ein bedenkliches Beispiel. Als der ungarische Reichstag 1815 nicht

Die Landtage.

einberufen wurde, verweigerten die Comitate (Kreisvertretungen) Steuern und Recruten und fügten sich nur unter den heftigsten Protesten. Vergeblich betheuerte Kaiser Franz ihnen, daß er ihre alte Verfassung eben so liebe, wie sie selbst, und daß er sie seinen Nachkommen unverletzt überliefern werde. Mit gutem Grunde fügte er in classischem Latein, der parlamentarischen Sprache Ungarns, klagend hinzu: die ganze Welt sei verrückt geworden und wolle Phantasieverfassungen: totus mundus stultizat et constitutiones imaginarias quaerit. Auch den deutsch-slawischen Provinzen war mit den alterthümlichen Ständeversammlungen, die sie in den nächsten Jahren erhielten, nicht viel gedient. Schon durch ihre Zusammensetzung waren sie gänzlich unfähig Vertrauen zu erwecken, wenn sie auch nicht so abhängig waren wie die „Congregationen" der italienischen Provinzen, deren Mitglieder einfach ausgeschlossen werden konnten, wenn sie sich des kaiserlichen Vertrauens unwerth zeigten. Ihre Wirksamkeit beschränkte sich darauf, an dem bestimmten Tage zusammenzutreten, die Vorschläge der Regierung „in allerunterthänigstem Gehorsam anzuhören und zu vernehmen, nachmals dieselben zu getreuen Herzen zu ziehen, reiflich und wohl zu erwägen, zu berathschlagen und sich zu solchem Entschluß zu bequemen, wie es des Kaisers, des Landes und ihre eigne Nothdurft erfordre." Da es auf diese Anbequemung in jedem Fall schließlich herauskommen mußte, so war es das Bequemste, sich die Prüfung ganz zu ersparen und zu Allem und Jedem einfach Ja zu sagen. Uebrigens bezogen sich die Vorlagen fast ausschließlich auf die Einforderung von Steuern und

Die Politik des Stillstandes.

Soldaten; reformirende Gesetze wurden gar nicht eingebracht. Und das ist der schwere Vorwurf, den man dem Metternich'schen System mit Recht macht. Daß Oestreich kein Feld für politische Neuerungen war, daß jeder aufrichtige Fortschritt in constitutioneller Richtung das Bestehn der Monarchie gefährden mußte, kann nicht geleugnet und folglich einem östreichischen Staatsmann kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er sich dem entgegenstemmte und den Versuch machte, zu sehen, wie lange sich der Staat, so wie er sei, erhalten lasse. Es galt von ihm, was von den Jesuiten gesagt war: sint ut sunt aut non sint. Allein eine wirthschaftliche und sociale Entwicklung war damit noch keineswegs ausgeschlossen und unbeschadet des politischen Stillstandes hätte Metternich hier auf der Bahn Josephs II. fortschreiten und dadurch auch eine politische Reform anbahnen können. Aber auch nach dieser Richtung geschah Nichts; Nichts für die Hebung des Handels und der Gewerbthätigkeit, Nichts zur Beseitigung der bäuerlichen Unterthänigkeit, Nichts für die Abschaffung der Leibsteuer, des Gehorsamshellers, des Aufruhrschillings, des Sühnheus, der Vogtgaben und wie die wundersamen Abgaben der Bauern sich sonst benennen mochten. Man fürchtete auch dadurch die „drohende nahe Auflösung der Gesellschaft" zu beschleunigen, während es doch für die Hauptaufgabe der Regierung galt, diese Auflösung zu verzögern, nicht aber „die Gesellschaft nach einem besseren Plan für die Zukunft zu bilden". Was später einmal aus solchen

vorsündflutlichen Zuständen werden möchte, darum kümmerte man sich nicht und wie die Frau von Pompadour durch ihr berüchtigtes Après nous le déluge, so tröstete sich Gentz, Metternichs Vertrautester, darüber mit dem frivolen Ausspruch: Mich und den Metternich hält's halter noch aus. Dazu aber waren die östreichischen Staatsmänner einsichtig genug, daß sie sich nicht verhehlten, wie zur Aufrechterhaltung ihres Systemes im eignen Lande die Herrschaft desselben auch in den Nachbarländern unerläßlich sei. Deshalb war ihr eifrigstes Bemühen vor Allem in Italien, Deutschland und dem russischen Polen, dem Alexander eine Verfassung verheißen hatte, die Einführung der constitutionellen Regierungsform zu verhindern. Hätten die Nachbarregierungen nur ihr eigenes Interesse zu Rathe gezogen, so würden sie um so eifriger das Verfassungsleben gefördert haben. Denn aus einem Verfall Oestreichs würde für sie eine bedeutende Stärkung erwachsen sein; Preußen hätte die Leitung Deutschlands, vielleicht gar die deutschen Lande Oestreichs erhoffen können; für Rußland winkte der Gewinn Galiziens und freie Hand im Orient. Aber von solchen eigensüchtigen Gedanken waren beide Regierungen fern; Alexander und Friedrich Wilhelm bewiesen hier, daß es ihnen Ernst sei mit dem Gedanken der heiligen Allianz; auch hielten sie Oestreichs Bestehen im europäischen Interesse für nöthig. Weil dies aber durch Nährung und Befriedigung der constitutionellen Wünsche in ihren eignen Ländern gefährdet werden konnte, so waren sie um so geneigter, diesen Wünschen die Erfüllung zu versagen. Oestreichs innere Schwäche wurde ein Element seiner Stärke. Weil ihm durch eine Revolution, ja durch jede freiheitliche Regung der Zerfall drohte, so vermochte es um so leichter seine beiden Verbündeten von freiheitlichen Zugeständnissen abzuhalten und immer tiefer in die Reaction zu verstricken. Weil ihm durch die nationale Gestaltung Deutschlands und Italiens schwere Gefahren erwachsen wären, so bekämpfte die heilige Allianz in Deutschland und Italien die nationalen Ideen. Die kleinen Souveräne in beiden Ländern schlossen sich natürlich mit Eifer an Oestreich an, und so kam nach und nach, wie Springer sagt, die schöne Zeit, wo Fürst Metternich alljährlich auf seinem Schloß Johannisberg die Huldigungen der deutschen Herrscher und Minister leutselig einsammelte, wo Couriere mit Pasteten und andern Leckerbissen sich jagten, Metternich mit seinen Gästen die Weine im Eberbacher Keller probirte, oder bei Mayer Anselm Rothschild dinirte, wo die deutschen Staatsmänner sich geheimnißvoll erzählten, daß auch sie auf Schloß Johannisberg sich aufgehalten. Der gewaltige Einfluß, den Metternich auf ganz Europa übte, erklärt sich in der That viel mehr aus der Lage des Staates, den er leitete, als aus seiner Persönlichkeit. In Coblenz 1773 geboren, war er unter den Eindrücken des rheinischen Lebens groß geworden und hatte sich auch in seinen Studienjahren keine [illegible] großen Kenntnisse erworben. Seine Universitätsfreunde wußten [illegible] die drei F an ihm zu rühmen: er sei fin, faux, fanfaron. Nur auf Genuß bedacht, haßte er alle Anstrengung und daher auch jeden

Ihre Ausdehnung über Europa.

Metternich.

Widerspruch, so daß er nur „leidende, ganz hingebende Organe" um sich duldete. Auf fremde Ansichten einzugehn, war ihm unmöglich; aber auch eigene schöpferische Gedanken zu fassen war ihm nicht gegeben. Seine ganze Weisheit beruhte in der Befolgung der altöstreichischen Grundsätze, in der Erhaltung des Bestehenden, und über die Inhaltslosigkeit dieser Politik suchte er sich selbst und Andre durch eine rege Vielgeschäftigkeit zu täuschen. Sein Grundsatz ist, beständig etwas vor der Hand zu haben, sagte man von ihm und traf damit den Nagel auf den Kopf. Diese massenhafte Thätigkeit zeichnete sich übrigens aber weder durch die Folgerichtigkeit, noch durch die Kühnheit ihrer Wege aus; noch weniger durch deren Rechtlichkeit. Galt doch der Fürst allgemein für bestechlich und hatte von seiner Zweizüngigkeit zahlreiche Beweise gegeben. Sein Stab von Staatsmännern und Zeitungsschreibern bestand aus Leuten ähnlichen Schlages, zum Theil höchst talentvollen Männern, wie Gentz, der Unter-Metternich, wie man ihn spottweise nannte, Ad. Müller, Friedrich Schlegel, denen aber, wie ihrem Herrn und Meister, der behagliche Genuß des Lebens über Alles ging. Mit bestem Erfolge arbeiteten sie daran, alles politische und geistige Leben in Oestreich zu ersticken; Sanskrit und Musik fanden allenfalls Gnade vor ihren Augen; deutsche Wissenschaft und Literatur wurden polizeilich an der Grenze zurückgewiesen. Die Reisen ins Ausland überwachte man sorgfältig; Fremde durften im Kaiserstaate nicht einmal Privatunterricht ertheilen; ja man ließ sogar Kinder von Ausländern, wenn sie das zehnte Jahr überschritten hatten, nicht mehr in den öffentlichen Schulen zu. Die Bibliothekare mußten jährlich Verzeichnisse der Bücher einliefern, welche die Professoren entliehen hatten; die unschuldigsten wissenschaftlichen und populären Werke wurden verboten; bei der Prüfung der Lehrer sollten die schriftlichen Arbeiten nach den darin ausgesprochenen kirchlichen und politischen Grundsätzen beurtheilt werden. Den Reisenden spürte die Polizei auf Schritt und Tritt nach und weder Künstler wie Horace Vernet, noch Staatsmänner wie Capo d'Istria, noch Fürsten wie der Kronprinz Ludwig von Baiern entgingen ihrer Aufmerksamkeit. So löste sich mehr und mehr der längst schon lockere Zusammenhang mit Deutschland. Es gab, um noch einmal Springer anzuführen, wohl Reichsthore und Reichsstraßen, man wußte, daß öſtreichische Truppen im Reiche Garnison hielten, beneidete die in Mainz um die Fleischtöpfe Aegyptens, aber selbst die Gebildeten hatten von den Bundespflichten Oestreichs keine klare Vorstellung und überließen die Sorge um Deutschland der Staatskanzlei.

Ertödtung des öffentlichen Geistes.

Deutschland.

Die Grenze gegen Frankreich.

Deutschland hatte von der Erhebung des Jahres 1813 dreierlei erhofft: die Abschüttelung des fremden Joches, die Herstellung einer nationalen Einheit, die Einführung constitutioneller Formen. Die französische Herrschaft war glücklich beseitigt, zwar nicht in dem Umfang, wie die glühendsten Patrioten es gewünscht, aber in höherem

Grade, als beſcheidene Gemüther noch Ende 1813 gehofft hatten. Eine verbreitete Stimmung wollte ſich damals am rechten Rheinufer genügen laſſen und das ganze linksrheiniſche Gebiet mit Aachen und Cöln, mit Mainz und Worms den Franzoſen preisgeben. Die Einwohner dieſer Gegenden wären im Ganzen und Großen auch nicht übel zufrieden damit geweſen. Aber der Patriotismus eines Blücher und Stein duldete ſolch ſchwächlichen Verzicht mit Nichten, und E. M. Arndts Büchlein „Der Rhein Deutſchlands Strom, nicht Deutſchlands Grenze" gab dem Unwillen der Entſchiedenen Ausdruck. Mit dem Vorrücken in Frankreich war dieſe Gefahr abgewendet, allein der Wunſch auch das Elſaß zurückzugewinnen, ſcheiterte 1814 wie 1815, obgleich beim zweiter Pariſer Frieden die deutſche, beſonders die preußiſche Diplomatie kräftig und mit den beſten Gründen für ihn eintrat. Er ſcheiterte vor Allem an dem Abfall Oeſtreichs, obgleich man deſſen Sonderintereſſen ſo weit entgegen zu kommen bereit war, daß man zum Herrſcher des Landes den Erzherzog Karl auserſah. Noch viel nachtheiliger als in dieſem Puncte wurde die Politik Metternichs aber in Bezug auf die Neugeſtaltung Deutſchlands. Als Alexander und Friedrich Wilhelm im Februar 1813 ihr Bündniß von Kaliſch ſchloſſen, gedachten ſie alle Anhänger Napoleons unter den deutſchen Fürſten, vor Allem alſo die Rheinbundskönige ganz zu beſeitigen und verſprachen dem Volke eine Verfaſſung, die aus dem ureigenſten Geiſte der Nation geboren ſein ſolle. Ein preußiſches Kaiſerthum lag damals den Gedanken der Eingeweihten gewiß nicht fern, aber ſehr bald wurde es völlig in den Hintergrund gedrängt. Durch Oeſtreichs Beitritt zum Bündniß gegen Napoleon ſchwand die Ausſicht dazu ſo völlig, daß ſchon vor den Schlachten an der Katzbach und bei Dennewitz die drei Verbündeten ſich über die Nichtwiederherſtellung der deutſchen Kaiſerwürde verſtändigten. Allein Oeſtreich ging auf eigene Hand noch weiter. Durch den Vertrag von Ried ſicherte es Baiern ohne allen Vorbehalt ſeine volle Selbſtändigkeit (am 8. Oct. 1813) und ließ ähnliche Verträge mit Würtemberg und Baden (zu Frankfurt und Fulda) folgen. Natürlich konnten nun auch Hannover, Heſſen, Braunſchweig, Oldenburg u. ſ. w. ihren vertriebenen Fürſten nicht vorenthalten werden und die Fortdauer der deutſchen Vielſtaaterei war geſichert, ehe noch der Rhein überſchritten war. Unter ſolchen Umſtänden war es denn freilich nicht leicht eine Form zu finden, die dem deutſchen Volke mehr als den Schein der politiſchen Einheit gegeben hätte. Darnach zu ſuchen war die Aufgabe des deutſchen Ausſchuſſes am Wiener Congreß, der aus Oeſtreich, Preußen und den Königreichen beſtand. Natürlich beſchäftigte dieſer ſich nicht mit den phantaſtiſchen Plänen, welche patriotiſche Dilettanten ausheckten, etwa mit Görres' Idee, Oeſtreich wieder mit der Kaiſerwürde zu ehren, den preußiſchen Herrſcher aber daneben zum deutſchen Könige zu machen. Die Grundlage der Verhandlungen bot vielmehr eine Idee Steins, wonach an die Spitze des Bundes ein Directorium, aus Oeſtreich, Preußen, Baiern und Hannover beſtehend treten ſollte; die Bundesverſammlung ſollte aus Vertretern

Die Verfaſſung.

Verhandlungen am Wiener Congreß.

Plan einer Directorial-Verfaſſung.

sämmtlicher Fürsten und sämmtlicher Ständekammern zusammengesetzt werden; directe Einkünfte, z. B. Grenzzölle, deckten die Ausgaben des Bundes, der außerdem allen seinen Angehörigen bestimmte politische Rechte garantirte. Gegen diese Vorschläge Preußens, die vom 13. Sept. 1814 datirt waren, erhoben sich 29 Kleinstaaten, aber nicht etwa, weil dieselben zu weit, sondern weil sie nicht weit genug gingen. Sie erklärten am 14. November, daß Ein gemeinsames Oberhaupt der deutschen Nation Noth thue und daß sie in ihrem Bereich den Ständen die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die Bewilligung der Ausgaben zugestehen wollten. Allerdings stehen die Urheber dieser Erklärung zum Theil im Verdacht, daß sie durch dieses Weitergehn die geringeren Forderungen Preußens, besonders das Directorium, vereiteln wollten; aber sehr vielen war es doch unzweifelhaft Ernst. Nur war von vorn herein kein Gedanke daran, daß sie mit ihren Vorschlägen würden durchdringen können. Der preußische Entwurf erlitt zunächst in den Berathungen mit Metternich wesentliche Umänderungen, die besonders in der Entfernung der liberalsten Bestimmungen bestanden. Am 16. Oct. legten die beiden Großmächte den drei Königreichen 12 Artikel vor, über welche sie sich geeinigt. Darnach zerfiel Deutschland in 7 Kreise; in je zweien bekleideten Oestreich und Preußen, in je einem Baiern, Würtemberg und Hannover das Amt eines Kreisobersten. Als solche leiteten sie die Kreistage, hatten die Aufsicht über das Militärwesen des Kreises und das Gerichtswesen letzter Instanz; gemeinschaftlich bildeten sie den Rath der Kreisobersten und hatten die ausübende Gewalt, die diplomatische Vertretung, die Entscheidung über Krieg und Frieden. Bezüglich der Gesetzgebung stand neben ihnen der Rath der Stände, welcher aus den übrigen Staaten und einigen Vertretern der mediatisirten Häuser zusammengesetzt werden sollte. Dieser Plan war ohne Zweifel recht künstlicher Art; aber da er auf historischen Grundlagen beruhte und den Machtverhältnissen leidlich entsprach, so durfte man an seine Ausführbarkeit wohl glauben. Allein von allen Seiten regten sich die Gegner. Metternich selbst war der erste, ihm Hindernisse zu schaffen; wenigstens verbreitete sein getreuer Schildknappe Fr. Schlegel 14 Paragraphen Knittelverse, in denen er die Kleinstaaten aufzustacheln suchte. Von Witz war darin nicht viel zu merken, wenn man nicht leicht zu errathende gemeine Reime auf Preußen dafür will gelten lassen. Die Kleinstaaten antworteten darauf mit der erwähnten Note vom 14. November; allein die heftigsten Angriffe gingen von den Mittelstaaten aus: Baiern und Würtemberg verlangten kühnen Muthes im Rathe der Kreisobersten dieselbe Stimmenzahl wie Oestreich und Preußen und überdies Wechsel des Vorsitzes. Auch dann aber wollten sie auf ihr selbständiges Kriegs- und Friedensrecht keineswegs verzichten; ja ihre Unverschämtheit ging so weit, daß Wrede auf französische Unterstützung anspielte und Würtemberg die Verhandlungen am 16. Nov. gradezu abbrach. Darauf erklärte dann freilich selbst Metternich sehr nachdrücklich, daß es keineswegs in dem freien Willen jedes einzelnen Fürsten stehe, dem Bunde beizutreten oder nicht, daß

Plan einer Kreis-Verfassung.

Haltung der Mittel- und Kleinstaaten.

vielmehr jeder verpflichtet sei, die Opfer zu bringen, die das Wohl des Ganzen befördern möchten; aber die einzige Antwort, die der König von Würtemberg darauf hatte, war, daß er auf seiner Ansicht beharren müsse, und das hatte zur Folge, daß der deutsche Ausschuß sich auflöste und nicht wieder zusammentrat.

Freilich wirkte dabei vor Allem die steigende Spannung mit, welche zwischen Oestreich und Preußen über die polnisch-sächsische Frage ausgebrochen war und die am 3. Jan. 1815 zu dem berüchtigten geheimen Bündniß Oesterreichs, Sachsens, Frankreichs und Englands führte, zu dem auch die Mittelstaaten zugezogen wurden. Erst als jener Conflict gemildert war, konnten Verhandlungen über die deutsche Frage wieder aufgenommen werden. Den Anstoß dazu gab eine Note von 32 Fürsten und Städten (d. d. 2. Febr. 1875), der „Mindermächtigen", wie sie sich selbst nannten, welche den Zusammentritt eines allgemeinen deutschen Congresses verlangte. Preußen theilte darauf hin Oestreich am 10. Febr. 1815 zwei neue Entwürfe mit, deren einer die Kreistheilung beseitigte, während der zweite den kleineren Fürsten noch zwei Sitze in dem Rathe der Kreisobersten einräumte, so daß dieser 9 Mitglieder zählte, ohne daß die Zahl der sieben Kreise vergrößert wurde. Sehr nachdrücklich wurde außerdem die Forderung aufrecht erhalten, daß jedes Land Stände mit bestimmten Minimalrechten bekomme und daß diese Einzelverfassungen unter die Gewähr des Bundes gestellt würden. Auch einige Grundrechte, wie die Auswanderungs- und die Preßfreiheit oder die Aufhebung der Leibeigenschaft sollten in die Bundesurkunde aufgenommen werden. Neben diesen preußischen Vorschlägen tauchten jetzt aber noch zwei andre Pläne auf, ein mecklenburgischer, auf den näher einzugehen nicht nöthig ist, und ein östreichischer aus der Feder des Freiherrn von Wessenberg. Der letztere ist in allem Wesentlichen die Grundlage des deutschen Bundesvertrages geworden. Er gab allen Mitgliedern völlig gleiche Rechte und Oestreich das Präsidium, sicherte den einzelnen Ländern Verfassungen zu, die binnen Jahresfrist ertheilt sein sollten, und versprach auch einige Grundrechte für das ganze Volk. Wenn Metternich daran im Stillen auch Anstoß nahm, so erklärte er doch den Wessenberg'schen Entwurf für die geeignetste Grundlage und ließ denselben in seinem Sinne umarbeiten. Ein Gleiches that vom preuß. Standpunct aus W. v. Humboldt. Ueber diese beiden Entwürfe begannen dann neue Verhandlungen, die am 11. Mai eröffnet wurden und am 23. zu einer Vereinbarung führten, welche sich eng an den ursprünglichen Wessenberg'schen Entwurf anschloß, die meisten volksthümlichen Zugeständnisse desselben aber beseitigte. Nun wurden endlich auch die kleinen und mittleren Staaten aufgefordert, an den [...]erenzen Theil zu nehmen. Noch 11 Sitzungen, vom 23. Mai [...]um 10. Juni, waren nöthig, um das Werk zum Abschluß zu [...]gen. Die Abänderungen, welche es noch erfuhr, waren nicht [...] Bedeutung; eine Reihe freisinniger Anträge kleinerer Staaten [...]en einfach abgelehnt. Uebrigens hatten Würtemberg und Baden [...]n Berathungen gar nicht Theil genommen und weigerten sich

Die „Mindermächtigen".

Neue Entwürfe.

Abschluß der Bundesacte.

die neue Bundesacte zu unterzeichnen. Preußens Bevollmächtigten kostete ihre Unterschrift auch einige Ueberwindung. Sie erklärten vorher feierlich: sie hätten gewünscht, dieser Urkunde eine größere Ausdehnung, Festigkeit und Bestimmtheit zu geben; allein es sei besser, vorläufig einen weniger vollkommenen als gar keinen Bund zu schließen; der Bundesversammlung selbst bleibe es vorbehalten, den vorhandenen Mängeln abzuhelfen.

Eröffnung der Bundesversammlung.

Das war denn freilich ein Wechsel auf die Zukunft, mit dem unserem Volke nicht viel gedient war. Ueberdies wurde die Verabredung, nach welcher die Bundesversammlung schon am 1. Sept. 1815 zusammentreten sollte, durchaus nicht eingehalten; anfangs bot die Fortdauer des Kriegszustandes einen hörbaren Entschuldigungsgrund; dann wollte man erst alle Grenzfragen zwischen den einzelnen Staaten in Ordnung bringen, und das war in der That keine leichte Aufgabe. Baden und Würtemberg brauchten lange Zeit, ehe sie sich überhaupt zum Eintritt in den Bund entschlossen; zwischen Baiern und Oestreich drohte Anfang 1816 sogar ein Krieg um den Besitz von Salzburg auszubrechen. Preußen seinerseits hätte sich gern mit Oestreich vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung über die künftige Wehrverfassung Deutschlands geeinigt und zeigte deshalb gar keine Eile. Als im Sommer 1816 die einzelnen Gesandten allmälig in Frankfurt eintrafen, war der preußische unter den letzten. Fast ein halbes Jahr mußten die Vertreter der kleineren Staaten sich gedulden, bis ihre größeren Herren Collegen einrückten und statt am 1. Sept. 1815 fand die Eröffnung der Sitzungen am 5. Nov. 1816 statt. Dadurch war das Interesse des Volkes für die neue Schöpfung natürlich noch mehr abgeschwächt, und groß war es begreiflicher Weise von Anfang an nicht gewesen. Nun gab es freilich zum Beginn einige schön klingende Phrasen zu hören, die in vertrauensseligen Gemüthern neue Theilnahme wach rufen mochten; aber da den Worten keine Thaten folgten, so blieb Gleichgültigkeit und höchstens absprechender Spott die vorherrschende Stimmung der Nation. Wie Stein den Antrag, östreichischer oder preußischer Gesandter am Bunde zu werden, ablehnte, weil eine vernünftige und kräftige Ausbildung der Verfassung doch nicht denkbar sei, so war auch die öffentliche Meinung zum Voraus davon überzeugt, daß aus dem Bundestag nichts werden könne, und versagte ihm das Vertrauen, das er beanspruchte. Manchen Regierungen und besonders manchem der frankfurter Gesandten that man dadurch allerdings Unrecht. Es gab unter den Diplomaten der Bundesstadt mehr als einen, der mit Lust und Hoffnung sich seiner Aufgabe widmete. Der Mecklenburger Plessen, der Luxemburger Gagern, der Holsteiner Eyben, der Bremer Smidt und mit weniger Entschiedenheit noch einige andre kleinstaatliche Bevollmächtigte sannen unermüdlich darauf, den Bundestag in den Augen des Volkes zu heben und ihn zum wirklichen Mittelpunct der Geschicke Deutschlands zu machen. Aber bei den größeren Staaten und ihren Gesandten war freilich das entgegengesetzte Bestreben vorherrschend. Würtemberg und Baden hatten so zu sagen an den Haaren herbeigezogen werden

Thätigkeit derselben.

müssen; Baiern und Sachsen traten nicht viel williger ein. Zwischen Oestreich und Preußen bestand vom ersten Tage an das regste Miß[illegible]men, und während der preußische Gesandte von der Goltz zum Theil in Folge körperlicher Leiden eine sehr geringe Thätigkeit entfaltete und eine ganz vereinsamte Stellung einnahm, bemühte sich der präsidirende Oestreicher, Graf Buol-Schauenstein, die Bande zwischen sich und seinen Collegen möglichst eng zu knüpfen. Es gelang ihm das um so leichter, als Preußen fortdauernd das Kriegswesen des Bundes im innigen Anschluß an die Heere der beiden Großmächte zu ordnen wünschte und Verhandlungen in diesem Sinne mit Metternich pflog. Davon ließ Buol die übrigen Gesandten in geschicktester Weise grade so viel erfahren, wie nöthig war, um sie mißtrauisch zu machen, und wiederholte seinerseits und im Namen seines Kaisers unermüdlich die beruhigende Versicherung, Alles thun zu wollen, um den Bund so kräftig und selbständig zu organisiren wie möglich. Die Geschäfte der ersten Zeit waren übrigens nicht danach angethan, große Aufmerksamkeit und Theilnahme beim Volke zu erwecken; es handelte sich um die Abwickelung allerlei rechtlicher Ansprüche, besonders Pensionsbezüge, an das alte Reich und dergleichen mehr; über den Umfang der rechtlichen Befugnisse der Versammlung wurden langwierige und ermüdende Verhandlungen ohne recht greifbare Ergebnisse gepflogen; höchstens bei der Berathung über Bittschriften und Beschwerden berührte man Fragen, die lebhaftes Interesse gewährten. Dabei kam dann aber auch das Widerstreben der abgeneigten Fürsten offen zu Tage, und einer von diesen, der Kurfürst von Hessen, führte sogar einen offenkundigen Scandal herbei. Dieser 70jährige Fürst fand Gefallen daran, in Deutschland die Rolle des Königs von Sardinien zu spielen. Alles, was seit 1806 in seinem Lande geschehen war, galt ihm wie nicht vorgefallen. Wie er selbst den ganz sinnlos gewordenen Kurfürstentitel beibehielt, so behandelte er alle Beamten, als ob sie ihre Aemter auch während der westfälischen Zeit unbehindert fortgeführt hätten, ertheilte dem Platzcommandanten von Hanau einen Verweis, weil er die vierteljährlichen Festungsberichte nicht eingesandt, führte beim Militär die Zöpfe wieder ein, die in Gemäßheit einer Ordre von 1787 einen Fuß zwei Zoll lang sein sollten, und zwang die Käufer der Domänen, welche die westfälische Regierung veräußert hatte, zur Rückgabe ohne Entschädigung. Einen von diesen nun, den er so wider alles Recht aus seinem Besitz vertreiben wollte und der sich beschwerdeführend an die Bundesversammlung gewandt, hatte diese sehr rücksichtsvoll zunächst an den Landesfürsten zurückverwiesen, wenn er aber dort wider alles be[illegible] Erwarten kein Gehör finden sollte, weitere Verwendung zugesagt. Darauf mußte der kurhessische Gesandte, und zwar auf ausdrücklichen Befehl seines Herrn zu öffentlichem Protocoll eine Verwahrung abgeben, die in sehr auffallendem Tone sich jede Einmischung in die innere Staatsverwaltung verbat. Natürlich wurde d[illegible]r erste Versuch, inneren Zwiespalt zu erregen und die Würde der Bundesversammlung durch eine Protestation, welche ganz die

Ihr Streit mit dem Kurfürsten von Hessen.

Gestalt eines Verweises annehme, zu verletzen", entschlossen und einmüthig zurückgewiesen. Die verschiedenen Regierungen bestätigten die Abstimmung ihrer Gesandten zum Theil sehr nachdrücklich; auch Metternich belobte den Grafen Buol wegen seines Verhaltens und tadelte die kurhessische Regierung scharf. Aber dennoch sah man dieses selbständige Auftreten der frankfurter Gesandten an den großen Höfen nicht gern und wollte es nicht dahin kommen lassen, daß die Versammlung sich gleichsam über einen der sie beschickenden Fürsten stelle. Es hatte daher dieser Vorfall die schlimme Folge, daß die meisten Gesandten sich fortan weniger als bisher zu freien Entschlüssen berechtigt glaubten und in jedem Einzelfall erst Instructionen einzuholen für nöthig fanden, wodurch der an sich schon schwerfällige Geschäftsgang in Frankfurt nach und nach zu einer wahren Schneckenpost wurde.

Verfassungen der Einzelstaaten.

Von einer Volksvertretung am Bunde war natürlich keine Rede. Schon während der Wiener Conferenzen, als die Presse sich darauf noch Hoffnung machte, hatte Wilh. v. Humboldt gemeint: dahin sei noch ein weiter Weg. Um so lebhafter war in den Kreisen, die sich überhaupt noch mit Politik beschäftigten, der Wunsch, wenigstens in den Einzelstaaten ständische Vertretungen zu erlangen. Die Bundesurkunde verhieß dies auch in ihrem §. 13. Oder, wie die Diplomaten witzelten, sie prophezeite es doch. Denn aus der Zusage des Wessenberg'schen Entwurfes, daß binnen Jahresfrist in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung eingerichtet werden solle, war erst der Termin des einen Jahres gestrichen und endlich aus dem „soll bestehen" ein bloßes „wird bestehen" gemacht worden. Der Eifer, diese Prophezeiung zu erfüllen, war nun bei den verschiedenen Regierungen sehr verschieden. Am größesten war er bei den süddeutschen; nicht etwa aus liberaler Schwärmerei oder Ueberzeugungstreue, sondern aus einer sehr richtigen Berechnung ihres Sondervortheils. Nichts lag diesen Staaten mehr am Herzen, als sich jede Einmischung des Bundes fern zu halten. Nun war dieser zur Zeit noch keineswegs hinreichend organisirt, um einen irgend gefährlichen Versuch der Art zu machen; dazu war die Bundesacte, die einzige Grundlage seiner Thätigkeit, viel zu inhaltsleer. Es galt daher, die Zeit zu nutzen, um den Einzelstaaten mittelst neuer Verfassungen eine Wehr gegen künftige Ansprüche zu schaffen. Je fester das einzelne Bundesgebiet seinen Organismus gefügt hatte, um so kräftiger konnte es Widerstand leisten, um so weniger Lücken bot es, in welche der Bund eingreifen konnte. Daß diese Berechnung es war, welche die süddeutschen Fürsten zur Ertheilung von Verfassungen antrieb, beweist der Zeitpunct, in welchem sie den Entschluß dazu faßten. Sobald nämlich die Könige von Baiern und Würtemberg den ersten preußischen Bundesentwurf vom 13. Sept. 1814 und die darin allen Deutschen verbürgten Rechte kennen lernten, ertheilten sie ihren Ministern Befehl, Verfassungen auszuarbeiten und mit den alten Ständen zu vereinbaren, um dann, auf deren Zustimmung gestützt, sich allen weiteren Anforderungen widersetzen zu können. Als die drohende Gefahr sich mehr und mehr

Süddeutschland.

herzog, mäßigte sich dann zwar ihr Eifer, aber sie waren doch klug genug, den eingeschlagenen Weg nicht wieder zu verlassen und konnten schließlich auch nicht mehr zurück. Ja als der König von Preußen von seinen landständischen Ideen immer weiter abkam, gewann es für die süddeutschen Fürsten sogar einen neuen Reiz, sie zu pflegen, und dadurch sich dem norddeutschen Großstaat gegenüber in der öffentlichen Meinung einen Vorzug zu verschaffen. So erhielten nach mehrjährigen Vorarbeiten Baiern am 26. Mai und Baden am 22. August 1818 eine Constitution, wie sie den Anforderungen des damaligen Liberalismus entsprach. Der Großherzog von Baden verband damit noch ein besonderes Ziel. Sein einziger ebenbürtiger Verwandter war sein Oheim Ludwig; eine Seitenlinie des großherzoglichen Hauses, die Grafen von Hochberg, galt nicht für gleichen Blutes. Darauf hin hatte Oestreich in einem pariser Vertrage vom Juni 1814 für den Fall des Aussterbens der Hauptlinie einen Theil des Landes Baiern zugesichert. Aber weder das großherzogliche Haus, noch das Volk war mit dieser Aussicht zufrieden, und die Verfassung sollte eine Waffe mehr werden, die bairischen Ansprüche zu bekämpfen. Sie verordnete deshalb gleich in ihren ersten Paragraphen, daß die Grafen von Hochberg, welche zu Markgrafen von Baden erhoben wurden, erbberechtigt seien. Ob diese Bestimmung freilich von großer Wirksamkeit gewesen wäre, wenn nicht andre, stärkere Einflüsse dem Verlangen der Badener zu Hülfe gekommen wären, mag dahin gestellt bleiben. Wesentlich durch Alexanders Druck bewogen, verzichtete Baiern noch 1818 gegen einige Abtretungen und zwei Millionen Gulden auf seine Ansprüche, und nach dem Tode des Großherzogs und seines Oheims bestieg Leopold I. von der Hochberg'schen Linie wirklich 1830 den badischen Thron.

Baden.

Ein lebhafteres Interesse noch, als die Ertheilung der bairischen und der badischen Verfassung, erregten in ganz Deutschland die Verhandlungen und Kämpfe in Würtemberg. Hier hatte der despotische König Friedrich I., ein echter Rheinbundsfürst und glühender Anhänger Napoleons, im Jahre 1806 die alten rechtmäßigen Stände eigenmächtig aufgelöst. Als er nun 1815 dem Lande eine neue Constitution geben wollte, mußte er den Aerger erleben, daß die Vertreter, welche er einberief, sein Angebot ablehnten und kurz und gut die frühere Verfassung zurückverlangten. Trotz der Mängel, welche diese hatte, und trotz ihrer veralteten Bestimmungen schien es den Würtembergern wünschenswerther, von einem anerkannt gesetzmäßigen und historisch gewordenen Boden aus ihre Zustände weiter zu entwickeln, als von der Gnade des Königs etwas anzunehmen, was seine Willkür vielleicht über kurz oder lang wieder zurückfordern konnte. Einem Character wie Friedrich I. gegenüber war dies Verfahren wohl nicht unzweckmäßig, obgleich es in jedem Falle Alles an Alles setzen hieß. Durchaus unpractisch und unpolitisch mußte es jedoch erscheinen, als nach Friedrichs Tode 1816 die Stände auch dessen Sohne, dem freisinnig und deutsch gesinnten König Wilhelm, gegenüber in ihrer Weigerung beharrten und einen sehr liberalen Entwurf, den er ihnen durch den Minister v. Wangenheim vorlegen ließ, einfach zurückwiesen, weil sie

Würtemberg.

auf der Wiederherstellung des Tübinger Vertrags von 1514 bestehen müßten. Das Gebotene kam aus zuverlässiger Hand und war zeitgemäßer und besser als das Verlangte; dennoch ließen die Würtemberger von ihrem Widerstande nicht ab und stimmten jubelnd in Uhlands Verse ein:

> Noch ist kein Fürst so hoch gefürstet,
> So auserwählt kein ird'scher Mann,
> Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet,
> Er sie mit Freiheit tränken kann,
> Daß er allein in seinen Händen
> Den Reichthum alles Rechtes hält,
> Um an die Völker auszuspenden
> So viel, so wenig ihm gefällt.

König Wilhelm brach die Verhandlungen trotz der gereizten Stimmung, die im Lande herrschte, nicht ab, und theils seiner Klugheit, theils der Besorgniß der Stände, sie möchten doch am Ende ihre alte schlechte Verfassung nicht wieder erhalten und die gute neue obendrein verscherzen, war es zu danken, daß am 26. Sept. 1819, grade als die Reaction mit Macht ihr Haupt erhob, eine Vereinbarung stattfand, die das Land in die Reihe der constitutionellen Staaten einführte.

Die kleineren Staaten.

Erst zwei Jahre später, 1821, geschah ein Gleiches in Hessen-Darmstadt; damit war aber die Reihe der einigermaßen beträchtlichen Staaten, welche moderne Verfassungen bekamen, erschöpft; von den kleineren Ländern waren auch Nassau, Lippe, Liechtenstein und die sächsischen Herzogthümer glücklich in den Hafen eingelaufen; ihre Constitutionen enthielten zum Theil sehr eigenthümliche Bestimmungen; so forderte man in Liechtenstein von den Abgeordneten, daß sie liegende Gründe von einem bestimmten Werth und „eine verträgliche Gemüthsart" besäßen. Sachsen-Weimar war den andern Kleinstaaten voraus; denn Carl August, Goethe's Freund, war der erste deutsche Fürst, der den §. 13 der Bundesurkunde erfüllte; er hatte seinem Ländchen schon am 5. Mai 1816 eine Verfassung ertheilt und überdies durch Aufhebung der Censur und Einführung der Preßfreiheit seine liberalen Gesinnungen practisch bethätigt.

Norddeutschland.

Wesentlich anders hatten sich die Sachen in Norddeutschland gemacht, so daß im Jahre 1819 ein Mann, der die französirenden süddeutschen Constitutionen nicht sehr liebte, wohl aber ständische Vertretung überall hergestellt zu sehen wünschte, Joseph Görres, in die Klage ausbrechen konnte: während die eine Hälfte Deutschlands sich im Veitstanze bewege, sei die andre wie vom Schlagfluß gelähmt. Die Verfassungen einzelner Staaten konnten gradezu für Curiositäten gelten. So zerfielen die königlich sächsischen Landstände in 7 Abtheilungen, die sich niemals als Ganzes versammelten, von denen aber zwei, die der Ritterschaft und der Städte, nach den Kreisen des Landes wieder in Unterabtheilungen gegliedert waren, so daß der Volkswitz mit Recht sagen durfte: der Landtag spiele Kämmerchen. In Mecklenburg war grade wie heutzutage die R e g i e r u n g einer Reform wohl zugeneigt; denn thatsächlich besaß sie zwar in einem Theile ihres Landes, dem Domanium, un-

unumschränkte Gewalt; aber dafür war sie in dem andern Theile gänzlich machtlos gegenüber der Ritter- und Landschaft, die deshalb von keiner Neuerung etwas hören wollte und beispielsweise jede Steuerreform verweigerte, weil die Abgaben ja vor 60 Jahren auf ewige Zeiten festgesetzt seien. In Oldenburg gab es trotz Artikel 13 der Bundesacte überhaupt keine Vertretung des Volkes, weil der Herzog meinte, man wolle lieber erst abwarten, wie die neue Einrichtung sich in andern Ländern bewähre. In Hannover hätte der Adel am liebsten die 14 verschiedenen Verfassungen wiederhergestellt, die vor der französischen Zeit bestanden; allein hier griff die Regierung entschieden durch, indem sie einen „Allgemeinen Landtag“ einberief, dessen Zusammensetzung freilich den gerechten Ansprüchen des Volkes durchaus nicht entsprach. Beispielsweise waren dem Adel 43, dem Bauernstande 3 Vertreter zugestanden. Kein Wunder daher, wenn die Versammlung so reactionär wie möglich war, die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen verweigerte, die Herstellung einer hannoverschen Münz- und Maaßeinheit verwarf und kaum die Einführung einer gleichmäßigen Besteuerung genehmigte. Es hat kein Interesse, auf die Verfassungen auch der übrigen norddeutschen Staaten einzugehen. Sie alle theilten mehr oder minder den vorsündflutlichen Character der eben geschilderten und entsprachen in keiner Weise den Forderungen des Liberalismus; sie alle knüpften an das mittelalterliche Ständewesen an und begünstigten den Adel und die Geistlichkeit vor dem Bürger und vollends vor dem Bauer; sie waren der grade Gegensatz zu dem, was die Zeit verlangte, zu dem sogenannten Repräsentativsystem, das jedem Staatsbürger, der eine bestimmte Steuerkraft aufzuweisen vermochte, das gleiche Wahlrecht und also den gleichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Landesvertretung geben wollte. Allein sie erfüllten doch wenigstens dem Buchstaben nach die Zusicherungen der Bundesacte. In dem größesten Staate, in Preußen, blieb jedoch auch dieser Buchstabe unerfüllt, obgleich ihm durch das feierliche Versprechen des Königs eine erhöhte Bedeutung zu Theil geworden war. Für Preußens innere Entwicklung wie für seine Stellung in Deutschland erwies sich dieser Mangel als ein schwerschädigender Uebelstand.

Die Verfassungsfrage in Preußen.

Beim Wiederbeginn des Kampfes gegen Napoleon hatte Friedrich Wilhelm III. von Wien aus am 22. Mai 1815 ein Gesetz erlassen, in dessen Einleitungsworten er versprach, der preußischen Nation als Pfand seines Vertrauens in schriftlicher Urkunde eine Verfassung zu geben. Als Grundzüge derselben wurden hingestellt, daß Provinzialstände überall da, wo sie existirten, erhalten, wo sie aber noch nicht existirten, eingeführt werden sollten. Aus den Provinzialständen solle ein[illegible] Landesrepräsentation in Berlin gewählt werden, deren Aufgabe es [illegible], berathend bei allen Gesetzen mitzuwirken, welche die persön[illegible] und die Eigenthumsverhältnisse der Staatsbürger beträfen. E[illegible]ntscheidendes Beschlußrecht war den Ständen also von vorn[illegible] nicht zugesagt und lag auch später niemals in der Absicht des K[illegible]. Ein Ausschuß unter dem Vorsitz des Staatskanzlers von

Hardenberg sollte am 1. September in Berlin zusammentreten, um den Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Diese königliche Zusicherung wurde in den nächsten Wochen in den verschiedenen Patenten, durch welche der Monarch von den ihm neu zugefallenen Landestheilen Besitz ergriff, feierlich wiederholt. Allein der 1. September kam heran, ohne daß die Commission zusammentrat. Freilich gab es dafür zunächst hinreichende Entschuldigung in der politischen Gesammtlage; denn noch war der zweite Pariser Friede nicht geschlossen, noch weilte der König selbst und mit ihm der Staatscanzler in Paris. Aber auch als beide in die Hauptstadt zurückgekehrt waren, hörte man nichts von dem Zusammentritte der verheißenen Commission, und bald genug trat es hell an den Tag, daß nicht in äußeren zwingenden Gründen, auch nicht in den inneren Schwierigkeiten der Verfassungsangelegenheit, sondern in der persönlichen Umstimmung des Königs der Anlaß dieser Verzögerung zu suchen sei. Es gab am Berliner Hofe eine sehr große und wohl organisirte Partei, die in der Verhütung einer Verfassung, in der Erhaltung der alten unumschränkten Regierungsform ihre Hauptaufgabe sah. An ihrer Spitze standen der Polizeiminister Wittgenstein, von dem man sagte, daß er dem Könige als Spucknapf seiner Launen diene, der Herzog Carl von Mecklenburg-Strelitz, der General von dem Knesebeck; Tauentzien, v. d. Goltz, Bülow, Schuckmann und eine lange Reihe anderer einflußreicher Männer schlossen sich ihnen an. Wie sie es anfingen, um den König von der Erfüllung seines Versprechens zurückzuhalten, ist mit voller Sicherheit nicht erkennbar; im Ganzen und Großen aber lassen sich die Gründe und die Mittel, deren sie sich bedienten, wohl herausfinden. Ihre erste Aufgabe mußte sein: Zeit zu gewinnen; es galt dem König begreiflich zu machen, daß es besser sei, mit der Berufung der Landstände noch zu warten. Preußen war soeben durch neue Provinzen vergrößert worden; zu den 5 Millionen, welche den Staat von 1814 bildeten, waren $5^1/_2$ Million neuer Unterthanen hinzugetreten, die, vor Kurzem noch zu mehr als hundert deutschen Territorien gehörig, bis dahin von den Gesetzen von neun verschiedenen Staaten regiert waren. Von ihren Vertretern durfte man schwerlich eine wirklich preußische Haltung erwarten. Sachsen, Posen und die Rheinlande murrten und schmollten; ihre Repräsentanten hätten in einem preußischen Landtage von vornherein eine gehässige Opposition gebildet, welche die innere Festigung des Staates in seinen neuen Grenzen ernstlich gefährden konnte. Dieser Grund, dem es nicht an sachlicher Kraft fehlte, mußte in den Augen des Königs einen Aufschub durchaus rechtfertigen. Damit aber war viel gewonnen. Denn aus denselben Gründen konnte man auch die Berufung polnischer, sächsischer, rheinischer und in weiterer Folge — um keine Provinz zurückzusetzen — aller Provinzialstände anrathen, und so lange diese ihre Thätigkeit nicht begonnen, ja ihre Gestaltung überhaupt noch nicht erhalten hatten, war man vor allgemeinen Ständen völlig sicher. Die Gewissensbedenken, welche der König über den Bruch seines Wortes empfand, wurden durch den Hinweis darauf beschwichtigt,

Die Gegner.

Verzögerung der Sache.

Bearbeitung des Königs.

daß die Wohlfahrt des Landes ein solches Verfahren erheische. Berichtet doch der Bischof Eylert, des Königs Vertrauter, in dessen Biographie: er habe gehandelt wie ein weiser Vater, der, gerührt von der anhänglichen Liebe seiner Kinder, an seinem Geburts- oder Genesungstage gefällig ist und auf ihre Wünsche eingeht, dann aber mit Ruhe dieselben modificirt und seine Autorität aufrecht erhält. Wenn er überzeugt wäre, so äußerte der König wohl, daß eine Verfassung zum wahren Besten des Landes gereiche, so würde er zu jeder Aufopferung bereit sein; so aber müsse er erst abwarten, ob sich die Sache in fremden Ländern bewähre. Und als ihm später die Erfahrung das Gegentheil zu beweisen schien, da machte er eben deshalb dem Staatskanzler die Verordnung von 1815 als argen Mißgriff zum schweren Vorwurf, weil er fühlte, daß sein Versprechen ihm eine Verpflichtung auferlege, und weil er die Einlösung dieses Versprechens doch für eine Schädigung des Landes hielt. Um aber in dem Könige die Ueberzeugung wach zu rufen, daß wirklich ein revolutionärer und preußenfeindlicher Geist in der Bevölkerung herrsche, dazu dienten zunächst die thatsächlichen Bezeugungen dieses Geistes, wie der Aufstand der sächsischen Soldaten zu Lüttich im Mai 1815, das Bewerfen der preußischen Wappenschilder, woran sich die naumburger Straßenjugend ergötzte, der ungewohnt freie kritische Ton, den das Hauptblatt der rheinischen Presse, der Rheinische Mercur, unter Görres' Leitung, anschlug. Die Rückschrittspartei war nicht müßig, diese und ähnliche Vorkommnisse auszubeuten. Was ihre Häupter im Privatgespräch mit dem Könige erörterten, das ließ man durch den Kaiser Alexander, dessen Revolutionsfurcht leicht rege zu machen war, mit größerem Gewicht wiederholen, das ließ man durch gewandte Federn, über die man verfügte, in vertraulichen Staatsschriften eingehend begründen und dem Könige mundgerecht machen. Schon im März und April 1815 waren ein paar solcher Abhandlungen dem Staatscanzler überreicht worden, um das Versprechen einer Verfassung zu hintertreiben. Da der König trotzdem das Mai-Edict genehmigte, wandte sich der Hofrath Janke im August, ohne Zweifel in höherem Auftrage, direct an den Monarchen mit allerlei Angebereien, die den gefährlichen Geist, der in Deutschland herrsche, beweisen sollten, und seine Erörterungen wurden dann wiederum durch eine lange Abhandlung unterstützt, mittelst deren man den König im November über die geheimen politischen Verbindungen zu belehren oder zu beunruhigen suchte. Denn diese geheimen Verbindungen mußten den Hauptstoff zu den Verdächtigungen liefern, und unter ihnen wieder vorzugsweise der Tugendbund, der bekanntlich zur Zeit der Fremdherrschaft ein sehr unschuldiges Dasein geführt hatte und dem nunmehr nachgesagt [illegible]e, daß er die gefährlichen Ideen, die in der Zeit der Noth in [illegible] aufgekommen seien, nähre, und ihnen durch die angesehene [illegible]ung seiner Mitglieder, unter denen sich Generale und Diplomaten [illegible]den, erst Kraft und Ansehn gebe. Während der König selbst [illegible] solche Weise mit diesen Gedankenkreisen vertraut gemacht war,

Das Schreckmittel der Geheimbünde.

begann die Partei in sehr geschickter Art sie ihm auch durch die Presse nahe legen zu lassen. Der Hofrath Schmalz, ein Schwager des edlen Scharnhorst, mußte dieselben Ideen in einem Schriftchen verarbeiten, das im September 1815 erschien. Daß sich dagegen ein gewaltiger Sturm erhob und eine Flut von Antworten die erhobenen Anschuldigungen zurückwies, war den Parteiinteressen nur förderlich. Denn grade das war dem Könige, der sich nicht gern „geniren" und beunruhigen ließ, höchst verdrießlich, während seinem prosaischen Gemüthe nichts mehr zusagte, als die Behauptung, zu welcher Schmalz sich verstiegen hatte, daß ein begeisterter Aufschwung des Volkes sich 1813 mit Nichten gezeigt, daß vielmehr die Nation sich nur aus Gehorsam für ihren König erhoben habe, so wie man bei einer Feuersbrunst aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen herbeieile. Als nun die gründliche Verarbeitung, welche dem Schmalz'schen Machwerke in Zeitungsaufsätzen und Gegenschriften zu Theil wurde, der allgemeinen Entrüstung den kräftigsten Ausdruck verlieh, da war es wiederum nicht schwer, den König zu einem Einschreiten zu bewegen, theils um dem ungerecht leidenden Verfechter königstreuer Ideen eine Genugthuung zu bereiten, theils um das unbehagliche Gezänk zur Ruhe zu bringen. Es war ein großer Sieg, den die Rückschrittspartei erfocht, als der König dem Streit in der Presse durch eine Verordnung Stillschweigen gebot; ein noch größerer, als er dem Angeber zur Belohnung einen Orden verlieh. Zu diesem verfänglichen Schritte hätte es niemals kommen können, wenn Hardenberg, hinter dessen Rücken derselbe geschah, beim Könige die Stellung eingenommen hätte, die ihm zukam. Aber dieser Staatsmann, an dessen liberalen Grundsätzen man nicht zweifeln konnte, liebte sein Amt doch noch viel mehr, als seine Grundsätze. Die Schwächen des Alters klopften bei ihm vernehmlich an; seine Schwerhörigkeit nahm so zu, daß sie ihn sehr in den Geschäften behinderte; trotzdem wollte er Alles selbst besorgen und verzögerte dadurch oft die wichtigsten Dinge. Rathgeber und Gehülfen konnte er ja schlechterdings nicht entbehren; aber er suchte sie möglichst in solchen Kreisen, aus denen ihm keine Nebenbuhler erstehen konnten. Männer von Rang und Talent, wie Wilhelm von Humboldt, wünschte er sich und dem Könige möglichst fern zu halten, damit sie ihm nicht über Nacht zu Nachfolgern erwüchsen. Um ihn sammelte sich eine Schaar von talentvollen, aber durch ihren Character keineswegs ausgezeichneten Günstlingen, denen er einen bedenklichen Einfluß einzuräumen sich gewöhnte. Dem Könige kräftig entgegen zu treten, wagte er nicht, weil er sich sein Amt bis an seinen Tod zu erhalten wünschte. Mochte Gneisenau ihn auf das Lebhafteste antreiben, gegen die Auszeichnung, die Schmalz zu Theil wurde, aufzutreten, mochte Blücher ungeberdig mit Hundsföttern um sich werfen, der Staatscanzler schwieg still und ließ sich die Ohrfeige gefallen. Aber die öffentliche Meinung, soweit sie überhaupt sich aussprach, war nicht so geduldig, und ein ingrimmiger Haß gegen Schmalz und Genossen griff Platz.

Die Schmalz'sche Schrift.

Hardenbergs Schwäche.

Nun auf, ihr Burschen, frei und schnell, sang Follen,
Ihr Brüder du und du!
Noch bellt der Kamptz- und Schmalz-Gesell,
Der Bel- und Kotzebue.

Zum Unglück für die liberalen Ideen war es leider vorzugsweise die Jugend, welche sie treu und ausharrend pflegte, während die erwachsenen Vorkämpfer entweder allein standen, oder eigensinnig absonderliche Ideale verfolgten, oder auch von dem jugendlich unreifen Tone sich anstecken ließen, ja ihn vielfach nährten. Männer wie Humboldt, Vincke, Schön und Andre, die vereinigt Großes hätten erreichen und dem Staatscanzler einen festen Rückhalt bieten können, standen entweder zu diesem in einem lauen, ja widrigen persönlichen Verhältniß, oder sie waren in den Provinzen zerstreut. Männer wie Stein, Stägemann, Niebuhr, Gneisenau verfochten zum Theil überwundene und unmögliche Ideen, wie die Bevorrechtung des Adels, die Herstellung eines Patriciates in den Städten, die selbständige Verwaltung der Provinzen und Aehnliches. Endlich war da die dritte Classe, Männer, die im engsten Verkehr mit der rührigen Jugend standen, aber auch am meisten in deren unreife Begeisterung verstrickt waren. Der ausgeprägteste Character unter diesen Leuten war der Turnvater Jahn, den Arndt wohlwollend einen gereinigten Eulenspiegel, Stein aber einen fratzenhaften, dünkelvollen Narren schalt. Dafür pries der deutsche Student um so begeisterter den Mann, „der für des Volks urheil'ge Rechte auf der Freiheit Rennlaufsbahn“ voranschreite und die Jugend hinausführe in die frische freie Luft, wo der Sinn für das öffentliche Leben und seine Aufrichtigkeit gedeihe. Seine verrücktesten Ideen fanden den lautesten Beifall. Sein wüster Franzosenhaß weckte das kräftigste Echo in den Kämpfern der Freiheitskriege. Bezeichnend war sein Vorschlag, an der Grenze gegen Frankreich einen wilden Wald, eine Hamme, wie er es nannte, mit Auerochsen, reißenden Bestien und Grenzwächtern anzulegen und so jeden Verkehr mit den welschen Nachbarn abzuschneiden. Ein urdeutsches Volksthum sollte wieder hergestellt werden; mit schwärmerischer Verehrung sprach man von den Teutonen und Cheruskern; der freie Burschenton sollte die Herrleinsitten verdrängen, „Wanderart und Turnerfahrt die Stubenwacht und Ofenpacht, so die Herzen weich gemacht.“ Ihren Mittelpunct fand diese reformatorische Bewegung, die sich äußerlich in schwarzsammtnen Schnürenröcken und schwarz-roth-goldenen Pfeifentroddeln kund gab, in der allgemeinen deutschen Burschenschaft. Schon 1810 hatte Fichte bei der Gründung der Universität Berlin die dortigen Studenten mit Hardenbergs Vorwissen zu einer solchen Burschenschaft zu vereinigen gesucht, um das rohe Treiben der Landsmannschaften, welches in jener Zeit die meisten Hochschulen beherrschte, von vorn herein auszuschließen. Aehnliche Versuche waren in den nächsten Jahren auch in Gießen gemacht worden und nicht ganz ohne Erfolg. Wirklich entscheidend aber wurde der Vorgang Jenas, wo die Burschenschaft sich am 12. Juni 1815 begründet und von wo sich ihr Gedanke über eine große Anzahl anderer

Die Deutschthümelei.

Die Burschenschaft.

Universitäten verbreitete. Eine unmittelbare politische Wirksamkeit beabsichtigte sie übrigens in diesen ersten Jahren noch nicht; diese Bestrebungen gehören erst der Zeit nach 1817 an; aber der Wunsch, das nationale Leben in der deutschen Jugend zu wecken, das aufreizende Treiben, das unerläßlich damit verbunden war, der jugendliche Leichtsinn, der unbesonnen mit kecken und verfänglichen Worten um sich warf, machten die Burschenschaft von vorn herein für die Rückschrittler zu einem Gegenstande sorgfältiger Beobachtung und zu einem Popanz, den geschickt zu verwerthen man nicht unterlassen dürfe.

Unsicheres Schwanken in Berlin.

Denn allerdings war damit, daß die Verfassungscommission, welche am 1. Sept. 1815 hatte zusammentreten sollen, noch immer nicht existirte, das Spiel der Reactionäre noch keineswegs gewonnen. Friedrich Wilhelm hatte sich überzeugen lassen, daß er die Ertheilung einer Constitution noch verschieben müsse, aber an sein Versprechen hielt er sich nichtsdestoweniger innerlich so sehr gebunden, daß er noch 1818 auf dem Congreß zu Aachen äußerte, wenn er die Verfassung verliehen habe, dann könne er ruhig sterben. Auch verübelte ihm die öffentliche Meinung das bisherige Zögern nicht in allzu hohem Maße. Entschieden liberale Blätter, wie Ludens Nemesis, bezeichneten ihn noch 1816 als „einen der edelsten, hochgesinnten, vortrefflichen Monarchen, der kein andres Ziel kenne als das Glück seines Volkes". Die offene Begünstigung von Schmalz, die Unterdrückung des Rheinischen Mercurs, der im Januar 1816 aufhören mußte zu erscheinen, der öffentliche Tadel, welcher dabei dem Ober-Präsidenten der Rheinprovinz wegen der „bisher gestatteten Freiheiten" ertheilt wurde, die Versetzung desselben nach Pommern, die Aufhebung des Tugendbundes, änderten allerdings dies Urtheil vielfach und es mehrten sich die Klagen über die steigende Reaction. Allein neben diesen bedenklichen Zeichen fehlten doch auch andrerseits die Spuren nicht, daß die liberale Strömung den Kampf unverdrossen fortsetze. Einen großen Triumph feierte sie besonders, als am 20. Mai 1817 der Staatsrath eröffnet und in dessen Schooß alsbald ein Ausschuß von 22 Mitgliedern für die Verfassungsangelegenheit gebildet wurde. Freilich hielt dieser in der ersten Session des Staatsrathes, die bis in den Juli 1817 dauerte, nur eine Sitzung, deren Ergebniß war, daß auf des Königs Wunsch drei Commissarien (Altenstein, Beyme und Klewitz), in die einzelnen Provinzen geschickt wurden, um dort aus dem Studium der früheren Verfassungen und aus der Berathung mit angesehenen Einwohnern Stoff für weitere Beschlüsse in der nächsten Sitzungsperiode des Staatsraths, die für gewöhnlich vom 1. Sept. bis zum letzten Mai lief, zu sammeln. Immerhin war das aber ein beträchtlicher Fortschritt und die Hoffnungen der Verfassungsfreunde, die durch Adressen an den König und an den Bundestag ihre Sache noch schneller zu fördern dachten, stiegen sehr. Das meiste Vertrauen setzten sie auf Wilh. von Humboldt, der, wie man hörte, im Staatsrath als Führer der Opposition sich geltend gemacht und durch eine energische Bekämpfung neuer Steuerpläne den bisherigen Finanzmi-

Der Staatsrath.

Wilhelm von Humboldt.

nister von Bülow gestürzt hatte. Man sprach schon davon, daß Hardenbergs Tage gezählt seien und Humboldt ihn ersetzen werde. Aber diese Gefahr, wenn sie bestand, wußte der Staatscanzler geschickt zu beseitigen; einmal dadurch, daß er Humboldt als Gesandten nach London schickte, und zweitens durch ein verstärktes Liebäugeln mit liberalen Ideen, das seinen Gipfelpunct in einer preußischen Erklärung am Bundestag (5. Febr. 1818) erreichte, worin die bisherige Verzögerung der Verfassung entschuldigt und für ihrem Ende nahe erklärt wurde; die Provinzialstände, so hieß es, würden bald ins Leben treten, die Gesammtverfassung ihnen folgen; übers Jahr denke die Regierung dem Bundestage weitere Mittheilungen machen zu können.

Erklärung am Bundestage.

Je mehr die Rückschrittspartei durch diesen Gang der Dinge an Boden verlor, desto eifriger arbeitete man von Wien und Petersburg aus sie zu stützen und fand dabei leider die besten Bundesgenossen in den allzuglühenden Vorkämpfern der liberalen Sache in der Presse und der öffentlichen Meinung. Zwei Ereignisse, die studentische Wartburgfeier vom 18. Oct. 1817, und die rheinische Adreßdeputation vom 18. Jan. 1818, dienten ihren Plänen, das eine, indem es von ihnen geschickt ausgebeutet wurde, das andre, indem es den König unmittelbar verletzte. Die Burschenschaft hatte in den zwei Jahren, die sie nunmehr bestand, kräftige Wurzeln auf den Hochschulen geschlagen; es schien jetzt an der Zeit sie auch äußerlich in ihren einzelnen Zweigen zusammenzufassen, und so wurde auf den 18. Oct. 1817 eine große Versammlung nach der Wartburg ausgeschrieben, um dort „das dreifache Fest der Reformation, des Sieges bei Leipzig und der ersten freudigen und freundschaftlichen Zusammenkunft deutscher Burschen" zu begehen. Die städtischen Behörden von Eisenach, die Geistlichkeit, einige jenenser Professoren nahmen Theil; an alle protestantischen Universitäten ergingen die Ausschreiben; von allen bis auf vier erschienen Abgesandte; doch war die große Mehrzahl der 500 Theilnehmer natürlich von Jena herbeigekommen. Das Fest hatte einen ernsten religiösen Anstrich; es fehlte nicht zum Beginn und Schluß der feierlichen Versammlung im Rittersaale der Burg der Choralgesang und der apostolische Segen; auch eine Abendmahlsfeier, an der sich über 200 Studenten betheiligten, fand am zweiten Tage statt. Die Reden hatten einen ernsten, schwungvollen, aber vorwiegend unpolitischen Character; und wenn ja von dem Einen geklagt wurde, daß so viel schöne Hoffnungen vereitelt seien; wenn ein Andrer trauernd ausrief, daß nur ein Fürst fürstlich sein Wort gelöst und eine Verfassung ertheilt habe, so mahnten andre Stimmen, besonders der treffliche Professor Oken, von Selbstüberhebung ab, denn es ge[illegible] dem Burschen nicht zu bereden, was im Staate geschehen solle [illegible] nicht, andre riefen auf zu frischer Hoffnung und Vertrauen in [illegible] deutsche Zukunft. Schon war das eigentliche Fest zu Ende und [illegible] practischer Ertrag der Beschluß, eine allgemeine deutsche Burschen[illegible] ins Leben zu rufen; auf den Höhen des Wartenberges, der [illegible]burg gegenüber, brannten im abendlichen Dunkel, wie rings

Das Wartburgfest.

heiligen Allianz und bezeichneten den Beitritt Frankreichs als den Schlußstein des Friedenswerkes und die Ergänzung ihres politischen Systemes, dessen Bestand sie verbürge. Künftige Congresse sollten dann statt finden, wenn die eigenen Interessen der fünf Mächte oder der Aufruf eines andern Staates sie erforderten.

Verabredungen gegen den Liberalismus.

Allein dies war nur die eine Seite des Congresses, die andere Seite war die Verabredung eines Feldzuges gegen den Liberalismus in ganz Europa. Mit diesem Plane war Metternich nach Aachen gekommen und Alles half ihm den Kaiser Alexander dafür zu gewinnen. Da kamen aus Polen Nachrichten, die den Selbstherrscher mißstimmten; da fielen die Wahlen in Frankreich unerhört liberal aus und brachten alte Republicaner wie Manuel und Lafayette in die Kammer; da wurde die Verschwörung einiger Belgier entdeckt, die Alexander auf der Durchreise durch ihr Land zur Anerkennung Napoleons II. zwingen wollten; da lief endlich die Anklageschrift ein, welche ein junger wallachischer Bojar Stourdza gegen den revolutionären Geist des deutschen Volkes geschmiedet hatte, und die, gleichzeitig in verschiedenen Sprachen zu Paris erschienen, nun von Alexander eigenhändig vertheilt wurde. Als die traurigste Seite der deutschen Zustände hatte Stourdza darin die Lage der öffentlichen Erziehung geschildert. Die Universitäten würden von manchen Regierungen nur als Finanzspeculation betrachtet, um Geld ins Land zu ziehen; die Professoren sähen bei ihrem Unterricht nur auf Honorar und Popularität; die Studenten hätten sich in der Burschenschaft eine aufrührerische Verbindung geschaffen, für deren Absichten das Wartburgfest und einige Schlägereien in Göttingen den Beweis lieferten.

Stourdzas Schrift.

Die Burschenschaft.

In der That hatte die Burschenschaft inzwischen einen ausgeprägteren Character angenommen. Schon im Sommer 1817 hatte sich in Gießen ein besonderer Zweig gebildet, die Unbedingten, deren Ziel eine Verfassung war, die Follen ausgearbeitet hatte, laut deren die Fürsten nur die ersten und zwar gewählten Beamten des Staates sein, über den einzelnen deutschen Landtagen aber ein gemeinsamer Reichstag stehen sollte, der den König zu wählen habe. Die Gemeinschaft unter den Burschenschaften der einzelnen Universitäten war im Laufe des Jahres inniger geworden, und zu derselben Zeit, wo die Monarchen in Aachen tagten, beriethen die Vertreter von 14 deutschen Hochschulen zu Jena die Bundesurkunde, die vom 18. Oct. 1818 datirt ist. Als Grundsätze des Verbandes wurden aufgestellt: Einheit, Freiheit und Gleichheit aller Burschen unter einander, und christlich-deutsche Ausbildung jeder geistigen und leiblichen Kraft im Dienste des Vaterlandes. Jährlich sollten Versammlungen von Abgeordneten, s. g. Burschentage, statt finden; eine allgemeine Gastfreundschaft sollte gegenseitig geübt werden — auf die Dauer von drei Tagen, wie man später aus guten Gründen beifügte. Jede einzelne Burschenschaft durfte sich selbst in ihrer Weise einrichten. Meist theilten sie sich in Classen von je 10 Mitgliedern, die einen Ausschußmann wählten; der Vorstand blieb ein halbes Jahr im Amte; sein Sprecher wechselte allmonatlich. Gemeinsame Losung aller Burschen-

schaften war: Ehre, Freiheit, Vaterland; die leipziger stellte dem noch Gott voran. Sie genoß jährlich einmal insgesammt das heilige Abendmahl. Ihre Versammlungen eröffnete das Lied: Sind wir vereint zur guten Stunde. Alle Einrichtungen und Gebräuche zeigten neben ihrem jugendlichen Frohsinn und Uebermuth doch auch ein ernstes sittliches und patriotisches Streben. Doch war der Character der Verbindung deshalb noch keineswegs ein politischer. Als nach dem Wartburgfeste im Kreise der Jenenser der Antrag gestellt wurde, ein politisches Glaubensbekenntniß zu veröffentlichen, wurde dasselbe vielmehr deshalb verworfen, weil die Burschenschaft als solche sich mit politischen Fragen nicht zu befassen habe. Vollends von wirklich revolutionärem Geiste, von geheimnißvollem Verschwörerthum war immer noch wenig oder Nichts in der Burschenschaft vorhanden. Dennoch machte Stourdza's Schrift auf die Fürsten und Minister einen tiefen Eindruck und führte zu dem Entschlusse, die Zustände der deutschen Universitäten im nächsten Jahre auf einer Conferenz deutscher Staatsmänner zu berathen. In der deutschen Jugend aber rief sie eine unglaubliche Erbitterung hervor, die sich nicht auf den walachischen Bojaren allein, sondern auf alle seine Gesinnungsgenossen erstreckte. Stourdza selbst war auf eine sehr lächerliche Weise vom Schauplatz abgetreten. Er lebte in Weimar. Dorthin sandten ihm zwei jenenser Studenten, die Grafen Bochholz und Keller, eine Forderung auf Pistolen. Persönlich feige entfloh Stourdza nach Dresden und erklärte von dort dem Senat in Jena, er habe seine Schrift auf Alexanders Befehl gedacht, geschrieben und ausgeführt, und könne deshalb für dieselbe keine Genugthuung geben. Mit treffendem Hohne hatten die Herausforderer diesen Grund für genügend erklärt; denn eine „Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine" könne allerdings keine Genugthuung gewähren. Aber das helle Hohngelächter, in welches die deutsche Jugend darüber ausbrach, wich sehr bald wieder einem Sturm der Entrüstung. Längst schon war Kotzebue, der als russischer Staatsrath in Weimar lebte und in seinem „politischen Wochenblatte" die liberalen Ideen bekämpfte und begeiferte, ein Gegenstand des allgemeinen Abscheues, der sich auch durch Fenstereinwerfen und ähnliche Zeichen schon öfter kundgegeben hatte. Da gerieth durch einen Zufall einer der Polizeiberichte, die er für gute Bezahlung nach Petersburg schickte, in die Hände des Professors Luden, der ihn alsbald in seiner Nemesis, einer der tüchtigsten liberalen Zeitschriften, abdrucken ließ. Der Zorn, welchen dieses schmähliche Actenstück in Aller Herzen wach rief, steigerte sich bei einem Burschenschafter, einem der „Unbedingten" zu einem furchtbaren Racheschwur. Carl Sand aus Wunsiedel im Fichtelgebirge, nach den meisten Berichten eine sinnige schwärmerische Natur, ohne besondere Geistesgaben, ent[schloß] sich, den Verräther des deutschen Volkes zu ermorden. Kotzebue [hatte] seinen Wohnsitz in Folge der letzten Vorgänge von Weimar [nach] Mannheim verlegt. Dorthin folgte ihm um die Mitte des März [San]d. Am 23. März um 11 Uhr, eine Stunde nach seiner An[kunf]t, ging er zu ihm. Er wurde auf den Abend wieder bestellt.

Zorn über Stourdza.

Kotzebue's Ermordung.

Zwischen 4 und 5 Uhr vorgelassen, zog er nach den ersten Begrüßungsworten einen verborgenen Dolch hervor und durchbohrte den Ahnungslosen mit dem Rufe: Hier, du Verräther des Vaterlandes! Dann stürzte er auf die Straße, kniete nieder, brachte laut dem Vaterland ein Hoch und Gott seinen „Dank für diesen Sieg", und fügte zu dem ersten Dolchstoß, den er sich schon im Hause gegeben, einen zweiten. Aber keiner war tödlich; im Gefängniß genas er; eine lange Untersuchungshaft verlängerte sein Leben; erst 5/4 Jahr später, am 20. Mai 1820, ward er in Mannheim enthauptet.

Folgen der That.

Der Eindruck des Ereignisses war ein gleich gewaltiger in allen Kreisen. Gereifte Männer von liberaler Gesinnung bedauerten die That und bedauerten den Thäter. Der berühmte berliner Theologe de Wette schrieb einen Trostbrief an die unglückliche Mutter Sands; Görres meinte, ganz Deutschland mißbillige die Handlung und billige die Motive; Jahn freilich stellte sie lobpreisend der Ermordung Cäsars und Geßlers gleich. Und in der aufgeregten Jugend war allerdings wohl die Bewunderung für Sand größer als die Erkenntniß der sittlichen und politischen Verwerflichkeit seiner That. Ließ sich doch ein nassauer Apothekerlehrling, Namens Löhning, durch sie zur Nachahmung verleiten, indem er am 1. Juli 1819 in Schwalbach einen Mordversuch auf den Staatsrath von Ibell machte, der glücklicher Weise fehl schlug. Löhning nahm sich selbst im Gefängniß das Leben. Aber dieser zweite Frevel steigerte natürlich die Wuth der Reaction aufs Höchste und gab zugleich der Verdächtigung einige Wahrscheinlichkeit, daß man es nicht mit den Verirrungen Einzelner, sondern mit einer Verschwörung Vieler zu thun habe. In Folge dessen wurden alsbald ausgedehnte Untersuchungen eingeleitet; de Wette wurde um seines Briefes willen abgesetzt, auf die Papiere Arndts und der beiden Welcker, die in Bonn Professoren waren, Beschlag gelegt, Jahn, Follen und Andere in Haft genommen, selbst Vertraute Hardenbergs, wie Varnhagen von Ense, in Untersuchung gezogen. Görres entkam der Festung nur durch eilige Flucht nach Straßburg. In Hessen, Mecklenburg, Würtemberg und andern Staaten fanden ähnliche polizeiliche Maßregelungen statt; es war ersichtlich, daß viele Regierungen jetzt endlich den Augenblick gekommen glaubten, um die wachsende Aufregung, die sie schon längst mit Unbehagen beobachtet, mit einem starken Schlage zu unterdrücken. Niemandem konnte das erwünschter sein als Metternich. In seinen Augen waren freilich die Studenten und Professoren wohl kaum die schlimmsten Uebelthäter; er zielte vor Allem auf die freisinnigen Regierungen und die constitutionellen Verfassungen. Der Bundestag, von dem die Nation so wenig merkte und jedenfalls nichts Rühmliches zu erzählen wußte, war ihm doch immer noch viel zu liberal und zu selbständig. Wenn er den einen oder den andern ihm mißliebigen Gesandten, wie z. B. Gagern, glücklich zu beseitigen im Stande gewesen war, so erlebte er dafür den Aerger, daß andre eintraten, welche die Opposition verstärkten. Nicht allein der würtembergische Gesandte von Wangenheim, der als das Haupt derselben gelten konnte, sondern auch der bairische

Der Schwalbacher Mordversuch.

Politische Verfolgungen.

Metternichs Eingreifen.

von Aretin, die beiden Hessen Lepel und Harnier, dazu Plessen, Smidt und einige minder entschiedene waren dem östreichischen Minister aufs Aeußerste verhaßt. Daß man es wagte, den Artikel 13 in Erinnerung zu bringen, wie Plessen das im December 1817 gethan hatte, erbitterte ihn sehr. Sein lebhafter Wunsch war deshalb, den Bundestag zu demüthigen und dadurch zugleich die feindlichen Regierungen zu treffen. Ohne Preußens Zustimmung konnte das selbstverständlich nicht gelingen; aber Hand in Hand mit diesem war die Aufgabe nicht schwer. Denn bei manchen Regierungen, die es zu bekämpfen galt, ließ sich voraussetzen, daß sie dem leisesten Druck von außen mit Vergnügen nachgeben würden. Der König von Baiern z. B. hatte seine neue Verfassung so schnell satt bekommen, daß er schon im März 1819 ernstlich in Erwägung zog, ob er sie nicht durch einen Staatsstreich wieder aufheben solle, und der König von Würtemberg lag mit seinen Ständen noch immer so bitter im Streit, daß er, die eigentliche Seele der mittelstaatlichen Opposition, schon einige Monate früher eine authentische Erklärung des Artikels 13 beantragt hatte, um dieselbe als Waffe gegen seine Volksvertreter zu schwingen.

Die Carlsbader Conferenzen.

Metternich begab sich also Ende Juli 1819 nach Teplitz, wo der König von Preußen und sein Staatscanzler die Cur gebrauchten, und verabredete mit ihnen eine preußisch-östreichische Einladung zu Ministerconferenzen der Mittelstaaten. Im Laufe des August fanden dieselben in Carlsbad Statt. Nachdem die Opposition, die sich hier trotz Allem geltend machte, eingeschüchtert war, vereinigte man sich zu den berüchtigten Carlsbader Beschlüssen. So weit diese den Bundestag treffen sollten, kamen sie nicht über ein Zukunftsprogramm hinaus: sie bestimmten, daß eine Erläuterung des Artikels 13 im Sinne des monarchischen Princips stattfinden und daß eine Bundesexecutionsordnung schleunigst entworfen werden solle. Mit ganz festen Vorschlägen wandten sie sich aber gegen die Universitäten, gegen die Presse und gegen die sog. demagogischen Umtriebe. Die Burschenschaft und die Turnvereine sollten aufgehoben, an allen Universitäten Regierungsbeamte, sog. Curatoren, eingesetzt werden, deren Amt es war, Professoren und Studenten streng zu überwachen. Für alle Zeitschriften und für Bücher über 20 Bogen wurde die Censur gefordert und zur Untersuchung der geheimbündlerischen Umtriebe eine Centralcommission für ganz Deutschland vorgeschlagen, zu deren Sitz Mainz ausersehen war. Zu ihrer Gültigkeit bedurften diese Beschlüsse noch der Zustimmung des Bundestages. Metternich machte sich deshalb sogleich daran, die einzelnen Regierungen gründlich zu bearbeiten. Eine Note vom August 1819 schilderte den deutschen Höfen die Furchtbarkeit der italienischen Carbonaria und behauptete, die deutschen ...wörer ständen mit derselben in Verbindung; besonders in ...zen hätten sie eine weite Verbreitung, und der Beamtenstand ...t fast ganz revolutionär. Mit diesen Schreckmitteln noch nicht ...den, sorgte Metternich dann weiter dafür, daß in Frankfurt die ... mit größter Hast erledigt wurde. Graf Buol wußte es durch...n, daß schon vier Tage nach dem Eingang der Carlsbader

Die Carlsbader Beschlüsse am Bundestag.

Beschlüsse, am 20. September, ohne jede Debatte und ohne Instructionseinholung die Genehmigung derselben erfolgte. Der Widerspruch einzelner Gesandten wurde aus dem veröffentlichten Protocoll gestrichen und die unwahre Behauptung aufgenommen, die Bestätigung sei einstimmig geschehen. Die Opposition, Wangenheim an der Spitze, hatte nicht den Muth, dagegen Einspruch zu erheben.

Die mittelstaatliche Opposition.

Gegen die Gefahren, welche der Selbständigkeit der Mittelstaaten von den weiter in Aussicht genommenen Beschlüssen drohten, suchte der König von Würtemberg auf doppelte Weise sich zu schützen. Am 26. September bestätigte er die mit den Ständen vereinbarte Verfassung und führte sein Land dadurch in die Reihe der constitutionellen Staaten ein. Dann reiste er sofort nach Warschau, um den Beistand seines Schwagers, des Kaisers Alexander, anzurufen. Wirklich gelang es ihm, diesen, der Metternichs wachsende Macht scheute, zu offenem Eintreten gegen dessen fernere Pläne zu bewegen, so daß Hardenberg in bittere Klagen darüber ausbrach, daß Rußland sich bemühe, das offenbare Uebergewicht Oestreichs in Deutschland zurückzudrängen.

Die Wiener Conferenzen.

Gestützt auf diesen Rückhalt, über den Briefe Alexanders und eine russische Erklärung am Bundestage genügendes Licht verbreiteten, wagten die süddeutschen Staaten eine lebhafte Opposition, als Metternich auf den Wiener Conferenzen, an denen sämmtliche Bundesstaaten betheiligt waren, eine Revision der Bundesverfassung ins Werk setzte. Preußen stand mit vollendeter Gleichgültigkeit gegen die Folgen getreu zu Oestreich und verschaffte dadurch den Mittelstaaten die dankbare Rolle als Vorkämpfer der Freiheit und der Unabhängigkeit Deutschlands auftreten zu können. Es festigte sich hier in Wien jene Idee des „reinen" Deutschland im Gegensatze zu den beiden Großstaaten, die in den folgenden Jahren den einzigen Schutz gegen die Uebergriffe der despotischen Wiener Staatskunst bildete. Zugleich aber wurden dadurch die Mittelstaaten nicht wenig in ihrem Selbstdünkel und in ihrer Selbstgenügsamkeit bestärkt und dem russischen [illegible] Einfluß, dessen Beistand ihre thatsächliche Ohnmacht doch nicht entbehr[illegible]en konnte, Thür und Thor geöffnet.

Die Wiener Schluß-Acte.

Mit dem Ergebniß der Wien[illegible]er Conferenzen konnten sie im Ganzen recht wohl zufrieden sein; es wu[illegible]rde zusammengefaßt in der „Wiener Schluß-Acte" vom 15. Mai 1820, die am 8. Juni vom Bundestage bestätigt und der Bundesacte [illegible] vom 8. Juni 1815 gleichgestellt wurde. Die wesentlichsten Bestimmung[illegible]en derselben enthielten allerdings eine Schwächung des Bundestages, [illegible] wie Metternich sie gewünscht, aber zugleich eine erhöhte Unabhängigkeit [illegible]e der Einzelstaaten. Die völlige Gleichberechtigung aller Bundesgli[illegible]eder wurde aufs schärffste betont und unbedingte Einstimmigkeit für alle [illegible] organischen Gesetze erfordert. Als Norm für die Verfassungen der E[illegible]einzelstaaten wurde beliebt, daß sie die volle Souveränität des Landesfü[illegible]rsten nicht antasten und die Erfüllung der Bundespflichten nicht beeir[illegible]trächtigen dürften; zwei ziemlich nichtssagende Bestimmungen, die [illegible] so auch eine practische Folge nicht hatten.

Die Mainzer Commission.

Die Carlsbader Beschlüsse aber zeigten ihre verderbliche [illegible] Wirkung in tausendfacher Gestalt: in der Lähmung der Universitäten, [illegible] b, in der

Fesselung der wissenschaftlichen Literatur, in der Zerstörung des Lebens-
glückes zahlloser Jünglinge. Die Mainzer Untersuchungscommission
fand sich freilich in der Lösung ihrer Aufgabe durch die Souveränitäts-
bedenken der einzelnen Fürsten vielfach gehemmt und konnte ihren
unermüdlichen Eifer nicht so, wie sie wohl gewünscht, in Thaten um-
setzen. Sie war von Metternich nicht allein deshalb ausgedacht, um
durch Centralisation der Untersuchung eine größere Kraft zu geben,
sondern auch, um den Einzelregierungen und besonders auch dem
Fürsten Hardenberg, dessen Eifer für die gute Sache er trotz aller
Betheuerungen nicht recht traute, die Untersuchungen aus der Hand
zu nehmen. Sehr empfindlich war es daher, daß nicht blos andere
Cabinette sich widerspenstig zeigten und z. B. der bairische Justiz-
minister den Gerichtsbehörden gradezu verbot, einer mainzer Ladung
zu genügen, da nach der Constitution Niemand seinem ordentlichen
Richter entzogen werden dürfe, sondern daß auch der König von
Preußen die Ueberweisung der preußischen Angeklagten nach Mainz nicht
genehmigte und nur die Acten dorthin abgehen ließ, ein Verhältniß,
das auch dann sich nicht änderte, als Oestreich den Vorsitz in der
Mainzer Commission an Preußen abtrat. Für die unglücklichen Opfer der
Demagogenverfolgung war damit freilich nicht viel gewonnen, wenigstens
in Preußen nicht. Was die Mainzer Commission nicht thun konnte,
das thaten die Behörden der Einzelstaaten, zum Theil unter völliger
Mißachtung der gerichtlichen Urtheile. So war der Turnvater Jahn
beispielsweise längst vom berliner Kammergerichte freigesprochen und
wurde doch trotz aller Eingaben seiner Frau noch gefangen gehalten
und endlich durch willkürlichen Cabinetsbefehl nach Colberg verwiesen.
Andern ging es ähnlich. Zu einem Todesurtheile, das wohl Mancher
gern gefällt hätte, fand sich freilich keine Möglichkeit; auch die ge-
waltige Verschwörung, der man so gern auf die Spur kommen wollte,
wurde nicht entdeckt. Daß Sand keine eigentlichen Mitschuldigen
gehabt, mußte der preußische Minister des Auswärtigen, Graf Bern-
storff, schon im September 1819 zugestehen; aber er fabelte doch
noch mit vieler Salbung von einer Partei, die in Deutschland die
eine und untheilbare Republik herstellen wolle, deren Mitglieder sich
unterstützten, ohne sich persönlich zu kennen und sich verständen, ohne
sich ausgesprochen zu haben. Aber selbst auf dieser dehnbaren Grund-
lage und trotz der Berge von Acten, die man in Berlin und Mainz
aufhäufte, konnte man kein Resultat ans Licht fördern, das sich der
Welt hätte mittheilen lassen; die Mainzer Protocolle blieben ein
Geheimniß; aber unzählige deutsche Jünglinge mußten im Gefängniß
schmachten, weil sie patriotische Lieder gesungen und schwarz-roth-goldene
ichen getragen; zahlreiche verdiente Männer wurden ihrem Wir-
skreise entrissen und in ihrer ganzen Lebensstellung ruinirt, weil
n vertraulichen Briefen sich unwillig über das reactionäre Treiben
ßert. Wenn ein Tertianer den Teufel gemalt hatte, der einen
g als guten Bissen verschlingt, oder ein anderer in die schrecklichen
e ausgebrochen war: O Sand, du wußtest nicht, welche Heu-
wir waren, so mußten sie selbst nunmehr den Criminalisten

Demagogenverfolgung.

als guter Bissen dienen. Bis zu zehn Jahren Festungshaft lauteten die Strafurtheile, welche gegen die Umtrieber gefällt wurden; aber viel schädlicher als diese härtesten Strafen, die immerhin doch nur wenige Einzelne trafen, wirkte die große Masse der Verhaftungen und Untersuchungen, die auf das Empfindlichste in das Lebensglück zahlreicher Familien eingriffen. Den ganzen Umfang des Unheils, das diese Demagogenverfolgung anrichtete, zu ermessen, ist eine Unmöglichkeit; aber man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß sie an Kleinlichkeit des Verfahrens, an Gehässigkeit der Gesinnung und an Gewissenlosigkeit in den Mitteln zu den traurigsten Perioden unsrer Geschichte gestellt werden muß. Und warum das Alles? Die Commission gestand in ihrem Bericht von 1822 selbst ein, daß eine kleine, Aufruhr predigende Schrift fast die einzige in ihren Acten vorgekommene strafbare Handlung sei, daß sie im Uebrigen nur von Versuchen, Vorbereitungen und Einleitungen eines bedenklichen politischen Treibens Kunde erhalten habe, und daß sich Alles mit der Zeit von selbst wieder ins Gleiche setzen werde, ohne daß die Regierungen Etwas zu fürchten brauchten. Gefährlich erschien der Liberalismus nur, insofern er in die Regierungen eingedrungen sei, und in dieser Hinsicht wurden auch dem preußischen Staatscanzler Hardenberg scharfe Vorwürfe nicht erspart; grade in seinen Büreaus sollten die schlimmsten Umtriebe stattgefunden haben. Es war eine bittre Pille, die der greise Staatsmann so kurz vor seinem Tode noch verschlucken mußte; aber es war die gerechte Strafe für die Lauheit, mit der er seine Principien, und für die Zähigkeit, mit der er seinen Posten vertheidigt hatte. Sein Tod, der am 26. November 1822 in Genua erfolgte, ersparte ihm den harten Schlag einer völligen Entlassung; aber einen deutlichen Beweis, daß seine Zeit abgelaufen, hatte er doch vorher noch erleben müssen: am 16. September wurde ihm in der Person des Ministers von Voß, eines strammen Reactionärs, ein Vicecanzler an die Seite gestellt, der die wirkliche Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand nahm und auch die leidige Verfassungsfrage bald mit guter Manier aus der Welt schaffte.

Hardenbergs Ausgang.

Humboldts Verfassungspläne.

Hardenberg hatte ohne Zweifel die ernstliche Absicht gehabt, eine preußische Verfassung zu Stande zu bringen; aber egoistisch, wie er war, gönnte er keinem Andern Antheil an dem Ruhm und dem Einfluß, welchen die Lösung dieser Aufgabe versprach, stieß die tüchtigsten Gehülfen bei Seite und vereitelte dadurch das Gelingen. Einmal war er auf dem besten Wege sich selbst zu überwinden und Humboldt, den tauglichsten Mitarbeiter, heranzuziehen; aber der gute Vorsatz war von kurzer Dauer. Wilhelm von Humboldt war zum Aachener Congreß von seinem Londoner Posten herübergekommen, und da er sich in seiner Stellung nicht gefiel, hatte er den König um seine Entlassung gebeten. Der König gewährte sie, versprach ihm aber einen Ministerposten und ließ in dieser Absicht die ständischen und die Gemeindeangelegenheiten von dem Ministerium des Innern trennen. Mit regem Eifer machte sich Humboldt, noch ehe er sein Amt wirklich angetreten, an die dankbarste Aufgabe, welche es ihm stellte. In

einer geistvollen Denkschrift wies er nach, wie nothwendig eine allgemeine Ständeversammlung für die Einheit des Staates sei; er forderte sogar, daß sie unmittelbar aus Volkswahlen und nicht aus dem Schooße der Provinzialvertretungen hervorgehe; ja er wandelte die blos berathende Stimme, welche der König ihr in seinem Mai-Edict von 1815 zugesagt hatte, in eine entscheidende um. Mit möglichster Beschleunigung sollte das Werk betrieben werden; im Jahre 1820, spätestens 1821 könnten in allen Provinzen die Einzelstände in Thätigkeit sein, und im Jahre 1822, spätestens 1823 müsse die Reichsversammlung berufen werden. Aber je mehr Thätigkeit und Scharfblick Humboldt entwickelte, um so unbequemer und gefährlicher war er für Hardenberg. Für einige Monate verstand dieser es, den Nebenbuhler noch mit gutem Anstande von Berlin fern zu halten, indem er ihn als Vertreter in eine Commission schickte, die in Frankfurt die Grenzberichtigungen und Gebietstausche, welche zwischen einzelnen deutschen Staaten noch immer in der Schwebe waren, zu ordnen hatte. Bei diesen schwierigen Verhandlungen mitzuwirken, konnte Humboldt nicht ablehnen, weil er der Commission schon früher angehört hatte und bessere Kenntniß von den streitigen Fragen besaß als ein Anderer. Aber er fühlte sehr wohl, daß Hardenberg die Sache absichtlich verzögerte, um ihn möglichst lange in dieser halben Verbannung zu halten. Besonders scharf trat dies nach Sands Attentate hervor. Nun ist die Verfassung unmöglich, war des Canzlers erstes Wort, als er von dem mannheimer Ereigniß hörte. Jetzt wäre ihm Humboldt in Berlin doppelt unbequem gewesen und so wußte er ihn denn, obgleich die Ernennung zum Minister schon am 11. Januar erfolgt war, bis zum Juli in Frankfurt festzuhalten.

Hardenbergs Entwurf.

Mittlerweile war er selbst trotz jenes verzweifelten Ausrufes keineswegs unthätig; selbst seine Einwilligung in Metternichs reactionäre Bundespolitik hing damit zusammen; er hoffte sich dadurch gleichsam einen Freibrief für die preußische Verfassung zu erkaufen. Aber freilich nicht für eine nach Humboldts Ideen. Am 12. August sollte dieser in sein neues Amt eingeführt werden: am Tage vorher legte der Staatscanzler seinem Könige „Ideen zu einer landständischen Verfassung“ vor, ohne dem Minister für ständische Angelegenheiten auch nur ein Wort davon zu sagen. Länger als zwei Monate weilte dieser in Berlin, ohne den König auch nur ein einziges Mal zu sprechen und ohne von der Existenz jener Ideen das Mindeste zu wissen. Friedrich Wilhelm hatte dieselben inzwischen geprüft und am 23. August die Bildung einer Commission befohlen, die auf Grund derselben ihre Arbeiten beginnen sollte. Sie bestand aus 6 Mitgl[illegible]rn, darunter natürlich Hardenberg und Humboldt. Der Zuja[illegible]tentritt verzögerte sich bis in den October und nun erst erhielt H[illegible]boldt Mittheilung von des Staatscanzlers Entwurf. Unterdessen

Humboldts Sturz.

el[illegible] waren hinter seinem Rücken die Carlsbader Beschlüsse gefaßt, die er [illegible]mmermehr billigen konnte. Mit der größesten Entschiedenheit le[illegible]er sich dagegen auf und hatte einen Augenblick fast alle seine C[illegible]en gewonnen, um gegen diese „schändlichen, unnationalen, ein

denkendes Volk aufregenden" Beschlüsse zu protestiren, ja zu verlangen, daß Bernstorff, der Preußen in Carlsbad vertreten hatte, in Anklage versetzt werde. Doch als des Königs fester Wille sichtbar wurde, als Hardenberg keinen Finger rührte, um der Opposition beizustehen, da fiel ein Minister nach dem andern ab, und die drei ehrlich liberalen Männer, die im Cabinete saßen, neben Humboldt Boyen und Beyme standen hülflos und vereinsamt da. Der Sturz des Einen mußte den der Andern im Gefolge haben. Der, welchen zuerst die Reihe traf, war der Kriegsminister von Boyen. Er hatte seit dem Frieden unermüdlich daran gearbeitet, die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, so weit es die finanzielle Lage des Landes irgend zuließ, zu ermöglichen. In dieser Absicht war beschlossen worden, die Landwehr auch für die Zukunft beizubehalten und eng mit dem stehenden Heere zu verbinden. Da man aber den demokratischen Geist jetzt überall zu wittern begann, so befürchtete man, ihm in der Landwehr eine bewaffnete Macht zu schaffen und suchte derselben deshalb die eigenthümlichen Rechte, die ihr anfänglich zugedacht waren, z. B. die Wahl ihrer Offiziere durch die Stände, zu entziehen. Diese Richtung wurde dem Könige gegenüber besonders durch seinen Generaladjutanten, den Chef des Militärcabinets von Witzleben, vertreten, und zwar so erfolgreich, daß Boyen seine Entlassung erbitten mußte. Nachdem er sie erhalten, blieb auch Humboldt und Beyme nichts Anderes übrig als seinem Beispiel zu folgen; am letzten Tage des Jahres 1819 schieden sie aus dem Amte. Hardenberg triumphirte über diesen Ausgang, der ihn von einem lästigen Nebenbuhler befreite; jetzt hoffte er für sich wieder freie Bahn zu haben und die Verfassung in seiner Weise fördern zu können. Die Staatszeitung mußte versichern, daß trotz Humboldts Ausscheiden der Verfassungsausschuß seine Arbeiten fortsetze, und der König selbst gab dem Volke einen unzweideutigen Beweis dafür, daß er noch immer an seinem Versprechen festhalte, in der denkwürdigen Verordnung vom 17. Januar 1820, welche die Aufnahme neuer Staatsschulden in Preußen von der Verbürgung der künftigen Reichsstände abhängig machte. Auch die Verbesserung der Grundsteuer wurde im Mai der Berathung mit den dereinstigen Vertretern vorbehalten.

Neue Verfassungsversprechungen.

Die endliche Lösung.

Aber auf der andern Seite waren auch die Gegner der Verfassung nicht unthätig. Zu ihnen zählten fast ausnahmslos die Mitglieder der alten Stände, die ihre Rechte durch jede Neugestaltung geschmälert zu sehen fürchten mußten. Mit Unwillen sahen sie aus einer neuen Commission, die Hardenberg im Januar gebildet hatte, Entwürfe zu einer Kreis-, Städte- und Gemeinde-Ordnung hervorgehen, die im freisinnigen Geiste abgefaßt waren. Sie setzten es bei dem Könige durch, daß dieselben zunächst einem neuen Ausschuß, der unter dem Vorsitze des Kronprinzen nur reactionäre Mitglieder enthielt, zur Prüfung überwiesen wurde. Durch diesen geschickten Handstreich wurde dem Staatscanzler die ganze Sache entwunden. Der Kronprinz war ein begeisterter Anhänger der Haller'schen Staatsphilosophie, und suchte deren feudale Grundsätze voll Eifers ins Leben zu rufen. Die

Entwürfe der Hardenberg'schen Commission wurden einfach bei Seite geschoben und im Juni 1821 von dem Könige die Bildung eines neuen Ausschusses erlangt, dessen einzige Aufgabe die Berathung von Provinzialverfassungen sein sollte. Vergeblich waren die Bemühungen des Canzlers, diesen Ausschuß zu sprengen; nur zu deutlich stellte es sich heraus, daß ihm dazu jede Kraft fehle. Den einen oder andern tüchtigen Verwaltungsbeamten ausgenommen, bestand sein kleiner Anhang aus unwürdigen oder unfähigen Personen, die bei ernstlichen Angriffen seiner Gegner von ihm selbst nicht vertheidigt werden konnten und durch deren Sturz er doch auch äußerlich bald ganz vereinsamte. Zur Gegenpartei aber gehörten nicht allein die Reactionäre, unter ihnen fast sämmtliche Minister, sondern auch viele ehrliche Liberale, die theils bewußt, theils unbewußt den Canzler bekämpften. Die Verfassungscommission lag währenddes unter der lebhaft fördernden Leitung des Kronprinzen ihrer Arbeit mit rühmlichem Eifer ob und brachte es schon im Januar 1822 so weit, daß aus einer Provinz nach der andern angesehene Männer in die Hauptstadt berufen werden konnten, um die Entwürfe zu begutachten, ein Verfahren, das allerdings viel Zeit in Anspruch nahm. Erst im Jahre 1823, und zwar am Geburtstage des Königs (3. August) konnten die ersten Provinzialverfassungen (für Brandenburg, Preußen und Pommern) veröffentlicht werden; im März 1824 schlossen sich ihnen die fünf übrigen an. Damit erreichte der erste Act der preußischen Verfassungsgeschichte sein Ende. In jeder Provinz wählten fortan die Grundbesitzer, die adligen, städtischen und bäuerlichen, ihre Vertreter zu einem Provinziallandtage, dem es oblag, in seinen alle drei Jahre stattfindenden Sitzungen Gesetze, welche die Provinz betrafen, zu begutachten. Der Adel war dabei in hohem Maße bevorzugt; von der Gesammtzahl der Ständemitglieder, die sich auf etwa 600 belief, gehörten ihm fast 300, den Bürgern gegen 200, den Bauern gar nur 124 an. Von einem Landtage der ganzen Monarchie war nicht mehr die Rede, und die große Masse des Volkes, die keinerlei Grundeigenthum besaß, war endgültig von jeder, auch der bescheidensten Mitwirkung in politischen Dingen ausgeschlossen. Die öffentliche Meinung bezeigte daher den neuen Schöpfungen eine vollkommene Gleichgültigkeit, und nur vereinzelt brach sich die Hoffnung durch, daß dies kleine Loch im Absolutismus sich mit der Zeit doch schon vergrößern werde.

Die Provinzialstände.

Auf diese endliche Gestaltung der Provinzialverfassungen hatte, wie erzählt, der Kronprinz einen bedeutenden Einfluß geübt; in ihm hatte die neue Staatsweisheit, die damals Europa zu belehren und ... seinen Irrthümern zu bekehren suchte, die Haller'sche Staatsrechts...e, einen überzeugten Anhänger gewonnen. Alle Verirrungen, ...che die Geister blendeten, wurden zurückgeführt auf die Verkennung ... wahren Wesens der Fürstlichkeit und des Staates. Die Demo...ten sahen in dem letzteren eine Vereinigung der frei und gleich ...haffenen Bewohner des Landes; sie erklärten das Königthum für ... Ergebniß eines Vertrages und deshalb für abhängig von dem

Das Staatsrecht der Reaction.

Willen des Volkes, dessen unveräußerliche Rechte keine Gewaltanmaßung vernichten könne. Haller dagegen, und mit ihm die ganze Reaction, betrachtete das Land als das Eigenthum des Fürsten, der es von Gott erhalten habe; der Staat war ihnen die Ordnung, welche der Fürst getroffen hatte; dem Adel, der durch fürstliche Verleihung, zur Belohnung seiner Dienste, bestimmte Vorrechte erworben, durften diese Vorrechte freilich nicht genommen werden; auch der Antheil, welcher dem Bürgerthum etwa an den ständischen Berathungen und der Steuerbewilligung zustand, mußte gewahrt bleiben; aber jede Ausdehnung lag in dem Belieben des Fürsten und war ein Vorrecht, das dem Begnadigten zu Theil wurde, nicht die Anerkennung eines angeborenen Naturrechtes. Im Gegentheil, wie Gott die Menschen verschieden nach Anlagen und Lebensstellung geboren werden läßt, so sollten sie auch in streng gegliederten Classen ihren Platz in der Staatsordnung ausfüllen, und für diese Staatsordnung brauchte nicht erst lange nach einem künstlich ausgesonnenen Plane gesucht zu werden; der beste Plan und die beste Ordnung lag in dem Ständewesen des Mittelalters vor, das höchstens in Einzelheiten nach den veränderten Verhältnissen der Gegenwart ein wenig umgemodelt werden mußte.

Solchen Anschauungen, denen der Kronprinz begeistert huldigte, war der König von Preußen wohl ziemlich fremd; es lag nicht in seiner Natur, sich philosophischen Grübeleien hinzugeben; aber thatsächlich handelte er doch in demselben Geiste, denn was bei Andern aus Grundsätzen und Gedankenentwicklungen hervorging, entsprang bei ihm aus dem Mißbehagen, mit dem ihn die revolutionären Zuckungen erfüllten, die nicht blos das romanische Europa erfuhr, sondern die selbst England, das constitutionelle Musterland, in einige Aufregung versetzten.

England und Frankreich.

Die demokratische Partei.

Ohne innere Erschütterungen hatte das Inselreich den Sturm der französischen Umwälzung überstanden; jetzt zeigte sich an den Nachwehen, daß er doch nicht spurlos an ihm vorüber gegangen sei. Das Volk fing an sich darauf zu besinnen, daß die gerühmte englische Verfassung doch eigentlich nichts bedeute als die Herrschaft einer mächtigen Aristokratie, die freilich von der Masse der Bevölkerung durch keine so schroffen Abstände geschieden war, wie auf dem Festlande, die aber gleichwohl die Gesetzgebungsgewalt, die sie in der Hand hielt, nicht selten eigensüchtig zu ihrem Vortheil ausbeutete und grade jetzt durch unerschwingliche Kornzölle das Brod des Volkes zum Nutzen der großen Gutsbesitzer rücksichtslos vertheuerte. Neben den beiden alten Parteien der Whigs und der Tories tauchte eine dritte, demokratische auf, die sich ebensowohl der wissenschaftlichen Durchbildung ihrer Grundsätze zuwandte, als unmittelbar die vorhandenen Uebelstände angriff und sich bald Beachtung verschaffte. Als die Denker und leitenden Köpfe der Partei ragten Bentham, Romilly und der ältere Mill hervor; als die Vorkämpfer in der

Masse des Volkes, in Vereinen und bald auch im Parlament Cobbett, Hunt, Burdett u. A. Die Lehren Benthams bestachen durch die Faßlichkeit und Gemeinverständlichkeit ihrer Ausgangspuncte; der einfache Satz, daß der Staatszweck der Nutzen sei und zwar der gemeinsame Nutzen Aller und nicht der einzelner bevorzugter Classen, ließ eine so unendliche Anwendung nach allen möglichen Richtungen zu, daß Jeder, der mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden war, durch ihn seine Wünsche befriedigen zu können hoffen durfte. Benthams Name und Schule verbreitete sich über ganz Europa und Amerika, und besonders die romanischen Völker waren es, unter denen er begeisterte Verehrer fand; wie die portugiesischen Cortes ihn mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betrauten, so stand er in den engsten Beziehungen zu den Freiheitshelden Süd-Amerikas und 40,000 Exemplare seiner Schriften wurden bis 1830 nach der neuen Welt verkauft. In seiner eigenen Heimat waren die Aussichten, die Grundsätze der Nützlichkeitslehre, des Utilitarismus, wie man sein System nannte, ins Leben zu führen, weit geringer; denn festgewurzelt in jahrhundertelanger geschichtlicher Entwicklung konnte der Bau der englischen Verfassung selbst heftigen Stürmen Trotz bieten und sich dabei nicht allein auf die tausendfältigen Interessen, die er schirmte, sondern nicht minder auf die patriotische Anhänglichkeit, deren er sich erfreute, als auf feste Grundlagen verlassen. Das herrschende Regiment freilich war sehr geeignet, diese Anhänglichkeit zu untergraben. Der König Georg III. war wahnsinnig, der Prinzregent, erst von 1820 an als Georg IV. König, in Folge seines liederlichen Lebens, seines unzuverlässigen Characters und seiner reactionären Gesinnung äußerst unbeliebt. Seit Jahrzehnten saßen mit ganz kurzer Unterbrechung die Tories am Ruder und die Partei der Whigs war Dank der Kriegslust, welche die Nation ergriffen hatte, aber auch aus Mangel an bedeutenden Führern fast bis zur Ohnmacht zusammengeschmolzen. Unter den Tories brachen nun zwar, eine natürliche Folge der langen Herrschaft, mancherlei Spaltungen aus; jüngere Kräfte, wie Canning und Wellesley, suchten mit freierem Blick die Parteipolitik den Zeitverhältnissen anzupassen; allein sie waren vorerst noch zu schwach, um Erfolge zu erzielen, und die alten Führer, Lord Liverpool, der seit 1812 an der Spitze des Cabinets stand, Castlereagh, der das auswärtige Amt in Metternichs Geiste leitete, Eldon, Sidmouth u. A. gaben trotz ihrer Beschränktheit den Ton an. Dabei klammerten sie sich so fest an ihre Posten, daß sie auch parlamentarische Niederlagen ruhig überstanden. Nach der Beendigung der großen Kriegszeit, die dem Lande eine Schuldenlast von 900 Millionen Pfund als Erbtheil hinterließ, forderten sie die Forterhebung der drückenden Einkommensteuer, um mittelst derselben das Heer in einer Stärke von 175,000 Mann zu erhalten. Das war auch ihren Anhängern zu viel und das Unterhaus lehnte 1816 die Einkommensteuer ab; Lord Liverpool fügte sich und blieb im Amte. Die Torymehrheit des Parlaments ließ das nicht ungern geschehen, im Lande aber gewann die [illegible]ung gegen das Ministerium jetzt einen größeren Umfang und

Das Ministerium Liverpool.

richtete sich auch gegen das Parlament und dessen Zusammensetzung.

Die Noth der Zeit.

Die schwere Noth der Zeit vermehrte die Unzufriedenheit. So lange der Krieg dauerte, hatte sich das Volk die furchtbar hohen Kornpreise als unvermeidliches Uebel gefallen lassen; mit Freuden hatte es dann den jähen Umschlag begrüßt, der seit 1814 in Folge der lang entbehrten russischen und polnischen Zufuhren den Marktpreis des Getreides um mehr als die Hälfte erniedrigte. Sollte es sich nun ruhig gefallen lassen, daß die großen Grundbesitzer im Parlamente künstlich wieder eine Theuerung heraufbeschworen, daß sie ein altes Korngesetz von 1670 erneuerten, das jede Zufuhr verbot, so lange der Marktpreis nicht eine bestimmte Höhe erreicht hatte? Die schlechte Ernte des Jahres 1816 und der Stillstand der Fabriken, die keinen Absatz für ihre Erzeugnisse fanden, vermehrte die Noth und den Unwillen.

Die Reformbewegung und die revolutionären Umtriebe.

Es kam zu gewaltthätigen Aufläufen, Zertrümmerungen von Mühlen und Maschinen, zu Bedrohungen der verhaßtesten Personen, auch des Regenten, den der Londoner Pöbel bei der Parlamentseröffnung 1817 mit Koth bewarf und durch kränkende Zurufe beleidigte. Cobbett, der in zahllosen Reformclubs und mehr noch durch seine Zeitungsblätter, die er zu unerhört niedrigen Preisen verkaufte, sich einen großen Anhang erwarb, trat diesen Ausschreitungen zwar entgegen, aber die Million Unterschriften, die er für die Forderung der Parlamentsreform zusammenbrachte, schreckte die herrschenden Classen weit mehr als der gelegentliche Ausbruch der Volkswuth; ja den letzteren beförderte sie sogar durch Sendlinge, welche die Menge aufreizen und dadurch den friedlichen Bürger mit Abscheu gegen die Reformbewegung erfüllen sollten. Eine Zeitlang halfen diese Mittel und der Aufschwung erlahmte so, daß Cobbett 1817 das Land verließ und nach Amerika ging. Als aber die schändlichen Kunstgriffe der Regierung bekannt wurden und die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, zu denen das Parlament auf ein Jahr seine Zustimmung gegeben, erloschen, griff die Bewegung nur um so stärker um sich. In den großen Fabrikstädten des Landes, die zum Theil jeder Vertretung im Parlament entbehrten, traten Massenversammlungen zusammen und wählten eigenmächtig Abgeordnete, beschlossen auch wohl, dieselben mit bewaffneter Macht nach London zu führen. Als dies am 16. August 1819 auch in Manchester geschah, ertheilte der Magistrat den Truppen Befehl einzuhauen, und viele Verwundete, auch einige Todte, waren die Opfer des Tages.

Die Reaction.

Den Ministern war dieser Vorgang äußerst erwünscht; sie billigten und belobten die Handlungsweise des Magistrates, beriefen sodann das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung und setzten ohne Mühe die Annahme der sechs „Knebelbills“ durch, der Carlsbader Beschlüsse Englands, durch welche das Versammlungsrecht, die Preßfreiheit, der Schutz gegen willkürliche Verhaftung aufgehoben wurden. Der Unwille im Lande über diese Beschränkungen war sehr groß; die Whigs, in deren Mitte Brougham, John Russell und andere aufwachsende Talente allmählich wieder größere Thatenlust entfachten, erklärten sich heftig dagegen; dem Ministerium aber

kam, ähnlich wie den Rückschrittsmännern des Festlandes, ein verbrecherischer Anschlag zu Statten, der rechtzeitig verrathen ward. Es war eine Verschwörung unbedeutender Menschen, die sich zum Ziel gesetzt, die Minister bei einem Festmahl zu ermorden, die Casernen anzuzünden und eine provisorische Regierung zu bilden: ihr Haupt, Arthur Thistlewood, sammt vier Genossen büßte mit dem Strange (Febr. 1820). Um die allgemeine Aufregung auf's Höchste zu steigern, war nur noch nöthig, daß eben jetzt Georg III. starb und der neue König vor der ganzen Nation einen großen Scandalproceß begann. Im Jahre 1795 hatte er sich mit der Prinzessin Caroline von Braunschweig vermählt; diese gebar ihm eine Tochter Charlotte, die aber bereits 1817 gestorben war und den nachmaligen König der Belgier, Leopold von Coburg, als Wittwer hinterließ. Sie hatte eine höchst unglückliche Jugend verlebt, denn zwischen ihren Eltern herrschte seit ihrer Geburt das ärgste Zerwürfniß. Die Schuld lag an Beiden, aber die größere Hälfte an dem Prinz-Regenten. „Meine Mutter war schlecht," hatte die Tochter ebenso treffend wie traurig gesagt; „aber sie wäre nicht so schlecht geworden, wenn mein Vater nicht noch viel schlechter gewesen wäre." Nachdem die Prinz-Regentin 18 Jahre lang von ihrem Gemahl getrennt unter den ärgsten Beleidigungen in England gelebt, verließ sie 1814 das Land und begab sich auf Reisen. Es begleitete sie ihr Kammerherr Bergami, von dessen Verhältniß zu ihr bald die anstößigsten Dinge erzählt wurden. Als ihr Gemahl 1820 nach Georgs III. Tode König wurde, kehrte sie plötzlich nach England zurück und machte ihre Rechte geltend. Darauf beantragte jener beim Oberhause Scheidung wegen Ehebruchs und nun begann in voller Oeffentlichkeit der Proceß, bei dem der gefeiertste Redner des Landes, Lord Brougham, für die Prinzessin eintrat und das ganze Volk für sie Partei nahm. Zwar entschied eine kleine Mehrheit der Pairs, 9 Stimmen, zu Gunsten des Königs; aber wie das Urtheil des Unterhauses ausfallen werde, war so wenig zweifelhaft, daß das Ministerium die Vorlage zurückzog. Die verwickelte und peinliche Angelegenheit fand die bequemste und gründlichste Lösung durch den plötzlichen Tod der Prinzessin, der in Folge der gewaltigen Aufregungen am 7. August 1821 eintrat. Aber damit war doch nur dieser besondere Fall erledigt; die allgemeine Mißstimmung und Vernichtung gegen das Ministerium dauerte fort. Sie wurde sehr bald selbst für Castlereaghs grobe Nerven zu stark. Auch ihm schien der Tod das einzige Mittel, um sich aus seiner qualvollen Lage zu befreien, und da er nicht von selbst kam, so rief er ihn. Ein Jahr nach dem Tode Prinzessin, am 12. August 1822, durchschnitt er sich mit einem rmesser die Halsader. Damit trat eine Schwankung in der Po des Ministeriums ein. Castlereaghs Nachfolger, George Canning, er von Haus aus ein rechter Tory, bekehrte sich mit voller rzeugung zu freisinnigen Grundsätzen und erwarb England die ung in Europa zurück, die es als sclavischer Nachtreter der Meth'schen Politik verloren hatte.

Der Scheidungsproceß Georgs IV.

Castlereaghs Tod.

Frankreich.

Das gleiche Mittel, von einem Irrwege umzukehren, das sich dem altconstitutionellen Insellande in einem Ministerwechsel bot, stand auch Frankreich zur Verfügung und schützte es vor einer offenen Revolution, die ohne dies wohl schon 1820 nicht ausgeblieben wäre.

Richelieu's Sturz.

Richelieu hatte den Verdiensten, die er sich durch seine gemäßigte Politik erworben, auf dem Aachener Congreß das letzte, größte hinzugefügt: er hatte eine Minderung der Kriegssteuern und die beschleunigte Räumung seines Landes von den fremden Truppen bewirkt. Aber freilich hatte er dafür seinem Gönner Alexander versprechen müssen, dem wachsenden Liberalismus in Frankreich, der soeben unter 55 neugewählten Abgeordneten über 20 Independenten in die Kammer schickte, entgegenzutreten. In der liberalen Partei hatte

Die Doctrinäre.

sich unter der Führung Royer Collards eine besondere Schule gebildet, die es sich zum Ziele setzte, in strenger Folgerichtigkeit den Verfassungsstaat auszubilden und daher als die der Doctrinäre bezeichnet wurde. Reich an hervorragenden Köpfen übte sie trotz ihrer geringen Zahl doch einen bedeutenden Einfluß und war unverkennbar im Aufsteigen begriffen. Ein neues Wahlgesetz sollte dem Einhalt thun. Allein Richelieu's Collegen widersetzten sich diesem Vorhaben, der König trat ihrer Ansicht bei, und Richelieu war nun constitutionell

Ministerium Dessolles.

genug, seine Entlassung zu fordern (27. December 1818). Die übrigen Minister, besonders der Herzog Decazes, blieben auf ihren Posten und kamen unter Dessolles' Vorsitz der liberalen Partei sogar noch einige Schritte entgegen. Viele Verbannte wurden begnadigt, die Lage der Zeitungen durch neue Gesetze erträglich gemacht und die Adelskammer durch die Ernennung von 61 gemäßigten Pairs aus einem Hinderniß zu einem Bollwerk des besonnenen Fortschritts umgewandelt. Dadurch erstarkte dieser noch mehr und brachte bei den Ergänzungswahlen im Herbst 1819 gar 28 Anhänger durch, unter ihnen eine Berühmtheit von 1789, den vormaligen Bischof von Tours, Grégoire, der seiner Zeit im Convente den berühmten Ausspruch gethan: die Könige seien in der moralischen Ordnung das, was die Ungeheuer in der physischen. Nun verlangte Ludwig XVIII. selbst eine Aenderung des Wahlgesetzes, und da sich Dessolles nicht fügte, entließ er ihn und zwei andere Minister und übertrug Decazes

Ministerium Decazes.

die Leitung des Staates. Immerhin waren auch dessen Maßregeln durchaus gemäßigt; allein die Ausschließung Grégoire's aus der Kammer und die beabsichtigte Aenderung des Wahlgesetzes erbitterten doch die fortgeschrittenen Liberalen sehr, zumal sie von den Wühlereien der Ultras, Angesichts der Reaction, die ganz Europa durch-

Ermordung des Herzogs von Berry.

zog, noch weitere Schritte befürchten durften. Als Führer der Ultras galt neben dem Grafen Artois mit Recht dessen Sohn, der Herzog von Berry, der in den Augen der Republicaner überdies noch die sündhafte Eigenschaft besaß, daß auf ihm die Fortdauer des königlichen Hauses beruhte. Denn Ludwig selbst war kinderlos; sein Erbe war also sein Bruder Artois. Dieser hatte zwei Söhne, von denen der älteste, Angoulême, gleichfalls keine Nachkommenschaft hatte, und der jüngere, eben der Herzog von Berry, bis dahin zwar auch noch kin-

derlos, aber auch erst seit Kurzem vermählt war. Ein überspannter Sattler, Namens Louvel, glaubte sich ein Verdienst um das Vaterland zu erwerben, wenn er Berry, und damit die Hoffnungen des Königshauses, aus dem Wege räume; am 13. Februar 1820 erdolchte er den Prinzen vor der Oper. Bei der politischen Gesammtlage Europa's kam diese That der Reaction sehr zu Statten; Decazes, der in der Kammer selbst der Mitschuld an dem Morde geziehen wurde, erhielt seine Entlassung und Richelieu trat wieder an die Stelle, die er vor 2 Jahren verlassen hatte. Auch jetzt bewährte er seine Mäßigung und sein Geschick; er führte zwar die Censur für die Zeitungen wieder ein, beschränkte die persönliche Freiheit und änderte das Wahlgesetz zu Gunsten der Höchstbesteuerten; aber von leidenschaftlichem Wüthen gegen den Liberalismus konnte man doch nicht reden. Grade deshalb aber waren die Ultras auch noch nicht zufrieden; durch die Bezwingung einiger Straßenaufläufe in Paris und die rechtzeitige Entdeckung einiger Verschwörungen, die von den französischen Carbonari (der Charbonnerie) geplant wurden, durch die Geburt des Herzogs von Bordeaux, des jetzigen Prätendenten Heinrichs V., der bald nach seines Vaters Berry Ermordung das Licht der Welt erblickte, durch den Tod Napoleons am 15. Mai 1821, endlich durch ihre Siege bei den Ergänzungswahlen des Jahres war ihnen so sehr der Kamm geschwollen, daß sie über Richelieu hinauszugehen verlangten und ihn durch ein Mißtrauensvotum am 13. December 1821 stürzten. An seine Stelle trat Villèle, dessen sechsjährige Regierung uns noch mehrfach beschäftigen wird.

Richelieu's zweites Ministerium.

Die Revolutionen in den romanischen Ländern.

Der fünffache Cabinetswechsel, den Frankreich in etwas mehr als 3 Jahren erlebt hatte, bewies, obgleich er in abgleitender Stufenleiter der Reaction zu Gute gekommen war, doch, daß sich die Grundsätze des parlamentarischen Regimentes in diesem Lande bereits einer bedeutenden Kraft erfreuten, und daß sie als Sicherheitsventil in gefährlichen Krisen dienen konnten, wenn sich nur eine geschickte Hand zu ihrem Gebrauche fand. Ganz anders sah es in den romanischen Halbinseln Europas aus; ihnen brachte das Jahr 1820 blutige Revolutionen. Spanien eröffnete die seine am 1. Januar. Schon in den vorhergehenden Jahren hatte es nicht an Aufstandsversuchen gefehlt. Sie gingen sämmtlich vom Heere aus, das die unzufriedenen Generale um so leichter für sich zu bearbeiten vermochten, als der gemeine Soldat in beständiger Furcht schwebte, in die amerikanischen [illegible]nien geschickt zu werden, um deren Unabhängigkeitsbestrebungen [illegible]erzuschlagen. Nicht weniger als 42,000 Mann waren in den [illegible]en Jahren über den Ocean gesandt, und der größte Theil der[illegible]n war dem fremden Klima, den ungewohnten Mühsalen und [illegible] Schwerte des Feindes erlegen, ohne der Sache des Heimatlandes [illegible] Sieg zu erringen. Auch die Offiziere waren zum großen Theil [illegible]ig in einen Kampf zu ziehen, der geringe Ehren und noch ge-

Spanien.

ringeren Erfolg versprach. Nun sollten aber grade jetzt neue Truppenmassen abgehen, um einen entscheidenden Schlag auszuführen. In ihrer Mitte begannen die Verschwörer ihr Werk und bereits Mitte 1819 sollte vor der Einschiffung in Cadix der Aufstand beginnen. Allerdings vereitelte der Abfall des vornehmsten Mitverschworenen, des Grafen Abisbal, diesen ersten Entwurf; allein die geheimen Fäden blieben unentdeckt, nur einzelne der Häupter wurden verhaftet, und da Krankheiten die Einschiffung des Heeres verzögerten, so konnte der gescheiterte Plan einige Monate später doch wieder aufgenommen werden. Als am 1. Januar 1820 die Abfahrt nach Buenos Ayres endlich vor sich gehen sollte, rief Rafael Riego die mißmuthigen Soldaten zur Empörung auf und gewann sie für den Schwur auf die Verfassung von 1812; statt sich einzuschiffen, revolutionirten sie die Umgegend. Andre Regimenter, von Riego und seinem alten Mitverschworenen Quiroga gewonnen, schlossen sich an und nahmen den Oberbefehlshaber Calleja gefangen. Aber damit endeten ihre Triumphe; die Garnison von Cadix blieb treu und ohne den Besitz dieser Stadt war die Lage der Empörer hoffnungslos. Ein paar Wochen lang schlug Riego sich in Andalusien herum; dann verliefen sich seine Leute und Anfangs März schien Alles verloren. Aber es schien auch nur so; denn der revolutionäre Funke, der im Süden keinen Brennstoff finden konnte, hatte im Norden gezündet. Im Februar brach unter Espinosa's Führung zu Coruña in Galizien ein Militäraufstand aus und verbreitete sich schnell in die benachbarten Provinzen. In Navarra erschien der geflüchtete Mina aus Frankreich; Aragon, Catalonien, Valencia fingen an in Gährung zu gerathen. Darüber erschrak Ferdinand VII. um so mehr, als gleichzeitig die Ermordung des Herzogs von Berry ihm ein drohendes Schreckbild zeigte. Von entscheidender Wirkung war endlich der Abfall des Grafen Abisbal, der, gegen die Aufrührer ausgesandt, am 4. März sich für sie erklärte, als ob er den früheren Verrath durch den späteren sühnen wolle. Es bedurfte jetzt kaum noch der Unruhen, die am 6. März in Madrid ausbrachen, um Ferdinand zu einem erheuchelten Gesinnungswechsel zu bewegen. Sobald er sich ernstlich vor die Wahl gestellt sah: Sturz oder Verfassung von 1812, besann er sich nicht lange, sondern beschwor am 9. März die bitter gehaßte Constitution. Ein unendlicher Jubel durchzuckte das Land und Niemand zweifelte an dem ernsten Willen des Königs; überall vollzog sich der Umschwung in größter Ordnung; die Wahlen zu den Cortes gingen in Frieden und Mäßigung vor sich; ein freisinniges Ministerium, meist frühere Opfer des Königs, wie Perez de Castro, Arguelles, Herreros, trat an die Spitze der Geschäfte, und die Aufhebung des Jesuiten- und anderer verwandter Orden, die Einziehung der Klöster und andre Maßregeln der Art schienen dem Siege des Fortschrittes Dauer zu verschaffen. Um so ansteckender mußte er nach Portugal und Italien hinüber wirken.

Portugal. In jenem Lande lagen die Verhältnisse überdies sehr günstig. Der König, Johann VI., war noch immer in Brasilien, und der Regent, Lord Beresford, war wenigstens zeitweilig dort. Ein Aufstand, den

der Oberst Sepulveda mit der Garnison von Oporto im August 1820 begann, hatte deshalb leichtes Spiel. Schnell ergriff er das ganze Land und erreichte Lissabon; eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, Beresford verbannt, der König zur Rückkehr nach Europa aufgefordert und von neuen Cortes eine neue Verfassung entworfen. Als Beresford zurückkam, stand er ohnmächtig den neuen Verhältnissen gegenüber; nicht einmal die Landung ward ihm gestattet. Auch der König hielt es für gut sich zu fügen. Sein ältester Sohn Dom Pedro blieb in Brasilien, anfangs als Regent; doch mußte er bald dem Drängen des Landes, das eben so wenig wie die spanischen Colonien in ein Abhängigkeitsverhältniß zurückkehren wollte, nachgeben und sich zum constitutionellen Kaiser Brasiliens ausrufen lassen. Der zweite Sohn Johanns Dom Miguel begleitete den Vater nach Europa zurück und suchte in Gemeinschaft mit seiner Mutter Carlota den König von der Annahme der Verfassung abzuhalten. Allein die Macht der Verhältnisse war stärker als ihre Zettelungen; Johann VI. beschwor vor seiner Landung, die wenige Tage vorher, am 27. Juni 1821, vollendete Verfassung, und Portugal erfreute sich für einige Jahre in Ruhe der neuen Staatsformen, die es sich gegeben.

Neapel.

In Italien zündete das spanische Beispiel naturgemäß am ersten in dem Staate, dessen Heer am meisten von den Carbonari durchwühlt und dadurch den Einflüssen ehrgeiziger Generale preisgegeben war, in Neapel. Von Nola aus zog Leutnant Morelli am 2. Juli 1820 mit einem Regiment nach Neapel und gewann unterwegs so große Verstärkung, daß man bei Hofe jeden Gedanken an Widerstand fahren lassen mußte, zumal auch der volksthümlichste unter den Offizieren, Wilhelm Pepe, sich für die spanische Verfassung von 1812 erklärte und an die Spitze der Aufständischen trat. Einen Augenblick hoffte der jesuitische König sich durch eine erheuchelte Krankheit aus der Verlegenheit ziehen und seinem Sohne den geforderten Eid und den voraussichtlichen Eidbruch in die Schuhe schieben zu können. Allein das gelang nicht; Pepe, der sich zum Oberbefehlshaber aller königlichen Truppen ernennen ließ, verlangte neben dem Gelöbniß des Prinz-Regenten auch das des Königs; und als dieser sah, daß er der Forderung nicht entgehen könne, da erfüllte er sie nicht blos, sondern fügte seinem Schwur aus eigenem Antrieb noch das Gebet hinzu, daß, wenn er lüge, Gott in diesem Augenblick die Blitze seiner Rache auf ihn lenken möge. Neapel war außer sich vor Freuden über diese gründliche Bekehrung seines Königs; doch sollte in den Freudenbecher gar bald ein bittrer Tropfen Wermuth fallen. Kaum war die Kunde der Ereignisse nach Sicilien gedrungen, so erhob sich das Volk von Palermo mit der Forderung, die Insel solle in Verfassung und Ver-

Sicilien.

n [illegible] tung von dem Festlande getrennt und nur durch Personalunion n [illegible] ihm verbunden sein. Schon am 18. Juli mußte der Statthalter fl [illegible] en, und eine provisorische Regierung, den Fürsten Villafranca an d [illegible] Spitze, trat an seine Stelle. Die ganze Insel, mit Ausnahme v [illegible] vier Städten, fügte sich entweder freiwillig dem neuen Regiment, [illegible] wurde in blutigem Bürgerkrieg, der gegen 4000 Opfer forderte,

dazu gezwungen. Allein Pepe und seine Genossen in Neapel waren nicht gewillt, diese Neuerung anzuerkennen; sie schickten den jüngeren Pepe mit 6000 Mann auf die Insel und das blutige Ringen begann von Neuem. In verhältnißmäßig kurzer Zeit gelang es den Aufstand zu brechen und Palermo wieder zu nehmen; indessen man wußte wohl, daß die Unterwerfung nur eine erzwungene war, und sah sich genöthigt, die besten Truppen auf der Insel stehen zu lassen.

Der Congreß von Troppau.

Dieses widernatürliche Verhältniß war für Metternich, den die neapolitanische Revolution selbstverständlich in den höchsten Zorn versetzt hatte, ungemein verlockend und er begann für eine Einmischung zu arbeiten. Zu diesem Zweck erließ er Einladungen zu einem neuen Monarchen- und Minister-Congreß, der im October 1820 zu Troppau in Oestreichisch-Schlesien zusammentrat. England und Frankreich waren nur durch Gesandte vertreten, denen die größte Zurückhaltung zur Pflicht gemacht war, die beiden Kaiser und der König von Preußen fanden sich persönlich ein. Aber die Vorschläge Metternichs stießen überall, außer bei Preußen, auf einen sehr kalten Empfang; Alexander war wohl zu einer diplomatischen Einmischung geneigt, wollte aber Nichts von einer militärischen hören. Da kam dem Fürsten Metternich eine unerwartete Hülfe. Aus Petersburg wurde ihm die Nachricht von der Auflehnung des Garderegimentes Semenow gemeldet. In Rußland eine Militärverschwörung! Was konnte erwünschter sein! Auf der Stelle eilte er zu Alexander, der von dem großen Ereigniß noch Nichts wußte, und die Ueberrumpelung gelang. Ohne den Gesandten der Westmächte Mittheilung zu machen, unterzeichneten die Monarchen ein Protocoll, in welchem sie sich verpflichteten, die Staaten Europas in dem Zustande von 1815 zu erhalten und gemeinsam der „tyrannischen Macht der Rebellion und des Lasters" die Stirn zu bieten. Doch sollte zuvor noch eine Vermittelung versucht und zu diesem

Der Congreß von Laibach.

Zwecke der König von Neapel eingeladen werden, auf einem Congreß zu erscheinen, den man für den Januar 1821 in Laibach anberaumte. Nachdem diese Beschlüsse gefaßt waren, theilte man sie dem französischen und englischen Gesandten zur Billigung mit; erbittert über solche Behandlung verweigerten diese nun erst recht ihre Unterschrift, ohne dadurch an der Sachlage viel ändern zu können. Der Laibacher Congreß trat zusammen und auch der König von Neapel fand sich ein. Allerdings hatten die Troppauer Beschlüsse in seiner Hauptstadt und in seinem Parlamente zuerst eine furchtbare Aufregung hervorgerufen; allein sie legte sich schnell und machte einer naiven Vertrauensseligkeit Platz, als der König vor seiner Abreise sich erbot, vier Parlamentsmitglieder als Zeugen und Räthe mitzunehmen. Man lehnte dankend dieses Anerbieten ab, denn man wisse, wie es in einer Adresse hieß, daß „das Herz des Sohnes Carls III. ein Tempel der Treue sei." Während man nun in Neapel an der neuen Verfassung weiterarbeitete und nach ihrer Vollendung am 31. Januar 1821 sich des erneuten Schwures freute, mit dem der Prinz-Regent sie bekräftigte, beschlossen die Ostmächte im Einverständniß mit den italienischen Staaten und trotz der matten Einsprache Englands und

Frankreichs die Entsendung eines östreichischen Heeres nach Neapel. Der treue König Ferdinand ertheilte gern seine Zustimmung, erklärte seinen Eid für erzwungen und befahl schriftlich den revolutionären Behörden sich aufzulösen. Anfangs Februar überschritt General Frimont mit 43,000 Oestreichern die lombardische Grenze und rückte gegen Neapel vor. Hier war der Wille zum Widerstand größer als die Kraft. Zwei Heere, unter Pepe und Carrascosa, zusammen kaum 25,000 Mann, eilten an die Grenze. Ein einziges Gefecht, das Pepe bei Rieti am 7. März lieferte, genügte um ihre Niederlage zu entscheiden. 14 Tage später rückten die Oestreicher in Neapel ein. Das Parlament fanden sie nicht mehr vor; es war unter Protest auseinandergegangen; auch die Hauptführer hatten sich durch die Flucht gerettet; triumphirend konnten die östreichischen Blätter melden, als Farce habe geendigt, was sich so ruhmredig als Tragödie angekündigt. Aber der tragische Schluß sollte doch nicht fehlen. Hunderte von Todesurtheilen wurden gefällt, viele der angesehensten Männer in die östreichischen Festungen geschleppt, der ganze Carbonari-Bund in die Acht gethan, einzelne seiner Mitglieder auf Eseln durch die Straßen geführt und öffentlich ausgepeitscht. Auch Sicilien wurde von den Oestreichern wieder unterworfen; hier und dort beseitigte König Ferdinand, der im Mai in sein Land zurückkehrte, alle liberalen Einrichtungen; die Universitäten wurden geschlossen, die Jesuiten zurückberufen; eine tolle Polizeiwirthschaft tyrannisirte unter dem Schutz der östreichischen Waffen das ganze Land, und das Banditenwesen, durch politische Zuzügler verstärkt, nahm einen neuen ungeahnten Aufschwung.

Die Oestreicher gegen Neapel.

Man hätte meinen sollen, das übrige Italien, das während des ganzen Jahres 1820 die Nachahmung der neapeler Revolution unterlassen hatte, würde nach dem Beginn des östreichischen Heereszuges noch weniger Neigung gefühlt haben, sich dem Versuche anzuschließen. In dem größten Theile des Landes traf diese Erwartung auch zu, besonders in Mittelitalien, wo sich bald die östreichischen Truppen zeigten, und in der Lombardei, wo schon seit Monaten die kräftigsten Vorsichtsmaßregeln ergriffen waren, von wo die Häupter der liberalen Partei, unter ihnen der gefeierte Dichter Silvio Pellico, zu langjähriger Haft in die östreichischen Festungen hatten wandern müssen, und wo das ausgebildetste Spürwesen alle Bewegungen der Patrioten überwachte. Aber in Sardinien erweckte das Vorrücken der Oestreicher andre Gedanken. Was schien einfacher, als, während jene nach Neapel zogen, in die Lombardei einzufallen, diese aufzuwiegeln und dann in Gemeinschaft mit den Süditalienern die Oestreicher unter Frimont von beiden Seiten zu umfassen? Zum Gelingen dieses [illegible] es war neben Vielem sonst besonders Eines erforderlich: man [illegible] in Sardinien selbst sehr schnell die Gewalt erringen. Dazu [illegible] lagen die Verhältnisse günstig. Wenn man den längst schon [illegible]ungsmüden König Victor Emanuel zur Entsagung bewog, so [illegible] der Nächstberechtigte zwar dessen Bruder Carl Felix; aber der [illegible] zur Zeit außer Landes, und da er keine Kinder hatte, so mußte

Revolution in Sardinien.

Carl Albert.

bis zu seiner Rückkehr die Regentschaft einstweilen an Carl Albert, das Haupt der Seitenlinie Savoyen-Carignan, fallen, der in liberalen Ideen erzogen war und für gut italienisch-gesinnt, ja vielfach selbst für ein Mitglied der Carbonaria galt. Jedenfalls war Eile das, was am meisten Noth that, und man konnte nicht erst auf die unbedingte Zustimmung dieses Prinzen warten. Ohne sie erlangt zu haben — der Prinz gab sie und zog sie wieder zurück — begann der Militäraufstand am 10. März in Alessandria — also drei Tage nach der Niederlage der Neapolitaner, von der man aber noch Nichts wußte. Eine provisorische Regierung, an deren Spitze der edle und tapfere Graf Santa Rosa stand, erklärte dem Volk, daß, wenn das Heer sich jetzt vorübergehend von den Gesetzen des militärischen Gehorsams entferne, das unabweisbare Bedürfniß des Vaterlandes es dazu eben so verpflichte, wie 1813 das preußische Heer, als es unter York freiwillig gegen seine Unterdrücker den Krieg begann. Große Begeisterung erregte dieser Aufruf eben nicht, aber die Bewegung übertrug sich doch auch nach Turin und erzielte hier die Folgen, welche man wünschen mußte. Victor Emanuel dankte am 12. März zu Gunsten seines Bruders Carl Felix ab und ernannte Carl Albert einstweilen zum Regenten. Dieser beschwor nun zwar gleich die spanische Verfassung von 1812, allein da ihm der Aufstand kein großes Vertrauen einflößte und für ihn im Falle des Mißlingens der Verlust der Erbberechtigung in sicherer Aussicht stand, so behielt er die Genehmigung des neuen Königs vor und erbat sich von diesem Verhaltungsbefehle. Sie lauteten dahin, daß er auf der Stelle Turin verlassen und sich zu den treuen Truppen, welche General La Torre in Novara sammelte, begeben sollte. Unterwürfig und berechnend gehorchte er diesem Befehl am 20. März durch die Flucht, legte in Novara die Regentschaft nieder und stellte sich zur Verfügung des Königs. Damit war über die Revolution das Todesurtheil gesprochen, um so mehr, als in Neapel ja auch Alles zu Ende war. Vergeblich versuchte Santa Rosa, die Seele des Aufstandes, noch bewaffneten Widerstand. Am 8. April wurden die 3000 Mann unter Oberst Regis, über welche der Aufstand noch gebieten konnte, bei Novara mit leichter Mühe von den treuen Truppen unter La Torre und den Oestreichern unter Bubna geschlagen, und die Häupter der Empörung mußten froh sein, daß es ihnen gelang, sich nach Spanien, Griechenland und Frankreich zu flüchten.

Carl Felix König.

Die sardinische Thronfolge.

Der Laibacher Congreß konnte also mit Befriedigung auf den glücklichen Ausgang sehen, den seine Versuche zur Beruhigung Italiens gehabt hatten. Aber Metternich war damit und mit dem unbedingten Einfluß, den ihm das Verbleiben von 12,000 Oestreichern in Sardinien und 42,000 Mann in Neapel verbürgte, noch nicht zufrieden. Er wollte diesen in Sardinien, wo er durch den Tod des Königs leicht gefährdet werden konnte, dauernd machen und zu dem Zweck, die Thronfolge, die 1815 in Wien festgestellt war, so ändern, daß Carl Albert von derselben ausgeschlossen und unbekümmert um alle Legitimität der Herzog Franz von Modena zum

Nachfolger bestimmt würde. Dazu sollte ein neuer Congreß helfen, der im Herbst 1822 in Verona zusammentrat. Allein Frankreich und Rußland waren frühzeitig auf diese Pläne aufmerksam geworden und zu eifersüchtig auf Oestreichs Einfluß in Italien um sie zu begünstigen. Metternich mußte seinen Vorsatz aufgeben, zumal Carl Albert bereit war, seine verdächtige politische Rechtgläubigkeit dadurch zu bekräftigen, daß er in Spanien, wo die liberale Regierung fortdauerte, mit den Waffen in der Hand gegen sie eintrat.

Spanien.

Die spanischen Angelegenheiten bildeten nämlich die Hauptaufgabe des Congresses von Verona. Zwei Jahre hatte sich dort, wenn auch in wechselnden Ministerien, der Liberalismus am Ruder gehalten. An Versuchen, ihn zu stürzen, fehlte es freilich nicht; schon im Januar 1821 wurde Ferdinand selbst bei einem Anschlage ertappt, sich gewaltsam aus den verhaßten Banden zu befreien, und eine Vorbereitung zu neuen Versuchen in dieser Richtung war es, wenn er im März das Ministerium Arguelles entließ und ihm zwar Nachfolger von derselben politischen Farbe, aber ohne geistige Bedeutung und ohne Ansehn im Volke gab. Und doch bedurfte Spanien der Männer von Kraft und Einfluß so dringend! Denn überall in den Provinzen regten sich die Unzufriedenen. In Castilien sammelte der Pater Merino, der einst im Franzosenkriege als Bandenführer geglänzt, die Schaaren seiner „Glaubensarmee“, die für die Kirche und den unumschränkten König kämpfen sollte; in den pyrenäischen Berglanden rotteten sich gleichgesinnte Haufen zusammen, an ihrer Spitze zum Theil berüchtigte Schmuggler und Räuberhauptleute; von dem benachbarten Frankreich aus nährten die flüchtigen Häupter der Reaction, wie Mataflorida und Eguia, diese Erhebungen und stützten sie durch Waffen und Geld. Und auf der andern Seite wiederum erhoben sich in Cadiz, in Valencia, in Aragon die Exaltados, die Ultras, erbittert darüber, daß Riego im September seines Oberbefehls in Aragon entsetzt worden war, weil er im Verdacht stand, an einer republicanischen Bewegung in Spanien und Frankreich zu arbeiten; in Madrid selbst erstürmte der Pöbel ein Gefängniß und mordete den dort eingeschlossenen Beichtvater des Königs; die Clubs nahmen überhand und beherrschten die Stadt und die Cortes, in denen doch die Moderados, die Gemäßigten, die Mehrheit hatten. Als unter solchen Verhältnissen die Neuwahlen für die Cortes von 1822 vollzogen wurden, errang die äußerste Partei einen vollständigen Sieg, der sich in der Erhebung Riego's zum Präsidenten äußerlich kund gab. Nun glaubte auch Ferdinand sich mit brauchbaren Ministern umgeben zu müssen und ersetzte Anfang 1822 das zweite Moderado-Cabinet durch ein drittes, an dessen Spitze der bedeutendste Mann der Partei, Martinez de la Rosa, trat. Heimlich aber förderte er nach Kräften die reactionären Erhebungen, die besonders im Norden an Kraft wuchsen. Mataflorida kam selbst über die Pyrenäen und stellte sich an die Spitze einer Regentschaft, die in der Bergfestung Seo d'Urgel ihren Sitz nahm. Alles das aber ging dem König noch viel zu langsam. Ungeduldig suchte er sich im Juli 1822 auf eigne Faust zu helfen,

und ließ seine Garde bearbeiten, die Constitution in der Hauptstadt selbst umzustoßen. Indeß auch dieser Versuch mißlang; die Garde wurde am 7. Juli in den Straßen Madrids besiegt, und der König kam aus dem Regen in die Traufe. Statt seines bisherigen gemäßigten Ministeriums mußte er ein neues aus der Partei der Exaltados bilden, an dessen Spitze San Miguel stand. Verzweiflungsvoll wandte er sich nun an Ludwig XVIII. und bat ihn in einem eigenhändigen Brief vom 23. Juli um Hülfe. Seit Beginn des Jahres war in Frankreich jenes Ministerium Villèle an Richelieu's Stelle getreten, welches das reactionärste seit 1815 war und von dem sich Mitgefühl mit der Lage des spanischen Königs wohl erhoffen ließ. Allein selbst Villèle trug doch Bedenken, sich auf der Halbinsel, die Napoleon nicht hatte bezwingen können, die Finger zu verbrennen; er meinte, man müsse den Vulcan von selbst ausbrennen lassen, und gab seinen Abgesandten zum Veroneser Congreß die Weisung mit, Frankreich zu Nichts zu verpflichten. Ein anderes Land als Frankreich konnte aber aus geographischen Gründen die Einmischung nicht wohl übernehmen, und so gerieth Metternich, dem nach der glücklichen Erledigung der italienischen Aufstände Spanien sehr am Herzen lag, in Verlegenheit. Allein die Persönlichkeit der französischen Diplomaten kam ihm zu Hülfe. Der eine, Montmorency, der Minister des Auswärtigen, war ganz im Gegensatz zu Villèle ein eifriger Freund der Einmischung und handelte den Weisungen, die er aus Paris mitgebracht, gradezu entgegen; der andre, Chateaubriand, der bekannte Dichter, hing sich an Kaiser Alexander, und dieser war so vollständig für die Politik der Einmischung gewonnen, daß er seinen festen Entschluß in die bündige Formel faßte: La guerre contre l'Espagne par la France, avec la France, sans la France — contre la France. Nur der erste dieser Fälle war für Frankreich annehmbar und so stimmten am 17. November die beiden französischen Abgesandten einem Beschlusse der drei Ostmächte zu, nach welchem Spanien zu einer Aenderung seines politischen Systems aufgefordert und im Weigerungsfalle mit dem Einrücken eines französischen Heeres bedroht werden sollte. Das Ministerium San Miguel ließ sich dadurch nicht einschüchtern. Grade jetzt gelang es ihm, durch Mina die Regentschaft aus Seo d'Urgel zu vertreiben, ja über die Grenze zu jagen, und außerdem rechnete es auf England, das sich gegen den veroneser Beschluß erklärte und durch Canning, der seit vier Monaten am Ruder saß, bereits deutlich in das liberale Fahrwasser einlenkte. Auch mochte es hoffen, daß Villèle seinen früheren Ansichten treu bleiben und eine bewaffnete Einmischung nicht billigen werde. Alle diese Hoffnungen trogen. Allerdings wurde Montmorency von Verona abberufen und mußte aus dem Ministerium scheiden; aber es ersetzte ihn Chateaubriand und diesem gelang es, auch Ludwig XVIII. für die Einmischung zu stimmen. Nach Ablehnung der in Verona gestellten Forderungen seitens der spanischen Regierung entschloß sich der König, seinen Neffen Angoulême mit einem Heere nach der Halbinsel zu senden, und kündete seinen Kam-

Der Congreß von Verona.

Die Einmischung in Spanien.

erm in der Thronrede vom 28. Januar 1823 an, daß 100,000 Mann bereit ständen, den spanischen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten. Die Opposition dagegen war machtlos; sie wurde von der Mehrheit niedergeschrieen, und einer ihrer Führer, Manuel, der unerschrocken aussprach, die französische Einmischung in Spanien stehe auf einer Linie mit dem Einmarsch der Preußen in Frankreich im Jahre 1792 und werde dieselben Folgen — die Hinrichtung des Königs — herbeiführen, erregte als Verteidiger des Königsmordes solche Entrüstung, daß er aus der Kammer ausgestoßen und, weil er sich nicht willig fügte, von Gensdarmen weggeschleppt wurde. Angoulême überschritt nun die Pyrenäen und drang mit fünf Armeecorps in Spanien vor. Der Widerstand, auf den er stieß, war unbedeutend; die Hauptstadt zu verteidigen machten die Liberalen nicht einmal den Versuch; sie verlegten den Sitz der Regierung und der Cortes nach Sevilla und schleppten auch den König mit dorthin, der vergebens durch ein Zeugniß seiner Aerzte zu beweisen suchte, daß sein Gesundheitszustand diese Reise nicht gestatte. Auch in Sevilla war der Aufenthalt nicht von langer Dauer; als der Einzug der Franzosen in Madrid am 23. Mai und die Einsetzung einer Regentschaft für den „gefangenen" König bekannt wurde, zogen sich die Cortes nach Cadix zurück und auch dorthin mußte Ferdinand ihnen folgen. Ein schlimmes Loos schien ihm bevorzustehn; schon hatten die Cortes, um in keiner Weise von ihm behindert zu sein, ihn für geisteskrank erklärt und auch ihrerseits eine Regentschaft gewählt. Vor dem Schicksal Ludwigs XVI. bewahrte ihn eigentlich nur die Furcht der Liberalen, die über den Ausgang ihrer Sache um so weniger in Zweifel sein konnten, als ihre hervorragendsten Generale, Abisbal, Morillo, Ballesteros, sie verriethen und ihren Frieden mit den Franzosen machten. Als daher im August die Belagerung von Cadix begann und die Einnahme des Trocadero, eines festen Inselforts, die letzte Entscheidung in nächste Nähe rückte, dachten sie den Monarchen wenigstens als Pfand zu benutzen, um persönlich leidliche Bedingungen bei ihrer Unterwerfung zu erreichen. Als Cadix Ende September nicht mehr gehalten werden konnte, ließen sie sich von ihm Begnadigung versprechen und schickten ihn ins französische Lager. Einige Millionen, die Chateaubriand daran gewandt hatte, um die einflußreichsten Führer zu bestechen, beschleunigten diesen Entschluß. Die Stadt wurde übergeben; die Klügeren unter den Liberalen flüchteten sich eiligst nach Gibraltar. Sie sollten sich bald zu dieser Vorsicht Glück wünschen; denn gleich am 1. October erklärte Ferdinand Alles, was seit dem 7. März 1820 geschehen, für ungültig und begann die Verfolgungen [illegible] seine Feinde. Riego, der schon Anfangs September in der Sierra [illegible]a gefangen worden war, wurde unter großen Mißhandlungen [illegible] Madrid geschleppt, dort von einem Esel in einem Korbe nach [illegible] Richtplatz geschleift und an einem hohen Galgen unter dem Jubel[illegible]ri des Pöbels gehenkt. Acht Tage später hielt der König seinen [illegible]g in Madrid; ein 20 Fuß hoher Triumphwagen, den hundert [illegible]en zogen, trug ihn und seine Gemahlin, während Tänzer und

Einmarsch der Franzosen.

Ende der Revolution.

Tänzerinnen in großer Zahl ihn umschwärmten. Das spanische Volk jauchzte dem Tyrannen zu, der in Calomarde und Espanna Männer fand, welche bereitwillig der blindesten Reaction ihren Arm liehen, und der beinah Freude darüber zu empfinden schien, daß eine neue Revolution ihm neue Opfer seiner Grausamkeit geliefert hatte.

Portugal.

Ihr Nachspiel fanden diese Vorgänge in Spanien, wie üblich, in Portugal. Das Vorrücken der Franzosen gab auch hier der absolutistischen Partei das Zeichen zur Erhebung. Des Königs zweiter Sohn, Dom Miguel, stellte sich an die Spitze der Truppen und forderte von Villafranca aus den Umsturz der Verfassung. Nach einigem Schwanken begab sich der König zu ihm und löste die Cortes am 2. Juni auf. Nun begann auch in Portugal das alte Regiment von Neuem; doch war hier der englische Einfluß zu mächtig, um ein blindreactionäres Wüthen zu gestatten. Das neue Ministerium begnügte sich die Häupter der Gegenrevolution zu belohnen, ohne die Häupter der Liberalen zu verfolgen. Damit waren die Führer der ersteren, und besonders Dom Miguel, durchaus nicht zufrieden. Im Einverständniß mit seiner Mutter Carlota versuchte der Prinz im Mai 1824 einen Staatsstreich, der aber völlig mißlang. Die Minister flüchteten sich auf ein englisches Kriegsschiff, das im Hafen von Lissabon lag, und dem Könige, der sich bald von seinem Sohne wie ein Gefangener behandelt sah, gelang es gleichfalls, dorthin zu entkommen. Ein kräftiger Aufruf setzte dem Volk die Sachlage auseinander und bewirkte einen allgemeinen Abfall von Dom Miguel, der sodann vom Könige aus dem Lande verbannt wurde und sich zu Metternich nach Wien begab. Cannings Einfluß war von da ab stark genug, um ein verständiges und gemäßigtes Regiment zu verbürgen, bis der Tod des Königs, am 10. März 1826, neue und ernstere Verwickelungen heraufbeschwor, und zugleich die gänzliche Trennung Brasiliens von dem Mutterlande vollendete. Es wird deshalb hier die Stelle sein, der Verhältnisse jenseits des Oceans näher zu gedenken.

Auflehnung Dom Miguels.

Seine Verbannung.

Die amerikanischen Freiheitskämpfe.

Brasilien.

Brasilien hatte durch die Uebersiedelung des königlichen Hauses seit dem Jahre 1808 eine tiefgreifende Umgestaltung erfahren; aus der abhängigen Colonie, die in jedem Kleinsten vom Mutterlande Befehl und Weisung erhielt, war ein selbständiges Königreich geworden; die Häfen, bis dahin nur portugiesischen Schiffen geöffnet, standen jetzt allen Völkern offen und den Engländern überdies unter ganz ausnehmend günstigen Bedingungen. Schon hatten sich zahlreiche Kaufleute in den wichtigsten Städten, in Rio, Bahia, Pernambuco, Para, niedergelassen und dem gesellschaftlichen und öffentlichen Leben einen europäischen Anstrich gegeben. Der Gedanke, in die früheren Colonialzustände zurückgeworfen zu werden, war daher den Brasilianern eben so schreckhaft wie verabscheuenswerth und sie wünschten Nichts dringender, als daß die königliche Familie gar nicht wieder nach Europa zurückkehren möchte. Allerdings gab es im Lande,

besonders im Norden, auch eine republicanische Partei, die, angefeuert von dem Beispiele der spanischen Colonien, die Umwandlung Brasiliens in einen Bund von Freistaaten als Ideal vor Augen hatte und in der Rückkehr Johanns VI. nach Europa eine Förderung ihrer Pläne erblickt haben würde; aber diese Partei war in der Minderheit und ihre Aufstandsversuche im Jahre 1817 wurden schnell unterdrückt. So eifrig nun die Brasilianer den König in Rio festzuhalten wünschten, eben so dringend verlangten die Portugiesen seine Heimkehr und fanden dabei eine Stütze an des Königs ältestem Sohne Dom Pedro, der als Regent an des Vaters Statt zurückgelassen zu werden hoffte. Die Revolution von 1820 kam ihm dabei zu Hülfe; wollte Johann VI. Portugal nicht verlieren, so mußte er eilen, sich nach Lissabon einzuschiffen; nur ungern freilich trennte er sich von den behaglicheren Verhältnissen, in denen er zu Rio lebte; aber von Pedro gedrängt entschloß er sich doch dazu und reiste im April 1821 ab. Was die Brasilianer gefürchtet, trat nun schnell ein. Die Cortes in Lissabon faßten Beschlüsse über Beschlüsse, welche das Königreich wieder zu einer Colonie herabdrücken sollten. Die Mißstimmung, welche darüber entstand, machte sich der ehrgeizige Dom Pedro geschickt zu Nutzen. Schon im Mai 1822 nahm er den Titel eines „constitutionellen Verteidigers Brasiliens" an und berief eine verfassunggebende Versammlung, welche die Unabhängigkeit des Landes aussprach und ihn am 12. October als Kaiser ausrief.

Dom Pedro I.

Der Widerstand, den Portugal dieser Losreißung entgegensetzen konnte, war nur gering. Eine brasilianische Flotte unter dem Befehl des Engländers Cochrane, der schon mehrere Jahre lang für die Unabhängigkeit des spanischen Südamerika gefochten hatte und im März 1823 in Pedro's Dienste trat, verjagte die portugiesischen Schiffe aus den Häfen und die Besatzungen aus den Städten des Nordens, so daß nach wenigen Monaten das ganze Land frei war. Auch die innere Ordnung des Landes wurde unter nicht sehr erheblichen Schwierigkeiten begründet. Zwar überwarf sich der Kaiser mit der verfassunggebenden Versammlung und jagte sie im November 1823 gewaltsam auseinander; aber die Constitution, die er dann einseitig entwerfen ließ und im Januar 1824 in Kraft setzte, fand doch meistentheils Zustimmung, und wo die Republicaner sich gegen sie auflehnten, wie in Pernambuco, stellte Cochrane's Flotte bald die Ruhe wieder her. Keine Macht sah diese Befestigung des neuen Staates mit größerem Wohlgefallen als England, und Canning war deshalb in emsiger Thätigkeit, um die Anerkennung Brasiliens durch Portugal zu erwirken. Sir Charles Stuart reiste in seinem Auftrag nach Lissabon und Rio und brachte am 29. August 1825 einen Vertrag zu Stande, in dessen Brasilien eine Schuld von 2 Millionen Pfund von Portugal übernahm und dafür in seiner Selbständigkeit anerkannt wurde. Als über die Thronfolge war eine Verständigung noch nicht erreicht, als Johann VI. starb und kraft des Rechtes der Erstgeburt Pedro die portugiesische Krone erbte, die neben der brasilianischen zu tragen ihm die Verfassung des Kaiserstaates doch verwehrte. Er schwankte

nicht lange, welche Wahl er zu treffen habe. Indem er zu Gunsten seiner siebenjährigen Tochter Maria da Gloria auf Portugal verzichtete und diese Tochter mit seinem Bruder Dom Miguel verlobte, zerschnitt er endgültig das Band, das Brasilien noch mit dem Mutterlande verknüpfte. Trotzdem war ihm selbst noch eine bedeutende Rolle in der Geschichte Portugals beschieden; aber Brasilien wurde durch diese seine persönliche Politik nicht in die europäischen Wirren verflochten, sondern behauptete fortan eine durchaus selbständige Stellung.

Die spanischen Colonien.

Reicher an Wechselfällen und ärmer an segensreichen Folgen waren die Kämpfe, in welchen sich die amerikanischen Colonien Spaniens vom Mutterlande losrissen. Die Neigung dazu war hier zuerst durch den amerikanischen Freiheitskrieg geweckt worden, trotz, ja zum Theil Dank den Reformen, welche Karl III. um diese Zeit in Spanien einführte und die auch ihnen zu Gute kamen. Der Handel nach Amerika, der bis dahin das ausschließliche Recht weniger Bevorzugter gewesen war, wurde von diesen Schranken befreit und nahm einen so gewaltigen Aufschwung, daß sein Werth von 1778 ab binnen zehn Jahren von 150 auf 1100 Millionen Realen stieg. Dazu kam noch ein lebhafter Schmuggelverkehr mit den englischen Antillen, der für beide Theile den größten Gewinnst abwarf. Aber eben dieses Anwachsen des Wohlstandes und dieses Hinwegräumen oder Ueberschreiten der lästigen Hemmnisse erweiterte auch den Blick und schärfte ihn für das Vernunftwidrige der bestehenden Verhältnisse. Dazu kamen die großen kriegerischen Ereignisse in Europa, der Anschluß Spaniens an die französische Politik, seine Verfeindung mit England. Zunächst waren es freilich nur einzelne Männer, die daraus den Muth schöpften, Schritte zur Losreißung ihrer Heimatländer zu wagen, unter ihnen besonders ein Venezolaner, Miranda, der seit den neunziger Jahren mit Pitt in lebhaftem Verkehr stand und 1806 auf eigne Hand eine Landung in Venezuela versuchte, die aber auf das kläglichste mißlang. Den englischen Staatsmännern behagte der Gedanke wohl, gegenüber den Königreichen von Napoleons Gnaden, die in Europa entstanden, auf den Trümmern der spanischen Macht in Amerika Königreiche unter Englands Schutz zu gründen; aber die Kräfte des Inselreiches waren schon ohne dies so gewaltig angespannt, daß es unmöglich schien, sich auf neue Wagnisse einzulassen. Wenn dies doch, z. B. in Buenos Ayres, 1806 geschah, so waren das eigenmächtige Schritte verwegener Flottenführer, die der nachhaltigen Kraft entbehrten und daheim keine Billigung fanden. Mit der Umwandlung Spaniens in ein französisches Königreich wuchs indeß das Unabhängigkeitsgefühl in den Colonien plötzlich in unerwartetem Maße; keine derselben erkannte den König Joseph an; der rechtmäßige Herrscher war in französischer Gewalt; die Centraljunta in Spanien, welche den Kampf gegen die napoleonische Unterdrückung leitete, war außer Stande, sich eingehend um die Dinge in Amerika zu kümmern; sie nahm dankbar die reichen Geldsendungen in Empfang, welche ihr von dort zuflossen, sie sandte auch Statthalter hinüber und räumte später

den Colonien Sitze in ihrer Mitte und in den Cortes ein; aber sie vermochte doch nicht zu hindern, daß jenseits des Oceans das Gefühl der Selbständigkeit erstarkte und in allen sechs Reichen (Mexico, Peru, Neu-Granada, Venezuela, Buenos Ayres und Chile) Parteien entstanden, welche die unabhängige Verwaltung der Colonien, übrigens unbeschadet der königlichen Rechte Ferdinands VII., auf ihre Fahne schrieben. Die Bedrängniß, welche das Jahr 1810 über die Centraljunta brachte, die Ohnmacht, welche sie durch den Rückzug nach Cadix bekundete, war überall das Zeichen zum Losbruch der Bewegung. Schon im April bildeten sich in Caracas (Venezuela), im Mai in Buenos Ayres, und weiterhin in den übrigen Hauptstädten Regierungsausschüsse, die im Namen Ferdinands VII. die Verwaltung führten und die bisherigen Statthalter verdrängten; nur in Peru behauptete sich das alte Regiment ohne Kampf. Allein auch in den übrigen Provinzen zählte das frühere Verhältniß zum Mutterlande noch viele Anhänger und auf diese gestützt suchten die Statthalter das Verlorene wiederzugewinnen. Am schnellsten gelang dies von Peru aus in Ober-Peru (dem jetzigen Bolivia) und in Quito; beide Provinzen waren schon 1812 wieder unterworfen und von dort aus ward Buenos Ayres, von hier aus Neu-Granada bedroht, während gegen Chile ein Angriff zur See von Peru aus vorbereitet ward.

Beginn der Bewegung 1810.

Venezuela dankte seiner Lage eine größere Sicherheit gegen auswärtigen Angriff; deshalb nahmen hier die Verhältnisse auch zuerst eine festere Gestalt an und der Congreß von Abgeordneten, der im März 1811 zusammentrat, war der erste, der unter Miranda's Einfluß am 5. Juli eine Unabhängigkeitserklärung erließ und im December dem Lande eine Verfassung gab. Ein furchtbares Naturereigniß war es, das dieses schnell errichtete Gebäude eben so schnell wieder umstieß. Am 26. März 1812 ward der Norden Venezuela's von einem der entsetzlichsten Erdbeben heimgesucht, deren die Geschichte gedenkt. Eine Menge von Städten wurden zerstört, unter ihnen Caracas, dessen Trümmer an die 10,000 Menschen begruben. Nun wurde es der Geistlichkeit, die allen diesen Umwälzungen feind war, leicht, das Volk durch den Hinweis auf diesen sichtbaren Finger Gottes zu einem völligen Wechsel der Gesinnung zu bekehren; aus den beiden Grenzprovinzen, Maracaibo im Westen und Guyana im Osten, die sich der Erhebung überhaupt nicht angeschlossen hatten, brachen die spanisch Gesinnten in das Land ein und zwangen die Republicaner zur Unterwerfung; Miranda capitulirte und ward, obgleich ihm die Auswanderung zugestanden war, ins Gefängniß geworfen, in dem er 1816 starb. Manche der Aufständischen warfen sich in die Gebirge und in die Llanos, Andre verließen das Land, um sich anderswo Erhebungen anzuschließen. Unter diesen befand sich Simon Bolivar, der in Cartagena (Neu-Granada) ein Feld seiner Thätigkeit fand. Glänzende Erfolge, die er hier davontrug, verschafften ihm bald ein großes Ansehn; es sammelten sich um ihn die flüchtigen Venezolaner, der Staat Cartagena lieh ihm seine Unterstützung, und schon 1813 wagte er den Versuch, sein Heimatland für die Sache der

Venezuela.

Bolivars Befreiungszug 1813.

Freiheit wieder zu erobern. Das Unternehmen gelang über alles Erwarten; wo ihm die Spanier entgegentraten, wurden sie geschlagen, und am 7. August 1813 hielt der „Befreier" (Libertador war der Titel, mit dem man ihn schmückte) auf einem Triumphwagen, den zwölf Jungfrauen zogen, seinen Einzug in Caracas. Als Dictator schaltete er nun allmächtig in dem befreiten Staate. Allein es dauerte nicht lange, so erfolgte ein neuer Umschwung. Auch die Spanier erfreuten sich eines ausgezeichneten Führers, des Boves. Dieser hatte sich mit spärlichen Truppenresten in die Llanos geworfen und sammelte hier die wilden Bewohner dieser Graswüsten um sich. Der zähen Ausdauer, mit welcher er den Kampf fortsetzte, kam der große politische Umschwung des Jahres 1814, die Rückkehr Ferdinands VII. auf den spanischen Thron, zu Hülfe. Wie in allen andern Colonien entmuthigte dieses Ereigniß auch in Venezuela einen großen Theil der Unabhängigkeitspartei, viele zogen sich vom Kampfe zurück und die Heere Bolivars schmolzen zusammen. Boves benutzte die Gunst der Lage und konnte im August 1814 siegreich in Caracas einziehen; in dem oberen Flußgebiete des Orinoco hielten sich zwar die Aufständischen und Boves fand wenige Monate später im Kampfe gegen sie den Tod; aber Bolivar flüchtete schon jetzt zum zweiten Male und wandte sich wieder nach Cartagena. Hier ward er mit offenen Armen empfangen und griff kräftig in die inneren Wirren Neu-Granada's ein. In dieser Colonie hatte der Ruf der Freiheit nämlich sofort zu einem Bürgerkriege geführt. Die Bundesverfassung, die ein Congreß der einzelnen Provinzen im Jahre 1811 gegeben, wurde von der größten derselben, Cundinamarca, in welcher die Hauptstadt Bogotá liegt, verworfen; in dem Kriege, der darüber entstand, hatte Narińo, der Präsident von Cundinamarca, Anfang 1813 den Sieg behalten; grade jetzt aber, im Mai 1814, fand er seinen Tod in Kämpfen an der Südgrenze gegen die von Quito heranziehenden Spanier. Diese Lage benutzte der Bund, in dem Cartagena die erste Rolle spielte, zur Demüthigung von Cundinamarca, und Bolivar erhielt den Auftrag gegen Bogotá zu ziehen. Er entledigte sich desselben so erfolgreich, daß Cundinamarca schon im December seinen Eintritt in den Bund erklärte und im folgenden Januar der Congreß seinen Sitz nach Bogotá verlegte. Im Auftrag desselben wollte Bolivar sofort einen neuen Eroberungszug nach Venezuela antreten; aber jetzt erwies sich der Staat Cartagena ihm feindlich und verweigerte ihm die Unterstützung, auf die er hingewiesen war. Bereits schickte er sich an die gegnerische Partei in der Stadt mit Waffengewalt zur Nachgiebigkeit zu zwingen, als die Ankunft eines spanischen Heeres von 10,000 Mann, das Ende 1814 unter dem General Morillo in Venezuela gelandet war, drohend zur Eintracht mahnte. Gehemmt in seinen Entwürfen legte Bolivar sein Amt nieder und begab sich nach Jamaica; Morillo aber belagerte Cartagena und zwang es nach sechsmonatlicher Einschließung, nachdem 6000 Einwohner Hungers gestorben und etwa 2000 sich seewärts gerettet hatten, im December 1815 zur Ergebung. Auch die übrigen

Seine Vertreibung.

Neu-Granada.

Morillo's

Staaten des Bundes von Neu-Granada mußten sich unterwerfen und im Mai 1816 stand Morillo in Bogotá.

Mexico.

Die Sache der Freiheit Amerika's schien um diese Zeit verloren. Auch in Mexico, das seine ganz gesonderte Entwicklung genommen, und in Chile war das spanische Ansehn wieder hergestellt. Die mexicanische Erhebung hatte im September 1810 ein Landpfarrer Hidalgo in der Gegend von Queretaro begonnen. Anfangs so glücklich, daß er mit einem Schwarm von angeblich 100,000 Menschen bis dicht vor die Hauptstadt rücken konnte, verscherzte er durch die Gräuel seiner indianischen Banden schnell den Beifall der Gebildeten und Besitzenden und ward von dem früher erwähnten General Calleja in einer Reihe von Gefechten geschlagen, zurückgedrängt, endlich gefangen und im Juli 1811 hingerichtet. Trotzdem hielten sich die Aufständischen besonders im Süden des Landes unter der Führung eines andern Pfarrers, Morelos, beriefen sogar einen Congreß und sprachen am 6. November 1813 die Unabhängigkeit Mexico's aus. Aber durch Verstärkungen aus Europa und den moralischen Eindruck der Rückkehr Ferdinands wurden auch hier die Königlichen in Vortheil gesetzt; nach vielfachen Niederlagen, die ihm besonders der General Iturbide beibrachte, erlitt Morelos im November 1815 das Schicksal Hidalgo's, gefangen und erschossen zu werden. Ausgedehnte Begnadigungen und ein versöhnliches Regiment stellten allmälig die Ruhe auch da wieder her, wo sie noch gestört war, und Mexico galt wieder für einen gesicherten Besitz.

Chile.

In Chile war die Erhebung mit vieler Ordnung und Mäßigung vollzogen worden; doch stellte sich bald Zwietracht zwischen den beiden bedeutendsten Häuptern, Rosas und Carrera, ein. Der Letztere siegte, mußte aber später seinen Platz an O'Higgins abtreten und außer Landes gehen. Mittlerweile war in dem südlichen Theile des Landes auf der Insel Chiloe die peruanische Expedition gelandet und drang mit schwankendem Glück nach und nach gegen die Hauptstadt Santiago vor. Ende 1814 fiel auch diese und das ganze Land war wieder unterworfen.

La Plata-Staaten.

Nur in den La Plata-Staaten, wo er zuerst ausgebrochen, behauptete sich der Widerstand gegen Spanien, wenngleich unter traurigen inneren Wirren. Die Versuche, von Ober-Peru aus ihn niederzuwerfen, scheiterten, so oft und so hartnäckig sie auch erneuert wurden. [illegible] erfolgreicher waren die Anstrengungen des Generals Elio, der von Montevideo aus vier Jahre lang Buenos Ayres bedrohte, bis es im Juni 1814 dem General Alvear und der Flotte unter dem Engländer Brown gelang Montevideo und damit die Provinz Uruguay für die Sache der Freiheit zu erobern. Auch Paraguay, das im Jahre der Erhebung sich widersetzt hatte, verjagte 1811 die Spanier; len gemeinsamen Bestrebungen hielt es sich aber auch fürderhin nd führte unter dem Scepter des Doctor Francia, der sich erst Consul, dann zum Dictator ernennen ließ, ein streng abgenes Sonderleben, so daß seine Kräfte dem Unabhängigkeits- nicht zu gute kamen. Für das Wohl des Landes war dadurch,

einstweilen wenigstens, besser gesorgt als durch den Anschluß an die La Plata-Staaten. Gleich beim ersten Beginn der Erhebung zeigte sich in diesen, ähnlich wie in Neu-Granada, ein erbitterter Gegensatz zwischen den Anhängern der straffen Einheit und denen des Bundesstaates. Den letzteren begünstigte der Mann, welcher die Seele der Losreißung war, Saavedra; aber schon 1811 ward er gestürzt und verbannt. Die nächsten Jahre behauptete dann Buenos Ayres ein solches Uebergewicht über die Provinzen, daß diese einfach die Befehle der Hauptstadt auszuführen hatten. Aber mit der Eroberung von Montevideo ward das anders; hier schwang sich Artigas, ein wilder und rücksichtsloser Soldat, zum Präsidenten auf und ihm schlossen sich die meisten der vierzehn Provinzen an, so daß der Congreß von Tucuman, den Buenos Ayres 1816 zur Berathung einer Bundesverfassung berief, von vielen Staaten gar nicht, von andern nur zum Schein beschickt wurde. Die Muthlosigkeit war deshalb groß und wurde noch größer, als um dieselbe Zeit Brasilien den Krieg an Uruguay erklärte und 1817 Montevideo eroberte. Ueberall sonst war das Banner der Freiheit gesunken; auch am La Plata fühlte man den Untergang nahen und knüpfte bereits Verhandlungen über die Einführung einer monarchischen Verfassung in Spanien und Brasilien an. Da trat an zwei Orten fast gleichzeitig ein Umschwung ein, der die geschwundenen Hoffnungen wieder entfachte und der Anfang zum völligen Siege der Unabhängigkeit wurde.

Befreiung Venezuela's durch Bolivar 1817.

Diese beiden Orte waren Chile und Venezuela. In Chile stürzte San Martin, ein General der La Plata-Staaten, der im Januar 1817 von Mendoza aus auf eigene Verantwortung die Anden überschritt, die spanische Herrschaft; in Venezuela war es Bolivar, der zum dritten Male der Freiheit zum Siege verhalf. Von Jamaica aus hatte er sich nach Haity begeben und hier die Freundschaft des reichen Holländers Brion gewonnen. Mit einem kleinen Geschwader, dessen Kosten dieser trug, fuhr er nach der Insel Margarita, ließ sich hier von der Bevölkerung und seinen Gefährten zum Oberbefehlshaber von Venezuela ernennen und machte im Laufe des Jahres 1816 mehrere Versuche an der Küste zu landen. Sie scheiterten indes alle und das ganze Unternehmen wäre mißglückt, wenn nicht ein anderer Abenteurer, Piar, sich durch glückliche Kämpfe in spanisch Guiana, am Unterlaufe des Orinoco, festgesetzt hätte. Hierhin begab sich Bolivar 1817 und errang im Juli mit Hülfe der Flotte, die den Orinoco hinauf fuhr, den großen Erfolg, die Stadt Angostura einzunehmen. Morillo leistete ihm dabei weniger Widerstand, als die Wichtigkeit des Platzes erwarten ließ, weil ihn im Osten des Landes ein drittes Häuflein Aufständischer unter der Führung des großsinnigen Paez festhielt und empfindlich schwächte. Mit Paez Fühlung zu gewinnen und den ganzen Lauf des Orinoco in seine Gewalt zu bringen, war nun die nächste Aufgabe Bolivars. Er löste sie im Februar 1818, verdarb dann aber alles Gewonnene fast gänzlich wieder durch einen leichtsinnigen Zug gegen Caracas. Glücklicher Weise hatte Paez ihn nicht begleitet und bot dem Geschlagenen so

einen festen Rückhalt; ihn zu stürzen und an seiner Stelle den Oberbefehl, den die Truppen in seine Hand gelegt, zu behalten verschmähte er uneigennützig, blieb vielmehr auch fortan Bolivars feste Stütze. Dieser berief im Februar 1819 einen Congreß nach Angostura und ward von diesem mit der höchsten bürgerlichen und militärischen Gewalt bekleidet; die Macht, die so ihm anvertraut war, benutzte er zu einem ebenso verwegenen wie glücklichen Unternehmen. Während Paez in Venezuela zurückblieb, trat er selbst während der Regenzeit des Sommers 1819 den Marsch über die Anden nach Neu-Granada an und vollendete ihn trotz der furchtbarsten Mühsale so schnell, daß er am 10. August, 75 Tage nach seinem Aufbruch, in Bogotá einziehen konnte, nachdem er den Feind am Flusse Boyaca völlig geschlagen und zur Ergebung gezwungen hatte. Der kühnen militärischen That ließ er eine nicht minder kühne politische folgen; er erklärte die Vereinigung von Neu-Granada und Venezuela zu einer einzigen Republik Columbia; noch im December 1819 gab der Congreß von Angostura seine Zustimmung dazu und die Verschmelzung wurde vollzogen. Noch stand freilich ein starkes feindliches Heer auf dem Boden der Republik, das an Morillo und dem General La Torre tüchtige Führer hatte; aber die Kraft derselben wurde gebrochen, als die Nachricht von Riego's Aufstand und der spanischen Revolution aus Europa herüberkam. Morillo schloß einen Waffenstillstand und kehrte in die Heimat zurück; Provinzen, die bisher der Unabhängigkeit feindlich gewesen waren, wie Maracaibo, traten zu der Freiheitspartei über; La Torre endlich wurde nach dem Wiederbeginn des Krieges in der entscheidenden Schlacht von Carabobo am 24. Juni 1821 besiegt und Bolivar konnte siegreich in die Hauptstadt Caracas einziehen. Wenig später fiel auch das hartnäckig vertheidigte Cartagena und bis auf Coro und Puerto Cabello waren Ende 1821 alle wichtigen Puncte im Besitze der Republik.

Befr… Neu-G… da's …

Republ… lumb…

Nun konnte Bolivar es wagen die Rolle des Befreiers auch in Quito und Peru zu spielen. Seine Entfernung gefährdete zwar noch einmal den Bestand seiner columbischen Schöpfung; es gelang La Torre 1822 Maracaibo wieder zu erobern und eine bedrohliche Stellung anzunehmen; aber von Dauer waren seine Erfolge nicht; besonders der jungen Flotte der Republik, die der tapfere Padilla führte, war es zu danken, daß 1823 das Verlorene wieder gewonnen und auch Puerto Cabello genommen ward. Mittlerweile war Bolivar vollauf im Süden beschäftigt. Die ersten Lorbeeren freilich erntete nicht er, sondern sein Kriegsminister Sucre, der von der Hafenstadt Guayaquil, die schon im October 1820 sich für die Unabhängigkeit erklärt hatte, ins Innere der Provinz Quito zog und Anfang 1822 … entscheidenden Sieg bei Pichincha errang. Gleich darauf traf …ivar vom Norden her ein; seiner Ankunft in Quito folgte sogleich … Vereinigung der Provinz mit der columbischen Republik auf …und der Verfassung, welche ein Congreß in Cucuta unterdessen …21) für diese erlassen hatte; alle drei Staaten erkannten Bolivar … ihren gemeinsamen Präsidenten für die ersten vier Jahre an. Be-

Befrei… Ecuad… 182…

wehrt mit den Streitkräften, welche dieses Amt ihm zur Verfügung stellte, griff nun der Befreier in die Wirren Peru's ein. Hier traf sein Lauf mit dem der Freiheitsbewegung, die von Süden ausgegangen war, zusammen. San Martins Zug von Mendoza über die Anden hatte im Frühjahr 1817 die spanische Herrschaft in Chile wieder gestürzt. Wohl ward das im Sturm Errungene fast eben so schnell wieder verloren, als der Vicekönig von Peru, Pezuela, eine Truppe unter dem tapfern Osorio landen ließ; aber der Ausgang des harten Ringens war endlich, im April 1818, doch der Sieg der chilenischen Freiheit. Die politische Führung des Landes übernahm von Neuem O'Higgins, eine kleine, aber tüchtige Flotte schuf der Engländer Cochrane, derselbe, der später in Brasilien und Griechenland kämpfte; San Martin selbst bemühte sich um die Ordnung des Heeres, mit dem er, im Bündniß mit Buenos Ayres, Peru anzugreifen gedachte. Die Ausführung dieses Planes hatte mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen. Die von La Plata versprochene Hülfe blieb aus, weil der Director von Buenos Ayres, der sie zugesagt, Mitte 1819 gestürzt wurde; Angriffe auf Callao, den Hafen von Lima, die Cochrane mit seiner Flotte um dieselbe Zeit unternahm, blieben erfolglos; erst ein Jahr später, im September 1820, war San Martin selbst so weit, mit einem chilenischen Heere in Pisco, südlich von Lima, landen zu können. Und obgleich ihm nun die Nachrichten aus dem Mutterlande dieselben Dienste leisteten, wie dem Bolivar in Columbien, so ging er doch nur äußerst zaghaft vor und wagte lange Zeit keinen Angriff auf die Hauptstadt. Die Vertheidigung des Landes leitete an Stelle des gestürzten Pezuela Laserna; unter ihm befehligten kühne und fähige Generale wie Valdes, Canterac, Rodil. Auch als sie Lima und Callao im Juli und September 1821 preisgeben mußten, fügten sie durch verwegene Streifzüge aus den Gebirgen heraus den Feinden schweren Schaden zu und San Martin, der unter dem Titel eines Protectors im Lande schaltete, litt durch ihre Erfolge nicht minder als durch die eigene Thatlosigkeit schwere Einbuße an seinem Ruhme. Nicht mit Unrecht stand er in dem Verdachte ehrgeiziger Pläne; man sagte, er strebe nach der Kaiserkrone und suche sich deshalb Aller, die ihm dabei entgegentreten würden, besonders auch Cochrane's, zu entledigen. So richteten sich denn Vieler Augen auf Bolivar und hofften, daß er von Quito aus die Spanier vertreiben, San Martin beseitigen und die Ordnung im Lande herstellen werde. Andrerseits schmeichelte sich auch der Protector eine Zeit lang mit der Hoffnung in Bolivar einen Bundesgenossen zu finden; als er aber durch einen Besuch, den er ihm im Juli 1822 in Guayaquil abstattete, die Gewißheit erlangte, daß der Befreier ihm entgegen sei, entschloß er sich das Spiel aufzugeben und nach Chile zurückzukehren. Dadurch kam das unglückliche Peru zunächst in eine noch viel schlimmere Lage; der Congreß, der zusammenberufen ward, erwies sich den herrschsüchtigen Generalen gegenüber als ohnmächtig und zersplitterte sich selbst in Parteien; die Spanier errangen Sieg auf Sieg und Canterac bemächtigte sich im Juni 1823 sogar Lima's wieder. Selbst

San Martin in Chile 1817.

Befreiung Peru's 1820.

Bolivar nach Peru.

Sucre, den Bolivar inzwischen voraussandte, war keineswegs glück-
lich, sondern erlitt in Oberperu gegen Valdes bedeutende Schlappen.
Jubelnd begrüßten die Patrioten deshalb Bolivar, als er am 1. Sep-
tember längst erwartet in Lima eintraf, und übertrugen ihm sofort die
höchste Gewalt, die sie Anfang 1824 in eine Dictatur verwandelten.
Aber auch er konnte Lima und Callao nicht vor einem neuen An-
griff Rodils retten, und erst als 10,000 Columbier seine Truppen-
macht verstärkten, wendete sich das Glück wieder auf seine Seite.
Nach schweren Kämpfen führte Sucre den entscheidenden Streich; bei
Ayacucho besiegte er am 9. December 1824 Laserna und zwang ihn
zu capituliren. Von da ab war das Ende nicht mehr zweifelhaft;
Callao hielt sich zwar noch ein volles Jahr, aber während dessen
drang Sucre tief in Ober-Peru vor, zog in Potosi ein und befreite
alles Land bis zur Grenze der La Plata-Staaten. Da diese nun
ihre Unabhängigkeit überhaupt nicht wieder verloren hatten, da in-
zwischen auch Mexico wieder frei geworden war und da Spanien den
Besitz von Florida schon 1819 widerwillig den nordamerikanischen
Freistaaten abgetreten hatte, so war um den Anfang des Jahres 1826
das ganze Festland Amerika's der spanischen Herrschaft ledig.

Befreiung von Ober-Peru, 1825.

Mexico.

In Mexico vollzog sich die Losreißung im Jahre 1821 uner-
wartet schnell. Derselbe Iturbide, der an dem Niederwerfen der
ersten Erhebung so großen Antheil gehabt, gab jetzt das Zeichen zum
Aufstand. In einem Aufruf, den er am 24. Februar in Igual
veröffentlichte, erklärte er sich für ein selbständiges Kaiserthum unter
einem spanischen Prinzen, das mit dem Mutterlande durch eine
Union verbunden und in dem der Katholicismus die herrschende Re-
ligion bleiben solle. Mit einem Schlage trat fast das ganze Land
bis auf die Städte Mexico und Veracruz diesem Programme bei und
schon im August erkannte auch der Vicekönig O'Donnoju es durch den
Vertrag von Cordoba an. Der glänzende Erfolg machte dem General
Iturbide Muth die eigene Hand nach der Krone auszustrecken. Von
seinen Soldaten am 18. Mai 1822 als Augustin I. zum Kaiser aus-
gerufen, zwang er den Congreß zur Bestätigung dieser Würde, ver-
darb es aber bald durch seinen Uebermuth und seine Verschwendung
mit allen Parteien. Die gewaltsame Auflösung des Congresses, zu
der er am 31. October schritt, bot dem General Santana in Vera-
cruz den Vorwand zum Abfall; statt den Empörer zu bekämpfen,
schlossen sich die gegen ihn geschickten Truppen ihm an; ebenso schnell
wie Iturbide gestiegen, ward er auch gestürzt. Schon im März 1823
legte er vor dem wieder einberufenen Congreß seine Krone nieder
und wurde sofort von diesem in die Verbannung nach Italien ge-
schickt. Ein thörichter Versuch der Rückkehr kostete ihm ein Jahr
später das Leben; in der Provinz Tamaulipas gelandet, gerieth er
bald in die Hände seiner Feinde und ward am 19. Juli 1824
zu Padilla erschossen. Der Congreß aber vollendete bald darauf die
Verfassung, mit der er seit Jahresfrist beschäftigt war; nach dem
Vorbilde der Vereinigten Staaten schlossen sich die 18 Provinzen zu
dem mexicanischen Bunde zusammen und erwählten den General

Kaiser Augustin I.

Victoria, einen der ersten Vorkämpfer der Freiheitsbewegung, für die Dauer von 4 Jahren zum Präsidenten.

Bolivars Machtstellung.

Den gesonderten Gang, den Mexico somit eingeschlagen, verfolgte es auch ferner; ebenso gingen die La Plata-Staaten ihren eigenen Weg und auch Chile behauptete eine selbständige Politik; Peru hingegen und Ober-Peru, oder Bolivia, wie es seinem Befreier zu Ehren seit 1825 sich nannte, schlossen sich nothgedrungen dem columbischen Systeme oder vielmehr der Person Bolivars an. Das heimliche Ziel des Letzteren war die Errichtung einer Wahlmonarchie, die ihm seine Stellung auf Lebenszeit verbürgen sollte. Mit überschwänglichen Ehren überschüttet, als Erlöser der Völker, als erstgeborener Sohn der neuen Welt begrüßt, konnte er wohl hoffen dieses Ziel zu erreichen. Der Congreß von Bolivia nahm zuerst die Verfassung an, die — von dem Befreier selbst ausgearbeitet — dessen Ideal verwirklichen sollte. Seinem Beispiel folgte 1826 Peru und bekleidete ihn auf Lebenszeit mit der höchsten Gewalt. Von da griff die Nachahmung nach Ecuador hinüber und Guayaquil und Quito beantragten in Bogotá den gleichen Schritt für die columbische Republik.

Sein Sturz.

Aber der Gegenschlag blieb nicht lange aus; in Venezuela begannen gleichzeitig Aufstände, die eine Lösung der geschlossenen Union anstrebten und an denen sogar der wackere Paez sich betheiligte. Allerdings genügte es jetzt noch, daß Bolivar auf die Kunde davon in seine Heimat zurückeilte; sofort unterwarfen sich die Unzufriedenen und schon am 1. Januar 1827 konnte er von Puerto Cabello eine allgemeine Begnadigung ankündigen. Aber bald folgten härtere Schläge. Das columbische Heer, welches in Lima zurückgeblieben war, erklärte sich gegen die bolivianische Verfassung und schiffte sich im April 1827 nach Guayaquil ein, um dort die Anhänger des Befreiers niederzuschlagen.

Peru selbständig.

In Lima trat ein Congreß zusammen, erklärte die Wahl Bolivars für nichtig und ordnete Peru als eine selbständige Republik;

Ebenso Bolivia.

im Mai 1828 rückte ein peruanisches Heer in Bolivia ein, stürzte auch hier die Verfassung und zwang den Vice-Präsidenten Sucre zur Abdankung und Entfernung. Darüber erklärte im Juli Bolivar den Krieg an Peru; der Schauplatz desselben ward Ecuador, und Sucre's Erfahrung und Tapferkeit errangen noch einmal glänzende Erfolge für den Befreier. Aber dieser fühlte seine Stellung untergraben und schloß 1829 einen Frieden, der Peru's Selbständigkeit anerkannte. Er durfte froh sein, wenn es ihm nur gelang in Columbien sein geschädigtes Ansehen wieder herzustellen. Wie schwer dasselbe gelitten, bewies der außerordentliche Congreß, der im April 1828 in Ocaña zusammentrat, um die Verfassung nach Bolivars Wünschen umzugestalten. Fast die Hälfte der Abgeordneten blieb aus und von den Erschienenen war kaum ein Drittel für die Pläne des Präsidenten; seine Freunde wußten zuletzt nichts Besseres zu thun, als durch ihren Austritt den Congreß zu sprengen und durch Parteiversammlungen, besonders durch eine Erklärung von Bogotá, den Befreier zu einem Staatsstreich aufzufordern.

Staatsstreich Bolivars.

Und Bolivar gehorchte diesen Lockungen. Er eilte nach Columbien, erklärte die Ver-

fassung für aufgehoben und stellte erst für das Jahr 1830 eine neue in Aussicht. Bis dahin wollte er unumschränkt herrschen. Absetzungen, Verbannungen, Todesurtheile folgten schnell auf einander, besonders seit im September 1828 eine Verschwörung das Leben des Dictators bedroht hatte; vertrauliche Verhandlungen mit England und Frankreich sollten deren Zustimmung und Schutz für die monarchische Neugestaltung erwirken. Etwa ein Jahr lang dauerte diese Gewaltherrschaft, da brach in Caracas im November 1829 der Aufstand dagegen los. In wenigen Wochen schloß sich ganz Venezuela ihm an und Paez, der lange geschwankt, stellte sich an die Spitze. Die Forderungen lauteten auf Trennung von Neu-Granada und Verbannung Bolivars. Alles ließ jetzt diesen in Stich. Der Congreß, den er auf den Januar 1830 nach Bogotá berufen, nahm ganz bereitwillig die angebotene Entlassung an, bewilligte dem Gestürzten ein reiches Jahresgehalt und ließ ihn ruhig den Weg zur Küste antreten, damit er sich nach Europa einschiffe. Die Losreißung Ecuadors und Venezuelas ward wie ein unvermeidliches Uebel hingenommen und nur durch friedliches Zureden, aber erfolglos, bekämpft. Die columbische Republik war zerfallen, noch ehe das Jahr zu Ende ging. Bolivar selbst überlebte seine Schöpfung nicht. Statt in Cartagena sich einzuschiffen, wollte er noch einmal den Versuch wagen, sein Werk zu retten; es ward ihm nicht schwer, in dem zerrütteten Lande sich nochmals eine Partei zu bilden; aber ehe er den doch hoffnungslosen Kampf beginnen konnte, streckte ihn eine Krankheit auf das Todtenlager. Am 17. December 1830 starb er in der Nähe von Santa Marta — trotz glänzender Gaben kein großer Charakter, trotz hoher Verdienste kein Retter seines Vaterlandes, an eigensüchtigem Ehrgeiz und unlauterer Gesinnung den Hunderten von Parteiführern gleich, die vor, mit und nach ihm Südamerika heimgesucht haben, an Kraft und Entschlossenheit nicht so weit ihnen überlegen, daß er mit eiserner Hand den Völkern seine Gesetze hätte auferlegen und durch harte Zucht sie zur Ordnung und Freiheit hätte heranbilden können. Die Unabhängigkeit von europäischem Joch hatte er wacker mit erstreiten helfen; aber außer dieser Unabhängigkeit war Nichts gewonnen und alle die Republiken, die aus den spanischen Colonialreichen hervorgegangen waren, gewährten auch fürderhin nur den traurigen Anblick staatlichen Zerfalls und sittlicher Erniedrigung.

Sprengung der Republik Columbia.

Bolivars Tod.

Trotzdem ward ihr Entstehen von den europäischen Parteien mit Jubel auf der einen Seite und mit Verwünschungen auf der andern begrüßt; kein Volk aber verfolgte die Wechselfälle dieser Vorgänge aufmerksamer als das der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Die Verdrängung der europäischen Mächte von dem amerikanischen ...nde war hier längst als eine Aufgabe der Zukunft erfaßt worden, ...gleich die Kräfte des jungen Bundes noch nicht ausreichten, sie ...n Programm und eine Forderung aufzustellen. Jetzt gewahrte ...mit Freuden, wie der größte Theil Amerikas aus eigener Kraft ...fremde Joch abschüttelte. Sofort nahm auch die Diplomatie der ...nigten Staaten einen kühneren Ton an. Die Erschöpfung, welche

Die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

der letzte Krieg mit England (1812—14) zurückgelassen hatte, war schnell überwunden und in James Monroe, der zweimal hintereinander den Präsidentenstuhl bestieg (1817—25), stand ein kräftiger Staatsmann an der Spitze der Geschäfte. Er benutzte die Bedrängniß Spaniens um es zum Verkaufe Floridas zu zwingen (1819) und würde auch Texas schon damals erworben haben, wenn nicht der Norden der Union diese starke Vermehrung der Sclavenstaaten mißbilligt hätte. Eifrig wirkte Monroe für die Anerkennung der südamerikanischen Republiken; schon seit 1818 suchte er England dafür zu gewinnen, freilich ohne Aussicht auf Erfolg, so lange Castlereagh die britische Politik leitete. Es war genug, wenn dieser den Bestrebungen entgegen arbeitete, die eine bewaffnete Unterstützung Spaniens durch die heilige Allianz herbeiführen wollten. Kaum aber war mit Canning ein kräftigerer Geist in das auswärtige Amt zu London eingezogen, so schlug auch Monroe einen entschiedeneren Ton an. Unter Zustimmung des Congresses in Washington bezeichnete er im December 1822 jedes Einschreiten europäischer Mächte gegen die neubegründeten Staaten für eine Feindseligkeit gegen die Union und erklärte die Zeit für beendet, in welcher es gestattet gewesen, Amerika als ein Gebiet für die Ansiedelungen europäischer Staaten zu betrachten. Schon einige Monate früher hatte er die Republik Columbien förmlich anerkannt, und wenn Canning noch nicht ganz so weit ging, so schloß er doch bereits Verträge zur Unterdrückung der Seeräuberei mit den neuen Staaten und sandte 1823 englische Consuln in die wichtigsten Häfen. Der Unwille, den diese seine Schritte bei den Mächten der Heiligen Allianz erregten, die bewaffnete Einmischung Frankreichs in Spanien, und der Versuch auf einer Ministerconferenz in Paris die Angelegenheiten Amerikas dem Richterspruch Europas zu unterwerfen, drängten ihn weiter vorwärts, statt ihn zurückzuhalten. Am 1. Januar 1825 sprach er die amtliche Anerkennung der nationalen Republiken aus und rief so, wie er sich später ausdrückte, die neue Welt ins Leben, um das Gleichgewicht der alten wieder herzustellen. Die Heilige Allianz fühlte den Schlag tief, obgleich er ohne unmittelbare Folgen für Europa war. Was ihn so empfindlich machte, das war die Warnung, die er enthielt. So gut wie jenseits des Oceans konnte England auch diesseits die Bestrebungen der Mißvergnügten unterstützen; es lag eine ängstigende Wahrheit in dem Bilde, das Canning gebrauchte, als er sein Vaterland mit Aeolus, dem Gott der Winde, verglich, der nur seine Schläuche zu öffnen brauche, um die Stürme zu entfesseln. Und wenn sie entfesselt waren, dann gab es, das wußten auch Metternich und Alexander nur zu wohl, auch in Europa des baufälligen Gerümpels die Ueberfülle, das ihrem Anprall zu widerstehen außer Stande war.

Die Monroe-Doctrin.

Anerkennung der amerikanischen Republiken durch England.

Deutschland nach 1820.

Allerdings lag grade jetzt fast ganz Europa unregbar gefesselt in den Banden des Stillstandsprincipes, das Metternichs Stolz war

Besonders auf Deutschland konnte der Staatsmann an der Donau mit Wohlgefallen sehen; Fürsten und Völker waren willfährig ihm zu dienen bereit. Die Carlsbader Beschlüsse und die Mainzer Untersuchungscommission hatten noch einen besonders erfreulichen Erfolg gehabt: die Geheimbünde, nach denen man umsonst gesucht, waren in Folge dieses Suchens entstanden. Die Burschenschaft war aufgelöst; ernst und ergreifend hatte ihr August Binzer das Grablied gesungen:

Die Burschenschaft.

> Wir hatten gebauet ein stattliches Haus
> Und drin auf Gott vertrauet trotz Wetter, Sturm und Graus.
> Wir lebten so traulich, so einig, so frei:
> Den Schlechten ward es graulich, wir hielten gar zu treu.
> Sie lugten, sie suchten nach Trug und Verrath,
> Verleumdeten, verfluchten die junge, grüne Saat.
> Das Band ist zerschnitten, war schwarz, roth und gold,
> Und Gott hat es gelitten! wer weiß. was er gewollt?
> Das Haus mag zerfallen, was hat's denn für Noth?
> Der Geist lebt in uns allen, und unsre Burg ist Gott.

Aber der Geist, der in Allen lebte, wollte doch auch seinen Ausdruck haben, und so dauerte die Burschenschaft, auch als sie aufgelöst war, im Geheimen fort. Nur nicht so rein, so unschuldig, wie vorher. Mit den erlaubten Zielen verbanden sich, da man sie im Verborgenen erstreben mußte, bald auch unerlaubte; die frühere Eintracht, deren bestes Förderungsmittel die offene Rede war, schwand; es bildeten sich zwei Gruppen, die eine mit weitgehenden republicanischen Zielen, Germania, die andre, mit gemäßigteren Grundsätzen, Arminia genannt. Doch blieb immer noch ein Zusammenhalt in den geheimen Burschentagen, auf denen Abgesandte der verschiedenen Universitäten mit einander beriethen. Aber neben der Burschenschaft, unabhängig von ihr, wenngleich zum Theil aus Burschenschaftern bestehend, bildete sich im Frühling 1821 ein wirklich revolutionärer Geheimbund. Um die genannte Zeit verkehrte der Mecklenburger von Sprewitz in der Schweiz mit Follen und anderen deutschen Flüchtlingen. Diese sprachen ihm von einem Männerbunde, dessen Ziel sei, Deutschland von seinen Tyrannen zu befreien, und gewannen ihn für den Plan, einen Jünglingsbund zu stiften, dessen Mitglieder den Oberen des Männerbundes Gehorsam geloben sollten, übrigens doch mit der Bedingung, solange deren Befehle mit ihrer, der Jünglinge, Ueberzeugung stimmten. Sprewitz unterzog sich dem Auftrag nicht ohne Erfolg; neun Artikel, von denen einer Todesstrafe über den Verräther verhängte, wurden beschworen; zu den Theilnehmern gehörten [illegible]he später namhafte Männer, wie Ruge, Eisenmann, Hase; über [illegible] Männerbunde blieb ein geheimnißvolles Dunkel. In der That [illegible]t er wenig mehr als ein Trugbild gewesen zu sein. Denn als [illegible] Jahre 1824 durch den Verrath eines bairischen Geistlichen, der, [illegible]r seinen Amtseid leisten sollte, jammernd eines andern Eides [illegible]hte, durch den er gebunden sei, die Sache ans Licht kam, da [illegible]n die Untersuchungen für den Männerbund nur zwei Theil-

Jünglings- und Männerbund.

nehmer, einen Turnlehrer in Erfurt und den dortigen Ingenieur vom Platz, Major von Fehrenthal. Als ihr nächstes Ziel, zu dessen Erreichung sie Mord und Meineid für erlaubt hielten, war die Ueberrumpelung der Festung Erfurt ins Auge gefaßt; offenbar sollte das Beste dabei der Jünglingsbund thun, der seine Mitglieder über 15 Bundesstaaten verzweigt hatte. Die Strafen, welche über die Theilnehmer verhängt wurden, waren in den verschiedenen Ländern sehr ungleich. In Kurhessen verstieg man sich bis zu Todesurtheilen, ohne sie doch zu vollstrecken, in Preußen erkannte man auf 15jährige Festungshaft, in Schwarzburg-Rudolstadt auf dreimonatlichen Hausarrest, in Baiern wurde Freilassung und Niederschlagung der Kosten verfügt. Für die Befestigung der reactionären Politik waren diese Enthüllungen ungemein dienlich; sie halfen Metternich mit dazu, die letzten liberalen Willensäußerungen in den Regierungen der Einzelstaaten zu unterdrücken. In der That hatten ihm diese seit 1820 noch mehr zu schaffen gemacht als schon vorher. Nach der Beendigung der Wiener Conferenzen trat an den süddeutschen Höfen das sichtliche Bestreben an den Tag, sich mit ihren Landesvertretungen baldmöglichst zu verständigen. Die Kammersessionen des Jahres 1820 zeigten in München wie in Stuttgart, in Darmstadt wie in Karlsruhe ein ungemein nachgiebiges und gefälliges Verhalten der Minister gegen die Abgeordneten. In Frankfurt dagegen traten die Gesandten der constitutionellen Staaten unter der geistigen Führung Wangenheims nichts weniger als willfährig auf, und wußten insbesondre in dem Militärgesetz des Bundes, das am 9. April 1821 endlich zu Stande kam, ihre vollständige Unabhängigkeit von den beiden Großmächten durchzusetzen. Daß dabei die Wehrfähigkeit Deutschlands aufs Schwerste geschädigt wurde, machte ihnen geringe Sorge; ihr Hauptaugenmerk war, sich von jeder Beeinflussung seitens der Großmächte nach Kräften frei zu halten. In welchen Träumen man sich in diesen Kreisen wiegte, lehrte mit bedenklicher Klarheit eine Schrift, die im Jahre 1820 unter dem Titel „Manuscript aus Süddeutschland" erschien und die im Auftrage des Königs Wilhelm von Würtemberg geschrieben war. In maßloser Weise wurden die Süddeutschen als der wahre Kern unsres Volkes hingestellt; durch eine Art polnischer Theilung seien neunzehn von neunundzwanzig Millionen Deutschen an die fremden Mächte Oestreich, Preußen, England, Dänemark, Holland verkauft; auch die Hansestädte stünden im Solde Englands; auf dem „reinen Deutschland", auf den Stämmen der Baiern und Schwaben beruhe die Hoffnung des Vaterlandes; ihnen wurde die Pflege des demokratischen Princips und die Anlehnung an Frankreich empfohlen. Gegenüber diesen sonderbündlerischen Bestrebungen hielten nun auch die beiden Großmächte fest zusammen, freilich meist in der Weise, daß Oestreich den Ton angab und Preußen ihm zu Willen war. Das „östreichische System" des Grafen Bernstorff war bis zu dem Grade ausgebildet, daß man in bittrem Spott sagen konnte, ein preußischer Diplomat habe weiter Nichts zu thun als preußische Uniform zu tragen und östreichisch zu sprechen, oder daß man an die Vereinigung der östreichi-

Bezwingung der Mittelstaaten.

Bundesmilitärgesetz.

Das Manuscript aus Süddeutschland.

Preußen.

schen und der preußischen Bundesgesandtschaft in einer Person denken konnte. Aber selbst vor diesem strammen Zusammengehn scheuten sich die Kleinen nicht; selbst die Unbedeutendsten erlaubten sich allerlei Ungebühr gegen die Großmächte und besonders gegen Preußen, dem, wie man recht wohl wußte, Metternich eine kleine Demüthigung ab und zu von Herzen gönnte. Von der förmlichen Anklage, die Anhalt-Köthen am Bunde gegen seinen großen Nachbar erhob, wird später noch die Rede sein; der Kurfürst von Hessen wagte es, gewaltsame Verhaftungen auf preußischem Grund und Boden vornehmen zu lassen; in der Vereinigung fanden selbst die Waldeck, Lippe und Liechtenstein den Muth zu offener Opposition. Die Protocolle des Bundestages, die in ziemlich weitem Umfang veröffentlicht wurden, waren noch voll von freisinnigen Reden und Abstimmungen, die bei dieser oder jener Gelegenheit hervortraten, und ein stark persönliches Gepräge trugen. Mit verdrießlicher Ungeduld sahen die Großmächte dem zu und konnten zu keinem rechten Entschlusse kommen; als aber Wilhelm von Würtemberg, der tolle Jacobinerkönig mit dem betteligen Volk, wie man in Berlin ihn schimpfte, seinen Widerstand sogar auf die große Politik übertrug, wurde es Metternich endlich zu arg. Den Anlaß zum offenen Bruche bot das Verhalten des Königs gegenüber dem Veroneser Congreß. Auf die Mittheilung der dort gefaßten Beschlüsse gab der Minister von Wintzingerode eine sehr geharnischte Antwort, in welcher er die Rechte der selbständigen Staaten zweiten Ranges gegen die Alleinherrschaft der fünf Großmächte verwahrte. Wangenheim mußte am Bundestage die beantragte Zustimmung zu diesen Beschlüssen verweigern und ein paar andre Gesandte schlossen sich ihm an. Das war für Metternich und die Heilige Allianz zu viel; er verlangte die Abberufung Wangenheims, und da diese verweigert wurde, erhielten die Gesandten der drei Ostmächte Befehl, Stuttgart zu verlassen. Eine Zeit lang trotzte König Wilhelm auch dieser Drohung, äußerte sogar boshaft, er selbst werde, um die Mißverständnisse nicht zu vergrößern, seine Vertreter vor der Hand noch auf ihren Posten belassen; Wangenheim durfte fortfahren, den österreichischen Bundesgesandten durch seine kecke selbständige Haltung zu reizen. Es war ein offener Kriegszustand, der zwischen beiden herrschte. Weil Buol dieser Aufgabe nicht gewachsen schien, wurde er im Frühjahr 1823 durch Münch-Bellinghausen ersetzt. Die Gegenstände des Zankes waren mannigfaltig genug. So hatten sich Ende 1822 die holsteinischen Stände mit einer Beschwerde gegen den König von Dänemark wegen Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte an den Bundestag gewandt. Diese Beschwerde empfahl Wangenheim zur Berücksichtigung und beantragte, daß Dänemark binnen 6 Monaten [illegible] Erklärung darüber abgeben solle. Diesen Antrag wies Münch-Bellinghausen in der schärfsten Weise zurück, da sein Kaiser es niemals [illegible]essen finden werde, den souveränen Fürsten der Bundesstaaten [illegible]n zu setzen. Und wirklich schüchterten die kräftige Tonart und [u]nverkennbare Entschlossenheit der beiden Großmächte die kleineren [Bundes]genossen so ein, daß sie die unzweifelhaft begründete Beschwerde

Der Bundestag.

Der König von Würtemberg.

Die holsteinische Beschwerde.

Die hessischen Domänenkäufer.

abwiesen. Bald darauf nahm sich Wangenheim als Berichterstatter auch der hessischen Domänenkäufer an, deren Angelegenheit noch immer nicht zum Abschluß gekommen war. Diesen Bericht mußte König Wilhelm, dessen Widerstandskraft inzwischen gebrochen war, zum Vorwande nehmen, um seinen Gesandten abzuberufen. Damit begann die von Metternich erstrebte Reinigung des Bundestages. Die beiden treuesten Genossen Wangenheims, die hessischen Gesandten Harnier und Lepel, wurden gleichfalls durch andre Männer ersetzt; auch der preußische Vertreter von der Goltz, der so wenig wie Graf Buol seiner Aufgabe gewachsen schien, erhielt bald darauf in dem straffen Generalpostmeister Nagler einen Nachfolger, der Metternichs Anforderungen besser entsprach. Der tüchtige bairische Gesandte von Aretin war schon 1822 gestorben. Nach diesen Vorbereitungen konnte Oestreich, ohne Widerstand zu fürchten, sich anschicken, die Erneuerung der Carlsbader Beschlüsse, deren fünfjährige Gültigkeit ihrem Ende nahe war, zu beantragen. Im Sommer 1824 fand auf Metternichs Schlosse Johannisberg ein sechswöchentlicher Congreß der bedeutendsten deutschen Minister statt, dem auch Vertreter der andern drei Großmächte beiwohnten. Das Ergebniß der Besprechungen waren die Bundesbeschlüsse vom 16. August 1824. Danach sollte die Ausübung der ständischen Rechte in den Einzelstaaten sorgfältig überwacht werden, damit dem monarchischen Princip nicht Abbruch geschehe und die Oeffentlichkeit der Verhandlungen zu keinen Mißbräuchen führe; eine besondre Commission sollte das gesammte Schulwesen Deutschlands einer gründlichen Prüfung unterziehen; in Bezug auf die Universitäten und die Presse wurden die Beschlüsse von 1819 auf unbestimmte Zeit erneuert und ebenso die Mainzer Central-Commission in ihrer Wirksamkeit bestätigt. Die Veröffentlichung der Bundestagsprotocolle hatte schon einige Wochen früher durch einen Beschluß vom 1. Juli aufgehört. Der Erfolg aller dieser Maßregeln war jetzt weit durchschlagender als nach 1819. Wie die Regierungen im Kampfe gegen Metternich ermattet waren, so unterlag jetzt auch die liberale Opposition. Das Volk, die Presse, selbst die Kammern in den Staaten, wo es solche gab, verhielten sich musterhaft ruhig; nur in Würtemberg platzte gelegentlich einmal ein Abgeordneter mit schwäbischer Grobheit heraus; in Baden war an die Stelle einer aufgelösten oppositionellen Kammer eine völlig reactionäre getreten, der die Thronrede vom Jahr 1828 den Wunsch mit nach Hause geben konnte, der Großherzog hoffe dieselben Deputirten, die er kenne und schätze, wiedergewählt zu sehen; auch in Baiern, wo 1825 der für liberal geltende Ludwig I. seinem Vater Maximilian Joseph auf dem Throne folgte, war die Volksvertretung äußerst loyal und gemäßigt.

Reinigung des Bundestages.

Congreß vom Johannisberg.

Erneuerung der Carlsbader Beschlüsse.

Vollständiger Sieg der Reaction.

Die deutsche Einheitsidee.

So müssen die zwanziger Jahre als die goldene Zeit des Metternich'schen Regimentes anerkannt werden; aber eben weil sie den Höhepunct desselben bezeichnen, so treten in ihnen auch schon die Ausgangspuncte des Sinkens hervor. Ein System des Stillstandes konnte offenbar nicht länger dauern, als das Ruhebedürfniß in den Völkern vorhielt; es mußte um so mehr erschüttert werden, je mehr

die lebende Generation ausstarb und ein neues Geschlecht an ihre Stelle trat, ein Geschlecht, dem die Napoleonischen Zeiten nur noch dunkle Kindesahnungen, die Freiheitskriege aber goldene Jugenderinnerungen waren. Diesem Geschlechte aber ging, wie Einer, der ihm angehörte, sagt, die deutsche Einheit über Alles; „sie war die höchste Idee, welche alle Männer von Werth, die seit 1813 von den Universitäten ins bürgerliche Leben übergetreten waren, beseelte“; die Verfassungsfragen hatten für die meisten nur deshalb Bedeutung, weil sie der Verwirklichung jener Idee dienen sollten. Von den älteren, mattherzigen Liberalen unterschied sie vor Allem der feste Entschluß, auch vor der Anwendung der Volkskräfte, vor einer neuen Revolution, nicht zurückzuscheuen. Ihr fester blickendes Auge, so rühmten sie, werde nicht getrübt durch die Livree-Ideen von Treue und Anhänglichkeit an den Landesfürsten; sie seien nicht befangen in jener Weise der Spießbürger, welche andre Nationen, die für die Freiheit und Selbständigkeit ihres Vaterlandes Alles opfern, bewundern und besingen, aber sofort einen Schrei des Entsetzens ausstoßen, sobald ihnen selbst ein Gleiches für ihr eignes Vaterland zu thun und zu opfern zugemuthet werde. Von Jahr zu Jahr rückten die Männer dieser Gesinnung, die jugendlichen Kämpfer von Leipzig und Waterloo, die Burschenschafter, die Turnschüler, in den Aemtern des Staatsdienstes auf; von Jahr zu Jahr gestattete ihnen ihr Alter mehr, in den öffentlichen Angelegenheiten redend und handelnd aufzutreten. Noch waren sie eine verborgene Miliz, deren Stärke und Gefährlichkeit nicht zu erkennen war; aber ihre Zeit mußte kommen; der Augenblick mußte eintreten, wo sie eine Macht bildeten, und die einzige Frage war die, ob sie sittliche Kraft genug besaßen, um in der trüben Zwischenzeit ihre Gesinnungen treu zu bewahren und sich nicht von den herrschenden Mächten fangen zu lassen. Bei vielen einzelnen war das natürlich der Fall; sie sagten sich, mehr oder minder überzeugt, von den Idealen ihrer Jugend los, der eine früher, der andre später. Jener Graf Bocholtz, der Stourdza die Herausforderung schickte, wurde ein eifriger Jünger im Dienste des Ultramontanismus; Stahl, der auf den geheimen Burschentagen als Abgeordneter wirkte, predigte die Umkehr der Wissenschaft und gab der reactionärsten Partei des preußischen Herrenhauses den Namen; Heinrich von Gagern, der noch 1848 als Präsident des deutschen Parlamentes seine burschenschaftlichen Hoffnungen verwirklichen half, wurde östreichischer Diplomat und treuer Bundesgenoß des Bischofs Ketteler. Und dieselbe Umwandlung, die sich in diesen bekannteren Männern vollzog, vollzog sich natürlich schneller oder langsamer bei tausend Namenlosen, Unbekannten. Aber eine große Schaar blieb doch der Fahne der Jugend ... und wuchs mit jedem Jahr an Kampfestüchtigkeit und Macht. ...i sie das zunächst ihrer eigenen sittlichen Stärke zu danken hatte, ...b es doch auch *eine* Kette von Ereignissen in dem hoffnungs...n Jahrzehnt der neuesten Geschichte, die ihren Muth stählte und ...gte, und sie vor verzweifeltem Verzicht auf ihre Ideale bewahrte. ... Kette von Ereignissen bildeten die griechischen Freiheitskämpfe;

Keime des Radicalismus.

Bedeutung der griechischen Freiheitskriege.

sie hielten in den zwanziger Jahren die Flamme der Begeisterung hell und rein; sie gewährten Trost und Hoffnung, als Alles sonst zu Mißmuth und Verzagen trieb; sie nährten den Glauben an die Unveräußerlichkeit nationaler Rechte und an die Endlichkeit aller Tyrannei. Die unerbittliche Geschichte hat allerdings nach und nach manchen Ruhmesschein von den Häuptern der modernen Hellenen wieder abgestreift, und schon die Zeitgenossen mußten manchen schönen Wahn, den sie anfangs gehegt, allgemach als nichtig anerkennen. Aber da fügte es ein günstiges Geschick so, daß, je mehr der ideale Glanz der Freiheitskämpfer vor der nüchternen Wirklichkeit schwand, desto mehr diese Wirklichkeit selbst den liberalen Ideen förderlich wurde, daß, je weniger die Zustände in Griechenland den Träumen der Hoffnungsseligen entsprachen, desto mehr ihre Nachwirkungen auf die große europäische Politik das Gebäude Metternichs Stein für Stein aufbröckelten. Sowohl durch ihre geistigen Einflüsse, wie durch den realen Gährungsstoff, den sie in das System des Stillstandes warf, ist daher die griechische Erhebung des Jahres 1821 eines der folgenreichsten Ereignisse der neuesten Geschichte geworden.

Die griechischen Freiheitskämpfe.

Lage der Griechen unter türkischer Herrschaft.

Auch unter der Türkenherrschaft hatten sich die Griechen einen gewissen kirchlich-politischen Zusammenhang zu erhalten vermocht; ihr anerkanntes Haupt war der Patriarch in Constantinopel, der stets von dem Sultan selbst den Rang eines Paschas mit drei Roßschweifen erhielt. Er diente der Pforte zugleich als Bürge für die Treue der ganzen Christenschaft. Ihm stand es zu, auf Gefängniß, Galeere, ja Tod zu erkennen, und der Uebertritt zum Islam rettete den Schuldigen nicht. Ihm zur Seite stand die große Synode, die von den Griechen vielfach als oberste Instanz in Civilstreitigkeiten angerufen wurde. Auch die Geistlichkeit in den Provinzen übte in Ehe- und Erbschaftssachen anerkannte Gerichtsbarkeit aus und wurde in andern Fällen sehr häufig als Schiedsrichterin angerufen. Das türkische Joch lastete auf den verschiedenen Landestheilen mit sehr verschiedenem Druck. Manche Inseln waren durch wenig mehr als die Zahlung eines Tributes der Pforte verbunden; manche Gebirgsvölker galten zwar amtlich als türkische Truppen, regierten sich aber in der That ganz selbständig; noch andre, die freien Kleften, führten ein völlig unabhängiges Räuberleben und erkannten die Herrschaft des Sultans auch nicht dem Namen nach an. Selbst da, wo die Macht der Pforte am größesten war, bewahrten sich doch die Griechen wenigstens zum Theil eine nationale Verfassung. Die Dörfer und Städte in Morea durften sich selbst ihre Vorsteher erwählen, welche dann ihrerseits Vertreter, Primaten oder Kodjabaschis genannt, in die Hauptstadt der Provinz, nach Tripolitsa, sandten, um dort dem Pascha zur Seite zu stehen und einen ständigen Vertrauensmann, den Vekil, nach Constantinopel abzuordnen. Dieser Provinzadel der Primaten gewann neben der Geistlichkeit einen großen Einfluß; beide

erfreuten sich übrigens keiner allzu großen Bildung. Diese fand die eifrigste Pflege theils bei den reichen Kaufherren, die in regem Geschäftsverkehr mit der abendländischen Christenheit standen und durch jahrelangen Aufenthalt im Auslande mit europäischer Kunst und Sitte vertraut geworden waren, theils bei dem Adel der Hauptstadt, den Fanarioten, so genannt nach der Pforte des Fanar, d. h. des Leuchtthurms, die sich neben der patriarchalischen Kirche befand. Aus dem Schoße dieses hauptstädtischen Adels waren die eifrigsten Förderer der neugriechischen Literatur hervorgegangen. Man konnte in derselben drei Richtungen unterscheiden, eine russische, eine französische und eine rein nationale. Während die beiden ersten durch Anlehnung an das Ausland die Unabhängigkeit Griechenlands zu erreichen suchten, erstrebte die letzte eine Wiedergeburt des Volkes durch die Belebung der alten Erinnerungen. Sie fand eine äußere Vertretung in dem Bunde der Philomusen, der Musenfreunde, der 1812 in Athen gegründet war und nur künstlerische und wissenschaftliche Ziele verfolgte, so daß der russische Minister Kapodistrias sein Präsident, Kaiser Alexander selbst und viele andre Fürsten seine Mitglieder werden konnten.

Die nationale Bildung.

Die Philomusen.

Dieser Bund der Philomusen diente aber, ohne es zu wissen und zu wollen, der Partei unter den gebildeten Griechen, die auf die Abschüttelung des Türkenjoches unmittelbar hinarbeitete, als erwünschter Deckmantel. Drei griechische Kaufleute in Odessa gründeten nämlich 1814 einen zweiten Bund, Hetärie der Philiker, d. h. Bund der Freunde, genannt, als dessen Ziel sie die „bewaffnete Gemeinschaft der Christen zur Vertreibung der Türken" aufstellten. Seine Mitglieder gehorchten einer unbekannten Regierung, unter der sie gern geneigt waren, die russische zu denken, da Alexander ja Mitglied der Philomusen war und eine Wechselbeziehung zwischen diesen und den Philikern geheimnißvoll angedeutet wurde. Allmählich und mit Geschick wurde das Netz der Hetäristen über alle Landestheile mit griechischer Bevölkerung ausgesponnen und 1818 der Sitz des Bundes sogar nach Constantinopel verlegt. Seine Bedeutung wuchs, als angesehenere Leute ihm beitraten, vor allem die Fanarioten Ypsilantis, deren einer, Alexander, Adjutant und Liebling des russischen Kaisers war. Entweder ihn oder Kapodistrias wünschte man zum Präsidenten der Hetärie zu machen, um dadurch in engere Verbindung mit Rußland zu treten. Einer der Gründer des Bundes, Xanthos, reiste in dieser Absicht nach Petersburg. Kapodistrias empfing ihn freundlich, lehnte aber den Antrag ab; Alexander Ypsilantis dagegen entschied sich nach einigem Zögern, und als auch Kapodistrias ihm zuredete, ... Annahme. Im Juli 1820 erbat er militärischen Urlaub und ... Petersburg nach Odessa.

Die Philiker.

Alexander Ypsilantis.

...lich lagen die Verhältnisse damals für eine Erhebung ungünstig. Einer der mächtigsten Vasallen der Pforte, zugleich ... verschlagensten und entschlossensten Persönlichkeiten, welche die ... kennt, Ali Pascha von Janina, war zum Abfall vom ... gedrängt und mit Freuden bereit, den Griechen die Hand

Aufstand Ali Pascha's.

zu reichen. Von kleinen Anfängen aus hatte er sich eine sehr bedeutende Macht erworben. Seine erste That lehrt ihn am besten kennen. Um sich zum Herrn seiner Geburtsstadt Tepeleni in Albanien zu machen, verlockte er selbst durch allerlei Künste seine Gegner, einen Mordplan gegen ihn zu machen; während er Mittags nach seiner Gewohnheit an einem Waldrande ruhte, sollten Banditen ihn von Weitem erschießen. Statt seiner aber trafen die Kugeln eine Ziege, die in eine Kapuze gehüllt und, damit sie nicht mäckere, mit einem Maulkorb versehen, an Ali's gewöhnlichem Ruheplatze festgebunden war. Das Herbeieilen seiner Freunde verhinderte die Verschworenen, ihren Irrthum zu entdecken, und als sie nun den anscheinend gelungenen Mord durch einen großen Festschmaus feierten, der sich tief in die Nacht hineinzog, da überfiel Ali die Trunkenen, machte sie nieder und erhob sich zum Herrn von Tepeleni. Durch List, Tapferkeit, Grausamkeit, Bestechung dehnte er dann seine Macht immer weiter aus. Der Mittelpunkt seiner Herrschaft wurde Janina; mit dem Sultan wußte er sich in gutem Einvernehmen zu erhalten, aber auch die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, besonders zu Frankreich und England, pflegte er mit Sorgfalt, je nachdem sein Vortheil es erheischte. Ein Ziel, das er einmal ins Auge gefaßt, hielt er unverrückt fest und ließ sich durch kein Mißlingen einschüchtern. So unternahm er es dreimal, das tapfere Kleftenvolk der Sulioten zu unterwerfen und setzte seinen Willen endlich so weit durch, daß er diesen heldenmüthigen griechischen Stamm zum Aufgeben seiner Felsenburgen und zur Uebersiedelung nach den Jonischen Inseln zwang. Nicht minder begierig war Ali danach, die Küste zu erreichen und die ehemals venetianischen Seestädte in seinen Besitz zu bringen. Auch dies Verlangen befriedigte er nach und nach; den letzten Ort, nach dem ihn gelüstete, Parga, erkaufte er im Jahre 1819 von den Engländern, die es seit 1815 besetzt hielten. Aber die entrüsteten Pargioten wollten sich der Gnade und Treue des Barbaren nicht anvertrauen; auch sie verließen lieber ihre Heimat und schifften nach Corfu hinüber.

„Dich hat besiegt nicht der Vezier mit seinen vielen Heeren,
so klagte das Volkslied,
Gleich Hasen floh'n die Türken stets vor der Pargioten Flinten.
Du hattest tapfre Männer ja und hattest Heldenweiber,
Die Kugeln aßen sie wie Brod und Pulver gleich der Speise.
Wie Christus einst verschachert ward, wirst nun auch du verschachert."

Damit stand Ali auf der Höhe seiner Macht, aber auch seines Uebermuthes. Selbst über religiöse Vorschriften setzte er sich kühn hinweg während er doch andrerseits blindem Aberglauben huldigte und fes[t] an die Prophezeiung glaubte, daß er 150 Jahre alt und einst noc[h] Corfu beherrschen werde. Bei alledem konnte er aber doch das Gefüh[l] der Unsicherheit nicht los werden, das ihm seine Abhängigkeit vo[n] der Pforte einflößte. Ein Pascha, so sagte er seinen Söhnen, ist ei[n] Mann, der mit Pelzwerk bekleidet auf einer Pulvertonne sitz[t]. Schneller, als er selbst wohl gedacht, sollte diese in die Luft flieg[en] und ihn vernichten. Den unermüdlichen Bemühungen eines persön[lichen]

lichen Feindes, des Pacho Bei, der Kämmerer des Sultans war, gelang es, im Juli 1820 die Aechtung des Uebermächtigen zu erwirken. Zuversichtlich nahm dieser den Fehdehandschuh auf: in Adrianopel, so hoffte er, werde Gott die Grenze zwischen ihm und dem Sultan stecken. Doch bald erfuhr sein Schicksal eine schlimme Wendung. Die drei Heere, mit denen er ins Feld zu rücken gedachte, fielen von ihm ab; nur mit Mühe entkam er den Nachstellungen seines Unterfeldherrn, Omer Vrionis, und warf sich mit 6000 Mann in seine Veste Janina. Hier verteidigte er sich beinahe anderthalb Jahr, bis es endlich dem kräftigen Statthalter von Morea, Churchit Pascha, gelang, die Stadt zu nehmen. Die letzte Zuflucht des Besiegten war eine kleine Insel im See von Janina. Von hier aus knüpfte er Unterhandlungen mit dem siegreichen Gegner an. Der aber fürchtete ihn auch jetzt noch so, daß er sich seiner durch Meuchelmord erledigte und so am 5. Februar 1822 diesem Aufstande ein Ende machte, der trotz seines Mißlingens doch von den schlimmsten Folgen für die Türkei sein sollte.

Ali's Sturz.

Denn wenn die Griechen auch Nichts gethan hatten, um Ali zu stützen, zu dem sie unmöglich Zuneigung hegen konnten, so hatte dieser doch dadurch, daß er während des ganzen ersten Jahres der griechischen Erhebung die Heeresmacht der Türken festhielt und daß wenige Wochen vor dem Ausbruch der Revolution in Morea der Pascha dieser Provinz gegen ihn abgesandt wurde, der Sache der griechischen Freiheit die größten Dienste geleistet. Es war Schuld der Hellenen und wesentlich des Alexander Ypsilantis, wenn sie die Gunst der Lage nicht noch besser ausnutzten. Man konnte an sich zweifeln, ob es vortheilhafter sei, die Erhebung an der Donau (in Rumänien) oder in Morea beginnen zu lassen; aber die Lage Ali's, dessen Widerstand ja in jedem Augenblick erlahmen konnte, mußte für Morea sprechen. In der That entschied sich dafür denn auch ein Kriegsrath der Hetäristen, der am 1. October 1820 auf russischem Boden, auf dem Kirchhof von Ismaïl, abgehalten wurde. Allein Ypsilantis änderte nachträglich auf eigne Hand diesen Beschluß. Am 7. März 1821 überschritt er den Pruth und ging nach Jassy; von hier aus verkündete ein Aufruf in hochtönenden Worten den Hellenen, daß es Zeit sei aus dem Schlafe zu erwachen, den ganz Europa mit Unwillen sehe; eine große Macht werde sie beschützen, und mit leichter Mühe würden die Nachkommen derer, die einst die Truppen des Xerxes und Darius besiegt, über so verächtliche Feinde wie die Türken Herr werden. Die Thatsachen entsprachen von vorn herein diesen zuversichtlichen Worten nur wenig. Die große Macht, auf welche Ypsilantis prahlerisch hinwies, beeilte sich, jeden Zusammenhang mit dem Aufrührer abzuleugnen. Alexander befand sich eben auf dem Congreß von Laibach. Von da aus mußte Kapodistrias in einem Briefe an Ypsilantis diesem jede Hoffnung auf mittelbare oder unmittelbare Hülfe nehmen. Alexander erneuerte mit Kaiser Franz seinen Bund gegen die Revolution und verpflichtete sich, nöthigen Falls eine Armee von 95,000 Mann zu ihrer Bekämpfung zu stellen. Es

Beziehungen zu den Hellenen.

Beginn des Aufstandes.

Die Erhebung an der Donau.

Rußlands Haltung.

wäre für Rußland ein Leichtes gewesen den Aufständischen einen großen Dienst zu leisten; auf Grund des Friedens von Bukarest (1812) durfte die Pforte ohne russische Genehmigung keine Truppen in die Donaufürstenthümer einrücken lassen; aber diese Genehmigung wurde nunmehr bereitwilligst ertheilt und bereits Mitte Mai überschritten drei türkische Heere die Donau. Auch sonst lagen die Verhältnisse schlecht. Der Patriarch hatte nothgedrungen von Constantinopel aus den kirchlichen Bann gegen die Empörer schleudern müssen; in der Wallachei herrschte zwischen Griechen und Rumänen die heftigste Spannung; ein Theil der letzteren hatte sich schon im Februar gegen den mit Ypsilantis verbündeten griechischen Hospodaren Michael Sutsos erhoben. Ihr Führer, Theodor Wladimiresco, schloß sich jetzt zwar scheinbar dem Aufstande gegen den Sultan an; allein als die Türken ihren Vormarsch begannen, zeigte sich, daß Theodor verrätherisch zu ihnen übergehen wollte. Nur der Entschlossenheit des tüchtigsten von Ypsilantis' Generalen, des Olympiers Georgakis, war es zu danken, daß er rechtzeitig verhaftet und hingerichtet wurde.

Die Rumänen.

Ypsilantis selbst war seiner Aufgabe durchaus nicht gewachsen. Langsam hatte er im März und April die beiden Fürstenthümer besetzt; ohne Widerstand räumte er beim Eindringen der Türken einen großen Theil derselben und zog sich an die Karpathenpässe, um der östreichischen Grenze nahe zu sein. Die Eigenmächtigkeit seiner Offiziere vergrößerte das Uebel. Einer derselben, Karawias, griff die Türken ohne Befehl am 19. Juni bei Dragatschan an. Bei ihm befand sich der Kern des griechischen Heeres, die 500 Mann starke heilige Schaar. Bald wurde sie von einer großen Uebermacht umzingelt und vollständig aufgerieben. Die andern Truppen flohen, und ihre Muthlosigkeit ergriff sogleich auch den Ypsilantis. So prahlerisch er seine Laufbahn begonnen, so jämmerlich endete er sie. Von seinen eignen Leuten bedroht, floh er am 26. Juni über die östreichische Grenze und erklärte in einem neuen Aufruf jedes Band zwischen sich und den „feigen Sclavenhorden“, den Meineidigen, Verräthern und Memmen, die er dem Haß der Menschheit überliefere, für zerrissen. Er mußte seine kurze Abenteurerlaufbahn durch ein hartes Schicksal büßen. Die östreichische Polizei ergriff ihn und schleppte ihn in die Festung Munkacz. Theils hier, theils in Theresienstadt verlebte er sechs Jahre in der Gefangenschaft; erst 1827 wurde er auf russische Verwendung freigegeben, und starb dann bald darauf im Jahre 1828 in Wien.

Schlacht bei Dragatschan.

Ypsilantis' Ausgang.

Letzte Kämpfe.

Mit seiner Flucht war das Schicksal des Aufstandes an der Donau entschieden; doch wandten mehrere seiner Offiziere wenigstens die Schmach von sich ab, mit der ihr Führer selbst sie bedeckte. Wie die heilige Schaar bei Dragatschan, so hatte ein Heldenhäuflein unter Athanasios bei Skuleni am Pruth Wunder der Tapferkeit gethan, und mit Begeisterung vernahm Europa das Ende des Georgakis, der im Kloster Sekko, als längerer Widerstand hoffnungslos geworden, sich und seine Gefährten in die Luft sprengte. Bis in die ersten Tage des Octobers dauerte dies letzte, vereinzelte Aufflackern der Em-

pörung; von da ab lagen beide Fürstenthümer willenlos zu den Füßen der siegreichen Türken.

Der Aufstand in Morea.

Allein um diese Zeit hatte der nördliche Schauplatz der Empörung längst seine hervorragende Bedeutung eingebüßt. Die Männer, welche in Ismaïl beschlossen hatten, den Aufruhr in Morea zu beginnen, waren durch Ypsilantis' eigenmächtiges Vorgehn nicht von ihrem Plane abgebracht. Der eifrigste von ihnen war ein Mönch, der Papa Flesas. Den ganzen Winter 1820—21 bereitete er unermüdlich den Aufstand vor. Die Abberufung Churchit Paschas zum Kampf gegen Ali war ein unerwarteter Glücksfall. Dennoch meinten Viele, besonders von den Primaten, man solle Nichts übereilen. Aber eine Unvorsichtigkeit des stellvertretenden Paschas, Salik Aga, begünstigte die Eiferer. Dieser lud nämlich auf Ende Februar 1821 die Primaten nach Tripolitsa, um sich dort ihrer zu bemächtigen. Da sie nun weder hingehen durften, noch ihr Ausbleiben zu entschuldigen vermochten, so konnte die Entscheidung nicht mehr hinausgeschoben werden. Mit einzelnen Gewaltthätigkeiten, die Ende März hier und dort gegen türkische Beamte verübt wurden, begann der Aufstand, seine Weihe erhielt er am 4. April. Der Erzbischof Germanos von Patras, und Londos, einer der flüchtigen Primaten, riefen die Bewohner von Patras zu den Waffen. Vor einem Kreuze, das er in der Hauptstraße aufgerichtet, an einem Altar von Rasen theilte der Prälat das Abendmahl unter die Kampfesmuthigen aus und spendete ihnen die Absolution. An demselben Tage hielt Petro Mavromichalis, gewöhnlich Petrobei genannt, das Haupt der Maniaten, die sich Nachkommen der alten Spartaner zu sein rühmten, seinen Einzug in Kalamata, der Hauptstadt Messeniens.

Petrobei.

Und nun griff die Empörung mit Blitzesschnelle um sich. „Der Türke soll nicht in Morea bleiben, und überhaupt nicht in der ganzen Welt!" so erscholl es in den Klängen des Volksliedes von Berg zu Berg, von Dorf zu Dorf. Drei Wochen genügten, um fast die ganze Halbinsel frei zu machen und das Osterfest, der 22. April, sah die Türken fast einzig auf den Besitz von Tripolitsa beschränkt, das, in der Mitte des alten Arkadiens auf einer Hochebene gelegen, auch schon von allen Seiten umschlossen wurde. Der Held dieser Wochen war Kolokotronis, ein wilder, verschmitzter Klefte, aus dessen Stamm noch Niemand eines natürlichen Todes gestorben, auch äußerlich eine wahre Räuberhauptmannsgestalt. Ohne Schlappen war es freilich nicht abgegangen; wo die Türken stark genug waren, hatten sie sich tüchtig gewehrt, und nicht ohne Besorgniß sah man die Hülfstruppen nahen, welche Churchit auf die erste Kunde dieser Vorgänge aus dem Lager von Janina schickte und die Mitte Mai über Korinth und Argos in Tripolitsa eintrafen. Auch diese Furcht beseitigte Kolokotronis. Al[illegible] die Türken am 24. und 25. Mai seine Linien vor Tripolitsa an[illegible]ffen, schlug er sie bei Valtetsi so völlig, daß die Griechen, „die bis [illegible]ahin wegliefen, wenn es hieß: die Türken kommen, fortan fr[illegible]n: Wo sind die Türken?" Trotz dieser erneuten Begeisterung [illegible] es aber mit der Belagerung nicht recht vorwärts; auch die Er[illegible]ng des bisherigen Oberfeldherrn, des Petrobei, durch Demetrius

Kolokotronis.

Schlacht von Valtetsi.

Demetrius Ypsilantis.

Ypsilantis, einen Bruder Alexanders, förderte die Sache wenig; den Ausschlag gab die Noth, die in der Stadt herrschte, und eine Treulosigkeit der Griechen. Während die von den Belagerten angeknüpften Verhandlungen noch fortdauerten, griffen die Aufständischen plötzlich an, drangen ohne Mühe in die Thore und begannen ein furchtbares Gemetzel. 10,000, nach andern Angaben 32,000 Leichen bedeckten die Straßen, so daß Kolokotronis' Pferd vom Thor bis zum Palast den Boden nicht betrat. Drei Tage wüthete das Morden und Brennen und noch am dritten Tage war die Wuth so groß, daß man 2000 Personen in eine Schlucht des Maenalon schleppte und dort niedermachte. Mit ähnlicher Grausamkeit und Tücke verfuhren die Griechen auch in den andern Städten, die in ihre Gewalt fielen, allerdings von den Türken schwer gereizt. Denn als die Kunde von den Ereignissen in Nord und Süd Stambul erreichte, ergriff die Moslemin wilde Wuth und Rachedurst. Eine große Christenhetze begann; statt sie zu bändigen, begünstigte die Pforte sie. Den Dollmetsch Musuris ließ Sultan Mahmud selbst vor dem Serail köpfen. Das Gräulichste aber geschah am griechischen Ostertage. Als der Patriarch Gregor die Nachtmesse beendet, wurde er ergriffen und mit drei Erzbischöfen und drei Priestern an der Mittelthür der Fanar-Kirche aufgehenkt. Seinen Leichnam, der drei Tage nachher von Juden ins Meer geschleift wurde, fischten russische Schiffer auf und brachten ihn nach Odessa. Mochten die Katholiken von Galata für dieses freudige Ereigniß auch ein Tedeum singen, die europäischen Mächte wurden durch solchen Frevel auf das Empfindlichste herausgefordert. Selbst Kaiser Franz meinte, das sei eben so schlimm, wie wenn es den Papst betroffen hätte. Der russische Gesandte Strogonoff erklärte in einer Note vom 18. Juli, die Pforte habe ihr Recht, neben den christlichen Mächten Europas zu existiren, ernstlich gefährdet, und verlangte binnen 8 Tagen Genugthuung; als diese nicht erfolgte, verließ er Constantinopel. Der Krieg schien unvermeidlich. Metternich gerieth in die größte Bestürzung. Die Sache hatte sich so gut angelassen, Rußland war in Laibach so willig auf seine Ideen eingegangen, und nun sollte die blinde Wuth der Türken Alles verderben. Im ersten Augenblick glaubte er Alles daran setzen zu müssen, um den Sultan zum Nachgeben zu drängen; indessen bald sah er ein, daß dies vergebliche Mühe sei. So lange die Griechen weiter kämpften, verweigerte die Pforte jedes Zugeständniß. Nunmehr entschloß sich Metternich, Rußland zum Nachgeben zu rathen; er machte von Neuem Alexanders Abscheu gegen alles Revolutioniren rege; er stellte vor, wie ein Krieg mit Rußland ein allgemeines Niedermetzeln der Christen zur Folge haben werde; er versprach endlich, daß auch die andern Großmächte den diplomatischen Verkehr mit Constantinopel abbrechen würden, wenn Alexanders Entgegenkommen wider Erwarten dort nicht angenommen werde. Damit erreichte er, was er wollte; Rußland erklärte sich bereit, in Verhandlungen mit der Pforte einzutreten, sobald diese ihre Truppen aus den Donaufürstenthümern wieder zurückgezogen habe. Dieses Zugeständniß konnte der Sultan

Einnahme von Tripolitsa.

Christenhetze in Constantinopel.

Bruch mit Rußland.

Metternichs Vermittlung.

nicht verweigern, und so schien im April 1822 Dank Metternichs Bemühungen der Friede gesichert.

Das Blutbad von Chios.

Allein nur kurze Zeit sollte man sich in Wien diesem erfreulichen Gedanken hingeben; da erscholl plötzlich von der Insel Chios aus eine Kunde, die ganz Europa mit Entsetzen erfüllte. Während die übrigen Eilande des Archipelagus sich zum Theil mit großem Eifer dem Aufstande angeschlossen hatten, waren die Chioten das ganze Jahr 1821 hindurch unthätige Zuschauer geblieben, getreu ihrem etwas schlaffen Character, den das griechische Sprüchwort treffend verspottete: Ein kluger Chiot ist so selten wie ein grünes Pferd. Für die Inseln, welche in die Bewegung eingetreten waren, hatte aber der Beitritt des reichen Chios eine große Wichtigkeit; vor allem für seinen nächsten Nachbar, das kleine, rührige Felseneiland Psara, das mit Spetsia und Hydra den Ruhm theilte, den Kern der griechischen Flotte zu stellen; denn diese drei Inseln besaßen nicht weniger als 350 Handelsschiffe mit 12,000 Matrosen. Ein Psariot, Papanikolis, war es gewesen, der im Juni 1821 das erste türkische Kriegsschiff mit seinem Brander in die Luft gesprengt hatte; nach allen Inseln hatten dann psariotische, hydriotische und spetsiotische Schiffe den Aufstand getragen; auch in Chios war schon ein Versuch gemacht, jedoch umsonst. Im März 1822 wurde er mit besseren Kräften von Samos aus wiederholt; die türkische Garnison wurde in das Fort zurückgedrängt und war nahe daran, sich zu ergeben. Da nahte zu ihrem Entsatz die türkische Flotte unter Kara Ali. Der großen Uebermacht waren die Aufständischen nicht gewachsen; sie entwichen nach Samos, und die Chioten unterwarfen sich, nachdem Kara ihnen Verzeihung versprochen hatte. Aber kaum hatten sie die Waffen niedergelegt, so begann (in der Osterwoche 1822) eine schauderhafte Jagd; 23,000 Menschen sollen ermordet, 47,000 in die Sklaverei geschleppt sein; nur die Katholiken und die Bewohner der Mastixdörfer wurden geschont. Ein Schrei der Rache war das Echo in ganz Hellas; sie zu vollziehn, die Aufgabe der Flotte. Geführt von dem Hydrioten Miaulis, dem Kolokotronis der Meere, eilte sie herbei; einem Psarioten, dem Kanaris, war es beschieden, den Frevel zu sühnen. Die Nacht vom 18. zum 19. Juni war die letzte des Fastenmonats Ramasan; bei jubelnden Gelagen begingen die Türken ihren Carneval, das Bairam-Fest. Die Unachtsamkeit, welche in Folge dessen auf der Flotte herrschte, benutzte Kanaris; glücklich erreichte er mit seinem Brander das feindliche Admiralschiff und sprengte es sammt den 3000 Mann, die sich darauf befanden, und dem Kapudan Pascha in die Luft. Mit dem jubelnden Ruf: „Ei seht die schöne Illumination! [illegible] dem Kreuze!" entkam er selbst der Zerstörung; frohlockend [illegible]ngen ihn die Mitkämpfer auf Psara und barfuß wallten sie in [illegible] Kirche, um Gott ihren Dank zu bringen. Die armen Chioten [illegible] fielen einem zweiten Blutbad heim, und so furchtbar raste das [illegible]che Schwert, daß im Monat August von 100,000 Bewohnern [illegible] Insel nur 2000 noch lebten.

Die Rache des Kanaris.

Neue Verwüstung der Insel.

Hellas und Morea 1822.

[illegible]o die Leidenschaft zu solchen Freveln entflammte, da war an

Versöhnung augenscheinlich nicht zu denken, und Metternichs Plan, den weiteren Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei als Grundlage das Versprechen einer Begnadigung dienen zu lassen und darauf hin eine Unterwerfung der Griechen zu versuchen, mußte als gänzlich aussichtslos erscheinen. Ueberdies brachte das Jahr 1822 auch auf dem Festlande Ereignisse von größter Wichtigkeit. Der Tod Ali Paschas stellte im Februar das ganze Heer, das Churchit Pascha vor Janina commandirte, der Pforte zur Verfügung. In zwei Theilen sollte es über den Isthmus von Korinth nach Morea vordringen, um dies wieder zu erobern; den einen Theil, der zunächst West-Hellas mit dem wichtigen Mesolonghi unterwerfen mußte, befehligte Churchit selbst: den andern, welcher durch Ost-Hellas vordrang und wie im Vorbeigehen die Akropolis von Athen, die soeben erst in die Hände der Griechen gefallen war, wiedernahm, führte Dramalis. Ohne Hinderniß zog er über den Isthmus und durch die Päße der Derwennen, welche Korinth mit Argos und Nauplia verbinden. Die Zwietracht und Parteisucht der Griechen war es, welche ihm sein Werk so leicht machte. Zwischen den Primaten des Peloponnes einerseits und den Hetäristen und Kleften, wie Papa Flesas und Kolokotronis andrerseits, bestand von den ersten Tagen des Aufstandes an die größte Abneigung und Eifersucht. Sie wurde vertieft und verschlimmert, als jede der beiden Parteien einen europäisch gebildeten Führer gewann: die der Kleften den Demetrius Ypsilantis, Alexanders Bruder; die der Primaten den Fanarioten Alexander Mavrokordatos. Der eine traf im Juli, der andre im August 1821 in Morea ein, und nur kurze Zeit vermochte der beiden gemeinsame Patriotismus ihren feindlichen Ehrgeiz zu zügeln. Demetrius war zum Archistrategen (Oberfeldherrn) ernannt worden und hatte seinen Nebenbuhler als Bevollmächtigten nach Hellas geschickt. Kaum hier angelangt, berief dieser eigenwillig zwei Nationalversammlungen für Ost- und West-Hellas nach Salona und Mesolonghi und bildete zwei gesonderte Regierungen, Gerusien genannt, ohne sich um Morea zu kümmern oder auf den Einspruch des Demetrius zu achten. Dieser berief darauf eine allgemeine Nationalversammlung nach Argos; sie trat auch zusammen (12. Dec. 1821); allein bald erwies sich die Mehrheit als Anhängerin der Primaten. Sie beschloß ihren Sitz nach Piadha, dem alten Epidaurus, zu verlegen, erkannte die beiden Sonder-Gerusien für Ost- und West-Hellas an, genehmigte die Begründung einer dritten für Morea, setzte eine Gesammtregierung für ganz Griechenland ein, an deren Spitze sie als Präsidenten den Mavrokordatos stellte, und speiste Demetrius mit dem Posten eines Vorsitzenden der Legislative ab. Dem sich zu fügen war dieser keineswegs gewillt, und Kolokotronis, sein Hauptbeschützer, schickte sich eben an, nach Argos zu marschiren, um die Regierung von dort zu verjagen, als Dramalis ihm zuvorkam und selbst diese Aufgabe übernahm. Darüber erschraken doch auch Demetrius und seine Freunde; die 24,000 Mann zu Fuß und die 6000 Reiter, mit welchen die Türken anrückten, gaben zu denken, und so führte die gemeinsame Noth noch einmal eine Ver-

Churchit und Dramalis.

Zwietracht der Hellenen.

Mavrokordatos.

Die Gerusien von Ost- und West-Hellas.

Die Nationalversammlung von Piadha.

Dramalis Angriff.

söhnung herbei. Argos selbst war im ersten blinden Schreck von der unfähigen Regierung preisgegeben; aber die Burg, Larissa genannt, verteidigte Demetrius mit großer Ausdauer. Mit rastlosem Eifer sammelte Kolokotronis überall Truppen und rückte mit „einer Welt von Bewaffneten“ gegen Argos und Nauplia an. Sein Plan war, die schmale Küstenebene, in welcher beide Städte liegen, durch Besetzung aller Pässe, die nord-, west- und südwärts führen, zu blokiren und Dramalis auszuhungern. Das hätte nicht gelingen können, wenn die türkische Flotte Proviant zugeführt hätte; aber vergeblich hoffte der Pascha auf ihre Ankunft; seine Noth stieg in wenigen Wochen auf's Höchste; er mußte sich zum Rückzug nach Korinth entschließen. Am 6. August wurde der Marsch durch die Derwennen angetreten; aber inmitten des Passes griffen Kolokotronis und sein Neffe Nikitas, „der Türkenfresser“, an, brachten den Feinden einen Verlust von 3–4000 Todten bei und spalteten sie in zwei Haufen, deren einer nach Korinth entkam, während der andre, an seiner Spitze Dramalis selbst, nach Nauplia zurückgeworfen wurde. Die äußerste Noth trieb schon am zweiten Tage (am 8. August) zu einem neuen Versuch auf einem östlicheren Paß, und Dank der Beutelust der Griechen gelang dieser besser; mit Verlust seines Gepäcks und 1000 Mann erreichte Dramalis Korinth. Doch ward er hier von Neuem umzingelt und starb während der Belagerung im November 1822; der Rest seiner Truppen schlug sich im Januar des nächsten Jahres mit großen Verlusten durch; das ganze Unternehmen war vollkommen mißlungen.

Seine Niederlage in den Derwennen.

Sein Tod.

Die Schuld daran mußte großentheils auf Churchit fallen, der nicht schnell genug durch West-Hellas vorgerückt und Dramalis zu Hülfe geeilt war. Nach dem Abmarsch von Janina wandte er sich gegen die wieder heimgekehrten Sulioten, um diese zu unterwerfen. Aber muthig schlugen sie, ihrer tausend gegen 14,000, zwei Stürme zurück und erklärten sich nur dann zu unterwerfen, wenn alle Hellenen Verzeihung erhielten und annähmen. Für diese war es eine unabweisliche Ehrenpflicht, den tapferen Stammesgenossen Hülfe zu bringen, und so machte sich Mavrokordatos Ende Mai, vor des Dramalis Ankunft in Morea, mit einer kleinen, aber gewählten Armee zum Entsatz auf den Weg. Mit sich führte er das Corps der Philhellenen, das aus den Freiwilligen aller europäischen Nationen gebildet war, das einzige europäisch geschulte griechische Bataillon Tarella und mehrere Kleftenschaaren. Glücklich gelangte er bis an den Busen von Arta, von wo er in zwei Richtungen nach dem nahen Suli vordringen wollte. Allein schon hatte der Verrath den Seinen Verderben gesponnen. Unter denen, welche sich ihm anschlossen, befand sich der Albanesenhäuptling Gogos, der sich bei dem Städtchen Peta mit ihm vereinigte, zugleich aber m... em türkischen General Kiutagi, der in Arta 6000 Mann com- m... irte, im Einvernehmen stand. In der Nacht zum 16. Juli ... letzterer gegen Peta vor; zwei Angriffe auf die Philhellenen ...n glänzend abgeschlagen; da gab Gogos verrätherisch die Höhen ..., die er zu verteidigen hatte, und nun wurden die Griechen ...n und hinten angegriffen. In heldenmüthigem Kampfe fand

Churchit gegen Suli.

Schlacht bei Peta.

Tarella den Tod, Normann, der Würtemberger, die Todeswunde; mit ihnen fielen 400 auserlesene Krieger; nur wenige schlugen sich rückwärts zu Mavrokordatos' Hauptcorps durch; der Entsatz von Suli war gescheitert und im September verließ das tapfre Bergvolk zum zweiten Mal die Heimat, um nach Corfu überzusiedeln. Churchit aber versäumte, nachlässig oder böswillig, alsbald mit ganzer Macht dem Dramalis zu Hülfe zu eilen; er wandte sich nach Mesolonghi, der Hauptstadt von West-Hellas, wohin sich Mavrokordatos und der tapfre Suliote Marko Botsaris geworfen, und belagerte diese Veste. Doch hatte er weder Glück, noch bewies er Geschick, und als ein Sturm seines Unterfeldherrn Omer Vrionis, des Verräthers Ali's, am griechischen Weihnachtstage mißlang, als die Nachricht kam, daß die Trümmer von Dramalis' Heer Korinth geräumt, als so beide Theile des Doppelzuges des Jahres 1822 völlig gescheitert waren, da vergiftete sich Churchit rechtzeitig im Januar 1823, drei Tage ehe sein Todesurtheil aus Stambul eintraf.

Churchit vor Mesolonghi.

Sein Tod.

Die europäischen Mächte.

Die Ereignisse des Jahres 1822 waren also der griechischen Sache durchaus günstig gewesen; zur See wie zu Lande waren alle türkischen Unternehmungen nach günstigem Beginne zuletzt doch gescheitert. Und auch diplomatisch betrachtet war die Sachlage für Hellas besser geworden. Die Metternich'schen Vermittlungspläne, die als letztes Ziel die Rückführung der Türkenherrschaft im Auge behielten, waren durch das Blutbad von Chios gescheitert; allerdings war Alexander dadurch dem östreichischen Einfluß nicht entrückt; vielmehr hatte er sich in Wien, wo er sich auf der Reise nach Verona einige Zeit aufhielt, und auf dem Congreß in letztgenannter Stadt wieder eng an Metternich angeschlossen und sogar seinen kriegslustigsten und griechenfreundlichsten Minister, Kapodistrias, beurlaubt. Griechische Gesandte, die sich nach Verona begeben wollten, wurden vom Congreß nicht vorgelassen, sondern in Ancona zur Umkehr gezwungen, da die Herrscher entschlossen seien, die Empörung zurückzustoßen, wie und wo sie sich zeige. Aber thatsächlich war es für die Griechen nur günstig, daß es noch nicht zum Kriege zwischen Rußland und der Türkei kam; denn ob ein solcher ihre Unabhängigkeit im Gefolge hatte, mußte so lange sehr zweifelhaft erscheinen, als sie in den großen Cabinetten noch keine entschiedenen Fürsprecher gewonnen hatten; und dazu war nur Hoffnung, wenn sie mehrere Jahre aus eigner Kraft die Türken fern zu halten vermochten. Bedenklich konnte es freilich werden, daß in Stambul durch einen Ministerwechsel mildere Stimmungen zur Geltung kamen, und daß die guten Dienste seiner christlichen Verbündeten, die Alexander in Verona erbeten, die Pforte bestimmten, auf Verhandlungen in Petersburg einzugehen, ja, daß Rußland sogar einen Bevollmächtigten für Handelssachen an Stelle seines abberufenen Gesandten nach Stambul schickte. Dafür war aber ein neuer Bundesgenosse der griechischen Sache in England erstanden, dessen auswärtige Politik seit dem August 1822 Canning leitete, und das im Februar 1823 die Griechen als kriegführende Macht anerkannte, und was noch mehr galt, auch das Jahr 1823 brachte den Türken auf keinem der

Annäherung zwischen Rußland und der Türkei.

Anerkennung der Griechen durch England.

drei continentalen Kriegsschauplätze einen Vortheil. Gelang es ihnen doch nicht einmal nach Morea vorzudringen. Aehnlich wie im Vorjahre Churchit und Dramalis, sollten jetzt in West-Hellas Mustai, der Pascha von Skodra, und Omer Vrionis, in Ost-Hellas Jussuf, der Pascha von Euboea, die Aufständischen bezwingen, sich dann bei Lepanto vereinigen und hier, an der schmalsten Stelle des Busens von Korinth, nach dem Peloponnes übersetzen. Aber Jussuf wurde den ganzen Sommer hindurch von Odysseus und Nikitas im Zaume gehalten, und Omer Vrionis erlitt am 21. August eine schmähliche Niederlage bei Karpenisi. Freilich kostete diese den Griechen ihren wackren Feldherrn, den Marko Botsaris, der mit 350 Sulioten die 5000 Mann starke Vorhut der Feinde anzugreifen gewagt, einen Mann, dessen selbstlose Gesinnung für das parteizerfressene Hellas ein unersetzlicher Schatz gewesen war. Führerlos wich nach dem Siege seine Schaar auf Mesolonghi zurück; begierig die Schlappe auszuwetzen, folgte Vrionis; aber erfüllt wurde ihm und Mustai ihr Wunsch nicht. An das feste Mesolonghi wagten sie sich nicht einmal; doch auch die benachbarte Seeveste Anatoliko bot ihnen Trotz, und nach monatelanger Einschließung zwang im December die rauhe Witterung sie zum Rückzug.

Der Feldzug von 1823.

Morea hatte das ganze Jahr keinen Feind gesehen; die Folge davon war das Aufflackern der heftigsten Leidenschaft in den Parteien; alle Kraft, allen Haß, den sie gegen den Feind nicht zu kehren brauchten, kehrten sie gegen einander. Ende 1822 ging die Vollmacht der Regierung zu Ende; mit Zustimmung der Legislative verlängerte sie dieselbe um ein paar Wochen bis zum Zusammentritt der zweiten Nationalversammlung. Ergrimmt darüber jagte Kolokotronis, der längst den Hader, welchen er bei Dramalis' Ankunft „ins Meer geworfen", wieder hervorgeholt, aus Nauplia. Für ihn war der europäisch fein gebildete Mavrokordatos mit seinem Frack und seiner Brille ein Gegenstand unbezwinglichen Abscheus, aber freilich auch ein weit überlegener Gegner, wider dessen diplomatische Gewandtheit er nur die rohe Gewalt zu setzen hatte. Sein Groll stieg, als auf der zweiten Nationalversammlung, die Ende März 1823 in Astros zusammentrat, wieder die Bürgerlichen das Uebergewicht hatten, so daß Mavrokordatos (an Demetrius' Stelle) Präsident der Legislative wurde und für ihn als Präsident der Executive der primatenfreundliche Petrobei eintrat. Kolokotronis selbst war der einzige Nicht-Primat, dem man einen Platz in der Executive gönnte; er sah voraus, daß sein Einfluß gleich Null sein werde, wenn er ihn nicht durch Gewaltmaßregeln verstärke. Dazu boten ihm seine Kleften freudig die Hand. Er [zw]ang zunächst die Regierung, ihren Sitz nach Nauplia zu verleg[en], während die Legislative mit Mavrokordatos in Argos blieb. In Nauplia aber war er Herr, und so entstand zwischen beiden Gewalten ein offener Krieg. Mavrokordatos glaubte sich in Argos nicht mehr sicher; er floh nach Hydra und endlich nach West-Hellas, und daß seine Besorgnisse nicht unbegründet waren, bewies Kolokotronis dadurch, daß er im December die Legislative in Argos aus-

Parteiungen in Morea.

Der erste Bürgerkrieg.

einander jagte. Dieselbe flüchtete nach Kranidhi, erklärte von dort ihrerseits die Executive für abgesetzt und erwählte eine neue, deren Präsident der Hydriot Konduriottis wurde. So existirte nun eine völlige Doppelregierung: in Tripolitsa, wohin er von Nauplia übergesiedelt war, Kolokotronis; in Kranidhi Konduriottis. Anfänglich war jener dem letzteren an Macht unzweifelhaft überlegen; aber an Einfluß und Geist überwog von vorn herein Konduriottis; ihm stand die Zuneigung Europas zur Seite und nach und nach gewann er auch militärisch die Oberhand. In verschiedenen Gefechten wurde Kolokotronis besiegt und im April 1824 sogar Tripolitsa erobert. Mehr als diese Niederlagen trieb die Kleftenhäupter jedoch ihr Geldmangel zur Unterwerfung, und so wurde der erste Bürgerkrieg im Juni 1824 durch die Anerkennung des Konduriottis beendigt. Allerdings nur, um nach wenigen Monaten wieder auszubrechen. Auch die siegreiche Partei war in sich nichts weniger als einig. Konduriottis, und mehr noch seine rechte Hand, der verschmitzte Kolettis, begünstigten die Insulaner auf Kosten der Peloponnesier und wendeten ihnen den größten Theil einer englischen Anleihe zu, die sie eben abgeschlossen. Darüber murrten die festländischen Primaten, verweigerten die Steuern und knüpften Verbindungen mit Kolokotronis an, den sie noch soeben hatten bezwingen helfen. Auf's Neue sollten die Waffen entscheiden, aber Kolettis' Eifer und Gewandtheit führte die Sache zum schnellen Ende. Die Häupter der Primaten, Londos und Zaïmis, mußten fliehen; Kolokotronis, tief gebeugt durch den Tod eines Sohnes, der in einem der Scharmützel fiel, bat um Gnade. Er wurde mit 13 andern Häuptern der Revolution nach Hydra geführt und dort im Kloster St. Elias als Staatsgefangener bewacht. „Da saß nun der alte Klefte einsam auf der feindlichen Insel, Tag für Tag blickte er über's Meer, ob nicht Hülfe von den heimatlichen Bergen käme. Mit berechnender Gleichgültigkeit vernachlässigte er sein Aeußeres, fremde Besucher fanden ihn einem Thiere ähnlicher als einem Menschen. Alles Unheil, was in Griechenland geschah, leitete er aus seiner Gefangenschaft her und prophezeite, daß man ihn bald wieder brauchen und zu hohen Ehren zurückrufen werde." (Mendelssohn-Bartholdy.)

Konduriottis. *Kolettis.* *Kolokotronis gefangen.*

Eintritt Mehemet Ali's in den Kampf.

Und schnell genug ging diese Prophezeiung in Erfüllung. Die Pforte war schon durch den bösen Ausgang des Feldzugs von 1822 belehrt, daß ihre eignen Kräfte zur Bewältigung des Aufstandes nicht reichten; sie hatte deshalb, zunächst für den Seekrieg, ihren Vasallen Mehemet Ali von Aegypten zur Hülfleistung entboten. Bereits im Juni 1823 war dieser in den Krieg eingetreten; doch war der Schauplatz seiner Thätigkeit ein enger geblieben. Sein Schwiegersohn Hassan landete in Kreta und begann durch ein Schreckenssystem die Aufständischen, die unter sich gespalten und von Morea aus schlecht unterstützt waren, zu bändigen. Mit blutiger Energie erreichte er sein Ziel. Mit Schaudern hörte man, wie der „Würger von Melidoni" bei diesem Ort 370 Menschen in eine Höhle gedrängt und durch Rauch erstickt, wie er bei Melato von 2000 Gefangenen die

Bezwingung Kretas.

Frauen in die Sclaverei verkauft, die Priester verbrannt, die andern Männer niedergemacht habe. Bis in den April 1824 hinein fand er noch Widerstand; dann war der Aufstand erstickt, Kreta „befriedet" und Ibrahim, Mehemets Sohn, welchem der Vater den Oberbefehl übertragen, konnte von einem festen Stützpunkte aus planmäßig vorgehen. Dabei galt es, gemeinsam mit der türkischen Flotte zu handeln, deren Anführer, den „lahmen" Chosrew-Pascha die Lorbeern der Aegypter nicht schlafen ließen. Es gelüstete ihn, den tapfren Psarioten das Loos von Chios und Kreta zu bereiten. Durch einen plötzlichen Windwechsel begünstigt, gelang es ihm am 2. Juli 1824, den Psarioten unerwartet, an der steilen, schwach bewachten Nordseite der Felseninsel zu landen. Gleichzeitig griff er mit dem Haupttheil seiner Flotte die Stadt an und bemächtigte sich nach verzweifeltem Kampf ihrer und der feindlichen Schiffe; nur wenige konnten sich und einen Theil der Bevölkerung retten; die meisten Einwohner wurden niedergemetzelt; einige flüchteten sich in das Fort Palaeokastro und sprengten sich dort, gestärkt durch das heilige Abendmahl, mit 2000 eindringenden Türken in die Luft (4. Juli 1824). Dieser furchtbare Schlag jagte die Hydro-Spetsioten aus ihrer Unthätigkeit auf; eine starke Flotte unter Miaulis eilte nach Psara, wo Chosrew nur wenige Schiffe zurückgelassen, vernichtete diese und besiegte die Besatzung der Insel. Als aber der Türke mit Uebermacht zurückkam, mußten sie weichen, und Psara blieb in Feindes Hand; seine Bewohner wurden Piraten und nie gewann die Insel ihre Blüte wieder. Aber es schien mehr verloren als blos die eine Insel. Chosrews Flotte vereinigte sich im September 1824 mit Ibrahim, der auf 200 Schiffen 18,000 Mann herbeiführte. Im offenen Kampf schien dieser Uebermacht Hellas nicht gewachsen zu sein; Brander allein galten für die einzige Hoffnung Griechenlands. Und dennoch verzagten die wackeren Seeleute nicht und schlugen sich in mehreren Gefechten an der klein-asiatischen Küste so glücklich mit den Feinden herum, daß diese sich zurückzogen und in Folge der Zwietracht zwischen Chosrew und Ibrahim sogar trennten. Der Türke kehrte in die Dardanellen zurück, der Aegypter segelte nach Rhodos. Manch kühner Streich war den Hellenen mit ihren Brandern geglückt; hätten sie nur mehr, so meinten sie die ganze ägyptische Flotte zerstören zu können; aber nicht weniger als 22 waren in diesem Feldzuge drauf gegangen. Als nun Ibrahim sich bei Rhodos vor Anker gelegt, da glaubten die Griechen den Feldzug für dieses Jahr beendigt und segelten heim. Grade darauf hatte Ibrahim gewartet; denn seine Absicht war, in Morea zu landen. Noch im December fuhr er von Rhodos nach Kreta und traf alle Vorbereitungen zu dem großen Hauptschlage. „Jetzt, da wir die ...en zur See überlistet haben, äußerte er, wird es leicht sein sie ...u Lande zu schlagen", und nie mehr schwur er den Fuß auf ... Boden zu setzen, es sei denn in Morea. Im tiefsten Geheimniß ...n alle Einleitungen getroffen; rastlos beschleunigte Ibrahim sein ...nehmen; europäische Reisende sahen ihn damals auf dem Hinter... ...ines Schiffes sitzen, wie er mit Treten, Prügeln, Erschießen die

Chosrew auf Psara.

Miaulis' Rache.

Chosrew und Ibrahim.

innere Wuth und Ungeduld an seinen unglücklichen Untergebenen kühlte. Endlich war Alles in Ordnung und gänzlich unerwartet landete er am 24. Februar 1825 bei Modon, an der Südwestspitze Moreas.

Ibrahims Landung in Morea.

Die Pflicht, das Land zu verteidigen, lag bei Konduriottis, der soeben den Kolokotronis nach Hydra hatte abführen lassen. Aber ein voller Monat verstrich, ehe jener von Nauplia aufbrach. Unterdessen setzte sich Ibrahim von Tag zu Tage fester, und schuf sich in dem Festungsviereck Koron, Modon, Navarin und Pylos eine uneinnehmbare Citadelle. Immer lauter rief das Volk nach Kolokotronis, und „obgleich der Mann so viel zu rächen hatte", mußte ihn der Präsident im Mai seiner Haft entlassen und eine allgemeine Amnestie verkünden. Mit gewohnter Energie widmete sich der alte Kleftenhäuptling, überdies zum Dictator erhoben, seiner schwierigen Aufgabe; aber es war zu spät. Umsonst versuchte er dem Aegypter den Weg nach Tripolitsa zu verlegen; selbst bis Nauplia drang derselbe vor und lüstern schweiften seine Blicke über's Meer nach den Felsen von Hydra, und begrüßten es mit dem übermüthigen Ruf: Ha, Klein-England, wie lange wirst du mir noch entgehen! Durch ganz Morea entsandte er nach allen Richtungen seine Streifcorps und überall, wo des Kolokotronis Schaaren ihm entgegentraten, begünstigte ihn das Glück. Schon im Juli war die Lage so hoffnungslos, daß die Nationalversammlung beschloß sich dem Schutze Englands anzuvertrauen, und im September wehte nur in einigen Küstenstädten noch die griechische Fahne.

Ibrahim gegen Mesolonghi.

Und schon winkten Ibrahim neue Lorbeern; denn ein Befehl Mehemet Ali's wies ihn an, sofort den Busen von Korinth zu überschreiten und den Kampf in West-Hellas aufzunehmen. Hier hatten im Jahre 1824 die Waffen fast ganz geruht; einige schwache Angriffe Omer Vrionis' waren leicht von den Griechen abgewiesen. 1825 ward jedoch der Oberbefehl dem kräftigen Kiutagi übertragen und zwar mit der Weisung: Mesolonghi oder dein Kopf! Im April begann er die Belagerung der Stadt. Dank den Philhellenen und besonders „Milordo" Byron war dieselbe jetzt viel besser befestigt als 1823. In unermüdlicher Arbeit hatte der englische Dichter, der „Alles, was ein Mensch geben kann: Mittel, Zeit, Gesundheit, Leben", der griechischen Sache weihte, seine letzten Monate dieser Aufgabe gewidmet; jetzt ruhten seine Gebeine neben denen Normanns und Marko Botsaris' im Schutz von Mesolonghi's Mauern. Commandant der Veste war Notis Botsaris, die Besatzung bestand aus 4000 Mann. Kiutagi begann sogleich eine regelrechte Belagerung, die zur See von Chosrew Pascha durch eine Blokade unterstützt wurde. Glücklicher Weise konnte diese nicht streng genug gewahrt und mußte im August sogar vollständig aufgehoben werden, da Miaulis und Andrutsos dem türkischen Admiral eine schwere Niederlage beibrachten. Es war die höchste Zeit, daß sie kamen; denn der Pulvervorrath in der Stadt war schon auf zwei Fässer zusammengeschmolzen und mit Besorgniß sah man einem dritten Sturme Kiutagi's — zwei waren bereits abgeschlagen — entgegen. Nun aber erfaßte die Belagerten neuer Muth,

der sich in mehrfachen Ausfällen kund gab. Die Lage der Türken wurde bedenklich. In ihrem Rücken auf dem Gebirge sammelte Karaïskakis, ein berühmter Klefte, seine Schaaren und belästigte sie durch Angriffe und Abschneiden der Zufuhr. Kiutagi mußte sich ganz auf die Verteidigung beschränken und sein Kopf gerieth ernstlich in Gefahr. In dieser Noth verlangte er Hülfe von der türkischen Flotte und von Ibrahim. Beide waren bereit sie zu bringen. Mitte November erschien der Admiral mit reichen Vorräthen und Ende des Monats traf Ibrahim ein und übernahm den Oberbefehl. Auf's Neue gerieth die Stadt in die größte Noth; zwar wurde sie noch einmal durch den kühnen Miaulis verproviantirt; zwar wurde ein Sturm am 28. Febr. 1826 glücklich zurückgewiesen und Ibrahim mußte sich überzeugen, daß es nicht so leicht sei, „diesen Zaun", dem er nur 14 Tage Widerstand prophezeit hatte, zu nehmen; aber immer enger schlossen sich die Reihen der Feinde um die Stadt, immer mehr schwand die Hoffnung auf Hülfe von außen; immer gräßlicher pochte der Hunger an die Thore. Man lebte von Seegras, Gewürm und Thierhäuten; ein Außenwerk nach dem andern ging trotz hartnäckigen Widerstandes verloren; ein Inselfort nach dem andern wurde erobert. Eine Flotte, welche die Blokade brechen sollte, mußte unverrichteter Dinge umkehren; eine Schaar regulärer Truppen, die unter dem Franzosen Fabvier eine Diversion in Attika machte, wurde geschlagen; Karaïskakis mit seinen Kleften konnte keine Erleichterung bringen. Dennoch waren die Belagerten entschlossen, sich nicht zu ergeben. „Wir kennen unsre Absicht und euren Entschluß, antworteten sie auf den ägyptischen Antrag; aber was Gott bestimmt hat, wissen weder Ew. Excellenz noch wir; sein Wille geschehe!" Die einzige Hoffnung blieb zuletzt der Versuch sich durchzuschlagen. Um Mitternacht am 22. April öffneten sich die Thore der Stadt; in drei Haufen brachen 3000 Bewaffnete, 6000 Wehrlose in ihrer Mitte, hervor; mit dem Rufe: Vorwärts! stürzten sie in die Linien der Feinde. Ihr erster Anprall war unwiderstehlich. Während sie aber unaufhaltsam über Schanzen und Gräben und Bajonette vorwärtseilten, konnte in ihrem Rücken die verabredete Ordnung nicht erhalten werden. Erst still, dann mit Jammern und Geheul drängte die Masse der Bevölkerung, Weiber als Männer vermummt und bewaffnet, Kinder mit Pistolen und Säbel im Gürtel, Greise in deren welken Händen die Waffen zitterten, aus Thor und Breschen über den Festungsgraben. Bald war der dichte Knäuel von den türkischen Batterien mit Kartätschen zerrissen. Die vier hölzernen Brücken, die über den Graben geschlagen waren, wurden der Schauplatz der wilden Verwirrung. Aus dem Gewühl erhob sich der Schreckensruf: Zurück, zurück zu unsern Batterien und Kanonen! Man weiß nicht, wer ihn ausgestoßen, ob ein Verräther oder ein Verzweifelnder; jedenfalls vereitelte er den Zweck des Ausfalls; denn nun wälzten sich die Mesolonghiten rückwärts in wirren, aufgelösten Haufen der Stadt zu und mit ihnen zugleich ergossen sich mordend und brennend die Schaaren der Belagerer durch Straßen und Plätze. Der Donner

Fall von Mesolonghi.

des Geschützes, das Wehklagen der Sterbenden, das Krachen einstürzender Balken, der tobende Allahruf der Muselmänner verkündeten weit und breit das schreckliche Blutgericht dieser Nacht. Zahlreiche Philhellenen, besonders auch Deutsche, starben den Heldentod; im Fort Botsaris, in der Patronenfabrik, auf der Insel Anemomolos sprengten sich die Verteidiger mit den Angreifern in die Luft; man forderte und gewährte keine Schonung; die Aegypter allein sammelten 3000 Köpfe von Erschlagenen. Nur einem kleinen Theil war es bei dem Ausfall geglückt, sich in die Gebirge zu Karaïskakis durchzuschlagen; 1300 an der Zahl, darunter 7 Frauen und ein paar Kinder, langten sie im Juni, geführt von dem greisen Notis Botsaris, in Salona an, wo sie Erquickung und Hülfe fanden.

Kampf in Ost-Hellas.

Ibrahim konnte triumphiren; in fünf Vierteljahren hatte er fertig gebracht, woran sich vor ihm die Türken vier volle Jahre vergeblich müde gerungen: Morea und West-Hellas waren unterworfen. Das nächste Ziel hätte Ost-Hellas sein müssen, wo Athen mit seiner Akropolis die Rolle Mesolonghi's spielte. Allein der alte Mehemet hatte bereits 25 Millionen spanischer Thaler für die Unterwerfung der Griechen aufgewendet und fragte sich, ob es für ihn lohnend sei noch tiefer in seine Kassen zu greifen. Die Antwort fiel verneinend aus, Ibrahim erhielt keine neuen Unterstützungen und kehrte deshalb nach Morea zurück, wo er von Tripolitsa aus seine alten Streifzüge wieder aufnahm. Kiutagi allein zog nach Ost-Hellas. Während der ersten Jahre des Aufstandes hatte dort unter den Griechen Odysseus von Ithaka die erste Rolle gespielt. Ein ehrgeiziger und unzuverlässiger Mensch, war ihm aber sein persönlicher Vortheil theurer gewesen als das Vaterland; er hatte verrätherische Beziehungen mit den Türken angeknüpft; die waren entdeckt und durch den Kleften Guras, welcher den Odysseus gefangen nehmen und später (im Juli 1825) tödten ließ, vereitelt worden. Allein Guras verstand es nicht, die Liebe und das Zutrauen der Bevölkerung zu erwerben; seine Härte machte ihn bei dem Landvolke so verhaßt, daß Kiutagi vieler Orten sogar als Retter begrüßt wurde. Bald war Guras gezwungen sich nach Athen zurückzuziehen, ja auch diese Stadt, die von Kiutagi am 25. August 1826 bombardirt und gestürmt wurde, preiszugeben; nur die Akropolis mochte er noch halten. Sie vor dem Schicksal Mesolonghi's zu bewahren war die heiligste Pflicht der Hellenen. Keiner empfand sie lebhafter als Karaïskakis, der tapfere, verschlagene, in Ali's Schule erzogene Kleftenführer. Auch seine Zuverlässigkeit war nicht ohne Anfechtung geblieben; 1824 hatte er in Verhandlungen mit den Türken gestanden; aber das gute Princip hatte in ihm gesiegt. „Ich leugne es nicht, so lautete sein naives Geständniß, ich kann Engel oder Teufel werden, wie ich es will; für die Zukunft will ich Engel sein.“ Sein Plan ging dahin, Kiutagi auf der attischen Halbinsel einzuschließen und ihm alle Hülfe vom Festlande aus abzuschneiden. Dank seiner Entschlossenheit, List und Tapferkeit entriß er in den Wintermonaten den Türken das ganze Hellas wieder, so daß sie im Februar 1827 nur noch vier Festungen,

Karaïskakis.

Mesolonghi, Anatoliko, Lepanto und Vonitsa, in ihrer Macht hatten. Freilich war die Noth der Akropolis inzwischen auf's Höchste gestiegen; aber selbst des Guras Tod entmuthigte ihre wackeren Verteidiger nicht; sie waren entschlossen bis zum Aeußersten Stand zu halten. Jetzt schickte sich Karaïskakis an, unmittelbar zu ihrem Entsatz ins Feld zu rücken. Er durfte dabei auf die Hülfe mehrerer europäischer Offiziere rechnen, die von der Central-Regierung angestellt waren. Einer derselben, der Franzose Fabvier, war schon im December 1826 glücklich in die Akropolis gelangt und hatte ihr bedeutende Pulvervorräthe zugeführt, konnte aber leider mit seinen 650 Mann trotz wiederholter Versuche nicht wieder heraus und steigerte so die Noth an Lebensmitteln, die in der Festung herrschte. Ein Andrer, der Engländer Gordon, hatte sich in dem alten Hafen von Athen, in Munychia, verschanzt; aber den Belagerten Hülfe zu bringen, gelang ihm nicht, da Kiutagi zwischen Munychia und der Akropolis in dem Kloster Spyridion eine sehr feste Stellung hatte, welche die Verbindungsstraße verriegelte. Endlich trafen zu Anfang April vor Munychia die Engländer Cochrane und Church mit 10,000 Mann ein, jener von der Nationalversammlung zum Oberadmiral, dieser zum Generalissimus aller Griechen ernannt. Ein erster glücklicher Kampf unter Cochrane's Leitung stellte am 25. April die Verbindung zwischen den verschiedenen griechischen Lagern her und umschloß das Kloster Spyridion, dessen Besatzung sich zwei Tage darauf aus Mangel an Wasser ergeben mußte. Die Capitulation derselben wurde übrigens von den Griechen in schnöder Weise gebrochen; man stürzte sich auf die Wehrlosen und hieb sie nieder; nur 60 von den 270 rettete Karaïskakis mit eigener Gefahr. Für den 5. Mai wurde nun ein Hauptsturm auf Kiutagi's Lager angesetzt; aber ein unvorhergesehenes Unglück veranlaßte die Verzögerung um einen Tag. Es war Karaïskakis' Tod, den er am 4. Mai bei einem Scharmützel fand. Der Eindruck des Ereignisses war bei Freund und Feind gewaltig. War es doch sprüchwörtlich bei den Griechen geworden, einen Fliehenden spottend zu fragen: Wohin läufst du Narr, als ob dich Karaïskakis jagte? und höhnisch riefen die Vorposten der Türken den griechischen zu: Karaïskakis ist nicht mehr; ihr müßt Trauer anlegen. Unter so unglücklichen Vorzeichen unternahm man den Angriff am 6. Mai. Theils in Folge der schlechten Maßregeln von Cochrane und Church, nicht minder aber durch die Entmuthigung der Griechen mißlang er völlig. Kaum war ihre Vorhut von Kiutagi geworfen, so stürzte sich das Hauptcorps in blinder Flucht auf die Schiffe, während Mitte und linker Flügel, ohne einen Schuß zu thun, nach dem Isthmus flohen. Es war die blutigste Niederlage, welche die Griechen noch erlitten; 1500 lagen todt, 240 Gefangene wurden zur Rache für Spyridion erschossen. Cochrane segelte sogleich nach Hydra ab, Church hielt sich ehrenhalber noch 3 Wochen in Munychia; dann zog auch er sich zurück. Und nun war für die Akropolis keine Hoffnung mehr; am [illegible]. Juni 1827 capitulirte sie und mit ihr fiel das ganze Hellas von selbst in die Hände Kiutagi's zurück.

Karaïskakis' Tod.

Niederlage der Griechen.

Fall der Akropolis.

Nichts hätte jetzt diesen gehindert über den Isthmus nach Morea zu ziehen und mit Ibrahim gemeinsam die letzten Reste des griechischen Aufstandes zu verwischen. Allein aus Neid gegen den Aegypter that er das nicht, sondern löste seine Albanesencorps auf und verbrachte den Rest des Jahres unthätig in Theben, Larissa und Janina. So dauerte in Morea der bisherige halbe Zustand weiter fort. Ibrahim war zu schwach ein großes Unternehmen zu wagen; er begnügte sich nach wie vor, durch Streifzüge das Land zu verwüsten und ließ die Griechen in den Festungen, die sie behaupteten, unbehelligt. Diese aber verzehrten ihre Kräfte in verderblicher Zwietracht.

Parteiungen in Morea.

Die neue Nationalversammlung, welche bald nach dem Fall von Mesolonghi, Ende April 1826 zusammentrat, hatte den Konduriottis abgesetzt und Zaïmis zum Präsidenten gemacht; aber so gering war ihr Ansehn, daß sie nicht einmal die beiden Forts, welche Nauplia beherrschen, in ihrer Gewalt hatte und im November ihrer eignen Sicherheit wegen nach Aegina übersiedeln mußte. Das war das Signal zu neuer Spaltung. Kolokotronis und Konduriottis, die sich jetzt vorübergehend wieder gut vertrugen, beriefen eine andere Versammlung nach Kastri und erwählten im Febr. 1827 den Sissinis zum Präsidenten. Auf seiner Seite standen die Parteien der Russen und Franzosen, d. h. im Wesentlichen die alten Kleften und die Inselgriechen, während die Engländer, die alte Primatenpartei, zu Zaïmis hielt. So weit war es mit der Zwietracht also schon gekommen, daß sich die Fractionen nach fremden Völkern benannten, von denen sie Hülfe hofften. Ein Fremder war es denn auch, der das Schlimmste verhütete. Den entschiedenen Vorstellungen Cochrane's, der um diese Zeit in Hellas eintraf, war es zu danken, daß im März ein Vergleich zu Stande kam, daß beide Versammlungen sich in Damala bei Troezen vereinigten, daß beide Präsidenten abgesetzt

Kapodistrias wird Regent.

und Kapodistrias auf 7 Jahre zum Regenten (Kybernetes) erwählt wurde. Bis zu seiner Ankunft sollte Georg Mavromichalis sein Stellvertreter sein. Cochrane wurde, wie schon erwähnt, Oberadmiral, Church Obergeneral; Miaulis und Kolokotronis ordneten sich willig

Die Verfassung von Troezen.

den Fremden unter. Eine neue Verfassung wurde berathen und als sie, die Verfassung von Troezen, von der Versammlung genehmigt war, löste diese sich am 17. März 1827 auf. So war denn äußerlich ein tüchtiger Schritt zu geordneten Verhältnissen gethan; aber in Wirklichkeit dauerte die alte Unordnung fort. Es kam so weit, daß die Commandanten der beiden Forts von Nauplia sich über die Stadt hinweg bombardirten, wobei diese furchtbar verwüstet, drei Senatoren im Sitzungssaale verwundet und den Einwohnern kaum erlaubt wurde zu fliehen. Englische Vermittlung bewirkte endlich Waffenruhe und die Uebergabe des einen Forts an den General Church; der Commandant des andern aber verlangte eine Million Piaster für das seine und man hatte kein Mittel seiner Herr zu werden.

Ibrahims Lage.

Daß bei solchen Zuständen der Krieg gegen Ibrahim erfolglos bleiben mußte, liegt auf der Hand. Auch kann es nicht Wunder



nehmen, wenn einzelne Bezirke sich jenem freiwillig ergaben. Umsonst setzte Kolokotronis Himmel und Erde in Bewegung, um eine kräftigere Kriegführung zu erzielen. Es fehlte ihm am Nöthigsten, an Munition und Brod. „Auch der Löwe, schrieb er an die Regierung, das größte Thier, vermag Nichts gegen 5 Quentchen Pulver. Meine Truppen bestehen aus Menschen, nicht aus Felsen. Sollen wir etwa die Felsen anbeißen? Kann ich Erde in Pulver verwandeln? Das ist dem Kolokotronis unmöglich, da er von Chemie und überhaupt von allen Wissenschaften Nichts versteht: einem klügeren Manne mag es leicht sein!" Sein Schmerz Nichts ausrichten zu können, mußte um so größer werden, je unverkennbarer Ibrahims Erschöpfung war. Wenn die eine oder die andre Partei kräftige Unterstützung erhielt, so konnte ein Schlag den Krieg enden; wenn nicht, so war nicht abzusehen, wann dem schwankenden Zustande ein Ende gemacht werde.

Europäische Sympathien.

Ein unerwartetes Ereigniß wandelte plötzlich diese unentschiedene Lage. Um es zu verstehen, müssen wir einen Blick auf das übrige Europa werfen und sehen, welche Stellung Völker und Fürsten zu der griechischen Erhebung einnahmen. Unter den Völkern war keines, das ihr nicht die lebhaftesten Sympathien zugewendet. Alle Nationalitäten waren in den griechischen Heeren vertreten, aus allen Ländern waren Geldspenden nach Hellas abgegangen, in allen Sprachen waren begeisterte Reden und Lieder dem neuerstandenen Brudervolk entgegen erklungen. Nicht in letzter Reihe hatte dabei Deutschland gestanden; Wilhelm Müllers Griechenlieder erfüllen noch heute unsre Seele mit poetischem Zauber; der alte Voß, der gelehrte Thiersch, der kampfesmuthige Krug und eine ganze Anzahl andrer Professoren waren in Rede und Schrift für die Nachkommen der alten Hellenen eingetreten; auch an den Fürstenhöfen schwärmte man für ihren Sieg, unbekümmert um die östreichische Note, die schon 1821 den deutschen Regierungen einschärfte, das Waffnen und Sammeln für die Aufrührer zu hindern und die Frechheit der Schriftsteller, die dazu aufforderten, zu zügeln. Selbst der Kronprinz von Preußen erklärte sich mit Heftigkeit für die Griechen und der bairische äußerte noch als König Ludwig I., daß er „seit Teutschlands Befreiung, als es unter Napoleonischer Zwangsherrschaft gebeugt, für Nichts so geglüht, als daß Griechenland siegen möchte". Er bewies das auch durch die reichen Gaben, die er mit freigebiger Hand für die hellenische Sache opferte, und vielleicht noch mehr durch die Art, wie er als König die Sammlungen in seinem Lande förderte. Wenn er in den ersten Jahren seiner Regierung von München in das Bad Brückenau reiste, so verbat er sich in den Städten, durch welche er kam, die Be[...]uchtungen mit der Bitte, „für Hellas und die inwohnenden Be[...]igen" das Geld zu geben; ja er wählte mit kaufmännischer Be[...]ung im zweiten Jahre eine andre Reiseroute als im ersten, um [...]dern Städten als im Vorjahr diesen Herzenswunsch aussprechen [...]nnen. Trotzdem waren freilich die Gelderträge in Deutschland [...] sehr glänzend, wohl weniger deshalb, weil vieler Orten die [...]ei doch hindernd einschritt, als wegen der Armuth des Landes

Ludwig von Baiern.

und der mangelnden Gewöhnung zu solchen politischen Spenden. Der fürstlichste Wohlthäter der Griechen in ganz Europa war der reiche Banquier Eynard in Genf, der ihnen im Laufe der Jahre die Hälfte seines Vermögens opferte. Der Gang der Ereignisse beeinflußte, wie sich von selbst versteht, die Opferwilligkeit der Menge sehr. Als die Kunde von Mesolonghi überall Entsetzen und Begeisterung erregte, da wurden unter dem Titel „zum Loskauf griechischer Sklaven" in kurzer Zeit 2½ Millionen Franken zusammengebracht, eine sehr erwünschte Gabe für die leere Staatscasse, deren Inhalt einmal bis auf 16 Piaster zusammengeschmolzen war. Denn der Loskauf der Sklaven war nur ein Vorwand gewesen, weil man in den entscheidenden Regierungskreisen selbst damals sich noch nicht hatte überwinden können, die Hellenen als kriegführende Macht nach dem Vorbilde, das England schon 1823 gegeben, anzuerkennen. Auch Rußland hatte diesen Schritt nicht gebilligt, weil es darin den Keim zur Anerkennung eines selbständigen Griechenlands sah. Nun schien es aber dem russischen Vortheil weit mehr zu entsprechen, wenn die drei Provinzen, welche sich ja 1821 jede für sich constituirt hatten, Morea, Ost- und West-Hellas, ohne mit einander verbunden zu werden, als Vasallenstaaten in dasselbe Verhältniß zur Pforte traten, in dem die beiden Donaufürstenthümer standen, ein Verhältniß, das, unter russischen Schutz gestellt, bei jedem Anlaß die wünschenswertheste Gelegenheit zur Einmischung darbot. Als daher im Januar 1824 auf Metternichs Betrieb Conferenzen über die griechische Frage in Petersburg stattfinden sollten, schlug Alexander als richtigen Mittelweg zwischen der türkischen und der griechischen Forderung die Bildung dreier Vasallenstaaten vor. Gleich entrüstet wiesen Türken und Griechen diesen Vorschlag zurück; aber auch der englische Minister, George Canning, weigerte sich auf solcher Grundlage an den Conferenzen Theil zu nehmen, erklärte den griechischen Protest für das Vernünftigste, was seit Epaminondas' Zeiten in Hellas gethan sei, und trat mit der Regierung von Nauplia in Verkehr. Daß auch Metternich die russischen Absichten durchschauen und sich nicht auf solche Vorschläge einlassen würde, war vorauszusehen; aber ganz unerwartet war die Schwenkung, die er plötzlich machte. Als nach einer längeren Pause die Petersburger Conferenzen im Februar 1825 wieder eröffnet wurden, stellte der östreichische Gesandte „Unterwerfung oder Unabhängigkeit" als die einzige Wahl hin. Metternich weigerte sich die russische Forderung auf Herstellung von Vasallenstaaten in Stambul durch Drohungen zu unterstützen und setzte es mit Hülfe Frankreichs, dessen König er auf einer Reise nach Paris im Frühjahr 1825 ganz für seine Politik gewonnen, durch, daß als einziges Ergebniß der Conferenz der lächerliche Beschluß vom 7. April gefaßt wurde: den Sultan einzuladen, bereitwillig eine Vermittlung der Mächte zwischen ihm und den Griechen anzunehmen; ein Beschluß, der ohne durch Kriegsdrohungen, wie Rußland sie wollte, gestützt zu sein, sich auf den ersten Blick als völlig nichtig erweisen mußte.

Um so bedeutsamer war er für die Stellung der Mächte zu

Eynard. — Rußlands Politik. — Petersburger Conferenzen. — Canning. — Metternich. — Sprengung der Heiligen Allianz.

einander. Zwischen Rußland und Oestreich war eine tiefe Kluft entstanden, die Heilige Allianz thatsächlich vernichtet. Da Frankreich und Preußen zu Oestreich standen, so mußte Rußland mit innerer Nothwendigkeit Anlehnung bei England suchen. Wenn die Ziele und gar die Beweggründe beider Mächte auch völlig verschiedener Art waren, so konnten sie doch recht wohl ein Stück Weges zusammen gehen. Zunächst war Canning sehr zufrieden damit, daß Rußland selbständig zum Kriege sich anschickte. In einer Note vom 18. August 1825 erklärte nämlich Alexander den Großmächten, er werde fortan allein vorgehen, und eine Reise in den Süden seines Landes brachte man nicht ohne Grund mit Rüstungen und Vorbereitungen in Verbindung. Da erscholl plötzlich die Botschaft vom Tode des gefürchteten Czaren; der 1. December 1825 hatte seinem vielbewegten Leben ein Ziel gesetzt. Welchen Einfluß dies Ereigniß auf die griechische Sache haben werde, war nicht gleich vorauszusehen: wußte man doch noch nicht, wer des Verstorbenen Thron einnehmen werde, sein ältester Bruder Constantin oder Nikolaus, der zweite. Erst als der seltsame Streit zwischen beiden dadurch geschlichtet war, daß Nikolaus des Bruders Verzicht annahm, und als er seine Krone auch gegen den Aufstand der Dekabristen siegreich verteidigt, ließ sich behaupten, daß in Alexanders türkischer Politik keine Wendung, sondern eher ein beschleunigter Gang eintreten werde. Denn Nikolaus hatte aus seinen persönlichen Gesinnungen gegen die Griechen nie ein Geheimniß gemacht und überdies drängte ihn die Unzufriedenheit, die in seiner Armee grollte, dazu, ihr durch einen auswärtigen Krieg eine Ableitung zu verschaffen. Auch das wachsende Ansehn, dessen England sich in Hellas erfreute, war ein Antrieb zu rascherem Handeln; es hätte sonst Rußland Gefahr laufen können, seinen erhofften Einfluß gänzlich einzubüßen. Daß augenblicklich Canning das Uebergewicht gewonnen hatte, war unverkennbar geworden durch einen Beschluß, welchen die griechische Nationalversammlung am 20. Juli 1825, als Ibrahim auf den Höhen über Nauplia stand, gefaßt hatte: sie vertraute die griechische Nation der Großmuth und dem Schutze Englands an. Canning lehnte nun freilich, um es mit den andern Großmächten nicht vollends zu verderben, diese Schutzacte ab; allein er berief von Stambul den bisherigen türkenfreundlichen Gesandten ab und beauftragte seinen Nachfolger auf der Hinreise mit der griechischen Regierung Besprechungen anzuknüpfen. Diese fanden im Januar 1826 in Perivolakia, der Insel Hydra gegenüber, statt und ergaben auf Seite der Griechen eine so tiefe Entmuthigung, daß sie auf die russische Idee eines Vasallenstaates einzugehen bereit waren. Darauf hin schloß sich Canning unmittelbar mit Kaiser Nikolaus zu verhandeln; er ein günstiges Ohr finden werde, hatten ihm schon die ver-lichen Besprechungen gezeigt, die er seit dem October 1825 mit russischen Gesandten in London, Baron Lieven, gepflogen. Er ckte deshalb im März 1826 den Herzog von Wellington nach ersburg, angeblich um dem Czaren zur Thronbesteigung Glück zu nschen, thatsächlich um ihn zu gemeinschaftlicher Verwendung für

Alexande Tod.

Nikolaus

Die engli Schutzac

Die Con renzen v Perivolak

Wellingtor Petersbu

Griechenland einzuladen. Allerdings hatte nun Nikolaus wenige Tage vorher, am 17. März, ein Ultimatum nach Stambul geschickt, welches unter Kriegsdrohung forderte, daß die Pforte endlich Bevollmächtigte nach Rußland sende, um über die besonderen russischen Beschwerden zu verhandeln, von der griechischen Sache aber nicht sprach. Nikolaus mochte erwarten, daß die Pforte dieses Ultimatum zurückweisen werde; nahm sie es an, so konnte russischer Seits anständiger Weise nicht alsbald eine neue Forderung gestellt werden, die sich auf Griechenland bezog. Es war daher ein politisch allerdings nicht zu mißbilligender, aber jedenfalls nicht eben nobler Schritt, wenn der Czar am 9. April, ehe die nachgiebige Antwort der Pforte auf sein Ultimatum eintraf, das s. g. Petersburger Protocoll unterzeichnete, kraft dessen England der Pforte die Basis von Perivolakia vorschlagen sollte und Rußland sich verpflichtete, was auch sonst seine Beziehungen zur Türkei sein möchten, dafür einzutreten. Kein Wunder, daß die Mittheilung dieses Protocolls fast überall einen Sturm des Unwillens erregte, daß Metternich dasselbe einen Vertragsentwurf zum Verbrechen nannte, und daß der Sultan sich bis zum Aeußersten zu widersetzen entschlossen war. Die erste Antwort, die er gab, erfolgte auf einem Umwege; ein außerordentlicher Divan beschloß am 29. Mai eine Umgestaltung des Heeres; jedes Janitscharenregiment sollte 150 Mann abgeben, die als Stamm für eine neue Truppe, Muallem Ischkendj (exercirte Hand) genannt, dienen sollten. Allerdings erwies sich dies Mittel als zweischneidig; die Janitscharen begannen zu murren und schritten am 15. Juni zu offener Empörung; sie wurden nun zwar von den übrigen Truppen angegriffen, in ihre Casernen gedrängt und dort niedergemacht, aber diese „Revolution von 23 Minuten" schwächte doch fürerst die Widerstandskraft des Reiches und machte ein leises Nachgeben nöthig. In Folge des russischen Ultimatums, das er ja angenommen, schickte der Sultan also Bevollmächtigte nach Akkerman und bewilligte auf den Conferenzen, die dort stattfanden, alle russischen Forderungen, die sich theils auf Rumänien, theils auf die Schifffahrt in den Dardanellen, theils auf die Abtretung einiger tscherkessischen Festungen bezogen (Oct. 26). Während dieser Zeit hielt der englische Gesandte mit der Ueberreichung des Petersburger Protocolls zurück, obgleich er sie schon im Mai angekündigt hatte. Als aber die Beschlüsse von Akkerman ausgeführt waren und ein russischer Gesandter Graf Ribeaupierre, sich in Constantinopel wieder eingefunden hatte, überreichte der Engländer das Actenstück erst vertraulich, dann am Jahrestage seiner Unterzeichnung, am 4. April 1827, officiell. Zornig nannte der türkische Minister dasselbe ein werthloses weißes Papier, dessen vertrauliche Mittheilung ihn unangenehm berührt hatte, während die amtliche ein beleidigender Schimpf sei; vergebens betonte er, daß Rußland durch den Vertrag von Akkerman mittelbar auf jede Einmischung in die griechische Sache verzichtet habe; umsonst auch eilte Metternich ihm zu Hülfe und suchte der Einmischung dadurch die Spitze abzubrechen, daß er sich bereit erklärte, die gestellten Forderungen zu befürworten, sofern man

Das Petersburger Protocoll.

Janitscharen-Aufstand.

Vertrag von Akkerman.

Folgen des Petersburger Protocolls.

nur von Gewaltdrohungen abstehe und sich mit der gemeinsamen Abberufung der Gesandten begnüge. England und Rußland blieben fest auf ihrem Standpunct und hatten überdies Frankreich als Dritten für sich gewonnen. Da nun die Pforte sich unbedingt weigerte die Bildung eines griechischen Vasallenstaates zu gestatten, so mußten die drei Mächte einen Schritt weiter gehen. Auf Antrag Frankreichs wurde das Petersburger Protocoll am 6. Juli 1827 in den Londoner Vertrag umgewandelt; laut desselben erklärten die Unterzeichner für ihre Absicht: die Selbstverwaltung Griechenlands unter Oberherrlichkeit der Pforte erzwingen zu wollen, ohne darum ihre friedlichen Beziehungen zur Türkei abzubrechen. Als erstes Mittel zur Erreichung dieser Absicht sollte eine alliirte Flotte dienen, die unter den Admiralen Codrington, de Rigny und von Heyden alle türkisch-ägyptischen Schiffssendungen von Menschen und Waffen abschneiden und somit Ibrahim zum Rückzug aus Morea zwingen sollte. Ob sich das ohne Anwendung von Gewalt erreichen lasse, mußte billiger Weise bezweifelt werden, und da somit „die Vollmachten der Admirale eines gewissen Spielraums bedurften", so wurde ihnen dieser, wie es in dem englischen Actenstücke heißt, „in vollem Maße gewährt".

So konnte jeder Tag einen blutigen Zusammenstoß herbeiführen. In banger Besorgniß suchte Metternich die diplomatischen Fäden, die jeden Augenblick zu reißen drohten, von Neuem fester zu verschlingen. Die Gesandten der drei Alliirten waren noch in Stambul. Gemeinschaftlich mit dem preußischen verlangten sie am 16. August, daß die Pforte einen Waffenstillstand mit Griechenland eingehe, und erklärten, als diese Forderung abgelehnt war, ihre Souveräne würden nunmehr solche Maßregeln ergreifen, als die Umstände ihrer Weisheit eingäben. Die Frage, ob das eine Kriegsdrohung sei, verneinten sie, worauf der türkische Minister die Ansicht aussprach: mit solchen dummen Antworten wisse er Nichts anzufangen; jedenfalls heiße das, Baumwolle neben Feuer legen. Doch schüchterte ihn der geheimnißvolle Ernst und die Größe der Gefahr trotz alledem etwas ein, und als Metternich sich anschickte, ihm eine goldne Brücke zum Rückzug zu bauen, war er nicht abgeneigt, sie zu betreten. Dem östreichischen Staatscanzler leuchtete nämlich plötzlich ein neuer Hoffnungsschimmer; unerwartet und viel zu früh für England und Europa starb am 8. October 1827 George Canning. Das Schwanken der englischen Politik, das in Folge davon wenigstens zeitweilig eintreten mußte, sollte schnell benutzt und eine östreichische Vermittlung von der Pforte erbeten werden. Wirklich erreichte Metternich seinen sehnlichen Wunsch; der türkische Minister ersuchte ihn am 20. October um seine guten ...nste; Alles schien sich noch ordnen zu lassen. Eine kleine Comödie ...erstützte Oestreichs Bemühungen; der griechische Patriarch hatte September die Gnade des Sultans für 5 Provinzen, die zur ...terwerfung bereit seien und thatsächlich schon unterworfen waren, ...lehen müssen; es ward ihnen gnädig Verzeihung ertheilt und somit Beweis geliefert, daß die Pforte nicht unversöhnliche Rachege...ken hege. Allein das Alles kam zu spät. An demselben Tage,

an welchem der Sultan Metternichs Vermittlung erbat, am 20. October 1827, war es bei Navarino, an der Küste von Morea, zu einem furchtbaren Zusammenstoß der alliirten mit der türkisch-ägyptischen Flotte gekommen.

Der Seekrieg.

Die steigende Noth Ibrahims und das dringliche Bitten der Pforte hatten den alten Mehemet veranlaßt, im Frühjahr 1827 eine neue große Flotte auszurüsten, um seinem Sohne Hülfe zu bringen. Der griechische Ober-Admiral Cochrane, dessen Kräfte durch zwei Dampfer einen erheblichen Zuwachs erhalten, versuchte diese Rüstung durch einen Angriff auf den Hafen von Alexandrien im Keime zu ersticken; allein das Unternehmen kam zu spät; die Flotte war bereits im besten Verteidigungszustand; sie fuhr ihm aus dem Hafen entgegen und zwang ihn zum Rückzug; darauf trat sie selbst ihre Ueberfahrt an und erreichte, 92 Segel stark, am 7. Sept. 1827 Navarin, wo seit dem Mai auch ein türkisches Geschwader vor Anker lag. Alles in Allem befanden sich dort 126 Kriegsschiffe, die zum Auslaufen bereit waren und für deren erstes Ziel Hydra galt. Mittlerweile war die alliirte Flotte unter Codrington in den griechischen Gewässern erschienen, und ihre Aufgabe, den Waffenstillstand zu erzwingen, schloß natürlich die Pflicht in sich, das Auslaufen der Aegypter und Türken zu hindern. Als Ibrahim Mittheilung von dieser Sachlage erhielt, entschloß er sich nach einigem Zögern zum Aufschub seiner Unternehmung und unterzeichnete am 25. September einen Vertrag, kraft dessen er versprach, bis zur Ankunft weiterer Befehle aus Stambul den Hafen nicht zu verlassen. Vergeblich suchte er dagegen von den Admiralen das Zugeständniß zu erlangen, daß sie auch Cochrane in seinen Operationen hindern würden. Nach einigem Schwanken ertheilten sie ihm zur Antwort, sie müßten sich dem Theile anschließen, der den Waffenstillstand annehme; das hätten die Griechen gethan und damit seien sie diesen gegenüber nur im Stande, sie an der Ausdehnung ihrer Pläne auf neue Kriegsschauplätze zu verhindern. Natürlich gab Ibrahim dieser Auffassung nicht seine Zustimmung, und als daher die Nachricht eintraf, eine griechische Flotte unter Hastings habe bei Salona im Busen von Korinth eine türkische Flottille geschlagen, erklärte er den Vertrag vom 25. September für gebrochen und ließ einen Theil seiner Schiffe unter Mustafa auslaufen. Indeß Codrington verhinderte diesen Versuch, trotzdem er dreimal unternommen wurde, und zwang die Türken zur Rückkehr, wobei es schon zu einigen Schüssen kam. Während dieser Zeit kamen von Constantinopel die erbetnen Weisungen; Ibrahim wurde befohlen, den Waffenstillstand zu verwerfen und zunächst Morea völlig zu unterjochen, wobei ihn Kiutagi unterstützen werde. Demgemäß brach Ibrahim in drei Haufen, zusammen 17,000 Mann stark, von Navarino auf und begann mit einer barbarischen Verwüstung von Messenien, dessen Wohlstand er durch die Vernichtung von 60,000 Feigen- und 25,000 Oelbäumen auf Jahrzehnte zerstörte. Codringtons Antwort auf diese zwecklose Gräuelthat war ein Ultimatum vom 13. October, das die sofortige Räumung von Morea und die Heimfahrt der

Die Flotten bei Navarin

Ibrahim's Verhalten.

Verwüstung Messeniens.

ägyptischen Flotte forderte; und als ihm darauf geantwortet wurde, Ibrahim sei zur Zeit abwesend von Navarin und nicht gleich aufzufinden, beschloß er nach Abhaltung eines Kriegsrathes auf offner See, in den Hafen von Navarino einzulaufen. Auf die Vorstellung des türkischen Admirals, wenigstens nur mit einem Theil seiner Schiffe diese Drohung auszuführen, erwiederte er, er sei gekommen, Befehle zu ertheilen, nicht zu empfangen. Am 20. October Mittags lichtete er die Anker. Die Feinde, 82 Segel mit 2000 Kanonen stark, lagen in Hufeisenform in dem rings von hohen Felsen umgebenen Hafen; Codrington verfügte über 26 Schiffe mit 1270 Kanonen. Eins seiner Schiffe, die Dartmouth, forderte einen feindlichen Brander auf, ihm Platz zu machen; als dies verweigert wurde, setzte sie ein Boot aus, jenem die Ankertaue zu durchhauen. Darüber entbrannte Nachmittags gegen 1/2 3 Uhr die Schlacht. Eine furchtbare Kanonade erschütterte bald die steilen Felsenwände, während endlose Trümmer die Fluten bedeckten. Nach wenig mehr als 2 Stunden waren 60 feindliche Schiffe gesprengt oder zusammengeschossen, 6000 Feinde getödtet. Aber auch die alliirte Flotte, wenngleich ihr Verlust an Todten und Verwundeten nur 540 Mann betrug, hatte schwer gelitten und mußte die heimischen Docks aufsuchen. Deshalb erneuerte Codrington nicht die Forderung, Morea zu räumen, sondern verließ am 24. October den Kampfplatz; die türkisch-ägyptische Flotte folgte seinem Beispiel im December, aber beladen mit reicher Beute, während andre Schiffe dem zurückbleibenden Ibrahim neue Zufuhr brachten.

Die Schlacht von Navarin.

Das Ereigniß von Navarin war doch allseitig sehr unerwartet gekommen, die Aufnahme der Nachricht sehr verschieden; in Petersburg versteckte sich hinter dem erheuchelten Bedauern herzliche Freude; in Paris machte man aus seiner Zufriedenheit gar kein Hehl; in England dagegen unterdrückte das Tory-Ministerium Wellington, das nach Canning's Tode eingetreten war, nur mühsam seinen Aerger über das „unwillkommene Ereigniß“ und berief Codrington voller Zorn ab. Und nun gar Metternich, dem der glänzende Triumph, die östreichische Vermittlung, so unerwartet zwischen den Fingern zerrann! Kaiser Franz meinte, die That trüge alle Zeichen des Meuchelmordes an sich. In Constantinopel bewies man bei den ersten Gerüchten eine vorsichtige Zurückhaltung. Als die drei Gesandten am 30. October die Anfrage stellten, wie man eine Feindseligkeit der alliirten Flotte gegen Ibrahim auffassen werde, falls dieser sich nicht gefügt habe, lautete die Antwort: ein ungeborenes Kind, dessen Geschlecht man nicht kenne, habe noch keinen Namen. Als dann aber am [illegible]. November die amtliche Nachricht eintraf, erklärte der Minister: [illegible] Name sei gräßliche Gewaltthat, für die er feierlich Rechenschaft [illegible]e. Natürlich wurde sein Verlangen, das auf Entschädigung und [illegible]illigung gerichtet war, abgelehnt, und da weitere Verhandlungen [illegible]o natürlich ohne Erfolg blieben, so reisten die drei Gesandten, [illegible]em sie vergeblich ihre Pässe gefordert, im December ohne die[illegible] von Stambul ab; unmittelbar darauf erfolgte die Austreibung

Eindruck derselben.

Bruch der drei Mächte mit der Pforte.

aller Engländer, Franzosen und Russen, die Verbannung von 12,000 katholischen Armeniern nach Angora, ausgedehnte Rüstungen zu Land und Meer und ein feierlicher Aufruf an alle Moslemin, ihre Religion und ihre Existenz gegen die Ungläubigen zu vertheidigen.

So waren die Sachen denn bis zum Aeußersten gediehen; ein Krieg der Alliirten gegen die Türkei schien unvermeidlich; in Griechenland, dem hart bedrängten, erwachte neue Hoffnung. Mit düsterer Ergebung hatte es schon begonnen seinem Untergang entgegen zu sehn; denn überall fast, in Ost- und West-Hellas wie in Morea und auf den größeren Inseln, hatten die Türken ihre Obmacht wieder hergestellt; erschöpft waren die Mittel, ihnen Widerstand zu leisten; todt die Helden der ersten hoffnungsfrohen Jahre; erloschen die Begeisterung unter der Wucht des Unglücks. Und wem verdankte Hellas nun den neuen Hoffnungsschimmer? Den Völkern Europas und nicht seinen Regierungen. „Keiner der drei Verbündeten Monarchen würde es gewagt haben, seinem Admiral den Befehl zum Kampf zu ertheilen. Selbst Nikolaus würde vor der Verantwortung zurückgeschreckt sein. Es war die öffentliche Meinung Europas, welche die widerstrebenden Höfe erst zur friedlichen Vermittlung zwischen den streitenden Theilen veranlaßte, und welche schließlich die Admirale, da sich jene Vermittlung als unlösbarer Widerspruch herausstellte, zu der blutigen That von Navarino fortriß. Der Philhellenismus hatte bewiesen, daß er keineswegs ein bloßes Traumbild frommer Schwärmer, sondern daß er eine Macht sei; und während, erstaunt und bestürzt, die Cabinette schwiegen, jubelten die Völker und ein tiefes Aufathmen der Freude ging durch die Christenheit."

Natürlich konnten sich die drei Regierungen den Folgen ihrer Handlungsweise jetzt nicht mehr entziehen; doch war ihre Lage nicht gleich. Am meisten gereizt war Rußland, gegen welches der Aufruf der Pforte vom 12. December die ärgsten Beleidigungen enthielt, also grade die Macht, welche von einem Kriege zugleich unmittelbare Vortheile erhoffen konnte. Kaiser Nikolaus schwankte daher nicht lange, auf jenes Manifest mit einer Kriegserklärung zu antworten (26. April 1828). England und Frankreich begnügten sich damit, ihr bisheriges Ziel festzuhalten, und zunächst die Aegypter zum Abzug aus Morea zu nöthigen. Zu dem Zweck wurde von den drei Mächten, deren Gesandte in London zu einer ständigen griechischen Conferenz zusammentraten, am 19. Juli 1828 die Entsendung einer französischen Armee nach Morea beschlossen. Aber noch ehe dieselbe sich eingeschifft hatte, erreichte Codrington die Räumung Moreas durch eine Fahrt, die er auf eigene Verantwortlichkeit mit seiner Flotte nach Alexandria antrat. Mehemet Ali war klug genug, es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen und willigte am 9. August 1828 in einen Vertrag, kraft dessen er seinen Sohn Ibrahim zurückrief, ohne daß es zu neuem Blutvergießen gekommen wäre. Dadurch ward Morea von allen Feinden befreit und die Ankunft des Generals Maison, der trotzdem am 30. August mit 8000 Mann in Petalidi landete, hatte für Griechenland höchstens noch den Vortheil, daß es

Die Expedition nach Morea.

seine eigenen Truppen aus der Halbinsel nach Hellas schicken und dort gegen die Türken verwenden konnte. Denn hier und soweit sie die Inseln unterworfen hatten, dauerte die Herrschaft der Türken fort, und bedrohte folglich auch die Unabhängigkeit Morea's, sobald dieselbe nicht mehr durch die französischen Waffen geschützt, oder noch nicht von der Pforte rechtlich anerkannt war. Einige nicht unbedeutende Erfolge trugen denn auch die griechischen Waffen noch davon, obgleich der Krieg sehr zögernd geführt werden mußte, da die drei Verbündeten trotz allem Vorgefallenen noch immer an dem Londoner Vertrage festhielten und also die Einstellung der Feindseligkeiten forderten. Besonders wichtig war der Fall einiger Festungen, wie Patras und Mesolonghi, Anfangs 1829, und die endliche Eroberung Böotiens durch Ypsilantis. Diesem war es auch vergönnt, im September desselben Jahres den Sieg in dem letzten größeren Kampfe, der den Türken geliefert wurde, zu erfechten, indem er bei Petra ein nach Attika vorgedrungenes feindliches Corps zurückschlug. Von da ab ruhten die Waffen, da der Sultan in dem Frieden mit Rußland, von dem sogleich näher die Rede sein wird, die Bedingungen angenommen hatte, welche von der Londoner Conferenz in dem Protocoll vom 22. März 1829 aufgestellt waren. Danach sollte Hellas eine erbliche Monarchie werden, zugleich aber der Türkei tributpflichtig bleiben. Als Grenze war im Norden eine grade Linie zwischen den Busen von Arta und Volo bestimmt, von den streitigen Inseln sollten Kreta und Samos der Pforte gelassen werden. Die Auswahl des ersten Königs behielten die drei Mächte sich vor in Uebereinstimmung mit dem Sultan zu treffen.

Ende des Krieges.

Der russisch-türkische Krieg.

Der Feldzug von 1828.

Um diese immerhin bescheidenen Forderungen durchzusetzen, mußten die Russen zwei Feldzüge bestehen, die nicht ohne ernstliche Gefahren waren. Nachdem Feldmarschall Wittgenstein im Mai 1828 den Pruth überschritten, war ein mehrmonatlicher Festungskrieg gefolgt, der nur zwei bedeutendere und mühsam errungene Ergebnisse herbeiführte. Im Juni wurde von den Donauvesten Ibrail zur Uebergabe gezwungen und im October folgte Varna an der Balkanlinie. Aber weder der eine noch der andre Gürtel war damit völlig in der Hand der Russen; denn in dem äußeren, an der Donau, hielten sich noch Widdin und Silistria, in dem inneren, am Balkan, das wichtige Schumla, der eigentliche Schlüssel zu den Pässen des Gebirges. Eine offene Feldschlacht hatten die Türken mit Geschick zu vermeiden gewußt und auf dem zweiten Kriegsschauplatz, in der asiatischen Türkei, wo Paskiewitsch die Russen befehligte, waren zwar das wichtige Kars und einige andre Festungen gefallen, aber entscheidende Schläge doch noch weniger als in Europa erfolgt. Dieses langsame Vorrücken hatte Metternich im Winter 1828 auf 29 noch einmal Muth gemacht, die Fortsetzung des Krieges zu vereiteln. Er hatte sich an Frankreich und England gewandt, die Befreiung Moreas

Metternichs Einmischungsversuche.

als Thatsache hingenommen und von ihnen gefordert, daß sie Oestreich unterstützen sollten, wenn es Rußland Halt gebiete. Sollte es darüber, was Metternich nicht befürchtete, zum Kriege kommen, so wurde als Preis der französischen Hülfe das linke Rheinufer in Aussicht gestellt. Aber selbst um dieses Zugeständniß war Frankreich nicht Willens von seiner bisherigen Politik abzulassen; allein wagte Metternich es nicht, sich in solche Abenteuer zu verstricken, und so gab er seinen Einmischungsplan auf und leugnete ihn vor dem russischen Gesandten, der von Allem genau unterrichtet war, vollständig ab. Nikolaus war zufrieden, diesen Zwischenfall so glücklich beseitigt zu sehen; er fühlte, daß er alle seine Kräfte brauche, um den türkischen Krieg glücklich zu beenden, und scheute selbst ein Zurückweichen nicht, wenn er dadurch einer neuen Verwicklung entgehen konnte. Das zeigte sich im Frühjahr 1829 Persien gegenüber. In Teheran hatte der russenfeindliche Pöbel den als Dichter berühmten russischen Gesandten Gribojedow mit dem ganzen Gesandtschaftspersonal ermordet. Zu andern Zeiten würde das ein erwünschter Anlaß gewesen sein um den kaum beendeten Perserkrieg wieder zu beginnen; jetzt begnügte sich der Czar mit einer demüthigen Abbitte, welche der Enkel des persischen Schahs, Chosrew Mirza, in Petersburg leistete. Mit möglichstem Nachdruck wurde der Krieg 1829 auf beiden Schauplätzen, in Europa und in Asien, wieder aufgenommen. Hier drang Paskiewitsch siegreich in Armenien vor und eroberte am 9. Juli Erzerum; dort übernahm an Wittgensteins Stelle Graf Diebitsch den Oberbefehl. Einige Schlappen, die sein Unterfeldherr, General Roth, der Schumla belagerte, erlitt, führten in ihren Folgen zu einem glänzenden Siege der Russen. Reschit-Pascha nämlich, derselbe, den wir als Kiutagi vor Mesolonghi und Athen haben kennen lernen, ließ sich durch seinen Sieg verleiten, die Russen unter Roth zu verfolgen und seinen Stützpunct Schumla zu verlassen. Diesen Fehler benutzte Diebitsch, der vor Silistria stand, um durch einen Flankenmarsch einen Theil seines Heeres zwischen Schumla und die Türken zu schieben. Als nun Reschit dies bemerkte und sich nach Schumla zurückwandte, kam es am 11. Juni 1829 zu der achtstündigen blutigen Schlacht von Kulewtschi, in der die ganze feindliche Armee zersprengt wurde und der Großvezier selbst kaum der Gefangenschaft entging. Die Folge davon war einerseits der Fall von Silistria am 30. Juni und andrerseits der Uebergang über den Balkan, der jetzt, wo kein feldtüchtiges Heer mehr in Schumla stand, auch von dort aus nicht ernstlich behindert werden konnte. Schwierig blieb das Ueberschreiten des unwegsamen Gebirges freilich auch so und mit schweren Opfern mußte es erkauft werden; dafür durfte es aber auch als der Anfang vom Ende des Krieges gelten und wenn Diebitsch durch einen Ehrennamen belohnt werden sollte, so nannte Nikolaus ihn mit Recht Sabalkansky. Die Türken ergriff jetzt wirklicher Schrecken, und verblendete sie so, daß sie die Schwäche des russischen Heeres durchaus nicht erkannten. Ohne Widerstand räumten sie Adrianopel, wo Diebitsch am 20. August seinen Einzug hielt, und sahen den russischen General schon im Geiste vor den Thoren Stam-

Die persische Verwickelung.

Der Feldzug von 1829.

Schlacht bei Kulewtschi.

Diebitsch in Adrianopel.

huls. Die Widerstandskraft des Reiches war gebrochen; derselbe mohammedanische Fatalismus, der so oft die Türken mit rücksichtsloser Todesverachtung erfüllt hatte, trieb das Volk jetzt zu ruhiger Ergebung in sein Schicksal, das ihm als gerechte Strafe für die europäischen Reformen des Sultans Mahmud erschien. Selbst die Entfaltung der Fahne des Propheten, die sonst die Menge begeistert hatte, übte keine Wirkung. Obendrein rafften die Ueberbleibsel der Janitscharen sich zusammen und begannen neue Meutereien, die blutig erstickt werden mußten. So entschloß sich der Sultan zum Frieden, während kräftiger Widerstand ihm den sichersten Erfolg verhieß. Denn Diebitsch hatte kaum 20,000 Mann zu seiner Verfügung und England, durch das russische Vordringen erschreckt, war entschlossen es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen, sondern im letzten Augenblick seine bewaffnete Vermittlung den Russen aufzudringen. Diebitsch erkannte seine Lage eben so deutlich, wie der Sultan die seinige mißkannte. Er bewog den preußischen Militärbevollmächtigten, General von Müffling, in Constantinopel seine Vermittlung anzubieten, behielt aber selbst den Türken gegenüber seine stolze, siegesgewisse Sprache so erfolgreich bei, daß diese vollkommen getäuscht wurden und kein anderes Mittel versuchten, um die harten Bedingungen zu mildern, als daß sie die guten Dienste Preußens anriefen. Der königliche Gesandte von Royer reiste auch wirklich selbst nach Adrianopel, um sich bei Diebitsch zu verwenden; aber großen Eifer entwickelte er dabei nicht, sondern war vielmehr bemüht, nachdem er ein paar kleine Zugeständnisse errungen, auf die Türken zu drücken. So entschlossen sich diese denn am 14. September 1829 zum Frieden von Adrianopel, in welchem sich Rußland Abtretungen an der kaukasischen Küste des Schwarzen Meeres und die Festung Kars, sowie die sandigen Inseln an der Donaumündung ausbedang, alle andern Eroberungen aber zurückgab. In Bezug auf die Schifffahrtsstreitigkeiten, in denen es mit der Pforte lag, wurden ihm bedeutende Zugeständnisse gemacht, von denen die freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen allen Völkern zu Gute kam. Für die Donaufürstenthümer wurden die Bestimmungen des Vertrages von Akkerman erneuert und darüber hinaus noch die Würde der Hospodaren lebenslänglich gemacht, den Mohammedanern neue Ansiedelungen untersagt und die Schleifung aller Festungen am linken Donauufer zugestanden. Was endlich Griechenland betraf, so mußte die Pforte seine Unabhängigkeit nach Maßgabe des Londoner Protocolls vom 22. März anerkennen.

Der Friede von Adrianopel.

Das Königreich Griechenland.

Kapodistrias' Präsidentschaft.

Der Bestand des neuen Staates war damit noch keineswegs ...rt. Weder das Vasallenverhältniß, in dem sie zu der Pforte ... sollten, noch die Grenzen, die ihnen zugedacht waren, befriedigten ...ellenen, und obendrein waren die inneren Zustände noch immer ... besser geworden. Kapodistrias hatte sich seiner Aufgabe in keiner ... gewachsen gezeigt. Statt versöhnlich aufzutreten, hatte er alle

Parteien vor den Kopf gestoßen. Seine gründliche Verachtung des Fractionsgeistes, der Hellas zerrüttete, konnte man ihm gewiß nicht zum Vorwurf machen; wohl aber, daß er sie offen an den Tag legte und daß er selbst im Grunde doch auch mehr von Eigensucht als von Vaterlandsliebe geleitet wurde. Ich kenne euch schon, war bei Vorstellungen seine öfter wiederholte Anrede: ihr seid alle Kleften und Lügner! Oder: ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauft und Ziegen und Schafe gestohlen; das sind eure Heldenthaten! Ohne Ansehn der Person und der Partei beleidigte er alle, die bis dahin eine Rolle in Griechenland gespielt, beraubte sie des Einflusses, den sie genossen, und setzte seine Geschöpfe an ihre Stelle. Nicht daß er dictatorische Gewalt zu erwerben suchte, war ihm zum Vorwurf zu machen; denn eine aufgeklärte Dictatur war vielleicht das Beste, was Griechenland zu Theil werden konnte; sondern daß er dabei jede Klugheit aus den Augen setzte und statt versöhnlich nur verletzend auftrat. Mit offenen Armen hatte ihn das Land aufgenommen, als er im Januar 1828 endlich angekommen war. Nach seinem Wunsche ging die Nationalversammlung sofort auseinander und überließ ihm eine Machtbefugniß, wie er sie nicht größer verlangen konnte. Auch als er ein Jahr später eine neue Vertretung des Volkes berief, genoß er trotz der unbedeutenden Erfolge, die er erzielt hatte, noch solches Vertrauen, daß 36 Bezirke ihn selbst zu ihrem Abgeordneten erkoren und daß ihm die Versammlung in allen Stücken willfährig war. Dafür forderte man nun aber auch, daß er seinen vermeintlichen Einfluß bei den Schutzmächten zur Erlangung der vollen Unabhängigkeit und besserer Grenzen verwerthe. Natürlich wünschte Kapodistrias auch Beides durchzusetzen; aber er wußte recht gut, daß, wenn er dies erreicht, seine Rolle ausgespielt sei und irgend ein europäischer Prinz den neuen Thron besteigen werde, und diesen Augenblick zu beschleunigen lag ihm keineswegs am Herzen. Zum Schein hatte er freilich selbst schon Ende 1828 den Prinzen Leopold von Coburg vorgeschlagen und da dieser seine Geneigtheit im Allgemeinen zu erkennen gegeben hatte, so bot die Londoner Conferenz ihm am 3. Februar 1830 die Krone an. Die Abhängigkeit von der Pforte wurde ihm dabei nicht mehr zugemuthet, wohl aber waren, um den Sultan dafür zu entschädigen, die Grenzen des neuen Königreiches jetzt enger gezogen als in dem Protocoll vom 22. März. Das bewog den Prinzen zu zaudern und Bedingungen zu stellen und überhaupt keine große Lust mehr zur Annahme der Krone zu zeigen. Im Laufe der Verhandlungen fand er sich dann zwar bereit, die Bedingungen in bloße Bemerkungen zu verwandeln und nur eine als Forderung aufrecht zu erhalten, die Bürgschaft für eine Anleihe von 60 Mill. Francs. Aber als diese bereits genehmigt war und Alles in Ordnung zu sein schien, trat er plötzlich vollständig von seiner Bewerbung zurück. Allgemein machte man ihm einen bittren Vorwurf daraus und glaubte, der wahre Antrieb sei die Hoffnung gewesen, bei der plötzlichen schweren Erkrankung seines Schwiegervaters Georgs IV. Regent von England zu werden. Allein durch eine so zweifelhafte Aussicht hätte sich ein

Prinz Leopold v. Coburg.

Mann von Leopolds politischem Scharfblick nicht ködern lassen; was ihn zu dem plötzlichen Bruche bewog, waren vielmehr Briefe von Kapodistrias, der ihm vorstellte, wie seine Lage von vorn herein ganz verzweifelt sein werde, wenn er nicht bessere Grenzen mitbringen und eine Befragung des Volkes über seine Wahl erwirke. Beide Forderungen aber hatte die Conferenz ihm schon vorweg rund abgeschlagen. So gewiß nun Leopold unter diesen Umständen für sein persönliches Wohl nichts Klügeres thun konnte, als auf die dornenreiche Krone zu verzichten, ebenso gewiß war dieser Verzicht für Griechenland ein Unglück und Kapodistrias' Warnung nur ein Ausfluß des Eigennutzes und des Wunsches die Königswahl möglichst lange hinauszuschieben, um selbst möglichst lange Präsident zu bleiben.

Kapodistrias' Ausgang

Er ahnte nicht, daß er damit an seinem eigenen Verderben arbeite. Die Feindschaften gegen ihn mehrten sich mit jedem Tage; es war ein dankbarer Vorwurf, den seine Gegner erhoben, daß er das Königthum Leopolds vereitelt habe. Denn wirklich hatten die Griechen mit Sehnsucht dem neuen Herrscher entgegengesehen und nun verzögerte sich eine Ersatzwahl um so länger, als durch den Sturz der Bourbonen im Juli 1830 die Thätigkeit der Londoner Conferenz auf geraume Zeit gelähmt wurde. Während dessen wuchs der Unfriede in Hellas; Kapodistrias wurde immer heftiger und härter; es kam bereits zu Aufständen, die gewaltsam unterdrückt werden mußten, ja in Hydra bildete sich im Sommer 1831 eine förmliche Gegenregierung, der Männer von höchstem Ansehn, wie Mavrokordatos, Konduriottis, Miaulis, angehörten. Durch einen kühnen Handstreich bemächtigte sich der letztere am 30. Juli der griechischen Flotte, die bei der Insel Poros lag, und bedrohte dadurch die Macht des Präsidenten im höchsten Grade. Diesem war unter solchen Umständen jedes Mittel recht; er wandte sich an den russischen Admiral Rikord mit dem Ersuchen, ihm gegen die Hydrioten zu helfen, und erlebte den Triumph, daß dieser ihm willfahrte, dem Miaulis einen Theil der Schiffe wieder abnahm und denselben so bedrängte, daß er die übrigen, um sie nicht in russische Hände fallen zu lassen, am 13. August in Brand steckte. Aber nicht lange sollte sich Kapodistrias dieses Erfolges freuen. Ein Aufstand unter den Mainoten, die sich die Erben der alten Spartaner zu sein rühmten, hatte ihn veranlaßt, fast die ganze Familie Mavromichalis, die angesehenste in jenem Berglande, verhaften oder doch in Nauplia bewachen zu lassen; ihr Haupt, den tapfren Petrobei, hielt er eingekerkert; fruchtlos verwandte sich selbst Rikord für ihn, gerührt durch die Bitten der 86jährigen Mutter des Gefangenen, welche 49 Glieder ihres Hauses für die Freiheit des Vaterlandes hatte fallen sehen. Da beschlossen Petrobei's Bruder und [illegible]n, Konstantin und Georgios Mavromichalis, die Ermordung des [illegible]mnen. Als er am 9. October 1831 zur Kirche ging, feuerte der [illegible] sein Pistol auf ihn ab, der Andre stieß ihm den Dolch ins [illegible]. Beide büßten ihre That mit dem Leben; der Bruder wurde von [illegible] Volke an Ort und Stelle getödtet, der Sohn vor der Gefängniß[illegible] des greisen Vaters erschossen.

Augustin Kapodistrias.

An Kapodistrias' Stelle trat sein

Bruder Augustin, dem Kolokotronis und Kolettis beigeordnet wurden. Allein dieser war der schwierigen Aufgabe noch weniger gewachsen; Kolettis fiel von ihm ab und bildete mit Ypsilantis und Zaimis eine Gegenregierung; ein neuer blutiger Bürgerkrieg brach aus und nach wenigen Monaten, am 9. April 1832, sah sich Augustin zur Abdankung genöthigt. Zwei Jahre waren nun seit Leopolds Ablehnung von Neuem verstrichen und endlich hatte die Londoner Conferenz einen Ersatz gefunden. Mühsam genug war es gewesen. Die Fürstensöhne drängten sich nicht nach der neuen Krone und die, welche sie hätten annehmen mögen, erweckten politische Eifersucht bei der einen oder der andern Großmacht. Endlich fiel am 7. Mai 1832 die Wahl auf den zweiten Sohn des Königs Ludwig von Baiern, den Prinzen Otto, und wenn seine Jugend in mancher Hinsicht Bedenken erregen konnte, so sicherte ihm die treue Anhänglichkeit, welche sein Vater stets für die griechische Sache gezeigt, doch zunächst wenigstens einen freundlichen Empfang. Die Bedingungen, welche man Leopold abgeschlagen hatte, gestand man ihm theilweise zu, man kehrte wieder zu der ersten Grenzlinie von Arta bis Volo zurück, ließ seine Wahl durch die griechische Nationalversammlung bestätigen und verbürgte auch ihm die nöthige Anleihe. Bis zu seiner Volljährigkeit sollte eine bairische Regentschaft, aus dem Grafen Armansperg, von Maurer und Heydeck bestehend, das Land verwalten; 3500 Baiern wurden ihm als Kern eines geordneten Heeres mitgegeben; auch an finanzieller Unterstützung ließ es König Ludwig nicht fehlen, indem er aus der bairischen Staatscasse während der ersten 6 Jahre seinem Sohne 1,800,000 Gulden zufließen ließ, die er 1849, als die bairische Kammer dieses eigenmächtige Verfahren entdeckte, aus seinem Privatvermögen ersetzen mußte. Allein trotz dieser Unterstützung war der junge König nicht auf Rosen gebettet. Der jubelnde Empfang, der ihm bei seiner Landung in Nauplia am 6. Febr. 1833 zu Theil wurde, verrauschte bald; die Parteiungen wurden dadurch, daß die Regentschaft keine neue Nationalversammlung berief, wohl verheimlicht, aber nicht unterdrückt, und einsichtsvolle Baiern mußten bald zu der Ueberzeugung kommen, daß trotz aller vortrefflichen Gesetze, mit denen besonders der Staatsrath Maurer das Land beglückte, und auch nachdem König Otto in seiner neuen Residenz Athen, das er schon 1833 zur Hauptstadt machte, am 1. Juli 1835 selbst die Regierung übernommen, nicht eher Ruhe in dem zerklüfteten Lande möglich sei, ehe nicht „zehn Griechen mehr, als auf der Welt sind, gehangen seien".

Prinz Otto von Baiern.

Die Regentschaft.

Der Petersburger Dekabristen-Aufstand.

Die Lösung der Heiligen Allianz.

Wir haben die Sache Griechenlands bis zu diesem Zeitpunct, wo sie aufhört eine allgemein europäische zu sein, verfolgen müssen und kehren nun in der Darstellung bis zu dem Puncte zurück, wo sie das System der Heiligen Allianz zu lockern begann. Das geschah bereits zu den Lebzeiten Kaiser Alexanders; dennoch würde ihre völlige Auflösung wohl noch länger hintertrieben worden sein, wenn nicht

die Thronbesteigung des Czaren Nikolaus auf russischer Seite die Werthschätzung des bisherigen Verhältnisses völlig beseitigt hätte. Alexander hatte in jeder revolutionären Zuckung, die er in seinen oder in andern Staaten wahrnahm, einen Antrieb mehr gesehen, den Frieden Europas ängstlich zu wahren, und hatte eben dadurch Oestreich zur vorherrschenden Macht in der Heiligen Allianz gemacht. Nikolaus wurde bei seinem Regierungsantritt von einer so kräftigen Meuterei begrüßt, wie sie Alexander nicht erlebt hatte; aber er ließ sich dadurch nicht einschüchtern, sondern war vielmehr bedacht, den unzweifelhaft in Rußland vorhandenen revolutionären Geist durch einen auswärtigen Krieg auf andre Bahnen abzulenken. Durch Alexanders Scheu vor kräftigem Durchgreifen begünstigt, hatte sich ein vollständiges Netz von Verschwörungen über das ganze Reich ausgebreitet; das Ziel, nach dem man strebte, war eben so wenig überall das gleiche, wie die Mittel. Während den Einen eine constitutionelle Monarchie genügte, schwebte den Andern der Traum einer Republik vor; während die Einen, wie Nikolaus Turgenjew, durch Verbreitung der Bildung nach und nach ihr Ideal ermöglichen wollten, sannen die Andern, an deren Spitze der Oberst Pestel stand, auf einen plötzlichen Umsturz des Bestehenden, auf eine militärische Revolution. Gegenüber den polnischen Vereinen, die nach der Wiederherstellung ihres Vaterlandes trachteten, richteten andre ihre Wünsche auf die Begründung eines großen slawischen Bundesstaates nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika. Außerhalb der Armee hatten alle diese Pläne wenig Anhänger; im Offizierkorps dagegen, und besonders in dem Theile, der bis 1818 in Frankreich gestanden hatte, war das Streben nach Neuerungen weit verbreitet. Schon in den letzten Jahren Alexanders war zwischen den geheimen Gesellschaften eine Annäherung und zum Theil eine Verschmelzung herbeigeführt worden. Doch standen, abgesehen von den Polen, sich immer noch zwei verschiedene Richtungen scharf gegenüber, die monarchische des nördlichen Bundes, der in Petersburg seinen Sitz hatte, und die republikanische des Südbundes, dessen Mittelpunct die Festung Tultschin war. Der mehrmals gehegte Plan, schon bei Alexanders Lebzeiten den Aufstand zu beginnen, war immer an zufälligen Umständen gescheitert; jetzt verlockte der unerwartete Tod des Kaisers und die Verwirrung, zu welcher die Thronfolge Anlaß gab, die Verschworenen in Petersburg umgekehrt zu einem übereilten Losbruch. Der rechtmäßige Nachfolger des Czaren war sein Bruder Constantin; aber theils seine gänzliche Unfähigkeit, theils der Umstand, daß er sich 1820 von seiner ebenbürtigen Gattin scheiden ließ und die polnische Gräfin Grudsinska [illegible]tete, hatten den Gedanken hervorgerufen, die Erbfolge auf den [illegible]ten Bruder, Nikolaus, den Gemahl der preußischen Prinzessin [illegible]lotte (geboren 1796), übergehen zu lassen. Constantin selbst [illegible]es, der diesen Vorschlag machte und am 2. Februar 1822 des [illegible]rs Zustimmung erwirkte. In dreifacher Ausfertigung wurde [illegible] Verzicht in Petersburg und Moskau niedergelegt, der ganze Vor[illegible]aber so geheim gehalten, daß selbst Nikolaus wenigstens officiell

Russische Geheimbünde.

Die Thronfolge.

Nichts davon erfuhr. Vergebens drängte einer der wenigen Mitwisser, der Graf Golyzin, den Kaiser vor seiner letzten Abreise von Petersburg, den Schleier zu lüften; Alexander meinte in seiner frömmelnden Art: Ueberlassen wir das Gott; er wird es besser machen, als wir schwachen Menschen vermöchten. Als nun die Nachricht von des Czaren Tode in der Hauptstadt eintraf, huldigte Nikolaus sogleich seinem Bruder Constantin, der als Vicekönig in Warschau residirte, und nahm den Garden für ihn den Eid ab. Erst als dies geschehen war, entsiegelte man die Urkunde, welche Nikolaus zum Nachfolger bestimmte. Aber auch jetzt weigerte sich dieser, den Thron zu besteigen, so lange nicht die erneute Zustimmung seines Bruders eingetroffen sei, indem er es für sehr zweifelhaft erklärte, welches Opfer größer sei, der Verzicht oder die Annahme der Krone. Man thut wohl nicht Unrecht, die Neigung zu schauspielern, die man dem neuen Czaren allgemein zuschrieb, wie geflissentlich er sich auch dagegen zu verwahren pflegte, auch in diesem seinem Verhalten wiederzufinden. Er mochte von der Ernstlichkeit von Constantins Entschluß so fest überzeugt sein, daß er durch seine erheuchelte Bescheidenheit und Großmuth keine Gefahr zu laufen befürchtete, und daß er, wenn auch nicht amtlich, doch vertraulich lange von seiner Erhebung zum Nachfolger wußte, kann unmöglich bezweifelt werden, da die Sache schon seit Jahren für die diplomatischen Kreise in Berlin kein Geheimniß mehr war. Die ablehnende Haltung, welche er trotzdem einnahm, machte den Verschworenen in Petersburg Muth, einen Schlag zu wagen. Als Mittel, um auf die Truppen zu wirken, diente ihnen der doppelte Eid, der binnen weniger Tage erst für Constantin, dann für Nikolaus gefordert wurde; den letztern stellten sie als einen Bruch des erstern dar. Als daher am 26. December 1825 die Huldigung stattfinden sollte, verweigerten mehrere Regimenter dieselbe, zogen mit fliegenden Fahnen auf den Platz vor dem Staatsgebäude und ließen Constantin und die Constitution, von der man ihnen gesagt, sie sei Constantins Frau, leben. Nikolaus entwickelte in dieser Lage, die freilich kaum gefährlich zu nennen war, die nöthige Entschlossenheit; wenn er auch nur Eine Stunde Kaiser sein sollte, so wolle er doch zeigen, daß er würdig gewesen, es zu werden. Bald waren die Meuterer von Truppen umzingelt und der Ausgang gesichert. In einem mäßigen Verzuge lag keine Gefahr mehr, und der junge Czar konnte also nach Bedürfniß den Menschenfreundlichen spielen und die größte Abscheu vor Blutvergießen an den Tag legen. Erst als der General Miloradowitsch, der die Meuterer zum Gehorsam ermahnte, von einem der Verschworenen niedergeschossen war, als die Patriarchen von Petersburg und Kiew in vollem Ornate vergeblich zur Unterwerfung aufgefordert hatten, als die Dunkelheit hereinbrach und längeres Zögern hätte verderblich werden können, erging der Befehl, die Kanonen zu lösen, und drei Kartätschenladungen genügten, um die Aufständischen zu bezwingen. Mit großer Schnelligkeit und Sicherheit wurden sodann die Befehle der Verhaftung der Rädelsführer sowohl in Petersburg wie in Tultschin und anderen Orten ausgeführt. Ein außerordent

Nikolaus Verhalten bei Alexanders Tod.

Der Aufstand.

licher Gerichtshof leitete die Untersuchung; Pestel und vier andre büßten am Galgen ihre That, die übrigen Dekabristen, wie man die Verschwörer nannte, wanderten nach Sibirien. Für den moralischen Zustand der Armee war die Meuterei ohne Zweifel eine glückliche Krisis; mochte noch mancher Gährungsstoff zurückgeblieben sein, so fehlten den Unzufriedenen jetzt doch die Führer, und es ließ sich mit Grund hoffen, daß der immer näher rückende Türkenkrieg das angefangene Werk vollenden und den guten Geist im Heere wieder völlig herstellen werde.

Deutschland und der Zollverein.

Russischer Einfluß in Deutschland.

Jedenfalls konnte Nikolaus jetzt nach außen mit ganz andrer Kraft auftreten als Alexander in den letzten Jahren, oder als er selbst es gekonnt, wenn das Gift der Verschwörung im Geheimen sich weiter verbreitet hätte. Daß sein Bestreben zunächst auf die Schwächung Oestreichs abzielte, lag in den Verhältnissen völlig begründet, und damit waren zugleich die Wege angegeben, die er wandeln mußte. In der großen Politik mußte er mit England und Frankreich so weit irgend möglich zusammengehen, in Deutschland mußte er Preußen und die Mittelstaaten an sich zu fesseln suchen. In Berlin durfte er in Folge seiner verwandtschaftlichen Beziehungen, als Schwiegersohn des Königs, von vorn herein auf einen nicht unbedeutenden Einfluß rechnen, und die übrigen Staaten, die nur mit bittrem Groll ihren Widerstand am Bundestag unter dem Druck der Heiligen Allianz hatten aufgeben müssen und die durch ihre Herrscherfamilien zum großen Theil in naher Verbindung mit dem russischen Hofe standen, sahen in dem neuen Czaren eine erwünschte Stütze, deren sie zur Gewinnung größeren Einflusses sich zu bedienen hofften. Sehr deutlich trat dies in Baiern hervor, wo König Ludwig I. wenige Wochen vorher den Thron bestiegen und seine Regierung zu Metternichs großem Verdruß mit der Aufhebung des Censuredictes begonnen hatte.

Baiern.

Ihm lag sehr viel daran, sich von Oestreich unabhängiger zu stellen; Metternichs Tadel und Drohungen erwiderte er mit Spott; er sei als König von Baiern nur Gott und der Verfassung verantwortlich; da nun Kaiser Franz nicht der liebe Gott und Metternich ganz gewiß nicht die Verfassung sei, so möge sich dieser die Schlußfolgerungen selbst ziehn. Mit Rußland in ein gutes Vernehmen zu treten, war sein eifrigstes Bemühen; in ihm, so schrieb er dem Czaren im Januar 1826, sehe er die stärkste Stütze Baierns; das sei sein politisches Glaubensbekenntniß. Damit stand er also wesentlich auf demselben Boden, den König Wilhelm von Würtemberg schon Alexander gegenüber und nicht immer ohne Erfolg behauptet hatte; beide süddeutsche Königreiche schlossen sich wieder enger an einander und suchten gemeinsam mit Rußlands Hülfe ihre volle Selbstherrlichkeit gegen jeden Eingriff Oestreichs und Preußens zu schützen. Unter den übrigen Bundesstaaten fanden sich aber auch manche, die mit Rußlands Zustimmung eine Annäherung an Preußen suchten, und da andrerseits

Würtemberg.

für Oestreich der Zusammenhalt mit der norddeutschen Großmacht um so werthvoller wurde, je mehr sich seine Stellung zu Rußland verschlechterte, so ergab sich aus der politischen Gesammtlage wie von selbst für Preußen ein gesteigertes Ansehn. Die Frucht dieser günstigen Verhältnisse, nicht minder aber auch der weisen vorbereitenden Schritte, die selbst in den elenden Jahren von 1818—25 nicht verabsäumt, waren, trat in der Gründung des preußisch-darmstädtischen Zollvereins 1828 zu Tage.

Wirthschaftlicher Zustand Deutschlands nach 1815.

Nach den Verheißungen der Bundesacte hätte man freilich erwarten sollen, daß in Gemäßheit ihres § 19 die Bundesversammlung gleich in ihrer ersten Session Verkehr und Handel zwischen den einzelnen Staaten geordnet hätte. Aber das war trotz des dringenden Nothstandes nicht geschehen. Zwei sehr verschiedene Umstände wirkten in den ersten Jahren nach 1815 zusammen um großes wirthschaftliches Elend hervorzurufen: die Entwerthung der Manufacturen und die Theurung der Bodenerzeugnisse. Letztere war vornehmlich durch die schlechten Ernten von 1816 hervorgerufen, jene durch die plötzliche Ueberfüllung des deutschen Marktes mit englischen Waaren, die sich in der Zeit der Continentalsperre massenhaft angehäuft hatten und nun bei übertriebenem Angebot — allein 1818 wurden für 129 Mill. Gulden in Deutschland eingeführt — zu Spottpreisen bis zu 30 und 40 Procent unter den Herstellungskosten verschleudert wurden, was natürlich den Ertrag des deutschen Gewerbes empfindlich schädigte. Für die geringe wirthschaftliche Bildung jener Zeit ist es bezeichnend, daß man nicht einsah, wie dieser Zustand nur vorübergehend sein konnte, und daß man ihm durch einen Verein entgegen wirken wollte, den die Berliner Stadtverordneten am 27. December 1816 gründeten und dessen Mitglieder ihr Ehrenwort gaben, keine ausländischen Waaren zu kaufen, wenn sie inländische Fabrikate bekommen könnten. Daß die Regierungen ihren Unterthanen an wirthschaftlicher Einsicht nicht viel voraus waren, bewiesen ihre Maßregeln gegen die Hungersnoth, der sie durch zahlreiche gegenseitige Ausfuhrverbote der nothwendigsten Lebensmittel zu steuern suchten. Welche Preisverschiedenheiten dadurch entstanden, mag man daraus ersehen, daß der Scheffel Weizen 1817 am Rhein etwa 7 Mark höher stand als in Posen, während die größte Verschiedenheit innerhalb der preußischen Monarchie in den 50er Jahren nur eine Mark betrug. Besonders hart bedrängt war Würtemberg; es wandte sich daher an den Bundestag und verlangte die Ausführung des Artikels 19. In dem Ausschuß, welcher deshalb niedergesetzt wurde, waren die besseren Einsichten leidlich vertreten, so daß selbst die abgünstigen Mitglieder den Gedanken eines einheitlichen deutschen Zollgebietes eine große herzerhebende Idee nannten, und die Mehrheit die Aufhebung aller Beschränkungen des freien Verkehrs mit Getreide vom 1. October 1817 an vorschlug. Aber nicht einmal dieses bescheidene Ziel war zu erreichen. Baiern machte seine Zustimmung davon abhängig, daß sämmtliche Bundesstaaten für alle ihre Besitzungen, auch die außerdeutschen, beiträten, woran natürlich weder bei Dänemark und Holland, noch bei Oestreich

Verhandlungen am Bunde über Artikel 19.

zu denken war. Dieses erklärte vielmehr seinerseits, daß bei der gesegneten Ernte des laufenden Jahres die Frage ihre Dringlichkeit verloren habe und man von einem Beschlusse deshalb füglich absehen könne.

Von der Tagesordnung in Frankfurt war damit die Herstellung eines leichteren Verkehrs einstweilen wieder entfernt; aber sowohl in der öffentlichen Meinung, wie von Seiten einzelner Regierungen wurde die Frage festgehalten. In den Mittel- und Kleinstaaten klammerte man sich dabei, trotz des ersten Mißlingens, nach wie vor an die Hoffnung, der Bundestag werde die Sache ordnen.

List's Verein deutscher Kaufleute.

In diesem Sinne entfaltete besonders der Würtemberger Friedrich List, ein Mann von gründlicher wirthschaftlicher Bildung, die freilich oft durch die Leidenschaftlichkeit, mit der er seine Ziele verfolgte, verdunkelt wurde, eine lebhafte Thätigkeit in den Kreisen der Gewerbtreibenden. Er stiftete einen Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten, veranstaltete eine neue Bittschrift an den Bundestag, begab sich nach Wien zu den Ministerialconferenzen und suchte dort für seine Ideen zu wirken, schlug sogar vor, die Grenzzölle, welche an die Stelle aller Binnenmauthen treten sollten, einer Actien-Gesellschaft zu verpachten und bot Namens seines Vereines 30 Mill. Gulden dafür.

Nebenius.

Mit weniger Ueberschwänglichkeit verfocht der badische Staatsmann Nebenius ähnliche Ideen; in einer ausführlichen Arbeit, die er Ende 1818 aufsetzte und die ein Jahr später den Conferenzmitgliedern in Wien vorgelegt wurde, empfahl er die Herstellung eines allgemeinen deutschen Zollsystems, das von dem Bundestag ins Leben gerufen und verwaltet werden sollte. So vortrefflich sich indeß diese Pläne auch anhörten, so litten sie doch an nichts Geringerem als völliger Unausführbarkeit. Am Bundestage ließ sich nur durch Einstimmigkeit etwas ausrichten, und die war mit Nichten zu erreichen; überdies fehlte sowohl Nebenius wie List die klare Einsicht, daß zu einer Gemeinsamkeit der Einfuhrzölle die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern unerläßlich sei.

Das preußische Zollgesetz von 1818.

Diese Einsicht besaß man in Berlin im vollsten Maße und war durch sie zu dem verständigen Plane gelangt, von einer allgemeinen deutschen Zolleinigung vor der Hand ganz abzusehen und zuerst die unendlich wirren Zoll- und Steuerverhältnisse Preußens selbständig zu ordnen. Wie sehr das Noth that, beweist der Umstand, daß es allein in den alten Provinzen — Sachsen, Posen, Pommern, Rheinland u. s. f. ausgenommen — 67 Zoll- und Accisetarife gab, von denen die letztern allein 2776 verschiedene Gegenstände umfaßten. Einen solchen Zustand aufrecht zu erhalten, war der König keinen Augenblick Willens; schon während des Krieges von 1813 und 1814 hatten die preußischen Staatsmänner, besonders Bülow und Eichhorn, daran gearbeitet, alle Zölle an die Grenzen zu verlegen und womöglich auch die andern deutschen Staaten in dies System hineinzuziehen. Als sie damit nicht durchdringen und auch auf dem Wiener Congreß ihre Pläne nicht verwirklichen konnten, zogen sie sich auf Preußen allein zurück. 1816 sprach eine königliche Verordnung die Absicht aus, sämmtliche Wasser-, Binnen- und Provinzialzölle durch ein all-

gemeines und einfaches Grenzzollsystem zu ersetzen; doch erforde ein so mühsames Unternehmen natürlich sorgfältige Vorbereitu Dem Fleiß und der Sachkenntniß des Generalsteuerdirectors Maaſ fiel die Aufgabe zu, das neue Zollgesetz auszuarbeiten. Nicht geringste Schwierigkeit bestand darin, daß die unverhältnißmäßig lar Grenzlinie des preußischen Staates, die bei 1073 Meilen Länge 28 Nachbarn stieß, die Ueberwachung des Schmuggels fast unmögl machte. Die Folgerungen, welche Maaßen daraus zog, waren erst die Aufstellung eines einfachen, übersichtlichen Tarifes, der die Waa in wenige große Gruppen brachte, und zweitens die Erhebung Zölle nach dem Gewicht, nicht nach dem Werthe der Waaren. der bedrängten Lage der preußischen Finanzen war das wichti Augenmerk natürlich die Zölle einträglich zu machen; von dem Syst der Schutzzölle kam man fast gänzlich zurück; auf Manufactu war nur ein Satz von 10 Procent, auf Colonialwaaren dagegen zu 20 Procent gesetzt. Preußen war somit der erste Staat, der umwunden den Weg des Freihandels betrat und von den englisc Staatsökonomen als Muster und Vorbild aufgestellt werden kon

Steuergesetze. Auch auf den übrigen Gebieten der Staatsverwaltung entwickelte eine rege Thätigkeit. 1819 wurden die Verbrauchssteuern auf We Bier, Branntwein und Tabak eingeführt, 1820 die Gewerbe- u Classen-, die Schlacht- und Mahlsteuer. Wenn dadurch dem V neue Lasten auferlegt wurden, so waren sie doch gerechter als bisherigen, und durch verbesserte Einrichtungen mancherlei Art, Handel und Gewerbe zu Gute kamen, wurde die Erwerbsfähig

Verkehrsmittel. gesteigert. So verwendete der König beispielsweise binnen 11 Jah fast 22 Mill. Thaler auf den Bau von Chausseen, deren Länge 1817—28 von 523 auf 1065 Meilen stieg. Auch das Postwe wurde unter Nagler's Leitung unablässig verbessert, 1823 z. B. e tägliche Verbindung zwischen Berlin und dem Rhein eingeführt, daß Naglers Lob bald auf allen Wegen, von allen Reisenden erscha und nur die Postmeister und Postillone unzufrieden waren. Du alle diese Maßregeln wurde nicht allein dem Publicum der grö Dienst geleistet, sondern allmälig auch die Einnahmen der Staatsc wesentlich gehoben.

Klagen der Nachbarstaaten. Aber wenn Preußen denn auch allen Grund hatte mit sein neuen Steuergesetz zufrieden zu sein, so erregte dasselbe um so größe Mißfallen bei den kleineren Nachbarn, die ihren Verkehr dadurch hindert sahen, und vollends bei den Staaten, die ganz oder theilw von preußischem Gebiet umschlossen waren. Natürlich konnte die nicht die zollfreie Einfuhr der Artikel, die sie gebrauchten, gesta werden; dagegen gebot die Billigkeit ihnen verhältnißmäßigen Anth an den Grenzzöllen zu gönnen. Wollten sie freilich darauf nicht ei gehn, so konnte Preußen immerhin erklären, daß es den Zoll auf Waaren, welche durch sein Gebiet in jene Staaten eingeführt wurd als Durchfuhrzoll erhebe. Doch lag dies keineswegs in der Absi der preußischen Staatsmänner. Ihnen war es sehr erwünscht, ni blos die kleinen Einschlüsse, wie Anhalt und einige Bestandtheile

thüringischen Länder, sondern auch andre Nachbarstaaten vollständig in ihr Zollsystem aufzunehmen und dieses so von Grenze zu Grenze vorzuschieben. Antheil an der Gesetzgebung konnten sie freilich diesen Kleinsten nicht zugestehn, aber vollen Antheil am Ertrag der Steuern räumten sie bereitwillig ein. In diesem Sinne lud Eichhorn, in Zollsachen damals „die Seele des preußischen Ministeriums" des Aeußern, Anfang 1819 die Nachbarregierungen zu Verhandlungen in Berlin ein; den thüringischen Staaten insbesondere wurde noch gerathen, sich erst unter einander zu einem Handelsverein zu verbinden und dann eine Zollvereinigung mit Preußen anzustreben. Indeß so klar und so unangreifbar dieser Standpunct war, so wenig wollte er den Nachbarn einleuchten. Nur der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen nahm für einen Theil seines Ländchens den preußischen Vorschlag schon 1819 an; die übrigen Betheiligten und mit ihnen im Chorus die Unbetheiligten und die ganze öffentliche Meinung in Deutschland, von Luden's Nemesis an bis zu Kotzebue's politischem Wochenblatt, stimmte ein Wuthgeheul gegen Preußen an. Am vornehmlichsten ertönte der Schlachtruf des Herzogs von Köthen. Entschlossen, niemals auf seine unverlierbaren Souveränitätsrechte zu verzichten, rief er für seine „über alle Angriffe erhabene Sache" die Ministerconferenz in Wien um Hülfe an. Aber trotzdem daß Alles sich beeilte ihm Hülfe zu leisten, daß eigentlich nur Baiern nicht in den wilden Lärm einstimmte, daß ganz Deutschland auf Seiten der gekränkten Unschuld stand, war Nichts zu erreichen; denn Preußen beharrte fest auf seinem guten Recht, eben so entschlossen, jede Rücksicht der Billigkeit zu üben, wie keinen Schritt von dem Nothwendigen zurück zu weichen. Eine Zeitlang sah es dem Toben gelassen zu; endlich erforderte seine Würde und sein Interesse ein energisches Durchgreifen. Die Köthener betrieben nämlich, von den herzoglichen Behörden unterstützt, einen großartigen Schmuggel auf der Elbe. Während die Einwohnerzahl des Herzogthums zu der Preußens sich wie 9: 1000 verhielt, stand der Verbrauch ausländischer Waaren wie 64, der von Seidenfabricaten wie 91, der von baumwollenen Waaren gar wie 165: 1000. Nachdem sich beide Regierungen auch am Bundestage noch herumgezankt und hier die gesammte Opposition, Wangenheim an der Spitze, selbstverständlich für Köthen eingetreten war, riß Preußen endlich die Geduld; es umgab 1822 das ganze Herzogthum mit Zollstellen und nahm ihm so jeden freien Handelsverkehr. Als auch das sich noch nicht wirksam zeigte und das inzwischen zum Katholicismus übergegangene herzogliche Paar noch keine Anstalten zum Nachgeben traf, wurde endlich 1827 auch die Elbe beim Ein- und Ausfluß in Köthen abgesperrt und dadurch die Sache zur Entscheidung gebracht. Oestreich, das bisher den Widerstand gegen Preußen heimlich genährt hatte, brauchte jetzt dessen Hülfe gegen Rußland und drängte den Herzog von Köthen mit seinem Vetter von Dessau zum Nachgeben, so daß endlich nach einem zehnjährigen Zollkriege am 17. Juli 1828 der Eintritt in das preußische Zollsystem erfolgte. Wenigstens ein Trost war den Besiegten vergönnt, freilich der ärmlichste, den es giebt: sie hatten Genossen im

Sondershausen.

Köthen.

Dessau.

Bernburg. Andre Anschlüsse.

Unglück. Der Bernburger Herzog war schon 1823 mit der Hälfte und 1826 mit seinem ganzen Staatsgebiet hinzugetreten, und Rudolstadt, Detmold, Weimar, Gotha, Schwerin nahmen wenigstens für einzelne Aemter daran Theil. Vom nationalen Gesichtspuncte aus betrachtet war also die erreichte Einigung noch sehr unbedeutend, aber da der Anfang wie überall so auch hier als das Schwerste gelten mußte, so konnte man in Berlin doch mit großer Befriedigung auf den geschaffenen Kern hinsehn. Mit verständiger Zurückhaltung verzichtete man darauf, die Nachbarstaaten zum Beitritt einzuladen; man wußte aus Erfahrung, daß dadurch die Eifersucht der Landesherren nur gereizt werde; seine Geneigtheit, sie in sein Zollsystem aufzunehmen, hatte der König schon 1818 ausgesprochen; jetzt sei es an den Nachbarn, meinte Eichhorn, ihrerseits mit gutem Willen entgegenzukommen. Dabei war man gern bereit, den Größeren einen Antheil an der Bestimmung des Zolltarifs zu gewähren, und sah für Preußen, das sich natürlich nicht seinem Interesse zuwider überstimmen lassen durfte, eine genügende Bürgschaft in dem Kündigungsrechte. Die Grenzbewachung glaubte man freilich Anfangs ganz allein in die Hand nehmen zu müssen; die Zolllinien der Kleinstaaten waren nicht danach angethan, eine gründliche Verhinderung des Schmuggels zu verbürgen; je deutlicher man aber einsah, daß dieser Verzicht auf die Anstellung eigner Zollbeamten mehr als irgend etwas sonst den Fürsten die Einigung mit Preußen verleide, ließ man auch diese Forderung fallen und begnügte sich mit einer gegenseitigen Ueberwachung. Alles das waren wohlbemerkt Betrachtungen, Erwägungen und Ergebnisse, die sich einstweilen nur im Schoße und im Dunkel der preußischen Ministerien entwickelten, nicht im Meinungsaustausch mit andern deutschen Cabinetten. Zu einem solchen war Jahre lang die Gelegenheit gar nicht gegeben; die Frage des Beitrittes größerer Nachbarstaaten war noch keineswegs practisch geworden; aber man unterließ in Berlin nicht, sie einstweilen grundsätzlich zu studiren, um zur rechten Zeit seine Forderungen und Angebote bestimmt aussprechen zu können.

Preußens Entgegenkommen.

Die Darmstädter Berathungen.

Die Mittel- und Kleinstaaten versuchten unterdeß, ob sie nicht unter sich, ohne Anschluß an das gefährliche Preußen, einen „reindeutschen" Zollverein zu Stande bringen könnten. Baiern, Würtemberg, Baden, beide Hessen, Nassau und die thüringischen Staaten hielten zu dem Zweck auf Grund eines Wiener Vertrages vom 19. Mai 1820 Berathungen in Darmstadt, die am 13. September eröffnet wurden. Allein was jeder Unbefangene voraussehen konnte, trat sehr bald ein: so wenig wie dem preußischen Zollgesetz wollte irgend ein Staat sich dem bairischen oder badischen Tarif unterordnen, und so wenig wie Preußen auf das seine verzichten konnte, so wenig war Baiern oder sonst eine Regierung dazu bereit. Dazu kam, daß die würtembergischen Oppositionsgelüste sich der Darmstädter Conferenz und des zu gründenden Vereins als Mittels gegen die östreichische Politik bedienen wollten, und daß hierdurch nicht allein Metternichs Mißtrauen rege wurde, sondern auch die getreusten seiner Anhänger,

wie Nassau und Baden zu stutzen begannen. Nach beinah dreijähriger Dauer gingen die Conferenzen endlich erfolglos auseinander. Darmstadt erklärte am 3. Juli 1823 seinen Austritt und damit hatte Baiern den gewünschten Anlaß gleichfalls auszuscheiden. Nun versuchte man, was im größeren Kreise nicht gelungen war, wenigstens in kleineren Gruppen zu erreichen und schlug dabei ganz unbefangen den vielgelästerten Weg ein, den Preußen betreten hatte. So kam es 1824 zu einem Zollvertrag zwischen Würtemberg und Hohenzollern, zu gegenseitigen Erleichterungen zwischen Baden und Darmstadt und sogar zu einem Vertragsentwurfe zwischen Würtemberg und Baiern. Dieser letztere sollte den drei Rheinstaaten, Nassau, Darmstadt und Baden, zur Mitunterzeichnung vorgelegt werden. Aufs Neue fanden im Februar 1825 Conferenzen zwischen diesen fünf Regierungen statt, diesmal in Stuttgart. Aber das Ende war kein besseres als das vom Jahre 1823. Die Interessen waren zu verschieden, der gegenseitige Argwohn zu groß. Die Verhandlungen mußten im Juni 1825 abgebrochen werden und damit wurde auch der bairisch-würtembergische Entwurf vor der Hand zu Grabe getragen. Jedoch nicht für lange. Im October des Jahres bestieg Ludwig I. den bairischen Thron; mit großem Eifer griff er den Gedanken der Zolleinigung mit Würtemberg wieder auf; ihm wie dem Könige Wilhelm erschien derselbe zugleich wie ein erster Schritt, um sich dem Ziel, das sie beide erstrebten, der Unabhängigkeit ihrer Länder von den beiden Großmächten, zu nähern. Nach längeren Verhandlungen kam am 12. April 1827 ein neuer Entwurf zu Stande; noch einmal beschloß man die angrenzenden Staaten zum Beitritt aufzufordern und sie dabei auf die politische Bedeutung dieses rein-deutschen Bundes nachdrücklich hinzuweisen; als dieser Versuch trotz aller aufgewandten Bemühungen erfolglos blieb, wurde der Vertragsentwurf am 18. Januar 1828 in einen wirklichen Vertrag verwandelt.

Süddeutsche Zolleinigungen.

Für keinen Staat war die hierdurch geschaffene Lage unerträglicher als für Hessen-Darmstadt, das mit seinem getheilten Gebiet, seinen langen Grenzen, seinen unergiebigen Zöllen, seiner stets wachsenden Finanznoth sich dem preußischen oder dem süddeutschen Zollgebiet auf die Dauer gar nicht entziehen konnte. Besonders von Baiern wurde keine Bemühung gescheut es zum Anschluß an den süddeutschen Verein zu bewegen. Aber theils politische Besorgnisse, theils die Hoffnung auf günstigere finanzielle Ergebnisse, vor Allem wohl der stärkere Handelsverkehr mit Preußen führten den darmstädter Minister du Thil dahin, mit diesem Staate anzuknüpfen. Schon 1825 hatte er in Berlin anfragen lassen, ob der König geneigt sei, mit beiden Hessen einen Zollverein abzuschließen. Darauf war alsbald eine bejahende Antwort ertheilt, aber nun zeigte sich, daß Kurhessen mit dem Antrage durchaus nicht einverstanden war. Mit Darmstadt allein sich zu verbinden, war aber für die preußische Regierung sehr wenig verlockend. Sie hielt damals noch an dem Grundsatze fest, ihr Zollsystem nur „von Grenze zu Grenze" vorzuschieben, ein Verfahren, das eine fortschreitende Verkürzung der Zolllinie und daher

Darmstadts Lage.

Kurhessen.

einen gesteigerten Ertrag der Zölle sicherte. Unter diesem Gesichtspuncte konnte grade die Vereinigung mit Darmstadt sich durchaus nicht empfehlen. Die preußischen Zollgrenzen waren durch die nach und nach abgeschlossenen Verträge mit den Einschlußstaaten von 1073 auf 992 Meilen heruntergebracht; Hessen-Darmstadts Beitritt mußte sie auf 1108 Meilen verlängern, während die Vergrößerung des Zollgebietes kaum 150 Quadratmeilen betrug. Auch der geringe Verbrauch von Colonialwaaren in dem Großherzogthum ließ eine Vereinigung für Preußen unvortheilhaft erscheinen, da der Zollertrag ja nach der Kopfzahl getheilt werden sollte. Aber wenn alle finanziellen Gründe auch gegen den Bund mit Hessen sprachen, so redeten die politischen um so lauter zu seinen Gunsten. Einen deutschen Bundesgenossen, der sich in ernster Verlegenheit finde, abzuweisen, hielt man für hochbedenklich; andrerseits gewann man die wichtige Stellung in Mainz und verhinderte den süddeutschen Sonderbund über den Main vorzudringen. Gemeinsam mit dem tüchtigen Finanzminister von Motz, der seit 1825 an Klewitz' Stelle getreten war, hoffte Eichhorn auch, daß Darmstadts Beispiel, wenn sich die Arznei, die es für seine Finanzverlegenheiten suche, als wirksam erweise, bei seinen Leidensgefährten bald Nachfolge finden werde. Und so wurde denn das Anerbieten du Thil's, einen geheimen Bevollmächtigten zum Abschluß eines Zollvertrages nach Berlin zu schicken, angenommen. Am 6. Januar 1828 traf dieser in der Person des Herrn v. Hofmann ein; schon am 3. Februar konnte der König die getroffenen Vereinbarungen genehmigen. Sie hielten sich durchaus auf dem Boden der Zugeständnisse, welche in preußischen Regierungskreisen schon vorher als zulässig erkannt waren. Darmstadt nahm den preußischen Tarif an, versprach die wichtigsten preußischen Verbrauchssteuern einzuführen, behielt seine eigene Zollverwaltung, war in der Zollgesetzgebung vollkommen gleichberechtigt und nahm an den Einkünften nach der Kopfzahl Theil. Von sechs zu sechs Jahren hatten beide das Recht der Kündigung.

Der preußisch-darmstädtische Zollverein.

Verhandlungen mit Kurhessen.

Der Verdruß über diesen Vertrag war an beinahe allen deutschen Höfen gleich groß; nur die Geschicklichkeit, den Aerger zu verstecken und die Gewandtheit, einen Gegenschlag gegen Preußen auszusinnen war verschieden. Durch seine geographische Lage wurde Kurhessen in diesen Wochen der wichtigste Staat in Deutschland. Sein Beitritt zu dem preußisch-darmstädtischen Vertrage würde nicht allein die Zollgrenzen wesentlich verkürzt, sondern auch die beiden Theile der preußischen Monarchie verbunden haben. Deshalb war auch in Berlin beschlossen worden, daß der Großherzog von Hessen seinen kurfürstlichen Vetter zum Anschluß einladen solle. Dies zu verhindern mußte das nächste Ziel aller Preußenfeinde sein, und so bildete denn Cassel in den nächsten Monaten ein wahres Heerlager von amtlichen und geheimen Sendlingen der mittelstaatlichen Regierungen. Es war bei dem Charakter des Kurfürsten, der überdies mit seinem Schwager, dem König von Preußen, in den übelsten Beziehungen stand, keine zu schwere Aufgabe, die sie zu lösen hatten. In seinen Augen er

schien es als eine schwere Ungehörigkeit, daß Hessen-Darmstadt überhaupt Verabredungen in Beziehung auf seine Staaten mit Preußen getroffen hatte. „Ich bin Chef des hessischen Hauses, erklärte er dem hessischen Gesandten, und werde Anmaßungen, wie der Großherzog sie sich erlaubt hat, nicht dulden, seine Bitte nicht gewähren.“ Aber mit diesem nächsten Erfolge waren die mittelstaatlichen Höfe noch nicht zufrieden; sie wollten den Beitritt Kurhessens zum preußischen Zollsystem womöglich auch für die Zukunft vereiteln. Dabei trennten sich denn freilich ihre Wege. Baiern und Würtemberg wünschten Kurhessen als Dritten für ihren eignen Bund zu gewinnen; das erwies sich bald als ein durchaus hoffnungsloses Unternehmen; schon im Mai erklärte der Kurfürst, er wolle mit den bairischen Mauthrittern Nichts zu thun haben. Sachsen dagegen und die thüringischen Staaten bedurften der Mitwirkung des Kurstaates zu einem andern Plane, der einer boshaften Verschwörung gegen den preußischen Zollverein durchaus gleich kam. Es handelte sich um nichts Kleineres als einen mitteldeutschen Gegenzollverein, der ohne selbst ein eignes handelspolitisches Ziel zu verfolgen nur als ein Keil zwischen den preußischen und den süddeutschen Handelsbund eindringen und beider Verbindung hindern sollte. Dieser bösartige Gedanke war schon Ende März zwischen dem Herzog von Gotha, dem sächsischen Minister Carlowitz und ein paar thüringischen Staatsmänner vertragsmäßig ausgesprochen worden. Man versprach sich, alle zwischen den preußischen und bairischen Zolllinien gelegenen Staaten zum Beitritt zu werben und ging sogleich mit Eifer ans Werk. Der Erfolg konnte kaum glänzender sein. Die thüringischen Staaten, Nassau, Frankfurt, Bremen, Hannover, Braunschweig, endlich auch Kurhessen, das dem neuen Vereine zur Herstellung der Gebietseinheit ganz unentbehrlich war, schlossen sich an und im Sommer 1828 war der „mitteldeutsche Handelsverein“ fertig. Auf den Casseler Conferenzen erhielt er am 24. Sept. 1828 seine Gesetze. Man trug sich mit den kühnsten Plänen. Nicht zufrieden damit, auf sechs Jahre hinaus — denn bis 1834 sollte der Bund dauern — jede Vergrößerung des preußischen Zollvereins links der Elbe vereitelt zu haben, hoffte man durch hohe Durchfuhrzölle auf den Straßen, welche die beiden Theile der preußischen Monarchie verbanden oder den Verkehr zwischen Preußen und Baiern vermittelten, einen solchen Druck in Berlin ausüben zu können, daß der König sich den Bedingungen des Handelsvereins zuletzt demüthig werde fügen müssen.

Der mitteldeutsche Handelsverein.

Der Gedanke war an sich nicht übel ersonnen; es fragte sich nur, ob die preußischen Staatsmänner keine Mittel fanden ihn zu [illegible]eln, und diese Frage fiel im Ganzen und Großen mit der andern [illegible]mmen, ob die Staaten des Handelsvereines wirklich unerschütter[illegible] zusammenhielten. In Berlin war man von dem Gegentheil so [illegible] überzeugt und hatte von der inneren Zwietracht des neuen [illegible] des so genaue Kenntniß, daß man darauf einen Feldzugsplan [illegible]e, der mit solcher Kühnheit und Sicherheit durchgeführt wurde, [illegible] nur je eine diplomatische oder militärische That. Mit verdoppelter

Preußens Gegenanstrengungen.

Anstrengung förderte man den Chausseebau, besonders auf denjenigen Strecken, welche als Ersatz für solche dienen konnten, die zum Theil durch nichtpreußisches Gebiet führten; von 1825—29 sind 285 Meilen gebaut worden; 1830 sollten nicht weniger als 142 hinzukommen. Sodann aber wandte man sich an Baiern und suchte dort die Gemeinsamkeit der Interessen, in welcher die beiden Zollvereine sich gegenüber dem Handelsbunde befanden, zum Bewußtsein zu bringen. Der Baron von Cotta, der selbständig auf gleiche Ideen gekommen und in diesem Sinne bei König Ludwig schon thätig geworden war, diente als Mittelsperson. Er kam als vertraulicher Bevollmächtigter nach Berlin und fand leicht den Weg zu amtlichen Verhandlungen. Am 8. März 1829 wurden dieselben eröffnet und am 27. Mai bereits der Vertrag zwischen beiden Zollbünden vollzogen. Zu einer Verschmelzung war die Zeit freilich noch nicht gekommen; dazu war das Grenzgebiet, auf dem beide sich berührten, zu schmal. Aber man verminderte nicht allein die gegenseitigen Zölle auf Fabrikate und hob sie für alle Erzeugnisse der Natur, des Gewerbfleißes und der Kunst völlig auf, sondern man verabredete auch jährliche Zollconferenzen behufs weiterer Annäherung und verpflichtete sich mit gemeinsamen Grenznachbarn keine einseitigen Handelsverträge abzuschließen.

Vertrag mit Baiern und Würtemberg.

Verträge mit Meiningen und Gotha.

Auf diesen ersten Schritt folgte bald ein zweiter. Sollte der Verkehr mit Baiern sich lebhafter entwickeln, so bedurfte man Handelsstraßen, die von dem mitteldeutschen Vereine nicht mit willkürlichen Durchfuhrzöllen belegt werden konnten. Es galt also unter den Casseler Verbündeten solche auszufinden, die trotz der übernommenen Verpflichtungen nicht blind für die Vortheile blieben, die ihren Ländern aus dem Erblühen eines lebhaften Durchfuhrverkehrs erwachsen mußten. Natürlich durfte man sie nur unter den kleinern suchen und mußte sich wohl hüten, ihnen Opfer anzusinnen. Gelang das Vorhaben, so war ein großer Sieg erfochten; man hatte die Gegner mit ihren eigenen Waffen, mit ihrer eigenen Straßenpolitik geschlagen. Unverdrossen machte sich Motz an die vielleicht langwierige Aufgabe und gewann den glänzendsten, schnellsten Triumph. Schon Anfang Juli 1829 unterzeichnete er einen Vertrag mit Meiningen und Gotha, kraft dessen Preußen diesen beiden Ländern das Geld vorschoß um gemeinsam mit ihm einen großen Straßenzug zu bauen, der von Langensalza aus über Gotha in zwei Armen nach Würzburg und Bamberg führen und von jedem Durchfuhrzoll befreit bleiben sollte. Der Schlag war für den mitteldeutschen Verein tödtlich; eine unabhängige preußisch-bairische Handelsstraße Hamburg-Nürnberg war gesichert; der alten Frankfurt-Casseler Linie drohte die gefährlichste Concurrenz; ein Mittel, das Unheil abzuwenden, gab es nicht. Vergebens tagten die Diplomaten im Sommer 1829 von Neuem in Cassel und tobten wider die beiden kleinen Verräther; vergebens suchten sie sich mit einer Verlängerung ihres Vertrages um 6 Jahre zu trösten und beschlossen, daß jede Veränderung des Durchfuhrtarifs auf den großen Straßen fortan nur nach gemeinsamer Verabredung statt haben dürfe. Das Unglück war geschehn und nicht mehr rück-

Spaltung des mitteldeutschen Vereins.

gängig zu machen. Meiningen und Gotha weigerten den Beitritt zu dem neuen Vertrage, die beiden Reuß verpflichteten sich gar im Voraus sich 1834 dem preußischen oder dem bairischen System anzuschließen; selbst in Frankfurt, in Nassau, in Sachsen, entschloß man sich nur langsam zum Beitritt. Von allen Seiten drohte Verrath und Abfall.

Der Eimbecker Vertrag.

Da thaten sich die Eifrigsten auf eigene Hand zusammen um in dem Handelsbunde einen engeren Bund zu schließen; es waren Hannover und Oldenburg, Braunschweig und Kurhessen. Aber der Tag, an welchem sie den Entwurf ihres Zollvereines, den Eimbecker Vertrag, unterzeichneten, war der 27. März 1830, und ehe dieser Entwurf bestätigt werden konnte, war die französische Juli-Revolution mit ihren Nachwirkungen in Braunschweig, Cassel, Dresden und Hannover dazwischen getreten und hatte an allen diesen Orten das alte Regiment gestürzt. Von besonderer Bedeutung war das in Cassel. Denn Kurhessens Beitritt zu dem Eimbecker Vertrag war durch kein Interesse des Landes geboten, während man einer engeren Verbindung von Hannover, Braunschweig und Oldenburg selbst in Berlin nicht jede Berechtigung bestritt, zumal im Hinblick auf die handelspolitische Abhängigkeit, in der Hannover zu England stand. In Cassel dagegen konnten die neuen Männer — und Finanzminister wurde ein Motz, ein Verwandter des leider zu früh, am 30. Juni 1830, gestorbenen preußischen Motz — nicht auf der bisherigen Bahn verharren; ein völliger Umschwung trat ein, und unbekümmert um seine vertragsmäßigen Verpflichtungen, die eimbecker wie die casseler, schloß sich der Kurfürst am 25. August 1831 dem preußisch-darmstädtischen, nunmehr preußisch-hessischen Zollvereine an. Damit war der Sieg Preußens über seine Gegner vollkommen; wie zwischen seinem Zollverein und Baiern, so war nun auch zwischen den Rheinlanden und der alten Monarchie die Verbindung hergestellt; erschweren konnten die Gegner die Weiterbildung des Werks vielleicht noch manchmal; erschüttern konnten sie es nicht mehr. Preußen hatte einen neuen festen Fuß in Deutschland gefaßt und durch die geduldige besonnene Arbeit seiner Staatsmänner den festen Grund zu dem Wiederaufbau deutscher Größe gelegt. Ein unmittelbares, bewußtes Streben nach der politischen Herrschaft über die deutschen Bundesgenossen hatte sie dabei nur im geringsten Maße geleitet; ihre Absicht war es, das materielle Wohl des eigenen Staates zu fördern; aber grade darin, daß sie dies nicht wirksamer thun konnten, als indem sie die Nachbarländer an denselben Segnungen Theil nehmen ließen, grade darin, daß Preußens Vortheil mit dem seiner Bundesgenossen zusammenfiel, daß es diesen sogar Opfer bringen konnte, um ihre Mitwirkung zu gewinnen, grade darin zeigte sich am klarsten und zwingendsten, daß es kein leeres Wort, keine begehrliche Anmaßung, sondern eine unantastbare geschichtliche Thatsache war, daß der preußische Staat berufen sei die Führung Deutschlands zu übernehmen und nächst die Gemeinsamkeit der Verkehrsinteressen, weiterhin dann

Kurhessens Eintritt in den Zollverein.

Preußens Stellung zum Zollverein.

aber auch in unabweisbarer Folge die politische Vertretung des gesammten Vaterlandes unter seine Obhut zu stellen.

Englands innere Reformen.

Das Ausland und der Zollverein.

Das Ausland schenkte der Begründung des preußischen Zollvereins bei Weitem nicht die Beachtung, die sie verdiente. Metternich gewann es ohne große Mühe über sich, das berliner Cabinet auf diesem Gebiete, das ihm persönlich recht fremd war, nach Belieben schalten zu lassen; in Paris war man mit ganz andern Dingen beschäftigt und hielt geraume Zeit diese kleinlichen Vorgänge in Deutschland kaum der Aufmerksamkeit werth. Rußland hatte Nichts dawider, wenn Preußen sich auf diesem Wege einigen Ersatz schaffte für den schweren Schaden, den es durch die Zollgesetzgebung seines östlichen Nachbarn erlitt. Mit völliger Nichtachtung der Verkehrsfreiheit, die in Gemäßheit der Verträge von 1815 zwischen Preußen und Polen bestand, führte Alexander nämlich 1822 Grenzzölle von solcher Höhe ein, daß dadurch dem Handel der angrenzenden preußischen Provinzen die schwersten Wunden geschlagen wurden, und keine Vorstellungen vermochten ihn zu Aenderungen zu bewegen. Das meiste Verständniß, freilich auch nur erst in engen Kreisen, fand die preußische Freihandelspolitik in England. Schon 1820 wandte sich die Londoner City mit einer Bittschrift an das Unterhaus, in welcher das Zollgesetz von 1818 als ein segenbringendes Vorbild anempfohlen wurde, und sieben Jahre nachher sprach William Huskisson, Cannings College im Handelsministerium, in gleichem Sinne seine Hoffnung aus, daß auch England sich mit der Zeit eines gleichen Tarifes werde rühmen können. Seine Stellung an der Spitze des Handelsamtes und die Billigung, die seine Anschauungen bei Männern wie Canning, Robert Peel, Robinson, seinen Collegen im Ministerium, fanden, benutzte er um vorsichtig und allmälig mit den vielen Beschränkungen aufzuräumen, denen Handel und Schifffahrt in England dank dem alten Schutz- und Abwehrsysteme unterlagen. Fremden Schiffen wurden die höheren Hafengebühren, die sie bisher gezahlt, erlassen und der Verkehr mit den englischen Niederlassungen gestattet, nur daß sie von dort keine Waaren in britische Häfen führen durften. Viele Zölle wurden ermäßigt, Einfuhrverbote aufgehoben und 1825 ein neuer Tarif ausgearbeitet. Handel und Verkehr nahmen in Folge dessen einen gewaltigen Aufschwung, aber freilich wuchs auch der Leichtsinn und die Verwegenheit in den Geschäften. Bezeichnend dafür ist, daß in dem einen Jahre 1825 das Parlament die Gründung von 286 Actiengesellschaften genehmigte, während bis dahin nur 276 bestanden hatten. Die Folgen dieser Maßlosigkeiten blieben nicht aus; gegen Ende des Jahres begann eine der schwersten Handelskrisen, die England durchzumachen gehabt hat. Allein sobald diese überstanden war und den Markt von den zahlreichen unsoliden Geschäften gereinigt hatte, blühte die Handelsthätigkeit um so kräftiger auf und mit ihr der Wohlstand des Landes. Cannings auswärtige

Rußland.

England.

Englische Handelsreformen.

Politik trug das Ihre dazu bei. Der größte Dienst, den er der Geschäftswelt leistete, war die Anerkennung der vormals spanischen Colonien in Amerika als selbständiger Republiken. Schon 1823 hatte er in den wichtigsten Häfen derselben englische Consule ernannt und mit dem 1. Januar 1825 erkannte er sie als unabhängige Staaten an. Die Vortheile dieses Schrittes waren doppelter Art. Auf der einen Seite wurde damit ein entscheidender Schlag gegen die Mächte der Heiligen Allianz geführt, die von dem Umsichgreifen der republikanischen Staatsform in Amerika die schlimmste Rückwirkung auf Europa befürchteten und immer noch gehofft hatten mit Englands Hülfe, die freilich dabei nicht zu entbehren war, die Wiederbefestigung der spanischen Herrschaft oder doch monarchischer Verfassungen zu erreichen. Indem nun England 1825 die neuen Republiken anerkannte, stellte es ihren Bestand gegen europäische Angriffe, die ohne seine Flotte aussichtslos waren, vollständig sicher, und aus dieser Sicherheit erwuchs ihm der zweite Vortheil, ein ungeahnter Aufschwung des Handels mit diesen Ländern, dessen Löwenantheil ihm als der größten Seemacht natürlich zufallen mußte. Auf die Befestigung der inneren Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten konnte freilich keine fremde Macht Einfluß gewinnen. Ihr gehoffter und gefürchteter Einfluß auf die europäische Politik blieb deshalb aus und es berührt uns heute sehr seltsam, wenn wir lesen, wie man z. B. im Kreise der deutschen Bundestagsgesandten im Jahre 1818 die näheren Nachrichten über eine neue südamerikanische Revolution mit einer Spannung und Neugier erwartet, wie sie nur einem hochwichtigen Ereigniß entgegengetragen wird. Nur wenige mochten damals voraussehen, daß diese republikanischen Gebilde der neuen Welt weit mehr geeignet sein würden abschreckend als ansteckend auf die europäischen Schwärmer zu wirken.

Anerkennung der amerikanischen Republiken.

Damals aber belebten die unklaren und verworrenen Nachrichten, die über den Ocean herüber klangen, allerdings die Hoffnungen des Liberalismus und Cannings Name war auch auf dem Festlande hochgefeiert, seit er die Anerkennung der Republiken vollzogen hatte. Daß ein Tory diesen Schritt gethan, erhöhte seine Bedeutung. Derselbe Tory trat in Griechenland und wo er sonst die Gelegenheit fand, mit gleicher Schärfe den absolutistischen Gelüsten gegenüber und trug kein Bedenken „der bürgerlichen und religiösen Freiheit auf dem ganzen Erdenrund“ einen öffentlichen Trinkspruch zu bringen. Auch in der heimischen Politik zeigte er eine maßvolle und verständige Hinneigung zum Fortschritt, wie sie nach Metternichs Ansicht mit der Rolle eines conservativen Staatsmanns durchaus unverträglich war. Auch Englands gesundes constitutionelles Leben krankte nämlich an [...]em schweren Uebel. Obgleich das Volk dem Herrscher gegenüber alle die Rechte im größten Umfange besaß, die es zur Verhinderung absoluter Willkür gebrauchte, so wirkten zur Ausübung dieser Rechte doch sehr beträchtliche Theile der Nation durchaus nicht mit. Seit Jahrhunderten war in der Zusammensetzung des Unterhauses keine wesentliche Veränderung vorgegangen; dieselben Städte schickten

Parlamentsreform und Katholiken-Emancipation.

noch dieselbe Zahl von Vertretern ins Parlament, die ihnen unt
ganz andern Verhältnissen zugestanden war. So kam es, daß klei
verrottete Landstädtchen, die sog. rotten boroughs, deren gan
Wählerschaft von irgend einem mächtigen Pair abhing, mehre A
geordnete ernennen konnten, während blühende und täglich wachsen
Fabrik- und Handelsstädte ganz unvertreten blieben, weil ihr En
stehen oder doch ihr Aufschwung nicht bis ins Mittelalter zurückgin
Noch bedenklicher aber als dieser Uebelstand war ein zweiter. Dur
Gesetze, welche nach den beiden Revolutionen unter Karl II. u
Wilhelm III. erlassen waren, sahen sich die Katholiken Englands u
Irlands von der Wählbarkeit zum Parlamente ausgeschlossen. Zu
mal für die Iren war dies unerträglich, da sie — zu sieben Achte
katholisch — damit zugleich des einzigen Mittels verlustig ginge
durch das sie ihre gedrückte Lage hätten bessern können. Fast all
Grundeigenthum ihrer Insel befand sich in den Händen englisch
Großer; sie selbst konnten ihr heimatliches Land fast nur als Pächt
bebauen; den geringen Ertrag, welchen hohe Pachtsummen ihnen vo
den Früchten ihrer Arbeit ließen, schmälerten schwere Steuern, vo
denen besonders die kränkend und drückend waren, welche zur Unte
haltung der protestantischen Geistlichkeit erhoben wurden. Dem schwere
Elend des irischen Landmannes konnte nur durch einen Kampf i
Parlament ein Ende gemacht werden, und dieser Kampf war nic
eher möglich, als bis den Katholiken der Eintritt in dasselbe offe
stand. Während daher in England der Ruf nach Parlamentsrefor
hauptsächlich von den benachtheiligten Bewohnern der unvertretene
Großstädte ausging, spitzte er sich in Irland vornehmlich zu de
Verlangen nach der Gleichstellung der Katholiken zu. Canning nah
zu dieser Frage seit langem eine sehr vorurtheilslose Stellung ein
er begriff nicht, wie man sich vor vielleicht 30 Gewählten fürchte
könne und statt dessen lieber 300000 Wähler in Zorn und Unwille
treibe. Aber nicht alle Mitglieder des Ministeriums Liverpool dachte
so; selbst Robert Peel, sonst sein treuer Gesinnungsgenosse, leistete i
diesem Puncte ihm Widerstand. Das Unterhaus war in seine
Mehrheiten schwankend; meist nahm es die fast jährlich wieder
kehrenden Anträge der Katholikenfreunde, besonders Burdett's un
Plunkett's an, ein ander Mal verwarf es sie wieder; und auch wen
es sie annahm, wurden sie nicht zum Gesetz, weil das Oberhaus si
ihnen standhaft widersetzte. Immerhin war über den letzten Ausgan
des Ringens schon lange kein Zweifel mehr möglich und die Gegne
der Gleichberechtigung durften im Hinblick auf die mächtige Auf
regung, die in Irland herrschte, nur von Gewaltmaßregeln noc
ihren Sieg erhoffen. Heftig erbittert standen sich dort die Parteie
entgegen; auf der einen Seite die Protestanten in den oranische
Logen, auf der andern, von O'Connell geführt, die Katholiken in de
1823 gegründeten Association. Das Jahr 1827 schien die letztere
endlich zum Siege zu führen. Eine lebensgefährliche Erkrankun
Lord Liverpools brachte im April Canning an die Spitze des Mini
steriums, und diese Wandelung veranlaßte Robert Peel und sein

Canning's Ministerium.

meisten Collegen zum Austritt. Canning ergänzte sein Cabinet durch Whigs wie Lord Landsdowne und arbeitete so an einer Verschmelzung der gemäßigten Gruppen in den beiden großen Parteien. Unglücklicher Weise war diese Verbindung von kurzer Dauer; schon am 8. August 1827 starb Canning und sein Nachfolger Lord Goderich (Robinson), der das alte Cabinet zu erhalten strebte, war dieser Aufgabe nicht gewachsen und mußte schon um die Jahreswende abtreten. Der Herzog von Wellington, der sein Nachfolger ward, konnte sich freilich den Einflüssen und Forderungen der Zeit auch nicht völlig entziehen. Zwar so lange er die „Canningiten" Dudley, Huskisson, Palmerston noch in seinem Cabinet hatte, schien ein weiteres Zugeständniß an die öffentliche Meinung nicht nöthig; erst als diese zu des Herzogs großer Befriedigung austraten und nun der Verlust der liberalen Collegen liberale Maßregeln nothwendig machte, entschloß sich Wellington, auch in der Katholikenfrage einen großen Schritt entgegenzukommen. Die Einleitung dazu bildete die Aufhebung der Corporations- und der Test-Acte, zweier Gesetze von 1661 und 1673, die jedem königlichen oder städtischen Beamten unter Anderm die Pflicht auferlegten, einen Monat nach dem Eintritt in seine Stellung das Abendmahl nach anglicanischem Ritus zu nehmen, wodurch natürlich die Katholiken von allen Aemtern ausgeschlossen wurden. Aber dieses Zugeständniß genügte bereits nicht mehr. Die irisch-katholische Bewegung begann einen immer heftigeren Pulsschlag anzunehmen. Ihre Seele war der dubliner Advocat Daniel O'Connell, ein Mann aus ächtem altirischen Blut und von einer wundersamen Beredtsamkeit, die ihm die unbedingteste Gewalt über seine Landsleute gab. Er beschloß den entscheidenden Schritt zu wagen und sich trotz seines Katholicismus ins Parlament wählen zu lassen; ja er hatte den Muth, sich um einen Sitz zu bewerben, den er einem Mitgliede des Cabinets, einem anerkannten Freunde der Emancipation, einem wegen seiner Milde bei den Iren durchaus beliebten Edelmann, dem Lord Fitzgerald, streitig machen mußte. Und das Wagniß gelang wirklich. Sechs Tage wogte in der Grafschaft Clare ein erbitterter Wahlkampf; am 5. Juli 1828 wurde O'Connell als Sieger ausgerufen. Ein gewaltiger Ausbruch der Freude erfüllte ganz Irland; in allen katholischen Kirchen wurden feierliche Hochämter abgehalten, auf allen Bergen brannten Freudenfeuer. Auch in England erregte das Ereigniß bei den Liberalen große Zufriedenheit; die Regierung aber fand sich in einer bedrängten Lage. Nach dem Buchstaben des Gesetzes war die Wahl des Katholiken ungültig; aber ließ sich dies Gesetz der vollendeten Thatsache gegenüber noch halten? Konnte die Ausschließung O'Connells anders als durch einen Bürgerkrieg erzwungen werden? Bei dieser Sachlage entschloß sich Wellington zum Nachgeben. Zwar unterdrückte er, um die Autorität der Regierung in Irland aufrecht zu erhalten, die katholischen Vereine, an deren Spitze O'Connell stand und denen er seine Wahl hauptsächlich zu danken hatte, und rief den bisherigen Vicekönig, den Marquis von Anglesea ab; aber zugleich traf er Vorbereitungen zur Aufhebung

Sein Tod. Lord Goderich.

Aufhebung der Test-Acte.

O'Connell's Wahl.

Emancipation der Katholiken.

der Gesetze, welche die Katholiken vom Parlament ausschlossen, u
ließ den König in seiner Thronrede vom 5. Februar 1829 dies
Schritt empfehlen. Damit war der Erfolg auch schon gesichert; de
die widerstrebenden Elemente in beiden Häusern konnten trotz ein
Sturmes von Petitionen, der sich gegen diese Neuerung erhob, d
anerkannten Nothwendigkeit nicht Einhalt gebieten; nach heftig
Debatten genehmigte das Unterhaus am 30. März und wenige Ta
später das Oberhaus das Gesetz, das am 13. April 1829 vo
Könige bestätigt wurde. Nur eine Clausel wurde den katholisch
Parlamentsmitgliedern noch auferlegt: sie mußten eidlich geloben, Nich
gegen die protestantische Staatskirche unternehmen zu wollen.

O'Connell trat, nachdem er sich einer Neuwahl unterzogen,
das Unterhaus ein und das Oberhaus wurde durch acht katholisc
Lords erweitert; einer der wesentlichsten Mängel der englischen Ve
fassung war damit gehoben und man durfte sich der Hoffnung hi
geben, daß nunmehr auch für die irischen Zustände ein wirksam
Heilmittel gefunden werden könne. Auf der andern Seite aber muß
es für selbstverständlich gelten, daß jetzt auch die Forderungen ein
besseren Vertretung, welche aus dem Schooße der Großstädte la
geworden waren, befriedigt werden mußten. Wenn der Ruf na
Emancipation der Katholiken Erfolg gehabt hatte, weshalb soll
dann der andre nach Parlamentsreform unerhört bleiben? Die Zu
stände waren doch in der That himmelschreiend. Man berechnet
daß kaum der fünfte Theil der Unterhausmitglieder aus freier Wal
hervorging, daß 293 Sitze von der Aristokratie direct oder fast dire
besetzt würden, daß nicht weniger als 204 rotten boroughs da
Parlament beschickten. Man wies darauf hin, wie 75 von dies
weniger als 50 Wähler zählten; man entdeckte zwei unter ihne
deren jeder nur noch aus zwei Häusern bestand und doch je zw
Abgeordnete ernannte; man stellte dem Städte gegenüber wie Ma
chester, Birmingham, Sheffield, Leeds u. a., die nur einen oder ga
keinen Vertreter hatten, oder auch die neueren Theile von London
die bei einer Bevölkerung von 900,000 Seelen ganz ohne Wahlrec
waren. Aber so wenig die Gegner der Reform diese Thatsache
bestreiten konnten und so wenig sie dieselben jede für sich zu be
schönigen vermochten, um so nachdrücklicher hoben sie hervor, daß tro
alledem das Parlament seine Pflichten vollkommen erfülle und da
man an die Stelle des segensreich wirkenden nicht ein neues vo
unbekannter, unerprobter Zusammensetzung stellen solle. Natürli
diente diese conservative Besorgniß zugleich den aristokratischen Stan
desinteressen zum Deckmantel. Die Parlamentsreform, wie die Whig
sie erstrebten, mußte im Laufe der Zeit das Schwergewicht, das bish
in dem Adel gelegen, auf den Bürgerstand übertragen, und deshal
war von Seiten der Tories entschlossener Widerstand zu erwarte
Wenn ihr Ministerium Wellington in die Katholikenemancipatio
gewilligt hatte, so durfte man eine gleiche Nachgiebigkeit in der Fra
der Parlamentsreform nicht hoffen. Auch der König, Georg IV
welcher der Torypolitik mit Leidenschaft ergeben war, bildete ei

Parlamentsreform.

Georg's IV. Tod. Wilhelm IV.

gewichtiges Hinderniß, so daß sein Tod, der am 26. Juni 1830 eintrat, für die Reformer ein erfreuliches Ereigniß sein mußte. Denn von seinem Bruder und Nachfolger, dem bisherigen Herzog von Clarence, Wilhelm IV., brauchte man einen hartnäckigen Widerstand nicht zu befürchten; er hatte sich von jeher den Ansichten der gemäßigten Liberalen zugeneigt. Das Wichtigste war also, nun durch eine große Bewegung im Lande das Parlament selbst für die Sache zu gewinnen und sodann das Ministerium Wellington aus dem Sattel zu heben. Der Nation war die Frage, welche gelöst werden sollte, längst völlig vertraut; seit einem halben Jahrhundert war sie nicht weniger als 15 Mal im Parlamente zur Verhandlung gekommen, zwar ohne durchdringen zu können, aber nicht ohne dadurch ins Bewußtsein der Wähler überzugehen. In den ersten Jahren nach 1815 war sie zwar etwas in üblen Ruf gekommen, weil die Hunt und Cobbett sie auf ihr Banner geschrieben hatten; aber seitdem die Whigs wieder erstarkt waren und sich zu ihr bekannten, seit John Russell sie 1821 mit aller Mäßigung im Parlamente wieder auf die Tagesordnung gesetzt hatte, war sie vor der öffentlichen Meinung wieder gerechtfertigt, und konnte wohl gegenüber der Katholikenfrage zurücktreten, aber nicht mehr unterdrückt werden. Nun hatte der Sieg in der Katholikenfrage der liberalen Partei soeben auf's Neue ihre Stärke gezeigt, und überdies wirkte die Juli-Revolution, welche grade jetzt in Frankreich das reactionäre Ministerium und mit ihm die ganze Dynastie über den Haufen warf, kräftigend und ermuthigend auch nach England hinüber. Die Wahlen zu dem ersten Parlamente König Wilhelms, das im November 1830 zusammentrat, fielen daher stark zu Gunsten der Reformer aus, und da Wellington trotzdem am Ruder blieb, und die Thronrede Nichts für die verlangte Reform versprach, so machte sich in Versammlungen und Adressen der Unwille der Bevölkerung Luft. Auch an Ausschreitungen und gewaltthätigen Auftritten fehlte es dabei nicht; in London selbst kam es zu Unruhen, in manchen Grafschaften verriethen zahlreiche Brandstiftungen, daß sich mit den politischen Leidenschaften gefährlichere und weniger edle vermischten. Es war daher ein freudig begrüßter Sieg, als am 16. November Wellington, nachdem ihm das Parlament die Civilliste des Königs verweigert hatte, abtrat, und Earl Grey, der schon vor langen Jahren als Lord Howick im Unterhause die Reform verteidigt hatte, ein Whigministerium bildete. Die vorzüglichsten Köpfe seiner Partei, Brougham, Landsdowne, John Russell traten in dasselbe ein; aber auch von den gemäßigten Tories, die nicht unbedingt jeder Reform feindlich waren, wußte er einige, vor Allem Lord Palmerston und Goderich, für sein Cabinet zu gewinnen. Damit übernahm er die Verpflichtung, seine Reformvorschläge von jeder radicalen Färbung frei zu halten, womit er übrigens auch den Wünschen seiner eigenen Partei durchaus entsprach. Die Wintermonate wurden zur Ausarbeitung des Gesetzes benutzt und am 1. März 1831 brachte Lord John Russell dasselbe im Unterhause ein. Das Recht zu wählen sollte danach künftig in den Städten an einen Steuersatz von zehn

Ministerium Grey.

Reformvorlage.

Frankreich vor der Juli-Revolution.

Ministerium Villèle.

Auf diese innerliche Gesundheit seines staatlichen Organismus konnte England um so stolzer und zufriedener hinblicken, als Frankreich nach einer Reihe vergeblicher Versuche, auch seinerseits die Bahnen der Reform einzuschlagen, doch wieder von Neuem den Weg der Revolution betreten hatte. Das Ministerium Villèle hätte es nach dem glücklichen Feldzug in Spanien leicht gehabt, ein verständiges conservatives Regiment zu führen und dabei doch den nöthigsten Forderungen der Liberalen gerecht zu werden. Denn diese verfügten in der Kammer über eine zu geringe Zahl von Stimmen, um viel zu verlangen; sie besaßen aber andrerseits in der Pairskammer eine hinreichende Macht, um wirklich reactionäre Maßregeln zu vereiteln. Die überkönigliche Opposition war ihrerseits auch nicht stark genug um das Cabinet, wenn dieses nur festen Willen zeigte, von der goldenen Mittelstraße wegdrängen zu können, und der König selbst gehörte nach Temperament und Lebenserfahrungen durchaus der gemäßigten Richtung an. Zu Frankreichs Unglück verstand aber Villèle weder die Gunst, noch die gebieterische Nothwendigkeit seiner Lage, sondern war beflissen, ohne in die Forderungen der alleräußersten Rechten einzustimmen, doch den reactionären Neigungen des Thronfolgers, des Grafen Artois sich gefällig zu zeigen und sich dadurch auch für den Fall des Regierungswechsels möglich zu erhalten. Er beschloß daher, den günstigen Ausgang des spanischen Feldzuges zu einer Erneuerung der Kammer zu benutzen, in der Hoffnung, diese dadurch von allen liberalen und überköniglichen Bestandtheilen zu reinigen. Mit Hülfe einer unerhörten Gewaltsamkeit, welche vor der Fälschung der Wählerlisten und ähnlichen Mitteln nicht zurückscheute, erreichte er dies Ziel so vollkommen, daß bei den Neuwahlen, welche der Kammerauflösung im Februar und März 1824 folgten, nur 17 Liberale gewählt wurden und auch die Opposition auf der äußersten Rechten eine bedeutende Verminderung erlitt.

Verfassungsänderung.

Ohne Schwierigkeiten setzte nun das Ministerium auch sein nächstes Vorhaben durch; die Kammern willigten ein, daß die theilweise Erneuerung, die verfassungsmäßig alle Jahre stattfinden sollte, beseitigt und die Dauer der Wahlperiode auf 7 Jahre verlängert wurde. Aber Villèle mußte nun die Erfahrung machen, daß es für eine herrschende Partei durchaus nicht wünschenswerth ist, keine kräftige Opposition sich gegenüber zu haben; da seine eigenen Anhänger von den Gegnern Nichts zu fürchten brauchten, so spalteten sie sich unter einander; die anfängliche Einmüthigkeit schwand mehr und mehr, und die gemäßigteren Deputirten, die im Gegensatz zu einer liberalen oder clericalen Opposition das Ministerium treu unterstützt haben würden, zweigten sich, da dieser Gegensatz bedeutungslos wurde, immer deutlicher von der Mehrheit ab.

Reaction.

Andrerseits gerieth das Ministerium in Folge seiner willkürlichen Maßregeln immer weiter nach rechts, ohne doch die Ultras, die ihm von früher her persönlich Feind waren, an

genossen und besonders auch den König scheu machen wollte. Hatte doch der Präsident des Reformvereins in Birmingham mit der Aufstellung eines eigenen Heeres gegen das Oberhaus gedroht, ein Wort, das in seinem Munde, da sein Verein 50,000 Mitglieder zählte, nicht ganz unbedenklich klang. In Bristol war es bei der Ankunft eines bekannten Reformfeindes zu einem blutigen Auflauf gekommen; der Herzog von Wellington und andre Häupter der Tories sahen sich persönlich oder in ihrem Eigenthum gefährdet. Dadurch schien es für manchen gradezu eine Ehrensache zu werden, nicht nachzugeben. Wirklich verwarf das Oberhaus die Bill, welche das Unterhaus am 22. März 1832 auch in der neuen Gestalt angenommen hatte, am 7. Mai mit fast derselben Mehrheit, wie im September 1831. Nun blieb dem Ministerium kein andres Mittel, als vom König einen Pairsschub zu verlangen. Bedenklich gemacht durch die gewaltsame Agitation der Radicalen, stark beeinflußt von seiner Gemahlin Adelheid, einer meininger Prinzessin, die Rathschlägen vom Festlande her sehr zugänglich war, verweigerte König Wilhelm dem Grafen Grey die erbetene Vollmacht und willigte in seinen Rücktritt. Wellington wurde mit der Bildung des neuen Cabinettes betraut. Aber dieser vorübergehende Sieg zeigte am besten die Schwäche der Tories. Eine ungeheure Bewegung durchzuckte das Volk; an den Galgen mit Wellington! wiederhallte es in den Meetings; der König wurde mit Steinwürfen empfangen; 90,000 Schotten erklärten sich bereit mit den Waffen für die Reform einzutreten; das Unterhaus forderte den König auf, nur Freunde der Reform in seinen Rath zu berufen — und wenige Tage, nachdem ihn der König mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt, am 15. Mai 1832, gab Wellington diesen Auftrag in die Hände des Monarchen zurück. Graf Grey erhielt die Ermächtigung zu einem ausreichenden Pairsschub und ergriff wieder die Zügel der Regierung; und so entscheidend hatte das kurze Zwischenspiel gewirkt, so unzweifelhaft die Unmöglichkeit eines Tory-Regimentes an den Tag gelegt, daß jetzt die Drohung genügte und der Pairsschub selbst, dem auch die Whigs grundsätzlich keineswegs zugeneigt waren, unterbleiben konnte. Am 4. Juni nahm das Oberhaus, da die heftigsten Gegner sich der Abstimmung enthielten, die Parlamentsreform mit geringen Aenderungen an; diesen Aenderungen ertheilte schon am 5. auch das Unterhaus seine Zustimmung und am 7. Juni 1832 wurde das neue Gesetz vom König unterzeichnet. So war in einem lebhaften zweijährigen Feldzuge das erwünschte Ziel erkämpft worden, und wenn in dieser Zeit auch mehr als einmal das Gespenst der Revolution vernehmlich an die Thür geklopft hatte, so war doch auch in dieser großen Krisis zuletzt der Ruhm Englands gewahrt worden, daß seine Verfassung ihm die Mittel biete, nothwendige Reformen auch ohne blutige Zuckungen ins Leben zu rufen.

Ministerkrisis.

Wellington.

Nachgiebigkeit der Lords.

Frankreich vor der Juli-Revolution.

Ministerium Villèle.

Auf diese innerliche Gesundheit seines staatlichen Organismus konnte England um so stolzer und zufriedener hinblicken, als Frankreich nach einer Reihe vergeblicher Versuche, auch seinerseits die Bahnen der Reform einzuschlagen, doch wieder von Neuem den Weg der Revolution betreten hatte. Das Ministerium Villèle hätte es nach dem glücklichen Feldzug in Spanien leicht gehabt, ein verständiges conservatives Regiment zu führen und dabei doch den nöthigsten Forderungen der Liberalen gerecht zu werden. Denn diese verfügten in der Kammer über eine zu geringe Zahl von Stimmen, um viel zu verlangen; sie besaßen aber andrerseits in der Pairskammer eine hinreichende Macht, um wirklich reactionäre Maßregeln zu vereiteln. Die überkönigliche Opposition war ihrerseits auch nicht stark genug um das Cabinet, wenn dieses nur festen Willen zeigte, von der goldenen Mittelstraße wegdrängen zu können, und der König selbst gehörte nach Temperament und Lebenserfahrungen durchaus der gemäßigten Richtung an. Zu Frankreichs Unglück verstand aber Villèle weder die Gunst, noch die gebieterische Nothwendigkeit seiner Lage, sondern war beflissen, ohne in die Forderungen der alleräußersten Rechten einzustimmen, doch den reactionären Neigungen des Thronfolgers, des Grafen Artois sich gefällig zu zeigen und sich dadurch auch für den Fall des Regierungswechsels möglich zu erhalten. Er beschloß daher, den günstigen Ausgang des spanischen Feldzuges zu einer Erneuerung der Kammer zu benutzen, in der Hoffnung, diese dadurch von allen liberalen und überköniglichen Bestandtheilen zu reinigen. Mit Hülfe einer unerhörten Gewaltsamkeit, welche vor der Fälschung der Wählerlisten und ähnlichen Mitteln nicht zurückscheute, erreichte er dies Ziel so vollkommen, daß bei den Neuwahlen, welche der Kammerauflösung im Februar und März 1824 folgten, nur 17 Liberale gewählt wurden und auch die Opposition auf der äußersten Rechten eine bedeutende Verminderung erlitt. Ohne Schwierigkeiten setzte nun das Ministerium auch sein nächstes Vorhaben durch; die Kammern willigten ein, daß die theilweise Erneuerung, die verfassungsmäßig alle Jahre stattfinden sollte, beseitigt und die Dauer der Wahlperiode auf 7 Jahre verlängert wurde. Aber Villèle mußte nun die Erfahrung machen, daß es für eine herrschende Partei durchaus nicht wünschenswerth ist, keine kräftige Opposition sich gegenüber zu haben; da seine eigenen Anhänger von den Gegnern Nichts zu fürchten brauchten, so spalteten sie sich unter einander; die anfängliche Einmüthigkeit schwand mehr und mehr, und die gemäßigteren Deputirten, die im Gegensatz zu einer liberalen oder clericalen Opposition das Ministerium treu unterstützt haben würden, zweigten sich, da dieser Gegensatz bedeutungslos wurde, immer deutlicher von der Mehrheit ab. Andrerseits gerieth das Ministerium in Folge seiner willkürlichen Maßregeln immer weiter nach rechts, ohne doch die Ultras, die ihm von früher her persönlich Feind waren, an

Verfassungsänderung.

Reaction.

sich zu retten; vielmehr erwarb sich Villèle durch sein unkluges Verfahren stets neue Gegner. Seinem Collegen Chateaubriand, der ihn allerdings bei einer wichtigen Vorlage — es handelte sich um die Herabsetzung des Zinsfußes der Rentenschuld — in der Pairskammer im Stich gelassen hatte, zwang er zum Rücktritt und machte dadurch diese scharfe Feder, welcher das einflußreiche Journal des Débats zur Verfügung stand, zu seinem erbitterten Feinde. Die Presse nahm in ganzer Linie den Kampf gegen das Ministerium auf, den die Kammer zu führen unterließ. Zwar kaufte Villèle nun mehrere wichtige Zeitungen unter der Hand an und ließ sie im Sinne der Regierung schreiben; aber das einzige Resultat war, daß sie ihren Einfluß verloren und die andern Oppositionsjournale an Leserzahl und Wirksamkeit gewannen. Auch die Wiederherstellung der Censur, welche der König nach einem Gesetz von 1822 durch bloße Verordnung verfügen konnte, erwies sich als stumpfe Waffe und die Umgestaltung des Staatsrathes, dessen freisinnige Mitglieder durch Männer der Congregation verdrängt wurden, erbitterte, ohne neue Anhänger zu verschaffen. Man sah in allen diesen Maßregeln bereits deutlich die Rücksichtnahme auf den künftigen Monarchen, und wirklich that Villèle in den letzten Monaten Ludwig's XVIII. keinen bedeutsamen Schritt, ohne sich mit Artois verständigt zu haben. Ludwig wurde immer stumpfer und gleichgültiger gegen Regierungssachen und mißbilligte die Beziehungen seines Ministers zu Artois durchaus nicht. Altersschwäche führte seine allmähliche Auflösung herbei und am 17. September 1824 verschied er. Ohne Liebe und ohne Haß hatte sein Volk ihm gegenüber gestanden; seinen Tod erfuhr es doch nicht ohne lebhafte Theilnahme. Denn nach Allem, was man von Artois wußte, durfte man jetzt auf ein crasses Priesterregiment gefaßt sein. Wider Erwarten ließ sich aber die Herrschaft des neuen Königs, der als Karl X. den Thron bestieg, glimpflicher an, als zu vermuthen war. Eine ausdrückliche Erklärung, die Verfassung, die er als Unterthan beschworen, zum Wohle seines Volkes befestigen zu wollen, eine umfangreiche Begnadigung, die Wiederaufhebung der Censur und ähnliche Maßnahmen erweckten frohe Hoffnungen und eine ungeahnte Vertrauensseligkeit. Von langer Dauer waren diese Tage der Zuversicht allerdings nicht. Die kühnen Erwartungen, die sogar den Sturz Villèle's durch liberale Minister in Aussicht nahmen, wurden bald enttäuscht. Anfangs wechselten noch gute und schlechte Eindrücke. Man murrte, als 167 Generale des Kaiserreichs mit einem Federstrich pensionirt wurden; man rief Beifall, als dem beliebten Herzog von Orleans der Titel „Königliche Hoheit" zu Theil wurde, den Ludwig ihm hartnäckig versagt hatte; man zürnte, als das Ministerium für den König das Recht in Anspruch nahm, durch bloße Verordnung die Gründung von Nonnenklöstern zu gestatten, wozu bisher ein Gesetz erforderlich war; und wiederum begrüßte man mit Freuden den Entschluß des Monarchen, als er sein persönliches Eigenthum nach der Gewohnheit der früheren Könige den Staatsdomänen einverleibte. Aber nur wenige Monate hindurch dauerte dieses Schwanken;

Tod Ludwigs XVIII.

Karl X.

die unbedingte Herrschaft, welche die Priesterpartei über Karl
ausübte, trat bald in unverhüllter Nacktheit hervor. Wenn kirchli
Fragen ins Spiel kamen, dann bot auch die Pairskammer nicht
Rückhalt, welchen der Liberalismus in rein politischen Fragen bei
zu finden gewohnt war. Sie genehmigte das „Sacrilegiumsgese
welches den Diebstahl gottesdienstlicher Gefäße mit lebensläng
Galeerenstrafe, den Einbruch in eine Kirche mit dem Tode und
Entweihung der Hostie gar mit der Strafe des Vatermordes bedro
eine Barbarei, welche die Verteidiger mit dem lästerlichen S
rechtfertigten, daß man den Tempelschänder, indem man ihn tö
ja nur zu seinem natürlichen Richter sende. Nicht minder gro
aber minder begründeten Unwillen erregte das Gesetz, welches
Milliarde Franken zur Entschädigung der Emigranten anwies, de
Güter während der Revolution eingezogen und zum Besten
Staates verkauft waren. Wenn sich mancherlei gegen diese Maßre
einwenden ließ, so sprachen doch auch zahlreiche Gründe der Gerechtig
und der Klugheit dafür, und die Finanzlage des Staates war
günstig, daß man ohne Bedenken in die große Ausgabe willi
konnte; wies doch auch so das Budget für 1826, das sich in E
nahme und Ausgabe auf etwas mehr als je 900 Millionen Fran
belief, noch einen Ueberschuß von 9 Millionen nach. In Karls
Augen hatte die Entschädigung der Emigranten natürlich auch n
den Vortheil, daß sie der zum Theil verarmten Aristokratie wie
zu größerem Ansehn verhelfen sollte; den gleichen Zweck verfolgte
mit einem Gesetz, das in gewissen Fällen die Vererbung des gan
liegenden Nachlasses an den ältesten Sohn einzuführen und somit
Zersplitterung des großen Grundbesitzes in Etwas zu erschweren
stimmt war. Allein zur lebhaften Freude der Liberalen, die da
eine unleidliche Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit seh
mußten, verwarf die Pairskammer in der Session von 1826 die
Entwurf, dessen Annahme vielleicht im Interesse der Aristokratie, a
nicht in dem des Landes gelegen hätte. Karl X. hätte Nichts m
gewünscht, als grade bei dem hohen Adel eine kräftige Unterstützu
zu finden; je mehr er sich in dieser Hoffnung getäuscht sah, um
ausschließlicher suchte er nun seine Hülfe bei der clericalen Part
Wie innig seine Anschauungen mit deren Ansichten verwachsen war
zeigte sich noch 1825 im Mai bei seiner Krönung und Salbung
Rheims. Das heilige Salbfläschchen, die Ampulla, welche einst
Chlodwigs, des Frankenkönigs, Taufe ein Engel vom Himmel
bracht haben sollte, war in der Revolution auf Befehl des Conven
zertrümmert worden und mit seinem Inhalt hatten sich die Frev
die Stiefel geschmiert; jetzt aber wurde protocollarisch festgestellt, d
ein Priester die Scherben des Gefäßes und einige Tropfen Oel
gerettet habe, und der Moniteur verkündigte feierlich den Gläubige
dasselbe Oel, mit welchem seit Chlodwig alle französischen Köni
gesalbt seien, werde auch auf der Stirne Karls X. fließen. Schlimm
aber als in solchen Spielereien gab sich der clericale Sinn d
Königs in der tyrannischen Herrschaft kund, welche die Priester u

Marginalia: Das Sacrilegiumsgesetz. — Die Entschädigung der Emigranten. — Die Krönung in Rheims. — Herrschaft der Geistlichkeit.

gestraft üben durften, in der Bekämpfung der gemischten Ehen, in der Proselytenmacherei, in der Unduldsamkeit, der schleichenden Spürerei und Heuchelei, die immer mehr überhand nahmen. Kein Wunder, wenn das Mißtrauen im Volke beständig wuchs und selbst das abenteuerlichste Gerede Glauben fand, wenn man sich sogar erzählte, der König sei selbst in den Jesuitenorden eingetreten und müsse, mit der Mönchskutte angethan, seinen Obern von all seinem politischen Thun und Lassen Rechenschaft ablegen. Unzweifelhafte Thatsache war es, daß die Jesuiten, obgleich ein Gesetz sie aus Frankreich verbannte, im Widerspruch mit dem Gesetz von der Regierung geduldet wurden; diese selbst gestand es in der Kammer zu und änderte ihre Haltung auch dann nicht, als die Gerichte ihr die Verpflichtung, jenes Gesetz zu handhaben, ausdrücklich ins Gedächtniß riefen. Unzweifelhafte Thatsache war es auch, daß die Congregation im Staate die gewaltigste Macht war, daß ihre Gunst Beförderungen im Civildienst wie im Heere erwirkte, daß sie ihren Einfluß bis in die untersten Gesellschaftsclassen hineinerstreckte, so daß selbst Kammermädchen und Lakaien sich damit empfahlen, daß sie von der Congregation approbirt seien. Der Wagen rollt dem Abgrunde zu, rief das Journal des Débats aus, ohne daß wir ihn aufhalten können, wahrhaftig, man sollte an ein Verhängniß glauben!

Die Pairskammer und das Preßgesetz.

Es wird der damaligen Pairskammer für alle Zeiten zur Ehre gereichen, daß sie in den meisten und wichtigsten Fällen mit Entschiedenheit der Regierung gegenüber trat und viel Unheil verhinderte. Von besonderer Bedeutung war ihr Widerstand, als Villèle, von der Priesterpartei gedrängt, 1827 zu einem gradezu vernichtenden Schlage gegen die Presse ausholte. Außer vielen andern Beschränkungen, die man ihr zudachte, sollte z. B. für alle Bücher unter fünf Bogen eine Stempelsteuer eingeführt werden, die einen bis anderthalb Franken, je nach der Bogenzahl, betrug; die Tagespresse sollte so belästigt und belastet werden, daß nach Villèle's eignem Geständniß kaum zwei oder drei pariser Zeitungen den Druck hätten ertragen können und daß die Verluste einzelner Verleger bis in die Millionen gingen. Natürlich regte sich in Paris und ganz Frankreich augenblicklich Alles, was mit der Feder und der Druckerschwärze irgend in Verbindung stand, die Schriftsteller von rechts bis links, von Chateaubriand und den Akademikern bis auf Béranger und Thiers, die Buchhändler, die Druckereibesitzer, die Setzer, die Zeitungsverkäufer. Die Liberalen in der zweiten Kammer leisteten muthigen Widerstand, indes sie unterlagen wie immer; in dem Hause der Pairs aber bereitete sich die nachdrücklichste und siegesgewisseste Opposition vor. Ein Ausschuß wurde zur Prüfung niedergesetzt und beschloß einstimmig die Verwerfung der Vorlage. Die Niederlage der Regierung war so sicher, daß sie derselben nur durch ein Zurückweichen entgehen konnte; am 17. April 1827 zog sie den Entwurf zurück. Ein ungeheurer Jubel, Illuminationen, Feuerwerke, Fackelzüge waren in Paris und in den Provinzen die Antwort darauf. Man war gutmüthig genug, dem Könige die Zurücknahme als ein persönliches Verdienst anzurechnen;

Auflösung der Nationalgarde.

als er wenige Tage darauf eine Musterung über die 20,000 pariser Nationalgardisten abhielt, wurde er stürmisch begrüßt und war so erfreut über den guten Empfang, daß er den Erlaß eines belobenden Tagesbefehls anordnete. Aber ehe diese Weisung ausgeführt war, meldete man ihm, daß die heimkehrenden Nationalgardisten außer den Hochs auf den König auch Nieder mit dem Ministerium! und Weg mit den Jesuiten! gerufen. Und mit plötzlicher Sinnesänderung verwandelte der gekränkte Monarch den belobenden Tagesbefehl in ein Decret, welches die Nationalgarde auflöste, und stellte überdies durch eine Verordnung ohne alle Angabe von Gründen die Censur wieder her.

Der Pairsschub.

In der bisherigen Weise konnten die Dinge indes nicht mehr weiter gehn; Villèle sah ein, daß er sich in einer Sackgasse befand, in der ihm die Pairskammer den Weg versperrte. Sie war das Hinderniß, welches beseitigt werden mußte. Das Mittel dazu war leicht gefunden, der König mußte einen gewaltigen Pairsschub vornehmen; 70—80 neue Mitglieder mußten ernannt werden, um die Opposition zur Minderheit zu machen. Da aber diese neuen Pairs größtentheils aus den Reihen der Deputirten genommen werden mußten, so wären sehr zahlreiche Ersatzwahlen nöthig geworden, welche der Regierung eine eben so große Thätigkeit und Wahlbeeinflussung auferlegten wie eine völlige Neuwahl. Da mußte sich denn leicht der Gedanke einstellen, ob es nicht besser sei, die augenblickliche zweite Kammer, in welcher, wie schon erwähnt, die ministerielle Partei in starker Zersetzung begriffen war und deren Mandat doch schon in 2—3 Jahren zu Ende ging, lieber sogleich ganz aufzulösen und allgemeine Neuwahlen auszuschreiben, um dann für sieben Jahr Ruhe zu haben, statt jetzt schon durch ausgedehnte Ersatzwahlen und dann in kurzer Frist durch die allgemeine Erneuerung zweimal die unbehagliche Aufregung der Wahlagitation ins Land zu werfen. Da Villèle nach dem glänzenden Erfolge, den er im März 1824 erzielt hatte, auch jetzt einen günstigen Ausgang durchaus nicht bezweifelte, so war sein Entschluß bald gefaßt; der König stimmte zu, und am 5. November 1827 wurde Frankreich durch eine Reihe königlicher Verordnungen überrascht, welche 76 neue Pairs ernannten, die Deputirtenkammer auflösten, binnen 2—3 Wochen Neuwahlen anordneten und die Censur wieder aufhoben. Offenbar sollte die letzte Maßregel eine der Regierung günstige Stimmung hervorrufen und die Thätigkeit der Präfecten von dieser Seite her unterstützen; daß die Opposition aus ihr beträchtlichen Nutzen ziehen werde, schien bei der Kürze des Zeitraums, der bis zu den Wahlen noch ausstand, unwahrscheinlich.

Auflösung der Kammer.

Die Neuwahlen.

Aber das Unwahrscheinliche geschah. Alle Widersacher der Regierung schlossen sich zu einer „constitutionellen Oppositionspartei“ zusammen. Zwei Vereine, die Freunde der Preßfreiheit und die Gesellschaft Aide-toi, le ciel t'aidera, nahmen die Agitation in die Hand. Der Erfolg war glänzend. Paris wählte lauter Oppositionsmänner: Lafitte, Dupont de l'Eure, Royer Collard, Benjamin Constant, Casimir Périer, die anerkannten Führer der Liberalen; in dem schrankenlosen

Jubel über diesen Sieg kam es am Abend des Wahltages, am 18. November, sogar zu blutigen Crawallen und — zum ersten Male wieder seit 30 Jahren — zu Anfängen des Barricadenbaues. Diese Ausschreitungen wurden von der Regierung freilich leicht unterdrückt; aber das Wahlresultat blieb und stand nichts weniger als vereinzelt; von 428 Deputirten waren nur 125 wirkliche Ministerielle; die übrigen 300 gehörten den verschiedenen Oppositionsparteien an, zum Theil den Liberalen, zum Theil denjenigen Royalisten, welchen der Haß gegen die Priesterpartei mit jenen gemeinsam war. Als Villèle seinen Anschlag so völlig mißlungen sah, entfiel ihm der Muth; am 4. Januar 1828, ehe die neue Kammer zusammengetreten war, erbat er vom König seine Entlassung und räumte den Platz, den er sieben Jahre behauptet, einem Ministerium, dessen wichtigstes Mitglied der Vicomte von Martignac war.

Villèle's Rücktritt.

Die Parteigruppirung des neuen Parlamentes erforderte nicht, ja duldete sogar kaum ein entschieden liberales Cabinet, das überdies dem Könige unerträglich gewesen wäre. Martignac war deshalb eine ganz geeignete Persönlichkeit, ein Gegner Villèle's, ein rühriger tüchtiger Geschäftsmann, ein ehrlicher Character, aber kein liberaler Parteigänger. Wo freisinnige Maßnahmen zum Wohle des Staates nöthig erschienen, fanden auch diese bei ihm willige Förderung; aber was ihn leitete, war das Bedürfniß, nicht ein Parteiprogramm. Die Radicalen mochten daher wohl spotten, sein Wahlspruch sei: ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution. Sie waren ihm doch für viele Schritte sehr zu Dank verpflichtet. Aus den fünf Candidaten, welche die Kammer für ihren Präsidentensitz bezeichnete, ließ er den König den Führer der Liberalen, Royer Collard, ernennen; zwei Collegen, die er anfangs aus Villèle's Cabinet mit übernommen hatte, mußten zwei gemäßigten Conservativen, Hyde de Neuville und dem Bischof Feutrier, weichen; durch ein neues Wahlgesetz wurde der ungesetzliche Einfluß der Beamten beschränkt; das Recht des Königs, durch bloße Verordnung die Censur einzuführen, wurde aufgehoben, das s. g. schwarze Cabinet der pariser Postverwaltung beseitigt. Noch größeren Beifall fanden zwei königliche Verordnungen vom 16. Juni 1828, welche die Jesuiten aus ein paar Schulen, die sie gegründet, vertrieben, und festsetzten, daß auch von den übrigen geistlichen Orden in ihre Schulanstalten nicht mehr als Alles in Allem 20,000 Schüler aufgenommen werden dürften. Die Expedition Maisons nach Morea zeigte auch in der auswärtigen Politik einen kräftigen Zug. Aber die segensreichste Maßregel des Ministeriums schien es werden zu sollen, als dasselbe in der Session von 1829 den Kammern ein Gesetz vorlegte, nach welchem in Zukunft die Generalräthe der Departements, die Bezirks- und die Gemeinderäthe, statt wie bisher von dem Minister, resp. dem Präfecten ernannt zu werden, aus freier Wahl hervorgehen sollten. Nicht ohne Widerstreben hatte der König dazu seine Einwilligung ertheilt; allein da er glaubte, die Zusammensetzung der Kammer mache es ihm unmöglich, Martignac zu entlassen, so hatte er seine Abneigung bezwungen. Ihn bei diesem

Ministerium Martignac.

Liberale Maßregeln.

Glauben zu erhalten, hätte das eifrigste Bestreben der Mehrheit se
müssen; aber die zahlreichen Erfolge, welche sie schon errunge
machten sie übermüthig; sie veränderte den Martignac'schen Entwu
in einer Weise, daß der Minister sich weigerte darauf einzugeh
und, als die Mehrheit auf ihrem Willen bestand und insbesonde
hartnäckig den Wegfall der Bezirksräthe forderte, die ganze Vorla
zurückzog. Die bösen Folgen dieses offenbaren Zwiespaltes trat
nicht sogleich an den Tag, aber sie wirkten im Geheimen nur u
so verderblicher. Der König hatte gesehen, daß auch Martignac d
Kammer nicht in seiner Hand habe; damit fiel der einzige Grun
aus dem er ihn berufen, hinweg; angenehm war ihm sein Minist
nie gewesen; der Mann seiner Wahl, den er schon seit lange an d
Spitze seines Cabinettes gewünscht, war der Fürst Jules Poligna
damals Gesandter in London. Karl hatte schon mehrfach versuch
ihm einen Ministerposten zu geben; aber sowohl Villèle wie Martign
hatten in ihm einen gefährlichen Nebenbuhler gesehen und war
deshalb auf den Wunsch des Monarchen nicht eingegangen. Je
war dieser entschlossen ihn nicht als Collegen, sondern als Nachfolg
Martignacs zu berufen. Hinter des letzteren Rücken verhandelte d
König mit dem Führer der Ultras in der Kammer, Labourdonnai
und gewann diesen für den Eintritt in das Zukunftscabinet. B
zum Schluß der Session sollte die Sache geheim bleiben. Kaum ab
waren die Kammern am 31. Juli 1829 geschlossen, so entließ Ka
aus eigenem Antriebe sein Ministerium und übertrug am 8. Augu
die Leitung des Staates dem Fürsten Polignac.

Martignacs Entlassung.

Ministerium Polignac.

Polignacs Name war ein Programm, das für die öffentlic
Meinung keiner Erklärung bedürftig erschien; verlangte man ab
noch eine Erläuterung, so mußten die Männer, die er zu College
erhielt oder erwählte, die letzten Zweifel zerstreuen. Labourdonna
wurde schon erwähnt; nächst ihm war Bourmont, der Verräther vo
Waterloo, der bekannteste und verhaßteste Mann. „Die Männe
welche jetzt die Verwaltung leiten, so begrüßte das Journal de
Débats das neue Ministerium, wollten sie auch gemäßigt sein, s
könnten es nicht. Der Haß, den ihr Name in allen Gemüther
erweckt, ist zu tief, um nicht zurückgegeben zu werden. Gefürchtet vo
Frankreich, werden sie Frankreich furchtbar werden." Und es schlo
mit dem prophetischen Ausruf: Unglückliches Frankreich! Unglückliche
König! Das war die allgemeine Stimmung, die sich von Paris dur
das ganze Land verbreitete, und die von allen Parteien, die äußers
Rechte ausgenommen, getheilt wurde. Ohne Zweifel lag viel Ueber
treibung in diesen Ansichten. Es steht durch ein Memoire, da
Polignac an den König richtete, actenmäßig fest, daß er den Bestand de
Verfassung nicht anzutasten entschlossen war; mit einem solchen Plan
durchzudringen, so wies er nach, sei nicht die geringste Hoffnung vor
handen; denn die Charte gelte der unermeßlichen Mehrheit der Fran
zosen als der ächte Ausdruck des nothwendigen Wechselverhältnisse
zwischen König und Volk; höchstens dürfe man an eine vorübergehend
Aufhebung des Gesetzes denken, aber auch dies nur unter der Voraus

Polignacs Pläne.

setzung, daß man der Nation die Ueberzeugung einflöße, es geschehe das nur, um ihr den Genuß des Gesetzes für alle Zukunft zu sichern. Verwegen genug war auch dieses Spiel, zumal wenn ein Mann wie Polignac es leiten sollte, von dem ein bittres Witzwort sagte, mit seinem Verstande sei es ungefähr ebenso beschaffen wie mit Talleyrands Ehrlichkeit. Dieser Einsicht verschloß sich auch Labourdonnaie nicht. Wenn ihm selbst die Führung zugefallen wäre, dann hätten ihm wahrscheinlich die äußersten Schritte keine große Ueberwindung gekostet; aber um seinen Kopf zu spielen, ohne selbst die Karten zu halten, dazu, erklärte er seinen Freunden, könne er sich nicht entschließen, und trat aus dem Cabinet zurück.

Die äußere Politik.

Polignacs Lieblingsplan war es ohne Zweifel, durch einen glänzenden Erfolg der auswärtigen Politik die öffentliche Meinung für sich zurück zu gewinnen. Die Zeitlage schien zu einem kühnen Wagniß sehr günstig. Erst wenige Monate waren verstrichen, seit Metternich dem Ministerium Martignac die Rheingrenze angeboten hatte, wenn es ihm behülflich sein wolle, Rußland am weiteren Vordringen in der Türkei zu hindern. Das war jetzt freilich nicht mehr möglich, denn Diebitsch hatte den Balkan überschritten und die Türkei schien verloren. Aber auch auf dieser neuen Grundlage ließ sich vielleicht noch etwas machen. So entstand bei Polignac ein umfassender Plan, die Karte Europas umzugestalten. Die Türkei war das Opfer, sie sollte verschwinden. Die Donaufürstenthümer fielen an Rußland, Serbien und Bosnien an Oestreich; den Rest erhielt — der König der Niederlande. Von dessen Ländern kam Belgien an Frankreich, die Colonien an England, Holland wurde Preußen zu Theil, dem auch das Königreich Sachsen zugedacht war. Dessen Monarch sollte mit den rheinischen Besitzungen Preußens, einem neugeschaffenen Königreich Austrasien, entschädigt werden; nur den südlichsten Theil mußte er Baiern überlassen, welches dafür und für das östreichische Salzburg vermuthlich zu Frankreichs Gunsten auf die Pfalz verzichten sollte. Alles das waren nicht vage Ideen, sondern ein vollständiges Programm, welches die Billigung des Ministerrathes erhielt und nach Petersburg abging, um zunächst Rußland vorgelegt zu werden. Aber Polignac hatte Unglück; als seine Vorschläge an der Newa anlangten, traf auch die Kunde von dem Frieden von Adrianopel ein, und damit war dem Anschlag der Boden unter den Füßen weggezogen; der Gesandte konnte unter solchen Umständen seine Anträge nicht einmal mehr zur Kenntniß des russischen Cabinets bringen und die hoffnungsreichen Actenstücke wanderten in das Archiv des auswärtigen Amtes zurück.

Der Streit mit Algier.

Es galt nun einen andern Anlaß zu finden, mittelst dessen sich einiger Ruhmesschimmer, wenn auch in bescheidenerem Maße, gewinnen lasse. Die Aufgabe war nicht schwierig. Schon seit 1827 hatte Frankreich den diplomatischen Verkehr mit dem Dey von Algier abgebrochen. Es hatte dieser nämlich aus Anlaß einer Geldstreitigkeit, in der zwei seiner Unterthanen mit der französischen Regierung lagen, einen Brief an Karl X. gerichtet, auf welchen die Antwort ausblieb. Seiner Klage darüber setzte der französische Consul die übermüthige Antwort entgegen, der König von

Frankreich führe keinen Briefwechsel mit einem Dey von Algie
Entrüstet fuhr der Dey auf und gab ihm einen Schlag mit de
Fliegenwedel. Da er jede Genugthuung für diese Schmach verweigert
mußte Villèle den Consul abberufen und ließ Algier blokiren. Zw
Jahre dauerte dieses ziemlich unwirksame Einschüchterungsmittel; d
stellte das Ministerium Martignac in seinen letzten Tagen ein Ult
matum. Aber mit so wenig Glück, daß der Dey sogar auf da
Schiff des französischen Parlamentärs schießen ließ. So hatte al
Polignac von dem ersten Tage seiner Regierung an einen Kriegsfa
zur Verfügung; so lange er sich jedoch mit größeren Plänen tru
wünschte er die Strafe an Algier von fremder Hand vollziehen z
lassen, und lud Mehemet Ali von Aegypten, der bei der Zerstückelun
der Türkei natürlich selbständig geworden wäre, ein, sich Algier z
erobern. Das Scheitern des großen Theilungsplanes erhöhte nu
natürlich den Werth des Streites mit Algier in den Augen Polignac
und wenn das Unternehmen auch in mancher Hinsicht schwierig un
mißlich war, so mußte es nunmehr doch herhalten. Am 7. Februa
1830 beschloß das Cabinet den Krieg und übertrug die Führun
desselben dem Minister Bourmont, dessen Geschäfte mittlerwei
Polignac selbst wahrnehmen sollte.

Die Eröffnung der Kammern.

Während die Vorbereitungen zum Kriege eifrig betrieben wurde
eröffnete der König am 2. März persönlich die Kammern, und zwa
wie er es seiner Familie angekündigt hatte, „als König". Er spra
seine Zuversicht aus, daß die Vertreter des Landes ihn bei der Au
führung seiner guten Absichten unterstützen würden, aber er erklär
auch in fast drohendem Tone, daß er sowohl in der Liebe der Fra
zosen wie in seinem eigenen festen Entschlusse die Kraft finden werd
strafbare Umtriebe zu beseitigen. Dabei gerieth er so in Hitze, da
er, um sich abzukühlen, den Hut abnehmen wollte und ihn an de
Boden fallen ließ. Der Herzog von Orléans war es, der ihn au
hob — eine Laune des Zufalls, in der man bald eine Vorbedeutun
erkennen wollte. Zunächst rief die Entschiedenheit des Königs ein
gleiche Entschiedenheit bei den Deputirten hervor. Die Antwort au
die Thronrede beklagte das Mißtrauen, welches der leitende Gedan
der jetzigen Verwaltung sei; sie nannte dieses Mißtrauen beleidigend
beunruhigend und bedrohlich für die Freiheiten des Volkes; sie forder
den Monarchen auf, ein Ministerium einzusetzen, das den Wünsche
der Nation entspreche. Natürlich gab Karl zur Antwort, daß sein
Entschlüsse unveränderlich seien und daß ihm das Interesse seine
Volkes verbiete, davon abzugehen. Am Tage nach dem Empfan
der Adresse, am 19. März 1830, wurden die Kammern bis zu
3. September vertagt.

Vertagung derselben.

Auch die Auflösung derselben war eine beschlossene Sache; abe
man zögerte noch sie auszusprechen, um für die Neuwahlen Zeit z
gewinnen, und sie durch Siegesnachrichten aus Afrika beeinflussen z
können. Am 25. Mai ging die Expedition, über 100 Kriegsschiff
mit 27,000 Matrosen und Seesoldaten, 37,000 Mann Landungs
truppen, unter Bourmonts Befehl, von Toulon aus in See. Di

Die Einnahme von Algier.

Ueberfahrt wurde durch widrige Winde sehr erschwert, die Landung aber am 14. Juni mit Glück und Geschick auf der Halbinsel Sidi Ferruk, drei Meilen westlich von Algier, vollzogen. Schon am 19. Juni kam es in der Ebene Staueli zu einer blutigen Schlacht, in welcher der Sieg zuletzt den Franzosen blieb. Gegen Algier selbst vorzurücken unterließ Bourmont jedoch, weil sein Belagerungspark noch nicht ausgeschifft war; 10 Tage waren dazu noch erforderlich; dann marschirte er vorwärts. Und nun entwickelte sich die Entscheidung mit großer Schnelligkeit. Zum Gegenstande des ersten Angriffs wurde das alte „Kaiserschloß" ersehen, bei dem 1541 Karls V. Zelt gestanden hatte. Am 30. Juni wurden die Laufgräben eröffnet, schon am 4. Juli verließ die Besatzung das Schloß und sprengte es in die Luft. Dem Dey war in der Bestürzung über die Macht der französischen Artillerie jede Lust zu weiterem Widerstande geschwunden; noch am selben Tage capitulirte er, bedang sich und der türkischen Besatzung freien Abzug mit Familie und Vermögen aus und überließ den Franzosen den Besitz von Algier; auch der bedeutende Staatsschatz im Belauf von 48 Millionen Franken, Waarenvorräthe im Werth von 11 Millionen, und die Artillerie des Deys, 1500 Geschütze, fielen in ihre Hand.

Die Wahlen in Frankreich.

Das Unternehmen war also in der That nicht blos glücklich, sondern glänzend gelungen; 6 Wochen nach der Abfahrt, 3 Wochen nach der Landung des Geschwaders erfuhr Paris die siegreiche Beendigung des Krieges. Aber für die Wahlen kam die Nachricht doch schon zu spät; sie hatten wenige Tage vorher stattgefunden und waren durch die Kunde des Sieges von Staueli wenig beeinflußt worden. Da man die Absicht, in welcher der Zug nach Algier unternommen war, sehr wohl durchschaute, so verhielt man sich mit Bewußtsein gleichgültig gegen seine Ergebnisse. Die liberalen Parteien waren allgemein eifrig, durch die Presse und durch Vereine das Volk zu bearbeiten. Ein geheimer Ausschuß, das Comité directeur, hatte die Leitung in die Hand genommen; die Gesellschaft Aide-toi hatte ihre Agenten in allen Städten und Städtchen des Landes; alle andern Parteiunterschiede wurden hintangestellt und von Lafayette, dem alten Republikaner, der seit Polignacs Ministerium plötzlich wieder aus dem Dunkel hervorgetreten und, wo er sich im Lande gezeigt hatte, mit den überschwänglichsten Huldigungen begrüßt war, bis Lafayette bis Martignac standen die Oppositionellen fest zusammen. Unter den Journalen gewann in wenigen Wochen der National, der erst mit Beginn des Jahres gegründet war, eine hervorragende Bedeutung; der junge Thiers, damals 33jährig, erwies sich als die größte publicistische Kraft seines Landes. Die Auflösung der Kammer, das Ausscheiden einiger maßvoller Minister, ihr Ersatz durch anerkannte Schützlinge der Congregation, alles das und manche geheimere Anzeichen befestigten den Glauben, daß ein Gewaltstreich vor der Thür stehe. Selbst die fremden Cabinette wurden besorgt. Der Czar ließ

Warnungen des Auslandes.

daran erinnern, daß Alexander nicht allein die Herrschaft der Bourbonen, sondern auch die Verfassung verbürgt habe; Metternich warnte

dringend, sich mit der Revolution einzulassen, wenn man nicht gewi
sei, sie zu besiegen. Polignac erwiderte diese Warnungen mit der feste
Zusicherung, daß er die Verfassung nicht verletzen werde. Und wir
lich hatte er sich und dem Könige eingeredet, daß die Charte selb
einen Weg angebe, auf dem sie zeitweilig umgangen werden könn
ohne daß doch ihre fortdauernde Gültigkeit in Frage gestellt werd

Artikel 14 der Verfassung.

Artikel 14 bestimmte nämlich, daß der König die „Anordnungen un
Ordonnanzen zu erlassen habe, welche zur Ausführung der Gese
und für die Sicherheit des Staates nöthig seien". Offenbar ware
damit außerordentliche Nothfälle ins Auge gefaßt; für einen solche
Nothfall glaubte aber Polignac auch die gegenwärtige Lage anseh
zu dürfen. Die vorige Kammer hatte der Regierung ihre Mitwirkun
verweigert; von den 221 Mitgliedern der Mehrheit, welche jene
Beschluß gefaßt, waren 202 wieder gewählt worden; außer ihne
gehörten aber noch 70 andre der neuen Deputirten der Oppositio
an; es war also eine Wiederholung jenes Beschlusses mit Sicherhe
zu erwarten. Für diesen Fall, meinte Polignac, liege der Nothstan
vor, welcher den König zur Handhabung des Artikels 14 berechtige
ja, da der Fall mit mathematischer Gewißheit eintreten müsse, s
brauche man seine Verwirklichung gar nicht abzuwarten, sondern könn
schon jetzt mittelst jenes Artikels Maßregeln zu dem Zwecke treffen
daß eine neue Kammer gewählt werde, welche der Regierung die ver
fassungsmäßige Mitwirkung nicht versage. Das Fehlerhafte diese
Trugschlusses war leicht zu durchschauen. Der Nothstand sollte dari
bestehen, daß der König ein Ministerium nicht entlassen wollte, da
zu entlassen er nicht gezwungen werden konnte, die Kammer abe
eben dieses Ministerium nicht unterstützen wollte und ihrerseits da
auch nicht gezwungen werden konnte, es zu unterstützen. Es wa
leicht einzusehen, daß dieser Conflict nur durch die Minister gelö
werden konnte, indem sie freiwillig zurücktraten; thaten sie das nich
so waren sie es, die den Nothstand erst zum Nothstand machten un
sie waren nicht berechtigt, auf Grund dieses von ihnen geschaffene
Nothstandes dem Könige die Anwendung des Artikels 14 anzurathen
Dem Könige seinerseits aber ließ sich, so lange er Minister fand
welche seine Ordonnanzen unterzeichneten, schwerlich vorwerfen, da
er seinen Eid auf die Verfassung gebrochen habe. Die Minister ware
es, welche den ihren brachen. Diese Einsicht scheint jedoch Poligna
nicht gewonnen, sondern in dem guten Glauben gehandelt zu haben
daß er zu den Maßregeln berechtigt sei, die er seinem Monarche

Die Ordonnanzen.

vorschlug. So entwarf er die fünf Ordonnanzen, welche die Juli
Revolution herbeiführten. Drei von ihnen bezweckten unmittelbar di
Herstellung einer gefügigen Kammer; sie verordneten 1) die Auflösun
der eben gewählten und noch nicht einmal zusammengetretenen; 2) ei
neues Wahlgesetz, welches die Zahl der Wähler verminderte und di
eigentliche Wahl ausschließlich in die Hand der Höchstbesteuerten legte
während die übrigen Wähler nur das Recht hatten, eine Candidaten
liste aufzustellen; 3) die Einberufung einer nach diesem Gesetze ge
wählten Kammer auf den 28. September. Eine vierte Ordonnan

führte die Censur wieder ein und verbot das Erscheinen der Zeitungen bis dahin, daß sie die polizeiliche Erlaubniß eingeholt, und eine fünfte ernannte verschiedene neue Mitglieder des Staatsrathes.

Der gleichzeitig gefaßte, aber nicht veröffentlichte Beschluß, den Marschall Marmont zum Befehlshaber der pariser Besatzung zu ernennen, war so ziemlich die einzige Vorsichtsmaßregel, welche das Ministerium — abgesehen von dem tiefen Geheimniß, mit dem es seine Maßnahmen traf — für nöthig hielt. Auch der König gab sich wenigstens den Anschein der vollsten Ruhe; er ging an dem Tage, an welchem die Ordonnanzen im Moniteur erschienen, ruhig auf die Jagd nach Rambouillet und kehrte erst um Mitternacht nach St. Cloud zurück. Daß ihm der Ernst der Lage aber doch nicht verborgen war, zeigt sein Verhalten in dem Ministerrathe vom 25. Juli, in dem er die Ordonnanzen unterzeichnen sollte. Den Kopf auf die linke Hand gestützt, die Feder in der rechten, zögerte er nachsinnend noch einen Augenblick; dann unterschrieb er, ließ unterschreiben und verabschiedete die Minister mit den Worten: Meine Herren, Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; zwischen uns gilt es jetzt auf Leben und Tod! In der Nacht wurde der Redacteur des Moniteur zum Justizminister beschieden und erhielt die Ordonnanzen mit dem Auftrag, sie sogleich zum Abdruck zu bringen. Gott erhalte den König und Frankreich! rief er aus, als er sie gelesen; ich habe alle Kampftage der Revolution gesehen und gehe fort mit einem tiefen Schrecken vor neuen Erschütterungen!

Die Juli-Revolution.

Der 26. Juli.

Aber zunächst schienen solche Besorgnisse doch gar keine Bestätigung zu finden. An der Börse freilich sank die Rente sogleich um 4 Procent und der schweizer Gesandte berichtete nach Haus, es sei ein Schlag gefallen, auf den zu antworten das Land nicht säumen werde. Aber Paris blieb den ganzen 26. Juli stumm; die anwesenden Deputirten kamen wohl privatim zusammen, gelangten aber zu keinem Beschlusse; in den Cafés des Palais royal gab es einige Scenen und ein Haufen junger Leute warf Polignac die Fenster ein; aber das sah wenig nach einer Revolution aus. Das entscheidende Wort wurde in dem Redactionszimmer des National gesprochen; hier versammelten sich 44 Journalisten von 11 Zeitungen, um zu berathen, ob sie sich fügen und die gesetzwidrige Erlaubniß zum Forterscheinen einholen sollten.

Der Protest der Zeitungen.

Einstimmig beschlossen sie, das nicht zu thun und am andern Tage in ihren Blättern einen Protest zu veröffentlichen, den Thiers sogleich entwarf. Da die Herrschaft des Gesetzes, so hieß es darin, unterbrochen sei und die Herrschaft der Gewalt begonnen habe, so höre der Gehorsam auf eine Pflicht zu sein; selbst zum Widerstand entschlossen, müßten die Unterzeichner an Frankreich die Aufforderung richten, zu überlegen, wie weit seinerseits der Widerstand reichen solle.

Der 27. Juli.

Dieser Protest gab der Bewegung Halt, wenngleich von den 11 Journalen nur zwei, der National und der Temps, wirklich den

Muth hatten, ihn am 27. Juli zu veröffentlichen. Die Aufregung in
Bevölkerung stieg von Stunde zu Stunde; tausende von Exemplar
der beiden Zeitungen wurden verkauft und an den Straßenecken v
gelesen; die Nachricht, daß gegen die Unterzeichner ein Verhaftsbef
erlassen, daß die Druckereien des National und des Temps polizeil
geschlossen seien, erhöhte die Erbitterung; zu allem Ueberfluß v
breitete sich Mittags die Kunde, daß Marmont den Oberbefehl üb
nommen habe. Bald durchzogen Gensdarmeriepatrouillen die Sta
vereinzelte Steinwürfe, die sie trafen, schwache Versuche zum Bar
cadenbau, die hier und da sichtbar wurden, die ersten Flintenschü
die gegen 3 Uhr fielen, zeigten, daß ein gewaltsamer Widerstand
Entstehen begriffen sei. Das rasche Eingreifen einer genügen
Truppenmacht hätte ihn jetzt noch im Keime ersticken können. A
statt der 18,000 Mann, die Polignac zur Hand zu haben versicher
befanden sich nur 11,000 in Paris; diese hatten obendrein du
längeren Aufenthalt engere Beziehungen mit der Bevölkerung
geknüpft und waren so nicht einmal zuverlässig; das Schlimmste a
war, daß keine Vorbereitungen irgend welcher Art getroffen wa
und eine rasche Machtentfaltung am 27. daher unmöglich w
Andrerseits fehlte freilich auch dem Volke den ganzen Tag über n
jede Leitung; die Massen in den Straßen wuchsen wohl von Stun
zu Stunde; mit den entlassenen Arbeitern der Druckereien vereinig
sich Studenten und ehemalige napoleonische Soldaten; Barrica
wurden errichtet, Laternen eingeworfen, Wachtposten insultirt; a
man wußte doch nicht recht: wo hinaus? Marmont glaubte
Abend berichten zu können, die Lage sei nicht ernst und die Verhängu
des Belagerungszustandes unnöthig. Das änderte sich über Na

Der 28. Juli.

Während derselben wurden von mehreren radicalen Deputirten,
Treilhard, Mérilhou u. A., in den zwölf Bezirken von Paris A
standscomités errichtet; vor Sonnenaufgang hatten sich die Barrica
vervielfältigt; die Sturmglocken ertönten und brachten Tausende u
aber Tausende auf die Beine; aus den Läden der Waffenfabrikan
bewaffnete sich die Menge; ehemalige Nationalgardisten erschienen
ihrer Uniform; die Schilder der Hoflieferanten, die königlichen Wap
wurden abgerissen und immer häufiger ertönte der Ruf: Nieder
den Bourbonen! Marmont erkannte sogleich die steigende Gefa
schon um 9 Uhr meldete er dem König: Es ist kein Aufruhr me
es ist eine Revolution. Aber nicht zum Versuch einer gewaltsan
Unterdrückung, sondern zu Maßregeln, um den Frieden mit d

Verhängung des Belagerungszustandes.

Volke wiederherzustellen, rieth er dem Könige. Davon wollte di
Nichts wissen; der Belagerungszustand wurde verhängt und da
Marmont unumschränkte Vollmacht gegeben. Nur mit halbem Her
und ohne Glauben an den Erfolg widmete sich dieser seiner Aufga
Während er seine Truppen von den Tuilerien aus in vier Richtun
vorgehen ließ, um das Stadthaus und andre wichtige Puncte zu
setzen, verhandelte er gleichzeitig mit den Vertretern der libera
Abgeordneten. Diese hatten sich gegen Mittag, etwa 30 an der Za
von Neuem versammelt und einen sehr matten, von Guizot verfaß

Protest genehmigt, den sie aber nicht einmal zu unterzeichnen wagten. Dann begaben sich fünf von ihnen, Lafitte und Casimir Périer an der Spitze, zu Marmont in die Tuilerien, um durch seine Vermittlung auf den König zu wirken und ihn selbst zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bewegen. Der Marschall, den Arago, sein persönlicher Freund, schon mit ähnlichen Bitten bestürmt hatte, machte kein Hehl daraus, wie sehr er den Staatsstreich mißbillige, erklärte aber, um der militärischen Ehre willen die Feindseligkeiten fortsetzen zu müssen; auf eine Nachgiebigkeit des Königs zu rechnen, sei, wie er fürchte, eine leere Hoffnung. Mittelbar bestätigt wurde das durch Polignacs Haltung; auch er befand sich in den Tuilerien; aber als Marmont ihm vorschlug, die Abgeordneten zu empfangen, lehnte er das als zwecklos ab. Gleichwohl erstattete der Marschall dem Könige Bericht von dem Vorgefallenen, schilderte die militärische Lage als sehr bedenklich, da seine Truppen nirgends Fuß zu fassen vermöchten, und rieth wiederholt, die gemachten Vorschläge ohne Verzug anzunehmen. Aber Karl blieb hartnäckig; auch dem Baron Vitrolles, einem bewährten Royalisten, der im Einverständniß mit einigen Häuptern der Liberalen sich nach St. Cloud begab und in den König drang, gelang es nicht, ihn zu erschüttern; grade daß die Opposition eine Versöhnung anstrebte, schien dem Monarchen ein Beweis ihrer Schwäche, und Polignacs Berichte bestärkten ihn in diesem Wahn. Und doch wurde die Lage in Paris immer schlimmer. Die Truppentheile, welche Marmont ausgesandt hatte, mußten bis auf einen alle vor Abend wieder auf die Tuilerien zurückgehn, und auch dieser eine, welcher sich im Stadthause festgesetzt hatte, räumte diesen Punct während der Nacht. Am Morgen des 29. Juli war Marmont in den Tuilerien wie blokirt; nur im Rücken hatte er durch die elyseischen Felder noch freie Verbindung mit St. Cloud. Aber schlimmer war, daß die Treue seiner Truppen zu wanken begann. Er bot jetzt selbst den Parisern in einer Ansprache eine Waffenruhe an; das Angebot wurde nicht beachtet, thatsächlich aber ruhte der Kampf. Statt dessen machte sich das Volk daran, einzelne Regimenter durch schmeichelndes Zureden zum Abfall zu bewegen; zwei Linienregimenter, die Gewehr bei Fuß auf dem Vendôme-Platze standen, erlagen der Versuchung und stellten sich unter den Befehl des Generals Gérard, der zu den liberalen Abgeordneten gehörte. Sie zu ersetzen entsandte Marmont eins der beiden Schweizerbataillone, welche den Louvre verteidigten; dadurch gerieth das andre derselben ins Schwanken, räumte den Louvre und zog sich auf den Caroussel-Platz, der zwischen Louvre und Tuilerien liegt, zurück. Das Volk drängte nach und richtete aus den Fenstern ein lebhaftes Feuer auf die Schweizer und die andern Truppen. Nun griff die Panik, in welche diese bereits gerathen waren, schnell weiter; eine schimpfliche Flucht begann; Marmont mußte die Tuilerien räumen, auf denen alsbald die Tricolore als Siegeszeichen flatterte, und nach St. Cloud eilen, zufrieden, wenn er die wilde Flucht in einen leidlichen Rückzug umwandeln konnte. In St. Cloud fand er den König im Ministerrath. Schon Morgens

Verhandlungen.

Hartnäckigkeit des Königs.

Der 29 Juli.

Abfall der Truppen.

Räumung der Tuilerien.

Berathungen in St. Cloud.

war Polignac hinausgeeilt, um den Monarchen in seiner Standhaf
keit zu befestigen, in der ihn die bösen Nachrichten leicht erschütt
konnten. Bald nachher erschienen die Grafen Sémonville und Argo
von Marmont gesandt, um die Entlassung des Ministeriums
empfehlen; aber der König blieb bei seiner Ueberzeugung: Nachgel
heißt abdanken. Wenig besseren Erfolg hatte Vitrolles, der z
zweiten Male kam, die böse Wendung in Paris berichtete und
Ministerium Mortemart-Casimir Périer-Gérard als letzte Rettu
forderte. Endlich stellte sich Marmont selbst ein, als Bote sei
eigenen Niederlage, umgeben von staubbedeckten, schweißtriefend
Adjutanten. Auf's Lebhafteste unterstützte er Vitrolles' Rath, a
noch stundenlang dauerte die Cabinetssitzung, ohne daß man ei
Entschluß fassen konnte. Endlich, spät am Nachmittag, genehmi
der König die Entlassung Polignacs und übertrug Mortemart, ein
gemäßigten Liberalen, der von seinem russischen Gesandtschaftspos
eben auf Urlaub in der Heimat war, die Leitung der Geschä
Schleunig eilten Vitrolles, Sémonville und d'Argout mit der fro
Botschaft nach Paris, fest überzeugt, daß nunmehr jede Schwierig
gehoben sei. Nur zu schnell erkannten sie, wie irrig diese Hoffnu
war. Der Uebertritt der beiden Infanterieregimenter hatte den li
ralen Abgeordneten, die sich bis dahin zu Nichts mehr als ein
anonymen Protest hatten aufraffen können, plötzlich Muth eingeflö
25 an der Zahl, übertrugen sie dem alten Lafayette den Oberbef
über die Nationalgarde, dem General Gérard, welcher sich jen
freiwillig unterordnete, den über die Linientruppen, und setzten ei
Gemeindeausschuß ein, der aus Lafitte, Périer, dem General Lob
Schonen, Audry de Puyraveau und Mauguin bestand und alsb
seine Thätigkeit auf dem Stadthause begann. An diesen wand
sich Vitrolles und seine Begleiter zunächst, um ihm Meldung v
dem versöhnlichen Schritte des Königs zu machen. Casimir Pér
verwies sie jedoch an die Abgeordneten, welche noch immer in Lafit
Hause tagten. Hier war die Stimmung einer Aussöhnung w
geneigt, doch herrschte ein tiefes Mißtrauen vor und einzelne Stimm
wie Thiers und Lafitte, erklärten grade heraus, es könne jetzt n
noch ein Thronwechsel helfen. Ihr Candidat war Louis Phili
Herzog von Orléans, dem Lafitte schon im Laufe des Tages ha
melden lassen, er habe keine andere Wahl als eine Krone oder ei
Paß. Aber wenn derselbe wegen seiner liberalen Grundsätze im A
gemeinen beim Volke beliebt war, so standen die Aussichten für i
doch zur Zeit noch nicht besonders günstig. Eigentlich war seine E
hebung bis zu diesem Momente noch gar nicht ernstlich ins Au
gefaßt und neben der Fortdauer der bourbonischen Regierung nur
Republik in Betracht gezogen. Es galt also zunächst ihn überhau
in Vorschlag zu bringen. Das geschah mittelst großer Anschlagezett
die Thiers Nachts in der Werkstatt des National drucken ließ u
die am Morgen des 30. Juli an allen Straßenecken prangten. D
Wirkung derselben war ungemein günstig, zumal der Herzog v
Mortemart, dessen Ankunft in Paris man schon am vorigen Abe

Polignacs Entlassung.

Die Lage in Paris.

Der Gemeindeausschuß.

Der Herzog von Orléans.

bis über die Mitternacht hinaus gespannt erwartet, sich immer noch nicht sehen ließ und damit jede Bürgschaft für die versöhnlichen Absichten Karls X. schwand. Thiers hatte sich inzwischen mit dem Maler Ary Scheffer nach Neuilly begeben, wo er Louis Philipp vermuthete. Zwar fand er ihn dort nicht, denn der Herzog hatte sich, um zu keinem voreiligen Schritte gedrängt zu werden, nach Raincy, dem einsamen Landhause im Wald von Bondy, zurückgezogen; wohl aber trafen die Beiden dort seine Schwester, Madame Adelaide, und diese versprach in ihrem Sinn auf den Bruder zu wirken. Sogleich kehrte Thiers nach Paris zurück und begab sich in das Palais Bourbon, wo die Abgeordneten beisammen waren und abermals Mortemarts harrten. Seine Mittheilungen reiften einen Beschluß, der schon vorher in Ueberlegung gezogen war: da von Karl X. durchaus keine weiteren Mittheilungen kamen, wurde der Herzog von Orléans zum General-Statthalter des Königreichs ernannt und eine Deputation erwählt, welche zunächst den Pairs Mittheilung von diesem Beschlusse machen, ihre Zustimmung erwirken und dann, durch Vermittler der ersten Kammer verstärkt, den Herzog auffordern sollte, seine neue Würde alsbald anzutreten. Bei den Pairs trafen die Abgesandten zu ihrem großen Erstaunen den Herzog von Mortemart, der mit königlichen Decreten, welche die Ordonnanzen zurücknahmen und die Wiederherstellung der Nationalgarde bewilligten, zu Fuß und auf großen Umwegen endlich todtmüde und mit wunden Füßen in Paris angelangt war; vollständig entmuthigt durch die Zustände in der Hauptstadt gab er selbst dem Beschluß der Abgeordneten seine Zustimmung. Da man den Aufenthalt Louis Philipps immer noch nicht kannte, so wurde seine Ernennung in seinem Palaste abgegeben und seine schleunige Ankunft in Paris verlangt. Nach einem schweren Kampfe mit sich selbst entschloß sich der Herzog von Orléans die Würde anzunehmen. Gegen 11 Uhr Nachts traf er zu Fuß, begleitet von zwei Adjutanten, im Palais royal ein. Sogleich ließ er Mortemart zu sich rufen. Nur dem gebieterischen Drange der Umstände weichend, so versicherte er, und nur um die Ausrufung der Republik zu verhüten, sei er nach Paris gekommen; aber eher werde er sich in Stücke hauen als die Krone auf sein Haupt setzen lassen. Auch der Deputation der Abgeordneten, welche ihm Morgens am 31. Juli den feierlichen Beschluß wiederholte, gab er ähnliche Erklärungen, wenngleich in abgeschwächter Form, und erließ dann einen Aufruf, in welchem er die Statthalterschaft annahm, die Tricolore als Fahne Frankreichs anerkannte, den unverweilten Zusammentritt der Kammer verkündete und mit der Versicherung schloß: Die Verfassung wird fortan eine Wahrheit sein! Das Nächste mußte jetzt sein, den Gemeindeausschuß auf dem Stadthause und den alten Lafayette zur Anerkennung des Statthalters zu bewegen. Nachdem der Letztere unter der Hand bewogen worden war, auf die Verwirklichung seiner republikanischen Ideale zu verzichten, sollte in einem feierlichen Acte die Einigkeit zwischen ihm und Louis Philipp dem Volke gezeigt werden. Begleitet von den Abgeordneten — so viel hatten sich jetzt allmählich zusammen-

Erhebung zum General-Statthalter.

Der Herzog von Mortemart.

Louis Philipp nach Paris.

Louis Philipp auf's Stadthaus.

gefunden — begab sich der General=Statthalter nach dem Stadthau[s]
Es war ein ärmlicher und ängstlicher Aufzug; ärmlich — denn k
militärischer Pomp wurde dabei entfaltet; ein einziger Trommler z
vorauf; ein paar Adjutanten waren die einzigen Uniformen; äng
lich — denn jeden Augenblick fürchtete man, daß die Kugel ein
Republikaners dem Leben des Herzogs ein Ende machen wer

Lafayette.

Lafayette empfing den Statthalter, umgeben von dem Ausschuß, a
der Thür des Sitzungssaales. Nachdem der Herzog sich zu dem I
halt einer Ansprache bekannt, in welcher die 91 Abgeordnet
dem Volke eine Reihe liberaler Maßregeln verbürgten, erfaßte Lafaye
seinen Arm und trat so mit ihm, die dreifarbige Fahne in der Han
auf den Balkon des Stadthauses. Lauter Jubel der Bevölkerun
die unten Kopf an Kopf stand, begrüßte die Beiden, als sie sich u
armten; das Eis war gebrochen, und anerkannt von der Revoluti
kehrte der Herzog in das Palais royal zurück. Bald darauf statte
ihm Lafayette daselbst seinen Gegenbesuch ab. Auch dieser verlief
schönster Eintracht. Lebhaft stimmte der Statthalter in das W
des alten Republikaners ein: Frankreich bedürfe eines Thrones, u
geben von republikanischen Staatseinrichtungen, und Lafayette seine
seits war so entzückt von dem Prinzen, daß er ihn die beste der R
publiken nannte und völlig vergaß, ihm das Programm des Stad
hauses vorzulegen, das ihm seine republikanischen Gesinnungsgenosse
weniger gefühlsselig als er selbst, mitgegeben hatten, um es von Lou

Die Republikaner.

Philipp anerkennen zu lassen. Eine republikanische Opposition geg
den neuen Regenten blieb deshalb vom ersten Tage an bestehn; ih
Führer waren besonders Cavaignac und Bastide. Thiers gab s
viele Mühe, auch diese zu bekehren; er veranlaßte eine persönlic
Zusammenkunft und Besprechung, die aber nur die Tiefe der Kl
recht erkennen ließ. Als Bastide sich erhob um zu gehen, rief ih
Louis Philipp freundlich nach: Ich hoffe, Sie kommen wieder! Ni
mals! war die Antwort. Aber der König tröstete sich darüber m
dem berühmt gewordenen Worte: Man muß niemals Niemals sage
Für die nächste Zeit hatte jedenfalls der Groll der unversöhnten R
publikaner keine große Bedeutung; dagegen konnte von Seit

Karl X. nach Rambouillet.

Karls X. immer noch ein militärischer Versuch gegen Paris gema
werden, besonders wenn es ihm gelang, die Ankunft Bourmonts m
seiner siegreichen afrikanischen Armee abzuwarten. Der Generalsta
halter suchte deshalb mit dem Könige nicht völlig zu brechen. Ka
hatte sich, als Mortemarts Sendung nach Paris gescheitert war, no
einmal Polignac in die Arme geworfen; als er jedoch die Gefährlic
keit eines längeren Aufenthaltes in St. Cloud oder in Triano
wohin er am 31. Juli ging, einsah, empfahl er seinen Ministern für ih
eigne Sicherheit zu sorgen und begab sich nach dem etwas entfernter
Rambouillet, wo er spät Abends am 31. Juli anlangte. Am nächst
Tage schrieb er dem Herzog von Orléans einen Brief, durch welch
er ihm seinerseits die Regentschaft übertrug. Louis Philipp an
wortete darauf in einer Weise, die den König durchaus zufried
stellte. Allein schon am nächsten Tage änderte sich die Sachlage vo

Seine Abdankung.

[…]neuern. Karl überzeugte sich, daß für ihn persönlich keine Hoffnung mehr sei, den Thron wieder zu gewinnen und verzichtete daher zu Gunsten seines Enkels Heinrichs V. auf den Thron, ein Verzicht, welchem sich der Nächstberechtigte, Karls ältester kinderloser Sohn, der Herzog von Angoulême, anschloß. Ein Schreiben des Königs, das noch am 2. August Abends in die Hände des Adressaten gelangte, theilte dem Herzog von Orléans diesen doppelten Entschluß mit und forderte ihn auf, die Regierung im Namen Heinrichs V. zu führen. Mit dieser Botschaft hatte sich indeß eine Deputation gekreuzt, welche im Auftrage des Herzogs den König dringend einladen sollte, Rambouillet zu verlassen, da seine Nähe die Aufregung der Pariser wach erhalte. Allein der König weigerte sich die Abgesandten — es waren der Marschall Maison, Odilon Barrot und Schonen — auch nur zu empfangen. Um ihn zur Abreise zu bewegen, mußten daher stärkere Mittel aufgeboten werden. Ohne die Abdankungsurkunde vorher zu veröffentlichen, ertheilte der Herzog früh am 3. August dem General Pajol den Auftrag, mit 6000 Nationalgarden nach Rambouillet zu ziehen; eine bunte Menge, ohne einen Schein soldatischer Ordnung und Haltung, die Einen zu Fuß, die Andern in Droschken, auf Leiterwagen und auf anderem Fuhrwerk jeglicher Art, im Ganzen etwa 20,000 Menschen, strömte hinaus und lagerte sich gegen Abend vor Rambouillet in den Getreide- und Kleefeldern zu beiden Seiten der Straße. Voran geeilt waren abermals Maison und seine Collegen; mit den lebhaftesten Farben stellten sie dem Monarchen die Gefahr vor Augen; Maison gab sein Ehrenwort, daß die Menge wohl [illegible]0,000 Köpfe stark und Widerstand unmöglich sei. Darauf hin entschloß sich Karl noch Abends zur Abreise; in Maintenon reifte der Entschluß, Frankreich ganz zu verlassen und auch den Plan, südlich der Loire eine Gegenregierung zu bilden, aufzugeben; die Truppen, welche bis dahin ihn begleitet, wurden entlassen und nur etwa 1200 Mann mit 2 Geschützen zurückbehalten, um die königliche Familie, deren Mitglieder alle bei einander waren, nach Cherbourg zu begleiten. Nicht ohne manchen Beleidigungen ausgesetzt zu sein, schiffte sich der gestürzte König dort am 16. August auf einem amerikanischen Fahrzeug nach England ein und landete, ohne mit königlichen Ehren empfangen zu werden, auf der Insel Wight. Nur bis 1832 nahm er die Gastfreundschaft Englands in Anspruch und wohnte während dieser Zeit erst auf einem Schlosse in Dorsetshire, dann in Edinburg. Darauf siedelte er nach Oestreich über, wo er in Prag, später in Görz, lebte und an letzterem Orte 1836 am 6. November starb. Sein Sohn Angoulême folgte ihm 1844 im Tode nach.

Der Zug nach Rambouillet.

Des Königs Abreise.

Sein Ausgang.

Louis Philipps Verhalten.

Die Art, auf welche der Herzog von Orléans die Abreise des Königs bewirkt hatte, war nicht die feinste gewesen. Auch sein ferneres Verhalten trug keineswegs den Stempel ritterlicher Offenheit. Daß er nicht den Versuch machte, die Nachfolge Heinrichs V. selbst herbeizuführen, dazu konnte ihn freilich außer eigensüchtigen Beweggründen wohl auch die Einsicht in die Vergeblichkeit solches Bemühens [bewog]en. Er ging aber noch einen Schritt weiter, indem er zu-

nächst die Person Heinrichs V. ganz im Dunkel zu lassen sucht
Eröffnung der Kammern.
An demselben Tage, wo die Pariser nach Rambouillet zogen, a
3. August, eröffnete er die Kammern und theilte denselben die doppel
Thronentsagung Karls und Angoulêmes mit, ohne beizufügen, da
sie zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux ausgefertigt sei. Ueb
das, was nun zu thun sei, hüllte er sich in tiefes Schweigen un
überließ damit der Kammer den ersten Schritt. Auf Antrag Bérard
zog dieselbe sogleich die Fragen in Berathung, welche zur Herstellun
der öffentlichen Ordnung zu erledigen seien, und faßte ihre Beschlüs
Louis Philipp König der Franzosen.
schon am 7. August mit 219 gegen 33 Stimmen in einer Erklärun
zusammen, welche die Erledigung des Thrones, eine beträchtliche Za
von Verfassungsänderungen, die Reformbedürftigkeit anderer wichtig
Bestimmungen und Gesetze, endlich aber die Erhebung Louis Philipp
zum Könige der Franzosen aussprach. Die Pairskammer, die in d
großen Woche, wie man die achttägige Revolution nannte, gar kein
Rolle gespielt hatte, stimmte diesen Beschlüssen zu, obgleich si
darunter auch die Ausstoßung aller ihrer Mitglieder, die Karl ernann
Chateaubriand.
und eine Erklärung gegen die Erblichkeit der Pairie befand. Nu
Chateaubriand wagte es, ein Wort der Treue dem gestürzten König
nachzurufen, der jetzt zum dritten und letzten Male in die Verbannun
ziehe. Mit ihm weigerte sich eine kleine Schaar von Mitglieder
beider Kammern der Regierung des neuen Königs den Eid zu leiste
Am 9. August erschien dieser vor den vereinigten beiden Häuser
des Parlamentes und beschwor feierlich die Annahme der Erklärun
vom 7. August.

Des Königs Vergangenheit und Character.
Louis Philipp stand bei seiner Thronbesteigung bereits i
57. Lebensjahre, und die reichen Erfahrungen, welche er diesem vo
geschrittenen Alter dankte, waren durch die bunten Schicksale sein
Verbannungsjahre noch vielseitiger und nutzbringender geworden. D
Trägheit seines von Natur etwas langsamen und schwerfälligen Geist
war nicht ohne Erfolg von der berühmten Schriftstellerin Frau vo
Genlis nach Rousseau'schen Grundsätzen bekämpft worden; dagege
entwickelte sich unter ihrer Leitung zusehends der Hang zur Verstellun
und zur Zweideutigkeit, Erbstücken, welche der Knabe seinem Vate
dem berüchtigten Philipp Egalité, verdankte. Die ersten Jahre d
Revolution dienten für die Ausbildung dieser Geistesanlagen als hoh
Schule. Die coquetten Beziehungen, in welchen der Vater zu de
Jacobinern stand, mußte natürlich auch der Sohn pflegen. Er wurd
Mitglied der pariser Clubs und ein eifriger Besucher der abendliche
Parteiversammlungen, über die er ein ausführliches Tagebuch anlegt
Beim Ausbruch des Krieges ging er zu seinem Regimente und be
theiligte sich mit diesem an der Belagerung von Valmy und de
Schlacht von Jemappes. Argwöhnischer als sein Vater, weniger ver
blendet und weniger gebunden als dieser, erkannte er aber mehr un
mehr die Unnatur der Lage, in welcher er als Prinz des königliche
Hauses sich befand. Der Gedanke nach Amerika auszuwandern be
schäftigte ihn lebhaft. Eine bedeutendere Rolle schienen ihm Dumou
riez' Pläne nach der Hinrichtung des Königs zu eröffnen. Ih

Scheitern machte andrerseits sein längeres Bleiben in Frankreich unmöglich. Rechtzeitig genug floh er über die Grenze und begab sich nach der Schweiz, während sein Vater das Schaffot bestieg. Ob es mehr kluge Ueberlegung und der feste Entschluß, nicht gegen Frankreich die Waffen zu tragen, oder mehr seine unkriegerische Gesinnung gewesen, die ihn abhielt in die östreichische Armee zu treten, muß dahin gestellt bleiben; jedenfalls war diese Zurückhaltung für ihn im Jahre 1830 von dem größten Nutzen. Der junge Prinz und Generallieutenant wurde unter dem Namen eines Herrn Chabaud-Latour Lehrer der Geographie, der Mathematik und des Zeichnens zu Reichenau in Graubünden. Als sein Incognito entdeckt wurde, gab er die Stellung wieder auf und machte Reisen, erst im Norden Europas bis zum Nordcap hin, dann in Amerika bis in die Urwälder. Dabei unterhielt er stets seine politischen Beziehungen und wurde von einem Theil der Ausgewanderten als der geeignetste Candidat für den französischen Thron betrachtet. Nicht ohne Hoffnungen auf eine günstige Wendung kehrte er im Januar 1800 aus Amerika zurück; als er aber bei seiner Ankunft in Europa Napoleon als ersten Consul und Dumouriez im Lager der Bourbonen fand, zauderte er auch nicht länger, sich mit der älteren Linie seines Hauses auszusöhnen, hatte eine Zusammenkunft mit dem Grafen Artois und empfing als Lohn für diese Unterwerfung von England eine Jahrespension von 50,000 Francs, die er auf seinem Schlosse Twickenham bei London verzehrte. Während der nächsten Jahre beschäftigten ihn dann mannichfache ehrgeizige Pläne. Seine Vermählung mit einer neapolitanischen Prinzessin, Amalie, im Jahre 1809 erweckte bei ihm den Gedanken, sich Murats Reich zu erobern; aber auch nach Spanien stand sein Gelüsten und selbst mit den Jonischen Inseln hätte er sich begnügt. Die Hoffnung, noch einmal den französischen Thron zu besteigen, war dabei keineswegs aufgegeben und das Verhältniß zu den Bourbonen stets nur ein äußerliches.

Orleanistische Partei.

Eine Reihe einflußreicher Politiker, so der wieder bekehrte Dumouriez, Talleyrand, Constant u. A., wirkten in den ersten Tagen der Restauration und nach Napoleons zweitem Sturze für ihn. Doch trugen diese Bemühungen kein andres Ergebniß davon als erneuertes Mißtrauen bei den Bourbonen. Zumal das Verlangen Louis Philipps beim Beginn der 100 Tage, ihn als Generalstatthalter an die Spitze des Königreichs zu stellen, um Napoleon wieder zu vertreiben, nährte den tiefen Argwohn Ludwigs XVIII. Während der ganzen Restaurationszeit unterhielt Louis Philipp dann geflissentliche Verbindungen mit den unabhängigen Liberalen; im Palais royal fanden Männer wie Constant, der reiche Banquier Lafitte, Périer, Horace Vernet, Thiers, Mignet eine freundliche Aufnahme und wurden allmählich zu einer orleanistischen Partei herangezogen. Um sich als Throncandidaten nicht in Vergessenheit gerathen zu lassen, scheute der Herzog auch bedenkliche Mittel nicht; so veröffentlichte der londoner Morning Chronicle nach der Geburt des Herzogs von Bordeaux einen Artikel ohne Unterschrift, der im Namen Louis Philipps gegen die Aechtheit des Neugebornen protestirte,

und den dieser wohl mündlich zurückwies, schriftlich aber in kein
Weise ableugnen wollte. Ganz wie bei dieser Gelegenheit verhielt
sich überhaupt. Er selbst trat niemals in den Vordergrund, au
seine nächsten Vertrauten durften nicht unmittelbar für ihn wirke

Privatleben.

das geschah immer durch die zehnte, zwanzigste Hand. Aus seine
liberalen Ideen aber machte er kein Hehl, und eine Gelegenheit, sei
bürgerfreundliche Gesinnung an den Tag zu legen, ließ er sich n
entgehen. Seine Wanderungen durch die Straßen von Paris, oh
Begleitung und den sprüchwörtlichen Regenschirm unter dem Arm
setzte er auch als König fort. Durch ein schlichtes Privat-, durch ei
inniges Familienleben suchte er im Gegensatze zu dem kalten, ab
geschlossenen, steifen Auftreten des königlichen Hofes die Herzen de
Volkes für sich zu gewinnen. Seine Söhne waren in dem Collèg
de France erzogen worden, das nie vorher einen Zögling aus de
königlichen Hause gehabt hatte; sie blieben darin, auch als das Hau
des Vaters die Krone schmückte. Ein lebhaftes Familiengefühl bilde
sich in dem Orléans'schen Hause aus; besonders als die Söhne de
Königs sich nach einander vermählten, wurde das Zusammenlebe
eifrig gepflegt. Der Vereinigungspunct der Familienglieder war da
Zimmer der Königin; dort wurden am Morgen die Zeitunge
besonders das Journal des Débats, am Abend die besten literarische
Neuigkeiten vorgelesen. Für das Verhältniß der Brüder zu einand
ist die Aeußerung characteristisch, die der älteste, der Herzog vo
Orléans, gegen Dumas fallen ließ: sein Bruder Nemours benehm
sich absichtlich dem Volke gegenüber kalt, weil er wisse, daß die Fra
zosen nicht allzuviel Liebe für ihr Fürstenhaus übrig hätten, un

Sparsamkeit und Selbsucht.

weil er dieses Wenige ihm, dem Thronerben allein gönne. Nach meh
als einer Seite hin wirkte der lebhafte Familiensinn, den der Köni
und sein Haus bethätigte, übrigens auch schädlich; seine Bemühunge
den jüngeren Söhnen fremde Kronen zu verschaffen, schufen sein
auswärtigen Politik mehrmals Verwickelungen und wirkten bedeutsa
zu seinem Sturze mit; in dem Verhältnisse zu dem eignen Vol
schadete sich der Monarch aber besonders durch die Art, wie er sei
Familieninteressen in Bezug auf Geldangelegenheiten vertrat. No
Karl X. hatte bei seiner Thronbesteigung, wie oben erwähnt, die al
Sitte der französischen Könige erneuert und sein Privatvermögen m
den Staatsdomänen vereinigt; Louis Philipp übertrug dasselbe unt
Vorbehalt des Nießbrauchs am Tage vor seiner Thronbesteigung a
seine Kinder, und da man die Höhe desselben auf mindestens 10
Millionen zu schätzen hatte, da überdies kaum 3 Wochen später d
gewaltsame Tod des Herzogs von Bourbon — er wurde am 27. Augu
in seinem Schlafzimmer erhenkt gefunden — einen neuen, sehr b
deutenden Zuwachs desselben brachte, so verlor dagegen das Zugestän
niß, welches der neue König wohl oder übel hatte machen müsse
die Herabsetzung der Civilliste von 25 auf 18 Millionen Francs, f

Stimmung des Volkes.

alle Bedeutung. Einer wirklichen, wohlbegründeten Beliebtheit konn
sich das neue Herrscherhaus so wie so nicht rühmen; woher hätte
stammen sollen? und gelegentliche Ausbrüche der Begeisterung, w

an dem Tage, als Louis Philipp eine Musterung über die neu errichteten zwölf Legionen Nationalgarde hielt, überdauerten nicht die Aufregung des Augenblickes. Dagegen gab es zur Mißstimmung Anlaß genug. Die Geschäfte hatten durch die Revolution schwer gelitten; die Möglichkeit eines auswärtigen Krieges erschwerte ihr erneutes Aufblühen; Tausende von brotlosen Arbeitern in der Hauptstadt nährten die Furcht vor neuen Aufständen, und die löbliche Standhaftigkeit, mit welcher die Regierung sich den Gelüsten der Republikaner, die an Polignac und seinen Collegen blutige Rache nehmen wollte, widersetzte, konnte leicht den Vorwand dazu bieten. Die ehemaligen Minister saßen, soweit sie nicht über die Grenze entkommen waren, im Schloß von Vincennes gefangen; das Volk lechzte förmlich nach ihrem Blut; selbst Lafayettes Einfluß scheiterte an dieser blinden Begier; am 18. October rettete nur die kaltblütige Entschlossenheit des wackeren Commandanten von Vincennes, Dumesnil, den Gefangenen das Leben; er drohte, sich mit ihnen und der Volksmenge, die wüthend ihren Tod verlangte, in die Luft zu sprengen. Der Zorn des Pöbels war um so größer, als die zweite Kammer, um die Angeklagten zu retten, die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen beschloß. Ein Wechsel des Ministeriums, aus dem die Doctrinäre ausschieden und das sich am 2. November unter Lafittes Präsidium erneuerte — es bestand außer ihm aus dem alten Republikaner Dupont de l'Eure, aus Maison, Gérard, Sébastiani, Montalivet und Mérilhou — trug nur vorübergehend zur Beschwichtigung bei, und nur dem Aufgebot zahlreicher Truppenmassen war es zu danken, daß die Tage vom 14.—21. December, an welchen die gerichtliche Verhandlung vor den Pairs geführt wurde, trotz der gewaltigen Aufregung, die in der Stadt herrschte, ohne ernstere Ruhestörungen verstrichen. Lebenslängliche Gefangenschaft, Verlust aller Titel, Orden und Würden, für Polignac überdies noch bürgerlicher Tod, so lautete das Strafurtheil, welches am 21. December erging. Daß es den Schuldigen nicht auch das Leben absprach, war für des Königs Beliebtheit in den unteren Schichten ein schwerer Stoß, der zu allem Unglück noch dadurch verstärkt wurde, daß unmittelbar darauf Lafayette seine Entlassung als Obercommandant der Nationalgarde nahm, weil die Kammer diesen Posten zwar ihm auf Lebenszeit zu lassen, grundsätzlich aber aufzuheben beschlossen hatte. Nun trat auch Dupont de l'Eure aus dem Ministerium, der radicale Seine-Präfect Treilhard nahm seine Entlassung, und die Unzufriedenen hatten eine Reihe erwünschter Anlässe, um über den Beginn einer neuen Reactionsepoche zu klagen.

Wuth gegen Polignac.

Ministerium Lafitte.

Proceß Polignac.

Lafayettes Rücktritt.

Die belgische Revolution.

Mit den auswärtigen Cabinetten war inzwischen unerwartet schnell ein regelmäßiger diplomatischer Verkehr angeknüpft worden. Aeußerst bereitwillig hatte England die Juliregierung anerkannt, Oesterreich und Preußen waren ohne großes Widerstreben gefolgt,

Anerkennung der Julimonarchie.

Kaiser Nikolaus hatte zwar erst Miene gemacht mit den Waffen für die Bourbonen einzutreten, begnügte sich aber dann nach einem demüthigen, fast entschuldigenden Briefe Louis Philipps damit, ihm durch die Verweigerung der üblichen Anrede „Mein Bruder" seinen Aerger kund zu geben. Von den Mächten zweiten Ranges war Spanien erst durch die Anerkennung der südamerikanischen Colonien und durch die Unterstützung, welche Frankreich einem Einfalle Mina's zu gewähren drohte, mürbe zu machen; die übrigen nahmen keinen Anstand dem Beispiel der Großmächte zu folgen. Nur der Herzog von Modena machte sich das Vergnügen, jede Unterhandlung mit einem Usurpator kurzer Hand zurückzuweisen. In der That war es nicht gerathen, den neuen Beherrscher Frankreichs zu verletzen oder auf kriegerische Bahnen zu drängen, da es ihm nicht schwer hätte fallen können, zu seiner Rettung den revolutionären Brand über einen ansehnlichen Theil Europas zu verbreiten, und da die Empörung, die ohne planmäßige französische Einmischung in Belgien ausbrach, leicht von ihm zu Gunsten seines Thrones und seines Landes schien ausgebeutet werden zu können. Die Verschmelzung Hollands mit Belgien zu einem Königreich der Niederlande, die man 1814 wesentlich als Schutzmittel gegen Frankreich vollzogen hatte, war kein glücklicher Entschluß gewesen. Des Trennenden zwischen den beiden Ländern war mehr als des Gemeinsamen. Wenn auch die Bevölkerung Belgiens nur zum kleineren Theil romanisch war, so übte doch diese immerhin sehr starke und geschlossene Minderheit den bedeutsamsten Einfluß im Lande aus, und, was schlimmer war, die Bewohner germanischen Stammes, die Vläminger, sahen sich von den Holländern nicht genugsam beachtet und in ihren Eigenthümlichkeiten geschützt; man strebte danach, sie mit den Holländern in Sprache, Sitten und Gesetzgebung zu verschmelzen. Dazu kam als ergiebige Quelle von Streitigkeiten die Verschiedenheit der Religion, da in Holland ebenso sehr der Protestantismus, wie in Belgien der Katholicismus vorherrschte. Schon Joseph II. hatte seine belgischen Provinzen durch Nichts mehr verletzt und zum Aufstande getrieben, als dadurch, daß er den Einfluß der Priester zu brechen und ihre Erziehung in die Hände des Staates zu bringen suchte. Genau derselbe Schritt, die Errichtung einer staatlichen Hochschule für die Ausbildung der Geistlichen, wurde 1825 von der niederländischen Regierung gethan, und auch der Erfolg war genau derselbe wie 1786. Metternich hatte nicht Unrecht, wenn er es unbegreiflich fand, daß nach einem solchen Vorbild der König von Holland sich nicht besser vorgesehen habe. Auch die materiellen Interessen waren im Süden des Landes nicht unbeträchtlich verschieden von denen des Nordens; hier überwog der Handel, dort Ackerbau und Industrie. Die Vertheilung der Staatslasten war für die belgischen Provinzen drückend; sie sollten Theil nehmen an der großen Schuldenmasse von 2 Milliarden Gulden, die Holland aufgesammelt hatte, und sollten Steuern, wie die auf Brot und Fleisch, bezahlen, deren sie ungewohnt waren. Politische Vortheile tauschten sie nicht dafür ein; ihr eigener Einfluß auf di[e]

Belgien und Holland.

Staatsverwaltung war gering. Die Verfassung des Landes war ihnen zum Trotz mit schamloser Rechtsverdrehung eingeführt worden. Eine Notabelnversammlung, die berufen war, um sie zu berathen, lehnte sie mit einer bedeutenden Mehrheit (796 gegen 527 Stimmen) ab. Da erklärte die Regierung, der Minderheit seien alle die beizurechnen, welche bei der Abstimmung gefehlt hätten; das waren nicht weniger als 280, und so wurde durch deren Stimmenzahl die Minorität der Annehmenden zur Mehrheit. In der Landesvertretung waren die Belgier nicht nach Verhältniß ihrer Bevölkerung zu etwa zwei Dritteln, sondern nur mit derselben Stimmenzahl wie das kleinere Holland bedacht, und da dessen Vertreter stets einmüthig waren den Vortheil ihres Landes dem belgischen voranzustellen, so brauchten nur ein oder zwei Abgeordnete der südlichen Hälfte des Königreichs zu denen der nördlichen abzufallen, um eine holländische Mehrheit zu Wege zu bringen — eine Möglichkeit, die fast immer zur Wirklichkeit wurde. Noch ungünstiger war das Verhältniß der beiden Nationalitäten unter den oberen Staatsbeamten und Militärs; auf 317 Holländer kamen im Jahre 1829 nur 81 Belgier. So konnte es gar nicht ausbleiben, daß eine lebhafte Opposition gegen Holland erwuchs, die theils auf nationaler Grundlage beruhte, theils von materiellen Interessen getragen wurde, und die ihre Rüstung zum Theil aus dem Zeughause des Liberalismus entlehnte, zum Theil mit den grundverschiedenen Waffen einer verbissenen Priesterpartei kämpfte.

Bündniß der Liberalen und der Ultramontanen.

Ein wenig Geschicklichkeit und Nachgiebigkeit würde hingereicht haben, um die beiden Hälften der Opposition gegen einander zu verwenden und mit Hülfe der einen die andre unschädlich zu machen; aber dazu machte König Wilhelm I. nicht einmal den Versuch. Ungewarnt durch die drohenden Anzeichen, die sich in der Kammer und der Presse kundgaben, ließ er den unnatürlichsten Bund von der Welt zwischen dem Liberalismus bis zur äußersten Linken und dem schwärzesten Ultramontanismus sich vollziehen und gab sich dann obendrein, getäuscht durch einige Anhänglichkeitsbezeugungen, die ihm auf einer Reise zu Theil wurden, dem Wahne hin, die Unzufriedenheit sei nur künstlich erzeugt oder gar nicht vorhanden; es sei eine Infamie, wie er zu den städtischen Behörden in Lüttich sagte, von Beschwerden des Landes zu reden! Die Antwort darauf war die Bildung eines Vereines in Flandern, der eine Denkmünze trug mit der Inschrift: Treu bis zur Infamie! in Erinnerung an den Wahrspruch der alten Geusen: Treu bis zum Bettelsack! Die Erbitterung steigerte sich auf beiden Seiten. Der verhaßte Justizminister van Maanen forderte von den belgischen Beamten eine ausdrückliche Zustimmung zu dem Programm der Regierung, das in einer königlichen Botschaft vom 11. December 1829 enthalten war. Die Maßregelungen, denen sie im Weigerungsfalle ausgesetzt waren, veranlaßten dagegen die Bildung einer Conföderation, deren Mitglieder sich gleichsam untereinander gegen Schädigungen durch die Regierung versicherten.

Louis de Potter.

Die Seele der Opposition war schon seit einigen Jahren Louis de Potter, ein reicher, unabhängiger Mann, der Jahre lang nur literarischen Bestrebungen

gelebt hatte und der durch die kirchengeschichtlichen Studien, denen
hauptsächlich oblag, auf das Gebiet der Tagesfragen geführt wa
Zur Führerschaft der liberalen Partei verhalf ihm eine 18monatlic
Gefängnißstrafe, in die er 1828 verurtheilt worden war, weil
öffentlich die Aufforderung erlassen hatte, über alle ministerielle
Belgier eine Volksacht zu verhängen. Aus dem Gefängniß herau
hatte er dann weiter die Vereinigung der liberalen und der clericale
Partei zu einer „constitutionellen Association" veranlaßt, hatte sodan
einen Petitionssturm an den König um Abstellung der nationale
Beschwerden veranstaltet und gab endlich offen die Losung aus
einer Bewegung, welche Belgien nach Verfassung und Verwaltun
von Holland zu trennen strebte. Diese Thätigkeit zog ihm im Frühjah
1830 eine neue Anklage zu, die am 30. April mit einer achtjährige
Verbannung endigte.

Einwirkung der Juli-Revolution.

Die Juli-Revolution fand ihn in Paris; natürlich steigerte s
seine Hoffnungen, aber sie trieb ihn zunächst nicht über die Grenz
des bisher Erstrebten hinaus. In einem offenen Briefe an de
König Wilhelm erneuerte er seine Forderung eines Systemwechsel
und der administrativen Trennung Belgiens von Holland. De
König und van Maanen beachteten diesen Brief so wenig wie di
drohenden Mahnungen, die in Brüssel und andrer Orten laut wurde
Obgleich öffentliche Anschläge verkündigten: Montag Feuerwer
Dienstag Illumination, Mittwoch Revolution, ging der Leichtsinn i
den Regierungskreisen soweit, daß man zur Feier des königliche

Die Stumme von Portici.

Geburtstages am 25. August als Festoper die Stumme von Porti
erkor, unbekümmert darum, daß dieses Stück die Erhebung der Nea
politaner unter Masaniello gegen die spanische Herrschaft feiert
Schon im Theater kam es zu lebhaften Ausbrüchen politischer Leiden
schaft; nach Beendigung der Vorstellung aber stürzte sich der Pöbe
auf die Gebäude des Justizministeriums, der Polizeidirection und de
ministeriellen Zeitung, um sie zu zerstören. Auch am andern Tag
wiederholten sich ähnliche Scenen; die Regierung war völlig machtlos

Der Bürgerausschuß.

Da thaten sich die wohlhabenden Bürger zusammen um dem Pöbe
die Leitung zu entwinden; in einer großen Versammlung setzten s
am 27. August einen Bürgerausschuß ein, an dessen Spitze de
Baron von Hoghvoorst stand; das Hissen der brabanter Fahne au
den Regierungsgebäuden konnte als Zeichen dafür angesehen werde

Die Parteien.

daß man eine völlige Trennung von Holland verlange. Doch zählt
immerhin die Personalunion noch viele Anhänger, und die Gegne
waren unter sich noch sehr getheilt. Eine kleine Schaar, vo
Gendebien, Potters Freunde, geführt, nahm den Anschluß an Frank
reich in Aussicht; unter den Liberalen waren nicht Wenige der Grün
dung einer Republik geneigt; bei den Clericalen herrschte der Wunsc
vor, eine selbständige Monarchie herzustellen. Diese Spaltung hätt
einem ehrlichen Versuche auf Grund der Personalunion das Gelinge
beinah mit Sicherheit verbürgt. Davon überzeugte sich der ältest

Des Prinzen von Oranien Vermittelungsversuch.

Sohn des Königs, der Prinz von Oranien, der am 31. August mi
einer kleinen Armee vor Brüssel anlangte. Er verzichtete auf sei

anfängliches Verlangen, an der Spitze der Truppen in die Stadt einzumarschieren, hielt seinen Einzug am 1. September ohne militärische Begleitung und vereinbarte mit einer Notabelnversammlung die Einführung der Personalunion. Um sie seinem Vater zu empfehlen, reiste er am 3. September nach dem Haag zurück. Dort fand er aber nicht die Entschlossenheit zum Nachgeben, die zum Gelingen erforderlich war. Zwar berief der König die Generalstaaten auf den 13. September und legte ihnen die Trennung Belgiens von Holland vor; aber eine Empfehlung konnte man die Art, in welcher es geschah, nicht nennen. Dazu kam, daß in Holland eine lärmende und maßlose Agitation gegen die Belgier sich erhob, daß des Königs zweiter Sohn, Prinz Friedrich, in Antwerpen an der Spitze eines Heeres eine drohende Stellung einnahm, daß endlich in Belgien selbst mit den Erfolgen die Forderungen wuchsen. Bis auf zwei, drei feste Plätze, Antwerpen, Maastricht, die Citadelle von Gent, war das ganze Land in den Händen der Aufständischen. In manchen Gegenden traten republikanische Gedanken offener zu Tage, als in Brüssel geschehen war; aber auch in die Hauptstadt verpflanzten sich diese Bestrebungen durch zahlreiche Zuzügler, welche aus allen Theilen des Landes und aus Frankreich dahin zusammenströmten.

Der Centralausschuß.

Der Bürgerausschuß machte schon am 20. September einem radicaler gefärbten Centralausschuß Platz, in dem Vertreter aller Parteien, welche die Trennung von Holland wollten, Hooghvorst, Vandeweyer, Gendebien, Graf Mérode, Rogier und auch der eben zurückgekehrte de Potter saßen.

Prinz Friedrich in Brüssel.

Inzwischen war Prinz Friedrich mit 10,000 Mann vor Brüssel angekommen und verlangte in einer drohenden Proclamation, die er ohne höheren Befehl erließ, Unterwerfung. Statt dessen entband der Centralausschuß alle Belgier im königlichen Heere ihres Eides und berief fremde Offiziere, besonders den französischen General Mellinet und den Spanier van Halen, zur Organisirung des bewaffneten Widerstandes. Diese vermochten zwar nicht zu hindern, daß Prinz Friedrich am 23. in Brüssel einrückte und das Schloß sammt einigen Hauptstraßen besetzte.

Seine Niederlage.

Als er aber in die Seitengassen einrücken wollte, stieß er überall auf Barricaden, und es entspann sich nun ein dreitägiger Straßenkampf, der mit solchen Verlusten für die Holländer verbunden war, daß der Prinz, zumal ihm auch die Munition auszugehen begann, in der Nacht vom 26. auf den 27. die Stadt wieder räumte. Dieses Ereigniß hatte die letzte Brücke der Verständigung zerstört;

Die Personalunion.

es nützte Nichts mehr, daß am 28. September die Generalstaaten in die Personalunion willigten, daß König Wilhelm ihren Beschluß am 4. October bestätigte, daß der Prinz von Oranien zur Durchführung desselben als Statthalter in Antwerpen erschien und eine Bereitwilligkeit, sich den Forderungen des Centralausschusses anzubequemen, an den Tag legte, die ihm sogar die Ungnade des Königs zuzog. Die Personalunion war jetzt bereits ein überwundener, völlig unmöglicher Standpunct.

Der Nationalcongreß.

Der Centralausschuß schrieb Wahlen zu einem Nationalcongreß aus und gab die Regelung der künftigen Verhältnisse anheim. Am 10. No-

vember trat er zusammen. Wider Erwarten und besonders zu
Potters großer Enttäuschung zählte er nur sehr wenige republikani
Gesinnte; denn nachdem er am 18. November die Unabhängigke
Belgiens erklärt, entschied er sich am 22. mit 174 gegen 13 Stimme
für die constitutionelle Monarchie, von der aber durch einen Beschl
vom 24. November das Haus Oranien ein für alle Male ausg
schlossen sein sollte. Dadurch erfuhren die Verhältnisse eine wesentlic
Klärung, um so mehr, als auch die Gendebien'sche Partei, die de
Anschluß an Frankreich wollte, auf eine Anfrage in Paris ei
unbedingt ablehnende Antwort erhalten hatte, da Louis Philipp d
eben gewonnenen guten Beziehungen zu den fremden Cabinette
nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen entschlossen war. Die Frag
wem man die belgische Krone übergeben solle, war freilich ei
sehr schwierige; allein vor der Hand drängte ihre Lösung nich
denn der Congreß war entschlossen zur Königswahl nicht eher z
schreiten, als bis er eine neue Verfassung berathen habe, und die
Aufgabe war umfangreich genug, um noch Monate in Anspruch z
nehmen.

Unabhängigkeitserklärung.

König Wilhelm hatte sich mittlerweile an die Großmächte al
die Bürgen der Verträge von Paris und Wien gewandt, um vo
ihnen wieder in den alten Besitzstand zurückgeführt zu werden. Allei
er fand hier keine sonderlich günstige Aufnahme. Nur Kaiser Nikolau
war im ersten Augenblick entschlossen marschieren zu lassen und b
dem englischen Cabinet 60,000 Mann nach den Verträgen vo
Chaumont, Paris und Aachen an. Aber Wellington, der damals no
Premierminister war, hielt zwar den Sieg der belgischen Revolutio
für eine „verteufelt schlimme Geschichte", konnte jedoch nicht im En
ferntesten daran denken, sie mit den Waffen rückgängig zu machen
schon am 16. November mußte er überdies, wie früher erzählt, seine
Platz dem Earl Grey und den Whigs räumen, deren Parteigrund
sätze ein Einschreiten gegen den belgischen Congreß von vorn herei
ausschlossen. Für Oestreich und Preußen war und blieb die Erhaltun
des europäischen Friedens der leitende Gesichtspunct; in Berlin konnt
man überdies keine sonderlichen Sympathien für die Oranier haben
die in Sachen der Rheinschifffahrt dem preußischen Cabinet ste
gehässig und kleinlich entgegen getreten waren; in Wien war ma
der Ansicht, daß König Wilhelm sein Unglück Niemandem als si
selbst zuzuschreiben habe; er gehöre leider zu den Menschen, die Nicht
lernten und Nichts vergäßen. Dennoch hätte man beider Orten woh
nicht so schnell auf die Einmischung verzichtet, wenn man nicht ge
fürchtet hätte, dadurch Frankreich zur Unterstützung der Belgier z
treiben und so aus einem Schornsteinbrand eine Feuersbrunst z
machen. Das französische Cabinet schenkte natürlich dem Aufstand
seinen vollsten Beifall, war aber gern bereit den Grundsatz de
Nichteinmischung, welchen es im Gegensatz zu dem Verfahren de
heiligen Allianz in das europäische Völkerrecht einzuführen suchte
auch hier zu befolgen, vorausgesetzt natürlich, daß auch die andern
Großmächte so handelten. Der endliche Sieg der belgischen Sach

Die Großmächte.

war dadurch fast unbedingt gewährleistet, daß die Bevölkerung der aufständischen Provinzen derjenigen Hollands etwa doppelt überlegen war.

So vereinigten sich denn die Großmächte zwar ziemlich schnell dahin, dem Ersuchen König Wilhelms durch die Bildung einer Gesandtenconferenz in London zu entsprechen; aber der erste Beschluß, welchen diese faßte, zeigte schon, daß von einer gewaltsamen Unterwerfung der Belgier nicht die Rede sein solle. Am 4. November wurde den beiden Parteien der Abschluß eines Waffenstillstandes auferlegt. Die Feindseligkeiten, die bisher vorgefallen waren, kamen theils thatsächlich, theils moralisch den Belgiern zu Gute. Sie hatten unter Mellinet Ende October die Feinde bei Barchem zurückgedrängt und den holländischen General Chassé zum Rückzug aus der Stadt in die Citadelle von Antwerpen genöthigt. Daß er von dort aus die Stadt aus 700 Kanonen mehrere Stunden bombardiren ließ, traf zwar unendliche Verluste, schadete aber als eine barbarische Maßregel den Holländern ungemein in der öffentlichen Achtung. Die Belgier dagegen befestigten ihre Stellung sowohl durch die Wahl eines gemäßigten Mannes, des Grafen Surlet de Chokier, zum Congreßpräsidenten, als durch die Annahme einer monarchischen Staatsform sehr wesentlich. So that denn die londoner Conferenz schon am 20. December den entscheidenden Schritt und erkannte die Unabhängigkeit Belgiens grundsätzlich an. Damit waren die Fragen, die fernerhin zu lösen blieben, auf drei Hauptpuncte zusammengedrängt; es handelte sich um die künftige Grenzlinie, es handelte sich um den Antheil Belgiens an der bisherigen gemeinsamen Schuld, und es handelte sich um die Person des neuen Monarchen. Erst in zweiter Linie standen Fragen wie die wegen der Schifffahrt auf der Schelde, wegen der Entschädigung des deutschen Bundes, dem ja Luxemburg bisher angehörte, wegen der Schleifung einiger Festungen an der französischen Grenze, die man in Paris wünschte. In Bezug auf die künftige Grenze und den Antheil Belgiens an der gemeinsamen Staatsschuld zeigte sich nun die Conferenz sehr wohlwollend gegen Holland. In den sog. Grundlagen für die Trennung (vom 20. und 27. Januar 1831) überwies sie Holland die Grenzen von 1790 und das ganze Luxemburg und schrieb Belgien $^{16}/_{31}$ von der Schuldenlast zu. Holland ging darauf ein, in Brüssel aber lehnte man diese Grundlagen ab. Die Frage blieb also in der Schwebe und trat für den Augenblick zurück gegen das Interesse, welches die Königswahl erweckte. Von den Candidaten, die überhaupt genannt worden waren, durfte der Prinz von Oranien jetzt für beseitigt gelten; auch dem Prinzen Leopold von Coburg, der sich durch die ...ung der griechischen Krone viel Feinde gemacht hatte, gab man ...el Aussicht; England zeigte sich lau, der französische Minister ...ami drohte mit Krieg, wenn jener einen Fuß auf belgischen ... setze. Dagegen galten als ernstliche Bewerber Louis Philipps ... Sohn, der Herzog von Nemours, und der Stiefenkel Napo... der Herzog August von Leuchtenberg, ein Sohn Eugen

Die Londoner Conferenz.

Waffenstillstand.

Bombardement von Antwerpen.

Das Protokoll vom 20. December.

Die Grundlagen der Trennung.

Die Königswahl.

Beauharnais'. Nemours' Name war schon im October in den Vordergrund getreten; allein damals hatte sein Vater seine Zustimmung unbedingt verweigert, um es nicht mit den Großmächten zu verderben. Als aber Leuchtenbergs Bewerbung Aussicht auf Erfolg gewann — eine Möglichkeit, die dem Bonapartismus in Frankreich neue Nahrung hätte zuführen können — ließ Louis Philipp offen erklären, daß er dieser niemals zustimmen werde, und ließ insgeheim mittheilen, daß er unter solchen Umständen Nemours' Erhebung zulassen wolle. Ernstlich vertreten wollte er sie aber auch jetzt nicht; er wußte, daß die londoner Conferenz sie für unzulässig erklären würde, und es lag ihm nur daran, die Wahl Leuchtenbergs zu verhindern und einen Trumpf gegen sie in die Hand zu bekommen. Das gelang ihm vollkommen. Am 3. Februar 1831 nahm der Congreß die Wahl vor, und mit einer Stimme Mehrheit wurde Nemours erkoren. Auf die erste Kunde davon legte die londoner Conferenz am 7. Februar ihr Veto ein, das englische Ministerium zeigte sich zum Kriege bereit und Louis Philipp zögerte in Folge dessen nicht, trotz der großen Mißstimmung, welche dieser Schritt in Frankreich hervorrief, am 17. Februar die Annahme der Krone für seinen Sohn abzulehnen.

Die belgische Verfassung. Es war derselbe Tag, an welchem der Congreß die Berathung der Verfassung durch einstimmige Annahme derselben beendete. Da nun die Hoffnung, gleichzeitig einen König gefunden zu haben, gescheitert war, so übertrug man einstweilen dem Baron Surlet de Chokier als Reichsverweser die Würde und Machtvollkommenheit des Staatsoberhauptes und machte sich daran, einen neuen Candidaten zu suchen.

Leopold von Coburg. England und Frankreich vereinigten sich jetzt, um Leopold von Coburg zu empfehlen, der dem Hause der Orléans nach seiner Wahl durch die Vermählung mit Louis Philipps Tochter Louise näher treten sollte. Im April begab sich im Auftrage des belgischen Ministeriums eine Deputation von vier Congreßmitgliedern nach London, um den Prinzen vertraulich zu befragen, ob er eine Wahl des Congresses auf Grund der belgischen Verfassung annehmen werde. Die Antwort fiel trotz der Bedenken, welche der demokratische Grundzug dieser Verfassung erregte, zustimmend aus, doch unter der Voraussetzung, daß die londoner Conferenz ihre ungünstigen Januar-Beschlüsse in der Grenz- und der Schuldfrage noch ändern würde. Daraufhin erwählte der belgische Congreß den Prinzen am 4. Juni mit 152 gegen 44 Stimmen und schickte alsbald Commissäre an die londoner Conferenz, um jene Aenderungen vorzuschlagen. Deren Bemühungen waren nicht erfolglos; am 26. Juni wandelte die Conferenz das

Die 18 Artikel. Januarprotokoll in die sog. 18 Artikel um, welche die Luxemburger Frage offen ließen und die Schulden so ordneten, daß jeder Theil die übernehme, welche er vor der Vereinigung getragen, und daß der Rest nach einem billigen Verhältniß getheilt werden solle. Am nächsten Tage empfing Leopold eine Deputation des Congresses, die schon seit drei Wochen in London wartete, und nahm die Krone unter der Bedingung an, daß der Congreß die 18 Artikel genehmige. Nachdem dies nach einer achttägigen stürmischen Debatte geschehen

war, verließ er England und hielt am 21. Juli seinen Einzug in Brüssel.

Es fehlte jedoch noch viel daran, daß damit die belgische Frage gelöst war. Holland hatte den Januar-Bedingungen zugestimmt, die 18 Artikel verwarf es mit größter Entschiedenheit. Ja es kündigte den Waffenstillstand vom 4. November 1830 und ließ am 4. August 50,000 Mann über die Grenze rücken. Die belgische Armee war in schlechter Verfassung; ein Theil, die Maas-Armee unter General Daine, löste sich ohne Kampf völlig auf; mit dem andern, der Schelde-Armee, mußte Leopold selbst auf Löwen zurückweichen. Es blieb ihm Nichts übrig, als die Hülfe Frankreichs anzurufen, die bereitwilliger gewährt als erbeten wurde. Uebrigens erreichte sie ihren Zweck augenblicklich; am 10. August rückte General Gérard in Belgien ein, schon am 13. kehrten die Holländer nach Holland zurück und fügten sich 10 Tage später in einen neuen Waffenstillstand, den die Conferenz bis zum 10. October beiden Theilen auferlegte. Aber wenn die nächste Gefahr damit beseitigt war, so hatte sich die Lage des neuen Königreichs durch diesen kurzen Zwischenfall doch sehr verschlechtert. Hollands Muth und Widerstandskraft war gesteigert; die Abänderungen, die es an den 18 Artikeln verlangte, ließen sich schwerer verweigern. England war höchst unwillig über den Einmarsch der Franzosen; auch Leopold mußte ihre schleunigste Entfernung wünschen, da er hörte, daß Louis Philipps Vertreter in London, der alte Talleyrand, der schon im Januar vergeblich die Abtretung der Festungen Philippeville und Marienburg als Entgelt dafür gefordert hatte, daß Frankreich für die Wahl Leopolds wirke, jetzt Versuche mache, Preußen und Holland zu einer Theilung Belgiens unter diese drei Mächte zu verlocken, und da das französische Cabinet ihm selbst lästig wurde durch einen Vertrag, den es ihm am 8. September abpreßte und der ihn zur Schleifung von 5 bestimmten Festungen verpflichtete. Erst nach Abschluß dieses Vertrages begannen die Franzosen, lebhaft von England und den andern Großmächten gedrängt, den Rückmarsch, und die londoner Conferenz machte sich daran, die Grenz- und Schuldenfrage zum dritten Mal zu regeln. Das Ergebniß war für Belgien wesentlich schlechter. Die 24 Artikel vom 6. October 1831 überwiesen die größere östliche Hälfte von Luxemburg an Holland und nahmen Belgien auch noch Theile von Limburg; in Bezug auf die Staatsschulden aber legten sie dem neuen Königreich die Pflicht auf, jährlich 8,4 Mill. Gulden als Zinsen an Holland zu zahlen. Dennoch verweigerte das letztere von Neuem seine Zustimmung und gab dadurch Belgien wieder einen Vorsprung. Dieses trat nämlich den 24 Artikeln in einer Form bei, welche ihm [illegible]h die Anerkennung der Großmächte verschaffte. Jene Artikel [illegible]n in die Gestalt eines Vertrages gebracht, welchen die Con[illegible]mächte mit Leopold schlossen; binnen zwei Monaten vom 15. No[illegible]r ab sollte derselbe ratificirt werden. Durch eine neue „Kabbelei" [illegible]reichs, um mit Palmerston zu sprechen, wurden jedoch noch [illegible] Schwierigkeiten geschaffen. Mit dem Hauptvertrage zugleich

Der holländische August-Feldzug.

Einrücken der Franzosen.

Französische Pläne.

Der Festungsvertrag.

Die 24 Artikel.

Die Festungsfrage.

sollte der über die Schleifung gewisser Festungen unterzeichnet werden. Sämmtliche Großmächte waren über die Dienlichkeit solcher Schleifungen einig: Frankreich, weil die fraglichen Plätze zu seiner Bändigung errichtet waren; die übrigen Staaten, weil die Zahl derselben für Belgiens Heer und Finanzen zu groß war und deshalb im Kriegsfall eine Ueberrumpelung leicht hätte gelingen können. Ueber die Auswahl der Plätze, welche geschleift werden sollten, behielten sich nun aber zu Louis Philipps größtem Verdruß die andern Mächte die alleinige Entscheidung vor, und als er durch den erwähnten Festungsvertrag, den er am 8. September mit Leopold abgeschlossen, sich mittelbar einen Einfluß erschleichen wollte, verwarf die londoner Conferenz am 14. December 1831 die darin getroffene Auswahl und bezeichnete zum Theil andere Festungen. Aus Aerger und in der Hoffnung, seinen Willen doch noch zu erzwingen, verweigerte nun der französische König die Ratification des Vertrages vom 15. November und fügte sich erst, als er sah, daß Leopold trotz des besten Willens keine Aenderung durchsetzen konnte, und als in den Vertrag die Clausel aufgenommen wurde, daß Belgien durch denselben zu den übrigen Großmächten in kein andres Verhältniß als wie zu Frankreich trete.

Anerkennung Belgiens durch die Großmächte.

So wurde Belgien am 31. Januar 1832 von England und Frankreich, in den nächsten Monaten von Oestreich, Preußen und Rußland anerkannt; von den beiden deutschen Mächten unter Vorbehalt der Rechte des deutschen Bundes auf Luxemburg. Preußen hegte dabei wohl noch die stille Hoffnung, es werde ihm vielleicht gelingen, wenigstens die Festung mit dem nächsten Gebiet für sich zu gewinnen. Um diesen Preis hätte es wohl auch die Abtretung von Philippeville und Marienburg an Frankreich zugelassen. Aber grade deshalb wollte England von einem solchen „Abknabbern" Nichts wissen. Wenn diese großen Mächte einmal Blut geleckt haben, meinte Palmerston, werden sie nie mit Einem Biß zufrieden sein, sondern sehr bald das ganze Schlachtopfer verschlingen. — Holland setzte, auch verlassen von den Großmächten, seinen Widerstand fort. Fast ein Jahr hindurch wurde mit ihm seitens der Conferenz bald mehr, bald weniger lebhaft verhandelt; König Leopold ging nach längerem Zögern und einem Ministerwechsel sogar auf directe Verhandlungen über nochmalige Abänderung der 24 Artikel ein. Als Holland auch diese ablehnte, beschloß die Conferenz am 1. October 1832 Zwangsmaßregeln. Die Ostmächte hätten sich gern auf finanzielle beschränkt; England und Frankreich aber, die vor Allem Antwerpen befreit sehen wollten, dessen Citadelle noch immer von Chassé besetzt war, schlossen am 22. October einen Vertrag, der auch die Anwendung von Waffengewalt vorsah. In einem Ultimatum forderten sie von Holland und Belgien die gegenseitige Räumung aller der Gebietstheile, welche sie den 24 Artikeln zuwider besetzt hielten, und legten, als Holland diese Forderung ablehnte, nicht allein Beschlag auf die holländischen Schiffe in ihren Häfen, sondern blokirten auch die holländische Küste und ließen ein französisches Corps unter Gérard auf Antwerpen vor-

Zwangsmaßregeln gegen Holland.

rücken. Ueber einen Monat hielt Chassé Stand, dann mußte er am 23. December capituliren und wurde mit der Besatzung kriegsgefangen nach Frankreich geführt; die Execution der beiden Mächte — denn den Ausdruck Krieg vermied man sorgfältig — war aber damit noch nicht erschöpft; zwei Forts, Lillo und Liefkenshoek, welche den freien Verkehr auf der Schelde sperrten, verteidigten sich hartnäckig und kamen erst im Mai 1833 in die Hände der Belgier, als der König von Holland angesichts der Vergeblichkeit weiteren Widerstandes nachgab und am 21. Mai eine Convention mit den Westmächten schloß, worin er sich zu einem Vertrage mit Belgien bereit erklärte und bis zum Abschluß desselben den Frieden nicht weiter zu stören versprach. Die Schifffahrt auf der Maas und Schelde wurde sogleich freigegeben, in Bezug auf Luxemburg und Limburg aber der zeitweilige Besitzstand bis zum Abschluß des endgültigen Vertrages aufrecht erhalten. Damit konnte Belgien sehr wohl zufrieden sein, und es war ihm kaum erwünscht, als endlich im März 1838 die Halsstarrigkeit des Königs von Holland durch die augenscheinlichen Nachtheile, in welche er sein Land stürzte, so weit bezwungen wurde, daß er Verhandlungen über den Frieden mit dem Nachbarstaate begann. Jetzt sträubte sich Belgien nach Kräften dawider, die besetzten Theile von Luxemburg und Limburg herauszugeben; allein dem einmüthigen Willen der Großmächte mußte es weichen. Auch so aber brachte ihm der endgültige Frieden vom 19. April 1839 noch bedeutende Vortheile gegenüber dem Vertrage vom 15. November 1831 (den 24 Artikeln); denn die Rente, die es Holland danach zu zahlen verpflichtet war, wurde von 8,4 auf 5 Millionen Gulden herabgesetzt und der ganze Rückstand bis zum 1. Januar 1839 überhaupt gestrichen. Wilhelm I. aber, der König von Holland, hatte wohl Anlaß, mißmuthig und mit sich selbst unzufrieden zu sein. Der Herrschaft überdrüssig entsagte er 1840 dem Throne zu Gunsten des Prinzen von Oranien, der als Wilhelm II. bis 1849 regierte und mit Belgien ein freundschaftliches Nachbarverhältniß anzuknüpfen beflissen war.

Belagerung von Antwerpen.

Beendigung der Feindseligkeiten.

Der Vertrag von 1839.

Die polnische Revolution.

Die Lage Polens unter Alexander.

Fast neun Jahre waren somit erforderlich gewesen, um die Früchte der belgischen Revolution zu sichern und dem neuen Staatswesen, das sie schuf, auch die allgemeine rechtliche Anerkennung zu erwerben. Daß dieses Staatswesen aber seine thatsächliche Existenz sich erkämpfen konnte, das hatte es zum guten Theil dem gleichartigen, aber minder glücklichen Ringen eines andern Volkes im Osten ...s zu danken, dem Aufstande der Polen. Weder Rußland, ...lbst Preußen und Oestreich hätten sich in die Zertrümmerung ...nigreiches der Niederlande so leicht gefügt, wenn nicht neben ...fahr eines Krieges mit Frankreich als drohendes Gespenst der ...e gestanden hätte, daß mit Frankreichs Hülfe die Insurrection ...len eine drohende Macht gewinnen könne. Die Lage Polens ... mit der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus bedeutend

verschlechtert. Alexander hatte dem Lande die Bedingungen gehalten, unter denen er es auf dem wiener Congreß empfangen hatte. Als selbständiges Königreich war es mit Rußland nur durch Personalunion verbunden; Heer, Finanzen, Verwaltung waren gesondert. Eine Verfassung, welche der königlichen Macht allerdings nicht gar zu enge Grenzen zog, war 1817 in Wirksamkeit getreten. Sie knüpfte die Gültigkeit der Gesetze an die Zustimmung des Reichstages, der alle zwei Jahre, freilich nur für 14 Tage, zusammentreten sollte. Er bestand aus dem Senat, dessen 30 Mitglieder der König auf Lebenszeit ernannte, und den Landboten, die, 60 an der Zahl, von dem Adel gewählt wurden. Die oberste Regierungsgewalt stand dem Statthalter zu und wurde von diesem durch den Verwaltungsrath ausgeübt. Alle öffentlichen Aemter durften nur von Polen, nicht von Russen, bekleidet werden. Der segensreichen Wirksamkeit dieser wohlgemeinten und trotz ihrer Beschränkungen brauchbaren Verfassung stellten sich jedoch von Anfang an viele Hindernisse in den Weg, zum Theil schwer besiegbare. Der alte Nationalhaß zwischen Russen und Polen, den eine Geschichte von Jahrhunderten groß gezogen hatte, dauerte ungeschwächt fort; die Hoffnungen des unterdrückten Volkes auf eine Wiedergeburt, auf eine Rückkehr der früheren uneingeschränkten Selbständigkeit, waren auch nach den Enttäuschungen, welche Napoleons Politik ihm bereitet, nicht geschwunden. Die beste, weiseste, freisinnigste Regierung hätte ihm von Rußlands Herrscher geboten werden können; sie würde doch die Sehnsucht der Patrioten nicht gestillt, das Verlangen nach Unabhängigkeit nicht verdrängt haben. Und doch fehlte diesem Verlangen auf der andern Seite jede Fähigkeit, zur Wirklichkeit zu werden. Sociale Zustände, so verrottet wie nirgends sonst in Europa, fraßen an dem Mark des Volkes und zehrten seine politische Lebenskraft, die schon vor Jahrzehnten zu gering zu einem selbständigen Dasein gewesen war, vollends auf. Ein wohlhabender nationaler Mittelstand fehlte durchaus; Handel, Industrie und Gewerbe lagen zumeist in der Hand der Juden; ohne Mitgefühl für die nationale Sache, ohne den geistigen Schwung, welcher ihre Glaubensgenossen in andern Ländern auszeichnet, nur auf Erwerb bedacht, zehrten diese an dem Wohlstande des Landes und sammelten zugleich mit ihren Reichthümern eine untilgbare Summe von Haß und Verachtung an. Noch schlimmer sah es um den Bauernstand aus; er schmachtete noch in den Banden ungemilderter Leibeigenschaft; neben der Autorität seines Herrn kannte er nur die des Priesters; weiter reichte sein Gesichtskreis nicht; seine leiblichen Bedürfnisse waren gering wie seine geistigen; im Branntweingenuß vergaß er alle Sorgen des Lebens. Aus dem Adel ragten manche Geschlechter durch Umfang des Besitzes und altberühmte historische Namen hervor; die große Mehrzahl war von mäßigem Wohlstande und mäßiger Bildung. Allen gemein war ein tiefgewurzelter Stolz auf ihren Stand, die lebhafte Erinnerung an die geschwundene politische Bedeutung, ein glühender Patriotismus, in dem sich wahre Vaterlandsliebe mit selbstsüchtigem Standesinteresse

unmerkbar verschmolz, selbstgenügsame Unbotmäßigkeit, persönliche Tapferkeit, ja waghalsiger Muth. Von den Ideen, welche die französische Revolution zur Geltung gebracht hatte, war dieser Adel lebhaft erfaßt worden; doch hatten sie bei den meisten seiner Mitglieder keine tiefen Wurzeln geschlagen; wenige dachten den Grundsatz der Gleichheit und Freiheit auch auf ihre Unterthanen zu übertragen und verwarfen die Leibeigenschaft; den meisten bestand das Princip der Demokratie nur in der Gleichberechtigung des kleinen Adels mit dem großen. Doch gab es auch eine wirklich demokratische Partei im Lande; nur war sie an Zahl und Einfluß sehr klein; sie setzte sich aus der Minderheit des Adels, aus Offizieren und Beamten, und aus den wenigen polnischen Kaufleuten und Industriellen von Besitz und Bildung zusammen; von Bedeutung für die Verhandlungen auf dem Reichstag wurde sie nicht. Auf diesem herrschte ausschließlich der Adel; daß er nicht russenfreundlich gesinnt war, versteht sich nach allem Gesagten von selbst; allein da ihm Nichts mehr am Herzen lag, als seine alleinige Herrschaft zu bewahren, und da der Reichstag dazu ein brauchbares Mittel war, so hielt er diese Institution und überhaupt die Verfassung, welche russische Beamte aus dem Königreich ausschloß, hoch, und faßte eine gewaltsame Losreißung von Rußland gar nicht ins Auge. Insofern standen also die Sachen für letzteres recht günstig; aber diese Gunst wurde nicht allein nicht benutzt, sondern leichtsinnig verscherzt. Alexander hatte seinen Bruder Constantin als Oberbefehlshaber der polnischen Truppen nach Warschau geschickt; äußerlich liebäugelte derselbe in jeder Weise mit den Polen und stellte sich, besonders nach seiner Vermählung mit der Gräfin Grudzinska, als ob er selbst ein Pole wäre. In Wirklichkeit aber suchte er dem russischen Einfluß auf die plumpste und gehässigste Weise Bahn zu brechen. So bewirkte er die Anstellung zahlreicher Russen, die sich zum Schein erst in Polen nationalisiren lassen mußten; er überschwemmte das Land mit einem Heere von Spionen und geheimen Agenten; er beging selbst Willkürlichkeiten und Grausamkeiten aller Art und sorgte dafür, daß seine Günstlinge, die desgleichen thaten, ungestraft blieben. Alles das erbitterte den Adel und führte ihn zu einer Opposition auf den Reichstagen, die Alexander bald sehr schmerzlich empfand und auf die er mit einschränkenden Maßregeln, mit Beeinflussung der Wahlen, mit Aufhebung der Preßfreiheit antwortete. Doch betrachtete er bei alle dem die Constitution immer noch wie sein eigenes Werk und liebte sie als solches, so daß der Gedanke, zum Absolutismus zurückzukehren, schwerlich jemals bei ihm zur That geworden wäre. Diese rein persönliche Stimmung seines Bruders theilte Kaiser Nikolaus natürlich nicht; er bekam aber gleich beim Beginn seiner Regierung auch noch einen directen Anlaß, gegen die Polen mißtrauisch zu werden. Die Untersuchungen, welche gegen die Dekabristen eingeleitet wurden, ergaben, daß diese auch mit geheimen polnischen Gesellschaften in Verbindung gestanden hatten, deren Haupt der Fürst Jablonowski war. In Folge dessen wurden einige Personen gefänglich eingezogen und erst vor ein Militär-

Großfürst Constantin.

Kaiser Nikolaus.

gericht, dann — als darüber als über einen Bruch der Verfassung lebhafte Beschwerden laut wurden — vor den Senat gestellt. Dieser sprach sie im October 1828 frei, so zweifellos auch ihre Schuld war. Das sah Nikolaus mit Recht als eine Herausforderung an und glaubte sich nun um so eher Mißachtungen der Verfassung erlauben zu dürfen. Die Einberufung des Reichstages war so schon unter allerlei Vorwänden unterblieben, und auch die feierliche Krönung wurde bis in den Februar 1829 hinausgeschoben. Das gab denn andrerseits der nationalen Opposition wieder neue Nahrung; verschiedene Verschwörungen wurden angezettelt, so 1828 beim Ausbruch des Türkenkrieges, 1829 bei der Anwesenheit des Kaisers in Warschau, bei welcher Gelegenheit man ihn und sämmtliche Prinzen seines Hauses ermorden wollte; beide Male unterblieb jedoch selbst der Versuch zur Ausführung. Dagegen schlossen sich die Parteien jetzt enger aneinander: die Aristokraten, geführt von Adam Czartoryski, einst dem vertrauten Freunde Alexanders, die Demokraten mit Joachim Lelewel an der Spitze, einem gelehrten Kenner des Alterthums, dem seine Grundsätze seine Professur an der Universität Wilna gekostet hatten. Während die erste Partei in Rücksicht auf die militärische Macht Rußlands die Personalunion nicht antasten und nur die Befolgung und Verbesserung der Constitution erstreben wollte, träumte die andre von vollständiger Unabhängigkeit Polens wohl gar in den Grenzen von 1772, und wollte zur Erreichung dieses Zieles sich die Mitwirkung der Bauern durch Aufhebung der Leibeigenschaft sichern. Trotz der Verschiedenheit dieser Bestrebungen fehlte es doch nicht an Bindegliedern zwischen beiden Parteien und besonders die Aristokraten Niemcewicz und Niemojewski, die demokratischen Grafen Roman Soltyk und Ostrowski waren als Mittelsmänner von Bedeutung.

Verschwörungen.

Czartoryski und Lelewel.

Einwirkung der französischen und belgischen Revolution.

Ohne die Juli-Revolution würde ohne Zweifel die Anschauungsweise der Aristokraten die herrschende geblieben sein und die Demokraten hätten sich, allein zum gewaltsamen Losbruch zu schwach, ihr anbequemen müssen. Aber die pariser Vorgänge, denen vier Wochen später der brüsseler Aufstand folgte, der allgemeine Glaube, Nikolaus werde beider Orten mit den Waffen für die Verträge von 1815 eintreten, die überschwänglichen Hoffnungen, welche sich in erregbaren Gemüthern an einen solchen Krieg, der riesige Ausdehnungen annehmen konnte, knüpfen mußten, Alles das gab plötzlich den Demokraten ein entschiedenes Uebergewicht. Die Möglichkeit, daß Nikolaus grade das polnische Heer nach Frankreich schicken werde, trieb zur Eile, denn im Heere, unter den Offizieren, waren grade die Heißsporne der Umsturzpartei. Zu einer gründlichen Vorbereitung des Aufstandes ließ man sich nicht die Zeit, einen anerkannten Führer hatte man nicht; mehrere Generale, an die man sich wandte, wollten sich vor der Hand auf Nichts einlassen, ohne doch von dem Vorhaben abzurathen. Mit unglaublicher Unvorsichtigkeit traf man die Vorbereitungen; schon deshalb war es rathsam nicht lange zu zögern, denn jeden Tag konnte Alles entdeckt werden. Ging doch der Uebermuth einzelner Mitwisser so weit, daß sie an des Großfürsten Constantin Lustschloß

Der Aufstand in Warschau.

einen Zettel hefteten mit der Inschrift: Von Neujahr ab zu vermiethen! Die Häupter der Verschwörung waren untergeordnete Personen, einige Schriftsteller, einige Offiziere, der thätigste von ihnen Peter Wysozki, ein Gardeleutnant. Studenten und Soldaten, besonders die Zöglinge der Unterfähnrichsschule, waren ihre nächsten Mitwisser und Gehülfen. Kurz vor dem Losbruch wurden die sämmtlichen polnischen Offiziere der Garnison ins Geheimniß gezogen. Am Abend des 29. November um 6 Uhr gab der Brand einer Brauerei das verabredete Zeichen zum Beginn. Ein Häuflein von 20 Mann eilte nach Schloß Belvedere, wo Constantin sich aufhielt; mit dem Rufe: Nieder mit dem Tyrannen! drangen sie ein, stachen die Wachen, den Vicepräsidenten Lubowidzki, den General Gendre nieder, und hätten auch den Großfürsten niedergemacht, wenn nicht ein Kammerdiener durch das Verriegeln einer Thür ein paar Minuten gewonnen hätte, während welcher Constantin sich in eine Dachkammer rettete. Ein andrer Haufe stürmte mittlerweile das Zeughaus und vertheilte die Tausende von Gewehren, welche man dort fand, unter die Menge, die von einigen der Verschworenen mit begeisterten Worten zum Kampfe entflammt wurde. Weniger glücklich entledigte sich Wysozki der Aufgabe, die ihm zugefallen war; die russischen Regimenter, die er mit seinen 160 Fähnrichen entwaffnen wollte, standen vor ihren Kasernen zum Kampfe bereit und schlugen ihn zurück. Zu einem entschiedenen Angriff schritten sie nicht, da ihre Oberoffiziere nicht zur Stelle waren, sondern auf dem Wege nach den Kasernen vom Volke gefangen oder niedergemacht wurden. Nach einigen Stunden ruhte der Kampf; Morgens am 30. wurde er noch einmal aufgenommen, aber sehr bald auf Constantins Befehl abgebrochen. Dieser hatte sich aus der Stadt nach dem Dorfe Wirzba geflüchtet. Dort überredete ihn sein Adjutant Zamoyski, das Ganze sei nur ein Pöbelexceß, der aus dem Gerüchte entstanden sei, die Russen wollten die Stadt anzünden; um dies Gerede zu widerlegen, solle der Großfürst die Truppen aus der Stadt zurückziehen, dann werde Alles zur Ordnung zurückkehren. Die Verderblichkeit dieses vielleicht bewußt hinterlistigen Rathes zeigte sich bald. Ein großer Theil der polnischen Truppen blieb ohne Befehl in der Stadt zurück; die Aufständischen wurden sich ihres Sieges bewußt und begannen sich zu organisiren; vergebens suchte der Finanzminister Fürst Lubezki, das hervorragendste Mitglied des Verwaltungsrathes, dadurch, daß er die Führer der Aristokraten zum Eintritt in diese Behörde aufforderte, die Leitung der Ereignisse in die Hand zu bekommen. Die Demokraten, welche in dem patriotischen Verein unter Lelewels Präsidium [illegible]n Parteiorgan geschaffen hatten, forderten die völlige Beseitigung [illegible]erwaltungsrathes und die Einsetzung einer provisorischen Re[illegible]g. Als eine Deputation, die am 2. December zu Constantin [illegible]zog, von diesem nichts Andres erlangen konnte, als eine Ver[illegible]g an Nikolaus, als die polnischen Regimenter, welche dem [illegible]ürsten bis dahin noch treu geblieben waren, in die Stadt [illegible]hrten, als die Nachrichten aus dem Lande von der jubelnden

Räumung der Stadt.

Zustimmung berichteten, die überall dem Aufstande zu Theil geworden, da gaben die Aristokraten am 4. December den Demokraten nach und bildeten eine provisorische Regierung, deren Präsident Adam Czartoryski wurde und die zu ihren Mitgliedern auch Joachim Lelewel zählte. Damit war jedoch keineswegs der Entschluß ausgesprochen, nun völlig mit Rußland zu brechen; vielmehr überwog bei dem Adel immer noch der Gedanke an die Uebermacht des Kaiserstaates und an die Unmöglichkeit, ihn im offenen Kampfe besiegen zu können; es überwog die Besorgniß vor einer Herrschaft der demokratischen Partei, deren Clubs sich mit Riesenschnelle durch das Land verbreiteten und deren Programm ja auch die gehaßte Aufhebung der Leibeigenschaft einschloß. Zu den Männern, welche beide Gedankenkreise am lebhaftesten verarbeiteten, gehörte auch der General, welchem die Volksstimme die größte militärische Tüchtigkeit zuschrieb, den sie zur Annahme des Obercommandos gedrängt hatte, Chlopizki. Um die Zügel der Bewegung wirklich in die Hand zu bekommen und einen vollständigen Bruch mit Rußland zu verhüten, faßte er einen eigenmächtigen Entschluß. Am 5. December, also am Tage nach ihrer Einsetzung, erklärte er in der provisorischen Regierung, mit Berufung auf das Beispiel der alten Römer, die Lage des Landes mache eine Dictatur nöthig, und er sei entschlossen, diese zu übernehmen. Die Aristokraten in der Regierung billigten diesen Entschluß ohne Weiteres und waren bereit, die Geschäfte der Minister auszuüben; Lelewel, der sich dessen weigerte, schied aus, und die demokratische Partei war somit jedes unmittelbaren Einflusses beraubt; das Volk jubelte dem neuen Dictator in unbegrenztem Vertrauen entgegen. Auch der Reichstag, der am 18. December zusammentrat, bestätigte seine Würde, obgleich die demokratische Partei auf ihm die Mehrheit hatte und ihre Beschlüsse dem Dictator sehr lästig fielen. Er mußte Lelewel wieder ins Ministerium rufen, mußte ein Manifest des Reichstages dulden, welches den Aufstand für eine Nationalsache und für das nothwendige Ergebniß der Verfassungsverletzungen erklärte, die Nikolaus sich erlaubt habe, und mußte es hinnehmen, daß vor der Vertagung ein Aufsichtsrath eingesetzt wurde, der die Vollmacht erhielt, den Dictator nöthigenfalls seines Amtes zu entheben. Alle diese Beschlüsse erschwerten eine Verständigung mit Nikolaus, wie Chlopizki sie wünschte, aufs Aeußerste. Sie wäre freilich auch ohne das aussichtslos gewesen; denn der Czar war nicht im entferntesten gewillt, mit den Aufrührern in irgend welcher Form zu unterhandeln. Chlopizki hatte zwei Deputirte nach Petersburg gesandt, den bisherigen Verwaltungsrath Lubezki und den Grafen Jeserski; die Forderungen, welche sie überbringen sollten, waren sehr gemäßigt: strenge Durchführung der Verfassung, Entfernung der russischen Regimenter aus dem Lande und — wo möglich, aber mit der Berechtigung, diesen Wunsch fallen zu lassen — Vereinigung der altpolnischen Provinzen mit dem Königreiche. Nikolaus weigerte sich überhaupt, die beiden Männer als Abgesandte zu empfangen; er ließ sich erst von ihnen die Erklärung geben, daß sie als treue Unterthanen gekommen seien;

Die provisorische Regierung.

Chlopizki's Dictatur.

Der Reichstag.

Der Aufsichtsrath.

Verhandlungen mit Nikolaus.

dann antwortete er auf ihre Wünsche mit nichts Anderem, als der Gegenforderung unbedingter Unterwerfung; der erste Kanonenschuß aber, der gegen Rußland abgefeuert werde, sei das Signal zum Untergange Polens. Lubezki, der vollends bei solchem Berichte den Aufenthalt in Warschau für sich nicht geheuer fand, blieb in Petersburg; Jeserski kehrte mit der Antwort zurück, und ein Manifest des Czaren vom 19. December, das gegen augenblickliche Unterwerfung Begnadigung anbot, verbreitete Klarheit über die Lage im ganzen Lande. Jetzt war Chlopizki's Stellung nicht mehr haltbar; schon die vergangenen Wochen hatten ihm schwere Kämpfe gebracht; er hatte seinen Minister Lelewel verhaften lassen, ihn aber wieder freigeben müssen, weil er als Mitglied des Aufsichtsrathes und mehr noch als populär gewordener Führer unverletzlich war. Nach Jeserskis Rückkehr am 13. Januar 1831 stellte der Dictator die Forderung, jede Beschränkung seiner Macht aufzuheben, und da dies Verlangen nach dem, was vorgefallen, und bei dem rege gewordenen Mißtrauen nicht erfüllt wurde, legte er am 17. Januar nicht allein die Dictatur nieder, sondern auch den Oberbefehl über die Armee, den man ihm gern gelassen hätte. Damit war der erste Abschnitt des Aufstandes, der noch eine Aussöhnung mit Rußland zuließ, beendigt. Am 19. Januar trat der Reichstag wieder zusammen, ernannte eine neue Regierung, in der neben drei andern Czartoryski und Lelewel saßen, erwählte einen neuen Oberfeldherrn in der Person des Fürsten Michael Radziwil und erklärte auf Antrag des Grafen Roman Soltyk am 25. Januar das Haus Romanow für der polnischen Krone verlustig.

Chlopizki's Rücktritt.

Entthronung des Hauses Romanow.

Beginn des Krieges.

Die unverkennbare Gefahr der neuen Lage führte zu angestrengten Rüstungen; neben dem regelmäßigen Heere, das man verdoppelte, wurden Abtheilungen von Sensenträgern und leichten Reitern, s. g. Krakusen, geschaffen und bei der Vorstadt von Warschau, Praga, eine feste Stellung genommen. Der Angriff ließ nicht lange auf sich warten. Mit 118,000 Mann rückte Diebitsch Sabalkansky ein und der starke Winterfrost begünstigte ein schnelles Vorrücken auf den gefrorenen Sümpfen. Zwei Schlachten vor Warschau, bei Waver und Grochow, am 19. und 25. Februar, zeigten zwar wie eine Menge kleinerer Gefechte die Tapferkeit der Polen im glänzendsten Lichte und schufen den Feinden, die allein bei Grochow 12,000 Mann einbüßten — die Polen verloren nur 8000 Mann — die schwersten Verluste; aber sie endeten zum Vortheil der Uebermacht, und nur das über Nacht eintretende Thauwetter verhinderte die siegreichen Russen Praga zu stürmen und die Weichsel zu überschreiten. Das gab den P… n Zeit und neuen Muth. Radziwil hatte sich als unfähig für je… große Aufgabe gezeigt; Chlopizki, der ohne Rang mitgekämpft, w… verwundet worden; so übertrug man den Oberbefehl auf den G… ral Skrzynezki, der mit Auszeichnung gefochten hatte. Auch … rach er dem Vertrauen, das man ihm schenkte. Als die kalte W… rung zurückkehrte, überfiel er unerwartet schnell eines der russi… Corps, die sich der Verpflegung halber am rechten Weichselufer

Schlachten bei Waver und Grochow.

Skrzynezki's Siege.

hatten ausbreiten müssen. Der glänzendste Erfolg ward ihm zu Theil. In wilder Flucht eilten die geschlagenen Feinde unter General Rosen nach dem ersten Angriff, der wiederum bei Waver am 31. März erfolgte, davon; Skrzynezki, berathen von seinem vortrefflichen Generalstabschef Prondzynski, jagte sie 10 Tage lang vor sich her und nahm ihnen 10,000 Gefangene; erst bei Iganie machte er Halt, zunächst wohl gezwungen durch die Erschöpfung der eigenen Truppen, dehnte dann aber diese Ruhezeit so lange aus, daß Diebitsch Zeit gewann, seine Schaaren zu sammeln. Nur die Garden unter dem Großfürsten Michael konnten aus ihrer vereinzelten Stellung nicht herausgezogen werden. Sie anzugreifen war Skrzynezki's dringendste Aufgabe; er konnte ihnen mit doppelter Uebermacht entgegentreten, ehe Diebitsch herbeigeeilt war. Aber trotz Prondzynski's eifrigem Drängen verlor er die günstige Zeit, schwächte sich noch durch die Absendung eines Heerhaufens nach Warschau, das er irriger Weise durch Diebitsch bedroht glaubte, und wurde endlich am 26. Mai bei Ostrolenka von dem russischen Oberfeldherrn, der sich glücklich mit dem Großfürsten vereinigt hatte, angegriffen und nach heldenmüthigem Widerstande vollständig geschlagen. Auch auf den Nebenschauplätzen des Krieges war das Glück den Polen feindlich. Sie hatten sich endlich, etwas spät, entschlossen, in den altpolnischen Provinzen, in Wolhynien, Podolien, der Ukraine, Litthauen, durch Absendung von Heereshaufen den Aufstand zu entfachen. Der Adel war ihnen zumeist sehr zugeneigt; den Bauernstand zu gewinnen, hätten sie mit Entschlossenheit die Aufhebung der Leibeigenschaft auf ihre Fahne schreiben müssen; das geschah aber nur zögernd und vereinzelt. So vermochten denn die Russen mit geringen Streitkräften das Feld gegen sie zu behaupten und Dwernizki, den tüchtigsten der Insurgentenführer, aus Podolien heraus und über die östreichische Grenze zu drängen, wo er am 1. Mai mit den Seinigen entwaffnet wurde.

Seine Niederlage bei Ostrolenka.

Dwernizki in Podolien.

Das gehäufte Unglück der letzten Wochen ließ schon jetzt den Aufstand als mißlungen erkennen, und seine völlige Unterdrückung war kaum mehr als eine Frage der Zeit. Der zweite Abschnitt desselben, während dessen ein Sieg des bewaffneten Volkes über die organisirten Streitkräfte der russischen Monarchie selbst für nüchterne Beobachter und vollends für die hoffnungsfreudige Sympathie, die ganz Europa beherrschte, nicht unmöglich schien, war mit dem Tage von Ostrolenka beendigt. Die Erkenntniß dieser Sachlage gewann freilich bei den Regierungen weit schneller Eingang als bei den Völkern. Während der vergangenen Monate war selbst in Wien der Gedanke, die Polen zu unterstützen, in Erwägung gezogen. So ängstlich Metternich es vermied, sie offen zu begünstigen, so übte er doch ihnen gegenüber eine Nachsicht, die er gegen andre Revolutionen nicht gekannt hatte. Strenge Neutralität, wie er sie jetzt verkündigte, würde ihm bei anderen Gelegenheiten als ein unverzeihlicher Fehler, als eine Versündigung an seinen heiligsten Grundsätzen erschienen sein. Aber er that sogar noch mehr und nahm, freilich nur auf Umwegen,

Die Haltung der fremden Cabinette.

Anträge Czartoryski's entgegen, welche die Erhebung des Erzherzogs Carl auf den polnischen Zukunftsthron anregten. Solche Gedanken waren nach Ostrolenka eitle Träume geworden, und die einzige Art, in der sich fortan noch Sympathien für die Polen zeigen und bethätigen ließen, war die diplomatische Verwendung, um ihr Loos möglichst gelinde zu machen. Als aber die guten Dienste Oestreichs von Rußland einfach zurückgewiesen wurden, gab sich der Staatscanzler auch damit zufrieden. Frankreich begnügte sich mit einem ähnlichen Schritte, der nicht einmal so weit gedieh. Es machte im Juni dem englischen Cabinette den Vorschlag einer gemeinsamen Verwendung in Petersburg. Als jedoch Lord Palmerston darauf hinwies, daß diese nur Erfolg haben könne, wenn die Drohung mit Krieg im Hintergrund stehe, und daß er zu dieser keinen hinlänglichen Grund sehe, stand auch Louis Philipp bereitwillig von seinem Vorsatz ab, obgleich die Kammern ihm in ihrer Adresse die Ueberzeugung aussprachen, daß die polnische Nationalität nicht untergehen werde — eine Redensart, welche seitdem bis zum Jahre 1848 in jeder neuen Adresse an den König wiederkehrte. Preußen, das den Aufstand von seinem Entstehen an mit besorgtem Blick beobachtet hatte, ging noch einen Schritt weiter; es unterstützte unmittelbar, wie sogleich erzählt werden soll, die militärischen Unternehmungen der russischen Truppen; ja in London fürchtete man bereits seine thätige Theilnahme am Krieg und ließ einen französischen Einfall in die Rheinprovinz als Schreckgespenst dagegen androhen. Ein selbständiges Polen, so sagte man sich in Berlin mit Recht, könne für Preußen nur eine Gefahr sein; denn unablässig werde es dahin streben, das ganze Weichselgebiet zu beherrschen und den Zugang zur Ostsee zu gewinnen; dagegen konnte der Nutzen, den man sich von einem Zwischenreiche gegen Rußland versprechen durfte, doch nicht in Betracht kommen. Der Liberalismus fand allerdings diese kleinliche Interessenpolitik höchst verwerflich und abscheulich; er jauchzte durch ganz Deutschland der neuen polnischen Republik entgegen, und unsre Dichter, die wenige Jahre zuvor dem Erwachen des griechischen Volkes ihre schönsten Weisen gesungen, entzückten jetzt die Herzen des Volkes durch ihre Polenlieder. Nicht minder glühend war die Begeisterung in Oestreich, besonders in Böhmen und Ungarn; 22 Comitate wandten sich an den Kaiser mit der Bitte um bewaffneten Beistand, und man berechnete, daß 100,000 Ungarn, wenn der Kaiser es genehmige, zu Polens Hülfe bereit wären. Solche schwärmerische Sympathie, die mehr oder weniger in allen Ländern des Erdtheils hervortrat, ließ sich natürlich nicht so leicht ernüchtern; die Thatsachen mußten noch deutlicher sprechen, ehe die ruhige Würdigung des Möglichen sich in den erregten Gemüthern Bahn brechen konnte.

Die Stimmung der Völker.

Zuerst setzte eine höhere Gewalt dem Vordringen der Russen nach ihrem Siege bei Ostrolenka eine unheimliche Schranke. Die Cholera begann zum ersten Male ihren fürchterlichen Umzug durch Europa. Schon 1830 war sie in Moskau aufgetreten und in ihrem Gefolge das Heer der moralischen Krankheiten, das von jeher große

Die Cholera.

Seuchen begleitet hat: Schrecken, Verzagtheit, Aberglaube, Argwohn, Wuth, Verstocktheit, Zügellosigkeit, vollständige Verthierung. Aller Schranken, die man ihr zu ziehen gesucht, hatte sie gespottet, die Quarantänen und militärischen Postenketten hatte sie übersprungen, die Kunst der Aerzte zu Nichte gemacht. Wenige Stunden, und das Opfer, das sie sich erkoren, war ihr verfallen; wenige Tage, und die Schaar der Leichen zählte nach Hunderten, ja Tausenden. Aufruhr und Verfolgungen, besonders Judenhetzen, zu denen vorgebliche Brunnenvergiftungen den Vorwand gaben, begleiteten sie und wurden nicht immer so muthvoll im Keime erstickt, wie in Petersburg, wo Kaiser Nikolaus selbst in die wogende Menge trat und ihr mit mächtiger Stimme gebot, in die Kniee zu sinken und Gott, der allein helfen könne, um Rettung anzuflehen. Kurze Zeit nachher erreichte die Seuche den Schauplatz des Krieges und erwies sich selbst hier als der schlimmste aller Würgengel, schlimmer als Pulver und Schwert. Die Unternehmungen im Felde begannen zu stocken, die Krankheit schonte auch der Führer nicht. 14 Tage nach seinem Siege war Diebitsch todt, eine Woche später, am 17. Juni, folgte ihm Großfürst Constantin ins Grab. Auch die begleitenden Gräuelthaten blieben nicht aus: für Judenhetzen war Polen ein fruchtbarer Boden. Das Schrecklichste wurde in Litthauen verübt. Dorthin hatte sich nach der Schlacht von Ostrolenka, von dem Rückzug auf Warschau abgeschnitten, General Gielgud geworfen, um dem Aufstande, der dort leidlich um sich griff, neue Nahrung zuzuführen. Die Hauptrollen hatten bis zu seiner Ankunft die Gräfin Emilie Plater und der Bauer Matussewicz gespielt, jene eine moderne Amazone, die einen romantischen Schimmer um den Aufstand verbreitete, dieser ein roher Barbar, der Russen und Juden, die in seine Hände fielen, spießen, schinden und lebendig begraben ließ. Gielgud's Ankunft war zunächst der Verbreitung des Aufstandes förderlich; doch sammelte sich bald unter General Sacken bei Wilna eine überlegene russische Macht und drängte Gielgud, der ihn vor der Stadt angriff und geschlagen wurde, am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze. Daß die ganze Bewegung in ihren letzten Zügen lag, dafür gab es ein untrügliches Zeichen auch in dem wachsenden Mißtrauen der Führer unter einander und der Soldaten gegen ihre Führer, einem Mißtrauen, das überall Verrath witterte und kein Bedenken trug, ihn auch unbewiesen durch Gewaltthat und Hinterlist zu bestrafen. Auf die Art büßte auch Gielgud sein Leben durch die Kugel eines seiner Offiziere ein, der ihn niederschoß, als sie die Waffen vor den Preußen strecken mußten. Ungeschickt und unfähig hatte er sich bei der Unternehmung erwiesen, aber von dem Verdachte des Verrathes ist er vollständig rein. An militärischem Talente übertraf ihn bei Weitem sein Untergeneral Dembinski, dem es auch gelang, dem Verderben zu entgehen und mit 4000 Mann einen ruhmvollen Rückzug mitten durch die feindlichen Truppen nach Warschau zu bewerkstelligen. Alsbald war er der Held des Tages und der richtige Mann, um an Skrzynezki's Stelle zu treten; denn dieser hatte durch seine Unthätigkeit seit Ostrolenka und

Diebitsch und Constantins Tod.

Der Aufstand in Litthauen.

Gielgud's Ermordung.

Dembinski's Rückzug.

durch einige kleine Unfälle, welche seine Unterfeldherrn seitdem erlitten, natürlich auch schon den Verdacht der Verrätherei auf sich gezogen. Er mußte sich's gefallen lassen, daß eine Commission des Reichstags in seinem Lager erschien und seine Untergebenen gutachtlich über ihn vernahm. Auf Grund dieser Erkundigungen verfügte dann der Reichstag seine Entlassung und ersetzte ihn am 10. August durch Dembinski, der grade acht Tage vorher in der Hauptstadt angekommen war. Aber auch dessen Regiment sollte nicht von Dauer sein. Die Revolution war jetzt so weit, daß sie sich selbst zerfleischte. Die Eintracht zwischen Aristokraten und Demokraten, die während der Monate des Schwankens leidlich bewahrt worden war, schwand zusehends, als das Unglück hereinbrach und jede Partei nun die andre dafür verantwortlich zu machen wünschte. Gewaltsame Ausbrüche konnten nicht ausbleiben, besonders in Warschau, wo die Demokraten sich ihres Uebergewichts bewußt und durch die Gegenwart der aristokratischen Regierung doppelt gereizt waren. Ehrgeizige Intriganten, wie der alte General Krukowiezki, fanatische Demagogen, wie der Priester Pulawski, hetzten und stachelten, und so kam es am 15. August zu einem Aufstande in der Hauptstadt, der mit der Ermordung von einigen 30 Gefangenen, die man des verrätherischen Einverständnisses mit Rußland anklagte, begann und mit der Flucht Czartoryskis, dem Sturz der Regierung und der Erhebung Krukowiezkis zum Dictator endete. Da hatte man nun, ohne es zu wissen, einen wirklichen Verräther an die Spitze gestellt, der seine Judasthätigkeit damit eröffnete, daß er Dembinski des Oberbefehls enthob, für 24 Stunden den tüchtigen Prondzynski damit bekleidete und dann in dem ehrlichen und tapfren, aber unfähigen und überalten Malachowski einen Mann, wie er ihn brauchte, zum Generalissimus machte. Um seiner Sache noch gewisser zu sein, veranlaßte er die Absendung bedeutender Truppenmassen unter Lubienski und dem Piemontesen Romarino, angeblich um Lebensmittel herbeizuschaffen, und verminderte dadurch die Besatzung Warschaus auf 34,000 Mann in eben dem Augenblicke, wo es zum Kampf auf Leben und Tod des Zusammenraffens aller Kräfte bedurft hätte.

Demokratischer Aufstand in Warschau.

Dictatur Krukowiezkis.

Malachowski.

Denn die Russen hatten jetzt nach einer Pause von mehreren Wochen, welche der Choleraschrecken und Diebitsch' Tod veranlaßte, den Angriff wieder aufgenommen, an ihrer Spitze Paskiewitsch, der Sieger von Kars und Eriwan. Statt wie Diebitsch von Osten her auf Warschau loszugehen, beschloß er, den Sturm auf dem linken Weichselufer zu unternehmen und deshalb diesen Fluß weiter abwärts zu überschreiten. Von den preußischen Behörden auf's Bereitwilligste in jeder Weise, selbst mit dem Material zum Brückenschlagen, unter[illegible] vollzog er den Uebergang am 20. Juli bei Ossiek, hart an der [illegible]e. Begünstigt durch den vielfachen Wechsel im Oberbefehle der [illegible]chen Armee rückte er unbehindert gegen Warschau an und [illegible]n den Sturm am 6. September so erfolgreich, daß die Polen [illegible] heldenhaften Widerstandes die Schanzen von Wola räumen [illegible]. Etwas voreilig glaubte Krukowiezki schon jetzt seine Zeit

Paskiewitsch.

Weichselübergang.

Sturm auf Warschau.

gekommen und verhandelte über Nacht mit dem russischen General Berg wegen Uebergabe der Stadt; zu seiner Enttäuschung verweigerte der Reichstag Morgens am 7. seine Zustimmung. Indeß der militärische Verlauf dieses Tages war nicht günstiger als der des vorigen; auch die zweite Verschanzungslinie ging verloren, und in einer Abendsitzung bewilligten einige wenige Landboten dem Präsidenten die Vollmacht zu Unterhandlungen. Kaum war das aber bekannt geworden, so eilten die Entschlosseneren in den Ständesaal, hielten eine neue Sitzung, entkleideten Krukowiezki seiner Würde und wählten Niemojewski zu seinem Nachfolger. Doch Warschau zu retten war es jetzt zu spät; schon hatte ein Theil der Besatzung auf Krukowiezkis Befehl die Weichsel überschritten und befand sich in Praga. Als Berg wieder in die Stadt kam, suchte man nur nach einem Mittel, den Reichstag und die Armee zu retten; man schloß einen 24stündigen Waffenstillstand, räumte während dessen die Hauptstadt und Praga und entwich, Reichstag und Armee, nach der Festung Modlin, während die Russen am 8. September ihren Einzug in Warschau hielten.

Niemojewski.

Warschau geräumt.

Die letzten Kämpfe.

Noch beseelte der Entschluß, den Widerstand bis auf's Aeußerste zu treiben, gar manche Brust; aber die Schicksale Polens hatten sich wieder einmal erfüllt, und der tapferste Wille des Einzelnen konnte nichts mehr ändern. Die größten Hoffnungen waren auf Ramorino gesetzt, den man sehnsüchtig in Modlin erwartete. Allein er mißachtete Malachowskis Befehl, dort hinzuziehen, und ging am 16. September über die östreichische Grenze; seinem Beispiel folgte am 25. bei Krakau der General Rozyzki. Jetzt war an einen neuen Kampf mit Paskiewitsch nicht mehr zu denken. Malachowski legte den Oberbefehl nieder, und unter Rybinskis Commando zog die letzte polnische Armee der preußischen Grenze zu. Sie erreichte dieselbe nicht mehr. 24,000 Mann stark, mußte sie mit 95 Kanonen bei Lipno am 5. October die Waffen strecken. Unmittelbar hinterher ergaben sich Modlin und Zamosc, die letzten Plätze, wo das polnische Banner flatterte.

Das neue Regiment.

Das Schicksal, welchem das arme Land entgegenging, wa[r] hart. Zwar erließ der Czar am 1. November eine Begnadigung[;] aber zahlreiche Ausnahmen schwächten ihre Bedeutung sehr ab. Di[e] Führer des Aufstandes entkamen größtentheils glücklich in das Aus[-]land und bildeten fortan, besonders in Frankreich, den geschlossene[n] Kern einer europäischen Revolutionspartei. Ihr Hab und Gut wurd[e] eingezogen; die Czartoryskis z. B. büßten 30 Millionen polnische Gulden ein. Wem die Flucht nicht rechtzeitig gelang, dessen harr[te] die Verbannung nach Sibirien, oder, wenn er wie Krukowiezki d[ie] anfängliche Untreue durch nachträglichen Verrath halbwegs geführ[t] hatte, ins Innere von Rußland. Die Verfassung von 1815 wa[r] selbstverständlich aufgehoben; an ihre Stelle setzte das organische Stat[ut] vom 26. Februar 1832 die Verwaltungsformen des Kaiserreich[s.] Paskiewitsch, der neue Fürst von Warschau, ward Civil- und Militä[r-]Gouverneur des Landes und führte ein unnachsichtiges Polizeiregime ein, dessen Rücksichtslosigkeit es gelang, für geraume Zeit das Au[-]

Das organische Statut.

fodern der patriotischen Begeisterung zu verhüten. Unter der Asche aber glomm sie nichtsdestoweniger weiter und sog eine ausgiebige und nachhaltige Nahrung aus dem immer engeren Bündniß, welches die nationalen Bestrebungen mit dem religiösen Hasse gegen den griechischen Katholicismus der Russen eingingen.

Oestreich und Italien.

Galizien.

Auffällig gering war die Theilnahme, welche der polnische Aufstand in dem doch gleichfalls polnischen Galizien gefunden hatte. Während aus dem preußischen Posen und Westpreußen Tausende über die Grenzen eilten, um als Freiwillige den Kampf gegen Rußland mitzumachen, hatten sich aus der östreichischen Provinz Ende Februar 1831 noch nicht einmal 500 der nationalen Sache angeschlossen. Der bedeutsamste Grund dafür war wohl eben der Umstand, daß die Galizier als griechische Katholiken den Russen näher standen. Auch

Ungarn.

Ungarn, das in den ersten zwanziger Jahren so lebhafte Neigung zum Widerstande gegen die Regierung an den Tag legte, blieb während des Revolutionsjahres völlig still. Ohne Gefahr konnte der Reichstag in diesem Jahre einberufen werden; er war einer der gefügigsten, welche die ungarische Geschichte kennt, und aus dem Munde der Hauptredner ertönte einmal über das andre die Versicherung, daß die Magyaren mit den demokratischen Forderungen, die in andern Ländern auftauchten, keinerlei Gemeinschaft hätten noch haben wollten, daß die Aristokratie, auf welcher Ungarns Verfassung beruhe, in diesen Stürmen treu zur Regierung stehen müsse. Da auch die

Deutsch-Oestreich.

übrigen Provinzen des Kaiserstaates an den Bewegungen der Zeit nur sehr lauen Antheil nahmen, da insbesondere die Wiener fortfuhren, in träger Gleichgültigkeit gegen alle Politik „ihre Wünsche auf Theater und Prater zu beschränken, sich am Sylvesterabend über den schnellen Lauf der Zeit zu verwundern, im Winter die Kälte, im Frühling und Herbst den fatalen Schnupfen, im Sommer die enorme Hitze zu verdammen“, so konnte Metternich mit einer gewissen schadenfrohen Behaglichkeit aus seinem sicheren Hause auf die Stürme hinausschauen, die draußen in der Welt brausten. Ueber Frankreich, Belgien und Polen war er völlig beruhigt, besonders nachdem Louis Philipp ihm die heiligsten Versicherungen für sein Wohlverhalten gegeben und seine Regierung ihm als ein mächtiges Bollwerk der Ordnung zu schildern verstanden hatte.

Italien.

Nur in Beziehung auf Italien und Deutschland mußten in dem östreichischen Staatscanzler doch einige Besorgnisse aufsteigen, und wenn er ... n neuen Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten ... der Länder, den Louis Philipp aufgestellt hatte, freudig begrüßte, ... m derselbe die Ausbreitung revolutionärer Ideen von Frankreich ... zu verhindern schien, so konnte er ihn nicht anerkennen, falls ... s auch für ihn selbst die Verpflichtung erwachsen sollte, den ... nissen in den beiden Nachbarländern, die er fast wie Anhängsel ... chs zu betrachten gewohnt war, freien Lauf zu lassen. Und

doch war dies unbedingt die Voraussetzung, unter welcher Louis Philipp jenen Grundsatz ausgesprochen hatte. Es mußte deshalb mit Nothwendigkeit zu Reibungen kommen, sobald Unruhen in Italien ausbrachen. Das Jahr 1830 ging ohne offenen Aufstand zu Ende; aber die Vorbereitungen dazu wurden im Stillen bereits mit dem größten Eifer getroffen, als am 30. November 1830 der Papst Pius VIII. dem drei Wochen vorher gestorbenen Franz I. von Neapel ins Grab folgte. Ein klares Ziel und einen festen Mittelpunct hatten die Carbonari freilich nicht; die Einen gedachten Napoleon II., der als Herzog von Reichstadt unter Metternichs Augen in Wien lebte, auszurufen; Andre warfen auf den jungen Jérome Napoleon, wieder Andre auf einen der beiden Söhne des ehemaligen Königs von Holland, Louis Bonaparte, die Augen. Daneben wurde von Franz IV., dem Herzoge von Modena, gesprochen, mit welchem der Führer der Liberalen in diesem Herzogthum, Menotti, einverstanden sein sollte. Menotti war es, der am 4. Februar 1831, den Reigen der Aufstände eröffnete, und zwar sehr unglücklich eröffnete. Denn er wurde mit 15 Genossen in seinem eigenen Hause zur Ergebung gezwungen, ohne in der Stadt Modena rechtzeitige Unterstützung zu finden. Aber sein Beispiel zündete in dem benachbarten Bologna, wo Alles zur Erhebung bereit war. Noch am selben Tage riß man dort die Wappenschilder des Papstes ab, weigerte dem soeben (am 2. Februar) nach siebenwöchentlichem Conclave gewählten Gregor XVI. (bisher Cardinal Cappellari) die Anerkennung und erklärte am 8. Februar die weltliche Herrschaft des Papstes über Bologna für erloschen. Mit Windeseile und ohne auf Widerstand zu stoßen, folgten die Städte der Legationen Umbriens und der Marken diesem Vorgange; schon am 25. Februar trat in Bologna eine Versammlung von Abgeordneten zusammen und erwählte eine provisorische Regierung, in der Graf Pepoli die bedeutendste Persönlichkeit war; dagegen wurden Unruhen, die man in Rom selbst anzettelte, schnell unterdrückt. Einen heftigen und unerwartet schnellen Rückschlag hatten aber die Thaten der Bologneser auf Modena geübt. Schon am nächsten Tage nach seinem glänzenden Siege über Menotti sah sich der Herzog veranlaßt, ohne unmittelbaren Zwang mit seinem Bataillon sich auf öſtreichisches Gebiet zu begeben. Alsbald ward für Modena und Reggio eine provisorische Regierung eingesetzt. Dasselbe geschah ein paar Tage darauf in Parma, dessen Herrscherin, Napoleons Wittwe Marie Luise, nach dem festen Piacenza flüchtete. Diesen Vorgängen konnte Metternich unmöglich thatenlos zusehen. Er fragte also in Paris an, wie man sich dort zu einer östreichischen Einmischung verhalten werde. Die Antwort lautete sehr entschieden: die Besetzung Modenas mache den Krieg möglich, die des Kirchenstaates wahrscheinlich, die Sardiniens gewiß. Aber Metternich ließ sich nicht einschüchtern, sondern erklärte, er werde der Gefahr des Krieges Trotz bieten, und der Erfolg gab ihm diesmal Recht. Denn für Louis Philipp war ein Krieg noch ungleich bedenklicher als für die alten Dynastien; er gab kleinmüthig nach; ein Ministerwechsel, der am 8. März an Lafittes

Aufstand in Modena.

in Bologna.

in Modena.

in Parma.

Oestreichs Einmischung.

Stelle Casimir Périer brachte, verkündete der Welt die veränderte Stellung Frankreichs. Oestreich zauderte nun nicht länger durchzugreifen; der Papst hatte schon am 19. Februar seinen Beistand erbeten, der Herzog von Modena war sogar persönlich nach Wien geeilt. Anfang März überschritten östreichische Truppen den Po; am 9. Februar hielt Franz IV. seinen Einzug in Modena, am 13. Februar ward Parma besetzt, am 19. Februar räumte die provisorische Regierung Bologna und zog sich nach Ancona zurück. Ein Gefecht bei Rimini bewies auch dem Hoffnungsreichsten die Unmöglichkeit des Widerstandes und schon am 26. Februar unterwarf sich die provisorische Regierung gegen das Versprechen der Begnadigung dem päpstlichen Cardinallegaten Benvenuti. Die einflußreichsten Personen unter den Aufständischen trauten freilich diesem Worte nicht, sondern schifften sich in Ancona ein, unter ihnen der General Zucchi, vormals östreichischer Offizier, dem aber das Unglück widerfuhr, in östreichische Gewalt zu gerathen und seine Desertion mit 20jähriger Festungshaft in Munkacz büßen zu müssen. Mit besserem Glücke entging Prinz Louis Napoleon der Gefahr gefangen zu werden; er hatte sich mit seinem älteren Bruder Napoleon Louis thätig an dem Aufstande betheiligt; dieser war am 7. Februar in Forli an den Masern gestorben; er selbst befand sich mit seiner Mutter Hortense in Ancona, als die Stadt sich ergab; um möglichst sicher zu gehen, verließ er mit dieser in der Verkleidung eines ihrer Bedienten Italien und nahm von Neuem seinen Aufenthalt in Arenenberg am Bodensee, wo er schon vorher gelebt hatte. Denen, welche dem Versprechen des Legaten Glauben geschenkt hatten, war eine bittre Enttäuschung vorbehalten; der Papst erklärte es für erzwungen und ungültig und ließ sogleich durch besondre Commissionen die Untersuchungen beginnen. Doch wurden im Kirchenstaate und in Parma keine Todesurtheile verhängt; nur Franz von Modena erledigte sich seines Freundes Menotti durch Erhängen und ließ ein paar andre wenigstens im Bilde dasselbe Schicksal theilen. Auch Gefängnißstrafen verhängte er über Hunderte, und noch mehr wurden zu Vermögensverlust und Verbannung verdammt. In Rom verwandten sich die großen Mächte sehr eifrig für milde Behandlung der Schuldigen und für Besserungen in der Verwaltung; auch Oestreich betheiligte sich, um Louis Philipps Stellung in seinem Lande nicht noch zu erschweren, daran. Denn in Frankreich herrschte große Erbitterung über die Einmischung Metternichs und mit größtem Nachdruck verlangte die öffentliche Meinung, daß wenigstens jetzt die östreichischen Truppen sich zurückziehen sollten. Nach diesem Verlangen trug man in Wien Rechnung, nachdem die ...sische Regierung in Rom erklärt hatte, sie werde gleichfalls ... Theil des Kirchenstaates besetzen müssen, wenn nicht vor der ...ung der französischen Kammern die Oestreicher zurückmarschirt ... Am 20. Juli erfolgte die Räumung; doch war vorher ein ...g geschlossen, kraft dessen Oestreich sich anheischig machte, auf ...uf des Papstes sofort wieder einzurücken. Sehr bald erwies ... als nöthig. Die neuen päpstlichen Besatzungen, die Papalini,

Unterdrückung des Aufstandes.

Prinz Louis Napoleon.

Rückzug der Oestreicher.

Neue Unruhen.

wie man sie nannte, reizten durch den schauderhaftesten Unfug die Bevölkerungen zu neuen Unruhen; es bildeten sich Trupps bewaffneter Patrioten, die zwar von den Papalini am 20. Januar 1832 bei Cesena zersprengt wurden, deren Auftreten aber den Papst doch veranlaßte, eine neue östreichische Besetzung zu wünschen. Auch den Bewohnern der Romagna war der Einmarsch disciplinirter Truppen nicht unlieb, weil er sie vor den Gewaltthaten der Päpstlichen schützte. Frankreich aber konnte jetzt nicht umhin, seine frühere Drohung wahr zu machen und ließ am 22. Februar Ancona besetzen, nachdem Périer zuvor in der Kammer erklärt hatte, die Absicht dabei sei, Besserungen im Kirchenstaate zu erzwingen, und nachdem die päpstliche Regierung zwar ihre Zustimmung verweigert, aber unter Hinweis auf die große Uebung in der Entsagung, welche der Heilige Vater schon so oft bewährt habe, der vollendeten Thatsache sich zum Voraus gefügt hatte. Um doch aber wenigstens eine kleine eigene Truppenmacht zu besitzen, auf die er sich verlassen könne, griff der päpstliche Stuhl zu dem alten Mittel der Schweizersoldaten zurück und nahm auf zwanzig Jahre zwei Regimenter, 4200 Mann, in seinen Sold. Neuerungen von einiger Bedeutung wurden in Rom so wenig wie in den kleineren Staaten der Halbinsel beliebt; ein Plan Metternichs, die Fürsten Italiens zu einem ähnlichen Bunde, wie der deutsche war, zu vereinigen, stieß überall auf Widerstand; auch hätte Frankreich unmöglich seine Zustimmung dazu geben können. Dagegen schienen durch verwandtschaftliche Beziehungen engere Verhältnisse zwischen den mächtigeren Fürsten hergestellt zu werden, da Ferdinand II. von Neapel 1832 eine sardinische Prinzessin heiratete und 1833 seine Schwester mit dem Großherzog Leopold von Toscana vermählte. Den sardinischen Thron hatte nach Carl Felix' Tode im April 1831 Carl Albert von Savoyen-Carignan, der frühere Carbonaro, bestiegen. In allen drei Ländern, besonders in Toscana, hielt sich die Regierung fortan wenigstens von gar zu argen Ausschreitungen fern und zeigte sich Neuerungen nicht vollständig unzugänglich. Von einer Befriedigung und Versöhnung der Nationalgesinnten konnte aber nicht die Rede sein und die Wühlereien, welche die Flüchtlinge im Auslande anstellten, trieben ihre Wellenschläge, wenn auch in immer schwächeren Ringen, beständig bis in die Halbinsel hinein.

Neuer Einmarsch der Oestreicher. — *Die Franzosen in Ancona.* — *Die päpstlichen Schweizer.* — *Die Einzelstaaten.*

Die Schweiz.

Zustände seit 1815.

Der Mittelpunct dieser Wühlereien wurde die Schweiz, di[e] gleichfalls von den Nachwehen der Juli-Revolution nicht unberühr[t] geblieben war. Doch hatte sich in ihr eine selbständige Bewegun[g] schon in den vorhergehenden Jahren entwickelt, der die französische[n] Einwirkungen keine neue Richtung, sondern nur einen stärkeren An[-] trieb gaben. Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Canton[e] durch den Bundesvertrag von 1815 standen, war ein sehr locker[er] und konnte die Verschmelzung der verschiedenen Völkerstämme, d[ie] sich in der Schweiz zusammen fanden, nicht genügend fördern. Au[f]

nach außen hin machte es ein selbstbewußtes Auftreten unmöglich, so daß die Forderung Metternichs, das Asylrecht und die Preßfreiheit zu beschränken, hatte befriedigt werden müssen. Der Cantönligeist fand seine Freude an der Zoll- und Münzsouveränität, die jedes einzelne Glied des Bundes besaß, er hegte und pflegte die aristokratischen Vorrechte, die in den meisten Cantonen herrschten, und überließ die gemeinsamen Angelegenheiten, ohne sich viel darum zu kümmern, dem Vororte und der Tagsatzung. Ihn zu bekämpfen bildeten sich im Laufe der zwanziger Jahre eine Reihe von Vereinen, von denen der Zofinger und die Helvetia die bedeutendsten waren. Es galt zunächst die zum Theil ganz verrotteten Verfassungen der Einzelcantone zeitgemäß umzugestalten und damit war in Appenzell, in Luzern, besonders aber durch die neue Verfassung, die Tessin sich am 4. Juli 1830 gab, schon vor den pariser Ereignissen ein tüchtiger Anfang gemacht. Nach denselben folgten auch die größeren Cantone wie Aargau, Thurgau, Zürich und Bern; überall wurde die Verfassung demokratisch verändert, das alte Patrizierregiment gestürzt. Nicht immer ging es dabei ohne die Anwendung von Waffengewalt ab, ohne daß diese Zusammenstöße der Parteien doch größeren Umfang gewannen. Die eine oder die andre errang in ihrem Canton die Oberhand und die Minderheit fügte sich. Nur in Basel war der Gegensatz so stark, daß die Landschaft sich von der Stadt trennte und jeder der beiden Theile fortan (seit dem März 1832) einen Halbcanton bildete. In Schwyz und Wallis, wo es eben dahin zu kommen schien, siegte doch zuletzt die conservative Partei und bewahrte die Einheit der beiden Cantone. Ueber die Anerkennung des neuen Zustandes in Basel kam es aber noch zu heftigen Fehden. Die liberalen Cantone, die zugleich eine Reform der Bundesverfassung wünschten, schlossen ein Bündniß, das s. g. Siebener-Concordat, um Basel-Landschaft zu stützen; die Heißsporne der Gegenpartei aber verpflichteten sich durch den Sarner Bund vom 14. November 1832 keine Tagsatzung anzuerkennen, auf der Basel-Landschaft und Außen-Schwyz, das damals noch nicht besänftigt und mit Alt-Schwyz ausgesöhnt war, vertreten seien. Noch einmal kam es in Basel, Schwyz, Wallis, Neuenburg zu blutigen Kämpfen; allein die Mehrheit der Tagsatzung zeigte große Entschiedenheit und nach einigen Schlappen mußten sich die Sarner entschließen, ihren Bund aufzulösen. Die Reform der Gesammtverfassung aber wurde 1833 vertagt und 1835 nur in sehr beschränkter Weise, in Bezug auf das Zoll- und Heerwesen, vorgenommen. Der schroffe Gegensatz zwischen den beiden Parteien erhielt sich und erweiterte sich besonders unter der Einwirkung religiöser [illegible]tungen zu einer solchen Kluft, daß im nächsten Jahrzehnt von [illegible]m die Waffen entscheiden mußten, und zwar blutiger und gründ[illegible] als 1833.

Aenderungen der Cantonalverfassungen.

Die Spaltungen der Cantone.

Die Sonderbünde.

Die Bundesverfassung.

Die Revolution in Deutschland.

Beschaffenheit der Bewegungen von 1830 und 1831.

So hatte von den Ländern, die Deutschland umgrenzen, fast keines sich den Wirkungen der pariser Julitage entziehen können. Von Frankreich hatte die Revolution ihr Banner nach Belgien und Polen, nach Italien und der Schweiz getragen; aber auch Deutschland selbst war dem französischen Vorbilde gefolgt. Doch fehlte hier wie in der Schweiz und in Italien der große nationale Zug, der die Bewegungen in Belgien und Polen auszeichnete; es kam nicht zu einer gemeinsamen Erhebung, es kam nicht einmal zu einem planmäßigen Zusammenwirken der Liberalen in einzelnen der ergriffenen Staaten, wie es doch in der Schweiz und beschränkter auch in Italien erreicht war. Das Ziel, welches man sich vorsteckte, war die Erreichung liberaler Verfassungen in den Einzelstaaten, und erst in zweiter Linie, in geraumem Abstande erstrebte man nationale Reformen. Dafür, daß diese um dieselbe Zeit von einem Theile der deutschen Regierungen durch die Zollverträge mit Preußen mächtig gefördert wurden, hatte man nicht einmal ein Auge. Es war eben in den letzten Jahren, wesentlich angestachelt durch die parlamentarischen Vorgänge in Frankreich, vor Allem aber vollauf begründet durch die Trostlosigkeit der Zustände in den meisten deutschen Ländern, das Bedürfniß nach liberalen Reformen, die Abschüttelung der engherzigen veralteten Einrichtungen, ja mancher Orten konnte man sagen: des willkürlichen tyrannischen Regimentes, so brennend geworden, daß darüber der Drang nach nationaler Einheit zurücktrat; es war in den 15 Jahren, seit welchen Deutschland wieder äußerlich ein Ganzes bildete, von dem Mittelpuncte dieses Ganzen, von Frankfurt, aus so wenig Erfreuliches, so viel Verderbliches gethan worden, daß sich bei vielen vortrefflichen und wirklich patriotischen Männern der Gedanke Bahn brechen konnte, man dürfe gar nicht nach einer strafferen Einheit streben, weil diese doch nur dem Absolutismus, der Willkürherrschaft zu Gute kommen werde. Die Freiheit über Alles, und erst wenn die Freiheit in allen Staaten, oder doch in ihrer Mehrheit fest gegründet sei, dann könne man dazu schreiten, die einzelnen Glieder des deutschen Volkes enger zusammen zu ketten und eine kräftige Centralgewalt zu errichten. Wenn dieses letzte Ziel sich bei Vielen immer mehr verdunkelte; wenn das Streben nach Freiheit einen nebelhaften weltbürgerlichen Zug annahm; wenn es sich vielfach so weit verirrte, das eigene Volksthum für Nichts zu achten und in Anlehnung an fremde Staaten und Völker, im Liebäugeln mit Franzosen und Polen und Italienern seine Stärke zu suchen, so war das eine Entwicklung, die höchlichst bedauert werden mag, die aber so naturgemäß aus den gegebenen Verhältnissen hervorging, daß sie uns nicht Wunder nehmen kann. Heilung für sie gab es nur auf einem Wege: der Gang der Geschichte mußte das Bewußtsein wach rufen, daß wahre politische Freiheit als erste Bedingung die nationale Unabhängigkeit und nationales Selbstgefühl erfordere. Und zur Begründung dieser

Erkenntniß trugen bereits die Jahre von 1830 ab ihr Scherflein bei.

Braunschweig.

Die revolutionären Zuckungen mußten unter den geschilderten Verhältnissen da zuerst ausbrechen und da am heftigsten werden, wo die öffentlichen Zustände am unfreisten waren und die Fürsten ihre Macht am willkürlichsten mißbrauchten. Süddeutschland war deshalb anfangs viel weniger für die Bewegung geeignet als Norddeutschland, und in Norddeutschland durfte es nicht überraschen, wenn Braunschweig und Kurhessen den Anfang machten. Denn in diesen beiden Staaten saßen wirkliche Tyrannen auf dem Thron und übten seit Jahren ein Willkürregiment, das ihnen jeden Halt im Volke geraubt hatte. Der Herzog Carl von Braunschweig hatte die selbständige Verwaltung seines Landes 1823 angetreten; bis dahin stand er unter der Vormundschaft Georgs IV. von England, welcher diese Pflicht nach dem Tode des bei Quatrebras 1815 gefallenen Herzogs Wilhelm theils als nächster Verwandter, theils auf testamentarischen Wunsch des Vaters für beide Söhne übernommen und zu seinem Stellvertreter den Grafen Ernst von Münster bestellt hatte. Die Verwaltung des Landes lag vornehmlich in der Hand des Geheimenrathes Schmidt-Phiseldeck und entsprach den damaligen Verhältnissen. Eine neue Landschaftsordnung, die im Jahre 1820 mit den alten Ständen vereinbart wurde, wies nur einen sehr geringen Fortschritt in liberaler Richtung auf. Das Land erhoffte von dem Regierungsantritt des jungen Herzogs schnellere Förderung, und sah demselben auch deshalb mit Freuden entgegen, weil die hannoversche Regierung durch Zollbelästigungen dem kleineren Nachbarstaate beschwerlich fiel und man von einem selbständigen Regenten besseren Schutz dagegen erwartete. Andrerseits konnte der Character des Erbprinzen kein großes Vertrauen erwecken; er galt für trotzig, vergnügungssüchtig und einen Freund schlechter Gesellschaft. Diese Umstände bestärkten Georg IV. darin, unter Zustimmung der Höfe von Berlin und Wien die vormundschaftliche Regierung über das achtzehnte Lebensjahr Carls auszudehnen. Ob er dabei im Rechte war, schien einigermaßen fraglich. Dafür sprachen testamentarische Verfügungen des Vaters, dagegen eine braunschweigische Hausordnung, die aber auch sonst schon in besonderen Fällen von dem jedesmal regierenden Herzog abgeändert worden war. Wie dem auch sein mochte, der junge Fürst fühlte sich gekränkt und es drohte zu einem öffentlichen Scandal zu kommen. Um den zu verhüten, erklärte sich Georg IV. bereit, die Sache durch einen Schiedsspruch des Kaisers von Oestreich, oder durch einen Vergleich, den Metternich herbeiführen würde, schlichten zu lassen. Auch Herzog Carl ging darauf ein, und man vereinigte sich, daß er an seinem 19. Geburtstage, am 30. October 1823, die Regierung übernehmen solle. Mehrere Jahre verflossen dann ruhig, bis plötzlich am 10. Mai 1827 ein Patent erschien, welches das letzte vormundschaftliche Regierungsjahr für ungesetzlich und die in diesem Zeitraum erlassenen Verordnungen für unkräftig erklärte. Den äußeren Anlaß bot der Uebertritt des Herrn von Schmidt-Phiseldeck in han-

Die Vormundschaft.

Die selbständige Regierung Herzog Carls.

noversche Dienste. Der Herzog hatte damit gezögert, ihm die erbetene Entlassung zu ertheilen, hatte ihm vorgeworfen, während der Vormundschaft das herzogliche und das Landesinteresse geschädigt und hinterher öffentliche Actenstücke vernichtet zu haben, und erließ jetzt gegen ihn, der sich unter dem Schutze der hannoverschen Regierung befand, einen Steckbrief. Dadurch wurde der Streit zu einem Zank zwischen den beiden Regierungen und in rascher Entwicklung zu einem heftigen Angriff des Herzogs gegen seinen königlichen Vormund und dessen Stellvertreter, den Grafen Münster. Beide beschuldigte er, vorsätzlich seine Erziehung so geleitet zu haben, daß er körperlich und geistig hätte verkommen müssen, wenn nicht seine gute Natur stärker gewesen wäre. Auch hätten sie widerrechtlich seinen Vermögens- und Herrscherrechten viel vergeben, indem sie Pensionen ausgesetzt, Contracte abgeschlossen und ihm die Verpflichtung auferlegt hätten, seine Verordnungen durch einen Minister gegenzeichnen zu lassen. Letztere Klage zeigte besonders den absolutistischen Sinn, alle andern die Kleinlichkeit des Klägers, sein ganzes Verfahren aber eine Leidenschaftlichkeit und Tactlosigkeit, wie sie aus regierenden Kreisen kaum je an die Oeffentlichkeit gedrungen waren. Eine Klage des Herzogs am Bundestage wurde von Metternich noch verhindert; eine Herausforderung des Grafen Münster zum Zweikampf von diesem abgelehnt.

Sein Streit mit dem König von Hannover.

Im Lande selbst aber wuchs die Unzufriedenheit mit dem neuen Gebieter aus tausend Gründen. Die neue Landschaftsordnung wurde von ihm mißachtet, die Stände gar nicht einberufen, die Steuern willkürlich erhöht, Staatsgüter verkauft, Papiergeld ausgegeben und die geordnete Finanzverwaltung vollkommen zerstört. Dazu kamen persönliche Eingriffe in Privatverhältnisse; Aerzte wurden gelobt und beschenkt, weil sie verhaßten Personen ihren Beistand verweigert, getadelt, weil sie ihn geleistet; ein Beamter des Landes verwiesen, weil er seinen Abschied verlangt, und das Urtheil des Gerichtes von Wolfenbüttel, welches diese Verfügung für ungültig erklärte, von dem Herzog eigenhändig vor den Augen der Richter zerrissen.

Willkürmaßregeln.

Von allen Seiten liefen Beschwerden beim Bundestage ein; es klagte Georg IV. wegen der ihm widerfahrenen Beleidigungen, es klagte jener Beamte (von Sierstorpff) wegen Vernichtung des wolfenbütteler Urtheils; es klagten die Stände, die eigenmächtig im Mai 1829 zusammentraten, wegen Mißachtung der Verfassung. Nur in der Klagesache des Königs von Hannover, die übrigens auch zuerst eingebracht war, kam der Bundestag schon 1829 zu einem Urtheil; es lautete auf Widerruf und Entschuldigung; Beides leistete der Herzog, freilich erst, nachdem er sich fast ein Jahr gesträubt und endlich mit Execution bedroht war. Die beiden andern Klagen fanden ihre Erledigung (übrigens auch zu Gunsten der Kläger) erst im October und November 1830, nachdem die Braunschweiger sich schon selbst geholfen.

Klagen am Bunde.

Ausbruch der Revolution.

Dem Herzog und seiner Sippe wurde mittlerweile der Aufenthalt im Lande immer unbehaglicher. Anfang 1830 trat er eine große Reise an, die ihn auch nach Paris führte und dort zum Augenzeugen der Julirevolution machte. Angstvoll eilte er sogleich nach Braun-

schweig zurück, um jeder Erhebung dort im ersten Entstehen entgegen zu treten. Die Bewohner seiner Residenz empfingen ihn mit lebhaften Beschwerden und der Forderung, daß er endlich die Stände einberufe. Als Antwort darauf ließ er die Wachen verdoppeln und 16 Kanonen vor der Caserne aufpflanzen. Nun brach der Unwille los. Am 7. September erstürmte das Volk das Schloß, steckte es in Brand und zwang seinen Herrscher zur Flucht. Die Stände traten zusammen und forderten den Prinzen Wilhelm auf, die Regierung zu übernehmen. Um den Schein zu wahren, ernannte ihn auch sein flüchtiger Bruder zum Generalgouverneur, machte aber zugleich alle möglichen Versuche zur Wiedererlangung der Gewalt. Er bat in London (wo bereits Wilhelm IV. auf Georg gefolgt war) um Hülfe, er machte in einer Proclamation von Frankfurt aus den Braunschweigern die weitreichendsten Versprechungen, er versuchte mit ein paar Dutzend Harzbewohnern im November sein Reich wieder zu erobern. Aber bei Fürsten und Unterthanen fand er gleich wenig Freunde. Selbst der Bundestag übertrug schon am 2. December dem Herzog Wilhelm die Regierung des Herzogthums, und nachdem die Agnaten diesem Beschlusse zugestimmt hatten, vertauschte der neue Herrscher im April 1831 seine Würde als Stellvertreter mit der als Nachfolger seines Bruders. Eine neue Landschaftsordnung vom 12. October 1832 erweiterte die sehr mäßigen Rechte, welche die von 1820 der Bevölkerung bestätigt hatte.

Prinz Wilhelm Regent.

Herzog Wilhelm.

Die Verfassung von 1832.

Kurhessen.

Fast an demselben Tage wie in Braunschweig ging der Sturm in Cassel los. Wilhelm II., der hier seit 1821 regierte, war seinem herzoglichen Bruder durchaus ebenbürtig. Kein Hof, selbst der braunschweiger nicht, hatte eine reichere Scandalgeschichte aufzuweisen als der kurhessische. Vornehme Staatsdiener von hohem Adel mit seinem spanischen Rohre durchzuprügeln, oder auf seinen Adjutanten loszustechen, betrachtete der Kurfürst als erlaubte Ausflüsse seiner Souveränität. Von seiner Gemahlin, einer Schwester des Königs von Preußen, lebte er getrennt und gab sich völlig dem Einflusse seiner Maitressen hin, unter denen eine zur Gräfin von Reichenbach erhobene Berlinerin bald allmächtig wurde. Da sie ihren und ihrer Söhne Grafentitel dem Fürsten Metternich dankte, so war sie zugleich die eifrigste Beförderin des östreichischen Einflusses. Bei der bekannten Geldgier, welche einen so ausgeprägten Characterzug des hessischen Fürstenhauses bildet, fehlte es begreiflicher Weise auch nicht an willkürlichem Steuerdruck und an Verwendung der Landesgelder zu Familienzwecken. Bezeichnend für die Mittel, deren man den Kurfürsten für fähig hielt, war die Losung, mit welcher am 6. September, also noch einen Tag früher als in Braunschweig, die Unruhen begannen. Man warf der Regierung vor, daß sie im Einverständniß mit den Bäckern die Brodpreise in die Höhe getrieben habe. Doch nahm die Bewegung, je mehr sie von Tage zu Tage wuchs, einen ernsteren Character an und schon am 15. September mußte sich Wilhelm II. entschließen, die Stände einzuberufen. Ihr Zusammentritt erfolgte 4 Wochen später und in kurzer Frist beriethen sie unter dem

Beginn der Unruhen.

Vorsitz Sylvester Jordans, eines marburger Professors, der schnell zu einem der volksbeliebtesten Führer der deutschen Liberalen sich aufschwang, eine neue Verfassung, die als Staatsgrundgesetz vom 5. Januar 1831 noch 30 Jahre später eine bedeutende Rolle spielen sollte und die vor andern deutschen Verfassungen durch das Einkammersystem und durch die ausgedehnten Rechte, welche sie den Vertretern einräumte, hervorragte. Der Kurfürst glaubte durch solche Zugeständnisse die öffentliche Meinung vollkommen befriedigt zu haben und nun auch seinerseits Forderungen an sie stellen zu dürfen; er hoffte vor Allem, jetzt in seinem Verhältnisse zur Gräfin von Reichenbach nicht länger genirt zu werden. Beim Wachsen der Unruhen hatte diese Cassel verlassen müssen; nach dem 5. Januar kehrte sie zurück; aber die unzweideutigsten Kundgebungen des Volkes zwangen sie schon am 11. Januar wieder aus der Hauptstadt zu weichen. Nach kurzem Besinnen folgte ihr der Kurfürst und schlug erst in ihrer Nähe, in Hanau, dann in Frankfurt mit ihr zusammen seine Residenz auf. Um seine Freiheit in der Wahl des Wohnortes bewahren und nach Belieben außer Landes weilen zu können, nahm er im September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten an und überließ diesem, dem letzten deutschen Kurfürsten, thatsächlich fast allein die Mühen des Regiments. Darüber, daß es in seinem Geiste weiter geführt werde, brauchte er sich keine Sorgen zu machen. Wenn je wo, so war hier der Apfel nicht weit vom Stamme gefallen.

Die hessische Verfassung.

Neue Unruhen.

Der Kurprinz-Mitregent.

Königreich Sachsen.

Noch ein drittes deutsches Land erlebte seine Revolution fast gleichzeitig mit Braunschweig und Hessen, und auch in diesem war das Ende dasselbe: eine Verfassung und eine Mitregentschaft. Aber die Ursachen waren doch ganz andersartig. Es war Sachsen. Von seiner wunderlichen Kämmerchen-Verfassung ist früher gesprochen worden. Eben so verzwickt und schleppend waren die Verwaltungsformen und das Gerichtswesen. Zahlreiche Vorrechte wälzten den größten Theil der öffentlichen Lasten auf die mittleren und niederen Stände. Trotz der Rührigkeit des Volkes konnte die Gewerbthätigkeit bei ihrem engen Markte, der Handel bei den hohen Zöllen, der wichtige Leipziger Verlag bei dem Drucke der Censur nicht zu der Blüte gedeihen, deren sie fähig waren. Gegen das Herrscherhaus war wenig zu sagen; es erfreute sich in fast allen seinen Gliedern einer großen Beliebtheit; nur daß es katholisch und den Jesuiten zugeneigt war, verbreitete Mißstimmung im Lande und hatte schon bei der Jubelfeier der augsburgischen Confession, am 25. Juni 1830, zu Unruhen Anlaß gegeben. Lebhafter war der Unwille gegen die Adelssippschaft des Landes, die im Besitz ausgedehnten Grundeigenthums mit bedeutenden Resten der alten Souveränität die Regierung ganz und gar in Händen hatte, während in den Städten die Magistrate, die sich theilweise sogar selbst ergänzten, eine ähnliche unumschränkte Macht besaßen. Ueberdies gaben eine Menge von örtlichen Mißständen der vorhandenen Unzufriedenheit Nahrung. In Leipzig kam es vom 2. September an zu Pöbelaufläufen, bei denen die

Häuser einiger mißliebigen Personen arg mitgenommen wurden; aber bald bemächtigte sich die Bürgerschaft der Leitung und trug dem Könige in geordneter Form ihrer Wünsche vor. In Dresden ahmte man das nach; anfangs schlugen hier die Wogen sogar noch höher als in Leipzig; die Unruhestifter gewannen die Oberhand, so daß darüber Rathhaus und Polizeigebäude in Flammen aufgingen. Doch rafften sich die besseren Elemente bald auf und da der König durchaus friedlich gesinnt war, da das ganze Land sich mit seinen beiden Hauptstädten ohne bedeutendere Gewaltthat in dem Verlangen nach Preßfreiheit, Reform der Staats- und der Gemeindeverfassung, Entfernung des Ministeriums und der Jesuiten, vereinigte, so gab König Anton, ein bejahrter Herr, wenn er auch erst 1827 seinem Bruder auf dem Throne gefolgt war, schnell nach und an die Stelle des Grafen Einsiedel trat der bisherige Bundestagsgesandte Lindenau, ein ehrlich liberaler, tüchtiger Mann, als Leiter des Staats. Der Thronfolger, des Königs Bruder Maximilian, auch schon in vorgerücktem Alter, verzichtete zu Gunsten seines Sohnes Friedrich August auf seine Rechte und machte es dadurch dem Könige möglich, diesen sehr beliebten Prinzen zum Mitregenten anzunehmen. Fortan verlief Alles in schönster Eintracht. Die alten Stände beriethen eine neue Verfassung; am 4. September 1831 wurde sie eingeführt und vom Volke mit großer Befriedigung begrüßt.

Altenburg.

Ein Seitenstück zu den sächsischen Ereignissen spielte sich gleichzeitig in Altenburg ab, dessen Bürgerschaft sich am 13. September erhob. Der Herzog entfloh mit seiner Familie, besann sich aber schnell, gab nach, entließ seinen Minister Trützschler und berieth mit den alten Ständen ein neues Grundgesetz, das am 29. April 1831 in Kraft trat. Nicht so glücklich waren die Unterthanen des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, der bereits seit 36 Jahren an der Spitze seines Ländchens oder, wie er selbst meinte, seines großen Rittergutes stand und außer Jagd und Taback an das Leben keine bedeutenden Anforderungen stellte. Als seine Unterthanen, die schon seit 1818 nach Reformen verlangten, nach dem Beispiel der Sachsen ein wenig unruhig wurden, versprach er ihnen am 25. September eine Verfassung und veröffentlichte dann im December ein Actenstück, das so ziemlich allen Forderungen schnurstracks widersprach und die einmüthige Verwahrung der Städte des Fürstenthums hervorrief. Der alte Heer ließ sich darüber keine grauen Haare wachsen, sondern erklärte im Juli 1831 gelassen, er sei bereit die Verfassung zurückzunehmen, und ließ sodann Alles beim Alten.

Sondershausen.

Schleswig-Holstein.

Ebenso ergebnißlos verlief eine Bewegung, die im November 1830 in Schleswig-Holstein entstand, aber im ersten Keime erstickt wurde. Ihr Ziel war die Vereinigung der beiden Herzogthümer in einer Verfassung und die bloße Personalunion mit Dänemark, ihr[e] [illegible] war der Kanzleirath Uwe Jens Lornsen, ein Friese von der [Insel] Sylt, ehemals Burschenschafter in Jena und Kiel, dann mehrere [Jahre] in der schleswig-holsteinischen Canzlei in Kopenhagen ange[stellt, ge]ben jetzt aber zum Landvogt auf der heimischen Insel ernannt.

Auf der Reise dorthin trat er in Kiel mit einigen Gesinnungsgenossen zusammen und beschloß einen Sturm von Bittschriften zu Gunsten seiner Pläne zu veranlassen. Eine kleine, kräftig geschriebene Broschüre faßte diese zusammen. Nur der König und der Feind sei uns und den Dänen gemeinsam, war das Schlagwort, mit dem er seine Landsleute fortzureißen dachte. Aber die Unterstützung, die er fand, war sehr lau, und der einzige Erfolg, den die Bewegung für den Augenblick hatte, war Lornsens Verhaftung, Absetzung und einjährige Festungsstrafe in Friedrichstadt. Um so wirksamer sollte sein muthiger Schritt für die Zukunft werden.

Hannover.

Die Hannoveraner befanden sich dazumal in eben der Lage, die Lornsen für Schleswig-Holstein herbeiführen wollte; was sie mit England vereinigte, war nur die Person des Königs, und auch dieses Band war nahe daran gelöst zu werden. Denn während in England die weibliche Erbfolge gesetzlich war und deshalb Wilhelms IV. Tochter Victoria den Thron nach des Vaters Tode besteigen mußte, berief das hannoversche Gesetz seinen nächsten Bruder, den Herzog von Cumberland, zur Nachfolge. Einstweilen jedoch herrschte noch Wilhelm IV. und ließ sich in Hannover durch seinen jüngsten Bruder, den Herzog von Cambridge, vertreten, während ihm in London selbst als Minister der Graf Münster zur Seite stand. Die ständische Verfassung des Landes, die 1819 vereinbart war, beschränkte die Machtfülle der Regierung nicht im Mindesten. Die geringe Vertretung, welche Bürger und Bauern in der Kammer fanden, machte sie gleichgültig gegen die Verhandlungen derselben; ihre Abgeordneten waren zumeist Beamte, die sich mit der Regierung eben so wenig in Widerspruch setzen mochten, wie der Adel, dessen Mitglieder die hervorragenden Stellen in der Staatsverwaltung ausschließlich besetzten. Handel, Gewerbe und Landwirthschaft lagen sehr danieder, besonders in den kleinen Städten und auf dem Lande herrschte wirkliche Noth; der Bauernstand lebte vielfach noch in Hörigkeit; die Steuern wuchsen unablässig und hatten sich in den 17 Jahren seit 1813 geradezu verdoppelt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung führte daher auch schon im September zu allerlei Aufläufen, die nicht sowohl einen politischen Character hatten, als vielmehr aus der materiellen Noth entsprangen. In Lüneburg, Hildesheim, Hannover, Osnabrück, in den Städten am Harz kam es zu Unruhen, deren Ziel die Herabsetzung der Brodpreise, die Erhöhung des Arbeitslohnes war. Die Ausnutzung dieser socialen Forderungen zu politischen Zwecken machten sich einige Männer in Osterode und Göttingen zur Aufgabe. Dort waren es besonders die Advocaten König und Freitag, hier die Privatdocenten von Rauschenplat, Schuster, Ahrens und der Advocat Seidenstricker. Studentenunruhen, denen bereits die straflose Befreiung eines verhafteten Commilitonen gelang, kamen ihnen dabei zu Hülfe.

Göttingen und Osterode.

Die Osteroder machten den Anfang; sie bewaffneten die Bürger, wählten einen neuen Gemeinderath und wandten sich an den König, den sie in einer scharfen Adresse um Beseitigung der Uebelstände angingen. Allein die Antwort wurde ihnen durch ein paar Regimenter

überbracht, welche den früheren Zustand wiederherstellten und die beiden Advocaten gekettet nach Hannover führten. Erst jetzt schritten auch die Göttinger zur That. Am 8. Januar 1831 folgten sie in allen Stücken dem Vorbilde, das Osterode gegeben hatte, erzwangen die Absetzung des Polizeidirectors und des Gemeinderathes und glaubten an der Spitze von 2—3000 Bewaffneten, theils Bürgern, theils Studenten, des Sieges gewiß zu sein, ja die Erhebung über die Grenzen Hannovers in die benachbarten norddeutschen Staaten tragen zu können. Aber auch ihr Triumph dauerte kaum acht Tage. Am 16. Januar rückte General vom Bussche mit bedeutenden Truppenmassen heran und erzwang dadurch, daß er mit der Aufhebung der Universität drohte, schnell die Uebergabe der Stadt. Die meisten Häupter des Aufstandes waren so glücklich, sich vorher retten zu können.

Die Verfassung von 1833.

Auch jetzt aber kehrte die Ruhe keineswegs ins Land zurück; nur wirkte man weniger durch Aufläufe und Zusammenrottungen, als durch Adressen und Abordnungen an den König. Und damit erreichte man mehr, da König Wilhelm gemäßigten Neuerungen ganz geneigt war. Graf Münster nahm noch im Februar 1831 seine Entlassung, und der zum Vicekönig erhobene Herzog von Cambridge setzte einige Steuern herab und berief die Stände zum 7. März. Diese hatten theils durch Neuwahlen, theils durch den Einfluß, welchen die liberale Strömung des Jahres 1830 auf viele Mitglieder ausgeübt, eine freisinnigere Färbung erhalten, als ihnen vorher eigen gewesen, aber gemäßigt und versöhnlich waren sie auch so noch. Eine Commission von 21 Mitgliedern entwarf unter Dahlmanns Einfluß vom Juni bis October 1831 eine neue Verfassung, welcher die Regierung zustimmte. Dennoch bedurfte es noch langer Verhandlungen, ehe der Entwurf Gesetz werden konnte. Denn die Reaction, welche nach dem Erliegen der polnischen Revolution durch ganz Europa ihren Rundzug begann, ermuthigte auch den hannoverschen Adel zu zähem Widerstande und erst am 26. September 1833 konnte die überdies mannigfach verstümmelte neue Verfassung verkündet werden.

Preußen und der Zollverein.

In den übrigen norddeutschen Staaten fehlte es wohl auch nicht an Volksbewegungen, aber sie blieben ergebnißlos, sie beschränkten sich meist auf lärmende Vorgänge in den Septembertagen. Hier und da wurden kleine Verbesserungen seitens der Regierung zugesagt und durchgeführt, aber sie änderten Nichts an dem politischen Ge- ntzustande der einzelnen Staaten. Auch nach Preußen hinein ckten sich die Unruhen. Wie Hessen, Braunschweig, Sachsen, ringen, Hannover, Hamburg, Mecklenburg, so sahen auch Berlin, lau und einige Städte der Rheinprovinz ihre Septemberaufläufe, jedoch ohne Mühe unterdrückt wurden. Allerdings lebte der

Die Verfassungsfrage.

ich nach einer reichsständischen Verfassung unvermindert fort und unter diesen Umständen mit etwas größerem Nachdruck wieder

auf. Man sprach davon, Wilhelm von Humboldt sei mit einem Verfassungsentwurfe betraut; die westfälischen Provinzialstände beantragten 1831 die Einführung von Reichsständen; aber zu weiteren Anstrengungen raffte man sich nicht auf. Zum guten Theil lag der Grund dafür wohl in der Rücksicht auf den alternden König, von dem man keine großen Umänderungen mehr glaubte erwarten zu dürfen, und den zu drängen eine achtungswerthe Anhänglichkeit verbot. Niemand getraute sich recht, den alten Herrn an sein Versprechen von 1815 zu erinnern; sein ganzes Wesen, so ließ selbst ein Herwegh noch 1843 drucken, war zu sehr mit dem Bewußtsein des Volkes verwachsen, Volk und König waren zusammen eine zu lange Schule der Leiden und Freuden durchgegangen, als daß man nicht von dem besten Willen des Herrschers hätte überzeugt sein sollen. Es hatte sich ein kindliches Verhältniß zwischen dem Volk und seinem König gebildet, das schöne Band des Vertrauens fesselte beide aneinander. Allein dieses Vertrauen würde doch kaum ausgereicht haben, wenn nicht im Allgemeinen die Zustände so tüchtig und gesund gewesen wären, wie nirgends sonst in Deutschland. Die auswärtige Politik war freilich auch jetzt nichts weniger als glänzend; aber von jener schwachmüthigen Abhängigkeit von Oestreich, die ihn beim Antritt seines Ministeriums beherrscht hatte, war Bernstorff, der noch immer am Ruder saß, doch längst frei geworden. Preußen eine Macht dritten Ranges zu nennen, wie zu Anfang der zwanziger Jahre, wäre Niemandem mehr eingefallen. In den Zollvereinsverhandlungen hatte es schon glänzende diplomatische Erfolge errungen, und weitere waren in sicherer Vorbereitung. Auch in der großen europäischen Politik spielte es eine nicht unrühmliche Rolle. Daß unter seiner Vermittlung der Friede von Adrianopel zu Stande gekommen war, erwarb ihm Anspruch auf den Dank nicht blos der Kriegführenden, sondern aller Friedensfreunde, und daß die belgische Revolution nicht zu einem gewaltigen europäischen Brande geworden, das wurde mit nicht minderem Rechte Preußens Könige gut geschrieben, der bei sich selbst die Neigung überwand, dem oranischen Hause Hülfe zu bringen und der sich mit Eifer bei Nikolaus für den Frieden verwendete. Was die inneren Zustände des Landes betraf, so war das traurige Polizeiregiment, welches die Schuckmann und Kamptz zur Zeit der Demagogenverfolgungen eingeführt, zwar nicht bis zur Wurzel ausgerottet, aber der hämische, schadenfrohe und kleinliche Character, den es in seinen schlimmsten Ausartungen gezeigt, war doch geschwunden und nach und nach manches Unrecht wieder gesühnt oder doch gemildert worden. In nicht geringer Zahl bekleideten die ehemaligen Demagogen öffentliche Aemter, die Censur wurde häufig zwar mit Ungeschick, aber doch ohne Bosheit und berechnete Mißgunst gehandhabt, die Universitäten, unter ihnen das 1818 gegründete Bonn, entfalteten trotz der Carlsbader Beschlüsse eine fruchtbare und segensreiche Thätigkeit. Die höheren Lehranstalten, Gymnasien, Realschulen, Gewerbeinstitute, Seminarien wurden mit allseitigem Eifer gepflegt und ihre Zahl beständig vermehrt; auch für den Volks-

Die auswärtige Politik.

Polizeiwesen.

Unterricht.

unterricht geschah unablässig viel und Großes. Die finanzielle Lage der Lehrer wurde nach Kräften gebessert; zur Förderung ihrer Bildung gründete der König seit Beendigung der Freiheitskriege allmälig etwa 20 neue Seminare. Die Seele des gesammten Unterrichtswesens war der Minister Altenstein, der seit 1817 dem neubegründeten Cultusministerium vorstand; unter ihm arbeiteten eine Reihe hochverdienter Männer, wie Joh. Schulze, Süvern oder Nicolovius. Die Trennung der Schule von der Kirche machte einen großen Fortschritt durch die Begründung eigener Provinzial-Schul-Collegien, die 1825 von den Consistorien abgezweigt wurden. In religiöser Beziehung herrschte in Preußen eine Freiheit, die in späteren Jahren oft sehnsüchtig zurückgewünscht wurde. Allerdings griff der König, seinen theologischen Neigungen folgend, auf diesem Gebiete gern und erfolgreich persönlich ein; aber es war doch sein leitender Grundsatz, daß er empfehlen und nicht befehlen wolle. Nur in Bezug auf die Union der beiden evangelischen Landeskirchen wurde er diesem Grundsatz mehr als einmal untreu, und suchte durch Zwang zu erreichen, was nur die Frucht freier Ueberzeugung sein durfte. Diese evangelische Union, die er 1817 zum dreihundertjährigen Jubelfeste der Reformation ins Leben gerufen hatte, betrachtete er mit Recht als sein eigenstes Werk. Der Unterschied zwischen der lutherischen und der reformirten Kirche war längst so unwesentlich geworden, so völlig dem Bewußtsein der übergroßen Mehrzahl der Glaubensgenossen auf beiden Seiten entschwunden, daß es keine leichtfertige Hoffnung schien, wenn der König glaubte, es bedürfe nur des äußeren Anstoßes, um auch die trennenden Formen zu beseitigen und das, was aus einer Wurzel entsprossen war, auch wieder als einen Organismus herzustellen. Eine königliche Cabinetsordre vom 27. September 1817 legte deshalb den geistlichen Behörden dringend den Wunsch ans Herz die Vereinigung beider Bekenntnisse zu fördern. Zwang sollte nirgends geübt, bestehende Rechte und Freiheiten nirgends gekränkt werden; aber aus der Freiheit eigner Ueberzeugung, aus der Einigkeit der Herzen, so hoffte der Monarch, werde die neue Lebensform sich kräftig und gesund entwickeln. In Berlin fand die Anregung lebhaften Beifall; am Vortage der Reformationsfeier genossen 63 Geistliche, die Mitglieder der theologischen Facultät, des Consistoriums, der Gymnasialcollegien, des Magistrates, ferner die Stadtverordneten und Bezirksvorsteher und viele hohe Beamte das Abendmahl nach den Einsetzungsworten Christi als Genossen Einer evangelischen Kirche; am Festtage selbst that der König mit seiner Familie in Potsdam das Gleiche und durch die ganze Monarchie hin und in [illegible] andern deutschen Ländern fand der Vorgang Nachfolge. Der [illegible]spruch blieb freilich auch nicht aus; zum Mittelpuncte der [illegible]erschaft wurde der Holsteiner Claus Harms, der in seinen 95 [illegible]n das schroffste Festhalten am strengen Lutherthume predigte und [illegible] es nicht an Anhang auch in Preußen fehlte. Aber da es den [illegible]rstrebenden unbenommen blieb, ihrer Ueberzeugung zu folgen, [illegible] [illegible]n den ersten Zeiten keine Zwangsmaßregeln ihnen ein billiges

Die evangelische Union.

Märtyrerthum verschafften, so vereitelte ihre Weigerung nicht das kräftige Aufblühen der Union und erst späteren Tagen war es vorbehalten, das zeitgemäße Werk des frommen Königs wieder zu untergraben. Erfreut durch den guten Erfolg dieses ersten Schrittes, unternahm nun aber Friedrich Wilhelm einen zweiten, bei dem er weniger im Einklang mit dem Zeitbewußtsein stand. Um den evangelischen Gottesdienst reicher und poetischer zu gestalten, ersann er eine neue Liturgie, die sich vorzugsweise an die alte luthersche Messe hielt und besonders durch die Einführung des Chores dem allgemeinen Gefühle und der Gewöhnung der Reformirten widersprach. Schon 1816 hatte der König diese Liturgie eigenhändig ausgearbeitet und in den Garnisonkirchen eingeführt. Nach mancherlei Aenderungen empfahl er sie 1821 allen evangelischen Gemeinden; aber fast überall stieß er auf das Gefühl, daß durch sein Werk der Hauptbestandtheil des protestantischen Gottesdienstes, die Predigt, zu sehr beeinträchtigt werde; nur der sechzehnte Theil der Geistlichen wollte sie annehmen. Das verdroß den König und wenn er auch nicht so weit ging, die Widerspenstigen zu zwingen, so nahmen seine Empfehlungen doch häufig genug Gestalten an, welche die Zustimmung der Nachgiebigen nicht mehr als freien Entschluß erscheinen ließen. Vollends als bis zum Jahre 1824 zwei Drittel der Geistlichen sich dem Gebrauche gefügt hatten, ergriff er eine Maßregel, deren Berechtigung und gar deren sittliche Zulässigkeit die ernstesten Bedenken erregte. Er ließ den Geistlichen die Wahl zwischen der neuen Liturgie und der ursprünglichen strengen Form jener Agenden, die sie nach jahrelangem Brauch in freierer Gestalt zu verwenden gewohnt waren; diese freiere Gestalt, welche hervorgerufen war durch freiere dogmatische Ansichten, verbot er unbedingt. Diese Maßregel hatte den erwünschten Erfolg, zumal sie unterstützt wurde durch eine neue kürzere Form der königlichen Liturgie, welche besonders die Furcht vor einem übermäßigen Zurückdrängen der Predigt beseitigen sollte und beseitigen konnte. Selbst die zwölf berliner Geistlichen, welche, Schleiermacher an der Spitze, gegen den königlichen Eingriff Verwahrung eingelegt hatten, gaben endlich 1829 nach fünfjährigem Kampfe unter einigen Vorbehalten nach, und der König hatte einen Sieg gewonnen, der ihm große Freude machte. Wenn aber die strenggläubige Partei in der Kirche glaubte, dadurch sei eine feste Grundlage für ihre Alleinherrschaft gewonnen, so erwies sich das bald als ein Irrthum. Nicht zufrieden damit, daß der Rationalismus mit seinem vernunftgläubigen Christenthum sichtlich im Aussterben war — und von der neuen kritischen Schule, die in den dreißiger Jahren auftrat, war jetzt noch keine Rede — daß ihre Richtung also zunächst auch ohne Gewaltanwendung die herrschende werden mußte, unternahm ihr Haupt, Hengstenberg, der Herausgeber der neugegründeten Evangelischen Kirchenzeitung, den Versuch, durch Angebereien die Führer der alten Rationalisten, Gesenius und Wegscheider in Halle, als Christusleugner von ihren Lehrstühlen zu verdrängen. Allein auch aus den Reihen altgläubiger Theologen wurde dagegen

Die neue Agende.

Orthodoxie und Rationalismus.

unbedingter Einspruch erhoben und die Lehrfreiheit, die Grundbedingung für die Wirksamkeit jedes protestantischen Bekenntnisses, blieb in Preußen unangetastet. Bei uns, so konnte ein Preuße mit Stolz schreiben, lehren orthodoxe Theologen neben Rationalisten, und jeder Christ kann sich den zum Lehrer wählen, der ihm am besten gefällt.

Auch der katholischen Kirche gegenüber bewahrte der König eine Haltung, welche der religiösen Freiheit ihr volles Recht ließ, ohne den Ansprüchen des Staates etwas zu vergeben. Trotzdem blieb ihm ein heftiger Kampf mit Rom nicht erspart, der sich schon in diesen Jahren vorbereitete, dessen Darstellung uns aber erst später beschäftigen kann.

Der Zollverein.

Auf dem Gebiete der materiellen Interessen, die in beständigem Aufschwung begriffen waren, blieb die gewichtigste Förderung die wachsende Ausdehnung des Zollvereins. Mit dem früher erzählten Eintritt Kurhessens in den preußisch-darmstädtischen Bund war das Eis gebrochen und von den verschiedensten Seiten, von Baiern-Würtemberg, von den thüringischen Kleinstaaten, ja selbst von Sachsen, wo der alte Preußenhaß in der Person des Prinzen-Mitregenten ein erfreuliches Gegengewicht fand, ergingen nach Berlin Gesuche um Verhandlungen über den Eintritt in den Zollverein. Getreu dem Grundsatz, der sich bisher so gut bewährt hatte, erwies Preußen zwar allen seinen Bundesgenossen das freundlichste Entgegenkommen, weigerte sich aber durchaus in gemeinsame Verhandlungen mit allen oder mit mehreren von ihnen zu treten; auch die thüringischen Länder mußten sich erst unter einander zu einem Handelsbunde zusammenthun, ehe ihre Aufnahme in den Verein Statt fand. Die größte Bedeutung beanspruchte natürlich der Zutritt des Südbundes, schon deshalb weil die Cabinette von München und Stuttgart bedeutende Forderungen stellten, welche die Festigkeit des bisherigen Bundes wesentlich lockern mußten. An und für sich brachte ja schon jedes stimmberechtigte Mitglied, das in den Verein aufgenommen wurde, eine Schwächung des preußischen Einflusses zu Wege, da bei der völligen Gleichberechtigung Aller und vornehmlich bei dem Einspruchsrechte in Tariffragen, das jedem zustand, die Durchführung von Aenderungen, die man in Berlin für zweckdienlich erachtete, nun an so viel Orten und gegen so viel verschiedene Meinungen mehr vertheidigt werden mußte. Ueberdies aber forderten die Königreiche, aus Furcht ihrer vollen Souveränität Etwas zu vergeben, auch bei den Handelsverträgen mit befragt zu werden, während bis dahin die Entscheidung darüber in fast allen Fällen Preußen allein zukam. Auch ein andrer Grundsatz, den man in Berlin mit Recht für sehr wichtig hielt, sollte aufgeopfert werden: die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern in allen Vereinsländern. Diese sogleich zu erzielen war in der That durchaus nicht angänglich; denn Baiern bezog aus der Besteuerung des Bieres eine siebenmal größere Summe von jedem seiner Unterthanen als Preußen, jenes 21, dieses nur 3 Silbergroschen auf den Kopf. In diesem Puncte mußte man also wohl oder übel einen Schritt zurückweichen und sich mit

Verhandlungen mit Baiern und Würtemberg.

Ausgleichungsabgaben begnügen. Die Schwierigkeiten der Verhand
lungen, die im December 1831 begannen, wurden aber noch vergrößer
durch die Laune der süddeutschen Staaten, ganz untergeordnete Be
amte nach Berlin zu senden, die jeden Augenblick um neue Weisunge
bitten mußten und deren einer, der Würtemberger Moritz Moh
überdies ein Gegner der Verständigung war und seinem Lande au
dem Eintritt in den Zollverein den sicheren Untergang prophezeit
Daß Preußen für sich bei seinem größeren Verbrauche von zollpflich
tigen Waaren einen größeren Antheil an dem Ertrage verlangte, al
der, welcher ihm nach der Kopfzahl zufiel, setzte die Süddeutsche
gar sehr in Staunen und Entrüstung; meinten sie doch, daß ma
bei ihnen viel mehr verzehre und sie also ihrerseits ein Präcipuu
fordern dürften. Kurz, es kam zu keiner Einigung, und vom M
bis zum Ende des Jahres 1832 ruhten auch die Verhandlunge
König Ludwig war es, der den Anstoß gab, sie wieder zu erneuer
denn ihm lag die Zolleinigung wirklich am Herzen. Ein wen
mochte dazu wohl auch die Besorgniß beitragen, daß Preußen so
auf eigne Hand den thüringischen Staaten, die seit dem Januar 18
die Aufnahme eifrig erbaten, diese Bitte gewähren könnte; gesche
das aber, so meinte man in Baiern und Würtemberg, dann sei d
Süden auf Gnade und Ungnade dem Belieben Preußens überliefe
Nun hatte man bis dahin in Berlin es unterlassen, die Verhan
lungen mit den Thüringern zu beginnen, um ja den Argwohn d
Königreiche nicht zu reizen; allgemach aber verlor man die Gedu
und am 7. December waren Besprechungen eröffnet worden. Die
Wink also wurde von König Ludwig wohl verstanden und auf se
Drängen genehmigte es der König von Würtemberg, daß im Janu
1833 der bairische Finanzminister Mieg als Bevollmächtigter beid
Staaten nach Berlin ging. Er nahm dabei seinen Weg über Dresde
um auch dort zu neuen Verhandlungen anzuspornen. Denn tr

mit Sachsen.

zweimaliger Conferenzen, die der sächsische Finanzminister Zesch
vom März bis Juli 1831 und dann wieder vom März bis M
1832 mit den preußischen Staatsmännern gepflogen hatte, war a
mit Sachsen noch kein Ergebniß erzielt worden. Es gab eben a
hier Schwierigkeiten, die besonders aus der Bedeutung Leipzigs a
Meßstadt hervorgingen, und trotz des guten Willens auf beid
Seiten hatte man noch keine annehmbare Ausgleichung gefund
Allein der sächsische Minister war gern bereit, einen dritten Versuch
unternehmen, wenn der Fortgang der Unterhandlungen, die M
jetzt beginnen wollte, Aussicht auf Erfolg darbiete. Und das gesch

Abschluß mit Baiern und Würtemberg.

Am 22. März 1833, nach zehnwöchentlichen Berathungen, wurde
Vertrag unterzeichnet, kraft dessen Baiern und Würtemberg v
1. Januar 1834 auf 8 Jahre dem Zollverein beitraten. Beiders
verzichtete man auf das Präcipuum, das man ursprünglich gewün
hatte; doch fürchtete Mieg so sehr eine Verminderung der heimisc
Einnahmen, daß er in einer Bedingung das Recht zu früherer Kü
digung vorbehielt, wenn der bairische Antheil an den Zöllen ei
Ausfall von 10% gegen den bisherigen Rohertrag aufweisen sol

Wie unnöthig diese Vorsicht war, ergab sich sehr bald; denn während die Verwaltungskosten gleich im ersten Jahre von 44 auf 16% sanken (also dadurch schon die Staatscasse eine Mindereinnahme von 28% gegen den bisherigen Rohertrag ohne Schädigung hätte ertragen können), stieg u. A. die Einnahme aus dem Kaffeezoll gleich auf das Dreifache, nach 12 Jahren auf das Fünffache, und Preußen mußte während des nächsten Jahrzehnts durchschnittlich etwa 2 Millionen Thaler an Baiern herauszahlen. Sein eigner Antheil dagegen, der 1829 auf den Kopf über 25 Silbergroschen betragen hatte, sank für die Jahre 1834—39 im Durchschnitt auf 22 herab. Auch in andern Puncten war es der größere Staat, der Opfer brachte. Baiern behielt seine Biersteuer und man begnügte sich, ein Maximum für die Verbrauchssteuern und eine allmähliche Annäherung derselben zu verabreden; jeder Staat erhielt das Recht Handelsverträge abzuschließen; die Zollvereinsconferenzen sollten nicht ständig in Berlin, sondern an wechselnden Orten abgehalten werden; für Streitigkeiten wurde ein Schiedsrichter in Aussicht genommen; die gegenseitige Controlle der Grenzbewachung ward auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt. Was Preußen unerschütterlich festhielt, war eigentlich nur sein Waarentarif; doch erlangte es noch ein Zugeständniß, das Mieg auf eigene Gefahr einräumte: er versprach, daß die preußische Zollordnung im Süden sofort, und nicht erst mit dem 1. Januar 1834 eingeführt werden sollte.

Beitritt Sachsens.

Nach so glücklichem Ergebniß zögerte Sachsen nicht, auch seinen Beitritt wieder zu beantragen. Zwei Tage nach dem Abschluß des bairisch-würtembergischen Vertrages war Zeschau schon wieder in Berlin und eine Woche später, am 30. März 1833, schloß er unter denselben Bedingungen wie Mieg ab. Diesem jedoch wurde sein Werk übel gedankt. König Ludwig war entrüstet darüber, daß er seine Vollmacht überschritten und die alsbaldige Einführung der preußischen Zollordnung versprochen. Er verweigerte seine Unterschrift und enthob den glücklichen Unterhändler seines Ministerpostens. Alles schien wieder in Frage gestellt; und wirklich wurde der königliche Zorn nur durch eine neue Nachgiebigkeit Preußens beschwichtigt. Eichhorn eilte selbst im Juli nach München und verzichtete auf jenes Zugeständniß. Mittlerweile waren im Mai auch die Verhandlungen mit den Thüringern beendigt. Sie bildeten am 10. Mai einen thüringischen Zoll- und Handelsverein, dem auch Preußen und Kurhessen für ihre thüringischen Gebietstheilchen sich anschlossen und der am nächsten Tage als Gesammtheit dem deutschen Zollverein beitrat.

Beitritt des thüringischen Handelsvereins.

So rückte denn, sagt Treitschke, jene folgenschwere Neujahrsnacht des Jahres 1834 heran, die auch den Massen das Nahen einer neuen Zeit verkündete. Auf allen Landstraßen Mitteldeutschlands hielten die Frachtwagen hochbeladen in langen Zügen vor den Mauthhäusern, umringt von fröhlich lärmenden Volkshaufen. Mit dem letzten Glockenschlage des alten Jahres hoben sich die Schlagbäume; die Rosse zogen an, unter Jubelruf und Peitschenknall ging es vorwärts durch das befreite Land. Ein neues Glied, fest und

unscheinbar, war eingefügt in die lange Kette der Zeiten, die den Markgrafenstaat der Hohenzollern hinauf geführt hat zur kaiserlichen Krone; die Marksteine waren gesetzt für jenes Kleindeutschland, das dereinst den Ruhm und die Macht des heiligen römischen Reiches überbieten sollte". Nur Baden, Nassau und Frankfurt fehlten noch; sonst war ganz Süddeutschland, ganz Mitteldeutschland mit Preußen verbunden; die große wirthschaftliche Einheit war des Namens eines „deutschen Zollvereines" würdig. Auch die genannten drei Glieder, die im Süden und in der Mitte noch fehlten, auch die Staaten des deutschen Nordwestens, sie durften als künftige Genossen des Bundes schon jetzt mit Sicherheit betrachtet werden, und mit voller Ruhe konnte der neue Verein den Zeitpunct abwarten, wo ihnen selbst das richtige Verständniß für ihr eigenes Bestes aufgehen würde.

Hannovers Gegenbemühungen.

Vor der Hand freilich gehörten einige von ihnen zu den bösartigsten, ingrimmigsten Gegnern. Besonders Hannover hatte keine Mühe gescheut um die neue Schöpfung in der Geburt zu vernichten. Als Keim des ganzen Verderbens erschien ihm mit vollem Rechte der Abfall Kurhessens vom mitteldeutschen Handelsverein. Ohne Zweifel war das ein Vertragsbruch und die übrigen Genossen waren befugt sich deshalb beschwerend an den Bund zu wenden. Aber konnten sie auf Erfolg hoffen, wenn Baiern, Würtemberg, Sachsen, die thüringischen Staaten mit Preußen und seinen Zollverbündeten zusammengingen? Leider mußten sie die Frage sich verneinen. Welche Freude daher, als im Mai 1832, wie vorhin erzählt wurde, die Verhandlungen in Berlin ergebnißlos abgebrochen wurden und die drei Königreiche schmollend bei Seite traten. Auf der Stelle wurde Hannover mit Braunschweig, Oldenburg, Nassau, Bremen und Frankfurt beim Bundestage vorstellig und verlangte ein Austrägalgerichtsverfahren gegen Kurhessen. Eine vorübergehende Mehrheit erfüllte dies Verlangen: der Zeitpunct war günstig gewählt; einige Monate später meinte selbst Metternich: wenn heute noch einmal abgestimmt würde, blieben wir in der Minderheit. Uebrigens kam die Klage nicht zur Entscheidung; sie war durch Beschluß der Bundesversammlung Oestreich überwiesen und in den Acten des wiener Gerichtshofs blieb sie begraben, seit Metternich im Sommer 1833 durch dieses Zugeständniß Preußens erneute Unterstützung für seine reactionäre Bundespolitik zu erkaufen für gut fand. Kein besseres Schicksal hatte ein gleichzeitiger Antrag Hannovers auf Ausführung des Artikels 19 der Bundesacte. Es war ein naiver Versuch, die gescheiterten Bemühungen von 1817 noch einmal aufzunehmen. Alles was Hannover selbst glaubte durchsetzen zu können, war eine Vereinbarung über Verminderung der Durchfuhrzölle. Da konnte denn freilich Preußen mit Recht einwenden, was damit wohl erreicht werde? Die Zollschranken innerhalb Deutschlands, auf deren gänzliche Beseitigung es ja ankam, wären unverändert bestehen geblieben. Ueber so geringe Besserungen war man nicht blos in Berlin, sondern nicht minder in München, Stuttgart, Dresden, Cassel, Darmstadt längst hinweg. Das sagte denn auch der preußische Bundestagsgesandte von Nagler rund heraus, in einer Denkschrift, von der

Metternich urtheilte, daß sie an Narrheit grenze. Doch die Narrheit wurde von den meisten Bundesgenossen getheilt, und deshalb ward der hannover'sche Antrag wohlweislich gar nicht zur Abstimmung gebracht. Die einzige Genugthuung, welche seinem Urheber ward, bestand darin, daß die Nachbarstaaten Oldenburg, Braunschweig und Bückeburg sich mit ihm in den Jahren 1834—37 zu einem Steuerverein verbanden, der eine Weile neben dem großen Zollverein ein selbständiges Dasein fristete. Diesem erwuchs eine erwünschte Abrundung in den Jahren 1835 und 1836 durch den Beitritt Badens, Nassaus und Frankfurts. In Baden kostete es Mühe den Widerstand der Liberalen zu überwinden. Wie diese 1833 in Würtemberg eifrig gegen den Anschluß gewirkt hatten, so daß Männer wie Uhland, Römer, ja selbst Pfizer gegen den Vertrag stimmten, so waren auch in Baden die Liberalen ingrimmige Gegner des Zollvereins, dessen Strudel, wie Rotteck prophezeite, Alles in den Abgrund des Absolutismus reißen werde. Doch waren sie einerseits schon halb gebunden, weil sie 1831, um dem damals beantragten Anschluß an den bairisch-würtembergischen Bund zu entgehen, der Regierung die Vollmacht ertheilt hatten über einen gesammtdeutschen Zollverein zu verhandeln; andrerseits vertraten auch Männer wie Nebenius, Rau, Mathy, der Fürst Löwenstein-Werthheim in der Presse und in den Kammern mit Entschiedenheit den Vertrag vom 12. Mai 1835, so daß derselbe in der ersten Kammer einstimmig angenommen wurde und auch in der zweiten 40 gegen 22 Stimmen erhielt. Nicht so glücklich wie das Großherzogthum bewerkstelligten Nassau und Frankfurt ihren Eintritt in den Zollverein; beide mußten ihn durch eine tiefe Demüthigung erkaufen, eine Demüthigung vor ausländischen Mächten. Um für ihre Weigerung zum Beitritt eine Stütze zu haben, hatten sie nämlich Handelsverträge geschlossen: Nassau auf 5 Jahre mit Frankreich, Frankfurt auf 10 Jahre mit England. Der französisch-nassauische Vertrag vom 19. September 1833, „der schmutzigste unter allen Verträgen der Zollvereinsgeschichte und darum auch streng geheim gehalten", versprach den nassauischen Mineralwassern eine Zollbegünstigung und den französischen Weinen und Seidenwaaren einen bestimmten, nicht zu erhöhenden Zollsatz, der geringer war als der preußische. Da die französischen Kammern nicht die Zeit gefunden hatten, ihn zu berathen, wie vorbehalten war, so wurde er einstweilen durch königliche Ordonnanz in Kraft gesetzt; übrigens war die nachträgliche Zustimmung der Kammern ganz zweifellos. Als nun aber der Herzog von Nassau sich bekehrte und einsah, daß er dem Zollverein nicht ohne schweren Schaden fern bleiben könne, da hängte er sich an jenen Formfehler und erklärte im Juli 1834 den Vertrag für hinfällig. Mit vollem Rechte sahen die Franzosen in dieser Wortbrüchigkeit einen Treubruch, und mit diesem schmachvollen Vorwurf beladen mußte der Herzog in Berlin um Aufnahme nachsuchen. Der Frankfurter Senat verfuhr ehrlicher und bat England um Aufhebung des übereilten Vertrages vom 13. Mai 1832, durch den er sich gebunden hatte, keinen dritten Staat vor England in Zollsachen

Der Steuerverein.

Eintritt Badens in den Zollverein.

Nassau und Frankfurt.

zu begünstigen. Sie wurde ihm gewährt und am 2. Januar 1836 trat auch Frankfurt dem Zollverein bei, der nun ein Gebiet von 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern umschloß. Seine Grenzlinie betrug 1064 Meilen, neun weniger als Preußen allein 1819 zu bewachen gehabt hatte.

Politische Bedeutung des Zollvereins.

Wie Keulenschläge wurden diese Triumphe Preußens von allen seinen Gegnern empfunden. Man fühlte, daß dies nur der Anfang sei und daß Größeres folgen werde. Jeder malte sich das Schreckliche, das im Schoße der Zukunft ruhte, in seiner Weise aus. Während die Liberalen mit geheimem Grauen eine Herrschaft des zügellosesten Absolutismus kommen sahen, erblickten die östreichisch Gesinnten mi schärferem Auge darin den Anfang zur Zertrümmerung des Bundes, zu dessen Sarge der Zollverein der Hauptnagel sei, wie der badisch Gesandte Blittersdorf schon 1833 klagte. Fortan werde Oestreich nur noch die formelle Leitung haben, die wirkliche Führerschaft steh bei Preußen; die einzige Möglichkeit, noch einmal Leben in den Bund zu bringen, bestehe vielleicht darin, daß Oestreich sich mit einem bloße Schutz- und Trutzbündniß begnüge und Preußen auch rechtlich an di Spitze Deutschlands trete. Diese schlimmste Folgerung zu ziehen, mocht sich Metternich freilich noch nicht überwinden. Er hatte die ganz Zollvereinsbewegung von ihrem Beginn ab unterschätzt; zwar ware seine Diplomaten überall und besonders in München dem Anschlu entgegengetreten, aber doch nur mit Abmahnungen und Schein versprechen, nie mit wirklich annehmbaren Gegenangeboten. So ware ihre Bemühungen eitel geblieben und das große Werk stand zu Mette nichs Schreck und Verdruß plötzlich fertig da. Von den 17 Stimme des Bundestages, so berechnete er in einer Denkschrift vom 24. Ju 1833, seien jetzt nur noch 7 völlig unabhängig von dem preußisch Verein; die liberale Partei werde sich desselben bemächtigen u dahin streben, Preußen mit einer neuen Verfassung zu beglücken u so an die Spitze des constitutionellen Deutschlands zu bringen. Ab auch jetzt wußte der alte Staatsmann an der Donau kein wirksam Gegenmittel; denn offen mit Preußen zu brechen, das liege nicht den Absichten und nicht in der Politik Oestreichs. So begnügte sich denn insgeheim zu hetzen und die Zollvereinsgenossen argwöhni gegen Preußen zu machen. Es war ein gern geglaubter Trost denken, daß der Beitritt so vieler Staaten am Ende den Verein v selbst sprengen werde. An Eifersüchteleien fehlte es auch gen nicht. Obgleich man die Rechtlichkeit und Offenheit, mit der Preuß verfuhr, allgemein und auch in vertraulichen Besprechungen rückhalt anerkennen mußte, so hegte man doch große Angst vor seinen geheim Zielen und vor der Gefahr drückender Abhängigkeit; der entgegen wirken waren die bairischen Staatsmänner vornehmlich beflissen, u ein enges Zusammenstehen mit Würtemberg, Sachsen, Baden ersch ihnen als dienlichste Waffe. Auf preußischer Seite verteidigte m sich gegen dieses Mißtrauen vor allem durch eine makellose Ehrlich in allen Beziehungen zu den Verbündeten, aber auch dadurch, man den Gedanken an eine preußische Führerschaft unbedingt zur

wies. Als Frankreich in einer Mittheilung nach Darmstadt mit berechneter Arglosigkeit derselben wie einer selbstverständlichen Sache Erwähnung gethan hatte, erklärte Eichhorn feierlich: diese Führerstelle, die man uns in den Tuilerien zuschreibt, wir nehmen sie nicht an; nicht Preußen hat den Zollverein gegründet; er entstand ganz natürlich aus dem übereinstimmenden Willen aller betheiligten Souveräne. Man freute sich in Berlin des thatsächlich gewonnenen Einflusses und vertraute der Wirkung der Zeit und des freundschaftlichen Zusammengehens. Nicht durch gewaltsames kühnes Anstürmen wollte man Preußens Stellung kräftigen, sondern durch schrittweises, bedächtiges Vorgehen, das von der überzeugten Zustimmung der Bundesgenossen gefördert werde. Wenn Metternich die hannoversche Regierung belobte, weil sie in ihrer Feindschaft gegen Preußen einen so vorzüglich bundesfreundlichen Geist zeige, so hätte Preußen selbst eben dieses Lob mit ungleich größerem Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Es war die Macht der Thatsachen und nicht die Frucht preußischer Zettelungen, wenn selbst ein so getreuer Anhänger Metternichs wie der Herzog von Nassau betrübten Herzens erklärte, daß er Abschied genommen habe von dem östreichischen System, und wenn die hessischen Staatsmänner ihrem Großherzog kein Hehl daraus machten, daß mit dem Beitritt zum Zollverein auch die Frage zum Voraus entschieden sei, auf wessen Seite Darmstadt bei einem etwaigen Kriege zwischen Oestreich und Preußen zu stehen habe.

Süddeutschland und der Bundestag.

Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland.

Daß die preußischen Staatsmänner bei solchen Erfolgen nicht übermüthig wurden, sondern sich nur um so mehr der rücksichtsvollsten und zuvorkommendsten Formen gegen die Bundesgenossen bedienten, darf ihnen gewiß zur Ehre angerechnet werden. Bei dem preußischen Volke konnte man eine gleiche diplomatische Berechnung nicht erwarten; vielmehr stärkten die Fortschritte des Zollvereins ebenso wie das Bewußtsein der großen Vorzüge, welche das eigene Staatswesen in Beziehung auf Verwaltung und allseitige Pflege der geistigen wie der materiellen Interessen vor den andern deutschen Staaten genoß, den berechtigten Stolz, der sich an die Großthaten in den Freiheitskriegen knüpfte, und nährte ein Gefühl der Ueberlegenheit, das den Süddeutschen um so anstößiger sein mußte, als bei ihnen dieselbe Ueberschätzung derjenigen Vorzüge allgemein verbreitet war, deren sie ihrerseits sich erfreuten, nicht zum wenigsten ihrer constitutionellen Staatsformen. Es widerstrebte ihren Empfindungen, daß ihr Süden, der an Naturkraft und Lebensfülle dem Norden so weit überlegen sei, jenem sich unterwerfen und seine Gesetze von den windigen Hungerleidern empfangen solle, die unaufhörlich mit ihren Thaten in den Befreiungskriegen prahlten, als ob sie damals allein gefochten und keine Schlacht von Jena vorausgegangen wäre. Ihnen schien in dem nordischen Wesen etwas Dürftiges, Dürres zu liegen, das den Gedanken, ganz Deutschland in einen preußischen Militär- und

zu begünstigen. Sie wurde ihm gewährt und am 2. Januar 183
trat auch Frankfurt dem Zollverein bei, der nun ein Gebiet vo
8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern umschloß. Sei
Grenzlinie betrug 1064 Meilen, neun weniger als Preußen alle
1819 zu bewachen gehabt hatte.

Politische Bedeutung des Zollvereins.

Wie Keulenschläge wurden diese Triumphe Preußens von alle
seinen Gegnern empfunden. Man fühlte, daß dies nur der Anfan
sei und daß Größeres folgen werde. Jeder malte sich das Schrecklich
das im Schoße der Zukunft ruhte, in seiner Weise aus. Währe
die Liberalen mit geheimem Grauen eine Herrschaft des zügellose
Absolutismus kommen sahen, erblickten die östreichisch Gesinnten m
schärferem Auge darin den Anfang zur Zertrümmerung des Bunde
zu dessen Sarge der Zollverein der Hauptnagel sei, wie der badisc
Gesandte Blittersdorf schon 1833 klagte. Fortan werde Oestrei
nur noch die formelle Leitung haben, die wirkliche Führerschaft st
bei Preußen; die einzige Möglichkeit, noch einmal Leben in den Bu
zu bringen, bestehe vielleicht darin, daß Oestreich sich mit einem bloß
Schutz- und Trutzbündniß begnüge und Preußen auch rechtlich an d
Spitze Deutschlands trete. Diese schlimmste Folgerung zu ziehen, moc
sich Metternich freilich noch nicht überwinden. Er hatte die gar
Zollvereinsbewegung von ihrem Beginn ab unterschätzt; zwar war
seine Diplomaten überall und besonders in München dem Anschl
entgegengetreten, aber doch nur mit Abmahnungen und Sche
versprechen, nie mit wirklich annehmbaren Gegenangeboten. So war
ihre Bemühungen eitel geblieben und das große Werk stand zu Mett
nichs Schreck und Verdruß plötzlich fertig da. Von den 17 Stimm
des Bundestages, so berechnete er in einer Denkschrift vom 24. Ju
1833, seien jetzt nur noch 7 völlig unabhängig von dem preußisch
Verein; die liberale Partei werde sich desselben bemächtigen u
dahin streben, Preußen mit einer neuen Verfassung zu beglücken u
so an die Spitze des constitutionellen Deutschlands zu bringen. A
auch jetzt wußte der alte Staatsmann an der Donau kein wirksam
Gegenmittel; denn offen mit Preußen zu brechen, das liege nicht
den Absichten und nicht in der Politik Oestreichs. So begnügte
sich denn insgeheim zu hetzen und die Zollvereinsgenossen argwöhni
gegen Preußen zu machen. Es war ein gern geglaubter Trost
denken, daß der Beitritt so vieler Staaten am Ende den Verein v
selbst sprengen werde. An Eifersüchteleien fehlte es auch gen
nicht. Obgleich man die Rechtlichkeit und Offenheit, mit der Preuß
verfuhr, allgemein und auch in vertraulichen Besprechungen rückhalt
anerkennen mußte, so hegte man doch große Angst vor seinen geheim
Zielen und vor der Gefahr drückender Abhängigkeit; der entgegen
wirken waren die bairischen Staatsmänner vornehmlich beflissen, u
ein enges Zusammenstehen mit Würtemberg, Sachsen, Baden ersch
ihnen als dienlichste Waffe. Auf preußischer Seite verteidigte m
sich gegen dieses Mißtrauen vor allem durch eine makellose Ehrlich
in allen Beziehungen zu den Verbündeten, aber auch dadurch, d
man den Gedanken an eine preußische Führerschaft unbedingt zurü

wechsel zweier Deutschen diese Wahrheiten frisch von der Leber heraussagte und mitten in der Hochburg des einseitigen süddeutsch-französirenden Liberalismus das Banner aufpflanzte, auf dem als Programm die Einigung Deutschlands durch Preußen stand. Ihm galt Oestreich als die letzte Colonie, die das große Mutterland aus seinem Verbande entlassen müsse; Preußen aber, dessen umsichtige humane Gesetzgebung, dessen musterhaft geordnete Verwaltung, dessen wohlwollendes volksbeliebtes Fürstenhaus er laut pries, und dessen Volk er entschlossen gegen den Vorwurf einer illiberalen knechtischen Gesinnung in Schutz nahm, Preußen sei berufen, an die Spitze zu treten, indem es einen deutschen Bundestag in Berlin zusammenkommen lasse, der aus Abgeordneten der Ständeversammlungen in den Einzelstaaten gebildet sei und dem gegenüber der König von Preußen zugleich als der Vertreter aller andern deutschen Fürsten (mit Ausschluß Oestreichs) erscheine. So erkannte Pfizer mit prophetischem Blick die Zukunft, aus der dem Vaterlande Heil erblühen sollte. Laß die Helden, die geschieden, rief er sich zu:

Die Vergangenheit ist todt!
Seele, von des Grabes Frieden
Wende dich zum Morgenroth,
Gleich dem Aar, der einst entflogen
Staufens Nachbar, und im Flug
Zollerns Ruhm bis an die Wogen
Des entleg'nen Ostmeers trug!

Adler Friederichs des Großen,
Gleich der Sonne decke du
Die Verlass'nen, Heimatlosen
Mit der gold'nen Schwinge zu!
Und mit mächt'gem Flügelschlage
Triff die Eulen, Rab' und Weih'!
Steig' empor zum neuen Tage,
Sonnenauge, kühn und frei!

Andre Pläne für die deutsche Einheit.

Viel Bewunderung fand diese begeisterte Poesie der Vaterlandsliebe damals nicht, aber manche Stimmen erklangen doch auch sonst in Süddeutschland, die annähernd dasselbe wünschten und hofften, ohne ihre Gedanken zu einer so scharfen Ausprägung zu bringen und ohne die Verdienste des preußischen Staates, die Abhängigkeit und Unselbständigkeit des süddeutschen Liberalismus mit gleicher Klarheit und Unbefangenheit zu erkennen. Selbst Männer, die wie Rotteck, der Vorkämpfer der Freiheit in Baden, kurz nachher von heftigem Ingrimm gegen den preußischen Absolutismus überwallten, die wie Wirth und Siebenpfeiffer kaum ein Jahr später in der Presse den äußersten linken Flügel führten, äußerten sich anfangs doch noch voll Anerkennung und Zutrauen über Preußen. Daneben gab es freilich von Anfang an Phantasten, die jeder seinen eignen Landesherrn zum Oberhaupte Deutschlands auserkoren wissen wollten. Besonders eifrig wurde von Manchen für König Ludwig von Baiern, den mächtigsten „deutschen" Landesfürsten, gewirkt; ja in seiner nächsten Umgebung soll der General Raglovich einen Plan zur militärischen Durchführung dieses

Gedankens ausgearbeitet und seinem Monarchen vorgelegt haben, wa freilich von Andern bestritten wird. Aber auch König Wilhelm vo Würtemberg und Leopold, der neue Großherzog von Baden, der 183 den Thron bestieg, wurden von Andern zu Beherrschern des deutsche Reiches auserſehen, während verständigere Naturen, wie Welcker, sic damit begnügten, eine Volksvertretung am Bunde und die Umwand lung des Bundestages in eine erste Kammer zu fordern. Alle dies Ideen, die Bezug auf die Gestaltung Gesammtdeutschlands hatten traten aber doch sehr zurück gegen die Bemühungen in den Einzel staaten die liberalen Forderungen, wie sie damals an der Tages ordnung waren, durchzusetzen. Und dies löbliche Vorgehen war mi gutem Erfolg gekrönt. Auch in den Südstaaten hatten ja, wie frühe gezeigt, die zwanziger Jahre den Mehlthau der Reaction über di lustig aufblühenden Verfassungen geträufelt. Wenn die beiden König Ludwig und Wilhelm auch ihre Stellung richtig genug erkannten um die freisinnige Rolle, welche sie spielen konnten, nicht durch gewalt same Eingriffe in das Verfassungsleben zu schädigen, so hätten si doch eine Fortentwicklung desselben nicht kräftig fördern können, ohn Metternichs vollsten Zorn über sich zu entladen. Auch so schon blickt dieser mit bitterem Ingrimm auf sie und wartete nur auf den Zeit punct, wo der bairische König „sich festgefahren habe", um di geeigneten Mittel zu ergreifen, ihm zu „helfen". Zu seiner vollste Zufriedenheit aber hatte der Großherzog Ludwig von Baden gehandelt eben der, welcher 1830 starb. Durch unerhörte Beeinflussung de Wahlen hatte er 1824 an die Stelle einer aufgelösten Kammer ein andre zu Stande gebracht, in der nur drei Liberale saßen und di ihm willig die Verfassung in reactionärem Sinne änderte. Sei Nachfolger, der erste Großherzog aus der hochheimer Linie, betra indes schon vor der Juli-Revolution andere Bahnen, entließ das alt Ministerium und berief in dem früheren Abgeordneten Winter eine bewährten Liberalen zu seinem ersten Rathgeber. Die neue Kamme die 1831 ihre Thätigkeit begann, war das grade Gegentheil de vorigen, und Männer wie Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermaier zoge die Augen von ganz Deutschland auf sich durch den Eifer, mit welche sie für freisinnige Reformen eintraten. Die Verfassung erhielt ihr frühere Gestalt wieder, in der socialen und der Steuergesetzgebun wurden bedeutende Verbesserungen vorgenommen, die Preßfreihei soweit sie die Carlsbader Beschlüsse zuließen, d. h. mit Ausnahme de Besprechung allgemein deutscher Angelegenheiten und solcher, die eine anderen Bundesstaat betrafen, wieder eingeführt. In Würtember war der Landtag schon vor der Revolution auseinander gegange und kam erst mehrere Jahre später wieder zusammen. Aber Baier erlebte auch eine höchst bewegte Kammersession. Ihren Hauptrei gewährten derselben ein paar reactionäre Maßregeln, zu denen sic König Ludwig durch einen Crawall verleiten ließ, den die Münchene Studenten im December 1830 angestiftet hatten. Politische Ursache lagen dabei durchaus nicht zu Grunde; es war ursprünglich Nicht als ein gewöhnlicher nächtlicher Unfug. Aber weil das Militär hatt

Freiheitliche Bestrebungen.

Die badische Kammer.

Baiern.

einschreiten müssen, weil die Musensöhne die Marseillaise gesungen hatten, weil sie der verbotenen Germania angehörten, weil die Presse sich ihrer annahm, schloß der leicht erhitzte Monarch die Universität und führte durch ein Edict vom 28. Januar 1831 verfassungswidrig die Censur ein. Das war bei der Tagesstimmung genug, um entschieden oppositionelle Wahlen herbeizuführen und die Presse erst recht zu erbittern und zu einer maßlosen Haltung zu reizen. Denn bald genug sah die Regierung ein, daß sie nicht im Stande sei, die Censur wirklich durchzuführen; der Minister von Schenk, von der Kammer in Anklagezustand versetzt, mußte entlassen werden und das neue Ministerium, an dessen Spitze der Fürst Ludwig zu Oettingen-Wallerstein stand, legte ein neues Preßgesetz vor, das freilich den Liberalen noch nicht genügte, aber doch bedeutende Zugeständnisse enthielt.

Die radicale süddeutsche Presse.

Die beiden tonangebenden Blätter in Baiern wurden die „deutsche Tribüne“ von Wirth und das „Volksblatt“ von Eisenmann. Um sie aber schaarten sich eine große Anzahl kleinerer Blätter, die alle mit gleichem Eifer und gleicher Rücksichtslosigkeit ihre demokratisch-kosmopolitischen Ziele verfolgten und deren Redacteure, die Siebenpfeiffer, Hochdörfer, Strohmaier, die Helden der öffentlichen Meinung waren. Große Hoffnungen knüpften sich vor Allem an den polnischen Aufstand: Polen zu einem demokratischen Staate zu gestalten, mit dessen Hülfe ein demokratisches deutsches Reich zu gründen, mit ihm und Frankreich gemeinsam eine europäische Staatengesellschaft vorzubereiten, das war das Programm, welches Wirth in der deutschen Tribüne Anfangs 1831 aufstellte. Der deutsch-nationale Gedanke, der die Seele der geheimen Gesellschaften nach den Freiheitskriegen gewesen war, trat gegen die demokratischen Ideale immer mehr in den Hintergrund; man spottete nicht allein über die Rücksicht auf buntbemalte Grenzpfähle als über ein Vorurtheil; selbst die Muttersprache wollten Manche nur als eine Zufälligkeit gelten lassen, von der man sich nicht knechten lassen dürfe. Die Hinwegräumung der Throne sei die unabweisliche Aufgabe des Jahrhunderts, erklärte Wirth; man solle ihn deshalb nicht einen Feind der Fürsten schelten; er theile ihnen ja die großartigste göttlichste Aufgabe zu, als Vorbild für alle besitzenden Classen freiwillig auf äußere Macht zu verzichten. Daß eine solche Sprache die Regierung ängstlich machte und zu Vorsichtsmaßregeln stimmte, gab der volksthümlichen Wühlerei nur neuen Brennstoff. Die liberalen Abgeordneten, welche von ihrem Kammerfeldzuge heimkehrten, wurden mit überschwänglichen Ehren begrüßt und ihnen Feste über Feste veranstaltet, bei denen der Redefreiheit kein Zaum angelegt wurde. Ganz insbesondere aber wollte man die Presse stützen und pflegen. Zu diesem Zwecke bildete sich im Januar 1832 in der Rheinpfalz ein Preßverein, der gegen das Bündniß,

Der Preßverein.

welches die Fürsten zur Unterdrückung und Verarmung der Völker, zur Entweihung der menschlichen Würde geschlossen, einen Bund bilden wolle, der auf gesetzmäßigem Wege die Befreiung Deutschlands bewirke und die Ueberzeugung verbreite, daß ein deutsches Reich mit demokratischer Verfassung nothwendig sei. Der Aufruf, welcher diese

Sätze enthielt, wurde in 50,000 Exemplaren verbreitet, binnen kurzer Zeit war eine Summe von etwa 10,000 Gulden an jährlichen Beiträgen gezeichnet, vieler Orten hatten sich Unterausschüsse gebildet und der Vorstand entwickelte mit den Geldmitteln, über die er jetzt verfügte, eine rege Thätigkeit. Flugschriften, besonders aber einzelne Nummern von Zeitungen, wurden in Tausenden von Exemplaren über Land und Stadt verstreut und als Wirth, der seine deutsche Tribüne trotz eines Bundesverbotes weiter herausgegeben hatte, deshalb von dem Appellationsgericht in Zweibrücken am 14. April 1832 freigesprochen wurde, verkündeten 60,000 Flugblätter dieses Urtheil dem Volke. Dadurch verbreitete sich eine Aufregung in allen Schichten der Gesellschaft, die mit Nothwendigkeit dahin drängte, sich auch äußerlich kund zu geben und die sich endlich in dem Hambacher Feste Luft machte. Ein Aufruf, den Siebenpfeiffer verfaßt und einige dreißig Bürger von Neustadt a. d. Haardt unterzeichnet hatten, lud die deutschen Männer und Jünglinge jedes Standes, lud Deutschlands Frauen und Jungfrauen ein, am 27. Mai 1832 auf dem hambacher Schlosse dieses patriotische Fest, „der Deutschen Mai", zu feiern und sich dadurch „zum mannhaften Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde" zu stärken. Anfänglich verbot die bairische Regierung das Fest und gedachte es mit Gewalt zu hindern; allein gegenüber den lebhaften Einsprachen, welche die Provinzial- und Stadtvertretungen der Pfalz dagegen erhoben, entfiel ihr der Muth; das Fest fand statt, und wurde von 25,000, ja nach manchen Angaben von 60,000 Menschen gefeiert. Wenn die meisten aus den umliegenden Landschaften zusammengeströmt waren, so fehlten doch auch Vertreter entfernterer Gegenden nicht. Zahlreich fanden sich die Studenten ein, mancher von ihnen in dem festen Glauben, es gelte sogleich das Leben für die heilige Sache des Vaterlandes aufzuopfern. Auch Polen und Franzosen hatten sich eingestellt, und in dem feierlichen Zuge, welcher die Theilnehmer von Neustadt zu der Burgruine führte, flatterte neben der schwarz-roth-goldenen die polnische Fahne, umringt von einem Ehrengeleite der Frauen und Jungfrauen. Dreihundert Handwerksburschen stimmten das erste Festlied an: Hinauf, Patrioten, zum Schloß, zum Schloß! Als die „reifende Aehre mit goldenem Rand", als die „goldene Ernte" bezeichnete es das Vaterland. Die Poesie der später gesungenen Lieder war weniger zahm; sie geißelte der Despoten fluchwürdigen Bund, den Trug und Verrath, der deutschthümliche Ehre siebenzehn Jahre lang gebrandmarkt, die neueste Fluchthat an Polen, und rief in Versen von sehr zweifelhafter Vollkommenheit zum entschlossenen Kampfe auf.

Das Hambacher Fest.

Auch die Adressen, die zur Verlesung kamen, nahmen kein Blatt vor den Mund; doch waren sie vorsichtiger Weise nicht unterzeichnet. Da klagten die Rheinpreußen, daß sie, das muntere Vögelein des Rheines, eingesperrt sein müßten in den schmalen engen Käfig zu dem alten finsteren Uhu; ein Greis vom Bodensee warnte vor der Lockspeise des preußischen Zollvereins und mahnte, gemeinsam mit dem fran-

zösischen Volk für einerlei Ziel zu kämpfen; die Straßburger Gesellschaft der Volksfreunde sicherte ihren Beistand und ihre Theilnahme zu; auch die Polen in Paris sandten brüderlichen Gruß und Glückwunsch. Den lebhaftesten Ausdruck fanden die Gedanken des Tages aber in den zahllosen Reden, welche aller Orten in der Versammlung sich drängten und jagten. Vaterland, Völkerbund, Volkshoheit hoch! so toastete Siebenpfeiffer; den vereinigten Freistaaten Deutschlands, dem verbündeten republikanischen Europa galt Wirths Hoch; die heilige Allianz der Völker ließ der straßburger Zeitungsschreiber Rey leben. Andre nannten den besten Fürsten von Gottes Gnaden einen geborenen Hochverräther an der menschlichen Gesellschaft; sie schalten die Preußen, daß sie in königlicher Demuth vertrocknet und in fürstlicher Gnade abgestorben seien; sie erklärten jedes Zögern für feigen Verrath an der Vernunft, der Tugend, der Menschheit, und forderten auf zum Kampf der Nothwehr, der alle Mittel heilige, in dem die schneidendsten die besten seien. Mehr als einmal wurden die Redner von dem Rufe: zu den Waffen! unterbrochen, und als Wirth seine große Rede geendet, überreichte ihm ein frankfurter Jude feierlich ein Ehrenschwert, das jener in die Höhe schwang und begeistert als ein Wahrzeichen in diesem Augenblicke begrüßte. Uebrigens fehlte es auch nicht an Solchen, welche vor jeder Revolution warnten, deren Hoch der Freiheit und Ordnung galt und die gegenüber der weltbürgerlichen Begeisterung die nationale Ehre und Unverletzlichkeit betonten. Zu den letzteren gehörte vor Allen auch Wirth, der muthvoll und zum Anstoß für Viele es aussprach: selbst die Freiheit dürfe nicht auf Kosten deutschen Gebietes erkauft werden und sobald fremde Einmischung stattfinde, sei der Kampf gegen die inneren Verräther zu unterbrechen und das Gesammtvolk gegen den äußern Feind unter die Waffen zu rufen. Aber vereinzelt blieben solche Aeußerungen doch immer und bei den Meisten erregten sie, als Ausdruck eines unberechtigten Mißtrauens, Anstoß und Verdruß, der nur deshalb überwunden wurde, weil Wirth durch ein kräftiges „Fluch, ewiger Fluch", das er über die Fürsten, die Verräther, ausrief, einen vollgültigen Beweis seiner sonstigen Gesinnungstüchtigkeit gab. Allerdings gehörte er auch in andrer Beziehung nicht den eigentlichen Heißspornen an, die womöglich das Hambacher Fest zum unmittelbaren Ausgangspunct einer Revolution machen wollten. Ihm schwebte vielmehr als nächstes Ziel die enge Verbindung der politischen Opposition in allen deutschen Staaten vor; ihr Verfahren sollte durch Vertrauensmänner nach einem bestimmten Plane geleitet und geregelt werden; durch die Presse, durch Anträge in den Kammern, durch die Bildung patriotischer Gesellschaften wollte er die Umgestaltung Deutschlands erzielen. Ein erster Schritt auf diesem Wege wurde noch in Neustadt gethan. Am zweiten Tage des Festes wählte eine Versammlung von 5—600 Männern einen Vertrauensausschuß, dessen Mitglieder den verschiedenen Ländern entnommen und zum Theil bekannte Führer des Liberalismus waren. Nur glänzten grade diese letzteren, wie Rotteck und Welcker aus Baden, Jordan aus Kurhessen, Closen aus Baiern, durch ihre

Der Vertrauensausschuß.

Abwesenheit, und die, welche zugegen waren, fast ausnahmslo
Männer dritten und vierten Ranges, die Siebenpfeiffer, Wirth, Stroh
mayer, Rauschenblatt, wagten es doch nicht, den Antrag, der au
ihrer Mitte gestellt wurde: sich als provisorische Regierung zu
constituiren, anzunehmen. Das Fest blieb daher ohne unmittelbaren
Erfolg. Einige Tage lang wogten noch große Menschenmassen von
Neustadt nach dem Schlosse und vom Schlosse nach Neustadt; dann
kehrte die frühere Stille in die aufgeregte Stadt zurück. Dagegen
fehlte es dem Feste nicht an zahlreichen Seitenstücken und Nach
ahmungen. Wie in Paris der Tag der Feier selbst von vielen
Deutschen, Franzosen, Polen, Italienern, Spaniern, Portugiesen und
Ungarn unter Lafayette's Vorsitz durch ein Bankett begangen ward
so wurden an zahllosen Orten von Mittel- und Süddeutschland in
den letzten Tagen des Mai und Anfang Juni Massenversammlungen
gehalten, deren Theilnehmer nach Tausenden zählten und bei denen
es weder an heftigen Reden, noch an unbesonnenen Handlungen fehlte
Denn der nöthigen Klugheit und Vorsicht ermangelten die Führer
und die Geführten fast überall. Nothwendig mußte es ja den Arg
wohn und die Erbitterung der Regierungen reizen, wenn die republi
kanischen Forderungen unverhohlen ausgesprochen wurden, oder wenn
wie es bei Würzburg geschah, der Bürgermeister dieser Stadt, Behr
in die Höhe gehoben und unter dem Rufe: Dies ist unser Franken
könig! von der jauchzenden Menge umhergetragen wurde.

Seitenstücke zum Hambacher Fest.

Die Reaction.

Die Reaction ließ daher nicht lange auf sich warten, und nich
Metternich allein lebte der frohen Hoffnung, das Hambacher Fes
werde, gut benutzt, ein Fest der Guten werden. Der König von
Baiern entsandte sogleich seinen Feldmarschall Wrede mit genügenden
Truppen in die Rheinpfalz, um für die Erhaltung der Ruhe zu
sorgen. Wirth, Siebenpfeiffer und andre Führer der Bewegung
wurden verhaftet; andre retteten sich über die Grenze; die Unabhängig
keit der Gerichte brach man durch Versetzungen der Richter und Ver
legung der obersten Instanz nach München. Nicht viel anders ging
es in den übrigen Bundesstaaten; überall entfaltete die Polizei den
größten Eifer, und von Frankfurt aus wurde nachdrücklich gehetzt und
gespornt. Dem Bundestag war jetzt die beste Gelegenheit geboten
zu zeigen, daß sein wahres Lebenselement doch nur die polizeiliche
Oberleitung in den einzelnen Staaten sei. Vor Ausbruch der Juli-
Revolution hatte er sich zu einer tödtlichen Arbeitslosigkeit verurtheilt
gesehen. Die Demagogenverfolgungen waren beendet, die Zollverhand-
lungen verschmähten den Weg über Frankfurt, kaum daß die Un-
gezogenheiten des Herzogs von Braunschweig einigen Stoff für die
Berathungen lieferten. Bezeichnend für die ganze Geschäftslage war
es, daß Oestreich am 18. September 1828 den Antrag hatte stellen
können, die Versammlung möge sich auf unbestimmte Zeit vertagen,
wodurch also ihr Zusammentritt ganz in Metternichs Belieben ge-
stellt worden wäre. Diese Periode des Nichtsthuns nahm aber alsbald
ein Ende, als die ersten Stürme der Revolution sich ausgetobt hatten
und die Regierungen wieder zum Gefühle ihrer Macht kamen. Auch

Der Bundestag.

während der eigentlichen Revolutionszeit, d. h. vom Ausbruch der Septemberunruhen des Jahres 1830 an bis zum Fall von Warschau im September 1831, versuchte Metternich wiederholt den Bundestag zu einem kräftigen Auftreten anzuspornen. Er wollte eine Erklärung erlassen, wonach alle Zugeständnisse, welche den Regierungen abgenöthigt würden, in sich ungültig seien und verlangte, daß die Nachbarstaaten den bedrängten Fürsten auch ohne besonderen Bundesbeschluß alsbald militärisch zu Hülfe kämen. Allein diese Vorschläge wurden nur in sehr abgeschwächter Form zu Beschlüssen erhoben und thatsächlich gar nicht ausgeführt. Nicht allein die constitutionellen Staaten widersetzten sich ihnen, sondern auch Preußen zeigte eine ärgerliche Lauheit, welche deutlich verrieth, daß es auf moralische Eroberungen in Deutschland und auf die allmähliche Untergrabung des Bundestages sinne, eine Politik, der Bernstorff im Februar 1831 in einer Denkschrift auch offenen Ausdruck gab. Doch gebrach es der berliner Regierung andrerseits auch wieder an dem Muthe, dieses System kraftvoll und rücksichtslos durchzuführen. Sie wollte es mit keinem Theile ganz verderben. Gegenüber den östreichischen Anträgen schlug sie vor, die Einmischung des Bundes im Fall einer Revolution nur dann zuzulassen, wenn die bedrängte Regierung damit zufrieden sei, und verlangte obendrein, daß der Bundestag zuvor untersuchen solle, ob nicht etwa die Bevölkerung triftigen Grund zu Beschwerden habe, in welchem Fall für die Abstellung derselben zu sorgen sei. Die Beschlüsse, die der Bundestag am 21. October 1830 faßte, waren eigentlich völlig nichtssagend. Die Regierungen versprachen sich gegenseitigen Beistand bei etwaigen Unruhen, empfahlen einander, gegründeten Klagen ihrer Unterthanen gerecht zu werden und unbegründeten fest entgegen zu treten, und schärften ihren Censoren in sehr glimpflicher Weise Vorsicht ein. Die Presse erfreute sich daher in den nächsten Monaten einer Freiheit, der sie völlig entwöhnt war und die sie keineswegs mit Maßhaltung benutzte. Mit dem Fall von Warschau hörte jedoch die Nachsicht der Censurcollegien und des Bundestages auf. Eine russische Note forderte von den deutschen Regierungen mit Entschiedenheit die Unterdrückung der gefährlichen Demagogie. In Preußen war an Bernstorffs Stelle Ancillon als Minister des Auswärtigen getreten und dadurch dem russischen und östreichischen Einfluß wieder Thür und Thor geöffnet. Die heilige Allianz der drei Ostmächte, die seit 1824 geschlummert hatte, lebte wieder auf. Schon im October begann Metternich auf's Neue in Frankfurt den unterbrochenen Feldzug gegen den Liberalismus, und jetzt kam es nicht blos zu Beschlüssen, sondern auch zu Thaten. Am [illegible] October 1831 verbot der Bundestag, ihn fernerweit mit Adressen [illegible]lästigen; am 10. November eiferte er gegen den Mißbrauch der [illegible] und einige Tage später verbot er die erste Zeitung, das in [illegible]ßburg erscheinende „Constitutionelle Deutschland“. Die meisten [illegible]ungen handelten im Sinne dieser Beschlüsse; doch grade die, [illegible]elche es am meisten ankam, zeigten sich lässig. Mehrfach wurden [illegible] Baden, Würtemberg, Hessen von Frankfurt aus zu größerer

Russisch-östreichischer Druck.

Strenge gemahnt; weil das nicht zu helfen schien, griff der Bund endlich selbst ein und verbot am 2. März 1832 Wirths Tribüne und ein paar andre Blätter. Es wurde schon erzählt, wie die demokratische Partei sich gegen diese wachsenden Bedrückungen durch den Preßverein und durch eine lebhafte Agitation im Volke zu schützen suchte, und wie das Hambacher Fest zum Gipfelpuncte dieser Bewegung wurde. Bald aber sollte sich es zeigen, daß die Früchte derselben für die liberale Partei sehr verderblich seien; denn es wurden nicht allein die Regierungen und der Bundestag dadurch zu immer dreisteren Eingriffen ermuthigt, sondern die Spaltung unter den Freisinnigen, welche schon im Sommer 1831 begonnen hatte, begann zu einer unübersteiglichen Kluft sich zu erweitern. Was den Bundestag anlangt, so faßte er schon am 30. Mai, also während das Fest in Hambach noch fortdauerte, den Beschluß, die Regierungen zur größten Strenge anzutreiben; die vorläufigen Weisungen, welche er ihnen gab, wurden dann am 28. Juni und 5. Juli in feste Formen umgegossen. Die Beschlüsse des 28. Juni richteten sich gegen die Ständeversammlungen; ihre Thätigkeit solle vom Bunde überwacht werden; jeder Antrag, der gegen das monarchische Princip verstoße, sei ungültig; Steuerverweigerung werde der Bund mit Waffengewalt unterdrücken; die Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen müsse beschränkt werden; der Bundestag allein könne die Bundesacte auslegen, und die innere Gesetzgebung der Einzelstaaten stehe hinter den Bundeszwecken, deren Auslegung auf Grund der Bundesacte der frankfurter Versammlung zukam, zurück. Acht Tage später, am 5. Juli, wurden alle politischen Vereine, Versammlungen und Feste, das öffentliche Tragen von Cocarden und Bändern, das Aufstecken von Fahnen und Freiheitsbäumen verboten; Fremde wie Einheimische, die revolutionärer Gesinnung verdächtig seien, sollten aufmerksam überwacht werden; die Beschlüsse gegen die Universitäten aus den Jahren 1819 und 1824 wurden erneuert und schnellste militärische Hülfe, besonders von Oestreich und Preußen, allen Bedürftigen zugesagt. Auch gegen die Presse wurden ein paar neue wuchtige Schläge geführt; deutsche Schriften, im Auslande gedruckt, sollten ohne besondere Erlaubniß nicht verbreitet werden, und das badische Preßgesetz, der Stolz der Liberalen, wurde für ungültig erklärt. Vergebens suchte sich der Großherzog diesem Beschlusse zu widersetzen und ging sogar so weit, bei Louis Philipp um Unterstützung zu bitten. Als ihm diese abgeschlagen wurde und als man von östreichischer Seite mit einer Theilung des Landes zu drohen begann, fügte sich Baden und änderte am 28. Juli sein Preßgesetz nach den Forderungen des Bundes ab. Eine Reihe von Blättern wurden unterdrückt, ihre Herausgeber verhaftet oder durch die Gefahr zur Flucht bewogen, überdies auch die beiden Professoren Rotteck und Welcker in den Ruhestand versetzt. In Baden geschah Alles das doch immer nur auf directes Verlangen des Bundes; in andern Staaten entwickelten die Regierungen aus eigenem Antrieb den größten Eifer. Ludwig von Baiern schien alle seine liberalen Ideen völlig vergessen zu haben. In willkürlichster Weise

Die Bundesbeschlüsse von 1832.

Die Reaction in Baden,

in Baiern.

wurden Männer wie Oken oder Schönlein abgesetzt, andere wie Behr oder Eisenmann verhaftet und Jahre lang gefangen gehalten, wieder andere wegen Hochverraths außer zum Zuchthaus auch zur Abbitte vor dem Bilde des Königs verurtheilt. In manchen Staaten hatte dieses schroffe Vorgehen Conflicte mit den Kammern zur Folge, die in Würtemberg, in Kurhessen (wo Hassenpflug am Ruder saß), in Nassau zu deren Auflösung führten.

Bruch zwischen Radicalen und Liberalen.

Diese reactionären Maßregeln beförderten den Bruch zwischen den radicalen und den gemäßigten Elementen der liberalen Partei. Denn während die letzteren dadurch eingeschüchtert oder doch vorsichtiger gemacht wurden, entbrannten die ersteren von um so größerer Begier, dem schmachvollen Zustande ein Ende zu machen, unbekümmert darum, ob ihre Kräfte dafür zureichten oder nicht; und da ihnen die Möglichkeit des offenen Kampfes genommen war, so suchten sie ihre Zuflucht in geheimen Verbindungen und Verschwörungen, sowie in der Verbrüderung mit den Revolutionären anderer Völker. Das war ein Boden, auf den ihnen die erprobten Führer der ständischen Oppositionen nicht folgen wollten und konnten; so blieben die Häupter der Radicalen, meist Männer ohne große geistige Bedeutung und mit einem Einflusse, der nicht über ihre Stadt und den nächsten Umkreis hinausging, sich selbst überlassen und glitten um so schneller auf ihrem abschüssigen Wege voran. Schon an dem Preßverein und dem Hambacher Feste waren die eigentlichen Häupter des Liberalismus, die Rotteck, Welcker, Itzstein, Mittermaier, Uhland, Römer, Pfizer, Wesen, Jordan, wenig oder gar nicht betheiligt; auch von den zahlreichen Verwahrungen und Erklärungen, die am Rhein und Main gegen die meisten Bundesbeschlüsse in Umlauf gesetzt wurden, hielten sie sich möglichst fern. Ein Versuch, den die Radicalen machten, um sie wieder heran zu ziehen, scheiterte. Welcker erklärte sich bei einer Besprechung, die im Herbst 1832 zu Frankfurt stattfand, mit Entschiedenheit gegen geheime Vereine und wollte nur gesetzliche Mittel angewandt wissen. Damit war das Band gelöst und die bisherigen Freunde wurden von den Radicalen in der heftigsten Weise angefeindet als knechtisch gesinnt, als Feinde der wahrhaft Freigesinnten, als solche, die vor der Gewalt die Knie beugten und statt für die Wiedergeburt des Volkes für fürstliche Windeln schwärmten — Alles Vorwürfe, die trotz ihrer Ungereimtheit Siebenpfeiffer sich nicht entblödete, selbst gegen Rotteck zu schleudern.

Geheime Umtriebe der Radicalen.

Nichtsdestoweniger fuhren aber die Radicalen fort, sich in ihren Kreisen auf die volksbeliebten Namen der alten Führer zu berufen und den Glauben zu verbreiten, daß diese sich im entscheidenden Augenblicke oder jedenfalls doch, wenn der erste Schlag gelungen sei, an die Spitze stellen würden. In die provisorische Regierung, die sie für das republikanische Deutschland in Aussicht nahmen, sollte nicht bloß Jordan, der ihnen immerhin am nächsten stand, sondern auch Itzstein, Rotteck, Welcker einzutreten bereit sein. Doch bedienten sie sich dieser Namen eben nur als Aushängeschilder, um desto mehr Anhang zu finden. Ihre wirkliche Kraft suchten sie theils in den

niederen Ständen und bei den Bauern, theils bei den Studente
verbindungen oder im Militär, wozu dann immer noch die Hoffnun
auf auswärtige Hülfe kam. Unter den Leitern der Verschwörun
fand ein ungemein reger persönlicher und brieflicher Verkehr sta
Mittelpuncte der Bewegung waren vornehmlich Frankfurt mit Gieße
und Marburg, sowie Stuttgart mit Ludwigsburg; in dem Umkrei
dieser Städte drang die Aufregung am tiefsten in das Volk ei
Die Bauern suchte man durch Flugschriften zu bearbeiten und z
Steuerverweigerung aufzuhetzen; wenn dann die Oestreicher u
Preußen ins Land kämen, so müsse man gegen sie die Franzosen z
Hülfe rufen. Nach beendigter Ernte des Jahres 1832, wenn d
Bauer Nichts zu thun habe, sollte die Revolution losgehen. Allei
als es zum Ausbruch kommen sollte, erkannte man doch, daß d
Dinge noch nicht weit genug vorbereitet seien. Man verwendete al
den Winter 1832 auf 1833 noch zu neuen Anwerbungen. Unt
den Studenten traf man viel williges Gehör. In dem Strei

Die Burschenschaftler.

zwischen Arminen und Germanen hatten die letzteren, welche d
politische Einheit nicht blos vorbereiten, sondern thätig mitwirke
herbeiführen wollten, seit 1827 immer mehr die Oberhand gewonne
Ein Burschentag zu Frankfurt im September 1831 vollendete ihr
Sieg, indem er alle Mitglieder zur Theilnahme an etwaigen Volk
aufständen verpflichtete. Allerdings schieden in Folge dessen eini
Universitäten aus; aber auf den andern wucherte der revolutionä
Sinn um so üppiger. Schon Mitte 1832 konnte von Heidelbe
berichtet werden, daß nicht allein 2—300 Theilnehmer an eine
allgemeinen Aufstande dort sicher, sondern daß auch 25—30 jun
Männer bereit seien, für sich, selbständig, irgend ein Wagestück au
zuführen. Sechs bis sieben Entthronungen, so meinte man do
müßten eine große moralische Wirkung hervorbringen, vollends wen
dabei drei oder vier Messer in Bewegung gesetzt würden. Aehnlic
Gesinnungen herrschten in Erlangen, München, Tübingen, Kiel u
Würzburg. Vertreter dieser sechs Universitäten hielten Weihnacht
1832 einen neuen Burschentag in Stuttgart und beschlossen hier, s
den Frankfurtern anzuschließen, um Deutschlands Einheit und Freihe

Das Militär.

auf dem Wege der Revolution zu erstreben. Besonders ermuthige
wirkte auf sie die Mittheilung, daß dieser Plan auch unter de
Militär viele Anhänger zähle, eine Behauptung, die freilich sehr übe
trieben war. Denn abgesehen von einigen hessen-homburgischen Unte
offizieren waren die Verlockungen eigentlich nur in Würtemberg a
einen günstigen Boden gefallen. Hier hatte der Leutnant Koseri
mehrere Offiziere und eine beträchtliche Reihe von Unteroffizieren –
er glaubte auf ihrer 200 rechnen zu können — für einen Militä
aufstand gewonnen; daß die Mannschaften ihren Führern folge
würden, schien keinem Zweifel zu unterliegen. Der Plan des Au
standes wurde schon in allen Einzelheiten entworfen. In Ludwig
burg sollte es losgehn; von da wollte man auf Stuttgart marschire
den König gefangen nehmen, die Stadt der Plünderung Preis geb
und nöthigenfalls in Brand stecken. Gleichzeitig damit sollten d

Frankfurter sich erheben, den Bundestag überrumpeln und die Republik ausrufen. Man hoffte, Dembinski werde sich der deutschen Revolution zur Verfügung stellen; eine Schaar Polen sollte sich in Besançon sammeln und durch die Schweiz über Rorschach in Deutschland einbrechen; Lafayette sollte die Mitwirkung der Nationalgarde des Elsaß versprochen haben. So reiften die Pläne immer mehr der Ausführung entgegen; zuweilen beschlich die Rädelsführer wohl die Ahnung, daß ihr ganzes Vorhaben auf Sand gebaut sei; aber durch gegenseitige Vorspiegelungen und Uebertreibung der eigenen Hülfsmittel bestärkten sie stets von Neuem den schwankenden Muth. In zahlreichen größeren oder kleineren Zusammenkünften wurde der Tag des Ausbruchs besprochen, und endlich der Anfang des Monats April 1833 in bestimmte Aussicht genommen. Zur Mitwirkung in Frankfurt hatten sich etwa 30 Burschenschafter, eine Anzahl Polen, sowie einige andere Radicale von auswärts, z. B. Rauschenblatt, dort eingefunden. Unter den Einheimischen waren einige Doctoren, Bunsen, Gärth, Körner, die Seele des Unternehmens. Noch in den letzten Tagen schien die Sache ins Stocken zu gerathen; Koseritz ließ melden, daß er noch warten müsse. Allein Gärth bestürmte ihn durch Eilboten, nicht zu zögern; in der That war in Frankfurt Alles zu weit gediehen, um noch einen Aufschub zu gestatten. Am Abend des 3. April versammelten sich die Verschworenen in zwei verschiedenen Häusern, Alles in Allem nicht mehr als 50—60; der größere Theil sollte die Hauptwache stürmen, der kleinere die Constablerwache. Beiden Abtheilungen gelang ihr Vorhaben ohne große Schwierigkeiten; denn obgleich die ganze Verschwörung am Morgen des 3. April dem regierenden Bürgermeister von Frankfurt verrathen war, hatte man doch keine Vorkehrungen getroffen; die Wachen waren in den Gebäuden, die Gewehre hingen draußen in der Halle. Der wachthabende Offizier der Hauptwache sprang aus dem Fenster, ein paar Soldaten wurden getödtet oder verwundet, die Gefangenen befreit. Ebenso ging es bei der Constablerwache. Damit war aber der Erfolg der Aufständischen zu Ende. Das Volk war zu keiner thätigen Theilnahme zu bewegen; vergebens stürmte die Glocke vom Thurme des Domes; umsonst hoffte man auf den Anzug der Bauern aus der Umgegend. Ein Angriff auf das Zeughaus mißlang; die Führer selbst verloren den Kopf. Mittlerweile war das Frankfurter Militär aufgeboten und rückte gegen die Wachtgebäude an; so leicht es dieselben verloren hatte, so leicht gewann es sie wieder; doch wurden auch jetzt auf beiden Seiten mehrere getödtet oder verwundet. Im Ganzen kostete der Aufruhr [illegible] Menschen das Leben, darunter 6 Soldaten; verwundet wurden [illegible], auch unter ihnen die Mehrzahl vom Militär. Etwa 30 der Aufständischen wurden verhaftet; doch befand sich keiner der Führer darunter; vielmehr gelang es diesen sämmtlich zu entrinnen. Ein [illegible] Nachspiel des Aufstandes lieferten noch einige Haufen Bauern, [illegible] der Umgegend ein Zollhaus plünderten, sich aber dann zer-[illegible]

Ausländische Verbindungen.

Der Frankfurter Putsch.

endigte das Unternehmen, wie es endigen mußte, als

Folgen derselben.

tragische Posse. Aus all den kühnen Plänen, Gefangennahme d Bundesgesandten, Beschlagnahme der Rothschild'schen Cassen, Ei setzung einer provisorischen Regierung, war Nichts geworden. Mög lich, daß der Putsch etwas weitere Ausdehnung gewonnen hätt wenn er noch einige Tage verschoben wäre; wahrscheinlich ist au das nicht. Jetzt wurde der mißlungene Versuch von der Reactio natürlich mit Freuden begrüßt. Frankfurt erhielt trotz des Einspruch welchen der Senat erhob, eine östreichisch-preußische Besatzung. D Einzelregierungen wetteiferten mit einander in berechtigten und wil kürlichen Verhaftungen sowie in den übertriebensten polizeiliche Maßregelungen. Metternich aber wünschte nicht, daß die Unte suchungen sich verzetteln möchten, und betrieb deshalb die Einsetzun

Die Centralbehörde.

einer neuen Centralbehörde, einer zweiten Mainzer Commission. A 20. Juni beschloß der Bundestag diesem Antrag gemäß und a 8. August trat die Centralbehörde in Frankfurt zusammen. De Vorsitz führte der Oestreicher von Wagemann; die andern Mitglied stellten Preußen, Baiern, Würtemberg und Hessen-Darmstadt. E lag dem Collegium ob, die Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchung in den Einzelstaaten zusammenzufassen und zu politischen Berichte zu verarbeiten; zugleich auch diese Einzeluntersuchungen zu übe wachen und zu fördern. Eine eigene Rechtsprechung stand ihm jedo nicht zu. Diese übten in den meisten Staaten die ordentlichen G richte, mit denen die Centralbehörde in directen Verkehr trat; nur i Preußen wurde eine besondere Ministerial-Commission eingeschobe welche zwischen dem Kammergerichte und Frankfurt vermittelte. I etwas schwächerem Maße als bei der Commission von 1819 wiede holte sich die Erfahrung, daß nicht alle Staaten gleich willig ware der Centralbehörde die erforderlichen Mittheilungen zu machen, un um unverzügliche und vollständige Auskunft gemahnt werden mußte Am spätesten erstattete Oldenburg seine Anzeige, nämlich im Jah 1836. Die Berichte, welche die Centralbehörde von Zeit zu Ze über den jeweiligen Stand der Untersuchungen einreichte, wiesen ste darauf hin, daß immer noch Fäden vorhanden seien, die man ve folgen müsse, um zu neuen Aufschlüssen zu gelangen, und hatte mittelbar wenigstens, durch das Gewicht, welches sie den Umtriebe

Polizeiregiment.

beilegten, neue verschärfte Polizeimaßregeln zur Folge. Insbesond wurde den Zeitungen auf das Strengste verboten, Nachrichten üb die Untersuchungen zu bringen, und wo das doch geschah mit Unte drückung der schuldigen Blätter gedroht und vorgegangen. Der Ve kehr der Reisenden unterlag der schärfsten Beaufsichtigung; nic allein die Posthalter, sondern auch die Lohnkutscher wurden ang wiesen, Niemanden ohne Paß zu befördern; Oldenburg mußte d Weser und die Küste polizeilich überwachen lassen, und mehre Staaten wie Würtemberg, Baden und die beiden Hessen wurden i vertraulicher Sitzung von dem östreichischen Gesandten wegen ihr schlechten Paß-Polizei ernstlich getadelt. Ihnen gegenüber erschie

Ausgang der Centralbehörde.

die Centralbehörde als trefflicher Drücker, und Metternich wünscht deshalb sehr, sie aus einer außerordentlichen zu einer ordentliche

Bundeseinrichtung zu machen. Weislich schob er dabei Baden vor, da man hinter den Vorschlägen einer constitutionellen Regierung nicht so leicht reactionäre Absichten wittern werde. Baden stellte demnach im März 1836 den Antrag, die Centralbehörde aufzulösen und ein Centralpolizeibüreau in Frankfurt einzurichten. Allein der Plan scheiterte diesmal an Preußens Widerstande, den Metternich vergebens dadurch zu brechen suchte, daß er 1837 empfahl die Centralpolizei- durch eine Central-Justiz-Behörde zu ersetzen. Die Verhandlungen darüber nahmen einen bitteren Charakter an und zogen sich bis 1842 hin; während deß fristete die Centralbehörde von 1833 trotz ihres unverminderten Eifers doch nur noch mühsam ihr Dasein. Sie hatte ihren Arbeitsstoff so ziemlich erschöpft und fand sich durch die Begnadigungen, welche in Preußen beim Regierungsantritt des neuen Königs am 10. August 1840 und ein Jahr darauf in Würtemberg erlassen wurden, in ihrer Thätigkeit noch mehr beschränkt. Ueberdies zeigten sich einzelne Regierungen sehr unwillfährig; das mecklenburgische Justizministerium z. B. sah sich nicht gemüßigt, von neun Anfragen, die ihm die Centralbehörde binnen 11 Monaten zuschickte, auch nur eine zu beantworten. Danach war es offenbar an der Zeit, die Wirksamkeit derselben zu beenden; aber sie aufzulösen, dazu konnte sich Metternich selbst jetzt noch nicht entschließen, und trotz der ernstlichen Bemühungen Preußens willigte er doch nur in eine Vertagung, die am 25. August 1842 beschlossen wurde. Nicht ohne ein gewisses Bedauern fügte sich die Behörde in dieses Schicksal; denn obgleich sie nicht jenen verfolgungssüchtigen Polizeicharakter der früheren Mainzer Commission getragen hatte und fast ausnahmslos redlich und gewissenhaft verfahren war, so war ihren Mitgliedern das Ergründen der geheimen politischen Vereine doch sichtlich zur Lebensaufgabe geworden, und die 400 Verdächtigen, deren Namen sie kannten, deren Aufenthalt im Auslande sie aber den deutschen Gerichten unzugänglich machte, waren eben so viele Räthsel, auf deren Lösung nur widerwillig verzichtet wurde. Im Ganzen waren die Verhandlungen gegen mehr als 1800 Verschwörer zur Kenntniß der Centralbehörde gekommen; allein der weitaus größte Theil derselben fiel auf solche Vergehen, die erst nach dem Frankfurter Putsch begangen waren. Die Urtheilssprüche der verschiedenen Gerichte fielen gewaltig ungleich aus, grade wie auch die Behandlung der Angeklagten eine sehr verschiedene war. Die verfolgungssüchtige Härte mancher preußischen Beamten ist durch Fritz Reuters „Festungstid" für alle Zeiten unauslöschlich gebrandmarkt worden; ihnen reihten sich großherzoglich hessische und kurfürstliche Staatsdiener würdig an. Die größte Strenge entfaltete das preußische Kammergericht; von 204 Burschenschaftern verdammte es 39 zur Todesstrafe, die freilich vom Könige sogleich in lebenslängliche oder dreißigjährige Festungshaft verwandelt wurde. Auch in Baiern wurden Todesurtheile gefällt, aber in der oberen Instanz nicht bestätigt. Gegen die meisten Angeschuldigten konnten natürlich nur geringe Strafen ausgesprochen werden; auch mancher tiefer Verwickelte kam wohl gnädig davon, sei

Die Opfer der Verfolgung.

es weil er menschliche Richter fand, sei es, weil es gelang seine Schuld zu verbergen. Denn darauf hin wurde mit allen Kräften gewirkt, und keineswegs immer mit erlaubten Mitteln. Vielmehr gab sich der entsittlichende Einfluß des Verschwörerthums vielfach auch in Meineiden, die man hier und da sogar durch allerlei Trugschlüsse grundsätzlich zu rechtfertigen suchte, und in Fälschungen mancherlei Art kund, wie auf der andern Seite manche der Schuldigen durch Angebereien sich selbst Straflosigkeit oder doch ein milderes Schicksal zu sichern suchten. Denen, welche glücklich der Verurtheilung entgingen, wurden mancher Orten glänzende Huldigungen dargebracht, die recht eigentlich die Stimmung der Zeit kennzeichnen. Von Ehrenreitern und vielen Wagen eingeholt, in vierspänniger Postkutsche, durch weißgekleidete Jungfrauen unter Ehrenpforten empfangen, mit Festbällen und Zweckessen begrüßt, so kehrten gelegentlich die der Haft Entlassenen in ihre Heimat zurück. Die nächste Folge der massenhaften Untersuchungen war also eine steigende Erbitterung des Volkes, eine zunehmende Aufreizung der Radicalen. Besonders geschickt wurde diese durch die Presse geübt, vornehmlich in Frankfurt und im Großherzogthum Hessen. Revolutionäre Lieder wie: Fürsten zum Land hinaus! die Kopfmaschine, das Laternenlied, wurden massenhaft verbreitet; nicht minder kurze Broschüren, Abhandlungen und Zeitschriften, deren Tonart Titel wie das Bauernconversationslexicon, der Leuchter und Beleuchter für Hessen, die Rechte des Menschen und Bürgers kennzeichnen. Ihr Hauptziel war, den Bauern und Handwerker aufzureizen. Sehe es doch auch, als ob Gott diese am 5. Tage und nur die Vornehmen und Fürsten am 6. gemacht, als ob er nur zu diesen gesagt: Herrschet über alles Gethier, jene aber mit zum Gewürm gezählt habe. Durch solche und ähnliche Ergüsse vollzog der politische Radicalismus seine allmähliche Umwandlung zum Communismus und Socialismus. Ein ganzes Jahr hindurch, vom Frankfurter Putsch an gerechnet, war er, wenigstens in den Main und Rheingegenden, noch unzweifelhaft im Aufschwung begriffen. In dem Männerbunde, der sich aus dem alten Preßverein entwickelte, hatte er eine vollständige Ordnung gefunden. Die Form desselben, die auch den auswärtigen und den jüngeren deutschen Geheimbünden eigen war, bestand in einer stufenweisen Gliederung; höchstens 12 Mitglieder bildeten eine Section, 12 Sectionen eine Serie, 12 Serien eine Union. In Frankfurt allein sollen 100, ja 200 Sectionen bestanden haben. Ein Versuch, der im Mai 1834 gemacht wurde, die beim Frankfurter Putsch Verhafteten zu befreien, führte zur Entdeckung des Bundes und gab den eingeleiteten Untersuchungen neue Ausdehnung. Damit war aber den revolutionären Plänen auch der Todesstoß gegeben und sie vermochten fortan nur unter den Flüchtlingen im Auslande feste Gestalt und Boden zu gewinnen; in Deutschland selbst treten sie in den nächsten Jahren nur noch ganz vereinzelt und dann stets als Ausläufer der geheimen Gesellschaften in Frankreich und der Schweiz auf.

Die Stimmung im Volke.

Communistische Ansätze.

Geheimbünde.

Das junge Europa und die europäische Reaction.

Mazzini.

In diesen beiden Ländern fanden sich die Revolutionäre aus allen Theilen Europas zusammen und schlossen sich enger an einander; in der Schweiz kam es zu einer förmlichen Organisation des gesammten europäischen Verschwörerthums. Die Seele desselben war der Italiener Giuseppe Mazzini. 1808 zu Genua geboren, hatte dieser hochbegabte Mann sich mit schwärmerischer Innigkeit die Verfolgung seiner politisch-religiösen Ideale zur Lebensaufgabe gestellt. Durch Geburt und Vermögen eben so sehr wie durch Gemüthsstimmung und Sitten war er der Aristokrat unter den Revolutionären. Der Carbonarismus, dessen Mitglied er gewesen war, entsprach seinen hohen Anforderungen nicht; zu viele fremdartige Bestandtheile hatten sich in denselben gedrängt, und es gebrach ihm die Stetigkeit und Sicherheit der Leitung, die Mazzini für einen geheimen Bund als unentbehrlich forderte. So faßte er den Plan, selbst eine neue Gesellschaft zu gründen. Die Folgen der italienischen Aufstände von 1831 trieben ihn ins Ausland; in Marseille, wo er seinen ersten Aufenthalt nahm, gründete er das junge Italien und schuf sich in einer Zeitung gleiches Namens ein Mittel, um seine Ideen in der Presse zu vertreten. Allein Louis Philipp, dem die eigenen Republikaner bereits genug zu schaffen machten, war wenig erfreut darüber, Frankreich zum Mittelpunct der europäischen Revolution gemacht zu sehen. Auch der Carbonarismus hatte seinen Schwerpunct nach Paris verlegt, und seine oberste Behörde, die Hohe Venta, mit der französischen zu der Haute Vente Universelle vereinigt. Aber der ließ sich schwer auf die Spur kommen. Mazzini hingegen, der in der Presse offen seine Ansichten vertrat, war leicht zu erreichen. Eine Fälschung mußte den Stoff liefern, der ein unmittelbares Einschreiten rechtfertigen sollte. Es waren im Mai 1833 zu Rodez in Südfrankreich zwei Italiener von einem dritten ermordet worden; ein Agent der Polizei entdeckt darauf ein von Mazzini unterzeichnetes Todesurtheil, welches den Mord als einen politischen erscheinen ließ. Und obgleich nun die Geschworenen von Aveyron die Unterschrift für nachgemacht erklärten und den Angeschuldigten freisprachen, wurde er doch des Landes verwiesen. Gleichwohl verbarg er sich unter falschem Namen noch geraume Zeit in Frankreich, um einen Plan auszuführen, den er gemeinsam mit der Hohen Venta verfolgte; denn bis dahin hatte er noch nicht völlig mit den Carbonari gebrochen. Es handelte sich um einen Einfall in Savoyen, mit der Absicht, von da aus Italien zum Aufstand zu bewegen. Eigentlich sollte das Unternehmen gleichzeitig mit dem Frankfurter Putsch gewagt werden; allein es zögerte sich bis in den Anfang des Jahres 1834 und erfreute sich nun der Mitwirkung vieler deutscher, polnischer und anderer Flüchtlinge. Die militärische Leitung war dem aus der polnischen Revolution bekannten Ramorino übertragen. In der Nacht zum [illegible] 1834 überschritten die Verschworenen in zwei Abtheilungen,

Das junge Italien.

Verfolgung in Frankreich.

Der Savoyer Putsch.

etwa 700 Mann stark, von Genf aus die Grenze; aber schon am selben Tage mußten sie sich zurückziehen, da sie nicht den geringsten Anklang bei der Bevölkerung fanden. In Folge dieses Mißlingens brach Mazzini offen mit dem Carbonarithum und begann die Bildung des jungen Europa. Die Demokraten jedes Volkes sollten sich zu einem Bunde nach Art des jungen Italien vereinigen, die einzelnen Bünde sich zu einer Gesammtheit verbrüdern. Ein Centralausschuß unter Mazzinis Vorsitz sollte an der Spitze stehen, die Verfassungen der Einzelbünde aber von einem jeden selbständig entworfen werden. Diese Gedanken wurden von den deutschen und polnischen Flüchtlingen in der Schweiz mit Eifer ergriffen; sie begründeten ein junges Deutschland und ein junges Polen und unterzeichneten mit dem jungen Italien zusammen am 15. April 1834 zu Bern die Verbrüderungsacte, ein Schutz- und Trutzbündniß zur Verfolgung gleicher Ziele unter dem gemeinschaftlichen Symbol: Freiheit, Gleichheit, Humanität. Ein einziger Gott, so lautete ihr Programm: ein einziger Herrscher — Gottes Gesetz; ein einziger Ausleger dieses Gesetzes — die Menschheit. Es gilt dem Kampfe der jungen Freiheit gegen die alte Sclaverei, der jungen Gleichheit gegen die alten Vorrechte, der neuen Ideen gegen den alten Glauben. Die einzelnen Völker sollen dabei ihre vollste Selbständigkeit behalten, keines soll über das andre die Herrschaft verlangen dürfen; ein großer Bruderbund soll sie alle umschließen. Dieses Programm verscholl nicht ungehört. Ein junges Frankreich bildete sich, eine junge Schweiz, ein junges Spanien. Doch fehlte es trotz der programmmäßigen Eintracht nicht an Entzweiung. Mazzini selbst fühlte sich veranlaßt, aus dem Vorstande auszuscheiden, und auch in den einzelnen Landsmannschaften gab es Reibereien genug. Nächst dem jungen Italien war das junge Deutschland am thätigsten. Unter seinen ersten Häuptern waren Breidenstein und Stromayer die bekanntesten; doch wechselten die Ausschüsse in rascher Folge; in weniger als 2 Jahren hatte es ihrer sechs gegeben. Die Verbindung beschränkte sich auf die Schweiz und Frankreich. Zur Zeit ihrer größten Blüte hatte sie an 25 Orten Clubs, und die Zahl der Mitglieder betrug gegen 300. Ihr Einfluß erstreckte sich aber bedeutend weiter. Die Mitglieder stifteten nämlich in den meisten Städten der Schweiz Lesevereine in welche die deutschen Handwerksburschen aufgenommen und durch die Bekanntschaft mit der revolutionären Literatur für republikanische Ideen gewonnen wurden. Da las man das „Vater Unser neue Lesart, das A-B-C-Buch der Freiheit, die Erklärung der Menschenrechte;“ da sang man das schreckhafte Lied von den hundert Handwerkern, das in jedem seiner vielen Verse die Genossen irgend eines Gewerkes aufforderte mit Beil, Axt, Hammer oder Strick, je nachdem, die deutschen Fürsten zu beseitigen, oder man lernte die läfterlichen Verse des Frankfurter Sauerwein auswendig, das Lieblingslied der deutschen Flüchtlinge:

Das junge Europa.

Das junge Deutschland.

Wenn die Fürsten fragen:
Was macht Absalom?
Könnt ihr ihnen sagen:
Ei, der hänget schon.
Doch an keinem Baume
Und an keinem Strick,
Sondern an dem Traume
Einer Republik.

Wollen sie gar wissen,
Wie's dem Flüchtling geht,
Sprecht: er ist zerrissen,
Wo ihr ihn beseht.
Gebt nur eure großen
Purpurmäntel her,
Das giebt gute Hosen
Für das Freiheitsheer.

Fragen sie gerühret:
Will er Amnestie?
Sprecht, wie sich's gebühret:
Er hat steife Knie.
Ihm blieb Nichts auf Erden
Als Verzweiflungsstreich'
Und Soldat zu werden
Für ein freies Reich.

Solche Lieder und solche Ideen trugen die Handwerksburschen dann über den Rhein wieder ins Vaterland zurück, und aus diesem Gesichtspuncte betrachtet war die Wirksamkeit Jungdeutschlands wohl nicht ganz gering anzuschlagen, besonders da von Paris aus ganz in demselben Sinne gewirkt wurde. Wenn man aber ein thätiges Eingreifen von ihm befürchtete, wenn man besorgte, es werde einen Einfall in Baden zu Wege bringen und Deutschland revolutioniren, so war das eine gewaltige Ueberschätzung; dazu fehlten alle Mittel. Gleichwohl waren die Regierungen entschlossen, dem Treiben der Flüchtlinge in der Schweiz ein Ende zu machen. Da es den Frieden von ganz Europa zu gefährden schien, so erneuten die drei Ostmächte ihren alten Bund und suchten auch Frankreich auf ihre Seite zu bringen. Die Congresse, wie sie im Jahrzehnt der Heiligen Allianz üblich gewesen waren, wurden wieder aufgenommen. Eine Conferenz der Minister in Teplitz, im Sommer 1833, machte den Anfang. Gleichsam zur Besiegelung der neuen Freundschaft trafen dann die Kaiser von Rußland und Oestreich und der Kronprinz von Preußen im September 1833 zu Münchengrätz in Böhmen zusammen, nachdem Nicolaus auf der Hinreise auch mit Friedrich Wilhelm III. in Schwedt eine Besprechung gehabt hatte. In Münchengrätz wurde der Feldzugsplan gegen die Revolution ernstlich besprochen. Er zerfiel in zwei Haupttheile, in die Befriedung Deutschlands und in die Ueberwältigung der Schweiz. Was für Deutschland des Weiteren zu thun sei, wurde den Conferenzen überlassen, zu denen die deutschen Minister sich im Januar 1834 in Wien versammelten, während der Kronprinz von Preußen auf einer Rundreise an ver-

Die Reaction.

Fürstencongresse und Ministerconferenzen.

Die Wiener Conferenzen.

schiedene deutsche Höfe die Stimmung vorbereitet hatte. Ihre Berathungen währten bis in den Juni. Vor Allem wurden Maßregeln gegen die Ständeversammlungen beschlossen; ihrem Steuerbewilligungsrecht wurden enge Grenzen gezogen, die Oeffentlichkeit und die Veröffentlichung der Verhandlungen beschränkt. Bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Regierungen sollte ein neu zu gründendes Schiedsgericht angerufen werden, auf dessen Zusammensetzung Metternich als auf seine Erfindung besonders stolz war. Die 17 Curien des Bundestags sollten nämlich ein für alle Mal je 2 Männer bezeichnen, aus deren Mitte die streitenden Stände und ihre Regierung je drei auszuwählen hätten, die sich dann einen Siebenten aus jenen 34 zum Obmann erkören. Auf die Weise war denn freilich unter dem Scheine der Unparteilichkeit dafür gesorgt, daß niemals regierungsfeindliche Schiedsmänner in diesem Gerichte Platz finden konnten. Auch der Presse wurden von der Wiener Ministerconferenz eine Reihe neuer Bescheerungen zu Theil; die Erlaubniß zur Herausgabe eines Blattes wurde an den Nachweis der Befähigung des Redacteurs geknüpft, über welche natürlich den Regierungen das Urtheil zustand; überdies sollte jede derartige Erlaubniß jederzeit widerruflich sein. Daß gegen die Universitäten die früheren Bestimmungen aufs strengste erneuert und in vielen Puncten noch verschärft wurden, versteht sich von selbst; aber auch die Gerichte entgingen der Fürsorge der Minister nicht; doch scheiterte der Versuch, die Geschworenen wieder zu beseitigen, an dem hartnäckigen Widerspruche Baierns. Ein Theil der Conferenzbeschlüsse wurde, nachdem er in Frankfurt Ende 1834, und soweit die Universitäten in Betracht kamen im Juni 1835, zu Bundesgesetzen umgewandelt war, bekannt gemacht; ein andrer Theil dagegen geheim gehalten und erst nach etwa 10 Jahren wider den Willen der Regierungen veröffentlicht. Die Ergebnisse, welche sich die Großmächte von all diesen neuen Bestimmungen versprachen, blieben nicht hinter den Erwartungen zurück. Dank diesen Beschlüssen und den erneuten Demagogenprocessen gelang es den Regierungen wirklich, das politische Leben in Deutschland abermals für einige Jahre niederzuhalten, bis der Verfassungsbruch des Königs von Hannover, der Streit der preußischen Regierung mit dem Erzbischof von Cöln und vollends die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. den Anstoß zu einer neuen Regsamkeit gab, die sich langsam aber stetig bis zur Revolution von 1848 entwickelte.

Feldzug gegen die Schweiz.

Auch der Schweiz gegenüber setzten die Ostmächte ihren Willen durch, allerdings nicht ohne Widerstand überwinden zu müssen. Begünstigt wurden sie durch mancherlei Ausschreitungen, welche die Flüchtlinge sich zu Schulden kommen ließen. Nach dem Savoyerzuge verlangten Rußland, Oestreich, der deutsche Bund und Sardinien die Ausweisung aller daran Betheiligten. Zürich, das damals Vorort war, sagte diese zu, verwahrte sich aber gegen die angedrohten Gewaltmaßregeln. Thatsächlich wurden auch die meisten Theilnehmer des Zuges aus dem Lande entfernt; aber begünstigt von einzelnen Cantonen, welche diese Nachgiebigkeit gegen fremdländische Einmischung

mißbilligten, blieben andere im Lande, unter ihnen auch Mazzini, der in Bern geduldet wurde. Denn dieser Canton stand an der Spitze der Widerstrebenden. Thörichter Weise ließ die Polizei dort auch eine lebhafte Demonstration der Flüchtlinge zu. Sie versammelten sich am 27. Juli 1834 im Steinhölzli, hielten heftige Reden gegen die Regierungen und verhöhnten deren Landesfarben. Das gab denn zu neuen Drohungen seitens der Großmächte Anlaß; auch wurde eine förmliche Grenzsperre gegen die Schweiz eingeführt und der diplomatische Verkehr mit Bern abgebrochen. Dennoch hätte dieses sich kaum gefügt, wenn nicht Louis Philipp, auf den es sich meinte stützen zu können, auf die Seite der Ostmächte getreten wäre. Nun erschien weiterer Widerstand unmöglich, die Versammlung im Steinhölzli wurde amtlich als ein bedauerliches Ereigniß mißbilligt und es begann die „Flüchtlingshatz", die jetzt, um die frühere Verschuldung vergessen zu machen, um so leidenschaftlicher betrieben wurde. Eine Mordthat, die in Zürich Ende 1835 an einem deutschen Studenten, Lessing, der für einen Spion galt, verübt wurde, schien diesen Umschwung auch unter dem moralischen Gesichtspuncte zu rechtfertigen. Die meisten Flüchtlinge mußten die Schweiz verlassen; da ihnen auch Frankreich keine Aufnahme gewährte, so blieb in Europa nur England ihnen als Zufluchtsort; viele wandten sich nach Amerika. Die aber in Europa blieben, gaben auch jetzt ihre Gegnerschaft wider das Bestehende nicht auf, und wenn auch das junge Europa mit dem Jahre 1836 langsam erstarb, so fehlte es nicht an anderen Gesellschaften, welche seine Tendenzen fortpflanzten.

Die Flüchtlinge in Frankreich.

Diese hatten ihren Sitz fortan besonders in Frankreich. Denn nur den aus der Schweiz kommenden Flüchtlingen wurde hier der Aufenthalt verwehrt; denen, die bereits im Lande verweilten, blieb er gestattet; man schätzte ihre Zahl noch im Jahre 1838 auf 13,000. Schon 1832 hatte sich in Paris ein deutscher Volksverein gegründet, der etwa 600 Mitglieder zählte, aber nicht eigentlich den Character einer geheimen Gesellschaft hatte. Nach etwa 2 Jahren machte er jedoch einer solchen Platz, dem Bunde der Geächteten, unter dessen

Die Geächteten und Gerechten.

Mitgliedern der Cölner Venedey die Hauptrolle spielte. Die Genossen traten zusammen in Hütten oder Zelten; die Vertreter mehrerer Zelte bildeten das Lager (oder den Berg); an der Spitze stand die Nationalhütte oder der Brennpunct. Die Satzungen gaben vor, sie stammten aus den Papieren des Freiherrn von Stein und seien vielleicht dieselben wie die des Tugendbundes. Durch die nach Deutschland heimkehrenden Handwerker wurden auch in Frankfurt und anderer Orten einzelne Zelte gegründet, ohne doch irgend welche Bedeutung zu erlangen. Ein ganz ähnlicher Bund, der sich von den Geächteten in Folge innerer Streitigkeiten abzweigte, war der der Gerechten, an dessen Spitze als Vorstand die Volkshalle stand und der in Hamburg eine Gemeinde hatte. Beide Vereine gingen endlich im 1840 wieder auf in dem Bunde der Deutschen, der im Vaterlande größere Verbreitung gewonnen haben soll als die früheren; wenigstens wurde behauptet, daß er in Frankfurt und Hamburg je

5000 Genossen gezählt habe, was freilich unzweifelhaft prahlerische Uebertreibung war. Das Gefühl, daß sie im Grunde doch Nichts auszurichten im Stande seien, war allen diesen Geheimbünden gemeinsam und verlockte sie zu jedem Mittel zu greifen, das ihnen irgend welche Bedeutung zu geben versprach, auch wenn sie ihren eigenen Grundsätzen dadurch so vollständig ins Gesicht schlugen, wie etwa durch die Verbindungen, die sie mit dem vertriebenen Herzog Carl von Braunschweig oder mit dem nachmaligen Kaiser Napoleon III. anknüpften, der 1836 zur Zeit seines straßburger Attentates auf ihren Beistand rechnete. Viele kräftige und tüchtige Männer, die in gesunden staatlichen Verhältnissen den segensreichsten Antheil an den Arbeiten des Staatslebens hätten nehmen können, verzehrten in diesem Verschwörerthum ihre Kraft und gingen elend zu Grunde; mehr als einer endete wie Rauschenblatt schließlich im Irrenhause oder erlag einem langsamen Siechthume. Vielen erschwerte es die Eitelkeit, der aus der Geheimnißthuerei stets neue Nahrung erwuchs, von ihrem verkehrten Treiben Abschied zu nehmen, wenige bewahrten unter den Stürmen und Verlockungen des Flüchtlingsthums die innere Gesundheit, den frischen Muth und den freien Blick, um nach dem Umschwunge des Jahres 1848 wieder rüstig in der Heimat mitwirken zu können oder gar wie Mathy oder Rochau an der endgültigen Neugestaltung unseres Vaterlandes mit kräftiger Hand mitzuarbeiten. Die meisten blieben als Opfer der trüben Zeit und der eigenen Haltlosigkeit auf der Wahlstatt, und wenn die glücklichere Nachwelt ihrem ruhmlosen Thun und Leiden den Zoll des Dankes, den sie beanspruchten, nur spärlich zu entrichten vermag, so wird sie ihnen die traurige Spende des Mitgefühles doch schwerlich versagen können.

Frankreich nach der Juli-Revolution.

Die französischen Republikaner.

Frankreich war aber nicht blos der Sitz fremder Revolutionäre, sondern hatte auch unter seinen eigenen Kindern eine rührige republikanische Partei, die einen nicht geringen Einfluß auf die fremden Gäste gewann. Diesen Republikanern war die Julimonarchie von Jahr zu Jahr unleidlicher geworden. Des Aufstandes, den sie anläßlich des Processes gegen Polignac und seine Collegen erregten, wurde schon gedacht. Als unmittelbar darauf ihre Gesinnungsgenossen Lafayette, Dupont und Treilhard aus den Aemtern schieden, die sie bis dahin noch bekleidet, fühlte sich die Partei durch kein Band mehr mit dem neuen Königthum verknüpft und bekannte sich in Wort und That mit der größten Unbefangenheit zu ihrem Glauben. Darüber, daß sie der gefährlichste Gegner Louis Philipps war, bestand kein Zweifel. Der Bonapartismus machte seinen ersten Versuch erst 183[illegible] und belud sich dabei mit dem Fluche der Lächerlichkeit. Der Bourbonismus aber spielte seine Rolle schon 1832 in höchst beschämender Weise zu Ende. Karl X. selbst fühlte keine große Neigung, den Kampf mit dem Julikönigthum aufzunehmen; er gestand es sogar

Die Legitimisten.

der Herzogin von Berry nur widerwillig zu, daß sie einen Versuch zu Gunsten ihres Sohnes Heinrichs V. wage. Denn über die bourbonenfeindliche Gesinnung der Pariser war kein Zweifel gestattet; hatten sie doch im Februar 1831 die Todtenfeier des Herzogs von Berry, zu der sich die Legitimisten in der Kirche St. Germain l'Auxerrois versammelten, in rohester Weise gestört, die Kirche verwüstet und am nächsten Tage, dem 15. Februar, den Palast des Erzbischofs geplündert. Dadurch nicht belehrt, wagten die Anhänger Heinrichs V. grade ein Jahr später eine förmliche Verschwörung, deren scheinbares Oberhaupt ein Schuster Namens Poncelet war und die man nach ihrem Ausgangspuncte die Verschwörung der Rue des Prouvaires nannte. Allein sie wurde entdeckt, und die Untersuchung ließ genugsam erkennen, daß die Häupter der Partei in sie verwickelt seien, wenn auch das hartnäckige Schweigen Poncelets, der muthvoll jede Verantwortung auf sich nahm, den gerichtlichen Nachweis vereitelte. Bessere Aussichten als in der Hauptstadt schienen die Legitimisten aber in den westlichen Provinzen des Landes zu haben, besonders in der Bretagne und der Vendée, wo schon seit Monaten ein Kleinkrieg ihrer Anhänger gegen die Regierung im Gange war, der als Nachahmung der Aufstände des Revolutionszeitalters die „kleine Chouannerie“ genannt wurde. Auch im Süden waren die Bourbonen nicht ohne Freunde, und darauf baute die Herzogin von Berry ihren Plan. Nachdem sie während des Jahres 1831 erst von Genua, dann von Massa aus ihre Vorbereitungen getroffen hatte, landete sie im April 1832 nahe bei Marseille, und ihre Freunde machten den Versuch, diese Stadt zu empören. Jedoch sie fanden nicht den geringsten Anklang; einige wurden gefangen, die andern mußten fliehen, die Herzogin selbst gerieth in die größte Gefahr und konnte sich nur in Folge des günstigen Umstandes retten, daß die Polizei irrthümlicher Weise eine andere Dame statt ihrer verhaftete und dies nach Paris meldete. Darauf hin wurden die Nachforschungen eingestellt, und die Herzogin konnte es wagen, mitten durch Frankreich nach der Vendée zu reisen. Dort war aber die Luft zu einer Erhebung durch die letzten Mißerfolge auch sehr gedämpft und gegen den Rath vieler treuer Anhänger, auch der pariser, die ausdrücklich Berryer zu ihr sandten um sie zu warnen, gab die Herzogin den Befehl Anfang Juni loszuschlagen. Kleine Erfolge erhöhten nur vorübergehend die Hoffnung; bald war abermals die Flucht das Einzige, was der Fürstin übrig blieb. Und wiederum begünstigte sie ein falsches Gerücht; es hieß, sie sei bei dem Brande des Schlosses Brissière umgekommen. So konnte sie sich unter mancherlei Abenteuern nach Nantes retten; aber außer Landes zu kommen gelang ihr nicht; denn die Regierung war vorsichtig geworden und bewachte sorgfältig alle Häfen. Entdeckt wurde die Verborgene endlich durch den schnöden Verrath eines Juden, Namens Deutz, der sich Aufträge [illegible] zu verschaffen wußte, dadurch Zutritt fand und sodann für eine halbe Million das Haus, in dem sie war, der Regierung anzeigte. Allerdings fand man sie auch jetzt nicht gleich; sie barg sich

Die Verschwörung Poncelet's.

Die kleine Chouannerie.

Die Herzogin von Berry.

in einem Versteck hinter einem Kamin und wurde erst durch das Feuer, welches man darin anzündete, herausgetrieben. Ihre Verhaftung (am 7. November) war aber für die Partei nur das kleinere Unglück; bald sollte ihre Ehre einen schweren Schlag erleiden. Während ihrer Gefangenschaft im Schlosse Blaye bei Bordeaux gab sie die Erklärung ab, daß sie zum zweiten Male verheiratet sei. Die Leidenschaftlichkeit ihrer Parteigenossen verschlimmerte das Uebel. Sie warfen der Regierung vor, diese Erklärung gefälscht zu haben. Nun blieb dem Könige Nichts weiter übrig, als die Entbindung der Herzogin abzuwarten. Als sie am 9. Mai 1833 eine Tochter gebar, gab sie als den Vater den sicilischen Grafen Luchesi-Palli an. Darauf wurde sie der Haft entlassen und nach Sicilien geschickt. Ihre Rolle aber war ausgespielt und damit auch die der Legitimisten. Denn die an sich schwache Partei theilte sich obendrein jetzt noch in Anhänger Karls X., Ludwigs XIX. (Angoulêmes) und Heinrichs V. Zu einem neuen Aufstand fand sie keine Kraft mehr.

Um so thätiger waren die Republikaner. Ihnen konnte die Regierung Nichts recht machen. Die Haltung derselben in der belgischen, polnischen, italienischen Frage wurde in der heftigsten Weise angegriffen. Daß der Minister Sebastiani den Fall von Warschau mit der Phrase: Die Ordnung herrscht in Warschau, mittheilen konnte, wurde ihm und der Regierung nie vergeben. Casimir Périer, der an Lafittes Stelle am 13. März 1831 das Ruder ergriffen und sein System als das der richtigen Mitte hingestellt hatte, wurde Gegenstand des grimmigsten Hasses, das Stichwort juste milieu zu einer stehenden Schmähung und Verspottung des Bürgerkönigthums. Die liberalen Maßregeln im Innern, die Auflösung der conservativen Kammer im April, die Aufhebung der erblichen Pairie im October 1831, der damit verbundene Pairsschub, genügten nicht. Immer von Neuem wurden Aufstände in Paris und in den Provinzialstädten angezettelt, immer mit den allerunzulänglichsten Mitteln, so daß der Marschall Lobau im December 1831 die Revolutionäre mit Feuerspritzen auseinandertreiben konnte. Geheime und offene Gesellschaften, die früher gemäßigte Aide-toi, die der Volksfreunde, die der Ordnung und des Fortschrittes, die National-Association, die Union u. s. f. unterhielten die Gährung. Die Geschworenengerichte bewiesen eine grenzenlose Nachgiebigkeit, und wenn die Republikaner, nachdem sie mit beredten Worten ihr Glaubensbekenntniß vertheidigt hatten, von ihnen freigesprochen wurden, so erwarteten sie glänzende Ehrenbezeugungen des Volkes. Casimir Périer suchte alle diese Aeußerungen mit eiserner Faust niederzuhalten. Aber schon nach einjähriger Geschäftsführung erlag er im Mai 1832 der Cholera, die mit erschreckender Plötzlichkeit auf einem Balle im Opernhause ausbrach und bald die furchtbarsten Verheerungen anrichtete. Gleich nach ihm starb ein hervorragender Führer der Radicalen, der General Lamarque. Sein Begräbniß am 5. Juni diente als Anlaß zu einem neuen Aufstande, der gefährlicher wurde als die früheren. Doch gelang es auch jetzt dem Muthe des Königs und der Treue der Truppen, die

Casimir Périer.

Republikanische Aufstände und Bünde.

Aufrührer zu bezwingen. Darauf begann eine heftige Reaction. Die Angeklagten wurden verfassungswidrig statt vor die Geschworenen vor ein Kriegsgericht verwiesen, die Fachschulen, deren Zöglinge sich an dem Aufruhr betheiligt hatten, aufgelöst und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Allerdings zog sich der König dadurch selbst eine kleine Schlappe zu. Der Cassationshof, auf welchen ein Verurtheilter sich berief, erklärte die Kriegsgerichte für ungesetzlich, und die Processe vor denselben mußten daher eingestellt werden. Aber auch so konnte Louis Philipp mit dem Stande seiner Angelegenheiten Ausgangs 1832 sehr wohl zufrieden sein. Die Republikaner und die Legitimisten waren gründlich besiegt und der Tod des Herzogs von Reichstadt hatte überdies am 22. Juli auch den Bonapartisten ihr bisheriges Haupt entrissen. Die Kammer war ein gefügiges Werkzeug des Königs geworden, der es nicht verschmähte, zahlreiche Mitglieder derselben durch Beförderungen, Lieferungscontracte und andre Vortheile zu bestechen. Mit ihrer Hülfe begann dann im Jahre 1833 ein förmlicher Feldzug gegen die liberalen Errungenschaften der Revolution, zu dem sich das Ministerium, an dessen Spitze seit dem 11. October 1832 Soult stand, herbeiließ, obgleich es in seiner Mitte die Häupter der altliberalen Doctrinäre, Broglie, Guizot und Thiers, den Mann der Julirevolution, hatte. Den liberalen Blättern wurde der Verkauf auf der Straße untersagt, der Bestand aller Vereine, auch der nichtpolitischen, von der Erlaubniß der Regierung abhängig gemacht und der Wirkungskreis der Geschworenengerichte eingeschränkt. Diese reactionären Maßregeln riefen noch einmal den gewaltsamen Widerstand der liberalen Parteien hervor. Lyon, das schon 1832 einen mehrtägigen Arbeiteraufstand erlebt hatte, gab das Zeichen; am 9. April 1834 begann die Empörung und wenige Tage darauf hatte sie in Paris, Luneville, Grenoble, Nimes und in anderen Städten Nachfolge gefunden. Aber an keinem Puncte konnte sie den Sieg erringen; in Paris waren die Aufständischen schon am zweiten Tage überwunden, in Lyon hielten sie sich beinah eine Woche; in den andern Provinzialstädten unterlagen sie fast dem ersten Angriffe der Truppen. Dieser Ausgang verlieh dem Königthum neue Stärke und führte bei den Neuwahlen, welche bald darauf stattfanden, zu einer schweren Niederlage der liberalen Parteien, die etwa 70 ihrer Sitze verloren. Die Republikaner, deren Ansehn durch den Tod Lafayettes im Mai 1834 überdies nicht unbedeutend sank, verschwanden fast ganz aus der Kammer. Im Stillen freilich erwuchs ihnen ein Bundesgenosse, dessen spätere Bedeutung noch nicht zu übersehen war, in der heimlichen, unmeßbaren Ausbreitung communistischer und socialistischer Ideen, die von Buonarotti, St. Simon, Fourier und ihren Schülern in den Kreisen der Handwerker und Arbeiter ausgestreut waren. Zunächst hatte die Regierung auch von dieser Seite noch Nichts zu fürchten und es gelang ihr ohne Schwierigkeit, einzelner Ausschreitungen, die schon jetzt statt fanden, Herr zu werden. Die Erbitterung, aber diese Befestigung des Julikönigthums in den machtlosen

Die Reaction seit 1832.

Der Aufstand in Lyon und Paris.

Bezwingung der Republikaner.

Mordversuche gegen den König.

radicalen Parteien herrschte und die zu einem revolutionären Ausbruch nicht mehr die Mittel finden konnte, suchte sich einen anderen Ausweg und fand ihn in meuchlerischen Mordanschlägen auf die Person des Herrschers. Schon am 19. November 1832 war auf den König, als er zur Eröffnung der Kammern über den Pont royal ritt, ein Pistolenschuß abgefeuert, ohne ihn zu treffen. Damals glaubte man vielfach es nur mit einem Kunststück der Polizei zu thun zu haben und der Thäter, der sich später selbst dessen rühmte, ein junger Lehrer, Namens Bergeron, war von den Geschworenen in Ermangelung aller Beweise freigesprochen. Ungleich tiefer war der Eindruck, welchen das furchtbare Attentat Fieschis, eines Corsen, hervorrief. Als der König am 28. Juli 1835 mit großem Gefolge über den Boulevard du Temple ritt, um einer großen Truppenmusterung zur Feier der Julirevolution beizuwohnen, feuerte jener aus einem Hause eine Höllenmaschine auf ihn ab, die aus 100 verbundenen Flintenläufen bestand. Den König beschützte sein gewöhnliches Glück; er kam unversehrt davon; aber über 60 Personen seines Gefolges und der ihn begleitenden Menge wurden getödtet oder verwundet. Zu den ersteren zählte der greise Marschall Mortier. Der verbrecherische Urheber dieses Blutbades wurde alsbald ergriffen; außer drei Mitwissern, die ihm das Geld für seine Vorbereitungen geliefert, hatte er keine Mitschuldige. Den Häuptern der republikanischen Partei kam das Ereigniß jedenfalls unerwartet. Zwei derselben, Jakob Cavaignac und Armand Marrast, waren ganz kurz vorher der Haft entflohen, der sie als Mitschuldige an den Aprilaufständen verfallen waren. Sie hatten sich nicht in Paris verborgen, sondern Frankreich verlassen — ein untrüglicher Beweis dafür, daß sie den Plan Fieschis nicht kannten. Das verhinderte die Regierung aber nicht, durch neue Beschränkungen der Freiheit die ganze Partei für den Frevel des Einzelnen büßen zu lassen. Trotz des Widerspruches, den selbst Royer Collard, der alte Führer der Doctrinäre, dagegen erhob, brachte das aus Doctrinären gebildete Ministerium seine berüchtigten Septembergesetze durch die Kammer.

Die Septembergesetze.

Außer gewissen Maßregeln, welche den Gang der politischen Processe zu beschleunigen und erleichtern bestimmt waren — die wichtigste war die Bestimmung, daß zur Verurtheilung durch die Geschworenen künftig die einfache Mehrheit, nicht zwei Drittel der Stimmen nöthig seien — wurde besonders das Recht der Presse, ihre politische Meinung frei zu äußern, wesentlich beschränkt, indem jeder Angriff gegen die Grundlagen der Regierung, jeder Wunsch nach Beseitigung des monarchischen Systems, jede Parteinahme für republikanische Ideen mit schweren Strafen bedroht wurde. Allein weder dadurch, noch durch den gerechten Lohn, welchen Fieschi und zwei seiner Gehülfen für ihren Frevel auf dem Schaffot erhielten, wurden andere verblendete Heißsporne der republikanischen Partei davon abgeschreckt, ihr Heil an demselben Wagestück zu versuchen.

Spätere Mordversuche.

Der Königsmord galt ihnen, wie das nächste Opfer dieses irre leitenden Fanatismus, Alibaud, seinen Richtern erklärte, für ein gutes Recht, wenn man

sich nicht anders helfen könne. Außer diesem Alibaud trachtete in demselben Jahre 1836 noch ein zweiter Verwegener, Meunier, nach dem Leben des Monarchen. Später versuchten Huber (1838), Darmès (17/10. 1840), Lecomte (16/4. 1846) und Henry (29/7. 1846) den Verhaßten zu tödten. Aber sie alle verfehlten ihr Ziel und büßten ihr Verbrechen mit dem Tode oder der Deportation. Zu einer förmlichen Revolution nahmen die Republikaner nur noch einmal den Anlauf, im Jahre 1839. Die Seele des Unternehmens waren drei junge Männer sehr verschiedener Art: Barbès, ein begeisterter Anhänger der socialistischen Ideen, einer wohlhabenden Familie angehörig, Blanqui, ein Verschwörer von Gewerbe, und der ehemalige Unteroffizier Bernard. Den Kern ihrer Genossen bildeten die Mitglieder einer geheimen Verbindung, der „Gesellschaft der Jahreszeiten". Aber für sich allein zu schwach, denn sie zählten kaum 1000 waffenfähige Männer, mußten sie auf eine schnelle Begeisterung des Volkes rechnen, wenn ihr Vorhaben Aussicht auf Erfolg bieten sollte. Statt dessen rührte sich keine Hand zu ihrer Unterstützung; in wenigen Stunden war dieser Versuch, die sociale Republik zu begründen, gescheitert und die Anstifter wanderten in die Gefängnisse, um in lebenslänglicher Haft das mißlungene Wagniß zu büßen.

Die Verschwörung von 1839.

Noch ohnmächtiger als dieses Aufbäumen des Republikanerthums erwiesen sich die beiden Versuche, welche der Bonapartismus zum Sturze des Julithrones unternahm. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt (Napoleons II.) betrachtete sich der Prinz Louis Napoleon, der Sohn von Napoleons Bruder Ludwig, dem ehemaligen Könige von Holland, und seiner Stieftochter Hortense Beauharnais, als den […]berechtigten Erben der bonapartistischen Ansprüche, obgleich nicht blos sein Vater, sondern auch die sämmtlichen Brüder des Kaisers, von denen Joseph und Lucian älter waren als Ludwig, noch lebten. Im Jahre 1808 geboren, hatte der Prinz seine Erziehung in Deutschland erhalten, 1831 mit seinem älteren Bruder Napoleon Louis, welcher dabei einer Krankheit erlag, an dem italienischen Aufstande Theil genommen und darauf bei seiner Mutter Hortense auf dem […]nen Gute Arenenberg am Bodensee gelebt. Von dort aus knüpfte er einige Beziehungen mit unzufriedenen französischen Offizieren an; Zusammenkünfte in Baden-Baden dienten dazu, eine förmliche Verschwörung ins Leben zu rufen, und so gering die Hülfsmittel waren, über welche der Prinz verfügen konnte, so ließ ihm sein Ehrgeiz doch keine Ruhe, so lange er nicht das Abenteuer gewagt. Am 29. October 1836 erschien er zum großen Schreck seiner Mitwisser, denen die Sache noch keineswegs reif zu sein schien, in Straßburg. Der angesehenste Offizier, den er für sich gewonnen, war Vaudrey, Oberst des 4. Artillerie-Regimentes; die lebhafteste Thätigkeit zu seinen Gunsten entfaltete der Unteroffizier Persigny; Alles in Allem waren 15–20 Personen eingeweiht. Am 30. October früh 5 Uhr trat der Prinz in der Uniform des Kaisers vor die Front des Vaudrey'schen Regimentes. Anreden, die er und der Oberst an die Soldaten richteten, wurden mit einem kräftigen Hoch auf den Kaiser erwidert;

Der Bonapartismus.

Louis Napoleon.

Das Straßburger Attentat.

auch die Verhaftung des Commandanten Voirol und des Präfecten gelang vollkommen; allein aus der Mitte der Bevölkerung ertönte kein Zuruf, als der Prinz mit seinem Regimente die Straßen durchzog, und die Infanterie in der Finkmatt-Caserne machte dem ganzen Anschlag ein jähes Ende, indem sie den Prätendenten, der mit den Artilleristen zu ihnen kam, um sie zum Anschluß aufzufordern, kurz entschlossen gefangen nahm. Eine kurze Rauferei zwischen Infanterie und Artillerie und der ganze Putsch war vorbei. Die Regierung glaubte am klügsten zu thun, wenn sie die Sache, soweit sie den Prinzen betraf, als eine Kinderei behandle. Ohne ein gerichtliches Verfahren gegen ihn einzuleiten, ließ sie ihn unter Polizeibedeckung nach Cherbourg bringen und dort nach Amerika einschiffen. Der leichtsinnige Attentäter zeigte sich zwar anfänglich über diese geringschätzige Behandlung etwas verdrossen, sprach aber doch dem König brieflich seinen Dank aus und bat auch für seine Mitschuldigen um Verzeihung. Die zu gewähren lag nun allerdings nicht entfernt in der Absicht der Regierung; aber die öffentliche Meinung stimmte in diesem Puncte dem Prinzen bei; wenn der Hauptschuldige straflos ausgehe, so hieß es, dann dürfe man auch seine Gehülfen nicht verurtheilen. Die straßburger Geschworenen, vor deren Gerichtshof die Anklage erhoben werden mußte, sprachen demgemäß alle Angeklagten zum großen Aerger der Regierung frei. Aber das war nicht der einzige Verdruß, welchen der König sich durch seine unzeitige Milde bereitete. Schon im nächsten Jahre kehrte der Prinz Napoleon aus Amerika nach Europa zurück und nahm wie früher als schweizer Bürger seinen Wohnsitz in Arenenberg. Nun verlangte Louis Philipp seine Ausweisung und drohte sie mit Waffengewalt zu erzwingen; 25,000 Mann wurden an der schweizer Grenze zusammengezogen. Wollte der Prinz seinem zweiten Vaterlande nicht die Wahl zwischen einer schmachvollen Nachgiebigkeit und einem gefährlichen Kriege stellen, so mußte er freiwillig seinen Zufluchtsort verlassen. Er begab sich also nach England. Dort lebte er einige Jahre, getheilt zwischen politischen Studien und sorglosen Zerstreuungen. Die „napoleonischen Ideen", welche er veröffentlichte, sollten den Beweis liefern, daß er den demokratischen Forderungen der Zeit gerecht zu werden verstehe. Glaubte er dadurch schon manche Mißstimmung gegen sich beseitigt zu haben, so schien das Jahr 1840 seinen Plänen noch kräftigere Förderung zu bringen. Das Ministerium Thiers hatte den König bewogen, von England die Erlaubniß zu erbitten, die Gebeine des Kaisers Napoleon von St. Helena nach Frankreich hinüberführen zu dürfen, damit sie dem testamentarischen Wunsche des Verstorbenen gemäß an den Ufern der Seine inmitten des Volkes, das er so sehr geliebt, bestattet würden. England hatte diese Erlaubniß bereitwillig ertheilt, in Frankreich wurde der Gedanke mit der größten Begeisterung aufgenommen und steigerte die bonapartistischen Neigungen zu einer ungewöhnlichen Höhe. Zwischen dem Beschluß der Regierung und der Ausführung des Planes verstrich natürlich geraume Zeit. Erst gegen Ende des Jahres kehrte des Königs Sohn, der Prinz von

Napoleon nach Amerika.

nach der Schweiz.

nach England.

Die Ueberführung der Leiche Napoleons I.

Joinville, auf der Fregatte Belle Poule mit den Gebeinen des Kaisers zurück und am 15. December erfolgte die feierliche Beisetzung im Dome der Invaliden. Damals war die jubelnde Beistimmung, welche der erste Gedanke erregt, schon gewaltig abgekühlt; aber die freudige Aufnahme, welche er beim ersten Auftreten gefunden, konnte bei dem Neffen des Kaisers wohl den süßen Glauben erwecken, die Julimonarchie habe durch diesen Schritt den Teufel an die Wand gemalt, und er müsse den ausgestreckten Finger schleunigst ergreifen. Die Unzufriedenheit mit der Regierung, die kriegerische Begeisterung des Volkes, der ungestüme Ruf nach der Rheingrenze, wozu die orientalische Krisis eben damals den Anlaß gegeben hatte, wie später ausführlicher erzählt werden soll, ließen die Gelegenheit noch lockender erscheinen. Kurz der Prinz entschloß sich zu einem neuen Abenteuer. Am 6. August 1840 landete er in Begleitung Montholons, der seines Oheims treuer Gefährte auf Helena gewesen war, Vaudrey's, Persigny's und anderer Genossen straßburger Angedenkens eine Stunde von Boulogne. Bald nach Tagesanbruch befand er sich in der Stadt, in der Caserne des 42. Linienregimentes. Ein Leutnant in demselben, Aldenize, war eingeweiht; aber seine Bemühungen, die Soldaten zu gewinnen, blieben erfolglos; kaum entgingen die Verschworenen der Verhaftung. Als auch der Versuch, in der Stadt Anhänger zu werben, mißglückte, zog das Häuflein sich nach seinem Landungsplatze zurück; aber schon waren ihm die Verfolger auf den Fersen. Das Boot, in welchem man nach dem Dampfer, auf dem die Ueberfahrt bewirkt war, zurückkehren wollte, schlug um und triefend von Seewasser wurden die Attentäter herausgezogen und ins Gefängniß abgeführt. Auf dem Dampfer fand man außer einem Adler, der sich vermuthlich von einem Kirchthurm zum andern bis zur Notre-Dâme hatte schwingen sollen, auch Aufrufe und andere Actenstücke, aus denen sich ergab, daß der Prinz zunächst eine provisorische Regierung einzusetzen beabsichtigte, an deren Spitze der damalige Ministerpräsident Louis Philipps, Thiers, treten sollte, und daß er dann, des Ausganges sicher, das französische Volk durch eine allgemeine Abstimmung über seine künftige Regierungsform entscheiden lassen wollte. Die Gleichgültigkeit, mit welcher Frankreich sein Schicksal sich weiter entwickeln sah, mußte ihm zeigen, daß seine Pläne abermals verfrüht an das Tageslicht getreten waren. Begnadigung durfte er diesmal nicht hoffen. Ein öffentliches Bittgesuch seines Vaters blieb ohne Erfolg, obgleich es für die That den Mangel an gesundem Menschenverstande, welchen ihr Urheber bewiesen, als Milderungsgrund geltend zu machen suchte. Der Pairshof erkannte auf lebenslängliche Festungshaft, und der Prinz trat diese im October in dem Schlosse Ham in demselben Zimmer an, das Polignac bewohnt hatte. Seiner Genossen harrte die gleiche oder eine ähnliche Strafe.

Die Landung in Boulogne.

Gefangenschaft in Ham.

Louis Philipp konnte nach dem allem am zehnten Jahrestage seiner Thronbesteigung sich sagen, daß keine der feindlichen Parteien, so viel sie auch versucht hatten ihn zu stürzen, Kraft genug zu einem entscheidenden Schlage besitze. Aber daß sein eigenes Regiment den

Unbeliebtheit des Königs und der Regierung.

Beifall und die Zustimmung der Franzosen erworben, konnte er sich nicht sagen. Das strenge System, das er im Inneren durchführte, erbitterte von Jahr zu Jahr mehr und drängte die Frage auf, was man denn eigentlich durch die Revolution gewonnen habe. Die Beliebtheit, welche der König Anfangs unleugbar besessen, erlosch zusehends. Zahlreiche Gelegenheiten boten sich seinen Feinden, um die Volksstimme gegen ihn aufzuregen. Besonders seine Geldgier, die unbezwinglich und unbelehrbar schien, gewährte einen erwünschten Angriffspunct. Daß der König, welcher zu den reichsten Fürsten gehörte, bei jeder Vermählung eines seiner Kinder neue Zuschüsse von der Kammer verlangte und, wenn diese trotz ihrer üblichen Gefügigkeit sie doch einmal verweigerte, dasselbe Verlangen unermüdlich wiederholte, schuf ihm schweren Schaden. Noch bedenklicher aber war für ihn der persönliche Antheil, welchen er an der Regierung nahm. Die Ministerien kamen und gingen, aber die Politik blieb dieselbe. Denn die Minister waren in der That nur die Puppen des Königs, der sie so lange behielt, wie sie seinen Willen thaten, seinen unveränderlichen Gedanken, die pensée immuable, auszuführen bereit waren. Seit Casimir Périers Tode im Jahre 1832 hatte kaum je ein Ministerium den König gegen seine vorgefaßte Meinung zu einem Entschlusse zu bestimmen vermocht, und die Kammer hatte sich regelmäßig vor dem höheren Willen gebeugt. Daran war nicht allein der Umstand Schuld, daß die unbedingt orleanistische Partei Dank der vielfach geübten Bestechung an sich schon fast immer die Mehrheit zählte, sondern nicht weniger die persönlichen Gelüste, welche die Haltung der zahlreichen Parteien zu bestimmen pflegten. Außer der äußersten Rechten, den Legitimisten, und der radicalen Linken, den Republikanern, konnten auch die gemäßigte und die dynastische Linke, von denen jene Lafitte, Arago, Clauzel, diese Odilon Barrot zu Führern hatte, insofern als unabhängig betrachtet werden, als keine von ihnen Aussicht hatte, die Zügel der Regierung in die Hand zu bekommen. Das linke und das rechte Centrum dagegen und die Mittelpartei, welche zwischen den beiden Centren Platz nahm, der sogenannte tiers-parti, rangen beständig mit einander um die Leitung der Geschäfte, und ihre Führer, die Guizot, Molé, Thiers, verbanden und trennten sich, je nachdem es galt, den einen oder den andern durch Verbindung mit dem dritten zu stürzen. Den leitenden Platz in seinem jeweiligen Ministerium liebte der König aber nicht einem Manne zu geben, der durch seine Beredtsamkeit Einfluß in der Kammer besaß, sondern lieber einem Soult, Mortier, Bassano, Montebello, kurz einem Militär, der den eigentlich politischen Aufgaben ferne stand. Am liebsten hätte er wohl gar keinen Premier gehabt, wie in den Monaten nach Casimir Périers Tode, wo er selbst ein halbes Jahr lang den Vorsitz führte. Das Cabinet vom 11. October 1832, dem Soult präsidirte, vereinigte in seiner Mitte Guizot, Thiers, Broglie, also Männer verschiedener Schattirungen. Broglie war dem Könige am unangenehmsten; er mußte schon 1834 ausscheiden; auch einige andere unbedeutendere Personen wurden gewechselt; im Uebrigen aber hielt sich jenes Cabinet

Die Kammern.

Die Ministerien.

Das Cabinet vom 11. October 1832.

Dank seiner festen Stellung in der Kammer und Dank seiner Geschmeidigkeit über drei Jahre, obgleich es seinen Präsidenten mehrfach änderte; auf Soult folgte Gérard, auf Gérard nach einem zweitägigen Ministerium Bassano der alte Marschall Mortier, auf Mortier der wieder eingetretene Broglie. Erst im Februar 1836 erlag es den Intriguen der Mittelpartei, zu deren Werkzeug sich Thiers aus Ehrgeiz hergab. Er verschaffte sich dadurch am 22. Februar für ein halbes Jahr den Vorsitz im Ministerrathe. Aber schon am 6. September mußte er einem Cabinet Molé-Guizot weichen, das nach wieder einem halben Jahre im April 1837 durch Guizots und seiner Anhänger Austritt eine wesentliche Umgestaltung erfuhr. Mit dieser neuen Zusammensetzung war der König sehr wohl zufrieden, da sie seinem persönlichen Willen keinen Widerstand entgegensetzte. Eben deshalb aber wurde sie von den liberalen Parteien in der Kammer heftig angefochten; Thiers brachte die Forderung des parlamentarischen Regiments in ein faßliches Schlagwort: Le roi règne, mais il ne gouverne pas. Die dynastische Linke schloß sich dieser Opposition gern an, und auch die Doctrinäre auf der Rechten hatten Nichts dawider einzuwenden, in der Hoffnung, ihre Häupter Guizot und Broglie wieder ans Ruder zu bringen. So entstand das Bündniß der beiden Centren und der dynastischen Linken gegen das Ministerium der Mittelpartei, und da sich die Extremen jedem Schritt gegen die Julimonarchie bereitwillig anschlossen, so enthielt die Adresse, mit welcher im Januar 1839 die Thronrede beantwortet wurde, eine scharfe Verurtheilung des Cabinettes Molé. Aber wider alles Erwarten war die Folge dieses zwölftägigen Redeturniers nicht der Rücktritt der Angegriffenen, sondern die Auflösung der Kammer. Erst als die Neuwahlen einen völlig zweifellosen Sieg der verbundenen Parteien ergeben hatten, fügte sich Louis Philipp und entließ Molé am 8. März 1839. Damit war aber zugleich auch das Bündniß gesprengt, denn nur in der Verneinung, nicht in den Zielen waren die Parteien einig. Aus einer dreiwöchentlichen Krisis ging am [illegible] April ein ganz farbloses Ministerium Montebello hervor, so recht, wie Louis Philipp es wünschte. Wenn irgend wer bei dem Tausche an Einfluß verlor, so war er es gewiß nicht. Gleichwohl hatte auch diese Bildung keine Dauer. Die socialistischen Unruhen, die Barbès am 12. Mai erregte, gaben ihr den Todesstoß. Und nun griff der König wieder zu Soult, dessen Fügsamkeit er von 1832—34 hinreichend erprobt hatte. Fast ein Jahr lang erhielt er ihn auf seinem Posten; da aber versetzte die Kammer ihm einen Streich, der ihn sehr empfindlich traf. Sie verweigerte dem Ministerium eine Ausstattung [illegible]n Herzog von Nemours. Das belehrte den König, wie gefähr[illegible] sei, sich alle Parteien dadurch zu Feinden zu machen, daß er [illegible] die Leitung der Geschäfte voll und ganz anvertraue. Er ent[illegible] sich also wieder einmal zu einem Parteiministerium, an dessen [illegible] am 1. März 1840 Thiers trat und dem es vorbehalten war, [illegible]eich und sein Herrscherhaus in die gefährlichste Verwickelung [illegible]n, die seit 1830 eingetreten war. Auch als er vier Jahre

Thiers.

Molé-Guizot.

Molé.

Montebello.

Soult.

Thiers.

früher für einige Monate die französische Politik geleitet hatte, waren die auswärtigen Angelegenheiten, deren Pflege er sich mit besonderem Eifer widmete, es gewesen, die seinen Sturz herbeigeführt. 1840 war der Ausgang kein anderer. Diesmal erlag er der orientalischen, das erste Mal der spanischen Frage, d. h. den beiden wichtigsten diplomatischen Verwicklungen der dreißiger Jahre. Beide in ihrem Zusammenhange darzustellen, wird deshalb unsere nächste Aufgabe sein.

Dom Miguel und Don Carlos.

Portugal.

Die spanischen Wirren aber standen in enger Verbindung mit den portugiesischen. Dom Pedro von Brasilien hatte bei seines Vaters Tode, wie früher erzählt, sein Nachfolgerecht in Portugal auf seine siebenjährige Tochter Donna Maria da Gloria übertragen, für die als Vormund und Regent Dom Miguel die Herrschaft führen sollte, sobald er eine Verfassung, die Dom Pedro dem Lande gab, anerkannt und die angebotene Hand seiner Nichte angenommen habe. Bis dahin stand die Regentschaft der Infantin Maria Isabella, Johanns VI. Tochter, zu. Kaum aber hatte diese die Verfassung in Kraft gesetzt, als die absolutistische Partei dagegen die Waffen erhob und, von Spanien aus unterstützt, sich für das Königthum Dom Miguels erklärte, der immer noch außer Landes war. Der Aufstand wurde so gefährlich, daß die Regentin ohne fremde Hülfe ihn nicht bezwingen konnte; sie wandte sich deshalb an England und Canning zögerte keinen Augenblick, ihr zu willfahren. In mächtiger Rede kündete er am 12. December 1826 dem Unterhause den festen Entschluß an, die Freiheit Portugals zu schützen; er hasche nicht nach Gelegenheiten, Englands Macht zu zeigen und trage kein Verlangen, aus der Neutralität herauszutreten; aber der Förderung, welche Spanien den absolutistischen Europäern angedeihen lasse, müsse England durch entschlossenes Eintreten für die Sache der Freiheit antworten, und die Männer des Rückschritts in ganz Europa möchten nicht vergessen, daß, wenn ein großer Krieg daraus entstehe, die britische Macht ein starker Rückhalt für alle Geknechteten und Unzufriedenen sein werde. Als solchen erwies sie sich in Portugal auf der Stelle. Die Landung eines englischen Heeres unter Clinton genügte, um die Aufständischen nach einem kurzen Kampfe mit den Truppen der Regentin zum Rückzug nach Spanien zu veranlassen. Dom Miguel sagte sich von ihnen los, nahm die Verfassung und die Braut an, kehrte im Februar 1822 über London nach Portugal zurück und trat, nachdem er den Eid der Treue geleistet, die Regentschaft an. Aber schon, daß er sich sogleich mit einem absolutistischen Ministerium umgab, die Kammern auflöste und eine Commission zur Berathung über Verfassungsänderungen einsetzte, war ein schlimmes Anzeichen für seine weiteren Pläne. Der verderbliche Einfluß, den seine ränkesüchtige Mutter Carlota bereits früher auf ihn geübt, trat wieder in volle Kraft; mit ihr theilte sich die Geistlichkeit, an ihrer Spitze der Beichtvater des

Aufstand für Dom Miguel.

Dom Miguel Regent.

Regenten, der Pater Mazedo, in die Herrschaft über ihn. Bald wurde es deutlich erkennbar, daß man das Volk gegen die liberale Verfassung und gegen die junge Königin Maria, die übrigens noch in Brasilien weilte, aufhetzte. Wenn Dom Pedro, so lange er Kaiser von Brasilien war, nicht König von Portugal werden durfte, so habe er, behaupteten die Migueliſten, auch keine Befugniß, dieses sein ruhendes Recht seiner Tochter abzutreten; es müsse vielmehr der Nächstberechtigte — und das war Dom Miguel — in seine Stelle eintreten; noch weniger könne man dem Kaiser von Brasilien die Befugniß einräumen, wie Pedro es gethan, Portugal eine Verfassung zu ertheilen. Aber andererseits hatte freilich Miguel diese Verfassung bereits beschworen und hatte Donna Maria anerkannt, somit auf seine Ansprüche verzichtet und die Pflicht übernommen, für die Erhaltung der neuen Ordnung einzutreten. Nur vermittelst eines Eidbruches konnte er seine eigenen Rechte von Neuem verfolgen. Um diesen Eidbruch zu rechtfertigen, wurde nun von der Geistlichkeit im ganzen Lande eine Agitation gegen die bestehende Ordnung angefacht und zahlreiche Adressen an den Regenten erlassen, um von ihm die Auflösung der Cortes und die Einberufung der alten Stände zu fordern. Dom Miguel ließ sich nicht lange bitten. Am 3. Mai 1828 rief er die Cortes von Lamego wieder zusammen und wurde von ihnen am 23. Juni als König ausgerufen. Nun folgte ein Schreckensregiment entsetzlichster Art, um die pedristische Partei unschädlich zu machen. Mit Hülfe des stehenden Heeres, das ihm ergeben war, und einer Polizei, die 6000 Köpfe zählte und von dem energischen Tellez Jordao geleitet wurde, unterdrückte der neue König jeden Widerstand. Die Gefängnisse füllten sich und überfüllten sich; am Ende des Jahres umschlossen sie 15,000 politische Opfer. Es war mehr Platz nöthig. Tödten! tödten! nach Afrika schicken! war die Antwort des Wütherichs. Den Anhängern der Königin Maria blieb keine Wahl als die Flucht. Ein Versuch der Empörung scheiterte, weil die Führer, Palmella, Saldanha u. A., nicht rechtzeitig aus England eintrafen. Die Aufständischen wurden über die spanische Grenze gedrängt und auf französische Fürsprache nach England gebracht. Andere begaben sich nach Terceira, der größten von den Azoren, deren Gouverneur, Cabreira, fest zu Dom Pedro hielt. Allmählich trafen dort auch die Flüchtlinge ein, welche sich nach England gerettet hatten. Das Ministerium Wellington suchte ihnen freilich die Ueberfahrt in jeder Weise zu erschweren. Ohne Miguel als König anzuerkennen, erwies es ihm gleichwohl die größten Dienste. Als Donna Maria Ende 1828 von Brasilien herüberkam, unkundig noch dessen, was mittlerweile in Lissabon sich zugetragen, fand sie in London, wohin sie sich begab, beim [illegible] je zwar eine sehr freundliche Aufnahme, aber beim Ministerium [illegible] die leiseste Unterstützung, und kehrte deshalb schnell nach Brasilien zurück. Ja, als Saldanha Anfang Januar 1829 mit einigen [illegible]rt Leuten sich nach Terceira einschiffen wollte, verbot ihm [illegible]gton das nicht allein in herrischer Weise, sondern schickte, als [illegible]eschah, zwei Fregatten nach den Azoren, welche die Landung

Sein Verfassungsbruch.

Empörungen.

dort mit Gewalt verhinderten; Miguels amtliche Zeitung konnte mit Recht verkünden: Englands Betragen sei über alles Lob erhaben. Und da auch die Regierung Karls X. und die Cabinette der Ostmächte dem absolutistischen Königthume Miguels sehr geneigt waren, so durfte dieser mit seiner Lage wohl zufrieden sein, obgleich die förmliche Anerkennung seines Rechtes nur von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, von Spanien und dem Papste erfolgte. Aber die Julirevolution und der Sturz des Toryministeriums in England änderte die Sachlage, und Miguel war nicht geschmeidig genug, um dem Rechnung zu tragen. Vielmehr gab er durch Willkürmaßregeln, die er gegen die Personen und das Vermögen englischer und französischer Unterthanen verhängte, zunächst zu diplomatischen Verhandlungen, dann zum bewaffneten Einschreiten der beiden Mächte Anlaß. Für die liberale Partei war schon der Umstand ermuthigend, daß bei dieser Gelegenheit weder das pariser noch das londoner Cabinet den Usurpator als König behandelte; jenes bezeichnete ihn als Prinzregenten, dieses gar nur als factischen Beherrscher des Landes. Noch demüthigender aber war der Ausgang der beiden Conflicte. Die englische Flotte erzwang im Mai die Freilassung der verhafteten Britten, die Absetzung der schuldigen Beamten, eine reichliche Geldentschädigung und die Veröffentlichung dieser Bedingungen in der amtlichen Zeitung; der französische Admiral Roussin erreichte im Juli nicht allein ähnliche Zugeständnisse, sondern führte auch die portugiesische Flotte, welche er überrumpelt hatte, nach Brest ab. Seinen Grimm über diese Niederlagen konnte Miguel im nächsten Monat an seinen eigenen Unterthanen kühlen; in Lissabon und Oporto kam es zu Aufständen, die beinahe hundert Offiziere und Bürger mit dem Tode büßen mußten. Aber sie waren nur das Vorspiel zu einer größeren Unternehmung gewesen. Dom Pedro entschloß sich, persönlich für das Recht seiner Tochter einzutreten. Conflicte mit der liberalen Partei in Brasilien bewogen ihn, die Kaiserkrone seinem sechsjährigen Sohne Pedro II. zu übertragen; dann schiffte er sich nach Europa ein, erschien als Herzog von Braganza im Juli und August 1831 zu Paris und London, erfreute sich der günstigsten Aufnahme und begann ernstliche Rüstungen und Geldoperationen behufs der Eroberung Portugals.

Streit mit England und Frankreich.

Dom Pedro nach Europa.

Dom Pedros Siege.

Zum Ausgangspunct seiner Unternehmung erkor er natürlich Terceira. Dort wurde bis zum Sommer 1832 geworben, gerüstet und einexercirt, so daß die Landung am 7. Juli mit einem Heere von 12,000 Mann versucht werden konnte. Der erste Schritt war ein großer Erfolg: Oporto fiel ohne Widerstand in Pedros Gewalt. Aber damit schien sein Glück auch zu Ende zu sein; es gelang ihm nicht, über das Weichbild der Stadt hinaus festen Fuß zu fassen. Im September erschien dann sogar Miguel mit großer Uebermacht vor den Mauern der Stadt und begann die Belagerung. Doch war das Glück ihm nicht günstiger; der Krieg schien sich auf diesem einen Schauplatz festsetzen und verewigen zu wollen. Beide Brüder verstärkten immerfort ihre Heere; Pedro vorzugsweise durch Ausländer,

die seewärts zu ihm stießen. Denn Miguel war allgemach der Abscheu der Liberalen in aller Herren Länder geworden; ihn stürzen zu helfen, schien ein ruhmvolles Unternehmen im Dienste der Freiheit. Dieser Zerstörer verfassungsmäßiger Freiheit, dieser Meineidige, dieser treulose Usurpator, dieser Unterjocher seines Vaterlandes, dieser Verächter des Völkerrechts, dieser Verletzer des Privatrechts, dieser Mensch, der einem hülf- und wehrlosen Weibe nach dem Leben trachtet — so donnerte Lord Palmerston im Unterhause gegen ihn —, mußte gestürzt werden. Unter den Ankömmlingen befand sich der englische Capitän Charles Napier. Ihm und dem Herzog von Terceira gelang es endlich im Juli 1833, fast ein Jahr nach Pedro's Landung, dem Kriege eine andere Wendung zu geben. Sie schifften sich mit einigen Tausenden nach Algarbien ein, der südlichsten Provinz Portugals, die nur schwach von Miguel besetzt und ihm wenig geneigt war. Terceira landete, fand über Erwarten Beistand und rückte kühn auf Lissabon los. Ebendahin steuerte Napier mit seiner Flotte. Auf der Höhe von Cap St. Vicente stieß er auf die Schiffe Dom Miguels und brachte ihnen am 5. Juli eine vernichtende Niederlage bei. Nicht minder glücklich war Terceira zu Lande; er schlug Tellez Jordao, der seinen Vormarsch auf Lissabon hindern wollte, und erzwang mit Napier zusammen am 24. Juli die Räumung der Hauptstadt, in die Dom Pedro vier Tage später triumphirend einzog.

Aber zu Ende war der Kampf auch jetzt noch nicht. Längst hatte sich Europa gewöhnt, den Streit der beiden Brüder als den Streit der beiden weltbewegenden Principien anzusehen. Wie der Liberalismus Dom Pedro zu Hülfe eilte, so trat die Reaction für Miguel ein. Seine Reihen verstärkten sich durch französische Legitimisten und spanische Rückschrittsmänner. Den Oberbefehl über seine Truppen führte der Marschall Bourmont. Aber auch ihm war kein Ruhm auf diesen Schlachtfeldern beschieden: nach einem letzten unglücklichen Sturm auf Oporto mußte er die Belagerung dieser Stadt aufgeben, nach einem mißlungenen Angriff auf Lissabon sein Commando niederlegen.

Spanien.

Da schien ein längst erwartetes Ereigniß in Spanien neue Aussichten für Miguels Sache zu erwecken und die ganze pyrenäische Halbinsel in den Krieg hineinziehen zu müssen. Am 29. September 1833 starb König Ferdinand VII. und zu dem portugiesischen Erbfolgekrieg gesellte sich ein spanischer. Seit langen Jahren hatte man sich gewöhnt, als Thronfolger in Spanien den Bruder des Monarchen, Don Carlos, das Haupt der Apostolischen, der ultrareactionären Priesterpartei, zu betrachten; denn drei Ehen des Königs waren kinderlos geblieben. Da vermählte er sich im December 1829, kaum ein halbes Jahr nach dem Tode seiner letzten Gemahlin, zum vierten Male mit der Prinzessin Marie Christine von Neapel und erließ wenige Monate später, am 29. März 1830, ein Gesetz, die pragmatische Sanction genannt, durch welches er auf ihr Andrängen die bisherige Thronfolgeordnung von 1713, welche dem Mannesstamme die Erbberechtigung zusprach, aufhob und das alte castilianische

Die pragmatische Sanction.

Nachfolgerecht der Töchter wieder in Kraft setzte. Ueber seine Berechtigung zu diesem Schritte konnte man zweifelhaft sein; dafür und dawider ließen sich hörbare Gründe anführen. Um so leichter bemächtigten sich die Parteien der streitigen Frage, die für Spaniens weitere Entwickelung von größtem Einfluß werden mußte, wenn durch die Geburt einer Tochter das neue Gesetz zur Anwendung kam. Wirklich wurde dem Königspaar am 10. October 1830 die erste, und fünf Vierteljahre später eine zweite Tochter geboren, jene Isabella, diese Louise genannt. Gelang es jetzt der apostolischen Partei nicht, die Aufhebung der pragmatischen Sanction vom Könige zu erreichen, so nahte ihr Einfluß sich mit schnellen Schritten seinem Ende. Denn bei dem nicht fernen Tode des durch und durch siechen Ferdinand fiel die Regentschaft an Marie Christine, die in den Apostolischen die Freunde des Don Carlos, die Feinde ihrer Tochter, erblickte und daher, wie selbstverständlich schien, Anlehnung an die Liberalen suchen mußte. An Bemühungen, den Willen des Königs umzuändern, fehlte es daher nicht, und die Umstände begünstigten solche Bestrebungen. Im Herbste des Jahres 1830 brachen in Navarra und Andalusien Empörungen aus, die den König um so mehr schreckten, als im Norden der gefürchtete Mina an der Spitze stand, der von der französischen Regierung geradezu ermuthigt wurde. Allerdings gelang es leichter, als man hoffen mochte, die Aufstände niederzuschlagen. Louis Philipp ließ Mina fallen, als Ferdinand sich bereit erklärte, das Julikönigthum anzuerkennen, und die Uneinigkeit der Rebellen beschleunigte ihren Untergang. Aber obgleich nun jede Gefahr beseitigt war, bewirkten diese Ereignisse doch, daß sowohl Ferdinand als sein gänzlich characterloser Minister Calomarde sich den Apostolischen wieder näherten. Eine schwere Krankheit, in welche der König im September 1832 fiel und die täglich seinen Tod erwarten ließ, rückte die Stunde der Entscheidung nahe heran. Marie Christine sah ihr mit Angst entgegen. Von Seiten der Carlisten war kein Mittel verschmäht worden, um sie beim Volke in schlechten Ruf zu bringen, und wenigstens die Anklagen der Vergnügungssucht und der Verschwendung waren vollauf begründet. Beispielsweise hatte der königliche Hof im Jahre 1832 nicht weniger als 200 Millionen Realen, d. h. den vierten Theil der Gesammtausgaben und viermal so viel, wie für ihn ausgeworfen war, verbraucht. Die Königin, der allein die Schuld daran beizumessen war, fühlte sich einem Kampfe mit den Carlisten für den Fall, daß ihr Gemahl jetzt sterben sollte, nicht gewachsen. Ein Versuch, sich mit Don Carlos zu verständigen, scheiterte; er lehnte die Hand der Infantin Isabella, die ihm für seinen ältesten Sohn geboten wurde, wenn er die pragmatische Sanction anerkennen wolle, ab, und beharrte unveränderlich auf seinem Standpuncte: so lange der König lebe, werde er diesem treu bleiben; nach dessen Tode aber sei er König. Unter diesen Umständen verlor Marie Christine den Muth; sie bat den todtkranken König selbst um die Aufhebung der pragmatischen Sanction, und dieser willigte am 18. September ein. Wider alles Erwarten aber besserte sich plötzlich das Befinden des

Empörungen.

Anschläge der Carlisten.

Aufhebung der Sanction.

Monarchen und Ende des Monats war jede Gefahr vorbei. Sofort schlug die Königin wieder einen anderen Ton an; alle Verantwortlichkeit für das Vorgefallene wurde auf Calomarde und die Gegenpartei geschoben; der König war durch die Art, wie man seine Unzurechnungsfähigkeit benutzt hatte, verletzt und seiner Gemahlin für die treue persönliche Pflege, die sie ihm erwiesen, dankbar; kurz schon am 1. October entließ er Calomarde und ernannte Marie Christine zur Regentin. Ehe sie nach einem Vierteljahr diese Würde niederlegte, wurde der Widerruf vom 18. September feierlich zurückgenommen und die weibliche Erbfolge aufs Neue hergestellt. Die liberalen Maßregeln, welche den Anfang der Regentschaft bezeichnet hatten, blieben aber völlig vereinzelt. Der neue Ministerpräsident Zea Bermudez nährte die sonderbare Hoffnung, durch eine conservative Politik den Beifall der Ostmächte, die sich unumwunden für Don Carlos ausgesprochen hatten, in solchem Maße gewinnen zu können, daß sie endlich doch sich für Isabella erklären würden; um die Westmächte aber glaubte er sich nicht kümmern zu brauchen, da sie im eigenen Interesse Gegner der Apostolischen sein müßten. So entfremdete er sich beide Parteien im Auslande wie in Spanien. Schon erreichte der Gegensatz eine solche Höhe, daß in den Provinzen bewaffnete Erhebungen für den Prinzen gewagt wurden. Auch Don Carlos selbst konnte seine bisherige Stellung nicht behaupten; als seine Schwägerin und eifrige Parteigängerin, die Prinzessin von Beira, eine Schwester Dom Miguels, im März 1833 nach Portugal ausgewiesen wurde, erbat und erhielt er die Erlaubniß, ihr zu folgen. Wenige Monate später erließ er von dort einen feierlichen Protest gegen die Huldigung, welche von den Cortes, die zu diesem Zwecke berufen wurden, der künftigen Königin im Voraus geleistet werden sollte. Eine Correspondenz mit seinem Bruder, die mit den liebevollsten Versicherungen der Anhänglichkeit begann, nahm allmählich einen äußerst gereizten Character an, und dem Befehle, Portugal zu verlassen und nach Rom zu gehen, setzte er offenen Widerstand entgegen. Seine Sache war mit der Dom Miguels jetzt untrennbar verwachsen; für sich wollte er, so lange sein Bruder lebte, bei seiner strengen Legalität nichts thun; aber er förderte die Bemühungen des portugiesischen Prätendenten in der Erwartung, daß dieser dafür später auch ihm zur Erlangung des Thrones behülflich sein werde. Um so seltsamer war es, daß Zea Bermudez nicht allein fortfuhr, im Namen Spaniens den diesen Miguel als den berechtigten König des Nachbarstaates anzuerkennen, sondern ihn sogar heimlich mit Kanonen und Kriegsvorräthen unterstützte.

Erneuerung derselben. — *Zea Bermudez.* — *Don Carlos nach Portugal.*

So lagen die Dinge, als Ferdinand VII. starb. Alsbald erhoben sich in fast allen Theilen Spaniens, besonders aber in den nördlichen Provinzen, die Anhänger Carls V. wider die Christinos, die Vertheidiger der Regentschaft der Marie Christine. Ueberall fast hatten sie in den s. g. königlichen Freiwilligen, einer Miliz, die unter dem Einflusse der Geistlichkeit stand, organisirte Truppen zu ihrer Verfügung; dennoch scheiterten die meisten Erhebungen an der eigenen

Carlisten und Christinos.

Pater Merino.

Unordnung, an dem Widerstande des liberalen Bürgerthums und zum Theil auch an der Energie der Militärbehörden. Am bedrohlichsten war die Bewegung in Altcastilien, von wo der aus den Franzosenkriegen berühmte Pater Merino mit 11,000 Mann gegen Madrid heranzog. Wenn ein stetiger Plan seine Märsche gelenkt, wenn eine gemeinsame Leitung die verschiedenen Erhebungen geordnet hätte, so wäre die Gefahr für die Hauptstadt kaum abzuwenden gewesen. Aber von einer Junta hierhin, von der anderen dorthin gerufen, verzettelte Merino seine Kräfte in nutzlosem Umherziehen und wurde endlich mit wenigen Genossen über die portugiesische Grenze gedrängt.

Don Carlos.

Don Carlos hatte die erste günstigste Gelegenheit verpaßt, indem er, ohne sich zu rühren, bei Dom Miguel verblieb; die unglaubliche Beschränktheit und Gedankenarmuth, der gänzliche Mangel an geistiger Beweglichkeit, wovon er noch so viele Beweise ablegen sollte, traten schon hier zu Tage. Die nothwendige Folge davon war, daß die carlistische Erhebung keinen Mittelpunct fand, sondern in den einzelnen Provinzen sich selbständig entwickelte. Wo tüchtige Führer an der Spitze standen, gedieh sie; wo das nicht der Fall war, unterlag sie schnell. Auf der christinischen Seite ging es aber nicht viel anders zu, die Regierung in Madrid beeinflußte die Entscheidung nur wenig; daß Merinos Schaaren sich auflösten, daß auch in Catalonien, Navarra und den drei baskischen Ländern der Aufstand bis in die Berge zurückgedrängt wurde, war den Generalen Sarsfield, Quesada, Llauder zu danken, nicht dem Minister Zea Bermudez.

Zea Bermudez.

Dieser Mann, der bei den Liberalen kaum minder verhaßt war, als sein Vorgänger Calomarde, blieb zum allgemeinen Erstaunen ruhig am Ruder; durch eine Annäherung an Frankreich, dessen bewaffneten Beistand er schon im October wiewohl vergeblich erbat, durch die Anerkennung des Dom Pedro und durch die Aufnahme des gemäßigt liberalen Burgos in sein Cabinet hoffte er seine Stellung zu befestigen; aber nach etwa einem Vierteljahre (am 14. Januar 1834) mußte er vor dem ungestümen Verlangen der ihm feindlichen Generale, besonders Llauders und Quesadas, doch seinen Platz räumen.

Martinez de la Rosa.

Zu seinem Nachfolger bestimmte Marie Christine Martinez de la Rosa, der schon 1822 Minister gewesen und dessen vorsichtiger Liberalismus voraussichtlich auch in Paris genehm war. Die Parteimänner waren allerdings durch diese Lösung keineswegs befriedigt und befeindeten besonders Burgos, den einst hochgefeierten, der eine Reihe verständiger Reformen in der Verwaltung anbahnte, auf das lebhafteste; auch ließ es das neue Cabinet nicht an Mißgriffen fehlen; aber diese wären bei der schwierigen Lage Niemandem erspart geblieben, und im Ganzen und Großen waren die Maßregeln, die es traf, doch zeitgemäß und erfolgreich. In der inneren Politik ragte als bedeutendste That der

Estatuto real.

Erlaß einer Verfassung, des Estatuto real vom 10. April 1834, und die Berufung einer Volksvertretung in zwei Kammern (die der Proceres und der Procuradores genannt) hervor; in der äußeren Politik trat Rosa entschieden zu den Westmächten hinüber, indem er Anfang April den General Rodil zur Unterstützung Dom Pedros in Portugal

einrücken ließ und am 22. desselben Monats mit England, Frankreich und Portugal die londoner Quadrupelallianz abschloß. Das Hauptverdienst an diesem Vertrage, den er einen prächtigen Treffer und ganz und gar sein Werk nannte, nahm Lord Palmerston für sich in Anspruch; etwas überschwänglich sah er darin, als in dem Bündniß der vier constitutionellen Westmächte, ein gewaltiges Gegengewicht gegen die Heilige Allianz des Nordens; die nächsten Aufgaben der Allianz waren aber doch ziemlich beschränkt, beschränkter, als das spanische Interesse sie gefordert hätte. Die Mächte versprachen sich gegenseitig, die Entfernung der beiden Prätendenten aus Portugal erzwingen zu wollen; zu dem Zwecke sollte England durch eine Flotte, Spanien durch ein Heer mitwirken, während Frankreichs Betheiligung nur für den Nothfall vorbehalten wurde und durch ein neues Abkommen geregelt werden sollte. Dafür, daß Don Carlos auch von Spanien ferngehalten werde, traf der Vertrag keine Vorkehrungen; wenn der Bevollmächtigte Marie Christinens dies im Interesse seines Landes hätte fordern sollen, so stieß er dabei auf den Widerstand Palmerstons, der zwar unzweifelhaft eben so sehr die Erhaltung Isabellens auf dem spanischen, wie die Marias auf dem portugiesischen Throne anstrebte, dem aber ein directes Eingreifen in den spanischen Streit deshalb so sehr mißbehagte, weil die bewaffnete Einmischung dabei von Frankreich hätte ausgehen müssen und dieser Macht einen überwiegenden Einfluß in Madrid verliehen haben würde. In Portugal erzielte die Allianz nun sehr schnell einen vollkommenen Erfolg. Rodil vereinigte sich mit Dom Pedro und brachte am 15. Mai den Migueliten bei Thomar eine vernichtende Niederlage bei. In Folge dessen hielten die beiden Prätendenten es für gerathen, sich zu fügen, Dom Miguel unterzeichnete am 26. Mai einen Vertrag von Evora, kraft dessen er auf die Krone verzichtete und Portugal auf immer zu verlassen versprach. Auch von den spanischen Angelegenheiten gelobte er, sich fern zu halten und bekam dafür ein Jahrgehalt von 375,000 Francs zugesichert. Wenige Tage darauf schiffte sich auch Don Carlos, nachdem er die englische Vermittelung angerufen hatte, auf einem britischen Kriegsdampfer nach England ein.

Quadrupelallianz.

Dom Miguel besiegt.

Vertrag von Evora.

Miguel widerrief zwar bald darauf von Italien aus seine Zusagen; aber seine politische Rolle war doch ausgespielt. Vermählt mit einer Prinzessin von Löwenstein-Wertheim lebte er noch über dreißig Jahre in Deutschland und starb völlig vergessen am 14. November 1866 in Heubach. Don Carlos dagegen begann jetzt erst [illegible] für seine Sache zu wirken. Zu Anfang Juli 1834 entfernte [illegible] plötzlich aus London und erschien in den baskischen Provinzen, [illegible]ne Sache den stärksten Halt fand. Durch Sprache, Sitten und [illegible]chte mancherlei Art von den übrigen Spaniern geschieden, hatten [illegible]wohner dieser Gebirgslandschaften besonders für die Ziele und [illegible]ungen der liberalen Partei durchaus kein Mitgefühl und kein [illegible]dniß. Sie genossen nach ihren alten Landesrechten, den fueros, [illegible]legien einer gesonderten Verwaltung und Justiz, der Steuer-

Dom Miguels Ausgang.

Die Basken.

bewilligung und der Militärfreiheit. Sie waren durch eine Zolllinie von ihren spanischen Landsleuten getrennt und dagegen im freien Handelsverkehr mit Frankreich. Der daraus erwachsende Schmuggel war eine reiche Quelle des Wohlstandes und eine treffliche Schule des Kleinkrieges. Von den Liberalen, die nach Gleichförmigkeit und Einheitlichkeit der Verwaltung und Verfassung im ganzen Königreiche strebten, hatten sie zu allen Zeiten nur Angriffe auf ihre Privilegien erfahren. Ihnen auch schrieben sie es zu, daß Ballesteros, der Finanzminister in Calomardes Cabinet, den Plan wieder aufnahm, sie in die spanischen Zolllinien einzuschließen. Dadurch erbittert, waren sie um so lieber bereit, bei des Königs Tode gegen die neue dreijährige Herrscherin Partei zu ergreifen. Die ersten Versuche der Auflehnung wurden indeß bei ihnen durch den General Sarsfield eben so schnell unterdrückt, wie in den anderen Provinzen. Die Städte, in denen Carl V. ausgerufen war, besonders Vittoria und Bilbao, wurden noch im October 1833 wieder besetzt und die Aufständischen in's Gebirge gedrängt. Aber nicht lange dauerte dieser Rückschlag. Noch im November des Jahres erhielten die Carlisten in Thomas Zumalacarregui einen Führer, der bei der strengsten Disciplin seinen Leuten die feurigste Begeisterung einzuflößen verstand, und dem keiner der königlichen Generale auch nur von ferne gewachsen war. Freilich war andererseits auch er es, der in den Kampf von vornherein einen Zug barbarischer Grausamkeit brachte, der sich beständig steigerte und zu geradezu entsetzlichen Gräueln führte. Wie er jeden seiner Leute, der sich zur Flucht wandte, mit dem Tode bestrafte, und jedem Offizier, der diese Strafe nicht vollstrecke, dasselbe Schicksal androhte, so ließ er schon im März 1834 mit kaltem Blut 120 Gefangene erschießen und rief dadurch die gräulichste Wiedervergeltung hervor. Bald wetteiferten die beiden Heere förmlich an Grausamkeit; nicht einmal die Greise, die Kinder und die Frauen wurden geschont. Cabrera, der neben Zumalacarregui der bedeutendste Offizier der carlistischen Schaaren war, mußte es erleben, daß seine alte Mutter, die obendrein dem Parteitreiben gänzlich fremd war, von den Carlisten erschossen wurde, und in wahnsinnigem Schmerze sühnte er ihren Tod durch das Blut von 24 Frauen liberaler Feinde. Die Verwilderung der Sitten nahm furchtbar zu und eröffnete mit jedem Kriegsjahre schrecklichere Aussichten.

Erster Aufstand unterdrückt.

Zumalacárregui.

Lage der beiden Parteien.

Eine schnelle Entscheidung herbeizuführen war aber keine von beiden Parteien im Stande. Die Carlisten waren nur in ihren Bergen stark und den Christinos fehlte geradezu Alles, was zum Siege nöthig war. Der englische Gesandte in Madrid meinte, es sei schwer zu sagen, ob sie den Krieg gleich von Anfang militärisch oder politisch am ärgsten verhunzt hätten. Aber freilich mußte man den Ministern den jämmerlichen Zustand, in welchem sie das Land gefunden hatten, zu Gute rechnen. Ihre Berichte an die Cortes, die im Juli zusammentraten, enthüllten wahrhaft trostlose Zustände. In den letzten zehn Jahren waren Anleihen zum Betrage von 3 Milliarden Realen abgeschlossen; aber nicht einmal der vierte Theil

dieser Summe war wirklich in die Staatscasse eingeliefert. Der Bestand der Flotte hatte sich seit 1818 von 65 Schiffen auf 22 vermindert, die kleinsten und die ältesten fast unbrauchbaren Fahrzeuge eingerechnet. Die Stadtmilizen zählten auf dem Papiere fast 300,000 Mann, aber nur ein Drittel davon war „mehr oder weniger vollständig" bewaffnet. Die Länge der Landstraßen wurde auf 740 Meilen angegeben, allein selbst auf den wichtigsten Strecken fehlten die Brücken. Und so gab es überall unglaubliche Dinge zu melden, deren Beseitigung Millionen und aber Millionen erfordert hätte, während die Staatscassen leer, der Credit erschöpft, der Stand der Papiere der schlechteste war. Wenn eine tüchtige Regierung Jahre lang in ungestörter Arbeit sich der Hebung des gesunkenen Landes hätte widmen können, so wäre die Aufgabe noch eine schwierige gewesen; wie viel schwieriger mußte sie für das Ministerium Rosa sein, das gleichzeitig mit den Banden des Don Carlos, mit der Opposition in den Cortes und mit den revolutionären Parteien im Lande zu kämpfen hatte. Selbst in Madrid wagten die letzteren, die nach der Verfassung von 1812 riefen, blutige Aufstände und brachten das Leben der Minister in Gefahr. Rosa selbst behauptete sich bis in den Juni 1835 am Ruder, aber mehr als einmal mußte er seine Collegen wechseln, besonders den im Kriegsministerium, das gerade der gleichmäßigsten Leitung so sehr bedurft hätte. Immer von Neuem klagten die Generale, die gegen Zumalacarregui geschickt wurden, über die Unordnung und die Verwirrung in der Verwaltung; lieber solle man sie absetzen, murrten sie wohl, und wenn man ihnen auch das Quartier in Ceuta (d. h. Festungshaft) bestimmen sollte. Nach einander erprobten Sarsfield, Valdes, Quesada ihre Geschicklichkeit in dem gefährlichen Berglande, aber selbst gelegentliche Siege halfen ihnen Nichts gegen einen Feind, den sie nicht verfolgen konnten. Auch Rodil, der Sieger in Portugal, der im Juli 1834 auf dem Kampfplatze erschien, vermochte den Feinden Nichts anzuhaben, zumal die gleichzeitige Ankunft des Don Carlos deren Begeisterung noch höher entfachte. Siegesberichte schickte er wie seine Vorgänger und Nachfolger freilich so massenhaft nach Madrid, daß die amtliche Zeitung binnen dreier Jahre nicht weniger als 597 gewonnene Schlachten aufzählen konnte, in denen Alles in Allem 380,000 Carlisten getödtet oder gefangen sein sollten, d. h. beträchtlich viel mehr, als die gesammte Bevölkerung der baskischen Provinzen betrug. Aber Siege oder Niederlagen, es blieb im Ganzen und Großen stets beim Alten und ein neues Gefecht bedeutete für die Gesammtlage des Landes kaum mehr, als daß so und so viel Spanier weniger am Leben waren. Nachdem Rodil sich binnen einiger Monate abgenutzt hatte, kam im October 1834 der alte Mina an seine Stelle. Aber krank und gebrochen, wie er war, konnte er seine große, oft bewährte Fähigkeit für den Gebirgskrieg auch nicht mehr recht bethätigen und bat nach einem halben Jahre um seine Entlassung. Ihn zu ersetzen, erschien der damalige Kriegsminister Valdes in Person auf dem Schauplatze der Kämpfe. Mit Hülfe der frischen Truppen, die er

Erfolglose Kämpfe.

bei sich hatte, wollte er ein ganz neues System durchführen; statt seine Leute, wie es bisher geschehen, zu zersplittern, gedachte er sie zusammen zu halten und wenige, aber wuchtige Schläge auszuführen. Das traurigste Mißlingen war die Folge dieses Planes. In den Bergen und Thälern um Estella überfiel und umschwärmte, ermüdete und zersplitterte Zumalacarregui im letzten Drittel des April seine Feinde mit solchem Erfolge, daß die schlimmste Entmuthigung und Verwirrung bei denselben einriß und Valdes schleunigst über den Ebro zurückging. Eine ganze Reihe fester Orte, die bisher noch von den Christinos behauptet waren, fielen durch Sturm, Uebergabe oder freiwillige Räumung in die Hände der Carlisten; Pampluna, Vittoria, Bilbao, die Hauptstädte und Hauptfesten der Provinzen, hielten sich zwar, wurden aber von jedem Verkehr unter einander und mit Madrid abgeschnitten; es war ein Triumph, wie ihn Don Carlos noch nicht erlebt hatte.

Zumalacarreguis Siege.

Frankreich und England.

Valdes verheimlichte dem Ministerium nicht, wie ernst die Lage sei, und mahnte dringend, daß man schleunigst um französische Hülfe bitte. Davon hatte Rosa bisher durchaus nichts wissen wollen; aber schlimme Botschaften aus Aragon, wo Cabrera, und aus Castilien, wo Merino gleichzeitig Fortschritte machten, gaben der Forderung von Valdes doppeltes Gewicht. Einen gewissen Anspruch auf französischen Beistand konnte man aus dem Quadrupelvertrage herleiten. Hatte sich dieser ursprünglich auch nur auf Portugal bezogen, so waren die betheiligten Mächte doch schon im August 1834 übereingekommen, ihn auf Spanien auszudehnen, und hatten in diesem Sinne die Zusatzartikel vom 18. August unterzeichnet. Jedenfalls hing die Zulässigkeit einer französischen Einmischung auch so von der Einwilligung Englands und Portugals ab. Lord Palmerston hielt es nun zwar nicht für gerathen, diese geradezu zu verweigern, aber er lehnte sehr entschieden jede Verantwortlichkeit für etwaige Verwickelungen ab, die darüber mit den Ostmächten entstehen könnten. Mehr brauchte Louis Philipp, der selbst gar keine Lust zu dem gefährlichen Unternehmen hatte, nicht; obgleich Thiers die Einmischung befürwortete, wurde dem spanischen Gesandten am 8. Juni eine abweisende Antwort zu Theil; Alles, wozu man sich verstand, war eine strenge Grenzsperre an den Pyrenäen und die Erlaubniß, in Frankreich (wie auch in England) Werbungen für eine Fremdenlegion anzustellen.

Zumalacarreguis Tod.

In Madrid erwartete man währenddeß täglich das Anrücken Zumalacarreguis, auch im carlistischen Lager wettete man darauf, binnen sechs Wochen in der Hauptstadt zu sein. Aber zum ersten Male machte sich jetzt der hemmende Einfluß der Höflinge geltend, die sich um Don Carlos angesammelt hatten. Trotz aller Vorstellungen Zumalacarreguis wurde ihm der Befehl ertheilt, nicht gegen Madrid, sondern gegen Bilbao zu ziehen. Er gehorchte und zog in den Tod. Vor Bilbao empfing er am 15. Juni eine Wunde, welcher er am 24. erlag. Der Verlust, welchen die carlistische Sache dadurch erlitt, war kaum zu ermessen. Daß die Belagerung

von Bilbao aufgehoben werden mußte, war das kleinere Uebel; das größere war die Unsicherheit und Zerfahrenheit, welche jetzt auch bei den Carlisten in der obersten Leitung Platz griff. Eine ernste Niederlage, die sie am 16. Juli bei Mendigorria durch Cordoba, der jetzt die Christinos commandirte, erlitten, gab Zeugniß davon. Sie konnte für den Wendepunkt im baskischen Kriege gelten. Bis dahin war die Macht der Carlisten im stetigen Wachsthum gewesen; jetzt kam sie zum Stehen, und der Zug nach Madrid war zunächst wenigstens unmöglich geworden.

Wendepunct des Krieges.

Den plötzlichen Umschwung auszunutzen, waren zu ihrem Unglück die Christinos nicht im Stande. Das Ministerium Rosa hatte die Ablehnung des französischen Hülfegesuchs nicht überlebt, sondern einem liberaleren Cabinet, an dessen Spitze der bisherige Finanzminister Toreno stand, Platz gemacht. Den Radicalen genügte jedoch dieser Wechsel noch nicht, sie verlangten nach der Verfassung von 1812. Ihre Hauptstärke hatten sie in Andalusien. Hier bildeten sich im August 1835 in fast allen Städten, Malaga, Cadiz, Sevilla, Granada voran, Regierungsausschüsse, s. g. Junten, die den Befehlen aus Madrid jeden Gehorsam versagten. Aehnlich ging es in Aragon und Catalonien, sowie an der ganzen Ostküste. In wenigen Tagen sah das Ministerium seinen Einfluß auf die mittleren und die westlichen Provinzen zurückgedrängt und selbst hier gefährdet. Unter diesen Umständen wußte Toreno kein anderes Rettungsmittel, als noch einmal die Hülfe von Frankreich zu erflehen. Aber es erging ihm nicht besser als seinem Vorgänger; Louis Philipp verweigerte den Beistand, den er gegen die Carlisten versagt, auch gegen die Radicalen. Es lag in der Natur der Sache, wenn jetzt Toreno zurücktreten und seinem bisherigen Collegen Mendizabal weichen mußte, der den radicalen Progressisten nahe genug stand, um auf ihre Freundschaft rechnen zu dürfen, und der in der äußeren Politik sich nicht auf Frankreich, sondern auf England zu stützen entschlossen war. Durch versöhnliche Maßregeln und besonders durch die Beförderung namhafter Parteiführer zu bedeutenden Aemtern beschwichtigte er die Aufregung soweit, daß sich die Junten im October allmählich auflösten. Auch gegen die Carlisten schien der neue Minister viel Entschlossenheit bethätigen zu wollen. Ein Vertrag vom 24. September sicherte ihm die Entsendung eines portugiesischen Hülfscorps; vier Wochen später ordnete ein Decret der Regierung die Aushebung von 100,000 Spaniern an. Mendizabal entwickelte eine unglaubliche Zuversicht auf den Erfolg seines Regimentes und brüstete sich insbesondere vor den Cortes, die im November wieder zusammentraten, dergestalt mit seinem „Finanzgeheimniß", daß man nach Palmerston's witziger Bemerkung glauben mußte, er habe mindestens die Gans mit den goldenen Eiern unter geheimem Verschluß. Eine Zeit lang imponirte er dadurch wirklich Feinden wie Freunden und verfügte in den Cortes über eine unerhörte Majorität; als diese mehr und mehr zusammenschmolz und endlich gar zur Minderheit wurde, löste er die Versammlung kurzweg auf und verschaffte sich dadurch (im Januar

Die Radicalen.

Portugiesische Hülfe.

1836) eine neue Galgenfrist. Im Baskenlande hatte während dessen Cordoba gegen die carlistischen Führer Maroto, Moreno, Eguia u. A. tapfer Stand gehalten, wenn er auch manchen Verlust nicht abzuwenden vermochte. In Catalonien und Aragon dagegen zog der Carlismus aus den Erhebungen der Radicalen großen Vortheil und operirte mit solchen Massen, wie er sie bis dahin noch nicht zur Verfügung gehabt hatte. Mochte man sich in Madrid durch Mendizabal's Schwindeleien täuschen lassen, in den Provinzen, an Ort und Stelle, ward man seiner großen Worte denn doch satt. Wenn nicht endlich eine tröstliche Erfahrung die hundertmal versprochenen Thaten zu zeigen anfange, drohten die Aragonesen und Valencianer sich ganz von den Christinos loszusagen und ihre Provinzen selbständig zu verwalten. Die Neuwahlen zu den Cortes lieferten zwar fast lauter fortschrittliche Abgeordnete, aber die frühere unbedingte Herrschaft übte Mendizabal nicht mehr. Unter der Leitung zweier Männer, die früher Anhänger des Ministers gewesen waren, Isturiz' und Galiano's, bildete sich eine neue Partei, die sich zugleich der Regentin zu nähern suchte. Seine beste Stütze besaß Mendizabal jedenfalls an Lord Palmerston, der ihn auf alle Weise zu fördern suchte. Ganz in Widerspruch mit seiner bisherigen Politik lud er im März 1830 sogar Frankreich zur bewaffneten Einmischung ein und ertheilte, da Louis Philipp auch diese Aufforderung ablehnte, wenigstens der englischen Flotte unter Admiral Hay Befehl, thätigen Antheil am Kriege zu nehmen. Mendizabal suchte sich dafür natürlich dankbar zu zeigen und wollte einen ansehnlichen Erfolg, den Hay am 5. Mai in Gemeinschaft mit Evans, dem Commandeur der englischen Fremdenlegion, vor San Sebastian davongetragen, benutzen, um dem letzteren auf Kosten Cordoba's eine besondere Auszeichnung zuzuwenden. Allein Marie Christine, die seiner schon längst überdrüssig geworden war und jetzt in Isturiz den Mann der Lage sah, verweigerte ihre Zustimmung und entließ, da Mendizabal nicht aufhörte seine Forderung zu erneuern, am 14. Mai das ganze Cabinet. Allerdings antworteten die Cortes darauf mit einem wahren Sturm von Entrüstung und Unwillen und ertheilten den neuen Ministern Isturiz und Galiano ohne jeden Anlaß schnell hinter einander ein paar Mißtrauensvoten. Aber einzuschüchtern vermochten sie dieselben nicht, sondern beschleunigten nur ihre eigene Auflösung, die schon am 23. Mai von der Regentin vollzogen wurde. Der Ausfall der Neuwahlen schien zu bezeugen, daß das Land dieses kräftige Auftreten des Ministeriums billige. Aber die Befriedigung darüber sollte nur kurze Zeit dauern. Gegen Ende Juli erhoben sich die Radicalen in Andalusien, riefen die Verfassung von 1812 aus und beherrschten in wenigen Tagen nicht allein die ganze Provinz, sondern bald auch Aragon, Catalonien und andere Landestheile im Norden und in der Mitte. Noch trüber wurde die Lage der Regierung durch ein paar glückliche und kühne Expeditionen, welche die Carlisten nach Asturien und Castilien unternahmen; in voller Verzweiflung rief Isturiz noch einmal den Beistand Frankreichs an: „Eine Provinz nach der andern

entzieht sich dem Gehorsam; bald wird die Regierung auf die Hauptstadt beschränkt sein; ohne französische Hülfe bleibt der Königin nichts übrig, als die Verfassung von 1812 anzunehmen.“ Wirklich ward ihm jetzt das Versprechen zu Theil, die französische Fremdenlegion solle auf 8000 Mann alter Truppen verstärkt werden; aber diese Hülfe kam zu spät.

Die Revolution von La Granja.

In der Nacht zum 13. August 1836 drangen zu La Granja, wo sich die Regentin fern von der Hauptstadt aufhielt, Soldaten des 4. Garderegiments, von dem Unteroffizier Garcia geführt, in das Schlafgemach Marie Christinens und erpreßten von ihr das Versprechen, die Verfassung von 1812 wieder einzuführen. Der Sturz des Ministeriums, dessen Neubildung Calatrava übertragen wurde, scheußliche Pöbelscenen in Madrid, denen Quesada zum Opfer fiel, und überdies die vollständige Abwendung Frankreichs waren die Folge. Mit Recht oder mit Unrecht wollte man in Paris diese Vorgänge für eine englische Intrigue ausgeben; der Privatsecretär des englischen Gesandten sollte persönlich Geld unter die Aufrührer vertheilt haben. Dem neuen radicalen Ministerium die Hülfe zu leisten, welche Isturiz versprochen war, fühlte sich Louis Philipp durchaus nicht verpflichtet. Thiers' Einwendungen und Vorstellungen blieben fruchtlos; 14 Tage nach der Revolution von La Granja mußte er von seinem Posten zurücktreten, und Graf Molé, der ihn ersetzte, machte sogleich die Verstärkung der Fremdenlegion rückgängig und näherte sich in starker Schwenkung der spanischen Politik der Ostmächte.

Aufschwung des Carlismus.

Noch einmal hatten so die Dinge für Don Carlos ohne sein Zuthun eine äußerst günstige Gestalt gewonnen. Eingeschüchtert und um sich selbst besorgt war Marie Christine nicht abgeneigt, das Spiel ganz verloren zu geben und sich in ihr Heimatland Neapel zurückzuziehen. Die Gemäßigten unter ihren Anhängern konnten sich nicht verhehlen, daß sie dem Don Carlos doch eigentlich viel näher ständen als den Radicalen, die jetzt das Ruder lenkten. Nur einige Zugeständnisse von Seiten des Prätendenten, und sie erklärten sich für ihn. Auch militärisch waren die Carlisten in großem Vortheil. Nicht genug daran, daß die französische Fremdenlegion, zusammengeschmolzen wie sie war, ohne Verstärkung blieb, brachen auch noch in der englischen, die seit Monaten keinen Sold erhalten, Meutereien aus. Cordoba, der Befehlshaber der Christinos, hatte seinen Abschied, aber wochenlang keinen Nachfolger erhalten.

Gomez' und Garcia's Streifzüge.

Kühne Bandenführer wie Gomez und Garcia durchzogen die Provinzen südlich des Ebro und bedrohten sogar Madrid; ja selbst nach einer schweren Niederlage, die ihm der christinische General Alaix am 19. September 1836 bei Villarrobledo in der Mancha beibrachte, abenteuerte Gomez weiter, besetzte Cordoba und die Quecksilberstadt Almaden, verspottete den Kriegsminister Rodil, der selbst gegen ihn ausgezogen war, und erlag erst Ende November wenige Meilen von Cadiz den entschlosseneren Angriffen des Generals Narvaez, der vorher auch Garcia besiegt hatte; immerhin gelang es ihm auch so noch von seinen

10,000 Mann etwa den dritten Theil durch bewundernswürdige Gewaltmärsche an und über den Ebro zurückzubringen.

Espartero vor Bilbao.

Don Carlos hatte mittlerweile eine neue Belagerung von Bilbao eröffnet. Seit Ende October lag er vor der Stadt, die ihm vor Jahresfrist seinen besten Feldherrn, Zumalacarregui, gekostet hatte. Jetzt schien sie ihrem Schicksal nicht entgehen zu können. Die Christinos selbst verzweifelten daran, sie zu retten. Nur langsam und zögernd entschloß sich der neue Befehlshaber in den baskischen Provinzen, Baldomero Espartero, doch wenigstens den Versuch zu wagen. Es kam darauf an, den Carlisten das Fort Luchana wieder zu entreißen, welches die Verbindung zwischen Bilbao und Portugalete sperrte. Begünstigt von einem furchtbaren Schneegestöber errang Espartero in der Weihnachtsnacht diesen hart bestrittenen Erfolg; die Carlisten, bitter enttäuscht, zogen in wilder Hast von Bilbao ab, und die Christinos, überdies durch Narvaez' Erfolge im Süden ermuthigt, jubelten maßlos über die glückliche Wendung der Dinge und glaubten jetzt durch einen Hauptschlag dem Kriege ein Ende machen zu können.

In den ersten Tagen des März (1837), so war ihr Plan, sollten Espartero von Bilbao, Sarsfield von Pamplona und Evans von San Sebastian, alle drei zusammen mit etwa 50,000 Mann, aufbrechen und sich bei Tortosa in Guipuzcoa vereinigen, um so gemeinschaftlich dem Feinde den Todesstreich zu versetzen. Aber so gut der Plan ausgedacht war, so kläglich mißlang er. Espartero und Sarsfield vermochten nicht die Feinde, die ihnen entgegentraten, aus ihren Stellungen zu verdrängen; Evans erfocht zwar am 15. März bei Oriamendi einen glänzenden Sieg, aber nur, um am nächsten Tage von Don Sebastian, Don Carlos' Bruder, ebenso entschieden geschlagen und zum Rückzug nach San Sebastian gezwungen zu werden. Dennoch wurde der Plan nicht aufgegeben; in etwas veränderter Gestalt sollte er im Mai ausgeführt werden; Espartero selbst begab sich mit dem Hauptheil seiner Truppen zur See nach San Sebastian und brach da mit 36,000 Mann nach Tolosa auf. Diesmal war ihm der leichteste Erfolg beschieden; auf den wichtigsten Puncten traf er nur kleine Schaaren von Vertheidigern. In Don Carlos' Kriegsrath hatte nämlich die Partei gesiegt, welche längst schon zu einem Zuge nach Madrid drängte. Um die Mitte des Monats brach das königliche Hoflager von Estella auf und setzte sich mit einem höchst mangelhaft verproviantirten Heere von kaum 14,000 Mann nach Aragon in Bewegung. Den Ebro sofort zu überschreiten und gradenwegs auf die Hauptstadt loszugehen, konnte man sich nicht entschließen; vielmehr wich die Marschrichtung immer entschiedener nach Osten aus und nach vier Wochen befand sich Don Carlos statt näher an Madrid hoch im Nordosten, in Salsona, dem Sitz der carlistischen Junta von Catalonien. Nur den dringenden Vorstellungen Cabrera's, der aus den Bergen von Valencia heran und von seiner starken Veste Cantavieja die carlistische Sache verfocht, gelang es die Expedition endlich zum Ebroübergang bei Cherta (na

Sieg bei Oriamendi.

der Mündung) zu bewegen. Aber auch jetzt ward nicht die Straße nach Madrid eingeschlagen, sondern erst das reiche Valencia heimgesucht. Das gab denn den Christinos Zeit, Truppen heranzuziehen und die sorglosen Feinde bei Chiva am 15. Juli zu überfallen und in die Berge von Cantavieja zu werfen. Espartero hatte unterdeß in den entblößten baskischen Provinzen eine Reihe der wichtigsten Plätze erobert und rückte nun, zum Oberbefehlshaber aller gegen die Carlisten kämpfenden Truppen ernannt, auch seinerseits über den Ebro heran. Wäre er ein Feldherr im großen Stile gewesen, so hätte Don Carlos nicht mehr entkommen können; allein die Fähigkeit, getrennte Truppentheile nach einem Ziele zu lenken, ging ihm völlig ab. Die Carlistenführer hingegen, neben Cabrera besonders Zarategui, operirten sehr geschickt und wußten die feindlichen Generale theils einzeln zu schlagen, theils sich zwischen ihnen hindurchzuwinden und sich dann in der Richtung auf Madrid zu vereinigen. Am 12. September stand Don Carlos mit 16,000 Mann jenseits des Tajo in Arganda und sein Vortrab sah die Thürme der Hauptstadt vor Augen.

Wenige Wochen vorher war das Ministerium Calatrava zusammengebrochen. In Anbetracht der schwierigen Lage, die es nach der Revolution von La Granja vorfand, war seine Amtsführung doch nicht erfolglos gewesen. Obgleich es selbst aus Radicalen bestand und der Anerkennung der Verfassung von 1812 seinen Ursprung verdankte, hatte es doch sofort alle Anstalten getroffen, um diese in gemäßigtem Sinne umarbeiten zu lassen und hatte die Cortes für diese Auffassung zu gewinnen gewußt. So war nach langen parlamentarischen Kämpfen die Verfassung vom 8. Juni zu Stande gekommen, die, immer noch sehr demokratisch gefärbt, doch den Conservativen so viel Gewähr bot, wie nöthig war, um sie von dem Uebergang ins carlistische Lager abzuhalten. Ein triftiger Anlaß für den Rücktritt des Ministeriums lag auch jetzt nicht vor; es fiel vor der muthwilligen Demonstration einer Anzahl von Espartero's Offizieren, die im August, als Zarategui die Hauptstadt bedrohte, ungestüm einen Ministerwechsel forderten. Natürlich fiel die Neubildung des Cabinets nun Espartero zu, der somit die politische und die militärische Leitung in seiner Hand vereinigte. Für ihn hing Alles jetzt davon ab, daß er den Carlisten den Einzug in Madrid verwehrte. Wider Erwarten gelang ihm das ohne Schwertstreich. Don Carlos wagte nicht, es auf einen Kampf in den Straßen von Madrid ankommen zu lassen; und wandte sich am 13. September zum Rückzug nach Nordosten. Unter großen Mühsalen und schweren Verlusten erreichte er endlich in den letzten Tagen des October den Ebro mit dem demüthigenden Bewußtsein, ein entscheidendes Unternehmen gänzlich gescheitert zu sehen.

Don Carlos' Rückzug.

Das war aber nicht das einzige Unglück. Die Parteien in seinem Lager, die sich stets lebhaft bekämpft hatten, geriethen jetzt immer heftiger aneinander. Die eine machte der anderen das Mißlingen zum Vorwurf; die Ultras aber klagten die Gemäßigten über-

dies noch an, daß sie zu dem Zuge gerathen. Es gelang ihnen, den Prätendenten jetzt ganz unter ihren Einfluß zu bekommen. Wir, so lautete die Parole, die der neue Obergeneral Guergué ausgab, wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge haben Ew. Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Classe gehört, ist ein Verräther! Die militärische Unfähigkeit dieses Mannes, der im Laufe des Jahres 1838 mehrere Niederlagen erlitt, obgleich auch Espartero den Krieg sehr lässig führte, schädigte die Interessen Karls aber kaum so sehr, wie das fanatische Treiben seiner Parteigenossen, unter denen der Bischof von Leon und der Höfling Arias Teijeiro als Führer hervorragten. Unter den treuesten Anhängern des Prinzen zeigte sich Unzufriedenheit, mehr als ein Regiment murrte und meuterte, die Basken begannen des Krieges überdrüssig zu werden, und auch die östlichen Cabinette wurden stutzig und hielten ihre Subsidiengelder zurück. Dies letztere berichtete dem Prätendenten der Erzbischof von Havana, Cirilo, der nach einer Rundreise an den genannten Höfen sich zu ihm begab und wenigstens so viel durchsetzte, daß an Stelle des fanatischen und unfähigen Guergué, der im Juni das feste Peñacerrada verloren hatte, der gemäßigte und tüchtige Maroto das Obercommando erhielt. Unmöglich konnte sich dieser aber sicher fühlen, so lange seine erbitterten Feinde den vertrauten Rath seines Fürsten bildeten und demselben vordemonstriren durften, die Leute, welche lesen und schreiben könnten, die Generale, die mit Zirkel und Karte arbeiteten, seien keine Freunde der Religion und der Rechte des Prätendenten. Gegen sie, die offen auf seinen Sturz hinwirkten, glaubte Maroto auch seinerseits Gewalt brauchen zu dürfen. Nachdem er lange vergeblich ihre Entfernung aus der Umgebung des Königs und die Befreiung seiner Gesinnungsgenossen aus der Haft, in welcher sie gehalten wurden, gefordert hatte, erklärte er endlich geradezu, es bleibe ihm Nichts als blutige Selbsthülfe übrig. Dann ließ er ohne Zögern Guergué, Garcia und zwei andere Generale verhaften und nach kurzem Kriegsrath am 18. Februar 1839 zu Estella erschießen. Don Carlos antwortete darauf mit einer Proclamation, die Maroto als einen Verräther entsetzte und zur Rechenschaft vorlud. Allein als keine Hand sich rührte, um diesem Befehle Achtung zu verschaffen, als der Verräther selbst mit seinen Truppen heranrückte, entschlossen, seinen Willen durchzusetzen, da mußte sich Don Carlos wohl oder übel fügen, mußte seine Proclamation zurücknehmen und verbrennen lassen, mußte eine neue an ihre Stelle setzen, welche die Hinrichtung der Generale billigte und Maroto eine Ehrenerklärung gab, und mußte endlich 35 Mitglieder der Ultrapartei, darunter den Bischof von Leon, den Arias Teijeiro, den Beichtvater Larraga aus seiner Nähe und den ihm anhängenden Landestheilen verbannen. Damit war seine Sache thatsächlich verloren. Nicht als ob die Ultras allein im Stande gewesen wären, sie zu verteidigen. Aber der Glaube an die Möglichkeit eines Sieges war jetzt vernichtet. Zwischen Don Carlos und Maroto konnte sich ein Vertrauensverhältniß nimmermehr gestalten; Maroto mußte sich

Maroto's Verrath.

sagen, daß der Mann, für welchen er kämpfte, die erste Gelegenheit ergreifen werde, um sich seiner zu entledigen. Diese Einsicht trieb ihn zum Verrath. Noch im Februar 1839 ging er auf Unterhandlungen ein, die Espartero ihm anbot. Sie scheiterten freilich fürerst an der Forderung Marotos, daß die junge Königin Isabella den ältesten Sohn des Don Carlos heirathen solle. Ob er diese Forderung werde aufrecht erhalten können, hing wesentlich von dem Ausgang der nächsten Kämpfe ab. Dieser war überall Espartero günstig; eine Reihe von Gefechten im April und Mai häuften neuen Ruhm und neue Auszeichnungen auf den „Siegesherzog" (Duque de la Victoria), wie sein neuester Titel lautete, und machten Marotos Stellung immer schwieriger. Alle seine Gegner im carlistischen Lager verdoppelten ihre Anstrengungen, um ihn zu stürzen, und die furchtbaren Verwüstungen, mittelst deren Espartero jetzt die Basken einzuschüchtern und dem Frieden geneigt zu machen suchte, erregten auch in den Truppen neuen Zorn, neue Kampfeslust und mancherlei Meutereien gegen Maroto. So mußte dieser, um sich selbst zu retten, mit den Verhandlungen Ernst machen und alle unerreichbaren Bedingungen schwinden lassen. Theils mit dem englischen Admiral Hay, besonders aber mit Espartero wurden theils persönliche Besprechungen, theils schriftliche Verhandlungen geführt, die am 31. August 1839 in dem Vertrag von Vergara endeten, kraft dessen Maroto seine Truppen, 21 Bataillone und 3 Schwadronen, in das christinische Lager überführte, wogegen den Offizieren ihre Grade und Würden, den Basken ihre bisherigen Privilegien gewährleistet wurden.

Der Vertrag von Vergara.

Der Prätendent gab seine Sache jetzt verloren; am 14. September verließ er nach mehr als fünfjährigem Aufenthalte die baskischen Länder und begab sich nach Frankreich. Hier wies ihm die Regierung Bourges als Wohnort an und gestattete ihm erst 1845, nachdem er seinen Ansprüchen zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Grafen von Montemolin, entsagt hatte, sich zu entfernen. Er starb 1855 in Triest. Graf Montemolin (Don Carlos VI.) und sein Bruder Don Fernando machten 1860 einen unglücklichen Versuch, sich den spanischen Thron zu erobern und starben gleich darauf schnell hintereinander, gleichfalls in Triest, beide kinderlos. Ihr dritter Bruder Don Juan verzichtete am 30. October 1868 zu Gunsten seines Sohnes Don Carlos (VII.), der nun sofort mit seinem Bruder Alfonso den Versuch begann, seine Rechte mit den Waffen zur Geltung zu bringen. Die carlistische, d. h. die äußerste ultramontane Partei, hatte nie aufgehört, die Regierung der Königin Isabella als unrechtmäßig zu betrachten. Auch als ihr Haupt, Don Carlos, 1839 das Spiel verloren gab, kämpfte sein tüchtigster Anhänger, Cabrera, noch Monate lang weiter; erst im Juli 1840 überschritt auch er mit dem Reste der Aufständischen, etwa 8000 Mann, die französische Grenze und endete dadurch den siebenjährigen Bürgerkrieg. Zur Ruhe kam das verwüstete Land aber auch dadurch nicht. Von den Anhängern des Prätendenten befreit, begannen die Christinos um so leidenschaftlicher

Don Carlos' weitere Schicksale.

Carl VI.

Carl VII.

Cabrera.

den Parteikampf im eigenen Lager zu erneuern. Die Regentin hielt nach Erlaß der Verfassung von 1837 fest zu den Conservativen, den Moderados, aus deren Mitte sie im December jenes Jahres das Ministerium Ofalia bildete, das sich bis in den September 1838 hielt, um dann einem nicht viel anders gefärbten unter dem Vorsitz des Herzogs von Frias zu weichen, der seinerseits wieder schon im November dem Grafen Perez de Castro seinen Platz einräumte. In sich selbst gespalten, waren die Moderados ebenso unfähig zur Regierung wie die Progressisten, unter denen die leidenschaftlichsten Elemente, die Exaltados immer mehr die Führung an sich rissen. Trotzdem vereinigten sich die Feinde des Ministeriums unter den Moderados mit ihnen und antworteten auf die Vertagung der Cortes, welche Perez de Castro im März 1839 anordnete, mit einer Steuerverweigerung. Eine Auflösung der Cortes, regierungsfeindliche Neuwahlen und eine zweite Auflösung der kaum zusammengetretenen Versammlung waren die Folge davon. Dank der maßlosen Beeinflussungen, welche das Ministerium sich erlaubte, gelang es ihm dann allerdings, eine gefügige Mehrheit zusammenzubringen. Aber es sollte sich des Gewinnes nur kurze Zeit erfreuen. Als ein neues Gemeindegesetz im Juni 1840 den Gemeinden das Recht, ihre Obrigkeiten selbst zu wählen, entzog, brach ein Aufstand los, der bald unbesiegbar wurde. Christinens Stellung war nicht mehr zu halten. Auch ihr Privatleben erregte den größten Anstoß; seit Jahren lebte sie mit einem ihrer Leibgardisten, Muñoz, einem Manne von niederer Herkunft, in einem Verhältniß, das, öffentlich wenigstens, erst 1844, zugleich mit der Erhebung des Muñoz zum Herzog von Rianzares, als rechtmäßige Ehe anerkannt wurde. Der einzige Mann, der etwa noch in der Lage war, eine Versöhnung zwischen der Regentin und den Progressisten herbeizuführen, war Espartero, den sie mit Ehren überhäuft und dem Ministerium zum Trotz in seinen Aemtern erhalten hatte. Zu ihm, der in Catalonien die letzten carlistischen Schaaren bekämpfte, eilte die Regentin und bat um seinen Beistand. Aber die Bedingungen, die er auf einer Zusammenkunft in Barcelona stellte, schienen ihr selbst unter diesen Umständen unannehmbar. Bald belehrte sie der Fortgang der Ereignisse eines Besseren. Das Moderado-Ministerium, welches sie unter dem Schutze des Generals O'Donnell in Valencia bildete, blieb völlig machtlos; die aufständische Regierungsjunta in Madrid beherrschte mehr und mehr das ganze Land. So gab sie denn am 16. September 1840 Espartero die Vollmacht zur Bildung eines progressistischen Cabinets. Jubelnd wurde dieser in Madrid aufgenommen und verlangte nun von der Regentin, die noch immer in Valencia weilte, die Auflösung der Kammer, die Zurücknahme des Gemeindegesetzes, die Entfernung der Camarilla. Lieber, als daß sie auf diese Forderungen einging, verzichtete Christine auf die Regentschaft. Am 12. October dankte sie ab, übertrug ihre Rechte dem Ministerium und verließ das Land. Die neuen Cortes billigten das Vorgefallene und ernannten am 8. Mai 1841 Espartero persönlich zum Regenten. Aber auch ihm

Wechselnde Ministerien.

Der Aufstand von 1840.

Espartero's Regentschaft.

war es nicht vergönnt, dem Lande die Ruhe wiederzugeben. Obgleich er die Aufstandsversuche der Moderados, der O'Donnell, Narvaez, Concha u. A. mit Strenge unterdrückte und den vollen Haß dieser Partei sich auf's Haupt lud, konnte er doch den Ansprüchen der Exaltados nicht genügen und sah seinen Anhang immer mehr zusammenschmelzen. Die günstige Gesinnung, welche Frankreich den Anhängern der Christine und dieser selbst bewies, zwang ihn, an England eine Stütze zu suchen, woraus denn seine Gegner nicht ermangelten, sich ein populäres Feldgeschrei zurecht zu machen. Endlich kam es gar zu einem förmlichen Bündniß der extremen Parteien gegen ihn. Die Exaltados mit dem Obersten Prim, die Moderados, mit dem General Narvaez an der Spitze, erhoben sich im Juli 1843 wider ihn; eine revolutionäre Regierung, die aus Lopez, Caballero und Serrano bestand, wurde in Madrid eingesetzt, und der Siegesherzog sah sich so von aller Welt verlassen, daß er seine Würde niederlegte und sich am 30. Juli in Cadix nach England einschiffte. Den verbündeten Parteien war es aber auch nicht möglich, auf die Dauer gemeinschaftlich zu regieren, und so war das Endergebniß dieses Aufstandes ein Beschluß der Cortes, welcher die kaum 13jährige Isabella für volljährig erklärte und der langen Regentschaft ein Ende machte. Am 10. November 1843 leistete die junge Königin den Eid auf die Verfassung und begann ihre dem Namen nach selbständige Regierung, die ein Vierteljahrhundert sich hielt, um mit dem schmählichsten Sturz zu enden. In schnellem Wechsel folgten sich nun ein progressistisches Ministerium unter Olozaga und ein reactionäres unter Gonzalez Bravo, bis im Mai 1844 Narvaez, das militärische Haupt der Moderados, das Ruder ergriff und mit zwei kurzen Unterbrechungen sieben Jahre festzuhalten verstand. Eine neue Verfassung vom 25. Mai 1845, eine zweckmäßige Steuer- und Verwaltungsreform, endlich im Jahre 1849 auch eine allgemeine Amnestie führten das Land zu geregelteren und ruhigeren Verhältnissen zurück. Aber eine wahre Versöhnung der Parteien wurde nicht erreicht, und ehe noch die Früchte, welche Narvaez' maßvolle Politik zeitigte, gereift waren, erlag sie den erbitterten Angriffen der Absolutisten.

Sein Sturz.

Die Politik der Großmächte.

Diese spanischen Wirren hatten selbstverständlich während der dreißiger Jahre die Stellung der großen Mächte zu einander wesentlich beeinflußt. Fest zusammen hielten die drei Ostmächte; die Heilige Allianz erlebte wider Erwarten noch einen Nachsommer. Selbst die Congresse der Monarchen und der Minister kamen, wie früher erzählt wurde, wieder in Aufnahme. Daß es sich dabei nicht, wie die russische Diplomatie versicherte, um bloße freundschaftliche Herzensergießungen handle, lag auf der Hand. Aber andrerseits bezweckte man wohl kaum die Vereinbarung bestimmter Pläne, geschweige denn so weit gehender, wie die Theilung der Türkei unter Rußland und Oestreich, wovon das englische Cabinet fabelte, als vielmehr die Beseitigung

Die Ostmächte.

der Mißtöne, welche die auseinander gehende Politik der letzten Jahre hervorgerufen, und die Anbahnung eines gemeinsamen Vorgehens gegen die europäische Revolutionspartei. Metternich legte dabei ein gutes Wort für Louis Philipp ein, der von russischer Seite nach wie vor, trotz der officiellen Anerkennung, als ein ungesetzlicher Usurpator betrachtet wurde. Allein wenn er ihn dadurch von England abzuziehen und den Ostmächten näher zu bringen hoffte, so gelang das doch nicht auf der Stelle. Vielmehr veranlaßten die spanisch-portugiesischen Angelegenheiten zunächst den engen Anschluß Frankreichs an England; die Quadrupelallianz der constitutionellen Westmächte sollte der Heiligen Allianz des Ostens ein mächtiges Gegengewicht bieten. Doch sah man bald, daß der Wille größer sei als die Kraft; überall wo die Cabinette von London und Paris zu Gunsten der liberalen Sache eintraten, erlitten sie, zum Theil durch eigne Schuld, Niederlagen. Die englische Note, welche „fast in Seemannssprache" gegen die Besetzung Frankfurts durch östreichische und preußische Truppen Verwahrung einlegte, blieb ohne Erfolg; die Schweiz wurde in der Flüchtlingsfrage von Frankreich eine Zeit lang geschützt, um nachher desto schmählicher im Stich gelassen zu werden; in Spanien geriethen endlich, wie erzählt, die englischen und französischen Interessen in offenen Zwiespalt, und es gab Zeitpuncte, wo man die Anerkennung des Don Carlos durch Frankreich befürchtete. Während dessen blieben die Ostmächte ihrer Politik treu; Metternich soll gegen 4 Millionen Gulden in die Casse seines Schützlings haben fließen lassen; selbst von Preußen wurde Aehnliches gemunkelt; Nicolaus bedauerte lebhaft durch die Entfernung Spaniens an der militärischen Unterstützung des Prinzen gehindert zu sein. Das Jahr 1835 hatte den guten Kaiser Franz aus diesem Leben abgerufen; am 1. März bestieg sein geistesschwacher und körperlich siecher Sohn Ferdinand den Thron. Metternichs Einfluß wurde dadurch nur um so größer; mit dem Erzherzog Ludwig und dem Grafen Kolowrat, die ganz in seinen Geleisen trabten, bildete er den Regierungsrath und beharrte in seinem unfruchtbaren Systeme des Stillstands. Gewissermaßen um Europa zu zeigen, daß der Tod des Kaisers Franz Nichts an der Vertraulichkeit der Cabinette geändert, wurden im Herbst des Jahres von Neuem gegenseitige Besuche der Fürsten veranstaltet. Nicolaus nahm an den preußischen Manövern in Schlesien Theil, Friedrich Wilhelm an den russischen in Kalisch; beide zusammen besuchten den Kaiser Ferdinand in Teplitz, Nicolaus begleitete denselben auch nach Prag und reiste von da im tiefsten Incognito nach Wien, um der Wittwe des verstorbenen Kaisers ritterlich seine Huldigungen darzubringen, eine Aufmerksamkeit, die bei der Bevölkerung laut dem Preußischen Staatsanzeiger eine allgemeine Rührung hervorrief. In solchen Aeußerlichkeiten versäumte der russische Monarch niemals etwas; auch seinem preußischen Schwiegervater gegenüber war er stets die Liebenswürdigkeit selbst und erntete dafür eine unbedingte Hingebung. Seine Politik dagegen war keineswegs preußenfreundlich, sondern in jeder Weise darüber aus, den berliner Einfluß an den deutschen Höfen durch den

Die Westmächte.

Kaiser Ferdinand von Oestreich.

Die Fürstenbegegnungen in Kalisch und Teplitz.

Russischer Einfluß in Deutschland.

russischen zu verdrängen. Auch das Geld wurde dabei nicht gespart; der Rubel reist im deutschen Land, sang Platen 1834;

> sonst gab's nur Einen Kotzebue,
> jetzt giebt's ein ganzes Schock!

Noch wirksamer aber waren die verwandtschaftlichen Beziehungen, die mit den Höfen von Stuttgart, Darmstadt, Wiesbaden, Cassel u. s. f. angeknüpft wurden und die überall dem petersburger Cabinet die Wege bahnten. Eine Note von 1834, an die deutschen Mittelstaaten gerichtet, wagte bereits geradezu die Idee eines russischen Protectorates auszusprechen und einige Jahre später bemühte sich eine Schrift, die mit staunenswerther politisch-historischer Gelehrsamkeit verfaßt war, die Europäische Pentarchie (Leipzig 1839), demselben Gedanken im Publicum Anhang zu verschaffen. Nichtsdestoweniger beharrten Preußen und Oestreich auf ihrer russenfreundlichen Politik; ja es gelang dem Czaren sogar, auch England zeitweilig zu sich herüber zu ziehen und grade auf dem Boden gemeinsame Sache mit ihm zu machen, auf dem die Interessen der beiden Länder sich am meisten durchkreuzten, auf dem Boden der orientalischen Politik.

England und Rußland.

Mehemed Ali und die Türkei.

Diese war es, die in den dreißiger Jahren neben den Kämpfen auf der pyrenäischen Halbinsel die Aufmerksamkeit der Diplomaten am meisten in Anspruch nahm. Der Störenfried war Mehemed Ali, Pascha von Aegypten.

Beginn des Conflictes.

Die bedeutsame Rolle, welche dieser ungewöhnliche Mann in dem Kriege des Sultans wider das aufstrebende Griechenland gespielt hatte, berechtigte ihn nach seiner Meinung auch einen bedeutenden Preis für die geleistete Hülfe zu fordern. Die Inseln Creta und Cypern, die er bekam, genügten ihm nicht; er verlangte auch das Paschalik von Damaskus. Grade das ihm einzuräumen trug aber die Pforte mit Recht Bedenken; denn der Besitz von Syrien, den von jeher die Beherrscher Aegyptens zur Sicherung ihrer Macht erstrebt hatten, mußte in dem Pascha, wenn er sie nicht schon besaß, die Lust erwecken, sich unabhängig zu machen und ihm zugleich einen derartigen Versuch bedeutend erleichtern. Mehemed ließ sich aber durch den ersten Mißerfolg nicht einschüchtern, sondern suchte sein Ziel auf einem andern Wege zu erreichen. Das südlichste von den vier syrischen Paschaliks, das von Akka, wurde von Abdallah verwaltet, einem Manne, der schon vielfach in Streit mit der Pforte gelegen hatte und gewaltsam zur Ordnung angehalten werden mußte. Auch mit Mehemed war er verfeindet. Seit lange schuldete er ihm eine ansehnliche Geldsumme und neuerdings gewährte er flüchtigen Aegyptern eine Zuflucht im Bereiche seiner Macht. Beide Klagepuncte machte nun Mehemed bei der Pforte anhängig, in der Hoffnung von ihr ermächtigt zu werden, sich selbst Recht zu schaffen. Einmal im Besitz von Akka würde dann, so hoffte er, von einer Rückgabe des werthvollen Landes so bald

Mehemed bedroht Akka.

nicht die Rede sein können. Indeß der Sultan rechnete ebenso und entschied deshalb zu Gunsten Abdallah's. Auch für diesen Fall war aber Mehemed gerüstet. Was er nicht mit Bewilligung seines Oberherrn erreichen konnte, wollte er gegen dessen Willen erzwingen. Seine Armee, europäisch eingeübt und von seinem Sohne Ibrahim, dem gefürchteten Gegner der Hellenen, befehligt, harrte nur seines Wortes, um die Grenzen zu überschreiten. Die äußeren Verhältnisse waren ungemein günstig. Den Großmächten fehlte es an Muße, sich eingehend mit diesem Streite zweier türkischer Pascha's zu beschäftigen; ein so alltägliches Ereigniß, das in der Geschichte des osmanischen Reiches hunderte von Seitenstücken zählte, konnte wenig interessiren in einem Augenblicke, wo die Anwesenheit französischer Truppen in Belgien lebhafte Besorgnisse wach rief. Und die Türkei ihrerseits war vollauf beschäftigt mit den blutigen Unruhen, die unter den Albanesen und den Bosniern im Gefolge des russischen Krieges ausgebrochen waren. Die Albanesen zwar waren um diese Zeit (Ende 1831) theils durch die verrätherische Ermordung vieler Häuptlinge, theils durch einige Siege Reschid Pascha's bereits bezwungen; aber der „Drache von Bosnien", Hussein Pascha, stand noch in voller Wehr und wurde erst im Juni des nächsten Jahres über die östreichische Grenze gedrängt. Somit galt es für Mehemed den Augenblick zu nutzen. Am 29. October 1831 überschritt Ibrahim die syrische Grenze, nahm ohne Kampf die wichtigsten Städte des feindlichen Paschas, Gaza, Jaffa, Jerusalem, und begann die Belagerung des festen Akka, wohin Abdallah sich zurückgezogen. Hier fand er schwerere Arbeit; obgleich ihm die ägyptische Flotte zu Hülfe kam, machte die Belagerung Monate lang keine Fortschritte. Dadurch ermuthigt, entschloß sich der Sultan zur That. Das erneuerte Verlangen des Aegypters, ihm Akka abzutreten, wurde abgeschlagen, die Räumung Syriens gefordert, und als diese nicht erfolgte, Vater und Sohn ihrer Aemter und Würden auf so lange enthoben, bis sie Gehorsam geleistet. Die Sammlung eines Heeres bei Haleb sollte diesen Schritten Nachdruck geben. Aber Ibrahim ließ sich nicht einschüchtern; während er die Belagerung Akka's fortsetzte, machte er mit einem andern Theile seines Heeres neue Eroberungen und lieferte sogar dem Osman Pascha, welchen der Sultan an des belagerten Abdallah Stelle zum Statthalter der Provinz erhoben, ein Treffen. Darauf hin erfolgte am 23. April 1832 die Achterklärung gegen die beiden Aegypter und Hussein Pascha, der türkische Oberbefehlshaber rückte mit dem Heere von Haleb vor. Aber nun war die kostbarste Zeit für den Sultan schon verloren. Akka, das Abdallah lieber hatte in die Luft sprengen, als übergeben wollen, wurde am 25. Mai mit Sturm genommen; der Pascha von Damaskus floh und gab seine Hauptstadt ohne Kampf preis; die Bewohner von Haleb sandten dem siegreichen Ibrahim ihre Unterwerfung schon entgegen, als er noch weit entfernt war; Mehemed Pascha, ein Unterfeldherr Husseins, erlitt am 9. Juli bei Homs eine gänzliche Niederlage; und als nun endlich der türkische Obergeneral selbst sich mit Ibrahim maß, wurde er am 27. Juli bei

Gunst der Lage.

Ibrahim vor Akka.

Aechtung Mehemeds und Ibrahims.

Ibrahims Siege.

Beylan so vollständig geschlagen, daß von seinem ganzen Heere nur Trümmer übrig blieben.

Ibrahim in Klein-Asien.

Nicht Ibrahims Talenten allein wurde dieser schlimme Ausgang zugeschrieben, sondern vor Allem auch der verrätherischen Handlungsweise des Seraskiers Chosrew, der dem Hussein keine Triumphe gönnte, sondern, da er selbst den Oberbefehl zu erhalten wünschte, seine Niederlage durch die mangelhafte Ausrüstung des Heeres herbeizuführen bestrebt war. Die gleiche Treulosigkeit beging er gegen Reschid Pascha, der an Hussein's Stelle trat. Er drängte ihn zu einer Hauptschlacht und wußte doch beim Sultan durchzusetzen, daß ihm die Reservearmee von 25,000 Mann, die er zur Unterstützung verlangte, abgeschlagen wurde. Die Folge war, daß auch Reschid in der Schlacht bei Konija am 21. December 1832 völlig besiegt wurde. Ibrahim stand nun mitten in Kleinasien und seiner Armee von über 100,000 Mann hatte die Pforte keine ebenbürtige Streitmacht entgegen zu setzen; der Weg nach Constantinopel lag offen vor ihm. In dieser äußersten Noth erblickte Sultan Mahmud nur noch einen Hoffnungsschimmer: russische Hülfe. Nicolaus hatte sich von vornherein entschieden gegen Mehemed Ali ausgesprochen; der russische Consul hatte Alexandrien verlassen müssen und schon vor der Schlacht von Konija war dem Sultan der Beistand des Czaren angeboten worden. Damals hatte Mahmud ihn abgelehnt und England vergeblich um die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer ersucht. Jetzt blieb dem Bedrängten nichts Andres übrig als die von Neuem angebotene russische Hülfe im Januar 1833 zu erbitten. Mit Schrecken erkannten die Gesandten der Westmächte, wie drohend die Gefahr sei, daß der Einfluß Rußlands in Stambul allmächtig werde. Am entschlossensten trat der französische Botschafter Roussin auf. Er stellte der Pforte mit lebhaften Farben die Gefahr der Abhängigkeit vor, in welche sie sich begebe, versprach die kräftige Unterstützung seiner Regierung und erreichte wirklich, daß der Sultan am 20. Februar die Grundzüge einer Uebereinkunft mit Mehemed, die Roussin entworfen, genehmigte und den russischen Admiral, der mittlerweile von Sebastopol herbeigesegelt war, ersuchte, sich wieder zurückzuziehen. Allein die Aegypter weigerten sich ihrerseits jenen Grundzügen beizustimmen; Akka, das ihnen geboten wurde, genügte jetzt ihren Forderungen nicht mehr; Mehemed wies die französische Vermittlung zurück und Ibrahim marschirte vor. So mußte denn der Sultan seine Bitte um russischen Beistand erneuern; auch jetzt fand er williges Gehör; der Admiral Lasarew ging im Bosporus vor Anker und Ende April landeten 15,000 Russen bei Skutari, während eine größere Armee den Pruth überschritt und auf Constantinopel zog. Die größte Aufregung ergriff die Westmächte; um jeden Preis wollten sie es vereiteln, daß die Russen thatsächlich an dem Kriege Theil nähmen. Aber da sie weder Flotte noch Heer zur Hand hatten, da Mehemed Ali starr auf seinen Forderungen: Ganz Syrien und die Provinz Adana mit den Tauruspässen bestand, was konnten sie thun? Das einzige Mittel war, dem Sultan eine so große Furcht vor der russischen Hülfe einzuflößen,

Sieg bei Konija.

Russische Einmischung.

Französische Vermittlung.

Diplomatische Verhandlungen.

daß er lieber dem Aegypter Alles bewilligte, als sie zur That werden ließe. Darauf waren die eifrigen Bemühungen ihrer Gesandten gerichtet und — mit Erfolg. Denn Oestreich unterstützte sie und Rußland arbeitete ihnen nicht entgegen. Der Gewandtheit, mit welcher die petersburger Diplomatie ihre Rolle spielte, läßt sich die vollste Anerkennung nicht versagen. Sie gestattete dem Sultan den freisten Entschluß, gleich bereit zu seiner Unterstützung, wie zur Rückberufung der Truppen. So war sie des Erfolges in jedem Falle sicher. Fügte sich Mahmud den Rathschlägen der Westmächte und gab, Ingrimm im Herzen, dem aufrührerischen Vasallen die verlangten Provinzen, so konnte der Czar sich darauf berufen, daß nicht an ihm die Schuld des schlimmen Ausgangs liege; beharrte die Pforte auf ihrem Widerstande, gelang es den russischen Truppen sodann, die Aegypter zu schlagen, so war Nicolaus der edelmüthige Retter eines Fürsten, mit dem er kaum drei Jahre zuvor selbst im Kriege gewesen. In beiden Fällen aber hatte fortan sein Einfluß in Constantinopel das Uebergewicht. Die Westmächte sollten das sehr bald erfahren. Fürerst brachten sie jetzt den Frieden glücklich zu Stande; am 6. Mai 1833 wurde er in Kutahija wesentlich auf die Bedingungen hin geschlossen, die Mehemed gestellt hatte; ganz Syrien wurde ihm und Adana seinem Sohne Ibrahim überlassen, natürlich unter der nominellen Oberherrschaft der Pforte, die er auch für Aegypten, Arabien, Cypern und Creta von Neuem anerkannte.

Der Friede von Kutahija.

Für die längere Anwesenheit der Russen im türkischen Reiche war damit jeder Vorwand hinweggeräumt; auch zogen sie mit Heer und Flotte ab, ohne Schwierigkeiten zu machen. Aber kurz nachher unterzeichnete ihr Gesandter mit der Pforte ein Schutz- und Trutzbündniß auf acht Jahre, welches deutlich zeigte, wie der Sultan nur an Rußland noch einen festen Rückhalt zu besitzen glaubte. Es war der Vertrag von Unkjar-Skelessi, d. d. 8. Juli 1833. Besonders erregte ein geheimer Zusatzartikel, der doch bald bekannt wurde, die lebhafte Besorgniß der Westmächte. Derselbe bestimmte, daß die Pforte, wenn Rußland in Krieg gerathe, zu materieller Unterstützung nicht verpflichtet sei, sondern nur die Durchfahrt durch die Dardanellen für alle fremden Kriegsschiffe schließen müsse. Deutlicher als durch diese Verabredung konnte allerdings die Stellung der beiden Verbündeten nicht gekennzeichnet werden; der Schlüssel zum Schwarzen Meere war dadurch in Rußlands Hand gegeben. England und Frankreich protestirten heftig gegen diesen Vertrag, aber natürlich ohne Erfolg. Sie konnten ihre Politik im Orient jetzt in doppelter Weise einrichten: entweder sie stellten sich auf Mehemed Ali's Seite und beförderten die Entwickelung seines Reiches, damit es an die Stelle des morschen, von Rußland beherrschten türkischen trete; oder sie hielten den Aegypter mit Gewalt im Zaume, beförderten die Reform der türkischen Verwaltung und Politik, und suchten nach und nach den russischen Einfluß zu vermindern. Den letzteren Weg schlug England ein, den ersten Frankreich, und so trennten sich, wenn auch anfangs unmerklich, ihre Wege. Der französischen Politik hatte es seit langem nah

Vertrag von Unkjar-Skelessi.

England und Frankreich.

gelegen, Aegypten zu unterstützen, dort Einfluß zu gewinnen und so die Verwandlung des Mittelmeeres in eine „französische See" vorzubereiten. England dagegen mußte wünschen, den Weg über die Landenge von Suez und durch das Rothe Meer weder unter französischen Einfluß, noch in die Hände eines Herrschers kommen zu lassen, der in Kriegszeiten ihn würde sperren können. Mehemet Ali war ihm daher gründlich verhaßt und wurde es noch mehr, als er in den folgenden Jahren seine früher schon begonnenen Eroberungen in Arabien mit Eifer wieder aufnahm. Es war ein nothwendiges Erforderniß der britischen Politik, jetzt selbst auf der Halbinsel festen Fuß zu fassen. Eine Gelegenheit dazu bot sich, als 1838 ein gestrandetes englisches Schiff bei Aden von den Landesbewohnern geplündert wurde. Palmerston verlangte Genugthuung und nahm, als diese verweigert wurde, 1839 Aden mit Gewalt in Besitz, wodurch er seinem Lande am rothen Meere einen Platz erwarb, der dieselbe Bedeutung hatte, wie Gibraltar am Mittelmeer. Vorher schon war er bedacht gewesen, auf alle Fälle noch eine zweite Ueberlandstraße nach Indien zu schaffen; er hatte 1835 von der Pforte die Erlaubniß erwirkt, auf dem Euphrat eine englische Dampferlinie zu begründen. Trotz Rußlands Einspruch war sie ertheilt worden, aber technische Schwierigkeiten machten den Plan zu Nichte. Um so höher stieg die Bedeutung des Rothen Meeres, um so mehr galt es, Mehemed Ali niederzuhalten. In diesem Puncte trafen die englischen und die russischen Interessen zusammen, wie sehr sie sonst sich auch widersprechen mochten. Eben deshalb konnte Palmerston ein allzuheftiges Aufeinanderplatzen der Gegensätze nicht wünschen und fühlte sich durch die erbitterte und gründliche Polemik, welche ein englischer Privatmann, David Urguhart, gegen Rußland erhob, nicht wenig behindert. Dieser Mann stellte es sich zur Lebensaufgabe, die Pläne des petersburger Cabinets zu entlarven. Durch lange Reisen mit den Verhältnissen des Orientes wohl vertraut, veröffentlichte er seit 1833 mehrere Schriften darüber, welche das größte Aufsehen erregten, und gab vom Herbst 1835 bis in den Frühling 1837 ein Journal heraus, das Portfolio, welches keinen andern Zweck verfolgte als die Beleuchtung der russischen Politik. Das geschah, während er Gesandtschaftssecretär in Constantinopel war. Palmerston hatte ihn nur ungern auf diesen Posten gestellt, hatte aber dem Andringen des Königs und der öffentlichen Meinung nicht widerstehen können. Es war ihm daher nicht unlieb, daß sich 1837 ein Anlaß bot, ihn wieder abzuberufen. Urguhart hatte nämlich in der unbefangensten Weise englische Kaufleute ermuntert, an der tscherkessischen Küste einen Schmuggelhandel mit P[illegible]er und Kanonen zu treiben. Diese Küste hatte Rußland sich im F[illegible]den von Adrianopel von den Türken abtreten lassen, obgleich sie de[illegible]lben gar nicht gehörte, sondern von unabhängigen Stämmen be[illegible]hnt war. Seitdem waren russische Truppen mit ihrer Unterw[illegible]ung beschäftigt; die englische Zufuhr erleichterte den Widerstand. I[m] Herbst 1836 wurde nun ein englischer Schoner von einem russisch[en] Kriegsschiff aufgebracht und als gute Prise verurtheilt. Urguhart

England besetzt Aden.

England und Rußland.

David Urguhart.

glaubte die aufflackernde Leidenschaft, welche sich der Engländer in Folge dessen bemächtigte, benutzen zu können, um zum Kriege zu drängen; Palmerston hingegen erklärte sich mit den Erläuterungen, welche Rußland bereitwillig gab, zufrieden und enthob Urquhart seines Postens. Als Nachfolger schickte er Bulwer nach Stambul, der in Uebereinstimmung mit dem Gesandten, Lord Ponsonby, einen ganz andern Weg einschlug, um die Stellung Englands in der Türkei zu verbessern: sie betrieben den Abschluß eines Handelsvertrages. Nach den früheren Verträgen war ein Aus- und Einfuhrzoll von je 3 Procent verabredet worden; diese Bedingungen wurden nun zwar inne gehalten; aber dazu kamen eine solche Menge von inländischen Abgaben aller Art, daß thatsächlich die englische Einfuhr mit 40, 50, ja 60, die Ausfuhr sogar bis zu 100 Procent besteuert und der Handel fast unmöglich war. Die bedeutendsten dieser Vertheuerungen hingen mit den zahlreichen Monopolen zusammen. Aus diesen schöpfte aber grade Mehemed Ali seinen größten Reichthum. Wenn sie durch einen neuen Handelsvertrag für das ganze Osmanische Reich aufgehoben wurden, so erlitt er die schwerste Einbuße; aller Wahrscheinlichkeit nach ließ sich von ihm also ein entschlossener Widerstand und eine ernstliche Entzweiung mit England erwarten. Diese Berechnung war es besonders, welche den Sultan für den Abschluß des Bulwer'schen Vertrages einnahm und ihm, zur nicht geringen Ueberraschung der übrigen Mächte, die Zustimmung abgewann. Am 16. August 1838 wurde derselbe unterzeichnet, und seine Abänderungen waren so vortheilhaft, daß die meisten Regierungen sofort, Rußland nach einigem Zögern, sie gleichfalls mit der Pforte vereinbarten.

Englisch-türkischer Handelsvertrag.

Mehemeds Stellung dazu.

Es war nun die Frage, ob Mehemed dieselben anerkennen oder daraus den Vorwand entnehmen werde, sich völlig von der Pforte loszusagen. Daß er mit diesem Gedanken sich ernstlich trage, daraus hatte er schon länger kein Geheimniß gemacht; selbst den Consuln der Westmächte hatte er es schon im Frühjahr grade herausgesagt. England war entschlossen, sich jedem solchen Versuche entschieden zu widersetzen und verstärkte seine Mittelmeerflotte; zugleich aber war es bemüht, ein gemeinsames Vorgehen aller fünf Großmächte anzubahnen, weil es dadurch Mehemed genügend einschüchtern und obendrein den verhaßten Vertrag von Unkjar-Skelessi beseitigen zu können hoffte, der auf diese Weise aus einem russisch-türkischen in ein Schutzbündniß zwischen der Türkei und den sämmtlichen Großmächten verwandelt werden sollte. Mehemed Ali erkannte die Gefahr rechtzeitig und gab besonders den Vorstellungen Frankreichs Gehör; er versicherte, daß er gegen den Handelsvertrag keine Einwendungen machen werde, setzte dabei aber seine Rüstungen eifrig fort. Denn es war ihm völlig zweifellos geworden, daß er bei der zornigen Stimmung des Sultans, der nach einem Rachekrieg brannte, das Gehässige des Friedensbruches gar nicht auf sich zu nehmen brauche, sondern den ersehnten Krieg auch ohne das haben werde. Das englische Cabinet war nunmehr eifrig bemüht, in Stambul Ruhe zu predigen, dem Sultan die Entwicklung der inneren Hülfskräfte seines Reiches zu empfehlen und

Seine Rüstungen.

Kriegeslust des Sultans.

ihm vorzustellen, daß seine Armee der ägyptischen nicht gewachsen sei. Das wagte freilich keiner der Minister dem Sultan zu sagen und dieser selbst hegte das größte Zutrauen zu seinen Truppen, die er durch preußische Offiziere, unter denen auch Moltke war, hatte umbilden lassen. Seine Siegeshoffnung steigerte sich noch durch die Kunde von der gährenden Unzufriedenheit, welche Mehemeds geld- und soldatenbedürftiges Regiment in Syrien hervorrief, und die in fortdauernden Aufständen der Drusen und anderer Gebirgsbewohner an den Tag trat. Natürlich fehlte es nicht an türkischem Gelde, das diese Unruhen nährte, wie andrerseits Mehemed bei den Empörungen, die Jahr aus Jahr ein in den weiten Ländern des Sultans ausbrachen, seine Hand im Spiel hatte. Ging er doch so weit, und wurde dabei von einer ansehnlichen Partei selbst in der Nähe des Thrones unterstützt, einen Gewaltstreich zu planen, der das Scepter von Constantinopel dem alten, siebzigjährigen Mahmud entwinden und in die Hände des kaum erwachsenen Thronfolgers Abdul Medjid legen sollte, zu dessen Vormund dann der Aegypter bestimmt war. Unter solchen Umständen konnte die Kunst der Diplomatie den Ausbruch eines offenen Krieges vielleicht noch verzögern, aber schwerlich verhindern, zumal da der russische Gesandte in Stambul wohl nicht ganz denselben friedfertigen Absichten diente, wie seine Collegen. Der Wille des Sultans machte endlich diesem Schwanken ein Ende. Zu Anfang des Jahres 1839 hatte er durch Hafiz Pascha die Unterwerfung eines Kurdenaufstandes vollendet und jener befand sich mit einer ansehnlichen Armee nahe der syrischen Grenze. Nicht minder gerüstet stand, zum Kampfe bereit, Ibrahim ihm gegenüber. Der Befehl des Sultans, daß Hafiz die Grenze überschreiten solle, gab das Zeichen zum Kriege; als Rechtfertigung diente, daß Mehemed den englischen Handelsvertrag noch immer nicht ausgeführt habe. Nun hatte der Pascha es leicht, den Friedfertigen zu spielen und seinem Freunde, dem französischen Consul, gefällig zu sein. Er nahm am 29. April den Handelsvertrag an und ermächtigte den Consul Caillé, in Ibrahims Lager zu gehen und seinem Vorrücken für den Fall Einhalt zu gebieten, daß auch Hafiz stehen bleibe. Er wußte recht gut, daß dieser Fall nicht eintreten werde, und empfing ohne Zweifel mit geheimer Befriedigung die Nachricht, daß Mahmud ihn und seinen Sohn am 9. Juni auf's Neue als Verräther in die Acht gethan.

Ausbruch des Krieges.

So trafen die Heere denn auf einander und bei Nissib am Euphrat kam es am 24. Juni zur Entscheidungsschlacht. Sie endete nach erbittertem Kampf mit einer völligen Niederlage der Türken. Dem alten Sultan blieb der Schmerz erspart, die Kunde von diesem neue[n] Unglück zu vernehmen; noch ehe sie in Stambul anlangte, am 30. [Ju]ni 1839, starb er. Der sechszehnjährige Abdul-Medjid war beru[fen], ihn zu ersetzen. Aber als ob der Schlag von Nissib noch nicht [g]enug wäre, war die erste Erfahrung, welche der junge Fürst mach[te], ein schnöder Verrath. Am 5. Juli verließ der Kapudan Pasch[a] Achmed Fewzi, geleitet von einem Kriegsschiff, das ihm der fran[zö]sische Admiral Lagarde mitgab, mit der ganzen türkischen Flotte

Schlacht bei Nissib.

Sultan Abdul-Medjid.

die Dardanellen, segelte nach Alexandrien und trat zu dem Aegypter über. Wenn die Pforte jetzt sich selbst überlassen blieb, so hatte die letzte Stunde der osmanischen Dynastie geschlagen und das Scepter des Orientes ging auf Mehemed Ali über. Aber war jetzt nicht der Augenblick gekommen, wo der Vertrag von Unkjar-Skelessi zur Wahrheit werden mußte? Wenn die Westmächte nicht jeden Antheil an der Entscheidung verlieren wollten, so galt es rasch zu handeln. Das thaten ihre Gesandten in Constantinopel. Sie vereinbarten mit ihrem östreichischen und preußischen Collegen eine Note vom 27. Juli, der wohl oder übel auch der russische sich anschließen mußte. Darin erklärten sie dem Sultan, sie seien übereingekommen, die orientalische Frage ihrerseits in die Hand zu nehmen, und riethen ihm, in keine Verhandlungen mit Mehemed sich einzulassen, bis sie ihm den Erfolg ihrer eigenen Bemühungen mitgetheilt hätten. Abdul-Medjid hatte keinen Grund und keine Möglichkeit, dem entgegen zu handeln, und auch Mehemed fügte sich wenigstens vor der Hand so weit, daß er Ibrahim stehen zu bleiben befahl. Von seinen Forderungen aber, die in dem erblichen Besitz aller ihm unterworfenen Provinzen bestanden, war er entschlossen, nicht abzugehen.

Die Einmischung der Großmächte.

Entfremdung zwischen Frankreich und England.

Die Haltung der französischen Diplomatie mußte ihn darin bestärken. Während es bei Palmerston fest stand, daß dauernde Ruhe im Orient nicht anders zu erlangen sei, als wenn man Mehemed zwinge, sich in seine ursprüngliche ägyptische Muschelschale zurückzuziehen, weigerte sich die französische Regierung, irgend welche Zwangsmaßregeln gegen ihn zur Anwendung zu bringen. Die natürliche Folge davon war eine rasch wachsende Entfremdung zwischen den Cabinetten von London und Paris, sowie der Versuch der petersburger Regierung, sich mit Lord Palmerston zu verständigen. Baron von Brunnow erschien zu diesem Zweck in London (Ende September 1839) und fand freundliches Entgegenkommen. Er erklärte [illegible]reitwilligkeit seiner Regierung, den Vertrag von Unkjar-Skelessi [illegible]ugeben und alle militärischen Maßnahmen, die zum Schutze der Pfort[illegible]ig sein möchten, nur im Einverständniß und Namen der andern M[illegible] zu thun. Nur in einem Puncte waren Anfangs die Ansichten sehr verschieden: Rußland betonte, daß es lieber ohne als mit Frankreich vorgehen werde; England wünschte das französische Bündniß wenn irgend möglich nicht zu lockern. Doch wurde bald klar, daß dieser Wunsch in Paris keine Erwiderung fand. Die französische Mittelmeerflotte wurde beträchtlich verstärkt, Louis Philipp selbst sprach davon, daß ein Krieg mit England ja doch unvermeidlich sei und Mehemeds Flotte ihm dabei erwünschte Dienste leisten werde; die französischen Gesandten suchten auf eigne Hand, ohne Rücksprache mit den fremden Mächten, der Note vom 27. Juli zuwider, einen Vertrag zwischen dem Sultan und dem Pascha zu vermitteln. Auf den Conferenzen, die in London gehalten wurden und an denen seit dem Februar 1840 auch ein türkischer Gesandter Theil nahm, war daher Frankreich Nichts als ein Hemmschuh; das unsinnige Lärmschlagen in der Presse, das Drohen mit einem allgemeinen europäischen Kriege,

Annäherung zwischen England und Rußland.

Londoner Conferenzen.

das Geschrei nach dem Rheine, das besonders seit dem 1. März 1840, wo Thiers das Ministerium Soult ablöste, zunahm, schüchterte die Großmächte zwar nicht ein, nährte aber wohl die Ueberzeugung, daß eine Verständigung mit Frankreich nicht möglich sei. Als sie endlich unter der Hand erfuhren, daß Thiers in Constantinopel gradezu seine einseitige Vermittlung angeboten habe, hielten sie sich jeder Rücksicht auf Frankreich für überhoben und beschlossen unter sich, wie sie schon öfter gedroht hatten, einen Vertrag zur Herstellung des Friedens zu schließen. Der französische Gesandte in London, Guizot, kannte die Möglichkeit dieses Schrittes sehr wohl, hatte aber von seiner Nähe so wenig eine Ahnung, daß er noch am 14. Juli nach Paris meldete, man habe noch Zeit. Am 15. Juli wurde der Vierbund-Vertrag unterzeichnet. Darin erklärte die Pforte, welche ihm gleichfalls beitrat, daß der Sultan bereit sei, Mehemed Ali den erblichen Besitz von Aegypten und den lebenslänglichen eines Theiles von Syrien einzuräumen, wenn er sich binnen zehn Tagen füge; wo nicht, solle ihm innerhalb einer zweiten Frist von zehn Tagen als Gegenleistung für die Unterwerfung wenigstens der erbliche Besitz von Aegypten zugesichert werden; lasse er auch diesen Termin verstreichen, so halte sich der Sultan zu Nichts mehr verbunden. Zur Durchführung dieser Maßregeln verpflichteten sich die vier Mächte, nöthigenfalls Gewalt zu gebrauchen und zunächst zum Schutze von Constantinopel die Dardanellen und den Bosporus gemeinsam zu besetzen.

Der Londoner Vertrag.

Um eine letzte Rücksicht für Frankreich zu üben, hielt man den Vertrag zunächst geheim, theilte ihn dem pariser Cabinet mit, versicherte, daß man auf seinen Beitritt großen Werth lege, und ersuchte es, seinen großen Einfluß auf Mehemed im Sinne des Vertrages zu verwenden. Allein Hoffnung auf einen solchen Umschwung hegte man ernstlicher Weise nicht. Doch war man auf der andern Seite auch fest davon überzeugt, daß Frankreich sich nicht mit gewaffneter Hand dagegen auflehnen werde. Die Nachrichten, welche bald aus Frankreich kamen, konnten diese Ueberzeugung freilich wohl erschüttern. Der König selbst sprach davon, jetzt sei es Zeit, die Jakobinermütze aufzusetzen; Thiers, der Teufelskerl, wie Palmerston ihn nannte, spie Feuer und Flammen; durch die ganze Presse ging ein tobendes Wuthgeheul über die Schmach, welche man Frankreich dadurch angethan, daß man die orientalische Frage ohne seine Mitwirkung lösen wolle. Zu den Worten gesellten sich bald Thaten. Auf eigne Verantwortlichkeit — die Kammern waren nicht versammelt — beschloß das Ministerium die Verstärkung der Flotte, die Errichtung von 18 Linienregimentern, eine Anleihe von 100 Millionen Francs und die sofortige Inangriffnahme der Befestigung von Paris. Besonders die letzte Maßregel sollte die äußerste Entschlossenheit kund thun. Man wollte den Krieg nicht auf den Orient beschränken, sondern einem neuen Kampfe am Rhein trotzen, auf die Gefahr hin, die Fremden wieder bis ins Herz von Frankreich vordringen zu sehen. Nicht als ob Ministerium oder Volk einen schlimmen Verlauf des Abenteuers für wahrscheinlich gehalten hätten; dann würde die Kriegslust wohl

Spannung mit Frankreich.

Französische Drohungen.

weniger leidenschaftlich gewesen sein; vielmehr träumte und prahlte man von Nichts als Sieg und Eroberungen; man sah den Rhein schon von Neuem zu Frankreichs Grenzstrom gemacht, man schwelgte in der Erneuerung der napoleonischen Ruhmeszeit, die erst wenige Wochen vorher, als der Prinz von Joinville nach St. Helena absegelte, um die Gebeine des Kaisers zu holen, im frischesten Glanze vor die Augen der Nation getreten war. Allein grade dieses Uebermaß der Begeisterung trug dazu bei, die Verständigeren zu entnüchtern. Man begann die großen materiellen Verluste, welche der Krieg bringen mußte, zu berechnen; die Rente fiel langsam, aber unaufhörlich, in wenigen Monaten von 86 auf 69 Procent; man begann die Ueberlegenheit der vier großen Mächte, denen die deutschen Mittelstaaten noch beizurechnen waren, in Erwägung zu ziehen und entdeckte überdies, wie in Frankreichs militärischer Ausrüstung der Mangel an Waffen, Pferden, Dampfschiffen nicht unbedenklich sei. Der König selbst wurde zuerst stutzig. Die Großmächte aber benutzten die Zeit gut. Mehemed Ali hatte im Vertrauen auf die französische Begeisterung die Fristen verstreichen lassen. Alsbald wurde er vom Sultan abgesetzt und geächtet und die vereinigten Mächte begannen ihre Maßregeln, um ihm Syrien zu entreißen. Die Drusen und Maroniten im Libanon wurden zum Aufstande gereizt, der englische Admiral Stapford erschien mit einer englisch-östreichisch-türkischen Flotte an der syrischen Küste und eröffnete die Feindseligkeiten mit der Einnahme von Beirut am 14. September. Bald folgten andre Seestädte nach und die Aegypter mußten sich von der Küste ins Innere Syriens zurückziehen. Dort aber trafen sie auf ein türkisches Heer, geführt von dem Hamburger Jochmus, und erlitten von ihm bei Kaleb Medina am 10. October eine schwere Niederlage. Noch bedenklicher waren zwei andre Schläge. Am 4. November erstürmten die Engländer und Oestreicher Akka und kurz darauf blokirte Napier (einst in Dom Pedros Diensten) Alexandrien. Mehemed mußte einsehen, daß Frankreich für ihn, auch wenn es noch zum Kriege schreiten sollte, eine morsche Stütze sei. Sein Uebermuth war gebrochen und er suchte jetzt durch Anbahnung an England wenigstens die Bedingungen des zweiten Termines noch zu erlangen. Allerdings flackerte die Kriegslust in Paris auf die Kunde von den Vorgängen in Syrien noch einmal in beängstigenden Flammen auf. Die Boulevards wurden nicht stille von dem Geschrei und Gesinge der Menge; die Theater widerhallten von dem wahnsinnigen Beifall, der Alfred de Musset's „Deutschem Rhein" gespendet wurde, einem Liede, das in spottender Weise auf die Begeisterung antwortete, die in Deutschland zum Schutze des Rheines wach geworden war. Die Regierung selbst trug sich mit den wundersamsten Entwürfen. Ob sie an dem Versuche, die englischen Schiffswerften anzuzünden, betheiligt gewesen, mag zweifelhaft sein; aber ernstlich ins Auge faßte sie den Plan einer neuen „Anconade", wie man es damals nannte, d. h. der unvermutheten Besetzung einer türkischen Stadt durch französische Truppen. Und noch weiter gediehen war der Plan, die neuesten Verwirrungen

Einschreiten gegen Mehemed Ali.

Schlacht von Kaleb Medina.

Neue Kriegswuth in Frankreich.

in Spanien (Königin Christine verließ eben damals, am 14. October, das Land) zu benutzen, um die Balearen wegzunehmen. Es war nicht Thiers' Schuld, daß dieser saubere Plan nicht zur Ausführung kam. Seine kriegerischen Gelüste wurden dem Könige doch nach und nach allzubedenklich. Den Ausschlag gab eine drohende Thronrede, die der Monarch bei der Eröffnung der Kammern halten sollte. Louis Philipp weigerte sich dessen, entließ sein Ministerium am 29. October und beauftragte den friedlich gesinnten Guizot mit der Neubildung des Cabinets. Darüber kam es in der Kammer zu einer heftigen mehrtägigen Debatte, in welcher Guizot als Freund des Friedens um jeden Preis von Thiers und seinen Anhängern auf das Schonungsloseste verarbeitet wurde, endlich aber doch mit 247 über 161 Stimmen triumphirte.

Thiers' Sturz.

Der neue Minister suchte nun als eine Gefälligkeit das von dem englischen Cabinette zu erbitten, was Thiers durch Drohungen nicht hatte erlangen können. Mehemed Ali den Besitz von Syrien wieder zu verschaffen, war jetzt natürlich völlig unmöglich; auch machte sich der alte Pascha selbst keine Hoffnung mehr darauf. Aber es wäre doch immer ein Triumph für die Regierung Louis Philipps gewesen, wenn die vier Mächte ihm auch nur Aegypten in Folge französischer Verwendung gelassen hätten. Das hatte daher schon Thiers am 8. October als geringstes Zugeständniß von England gefordert, allerdings mit dem später eingestandenen Hintergedanken, dadurch Zeit für seine Rüstungen zu gewinnen und den Ausbruch des ersehnten Krieges bis ins Frühjahr 1841 verschieben zu können. Aber Lord Palmerston schlug es rundweg ab, obgleich er materiell mit dem Vorschlag als einem billigen Ausgleich ganz einverstanden war. Er befolgte streng den Grundsatz, der französischen Nationaleitelkeit durchaus nicht zu Willen zu sein. Schreckschüssen nachzugeben und um des lieben Friedens willen eine s. g. versöhnliche Sprache zu führen, sei eine Politik, so meinte er, die nur Unheil stifte. Ebenso wenig wollte er jetzt den Gefälligen spielen; in den Augen der Franzosen würde das doch nur als Furcht erschienen sein. Aber thatsächlich entsprach er den Wünschen Guizots. Am 27. November war Mehemed Ali in Alexandrien von Napier zum Nachgeben gezwungen. Eine vorläufige Uebereinkunft zwischen beiden bestimmte, daß Mehemed die noch besetzten Theile von Syrien räumen und die türkische Flotte herausgeben, dafür aber Aegypten behalten solle. Allerdings hatte die letztere Bestimmung durchaus keinen Anspruch auf Gültigkeit, da England nicht einseitig den Vertrag vom 15. Juli ändern konnte; es wurde diese Uebereinkunft daher auch formell wieder aufgehoben; allein in diesem Sinne zu wirken, blieb Palmerston nichtsdestoweniger entschlossen, und der Widerspruch, den er bei seinen Verbündeten und bei der Pforte überwinden mußte, war nicht sehr nachhaltig. Mehemed Ali mußte sich der Form wegen zunächst bedingungslos unterwerfen; dann aber wurde der Hattischerif, welcher ihn abgesetzt und geächtet hatte, vom Sultan aufgehoben und ihm der erbliche Besitz von Aegypten am [illegible] Februar 1841 feierlich wieder zuerkannt.

Guizots Bemühungen.

Mehemed Alis Unterwerfung.

Englands Erfolge.

So war der Ausgang der großen Krisis also für Frankreich ein sehr beschämender, für Rußland und besonders für England aber ruhmvoll und vortheilhaft. Mehemed Ali hatte Achtung vor ihrer Macht bekommen und hielt es für räthlich, fortan sich gut mit England zu stellen. Ein wesentliches Recht, das er dem londoner Cabinet einräumte, war die Anlage einer Handelsstraße über die Landenge von Suez und die damit verbundene Einrichtung der Ueberlandpost nach Ostindien. In Constantinopel hielten sich Rußland und England im Ganzen die Wage; bald war der Einfluß des einen, bald der des andern Staates größer, ein Wechsel, der für die Türkei nichts weniger als segensreich war. Denn auch ohne dies wurde sie schon von einem gefährlichen Kampfe widerstreitender Parteien und Principien heimgesucht. Daß die bisherigen Zustände gebessert werden müßten, dieser Einsicht konnte sich kein türkischer Staatsmann entziehen. Aber sollte die Aenderung darin bestehen, daß man zu den alten national-türkischen Einrichtungen, an denen Mahmuds Regierung so vielfältig gerüttelt hatte, eifrig und gläubig zurückkehrte, oder sollte man umgekehrt die Neubildung des Staates auf europäischer Grundlage versuchen und statt wie bisher in einzelnen Fragen, auf einzelnen Gebieten jetzt mit vollem Ernst in der gesammten Verwaltung mit den alten Grundsätzen brechen? Darüber gingen die Ansichten schroff aus einander, und während die europäische Partei in Reschid Pascha einen geistvollen und arbeitsamen Führer hatte, der im besten Einvernehmen mit dem englischen Gesandten Stratford Canning (Lord Redcliffe) zu wirken bemüht war, fand die nationale Partei in den Ulemas und in dem Fanatismus des Volkes eine Stütze, die durch den russischen Einfluß noch gestärkt wurde. Für die nächste Zeit hatte Reschid noch das Uebergewicht. Das Programm seiner Reformen war in dem Hattischerif von Gülhane enthalten, einer Art von Verfassungsurkunde, die Abdul Medjid bereits am 2. November 1839 unter großen Feierlichkeiten auf seinem Lustschloß Gülhane ertheilt hatte. Die Lage der Christen und Juden wurde durch dieselbe wesentlich verbessert, die Steuergesetze und die Militärpflicht geordnet und begrenzt, die Todesstrafe ohne richterlichen Spruch abgeschafft. Zur Ausführung dieser Urkunde erfolgte dann eine ganze Reihe von Gesetzen, die unter dem Namen der „heilsamen Anordnungen“ zusammengefaßt wurden. Selbst eine Art von Landesvertretung, deren Mitglieder freilich der Sultan ernannte, berief Reschid ein; doch war der Erfolg und Eindruck dieses Schrittes nicht geeignet, zu einer Wiederholung einzuladen. Der junge Sultan Abdul Medjid war bei alledem eine vollständige Null.

Reformbestrebungen in der Türkei.

Der Hattischerif von Gülhane.

Rußland und England in Asien.

Aehnlich wie in Constantinopel kämpften der russische und der englische Einfluß in Central-Asien und in China mit einander, und wenn die Ausbrüche dieser Wettbewerbung auch keinen unmittelbaren Einfluß auf die politische Gesammtlage Europas ausübten und noch

weniger ein lebhaftes Interesse zu erwecken vermögen, so müssen doch diese Kämpfe in ihren Hauptzügen hier erwähnt werden.

Der Kaukasus.

Es wurde schon oben der Bemühungen Rußlands gedacht, seine Herrschaft im Kaukasus zu befestigen. Wenn es sich dadurch einerseits den Besitz der Ostküste des Schwarzen Meeres sichern und der Verwandlung dieses Meeres in einen russischen Binnensee vorarbeiten wollte, so war sein Augenmerk doch gleichzeitig nicht weniger auf den Caspisee gerichtet, dessen Bedeutung für den innerasiatischen Handel damals zwar noch sehr gering war, aber in ihrer Entwicklungsfähigkeit wohl erkannt wurde. Schwerlich schwebten der russischen Politik, wenn sie gleichzeitig östlich und westlich dieses ungeheuren Wasserbeckens ihre Grenzen vorzuschieben suchte, so weit entlegene Ziele vor, wie man in England auf Urquharts Zeugniß hin glaubte. Hier sah man die Russen schon auf dem graden Wege nach Indien um der englischen Herrschaft dort ein Ende zu machen, und das schlechte Gewissen der ostindischen Compagnie, welche noch Herrin des Landes war und gegen deren Ausbeutungssystem sich ein heftiger Groll aufgesammelt hatte, malte dieses Schreckbild der Zukunft noch furchtbarer aus. In der That waren es doch ganz überwiegend die Interessen des Handels, welche die russische Politik in Centralasien leiteten. Dieser Handel war von nicht geringem Umfange, aber er war bis dahin genöthigt, bedeutende Umwege zu machen, die ihn sehr erschwerten. Statt durch den Caspi-See nach Asterabad (am Südostende desselben) und weiter durch das Atrek-Thal nach Meschhed und Herat, oder auf der zweiten natürlichen Route über Khiwa den Amu hinauf nach Balkh zu gehen, umging er die Kirgisensteppe und die Staaten des feindlichen Emirs von Khiwa in einem riesigen Bogen und hatte Petropawlowsk in Sibirien zum Ausgangspuncte. Dadurch wurde den Russen die Concurrenz mit den Engländern auf den Märkten von Persien, Afghanistan und den turanischen Chanaten um so mehr erschwert, als die ostindische Compagnie ihre Herrschaft in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts ganz beträchtlich ausgedehnt und bereits den Indus in ihr Machtgebiet eingeschlossen hatte. Früher hatten die kleinen Staaten im Pendschab dem englischen Handel aus Eifersucht alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt und dadurch den russisch-asiatischen Verkehr befördert. Das war jetzt anders geworden. Handelsverträge, welche die ostindische Compagnie 1832 mit diesen Fürsten abgeschlossen, öffneten ihr gegen mäßige Zölle den Weg auf dem Indus bis nach Attok hinauf, von wo der Kabul-Paß nach Afghanistan hinüberführte. Begreiflicher Weise suchte Rußland in ähnlicher Weise näher zu rücken und daraus entstand die heftige Eifersucht, die sich besonders in Persien, Afghanistan und Khiwa bemerklich machte.

Der Caspi-See.

Handelsstraßen.

Die ostindische Compagnie.

Persien.

Am Hofe von Teheran verdankte Rußland seinen Einfluß den glücklichen Kriegen, die es gegen Persien geführt und die dem Schah Achtung eingeflößt hatten. In den Friedensschlüssen von 1814 und 1828 waren ihm beträchtliche Landestheile abgetreten. England hatte den Persern nicht beigestanden, obgleich es sich den Anschein

gab, ihr Freund zu sein und dadurch an Ansehn verloren. So stand es schon unter dem Schah Feth Ali, der 1834 starb, noch mehr aber unter seinem Enkel und Nachfolger Mohammed Mirza, obgleich dieser den Sieg über einen Oheim, der ihm das Reich streitig machte, zum großen Theil englischem Gelde verdankte, und obgleich englische Offiziere seine Truppen einübten. Der russische Gesandte, Graf Simowitsch, war an seinem Hofe allmächtig. Er war es auch, der den Schah überredete einen Eroberungskrieg gegen Kamran, den Fürsten von Herat, zu unternehmen und sich zu diesem Zwecke mit Dost Mahomet von Kabul zu verbinden. Dost Mahomet war ein Usurpator. Er hatte die Oheime Kamrans gestürzt und den größten Theil Afghanistans unter seine Botmäßigkeit gebracht. In früheren Jahren suchte er eifrig die Freundschaft der Engländer. Allein die Verhältnisse hatten jene gezwungen sich auf die Seite seiner Feinde zu stellen. Einer der von Dost vertriebenen Fürsten, Schudschah, hatte nämlich Zuflucht und Beistand bei dem mächtigsten Fürsten des Pentschab, Rundschit Singh, gefunden, und da die ostindische Compagnie diesen Mann gebrauchte, um die vorhin erwähnten Handelsverträge von 1832 zu Stande zu bringen, so ergab sich von selbst, daß sie auch den Schudschah unterstützen und Dost Mahomets Freundschaftsanträge ablehnen mußte. So hatte sich dieser denn seit einigen Jahren eng an Persien und Rußland angeschlossen, wodurch er für die Engländer ein sehr unbequemer Nachbar wurde. In ganz Afghanistan gab es nur noch einen Punct, wo ihr Einfluß den russischen überwog, das war Herat, die Residenz Kamrans. Bei dieser Sachlage war es ebenso begreiflich, daß Rußland den Kamran durch einen Angriff von Persien oder von Kabul aus zu stürzen und Herat sei es in Mohammed Mirzas oder in Dost Mahomets Hände zu bringen wünschte, wie daß England einen solchen Erfolg um jeden Preis zu vereiteln suchte. Im Juli 1837 unternahm der persische Schah seinen Zug gegen Herat. Simowitsch begleitete ihn; Dost Mahomet hielt sich noch zurück. Der englische Gesandte in Teheran, M'Neill, ein Freund Urquharts, drang in Palmerston, energisch dazwischen zu fahren. Aber ehe auf seine Berichte Weisungen eintreffen konnten, mußte viel Zeit verstreichen. Es fragte sich, ob Herat so lange sich halten werde. Simowitsch selbst leitete die Belagerung; aber auch die Verteidigung war in guten Händen, in denen des Engländers Pottinger. Alle Stürme wurden abgeschlagen. Dadurch gewann England die nothwendige Zeit. Eine Flotte erschien im persischen Meerbusen und besetzte die Insel Karak; eine drohende Note vom Mai 1838 kündigte Persien den Krieg an, wenn die Belagerung von Herat nicht aufgegeben werde. Ein ganz unglücklicher Sturm auf die Stadt, im Juni, unterstützte diese Schritte und Mohammed Mirza entschloß sich zu Simowitsch' großem Verdruß den Forderungen Englands nachzukommen. Damit war die dringendste Gefahr vorüber; aber genügende Sicherheit für die britischen Interessen schien doch nur dann gewonnen werden zu können, wenn man aus der Verteidigung zum Angriff überging. Denn welche

Dost Mahomet von Kabul.

Angriff auf Herat.

Englische Einmischung.

Bürgschaft gab es dafür, daß nicht Dost Mahomet plötzlich das Werk fortsetze, das Mohammed Mirza hatte aufgeben müssen? So entschloß sich England zum Kriege gegen diesen, in der Absicht, Schudschah an seiner Statt wieder zum Herrn von Kabul zu machen. Lord Auckland, der Gouverneur von Indien, schloß mit dem Gestürzten und dessen Beschützer Rundschit Singh ein Bündniß und erklärte im October 1838 Dost den Krieg. Das Unternehmen war mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft, aber das Talent des Obergenerals Sir John Kean besiegte sie schließlich alle. Kandahar, Ghuzni, Kabul, die Hauptstädte des Landes, wurden erstürmt und Schudschah im August 1839 zurückgeführt. Im nächsten Jahre machte Dost noch einen Versuch sein Unglück wieder gut zu machen; allein es ging ihm nur um so schlimmer; er wurde gefangen genommen und nach Ostindien abgeführt. England hatte also glänzende Triumphe gefeiert. Sie noch zu erhöhen unternahm Rußland um dieselbe Zeit, im November 1839, einen unglücklichen Kriegszug gegen den Emir von Khiwa, der durch den Raub russischer Unterthanen den gerechtesten und erwünschtesten Anlaß dazu bot. Die Leitung des Unternehmens wurde dem General Perowski übertragen, der die umfassendsten Vorbereitungen traf. Allein die Ungunst der Verhältnisse war zu groß. Alles vereinigte sich gegen die Russen. In den wasserlosen Wüsten, durch welche der Zug ging, lieferte ihnen nur der Schnee das nöthige Getränk; die Kälte stieg bis zu 32° und endlich traten furchtbare Schneestürme ein, die Menschen und Thieren in der offenen Steppe das Grab bereiteten. Mit den schwersten Verlusten mußte Perowski den Rückzug antreten ohne mit dem Feinde zusammengetroffen zu sein. Aber vergebens war der Zug doch nicht gewesen. Es waren reiche Erfahrungen für die Zukunft gesammelt, und der Chan von Khiwa war doch auch hinreichend eingeschüchtert, um freiwillig die russischen Sclaven herauszugeben und zu versprechen, daß ähnliche Räubereien nicht wieder vorkommen sollten. Ein noch besseres Pflaster auf die Wunde, welche die unglückliche Expedition dem russischen Ehrgeiz geschlagen, lieferte aber im nächsten Jahre das Schicksal der Engländer in Afghanistan. Am Hofe Schudschahs residirte als Gesandter Sir Alexander Burnes; ein englisches Heer unter General Elphinstone war im Lande geblieben. Gegen sie erhoben sich im December 1841 die Afghanen; Burnes wurde niedergemetzelt, Elphinstone zum Rückzuge gezwungen und sein Heer in den Keybarpässen fast gänzlich aufgerieben. Von der Besatzung Kabuls, die aus 5000 Mann bestand, entkamen nur zehn. Wenn die Scharte auch im nächsten Jahre wieder ausgewetzt und das Land von den Generälen Nott und Pollack von Neuem unterworfen wurde, so war die Niederlage doch ein schwerer Schlag und lehrte deutlich, daß auch der englische Einfluß in Afghanistan auf sehr schwanken Füßen stehe.

Krieg gegen Dost Mahomet.

Rußland gegen Khiwa.

Aufstand der Afghanen.

Auch in China rivalisirten Großbritanien und Rußland mit einander, wenngleich ihre Gegnerschaft nicht so augenscheinlich zu Tage trat wie in Central-Asien. Rußland erfreute sich schon seit Peters des Großen Zeiten einer recht günstigen Stellung. Es hatte in

China.

Peking, allein von allen europäischen Mächten, eine stehende Gesandtschaft und sein Handel mit China, der in Kiächta und Maimatschin betrieben wurde, war sehr blühend. England hatte bis zum Jahre 1833 nur durch die ostindische Compagnie mit dem himmlischen Reiche in Beziehung gestanden. Diese besaß das Monopol des chinesischen Handels, durfte ihn aber nur in Canton und auch dort nur mit einer bevorrechteten Kaufmannsgilde, den Hongs, betreiben. 1833 wurde ihr dies Monopol aber genommen und allen englischen Kaufleuten der Handel freigegeben; an die Stelle des Vertreters der Compagnie trat ein Bevollmächtigter der Regierung. Von dem Augenblicke an begannen die Reibungen mit den chinesischen Behörden heftiger zu werden. Die Vertreter der Compagnie hatten, freilich auf Kosten des englischen Namens, sich im Interesse des Handels sehr viel bieten lassen. Die Mandarinen sahen mit Verachtung auf die rothborstigen Barbaren herab; ihre außerordentlichen Gesandtschaften, deren einige nach Peking kamen, wurden als schuldige Beweise der Unterwürfigkeit, die Geschenke, welche sie überbrachten, als rechtmäßiger Tribut betrachtet. Ein Vertreter der englischen Regierung mußte offenbar eine andre Sprache führen als ein Vertreter der Compagnie. Obendrein war nun aber der erste, Lord Napier, persönlich rücksichtslos und nicht geeignet, den bisherigen Ton allmälig in den richtigen hinüberzuleiten. Auch die materiellen Streitpuncte vermehrten sich, seitdem nicht mehr die Compagnie allein den Handel trieb; die meisten entsprangen dem ungesetzlichen Schmuggel mit Opium. Dank demselben überstieg die englische Einfuhr in China die Ausfuhr um 7 Mill. Dollars, während der russische Handel für 5 Mill. Rubel weniger importirte als exportirte. Die chinesische Regierung hatte, vielleicht weniger aus Rücksicht auf die physische und moralische Gesundheit ihrer Unterthanen als um den englischen Handel zu schädigen, die Einfuhr von Opium überhaupt verboten. Einige Jahre hindurch begnügte sie sich damit, ihre eigenen Unterthanen zur Befolgung dieses Verbotes zu zwingen; sie nahm ihnen das Opium weg und ließ auch einige Opiumraucher hinrichten. Aber bald erwiesen sich diese Maßregeln als ungenügend; denn nun betrieben die Engländer selbst auf kleinen bewaffneten Boten den Vertrieb ihrer Waare. Allmälig wurde das den Chinesen zu viel; sie griffen auch diese Bote an, und das ergab ärgerliche Verwickelungen. Es schien zuletzt besser allen diesen Widrigkeiten durch einen Hauptschlag ein Ende zu machen. In der englischen Factorei zu Canton und auf den Schiffen im Hafen befand sich ein großer Vorrath von Opium, über 20,000 Kisten. Im Jahre 1839 verlangten die Chinesen die Auslieferung desselben und erzwangen sie, als sie verweigert wurde, durch Gewalt. Nun war ein Krieg unvermeidlich. Die englischen Kaufleute verließen Canton, die britischen Kriegsschiffe begannen Feindseligkeiten gegen die chinesische Flotte. Im Jahre 1840 wurde der Krieg förmlich erklärt. Eine Zeit lang zog er sich ohne bedeutendes Ereigniß hin; aber im Mai 1841 gerieth den Engländern ein Angriff auf Canton; etwas später erzwangen sie die Einfahrt in den Kaiser=

Der Opiumkrieg.

canal; im Mai 1842 eroberten sie die starke Festung Tschinkiang, an dem Kreuzungspuncte dieses Canals und des Jantsekiang, und hatten dadurch die Möglichkeit, auf dem Canal nach Peking zu segeln. Um es dahin nicht kommen zu lassen, erklärte sich der Kaiser zum Frieden bereit und erkaufte ihn zu Nanking am 25. September 1842 durch die Abtretung der Insel Hongkong, die Canton beherrscht, und durch die Oeffnung von fünf Häfen für den europäischen Handel: Canton, Amoi, Futscheu, Ningpo und Schanghai.

Die Whigs in England.

Die Whigs.

Die englischen Staatsmänner, welche dieses Unternehmen gegen China eingeleitet hatten, waren bei der glücklichen Beendigung desselben nicht mehr im Amte. Seit der siegreichen Durchführung der Reformbill im Jahre 1832 hatten die Whigs fast ohne Unterbrechung ein Jahrzehnt hindurch am Ruder gesessen. Wenn auch in ihrer Mitte die Umgestaltung des Wahlrechtes nicht wenig Gegner gezählt hatte, so waren diese durch die Erfahrung bekehrt worden. Ihre Befürchtung, das neue Unterhaus möchte sogleich zahlreiche radicale Elemente aufweisen, war bis dahin nur sehr beschränkt in Erfüllung gegangen. Palmerston meinte vielmehr, es werde allen seinen Vorgängern merkwürdig ähnlich, ungeduldig gegen Narren, unnachsichtig gegen Großmäuler, der Debatte müde und geneigt, im Allgemeinen der Regierung in alle den Angelegenheiten zu vertrauen, welche seine Mitglieder nicht verstünden oder an denen ihre Wähler kein Interesse hätten. Im Oberhause hatten zwar die Tories die Mehrheit, allein sie konnten davon in wichtigen Fragen keinen Gebrauch gegen die Regierung machen, weil sie auch durch eine Auflösung die Herrschaft im Unterhause nicht hätten gewinnen können. Die materielle Lage des Landes war sehr befriedigend, Handel und Industrie in beständigem Aufschwung. Zwei Maßregeln von höchster Wichtigkeit griffen tief in das Colonialwesen und den überseeischen Handel ein. Der einen wurde schon gedacht: sie betraf die ostindische Compagnie, der eine 20jährige Frist zur vollständigen Abwickelung ihrer Geschäfte gegeben wurde; bis dahin blieb die Verwaltung ihrer Besitzungen unter manchen Beschränkungen und staatlicher Aufsicht in ihrer Hand. Von dem Reingewinn durften aber nur 630,000 £ jährlich an die Actionäre vertheilt werden; der Rest wurde für die Einlösung der 2500 Actien bestimmt. Die zweite Maßregel war die Befreiung der Sclaven in Westindien. Das Parlament bewilligte im August 1833 20 Mill. £ für diesen Zweck; dafür erhielten 750,000 Menschen [illegible]e Freiheit zurück. Es war in der That ein glänzendes Beispiel [illegible]n Großmuth und Gerechtigkeit, das der Nation, welche ein so be[illegible]ichtliches Opfer für eine gute That zu bringen bereit war, zur [illegible]chsten Ehre gereichte. Nicht minder bezeugte es aber auch den all[illegible]neinen Wohlstand, der im Lande herrschte. Freilich fehlte es auch [illegible]ht an schwarzen Puncten. In den Arbeiterkreisen gährte eine [illegible]ße Unzufriedenheit. Seit ihnen durch ein Gesetz von 1824 das

Ostindische Compagnie.

Recht gegeben war, sich zu vereinigen und gemeinsam den Arbeitgebern Bedingungen zu stellen, waren zahlreiche Gewerkvereine (Trades-Unions) entstanden, welche eine Verbesserung ihrer Lage durch Aufkündigung der Arbeit (strikes) von den Fabrikherren zu erzwingen suchten. Diese waren nun ihrerseits bedacht, Mittel zu finden, welche die Arbeiter auch ohne die Bewilligung höheren Lohnes zufrieden stellen könnten. Diesem Bestreben entsprang einerseits die Gründung von Consumvereinen, deren Aufgabe es sein sollte, dem Arbeiter seine Lebensbedürfnisse zu einem billigen Preise zu verschaffen, und andrerseits die Bewegung für eine Ermäßigung der Kornzölle. Als Muster für die Consumvereine konnte derjenige der „Pioniere von Rochdale" gelten, die mit einem kleinen Verkaufsladen und 26 £ Capital anfingen und durch geschickte und vorsichtige Ausdehnung ihres Betriebes allmälig eine eigene Dampfmühle, Bäckerei, Schlachterei, eine Dampf-Spinnerei und Weberei u. s. f. zum gemeinsamen Vortheile begründeten. Dieser Vorgang fand zahlreiche Nachfolge und trug nicht wenig dazu bei, die unzufriedene Stimmung auf engere Kreise zu beschränken. Der Bewegung für die Ermäßigung der Kornzölle, die seit 1838 von Manchester aus durch Richard Cobden und seine Freunde mit erneuter Kraft in das Land getragen wurde, wird später zu gedenken sein. Brennender als diese Frage war die Beseitigung der Uebelstände in Irland. Wenn die katholischen Iren von der Katholikenbefreiung eine Besserung ihrer Lage erwartet hatten, so mußten sie sich bitter enttäuscht fühlen. Denn es geschah Nichts. Besonders lebhaft empfand dies Daniel O'Connell, der ja selbst im Unterhause saß und deutlich erkannte, daß seine heimische Insel auch bei den Whigs auf freiwillige Zugeständnisse nicht rechnen dürfe. Er begann daher eine neue Bewegung unter seinen Landsleuten, deren Losung das Wort: Repeal, Widerruf! wurde — Widerruf nämlich der Unions-Acte von 1800, durch welche das irische Sonderparlament aufgehoben und die Rechtsbefugniß des englischen Parlaments, dessen beide Häuser durch 32, resp. 100 Iren verstärkt waren, auf Irland ausgedehnt worden war. Die Repeal-Bewegung gewann bald eine solche Stärke, daß sie von dem Ministerium nicht unbeachtet gelassen werden konnte; eine Gewährung des Verlangens kam selbstverständlich nicht in Frage und wurde selbst von O'Connell schwerlich für möglich erachtet; wohl aber ließ sich erwarten, daß die Regierung zur Beschwichtigung der wachsenden Unzufriedenheit die dringendsten Beschwerden der Iren abstellen werde. Ueber keinen Uebelstand wurden lebhaftere und besser begründete Klagen geführt, als über die Vorrechte der anglicanischen Kirche. Wenn die Zahl ihrer Angehörigen in einem irischen Bezirke auch noch so gering war, so hatte sie doch in demselben einen Geistlichen und dieser mußte von den Katholiken unterhalten werden. Das Ministerium Grey verschloß sich der Ungerechtigkeit dieser Verhältnisse nicht; aber der erste Vorschlag zur Erleichterung, den es 1833 aufstellte und der vom Parlamente gebilligt wurde, konnte die Iren nicht befriedigen, denn er gewährte nicht die Aufhebung, sondern nur die allmälige Ablösung

Die Gewerk-Vereine.

Befreiung der Sclaven.

Die Consum-Vereine.

Die irische Repealbewegung.

Die anglicanische Kirche in Irland.

der Kirchenlasten. Der Unwille über die Geringfügigkeit dieser Besserung gab der Repeal-Bewegung neue Stärke und führte zu unruhigen Auftritten und besonders zur Verweigerung des Zehnten. Dem gegenüber glaubte nun ein Theil des Ministeriums die äußerste Strenge zeigen zu müssen; es brachte eine Bill ein, welche die Verhängung des Kriegsrechtes in jedem irischen Bezirk, wo Unruhen ausbrächen, gestattete; nur ungern hatten sich andre Mitglieder des Cabinets dieser Vorlage angeschlossen, und als dieselbe nun im Parlament heftig bekämpft, auch der innere Zwiespalt des Cabinettes ans Licht gezogen wurde, brach eine Ministercrisis aus, die mit dem Rücktritt der Anhänger der Zwangsbill und besonders Lord Greys endete (9. Juli 1834). Der bisherige Minister des Innern, Lord Melbourne, wurde mit der Neubildung betraut, brachte ein liberaleres Ministerium als das vorige zu Stande und suchte sich mit O'Connell zu verständigen. Die erste Grundlage dafür bot die Rücknahme der Zwangsbill. Ein Theil der Cabinetsmitglieder, besonders Lord John Russell, wollte aber auch weitergehende Zugeständnisse machen und den Ueberschuß der Einnahmen, welche die protestantische Kirche aus Irland zog, für Unterrichtszwecke im Interesse aller Bekenntnisse verwenden. Dieser Ueberschuß war schon durch Greys irische Kirchenbill, welche zehn Bisthümer und alle die Kirchen, in welchen seit drei Jahren kein Gottesdienst gehalten war, aufgehoben und die Besoldung aller übrigen Pfründen herabgesetzt hatte, sehr erheblich geworden. O'Connell war daher mit der Absicht Russels sehr zufrieden und unterstützte das Ministerium. Allein der König war nicht Willens, demselben zu folgen und führte selbst einen Cabinetswechsel herbei. Im November 1834 trat nämlich derjenige Minister, welcher die Führung des Unterhauses hatte, Lord Althorp, in Folge des Todes seines Vaters als Earl Spencer ins Oberhaus; ein andrer mußte die Leitung des Unterhauses übernehmen. Allerdings war nun unter den Ministern keiner, welcher Althorp an Einfluß gleich kam, wie das auch schon früher von Grey und Melbourne wiederholt zugestanden war; auch ließ sich nicht leugnen, daß viele Anhänger des Cabinets unsicher geworden waren, die einen, weil ihnen dasselbe zu weit, die andern, weil es ihnen nicht weit genug ging. Trotzdem war Melbourne der Meinung, er könne sich halten, und bot dem Könige seine Entlassung nicht an, wodurch der Monarch sich zu dem ungewöhnlichen Schritte veranlaßt sah, sie ihm zu ertheilen. Wellington erhielt den Auftrag ein Cabinet zu bilden. In richtiger Erkenntniß seiner Unbeliebtheit trat er denselben seinem gemäßigteren Parteigenossen Sir Robert Peel ab, der im December 1834 die Zügel der Regierung ergriff. Das überwiegend liberale Unterhaus wurde sofort aufgelöst. Aber der Erfolg war nicht genügend. Die Tories gewannen zwar eine beträchtliche Anzahl Sitze, gegen die vereinigten Whigs, Radicalen und Iren blieben sie aber in der Minderheit. Es half Nichts, daß Peel mit Verleugnung der strengen Parteigrundsätze eine Reihe von Bills einbrachte, welche die Reihen der Gegner erschüttern sollten. Nach einigen kleineren Niederlagen, die er ruhig

Die Zwangsbill.

Greys Rücktritt.

Ministerium Melbourne.

Lord Althorp.

Ministerium Peel.

hinnahm, zwang ihn endlich doch die Annahme des oben erwähnten Russell'schen Vorschlages, die Ueberschüsse der irischen Kircheneinkünfte zu Unterrichtszwecken zu verwenden, zum Rücktritt. Kaum fünf Monate nach seinem unfreiwilligen Verzicht trat Melbourne wieder an die Spitze der Regierung. Auch er konnte auf die Mehrheit im Unterhause nur dann zählen, wenn er die Iren und die Radicalen bei guter Laune erhielt. Alles, was er diesen zu Gefallen that, erregte aber im Oberhause den größten Unwillen und steigerte die Erbitterung der Tories. Diese glaubten sich den Anschlägen auf die anglicanische Kirche — denn als solche betrachteten sie die irischen Kirchenbills — mit allen Mitteln widersetzen zu müssen. In dieser Absicht belebten sie den Bund der Oranien-Männer (Orange-men) wieder, der zur Zeit Wilhelms von Oranien gegründet war, um dessen Herrschaft in Irland durchzusetzen. Er war niemals ganz erloschen, hatte gegen Ende des vorigen Jahrhunderts einen neuen Aufschwung genommen, und erhielt jetzt durch den Massenbeitritt der Tories, der die Mitgliederzahl auf 300,000 brachte, eine ungeahnte Stärke. An die Spitze der Logen, in die er zerfiel, trat als Großmeister des Königs Bruder, Ernst August, Herzog von Cumberland, nachmaliger König von Hannover, den seine gut toristische Gesinnung den Orangemännern so sehr empfahl, daß sie sich mit dem Plane trugen, ihn bei Wilhelms IV. Tode anstatt der Prinzessin Victoria zum Könige zu erheben. Dieser Anschlag gerieth ihnen aber zum Verderben. Von den Radicalen wurde 1836 im Unterhause eine Adresse an den König beantragt, welche die Auflösung des Bundes erbat. Das Unterhaus und der König stimmten bei und nun erwählte der Herzog von Cumberland das klügere Theil und empfahl allen Orangelogen sich aufzulösen. Wenn dieser Erfolg dem Whigministerium schon eine wesentliche Stärkung brachte, so war der Thronwechsel, der im nächsten Jahre eintrat, noch mehr im Parteiinteresse. König Wilhelm IV. starb am 20. Juni 1837 und es folgte ihm in England seine Nichte Victoria, die Tochter seines 1820 gestorbenen Bruders, Eduard, Herzogs von Kent; in Hannover dagegen, wo die weibliche Erbfolge ausgeschlossen war, bestieg der Herzog von Cumberland den Thron. Victoria war durchaus whiggistisch erzogen und verhehlte ihre Gesinnungen keineswegs. Und doch hatte ihr Regierungsantritt mittelbar eine Erschütterung des Ministeriums Melbourne im Gefolge; denn bei der üblichen Neuwahl zum Parlamente verminderte sich von Neuem die Zahl der eigentlichen Whigs besonders zu Gunsten der Radicalen, die nahezu 100 Sitze einnahmen und deren Heeresfolge um so unsicherer wurde, je weniger Ergebnisse das Cabinet bei dem Widerstande des Oberhauses zu erzielen vermochte. Auch wurde es immer schwieriger, sie zufrieden zu stellen, besonders ihren linken Flügel, der sich als „Chartisten", d. h. Anhänger der Volkscharte (the people's charter) von den andern Radicalen trennte. Geheime Wahl, allgemeines Stimmrecht, Abtheilung der Wahlbezirke nach der Kopfzahl, jährliche Neuwahlen, das war der wesentliche Inhalt der Volkscharte, die natürlich den echten

Zweites Ministerium Melbourne.

Die Orangemen.

Ernst August Herzog von Cumberland.

Tod Wilhelms IV.

Königin Victoria.

Die Chartisten.

Whigs ebenso sehr ein Greuel war wie den Tories, und die deshalb, als sie 1839 mit $1^1/_2$ Millionen Unterschriften versehen ans Parlament kam, von den beiden großen Parteien mit seltener Einmüthigkeit abgelehnt wurde. Auf den Beistand der Iren war für die Minister auch kein sicherer Verlaß; die Zehntenbill, die endlich 1838 im Oberhause durchging, war so verstümmelt, daß sie auf der grünen Insel nur wenig Freude erregte; die anderen irischen Bills, eine Städtebill, eine Armenbill u. s. w. gelangten auch nicht einmal in verkümmerter Form zur Annahme. Unter solchen Umständen war eine Niederlage des Ministeriums jeden Tag möglich; im Mai 1839 erfolgte sie in einer Frage, die Jamaica betraf. Das Ministerium gab seine Entlassung und die Königin berief Sir Robert Peel. Aber sie that es mit unverhohlenem Widerstreben und benutzte eine persönliche Angelegenheit um die toristische Cabinetsbildung zu verhindern. Peel verlangte von ihr, daß sie einige ihrer Hofdamen, die sämmtlich zu alten Whigfamilien gehörten, entlasse und durch toristisch gesinnte ersetze. Dessen weigerte sie sich, da ihre Damen nicht im Parlamente säßen, und Robert Peel erklärte, in diesem Falle die Geschäfte nicht führen zu können; das Ministerium Melbourne trat sein Amt wieder an. Heutzutage sind die Parteien so ziemlich darüber einig, daß die Handlungsweise der Königin nicht constitutionell gewesen sei; damals aber verfochten die Whigs dieselben und erhöhten damit nur die Bitterkeit der Tories, die für ihre Niederlage in der Bedchamber-Question (Hofdamenfrage), wie man den Streit nannte, sich durch persönliche Unfreundlichkeiten gegen die Königin und ihren jungen Gemahl zu rächen suchten. Dem letzteren, dem Prinzen Albert von Coburg, war es zu danken, daß die Stellung der Partei zu der Monarchie endlich wieder ins rechte Gleis kam. Aus einer ganzen Flucht deutscher und anderer Prinzen, die sich seit 1833 um die Hand Victorias beworben hatten, war, vornehmlich durch die Bemühungen Leopolds von Belgien, Albert endlich auserkoren; im Februar 1840 fand die Hochzeit statt. Unter den Chicanen, welche die Tories gegen den Prinz-Gemahl (Prince-Consort) aussannen und Dank den Radicalen durchführten, war die empfindlichste die Herabsetzung der Civilliste von 50,000 £, welche die Regierung forderte, auf 30,000. Albert ließ sich dadurch nicht verstimmen, kam den Tories freundlich entgegen, erwirkte ihnen eine bessere Behandlung bei Hofe und erreichte, zum guten Theil durch die Vermittlung seines Vertrauten Stockmar, daß schon im Juli 1840 die Partei ein Gesetz ohne Widerspruch durchgehn ließ, welches ihm die Regentschaft für den Fall übertrug, daß die Königin mit Hinterlassung eines minderjährigen Erben sterben sollte.

Die irischen Bills.

Die Hofdamen-Frage.

Der Prince-Consort Albert von Coburg.

Mittlerweile verlor das Ministerium immer mehr Boden im Lande und im Parlamente; ja es war auch in sich nicht einig und bereitete seinen tüchtigsten und thätigsten Mitgliedern, Russell und Palmerston, solche Schwierigkeiten, daß der letztere unmittelbar vor dem Abschluß des Vierbundes vom 15. Juli 1840 seine Entlassung bot, weil seine eigenen Collegen ihm entgegenwirkten. Lord

Zwiespalt im Ministerium.

Melbourne selbst that sehr wenig und ließ als Lord Pococurante (wie ihn Stockmar nannte) die Sachen gehen. Auch die Finanzen des Landes verschlechterten sich in bedenklicher Weise, und so ertheilte das Unterhaus als der Voranschlag des Jahres 1841 einen Ausfall von 2 Millionen Pfund aufwies, dem Cabinet endlich ein förmliches Mißtrauensvotum. Ehe sich Melbourne aber von der Gewalt trennte, wollte er es noch einmal mit einer Berufung an das Land versuchen, und erst als diese wider ihn ausfiel, entschloß er sich, vor einer Mehrheit von 91 Stimmen im Unterhause, 72 im Oberhause am 28. August 1841 den Rückzug anzutreten. Die Hofdamenfrage war durch Prinz Albert schon einige Monate früher dahin geordnet worden, daß die Königin im Fall eines Ministerwechsels einige ihrer Damen bereden werde, freiwillig zu verzichten. Dies geschah jetzt und Robert Peel konnte ohne Schwierigkeiten sein zweites Ministerium bilden.

Rücktritt des Ministeriums Melbourne.

Ministerium Peel.

Der hannoversche Verfassungsbruch.

Der Herzog von Cumberland.

Der Tod Wilhelms IV. von England war für England vielleicht von geringerer Bedeutung gewesen als für Deutschland. Denn er veranlaßte nicht nur in Hannover Ereignisse von schwerwiegendem Ernste, sondern wirkte durch diese weit über die Grenzen jenes Königreiches hinaus. Es wurde oben schon erwähnt, daß die Erbfolge den Bruder Wilhelms, Ernst August, Herzog von Cumberland, auf den hannoverschen Thron berief. Schon die ganze Vergangenheit dieses Fürsten, seine leidenschaftliche Vorliebe für das Torythum, seine Stellung an der Spitze des Orangebundes, die wenig ehrenvollen Mittheilungen der englischen Blätter über seine bisherige Lebensweise, mußten mit Besorgniß erfüllen und die Befürchtung nahe legen, daß die gute Zeit, deren sich das Land seit dem Erlaß der Verfassung von 1833 unter der Verwaltung des Herzogs von Cambridge erfreut hatte, zu Ende gehen werde. Das, was wirklich geschah, sah doch wohl im Ernste Niemand voraus. Kaum 14 Tage nach seines Bruders Tod, am 5. Juli 1837, erklärte der neue König in einem Patente, daß er die Verfassung nicht anerkenne, weil er in diesem weder in formeller noch in materieller Hinsicht ihn bindenden Staatsgrundgesetze eine hinreichende Gewähr für das dauernde Glück seiner Unterthanen nicht finden könne. Er werde die Stände, die schon am 29. Juni vertagt waren, wieder zusammenberufen, sobald die Prüfung dessen, was weiter zu geschehen habe, beendet sei und werde ihnen dann seine königliche Entschließung eröffnen. Unterzeichnet war dies Patent nicht von den Cabinetsministern, sondern von Herrn von Scheele, den der König, wie es in der Urkunde selbst hieß, ohne Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz in Eid und Pflicht genommen hatte.

Patent vom 5. Juli 1837.

Verschuldung des Königs.

Ueber die wirklichen Triebfedern zu dieser Einleitung eines Verfassungsbruches war man im Lande kaum in Zweifel. Die Verschuldung des neuen Königs — man sprach von drittehalb Millionen

Thalern — war bekannt; nun hatte die Verfassung von 1833 die Domänen zum Staatseigenthum gemacht und den König auf eine Civilliste angewiesen; das war es, was Ernst August vor Allem verdroß und was er rückgängig zu machen wünschte; denn im Besitze der Domänen konnte er seine Gläubiger leicht befriedigen. Diesem Verlangen mußte die Verfassung zum Opfer fallen. Die Prüfung, welche das Patent vom 5. Juli noch vorbehielt, ging natürlich im Geheimen vor sich; ihr Gegenstand war wohl wesentlich die Frage, ob es besser sei, die Constitution von 1833 als vollständig ungültig zu betrachten und einfach auf die von 1819 zurückzugehn, oder nur einzelne Bestimmungen derselben unter paßlichen Vorwänden zu verwerfen. Der erste Weg schien der bessere zu sein, und so verkündete ein zweites Patent vom 1. November 1837 dem Lande, daß die verbindliche Kraft des Staatsgrundgesetzes vom 26. Sept. 1833 von jetzt an erloschen und die bereits vertagte Ständeversammlung aufgelöst sei. Alle königlichen Diener wurden ihres Eides auf die Verfassung entbunden und die bevorstehende Einberufung der Stände von 1819 zugleich mit einer Steuerermäßigung von 100,000 Thalern angekündigt.

Stimmung im Lande.

Wohl erregte dieser schmähliche Verfassungsbruch im ganzen Lande den bittersten Unwillen; wohl dämpfte und erstickte er die Freude darüber, daß ein wichtiger Landstrich aus der (mit Jakob Grimm zu reden) zwar ehrenvollen, oft ersprießlichen, aber das Nationalgefühl herabdrückenden Verbindung mit einem fremden Reiche in das reine Verhältniß der andern deutschen Bundesstaaten übergegangen war; aber offenen Widerstand fand er nicht. „Ich unterschreibe Alles: Hunde sind wir ja doch!“ Diese Worte eines höheren Beamten waren der richtige Ausdruck einer weit verbreiteten Stimmung. „Das Eis des Schweigens überzog mit seiner Rinde hart und schmählich das ganze Land.“ Es bedurfte erst eines kühnen Beispieles, um manchem Zagenden Muth zu machen. Sieben Göttinger Professoren gaben es. Nach längeren Berathungen mit anderen Collegen, die sich zuletzt doch ausschlossen, übersandten sie am 18. November dem Curatorium der Universität eine Verwahrung, in welcher sie, „um nicht als Männer zu erscheinen, die mit Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben“, sich dauernd an ihren Eid auf die Verfassung gebunden erklärten. Die Unterschriften, fast sämmtlich Namen ersten Ranges in der deutschen Wissenschaft, lauteten: F. C. Dahlmann, E. Albrecht, Jakob Grimm, Wilhelm Grimm, G. Gervinus, H. Ewald, Wilhelm Weber. In Hannover erregte dieser Schritt den höchsten Zorn, und nicht blos beim Könige persönlich. „Wir haben es nicht gewagt zu widersprechen, und sieben Professoren nehmen es sich heraus! so murrten die hohen Beamten. Vollends die Collegen der Protestirenden fühlten sich zum Theil sehr unangenehm berührt und fürchteten, der Allerhöchste Zorn werde mit den Schuldigen auch die Unschuldigen, d. h. die ganze Universität, treffen. Dadurch ließen sich der Prorector Bergmann und die Decane, unter ihnen Männer wie Herbart und Gieseler, verleiten, bei einer Audienz,

Die Göttinger Sieben.

welche sie Namens der Universität von dem Könige auf dem Jagdschlosse Rothenkirchen erbaten, das Verhalten ihrer Collegen zu mißbilligen; wenigstens stellte die amtliche Zeitung die Sache so dar und die Mitglieder der Deputation wagten nicht öffentlich die falschen Angaben zu berichtigen. Das war für einige Männer, welche sich dem Schritte der Sieben als verfrüht nicht hatten anschließen wollen, doch zu viel; sechs Professoren, Otfried Müller an der Spitze, erklärten am 13. December, daß sie keineswegs, wie aus dem Verhalten des Prorectors geschlossen sei, die Gesinnungen ihrer sieben Collegen mißbilligten. Aber auch über Göttingen hinaus wirkte die Verwahrung vom 18. November. Dahlmann hatte einige Abschriften davon genommen, sie Jacob Grimm und Gervinus mitgetheilt, und alle drei hatten sie an Verwandte geschickt. Dadurch oder auf andre Weise kam sie in die Casseler Zeitung und so in alle andern Blätter. Diese Veröffentlichung verdroß Ernst August ganz besonders; auf sie berief er sich vorzugsweise bei seinem weiteren Vorgehen. Ein günstiger Zufall schien ihm noch eine Waffe gegen die Sieben in die Hände zu spielen. Am Tage des Protestes selbst, am 18. November, hatten pariser Blätter die Nachricht gebracht, daß sieben Göttinger Professoren dem neuen Könige den Huldigungseid verweigerten. Die Zahl stimmte auffallend, aber doch nur von ungefähr; denn noch am Abend des 17. wußte keiner der Unterzeichner, ob sie ihrer 5 oder 7 oder 13 sein würden. In den Augen des Königs aber galt dies Zusammentreffen als Beweis, daß die Sieben wegen ihres Schrittes mit Frankreich in Verkehr gestanden. Ihre Verwahrung dagegen, vom 11. December datirt, kam zu spät; an demselben Tage hatte der König mit Umgehung der gesetzlichen Formen ihre Absetzung befohlen und den dreien, welche die Versendung von Abschriften eingeräumt, Dahlmann, J. Grimm und Gervinus, die Wahl gestellt, binnen drei Tagen das Land zu verlassen oder der Abführung an einen andern Ort des Königreiches behufs weiterer Untersuchung gewärtig zu sein. Sie zogen das erstere vor und verließen die Stätte ihrer Wirksamkeit unter rührenden Ehrenbezeugungen seitens der Studenten, die sich massenhaft an der hessischen Grenze in Witzenhausen eingefunden hatten, um dort von ihnen Abschied zu nehmen, ja die 50 an der Zahl ihnen bis Cassel das Geleit gaben, wo sie freilich alsbald von der Polizei zurückgeschickt wurden. Auch Dahlmann und Gervinus duldete man dort nicht, sondern wies sie zur sofortigen Weiterreise an; Grimm, als einen geborenen Hessen, mußte man sich schon gefallen lassen.

Die öffentliche Meinung.

Wenn irgend etwas die Vertriebenen über ihr persönliches Mißgeschick trösten konnte, so war es die Theilnahme, welche ihnen im ganzen Vaterlande entgegengetragen wurde. Alle Kreise, alle Parteien, alle Stämme einigten sich in der unbedingten Verdammung des Königs, in der lauten Anerkennung der Sieben; die öffentliche politische Meinung, scheinbar schon erstorben, wurde wieder lebendig und trat als Macht auf. In Leipzig bildete sich sogleich ein „Göttinger Verein", um durch Geldsammlungen die Vertriebenen zu

unterstützen. Der Gedanke fand begeisterten Anklang; von Königsberg bis Freiburg bildeten sich Zweigvereine; mit den großen Handelsplätzen wetteiferten die kleinen thüringischen Flecken; selbst aus den Göttinger Professorenkreisen liefen Gelder ein; aus der Schweiz, aus England, aus Italien sandten dort ansässige Deutsche ihren Beitrag. Bis 1842, wo endlich auch Dahlmann wieder eine Anstellung fand, waren im Ganzen über 22,000 Thaler zusammengebracht, mehr als man brauchte, so daß der Ueberschuß zur Unterstützung der Familie des gefangenen Jordan in Marburg verwandt werden konnte. Gelegentlich der Uebersendung von Beiträgen oder selbständig sprachen zahllose Adressen den Märtyrern der Eidestreue freudige Anerkennung aus; Hamburg, Leipzig, Schleswig-Holstein gingen vorauf; besondre Berühmtheit aber gewann die Elbinger Adresse. Der erste Unterzeichner, Jakob von Riesen, theilte eine Abschrift dem preußischen Minister des Innern von Rochow mit. Der aber nahm sie trotz der schmeichelhaften Wendung — in Preußen, wo der Monarch stets das Beispiel der Ehrfurcht vor den Gesetzen gebe, sei ein solcher Gewaltstreich nicht möglich — mit „unwilligem Befremden" auf, da es dem Unterthanen nicht gezieme an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu legen". Von diesem Tage, dem 15. Januar 1838, an wurde der „beschränkte Unterthanenverstand" des preußischen Ministers ein geflügeltes Wort der deutschen Sprache. Auch dichterische Größe fehlte den Sieben nicht. Fürwahr, sang Anastasius Grün, der Oestreicher,

> Fürwahr, wo solche Männer fort verbannt, landflüchtig, reisen,
> Müßt strafend ihr nicht aus dem Land, nein in das Land verweisen.

Die deutschen Regierungen.

Aber in den Kreisen, auf die schließlich bei der geringen Macht der öffentlichen Meinung doch Alles ankam, in den Regierungen war man den Göttingern entweder feindlich, oder wagte doch nicht offen für sie einzutreten. Nur unter den süddeutschen Cabinetten fanden sich muthigere Freunde. Besonders der König Wilhelm von Würtemberg bewährte seine unabhängige Gesinnung und verlieh Ewald eine Professur in Tübingen. Der König von Sachsen hatte sich anfangs auch sehr geneigt vernehmen lassen, so daß Dahlmann Vorlesungen in Leipzig ankündigte und sich auf eine Anstellung Hoffnung machte. Indessen der Monarch wurde bald eingeschüchtert und verhinderte durch seine Censur sogar den Druck der Rechtfertigungsschriften, welche Dahlmann, Ewald und Jakob Grimm verfaßten; nur die juristische Erörterung Albrechts ging durch; die andern mußten, um zum Drucke zu gelangen, nach Basel wandern. Von da aus traten sie freilich trotz des Verbotes vieler Regierungen einen Triumphzug durch ganz Deutschland an und befeuerten durch ihre sittliche Wärme und Kraft nochmals die allgemeine Begeisterung.

Eingaben an den Bundestag.

An moralischer Bedeutung kamen dem Schritte der Göttinger Sieben die Nachahmungen nicht gleich, zu denen er andere hannoversche Beamte und Körperschaften trieb; an praktischer Wichtigkeit aber konnten diese ihn leicht überholen. An die Spitze der Bewegung im

Lande selbst stellte sich der Osnabrücker Magistrat, dessen Seele Stüv war. Er leistete die verlangte Huldigung nur unter der gleichzeitige Verwahrung, daß er damit nicht auf die Verteidigung des Grund gesetzes von 1833 verzichte, und wandte sich mit einem Proteste a den Bundestag. Einen ähnlichen Schritt that die Mehrheit de Ständeversammlung von 1819, die im Februar 1838 zusammen getreten war, sich für unberechtigt erklärte, die Verfassung von 183 aufzuheben und den Bundestag am 25. Juni ersuchte, seinerseits z entscheiden, welches Gesetz gültig sei, das von 1833 oder das vo 1819. Sogleich schickte der König sie erzürnt nach Hause, ohne da sie das Budget berathen hatte. Daraus folgerte der Osnabrück Magistrat, daß die Regierung keinesfalls berechtigt sei, die Steuer zu erheben; denn beide Verfassungen verlangten dafür die Einstimmun der Stände. Stüve wandte sich daher an die juristischen Facultäte und bat um ein Gutachten; Heidelberg, Jena und Tübingen en sprachen der Aufforderung und pflichteten der Meinung des Magistrate bei, besonders entschieden Tübingen. Mit seiner gewöhnlichen U besonnenheit forderte nun Ernst August von der würtembergische Regierung die Absetzung der Verfasser dieses Gutachtens, natürli umsonst. Aber damit war für die gute Sache noch wenig gewonne die Entscheidung lag bei der hannoverschen Ständeversammlung un beim Bundestage. Der letztere faßte zunächst einen halben Beschluß er wies am 6. September 1838 die Eingabe der Osnabrücker a weil sie nicht zur Beschwerdeführung berechtigt seien, forderte aber d hannoversche Regierung zu Mittheilungen über die Sachlage au selbst der östreichische Gesandte erklärte, daß er über den materielle Streitpunct noch durchaus kein Urtheil fälle und wünschen müsse, da sein hannoverscher College diese Verwahrung seiner Regierung mi theile. Immerhin war also noch nicht jede Hoffnung eines günstige Entscheides geschwunden. Auch das Land hielt sich noch gut; Steue verweigerungen kamen allerdings nur vereinzelt vor, doch die Wahle für den Landtag von 1839 fielen durchaus oppositionell aus. Vo 73 Vertretern stellten sich nur 28 ein. Die Stände mußten al vertagt und Nachwahlen veranstaltet werden. Die Verfassungstreue enthielten sich nun der Theilnahme; es waren ausgesprochene Minder heitswahlen; hier und da erschien nur ein einziger Wähler; abe trotzdem hatte die Regierung Mühe, eine beschlußfähige Zahl vo Abgeordneten (37) zusammenzubringen und setzte auch bei diesen nic mehr durch als eine Adresse, welche die Bereitwilligkeit zu einem Ve gleiche aussprach. Ernst August fühlte sich sehr unbehaglich, schimpft auf das „Federvieh", die Professoren, die ihm soviel zu schaffe machten, titulirte die städtischen Behörden von Hannover Esel un verbot bei einer Krankheit die Ausgabe von Bulletins, weil die — sich ja doch über sein schlechtes Befinden nur freuen würden. Ei wahres Labsal war ihm daher der zweite Bundestagsbeschluß, der ei volles Jahr nach dem ersten, am 5. September 1839, zu Stand kam. Nicht ohne heiße Kämpfe. Der ganze Bund könne darübe auseinandergehen, meinte im Juli der hamburgische Gesandte Siev

Die hannoverschen Stände.

Die Entscheidung in Frankfurt.

lung; hauptsächlich Preußen halte den König, weniger schon Oestreich; die Andern seien alle mehr oder minder gegen ihn, Baiern an der Spitze. Es sei eine Spaltung wie in zwei Häuser, Oestreich und Preußen stellten gleichsam das Oberhaus vor, die Andern das Unterhaus. Diese zuversichtliche Auffassung behielt aber doch nicht Recht; als die Stunde der Entscheidung schlug, besaßen die Großmächte die Mehrheit; nur 6 Stimmen, Baiern, Würtemberg, Baden, Darmstadt, Thüringen, die freien Städte, standen zu der guten Sache; die andern entschieden, es sei keine Veranlassung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hannovers vorhanden. Nun konnte es kaum noch zweifelhaft sein, daß auch der Widerstand des Landes bald erlöschen werde. Die Ständeversammlung von 1840 wies eine regierungsfreundliche Mehrheit auf. Ein Verfassungsentwurf, welchen der König vorlegte, erhielt mit geringen Aenderungen die Zustimmung der Versammlung; die Domänen wurden wieder königliches Eigenthum; das Gesetzgebungsrecht der Stände schrumpfte zu einer bloßen Begutachtung zusammen, ihre Sitzungen büßten die Oeffentlichkeit ein, die Ministerverantwortlichkeit wurde aufgehoben. Kurz, der Triumph des verfassungsbrüchigen Monarchen war für den Augenblick vollkommen. Dem schärfer Blickenden aber mochte es nicht entgehen, daß der letzte Erfolg des dreijährigen Kampfes doch der liberalen Sache zu Gute kam, daß nicht in Hannover allein das Königthum schweren Schaden gelitten und daß jener Geist des Vorwärtsstrebens, der Reform, den die Bundesbeschlüsse von 1834 wirksam zurückgedrängt hatten, wieder mächtig an Boden im Volke gewonnen habe.

Die Entscheidung im Lande.

Der Ultramontanismus und die Cölner Wirren.

Nicht wenig hatte dazu freilich eine zweite Kette von Ereignissen beigetragen, der seit dem Jahre 1837 entbrannte Kampf zwischen Preußen und dem Ultramontanismus. Um dessen Ursprung und Bedeutung zu erfassen, müssen wir bis zum Beginn unserer Geschichtserzählung zurückgreifen. Zur Zeit der Befreiung Deutschlands vom französischen Joch herrschte innerhalb des deutschen Katholicismus ein friedlicher und versöhnlicher Geist. Das Zeitalter der Aufklärung hatte auch in der römischen Kirche seine Früchte getragen. Allerdings konnte der Rationalismus in ihr nicht so tiefe Wurzeln schlagen wie in der evangelischen Theologie, aber ein weites Gebiet hatte er sich doch auch hier erobert. Erlebte man es doch in Wien, daß ein katholischer Professor vom Katheder herab die Gottheit Christi leugnete; las man doch in einer Zeitschrift, die unter der Leitung Wessemberg's, des Generalvicars von Constanz, erschien, daß die Lehre von der Brotverwandlung ungereimt und die vom Fegfeuer fantastisch, daß die Anrufung der Heiligen Aberglaube und die Verehrung der Bilder Götzendienerei sei. Katholische Gelehrte arbeiteten mit protestantischen um die Wette an der Prüfung der Aechtheit biblischer Bücher, und katholische Theologen vermaßen sich, die Wahrheit der Kirchenlehre nicht aus ihrer Natur als einer geoffenbarten, sondern aus philo-

sophischen Systemen zu erweisen. Unter ihnen galt als Haupt und Führer der Professor Hermes, der bis 1820 in Münster und dann in Bonn wirkte, und einen so bedeutenden Einfluß übte, daß alle seine Collegen in Bonn sich zu seiner Lehre bekannten und die Mehrheit der Geistlichen in der Rheinprovinz seinen Spuren folgte, daß Erzbischöfe und Bischöfe zu seinen Freunden und Beschützern gehörten.

Reformbestrebungen.

Und nicht blos in der Wissenschaft machte sich diese reformatorische Richtung geltend; neben ihr her ging eine andere, welche vor Allem die Gebräuche der katholischen Kirche bessern und eine Annäherung an den Protestantismus suchen wollte. Nicht ganz selten waren die Fälle, daß katholische Theologen, ja daß ganze Gemeinden, wie die Zillerthaler in Tirol, mit ihren Geistlichen ihren Glauben verließen. Andere begnügten sich damit, auf eine nationalere Form des Katholicismus zu drängen, wie Wessemberg, indem er den deutschen Kirchengesang forderte, oder die schlesischen Pfarrer, wenn sie die deutsche Messe verlangten. Besonders machte sich ein lebhafter Gegensatz gegen die Ehelosigkeit der Geistlichen geltend. Einzelne katholische Pfarrer verheiratheten sich eigenmächtig, andere begannen, z. B. in Schlesien oder im Bisthum Trier, eine lebhafte Bewegung für die gesetzliche Abschaffung derselben; die süddeutschen Kammern erhielten fast in jeder Sitzungsperiode Bittschriften in diesem Sinne, darunter eine, die von mehr als 156 katholischen Priestern unterschrieben war, und zu deren Gunsten der badische Landtag einen Beschluß faßte. Sehr verbreitet war die Begünstigung der gemischten Ehen und fast nirgends wurde die Bedingung, unter der allein Rom sie gestattete, streng innegehalten: die Forderung des Versprechens, daß alle Kinder katholisch erzogen werden sollten. Auch ein freundschaftlicher Verkehr mit den protestantischen Geistlichen war mehr die Regel als die Ausnahme. Zwischen gleichartigen Richtungen beider Bekenntnisse fand sogar eine sehr lebhafte gegenseitige Beziehung statt, so in den mystisch-pietistischen Kreisen, denen auf katholischer Seite vorzugsweise der Regensburger Bischof Sailer angehörte. Auch an solchen katholischen Prälaten fehlte es endlich nicht, die ohne jedes religiöse und kirchliche Interesse sich in behaglichem Wohlleben gefielen und zu allem eher bereit waren, als zu einem Märtyrerthum für ihre Kirche. Wenn solche Geistliche dem Katholicismus weder zur Ehre noch zum Segen gereichten, so waren sie andererseits doch auch die allerletzten, die den Frieden zwischen den Bekenntnissen gestört hätten.

Die streng-katholische Partei.

Gegenüber dieser Laßheit in sittlicher, dogmatischer und kirchenpolitischer Hinsicht bildete sich natürlich auch ein beträchtlicher und in seinem innersten Kerne ehrenhafter Widerstand heraus, der in mannigfach verschiedenen Farben spielte. So lebten in Münster die Brüder von Droste-Vischering. Der eine von ihnen war Bischof und trotz seiner persönlich strengen Ansichten doch durchaus versöhnlich; der zweite, Clemens August, verfocht schon 1817 in einer eigenen Schrift die Rechte der Kirche gegenüber dem Staate, und berief sich als General-Vicar von Münster bei seinen der Regierung mißliebigen Schritten auf das Gebot des heiligen Geistes in seinem Innern. Er

lebte in fortwährendem Kampfe mit der Regierung und besonders mit dem Oberpräsidenten von Vincke, wo denn ein Eisenkopf gegen den andern stand, bis der friedfertige Bischof sich einen anderen General-Vicar aussuchte. In den Rheinlanden war der Hauptvorkämpfer des kriegerischen Katholicismus Joseph Görres. In ihm waren Religion und Politik vollkommen zur Einheit verschmolzen, Begeisterung für den Katholicismus und Haß gegen das protestantische Preußen nur die entgegengesetzten Pole desselben Gefühles. Als vorgeschobener Posten stand er in vielfacher Berührung mit dem Hauptquartier der katholischen Preußenfeinde, das sich in Frankfurt am Main gebildet hatte und in seiner Mitte besonders einige bedeutende Convertiten, wie Friedrich von Schlegel, die Brüder Schlosser u. A., zählte. Diese hatten, so kann man wohl sagen, Fühlung mit Allem, was auf die Wiederbelebung des strengen Katholicismus hinarbeitete. Sie kämpften gegen Wessemberg, der eine deutsche Nationalkirche unabhängig von Rom zu gründen strebte, und gegen Sailer, der nach einer Gemeinschaft der Heiligen aus allen Bekenntnissen trachtete. Sie kämpften für äußere und innere Kräftigung der Geistlichkeit durch Begründung von Bibliotheken und Vermehrung ihrer Einkünfte. Sie arbeiteten an dem, was sie Freiheit der Kirche nannten, indem sie die Bisthümer direct unter Rom stellen und so einrichten wollten, daß sie möglichst wenig mit den Landesgrenzen zusammenfielen, so daß ein deutsches Ländchen aus Theilen von drei, vier Bisthümern und ein Bisthum aus Theilen von drei, vier Ländern bestände. Sie

Wunderthäter.

begünstigten ganz besonders auch das Wallfahrtswesen, die Wunderthäter und Wundererscheinungen, die in nicht geringer Zahl in diesen Jahren zum Troste der Gläubigen ans Licht traten. Die ganze, während des napoleonischen Kaiserthums zu Grabe getragene Mirakelwelt mußte wieder auferstehen. Die alten wunderthätigen Muttergottesbilder wurden neu aufgeputzt mit Seide, Wachsperlen, echtem und Modegold, der ganze Reliquienvorrath wieder hervorgeholt und abgestäubt; mit Fahnen und Gesang setzten sich die bisher verbotenen Processionen in Bewegung, und die Wallfahrtsstädte und Mirakelorte hallten Hosianna. Der mystischen Romantik, die bis in die zwanziger Jahre eine so weite Verbreitung hatte, war solche Umwandlung eine wahre Herzensfreude und ihre Häupter suchten mit Emsigkeit nach Wundern und Wunderthätern, die sie verherrlichen könnten. Die Gräfin Stolberg vertrieb in Münster ihre Gnadenheller und Wunderpfennige, welche die Mutter Gottes einer Nonne im Traume übergeben haben und deren Heilkraft sich vom Husten und Schnupfen bis zum Podagra, ja zur Cholera erstrecken sollte. Clemens Brentano pries die Nonne von Dülmen, die Jahre lang von Nichts als Wasser und geschabten Aepfeln lebte und jeden Freitag — zwei Aerzte bezeugten es — aus den Wundenmalen des Herrn blutete. Mehr noch als sie, war das tyroler Wunderfräulein Marie von Mörl begnadigt; denn an jedem Freitag war es ihr vergönnt, den Todeskampf des Heilandes zu durchleben, um die dritte Stunde zu sterben und mehrere Stunden todt zu bleiben. Das größte Aufsehen von allen Wunder-

thätern erregte jedoch der Fürst Alexander Hohenlohe mit seinem Begleiter, dem Bauern Martin Michel, der die Gräfin von Schwarzenberg von ihrer Lahmheit und den Kronprinzen von Baiern von seiner Schwerhörigkeit heilte, bis endlich die Polizei sich trotz des hohen Patienten ins Mittel legte und dem Unfug ein Ende machte.

Bekehrungen.

Derselbe romantische Zug, welcher dies Mirakelwesen förderte, veranlaßte auch zahlreiche Bekehrungen von Protestanten zum Katholicismus; neben Dichtern, Gelehrten und Künstlern, deren Zahl nicht gering war, gelang es auch zwei deutsche Fürsten, den Herzog Friedrich von Gotha (noch als Erbprinzen) und den Herzog von Köthen mit seiner Gemahlin, zu bekehren. Der letztere ging dann sogar soweit, sich in sein protestantisches Ländchen sechs Bettelmönche zu verschreiben, die weitere Bekehrungen herbeiführen sollten. Den vertrauteren Verkehr mit Rom vermittelte in Deutschland der Nuntius in München. Bei ihm liefen die Klagen über unrömisches Wesen katholischer Prälaten aus ganz Deutschland zusammen und er erledigte sich seines Amtes mit so viel Eifer, daß z. B. der Erzbischof von Cöln die Hülfe des preußischen Gesandten in Rom anrufen mußte, um den Anschwärzungen, die gegen ihn erhoben wurden, zu entgehen. Die Fäden aber, welche von München aus gesponnen wurden, gingen bis in das preußische Cultusministerium, wo der Geh. Rath Schmedding das eifrige Werkzeug der päpstlichen Partei und zugleich in katholischen Kirchensachen der einflußreichste Mann war.

Die Jesuiten.

Im Hintergrunde dieser ganzen Bewegung standen die Jesuiten, denen offen hervorzutreten noch nicht vergönnt war. Denn obgleich Pius VII. sie 1814 wiederhergestellt hatte, so waren sie doch, außer in Neapel und Sardinien, nur in Spanien und einigen schweizer Cantonen zugelassen worden, und fanden selbst in Oestreich erst seit 1836 Aufnahme. Die Politik der päpstlichen Curie aber beherrschten sie schon jetzt vollkommen und leiteten sie im Geiste der anmaßlichsten Rücksichtslosigkeit. Pius VII. selbst hatte eingestehen müssen, daß er den akatholischen Fürsten, besonders denen von Rußland und Preußen, zum guten Theil seine Wiedereinsetzung zu danken habe. Gleichwohl lag ihm Nichts ferner als durch freundliches Entgegenkommen ihnen seinen Dank zu beweisen. Die Lage der katholischen Kirche in Preußen und in ganz Deutschland bedurfte dringend einer Neugestaltung; denn die alten Formen derselben waren mit dem Untergange des Reiches zu Grabe getragen und man konnte nicht daran denken, sie einfach wieder ins Leben zu rufen. Daß der Papst sich den Anschein gab, als ob er dies doch für möglich halte, und daß er auf dem wiener Congreß kurz und gut die Erneuerung des alten römischen Reiches deutscher Nation und die Herstellung der geistlichen Staaten, die 1803 beseitigt waren, forderte, erregte doch überall nur mitleidiges Lächeln. Auch fügte man sich in Rom in das Unvermeidliche und begann mit den deutschen Staaten Unterhandlungen über die künftige Stellung der Staatsgewalten zu der päpstlichen Kirche. Da der deutsche Bund in seiner Gesammtheit mit

Die katholische Kirche in Deutschland.

dieser Frage nichts zu schaffen hatte, so verhandelten Preußen, Baiern und Hannover jedes für sich, während die meisten übrigen Staaten sich in Frankfurt darüber verständigten, gemeinsam vorzugehen. Nur Baiern brachte seine Verhandlungen schon 1817 zum Abschluß, indem es mit großer Bereitwilligkeit den päpstlichen Forderungen nachgab, und ein Concordat abschloß, durch welches der römischen Kirche alle die Rechte gewährleistet wurden, die sie nach göttlicher Anordnung und den kirchlichen Satzungen zu genießen habe. So wurde die Erziehung der Geistlichen ohne jede Ueberwachung des Staates den Bischöfen anvertraut; es wurde ihnen die Aufsicht über die Volksschulen übertragen; ihre Strafgewalt unterlag keinen Beschränkungen; ihr Verkehr mit Rom war jeder Kenntnißnahme der Regierung entzogen; Bücher, die sie für unchristlich und gefährlich erklärten, mußten vom Staate unterdrückt werden, und jede Veränderung dieser und der übrigen Bestimmungen des Concordats, ja jede Auslegung und Deutung derselben wurde von der Zustimmung des Papstes abhängig gemacht. Der inhaltsschwere Sinn dieser letzten Verpflichtung trat schon nach kaum einem Jahre an den Tag, als Baiern seine Verfassung erhielt und der Papst gegen diese Einspruch erhob und den Geistlichen verbot, dieselbe zu beschwören, weil durch sie das Concordat verletzt werde. Gegen solche Anmaßung lehnte sich zwar zuerst selbst der gut katholische König auf, aber nach mehrjährigen Verhandlungen fügte er sich und gab die s. g. Erklärung von Tegernsee ab, wonach der Eid auf die Verfassung zu nichts verpflichtete, was den katholischen Kirchensatzungen entgegen war. Solche Erfahrungen und Beobachtungen waren nicht geeignet, Preußen und die anderen deutschen Staaten zum Abschluß von Concordaten geneigt zu machen. Sie begnügten sich vielmehr damit, Vereinbarungen über die Zahl, den Umfang, die Dotation und die Besetzung ihrer Bisthümer mit dem Papste zu treffen, und die s. g. Circumscriptionsbullen, in welchen dieser das Nöthige anordnete, unter Vorbehalt ihrer Hoheitsrechte und der Rechte ihrer evangelischen Unterthanen zu bestätigen. Preußen that dies 1821, Hannover 1824, die übrigen Staaten, welche zu der s. g. oberrheinischen Kirchenprovinz vereinigt wurden, 1821 und 1827. Das Ergebniß war die Begründung von 15 Erzbisthümern und Bisthümern in dem nichtöstreichischen und nichtbairischen Deutschland. Vier davon fielen auf das westliche Preußen, das Erzstift Köln mit den Bisthümern Trier, Münster und Paderborn; vier auf das östliche: Breslau, Ermeland, das Erzstift Posen-Gnesen und Culm; zwei auf Hannover: Hildesheim und Osnabrück; fünf auf die oberrheinische Kirchenprovinz: Freiburg als Erzbisthum und als Bisthümer Mainz, Fulda, Limburg und Rottenburg. Die Wahl der Kirchenfürsten wurde fast überall den Domcapiteln überlassen mit der Bedingung, daß sie keine dem Landesfürsten ungenehme Person und keine Ausländer wählen dürften. In der That gelangten denn auch auf fast alle Stühle Männer, die mit ihren Regierungen in friedlichem Einvernehmen zu wirken wünschten und verstanden. Es möge nur ein recht deutliches Beispiel angeführt werden. Am 30. Juni

Das bairische Concordat.

Die Circumscriptionsbullen.

Die Haltung der Bischöfe.

1830 richtete Papst Pius VIII. an die fünf Bischöfe der oberrheinischen Provinz ein bittres Klageschreiben darüber, daß sie gegen gewisse angebliche Uebergriffe ihrer Regierungen keine Schritte gethan, und nicht einmal ihm, dem Papste, davon Anzeige gemacht hätten; ja er schuldigte den einen derselben an, diesen Neuerungen durch Beifall und Beihülfe Ansehen und Kraft verliehen zu haben. Die Klage war so unbegründet eben nicht; denn die Regierungen waren so weit gegangen, wie nur je sonst eine Regierung; sie hatten unter Anderm die sämmtlichen Einrichtungen der katholischen Kirche zwar bestätigt, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, diese Bestätigung jederzeit auf gesetzlichem Wege zurücknehmen zu können, ohne darüber erst mit der Kirche zu verhandeln. Dennoch hatte das eindringliche Ermahnungsschreiben des Papstes nur bei dem Bischof von Fulda so viel Einfluß, daß er sich zu einem Protest bei seiner Regierung verstand; die anderen vier hielten es nicht einmal einer Antwort für werth; ja der besonders scharf getadelte Bischof von Mainz fuhr fort, seine Regierung in ihrer Haltung zu bestärken und der von Rottenburg stimmte als Mitglied der würtembergischen Kammer gegen den Antrag eines Laien, der die Minister auffordern wollte, jene vom Papste gerügten Neuerungen wieder aufzuheben. Wenn man solche Thatsachen bedenkt oder auch die andere, daß der Bischof von Regensburg 1818, trotz des päpstlichen Verbotes, den Eid auf die bairische Verfassung ablegte, so empfindet man doppelt stark den Umschwung, der seit jenen Zeiten in der Haltung des deutschen Episcopates sich vollzogen hat.

Die preußische Regierung und Rom.

Auch die preußische Regierung stand damals mit allen ihren Bischöfen im besten Einvernehmen; aber auch mit der päpstlichen Curie hatte sie sich auf einen recht guten Fuß gesetzt. Die Summen, welche sie 1821 für die Ausstattung der Bisthümer bewilligte, waren so reichlich ausgefallen, daß sie hinter den kühnsten Erwartungen nicht zurückblieben. Obendrein hatte der König während der Verhandlungen und bei der Bekanntmachung unumwunden erklärt, daß er diese Bewilligungen nicht als eine der römischen Kirche erwiesene Gnade, sondern als die Erfüllung einer wohlbegründeten Verpflichtung ansehe, und hatte obendrein versprochen, vom Jahre 1833 ab, wo die preußischen Domänen zum Theil wenigstens aufhörten, als Hypothek für die Staatsschulden zu dienen, Waldungen und anderen Grundbesitz den Bisthümern als Eigenthum zu überweisen, damit dessen Ertrag an die Stelle der einstweilen jährlich baar zu bezahlenden Unterhaltungssummen trete. Papst Pius VII. nahm denn auch gar keinen Anstand, das Verhalten des preußischen Königs als wunderbar zu bezeichnen und einzugestehen, daß gegen einen katholischen Fürsten, der sich protestantischen Wünschen gegenüber so willfährig gezeigt hätte, das Verdammungsurtheil nicht ausbleiben könnte. Auch von seinem Nachfolger Leo XII. erzählt uns Bunsen, daß er, Hände und Augen zum Himmel erhebend, die besondere Gnade der Vorsehung gepriesen habe, die sich in diesen Maßregeln Preußens kund gebe. Auch was der König im Einzelnen nach und nach für die katholische Kirche be-

sonders in den Rheinlanden that, mußte zum Danke stimmen. So gründete er dort zwei große katholische Priesterseminare; er verbesserte, zum Theil aus seiner eigenen Kasse, die Gehalte der am schlechtesten bezahlten Geistlichen; das Budget für den katholischen Klerus der rheinischen Lande stieg zwischen 1813 und 1838 von 163,000 auf 259,000 Thaler; der König persönlich steuerte von 1824 bis 1836 165,000 Thaler zum Ausbau des Cölner Domes bei; er genehmigte die Abhaltung von Processionen auch in Orten mit gemischter Bevölkerung; er gestattete, daß die Zahl der Festtage, die in der französischen Zeit auf vier außer den großen Festen beschränkt war, auf vierzehn erweitert wurde; er verlieh den Bischöfen den Rang der ersten Staatsbeamten; er errichtete und fundirte in der einen Provinz binnen zwanzig Jahren 41 neue Pfarreien; weder den schlesischen Geistlichen, die auf Abschaffung der Ehelosigkeit und Einführung der deutschen Messe drangen, noch dem Professor Hermes in Bonn wurde seitens der Regierung Ermuthigung zu Theil; ja nach Bonn schickte das Ministerium aus eigenem Antrieb einen Professor von orthodoxrömischer Lehre, um diese nicht unvertreten zu lassen — alles Handlungen, die bei dem streng evangelischen Monarchen doppelt zwingend den Beweis führten, wie ernst er es mit seiner Regentenpflicht auch gegenüber den religiösen Bedürfnissen seiner katholischen Unterthanen nahm.

Andrerseits war er deshalb aber durchaus nicht gewillt, der römischen Kirche auf Kosten seiner Hoheitsrechte oder seiner evangelischen Unterthanen eine Erweiterung ihres Machtgebietes zu gestatten. Streng war er darauf bedacht, sich den unentbehrlichen Einfluß auf die Heranbildung des Klerus zu bewahren. Die Gymnasien und Universitäten, auf denen derselbe erzogen wurde, sollten reine Staatsanstalten sein, und bezüglich der Seminarien, in welche die jungen Geistlichen dann übergingen, behielt sich der Staat wenigstens die Ueberwachung vor. Wenn den Bischöfen zugestanden wurde, die Priester nach eigenem Ermessen anzustellen und zu entlassen, so bedurften sie doch zur Anstellung die Genehmigung der Regierung und gegen die Entlassung konnte bei dieser Beschwerde wegen Mißbrauchs des Amtes eingereicht werden. Noch besorgter verfuhr man in den Puncten, wo die katholische Kirchengewalt mit Protestanten in Beziehung trat; hier war man entschlossen, um keinen Preis Uebergriffe zu dulden und allen Anmaßungen der katholischen Geistlichkeit gegenüber das preußische Gesetz hochzuhalten. Die größten Schwierigkeiten erwuchsen in dieser Hinsicht aus den gemischten Ehen. Durch eine Declaration zum Landrecht war 1803 bestimmt, daß bei diesen die Religion des Vaters für die Erziehung der Kinder maßgebend sein solle, sofern nicht in freier Vereinbarung die Eltern etwas Anderes beschlössen; durch eine Cabinetsordre vom 17. August 1825 wurde diese Bestimmung auch für die westlichen Provinzen, wo das Landrecht nicht galt, eingeführt. Den Anlaß dazu gab das öftere Vorkommen von Fällen, wo katholische Geistliche sich weigerten, gemischte Ehen anzuerkennen, wenn der ketzerische Theil sich nicht vorher verbindlich machte, die Kinder katholisch werden zu lassen. Solch ein

Die gemischten Ehen.

Verfahren wurde nunmehr für rechtsungültig erklärt. Aber die Heißsporne unter dem Klerus gaben keineswegs nach. Da sie das Versprechen nicht mehr fordern durften, so fingen sie an, es einfach abzuwarten, und die Einsegnung der Ehe ohne weiteres abzuschlagen, wenn die Brautleute nicht die katholische Kindererziehung gelobten. Sie handelten dabei nur nach den strengen Gesetzen ihrer Kirche, welche jede Ehe mit einem Ketzer oder einer Ketzerin verwarf. Freilich war diese starre Befolgung der canonischen Vorschriften lange Zeit hindurch sehr in Abnahme gekommen, und daß sie wieder auftauchte und häufiger wurde, war der traurigste Beweis von dem Umsichgreifen der ultramontanen Grundsätze. In den altpreußischen Landestheilen am Rhein, in Jülich-Cleve-Berg, trat der Gegensatz nicht so schroff zu Tage. Hier hatte das Bedürfniß längst zu einer andern Form geführt, der s. g. passiven Assistenz, die darin bestand, daß die Brautleute, die jenes Versprechen nicht leisten wollten, vor dem katholischen Geistlichen und zwei Zeugen ihre Absicht, sich zu verehelichen, erklärten. Ein Segen der Kirche wurde ihnen dann nicht ertheilt, aber die Ehe war gültig und dem katholischen Theile konnte ihretwegen vom Priester die Absolution nicht verweigert werden. In den neuen Provinzen versagten aber viele Geistliche den gemischten Ehen nicht allein die feierliche Einsegnung, sondern auch diese passive Assistenz, ja sie enthielten dem katholischen Theile sogar den Erlaubnißschein (Losschein) vor, welchen der evangelische Prediger fordern mußte, wenn er seinerseits die Trauung vornahm, und sie verweigerten ihm im Beichtstuhle die Absolution. Das konnte die Regierung unmöglich dulden. Sie forderte also zunächst von den Bischöfen Abstellung ihrer Beschwerden. Trotz des willigen Entgegenkommens, das sie bei diesen traf, konnten dieselben aus eigener Macht nur die Verweigerung der Absolution und des Losscheines ihren Geistlichen untersagen; nicht einmal die passive Assistenz konnten sie den Priestern auferlegen, da die Constitution Benedicts XIV. vom Jahre 1741, welche sie gestattete, nur für die genannten Bezirke eingeführt war und in den andern der päpstlichen Billigung entbehrte; die feierliche Einsegnung ausdrücklich zu gestatten, hatte vollends niemals ein Papst sich entschließen können. Die deutschen Bischöfe hatten sich selbst dieses Recht genommen und es in verschiedenem Umfange ausgeübt; aber es ihren Geistlichen aufzuzwingen, wenn diese sich weigerten, dazu waren sie nicht in der Lage, wenn sie nicht eine Berufung an den Papst und dessen Mißbilligung ihrer Handlungsweise gewärtigen wollten. Sie erklärten sich indessen der Regierung gegenüber bereit, den Papst ihrerseits um Ordnung dieser Fragen zu bitten, und mündliche Aeußerungen Leo's XII. ließen über dessen Willigkeit dazu keinen Zweifel. Ihre Eingaben gingen im Frühjahr 1828 nach Rom ab und der preußische Gesandte Bunsen begann die Verhandlungen. Durch den Tod Leo's im Februar 1829 und die weniger günstige Stimmung Pius' VIII. wurden sie bedeutend verzögert; aber sie boten auch in sich große Schwierigkeiten. Freilich wenn Preußen sich hätte begnügen wollen, daß der Papst die passive Assistenz überall als gültige Form an-

Verhandlungen in Rom.

ordnete, dann wäre die Sache einfacher gewesen; dazu erklärte sich Pius im August 1829 bereit. Allein da in manchen Landestheilen bisher die feierliche Einsegnung fast allgemein üblich gewesen war, so hielt der preußische Gesandte eine solche Anordnung für einen offenbaren Rückschritt und verlangte eine Form, welche beide Verfahren zuließ, da sich ein unzweideutiges Gebot des Papstes, gemischte Ehen auch ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung unbedingt einzusegnen, in keinem Fall erwarten ließ; ja er bemühte sich selbst, solch eine Form zu suchen und in Vorschlag zu bringen. Das wurde ihm jedoch von Berlin aus verständiger Weise untersagt und um den immer dringlicheren Uebelständen in bestimmter Frist abhelfen zu können und ein Verschleppen der Sache, wie man es in Rom wohl liebte, zu verhüten, am 26. October 1829 ein sechsmonatlicher Termin gestellt, nach dessen Ablauf der König auf eigene Hand vorgehen werde. In Folge dessen erschien am 25. März 1830 ein päpstliches Breve, als Antwort auf die Eingabe der Bischöfe. Aber freilich hatte Preußen seinen Willen damit nicht völlig durchgesetzt; denn das Breve verbot die feierliche Einsegnung ohne das Versprechen der katholischen Erziehung, wenn auch in milder Form, indem es sagte, der Geistliche werde sich derselben enthalten müssen; dagegen gestand es die passive Assistenz unbeschränkt zu und erklärte überhaupt alle gemischten Ehen, die ohne die vom tridentinischen Concil vorgeschriebenen Formen geschlossen seien, also auch die blos von einem protestantischen Geistlichen (selbst ohne passive Assistenz des katholischen) eingesegneten für „zwar unerlaubt, aber gültig.“ Die preußische Regierung wollte sich indeß auch damit noch nicht begnügen und das Breve wurde dem Gesandten mit der Weisung zurückgeschickt, er solle eine günstigere Fassung zu erwirken streben. Das erwies sich aber schnell genug als ein ganz verfehltes Unternehmen. Denn mittlerweile war Gregor XVI. zum Papst erwählt und damit auch der letzte Rest versöhnlichen Geistes aus der Curie entschwunden; selbst die geringen Zugeständnisse des Breves wurden jetzt bereits als übertrieben betrachtet. Was die wirkliche Herzensmeinung des neuen Papstes war, konnte man am besten aus einem Breve an die bairischen Bischöfe ersehen, denen für jeden einzelnen Fall einer Mischehe die ausdrückliche Anfrage in Rom zur Pflicht gemacht wurde. Die preußische Regierung verlor daher durch ihre neuen Verhandlungen in Rom nur Zeit, und zwar kostbare Zeit. Denn so augenscheinlich es war, daß man vom Papste nichts weiter erreichen werde, eben so sicher war es, daß man bei den rheinischen Bischöfen auf die günstigste Deutung und die mildeste Handhabung des Breves rechnen durfte, wenn man sich schnell und vertrauensvoll [m]it ihnen in Verbindung setzte. Durch jede Zögerung erschwerte [ma]n ihnen aber ein freundliches Entgegenkommen und gab den [ul]tramontanen Führern Zeit und Gelegenheit, sie zu beeinflussen und [ein]zuschüchtern. Trotzdem knüpfte man erst im Sommer 1832, als [de]r Erlaß des bairischen Breves jeden Zweifel über die Unwillfährig[keit] des Papstes gehoben hatte, mit jenen an, und überdies durch die [Ve]rmittlung eines Mannes, der mit dem Erzbischof Spiegel persönlich

Das Breve von 1830.

Die Uebereinkunft mit den Bischöfen 1834.

verfeindet war, des früher erwähnten Geheimen Rathes Schmedding. Seiner Ungeschicklichkeit, wenn nicht seinem bösen Willen, war es zu danken, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebniß führten, obgleich der Erzbischof von Cöln durch seinen Domcapitular München ein Gutachten einreichen ließ, welches alle billigen Ansprüche des Staates durch eine freisinnige und freundliche Auslegung des Breves vollkommen befriedigte. Es bedurfte daher nur eines andern Unterhändlers von Seiten der Regierung, um das gewünschte Einverständniß zu erzielen. Dieser fand sich in der Person Bunsen's. Im Sommer 1834 wurde er von Rom nach Berlin berufen, begann am 15. Juni die Unterhandlungen mit Spiegel und konnte schon am 19. Juni eine Uebereinkunft unterzeichnen, welcher in der nächsten Woche auch die Bischöfe von Trier, Paderborn und Münster beitraten. Sie enthielt auch seitens der Regierung einige Zugeständnisse, die den versöhnlichen und vertrauensseligen Geist, der in Berlin herrschte, deutlich erkennen lassen; das wichtigste war das Versprechen, die Civilehe, die in den Rheinlanden zu Recht bestand, baldigst aufzuheben, weil dieselbe aufhöre, ein Bedürfniß zu sein, wenn der Einsegnung gemischter Ehen kein Hinderniß mehr in den Weg gelegt werde. Ein Hirtenbrief an die Pfarrer theilte denselben darauf das Breve von 1830 mit, betonte nachdrücklich, wie dasselbe eine mildere Praxis gestatte, und wies die Geistlichen an, die passive Assistenz niemals zu verweigern, sich aber nur dann auf sie zu beschränken, wenn eine katholische Braut zur Ehe schreite, obgleich sie bestimmt wisse, daß ihr Gatte entschlossen sei, alle Kinder protestantisch zu erziehen. Uebrigens sollten sie, jeder einzelne, jeden Fall selbst zu entscheiden das Recht haben und nur unter ausnahmsweise bedenklichen Umständen sich an die Bischöfe wenden. Den Generalvicariaten, welchen alsdann ihre Anfragen zu beantworten oblag, wurden gleichzeitig übereinstimmende Weisungen ertheilt, ihre Bescheide im versöhnlichsten Sinne abzufassen.

Damit schienen alle berechtigten Forderungen des Staates an die Kirche vollauf befriedigt zu sein; die neue Ordnung trat ins Leben und bewährte sich ausgezeichnet. Als der greise Bischof von Trier, von Hommer, zwei Jahre später auf dem Sterbebette lag, stattete er „nach dem Genusse des heiligen Abendmahles, im Begriffe aus dieser Zeitlichkeit abzuscheiden", noch einen Bericht an den Papst ab, in welchem er freudiges Zeugniß für die Vortrefflichkeit der neuen Einrichtung ablegte. Aber gerade bei dieser Gelegenheit sollte sich zeigen, wie verhängnißvoll der Zeitverlust gewesen, den die erneuten Verhandlungen mit Rom verschuldet hatten. Kaum war der Bischof entschlafen, so verbreiteten die fanatischen Römlinge ein zweites Schreiben, dessen Unterschrift sie ihm im letzten Todeskampfe abgepreßt hatten und das voller Gewissensscrupel über seine Handlungsweise sich äußerte. Daß diesem Schriftstücke kein Werth irgend welcher Art beizulegen sei, darüber konnte kein Zweifel obwalten; aber es war ein Zeichen, daß mit dem Ableben der versöhnlichen Bischöfe, die alle noch dem friedfertigen früheren Geschlechte angehörten, die jugendlichen

Rührigkeit der Ultramontanen.

Heißsporne den Kampf wieder aufnehmen und das mühsam gewonnene Einverständniß wieder untergraben würden. Die Gefahr, welche damit drohte, war um so größer, als die Hetzereien vom Auslande her offenkundig genährt wurden. Die ultramontane Partei, die in Belgien durch die Revolution ans Ruder gekommen war, hatte in den letzten Jahren tüchtig gearbeitet; auch von Baiern aus war in der Rheinprovinz arg gewühlt worden. Eine Brandschrift, die 1835 in Augsburg erschien, das s. g. rothe Buch, hetzte die Geistlichkeit gegen den protestantischen König und redete ihr besonders wegen der Mischehen scharf ins Gewissen. Gegen Hermes, der inzwischen gestorben war, erwirkte man ein päpstliches Breve, das ihn als Irrlehrer verdammte, und verbreitete dasselbe von Belgien aus in den preußischen Landen, obgleich es der Regierung nicht zur Genehmigung vorgelegt war. Ueberdies war inzwischen der treffliche Erzbischof Spiegel gestorben, an dem sowohl die Hermesianer wie die Vereinbarung von 1834 die beste Stütze gehabt hatten (August 1835). Bei der Wiederbesetzung seines hochwichtigen Postens verfuhr nun leider die Regierung mit einem unglaublichen Mangel an Vorsicht. Statt einen Prälaten von mildem, versöhnlichem Charakter in das bedeutsame Amt zu befördern, verfiel sie auf den starrsten, unzugänglichsten Priester, der nur irgend aufzutreiben war, auf den ehemaligen Generalvicar, nunmehrigen Weihbischof von Münster, Freiherrn Clemens August von Droste-Vischering. Und das geschah, obgleich er durch seinen Eigensinn und seine Anmaßung den Staatsbehörden früher so viel Mühe und Arbeit verursacht hatte, obgleich selbst unter den Katholiken ihm viele die Fähigkeit, Menschen richtig zu behandeln und Geschäfte gewandt abzuwickeln, durchaus absprachen, obgleich der Cardinal-Secretär Lambruschini, als Bunsen ihm die Sache mittheilte, mit naiver Freimüthigkeit in die Worte ausbrach: Ist Ihre Regierung denn toll? Aber Droste besaß einen gewichtigen Gönner, den Kronprinzen, der durch des Mannes mittelalterlich frommen Lebenswandel ganz für ihn eingenommen war. Das Ministerium schreckte freilich Anfangs vor diesem Vorschlage zurück, aber es besaß nicht Stärke genug, ihn entschlossen abzuweisen. Doch wollte es wenigstens eine Bürgschaft dafür gewinnen, daß der Candidat in der Frage der gemischten Ehen nicht von dem Verfahren seines Vorgängers abweiche. Es ließ ihm also durch einen vertrauten Freund, den münster'schen Domcapitular Schmülling, die Frage vorlegen, wie er in diesem Puncte als Bischof handeln werde. Die schriftliche Antwort lautete so befriedigend als möglich: er werde sich wohl hüten, die gemäß dem Breve getroffene Vereinbarung von 18‸4 anzutasten oder gar umzustoßen, sondern sie nach dem Geiste de‸ Liebe und Friedfertigkeit anwenden. Auf diese Erklärung hin be‸ichnete die Regierung dem Cölner Capitel den Weihbischof als ei‸ genehme Persönlichkeit, und er wurde einstimmig gewählt. Aber di‸ gegenseitige Zufriedenheit war von kurzer Dauer; bald häuften si‸ die Klagen und Beschwerden der Evangelischen und der Landesbe‸rden über das rücksichtslose Vorgehen des Erzbischofs, der jede

Erzbischof Droste-Vischering.

Seine Zustimmung zu der Uebereinkunft von 1834.

Verständigung zurückweise, und die Vereinbarung von 1834 mißachte. Dazu kamen noch einige unabhängige Klagepuncte, welche durch jenes päpstliche Breve gegen Hermes veranlaßt wurden. Da die meisten katholischen Theologen in Bonn Hermesianer waren, so wurde ihre Lehre dadurch gleichfalls verdammt. Der Erzbischof hätte nun das Breve der Regierung mit der Bitte um Genehmigung mittheilen und es dann veröffentlichen können. Das that er nicht, handelte aber gerade so, als ob er es gethan hätte, und verbot den Studirenden den Besuch aller Vorlesungen bis auf die zweier Professoren, die nicht Hermesianer waren. Und doch hatte die Regierung aus freien Stücken, wiewohl das päpstliche Breve für sie gar nicht vorhanden war, von sämmtlichen Lehrern, die in Betracht kamen, bereits die schriftliche Erklärung gefordert und erhalten, daß sie fortan in ihren Vorträgen von jeder Bezugnahme auf Hermes und seine Lehre abstehen wollten. Der Erzbischof sah in diesem weitgehenden Schritt nur ein Zeichen von Schwäche und steigerte seine Kühnheit so weit, daß er endlich 18 Sätze aufstellte, deren Unterzeichnung er von jedem Geistlichen, der geweiht werden wollte, forderte und deren letzter die Erklärung enthielt, daß der Unterzeichner sich des Rechtes vom Erzbischof anderswohin als an den päpstlichen Stuhl, d. h. also an die Regierung, Berufung einzulegen begebe. Allen diesen Uebergriffen trat nun das Ministerium zunächst mit dem Versuche freundschaftlicher Verständigung entgegen. Es berief den Gesandten Bunsen aus Rom nach Berlin und veranlaßte durch denselben, daß auch der päpstliche Unterstaatssecretär Capaccini nach Deutschland kam. Zwischen beiden Männern, denen eine Verständigung sehr am Herzen lag, und den preußischen Ministern fanden im August lange Verhandlungen statt, in denen man zu dem Schlusse kam, daß erst Capaccini vertraulich mit Droste sich berede und diesen veranlassen solle, die 18 Sätze und seine sonstigen Schritte gegen die Bonner Facultät zurückzuziehen. Dagegen verpflichtete sich die Regierung, nachher das päpstliche Breve zu genehmigen, einige mißliebige Professoren zu versetzen und den Zwang zur Theilnahme an den s. g. Kirchenparaden abzustellen, dem zur gerechten Beschwerde der Bischöfe die katholischen Soldaten unterlagen. Ueber die gemischten Ehen zu verhandeln, hatte Capaccini vom Papste keine Erlaubniß erhalten. Seine Besprechungen mit Droste fanden auch wirklich statt und schienen zu einer Verständigung geführt zu haben; Capaccini kehrte nach Rom zurück. Sogleich nach seiner Abreise beauftragte der König den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, den Grafen Anton von Stolberg, einen gut katholischen, dem Erzbischof befreundeten Mann, zu amtlichen Verhandlungen, um das mit Capaccini vertraulich Beredete verbindlich zu machen und auch über die Mischehen eine Verständigung zu erzielen; neben Stolberg wurde auch Bunsen nach Köln geschickt. Manchmal schien es, als ob ein Vergleich gelingen werde; aber im entscheidenden Augenblicke entzog sich der Erzbischof regelmäßig jedem bindenden Versprechen. Dabei bediente er sich der unzulässigsten Ausreden; bald erklärte er, daß er die Vereinbarung von 1834 nicht

Der hermesianische Streit.

Verhandlungen mit Droste.

gekannt habe, als er sie anzunehmen versprochen; bald betonte er, daß er sie nur „gemäß dem Breve von 1830“ anerkannt habe und also selbst darüber urtheilen müsse, wie weit sie demselben entspreche. Als ihm dann anheim gestellt wurde, freiwillig zurückzutreten, oder doch dem Papste die Entscheidung zu übertragen und bis dahin den Forderungen der Regierung zu entsprechen, lehnte er beides ab. Ohne Ergebniß mußten die Verhandlungen am 18. September 1837 geschlossen werden, und der Regierung blieb jetzt keine andere Wahl als ihrem Ansehen mit Gewalt Anerkennung zu verschaffen. Auch damit zögerte sie jedoch wieder länger als gut war und gab dem Erzbischof noch Zeit, die so schon nicht geringe Aufregung im Volke noch zu steigern. In Ansprachen an die cölner Priesterschaft stellte er sich als eine Art von Märtyrer dar, welcher die katholische Kirche gegen die Anfeindungen der Regierung schützen werde, und forderte sie auf, diese Worte unter ihren Mitbürgern zu verbreiten. Mündlich und schriftlich wandte er sich mit ähnlichen Darstellungen an die Zöglinge seines Seminars, an die Dechanten seines Erzstiftes, an einzelne hervorragende Geistliche der Diöcese, immer mit der Bitte, für das Bekanntwerden dieser Aeußerungen in weiteren Kreisen zu sorgen. Dieser planmäßigen Hetzerei gelang es natürlich, die gute Stadt Cöln und nicht minder das Landvolk heftig gegen die Regierung zu erbittern, deren Volksthümlichkeit trotz des Vierteljahrhunderts, das seit 1815 beinah verstrichen war, noch keine sehr tiefen Wurzeln geschlagen hatte. Ein besonders starker Ausbruch der Leidenschaft ließ sich am 23. November erwarten, dem Namenstage des Prälaten. Indeß die Regierung ließ diesen Tag nicht herankommen. Am 20. November stellte sie dem Erzbischof die letzte Wahl, entweder zu versprechen, daß er sich jeder Amtshandlung enthalten wolle, seinen Aufenthalt außerhalb seines Stiftes zu wählen und sich von dort aus mit Rom ins Einvernehmen zu setzen, — oder gewärtig zu sein, daß die Regierung ihm nach eignem Ermessen einen Wohnsitz anweise. Da Droste-Vischering das Erste ablehnte, so wurde das Zweite ausgeführt und der Prälat noch am selben Tage nach der Festung Minden gebracht, wo er in einem Privathause Wohnung nehmen durfte und übrigens mit der größten Rücksicht behandelt wurde. Die Beschlagnahme seiner Papiere, die gleichfalls beschlossen war, vereitelte sein Secretär Michelis dadurch, daß er sie in aller Eile verbrannte.

Verhetzung der Bevölkerung.

Verhaftung des Erzbischofs.

Aber nun brach ein Sturm los, gegen welchen die bisherige katholische Hetzerei nur ein sanftes Säuseln gewesen war. Es half nichts, daß des Erzbischofs eigenes Domcapitel, das ihn vor Kurzem erst gewählt hatte, beim Papste Zeugniß gegen ihn ablegte: die Rathschläge der erfahrensten und gelehrtesten Männer habe er mißachtet, die meisten, besonders die jüngeren Priester hochfahrend und gegen die kanonischen Gesetze behandelt, die von seinem Vorgänger zur Ehre und zum Vortheil der Kirche weise, gesetzlich und mühsam getroffenen Einrichtungen umzustürzen gesucht. Es half nichts, daß die preußische Regierung in der s. g. Staatsschrift aus Bunsens Feder eine klare

Sturm gegen die Regierung.

und ruhige Darlegung der gesammten Sachlage gab und dieselbe durch die Mittheilung aller in Frage kommenden Actenstücke vollkommen belegte. Eine päpstliche Allocution vom 10. December 1837 erhob den Kriegsruf; sie klagte die preußische Regierung an, die bischöfliche Würde verhöhnt, die Freiheit der Kirche verletzt, die Rechte des päpstlichen Stuhles mit Füßen getreten zu haben; sie verwarf alles und jedes Abkommen, das ohne Wissen der Curie über die gemischten Ehen getroffen sei, und rügte rücksichtslos das Verfahren der Bischöfe, welche dazu mitgewirkt hatten. Die einzige Antwort, welche die preußische Regierung auf diese geharnischte Kriegserklärung geben konnte, war die Abberufung ihres Gesandten beim Papste; dazu fand sie aber nicht den Muth, und Bunsen persönlich vergab ihrer Würde aus übergroßer Friedensliebe noch mehr durch einige beschwichtigende Erklärungen. Als auch diese durchaus nichts halfen und der Papst sich entschieden weigerte, vor der Wiedereinsetzung Drostes irgend welche Verhandlungen zu beginnen oder den Gesandten auch nur zu empfangen, bat dieser selbst um Urlaub und verließ Rom im Frühjahr 1838. Inzwischen hatte der römische Posaunenstoß in den clericalen Kreisen Deutschlands und der Nachbarländer ein jubelndes Echo gefunden; die katholische Presse bemächtigte sich des dankbaren Stoffes und erfreute sich nicht selten des lauten Beifalles der Liberalen, denen eine Niederlage der verhaßten preußischen Regierung nur erwünscht war. Der alte Görres erschien wieder auf dem Kampfplatze und verspritzte in seinem Athanasius all das Gift, das sich seit 1819 bei ihm angesammelt hatte. Sein Wohnsitz, München, wurde ein Hauptquartier der preußenfeindlichen Leidenschaft. Hatte doch in demselben Jahre die katholische Partei Baierns einen glänzenden Sieg errungen, indem das Ministerium Wallerstein dem ultramontanen Abel Platz machen mußte. Da konnte die Phantasie sich in den kühnsten Träumen ergehen; selbst die Losreißung der Rheinlande von Preußen, die Bildung eines Königreichs Rheinfranken unter einem bairischen Prinzen schien keine Unmöglichkeit mehr. Ein Gefühl der Siegeshoffnung durchzog die ganze clericale Partei; auf allen Schauplätzen begann sie den Kampf; in Sachsen, Hessen, Baden, Würtemberg, vor Allem auch in der Schweiz entfaltete sie neue Regsamkeit; die historisch-politischen Blätter, von Phillipps und dem jüngeren Görres in München herausgegeben, traten in die erste Reihe der Streiter; Katholik, Eos, Sion und eine Menge anderer Zeitschriften halfen nach Kräften; französische und belgische Blätter frohlockten über den „bisher unerhörten Geist der Freiheit und Neuerung, der von den Ufern des Rheins bis zu den fernen Gestaden des Orinoco und La Plata durch die katholische Welt fluthe“ und priesen die Elemente eines neuen rheinischen Bundes, die nur einem hartnäckig Blinden entgehen könnten. Natürlich schwiegen auch die Gegner nicht; ein lebhaftes Geplänkel in der Tagespresse und in Broschüren begann; über 200 Streitschriften erschienen; aber die Katholiken waren dabei entschieden im Vortheil. Denn die Partei, welche sie am nachdrücklichsten hätte bekämpfen können, der Liberalismus, war Jahre hindurch

Allocution vom 10. December 1837.

Die Presse.

von der Regierung geknechtet worden; ihm konnte es nicht leicht fallen, sich jetzt mit Eifer auf die Seite des Staates zu stellen; viel eher mußte sich seiner der Gedanke bemächtigen, daß der Katholicismus sein Leidensgefährte sei und daß der Sieg desselben in dem eröffneten Kampfe, wie bedauerlich auch aus anderen Gesichtspuncten, doch dem Polizeistaate gegenüber auch der Sache der Freiheit nützen werde. Vollends das Verbot des Athanasius und ähnlicher Schriften, der Versuch also, den Gegner mundtodt zu machen, konnte einen liberalen Schriftsteller nicht verlocken, als Vorkämpfer der Regierung aufzutreten und sich so in das schlimme Licht zu setzen, als ob man einen Wehrlosen, an der Verteidigung Gehinderten angreife. Der beste Beistand in dem großen Kampfe ging damit dem Staate verloren; er mußte fast ausschließlich mit seinen Machtmitteln wirken. Diese standhaft und mit Ausdauer zu gebrauchen, setzte aber einen Muth voraus, der ohne die Stütze der öffentlichen Meinung schwer zu behaupten war, besonders da die Gährung und Unzufriedenheit durch die Kühnheit der Ultramontanen auch nach dem Osten der Monarchie übertragen wurde. Das Breve von 1830 war, wie erinnerlich, nur an die vier westlichen Bischöfe gerichtet; trotzdem verlangte jetzt der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, die Erlaubniß, es auch in seinem Sprengel veröffentlichen zu dürfen, und that es im Februar 1838 ohne diese Erlaubniß, die ihm ausdrücklich verweigert wurde. Wegen dieser Auflehnung ließ ihm der König vor dem Kammergerichte in Berlin den Prozeß machen; aber er wagte es schon nicht mehr, den strengen Spruch desselben auszuführen. Die Amtsentsetzung, welche über Dunin verhängt wurde, verwandelte er in Suspension; die sechsmonatliche Festungshaft erließ er ihm ganz, unter der einzigen Bedingung, daß der Erzbischof — er befand sich grade in Berlin — nicht in seine Diöcese zurückkehre. In offenem Trotze gegen diese königliche Gnade entwich aber Dunin heimlich aus der Hauptstadt und erschien am 3. October 1839 in Posen. Nun konnte von Nachsicht keine Rede mehr sein: er wurde auf der Stelle verhaftet und nach der Festung Colberg abgeführt. Die Geistlichkeit wollte zeigen, daß sie nicht minder muthvoll sei, als ihr Oberhirt; sie ordnete eine förmliche Kirchentrauer für das ganze Stift an; die Glocken verstummten, die Orgeln tönten nicht mehr; die Wirkung auf die Massen des Volkes konnte nicht ausbleiben, wenn die Regierung nicht kräftig einschritt. Sobald sie aber dazu den Muth faßte, zeigte es sich, daß sie die Zügel in der Hand hielt; sie drohte der übermüthigen Geistlichkeit mit der Entziehung der Einkünfte (der Temporaliensperre) und brachte sie dadurch zum Gehorsam.

Erzbischof Dunin.

Freilich nicht in Bezug auf die eigentliche Streitfrage, die bedingungslose Einsegnung der gemischten Ehen. Sowohl in Posen wie am Rhein wurde diese verweigert, wenn der protestantische Theil nicht die katholische Erziehung der Kinder versprach. Aber daran war die preußische Regierung selbst Schuld. Sie bestand weder mit Nachdruck auf der Vereinbarung von 1834, noch begnügte sie sich einfach mit der passiven Assistenz, sondern sie ließ schon im Februar 1838

Die Mischehen.

den Cultusminister von Altenstein einen unverkennbaren Rückzug antreten, indem er den Priestern „bescheidene Erkundigungen" nach der Willfährigkeit der Eltern in diesem Puncte gestattete. Der eigentliche Ausgangspunct des Streites verlor dadurch einstweilen seine entscheidende Bedeutung; allein dieser selbst war nichts weniger als beendet und schon die Personenfragen, das weitere Schicksal Drostes und Dunins, machten die Lösung ungemein schwierig. In dieser Hinsicht war die Geduld des greisen Königs erschöpft; der Erzbischof Droste, so hatte er bereits in Wien erklären lassen, werde den Cölner Dom nicht wieder sehen, und wenn er hundert Jahr alt würde. In den schärfsten Worten versicherte er dem posener Clerus auf eine „ungebührliche" Immediateingabe, daß er die Religion von der Geistlichkeit und ihren Obern nicht zur Antastung der königlichen Souveränitätsrechte werde mißbrauchen lassen. Sein ganzer Herrscherstolz war tief verletzt, und da ihn überdies das Alter unzugänglich machte, so ließ sich nicht bezweifeln, daß er die verwickelte Sache ungelöst seinem Sohne hinterlassen werde.

Friedrich Wilhelm IV.

Schneller, als man noch kurz zuvor glauben konnte, ging diese Voraussicht in Erfüllung. Am 7. Juni 1840 starb Friedrich Wilhelm III. und erwartungsvoll blickten alle Augen in Deutschland auf das neue Gestirn, das in Preußen aufging. Der vielseitige Gegensatz zwischen dem Vater und dem Sohne zeigte sich bald auch in der kirchlichen Frage. Wenn Friedrich Wilhelm III. die ungefügen Prälaten zum Gehorsam zu *zwingen* entschlossen war und dabei die Forderungen des Staates selbst über das erlaubte Maß hinaus festhielt, so bemühte sich sein Sohn jene zum Gehorsam zu *begütigen* und ließ sich dabei einige Opfer an seiner königlichen Machtvollkommenheit nicht gereuen. Es fehlte ihm dabei nicht an einer gewissen überlegenen Würde, durch die er dem Nachgeben in der Sache wenigstens eine gefällige Form zu geben wußte. So gleich in den ersten Tagen seiner Regierung. Einige polnische Priester verweigerten dem verstorbenen Monarchen das Trauergeläut; die Gemeinde Inowraclaw beschwerte sich darüber bei dem Könige; und was that dieser? Er antwortete, die Gesinnungen der Liebe und Anhänglichkeit, welche sich in dieser Beschwerde aussprächen, hätten in seinem Herzen einen helleren Klang ertönen lassen, als das Trauergeläut, welches ein pflichtvergessener fanatischer Geistlicher verweigert, hätte hervorbringen können. Offenbar eine würdige Antwort, aber schwerlich eine kluge; denn sie ermuthigte die Opposition des Katholicismus, so daß im nächsten Jahre, als in Baiern die protestantische Stiefmutter des Königs Ludwig starb und der Bischof von Augsburg ein feierliches Traueramt für sie abhielt, der Papst Gregor XVI. selbst die Unverschämtheit besaß, ihm in einem Breve (vom 13. Febr. 1842) die schärfste Rüge wegen dieses „Aergernisses" zu ertheilen und ihm aufzugeben, seine Gemeinde „gegen den eitlen Trug jener Ohrenschmeichler zu schützen, welche lügnerisch ausbreiten, daß auch ein Nichtkatholik selig werden könne". König Friedrich Wilhelm IV. ging aber noch weiter. Zu den wenigen Prälaten, die noch im

Ermuthigung des Katholicismus.

Spiegel'schen Geiste wirkten, gehörte der Fürstbischof von Breslau, Graf Sedlnitzky. Ihn von seinem Platze zu verdrängen, war deshalb der lebhafte Wunsch der Curie; in Briefen, die ihm nicht durch Vermittlung der Regierung, wie die Ordnung es vorschrieb, sondern auf allerlei Umwegen zugingen, forderte Gregor XVI. von ihm, er solle abdanken. Sedlnitzky kämpfte einen schweren Kampf mit sich, aber endlich legte er — und der König billigte das — im August 1840 seinen Hirtenstab nieder. Dem starren Freiherrn von Droste war es dagegen schon Mitte Juli erlaubt worden, seinen Aufenthalt in Minden mit einem andern zu vertauschen; nur die Rückkehr in seine Diöcese blieb ihm untersagt. Daß er seinen erzbischöflichen Stuhl nicht wieder bestieg, hatte er nur seiner eigenen Halsstarrigkeit zuzuschreiben, die ihm jeden Schritt halben Entgegenkommens unmöglich machte. Graf Dunin aber, der mehr weltmännische Klugheit besaß, erreichte durch einige geschrobene Erklärungen, die er am Throne des Königs niederlegte, die Befreiung aus der Haft und die Wiedereinsetzung in seine Würde. Eine Erklärung, welche die Staatszeitung am 29. Juli brachte, wahrte dabei allerdings den bisherigen Standpunct der Regierung und versprach ohne Nachsicht gegen Jeden einzuschreiten, der den Gesetzen zuwider die Eintracht unter den Bekenntnissen zu untergraben trachte; allein das feierliche Gepränge und der laute Jubel, mit welchem der rückkehrende Erzbischof in Posen und Gnesen empfangen wurde, lehrte genugsam, daß in katholischen Kreisen dieser Ausgang als ein großer Sieg empfunden wurde, und zu allem Ueberfluß erklärte ein Hirtenbrief Dunins schon am 27. August, daß die streitigen Puncte keineswegs erledigt seien, daß er sich wegen derselben erst mit dem Papste in Beziehung setzen werde und daß bis dahin die Geistlichen gemischte Ehen überhaupt nicht einsegnen sollten. Trotzdem behandelte der König diesen wie die übrigen Bischöfe bei der Huldigung mit auserlesener Freundlichkeit, und kam ihnen vor Schluß des Jahres noch durch eine folgenreiche Neuerung entgegen, indem er im Cultusministerium einen besonderen katholischen Director für Kirchen- und Schulsachen anstellte, und dadurch den Keim zu der späteren katholischen Abtheilung legte, die erst 1871 wieder aufgehoben wurde. Andere Zugeständnisse nicht minder bedenklicher Art folgten nach, z. B. die Aufhebung des Verbotes, daß im Ausland erzogene und geweihte Priester in Preußen angestellt würden, oder die den Bischöfen am 1. Januar 1841 ertheilte Erlaubniß, direct mit Rom zu verhandeln. Auch daß in Trier als Nachfolger des schon 1836 gestorbenen Bischofs von Hommer jetzt ein Fanatiker der schlimmsten Art, Arnoldi, bestätigt wurde, der bald noch viel von sich reden machen sollte, gehörte in den Kreis dieser Zugeständnisse. Nur die Angelegenheit Drostes schien nicht ins Gleiche kommen zu wollen, obgleich der König schon wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt den Grafen Brühl nach Rom geschickt hatte, um eine Vermittlung der Gegensätze herbeizuführen. Des Königs Gedanke war, daß der Papst den Erzbischof nach Rom berufen und zum Cardinal machen, ihm in Köln aber

Sedlnitzky.

Droste.

Zugeständnisse an die Bischöfe.

Droste.

einen Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge geben solle. Die Curie wußte dieses sehnsüchtige Verlangen des preußischen Monarchen vortrefflich auszunutzen. Sie häufte Bedingungen auf Bedingungen. Jene Zugeständnisse Friedrich Wilhelms an den Katholicismus waren in Wirklichkeit Forderungen, an deren Erfüllung der Papst seine Einwilligung knüpfte, und die der König theils zaudernd, theils zuvorkommend befriedigte. Erschöpft war damit aber die Liste der päpstlichen Wünsche noch keineswegs; nur traten die anderen, wie die Preisgebung der Hermesianer und der Convention von 1834, nicht so schnell und so greifbar zu Tage. Forderungen wie die, daß der König selbst die Hälfte von Drostes Gehalt als Cardinal bezahlen und daß er demselben eine öffentliche Ehrenerklärung geben solle, gestand Friedrich Wilhelm ganz unbedenklich zu. Nur über einen Punct konnte man sich lange nicht vereinigen; das war die Frage, ob Droste selbst seinen Coadjutor in Cöln weihen solle. Der Papst und der Erzbischof verlangten, der König verweigerte es. Endlich umging man den Streitpunct dadurch, daß man zum Coadjutor einen Bischof ausersah, der gar nicht erst geweiht zu werden brauchte. Der König Ludwig von Baiern, welcher eifrig vermittelt hatte, empfahl den Bischof Geißel von Speier; die preußische Regierung willigte ein und durch ein päpstliches Breve vom 20. September 1841 wurde die Angelegenheit in dieser Weise geordnet. Der versprochene Brief des Königs an den Erzbischof sprach ihn vor allem Volke des Verdachtes revolutionärer Umtriebe ledig, und der Streit war beendet.

Der Friedensschluß.

Friedrich Wilhelms IV. Anfänge.

Bedeutung des Thronwechsels.

Nicht blos für die Erledigung der kirchlichen Wirren war der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. von eingreifender Wichtigkeit gewesen. Ein allgemein verbreitetes richtiges Gefühl lehrte, daß er mehr als durchschnittlich sonst ein Thronwechsel zu bedeuten habe. Aber was er bringen werde, das vermochte Niemand zu sagen. Der neue Herrscher war für sein Volk noch ein ungelöstes Räthsel, eine Gestalt, die zu den kühnsten Hoffnungen herausforderte und zu ernsten Befürchtungen Anlaß gab. Daß er ein Mann von hochfliegendem Geist, voll idealer Ziele, voll schwärmerischer Begeisterung für Religion, Wissenschaft und Kunst sei, daß er seinen Vater an Gaben des Verstandes, an Biegsamkeit und Geschmeidigkeit der Auffassung, an Empfänglichkeit für alles Große weit überrage, daß er den Ehrgeiz in sich spüre, durch Regententugenden und politische Schöpferkraft einen glänzenden Platz in der Reihe der Hohenzollern sich zu erwerben, das bezweifelte Niemand. Aber ob er die Festigkeit des Characters besitze, um auf der einmal betretenen Bahn unerschrocken vorzugehn, ob die übersprudelnde Laune und Lebenslust des Prinzen den rechten Eifer und die Gewissenhaftigkeit des Herrschers in ihm nicht ersticken werde, ob seine rege Phantasie, seine überspannten Ideen vom königlichen Amte, seine romantischen Liebhabereien den

klaren Blick für die Bedürfnisse der Gegenwart in ihm nicht getrübt hätten, das waren Fragen, auf welche nur die Zeit Antwort geben konnte. Nur das Eine war sicher, daß Vieles sich ändern werde. Selbst wenn der Gesammtzustand des Staates das nicht mit solch zwingender Nothwendigkeit erheischt hätte, wie er es wirklich that, wenn das zaudernde Alter des an sich schon bedächtigen letzten Herrschers und die pietätvolle Rücksicht, welche die öffentliche Meinung ihm zollte, nicht so manche unabweisliche Reformen zurückgedrängt hätten, die jetzt mit Macht in den Vordergrund treten mußten, so würde allein der Gegensatz zwischen Vater und Sohn einen bedeutsamen Umschwung herbeigeführt haben. Anstatt des gemessenen strengen Ordnungssinnes war hier launenvoll genialisches Treiben, anstatt des nüchternen hausväterlichen Nützlichkeitstandpunctes ein philosophisch angehauchter, von Poesie durchwärmter Idealismus, statt der biederen verständigen Frömmigkeit, eine begeisterte, geheimnißkeitsfreudige, mystische Religiösität, statt der zurückhaltenden einsilbigen, aber im tiefsten Grunde wohlwollenden Umgangsformen ein sprudelndes, wortreiches, herzgewinnendes Sichgehenlassen, statt der knappen strengen Soldatennatur eine empfängliche, feingebildete Künstlerseele.

Das Testament Friedrich Wilhelms III.

Den ersten Wochen der neuen Regierung kam diese gewinnende Persönlichkeit des Herrschers vollauf zu Statten; seine Anreden an die Deputationen, welche ihn begrüßten, seine schriftlichen Aeußerungen, zu denen sich mehrfacher Anlaß bot, zeigten den Schwung seiner Gesinnung und Ausdrucksweise im Glanze der ersten Morgenfrische. Besonders begeisterten die Worte mit denen er das Testament seines Vaters veröffentlichte, zwei Actenstücke, deren eines einen prüfenden Rückblick auf die Regierung des Verstorbenen warf, während das andre — An meinen lieben Fritz überschrieben — ihm unter andern Grundsätzen besonders den ans Herz legte sich eben so sehr vor der so allgemein um sich greifenden Neuerungssucht zu hüten, wie vor einer zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte. Der König ließ diese Schriften seines Vaters dem Volke, das es werth sei, solche Worte zu hören, mittheilen; es sprach sich in dieser Verfügung eine Wärme, eine Herzlichkeit aus, die bezaubern mußte. „So, sagte man sich, schrieb kein Secretär, diesen Stil wagte kein Minister, in diesen gewaltigen, schwungvollen Worten konnte nur der Schmerz eines Sohnes und das Bewußtsein eines Königs sich ergießen.“ Und denselben Geist athmeten die ersten Thaten des Monarchen. Arndt, seit 1820 suspendirt, wurde wieder in seine Professur eingesetzt;

Begnadigungen, Berufungen und Ernennungen.

Boyen, der 1819 mit Humboldt und Beyme aus dem Ministerium [...]ieden war, erhielt eine Berufung in den Staatsrath um später der Kriegsminister zu werden; dem alten Turnvater Jahn ward [...]attet seinen Verbannungsort Freiburg zu verlassen; die beiden [...]üder Grimm, die Opfer des Göttinger Gewaltstreiches, wurden in [...]rlin angestellt; nach und nach folgte die Berufung andrer Männer, [...] einen bedeutenden Namen in Wissenschaft und Kunst besaßen: [...]ec, Rückert, Schelling, Cornelius, Felix Mendelssohn: freilich waren

nicht einmal diese alle der öffentlichen Meinung lieb, geschweige denn Männer wie Stahl und Hasenpflug.

> Wir wollen ihn nicht haben
> Den Herrn von Haß und Fluch,
> Wenngleich die Schaar der Raben
> Zum Adlernest ihn trug,

so tönte es in den Straßen von Berlin, und diese Verse bereiteten dem Könige nach eigenem Geständniß den ersten schmerzlichen Tag seiner Regierung. Denn sie schonten auch seine älteren Vertrauten nicht; nur der eine Alexander von Humboldt fand Gnade vor den Augen des Volkes: die Bunsen, Radowitz, Thile, Rochow u. s. f. galten für Männer voll mittelalterlicher Ideen, deren Frömmigkeit man vorwarf, daß sie zur Schau getragen und unehrlich sei.

Wie sehr dem Einzelnen dabei auch mannigfaches Unrecht geschah, im Ganzen lernte die öffentliche Meinung doch die Lage und die Person des Königs schnell genug mit richtiger Ahnung verstehen. Nur machte sie den gewiß entschuldbaren und selbst rühmlichen Fehler, daß sie zunächst die unliebsamen Seiten in Friedrich Wilhelms Wesen aus ihm heraus zu verlegen und seine Günstlinge dafür verantwortlich zu machen strebte. Alles Erfreuliche wurde ihm voll und ganz angerechnet, besonders die Begnadigung vom 10. August, die unter andern politischen Verbrechern vor Allem auch die unglücklichen studentischen Opfer der Untersuchungscommission von 1834 dem Leben wiedergab. Mit Jubel lauschte man der erregten, herzlichen, persönlichen Redeweise, mit welcher der König bei den Huldigungen von Königsberg und Berlin vor sein Volk hintrat; die Herzen der Hörer flogen ihm entgegen, von Staunen und Hoffnung erfüllt über dieses neue, unerhörte Auftreten; selbst wer seine Worte nicht vernehmen konnte wurde hingerissen; denn schon seine Bewegungen zu sehen war ergreifend; man mußte innige kraftvolle Worte hinzudenken. Und doch drängte sich dem schärferen Beobachter wohl gleich die Frage auf, ob diese effectvolle Sprache sich fortsetzen lasse, ob Staatsangelegenheiten nicht eine andre erforderten.

Die Verfassungsfrage.

Jedenfalls konnte solch eine aufregende und belebende, hoffnungweckende Beredtsamkeit nur dann segensreich wirken, wenn ihr Thaten folgten. Und die That, welche man von Friedrich Wilhelm verlangte, war die Erfüllung des Versprechens von 1815 und 1820, war die Ertheilung einer Verfassung für den ganzen Staat. Mit vollem Ernste trat diese Forderung an den König zuerst auf dem Landtag zu Königsberg, den er berufen hatte, um die Huldigung der Provinzen Preußen und Posen entgegenzunehmen. Auf den Antrag des Königsberger Kaufmanns Heinrich beschlossen die preußischen Stände mit 90 gegen 5 Stimmen dem König die Bitte um eine Reichsverfassung vorzulegen. Seine schriftliche Antwort darauf am 9. September war mild und freundlich gehalten, versprach Entwicklung der bestehenden Provinzialstände, enthielt aber durchaus keine greifbare Zusage. Dennoch machte sie einen guten Eindruck und nährte die vorhandenen Hoffnungen. Doch zu stürmischer Begeisterung ent-

Die Huldigung in Königsberg.

flammten die Worte, welche der Monarch am nächsten Tage sprach. Die Stände hatten ihm gehuldigt; 15,000 Menschen füllten den Schloßhof; eine feierliche Stille herrschte. Da erhob er sich plötzlich von seinem Thron, trat an den Rand der Tribüne, streckte den rechten Arm wie zum Schwur empor und gelobte hier vor Gottes Angesicht und vor diesen lieben Zeugen allen, daß er ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein wolle, wie sein unvergeßlicher Vater es gewesen. Er bat Gott um den Fürstensegen, der dem Gesegneten die Herzen der Menschen zueigne und aus ihm einen Mann nach dem göttlichen Willen mache; er bat Gott um seinen Segen für das theure Vaterland: bei uns, rief er begeistert aus, ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, im Großen und Ganzen herrliche Einheit des Strebens aller Stände nach einem schönen Ziel: nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre. So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten, mannigfach und doch Eins, wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen nur ein einziges, edles ist — keinem andern Rost unterworfen, als allein dem verschönernden der Jahrhunderte!

Erlaß vom 4. October.

Von einer Verfassung war in alle dem mit keinem Worte die Rede und doch glaubte man an sie. Um so bittrer war die Enttäuschung als ein königlicher Erlaß vom 4. October dieses Mißverständniß ausdrücklich zurückwies. Die Stimmung wurde bitterer und man sah der Huldigung in Berlin, die am 15. October statt fand, mit Unbehagen entgegen. Natürlich erwartete man auch hier eine Rede des Königs; aber was konnte sie bringen, da die einzige ernstliche Forderung zum Voraus abgewiesen war? Je schwungvoller sie lautete, desto greller mußte der Abstand zwischen Wort und That erscheinen. Der feierliche Act ging diesmal in zwei Abschnitten vor sich; zuerst huldigte die Ritterschaft und Geistlichkeit im Innern des Schlosses, dann Stadt und Land auf dem Schloßhofe. Vor der Leistung des Eides ergriff hier der König entblößten Hauptes trotz Wind und Regen das Wort. Hatte er den Rittern drinnen schon gesagt, daß sie von ihm keine sogenannte glorreiche Regierung mit Geschützesdonner und Posaunenton, sondern ein einfaches, väterliches, ächtdeutsches und christliches Regiment zu erwarten hätten, so gelobte er auch draußen dem Volke, soweit seine Macht und sein Wille reiche, Frieden zu halten zu seiner Zeit. Er warb um die Liebe seiner Unterthanen, deren er nicht entrathen könne: denn die Wege der Könige seien thränenreich und thränenwerth, wenn Herz und G[illegible] ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Mit dem s[illegible]sten, klarsten Laute der Muttersprache, mit einem ehrenhaften [illegible] bat er ihm zu versprechen, daß man durch gute und böse Tage [illegible] mit ihm ausharren wolle, und mit erhobener Rechten wiederholte [illegible]ann — so wahr ihm Gott helfe — sein Königsberger Gelübde. [illegible]enden Sie nun, so schloß er, diese hohe Feier, und der befruchte[illegible] Regen Gottes ruhe auf dieser Stunde!

Die Huldigung in Berlin.

Die Vereinigten Ausschüsse.

Je tiefer der Eindruck war, welchen der König durch seine ganze Erscheinung machte, um so größer mußte die Unzufriedenheit darüber werden, daß er in der Hauptfrage der Zeit von der öffentlichen Meinung so völlig abwich. Denn diese verlangte in der That mit großer Zähigkeit eine Verfassung, und zwar eine Verfassung nach französischem Muster. Nun war Friedrich Wilhelm IV. einer Weiterbildung der Provinzialstände keineswegs abgeneigt; vielmehr berief er schon 1842 Abgeordnete derselben nach Berlin, um dort als Vereinigte Ausschüsse Gesetze mit durchzuberathen, welche für die ganze Monarchie bestimmt waren. Auch damit wollte er durchaus noch nicht das letzte Wort gesprochen haben, sondern bewegte den Plan eines Vereinigten Landtages, zu dem alle Provinzialstände in ihrer Gesammtheit zusammentreten sollten, fortwährend in seinem Herzen. Allein auf der einen Seite konnte er zu keinem festen Entschlusse kommen, stritt sich mit den widerwilligen Elementen seiner Umgebung, zu denen besonders seine Brüder gerechnet wurden, umher, und verzettelte sein Interesse an untergeordnete, theilweise lächerliche Fragen, als den Ort des Zusammentritts, die Theilung des Landtags in Curien, die Uniformirung der Mitglieder und Aehnliches — und auf der andern Seite rannte er sich fest in einem eingebildeten Gegensatze zwischen historisch gewordenen, nationalen Ständen und einer aus Frankreich importirten, undeutschen Repräsentativverfassung. Die Stände von 1823, so willkürlich, ungeschichtlich und erinnerungsarm sie waren, galten ihm für eine gewordene und daher conservative Grundlage; dafür daß das französische Vertretersystem mehr als französisch, daß es ein Ausdruck des modernen Staatsbewußtseins überhaupt sei, fehlte ihm jedes Verständniß. Er kämpfte daher mit voller Ueberzeugung für sein Princip und gegen die Ideen der Constitutionsmänner; aber es fehlte ihm doch wieder der Muth, seine Absichten schnell und ganz ins Leben treten zu lassen und dadurch eine Partei für dieselben zu begründen.

Plan des Vereinigten Landtages.

Drängen der öffentlichen Meinung.

Um so entschuldbarer war es, wenn allmälig Zweifel aufkamen, ob es dem Könige denn wirklich Ernst mit seinen ständischen Plänen sei, und ob er nicht vielmehr sein Interesse dafür nur erheuchle; noch entschuldbarer die Meinung, daß man ihn drängen müsse und vielleicht mittelst der Presse über den erregbaren und empfänglichen Mann Einfluß genug gewinnen könne, um ihn in liberalere Gedankenkreise hineinzutreiben. Zwei Flugschriften waren es besonders, die in diesem Sinne auf ihn hätten wirken können, und die, wenn nicht auf den Monarchen, doch auf die Gebildeten im Volke, einen mächtigen Einfluß ausübten. Die eine, unter dem Titel: Woher und wohin? hatte den greisen Oberpräsidenten von Schön, die andre: Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen, den jüdischen Arzt Johann Jakoby in Königsberg zum Verfasser. Beide wurden nicht allein massenhaft gelesen, besprochen und in den Zeitungen behandelt, sondern riefen Entgegnungen und Bekräftigungen hervor; Jakobys Schrift wurde für die nächsten Jahre gradezu ein Zeughaus für die constitutionelle Opposition. Je länger, je mehr mußte sich des Königs

und seiner Minister die Ueberzeugung bemächtigen, daß sie auch ihrerseits in der Presse sich eine kräftige Waffe bereiten müßten; aber die Ausführung unterblieb. Im Herbst 1842 wurde eine „Deutsche Zeitung“ beabsichtigt, deren Leitung Dahlmann übernehmen und die im großen Stile die Sache der Regierung führen sollte; aber im letzten Augenblicke scheute man doch vor Dahlmanns eiserner Selbständigkeit zurück und verweigerte ihm die bedingungslose Censurfreiheit. Das war um so ungeschickter, als man doch recht wohl einsah, daß die bisherige Knebelung der Presse nicht aufrecht erhalten werden könne, und als die Milderungen, welche im Jahre 1842 eingeführt waren, nun die Schärfe der Opposition vermehrten, ohne daß dieselbe ein genügendes Gegengewicht fand. Um Angriffsstoff brauchten die Gegner nicht verlegen zu sein; selbst die Person des Königs bot denen, welche außer dem Bereiche der preußischen Polizei waren, Blößen genug und Heinrich Heine erging sich nicht blos mit wahrer Wollust darin, dieses

Die politische Literatur.

> Mittelding,
> Das weder Fleisch noch Fisch ist,
> Und von den Extremen unsrer Zeit
> Ein närrisches Gemisch ist,

in mannigfach treffender Satire zu verhöhnen oder im Hinblick auf die Versprechen von 1815 und 1820 spöttisch auszurufen:

> Ja Königsworte, das sind Schätze,
> Wie tief im Rhein der Niblungshort!

sondern auch die dem König zugeschriebene Trunksucht, seine Kinderlosigkeit und ähnliche Dinge wurden in der gröbsten Weise verarbeitet. Dessen mußte sich zwar die preußische Schriftstellerwelt selbstverständlich enthalten, aber an mehr oder weniger verdeckten Hieben auf den „Romantiker“ ließ auch sie es nicht fehlen. Und was sich nicht in Berlin sagen ließ, das sagte man im Auslande; die schweizer Verlagshandlungen druckten und verlegten, was vor der preußischen Censur nicht bestehen konnte; des Absatzes waren sie doch vollkommen sicher. Im Inlande selbst sorgten über 400 Zeitungen für die Bedürfnisse der Lesewelt; einzelne wissenschaftliche Blätter, besonders die Hallischen Jahrbücher von Ruge und Echtermaier, gaben den liberalen Politikern den Ton an; man eiferte gegen die Schelling'sche Philosophie und traf in dem Schützling den königlichen Gönner; man erließ ein Manifest gegen die Romantik, und zeichnete in der Romantik die preußische Politik. Einen gewaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung übten die politischen Lyriker, Herwegh onders mit seiner formenkühnen, beredten Sprache, dann Hofmann n Fallersleben, Robert Prutz, Dingelstedt, Freiligrath. Geraume it standen sie dem Könige durchaus nicht feindlich gegenüber und nch ermuthigendes und anfeuerndes Wort ward ihm zugesungen. ch einer nach dem andern wurde des fruchtlosen Zuredens müde, ht lange währte es, so wandte sich Herwegh ab. „Du konntest einer Zeit das Banner tragen, Und trägst ihr nur die Schleppe

nach", rief er enttäuscht dem Könige zu. Hofmann, Prutz und andere folgten seinem Beispiel, zum Theil durch persönliche Kränkungen verletzt, und selbst Freiligrath nahm das Wort zurück, das einst Herweghs Zorn erregt: „Der Dichter steht auf einer höhern Warte Als auf der Zinne der Partei", und ließ auch seinen Lorbeer von der Partei flechten, die freilich die überwältigende Mehrheit unter den Gebildeten der Nation ausmachte.

Das Bisthum Jerusalem.

Besonders reichlichen Stoff zum Angriff boten die kirchlichen Dinge, über denen in der That ein sonderbarer Unstern waltete, mochte der König persönlich, mochten seine Günstlinge oder der Cultusminister Eichhorn sie in die Hand nehmen. Besonders dankbar waren für die Spötter zwei Unternehmungen des Königs, denen doch ein tieferer Sinn keineswegs fehlte: das evangelische Bisthum in Jerusalem und die Vollendung des Cölner Dombaues. Die Anregung zu dem Gedanken, in Jerusalem mit England gemeinsam einen Bischofssitz zu gründen, wurde durch die orientalische Krisis von 1840 gegeben. Wenn ein Schwärmer wie der begeisterte Philhellene Eynard durch sie zu dem Wunsche gedrängt wurde, König Ludwig von Baiern möchte mit den andern christlichen Herrschern zusammen auf die Gefahr eines neuen Kreuzzuges hin von der Pforte die Herausgabe des heiligen Grabes fordern; wenn Ludwig diesen Wunsch bei seinem vielgeliebten Schwager, dessen Geist für Alles Edle und Große empfänglich sei, zu befürworten unternahm, dann war es immer noch ein Zeichen von Nüchternheit, wenn dieser den überschwänglichen Plan so beschnitt, wie er es that Daß an der heiligen Stätte der Protestantismus so gut wie der griechische und römische Katholicismus durch einen hohen Würdenträger vertreten sein möchte, dieser Wunsch konnte einem gläubigen Christen nicht so fernliegend erscheinen; daß der König dabei sich mit der anglicanischen Kirche zu verbünden trachtete, erklärte sich nicht blos aus seiner und seines vertrauten Rathgebers Bunsen Vorliebe für dieselbe, sondern auch aus der verständigen Erwägung, daß ohne Englands Beistand das Ziel schwer zu erreichen sei. Aber freilich, abenteuerlich und fremdartig mußte der ganze Plan dem zweifelsüchtigen Geiste der gebildeten Zeitgenossen immerhin vorkommen.

Der Cölner Dom.

Und mit dem Cölner Dombau war es zwar etwas, doch nicht ganz viel anders. Als rein künstlerisches Unternehmen gedacht, hätte ihm der Beifall der Nation wohl kaum gefehlt; aber daß es in der Seele des Königs doch auch ein frommes Werk war, daß es ein Sinnbild für die Einigkeit der Bekenntnisse sein und den unparteiisch wohlwollenden Sinn des Herrschers für den Katholicismus bezeugen sollte, das mißfiel. Das Fest der Grundsteinlegung, das am 4. September 1842 begangen wurde, gestaltete sich doch zu einer Art Nationalfeier. In feuriger Rede begrüßte der Monarch die Thore, zu denen er den Grundstein legte, als Thore einer neuen besseren Zeit, durch welche nie das ehrlose Untergraben der Einigkeit der deutschen Fürsten und Völker, das Rütteln an dem Frieden der Confessionen und der Stände einziehen möge. Durch Zeiten, reich

an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden, so rief er aus, rage der Dom von Cöln über dieser Stadt und über Deutschland, bis an das Ende der Tage! Von den deutschen Fürsten, die ihn dabei umgaben, brachte der König von Würtemberg bei der Festtafel dem gemeinsamen großen Vaterlande ein Hoch, und dem Erzherzog Johann von Oestreich schob der Volksmund gar den Trinkspruch unter: Kein Oestreich, kein Preußen mehr! Ein einiges großes Deutschland, fest wie seine Berge!

Der heilige Rock von Trier.

Wie hier das Volk sich in einen schmeichlerischen Traum wiegte, so nicht minder der König, wenn er von dem Frieden unter den Bekenntnissen sprach. Nicht einmal in sich, geschweige denn unter einander konnten die einzelnen Glaubensbekenntnisse diesen Frieden bewahren; im römischen wie im protestantischen Lager nahmen die starren, unversöhnlichen Richtungen an Macht und Einfluß zu, und religiöser Hader überwog in den nächsten Jahren den politischen. In der katholischen Kirche gab der neue Bischof von Trier, Arnoldi, das Zeichen zum Kampf. Im August 1844 verordnete er eine feierliche Ausstellung des ungenähten Rockes Christi, der zu den Schätzen seiner Kirche zählte. Alsbald begann aus den katholischen Gegenden des Rheinlandes, aus Belgien und Frankreich eine Massenwallfahrt nach Trier, die ins Unermeßliche anschwoll, als die Freifrau von Droste-Vischering, eine Nichte des Erzbischofs, die auf Krücken hingegangen war den Herrgottsrock anzubeten, ohne Krücken zurückkehrte. Ueber eine Million Pilger strömten binnen sechs Wochen in der alten Moselstadt zusammen; wenigstens einzelne von ihnen behaupteten gleichfalls, Heilung von körperlichen Leiden gefunden zu haben. Der laute Jubel der Klericalen über diese göttlichen Wundererscheinungen weckte natürlich den Widerspruch der Aufgeklärten. Von protestantischen Gelehrten wurde die Fabel des ungenähten Rockes in ihrer ganzen Albernheit nachgewiesen, wurde gezeigt, daß es 20 und mehr Exemplare dieses Wunderkleides gebe, wurde der Aberglaube, der damit sein Spiel trieb, scharf gegeißelt. Aber auch aus dem Schooß der römischen Kirche erhob sich Widerspruch. Ein katholischer Priester, freilich ein suspendirter und nicht im besten Rufe stehender, Johannes Ronge, eiferte in einem offenen Brief an den Bischof Arnoldi, den Tetzel des 19. Jahrhunderts, gegen das Götzenfest zu Trier. Durch die Excommunication, welche der Fürstbischof von Breslau über ihn verhängte, noch weiter gedrängt, begann er in einer Reihe von Flugschriften für die Reform der Kirche, für eine deutsch-katholische Nationalkirche, zu wirken. Der laute Beifall, welchen er aus der Mitte der Protestanten wie der eigenen Glaubensgenossen erhielt, steigerte seinen Muth; es schien, als ob die Ueberspannung der katholischen Forderungen, die seit 1830 beständig gewachsen war, jetzt zu einem völligen Bruch, zu einer neuen Reformation führen sollte. Der Weg, den Ronge zu gehen hatte, war ihm übrigens schon gewiesen. Bereits im August 1844 hatte ein andrer Priester, allerdings wieder ein suspendirter, Czerski von Schneidemühl in der Provinz Posen, sich mit seiner Gemeinde vollständig von Rom

Der Deutsch-Katholismus.

losgesagt, nicht weil er die Dogmen der Kirche, sondern weil er ihre Verfassung und die Ehelosigkeit der Geistlichen verwarf. Nach seinem Vorbilde gründete nun Ronge Anfang März 1845 in Breslau eine christkatholische Gemeinde; in etwa zwanzig norddeutschen Städten geschah binnen wenigen Wochen dasselbe; ein leipziger Concil, um Ostern abgehalten, wurde bereits von 15 Orten beschickt. Große Reisen, die Ronge durch ganz Deutschland unternahm, mehrten besonders im Süden seinen Anhang; gewichtige Männer wie Duller und Gervinus erklärten sich für ihn; auch in den Regierungs- und Hofkreisen war man seiner Bewegung nicht abgeneigt; der Prinz von Preußen würdigte ihn einer langen Audienz und der König selbst schien entschlossen, die neue Secte auf demselben Fuße wie die Altlutheraner zu behandeln. Oestreich und Baiern freilich duldeten keine deutsch-katholischen Gemeinden in ihrem Gebiete, und in andern Staaten wie Sachsen, Kurhessen, Würtemberg wurde wenigstens ihr öffentliches Auftreten beschränkt. In Leipzig, wo Robert Blum eine ansehnliche Gemeinde gebildet hatte, kam es darüber sogar schon 1845 zu einem blutigen Tumult. Als die Seele des Verbotes, das im Juli des Jahres erlassen war, sah man den Prinzen Johann an, den späteren König von Sachsen, der trotz seiner hohen wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung doch in dem Rufe einer engherzig-kirchlichen Gesinnung stand. Dieser traf am 12. August in Leipzig ein um die Bürgerwehr zu mustern. Die lebhaftesten Kundgebungen zu Gunsten der Deutschkatholiken verfolgten ihn; Lebehochs auf Ronge wechselten mit dem Rufe: Nieder mit den Jesuiten! Die Person des Prinzen selbst schien Abends durch Ansammlungen vor seiner Wohnung, durch Einwerfen der Fenster und Andrängen gegen die Thüren gefährdet, so daß Soldaten erschienen und von ihrer Waffe Gebrauch machten. Nur durch die schleunige Flucht des Prinzen, die Entfernung der Truppen aus der Stadt und besonders durch die Mäßigung, welche Robert Blum, der thatsächlich die Menge in seiner Hand hatte, entwickelte, wurden schlimmere Auftritte verhindert, so daß sich allmälig das Ansehn der Regierung wiederherstellte. Bedenklicher übrigens als die Feindseligkeiten der sächsischen und der gleichgesinnten Staatsbehörden war für die deutsch-katholische Sache der innere Zwiespalt. Während die Czerski'sche Partei dogmatisch nicht allzuweit von den römischen Satzungen abwich und besonders durch ihren Glauben an die Gottheit Christi auch den orthodoxen Protestanten genehm blieb, so daß ihnen vielfach protestantische Kirchen zum Gottesdienst geöffnet wurden, stellten sich die Rongeaner auf den Standpunct der modernen kritischen Theologie, verwarfen, wie die freisinnige Partei in der evangelischen Kirche, das apostolische Glaubensbekenntniß, zogen damit aber dieselbe Verfolgung, welche jene traf, auch auf sich herab. Nur mühsam wurde auf den Synoden und Concilen der neuen Secte die äußere Einheit aufrecht erhalten und es galt mehr als einmal, den offenkundig gewordenen Zwiespalt zu vertuschen oder zu begütigen. Auch ließ sich in nicht zu langer Frist deutlich erkennen, daß eine wirklich religiöse Kraft in

Der Leipziger Tumult.

Spaltungen unter den Deutschkatholiken.

dieser neuen Kirchengemeinschaft doch nicht vorhanden sei, daß sie vielmehr zum guten Theil von politisch Mißvergnügten gehalten und als Deckmantel demokratischer und socialistischer Bestrebungen benutzt werde. Als das Jahr 1848 einen solchen Deckmantel überflüssig machte, bekannten denn auch viele Führer offen ihre wahre Farbe, und statt daß der Deutschkatholicismus von der Freiheit, deren er nun genoß, Nutzen gezogen hätte, begann vielmehr sein allmäliger Zerfall. Seinen Höhepunct erreichte er Ende 1846, wo sich etwa 60,000 Gläubige, zur Hälfte in Schlesien, zu ihm bekannten; das Berliner Concil, um Pfingsten 1847, sah Vertreter von 151 Gemeinden. Wenn er durch seine Verbreitung nach Oestreich, Baiern u. s. f. an äußerer Ausdehnung während der nächsten Jahre vielleicht noch zunahm, so verlor er doch völlig seine kirchliche Besonderheit, und gestand das auch dadurch ein, daß er im Beginn der Reactionszeit eine Verschmelzung mit den protestantischen freien Gemeinden auf den Concilen von Leipzig und Cöthen, im Mai 1850, versuchte und dadurch sein und seiner Verbündeten Lebensfähigkeit nur noch mehr untergrub.

Trotzdem waren die freien Gemeinden und der Deutschkatholicismus allerdings gleichartige Erscheinungen, insofern beide durch den Geist des Jahrhunderts zur Loslösung von ihrer Mutterkirche gedrängt wurden und in beiden die verneinende Kraft größer war als die schöpferische. Der Protestantismus hatte in dem letzten Menschenalter eine große Krisis durchlebt. Der alte Rationalismus, welcher die Erzählungen der Bibel Alten wie Neuen Testamentes im Sinne der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts verstandesmäßig zu begreifen und nüchtern-prosaisch zu erläutern gesucht hatte, besaß keine Lebenskraft mehr. Ihm fehlte das eigentlich religiöse Moment so vollständig und er bot doch andrerseits dem unbefangen prüfenden Verstande so große Schwächen, daß sein Anhang sich mehr und mehr zertheilte und auf der einen Seite die gläubige Annahme der göttlichen Geheimnisse, mochten sie in Wunderthaten oder in unbegreiflichen Lehrsätzen bestehen, die verlorene Herrschaft wiedergewann, während auf der andern Seite der historisch-kritische Sinn der jüngeren Generation die Bibel wie ein andres Buch zu behandeln anfing und in mühsamer, Jahrzehnte erfordernder Gelehrtenarbeit die geschichtlichen Thatsachen des Christenthums aus der Einkleidung, in welche die ersten Jahrhunderte sie gehüllt, loszuschälen suchte. Aber grade weil diese Arbeit kein Kinderspiel war, weil sie nicht mit einem Schlage gesicherte Ergebnisse vorzulegen vermochte, weil sie in dem Für und Wider der Kritik sich selbst nicht selten widersprach und aufhob, besaß sie nicht die Kraft, die große Menge, die dem Rationa[illegible]smus allenfalls zugänglich gewesen war, für sich zu gewinnen, s[illegible]ern verlor dieselbe an die Orthodoxie, die von Jahr zu Jahr ti[illegible]er ihr Haupt erhob und einen streitlustigen, verfolgungssüchtigen G[illegible]t entwickelte. Zwar fehlte es unter denen, welche die übernatürli[illegible]n Lehren des Christenthums festhielten, nicht an solchen, die d[illegible]it den Geist der Duldsamkeit und der unbefangenen wissenschaft-

Der Protestantismus.

lichen Prüfung verbanden und als Vermittlungstheologen eine versöhnliche Stellung behaupteten. Aber so sehr sie in Anbetracht der Gesammtlage, in welcher sich die evangelische Kirche und die wissenschaftliche Theologie befanden, berufen gewesen wären, als Leiter an die Spitze zu treten, so wenig eigneten sich die friedfertigen Persönlichkeiten ihrer Führer dazu, den kampflustigen Häuptern der streitbaren Orthodoxie die Herrschaft zu entwinden. Am wenigsten einem Manne wie Friedrich Wilhelm IV. gegenüber. Obgleich dieser König mit einem der bedeutendsten Vermittlungstheologen, mit Bunsen, in dem vertrautesten Verkehre stand, so neigte er doch in seinen persönlichen Anschauungen zu sehr nach dem Standpunct der schärfsten Orthodoxie, als daß er die Berechtigung der freien Forschung innerhalb der evangelischen Kirche hätte einräumen wollen. Er verschloß sich zwar nicht der Nothwendigkeit einer Neugestaltung dieser Kirche in ihren Verfassungsformen und wünschte diese so umgewandelt, daß ihre Leitung in berufenere Hände als in die des Landesfürsten gelegt würde; aber so lange das nicht geschehen war, hielt er sich nicht berechtigt, durch Gewährenlassen der freieren Anschauungen, wie sein Vater es geübt, der allgemeinen Gültigkeit der alten Bekenntnißformeln etwas zu vergeben, sondern zog die Zügel straff an. Die Eiferer der Orthodoxie, besonders der Professor Hengstenberg in seiner Evangelischen Kirchenzeitung, hetzten nach Kräften, und Eichhorn, der Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten, einst der Freund und Anhänger Schleiermachers, förderte die Interessen dieser Partei unbekümmert um seine eigene Vergangenheit und begünstigte außerdem eifrig — darin des Königs eigensten Gesinnungen entsprechend — den Pietismus und die äußere Kirchlichkeit. Die Universitäten wurden nicht allein in den theologischen Lehrstühlen immer ausschließlicher mit Anhängern der neugläubigen Richtung besetzt; ihre bisherige Lehrweise sollte geändert, an die Stelle des freien Lehrvortrags schulmäßiger Unterricht mit regelmäßigen Prüfungen gesetzt, die deutsche Einrichtung der Privatdocenten untergraben werden. Dadurch lud der Minister einen ungemessenen Haß auf sich, der um so schrankenloser werden und in dem Vorwurf der Heuchelei gipfeln mußte, als man von ihm am wenigsten derartiges erwartet hatte und seine Ernennung grade von den Liberalen mit Freude begrüßt worden war. In kurzer Zeit hatte er Alles gegen sich; selbst seine persönlichen Freunde beschuldigten ihn der Verstellung; und den sog. Frommen galt er doch immer noch nicht als zuverlässig; sie meinten, wenn er auch das Wohl der Kirche fördre, so thue er es doch nur „in Schwachheit". Besonders seine Reformpläne für die Kirchenverfassung blieben ihnen immer ein Stein des Anstoßes, während sie andrerseits den Liberalen nicht genügten. Und doch beschritt er grade hier keinen verwerflichen Weg. Er schuf zunächst Kreis- und Provinzial-Synoden, die aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischt waren, und berief 1846 eine Generalsynode, auf der, wie es nicht anders zu erwarten stand, die vermittelnde Richtung die Oberhand hatte. Sie verwarf mit gewaltiger Mehrheit (48 gegen

Ministerium Eichhorn.

Die Generalsynode.

14) die verpflichtende Kraft der alten Symbole und stellte ein Glaubensbekenntniß ohne dogmatische Bestimmtheit auf. Aber dadurch hatte sie es auch mit dem König und dem Minister verdorben; ihre Beschlüsse wurden nicht bestätigt und eine neue Synode nicht einberufen. Friedrich Wilhelm huldigte vielmehr der Ansicht, daß wer die Verpflichtung auf die Symbole mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne oder wolle, aus der Landeskirche zu scheiden habe, und da ein solcher Austritt bisher gesetzlich nicht gestattet war, so ermöglichte er denselben am 30. März 1847 durch das sog. Toleranz-Edict, welches ihn nur von einer Erklärung vor dem Richter abhängig machte. Wie die Sachen einmal lagen, war dadurch den Freisinnigen allerdings schon ein Dienst geschehen, wenngleich ein schlechter. Sie konnten jetzt eigene religiöse Genossenschaften bilden, sobald sie nur ihr Recht in der großen Landeskirche aufgeben wollten. Hätten sie einmüthig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so würde freilich die Landeskirche mit der Zeit den Schlag am schwersten empfunden haben; sie würde immer mehr zu einer starren Secte zusammengeschrumpft sein, innerhalb deren es für eine andre Art der Gläubigkeit als das Buchstabenbekenntniß von Jahr zu Jahr weniger Raum gegeben hätte. Das geschah nicht, die Zukunft der Kirche wurde nicht gefährdet, weil weitaus die meisten Geistlichen sich entschlossen zeigten ihr gutes Recht zu behaupten und nicht freiwillig auszuscheiden. Nur diejenigen, welche vom Kirchenregimente gewaltsam entsetzt wurden, machten von dem Toleranzedicte Gebrauch, nachdem sie zum Theil schon vorher ihre Anhänger zu Gemeinden vereinigt, denen freilich bis dahin die rechtliche Gültigkeit fehlte. So hatte zuerst Rupp in Königsberg im Januar 1846 gethan, einige Monate später folgte ihm Wislicenus in Halle, erst Ende 1847 Uhlich in Magdeburg, dessen Gemeinde auf 5000 Köpfe stieg. Die Provinz Sachsen, unter deren Geistlichkeit die freiere Glaubensweise stark vertreten war, stand überhaupt an der Spitze der Bewegung. Uhlich, Wislicenus u. A. hatten schon seit 1841 Prediger- und Laienversammlungen, besonders in Köthen, abgehalten und in den Blättern für protestantische Freunde (oder wie man später sagte: für Lichtfreunde) sich ein vielgelesenes Organ verschafft. Auch in diesen Kreisen gingen jedoch die Ansichten noch sehr weit auseinander; während manche der freien Gemeinden, wie die von Marburg und Halle, selbst den Christennamen aufzugeben bereit waren, erklärten z. B. die Magdeburger in ihrer Stiftungsurkunde nachdrücklich: Wir bleiben, was wir sind und waren: evangelische Christen; auch in unserem Lande schließen wir uns wieder der Kirchenbehörde an, wenn sie zur evangelischen Freiheit zurückkehrt. Doch bewährte sich auch bei ihnen wie bei den Deutschkatholiken die alte Erfahrung, daß im La[illegible]e der Zeit die weitergehenden, verneinenden Elemente immer mehr an Stärke gewannen und dadurch die Entwicklungsfähigkeit und Anzie[illegible]ungskraft der freien Gemeinden völlig untergraben wurde. Etwa 40 an der Zahl, ließen sie sich in den Revolutionsjahren auch in pol[illegible]ische Dinge ein und wurden in der Reactionszeit dafür als poli-

Das Toleranz-Edict.

Die freien Gemeinden.

tische Vereine behandelt und aufgelöst; die Neugründungen, welche nachher stattfanden, blieben ohne Bedeutung.

Die Alt-Lutheraner.

Wenn ganz besonders der Deutschkatholicismus und die freien Gemeinden Zeugniß dafür ablegen, wie die öffentliche Meinung in den vierziger Jahren sich auf religiösem Gebiete zu bethätigen suchte, da ihr das politische noch verschlossen war, so fehlte es doch auch an andern Erscheinungen nicht, die dasselbe lehrten. Der Kampf gegen die preußische Union wurde von Seiten der strengen Lutheraner mit Eifer aufgenommen; die Einen schieden aus der Landeskirche und traten zu Breslau 1841, vom Staate anerkannt, zu einer besonderen Gemeinschaft zusammen; die Andern blieben im Rahmen der Union und suchten sie von innen heraus zu zerstören. Erfreulicher war die Gründung des Gustav-Adolf-Vereines, der den Protestantismus ohne engherzige Rücksicht auf das Bekenntniß durch Kirchen- und Schulbau überall da zu stützen suchte, wo die katholische Nachbarschaft ihn gefährdete. Aus kleinem Ursprung im Königreich Sachsen hervorgegangen, dehnte er sich seit 1842 über das protestantische nichtpreußische Deutschland aus, nahm 1844 auch den preußischen Sonderverein, den der König hatte begründen wollen, in sich auf und drang 1848 selbst nach Baiern vor, wo König Ludwig damit begonnen hatte, einen Tilly-Verein als Gegendrohung auszuspielen. Die Ausschließung des Predigers Rupp, der trotz seiner Suspension von den Königsbergern als Abgeordneter zur General-Versammlung geschickt war, bedrohte zwar 1846 das friedliche Miteinanderwirken der verschiedenen Richtungen, blieb aber auf die Dauer doch ohne schädliche Wirkung. Auch die protestantischen Regierungen wollten auf kirchlichem Gebiete sich thätig erweisen und schufen 1846 die evangelische Kirchenconferenz, eine Vereinigung von Bevollmächtigten, die alle zwei Jahre zusammentrat, um gemeinsam Beschlüsse für alle deutschen Landeskirchen zu fassen oder vorzubereiten, die aber freilich kein irgend erkleckliches Ergebniß zu Lichte förderte.

Der Gustav-Adolf-Verein.

Die evangelische Conferenz.

Die Verfassungsfrage.

Alle diese Dinge vermochten indeß die Frage, welche recht eigentlich die Aufgabe des Jahrzehntes war, nicht von der Tagesordnung abzusetzen, die Frage, ob Preußens ständische Verfassung eine zeitgemäße Umgestaltung erhalten werde oder nicht. Das ließ sich nicht bestreiten, daß der König persönlich diese Frage im Allgemeinen zu bejahen entschlossen war. Aber nicht minder stand es fest, daß die Form, welche er im Sinne trug, nicht den Forderungen des Liberalismus entsprach. Dieser verlangte eine Repräsentativ-Verfassung, ein Parlament, das von dem Volke durch freie Wahlen gebildet werde; der König konnte sich nicht von seinen ständischen Liebhabereien losmachen und wollte daher eine Landesversammlung, die gleich den Provinziallandtagen aus Vertretern der Ritter, Bürger und Bauern bestände. Gewährte er diese, so mußte es nothwendig zwischen ihm und dem Landtage zum Kampfe kommen, eine Aussicht, welche für die Männer der Regierung und des Hofes schlimm genug war, um sie zu Feinden jeder Neuerung zu machen. Denn sie besaßen hinlängliche Kenntniß von dem Charakter des Königs, um zu wissen,

daß ihm die nöthige Ruhe und Ausdauer für die siegreiche Beendigung eines solchen Kampfes fehle. An der Spitze der Opposition stand kein Geringerer als der Bruder und Nachfolger des Monarchen, der Prinz von Preußen. Dieser verhehlte sich nicht, daß auch Preußen in die constitutionelle Bahn werde einlenken müssen; aber er hielt den König für so wenig geeignet, diesen Schritt zu thun, daß er ihn beschwor, denselben ihm, dem Prinzen, oder seinem Sohne zu überlassen, und als diese Vorstellungen keinen Erfolg hatten, sogar mit einem feierlichen Proteste drohte. Besonders das Jahr 1844 sah die lebhaftesten Verhandlungen in diesem Sinne. Der König hatte sich von Bunsen, Radowitz, dem Gesandten Canitz in Wien u. A. Entwürfe und Gutachten über die Verfassung ausarbeiten lassen; er war entschlossen, zum Werke zu schreiten; er erklärte, daß er durch seines Vaters Versprechungen sich gebunden erachte, daß seines Bruders Widerspruch seinem Herzen weh thue, aber auf seinen Kopf nicht den geringsten Einfluß haben dürfe; er hatte bereits vertrauliche Mittheilungen über seinen Entschluß nach Petersburg und Wien gemacht; und doch wurde er durch den allseitigen Widerstand von Neuem irre und schob die Sache noch einmal auf. Fortgesetzte neue Verhandlungen, bald lebhafter, bald unterbrochen, führten endlich zu einer Art Vergleich, der Prinz gab seinen Widerspruch auf und der König berücksichtigte dafür seine Wünsche in einzelnen Hauptpuncten. Was den Widerstand der Gegner hauptsächlich brach, war die Nothwendigkeit, zur Förderung des Eisenbahnbaues eine große Anleihe zu machen; diese konnte aber nach dem Edicte Friedrich Wilhelms III. von 1820 nur unter der Bürgschaft von Reichsständen abgeschlossen werden.

Das Patent vom 3. Februar 1847.

Die Vereinigten Ausschüsse der Provinziallandtage, die der König 1842 ins Leben gerufen hatte, ließen sich unmöglich für solche Reichsstände ausgeben und würden sich selbst ohne Zweifel jedes Recht dazu abgesprochen haben. So erschien denn am 3. Februar 1847 zur allgemeinen Ueberraschung ein königliches Patent, welches den „Vereinigten Landtag der Monarchie" auf den 11. April nach Berlin einberief. Wie schon sein Name zeigte, war er keine eigentliche Neuschöpfung, sondern nur eine Vereinigung der Provinziallandtage. Sämmtliche Mitglieder sollten, wenn es sich um Steuer- und Anleihesachen handelte, in einer Versammlung tagen, bei anderen Angelegenheiten aber — und das war eine Aenderung, die der Prinz von Preußen herbeigeführt hatte — sich in zwei Curien theilen, von denen die eine, die Herrencurie, aus den königlichen Prinzen, den Standesherren und einigen anderen Classen bestand, die zweite, die Dreiständecurie, aus den Vertretern der Ritterschaft, der Städte und der Bauern zusammengesetzt war. In Gesetzgebungssachen stand dem Vereinigten Landtage nur eine berathende Stimme zu, außerdem hatte er das Bittrecht in inneren Angelegenheiten. Sein Zusammentritt sollte von den Umständen abhangen und nur dann erfolgen, wenn neue Anleihen oder Steuererhöhungen ihn nöthig machten. Dagegen sollten die Vereinigten Ausschüsse fortan regelmäßig alle

4 Jahre zusammentreten und eine besondere Deputation für das Schuldenwesen alljährlich einberufen werden.

Die öffentliche Meinung.

Das waren die Zusagen, welche das Patent vom 3. Februar machte. Sie bezeichneten einen Fortschritt gegen die bisherigen Verhältnisse, aber sie blieben doch gewaltig hinter den Forderungen der Zeit zurück. Mindestens eine regelmäßige Wiederkehr und ein Beschlußrecht statt des bloßen Berathungsrechtes glaubte die öffentliche Meinung für den Landtag verlangen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß seine Zusammensetzung und zahlreiche einzelne Bestimmungen lebhaftes Mißfallen erregten. So begann denn alsbald nach Bekanntwerden des Patentes eine öffentliche Debatte über den Werth der königlichen Zugeständnisse, die von Heinrich Simon zu der Frage: Annehmen oder Ablehnen? zugespitzt wurde. Obgleich der König dieses „schlechte“ Buch mit seiner „bösen“ Vorrede mit Beschlag belegen und gegen den Verfasser eine Untersuchung einleiten ließ, so that es doch seine Wirkung und wurde durch eine ganze Literatur ähnlicher Schriften (u. A. von Gervinus, Bülow-Cummerow, Jacoby) unterstützt. In den Kreisen der liberalen Ständemitglieder wurde die Frage schriftlich und mündlich mit Eifer verhandelt; es fehlte der Simon'schen Ansicht, daß man ablehnen müsse, nicht an Freunden, und mit der größten Spannung wurde daher dem Tage des Zusammentritts entgegengesehen.

Eröffnung des Vereinigten Landtags.

Nach einem feierlichen Gottesdienste eröffnete der König am 11. April mit der ersten Thronrede, die ein preußischer König gehalten, die Sitzung des Landtags. Er sprach frei nach seiner Gewohnheit, hinter ihm der Minister von Thile mit dem Concept der Rede; er sprach über eine halbe Stunde. Es fehlte seinen Worten nicht an hohen schwungreichen Stellen, aber der Eindruck war nicht mehr der aus den Jahren 1840 und 1842. Nicht mehr auf das Wohlthuende, wie damals, sondern auf das Verletzende horchte man mit ängstlicher Spannung. Nicht um Zeit- und Schulmeinungen zu verfechten, sondern um die Rechte ihrer Auftraggeber zu wahren, erklärte der König, seien die Stände zusammenberufen; nicht der Wille von Majoritäten, sondern das eigene freie Ermessen werde die Richtschnur seiner Regierung sein; niemals könne er einwilligen, sein Verhältniß zu seinem Volke in ein constitutionelles zu verwandeln; niemals solle sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine Vorsehung eindrängen. Er verwies auf jenes glückliche Land, dessen Verfassung das Werk von Jahrhunderten und einer Erbweisheit sonder Gleichen sei, als auf ein leuchtendes Vorbild, und erhob sich nach einem starken Angriff auf den Geist des Umsturzes und des Unglaubens, der einen Theil der Presse beherrsche, von seinem Throne, um aufrecht stehend die erregte Betheuerung auszusprechen: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!

Die Adresse.

Die ganze Haltung der Thronrede schnitt die Hoffnung auf eine Verständigung mit den constitutionell-gesinnten Abgeordneten so gut wie ganz ab. Mit tiefem Schmerze, schrieb Hermann von Beckerath,

schritten wir die Schloßtreppe wieder hinunter und es wird sich nun darum handeln, was wir als Ehrenmänner, als Vertreter geheiligter Volksrechte zu thun haben. Ein großer Theil, besonders der Rheinländer und der Preußen, war geneigt, sogleich unter Protest wieder abzureisen; aber diese unpolitische Aufwallung des Unmuthes und der Unreife wurde glücklich überwunden. Noch derselbe Tag sah zahlreiche Privatversammlungen bei einzelnen hervorragenden Mitgliedern, in denen der Beschluß gefaßt wurde, der Thronrede mit einer Adresse zu antworten. Der Graf Schwerin übernahm es, den Antrag zu stellen; es gelte, so sagte er, neben dem Dank für den Schritt, welchen der König gethan, auch einige ehrerbietige Bedenken wegen mehrerer Stellen des Patentes vom 3. Februar auszusprechen. Obgleich nun den Ständen nach diesem Patente das Recht zu einer Adresse gar nicht zustand, so ließ doch der Landtagsmarschall Fürst von Solms-Lich den Antrag zu; er wurde angenommen und eine Commission erwählt, in deren Auftrag Beckerath die Adresse entwarf. Die zweitägige Berathung derselben führte zu der ersten glänzenden Debatte, in welcher neben Beckerath besonders Hansemann, Camphausen und Mevissen von den Rheinländern, Vincke von den Westfalen, Auerswald und Saucken von den Ostpreußen sich hervorthaten. Sie betonten immer und immer wieder, daß Alles darauf ankomme, einen Rechtsboden zu gewinnen, daß man nicht länger nur von Gnade und Vertrauen leben dürfe, daß dieser Versammlung unweigerlich alle die Rechte zuständen, welche Friedrich Wilhelm III. den künftigen Reichsständen zugesagt habe. Ihnen gegenüber ließ der Minister Bodelschwingh nur das Patent vom 3. Februar als Rechtsboden der Versammlung gelten, wollte von der Berufung auf die Zusagen des verstorbenen Königs nichts wissen, und empfahl den Antrag seines früheren Collegen, des Grafen Arnim-Boytzenburg, welcher alle jene Versprechen, die Beckerath in seiner Adresse einzeln aufgezählt hatte, einfach strich. Zuletzt kam es zwischen diesen beiden widersprechenden Ansichten doch zu einer Art von Vermittelung, indem auf den Antrag Alfreds v. Auerswald zwar jene Aufzählung Beckeraths aufgegeben, aber eine allgemeine Wahrung der bereits erworbenen Rechte an die Stelle gesetzt wurde. In dieser Form gewann die Adresse eine Mehrheit von 484 gegen 107 Stimmen, und selbst die königlichen Prinzen, mit einziger Ausnahme des Thronfolgers, erklärten sich dafür. Die Antwort des Königs war gemäßigt; sie hielt zwar an dem Patente als dem einzigen Rechtsboden fest, versprach aber eine weitere Ausbildung der Verfassung und eine neue Einberufung des Landtags innerhalb der nächsten vier Jahre. Auch sonst erreichte die Opposition manches Wünschenswerthe, so das Versprechen der Preßfreiheit. Die

Die sonstigen Verhandlungen.

ierung befand sich offenbar in einer sehr peinlichen Lage; sie te ihren eigenen Standpunct nicht und ließ sich oft in den atten über Widersprüchen ertappen. Vollständige Niederlagen aber tt sie in den beiden wichtigsten Vorlagen, die sie machte. Sie angte nämlich eine Zinsgarantie von etwa 100 Millionen Thalern eine Rentenbank, welche den Bauern, die ihren Gutsherren noch

die Ablösung für Frohnden und andere Lasten schuldeten, das Geld vorschießen sollte. Das Vorhaben verdiente, zumal von dem Standpuncte der Liberalen aus, gewiß alle Förderung. Allein die Minister erklärten, daß es sich nicht etwa um die Einwilligung, sondern nur um den Rath des Landtags handle, da Zinsgarantien keine Anleihen seien und nur für die letzteren eine eigentliche Zustimmung erfordert werde. Die Folge davon war, daß eine ungeheure Mehrheit nicht allein diese Vorlage verwarf, sondern auch die 30 Millionen Thaler verweigerte, welche zu Eisenbahnbauten verlangt wurden; denn, so setzte besonders Georg v. Vincke auseinander, so lange die Rechte der Versammlung bestritten seien, könne diese sie nur dadurch wahren, daß sie Gebrauch von ihnen mache und jede Geldforderung verweigere. So wurden die Debatten je länger, desto erbitterter. Der Landtag wuchs der Regierung immer mehr über den Kopf, ohne daß diese oder der König deshalb an Nachgeben gedacht hätten. Alle Talente waren unzweifelhaft in den Reihen der Opposition; auf der Seite der Minister that sich außer Arnim-Boytzenburg fast kein Redner irgendwie hervor; sie selbst benahmen sich ungewandt und widerspruchsvoll. Aber auch die Opposition konnte keine rechte Stellung gewinnen; auch ihre Haltung war innerlich unsicher; sie blieb auf dem Landtage, weil sie politische Einsicht genug besaß, um zu erkennen, daß sie ihren Posten nicht verlassen dürfe; und doch sagte sie sich, daß sie damit den Landtag, so wie er war, anerkenne, während sie doch mit voller Ueberzeugung daran festhielt, daß demselben Rechte vorenthalten würden, ohne die er keinen Anspruch habe, für die von Friedrich Wilhelm III. verheißene reichsständische Versammlung zu gelten. Auf die schwerste Probe wurde ihr ganzes bisheriges Verhalten noch unmittelbar vor dem Schlusse der Session gestellt.

Die Ausschußwahlen. Am 24. Juni gingen nämlich dem Landtage drei königliche Botschaften zu, durch welche die Forderung, es möge die Regierung auf die Bildung der Vereinigten Ausschüsse verzichten, weil diese den Rechten des Landtags Eintrag thäten, abgelehnt und zur Wahl dieser Ausschüsse wie der Staatsschuldendeputation aufgefordert wurde. Jetzt hieß es: Wählen oder Nichtwählen? Nach langem Hin- und Herrathen in den Parteiversammlungen fand doch nur ein kleiner Theil der Opposition, 58 im Ganzen, unter ihnen Hansemann, Mevissen, Vincke, den Muth, die Wahl zu verweigern; weit mehrere betraten den bequemeren Mittelweg, die Wahl zwar vorzunehmen, aber unter dem Vorbehalt, daß die Ausschüsse keinerlei Schritte thäten, welche die Rechte des Landtags schädigen könnten; an der Spitze dieser Protestwähler — es waren 156 — standen Camphausen und Beckerath; fast alle Ostpreußen gehörten zu ihnen. Die große Mehrheit, besonders aus den mittleren Provinzen, wählte, 284 an der Zahl, ohne Verwahrung. Ohne Zweifel entsprach die Handlungsweise der 156 am meisten der öffentlichen Meinung; die bedingungslose Wahl erschien dem Volke als Feigheit, die Enthaltung galt als eine fast revolutionäre Maßregel. *Schluß des Landtags.* Der König freilich sah auch den Protest für nichts Besseres an und entließ den Landtag sehr ungnädig. Nicht

er selbst hielt die Schlußrede, sondern Bodelschwingh als Commissar mußte ihn vertreten, während er selbst nach Breslau reiste. In seiner widerspruchsvollen Art hatte der Monarch übrigens schon vor der Wahl deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er zwar in diesem Puncte auf seinem Willen bestehen werde, sonst aber den Wünschen des Landtags entgegen zu kommen bereit sei und insbesondere seine regelmäßige Wiederkehr einzuräumen gedenke. Mit diesem Zugeständniß hätte also Bodelschwingh die bitteren Worte, welche er der Opposition zu sagen hatte, versüßen und so durch einen versöhnenden Klang den Mißton mildern können, mit welchem die erste parlamentarische Versammlung Preußens am 26. Juni 1847 auseinanderging; aber das ersehnte Wort blieb ungesprochen und man trennte sich mit dem trüben Bewußtsein, daß der König die Männer für seine Feinde halte, die doch die Mehrheit der Nation unzweifelhaft hinter sich hatten und ihm in ernsteren Stürmen allein als Stütze dienen konnten.

Deutschland bis zur Revolution.

Gewiß hatten Viele Größeres von diesem Landtage erwartet, als er zu leisten im Stande gewesen war; aber so blind gegen die Zeichen der Zeit waren doch nur Wenige, daß sie nicht den gewaltigen Fortschritt erkannt hätten, der in der bloßen Thatsache einer preußischen Ständeversammlung lag. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen! Kein andres Motto war geeigneter, die Signatur des Augenblickes zu bilden, als diese Worte Schillers. Sie kennzeichneten nicht allein die Lage Preußens, sie galten auch von dem Zustande Gesammtdeutschlands und vieler seiner Einzelstaaten, sie bewährten sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus in fast allen Ländern Europas. Ueberall hatten seit der Mitte der vierziger Jahre reformatorische Ideen kühn und siegreich ihr Haupt erhoben, überall war das Banner des Rückschritts vor ihnen im Sinken, überall bot sich für den Liberalismus die hoffnungsreiche Aussicht, durch einen friedlichen Triumphzug den langjährigen schweren Kampf gelohnt zu sehen.

Nationaler Aufschwung.

Bedeutsam war es vor allen Dingen, daß neben den liberalen Bestrebungen die nationalen wieder stärker in den Vordergrund traten, als es in den dreißiger Jahren der Fall gewesen war. Für Deutschland hatte in dieser Hinsicht das Jahr 1840 einen denkwürdigen Wendepunct gebildet. Wenn die Thronbesteigung des neuen Preußenkönigs vorzugsweise den Liberalismus gefördert hatte, so stachelten die nacktausgesprochenen Rheingrenzgelüste der Franzosen das National-
…wußtsein aus seinem Schlummer auf, und ohne künstliches Bemühen
…stand zwischen beiden Tendenzen gar bald eine stärkende und
…ßende Wechselwirkung. Auch die Regierungen konnten diesem Zuge
… Zeit nicht fern bleiben; denn die kriegerische Begeisterung, welche
… der Nation bemächtigte, als sie den Rhein bedroht sah, forderte
…weigerlich den Beifall und die Zustimmung der Fürsten heraus.

Die Dichtkunst bemächtigte sich des zündenden Stoffes und kleidete die nationalen Ideen in ein poetisches Gewand. Damals entstand Max Schneckenburgers Wacht am Rhein, die freilich erst dreißig Jahre später ihre historische Berühmtheit gewinnen sollte; damals sang Herwegh sein zündendes Rheinlied:

Wo solch ein Feuer noch gedeiht
Und solch ein Wein noch Flammen speit,
Da lassen wir in Ewigkeit
Uns nimmermehr vertreiben!
Hurrah, hurrah, der Rhein —
Und wär's nur um den Wein —
Der Rhein soll deutsch verbleiben!

Den Preis der Volksthümlichkeit aber trug Nicolaus Becker davon, so wenig seine Muse auch der Herwegh'schen ebenbürtig war.

Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
Bis seine Flut begraben
Des letzten Manns Gebein,

so klang es überall in seinen Weisen wieder. In seiner Person brachten die Fürsten der nationalen Bewegung den Zoll ihrer Anerkennung dar; ihm setzte der König von Preußen eine Pension aus für sein Gedicht; ihm übersandte Ludwig von Baiern den „vergoldeten, silbernen, von ihm selbst angegeben wordenen" Pocal als Ehrengeschenk. Auch nahm wenigstens Friedrich Wilhelm einen Anlauf, um die günstigen Zeitverhältnisse zur Besserung der deutschen Kriegsverfassung zu benutzen. Wenigstens das Eine erreichte er, daß endlich die seit einem Vierteljahrhundert verschleppte Frage der Bundesfestungen geordnet und 1843 die Anlage von Ulm und Rastatt beschlossen wurde. Der König hatte selbst eine Zusammenkunft mit Metternich, um diesen Staatsmann, den er in maßloser Weise überschätzte und dessen Rathschlägen zu folgen er wohl für die erste seiner Pflichten erklärte, für seine Pläne zu gewinnen. Zu einem scheinbaren Eingehen auf dieselben war der alte Kanzler natürlich gern bereit, weil er dadurch den Vorsatz am leichtesten zum Scheitern bringen konnte. Durch seine Manöver wurde die Sache erst auf die lange Bank geschoben und verlief sich dann mit den Jahren in ein paar unschuldigen Reformen. Die Volksstimmung dagegen beharrte in der eingeschlagenen Richtung und wuchs und befestigte sich zusehends. Daß die Radicalen der dreißiger Jahre über die Teutschthümelei spöttelten, daß Heinrich Heine und seine Gesinnungsgenossen sie mit ihrem unfläthigsten Hohne übergossen, konnte nur ein Stachel mehr sein. Im Großen und Ganzen aber wirkte die politische Poesie dieser Jahre, wirkten die Herwegh, Hofmann von Fallersleben, Freiligrath, Prutz und viele Andre, auch positiv stärkend und belebend ein. Die Literatur wurde trotz der Beschränkungen, denen sie noch unterlag, wieder eine wirkliche volksthümliche Macht, der auch die Regierungen die Anerkennung nicht versagen konnten. Selbst die strengen Gelehrten traten aus ihrer Studirstube heraus und ergriffen mit Wärme

Die Bundesfestungen.

Nationale Bethätigung der Wissenschaft.

die Sache der Nation und der Freiheit. Einzelne Bücher wurden zu Ereignissen. Dahlmanns Revolutionsgeschichten, erst die englische, dann die französische, trugen den Stempel der politischen Tendenz an der Stirn und wirkten gewaltig für die Verbreitung richtiger Grundsätze in weiten Kreisen des gebildeten Bürgerstandes. Neben Zeitschriften und Zeitungen wurden politisch-historische Sammelwerke geplant, so eine Geschichte der deutschen Bundesstaaten seit 1815, deren Seele Droysen war und bei der man wohl davon sprach, das deutsche Parlament müsse für jeden Mitarbeiter zur Cabinetsfrage gemacht werden. Selbständige übersichtliche Darstellungen der letzten dreißig Jahre erschienen in großer Zahl und verbreiteten neben der historischen Belehrung auch eine nationale und liberale Anschauungsweise im Volke. Selbst wissenschaftliche Wanderversammlungen traten mit Erfolg in die politische Arena. Schon seit Decennien hatten die Naturforscher, seit kürzerer Zeit die Philologen ihre jährlichen Congresse; zu ihnen gesellten sich im September 1846 die Germanisten, etwa 200 an der Zahl, unter ihnen die gelehrtesten Kenner deutschen Rechtes, deutscher Sprache und deutscher Geschichte, ein Uhland, Arndt, Dahlmann, Grimm, Beseler, Waitz, Lappenberg, Reyscher und so viele andere erlauchte Träger deutschen Gelehrtenruhmes. Ihre Vereinigung nahm sogleich den politischen Charakter an. Die Kaiser im Römersaale zu Frankfurt, wo die erste Versammlung stattfand, schienen, mit Uhland zu reden, aus ihren Rahmen zu springen und die Vereinten mit ihrem Blick anzufeuern oder zu zügeln. Schleswig-Holstein, die Geschworenengerichte, die deutsche Auswanderung wurden hier und 1847 in Lübeck die Gegenstände der Verhandlungen und zogen weit über die Kreise der Fachgenossen hinaus die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf diese Germanisten, die in öffentlicher Rede das deutsche Parlament als ein Geschenk der Zukunft zu begrüßen wagten.

Germanistentage.

In kleinerem Bezirk, aber in diesem um so eindringlicher, wirkten andere festliche Versammlungen, besonders die Sängerfeste, die in den vierziger Jahren einen großen Aufschwung nahmen und durch Wort und Lied die patriotische Stimmung pflegten. Selbstverständlich blieben auch die berufenen Vertreter des Volks in den Ständeversammlungen und Kammern nicht hinter dem Geiste dieser freien Vereinigungen zurück. Die dumpfe Schwüle, welche seit 1834 über ihren Verhandlungen gelagert hatte, schwand mehr und mehr; freie und kühne Worte wurden wieder laut und weckten das jubelnde Echo der Bevölkerung. Das Beispiel der preußischen Provinzialstände, die doch nicht einmal für voll angesehen werden konnten und deren Debatten gleichwohl häufig einen frischen und kräftigen Geist verriethen, feuerte n[illegible] mehr an und ließ bereits vorahnend erkennen, von welchem Einflu[illegible] eine Gesammtvertretung des größten deutschen Staates auch für di[illegible] übrigen Theile des Vaterlandes sein werde. Als nun gar der V[illegible]inigte Landtag zusammengetreten war und seine Verhandlungen du[illegible] ganz Deutschland hin gelesen und besprochen wurden, begann di[illegible] Ahnung sich zu verwirklichen; die Helden der berliner Tribüne, die H[illegible]emann, Camphausen, Beckerath, Vincke, traten ebenbürtig den süd-

Ständeversammlungen.

deutschen Volksmännern, den Welcker, Römer, Gagern, zur Seite; zwischen beiden Lagern wurden Verbindungen angeknüpft. Freilich rief diese Annäherung andrerseits mit Nothwendigkeit eine Entfremdung hervor. Es konnte nicht geläugnet werden, daß der politische Sinn im Süden tiefer im Volke verbreitet war als im Norden; nicht gerade, daß er festere Wurzeln geschlagen hätte und von einer gründlicheren Einsicht begleitet gewesen wäre; aber der Süddeutsche war durch das Verfassungsleben eines Vierteljahrhunderts mit den Formen, den Forderungen und den Schlagwörtern des Liberalismus vertrauter; er drängte ungestümer vorwärts; er glaubte sich weit über den Preußen hinaus vorgeschritten und bemaß danach seine eigenen constitutionellen Ansprüche. Die verständigeren Politiker des Südens waren weit davon entfernt, sich dessen zu freuen; sie erkannten die Nothwendigkeit, mit der Bewegung im Norden Schritt zu halten; nur wenn dort der Fortschritt siege, so glaubten sie an die Dauer und den Bestand ihrer eigenen Errungenschaften; die Erfahrungen langer Jahre zeigten ihnen genugsam, welcher Werth den ruckweisen Bewegungen des „wetterwendischen" Südens beizumessen sei; Sicherung erhofften sie nur von der „nachhaltigen" politischen Arbeit in Preußen.

Nord- und Süddeutschland.

Aber das konnte nicht die Ueberzeugung der Hitzköpfe sein; auch war es keine Lehre, die sich dem aufgeregten Volke empfahl. Eine Spaltung war unvermeidlich. Und die Keime zu ihr waren ja noch aus den Zeiten des Hambacher Festes und des Frankfurter Putsches vorhanden; schon damals hatte sich der Radicalismus von dem zögernden Liberalismus losgesagt. Jahre lang hatten sodann die Liberalen wieder allein freies Spiel, da die Radicalen im Gefängniß schmachteten oder ins Ausland geflohen waren. Die Begnadigungen der vierziger Jahre riefen manche von ihnen zurück; hatten die Einen im Auslande gelernt und ihre thronumstürzenden und himmelstürmenden Gesinnungen gemäßigt, so brachten die Andern ein neues Gift mit, die socialistischen und communistischen Lehren, die in Frankreich im Schwange waren. An jungem Nachwuchs fehlte es auch nicht und so stand die radicale Partei bald wieder fertig da, vom Volke, das an allem Entschiedenen Freude hat, auch entschieden begünstigt.

Radicale und Liberale.

Besonders in Baden, dem leicht empfänglichen Grenzlande, trat diese Erscheinung ans Licht. Die alten Führer sanken ein wenig in der Achtung des Volkes, oder sie machten auch wohl, halbunsicher, eine Schwenkung nach links. Rotteck war 1840 gestorben; Itzstein neigte stark zu radicalen Anschauungen; Welcker, Mittermaier und Andre hatten gegen die Hecker, Struve, Fickler, Brentano einen harten Stand. Diese machten Mannheim zu ihrem Hauptquartier; auch in Constanz und Umgegend hatten sie einen starken Anhang, den sie durch geschickte Handhabung der Presse beständig zu mehren wußten. Auch die Liberalen blieben auf diesem Felde nicht unthätig, sondern unternahmen es, das zu schaffen, was Deutschland unzweifelhaft fehlte, ein großes politisches Preßorgan, das über die einzelnen Länder und Ländchen hinweg die Sache des Vaterlandes und Fortschrittes vertrete. Sie nahmen damit einen Gedanken auf, den auch die berliner Regierungs-

Baden.

Die deutsche Zeitung.

kreise, soweit sie freisinnigen Tendenzen nachhingen, in Verbindung mit bewährten nationalen Kräften, vielfach erwogen hatten. Der Plan, eine „Deutsche Zeitung“ zu gründen, der schon 1842 zwischen Eichhorn und Dahlmann verhandelt war, wurde 1846 wieder hervorgeholt. Das Blatt sollte der Oppositionspresse opponiren, aber vom liberalen und nationalen Standpunct aus, so daß eine freimüthige Kritik der Regierungsmaßregeln keineswegs ausgeschlossen sei. Politisch geschulte Köpfe wie Dahlmann erkannten doch gleich, daß diese Doppelaufgabe unlösbar sei, und so scheiterte der Vorsatz. Allein nun nahmen die Badener die Idee auf und führten sie ins Werk, natürlich ganz unabhängig von der preußischen oder sonst einer Regierung. Freilich wurde jetzt der Mittelpunct des Unternehmens nach Heidelberg verlegt und seine Wirksamkeit dadurch im Voraus verengert; aber auch so entfaltete sich die „Deutsche Zeitung“, unter Gervinus' Leitung, im Verlage des bewährten liberalen Buchhändlers Bassermann, unter Mitwirkung der tüchtigsten und gelehrtesten Männer, auf das Erfreulichste. „Nie trat eine deutsche Zeitung imponirender vor die Nation, sagt Gustav Freytag von ihr. Daß sie auf ganz Deutschland angelegt war und vom Süden aus vor Anderem preußische Interessen besprechen sollte, war der größte Fortschritt. Kein Blatt hat so viele Talente namhafter Gelehrter, keines so viele handelnde Politiker unter seinen Gönnern und Mitarbeitern gezählt, wenige haben so reiche Folgen glänzender und kluger Artikel gebracht.“ Hatten damit die Liberalen ihre Sache von dem Radicalismus „sauber getrennt“, so gab es doch nichts destoweniger ein breites Gebiet, auf dem beide Richtungen neben und für einander wirkten. Wenn die letzten Absichten auch verschieden waren, so blieben die nächsten Ziele doch dieselben, und der Gegensatz beider Parteien gab sich fürerst mehr in der Stellung der Personen und darin kund, daß die Radicalen außer den Forderungen, welche auch die Liberalen mit Eifer vertraten, noch solche ihrem Programme einverleibten, denen jene auch wohl hätten zustimmen mögen, die zurückzuhalten ihnen aber die Klugheit zu gebieten schien. Das ließ sich am deutlichsten wahrnehmen, als beide Heereslager im Herbst 1847 Versammlung hielten und ihre Forderungen aufstellten. Die Radicalen gingen voran. Am 12. September beschlossen sie in Offenburg die Aufhebung der Bundestagsbeschlüsse von 1819, 1832 und 1834, ferner Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Progressivsteuer und für ganz Deutschland eine Volksvertretung am Bunde zu fordern. Vier Wochen später, am 10. October, tagten dann die Liberalen zu Heppenheim an [illegible]er Bergstraße, aber nicht in einer großen badischen Volksversamm-lu[illegible], sondern in einem freien Congreß von Abgeordneten verschiedener de[illegible]chen Länder. Neben den Badenern, Itzstein, Welcker, Mathy, B[illegible]rmann, Soiron fanden sich Hansemann und Mevissen aus P[illegible]ßen, Römer und Goppelt aus Würtemberg, Heinrich von Gagern a[illegible] Darmstadt, Hergenhahn aus Nassau und manche Andre ein. D[illegible] Besprechung drängte sich auf die eine Frage der Volksvertretung

Die Offenburger Versammlung.

Die Heppenheimer.

Volksvertretung am Bunde.

am Bunde zusammen. Eine lebhafte Discussion entspann sich darüber; Mathy und ein Theil der übrigen wollte nicht den Bundestag, sondern den Zollverein mit der preußischen Spitze als den Organismus, an welchen sich das deutsche Parlament anzuschließen habe, hinstellen. Man einigte sich endlich dahin, diese Frage offen zu lassen und je nach der Strömung der öffentlichen Meinung in dem einen oder dem andern Sinne zu wirken. Der Weg, den man beschreiten wollte, sollten Anträge in den Einzelkammern sein, die in der Form verschieden, im Inhalte gleich ein deutsches Parlament verlangen sollten. Die badische Kammer, welche im December zusammentrat, war die erste, in welcher ein solcher Antrag erscholl: es war der Bassermanns vom 5. Februar 1848; Gagern in Darmstadt folgte ihm am 27. desselben Monats nach; dann aber wurde der Rundgang der Heppenheimer Verabredung durch die Revolution unterbrochen, die im Sturm errang, was die Liberalen auf dem Wege der Reform hatten anbahnen wollen.

Der Bundestag.

Auch in den Regierungskreisen fehlte es nicht an Freunden der Reform, und wenn sie auch in der Minderheit sein mochten, so wurde doch Manches auch für Gesammtdeutschland erreicht, Anderes wenigstens vorbereitet. Würtemberg stellte am Bunde den Antrag auf Anbahnung einer gemeinsamen Gesetzgebung; in Leipzig fanden Conferenzen statt, in denen eine deutsche Wechselordnung berathen und der preußische Entwurf angenommen wurde; Preußen seinerseits beantragte schon im Sommer 1847 die Freigebung der Presse, und der Bundestag ließ sich wenigstens so weit darauf ein, daß er am 9. September sich die Aeußerungen der einzelnen Regierungen darüber erbat. Aber Friedrich Wilhelm ging noch weiter. Eine gründliche Reform der Bundesverfassung lag ihm wirklich am Herzen. Allerdings fehlte ihm der Glaube an die Willigkeit seiner Mitfürsten, auch nur das geringste Opfer ihrer Rechte zu bringen. Als Prinz Albert, der Gemahl der Königin Victoria, ihn im Herbst 1847 zu entschiedeneren Schritten anstachelte, bezeichnete er es als une utopie inréalisable, daß deutsche Könige, Groß- und Kleinherzoge, Fürsten, Fürstchen und Städte zu Gunsten des Bundes auf irgend welches Recht verzichten würden.

Preußische Reformpläne.

Dennoch wagte er noch einen Anlauf und wandte sich aufs Neue an Metternich, mit dem er auch 1845 auf Stolzenfels eine Reform der Bundeskriegsverfassung besprochen hatte. Vielleicht angeregt durch jenen Aufsatz des Prinzen Albert, den Bunsen ihm mit noch einem zweiten gleichartigen Gutachten aus England zugesandt hatte, beauftragte der König seinen Freund Radowitz mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die deutschen Bundesverhältnisse. Am 20. November genehmigte er dieselbe und verfügte ihre Uebergabe in Wien. Er empfahl darin eine Reform nach drei Richtungen. Erstens sollten die deutschen Armeen durch Gleichheit des Exercierreglements und des Calibers, durch gemeinsame Manöver und Feldzeichen einer wirklich einheitlichen Armee wenigstens ein bedeutendes Stück näher gebracht werden; zweitens müsse durch ein gemeinsames deutsches Bürgerrecht, durch volle Freizügigkeit, durch Schaffung eines deutschen Handels-

rechtes, Strafgesetzbuches und besonders eines obersten Bundesgerichtes die Einheit Deutschlands gesetzgeberisch und wirthschaftlich zum Ausdruck gebracht werden; drittens endlich seien durch Ausdehnung des Zollvereins auf den ganzen Bund, durch Herstellung der Münz- und Maßeinheit, durch eine gemeinschaftliche Verkehrsgesetzgebung (Eisenbahnen, Posten ꝛc.), durch Bundesconsulate u. dgl. die materiellen Interessen zu fördern. In der That Vorschläge von dem höchsten Werth und der höchsten Bedeutung, die, wenn sie ausgeführt, ja wenn ihre Ausführung nur versucht wäre, bald die wichtigsten politischen Folgen, vor Allem eine deutsche Volksvertretung, wenigstens für wirthschaftliche Angelegenheiten, hätten nach sich ziehen müssen. Indessen so lange Metternich am Ruder war, und so lange der König von Preußen an dem Grundsatze festhielt, daß Oestreich von Rechtswegen die erste Rolle in Deutschland gebühre, war nicht zu befürchten, daß ernstlich die Hand an solch ein Werk gelegt werde, daß ein Fürstencongreß, wie Friedrich Wilhelm empfahl, zur Berathung der Grundzüge zusammentrete, geschweige denn, daß die Bundesversammlung sich mit Sachverständigen aus allen deutschen Landen, die der preußische Vorschlag nach den freisinnigsten Grundsätzen zu berufen anrieth, behufs der Detailberathung umgeben hätte. Die Radowitz'sche Denkschrift blieb in Wien völlig unbeachtet, und als der König einige Wochen später seine Vorschläge dringlicher erneuern wollte, überholte auch sie unvermerkt die Revolution.

Baiern.

Wenn so in den Zuständen Alldeutschlands eine bessernde Reformbewegung im Zuge war, ohne ihres Ausganges schon sicher zu sein, so ließen auch die Verhältnisse der meisten Einzelstaaten einen erfreulichen Fortschritt nicht verkennen. Am plötzlichsten und unerwartetsten war er in dem größten der Mittelstaaten, in Baiern, hervorgetreten. Obgleich König Ludwig durch seine deutsche Gesinnung, die ihm selbst einen feierlichen Dank der Frankfurter Germanistenversammlung erwarb, und durch seine Pflege der Kunst, in der er alle übrigen Fürsten bei Weitem übertraf und wirklich Großartiges schuf, eine hervorragende und rühmliche Stellung einnahm, so verdarb er doch mehr, als er dadurch zu verlieren hatte, durch die schmachvolle Fügsamkeit, mit der er sich den Forderungen der ultramontanen Partei unterwarf. Das Ministerium Abel, das seit 1837 die Zügel führte, war im besten Begriff, die alte Jesuitenherrschaft in Baiern zu erneuern. Die Kammern hatten ihm Jahre lang keinen ernstlichen Widerstand geleistet; es kam wohl vor, daß sie nach einem Anlauf zur Opposition schließlich, „um dem verehrten Monarchen den Dank des Vaterlandes zu bezeugen", alle Regierungsvorlagen genehmigten. Mit der Landtagssession von 1846 änderte sich das; nicht allein in der zweiten Kammer gewann die Opposition die Uebermacht, sondern auch der Reichsrath trat mit der größten Entschiedenheit gegen das Ministerium auf. Ludwig selbst wurde stutzig über die Tendenzen der Ultramontanen. Trieben sie es doch so weit, daß der Bischof von Augsburg im Reichsrath eine förmliche Abstimmung darüber veranlassen wollte, ob die Verfassung oder das Concordat in streitigen Fällen den Vor-

zug verdiene. Erst als die Mehrheit erklärte, an einer solchen Abstimmung nicht Theil nehmen, sondern den Saal verlassen zu wollen, stand der Prälat von seinem Vorhaben ab. Als der König von dieser Scene Kunde erhielt, meinte er selbst, mit Abel gehe es nicht mehr. Dieser fühlte recht wohl, daß seine Stellung tief erschüttert sei, und sagte sich mit richtigem Gefühl, daß er nur die Wahl habe, entweder durch einen Sieg über den König selbst sie wieder zu befestigen oder nach einem populären Streitpuncte zu suchen, um mit Ehren zu fallen. Dabei war ihm das Glück ungemein günstig. Seit dem October 1846 hielt sich in München eine spanische Tänzerin auf, Lola Montez, die trotz ihrer sehr zweideutigen Vergangenheit bei dem für Frauenschönheit höchst empfänglichen König in große Gunst gekommen war. Anfangs hatte die ultramontane Partei daran durchaus keinen Anstoß genommen. Als aber im December die kirchlichen Angelegenheiten von den Befugnissen Abels getrennt und dem Freiherrn von Schrenk übertragen wurden, als die Partei dadurch einen vernehmlichen Wink erhielt, daß es mit ihrem Regiment (übrigens gänzlich ohne Verdienst der Maitresse) zu Ende gehe, begann plötzlich ein Murren wider die Fremde in der katholischen Presse. Nun hatte der König die Absicht, sie in den bairischen Adelsstand zu erheben, wozu sie zunächst das Indigenat erhalten mußte, das der König nur mit Zustimmung des Ministeriums verleihen durfte. Abel benutzte die günstige Gelegenheit und verweigerte diese Zustimmung. Statt dessen überreichte er am 11. Februar 1847 im Namen des Ministerrathes dem Könige eine Denkschrift, worin die Mißstimmung des Volkes, das sich von einer Fremden beherrscht glaube, der Unwille der Bischöfe, die schmähenden Aeußerungen der ausländischen Presse ins Feld geführt wurden, um den Nachweis zu liefern, daß die Sache des Königthums auf dem Spiele stehe und daß dem Ministerium, wenn der Monarch auf seinem Willen beharre, Nichts übrig bleibe, als seine Entlassung zu fordern. Zu allem Ueberfluß wurde diese Denkschrift außerdem noch „der ausländischen Presse" behufs der Veröffentlichung in die Hände gespielt. Des Königs Entschluß war schnell gefaßt; er berief sogleich den protestantischen Staatsrath Maurer zu sich, gab auf dessen Zureden zwar dem Ministerium noch einen Tag Bedenkzeit, entließ es dann aber, da es auf seiner Ansicht bestand, und kündigte seiner Geliebten seelenvergnügt das große Ereigniß an: Alle meine Minister habe ich entlassen! Das Jesuitenregiment hat aufgehört in Baiern!

Lola Montez.

Sturz des Ministeriums Abel.

Ministerium Maurer.

Die Freude der liberalen Partei über diesen gänzlichen Umschwung war groß; aber es ließ sich nicht leugnen, daß die neuen Räthe des Königs, unter denen der Freiherr von Zu Rhein und Maurer die bedeutendsten waren, mit einem höchst bedenklichen Schritt ihr Ministerium beginnen mußten; sie unterzeichneten das Indigenatspatent der neuen „Gräfin von Landsfeld". Den geschiedenen Ministern wurde von ihren Parteigenossen der lauteste Beifall zu Theil und wohl auch mancher sittlich streng denkende Mann, der sonst nicht zu ihrem An-

hang zählte, billigte ihren Schritt. Im Senate der Universität München stellte der Professor Lasaulx den Antrag, Abel die Anerkennung der Universität auszusprechen. Er büßte dafür, nach dem raschen Befehle des Königs, mit der Versetzung in den Ruhestand; mehrere Collegen theilten sein Schicksal. Die Studenten aber brachten ihnen feierliche Huldigungen und der Pöbel begnügte sich nicht damit, sich ihnen anzuschließen, sondern bedrohte auch die Maitresse und beleidigte sogar den König auf der Straße. Nach und nach jedoch beruhigte sich die Stimmung; man sah wohl ein, daß Ludwig nicht so Unrecht habe, wenn er meinte: Hieße sie statt Lola Montez Loyola Montez, so würde sie unbehelligt geblieben sein. Auch das neue Ministerium hielt es übrigens seiner Würde angemessen, jeden Verkehr mit der Gräfin zu meiden. Damit war denn ein Zankapfel zwischen ihm und dem König von vornherein vorhanden, und schon im December 1847 mußte es zurücktreten. Die Neubildung übernahm der frühere Minister Fürst Wallerstein, im Reichsrathe Jahre lang ein tapferer Gegner Abels und in allen Hauptpuncten Maurers Gesinnungsgenosse. Gleichsam als Sicherheitsventil nach oben nahm er in sein Cabinet den Staatsrath Berks auf, der mit Recht für eine Creatur der Gräfin galt, verdarb aber dadurch freilich seine Stellung nach unten vollkommen. Die öffentliche Meinung gerieth von Neuem in Aufregung; besonders der Studentenschaft bemächtigte sich eine gewaltige Gährung und bei dem Begräbniß des alten Joseph Görres, des erbittertsten Gegners der Gräfin Landsfeld, der am 29. Januar 1848 starb, kam es zu förmlichen Tumulten, in denen diese selbst, da sie sich waghalsig der Menge zeigte, in Lebensgefahr gerieth. Der König, wie immer kurz angebunden, glaubte dem ganzen Lärm dadurch ein Ende machen zu können, daß er die sofortige Schließung der Universität befahl. Aber nun wurde es erst recht schlimm. Die Bürger erklärten sich für die Studenten; der Pöbel begann Crawall; es drohte eine wirkliche Revolution. Mehrere Tage trotzte der Monarch, ohne doch Gewalt anwenden zu mögen. Endlich am 11. Februar gab er nach, hob die Schließung der Universität auf und ertheilte der Gräfin Befehl, München zu verlassen.

Ministerium Wallerstein.

Görres' Tod.

Neue Unruhen.

Das war 14 Tage vor der Februar-Revolution, die also in der bairischen Hauptstadt durch Aufregung der Gemüther und Gewöhnung im Tumultuiren die Wege bestens geebnet fand. Dasselbe Ergebniß hatten gründlich verschiedene Verhältnisse im äußersten Norden Deutschlands zu Stande gebracht. Hier war unsere Nation schon zu Anfang des Jahrhunderts in ernstlichster Gefahr gewesen, wieder einmal ein lebendiges Glied ihres Leibes zu verlieren. Langsam, aber sicher, hatten die Dänen es verstanden, in Schleswig-Holstein die deutsche [Ge]sinnung zu untergraben und ein dänisches Nationalbewußtsein ein[zu]schmuggeln; die napoleonische Zwingherrschaft, die auf Deutschland [las]tete, war ihnen dabei trefflich zu statten gekommen. Schon sangen [die] schleswiger Skalden:

Schleswig-Holstein.

Ich freue mich, daß Dänenblut
In meinen Adern schlägt,
Daß Dänentreu und Dänenmuth
In meiner Brust sich regt;

schon begeisterte sich die Dorfjugend durch Verse wie dieser:

Dänemark, Dänemark, heil'ger Accord!
Himmlisches Wort!
Schwelle, du pochender Busen, erglüht!
Dänemark, dir rauschet so freudig mein Lied!
Hat Saga Heimat des Ruhms dich genannt,
Du Dänenland,
Ich nenne, Dänemark, dich dankentbrannt
Mein Vaterland!

Da half auch hier die Begeisterung der Freiheitskriege. Von einem engen Kreise an der Kieler Universität und im Adel aus verbreitete sich in den Jahren nach 1815 die deutsche Gesinnung wieder durch alle Herzen; vor Allem Dahlmann hatte seinen rühmlichen Antheil daran. Ein kräftiges Mittel zum Kampf war der Wunsch der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, deren Syndicus er war, ihre alten Rechte zu retten. Wie der Bundestag sie dabei in den zwanziger Jahren im Stich ließ, ist früher erzählt worden; nicht minder, wie Lornsen 1830 der dänenfeindlichen Bewegung ein packenderes Stichwort gab, indem er die enge Vereinigung Schleswig-Holsteins und die Lockerung ihrer Verbindung mit dem Königreich zu einer bloßen Personal-Union verlangte. Allein nachdem sein Versuch gescheitert war, trat eine naturgemäße Reaction ein und die nationale Abspannung der dreißiger Jahre, das Vorwiegen der liberalisirenden Tendenzen, führte auch in Schleswig-Holstein dahin, daß sich wieder eine Partei im Lande bilden konnte, die wenigstens Schleswig den Dänen Preis zu geben bereit war, die s. g. Neu-Holsteiner, Olshausen an der Spitze. Freilich waren sie noch weit davon entfernt, auch nur in Holstein eine Mehrheit zu bilden. Das zeigte sich schon zu Ende der dreißiger Jahre. Durch königliche Verfügung waren 1834 für die ganze Monarchie Provinzialstände geschaffen, je eine Versammlung für Holstein, für Schleswig, für Jütland und für die Inseln. Die Schleswig-Holsteiner arbeiteten nun für eine Vereinigung ihrer beiden Versammlungen, um dadurch der staatsrechtlichen Zusammengehörigkeit der Herzogthümer den rechten Ausdruck zu geben. Fast einmüthig erklärten sich die Stände dafür; nur vier Dänen stimmten in Schleswig, 8 Neu-Holsteiner in Holstein dagegen. Diese aber fanden eine Stütze und Ermuthigung an der eiderdänischen Partei, die sich um dieselbe Zeit im Königreiche bildete, und deren Programm dahin lautete, Holstein allenfalls fahren zu lassen oder doch nur mittelst der Personal-Union fest zu halten, alles Land bis zur Eider hin aber in einen einheitlichen Verfassungsstaat umzuwandeln. Was dieser sich ergänzenden Parteibildung bei Dänen und Deutschen ihre hohe Bedeutung gab, war die nahe gerückte Möglichkeit eines Aussterbens des Königshauses. Als Friedrich VI. 1839 aus dem Leben schied, hinterließ er die Regierung seinem einzigen Sohne Christian VIII., der

Die Neu-Holsteiner.

Die Eiderdänen.

Die Erbfolge.

seinerseits auch nur einen, trotz langer Ehe kinderlosen Sohn hatte, den nachmaligen König Friedrich VII. Mit dessen Tode mußte die dänische Monarchie sich auflösen; denn im Königreiche galt unbestritten die weibliche, in Holstein eben so unbestritten die männliche Erbfolge; in Bezug auf Schleswig aber nahm jeder der beiden Theile die Zugehörigkeit für sich in Anspruch. Die Mehrheit der Dänen freilich dachte auch Holstein keineswegs loszugeben; nur die Eiderdänen waren dazu bereit; und ihnen kamen die Neu-Holsteiner entgegen, indem sie für ihre eigene Loslösung Schleswig aufzuopfern geneigt waren. Da erhob sich gegen sie, gleichsam aus dem Grabe, Lornsens Stimme. In der Fremde hatte er, verbitterten Gemüthes, durch Selbstmord den Tod gefunden; aber er hatte als Vermächtniß eine Schrift über die Unionsverfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins hinterlassen, die jetzt (1841) von Georg Beseler herausgegeben wurde. Das Buch verfocht den Satz, daß die Schleswig-Holsteiner Nichts zu wünschen Ursache hätten, was sie nicht zu fordern ein Recht besäßen, und sein Eindruck war so gewaltig, daß die Neuholsteiner, die vor dem Erscheinen eine aufsteigende Partei gewesen waren, mit demselben herabzusteigen begannen. Die Dänen thaten das Ihre, um diese Wirkung zu verstärken. Zunächst arbeiteten sie in der Presse und sonst in der Oeffentlichkeit lebhaft für ihre Sache. Die wenigen Dänen, die in der schleswig'schen Ständeversammlung saßen, besonders Peter Hork Lorenzen und Lauritz Skau, wurden bis in den Himmel erhoben, Festmahle zu ihren Ehren abgehalten, Ehrengeschenke ihnen dargebracht. Als die Stimmung so genügend vorbereitet war, schritten sie zu einem Hauptschlage. In der Röskilder Ständeversammlung beantragte der Bürgermeister von Kopenhagen, Algreen Ussing, im October 1844, den König um eine Erklärung zu ersuchen, des Inhalts, daß die weibliche Erbfolge in sämmtlichen Theilen der Monarchie zur Anwendung kommen werde. Dieser Antrag erregte in den Herzogthümern den lebhaftesten Widerspruch; die holsteinischen Provinzialstände legten durch über hundert Adressen aus allen Landestheilen bestürmt, am 21. November Protest dagegen ein und unternahmen den Nachweis, daß auch für Schleswig die männliche Erbfolge gültig sei. Auf Antrag des Grafen Reventlow-Preetz überreichten sie dem König eine Gegen-Petition, welche die drei Sätze enthielt, die fortan das Glaubensbekenntniß jedes deutschgesinnten Schleswig-Holsteiners bildeten: 1) Die Herzogthümer sind unabhängige Staaten; 2) sie vererben nach der männlichen Erbfolge; 3) sie sind für immer untrennbar vereint (up ewig ungedeelt). Wie zweifelhaft diese Sache auch vom streng juristischen Standpuncte sein mochte (denn für die [illegible]schiedenen Theile Schleswigs, die erst seit 1779 wieder vereinigt [illegible]en, kamen sehr verschiedene Umstände in Betracht), so fand doch [illegible] entschlossene Auftreten in Deutschland den begeistertsten Anklang [illegible] in allen Kammern wurden die Regierungen aufgefordert, für [illegible] deutsche Sache einzutreten. König Christian übereilte unter diesen [illegible]ständen seine Antwort nicht. Er setzte eine Commission ein, [illegible]he die Sache prüfen solle, und erst als sich die Aufregung von

Der Offene Brief Christians VIII.

1844 einigermaßen beruhigt hatte, veröffentlichte er das Ergebniß jener Prüfung in dem berühmten „Offenen Briefe" vom 8. Juli 1846. Darin wurde mit nackten Worten ausgesprochen, daß für Schleswig durchaus dieselbe Erbfolge zu Recht bestehe wie für Dänemark und Lauenburg; nur für einige Theile von Holstein könne der König das nicht mit derselben Bestimmtheit versichern; aber sein unablässiges Bestreben werde darauf gerichtet sein, die hier bestehenden Hindernisse zu beseitigen und die Fortdauer des Gesammtstaates Dänemark sicher zu stellen. Diese Antwort überbot selbst die schlimmsten Befürchtungen der Deutschen; stellte sie doch sogar die Einheit Holsteins in Frage. Eine gewaltige Volksversammlung trat am 20. Juli in Neumünster zusammen, erklärte die drei Puncte von 1844 für Landesrecht und forderte die holsteinischen Stände zum Protest beim König und beim Bundestage auf. Zahlreiche Versammlungen in anderen Orten bestätigten diese Beschlüsse; eine unermeßliche Aufregung durchzuckte das Land; überall ertönte Chemnitz' Lied, das diesen Tagen der Begeisterung sein Entstehen verdankte und mit Blitzesschnelle zum Nationalhymnus wurde:

Bewegung in Schleswig-Holstein.

Schleswigholstein, meerumschlungen,
Deutscher Sitte hohe Wacht,
Wahre treu, was du errungen,
Bis ein schön'rer Morgen tagt:
Schleswigholstein, stammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!

Die holsteinischen Stände, welche eben bei einander waren, erhoben schon am 24. Juli mit Einstimmigkeit beim Könige den verlangten Protest; der Landtagscommissar verweigerte die Annahme; da thaten sie den zweiten Schritt und wandten sich am 3. August an den Bundestag. Inzwischen hatte die Bewegung längst die holsteinischen Landesmarken überschritten; ganz Deutschland jauchzte den Bewohnern der Herzogthümer zu; mit überwältigender Einstimmigkeit erklärte sich die Presse für sie; eine Fülle von Broschüren, staatsrechtlichen, geschichtlichen, politischen Inhalts, suchte den Nachweis des Landesrechtes unter all' diesen Gesichtspuncten zu führen; aus Heidelberg, Nürnberg, Leipzig, Breslau, Bremen, Hamburg, aus unzähligen anderen Städten von nah und fern liefen begeisterte Zustimmungserklärungen ein. Auch unter den deutschen Fürsten fand die nationale Sache ihre Anhänger. Man beachtete zunächst nicht, daß wenn die Oldenburger, Glücksburger, Augustenburger ihre Familienansprüche verwahrten, wenn eine Schrift des Professors Helwing preußische Anrechte auf Theile Schleswigs geltend machte, wenn Mecklenburg, Anhalt u. s. f. ihre Erbrechte auf Lauenburg in Erinnerung brachten, dies alles mit den drei Puncten von 1844 ebenso unvereinbar sei, wie mit den angegriffenen dänischen Ansprüchen. Zunächst war jeder Beistand, wie und woher und in welcher Absicht auch geleistet, erwünscht und wurde mit Jubel aufgenommen. Lange konnte diese patriotische Selbsttäuschung jedoch nicht dauern. Der Bundestag war nicht Willens, sich von dem allgemeinen Taumel mit fortreißen zu

in Deutschland.

Der Bundestag.

lassen. Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit faßte er schon am 17. September einen Beschluß, der, ohne den fürstlichen Rechten seiner Mitglieder etwas zu vergeben und ohne ihm die Hände für die Zukunft zu binden, die Holsteiner doch für jetzt abwies. Der König von Dänemark habe durch eine Erklärung vom 7. September die Erwartung des Bundestages bestätigt, daß der Offene Brief die Rechte des Bundes, der Agnaten und der Ständeversammlung keineswegs anzutasten bezwecke; mithin entbehrten die Beschwerden des holsteinischen Landtags zur Zeit jeder Begründung. Daß die Holsteiner sich damit nicht beruhigen konnten, lag auf der Hand. Die Dänen aber, ermuthigt durch diese erste Nachgiebigkeit, begannen jetzt in den Herzogthümern ein System der Unterdrückung und Verfolgung, das für den Augenblick die Opposition mundtodt machen konnte, ihr für die Dauer aber nur um so größere Stärke verlieh. Ein paar äußerlich versöhnliche Maßregeln wurden als Deckmantel darüber geworfen. Eine Reise, die der König nach Schleswigholstein unternahm, um sich populär zu machen, hatte den entgegengesetzten Erfolg; überall harrte seiner der eisigste Empfang. Ein zweiter Offener Brief vom 18. September, der versicherte, daß der „Landesvater" die Rechte der Herzogthümer in keiner Weise antasten wolle, blieb völlig wirkungslos. Andre Maßregeln belehrten die Schleswigholsteiner besser von der wahren Gesinnung der Kopenhagener. Nicht einmal der Bundesbeschluß vom 17. September durfte in den Landeszeitungen abgedruckt werden. Die bisherige Regierung wurde aufgelöst und der verhaßte Baron Scheele zum Statthalter ernannt. Eine große Volksversammlung in Nortorf jagte man am 14. September mit Gewalt auseinander, ehe sie Beschlüsse hatte fassen können. Die Anträge der schleswiger Provinzialstände auf Verleihung einer schleswig-holsteinischen Verfassung, Aufnahme Schleswigs in den Bund und Aehnliches verweigerte der Commissar dem König zu übermitteln. Beseler, Olshausen, Carl Lorenzen, Brockdorff und andre Führer der deutschen Partei wurden verhaftet, oder entsetzt oder von ihren Advocaturen suspendirt. Kurz es herrschte das ganze Jahr 1847 hindurch ein wahrer Kriegszustand. So standen die Sachen, als am 20. Januar 1848 Christian VIII. starb und in Friedrich VII. der letzte Sproß der älteren königlichen Linie den Thron bestieg.

Der zweite Brief.

Tod Christians VIII.

Noch ein zweiter deutscher Volksstamm war in den vierziger Jahren in einen eifrigen und glücklichen Kampf für die Erhaltung seiner Nationalität eingetreten, und wenn seinen Bestrebungen auch das lebhafte politische Interesse abging, welches die Herzogthümer erregten, so fanden sie doch in Deutschland nichts desto weniger patriotische Sympathie. Die belgischen Vlaminger hatten durch die Revolution von 1830 den Zwang der holländischen Sprache mit dem der französischen vertauschen müssen; aber ihrer starken Stellung sich bewußt (sie zählten über $2^1/_2$ Million, d. h. reichlich $^5/_8$ der Bevölkerung des Königreichs Belgien), begannen sie 1834 den Kampf für die Gleichberechtigung ihrer Sprache. Gent wurde ihr Hauptquartier, ihr Vorkämpfer der gelehrte Sprachforscher J. F. Willems.

Die Vläminger.

„Die Sprache ist das ganze Volk" wurde ihre Losung. Sie verlangten, daß auf vlämischem Sprachgebiete kein Beamter angestellt werde, der nicht vlämisch sprechen und schreiben könne, daß ihre Sprache in ihrem Gebiete die Gerichtssprache, daß an der brüsseler Academie eine vlämische Abtheilung errichtet werde. In diesem Sinne wurden im Jahre 1840 massenhafte Bittschriften — die Antwerpener zählte allein 20,000 Unterschriften — den Kammern überreicht; der Abgeordnete van Decker empfahl sie mit Eifer und Geschick; sie wurden der Regierung zur Beachtung überwiesen und allmälig auch erfüllt. Die vlämische Literatur nahm einen kräftigen Aufschwung; Willems gründete zu ihrer Pflege ein „belgisches Museum"; über dreißig periodische Blätter erschienen in vlämischer Sprache; einzelne tüchtige Dichter, Ledegank, van Duyse u. A. traten hervor; Hendrik Conscience erwarb sich durch seine Romane auch über die Landesgrenzen hinaus Achtung. Eine Verschmelzung mit dem Holländischen wurde schon aus politischen Gründen ängstlich geflohen; noch weniger Aussicht hatten die Bemühungen, die wohl von deutscher Seite gemacht wurden, um dem Hochdeutschen Geltung zu verschaffen; aber die Belebung dieser Mundart, die nun eine feste Mauer gegen das Vordringen des Französischen bildete, war auch so schon ein freudig zu begrüßendes nationales Interesse.

Die nationale Bewegung der vierziger Jahre bei den Slawen, Ungarn und Italienern.

Ein allgemeiner Aufschwung des deutschen Geistes war somit in den vierziger Jahren eingetreten, und mochte man nun nach Berlin oder Frankfurt, nach München oder nach Kiel blicken, mochte man die deutschen Kammern oder die deutsche Presse, die deutschen Regierungen oder das deutsche Volk in allen seinen Schichten ins Auge fassen, so konnte kein Sehender leugnen, daß das Jahr 1848 auch ohne Anstoß von außen bedeutende Fortschritte bringen müsse.

Allein dieser Aufschwung war nicht auf Deutschland beschränkt geblieben; fast überall traten kräftige Lebenszeichen zu Tage, theilweise selbst in Völkern und Gemeinwesen, wo man fast den letzten Entwicklungskeim schon hätte erstorben glauben können. Die Polen, die Tschechen, die Illyrier, die Ungarn, die Italiener, die Schweizer, sie alle rührten und regten sich und zum Theil mit einer Energie und Erbitterung, gegen welche die Vorgänge in Deutschland nur geringfügig erschienen.

Polen.

Sehr unmittelbar wurde Deutschland oder doch Preußen von den neuen Zuckungen des polnischen Volksgeistes berührt. Die flüchtigen Patrioten im Auslande, besonders in Paris, sannen unaufhörlich darauf, eine neue Erhebung zu Stande zu bringen. Aber im russischen Polen, wo Paskewitsch sein eisernes Scepter führte, waren die Aussichten sehr gering; günstiger lagen die Dinge in Posen und Westpreußen. Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms hatte nicht

bloß bei seinen deutschen Unterthanen neue Hoffnungen wach gerufen; auch die Polen, zumal Geistlichkeit und Adel, waren lebhaft durch sie angeregt; im posenschen Provinziallandtage hatten wiederholt starke Debatten stattgefunden; daß die deutschen Vertreter dabei den polnischen scharf entgegengetreten waren, hatte die Unzufriedenheit genährt; kurz, wenn irgend ein Theil des alten Polens, so schien der preußische zu einem Aufstandsversuche geeignet. Krakau, das seit 1815 als letzter Rest der altpolnischen Herrlichkeit noch ein selbständiges Scheindasein fristete, konnte als Rückhalt angesehen werden. Zum Unglück für die Polen wurden ihre Pläne aber vor der Zeit von der preußischen Polizei entdeckt. Mieroslawski, die Seele der Unternehmung, war von Paris nach Posen geeilt; am 14. Februar 1846 versammelte er die Häupter der Verschwörung zu einer letzten Berathung; dabei wurden sie, etwa 40 an der Zahl, meist junge und angesehene Edelleute, von der Polizei überrumpelt und sämmtlich verhaftet. Nun machten hier und da wohl einzelne Schaaren von Bauern noch den Versuch auf eigene Hand sich zu erheben; allein es war für die Truppen eine leichte Aufgabe sie zu überwältigen. Den verhafteten Führern aber, denen in Berlin der Proceß gemacht wurde, schenkten nicht allein ihre Landsleute die wärmste Theilnahme, sondern auch der deutsche Liberalismus wandte ihnen, die doch gegen das Deutschthum sich verschworen hatten, seine gutherzigen Sympathien zu und grollte mit der Regierung, daß sie den Friedensstörern nicht mehr Nachsicht zeige. Denn diese war allerdings entschlossen durch äußerste Strenge einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen; Rußland und Oestreich waren von denselben Gesinnungen erfüllt; ohne allzu große Schwierigkeit entwickelte sich daher unter ihnen eine gemeinsame Politik. Den wesentlichsten Gewinn daraus zog Oestreich, das freilich auch die härteste Erschütterung zu bestehen hatte. Von dem Freistaate Krakau aus verbreitete sich nämlich der Aufstand, der in Posen mißlungen war, nach Galizien und nahm hier die Gestalt eines gräuelvollen Bauernkrieges an, in dem die kaiserlich gesinnten Leibeigenen, von den Beamten gehetzt, über den aufständischen Adel herfielen und ihn unter Brandstiftung und Plünderung todtschlugen. In Krakau selbst war die bisherige Regierung durch eine Revolution gestürzt; ein Dr. Tyssowski übernahm als Dictator die Leitung des Staates und der polnischen Propaganda. Die unmittelbare Folge davon war natürlich das militärische Einschreiten der drei Schutzmächte; schon am 3. März besetzten östreichische und russische Truppen die Stadt; preußische schlossen sich ihnen bald an. Tyssowski mit seinem Anhang entfloh. Nach längeren Ver-
dlungen einigten sich die drei Mächte dahin, dem ganzen Frei-
t Krakau ein Ende zu machen; am 6. November wurde ein
trag unterzeichnet, welcher die Einverleibung in Oestreich aus-
ch; über den Einspruch, welchen England und Frankreich dagegen
gegen eine Verletzung der Verträge von 1815 erhoben, konnte man
leicht hinwegsetzen, da beide Staaten über die spanischen Ange-

Mieroslawski.

Galizien.

Krakau.

legenheiten eben im heftigsten Streite lagen und daher ihrem Widerspruch keinen Nachdruck zu geben vermochten.

Die östreichischen Slawen.

Diese Ereignisse waren für die Polen eine neue Mahnung, die Belebung ihrer Nationalität nicht durch Gewalt, sondern durch den sittlichen und geistigen Fortschritt ihrer Angehörigen zu erstreben. Auch diese Mahnung ging wirkungslos an ihnen vorüber. Und doch konnte ihnen die Geschichte ihrer slawischen Stammesgenossen in Oestreich zeigen, wie viel sich auf dem Wege der friedlichen Arbeit erreichen lasse; nirgends vielleicht in ganz Europa hatte das erstorbene Nationalbewußtsein im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts einen größeren Aufschwung genommen als bei diesen. Oestreich zählte unter seinen Bevölkerungen, von den Polen und Ruthenen in Galizien abgesehn, noch zwei große slawische Gruppen: im Norden die Tschechen, die mit den Hannaken in Mähren und den Slowaken am Tatragebirge etwa 19 Procent der Gesammtbevölkerung des Kaiserstaates bildeten; im Süden die Illyrier, die zu etwa gleichen Theilen aus Serben, Slawonen und Kroaten zusammengesetzt, auf 13 % geschätzt wurden.

Die Tschechen.

Der tschechische Zweig war allgemach eben so den Deutschen, wie der illyrische den Ungarn gegenüber in Abhängigkeit und Unselbständigkeit gerathen.

Literarische Wiedergeburt.

Bei beiden wurde die politische Wiedergeburt durch eine literarische vorbereitet. In Böhmen begann die letztere schon zu Kaiser Josephs II. Zeit; doch erst im dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gerieth sie in schnelleren Tritt und nahm einen politischen Charakter an. Das Ereigniß, welches diese Wendung herbeiführte, war die Entdeckung altböhmischer Heldenlieder aus dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts, der von Hanka aufgefundenen sog. Königinhofer Handschrift. Daß ihre Echtheit bestritten wurde, entfachte den patriotischen Eifer für diesen Schatz nur um so mehr, und mit bewunderungswürdigem Fleiße beuteten die böhmischen Gelehrten ihn aus, um die Sprache, die Alterthümer, die Mythologie ihrer Vorfahren daraus zu entwickeln.

Panslawismus.

Ein naturgemäßes Ergebniß der eifrigen Sprachstudien war die genauere Erkenntniß der Verwandtschaft zwischen den einzelnen slawischen Stämmen; man entdeckte, daß diese die zahlreichsten in Europa seien; man schloß daraus, daß ihnen die Zukunft gehöre. Das Traumbild des Panslawismus erwachte; man grübelte darüber, die verschiedenen Zweige des slawischen Sprachstammes zu einer allslawischen Sprache zu verschmelzen und so den 70 Millionen zunächst eine literarische Einheit zu schaffen. Aber man versäumte darüber nicht die Pflege der eigenen Mundart; eine lebhafte Agitation suchte der Volkssprache die verlorenen Rechte dem Deutschen gegenüber wieder zu erobern; wer sich daran betheiligte, war ein Patriot, und dieses Wort galt für den größten Ruhmestitel. Man trat zu Vereinen zusammen, gab tschechische Bücher, dann schönwissenschaftliche Zeitschriften, dann politische Blätter heraus und gewöhnte so allmälig nicht allein die eigenen Stammesgenossen, sondern auch die Deutschböhmen und die Regierung an das Dasein und die Berechtigung einer eigenen tschechischen Nationalität.

Die Illyrier.

Ganz ähnlich war der Gang im Süden bei den „Illyriern", wo freilich noch größere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Denn in der That bestanden zwischen den drei Zweigen derselben, den Slawonen, Kroaten und Serben, so große Verschiedenheiten, daß der Gesammtname selbst wenig mehr als ein leeres Wort war. Die Kroaten, geographisch und sprachlich die Vermittler zwischen den beiden andern Stämmen, wurden die Träger der Bewegung, die ihre beste Kraft aus dem Haß gegen die Magyaren sog. An die Spitze stellte sich Ljudevit Gaj, der Hauptschauplatz seiner Thätigkeit war die „Illyrische Nationalzeitung", die er seit 1836 in Agram herausgab. Da die politischen Absichten Anfangs nicht in den Vordergrund traten, wurde die Bewegung von Wien aus wohlwollend begünstigt; die Ungarn freilich erkannten gleich die Gefahr und suchten sie im Keime zu ersticken. Das beste Mittel dazu schien zu sein, wenn sie den Feind mit den eigenen Waffen bekämpften, wenn sie der magyarischen Sprache einen größeren Wirkungskreis erstritten. Das versuchten sie auf dem Reichstag von 1843. Bis dahin war das Lateinische die amtliche Sprache in Ungarn und dem damit verbundenen dreieinigen (illyrischen) Königreich; die magyarische an ihre Stelle zu bringen war ein so natürlicher Wunsch, daß an seiner Erfüllung auf die Dauer nicht zu zweifeln war; zugleich aber mußte es für einen großen Sieg über den Illyrismus gelten, wenn es diesem nicht etwa gelang, für sich die Gleichberechtigung zu erstreiten. Und darauf war das Streben seiner Vorkämpfer, der kroatischen Vertreter in dem preßburger Reichstage von 1843, in erster Linie keineswegs gerichtet; sie forderten einfach die Erhaltung der lateinischen Sprache und boten dadurch den Magyaren erwünschte Gelegenheit, sie als Verteidiger eines alten Zopfes zu brandmarken. Ein Beschluß der Ständetafel vom 20. Juni setzte fest, daß fortan im Reichstage nur ungarisch gesprochen werden dürfe, und obgleich die Magnaten wenigstens eine Uebergangszeit empfahlen, obgleich ein königliches Schreiben den Beschluß mißbilligte und es dem Belieben der Vertreter zu überlassen befahl, ob sie magyarisch oder lateinisch reden wollten, so hielt doch die Ständetafel ihren Willen aufrecht und schrie jeden nieder, der mit dem üblichen Excellentissime domine anhob. Die äußerste Nachgiebigkeit, zu der sie sich endlich verstand, war, daß sie die lateinischen Reden anhörte, aber von der Aufnahme ins Protocoll ausschloß, also als nicht gehalten betrachtete. Die Kroaten waren dieser Willkür gegenüber schutzlos, da die Regierung es für klüger hielt nachzugeben und im Januar 1844 das Magyarische mit der einzigen Beschränkung als alleinige Reichstagssprache anzuerkennen, daß in den nächsten sechs Jahren den Kroaten r Gebrauch des Lateinischen noch zu gestatten sei. Um die grollen- ı Ungarn noch mehr zu beschwichtigen und den Verdacht zu ent- ften, als ob die Regierung der Losreißung des dreieinigen nigreichs von der Stephanskrone günstig sei, erging ein paar chen später an Gaj der Befehl, den Namen seiner „Illyrischen tionalzeitung" in den einer kroatisch-slawonisch-dalmatinischen

Streit mit den Ungarn.

umzuwandeln. Allein die Illyrier ließen sich dadurch nicht entmuthigen; sie waren vielmehr verständig genug von ihren Feinden zu lernen und die Erhebung der kroatischen Sprache zur amtlichen Sprache des dreieinigen Königreichs auf ihre Fahne zu schreiben. Grade nach den Vorgängen in Preßburg konnte dagegen weder die Regierung noch die magyarische Partei auf dem Agramer Landtag, der 1845 zusammentrat, etwas einwenden. Eine noch viel schwerere Niederlage aber erlitt die letztere durch einen zweiten Beschluß, den der Landtag mit Genehmigung der Regierung faßte: durch die Aufhebung der persönlichen Mitgliedschaft am Landtage, welche die Turopoljer, ein in Kroatien ansässiger magyarischer Bauernadel, der „schlecht gewaschen, aber gut bewaffnet" bei den Berathungen zu erscheinen pflegte, besessen hatte. Die Bedeutung dieses Sieges würdigten Illyrier und Ungarn gleich gut. Die letzteren erhoben laute Klage darüber in Wien; und als eine Abordnung des Pesther Kreises, welche sich beschweren wollte, dort zurückgewiesen wurde, begann eine lebhafte Bewegung durch das ganze Land, deren Seele Ludwig Kossuth war. An Stoff für dieselbe war auch außer der kroatischen Frage kein Mangel. Den letzten Reichstag hatten Gegenstände von tiefstgreifender Bedeutung, Aenderung der Ständeverfassung, des Strafrechtes, der Steuergesetzgebung, Geldbewilligungen zur Hebung von Handel und Gewerbe 2c. beschäftigt, ohne daß Ergebnisse zu Stande gekommen waren. Alle diese Gegenstände wurden jetzt in der Presse und in den Kreisversammlungen mit größtem Eifer besprochen. Eine mächtige Bewegung durchzitterte das Land von einer Grenze bis zur andern. Niemals, so versichert Springer, schlugen die Herzen kräftiger, hielten sich die Köpfe höher, fühlte das Volk seine Kraft sicherer als in den Jahren 1845—46. Kossuth war es vor Allen, der diese Stimmung förderte. Bis dahin hatte er vorzugsweise durch die Presse gewirkt; jetzt trat er in Folge von Zwistigkeiten von seinem Blatte, dem Pesti Hirlap, zurück und begann seine glänzende Laufbahn als Volksredner. In der schriftstellerischen Thätigkeit ersetzten ihn die Männer, welche seine Stelle einnahmen. Szalay, Eötvös u. A. vollkommen; als Volksredner vermochte keiner mit ihm zu wetteifern. Eigentliche staatsmännische Begabung und Bildung fehlten ihm; er verdankte seine politische Einsicht wesentlich der Augsburger Zeitung; das Ausland war ihm nicht durch eigene Anschauung bekannt; eben in diesen Jahren unternahm er seine weiteste Reise — nach Wien. Aber er war durch und durch Ungar, durch und durch der Mann des Volkes. Die Kraft und der Wohllaut einer gewaltigen, unermüdlichen Stimme, die ausdrucksvolle Beweglichkeit eines lebendigen Geberdenspieles unterstützten die populäre Klarheit und doch Prunkhaftigkeit seiner Rede. „Wenn er sprach und so lange er sprach, vergaßen seine Zuhörer die ganze übrige Welt, erkannten nur ihn als ihren Führer und schwuren nicht höher als auf sein Wort." Den adligen Häuptern der liberalen Partei war sein Auftreten natürlich weniger genehm, und wenn sie gleichwohl in vielen Dingen mit ihm Hand in Hand gingen, so trennten

Erfolge der Illyrier.

Ungarische Forderungen.

Kossuth.

Kampf der Parteien.

sie sich doch in wichtigen Puncten von ihm. Gemeinsam war ihnen besonders die Thätigkeit für den ungarischen Schutzverein, dessen Mitglieder — und er zählte binnen 8 Wochen 60,000 — es für ein Verbrechen erklärten, das, was das heimische Gewerbe biete, von Fremden zu kaufen; was sie von einander trennte, war vorzüglich die centralisirende Verfassungsänderung, welche Eötvös, Deak und ihre Freunde anstrebten. Kossuth und die Bewegungspartei suchten die Macht der Kreisversammlungen zu erhalten, jene, die Führer der Centralisationspartei, wünschten einen Theil derselben auf den Reichstag zu übertragen. Sie näherten sich damit den Wünschen der Conservativen, an deren Spitze Szechenyi, Georg Apponyi, der zum ungarischen Hofkanzler ernannt wurde, u. A. standen, die im Einverständniß mit der Regierung gleichfalls eine Stärkung der Centralgewalt anstrebten, wenn auch weniger mittelst des Reichstags als in den Händen der Regierung. Alle diese Gegensätze, die schon in den Kreisversammlungen und in der Presse heftig auf einanderplatzten, mußten auf dem nächsten Reichstage, der Ende 1847 bevorstand, in offenen Kampf gerathen, und die Spannung auf den Verlauf desselben war um so größer, als durch den Tod des alten Palatinus Joseph, der 50 Jahre diese Würde bekleidet hatte, kurz vorher dieses höchste Regierungsamt in neue Hände gelangte, in die eines Sohnes des Verstorbenen, des Erzherzogs Stephan, dem der Kaiser vorläufig die Verwaltung des Landes übertrug, um dadurch die Erwartung auszudrücken, daß der Reichstag ihn zum Palatinus wählen werde.

Die Deutsch-Oestreicher.

Von der großen politischen Regsamkeit, die unter den Magyaren und Slawen des östreichischen Kaiserstaates herrschte, stach die Stille in den deutschen Landestheilen gewaltig ab. Allerdings zeigte sich auch hier in den Landtagen etwas mehr Bewegung als früher, wie denn z. B. in dem nieder-östreichischen Graf Breuner die Theilnahme bürgerlicher Vertreter bei Berathung der Steuern, die Ablösung der Feudallasten und eine Reform des Unterrichtswesens verlangte. Aber im Ganzen genommen wollten derartige Zeichen hier nicht viel bedeuten: auf seinen deutschen Landsleuten konnte Metternichs Auge noch mit Wohlgefallen ruhen. Um so mehr Sorge mußten ihm die italienischen Provinzen bereiten, die ihren vollen Antheil an der Aufregung nahmen, in der die ganze Halbinsel sich befand.

Italien.

Auf die verunglückte Erhebung des Jahres 1831 war in allen italienischen Staaten eine Zeit der Reaction gefolgt, die aber doch im Vergleich zu der früheren nicht ohne manchen versöhnenden Zug war. Selbst in der Lombardei und Venetien hatte Metternich bei Gelegenheit der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands eine Begnadigung veranlaßt. In Neapel mußte man dem jungen Könige Ferdinand II.,

Neapel.

[der] 1830 seinem Vater gefolgt war, manche nützliche Besserung [na]chrühmen. Er hatte in das Finanzwesen Oeffentlichkeit eingeführt, [übe]rtriebene Besoldungen und Ruhegehalte vermindert, auch für sich [selb]st auf eine Viertelmillion Ducaten verzichtet. Da auch der Handel [und] besonders die Schifffahrt einen beständigen Aufschwung nahmen, genossen die neapolitanischen Finanzen eines guten Vertrauens;

die 5procentige Rente stand beispielsweise 1844 auf 108. Aufstände, zu denen die entsetzlich wüthende Cholera 1837 in Sicilien Anlaß gab, boten die Gelegenheit, die völlige Verschmelzung der Insel mit dem Festlande durchzuführen, was für die Sicilianer zwar ein Grund zur Beschwerde mehr, im Uebrigen aber ein wesentlicher Fortschritt war. In Toscana hatte die Reaction niemals ihre volle Wirksamkeit entfaltet; auch in den dreißiger und vierziger Jahren blieb das Regiment des Großherzogs bei der gewohnten Milde. In Sardinien entsprach Carl Albert freilich nicht dem Programm der Carbonari, seiner früheren Bundesgenossen; aber die Clericalen und östreichisch Gesinnten waren ihm noch weniger hold. Zwischen dem Dolche der Carbonari und der Chocolade der Jesuiten, so meinte der König selbst, stehe er in der Mitte, und nicht minder war es ihm bekannt, daß man in Wien unter Umständen bereit sei, ihn zur Abdankung zu zwingen. Verbesserungen in der Rechtspflege, der Verwaltung der Finanzen (so daß Rothschild eine Anleihe zu 118% abzuschließen bereit war), eine sorgsame Pflege des Heeres und der materiellen Interessen erkannte der bedrohte Monarch als die besten Stützen seines Thrones und die Zahl derer war nicht klein, welche in ihm trotz seiner zweideutigen Vergangenheit die beste Hoffnung Italiens erblickten. In der traurigsten Lage von allen Staaten der Halbinsel befand sich jedenfalls der Kirchenstaat. Papst Gregor XVI. entließ seinen reformfreundlichen Cardinal-Staatssecretär Bernetti schon 1836 und setzte an seine Stelle den Genuesen Lambruschini. Unter ihm erreichte das Priesterregiment und die unglaubliche Verschleuderung der Finanzen ihren Gipfelpunct; zugleich wußte er den Papst so völlig von den Geschäften fern zu halten, daß diese ganz in seiner Hand lagen. Es war „ein Frieden ohne Ruhe, ein Schlaf ohne Erholung, eine Krone ohne Regiment". Das Land war von Parteien zerwühlt. Auf der einen Seite die Ultrareactionäre, die Sanfedisten, auf der andern die Liberalen, die kaum ihren Haß und ihre Rachsucht zu bezwingen vermochten; dazwischen, aber zur Ohnmacht verdammt, die Papalini, die einer Reform nicht abgeneigten Clericalen, und die Gemäßigten, d. h. Liberale, die zur Verständigung bereit waren. Weit verbreitet war der Glaube, das Gefüge des Staates könne nicht lange mehr zusammenhalten; nur die Schweizertruppen des Papstes, die Oestreicher in Bologna, die Franzosen in Ancona verhinderten den Zusammenbruch. Mannichfaltige Vermuthungen und Pläne über das, was dann werden solle, kamen in Umlauf; in Neapel, in Toscana, in Modena speculirte man auf Vergrößerung; dem Kaiser Nicolaus wurde der Plan zugeschrieben für seinen Schwiegersohn, den Herzog von Leuchtenburg, ein Königreich Mittel-Italien zu gründen. Auch die Mazzinisten und andre Flüchtlinge unterließen nicht, den Kirchenstaat zum Ausgangspunct ihrer Versuche zu machen; besonders das Jahr 1845 wies eine ganze Kette solcher Unternehmungen auf. Doch verschmähten sie auch die andern Theile der Halbinsel nicht; denn neben den hervorgehobenen Lichtpuncten ebneten willkürliches Polizeiregiment und verdummende

Toscana.

Sardinien.

Der Kirchenstaat.

Mazzinistische Putsche.

Priesterherrschaft ihnen überall die Wege. Der berühmteste Aufstandsversuch spielte 1844 in Calabrien. Die Söhne des östreichischen Admirals Bandiera landeten dort mit etwa 20 Genossen. Allein der Verrath eines Corsen machte der Sache ein schnelles Ende; die Führer büßten ihr Unternehmen mit dem Tode, die Andern mit harter Gefangenschaft. Auch von sonstigen Versuchen gelangte keiner auch nur zu einiger Entfaltung. Im Ganzen ließ sich deutlich erkennen, daß der Radicalismus an Boden verlor und der gesunde nationale Gedanke an Kraft gewann. Daran hatten die patriotischen Dichter und Schriftsteller dieses Jahrzehntes einen großen Antheil. Leopardi, Silvio Pellico, Niccolini, Guerazzi, Giusti, mittelbar auch Manzoni, ganz besonders aber Gioberti, Cesare Balbo und Massimo d'Azeglio, alle drei Piemontesen, gewannen den größten Einfluß. Giobertis „Primat Italiens", der 1843 erschien, war eine wirkliche That. Italien sei einst der Mittelpunct der Menschheit gewesen und sei bestimmt es wieder zu werden; zu dem Zweck müsse es die fremden Stoffe ausstoßen und sich gleichsam um das Papstthum crystallisiren; dieses sei die Leuchte der Cultur, die Bürgschaft des Sieges einer vernünftigen Freiheit, der wahre Einheitsknoten; gegen und ohne den Papst sei Nichts möglich, mit ihm Alles; Piemont aber sei der berufene Schirmvogt des Papstes und Italiens. Von dem gleichen Glauben an Religion und Vaterland, von den gleichen Hoffnungen auf Piemont und das Papstthum waren Massimo d'Azeglios Schriften und Cesare Balbos „Hoffnungen Italiens" durchdrungen. Sie verbreiteten diese Gesinnungen in weiten Kreisen, die bis dahin noch der alten Verschwörungssucht verfallen waren; sie weckten den Glauben an die Möglichkeit der Besserung, des Wiederauferstehens (Risorgimento) und errangen besonders unter den Gebildeten und Gelehrten Geltung, die sich in den Wanderversammlungen der Naturforscher (seit 1839) und in den landwirthschaftlichen Vereinen bereits, ähnlich wie in Deutschland, Werkzeuge geschaffen hatten.

Die nationale Literatur.

Ein plötzlicher Umschwung im Kirchenstaate sollte ihnen unerwartet noch größere Bedeutung geben. Am 1. Juni 1846 starb, einundachtzigjährig, Gregor XVI. Die Hoffnung der Sanfedisten, Lambruschini aus der Wahl als seinen Nachfolger hervorgehen zu sehn, wurde getäuscht; am 16. Juni wurde Mastai Ferretti, der 54jährige Bischof von Imola, zum Papst erkoren und begann als Pio Nono sein Pontificat, das längste, welches die Geschichte kennt. Eine freudige Ahnung durchflog die Gemüther: das sei der Mann, welcher Giobertis Ideen ins Leben führen werde. Ohne recht einen Grund zu seinen Hoffnungen zu haben, kam das Volk dem neuen [Kir]chenfürsten mit den schmeichelhaftesten Beweisen seiner Liebe ent[gege]n; Rom überstürzte sich in Freudenbezeugungen und Jubelaus[brüc]hen. Pius, von Natur ein milder Charakter, auch nationalen [Gef]ühlen nicht unzugänglich, fühlte sich durch dieses Vertrauen geehrt [und] gehoben. Ohne ein klares Programm, das ihm als feste Richt[schn]ur gedient hätte, genügte er zunächst nur einem eigenen Herzens[bedü]rfniß, indem er zum Dank für so viel Liebe vier Wochen nach

Pio Nono.

seiner Wahl eine weitumfassende Begnadigung erließ. Kleine liberale Zugeständnisse mancherlei Art, die Gestattung der bisher verbotenen Gelehrtenversammlungen, die Begründung von Kinderbewahranstalten und Lesezimmern, die Ersetzung Lambruschinis durch den freisinnigen Cardinal Gizzi, die Berufung von Ausschüssen zum Zweck verschiedener Gesetzesreformen, eine mildere Handhabung der Censur und Aehnliches befestigten den Glauben an die liberale Gesinnung des neuen Herrschers. Und konnte denn ein Zweifel daran sich überhaupt noch rechtfertigen, wenn man den Vertrauten des Papstes, den Pater Ventura, von der Kanzel den Bund des Clerus und der Demokratie preisen hörte? Waren das nicht ganz und gar die Ideen Giobertis? Und war nicht Gioberti auch ein Geistlicher? Entsprachen nicht alle Thaten des Papstes diesen Anschauungen? Beehrte er nicht mit seinem besonderen Vertrauen den Grafen Rossi, den französischen Gesandten? Und war dieser Graf Rossi nicht ein ehemaliger Flüchtling? So fragte man sich und zweifelte nicht und verbreitete durch ganz Italien und weiter durch ganz Europa die jubelnde Kunde von dem neuen, unerhörten Ereigniß, von dem liberalen und nationalgesinnten Pontifex. Vollends als nun 1847 noch größere Reformen folgten, als ein Staatsrath aus Vertretern der einzelnen Provinzen berufen, ein förmlicher Ministerrath gegründet, die Einrichtung einer Bürgergarde erst in Rom, dann in dem ganzen Staate genehmigt wurde, da kannte der Jubel keine Grenzen. Wenn noch etwas nöthig war, die Beliebtheit des Papstes zu steigern, so thaten es seine Gegner. Kurz vor dem Jahrestage der Begnadigung wurde eine Verschwörung der Priesterpartei entdeckt, die nichts Geringeres bezweckte als Pius gefangen zu nehmen. Auch Metternich glaubte dem umstürzenden Treiben in Rom durch eine Kundgebung entgegen treten zu müssen. Die Oestreicher hielten, wie erwähnt, die Festung von Ferrara besetzt; jetzt wurde plötzlich die Besatzung durch 800 Croaten verstärkt, die auch die Hauptwache und andre Puncte der Stadt besetzen mußten. Das führte zu einem scharfen Notenwechsel zwischen Wien und Rom und gab der Beliebtheit des Papstes in den nationalen Kreisen eine neue Stütze. Da sich auch England und Frankreich auf seine Seite schlugen, sah Metternich sich im December zu einem Vergleiche veranlaßt, kraft dessen die Oestreicher in der Stadt nur zwei Kasernen besetzt halten sollten; es war zwar kein glänzender, aber es war doch ein Sieg des Papstes und der nationalen Idee, der ihre Vorkämpfer mit neuem Muth erfüllte.

Italienischer Zollverein.

Noch erfreulicher aber war eine Vereinbarung, die zwischen dem Papste und den Beherrschern Toscanas und Piemonts am 3. November 1847 zu Stande kam, es handelte sich um die Anbahnung eines italienischen Zollvereins. Ein Vertrauter des Papstes, der Prälat Corboli, brachte in Turin und Florenz die Entwürfe zum Abschluß. Um ins Leben zu treten, erforderten sie freilich noch die Zustimmung des Herzogs von Modena, dessen Gebiet die sardinische von der toscanischen Grenze schied, und diese Zustimmung war nicht zu erwarten. Allein schon die moralische Wirkung des Vertrages, der

mit klaren Worten es aussprach, daß die Verschmelzung der materiellen Interessen die wahre und wesentliche Grundlage der nationalen Einheit sei, war nicht zu unterschätzen, und nicht minder folgenreich mußte der Umstand werden, daß Toscana und Piemont sich den Fortschritten Pio Nonos nun auch in ihren inneren Verhältnissen anschlossen. Milderung der Censur, Begründung von Bürgerwehren, Errichtung eines Staatsrathes und ähnliche Maßregeln wurden nach dem Vorbilde des Papstes auch von dem Großherzog Leopold gewährt, und Carl Albert kündigte am 30. October 1847 sogar feierlich ein neues Zeitalter der Reformen an. Ja, in vertrauten Briefen, die ein öffentliches Geheimniß wurden, jubelte er dem Tage entgegen, wo er mit seinen Söhnen zu Pferde steigen und zum Kriege für die Unabhängigkeit Italiens werde aufrufen können.

Reformen in Toscana und Sardinien.

Gegen solche Möglichkeiten, die durch die steigende Gährung im Volke immer näher gerückt wurden, suchte Metternich sich möglichst sicher zu stellen, indem er seinen Einfluß in Modena und Parma befestigte. Es bot sich dazu ein bequemer Anlaß. Auf dem Wiener Congreß war festgestellt worden, daß Parma nach dem Tode seiner Herzogin, der Wittwe Napoleons, an den Herzog von Lucca, hingegen dessen Herzogthum an Toscana fallen solle; der Großherzog von Toscana hatte sich in einem Vertrage von 1844 alsdann weiter verpflichtet, seinerseits einige Bezirke an Modena und Parma abzutreten. Nun verzichtete der Herzog von Lucca, dem die Unruhe in seinem Ländchen unbequem wurde, schon am 7. October 1847 auf die Regierung, zwei Monate bevor er durch den Tod Maria Luisas (am 18. December) in den Besitz von Parma trat. Die toscanische Regierung aber machte Schwierigkeiten die erwähnten Bezirke nunmehr abzutreten, da deren Bewohner sich lebhaft dagegen sträubten. Metternich trat natürlich für die Rechte Modenas und Parmas auf Grund des Vertrages von 1844 ein, und die Auslieferung der beanspruchten Gebiete geschah denn auch unter Vermittlung des Papstes und Sardiniens. Aber damit noch nicht zufrieden, schloß Oestreich überdies mit den beiden Herzögen im December einen Vertrag, der ihre Länder „in die Verteidigungslinie der östreichischen Provinzen" einfügte und Metternich das Recht gab, sobald es ihm räthlich scheine, gegen innere oder äußere Feinde seine Truppen einrücken zu lassen. Der Anfang zu einem antinationalen Bunde war also gemacht, und durch den Zutritt des Königs von Neapel konnte derselbe eine gefährliche Stärke gewinnen.

Oestreichisches Bündniß mit den Po-Herzogthümern.

Wenn irgend ein italienischer Fürst in der Lage war auf auswärtigen Beistand zu rechnen, so war es Ferdinand II. Die Un-
iedenheit in seinem festländischen Königreich war vielleicht nicht
hrlicher als die in andern Theilen der Halbinsel, obgleich es in
gio schon im Sommer zu einem Aufstande kam. Aber sehr be-
lich war die Gährung in Sicilien. Die Neapolitaner waren
iedengestellt, als sie Ende November einen Ministerwechsel und
nestie erhielten; die Sicilianer bezweckten viel weiter gehende
derungen; in ihren Augen war das letzte Ziel doch immer die

Aufstand in Sicilien.

völlige Losreißung der heimischen Insel von dem Königreiche. Auf die Nachricht von den Zugeständnissen, welche der König am 22. November gemacht hatte, begannen in Palermo, Messina und anderen Städten Theaterdemonstrationen, Petitionen, Massenversammlungen und andre Vorbereitungen zur Empörung. Zu Anfang des folgenden Januar riefen Anschläge die Bevölkerung auf, sich am Geburtstage des Königs zu erheben. Alle Welt, auch die Behörden, waren für diesen Tag, den 12. Januar, auf eine Revolution gefaßt; in Wirklichkeit war freilich von einem vorsorglich entworfenen Plane der Unzufriedenen nicht die Rede; aber die allgemeine Erwartung und die Kampfbereitschaft der Truppen, die 6000 Mann stark auf den öffentlichen Plätzen standen, entfachten in der That den Aufstand. Ein ernstlicher Kampf fand zwar nicht statt; aber überall kam es zu kleinen planlosen Gefechten und zum Barricadenbau. Während der Nacht ordneten sich die Empörer, und Zuzügler aus den umliegenden Ortschaften trafen ein; die Truppen setzten den Kampf in den Straßen nicht fort, sondern bombardirten die Stadt von dem Castell a mare aus. Daneben wurden Unterhandlungen angeknüpft; der Ausschuß der Aufständischen forderte die Herstellung der Verfassung von 1812; der Statthalter bot wenigstens Begnadigung und Reformen an. Aber seine Stellung verschlechterte sich von Tag zu Tage; am 25. Januar griffen die Palermitaner ihn selbst in der Burg an und schon in der folgenden Nacht entschloß er sich, dieselbe zu räumen. Auch die Hauptmacht der Königlichen, etwa 8000 Mann unter General de Sauget, die außerhalb der Stadt eine feste Stellung behaupteten, gaben dieselbe am 27. auf und zogen sich unter Kämpfen ostwärts zurück, und da endlich auch die neapolitanische Flotte den Hafen verließ und das Castellamare von der Besatzung geräumt wurde, so war Palermo sich selbst überlassen. Eine vorläufige Regierung unter dem Vorsitz des ehrwürdigen Ruggiero Settimo übernahm die Leitung und erstreckte ihre Macht bald über die ganze Insel, einige Castelle, wie die von Messina, ausgenommen.

Die Westmächte und die Schweiz.

Neapolitanische Verfassung.

So waren es die Sicilianer gewesen, welche die ersten Kanonenschüsse der Revolution des Jahres 48 abgefeuert hatten; Ferdinand von Neapel war der erste Fürst, der sich eine Verfassung abtrotzen ließ; schon am 29. Januar verkündigte er dieselbe und berief ein Ministerium, in welches bald darauf die Häupter der Liberalen, Bozzelli und Carl Poërio eintraten.

Englands Verhalten.

In sehr auffälliger Weise hatte die englische Regierung für diese Bewegung und überhaupt für den Liberalismus in Italien Partei ergriffen. Ein englisches Linienschiff war es, das sich am 4. Februar zwischen Palermo und Castellamare legte und so dem Bombardement ein Ende machte. Viel tiefer aber als dies vereinzelte militärische Einschreiten griff die Wirksamkeit der englischen Diplomatie. Nicht zufrieden mit seinen ständigen Vertretern, entsandte Lord Palmerston

Ende 1847 einen besonderen Botschafter in der Person des Lord Minto, der nacheinander in Turin, Florenz, Rom, Neapel die Regierungen zu liberalen Schritten ermunterte und zugleich mit den Häuptern der Bewegungspartei in Verkehr trat. Da Frankreich eine große Zurückhaltung beobachtete, so war diese freundschaftliche Gesinnung Englands von bedeutendem Gewicht, und da sie nicht allein in Italien, sondern auch in andern Ländern der liberalen Partei zu Gute kam, so gebührt ihr ein nicht geringer Antheil an der Herbeiführung der achtundvierziger Bewegung, die sich ohne Zweifel langsamer entwickelt hätte, wenn das Torycabinet in England länger am Ruder geblieben wäre.

Ministerium Peel.

Aber Robert Peels Ministerium hatte nach fünfjährigem Regiment im Juni 1846 zurücktreten müssen. Obgleich es ein conservatives Cabinet gewesen war, verdankte ihm England doch mehr als einen bedeutsamen Fortschritt. Zunächst hatte Peel den Staatshaushalt, der unter dem Ministerium Melbourne mit einem Deficit abschloß, durch einen mächtigen Schritt wieder in Ordnung gebracht; er wagte es nämlich eine Einkommensteuer zu beantragen und drang damit am 5. April 1842 trotz aller Anstrengungen der Whigs durch. Die Ueberschüsse, über die er nun verfügen konnte, benutzte er zur Herabsetzung der Zölle. Am lautesten forderte die öffentliche Meinung die Befreiung der Getreideeinfuhr von den auf ihr lastenden Abgaben.

Aufhebung der Kornzölle.

Die Bewegung, deren Seele der große Freihandelsmann Richard Cobden war, nahm stets größere Ausdehnung an, und die Anticornlaw-League, die 1838 in Manchester ins Leben gerufen war, bestürmte das Parlament mit Bittschriften, durch Beseitigung des Einfuhrzolles dem englischen Volke wohlfeileres Brot zu verschaffen. Sie stieß allerdings auf den entschlossenen Widerstand der großen Lords, deren Reichthum wesentlich in dem Ertrage ihrer umfangreichen Ländereien bestand, und deren Geldinteresse daher durch die freie Einfuhr des fremden Getreides arg gefährdet erschien. Die Torypartei war einmüthig darin, diesen Angriff auf die mächtige Stellung des hohen Adels abzuwehren. Nur ihr Führer, Sir Robert Peel, war anderer Meinung. Er verschloß sich nicht der Einsicht, daß die Bewegung gegen die Kornzölle eine tiefe Berechtigung habe, und er erkannte zugleich, daß es im wohlverstandenen Parteiinteresse liege, die gehässige Deutung zu vermeiden, als ob die Torys nur durch Vorrechte auf Kosten der großen Masse des Volkes sich erhalten könnten. Er selbst vertrat daher zur großen Entrüstung seiner Parteigenossen die Abschaffung der Kornzölle und reichte seine Entlassung ein, als das Parlament sie am 10. Juni 1845 verwarf. Nun erst gingen den Tories die Augen a[illegible] Uebernahmen jetzt die Whigs das Regiment, so wurde das [illegible]rhaus aufgelöst; bei den Neuwahlen konnten die Gegner der [illegible]zölle mit der größten Sicherheit auf den Sieg zählen; die Ab[illegible]ung derselben war also nur eine Frage der Zeit geworden, [illegible] es bedurfte keines großen Scharfsinns um einzusehen, daß der [illegible]nn dieser kurzen Frist erkauft werden müsse durch die weit un[illegible]igeren Bedingungen, unter denen die Whigs die verhaßten Zölle

beseitigen würden. So fügte sich die Mehrheit des Unterhauses denn, bittren Groll im Herzen, dem unabwendbaren Zwang; Peel erhielt die Gewißheit, daß seine Bill in der nächsten Session durchgehen werde, und nahm sein Entlassungsgesuch zurück. Am 16. Mai 1846 genehmigte das Unterhaus, einige Wochen später das Oberhaus die Kornbill und damit eine Maßregel, die an Wichtigkeit der Katholikenbefreiung und der Parlamentsreform an die Seite gestellt werden konnte. Peels Stellung aber war trotzdem gründlich erschüttert; die Tories wollten es ihm nicht verzeihen, daß er sie zu diesem Schritte gezwungen, und noch in demselben Monat, in welchem das Oberhaus die Kornbill genehmigte, gaben sie ihm im Unterhaus ein Mißtrauensvotum, indem sie eine irische Bill, die er vorlegte, verwarfen. Denn auch seine Politik gegen die grüne Insel war durchaus nicht nach ihrem Sinn. Peel hatte in seiner Weise den Beschwerden derselben in einzelnen Stücken abzuhelfen gesucht. So setzte er z. B. die Maynooth-Bill durch, welche dem katholischen Priesterseminar in Maynooth eine erhöhte Staatsunterstützung gewährte. Dieses Zugeständniß erregte bei eifrigen Protestanten um so mehr Verdruß, als man ein angreifendes Vorgehen des Katholicismus gegen die anglicanische Kirche wahrzunehmen glaubte. Daß der Verdacht nicht ungegründet sei, zeigte sich einige Jahre später, als Pius IX. am 29. September 1850 unerwartet neun englische Bischöfe ernannte, an ihrer Spitze den gelehrten Cardinal Wiseman als Erzbischof von Westminster. Zunächst, in der Mitte der vierziger Jahre, fand das Mißtrauen gegen den Katholicismus doch eigentlich keinen andern Stoff, als den, welche die sog. puseyitische Bewegung im Schoße des Anglicanismus bot. Angeregt von dem Oxforder Professor Pusey und seinem Collegen Newman, verfolgte sie das Ziel, alle die Satzungen und Gebräuche aus der römischen Kirche wieder aufzunehmen, welche dem Grundgesetze des Anglicanismus, den 39 Artikeln, nicht widersprachen. Geraume Zeit hindurch wurde ihr von den Bischöfen der Hochkirche durchaus kein Hinderniß in den Weg gelegt; sobald dies aber geschah, etwa seit dem Jahre 1843, bewiesen zahlreiche Uebertritte zum Katholicismus, daß allerdings ein starkes römisches Element in der Bewegung thätig war. Kein Wunder also, wenn das alte No-popery-Geschrei wieder zu erwachen begann und wenn die öffentliche Meinung weiteren Zugeständnissen an den Katholicismus abgeneigt wurde. Irland und Katholicismus waren aber nahezu gleichbedeutende Begriffe. Die Klagen der Iren hingen eng mit dem Katholicismus zusammen; die Hoffnungen des Katholicismus beruhten vorzugsweise auf Irland. Mit doppelter Mißgunst betrachtete daher der protestantische Engländer die Repeal-Bewegung, welche O'Connell unablässig in Fluß erhielt und die in gewaltigen Massenversammlungen (monster meetings) ihren Ausdruck fand. Nicht immer ging es dabei ohne Störung des öffentlichen Friedens ab und im October 1843 mußten O'Connell und neun seiner Anhänger wegen Aufreizung zur Empörung verhaftet werden. Von den Geschworenen verurtheilt, berief er sich an das Haus der Lords, ohne

Irland und der Katholicismus.

Zweifel mit sehr geringen Erwartungen, hier freigesprochen zu werden. Daß dies gleichwohl geschah, kam der irischen Bewegung und dem Ansehen ihres Führers keineswegs zu Gute; die Rolle des Märtyrers würde ihm weit größere Kraft gegeben haben. Ueberdies fing er an zu kränkeln und mußte seine Thätigkeit einschränken. Ohne dem Ziel seiner Arbeit näher gekommen zu sein, starb er im Mai 1847 zu Genua.

Englisch-französische entente cordiale.

Was die auswärtige Politik anlangt, so hatte die gemeinsame conservative Gesinnung in den letzten Jahren eine sehr enge Verbindung zwischen dem französischen und dem englischen Cabinet herbeigeführt, deren Festigkeit durch freundschaftliche Besuche, die Louis Philipp und Königin Victoria sich gegenseitig abstatteten, noch gewonnen hatte. Das „herzliche Einverständniß", die entente cordiale, zwischen London und Paris war zu einem beliebten Schlagwort geworden, und Louis Philipp ermüdete nicht, die englische Monarchin in seinen Briefen unablässig seiner „lebhaften, aufrichtigen und sehr zärtlichen Freundschaft" zu versichern. Es fehlte zwar nicht an manchen Reibereien zwischen den beiden Cabinetten und bei einigen Gelegenheiten erhitzte sich sogar hüben wie drüben die öffentliche Meinung bis zu einem bedenklichen Grade; aber die Streitfragen waren doch zu unbedeutend, als daß es darüber zu einem ernstlichen Zwist hätte kommen können.

Zwistigkeiten.

So war z. B. die französische Regierung am 20. December 1841 einem Vertrage der Großmächte und der Seestaaten beigetreten, durch welchen man sich gegenseitig das Recht einräumte, Schiffe, die des Sclavenhandels verdächtig seien, durchsuchen zu dürfen. Darin sahen die Franzosen wunderlicher Weise eine Beschimpfung ihrer Flagge, obgleich natürlich ihre Kriegsschiffe englischen und andern Kauffahrern gegenüber dasselbe Recht besaßen. Nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten verlangte man die Aufhebung des Vertrages, und die Regierung sah sich genöthigt, dem zu willfahren. Noch leidenschaftlicher wurde ein zweiter Streitpunkt behandelt. Im Jahre 1842 hatte der Admiral Dupetit-Thouars das französische Machtgebiet in Australien zu erweitern begonnen. England sah das ungern, ließ jedoch sowohl die Einverleibung der Marquesas-Inseln als die Schutzherrlichkeit zu, welche Frankreich von der Königin Pomare über die Gesellschaftsinseln erwarb. Schon im nächsten Jahre brachen indeß zwischen Schützer und Schützling Mißhelligkeiten aus, an denen der englische Consul Pritchard, der schon 15 Jahr als Missionär auf Taheiti geweilt und bei der Königin Pomare viel Einfluß hatte, nicht ohne Mitschuld war. Dupetit ließ sich dadurch verleiten, zunächst die Königin abzusetzen und die Inseln unmittelbar mit Frankreich zu verbinden, dann at[illegible] auch Pritchard, übrigens erst nachdem er seine Consulatsflagge ei[illegible] zogen, zu verhaften und von der Insel auszuweisen. Darüber la[illegible] es nun in Parlament und Presse zu den heftigsten Erörterungen, di[illegible] jenseits des Canales ein gleich leidenschaftliches Echo fanden. L[illegible] Philipp persönlich dachte indeß über die Sache sehr kühl, und w[illegible] nd die Heißsporne Sammlungen veranstalteten, um Dupetit-

Thouars durch einen Ehrendegen zu belohnen, bahnte er durch Vermittlung des Königs von Belgien eine Verständigung an. Die französische Regierung sprach mit einigen Vorbehalten ihr Bedauern über das Geschehene aus, Pritchard erhielt eine Geldentschädigung, und Königin Pomare kehrte in ihr Schutzverhältniß zurück. Die entente cordiale war gerettet.

Die spanischen Heiraten.

Etwa um dieselbe Zeit wurde in persönlichen Verhandlungen der Souveräne eine Vereinbarung auch über die schwierigste Frage herbeigeführt, welche die beiden Länder entzweien konnte, über die Vermählung der jungen Königin von Spanien, die seit 1843 als Isabella II. selbständig regierte. Gelegentlich der Besuche, welche Königin Victoria, begleitet von dem Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, dem französischen Königspaar 1843 und 1845 in Eu machte, ertheilten nämlich Louis Philipp und Guizot das Versprechen, auf ihren Lieblingswunsch zu verzichten und die Hand Isabellas nicht für des Königs Sohn, den Herzog von Montpensier, zu begehren. Dagegen verzichtete England auf die Bewerbung des Prinzen Leopold von Coburg, den Isabellas Mutter Marie Christine zeitweilig begünstigt hatte, und willigte ein, daß Montpensier die zwei Jahre jüngere Schwester Isabellas, Luisa, heiraten solle, indeß nicht eher, als bis die Ehe Isabellas mit Nachkommenschaft gesegnet sei. Als Gemahl dachte man ihr beiderseits einen Bourbonen zu; über die Person war man aber nicht einig. Frankreich begünstigte den Vetter der Königin, Francisco, Herzog von Cadix, der gleich schwächlich an Körper und Geist war; England arbeitete für dessen Bruder, Don Enrique, Herzog von Sevilla. Den größten Einfluß auf die schließliche Entscheidung mußte naturgemäß Isabellas Mutter, Marie Christine, üben. Zum großen Verdrusse des englischen Cabinets bot diese nun im Mai 1846 unerwartet die Hand ihrer Tochter dem von England aufgegebenen Coburger Leopold. Auf der Stelle beeilte sich Lord Aberdeen, den britischen Gesandten in Madrid, Sir Henry Bulwer, der um diesen Schritt gewußt, zu verleugnen und dem pariser Cabinet offenherzig die Sachlage mitzutheilen. Da überdies von Coburg nicht einmal eine Antwort auf die Bewerbung einging, so glaubte man in London mit Recht, den ganzen unliebsamen Zwischenfall als nicht geschehen betrachten zu dürfen. Anders in Paris. Es war gerade in den Tagen, wo Robert Peel und mit ihm Aberdeen dem neuen Whigministerium Platz machte, und Lord Palmerston unter John Russels Vorsitz von Neuem die Leitung der auswärtigen Politik übernahm. Mit einem Eifer, der bei diesem den Verdacht hervorrief, Frankreich selbst habe Marie Christine zu jenem Anerbieten an den Coburger gedrängt, um England in eine Falle zu locken, erklärte Guizot die Bewerbung Leopolds für eine wahrscheinliche und drohende Möglichkeit und sagte sich von den Verpflichtungen von Eu los. Wie sehr er dabei wider besseres Wissen handelte, ging daraus hervor, daß er seinen Gesandten in Madrid schon acht Wochen früher (5. Juli) angewiesen hatte, für Don Francisco und gleichzeitig für Montpensier zu wirken, und daß bereits

Bruch zwischen England und Frankreich.

vier Tage vorher, am 28. August 1846, die Doppelverlobung Isabellas mit Franz und Luisas mit Montpensier unterzeichnet war. Der jungen Königin war, wie man erzählte, die Einwilligung in der Trunkenheit abgepreßt worden, nachdem sie die Nacht in scandalösen Orgien mit ihrer Mutter, dem französischen Gesandten und einigen Eingeweihten zugebracht hatte.

Mit diesem Meisterstück einer wortbrüchigen Diplomatie hatte Guizot das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und England auf einen Schlag zerstört. Auch Louis Philipp fühlte das Schmähliche und Verhängnißvolle dieses Schrittes wohl. Er wagte nicht, ihn selbst der Königin Victoria anzuzeigen, obgleich er doch sonst mit ihr in eifrigem Briefwechsel stand; seine Frau mußte es thun. Auf deren gekünstelten Brief folgte eine sehr gemessene Antwort; auch am Hofe in London empfand man die Kränkung bitter. Und selbst im Schoße der orleanistischen Familie war man unglücklich über ein solches Verfahren; des Königs eigner Sohn, Joinville, beklagte den bedauerlichen Ruf der Treulosigkeit, in welchen dasselbe seinen Vater gebracht habe. Mochte dieser im ersten Gefühl des errungenen Erfolges die moralische Schlappe mehr als eine Unbequemlichkeit denn als ein Unglück empfinden; daß er sich bald von der Verderblichkeit dieser Politik überzeugte, beweist sein öfter wiederholtes Wort: Das geht zu weit, das drängt meine ganze Politik in falsche Bahnen!

Eine Annäherung an England lag zum Mindesten nicht so bald wieder im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Wo er konnte, widersetzte sich Lord Palmerston den französischen Absichten. Grade aus dem Wunsche, Frankreich Unannehmlichkeiten zu schaffen, sog sein Eifer, die Revolution auf dem Festlande zu fördern, die besten Kräfte. Wie er danach in Italien handelte, wurde oben erzählt; noch offenkundiger aber war der Zwiespalt mit Frankreich in den schweizer Wirren.

Die Schweiz.

In der Eidgenossenschaft war die Bewegung der dreißiger Jahre zwar äußerlich ziemlich erfolglos verlaufen; aber da vorzugsweise der Druck von außen, die Einmischung der Großmächte dies Ergebniß herbeigeführt hatte, so nahm die Bewegung mit dem Erschlaffen des Druckes alsbald wieder ihren Anfang. Den letzten ungetrübten Triumph feierte die conservative Partei 1839 in Zürich. Die liberale Regierung hatte David Strauß, den Verfasser des Lebens Jesu, als Professor an die Universität berufen. Das erregte bei den Altgläubigen die tiefste Erbitterung; in Tübingen war Strauß seines Buches wegen des Lehramtes entsetzt worden; nun sollte er um desselben Buches willen in Zürich eine Anstellung finden! Mit dem religiösen Unwillen verbanden sich überdies politische Erwägungen. Wenn irgend ein [illegible]nlaß, so war dieser geeignet, die Masse des Volkes gegen die libe[illegible]le Regierung aufzuregen. Zu spät erkannte diese, daß sie weiter [illegible]gen sei, als die religiöse Anschauung der großen Mehrheit des [illegible]ns zuließ. Sie lenkte ein und versetzte Strauß, noch ehe er sein Amt angetreten, mit Pension in den Ruhestand. Allein die pol[illegible] Bewegung war jetzt bereits in Fluß gekommen, und es er-

Der Züricher Putsch.

übrigte der Regierung nichts mehr, als die Gewalt niederzulegen; am 6. September 1839 übernahm die conservativ-altgläubige Partei die Leitung der Geschäfte und behauptete dieselbe bis 1845. Mit weniger Glück suchten ihre Gesinnungsgenossen im Aargau etwa ein Jahr später dies Beispiel nachzuahmen. Die Liberalen dieses Cantones hatten im Januar 1841 eine Aenderung der Verfassung durchgesetzt; dagegen lehnten sich die conservativen Katholiken, von den Mönchen unterstützt, gewaltsam auf; aber sie wurden nicht allein unterworfen, sondern büßten ihr Unterfangen auch durch die Einziehung alles Klostergutes im Belauf von 7 Millionen Francs. Vergeblich legte Oestreich Verwahrung dagegen ein, indem es sich darauf berief, daß ein Theil dieser Klöster von den Habsburgern gestiftet sei; Alles, was seine Vorstellungen, die von Preußen und Frankreich unterstützt wurden, erreichten, war, daß wenigstens die drei Nonnenklöster bestehen blieben. Auch der Bundesrath erachtete dieses Zugeständniß für groß genug, um nunmehr der Aufhebung der Mönchsklöster, obgleich sie der Bundesverfassung zuwider lief, seine Zustimmung zu geben.

Der Aargauische Klosterstreit.

Die Jesuiten in Luzern.

Um so lebhafter grollten die Ultramontanen über diese Vergewaltigung; um so rücksichtsloser glaubten sie, nun auch ihrerseits da, wo sie das Heft in Händen hatten, ihre Macht gebrauchen zu dürfen. Die Zahl der Cantone, in welchen sie die Herrschaft führten, war immerhin nicht klein. Neben Freiburg, Uri, Zug und andern, die von jeher ihnen angehört hatten, waren Wallis, Schwyz, Luzern, die ihnen in den dreißiger Jahren entrissen oder doch ins Schwanken gekommen waren, mittlerweile wieder gewonnen; Luzern war sogar zum eigentlichen Stützpunct ihrer Macht geworden, und lieferte ihnen in Siegwart Müller und Peter Leu zwei kampflustige und streitbare Führer, von denen besonders der zweite, ein reicher Bauer, durch seinen Einfluß auf die Landbevölkerung von großem Gewicht war. Um sich die Herrschaft auf die Dauer zu sichern, beriefen sie die Jesuiten, die in Wallis und Freiburg, seit kurzem auch in Schwyz, Niederlassungen besaßen, 1844 auch nach Luzern und übertrugen ihnen den Unterricht der Jugend. Da die Bevölkerung des Cantons mit großer Mehrheit am 24. October diesen Beschluß der Regierung bestätigte und von Seiten des Bundes ein Einwand nicht erhoben werden konnte, der andernfalls längst schon gegen Schwyz, Freiburg und Wallis hätte geltend gemacht worden sein müssen, so schien der liberalen Partei Nichts übrig zu bleiben, als sich zu fügen. Allein auf der andern Seite stand doch nichts weniger auf dem Spiele als die ganze Zukunft der Partei, vielleicht auf Menschenalter hinaus.

Die Freischaarenzüge.

Bei dieser Sachlage glaubten die Führer der Liberalen einen Gewaltstreich wagen zu müssen und entwarfen den Plan, am 8. December 1844 das Zeughaus zu überrumpeln und mit den Waffen in der Hand das Jesuitenregiment zu stürzen; Gesinnungsgenossen aus den Nachbarcantonen würden ihnen, so hofften sie, zum Siege über die Mehrheit ihrer Mitbürger verhelfen. Aber das Unternehmen scheiterte vollständig, da es vor der Zeit verrathen wurde. Zahlreiche Ver-

haftungen wurden vorgenommen, und da die Rache der herrschenden Partei nicht blos die Führer der Gegner, deren Haupt der Dr. Steiger war, bedrohte, so entzogen sich über 1200 Liberale der Gefahr durch die Flucht. Unter diesen Umständen war der Ausbruch eines förmlichen Bürgerkrieges nur eine Frage der Zeit. Denn die Flüchtigen sannen begreiflicher Weise unablässig darauf, mit fremder Hülfe gewaltsam in ihre Heimat zurückzukehren, während die Ultramontanen in Voraussicht eines solchen Versuches sich zum Widerstande bereit hielten. Kaum ein Vierteljahr verging, so trat das Erwartete ein. Freischaaren, deren Bildung die Tagsatzung erfolglos verboten hatte, überfielen, von dem Berner Ochsenbein und dem Aargauer Rothpletz geführt, am 30. März 1845 den Canton Luzern und rückten gegen die Hauptstadt vor. Indeß die Regierung war zu ihrem Empfange bereit, und schon in der folgenden Nacht wurden die Eindringlinge über die Grenze zurückgeworfen, nicht ohne daß über 100 das Wagniß mit ihrem Leben und beinahe 2000 mit der Freiheit büßten. Sofern diese letzteren andern Cantonen angehörten, wurden sie gegen ein Lösegeld, welches die Tagsatzung bestimmte, freigegeben; den gefangenen Luzernern aber drohte das schlimmste Schicksal; Steiger wurde zum Tode verurtheilt; doch gelang es ihm, durch List aus dem Kerker zu entkommen. Nicht dasselbe Glück begünstigte seinen erbitterten Gegner, den Peter Leu, der im Juli desselben Jahres der Kugel eines Meuchelmörders zum Opfer fiel, der traurigste Beweis, bis zu welcher Hitze sich die Leidenschaften bereits gesteigert hatten.

Der Sonderbund.

Als ein weiteres Zeichen dafür konnte die Wahl gelten, durch welche die Berner keinen Geringeren als den Führer des Freischaarenzuges, den General Ochsenbein, an die Spitze ihres Cantons und damit, wenn diesen die Reihe traf, Vorort zu sein, an die Spitze des ganzen Bundes beriefen. Die Luzerner antworteten auf diese unverhüllte Drohung durch einen nicht minder verständlichen Schritt; sie erneuerten das Sarner Bündniß von 1832, indem sie mit den übrigen strengkatholischen Cantonen, Uri, Unterwalden, Schwyz, Zug, Freiburg und Wallis, einen Vertrag schlossen, welchen die Gegner als einen „Sonderbund" brandmarkten. Es wäre alsbald zu einem offenen Kriege zwischen beiden Lagern gekommen, wenn nicht eine ziemlich ansehnliche Mittelpartei, aus den Cantonen Genf, St. Gallen, Basel-Stadt, Neuenburg und Appenzell bestehend, den Gegensatz zu mildern bemüht gewesen wäre und es verhindert hätte, daß übereilte Beschlüsse auf der Tagsatzung zu Stande kamen. Deshalb beeiferten sich die Radicalen unablässig, in einem Theile dieser Cantone selbst ans Ruder zu kommen. Mittelst eines Aufruhrs, dessen Leitung James Fazy ...rgte, gelang ihnen das im October 1846 in Genf und bald ...uf auch in St. Gallen. Nun verfügten sie über die Mehrheit ... Stimmen, und es war vorauszusehen, daß die Tagsatzung von ...7 die Auflösung des Sonderbundes, wie Zürich sie schon 1846 ...tragt hatte, beschließen werde. Nur die Einmischung des Aus...es hätte diesen Beschluß und seine unausbleibliche Folge, den ...erkrieg, noch hintertreiben können. Aber die Großmächte waren

in dieser Frage nichts weniger als einig. Rußland verhielt sich ziemlich gleichgültig; England hingegen nahm entschieden Partei für die Liberalen, während Oestreich und Frankreich, obgleich der Protestant Guizot Louis Philipps Ministerpräsident war, mit Leidenschaft auf die Seite der Ultramontanen getreten waren. Nicht viel anders stand Friedrich Wilhelm IV. zu der Sache, die ihn um so näher anging, als er kraft des wiener Friedens noch immer Souverän von Neuenburg war. Dieser Canton gerieth aber jetzt in die größten Verwicklungen. Er hatte bei seiner überwiegend protestantischen Bevölkerung nicht eben Anlaß, den Ultramontanen den Sieg zu wünschen; aber auch die Unterwerfung der Einzelcantone unter die Mehrheitsbeschlüsse der Tagsatzung lag nicht in seinem Vortheil, da aus diesem Grundsatz grade für ihn bei seiner eigenthümlichen Stellung zu Preußen leicht Verlegenheiten erwachsen konnten. Als nun trotz des Einspruches der conservativen Großmächte die Tagsatzung am 20. Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes verfügte, befand sich Neuenburg auf Seiten der Minderheit, ohne doch für den Sonderbund eintreten zu wollen oder zu können. Bald verschlimmerte sich die Lage noch mehr. Die Zwölfermehrheit der Tagsatzung beschloß am 3. September die Vertreibung der Jesuiten aus der gesammten Schweiz. Diesem Gebote verweigerten die sieben Cantone ebensowohl den Gehorsam wie dem vorhergehenden; das Aeußerste, wozu sie sich verstehen wollten, war die Auflösung ihres Bündnisses für den Fall, daß die Tagsatzung die Jesuitenfrage sowie den Aargauer Klosterstreit dem Schiedsspruch des Papstes unterbreiten wolle. Darauf ging die Mehrheit natürlich nicht ein, und da auch das Verlangen der Großmächte mit Ausschluß Englands, sich dem Ausspruch eines Congresses zu unterwerfen, abgelehnt wurde, so konnten nur noch die Waffen entscheiden. Und diese entschieden schnell. Ende October beriefen die Sonderbundscantone ihre Vertreter von der Tagsatzung ab, am 4. November beschloß diese die Anwendung der Gewalt. Mit einem Heere von 30,000 Mann setzte sich General Dufour zunächst gegen Freiburg in Bewegung und erzwang die Unterwerfung dieses Cantones; acht Tage darauf mußte auch Zug sich fügen. An der luzerner Grenze bei Gieslikon und Rothkreuz kam es dann am 23. November zu dem entscheidenden Kampfe. Die Sonderbundstruppen wurden durch die Uebermacht schnell zum Rückzuge gezwungen und Luzern mußte sich ergeben. Ehe noch der Monat zu Ende gegangen, waren auch Wallis, Schwyz, Uri und Unterwalden bezwungen und überall radicale Regierungen, in Luzern mit Dr. Steiger an der Spitze, eingesetzt. 378 Kanonenschüsse hatten ausgereicht, den Krieg zu Ende zu führen. Diese schnelle Entwicklung hatte den Großmächten eine bewaffnete Einmischung, wie sie wohl in ihrer Absicht lag, unmöglich gemacht; das Geschehene mit Gewalt rückgängig zu machen, war an sich schon schwierig, der schnelle Ausbruch der Februarrevolution ließ es aber auch nicht einmal zu einem Versuche der Art kommen. Eine drohende Note, welche die vier Mächte im Januar 1848 übergeben ließen, um die Wiederherstellung der vollen Cantonalsouveränität zu fordern,

Die Stellung Neuenburgs.

Der Sonderbundskrieg.

Die Großmächte.

war wie ein Schlag ins Wasser und unter dem Schutze der gewaltigen Bewegung von 1848 vollzog die Schweiz ungestört ihre Umwandlung aus einem Staatenbund zu einem Bundesstaat. Am 12. September wurde die neue Verfassung angenommen, durch welche die alte Tagsatzung beseitigt und durch die Bundesversammlung, bestehend aus Stände- und Nationalrath, ersetzt ward. Bern wurde zum ständigen Vorort bestimmt und die oberste Leitung einem Bundesrathe, den die Bundesversammlung zu wählen hat, mit einem jährlich wechselnden Vorsitzer übertragen. Neuenburg trat in dieses neue Bundesverhältniß nicht mehr als preußisches Fürstenthum ein; es hatte sein Verhältniß zu seinem Souverän durch eine kurze Revolution zu Anfang März gelöst und den preußischen Statthalter General von Pfuel zur Flucht gezwungen. Umsonst war Friedrich Wilhelm bemüht gewesen, ihm die Geldstrafe, zu welcher die Tagsatzung es wegen seiner eigenmächtigen Neutralität im Sonderbundskriege verurtheilt, zu ersparen und die Herrschaft des Radicalismus von ihm abzuwehren. Wenn eine kleine Partei dem hohenzollerschen Hause auch treu ergeben war, so fühlte die Mehrheit der Bevölkerung sich doch zu sehr als Schweizer, um der Verbindung mit der norddeutschen Großmacht irgend welchen Werth beizulegen, und wenn der König seinerseits sich aus allen Kräften sträubte, das Geschehene anzuerkennen, so waren es doch auch bei ihm nicht die wirklichen Interessen seines Landes, sondern das Ueberwallen einer krankhaften Gefühlspolitik, welches ihn zu seinem Widerstande und seiner späteren thörichten Handlungsweise verleitete.

Verfassungsreform.

Abfall von Neuenburg.

Darin hatte er allerdings so Unrecht nicht, daß er den Schweizer Vorgängen, dem Siege des Radicalismus, eine hervorragende Bedeutung für das gesammte Europa zuschrieb. Es war derselbe in der That einer der Feuerfunken, welche herumflogen und die große Explosion des Jahres 1848 herbeiführten. Aber daß er diese Wirkung haben konnte, war doch ausschließlich dadurch bedingt, daß er ein Pulverfaß vorfand, welches er entzünden konnte, und dieses Pulverfaß war Frankreich. Die Schilderung der Zustände, welche dort herrschten, wird uns zu den Stürmen des „tollen Jahres" hinüberleiten.

Frankreich bis zur Februar-Revolution.

Kämpfe in Algier.

Kriegerischen Ruhm hatte das Julikönigthum eigentlich nur in Afrika zu erringen gesucht. Die Capitulation vom 4. Juli 1830 hatte die Stadt Algier in die Hände der Franzosen gebracht und sie, ...it es auf den Dey ankam, auch zu Herren des ganzen Landes ...cht. Aber es war keinen Augenblick möglich, sich darüber zu ...hen, daß die Abdankung des bisherigen Herrschers und die Be...gung der Bevölkerung zwei ganz verschiedene Dinge seien. Aller...s erklärten zwei der großen Vasallen des Deys, die Beys von ...n und Tittery (Hauptstadt Bona) im ersten Schreck ihre Unter...ng, und nur der dritte, der von Constantine, verweigerte sie.

Allein eine Schlappe, welche Bourmont sich vor der Stadt Blida holte, fachte überall die Widerstandslust von Neuem an, und nicht einmal in Algier selbst konnten die Franzosen sich sicher fühlen. Bourmonts Nachfolger, der Marschall Clauzel, blieb zu kurze Zeit am Ruder, als daß er viel hätte ausrichten können, und Savary, der Ende 1831 den Oberbefehl erhielt, fachte durch seine unmenschliche Kriegführung, die vor der Niedermetzelung eines ganzen Stammes nicht zurückschreckte, die Wuth der Araber nur noch mehr an. Mühsam hatte er sich gegen einen gewaltigen Angriff der verbündeten Stämme zu verteidigen, und sein paschamäßiges Regiment, dem auch die europäischen Ansiedler unterstellt wurden, schreckte überdies von der so überaus nöthigen Einwanderung ab. Diese nahm etwas zu, seitdem General Desmichels — Savary hatte zwischendurch schon wieder mehrere Nachfolger gehabt — mit dem gefährlichsten Häuptling der westlichen Stämme, dem jugendlichen Abdel Kader, im Februar 1834 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen und die Regierung unter Zustimmung der Kammern endgültig die Besitznahme des Landes beschlossen hatte. Aber nicht einmal die Küstenebene war in ihrer Gewalt; von Blida aus bedrohten die Hadschuten die Ansiedler und Abdel Kaders Freundschaft dauerte kaum ein Jahr. Sieg und Niederlage wechselten in bunter Reihe ab und kaum die Mauern von Algier und Oran boten eine leidliche Sicherheit. Clauzel, der von der parlamentarischen Opposition begünstigt, im November 1835 zum zweiten Male den Oberbefehl erhielt, vernichtete wenigstens die Hadschuten und unternahm ein paar nicht unrühmliche Züge nach Maskara und Tlemsen gegen Abdel Kader; allein da er sich dort nicht halten konnte, so war nicht viel damit gewonnen, und auch ein großer Sieg, den in seiner Abwesenheit General Bugeaud am Flusse Sikak über den Emir davontrug (am 4. Juli 1836), war ohne dauernde Folgen; der unermüdliche Gegner stand ein paar Wochen später wieder kampfbereit im Felde. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse im Westen von Algier, wo Achmet Bey von Constantine ein persönlich zwar unbedeutender, aber durch seine eigene Macht und durch seine Verbindung mit dem Bey von Tunis gefährlicher Gegner war. Seine Hauptstadt, die auf einem hohen Felsen gelegen und an drei Seiten von einem wilden Bergstrom umflossen war, wollte Clauzel im November 1836 erobern. Aber der Sturm mißglückte völlig; Regenwetter und Mangel an Lebensmitteln erschwerten den Rückzug, und nur der Kriegskunst des erfahrenen Führers war es zu danken, daß nicht die ganze Heeresabtheilung zu Grunde ging. Trotzdem daß er sich nichtsweniger als unfähig gezeigt, wurde nun auch Clauzel wieder abberufen, und noch einmal im Osten und Westen der Weg gütlicher Unterhandlungen betreten. Mit Abdel Kader kam ein Vertrag auch wirklich zu Stande. In einer Zusammenkunft, die er am 1. Juni 1837 mit Bugeaud an dem Flusse Tafna hatte, verpflichtete er sich zur Zahlung eines Tributes von Getreide und Rindvieh, wofür ihm freilich der Besitz von fast ganz Algier bis auf einige Küstenstriche und Constantine zu-

Abdel Kader.

Achmet Bey.

Erstürmung von Constantine.

gestanden wurde. Dieselben Bedingungen wurden auch Achmet Bey gestellt, aber er lehnte sie ab. Nun war ein zweiter Zug gegen Constantine ehrenhalber nicht mehr zu umgehen. Glücklich wurden die Schwierigkeiten des Marsches und die Unbill des Wetters überstanden; am 6. October langte der commandirende General Damrémont vor der Stadt an. Den Sturm zu leiten war ihm nicht beschieden; am Tage vorher streckte ihn eine feindliche Kugel zu Boden. Doch war Alles vortrefflich vorbereitet und das Unternehmen glückte, wenngleich mit schweren Opfern. Am 13. October wurde unter Valées Führung die Feste erstürmt; Oberstleutnant Lamoricière war der erste in der Bresche. Mit dem Muthe der Verzweiflung setzten Einwohner und Besatzung den Kampf in den Häusern und Straßen fort; hunderte fanden ihren Tod durch den Sturz von den steilen Felsen; andere entkamen mit Hülfe von Seilen, an denen sie sich herabließen. Der Ueberlebenden wurde geschont, die Stadt aber der erbarmungslosesten Plünderung preisgegeben.

Kämpfe mit Abdel Kader.

Für ein paar Jahre war damit die Ruhe erkauft; aber welche Sicherheit gab es für ihre Dauer, so lange Abdel Kader in ungeschwächter Kraft dastand und Nichts als der Vertrag von der Tafna ihn in Schranken hielt? Bald genug traten Anzeichen hervor, daß er von Neuem an Krieg denke, und schneller, als man erwarten konnte, loderte ohne besonderen Anlaß im October 1839 die Flamme der Empörung im ganzen Lande wieder auf. Bis vor die Mauern Algiers und der anderen Küstenstädte drang der kühne Emir und eine bange Zeit verging, bis Verstärkungen aus dem Mutterlande eintrafen, die bedeutend genug waren, ihn zurückzutreiben. Jahre lang wogte nun der Krieg hin und her; fast immer trug die bessere Bewaffnung und der Muth des französischen Heeres den Sieg davon; aber diese Siege auszunutzen, machten die List und Ausdauer des Feindes nicht minder als die Beschaffenheit des Kriegsschauplatzes zur Unmöglichkeit. Auch Valée, dem die Eroberung von Constantine den Marschallstab eingetragen hatte, büßte über dieser undankbaren Aufgabe seinen Ruhm wieder ein; zu Anfang 1841 wurde er durch Bugeaud ersetzt. Diesem erwies sich das Glück freundlicher; es gelang ihm im Laufe des Jahres Abdel Kader bis an und über die marokkanische Grenze zurückzudrängen; zwar unternahm derselbe von dort aus in den nächsten beiden Jahren in alter Unermüdlichkeit immer neue Einfälle in das französische Gebiet; allein die Unterstützung, die er von den Marokkanern erhielt, wurde immer geringer, und im Mai 1843 gelang den Franzosen endlich ein Hauptschlag, der in den Kreisen des Hofes und der Regierung um so größeren Jubel erregte, als ein Sohn des [illegible]igs ihn ausführte. Der Herzog von Aumale, der gleich seinen [illegible]dern Orléans und Nemours an den afrikanischen Feldzügen [illegible]erholt Theil genommen, überfiel und eroberte nämlich das wan[illegible]de Hoflager Abdel Kaders, die sog. Smalah, und brach dadurch [illegible] Macht so vollständig, daß ein einziges Treffen die letzten Hülfs[illegible]el des Gegners aufrieb. Aber aus dem Kriege gegen den auf[illegible]erischen Emir entwickelte sich nun ein Krieg gegen Marokko. Die

Krieg mit Marokko.

Hülfe, welche jenem von dort zu Theil geworden, und mancherlei Grenzverletzungen, welche kaum zu vermeiden waren, führten im Mai und Juni 1844 zu Gefechten, ehe noch der Krieg wirklich erklärt war. Lamoricière und Bugeaud schlugen die Feinde, und der letztere, seit seinen Erfolgen über Abdel Kader Marschall, besetzte die marokkanische Stadt Uschda. Niemand war mit diesen Vorgängen weniger zufrieden als das englische Cabinet, das die wachsende Befestigung und Ausdehnung der französischen Macht in Afrika voll Unruhe beobachtete. Durch seinen Consul in Tanger, Drummond Hay, verlangte und erreichte es deshalb von dem Kaiser Abderrahman, daß er den französischen Forderungen Genüge leiste. Aber diese Nachgiebigkeit kam zu spät, als daß sie den Marokkanern ein paar harte Schläge hätte ersparen können. Anfang August zerstörte Joinville mit der französischen Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador, und am 14. desselben Monats schlug Marschall Bugeaud die Feinde am Flusse Isly, und erwarb sich dadurch den Herzogstitel. Der Friede, der am 10. September abgeschlossen wurde, war trotzdem ein sehr glimpflicher; Abdel Kader wurde ausgewiesen und die Grenze regulirt; härtere Bedingungen verhinderte England, das in Folge dessen den Unwillen der öffentlichen Meinung in Frankreich mit der Regierung Louis Philipps theilen mußte. Die Ausweisung Abdel Kaders war aber leichter zugesagt als in Ausführung gebracht. Der tapfere Emir war entschlossen, lieber seinen bisherigen Beschützer Abderrahman seinerseits aus dem Lande zu jagen. Der innere Krieg, welcher darüber in Marokko entstand, dauerte bis 1847; er endete mit Abdel Kaders Niederlage und seiner Flucht auf französisches Gebiet. Hier ergab er sich dem General Lamoricière unter der Bedingung, daß er freien Abzug nach Syrien oder Aegypten erhalte. Obgleich ihm nicht allein Lamoricière, sondern auch der damalige Statthalter von Algier, Aumale, die Erfüllung zugesagt hatten, verweigerte doch Louis Philipp die Bestätigung und ließ den Gefangenen nach Frankreich bringen, wo er bis 1852 überwacht und dann endlich nach Brussa in Klein-Asien entlassen wurde.

Abdel Kader gefangen.

Bedeutung Algeriens für Frankreich.

Endgültig gesichert war der Besitz von Algier auch jetzt noch nicht; dauern doch die Kämpfe mit den eingeborenen Stämmen bis zum heutigen Tage fort, ohne das Ende erkennen zu lassen. Aber die Fortschritte waren gleichwohl bedeutend; man konnte die kriegerische Eroberung weiter Provinzen als vollendet ansehen; es war Zeit, daß die friedliche Eroberung durch Ansiedlung und Anbau ihr folgte. Allein auf diesem Felde waren den Franzosen keine Triumphe beschieden; sie bewährten nur von Neuem ihr sprüchwörtliches Ungeschick in der Colonisation. Damit ging ihnen der Hauptwerth der neuen Besitzung verloren, und der einzige, freilich nicht unerhebliche Vortheil, den ihnen Algier brachte, bestand darin, daß es eine vortreffliche Schule für ihre Armee war. Gradezu alle militärischen Namen, die sich in den nächsten Jahrzehnten in den inneren Wirren des Mutterlandes und auf den europäischen Schlachtfeldern einen Klang erwarben, tauchten in Algier zuerst aus dem Dunkel der Unbekanntschaft auf.

Freilich trugen jene Kämpfe durch ihren grausamen und barbarischen Character auch unendlich viel zur Verwilderung des französischen Heeres bei, und mehr als einen berühmten Namen der französischen Kriegsgeschichte schändet das Brandmal unmenschlicher Rohheit. Für die Julidynastie war der Kampf in der afrikanischen Besitzung, so oft er auch zu Unbequemlichkeiten führte, im Ganzen doch ein sehr werthvolles Mittel, um zunächst im Heere und sodann, durch die Befriedigung der Sucht nach militärischem Ruhm, auch im Lande Beliebtheit zu gewinnen. Die Betheiligung der königlichen Prinzen an diesen Feldzügen ließ einen Schimmer kriegerischen Glanzes auch auf den Thron Louis Philipps fallen, der persönlich weder Neigung noch Befähigung hatte, ihn zu erwerben. Je sichtlicher aber seine Volksthümlichkeit im Abnehmen begriffen war, um so mehr mußte diese Stütze an Werth gewinnen. Mehrere seiner Söhne erfreuten sich bei dem Volke einer nicht geringen Beliebtheit, besonders der älteste von ihnen und voraussichtliche Thronfolger, der Herzog von Orléans. Seine Vermählung mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg und der gute Eindruck, den er bei seiner Bräutigamsreise in Berlin und Wien zurückgelassen, machten ihn im vollsten Sinne zur Hoffnung seines Hauses. Es war ein harter Schlag für den alternden König, daß grade dieser Sohn ihm durch einen jähen Tod entrissen wurde. Im Begriff zu einer großen Truppenmusterung abzureisen, fuhr der Herzog am 13. Juli 1842 von Paris nach Neuilly, um sich vom Könige zu verabschieden. Plötzlich scheuten die Pferde und gingen mit dem Wagen durch. Der Herzog hielt die Gefahr für größer als sie war, und wollte sich durch einen Sprung retten. Allein dieser fiel so unglücklich aus, daß der Prinz auf der Stelle das Bewußtsein verlor und ein paar Stunden darauf in einem benachbarten Hause, in das man ihn geschafft, den Geist aufgab.

für den König.

Der Herzog von Orléans.

Für die Geschicke der königlichen Familie war das Ereigniß um so bedrohlicher, als der zweite Sohn Louis Philipps, der Herzog von Nemours, von allen seinen Brüdern der wenigst beliebte war und nichtsdestoweniger doch auf ihn die Regentschaft übergehen mußte, wenn der König starb, ehe der älteste Sohn des Herzogs von Orléans, der vierjährige Graf von Paris, das Alter der Mündigkeit erreichte. Nun konnte man freilich nach altem Brauch die Mutter des Thronfolgers, die Herzogin Helene, zur Regentin ernennen; aber sie war eine Deutsche, sie war Protestantin und vor Allem sie war eine Frau. Durfte man ihr die Kraft zutrauen, in stürmisch bewegten Zeiten, wie sie der Tod Louis Philipps leicht herbeiführen konnte, die Zügel der Herrschaft in der Hand zu behalten? Daß aus den Reihen der [illegible]osition Lamartine sich zu ihrem Ritter aufwarf und für sie das [illegible]terliche Recht, ihres Kindes Stellvertreter zu sein, beanspruchte, [illegible] gewiß keine Empfehlung. Die feinfühlende Fürstin bemerkte selbst [illegible] richtig den wirklichen Beweggrund des politisirenden Dichters. [illegible] von Lamartine, so meinte sie, hat zwar für **mich**, aber er hat [illegible]n die Regierung des Königs gesprochen. Die getreue Mehrheit [illegible] Abgeordneten erklärte sich natürlich für den Vorschlag des Mini-

Das Regentschaftsgesetz.

steriums und übertrug noch im Juli 1842 dem Herzog von Nemours eintretenden Falls die Regentschaft. Wenn man nur auf diese allezeit willfährige Kammermehrheit sah, so hätte man glauben müssen, daß der Thron der Orléans auf den festesten Grundlagen ruhe. Um den Anfang der vierziger Jahre waren die Feinde der neuen Dynastie nur als kleines Häuflein unter den Vertretern des Volkes zu finden; auch verriethen sie nur geringe Zuversicht, daß ihrer Wünsche eine nahe Erfüllung harre. Auch das änderte sich jedoch mit dem Tode des Herzogs von Orléans. Schon im nächsten Jahre erhoben die Legitimisten von Neuem ihre Fahne, die länger als ein Jahrzehnt tief gesenkt gehalten war. Der Graf von Chambord, oder, wie sie ihn nannten, Heinrich V., ihr 23jähriger Thronprätendent, erschien in London und nahm dort die Huldigungen seiner Anhänger entgegen, die zahlreich zu ihm hinüber wallfahrten. Auch die Abgeordneten der Partei, Berryer an ihrer Spitze, trugen kein Bedenken, ihren zukünftigen König zu begrüßen, und der Grimm der Regierung konnte sich nur in ohnmächtigen Zornesausbrüchen Luft machen. Ja, als die Kammer in einer Adresse an den König die Reise der Legitimisten als eine Handlung bezeichnete, welche von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt werde, da trat die ganze Opposition bis zu den äußersten Republikanern für die Angegriffenen in die Schranken und die „öffentliche Meinung" widersprach dem Urtheil der Ministeriellen, indem sie Berryer und seine Genossen nach ihrem freiwilligen Austritt aus der Kammer sogleich wieder zu Mitgliedern derselben erwählte.

Graf Chambord und die Legitimisten.

Die dynastische Opposition.

Auch die Republikaner rührten sich seit 1842 mit neuem Eifer, geleitet von Ledru Rollin, der in diesem Jahre Abgeordneter wurde und das allgemeine Wahlrecht zu seinem Schlachtruf machte. Und doch schadete er mit seinen Freunden und schadeten die Anhänger Chambords dem Julikönigthum viel weniger als die Männer der Linken, die keineswegs beabsichtigten, die Orléans zu stürzen, ja die zum Theil erheblich zu der Wahl Louis Philipps beigetragen hatten. Die dynastische Opposition in ihren mannigfaltigen Schattirungen, die Thiers, Odilon Barrot, Lamartine, nährten durch ihre Angriffe auf das Ministerium Guizot zugleich die Geringschätzung gegen den König. Der heftige Tadel, den sie bei jeder Gelegenheit gegen das „Ministerium des Auslandes" erhoben, reizte den Stolz der Franzosen, die keine abhängige Politik dulden wollten. Die übertriebenen Schilderungen, welche sie von der Unzufriedenheit des Landes gaben, erzeugten oder steigerten diese Unzufriedenheit auch da, wo sie entweder noch gar nicht oder nur erst in schwachen Ansätzen vorhanden war. So konnte Lamartine das Schlagwort, das er zuerst ausgab: Frankreich langweilt sich, allmählich getrost in das andre umwandeln: Frankreich geräth in Besorgniß — La France s'ennuie, la France s'attriste. Auch fehlte es nicht an mannigfachen Anzeichen, die zur Besorgniß auffordern mußten. In den höheren Gesellschaftsclassen zeigten sich Spuren einer tiefen sittlichen Verderbniß, die in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Bestechungssysteme stand, durch

Corruption.

welches sich Louis Philipp seit langen Jahren seine Kammermehrheiten gesichert hatte. Bei der Verwaltung der Kriegshäfen und der öffentlichen Getreidemagazine kamen unerhörte Unterschleife an den Tag. Dem Minister des Innern Duchatel wurde von dem Herausgeber der Presse, Emil von Girardin, öffentlich vorgeworfen, bei einer großartigen Erpressung mitgewirkt zu haben; er verteidigte sich nicht dagegen. Derselbe Girardin klagte den Abgeordneten Granier von Cassagnac an, seine Abstimmungen sich bezahlen zu lassen, und behauptete, daß Sitze in der Pairskammer von dem Ministerium verkauft würden; weder der eine noch der andere Vorwurf wurde einer gerichtlichen Prüfung unterzogen. Bedurfte es da noch weiterer Beweise für diese und ähnliche Beschuldigungen? War es nicht natürlich, daß man aus dem Stillschweigen der Angeklagten ihr Schuldbewußtsein folgerte, und aus den gerichtlich erhärteten Betrügereien den Schluß auch auf die Fälle zog, die nicht zur richterlichen Entscheidung kamen? Was man den Ministern Louis Philipps zutrauen dürfe, zeigte besonders der Prozeß gegen zwei von ihnen, den ehemaligen Kriegsminister General Cubières und den früheren Bautenminister Teste, die gemeinsam einer Bergwerksgesellschaft eine werthvolle Concession verkauft hatten und von dem Pairshofe für schuldig erkannt wurden. Der Selbstmord, durch welchen Teste seinem Leben ein Ende machen wollte, stand auch nicht vereinzelt da. Graf Bresson, der den Grafentitel den spanischen Heiraten verdankte, die er als Gesandter in Madrid vermittelt, schnitt sich in Neapel mit seinem Rasirmesser den Hals ab. Ungleich schauerlicher noch war die Geschichte des Herzogs von Choiseul-Praslin, der seine Frau, eine Tochter des Marschalls Sebastiani, ermordete und dann im Gefängniß sich selbst vergiftete. Eine arge Fäulniß, das war nicht zu leugnen, drohte sich ansteckend in der höheren Gesellschaft, in den Kreisen, welche fast ausschließlich das Staatsruder lenkten, zu verbreiten, und wer wollte Lamartine Unrecht geben, wenn er den Fall des Königthums prophezeite, das aus einer Nation von Bürgern eine Rotte von Schacherern mache und die mit dem Blute der Väter eroberte Freiheit an den Meistbietenden verkaufe. Leitete doch auch des Königs eigener Sohn Joinville in einem vertraulichen Briefe, den er an seinen Bruder Nemours schrieb, alles Unglück in der äußeren und inneren Politik allein von seines Vaters Verblendung ab, der keine Gegenvorstellungen annehme, der allein regieren wolle, und dem doch in Folge seines hohen Alters die Kraft fehle, männliche Entschlüsse zu fassen.

Der Socialismus.

Aber auch in den unteren Schichten der Bevölkerung wühlten [illegible]rbliche Einflüsse. Die socialistischen und communistischen Ideen [illegible]n sich in den letzten zwanzig Jahren in den Arbeiterklassen tief [illegible]fressen. Obgleich in verschiedene Secten getheilt, die theils neben[illegible]ider bestanden, theils sich ablösten, wirkten doch die Anhänger [illegible]r Lehre zuletzt alle nach derselben Richtung. Die zum Theil sehr [illegible]tenden Unterschiede, welche zwischen ihren Theorien obwalteten,

verschwanden vor den Augen der Masse gegenüber dem einen gemeinsamen Grundzuge, daß die bestehende wirthschaftliche Ordnung verwerflich sei und daß die Menge der Besitzlosen das Recht und die Macht habe, an den Gütern der besser gestellten Minderheit Theil zu nehmen. Auf mehr oder minder weitem Umwege liefen zuletzt alle die verschiedenen Systeme in dem einen Ziele zusammen, das persönliche Eigenthum aufzuheben und den gemeinsamen Genuß des gemeinsamen Arbeitsertrags an dessen Stelle zu setzen. Ein äußerer Zusammenhang bestand zwischen den meisten dieser Schulen nicht.

Proudhon.

Buonarotti, Saint Simon, Fourier, Cabet, Proudhon, ein Jeder arbeitete sich sein eigenes Ideal der Zukunftsgesellschaft aus und suchte es nach Maßgabe des Anhangs, den er gewann, und der Mittel, die er sich dienstbar machen konnte, ins Leben zu führen. Der schärfste Denker von allen war Proudhon, zugleich aber auch derjenige, welcher dem praktischen Leben am fernsten stand. Mit unerbittlicher Schärfe vernichtete er die Systeme seiner Vorgänger und Nebenbuhler, ohne selbst etwas Ausführbares vorschlagen zu können. Dennoch bot er der socialistischen Bewegung einen der wirksamsten Hebel durch die Erklärung, welche er von dem Begriff „Eigenthum" aufstellte. Eigenthum ist Diebstahl: dieses Schlagwort sprach den obersten Satz aller communistischen Glaubensbekenntnisse in faßlicher Nacktheit und ohne alle verdunkelnden Nebenumstände mit nachdrücklicher Klarheit aus. Es war deshalb im Stande, die Massen zu packen und für die Stunde der Revolution vorzubereiten, der Revolution, von der allein der Communismus sein Heil erwarten durfte. Denn die Versuche, auf dem Wege der Reform allmälig die gesellschaftlichen Zustände dem erträumten Ideal anzunähern, erwiesen sich einer nach dem andern als unausführbar, auch wenn ihnen Anfangs begeisterte und opferwillige Unterstützung aus den Kreisen der Gebildeten und Begüterten entgegen getragen war. Am schnellsten und scheinbar am kräftigsten schoß das erste dieser Systeme, der Saint-Simonismus, empor, freilich erst nach dem Tode seines Stifters, des Grafen St. Simon († 1825). Unter seinen Schülern befanden sich bedeutende Männer, wie der Nationalökonom Michel Chevalier, Carnot, der Sohn des bekannten Conventsmannes, oder der später zu großem Reichthum gelangte Bankier Pereire. Sie bildeten eine geschlossene Familie, an deren Spitze zwei „Väter", Enfantin und Bazard, traten. Ihr Anhang und die Geldmittel, die ihnen zuflossen, waren so bedeutend, daß sie mit dem Könige über die gütliche Abtretung seiner Regierungsrechte glaubten Unterhandlungen anknüpfen zu dürfen. Aber die Zeit des Aufschwungs war kurz genug. Vater Enfantin und ein Theil der Genossen wollten die Gemeinsamkeit des Besitzes von dem Vermögen auch auf die Weiber übertragen und führten dadurch einen Bruch mit dem Theil der Familie herbei, der die altväterische Moral in diesem Puncte doch für nicht veraltet hielt. Nur ein kleines Häuflein blieb dem Vater Enfantin treu und folgte ihm in seine Ansiedlung zu Ménilmontant bei Paris. Das harmlose Dasein, welches sie hier

St. Simonismus.

— mit Ausschluß jeder weiblichen Gemeinschaft — führten, wurde bald durch die Polizei gestört, und die Verurtheilung der Häupter (wegen gesetzwidriger Verbindung und Verbreitung unsittlicher Lehren) zersprengte die Genossenschaft. In den allgemeinsten Umrissen hatte

Fourier.

mit diesem Enfantin'schen Familiensystem das Project, welches Fourier plante, einige Aehnlichkeit. Er wollte eine Schaar von 1500 bis 1800 Menschen (eine Phalanx nannte er sie) zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Leben in einem einzigen Wohnorte, dem Phalansterium, vereinigen. Wenn es ihm nur gelinge, eine einzige Genossenschaft der Art zu Stande zu bringen, so hoffte er durch die Macht des Beispiels bald alle Staaten in solche Phalansterien aufgelöst zu sehen; aber diesen ersten Schritt zu thun, war ihm selbst nicht vergönnt, und die Versuche, welche später in Amerika gemacht wurden, scheiterten vollkommen. Nach Amerika flüchtete sich auch ein dritter

Cabet.

Neuerer mit seinen Reformbestrebungen: Cabet, der seinen Idealstaat unter dem Namen Ikarien in der Form einer Reisebeschreibung geschildert hatte. Seine Bürger sollten alle Arbeitserzeugnisse dem Gewerbsausschusse, der die Stelle der Regierung vertrat, einliefern und dieser sie in völlig gleicher Weise vertheilen, die Trägen aber, die den Dieben gleich zu achten seien, durch Zwang zur Arbeit anhalten. Er hatte mit seinen praktischen Versuchen kaum größeres Glück als die Fourieristen, und stellte sie überdies erst nach 1848 an. Aber seine Ideen wirkten schon vorher auf die Massen und auf einzelne überspannte Köpfe. Die einflußreichsten Agitatoren waren indeß in dem ersten Jahrzehnt der Julidynastie der Italiener Buonarotti und in dem zweiten der Schriftsteller Louis Blanc. Buonarotti

Buonarotti.

bildete gleichsam das Bindeglied zwischen dem neueren Communismus und dem der Revolutionszeit; er hatte schon jener Verschwörung angehört, die Gracchus-Babeuf im Jahre 1796 gegen das Directorium angezettelt hatte; nach vieljährigem Aufenthalt im Ausland kehrte er bald nach der Revolution von 1830 nach Paris zurück und erwarb sich einen mächtigen Einfluß unter den französischen und den fremdländischen Handwerksgesellen, die er zu geheimen Bünden vereinigte und als Apostel seiner Lehre in ihre Heimat entließ. Louis

Louis Blanc.

Blanc suchte, ebenso wie Proudhon, seine Sache so darzustellen, als ob sie von jeder Verwandtschaft mit den communistischen Systemen frei sei. Das persönliche Eigenthum und die Heiligkeit der Ehe sollten nicht angetastet werden. Eine Besserung der gesellschaftlichen Zustände lasse sich durch Steigerung des politischen Einflusses der arbeitenden Klassen erzwingen. Mit Hülfe desselben solle die Arbeit organisirt werden. Der Staat müsse große gewerkliche Anstalten begründen und denselben das nöthige Kapital unverzinslich darleihen; an dem G[illegible]inn nehme jeder Arbeiter nach dem Maßstabe seiner Bedürfnisse [illegible]l. Durch gesetzliche Bestimmungen sollte das Erbrecht der [illegible]enlinien aufgehoben und nur für Eltern und Kinder beibehalten [illegible]en; in jedem andern Falle trete der Staat als Erbe ein. So [illegible] sich mit der Zeit eine Vernichtung der großen Privat-Ver[illegible]n und eine Vereinigung alles Kapitals in den Händen des

Staates erzielen; es war also der Weg einer Ueberleitung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände in die künftigen communistischen gefunden. Mit dem einen Fuße ruhten diese Pläne — trotz ihrer Unausführbarkeit, die sich später erweisen sollte — auf den vorhandenen Verhältnissen und stellten greifbare Ziele durch packende Schlagwörter in den Vordergrund. Die „Organisation der Arbeit" war ebenso verständlich wie die Proudhon'sche Lehre von dem Eigenthum, das nur Diebstahl sei. Auf diese Weise wurden die socialistischen Gelüste zugleich in den Dienst der politischen Parteien gezogen und ein wichtiges Bündniß zwischen den Republikanern und den Social-Demokraten angebahnt. Wenn sich ihre Wege späterhin auch trennen mußten, so hatten sie doch als erste Station den Sturz der Monarchie, die Begründung der Republik gemein. Um dahin zu gelangen, galt es die Mehrheit in den Kammern zu gewinnen, was nur durch die Ausdehnung des Wahlrechts zu erreichen war. In dieser Forderung vereinigten sich daher fürerst alle oppositionellen Parteien.

Demokraten u. Socialisten.

Ausdehnung des Wahlrechts.

Und nicht blos die Ausdehnung, sondern überhaupt die Reform des Wahlrechts, des activen und des passiven, verlangten sie. Die Kammern waren mit vollem Recht in die tiefste Mißachtung gesunken. Unbedenklich warf man ihnen und der Regierung den Vorwurf der Bestechlichkeit ins Gesicht. An diesem Vorwurf aber hatten auch die Wähler ihren Antheil, die sich häufig genug durch das Versprechen eines Brücken- oder Landstraßenbaues oder sonstiger Vortheile für ihren Bezirk dazu bestimmen ließen, einem Beamten oder der Regierung sonst genehmen Bewerber ihre Vertretung anzuvertrauen. Die Abgeordneten selbst ließen sich ebenso gut von dem Ministerium (durch Beförderung im Amte, Lieferungscontracte u. dgl.), wie von Eisenbahngesellschaften und anderen gewerblichen Genossenschaften (durch Eintritt in den Verwaltungsrath oder sonstige Vortheile) bestechen. Die Versuche der Opposition, das zu verhindern, blieben erfolglos. In der Session von 1847 wurde weder Rémusats Forderung, gewisse Beamtenclassen aus der Kammer auszuschließen, noch Crémieux's Vorschlag, die Betheiligung der Abgeordneten an industriellen Unternehmungen zu regeln, noch der Antrag Duvergiers de Hauranne auf eine gründliche Wahlreform angenommen. Dies bewog die Opposition, einen regelrechten Feldzug zu eröffnen, um die Stimme des Landes für die Reform zu gewinnen. Ein Wahlausschuß trat unter der Leitung Odilon Barrots mit einer Darlegung der herrschenden Uebelstände vor das Volk; er zeigte, wie ungleich das Wahlrecht vertheilt sei, wie hier 25,000, dort erst 150,000 Einwohner einen Vertreter zu wählen hätten, wie über 200 Beamte in der Kammer säßen, und wie alle weniger Bemittelten von jeder Bewerbung ausgeschlossen seien, da keine Diäten gezahlt wurden. Auf einem großen Bankett in Chateau rouge bei Paris wurden diese Gedanken in feurigen Reden weiter ausgeführt, und nach diesem Vorbilde in den verschiedensten Gegenden des Landes ähnliche Reformbankette veranstaltet. Die Regierung stellte sich, als fürchte sie, ge-

Reformbankette.

stützt auf die Kammern, nichts von dieser Bewegung; es sei eine Aufregung, sagte der König in seiner Thronrede vom 28. December, die von feindseligen und blinden Leidenschaften unterhalten, aber an der Einmüthigkeit der großen Staatsgewalten sich brechen werde. Die gesetzgebende Versammlung stimmte diesen Worten in ihrer Antwort auf die Thronrede zu; kaum daß sie aus einem gewissen Anstandsgefühle jene Leidenschaften, die ein so beträchtlicher Theil ihrer Mitglieder hegte und nährte, wenigstens nur als blinde, nicht auch, wie der König, als feindselige bezeichnete. Das Ministerium aber benutzte die Gelegenheit der Adreßdebatte um durch den Mund Duchatels, des Ministers des Innern, zu erklären, es werde auf Grund eines Gesetzes von 1790, dessen Anwendbarkeit mindestens zweifelhaft war, fortan alle Reformbanketts verhindern. Dadurch noch mehr gereizt, beschloß die Opposition am 13. Februar, einen Tag nach der Annahme der Adresse, in Paris selbst ein großes Bankett zu veranstalten und abzuwarten, ob die Regierung es mit Gewalt zu vereiteln wagen werde. Als Tag des Festes wurde der 22. Februar, als Ort ein Local in den Elyseischen Feldern erkoren. Nicht ohne Besorgniß sahen alle friedlich Gesinnten dem Ereigniß entgegen; wenn die Regierung mit bewaffneter Macht einschritt, war ein blutiger Ausgang unvermeidlich. Dem Eifer zweier Abgeordneten von der Rechten, Morny und Vitet, gelang es endlich, einen Mittelweg zu finden, der beiden Parteien Genüge zu leisten schien. Die Regierung sollte das Bankett zulassen und sich darauf beschränken, ein Protocoll des Vorganges aufzunehmen, auf Grund dessen sie dann bei den Gerichten Anklage wegen Verletzung des Gesetzes von 1790 erheben könne. Noch war dieses Abkommen von dem Könige nicht bestätigt, als am 21. Februar der Ausschuß der Opposition ein Manifest aus der Feder Armand Marrast's erließ, welches nicht blos die Bevölkerung von Paris, sondern insbesondre auch die Nationalgarde aufforderte, am nächsten Tage die Festgenossen in feierlichem Zuge von dem Magdalenenplatze in die Elyseischen Felder zu geleiten. Das durfte die Regierung sich unmöglich gefallen lassen und auf eine Anfrage Odilon Barrots erklärte der Minister Duchatel noch an demselben Tage in der Kammer, daß er eine solche offenkundige Verhöhnung rechtsgültiger Gesetze zu verhindern wissen werde. Sollte die Opposition es nun auf einen Kampf ankommen lassen? Dem dynastischen Theile derselben konnte nichts unerwünschter sein: ein Sieg des Volkes war für ihn ebenso verhängnißvoll wie ein Sieg der Regierung. Die Republikaner aber und die Socialisten waren weit davon entfernt, sich mit großen Hoffnungen zu tragen; sie hi[illegible] eine Niederlage selbst für viel wahrscheinlicher als einen Erfo[illegible] Die entschlossene Sprache der Regierung verfehlte daher ihre [illegible]ung nicht. Gegen wenige Stimmen beschloß die versammelte O[illegible]osition am Abend des 21. das Bankett ganz aufzugeben und st[illegible] dessen in einer Ansprache an das Volk die Absicht anzukündigen, d[illegible] Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Die Blätter der P[illegible]ei brachten in der That am nächsten Morgen diese Erklärung u[illegible]ermahnten das Volk sich ruhig zu verhalten. Aber es war zu

Das Bankett vom 22. Febr.

Beginn der Unruhen.

spät um zu verhüten, daß nicht doch viele Tausende an dem bestimmten Sammelplatze vor der Magdalenenkirche sich einfanden. Unter diese mischten sich die Hetzer der äußersten Linken, die Mitglieder der geheimen Gesellschaften (der Gesellschaft der Menschenrechte und der Familiengesellschaft), die Lagrange, Caussidière, Sobrier u. A., und ihrem Zureden gelang es, die Menge, die allmälig ungeduldig wurde, um Mittag zu einem Zuge nach dem Parlamentsgebäude zu veranlassen. Auf die Nachricht hiervon erschien ein Reiterregiment und trieb die Schaaren auseinander. Dieser kleine Triumph war ohne große Schwierigkeiten errungen, aber er hatte eine steigende Erbitterung der Massen im Gefolge. Hier und da fing man an Barricaden zu erbauen; sie wurden von den Truppen meist ohne Kampf genommen. Der König blieb vollständig unbesorgt; dergleichen Crawalle hatte er nach und nach genug erlebt. Auch als am 23. Morgens dasselbe Spiel sich wiederholte, achtete er es gering. Bald aber kamen ernstere Nachrichten. Die Nationalgarde zeigte sich unzuverlässig; auch aus ihren Reihen erscholl der Ruf: Hoch die Reform! Nieder mit Guizot! die Barricaden vermehrten sich; die Truppen waren lau. Mehr noch als Louis Philipp empfand Guizot die Verschlimmerung der Lage; er bat Nachmittags um seine Entlassung, und der König gewährte sie ihm.

Der 23. Febr.

Guizots Rücktritt.

Die Wirkung dieses Schrittes war die allergünstigste; ohne noch den Nachfolger des gestürzten Ministers zu kennen, rechnete man doch mit Sicherheit darauf, daß er die Wahlreform betreiben werde, und mehr forderte man im Allgemeinen noch nicht. Aber eine große Aufregung herrschte selbstverständlich unter den Massen, die Abends die erleuchteten Boulevards durchzogen. Vor Guizots Palais staute sich der Menschenstrom; ein Posten von 50 Mann, der dasselbe beschützte, trug unwillkürlich das Seinige dazu bei. Drohende Rufe wurden laut. Plötzlich fiel ein Schuß aus der Mitte des Volkes; man weiß nicht, wer ihn that; viele nannten Lagrange; der Posten, der sich bedroht sah, antwortete, wie es scheint, ohne Befehl, unwillkürlich, mit einer vollen Salve, und im Augenblick lagen 50 Leichen, Männer, Weiber und Kinder, auf dem Platze.

Beginn des Kampfes.

Mord! Verrath! Zu den Waffen! so tönte es nun aus den Reihen der Menge. Die Leichen der Gemordeten wurden auf Karren geladen und durch die Straßen geführt. Vor dem Hause des National erhitzte Armand Marrast, anderswo andre Redner die wuthschnaubenden Massen noch mehr. Jetzt konnte kein Ministerwechsel die Aufgeregten mehr beschwichtigen. Molé, den der König Nachmittags zu Guizots Nachfolger hatte ernennen wollen, an dessen Forderungen er aber noch zu dingen suchte, lehnte den erneuten Auftrag ab. Thiers, der um Mitternacht in die Tuilerien beschieden wurde, nahm ihn zwar an, forderte und erreichte aber die Zulassung auch Odilon Barrots, so sehr sich auch Louis Philipp gegen diesen Hauptanstifter der „feindseligen und blinden Leidenschaften“ sträubte. Der Marschall Bugeaud, den Guizot noch im letzten Augenblick zum Oberbefehlshaber der gesammten bewaffneten Macht ernannt hatte, wurde im Commando der Nationalgarde durch Lamoricière, ein

Ministerium Thiers.

paar Stunden später auch in dem der Truppen durch Gérard ersetzt. Um 8 Uhr Morgens am 24. Februar verkündigte ein Aufruf der neuen Minister die Einstellung der Feindseligkeiten, die Auflösung der Kammer, die Gewährung der Reform. Es war umsonst; über 1500 Barricaden waren die Nacht hindurch errichtet; jetzt wollte man mehr. Ludwig Philipp läßt auf das Volk schießen wie Karl X.; wohlan, schicken wir ihn seinem Vorgänger nach! So lautete die Losung, die ein Extrablatt der Réforme um 9 Uhr ausgab. Eine Stunde später drangen die Aufständischen in das Palais Royal ein; unmittelbar bedrohten sie die Tuilerien. Wohl standen zu deren Schutze auf dem Carousselplatz mehrere Regimenter, aber ihr Geist war schlecht. Als der König, von seiner Gemahlin gedrängt, um Mittag an ihrer Front entlang ritt, begleitet von seinen Söhnen Nemours und Montpensier, empfingen ihn die Linientruppen stumm und die Nationalgardisten mit dem Gruß: Es lebe die Reform! Niedergeschlagen kehrte er in den Palast zurück. Gleich darauf stürzte unangemeldet Emil Girardin, der Redacteur der Presse, in das Zimmer des Königs. Danken Sie ab, Sire, oder der Thron ist auch Ihrer Dynastie verloren, rief er dem Erschrockenen zu. Nun begann ein heftiges Debattiren; die Einen, besonders der Herzog von Montpensier, redeten dem Monarchen zu, dem Rathe zu folgen; die Andern, vor Allem die greise Königin Amélie, beschworen ihn, lieber zu Pferde zu steigen und in rühmlichem Kampfe zu fallen. Der König gehorchte der Mehrheit; mit langsamer aber fester Hand schrieb er die Urkunde, durch welche er die Krone seinem Enkel, dem Grafen von Paris, übertrug, und ihm wünschte glücklicher als er selbst seine Aufgabe zu lösen. Noch war er nicht fertig, als der Marschall Bugeaud herbeigeeilt kam, und den König abermals umzustimmen suchte. Ein kurzes Schwanken, und Louis Philipp beharrte bei seinem Entschluß. Die Regentschaft übernahm auf Grund des Gesetzes von 1842 der Herzog von Nemours; außer ihm blieb die Mutter des neuen Königs, die Herzogin Helene von Orléans, mit ihren beiden Kindern im Palaste zurück. Die andern Mitglieder der königlichen Familie schickten sich an, dem entthronten Monarchen zu folgen, der sich schnell in bürgerliche Kleidung geworfen und nun, gestützt von der Königin, durch den Tuileriengarten nach dem Eintrachtsplatze ging, wo ein Miethwagen bereit stand, der ihn und seine Mappe mit Werthpapieren unter dem Schutz einiger Schwadronen Kürassiere in einer halben Stunde nach St. Cloud brachte. In einem zweiten und dritten Wagen folgten die übrigen Familienglieder.

Abdankung des Königs.

Kurze Zeit darauf verließen auch der Herzog von Nemours und ...erzogin von Orléans mit deren beiden Söhnen den Palast und ...en sich durch den Tuileriengarten und über den Eintrachtsplatz ...s Sitzungsgebäude der gesetzgebenden Versammlung. Diese be- ... sich in unbehülflichster Rathlosigkeit und begrüßte deshalb das ...einen der Herzogin mit lautem Zuruf. Man hoffte, sie werde ...Wort ergreifen, aber mit einer stummen Dankesverbeugung setzte ...h mit ihren Söhnen auf ein paar Sessel an der Rednertribüne ... Auch der Herzog von Nemours blieb stumm. Nur der Ab-

Verhandlungen der Abgeordnetenkammer.

geordnete Dupin, dessen Rath die Herzogin vornehmlich bewogen hatte, sich in die Deputirtenkammer zu begeben, stammelte einige Worte zu Gunsten des Grafen von Paris und empfahl, der Herzogin die Regentschaft zu übertragen. Mittlerweile füllten sich die Gallerien und zum Theil schon der Sitzungssaal mit allerlei Volk und die Verhandlungen konnten nur mühsam fortgeführt werden. Lamartine schlug vor, sie zu unterbrechen, so lange die Herzogin anwesend sei. Diese schwankte, ob sie sich entfernen solle; sie verließ ihren Platz, kehrte aber vor der Thüre wieder um und setzte sich auf eine Bank des linken Centrums. Unbekümmert um ihre Gegenwart schwang sich jetzt Marie auf die Tribüne und beantragte die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Umsonst suchte Odilon Barrot die Theilnahme der Versammlung für diese Frau und dieses Kind zu erwecken, auf deren Häuptern allein jetzt das Schicksal des Julikönigthums beruhe. Wohl fanden seine Worte ein lautes beifälliges Echo, aber höher verstieg sich der Muth der Mehrheit nicht. Mit donnernder Stimme rief ihr der alte Legitimist Larochejacquelin ihr Todesurtheil in die Ohren: Jetzt seid Ihr Nichts mehr! Crémieux und Lamartine unterstützten die Forderung einer provisorischen Regierung; dringender als ihre Worte forderten dasselbe die bewaffneten Massen, die jetzt in neuem Schwall in den Saal einstürmten. Schon hatten sie, trunken von dem Wein aus den Kellern der inzwischen geplünderten Tuilerien, den Präsidenten Sauzet gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen, und eine Tricolore auf der Rednertribüne aufgepflanzt; mit drohenden Rufen forderten sie die Ausrufung der Republik; das Leben der Herzogin und ihrer Kinder schwebte in der höchsten Gefahr; da entschloß sie sich endlich, den Saal zu verlassen, in dem sie vergebens Hülfe zu finden gehofft. Einige Getreue bahnten ihr den Weg durch das Gedränge, aber sie vermochten nicht zu verhindern, daß die Kinder von der Mutter weggestoßen wurden. Der Graf von Paris wurde schon nach wenigen Minuten ihr wieder zugeführt, aber der jüngere Bruder, der Herzog von Chartres, war in der größten Gefahr zertreten zu werden und konnte erst ein paar Tage später zu der Mutter zurückgebracht werden, die inzwischen nach einem kurzen Aufenthalt in dem Hôtel der Invaliden von dem Grafen von Montesquiou auf sein Schloß Bligny geleitet worden war.

Gefahr und Flucht der Herzogin von Orleans.

Die provisorische Regierung.

In der Deputirtenkammer war der Tumult schnell auf den höchsten Punct gestiegen. Lamartines Geistesgegenwart brachte etwas Ordnung in die Verwirrung. Er führte den greisen Dupont de l'Eure auf den Präsidentenstuhl, verlangte das Wort, erhielt Ruhe und forderte alle Anwesenden, Abgeordnete wie Blusenmänner, zur sofortigen Wahl einer provisorischen Regierung auf. Aus den abgegebenen Stimmzetteln setzte er kurz entschlossen eine willkürliche Liste zusammen, die unter dem Beifall der Menge von dem Präsidenten verlesen wurde. Sie enthielt die Namen Dupont de l'Eure, Lamartine, Garnier Pagès, Arago, Marie, Ledru Rollin und Crémieux. Ohne sich um die Rufe derer zu kümmern, welche noch Louis Blanc hinzugefügt wissen wollten, erklärte Lamartine, daß die

neue Regierung ihren Sitz sofort in das Stadthaus verlegen werde und begab sich unter dem Schutz einiger hundert Bewaffneter mit den meisten seiner Collegen dorthin. Unter großen Schwierigkeiten gelangten sie an und in das Gebäude, das von Tausenden erfüllt war, und geraume Zeit verging, bis endlich ein abgelegenes Zimmer abgesperrt und für die Sitzungen der Regierung eingerichtet war. Das erste Geschäft derselben war, Louis Blanc, Armand Marrast, den Schriftsteller Flocon, den Verleger Pagnerre und den Schlossergesellen Albert zu Secretären mit berathender Stimme zu ernennen. Diese 5 Männer befanden sich nämlich auf der Liste einer zweiten provisorischen Regierung, die in den Redactionszimmern des National und der Réforme entworfen war und die im Uebrigen mit der Lamartine'schen Liste übereinstimmte. Nachdem so ein drohender Zwiespalt beseitigt war, entwarf man einen Aufruf an das Volk, um demselben die Auflösung des gesetzgebenden Körpers und die Einführung der Republik, vorbehaltlich einer Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmung, anzukündigen. Dann wurden die Ministerien und andere wichtige Aemter besetzt, theils durch Mitglieder der Regierung (Lamartine Aeußeres, Ledru Rollin Inneres, Garnier Pagès Seinepräfect und Maire von Paris 2c.), theils durch andere Personen (Courtais Nationalgarde, Caussidière Polizeipräfect u. s. f.). Diese Maßregeln und eine Fülle von Verfügungen, die von den einzelnen Ministern alsbald erlassen wurden, kamen unter fortwährender Bedrohung der neubegründeten Regierung zu Stande. Denn unablässig drängten sich die Massen durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt und eine Bande nach der andern erzwang sich den Eingang in das Rathhaus. Nur der Beredtsamkeit und der Geistesgegenwart Lamartines war es zu danken, daß es zu keiner Gewaltthat kam. Einen Schwarm, der brüllend seinen Kopf begehrte, entwaffnete er mit der ironischen Bemerkung: Wollte Gott, es trüge ihn jeder von euch auf seinen Schultern, dann würdet ihr vernünftiger sein. Erst nach Mitternacht ließ der Andrang nach, aber nur, um sich Morgens am 25. zu erneuern. Wieder war es Lamartine, der durch Nachgiebigkeit oder Festigkeit, wie es der Augenblick erheischte, und durch manches glückliche Wort den Sturm beschwichtigte. „Eure rothe Fahne," so rief er denen zu, welche die Tricolore durch das Blutbanner verdrängen wollten, „eure rothe Fahne hat nur den Umzug um das Marsfeld gehalten und ist dabei mit dem Blute der Bürger getränkt; aber die Tricolore ist von der französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen; mit ihr würde die Hälfte von Frankreichs Ruhm im Dunkel der Vergessenheit versinken." Die Worte fanden Beifall und das dreifarbige Banner war gerettet; dagegen erkannte die provisorische Regierung ausdrücklich das Recht des Volkes auf Arbeit an und versprach, für seinen Unterhalt zu sorgen. Im Laufe des Tages trat nach so langer Aufregung die natürliche Erschöpfung bei den Massen ein; auch beschwichtigte viele die erwünschte Kunde, daß die Forts um Paris von den Befehlshabern übergeben seien und von dort keine Gefahr mehr drohe. Größere Abtheilungen der Nationalgarde stellten sich der Regierung zur Verfügung und aus

Lamartine.

Der 25. Febr.

Die Wirksamkeit der provisorischen Regierung.

den Banden der Rothen selbst bildete Lamartine eine der Regierung dienstbare Truppe, die Municipalgarde. Am 27. Februar hatte er es so weit gebracht, daß die Regierung vom Volke gleichsam feierlich anerkannt wurde. Auf dem Bastilleplatze wurde die Republik feierlich ausgerufen und eine Musterung über die bewaffnete pariser Bevölkerung abgehalten. Einige Wochen der Ruhe benutzten die Minister zur Neuordnung der wichtigsten Verhältnisse. Lamartine versicherte den fremden Völkern und Regierungen die friedlichen Gesinnungen Frankreichs; Garnier Pagès, der inzwischen Finanzminister geworden war, half der bedenklichen Leere in den Kassen durch ein Anlehen bei der Bank von Frankreich, durch eine Erhöhung der directen Steuern um 45% und andre zum Theil nicht unbedenkliche Maßregeln ab; Ledru Rollin räumte auf das Rücksichtsloseste unter den Beamten auf und bereitete die Wahlen zur Nationalversammlung vor; Arago brachte die bewaffnete Macht auf eine Stärke von 600,000 Mann und stellte Beobachtungscorps an den Grenzen auf; Marie leitete die Einrichtung der Nationalwerkstätten und Louis Blanc präsidirte einem Arbeiterparlamente, das sich im Luxemburgpalaste versammelte. Aeußerlich betrachtet war die Republik im besten Zuge, sich zu befestigen; aber unter der Oberfläche wühlten die Gegensätze fort und jeder Tag konnte neue Kämpfe bringen. Von den Monarchisten war freilich nichts zu befürchten. Die Orléans selbst hatten den Widerstand aufgegeben. Alle Mitglieder der königlichen Familie waren glücklich über die Grenze entkommen, am mühsamsten der König selbst, der sich von St. Cloud erst nach Dreux und dann an die Küste der Normandie geflüchtet hatte, und nach vergeblichem Versuche sich in Honfleur oder Trouville einzuschiffen, endlich in Havre glücklich auf ein englisches Dampfboot und auf diesem nach England entkommen war. Hier nahm er seinen Wohnsitz auf dem Schlosse Claremont, das seinem Schwiegersohne, dem König der Belgier, gehörte, und vereinigte da die meisten Mitglieder seiner Familie um sich. Auch Joinville, der die Flotte, und Aumale, welcher die Armee in Algerien befehligte, stellten sich dort ein, nachdem sie ihre Aemter niedergelegt hatten, ohne den hoffnungslosen Versuch einer Restauration zu machen. Nur die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen kam nicht nach England, sondern begab sich nach Deutschland.

Nationalwerkstätten und Arbeiterparlament.

Die königliche Familie.

Die vorzüglichsten Diener des gestürzten Königs hielten sich entweder in stiller Zurückgezogenheit oder stellten sich der neuen Regierung zur Verfügung. Von dieser Seite war also nichts zu besorgen. Die Armee murrte wohl über die schlechte Behandlung, die sie erfuhr, und das Landvolk über den vermehrten Steuerdruck; aber es fehlten die Führer, ohne welche diese Mißstimmung ungefährlich blieb. Um so ernstlicher aber hatte man sich vor den socialistischen Umtrieben zu hüten. Durch die Einrichtung der Nationalwerkstätten war den Rothen eine förmliche Organisation gegeben. Die Arbeit wurde nur zum Schein betrieben. Sie bestand vorzugsweise aus gänzlich überflüssigen und zwecklosen Erdarbeiten, die das Geld des Staates verschluckten ohne etwas einzubringen. An 100,000 Men-

Die Socialisten.

schen wurden so auf öffentliche Kosten ernährt. In Brigaden und Kompagnien getheilt zogen sie unter besondern Führern jeden Morgen zu ihrer Arbeit hin und fanden sich Abends in ihren Clubs wieder zusammen, um aufhetzende Reden zu halten und zu hören. Die Zahl dieser Clubs stieg bald auf mehrere Hunderte; an der Spitze eines jeden stand irgend ein mehr oder weniger bedeutender Verschwörer oder Oppositionsmann, ein Raspail, Barbès, Blanqui, Cabet und wie sie sonst hießen; als Centralpunct diente der Club der Clubs, der aus den Vorständen der einzelnen Vereine gebildet war. In diesen Kreisen war Lamartine der bestgehaßte Mann; man wußte recht gut, daß er allein in den stürmischen Februartagen die Verkündigung der socialen Republik und der Commune verhindert hatte; man wußte auch, daß Niemand eifriger als er die Wahlen zur Nationalversammlung betrieb, von deren Zusammentritt die Clubs nichts wissen wollten, da sie die Beherrschung der öffentlichen Meinung in Paris mit keinem andern zu theilen Lust hatten. Auch die den Socialisten zugeneigten Mitglieder der Regierung, wie Ledru Rollin und Louis Blanc, suchten den Wahltag auf alle Weise zu verschieben. Eine lärmende Demonstration der Clubisten kam ihnen dabei zu Hülfe. Weit über 100,000 Köpfe stark zogen sie am 17. März aus den Elyseischen Feldern vor das Stadthaus und machten durch Blanqui ihre Forderungen geltend. Diesmal waren es besonders Ledru Rollin und Louis Blanc, die sie beschwichtigten und zum friedlichen Abzug bewogen. Die Wahlen wurden auf den 27. April verschoben und den Clubs das Recht ertheilt, in jedes Departement auf Staatskosten ein paar Sendlinge zu schicken, um das Volk zum Zwecke guter Wahlen „aufzuklären". Aber die Provinzbewohner erwiesen sich zum großen Theil als sehr ungelehrige Schüler und trotz aller Anstrengungen durften die Communisten und die Socialisten sich auf eine Mehrheit nach ihrem Wunsch keine Hoffnungen machen. So planten sie denn noch einen letzten Handstreich, um die Wahlen zu hintertreiben und die Regierung durch einen Wohlfahrtsausschuß zu verdrängen, an dessen Spitze sie Ledru Rollin zu setzen gedachten. Dieser war aber nicht geneigt eine solche Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, sondern machte seinen Collegen rechtzeitig Mittheilung von dem Vorhaben, so daß die rothen Schaaren, als sie am 16. April gegen das Stadthaus anrückten, dasselbe von ein paar tausend Mobilgardisten unter dem General Changarnier besetzt fanden und bald durch die von mehreren Seiten in starken Legionen heranziehende Nationalgarde so umzingelt wurden, daß die Führer gute Miene zum bösen Spiele zu machen, jede feindliche Absicht abzuleugnen und der provisorischen Regierung ihre Huldigung darzubringen für gut fan-

Der 17 März.

Der 16. April.

[illegible] Es war der erste wirkliche Sieg, den die Ordnung über die [illegible]ellosigkeit davongetragen hatte; der friedliche Bürger fühlte sich [illegible]er als Herr in seinem Hause, und dieses wieder erwachende [illegible]stbewußtsein wurde noch mächtig gestärkt durch die Musterung, [illegible]he Lamartine mit seinen Collegen am 20. über die Nationalgarde [illegible]elt. Etwa 350,000 Mann erschienen an diesem „Feste der Ver[illegible]rung" unter den Waffen und empfingen ihre Fahnen aus den

Das Fest der Verbrüderung.

Händen des Kriegsministers Arago; von welchem Geiste sie beseelt waren, zeigte der oft wiederholte donnernde Ruf: Nieder mit den Communisten! Acht Tage später fanden dann auch die Wahlen statt und ihr Ausfall gab der Ordnungspartei neue Stärke. Jedes Departement wählte in einem Wahlgange so viel Abgeordnete, daß auf je 40,000 Einwohner einer kam; die Gesammtzahl betrug 900. Lamartine wurde in 10 Departements mit etwa 2,300,000 Stimmen erwählt; in Paris allein erhielt er 260,000 Stimmen, während die Candidaten der Clubisten es höchstens auf 20,000 brachten. Ein großer Theil der Neugewählten bestand natürlich aus unbekannten Männern; war die Zahl der Abgeordneten doch jetzt doppelt so groß wie früher; aber viele Häupter der alten Parteien, die Berryer, Larochejacquelin, Odilon Barrot, Duvergier, Montalembert, die Mitglieder der provisorischen Regierung, auch die bekanntesten Führer der Ultras, wie Barbès, Caussidière, der Dichter Felix Pyat u. s. f. waren doch in der Versammlung; zu den neuen Elementen gehörten zwei Prinzen Bonaparte und ein Murat. Am 4. Mai fand die feierliche Eröffnung statt; Dupont de l'Eure legte die Gewalt der provisorischen Regierung zu Händen der Nationalversammlung nieder und diese erklärte sofort die Republik für die dauernde Staatsform Frankreichs. Ein paar Tage später erstatteten Lamartine und die Minister Bericht über ihre Geschäftsführung; dann schritt man (am 10. Mai) zur Wahl eines Executivausschusses. Unwillig darüber, daß Lamartine die Präsidentschaft, welche ihm aus den Reihen der Gemäßigten angeboten war, nach langem Besinnen abgelehnt hatte, entzogen ihm viele ihre Stimmen, so daß er unter den 5 Gewählten (außer ihm Arago, Garnier Pagès, Marie, Ledru Rollin) nur die vierte Stelle einnahm und Arago den Vorsitz der Executive erhielt. In dem neugebildeten Ministerium ragten Bastide (Auswärtiges), Crémieux (Justiz) und Cavaignac (Krieg) besonders hervor; Maire von Paris wurde Marrast. Die Ordnung des neuen Staatswesens war somit vollzogen; Frankreich hatte durch seine Vertreter die Republik bestätigt, die Commune verworfen; Paris hatte zu diesem Beschlusse mit ungeheurer Stimmenmehrheit beigetragen. Und dennoch waren die neuen Verhältnisse noch weit davon entfernt gefestigt zu sein. Noch bestanden die Arbeiterwerkstätten, die das Vermögen des Landes vergeudeten; noch bestanden die Clubs, die unverdrossen schürten und wühlten und keine wahrhafte Beruhigung der öffentlichen Meinung zuließen; noch waren Tausende und Zehntausende bereit, ihr Leben — und weiter hatten sie Nichts — daran zu wagen, um den besitzenden Classen den Besitz und der herrschenden Partei die Herrschaft zu entreißen. Unzugänglich jeder Belehrung und jeder Beschwichtigung, ohne Verständniß und Empfänglichkeit für die Pflicht der Unterordnung unter den Gesammtwillen, voll der nacktesten Eigensucht und der rohesten Gleichgültigkeit gegen das Wohl Anderer, gab es zu ihrer Bekämpfung nur das eine Mittel, das sie selbst gebrauchten, die Gewalt. Wie sie diese herausforderten und wie sie ihr erlagen zu zeigen, wird der späteren Erzählung obliegen.

Die Wahlen.

Die National-Versammlung.

Lage des Landes.

Namen- und Sachverzeichniß.

Die Mitglieder der regierenden Häuser sind unter den betreffenden Ländern zusammengestellt.

C.

P.

Q.

R.

S. 6, Z. 20: lies Ermordung statt Verschwörung.
" 336, " 22: " zwölf " neu.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Geschichte

der

neuesten Zeit.

1815—1871.

Von

Dr. Constantin Bulle.

Zweiter Band.

Von 1848 bis 1871.

Mit einem Namen- und Sachverzeichniß.

Leipzig.
Verlag von Veit & Comp.
1876.

Inhaltsverzeichniß.

Die deutsche Revolution in den Flitterwochen.

Mit der Schnelligkeit des elektrischen Telegraphen, der seine neuentdeckten und verwertheten Kräfte sofort in den Dienst der Revolution stellen mußte, verbreitete sich die Kunde der pariser Ereignisse durch ganz Europa und insbesondere durch Deutschland. Es waren doch sehr verschiedenartige Empfindungen, Hoffnungen und Befürchtungen, die durch die Februarvorgänge in unserem Volke geweckt wurden. Noch schwebte über der neuen französischen Republik, über ihrem Wesen und ihren Absichten, das Dunkel der Zukunft, das zu erhellen es kaum ein anderes Mittel gab, als die Erinnerung an die erste Republik. Und hatte nicht diese erste Republik den rührigsten Eifer gezeigt, auch die Grenzländer mit ihren Segnungen zu beglücken? Hatte sie nicht ihre Propaganda nach Belgien und Italien, in Deutschland und die Schweiz hineingetragen? War nicht auch von ihrer Nachfolgerin eine Bedrohung der Selbständigkeit, der Unversehrtheit der Nachbarvölker zu befürchten? Der Gedanke, daß ein Angriffskrieg von Frankreichs Seite unausbleiblich erfolgen werde, fand weite Verbreitung. Wenn vorzugsweise die Regierungen und die conservativen Kreise ihm nachhingen, so war er doch auch den Liberalen und der großen Masse einleuchtend genug, und die unendliche Mehrheit war zum kräftigsten Widerstande, zum Aufgebote der gesammten Volkskraft entschlossen. Deshalb empfahl sich schon unter diesem Gesichtspunkte die Forderung der allgemeinen Bewaffnung, der Schaffung eines Volksheeres, das aus den schleunigst gerüsteten und eingeübten Bürgerwehren in allen Theilen des Vaterlandes erstehen sollte. In den Augen der Liberalen war dieses Rüstzeug dann überdies eine Waffe gegen böswillige Regierungen und ein Mittel, die verhaßten kostspieligen stehenden Heere allgemach bei Seite zu schieben. Je weiter die Parteien nach links standen, je mehr sie den republikanischen Bestrebungen sich näherten, desto mehr mußte dieser Gesichtspunkt in den Vordergrund treten; der äußersten Linken galt die Volksbewaffnung überhaupt nicht mehr als eine Wehr nach außen, als eine Waffe gegen Frankreich, sondern als ein Werkzeug, das eines Tages sehr wohl gemeinsam mit den linksrheinischen Schaaren gegen die deutschen Fürsten sich richten und zur Erkämpfung

Eindruck der Februar-Revolution in Deutschland.

Die Republikaner.

der deutschen Republik verwandt werden konnte. Und diese äußerste Linke war die Partei, welche in diesen Tagen am schnellsten wuchs. Nicht gerade an Kopfzahl. Denn in dieser Hinsicht gewann unzweifelhaft der gemäßigte Liberalismus weit mehr; ihm schlossen sich jetzt, da es gefahrlos wurde und selbst zum guten Ton gehörte, die unzählbaren Massen der Gleichgültigen an; bei ihm suchten selbst die Conservativen eine Zuflucht und zeitweiliges Unterkommen. Aber das waren Verstärkungen, auf die in der Stunde der Gefahr nicht zu rechnen war, die möglicher Weise selbst im gewöhnlichen Laufe der Dinge zu einem Hemmschuh werden konnten. Die Republikaner hingegen erstanden erst jetzt recht eigentlich als große Partei; ihnen bot das, was eben in Paris geschehen, gleichsam die Gewähr für die Richtigkeit und die Möglichkeit ihrer Grundsätze. Was waren denn die französischen Republikaner vor dem 22. Februar gewesen? Doch nur ein machtloses Häuflein, das kaum zu Worte hatte kommen können, und jetzt waren sie die Herren geworden. Weshalb sollte es nicht in Deutschland ebenso gehen? Daß unser Volk durch und durch monarchisch war, und daß selbst der vorübergehende Sieg einer Minderheit — denn das waren die Republikaner doch auch in Frankreich — durch den Mangel eines Mittelpunktes, der wie Paris ganz Deutschland beherrscht hätte, unmöglich wurde, bedachte man nicht oder wollte man sich nicht gestehen; der Republikanismus glaubte an sich, und dieser Glaube gab ihm eine Kraft, die er sonst nicht besessen. Auch die Liberalen gewannen an Muth und traten entschiedener mit ihren Forderungen auf, als sie es ohne die Februarereignisse gethan haben würden. Aber neu war ihr Programm nicht, und überall war es auch ohne die Revolution im Vorschreiten begriffen, wie die frühere Darstellung gelehrt hat. Jetzt schoß die junge Pflanze plötzlich mächtig in die Höhe, trieb Blätter und Blüten und schien kräftig zu gedeihen; aber das Wachsthum war zu schnell, nur in der Oberfläche hafteten die Wurzeln und „da die Sonne aufging, verdorrte es". Mit Sturmeseile erreichte der Liberalismus seine Ziele, und mehr als was ihm bis dahin als Ziel vorgeschwebt hatte; es überkam ihn ein Gefühl der Allmacht, das ihn die Gegner vergessen ließ, die doch nicht vernichtet, sondern nur zurückgetreten waren. Er glaubte die Fundamente schon gelegt, die doch erst gelegt werden sollten, und begann auf dem lockeren Sande der Tagesmeinung und der Volksgunst den Prachtbau seines Idealstaates zu errichten, der um so schwankender wurde, je mehr er sich der Vollendung näherte, bis er endlich jäh zusammenbrach. Nur wenige wohnliche Gemächer überdauerten den Einsturz, und das werthvollste Ergebniß der begeisterten und überhasteten Arbeit blieb schließlich die Thatsache, daß unser Volk wie in einem schönen Traume die Erfüllung seiner Wünsche verwirklicht gesehen hatte, und daß die Erinnerung daran ein Stachel war, der mächtiger als alles Andere, sobald die erste

Die Liberalen.

Entmuthigung vorüber gegangen, zu neuem Ringen und zu bedachtsamerem Aufbau reizen mußte.

Baden.

Am schnellsten und am lebhaftesten empfand die Einwirkungen der Februartage das südwestliche Deutschland und besonders das Grenzland Baden, dem ja seit Jahren schon die Führerschaft in der liberalen Partei zugefallen war und das sie erst vor wenigen Tagen durch den Antrag Bassermanns auf Schaffung eines deutschen Parlamentes neu bethätigt hatte. Schon am 27. Februar fand in Mannheim unter Itzsteins Vorsitz eine große Volksversammlung statt und stellte die vier Forderungen auf, welche alsbald den Rundgang durch Deutschland antraten: Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und deutsches Parlament. Bei keiner Regierung war es leichter, diese Forderungen durchzusetzen, als bei der badischen, deren Mitglieder der gemäßigten altliberalen Partei angehörten. Auch erklärte der Minister des Innern, Bekk, schon am 29. Februar in der Kammer die Zustimmung des Großherzogs und es fiel also jeder Grund hinweg, noch nachträglich einen besonderen Druck auszuüben. Aber grade in Baden war die äußerste Linke, die der Republik sich zuneigte, sehr schnell entschlossen, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß sei. Zum 1. März strömten Abordnungen von allen Seiten in Karlsruhe zusammen; insbesondere erschien Gustav Struve, ein Advokat aus Mannheim, mit großem Geleit, um der zweiten Kammer die Forderungen des Volkes zu empfehlen. Aufhebung der Carlsbader Beschlüsse und der Ausnahmegesetze, die der Bund 1832 und 34 erlassen hatte, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Erlaß eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, Abschaffung des Jagdrechts, Aenderung des Ministeriums und der Bundesgesandtschaft und manche andere Forderungen, zwölf Punkte im Ganzen, wurden von einem Ausschuß der Kammer aufgestellt und von der Regierung meist unumwunden bewilligt. Zum Gesandten für Frankfurt wurde Welcker ernannt. Ganz ohne bedenkliche Zeichen ging es schon in diesen Tagen nicht ab. Das Ministerium des Aeußeren gerieth in Brand, desgleichen zwei andere Häuser. Die Bevölkerung ergriff Angst, Tag und Nacht durchkreuzte die Bürgerwehr die Straßen; nicht ohne Besorgniß gewahrte man die Anwesenheit zahlreicher Fremder aus den unteren Ständen; ein Sturm auf das Zeughaus, eine Bedrohung des Großherzogs in seinem Schlosse wurde gefürchtet. Doch lief Alles noch ohne schlimmeren Zusammenstoß ab. Auch in den übrigen Städten und Ortschaften des Großherzogthums kam es vorerst nur zu zahlreichen Volksversammlungen, bei denen freilich schon das Wort Republik fiel und die Bauern zum Theil mit Sensen bewaffnet erschienen. Fast gleichzeitig mit Baden begann die Bewegung in Hessen-Darmstadt. Heinrich von Gagern stellte am 28. Februar in der Kammer den Antrag, den Großherzog zu ersuchen, zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands für die Bes[illegible]ung einer deutschen Centralgewalt und eines deutschen

Hessen-Darmstadt

Parlamentes zu wirken. Im Odenwalde zeigten sich die Anfänge republikanischer Wühlereien. Schon am 1. März waren die Wellenschläge dieser Bewegung so stark geworden, daß auch der Bundestag in Frankfurt sie seiner Beachtung würdig fand und sich in einer Ansprache von überraschend verbindlichem und verheißungsvollem Tone an die Nation wandte, um sie zu belehren, daß nur durch Eintracht und gesetzliche Ordnung Deutschland in der stürmischen Zukunft, die möglicher Weise nicht fern sei, auf die Stufe gehoben werden könne, die ihm unter den Völkern Europas gebühre. Zwei Tage später stellte der Bundesbeschluß vom 3. März es den einzelnen Regierungen frei, die Censur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen, eine Ermächtigung, die Baden und Würtemberg sich schon selbständig genommen hatten.

Der Bundestag.

Das übrige Deutschland.

Denn auch Würtemberg war durch Versammlungen in Stuttgart und Tübingen schon in den letzten Februartagen in den Kreis der Bewegung gezogen; die erste Woche des März sah gleiche, und zum Theil heftigere Volksscenen in Nassau, Kurhessen, Rheinpreußen und verschiedenen Gegenden Thüringens und Baierns; auch der Norden und Osten Deutschlands begann sich zu rühren; in Hamburg, Bremen, Oldenburg kam es zu Unruhen, in Berlin, Breslau, Dresden begann es zu gähren. Erstaunlich schnell verloren überall die bisherigen Machthaber den Glauben an sich selbst und traten freiwillig zurück oder suchten durch schleunige Nachgiebigkeit die öffentliche Meinung zu begütigen. Fast überall nahmen in der ersten Hälfte des März die Führer der bisherigen Opposition die Ministersitze ein: Römer, Pfitzer, Duvernoy, Goppelt in Würtemberg, Gagern in Darmstadt, Hergenhahn in Nassau, Wippermann in Cassel, Stüve in Hannover, Wydenbrugk in Weimar. Auch Friedrich August II. von Sachsen wurde durch ungestüme Auftritte in Dresden und Leipzig zu einem Ministerwechsel gedrängt und übertrug die Leitung des Staates dem Professor von der Pfordten und den bisherigen Führern der Opposition Braun und Oberländer. Eine eigenthümliche Färbung hatte die Bewegung in Baiern. Hier war die hauptstädtische Bevölkerung in Folge der Lola Montez-Unruhen seit Monaten nicht aus dem Lärmen herausgekommen. Auch nach der Entfernung der Tänzerin hatte sich die Unzufriedenheit noch nicht gelegt; man verlangte die Entlassung des Ministers Berks, der mit Recht für eine Creatur der Verhaßten galt. Während nach Nürnbergs Vorgang die übrigen Städte des Landes den König mit Adressen im freiheitlichen und deutschnationalen Sinne bestürmten, machten die Münchener ihrem Thatendrange noch am 2. März dadurch Luft, daß sie Berks die Fenster einwarfen. Einen Augenblick dachte der König an Widerstand; Wrede ließ Generalmarsch schlagen und Kanonen vor dem Schlosse auffahren; doch ehe es zu ärgerem Blutvergießen kam, gab der Monarch nach. Berks wurde entlassen und eine königliche Ansprache vom 6. März kündigte die Erfüllung der Volkswünsche im weitesten Umfange an.

Baiern.

„Baierns König ist stolz darauf, ein teutscher Mann zu sein! Alles für mein Volk! Alles für Teutschland!" so endete der Erlaß. An die Stelle des Ministeriums Wallerstein traten die Führer der Opposition, Thon-Dittmer und Beisler. Dennoch beschwichtigte sich die lärmlustige Menge noch immer nicht. Das Gerücht, Lola Montez kehre zurück, rief am 16. März neue Unruhen hervor; so weit mußte König Ludwig den Schmerzensbecher leeren, daß er den Befehl ertheilte, seine Geliebte im Fall der Rückkehr zu verhaften und auf die Festung zu bringen; dann aber ging ihm die Geduld aus; ohnmächtig gegen die Strömung der Zeit und angeekelt von dem stückweisen Aufgeben seiner Macht und dem widerwilligen Hinunterschlucken seiner eigenen Vergangenheit, entschloß er sich plötzlich zur Abdankung und vollzog diese mit der Hast, die ihm eigenthümlich war, am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilians II. Volle zwanzig Jahre war dem Entsagenden noch zu leben vergönnt; er sah seinen Nachfolger vor sich in die Gruft steigen und Wandlungen in Deutschland sich vollziehen, an denen mitzuwirken ihm wahrlich keine Freude gewesen wäre. Er starb in Nizza am 29. Februar 1868. In Stein und Erz und als hochherzigem Förderer der Kunst ist ihm ein dauerndes Gedächtniß gesichert; auch sein Verdienst um die Befestigung des Zollvereins und sein warmer Philhellenismus wird nicht vergessen werden; aber die wahre Tugend des Regenten, unbefangene Würdigung der Zeit und selbstlose, standhafte Hingabe an ihre Bedürfnisse, war dem eigenwilligen, launenhaften Manne fremd, und weder Baiern noch Deutschland hatte Ursache zu klagen, daß er aus eigenem Antriebe vor der Zeit vom politischen Schauplatze abtrat.

Ludwigs Abdankung.

Das Vorparlament.

Während so in München die Bewegung, unbeschadet ihres Zusammenhangs mit dem großen Strome der Ereignisse, doch ihren gesonderten Gang nahm, war von den Führern der übrigen süddeutschen Liberalen ein neuer Anstoß gegeben. Ihrer 51 waren sie am 5. März in Heidelberg zusammen gekommen, hatten einen Siebener-Ausschuß gebildet, in dem Römer und Gagern, Welcker und Itzstein saßen, und hatten durch diesen zum 30. März alle früheren oder gegenwärtigen Mitglieder deutscher Ständeversammlungen zu einem Vorparlamente nach Frankfurt geladen. Aufgabe desselben sollte es sein, für Deutschland eine neue Gesammtverfassung zu suchen. Mit dem Bundestage ging es zu Ende.

Der Bundestag und die Regierungen.

Wohl machte er gewaltsame Anstrengungen, sich der neuen Zeit anzupassen; er kam zu der Einsicht, daß die Kraft Deutschlands wesentlich auf dem Bewußtsein der nationalen Einheit beruhe und daß dieses Bewußtsein der äußeren Zeichen bedürfe; er beschloß deshalb am 9. März, den alten deutschen Reichsadler und das so grimmig verfolgte schwarzrothgoldne Banner zu Wappen und Farben des deutschen Bundes zu erheben; er erkannte auch die Nothwendigkeit an sich selbst durch volksthümlichere Kräfte zu ver[illegible]ingen, und ersuchte am 10. März die Regierungen, für jede

der 17 Stimmen einen Vertrauensmann nach Frankfurt zu senden, um gemeinsam mit der Bundesversammlung eine Revision der Bundesverfassung zu berathen; aber selbst diese Mittel halfen ihm Nichts; es half ihm Nichts, daß aus seiner Mitte die mißliebigsten Gesandten schieden und daß unter den Vertrauensmännern sich ein Dahlmann, Uhland, Bassermann, ein Droysen und Gervinus befanden. Das deutsche Volk sah voll Verachtung und Haß auf das Werkzeug, welches drei Jahrzehnte hindurch nur zu seiner Knebelung und Knechtung gedient hatte, und auch die deutschen Regierungen erwarteten Nichts mehr von ihm. Nicht wenige unter den Märzministerien waren durchaus geneigt, den Wünschen des Volkes nach straffener Einheit und nach einem deutschen Parlamente fördernd entgegen zu kommen; noch ehe die Vertrauensmänner über die geeignete Form beriethen, wurden Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet gepflogen, besonders unter den südwestdeutschen Staaten. Auch der König von Preußen hatte gleich in den ersten Tagen der Bewegung den Entschluß gefaßt, seine Reformpläne jetzt eifrig zu betreiben; schon am 2. März war Radowitz nach Wien geschickt und hatte dort die Berufung eines Fürstencongresses nach Dresden auf den 25. des Monats durchgesetzt. Ehe dieser Vorsatz aber zur That werden konnte, hatte die Revolution auch Wien und Berlin ergriffen und hier wie dort die Lage von Grund aus geändert.

Oestreich.

In Oestreich mußte die Nachricht von der Februarrevolution um so leichter zünden, als in Ungarn wie in den italienischen Provinzen die Gährung schon vorher einen hohen Grad erreicht hatte. Dazu kamen höchst beängstigende Gerüchte über den Stand der Staatsfinanzen, der in Wirklichkeit auch so schlecht war, daß man grade das Anerbieten einer russischen Geldunterstützung angenommen hatte. Die pariser Vorgänge untergruben nun den letzten Rest des Vertrauens; man begann die Sparkassen förmlich zu stürmen, um seine baaren Einlagen zu retten; man verweigerte die Annahme der Banknoten, deren Einlösbarkeit in Frage gestellt schien. Eine klare Darlegung des Standes der Nationalbank konnte vielleicht den allgemeinen Schreck noch beschwichtigen, und deshalb forderte der Abgeordnete Balogh im ungarischen Reichstage die Regierung am 3. März dazu auf. Aber seine Rede und sein Antrag entsprach bei Weitem nicht den hochflutenden Wogen der Tagesströmung. Kossuth war es, der dieser in mächtigen Worten Ausdruck gab. Für die Quelle alles Uebels erklärte er die verderbliche absolutistische Politik der Staatsconferenz, aus deren Beinkammern eine verpestete Luft wehe, welche die Nerven lähme, den Flug der Geister banne. Er forderte, daß der kaiserliche Thron sich mit constitutionellen Einrichtungen umgebe, daß allen Ländern Oestreichs eine Verfassung verliehen werde, daß Ungarn insonderheit eine nationale Regierung aus dem Schoße der Reichstagsmehrheit erhalte, und er forderte das mit so hinreißender Beredtsamkeit, mit so rückhaltslosem Ungestüm, daß die

Der ungarische Reichstag.

Ständetafel einmüthig seinem Verlangen zustimmte und die Magnaten nach einigem Zögern sich gleichfalls anschlossen.

Gährung in Wien.

Diese Scenen im Preßburger Reichstage steigerten begreiflicher Weise die Aufregung in Wien. Freilich fehlte es hier an einem Organ, durch welches sich die Volkswünsche hätten vernehmbar machen, in dem sie überhaupt nur hätten zur Klarheit gelangen können. Nicht in einem Brennpunkte sammelte sich hier die Bewegung, sondern in den verschiedensten Richtungen durchwühlte sie die Bevölkerung. Selbst in den allerhöchsten Schichten war eine leidenschaftliche Unzufriedenheit verbreitet. Der Erzherzog Johann, die Erzherzogin Sophie und ihr Gemahl, des Kaisers Bruder und Nachfolger Franz Carl, grollten unversöhnlich mit Metternich, der sie von jedem Antheil an der Regierungsgewalt ausschloß. Im Schoße der östreichischen Stände, deren regelmäßiger Zusammentritt am 13. März bevorstand, hatte sich eine Oppositionspartei gebildet, Schmerling, Doblhoff u. A. an der Spitze, welche die Aufhebung der Censur und einen Ausschuß der sämmtlichen Provinzialstände zu fordern entschlossen war. Den besitzenden Bürgerstand drückte besonders die Erschütterung des Credites und die Angst vor communistischen Bewegungen; er fand sein Organ in dem Gewerbeverein und diesem fiel in der Hauptstadt das erste Wort zu. In Anwesenheit seines Beschützers, des Erzherzogs Franz Carl, und des Grafen Kolowrat beschloß er am 6. März auf den Antrag eines reichen Industriellen, Arthaber, eine Ergebenheitsadresse, die aber zugleich engen Anschluß der Regierung an die Stände und die Bürger erbat. Entschiedener lauteten die Forderungen einer Eingabe, zu welcher sich die gelehrten Stände, die Mitglieder des juridisch-politischen Lesevereins aufschwangen; sie verlangten unumwunden eine Repräsentativverfassung nach französischem Muster mit allen Rechten, die der constitutionelle Katechismus vorschrieb. Endlich wollten auch die wiener Studenten nicht zurückbleiben und entwarfen eine Adresse, die Lehr-, Lern-, Glaubens-, Rede- und Preßfreiheit beanspruchte. Die Staatsconferenz war diesem unerhörten Gebahren gegenüber völlig rathlos; Anfangs zwar kümmerte sie sich wenig darum und Metternich spottete derer, welche eine Revolution in Wien für möglich hielten. Der Kaiser mußte einige der Abordnungen empfangen und mit freundlichen Worten abspeisen; der prinzlichen Opposition fehlte es an dem rechten Muthe vorzugehen; aber mit jedem Tage wurde doch die Lage unbehaglicher und nicht ganz ohne Bedenken sah man dem 13. März, dem Zusammentritt der Stände, entgegen. Endlich schien es am besten, den Forderungen, welche diese stellen würden, einen Schritt entgegen zu thun. Nach einer langen Beredung, die Metternich mit ihrem Vorsitzer, dem Grafen Montecuccoli, hatte, beschloß die Staatsconferenz am Abend des 12. die Berufung eines ständischen Ausschusses aus allen Provinzen zu versprechen.

Der 13. März.

Bald sollte sich zeigen, daß diese Maßregel verspätet und

ungenügend sei. Früh am 13. versammelten sich die Studenten, um die Antwort zu vernehmen, welche der Kaiser den Ueberbringern ihrer Adresse, den Professoren Hye und Endlicher, ertheilt habe. Wenig zufrieden mit der Auskunft, die ihnen wurde, begaben sie sich in Masse auf den Hof des Ständehauses, wo eben die erste Sitzung begann. Tausende von Bürgern gesellten sich zu ihnen, des Ausgangs der Berathungen zu warten. Natürlich verhielt sich die Menge nicht stumm; einzelne Redner traten auf; ein jüdischer Arzt, Namens Fischhof, sprang auf das Dach des Brunnens im Ständehof, ließ die Freiheit, die Ungarn und die Italiener leben, ein Student verlas die Rede Kossuths vom 3. März; die Stimmung wurde lebhafter, ungeduldiger; man rief einzelne beliebte Ständemitglieder, die aus den Fenstern zum Volke redeten; man schickte eine Abordnung in den Ständesaal, große Haufen drangen in die Gänge ein; man wollte wissen, was drinnen beschlossen sei: da meldete ein Zettel, der hinabgeworfen wurde, daß die Stände wirklich weiter Nichts als einen Vereinigten Ausschuß verlangten. Fast gleichzeitig kam die Botschaft, daß Truppen im Anmarsch seien. Nun riß die Geduld, der Unwille brach los, die Massen stürzten in den Ständesaal und bedrohten die Mitglieder. Schnell entschlossen, erklärte der Vorsitzende, die Stände würden sich zum Kaiser begeben, um ihm den Willen des Volkes vorzutragen. Alsbald verwandelte sich der Zorn in Jubel, und begleitet von einem Theil der Versammelten begaben sich die Stände, Montecuccoli an der Spitze, in die Hofburg. Hier war die Staatsconferenz versammelt, völlig unklar, was sie gewähren, was sie verweigern solle; der Kaiser selbst wie immer gänzlich willenlos; aber auch Metternich unsicher, in dem Gefühl, daß ihm der Boden unter den Füßen entschwinde, seine höfischen Gegner ohne Muth, sich an seinen Platz zu drängen. Man versuchte also sein Heil zuerst mit der allgemeinen Zusage, das Zweckdienlichste in Erwägung ziehen zu wollen. Aber diese zweifelhafte Beschwichtigung verlor jede Kraft, als die Kunde kam, daß in den Straßen Blut geflossen sei. Bald nachdem die Stände in die Hofburg gezogen, waren Truppen unter Erzherzog Albrechts Befehl beim Landhause erschienen. Aus den oberen Räumen desselben wurden Möbel herabgeschleudert, der Erzherzog selbst wurde getroffen und plötzlich erfolgte eine Gewehrsalve. Nun stob zwar die Menge auseinander, aber durch die ganze Stadt ertönte der Ruf: Fort mit Metternich, fort mit dem Militär! Die Bürgergarde trat unter die Waffen und Bürgeroffiziere mit anderen angesehenen Männern eilten in die Hofburg, um dort den Gang der Dinge zu beschleunigen. Noch war Metternich um Nichts bereiter nachzugeben, als vorher. Einige Juden, Polen und Franzosen, so meinte er, hätten den Crawall angestiftet. Aber nachdrücklich wurde ihm entgegnet, es sei kein Crawall, es sei eine Revolution. Immer neue Abordnungen kamen herbei; die Staatsconferenz war förmlich belagert; die

Studenten ließen durch den Rector Waffen fordern, um die Ordnung aufrecht zu erhalten; es wurde zugesagt; auch ein Preßgesetz wurde versprochen; Metternich ging mit dem Erzherzog Ludwig in ein Nebenzimmer, es aufzusetzen. Da ertönte aus der Versammlung der Ruf, stürmischer und immer stürmischer: Abdanken! Abdanken! Als Metternich wieder hereintrat und die Scene sah, war sein Entschluß gefaßt. Er habe stets von seinem Standpunkt aus für das Heil der Monarchie gewirkt; glaube man dieses Heil durch ihn gefährdet, so sei es für ihn kein Opfer, seinen Posten zu verlassen. Jubelnd stürzten die Volksmänner auf die Straße, um dort zu verkünden, daß Alles bewilligt sei; die Studenten eilten in die Zeughäuser, sich zu bewaffnen; eine allgemeine Beleuchtung gab der Freude der Bürger Ausdruck, der Pöbel unterhielt sich damit, die Zollhäuser zu plündern und dann der Freiheit zu Ehren anzustecken. Am nächsten Tage verkündeten kaiserliche Verordnungen die Entlassung Metternichs, die Aufhebung der Censur, die Begründung einer Nationalgarde; aber völlig gebrochen war der Widerstand der leitenden Kreise auch jetzt noch nicht: kein Liberaler wurde ins Ministerium berufen; den Oberbefehl in Wien erhielt Windischgrätz, ein strenger Aristokrat, nach dessen Meinung der Mensch erst beim Barone anfing, und die Zusage, eine Reichsversammlung zu berufen, um „die Constitution des Vaterlandes" zu berathen, die erst am 15. erschien, versprach nichts Andres, als die Vertreter der Provinzialstände zu diesem Zwecke anzuhören. Für die Wiener aber war das eine untrügliche Kennzeichen ihres Sieges die Verdrängung, die Flucht Metternichs. Bis zum Abend des 14. war er noch in der Stadt geblieben; dann flüchtete er auf ein nahe belegenes Landgut, wo er drei Tage blieb. Als aber auch dieser Aufenthalt nicht mehr sicher zu sein schien, ließ er sich in einem dichtgeschlossenen Güterwagen von Olmütz nach Prag bringen und setzte von da seine Flucht über Dresden nach Holland und England fort. Seine politische Rolle war damit ausgespielt; auch als die Reaction später ihre Triumphe feierte, nahm man seine Dienste nicht mehr in Anspruch; der neue Kaiser war ja der Sohn seiner grimmigen Feindin, der Erzherzogin Sophie. Doch kehrte der greise Staatsmann, nachdem er einige Jahre auf seinem Schloß Johannisberg und seinen böhmischen Gütern gelebt, noch einmal nach Wien zurück und trat in freundschaftliche, nicht politische, Beziehungen zum Hofe. Die Schlacht von Magenta war das letzte Ereigniß, das er erlebte; wenige Tage darauf, am [illegible] Juni 1859, starb er, sechsundachtzigjährig.

Metternichs Sturz.

Der siegreiche Ausgang der wiener Revolution war, insofern das Metternich'sche System gestürzt hatte, von höchster Wichkeit für Deutschland, dessen Neugestaltung nach den Wünschen [illegible] Vaterlandsfreunde ohne jenes Ereigniß kaum möglich zu sein [illegible]en. Aber ungleich wichtiger war die Art, wie in Berlin die [illegible] Zeit sich äußerte. Vielleicht durfte man hoffen, es werde

Preußen.

dort auch ohne gewaltthätige Erhebung des Volkes sich derjenige Umschwung vollziehen können, welcher nöthig war, um dem preußischen Könige das Vertrauen zu erwerben, welches er brauchte, um an Deutschlands Spitze zu treten. In der That war der größte Schritt zu diesem Ziele doch 1847 schon freiwillig von ihm gethan. Die Berufung des Vereinigten Landtages hatte Preußen in die Reihe der constitutionellen Staaten eingeführt; eine Körperschaft war geschaffen, mit deren Hülfe eine Verfassung, wie das Land sie wünschte, in kürzester Frist und auf ordnungsmäßigem Wege ins Leben gerufen werden konnte. Es hing nur von dem Willen des Fürsten ab, diesen Weg zu betreten, und konnte man nicht hoffen, daß die ernste Erwägung dessen, was die ersten Monate des Jahres 1848 gebracht, diesen Willensschluß herbeiführen würden? Leider besaß Friedrich Wilhelm nicht den unbefangenen Blick, um zu sehen, wie er durch rechtzeitige Zugeständnisse unberechtigten Forderungen zuvorkommen könne. Die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit hatte er mit der leidenschaftlichsten Theilnahme verfolgt, besonders die Ereignisse in der Schweiz mit dem aufgeregtesten Parteieifer beobachtet. Den Radicalismus, welcher dort zur Herrschaft gelangt war, haßte und verabscheute er aus tiefster Seele; ganz Europa glaubte er gefährdet durch den Sieg einer Secte, der er vorwarf, wissentlich von Gott, vom Christenthum, von allem bestehenden Recht abgefallen zu sein; und was schlimmer war, er stellte die deutschen Liberalen, diese Constitutions- und Majoritätsanbetenden Schöpse und Intriganten, wie er sie in vertraulichen Briefen nannte, ohne weitere Prüfung auf eine Stufe mit den schweizer Radicalen. Schon zu Ende 1847 war er fest überzeugt davon, daß eine allgemeine europäische Verschwörung bestehe, zu deren Genossen er unbesehen auch die „Heppenheimer Demagogen" rechnete. So wenig es daher in seiner Absicht lag, auf dem Wege, den er durch die Berufung des Vereinigten Landtags eingeschlagen, stehen zu bleiben, so wenig konnte er sich entschließen, die Kluft zu überbrücken, die seine Absichten von den Wünschen der liberalen Tagesmeinung schied. Nur äußerer Zwang konnte ihn bewegen, den Boden, welchen er als den historischen zu betrachten liebte, zu verlassen und den Pfad einzuschlagen, auf welchen der Liberalismus ihn zu drängen wünschte. Aber selbst so war eine friedliche Verständigung noch recht wohl denkbar, wenn er die Ausbildung der Einrichtungen, die er selbst begründet, nur schneller betrieb. Vom 17. Januar bis zum 6. März tagten in Berlin die Ausschüsse, welche der Vereinigte Landtag am 25. Juni gewählt hatte; die Aufgabe, welche ihnen gestellt war, bestand in der Begutachtung eines neuen Strafgesetzbuches. Als sie mit dieser Arbeit fertig waren, entließ sie der König mit einem Versprechen, dessen Ausführung noch vier Wochen früher ungetheilten Dank geerntet haben würde: er verhieß, bewogen durch seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, dem Vereinigten Landtag die

Der König.

Die Vereinigten Ausschüsse.

regelmäßige Einberufung, welche dieser als sein Recht beanspruchte. Aber am 6. März genügte dieses Zugeständniß nicht mehr. Schon hatte die französische Umwälzung ihre Nachwirkungen in Süddeutschland hervorgerufen, und Berlin lauschte mit gespanntester Aufmerksamkeit auf jede Kunde eines neuen Sieges, den die Sache der Freiheit in dieser oder jener Hauptstadt des Südens errungen. Zu allem Ueberfluß trafen noch aus den rheinpreußischen Städten Nachrichten von beginnenden Volksbewegungen ein; auch aus Sachsen und Schlesien verlauteten ähnliche Vorgänge. Alles beschränkte sich freilich vorerst noch auf Volksversammlungen und Adressen an den König; aber auch das war ja schon etwas Unerhörtes und erweckte mit der lebhaftesten Theilnahme zugleich das Verlangen der Hauptstädter, nicht hinter der Provinz zurückzubleiben. An Männern, die voll Eifer für die gute Sache, aber auch voll persönlichen Ehrgeizes, dieses Verlangen nährten und steigerten, fehlte es nicht. Mit etwas Leidenschaft und Beredtsamkeit war es leicht, eine begeisterte Zuhörerschaft um sich zu sammeln und durch kräftige Schlagworte sich einen billigen Beifall zu erwerben. In unglaublich kurzer Zeit sah Berlin eine Menschenklasse wie Pilze aus der Erde hervorschießen, die es bis dahin noch nicht gekannt hatte, jugendliche Demagogen ohne Vergangenheit und ohne Zukunft, die durch schönklingende Redensarten eine wohlfeile Berühmtheit und damit eine Belohnung fanden, die um so mehr lockte, je ärmer das preußische Volk und ganz besonders die Hauptstadt an politischen Namen war, die angestrengter Arbeit und wirklichem Verdienste einen volksthümlichen Klang verdankten. In Kaffeehäusern, Lesezimmern und Conditoreien nahm die Sache ihren Anfang; der Glückliche, welcher die neueste Zeitung zuerst eroberte, stieg auf Tisch oder Stuhl und las sie vor; an das Vorlesen knüpften sich ungezwungen erst einzelne Bemerkungen, dann umständlichere Betrachtungen, wohl gar Aufforderungen. Ein Anderer redete — und unversehens war ein politischer Club entstanden, der zwar gleich wieder zerrann, aber auch eben so leicht in der nächsten Stunde sich erneuerte. Nachdem dies Treiben einige Tage gewährt hatte, befriedigte es nicht mehr; man verlangte, den bestehenden Gesetzen zum Trotz, ordentliche Volksversammlungen, und da der Polizeipräsident von Minutoli Nachgiebigkeit für das beste Mittel hielt, um Einfluß auf die Führer zu gewinnen, so konnte wirklich am 7. März bei den Zelten im Thiergarten eine Versammlung veranstaltet werden. Sie nahm den besten Verlauf von der Welt; eine Adresse an den [illegible]ig wurde beschlossen, welche neben den üblichen Forderungen [illegible] Tages auch die schleunige Einberufung des Vereinigten Land[illegible]s erbat; ihre Ueberreichung an den Monarchen verhinderte [illegible]nutoli durch eine Besprechung mit den dazu gewählten Ab[illegible]dneten; es gelang ihm ohne Mühe, sie zu bewegen, ihren [illegible]trag durch Vermittlung der — Stadtpost auszurichten. Die „verrätherischen Judenjungen", wie die Vossische Zeitung die

Gährung in Berlin.

Volksversammlungen.

neu auftauchenden Größen kurzweg betitelte, waren noch lenksam und unsicher genug. Aber jeder Tag verstärkte ihre Stellung und ihr Selbstbewußtsein. Die verbindliche Haltung des Polizeipräsidenten, ein halbes Zugeständniß des Königs, der am 8. März das Ministerium beauftragte, die Einführung der Preßfreiheit am Bunde mit Eifer zu betreiben, vor Allem der steigende Besuch und die kühnere Sprache der Volksversammlungen, die nun alltäglich stattfanden, alles das gab den Führern einen Rückhalt und eine Bedeutung, die ihre kühnsten Erwartungen übertraf. Aber je mehr ihr Muth wuchs, desto leichter machten sie sich auch mit dem Gedanken einer wirklichen Umwälzung vertraut; unmerklich, aber unweigerlich wurden sie in Bahnen gedrängt, die wenige Tage zuvor sie noch mit unheimlichem Grausen erfüllt haben würden. Es fehlte nicht an Revolutionsmännern, die auf die Kunde dessen, was in Berlin sich vorbereitete, aus Frankreich, Polen und Süddeutschland herbeieilten; die Polizei wußte davon, konnte aber die Uebelthäter nicht ausspüren, und selbst wenn sie ihrer Personen sich bemächtigt hätte, die Ideen konnte sie nicht verhaften. Der französische Gedanke eines Arbeiterministeriums tauchte auf und fand Beifall. Daß die begüterten und gebildeten Klassen sich scheu zurückhielten, daß die Stadtverordneten es ablehnten, eine Adresse der Volksversammlung vom 9. März dem König zu überbringen, daß Offiziere und Hofleute mit Gesindel, Rackern und Lumpenpack um sich warfen und einen kleinen Aufstand, der blutigen Unterdrückung gewiß, mehr herbeiwünschten als fürchteten, erhöhte die Erbitterung. Man gewöhnte sich an die Vorstellung eines blutigen Zusammenstoßes. Als den gefährlichsten Gegner betrachtete man den Prinzen von Preußen. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke des Königs, diesen dadurch aus Berlin zu entfernen, daß er ihm den Oberbefehl über das Heer zuwies, welches er am Rheine aufstellen wollte. Friedrich Wilhelm glaubte nämlich fest daran, die französische Republik werde einen Eroberungskrieg gegen Belgien und Deutschland beginnen. Um das zu verhüten, arbeitete er daran, eine feierliche Erklärung der vier Großmächte, daß sie mit vereinten Kräften sich jeder Gebietsverletzung widersetzen würden, zu Stande zu bringen; allein trotz seines eigenhändigen Briefes an die Königin Victoria wollte das englische Ministerium von einer solchen Verständigung nichts wissen. Um so mehr glaubte er, Preußens eigene Macht für alle Fälle bereit halten zu müssen. Der Thronfolger sollte sie befehligen. Schon war dieser Entschluß kein Geheimniß mehr und alle Vorbereitungen zur Abreise des Prinzen getroffen, als der König Gegenbefehl ertheilte. Die Behörden der Rheinprovinz hatten ihm mit grellen Farben die dortige Unzufriedenheit geschildert und erklärt, die Ankunft des unbeliebten Prinzen werde Alles verderben. Aber sein Bleiben in Berlin verdarb noch viel mehr. Denn was konnte diese plötzliche Willensänderung anders bedeuten, so fragte man sich im Volke, als den

Der Prinz von Preußen.

Entschluß, in der Hauptstadt selbst es zum Bruch zu treiben und dem entschlossenen Prinzen hier, an dem entscheidenden Orte, die Leitung zu übertragen?

Entgegenkommen des Königs.

Wirkungslos blieb es, daß der König gleichzeitig, am 14. März, ein paar entgegenkommende Schritte that, daß er den Vereinigten Landtag auf den 17. April einberief und jene Dresdener Conferenz ankündigte, zu der er, gemeinsam mit Oestreich, die deutschen Regierungen eingeladen habe, um über die Umgestaltung des deutschen Bundes und die Schöpfung freierer Einrichtungen zu berathen.

Zusammenstöße.

Viel mehr als darauf achtete man auf die kriegerischen Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin getroffen wurden, auf die Reiterschwadronen am Brandenburger Thor, die Truppen im Schloß und im Zeughaus, die Kanonen an verschiedenen Punkten der Stadt, auf die berittenen Gensdarmen und Patrouillen, die Offiziere und Ordonnanzen, die geschäftig hin und her eilten. Es mehrten sich die Fälle, in denen hier oder dort Zusammenrottungen durch bewaffnetes Einschreiten auseinander getrieben wurden; auch einzelne Verwundungen und Tödtungen kamen seit dem 13. März vor. Noch erhitzter wurde die Stimmung auf beiden Seiten, als am 15. März die Nachricht von der Revolution in Wien einlief. Vor dem Schlosse und in dessen Umgebungen sammelten sich große Menschenmengen; Cavallerie und Infanterie rückte an und jagte sie auseinander. Auch diesmal ging es noch ohne das Aergste ab; viel war dabei den menschenfreundlichen und schonenden Weisungen zu danken, welche der Commandant von Berlin, General von Pfuel, ertheilte. Am 16. und 17. blieb die Ordnung so ziemlich gewahrt. Der König war selbst von Potsdam nach Berlin gekommen und empfing eine Reihe von Abordnungen aus den Rheinlanden, Preußen und Schlesien, die ihn dringend um die Gewährung der Volkswünsche baten.

Der 18. März.

Der Ernst der Lage blieb dem Herrscher nicht verborgen; er sprach sich gütig und verheißungsvoll aus und genehmigte wirklich in der Nacht zum 18. einen Erlaß, welcher den Landtag schon auf den 2. April einberief und zugleich die Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat, die Schaffung eines deutschen Parlamentes und die Einführung constitutioneller Regierungen in allen Einzelstaaten als die Vorschläge bezeichnete, welche der König seinen Bundesgenossen machen werde. Der Eindruck dieses Erlasses war ein vortrefflicher. Bald nachdem er bekannt geworden, Mittags gegen 2 Uhr am 18. März, zog das Volk in dichten Schaaren vor das Schloß, um den König jubelnd zu begrüßen. Dankend nahm dieser die Huldigung vom Balkon entgegen und zog sich dann in das Zimmer zurück. Das Volk aber blieb am Platze, hier und da wurde der Erlaß mit lauter Stimme verlesen, und die Aufforderung, nunmehr nach Hause zu gehen, die erst der Minister von Bodelschwingh und dann der Offizier der Schloßwache erließ, fand keine Beachtung. Im Gegentheil, es ward der Ruf laut, das Militär solle sich aus dem Schlosse entfernen. Graf Arnim, der frühere Minister,

eilte zum König, um diesen dafür zu gewinnen. Plötzlich fielen zwei Schüsse; ungehört verhallte die Erklärung, daß die Gewehre zufällig losgegangen seien; in wilder Hast jagte die Menge auseinander, Verrath schreiend und Waffen fordernd. Noch wurde kein Widerstand geleistet, aber jeden Augenblick konnte er sich herausbilden. Ihn im Keime zu unterdrücken, brachen die Truppen aus dem Schlosse hervor; eine Gewehrsalve erfolgte, Dragoner sprengten heran und hieben ein, Todte und Verwundete blieben auf dem Platze. Aber schnell wie der Angriff regelte sich der Widerstand. In verschiedenen Straßen wuchsen Barrikaden empor; die Waffenläden wurden geplündert, Steine auf die Dächer geschleppt, die Zwischenwände der Häuser durchbrochen, um Verbindungswege im Innern herzustellen. Studenten und junge Literaten warfen sich zu Führern auf; Hunderte von Arbeitern, besonders aus der Borsig'schen Maschinenfabrik, erschienen, mit Eisenstangen bewaffnet; ein erbitterter Kampf begann in den Umgebungen des Schlosses. Alle Beschwichtigungsversuche scheiterten. Mit gellendem Hohn wurde die weiße Fahne begrüßt, die der König auf der langen Brücke mit der Inschrift: Mißverständniß! aufpflanzen ließ. Andrerseits wies der Herrscher, freundlich aber fest, die Abgesandten zurück, die, von dem Bischof Neander und dem Buchhändler Reimer geführt, ihn um Zurückziehung der Truppen baten. An Pfuels Stelle erhielt der General von Prittwitz den Oberbefehl. So brach die Nacht herein und trotz Ermüdung und Dunkelheit dauerte der Kampf fort. Schrittweise gewannen die Truppen Boden. Um Mitternacht beherrschten sie das ganze Stadtviertel zwischen den Linden und der Leipziger Straße; ostwärts waren sie bis zum Alexander-Platze vorgedrungen. Hier traf sie ein Mißgeschick; ihr Befehlshaber, General v. Möllendorf, ward, während er Verhandlungen anknüpfte, gefangen genommen. Schlimmer als das war die zunehmende Ermüdung der Truppen. Nach und nach wurde dem Könige auch diese bedenkliche Seite des Kampfes kund gemacht. Er entschloß sich zu einem neuen versöhnlichen Schritt. Ein Aufruf: „An meine lieben Berliner“ wurde entworfen und am frühen Morgen verbreitet. In warmen Worten bat der König die Bewohner seiner Hauptstadt, sich nicht von einer Rotte fremder Bösewichte verleiten zu lassen; nur gezwungen hätten die Truppen von den Waffen Gebrauch gemacht; sobald die Barrikaden entfernt seien, solle auch das Militär zurückgezogen werden; mit seinen eigenen Bitten verbinde er die der liebreichen, leidend darniederliegenden Königin, der wahrhaft treuen Mutter und Freundin ihres Volkes. Allein für diese Sprache gab es kein Gehör mehr, seit der König mit Kanonenkugeln zu seinen lieben Berlinern geredet hatte. Auch gemäßigte Männer forderten zuerst die Zurückziehung der Truppen; nicht früher werde das Volk die Barrikaden räumen. Neue Abordnungen erschienen am Morgen des 19. im Schlosse, die Bürgermeister Krausnick und Naunyn, der Stadtrath Duncker und andre

Der 19. März.

Männer von unzweifelhafter Ergebenheit. Der König fühlte sich erschüttert; eine lange Berathung ward abgehalten; das Ergebniß war der Befehl, die Truppen theils in die Kasernen, theils aus der Stadt zurückzuziehen.

Ministerium Arnim.

Das Ministerium Bodelschwingh wurde entlassen; Graf Arnim-Boytzenburg, von Auerswald, Graf Schwerin bildeten ein neues Cabinet; die Bewaffnung der Bürger wurde zugestanden. Sobald diese Nachrichten bekannt wurden, entstand ein allgemeiner Jubel; ein übermüthiges Siegesgefühl bemächtigte sich der Barrikadenkämpfer; daß die Truppen nicht blos theilweise, sondern über den königlichen Befehl hinaus sammt und sonders aus der Stadt gezogen wurden, erhöhte die Zuversicht und das Behagen der Sicherheit.

Die Leichen im Schloßhof.

Die Massen wälzten sich zum Schloß, die Leichen der Erschlagenen mit sich führend. Ungestüm erscholl das Verlangen, daß der König sich zeige; zögernd erschien er am Arme der halbohnmächtigen Gemahlin und gezwungen durch den donnernden Ruf der Menge, entblößte er sein Haupt, die Opfer des Kampfes zu grüßen. Da begann eine Stimme den Choral: Jesus meine Zuversicht, das Volk fiel ein, und als das Lied geendet, zogen die Massen sich mit ihren Märtyrern zurück und das Königspaar begab sich wieder in den Palast. Der Rest des Tages verlief in leidlicher Ordnung; Handlungen der Rache kamen nur vereinzelt vor; der bestgehaßte Mann, des Königs ältester Bruder, der Kartätschenprinz, wie das Volk ihn als den wahrscheinlichen Urheber des Eingreifens der Truppen nannte, hatte auf Befehl des Königs Berlin verlassen und sich über Hamburg nach London begeben; an seinem Palaste prangte in riesigen Kreidebuchstaben die Inschrift: Nationaleigenthum. Abends strahlte die Stadt im Glanze einer allgemeinen Beleuchtung.

Die Begnadigung.

Der nächste Tag brachte die ersten Maßregeln des neuen Ministeriums: der König ertheilte volle Begnadigung; im Triumphe wurden besonders die befreiten Polen, unter ihnen Mieroslawski, durch die Straßen geführt. Alle Wachtposten in der Stadt und im Schlosse wurden von der Bürgerwehr, die sich unter Minutolis Befehl gestellt, und von den Studentencorps bezogen. Noch tauchten ängstliche Gerüchte von Zeit zu Zeit auf und erneuten die Aufregung: der König sollte auf Flucht sinnen, der Prinz von Preußen mit russischen Truppen heranziehen. Um das wankende Vertrauen zu befestigen, veranlaßten seine Rathgeber den König zu einer neuen Kundgebung.

Der Ritt durch Berlin.

Am Morgen des 21. erschien eine Ansprache der Minister an „die deutsche Nation". Zur Rettung Deutschlands habe sich der König an die Spitze des Gesammtvaterlandes gestellt; mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation geschmückt werde er sich dem Volke zeigen, als constitutioneller Fürst, als Führer des gesammten deutschen Volkes, als der neue König der wiedergeborenen deutschen Nation. Und wirklich durchschritt der Monarch, umgeben von Prinzen, Ministern und Generalen, mit schwarzrothgoldenem Bande geschmückt, unter Vortragung des schwarzrothgoldenen Banners, um Mittag die

Baden; Heckscher, Duckwitz, Mathy, Wächter gehörten zu seinen Mitgliedern; die Führer der Republikaner hatten keinen Sitz darin gefunden. Bei den Verhandlungen des Vorparlamentes aber waren sie kühn genug hervorgetreten und hatten stürmische Scenen veranlaßt. Ihr Verlangen, daß die ganze Versammlung sich für permanent erklären solle, war mit 368 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dadurch schon gereizt, empfanden sie den Ausschluß ihrer Partei aus dem Fünfziger-Ausschuß als eine Beleidigung und verließen, 40 Mann stark, von Hecker und Struve geführt, das Vorparlament, entschlossen, jetzt mit andern Waffen für ihre Sache zu kämpfen. So gewiß fühlten sie sich, wenigstens in Baden, der Zustimmung der Bevölkerung, daß sie am 5. April bei dem badischen Bundesgesandten Welcker den Antrag stellten, die Gemeinden des Landes zu befragen, ob sie die constitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten. Die großherzogliche Regierung bedurfte dieser deutlichen Sprache nicht mehr, um die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu erkennen. Den ganzen Monat März hindurch war das Land, besonders der Seekreis, in der fieberhaftesten Aufregung erhalten; im Elsaß und an der schweizer Grenze standen tausende von deutschen Arbeitern bereit, um unter Herweghs und anderer Flüchtlinge Führung einzurücken; den Behörden wurde der Gehorsam verweigert und unter den Truppen begannen Meutereien. Schon Ende März hatte die Regierung deshalb um Bundeshülfe ersucht; diese war zugesagt worden und am 6. April sollten bairische und würtembergische Truppen in den Seekreis einrücken. Im letzten Augenblicke ließen sich aber die befehligenden Generale bewegen, den Einmarsch zu verschieben, weil sie nicht stark genug zu sein glaubten, um der Bevölkerung, die sich bewaffnet zu erheben drohte, zu widerstehen. Dieses Schwanken erhöhte den Muth der Republikaner und forderte sie auf, den Augenblick auszunutzen. Während in Donaueschingen 6000 bewaffnete Bürger ihren Widerstand gegen den Einmarsch der „fremden" Truppen verkündeten, eilten die Führer der Bewegung auf den Kampfplatz. Der am meisten gefürchtete, Fickler, wurde freilich durch den Abgeordneten Mathy auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet, als er eben in den Seekreis reisen wollte; aber Struve, Hecker u. A. gelangten unbehindert an ihr Ziel. Doch mißlang ihnen gleich ihre erste Absicht, sich der Stadt Donaueschingen zu bemächtigen, da ihnen der würtembergische General von Miller am 15. April zuvorkam. Gleichzeitig rückten Baiern unter Baligand gegen Constanz, Badener und Hessen unter Friedrich von Gagern über Freiburg vor. In Constanz kam es am 17. April zur Bildung einer republikanischen Statthalterschaft, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirector Peter trat; aber schon am nächsten Tage flüchtete er beim Anmarsch der Baiern in die Schweiz. Hecker selbst hatte sich in den Oberrheinkreis gezogen und stieß hier bei Kandern am Gründonnerstag, den 20. April, auf Gagerns Truppen. Ehe es zum Kampfe kam, suchte Gagern

Republikanischer Aufstand in Baden.

die Aufständischen persönlich zur Unterwerfung zu bereden; aber sein Versuch war nicht allein umsonst, sondern kostete ihm das Leben: kaum zu den Seinigen zurückgekehrt, ward er von einer Kugel getroffen. Hitzig griffen nun die Truppen an und warfen die Aufrührer nach kurzem Kampfe in schmähliche Flucht; Hecker selbst rettete sich nach Basel, auch Struve entging der Verhaftung durch die Muthlosigkeit der Behörden. Was von den Freischaaren nicht auseinanderlief, wandte sich, von Sigel geführt, nach Freiburg, wohin zahlreiche Bewaffnete zusammenströmten. Aber auch dieser Anlauf scheiterte; General Hoffmann, Gagerns Nachfolger, trieb die Anrückenden zurück und zog am Ostermontag in die verbarrikadirte Stadt ein. Die Nachricht davon bewog den Dichter Herwegh, der mit 800 Mann, darunter zahlreichen Franzosen, Italienern, Polen, Schweizern, Ungarn, den Rhein überschritten hatte, zum Rückzug; unvermuthet stieß er jedoch bei Dossenbach am 26. auf die Würtemberger und verlor fast die Hälfte seiner Schaar an Gefangenen, während er selbst nicht in der rühmlichsten Weise mit Hülfe seiner Frau entkam. Auch in den nördlichen Theilen des Landes, im Odenwalde, in Pforzheim, in Offenburg und Mannheim war es zu mehr oder minder bedeutenden Aufständen gekommen, die aber alle schnell unterdrückt wurden. Zehn Tage nach dem Beginn der Erhebung konnte sie für erstickt gelten. Allerdings hielten sich die Häupter derselben auf schweizer Gebiet in nächster Nähe der Grenze auf und standen in täglichem Verkehr mit der badischen Bevölkerung; von einer Beruhigung der öffentlichen Meinung konnte kaum die Rede sein; im Gegentheil, die republikanische Gesinnung griff auch unter den bairischen und würtembergischen Besatzungstruppen um sich; täglich liefen einzelne Soldaten mit Sack und Pack über die Grenze ins Hecker'sche Lager, so daß der Bundestag zu Anfang Juli auf Verlangen Baierns und Würtembergs die Zurückziehung dieser Truppen gestattete. Und da bald darauf auch die badische Regierung aus Ersparnißgründen die Besetzung der unruhigen Bezirke aufhob, so konnte die Wühlerei der Republikaner ihr Wesen nach kurzer Frist fast ungehindert wieder beginnen.

Im übrigen Deutschland fanden diese frevelhaften Bestrebungen unglaublich geringen Anklang. Selbst ein Venedey, der in der Flüchtlingspolitik herangewachsen war, brandmarkte den Heckerschen Aufstand als einen Frevel am ganzen deutschen Volke und wandte als Abgesandter des Fünfziger-Ausschusses Alles an, um die Führer zur Umkehr zu bewegen. Wenn gleichzeitig wie im b[illegible]ischen Oberlande auch in den entgegengesetzten Grenzlanden, in S[illegible]lesien und Posen, gewaltthätige Erhebungen stattfanden, so w[illegible]ren die schlesischen rein socialer Natur und wurden meist durch [illegible] Versprechen der Edelherren, die Reste der Hörigkeit von ihren [illegible]uern zu nehmen, beschwichtigt; in Posen stand Volk gegen [illegible]lk, Deutsche gegen Polen. Nichts lag in jenen Tagen der Be[illegible]kerung den Deutschen ferner, als eine Gewaltherrschaft über

Aufstand in Posen.

Baden; Heckscher, Duckwitz, Mathy, Wächter gehörten zu seinen Mitgliedern; die Führer der Republikaner hatten keinen Sitz darin gefunden. Bei den Verhandlungen des Vorparlamentes aber waren sie kühn genug hervorgetreten und hatten stürmische Scenen veranlaßt. Ihr Verlangen, daß die ganze Versammlung sich für permanent erklären solle, war mit 368 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dadurch schon gereizt, empfanden sie den Ausschluß ihrer Partei aus dem Fünfziger-Ausschuß als eine Beleidigung und verließen, 40 Mann stark, von Hecker und Struve geführt, das Vorparlament, entschlossen, jetzt mit andern Waffen für ihre Sache zu kämpfen. So gewiß fühlten sie sich, wenigstens in Baden, der Zustimmung der Bevölkerung, daß sie am 5. April bei dem badischen Bundesgesandten Welcker den Antrag stellten, die Gemeinden des Landes zu befragen, ob sie die constitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten. Die großherzogliche Regierung bedurfte dieser deutlichen Sprache nicht mehr, um die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu erkennen. Den ganzen Monat März hindurch war das Land, besonders der Seekreis, in der fieberhaftesten Aufregung erhalten; im Elsaß und an der schweizer Grenze standen tausende von deutschen Arbeitern bereit, um unter Herweghs und anderer Flüchtlinge Führung einzurücken; den Behörden wurde der Gehorsam verweigert und unter den Truppen begannen Meutereien. Schon Ende März hatte die Regierung deshalb um Bundeshülfe ersucht; diese war zugesagt worden und am 6. April sollten bairische und würtembergische Truppen in den Seekreis einrücken. Im letzten Augenblicke ließen sich aber die befehligenden Generale bewegen, den Einmarsch zu verschieben, weil sie nicht stark genug zu sein glaubten, um der Bevölkerung, die sich bewaffnet zu erheben drohte, zu widerstehen. Dieses Schwanken erhöhte den Muth der Republikaner und forderte sie auf, den Augenblick auszunutzen. Während in Donaueschingen 6000 bewaffnete Bürger ihren Widerstand gegen den Einmarsch der „fremden" Truppen verkündeten, eilten die Führer der Bewegung auf den Kampfplatz. Der am meisten gefürchtete, Fickler, wurde freilich durch den Abgeordneten Mathy auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet, als er eben in den Seekreis reisen wollte; aber Struve, Hecker u. A. gelangten unbehindert an ihr Ziel. Doch mißlang ihnen gleich ihre erste Absicht, sich der Stadt Donaueschingen zu bemächtigen, da ihnen der würtembergische General von Miller am 15. April zuvorkam. Gleichzeitig rückten Baiern unter Baligand gegen Constanz, Badener und Hessen unter Friedrich von Gagern über Freiburg vor. In Constanz kam es am 17. April zur Bildung einer republikanischen Statthalterschaft, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirector Peter trat; aber schon am nächsten Tage flüchtete er beim Anmarsch der Baiern in die Schweiz. Hecker selbst hatte sich in den Oberrheinkreis gezogen und stieß hier bei Kandern am Gründonnerstag, den 20. April, auf Gagerns Truppen. Ehe es zum Kampfe kam, suchte Gagern

Republikanischer Aufstand in Baden.

die Aufständischen persönlich zur Unterwerfung zu bereden; aber sein Versuch war nicht allein umsonst, sondern kostete ihm das Leben: kaum zu den Seinigen zurückgekehrt, ward er von einer Kugel getroffen. Hitzig griffen nun die Truppen an und warfen die Aufrührer nach kurzem Kampfe in schmähliche Flucht; Hecker selbst rettete sich nach Basel, auch Struve entging der Verhaftung durch die Muthlosigkeit der Behörden. Was von den Freischaaren nicht auseinanderlief, wandte sich, von Sigel geführt, nach Freiburg, wohin zahlreiche Bewaffnete zusammenströmten. Aber auch dieser Anlauf scheiterte; General Hoffmann, Gagerns Nachfolger, trieb die Anrückenden zurück und zog am Ostermontag in die verbarrikadirte Stadt ein. Die Nachricht davon bewog den Dichter Herwegh, der mit 800 Mann, darunter zahlreichen Franzosen, Italienern, Polen, Schweizern, Ungarn, den Rhein überschritten hatte, zum Rückzug; unvermuthet stieß er jedoch bei Dossenbach am 26. auf die Würtemberger und verlor fast die Hälfte seiner Schaar an Gefangenen, während er selbst nicht in der rühmlichsten Weise mit Hülfe seiner Frau entkam. Auch in den nördlichen Theilen des Landes, im Odenwalde, in Pforzheim, in Offenburg und Mannheim war es zu mehr oder minder bedeutenden Aufständen gekommen, die aber alle schnell unterdrückt wurden. Zehn Tage nach dem Beginn der Erhebung konnte sie für erstickt gelten. Allerdings hielten sich die Häupter derselben auf schweizer Gebiet in nächster Nähe der Grenze auf und standen in täglichem Verkehr mit der badischen Bevölkerung; von einer Beruhigung der öffentlichen Meinung konnte kaum die Rede sein; im Gegentheil, die republikanische Gesinnung griff auch unter den bairischen und würtembergischen Besatzungstruppen um sich; täglich liefen einzelne Soldaten mit Sack und Pack über die Grenze ins Hecker'sche Lager, so daß der Bundestag zu Anfang Juli auf Verlangen Baierns und Würtembergs die Zurückziehung dieser Truppen gestattete. Und da bald darauf auch die badische Regierung aus Ersparnißgründen die Besetzung der unruhigen Bezirke aufhob, so konnte die Wühlerei der Republikaner ihr Wesen nach kurzer Frist fast ungehindert wieder beginnen.

Im übrigen Deutschland fanden diese frevelhaften Bestrebungen unglaublich geringen Anklang. Selbst ein Venedey, der in der Flüchtlingspolitik herangewachsen war, brandmarkte den Heckerschen Aufstand als einen Frevel am ganzen deutschen Volke und wandte als Abgesandter des Fünfziger-Ausschusses Alles an, um die Führer zur Umkehr zu bewegen. Wenn gleichzeitig wie im b[illegible]ischen Oberlande auch in den entgegengesetzten Grenzlanden, in [illegible]lesien und Posen, gewaltthätige Erhebungen stattfanden, so [illegible]ren die schlesischen rein socialer Natur und wurden meist durch [illegible] Versprechen der Edelherren, die Reste der Hörigkeit von ihren [illegible]uern zu nehmen, beschwichtigt; in Posen stand Volk gegen [illegible]lk, Deutsche gegen Polen. Nichts lag in jenen Tagen der Be[illegible]lkerung den Deutschen ferner, als eine Gewaltherrschaft über

Aufstand in Posen.

Baden; Heckscher, Duckwitz, Mathy, Wächter gehörten zu seinen Mitgliedern; die Führer der Republikaner hatten keinen Sitz darin gefunden. Bei den Verhandlungen des Vorparlamentes aber waren sie kühn genug hervorgetreten und hatten stürmische Scenen veranlaßt. Ihr Verlangen, daß die ganze Versammlung sich für permanent erklären solle, war mit 368 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dadurch schon gereizt, empfanden sie den Ausschluß ihrer Partei aus dem Fünfziger-Ausschuß als eine Beleidigung und verließen, 40 Mann stark, von Hecker und Struve geführt, das Vorparlament, entschlossen, jetzt mit andern Waffen für ihre Sache zu kämpfen. So gewiß fühlten sie sich, wenigstens in Baden, der Zustimmung der Bevölkerung, daß sie am 5. April bei dem badischen Bundesgesandten Welcker den Antrag stellten, die Gemeinden des Landes zu befragen, ob sie die constitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten. Die großherzogliche Regierung bedurfte dieser deutlichen Sprache nicht mehr, um die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu erkennen. Den ganzen Monat März hindurch war das Land, besonders der Seekreis, in der fieberhaftesten Aufregung erhalten; im Elsaß und an der schweizer Grenze standen tausende von deutschen Arbeitern bereit, um unter Herweghs und anderer Flüchtlinge Führung einzurücken; den Behörden wurde der Gehorsam verweigert und unter den Truppen begannen Meutereien. Schon Ende März hatte die Regierung deshalb um Bundeshülfe ersucht; diese war zugesagt worden und am 6. April sollten bairische und würtembergische Truppen in den Seekreis einrücken. Im letzten Augenblicke ließen sich aber die befehligenden Generale bewegen, den Einmarsch zu verschieben, weil sie nicht stark genug zu sein glaubten, um der Bevölkerung, die sich bewaffnet zu erheben drohte, zu widerstehen. Dieses Schwanken erhöhte den Muth der Republikaner und forderte sie auf, den Augenblick auszunutzen. Während in Donaueschingen 6000 bewaffnete Bürger ihren Widerstand gegen den Einmarsch der „fremden" Truppen verkündeten, eilten die Führer der Bewegung auf den Kampfplatz. Der am meisten gefürchtete, Fickler, wurde freilich durch den Abgeordneten Mathy auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet, als er eben in den Seekreis reisen wollte; aber Struve, Hecker u. A. gelangten unbehindert an ihr Ziel. Doch mißlang ihnen gleich ihre erste Absicht, sich der Stadt Donaueschingen zu bemächtigen, da ihnen der würtembergische General von Miller am 15. April zuvorkam. Gleichzeitig rückten Baiern unter Baligand gegen Constanz, Badener und Hessen unter Friedrich von Gagern über Freiburg vor. In Constanz kam es am 17. April zur Bildung einer republikanischen Statthalterschaft, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirector Peter trat; aber schon am nächsten Tage flüchtete er beim Anmarsch der Baiern in die Schweiz. Hecker selbst hatte sich in den Oberrheinkreis gezogen und stieß hier bei Kandern am Gründonnerstag, den 20. April, auf Gagerns Truppen. Ehe es zum Kampfe kam, suchte Gagern

Republikanischer Aufstand in Baden.

die Aufständischen persönlich zur Unterwerfung zu bereden; aber sein Versuch war nicht allein umsonst, sondern kostete ihm das Leben: kaum zu den Seinigen zurückgekehrt, ward er von einer Kugel getroffen. Hitzig griffen nun die Truppen an und warfen die Aufrührer nach kurzem Kampfe in schmähliche Flucht; Hecker selbst rettete sich nach Basel, auch Struve entging der Verhaftung durch die Muthlosigkeit der Behörden. Was von den Freischaaren nicht auseinanderlief, wandte sich, von Sigel geführt, nach Freiburg, wohin zahlreiche Bewaffnete zusammenströmten. Aber auch dieser Anlauf scheiterte; General Hoffmann, Gagerns Nachfolger, trieb die Anrückenden zurück und zog am Ostermontag in die verbarrikadirte Stadt ein. Die Nachricht davon bewog den Dichter Herwegh, der mit 800 Mann, darunter zahlreichen Franzosen, Italienern, Polen, Schweizern, Ungarn, den Rhein überschritten hatte, zum Rückzug; unvermuthet stieß er jedoch bei Dossenbach am 26. auf die Würtemberger und verlor fast die Hälfte seiner Schaar an Gefangenen, während er selbst nicht in der rühmlichsten Weise mit Hülfe seiner Frau entkam. Auch in den nördlichen Theilen des Landes, im Odenwalde, in Pforzheim, in Offenburg und Mannheim war es zu mehr oder minder bedeutenden Aufständen gekommen, die aber alle schnell unterdrückt wurden. Zehn Tage nach dem Beginn der Erhebung konnte sie für erstickt gelten. Allerdings hielten sich die Häupter derselben auf schweizer Gebiet in nächster Nähe der Grenze auf und standen in täglichem Verkehr mit der badischen Bevölkerung; von einer Beruhigung der öffentlichen Meinung konnte kaum die Rede sein; im Gegentheil, die republikanische Gesinnung griff auch unter den bairischen und würtembergischen Besatzungstruppen um sich; täglich liefen einzelne Soldaten mit Sack und Pack über die Grenze ins Hecker'sche Lager, so daß der Bundestag zu Anfang Juli auf Verlangen Baierns und Würtembergs die Zurückziehung dieser Truppen gestattete. Und da bald darauf auch die badische Regierung aus Ersparnißgründen die Besetzung der unruhigen Bezirke aufhob, so konnte die Wühlerei der Republikaner ihr Wesen nach kurzer Frist fast ungehindert wieder beginnen.

Im übrigen Deutschland fanden diese frevelhaften Bestrebungen unglaublich geringen Anklang. Selbst ein Venedey, der in der Flüchtlingspolitik herangewachsen war, brandmarkte den Heckerschen Aufstand als einen Frevel am ganzen deutschen Volke und wandte als Abgesandter des Fünfziger-Ausschusses Alles an, um die Führer zur Umkehr zu bewegen. Wenn gleichzeitig wie im b… ischen Oberlande auch in den entgegengesetzten Grenzlanden, in … lesien und Posen, gewaltthätige Erhebungen stattfanden, so … en die schlesischen rein socialer Natur und wurden meist durch … Versprechen der Edelherren, die Reste der Hörigkeit von ihren … uern zu nehmen, beschwichtigt; in Posen stand Volk gegen … lk, Deutsche gegen Polen. Nichts lag in jenen Tagen der Be… erung den Deutschen ferner, als eine Gewaltherrschaft über

Aufstand in Posen.

Baden; Heckscher, Duckwitz, Mathy, Wächter gehörten zu seinen Mitgliedern; die Führer der Republikaner hatten keinen Sitz darin gefunden. Bei den Verhandlungen des Vorparlamentes aber waren sie kühn genug hervorgetreten und hatten stürmische Scenen veranlaßt. Ihr Verlangen, daß die ganze Versammlung sich für permanent erklären solle, war mit 368 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dadurch schon gereizt, empfanden sie den Ausschluß ihrer Partei aus dem Fünfziger-Ausschuß als eine Beleidigung und verließen, 40 Mann stark, von Hecker und Struve geführt, das Vorparlament, entschlossen, jetzt mit andern Waffen für ihre Sache zu kämpfen. So gewiß fühlten sie sich, wenigstens in Baden, der Zustimmung der Bevölkerung, daß sie am 5. April bei dem badischen Bundesgesandten Welcker den Antrag stellten, die Gemeinden des Landes zu befragen, ob sie die constitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten. Die großherzogliche Regierung bedurfte dieser deutlichen Sprache nicht mehr, um die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu erkennen. Den ganzen Monat März hindurch war das Land, besonders der Seekreis, in der fieberhaftesten Aufregung erhalten; im Elsaß und an der schweizer Grenze standen tausende von deutschen Arbeitern bereit, um unter Herweghs und anderer Flüchtlinge Führung einzurücken; den Behörden wurde der Gehorsam verweigert und unter den Truppen begannen Meutereien. Schon Ende März hatte die Regierung deshalb um Bundeshülfe ersucht; diese war zugesagt worden und am 6. April sollten bairische und würtembergische Truppen in den Seekreis einrücken. Im letzten Augenblicke ließen sich aber die befehligenden Generale bewegen, den Einmarsch zu verschieben, weil sie nicht stark genug zu sein glaubten, um der Bevölkerung, die sich bewaffnet zu erheben drohte, zu widerstehen. Dieses Schwanken erhöhte den Muth der Republikaner und forderte sie auf, den Augenblick auszunutzen. Während in Donaueschingen 6000 bewaffnete Bürger ihren Widerstand gegen den Einmarsch der „fremden“ Truppen verkündeten, eilten die Führer der Bewegung auf den Kampfplatz. Der am meisten gefürchtete, Fickler, wurde freilich durch den Abgeordneten Mathy auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet, als er eben in den Seekreis reisen wollte; aber Struve, Hecker u. A. gelangten unbehindert an ihr Ziel. Doch mißlang ihnen gleich ihre erste Absicht, sich der Stadt Donaueschingen zu bemächtigen, da ihnen der würtembergische General von Miller am 15. April zuvorkam. Gleichzeitig rückten Baiern unter Baligand gegen Constanz, Badener und Hessen unter Friedrich von Gagern über Freiburg vor. In Constanz kam es am 17. April zur Bildung einer republikanischen Statthalterschaft, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirector Peter trat; aber schon am nächsten Tage flüchtete er beim Anmarsch der Baiern in die Schweiz. Hecker selbst hatte sich in den Oberrheinkreis gezogen und stieß hier bei Kandern am Gründonnerstag, den 20. April, auf Gagerns Truppen. Ehe es zum Kampfe kam, suchte Gagern

Republikanischer Aufstand in Baden.

die Aufständischen persönlich zur Unterwerfung zu bereden; aber sein Versuch war nicht allein umsonst, sondern kostete ihm das Leben: kaum zu den Seinigen zurückgekehrt, ward er von einer Kugel getroffen. Hitzig griffen nun die Truppen an und warfen die Aufrührer nach kurzem Kampfe in schmähliche Flucht; Hecker selbst rettete sich nach Basel, auch Struve entging der Verhaftung durch die Muthlosigkeit der Behörden. Was von den Freischaaren nicht auseinanderlief, wandte sich, von Sigel geführt, nach Freiburg, wohin zahlreiche Bewaffnete zusammenströmten. Aber auch dieser Anlauf scheiterte; General Hoffmann, Gagerns Nachfolger, trieb die Anrückenden zurück und zog am Ostermontag in die verbarrikadirte Stadt ein. Die Nachricht davon bewog den Dichter Herwegh, der mit 800 Mann, darunter zahlreichen Franzosen, Italienern, Polen, Schweizern, Ungarn, den Rhein überschritten hatte, zum Rückzug; unvermuthet stieß er jedoch bei Dossenbach am 26. auf die Würtemberger und verlor fast die Hälfte seiner Schaar an Gefangenen, während er selbst nicht in der rühmlichsten Weise mit Hülfe seiner Frau entkam. Auch in den nördlichen Theilen des Landes, im Odenwalde, in Pforzheim, in Offenburg und Mannheim war es zu mehr oder minder bedeutenden Aufständen gekommen, die aber alle schnell unterdrückt wurden. Zehn Tage nach dem Beginn der Erhebung konnte sie für erstickt gelten. Allerdings hielten sich die Häupter derselben auf schweizer Gebiet in nächster Nähe der Grenze auf und standen in täglichem Verkehr mit der badischen Bevölkerung; von einer Beruhigung der öffentlichen Meinung konnte kaum die Rede sein; im Gegentheil, die republikanische Gesinnung griff auch unter den bairischen und würtembergischen Besatzungstruppen um sich; täglich liefen einzelne Soldaten mit Sack und Pack über die Grenze ins Hecker'sche Lager, so daß der Bundestag zu Anfang Juli auf Verlangen Baierns und Würtembergs die Zurückziehung dieser Truppen gestattete. Und da bald darauf auch die badische Regierung aus Ersparnißgründen die Besetzung der unruhigen Bezirke aufhob, so konnte die Wühlerei der Republikaner ihr Wesen nach kurzer Frist fast ungehindert wieder beginnen.

Im übrigen Deutschland fanden diese frevelhaften Bestrebungen unglaublich geringen Anklang. Selbst ein Venedey, der in der Flüchtlingspolitik herangewachsen war, brandmarkte den Heckerschen Aufstand als einen Frevel am ganzen deutschen Volke und wandte als Abgesandter des Fünfziger-Ausschusses Alles an, um die Führer zur Umkehr zu bewegen. Wenn gleichzeitig wie im b[illegible]ischen Oberlande auch in den entgegengesetzten Grenzlanden, in [illegible]lesien und Posen, gewaltthätige Erhebungen stattfanden, so [illegible]ren die schlesischen rein socialer Natur und wurden meist durch [illegible] Versprechen der Edelherren, die Reste der Hörigkeit von ihren [illegible]uern zu nehmen, beschwichtigt; in Posen stand Volk gegen [illegible]lk, Deutsche gegen Polen. Nichts lag in jenen Tagen der Be- [illegible]lerung den Deutschen ferner, als eine Gewaltherrschaft über

Aufstand in Posen.

die Polen zu üben und deren Nationalität zu unterdrücken. Das berliner Volk hatte Mieroslawski und seine Genossen vom 46er Aufstande fast wie Helden eigenen Stammes begrüßt, als sie am 20. März befreit das Gefängniß verließen. Unter den Beschlüssen des Vorparlamentes prangten die Sätze, daß die Theilung Polens ein schmachvolles Unrecht und seine Wiederherstellung eine heilige Pflicht auch des deutschen Volkes sei. Die polnischen Flüchtlinge, die aus Frankreich und der Schweiz in die Heimat zurückzogen, empfingen überall von Bürgern und Behörden Zeichen der Theilnahme und Förderung. Aber bald kühlte sich die Schwärmerei doch ab; auch die Eifrigsten fanden, daß die Polen es gar zu arg machten, wenn sie sich nicht damit begnügten, ihr eigenes Volksthum zu sichern, sondern alsbald auch die Herrschaft über die Deutschen beanspruchten. Nicht einmal die nächsten Schritte der Regierung, welche schon am 24. März sich äußerst bereitwillig erklärt hatte, warteten sie ab, sondern begannen sofort, Mieroslawski an der Spitze, einen Aufstand, der von den Sensenmännern mit blutiger Grausamkeit geführt und von den Deutschen mit nicht minderer Leidenschaft bekämpft wurde. Eine gewisse Beschwichtigung, die der General Willisen am 11. April durch die Aussonderung des rein polnischen Theiles der Provinz erzielte, hielt nicht lange vor, weil die Regierung den Einschluß der Festung Posen in den deutschen Theil anordnete. Als die aufrührerischen Auftritte mit erneuter Kraft begannen, entschloß man sich in Berlin, Ernst zu zeigen. General Pfuel griff die Aufständischen kräftig an; am 29. und 30. April kam es bei Xions und Mieloslaw zu heftigen Kämpfen; das Kriegsgesetz wurde verkündet; am 9. Mai mußte der größte Theil der Polen bei Bardo sich ergeben und Mieroslawski den Oberbefehl niederlegen; am 13. wurden die letzten Schaaren bei Exin geschlagen. Ein sehr weitgehendes Gefühl des Mitleids und der Gerechtigkeitsliebe blieb auch jetzt noch dem deutschen Liberalismus den Polen gegenüber eigen, und die Ueberzeugung, daß eine Wiederherstellung des Königreiches die beste Schutzmauer gegen Rußland schaffen werde, wurzelte tief; aber vor den äußersten Anwandlungen schwächlicher Gutmüthigkeit war man doch durch die Erlebnisse der letzten Wochen gefeit, und mehr als sie ahnen mochten, hatten die Polen ihrer Sache durch die eigene Unbändigkeit geschadet.

Verfassungsentwürfe.

Mittlerweile war das deutsche Volk überall zu den Wahlurnen geschritten, um Vertreter für sein Parlament zu wählen, und Berufene wie Unberufene hatten ihren Scharfsinn erschöpft, um Vorschläge für die Grundlagen der künftigen deutschen Reichsverfassung auszusinnen. Unmittelbar betraut mit dieser Aufgabe waren jene 17 Vertrauensmänner, welche die Regierungen auf den Wunsch des Bundestages vom 10. März nach Frankfurt abgeordnet hatten. Am 30. desselben Monats begannen sie ihre Thätigkeit. Als Leitfaden mußten sie die Beschlüsse des Vorparlamentes betrachten, das bestimmte Grundrechte als geringstes

Maß deutscher Volksfreiheit bezeichnet hatte. Allein über die schwierigste Frage, über die Gestaltung der deutschen Centralgewalt, war von jenem keine Meinung geäußert. Den Siebzehnern schien es wünschenswerth, sofort eine vorläufige Behörde zu schaffen, die an Stelle des ungelenken Bundestages mit dem Parlamente verhandeln könne; sie empfahlen deshalb die Begründung eines Collegiums von drei Männern, deren je einer von Oestreich, von Preußen und — auf Baierns Vorschlag — von den übrigen Staaten zu ernennen sei. Gegen diesen Gedanken erhoben aber die Fünfziger so lebhaften Einspruch, daß er unausgeführt blieb. Die Vorlage, welche dem Parlamente gemacht werden sollte, auszuarbeiten, übertrugen die Siebzehner Dahlmann. Tief durchdrungen von der Nothwendigkeit, dem neuen Reiche ein erbliches Oberhaupt zu geben, schlug dieser die Erneuerung des deutschen Kaiserthumes vor, als dessen Träger er sich nur den preußischen König denken konnte. Aber nicht einmal alle seine Collegen, die für den Entwurf stimmten — und es waren unter den 17 nur 8, während 4 sich des Stimmens enthielten — theilten diese Neigung für Preußen; manche waren unentschieden, manche unbedingt für Oestreich. Gegen die Erblichkeit erklärte sich besonders Uhland, der alle fünf Jahre eine neue Kaiserwahl forderte. Am 26. April überreichten die Siebzehner den Entwurf dem Bundestage, der ihn veröffentlichte und damit eine allseitige Kritik herausforderte. Die gewichtigsten Urtheile freilich traten nicht an das Tageslicht, sondern wurden in vertraulichen Briefen an Dahlmann gefällt. Da sprach es König Friedrich Wilhelm unverhohlen aus, daß er die Kaiserkrone nicht wolle, so lange Oestreich nicht unwiderruflich zurückgetreten sei; gern würde er unter dem römisch-teutschen Kaiser aus dem Hause Habsburg die Würde eines Königs der Teutschen annehmen, wenn die Wahl der Fürsten auf ihn falle; im Dom zu Cöln gekrönt, vom Kaiser bestätigt, von dem Primas Germaniae, dem (protestantischen) Erzbischof von Magdeburg, gesalbt, so wolle er gern als von Gott geordnete Obrigkeit das Schwert des Reiches führen. Auch mit dem Titel eines Reichs-Erzfeldherrn war er zufrieden; er dachte sich das Reich in militärische Herzogthümer getheilt, Baiern und Franken, Schwaben und Rhein (Hessen), Ober- und Niedersachsen, dazu vier preußische und vier östreichische, die zehn ersten unter seinem Befehl. Der Fürstenrath, den er sich zur Seite sehen wollte, sollte nach Regensburger Art in Bänke getheilt sein, und das Ganze war wenig mehr als eine poetisch-phante[illegible]sche Wiederbelebung mittelalterlicher Einrichtungen, in denen m[illegible]sam für Preußen ein leidlich ehrenvolles Plätzchen geschaffen w[illegible]. Ganz anders faßte der verrufene Reactionär, der Prinz v[illegible] Preußen, Dahlmanns Entwurf. Er begrüßte ihn aus seiner V[illegible]bannung in London ob seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze a[illegible] eine großartige Erscheinung der Zeit, bekannte sich unumwun[illegible] d[illegible] zur Erblichkeit der Kaiserwürde, und zeigte auch in den Aus-

Dahlmann.

Friedrich Wilhelm.

Der Prinz von Preußen.

stellungen, die er machte, ebenso viel nüchtern politische Klugheit, wie sein Bruder verworren romantische Schwärmerei. Mit vollem Rechte — und Dahlmann erkannte das selbst bereitwillig an — verlangte er z. B., daß die Fürsten, welche nach dem Entwurf mit etwa 160 theils gewählten, theils ernannten Reichsräthen zusammen ein Oberhaus bilden sollten, aus diesem ausgeschieden werden und zu einem Fürstencollegium (oder Bundesrath) zusammentreten müßten. In diesem Punkte traf seine Ansicht mit der des Prinzen Albert, Gemahls der Königin Victoria, zusammen, der selbständig einen Verfassungsentwurf ausarbeitete und einflußreichen Männern zuschickte; aber daß er, darin Uhland nahestehend, den Kaiser wählen lassen und nur auf zehn Jahre wählen lassen wollte, daß er das Parlament statt durch unmittelbare Wahlen durch Wahlen der Einzellandtage zu bilden vorschlug, diese und ähnliche Ideen machten seinen Vorschlag von vornherein aussichtslos. Nicht besser stand es mit dem Entwurfe, welchen die bairische Regierung verbreiten ließ und der als Centralbehörde ein Directorium vorschlug, in dessen Vorsitz von sechs zu sechs Jahren Oestreich, eine norddeutsche und eine süddeutsche Regierung sich ablösen sollten. Bei dieser Fülle der verschiedenartigsten Gesichtspunkte war eine Verständigung auf gütlichem Wege überhaupt nicht, am wenigsten aber bis zu der kurzbemessenen Frist möglich, in welcher das deutsche Parlament zusammentreten sollte, und als der 18. Mai, der Tag der Eröffnung, herankam, war von einem bestimmten Programm, über das sich die Regierungen oder die öffentliche Meinung geeinigt, entfernt nicht die Rede. In Folge dessen stand das Parlament um so unabhängiger, aber auch um so verantwortungsvoller da; ihm lag es jetzt ob, das entscheidende Wort zu sprechen, und so schnell zu sprechen, daß weder der Particularismus in den Einzelstaaten sich vorher wieder aufraffen, noch eine freiheitsfeindliche Reaction ihr Haupt erheben konnte. Beide Gefahren waren eng mit einander verbunden und jede schon für sich nicht gering zu schätzen. Der erste Sturmlauf der Revolution war um die Mitte des Mai in ganz Europa vorüber und die Gegenwirkungen begannen bemerklich zu werden; mit der erstarkenden Kraft der Regierungen wuchs aber auch der Widerstand, den sie einer Unterordnung unter die künftige Reichsgewalt und den Beschlüssen des Parlamentes zu leisten wünschen mußten; und gerade in dem Staate, auf welchen am meisten ankam, in Preußen, trat fast gleichzeitig mit dem deutschen Reichstag die neugeschaffene Landesvertretung zusammen, die zu groß und einflußreich war, um sich der frankfurter Versammlung gegenüber untergeordnet zu fühlen und fügsam zu bezeigen, und die deshalb das preußische Sonderbewußtsein und damit die Schwierigkeiten der deutschen Verfassungsfrage wesentlich vermehrte. Nur wenn die preußische Führung der leitende Gedanke des frankfurter Parlamentes wurde, durfte dieses hoffen, mit dem berliner in gutem Einvernehmen zu bleiben; dahin drängte also unbedingt die politische Klugheit. Es

Prinz Albert.

Der bairische Entwurf.

rieth dazu überdies auch die augenblickliche Lage Oestreichs, das zu einer hindernden Einmischung noch gänzlich unfähig war. Das frankfurter Parlament aber verpaßte den günstigen Moment und gefährdete so von Anfang an das Gelingen der Aufgabe, die ihm gestellt war.

Oestreichs innere Wirren.

Ministerium Pillersdorf.

Die Zustände in Oestreich hatten sich seit der März-Revolution so zerfahren gestaltet, daß der ganze Staat aus den Fugen gerathen war. Italien, Ungarn, Böhmen gingen ihre eigenen Wege, und nicht einmal in den deutschen Provinzen, nicht einmal in der Hauptstadt selbst wußte das neue Ministerium die Zügel fest anzuziehen. Die leitende Persönlichkeit in demselben wurde sehr bald der Freiherr von Pillersdorf, nicht etwa deshalb, weil er den schwierigen Verhältnissen gewachsen war, sondern nur in Folge des liberalen Rufes, den er sich früher zu erwerben gewußt. Kolowrat, der Anfangs noch den Vorsitz führte, mußte sich in den ersten Tagen des April zurückziehen, und mehrere seiner Collegen folgten diesem Beispiel, zum Theil durch Katzenmusiken und pöbelhafte Kundgebungen gezwungen. Die Presse, welche sich durch eine große Zahl unbedeutender Blättchen schnell vervielfältigte, stachelte durch ihre rohe, aufreizende Sprache die Bevölkerung stets zu neuen Ausschreitungen und Frechheiten an; die Nationalgarde und die Studenten führten nach wie vor das große Wort, und die Versammlungen in der Aula der Universität, die Bürgercomités und der Studentenausschuß schrieben den Ministern Gesetze vor. Vollends als zu Anfang Mai die verschiedenen Ausschüsse sich zu einem politischen Centralcomité vereinigten, trat vor dessen Einfluß und Ansehen die Geltung der kaiserlichen Behörden in den tiefsten Schatten zurück. Es überraschte kaum noch, wenn die amtliche Zeitung getreulich ein Manifest des Centralcomités veröffentlichte, welches dem Ministerium das „volle und wohlverdiente Mißtrauen des Volkes“ aussprach. Gegen Ende April hatte Pillersdorf einen kühnen Anlauf genommen und unter dem 25. einen fertigen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der für die weitere Entwickelung die feste Grundlage bilden sollte; aber trotz des vielbelobten Vorbildes, das er sich genommen, der belgischen Verfassung nämlich, erntete er nichts als Tadel und Spott; man war unzufrieden mit der Bildung einer ersten Kammer, unzufrieden w·· dem Wahlgesetz, unzufrieden vor Allem damit, daß die Verfassung v · Kaiser erlassen und nicht von einer constituirenden Versammlung b ·lossen werden sollte. Einen Augenblick glaubte das Ministe- r · n sich stark genug, die Zügel straff anziehen zu können; es ver- s · te durch einen Tagesbefehl des Grafen Hoyos, des Befehlshabers d · Nationalgarde, das Centralcomité aufzulösen. Aber es ver- s · immerte seine Lage dadurch nur. Während es am 15. Mai

Das Centralcomité.

Der Verfassungsentwurf.

Der 15. Mai

zu einer Sitzung in der Burg versammelt war, strömte der Pöbel vor und in dem Gebäude zusammen und erzwang nicht nur die Rücknahme jenes Tagesbefehles, sondern auch die Suspension der Verfassung vom 25. April und die Berufung einer Constituante. Voll Scham über ihre eigene Schwäche reichten die Minister darauf dem Kaiser ihre Entlassung ein; indes um der Sicherheit des Thrones und des Herrscherhauses willen nahmen sie dieselbe, wie sie amtlich in der Wiener Zeitung erklärten, wieder zurück und blieben einstweilen im Amte. Dem Kaiser war es unter solchen Umständen nicht zu verargen, wenn er sobald wie möglich seiner Hauptstadt den Rücken zu kehren wünschte; da er aber nicht wagen durfte, dies offen anzukündigen, so benutzte er eine Spazierfahrt nach Schönbrunn am Abend des 17. Mai, um — ohne dem Ministerium oder dem Hofstaate vorher etwas davon mitzutheilen — mit seiner Gemahlin, dem Thronfolger und dessen Familie nach Innsbruck zu entfliehen. Der erste Eindruck, den dieses Ereigniß bei den Wienern hervorrief, war Bestürzung und Scham; selbst das Centralcomité sah sich veranlaßt, sein volles, unerschütterliches Vertrauen in die Gesinnung des Ministeriums öffentlich auszusprechen, und Abgesandte aller denkbaren Körperschaften, Stände und Vereine gingen nach Innsbruck ab, um den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen. Diese günstige Stimmung schnell genug zu benutzen, besaß Pillersdorf nicht die nöthige Entschlossenheit; erst nach mehreren Tagen fand er den Muth zu einem Schritte, der im ersten Augenblicke von Erfolg hätte sein können. Die Studentenlegion wurde aufgefordert, ihre Waffen abzuliefern. Allein jetzt war die Niedergeschlagenheit und Betäubung bereits von der Bevölkerung gewichen; an dem bestimmten Tage, dem 26. Mai, erhoben sich von Neuem die Barrikaden in den Straßen, die Arbeiter kamen den Studenten zu Hülfe, und ohne daß es eines ernstlichen Kampfes bedurft hätte, wurden die Minister zu abermaligem Nachgeben gezwungen. Kleinmüthig gewährten sie nicht allein die Fortdauer der Studentenlegion, sondern erkannten auch den Bürgerausschuß, der sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Wahrung der Rechte des Volkes bildete, als unabhängig von jeder anderen Behörde an, indem sie auf dessen Schultern zugleich die volle Verantwortung für die öffentliche Sicherheit abluden, und sich selbst damit zu willenlosen Werkzeugen dieses aus 200 Männern bunt zusammengewürfelten Haufens und seines Vorsitzenden, des Doctor Fischhof, erniedrigten.

Der Kaiser nach Innsbruck. — Der 26. Mai. — Der Bürgerausschuß.

Ungarn.

Daß eine Centralregierung von dieser Beschaffenheit außerhalb Wiens erst recht jeder Macht entbehrte, war selbstverständlich. In der That hatte deshalb auch die Bewegung in den Provinzen ihren Gang genommen, ohne von der Hauptstadt aus wesentlich beeinflußt zu werden. Dies war um so bedenklicher, als die zahlreichen Nationalitäten des Kaiserstaates fast ausnahmslos nicht blos nach Erweiterung ihrer politischen Freiheiten, sondern mehr noch nach provinzieller Selbständigkeit trachteten. Bei den

Magyaren steigerte sich dieses Verlangen bis zu einem solchen Grade, daß sie kaum noch durch die Personalunion befriedigt wurden. In dem Reichstage, der, wie früher erzählt, in Preßburg versammelt war, fanden sich immerhin noch zahlreiche gemäßigte und conservative Männer vor; aber in den Ausschüssen und Clubs der Hauptstädte Ofen-Pesth, vor Allem in dem Sicherheitscomité, das schnell auch auf dem Lande zu Ansehen gelangte, herrschten fast unumschränkt die radicalsten Ansichten. Nur dadurch, daß er diesen möglichst gerecht wurde und sich fast willenlos von Kossuth leiten ließ, behauptete der Reichstag noch sein Ansehen. Als die Abordnung, welche er am 15. März nach Wien geschickt, von dort nur mit allgemein gehaltenen Zusagen zurück kam, antwortete die Landesvertretung darauf sofort mit einer ganzen Fluth von liberalen Reformen.

Ministerium Batthyanyi.

In dem Ministerium, welches der Palatin Stephan am 22. März bildete, saßen allerdings unter Batthyanyis Präsidium auch conservative Männer wie Esterhazy und Széchenyi; allein neben Eötvös und Deak hatte auch Kossuth seinen Platz darin gefunden. Und doch war dieses Ministerium stark genug, um durch die Drohung mit seinem Rücktritt den Palatin und den Kaiser zu jedem Zugeständniß zu bewegen; denn sein Rücktritt wäre gleichbedeutend mit der Entfesselung der Revolution gewesen. Ich bin nur ein einfacher Bürger, durfte Kossuth im Reichstage sagen, stark nur durch die Macht der Wahrheit, und doch kann ich mit der bloßen Bewegung meiner Hand entscheiden über das Sein oder Nichtsein des Hauses Habsburg.

Schluß des Reichstags.

Als der Reichstag am 10. April geschlossen wurde, um durch Wahlen auf demokratischer Grundlage erneuert zu werden, bestätigte der Kaiser die sämmtlichen 31 Gesetze, die in dieser Sitzung entstanden waren, und wahrte nur den Anspruch des Gesammtstaates darauf, daß Ungarn verpflichtet bleibe, an der Schuldenlast desselben Theil zu nehmen.

Kroatien.

Auch in den Nebenländern der Stephanskrone schlug die allgemeine Aufregung ihre Wellen. In Kroatien erhoben Gaj und die Nationalpartei schon im März so laut ihre Stimme, daß die Regierung der ersten Forderung, die sie stellten, gerecht wurde, ehe noch die Abgesandten, welche sie vorbringen sollten, in Wien eingetroffen waren. Diese Forderung bestand in der Ernennung des Obersten Jellacic zum Banus von Kroatien.

Jellacic.

In der That hätte sich eine bessere Wahl gar nicht treffen lassen; denn Jellacic verband bei großer persönlicher Tüchtigkeit unbedingte Treue gegen den Kaiser mit einer wohlverdienten Beliebtheit unter seine Landsleuten. Um so verhaßter war er den Magyaren, die in seiner Ernennung eine Feindseligkeit des Hofes gegen Ungarn erblickten und sofort in die ärgerlichsten Reibereien mit dem neuen Banus geriethen. Die Gelüste der Kroaten, sich von der Stephanskrone abzulösen, waren ja längst bekannt und mußten unter den herrschenden Zeitläuften doppelt gefährlich erscheinen.

Woiwodina.

Auch in Serbien und Siebenbürgen erhoben die Feinde der Magyaren das

Haupt. Dort beschloß im Mai eine große Versammlung in Carlowitz die Errichtung einer Nationalregierung und den Anschluß der Woiwodschaft an das dreieinige Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien; in Siebenbürgen regten sich vor Allem die verachteten Wallachen, die trotz ihrer Ueberzahl neben den Magyaren und den Sachsen keine politische Stellung besaßen. Eine Massenversammlung in Blasendorf — bis zu 40,000 wurde die Zahl ihrer Theilnehmer geschätzt — verlangte die Gleichberechtigung mit den anderen Nationen; aber weder die Ungarn und Szekler, noch die Sachsen hatten Lust, diese gerechte Forderung zu unterstützen; ja, die Sachsen zogen es vor, in die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn zu willigen, um nur das Aufkommen der mißachteten und rechtlosen Wallachen zu erschweren. Wie wenig aber diese „Union", welche der siebenbürgische Landtag am 30. Mai beschloß und die der Kaiser umgehend bestätigte, den Wünschen der meisten Landesbewohner entsprach, verrieth auch das ungarische Ministerium dadurch, daß es den Baron Nikolas Vay zur Unterdrückung aller „Aufreizungen und hinterlistigen Feindseligkeiten" nach Siebenbürgen entsandte.

Siebenbürgen.

Galizien.

In dem nördlichen Grenzlande Ungarns, in Galizien, waren die Revolutionsmonate ziemlich ruhig verstrichen. Graf Stadion, der Statthalter, hielt die Zügel in fester Hand, der Gegensatz zwischen Polen und Ruthenen, Katholiken und Griechen, wirkte lähmend ein und auch die Erinnerung an den furchtbaren Bauernaufstand von 1846 schreckte den Adel von gewagten Schritten zurück. Ein Empörungsversuch, der in Krakau am 26. April gemacht wurde, endete mit der Beschießung und schnellen Unterwerfung der Stadt.

Böhmen.

Um so lebhafter war die Bewegung in Böhmen geworden. Die Bewohner von Prag waren den Wienern sogar noch vorangegangen. Am 11. März hatten tschechische Patrioten eine Adresse an den Kaiser beschlossen, in welcher sie Gleichstellung mit den Deutschen und Vereinigung des böhmischen, mährischen und schlesischen Landtages forderten. Da nicht alle diese Punkte sogleich bewilligt wurden, während der Ausgang der wiener Märztage doch die kecke Zuversicht steigerte, bildete sich zu Anfang April unter dem Vorsitz des Grafen Leo Thun ein Nationalausschuß, welcher den ersten gemeinsamen Landtag vorbereiten wollte. Zugleich wirkte er unermüdlich dahin, die Betheiligung der Böhmen an den Wahlen zum frankfurter Parlamente zu verhindern, und erreichte auch wirklich, daß nur in dem vierten Theile der Bezirke gültige Wahlen zu Stande kamen. Der Gegensatz zwischen den beiden Nationalitäten wuchs von Tag zu Tag; in schnell gebildeten Vereinen, unter denen die Slowanska lipa, die slawische Linde, besonders berüchtigt war, bekämpften sie sich; aus der Nationalgarde schied sich eine slawische Bürgerwehr, der Swornost, mit eigenen Abzeichen aus; die Straßen Prags waren unausgesetzt der Schauplatz von Unordnungen. Die wiener Tumulte vom 15.

und 26. Mai wurden geschickt benutzt, um den entscheidenden Schritt zu thun; weil das Ministerium sich im Zustande der Unfreiheit befinde, forderte man von dem Landeschef die Einsetzung einer vorläufigen Regierung, welche unmittelbar mit dem Kaiser in Innsbruck verkehre. Jener gab dem Ansinnen nach und berief am 30. Mai Palazky und Rieger, die Führer der tschechischen Partei, mit sechs anderen Männern an seine Seite. In der gehobenen Stimmung, welche dieser Erfolg hervorrief, ward in den ersten Tagen des Juni der allgemeine Slawen-Congreß in Prag abgehalten, zu dem die Einladungen schon am 1. Mai ergangen waren. Palazky präsidirte demselben; begeisterte Lobreden auf das Slawenthum wechselten mit scharfen Verwahrungen gegen die Herrschsucht der Deutschen; aber zu einmüthigen Beschlüssen wollte es so recht nicht kommen, denn zu verschiedenartige Kräfte wirkten neben einander. Nicht auf die östreichischen Slawen allein war die Theilnahme an dem Congreß beschränkt worden; der Russe Bakunin, der preußische Pole Liebelt, der Serbe Zach aus Belgrad führten das große Wort und suchten für ihre demokratischen Lehren Anhang zu werben. Das einzige Ergebniß tagelanger Arbeit war endlich der Beschluß, eine Ansprache an die Völker Europas zu erlassen, die Palazky nach einer Skizze Liebelts verfassen sollte. Aber noch ehe sie vom Congreß genehmigt war, nahm dieser selbst ein jähes Ende. In der Ueberschätzung ihrer Kräfte glaubte die nationale Partei sich stark genug, auch den gefährlichsten Gegner, der ihr gegenüber stand, hinweg räumen zu können. Dies war Fürst Windischgrätz, der Oberbefehlshaber in Böhmen. Schon am 7. Juni beschloß eine Volksversammlung, den Kaiser um seine Entlassung zu bitten; ohne die Gewährung abzuwarten, begannen Kundgebungen gegen ihn; am 12., dem Pfingstmontag, zogen große Schaaren des Swornost unter Absingung von Spottliedern vor sein Haus; es kam zu Thätlichkeiten; auf den Fürsten, der sich am Fenster zeigte, ward gefeuert; aber der Schuß traf nicht ihn, sondern tödtete seine Gemahlin. Nun begann ein erbitterter Straßenkampf, der erst am 17. Juni mit der vollständigen Besiegung der Slawen zu Ende ging. Zwischendurch hatte zwar Windischgrätz, durch zwei Beauftragte des wiener Ministeriums bewogen, die Stadt einmal geräumt; aber der Muthwille zuchtloser Pöbelhaufen entfachte den Kampf von Neuem, und nun führte ihn der General nach eigenem Entschluß zu Ende und ließ Niemanden mehr in seine Maßregeln hineinreden; kein Wunder, wenn er [fortan] dem innsbrucker Hofe als der Mann der Lage galt, und [dur]ch die geheime Ernennung zum unumschränkten Befehlshaber [d]er Truppen der Monarchie mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee in den Stand gesetzt wurde, den entscheidenden [Au]genblick auch für die Unterwerfung der Hauptstadt und die [De]müthigung der Magyaren abzuwarten und auszunutzen.

Vorläufige Regierung.

Slawen-Congreß.

Prager Aufstand.

Der bedauernswerthe und gänzlich willenlose Kaiser hatte

Erzherzog Johann.

mittlerweile sich seiner Regentenbefugnisse fast vollkommen begeben. Während in Ungarn und den zugehörigen Ländern der Erzherzog-Palatin unbeschränkte Vollmachten schon seit dem April besaß, erhielt am 16. Juni für die Länder der westlichen Reichshälfte der Erzherzog Johann die gleiche Stellung; denn unermüdlich hatte das Ministerium Pillersdorf von Wien aus und durch zwei seiner Mitglieder, die beim Kaiser in Innsbruck verweilten, Doblhoff und Baron Wessenberg, vorgestellt, wie nur die Rückkehr des Monarchen oder die Ernennung eines Erzherzogs zum Vertreter desselben in Wien der dortigen Verwirrung ein Ende machen könne. Auch leuchtete es von selbst ein, wie gefährlich es werden müsse, den constituirenden Reichstag, dessen Zusammentritt bevorstand, sich selbst und den wiener Wortführern zu überlassen. Erzherzog Johann freilich hatte weder großes Verlangen nach dem ihm übertragenen Posten gezeigt, noch erwies er sich als demselben gewachsen. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Wien sah er sich schon genöthigt, dem Bürgerausschuß das Ministerium Pillersdorf zum Opfer zu bringen. Am 8. Juli ward es durch ein Cabinet Wessenberg ersetzt, in welchem allerdings — und zwar gegen den Willen des Bürgerausschusses — der Finanzminister Kraus und der Kriegsminister Latour verblieben, Pillersdorf hingegen, Sommaruga und Baumgartner im Ministerium des Inneren, des Unterrichtes und der öffentlichen Arbeiten durch Bach, Schwarzer und Hornbostl ersetzt wurden, so daß die Radicalen, zu denen auch Doblhoff gehörte, die Mehrheit hatten. Die Bestätigung dieses Ministeriums verzögerte sich einige Tage, weil Erzherzog Johann zwischendurch nach Frankfurt reiste, um dort sein Amt als Reichsverweser anzutreten. Nach seiner Rückkehr eröffnete er am 22. Juli den Reichstag, der für die deutschslawischen Länder eine neue Verfassung ausarbeiten sollte, während gleichzeitig — schon seit dem 2. Juli — in Pesth die Vertreter der östlichen Reichshälfte versammelt waren. So schien sich eine gewisse Beruhigung überall wieder einzustellen. Nur ein Theil der östreichischen Monarchie war jetzt noch im offenen Aufstande gegen den Kaiser begriffen und deshalb weder hier noch dort vertreten: die italienischen Provinzen. Aber auch hier wandte sich das Glück den kaiserlichen Waffen zu und zerstörte grausam die Hoffnungen, deren Erfüllung die Patrioten der Halbinsel eine Zeitlang schon ganz gesichert gewähnt hatten.

Ministerium Wessenberg.

Die Reichstage in Wien und Pesth.

Oestreich und die italienische Revolution.

Unruhen in Mailand.

Die allgemeine Gährung, die während der letzten Jahre Italien ergriffen hatte, war auch in der Lombardei sichtbar genug hervorgetreten. Seit dem Beginn des Jahres 1848 verging in Mailand und den anderen großen Städten fast kein Tag ohne irgend eine Reiberei zwischen den Bürgern und den östrei-

chischen Soldaten oder Beamten. Den Anlaß dazu boten meistens die Spottreden und Belästigungen, mit welchen die Italiener Jeden verfolgten, der sich mit brennender Cigarre öffentlich sehen ließ, und dadurch den Plan der Patrioten durchkreuzte, die durch Enthaltung vom Taback und Lottospiel den Staat in zwei seiner ergiebigsten Einnahmequellen zu schädigen gedachten. Wiederholt hatte bei solchen Gelegenheiten das Militär von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht, und das geschäftige Gerücht unterließ nicht, die Zahl der Getödteten und Verwundeten beträchtlich zu übertreiben. Dem militärischen Oberbefehlshaber in dem Königreiche, dem Grafen Radetzky, fehlte es trotz seiner 82 Jahre nicht an kräftiger Entschlossenheit; warnend verkündigte er durch Generalbefehl vom 18. Januar, daß er gegen jeden Feind von außen oder innen bereit stehe. Aber lauter als diese Mahnungen schlugen an das Ohr der Lombarden die Nachrichten, die aus Sicilien den Aufstand in Palermo und die Räumung der Insel, aus Neapel die Ernennung liberaler Minister und das Versprechen einer Verfassung und bald auch aus den anderen Hauptstädten der Halbinsel die Einwirkung dieser Ereignisse und ihre gleichartigen Folgen meldeten. Unmöglich konnte ja in Turin, in Rom und Florenz, wo die Regierungen im bedächtigen Vorschreiten auf der Bahn vorsichtiger Besserungen begriffen waren, der plötzliche Umschwung in Neapel spurlos vorübergehen; unmöglich konnten die Liberalen es hier sich gefallen lassen, mit einem Male an Erfolgen von ihren süditalienischen Parteigenossen überholt zu werden. In Turin ergriffen zuerst die Vertreter der Presse das Wort. Den Grafen Cavour an der Spitze erbaten sie vom Könige am 5. Februar eine Verfassung; die städtischen Behörden von Turin schlossen sich der Forderung an; dasselbe Verlangen ertönte im ganzen Lande. So entschloß sich Carl Albert, bereits am 8. ein Grundgesetz zu verkünden, aus dem durch eine Umarbeitung die am 5. März veröffentlichte Verfassung hervorging. Der Großherzog von Toscana wartete nun auch nicht länger und gab seinen Unterthanen am 11. Februar eine Constitution. Nicht so leicht wurde es bei den schwierigen Verhältnissen des Kirchenstaates dem Papste, ähnlichen Forderungen nachzukommen; indeß bewilligte er doch als Abschlagszahlung sofort den Eintritt von drei Laien in das Ministerium, und verdoppelte diese Zahl sogar, als im Laufe des Monats die Bewegung stieg. Den Vorsitz im Cabinet übertrug er am 10. März dem Cardinal Antonelli; unter den Laien waren [illegible]rini und der Kriegsminister Durando die bedeutendsten. Das [illegible]ndgesetz für die weltliche Regierung des Kirchenstaates, [illegible]ches vier Tage später erschien, ordnete eine Volksvertretung [illegible] zwei Kammern an, beließ aber außerdem auch das Cardinals[illegible]llegium unter dem Namen eines Senates als politische Körper[illegible]ft. Das drohende Gespenst der Republik, welches durch die [illegible]twickelung in Frankreich auch den italienischen Fürsten nahe

Das übrige Italien.

genug trat, machte sie äußerst gefügig gegen alle Aeußerungen der Volkswünsche. In Neapel zeigte sich das in sehr nachtheiliger Weise in den häufigen Ministerveränderungen. Auch den Sicilianern gegenüber ging König Ferdinand bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit. Ruggiero Settimo, der Präsident der revolutionären Regierung, wurde von ihm am 6. März als Statthalter und seine Collegen als Minister für Sicilien bestätigt. Aber die Forderungen der Insulaner gingen auf völlige Trennung ihres Landes von dem festländischen Königreiche; nur darin wollten sie der bisherigen Verbindung etwa noch Rechnung tragen, daß sie einen jüngeren Sohn des Königs zum Herrscher anzunehmen bereit waren. Einem so ausschweifenden Verlangen versagte selbst Lord Palmerston seinen Beifall, und Lord Minto, der noch immer in außerordentlicher Sendung Italien durchreiste, begab sich mit einer englischen Flotte nach Palermo, um die Führer der Bewegung zur Mäßigung zu veranlassen. Alles, was er erreichte, war, daß sie sich zu einer Personal-Union, etwa gleich der zwischen Schweden und Norwegen, verstanden, ein Anerbieten, auf das König Ferdinand nicht wohl anders als durch eine unbedingte Ablehnung antworten konnte, was er am 22. März auch that. Das Gewicht, welches Neapel bei der Gestaltung Italiens in die Wagschale zu werfen hatte, wurde durch diesen Zwiespalt zwischen den beiden Hälften des Reiches natürlich sehr gemindert, während die Bedeutung Sardiniens und des Königs Carl Albert in demselben Maße stieg. Ueberdies rückte auch die geographische Lage das norditalienische Königreich, den unmittelbaren Grenznachbar Oestreichs, in den Vordergrund des politischen Interesses. Wenn die Lombarden den Vorgängen auf der ganzen Halbinsel mit ängstlicher Spannung folgten, so lauschten sie doppelt aufmerksam über den Tessin hinüber, sowie sie andererseits von dort aus auf das sorgsamste beobachtet wurden. Während in den letzten Tagen des Februar Carl Albert mit seinen Unterthanen eine Reihe großartiger Volksfeste zu Ehren der neuen politischen Gestaltung feierte, wurde in der Lombardei und Venetien am 22. Februar das Standrecht verkündigt, und ein Beobachtungscorps von 12,000 Mann, das Radetzky an der Grenze aufstellte, lehrte genugsam, wessen man sich in Mailand von dem Nachbar versah. Gleichwohl trug Carl Albert gerechtes Bedenken, sich vorschnell in ein gefährliches Unternehmen einzulassen und auch das nationalgesinnte Ministerium, das Cesare Balbo am 8. März bildete, wies die Hülferufe der flüchtigen Lombarden vorsichtig zurück. Erst mußten diese selbst den Beweis liefern, daß es ihnen Ernst mit dem Abfall von Oestreich sei, ehe sie Ermuthigung und Beistand von Turin erwarten konnten. So lagen die Verhältnisse, als die wiener Märzrevolution die Metternich'sche Herrschaft zu Fall brachte.

Sardinien und Oestreich.

Revolution in Mailand.

Kaum waren die ersten Nachrichten von diesem Ereignisse am Abend des 17. März in Mailand bekannt geworden, so gingen

die Patrioten ans Werk. In geheimen Versammlungen wurden die Männer erkoren, welche an die Spitze treten sollten, in erster Linie der Bürgermeister der Stadt, Graf Casati. Maueranschläge mit weitgehenden, wenn auch loyalen politischen Forderungen, steigerten die Erregung. Am Morgen des 18. begab sich ein Volkshaufe in den Palast des Vice-Statthalters O'Donnell, zwang ihn, den städtischen Behörden seine Vollmacht zu übertragen, und nahm ihn gefangen. Wenige Stunden zuvor hatte O'Donnell noch an Radetzky das Ersuchen gerichtet, die Aufregung doch ja nicht durch Entwickelung militärischer Kräfte zu erhöhen. Radetzky hatte ihm widerwillig bis dahin gewillfahrt. Jetzt zog er sofort seine Streitkräfte, die aus etwa 10,000 Mann bestanden, zusammen und ein erbitterter Straßenkampf begann. Trotz einzelner Vortheile, die sie errangen, vermochten die Truppen aber weder an diesem Tage noch am 19. März den Sieg zu gewinnen; Radetzky änderte in Folge dessen seinen Plan, zog die Soldaten in der Nacht zum 20. aus der Stadt heraus und schickte sich an, diese zu beschießen. Auch von diesem Vorhaben aber stand er ab, als ihm von allen Seiten die Nachricht zulief, daß auch in den anderen Städten der Aufstand ausgebrochen sei. Da obendrein der Einmarsch der Piemontesen nach seiner Meinung jeden Tag erfolgen konnte, hielt er es für unerläßlich, sich auf Verona und Mantua zurückzuziehen, ehe auch diese Vesten gefallen und so der Rückzug ihm verlegt sei. Schon am 22. März trat er den Marsch gegen den Mincio an und erreichte glücklich, ehe es zu spät war, die beiden schon bedrohten Waffenplätze, deren schwache Besatzungen sich nicht mehr lange hätten halten können. Denn durch das ganze Land hatte sich mit unglaublicher Schnelligkeit die Erhebung verbreitet und überall fast über die bestürzten östreichischen Generale einen schnellen Sieg davongetragen. Selbst in Venedig wich der Befehlshaber, Graf Zichy, kraftlos dem Andrängen der Patrioten, an deren Spitze der Advocat Manin stand. Schon am 22. wurde die Stadt geräumt und am 23. durch Manin die Republik des heiligen Marcus erneuert. Auch über die Grenzen des östreichischen Königreiches griff die Bewegung hinüber; aus Modena flüchtete der Herzog sich am 20. März nach Mantua; in Parma sagte sich der Herzog von dem östreichischen Bündniß los, verhieß eine Verfassung und mußte trotzdem zu Anfang April fliehen; in Toscana erklärte schon am 21. der Großherzog, die Stunde der Wiedergeburt sei gekommen, und erlaubte seinen Soldaten und Freiwilligen, den Lombarden zu Hülfe zu eilen. Selbst in Rom und Neapel verlangte die Volksstimme mit solchem Ungestüm den Krieg gegen Oestreich, daß die Regierungen sich dieser Forderung nicht entziehen konnten. Schon am 24. März marschirte das päpstliche Heer unter der Führung Durandos an die Nordgrenze des Kirchenstaates und der Papst ertheilte den Ausziehenden seinen Segen. Wenige Tage darauf folgten 14,000 Neapolitaner, von Wilhelm Pepe geführt, dem Revolutionär von 1820. Vergeblich

Radetzkys Rückzug.

Die Republik Venedig.

Das übrige Italien.

stellte selbst der englische Gesandte dem König Ferdinand vor, daß er ja gar keinen Grund zum Krieg mit Oestreich habe und durch die Beförderung von Freiwilligen — die auf Staatskosten dem Heere über Livorno vorauseilten, ohne daß doch schon der Krieg erklärt war — das Völkerrecht verletze. Der König, der sich mit einem Male „als Italiener und Soldat“ fühlte, beharrte auf seinem Willen, nicht zum wenigsten wohl deshalb, weil er Carl Albert das Feld nicht allein überlassen wollte. Auch bei diesem hatte Lord Palmerston es nicht an Ermahnungen zum Frieden fehlen lassen, aber nur mit kurzem Erfolg. Während der lombardische Graf Arese noch am 20. März ohne Hoffnung auf Hülfe Turin verlassen mußte, beschloß der Ministerrath am 23. den Einmarsch in die Lombardei, der denn auch mit solcher Schnelligkeit vollzogen wurde, daß am 26. bereits die ersten Piemontesen in Mailand standen. In seinen Ansprachen verkündigte Carl Albert, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo Italien sich selber helfen werde (L'Italia farà da se); nicht zum Voraus wolle er sich Zugeständnisse ausbedingen, sondern den Lombarden, Parmesanen und Modenesen volle Freiheit lassen, nach Erringung des sicheren Sieges über sich selbst zu bestimmen. Bis gegen den Mincio hin fanden die sardinischen Truppen keinen nennenswerthen Widerstand; auch den Uebergang über diesen Fluß, der ihnen am 8. April bei Goito bestritten wurde, erzwangen sie noch in vierstündigem Gefecht, bei dem sich der Bersaglieri-Oberst La Marmora besonders auszeichnete. Damit hatte jedoch das Vorrücken ein Ende; die Angriffe auf Peschiera und Mantua, die im zweiten Drittel des April stattfanden, scheiterten völlig und liefen in eine bloße Einschließung aus, an der sich vor Mantua etwa 10,000 Mann aus Toscana und den Herzogthümern betheiligten. Nördlich von Verona drangen die Italiener durch das Gefecht von Pastrengo am 30. April zwar bis an die Etsch vor und hoben die Verbindung jener Festung mit Tyrol auf; aber mehr, als dadurch gewonnen wurde, ging bei dem Hauptheere durch die Schlacht von Santa Lucia am 6. Mai verloren. Mit großer Tapferkeit hatte das piemontesische Centrum dieses auf dem Bergrande des rechten Etsch-Ufers eine halbe Stunde von Verona gelegene Dorf genommen; allein um so härter waren die beiden Flügel bedrängt, deren Vernichtung nur durch rechtzeitigen Rückzug abgewendet wurde. Seit diesem Tage, an dem die östreichischen Erzherzöge Franz Joseph und Albrecht die Feuertaufe erhielten, verzichteten beide Heere für etwa drei Wochen auf jeden Angriff.

Einmarsch der Piemontesen. *Treffen bei Goito.* *Pastrengo.* *Santa Lucia.*

Die Lombardei.

Politisch war diese Pause für die Italiener höchst nachtheilig. In der Lombardei hatte die republikanische Partei Zeit, sich zusammen zu finden und gegen die Vereinigung mit Piemont zu wühlen. Mazzini erschien selbst an Ort und Stelle, und seinen Gesinnungsgenossen war die Unthätigkeit Carl Alberts, der nicht einmal fähig sei, den schon besiegten Oestreichern den letzten Stoß

zu geben, ein unerschöpfliches Thema für ihre Volksreden. Und dabei geschah doch von ihrer Seite Nichts, was eine kräftige Kriegführung hätte ermöglichen können. Der Zuwachs, welchen das sardinische Heer aus der Lombardei durch Freiwillige und mittelst der Aushebung erhielt, war gering an Zahl und noch geringer an Brauchbarkeit. Bedenklicher noch war es, daß in diesen Wochen auch die übrigen italienischen Fürsten anfingen, sich von der nationalen Sache zurückzuziehen. Die sardinische Politik war daran nicht ohne Schuld. Durch freiwillige Abstimmungen, die in Modena und Parma veranstaltet wurden und große Mehrheiten für die Vereinigung mit Piemont ergaben, erweckte sie die Eifersucht und den Neid der anderen Fürsten und steigerte die argwöhnische Furcht derselben noch durch die Weigerung, Abgesandte zu einem Congreß zu schicken, der in Rom unter des Papstes Vorsitz die Grundzüge eines italienischen Bundes feststellen sollte. Den Großherzog von Toscana mußte es insbesondere noch erbittern, daß Carl Albert einzelne Theile Parmas, die sich für den Anschluß an Toscana ausgesprochen hatten, militärisch besetzen ließ, also nicht einmal diese kleinen Striche dem Nachbar gönnte. Der Papst sah mit großem Mißfallen, daß sein General Durando, den er übrigens angewiesen hatte, mit Carl Albert zusammen zu wirken, am 21. April wirklich über den Po ging und erst vor Mantua Stellung nahm, dann aber durch das Venetianische gegen den Piave rückte, um den nahenden östreichischen Verstärkungen unter Nugent den Weg zu verlegen. Den bitteren Empfindungen, mit welchen Pius diese entscheidende That begleitete, machte er Luft in einer Allocution, die er am 29. April an die Cardinäle richtete, und in der er weit die Absicht von sich wies, Oestreich den Krieg zu erklären, da es vielmehr seines Amtes sei, alle Völker mit gleicher väterlicher Liebe zu umfassen. Aber Handlungen entsprachen Dank den lebhaften Kundgebungen der Römer diesen Worten nicht. Vielmehr war die nächste Folge der päpstlichen Allocution der Rücktritt des bisherigen Ministeriums und seine Ersetzung durch ein noch liberaleres unter dem Vorsitz des Grafen Mamiani, der Farini in das Hauptquartier Carl Alberts sandte und die römischen Truppen förmlich dem Befehle des Königs unterstellen ließ. Die moralische Wirkung der Allocution blieb trotzdem eine sehr bedenkliche, und je höher der Papst bis dahin als der Vorkämpfer der italienischen Unabhängigkeit in den Augen der Nation gestanden hatte, um so mehr mußte es jetzt alle Patrioten verwunden und alle Reactionäre erfr en, daß er so unverhohlen seine Sache von der seines Volkes tr nte.

Die sardinische Politik.

Der Papst.

Der König von Neapel ging noch einen starken Schritt weiter al der Papst. Zum 15. Mai hatte er das Parlament berufen, w hes die Verfassung vom 10. Februar durchberathen sollte. T z der Veränderungen, denen sie dabei noch ausgesetzt war, l es im Plane, sie vorher von dem Könige so gut wie von den

Neapel.

Abgeordneten beschwören zu lassen. Dahinter erblickten nun die Radicalen eine List, deren Zweck sei, jede Verbesserung des Entwurfes zu verhindern; und obgleich der König viel Entgegenkommen zeigte, und Vorbehalte im Sinne der Abgeordneten bei der Eidesleistung zu gestatten bereit war, so wußten die Parteiführer das Volk dergestalt aufzuregen, daß es Barrikaden erbaute und die Regierung zwang, die Truppen zusammen zu ziehen. Wirklich Gewalt anzuwenden lag deshalb keineswegs in Ferdinands Absicht und noch weniger wollte die Versammlung es zum Bruche treiben. Aber mächtiger als beide erwiesen sich die hetzenden Republikaner. Als die Truppen eben aus den besetzten Straßen in ihre Casernen zurückgeschickt wurden, fielen von einer Barrikade ein paar scharfe Schüsse, die der Pöbel mit lautem Beifall begrüßte. Nun blieb auch das Militär die Antwort nicht schuldig, und binnen kürzester Frist war der Kampf allgemein. Das Ministerium wollte die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen und zog sich zurück; Ferdinand aber glaubte sich jetzt in seinem Rechte und ertheilte persönlich die nöthigen Befehle. Nach einem heißen Kampfe — die Gesammtzahl der Opfer auf beiden Seiten belief sich auf etwa tausend — blieben die Truppen Sieger, die Volksvertretung wurde, als ob sie mitschuldig gewesen, aufgelöst und ein immer noch liberales, aber doch gemäßigtes und vor Allem particularistisch-neapolitanisches Ministerium (Cariati-Bozzelli) eingesetzt. Die bedeutsamste Folge dieses Wechsels war, daß Pepe den Befehl erhielt, mit seinen 14,000 Mann sofort zum Schutze Neapels zurückzukehren; zwar entschloß sich der Führer selbst nach längerem Schwanken, nicht zu gehorchen, und etwa 1500 Mann, darunter einige tüchtige Offiziere wie Cosenz, folgten seinem Beispiel; aber der Haupttheil des Heeres kam der Weisung nach, und Carl Albert verlor grade um die Zeit, wo Radetzky große Verstärkungen bekam und sich zu einem entscheidenden Schlage rüstete, diesen Zuzug, auf den er sicher gerechnet hatte.

Diplomatische Verhandlungen.

Radetzky aber zögerte um so weniger, die Gunst des Augenblickes zu benutzen, als er mit Besorgniß und Unwillen die Nachgiebigkeit bemerkte, zu welcher das wiener Ministerium neigte. Wirklich war dasselbe entschlossen, schlimmsten Falls die ganzen italienischen Besitzungen fahren zu lassen und nur einen Theil der drückenden Staatsschuld auf sie abzuwälzen; gelang es, etwa Venetien mit der Mincio-Linie zu retten, so schien das schon ein großer Gewinn; und vollends die Möglichkeit, durch die Gewährung der reinen Personal-Union die Lombarden zu befriedigen, galt für gar kein Opfer mehr. Mit diesem letzten Vorschlag versuchte man es also zuerst. Am 10. April reiste Graf Hartig mit außerordentlicher Vollmacht von Wien ab und gab durch einen Aufruf vom 19. den Italienern die kaiserlichen Zugeständnisse kund; schon einige Tage früher hatte der Minister des Auswärtigen, Ficquelmont, das englische Cabinet um seine Vermittlung

gebeten. Aber der Wirrwar in Wien und der günstige Stand der italienischen Sache im Monat April veranlaßten sowohl England wie die Italiener, die östreichischen Vorschläge kurzweg abzulehnen. Beachtenswerth fand man es erst, als sie die Abtretung der Lombardei zugestanden, ein Anerbieten, mit dem Baron Hummelauer am 14. Mai nach London geschickt wurde. Auch jetzt aber spielte Lord Palmerston noch den Spröden und suchte wenigstens ein Stück von Venetien für Carl Albert auszubedingen; denn Oestreichs Ohnmacht galt ihm für so zweifellos, daß er nur nach dessen Seite und nicht auch nach der italienischen hin zu drücken für nöthig fand. Um so dankenswerther mußte der Beweis sein, daß der Kaiserstaat doch noch im Stande sei, es mit seinem Gegner aufzunehmen.

Der Kriegsschauplatz.

Wochenlang hatte Radetzky darauf gewartet, daß ihm endlich Graf Nugent das Hülfsheer von reichlich 20,000 Mann zuführe, das im Friaul sich gesammelt hatte. Langsam war dasselbe über den Piave vorgedrungen, hatte Durando und La Marmora, der im Venetianischen den Oberbefehl führte, zurückgetrieben, und erst als Nugent erkrankte und durch den Grafen Thurn ersetzt wurde, einen schnelleren Schritt eingeschlagen, so daß es am 22. Mai mit Radetzky Fühlung gewann. Dieser raffte sofort Alles, was vor Verona entbehrlich schien, etwa 40,000 Mann, zusammen und zog damit an der italienischen Front entlang nach Mantua, wo er am 28. eintraf. Am Morgen des nächsten Tages fiel Fürst Felix Schwarzenberg aus der Festung aus und verjagte die Toscanesen, welche westlich davor lagen, in schwerem Kampf aus Curtatone; dann machte das Heer eine Rechtsschwenkung nach Norden und griff mit seinem rechten Flügel am 30. Goito an, während der linke die Straße nach Brescia abschneiden und so den Feind zwischen Mincio und Etsch einschließen sollte. Allein so vortrefflich der Plan auch war, so mißlang er doch. Trotz aller Tapferkeit war Benedek nicht im Stande, Goito zu nehmen und mußte sich Abends wieder zurückziehen; daß obendrein an demselben Tage Peschiera aus Mangel an Lebensmitteln sich ergab, vereitelte das ganze Vorhaben. Radetzky aber ließ sich nicht entmuthigen, sondern schritt sofort zu einem neuen Unternehmen. Mit großer Schnelligkeit ließ er den größten Theil seines Heeres über Mantua und Legnago auf Vicenza losrücken, griff hier mit doppelter Uebermacht am 10. Juni den General Durando und seine 16,000 Mann starken Truppen an, warf sie nach schweren Kämpfen in die Stadt hinein, und zwang sie am nächsten Tage zur Capitulation, indem er [illegible]hnen gegen das Gelöbniß dreimonatlicher Neutralität freien A[illegible]ug in den Kirchenstaat zugestand. Sein linker Flügel unter W[illegible] den vollendete darauf die Unterwerfung des Friaul, während de[illegible] rechte unter Thurn weniger erfolgreiche Streifzüge in Südty[illegible]l machte, und der Marschall selbst auf's Neue seine Stellung in [illegible]erona einnahm.

Wiederbeginn des Kampfes. — Peschiera. — Vicenza.

Neue Verhandlungen.

[illegible]nter diesen Umständen konnte im östreichischen Hauptquartier

natürlich keine Neigung herrschen, einen Waffenstillstand mit dem Feinde abzuschließen, wie es von Innsbruck aus und von dem neuen Minister des Auswärtigen, Baron Wessenberg, befohlen wurde. Den Wiedererwerb der Lombardei faßten die östreichischen Staatsmänner, als ob er doch unmöglich sei, gar nicht mehr ins Auge; aber sie hätten gern die Vereinigung des Landes mit Piemont verhindert. Darin trafen sie zusammen mit den Wünschen der französischen Regierung, deren Minister des Auswärtigen, Bastide, offen heraus sagte, daß nur die Republiken Mailand und Venedig Anspruch auf französischen Schutz hätten. England hingegen zog grade deshalb, weil es in Oberitalien eine Mauer gegen Frankreich zu errichten wünschte, die Verschmelzung der Lombardei mit Carl Alberts Königreiche vor. Wenn es dadurch in einen starken Gegensatz zu den Interessen Oestreichs trat, so lag für Wessenberg der Gedanke nahe, die Vermittlung, die Hummelauer nachgesucht und Palmerston am 3. Juni angenommen hatte, nachträglich unter geeigneten Formen abzulehnen und sich unmittelbar an die vorläufige Regierung in Mailand zu wenden. Er entsandte zu diesem Zwecke am 13. Juni den Herrn von Schnitzer und bot einen Waffenstillstand sowie — gegen Uebernahme eines Theiles der Staatsschuld — die völlige Unabhängigkeit der Lombardei an. Allein die vorläufige Regierung war gar nicht mehr in der Lage, auf diese Vorschläge einzugehen.

Anschluß der Lombardei an Piemont.

Am 29. Mai war nämlich in der ganzen Lombardei die Abstimmung beendet worden, welche mit ungeheuerem Uebergewicht (560,000 gegen kaum 700 Stimmen) den unverweilten Anschluß an Piemont entschieden hatte. Zwar stand die Genehmigung des turiner Parlamentes noch aus — sie erfolgte erst am 27. Juni —, aber Carl Albert hatte doch angenommen, und jedenfalls war die mailänder Regierung gebunden. Graf Casati lehnte also am 18. Juni Schnitzers Eröffnungen ab. Gewandt genug stellte er dabei in den Vordergrund die Erklärung, daß die Unabhängigkeit der Lombardei nicht genüge, daß auch Venetien von Oestreich aufgegeben werden müsse.

Anschluß Venetiens.

Den Venetianern aber wurde durch diese Vorgänge recht nachdrücklich vor die Seele geführt, daß sie der am meisten gefährdete Theil seien, eine Lehre, deren Ernst durch den Fall von Vicenza und durch Weldens Erfolge noch eindringlicher wurde. Auch dem glühendsten Republikaner konnte doch darüber kein Zweifel bleiben, daß trotz aller schönen Worte der französischen Staatsmänner Venedig zuletzt das Eigenthum des Siegers, also der Oestreicher oder Carl Alberts, werden müsse. Klugheit und Patriotismus geboten also gleichmäßig, Alles zu thun, um den Letzteren — dessen Herrschaft doch schlimmsten Falls das kleinere Uebel war — zu unterstützen, mit anderen Worten, den Anschluß an Sardinien nach Mailands Vorgang auszusprechen. So schwer dies Manin und seinen Genossen auch wurde, so fügten sie sich doch der Nothwendigkeit und beriefen zum 3. Juli eine Landesversammlung, die mit 127 gegen

6 Stimmen die Vereinigung mit dem norditalienischen Königreiche beschloß.

Alles das schob die Gedanken an einen friedlichen Ausgleich in blaue Ferne; aber auch Radetzky that das Seine, um dieselben aus der Welt zu schaffen. Fürst Felix Schwarzenberg mußte aus dem Hauptquartier nach Innsbruck reisen und vorstellen, daß eine Verstärkung der italienischen Armee weit mehr in Oestreichs Interesse sei als Waffenstillstandsanerbietungen. Er konnte diese Vorstellungen mit dem Hinweis auf die Einnahme von Vicenza unterstützen und fand zudem einen kräftigen Beistand in der öffentlichen Meinung in Deutsch-Oestreich, die von keinem Verzicht wissen wollte, und an dem erhöhten Selbstbewußtsein, das Windischgrätzens Sieg in Prag auch den Regierungskreisen einflößte. Die Vermittlungs- und Friedensgedanken wurden aufgegeben und Radetzky erhielt freie Hand. Doch war nicht er es, der die zweite Pause in der Kriegführung, die seit dem 10. Juni eingetreten war, beendete, sondern Carl Albert eröffnete am 12. Juli von Neuem den Kampf. Während er die eine Hälfte seines Heeres unter General Sonnaz um Peschiera stehen ließ, rückte er mit der anderen unter Bava gegen Mantua und umzingelte diese Festung; nur schwache Truppentheile verbanden die beiden Hälften. Dies machte sich Radetzky zu Nutze. Ohne großes Gewicht darauf zu legen, daß Carl Albert ihm am 18. den Mincio-Uebergang bei Governolo (nahe der Mündung des Flusses) entriß, beschloß er, für den 23. einen Stoß in das kraftlose Centrum des Feindes. Begünstigt von einem furchtbaren Unwetter rückte er in der Nacht von Verona gegen Sommacampagna vor und warf den Feind in lebhaftem Gefechte nordwestlich auf Peschiera zurück, während er selbst bis an den Mincio vordrang und in der Nacht zum 24. bei Salionze Brücken schlug. Dadurch war die piemontesische Armee zerrissen; nur auf dem westlichen Mincio-Ufer konnte die Verbindung ohne Gefahr wiederhergestellt werden. Sonnaz schlug diesen Weg ein und eilte südwärts gegen Goito Carl Albert entgegen; dieser hingegen wollte voll Ungestüm die Oestreicher durch directen Angriff aus ihren neuen Stellungen werfen und stürmte am 24. von seinem Lager vor Mantua nordwärts. Ein erster Triumph war ihm beschieden; bei Custozza stießen die Seinen auf die Brigade Liechtenstein, die Radetzky von Legnago her herbeigerufen hatte, brachten dieser die schwersten Verluste bei und bemächtigten sich des Höhenzuges von Sommacampagna bis Custozza. In Folge dessen standen die beiden Heere in der wunderlichsten Ordnung einander gegenüber, Radetzky bei Valeggio an den Mincio gelehnt, mit der Front gegen Südost, das feindliche Peschiera hinter sich; Carl Albert mit dem Rücken gegen Mantua, durch den Mincio von Sonnaz getrennt, mit der Front nach Nordwesten. Er hatte nur 20,000 Mann zur Verfügung, der Feind gebot über 35,000. So begann am 25. Juli die Schlacht bei Custozza. Wäre es

Wiederbeginn des Kampfes.

Custozza.

dem Könige gelungen, Valeggio zu nehmen und so die Verbindung mit Sonnaz herzustellen, so hätte der Sieg sich auf seine Seite neigen mögen. Aber alle Anstrengungen waren vergebens; vergebens auch war es, daß auf dem rechten Flügel bei Sona der Herzog von Genua und im Centrum bei Custozza sein Bruder, der Kronprinz Victor Emanuel, heldenmüthig fochten; der gewaltigen Uebermacht erlagen sie und gegen Abend mußte der Rückzug über Villafranca auf Goito angetreten werden. Er vollzog sich in guter Ordnung und die Verluste waren nur mäßig, geringer als die der Oestreicher, angeblich kaum 900 Mann, gewesen. Trotzdem war es eine unzweifelhafte Niederlage und als der Mincio überschritten wurde, zeigten sich schon die Anfänge der Entmuthigung. Ein verhängnißvoller Fehler am nächsten Tage vergrößerte das Unglück. Um Radetzky, der bei Valeggio den Fluß überschritten hatte, zu verhindern, den Rücken der Italiener zu bedrohen, erhielt Sonnaz Befehl, das nördlich von Goito gelegene Volta zu nehmen. In einem furchtbaren Straßenkampfe in der Nacht zum 27. Juli suchte er diese Aufgabe zu lösen, und scheiterte daran. Dies gab der entkräfteten Armee den Rest; der Rückzug artete in völlige Flucht aus; auch der tüchtige Bava, dem Carl Albert jetzt den Oberbefehl übergab, konnte ihr kein Halt gebieten. Ein Gesuch um Waffenstillstand mit dem Oglio als Trennungsmarke wies Radetzky mit der Forderung der Adda-Linie zurück; diese anzunehmen oder über den Po zu gehen, durfte Carl Albert aus politischen Gründen nicht wagen. Unaufhaltsam ging deshalb die Flucht bis Mailand zurück; in der Frühe des 3. August traf der König dort ein, den feindlichen Vortrab auf den Fersen. Und auch hier konnte von einer längeren Vertheidigung nicht die Rede sein; denn Nichts war für diesen Fall vorgesehen. Zwar suchte das Volk mit Gewalt den König an Verhandlungen zu hindern; in seinem Palaste wurde er belagert und mit dem Tode bedroht; bis zum Aeußersten wollte man Widerstand leisten und lieber unter den Trümmern der Stadt zu Grunde gehen. Aber die Macht der Thatsachen war größer als der Ungestüm des Volkes. Schon am 5. August wurde die Uebergabe der Stadt vereinbart und in der Frühe des 6. verließ der „Verräther“ unter allgemeinen Verwünschungen mit seinen Truppen die Stadt, in seinem Gefolge gegen 60,000 Einwohner, welche die Rache des Feindes zu fürchten hatten. In den Alpenthälern wurde der Kampf von den Freiwilligenschaaren noch einige Wochen fortgesetzt; besonders Garibaldi, der seit Ende Juni aus Südamerika zurückgekehrt die Seele des Volkskrieges war, hielt sich tapfer zwischen dem Langen und dem Comer-See, bis ein unglückliches Treffen bei Murazzone am 26. August ihn zur Flucht nach Tessin zwang. Carl Albert dagegen schloß schon am 9. August in Vigevano als Einleitung zum Frieden einen Waffenstillstand auf 45 Tage mit General Heß, dem General-zum [illegible] Radetzkys, ab, und verpflichtete sich, nicht bloß die Lom-

Der Rückzug.

Räumung von Mailand.

Garibaldi.

bardei, sondern auch Parma, Modena und Venedig zu räumen. Das piemontesische Ministerium, das unter dem Vorsitz des Mailänders Casati am Tage von Custozza gebildet war und neben dem Venetianer Paleocapa auch Gioberti zu seinen Mitgliedern zählte, weigerte sich, diesen Schritt des Königs zu billigen und machte einem neuen Cabinet unter dem Vorsitze Revels Platz. Damit erlosch auch das Hülfegesuch, welches Pareto, der bisherige Minister des Aeußern, am 5. nach Paris gerichtet hatte. Die Geneigtheit, darauf einzugehen, war bei der französischen Regierung nicht eben groß gewesen; die Truppen, die zu ihrer Verfügung standen, waren nur gering an Zahl; die Möglichkeit eines Krieges am Rheine mußte sehr in Erwägung gezogen werden, und vor Allem, die Republikaner empfanden gar keine Neigung, dem gehaßten Carl Albert die Lombardei zu erobern. Viel eher waren sie geneigt, den flehenden Bitten der Mailänder und Venetianer zu willfahren und für die Unabhängigkeit dieser beiden „Nationalitäten“, vorausgesetzt, daß sie sich republikanisch einrichten würden, einzutreten. Allein ihr Hauptaugenmerk dabei blieb doch, nicht allzuviel zu wagen und sich nicht gar zu weit von England zu trennen. Mit diesem gemeinsam versuchten sie also, Oestreich zur Nachgiebigkeit zu bestimmen, oder vielmehr es bei seinen früheren Zugeständnissen festzuhalten. Den Verhandlungen, die deshalb gepflogen wurden, können wir indeß erst später unsre Aufmerksamkeit zuwenden, und verlassen Italien in diesem Zustande der unsicheren Ruhe, um zunächst die Lage Frankreichs zu betrachten.

Politische Lage.

Die Befestigung der französischen Republik.

Der 15. Mai.

Der Vollziehungs-Ausschuß unter Aragos Vorsitz, welcher von der constituirenden Versammlung wenige Tage nach ihrem Zusammentritt am 10. Mai erwählt worden war, erfreute sich von vornherein nicht des Beifalls der Radicalen und der Socialisten, deren unverrücktes Ziel es blieb, ihn zu stürzen und die Versammlung zu sprengen. Dem ersten Versuche in dieser Richtung sollte die weitverbreitete Theilnahme für Polen zum Vorwande dienen. Für den 15. Mai, als eben der Aufstand in Posen niedergeworfen war, stand eine Adresse polnischer Abgeordneter zur Verhandlung, die Wolowski, ein naturalisirter Franzose, überreichen und verteidigen wollte. Während die Sitzung ihren übrigen Verlauf nahm, sammelten sich vor dem Palaste ungeheure Schaaren Volkes, von Blanqui, Raspail, Huber u. A. geführt. Der Polizeipräsident Caussidière, der im Verdachte stand, ihnen geneigt zu sein, ließ sich nicht sehen, und der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, Courtais, verhandelte mit ihnen, statt Gewalt anzuwenden. Die Folge davon war, daß die Menge in den Sitzungssaal einbrach und die ganze Versammlung über den

Haufen warf. Nachdem Raspail eine wüthende Adresse zu Gunsten der Polen, Blanqui eine Milliarden-Steuer auf den Reichthum durch den Pöbel hatte genehmigen lassen, erklärte Huber die Nationalversammlung für aufgelöst und forderte zur Bildung einer neuen Regierung auf. Der republikanischen Ueberlieferung gemäß sollte diese aber nicht in dem Palast der Nationalversammlung, gegen den überdies schon die Truppen heranrückten, sondern im Stadthause thronen; dahin brach also die Menge auf. Doch die Herrlichkeit war nur von kurzer Dauer. Kaum hatten die neuen Machthaber, unter ihnen Albert, Barbès, Blanqui, Louis Blanc, Proudhon, Cabet, Raspail, das Sitzungsgebäude verlassen, so trafen vor demselben, durch einen schriftlichen Befehl des Präsidenten Buchez berufen, die ersten Legionen der National- und der Mobilgarde ein. Unverweilt setzten Lamartine und Ledru Rollin, welcher den angebotenen Sitz in der neuen Regierung verschmähte, an ihrer Spitze sich in Bewegung gegen das Stadthaus; durch mannigfachen Zuzug während des Marsches verstärkt, gelang es ihnen die Socialisten zu überrumpeln und ohne Kampf sich ihrer Häupter und des Stadthauses zu bemächtigen. Einen so schnellen Sieg hatte Niemand erwartet; ein Gefühl der Kraft und Sicherheit, wie sie es lange nicht gekannt, überkam die Partei der Ordnung; kräftige Maßregeln sollten das Errungene sichern.

Sicherheitsmaßregeln.

Caussidière und Courtais wurden abgesetzt, die republikanische Polizeigarde, die sich unzuverlässig erwiesen, umgestaltet und die bewaffnete Macht in der Hauptstadt auf 55,000 Mann gebracht. Auch gegen die Führer ging man entschlossen vor; von dem Gerichtshof zu Bourges, der damit betraut wurde, verurtheilt, büßten die Einen wie Barbès und Albert ihren Frevel mit Deportation, Andre wie Blanqui mit mehrjährigem Gefängniß; wieder Andre wie Louis Blanc entzogen sich der Bestrafung durch die Flucht. Die wichtigste Maßregel, die sich zum Schutz der Ordnung treffen ließ, war aber zugleich die schwierigste: es

Die Nationalwerkstätten.

galt die eigentliche Brutstätte der Verschwörungen, die Nationalwerkstätten, zu beseitigen. Gegen 120,000 Arbeiter faulenzten in diesen auf Staatskosten bei einem täglichen Solde von 2 Franken; die wöchentliche Zubuße der Staatskasse betrug zuletzt eine Million. In den Provinzen hätte man Tausende bei nutzbringenden Arbeiten verwenden können und wäre sie dann zugleich in der Hauptstadt los geworden; auch die Besitzer der großen Fabriken wünschten lebhaft Arbeiter heranzuziehen, da ihnen ihre Leute massenhaft davonliefen zu dem bequemeren Dasein in den Nationalwerkstätten. Die Regierung sann also darauf die letzteren zu schließen; aber sie traf dabei auf den entschlossensten Widerstand. Die Verhaftung des Directors der Werkstätten, Emil Thomas, und seine gesetzwidrige Abführung nach Bordeaux steigerte die Verbissenheit und den Ingrimm; die Weisung an die Arbeiter von 18 bis 20 Jahren, sich mit bestimmten Aufträgen in die Provinz zu begeben oder der Einstellung in das Heer gewärtig zu sein, stieß auf

offenen Ungehorsam und Vorbereitungen zu gewaltsamer Abwehr. Eine Abordnung, deren Sprecher ein gewisser Pujol war, stellte den Vollzugs-Ausschuß zur Rede; in dessen Namen antwortete Marie, muthig und unbedingt die gestellten Forderungen abweisend; zum Aeußersten bereit sammelten sich die Arbeiter am Abend des Tages (des 22. Juni) auf dem Pantheons-Platze und beschlossen den Aufstand. Die Nacht verging unter Vorbereitungen; am andern Morgen erstanden Barrikaden über Barrikaden. Aber auch die Regierung war gerüstet. Längst hatte Cavaignac einen vollständigen Feldzugsplan ausgearbeitet, der jetzt sofort ins Leben trat. Er selbst mit der Hauptmacht der Truppen besetzte den Eintrachtsplatz und deckte den Palast der Nationalversammlung; beim Stadthause führte Bedeau den Befehl, am rechten Seine-Ufer Lamoricière, am linken Damesme. Planmäßig wurde vorgegangen und manche Barrikade erobert; allein die Gefahr zu beseitigen gelang an diesem Tage nicht. Da faßte die National-Versammlung einen weisen Beschluß; auf Pascal Duprats Antrag verhängte sie Morgens am 24. den Belagerungszustand über Paris und übertrug Cavaignac die Dictatur. Mit äußerster Entschlossenheit machte dieser von seiner Gewalt Gebrauch; das Pantheon ward an diesem Tage erstürmt und das linke Seine-Ufer fast ganz unterworfen; vom Stadthaus war der Aufstand weit zurückgedrängt. Schon hoffte man, die Gegner soweit eingeschüchtert zu haben, daß sie versöhnlichen Zureden nachgäben; allein dieser Irrthum forderte am nächsten Morgen an zwei Stellen beklagenswerthe Opfer. Am linken Seine-Ufer bemächtigten sich (beim Thor von Fontainebleau) die Aufrührer des Generals Bréa, der Verhandlungen mit ihnen eröffnete, und ermordeten ihn auf scheußliche Weise; und in der Vorstadt St. Antoine fiel der Erzbischof Affre, als er in voller Amtstracht mit dem Friedenszweig über die Barrikaden zu den Aufständischen schritt, von einer Kugel, man weiß nicht welcher Partei. Ein mißverstandener Trommelwirbel war als Zeichen zum Wiederbeginn des Kampfes, der um des Erzbischofs willen eingestellt war, aufgefaßt worden, und einer der ersten Schüsse traf den muthigen Vermittler. Nun wollte Cavaignac von keinen Unterhandlungen mehr hören; überall ging es von Neuem zum Angriff, und überall war — wenn auch in verschiedenem Grade — die Ordnungspartei Siegerin. Am Abend des 25. war nur noch die festeste Burg des Aufstandes, die Vorstadt St. Antoine, in dessen Gewalt. Trotz ihrer verzweifelten Lage verweigerten die Vertheidiger die Unterwerfung auf Gnade und Ungnade, zu der ihnen [Ca]vaignac bis 10 Uhr Morgens am 26. Frist gab; ein Kampf [vo]n einer Stunde genügte sodann die Hauptmacht zu bezwingen; [nu]r in den Seitenstraßen setzte sich hier und da der Kampf bis [ge]gen Abend fort; aber schon um Mittag war die völlige Nieder[la]ge der Empörer entschieden.

Der Juni-Aufstand.

Freilich furchtbare Opfer hatte sie auf beiden Seiten ge-

fordert; niemals zuvor war mit solcher Heftigkeit in den Straßen von Paris gekämpft worden, wie in dieser viertägigen Junischlacht. Ob zwei, ob fünf, ob zehntausend Menschen gefallen waren, Niemand konnte es bestimmen; 12—14,000 Aufrührer lagen als Gefangene in den Casematten der Forts. Die Truppen beklagten den Tod nicht Bréas allein, sondern 6 andrer Generale; Bedeau, Damesme waren verwundet, Lamoricière zwei Pferde unter dem Leibe erschossen; auch Abgeordnete, unter ihnen Bixio, hatten den Tod gefunden; der Erzbischof Affre wurde von allen Parteien gepriesen und betrauert. Cavaignac aber war der Held des Tages. Als er am 28. seine Dictatur niederlegte, sprach die Nationalversammlung ihm den Dank des Vaterlandes aus und ernannte ihn zum Haupt der Vollziehungsgewalt und zum Cabinetspräsidenten. Mit dem Kriegsministerium betraute er Lamoricière, im auswärtigen Amte blieb angeblich bis zur Genesung Bedeaus, in Wirklichkeit aber auch darüber hinaus Bastide; Changarnier wurde Befehlshaber der Pariser Nationalgarde. Die Gefangenen in den Casematten wurden durch Beschluß der Nationalversammlung, da ein gerichtliches Verfahren bei ihrer Menge nicht möglich schien, theils sofort entlassen, theils (etwa 4400) zur Deportation verurtheilt, die extremsten Blätter, elf an der Zahl, unterdrückt, die Preß- und Vereinsfreiheit durch neue Gesetze eingeschränkt. Daß die Nationalwerkstätten jetzt geschlossen, unzuverlässige Legionen der Nationalgarde aufgelöst und allen Bürgern die Waffen abgefordert wurden, verstand sich von selbst. Der Schreck, den die überwundenen Gefahren jedem Besitzenden eingeflößt, erlaubte jetzt Maßregeln, ja heischte sie mit lauter Stimme, die ein halbes Jahr früher über Louis Philipps Regierung das einmüthigste Verdammungsurtheil heraufbeschworen hätten. Und kaum konnten die Nationalversammlung und Cavaignac der öffentlichen Meinung in solchen Beschränkungen der Freiheit genug thun. Denn war man wirklich sicher, daß die Gefahren überwunden seien? Konnten sie nicht jeden Augenblick von Neuem auftauchen? Wagte nicht nach Allem was vorgefallen, Proudhon noch eine Steuer im Betrag eines Drittels des reinen Einkommens zu beantragen und der Versammlung, die seine Rede durch Gelächter unterbrach, zuzurufen: Was ich sage, macht Sie jetzt lachen; aber was ich sage, das wird Sie umbringen!? Welcher Art die Stimmung im Lande war, lehrten die Ersatzwahlen. Schon die, welche nach dem Maiaufstande stattgefunden, hatten neben Extremen, wie Proudhon und Victor Hugo, Monarchisten wie Thiers und Changarnier in die Versammlung geführt; jetzt gesellten sich Molé, Bugeaud u. A. zu ihnen. Schon damals im Mai war auch der Name des Prinzen Louis Napoleon, der noch in London in der Verbannung lebte, in vier Departements aus den Wahlurnen hervorgegangen; aber wie er unmittelbar nach den Februartagen auf das Verlangen der vorläufigen Regierung Paris, wohin er geeilt war, sogleich wieder verlassen hatte, so hielt er es auch

Cavaignac Haupt der Vollziehungsgewalt.

Louis Napoleon.

vor dem Juni-Aufstande für gerathen, auf seinen Sitz zu verzichten, obgleich die National-Versammlung seine Wahl am 13. Juni gegen den Antrag des Vollziehungs-Ausschusses auf Befürwortung Jules Favres, Louis Blancs und anderer Radicaler bestätigt hatte; „wenn mir indeß das Volk Pflichten auferlegen sollte, „so hatte der Prinz damals an den Präsidenten geschrieben, „so werde ich sie zu erfüllen wissen.“ Jetzt wurde er bei den Ersatzwahlen im September abermals in 5 Departements gewählt; die Hauptstadt selbst gab ihm mehr als 110.000 Stimmen; und nun zauderte er nicht, unter Betheuerungen lebhafter Dankbarkeit für die Republik, die seine Verbannung beendet, am 26. September in die Versammlung einzutreten und die Ergebnisse seines einsamen Nachdenkens und seinen guten Willen in ihren Dienst zu stellen. So wenig Anhänger er unter den Volksvertretern hatte, so groß war seine Partei im Lande, zumal unter den Bauern. Diesen hatte die Republik bisher Nichts weiter gebracht als erhöhte Steuern und fortdauernde Unsicherheit; in ihren Augen war Cavaignac wohl ein geringeres Uebel als Raspail, die gemäßigte und honnette Republik erträglicher als die rothe; aber Vertrauen erweckte die eine so wenig wie die andre und Blendendes, Begeisterndes hatte der nüchterne Cavaignac durchaus nicht. Die langwierigen Verhandlungen, in denen vom 4. September an die Nationalversammlung in drei Lesungen die neue Verfassung berieth, fesselten die öffentliche Aufmerksamkeit auch nur wenig, und das Ergebniß derselben stieß in diesem Punkte diese, in jenem die andre Partei zurück. Die erregtesten Verhandlungen waren über drei Fragen geführt worden: ob man das Recht auf Arbeit jedem Franzosen gewährleisten, ob das Ein- oder das Zweikammersystem eingeführt werden, ob der Präsident der Republik aus der Volkswahl oder aus der Abstimmung der Nationalversammlung hervorgehen solle. Wie nicht anders zu erwarten stand, war das Recht auf Arbeit gestrichen, aber statt dessen doch der Republik die Aufgabe zugewiesen, das Dasein des dürftigen Bürgers durch Arbeit oder Unterstützung zu sichern; das Zweikammersystem war mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt, die Wahl des Präsidenten endlich dem Volke übertragen worden. Daß damit die Aussichten Louis Napoleons beträchtlich stiegen, wollte die Mehrheit nicht einsehen; nicht einmal der Antrag, sämmtliche Mitglieder der Familien, welche über Frankreich geherrscht, von der Bewerbung auszuschließen, erschien ihr nöthig; es stand also Nichts im Wege, daß der Neffe des Kaisers sich dem Volke zur Wahl am 10. December als Bewerber darbot. Der einzige ernstliche Gegner, der ihm gegenübertreten konnte, war Cavaignac; denn Lamartines glänzende Popularität war spurlos verschwunden, und die Ledru Rollin oder Raspail hatten höchstens in den großen Städten auf beträchtliche Stimmenzahlen zu hoffen. Gegen Cavaignac richtete sich folglich die ganze Arbeit der Bonapartisten, und wissentlich oder unwissentlich halfen ihnen dabei

Berathung der Verfassung.

Die Präsidentenwahl.

die radicalen Parteien. Ein beliebter Vorwurf wurde es, der Dictator habe den Juni-Aufstand absichtlich erstarken lassen, um sich desto besser als Retter aufspielen und den Vollziehungs-Ausschuß bei Seite schieben zu können. Mißgriffe Cavaignacs kamen hinzu; eine Liste von 5000 Personen, die er zu Nationalbelohnungen vorschlug, mußte zurückgezogen werden, weil auf ihr die Namen von Dieben und Hinterbliebenen von Mördern nachgewiesen wurden; diese „Pensionaire des Generals Cavaignac" waren für bonapartistische Federn wie Emile Girardin ein dankbares Wühlmittel. Ein Ministerwechsel, den der Präsident im October veranlaßte, verstimmte viele Republikaner, ohne die Monarchisten zu gewinnen; es half Nichts, daß Dufaure, der neue Minister des Innern, den Belagerungszustand in Paris endlich aufhob; das entfremdete wieder die Gemüther der Aengstlichen. Die Ehrgeizigen andrerseits unter den Conservativen so gut wie unter den Ultramontanen, ja selbst unter den Radicalen, wandten sich dem Bonaparte zu, weil sie unter ihm leichter zur Macht zu kommen hofften als unter dem starren Cavaignac; so erklärten sich Thiers, Molé, Montalembert, Odilon Barrot, Crémieux für Napoleon. Den Socialisten war großentheils Jeder recht, der Aussicht bot, den verhaßten Juni-Sieger zu stürzen; die Hauptschaar aber bildeten die Bauern und kleinen Bürger, die mit Begeisterung an dem Namen des Kaisers hingen und von dem Neffen auf Grund unaufhörlicher Versprechungen die Aufhebung des 45procentigen Steuerzuschlags hofften, welchen die Republik nun schon seit reichlich einem halben Jahr erhob. Unter solchen Umständen wurde am 10. December gemäß der Verfassung vom 4. November die Präsidentenwahl vollzogen; Bonapartes Sieg wurde mit ziemlicher Sicherheit vorausgesehen, aber einen so glänzenden Sieg hatte doch Niemand vermuthet. Von 7.300.000 Stimmen fielen fast $5^1/_2$ Million auf Louis Napoleon, nicht ganz $1^1/_2$ auf Cavaignac, auf Ledru Rollin 370.000, auf Raspail 37.000 und — 17.900 auf Lamartine; unter 86 Departements hatten nur vier in ihrer Mehrheit Cavaignac gewählt, alle übrigen — darunter auch Paris mit reichlich zwei Dritteln seiner Stimmen — den Abenteurer von Straßburg und Boulogne. Zehn Tage darauf, am 20. December, trat er sein Amt an, das verfassungsmäßig bis zum zweiten Sonntag im Mai des Jahres 1852 dauern sollte. Nachdem Cavaignac seine Vollmachten niedergelegt hatte, nahm Armand Marrast, der Präsident der Nationalversammlung, dem 40jährigen Erwählten den Eid der Treue gegen „die eine und untheilbare demokratische Republik" ab. Aus freien Stücken fügte der neue Präsident in kurzer Rede die Versicherung hinzu, daß er seine Pflichten als Ehrenmann erfüllen und keinen andern Willen als den der Bürger-Abgeordneten haben werde. Mit verbindlicher Wendung schritt er auf Cavaignac zu, ergriff dessen Hand und erklärte es für seinen Stolz, der Nachfolger eines solchen Mannes zu sein. Eine stumme Verbeugung war die Antwort

Napoleon Präsident der Republik.

des Generals. Dann verließ der Präsident, von dem Büreau geleitet, den Sitzungssaal und begab sich zu seinem ersten Empfang in den ihm angewiesenen Palast, Elysée Bourbon. Die Ernennung des Ministeriums wurde noch am selben Tage vollzogen: Odilon Barrot führte den Vorsitz, das Auswärtige verwaltete Drouyn de L'Huys, das Innere Léon de Malville; die meisten Namen, wie Falloux, Faucher, Bixio, Passy, waren ohne hervorragende Bedeutung, die Parteistellung der neu Ernannten sehr verschieden und nur darin gleich, daß sie alle den Gruppen der conservativen Mehrheit in der Nationalversammlung angehörten.

Die rückläufige Bewegung der französischen Revolution war damit an einem auch dem schwächsten Auge erkennbaren Marksteine angelangt. Mit unverhohlenem Behagen begrüßten die reactionären Elemente in ganz Europa, unbeschadet des Mißtrauens, das sie gegen napoleonische Eroberungsgelüste naturgemäß hegten, die neue Entwicklung. Die Besorgnisse, welche die Erhebung eines Bonaparte an die Spitze Frankreichs erwecken mochte, wurden durch die unbedeutende Persönlichkeit, für die man den abenteuerlichen Prinzen hielt, wesentlich herabgedrückt. Daß er selbst auf die Dauer sich behaupten werde, erschien nicht sehr wahrscheinlich; viel glaublicher klang die Prophezeiung, daß er nur den Uebergang zu der alten monarchischen Ordnung zu vermitteln berufen sei. Jedenfalls war die Republik jetzt in das conservative Fahrwasser hinübergeführt; wenn die Junischlacht den Socialismus beseitigt hatte, so war durch die Präsidentenwahl das schroffe Republikanerthum aus dem Sattel gehoben. Die extremsten Parteirichtungen hatten somit ausgewirthschaftet und von ihrer Seite war eine störende Einwirkung auf die rückschreitende Entwicklung der übrigen Länder Europas nicht mehr zu befürchten. Aber nicht allein die Reactionäre, sondern auch die Mittelparteien konnten eine gewisse Befriedigung über den gegenwärtigen Zustand Frankreichs empfinden. Durch die Verfassung vom 4. November hatte derselbe feste Formen angenommen, die einer gesunden Entwicklung durchaus fähig schienen. Eine Störung von links war für lange hinaus nicht zu erwarten, und grade weil der neue Präsident so wenig zu bedeuten hatte, ließ sich hoffen, daß auch von seiner Seite kein Uebergriff geschehen werde. Man durfte die Lage Frankreichs als gleichsam durch ein Parallelogramm der Kräfte geschaffen ansehn; das Uebertriebene der revolutionären Bewegung war überwunden, das Berechtigte und Wünschenswerthe war geblieben. Der Mann, den vor dem 24. Februar der gesammte Liberalismus an die Spitze des Mini-
riums gestellt haben wollte, Odilon Barrot, dieser Mann war
t der erste Rathgeber des Präsidenten. Wenn man die Lage
eine befriedigende bezeichnen wollte, konnte man kein über-
genderes Symptom anführen, als diese Thatsache. Zog man
nn weiter noch in Erwägung, daß in Preußen und Oestreich
Sachlage eine ganz entsprechende war, so mochte man zu der

Ueberzeugung kommen, daß die Zeit erschienen sei, die Errungenschaften der Revolution in Ruhe auszubauen.

Parlament und Reichsverweser.

Das frankfurter Parlament.

Die deutsche Bewegung hatten wir bei einem wichtigen Abschnitt, vor dem Zusammentritt des frankfurter Parlamentes, verlassen. Um diese Zeit war die unwiderstehliche Gewalt der Revolution bereits gebrochen, aber ein klares politisches Programm hatte sich noch nicht zur Herrschaft durchgekämpft. Den Vertretern des deutschen Volkes kam es zu, dieses zu finden und zu verfechten. Groß waren deshalb Jubel und Hoffnung, womit man sie begrüßte. Unter Glockengeläut und Kanonendonner, unter dem jauchzenden Zuruf der Menge zogen die 3—400 Männer, die sich am Eröffnungstage, dem 18. Mai 1848, zusammengefunden hatten, von dem altehrwürdigen Römer in die Paulskirche, die ihnen zum Sitzungsraume angewiesen war. Den Vorsitz führte das erste Mal der 70jährige Alterspräsident Dr. Lang von Verden; schon andern Tags wurde er von Heinrich von Gagern als erstem und von Soiron als zweitem Präsidenten abgelöst, die zunächst vorläufig und noch vor Ablauf des Monats auf weitere vier Wochen mit der Leitung der Versammlung betraut wurden. Es war keine leichte Aufgabe, die ihnen zufiel. Denn die 586 Männer, welche als Vertreter des deutschen Volkes zusammen tagen sollten, bildeten in der That wochenlang ein wüstes Chaos, in dem kaum die Ansätze einer gesunden Parteibildung zu erkennen waren, und selbst die Mitglieder aus dem Süden, die des parlamentarischen Lebens schon einigermaßen gewöhnt waren, entbehrten doch gänzlich der Uebung und Gewandtheit in einem soviel größeren Kreise. Mehr als durch die sehr mangelhafte Geschäftsordnung, die man nothgedrungen fürerst ohne gründliche Prüfung annahm, litt die Ordnung der Verhandlungen durch die Unbotmäßigkeit der Mitglieder, die sich in furchtbaren Tumulten nur zu häufig kund gab. Dazu gesellte sich eine unglaubliche Redelust und, was schlimmer war, ein unverwüstlicher Drang Anträge und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Alle die zahlreichen Localgrößen, die in der Paulskirche ihren Platz neben den erlauchtesten Geistern der Nation gefunden hatten, wollten ihren Auftraggebern den augenfälligen Beweis liefern, daß sie im Parlamente weder unthätig noch überflüssig seien, und ließen sofort, theils aus rein persönlichen Beweggründen, theils auch, weil ihnen die Fühlung mit den Gesinnungsgenossen noch mangelte, jeder für sich ihre Anträge los, so daß deren, als die erste Woche verstrichen war, schon über hundert dem Präsidium vorlagen, viele darunter natürlich nur durch die Wortfassung von einander verschieden. Und wie jedes einzelne Mitglied, so mußte auch der Vorsitzende sich erst in die neuen Verhältnisse einleben und einlernen. Es kam zu Anfang

wohl vor, daß Gagern selbst von seinem Präsidentensitze aus, unter dem Vorwande, die Sachlage zusammenzufassen, lebhaft in die Verhandlung eingriff, daß er Verstöße gegen die Geschäftsordnung begehen ließ und selbst beging, und daß er dem Lärmen in der Versammlung und sogar auf den Gallerien ungestörte Freiheit gewährte. Das souveräne Volk im Zuhörerraum ward mit der größesten Zartheit behandelt; Wochen vergingen, ehe zum ersten Male die Drohung ertönte, der Präsident werde die Tribünen räumen lassen; zunächst ward der ungeberdigste Lärm von oben wie von unten geduldig und ohne Bemerkung hingenommen, oder höchstens die schüchterne Aufforderung gewagt, wer nicht mehr zuhören wolle, der möge sich doch entfernen. Gewiß würde man schneller über diese krankhaften Anfangszustände hinweggekommen sein, wenn man sofort mit ernster Arbeit sich hätte beschäftigen können. Aber ein Verfassungsentwurf war ja trotz so vielfacher Vorarbeiten nicht da, es mußte zunächst ein Ausschuß gewählt werden, ihn vorzubereiten, und ehe dieser sein Werk auch nur theilweise einreichen konnte, verstrichen Wochen. Womit sollte man sie ausfüllen als mit Debatten, und worüber konnte man debattiren als grade über die aufregendsten Tagesfragen, welche der Leidenschaftlichkeit und Ueberschwenglichkeit die reichste Nahrung boten? Daß dabei nicht viel herauskam, verstand sich von selbst, und so erscholl bald, in und außer der Versammlung, die heftige Anklage der Thatenlosigkeit. Der Bundestag sogar, rief Venedey entrüstet aus, führt die Geschäfte rascher als wir, und alle die Antragsteller, deren Vorschläge noch nicht auf der Tagesordnung waren und bei ihrer maßlosen Zahl auch noch lange keine Aussicht hatten darauf zu kommen, stimmten in den Chorus ein. Und doch wurde fleißig genug gearbeitet, nicht allein in den fast täglichen Plenarversammlungen, sondern auch in den Ausschüssen, die für Marine und Heer, für die östreichisch-slawische und für die holsteinische Frage, für internationale Angelegenheiten und für die Errichtung einer vorläufigen Centralgewalt und für viele andere Dinge eingesetzt waren. Der Krieg in Schleswig und in Ober-Italien, der Slawencongreß in Prag und die Aufstände in Posen, die drohenden Rüstungen Rußlands und das Erstarken der Reaction, die Stellung zu der berliner Nationalversammlung und Militärcrawalle in Mainz, das Größte und das Kleinste, das Fernste und das Nächste wurde in die Verhandlung gezogen und erregte die Geister, ohne ihnen die Befriedigung zu schaffen, wirklich etwas geleistet zu haben. Man […]elte ordentlich auf, als man am 14. Juni zuerst einen greif[…]n Beschluß gefaßt und 6 Millionen Thaler für die deutsche […]tte bewilligt hatte, wobei es freilich dem Bundestag überlassen […]b, für die Beschaffung des Geldes Sorge zu tragen. Wenige […]ge darauf lag endlich der Antrag des Ausschusses auf Be[…]ndung einer vorläufigen Centralgewalt an Stelle des Bundes[…]s vor. Aber wie wenig sich die Parteien auch jetzt noch ge-

Die vorläufige Centralgewalt.

klärt, wie ungeordnet noch die Bewegungen des parlamentarischen Lebens seien, das zeigte sich grade bei diesen Verhandlungen aufs Schärfste. 16 Anträge in dieser Sache hatten dem Ausschuß vorgelegen, und als er den seinen einreichte, kamen 33 neue dazu; 189 Redner verlangten das Wort. In schroffen Gegensätzen standen sich die Ansichten gegenüber. Sollten die Regierungen allein, sollten sie in Gemeinschaft mit der Versammlung, sollte diese unbekümmert um jene die Centralgewalt schaffen? Sollte eine Mehrheit von Personen oder ein Einzelner, sollte eine fürstliche Person oder ein Mitglied der Versammlung, sollte ein Verantwortlicher oder ein Unverantwortlicher mit der höchsten Macht bekleidet werden? Es war ein wirres Durcheinander der Meinungen, in dem die Debatte tagelang in heftigster Leidenschaft hinüber- und herüberwogte. Der Ausschußantrag, den Dahlmann vertrat, unterlag schnell in diesem Strudel; ein Directorium von drei Mitgliedern, von den Regierungen bezeichnet und von der Versammlung bestätigt, das war ein künstlicher Ausweg, der vielleicht in nüchterner Erwägung, aber gewiß nicht in stürmischer Debatte den Sieg erringen konnte. Mit Leidenschaft verfocht die Linke, die sich am schnellsten zusammenschloß, den Antrag von Blum und Trützschler, der keine andre Centralgewalt als einen Vollziehungs-Ausschuß der souveränen Nationalversammlung wollte. Ungeordnet und zersprengt kämpften die Anhänger der preußischen Spitze; nur ein kleines Häuflein, Braun von Cöslin, Nizze von Stralsund und Röder von Neustettin, bekannte sich offen zu ihrer Fahne; aber nicht einmal die zwanzig Männer, die zur Unterstützung nöthig waren, schaarten sich um sie und ihr Antrag ward mit „stürmischer Heiterkeit" abgewiesen. Unter den Rednern, welche die Rechte der Regierungen wahrten und von diesen den Reichsstatthalter ernannt wissen wollten, ragte Georg von Vincke an Geist und Schroffheit hervor; unzweideutig wies er auf den Erzherzog Johann von Oestreich hin als auf den Mann, den die Wahl treffen werde und der Jedem in der Versammlung genehm sein könne. Endlich sah man ein, daß man auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen dürfe. Noch hatte lange nicht die Hälfte der Redner gesprochen, da ward beschlossen, unter den Anträgen eine Auslese zu halten, die unbedeutendsten und principlosesten zu beseitigen und es den Freunden der übrigen anheim zu stellen, für jeden derselben zwei Redner unter sich zu erwählen. Immerhin blieben auch so noch 9 Anträge über und 18 Redner sprachen für sie noch zwei Tage lang. Dann ergriff zum Schluß nach sechstägiger Verhandlung, am 24. Juni, auch Heinrich von Gagern das Wort. Aus diesem Labyrinthe meinte er nur einen Ausweg zu finden: mit kühnem Griffe müsse die Versammlung selbst eine hochstehende Person, nicht weil, sondern obgleich sie fürstlichen Blutes sei, erwählen; Niemand zweifelte, daß auch er auf den Erzherzog Johann hinziele. Die Rede machte gewaltigen Eindruck und dennoch schien sie ins Leere zu fallen;

Gagerns kühner Griff.

denn nun begann noch einmal und dauerte zwei Sitzungen hindurch ein unbeschreibliches Ringen über die Fragestellung, über die Zulassung neuer Vorschläge, über persönliche Angriffe und Verdächtigungen, ein Tifteln und Spalten, ein Donnern und Rasen, dem an Langweiligkeit und dann wieder an Maßlosigkeit und Unbändigkeit Nichts gleichkam, was Deutschland bis dahin erlebt hatte. Endlich am 28. Juni kam es zur Abstimmung, und nun erst zeigte sich die Wirkung von Gagerns Rede; mit 403 gegen nur 135 Stimmen sprach sich die Versammlung das Recht zu, selbst einen Reichsverweser zu ernennen. Die Wahl erfolgte am nächsten Tage; ihr Ausgang unterlag zum Voraus keinem Zweifel; 436 von 548 Mitgliedern ernannten den Erzherzog Johann von Oestreich zum Reichsverweser; von den 112 Stimmen der Minderheit fielen 52 auf Gagern, 32 auf Itzstein, 1 auf Erzherzog Stephan und 27 enthielten sich der Wahl. Während nun eine Abordnung der Versammlung sich nach Wien aufmachte, um den Erkorenen zur Annahme des Amtes einzuladen, beglückwünschte auch der Bundestag zum großen Verdruß der Linken ihn noch am selben Tage in einer Adresse, welche die ausdrückliche Versicherung enthielt, daß die einzelnen Regierungen schon vor stattgehabter Wahl ihre Zustimmung erklärt hätten. Da auch Kaiser Ferdinand seine Einwilligung sofort aussprach, zögerte der Erzherzog nicht mit der Annahme. So vereinigte sich in seiner Person zeitweilig die höchste Macht in Deutschland und in der westlichen Hälfte der östreichischen Monarchie; denn schon seit dem 16. Juni war er, wie früher erzählt, zum Stellvertreter des Kaisers erhoben worden. Am 11. Juli hielt er seinen feierlichen Einzug in Frankfurt, übernahm am nächsten Tage in der Paulskirche auf Grund des Gesetzes vom 28. Juni die Reichsverweserschaft, erklärte, daß er den Kaiser ersucht habe, ihn nach der Eröffnung des östreichischen Reichstages von der dortigen Stellvertretung zu entheben, und begab sich darauf in die Bundesversammlung, um diese nunmehr aufzulösen.

Erzherzog Johann Reichsverweser.

Es war eine sehr vollzählige Körperschaft, die ihn in der Eschenheimer Gasse empfing. Denn schon vor der Eröffnung des Parlamentes hatten sich auf Anregung des Herzogs von Meiningen viele der kleineren Regierungen entschlossen, besondere Vertreter nach Frankfurt zu entsenden, und da sie nur Männer von liberaler Gesinnung dazu erkoren hatten, da auch die größeren Regierungen zum Theil schon früher Männer der neuen Zeit zu ihren Gesandten bestellt hatten, so bot dieser Kreis, dem Schmer-
g, Usedom, Welcker, Jordan, Stockmar, Smidt und andere
.men ähnlichen Klanges angehörten, einen Anblick dar, wie man
n ein halb Jahr früher in einer Bundesversammlung für un-
iglich gehalten haben würde. Auch mußte der Thätigkeit, welche
: seit der Umgestaltung entwickelt hatten, alle Anerkennung ge-
illt werden. Trotz der hämischen Angriffe, mit denen die Linke
unausgesetzt überschüttete, hatten sie mit großer Beflissenheit

Auflösung der Bundesversammlung.

das beste Verhältniß zur Nationalversammlung zu wahren gesucht, und hatten in der schleswig-holsteinschen, in der böhmischen und in vielen andern Angelegenheiten rasche Thätigkeit entwickelt. Daß trotzdem ihr Scheiden ohne Kummer begrüßt wurde, lag in der Natur der Sache; alle Gemäßigten wandten sich mit ihren Hoffnungen jetzt dem Reichsverweser zu. Mochte die Linke ihn auch öffentlich in der tactlosesten Weise behandeln, mochte ihn Robert Blum in vertrauten Kreisen nicht ohne Scharfblick als den Reichsvermoderer verspotten, die große Mehrheit des Volkes betrachtete ihn wirklich als die beste Wahl, die man hätte treffen können. Daß er auf eine Verständigung mit der Linken von vornherein verzichtete, bewies er durch die Ernennung seiner Minister; es waren für das Innere und Aeußere Schmerling und für die Justiz Heckscher von Hamburg, beides Männer, welche in den Verhandlungen des Parlaments schon auf das Persönlichste mit den Radicalen zusammengestoßen waren; der Kriegsminister, ein Preuße, General von Peucker, gehörte der Versammlung überhaupt nicht an. Vervollständigt wurde das Cabinet erst im August, nach der Rückkehr des Reichsverwesers aus Wien. Schmerling gab das Aeußere an Heckscher, dieser die Justiz an Robert von Mohl aus Baden ab; die Finanzen übernahm Beckerath, den Handel Duckwitz von Bremen, der wie Peucker nicht Mitglied des Parlamentes war; den Vorsitz führte der Fürst von Leiningen. Unter den Unterstaatssecretären ragten Mevissen, Mathy und Bassermann durch Einfluß und Tüchtigkeit hervor. So entsprach die Zusammensetzung des Cabinettes vorzugsweise dem Standpunkte des rechten Centrums, das unter den Parteien, die nach und nach festere Form gewannen, am stärksten war. Im „Casino", wo es sich versammelte und nach dem es genannt wurde, fand man die meisten der durch Gelehrsamkeit und besonnenen Freisinn ausgezeichneten Männer des Hauses, die Dahlmann, Arndt, Grimm, Droysen, Duncker, Waitz, Beseler, Bassermann, Simson, Mathy, Mevissen, Beckerath, überwiegend Norddeutsche. Abgezweigt von ihnen, doch wesentlich desselben Geistes beriethen im „Landsberg" 40—50 Männer von weniger bekannten Namen, auch sie, bis auf ein paar Baiern, fast lauter Norddeutsche, der redegewandteste von ihnen Wilhelm Jordan. Fast unmerklich war der Abstand, der sie vom linken Centrum trennte, das auch in zwei Gruppen zerfiel, den Augsburger Hof, dem u. A. Robert von Mohl, Biedermann, Riesser angehörten, und den Würtemberger Hof, zu dessen bekannteren Namen Mittermaier, Giskra, Stremayr, Gumbrecht zählten. Auch diese beiden Gruppen hatten jede etwa 40—50 Mitglieder und kamen erst mit dem Landsberg zusammen an Stärke dem Casino gleich. Auf beide Centren der Versammlung, wenn sie vereinigt stimmten, durfte man gegen 300 Stimmen, d. h. eine schwache Mehrheit, rechnen. Gegen 200 Mitglieder standen links vom linken Centrum; doch war auch hier kein schroffer Abstand. Mit der Westendhalle, wo Raveaux, Vischer, Venedey genannt

Das Reichsministerium.

Die Parteibildung im Parlament.

werden mögen, gab es vielfache Anknüpfungspunkte, und ebenso mit deren Seitenzweig, dem Nürnberger Hof, in dem Kolb von Speyer und Löwe von Calbe hervorragten. Erst mit dem Deutschen Hause und dem Donnersberg, den beiden Fractionen des äußersten Radicalismus, wo Carl Vogt und Ruge, Zitz und Wesendonck den Ton angaben, hörte jede Verständigung auf. Einfacher als nach links hin gruppirten sich die Mitglieder auf der äußersten Rechten, die auch an Zahl nicht halb so stark waren wie die Republikaner. Bei ihnen war das Café Milani, später der Englische Hof, der Sitz der protestantischen Norddeutschen, wo Georg von Vincke den Ton angab, und neben ihm der Graf Schwerin und die späteren Reichsminister Grävell und Detmold zu nennen sind; während in dem Steinernen Hause der Katholicismus, die Döllinger und Lassaulx, aber auch die Radowitz und Lichnowski ihr Hauptquartier hatten. Nicht auf einmal gestaltete sich, wie kaum zu bemerken ist, diese weitgetriebene Gliederung der Parteien, noch blieb sie, einmal eingetreten, von dauerndem Bestande; selbst in Beschränkung auf die zweite Hälfte des Jahres 1848 darf diese Uebersicht daher nur als allgemeine Charakteristik gelten, die für jeden einzelnen Moment verschiedenartigen Abänderungen zu unterwerfen wäre.

Berathung der Grundrechte.

Die Hauptarbeit, welcher sich die Versammlung nunmehr widmete, und in die sie bereits am 3. Juli eingetreten war, galt der Feststellung der s. g. Grundrechte. Der Verfassungsausschuß hatte es für gerathen gefunden, über diesen Theil seines Werkes abgesonderten Bericht zu erstatten; in 12 Artikeln und 48 Paragraphen hatte er die wichtigsten Bestimmungen über ein allgemeines deutsches Bürgerrecht, über Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Presse, des Glaubens, der Wissenschaft, des Vereinswesens, über Unabhängigkeit der Rechtspflege und Selbständigkeit der Gemeinden, sowie über die Nothwendigkeit einer Volksvertretung in den Einzelstaaten zusammengefaßt. Man glaubte in nicht gar zu langer Zeit mit der Berathung zu Ende zu kommen; der Präsident selbst meinte in drei Wochen fertig zu werden. Aber nun begann aufs Neue die Redewuth und der unendliche Strom der Aenderungsvorschläge; die letzteren schätzte ein Redner schon am vierten Tage auf 350 und prophezeite nach dem bisherigen Maßstabe 4380 Reden für die Gesammtverhandlungen, deren Schluß voraussichtlich im April 1850 stattfinden werde. Ganz so schlimm ward es nun freilich nicht; aber aus den drei Wochen des Präsidenten waren doch schon über 3 Monate gewor-
, als man am 13. October mit der ersten Berathung (und
h das noch unter Zurückstellung von 9 Paragraphen) zu
de gekommen war und in die zweite Berathung eintreten
nte.

Die Einzelregierungen.

Allerdings war nicht die ganze Zeit ausschließlich den Grund-
hten gewidmet worden; auch die Conflicte mit der Central-
alt und mit den Einzelregierungen hatten viele Zeit verschlun-

Hannover. gen. Unter den letzteren wagte es Hannover zuerst der Nationalversammlung Trotz zu bieten; denn hier war nicht der König Ernst August allein widerwillig der Strömung der Zeit gefolgt, sondern auch Stüve, sein leitender Minister, der den zweifellosesten Liberalismus mit einem ausgeprägten hannoverschen Sonderstandpunkte zu verbinden wußte, ertrug ungeduldig die Herrschaft der Frankfurter Versammlung. Die Anerkennung des Reichsverwesers ward daher mit einer sehr scharfen Erklärung an die hannoverschen Stände begleitet, kraft deren der König im Voraus versicherte, er werde keiner Reichsverfassung seine Zustimmung geben, welche nicht die Selbständigkeit der Einzelstaaten genügend verbürge. Das war also die schrofffste Auflehnung gegen die Souveränetät der Nationalversammlung, die in ihrer ungeheuren Mehrheit keinem Fürsten, am wenigsten aber einem so verrufenen Reactionär, wie dem König Ernst August, das Recht zugestand, eine Verfassung, die sie beschlossen, zu verwerfen. Die Linke stellte kurz und gut den Antrag, den Rebellen von seinem Throne zu stoßen; die Mehrheit beschloß wenigstens, eine unbedingte Anerkennung der Centralgewalt von dem Könige zu fordern. Nur scheinbar erreichte sie diesen ihren Willen; der hannoversche Gesandte in Frankfurt leistete die Anerkennung, aber er leistete sie ohne ausdrücklichen Auftrag seines Monarchen. Daß damit nichts Wesentliches gewonnen sei, ersah man schon daraus, daß die hannoversche Armee nicht angehalten wurde, dem Reichsverweser feierlich zu huldigen.

Die Huldigung des Heeres. Durch eine Verfügung des Kriegsministers war eine solche Huldigung auf den 6. August für die gesammte frühere Bundesarmee befohlen worden; allein nur in den Klein- und den meisten Mittelstaaten ward diesem Befehle gehorcht. In Oestreich kümmerte man sich gar nicht darum; in Preußen befolgte man ihn nur in den Bundesfestungen und suchte sich mit allerlei Umschweifen herauszureden. Das Reichsministerium besaß nicht die Kraft, seinen Willen zu erzwingen und stellte sich befriedigt. Es besaß aber auch nicht die Klugheit, ein besseres Verhältniß zu den Einzelstaaten durch eigenes Vorgehen herbeizuführen. Mit

Preußen. Recht verlangte Preußen, daß diesen wenigstens ein berathender Einfluß auf die Maßregeln der Centralgewalt ermöglicht werde und empfahl deshalb, aus den Vertretern der Einzelstaaten bei dem Reichsverweser ein Collegium von 13 Stimmen, eine Art von Bundesrath, zu bilden, und diesen in regelmäßige Beziehungen zum Reichsministerium zu setzen. Um das bei der Mehrheit der Nationalversammlung durchzusetzen, hätte es eines starken Druckes bedurft, und den glaubte das Ministerium nicht anwenden zu können. So scheiterte der Plan, der allein noch die nöthige Fühlung zwischen der Centralgewalt und den Fürsten herzustellen

Das Cölner Dombaufest. vermochte. Aeußerlich bestand einstweilen, besonders zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Erzherzog Johann, ein recht gutes Einvernehmen. Ein Fest zur Feier des Dombaues vereinigte beide mit dem Präsidenten und vielen Mitgliedern der National-

versammlung am 15. August in Cöln und es fehlte nicht an gegenseitigen Aufmerksamkeiten; aber mahnend erscholl auch das Wort des preußischen Königs an Heinrich von Gagern: Ich werde nie vergessen, welch ein großes Werk Sie zu gründen berufen sind; aber vergessen Sie auch nicht, daß es in Deutschland Fürsten giebt, und daß ich deren einer bin! Selbst einem Gagern und den Mittelparteien gegenüber war diese Mahnung nicht unberechtigt noch überflüssig; denn während thatsächlich doch die Vertretung des Reiches nach außen auf den blutigen Feldern Schleswigs den preußischen Waffen oblag, betrachtete die Mehrheit des Parlamentes sich selbst vom Standpunkte des Revolutionsrechtes als die allein maßgebende Gewalt und mißkannte völlig die wirklichen Verhältnisse. Der Zusammenstoß, der daraus hervorgehen mußte, stand näher vor der Thür, als das deutsche Volk ahnte.

Preußen und der schleswig-holsteinsche Conflict.

Die berliner National-Versammlung.

Unmittelbar nach dem Zusammentritte des deutschen Parlamentes hätte man fürchten können, daß zwischen ihm und der preußischen Nationalversammlung, die nur 4 Tage später, am 22. Mai, in Berlin eröffnet wurde, Mißhelligkeiten ausbrechen möchten. Beide Versammlungen waren aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen; an demselben Tage hatten die Urwähler ihre Wahlmänner zu dem einen und zu dem andern Zwecke erkoren. Galt auch im Allgemeinen die Sendung nach Frankfurt ohne Zweifel für die ehrenvollere und wichtigere, so mußte doch den berliner Vertretern die Frage sehr nahe liegen, wodurch denn die frankfurter Versammlung bei genau demselben Ursprung eine höhere Weihe und höhere Macht erhalten habe; der preußische Sondergeist, der gefährlichste von allen, konnte sich leicht durch Maßnahmen des deutschen Parlamentes verletzt fühlen und konnte dahin gebracht werden, auf seinem Willen zu beharren, wenn die Frankfurter das Gegentheil beschlossen. Beide Versammlungen waren constituirende, beide betrachteten sich als souverän in der Vollziehung dieser ihrer Aufgabe; beide schlossen sich daher streng genommen gegenseitig aus, und es war ein sehr begreiflicher Wunsch des frankfurter Parlamentes, daß die Preußen nicht früher an die Ausarbeitung ihrer Verfassung gehen sollten, als bis die Verfassung des Reiches vollendet sei. Aber es war doch ugleich ein unerfüllbarer Wunsch; Preußen konnte nicht warten; nd dieser Einsicht verschloß man sich denn auch in Frankfurt icht. Man begnügte sich damit, am 27. Mai den Satz auszurechen, daß alle Einzelverfassungen, auch die, welche jetzt erst gründet würden, nur so weit gültig seien, wie sie mit der ünftigen Reichsverfassung übereinstimmten. Die berliner Nationalersammlung wandte gegen diesen Beschluß Nichts ein und so

konnte die heikle Frage im Grundsatz wenigstens als geordnet betrachtet werden.

Die Vereinbarung der Verfassung.

Aber auch thatsächlich verlor sie ihre Gefährlichkeit mehr und mehr dadurch, daß der berliner Versammlung ihr souveräner und constituirender Charakter seitens der Regierung mit Ausdauer bestritten wurde. Anerkannt war er von dieser Seite niemals. Schon in der Benennung, welche die Versammlung amtlich führte, ward ihr nur das Recht, die Verfassung mit der Regierung zu vereinbaren, zugestanden. Allerdings bekämpfte die Linke diesen Standpunkt, aber die Mehrheit der Versammlung ließ ihn doch zu, indem sie schon am 30. Mai bei der Berathung der Geschäftsordnung den Antrag abwies, sich selbst als Constituante zu bezeichnen und dem Könige das Recht der Auflösung abzusprechen.

Die Parteien.

Die Linke verfügte in ihren verschiedenen Schattirungen über höchstens 120 Stimmen; manch hervorragendes Talent stand ihr zu Gebote; neben Johann Jacoby, der einen bekannten politischen Namen mitbrachte, schwangen sich besonders Waldeck und Unruh bald zu Führern empor, jener Westfale, Katholik, Mitglied des höchsten Gerichtshofs und bisher politisch so wenig bekannt, daß die Nationalzeitung seine Wahl als die eines Reactionärs beklagte. Aehnliche Unklarheit herrschte während der ersten Wochen in Bezug auf viele Abgeordnete; die Wähler selbst hatten nicht selten ihre Stimmen ohne volle Kenntniß der politischen Stellung ihres Vertrauensmannes abgegeben. Die bewährteren und bekannteren Politiker waren meist nach Frankfurt geschickt, und wenn sich gleichwohl auch in der berliner Versammlung eine beträchtliche Zahl bedeutender Kräfte herausarbeitete, so blieb sie im Verhältniß zu den Unfähigen und Ungeeigneten doch immer klein. Die gelehrten Stände waren sehr stark vertreten; an 100 Juristen, 80 Geistliche und Lehrer, ebensoviel sonstige Beamte; andrerseits freilich auch gegen 100 Bauern und Handwerker, so daß der Großgrundbesitz, der Handel und die Industrie, überhaupt das große Capital überraschend schwach vertreten war. Damit war denn auch die Schwäche der conservativen Partei gegeben und der Schwerpunkt in die Centren gerückt. Diesen aber fehlte es an einflußreichen Führern; die Opposition vom Vereinigten Landtage saß theils in Frankfurt, theils im Ministerium. Von diesem mußte die Leitung ausgehen, wenn die Mittelparteien die Stellung behaupten wollten, die ihnen der Zahl nach zukam.

Das Ministerium.

Das Ministerium aber befand sich in einer höchst bedenklichen Lage. Wollte es die Versammlung an sich ketten, so mußte es die aufgeregte Stimmung der berliner Bevölkerung und die Ansprüche, welche von dorther an die Volksvertretung gestellt wurden, berücksichtigen. Die Zeit war noch nicht gekommen und die Mehrheit besaß in sich selbst nicht Kraft genug, um dem Unwillen des souveränen Volkes muthig Trotz zu bieten. Trug das Ministerium aber dieser Thatsache Rechnung, so verdarb es

Der König.

seine Stellung zum Könige von Grund aus. Friedrich Wil-

helm IV. hatte in den Tagen der Revolution mit Nichten eine innere Umwandlung vollzogen; er war ganz und gar der Alte, und der gesammte Liberalismus, wie er jetzt am Ruder war, galt in seinen Augen für Nichts als für die verkörperte Sünde und den schrecklichsten Abfall von Gott. Er glaubte einer großen europäischen Verschwörung erlegen zu sein; er fürchtete einen neuen Anlauf derselben, und lieber als sich zum zweiten Male beugen, wollte er das „treue, racheschnaubende, Landvolk" aufbieten und die Verschwörer mit starker Hand demüthigen. So hatten die Minister vor ihm einen schweren Stand. Nur Camphausen etwa und Schwerin fanden Gnade in seinen Augen; die Andern erklärte er gradezu für Feiglinge, die jedesmal ihre Entlassung forderten, wenn er, der König, nicht nachgeben wolle; Heinrich von Arnim mißhandele ihn förmlich. Hätte die Nationalversammlung sich in einer entgegenkommenden Sprache auf die Thronrede, mit welcher der König sie am 22. Mai eröffnete, vernehmen lassen, so würde das die Stellung des Cabinets auch dem Monarchen gegenüber befestigt haben; vollends nachdem der Antrag auf eine solche Adresse von dem berliner Abgeordneten Duncker einmal gestellt war, mußte das Ministerium dringend die Annahme wünschen; denn jetzt erschien die Ablehnung allerdings wie ein Mißtrauensvotum. Trotzdem schwankte das linke Centrum in seinem Entschluß, und erst als die Minister Hansemann und Camphausen mit ihrem Rücktritt drohten, wurde der Erlaß einer Adresse beschlossen und ein Ausschuß mit dem Entwurf betraut. Noch hatte dieser sein Werk nicht vollendet, als die Linke mit einem kecken Streiche dazwischen fuhr. Wenn die Adresse nothwendiger Weise eine Anerkennung des Königs und des Ministeriums enthalten mußte, so sollte die Mehrheit vorher auf anderem Wege gezwungen werden, auch die Souveränetät des Volkes anzuerkennen. Dies geschah unzweideutig, wenn sie genöthigt wurde, die Märztage als die Grundlage ihres Daseins zu verherrlichen, und schwerlich, so rechnete man auf der linken Seite, konnte sie es dem berliner Volke gegenüber wagen, einen Beschluß in diesem Sinne zu verweigern. So stellte denn der Abgeordnete Berends von Berlin am 8. Juni den Antrag, in Anerkennung der Revolution zu erklären, daß sich die Märzkämpfer um das Vaterland verdient gemacht hätten. Allein der Anschlag mißglückte. Nach zweitägiger Verhandlung beschloß die Versammlung auf den Antrag von Zacharias mit 19 Stimmen Mehrheit, zur Tagesordnung überzugehen, da ihre Aufgabe nicht sei, über die unbestrittene Bedeutung der Märzereignisse, denen man in Verbindung mit der königlichen Zustimmung die staatliche Neuordnung verdanke, historische Urtheile zu fällen, sondern vielmehr die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Das war also eine vollständige Niederlage der Linken, eine Anerkennung der königlichen Mitwirkung, eine Anerkennung der Vereinbarungslehre. Wäre der Ausgang ein anderer gewesen, so hätte der König, der

Die Adreßfrage.

Antrag Berends.

von Unwillen über die Frechheit der Linken übermeistert war, einen völligen Bruch nicht gescheut. Auflösung der Versammlung, Entlassung des Ministeriums, Umlagerung von Berlin, das waren die Pläne, die ihm durch den Kopf schossen. Auch der Sieg der gemäßigten Parteien beruhigte ihn noch keineswegs; nahe genug lag die Besorgniß, daß jetzt ein neuer Aufstand in der Hauptstadt ausbrechen werde. Lärmende Volkshaufen hatten während der Verhandlungen das Gebäude der Singacademie, wo die Versammlung tagte, umwogt, und einzelne Abgeordnete und Minister, wie der Prediger Sydow und Heinrich von Arnim waren thätlich mißhandelt worden. In den nächsten Tagen war die Aufregung in beständigem Wachsen; die Bürgerwehr machte Miene, entschieden für die Erhaltung der Ruhe einzutreten; um so lauter forderten die Wühler Waffen für das eigentliche „Volk“ und kündigten ganz unverholen einen Sturm auf das Zeughaus an. Trotzdem verabsäumte die Regierung, das wichtige Gebäude genügend zu schützen, und als in der Nacht vom 15. zum 16. Juni die Volksmassen in dasselbe eindrangen, ward es von der Besatzung ohne Widerstand geräumt. Der Triumph dauerte allerdings nur wenige Stunden, aber für das Ministerium war das Ereigniß doch eine schwere Niederlage. Der Kriegsminister Graf Canitz mußte sofort zurücktreten und seine Collegen folgten ihm am 25. Juni. Nur Hansemann blieb auf seinem Posten; den Vorsitz übernahm an Camphausens Stelle Rudolf von Auerswald; für Canitz war der General Schreckenstein eingetreten; die übrigen Ministerien erhielten Milde, bisher Präsident der Nationalversammlung und als solcher nunmehr durch Grabow ersetzt, Rodbertus, Märker, Gierke und Kühlwetter. Das neue Cabinet sah natürlich eine dringende Aufgabe darin, für die Ruhe Berlins zu sorgen, und die Einrichtung des Instituts der Schutzleute diente diesem Zwecke mit bestem Erfolg. Es war aber nicht minder beflissen, die öffentliche Meinung zufrieden zu stellen und kam der Linken bedeutend weiter entgegen als seine Vorgänger. Diese hatten am Tage des Zeughaussturmes auch in der Nationalversammlung eine empfindliche Niederlage erlitten; trotz ihrer Einsprache gegen solchen „Zeitverlust“ war der Verfassungsentwurf auf den Antrag Waldecks und Wachsmuths, eines Mitgliedes der Rechten, an einen Ausschuß verwiesen, welcher seine Mängel ausfüllen und verbessern sollte. Das neue Cabinet erkannte diesen Beschluß bereitwillig an und versprach überdies wichtige Gesetzvorlagen über die Bürgerwehr und die Aufhebung der Steuerfreiheiten des Adels, besonders aber eine neue Gemeindeordnung, die Waldeck für wichtiger als selbst die Verfassung erklärt hatte. Auch mit dem Könige wußte es sich besser zu stellen; dieser meinte wohl, er komme sich jetzt vor wie im Himmel. Sehr unerfreulich gestaltete sich aber das Verhältniß zu Frankfurt. Dort vollzog sich eben jetzt die Bildung des Reichsministeriums. Einer Reihe hervorragender Preußen wurden Sitze in demselben angeboten;

Der Zeughaussturm.

Ministerium Hansemann.

Der Verfassungsausschuß.

Stellung zu Frankfurt.

Camphausen sollte den Vorsitz führen, Beckerath die auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Sie lehnten ab, und ebenso zerschlug sich eine Zusammensetzung Stockmar-Bunsen, die gleichfalls für Preußen sehr annehmbar gewesen wäre. Statt dessen erhielt Leiningen die Leitung und nur der Kriegsminister Peucker und Beckerath, der mit schwerem Herzen die Finanzen übernahm, vertraten das preußische Volk im Rathe des Reichsverwesers. Ueber die schwierige Frage der Huldigung kam man, wie erzählt worden, noch so leidlich hinweg, und die Begegnung des Königs mit dem Reichsverweser bei dem Cölner Feste verlief glatt genug. Aber ein viel ernsthafterer Gegensatz bestand daneben fort, und konnte nicht lange in der Schwebe bleiben. Er bezog sich auf die schleswig-holsteinsche Sache, und deren müssen wir deshalb hier rückgreifend gedenken.

Der Krieg in Schleswig-Holstein.

Schon in den ersten Tagen des April war es zwischen den Dänen und schleswig-holsteinschen Truppen, die, verstärkt durch Freiwillige aus den Herzogthümern und dem übrigen Deutschland, sich sofort für die Sache ihres Heimatlandes erklärten, zu blutigen Kämpfen gekommen. Die Gegenden nördlich von Flensburg zu verteidigen war unmöglich, da von Alsen aus beständig eine Bedrohung der Rückzugslinie stattfand. Aber auch die Stellung um Flensburg mußte am 9. April nach dem verlustreichen Kampfe bei Bau und Crusau preisgegeben werden und nur der eiligste Rückzug auf die Eiderlinie rettete die Schleswig-Holsteiner vor völliger Vernichtung durch die dänische Uebermacht. Schon am 11. April wehte der Danebrog wieder in der Stadt Schleswig. Aber mittlerweile waren auch die preußischen Truppen zahlreich genug in Holstein angelangt, um zum Angriff übergehen zu können. Den Oberbefehl über sie führte General Wrangel. Noch am 11. April richtete dieser an den dänischen Heerführer die Aufforderung Schleswig zu räumen und erzwang diese Forderung dann binnen 14 Tagen durch siegreiche Kämpfe bei Schleswig am 23. und Oeversee am 24. April. Am letzten Tage des Monats stand er an der jütischen Grenze. Hätte sich Dänemark weiterer Feindseligkeiten gegen Deutschland enthalten, so würden die deutschen Truppen an der Königsau Halt gemacht haben. Allein die Beschlagnahme und gewaltsame Aufbringung deutscher Schiffe, sowie die Blokade der Häfen in der Ost- und Nordsee machten weitere Schritte nöthig. Am 2. Mai besetzte Wrangel den südlichen Theil Jütlands mit der kleinen Festung Fridericia und schrieb sodann eine starke Geldzahlung aus zur Vergeltung für die dem deutschen Handel zugefügten Nachtheile. Von diesem Zeitpunkt ab erlahmte jedoch die Entschlossenheit der Kriegführung. Der Grund dafür lag in der Einmischung der fremden Diplomatie. England zuerst, dann Rußland und Anfang Mai auch Schweden erhoben Einspruch gegen die Bedrohung Dänemarks und besonders gegen die Besetzung Jütlands. Die Gesandten der beiden Großmächte in Kopenhagen wandten sich überdies unmittelbar an

Einmarsch der Preußen.

Einmarsch in Jütland.

Wrangel und forderten, daß er sich zurückziehe. Natürlich lehnte der General dieses Verlangen ab, sofern nicht Dänemark die schleswigsche Insel Alsen räume, die gekaperten Schiffe zurückgebe und die Blokade aufhebe. Das preußische Cabinet und der Bundestag billigten zwar dieses Verhalten, aber Ende Mai erfolgte doch von Berlin aus der Befehl zum Rückzug. Die Dänen drangen sofort nach und griffen außerdem von Alsen aus die im Sundewitt stehenden deutschen Truppen an. Auch diese Halbinsel mußte nach dem Gefecht bei Nübel am 28. Mai vorübergehend geräumt werden; doch erzwangen die Generale Bonin und Halkett schon am 5. Juni bei Düppel von Neuem den Besitz, während der Baier von der Tann mit seiner Freischaar ruhmvoll und glücklich bei Hoptrup (zwischen Hadersleben und Apenrade) kämpfte, so daß Ende Juni das Land bis zur Königsau wieder von den Dänen gesäubert war.

Rückzug Wrangels.

Diplomatische Verhandlungen.

Unterdessen hatten die diplomatischen Verhandlungen ihren Fortgang genommen. Während des Monats Mai war London ihr wichtigster Sitz. Lord Palmerstons Haltung war den deutschen Forderungen nicht eben ungünstig. Während Dänemark verlangte, daß während des Waffenstillstandes die vorläufige Regierung und das schleswig-holsteinsche Heer aufgelöst und ein Ersatz für beides in Schleswig durch den König von Dänemark, in Holstein durch den Bund geschaffen werde, vertrat die englische Regierung den Standpunkt, das Land in der Zwischenzeit völlig sich selbst zu überlassen, und begünstigte den Eintritt Schleswigs in den Bund mit der einzigen Einschränkung, daß den nördlichen Bezirken bei freier Abstimmung der Anschluß an Jütland zugestanden werde. Dänemark widersetzte sich diesen Bedingungen hartnäckig und erreichte zunächst so viel, daß die weiteren Verhandlungen unter schwedischer Vermittlung in Malmö stattfanden, wohin der König von Preußen den General von Below entsandte. Friedrich Wilhelm ersehnte den Frieden auf das Eifrigste. Einerseits erschien ihm die Sache der Herzogthümer täglich mehr in revolutionärem Lichte, andrerseits wollte er um keinen Preis einen Krieg mit Rußland, zu dem die Drohungen des Czaren und die Erbitterung des deutschen Volkes doch leicht führen konnten. Entschlossen in diesem Punkte nicht nachzugeben, bedurfte der König militärischer Kräfte zu seinem Schutz, ein Grund mehr, die baldige Rückkehr der Garden vom Kriegsschauplatze zu wünschen. So ließ er sich also Ende Juni auf die Verhandlungen in Malmö ein. Sie zogen sich, einmal bereits abgebrochen, dann in Bellevue bei Kolding wieder aufgenommen, mehrere Wochen hin und ergaben schließlich am 19. Juli ein Einverständniß, dessen wesentlichen Inhalt ein dreimonatlicher Waffenstillstand, die beiderseitige Räumung der Herzogthümer, die Theilung der schleswig-holsteinschen Armee in eine schleswigsche und eine holsteinsche Hälfte, und die Ersetzung der vorläufigen Regierung durch eine von Dänemark und Preußen gemeinsam zu ernennende Behörde

bildeten. Da nun aber Preußen den Krieg Namens des Bundes führte und dieser seit dem 11. Juli aufgehört hatte zu sein, so war die Zustimmung des Reichsverwesers und des Parlamentes erforderlich, um den Verabredungen von Bellevue Gültigkeit zu geben. Das Parlament hatte sich zu wiederholten Malen mit großer Entschiedenheit zu Gunsten der Herzogthümer ausgesprochen und bereits am 9. Juni erklärt, es werde keinen Frieden genehmigen, der die Rechte der Schleswiger und die Ehre Deutschlands schädige. Auch das Reichsministerium war von dem größten Eifer beseelt und das bloße Gerücht von den malmöer Verhandlungen genügte ihm, um die süddeutschen Regierungen zu Rüstungen und Truppensendungen nach dem Norden aufzufordern und im Parlamente zu erklären, der Krieg müsse fortan mit Reichstruppen und Reichsgeldern geführt werden. Aber trotzdem ertheilte der Erzherzog Johann am 7. August mit einigen Einschränkungen den Verabredungen von Bellevue seine Zustimmung, und die Verhandlungen begannen darauf in Malmö von Neuem. Auch die Reichsgewalt ordnete in der Person Max von Gagerns einen Vertreter dazu ab; aber die Dänen weigerten sich so hartnäckig, mit ihm sich einzulassen, daß auch Preußen endlich darauf verzichtete. Das verbesserte nun freilich die Stimmung zwischen Berlin und Frankfurt nicht und vollends die weiteren Zugeständnisse, zu denen sich Preußen in dem Vertrage von Malmö am 26. August herbeiließ, erregten in Frankfurt das größte Mißfallen. Die Dauer des Waffenstillstandes war auf 7 Monate verlängert, also der Winter, wo die dänische Flotte wenig schaden konnte, hineingezogen worden und Deutschland nach Dahlmanns bittrem Wortspiel gradezu in den April geschickt. Auch bestimmte ein Zusatz, daß alle seit dem März erlassenen Gesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt werden sollten, und zum Präsidenten der gemeinschaftlich ernannten Regierung war Graf Carl Moltke, einer der verhaßtesten Dänenfreunde, erkoren worden. Die Nachricht von diesem Abschluß rief in den frankfurter Kreisen ebenso große Bestürzung wie Erbitterung hervor. Hatte man die Mittel, sich dem Willen Preußens zu widersetzen? und konnte man andrerseits mit Ehren bestehen, wenn man diesen Abmachungen zustimmte, wenn man die vorläufige Regierung in Rendsburg preisgab, wenn man die deutschen Truppen aus deutschem Bundesgebiete zurückzog? Unterwerfen Sie Sich jetzt beim Anblick der Gefahr, so rief Dahlmann entrüstet den Schwankenden zu, dann werden Sie Ihr ehemals so stolzes [Ha]upt nie wieder erheben, denken Sie an meine Worte: nie! [D]en Ernst der Lage verkannte wohl Niemand im ganzen Parlament. Als das Ministerium am 4. September Mittheilung von [de]m Wortlaute des Vertrags machte, wurde auf Antrag von [W]aitz binnen 24 Stunden ein Ausschußbericht über die Sachlage [ge]fordert. Dahlmann erstattete ihn und verlangte, daß die Aus[fü]hrung des Vertrages eingestellt werde. Es gab einen heißen

Der Waffenstillstand von Malmö.

Die Opposition in Frankfurt.

Die Septembertage.

Kampf im Parlamente; die gesammte Linke, die ihn so oft geschmäht und verspottet, schaarte sich unter Dahlmanns Fahne; aber die eigene Partei erklärte sich in großer Mehrheit wider ihn und das Ministerium drohte mit seinem Rücktritt, wenn der Antrag durchgehe. In der That war es unmöglich ihn auszuführen, da der König von Preußen mittlerweile den Vertrag schon bestätigt hatte. Dennoch fand sich eine knappe Mehrheit von 17 Stimmen für die Verwerfung und Dahlmann, als der Führer der bunt zusammengewürfelten siegreichen Majorität, sollte nun ein neues Ministerium bilden. Aber wie das anfangen? Unmöglich konnte er sich seine Collegen aus der Linken wählen, mit der er Nichts gemein hatte, und seine eigenen Gesinnungsgenossen wandten sich von ihm ab und verweigerten, wie sie nicht anders konnten, ihm ihren Beistand. Nach drei sorgenvollen Tagen mußte er dem Reichsverweser die Unausführbarkeit des Auftrags, der ihm geworden, anzeigen. Nicht glücklicher war ein Versuch des Abgeordneten Hermann aus München; das Ende war also die Rückkehr des früheren Ministeriums, aus dem jedoch Leiningen schied, während Schmerling den Vorsitz übernahm. Nicht einmal der Beschluß vom 5. September war in dieser Verwirrung ausgeführt worden; wenige Tage später ward er ausdrücklich wieder aufgehoben und der Vertrag genehmigt. Die Mehrheit des Ausschusses beantragte zwar auch jetzt noch die endgültige Verwerfung; aber wenn auch dieselbe Zahl von Abgeordneten am 16. September für sie stimmte, wie am 5. (238, resp. 236), so waren die Reihen der Gegner in der vollzähligeren Versammlung doch so bedeutend gewachsen (von 221 auf 258), daß der Sieg auf ihrer Seite blieb. Der Ingrimm, der sich darob der Linken bemächtigte, war ungeheuer; die Leidenschaftlichsten sannen darauf, den sicheren Sieg, der ihnen im Parlamente doch wieder entrissen war, mit Hülfe des Pöbels zurückzugewinnen. Am folgenden Tage, dem 17. September, einem Sonntage, veranstalteten die frankfurter Demokraten auf der Pfingstweide eine Massenversammlung, die auf 20,000 Köpfe geschätzt wurde. In den maßlosesten Reden wurde auf die 258 Verräther geschimpft; Zitz, der Abgeordnete von Mainz, forderte die Massen auf, „mit Fractur zu schreiben"; andere Mitglieder der Versammlung, Heinrich Simon, Wesendonck, Schlöffel, unterstützten ihn; am nächsten Tage sollte die Ueberreichung einer Adresse die Gelegenheit bieten, das Parlament zu sprengen und die Republik auszurufen. Das Ministerium traf jedoch zu rechter Zeit schützende Vorkehr; östreichische und preußische Truppen wurden aus Mainz herangezogen und die Paulskirche besetzt. Gereizt durch diese neue Enttäuschung, begannen die Republikaner Barricaden zu errichten, ohne doch im Stande zu sein, sie zu behaupten. Ernstliche Gefahr drohte von diesen wahnwitzigen Versuchen nicht; aber ohne Blutvergießen ging es auch nicht ab. Nicht von den Soldaten allein fanden mehrere ihren Tod, sondern sogar zwei

Der Aufstand in Frankfurt.

angesehene Mitglieder der Nationalversammlung, Alfred von Auerswald und Fürst Lichnowsky, wurden vor dem bornheimer Thor in barbarischer Weise hingeschlachtet. Der alte Jahn, der Minister Heckscher entgingen kaum demselben Schicksal, und geringeren Mißhandlungen waren — hoffentlich nur durch Verwechselung, wie die Parteigenossen meinten — selbst Mitglieder der Linken ausgesetzt. Diese schmachvollen Pöbelscenen erfüllten alle Vaterlandsfreunde mit Scham und Entrüstung; mahnend riefen wohlwollende Stimmen den Republikanern zu, auf ihrem Wege einzuhalten, aus dem Erlebten sich die rechte Lehre zu ziehen. Aber nach einigen Tagen der Bestürzung und Mäßigung schlugen jene den alten Ton ganz wie früher wieder an und traten mit einer Frechheit — kein Andrer als der Präsident von Gagern gebrauchte diesen Ausdruck in offener Sitzung — gegen die Mehrheit auf, die dem Langmüthigsten das Blut zum Sieden bringen mußte. Schwer litt die ernste geschäftliche Arbeit unter solchen Vorgängen, und fast noch schwerer das sittliche Ansehen, dessen die Versammlung zur Lösung ihrer Aufgabe so dringend benöthigte. Den Rückschrittsmännern aber schwoll das Herz und wuchs der Muth bei jeder neuen Ausschreitung der äußersten Linken. Täglich wurde es offenbarer, daß der Kreis derer, welche noch mit Hoffnung und Vertrauen auf das deutsche Parlament blickten, zusammenschrumpfe und die Zahl solcher, die sehnsüchtig eine starke Regierung zurückwünschten, sich erweitere. Die Vorgänge in den andern Theilen Deutschlands bewegten sich in derselben Richtung. Baden erlebte eine zweite republikanische Erhebung, die freilich noch kläglicher auslief als die vom April. Hecker stand diesmal nicht an der Spitze; er war wenige Tage vor dem 18. September nach Amerika abgesegelt; die bedeutendsten Leiter waren Struve, Löwenfels und Carl Blind. Von Basel aus, wo sie trotz aller Einreden des Reichsministeriums ruhig wohnen durften, brachen sie am 21. September in Baden ein. Lörrach wurde besetzt, das Volk aufgeboten und durch den Schwarzwald bis ins Rheinthal vorgerückt. Aber schon am 24. zerstoben die ungeregelten Schaaren bei Staufen vor den Truppen des Generals Hoffmann und der Spuk war zu Ende. Noch weniger hatten die Gährungen und Bewegungen zu bedeuten, die sich in andern Theilen Deutschlands bemerklich machten; nur an dem Hauptsitze der flachsten Demokratie, in Wien, kam es zu einer Erhebung, die von ernsten Folgen begleitet war.

Der Aufstand in Baden.

Die Krisis in Oestreich.

Der Reichstag in Wien.

Trotz des Erfolges, den die östreichischen Waffen in der [Lo]mbardei errungen, war die Lage des Kaiserstaates seit dem Juli [ni]um besser geworden. Der Reichstag, der in Wien am 22. Juli

zusammentrat, war eine traurige Versammlung. Er zählte unter seinen Mitgliedern nicht weniger als 92 Bauern, die auf der niedrigsten Bildungsstufe standen und in blindem Hasse gegen ihre Unterdrücker, die Gutsherren, aufgewachsen waren. Die alten Geschlechter Oestreichs waren nur sparsam vertreten; die Mehrzahl der Abgeordneten war des Deutschen unkundig. Zu ihrem Vorsitzer erwählten sie einen ganz unfähigen wiener Advocaten Schmitt; als Stellvertreter wurden ihm zwei Slawen zugeordnet, der Tscheche Strobach, der ihn bald ersetzte, und der Pole Smolka. Eine feste Parteibildung war nur auf der Grundlage der Nationalitäten möglich; die Deutschen saßen auf der Linken, die Tschechen auf der Rechten. Eine Adresse an den Kaiser eröffnete die Verhandlungen des Reichstages; sie forderte die Rückkehr des Monarchen nach Wien und war erfolgreich: am 12. August zog der kranke Ferdinand, sehr lau vom Volke begrüßt, wieder in seine Hauptstadt ein. Auch die zweite Frage, die in Anregung kam, wurde mit vieler Mühe zu einem guten Ende geführt, die wichtigste, die überhaupt dem Reichstage gestellt werden konnte: noch drückte nicht blos die Bauern, sondern auch noch manche Classen der städtischen Bevölkerung die unendliche Reihe der Lasten und Frohnden, die sich aus dem Unterthänigkeitsverhältniß herschrieb; sie mit einem Schlage aufzuheben, beantragte der Abgeordnete Kudlich. Am 8. August begannen die Verhandlungen darüber, erst am 7. September wurden sie beendet. Nicht die Rede- und Verbesserungslust der Reichstagsmitglieder allein hatte diesen großen Zeitaufwand herbeigeführt, sondern ebensowohl die innere Schwierigkeit und Mannichfaltigkeit der Sache und der heftige Zwiespalt der Meinungen darüber, ob den Herren für die Rechte, die ihnen entzogen wurden, eine Entschädigung zu gewähren sei oder nicht. Das Ministerium forderte die Entschädigung unter der Androhung seines Rücktrittes; die Bauernpartei tobte dagegen in ungezügeltem Hasse; die Köpfe derer, erklärte ein Redner, die für die Entschädigung sprächen, seien nicht mehr werth, als die Anatomie dafür zahle; endlich gewann der Antrag Lassers den Sieg, daß eine Scheidung zwischen den Lasten getroffen und der eine Theil mit, der andere ohne Entschädigung aufgehoben werde solle. Auf dieser Grundlage ward das Gesetz angenommen und am 9. September auch vom Kaiser bestätigt.

Rückkehr des Kaisers.

Aufhebung der Feudallasten.

Ungarn.

In denselben Tagen, wo dieser wichtige Fortschritt gelang, traf in Wien eine ungarische Deputation von 100 Mitgliedern ein, die den Kaiser einladen sollte, nach Pesth zu kommen. Es war der letzte, aussichtslose Versuch, den vollständigen Bruch zwischen den beiden Hälften der Monarchie zu verhüten. Geraume Zeit hindurch hatte es den Anschein gehabt, als ob der Kaiser die neue Ordnung der Dinge in Ungarn vollkommen billige. Mit großer Entschiedenheit hatte er sich gegen die Selbständigkeitsbestrebungen in den Nebenländern der Stephans-

krone ausgesprochen und in einem Manifeste vom 10. Juni von Innsbruck aus bei dem lebendigen Gott geschworen, daß er die Unversehrtheit der ungarischen Krone schützen werde. Am härtesten traf dieser kaiserliche Zorn den kroatischen Banus Jellacic, der mit der ungarischen Regierung in offener Fehde lag. Bereits im Mai verfügte diese eigenmächtig seine vorläufige Enthebung von dem Posten, welchen der Kaiser ihm anvertraut. Jellacic aber, weit entfernt dem zu gehorchen, verband sich nun erst recht mit der kroatischen Nationalpartei und berief zum 5. Juni den Landtag des dreieinigen Königreiches nach Agram. Allerdings blieben nicht blos die Dalmatiner aus, die ihre Vertreter in den Reichstag nach Wien sandten, sondern auch die Slawonier, die sich auf Ungarns Seite schlugen; und selbst mit den Serben der Woiwodina, die sich doch freiwillig ihnen angeschlossen, kamen die Kroaten nicht zum Besten aus. Die nationalen Forderungen, die in Agram erschollen, hatten daher einen sehr dürftigen Rückhalt; trotzdem waren sie nichts weniger als anspruchslos, denn sie gingen auf ein südslawisches Königreich, das Krain, Kärnthen, Istrien in sich aufnehmen und mit der übrigen Monarchie nur die Ministerien des Krieges, des Auswärtigen und der Finanzen gemein haben sollte. Solcher Pläne hatte man sich in Wien von einem Landtag, den Jellacic beherrschte, nicht versehen; der Banus ward öffentlich mit den bittersten Vorwürfen überhäuft und nach Innsbruck vorgeladen. Ohne sich zu übereilen, traf er Mitte Juni am kaiserlichen Hoflager ein. So schwierig seine Stellung auch schien, so wußte er sich doch leidlich zu rechtfertigen; besonders ein Aufruf, durch den er die Südslawen, die in Radetzkys Heer standen, ermahnte, treu dort auszuharren und für ihren Kaiser zu kämpfen, befestigte von Neuem das Zutrauen in seine Ehrlichkeit und Anhänglichkeit. Der Kaiser lenkte ein, gab seine einseitige Parteinahme für die Ungarn auf und übertrug dem Erzherzog Johann den Versuch einer Vermittlung zwischen den streitenden magyarischen und südslawischen Interessen. Allein zu einer Vermittlung war es bereits zu spät. Die Serben, denen die Kroaten noch viel zu bedächtig vorgingen, setzten einen Landesausschuß (Odbor) nieder, an dessen Spitze der junge Stratimirowic stand, und griffen zu den Waffen. In denselben Tagen, wo Jellacic in Innsbruck verweilte, begannen in der Woiwodina die Feindseligkeiten. Die Ungarn blieben im Nachtheil; ein Angriff, den ihr Führer Hrabowski auf Carlowitz machte, wurde von Stratimirowic erfolgreich zurückgeschlagen. Das befeuerte auch die Ungeduld der Kroaten; der Landtag forderte drohend vom Kaiser, daß Jellacic wieder eingesetzt werde, und erklärte sich für unauflösbar. Dem Banus mußten diese Schritte sehr unliebsam sein, weil sie ihm die Verständigung mit dem Hofe erschwerten; aber er wußte sich mit guter Art aus der Verlegenheit zu helfen. Am 9. Juli bestätigte er die Unauflösbarkeit, und vertagte in demselben Augenblicke „mit einem väterlichen Gruße" den un-

Jellacic.

Kampf in der Woiwodina.

Jellacic in Wien.

auflösbaren Landtag, der niemals wieder zusammentrat. Dann eilte er nach Wien, um dort mit dem Erzherzog Johann, dem Palatinus Stephan und dem ungarischen Ministerpräsidenten Batthyány über einen Ausgleich zu verhandeln. Während dieses Aufenthaltes wußte er sich einen bedeutenden Anhang in der Hauptstadt zu verschaffen, während die Magyaren von allen Seiten mit scheelen Blicken angesehen wurden. In der That hatte sich seit zwei Monaten die Sachlage völlig umgekehrt; jetzt konnte Niemand mehr, wie zu Anfang Juni, in den Südslawen die gefährlichen Feinde und in den Ungarn die Freunde des östreichischen Staates erblicken. Die Tapferkeit, mit welcher die illyrischen Regimenter in Italien gekämpft, bürgte für die Treue ihres Volkes und Jellacic selbst hatte sich durch seine letzten Handlungen von jedem Verdachte gereinigt. In Ungarn dagegen mehrten sich die Zeichen einer völligen Entfremdung von den gemeinsamen Interessen des Kaiserstaates. Seit der Erzherzog-Palatin am 26. Juni von dem Kaiser mit den Rechten des Souveräns ausgestattet und der ungarische Reichstag am 2. Juli in Ofen zusammengetreten war, kamen nur besorgliche und verletzende Botschaften über die Leitha herüber. Sämmtliche Ministerien des Palatinus handelten, als ob sie völlig von der wiener Regierung losgelöst seien; ungarische Diplomaten wurden an fremde Höfe geschickt, ein ungarisches Heer begründet, ungarische Anleihen und ungarisches Papiergeld ausgegeben. Kossuth, der Finanzminister, wies der Politik des Palatinus ihre Wege an. Jede Woche lieferte einen neuen Beleg für seinen gewaltigen Einfluß, dem die Batthyány, Eötvös, Deak nicht das Gleichgewicht zu halten vermochten. Wenn uns der Himmel verläßt, hatte er bei der Eröffnung des Reichstages in seiner Zeitung, dem Kossuth-Hirlapja, geschrieben, so werden wir uns aus der Hölle Geld verschaffen. Am 11. Juli forderte er von dem Reichstag mit hinreißender Beredtsamkeit 200,000 Mann und 42 Millionen Gulden; krank, wie er war, brach er nach zweistündigem Sprechen ohnmächtig zusammen; aber es weckte ihn der donnernde Ruf, in den die Abgeordneten nach dem Vorgange Nyárys, eines Führers der Linken, einstimmig ausbrachen: Wir schwören es, wir geben Alles! Und wozu sollte dieses Heer, dieses Geld dienen? Batthyány hatte in Innsbruck versprochen, Ungarn werde sich kräftig an dem Kriege gegen Italien betheiligen; Kossuth dagegen erklärte sich in offener Kammersitzung für die Abtretung der Lombardei bis an die Etsch, und wenn er das auch andern Tags einschränkend als seine Privatansicht bezeichnete so konnte der Reichstag doch nun zu keinem weitergehenden Schritte vermocht werden, als daß er nach der Herstellung der Ordnung in Ungarn dem Kaiser hülfreiche Hand zur Erkämpfung eines Friedens bieten wolle, der den Wünschen der italienischen Nation und der Würde des Thrones gleichmäßig entspreche. Auch in Bezug auf Deutschland ward am 3. August ein Beschluß gefaßt, der in Wien

Haltung der Ungarn.

Kossuth.

wenig behagen konnte: auf Telekis Antrag erklärte der Reichstag, in einem Kampfe gegen die deutsche Einheit dürfe auf Ungarns Hülfe nicht gerechnet werden. Dazu kamen noch Maßregeln wie das Verbot des östreichischen Papiergeldes und der Silberausfuhr in die westliche Reichshälfte, ganz besonders aber die Beschlüsse, eine eigene ungarische Anleihe auszuschreiben und neben dem bestehenden Heere gesonderte ungarische Bataillone zu errichten. In Folge dieser Vorgänge zog der Kaiser am 22. August die dem Palatin ertheilte unbedingte Vollmacht zurück, verwarf das Anleihe- und das Militärgesetz und befahl, daß die Feindseligkeiten gegen Serben und Kroaten eingestellt und Berathungen in Wien begonnen würden, an denen ungarische und östreichische Minister sammt dem in seine Würde wieder eingesetzten Banus Jellacic Theil nehmen sollten. Das Schreiben, in welchem er dies dem Palatin anzeigte, erklärte die Richtung, die Ungarn eingeschlagen, als gefährlich für das Gesammtreich und verwies auf eine Denkschrift des wiener Ministeriums, die dies im Einzelnen ausführte und überdies behauptete, die Zugeständnisse, welche der Kaiser den Ungarn seit dem März gemacht, bedürften zu ihrer Gültigkeit die Zustimmung der übrigen Kronländer.

Bruch des Kaisers mit den Ungarn.

Unverkennbar war durch diese Wendung dem neuen Zustande der Dinge der Boden unter den Füßen weggezogen. Die magyarischen Führer richteten danach ihre Handlungsweise ein. Während Batthyány in Wien mit zornigen Worten die Rücknahme des kaiserlichen Schreibens forderte, drohte Kossuth im Reichstage bereits mit dem Gespenst einer außerordentlichen vollziehenden Gewalt, die nicht aus dem Gesetz, sondern aus der Gefahr des Vaterlandes die Mittel ihrer Thätigkeit entnehmen werde. Um Batthyánys Forderungen Nachdruck zu geben, ward jene Abordnung von 100 Mitgliedern des Reichstages nach Wien geschickt und ihr der Auftrag gegeben, die Uebersiedelung des Kaisers nach Ofen zu verlangen. Statt dessen erhielt sie in der Hauptstadt die Kunde von der am 4. September erfolgten Wiedereinsetzung des gehaßten Jellacic in alle seine Würden und wenige Tage darauf die weitere Nachricht, daß der Banus mit 40,000 Mann die ungarische Grenze überschritten habe und gegen Ofen heranrücke. In der ersten Aufwallung seines Zornes legte Batthyány seinen Ministerposten nieder und eilte nach Pesth. Hier fand er Kossuth bereit, als Dictator an die Spitze des Landes zu treten. Die Verantwortlichkeit, diesen unheilbaren Schritt veranlaßt zu [ha]ben, bewog ihn, sein Amt noch einmal zu übernehmen und ein [neu]es Cabinet aus gemäßigt-conservativen Männern, wie Colo[ma]n Ghiczy, Erdödy und Vay, zu bilden. Während er seine [Be]dingungen nach Wien sandte und einstweilen, vom Reichstag [und] dem Palatinus anerkannt, die Geschäfte führte, zog Jellacic [zw]ischen dem Platten-See und der Donau gegen Ofen heran. [No]ch war vom Kaiser durch keine Aeußerung der Einfall des

Beginn der Feindseligkeiten.

Banus gebilligt; auch das wiener Ministerium hatte nur mittelbar die Vorbereitungen dazu gefördert; noch war es gestattet, das Unternehmen für die eigenmächtige Entschließung eines Mannes zu halten, der sich offen rühmte, 21 kaiserliche Handschreiben unbefolgt gelassen zu haben und für den Kaiser, selbst gegen des Kaisers Willen, zu kämpfen. Zunächst galt es, seinem Vorrücken Einhalt zu gebieten. Der Palatinus selbst ging zur ungarischen Armee ab, um diese Aufgabe zu lösen. Als östreichischer Erzherzog mußte er einen blutigen Zusammenstoß, wenn irgend möglich, vermeiden; er bot deshalb Jellacic eine Unterredung an Bord eines Dampfers an, auf dem er selbst am 21. September nach Szemes am Platten-See, dem Hauptquartier des Banus, fuhr. Der argwöhnische Kroate meinte jedoch, die Maschine des Schiffes könne am Ende zum großen Leidwesen des Prinzen stärker sein als dessen Ehrenwort; er ziehe es deshalb vor, das feste Land nicht zu verlassen. So wurde aus der Besprechung Nichts, und der Palatinus, ohne Zweifel überzeugt, daß Jellacic auf des Kaisers Befehl handle, entschloß sich nun, von einem Amte zurückzutreten, das ihn in eine unheilvolle Doppelstellung versetzte. Er verließ das Heer, gab seine Vollmacht am 24. September in Wien in des Kaisers Hände zurück und reiste dann, von den Schmähungen der Ungarn wie von der Ungunst des Hofes begleitet, nach seiner nassauischen Besitzung Schaumburg an der Lahn ab, wo er bis an seinen Tod in freiwilliger Verbannung lebte.

Rücktritt des Palatins.

Lambergs Ermordung.

Nun säumte auch der Kaiser nicht länger, offen Partei zu nehmen. Noch am 24. September ward den ungarischen Truppen verboten, Jellacic anzugreifen, am 25. wurde der Hofrichter Georg Majlath zum stellvertretenden Palatinus, der Baron Vay an Batthyánys Stelle zum Ministerpräsidenten, der General Lamberg zum Oberbefehlshaber aller in Ungarn stehenden Truppen, also auch des kroatischen Heeres, ernannt. Diese letztere Bestimmung konnte zwar die Magyaren insofern befriedigen, als sie eine Zurücksetzung und Unterordnung des Banus enthielt; aber das war ein Zugeständniß in der Form, nicht in der Sache, und genügte deshalb nicht. Ueberdies fehlte der Ernennung Lambergs zum Oberbefehlshaber des ungarischen Heeres die Gegenzeichnung durch einen ungarischen Minister, wodurch sie um so mehr als ein feindseliger und ungesetzlicher Willküract erschien. Auch Lamberg selbst, der mit Batthyány genau befreundet war, empfand diesen Mangel als einen Uebelstand und eilte deshalb sofort nach Pesth, um sich Batthyánys Einwilligung zu holen. Aber er fand den bisherigen Ministerpräsidenten nicht dort; derselbe war, gleichfalls von dem Wunsche beseelt, sich mit Lamberg zu verständigen, ins Lager geeilt, wo er ihn zu finden hoffte. Der Herr in der Hauptstadt war Kossuth. Schon am 22. September hatte der Reichstag ihn mit Nyary, Madarasz, Szemere und zwei anderen Abgeordneten als Ausschuß zur Landesvertheidigung dem Mini-

sterium zur Seite gestellt. Jetzt, in Batthyánys Abwesenheit, beherrschte er vollkommen die Lage. Kaum hörte er von Lambergs Ankunft in Pesth, so ließ er am Abend des 22. September den Reichstag einen Beschluß fassen, welcher den General, falls er den ihm vom Kaiser ungesetzlich übertragenen Oberbefehl annehme, für einen Landesverräther erklärte. Mehr bedurfte es nicht, um den ohne dies leidenschaftlich erregten Pöbel vollends zu fanatisiren. Wo Lamberg sich sehen ließ, war er feindlichen Angriffen ausgesetzt, so daß ihn schließlich die Nationalgarde zu seiner eigenen Sicherheit verhaftete. Aber während sie ihn am Morgen des 28. September über die Donaubrücke nach Pesth führte, kam ihr ein Pöbelhaufen entgegen, stürzte sich über den Unglücklichen mit Knitteln, Sensen und Aexten und mordete ihn unter den scheußlichsten Martern und Verstümmlungen.

Jellacic' Rückzug.

Jellacic' Nähe und die Furcht vor seiner Rache hatte der Leidenschaft nicht Halt gebieten können; aber schon die nächsten Tage entfernten auch diese Furcht. Ein unbedeutendes Gefecht östlich von Stuhlweißenburg, bei Velencze, fiel zu Gunsten der Ungarn aus und veranlaßte den Banus, sich westwärts nach der östreichischen Grenze hinzuziehen. Ein Theil seiner Truppen unter General Roth, gegen 10,000 Mann stark, verlor dabei die Fühlung mit der Hauptmacht und sah sich bald von allen Seiten umzingelt; es war der erste glänzende Erfolg der Magyaren, als sie, geführt von Arthur Görgey und Perczel, am 7. October diese Regimenter bei Ozora zur Ergebung zwangen. Nun war der Banus nicht sobald zu fürchten und mit Verachtung konnte man das kaiserliche Manifest bei Seite schieben, das ihn am 3. October zum Stellvertreter des Königs in Ungarn ernannte und gleichzeitig das Kriegsgesetz im ganzen Königreich verkündete und den Reichstag auflöste. Der offene Krieg war ausgebrochen; der Kaiser und Kossuth standen sich gegenüber; es war eine Frage der Macht geworden, wer das Feld behaupte. Und diese Frage lag nicht zu Ungunsten des Rebellen; das Land, das Heer, fast alle Festungen waren in seiner Hand; in dem Landesvertheidigungsausschuß, in dem Reichstag gebot er unumschränkt; voller Begeisterung stand das Volk in seiner großen Mehrheit hinter ihm. Und wenn noch etwas fehlte, um die Hoffnung des Sieges zur unverbrüchlichen Gewißheit zu erheben, so geschah auch das jetzt; deutsche Truppen, die deutsche Hauptstadt Oestreichs erklärten sich wider den Kaiser und für den Empörer; aufs Neue mußte der kranke Herrscher aus dem Schlosse seiner Väter entfliehen und e daran gedacht werden konnte, die Stephanskrone wieder zu g innen, mußten die Stammlande, mußte der Herrschersitz selbst der Gewalt der Aufrührer zurückerobert werden.

Die Stimmung in Wien.

Bis in den August hinein war die Stimmung der Wiener Ungarn durchaus nicht freundlich gewesen; auch die leitenden nokraten wollten die Erhaltung des Kaiserstaates und grollten Absonderungsgelüsten der Magyaren. Aber zwei Einflüsse

änderten unmerklich die Stimmung: die Hinneigung zu dem demokratischen Geist, der sich in dem ungarischen Reichstage so kräftig entfaltete, und der wachsende Widerwille gegen die Slawen, die sich so gern als die wahren Vertreter des Einheitsstaates aufspielten und ihre Mehrheit in dem wiener Reichstage ebensowohl gegen das Deutschthum wie gegen die Magyaren zu verwerthen begannen. Zwar duldeten sie das Deutsche als die Sprache der Verhandlungen im Reichstage, aber sie erzwangen doch Anfangs September die Einführung von Dollmetschern, die jeden Antrag auf das Verlangen von zehn Abgeordneten vor der Abstimmung in der Sprache aller Völker des Kaiserstaates verkündigen mußten, und bei den Verhandlungen über diese Neuerung fielen die schärfsten Worte gegen die Deutschen. Daß die Slawen die Mehrheit hatten, war eine ausgemachte Sache. Wie leicht konnten sie diese ihre Macht in wichtigen Beschlüssen ausnutzen, wie leicht sich mit den Ministern verbinden, die längst schon von den Demokraten als Reactionäre verschrieen wurden, und freiheitsfeindlichen Maßregeln ihre Genehmigung ertheilen! Um sich gegen solche Gefahren zu schützen, mußte die Demokratie sich wieder zusammenschließen. Seit Ende August entbehrte sie nämlich den Sicherheitsausschuß, in dem ihre ganze Stärke gelegen hatte. Es waren damals in Folge von Lohnverminderungen, welche das Ministerium bei den öffentlichen Arbeiten angeordnet hatte, Unruhen in der Hauptstadt ausgebrochen und der Sicherheitsausschuß hatte geglaubt, durch die Drohung, er werde sich andernfalls auflösen, die Regierung zum Nachgeben zwingen zu können. Statt dessen hatte diese die Auflösung in verbindlichster Weise angenommen und die Unruhen erfolgreich bekämpft. Ein paar Wochen hatte die verdutzte Demokratie den neuen Zustand ärgerlich ertragen; gegen die Mitte des September aber versuchte sie sich wieder in neuen Straßenaufläufen, die am 13. ihren Höhepunkt erreichten. Zwar gelang es dem Ministerium auch jetzt, Schlimmeres zu verhüten, aber die Errichtung eines Centralcomités der demokratischen Vereine war doch nicht zu verhindern. In Folge dessen nahm das Clubwesen einen neuen Aufschwung; Prediger, die von auswärts kamen, wie Ronge und Julius Fröbel, brachten neue Anregung; ganz besonders aber boten die Vorgänge in Ungarn den dankbarsten Stoff. Daß man für die Magyaren Partei zu nehmen habe, konnte nicht zweifelhaft sein; waren doch die reactionären Minister und die slawische Mehrheit des Reichstages gegen sie. Bislang nun hatte sich diese Parteinahme nur in schönen Reden und allenfalls in Beschlüssen kundgeben können, jetzt aber, wo der Krieg in Ungarn begonnen, bot sich die Gelegenheit, sie auch durch die That zu beweisen. Um den Banus zu einer kräftigen Kriegführung in den Stand zu setzen, befahl der Kriegsminister Latour den Abmarsch aller verfügbaren Truppen nach Ungarn. Demgemäß sollte am 6. October auch ein wiener Regiment die Hauptstadt verlassen. Aber unlustig,

Auflösung des Sicherheitsausschusses

Neuer Aufschwung der Demokratie.

Parteinahme für Ungarn.

Der Octoberaufstand.

das gemächliche Leben in der Residenz mit dem beschwerlichen Feldlager zu vertauschen, und überdies längst von den demokratischen Ideen der Zeit angesteckt, weigerten sich die Truppen zu gehorchen. Nun sollten sie durch ein galizisches Regiment dazu gezwungen werden; allein sie beharrten auf ihrem Widerstande, die Bevölkerung der Vorstädte kam ihnen zu Hülfe, an der Taborbrücke entspann sich ein Kampf, und nachdem der Führer der Galizier, General Bredy, gefallen war, behaupteten die Aufrührer den Sieg. Die Nachricht von diesen Vorgängen brachte auch die innere Stadt in Aufregung; bald füllten sich die Straßen mit bewaffneten Nationalgardisten; die Glocken stürmten, die Kanonen der Meuterer donnerten dazwischen. Während dessen waren die Minister bei Latour versammelt; bald umzingelte die Menge das Haus und forderte stürmisch die Einstellung des Kampfes. Sie wurde gewährt, aber das genügte den Banden nicht mehr; sie verlangten Einlaß in das Haus. Eine Kanone mit Kartätschenladung und 160 Grenadiere, die in dem Hofraum standen, würden es ihnen gewehrt haben, wenn Latour gewollt hätte; aber er verbot jeden Widerstand und ließ das Thor öffnen; in einem Verstecke wollte er, während die anderen Minister sich entfernten, den Sturm vorübergehen lassen. Unglücklicher Weise erfuhr der Pöbel, daß er noch im Hause sei, und nun nahm das Geschrei nach seinem Kopfe kein Ende. Ein paar Abgeordnete, Smolka und Fischhof, kamen auf den Gedanken, Freiwillige aus der Menge zum Schutz des Ministers aufzufordern und ihn fort nach dem Zeughaus zu bringen. Etwa zwanzig Arbeiter gelobten eidlich ihren Beistand. Aber die Zahl war zu klein, die Wuth der Rasenden zu groß. Noch im Hofe des Gebäudes wurde Latour aus der Mitte der Schutzwache herausgerissen, mit Hammern, Stangen und Spießen zu Tode geschlagen und dann an einem Laternenpfahl aufgehängt. Ein Angriff auf das Zeughaus setzte die Rotte sodann in den Besitz brauchbarer Waffen; zahlreiche Barrikaden waren entstanden und wurden erfolgreich behauptet; als die Nacht hereinbrach, waren die Aufrührer Herren der Stadt.

Latours Ermordung.

Inzwischen hatte sich der Reichstag versammelt und versuchte eine Vermittlung; freilich war er nichts weniger als vollzählig; der Präsident Strobach und die meisten tschechischen Abgeordneten verließen sogar die Stadt und flüchteten nach Prag. Die Zurückgebliebenen aber setzten unter Smolkas Präsidium einen Sicherheitsausschuß ein, forderten den commandirenden General Grafen Auersperg zur Einstellung der Feindseligkeiten auf und entsandten [illegible]e Abordnung an den Kaiser nach Schönbrunn mit der Bitte [illegible] die Ernennung eines volksthümlichen Ministeriums. Die [illegible]twort lautete sehr günstig; aber am anderen Morgen kam [illegible]e andere Botschaft: mit Tagesanbruch hatte der Kaiser Schön[illegible]nn verlassen und sich nach Olmütz geflüchtet; ein Manifest [illegible]kündigte die Absicht des Monarchen, der unterjochten Bevöl[illegible]ung von Wien Hülfe zu bringen und die durch empörenden

Der Reichstag.

Der Kaiser nach Olmütz.

Bedrohung Wiens.

Frevel bedrohte Freiheit zu retten. Ein Angriff auf Wien stand also bevor, und es galt, auf Abwehr zu denken. Dem Reichstag ward bei dieser Aussicht sehr unheimlich zu Muthe; er selbst so gut wie sein Sicherheitsausschuß hielten sich möglichst im Hintergrunde, auch der wiener Gemeinderath machte den demokratischen Vereinen und ihren Führern die Leitung nicht streitig. Diese erwählten einen früheren Offizier Wenzel Messenhauser zum Befehlshaber der Nationalgarde, den Polen Bem, der bei Ostrolenka gefochten, zum Führer der Mobilgardisten. Die nächste Gefahr schien von Jellacic zu drohen, der die ungarische Grenze unfreiwillig überschritten hatte und froh war, seinen Rückzug vor den Magyaren als ein Vorrücken gegen Wien darstellen zu können. Mit ihm vereinigte sich Auersperg, der allein zur Wiedereinnahme der Stadt zu schwach gewesen wäre. Aber ehe sie noch die Feindseligkeiten begannen, erhielten sie den Befehl, sich dem Fürsten Windischgrätz, dem Bezwinger von Prag, unterzuordnen. Dieser hatte bereits am 11. October auf eigene Hand seinen Entschluß angekündigt, den Kaiser zu schützen; fünf Tage darauf ward er zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber aller östreichischen Truppen mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee ernannt. Gegen die gewaltigen Heeresmassen, die so von Norden und Osten heranzogen, schauten die Wiener vergebens nach Hülfe aus: An jubelndem Zuruf fehlte es ihnen freilich nicht; die vereinigte Linke des frankfurter Parlamentes sandte ihnen sogar durch eigene Abgeordnete, Robert Blum, Fröbel, Moritz Hartmann, den Bruderkuß von vielen Tausenden; selbst das Reichsministerium bezeigte ihnen durch die Entsendung zweier Bevollmächtigter, Welckers und Mosles, eine verwunderliche Theilnahme. Aber von irgend welchem Nutzen war die Anwesenheit dieser Bevollmächtigten im kaiserlichen Hoflager und im Hauptquartiere Windischgrätzens für die Bewohner der Hauptstadt nicht. Auch mit den Beifallszeichen, die aus Berlin herüberkamen, war diesen wenig gedient; unmittelbare Hülfe dagegen versprach das ungarische Heer zu bringen, das unter Mogas Führung dem weichenden Jellacic bis an die Grenze gefolgt war und jeden Tag dieselbe überschreiten konnte. Allein obgleich der ungarische Reichstag feierlich erklärte, er wolle sich dem heldenmüthigen Volke Wiens dankbar erweisen, so zögerten seine Truppen doch, demgemäß zu handeln. Erst als Windischgrätz von Norden her die Hauptstadt schon schwer bedrängte, entschlossen sich die magyarischen Führer, über die Leitha zu gehen. Am 30. October stießen sie bei Schwechat mit Jellacic zusammen; ihr Erscheinen und ihr Kampf, vom Stephansthurm ängstlich beobachtet, belebte den Muth der Wiener noch einmal und veranlaßte sie zu erneutem Widerstande; aber da der Sieg zuletzt auf der Seite des Banus blieb, so erwies sich das als ein sehr schlechter Dienst. Schon Tags zuvor hatten nämlich mit Windischgrätz, der seit dem 26. die Stadt umlagerte und seit dem 28. Herr der nördlichen Vorstädte war, Verhandlungen stattgefunden,

Ungarische Hülfe.

Wiens Fall.

in denen der Gemeinderath sich zuletzt zur bedingslosen Uebergabe verstand; Allen voran hatte der Commandant Messenhauser zu diesem Schritte gerathen und seine Vollmacht bereits abgegeben. Aber das Erscheinen der Ungarn änderte die Lage; Messenhauser übernahm in Gemeinschaft mit einem anderen Offizier, Fellenberg, die Leitung von Neuem und das Versprechen der Uebergabe wurde als nicht geschehen betrachtet. Mit dem Rückzuge der Ungarn verschwand auch der kurze Hoffnungsrausch, und nun büßte die Stadt durch eine Beschießung, zu der Windischgrätz am 31. den Befehl gab. Von ernstlichem Widerstande war nicht die Rede. Abends zogen die kaiserlichen Truppen in die eroberte Stadt ein, der Belagerungszustand ward verhängt, Kriegsgerichte eingesetzt, massenhafte Verhaftungen vorgenommen.

Blum erschossen.

Auch Blum und Fröbel, die Mitglieder des frankfurter Parlamentes, wurden vor das Kriegsgericht gestellt und an dem ersteren das Todesurtheil, das auf den Strang lautete, am 9. November auf der Brigittenau durch Pulver und Blei vollstreckt; der andere wurde begnadigt; Messenhauser und einige zwanzig andere büßten gleich Blum mit dem Tode.

Der Reichstag nach Kremsier.

Der Reichstag stob mit dem Einzug der Truppen sofort aus einander; bis dahin hatte er die Vertagung, welche der Kaiser am 22. October ausgesprochen, mißachtet; jetzt trug er nicht länger Bedenken, sie anzuerkennen und sich am 22. November in Kremsier, einem Städtchen in der Nähe von Olmütz, wohin er auf den Rath der geflüchteten tschechischen Abgeordneten berufen war, wieder zusammen zu finden. Abgeschieden von der Welt und von der Regierung führte er hier fortan ein harmloses Dasein, monatelang mit der Berathung der Grundrechte beschäftigt, während ein besonderer Ausschuß sich mit dem Entwurf einer Verfassung abmühte. Der Schwerpunkt des Staates ruhte nicht länger bei ihm, sondern bei dem Ministerium.

Ministerium Schwarzenberg.

Dieses ward am 21. November von Grund aus verändert. An die Spitze trat Fürst Felix Schwarzenberg, ein blasirter Weltmann und starrer Anhänger des Alten, aber bewandert in den Geschäften, ihm zur Seite Graf Franz Stadion für das Innere, der Gründer des östreichischen Lloyd, Bruck, einst Buchhändler in Bonn, als Minister des Handels; Bach und Krauß für die Justiz und die Finanzen blieben auf ihren Posten. Das Programm, mit dem sie vor den Reichstag traten, verkündete den strengen Einheitsstaat; wie derselbe den Forderungen der Italiener und Ungarn gegenüber durchgeführt werden solle, wurde nicht gesagt; auch über die künftige Stellung zu Deutschland lagerte sich [illegible] tiefes Dunkel. Erst wenn das verjüngte Oestreich und das [illegible]üngte Deutschland zur neuen, festen Form gelangt sind, so [illegible]teten die Worte, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Be[illegible]ungen staatlich zu bestimmen; bis dahin aber werde Oestreich [illegible]fahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen. Noch hatte [illegible]n diese vieldeutigen Sätze zu prüfen und auszulegen kaum be[illegible]nen, als von Olmütz eine neue Nachricht kam, die den Beginn

Abdankung Kaiser Ferdinands.

einer anderen Zeit außer allen Zweifel setzte. Am 2. December um 8 Uhr Morgens versammelte sich die kaiserliche Familie, das Ministerium, der Hof, die Feldmarschälle Windischgrätz und Jellacic, die Abends zuvor in Olmütz angekommen waren, und viele andere geladene Personen in der kaiserlichen Residenz, um Zeugen zu sein, wie Kaiser Ferdinand zu Gunsten seines Neffen, des 18jährigen Erzherzogs Franz Joseph, die Krone niederlegte, nachdem zuvor sein Bruder, der Erzherzog Franz Carl, zu Gunsten dieses seines Sohnes auf das Recht der Nachfolge verzichtet hatte. Es war ein längst gehegter Plan, der so zur Ausführung gelangte; er war in Innsbruck und dann wieder in Schönbrunn der Verwirklichung nahe gewesen, aber gerade in diesen Tagen kam er doch völlig überraschend. Seine Hauptspitze kehrte er offenbar gegen die Ungarn, denen gegenüber Kaiser Ferdinand durch Wort und Eid gebunden, der junge Monarch aber, wenigstens persönlich, noch frei war. Allein die Sache hatte auch ihre Kehrseite; auch die Ungarn waren dem bisherigen Herrscher verpflichtet, der neue blieb ihnen so lange fremd, bis er mit der Stephanskrone gekrönt war. Von beiden Seiten erweiterte also der 2. December die Kluft, welche zwischen den Magyaren und dem Throne bestand, und wenn Kaiser Ferdinand durch seine Regierung dem Lande wenig genützt, so schadete er ihm um so mehr durch seine Entsagung. Ein persönliches Opfer brachte er durch dieselbe nicht. „Gott segne dich, sei brav: es ist gern geschehen", diese Worte, mit denen er seinen Nachfolger umarmte, waren gewiß aufrichtig. Die lange Lebenszeit, die ihm nach seiner Abdankung noch beschieden war, verlebte er kränklich und stumpf, aber still vergnügt und unbekümmert um die Händel der Welt, an der Seite seiner Gemahlin Maria Anna in Prag, wo er erst am 29. Juni 1875 starb.

Die Krisis in Preußen.

Der Stein'sche Antrag.

So wenig diese Vorgänge in Oestreich durch die Ereignisse in Deutschland beeinflußt wurden, so vielfach war doch umgekehrt ihre Rückwirkung auf den Gang der Dinge in Frankfurt und Berlin. Die preußische Hauptstadt genoß seit dem Eintritt des Ministeriums Auerswald-Hansemann einer verhältnißmäßig großen Ruhe; die Straßenaufläufe, das Schaumspritzen der Revolution, wie man es nannte, hörten auf; die Nationalversammlung enthielt sich, während ihr Ausschuß die Verfassung berieth, aufregender Verhandlungen. In den Provinzen war es nicht überall so still. Ein erschreckender Vorfall in Schweidnitz setzte auch die Vertreter des Volkes wieder in Bewegung. Dort war am 31. Juli, von dem Commandanten der Festung beleidigt, die Bürgerwehr vor dessen Wohnung gezogen; eine Compagnie Linientruppen, die zu Hülfe gerufen ward, gab Feuer und 14 Bürger-

leichen blieben als Opfer des Tages auf dem Kampfplatz liegen. In Folge davon verlangte der breslauer Abgeordnete Stein von dem Ministerium am 9. August einen Erlaß an die Offiziere, der sie anweise, alle Zusammenstöße mit den Bürgern zu vermeiden und dadurch ihre Hingebung an den neuen Rechtszustand zu bekräftigen. Der Antrag fand natürlich die Zustimmung der Nationalversammlung und ward auch von dem Kriegsminister Schreckenstein kaum bekämpft. Den König dagegen versetzte dieser Versuch einer Einmischung in die Heeresangelegenheiten in die größte Mißstimmung; er verweigerte seine Zustimmung zu dem geforderten Erlaß und nöthigte das Ministerium zu der Erklärung in der Kammer, daß es der verderblichen Folgen wegen den Beschluß vom 9. August nicht ausführen könne. Darüber gerieth nicht blos die Linke in heftigen Zorn, sondern auch die Centren fanden diese Weigerung unerhört; die berliner Bürgerwehr, die sich selbst ein wenig bedroht fühlen mochte, steigerte den Unwillen und die Widerstandslust durch hunderte von Bezirksversammlungen und durch die feierliche Erklärung, sie werde die Beschlüsse der Volksvertreter aufrecht zu erhalten und diese selbst zu schützen wissen. Am 7. September kam die Weigerung des Ministeriums zur Verhandlung; nach lebhaftem Kampfe forderten 219 von 362 Stimmen „zur Vermeidung eines Bruches mit der Versammlung" die sofortige Ausführung des Beschlusses vom 9. August. Den Ministern war ein Nachgeben unmöglich;

Sturz des Ministeriums.

der König dachte nicht daran, sich zu fügen; der Sturz des bisherigen Cabinettes war also, nachdem es kaum zehn Wochen die Geschäfte geführt, unerläßlich geworden. Nun war in denselben Tagen, wie früher erzählt, auch das Reichsministerium in Frankfurt zusammengebrochen, und dem Könige kam der Gedanke, dem Mangel an geeigneten Räthen, den er in Berlin verspürte, durch die Berufung Beckeraths abzuhelfen. Von dem bewährten liberalen Namen dieses Mannes mochte er hoffen, daß er das Mißtrauen des Volkes beschwichtigen werde, während seine weiche und königstreue Gesinnung eine leichte und aufrichtige Verständigung zwischen Herrn und Diener zu versprechen schien. Aber Friedrich Wilhelm kannte Beckerath noch nicht; unter der milden Außenseite barg sich ein klarer und unerschütterlicher Wille; unbedenklich erklärte der crefelder Kaufherr, daß nach seiner Ueberzeugung nur die Verbindung demokratischer und monarchischer Grundsätze den Staat zu retten vermöge; er forderte einen Erlaß an das Heer, der in milden Formen dem Willen der National-
ammlung genügte; er verlangte überdies eine volksthümliche
ildung des Heerwesens und Verkürzung der Dienstzeit, und
ich stellte er als Bedingung die Anerkennung und Veröffent-
ung der in Frankfurt beschlossenen Gesetze und der noch in
athung befindlichen deutschen Verfassung. Das zu gewähren,
dem König nicht in den Sinn; dennoch gab er die Bemü-
gen, Beckerath zu gewinnen, nicht auf. In einem ungemein

herzlichen Briefe beschwor er ihn, seinem Könige und Freunde im entscheidenden Augenblicke nicht das mildernde, beschwichtigende Oel seines Namens zu entziehen und wenn auch ohne Portefeuille in das Ministerium einzutreten. Beckerath blieb fest; er war bereit und sagte das dem Könige, Alles für Preußen zu opfern, aber sein Gewissen nicht; mit gelähmtem Geiste wollte er dem Vaterlande nicht dienen. So entbehrte denn das neue Ministerium eines vertrauenerweckenden Namens. Der General Pfuel, der an der Spitze stand, galt zwar für einen ehrlichen und wohlmeinenden Mann, aber schon seine Eigenschaft als Soldat machte ihn mißliebig; die andern Mitglieder wie Dönhoff, der frühere Bundestagsgesandte, Eichmann, Bonin, gehörten dem alten Beamtenstaate an; es bedurfte kaum noch der Ernennung des aus Schleswig zurückgekehrten Generals Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken, um der öffentlichen Meinung die Gewißheit zu geben, daß die Reaction begonnen habe. Es half nicht viel, daß Pfuel beim Könige manchen Schritt durchzusetzen wußte, der dieser Auffassung schnurstracks widersprach, daß sogar ein Erlaß an die Armee erging, den der Führer des linken Centrums, von Unruh, aufgesetzt hatte und der völlig den Forderungen vom 9. August genügte, oder daß am 24. September das von Waldeck entworfene Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit veröffentlicht wurde. Die Gereiztheit gegen das Ministerium und den König blieb ungeschwächt, und sie fand einen vortrefflichen Tummelplatz, als am 12. October die Verhandlungen über die Verfassung begannen: gleich aus den Einleitungsworten wurde mit großer Mehrheit die Redensart „Von Gottes Gnaden" vor dem Titel des Königs gestrichen. Wie übel der Monarch das vermerkte, ließ er die Abordnung fühlen, die ihn am 15. October zum Geburtstag beglückwünschte; danken Sie Gott, sagte er unter Anderm, daß es bei uns nicht wie in Frankreich ist, daß Sie noch eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden haben! Ein Sturm lag in der Luft, das verkündeten zahlreiche Anzeichen. Die Sitzungen der Versammlung wurden stürmischer; der Präsident Grabow ward bei einem Ordnungsruf von der Mehrheit im Stich gelassen und legte sein Amt nieder, das von Unruh übernahm, während Waldeck mit sieben Stimmen Mehrheit sein Stellvertreter wurde; aus dem Königsschloß und dem Sitzungssaal verbreitete sich die Gährung auch auf die Straße; Zusammenrottungen wurden wieder häufiger, am 16. October gab es wieder einmal ein blutiges „Schaumspritzen". Dazu kamen nun die Nachrichten aus Wien: erst vom Siege der Freiheit, der Flucht des Kaisers, der Herrschaft des Volkes; dann von der Verlegung des Reichstages, den Märschen von Jellacic und Windischgrätz, der Beschießung der Hauptstadt. Man wollte sich von dem „heldenmüthigen Volke Wiens" nicht überbieten, und als es in Noth kam, wollte man es nicht ohne Hülfe lassen. Am 31. October stellte Waldeck den Antrag, die preußische Regierung solle

Ministerium Pfuel.

Verfassungsberathung.

Gährung in Berlin.

Beschluß zu Gunsten der Wiener.

mit allen Mitteln zum Schutz der in Wien bedrohten Freiheit einschreiten. Da gab es drinnen wieder leidenschaftliche Verhandlungen und draußen vor dem Schauspielhause, in dem seit vierzehn Tagen die Sitzungen gehalten wurden, konnte der Pöbel nur mit Mühe am gewaltsamen Eindringen gehindert werden. Aber trotz dieser Bedrohung ward der Antrag Waldecks abgelehnt, freilich nur zu Gunsten des wenig verschiedenen, den Rodbertus gestellt hatte: statt der preußischen vielmehr die Reichsregierung zum Schutz der wiener Freiheit anzurufen; nur 52 von 313 Stimmen waren gegen diesen Antrag, und der Minister Pfuel selbst stimmte dafür.

Rücktritt Pfuels.

Dem Könige mußte dieser Beschluß und dieses Verhalten seines ersten Rathes im Innersten zuwider sein; als nun gar der nächste Tag die Kunde von dem vollkommenen Siege Windischgrätzens brachte, glaubte er die Zeit gekommen, auch seinerseits rückhaltlos mit der Revolution zu brechen. Unter Hinweis auf die Gefahren, denen die Nationalversammlung durch den Pöbel ausgesetzt sei, verlangte er die Rückkehr der Truppen in die Stadt. Pfuel konnte darauf nicht eingehen und nahm seine Entlassung, seine Collegen mit ihm. Es war schwer, einen Nachfolger zu finden, der die Verantwortung für einen Schritt übernahm, dessen Tragweite man gar nicht übersehen konnte; indeß ein Oheim des Königs, Graf Brandenburg, Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Dönhoff, ließ sich, mehr wohl aus soldatischem Gehorsam, als aus politischem Eifer, dazu bereit finden. Am 2. November erschien er im Schauspielhause, um den Vertretern anzukündigen, daß er mit der Bildung des Cabinettes betraut sei. Man wußte von dem Manne Nichts, als daß er gegen die breslauer Bürgerwehr vor einigen Wochen einen drohenden Erlaß gerichtet hatte; aber auch ohne diesen Umstand wäre ihm ein mißtrauischer Empfang sicher gewesen. Die Versammlung beschloß sofort eine Abordnung an den König zu senden, um ihn zur Ernennung eines andern Ministerpräsidenten zu bewegen. Unter Unruhs Führung begaben sich Nachmittags 21 Männer, sorgsam aus allen Parteien erlesen, nach Potsdam. Anfangs wollte der König sie gar nicht vorlassen, dann empfing er sie doch, hörte ihre Adresse an, faltete sie zusammen und ging schweigend der Thüre des Nebenzimmers zu. Ehe er sie öffnete, rief einer der Abgeordneten, Johann Jacoby: Wollen Ew. Majestät uns nicht weiteres Gehör schenken? Ein kurzes Nein war die Antwort. Da verstieg sich der jüdische Demokrat, dem höfische Sitte [illegible]lich fremd war, zu dem dreisten Worte: Das eben ist das [illegible]glück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen! [illegible]nn es noch eine Brücke zur Verständigung gab, so war sie [illegible]ch diese beleidigende Plumpheit abgebrochen. Der Flügel-Ad[illegible]ant des Königs, von Manteuffel, erschien und erklärte den [illegible]geordneten, sie seien entlassen; am andern Tage lief noch eine [illegible]iftliche Antwort des Monarchen ein, welche die Ernennung

Ministerium Brandenburg.

Brandenburgs bestätigte und versicherte, derselbe werde sich das Vertrauen des Landes schon erwerben. Zunächst aber hatte er Mühe Gehülfen zu finden; erst am 9. November konnte er mit drei Genossen, Otto von Manteuffel, Ladenberg und Strotha, vor die Versammlung treten; er brachte eine königliche Botschaft mit, welche die sofortige Vertagung der Verhandlungen und die Wiederaufnahme derselben am 27. November in der Domkirche zu Brandenburg befahl; als Grund dieser Maßregel wurde die Nothwendigkeit, der Versammlung die Freiheit ihrer Berathungen zu sichern, vorgeschützt. So war der Revolution durch einen Staatsstreich geantwortet. Ein Wortbruch im strengsten Sinne lag freilich nicht vor, geschweige denn ein Rechtsbruch; zur Vereinbarung der Verfassung hatte der König die Versammlung berufen und in dieser Arbeit wurde sie, den kurzen Zeitverlust abgerechnet, nicht behindert; aber eine Demüthigung war dieser Schritt, die sich schwer verschmerzen ließ, die das Ansehen der Volksvertretung tief schädigen mußte, und die ernsthaft bedrohlich erschien, wenn man der Vorgänge in Wien gedachte, in der Verlegung des östreichischen Reichstages nach Kremsier das Vorbild zu Friedrich Wilhelms Maßregel erkannte und die Stellung Wrangels vor den Thoren der Hauptstadt in Vergleich zog mit der Rolle, die Jellacic und Windischgrätz in Wien gespielt hatten. So viel war sicher, nur eine neue Revolution konnte, wie die Dinge jetzt lagen, der Nationalversammlung ihre alte Bedeutung wiedergeben. In dieser Erkenntniß handelten der Präsident von Unruh und die Mehrheit der Abgeordneten. Trotz der Verwahrung, die Brandenburg einlegte, und der die meisten Mitglieder von der Rechten durch sofortige Entfernung Folge gaben, setzte die Versammlung ihre Sitzung fort, erklärte die Vertagung für ungültig, lehnte einen Antrag, sich kraft eigenen Entschlusses auf den 27. November nach Brandenburg zu vertagen, mit 252 gegen 30 Stimmen ab und faßte endlich den Beschluß, die Sitzungen an jedem Orte wieder aufzunehmen, wohin der Präsident sie verlegen werde. Wider Erwarten konnte man am nächsten Tage, dem 10. November, noch einmal in den alten Räumen, dem Schauspielhause, zusammentreten; der Commandant der Bürgerwehr, Major Rimpler, hatte sich geweigert, dasselbe nach dem Verlangen des Ministeriums abzusperren, und die Truppen waren noch nicht einmarschirt; denn schon auf 5 Uhr früh hatte von Unruh die Sitzung anberaumt. Im Laufe des Vormittags aber rückte Wrangel ein und besetzte die Straßen um das Schauspielhaus, während vor demselben die Bürgerwehr unter Waffen stand. Zum Angriff schritt er nicht, sondern erklärte einfach, er werde warten, bis die Abgeordneten sich der Vertagung gefügt hätten, und wenn es acht Tage dauern sollte.

Vertagung der Versammlung. · *Fortdauer der Verhandlungen.* · *Einmarsch Wrangels.*

In der That stand bei diesem Abwarten Nichts auf dem Spiele. Die Stimmung der eigentlichen Bürgerschaft war matt und erschöpft; mit Aengstlichkeit sah die große Classe der Be-

sitzenden dem unruhigen Treiben der Wühler zu und begrüßte die Rückkehr der Truppen als ein rettungbringendes Ereigniß. Erleichtert athmete sie auf bei den schneidigen Worten in Wrangels erstem Armeebefehl: Meine Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr! Beruhigt sah sie die blutrothen Placate von den Straßenecken verschwinden, die den Republikaner zeigten, wie er nach gethaner Arbeit zwischen Laternenpfählen voller Leichen sich zur Ruhe legt. Mit frohem Herzen nahm sie wahr, wie jene unheimlichen Gestalten aus der Hauptstadt entwichen, die selbst den frankfurter Bassermann erschaudern machten, als er an einem Octobertage spät Abends die Straßen Berlins durchwanderte. Der Rückschlag gegen die Maßlosigkeiten der Revolutionäre war in der öffentlichen Meinung unzweifelhaft vorbereitet und durch den Schutz, den ihm die Anwesenheit der Truppen bot, ward er zur offenkundigen Thatsache. Auch die Bürgerwehr entzog sich ihm nicht; die Lust zu kühnen Thaten verschwand mit einem Schlage; und die Nationalversammlung, jeder Stütze bar, mußte auf einen Rückzug denken. Sie bewerkstelligte ihn nicht mit Hast, sondern mit wiederholten Versuchen, noch irgend welchen Halt zu gewinnen. Ein Aufruf ermahnte am 10. November das Volk zur Verteidigung des Gesetzes und der errungenen Freiheiten; dann ward unter feierlicher Verwahrung gegen die angewandten Zwangsmaßregeln für diesen Tag die Sitzung aufgehoben. Alsbald besetzten die Truppen das Schauspielhaus und als andern Tags die Abgeordneten, von Neuem durch den Präsidenten dorthin zusammenberufen, den Eintritt verlangten, ward er ihnen verwehrt. Sie begaben sich darauf in das Hôtel de Russie und tagten hier. Das Ministerium ließ sie zunächst gewähren und that die nöthigen Schritte, um die Ruhe in Berlin auf die Dauer zu sichern. Am 11. wurde die Bürgerwehr aufgelöst, am 12. der Belagerungszustand verhängt. Die Bürgerwehr leistete keinen Widerstand; in der Nacht versammelten sich zwar ihre Majore unter Theilnahme Waldecks und andrer Abgeordneten sowie mehrerer Vertreter von Arbeitervereinen, um zu überlegen, was zu thun sei; allein da Waldeck es nicht über sich gewann, sie zum Aufruhr zu reizen, so verhallten die ungestümen Redereien einzelner Hitzköpfe ungehört und diese „Majorsnacht", wie die Reactionäre sie spöttisch nannten, ging folgenlos vorüber. Mit dem Belagerungszustande wurde auch das Verbot aller Versammlungen von mehr als 20 Personen verkündet. Dies gab die weitere Handhabe zum Einschreiten gegen die Nationalversammlung. Am 11. und 12. hatten sich ihre Mitglieder ungestört berathen können, das Ministerium behandelte sie wie Privatleute, die ja nach dem Rechte der freien Vereinigung beliebig zusammentreten durften; am 13. fielen aber auch sie unter das neue Verbot und das Militär erhielt den Befehl, sie aus dem Schützenhause, wo sie tagten, zu vertreiben. Zufälliger Weise war die Sitzung schon geschlossen, als die Sol=

Die Nationalversammlung.

Auflösung der Bürgerwehr.

Steuerverweigerung.

daten kamen, und auch am 14. hob Unruh die Berathung so frühzeitig auf, daß keine Störung erfolgte. Am 15. kam man wiederum zusammen, diesmal in dem Mielenzschen Saale unter den Linden. Auf der Tagesordnung stand der Bericht des Herrn von Kirchmann über den Antrag von Schulze-Delitzsch, welcher dem Ministerium das Recht zur Steuererhebung absprach, so lange die Nationalversammlung an der ungestörten Berathung in Berlin verhindert sei. Da erschien vor der Abstimmung der Major Herwarth von Bittenfeld mit einer Abtheilung Soldaten und verlangte Räumung des Saales. Waldeck wollte Trotz bieten: Ein Landesverräther, rief er aus, wer diesen Saal verläßt! Unruh dagegen erklärte, die Versammlung weiche der Gewalt. Während dessen war es einigen Mitgliedern gelungen, den Major zu veranlassen, für einen Augenblick mit seinen Begleitern den Saal wieder zu räumen. Diese kurze Frist benutzte der Präsident, den Antrag Schulzes zur Abstimmung zu bringen und zu verkünden, daß er von den 227 Anwesenden einhellig angenommen sei. Mit diesem kleinen Triumphe ging die Versammlung auseinander.

Die Sitzungen in Brandenburg.

Thatsächliche Bedeutung gewann der Beschluß freilich nicht; die erschreckte, ruhebedürftige Masse der Bevölkerung dachte weder in Berlin noch in den Provinzen daran, ihm Folge zu leisten. Ganz vereinzelt waren die Versuche, ihm zu gehorchen, am merkwürdigsten der des Oberpräsidenten von Schlesien, Pinder, welcher erklärte, er werde die eingegangenen Steuern nicht nach Berlin abliefern. Das Ministerium erleichterte ihm dieses Vorhaben dadurch, daß es ihn sofort absetzte. Unruhen in Frankfurt a. O., Halle, Erfurt wurden noch schneller unterdrückt als die in Breslau, welche Pinder zu jener Erklärung getrieben hatten. Als der 27. November herankam, war das Land zwar in erwartungsvoller Spannung, aber äußerlich vollkommen ruhig. Die Abgeordneten, welche sich zum bestimmten Tage in Brandenburg einfanden, erreichten nicht die Zahl der Beschlußfähigkeit (203); sie trugen deshalb auch Bedenken, der Forderung der Heißsporne nachzugeben und die Einberufung der Stellvertreter für die ausgebliebenen Abgeordeten zu beschließen. Unter dem Alterspräsidium des Oberburggrafen von Brünneck warteten sie ruhig ab, daß ihre Zahl sich vermehre, und bei der Stimmung, die im Lande herrschte, konnten sie ziemlich sicher sein, daß sie nicht allzu lange zu harren brauchten. Schon am 1. December war ihre Zahl von 154 auf 259 gestiegen und die anwesenden Parteigenossen des Präsidenten von Unruh verkündigten, daß dieser auf den 4. December eine Sitzung anberaumt habe und selbst erscheinen werde; bis dahin, so forderten sie, sollte sich die Versammlung vertagen. Dessen weigerte sich die Mehrheit und zwang dadurch die Linke, durch sofortige Entfernung abermals die alte Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Nun gab es stürmische Auftritte unter den Zurückgebliebenen. Die Herren Simons und Daniels stellten von Neuem den Antrag, die Stellvertreter einzuberufen; Brünneck

ließ die Abstimmung zu, obgleich nur 172 Mitglieder zugegen waren; die Mehrheit aber verwarf die ungesetzliche Maßregel auch jetzt; nur 72 stimmten ihr zu, 82 enthielten sich des Votums. Vertagen mußte man sich nun doch, aber jedenfalls sollte es nicht zu dem von Herrn von Unruh anberaumten Tage geschehen; statt auf den 4. wurde die nächste Sitzung auf den 7. December angesetzt.

Auflösung der Versammlung.

Das waren unerquickliche Zustände, der Regierung aber kamen sie sehr bequem. Mit dieser Versammlung, die sich selbst zerfleischte, war Nichts anzufangen, konnte also auch die Verfassung nicht vereinbart werden. Das aber war ihr einziger Zweck, zu dem der König sie berufen, das Land sie gewählt hatte. Vermochte sie diesen Zweck nicht zu erreichen, so war sie überflüssig und schädlich, so war es eine Wohlthat für das Land, wenn der König das mißrathene Parlament auflöste und die Verfassung, die dessen Ausschuß entworfen hatte, etwa mit den Aenderungen, auf denen er bei den Vereinbarungsverhandlungen doch bestanden haben würde, einseitig in Kraft setzte. Sollte das Volk noch weitere Aenderungen wünschen, so konnten die ja immer mittelst einer erneuten Berathung auf dem ersten ordentlichen Landtage getroffen werden. Von diesem Standpunkte aus löste der König am 5. December die Nationalversammlung auf und verkündete gleichzeitig aus eigener Vollmacht die Urkunde der preußischen Verfassung. Sie stimmte in weitaus den meisten Paragraphen wörtlich mit dem Entwurfe Waldecks überein; die bedeutsamste Abweichung war der wichtige §. 105, welcher dem Könige das Recht gab, in Abwesenheit der Kammern für dringende Fälle **Verordnungen mit Gesetzeskraft** zu erlassen, allerdings unter Verantwortlichkeit des gesammten Ministeriums und mit Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch die Kammern. Der Paragraph hatte eine böse Berühmtheit durch die französische Juli-Revolution erlangt; er war derselbe, auf Grund dessen Polignac die Ordonnanzen erlassen hatte; ihn sparsam und vorsichtig anzuwenden, schien deshalb sehr gerathen zu sein. Allein der König und seine Rathgeber waren dieser Meinung offenbar nicht, sie machten sofort einen sehr reichlichen Gebrauch davon. Bis zum 26. Februar 1849, zu welchem Tage die Kammern einberufen wurden, ergingen auf Grund des §. 105 die allerdings unerläßlichen Wahlgesetze, aber auch Verordnungen über die Einführung von Geschworenen, über die Aufhebung der bevorzugten Gerichtsbarkeit, über bäuerliche und Gewerbeverhältnisse, kurz, Verfügungen, di keineswegs dringlich waren, sondern nur dazu dienen sollten, die ö tliche Meinung oder die Stimmung einzelner Stände für die R ierung zu gewinnen. Denselben Zweck verfolgte wohl auch di Berufung zweier Männer in das Ministerium, die bisher den li ralen Parteien angehört hatten, Rintelens und von der Heydts; b e unterzeichneten schon die Urkunden vom 5. December. Wir-k slos waren alle diese Bemühungen nicht; denn in weiten

Die Verfassung vom 5. December.

Eindruck des Staatsstreichs.

und als er damit noch nicht ans Ziel kam, sandte er Anfang Januar sogar den Grafen Brühl nach Olmütz, um auf Grund einer Denkschrift, die er selbst entworfen, die Verständigung zu erzielen. Den östreichischen Staatsmännern wuchs dadurch begreiflicher Weise der Muth gar sehr; aber nun auch ihrerseits entgegenzukommen und die preußischen Wege einzuschlagen, die ihnen doch so günstig waren, fiel ihnen nicht im Geringsten ein; sie verfolgten hochmüthig ihre eigenen Ziele. Vor Allem beeilte sich Schwarzenberg, den Frankfurtern gegenüber sein Programm auszudeuten; denn die Wirkungen, welche es dort hervorgerufen, waren ihm sehr unerwünscht. Entweder, so hatte man geschlossen, sei Oestreich bereit, seine Beziehungen zu dem einheitlich gestalteten übrigen Deutschland auf ein enges Bundesverhältniß zu beschränken, oder es strebe dahin, die Reichsverfassung so weit zu lockern, daß es mit seinen gesammten Provinzen Platz darin finden könne. Der zweite Weg bedeutete nichts Anderes als die Rückkehr zu den wenig gebesserten vormärzlichen Zuständen; nur die erste Deutung war also vom deutschen Standpunkte aus annehmbar. Als Schwarzenberg nun gleichwohl die zweite Auslegung als die allein richtige verkündete, als das östreichische Ministerium es offen aussprach, das Verhältniß des Kaiserstaates zu Deutschland müsse „in der Schwebe bleiben“, bis dieser seine eigene Zukunft geordnet habe, und dann erst sei die Zeit zu einer „Vereinbarung“ über die Reichsverfassung gekommen, da drängte die Mehrheit des frankfurter Parlamentes zu entscheidenden Schritten; denn nur zu klar lag auf der Hand, was Beckerath später mit treffendem Worte aussprach, daß das Warten auf Oestreich das Sterben der deutschen Einheit sei. Mit unverhohlenem Mißbehagen sahen die Mittelparteien die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und den Vorsitz im Ministerium in den Händen Schmerlings, eines Oestreichers, und dieser selbst fühlte, daß er eine Bürgschaft für seine Zuverlässigkeit geben müsse. Er lud deshalb Heinrich von Gagern ein, den Vorsitz zu übernehmen. Dieser war auch bereit dazu und schien sich mit Schmerling, der im auswärtigen Amte bleiben wollte, über die zu befolgende Politik verständigen zu können; seine Partei aber verlangte mehr; sie verlangte, daß Schmerling vollständig ausscheide, wie sie denn auch den Austritt der Oestreicher aus dem Parlament für geboten hielt. Widerwillig ergab sich Schmerling in die Nothwendigkeit und vertauschte sein Ministerpräsidium mit der Stellung eines östreichischen Bevollmächtigten bei der Reichsgewalt; Gagern trat sein neues Amt am 16. December an und wurde als Vorsitzender des Parlamentes durch Eduard Simson von Königsberg ersetzt. Auf Grund der Auslegung, die er dem Programme von Kremsier gab, wünschte der neue Ministerpräsident nunmehr einen gesandtschaftlichen Verkehr mit Oestreich anzuknüpfen und auf diesem Wege eine Verständigung über das künftige Bundesverhältniß herbeizuführen. Ehe er noch die dazu erbetene

Schmerlings Austritt aus dem Reichsministerium.

Verhandlungen zwischen Frankfurt und Wien.

Ermächtigung des Parlamentes erhalten hatte, kehrte Schmerling, der nach Olmütz gereist war, mit einer Note vom 28. December zurück, die gegen diese Absicht entschiedene Einsprache erhob und für Oestreich die Stellung in Deutschland forderte, zu der ihm eine tausendjährige Geschichte das Recht gebe. Die Gegensätze standen sich nun klar und scharf gegenüber; es handelte sich um die wichtigste Frage, die das Parlament überhaupt zu lösen hatte, um die Frage, ob die einheitliche Gestaltung Deutschlands werth sei, daß man um ihretwillen auf Deutsch-Oestreich verzichte oder nicht. In dreitägiger Verhandlung vom 11.—13. Januar 1849 wurde darüber berathen, an der Spitze der beiden großen Parteien kämpften Gagern und Schmerling, dieser unterstützt von den Republikanern und den ultramontanen Reactionären, jener als Führer der Centren. Er behielt den Sieg mit 261 gegen 224 Stimmen; dem Ministerium ward die erbetene Ermächtigung ertheilt. Aber heiß wie der Kampf gewesen war, war der Ausgang doch kaum eine Entscheidung zu nennen; nur so viel stand demnach unzweifelhaft fest, daß die preußische Partei die Mehrheit haben könne, aber auch nur könne. Ob sie dieselbe wirklich behaupte, hing von Umständen ab, die außer ihrer Macht lagen; Selbstvertrauen, Siegesgewißheit hatte sie nicht gewonnen; nur zu klar war es, daß die letzte Entscheidung gar nicht in ihrer Hand liege, sondern in der des Königs, und was der wollte, wozu der sich im verhängnißvollen Augenblicke herbeilassen werde, das wußte Niemand. Der Eine glaubte dies, der Andere das, eine geschlossene Parteibildung, eine unwandelbare Mehrheit war dabei unerreichbar. Als in der letzten Januarwoche die Verfassungsberathung die Gelegenheit gab, aus dem Beschlusse vom 13. die nothwendigen Folgerungen zu ziehen, trat das in erschreckender Weise ans Licht; zwar von einem Directorium an der Spitze Deutschlands, von einem sechsjährigen Wechsel der Führung zwischen den beiden Großmächten wollten nur kleine Minderheiten etwas wissen; auch wurde mit 258 gegen 211 Stimmen die Wahl eines deutschen Fürsten, das hieß also des Königs von Preußen, zum Oberhaupte des Reichs beschlossen, aber nur eine Mehrheit von 9 Stimmen erklärte sich für den Kaisertitel und nicht allein die Erblichkeit, sondern auch alle Anträge über die Dauer der neuen Würde, ob sie auf Lebenszeit, auf zwölf, sechs oder drei Jahre übertragen werden solle, fielen am 23. Januar durch; die wichtige Entscheidung über das Wesen des künftigen Kaiserthums, über die Frage, ob Wahl- oder Erbmonarchie, konnte nicht gelöst werden; sie blieb der zweiten Lesung der Verfassung überlassen.

Debatten über das Kaiserthum.

Daß eine solche zweite Lesung noch in Aussicht stand, war auch in anderer Hinsicht von Bedeutung. Nicht allein die öffentliche Meinung, sondern auch die Regierungen erhielten dadurch Gelegenheit, ihre Wünsche und Forderungen geltend zu machen und so die endgültige Beschlußfassung zu beeinflussen. Vor Allem

Annäherung Preußens an die Mehrheit des Parlaments.

kam es jetzt darauf an, daß Preußen Farbe bekannte und dadurch das Programm der Mehrheit endlich fest gestalten half. Fast über Erwarten schien sich diese Forderung erfüllen zu sollen. In Verbindung mit Bunsen und Camphausen, die beide nach Berlin kamen, gelang es den Ministern, dem Könige die Zustimmung zu einem Rundschreiben an die deutschen Regierungen abzugewinnen, durch welches diese am 23. Januar eingeladen wurden, ihre Bemerkungen über den Verfassungsentwurf durch das Reichsministerium dem Parlamente zu übermitteln. Damit brach der König die Unterhandlungen Brühls in Olmütz ab. Das Rundschreiben enthielt die bestimmte Erklärung, daß man in Berlin, wenn Oestreich die Unterordnung unter die beabsichtigte Reichsverfassung für unmöglich halte, weil es sich wirklich zum Einheitsstaate umwandeln wolle, nur einen weiteren Bund zwischen dem geeinten Deutschland und dem Kaiserstaate für ausführbar ansehe, daß aber jedenfalls den übrigen Staaten dann das Recht, einen engern Bund zu gründen, nicht bestritten werden könne. Damit war Friedrich Wilhelm auf den wichtigsten Gedanken des Gagern'schen Programms eingegangen.

Die kleineren Regierungen und der Verfassungsentwurf.

Von den kleineren Regierungen war kein Widerspruch zu befürchten. Der Großherzog von Baden hatte schon Anfang Januar sich zu allen nöthigen Opfern bereit erklärt; sein Bevollmächtigter vereinigte sich auf die Einladung Gagerns mit Preußen und 28 anderen Regierungen zu der Gesammterklärung vom 24. Februar, in welcher sie zwar eine erdrückende Menge von Abänderungsvorschlägen im Einzelnen machten, sich aber im Ganzen und Großen auf den Boden des Verfassungsentwurfes stellten. Da Weimar und Frankfurt, die unter den dreißig fehlten, schon günstige Einzelerklärungen abgegeben hatten, so standen außer Oestreich nur die vier Königreiche abseits.

Die Königreiche.

Von diesen war ein Entgegenkommen um so weniger zu erwarten, als sie sich auf ihre Landtage stützen konnten. Baiern voran erklärte sich im Laufe des Februar gegen den Gedanken eines engern Bundes und gegen die weitgehenden Befugnisse und die straffe Gestaltung der Centralgewalt. Oestreichs Unterstützung war ihnen dabei sicher.

Oestreichische Erklärung.

Schon am 4. Februar verwarf Schwarzenberg in einer Note an das Reichsministerium eben so wohl die Unterordnung Oestreichs unter eine Reichsgewalt, die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabt werde, als die Ausscheidung eines engeren Bundes, wie Preußen sie vorgeschlagen, die neue Verfassung müsse eine Grundlage bieten, auf welcher der Kaiserstaat mit seinen deutschen wie mit seinen außerdeutschen Provinzen Raum finde. Nackter und rücksichtsloser konnte es nicht ausgesprochen werden, daß man in Olmütz Deutschland lediglich als ein Anhängsel von Oestreich betrachte und daß man ihm keine andere Gestaltung gönne als die, welche das östreichische Interesse fordere.

Die östreichischen Parteien.

Und doch gab es in Frankfurt noch immer ehrliche Großdeutsche, welche die deutschen Provinzen des Kaiserstaates nicht fahren lassen wollten und dem Parlamente

Kraft genug zutrauten, um auch Schwarzenberg zur Anerkennung seiner Beschlüsse zu zwingen. Mit ihnen gingen Hand in Hand die östreichischen Abgeordneten, die mit wenigen Ausnahmen ihre Sitze in der Nationalversammlung festhielten, obgleich es doch sonnenklar war, daß sie dadurch nur die freiheitsfeindliche Politik ihrer Regierung stützten und die Hoffnungen Deutschlands untergraben halfen; mit ihnen Hand in Hand gingen auch die Ultramontanen, die sich darin gefielen, dem Kaiserthum der Paulskirche höhnisch eine Dauer von nicht sechs Monaten zu prophezeien, während das Kaiserthum der Peterskirche, die Krone, die Karl der Große vom Papst empfangen, über ein Jahrtausend gedauert habe. Daß die Republikaner und die Reactionäre gleichfalls gemeinsame Sache mit den Großdeutschen machten, wenn es galt, die Begründung eines preußischen Kaiserthums zu verhindern, verstand sich von selbst, und so konnten die Kleindeutschen, die Weidenbuschpartei, wie man die Anhänger des Gagern'schen Programms nannte, bei dem letzten Kampfe nur auf eine verschwindend kleine Mehrheit rechnen. Fiel aber gar der linke Flügel, dem die freiheitlichen Bestimmungen der Reichsverfassung die Hauptsache waren, von ihnen ab — und das that er gewiß, wenn Preußen denselben die Zustimmung verweigerte — so verwandelte sich die Mehrheit wieder in eine Minderheit.

Auflösung des Reichstags von Kremsier.

Wider Erwarten kam dem Weidenbusch aber der Hauptgegner selbst zu Hülfe. Das siegreiche Vordringen der kaiserlichen Heere in Ungarn, die günstige Aufnahme, welche der Gedanke eines östreichischen Einheitsstaates bei den Deutschen und Slawen gefunden hatte, der Aerger über viele Beschlüsse des kremsierer Reichstags, besonders auch in kirchlichen Angelegenheiten, endlich der Wunsch, den Verfassungsentwurf, welchen der Reichstagsausschuß am 2. März vorgelegt hatte, nicht zur Berathung und Annahme gelangen zu lassen — Alles das bewog Schwarzenberg, dem Kaiser einen Gewaltstreich zu empfehlen: am 7. März wurde der Reichstag von Kremsier aufgelöst und eine Verfassung (vom 4. datirt) für den gesammten Staat, mit Ausschluß der italienischen Provinzen durch kaiserliche Machtvollkommenheit erlassen. Mit diesem ganzen Ländergebiet verlangte Oestreich nunmehr in den deutschen Bund einzutreten; das Siebzigmillionenreich, von dem die wiener Blätter schon seit Wochen gesungen und gesagt, sollte zur Wahrheit werden; eine Note vom 9. März erklärte den Frankfurtern, daß sie die deutsche Einheit nur auf einem Wege suchen dürften, welcher es Oestreich ermögliche, ohne Aufgeben seiner selbst, d. h. ohne Aufgeben dieser neuen Ver-
sung in dem großen Gesammtvaterlande zu verbleiben. Zu
m Zwecke sollte an die Spitze des deutschen Bundes ein Di-
ctorium treten, in dem Oestreich den Vorsitz führe; der ganze
und sollte in Kreise zerfallen, deren einen der Gesammtstaat
estreich bilde; als parlamentarische Vertretung war nur ein
taatenhaus zugestanden, dessen Mitglieder von den Regierungen

Verfassung vom 4. März.

Oestreichische Vorschläge für die deutsche Verfassung.

und den Einzellandtagen gemeinsam ernannt werden sollten, und zwar so, daß auf jede Million Einwohner ein Vertreter, auf Oestreich also 38 und auf Preußen sammt allen übrigen Staaten 31 kämen. Diese Vorschläge überstiegen in der That doch so sehr alles Maß, daß ein Theil der Großdeutschen sich entrüstet von Oestreich abwandte. Die Führung desselben übernahm Welcker. Schon im Januar hatte er erklärt, daß er zwar um den preußischen Erbkaiser abzuwenden, selbst für das ihm sonst verhaßte Directorium stimmen, daß er aber trotzdem aus vollem Herzen: Es lebe der preußische Kaiser! rufen werde, wenn Oestreichs Austritt wirklich sich vollziehe. Dies war nun durch die neuesten Ereignisse geschehen, und so stellte er denn am 12. März kurz entschlossen den Antrag: die Reichsverfassung unverändert im Ganzen anzunehmen, dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen und ihm durch eine große Abordnung Anzeige davon zu machen, dem Kaiser von Oestreich aber und seinen deutschen Landen jetzt und zu aller Zeit den Eintritt in das neue Reich offen zu halten. Fünf Tage vergingen, ehe der Antrag in einer vom Verfassungsausschuß etwas veränderten Gestalt zur Verhandlung kam, vier Sitzungen wurden dann mit hitzigen Redekämpfen ausgefüllt; als aber am 21. März die Abstimmung begann, fiel zwar zunächst der Antrag zur Tagesordnung überzugehen mit 5 Stimmen Mehrheit durch, aber mit 283 gegen 252 Stimmen ward dann auch der Antrag Welckers abgelehnt. Den Ausschlag gab das linke Centrum; es hatte sich erboten, für den Antrag zu stimmen, wenn die Weidenbuschpartei verspreche, die Verfassung auch dem Könige von Preußen gegenüber unverändert aufrecht zu erhalten; da dies abgeschlagen wurde, stimmten die beiden Simon und ihre Freunde gegen den Antrag und brachten ihn so zu Falle.

Welckers Antrag auf Errichtung des preußischen Erbkaiserthums.

Dagegen beschloß am nächsten Tage eine Mehrheit von 36 Stimmen, sofort in die zweite Lesung der Verfassung einzutreten und dabei durchaus keine Debatte und nur solche Anträge, die von 50 Mitgliedern unterzeichnet seien, zuzulassen. In täglichen Sitzungen wurde über die einzelnen Paragraphen abgestimmt; die wichtigsten, die welche über die Reichsregierung handelten, kamen zuletzt. Hier mußten sich mit Nothwendigkeit die Vorgänge vom 21. März wiederholen; ohne die Zustimmung des linken Centrums war keine Mehrheit für den Entwurf zu erlangen; der Preis dieser Zustimmung war bekannt. Freilich auch seine Gefahren. Gerade das, was die beiden Simon wollten, wollte der König von Preußen nicht; man hatte also zwischen beiden zu wählen. Und doch war es wiederum keine Wahl zu nennen. Ohne die Zustimmung des Parlamentes konnte ja auch Friedrich Wilhelm die Verfassung gar nicht annehmen; diese Zustimmung mußte zuerst gesichert werden, nachher mochte man weiter sorgen.

Zweite Lesung der Verfassung.

So wurden dem linken Centrum denn zwei Forderungen eingeräumt: erstens die geheime Abstimmung bei den Wahlen zum Volkshause

Die Kaiserwahl.

und zweitens die Umwandlung des unbedingten Verwerfungsrechtes, das dem Kaiser eigentlich gegenüber den Beschlüssen des Reichstages zugedacht war, in ein bedingtes; wenn der Reichstag in drei aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden denselben Beschluß gefaßt hatte, sollte der Einspruch des Kaisers die gesetzliche Gültigkeit desselben nicht mehr verhindern können. An diesen Bedingungen versprachen 80 Mitglieder der Weidenbuschpartei am 26. März schriftlich festzuhalten und weiterhin für keine irgend erhebliche Änderung des Verfassungsentwurfes, von welcher Seite sie auch gefordert werden möge, zu stimmen. Es waren etwa 80 Stimmen, welche dadurch der Kaiserpartei zugeführt wurden, und die ihr zum Siege verhalfen. Nachdem am 27. März das Kaiserthum und seine Erblichkeit (diese freilich nur mit 267 gegen 263 Stimmen) angenommen war, erfolgte am 28. März die Wahl. Von 538 Mitgliedern enthielten sich 248, darunter gegen 100 Oestreicher, der Abstimmung; die übrigen 290 erkoren Friedrich Wilhelm IV. zum Deutschen Kaiser. Nachmittags 3 1/2 Uhr ward unter lautestem Jubel des überfüllten Hauses das Ergebniß verkündigt, die Glocken aller Kirchen der Stadt erklangen und stimmten ein in die heißen Dankgebete, die sich so mancher patriotischen Brust entrangen, daß endlich, endlich nun das langersehnte Ziel erreicht schien.

Haltung des Königs.

Aber freilich auch nur erreicht schien. Denn nun kam der zweite Theil des Kampfes; nur die eine Hälfte des Widerstandes, der zu überwinden war, war überwunden, die andere Hälfte, der Widerstand der Fürsten und besonders der des gewählten Fürsten, dauerte ununterbrochen fort. Mit flehenden und ermuthigenden, mit ernst mahnenden und beschwörenden Worten hatten sich der alte Arndt, Bassermann, Beckerath, Bunsen im Laufe der letzten Wochen an den preußischen König gewandt, um ihn zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Aber alle ihre Beredsamkeit war verloren. In der Annahme des Welcker'schen Antrags sah der König, wie er an Beckerath schrieb, eine ungeheuere Gefahr; man besiege den Teufel nicht, meinte er, wenn man sich ihm ergebe. Der Frankfurter Versammlung sprach er unverändert jedes Recht ab, eine Krone anzubieten und wies den Gedanken weit zurück, solch ein Geschenk anzunehmen; nur wenn der echt und recht vereinte Rath der Kurfürsten und des Volkes ihm die alte, wahre, rechtmäßige, tausendjährige Krone deutscher Nation anbiete, werde er darauf eingehen, und dann allerdings antworten, wie ein Mann antworten müsse, dem die höchste Ehre dieser Welt geboten werde.

Die Kaiserbotschaft.

Trotz alledem war nun in Frankfurt die Wahl des Königs vollzogen und der Präsident des Parlamentes, Eduard Simson, machte sich an der Spitze einer Abordnung von 33 Männern auf den Weg nach Berlin, um dem Erkorenen die Anzeige zu überbringen; zu den Abgesandten gehörten Arndt, Dahlmann, Raumer, Soiron, Mittermaier und andere hervorragende Männer. Nach einer Reise, die einem Triumphzug glich, kamen sie am Abend des 2. April in der preußischen Hauptstadt an. Am

Ablehnung des Königs.

nächsten Tage war der Empfang. Eine so schroffe Abweisung, wie er sie in seinen vertraulichen Briefen ausgesprochen, wollte der König selbstverständlich öffentlich nicht geben; er bemühte sich also, seiner Antwort ein „Hofkleid" anzuziehen. Der Ruf des Parlamentes gebe ihm ein Anrecht, sagte er, das er zu schätzen wisse; aber er würde das ihm erwiesene Vertrauen verletzen, wenn er ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter die Wahl annehme; an diesen sei es jetzt, die Reichsverfassung in gemeinsamer Berathung zu prüfen; auch in der Zwischenzeit jedoch werde Preußens Schwert und Schild Deutschland gegen innere und äußere Feinde schützen, und getrost werde er, der König, den Weg seines Hauses und seines Volkes wandeln, den Weg der deutschen Ehre und Treue. Ohne „Hofkleid" hieß das, wie der König an Bunsen schrieb: Ich kann euch weder Ja noch Nein antworten, denn ihr habt gar nichts zu bieten; das mach' ich mit meines Gleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: gegen Demokraten helfen nur Soldaten. All sein Ehrgeiz beschränkte sich jetzt, wie er sagte, auf zwei Punkte: erstens durch die Wahl der Fürsten Erzherzog Johanns Nachfolger als zeitweiliger Statthalter von Deutschland zu werden, um Ordnung zu schaffen, und zweitens weiterhin als Erzfeldherr Deutschlands die Ordnung zu erhalten. Alle Bemühungen ihn noch umzustimmen und zum Einlenken zu bewegen, was bei dem Wortlaut seiner Rede ohne allzu greifbaren Widerspruch hätte geschehen können,

Das Parlament.

blieben erfolglos. Die Abgesandten des Parlamentes schieden von Berlin mit einer schriftlichen Erklärung an das preußische Ministerium, daß sie keine andere Krone anzubieten gekommen seien, als die auf Grund der zu Recht bestehenden Reichsverfassung beschlossene, und daß die Verwerfung dieser Verfassung gleichbedeutend sei mit der Ablehnung der Krone. Das Parlament selbst beschloß feierlich, an der Verfassung festzuhalten und einen Dreißiger-Ausschuß niederzusetzen, der über die Maßregeln, die in Folge der preußischen Ablehnung nöthig geworden seien, Vorschläge machen solle. Trotz alledem aber gab man die Hoffnung noch nicht auf, Friedrich Wilhelm werde auf Umwegen zur Annahme der Krone sich entschließen.

Preußisches Rundschreiben vom 3. April.

Ein preußisches Rundschreiben vom 3. April forderte nämlich die Regierungen auf, binnen acht Tagen ihre Bevollmächtigten in Frankfurt mit Anweisungen betreffs ihrer Stellung zur Reichsverfassung zu versehen; erst dann werde der König seinen endgültigen Entschluß

Die übrigen Regierungen.

fassen. Alle kleineren Staaten, mit Ausnahme der Königreiche, kamen dieser Aufforderung nach und erklärten sich für die Verfassung und das Erbkaiserthum; die Königreiche freilich beharrten bei ihrer Weigerung und Oestreich ging noch einen Schritt weiter; es erklärte die Aufgabe des frankfurter Parlamentes für mißlungen und befahl seinen Abgeordneten sofort auszutreten. Ein beträchtlicher Theil derselben gehorchte und verließ Frankfurt. Es wäre nun folgerichtig gewesen, wenn auch dem Erzherzog Johann

Erzherzog Johann.

der Befehl ertheilt wäre, seiner Würde zu entsagen. Aus eigenem Antriebe hatte dieser gleich nach der Kaiserwahl sich dazu entschlossen, und die preußische Note vom 8. April hatte darauf hin schon erklärt, der König sei bereit, an seine Stelle zu treten. Gerade das aber wollte Schwarzenberg verhindern, und so erhielt der Reichsverweser den widersinnigen und heimtückischen Befehl, an seinem Platze auszuharren. Oestreich fühlte sich stark genug, mit diesem Befehl alles bisher Erreichte wieder aus den Angeln zu heben und, wenn es das geträumte Siebzigmillionenreich nicht durchsetzen konnte, wenigstens keine andere Neugestaltung werden zu lassen, sondern einfach die vormärzlichen Zustände wieder herzustellen. Zu diesem kühnen Selbstvertrauen war es durch sein enges Bündniß mit Rußland und durch die Erfolge gelangt, die seine Waffen seit dem Regierungsantritt Franz Josephs in Italien und zeitweilig auch in Ungarn davongetragen hatten. Auf diese Schauplätze müssen wir daher unseren Blick richten, ehe wir die deutschen Angelegenheiten weiter verfolgen können.

Die Unterwerfung Ungarns.

Der Krieg in Ungarn.

Die Ungarn hatten den Thronwechsel vom 2. December mit einer feierlichen Verwahrung beantwortet und erkannten nur Ferdinand als ihren König an. Sie zur Unterwerfung zu zwingen, rückten in der ersten Hälfte des December von Norden aus Galizien Graf Schlick, von Westen aus Mähren General Simunich, an beiden Donauufern der Oberbefehlshaber Fürst Windischgrätz und aus Steiermark Graf Nugent in das Land ein. Vor allen diesen Heeren zogen sich die Ungarn zurück. Görgei, der gegen Windischgrätz stand, zog Perczel, den Gegner Nugents, zu seiner Unterstützung heran, setzte aber trotzdem nach einigen widrigen Gefechten seinen Rückzug bis Ofen und Pesth fort. Die Hauptstadt war nicht zu halten, und am 1. Januar 1849 machten sich der Reichstag und der Landesvertheidigungsausschuß davon, um in Debreczin jenseits der Theiß ihren Sitz aufzuschlagen. Sie dort vor einem Angriff zu schützen, sollte die Aufgabe Perczels sein, der mit seinen Truppen die Theißübergänge bei Szolnok besetzte; Görgei erhielt den Auftrag, die Donau hinauf nach Norden zu ziehen und dadurch zugleich Windischgrätz in der Flanke zu bedrohen und Simunich am Vormarsch zu hindern. Da er aber für diesen doppelten Zweck viel zu schwach war, schlug er sich nördlich in die Gebirge und wußte dabei so glücklich zu operiren, daß die ihm folgenden Oestreicher die Fühlung mit ihm verloren, und er in den letzten Tagen des Januar die Karpathenpässe im Zips besetzen konnte, durch welche Graf Schlick aus Galizien in Ungarn eingefallen war. Somit war er diesem Feldherrn in den Rücken gekommen und schnitt ihm die Verbindung mit Galizien ab. Das war um so wichtiger, als Schlick auch vor sich ein ungarisches Heer hatte, das er nicht überwältigen konnte;

Der Reichstag nach Debreczin.

Görgei und Schlick.

Bei seinem Einfall in Ungarn hatte er nur den Landsturm unter Pulszky sich gegenüber gefunden und denselben schnell zerstreut, so daß er schon am 11. December die wichtige Stadt Kaschau besetzen konnte. Aber weiter vorzudringen gelang ihm nicht; er schlug wohl den Kriegsminister Meszaros zurück, als dieser ihn am 4. Januar bei Kaschau angriff; aber vergebens versuchte er zu Ende des Monats dessen Nachfolger Klapka, der sich bei Tokai verschanzt hatte, von da zu vertreiben. Durch Görgeis Marsch in seinen Rücken gerieth er also in eine sehr bedenkliche Lage; einem vereinigten Angriff Görgeis und Klapkas war er nicht gewachsen, die Vereinigung zu hindern war es zu spät. Er mußte sich also entschließen auszuweichen, und die einzige Richtung in der dies geschehen konnte, war die nach Südwesten, nach der Donau zu, d. h. die Vereinigung mit Windischgrätz. So räumte er denn Kaschau am 9. Februar und gelangte auch glücklich zum Hauptheere. Begierig die Scharte wieder auszuwetzen, bereitete er sofort den Feldmarschall zum Vormarsch gegen Tokai; auf dem Wege dahin stieß er auf die Ungarn, die ihm unter Führung des Polen Dembinski, der in diesen Tagen den Oberbefehl über die Heere Klapkas, Görgeis und Perczels erhalten hatte, nachfolgten.

Dembinskis Niederlage bei Kapolna.

Bei Kapolna, unweit Erlau, kam es am 26. Februar zur Schlacht. In heißem Kampfe behaupteten die Oestreicher den Sieg; die Magyaren wurden zum Rückzuge gezwungen und suchten Sicherheit hinter der Theiß. Alle Schuld an diesem Mißerfolge wurde nun auf Dembinski, den Fremdling, geworfen; Klapka und andere Generale weigerten sich, ihm ferner zu gehorchen und nöthigten Kossuth, der den Polen hauptsächlich begünstigte, in seine Absetzung zu willigen.

Die Lage in Siebenbürgen.

Es war ein Glück für die Magyaren, daß in ihrem Rücken, in Siebenbürgen und in Serbien, ihre Sache einen besseren Verlauf nahm. Beim Beginn der Erhebung Ungarns, im September 1848, hatten sich die Deutschen und Rumänen Siebenbürgens von den Rebellen losgesagt und auf die Seite des Kaisers gestellt. Vorangegangen war dabei der Oberst Urban, der an der Spitze seines rumänischen Regiments am 7. September der Regierung in Pesth den Gehorsam aufkündigte. Es bildete sich ein rumänischer Landsturm, der unter vielen Gräuelthaten die magyarisch gesinnten Ortschaften entwaffnete und in einigen Wochen das ganze Land für den Kaiser eroberte; nur in den Gebirgen hielten sich noch die Schaaren der Szekler und vertheidigten die Sache Ungarns. Nach den Plänen des kaiserlichen Hauptquartiers hätte nun Puchner, der Oberbefehlshaber in Siebenbürgen, den großen Decemberangriff auf Ungarn von Osten her unterstützen sollen; aber

Bems Siege.

ehe er den Marsch auf Groß-Wardein angetreten hatte, erschien der Pole Bem, der glücklich aus Wien entkommen war, im Lande und gab der ganzen Lage ein anderes Aussehen. Mit den Truppen, die er um sich sammelte, schlug er verschiedene kleinere Heeresabtheilungen und zog am Weihnachtstage in Klausenburg ein; von da rückte er im Januar gegen die Südgrenze vor und be-

Russische Einmischung.

drohte Hermannsstadt. Urban hatte sich in die Bukowina zurückziehen müssen, und Puchner fühlte sich mit eigenen Kräften dem Gegner so wenig gewachsen, daß er den russischen General Lüders, der einen Bojarenaufstand in der Wallachei niedergeschlagen hatte, um die Besetzung von Hermannsstadt und Kronstadt ersuchte. Bereitwillig wurde von Petersburg die Genehmigung dazu ertheilt und am 2. Februar überschritten die Russen die Grenze. Nun schlug das Glück für eine Weile um. Puchner konnte die östreichischen Besatzungen aus den beiden von den Russen bewachten Städten herausziehen und drängte Bem in mehreren siegreichen Kämpfen von Hermannstadt bis an die Maros zurück. Aber nur wenige Tage dauerte dieser Umschlag. Mit Hülfe der Verstärkungen, die er aus Südungarn erhalten, schlug der Pole einen Angriff Puchners ab, und warf Urban, der aus der Bukowina heranzog, wieder dorthin zurück. Freilich erlitt er dann am 3. März eine ernstliche Niederlage bei Mediasch; aber anstatt diese sofort auszunutzen, zögerte sein Gegner mehrere Tage mit dem Angriff auf Schäßburg, wohin Bem sich gerettet, und ließ ihm dadurch Zeit, zu entkommen. Mit großer Kühnheit warf er sich nun im Rücken des Feindes auf Hermannstadt und trieb die Russen durch den Rothenthurmspaß über die Grenze. Das war mehr als Puchner verwinden konnte; völlig entmuthigt folgte er seinen Bundesgenossen und flüchtete sich gleichfalls in die Wallachei; das ganze Land war in Bems Gewalt; nur die kleine Feste Karlsburg und einige Banden in den Gebirgen hielten noch das Banner des Kaisers hoch; auch die russische Besatzung in Kronstadt zog es vor, das Land zu räumen.

Wechselnde Kämpfe.

Rückzug der Oestreicher und Russen.

Die Lage in Serbien.

Nicht viel besser stand es mit der kaiserlichen Sache in Serbien; aber hier war die Ursache des Umschwungs mehr politischer als militärischer Art. Serben und Croaten hatten gegen die Ungarn gekämpft, weil sie die Selbständigkeit ihrer Länder erstreiten wollten; nun kam die Regierung in Olmütz mit der Verfassung vom 4. März, die den Gesammtstaat einführte und dadurch die Selbständigkeit der südslawischen Länder eben so gründlich vernichtete, wie es die Anmaßung der Ungarn bezweckt hatte. Bis dahin waren die Serben unter Stratimirowic und andern Führern, unbeschadet des heftigen Parteigezänkes, das unter ihnen herrschte, und unbeschadet gelegentlicher Niederlagen, die im Einzelnen hier so wenig wie ihre Siege erzählt werden können, doch in ihrer Vertheidigung gegen die Magyaren erfolgreich gewesen und hatten ihre Feinde von Pancsowa aus immer wieder auf [illegible]schel und Becskerek zurückgeworfen. Jetzt machte ihre Begei[illegible]ung einer Lauheit und Haltlosigkeit Platz, von der sie früher weit [illegible]ernt gewesen waren. Als Mitte März Perczel gegen sie im [illegible]be erschien, erfocht er zunächst auf dem rechten Ufer der Theiß [illegible] Reihe von Siegen, ging dann über den Fluß, jagte die [illegible]ben erst über die Temes und dann über die Donau und [illegible]te Mitte Mai als Sieger in Pancsowa einziehen.

Perczels Siege.

Windischgrätz' Niederlagen.

Während dessen waren nach längerer Pause auch auf dem Hauptschauplatze des Krieges die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, aber nicht von Windischgrätz, der nach den Lorbeern von Kapolna zu ruhen schien, sondern von den Ungarn. Von Görgei geführt, überschritten sie, 50,000 Mann stark, in den letzten Tagen des März bei Tokai und südlich davon bei Poroszlo die Theiß und rückten über Gyöngyös auf Pesth los. Ihr rechter Flügel stieß zuerst am 2. April bei Hatvan auf den linken östreichischen Flügel unter Schlick und warf ihn auf Gödöllö zurück; am 4. April maßen sich Klapka und Jellacic auf dem entgegengesetzten Flügel bei Tapio Bicske und auch hier blieben die Ungarn Sieger. Um Gödöllö entbrannte hierauf am 6. April der Hauptkampf, der nach manchen Schwankungen damit endete, daß Windischgrätz seine Truppen vorwärts Pesth vereinigte, welcher Bewegung der Feind mit großer Eile folgte, wie es in dem Siegesbericht hieß, den die Wiener zu sehen bekamen. Nur ein Theil des ungarischen Heeres jedoch blieb gegen Windischgrätz stehen; der andere Theil, von Klapka geführt, marschirte am linken Donauufer aufwärts, um die Festung Komorn zu entsetzen, die von den Oestreichern unter Simunich hart bedrängt wurde. Auch dieses Unternehmen gelang nach einem Siege an der Gran (bei Nagy Sarlo) vollkommen.

Entsatz von Komorn.

Mit großer Besorgniß betrachtete man in Olmütz diese Triumphe der Magyaren. So lebhaften Dank man auch Windischgrätz für die Bändigung von Prag und Wien schulden mochte, so konnte man seine Unfähigkeit zur Beendigung des ungarischen Krieges doch nicht länger verkennen. Am 12. April wurde beschlossen, ihn ins Hoflager zu berufen und den General von Welden zu seinem Stellvertreter zu ernennen. Dieser trat seinen Posten damit an, daß er Pesth räumte und die ganze Armee bis auf 10,000 Mann, die unter General Hentzi, einem Schweizer, in Ofen bleiben sollten, an die Leitha zurückführte. Am 21. April war fast ganz Ungarn in den Händen der Rebellen.

Räumung von Pesth.

Absetzung des Hauses Lothringen.

Gehoben von diesen Erfolgen, wagte der Reichstag in Debreczin einen verhängnißvollen Schritt. Kossuth war von dem Schlachtfelde von Gödöllö mit dem Entschluß zurückgekehrt, die Absetzung des Hauses Lothringen beschließen zu lassen. Zwar hatte Görgei ihn davon abzuhalten gesucht, allein sein Widerspruch war doch kein unbedingter gewesen und die übrigen Generale waren vollkommen einverstanden. Auch im Reichstage fehlte es nicht an Gegnern eines so unheilbaren Bruches; doch da sie einsahen, daß Kossuth und die Mehrheit sich nicht zurückhalten ließen, zogen sie es vor, zu schweigen. Am 14. April versammelte sich das Parlament in der reformirten Kirche in Debreczin; Kossuth bestieg die Kanzel und verkündete in einer glänzenden Rede die völlige Losreißung Ungarns und seiner Nebenländer von der östreichischen Monarchie. Einige Tage darauf ward ihm als Präsidenten die Leitung der neuen Republik übertragen; unter Szemeres Vorsitz bildete er ein Ministerium, in das Görgei als Kriegs-

Kossuth Präsident der ungarischen Republik.

minister eintrat; andere Mitglieder waren Bischof Horvath, Vukovich, Csány, Casimir Batthyány. Es war sehr begreiflich, daß die neue Regierung möglichst schnell von Debreczin nach Ofen-Pesth zurückzukehren wünschte, die Vertreibung Hentzis aus Ofen galt deshalb für die wichtigste Aufgabe der Kriegführung. Görgei, der seinen Oberbefehl neben dem Ministerium beibehielt, hätte zwar vorgezogen die Oestreicher über die deutsche Grenze hinüber zu verfolgen und womöglich Wien zu nehmen, aber er gab den Vorstellungen Kossuths nach. Am 3. Mai begann er die Belagerung und erstürmte die Stadt am 21.

Erstürmung von Ofen.

Damit schien die Befreiung des Landes vervollständigt und die Unabhängigkeit Ungarns zur Thatsache geworden zu sein. Und doch war grade in diesem Augenblicke alles Erreichte wieder völlig in Frage gestellt. An demselben 21. Mai stattete Franz Joseph dem Czaren Nikolaus in Warschau einen Besuch ab, um ihm für das Versprechen der bewaffneten Unterstützung zu danken und den gemeinsamen Feldzugsplan zu bereden. Gleich nach dem Rückzuge Weldens war nämlich ein förmliches Hülfsgesuch von Wien nach Petersburg abgegangen; die Theilnahme polnischer Flüchtlinge an dem Aufstande der Magyaren diente als leichte Bemäntelung; sie verlieh dem Kriege angeblich den Charakter „einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei" und rechtfertigte so die „edle Bereitwilligkeit", mit welcher Nikolaus seinen Beistand in ausgedehntestem Maße zusicherte. Schon am 1. Mai konnte die Wiener Zeitung die frohe Kunde bringen und wenn man sich in Ungarn auch kurze Zeit in allerlei Hoffnungen wiegte, als ob das Bündniß schnell wieder zerfallen oder ein französisch-ungarisches Gegenbündniß zur Folge haben werde, so war doch dieser Trost bald genug verflogen. Unter diesen Umständen konnte es sich nur noch um einen Verzweiflungskampf handeln. Kossuth, Szemere und die Minister überhaupt waren dazu entschlossen; vor dem einbrechenden Feinde, so lautete ihr Aufruf vom 18. Mai, sollte das Volk sich überall zurückziehen, die Vorräthe vernichten, die Straßen, Brücken, Brunnen zerstören, die Dörfer verbrennen; einer offenen Feldschlacht wollte man den Russen gegenüber ausweichen und möglichst alle verfügbaren Truppen gegen die Oestreicher zusammenziehen; selbst Bem sollte zu diesem Zwecke aus Siebenbürgen nach Komorn rücken. An der Spitze der kaiserlichen Armee, die es zurückzuschlagen galt, stand Baron Haynau, ein Sohn des 1821 gestorbenen Kurfürsten Wilhelm von Hessen, der sich in Italien durch seine rücksichtslose und grausame Härte einen gefürchteten und gehaßten Namen erworben hatte. Mitte Juni begann Görgei gegen ihn die Feindseligkeiten, indem er von Komorn aus die Waag zu überschreiten suchte; aber obgleich die Hauptkräfte der Oestreicher gar nicht hier, sondern auf dem rechten Donauufer sich sammelten, wurden die Ungarn doch mit großem Verluste (besonders bei Pered am 21. Juni) zurückgeschlagen. Nun ging Haynau seiner-

Zusammenkunft in Warschau.

Russische Hülfe.

Ungarische Verteidigungsmaßregeln.

Haynaus Siege.

seits zum Angriff über und erstürmte in Gegenwart seines Kaisers am 28. Juni die Verschanzungen bei Raab, die nur sehr schwach besetzt waren, weil Görgei ein ernstliches Vorgehen der Oestreicher südlich von der Donau gar nicht befürchtet hatte. Es war ihm vielmehr ganz zweifellos gewesen, daß diese, am nördlichen Donauufer vordringend, Fühlung mit den Russen zu gewinnen suchen würden, die, 80,000 Mann stark und von Paskiewitsch geführt, seit dem 14. Juni dieselben Karpathenpässe überschritten, durch die im December Schlick in Ungarn eingefallen war. Widerstand wurde ihnen nicht geleistet. Der Pole Wisozki, der mit 8000 Mann in jenen Gegenden stand, wich vor der Uebermacht auf Pesth zurück; Ende des Monats waren die Russen schon in Tokai und konnten durch eine Streifschaar Debreczin besetzen lassen. Wenn sie nun gegen Pesth und Waizen vorrückten, so konnten sie in wenigen Tagen Görgei den Weg nach der Theiß verlegt und ihn zwischen sich und den Oestreichern eingeschlossen haben. Kossuth, Klapka, Csany, Alles drängte deshalb in Görgei, seinen Abmarsch zu beschleunigen und sein Heer möglichst ungeschwächt der großen Armee zuzuführen, die an der Theiß und Maros den letzten Entscheidungskampf kämpfen sollte. Aber Görgei ließ sich Zeit, und da er im Heere sehr beliebt war, konnte er selbst dem Befehl Kossuths trotzen, der ihm am 1. Juli das Commando entzog und es Meszaros übertrug. Erst als er am 3. und 11. Juli noch zweimal sich mit Haynau vor Komorn gemessen hatte, begann er den Abmarsch, indem er Klapka als Befehlshaber in der Festung zurückließ. Jetzt aber waren auch die Russen bis an die Donau vorgedrungen und bei Waizen überzeugte sich Görgei, daß er mit seinen 27,000 Mann den graden Weg über Gödöllö an die Theiß nicht erzwingen könne. Er warf sich also ähnlich wie ein halb Jahr früher nordwärts und rückte in einem großen Bogen, wenig belästigt, gegen Tokai vor, schlug vor seinem Uebergang über die Theiß in den letzten Julitagen mehrere russische Schaaren und marschirte dann östlich vom Flusse über Debreczin und Groß-Wardein auf Arad zu, wo er am 9. August ankam.

Vordringen der Russen.

Görgeis Zug nach Arad.

Diese Festung, die erst seit dem 1. Juli nach einer viermonatlichen Belagerung in den Händen der Ungarn war, sollte als letzter Stützpunkt des Aufstandes dienen. Anfänglich war Szegedin, am Einfluß der Maros in die Theiß, dazu ausersehen. Dorthin hatte Kossuth die Regierung und den Reichstag verlegt, als nach Haynaus Sieg bei Raab Pesth keinen sichern Aufenthalt mehr bot. Aber schon am 21. Juli, zehn Tage nachdem sie in die Hauptstadt eingezogen waren, rückten die Oestreicher gegen Szegedin heran. Kossuth rief von Truppen herbei, was er nur erreichen konnte. Von Görgei konnte nicht die Rede sein; der stand in diesen Tagen noch jenseits Tokai; aber an der mittleren Theiß befehligte Perczel 20,000 Mann, mit denen er soeben bei Tura unglücklich gegen Paskiewitsch gekämpft, und in Serbien

Der Reichstag in Szegedin.

Niederlagen der Ungarn.

hatte der General Vetter fast eben so viele Truppen, die ihre nächste Aufgabe, den Banus Jellačic zurückzuschlagen, am 14. Juli bei Hegyes, südwestlich von Szegedin, glänzend gelöst hatten. Beide Heere waren Ende Juli von Szegedin zusammengezogen und Dembinski zu ihrem Oberbefehlshaber ernannt. Statt aber, wie erwartet, Szegedin zu vertheidigen oder gar Haynau entgegenzuwirken, räumte der General die Stadt und zog sich längs der Maros auf Arad zurück. Die Oestreicher waren schnell hinterdrein. Am 3. August setzte Haynau bei Szegedin, Schlick nördlich, Ramberg südlich davon über die Theiß und zwangen Dembinski am 5. August bei Szöreg zu einer Schlacht, durch welche sich dieser ohne Noth von Arad weg zum Rückzug nach Temesvar drängen ließ, einer Festung, die noch in den Händen der Oestreicher war! Sofort entsetzte ihn Kossuth des Befehls und übertrug die Führung an Bem, der soeben als Flüchtling ohne Heer aus Siebenbürgen anlangte. Auch ihm hatten die letzten Wochen alle die Erfolge, die er im März erfochten, wieder entrissen. Mitte Juni waren zwei russische Heere, Lüders mit 30,000 Mann aus der Wallachei, Grotenhjelm mit 10,000 aus der Bukowina in das Land eingerückt. Verzweifelt schlug sich Bem mit dieser Uebermacht herum; wie sehr er die Gegner auch durch kühne Züge überraschte, er blieb doch überall im Nachtheil und sah sein Heer in den beständigen Gefechten immer mehr zusammenschmelzen. Bei Groß-Scheuern stieb am 5. August sein letztes Häuflein auseinander, und der General eilte allein nach Arad und von da nach Temesvar, übernahm hier an Dembinskis Stelle den Oberbefehl und verlor ihn schon am 9. August in einer zweistündigen Schlacht vor dieser Festung; die geringen Trümmer seines Heeres konnte er nicht einmal nach Arad zu Görgeis heranziehender Macht führen, sondern mußte sie in den siebenbürgischen Grenzgebirgen sammeln und, da inzwischen doch Alles verloren war, so gut wie möglich nach der Türkei hinüber retten.

Der Verlust Siebenbürgens.

Bems Niederlage vor Temesvar.

Wenn es noch Hülfe gab, so konnte sie nur von Görgei kommen. Dieser Einsicht verschloß sich auch Kossuth nicht; am 11. August legte er die Dictatur in des Generals Hände nieder und entfloh mit den Reichskleinodien über die türkische Grenze. Daß Görgei den Kampf noch fortsetzen werde, erwartete doch eigentlich Niemand; schon seit Ende Juli stand er mit Kossuths Wissen und unter Mitwirkung des Ministeriums in Verhandlungen mit Paskiewitsch. Damals konnte Angesichts der Heere Dembinskis und Görgeis immer noch von Bedingungen der Unter...fung die Rede sein; nach den Niederlagen von Szöreg und ...esvar war das vorbei. Es konnte sich nur noch um die ...ge handeln, ob man sich den Russen oder den Oestreichern ...eben solle. Die Klugheit hätte geboten, die letzteren nicht durch ... Capitulation mit Paskiewitsch noch mehr zu reizen; aber ... Haß war stärker als die Berechnung; Görgei rückte mit ...em Heere, das noch 23,000 Mann und 129 Geschütze zählte,

Abdankung Kossuths.

Görgeis Lage.

Capitulation von Vilagos.

von Arad den Russen bis Vilagos (etwa 4 Meilen nordöstlich) entgegen und ergab sich hier am 13. August bedingungslos. Das schwerere Stück Arbeit in dem Kampfe hatten doch unzweifelhaft die Oestreicher gethan, und fiel der größte Triumph ihren Bundesgenossen in den Schooß. Und diese waren keineswegs gewillt, ihn mit Bescheidung zu genießen. Mit höhnischem Uebermuth meldete Paskiewitsch seinem Herrn den Ausgang des Krieges: Ungarn liegt zu den Füßen Ew. Majestät; wie ein Geschenk erhielt Franz Joseph sein rebellisches Land aus den Händen des Czaren zurück. Die Erbitterung, welche darüber in den Kreisen des Wiener Hofes herrschte, zeitigte bald den Gedanken, daß Oestreich die Welt durch die Größe seines Undankes in Erstaunen setzen müsse; sie suchte aber sofort ihre Entladung in dem härtesten Strafgericht über das unterworfene Land. Görgei mußte man schonen, weil Paskiewitsch für ihn eintrat; er wurde nach Klagenfurt in Kärnthen gebracht und lebte dort lange Jahre, in den Augen der Ungarn ein schwarzer Verräther. Kossuth, Bem, Perczel, Dembinski, Meszaros und viele andere Häupter des Aufstandes waren glücklich ins Ausland entkommen; Klapka erzwang sich durch tapfere Ausdauer in Komorn, das er erst am 27. September übergab, günstige Bedingungen; aber wessen man habhaft werden konnte, den traf das Todesurtheil, das die Blutgerichte von Arad und Pesth sprachen; unter ihnen als das meist bedauerte Opfer den vormaligen Ministerpräsidenten Batthyany; ungezählt waren die Einkerkerungen und Verbannungen, noch zahlreicher die Opfer, die widerwillig in das kaiserliche Heer eingesteckt wurden. Fast möchte man in den herrschenden Kreisen den ganzen Aufstand trotz der Ströme von Blut und der Millionen von Gulden, die er gekostet, jetzt hinterdrein als ein Glück betrachten. Denn ungehemmt und rücksichtslos konnte sich die Rache über dem unglücklichen Lande entladen, mit einem Stoße vermochte man alle diese lästigen Vorrechte und parlamentarischen Einrichtungen über den Haufen zu werfen, die selbst in den Zeiten des Absolutismus hatten geehrt und beachtet werden müssen: Ungarn hatte seine Rechte verwirkt und war der Gewalt des Kaisers auf Gnade und Ungnade unterworfen. Wenn irgend etwas das Selbstvertrauen der Rückschrittsmänner erhöhte, so war es dies; und wenn sie irgendwo ihren Gelüsten frei die Zügel schießen ließen, so war es hier. Die Magyaren aber beugten sich in dumpfem Groll und voll bitterer Vergeltungsgedanken dem übermächtigen Joche; sie wichen der Gewalt, aber sie bewahrten ihren Stolz und ihre Hoffnungen, und der siegreiche Kaiserstaat, mochte er der Welt und sich selbst es auch verbergen, trug in diesem Ungarn ein Geschwür mit sich herum, das an seinem Marke zehrte und eines Tages tödtlich werden konnte.

Bestrafung der Rebellion.

Die Bewältigung Italiens.

Vermittlung der Westmächte.

Denselben Ausgang wie in Ungarn hatten die Dinge in Italien genommen. Wie schwer die Niederlagen Sardiniens im Sommer 1848 auch gewesen waren, Oestreichs Sache stand damals doch immer noch bedenklich. Auch nach dem Waffenstillstande von Vigevano konnte Carl Albert noch hoffen, den Besitz der Lombardei für Sardinien zu retten, und für Venetien wenigstens eine gesonderte Verfassung und Verwaltung durchzusetzen, beides Bedingungen, welche die Westmächte zur Grundlage ihrer Friedensvermittlung machten. Allerdings sträubte man sich in Wien gewaltig dagegen, aber vor einer drohenden Note aus Paris gab man doch Anfang September soweit nach, daß man, ohne die Grundlagen anzuerkennen, die Vermittlung selbst über sich ergehen ließ. Auch gegen den Vorschlag, den Carl Albert am 11. September machte, die vier Mächte sollten zu einem Congreß zusammentreten, um dort eine Verständigung zu erzielen, hatten die östreichischen Staatsmänner nichts einzuwenden; aber indem sie die Frage nach dem Orte des Congresses und nach der Betheiligung anderer Mächte (Preußens, Deutschlands, Rußlands, der italienischen Staaten) aufwarfen, wußten sie die Sache geschickt auf die lange Bank zu schieben. Ungeduldig drängte Piemont, das weder entwaffnen, noch die schweren Ausgaben für sein Heer ertragen konnte, nach einer Entscheidung und drohte, den schon einmal verlängerten Waffenstillstand aufzukündigen; die Ereignisse des October in Wien und Pesth lockten gewaltig zur Erneuerung des Krieges und ungeberdig verlangte die öffentliche Meinung, des Wartens und Verhandelns müde, einen kraftvollen Entschluß.

Bedrückung der Lombardei.

Glühenden Unwillen erregte die strenge Herrschaft Radetzkys in der Lombardei: mehr als 30 Millionen Mark hatte er bis zum Januar an außerordentlichen Steuern, fast die Hälfte dieser Summe schon im November an Strafgeldern von solchen Personen erpreßt, die bei der Erhebung betheiligt gewesen waren. Daß die Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung unter der strengen Herrschaft des Kriegsgesetzes arg gefährdet waren, daß Bestrafungen der härtesten Art auf geringfügigen Vergehen standen und in Ermangelung des wirklich Schuldigen häufig zahlreiche Unschuldige trafen, lag in den Verhältnissen unabänderlich begründet. Aber nicht minder fühlten sich die Italiener durch scheinbar verhöhnliche Maßregeln gereizt, so durch den Erlaß des Kaisers Ferdinand vom 9. October, in welchem die Berufung der lombardisch-venetianischen Abgeordnetenversammlung alsbald nach der Wiederherstellung der Ruhe angekündigt wurde; denn gerade dadurch wurde der feste Entschluß Oestreichs, seine Beute nicht wieder fahren zu lassen, ja unzweideutig kund gegeben.

Lage Venedigs.

Dazu kamen noch die Versuche, auch Venedig während des Waffenstillstandes zu unterwerfen, die man freilich sofort wieder auf-

von Arad den Russen bis Vilagos (etwa 4 Meilen nordöstlich) entgegen und ergab sich hier am 13. August bedingungslos. Das schwerere Stück Arbeit in dem Kampfe hatten doch unzweifelhaft die Oestreicher gethan, und fiel der größte Triumph ihren Bundesgenossen in den Schoß. Und diese waren keineswegs beflissen, ihn mit Bescheidung zu genießen. Mit höhnischem Uebermuth meldete Paskiewitsch seinem Herrn den Ausgang des Krieges: „Ungarn liegt zu den Füßen Ew. Majestät“, wie ein Geschenk erhielt Franz Joseph sein rebellisches Land aus den Händen des Czaren zurück. Die Erbitterung, welche darüber in den Kreisen des wiener Hofes herrschte, zeitigte bald den Gedanken, daß Oestreich die Welt durch die Größe seines Undankes in Erstaunen setzen müsse; sie suchte aber sofort ihre Entladung in dem härtesten Strafgericht über das unterworfene Land. Görgei mußte man schonen, weil Paskiewitsch für ihn eintrat; er wurde nach Klagenfurt in Kärnthen gebracht und lebte dort lange Jahre, in den Augen der Ungarn ein schwarzer Verräther. Kossuth, Bem, Perczel, Dembinski, Meszaros und viele andere Häupter des Aufstandes waren glücklich ins Ausland entkommen; Klapka erzwang sich durch tapfere Ausdauer in Komorn, das er erst am 27. September übergab, günstige Bedingungen; aber wessen man habhaft werden konnte, den traf das Todesurtheil, das die Blutgerichte von Arad und Pesth sprachen; unter ihnen als das meist bedauerte Opfer den vormaligen Ministerpräsidenten Batthyany; ungezählt waren die Einkerkerungen und Verbannungen, noch zahlreicher die Opfer, die widerwillig in das kaiserliche Heer eingesteckt wurden. Fast möchte man in den herrschenden Kreisen den ganzen Aufstand trotz der Ströme von Blut und der Millionen von Gulden, die er gekostet, jetzt hinterdrein als ein Glück betrachten. Denn ungehemmt und rücksichtslos konnte sich die Rache über dem kirren Lande entladen; mit einem Stoße vermochte man alle diese lästigen Vorrechte und parlamentarischen Einrichtungen über den Haufen zu werfen, die selbst in den Zeiten des Absolutismus hätten geehrt und beachtet werden müssen. Ungarn hatte seine Rechte verwirkt und war der Gewalt des Kaisers auf Gnade und Ungnade unterworfen. Wenn irgend etwas das Selbstvertrauen der Rückschrittsmänner erhöhte, so war es dies; und wenn sie irgendwo ihren Gelüsten frei die Zügel schießen ließen, so war es hier. Die Magyaren aber beugten sich in dumpfem Groll und voll bitterer Vergeltungsgedanken dem übermächtigen Joche; sie wichen der Gewalt, aber sie bewahrten ihren Stolz und ihre Hoffnungen, und der siegreiche Kaiserstaat, mochte er der Welt und sich selbst es auch verbergen, trug in diesem Ungarn ein Geschwür mit sich herum, das an seinem Marke zehrte und eines Tages tödtlich werden konnte.

Bestrafung der Rebellion.

Die Bewältigung Italiens.

Vermittlung der Westmächte.

Denselben Ausgang wie in Ungarn hatten die Dinge in Italien genommen. Wie schwer die Niederlagen Sardiniens im Sommer 1848 auch gewesen waren, Oestreichs Sache stand damals doch immer noch bedenklich. Auch nach dem Waffenstillstande von Vigevano konnte Carl Albert noch hoffen, den Besitz der Lombardei für Sardinien zu retten, und für Venetien wenigstens eine gesonderte Verfassung und Verwaltung durchzusetzen, beides Bedingungen, welche die Westmächte zur Grundlage ihrer Friedensvermittlung machten. Allerdings sträubte man sich in Wien gewaltig dagegen, aber vor einer drohenden Note aus Paris gab man doch Anfang September soweit nach, daß man, ohne die Grundlagen anzuerkennen, die Vermittlung selbst über sich ergehen ließ. Auch gegen den Vorschlag, den Carl Albert am 11. September machte, die vier Mächte sollten zu einem Congreß zusammentreten, um dort eine Verständigung zu erzielen, hatten die östreichischen Staatsmänner nichts einzuwenden; aber indem sie die Frage nach dem Orte des Congresses und nach der Betheiligung anderer Mächte (Preußens, Deutschlands, Rußlands, der italienischen Staaten) aufwarfen, wußten sie die Sache geschickt auf die lange Bank zu schieben. Ungeduldig drängte Piemont, das weder entwaffnen, noch die schweren Ausgaben für sein Heer ertragen konnte, nach einer Entscheidung und drohte, den schon einmal verlängerten Waffenstillstand aufzukündigen; die Ereignisse des October in Wien und Pesth lockten gewaltig zur Erneuerung des Krieges und ungeberdig verlangte die öffentliche Meinung, des Wartens und Verhandelns müde, einen kraftvollen Entschluß. Glühenden Unwillen erregte die strenge Herrschaft Radetzkys in der Lombardei: mehr als 30 Millionen Mark hatte er bis zum Januar an außerordentlichen Steuern, fast die Hälfte dieser Summe schon im November an Strafgeldern von solchen Personen erpreßt, die bei der Erhebung betheiligt gewesen waren.

Bedrückung der Lombardei.

Daß die Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung unter der strengen Herrschaft des Kriegsgesetzes arg gefährdet waren, daß Bestrafungen der härtesten Art auf geringfügigen Vergehen standen und in Ermangelung des wirklich Schuldigen häufig zahlreiche Unschuldige trafen, lag in den Verhältnissen unabänderlich begründet. Aber nicht minder fühlten sich die Italiener durch scheinbar versöhnliche Maßregeln gereizt, so durch den Erlaß des [illegible]sers Ferdinand vom 9. October, in welchem die Berufung [illegible]r lombardisch-venetianischen Abgeordnetenversammlung alsbald [illegible]h der Wiederherstellung der Ruhe angekündigt wurde; denn [illegible]ade dadurch wurde der feste Entschluß Oestreichs, seine Beute [illegible]t wieder fahren zu lassen, ja unzweideutig kund gegeben. [illegible]zu kamen noch die Versuche, auch Venedig während des Waffen[illegible]standes zu unterwerfen, die man freilich sofort wieder auf-

Lage Venedigs.

geben mußte; denn als die Flotte Mitte September von Triest auslief, um die Lagunenstadt zu blokiren, kehrte nicht allein das piemontesische Geschwader, das soeben vertragsmäßig abgegangen war, dorthin zurück, sondern es stellten sich auch französische Schiffe ein und nachdrücklich erklärte die Regierung Cavaignacs, daß sie Venedig auch auf die Gefahr eines Krieges hin schützen werde. Denn zu trotzen war Oestreich außer Stande; es hatte aber auch sonst den triftigsten Grund, es mit Frankreich nicht zu

Französische Pläne.

verderben. War es doch ein öffentliches Geheimniß, daß man in Paris die Vergrößerung Sardiniens durchaus nicht wünschte, daß die letzten Absichten vielmehr auf die Begründung eines lombardo-venetischen Staates gingen, den man gern durch Personal-Union auch ferner an Oestreich knüpfen wollte; man dürfe, so lautete das Schlagwort, Venedig nicht um der Lombardei willen opfern. Mit allem Nachdruck verhinderte daher Bastide, der Minister des Aeußern unter Cavaignacs Präsidentschaft, die Kündigung des Waffenstillstandes durch Carl Albert und ermuthigte Manin, der seit dem 11. August wieder die Regierung Venedigs in der Hand hatte, zur Ausdauer und zur Rüstung. Für die Beschleunigung der Friedensverhandlungen und des Congresses beeiferte er sich aber wenig, und wollte besonders die Nothlage, in der sich Oestreich während des October befand, zu keinem Drängen benutzen. Lord Palmerston war damit allerdings gar nicht zufrieden, allein er gab nach und brachte erst im November, nach dem Falle Wiens, die Sache wieder in Fluß,

Abbruch der Vermittlungsversuche.

indem er Brüssel zum Versammlungsort vorschlug. Da zeigte sich denn sofort, wieviel durch diese Zauderpolitik für Italien verloren war. Schwarzenberg, der am 21. November die Geschäfte übernahm, wollte nichts mehr von Verhandlungen wissen, und statt des bisherigen Zögerns und Ausweichens wurde ein unverhohlenes Verweigern und Bestreiten die Tonart der östreichischen Diplomatie. Vergeblich suchte Palmerston den Faden, der seinen Händen zu entschlüpfen drohte, festzuhalten. Schwarzenbergs Entschluß war gefaßt; um allen weiteren Vermittlungsversuchen, die ja doch zu keinem Ziele führen würden, ein Ende zu machen, entsandte er Anfang Februar 1849 den Grafen Colloredo nach London und verbat sich durch ihn in unzweideutiger Weise jede fernere Einmischung Englands.

Sardinien.

Auch in Sardinien war man der Vermittlungsversuche satt. Das Verlegenheitsministerium, welches beim Abschluß des Waffenstillstandes an die Stelle des Ministeriums Casati getreten war und aus den conservativsten Elementen, Revel, Alfieri, Perrone, Pinelli, bestanden hatte, sah trotz der Mehrheit, über die es Anfangs in der Kammer gebot, und die mit ihm einen übereilten Ausbruch des Krieges vermeiden wollte, sein Ansehen doch immer mehr schwinden und trat im December aus einem unbedeutenden Anlaß zurück; am 16. d. M. erhielt Gioberti wieder die Leitung

Ministerium Gioberti.

des Staates. Allerdings ging nun auch dessen Plan nicht dahin,

mit Oestreich sofort wieder anzubinden, aber er dachte in Mittelitalien als Vertheidiger der bedrohten constitutionellen Freiheit aufzutreten und dadurch die nöthigen Verwicklungen herbeizuführen. Hier hatten sich in der Zwischenzeit sehr wichtige Ereignisse zugetragen. Während Modena und Parma von den siegreichen Oestreichern sofort im August besetzt und ihren vertriebenen Herzögen zurückgestellt waren, hatten die kaiserlichen Truppen an der toscanischen Grenze Halt machen müssen, weil England und Frankreich, besonders das letztere sehr entschieden, die volle Unabhängigkeit dieses Landes forderten. Die Folge davon war, daß die radicalen Parteien sich die größeren Städte, vor Allem Livorno, zum Tummelplatze auserkoren und an letzterem Orte von dem Advocaten Guerazzi und dem Pater Gavazzi theils geheim, theils auch offen gelenkt, unbekümmert um den Großherzog, das Ministerium und die gemäßigte Kammer, ihr zügelloses Spiel trieben. Um nur einige Fühlung mit der unruhigen Stadt zu erhalten, schickte Capponi, der Vorstand des Ministeriums, den Professor Montanelli als Statthalter in die unzufriedene Hafenstadt, einen Mann, der für das Ideal einer christlichen Demokratie schwärmte und Italiens Neugestaltung, die von den Fürsten nicht mehr zu erhoffen sei, durch ein souveränes, italienisches Parlament herbeiführen wollte. Die Nachrichten von der Octoberrevolution in Wien kamen ihm und Guerazzi vortrefflich zu statten; Capponi, obendrein halb erblindet, fühlte sich der zunehmenden Gährung nicht mehr gewachsen und räumte das Feld. Was blieb dem Großherzog übrig, als nun vollständig nachzugeben und Montanelli sammt Guerazzi an die Spitze der Regierung zu berufen? Von diesem Augenblicke an aber war er selbst eine völlig überflüssige Person; nur scheinbar bestand die Monarchie noch fort, in Wirklichkeit herrschten die radicalen Clubs und zwar mit solcher Tyrannei und so zersetzender Wirkung, daß die volle Auflösung über das Land hereinbrach und ein Eingreifen von außen dringend nöthig wurde.

Modena und Parma.

Toscana.

Herrschaft der Radicalen.

Ganz ähnlich ging es um dieselbe Zeit in Rom zu; etwa vierzehn Tage später gelangte auch hier der Radicalismus ans Ruder. Das Ansehn des Papstes war seit dem Mai immer tiefer gesunken; man hielt ihn für einen heimlichen Verbündeten der Oestreicher und wurde darin noch mehr bestärkt durch den zweimaligen Einmarsch kaiserlicher Truppen in den Kirchenstaat. Das erste Mal, am 14. Juli, handelte es sich nur um eine eintägige Besetzung der Stadt Ferrara, in deren Citadelle ja vertragsmäßig östreichische Truppen standen; diese schienen in ihrer Sicherheit gefährdet und besonders durch die Einstellung der Lebensmittellieferungen, auf die sie Anspruch hatten, bedroht; das plötzliche Erscheinen einer stärkeren Heeresabtheilung unter dem Fürsten Liechtenstein schüchterte indeß die Patrioten so sehr ein, daß ein längeres Verweilen desselben nicht nöthig war und er schon am 15. Juli den Rückmarsch antrat. Ernstlichere Absichten hatte

Rom.

Einmarsch der Oestreicher.

Baron von Welden, der am 2. August in die Romagna eindrang und sich in Bologna festsetzte. Am 8. brach jedoch ein Aufstand aus, bei dem drei östreichische Officiere ermordet wurden; eine vierstündige Beschießung der Stadt blieb erfolglos; von allen Seiten strömte das Landvolk herbei und vereinigte sich mit den Bürgern zum Angriff auf den Feind; dieser war zu schwach, um Stand zu halten, und da England und Frankreich überdies drohend Einspruch erhoben, so zog sich Welden am 15. wieder über die Grenze zurück. Die Nachwirkung dieser Vorfälle gab sich aber in einer rechtlosen Pöbelherrschaft kund, die zu unterdrücken der päpstlichen Regierung sehr schwer wurde. Die leitende Kraft des Ministeriums war seit dem 1. August, wo Graf Mamiani sich zurückgezogen hatte, der ehemalige französische Gesandte in Rom, Graf Rossi, ein Mann, der trotz seiner Betheiligung an dem Aufstande von 1831 den Radicalen als vormaliger Diener Ludwig Philipps und Freund Guizots äußerst verdächtig war. Daß er die Kammer, welche zur Kriegserklärung gegen Oestreich drängte, Ende August bis zum 15. November vertagte, machte ihn nur noch anrüchiger und ein theilweiser Wechsel des Ministeriums, der ihn am 16. September an die Spitze desselben brachte, stellte ihn vollends auf den ausgesetztesten Posten. Unter den römischen Radicalen waren die lautesten und ehrgeizigsten Carl Lucian Bonaparte, Fürst von Canino, und Sterbini, der Herausgeber der einflußreichsten Zeitung. In der Kammer hatten sie keine hervorragende Stellung zu erringen vermocht, um so unbestrittener war ihre Herrschaft in den Clubs; daß sie sich unter einander haßten und anfeindeten, that dem keinen Eintrag. Das Ziel, nach dem sie drängten, war die Begründung eines ähnlichen Parteiregimentes in Rom, wie es in Toscana und zeitweilig auch in Genua und Bologna herrschte. Niemand stand ihnen dabei mehr im Wege als Rossi; sein eben so entschlossener Amtsgenosse Zucchi, den die Revolution aus dem Gefängniß befreit hatte, in das ihn seine Betheiligung an den Kämpfen von 1831 gebracht, war in der Romagna, um dort die Ruhe aufrecht zu erhalten und insbesondere Garibaldi zur Entfernung nach Venedig zu drängen; er war den Römern also zunächst nicht beschwerlich. Rossi aber mußte beseitigt werden, und dazu war den Radicalen jedes Mittel recht. Sie wählten als bequemstes den Dolch. Als der Minister am 15. November in die Kammer fuhr, um sie mit einer verheißungsvollen Rede zu eröffnen, ward er vor dem Eingang des Gebäudes inmitten einer Pöbelmenge meuchlerisch niedergestochen und gab nach kurzer Zeit den Geist auf. Sofort begannen nun die Wühler ihr Geschäft unter den Massen und Niemand war da, der ihnen Widerstand geleistet hätte; das Ministerium war so gut wie aufgelöst, die Kammer verwarf unter dem einschüchternden Lärm der Tribünen den schon gefaßten Beschluß, dem Papste ihre Ergebenheit zu erklären. Dieser erfuhr am 16. im Quirinal eine förmliche

Aufstand in Bologna.

Ministerium Rossi.

Die Radicalen.

Ermordung Rossis.

Belagerung des Quirinals.

Belagerung; etwa 100 Mann hatte er zu seiner Vertheidigung. Zu Tausenden aber drängte das Volk gegen die geschlossenen Thore des Palastes. Die Blitze des Himmels, die er verzweifelt herbeirief, blieben aus, und wenn bisher noch wenig Blut geflossen war, so konnte das Gemetzel doch jeden Augenblick beginnen. Da entschloß sich denn Pius nach Einbruch der Nacht zu weichen; aber ehe er es that, erklärte er feierlich den um ihn versammelten fremden Gesandten, daß alle Zugeständnisse, die er jetzt machen werde, unverbindlich, null und nichtig seien; dann genehmigte er die Bildung eines radicalen Ministeriums, in dem Galletti, Sterbini und Mamiani die bekanntesten Namen waren. Entschlossen der Nothlage und Gefahr, in der er sich befand, so bald wie möglich zu entgehen, ließ er den französischen Gesandten in seinem Namen ein Hülfegesuch an Cavaignac richten; dieser entsandte sofort den Herrn von Courcelles mit großen Vollmachten nach Rom und gab Befehl, 3500 Mann nach Cività vecchia einzuschiffen; allein Pius wartete ihre Ankunft nicht ab. Seit er im September ohne Erfolg ein eigenhändiges Bittschreiben an Cavaignac gesandt, war sein Vertrauen auf französische Hülfe völlig geschwunden. Im Geleite des bairischen Gesandten Grafen Spaur, der zum Schein eine Geschäftsreise nach Neapel antrat, entfloh er am 24. November, als dessen Hausgeistlicher verkleidet, nach Gaeta, der neapolitanischen Festung; Spaur eilte weiter nach Neapel und kehrte von dort mit dem Königspaar zurück, das den Flüchtling demüthig begrüßte und ihm mit Freuden die Festung als Zufluchtsort anbot.

Flucht des Papstes.

Damit war Pius unwiderruflich in das Lager der Reaction übergetreten, als deren erfolgreichster Vorkämpfer unter den italienischen Fürsten Ferdinand von Neapel gelten durfte. In seinem festländischen Königreiche konnte er seit dem 15. Mai wieder mit der größten Sicherheit auftreten; in Calabrien kam es zwar mit sicilianischer Hülfe noch zu einem Aufstande, aber er wurde schnell erstickt; die neuen Kammern, die am 1. Juli zusammentraten, legten wohl ihr Fürwort für den Krieg gegen Oestreich ein und waren einer Verständigung mit Sicilien geneigt, aber der König kümmerte sich einfach nicht um sie und die Minister begegneten ihnen mit Spott und Verachtung; als alle Vorbereitungen zur Wiedereroberung Siciliens getroffen waren und die königliche Armee glücklich auf der Insel gelandet war, mußten die Kammern (am 5. September) auf ein Vierteljahr nach Hause gehn, um durch ihr Dreinreden der Regierung nicht lästig zu fallen.

Neapel.

Auch in Sicilien ließen sich die Dinge für Ferdinand günstig an. Die constituirende Versammlung, welche seit dem 25. März in Palermo tagte und am 13. April die Absetzung der bourbonischen Dynastie beschlossen hatte, war erst, nachdem sie die Verfassung von 1812 umgearbeitet hatte, zur Königswahl geschritten und hatte in der Nacht zum 11. Juli aus der Zahl der fürstlichen Bewerber den zweiten Sohn des Königs von Sardinien,

Sicilien.

Wahl des Herzogs von Genua zum König.

den Herzog von Genua, Albert Amadeus, erkoren. Als diese Botschaft am Mincio anlangte, war die Schlacht bei Custozza noch nicht geschlagen und die Annahme der Krone schien sicher zu sein; mit dem Umschlag des Glücks schlug aber auch diese Geneigtheit in ihr Gegentheil um, und als nach langem Zaudern der König und der Prinz am 27. August endlich ihre Antwort gaben, lautete sie, wenn auch mit einigen Hinterthüren, ablehnend. Ferdinand hatte während dessen eifrig gerüstet, entschlossen nicht allein den neuen König, wenn er annehme, nachdrücklich zu bekämpfen, sondern auch in jedem Falle einen Versuch zur Wiedereroberung der Insel zu wagen.

Bombardement von Messina.

Am 3. September setzte der General Filangieri nach Messina über und eröffnete ein fünftägiges Bombardement gegen die unglückliche Stadt, das auch dann nicht aufhörte, als die sicilianischen Fahnen eingezogen und die Kanonen der Verteidiger verstummt waren. Es war ein Trümmerhaufe, in den der General des Bombenkönigs (Re Bomba), wie Ferdinand fortan von seinen Feinden benannt wurde, am 7. September einzog; drei Tage lang fraßen die Flammen noch in den verödeten Straßen; der angerichtete Schaden wurde auf mehr als 20 Millionen Mark geschätzt.

Einmischung der Westmächte.

Was Filangieri durch dieses barbarische Auftreten erreichen wollte, war die Einschüchterung der Sicilianer; was er wirklich erreichte, war das Einschreiten der französischen und englischen Flotte. Gegenüber dieser unerhörten „Verletzung der heiligen Gesetze der Menschlichkeit“ erklärte zuerst der Admiral Baudin die Neutralität nicht mehr bewahren zu können, sondern die Einstellung der Feindseligkeiten erzwingen zu müssen; der Engländer Parker war damit einverstanden und die Gesandten der beiden Mächte in Neapel billigten den Entschluß der Admirale, der nachträglich auch von den heimischen Regierungen gut geheißen wurde.

Waffenruhe.

Die Neapolitaner mußten ihren Ingrimm verbeißen und ihr Vorrücken einstellen; der nordwestliche Theil der Insel blieb in ihrer Gewalt und das zunächst daranstoßende Gebiet wurde für neutral erklärt; die so geschaffene Waffenruhe gedachten die Westmächte zur Anbahnung eines Ausgleichs zu benutzen, als dessen geeignetste Form sie die Erhebung eines der Söhne Ferdinands auf den sicilianischen Thron ansahen. Da mit dieser Lösung aber keinem der beiden Theile gedient war, so verstrichen Monate in ergebnißlosen Verhandlungen, bis gegen Ende März 1849 die Feindseligkeiten wieder begonnen wurden.

So waren also um den Schluß des Jahres 1848 die Zustände Italiens fast überall unfertig und verworren. Um eine friedliche Lösung herbeizuführen schienen sich drei Wege zu bieten: entweder ein Schiedsspruch Europas, wie er von dem in Brüssel beabsichtigten Congresse gefällt werden konnte, oder eine Verständigung der italienischen Fürsten, oder das Machtwort eines constituirenden italienischen Parlamentes.

Giobertis Pläne.

Der Congreß zerschlug sich, wie oben erzählt wurde; die beiden andern Wege wurden

von dem sardinischen Ministerium, das Gioberti am 16. December bildete, gleichzeitig verfolgt. Es suchte einerseits mit dem Papste Fühlung zu gewinnen und ihn zur Aussöhnung mit den Römern zu bewegen, wünschte auch den Großherzog von Toscana von der Herrschaft der Radicalen zu befreien und sich Ferdinand von Neapel zu nähern; es ging aber andrerseits auch auf den Gedanken Montanellis ein und erklärte sich für ein Nationalparlament. Sehr bald stellte sich doch heraus, daß dieses Einverständniß nur ein Trugbild sei. Gioberti wollte und konnte einem solchen Parlamente keineswegs das Recht einräumen, die Fürstenthrone zu beseitigen und die mazzinistische Republik zu beschließen; grade das aber wollte man in Rom und Florenz; und andrerseits verlangte man in Rom und Florenz gar nicht sehr nach dem Beitritt Sardiniens und Neapels, weil man sicher war, von dort eine Mehrzahl monarchisch gesinnter Abgeordneter zu erhalten; man wollte viel lieber eine Constituante blos für Mittelitalien berufen. Einzig die Furcht vor einem östreichischen oder auch (im Kirchenstaate wenigstens) spanischen und neapolitanischen Angriff bewog die Machthaber an Tiber und Arno mit Gioberti nicht völlig zu brechen. Eifrig bemühte sich dieser einen Ausweg zu finden, wie er den Papst wieder nach Rom zurückführen könne; er hoffte eine Zeitlang, die constituirende Versammlung für den Kirchenstaat, die Anfang Februar zusammentrat, werde den Geflohenen feierlich zurückrufen; aber davon war in dieser radicalen Körperschaft nicht die Rede und der Papst würde einem solchen Rufe auch nicht haben folgen können, da er die Versammlung schon vor ihrer Wahl mit seinem Fluche belegt hatte. Als sie nun wirklich eröffnet wurde, rieth ihm das Cardinalscollegium am 7. Februar sich an Oestreich, Frankreich, Spanien und Neapel mit der Bitte um bewaffnete Einmischung zu wenden; fast gleichzeitig aber, am 9. Februar, erklärte die

Die römische Constituante.

römische Constituante die weltliche Herrschaft des Papstes für erloschen und die glorreiche römische Republik für wiederhergestellt. So war Gioberti von beiden Seiten, zwischen denen er vermitteln wollte, zurückgestoßen und damit schon in seiner Stellung schwer erschüttert. Zu allem Ueberfluß ging es ihm gleich darauf in Florenz genau ebenso.

Römische Republik.

Dem Großherzog war seine Lage Ende Januar unerträglich geworden; er verließ seine Hauptstadt und begab sich nach Siena, wo seine Familie schon länger weilte. Aber auch hier ließ ihm das radicale Ministerium keine Ruhe; Montanelli eilte ihm nach, um seine Unterschrift für die Be-fung der mittelitalienischen Constituante zu erzwingen. Ent-lossen diese zu verweigern, weil der Papst sie mit dem Banne roht hatte, floh Leopold am 7. Februar in die Hafenstadt nto Stefano und rief von hier Giobertis Hülfe gegen den rentinischen Pöbel an, der auf die Nachricht von seiner Flucht republikanisches Triumvirat, Guerazzi, Montanelli und den st Mazzoni, eingesetzt hatte. Voller Freude eilte der piemontesische

Flucht des Großherzogs von Toscana.

Republik in Toscana.

Minister diesem Wunsche nachzukommen und verabredete seinen Einmarsch mit dem toscanischen General Laugier, der mit ein paar tausend Mann bei Massa stand und Leopold die Treue bewahrte. Aber ehe das Unternehmen begonnen werden konnte, waren nicht allein Laugiers Truppen auseinander gelaufen, sondern es nahm auch Leopold durch östreichische und päpstliche Drohungen eingeschüchtert, sein Hülfegesuch am 18. Februar zurück und verließ sein Großherzogthum. Damit war Giobertis Stellung erschüttert; er selbst wollte die Bahn, die er eingeschlagen, weiter verfolgen und trotz Allem in Toscana einrücken, aber der König und die meisten Minister ließen ihn im Stich; am 21. Februar erhielt er seine Entlassung.

Giobertis Rücktritt.

Kriegslust in Sardinien.

Bei seiner kriegerischen Politik aber beharrte Sardinien trotzdem, nur richtete sie sich jetzt unmittelbar gegen Oestreich. Carl Albert hatte das Verfahren Giobertis immer als einen Umweg betrachtet und hätte am liebsten sofort den Waffenstillstand in Mailand aufgekündigt. Die Kammer, die seit dem 1. Februar an die Stelle der früheren gemäßigt liberalen und deshalb von Gioberti am 30. December aufgelösten getreten war, theilte ganz diese Gesinnung und begrüßte die Rede, mit welcher der Monarch sie eröffnete und in der er sich als den erwählten König von Oberitalien bezeichnete, mit lautem Beifall und mit einer zustimmenden Adresse. England und Frankreich ließen es freilich nicht an Mahnungen zur Mäßigung fehlen, aber wie die Dinge lagen, mußte Carl Albert um jeden Preis noch einmal das Glück der Waffen versuchen. Für den 20. März Mittags 12 Uhr kündigte er den Waffenstillstand auf. Den Oberbefehl über das sardinische Heer, das mit etwa 85,000 Mann ins Feld zog, führte der Pole Chrzanowski. Die Hauptmasse desselben war in zwei Schlachtlinien hinter einander nördlich vom Po in der Gegend von Mortara bis Novara aufgestellt; ihre Aufgabe bestand darin, bei Buffalora den Tessin zu überschreiten und auf der Straße nach Mailand vorzurücken. Auf ernstlichen Widerstand fürchtete man dabei nicht zu stoßen, denn allgemein verbreitet und von Radetzky sorgfältig genährt war der Glaube, daß die Oestreicher, die kaum 70,000 Mann zählten, sich zunächst wieder bis an den Mincio zurückziehen würden. In der That hinderte auch Niemand die Piemontesen, am Mittag des 20. die Buffalora-Brücke zu überschreiten, aber fast ebensowenig Widerstand fanden die Oestreicher, als sie um dieselbe Stunde einige Meilen südlich davon nahe bei Pavia über den Fluß und somit in die rechte Flanke des Feindes vordrangen. Daß dies geschehen konnte, war nicht Chrzanowskis Schuld. Er hatte den General Ramorino, der am rechten Poufer südlich von der Tessinmündung stand, schon am 18. beauftragt, auf das linke Ufer überzutreten und Pavia zu beobachten; dieser Befehl war vernachlässigt und Ramorino büßte dafür mit Recht durch kriegsgerichtlichen Spruch. Aber der Schaden ließ sich nicht wieder gut machen. Er beschränkte sich

Kündigung des Waffenstillstandes.

Beginn des Krieges.

nicht daran, daß Romarinos Truppen jetzt für das Hauptheer verloren waren; schlimmer war es, daß die Oestreicher nun die Flanke der Piemontesen bedrohten. Natürlich wurden die Truppen, die schon über den Fluß hinüber waren, schleunigst zurückgezogen und Befehl ertheilt, sich auf der Linie Mortara-Vigevano zu concentriren. Zunächst aber standen bei den genannten Orten nur die Corps, welche die rechten Flügel der beiden sardinischen Heeresabtheilungen bildeten, und gegen beide, die Division Bes in Vigevano und die Division Durando in Mortara, rückten am 21. die Oestreicher von Süden heran. Bes vertheidigte seine Stellung den ganzen Tag über erfolgreich gegen Wratislaw; Durando hingegen, der erst beim Dunkelwerden angegriffen wurde, mußte vor dem doppelt starken d'Aspre erst in die Stadt und dann aus der Stadt zurückweichen, wobei gegen 2000 Piemontesen abgeschnitten und zur Uebergabe gezwungen wurden. Der nächtliche Kampf in den engen Straßen der Stadt hatte die Geschlagenen arg entmuthigt und Chrzanowski, der in diesen Stunden mit 30,000 Mann anderthalb Meilen davon in Vigevano stand, durch seine Unthätigkeit seine Unfähigkeit traurig bewiesen. Es blieb jetzt für den 22. Nichts übrig, als die beiden rechten Flügel nordwärts auf die Centren zurückzuziehen und bei Novara eine neue Aufstellung mit der Front nach Süden zu nehmen. Diese Bewegungen wurden glücklich vollzogen und am 23. früh standen 51,000 Mann zur Abwehr bei Novara bereit. Radetzky hatte vermuthet, der Feind werde sich westwärts zum Schutz von Turin zurückziehen und hatte deshalb einen beträchtlichen Theil seines Heeres, die Divisionen Thurn und Wratislaw, die Straße nach Vercelli einschlagen lassen; d'Aspre, bei dessen Corps sich der Erzherzog Albrecht und der Oberst Benedek befanden, rückte gegen Novara vor. Zu seinem Erstaunen fand er eine halbe Stunde vor der Stadt die ganze feindliche Armee aufgestellt, im Centrum bei Bicocca die Division Bes, westlich davon Durando, östlich die Altpiemontesen unter Perrone, als Reserve die Divisionen der Herzöge von Savoyen und Genua, der beiden Söhne Carl Alberts. Sofort ging Meldung davon an Radetzky, Thurn und Wratislaw ab, aber trotz seiner Minderzahl zögerte d'Aspre nicht, Bicocca anzugreifen. Von 12 bis 3 Uhr war seine Lage äußerst bedenklich, allein Chrzanowski versäumte einen entschiedenen Vorstoß. Um 3 Uhr traf Radetzky mit den Verstärkungen von Süden ein und schon jetzt änderte sich der Gang der Schlacht; doch hielten sich die Piemontesen tapfer und erst als hinter ihrem rechten ügel Thurn von Westen her eintraf und auch in der Front Oestreicher immer stärker wurden, geriethen sie ins Wanken. 6 Uhr befahl Radetzky einen Angriff auf der ganzen Linie; ner überlegenen Artillerie hielt der Feind nicht Stand, er zog h auf und in die Stadt zurück; Carl Albert, der sichtlich den d suchte, konnte nur mit Mühe von Bicocca weggebracht werden. vara selbst noch anzugreifen, durfte Radetzky bei der Dunkelheit

Schlacht bei Novara.

und dem strömenden Regen seinen ermatteten Truppen nicht mehr zumuthen, aber der Feldzug war auch ohnedas entschieden. Die fürchterliche Verwirrung, die in seinem Heere herrschte, zeigte dem sardinischen Könige, daß Alles verloren sei. Er schickte deshalb den Minister Cadorna und den General Cossato ins feindliche Hauptquartier, um einen Waffenstillstand zu verhandeln. Nur mit dem letzteren ließ sich der östreichische Generalstabschef von Heß ein; er sprach dabei von dem Könige wie von einem Wortbrüchigen, mit dem man kaum einen Vertrag schließen könne, ohne daß er Bürgschaften gebe, etwa den Thronfolger als Geißel stelle. Unverrichteter Dinge kehrte Cossato zurück. Nun

Carl Alberts Abdankung.

reifte in Carl Albert der längst genährte Entschluß, er wollte durch ein persönliches Opfer günstigere Bedingungen für sein Land und Haus erwirken. In später Stunde berief er seine Söhne, Cadorna und mehrere Officiere zu sich und legte die Krone zu Gunsten des ältesten Sohnes, des Herzogs von Savoyen,

König Victor Emanuel.

Victor Emanuels II., nieder. Wenige Stunden darauf fuhr er nach Vercelli ab, wurde von Thurn, unter dessen Vorposten er gerieth, unerkannt wieder entlassen und eilte dann, so schnell er konnte, aus seinem Lande durch Frankreich und Spanien nach Oporto, wo er am 19. April krank anlangte. Die wenigen Mo-

Carl Alberts Tod.

nate, die ihm noch beschieden waren — er starb schon am 26. Juli — gewährten ihm mindestens noch den Trost, daß er sah, wie sein Volk den Entschluß, den er gefaßt, im richtigen Lichte betrachtete. Es wurden ihm von allen Seiten Beweise der Liebe und Theilnahme entgegengetragen und die Anklagen der Verrätherei, mit denen er seit der Schlacht bei Custozza von den Mazzinisten gemartert war, verstummten. Man gewöhnte sich, ihn als ein Opfer der nationalen Sache anzusehen und in dem redlichen Willen und der uneigennützigen Selbstverleugnung, die er in dem letzten schweren Jahre seines Königthums unablässig bewiesen, ein volles Gegengewicht gegen die Schwächen seiner politischen und militärischen Befähigung zu erkennen. Er war gefallen bei einem Wagniß, dem er nicht gewachsen war, aber das Banner, das er trug, hatte er nicht sinken lassen, sondern zerfetzt, aber unbefleckt seinem Nachfolger übergeben.

Waffenstillstand.

Dieser erhielt am Morgen des 24. in einer persönlichen Zusammenkunft auf einem Gehöfte bei Novara von Radetzky den erbetenen Waffenstillstand. Die piemontesische Armee sollte auf Friedensfuß gesetzt werden, das Land bis zur Sesia und die Festung Alessandria den Oestreichern als Pfand für den Frieden dienen. Die Verhandlungen über diesen wurden in Mailand gepflogen; man ließ den jungen König bessere Bedingungen hoffen, wenn er die Verfassung ändern und sich der östreichischen Politik anschließen wolle; er lehnte das ab. In sein Ministerium berief er Massimo d'Azeglio als Präsidenten und für das Aeußere, Gioberti, Pinelli, Lamarmora, den Banquier Nigra; der liberale und nationale Charakter seiner Politik war durch diese Namen zur

Genüge gekennzeichnet. Trotzdem fielen die Friedensbedingungen unter der Einwirkung der Westmächte und nicht minder wohl in Folge der schlimmen Lage in Ungarn noch leidlich aus; die alten Besitzverhältnisse wurden wieder hergestellt und Piemont kam mit 75 Millionen Francs Kriegsentschädigung billig genug davon. Trotzdem verweigerte die piemontesische Kammer, die zwar nach dem Thronwechsel neu gewählt war, aber so ziemlich aus den alten Mitgliedern bestand, dem Frieden vom 6. August die Genehmigung; sie forderte, was die Minister vergeblich zu erreichen gesucht hatten, daß Oestreich den lombardischen Flüchtlingen Verzeihung gewähre. Es blieb nichts übrig, als die Kammer schon wieder aufzulösen: es war die sechste Wahl seit dem Ausbruch der Revolution. Der König selbst trat für den Frieden ein, indem er von seinem Schlosse Moncalieri eine Ansprache an die Nation richtete, die, wie Cavour später meinte, das Land rettete. Die Volksvertreter, die im December 1849 gewählt wurden, gehörten in ihrer großen Mehrheit der gemäßigten Partei an; sie genehmigten den Friedensvertrag, und gestützt auf sie begann das Ministerium jene Politik der Sammlung und Kräftigung, die bald in dem Grafen Cavour ihren glänzenden Vertreter finden sollte.

Friedensschluß.

Proclamation von Moncalieri.

In allen übrigen Staaten Italiens begann mit der plötzlichen Niederlage Sardiniens die Reaction. Furchtbar hart mußten, allen Uebrigen voran, die unglücklichen Lombarden büßen, welche die Kriegführung Carl Alberts durch eine Erhebung im Rücken der Oestreicher hatten unterstützen wollen. Glücklicher Weise ließ die schnelle Wendung und Beendigung des Krieges derartige Pläne nur vereinzelt zur Ausführung reifen. Am gefährlichsten wurde die Empörung von Brescia. Die Oestreicher mußten am 22. März die Stadt räumen und Truppen von Verona herbeirufen, um sie wieder zu nehmen. General Haynau, „Einhau" von den Soldaten genannt, war es, dem diese Aufgabe zufiel. Am 31. stürmte er die Thore und die Barrikaden, die in den Straßen errichtet waren, und verhängte ein schaudervolles Strafgericht über die Besiegten. Die Masse der Todesurtheile, die sofort vollstreckt wurden, die barbarischen und entehrenden körperlichen Strafen, die er selbst an Weibern vollziehen ließ, die unglaublichen Geldsummen, die er der Stadt und der Landschaft auspreßte, machten den General, „die Hyäne von Brescia", zum Abscheu von ganz Europa. In Wien aber ward er ein gefeierter Mann; man übertrug ihm zunächst die Belagerung Venedigs, um ihn bald nachher an den wichtigsten Posten, den man zu be[...]n hatte, den eines obersten Befehlshabers in Ungarn, zu [...]ufen. Vor Venedig konnte er seine Aufgabe noch nicht be[...]en. Von Manins feurigem Geiste beseelt, leistete die Lagunen[...]dt heldenmüthigen Widerstand; auch als der Fall des Forts [M]alghera am 26. Mai den Anfang des Endes ankündigte, sank [de]r Muth nicht so sehr, daß nicht die Nachrichten von Kossuths [s]iegender Macht ihn wieder völlig hätten befestigen können. So

Reaction in der Lombardei.

Haynau in Brescia.

Venedigs Fall.

lange die Ungarn noch das Feld behaupteten, boten auch die Venetianer den Bomben der Feinde, dem Hungersnoth und der Cholera Trotz; erst als die Kunde von Vilagos in die Stadt drang, verzichteten die Führer auf längeren Widerstand; am 22. August schlossen sie einen Vertrag, der ihnen freien Abzug gewährte, und dies letzte Bollwerk der italienischen Unabhängigkeit in die Hände der Oestreicher zurück lieferte.

Bezwingung Siciliens.

Viel früher hatten die andern Landschaften der Halbinsel ihr Schicksal erreicht. Ohne fremde Hülfe machte sich Ferdinand wieder zum Herrn von Sicilien. Die äußersten Zugeständnisse, welche er unter dem Drucke der englisch-französischen Vermittlung am 28. Februar 1849 der Insel bot, bestanden in gesonderter Verfassung und Verwaltung. Die einstimmige Antwort der Patrioten war der Ruf nach der Erneuerung des Krieges; für den 29. März wurde der Waffenstillstand gekündigt. An die Spitze der gesammten Streitkräfte der Insel wurde der Pole Mieroslawski berufen; mit ein paar tausend Mann eröffnete er die Feindseligkeiten im Süden von Messina, von wo Filangieri mit 15,000 Mann gegen ihn ausrückte. Ein entscheidendes Uebergewicht verlieh den Neapolitanern der Besitz ihrer Flotte; ungehindert konnte diese am 2. April südlich von Mieroslawski's Stellung bei Taormina landen und ihm dadurch den Weg längs der Küste nach Catania verlegen. Sobald dies geschehen war, griff die Hauptmacht von Norden die Stadt Taormina an und erstürmte sie. Mieroslawski blieb kein anderer Weg nach Catania als der 15 Meilen lange um den Aetna herum; während er diesen im Eilmarsch zurücklegte, rückte Filangieri auf der Küstenstraße, die nur 16 Meilen lang ist, eben dorthin, begierig den Wechsel einzulösen, den Radetzky, wie Ferdinand ihm schrieb, soeben bei Novara auf ihn gezogen habe. Am Charfreitag, den 6. April, erfolgte der Angriff, den die Flotte unterstützte. Mieroslawski war seinen Truppen vorausgeeilt und leitete die Vertheidigung mit großer Tapferkeit, bis er schwer verwundet fortgetragen werden mußte. Den letzten entscheidenden Sturm und die Eroberung der zahlreichen Barrikaden unternahmen die schweizerischen Söldner des Königs; bis tief in die Nacht schlugen sie sich in den Straßen herum und ließen dann dem Kampfe noch die Plünderung folgen. Unter dem Eindrucke dieser Nachrichten beschloß das Parlament in Palermo am 14. April, die aufs Neue angebotene Vermittlung Frankreichs anzunehmen; ein neues Ministerium ward gebildet, das am 17. die Versammlung auflöste, und Alles schien sich danach anzulassen, daß Filangieri, der langsam gegen Palermo vorrückte, ohne Kampf würde einziehen können. Zwar gelang es den eifrigsten Freiheitsfreunden, unter ihnen besonders dem vorigen Kriegsminister La Farina, am 20. das Ministerium der Unterwerfung wieder zu stürzen, aber das war nur ein kurzer Umschwung; auch der greise Ruggiero Settimo erachtete weiteren Widerstand für nutzlos und legte seine Regierungs-

Mieroslawski.

Erstürmung von Taormina.

von Catania.

Französische Vermittlung.

R. Settimos Abdankung.

gewalt in die Hände des Stadtrathes von Palermo nieder. Während sich nun alle an dem Aufstande schwer Betheiligten ins Ausland retteten, Ruggiero Settimo nach Malta, La Farina nach Piemont, Andere nach Frankreich, schloß Filangieri am 11. Mai mit dem Stadtrath den Vertrag der Uebergabe und zog am 15. in die Stadt ein. Von den Bedingungen, die Ferdinand Frankreich gegenüber zugesagt hatte, war nicht mehr die Rede. Filangieri verkündigte wohl am 22. Mai, daß der König in seiner heiligsten Brust, dem Sitze aller allveredelsten und großmüthigsten Tugenden, beschlossen habe, den theuersten Edelstein seiner Krone, seinen Erstgeborenen, einen Engel an Verdienst und Tugend, als seinen Stellvertreter auf die Insel zu senden; aber selbst das geschah nicht, sondern Filangieri blieb bis 1854 Statthalter. Eine ausgedehnte Entwaffnung der Bevölkerung, ein strenger Belagerungszustand, die schleunige Wiedereinführung alter und neuer Steuern waren die begreiflichen Folgen der geänderten Lage. Englands Ermahnung, der Insel die versprochene Sonderverfassung zu geben, wies Ferdinand unter Berufung auf seine Souveränität unumwunden zurück; nicht mit den Waffen, sondern mit den Knieen vor dem Bilde der Mutter Gottes rühmte er sich, sein Sicilien wieder erobert zu haben; was Wunder, wenn er keiner fremden Macht auch nur die geringste Einmischung in seine Angelegenheiten zu gestatten entschlossen war.

Uebergabe von Palermo.

Filangieris Statthalterschaft.

Wirklich ohne Waffengewalt hätte der Großherzog von Toscana in sein Land zurückkehren können. Nach der Schlacht bei Novara ermannten sich die Gemäßigten in Florenz zu einem Aufstande gegen Guerazzi und die Pöbelbanden, mittelst deren dieser seine Herrschaft behauptete. Am 12. April errangen sie den Sieg und übertrugen die vorläufige Regierung bis zur Rückkehr des Fürsten an Gino Capponi, die Brüder Ricasoli und andere gemäßigte Männer. Eine Abordnung suchte den Großherzog in Gaeta auf, und lud ihn zur Rückkehr ein. Aber Leopold war durch die Erfahrungen der letzten Monate ängstlich geworden. Er wußte, daß man in Wien seine Verhandlungen mit Piemont ihm sehr verübelt hatte, daß man sogar mit dem Gedanken umging, ihn zur Abdankung zu Gunsten seines 14jährigen Sohnes zu zwingen. Nur durch große Willfährigkeit glaubte er diese Gefahr abwenden zu können; er ließ es deshalb geschehen, daß die Oestreicher unter d'Aspre am 6. Mai in das Großherzogthum einrückten, am 11. Livorno, wo die Radicalen noch das Ruder führten, mit Gewalt besetzten und vierzehn Tage später in das vollkommen ruhige Florenz einzogen. Erst zwei Monate darauf, am 27. Juli, kehrte er selbst zurück.

Sieg der Gemäßigten in Toscana.

Einmarsch der Oestreicher.

Rückkehr Leopolds.

Der Papst war derjenige Fürst, welcher am längsten sich von seiner Hauptstadt fern hielt. Das Hülfegesuch, welches er am 18. Februar an Frankreich, Oestreich, Spanien und Neapel richtete, wurde freilich von allen diesen Mächten erhört; aber die Art, wie es erfüllt wurde, entsprach wenig den Wünschen des

Der Kirchenstaat.

Papstes. Zwischen Frankreich und Oestreich bildete sich ein sehr scharfer Gegensatz heraus; in Wien hätte man am liebsten alle liberalen Einrichtungen, die das letzte Jahr dem Kirchenstaat gebracht, über den Haufen geworfen; in Paris wünschte man sie womöglich zu retten und hoffte das dadurch zu erreichen, daß man die republikanischen Machthaber in Rom zur gutwilligen Rückberufung des Papstes bewege.

Französische Vermittlung.

Ein Abgesandter des Präsidenten Napoleon, Mercier, erschien zu dem Zweck im März an der Tiber und verhandelte mit den drei Männern, die von der Constituante als Triumvirn an die Spitze der Republik gestellt waren, Armellini, Saliceti und Montecchi. Aber seine Bemühungen waren vergeblich. Statt zur Versöhnung zu neigen, wurde die Stimmung in Rom durch die Niederlage Carl Alberts nur noch erbitterter; aus dem Triumvirate wurden Saliceti und Montecchi durch Mazzini und Aurelio Saffi verdrängt, und Mazzinis Einfluß war fortan der maßgebende.

Mazzinis Herrschaft.

Nur durch Gewalt war also die Rückkehr des Papstes herbeizuführen und da die andern Mächte entschlossen waren, nicht mehr zu zögern, so schien es der französischen Regierung durch die Klugheit geboten, ihnen zuvorzukommen.

Französische Expedition.

Ganz unerwartet ertheilte Napoleon am 16. April dem General Oudinot den Befehl, sich einzuschiffen, und schon am 24. landeten dessen Truppen bei Civita vecchia. Auch jetzt noch hoffte man in Paris, ohne eigentlichen Kampf ans Ziel zu kommen und einen friedlichen Ausgleich zwischen dem Papst und den Römern zu bewirken; die republikanischen Truppen in der Hafenstadt wurden nicht als Feinde, sondern als Bundesgenossen behandelt und in Rom machte Oudinot den Vorschlag, ihn als Freund einrücken zu lassen. Aber ebenso wenig wie der Papst Napoleons Wunsch erfüllte und eine freisinnige und versöhnliche Ansprache erließ, ebenso wenig ließen sich die Römer zur Nachgiebigkeit bereden.

Garibaldi.

Unter ihnen spielte jetzt die erste Rolle neben Mazzini Giuseppe Garibaldi. 1807 in Nizza geboren, hatte er auf den Wogen des Meeres als Capitain einer kleinen Barke allen Gefahren trotzen gelernt, war seit dem Savoyerzuge von 1834 als Flüchtling in Europa und Amerika herumgestreift, hatte in Uruguay sich Erfahrungen im Kleinkrieg gesammelt und glänzende Proben persönlichen Muthes gegeben, und war seit dem August in Italien überall zu finden gewesen, wo man seinen Arm und seine Begeisterung gebrauchen konnte. Uneigennützig und aufopferungsfähig wie kein Zweiter, schwärmerisch hingerissen von dem Gedanken des ewigen Rom und der Erneuerung seiner republikanischen Herrlichkeit, ohne Berechnung und unberechenbar, ohne Falsch und ohne Furcht, erfüllte er Besatzung und Bevölkerung mit einer Widerstandskraft und einem Kampfeseifer, die Mazzini dann vollends mit seiner prophetischen Begeisterung und seinen pomphaften Aufrufen, in denen er Rom bereits als die Fürstin einer neuen Welteinheit feierte, zu dem selbstgefälligen Traume einer eingebildeten

Unbesiegbarkeit steigerte. Und das erste Erscheinen der Franzosen schien den Beiden Recht zu geben. Oudinot wollte am 30. April mit Gewalt in die Stadt eindringen und wurde zurückgeschlagen.

Angriffe auf Rom.

Das erregte ungeheuren Jubel und eine um so größere Zuversicht, als die französische Volksvertretung das feindliche Auftreten gegen Rom durch einen Beschluß vom 7. Mai mißbilligte und Herr von Lesseps abgesandt wurde, um eine Verständigung mit den Triumvirn zu versuchen. Während in Folge der Verhandlungen, die sich daraus ergaben, die Waffen vor den Thoren der Stadt ruhten, drangen von Süden her die Neapolitaner, von Norden die Oestreicher in den Kirchenstaat ein.

Die Neapolitaner.

König Ferdinand fand aber keineswegs jene Mehrung seiner sicilischen Lorbeeren, auf die er gehofft hatte; sein Feldzug begann am 29. April, an welchem Tage General Lanza mit 10,000 Mann die Grenze überschritt, und endete drei Wochen später mit der fluchtartigen Rückkehr auf den heimischen Boden; zwei Treffen, bei Palestrina am 9. und bei Velletri am 19. Mai, brachen den Angriffsmuth der Neapolitaner und erfüllten den gemeinen Mann mit einem unbehaglichen Schauder vor Garibaldi, der durch Satanskunst gegen alle Kugeln gefeit zu sein schien. Den Franzosen war die Niederlage Ferdinands gar nicht unlieb; sie sollen zwar weiterhin Belagerungsgeschütze von ihm angenommen haben, aber die erneute Verwendung seiner Truppen verbaten sie sich ernstlich; auch den Spaniern, die übrigens erst gegen Mitte Juni, etwa 8000 Mann stark, bei Terracina landeten, verweigerten sie die Erlaubniß, gemeinsam mit ihnen in den Kampf einzugreifen.

Landung der Spanier.

Die östreichischen Truppen, die unter Wimpffen in den ersten Tagen des Mai den Vormarsch begonnen hatten, kamen mit der französischen Armee in keine Berührung; nach achttägiger Belagerung und Beschießung nahmen sie am 18. Mai Bologna und rückten dann durch die Romagna in die Marken ein, wo ihnen besonders Ancona zu schaffen machte; erst am 13. Juni übergab die Besatzung diese Stadt, bedang sich aber selbst freien Abzug aus und verstärkte zum großen Theil die Reihen der Verteidiger Roms; den Oestreichern war es ganz recht, wenn so den Franzosen ihre Aufgabe noch ein wenig erschwert wurde.

Die Oestreicher in Bologna und Ancona.

Die gütlichen Verhandlungen, die Lesseps angeknüpft hatte, waren nämlich im letzten Augenblicke gescheitert; der französische Bevollmächtigte war so weit gegangen, in einer Abkunft vom 31. Mai auf die Besetzung der Stadt durch Oudinot zu verzichten und den französischen Truppen nur die freie Bewegung im übrigen Lande auszubedingen. Das galt in Paris wie im Lager vor Rom für unannehmbar, und so begannen am 3. Juni von Neuem die Feindseligkeiten. Der Angriff richtete sich gegen den alten Janiculus und ward mit einem Ueberfall der Villen vor dem Pancratiusthore, besonders der Villa Pamfili, eröffnet. Nachdem sich die Franzosen hier eingenistet hatten, begann ein regelrechter Belagerungskrieg; am 21. Juni überfielen sie gegen Mitternacht die

Die Franzosen vor Rom.

Mannschaft, welche eine der drei gangbaren Breschen verteidigen sollte; fast ohne Kampf gelangten sie in den Besitz des wichtigen Punktes. Aber nun ergab sich, daß hinter der ersten eine zweite Verteidigungslinie, die alte aurelianische Mauer, in Stand gesetzt war; acht Tage hindurch ward ähnlich wie um das erste, so auch um dieses Bollwerk gekämpft, bis in der Frühe des 30. Juni die Franzosen auch hier die erste Bastion erstürmten. Jetzt konnte nur noch von einem Barrikadenkampf die Rede sein und diesen zu verantworten, da die Ehre genugsam gewahrt und Hoffnung auf Erfolg doch nicht vorhanden war, wagte auch Garibaldi nicht. Nachdem Abends eine Waffenruhe mit den Franzosen verabredet war, setzte er am 1. Juli der Constituante die Sachlage auseinander und diese beschloß auf den Antrag Cernuschis sich aufzulösen und dem Stadtrath die Gewalt zu übergeben. Mazzini verkündigte am nächsten Tage vom Capitol aus noch die eben vollendete republikanische Verfassung Roms und verließ dann die Stadt; Garibaldi sammelte seine Getreuen, gegen 5000 Mann, und führte sie in geordnetem Zuge nach Tivoli; ihm nach rückten die Franzosen, vom Süden her bedrängten ihn die Spanier und Neapolitaner, der einzige Ausweg war nach Norden. Aber auch hier kam er bald in das Bereich der Feinde, in Toscana wie in der Romagna standen ja die Oestreicher; immer mehr mußte sich seine Schaar zersplittern und auf Bergwegen den Gegnern auszuweichen suchen. Mit einem kleinen Häuflein erreichte der Führer das Meer bei Cesenatico und schiffte sich auf einigen Barken ein; bald jedoch trieben ihn östreichische Schiffe ans Land zurück und die Irrfahrt begann von Neuem. Seine tapfere Frau, Anita, erlag den Mühsalen, Garibaldi selbst aber entging der Aufmerksamkeit des Feindes und erreichte glücklich über Elba Genua; auch hier war er seiner Freiheit nicht sicher, er flüchtete zuerst nach Marokko und begab sich von dort zum zweiten Male nach Amerika, wo er durch Arbeit in einer Seifenfabrik seinen Unterhalt sich erwarb.

Garibaldis Abzug.

Dem Papste stand die Rückkehr nach Rom jetzt frei, der Oberst Niel überbrachte ihm die Schlüssel der heiligen Stadt. Gleichwohl zog Pius es vor, in Gaeta zu bleiben und einige Wochen später seinen Wohnsitz gar noch weiter südlich, nach Portici, zu verlegen. Die Cardinäle, welche er zur Uebernahme der Regierungsgeschäfte nach Rom schickte, waren zu keiner versöhnlichen Handlung, zu keinen liberalen Versprechungen ermächtigt. Vergebens bemühte sich Napoleon in Gaeta um eine großmüthige Begnadigung, um eine Bürgschaft für die Verfassung von 1848 und für die Verwaltung des Staates durch Laien. Vergebens entsandte er, um den französischen Republikanern zu zeigen, daß es ihm Ernst damit sei, den Obersten Edgar Ney nach Rom und schrieb ihm einen Brief vom 18. August, der in den kräftigsten Ausdrücken das reactionäre Gebahren der Cardinalsregierung brandmarkte und einzelne Maßnahmen desselben geradezu

Hartnäckigkeit des Papstes.

Napoleons Brief an Ney.

für eine Beleidigung seiner Person erklärte. Er erreichte damit Nichts; Alles, was Antonelli zugestand und der Papst in einem Erlaß vom 12. September verhieß, war die Errichtung eines Staatsrathes mit sehr beschränkten Befugnissen, dessen Mitglieder obendrein nicht gewählt, sondern ernannt werden sollten; die Begnadigung, die einige Tage später verkündigt wurde, schloß 283 Personen aus, während doch selbst Ferdinand in Sicilien nur 43 ausgenommen hatte. Der Papst wußte eben recht gut, daß Napoleon ihn in Frankreich nicht entbehren könne und daher zuletzt von seinen Forderungen jedenfalls ablassen müsse; er wußte, daß sein Fernbleiben von Rom, seine Flucht vor dem Schutze der französischen Waffen dem Präsidenten je länger, desto lästiger werden müsse, und so wartete er bis in den April 1850. Dann erst gab er den vermittelnden Vorstellungen der französischen Bischöfe nach und hielt am 12. April, nach einer Abwesenheit von beinahe 17 Monaten, seinen Einzug in die ungetreue Hauptstadt.

Rückkehr des Papstes.

Oestreichs Einfluß in Italien.

Die Reaction der nun folgenden Jahre stützte sich in ganz Italien mittelbar oder unmittelbar auf die Bayonnette der Oestreicher. Mit Parma und Modena wurden die militärischen Verträge von 1847 erneuert; in Toscana blieben die östreichischen Regimenter bis 1855, in der Romagna gar bis zum Kriege von 1859.

Toscana.

Großherzog Leopold bemühte sich eifrig in Wien, volle Verzeihung zu erlangen und stattete im Sommer 1850 seinem kaiserlichen Vetter in diesem Sinne einen Besuch ab; der maßvolle und friedfertige Geist seiner Vorfahren lebte aber auch in ihm und so waren die Zustände in Toscana trotz einzelner Aufsehn erregender Vorfälle immerhin erträglich, insbesondere auch die Verwaltung unter dem aufgeklärten Ministerium Baldasseroni einsichtsvoll und redlich. Die Verfassung freilich wurde zunächst stillschweigend bei Seite geschoben, dann nach einem Gutachten, welches Schwarzenberg von den übrigen italienischen Regierungen einholte, im September 1850 auf unbestimmte Zeit außer Kraft gesetzt und endlich, am 6. Mai 1852, dem Jahrestag des östreichischen Einmarsches, endgültig aufgehoben.

Parma.

Der eifrigste Parteigänger der Reaction war der Herzog Karl III. von Parma, der durch Verzicht seines Vaters vom 14. März 1849 die Herrschaft erhalten hatte und sie im allerpersönlichsten Interesse ausnutzte. Seine Erpressungen und sonstigen Frevelthaten speicherten einen solchen Haß gegen ihn auf, daß er einige Jahre später (am 26. März 1854) vor seinem Schlosse inmitten vi er Zuschauer erdolcht werden konnte, ohne daß man des M rders habhaft geworden wäre; allzueifrigen Nachspürern diente di Ermordung des Untersuchungsrichters, die ein paar Tage sp ter statt fand, als Warnung.

Modena.

Einsichtsvoller und berechnender w r Herzog Franz von Modena, der das Bündniß der reactionn en Staaten mit Behagen förderte und es gern in eine dauernde F m gebracht hätte; wirthschaftlich vereinigte er sein Land 1851

durch einen Zollvertrag, dem auch Parma beitrat, ebenso eng mit Oestreich, wie das politisch und militärisch schon durch den Vertrag von 1847 geschehen war. Kinderlos wie er war, arbeitete er so dem Heimfall seines Landes an Oestreich, der vertragsmäßig feststand, allmälig vor. Eine verbreitete Meinung ging dahin, daß auch Parma und die Romagna gegebenen Falls bestimmt seien, mit Lombardo-Venetien vereinigt zu werden, und gerade aus Rücksicht auf diese Besorgniß war dem römischen Stuhle die Fortdauer der französischen Besatzung keineswegs unangenehm. Seine politische Stütze suchte er aber trotzdem nicht in Paris, sondern in Wien, während er von den italienischen Fürsten dem König von Neapel fortwährend am nächsten stand. Dieser betrat die Bahn der Reaction mit dem größten Wohlgefallen; die Verfassung förmlich aufzuheben, schien durchaus nicht erforderlich zu sein; sie trat von selbst außer Kraft, seit die Kammern am 23. März 1849 nach Hause geschickt waren. Um sich der verhaßten Liberalen zu entledigen, wurden ein paar gewaltige Processe angestrengt, bei denen die Regierung sich nicht scheute, sich falsche Zeugen zu erkaufen. Der eine richtete sich gegen die „Anstifter" des 15. Mai 1848, der andre gegen den italienischen Einheitsbund; beide endeten mit massenhaften Verurtheilungen. Im September 1851 waren über 3000 Personen bestraft, 800 davon lagen in Ketten, mehr als 42,000 Anklagen waren bis zu demselben Zeitpunkte wegen Störung der öffentlichen Ordnung erhoben worden. Die niederträchtige Führung der Untersuchungen und die gemeine Behandlung der Verurtheilten zog ein unverdächtiger Zeuge ans Licht, William Gladstone, der Freund und College Peels, ein Mann, dem Niemand ein Haschen nach Uebertreibung oder Mangel an Gewissenhaftigkeit zum Vorwurf machen konnte. Zwei Briefe, die er 1851 an den englischen Ministerpräsidenten Lord Aberdeen richtete, enthüllten vor den Augen Europas eine Reihe von Niederträchtigkeiten und Gewaltthaten, die jeden billig Denkenden mit Entrüstung erfüllen mußte, und bereiteten den Bruch zwischen England und dem Könige von Neapel vor, der für dessen Dynastie verhängnißvoll werden sollte. Auch mit Frankreich überwarf sich Ferdinand späterhin, obgleich er den Staatsstreich Napoleons mit Freuden begrüßt und als erster der europäischen Fürsten anerkannt hatte. Dagegen schloß er sich eng an Rußland und Oestreich an und des letzteren Staates Einfluß war somit vom Sommer 1849 an, mit alleiniger Ausnahme von Sardinien, für alle Staaten der Halbinsel wieder eben so maßgebend wie nur je in den besten Tagen Metternichs.

Der Kirchenstaat.

Neapel.

Das Ende des deutschen Parlamentes.

Diese Erstarkung Oestreichs mußte auf seine Stellung in Deutschland von großem Einflusse sein, wenn sie auch den Sieg

noch nicht ohne Weiteres herbeiführte. Jeder der beiden Gegner, die es hier zu überwinden galt, das deutsche Volk wie der preußische Staat, würde bei vollem Aufgebot seiner Kräfte erfolgreichen Widerstand haben leisten können; vereint wären sie unüberwindlich gewesen. Aber statt dessen war durch die Ablehnung der Kaiserkrone der Bruch zwischen beiden vollzogen worden, und alle hoffnungsseligen Zweifel, die nach der Rückkehr der Kaiserboten aus Berlin noch etwa über die Nachgiebigkeit Preußens auftauchten, waren in kürzester Frist geschwunden. An Bemühungen, den Entschluß des Königs zum Besseren zu lenken, hatte es nicht gefehlt. Der preußische Landtag, der seit dem 26. Februar wieder beisammen war, bestürmte den Monarchen förmlich mit Adressen und Beschlüssen, die ihn zur Annahme der Krone bestimmen sollten. Schon am 28. März war eine erste Adresse, von Vincke vorgeschlagen, angenommen worden, am 1. April folgte eine zweite, am 5. eine dritte. Keine derselben hatte Erfolg und eben so wirkungslos war es, daß ein Beschluß vom 21. April, auf den Antrag des früheren Ministers Rodbertus die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung mit 175 gegen 159 Stimmen anerkannte. Graf Brandenburg erklärte den Rednern, die Preußen auf die Macht der öffentlichen Meinung als seine stärkste Stütze hinwiesen, diese öffentliche Meinung sei gleich dem Sturm und Wind, den man wohl beachten möge, dem man aber niemals, niemals, niemals! das Staatsschiff anvertrauen dürfe, wenn es den rettenden Port erreichen solle. Die Spannung zwischen Regierung und Volksvertretung hatte damit wieder eine solche Höhe erreicht, daß beide nicht mehr neben einander wirken konnten. Der unvermeidliche Bruch vollzog sich fünf Tage später durch die Annahme eines Antrages von Waldeck, der die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin forderte. Vergebens suchte Manteuffel die Nothwendigkeit, denselben aufrecht zu erhalten, durch ein kunstvolles Gewebe von polizeilichen Verdächtigungen gegen Waldeck und Genossen zu verteidigen; es wurde ihm erwidert, für dieses Ministerium möge der Belagerungszustand unentbehrlich sein, aber dieses Ministerium selbst sei sehr wohl zu entbehren. Die Antwort darauf war am nächsten Tage, am 27. April, die Auflösung der zweiten Kammer. Der König und die Minister wußten, daß sie diesen Schritt unter dem Schutze ihrer Bayonette ungestraft wagen durften; für den schweren Schaden, den sie dem Staate dadurch zufügten, hatten sie kein Verständniß. Einige lärmende Zusammenrottungen des Volkes wurden mit Waffengewalt auseinander geworfen; der Sieg schien vollkommen und die Reaction begann, stolz auf ihre Soldaten, die so trefflich gegen die Demokraten geholfen, freier und unverhüllter ihr Spiel zu treiben.

Der preußische Landtag.

Auflösung der zweiten Kammer.

Nicht denselben Muth bewies der König gegen Oestreich und gegen seine fürstlichen Collegen. Noch einmal wurde ihm die Gelegenheit geboten, die Früchte des frankfurter Parlamentes

Die Kleinstaaten.

in einer Weise zu pflücken, die seinen ängstlichsten Gewissensscrupeln und Vorurtheilen Rechnung trug. Durch Gagerns Bemühungen waren 28 Regierungen vermocht worden, am 14. April die Verfassung und die Kaiserwahl anzuerkennen; die Zusagen angesehener Parteiführer und ganz besonders auch das Ausscheiden so vieler Oestreicher aus der Versammlung setzten das Reichsministerium in den Stand, dem Könige die feste Zusicherung zu geben, daß bei einer erneuten Durchsicht der Verfassung die anstößigsten Bestimmungen derselben fallen würden. Beckerath ging nach Berlin mit dem Vorschlage, die Abgeordneten jener 28 Staaten und Preußens etwa nach Erfurt zu berufen und dort die Verhandlungen vorzunehmen; fehlten dann auch die widerstrebenden Königreiche, so war doch das übrige Deutschland geeinigt und der Keim für Größeres gerettet. Aber Friedrich Wilhelm scheute vor der Gefahr zurück. Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre Ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent — mit diesen Worten entließ er den frankfurter Minister. Unmittelbar darauf verfügte er die Auflösung des Landtags.

Beckeraths Sendung nach Berlin.

So waren die Hoffnungen auf eine friedliche Durchführung der Reichsverfassung Ende des Monats vollständig vernichtet. Die amtliche Erklärung Preußens, sein letztes Wort, erging am 28. April: Von dem Werke der Einigung, so hieß es darin, wolle sich Preußen auch jetzt noch nicht zurückziehn; aber es suche diese nicht auf dem Wege der Reichsverfassung, die nur durch Krieg oder Revolution ins Leben zu führen sei. Wenn man diese Behauptung vielleicht bezweifeln konnte für den Fall, daß Preußen für diese Reichsverfassung eintrat, so konnte doch nach Friedrich Wilhelms Weigerung ihre Richtigkeit nicht mehr bestritten werden, und den maßgebenden Parteien fiel jetzt also die verantwortungsvolle Entscheidung der Frage zu, ob es gestattet und rathsam sei, den Weg der Gewalt einzuschlagen. Seltsam genug, und doch vollkommen naturgemäß, verschoben sich darüber die Stellungen der Parteien. Die Männer, welche mit dem äußersten Aufgebot ihrer Kräfte die Reichsverfassung durchgefochten hatten, die Freunde Preußens, die Weidenbuschpartei, verzichteten zum größten Theil auf die Durchführung ihres Werkes, die ohne Blut und Bürgerkrieg unmöglich geworden war. Der Linken dagegen, die so oft diese Verfassung als freiheitsfeindlich und unannehmbar gebrandmarkt hatte, gegen deren leidenschaftlichen Widerspruch die endliche Annahme erfolgt war, der Linken galt diese selbe Urkunde jetzt als das Banner, darum sie sich schaarte, an das allein sie ferner ihre Hoffnungen knüpfen konnte. Dieser Wechsel in der Stellung der Parteien vollzog sich nicht an einem Tage und nicht ohne die Absprengung einzelner Mitglieder, die sich von der Mehrheit ihrer Freunde trennten; er begann in der Paulskirche in der Sitzung vom 4. Mai, als mit zwei Stimmen Mehrheit, 190 gegen 188, der Antrag des weimar'schen Ministers von Wyden-

Erneute Ablehnung der Verfassung durch Preußen.

Der Wydenbrugk'sche Antrag.

brugk angenommen wurde, der das ganze deutsche Volk aufforderte, die Verfassung zur Geltung zu bringen, die Wahlen für den ersten ordentlichen Reichstag vom 15. Juli vorzunehmen, und so lange Preußen bei seinem Widerstande beharre, dem größten unter den willfährigen Staaten die Reichsstatthalterschaft zu übertragen. Noch zweifelten manche von der preußischen Partei, ob sie nicht auch noch diesen Weg versuchen sollten; selbst das Ministerium billigte den Beschluß; nur eines seiner Mitglieder verwarf ihn entschieden, das war Beckerath, der deshalb sein Amt und seinen Sitz im Parlamente aufgab. Das Beispiel eines solchen Mannes konnte nicht wirkungslos bleiben, schon in den nächsten Tagen folgten ihm verschiedene Gesinnungsgenossen, und bald war die revolutionsfreundliche Partei in unantastbarer Mehrheit. In den verschiedensten Gegenden Deutschlands war es unterdessen auch schon zu gewaltthätigen und blutigen Erhebungen gekommen, zum Theil freilich gerade da, wo sie vollständig überflüssig waren. Des stärksten Druckes hätte es in den Königreichen bedurft. Aber in Preußen gab es nur Aufläufe und Widersetzlichkeiten am Rhein und in einigen größeren Städten der östlichen Provinzen, wie in Breslau oder Königsberg; die Straßenkämpfe in Elberfeld und Düsseldorf am 8. und 9. Mai waren bald niedergeschlagen, die Erklärungen der Landwehrpflichtigen in Crefeld, Cöln, Iserlohn und anderwärts, welche dem Ministerium Brandenburg bei einer etwaigen Einberufung zu gehorchen sich weigerten, waren ohne augenblickliche Bedeutung. In Hannover beschränkten sich die Kundgebungen vollends fast ganz auf Adressen der Gemeinden und der Ständeversammlung und die letztere ließ sich dann ohne Widerstand erst vertagen und am 26. April auflösen. Erfolgreicher war die friedliche, aber drohende Bewegung in Würtemberg. Mit 70 gegen 7 Stimmen forderten die Stände vom Könige, daß er die Reichsverfassung annehme. Dieser antwortete, daß er dazu wohl durch Aufruhr gezwungen werden könne, daß er sich aber freiwillig dem Hause Hohenzollern nie unterwerfen werde, und floh in der Nacht zum 23. April von Stuttgart nach Ludwigsburg. Als die Erregung dadurch aber ins Wachsen gerieth und bereits von der Einsetzung einer vorläufigen Regierung die Rede war, gab er am 24. plötzlich nach und erkannte die Kaiserwahl an. In Baiern standen die Kammern und der größte Theil der Bevölkerung auf Seiten des Königs, der die Reichsverfassung verwarf; nur in der Rheinpfalz herrschte die entgegengesetzte Strömung und führte in Kaiserslautern am 2. Mai zur Bildung eines Landesausschusses, der die allgemeine Volksbewaffnung anordnete und die Losreißung von Baiern betrieb. Nicht minder heftig war der Ausbruch im Königreich Sachsen. Die reactionären Mitglieder des Ministeriums, Beust und Rabenhorst, verdrängten ihre liberalen Collegen, welche für die Annahme der Reichsverfassung waren, und löften die Stände, die einen gleichen Beschluß gefaßt, am 30. April auf.

Revolutionäre Bewegungen.

in Preußen.

in Hannover.

in Würtemberg.

in Baiern.

Der Dresdener Mai-Aufstand.

Sofort begannen in Dresden Unruhen, die am 3. Mai bis zum Barrikadenbau fortschritten und von den Truppen nicht gedämpft werden konnten. Der König floh in der Nacht mit seinen Ministern auf den Königstein und erbat von dort preußische Hülfe. Bis diese anlangte, waren die Aufständischen Herren der Lage. Eine vorläufige Regierung, Tzschirner, Heubner und Todt, ward eingesetzt, der Russe Bakunin erhielt den Oberbefehl über die Vertheidiger. Es konnten die preußischen Garden, als sie am 7. Mai ankamen, erst durch zweitägigen Kampf die Stadt erobern und über 200 Leichen, fast alle aus den Reihen des Volkes, lagen auf den Barrikaden. König und Ministerium kehrten zurück, über die Gefangenen wurde strenges Gericht gehalten, und wenn auch keines der gefällten Todesurtheile vollstreckt wurde, so war dafür die Behandlung in den Zuchthäusern um so unmenschlicher. Das übrige Land hatte an der Erhebung Dresdens nur wenig selbstthätigen Antheil genommen, und so kehrte mit der Einnahme der Hauptstadt überall wieder die tiefste Ruhe ein.

Der badische Aufstand.

Dafür ging es aber im Südwesten, besonders in Baden um so heftiger los. Die Reichsverfassung war hier nur das heuchlerische Aushängeschild, denn der Großherzog hatte sie ja längst anerkannt; was die Führer wollten, war ebenso wie im September 1848 die Republik. Das Beispiel der benachbarten Pfalz weckte schnell Nacheiferung; als Träger der Bewegung waren längst die Volksvereine geschaffen, die ihren Mittelpunkt in Mannheim und den Advocaten Brentano zum Leiter hatten. Das badische Militär war gründlich durchwühlt und mit Sicherheit konnte auf die Untreue zahlreicher Truppentheile gerechnet werden. Sorgsam vorbereitet, brachen seit dem 9. Mai, besonders in der Festung Rastatt, Meutereien aus; alle Bemühungen, die Verleiteten zum Gehorsam zurückzuführen, waren vergeblich; am 11. mußten der Kriegsminister Hofmann, der selbst an Ort und Stelle geeilt war, mit den meisten Offizieren flüchten. Solch ein Triumph steigerte die Hoffnungen der Republikaner ins Maßlose. Zum 13. hatten die Volksvereine nach Offenburg eine große Volksversammlung berufen. Hier wurde die Einsetzung eines Landesausschusses, die Berufung einer badischen Constituante, ein Bündniß mit der Rheinpfalz, die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr und eine große Reihe ähnlicher radicaler Forderungen beschlossen; kaum daß man sich enthielt, den Großherzog abzusetzen und die Republik sofort auszurufen. An demselben Abend begannen einige Compagnien in Karlsruhe zu meutern; es kam zum Kampfe, der Großherzog floh in der Nacht über den Rhein nach Lauterburg im Elsaß und das Ministerium folgte ihm am nächsten Tage. Alsbald siedelte der Landesausschuß, zu dessen Mitgliedern außer Brentano auch Fickler und Struve gehörten, von Rastatt nach Karlsruhe über und beherrschte nun thatsächlich das ganze Land.

Flucht des Großherzogs.

Ohne Hülfe von außen konnte der Großherzog die Wieder-

herstellung seiner Macht nicht erhoffen. Das Nächste war, daß er sich an die Reichsregierung in Frankfurt wandte; er begab sich deshalb persönlich zum Erzherzog Johann. Aber dieser war völlig außer Stande ihm zu helfen; an Machtmitteln war er eben so arm wie der flüchtige Großherzog. Das Ministerium Gagern und die Reste der Kaiserpartei gingen in den Widersprüchen der Lage zu Grunde. Den Erhebungen in der Pfalz und Sachsen feindlich entgegenzutreten vermochten sie nicht, da deren Ziel ja die Durchführung der Reichsverfassung war; ihre Mahnungen, Maß zu halten, fanden taube Ohren und Eisenstuck, der als Bevollmächtigter in die Pfalz geschickt war, förderte geradezu die republikanische Bewegung, während Raveaux in Baden doch wenigstens den gemäßigteren Theil der Aufständischen gegenüber dem radicaleren stützte. Das Einschreiten Preußens in Dresden mißfiel auch dem Ministerium und seiner Partei, aber der Reichsverweser billigte den „schweren Bruch des Reichsfriedens", wie die Linke des Parlamentes, die jetzige Mehrheit, die preußische Hülfe nannte. Auf Antrag des Freiherrn von Reden wurde das Ministerium am 10. Mai aufgefordert, Preußen mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote ständen, entgegen zu treten. Unter diesen Umständen hielt sich Gagern nicht mehr zu längerem Ausharren verpflichtet, sondern nahm mit allen Amtsgenossen seine Entlassung. Der Reichsverweser aber bildete sich ein überconservatives Ministerium, dessen Vorsitz der preußische Justizrath Grävell erhielt, während Detmold, Jochmus, Merck und Wittgenstein, sämmtlich Mitglieder der äußersten Rechten, die Justiz, das Auswärtige, die Finanzen und den Krieg übernahmen. Als diese Männer sich am 16. dem Parlamente vorstellten, begrüßte sie höhnisches Gelächter und die Erklärung, ihre Ernennung sei eine Beleidigung der Volksvertretung. Gagern und seine Freunde schieden nun auch aus dem Parlamente; am 21. erklärten 65 Abgeordnete, unter ihnen Dahlmann, Arndt, Beseler, Simson, Droysen, Duncker, Mathy, daß sie der Gefahr des Bürgerkrieges gegenüber ihre frankfurter Thätigkeit einstellen müßten; am 23. folgte Raumer mit 40 Genossen, am 26. Welcker mit seinen Freunden diesem Beispiele. Nicht die Befehle der Regierungen, der preußischen am 14. Mai und bald darauf der sächsischen und hannoverschen, sondern die offenbare Unmöglichkeit, noch etwas Segenbringendes zu schaffen, trieb sie zu diesem letzten Schritte. Auch von dem Reichsverweser hätte man erwarten sollen, daß er jetzt seine Würde niederlege; aber er blieb; die Weisungen aus Wien hatten bei ihm größeres Gewicht als die wiederholten Aufforderungen aus Berlin. Mit dem Parlamente hatte er jede Fühlung verloren. Die Republikaner, die jetzt fast allein noch ihre Sitze behaupteten, kümmerten sich um ihn und seine Minister nicht mehr, sondern stellten alle ihre Hoffnungen auf die Parteigenossen im Süden. Es war natürlich, daß sie wünschten, den Schauplatz ihrer Thätigkeit in deren Mitte zu verlegen. Eine Zeit lang hofften sie wohl, die

Reichsverweser und Parlament.

Gagerns Rücktritt.

Ministerium Grävell.

Austritt der Kaiserpartei.

Abberufung durch die Regierungen.

Das Rumpfparlament nach Stuttgart.

Sofort begannen in Dresden Unruhen, die am 3. Mai bis zum Barrikadenbau fortschritten und von den Truppen nicht gedämpft werden konnten. Der König floh in der Nacht mit seinen Ministern auf den Königstein und erbat von dort preußische Hülfe. Bis diese anlangte, waren die Aufständischen Herren der Lage. Eine vorläufige Regierung, Tzschirner, Heubner und Todt, ward eingesetzt, der Russe Bakunin erhielt den Oberbefehl über die Vertheidiger. So konnten die preußischen Garden, als sie am 7. Mai ankamen, erst durch zweitägigen Kampf die Stadt erobern und über 200 Leichen, fast alle aus den Reihen des Volkes, lagen auf den Barrikaden. König und Ministerium kehrten zurück, über die Gefangenen wurde strenges Gericht gehalten, und wenn auch keines der gefällten Todesurtheile vollstreckt wurde, so war dafür die Behandlung in den Zuchthäusern um so unmenschlicher. Das übrige Land hatte an der Erhebung Dresdens nur wenig selbstthätigen Antheil genommen, und so kehrte mit der Einnahme der Hauptstadt überall wieder die tiefste Ruhe ein.

Der badische Aufstand.

Dafür ging es aber im Südwesten, besonders in Baden um so heftiger los. Die Reichsverfassung war hier nur das heuchlerische Aushängeschild, denn der Großherzog hatte sie ja längst anerkannt, was die Führer wollten, war ebenso wie im September 1848 die Republik. Das Beispiel der benachbarten Pfalz weckte schnell Nacheiferung; als Träger der Bewegung waren längst die Volksvereine geschaffen, die ihren Mittelpunkt in Mannheim und den Advocaten Brentano zum Leiter hatten. Das badische Militär war gründlich durchwühlt und mit Sicherheit konnte auf die Untreue zahlreicher Truppentheile gerechnet werden. Sorgsam vorbereitet, brachen seit dem 9. Mai besonders in der Festung Rastatt, Meutereien aus; alle Bemühungen, die Verleiteten zum Gehorsam zurückzuführen, waren vergeblich; am 11. mußten der Kriegsminister Hofmann, der selbst an Ort und Stelle geeilt war, mit den meisten Offizieren flüchten. Solch ein Triumph steigerte die Hoffnungen der Republikaner ins Maßlose. Zum 13. hatten die Volksvereine nach Offenburg eine große Volksversammlung berufen. Hier wurde die Einsetzung eines Landesausschusses, die Berufung einer badischen Constituante, ein Bündniß mit der Rheinpfalz, die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr und eine große Reihe ähnlicher radicaler Forderungen beschlossen; kaum daß man sich enthielt, den Großherzog abzusetzen und die Republik sofort auszurufen. Am demselben Abend begannen einige Compagnien in Karlsruhe zu meutern; es kam zum Kampfe, der Großherzog floh in der Nacht über den Rhein nach Lauterburg im Elsaß und das Ministerium folgte ihm am nächsten Tage. Alsbald siedelte der Landesausschuß, zu dessen Mitgliedern außer Brentano auch Fickler und Struve gehörten, von Rastatt nach Karlsruhe über und beherrschte nun thatsächlich das ganze Land.

Flucht des Großherzogs.

Ohne Hülfe von außen konnte der Großherzog die Wieder-

herstellung seiner Macht nicht erhoffen. Das Nächste war, daß er sich an die Reichsregierung in Frankfurt wandte; er begab sich deshalb persönlich zum Erzherzog Johann. Aber dieser war völlig außer Stande ihm zu helfen; an Machtmitteln war er eben so arm wie der flüchtige Großherzog. Das Ministerium Gagern und die Reste der Kaiserpartei gingen in den Widersprüchen der Lage zu Grunde. Den Erhebungen in der Pfalz und Sachsen feindlich entgegenzutreten vermochten sie nicht, da deren Ziel ja die Durchführung der Reichsverfassung war; ihre Mahnungen, Maß zu halten, fanden taube Ohren und Eisenstuck, der als Bevollmächtigter in die Pfalz geschickt war, förderte geradezu die republikanische Bewegung, während Raveaux in Baden doch wenigstens den gemäßigteren Theil der Aufständischen gegenüber dem radicaleren stützte. Das Einschreiten Preußens in Dresden mißfiel auch dem Ministerium und seiner Partei, aber der Reichsverweser billigte den „schweren Bruch des Reichsfriedens“, wie die Linke des Parlamentes, die jetzige Mehrheit, die preußische Hülfe nannte. Auf Antrag des Freiherrn von Reden wurde das Ministerium am 10. Mai aufgefordert, Preußen mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote ständen, entgegen zu treten. Unter diesen Umständen hielt sich Gagern nicht mehr zu längerem Ausharren verpflichtet, sondern nahm mit allen Amtsgenossen seine Entlassung. Der Reichsverweser aber bildete sich ein überconservatives Ministerium, dessen Vorsitz der preußische Justizrath Grävell erhielt, während Detmold, Jochmus, Merck und Wittgenstein, sämmtlich Mitglieder der äußersten Rechten, die Justiz, das Auswärtige, die Finanzen und den Krieg übernahmen. Als diese Männer sich am 16. dem Parlamente vorstellten, begrüßte sie höhnisches Gelächter und die Erklärung, ihre Ernennung sei eine Beleidigung der Volksvertretung. Gagern und seine Freunde schieden nun auch aus dem Parlamente; am 21. erklärten 65 Abgeordnete, unter ihnen Dahlmann, Arndt, Beseler, Simson, Droysen, Duncker, Mathy, daß sie der Gefahr des Bürgerkrieges gegenüber ihre frankfurter Thätigkeit einstellen müßten; am 23. folgte Raumer mit 40 Genossen, am 26. Welcker mit seinen Freunden diesem Beispiele. Nicht die Befehle der Regierungen, der preußischen am 14. Mai und bald darauf der sächsischen und hannoverschen, sondern die offenbare Unmöglichkeit, noch etwas Segenbringendes zu schaffen, trieb sie zu diesem letzten Schritte. Auch von dem Reichsverweser hätte man erwarten sollen, daß er jetzt seine Würde niederlege; aber er blieb; die Weisungen aus Wien hatten bei ihm größeres Gewicht als die wiederholten Aufforderungen aus Berlin. Mit dem Parlamente hatte er jede Fühlung verloren. Die Republikaner, die jetzt fast allein noch ihre Sitze behaupteten, kümmerten sich um ihn und seine Minister nicht mehr, sondern stellten alle ihre Hoffnungen auf die Parteigenossen im Süden. Es war natürlich, daß sie wünschten, den Schauplatz ihrer Thätigkeit in deren Mitte zu verlegen. Eine Zeit lang hofften sie wohl, die

Reichsverweser und Parlament.

Gagerns Rücktritt.

Ministerium Grävell.

Austritt der Kaiserpartei.

Abberufung durch die Regierungen.

Das Rumpfparlament nach Stuttgart.

badisch-pfälzische Bewegung werde sich auch Darmstadts und Nassaus bemächtigen; allein die hessischen Truppen deckten die Südgrenze des Großherzogthums und wiesen die Angriffe der badischen Freischaaren, die am 30. Mai bei Heppenheim unter Sigels Führung die Grenze überschritten, blutig zurück. Auch in Würtemberg hatten die Republikaner noch keine Erfolge zu verzeichnen; aber wenn das Parlament nach Stuttgart wanderte, mußten ihre Aussichten sehr wachsen. Abgesandte der Linken begaben sich daher in die würtembergische Hauptstadt und beredeten mit dem Präsidenten der Ständeversammlung, Becher, die Uebersiedelung, die sodann am 30. Mai auf den Antrag Carl Vogts, trotz der Warnung Uhlands und anderer Würtemberger mit 71 gegen 64 Stimmen beschlossen wurde. Um den Boden zu bereiten, fand am 27. Mai eine große Versammlung von angeblich 20,000 Menschen in Reutlingen statt und forderte ein Bündniß mit Baden und der Pfalz; aber das Land im Ganzen und besonders die Hauptstadt blieben doch sehr kühl, Ministerium und Kammer sogar entschieden feindlich, wenn die letztere auch die Benutzung ihres Saales den Ankömmlingen für einzelne Sitzungen gestattete. Nur 105 Abgeordnete fanden sich am 6. Juni in Stuttgart ein und begannen unter dem Vorsitze des Abgeordneten Löwe von Calbe a. d. Saale ihre Thätigkeit als Rumpfparlament.

Die Reichsregentschaft.

Die Hoffnung, den König von Würtemberg zum Reichsstatthalter ernennen zu können, erwies sich als eitel; man mußte zu einem andern Auskunftsmittel greifen und erwählte am 6. Juni fünf Männer zu Reichsregenten: es waren Vogt, Raveaux, Heinrich Simon, Schüler von Zweibrücken und Becher; nur 10 Abgeordnete, unter ihnen der Minister Römer, Uhland, Schott, Giskra, stimmten dagegen. Sofort begann jetzt der Kampf mit der würtembergischen Regierung. Römer bekämpfte einen Aufruf zur bewaffneten Durchführung der Reichsverfassung durch eine Gegenerklärung; die würtembergische Kammer, die städtischen Behörden und die meisten Offiziere der Bürgerwehr stellten sich auf seine Seite; die Regentschaft verlangte 5000 Würtemberger als Besatzung für Rastatt und Landau, Römer verweigerte sie; wo sich im Lande republikanische Bewegungen zeigten, wie in Heilbronn, wurde der Belagerungszustand verhängt; Fickler, der aus Baden herübergekommen war um zu wühlen, saß schon seit dem 3. Juni auf dem Asperg; nach Stuttgart selbst wurden zuverlässige Truppen gezogen und in ihrer Mitte erschien der König.

Vertreibung des Rumpfparlamentes.

Als so Alles vorbereitet war, stellte Römer nach Beschluß des Ministerrathes am 17. die schriftliche Forderung an Löwe, das Parlament solle Würtemberg verlassen. Trotzdem wurde für den 18. eine Sitzung in dem Fritzschen Reithause anberaumt, denn der Ständesaal war dem Parlamente schon nach den ersten Sitzungen entzogen. Die Abgeordneten begaben sich gemeinsam dorthin, an ihrer Spitze Löwe, Uhland und Römers Schwiegervater Schott; sie fanden die Zugänge militärisch besetzt und erhielten

trotz aller Berufungen auf das Recht der deutschen Nation keinen Einlaß; da sie gleichwohl nicht von der Stelle wichen, rückten die Truppen vor und räumten, übrigens in schonender Weise, den Platz. Alles, was die Vertriebenen noch thun konnten, war, im Hotel Marquardt feierliche Verwahrung gegen den Gewaltact einzulegen; das war die letzte Handlung des deutschen Parlamentes; dann mußten die Nicht-Würtemberger eilen, das Land zu verlassen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes sah zwar nicht ohne Schmerz das klägliche Ende der einst so hoch gefeierten Versammlung; aber mit den Männern, aus denen sie zuletzt bestanden, konnten vom politischen Standpunkt doch nur die Republikaner sympathisiren; nur sie konnten die Erfüllung einer schweren Pflicht — denn das war die Auflösung für Römer, den Veranstalter der Heidelberger Vorversammlung vom 5. März 1848, gewesen — als eine empörende Gewaltthat brandmarken; dem klarer und ruhig Ueberlegenden erschien die Beseitigung des Rumpfparlamentes schon damals nicht blos im Lichte einer traurigen Nothwendigkeit, sondern auch in dem einer rettenden That.

Der preußische Feldzug in der Pfalz und Baden.

Wohl berief der Präsident Löwe die Zersprengten zu einer Sitzung auf den 25. Juni nach Karlsruhe; aber sie kam nicht zu Stande: an eben diesem Tage rückten preußische Truppen in die badische Hauptstadt ein. Der Großherzog hatte sich nämlich nach Berlin mit der Bitte um Hülfe gewandt, und da der bairische Minister von der Pfordten für die Pfalz ein gleiches Verlangen stellte, so waren preußische Truppen, deren Führung am 8. Juni dem Prinzen von Preußen übertragen wurde, aus der Rheinprovinz vorgerückt. Ein Reichsheer, aus Hessen, Mecklenburgern, Nassauern und Würtembergern bestehend und von Peucker geführt, wirkte in Uebereinstimmung mit ihnen und drang in der Bergstraße vor; eine preußische Abtheilung unter von der Gröben war auch ihm beigegeben.

Unterwerfung der Pfalz.

Die Feindseligkeiten begannen in der Pfalz. Die republikanischen Truppen befehligte ein Pole, der General Sznayde; unter den einheimischen Offizieren war Blencker der befähigteste. Aber die ungeordneten und zügellosen Haufen waren für die preußischen Truppen keine ebenbürtigen Gegner; in mehreren Gefechten, besonders bei Kirchheim-Bolanden am 14. Juni, zurückgedrängt, wichen sie über den Rhein zurück; schon am 18. war die Festung Landau entsetzt, am 20. überschritt der Prinz bei Germersheim den Fluß.

Kämpfe am Neckar.

Mittlerweile war Peucker an die Neckarlinie vorgerückt. Die badischen Truppen befehligte Mieroslawski, der kaum von seiner sicilischen Wunde genesen war. Mit Erfolg verhinderte er am 15. und 16. die Versuche der Reichstruppen, zwischen Mannheim und Heidelberg den Neckar zu überschreiten und warf sie sogar gegen Weinheim zurück. Da aber der größte Theil derselben weiter ostwärts durch den Odenwald marschirt war und einige Meilen oberhalb Heidelbergs den Uebergang zu erzwingen suchte, und da die Stellung bei Mann-

heim oberdrein durch den Anmarsch des Prinzen von Preußen, der jeden Tag südlich der Neckarmündung über den Rhein und Mieroslawski in den Rücken kommen konnte, ernstlich gefährdet war, so zog der polnische General seine Hauptmacht auf der Eisenbahn bis gegen Bruchsal zurück und machte Front gegen die Preußen, die von Germersheim und Philippsburg heranrückten. Er griff sie am 21. Juni bei Waghäusel an, an demselben Tage, an welchem die Schaaren, denen er die Neckarübergänge oberhalb Heidelbergs (bei Eberbach und Hirschhorn) anvertraut hatte, vergebens sich gegen die Reichstruppen zur Wehr setzten. Mieroslawski war Anfangs glücklicher; er drängte die Preußen von Waghäusel gegen Philippsburg zurück, wurde aber, sobald jene Verstärkungen erhalten hatten, seinerseits wieder auf die Heidelberg-Karlsruher Bahnlinie zurückgeworfen. Auch jetzt wollte er die Hauptstadt nicht ohne Kampf fahren lassen; allein die Gefechte der nächsten Tage waren alle unglücklich und am 25. zogen die Preußen in Karlsruhe ein. Während die republikanische Regierung ihren Sitz nach Offenburg und bald nach Freiburg verlegte, suchte Mieroslawski, auf Rastatt gestützt, sich im Murg-Thale zu behaupten; aber die Kämpfe bei Bischweiler und Kuppenheim (beim Eintritt der Murg in die Ebene) zersprengten seine Schaaren am 29. und 30. völlig; die ohnmächtigen Trümmer eilten, sich durch die Thäler des Schwarzwaldes in die Schweiz zu flüchten. Auch der badischen Constituante und der Regierung blieb Nichts anderes übrig, da die preußische Vorhut schon am 7. Juli in Freiburg einrückte; sie hatten die letzten Tage ihres Daseins noch zu den kläglichsten Zänkereien unter einander verwendet; Struve, der Anfang Juni in Karlsruhe mit seinen radicalen Ansichten gegen Brentano den Kürzeren gezogen hatte und gezwungen worden war, die Stadt zu verlassen, rächte sich dafür in Freiburg, wo er die Mehrheit auf seiner Seite hatte, und zwang den „Verräther" Brentano zur schleunigen Entfernung. Hecker, der vielleicht Ansehen genug besessen hätte, um dergleichen Zänkereien zu ersticken, erschien erst Mitte Juli wieder in Europa und überzeugte sich von Straßburg aus schnell, daß Nichts mehr zu machen sei. Das aufständische Rastatt, das seit dem 1. Juli von v. d. Gröben umschlossen wurde, hielt sich noch bis zum 23. Juli und ergab sich dann auf Gnade und Ungnade; am nächsten Tage konnte der Oberbefehlshaber die gestellte Aufgabe als vollständig gelöst bezeichnen. Die Hülfe östreichischer Truppen, denen man in Wien und Frankfurt gern die Besetzung von Südbaden zugewandt hätte, wies der Prinz natürlich sehr entschieden ab, und die preußischen Farben flatterten vom Neckar bis zum Bodensee. Unter ihrem Schutze ward jetzt die Bestrafung der Schuldigen, soweit man ihrer habhaft geworden war, vollzogen; Mieroslawski, Struve, Brentano, Sigel u. A. waren glücklich entkommen; aber mancher der schwer Betheiligten war doch gefangen und erlitt den Tod durch Pulver und Blei. So erfuhr insbesondere Trützschler,

Gefecht bei Waghäusel.

Kämpfe an der Murg.

Zwietracht der Republikaner.

Fall von Rastatt.

Kriegsgerichte.

Robert Blums Freund und Parteigenosse, jetzt dasselbe Schicksal, das jenen in der Brigittenau ereilt hatte; Gottfried Kinkel, der Dichter, kam mit lebenslänglichem Gefängniß davon und ward auch dieser Strafe durch die Flucht, die seine Gemahlin und der Student Carl Schurz glücklich vorbereitet hatten, entzogen. Als die Kriegsgerichte ihre Arbeit gethan, kehrte der Großherzog am 18. August in sein Land zurück; die preußischen Truppen zogen im October triumphirend in Berlin ein und in Babelsberg, dem Schlosse des Prinzen, verewigte ein Erzengel Michael, der den Drachen tödtet, den ersten siegreichen Feldzug des Mannes, dem größere Siege beschieden waren.

Rückkehr des Großherzogs.

Preußens Unionsbestrebungen und Niederlagen.

Die deutsche Verfassung.

Preußens Stellung in Deutschland war durch dieses militärische Einschreiten gewiß nicht schlechter geworden. Die Parteien, die es niedergeworfen hatte, waren ihm vorher schon unversöhnlich verfeindet gewesen; daß ihr Haß jetzt alle Schranken überschritt, ließ sich verschmerzen. Die gemäßigt-liberale Partei war mit der siegreichen Bewältigung der Revolution durchaus zufrieden; zwar fühlte sie sich deshalb Preußen nicht eben zu Danke verpflichtet, denn Preußen selbst hatte dieses wüste Nachspiel des Parlamentes durch seine Politik erst ermöglicht; es tilgte also nur, was es selbst verschuldet, und es tilgte es in Strömen von Blut; aber immerhin war sein Verhalten, wie die Sachen nun einmal lagen, von den Interessen Deutschlands geboten und jede andre Handlungsweise wäre eine neue und größere Schuld gewesen. Kein Wunder also, wenn die große Menge der Ruhebedürftigen, von der Aufregung des letzten Jahres Ermatteten, politisch Gleichgültigen über die bloße Anerkennung der Nothwendigkeit hinausging, und mit den Reactionären und Conservativen um die Wette die Ermannung und Erstarkung Preußens pries. In diesem Chorus durften anständiger Weise auch die geretteten Regierungen nicht fehlen; auch sie, und sie vor Allem, mußten sich dem Könige zu Dank verpflichtet bekennen und durften ihrer tiefsten Herzensneigung, dem Argwohn und der Feindschaft gegen Preußen, für die nächste Zukunft wenigstens nicht Folge leisten. Das aber war für die Politik des berliner Cabinettes ein unzweifelhafter Gewinn; denn grade auf die Regierungen wollte es sich bei seinen ferneren Entwürfen ja stützen; mit Hülfe der Regierungen wollte es aus dem Schiffbruch des Parlamentes und der Reichsverfassung die brauchbaren Trümmer retten, mittelst deren Friedrich Wilhelm dem deutschen Volke doch noch ein wohnliches Gemach zu erbauen gedachte. Jene Note vom 28. April hatte den Bundesfürsten vorgeschlagen, in gemeinsamer Berathung aus der Verfassung vom 28. März die demokratischen und illegitimen Bestimmungen auszumerzen und die dergestalt veränderte Urkunde einer neu gewählten Ver-

tretung des deutschen Volkes zur Genehmigung vorzulegen. Dazu ihre Einwilligung zu versagen, war nach den Mai-Ereignissen für die meisten Regierungen moralisch unmöglich, und widerwillig zwar, aber nothgedrungen bevollmächtigten auch Baiern, Sachsen und Hannover ihre Gesandten, an den Verhandlungen in Berlin Theil zu nehmen. Zwei Tage vor dem Beginn, am 15. Mai, verkündigte ein königlicher Aufruf diese Sachlage. Er rechtfertigte zugleich den Befehl, welcher Tags zuvor die preußischen Abgeordneten, die noch im frankfurter Parlamente beharrten, zurückgerufen hatte, entwarf zu dem Zwecke ein abschreckendes Bild von der jetzt in Frankfurt herrschenden Partei, von ihrem Bündniß mit den Männern der Gottlosigkeit, des Eidbruchs und der Raubsucht, und beanspruchte noch einmal das Vertrauen der Nation, welcher der Patriotismus und das Rechtsgefühl der Regierung keine Enttäuschung bereiten werde. Nach diesem Vorspiel nahmen die Verhandlungen am 17. Mai ihren Anfang. Oestreich legte, wie nicht anders zu erwarten stand, von vorn herein Verwahrung gegen alle Beschlüsse ein; aber der Kaiserstaat war zur Zeit durchaus nicht in der Lage, anders als durch Worte und Intrigen hinderlich zu werden, und man konnte das Verhältniß zu ihm einer späteren Regelung vorbehalten. Nur darauf kam es an, daß die Königreiche fest blieben. Grade dieses Vertrauen aber wurde schmählich getäuscht. Baiern, das sich am selbständigsten fühlte, versagte schon nach wenigen Tagen seine Mitwirkung und bot dadurch den beiden norddeutschen Königreichen die erwünschte Handhabe, sich auch ihrerseits bindenden Verpflichtungen zu entziehen. Sachsen und Hannover hatten zwar noch nicht den Muth, die preußischen Vorschläge offen zu verwerfen, aber sie knüpften ihre Zustimmung an den Vorbehalt, daß Baiern sie gleichfalls ertheilen werde, und weit entfernt, dies zu erwirken, bestärkten sie die münchener Regierung in ihrem Widerstande, und machten auch vor den fremden Gesandten gar kein Hehl daraus, daß es ihnen selbst durchaus nicht Ernst mit der Sache sei, daß sie vielmehr mit Zuversicht auf das Scheitern dieser Versuche rechneten. Der Verfassungsentwurf, den sie am 26. Mai mitunterzeichneten und zu dessen Annahme sie gemeinsam mit Preußen die übrigen Fürsten einluden, war also von vorn herein, so weit es sie betraf, nur eine großartige politische Heuchelei. Dennoch erweckte das Dreikönigsbündniß unter den gemäßigten Patrioten, die nicht wahrnehmen konnten, was sich hinter der Bühne vollzog, neue Hoffnungen. Was geboten wurde, war immerhin ein erklecklicher Fortschritt. Der Krone Preußen wurde in dem neuen Verfassungsentwurf die Vorstandschaft des deutschen Reiches, verbunden mit der ausschließlichen diplomatischen und militärischen Leitung, übertragen; ein Fürstencollegium, aus 6 Stimmen bestehend, sollte ihr zur Seite stehen und die Vorlagen an die beiden Häuser des Reichstags, das Staaten- und das Volkshaus, entwerfen; gegen die Beschlüsse dieser Volks-

Verhandlungen in Berlin.

Oestreich und Baiern.

Sachsen und Hannover.

Dreikönigsbündniß.

vertretung wurde dem Reichsoberhaupt ein unbedingtes Verwerfungsrecht eingeräumt. Auch für eine vorläufige Rechtsordnung war Sorge getragen. Die drei Königreiche schlossen zunächst auf ein Jahr ein Bündniß unter einander und forderten die andern Staaten zum Beitritt auf; während dieses Jahres sollte die Vereinbarung mit dem zu berufenden Reichstag getroffen werden; einem Verwaltungsrath unter Preußens Vorsitz wurde bis dahin die Leitung der Bundesangelegenheiten übertragen, ein Schiedsgericht sollte etwaige Streitigkeiten schlichten. Auf diesen Grundlagen traten nach und nach siebzehn Regierungen dem Bündnisse bei, und da mit Baiern und Würtemberg die Verhandlungen monatelang fortdauerten, da Verwaltungsrath und Schiedsgericht schon in den nächsten Wochen gebildet wurden, so schien der neue Anlauf nicht aussichtslos zu sein. Die Kaiserpartei des frankfurter Parlamentes zauderte deshalb nicht, ihre Zustimmung zu diesem Programm zu erklären. Gagern, Dahlmann, Mathy an der Spitze, fanden sich ihrer etwa 150 Ende Juni in Gotha zusammen und verpflichteten sich durch eine Erklärung vom 28. d. M., in diesem Sinne zu wirken. Den Demokraten und Particularisten war dieses Vorgehen natürlich äußerst zuwider; sie sahen darin eine Treulosigkeit, einen Bruch der Verpflichtung, welche der Weidenbusch gegen das linke Centrum im März zu Frankfurt übernommen hatte, ein Preisgeben der Reichsverfassung, die auch der Krone Preußen gegenüber festzuhalten damals versprochen war; die bittersten Angriffe voll Spott und Hohn, voll Haß und Verachtung brachen gegen die Gothaer los. Nicht geringen Antheil hatte daran die Befürchtung und der Verdruß, es möchte doch am Ende aus der Sache Etwas werden. Für die Demokraten war ja der angebliche Beruf Preußens, Deutschland zu einigen, nur ein hohler Schall, und vollends von diesem Könige und diesem Ministerium Etwas zu erwarten, galt ihnen für die äußerste Beschränktheit oder bewußte Heuchelei. Ueberdies mußte jede Unterstützung der äußeren Politik des Königs auch die innere befestigen und diese schritt unaufhaltsam weiter auf der Bahn der Willkür und des Rechtsbruches. Am 16. Mai wurde der Belagerungszustand in Berlin verschärft und zwei Tage darauf Waldeck verhaftet, um wegen Hochverraths auf Grund gefälschter Briefe vor Gericht gestellt zu werden. Bei den Verhandlungen, die ein halbes Jahr später stattfanden, stellte sich die ganze Nichtigkeit der Anklage in der demüthigendsten Weise heraus; unter dem lauten Jubel des Volkes wurde das polizeiliche Bubenstück entlarvt und Waldeck am 3. December freigesprochen. Besser gelang ein zweiter Gewaltstreich, der sich gegen die ganze Linke richtete. Am 30. Mai wurde das Wahlgesetz dahin abgeändert, daß die Wahlmänner künftig nach dem Betrage der Steuern in drei Classen zerfallen sollten; der kleinen Zahl von Höchstbesteuerten, welche das erste Drittel der Abgaben aufbrachte, wurde dadurch dasselbe Stimmrecht ertheilt wie der

Vorläufige Einrichtungen.

Die Gothaer Versammlung.

Preußische Zustände.

Proceß Waldeck.

Dreiclassenwahlgesetz.

weit größeren Mittelclasse, die das zweite, und der ungeheuren Masse derer, welche das letzte Drittel zahlten; überdies wurde die geheime Stimmabgabe aufgehoben und durch die Oeffentlichkeit der Wahl der Einschüchterung und Beeinflussung ein weiter Spielraum geschaffen. Unter diesen Umständen beschloß die demokratische Partei auf einer Versammlung in Cöthen am 11. Juni, sich der Theilnahme an den Wahlen zu enthalten; auch einzelne Altliberale, wie Georg Vincke, wollten den Rechtsbruch nicht durch die Annahme einer Wahl anerkennen, und es kam so eine Kammer zu Stande, die über 200 Beamte aller Art zu ihren Mitgliedern zählte und dadurch dem in seinen Mitteln wenig wählerischen Ministerium von vorn herein die Mehrheit sicherte.

Wahlenthaltung der Demokraten.

Der schleswig-holsteinische Krieg.

Wurde somit das Vertrauen in die guten Absichten und die gedeihliche Thätigkeit Preußens durch seine innere Politik schwer beeinträchtigt, so erlitt es einen nicht minder schweren Schlag durch den Ausgang des zweiten schleswig-holsteinschen Krieges. Als eben unter englischer Vermittlung die Friedensunterhandlungen wieder aufgenommen werden sollten, hatte Dänemark Ende Februar den Waffenstillstand von Malmö gekündigt. Bis zu seinem Ablauf am 1. April wurden allerdings noch Verhandlungen gepflogen, aber ohne daß hüben oder drüben Glaube an einen friedlichen Abschluß vorhanden war. Das Reichsministerium that, was in seinen Kräften stand, um ein schlagfertiges Heer für den Beginn der Feindseligkeiten bereit zu halten, und verfügte zu Anfang April über 45,000 Mann unter dem preußischen General von Prittwitz. Daß die Dänen von Alsen aus am 3. auf das Festland übergingen, konnte nicht verhindert werden; um so schwerer büßten sie am 5. den Versuch, mit einem Geschwader von 6 Schiffen und 170 Kanonen Eckernförde anzugreifen. Ein paar schleswig-holsteinsche Strandbatterien, 10 Geschütze unter dem Befehl des Hauptmanns Jungmann, die Mittags durch den Herzog Ernst von Coburg um vier Feuerschlünde verstärkt worden, zwangen die kleineren dänischen Schiffe zur Flucht und die beiden größten, das Linienschiff Christian VIII. und die Fregatte Gefion mit zusammen 140 Kanonen, zur Ergebung; der Christian flog, nachdem der größte Theil der Bemannung gerettet war, in die Luft, die Gefion wurde ein Bestandtheil der deutschen Flotte. Gehoben durch diesen glänzenden Erfolg rückten die deutschen Truppen nach Norden vor und erstürmten am 13. die Düppeler Schanzen. Die jütische Grenze zu überschreiten, ward jedoch dem Reichsheere aus politischen Bedenklichkeiten nicht gestattet; für die schleswig-holsteinsche Armee, die General Bonin führte, bestanden diese nicht, und so nahm sie am 20. die Stadt Kolding, schlug die heranrückenden Dänen am 23. zurück, brachte ihnen am 7. Mai bei Gudsö eine neue Niederlage bei und begann die Belagerung der Festung Fridericia. So weit lagen die Sachen für Deutschland also recht günstig, um so schlimmer aber stand es mit der politischen Führung. Nach

Beginn des zweiten Feldzugs.

Sieg bei Eckernförde.

Erstürmung der Düppeler Schanzen.

Einrücken in Jütland.

dem Rücktritt Gagerns vom Reichsministerium hörte die Einwirkung der Centralgewalt auf; Preußen erklärte, die Leitung selbst übernehmen zu wollen, und that damit nur, was die Verhältnisse geboten. Aber der König war von der Zuneigung, die er für die schleswig-holsteinsche Bewegung anfänglich gehegt, jetzt völlig zurückgekommen; er sah darin eine revolutionäre Auflehnung, die nicht viel besser sei als die in Dresden oder Rastatt, und fürchtete überdies die drohende Sprache Rußlands. Wohl faßte er noch den Muth, auch seine Truppen unter Prittwitz Führung in Jütland einrücken zu lassen; aber sie wirkten weder bei der Belagerung Fridericias mit, noch griffen sie das dänische Heer unter General Rye entschlossen an; wochenlang ruhte der Krieg fast ganz, während die Verhandlungen über einen Waffenstillstand um so eifriger betrieben wurden. Schon waren diese ihrem Abschlusse nahe, als den Dänen noch ein großer Schlag gelang. Unbemerkt von Prittwitz schiffte sich Rye nach Fünen ein, und unbemerkt von Bonin landete er bei Fridericia: mit großer Uebermacht überfiel er in der Nacht zum 6. Juli die Belagerer und erkämpfte einen glänzenden Sieg, den er freilich mit seinem Leben bezahlte; fast 3000 Mann, darunter gegen 1500 Gefangene, büßten die Schleswig-Holsteiner in dieser unheilvollen Nacht ein, mit Verlust ihres Lagers und eines Theiles ihrer Artillerie zogen sie sich auf Veile zurück. Und nun, wo Alles in den Herzogthümern und in Deutschland nach Rache schrie, wo dem preußischen General die Hauptschuld an diesem harten Schlage beigemessen wurde, wo ein kräftiges Dreinschlagen dem berliner Cabinette Verzeihung für unzählig viele Fehler hätte verschaffen können, nun schloß Preußen einen erniedrigenden Waffenstillstand mit Dänemark ab und der Kunde von der militärischen Niederlage folgte die von der diplomatischen Schmach auf dem Fuße. Der Vertrag vom 10. Juli erhielt zwar für den Frieden noch die Möglichkeit ehrenvoller Bedingungen offen, aber Jeder las aus ihm doch heraus, daß die Herzogthümer preisgegeben seien. Die schleswig-holsteinsche Armee mußte über die Eider zurück; Südschleswig besetzten 6000 Preußen, Nordschleswig ein schwedisches Heer von 2000 Mann; — Holstein blieb einstweilen noch der Verwaltung der Statthalterschaft überlassen, die beim Wiederbeginn des Krieges für beide Herzogthümer gemeinschaftlich von Frankfurt aus ernannt war und aus Wilhelm Beseler und dem Grafen Reventlow-Preetz bestand; in Schleswig sollten ein dänischer und ein preußischer Beamter unter Obhut eines englischen Bevollmächtigten die Regierung führen. Eine Möglichkeit, sich diesen Abmachungen zu widersetzen, gab es für das arme Land nicht, und so trat der Waffenstillstand vom 10. Juli wirklich ins Leben.

Preußens Lauheit.

Ueberfall bei Fridericia.

Waffenstillstand.

Für das moralische Ansehen des Dreikönigsbündisses war dies ein harter Schlag, der den fördernden Beistand der gothaer Erklärung vollständig wieder aufhob. Auch auf diplomatischem

Schlaffheit der deutschen Politik Preußens.

Wege war für seine Durchführung wenig geschehen. Radowitz, der diese ganze Politik vorzugsweise beim König durchgesetzt hatte und dem es damit heiliger Ernst war, forderte von Friedrich Wilhelm, daß er den deutschen Fürsten als letzte Frist für ihren Beitritt den 15. Juli setzen und schon zum 1. August den Reichstag nach Erfurt berufen solle; aber der Monarch wollte keinen Vortheil aus der Revolutionsfurcht seiner Mitfürsten ziehen und lehnte das ab; ebenso verstrichen die späteren Fristen, der 1. September, der 18. October, ohne daß der Reichstag zusammengetreten wäre. Statt dessen wurde Zeit und Mühe daran verschwendet, Baiern und Würtemberg zu gewinnen und mit Oestreich sich zu verständigen. Alle diese Bemühungen waren umsonst. Als nächstes Ziel faßte man dabei die Begründung einer vorläufigen Centralgewalt ins Auge, die den völlig machtlosen deutschen Reichsverweser und sein Ministerium, an dessen Spitze der Fürst Wittgenstein stand, ablösen könne. Preußen verlangte nun, daß zugleich mit dieser einstweiligen Neuordnung auch das Dreikönigsbündniß von Oestreich und Baiern als zu Recht bestehend anerkannt werde und auf diese Forderung wollte man weder in Wien noch in München eingehen. So wurden die Verhandlungen einige Wochen mühsam hingeschleppt und dadurch Oestreich die Zeit gegönnt, Ungarns und Italiens Unterwerfung zu vollenden.

Oestreichs Erstarken.

Kaum war dies geschehen, so wurde die Tonart, in welcher die Gegner Preußens sprachen, zuversichtlicher; Baiern lehnte am 8. September (Würtemberg am 26.) den Beitritt zu dem Maibündniß endgültig ab und sprach dabei ganz rücksichtslos die Hoffnung aus, jetzt nach hergestellter Ruhe werde auch Oestreich Vorschläge machen, und dann sei man gern zur Theilnahme an Verhandlungen bereit. Friedrich Wilhelm empfand solche Erklärungen kaum als eine Demüthigung, denn im Grunde seines Herzens hatte er sich mit diesen Unionsplänen, die unter seinem Namen gingen, doch immer noch nicht völlig befreundet. Er nahm es Oestreich gar so übel nicht, daß es sich weigerte, das Dreikönigsbündniß anzuerkennen, und nachdem er am 7. und 8. September in Teplitz und Pillnitz mit Franz Joseph und dem sächsischen Könige conferirt hatte, erhielt sein Gesandter in Wien, Graf Bernstorff, den Auftrag, mit Schwarzenberg ein vorläufiges Uebereinkommen, das sog. Interim, abzuschließen, ohne daß dabei des engeren preußischen Bundes Erwähnung geschah.

Das Interim.

Kraft dieses Vertrages vom 30. September sollten je zwei Bevollmächtigte der beiden Staaten die Centralgewalt „für den deutschen Bund" vom Reichsverweser übernehmen und bis zum 1. Mai 1850 ausüben; für den Fall, daß bis dahin aus der freien Vereinbarung der Regierungen keine neue deutsche Verfassung hervorgegangen sei, wurde die Fortdauer dieses Interims auch über jenen Tag hinaus in Aussicht genommen. Uebrigens verstrich auch fast ein Vierteljahr, ehe die vier Bevollmächtigten — es waren für Oestreich der frühere Minister Kübeck und der General Schönhals, für

Preußen Radowitz und der Präsident Böttcher — ihr Amt antraten; erst am 20. December 1849 legte Erzherzog Johann in ihre Hände die Reichsverweserschaft nieder. Damit war denn auf dem Rückwege zum alten Bundestag ein neuer Haltepunkt erreicht. Wohl gab Preußen, indem es den geistigen Leiter der Unionspolitik nach Frankfurt schickte, seinen Entschluß, an dieser festzuhalten, kund; aber seinen zweifelhaften Bundesgenossen, Sachsen und Hannover, war durch das Interim die Hoffnung und die Dreistigkeit gewachsen. Beide weigerten sich, als im Verwaltungsrath der Union nun endlich Anfang October die Ausschreibung der Wahlen zum Unionsreichstage beantragt wurde, diesem Antrage beizutreten; es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen von Bodelschwingh, der preußische Vorsitzende, kräftig für die Union eintrat; ein Ministerrath, dem auch Radowitz beiwohnte, billigte sein Verfahren, und die Ausschreibung der Wahlen wurde am 19. October trotz des sächsisch-hannöverschen Einspruches beschlossen. Nun riefen beide Staaten ihre Bevollmächtigten zurück und enthielten sich jeder Theilnahme an den Arbeiten des Verwaltungsrathes; auch Oestreich legte Verwahrung gegen die Berufung des Unionsparlamentes ein und stützte sich dabei auf die Bundesacte von 1815; wenn Preußen auf dem beschrittenen Wege weiter gehe, so hieß es drohend, dann werde es in den Fall kommen können, mit der zu Recht bestehenden Bundesverfassung in Widerspruch zu gerathen; allen Beschlüssen, die das erfurter Parlament etwa fassen möge, ward im Voraus Geltung und Wirksamkeit abgesprochen.

Abdankung des Reichsverwesers.

Sprengung des Dreikönigsbündnisses.

Preußen und die Unionsregierungen ließen sich dadurch von ihrem Entschlusse nicht abbringen; am 31. Januar 1850 fanden die Wahlen wirklich statt. Noch einmal konnte ein Hoffnungsschimmer die vertrauensvollsten Anhänger Preußens täuschen. Alle Erklärungen der Regierung lauteten überaus günstig und zuversichtlich; besonders wenn Radowitz in der preußischen Kammer das Wort nahm, hatte man das Gefühl, daß dieser Mann wußte, was er wollte, und den Muth hatte, auf seinem Willen zu beharren. Nicht eben von großer Tragweite, aber doch erfreulich und ermuthigend war der Schritt, zu dem sich um diese Zeit die beiden Fürsten von Hohenzollern entschlossen; sie legten am 7. December 1849 die Regierung zu Gunsten des Königs von Preußen nieder. Auch die Haltung der auswärtigen Mächte bot für das Gelingen des Werkes leidliche Aussichten, die Stellung des berliner Cabinettes war jetzt ohne Zweifel weit gesicherter al[s] im Frühjahr; Rußlands Zorn hatte sich gelegt, England sah m[it] Besorgniß das enge Bündniß des Czaren mit Oestreich und f[ür]chtete nichts mehr, als daß auch Preußen in dem russischen [Netze] gefangen werde; Frankreich suchte gradezu ein Schutz- und [Tru]tzbündniß in Berlin zu verhandeln. Napoleons Freund Per[sign]y erschien um die Jahreswende in der preußischen Hauptst[adt] und bot für einige kleine Abtretungen, wie etwa Landau,

Wahlen zum erfurter Parlament.

Die hohenzollerschen Fürstenthümer.

Haltung der Großmächte.

Französische Anerbietungen.

die Unterstützung des Präsidenten in der Begründung der Union. Es war das freilich ein redender Beweis, wie wenig man in Paris den König kannte. Sein deutscher Sinn war stark genug, daß er lockenderen Versprechungen Widerstand hätte leisten können; für ein Gericht, das ihm selbst so wenig schmackhaft war wie die Union, ließ er sich gewiß nicht erkaufen. Trotzdem entwickelte Persigny große Zähigkeit und blieb wochenlang auf seinem Posten. Endlich mußte er sich doch überzeugen, daß der König zur Abtretung deutschen Bodens nicht zu bewegen sei, und kehrte Ende Januar nach Paris zurück.

Die preußische Verfassung.

Das beste Vorzeichen für den Reichstag der Union war aber doch, daß eben jetzt nach schweren Kämpfen die preußische Verfassung endgültig zu Stande kam und vom König beschworen wurde. Seit dem 7. August, also ein halbes Jahr hindurch, war zwischen den Kammern und der Regierung verhandelt worden. Der Wunsch des Königs ging dahin, aus der Urkunde vom 5. December 1848, die er doch selbst einseitig erlassen hatte, eine Reihe von Artikeln, die ihm noch allzusehr den Stempel des Revolutionsjahres zu tragen schienen, zu entfernen; die liberale Minderheit der Volksvertretung war froh, wenn sie nur diese Artikel retten konnte und dachte nicht daran, neue Forderungen aufzustellen.

Durchlöcherung derselben.

Um manche Paragraphen entspann sich ein heißer Kampf; das neue Wahlgesetz wurde anerkannt und nur das durchgesetzt, daß in Zukunft königliche Verfügungen in Abwesenheit der Kammern nur dann mit Gesetzeskraft sollten erlassen werden dürfen, wenn sie mit der Verfassung nicht in Widerspruch ständen; die Befreiung der Presse von Steuern und Cautionen ward aufgehoben, die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung gestrichen; nach hartnäckigem Widerstande gaben die Liberalen auch das Recht der Verweigerung bestehender Steuern preis und begnügten sich mit dem Rechte, die neuen zu bewilligen. Als am 17. December die Berathung vollendet war, durften die Reactionäre über die glücklich gelungene Durchlöcherung der Verfassung jubeln und die Liberalen mit berechtigter Bitterkeit des Landtags spotten, der mehr ein gesetznehmender als ein gesetzgebender genannt zu werden verdiene. Und doch war die mühsame und anwidernde Aufgabe noch nicht vollkommen gelöst.

Neue Forderungen des Königs.

Nach den Weihnachtsferien wurden die Abgeordneten durch eine königliche Botschaft vom 7. Januar 1850 überrascht, in der nochmals die Abänderung von 15 Artikeln als Vorbedingung für die Beschwörung der Verfassung gefordert wurde. Unter diesen Abänderungen befanden sich einige, die von geringem Belang waren; andere, wie die Zusammensetzung der ersten Kammer aus erblichen und lebenslänglichen statt aus gewählten Mitgliedern, oder die Errichtung eines Ausnahmegerichtshofes für die schwereren politischen Verbrechen, griffen um so tiefer. Selbst die Minister hatten sich aus allen Kräften diesen neuen Forderungen widersetzt; Männer wie Camphausen, Beckerath, Auerswald hielten es

für ehrenrührig noch weiter nachzugeben; in jeder Weise wurde auf den König eingewirkt, um ihm wenigstens in den Hauptpunkten Zugeständnisse abzuringen; aber stärker als diese Einwirkungen waren die Einflüsterungen der frommen Hofpartei, an deren Spitze die Brüder Gerlach standen; man sprach von der Auflösung der Kammern und einem Ministerium Kleist-Retzow. Die Annahme der königlichen Forderungen in den letzten Januartagen beseitigte diese Gefahr. Freilich betrug die Mehrheit in der zweiten Kammer nur 12 Stimmen und einigen Milderungen waren die königlichen Anträge noch unterworfen worden; insbesondere sollte die zur Zeit bestehende erste Kammer bis zum Ablauf ihrer Wahlzeit, also bis zum 7. August 1852, noch in Thätigkeit bleiben und erst dann auf Grund der neuen Verfassungsbestimmungen durch eine andre ersetzt werden. Der König entschloß sich darauf einzugehen. Am 31. Januar 1850 unterzeichnete und verkündete er das neue Staatsgrundgesetz und am 6. Februar legte er in Gegenwart der Minister und der Kammern den Eid darauf ab. In der Rede, welche er bei dieser Gelegenheit hielt, erneuerte er die Gelübde, die er bei der Huldigung in Königsberg und Berlin 1840 gethan, wiederholte er sein Wort vom 11. April 1847: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen. Wie nie zuvor und nie hernach stehe er jetzt vor den Abgeordneten des Landes, nicht gedeckt durch die Verantwortlichkeit seiner Räthe, sondern als „Ich selbst allein", als ein Mann von Ehre, der sein Theuerstes, sein Wort geben wolle, ein Ja vollkräftig und bedächtig. Die Verfassung sei entstanden in einem Jahre, das die Treue werdender Geschlechter mit Thränen aus der preußischen Geschichte hinwegwünschen werde, und sie trage noch immer den breiten Stempel ihres Ursprungs. Aber verbessert wie sie sei, könne er sie doch beschwören; er könne es in der Voraussetzung, daß ihm das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde, daß die Treue des Volkes ihm beistehen werde gegen die, welche die königlich verliehene Freiheit zum Deckel ihrer Bosheit machen und diese Urkunde als Ersatz der göttlichen Vorsehung betrachten möchten. Er dankte den Kammern für ihre Zustimmung zu den Verbesserungen, die er gefordert, und brachte auch Nachmittags bei dem Festmahl im Schloß ihnen den schönen Trinkspruch: Meine Herren, ein kurzes aber gutes Wort: den Dank des Vaterlandes durch den Mund des Königs!

Zustimmung des Landtags.

Beschwörung der Verfassung.

Es war doch ein großer Schritt, der jetzt unwiderruflich gethan war. Man hatte wieder festen Boden unter den Füßen. [A]uch wer die Mangelhaftigkeit des neuen Werkes tief empfand, [fü]hlte einen Alp von seiner Brust genommen und sah, nicht [fr]eudig vielleicht, aber doch beruhigter in die Zukunft. Die Re[gu]ng einer an Mitleid grenzenden Theilnahme ergriff manchen [k]önigstreuen Mann, als der schwer geprüfte Fürst mühsam, aber [i]n einem Tone, der aus dem Herzen kam, seine Rede ablas; man fühlte ihm an, daß er ohne Groll, ohne Bitterkeit sprach, daß

Die Stimmung im Lande.

er versöhnen, daß er um des Vaterlandes willen Großes opfern wolle. Und so herrschte denn auch nach der Eidesleistung ein freudiges Gefühl der Begeisterung in der Versammlung und nur die Kreuzzeitungsritter standen schmollend bei Seite. Für Preußen war die Zukunft gerettet und für Deutschland leuchtete ein neuer Hoffnungsstern.

Das Vierkönigsbündniß.

Auf die Mitwirkung der Königreiche war allerdings nicht mehr zu rechnen. Als der Verwaltungsrath am 13. Februar den Zusammentritt des erfurter Parlamentes auf den 20. März festgesetzt hatte, that Hannover am 25. Februar den letzten entscheidenden Schritt und sagte sich förmlich von dem Dreikönigsbündniß los. Sachsen gab denselben Entschluß in andrer Form zu erkennen: am 27. Februar unterzeichnete es mit Baiern und Würtemberg in München einen Vertrag, der das Vierkönigsbündniß genannt wurde, weil auch Hannovers Beitritt mit Sicherheit erwartet wurde. Danach sollte ein Directorium von sieben Mitgliedern (außer Oestreich und den Königreichen die beiden Hessen) die Leitung Deutschlands übernehmen und eine Volksvertretung von je 100 Oestreichern, Preußen und Angehörigen der übrigen Staaten ihm zur Seite stehen. Schwarzenberg beeilte sich, seine Zustimmung auszusprechen, sofern nur Oestreich die Möglichkeit geboten werde, mit seinen sämmtlichen Ländern in den neuen Bund einzutreten; Preußen und die Unionsstaaten wiesen den Vorschlag selbstverständlich zurück. Doch begann auch in ihren Reihen ein gewisses Schwanken sichtbar zu werden.

Oestreichs Beitritt.

Lockerung der Union.

Einige Bundesglieder wie Oldenburg und Darmstadt mußten ihre Kammern auflösen, weil die demokratischen Mehrheiten derselben den Anschluß an die Union ablehnten oder verzögerten; in Kurhessen trat eben jetzt, am 23. Februar, ein sehr bedenklicher Systemwechsel ein, indem das Ministerium Eberhard entlassen und Hassenpflug wieder in den Rath des Kurfürsten berufen wurde. So wuchs den Preußenfeinden der Muth. Am unverhohlensten sprach der König von Würtemberg ihre Gesinnungen aus. Er eröffnete seinen Landtag am 15. März mit einer Rede, welche die Selbständigkeit der einzelnen Stämme als die wahre Grundlage der deutschen Macht und Einheit pries und von Angriffen gegen Preußen überströmte; die unparteiische Geschichte werde dereinst nicht verschweigen, welche Zwecke und welche Leidenschaften das Dreikönigsbündniß gestiftet hätten; es sei ein künstlicher Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesammtheit berechnet, und könne nur durch offenen Bundesbruch und die wissentliche Verletzung feierlicher Verträge durchgeführt werden.

Würtembergische Drohungen.

Preußens Antwort.

Preußen antwortete darauf am 22. März mit der Abberufung seines Gesandten, einem Schritte, den es acht Tage früher auch gegen Hannover gethan hatte. Daß es ihm Ernst mit der Sache sei und daß es auch einen Krieg nicht scheuen werde, entnahm man aus der Forderung einer Anleihe von 18 Millionen Thalern, die schon am 12. Februar der zweiten Kammer vorgelegt

und am 21. als Vertrauensvotum bewilligt war, und mehr noch aus der gleich darauf erfolgenden Ersetzung des zweifelhaften Kriegsministers von Strotha durch den General Stockhausen.

Das erfurter Parlament.

Unter diesen Vorzeichen trat das erfurter Parlament am 20. März zusammen. Das Staatenhaus erwählte Rudolf von Auerswald, das Volkshaus Simson zu seinem Präsidenten. Die Führer der frankfurter Kaiserpartei waren fast sämmtlich gewählt; wenn nicht minder die Reaction in Stahl, Bismarck und Anderen ihre Häupter am Platze fand, so bestand die Mehrheit in beiden Häusern doch unzweifelhaft aus Gothaern. Eine Verständigung zwischen dem Parlamente und den Regierungen schien also von vornherein gesichert. Außer der Verfassung vom 26. Mai, einem Wahlgesetz und einem Gesetz über das Reichsgericht wurde noch eine sogenannte Additional-Acte (vom 26. Februar datirt) vorgelegt, welche die durch das Fernbleiben Baierns und Würtembergs, sowie durch den Rücktritt Sachsens und Hannovers erforderlich gewordenen Aenderungen an der Verfassung traf; unter Anderm führte sie den Namen Union ein und beschränkte das Fürstencollegium auf 5 Mitglieder. Aber sehr bald bemerkten die Abgeordneten, daß der Verwaltungsrath mit der so umgestalteten Verfassungsvorlage selbst noch gar nicht zufrieden sei und eine unveränderte Annahme derselben gar nicht wünsche. Zur Erklärung wurde gesagt, Preußen wolle nicht genöthigt werden, sein eben erst beschworenes Grundgesetz um der Unionsverfassung willen wieder zu ändern. Sehr beweiskräftig war dieser Einwand nicht, denn §. 118 der preußischen Verfassung hatte diesen Fall schon in Betracht gezogen und den König ermächtigt, die etwa nöthig werdenden Aenderungen seinerseits anzuordnen. Mindestens aber mußte man doch erwarten, daß Preußen genau die Punkte bezeichnen werde, die es jetzt unannehmbar finde; allein das geschah nicht; Radowitz warnte den Verfassungsausschuß vor der unveränderten Annahme, welche das ganze Werk gefährden werde, und weigerte sich doch, bestimmte Forderungen zu stellen. So griff denn die Mehrheit zu dem Auswege, die Vorlage zwar zuerst ungetheilt und unverändert anzunehmen, zugleich aber eine Reihe von Aenderungen, die bei der Einzelberathung vorgeschlagen wurden, den Regierungen zur etwaigen Annahme anzubieten. Im Volkshause stimmten am 13. April 125 von 214, im Staatenhause am 17. von 91 Anwesenden 62 für dieses Verfahren; ein größeres Entgegenkommen, als in diesen Beschlüssen lag, konnte das Parlament den Regierungen gar nicht bezeigen. Und trotzdem ging man, als die Versammlung am 29. April geschlossen wurde, in gedrückter Stimmung und mit dem Gefühl auseinander, daß die Lage unklarer sei als vorher und daß in den Kreisen der Regierungen und besonders in Berlin die unionsfeindliche Partei eine verhängnißvolle Stärke gewonnen habe.

Annahme der Verfassung.

Oestreichische Einladung zum Bundestag.

Die Entscheidung konnte nicht lange auf sich warten lassen, denn schon zwei Tage später, am 1. Mai, ging das östreichisch-

preußische Interim zu Ende, und eine östreichische Note vom 26. April hatte für den 10. Mai die Bundesgenossen zu Verhandlungen über die Neugestaltung des Bundestages nach Frankfurt eingeladen. Gegen diese unzweideutige Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen mußten die Unionsfürsten Stellung nehmen. Der Herzog von Coburg schlug zu dem Zweck eine Zusammenkunft in Gotha für den 15. Mai vor; Friedrich Wilhelm nahm den Gedanken auf und änderte nur Ort und Zeit; durch eigenhändige Schreiben lud er seine Bundesgenossen ein, in Begleitung ihrer verantwortlichen Minister, am 8. Mai nach Berlin zu kommen. Fast alle stellten sich ein, auch der Kurfürst von Hessen, obgleich er schon am 13. April die Vertagung des Unionsparlamentes und die Anknüpfung von Verhandlungen auf Grund des münchener Vierkönigsbündnisses gefordert hatte. Die Fürsten beriethen für sich und die Minister ebenso. An den Conferenzen der letzteren nahmen preußischerseits auch Radowitz und Bodelschwingh Theil. Hartnäckig bemühte sich Hassenpflug, diese unter dem Vorwande, daß sie keine verantwortlichen Minister seien, auszuschließen; es war das die würdige Einleitung zu seiner schließlichen Erklärung, daß Kurhessen der erfurter Verfassung nicht beitreten könne. Kaum war so das Eis gebrochen, so verweigerten auch einige der andern Regierungen ihre Zustimmung und die übrigen mußten sich begnügen, statt die Unionsverfassung in Kraft zu setzen, ein neues Provisorium zu begründen und ein vorläufiges Fürstencollegium zu ernennen, das am 12. Juni in Berlin unter dem Vorsitz des preußischen Bevollmächtigten von Sydow zusammentrat.

Der Fürstencongreß in Berlin. — *Rücktritt Kurhessens.* — *Fürstencollegium.*

Das wichtigste Ergebniß des berliner Congresses schien der Beschluß zu sein, gegenüber der östreichischen Versammlung in Frankfurt ein gleichmäßiges Verfahren einzuschlagen. Bei der Eröffnung am 10. Mai hatten sich außer von Oestreich und den Königreichen nur von Luxemburg und Hessen-Homburg Vertreter eingefunden. Jetzt begaben sich zwar auch die Vertreter der Unionsstaaten nach Frankfurt, aber nur zu dem Zwecke, um in freie Conferenzen mit den dort befindlichen übrigen Gesandten einzutreten; daß diese Conferenzen das Plenum des alten Bundestages darstellten, daß Oestreich in ihnen den Vorsitz zu beanspruchen berechtigt sei, daß etwaige Beschlüsse auch für die Minderheit verbindlich seien, bestritten sie ganz entschieden. Da ihnen nun Oestreich und seine Genossen unter diesen Voraussetzungen die Aufnahme verweigerten, so wurden sie nach langem, vergeblichem Notenwechsel zwischen Wien und Berlin Ende Juli wieder abberufen. Aber nicht alle; Kurhessen, Darmstadt, Mecklenburg-Strelitz und Bückeburg trennten sich von den Unionsgenossen und traten zu Oestreich über, das mittlerweile auch Dänemark und Liechtenstein herangezogen hatte und mit dieser Schaar von Getreuen am 2. September den engeren Rath des alten Bundestages, zunächst mit 11 Stimmen, wieder ins Leben rief.

Der östreichische Bundestag. — *Beitritt verschiedener Unionsstaaten.* — *Erneuerung des engeren Raths.*

Nur die Schwäche der preußischen Staatsmänner hatte dies Zerbröckeln der Union verschuldet; daß ein entschlossenes, kriegsbereites Auftreten ihrerseits die Gegner einschüchtern werde, wagten sie gar nicht zu hoffen;

Der Prinz von Preußen.

kaum daß die Berichte des Prinzen von Preußen, der, ein eifriger Freund der Union, im Juni dem Czaren in Warschau und Petersburg einen Besuch abstattete und im nächsten Monat zur Taufe des Prinzen Arthur nach England reiste, sie ein wenig beruhigten und ermuthigten. Trotzdem fürchteten sie noch immer die Unzufriedenheit der Großmächte und entschlossen sich, um sie möglichst zu beschwichtigen, Schleswig-Holstein jetzt endgültig preiszugeben.

Schleswig-Holstein.

Seit dem Waffenstillstande vom 10. Juli 1849 waren die Friedensverhandlungen bald lebhafter, bald langsamer fortgesetzt worden. In der Verwaltung von Schleswig hatte der preußische Bevollmächtigte Graf Eulenburg eine sehr unselbständige Rolle neben dem Dänen Tillisch gespielt; die Verfolgung der Deutschgesinnten, die Unterdrückung jeder nationalen Kundgebung war von ihm kaum beanstandet worden; die preußischen Offiziere, die in der Landesarmee dienten, hatten im April ihre Stellen aufgeben müssen; nur zu dem äußersten Schritte der Demüthigung, zur Umstoßung der rechtmäßigen Erbfolge, die über kurz oder lang die Befreiung der Herzogthümer von Dänemark herbeiführen mußte, wollte sich Preußen schlechterdings nicht verstehen.

Diplomatische Verhandlungen.

Als die drei außerdeutschen Großmächte durch ihre Gesandten in London hinter seinem Rücken ein Protocoll vereinbart hatten, welches die Unversehrtheit des dänischen Gesammtstaates als ein europäisches Interesse bezeichnete, verweigerte Bunsen am 2. Juli auf eigene Verantwortung seine Unterschrift und erhielt für diesen Schritt die volle Billigung des Ministeriums.

Friedensschluß.

An demselben Tage wurde in Berlin der Friede unterzeichnet. Preußen verpflichtete sich dadurch, die Schleswig-Holsteiner der dänischen Willkür und ihrer eigenen Kraft zu überlassen; seine Truppen räumten das Land, die schwedischen desgleichen, und die Herzogthümer mochten sehen, ob sie sich allein der Dänen erwehren könnten. So gering die Hoffnung, daß ihnen dies gelinge, war, so versuchten sie es doch.

Der dritte Feldzug.

General Willisen, der aus dem preußischen Dienste geschieden und als Oberbefehlshaber an Bonins Stelle getreten war, überschritt mit 30,000 Mann die Eider und eröffnete den dritten schleswig-holsteinischen Krieg.

Schlacht bei Idstedt.

Aber schon am 24. und 25. Juli erlitt er in der zweitägigen Schlacht von Idstedt gegen die dänische Uebermacht unter Krogh eine schwere Niederlage und mußte sich auf Rendsburg zurückziehen. Gelegentliche Vorstöße, die er von dort unternahm, am 12. September gegen Missunde, am 4. October gegen Friedrichstadt, scheiterten gleichfalls trotz aller Tapferkeit.

Dänemark und der Bundestag.

Um auch Holstein zu unterwerfen, bedurften die Dänen aber der Mitwirkung Deutschlands, als dessen berechtigte Centralgewalt sie die Frankfurter Versammlung anerkannten. Sie waren gewiß, dort auf die freundschaftlichsten Gesinnungen zu stoßen. Oestreich

hatte die ganze Zeit vom März 1848 an nicht aufgehört, in gutem Einvernehmen mit Kopenhagen zu bleiben; es trug auch jetzt kein Bedenken, das oben erwähnte londoner Protocoll, das am 2. August von England, Rußland und Frankreich vollzogen wurde, nachträglich zu unterzeichnen und von der frankfurter Versammlung genehmigen zu lassen; es konnte folglich auch kein Bedenken tragen, den Dänen Schergendienste zu leisten und die völlige Unterwerfung Holsteins selbst in die Hand zu nehmen.

Londoner Protocoll.

Kurhessische Wirren.

Da fragte es sich nun noch einmal, ob Preußen das geschehen lassen oder ob es sich in letzter Stunde aufraffen werde. Und nicht die Zustände in Holstein allein, auch die in Kurhessen stellten diese Frage. Hassenpflug hatte es in wenigen Monaten dahin gebracht, daß er und der Kurfurst nur durch fremde Truppen bei der Herrschaft erhalten werden konnten. Als nach seiner Ernennung am 23. Februar die Stände ihn mit einem Mißtrauensvotum begrüßten und die Forderung einer Anleihe ablehnten, hatte er sie am 15. März vertagt und, da sie nach ihrer Wiederberufung den Beschluß erneuerten, am 13. Juni aufgelöst. Die Neuwahlen brachten aber fast dieselben Mitglieder wieder in die Kammer; Hassenpflug scheiterte mit seiner Forderung zum dritten Male und der Landtag verweigerte überdies die Bewilligung der directen Steuern. Nach abermaliger Auflösung wandte sich der Minister an den ständischen Ausschuß, der verfassungsmäßig in der Zwischenzeit den Landtag zu vertreten hatte. Auch hier abgewiesen, ließ er am 4. September durch kurfürstlichen Erlaß die Forterhebung der Steuern einseitig befehlen und verhängte, da der ständische Ausschuß dagegen Verwahrung einlegte und die Steuerbeamten auf Grund ihres Verfassungseides den Gehorsam versagten, am 7. September den Belagerungszustand über das Land. Die Wirkung auch dieser Maßregeln entsprach seinen Erwartungen nicht. Die Gerichte erklärten sich für den ständischen Ausschuß, die Beamten hielten an ihrem Eide fest; die Bevölkerung leistete standhaft, aber ohne Ausschreitungen, Widerstand. So richtete Hassenpflug denn ein Hülfegesuch nach Frankfurt und beredete den Kurfürsten, in der Nacht zum 13. September mit ihm Cassel zu verlassen und den Sitz der Regierung nach Wilhelmsbad bei Hanau zu verlegen. Die Bundesversammlung war gern bereit, dem Mann, der sich um die Sprengung der Union so große Verdienste erworben, behülflich zu sein; sie erklärte am 21. September die Steuerverweigerung der Stände für einen genügenden Grund, um in Gemäßheit der wiener Schluß-Acte von 1834 einzuschreiten. Gestützt darauf, machte Hassenpflug noch einen Versuch, durch Einschüchterung Gehorsam zu erzwingen. Die Kriegsgerichte wurden angewiesen, gegen jede regierungsfeindliche Handlung einzuschreiten. Allein die Offiziere hielten ihren Verfassungseid nicht minder heilig als die bürgerlichen Beamten und verlangten fast alle, 241 an der Zahl, am 9. October ihren Abschied, um sich dem

Hassenpflugs Hülfsgesuch in Frankfurt.

Widerstand der Truppen und des Landes.

Widerstreit der Pflichten zu entziehen. So war also das Einschreiten der frankfurter Regierungen nicht mehr zu entbehren und Preußen mußte sich entscheiden, ob es Kurhessen vollkommen in die Gewalt Oestreichs fallen lassen wolle. Leidenschaftlich rangen die Parteien am Hofe darum, welche von ihnen den König auf ihre Seite ziehen werde; noch einmal trug die Unionspartei den Sieg davon, und am 26. September ward zum Zeichen dessen das Ministerium des Auswärtigen von Schleinitz auf Radowitz übertragen. Aber auch die Gegner in Frankfurt rührten sich. Für den 11. October wurde eine Zusammenkunft des Kaisers von Oestreich mit den beiden süddeutschen Königen in Bregenz am Bodensee vereinbart und so geflissentlich, wie man nur konnte, drückte man ihr das Gepräge einer Drohung gegen Preußen auf. Der König von Würtemberg brachte der östreichischen Armee seinen Trinkspruch mit der Versicherung, daß ein alter Soldat nicht viele Worte mache, aber dem Ruf seines Kaisers folge, wohin es auch sei — und der Kaiser erwiderte, daß sein Heer stolz darauf sei, mit so tapferen Kameraden vor den Feind zu gehen. Schwarzenberg, von der Pfordten, von Linden, die leitenden Minister der drei Staaten, nahmen an der Begegnung Theil und keiner machte ein Hehl daraus, daß es gelte, Preußen mit bewaffneter Hand in Kurhessen entgegenzutreten; eine Armee von 200,000 Mann sollte gemeinschaftlich aufgestellt werden; der Bürgerkrieg, dem Preußen so oft mit schweren Demüthigungen ausgewichen war, schien unvermeidlich zu sein und das alte Spiel von den sibyllinischen Büchern sich zu wiederholen: derselbe Preis, um den die Kaiserkrone vor wenig mehr als Jahresfrist zu haben war, er wurde jetzt gefordert für den Einfluß in Kurhessen, für die traurigen Trümmer des Dreikönigsbündnisses.

Ernennung in Berlin.

Radowitz Minister.

Zusammenkunft in Bregenz.

Die Lage Preußens war bedrohlich genug. Bei keiner der Großmächte war Unterstützung zu finden; Frankreich war seit Persignys erfolgloser Sendung abgünstig geworden und hoffte wohl die erwünschte Vergrößerung durch Einschüchterung leichter als durch Versprechungen zu erlangen. Rußland grollte, daß Preußens Unterschrift unter dem londoner Protocoll fehlte und sprach in hohem Tone von dem Schutze, den es Dänemark gewähren werde; beide schritten bis zu offenen Drohungen vor; jenes wollte in Schlesien, dieses in die Rheinprovinzen einrücken. In England bedauerte das Ministerium zwar, daß es so weit gekommen sei, aber trotz der Einreden einiger Collegen und trotz der lebhaften Vorstellungen der Königin, waren Russell und Palmerston mit Dänemarks willen mit der russisch-französischen Politik vollkommen einverstanden. Sie rechneten freilich mit Sicherheit darauf, daß Friedrich Wilhelm nachgeben werde; aber das thaten Nikolaus und Napoleon auch; keinem der beiden wäre damit gedient gewesen, wenn Preußen den Fehdehandschuh kühnen Muthes aufgenommen, wenn es Kammern und Heer einberufen und offen die Fahne der nationalen Sache aufgepflanzt hätte. Es fehlte

Haltung der Großmächte.

Stimmungen in Preußen.

nicht an Staatsmännern, wie Bunsen, Camphausen, Pourtales u. A., die solch eine Politik forderten. Sollte dieser Staat, so fragten sie zornig, der wehrkräftig wie keiner und in den Finanzen gesund, der ohne Verlegenheit im Innern und des Volksgeistes gewiß war, auf eine bloße Kriegsdrohung hin, die bramarbasirende Feinde, bittere Angst im Herzen, ausstießen, diesen Feinden den Staub von den Füßen lecken, ohne auch nur den Versuch des Widerstandes zu machen? Zu den Männern, die so dachten, gehörte auch der Prinz von Preußen, der in dem Rathe seines Bruders ritterlich für sein Vaterland kämpfte. Allein die Gegenpartei war übermächtig, und der zaghafte, schwankende König, der zwar mit seinen Versprechungen nicht brechen, aber noch weniger sich in die Bahn der Revolution locken lassen wollte, ward Schritt für Schritt zu ihnen hinübergezogen. Trotz der verletzenden Sprache, die der Czar gegen ihn führte, hielt er diesen für den einzigen Mann, der ihn aus seiner schlimmen Lage befreien könne. Er bat ihn um seine Vermittlung, und da Oestreich keinen Anlaß hatte, Nikolaus Entscheidung zu fürchten, so trafen Franz Joseph und des Königs Bruder Prinz Carl von Preußen sammt den leitenden Ministern beider Staaten, Brandenburg und Schwarzenberg, Ende October mit dem russischen Monarchen in Warschau zusammen. Preußen war zu ausgedehnten Zugeständnissen bereit; es wollte den Eintritt von ganz Oestreich in den deutschen Bund zugeben; es wollte auf die Berufung einer deutschen Volksvertretung verzichten; was es für sich verlangte, war das Recht, einen engeren Bund mit andern deutschen Staaten schließen zu dürfen, ein Antheil am Vorsitze im weiteren Bunde, und vor Allem, daß die Schlichtung der kurhessischen und der schleswig-holsteinschen Streitigkeiten nicht von der frankfurter Versammlung, sondern von Wien und Berlin gemeinsam herbeigeführt werde. Aber nicht genug, daß Nikolaus sich diesen Forderungen widersetzte und ohne Einschränkung für Oestreich eintrat, er behandelte auch, unwillig darüber, daß nicht der König selbst erschienen sei, den preußischen Minister, der als Sohn Friedrich Wilhelms II. dem hohenzollerschen Hause mit Leib und Seele zugethan und — was seine Schwächen sonst sein mochten — von warmer Liebe zum preußischen Staate erfüllt war, mit solch hochfahrender Geringschätzung, daß diesem das Herz darüber brach; am 1. November wieder in Berlin eingetroffen, konnte er an den Berathungen, welche in Folge seiner Berichte stattfanden, nicht mehr Theil nehmen; in Fieberphantasien sich zur Vertheidigung des Vaterlandes rüstend, starb er am 6. November. Mittlerweile war die Demüthigung Preußens beschlossen. In einem Ministerrathe am 2. November hatten die beiden Parteien einen letzten harten Kampf gekämpft. Die Majorität entschied sich für Nachgeben. Mit Thränen in den Augen, in der herzzerreißendsten Weise schloß sich der König ihr an, weil er Manteuffel im Innern nicht glaubte entbehren zu können. Radowitz

Warschauer Zusammenkunft.

Brandenburgs Tod.

erbat und erhielt seine Entlassung. Einige seiner Gesinnungsgenossen blieben zwar auf ihren Posten, aber der deutschen Sache war damit nichts gedient; die einzige Folge war, daß die eine Hälfte des Ministeriums, den neuen Präsidenten Manteuffel an der Spitze, hinter dem Rücken der andern Politik trieb. Gleich in den nächsten Tagen trat dies hervor. Eine Note vom 3. November, welche Preußens Unterwerfung in Wien anzeigte, erhielt dort keine andre Antwort, als das Verlangen, daß Preußen seine Truppen, die seit dem 24. October unter dem Generallieutnant von der Gröben die preußische Etappenstraße durch Hessen besetzt hielten, sogleich zurückziehen und dem Einrücken der Oestreicher in Schleswig-Holstein Nichts in den Weg legen solle. Ein östreichisches Armeecorps unter dem General von Legeditsch hatte sich am 1. November von seinen Quartieren in Vorarlberg nach Norden in Bewegung gesetzt und bairische Truppen waren an demselben Tage in Hanau eingerückt. Da wallte das preußische Ehrgefühl noch einmal auf, und an Brandenburgs Todestage ordnete der König die Mobilmachung der Armee an. Allein Manteuffel kümmerte sich darum nicht; während die preußischen Landwehrleute voll Begeisterung zu den Waffen eilten, erklärte er dem östreichischen Gesandten, jener Befehl sei nur eine Scheinmaßregel, um den öffentlichen Unwillen zu beschwichtigen. Zur besseren Bekräftigung dieser Deutung erging an den General von der Gröben die Weisung, jeden Kampf mit den Oestreichern und Baiern zu vermeiden. Ein paar Schüsse, die am 8. November bei Bronnzell in der Nähe von Fulda gewechselt wurden und denen ein Schimmel zum Opfer fiel, waren die ersten und letzten Feindseligkeiten, zu denen es kam. Alles das genügte, um überall jede Theilnahme für Preußen, die etwa aufkeimte, zu ersticken und die Bemühungen der Kriegspartei, Englands Beistand zu gewinnen, zu vereiteln. Der König hatte seine Zustimmung gegeben, daß Radowitz unter dem Vorwande, die englische Artillerie sich anzusehen, nach London reise und dort Anknüpfungspunkte suche, aber selbst bei den besten Freunden Preußens fand er nur Mißtrauen und taube Ohren. Manteuffel handelte denn auch grade so, als ob es keinen Radowitz und kein Gesuch um englisches Bündniß gebe. Als Schwarzenberg die förmliche Auflösung der Union durch einen Beschluß des Fürstencollegiums forderte und im Fall der Weigerung mit der Abberufung des Gesandten drohte, lud er die Vertreter der Unionsstaaten sogleich zu einer Conferenz ein (am 15. November), erklärte ihnen, daß Preußen die Unionsverfassung als aufgehoben betrachte und erbat ihre Zustimmung. Es klang wie Hohn, wenn er hinzufügte, der König wünsche trotzdem mit seinen Verbündeten in der Union zu bleiben und hoffe gegebenen Falls auf ihre Unterstützung so mit den Waffen wie in den Verhandlungen über die Neugestaltung des Bundes. Eine solche Handlungsweise mußte selbst die treuesten Anhänger erbittern; die Union aber

Radowitz Entlassung.

Letzte Krisis.

Scharmützel von Bronnzell.

Radowitz in England.

Auflösung der Union.

war zu Ende, auch wenn die Theilnehmer nicht, dem preußischen Verlangen gemäß, dies Einer nach dem Andern, Baden zuerst am 23. November, erklärt hätten.

Der Tag von Olmütz.

Die thatsächliche Demüthigung Preußens war vollzogen; nur eins fehlte noch, um sie vollkommen zu machen: das war eine Maßregel, die alle bisherigen Nachgiebigkeiten gleichsam in eine Handlung zusammenfaßte, und als Denksäule so vieler Schmach von Mit- und Nachwelt verstanden würde. Manteuffel brachte auch dies fertig. Da Oestreich seine Rüstungen noch immer nicht einstellte, obgleich Friedrich Wilhelm den Kaiser in einem eigenen Schreiben darum bat, so drängte sich sein Minister dem leitenden östreichischen Staatsmanne förmlich auf, ersuchte ihn am 26. November um eine Zusammenkunft und reiste ab, ohne auch nur die Antwort zu erwarten. Am nächsten Tage trafen beide Staatsmänner in Olmütz zusammen; der Oestreicher hatte in dem russischen Gesandten in Wien, Baron Meyendorff, noch einen Gehülfen mitgebracht. Manteuffel trieb wiederum Politik auf eigene Hand. Selbst die bescheidenen Schranken, welche man in Berlin ihm gezogen hatte, hielt er nicht inne. Man hatte ihm vorgeschrieben, dahin zu wirken, daß wenigstens nach der Herstellung des weiteren Bundes jeder Staat das Recht erhalten solle, sich mit andern enger zu verbinden; er ließ es fahren. Man verlangte in Berlin, daß der Frankfurter Bundestag so lange seine Thätigkeit einstelle, bis durch freie Conferenzen an einem neutralen Orte die künftige Gestaltung des Bundes geordnet sei; Manteuffel verzichtete auf dieses Verlangen. Seine Instructionen wiesen ihn an, auf der gemeinsamen Besetzung Kurhessens durch Preußen und Oestreicher zu bestehen; er begnügte sich mit einem Bataillon königlicher Truppen in Cassel. In der schleswig-holsteinischen Frage endlich sollte er die Mitwirkung der übrigen deutschen Regierungen, die Berathung auf den freien Conferenzen fordern; aber Schwarzenberg wußte zu gut, daß auch unter den musterhaft östreichisch gesinnten Mittel- und Kleinstaaten die Sache der Herzogthümer noch manchen Freund habe, als daß er so etwas hätte zugeben können; also wich Manteuffel auch hier und willigte in die Absendung östreichisch-preußischer Commissäre, welche die Landesregierung zwingen sollten, ihre Truppen hinter die Eider zurückzuziehen und auf ein Drittel zu vermindern.

Dresdener Conferenzen.

Am 29. November wurden diese Vereinbarungen unterzeichnet; das einzige Zugeständniß, welches Preußen noch gerettet, bestand darin, daß die Einladung zu den freien Conferenzen von ihm mit unterzeichnet werden durfte. Als Berathungsort wurde Dresden, als Eröffnungstag der 23. December gewählt. Ein gedeihliches Ergebniß war von den Verhandlungen für Preußen nicht zu hoffen; das Höchste, was es noch erreichen konnte, war eine Abwehr der östreichischen Forderungen. Schwarzenberg hatte nicht umsonst immer von Neuem betont, daß sein Kaiser durchaus nicht die einfache Rückkehr zum alten Bundestag

Das Siebzigmillionen-Reich.

wolle; jetzt zeigte sich deutlich, was er damit gemeint habe. Er forderte den Eintritt der ganzen östreichischen Monarchie, die fortan nicht einmal durch eine ideelle Linie mehr getrennt werden dürfe, in den neuen Bund und eine solche Vertheilung des Stimmenverhältnisses, daß die Kleinstaaten, die eine so bedenkliche Abhängigkeit von Preußen an den Tag gelegt hatten, zu Gunsten der Mittelstaaten vollständig ihres Einflusses beraubt worden wären. Beide Forderungen überspannten jedoch zu sehr das Maß des Erreichbaren. England erklärte schon im December, daß der Eintritt Gesammt-Oestreichs das Gleichgewicht Europas und die Selbständigkeit Deutschlands gefährde; es wiederholte diese Erklärung nachdrücklich im März 1851, und ein scharfer Protest Frankreichs brachte das Vorhaben vollends zu Fall.

Der Bundesrath.

Nicht besser ging es mit der Veränderung des Stimmenverhältnisses. Zur Vorberathung dieser Frage war ein Ausschuß gewählt worden, in dem Schwarzenberg den Vorsitz führte. In diesem beantragte er gemeinsam mit Preußen, die siebzehn Stimmen des alten engeren Rathes auf neun herabzusetzen, von denen die beiden Großmächte je zwei, die vier Königreiche je eine, und die beiden Hessen zusammen die neunte führen sollten. Dieser Vorschlag erschien selbst dem Ausschuß unannehmbar; er ließ Baden an der hessischen Stimme Theil nehmen und gab allen übrigen Staaten zusammen noch eine zehnte und eilfte. Aber auch so wäre Preußens Einfluß rettungslos verloren, es wäre seine politische Weltstellung mit einem Striche vernichtet gewesen. Glücklicher Weise wehrten sich die Mindermächtigen, besonders Baden, Mecklenburg und Weimar, tapfer ihrer Haut und ermuthigten, ja, zwangen dadurch auch Preußen zum Widerstande. Trotz der drohenden Sprache Schwarzenbergs traten außer den Königreichen nur fünf Staaten seinen Vorschlägen bei; die übrigen, ob sie gleich kaum ein Zehntel der Bevölkerung Deutschlands umfaßten, hielten fest an ihrer Weigerung und so mußte man die Unmöglichkeit, etwas Neues zu schaffen, einsehen und sich schlechthin zur Rückkehr zu dem alten Bundestag entschließen.

Volksvertretung.

Würtemberg erhob noch einmal die Forderung einer Volksvertretung am Bunde; der König selbst empfahl diese Einrichtung dem Fürsten Schwarzenberg in einem Briefe vom 18. Januar. Aber sein Vorschlag theilte das Schicksal aller andern; auch Preußen war demselben nichts weniger als hold gesinnt.

Preußischer Pessimismus.

Bei den meisten preußischen Staatsmännern, und bei den besten am stärksten, war jetzt die Einsicht zum Durchbruch gekommen, daß man den neuen Bund zu einem möglichst schwachen Abklatsch des alten machen müsse, damit der erste Hauch ihn über den Haufen werfe. Unterdessen, so meinte z. B. Pourtalès, der Gesandte in Constantinopel, wirken wir unermüdlich gegen unsre besten Freunde Nikolaus und Franz Joseph; wir flößen den Türken Muth ein; wir rathen den Italienern, sich um das Haus Savoyen zu schaaren; wir suchen es der revolutionär-nationalen Partei in Europa begreiflich

zu machen, daß Piemont und Preußen die beiden einzigen Staaten sind, auf denen ihre Hoffnung beruht. Solche Gesinnungen waren natürlich für Manteuffel und nicht minder für den König ein Greuel; aber beide konnten nicht verhindern, daß sie in der preußischen Diplomatie wucherten und auch bei Männern Wurzel schlugen, die zu den wärmsten Anhängern der östreichisch-russischen Allianz gehört hatten. Wo es noch ein Fünkchen preußischen Ehrgefühles gab, da mußte es auflodern bei der schnöden, hochmüthigen Behandlung, die Schwarzenberg dem gedemüthigten Gegner angedeihen ließ. Mit einer wahren Wonne schien der Retter Oestreichs, wie lobhudelnde Zeitungsstimmen ihn nannten, in den Wunden Preußens zu wühlen. Die Vorgeschichte von Olmütz den fremden Höfen recht ausführlich auseinander zu setzen, mitleidig hinzuwerfen, daß der Kaiser einem „so bescheiden ausgesprochenen Wunsche" Friedrich Wilhelms wohl habe willfahren können, laut zu prahlen, daß Preußen erst erniedrigt, und dann vernichtet werden müsse, das waren die diplomatischen Künste und die feinen Manieren des Staatsmannes, der ausschließlich das Ohr seines eben zwanzigjährigen Kaisers beherrschte. Man schlürfte an der Wien den Taumelkelch des Glückes bis zur Neige; man schwelgte in dem Rausche und fühlte nicht, daß es ein Rausch war; man forderte trotzig das Schicksal heraus und achtete nicht der Wolken, die finster am Horizonte aufzogen, der tödtlichen Keime, die überall wucherten, der unversöhnlichen Feindschaft, die vorsichtig sich verbarg, aber in der Verborgenheit zu Riesenstärke anschwoll. Der Uebermuth war grenzenlos; der Fall, als er eintrat, sollte seiner würdig sein.

Oestreichischer Uebermuth.

Die Reaction in Deutschland und Oestreich.

Der erneuerte Bundestag.

Noch aber war von keinem Fall die Rede, noch sprach man nur von der Verfolgung, von der Ausnutzung des Sieges. Die nächste Frucht, die man heimbrachte, war die Wiedereröffnung des vervollständigten Bundestages. Seit den ersten Tagen des Mai trafen die Gesandten der bisher noch nicht vertretenen Staaten nach und nach in Frankfurt ein. Preußen hatte selbst in einer Note vom 27. März die früheren Unionsstaaten dazu aufgefordert und schickte als seinen Vertreter einen Mann, der vor Vielen dazu geeignet war, die alten Fäden zuerst wieder anzuknüpfen, Herrn von Rochow, den Gesandten am petersburger Hofe, einen überzeugten Bewunderer der Manteuffel'schen Politik. Nicht für die Dauer sollte er in Frankfurt bleiben; war Alles erst ins alte Gleis zurückgebracht, dann kehrte er an die Newa zurück und übergab den frankfurter Posten seinem Legationssecretär Otto von Bismarck, der sich als treuen Kämpen der Reaction auf parlamentarischem Boden bewährt hatte und jetzt zum ersten Male, unter so bewährter Leitung, sich in der Diplo-

Herr von Bismarck.

matie erproben sollte. Ganz volles Vertrauen setzte man in Berlin nicht in ihn; wohl in seine Gesinnungstüchtigkeit, die stand über allen Zweifeln; aber ob er die Mäßigung und Biegsamkeit habe, die man von einem preußischen Gesandten in Frankfurt fordern mußte, das war dem Könige selbst bedenklich. Indessen der Mann hatte durch seine unerschrockene Königstreue es wohl verdient, daß man seine Bitte erfüllte und einen Versuch mit ihm machte. So traf er denn am 14. Mai 1851 mit Herrn von Rochow in der Mainstadt ein und übernahm im Herbste verabredeter Maßen die volle Leitung der Geschäfte.

Aufgaben des Bundestages.

Von den dresdener Besprechungen übernahm der Bundestag die weitere Verarbeitung aller der Aufgaben, die man dort nicht hatte lösen können. Alle vorbereitenden Studien wurden ihm in der letzten Sitzung der freien Conferenzen am 15. Mai als „schätzbares Material" überwiesen. Aber was die Umgestaltung des Bundes betraf, so erwartete doch eigentlich Niemand, daß man die noch einmal wieder aufnehmen werde; was an der Elbe gescheitert war, hatte am Main keine Aussicht zu gelingen. Von viel größerer Bedeutung erschien die andere Aufgabe, welche dem Bundestage gestellt war: soviel wie möglich überall die Errungenschaften der Revolution zu zerstören und Alles auf den vormärzlichen Standpunkt oder noch darüber hinaus zurückzuführen. Besonders verlockend war diese Aufgabe in Holstein und in Kurhessen, obgleich die Hauptarbeit beider Orten schon gethan war.

Schleswig-Holstein.

An der Eider trafen bereits Anfang Januar Bevollmächtigte der beiden Großmächte ein, die Generale von Mensdorff-Pouilly und von Thümen, und geboten die Räumung Schleswigs, soweit es noch von den Landestruppen besetzt war, und die Verminderung dieser Truppen. Da sich gleichzeitig Legeditsch, der in Kurhessen entbehrlich geworden war, nach der Elbe in Bewegung setzte, blieb der Landesregierung keine Wahl, sie mußte gehorchen; aber zur Ausführung der schmählichen Befehle wollten sich die Führer der nationalen Bewegung nicht hergeben, sondern legten ihre Aemter nieder. Darauf übertrugen die Bevollmächtigten der beiden Großmächte in Uebereinstimmung mit dem dänischen Commissar Grafen Reventlow-Criminil die Verwaltung des Landes am 2. Februar einer Oberbehörde von fünf Mitgliedern unter dem Vorsitz des Barons Adolf Blome, setzten die Verfassung vom 15. September 1848 und die deutschen Grundrechte außer Kraft, lösten die Landesversammlung auf und überlieferten selbst Rendsburg, das doch zu Holstein gehörte, den dänischen Truppen. Dann begannen die Verhandlungen über das künftige Verhältniß Schleswigs zu Holstein und über die Erbfolge. Theils zwischen den betheiligten Regierungen, theils zwischen Vertretern des Königreichs und der Herzogthümer, die der König zu diesem Zweck ernannt hatte, theils endlich in Kopenhagen zwischen dem Ministerium und dem Reichsrathe gepflogen, schleppten sie sich langsam und mühevoll ein ganzes Jahr hin. Ein Erlaß des dänischen

Königs vom 28. Januar 1852, der bis auf die Universität Kiel und einige andere Anstalten alle Bande zwischen den beiden Herzogthümern durchschnitt und die Beziehungen zwischen ihnen und dem Königreich obenhin ordnete, galt endlich als genügende Bürgschaft, um Holstein wieder vollständig an die Dänen auszuliefern; am 18. Februar fand die Uebergabe statt. Die Erbfolgeordnung erhielt ihren Abschluß durch ein zweites londoner Protocoll. Durch das frühere vom 2. August 1850 hatten die Großmächte mit Ausnahme Preußens sich bereits für die Aufrechterhaltung des Gesammtstaates Dänemark verpflichtet; es handelte sich jetzt also noch darum die Person des dereinstigen Königs zu bestimmen und Preußens Einwilligung zu erlangen. Die berechtigte Erbin in Dänemark war eine Schwester Christians VIII., die Landgräfin Charlotte von Hessen; deren Tochter Luise war mit dem Prinzen Christian von Glücksburg vermählt und diesen ersah man zum künftigen König. Nachdem Nikolaus schon in dem warschauer Protocoll vom 5. Juni 1851 seine Beistimmung dazu gegeben hatte, erklärten sich am 8. Mai 1852 in dem londoner Protocoll auch die andern Großmächte und Schweden damit einverstanden. Selbst in Dänemark stieß diese Anordnung aber auf so hartnäckigen Widerstand, daß der Reichstag sie erst nach zweimaliger Auflösung und mehreren Ministerwechseln am 24. Juni 1853 annahm. Damit war für das Königreich das Thronfolgerecht des Prinzen von Glücksburg gesetzlich gesichert; aber noch keineswegs für die Herzogthümer. Denn weder der deutsche Bund hatte seine Zustimmung erklärt, noch waren die Stände der Herzogthümer darum ersucht worden, noch hatten endlich die Augustenburger, die Oldenburger und wer sonst noch vor oder neben dem Prinzen Christian Erbrechte auf Schleswig-Holstein oder auf einzelne Theile davon besaß, Verzicht geleistet. Die Dänen glaubten das alles entbehren zu können; nur von dem regierenden Herzog von Augustenburg erwirkten sie sich am 30. December 1852 einen Verzicht, indem sie ihm die Summe von anderthalb Millionen Reichsthalern als Entschädigung für seine eingezogenen Güter im Königreiche zahlten. Herr von Bismarck war bei diesem Abkommen sehr thätig gewesen; es unanfechtbar zu machen war aber auch seinem Eifer nicht gelungen, da die Verwandten des Herzogs ihre Zustimmung versagten. Man konnte es den Dänen bei dieser Sachlage nicht verübeln, wenn sie gegen die ganze Familie die Verbannung aufrecht erhielten, obgleich der König eine umfassende Begnadigung verheißen hatte. Aber daran ließ sich ihre Verfolgungssucht nicht genügen. Mit der Fürstenfamilie mußten die Mitglieder der Landesregierung und viele Officiere der schleswig-holsteinschen Armee die Heimat verlassen. Trotz aller Versprechungen begann eine erbitterte Verfolgung der Führer des Deutschthums; acht Professoren der kieler Universität, viele Lehrer, Prediger und Beamte verloren ihre Stellen und mußten im Auslande ein Unterkommen suchen; in

Uebergabe Holsteins an die Dänen.

Die Erbfolge.

Warschauer und londoner Protocoll.

Dänisches Strafregiment.

Deutschland mit offenen Armen empfangen und auch von den meisten Regierungen begünstigt, fanden viele von ihnen leidlichen Ersatz für das, was ihnen genommen war; tausende aber, zumal aus dem Handels- und Gewerbestande, mußten sich eine neue Existenz jenseits des Oceans zu begründen suchen. Der Ingrimm und Haß, mit dem die Dänen besonders in Schleswig deutsche Sprache und Sitte auszurotten trachteten, die Verfolgungssucht, die sie nicht blos im öffentlichen Leben, sondern bis in die Familien hinein bethätigten, die Bemühungen, eine gesetzliche Verschmelzung der Herzogthümer mit dem Königreiche herbeizuführen, bilden den traurigen Inhalt des folgenden Jahrzehntes der schleswig-holsteinschen Geschichte. An lahmen Vorstellungen und halben Drohungen seitens der deutschen Regierungen fehlte es dabei wohl nicht; aber welchen Erfolg konnten sie haben, wenn es in Deutschland selbst nicht anders herging, wenn dieselbe Willkür, die in Schleswig die Nationalgesinnten mißhandelte, in Oestreich wie in Preußen, in den Mittel- wie in den Kleinstaaten die Liberalen plackte und schund, die Presse unterdrückte, die Volksvertretung fälschte und schamlos Recht und Gesetz mit Füßen trat? Weit verbreitet war bald in Europa die Meinung, daß Deutschlands Haß gegen Dänemark zusammenfalle mit dem Haß der Reaction gegen den Liberalismus; und wenn diese Meinung auch künstlich genährt wurde, so war sie doch gewiß nicht unentschuldbar für den fremden Beobachter, dem soviel jedenfalls nicht entgehen konnte, daß die Beschwerden über Unterdrückung von Regierungen herrührten, die selbst zu Beschwerden über Unterdrückung den reichlichsten Anlaß geben.

Kurhessen.

Kurhessen war das würdige Gegenstück zu Schleswig-Holstein. Hier hatten östreichische und bairische Truppen gemeinsam die Herstellung des Hassenpflug'schen Regimentes besorgt. Da mit ihrem Einmarsch der passive Widerstand in den Beamtenkreisen noch nicht sofort erlosch, wurden als wirksames Mittel ihn zu brechen die Masseneinquartierungen benutzt, die den Namen der Strafbaiern zum geflügelten Worte machten. Kriegsgerichte besorgten das Uebrige; die Mitglieder des landständischen Ausschusses, viele hohe Beamte und Richter wurden von ihnen verurtheilt, meist zu Festungshaft. Preußen suchte die gütliche Unterwerfung der Widerstrebenden zu fördern und als es dem General Peucker gelungen war, das Oberappellationsgericht in Cassel am 18. December zu einer fügsamen Erklärung zu bewegen, folgten auch die meisten Behörden dem gegebenen Beiiele und die Beamtenrevolution, die Revolution in Schlafrock d Pantoffeln, wie Manteuffel sie höhnisch in der ersten Kamr nannte, ging zu Ende. Hassenpflug aber verstand es, die

Verfassungsbruch.

nstige Lage auszunutzen. Obgleich die hessische Verfassung keine ucht des Jahres 1848 war, sondern schon seit zwanzig Jahren Wirksamkeit stand, so hoffte er sie doch bei dieser Gelegenheit itigen zu können. Zunächst ließ er sich durch die beiden Be-

vollmächtigten des Bundes, den östreichischen General von Leiningen und den preußischen Staatsminister von Uhden, zu einer Reihe von Verordnungen auffordern, welche die Gerichts- und Verwaltungseinrichtungen des Landes völlig umgestalteten; dann vereinbarte er mit ihnen einen neuen Verfassungsentwurf und veranlaßte sie zu einem Berichte an den Bund, in dem sie die Unzulässigkeit der Verfassung von 1831 nachzuweisen suchten. In Frankfurt ging man gern auf ihre Darstellung ein und beauftragte am 27. März 1852 die kurhessische Regierung, den neuen Verfassungsentwurf und ein neues Wahlgesetz (an Stelle des im Jahre 1849 geschaffenen) vorläufig in Kraft zu setzen, was denn auch am 13. April geschah. Die Zustimmung der neu zu wählenden Stände war dabei jedoch vorbehalten, und da Hassenpflug diese trotz aller Maßregelungen nicht erlangen konnte, so schleppte sich die Frage ungelöst durch die Jahre der Reaction hindurch und endete zuletzt doch, wie später zu erzählen sein wird, mit dem Siege der Verfassung von 1831.

Verfassung vom 13. April 1852.

In anderen deutschen Staaten, deren Bevölkerungen in ihrem Widerstande weniger zäh waren, gelang die Beseitigung der revolutionären Schöpfungen wenn nicht schneller, doch gründlicher. Meistens diente als Handhabe dabei der Bericht, welchen der sogenannte Reactionsausschuß am 16. August 1851 der Bundesversammlung erstattete. Dieser Ausschuß hatte den Auftrag erhalten, die Mittel zu bezeichnen, durch welche der innere Friede Deutschlands befestigt und das Vordringen der zerstörenden Kräfte gehemmt werden könne. Er empfahl nun vor Allem die neu entstandenen Verfassungen zu säubern und die Beschränkungen des fürstlichen Vetos, das allgemeine Wahlrecht, die Beeidigung des Militärs und ähnliche demokratische Bestimmungen aus ihnen auszumerzen; jede Regierung sollte das zunächst auf eigene Hand und aus eigener Kraft zu bewirken suchen; wenn sie dazu außer Stande sei, müsse sie von Bundeswegen unterstützt werden. Diese Vorschläge wurden am 23. August angenommen und zugleich die Aufhebung der deutschen Grundrechte beschlossen. Dann ging die Arbeit in den einzelnen Ländern an. Hier und da war man freilich den Bundesbeschlüssen lange vorausgeeilt, sei es wie in Preußen durch Umarbeitung der allzuradicalen Verfassung, sei es wie in Mecklenburg durch den Umsturz derselben. Am 11. October 1849 war in Schwerin nach elfmonatlichen Berathungen ein Staatsgrundgesetz verkündet und vom Großherzog beschworen worden, das dem verkommenen ständischen Wesen des Landes ein Ende machte. Trotzdem gab das mecklenburgische Junkerthum sein Spiel noch nicht verloren; indem es sich auf die Gewähr berief, welche der Bundestag für die alte Verfassung übernommen hatte, legte es bei dem östreichisch-preußischen Interim Verwahrung gegen das neue Gesetz ein und forderte dessen Einschreiten. Das liberale Ministerium dagegen, dessen Vorstand Herr von Lützow war, wandte sich an den Verwaltungsrath der deutschen Union,

Der Reactionsausschuß der Bundesversammlung.

Aufhebung der Grundrechte.

Mecklenburg.

zu der die beiden Mecklenburg ja gehörten. Hier wie dort, in Berlin wie in Frankfurt, war man bereit, sich der Sache anzunehmen, so daß die Bevollmächtigten Preußens, die in beiden Behörden saßen, sich gegenseitig die Befugniß der Entscheidung streitig machten. Wer aus dieser widerspruchsvollen Lage als Sieger hervorgehen werde, konnte jedoch kaum zweifelhaft sein, da der König von Preußen auf Grund seiner Erbberechtigung in Mecklenburg selbst schon am 22. November 1849 gegen die neue Verfassung Verwahrung eingelegt hatte. Nach einigem Sträuben gehorchte daher der Großherzog der Aufforderung, die ihm aus Frankfurt zukam, und willigte in ein Schiedsgericht. Er selbst wählte den König von Preußen, die Ritterschaft den von Hannover zum Schiedsmann und die Bevollmächtigten beider, der Vicepräsident Götze und der Cabinetsrath von Scheele, erkoren als Dritten den sächsischen Präsidenten von Langenn. Bis zum Austrag wurde die Ständeversammlung vertagt und das Ministerium Lützow, das mit diesen Maßregeln nicht einverstanden war, durch ein neues Cabinet ersetzt, welches der bisherige preußische Unterstaatssecretär von Bülow bildete. Der Spruch der Dreimänner erfolgte schon am 11. September 1850 zu Freienwalde in der Mark Brandenburg und lautete zu Gunsten der Ritterschaft. Der Großherzog zögerte nicht ihm zu gehorchen; die Ständeversammlung wurde aufgelöst, die Verfassung aufgehoben und der altständische Landtag wieder einberufen. Einige Versuche, mit diesem eine verbesserte Verfassung zu vereinbaren, scheiterten völlig und so bewahrte Mecklenburg seine verrotteten Zustände und brachte sie glücklich selbst in das neue deutsche Reich hinein.

Der Freienwalder Schiedsspruch.

Verfassungsänderungen in andern Staaten.

In vielen Staaten, und grade in den größeren, machte die Beseitigung der liberalen Verfassungsänderungen und der Gesetze, die in der Revolutionszeit entstanden waren, den Regierungen nur geringe Mühe; so in Baiern, Sachsen, Würtemberg, wo man, wie übrigens fast aller Orten, besonders den Wahlgesetzen eine ganz unversöhnliche Feindschaft nachtrug und durch Beschränkung des Wahlrechtes wohlgezogene, gefügige Kammern zu erzielen hoffte, die man in Wahrheit doch nur der allgemeinen Ermattung und Hoffnungslosigkeit verdankte. Ueberall wurden natürlich die deutschen Grundrechte außer Kraft gesetzt; wo man nicht allein fertig werden konnte, nahm man zu Bundescommissären seine Zuflucht, deren bloßes Erscheinen in kleineren Staaten wie in Bremen genügte, um den Widerstand zu brechen. [illegible] nirgends blieben die Neuerungen, die 1848 und 1849 ge[illegible]fen waren, in Wirksamkeit; selbst unter den freisinnigeren [illegible]ften fand sich kaum einer, wie etwa der Herzog Ernst von [illegible]burg, der die Einmischung des Bundes abzuweisen den Muth [illegible]te. In einzelnen Staaten zogen sich diese rückläufigen Be[illegible]ungen mehrere Jahre hin, ehe sie zum Abschluß kamen, so in [illegible]ssau, in Altenburg, in Schwarzburg, vor Allem in Hannover.

Hannover. Hier hatte ein Gesetz vom 5. September 1848 neben anderen Verfassungsbestimmungen besonders auch den ausschließlichen Einfluß der Ritterschaft in der ersten Kammer aufgehoben und dem Handels- und Gewerbestande eine maßgebende Vertretung in derselben gesichert; noch größere Einbuße als dadurch fürchtete die Aristokratie durch die Umgestaltung der Provinziallandschaften zu erleiden. Als daher die Reaction in Fluß gekommen und das bisherige liberale Ministerium Graf Bennigsen-Stüve (am 26. October 1850) einem conservativen unter dem Vorsitze des Herrn von Münchhausen gewichen war, begann die Ritterschaft zunächst in Eingaben an den König ihre Forderungen geltend zu machen. Ernst August wies sie aber ab, da er die große Macht des hannoverischen Adels selbst nicht ungern gebrochen sah, und am 1. August 1851 trat das Gesetz über die Provinziallandschaften in Kraft. Bald darauf starb der König und sein blinder Sohn

Georg V. bestieg als Georg V. am 18. November den Thron. Dieser berief sofort unter dem Präsidium des Freiherrn von Scheele ein neues Ministerium, in welchem die Ritterschaft durch mehrere hervorragende Mitglieder, von Borries, von der Decken, von Brandis vertreten war, während das Justizministerium einem Bürgerlichen, Windthorst von Meppen, übertragen wurde, der durch eine neue Gerichtsordnung vom 21. August 1852 sich ein dauerndes Verdienst um das Land erwarb. Den Forderungen des Adels unbedingt nachzugeben war doch auch dieses Ministerium in seiner Mehrheit nicht geneigt; Borries und von der Decken schieden deshalb schon nach wenigen Monaten aus und die bleibenden Minister legten dem Landtage eine vermittelnde Vorlage vor, durch welche sie die Einmischung des Bundestages, an den sich die Ritterschaft gewandt, zu umgehen hoffte. Mit kleiner Mehrheit verwarf jedoch die zweite Kammer am 22. Juni 1853 den Regierungsantrag. Sie wurde sofort aufgelöst, allein das Ministerium überlebte sie nicht lange; Ende November ward es entlassen und der Landdrost von Lütcken mit der Neubildung betraut. Nun folgten wieder lange Verhandlungen am Bundestage, die mit dem Beschluß vom 12. April 1855 endeten, daß die Regierung verpflichtet sei, die Gesetze vom 5. September 1848 und 1. August 1851 zu ändern. Der neugewählte Landtag war aber in seiner Mehrheit noch immer oppositionell und forderte Aufklärung über die Verhandlungen in Frankfurt; diese wurde ihm verweigert, und als er nun den König bat die Selbständigkeit des Königreiches und die Gültigkeit der Verfassung vor Eingriffen des Bundestages zu schützen, ward er am 13. Juli vertagt und am 31. aufgelöst. Die letztere Maßregel traf nicht mehr das Ministerium Lütcken, sondern ein starr ritterschaftliches, das aus den Grafen Kielmannsegge und Platen-Hallermund, den Herren von Borries, von der Decken, von Bothmer und von Brandis bestand und am 1. August den Bundesbeschluß in vollem Umfang, ohne ständische Mitwirkung zur Ausführung brachte.

Der nächste Landtag ward wieder nach dem alten Wahlgesetze gewählt und lieferte also eine erste Kammer, die unbedingt zur Regierung stand; in der zweiten Kammer dagegen bildete auch jetzt die Opposition noch die Mehrheit, deren Führung mehrere der früheren Minister, Graf Bennigsen, Freiherr von Münchhausen, Windthorst, übernahmen. Erst als nach erneuter Auflösung durch eine königliche Verfügung nicht blos die zeitigen, sondern auch die früheren Staatsdiener, insbesondere die genannten Minister, von dem Eintritt in die Ständeversammlung ausgeschlossen wurden, fand sich auf dem Landtag von 1857 eine ministerielle Mehrheit zusammen, der die Liberalen unter der Führung des jungen Rudolf von Bennigsen einen tapferen, aber hoffnungslosen Widerstand entgegensetzten.

Willkürherrschaft in Deutschland.

Es waren traurige Zeiten, die so über ganz Deutschland hereingebrochen waren. Die Regierungen der einzelnen Staaten schienen förmlich mit einander zu wetteifern, um sich gegenseitig in Polizeiwillkür, Rechtsbruch und kleinlicher Ränkesucht zu überbieten. Auflösungen der Ständeversammlungen waren so an der Tagesordnung, daß es kaum ein Ministerium gab, das nicht wiederholt dazu gegriffen hätte; schamlose Wahlbeeinflussungen, Einschüchterung so gut wie Bestechung gröberer oder feinerer Art, brachten dann endlich willfährige Kammern zu Stande, die sich dazu hergaben, dem vollzogenen Gesetzesbruch den Schein der Gesetzlichkeit zu geben.

Die Presse.

Die Presse wurde beschränkt und mißhandelt, so wie sie ein offenes Wort zu sprechen sich anmaßte; ein Bundesgesetz vom 6. Juli 1854 regelte die Bedingungen, unter denen die Preßfreiheit gestattet sein sollte. Völlig ertödten ließ sich das öffentliche Wort freilich nicht mehr; die Gewöhnung der Revolutionsjahre hatte schon zu tiefe Wurzeln geschlagen, die Zahl der großen und kleinen Blätter war in kaum geahntem Maße gewachsen; was in dem einen Ländchen nicht gesagt werden durfte, trat in dem andern ans Licht und fand leicht seinen Weg über die Grenze; die Verhandlungen der Landtage, deren Veröffentlichung man nicht verhindern konnte, boten durch die Reden der Oppositionsmänner immer neuen Anstoß zur Belebung des öffentlichen Geistes. Um so eifriger suchte man andere politische Zusammenkünfte und Vereine zu verhindern.

Vereinsgesetz.

Ein Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 zog ihnen so enge Grenzen wie irgend möglich und schrieb ihre strengste Ueberwachung vor.

Polizei.

Verdächtige Politiker wurden auf das Aengstlichste beobachtet, die Parteistellung der ruhigsten Bürger aufmerksam ausspionirt; es kam ·hl vor, daß die Polizei die Leidtragenden notirte, welche dem ·rge eines Achtundvierzigers folgten, von der Controlle über die ·timmabgabe bei den Wahlen gar nicht zu reden. Das Paß·esen wurde zu höchster Vollkommenheit ausgebildet; wehe dem, ·r mit irgend einem flüchtigen Demokraten oder anrüchigen ·ppositionsmann auch nur entfernte Aehnlichkeit hatte, er war ·r lästigsten Plackereien und Scherereien sicher, sowie er seinen

Heimatsort verließ. Vor den übrigen Staaten zeichnete sich auch hier wieder Preußen durch den blindesten und rücksichtslosesten Eifer aus. Der höhere Polizeidienst nicht allein, sondern überhaupt die Civilverwaltung gerieth in die Hände der erbittertsten Reactionäre. Männer wie Kleist-Retzow, die mit dem persönlichsten Hasse den Liberalismus verfolgten, wurden zu Regierungspräsidenten ernannt; die Hauptstadt selbst seufzte unter der Tyrannei ihres Polizeimeisters, des Herrn von Hinckeldey, der im Bewußtsein der Macht, die in seinen Händen lag, sogar der eigenen Partei zu trotzen wagte, und weder den Zorn der Kreuzzeitung, die er wiederholt mit Beschlag belegte, noch die Drohungen der Junker, deren gesetzwidrige Spielclubs er schloß, scheute. Daß er in diesem Kampfe schließlich unterlag und im Duell mit dem Edlen von Rochow im März 1856 seinen Tod fand, umgab ihn zu guter Letzt noch mit dem Heiligenscheine der Pflichttreue, während seine ganze Amtsführung doch hinlänglich bewies, daß ihm die Wahl der Mittel nicht minder gleichgültig war, als den Gegnern, die seinen Beamtenstolz haßten und ihm das Recht nicht zugestehen wollten, auch gegen sie das Gesetz in Anwendung zu bringen. Rochows Begnadigung durch den König war ganz geeignet, diese Ueberhebung über das Gesetz noch zu steigern, und selbst die Haltung mancher Richter förderte den Uebermuth.

Rechtspflege. Der Glaube an die Unparteilichkeit der Gerichte gerieth ins Schwanken; es war kaum noch nöthig, daß die Regierungen durch Aufhebung der Bürgschaften, welche für die Unabhängigkeit des Richterstandes erlassen waren, durch Beseitigung der Geschworenen, durch die Begründung außerordentlicher Gerichtshöfe, durch die Ernennung und Verwendung von Hülfsrichtern und durch ähnliche Maßregeln das Ihre thaten, um das öffentliche Vertrauen vollends zu untergraben. Mehr als ein Massenproceß, dem die Unlauterkeit der Absicht, welche die Ankläger verfolgten, offen an der Stirne geschrieben stand, wurde anhängig gemacht und mit den verwerflichsten Mitteln zu dem erwünschten Ende geführt. Preußen, das in dieser Beziehung durch die Anklage gegen Waldeck schon 1849 das traurige Vorbild gegeben hatte, erlebte weiterhin den Ladendorfschen Proceß, in dem der Ankläger, obendrein ein früherer Officier, sich schließlich als der eigentliche Anstifter der Verschwörung, die er verfolgte, offenbarte. Derselbe Mensch diente dann in Mecklenburg als Werkzeug, um in einem vieljährigen Hochverrathsproceß die Häupter der Demokratie, unter ihnen Moritz Wiggers, den Präsidenten des Landtags von 1849, ins Zuchthaus zu bringen. Angebereien und Hetzereien wurden ein sicheres Mittel, um die Gunst der Regierenden zu gewinnen und in Aemtern und Würden emporzusteigen. In den pflichttreuen und gewissenhaften Beamtenstand, der die Zierde fast aller deutschen Staaten gewesen war, wurden Aufpasser und Liebediener hineingeschoben, um jeder selbständigen Regung auf die Spur zu kommen und jede unabhängige Ge-

stimmung durch kleinliche Nergeleien und Maßregelungen mürbe zu machen und zu ersticken. Mit dem Hochmuth nach unten verband sich die Kriecherei vor den Oberen zu einem widerlichen Gemisch. Bis in die Gemeindebehörden hinein verfolgte der Staat den Liberalismus; in Schule und Kirche ertödtete er, soweit es in seiner Macht stand, jede freie Denkungsart; Strenggläubigkeit und Frömmelei wurden zu vollgültigen Empfehlungsbriefen für die Mittelmäßigkeit, ja für die Gemeinheit. Die freisinnige Theologie ward fast überall von den Kanzeln und von den Lehrstühlen verdrängt. Wer nicht aus Ueberzeugung die alten Satzungen anzunehmen vermochte — und wie viele vermochten das nicht — dem blieb nichts übrig, als zu heucheln oder die Kirche zu meiden, in der für seinen Glauben keine Stätte mehr war. So entfremdeten sich die Gemüther der Religion und die Lehren des Materialismus, die mit den neuen Entdeckungen der rastlos forschenden Naturwissenschaft zu scheinphilosophischen Systemen verquickt wurden, eroberten das Gebiet, das der Kirche verloren ging.

Reaction in Oestreich.

Die beiden deutschen Großstaaten gingen in allen diesen Dingen den kleineren mit ihrem Beispiele voran. Sehr verschiedenartig aber entwickelten sich die Verfassungsverhältnisse in ihnen. Während man in Preußen den am 31. Januar 1850 gewonnenen Rechtsboden wenigstens äußerlich wahrte, trug die Reaction in Oestreich kein Bedenken, das Grundgesetz vom 4. März 1849 einfach umzustürzen. In den ersten Monaten nach der Bezwingung Ungarns und Italiens hielt sie mit diesen Plänen noch zurück. Die ungarische Verfassung war freilich sofort aufgehoben, weil sie durch die Revolution verwirkt sei; die südillyrischen Länder einerseits und Siebenbürgen andrerseits wurden von der Stephanskrone abgelöst und ebenso wie Serbien für unabhängige Kronländer erklärt; aber dafür wurde noch am 1. November 1849 die Verfassung vom 4. März auf Ungarn ausgedehnt und somit die constitutionelle Regierungsform neu anerkannt. Auch erhielten die deutschen und slavischen Provinzen in den ersten Monaten des Jahres 1850 besondere Landesverfassungen, deren Grundzüge durch einen kaiserlichen Erlaß vom 30. December 1849 festgestellt waren; für Galizien und die Bukowina folgten ähnliche Verfügungen noch im September 1850. Inzwischen aber reifte der Entschluß, mit der Gesammtverfassungsspielerei kurzer Hand ein Ende zu machen. Schon am 14. April 1851 wurde ein Reichsrath geschaffen, der, aus kaiserlicher Ernennung hervorgegangen, der Gesetzgebung berathend mitwirken und die Stelle der lksvertretung ersetzen sollte; am 20. August 1851 hob dann Monarch die Ministerverantwortlichkeit dem Lande gegenüber und verlangte von Schwarzenberg und dem Präsidenten des ichsrathes, Freiherrn von Kübeck, einen Bericht über die Zusigkeit und die Fortdauer des Staatsgrundgesetzes. Selbstverndlich lautete derselbe dahin, daß die Staatseinheit und das

monarchische Princip die Aufhebung erforderten, und da inzwischen der Präsident der französischen Republik durch seinen Staatsstreich vom 2. December mit gutem Beispiele vorangegangen war, erfolgte durch kaiserliches Patent vom 31. Dezember 1851 die Aufhebung der Märzverfassung. Daß Franz Joseph keinen Eid auf dieselbe abgelegt hatte, mochte ihm den Entschluß zu diesem Rechtsbruch erleichtern, der vom politischen Standpunkt aus schwerlich ungerechtfertigt genannt werden konnte. Eine gedeihliche Wirksamkeit von einem Reichstage zu erwarten, der alle die widerstrebenden Elemente des Kaiserstaates in sich vereinigte, war gewiß eine völlig grundlose Hoffnung und den gordischen Knoten, den die Verwicklungen der letzten Jahre geschlungen hatten, allmälig und durch gesetzliche Maßnahmen zu entwirren, war eine Aufgabe von unsäglicher Schwierigkeit, an der selbst ein größerer Staatsmann als Schwarzenberg zu scheitern fürchten mußte. Viel bequemer und für den Augenblick auch gefahrloser war es, mit einem Schlage den Wirrwarr zu durchhauen und mittelst kaiserlicher Patente die überstürzten wie die wohlbegründeten und segensreichen Neuerungen der letzten Jahre rückgängig zu machen. Schwarzenberg selbst war es nicht lange gegönnt, sich dieser zerstörenden Thätigkeit zu erfreuen; am 5. April 1852 ereilte ihn der Tod. Aber sein Nachfolger im auswärtigen Amte, Graf Buol-Schauenstein, und seine Collegen im Ministerium, besonders der einst so freisinnige Freiherr Alexander von Bach und der böhmische Graf Leo Thun, setzten seine Arbeit unverdrossen fort. Das Strafgesetzbuch und das bürgerliche Recht, die Organisation der Gerichte und der Behörden, die Gesetze über die Landwehr und die Nationalgarden wurden durch kaiserliche Patente aufgehoben oder umgestaltet; von den wichtigeren Beschlüssen des Reichstages dienten fast nur die über die Aufhebung der bäuerlichen Lasten der neuen Gesetzgebung als Grundlage. Unendliche Schwierigkeiten bot die traurige Finanzlage des Staates dar, die Jahr für Jahr ein Deficit ergab und zur Ausgabe von Papiergeld zwang, das immer tiefer im Werthe sank und den Aufschwung von Handel und Gewerbe empfindlich hemmte. Zu dem allen kam endlich noch der schrankenlose Einfluß der Geistlichkeit, der die Souveränität des Kaisers ärger beschränkte, als es eine Volksvertretung hätte thun können. Auch von dieser Seite betrachtet, wiederholte sich der Eindruck, den das dumpfe Murren der unterworfenen Völker hervorrief. Glänzend und mächtig, wie Oestreich nach außen wieder dastand, war es innerlich durch und durch ungesund und durfte der Zukunft nur mit schweren Sorgen entgegen gehen.

Aufhebung der Märzverfassung. — *Schwarzenbergs Tod.* — *Ministerium Buol.*

In Preußen lagen die Dinge ungefähr gerade umgekehrt. Gedemüthigt und erniedrigt, wie der Staat jetzt war, trug er doch die Keime einer kräftigen Entwicklung in sich. Zu diesen gehörte auch die Verfassung. Auch an Friedrich Wilhelm trat die Verlockung, sie durch einen Staatsstreich wieder aufzuheben,

Die preußische Verfassung.

nahe genug heran. Schon im September 1851 stellte Oestreich die dringende Forderung, seinem Beispiele zu folgen. Es war das ungefähr um dieselbe Zeit, wo es auch Sardinien einlud, seine Verfassung abzuschaffen. In Turin wußte man sich gegen diese Zumuthung nicht besser zu verteidigen, als dadurch, daß man England und Frankreich das Ansinnen mittheilte und sie um Hülfe beschwor, die Napoleon auch gern zu gewähren bereit war, aber freilich um den Preis der Abtretung Savoyens. In Berlin stand man zu der östreichischen Forderung anders. In einen Verfassungsbruch zu willigen, hätte sich der König niemals entschlossen; aber mit Genehmigung des Landtags die Verfassung völlig umzuarbeiten und an ihre Stelle einen königlichen Freibrief zu setzen, das war eine Aussicht, wie sie ihm nicht lockender vor die Seele treten konnte. Denn unerschütterlich stand in ihm, nach seinem eigenen Zeugniß, die Ueberzeugung fest, daß der Constitutionalismus, der in der Verfassungsurkunde seinen Ausdruck gefunden, Preußens Tod werden müsse; und ebenso unerschütterlich war deshalb auch sein Vorsatz, alles, was in seinen Kräften stehe, „mit dem gewaltigsten Ernst als ein König von Gottes Gnaden" zu versuchen und zu thun, um unter Zustimmung der Kammern die Verfassung zum Bessern zu ändern. Nur verwarf er dabei mit Abscheu jeden Gedanken an einen Eidbruch; die östreichischen Anmuthungen ließ er sofort als revolutionäre Umsturzpläne zurückweisen, und sein Freund Bunsen erhielt den Auftrag, in England allen ungegründeten Verdacht dieser Art nachdrücklich zu bekämpfen. Ja, als Franz Joseph und Napoleon ihre Staatsstreiche vollführt hatten, unterdrückte Friedrich Wilhelm seine Lieblingswünsche sogar eine Zeit lang, nur um in Bezug auf seine Absichten nicht die falsche Deutung aufkommen zu lassen, als ob er jenen Vorbildern folgen wolle. Aber darum brannte er innerlich nicht minder vor Sehnsucht, endlich ans Werk gehen zu können, und ließ bis ins Einzelne von seinen Vertrauten den Schlachtplan ausarbeiten, den er zu befolgen gedachte. Am 8. Februar 1852 wurde ihm derselbe vorgelegt. Er ging dahin, daß man zunächst die Zustimmung der Kammern zu einer beträchtlichen Reihe von Aenderungen einholen solle; die wichtigsten darunter betrafen die Zusammensetzung der ersten Kammer, die Umwandlung der jährlichen Sitzungs- und Budgetperioden in zwei- oder dreijährige und die Aufhebung der Ministerverantwortlichkeit und des Verfassungseides. Wenn die Kammer diesen Forderungen genügt hätte, würde sich, so hieß es weiter, eine neue Redaction der Verfassungsurkunde als nothwendig herausstellen. Diese Gelegenheit sollte dann dazu benutzt werden, um ihr die Form eines königlichen Freibriefes zu geben, wodurch von selbst alle Bestimmungen über einzelne Gesetze, seien diese nun mittlerweile schon erlassen, oder stünden sie noch in Aussicht, wegfallen würden. Davon abgesehen aber müsse man in dieser Vorlage alle materiellen Aenderungen vermeiden. Diese würden

Die Wünsche des Königs.

Die Pläne der Reaction.

vielmehr in einer zweiten Umarbeitung niederzulegen sein, welche den Kammern nicht als Ganzes zur Kenntniß gebracht werden dürfe, sondern nur stückweise, in dem Maße, wie jene in der Berathung der ersten Vorlage vorrückten. Die Hauptsache, die man so hinterrücks noch zu erreichen hoffte, war eine gänzliche Umwandlung des Wahlgesetzes zur zweiten Kammer. Anstatt der bisherigen Wahlkreise sollten die alten historischen Landschaften, als Samland, Ermeland, Ukermark, Priegnitz, die Lausitzen u. s. f. eintreten, in jeder von diesen aber nach Ständen gewählt werden.

Gegenwirkungen.

Der ganze Plan, künstlich und wohldurchdacht, wie er war, zielte auf nichts Geringeres ab, als die Zustände Preußens wieder auf die Verhältnisse des Jahres 1847 zurückzuschrauben. Dem Könige selbst war dabei doch nicht sehr zuversichtlich zu Muthe. Statt ihn zu billigen und, wie es zur Durchführung unerläßlich war, geheim zu halten, sandte er ihn durch seinen Cabinetssecretär Marcus Niebuhr an Bunsen, um dessen treuen Freundesrath darüber zu hören. Und Bunsen zeigte sich auch in dieser ernsten Lage werth, eines Königs Freund zu sein. Mit zwingenden Gründen und mit warm zum Herzen sprechenden Worten setzte er auseinander, wie dies Vorhaben die Monarchie untergrabe, des Königs Ehre schädige, ja sein Seelenheil gefährde; denn einen solchen Plan mit Bewußtsein anzubahnen, sei unvereinbar mit dem feierlichen Eide, welchen der Monarch geschworen. Diese Vorstellungen blieben nicht wirkungslos; auch der treue Rath des Prinzen von Preußen that, wie Bunsen meinte, das Seinige, um jene dunklen Entwürfe zum Scheitern zu bringen; aber im Einzelnen ließ es der König sich natürlich nicht nehmen, auf Verbesserungen, die er ersehnte, hinzuwirken, und da die liberale Opposition nur ein kleines, wenn auch tapfres Häuflein auf dem Landtag zählte, so ward ihm mancher Herzenswunsch in den nächsten Jahren erfüllt. Die reactionäre Mehrheit ging sogar oft weiter, als ihm selbst lieb war. Schon bis Ende 1851 hatte sie aus eigenem Antrieb nicht weniger als siebzehn Verfassungsänderungen beantragt, denen die Regierung zum Theil ihre Zustimmung versagte. Freilich, wo es sich um Standesinteressen handelte, da konnten auch die Junker sich äußerst hartnäckig zeigen und unbekümmert um die Königstreue, die sie unablässig im Munde führten, auch dem Könige das Leben sauer machen. Jener schlesische Graf, der 1852 in der ersten Kammer den Antrag stellte, die ganze Verfassung mit Ausnahme des Artikels 43: „Die Person des Königs ist unverletzlich" aufzuheben, erschien doch auch seinen Parteigenossen nur wie ein politischer Don Quixote. Von den Rechten, welche sie durch die Verfassung erworben oder verbürgt erhalten, wollten die Junker auch dem König zu Liebe nicht ein Titelchen preisgeben. Das trat schon 1852 bei den Verhandlungen über die Zusammensetzung der ersten Kammer hervor. Diese war zur Zeit noch nach dem Wahlgesetz von 1848 gebildet;

Verfassungsmäßige Verfassungsänderungen.

Die erste Kammer.

aber am 7. August 1852 sollten die Bestimmungen der Verfassung in Kraft treten. Darnach durfte der König höchstens zehn Mitglieder auf Lebenszeit ernennen und auch die Zahl der erblichen Pairs war begrenzt; diese Schranke hielt Friedrich Wilhelm für unerträglich; die drei schwächsten Kronen Europas, Spanien, Portugal und Griechenland, ja selbst die constitutionelle Musterkrone, England, besäßen ja größere Freiheit; er hielt es für eine Ehrenpflicht, diese Beschränkung zu beseitigen. Aber schon im Ministerium traf er auf Widerstand und vollends die Rechte der ersten Kammer spie, nach seinem eigenen Ausdruck, Feuer und Flammen dagegen, weil sie, obendrein sehr mit Unrecht, fürchte, die „Junker“ möchten zu kurz dabei kommen. Allein es war ihm mit der Sache zu sehr Ernst, als daß er nachgegeben hätte, und so erreichte er durch ein Gesetz vom 7. Mai 1853 seinen Willen. Danach wurden die gewählten Mitglieder gänzlich aus der ersten Kammer beseitigt und die neue Zusammensetzung derselben aus erbberechtigten und lebenslänglichen Mitgliedern königlicher Verordnung überlassen. Diese erging nach mehr als Jahresfrist am 12. October 1854 — bis dahin blieb die alte Kammer in Thätigkeit — und die Junker hatten in der That keinen Grund, unzufrieden zu sein. Die Mitglieder der ersten Kammer zerfielen danach in drei Gruppen: erstens die volljährigen Prinzen des königlichen Hauses; zweitens (mit erblicher Berechtigung) die Häupter der fürstlich hohenzollerschen Linie, die Standesherren, die Fürsten, Grafen und Herren, die 1847 zur Herrencurie des Vereinigten Landtags berufen waren und solche, die der König fernerhin berufen werde; drittens (auf Lebenszeit) die Inhaber der vier großen Landesämter im Königreich Preußen, die Kronsyndiker und andre aus besonderem Vertrauen Berufene, sowie die dem Könige von gewissen Körperschaften Präsentirten. Besonders in diesen letzteren fand das Junkerthum der östlichen Provinzen seine ausreichende Vertretung. Es wurde zwar auch den Universitäten und den wichtigsten Städten das Präsentationsrecht verliehen; aber die Zahl dieser bürgerlichen Abgeordneten war gering gegen die des kleinen Adels, dessen Mitglieder auf vierfachem Wege zur ersten Kammer präsentirt werden konnten: entweder von den drei protestantischen Dom-Stiftern, oder von den acht Grafenverbänden, oder von gewissen adligen Familienverbänden, welchen dieses Recht verliehen wurde, oder von den Verbänden des sogenannten alten und befestigten Grundbesitzes. Die Ausführung dieser königlichen Verordnung ergab eine erste mmer, die, von den königlichen Prinzen abgesehen, 49 erbliche itglieder zählte; zu diesen kamen 148 Berufene, fast genau zur lfte (75) Repräsentanten des alten und befestigten Grundbeitzes, d. h. des Junkerthums. Die adligen Familienverbände lten 11 Vertreter; unter den Städten waren nur 28 mit dem äsentationsrecht begnadigt; dazu kamen 17 aus allerhöchstem rtrauen Berufene, meist hohe Beamte, die acht Grafen, die

Die Verordnung vom 12. October 1854.

3 Stiftler und von jeder der 6 Universitäten ein Professor. Diese Versammlung verdiente wohl den Namen, welchen der König ihr längst zugedacht hatte und den sie durch Gesetz vom 30. Mai 1855 erhielt: das Herrenhaus des preußischen Landtags. In ihr hatte der kleine Adel seine feste Burg gewonnen, die zu erobern fast unmöglich scheinen mußte, da eine Abänderung der Verordnung von 1854 nur durch ein Gesetz, also nur unter Zustimmung des Herrenhauses erfolgen konnte. Der einzige gesetzliche Weg, der außerdem noch übrig blieb, führte durch eine Hinterthür: die Zahl derer, welche der König aus besonderem Vertrauen berufen durfte, war unbegrenzt; es lag also in seiner Hand, durch massenhafte Ernennungen das Uebergewicht des Junkerthums zu brechen; aber daran war nicht allein bei Friedrich Wilhelm überhaupt nicht zu denken, sondern es war auch ein Verfahren, das weder der Würde des Königs, noch der des Herrenhauses entsprochen hätte.

Das Herrenhaus.

Gesetzgebung im Interesse des Adels.

Nicht minder bedeutsam als die veränderte Zusammensetzung der ersten Kammer waren andre Aenderungen der Verfassung, die in den ersten Jahren der Reaction beliebt wurden. Zum guten Theil zielten auch sie darauf ab, die Macht des Adels neu zu beleben. So wurde die Errichtung von Familien-Fideicommissen, welche durch Artikel 40 untersagt war, schon durch ein Gesetz vom 5. Januar 1852 wieder gestattet; im Juni 1854 wurde dem König das Recht ertheilt, den ehemaligen Reichsunmittelbaren die Privilegien und Vorzüge zurückzugeben, welche ihnen seit dem Jahre 1848 entrissen seien; am 14. April 1856 wurde die gutsherrliche Polizei wieder eingeführt, dagegen die Theilbarkeit des Grundbesitzes und die Ablösung der Grundlasten wieder rückgängig gemacht. Von der einschneidendsten Wirkung aber waren die Maßregeln, welche die Grundsätze wieder beseitigten, nach denen die Neugestaltung der Vertretungen in Gemeinde, Kreis, Bezirk und Provinz laut Artikel 105 der Verfassung geordnet werden sollten. Nicht ohne triftigen Grund hatte Waldeck schon in den ersten Monaten der National-Versammlung von 1848 die Ansicht vertreten, daß die Einführung der Selbstverwaltung in den Gemeinden und den übrigen organischen Bestandtheilen des Staates wichtiger und wirkungsreicher sei, als die Vollendung der Gesammtverfassung. Das wußte auch die Reaction vollkommen zu würdigen. Schon am 19. Juni 1852 wurde die Durchführung der neuen Gemeindeordnung eingestellt, am 24. Mai 1853 wurde sie sammt den Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnungen vollständig aufgehoben. Damit traten die Zustände, wie sie vor 1848 gewesen, soweit sie nur den Bestimmungen der Verfassung nicht widersprachen, aufs Neue in Kraft; von Neuem erstand jenes chaotische Durcheinander sogenannter Ortsverfassungen mit ihren Erb- und Lehnschulzen und buntscheckiger Bauernrechte von Bauern, Halbbauern, Erbzinspflichtigen, Kossäthen, Häuslingen, Einliegren u. s. f. Von Neuem

Gemeindeverfassung 2c.

traten jene alten Kreistage ins Leben, auf denen der Adel bis zu dem Grade überwog, daß von ihm allein die Ausschreibung der Kreissteuern abhing; von Neuem begannen die Provinziallandtage ihre Wirksamkeit, zu denen 12,700 Rittergutsbesitzer 278 Vertreter schickten, während 400,000 städtische Hauseigenthümer sich mit zwei Drittel, und fünfviertel Millionen bäuerlicher Grundbesitzer mit weniger als der Hälfte dieser Zahl begnügen mußten. Allerdings wurde eine gesetzliche Neuordnung in Aussicht gestellt; aber nur in Bezug auf die Städte wurde das Versprechen in allen Provinzen erfüllt, in den östlichen noch 1853, in den westlichen erst 1856; den Landgemeinden wurde nur in Rheinland und Westfalen Wort gehalten, und gar die Kreis- und Provinzialverfassung ließ volle zwei Decennien auf sich warten.

Kreis- und Provinziallandtage.

Trotz alledem konnte die Reaction natürlich die gewaltige Einwirkung, welche die Gesetzgebung und die Ereignisse der Revolutionsjahre geübt hatten, nur theilweise rückgängig machen. Es blieben eine Menge Neuerungen bestehen, welche das Leben freier und den Gesichtskreis weiter machten. Auch der Aufschwung, den Handel und Industrie genommen, der gesteigerte Wohlstand, die größere Verbreitung der Presse, die stetig zunehmende Erleichterung des Verkehrs durch Vermehrung der Eisenbahnen und Einführung des electrischen Telegraphen waren Lichtpunkte, die eine bessere Zukunft in Aussicht stellten. Konnte sich gegen den finanziellen Vortheil, den solche Einrichtungen dem Staate boten, doch selbst der beschränkteste Conservative nicht verschließen.

Nachwirkung der Revolution.

Sogar Preußens Stellung in Deutschland war, die Gesammtheit der Ereignisse seit dem Beginn der Revolution ins Auge gefaßt, nicht schlechter, sondern eher stärker geworden. Wenn man freilich die glänzenden Möglichkeiten erwog, die verscherzt waren, wenn man den schweren Druck fühlte, mit dem Oestreich auf Preußen lastete, wenn man die Verachtung und Geringschätzung wahrnahm, die dem berliner Cabinette überall begegnete, dann war es schwer, sich zu dieser Ansicht aufzuschwingen. Und doch entsprach sie den wirklichen Verhältnissen. Es war eine unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß sich zum ersten Male eine gewaltige Partei gebildet und behauptet hatte, die Preußens Beruf, an die Spitze Deutschlands zu treten, auf ihr Banner schrieb, eine Partei, die fast in allen deutschen Gauen ihre offenen und stillen Anhänger hatte, die jetzt wohl zersprengt und eingeschüchtert war, aber nicht mehr ertödtet werden konnte. Es war eine fernere unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß sich in der preußischen Diplomatie eine Schule gebildet hatte, die diesen deutschen Beruf Preußens als ihr unverrückbares, wenn auch noch so fernes Ziel bekannte, die in den Formen, welche die Reichsverfassung oder die Union vorgebildet hatte, die Verkörperung dieses Zieles sah, und Glauben an sich selbst besaß. Es war endlich eine unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß man den Bundestag, der jetzt wiederhergestellt war, in seiner ganzen

Preußens Stellung in Deutschland.

Morschheit hatte zusammenbrechen sehen, daß seine Erneuerung von allen Seiten, auch von Oestreich und den Mittelstaaten, wenngleich aus den verschiedensten Gründen nur als ein Nothbehelf betrachtet wurde, daß der Gedanke einer Neugestaltung wohl augenblicklich wieder zurückgeschoben, aber nicht wieder begraben war. Die Idee der Einheit Deutschlands in einer anderen und festeren Form hatte schwer zu ermessende Fortschritte gemacht. Pläne, die einst das Eigenthum vereinzelter Denker und Patrioten gewesen waren, gehörten jetzt den maßgebenden Personen, den Regierungen, den großen Parteien an. Wie weit waren Preußens Ansprüche doch schon gewachsen, verglich man sie mit dem, was seine muthigsten Staatsmänner vor 30, 40 Jahren zu fordern wagten! Jene Stein-Humboldtschen Pläne einer Kreisverfassung, gegen die einst Metternich insgeheim so eifrig gewühlt, waren jetzt in Berlin vollkommen überwunden; diesmal war es Oestreich gewesen, das sie wohlgefällig aufgenommen hatte. Die verwegenen und verworrenen Träume, in denen Görres einst den Herrscher von Oestreich als Ehrenhaupt und Kaiser, den König von Preußen aber als den wirklichen Führer und „römischen König" der deutschen Nation geschaut hatte, sie kehrten jetzt wieder in den Phantasieen, denen sich Friedrich Wilhelm IV. hingab. Und die bescheidenste Forderung der preußischen Politik, die Berechtigung zum Abschluß eines engeren Bundes, welchen Fortschritt schloß sie schon ein gegenüber dem Gedanken des Zollvereins, der, auf das wirthschaftliche Gebiet beschränkt, alle paar Jahre kündbar, der Mitwirkung des Volkes entbehrend, doch schon seinerseits sich als ein so mächtiger Hebel der nationalen Sache erwiesen hatte. Wohl waren alle übrigen Pläne für jetzt gescheitert, aber daß ihre Ausführung ernsthaft begonnen war, daß sie der Geschichte angehörten, gab ihnen Macht; keine Polizei, keine Censur konnte fortan verhindern, daß sie besprochen, bestritten, verteidigt wurden, daß sie neue Anhänger warben, daß sie die Zukunft eroberten. Die Feinde Deutschlands hatten für diesmal gesiegt; aber sie konnten solcher Siege nicht viele vertragen; die bloße Nothwendigkeit des Kämpfens kam für sie einer Niederlage gleich.

Und ganz ohne Schlappen ging es doch auch in dem Nachspiele des diplomatischen Krieges, das jetzt folgte, für Oestreich nicht ab. Preußen behauptete für sich das Amt, Deutschland zur See wehrkräftig zu machen, und es verteidigte nicht allein, sondern es erweiterte sogar den gefährdeten Zollverein. Auf dem Meere trat es, wenngleich mit unzureichenden Kräften, die Erbschaft der Centralgewalt an. Der dänische Krieg hatte es Jedermann klar zum Bewußtsein gebracht, wie nöthig eine deutsche Flotte für die Sicherheit und das Ansehn des Vaterlandes sei. Mit großem Eifer hatte sich das Reichsministerium der Aufgabe unterzogen, möglichst schnell wenigstens die Anfänge einer Seemacht herzustellen, und nicht bloß in den Küstengegenden, sondern auch im Binnenlande

Die deutsche Flotte.

war ihm dabei von dem Volke reicher Beifall und mannigfache Unterstützung zu Theil geworden. Geraume Zeit hindurch konnte fast jede Sitzung des Parlamentes mit der Anzeige freiwilliger Gaben eröffnet werden, und wenn ihr Gesammtbetrag nur eine bescheidene Summe darstellte, so lag doch auch in der großen Zahl der Beisteuernden — in Sachsen-Weimar z. B. lieferten 34,000 Personen ihre Beiträge — eine nicht zu unterschätzende moralische Kraft. Das Parlament hatte seinerseits am 14. Juni 1848 sechs Millionen Thaler für Marinezwecke bewilligt und die Hälfte dieser Summe wurde im October von dem Reichsministerium eingezogen; die meisten Staaten leisteten den Beitrag, der auf sie fiel, bereitwillig; nur Oestreich weigerte sich, weil es bereits im adriatischen Meere eine Flotte zu Deutschlands Gunsten unterhalte, und Baiern, Kurhessen und zwei oder drei der Kleinstaaten machten Schwierigkeiten. Die Leitung der Marineangelegenheiten wurde dem Handelsminister Duckwitz übertragen, dem eine technische Behörde unter dem Vorsitz des Prinzen Adalbert von Preußen zur Seite stand. Schnell genug ward ein tüchtiger Kern zu der neuen Flotte erworben und im Frühjahr 1849 lagen bereits vier Dampffregatten, fünf Corvetten, zwei Segelschiffe und sechs Kanonenboote in Bremerhaven zum Auslaufen bereit; die dänische Gefion, die Beute von Eckernförde, kam als werthvolle Vermehrung hinzu. Thaten hatte die junge Flotte freilich noch nicht aufzuweisen, denn da die Seemächte die Anerkennung der deutschen Flagge verweigerten, durfte sie es nicht wagen, in See zu gehen. Nach der Wiederherstellung des Bundestages wurde ein Ausschuß niedergesetzt, welcher die doppelte Frage, wem jene Flotte nunmehr gehöre und ob der deutsche Bund sie übernehmen solle, zu prüfen hatte. Er konnte darüber lange zu keiner Einigung kommen; endlich schlug er im November vor, eine dreitheilige Flotte für das adriatische Meer, die Nord- und die Ostsee von Bundeswegen zu unterhalten. Dieser Antrag wurde jedoch von der Bundesversammlung abgelehnt; sie beanspruchte wohl das Eigenthumsrecht an der Flotte, wollte sie aber nicht behalten, sondern am liebsten einem neu zu bildenden Flottenverein oder auch den Einzelstaaten, welche dazu geneigt wären, verkaufen. Preußen machte sogleich ein Gebot auf die beiden brauchbarsten Schiffe, Gefion und Barbarossa, und erklärte sich überdies bereit, die Unkosten einer Nordseeflotte zur Hälfte zu tragen. Hannover, das selbst an die Spitze eines Flottenvereines zu treten wünschte, vereitelte dieses Anerbieten durch seine Mißgunst, ohne doch das eigene Ziel erreichen zu können. Eine Berathung von Abgeordneten der meisten Mittel- und Kleinstaaten, die im März 1852 unter Scheeles Vorsitz in Hannover stattfand, ging ergebnißlos auseinander und nun wurde am 2. April in Frankfurt die Auflösung der Flotte beschlossen. Die Versteigerung derselben wurde dem oldenburgischen Staatsrath Hannibal Fischer übertragen und brachte wenig über $1^1/_2$ Mil-

Bundestagsausschuß.

Flottenconferenz in Hannover.

Flottenauction.

lionen Gulden, d. h. etwa den fünften Theil der verausgabten Summen ein. Preußen aber, das die werthvollsten Schiffe für sich erworben hatte, zeigte den besten Willen, seine Flotte auch den übrigen deutschen Staaten nützlich zu machen. Am 20. Juli 1853 schloß es einen Vertrag mit Oldenburg, durch den es ein Stückchen Land bei Heppens an der Jahde erwarb, um dort einen Kriegshafen anzulegen, und in dem es zugleich die Verpflichtung übernahm, den oldenburgischen Handel zu schützen. Konnten die Summen, die es auf seine Flotte verwandte, auch Anfangs nur gering sein — die ordentlichen Ausgaben überstiegen kaum eine halbe Million Thaler — so diente das kleine Geschwader, das einige 50 Schiffe mit 250 Kanonen zählte, doch mindestens als ein neuer Beweis dafür, daß bei Preußen allein, und daß selbst bei dem Preußen dieser Jahre noch, der ernstliche Wille vorhanden sei, den dringlichsten Forderungen der deutschen Nation nach Kräften entgegen zu kommen.

Jahdebusen.

Die preußische Flotte.

Der Zollverein.

Noch in weit höherem Maße ward das durch seine Zollvereinspolitik bewiesen, die einen glänzenden Erfolg, einen wirklichen Triumph über Oestreich und die Mittelstaaten, davontrug. Die zwölfjährige Zollvereinsperiode lief mit dem 31. December 1853 ab. Bei der Erneuerung im Jahre 1841 hatte keiner der Theilnehmer auch nur einen Augenblick geschwankt, ob er sich dem Bunde wieder entziehen solle; so augenscheinlich waren die Vortheile der Einigung für alle betheiligten Staaten gewesen; wohl aber waren einige Nachzügler noch beigetreten, besonders Braunschweig und Luxemburg. Die Verhandlungen mit Hannover führten hingegen zu keinem Abschluß, theils weil man ihm nicht ein Voraus über seinen kopfmäßig berechneten Antheil aus der Vereinscasse zugestehen wollte, theils auch weil es eine Herabsetzung mancher Zölle forderte, während die Stimmung der meisten Vereinsregierungen vielmehr auf eine Erhöhung drängte. Auch Preußen war in dieser Hinsicht unter dem Einflusse Süddeutschlands von seiner Freihandelspolitik nicht unbeträchtlich abgewichen und neigte während der vierziger Jahre wieder mehr dem Schutzzollsystem zu. Bei dem sinkenden Preise vieler Waaren trug schon ein Festhalten an dem Tarife von 1818 einen rückschrittlichen Charakter; es konnte vorkommen, daß Zölle, die ursprünglich nur 10% des Werthes dargestellt hatten, jetzt 30—50% betrugen, weil die Waaren, auf denen sie lasteten, so viel billiger geworden waren. Auch die Einführung eines gemeinsamen Zollgewichtes, dessen Zentner von 100 Pfund um 4% leichter war als der frühere preußische, kam einer Zollerhöhung gleich, da der Tarif nicht gleichzeitig um 4% herabgesetzt wurde. Ueberdies aber wurden auch noch ganz neue Zölle, z. B. der auf Roheisen, in den vierziger Jahren eingeführt, und in den Handelsverträgen, die zahlreich zum Abschluß kamen, griff man auf das System der Bevorzugung durch Unterscheidungszölle zurück. Diese Entwicklung entfernte den Zollverein von Hannover und den mit

Schutzzöllnerische Neigungen.

Verhältniß zum Steuerverein und zu Oesterreich.

ihm auch jetzt noch zum Steuerverein verbundenen Nachbarländern Oldenburg und Bückeburg und näherte ihn in einem gewissen Maße Oestreich. Freilich blieb die Kluft zwischen Beiden immer noch eine ganz gewaltige, da der Kaiserstaat noch nicht einmal bis zu dem einfachen Schutzzollsystem emporgestiegen war, sondern noch immer in zahlreichen Ein- und Ausfuhrverboten dem Ausschlußsystem huldigte. Gleichwohl fand auch östreichischerseits eine sichtliche Annäherung an den Zollverein statt und die Aufhebung aller jener Verbote, die 1841 von der Staatsconferenz schon einmal, wenn auch vergeblich, beantragt war, konnte als das Ziel der wiener Handelspolitiker gelten. Somit lag der Gedanke, die Verschmelzung Oestreichs mit dem Zollverein anzubahnen, vom wirthschaftlichen Standpunkte aus nicht eben fern; in den Vordergrund gerückt aber wurde er durch die politischen Erwägungen der Jahre 1848—50. Auf der einen Seite konnten die Gegner Preußens grade in dieser Zeit am deutlichsten die Wahrnehmung machen, wie innig die durch den Zollverein begründeten Wechselbeziehungen zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland seien; auf der andern Seite leuchtete es von selbst ein, daß die Pläne des Siebzigmillionenreiches als unerläßliche Vorbedingung die Anbahnung auch der Zolleinheit voraussetzten. Schon während des Sommers 1848 fanden denn auch in Frankfurt eingehende Verhandlungen in diesem Sinne statt; der volkswirthschaftliche Ausschuß des Parlamentes hatte die Regierungen und die wichtigsten Fabrik- und Handelsstädte aufgefordert, Sachverständige abzuordnen, um die Frage der deutschen Zolleinheit und die künftige Gestaltung des Tarifsystems zu prüfen. Obgleich nun die Mehrheit dieser Sachverständigen ebenso schutzzöllnerisch wie großdeutsch gesinnt war, so kam die Agitation doch weit mehr den Gegnern zu Gute. Die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, wenn Oestreich in das deutsche Zollsystem eintreten sollte, erwiesen sich zur Zeit noch als unübersteiglich, und die Freihändler im Zollverein gewannen durch die Berathungen Fühlung mit den freihändlerisch gesinnten Hannoveranern, Holsteinern, Hanseaten und dadurch neuen Muth und frische Kraft. Seit Anfang des Jahres 1849 konnte die Gefahr, die ihnen aus einem deutsch-östreichischen Zollverein drohte, für beseitigt gelten. Da tauchte im October der alte Plan urplötzlich wieder auf und obendrein in der amtlichen wiener Zeitung; der preußische Staatsanzeiger wies ihn sofort zurück; aber trotzdem verfolgte ihn Oestreich weiter und beantragte in einer Denkschrift des Handelsministers Bruck, die am 30. December 1849 der Interimscommission in Frankfurt übergeben wurde, die Einleitung von Verhandlungen auf dem Bundeswege. Die Schwierigkeiten, die sich 1848 noch als unübersteigbar erwiesen, dauerten allerdings theilweise auch jetzt noch an, z. B. das Tabacksmonopol, das eine wichtige Einnahmequelle für Oestreich bildete; zum Theil aber ließen sie sich jetzt beseitigen, wie z. B. die Zollgrenze zwischen

Idee eines deutsch-östreichischen Zollvereines.

Oestreichische Anträge.

Ungarn und dem übrigen Kaiserstaate, die nach dem Umsturz der ungarischen Verfassung aus kaiserlicher Machtvollkommenheit aufgehoben wurde. Der wichtigste Schritt der Annäherung war die Vorbereitung eines neuen Zolltarifes, der im November 1851 veröffentlicht wurde und alle Aus- und Einfuhrverbote vollständig abschaffte. Gewiß lag für Preußen, das den Eintritt Oestreichs in den Zollverein als den empfindlichsten Schlag für seine eigene Stellung in Deutschland betrachten mußte, der ausreichendste Grund vor, nicht länger durch die Beförderung der süddeutschen schutzzöllnerischen Bestrebungen Oestreich in die Hände zu arbeiten. Gleichwohl trat es auf der Zollconferenz, die im Juli 1850 in Cassel stattfand, wieder mit dem Antrage auf verschiedene Zollerhöhungen vor, vielleicht in der Hoffnung, Baiern und Würtemberg dadurch mehr an sich zu ziehen. Braunschweigs Einspruch brachte diese Vorlagen zu Fall. Den Wunsch Oestreichs, auf dieser casseler Conferenz seinen Antrag auf Zolleinigung zur Sprache zu bringen, lehnte Preußen selbst ab; daß er aber auf den dresdener Conferenzen zur Verhandlung gestellt und an einen besonderen Ausschuß verwiesen wurde, konnte es ebenso wenig verhindern, wie daß der wiederstandene Bundestag sofort einen Ausschuß niedersetzte. Die Forderung Oestreichs hatte jetzt die Gestalt angenommen, daß es für die nächsten Jahre einen Handelsvertrag verlangte, durch den sich beide Theile verpflichten sollten, ohne Einwilligung des andern keine Tarifänderung vorzunehmen, und daß es seinen völligen Eintritt in den Zollverein für den 1. Januar 1859 ausbedang. Preußen beharrte auch diesen Anträgen gegenüber bei seiner Weigerung, die wichtigsten Genossen im Zollverein erklärten sich aber auf der wiesbadener Zollconferenz am 7. Juni 1851 dafür; da sich unter ihnen außer den drei Königreichen auch die beiden Hessen befanden, so hatten sie es in der Hand, durch ihren Austritt aus dem Zollverein Preußens beide Hälften wieder zu trennen; Kurhessen gewann eine ähnliche Bedeutung, wie es sie um 1830 gehabt hatte. Da nun jedes Bemühen, Hassenpflug von seinem östreichischen Schutzherrn loszureißen, für aussichtslos gelten mußte, so bot sich für Preußen nur ein Weg dar, auf dem es seinen Gegnern ihre Waffe entwinden konnte; das war eine Zollvereinigung mit Hannover. Ließ sich diese erreichen, so waren nicht allein die beiden Hälften der preußischen Monarchie viel besser als durch Kurhessen verbunden, sondern es war auch ein werthvoller Ersatz für die austretenden Südstaaten gewonnen. Preußen machte sich daher sofort an geheime Verhandlungen mit Hannover und bewilligte diesem ohne Zögern seine Forderungen, besonders das früher verweigerte Voraus. Die hannoverschen Minister sahen recht wohl ein, daß eine so günstige Gelegenheit nicht zum zweiten Male wiederkehren werde und bedurften überdies in ihrem Kampfe gegen die Ritterschaft der Unterstützung Preußens am Bunde. Die Verhandlungen nahmen also einen sehr raschen Ver-

Casseler Zollconferenz.

Verhandlungen in Dresden und Frankfurt.

Wiesbadener Zollconferenz.

Bedrohung Preußens.

Preußens Gegenmaßregeln.

Preußisch-hannoverscher Vertrag.

lauf und drei Monate nach der wiesbadener Conferenz, am 7. September 1851, erklärte Hannover Namens des Steuervereins für den 1. Januar 1854 seinen Eintritt in die Zolleinigung mit Preußen; Bückeburg genehmigte diesen Vertrag noch in demselben Monat, Oldenburg im folgenden März, die hannoverschen Kammern am 29. Januar 1852.

Die Preußenfeinde.

Unbeschreiblich war die Erbitterung, mit welcher die Oestreicher und die Schutzzöllner die Kunde von dieser preußischen „Hinterlist" empfingen; jetzt konnten nicht sie mehr kündigen, sondern ihnen ward gekündigt, und die Annahme des hannoverschen Vertrages war die Bedingung ihres Verbleibens im Zollverein. Es war eine stumpfe Waffe, wenn sie jetzt noch damit drohten, sich an Oestreich anzuschließen; sie hätten den Ausfall an Einnahmen nicht ertragen können und wären in die ungesunde Papiergeldwirthschaft hineingezogen. Trotzdem folgten sie der Einladung, an Zollconferenzen Theil zu nehmen, die am 2. Januar 1852 in Wien eröffnet wurden, und sieben von ihnen, die drei Königreiche, die beiden Hessen, Baden und Nassau verpflichteten sich auf einer Besprechung in Darmstadt am 6. April, auf der bevorstehenden berliner Generalzollconferenz nur dann in Verhandlungen über den hannoverschen Vertrag einzugehen, wenn Preußen gleichzeitig auf Grund der Entwürfe, die sie in Wien mit Oestreich vereinbart hatten, mit dem Kaiserstaate verhandle. Das lehnten die preußischen Staatsmänner (das Handelsministerium leitete von der Heydt) mit dem Bemerken ab, daß sie mit Oestreich erst dann erfolgreich verhandeln könnten, wenn sie wüßten, in welchem Umfange der Zollverein nach dem Schluß des Jahres 1853 fortbestehen werde; da die Darmstädter trotzdem auf ihrer Forderung beharrten, wurde die Zollconferenz aufgelöst und Preußen erneuerte den Zollvereinsvertrag am 26. November nur mit Braunschweig, dem Steuerverein und dem thüringischen Handelsverein.

Wiener Zollconferenzen.

Die darmstädter Conferenz.

Sprengung des Zollvereins.

Oestreichisch-süddeutscher Zollverein.

Nun wandten sich die Darmstädter wieder Hülfe flehend nach Wien; am 30. October wurden dort neue Besprechungen eröffnet und die Ankündigung eines östreichisch-süddeutschen Zollvereins von 48 Millionen Einwohnern klang ganz stattlich; aber für Oestreich hatten die erhobenen Forderungen, Entschädigung für den Ausfall an Zolleinnahmen und dieselbe Gleichberechtigung in Tariffragen, die im Zollverein bestand, gar nichts Verlockendes. Es wollte die Einigung mit Preußen, die ihm allein materiellen Vortheil versprach und die allein seinen politischen Entwürfen genügte; es ließ also, ohne viel Umstände zu machen, seine getreuen Schildknappen im Stich, und verhandelte mit Preußen über einen Handelsvertrag, der am 19. Februar 1853 zu Stande kam, nachdem im December nicht allein der frühere Handelsminister von Bruck (an seine Stelle war der Freiherr von Baumgartner getreten), sondern auch Franz Joseph selbst in Berlin gewesen war. Natürlich war darin keine Rede von gegenseitiger

Preußisch-östreichischer Handelsvertrag.

Zustimmung zu Tarifänderungen und die vollständige Zolleinigung zwischen beiden Staaten erschien nur als ein Zukunftsplan, über den man im Jahre 1858 von Neuem berathen wolle. Preußen hatte also seinen Standpunkt siegreich gewahrt und die Darmstädter behielten nur den ärmlichen Trost, wenigstens in der Form auch ihren Willen erreicht zu haben: nach der Wiedereröffnung der Zollvereinsconferenzen durften sie den Vertrag mit dem Steuerverein und den mit Oestreich an demselben Tage unterzeichnen. So wurde am 4. April 1853 der Zollverein in erweitertem Umfange — 9046 Quadratmeilen mit 35 Millionen Einwohnern — abermals auf zwölf Jahre, bis zum 31. December 1865, ins Leben gerufen.

Wiederherstellung des Zollvereins.

Kirchliche Reaction in Preußen.

Zu dem materiellen Aufschwung der folgenden Jahre standen die Bemühungen, den geistigen Fortschritt zu hemmen, in traurigem Gegensatze. Die ganze Reactionspartei, und Niemand mehr als Friedrich Wilhelm IV., war tief davon durchdrungen, daß die Revolution lediglich aus der Entchristlichung des Volkes und aus der Verbreitung einer irreligiösen Massenweisheit erwachsen sei. Schon im Januar 1849 erklärte der König den Seminarlehrern, die zu einer Conferenz nach Berlin berufen waren, ins Gesicht, daß sie es seien, die all das Elend des verflossenen Jahres verschuldet, die den Glauben und die Treue in den Gemüthern des Volkes durch ihre pfauenhaft aufgestutzte Scheinbildung ausgerottet hätten. Die Läuterung der Volksschule, ihre Rückbildung in christlichem Sinne, war deshalb ein Hauptziel der Reaction; denn wer die Schule hat, der hat die Zukunft, so verkündigte Julius Stahl, der scharfsinnigste und schlagfertigste Vorkämpfer der Reaction im preußischen Landtage. Den Reformbestrebungen, die das Jahr 1848 auch auf dem Gebiete des Unterrichtswesens veranlaßt hatte, wurde nun weiter keine Folge gegeben; an die Spitze des Cultusministeriums trat unmittelbar nach dem Tage von Olmütz der Regierungspräsident von Raumer, der das Unterrichtsgesetz, das sein Vorgänger Ladenberg fast vollendet hatte, einfach bei Seite schob und durch Verordnungen die Umgestaltung des Schulwesens bewirken wollte. Die wichtigsten derselben waren die drei Regulative vom 1., 2. und 3. October 1854, mittelst deren die Lehrpläne der Seminarien, der Vorbereitungsanstalten und der einclassigen Volksschule festgestellt wurden. Wenn Stahl zwei Jahre früher bei einem Festmahle, das seine Verehrer ihm gaben, behauptet hatte, die Wissenschaft bedürfe der Umkehr, so wandten die Regulative jetzt diesen Gedanken auf die Elementarschule an. Wie das gesammte Leben des Zeitalters an einer Grenzlinie angekommen sei, wo ein entscheidender Umschwung nöthig und wirklich geworden, so soll fortan auch die Schule empfangend und fördernd in diese berechtigte neue Bewegung eintreten und das Leben des Volkes auf der Grundlage des Christenthums neu gestalten helfen. Als Mittel dazu wurde einerseits dem Religionsunterricht eine be-

Schulwesen.

Die Regulative.

deutendere Stelle im Lehrplan angewiesen, nicht sowohl durch die Zahl der Lehrstunden als durch die Fülle des zu bewältigenden Lernstoffes, und andererseits wurden die übrigen Bildungsmomente nach Kräften zurückgedrängt; Geschichte, Geographie, Naturkunde mußten fast gänzlich zurücktreten, in den Seminarien wurden die deutschen Classiker sogar von der Privatlectüre ausgeschlossen. Auch in ihrer äußeren Stellung sollten die Volksschullehrer möglichst beschränkt, ihre dürftigen Gehalte nicht verbessert, ihre Unterordnung unter die Geistlichen erhalten oder selbst gesteigert werden. Die Ausschreitungen, zu denen Halbwisserei und Einbildung allerdings grade manche Angehörige dieses Standes in den Revolutionsjahren verlockt, und die Uebertreibungen, deren sich die Förderer des Volksunterrichtes durch zu hoch gesteckte Ziele nicht ganz selten schuldig gemacht hatten, mußten nun durch ein noch weit maßloseres Zurückschrauben und Demüthigen gebüßt werden.

Der höhere Unterricht.

Auch auf die höheren Schulen und auf die Universitäten wünschte die Reaction ihren Alp zu wälzen, um dadurch die Umkehr der Wissenschaften auf dem nächsten Wege zu erzwingen. Die Berufungen zu Professuren und die Anstellungen und Beförderungen an den Gymnasien wurden zur Parteisache gemacht und Christlichkeit als die erste Bedingung hingestellt. Um so schlimmer war es, daß man diese in dem engherzigsten Geiste verstand. Es bildete sich in den leitenden Kreisen eine Auffassung von dem Wesen der evangelischen Kirche aus, die sich der katholischen Anschauung bedenklich näherte und in der Kirche nicht mehr die Gemeinschaft der Gläubigen sah, sondern eine Institution, die mit bindendem Ansehn über den Menschen stehe. Als die Ausleger und Verwalter dieser Autorität galten die Geistlichen, deren Amt dadurch eine Bedeutung erhielt, die mit der reformatorischen Lehre in immer schrofferen Widerspruch gerieth. Trotzdem pochte man andrerseits, der modernen Schriftforschung gegenüber, mit wachsendem Eigensinn auf die Bekenntnißschriften und ihren Buchstaben; selbst die Union gerieth darüber in ernstliche Gefahr und Friedrich Wilhelm gab zu, daß in den obersten Kirchenbehörden die Angelegenheiten der Reformirten und der Lutheraner getrennt, und zwar nur von Angehörigen des betreffenden Bekenntnisses behandelt werden sollten. Die Leitung der evangelischen Landeskirche hatte er am 29. Juni 1850 einer neuen Behörde, dem Oberkirchenrathe, überwiesen, durch dessen Einsetzung er die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Kirche hinreichend verbürgt zu haben glaubte. An der Absicht, eine Synodalordnung ins Leben zu rufen, hielt er allerdings auch jetzt noch fest und ließ es nicht an Vorarbeiten dazu fehlen; aber den Muth, damit vorzugehen, konnte er nicht fassen und so blieb diese Aufgabe ungelöst. Den milden und mäßigenden Einflüssen Bunsens, der ihm früher grade in theologischen Dingen so nahe gestanden hatte, wurde er völlig entrückt und schloß sich dafür um

Die Kirche.

Der Oberkirchenrath.

so enger an die Stahl, Hengstenberg und Gerlach an, die mit jenem in offener literarischer Fehde lagen und ihn einen Abtrünnigen vom wahren Glauben, ja einen zweiten Judas schalten. Es war eine kleine, geschlossene Sippe, die das Ohr des Königs beherrschte und in fast byzantinischer Vermengung von Politik und Religion seine Entschlüsse lenkte. Selbst die getreue Mehrheit der Landrathskammern vermochte nicht immer, sich in diesem Fahrwasser zu erhalten, und als die Hofpartei z. B. den Versuch machte, das bestehende Eherecht nach den Vorschriften der Bibel umzugestalten und die Scheidungsgründe, die das Allgemeine Landrecht anerkannte, auf die sogenannten biblischen zu beschränken, ließ eine Mehrheit von 173 gegen 134 Stimmen das Ministerium in Stich. Unter den Geistlichen aber gab es nicht wenige, welche trotzdem bei ihrer Opposition gegen das Landrecht verharrten und ungestraft solchen, die gesetzlich geschieden waren, bei einer zweiten Verheiratung die Trauung versagten, obgleich diese zur staatlichen Gültigkeit der Ehe erforderlich war.

Das Eherecht.

Verwandte Zustände im übrigen Deutschland.

Aehnliche Verhältnisse bildeten sich auch in manchen anderen deutschen Staaten heraus, ja in der Uebertreibung des lutherschen Confessionalismus ging man in Mecklenburg, Kurhessen und Baiern noch viel weiter. Kliefoth in Schwerin und Vilmar in Marburg verfolgten mit rücksichtsloser Härte die anders Denkenden unter den Geistlichen ihres Landes und die Universitäten in Rostock und Erlangen wurden die Hauptburgen des starren Lutherthums. Nur in wenigen Ländern herrschte eine vollkommene Freiheit des Glaubensbekenntnisses auch für die Geistlichkeit, und auch die Staaten bildeten nur die Ausnahme, in denen die evangelische Kirche in den Besitz einer Synodalverfassung gelangte. Sogar die Vermittlungstheologen befanden sich meistens in hart angefochtener Verteidigung und verloren selbst auf den Kirchentagen, die seit 1848 alljährlich an wechselnden Orten einen Vereinigungspunkt für die Altgläubigen bildeten, zeitweilig die Führung. Wohl erhob ihr streitbarster Vorkämpfer, Friedrich Wilhelms langjähriger Freund Bunsen, nachdem er von seinem londoner Gesandtschaftsposten verdrängt war, in den „Zeichen der Zeit" einen lauten Schlachtruf, der alle die sammeln sollte, welche die kirchliche Freiheit gegen protestantische, wie gegen katholische Unduldsamkeit zu verteidigen bereit waren; aber zu schnellem Siege konnte er seine Anhänger nicht führen; das Losungswort, welches sein Gegner Stahl ausgegeben hatte, daß das Christenthum die Religion der Exclusivität sei, beherrschte die Regierungen und Consistorien und rechtfertigte, ja verherrlichte, in sophistischer Weise die Verfolgungssucht und die Lust am Verketzern fremden Glaubens. Man sprach es in diesen Kreisen offen aus, daß man sich dem Katholicismus viel näher verwandt fühle, als einem solchen „Verwüster der Kirche" wie Doctor Bunsen, und man bewunderte an der päpstlichen Kirche mit unverhohlenem Neid die strenge Zucht und Geschlossenheit, die keinen Widerspruch auf-

kommen läßt und unerbittlich jedes selbständige Urtheil und jeden unabhängigen Willen unter das Joch des Gehorsams zu zwingen vermochte.

Der Papst und die katholischen Staaten.

Der Katholicismus und die Revolution.

Für die römische Kirche hatte mit der Niederwerfung der Revolutionen in der That ein Zeitraum des kräftigsten Aufschwunges begonnen, der die Nacheiferung und das Staunen aller derer erregen mußte, denen die Form über dem Inhalt, die Kirche über der Religion stand. Die päpstliche Curie befand sich in der günstigen Lage, ebensowohl aus den liberalen Neuerungen der letzten Jahre, wie aus den reactionären Strömungen, die ihnen gefolgt waren, ihren Vortheil ziehen zu können, und sie wußte das eine zu thun, ohne das andere zu lassen. So ziemlich sämmtliche Verfassungen, die in den Jahren 1848 und 1849 entstanden waren, entlehnten dem belgischen Grundgesetz die Bestimmung, daß jede Religionsgenossenschaft ihre Angelegenheiten unabhängig vom Staate ordnen solle. Es war das ein Satz, durch den die belgischen Liberalen 1830 und 1831 von ihren klerikalen Landsleuten andere Zugeständnisse erkauft hatten und den sie keineswegs als ihre eigene Lehre aufgestellt haben würden. Gleichwohl gewöhnte sich das übrige Europa, das die belgische Verfassung nun einmal als das liberale Mustergesetz ansehen lernte, auch diese Bestimmung als unerläßlich mit anzunehmen, und die Forderung, daß die Kirche keiner Ueberwachung durch den Staat unterworfen sein dürfe, ging in den liberalen Katechismus, ging also auch in die deutschen Grundrechte und in die neu entworfenen Verfassungen über. So wenig nun der Ultramontanismus im Uebrigen von Grundrechten und Constitutionen wissen wollte, so zähe klammerte er sich doch an diese Bestimmungen, und vertheidigte sie mit dem gleichen Kampfesmuth gegen die Regierungen, die sie wieder beseitigen wollten, wie er andrerseits eben diese Regierungen in ihren sonstigen reactionären Umsturzplänen unterstützte. Eine vortheilhaftere Stellung ließ sich kaum denken. Hätte der Liberalismus sich bei der Herrschaft behauptet, so würde er nicht blos die Freiheit der Kirche vom Staat, sondern auch die Freiheit des Staates von der Kirche zur Wahrheit gemacht haben; er würde, wie es andere Paragraphen der Grundrechte forderten, die bürgerliche Eheschließung und die staatliche Leitung des Schulwesens durchgeführt haben. Beide Forderungen ließ die Reaction fallen und der Clerus entschlüpfte so noch einmal der großen Gefahr, mit der ihn der Verlust der kirchlichen Zwangstrauung und der Herrschaft in der Volksschule bedrohte. Allerdings wollten nun manche Regierungen auch die Freiheit der Kirche vom Staate wieder rückgängig machen und zu der alten Ueberwachung zurückkehren. In solchen Fällen erhob dann der

Ultramontanismus, der sonst so gern den Altar als die Stütze des Thrones pries, kühnlich das Banner des Liberalismus und hatte mindestens die Fortgeschrittensten von der Linken stets auf seiner Seite. Den ganzen Umfang seiner Forderungen lehrten die Beschlüsse der verschiedenen Bischofsconferenzen kennen, die 1848 und 1849 stattgefunden hatten. Vor Allem verlangte man den völlig freien Verkehr mit Rom, da ein General, wie der Erzbischof von Olmütz sehr offenherzig sich ausdrückte, nur bei beständiger Verbindung mit seinem Oberfeldherrn seine Heeresabtheilung zum Besten des Gesammtstaates führen könne; man forderte nicht minder den völlig freien Verkehr der Bischöfe mit ihren Untergebenen, den Geistlichen, und sträubte sich deshalb gegen jede staatliche Ueberwachung der Hirtenbriefe und Erlasse. Die Anstellung der Priester sollte den Kirchenfürsten allein zustehen, nicht minder auch deren Erziehung in besondern Seminaren, und die volle Disciplinarstrafgewalt, gegen die keine Berufung an den Staat erlaubt sein dürfe. Die Verwaltung und Vermehrung des Kirchenvermögens, die Gründung religiöser Vereine, Orden und Niederlassungen wollten sie von jeder beschränkenden Aufsicht befreit wissen. In diesem Sinne äußerten sich schon im Mai 1848 die in Cöln versammelten Bischöfe von Rheinland und Westfalen; dieselben Forderungen erhoben in den nächsten Monaten die deutsch-östreichischen Kirchenfürsten; und endlich erneuerte und begründete eine große Bischofsconferenz in Würzburg, auf der nur wenige fehlten, diese Ansprüche im October und November des Jahres. Auf Döllingers Betreiben wurde dort auch der Plan einer deutschen Nationalkirche, natürlich im engsten Anschluß an Rom und ohne jeden sonderungslustigen Nebengedanken, sowie die Anstellung eines ständigen Vertreters der deutschen Bischöfe beim Papste gebilligt; beide Vorschläge kamen aber nicht über diese erste Stufe der Entwicklung hinaus. In der Ausnutzung der Grundrechte dem Staate gegenüber war man weniger bedächtig; obgleich in vielen Ländern die Genehmigung der Hirtenbriefe durch die Regierung noch gesetzlich geboten war, beschloß man doch in Würzburg, sie fortan nicht mehr einzuholen; das freie Vereinsrecht diente sofort zur Bildung eines ganzen Netzes von sogenannten Pius-Vereinen; zahlreiche Klöster entstanden in den katholischen Gegenden und die Jesuiten dehnten ihre Missionsreisen sogar bis in den erzprotestantischen Norden aus. Diesem erwünschten Zustande machte die Aufhebung der deutschen Grundrechte in den meisten Staaten ein Ende, nicht aber in Preußen; denn hier war jener Satz von der Selbständigkeit der Kirchen nicht allein in die Verfassung übergegangen und blieb also Kraft, sondern der König selbst billigte ihn vollkommen un glaubte, daß er der katholischen Kirche nur ihr Recht zukomm lasse. Daher hatte der Ultramontanismus in seinen Staat gute Tage; die katholische Abtheilung im Cultusministerium nah sich desselben lebhaft an und die Bischöfe durften ohne Weiter

Bischofsconferenzen.

Würzburger Conferenz.

Günstige Lage in Preußen.

die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechtes, soweit sie nach ihrer Ansicht mit der Verfassung im Widerspruch standen, als aufgehoben behandeln. Nur selten streiften sie an die Grenze, wo die Nachsicht des Königs aufhörte. So etwa als Arnoldi in Trier 1853 die Schließung gemischter Ehen nur dann gestatten wollte, wenn der protestantische Theil vorher eidlich die katholische Erziehung aller Kinder gelobe, und der König nun jedem Offizier, der sich darauf einlasse, den Abschied ankündigte. Aber daß z. B. die Geistlichen von ihren Bischöfen angewiesen wurden, vor der Leistung des Verfassungseides ihre Verpflichtungen gegen die Kirche ausdrücklich vorzubehalten, wurde schon im April 1850 vertrauensvoll zugestanden. Trotz dieser nachgiebigen Haltung der Regierung behauptete übrigens die katholische Partei, die sich unter Führung der Brüder Reichensperger im Abgeordnetenhause gebildet hatte, eine unabhängige Stellung und trat häufig, auch wenn es sich nicht um Freiheiten der Kirche handelte, für die Sache der Liberalen ein; sie stand fest zur Verfassung, die sie mit Recht für das stärkste Bollwerk der Kirche hielt, und erwarb sich dadurch in den Augen des Volkes einen Schein von Freisinnigkeit und Ueberzeugungstreue, der ihr um so mehr zu Gute kam, je kleiner das Häuflein der eigentlichen Liberalen war.

Oberrheinische Kirchenprovinz.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse in der oberrheinischen Kirchenprovinz. Hier hatten die Bischöfe in den Landesverfassungen keine Anhaltepunkte für ihre Forderungen, und die Beschränkungen, denen sie in Folge der Verordnungen von 1830 unterlagen, waren viel lästiger als in Preußen. Sie wandten sich daher zuerst einzeln und im März 1851 gemeinsam mit einer Denkschrift an die Regierungen und entwickelten das Programm der würzburger Conferenz, wobei sie sehr stark betonten, daß es im wohlverstandenen Interesse aller Autorität liege, die kirchliche Autorität zu befestigen, weil nur sie einen starken Rückhalt auch in staatlichen Wirren bieten könne. Die Regierungen waren jedoch andrer Ansicht. Vertreter Würtembergs, Badens, der beiden Hessen, Nassaus und Frankfurts (Preußen für Hohenzollern hielt sich fern) beriethen vom Februar 1852 ab in Carlsruhe monatelang über diese Denkschrift und lehnten die wesentlichsten Punkte derselben ab. Die geringen Milderungen der Verordnung von 1830, zu denen sie bereit waren, wurden durch gleichlautende Verordnungen in den ersten Tagen des März 1853 bekannt gemacht. Höchst unzufrieden über diesen mißlungenen Anlauf erklärten die Bischöfe am 12. April, daß sie Gott mehr gehorchen würden als den Menschen und so zu handeln entschlossen seien, als ob ihre Forderungen zugestanden wären; in einer zweiten Denkschrift vom 18. Juni begründeten sie dies Verfahren aus dem Kirchenrechte, gegen das sie kein Landesrecht wollten gelten lassen. Daraus entspannen sich denn bittere Conflicte, die besonders in Baden einen heftigen Charakter annahmen. Der Erzbischof von Freiburg, Hermann von Vicari, hatte sich schon im

Badischer Kirchenstreit.

Mai 1852 durch die Verweigerung des Trauerамtes für den verstorbenen Großherzog und durch die Bestrafung von über hundert der Regierung gehorsamen Priestern in den gehässigsten Gegensatz zu der Obrigkeit gestellt. Auf diesem Standpunkte beharrte er nun mit wachsender Verbitterung, und als ihm im November 1853 ein landesherrlicher Commissar beigegeben wurde, dessen Unterschrift zu allen bischöflichen Erlassen nöthig sein sollte, excommunicirte er nicht nur diesen, sondern auch den badischen Oberkirchenrath. Da wurde er dann freilich verhaftet, und die Priester, welche seinen gesetzwidrigen Befehlen gehorchten, traf Geld- und Gefängnißstrafe; auch in Würtemberg und Nassau wurde mit Strenge gegen den trotzigen Ungehorsam eingeschritten; von langer Dauer war aber diese Entschlossenheit nicht. Bald wurden Verhandlungen mit den Bischöfen angeknüpft und schon 1854 kam es in Darmstadt zu einer geheimen, in Stuttgart zu einer veröffentlichten Convention, die in wesentlichen Punkten den geistlichen Forderungen nachgab. Trotzdem war der päpstliche Stuhl sehr wenig damit zufrieden, nicht weil ihm die Zugeständnisse der Regierungen zu unbedeutend erschienen, sondern weil er gehofft hatte, bei dieser Gelegenheit die oberrheinischen Staaten zu einem förmlichen Concordat zu drängen. Man beschwerte sich in Rom lebhaft über das selbständige Vorgehen der Bischöfe; fast scheint es, als ob der so harmlose Vorschlag einer Nationalkirche dort ängstliche Besorgnisse wach gerufen habe. Jeder Bischof, klagte Pius IX. dem würtembergischen Consul, sei jetzt so gut Papst als er; sie gäben ihn nicht einmal Kunde von ihren Schritten und es sei schon ein Glück, wenn sie sich nur an ihn wendeten, ehe sie Neuerungen begännen. Diese Selbständigkeit zu brechen blieb von da ab ein Hauptaugenmerk der Curie; der erste Schritt dazu war, daß man die Conventionen der Bischöfe mit den Regierungen verwarf und durch die Höfe von Wien und Berlin den Abschluß von Concordaten anzuregen suchte. Große Geneigtheit dazu fand man eben nicht; aber Oestreichs Vorgang, das im Herbst 1855 sein Concordat zu Stande brachte, besiegte die Bedenklichkeiten. Nur zu richtig hatten römische Stimmen im Voraus verkündet: Im Concordate spricht der Kaiser, und wenn der Kaiser spricht, werden die Markgrafen wohl oder übelwollend folgen; Oestreich zeichne die Bahn vor, in welche früher oder später die kleinen, mittleren und ein gewisser großer Staat würden einlenken müssen. Der große freilich sank so tief doch nicht herab, aber aus Carlsruhe, Stuttgart und Wiesbaden erschienen wirklich in den nächsten Jahren Bevollmächtigte in Rom und begannen die Unterhandlungen, die zuerst mit Würtemberg am 8. April 1857 und weiterhin auch mit Baden und Nassau an das erstrebte Ziel führten. Gleichwohl traten diese Concordate nicht rechtlich in Kraft; zur vollen Gültigkeit bedurften sie der Zustimmung der Landesvertretungen, und als diese eingeholt werden sollte, waren die Zeiten der Reaction vorüber, so daß sie

Conventionen.

Concordate.

nicht allein von den Kammern verworfen, sondern auch von den Regierungen trotz aller Klagen des päpstlichen Stuhles meist ohne erheblichen Widerstand preisgegeben wurden.

Das östreichische Concordat.

Aehnliche Concordate wie mit den süddeutschen Mittelstaaten hatte Rom seit 1850 auch mit den italienischen Fürsten abgeschlossen; aber weitaus sein größter Sieg war doch das östreichische, das am 18. August 1855 vereinbart wurde. Nirgends war man so empfänglich für die römische Lehre, daß nur in der Herrschaft der Kirche die Bürgschaft für den Gehorsam der Völker zu finden sei, wie in Wien. Mit besonders lebhaftem Dankgefühl sah man, daß die Geistlichkeit sich gegen das Nationalitätsprincip wandte, daß z. B. die Bischöfe, die 1849 in Wien versammelt waren, es für einen Rest des Heidenthums erklärten, weil es auf der Verschiedenheit der Sprachen beruhe und diese wiederum aus dem Abfall von Gott bei dem Thurmbau von Babel sich herschreibe. Wenn die Unabhängigkeitsgelüste der Völker im östreichischen Staate wirklich die schwerste Gefahr für die Einheit der Monarchie bildeten, wo konnte man dann eine bessere Hülfe gegen sie finden, als bei einer so denkenden Geistlichkeit. Um diese bei guter Stimmung zu erhalten, durfte kein Opfer zu groß erscheinen, und so gewährten denn schon vor der Aufhebung der Verfassung kaiserliche Verordnungen vom April 1851 alle die Forderungen, welche Rom erhob, im vollsten Maße. Durch den Abschluß des Concordates wurden diese Zugeständnisse der einseitigen Aenderung durch den Staat entzogen; sie bestanden fortan vertragsmäßig zu Recht und nur die Einwilligung des Papstes oder ein Rechtsbruch konnte in Zukunft sie wieder beseitigen. Vollkommen zufrieden war aber die Curie selbst mit dem Concordate noch nicht; die Auslegung der Grundsätze, die es aussprach, und die Ausführungsgesetze, die es erforderlich machte, mußten das Beste thun. Sofort ging man also daran, sich die Früchte des Vertrages zu sichern, und bei der günstigen Gesinnung des Kaisers war das nicht schwer. Da wurde den Bischöfen die vollkommenste Freiheit zugestanden, ihre Heerden von dem Lesen verderblicher Bücher abzuhalten; die Regierung hatte selbst Nichts dawider, wenn einige Prälaten von den Buchhändlern die Einsendung ihrer Verlagsartikel verlangten, um sie vor dem Druck einer geistlichen Censur zu unterwerfen; in ausgedehntem Maße stand der weltliche Arm den Kirchenfürsten zu Gebote, wenn sie bei der Ausübung ihrer Disciplinargewalt über die niedere Geistlichkeit auf Schwierigkeiten stießen; alle Aenderungen, die von ihnen in der Gesetzgebung gefordert wurden, durften der wohlwollendsten Aufnahme und meistens auch der bereitwilligsten Annahme sicher sein; in zehnwöchentlichen Conferenzen mit den Vertretern der Regierung konnten sie vom April bis Juni 1856 ein vollständiges Programm entwerfen, das alle die Forderungen und Folgerungen enthielt, die sie aus dem Concordate zu ziehen für gut fanden; und wie das Eherecht diesen

Anträgen gemäß durch eine kaiserliche Verordnung vom 8. October zum großen Nachtheile der Nichtkatholiken geändert wurde, so setzte man sich in fast allen Fragen ohne das geringste Bedenken über die berechtigten Beschwerden der übrigen Glaubensgemeinschaften hinweg, um nur des päpstlichen Segens nicht zu entbehren und den Beistand der katholischen Geistlichkeit bei der Unterdrückung der Völker nicht zu verlieren. Das Gesammtergebniß dieser ganzen Concordatsgesetzgebung war die unbedingte Herrschaft der Bischöfe nicht blos über Clerus und Kirchenvermögen, sondern auch in Schule und Haus. Die freisinnige josephinische Ordnung, die allerdings in manchen Punkten der Kirche zu nahe getreten sein mochte, wurde mit Stumpf und Stiel ausgerottet und der Staat so vollkommen in die Banden Roms geschlagen, als ob in der That, wie die Bischöfe es so gern zu betheuern pflegten, die Interessen der Kirche den wahren Interessen des Staates niemals widerstreiten könnten.

Frankreich.

Nicht so erfolgreich wie in Oestreich war die Curie mit ihren Bemühungen in den übrigen katholischen Ländern, selbst nicht in Frankreich. Hier stützte sich zwar Napoleon als Prinz-Präsident wie als Kaiser zum großen Theil auf die katholische Geistlichkeit und mußte daher ihre Geneigtheit durch mancherlei Zugeständnisse erkaufen; aber so weit es irgend ging, suchte er sich doch seine Unabhängigkeit zu wahren und verzichtete lieber auf lebhafte Lieblingswünsche, wie auf die Krönung durch den Papst, als daß er einen zu hohen Preis dafür bezahlt hätte. Die allgemeine Richtung der französischen Politik und die Stimmung im Lande war freilich nichts destoweniger den katholischen Interessen günstig, und nur der unbedingten Herrschaft, die sie für sich forderten, konnten sie sich nicht erfreuen. Dies und die schweren Niederlagen, welche die Curie in Sardinien erlitt, wird an anderer Stelle und in anderem Zusammenhange zu erzählen sein.

Italien.

Die übrigen Länder Italiens beharrten in der Willfährigkeit gegen Rom, die ihnen schon durch ihre Abhängigkeit von Oestreich vorgeschrieben war, und mehr als einmal wurden die protestantischen Mächte in Bewegung gesetzt durch die Nachrichten von Verfolgungen und Strafen, denen selbst in dem gemäßigten Toscana friedliche Bürger nur deshalb preisgegeben waren, weil sie es gewagt hatten, die Bibel zu lesen.

Portugal.

Durchaus unzugänglich für den römischen Einfluß erwies sich Portugal. Dom Pedros Feindseligkeit gegen die Curie wurde freilich von seiner Tochter, der Königin Donna Maria da Gloria, nicht getheilt; aber die Aufhebung der Zehnten und der Klöster und die ganze kirchenfeindliche Gesetzgebung, die er veranlaßt, blieb auch über seinen Tod und über das Jahr 1841, in dem eine äußerliche Aussöhnung mit dem Papste durch den Nuntius Capaccini zu Stande gebracht ward, in Kraft. Zu einem Concordate zeigten sich weder die Liberalen und ihr Führer Saldanha, noch die Conservativen, an deren Spitze Costa Cabral, Graf von

Thomar, stand, willig, und auch als im November 1853 die Königin starb und ihr Sohn, Anfangs unter der Vormundschaft seines Vaters Ferdinand von Coburg, seit 1855 aber selbständig als Dom Pedro V., die Regierung übernahm, änderte sich an dieser Stimmung Nichts. Das Verhältniß zu Rom blieb gespannt, und der frühe Tod des kinderlosen Königs, dem ein Bruder um wenige Tage ins Grab vorausging, ein anderer wenige Wochen später folgte, ward von der einen Seite als die Strafe des Himmels für das gottlose Herrscherhaus betrachtet, von der andern mit Argwohn und Verbitterung auf unnatürliche Ursachen zurückgeführt. Der neue König aber, der, gleichfalls ein Bruder des Verstorbenen, als Dom Luis I. am 15. November 1861 den Thron bestieg, wurde durch diese Trauerfälle weder bekehrt noch eingeschüchtert, und Portugal blieb neben Victor Emanuels Reiche von allen katholischen Staaten Europas der ungefügigste und unkirchlichste.

Spanien.

Bei weitem nicht so ungünstig, aber doch auch keineswegs befriedigend war die Stellung der Curie zu Spanien. Eine sehr zuverlässige und ergebene Anhängerin hatte der Papst hier allerdings an der Königin Isabella, die ihren bedenklichen Lebenswandel durch Unterwürfigkeit unter das geistliche Gebot wieder gut zu machen dachte und zu Zeiten auch die Politik ihres Landes ganz und gar im Sinne der Jesuiten beeinflussen konnte. Aber im Allgemeinen stand die Entscheidung doch nicht bei ihr, sondern bei der jeweils herrschenden Partei. Narvaez, der an der Spitze der Moderados während des größten Theiles der vierziger Jahre gemäßigt und klug die Regierung geführt hatte, wußte auch in der Nachgiebigkeit gegen Rom Maß zu finden, so schneidig auch die Waffe war, die man dort in der Drohung, den Carlismus zu segnen, in der Hand hielt. Und wie er der März- und Mai-Crawalle, die das Jahr 1848 in Madrid und ein paar andern Städten brachte, mit leichter Mühe Herr wurde, so bezwang er in der That auch den catalonischen Aufstand, den Cabrera zu Gunsten Don Carlos VI., des Grafen von Montemolin, anzettelte und beinahe ein Jahr am Leben erhielt, bis die französischen Behörden der Sache ein Ende machten, indem sie am 5. April 1849 den Prätendenten, als er eben die Grenze überschreiten wollte, und kaum drei Wochen später auch Cabrera selbst, der mit einigen Gefährten auf französisches Gebiet übergetreten war, verhafteten. Länger als anderthalb Jahre behauptete sich dann Narvaez noch am Ruder, mußte aber am 10. Januar 1851 einem durchaus reactionären Ministerium unter Führung von Bravo Murillo Platz machen. Nun endlich gelang es der Curie, ein Concordat, auf das sie lange hingearbeitet, durchzusetzen und dabei nicht allein die Rückgabe der noch unverkauften Kirchengüter, sondern auch eine Entschädigung für die schon veräußerten zu erlangen. Daß die Ausübung jeder andern Religion als der katholischen bei schwerer Strafe unter-

Narvaez.

Das Concordat von 1851.

sagt, der Unterricht den Bischöfen überantwortet und eine geistliche Büchercensur eingeführt wurde, braucht kaum ausdrücklich erwähnt zu werden. Der Ultramontanismus hätte alle Ursache gehabt, zufrieden zu sein, wenn er irgend welche Bürgschaft für die Dauer dieser neuen Zustände hätte gewinnen können. Die aber war nirgends zu finden; bald drängte ein Ministerwechsel den andern, Murillo stieß schon im nächsten Jahre bei den neugewählten Cortes auf so feindliche Gesinnungen, daß er sie am 2. December (1852) auflösen und wenige Tage darauf dem Grafen von Alcoy das Staatsruder abtreten mußte. Irgend welche Bedeutung hatte dieser Wechsel freilich nicht; eine Schattirung der Moderados löste die andere ab; als die Cortes im März 1853 den Grafen Alcoy mit dem gleichen verdienten Mißtrauen behandelten wie seinen Vorgänger, folgte ihm der General Lersundi und unerschöpflich in neuen Combinationen setzte sich dann der Wechsel bis in den Juli 1854 fort, wo unter dem Ministerium des Grafen San Luis der Zusammenbruch erfolgte. Irgend etwas Haltbares vermochte keines dieser Ministerien zu schaffen, obgleich sie in Entwürfen und Versuchen von Verfassungsänderungen mit einander wetteiferten; die einzige Frucht dieser Reactionszeit war, daß die Liberalen immer erbitterter und ungeduldiger, daß die Moderados immer uneiniger und unfähiger zur Regierung wurden. Nach wiederholten mißlungenen Aufständen erhob am 30. Juni 1854 O'Donnell in Vicalvaro, einem Dorfe nahe bei Madrid, die Fahne der Empörung, und ein Straßenkampf in der Hauptstadt, den die Progressisten vom 17.—19. Juli ausfochten, brachte das Ministerium vollends zu Fall. Die beiden Gruppen der Aufrührer einigten sich über eine gemischte Regierung; den Vorsitz erhielt Espartero als Haupt der Progressisten, O'Donnell als Vertreter der unzufriedenen Generale das Kriegsministerium; das Concordat ward aufgehoben, der Verkauf der Kirchengüter von Neuem begonnen, und nach endlosen Redegefechten am 15. December 1855 auch eine neue Verfassung zu Stande gebracht. Ins Leben zu treten war indes auch dieser nicht beschieden; noch ehe sie verkündet ward, hatte O'Donnell, der mit Espartero längst zerfallen war, einen neuen Wechsel vorbereitet. Im Juli 1856 führte er durch innere Streitigkeiten den Rücktritt des Cabinettes herbei, und als die Königin darauf ihn, nicht Espartero, mit der Neubildung betraute, verhängte er den Belagerungszustand über ganz Spanien, unterdrückte mit blutiger Energie die Aufstände in Madrid, Saragossa und Barcelona, hob dann die Nationalgarde auf, schickte die Cortes nach Hause und stellte endlich die Verfassung von 1845 wieder her. Nachdem er so reine Bahn für ein gemäßigt freisinniges Regiment geschaffen hatte und sich anschickte, gestützt auf die liberale Union, eine Mittelpartei zwischen Moderados und Progressisten, die sich in den Cortes von 1854 gebildet hatte, den Weg des vorsichtigen Fortschrittes einzuschlagen,

Wechselnde Ministerien.

O'Donnells Aufstand.

ward er von der Königin, welche die Schwäche der noch jungen Partei wohl kannte, einfach bei Seite geschoben und am 12. October durch Narvaez ersetzt. Dessen Stellung war aber durch die Parteiverschiebungen der letzten Jahre wesentlich verändert; der liberalere Theil seiner Freunde war zu der Union übergetreten, eine äußerste Rechte hatte sich unter dem Namen der Neukatholiken abgezweigt, der Rest der Partei befand sich in Folge der zahlreichen Ministerwechsel von 1851—54 in völliger Zersetzung und bildete viele kleine Gruppen, die sich um einzelne Personen schaarten. Narvaez mußte die bedeutendsten davon in sein Cabinet aufnehmen; selbst Nocedal, einen Führer der Neukatholiken, der durch ein ganz reactionäres Preßgesetz das Ministerium weit nach rechts drängte, mußte er sich gefallen lassen. Die Religionsfreiheit, welche die Cortes von 1855 gewährt, ward wieder aufgehoben, der Verkauf der Kirchengüter abermals rückgängig gemacht, durch ein neues Unterrichtsgesetz das Schulwesen wieder der Geistlichkeit überantwortet. Eine allgemeine Gährung ergriff von Neuem das Land, die Cortes zeigten sich unzufrieden und dem Hofe genügte dieses Maß von Reaction gleichwohl noch immer nicht. Da forderte Narvaez am 1. October 1857 seine Entlassung und nachdem die Königin es zunächst mit dem liberalen Flügel der Moderados unter Armero und Mon, dann mit dem conservativeren unter Isturiz versucht hatte, trat endlich am 30. Juni 1858 O'Donnell mit der liberalen Union wieder ans Steuerruder, um es mehrere Jahre hindurch nicht unrühmlich und erfolglos zu führen.

Neues Schwanken.

Damit war denn aller Gewinn auch für die Curie wieder verloren gegangen und das Gesammtergebniß des Jahrzehntes war für sie schließlich eben so nichtig wie für die spanische Nation; über all dem Hin- und Herschwanken war man nicht aus der Stelle gekommen. In gewissem Sinne konnte man dasselbe von der Stellung der Ultramontanen in Belgien sagen. In diesem Lande hatte der englische Parlamentarismus sich so vollkommen eingelebt wie nirgendswo sonst; wenn dem Könige daran ein gut Theil des Verdienstes zukam, so lag es doch nicht minder an dem Umstande, daß, wie England einst an den Whigs und Tories, so Belgien an den Liberalen und Ultramontanen zwei große geschlossene Parteien und damit die wichtigste Vorbedingung für die Begründung eines rein parlamentarischen Systemes besaß. Die Stärke der beiden Parteien war fast die gleiche, und in regelmäßigem Wechsel lösten sie sich am Staatsruder ab; die Folge davon war, daß jede mit der andern rechnen mußte und der Mißbrauch der Macht seitens der herrschenden Partei sich in bescheidenen Grenzen hielt. Auf der andern Seite vergaß aber der belgische Ultramontanismus über den heimischen Aufgaben keineswegs die universellen; wenn einer seiner Führer, Herr von Kerkhove, es offen aussprach, daß der Ultramontanismus kein Vaterland außer Rom kenne, so handelten viele

Belgien.

hervorragende Parteigenossen thatsächlich in diesem Sinne. Adel und Clerus stellten ihre besten Kämpfer der Curie zur Verfügung. Der Jesuitengeneral Beckx und der päpstliche Kriegsminister Graf von Mérode stammten aus Belgien und viele ihrer Landsleute dienten in ihrem Stabe. In diesen Kreisen wurden die Ideen von dem Weltberufe des Papstthums am eifrigsten genährt, und dem Jesuitismus die tüchtigsten Kräfte herangezogen. Hier erkannte man am lebhaftesten die Nothwendigkeit, der Curie nicht blos Zuwachs an äußerer Macht zu bringen, sondern dem Papste selbst zu einer absoluten Gewalt über die ganze Kirche zu verhelfen, damit er den Widerstand freisinniger Strömungen brechen und das ultramontane System vor jeder Verfälschung bewahren könne. Des eigenen Einflusses auf den zeitigen Papst waren die Jesuiten vollkommen sicher und eben so sicher hofften sie, die künftigen Papstwahlen nach ihrem Willen lenken zu können. Alle Gefahr, die ihnen drohte, konnte nur von den Bischöfen und dem niederen Clerus kommen, und diese zu beugen und zu fesseln mußte daher ihre dringendste Aufgabe sein.

Universelle Tendenz des Ultramontanismus

Als letztes Ziel schwebte ihnen dabei die Absicht vor, die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma zu erheben, und ihm dadurch eine unangreifbare Stellung gegenüber widerspenstigen Bischöfen zu verschaffen. Allein sie waren vorsichtig genug, mit diesem Vorhaben nicht sogleich herauszurücken. Die Verkündigung neuer Dogmen war seit langer Zeit außer Brauch gekommen, und die Welt mußte erst wieder daran gewöhnt werden. Es galt also eine Lehre zu finden, die geeignet wäre, als Bedingniß der Seligkeit aufgestellt zu werden und die des Papstes Beifall und bei den Bischöfen wenigstens keinen hartnäckigen Widerstand fände. Dazu empfahl sich der Satz von der sündlosen Geburt der Maria. Schon das Concil von Ephesus im Jahre 430 hatte sie zur Gottesmutter erklärt; also nicht Christus als Mensch, sondern Christus als Gott war ihr Sohn; daraus war von den Franziscanern schon frühzeitig gefolgert worden, daß auch sie selbst sündlos geboren sei, und das Fest der unbefleckten Empfängniß Mariä (am 8. December) war gegen den Widerspruch der Dominicaner seit dem 14. Jahrhundert in Aufnahme gekommen. Allerdings stand diese Lehre in ihren Consequenzen im Widerspruch mit einem andern Dogma, dem von der Erbsünde; wenn die sündlose Geburt der Maria nöthig sein sollte, damit Christus selbst sündlos geboren werden konnte, so durfte mit demselben Rechte diese Schlußfolgerung von Mutter zu Mutter bis auf das erste Menschenpaar rückwärts ausgedehnt werden, und mit der Erbsünde war es vorbei. Aber durch solche Bedenken ließen sich die Jesuiten nicht anfechten, sie wußten, daß Pius jeder Maßregel zur Verherrlichung der Maria, die er für seine besondere Gönnerin hielt, geneigt sei und so beschlossen sie, wie die Spötter meinten, auch dem lieben Gott eine Großmutter zu geben, da der Teufel sie ja schon lange habe. Eine Versammlung von Bi-

Die unbefleckte Empfängniß.

schöfen wurde nach Rom berufen und gab ihre Zustimmung; am 8. December 1854 wurde das neue Dogma verkündigt. Es erregte in der protestantischen Kirche mehr Aufsehen als in der katholischen. Friedrich Wilhelm IV. besonders fühlte durch diese Neuerung den gemeinsamen Boden, auf dem der Katholicismus und der altgläubige Protestantismus nach seiner Ansicht standen, heftig erschüttert; alle evangelischen Kirchen, so wünschte er, sollten einmüthig ihre Stimme dagegen erheben und erklären, daß mit diesem Dogma der Papst das apostolische Glaubensbekenntniß verlassen und eine breite Kluft zwischen sich und die übrige Christenheit gerissen habe. Aber er ließ den Plan fallen, als der Erzbischof von Canterbury Namens der anglicanischen Kirche Schwierigkeiten machte, und die wirkliche Tragweite des Ereignisses, die Absicht, in der es herbeigeführt war, durchschaute doch auch er so wenig wie irgend jemand sonst zu jener Zeit. Nur das dunkle Gefühl blieb bei den schärfer Beobachtenden zurück, daß die römische Kirche sich zu neuen Eroberungen rüste und daß es nicht wohl gethan sei, sie mit stolzem Pochen auf die Tageshelle des neunzehnten Jahrhunderts und die Unüberwindlichkeit der modernen Bildung gewähren zu lassen.

Der Jesuitismus und die freie Forschung.

Dieses selbe Gefühl hätten auch alle übrigen Beobachtungen hervorrufen sollen, die man bezüglich des Auftretens der jesuitischen Partei machen konnte. Wo innerhalb des Katholicismus selbständige Forschung aufzukommen drohte, wurde sie durch Machtsprüche erstickt oder durch Bannflüche aus der Kirche gewiesen. So waren in Deutschland die Lehren von Hermes ausgerottet, so wurde ein jüngerer Philosoph, der in ähnlicher Weise die Wahrheit der katholischen Dogmen wissenschaftlich zu begründen suchte, Günther in Wien und mit ihm sein Schüler Baltzer in Breslau, von dem römischen Stuhle verworfen. In gleicher Weise hatte man in Frankreich Lamennais aus der Kirche gedrängt und seine Anhänger Lacordaire und Montalembert zur Unterwerfung gezwungen. Gegen die Bischöfe bediente man sich auf das Rücksichtsloseste der Presse; die ultramontanen Heißsporne, wie Veuillot in dem einflußreichsten kirchlichen Blatte Frankreichs, dem Univers, mußten über die milder gestimmten Prälaten herfallen, und wurden, wenn Beschwerden gegen sie in Rom einliefen, statt mit Tadel, mit dem päpstlichen Segen bedacht. Männer, von denen man wußte, daß sie den jesuitischen Plänen Feind seien, erhielten gewiß keinen Zutritt zu den bischöflichen Stühlen, und wenn sie in regelrechter Weise gewählt waren, wie der Gießener Professor Leopold Schmidt zu der ...inzer Bischofswürde, so scheute man auch den Bruch des be...henden Rechtes nicht und zwang den Diöcesen auserkorene ...erkzeuge der Jesuiten, wie den Freiherrn von Ketteler, auf der ...rtan die Seele aller jesuitischen Agitationen in Deutschland war ...d mit unermüdlicher Geschäftigkeit durch Flugschriften und ...den, in der Presse, in Parlamenten und Vereinen zu wirken

Jesuitismus und Protestantismus.

verstand. Angriffslustig stürzten er und seine Genossen sich auch auf den Protestantismus, den sie dem Volke als die wahre Ursache von Deutschlands Zersplitterung und Ohnmacht zu schildern suchten; wie die Juden durch die Kreuzigung Christi, so habe unser Volk, lehrte der mainzer Bischof, durch die Reformation seine nationale Existenz verscherzt; nur durch die Rückkehr zur römischen Kirche könne es seine Einheit wieder gewinnen. In demselben Geiste behauptete einige Jahre später sein paderborner Amtsbruder Martin, daß auch die Protestanten seiner Diöcese seiner oberhirtlichen Obhut unterworfen seien, und der Papst erhob zuletzt den gleichen Anspruch sogar persönlich dem deutschen Kaiser gegenüber. Jesuitenmissionen durchzogen Deutschland von Neuem nach allen Seiten, man trug sich mit dem früher schon ernstlich verfolgten Plane eines katholischen Bisthums in dem protestantischen Hamburg, man machte den Versuch durch die Begründung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin sich in der Hauptstadt des preußischen Staates einzunisten, um von da aus bequemer die Fäden nach allen Richtungen hin anspinnen zu können.

Die Propaganda in Amerika.

In den übrigen protestantischen Ländern war man nicht minder thätig und die Erfolge, die erzielt wurden, reizten zu immer neuen Uebergriffen. Gradezu glänzend waren die Fortschritte, die der Katholicismus jenseits des Oceans in den Vereinigten Staaten von Nordamerika machte; den größten Theil daran hatte freilich die Einwanderung zahlreicher katholischer Irländer; aber mochte die Ursache sein, welche sie wollte, es war doch ein glänzender Triumph, als in dem gutprotestantischen Lande, das am Beginn des Jahrhunderts nur einen katholischen Bischof besessen hatte, im Mai 1852 ein katholisches Nationalconcil zusammentrat, das 6 Erzbischöfe und 26 Bischöfe zu Mitgliedern zählte, daß wenige Jahre später mehr als 20,000 katholische Priester und über 50 Bischöfe an beinahe 6000 Kirchen und Kapellen wirkten. Gegen solchen Gewinn trat selbst der Verlust zurück, den man durch die Einbuße der Kirchengüter in Mexico erlitt. Allein wichtiger als alle Vorgänge in Amerika und die Eroberungen auf den weiten Missionsfeldern Afrikas, Asiens und Australiens waren für die nächste Gegenwart doch die Siege, die der Katholicismus über die protestantischen Kirchen in Europa davontrug. Der Geist der Neuzeit, der in England die politische Gleichberechtigung der Katholiken erzwungen hatte, stürzte auch in Scandinavien die ausschließliche Herrschaft des Lutherthums und eröffnete der katholischen Propaganda ganz neue Gebiete, über deren spröde Bevölkerung er allerdings noch keine erheblichen Vortheile zu gewinnen vermochte. In Holland und England dagegen konnte man sich schon bis zu der Neubegründung einer katholischen Hierarchie vorwagen.

Holland.

Beide Länder waren bisher als Missionsgebiete behandelt und ihre katholische Bevölkerung durch päpstliche Vicare geleitet worden. In Holland eröffnete die liberale Verfassung vom

14. October 1848 dem Katholicismus die Bahn zu freierer Bewegung, und als auf König Wilhelm II., der im März 1849 nach neunjähriger Regierung starb, sein Sohn Wilhelm III. folgte und dieser am 30. October ein liberales Ministerium unter der Leitung Thorbeckes berief, legte auch die Verwaltung der jesuitischen Propaganda keine Hindernisse mehr in den Weg. Zahlreich erschienen die Ordensbrüder im Lande, Klöster wurden gestiftet, katholische Zeitschriften begründet, und endlich am 7. März 1853 durch päpstliches Breve ein Erzbischof von Utrecht und vier Bischöfe eingesetzt. Nun brach wohl der Sturm protestantischen Unwillens gegen das Ministerium los, dem man vorwarf, diese Maßregel nicht verhindert zu haben; Thorbecke und mehrere seiner Collegen mußten am 19. April zurücktreten, aber Hall, der ihn ersetzte, konnte auch nichts Anderes thun als durch besondere Gesetze, unter denen das wichtigste die völlige Trennung der Schule von der Kirche betraf, dem Vordringen des Katholicismus gewisse Grenzen ziehen; der Beweis war augenfällig geliefert, daß die Curie mit großem Geschick die liberalen Theorien auszubeuten wisse, und wenn man diese Theorien um solcher unerwünschten Folgen willen nicht beschränken oder gar verwerfen wollte, so ergab sich mit Nothwendigkeit die Pflicht, alle Schritte des Jesuitismus vorsichtig zu überwachen und ihm auf jedem seiner Wege entschlossen und unnachgiebig mit den Waffen des Geistes entgegen zu treten.

England unter der Herrschaft der Whigs.

Diese Pflicht lag nächst Deutschland keinem anderen Lande dringender ob als Großbritannien, und der päpstliche Angriff, der sich ganz in derselben Weise wie gegen die Niederlande gegen England gerichtet hatte, war ein vernehmlicher Aufruf an den protestantischen Sinn des Inselvolkes, der bedenklich eingeschlummert zu sein schien. Statt abzusterben, behauptete sich die katholisirende Richtung Puseys siegreich in der anglikanischen Kirche, und dem Uebertritte Newmans waren andere Männer von geistiger Bedeutung und gesellschaftlicher Stellung, wie der Archidiakonus Manning und zwei Brüder Wilberforce gefolgt. Seit Jahren bereits munkelte man davon, daß in Rom die Wiederherstellung katholischer Bisthümer in England beschlossene Sache sei; aber trotzdem stand die öffentliche Meinung ganz verwirrt und zwiespältig der vollendeten Thatsache gegenüber, als am [illegible]. September 1850 ein päpstliches Breve nun wirklich an die Stelle der vier apostolischen Vicariate, unter denen bisher die englischen Katholiken gestanden, zwölf Bisthümer und ein Erzbisthum setzte und das letztere dem Cardinal Wiseman unter dem Titel eines Erzbischofs von Westminster übertrug. Die Entrüstung der englischen Protestanten über diese Maßregel war

Katholische Hierarchie in England.

allerdings außerordentlich; das lange verstummte No-popery-Geschrei erhob sich wieder mit Macht und im Ministerium war wenigstens Lord Russell entschlossen, dem „unverschämten und heimtückischen Angriff", wie er es in einem offenen Briefe an einen anglikanischen Bischof nannte, durch gesetzliche Maßregeln entgegenzutreten. Da zeigte es sich aber, daß der Katholicismus auch in England bereits eine politische Macht sei. Das Whigministerium verdankte seine Mehrheit im Unterhause nur der Unterstützung der irischen Vertreter, und diese fielen sogleich von ihm ab, als Russell am 7. Februar 1851 einen Entwurf einbrachte, kraft dessen allen nicht zur Staatskirche gehörenden Geistlichen die Führung bischöflicher Titel verboten und alle Schenkungen und Vermächtnisse an solche Geistliche untersagt wurden. Der irischen Opposition schlossen sich die unabhängigen Liberalen wie Roebuck und John Bright an, die sonst auch zu dem Ministerium standen, und so war die immer schon schwankende Stellung der Regierung im Umsehen unhaltbar geworden. Allerdings fiel deshalb die Titelbill, wie man das Gesetz nannte, noch keineswegs; denn die Tories

Ministerkrisis

waren womöglich noch grimmigere Feinde Roms als Lord Russell und liehen ihm in dieser Sache ihren Beistand; aber sie unterließen es selbstverständlich nicht, von der Spaltung in den Reihen der Gegner Gebrauch zu machen und führten durch eine Abstimmung über den Antrag des Radikalen Locke King, der eine Ausdehnung des Wahlrechts bezweckte, am 20. Februar den Sturz der Whigs herbei. Selbst die Regierung zu übernehmen, waren sie bei der augenblicklichen Zusammensetzung des Unterhauses indes nicht im Stande und zu einer Auflösung glaubten sie die Zeit noch nicht gekommen. Die natürlichste Lösung schien unter diesen Umständen die Bildung eines gemischten Ministeriums, sei es aus Whigs und Peeliten oder aus Peeliten und Tories. Beides wurde versucht, aber beides scheiterte. Sir Robert Peel selbst war seit einigen Monaten todt; ein Sturz vom Pferde hatte ihm im Juli 1850 das Leben gekostet; jetzt waren die bedeutendsten Mitglieder der Partei Lord Aberdeen und Sir James Graham. Von den Tories schied sie ihre Freihandelspolitik durch eine so weite Kluft, daß eine Verständigung in der That unmöglich war; aber auch das angebotene Bündniß mit den Whigs lehnten sie ab, weil sie deren Auftreten gegen den Papst nicht billigten. Nachdem die Ministerkrisis 14 Tage gedauert, endete sie damit, daß auf des Herzogs von Wellington Rath Russell und seine Collegen

Titelbill

wieder eintraten. So absonderlich nun auch ihre Stellung zum Parlamente war, so brachte sie doch die Titelbill mit ungeheur Mehrheit durch; nur die fortgeschrittensten Liberalen machten dieser Frage mit den Katholiken gemeinsame Sache; den Tori war es gelungen, noch mancherlei Verschärfungen hineinzubringe. Aber im Grunde war mit alledem doch Rom gegenüber weni erreicht. Das Gesetz thatsächlich gegen die neuen Bischöfe anzu wenden, lag, wie Lord Russell später erklärte, niemals in sein

Absicht; er wollte nur den Grundsatz zum scharfen Ausdruck bringen, daß Niemand anders als die Königin in England Bischöfe ernennen könne. Die neuen Prälaten traten also ihr Amt an, ohne daß die Regierung sie daran hinderte, und nachdem die Titelbill bis zum Jahre 1870 bestanden, wurde sie als völlig nutzlos auch ausdrücklich wieder aufgehoben.

Die Stellung der Whigs.

Die kümmerliche Haltung, welche die Whigs in dieser Frage gezeigt hatten, entsprach durchaus der schwachen Stellung, die ihr Ministerium im Parlamente und im Lande hatte. Durch die Loslösung der Peeliten von den Tories war eine ähnliche, aber doch viel tiefer greifende Umwandlung des parlamentarischen Parteilebens herbeigeführt, wie am Ende der zwanziger Jahre durch die Loslösung der Canningiten; das selbständige Auftreten der unabhängigen Liberalen und der Iren, das Vorhandensein also dreier Parteien von erheblichem Stimmengewicht neben den beiden alten, mußte die breite Grundlage, auf der früher ein Tory- oder ein Whigregiment zu ruhen pflegte, völlig zerstören. Ohne Zugeständnisse, durch die man die Nachsicht oder Unterstützung einer oder mehrerer dieser drei Zwischengruppen erkaufte, war keine Verwaltung mehr möglich. Nun hatte allerdings das Ministerium Russell viel gethan, um sich den Beifall der unsicheren Bundesgenossen zu verschaffen. Die furchtbare Hungersnoth, die Irland besonders im Winter auf 1847 heimgesucht, war von den Whigs durch reichliche Bewilligung von Geldern bekämpft worden. Die Zahl derer, welche vom Staate Almosen empfingen, stieg vom September 1846 bis zum März 1847 von 43,000 auf beinah dreiviertel Millionen; mehr als 7 Millionen Pfund wurden aus öffentlichen Mitteln für die Nothleidenden verausgabt; dazu kamen erstaunliche Summen, die durch freiwillige Beisteuern aufgebracht wurden. Die Tories wetteiferten selbstverständlich mit ihren Gegnern in der Bereitwilligkeit zu helfen, aber der politische Dank fiel doch naturgemäß der herrschenden Partei zu. Auf der andern Seite hatte diese aber auch die Vorwürfe wegen der doch unerläßlichen Maßnahmen der Strenge zu ertragen. Die furchtbare Noth, der die unerhörte Sterblichkeit entsprach (es starben 1847 in Irland etwa 250,000 Menschen, d. h. mehr als in den drei vorhergehenden Jahren zusammen) hatte eine zunehmende Verwilderung im Gefolge; die Verbrechen häuften sich in erschreckender Weise, und die Whigs, die früher Peel gegenüber alle Ausnahmemaßregeln bekämpft hatten, mußten sie jetzt selbst beantragen. Das entfremdete ihnen dann wieder die Gemüther der Iren, und als das Jahr 1848 auch in England und Schottland einige unruhige Wochen herbeiführte und die Regierung zum Aufgebot polizeilicher und militärischer Macht zwang, wurde auch der Groll der Radikalen rege. Erheblichen Umfang gewann die revolutionäre Aufregung indessen nicht. Eine Riesenpetition mit angeblich beinah sechs, in Wahrheit doch kaum zwei Millionen Unterschriften, die obendrein

Irland.

Das Jahr 1848.

großentheils gefälscht waren, wie der Name der Königin oder der siebzehn Mal wiederkehrende des Herzogs von Wellington bewies, sollte dem Parlamente von einem Pöbelhaufen überreicht werden. Aber die entschlossenen Vorkehrungen des eisernen Herzogs, der dem Whigministerium bereitwillig seine Hülfe zusagte, und die Einschwörung von 170,000 londoner Bürgern zum außerordentlichen Sicherheitsdienste genügten, um den großen Zug, der für den 10. April geplant war, zum Scheitern zu bringen. In Irland wurde die Sache etwas ernstlicher, es kam wirklich in Tipperary zu Blutvergießen, aber das kräftige Einschreiten der Regierung unterdrückte den Aufstand schnell, und die Häupter O. Brien, Meagher, Mitchell u. A. büßten ihre Empörung mit der Verbannung nach Australien. Abgesehen von vereinzelten verrannten Ultras konnten schließlich auch die Radikalen das Verhalten des Ministeriums nur billigen.

Wahlreform und Freihandel.

Schwieriger war es mit den fortgeschrittenen Liberalen sich über eine abermalige Reform des Wahlgesetzes zu verständigen. Die Forderung, welche Hume zuerst am 20. Juni 1848 in ihrem Namen aufstellte, daß allen Besitzern eines eigenen Hausstandes das Wahlrecht ertheilt werden solle, verwarfen die Whigs durchaus und die unablässig wiederholten verwandten Anträge führten endlich in Verbindung mit der Titelbill im Februar 1851 zu der schon erzählten Ministerkrisis. Erwünscht war diese den Radikalen keineswegs. Fast ausnahmslos stand doch auch ihnen die Erhaltung des Freihandelssystems noch höher als ihre Reformwünsche, und da die Whigs in dieser Hauptfrage ihren Forderungen durchaus entsprachen, die Tories aber unausgesetzt an den niedrigen Kornzöllen rüttelten, so mußten die Manchesterleute wohl oder übel die Fortdauer der zeitigen Regierung wünschen. Aus demselben Grunde schenkten die Peeliten, vor Allem Sir Robert Peel selbst, dieser uneigennützig ihren Beistand. Der eifrigste und unermüdlichste Vorkämpfer des Schutzzolls war Lord George Bentinck und nach seinem Tode, im September 1848, Benjamin Disraeli. Sie konnten es doch nicht verhindern, daß die allmälige Verminderung der Zölle, wie Peel sie durchgesetzt hatte, planmäßig ins Leben trat und mit dem 1. Februar 1849 der Einschillingstarif, die niedrigste Stufe, unter dem lauten Jubel des Landes erreicht wurde. Sie konnten es nicht einmal verhindern, daß die Regierung der Aufforderung der Manchesterleute Folge leistete und die beschränkenden Schifffahrtsgesetze zuerst, während der Hungerzeit, vorübergehend aufhob, dann ihre völlige Beseitigung beantragte. Es handelte sich dabei um die Abschaffung der Vorrechte, die den britischen Schiffen den ausschließlichen Verkehr mit den Colonien sicherten und den Fremden die Einfuhr anderer Erzeugnisse, als der aus ihrem heimischen Lande kommenden verbot; einzelne Lücken waren in dieses System schon gerissen, aber im Ganzen und Großen bestand es noch wie zu Cromwells Zeiten. Mit 275 gegen 214 Stimmen siegte die Regierung nach

Die Schifffahrtsacte.

vielen erregten Verhandlungen im Unterhause und nachdem auch die Lords ihren anfänglichen Widerstand aufgegeben hatten, wurde das Gesetz am 12. Juni 1849 vollzogen und am 1. Januar 1850 trat diese neue befreiende Maßregel bereits ins Leben.

Manchesterpartei und Tories.

Doch die Wünsche der Manchestermänner hielten sich keineswegs innerhalb der Schranken, welche eine jede Whigregierung, auch die neuerungslustigste, sich setzen mußte, und stießen daher oft genug auf den Widerspruch des Ministeriums. Wenn sie die Freigebung der Colonieen empfahlen, die Verminderung des Heeres forderten, die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Vermeidung von Kriegen beantragten, so konnten sie sicher sein, ihre Gegner nicht minder unter den Whigs wie unter den Tories zu finden. Eben deshalb waren derartige Anträge aber auch der herrschenden Partei durchaus ungefährlich; erst wenn Cobden und seine Freunde aus ihrem Programm die Einzelforderungen in Bezug auf die Tagesfragen zogen, wenn sie die Verwaltung der Colonieen tadelten, das Budget der Regierung aus Sparsamkeitsgründen bemängelten oder ihre auswärtige Politik als händelsuchend und friedenstörend angriffen, konnten sie der Toryhülfe sicher sein und die Stellung des Cabinets bedrohen. Und über die auswärtige Politik klagten sie allerdings oft und gern; denn kein Minister konnte ihnen durch seine Person weniger Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens bieten als der langjährige Leiter des auswärtigen Amtes, Lord Palmerston. Hatte die schneidige und rücksichtslose Art, in der er gegen die fremden Mächte auftrat, doch auch seinen Collegen und selbst der Königin schon Anlaß zu lebhaftem Einspruch gegeben. Es schien, als ob Lord Palmerston recht geflissentlich jede Gelegenheit ausspähe, die eine Entfaltung der britischen Seemacht ermöglichte; wo einem britischen Unterthan irgend eine Unbill zugefügt war, konnte er des Schutzes des auswärtigen Amtes sicher sein und brauchte nicht zu befürchten, daß sein eigener Antheil an der Schuld allzu ängstlich erwogen werde. Das alte römische Wort: civis Romanus sum, sollte auf England übertragen wieder zur Wahrheit werden und Palmerston verfuhr dabei mit einer Anmaßung und Heftigkeit, daß nüchterne Beobachter anfingen, an seinem gesunden Verstande zu zweifeln. Die Unterstützung der liberalen Parteien, die er sich, besonders in den romanischen Ländern Europas zur Aufgabe gestellt hatte, verwickelte ihn gleichfalls in viele Häkeleien mit fremden Regierungen, so daß seine unaufhörlichen Einmischungen und Zänkereien seinen Collegen längst lästig waren. Aber auf der andern Seite konnten sie ihn doch wieder nicht entbehren, denn grade seine selbstbewußte Vielgeschäftigkeit schmeichelte dem britischen Stolze und machte ihn volksthümlicher als irgend einer der anderen Minister war. Im Einzelnen die Streitigkeiten, in die er England verflocht, aufzuzählen, würde ermüdend sein. Bald verlangte er in Neapel, bald in Toscana Entschädigung für die Ver-

Palmerstons auswärtige Politik.

luste englischer Unterthanen; jetzt war mit Spanien und dann mit Griechenland der diplomatische Verkehr unterbrochen; als nach Beendigung des ungarischen Aufstandes Rußland und Oestreich die Ausweisung Kossuths, Bems und der andern Flüchtlinge von der Pforte verlangten, lief die englische Flotte trotz des Vertrages von 1841 in die Dardanellen ein, um den Türken Muth zu machen; während in Süd-Afrika ein Kaffernkrieg entbrannte und in Ostindien eine Verwicklung die andre drängte, vernichteten englische Schiffe die chinesische Seeräuberflotte; mit den Vereinigten Staaten zankte man sich um den Besitz der Tiger-Insel an der Westküste von Honduras, mit der argentinischen Republik um das Eiland Martin Garcia, mit Griechenland um ein paar kaum bewohnte Klippen, die zu den ionischen Inseln gehören sollten.

Der Streit mit Griechenland.

Am bedenklichsten ließ sich dieser letzte Streit an. Es waren im Ganzen sechs Forderungen, die Palmerston an die Regierung in Athen richtete, außer dem Anspruch auf die erwähnten Inseln sämmtlich Entschädigungen für englische Unterthanen. Die bedeutendste derselben betraf einen portugiesischen Juden Pacifiko, der unter englischem Schutze stand und bei einem der häufigen Crawalle große Verluste erlitten hatte. Nach längeren diplomatischen Verhandlungen, die kein gütliches Nachgeben Griechenlands erwarten ließen, erhielt der englische Admiral Parker im Januar 1850 den Auftrag, Gewalt zu gebrauchen. Die Flotte blokirte den Piräus und belegte alle griechischen Schiffe, deren sie habhaft werden konnte, mit Beschlag. Vergebens schlug die hellenische Regierung ein Schiedsgericht vor, vergebens verwandten sich die Gesandten Rußlands und Frankreichs zu ihren Gunsten; erst als von Petersburg sehr drohende Noten kamen und Drouyn de l'Huys in gleicher Tonart sprach, fügte sich Lord Palmerston soweit, daß er die Feindseligkeiten unterbrach und französische Vermittlung zuließ. Als aber in Folge dessen in London ein Vergleich zwischen den beiden Westmächten vereinbart war und Alles in bester Ordnung schien, spannten der englische Gesandte und der Admiral ihre Forderungen doch wieder höher als verabredet war und erzwangen von der bedrängten griechischen Regierung durch neue Gewaltmaßregeln unbedingte Fügsamkeit. Diese Rücksichtslosigkeit betrachtete Frankreich doch als zu ernst, um sie ruhig hinzunehmen; der Gesandte in London erhielt am 14. Mai 1850 Befehl, nach Frankreich zurückzukehren; auch in England rührten sich die Gegner Palmerstons kräftiger als je; im Oberhause setzten die Tories auf Antrag Lord Stanleys am 17. Juni einen förmlichen Tadel durch und des Unterhauses war man auch durchaus nicht sicher. Palmerston mußte einlenken und die Ausführung des in London geschlossenen Vertrages an Stelle des in Athen erzwungenen zugeben. Eine fünfstündige Rede im Unterhause am 25. Juni, in der er seine gesammte Politik zu rechtfertigen suchte, hatte denn auch den Erfolg, daß auf Roebucks Antrag mit 310 gegen 264 Stimmen dem Minister das Vertrauen des Hauses

ausgesprochen wurde. Um sich Rußland und Frankreich wieder mehr zu nähern, entwickelte Palmerston darauf doppelten Eifer zu Gunsten Dänemarks und gab Schleswig-Holstein, dem er Anfangs gar nicht ungünstig gesinnt gewesen war, völlig preis. Allerdings verschlechterte er dadurch wieder seine Stellung zur Königin und dem Prinz-Gemahl. Erstere richtete im August 1850 ein Schreiben an Russell, mit dem Auftrage, es Palmerston zu zeigen, in welchem sie forderte, daß der Minister ihr stets bestimmt ausspreche, was er eigentlich wolle, und daß er nicht nachträglich eine von ihr genehmigte Maßregel umändere; in solch einem Verfahren müsse sie einen Mangel an der ihr gebührenden Aufrichtigkeit sehen und es durch Entlassung des Ministers ahnden. Palmerston steckte den verdienten Verweis ein, antwortete Russel, er habe Abschrift davon genommen und werde sich danach richten, machte es aber doch nicht viel anders als bisher und trug dem Prinzen Albert, den er mit Recht für den Rathgeber der Königin hielt, einen unversöhnlichen Groll nach. Zum wirklichen Bruch kam es nach dem Staatsstreich Napoleons im December 1851. Das gesammte Cabinet hatte im Einverständniß mit der Königin am 8. December beschlossen, eine abwartende Stellung zu behaupten; aber Palmerston verzögerte nicht allein die Weisungen, die er dem Gesandten in Paris in diesem Sinne schicken sollte, sondern erklärte dem Vertreter Napoleons, dem Grafen Walewski, gradezu, England werde den Staatsstreich anerkennen, sobald die Volksabstimmung ihn bestätigt habe. Als seine Handlungsweise offenbar wurde, verlangte Lord Russell auf Andringen der Königin Erklärungen und, da diese unbefriedigend ausfielen, den Rücktritt seines Collegen, der am 19. December erfolgte. Freilich schrieb sich damit das Cabinet sein eigenes Todesurtheil. Lord Palmerston hatte nicht die geringste Lust sich so vor die Thüre setzen zu lassen und ergriff nach wenigen Wochen geschickt eine Gelegenheit, seine bisherigen Collegen zu stürzen. Es handelte sich um einen Antrag auf Vermehrung der Localmiliz. Palmerston begrüßte ihn freudig und wünschte nur, daß die Verwendung dieser Miliz nicht auf den heimischen Bezirk beschränkt, daß daher das Wort „Local" gestrichen werde. Russell wollte davon nichts wissen und erlitt nun bei der Abstimmung eine Niederlage, in Folge deren er am 20. Februar einem Toryministerium Platz machen mußte, an dessen Spitze der Earl of Derby (Lord Stanley) stand; Disraeli, Salisbury, Walpole, Malmesbury waren die bedeutendsten Mitglieder des neuen Cabinets.

Die Königin und Palmerston. — *Palmerstons Rücktritt.* — *Ministerium Derby.*

Nach ihrer ganzen Vergangenheit konnten die Tories, da sie nun wieder die Macht in Händen hatten, gar nicht umhin, den Versuch einer Rückkehr zum Schutzzollsystem zu wagen. Aber wenn es je ein aussichtsloses Ankämpfen gegen die öffentliche Meinung gegeben hat, so war es dies, und selbst dem Blindesten hätte darüber das große Siegesfest die Augen öffnen sollen, das die Freihändler in der ersten großen Weltausstellung während

Die erste Weltausstellung.

des Sommers 1851 gefeiert hatten. Aus etwa 40 Ländern von ungefähr 15,000 Personen beschickt und von sechs Millionen Menschen aus allen Theilen Europas und der civilisirten Welt besucht, war sie geworden, was sie nach der Absicht des Prinzen Albert, dem der erste Gedanke des kühnen Unternehmens gehörte, hatte werden sollen: eine Schaustellung des Vorzüglichsten, was die verschiedenen Völker in Rohstoffen und Maschinen, an Erzeugnissen des Gewerbes und der Kunst aufzuweisen hatten, eine belehrende Schule für die zurückgebliebenen, eine ermunternde Genugthuung für die fortgeschrittenen Industriezweige, eine kräftige Belebung des Wetteifers zwischen den ebenbürtigen Nationen und eine laute, eindringliche Predigt von dem Segen der Wechselwirkung und des freien Austausches der Güter und der Ideen. Alle die hämischen Voraussagen, alle die finsteren Befürchtungen, welche die Gegner ausgesprengt hatten, waren zu Nichte geworden. In schönster Ordnung waren alle Schwierigkeiten, die sich eingestellt, überwunden; keinerlei Ausschreitungen waren vorgefallen trotz des ungeheueren Andranges der Bevölkerung aus den Provinzen, trotz der großen Pilgerzüge vom Continente; von Chartisten und Revolutionären, von Verschwörern und Königsmördern hatte man nichts gemerkt, und wohlbehalten kehrten die hohen Gäste, die das Schauspiel herbeigezogen, kehrte auch der Prinz von Preußen, den noch an der Grenze in Aachen ein Minister fußfällig aber vergebens beschwor, die Reise zu unterlassen, in die Heimat zurück. Am 1. Mai war die Ausstellung eröffnet und am 15. October wurde sie geschlossen. Kaum vier Monate waren seitdem verstrichen und nun stand ein Ministerium am Ruder, das dem Grundgedanken jener „olympischen Spiele" nicht blos völlig fremd, sondern geradezu feindlich war. Die Auflösung des Parlamentes, zu der es nach Abwickelung der nöthigsten Geschäfte schreiten mußte, gab dem Lande Gelegenheit durch Neuwahlen zu zeigen, daß es von keinem Rückfall in die alte wirthschaftliche Politik etwas wissen wolle. Der Freihandelsbund erneuerte seine Thätigkeit und konnte durch glänzende Zahlen der Nation den Segen der neuen Gesetzgebung nachweisen. Wenn die Ein- und Ausfuhr 1850 gegen das Vorjahr um 20 Procent, von 244 auf 296 Millionen Pfund gestiegen war, wenn die Zahl der aus- und einlaufenden Schiffe, die 1850 etwa 60,000 mit 12 Millionen Tonnen betrug, bis 1853 auf 70,000 mit 15 Millionen wuchs, so war es schwer zu bestreiten, daß die Verminderung der Zölle und die Befreiung der Schifffahrt diesen Aufschwung herbeigeführt. Mitwirkende Umstände gab es freilich auch sonst noch, so sehr die Manchesterschule sie zum Theil auch in den Hintergrund drängte; insbesondere war dem Anwachsen der Colonialmacht gewiß kein unbedeutender Einfluß beizumessen. Selbst in Amerika war in den letzten Jahren den Vereinigten Staaten gegenüber ein großes Gebiet wenn nicht erworben, so doch gesichert. Bei dem Friedensschluß von 1783 hatte man zwischen dem Felsen-

Aufschwung des Handels.

Die Colonialmacht.

gebirge und dem stillen Ocean die Grenzlinie nicht festgestellt und diese offene Frage hatte seitdem mehrfach kriegerische Verwickelungen herbeizuführen gedroht. Eine Bewegung des Fingers, meinte Castlereagh 1822 dem amerikanischen Gesandten gegenüber, genügt, um augenblicklich den Krieg zu entzünden. Seit 1818 war nämlich durch einen Vertrag das Land den Ansiedlern beider Nationen geöffnet und wie neutral behandelt worden. Ein solcher Zustand ließ sich bei der wachsenden Einwanderung nicht halten; von beiden Seiten drängte man auf Entscheidung. Aber die Forderungen wichen sehr von einander ab; England beanspruchte den 42 ° nördl. Br. als Grenze, Amerika dagegen den 54 ° 40′. Daß man sich endlich auf Aberdeens Vorschlag über den 49 ° vereinigte und auf dieser Grundlage mit dem Präsidenten Polk am 15. Juni 1846 einen Vertrag abschloß, der die südlichen Striche unter dem Namen Oregon mit der Union, die nördlichen und die Vancouver=Insel mit den britischen Besitzungen verband, war eine allseitig mit Beifall begrüßte Lösung. Wäre es zum Kriege gekommen, so hätte England wohl gar für Canada fürchten müssen, wo sonderbündlerische Gelüste wiederholt auftauchten und das gewaltsame Einschreiten der Regierung erforderten. Wenig bedeutend waren die neuen Erwerbungen Englands in Afrika; die Kaffern wurden im December 1850 mit Nachdruck angegriffen und zurückgeworfen; an der Küste von Guinea wurde Lagos erobert und von den Dänen die Besitzungen an der Goldküste für 10,000 Pfund gekauft. Auch Tranquebar und ihre anderen kleinen Niederlassungen in Ostindien überließen die Dänen schon 1846 den Engländern; weit bedeutender aber waren die umfangreichen Erweiterungen, zu denen 1846 und 1849 die Kriege mit den eingeborenen Fürsten der Hindus oder 1851 und 1852 die Kriege mit Birma die Handhabe boten. Die Manchesterpartei war, wie gesagt, mit diesen ewigen Kriegen und der ganzen Colonialpolitik sehr wenig zufrieden. Aber die große Mehrheit des Volkes hatte für ihre Vorschläge, sich der Colonien ganz zu entäußern, durchaus kein Verständniß; und neben den unverkennbaren Handelsvortheilen konnte sehr wohl auch die große Aufgabe, die Englands civilisatorischer Thätigkeit in allen diesen Ländern noch harre, gegen die einseitige Betrachtungsweise der Cobden und Bright geltend gemacht werden.

Der Oregon-Vertrag.

Afrika und Asien.

Der Ausfall der Wahlen von 1852 machte dem kurzen Zwischenspiele des Toryregimentes schon im December ein Ende. Da aber das neue Parlament dem aufgelösten darin durchaus glich, daß eine geschlossene Whigmehrheit nicht vorhanden war, so mußte jetzt der längst erörterte Versuch einer whiggistisch-peelitischen Verwaltung ernstlich unternommen werden. Die Tories nahmen wohl noch einen Anlauf, die Iren für sich zu gewinnen, indem sie ihnen in der Thronrede vom 11. November eine freisinnige und großherzige Politik in Aussicht stellten; aber ihr Schicksal wäre besiegelt gewesen, auch wenn sie nicht gleich=

Das Tory-Cabinet.

zeitig ihre Absicht angekündigt hätten, die Zölle wieder zu erhöhen, um dadurch, wie die Thronrede besagte, die Industrie des Landes in den Stand zu setzen, der unbeschränkten Concurrenz des Auslandes erfolgreich zu begegnen. Der Angriff der vereinigten Parteien erfolgte bei der Berathung des Budgets, und am 16. December erlag das Ministerium der Kritik Gladstones mit 286 gegen 305 Stimmen. Lord Aberdeen als Führer der Peeliten erhielt den Auftrag, das neue Cabinet zu bilden. Neben Gladstone und Graham nahmen Russell und Palmerston an seiner Verwaltung Theil, und wenn dem letzteren auch nicht wieder das auswärtige Amt übergeben wurde, dessen Leitung der Earl of Clarendon erhielt, so war es doch eine bezeichnende Thatsache, daß er, der wegen seiner eigenmächtigen Billigung des französischen Staatsstreiches vor Jahresfrist hatte ausscheiden müssen, grade in dem Augenblick wieder in die Regierung eintrat, wo das Kaiserthum in Paris ausgerufen wurde.

Napoleon und die französische Republik.

Napoleon III.

Napoleon, dem unsere Erzählung jetzt sich zuwenden muß, war ein Mann, der viel gedacht und viel gearbeitet hatte, und dem nicht von Natur allein, sondern auch durch Lebensschicksale und Gewöhnungen ein ernstes, etwas schwerfälliges Wesen eigen war. Frühzeitig hatte der Gedanke, daß eine weltgeschichtliche Sendung ihm beschieden sei, sich seiner bemächtigt und hatte seinen Geist mit einer fast abergläubischen Zuversicht in sein Schicksal erfüllt. Die Selbstsucht, die ihn beseelte, suchte und fand vor seinem eigenen Gewissen ihre Rechtfertigung darin, daß er sich einredete, seine Aufgabe sei die von Gott gewollte Fortsetzung und Vollendung dessen, was sein Oheim begonnen. Napoleons I. Worte und Thaten zu studiren war deshalb in den Jahren der Verbannung seine Hauptbeschäftigung gewesen; er versenkte sich darein wie in ein Evangelium und suchte sich ganz mit dem, was er die napoleonischen Ideen nannte, zu durchdringen. Zu klug, um nicht das Komische des Gegensatzes zwischen seiner Lage und seinem Ziele zu fühlen, und zu überzeugt von seiner Sache, um sie zu verleugnen, hatte er seit seiner Flucht aus Ham die Aufmerksamkeit der Welt möglichst zu vermeiden gesucht und sich noch tiefer in sein schweigsames, verschlossenes und verstellungsreiches Benehmen einzuleben gewußt. Der unbewegliche Blick seines „hölzernen“ Auges, das kaum merkbare Zucken des Mundes die spärlich und holpernd hingeworfenen Bemerkungen waren nicht geeignet, eine bessere Meinung von seinen Geisteskräften zu erwecken, als die sinnlosen Unternehmungen von Straßburg und Boulogne, die zudem auch seinen Muth in zweifelhaftem Lichte erscheinen ließen, begründet hatten. Ein langes und oft wiederholtes Abwägen seiner Entschlüsse, ein Zurückkommen auf scho

aufgegebene Pläne, ein gleichzeitiges Verfolgen verschiedener, oft entgegengesetzter Wege bis an den Punct, wo auf dem einen oder dem andern ein unwiderruflicher Entschluß gefaßt werden mußte, gaben seinem Verhalten oft auch da den Schein der Hinterhaltigkeit und Tücke, wo der wirkliche Beweggrund nur Unentschlossenheit, ja wo sein Verfahren nur die Frucht der Gewöhnungen war, die er in den Jahren der Einsamkeit und des Grübelns angenommen hatte. Es lag durchaus in seiner Geistesrichtung, mit seinen Unternehmungen sehr weit auszuholen, sie von lange her vorzubereiten und sich doch stets noch den Entschluß, sie gänzlich wieder aufzugeben, frei zu halten. In der Regel stellte sich dieser Entschluß in Folge äußerer Einwirkungen ein. Es kostete ihm Nichts, auf halber Bahn stehen zu bleiben oder zurückzuweichen, wenn schwer zu besiegende Hindernisse sich ihm in den Weg stellten; aber nichts destoweniger war er eine der zähesten Naturen, die es je gegeben; jedem Zurückweichen folgte nach längerer oder kürzerer Pause, auf demselben oder einem anderen Wege ein erneuerter Angriff. In der Wahl der Mittel war er nicht bedenklich; wo Nichts auf dem Spiele stand, griff er gewiß zu dem mildesten und menschlichsten; ein muthwilliges Zerstören fremden Glückes, ein schadenfrohes Zertrümmern fremder Pläne lag ihm durchaus fern: aber kein fremder Plan und kein fremdes Glück war in seinen Augen berechtigt, wenn es ihm selber hinderlich war. Als seine eigentlichste Aufgabe betrachtete er die Verwirklichung der modernen Ideen, der Ideen der französischen Revolution; daß diese nicht aus eigener Kraft ins Leben treten könnten, daß sie zerstörend statt aufbauend wirken müßten, wenn sie nicht geleitet würden, schien ihm die Lehre zu sein, die unwiderleglich aus der Geschichte des Jahrhunderts hervorgehe; große Ideen konnten nach seiner Weltanschauung und Geschichtsphilosophie überhaupt nur von einzelnen Männern zur Geltung gebracht werden; für einen dieser Gottgesandten hielt er sich selbst und vor seiner erleuchteten Einsicht sollte daher das Volk sich beugen. Nicht als ob er ihm dadurch Gewalt hätte anthun wollen; sondern er betrachtete sich selbst in der That als den rechten Dollmetscher der wahren Wünsche und Gefühle der Nation, die, wo sie ihm zu widersprechen schien, durch Parteisucht und Mißwollen irregeleitet war. Kurz er wollte der Vormund des Volkes sein und diesem dabei doch den Schein der Mündigkeit lassen; er wollte als aufgeklärter Despot mit den Formen der Freiheit regieren; und dieses heuchlerische System, das er zu einer bewunderungswürdigen Vollkommenheit erhob, galt ihm nicht als Heuchelei, sondern als die wahre historische Form des neunzehnten Jahrhunderts, in der die fruchtbarsten modernen Gedanken, das Nationalitätsprincip, die bürgerliche Gleichheit, die Freiheit des Verkehrs, am leichtesten und vollkommensten zur Verwirklichung gebracht werden könnten.

Die Stellung, die Napoleon auf Grund der Verfassung von

Die verfassunggebende Versammlung.

1848 bekleidete, war noch weit davon entfernt, seinem Ideale zu entsprechen; sie war aber noch schlechter, als sie verfassungsmäßig zu sein brauchte, so lange dem Präsidenten die souveräne, verfassunggebende Versammlung zur Seite stand, die wenig Lust bezeigte, sich aufzulösen und ihrer Nachfolgerin Platz zu machen. Sie los zu werden war daher Napoleons nächstes Ziel, und es kam ihm dabei sehr zu statten, daß die Conservativen dasselbe wollten. Schon vor Schluß des Jahres hatte einer von diesen, der Abgeordnete Rateau, die Auflösung beantragt, aber es bedurfte erst eines sehr kräftigen Druckes durch zahlreiche Adressen aus der Mitte der Wählerschaften, ehe sich die Versammlung am 14. Februar entschloß, binnen drei Monaten die Neuwahlen auszuschreiben und dann auseinander zu gehen. Grundsätzlichen Widerstand hatten der Präsident und sein Ministerium bei der Mehrheit nicht grade gefunden, aber das gegenseitige Verhältniß war doch ein sehr kühles und verschlechterte sich überdies zusehends. Anfangs richtete sich das Mißtrauen der Versammlung vornehmlich gegen die innere Politik der Minister und besonders der Entwurf eines Vereinsgesetzes, den Léon Faucher einbrachte, galt ihr als ein Beweis für die reactionäre Gesinnung des Cabinets, ja fast als der Versuch eines Verfassungsbruchs. Als dann aber der zweite oberitalische Krieg ausbrach und Carl Albert unerwartet schnell unterlag, als vollends im April Oudinot mit seinem Corps in Civita vecchia landete und zu Gunsten des Papstes gegen die römische Republik zu Felde zog, da warf sich der Groll auf diese Vorgänge, und Ledru Rollin stellte sogar den Antrag, den Präsidenten wegen Verletzung des fünften Artikels der Verfassung anzuklagen, der die Verwendung des französischen Heeres zur Unterdrückung fremder Nationen verbot. Gefährlich waren aber diese Angriffe nicht, denn die Mehrheit der Versammlung stützte das Ministerium Barrot, und auch aus der Minderheit ließen die meisten die römischen Republikaner fallen, seit die Schlappe der französischen Waffen bei Oudinots erstem Angriffe auf die heilige Stadt militärische Genugthuung heischte.

Die Wahlen.

So kam der Tag der Wahlen heran, der 13. Mai, ohne daß ein Bruch zwischen dem Präsidenten und der Versammlung eingetreten wäre. Die Frage, um die es sich an der Stimmurne handelte, lautete daher nicht: ob bonapartistisch oder republikanisch, sondern ob gemäßigt oder radikal. Die Freunde des Präsidenten hatten die Vorbereitungen gemeinsam mit den Orleanisten und Legitimisten getroffen, und Persigny saß mit Thiers und Montalembert in demselben Wahlausschuß. Der Sieg verblieb ganz unzweifelhaft dieser Verbindung aller gemäßigten Elemente. Als die alte Versammlung am 26. Mai (dem Tage des Dreikönigsbündnisses) der neuen Platz machte und diese (am 28.) zur Wahl ihres Vorsitzers schritt, ward Dupin der Aeltere mit 336 Stimmen auf den Präsidentenstuhl berufen, den er unter Louis Philipp so lange innegehabt, und die Gegencandidaten, Ledru Rollin auf

Seiten der Ultras, und Lamoricière von einer Mittelpartei, erhielten nur 182 und 67 Stimmen. Napoleon trug dieser Parteibildung dadurch Rechnung, daß er in seinem Ministerium zwei bedeutenden Mitgliedern der Mehrheit, Dufaure und Alexis von Tocqueville, die Plätze einräumte, welche bisher Drouyn de l'Huys und Buffet eingenommen hatten, die ihm persönlich ohne Zweifel genehmer gewesen waren als ihre Nachfolger. Das so veränderte Cabinet bestand bis zum 31. October. Mit der Nationalversammlung wußte es sich im besten Einvernehmen zu erhalten, die Unklugheiten der radicalen Partei sorgten dafür, daß man auf beiden Seiten die Nothwendigkeit gegenseitiger Verständigung nicht aus den Augen verlor. Daß die rothe Demokratie noch nicht aufgehört hatte, sich mit verzweifelten Entwürfen zu tragen, zeigte ein leichtsinniger Aufstandsversuch, den sie am 13. Juni in Paris und im Anschluß daran in Rheims, Bordeaux und besonders in Lyon wagte. Den Vorwand mußte die römische Politik des Präsidenten geben, die von der Versammlung insofern gebilligt war, als sie den erneuten Antrag Ledru Rollins auf eine Anklage wegen Verfassungsbruchs verworfen hatte; ein starker Antrieb aber, diesen Versuch grade jetzt nach höchst mangelhaften Vorbereitungen zu wagen, lag in den republikanischen Bewegungen in der Pfalz und Baden, die bei der Regierung keine Ermuthigung fanden und eben jetzt durch den Anmarsch des Prinzen von Preußen stark gefährdet wurden. Doch die pariser Erhebung verlief noch kläglicher als die deutsche. Changarnier sprengte den Zug der Aufständischen, der sich Mittags gegen den Palast der Nationalversammlung in Bewegung setzte, mit geringem Blutvergießen aus einander und als die Rädelsführer in der Gewerbeschule den Widerstand noch fortsetzen wollten, waren sie dort bald vollständig umzingelt, und nur mühsam entgingen Ledru Rollin, Felix Pyat u. A. der Gefangennahme. Ministerium und Nationalversammlung waren nun einmüthig in dem Entschlusse mit Strenge vorzugehen. Die Abgeordneten des Berges, die erwiesener Maßen an dem Aufstande Theil genommen, wurden in Anklage versetzt, das Ministerium erhielt die Ermächtigung, alle politischen Versammlungen, sofern sie nicht Wahlbesprechungen bezweckten, aufzulösen, das Preßgesetz wurde verschärft und über eine beträchtliche Reihe von Departements der Belagerungszustand verhängt. Auch darin konnte man einen Beweis für den ernstlichen Willen der Mehrheit, die bestehende Regierung aufrecht zu erhalten, erkennen, daß sie im October, wo sie nach zweimonat'chen Vertagung ihre Geschäfte wieder aufnahm, die von dem 'etter des Präsidenten, Jérome Napoleon, beantragte Aufhebung r Verbannungsbeschlüsse gegen die Bourbonen und Orleans und enso die Begnadigung der im Juniaufstande von 1848 Verrtheilten verwarf; die Anerkennung des gegenwärtigen Verssungszustandes wurde dadurch zugleich nach rechts und nach nks gewahrt, und man hätte voraussetzen sollen, daß Niemand

Ministerwechsel.

Radicale Unruhen.

Nationalversammlung und Ministerium.

mit dieser Haltung zufriedener gewesen wäre als der Präsident. Aber das grade Gegentheil war der Fall. Für Napoleon galt es jetzt, die zweite Etappe in seinen Plänen zu erreichen, d. h. seine Macht auch über das Jahr 1852 hinaus, wo sie verfassungsmäßig erlöschen mußte, ohne wieder erneuert werden zu können, auszudehnen. Er liebte es deshalb, und hatte das besonders auf einer Rundreise während des Sommers gethan, sich nicht als den Präsidenten der Republik, sondern als Prinzen und Napoleoniden begrüßen zu lassen. Seinen verborgenen Absichten entsprach begreiflicher Weise nichts weniger als eine ruhige parlamentarische Entwickelung; nur dann hätte er ein vertrauensvolles Zusammengehn der Volksvertretung und des Ministeriums annehmbar finden können, wenn das Ministerium ihm selbst und seinen Plänen unbedingt ergeben gewesen wäre, nicht aber jetzt, wo es der getreuste Verfechter der Verfassung war. So wurde die Nationalversammlung am 31. October plötzlich durch eine Botschaft überrascht, welche ihr die Entlassung der Minister ankündigte. Als Grund dafür gab der Präsident den Mangel an Einheitlichkeit und Entschlossenheit an, der die Wirksamkeit der Regierung lähme. Frankreich aber bedürfe bei der fortdauernden Wühlerei der alten Parteien eines starken Willens und deshalb suche es in seiner Verwirrung nach der Hand dessen, den es am 10. December gewählt. Diese Wahl habe nicht blos der Person, sondern dem ganzen System gegolten, das der Name Napoleon darstelle; er bedeute nach innen die Ordnung, die Achtung vor den Behörden, die Religion, das Wohl des Volkes, und nach außen die Würde der Nation. Durch die Vertheidigung der beschworenen Verfassung, durch Redlichkeit und Ausdauer werde der Präsident sich das Vertrauen des Landes erwerben und er fordere die Versammlung auf, sich dieser seiner Politik anzuschließen.

Entlassung des Ministeriums.

Das Ministerium vom 31. October.

Ein stärkeres Hervordrängen der eigenen Person, als in dieser Botschaft, war kaum noch möglich: kein Wunder also, wenn man erwartete, daß den Worten Thaten folgen würden, wenn man schon jetzt einen Staatsstreich fürchtete. Das neue Ministerium flößte freilich keine große Besorgniß ein; es bestand zum größten Theil aus Männern, die sich ihren Namen noch erwerben mußten. Ein Bruder des zurücktretenden Odilon Barrot, Ferdinand, erhielt das Innere, Fould, der Privatbankier des Präsidenten, die Finanzen, Rouher die Justiz; zwei Generale, Hautpoul und Lahitte, übernahmen das Heer und das Aeußere; unter den andern Ministern befanden sich der Chemiker Dumas und Parieu. Mit einigen Wechseln, unter denen die Ersetzung Ferdinand Barrots durch Baroche im März 1850 der bedeutendste war, blieb diese Regierung bis in den Januar 1851 am Ruder; der Präsident war mit ihr sehr zufrieden, denn sie enthielt in Rouher, Fould, Baroche die tüchtigsten Männer, die ihm für seine persönliche Politik zur Verfügung standen. Aber auch die Nationalversammlung ließ sich allmälig das neue Cabinet gefallen, sie verzieh

ihm seine ungewöhnliche Entstehung und ging in den wichtigsten Fragen mit ihm Hand in Hand. Das Hauptbindemittel war die Furcht vor den Rothen. Der Präsident selbst freilich schien diese nicht zu theilen; er ärgerte und beunruhigte die Versammlung vielmehr dadurch, daß er fast in demselben Augenblicke, wo die Juni-Rebellen von 1849 verurtheilt wurden, 1500 derer von 1848 begnadigte, ungeachtet die Nationalversammlung ja vor wenigen Wochen die Annahme des dahingehenden Antrages von Jérome Napoleon verweigert hatte. Aber diese Maßregel hinderte das Ministerium nicht, im Uebrigen dem Radicalismus sehr entschieden entgegen zu treten; es ließ sich die Ermächtigung geben, unter den Volksschullehrern diejenigen zu beseitigen, welche durch Gesinnung oder Lehrweise ihres Amtes unwürdig seien; es unterstützte das Unterrichtsgesetz des abgetretenen clericalen Ministers Falloux, dem auch Thiers seinen Beistand lieh, und sicherte dadurch den Bischöfen ihren viel angefochtenen Einfluß auf die Schule, es errichtete in Lyon, Bordeaux und Montpellier Armeecommandos mit großen Vollmachten, um jeder revolutionären Bewegung sofort mit Nachdruck entgegen treten zu können; es beantragte endlich, als Barrot in Folge einiger radicalen Nachwahlen ausgeschieden war, eine Aenderung des Wahlgesetzes, die etwa drei Millionen Franzosen ihres Stimmrechtes beraubte. Dem letzteren stimmte die Volksvertretung am 31. Mai 1850 bei. Seine ganze Tragweite ließ der Wortlaut kaum erkennen. Es bestimmte, daß zur Ausübung des Wahlrechts fortan ein Aufenthalt von drei Jahren, statt wie bisher von sechs Monaten, an demselben Orte erforderlich sein solle und daß dieser Aufenthalt durch die Steuerlisten oder durch die Erklärung der Eltern und Meister beglaubigt werden müsse; überdies wurden abgesetzte Beamte und mehrere Classen politisch Verurtheilter von der Wahlberechtigung ausgeschlossen und zur Gültigkeit einer Wahl die Stimmen von einem Viertel, statt wie bisher einem Achtel, der eingeschriebenen Wähler gefordert. Nachdem auch noch ein Gesetz, welches die Marquesas-Inseln zum Deportationsorte bestimmte und dadurch zum ersten Male die Ausführung einer Deportation ermöglichte, sowie das Preßgesetz, das durch Stempel und Cautionen, besonders aber durch die Forderung, alle politischen Artikel mit dem Namen des Verfassers zu unterzeichnen, den Zeitungen sehr lästig wurde, angenommen waren, vertagte sich die Versammlung am 11. August auf drei Monate.

Das neue Wahlgesetz.

Diese Zwischenzeit wurde von den Parteien sehr eifrig zur rfolgung ihrer besonderen Pläne benutzt. Es fiel in sie (am . August) der Tod Louis Philipps, durch den in den königlichen rteien der Gedanke einer Verschmelzung wieder lebhaft angeregt rde. Die ältere Linie der Bourbonen stand nur noch auf zwei gen; es schien kein zu starkes Verlangen zu sein, daß Heinrich V., r Graf von Chambord, das jugendliche Haupt der jüngeren nie, den Grafen von Paris, als seinen Nachfolger anerkennen,

Vorbereitungen der Parteien.

die Orleanisten aber ruhig ihre Zeit abwarten und einstweilen die Legitimisten unterstützen sollten. Von beiden Seiten wurden Parteiberathungen gepflogen; die Orleanisten vereinigten sich in Claremont an dem Grabe ihres Königs, die Bourbonisten in Wiesbaden; aber eine Verständigung wurde nicht erreicht und Chambord verdarb seine Sache vollends dadurch, daß er den Plan einiger seiner Anhänger, besonders Larochejacqueleins, ihn mittelst des allgemeinen Stimmrechtes zurückzuführen, voller Abscheu wie eine Beschimpfung des Legitimitätsprincipes verwarf. Damit konnte Napoleon sehr wohl zufrieden sein; im Allgemeinen aber mußte er in den Verschmelzungsplänen einen neuen Sporn erkennen, nicht zu sehr mit seinen eigenen Entwürfen zu zögern.

Rundreise des Präsidenten.

Eine neue Rundreise, die er wie im Sommer vorher, durch Frankreich machte, bot ihm Gelegenheit, seinen Wunsch, der Verfassung zum Trotz 1852 wiedergewählt zu werden, in mancherlei Wendungen zu erkennen zu geben; am deutlichsten sprach er sich in Lyon aus, wo er sich bereit erklärte, den Volkswillen zu vollziehen, möge derselbe nun Entsagung von ihm fordern oder Beharrlichkeit. Von den Truppen, die er in ihren Lagern besuchte, ließ er sich gern das Vive l'Empereur gefallen, und wie diese Rufe von seinen Geschöpfen durch gute Bezahlung und reichliche Weinspenden hervorgelockt wurden, so wußte er auch in den meisten Departementalräthen, die im Herbst zu ihren regelmäßigen Sitzungen zu-

Durchsicht der Verfassung.

sammentraten, Anträge auf eine erneute Durchsicht der Verfassung herbeizuführen.

So war die Stimmung, in der die Nationalversammlung am 11. November 1850, in den Tagen von Olmütz, wieder zusammentrat, eine sehr erregte und dem Präsidenten feindliche. Eine neue Berathung der Verfassung war zwar den meisten Parteien, die ehrlichen Republikaner ausgenommen, ganz recht; aber daß Napoleon, wenn er sie fordere, damit ehrgeizige Pläne verbinde, lag doch gar zu sehr auf der Hand. Nur mit Achselzucken las man in seiner Eröffnungsbotschaft die Versicherung, daß er die für große Missethäter ansehe, welche die Verfassung aus persönlichem Ehrgeiz zu untergraben trachteten. Man fürchtete einen Staatsstreich deshalb nicht minder, weil der Präsident seine Ueberzeugung aussprach, daß nicht die Leidenschaft, nicht ein Ueberfall oder eine Gewaltthat das Schicksal eines großen Volkes bestimmen dürfe. Und wenn er gar versicherte, daß ihn viel weniger der Gedanke beschäftige, wer Frankreich von 1852 an regieren werde, als das Bestreben, den Uebergang der Gewalten, der dann eintreten möge, so glatt wie möglich zu machen, so glaubte das eben Niemand. Das gegenseitige Mißtrauen führte zu einer Reihe von kleinen Reibereien, bei denen die Regierung die Rechte der Versammlung nicht allzu ängstlich schonte und diese andererseits auch billige Forderungen des Ministeriums zurückwies. Den ernstlichsten Conflict führte Changarnier herbei, der in seiner wichtigen Stellung als Befehlshaber der Truppen und der National-

garde von Paris einen Tagesbefehl erließ, durch welchen er verbot, ungesetzlichen Befehlen zu gehorchen, was zuerst als eine Feindseligkeit gegen die Nationalversammlung, die das Recht hatte, die Truppen nach ihrem Bedürfniß heranzuziehen, und dann, nach einer parlamentarischen Rede Changarniers, als eine offene Verdächtigung des Ministeriums erschien. Dies forderte in Folge dessen seine Entlassung; aber der Präsident nahm sie nicht von allen Mitgliedern an, sondern beließ Rouher, Fould, Baroche und Parieu in ihren Aemtern, während er die übrigen Stellen am 10. Januar 1851 mit Drouyn de l'Huys (das Aeußere), St. Jean d'Angély (Krieg), Magne, Bonjean und Ducos besetzte.

Ministerium vom 10. Januar 1851.

Das neue Cabinet begann damit, Changarnier von seinem Posten zu entheben und den Befehl über die pariser Truppen dem General Baraguay d'Hilliers, den über die Nationalgarde dem General Perrot zu übertragen, eine Maßregel, welche die Volksvertretung auf das Aeußerste reizte. Eine dreitägige Debatte, in der Berryer, Thiers und Cavaignac leidenschaftlich das neue Ministerium angriffen, endete am 18. Januar mit einer Mißtrauenserklärung, die 417 Abgeordnete gegen 278 annahmen. Dieser starken Mehrheit gegenüber wich der Präsident zunächst vorsichtig einen Schritt zurück; am 24. zeigte er der Versammlung an, daß er vorläufig ein Ministerium gebildet habe, das allen Parteien fern stehe; Magne, Randon, Vaillant, Schneider waren die bekanntesten Namen in demselben. Eine freundliche Aufnahme fanden auch diese Männer begreiflicher Weise nicht, und dem Prinzen persönlich gab die Versammlung ihre Abneigung sehr deutlich dadurch zu erkennen, daß sie den Antrag auf Erhöhung seines Gehaltes um 1,800,000 Francs am 10. Februar mit großer Mehrheit ablehnte. Einige Monate verstrichen so, ohne daß die Verhältnisse sich geändert hätten; im April aber hielt der Präsident das Bündniß der Parteien vom 18. Januar für hinreichend gelockert, um seine Pläne wieder aufzunehmen. Am 10. ernannte er ein Ministerium, in dem Rouher, Baroche, Fould, Léon Faucher, Magne, Buffet, Randon, kurz fast lauter Männer saßen, auf die er unbedingt zählen konnte. Es schien, als ob es gar keinen Januarconflict und gar kein Mißtrauensvotum gegeben hätte. Aber die Berechnung des Präsidenten erwies sich als richtig; der Streit der Parteien ließ es zu keiner neuen Vereinigung kommen und die Nationalversammlung nahm die neuen Minister ruhig hin. Die Aufgabe, die sie im Sinne Napoleons zu lösen hatten, war, eine neue Verfassungsberathung durchzusetzen. Wurde diese mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossen, so mußten Neuwahlen stattfinden und dann erst konnte die Durchsicht begonnen werden. Es war also ein weiter Weg zu durchlaufen, und da die Präsidentschaft schon im Mai 1852 zu Ende ging, durfte man nicht mehr viel Zeit verlieren. Auf alle Weisen wurde deshalb der Adressensturm begünstigt, der die Dreiviertelmehrheit zu Wege bringen sollte. Napoleon selbst hielt in Dijon bei der Eröffnung einer Eisenbahnlinie eine Rede, worin

Ministerium vom 24. Januar.

Ministerium vom 10. April.

Umarbeitung der Verfassung.

er von Neuem dem Lande seinen Muth und seine Entschlossenheit zur Verfügung stellte, das Volk brauche nur zu sprechen, wenn es gleich ihm der Meinung sei, daß man über Frankreich nicht ohne Frankreich verfügen dürfe. Den Abgeordneten warf er vor, daß sie zwar allen Maßregeln der Strenge ihre Zustimmung gäben, aber seine wohlthätigen Pläne regelmäßig vereitelten. Der Moniteur unterdrückte diese Aeußerungen; bekannt genug wurden sie trotzdem, allein das Ministerium konnte nun vor der Versammlung jede Verantwortlichkeit dafür ablehnen; Changarnier aber meinte, dergleichen Drohungen verdienten nur Spott und Verachtung; in der Armee würde sich keine Compagnie zum Umsturz der Verfassung gebrauchen lassen.

Kam die Verfassungsänderung zu Stande, so konnte Napoleons Wiederwahl als gesichert betrachtet werden, denn den Gegenparteien fehlte es durchaus an Candidaten für den Präsidentenstuhl, die Aussicht auf Erfolg gehabt hätten. Deshalb war die Zulassung der Verfassungsänderung gewiß für alle Parteien außer der bonapartistischen eine große Gefahr; aber nichtsdestoweniger und unter ausdrücklicher Anerkennung dieser Sachlage empfahl ein Ausschuß der Versammlung, dessen Berichterstatter Tocqueville war, mit 9 gegen 6 Stimmen, in Anbetracht der größeren Gefahren, welche die Verwerfung einschließe, die Zulassung. Demgemäß erklärten sich bei der Abstimmung am 19. Juli 446 Mitglieder dafür, 278 dagegen; die Mehrheit war also erreicht, aber nicht die Dreiviertelmehrheit, und der Antrag war gefallen. Das Ministerium glaubte jedoch einen zweiten Anlauf nicht scheuen zu sollen, und obgleich ihm seine Thätigkeit für die Adressenbewegung ein Mißtrauensvotum der Versammlung zuzog, nahm es sie wieder auf und veranlaßte im September auch die Generalräthe der Departements, diesmal 80 von 86, zur Erneuerung ihrer vorjährigen Beschlüsse. Auch die Gegenparteien waren nicht unthätig; in einzelnen Departements wurden Verschwörungen angezettelt, aber vorzeitig entdeckt und durch Verhängung des Belagerungszustandes unschädlich gemacht; die Königlichen nahmen die Verschmelzungsversuche wieder auf und Berryer stattete sogar mit einigen anderen Legitimisten den Orleans in Claremont einen Besuch ab; der Erfolg war doch kein besserer als im Jahre vorher. Napoleon aber entschloß sich, es jetzt mit der Versammlung zum Bruche zu treiben. Als Handhabe sollte ihm dabei das Wahlgesetz vom 31. Mai dienen. Er konnte sicher sein, daß einem Antrage auf Abänderung desselben die Stimmen der Radicalen zufallen würden; entweder erlangte er dann mit Hülfe derselben die Mehrheit und hatte sich drei Millionen Stimmen für die nächste Wahl erobert; oder er unterlag und hatte dann für den Kampf gegen die Versammlung das volksthümlichste Feldgeschrei, das er nur wünschen konnte. Ein Uebelstand war dabei nur, daß seine Minister, die jenes Wahlgesetz zum großen Theil selbst beantragt hatten, jetzt Bedenken trugen, für die Wiederaufhebung

Die Gegenparteien.

Abänderung des Wahlgesetzes.

einzutreten; indeß ließ sich dem durch eine vorübergehende Entlassung abhelfen. Noch ehe die Versammlung aus den Ferien zurückkehrte, wurde am 26. October ein neues Cabinet gebildet, ähnlich dem vom Januar, wenn auch aus anderen Personen bestehend. Nur ein Mann fand sich darin, der zu mehr als zum bloßen Lückenbüßer bestimmt war, das war der Kriegsminister St. Arnaud. Ein Abenteurer von mehr als zweifelhafter Vergangenheit, der vor der Julirevolution die Armee hatte verlassen müssen und nach derselben unter neuem Namen — denn eigentlich hieß er Arnaud Leroy — wieder eingetreten war, hatte er sich in Algerien durch Tapferkeit und Rücksichtslosigkeit emporgeschwungen und war von Fleury, einem der Vertrautesten Napoleons, unter den vielen verwegenen und gewissenlosen Offizieren der algerischen Armee als das geeignetste Werkzeug für verfassungswidrige Pläne erkannt und nach Paris herübergeholt worden. Gleichzeitig mit ihm wurde ein anderer, kaum minder anrüchiger Mann, der frühere Präfect der Ober-Garonne, Maupas, zum Polizeipräfecten von Paris ernannt. Diese beiden Männer waren neben Fleury, Persigny und Napoleons Halbbruder Morny die Mitwisser und Rathgeber bei den geheimen Plänen, die jetzt ins Leben treten sollten.

Ministerium vom 26. October.

St. Arnaud.

Die Nationalversammlung fand sich bei ihrem Zusammentritt am 4. November von einer Botschaft begrüßt, welche die Lage Frankreichs als sehr trübselig schilderte und als einzigen Stützpunct innerhalb der Zerrüttung das allgemeine Stimmrecht bezeichnete, das durch Aufhebung des Gesetzes vom 31. Mai wieder hergestellt werden müsse. Dieser Gedanke sei nicht durch persönliche Interessen eingegeben, er sei weder eine Kriegslist noch ein plötzlicher Entschluß, sondern das Ergebniß ernsten Nachdenkens und tiefer Ueberzeugung. Nur mittelst des allgemeinen Stimmrechtes könne man dem Bürgerkriege seine Fahne nehmen und Frankreich zu einer Verfassung verhelfen, die ihm die Ruhe verbürge. Durch solche Worte ließen sich die Mittelparteien natürlich nicht ködern, aber der Berg stimmte allerdings mit den Bonapartisten und nur eine Mehrheit von sieben verwarf am 13. November die Rückkehr zum allgemeinen Stimmrecht. Je näher sie dem Siege gewesen, um so grimmiger zürnten die Radicalen, wie Napoleon ganz richtig berechnet hatte, den „reactionären" Mittelparteien; eine Gelegenheit, sich empfindlich an ihnen zu rächen, bot sich gleich in den nächsten Tagen. St. Arnaud hatte aus den Casernen die Anschläge wegnehmen lassen, in denen die Nationalversammlung ihr Recht über die Truppen zu verfügen zur Kenntniß der Soldaten brachte. Darauf hin stellte das Büreau der Versammlung den Antrag, dieses Recht durch einen erneuten Beschluß in Anspruch zu nehmen. Aber nun erklärte Michel von Bourges, der Wortführer des Berges, höhnisch, daß seine Freunde durchaus nicht gesonnen seien, dem 31. Mai auch noch

Zusammentritt der Abgeordneten.

Das Wahlgesetz.

Nationalversammlung und Heer.

Waffen in die Hand zu geben, und der Antrag fiel am 17. November mit 408 gegen 300 Stimmen.

Der Staatsstreich.

Diese Entscheidung mußte für Napoleon und seine Vertrauten sehr ermuthigend sein; die letzten Vorbereitungen wurden also getroffen und der 2. December, der Tag der Krönung Napoleons I. und seines Sieges bei Austerlitz, zur Ausführung des Staatsstreiches bestimmt. Eine wichtige Person, auf deren Mitwirkung man rechnen konnte, war der General Magnan, der Befehlshaber der pariser Truppen. Am 27. November versammelte er die zwanzig Generäle, die unter ihm standen, und vertraute ihnen, daß ein Kampf in Paris bald eintreten könne; einmüthig versprachen sie ihre Unterstützung und besiegelten ihren Bund durch eine feierliche Umarmung. Unzuverlässig war dagegen Perrot, der Befehlshaber der Nationalgarde; ihn ohne Vorwand gerade jetzt abzusetzen, hätte Verdacht erregen können; man schlug daher den Umweg ein, ihm zum Generalstabschef den Obersten Vieyra zu geben, einen so übel berufenen Menschen, daß Perrot entrüstet seinen Abschied forderte. Er erhielt ihn sofort und am 30. wurde der General Lavoestine zu seinem Nachfolger ernannt. Seine Aufgabe beschränkte sich übrigens darauf, die Neutralität der Nationalgarde zu sichern.

Am Abend des 1. December war großer Empfang im Palaste des Prinzen; arglos gingen die Geladenen auseinander; von seiner Cousine Mathilde, der Tochter des ehemaligen Königs von Westfalen, verabschiedete sich der Präsident mit der Bitte um ein freundliches Andenken, besonders wenn sie sich nicht wiedersehen sollten. Einige der Gäste blieben zurück, es waren Morny, Maupas und St. Arnaud; außerdem waren der Adjutant und der Geheimsecretär des Prinzen, Oberst Béville und Mocquard, zur Hand; Fleury erschien erst etwas später und brachte die Meldung mit, daß ein Bataillon Polizeisoldaten ohne Aufsehen in den Straßen um die Staatsdruckerei herum vertheilt sei. Während nun Béville mit den Entwürfen der Aufrufe, die andern Tages an den Straßenecken prangen sollten, dorthin eilte und die Setzer unter Aufsicht der Polizisten den Druck besorgen mußten, berief Maupas vierzig Polizeioffiziere in den Palast, ließ jeden, wie er ankam, in ein besonderes Zimmer führen und ertheilte ihnen, als alle gekommen waren, den Befehl, um 6 Uhr früh die gefährlichsten Personen der Nationalversammlung, also besonders die hervorragenderen Offiziere wie Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, und die bedeutendsten Parteiführer wie Thiers, Baze, Nadaud, zu verhaften. St. Arnaud erließ den Befehl an Magnan, die wichtigsten Punkte der Stadt in der Frühe militärisch zu besetzen; Napoleon unterzeichnete die Ernennung Mornys zum Minister des Innern und dieser eilte noch in der Finsterniß in sein Ministerium, um sofort den Provinzen die Mittheilung zu machen, daß Paris, das noch im tiefen Schlummer lag, die

Maßregeln des Präsidenten mit jubelnder Begeisterung begrüßt habe.

Nicht ohne bedenkliche Zwischenfälle waren diese Vorbereitungen getroffen; einige der Verschworenen geriethen ins Schwanken; Fleury soll seine Pistole gezogen und Jemand durch die Drohung, ihn sofort zu erschießen, zum Standhalten gezwungen haben. Die Ausführung ging glatter vor sich. Die Truppen waren am Platz, die Verhaftungen wurden sämmtlich vollzogen, an den Anschlagsäulen las man die Schriftstücke des Präsidenten. Die Nationalversammlung, hieß es da, sei ein Heerd von Verschwörungen geworden, sie schmiede den Bürgerkrieg; von ihr lege der Präsident Berufung ein an den einzigen Souverän, den er in Frankreich kenne, an das Volk, das ihn mit 6 Millionen Stimmen zu seinem Amte erwählt habe. Werde sein Schritt mißbilligt, so möge man einen Andern an seiner Statt ernennen; er sei es müde, an der Spitze einer Regierung zu stehen, die unfähig sei, das Gute zu thun und das Staatsschiff vor dem Untergange zu retten. Sein Programm ging wesentlich auf eine Wiederherstellung der napoleonischen Consularverfassung: eine Präsidentschaft von 10 Jahren, ein dem Präsidenten verantwortliches Ministerium, ein Staatsrath zur Ausarbeitung der Gesetzentwürfe, ein gesetzgebender Körper und ein Senat als Wächter für die Erhaltung des Bestehenden. Die Nationalversammlung wurde aufgelöst, der Belagerungszustand über Paris und zehn benachbarte Departements verhängt, das allgemeine Stimmrecht wieder hergestellt und die Urversammlungen des französischen Volkes auf den 20. und 21. December zur Genehmigung dieser Maßregel einberufen.

Der gesetzliche Widerstand gegen diese ungesetzliche Maßregeln mußte von zwei Punkten ausgehen, von der Nationalversammlung, die unauflösbar war, und von dem obersten Gerichtshof, dem die Verfassung für den Fall eines Staatsstreiches ein ungesäumtes Zusammentreten und die Erhebung der Anklage gegen den Präsidenten vorschrieb. Gegen beide Körperschaften wurde mit Gewalt eingeschritten.

Die Abgeordneten.

Die Abgeordneten waren in ziemlich großer Zahl trotz der militärischen Besetzung des Gebäudes in ihren Sitzungssaal gelangt und der Präsident Dupin hatte bereits seinen Platz eingenommen. Vor den hereindringenden Truppen wichen sie auseinander, natürlich nicht ohne ihre Rechte feierlich verwahrt zu haben. Einige Privatzusammenkünfte erlitten dasselbe Schicksal und mehrere Volksvertreter wurden dabei verhaftet. In beträchtlicher Anzahl fanden sie sich noch einmal in dem Rathhause des zehnten Bezirkes zusammen und forderten auf Berryers Antrag den obersten Gerichtshof zur Erfüllung seiner Pflicht auf. Aber kaum war das geschehen, so wurden auch sie von den Truppen umzingelt, und da sie nicht freiwillig wichen, 220 an der Zahl, von dem General Forey gefangen in die Kaserne am Quai d'Orsay abgeführt.

Der Gerichtshof.

Der Gerichtshof kam der

Aufforderung nach; er erhob die Anklage und sandte sie dem Präsidenten zu; auch seiner Thätigkeit machten die Truppen ein Ende. Alle diese Vorgänge sahen die Pariser ruhig an, die höhern Stände voll Unwillens aber ohne Muth, die niedren mit einer gewissen Schadenfreude. Ein Ritt des Präsidenten durch die militärisch besetzten Straßen erregte keinerlei Kundgebungen, weder des Zornes noch des Beifalls; niedergeschlagen kehrte Napoleon in seinen Palast zurück. Stundenlang soll er dagesessen haben, das Gesicht in die Hände vergraben, voll Zweifel, ob er mit seinen wenigen Genossen, Männern ohne öffentliches Ansehen, ja von bedenklichstem Rufe, sein Werk durchsetzen könne. Keiner der bekannteren Staatsmänner erklärte sich für ihn und die Masse des Volkes blieb kalt. Nun sollte wenigstens der Schein gewonnen werden, als ob bedeutende Männer zu dem Präsidenten hielten; noch am 2. wurde die Einsetzung eines berathenden Ausschusses von 80 Mitgliedern, die man um ihre Zustimmung gar nicht fragte, verkündet; Baroche erhielt den Vorsitz; am 3. ward ein neues Ministerium gebildet, in dem neben Morny und St. Arnaud sich Rouher, Magne und Fould, sowie aus dem letzten Cabinet Turgot und Fortoul befanden. Viel gebessert wurde die Stimmung auch dadurch nicht. Es schien, als ob erst die Niederwerfung eines bewaffneten Widerstandes den Staatsstreichlern ihr Selbstvertrauen zurückgeben könne. Versuche dazu wurden bereits am 3. December gemacht; es bildete sich ein Ausschuß, in dem Victor Hugo, Jules Favre, Michel von Bourges u. A. saßen und der mit dem Barrikadenbau in der Straße St. Marguerite begann. Aber leicht wurde dieses Bollwerk von den Truppen genommen, die den Abgeordneten Baudin, unbekümmert um die Verfassungsurkunde, welche er ihnen entgegenhielt, niederschossen. Weiteren Umfang gewann der Widerstand in der Nacht zum 4. Die Straßen zwischen dem Stadthaus und den Boulevards bedeckten sich mit Barrikaden; die Truppen standen früh Morgens zum Angriff bereit, aber Magnan zögerte in räthselhafter Weise vor einem Entschluß. Er hatte, wie man sagt, den Glauben an den Präsidenten verloren und meinte sich immer noch aus der Schlinge ziehen zu können, da er bisher alle Maßnahmen nur auf Befehl des Kriegsministers getroffen hatte; Fleury war es, der ihn vorwärts trieb, und Nachmittags um 3 Uhr begann der Angriff. Den Truppen war Befehl ertheilt worden. keine Schonung zu üben; der Präsident hatte den Rest seiner Privatcasse, 50,000 Francs, unter sie vertheilen lassen; ungestüm drangen sie vor und nicht gegen die Barrikaden allein, sondern auch gegen die gaffende Menge auf den Boulevards und gegen die Häuser, auf deren von Zuschauern besetzt Fenster und Balkone sie ohne gereizt zu sein eine Viertelstunde lang Ladung auf Ladung abschossen. Von Widerstand war kaum die Rede und trotzdem ließ das Gemetzel nicht nach, trotzdem wurden selbst die wehrlosen Gefangenen niedergemacht und wenn

Staatsrath und Ministerium.

Bewaffneter Widerstand.

ein unbewiesenes, aber auch unwiderlegtes Gerücht wahr ist, noch in den nächsten beiden Nächten auf dem Marsfelde und andrer Orten zahlreiche Erschießungen vorgenommen. Napoleon hatte an allen diesen Greuelscenen keinen persönlichen Antheil; die Befehle wurden, soweit es überhaupt Befehle gab, ohne ihn zu fragen ertheilt. Erst am 8. December erließ er eine Verordnung, durch welche die Mitglieder geheimer Gesellschaften und die unter polizeiliche Aufsicht Gestellten nach Algier (Lambessa) oder Cayenne transportirt werden durften, was denn sofort auf Tausende der Gefangenen angewendet wurde. Die Abgeordneten, welche noch am 2. spät Abends aus der Kaserne auf die Forts von Vincennes und Mont Valérien gebracht waren, wurden einige Tage später entlassen, die gefährlichsten aber, wie Thiers, Cavaignac, Changarnier, Lamoricière, Emil Girardin aus Frankreich verbannt.

Verbannungen.

In Paris war somit Alles in Ordnung, und in den Provinzen stand es nicht minder gut. Erhebungsversuche wurden freilich vieler Orten gemacht, so daß im Ganzen 32 Departements unter das Kriegsgesetz gestellt wurden, aber von Belang waren sie nirgends. Der künstlich genährte Glaube, daß Napoleon bedeutende Staatsmänner hinter sich habe und daß Paris seinem Unternehmen Beifall zujauchze, trug nicht wenig dazu bei. Als man die Täuschung erkannte, war es zum Widerstande zu spät, und nun übte auch der Erfolg seine ansteckende Kraft. Der Präsident ließ es nicht an Schritten fehlen, um dem nachzuhelfen. Die Armee mußte schon am 3. und 4. abstimmen, ob sie die Verfassungsänderung wolle oder nicht, und erklärte sich natürlich dafür; zahlreiche Beförderungen wurden vorgenommen und der Dienst im Bürgerkriege den Soldaten wie der gegen den auswärtigen Feind doppelt angerechnet; am 14. December wies Napoleon 2,700,000 Francs zur Unterstützung alter Soldaten des Kaiserreiches und der Republik an; der katholischen Geistlichkeit gab er schon am 6. das Pantheon zurück und gewann sie am 15. noch mehr durch eine Verfügung über den Schutz der Sonntagsheiligung; Paris wurde am 10. mit der Verheißung einer Ringbahn um die Stadt herum erfreut, kurz die Mittel der Bestechung wurden so wenig geschont, wie die der Einschüchterung. Das Ergebniß dieser Thätigkeit mußte in den Abstimmungen des 20. und 21. December zu Tage treten; dem berathenden Ausschusse lag es ob, das Resultat zu ziehen; er unterließ es dabei schwerlich allerlei wünschenswerthe Correcturen vorzunehmen und so meldete denn am letzten Tage des Jahres Baroche dem Präsidenten, daß fast $7^1/_2$ Million mit Ja und nur wenig über 640,000 mit Nein gestimmt hätten; kaum 400,000 sollten sich der Wahl ganz enthalten haben. Noch an demselben Abend beglückwünschten die fremden Gesandten den Erwählten der Nation, und am Neujahrstage erscholl in Notre-Dame zum ersten Male

Die Provinzen.

Heer und Geistlichkeit.

Abstimmung vom 20. December.

im Tedeum das Domine, salvum fac Ludovicum Napoleonem, an Stelle des Salvam fac Rempublicam.

Verfassung vom 14. Januar 1852.

Aus dem Königspalast der Tuilerien, den er jetzt bezog, erließ der Präsident am 14. Januar 1852 die neue Verfassung, deren wesentliche Bestimmungen das Programm vom 2. December ja schon festgesetzt hatte. Dem gesetzgebenden Körper, dessen Sitzungen geheim waren, blieb nur das kümmerliche Recht, Verbesserungen zu den Regierungsentwürfen dem Staatsrathe und wenn dieser sie billigte, dem Ministerium zu überweisen; der Senat, dessen Mitglieder der Präsident auf Lebenszeit ernannte, begutachtete nur die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und beantragte Verfassungsänderungen, die sodann der Zustimmung des Volkes bedurften. Die Mitglieder des Staatsraths wurden von dem Präsidenten nicht allein ernannt, sondern konnten von ihm auch wieder entlassen werden. Für die Wahlen zum gesetzgebenden Körper wurde natürlich das allgemeine Stimmrecht zugestanden, aber ein Rundschreiben Mornys an die Präfecten untersagte am 20. Januar die Bildung von Wahlausschüssen und erklärte, daß die Regierung überall die Vertreter bezeichnen werde, welche ihr genehm seien. Es war das die letzte ministerielle Verfügung Mornys. Zwei Tage darauf schied er mit Rouher und Fould aus dem Cabinet und machte Persigny Platz; für Maupas wurde ein besonderes Polizeiministerium gebildet; außerdem traten Abbatucci und Bineau ein. Die Gründe für diesen Wechsel wurden in einem von den Ausscheidenden mißbilligten Erlaß des Präsidenten gefunden, kraft dessen die Güter der Familie Orleans, mit der Morny persönlich stets in freundschaftlichem Verkehr gestanden hatte, binnen Jahresfrist für Rechnung der Eigenthümer verkauft, soweit sie aber von Louis Philipp bei seiner Thronbesteigung wider das Herkommen seinen Kindern abgetreten, statt mit dem Krongute vereinigt waren, zum Besten des Staates eingezogen werden sollten.

Ministerwechsel.

Die Kammer.

Der Ausfall der Wahlen bewies hinlänglich, wie vollkommen das Land in der Gewalt des neuen Machthabers war; kaum ein halbes Dutzend ihm feindlicher Abgeordneter wurde gewählt und diese lebten zum Theil noch, wie Cavaignac, in der Verbannung. Ohne Gefahr konnte daher beim Zusammentritt der großen Staatskörper der Belagerungszustand überall aufgehoben werden, der Präsident erklärte seine Dictatur für erloschen. In der Rede, mit welcher er am 29. März die Sitzungen eröffnete, pries er die neue Verfassung, die Frankreich die Ruhe wiedergebe, deutete aber zugleich darauf hin, daß sie durch Herstellung des Kaiserthums noch verbessert werden könne. Wenn sich die Parteien der neuen Ordnung fügten, sei das allerdings nicht nöthig; wenn sie das aber nicht thäten, dann könne es in der That zweckmäßig sein, von Frankreich im Namen seiner eigenen Ruhe einen neuen Titel zu fordern, der die oberste Gewalt aus einer zeitlich begrenzten zu einer dauernden mache. Aber die alten Parteien regten sich

nicht und es gab deshalb vor der Hand keinen Vorwand, um den letzten, abschließenden Schritt zu thun. Drei Monate lang blieben die Staatskörper bei einander, der Senat bewilligte dem Präsidenten 12 Millionen jährlicher Einkünfte, dann wurden die Sitzungen geschlossen, ohne daß sich irgend ein erwähnenswerther Zwischenfall zugetragen hätte. In noch volleren Tönen als bei der Eröffnung pries Napoleon das Glück Frankreichs, das eine Regierung habe, die von der Liebe zum Guten beseelt auf dem Volke als der Quelle aller Macht, auf dem Heere als der Quelle aller Gewalt und auf der Religion als der Quelle aller Gerechtigkeit beruhe. Um einen recht augenfälligen Beweis, wie sicher er sich fühle, zu geben, hob er bald darauf für Thiers und 14 andre Mitglieder der Nationalversammlung die Verbannung auf und trat im September die übliche Rundreise durch einige Provinzen an. Dabei kam ihm die Entdeckung einer Verschwörung in Marseille ein wenig zu Statten; er konnte nun wieder von der unversöhnten Feindschaft der alten Parteien reden und den Gedanken des Kaiserthums ohne Widerspruch mit sich selbst in Umlauf setzen. Daß seine Anhänger Nichts unterließen, um in demselben Sinne zu wirken, verstand sich von selbst. Ueberall wurde dem Prinzen der lärmendste Empfang bereitet, die Triumphbogen begrüßten ihn als Caesar Imperator und verherrlichten die Abstimmung des Volkes als Gottes Stimme. Vor Allem that sich die Geistlichkeit in Bezeugungen der Anhänglichkeit und Verehrung hervor und es war ihr ein Leichtes, für die nöthige Menge Volkes zu sorgen, um ihren Kundgebungen Bedeutung zu verschaffen. So gestaltete sich die Reise zu einem ununterbrochenen Triumphzuge; ihren würdigen Abschluß erhielt sie am 9. October durch ein großes Festmahl in Bordeaux. Hier deutete der Präsident unverhohlen an, daß er die Zeit zur Erneuerung des Kaiserthums für gekommen erachte. „Zwar gewisse Personen, so meinte er, behaupten, das Kaiserreich sei der Krieg, ich aber sage: das Kaiserreich ist der Friede! Es ist der Friede, weil Frankreich es wünscht; denn wenn Frankreich befriedigt ist, ist die Welt ruhig."

Rundreise des Präsidenten.

Die Rede von Bordeaux.

Unmittelbar darauf ward der Senat zum 4. November einberufen und ihm der Antrag auf Abänderung der Verfassung vorgelegt; nur der eine Punkt sollte geändert werden, daß an die Stelle der zehnjährigen Präsidentschaft das erbliche Kaiserthum trete, mit der Berechtigung für Napoleon, wenn er keine männlichen Nachkommen habe, ein anderes Mitglied der Familie Bonaparte an Kindes Statt anzunehmen. Die Berathung war bloße Formsache; am 7. genehmigte der Senat gegen eine Stimme den Vorschlag, am 21. und 22. erklärten sich 7,840,000 Franzosen in demselben Sinne; nur 254,000 Bürger gaben ihr Nein ab und etwa 64,000 Zettel waren aus verschiedenen Gründen ungültig. Nachdem der Senat und der gesetzgebende Körper dieses Ergebniß dem Präsidenten gemeldet, erfolgte am 2. December 1852 die Ver-

Herstellung des Kaiserthums.

kündigung und der neue Herrscher nahm den Titel Napoleon III. von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes Kaiser der Franzosen, an. Die fremden Mächte zauderten nicht, ihn anzuerkennen; Neapel lief allen andern schon am 3. December den Rang ab, am 6. folgte England, am 7. und 8. Belgien und die Schweiz, und so einer nach dem andern, bis im Januar Rußland, Oestreich, Preußen und die deutschen Mittelstaaten den Beschluß machten. Nur unbedeutende Nachzügler, besonders außereuropäische, fehlten noch, als der Kaiser am 14. Februar 1853 den gesetzgebenden Körper eröffnete und ihm die erfolgte Anerkennung Europas mittheilte.

Die fremden Mächte.

Napoleons Heirat.

Aber zu vollem Rechte war er deshalb doch noch keineswegs in den Kreis der regierenden Familien aufgenommen; man betrachtete ihn als einen Emporkömmling, den das Glück jetzt hochgehoben, um ihn über kurz oder lang vielleicht um so tiefer zu stürzen; andere als politische Beziehungen mit ihm anzuknüpfen, etwa gar seinen Wünschen nach einer fürstlichen Braut zu willfahren, war man selbst an den kleineren Höfen nicht geneigt. Nicht einmal den Prinzen Wasa oder den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, die beide doch ohne Land und beide durch ihre Vermählung mit Töchtern der verwittweten Großherzogin Stephanie von Baden (einer Cousine von Napoleons Mutter Hortense) dem neuen Kaiser ohnedies verwandt waren, nicht einmal diese lockte, es ihre Töchter auf dem französischen Throne zu sehen. Dieser doppelte Mißerfolg genügte, um Napoleon von der Lust, „sich um jeden Preis in die Familien der Könige zu drängen", zu heilen. Ganz unerwartet überraschte er Frankreich mit der Ankündigung, daß er sich am 29. Januar mit Fräulein Eugenie von Montijo, einer 27jährigen Spanierin aus altadeligem Hause, vermählen werde. Durch diese Wahl, so erklärte er in einer Ansprache an die Franzosen, wolle er frei und offen vor ganz Europa die Stellung eines Emporkömmlings annehmen, die, durch die Abstimmung eines ganzen Volkes erlangt, ein ruhmvoller Titel sei. Französin dem Herzen und der Erziehung nach, besitze seine Braut als Spanierin den Vorzug in Frankreich keine Familie zu haben, die mit Ehren und Würden bedacht werden müßte, und wenn das Volk diese mit allen Tugenden des Geistes und des Herzens ausgestattete, gute und anmuthige, fromme und katholische Kaiserin nur erst kennen lerne, dann werde es sich überzeugen, daß sein Kaiser auch bei dieser Gelegenheit von der Vorsehung inspirirt gewesen sei.

Friedensbetheuerungen und Friedenshoffnungen.

Mit allem erdenklichen Pomp und unter gewaltigem Andrang der Bevölkerung ward die Hochzeit gefeiert; auch über die Grenzen Frankreichs hinaus wurde sie beifällig begrüßt, weil man darin eine Bürgschaft des Friedens erkennen wollte. Mehr und mehr schwanden die beunruhigenden Prophezeihungen, die sich an das Wiedererstehen des Kaiserreichs geknüpft hatten. Die dumpfen Gerüchte von der beabsichtigten Einverleibung Belgiens,

der Pfalz, der preußischen Rheinlande, von deren Richtigkeit Friedrich Wilhelm IV. ein Vierteljahr früher vollkommen durchdrungen war, die bitteren Anklagen der englischen Presse, daß ohne Kriegsruhm und Grenzerweiterung der Bonapartismus ein Unding sei und daß vor Ablauf des Jahres sich noch Furchtbares ereignen werde, die zornigen Ergüsse über den schlimmsten Tyrannen, den größten Verbrecher, den meineidigsten Bösewicht, den je die Erde getragen habe, milderten sich erst, verstummten dann und schlugen wohl gar in das Gegentheil um. Die Anordnung großer Bauten in Paris, die Ankündigung, daß am 1. Mai 1855, also in zwei Jahren, eine Weltausstellung, gleich der londoner von 1851, in Paris stattfinden solle, beschleunigten diesen Umschwung. Die Thronrede, mit welcher der Kaiser die Kammern eröffnete, versprach überdies eine Verminderung des Heeres um 20,000 Mann und erneuerte in der treuherzigsten Tonart die friedlichsten Versicherungen; Frankreich sei zu stark, um irgend wen zu fürchten; deshalb brauche es auch Niemanden zu täuschen und seine ausgesprochene Absicht, Frieden zu halten, verdiene den vollsten Glauben. Daß sie ihn auch finde zu beweisen übernahm die londoner City, indem sie dem Kaiser eine Adresse mit 4000 Unterschriften angesehener Kaufleute überreichen ließ, in welcher sie ihn zu dem erfreulichen Einverständniß zwischen den beiden Ländern beglückwünschte und darin eine weitere Bürgschaft des Friedens begrüßte. Kurz die Unruhe, die sich wie ein drückender Alp in Folge der Erneuerung des Kaiserreichs über Europa gelagert hatte, begann zu schwinden und machte einer hoffnungsvollen Vertrauensseligkeit Platz.

Die orientalische Frage.

Russische Pläne.

Nur zu bald indes wurde diese behagliche Stimmung durch bedrohliche Nachrichten getrübt, die aus Petersburg und Constantinopel kamen. Es war doch ein wunderlicher Irrthum der öffentlichen Meinung, zu glauben, daß nur von Frankreich her dem europäischen Frieden Gefahr drohen könne und darüber die kriegerischen Gelüste und Eroberungspläne des Czaren ganz in den Schatten zu schieben. Unerklärlich war diese Täuschung freilich nicht. Wenn man in Petersburg den Krieg mit der Türkei wollte, weshalb hatte man dann nicht schon die Verwirrung der letzten Jahre wahrgenommen, weshalb hatte man die beste Gelegenheit, die mehr als einmal sich bot, stets wieder entschlüpfen ſen? Nur in der Unschlüssigkeit des russischen Herrschers, nur einem gewissen Mangel an Muth konnte man den Grund dazu den. An großen Worten, an Ansätzen zur That hatte es Nilaus ja nicht fehlen lassen, aber nach halbem Anlauf war er ts wieder stehen geblieben. Sein ganzes Verhalten gegenüber r europäischen Revolution konnte das bezeugen. Wie hatte er

beim ersten Ausbruch derselben in seinem Aufrufe vom 26. März 1848 gegen diese Heiden des Westens gedonnert, deren Frevel in Frankreich und Deutschland die Regierungen gestürzt habe und selbst das heilige Rußland zu bedrohen wage! Und dennoch war es zu einem Einschreiten erst spät und nur in Ungarn und den Donaufürstenthümern gekommen, wo in der That doch große Interessen auf dem Spiele standen. Wie unvergleichlich vortheilhaft war seine Stellung gewesen, als russische Truppen die Moldau und Walachei beherrschten und Oestreich, schwer gebeugt, alle Aenderungen an seiner Südostgrenze geduldig über sich hätte ergehen lassen müssen; und doch hatte der Czar sich mit einer mageren Abschlagszahlung zufrieden gegeben. Welch trefflichen Anlaß zur Kriegserklärung bot ihm die ehrenhafte Weigerung der Türkei, ihm die aus Ungarn entkommenen Polen auszuliefern! Und doch schüchterte ihn das bloße Erscheinen der englischen Flotte vor den Dardanellen so ein, daß er friedfertig nachgab. War es berechtigt zu glauben, daß er trotz alledem den Krieg wolle und vorbereite?

Unruhen an der Donau.

Die Unruhen in den Donaufürstenthümern hatten ihren Abschluß in einer vorläufigen Neuordnung der dortigen Verhältnisse gefunden. Eingeleitet wurden sie durch eine Anzahl moldauischer Bojaren, die sich im April 1848 in Jassy vereinigten, um von dem Hospodaren Stourdza Reformen und eine gesetzmäßige Regierung zu fordern. Darauf hatte der Fürst sie aus dem Lande gejagt und die Pforte den Vertriebenen Schutz versprochen. Aber durch Drohungen aus Petersburg eingeschüchtert, ließ der Sultan ihre Sache bald wieder im Stich und berief an Reschids und Aalis Stelle den russenfreundlichen Rifaat in seinen Rath. Als jedoch im Juni auch in der Wallachei Unruhen ausbrachen und der Hospodar Bibesko sich vor einer vorläufigen Regierung zurückzog, wurde die Verlockung für die Pforte zu groß, als daß sie nicht hätte versuchen sollen, die russenfeindliche Stimmung in den Donauländern zur Steigerung ihres Einflusses auszunutzen. Reschid übernahm wieder die Leitung des Staates und schickte einen Bevollmächtigten nach Bukarest, der allerdings die revolutionäre Regierung auflöste, aber Nichts dawider hatte, daß einige ihrer Mitglieder in die neugebildete „fürstliche Statthalterschaft“ übertraten. Erbittert über dieses Verfahren nahm Rußland einen Mordversuch auf Stourdza zum Vorwand, um am 10. Juli Truppen in die Moldau einrücken zu lassen. Die Verwicklung gewann einen bedenklichen Anstrich und dem Sultan entfiel wieder der Muth. Er schickte einen zweiten Bevollmächtigten, den späteren Minister Fuad, nach Bukarest, ließ die Statthalterschaft auflösen und übertrug die Verwaltung einstweilen dem Bojaren Kantakuzeno. Da es hierbei nicht ohne Widersetzlichkeiten abging, rückten im September auch türkische Truppen unter Omer Pascha ein und besetzten gemeinsam mit den Russen Bukarest. Nikolaus ließ das ruhig geschehen und zog sogar nach wenigen

Monaten den größten Theil seiner Truppen, wie früher erzählt, zu dem ungarischen Kriege heran und aus den Donaufürstenthümern heraus. Die Verhältnisse der beiden Länder wurden durch einen neuen Vertrag, der am 1. Mai 1849 zu Balta Liman, einem Schlosse Reschids am Bosporus, geschlossen wurde, geordnet. Stourdza mußte Bibeskos Beispiel folgen und abtreten; ihre Nachfolger, Stirbey in der Wallachei und Gregor Ghika in der Moldau, wurden nur auf sieben Jahre ernannt; statt der bisherigen Bojarenversammlung traten ihnen Ausschüsse zur Prüfung des Staatshaushaltes zur Seite; die alte Verfassung sollte unter dem Beirath russischer und türkischer Bevollmächtigter ungeändert werden und bis dies geschehen, eine genügende Truppenmacht im Lande bleiben. Erst im Jahre 1851 waren in Folge dessen die letzten Russen abgezogen.

Der Vertrag von Balta Liman.

Aber wie vertrauenerweckend diese Haltung des Czaren für die Friedensfreunde auch sein mochte, sie befanden sich doch in arger Täuschung. Nikolaus wußte recht gut, daß die augenblickliche Lage Europas keinen Staat lebhafter zu einer kecken Verfolgung seiner Interessen aufforderte als Rußland und er war entschlossen, diese Lage zu benutzen. Die Stürme der letzten Jahre waren an seinem Reiche vorüber gezogen, ohne es im Mindesten zu erschüttern; durch den ungarischen Feldzug hatte er bei dem östreichischen Kaiser Anspruch auf den wärmsten Dank erworben; Preußen lag so tief gedemüthigt am Boden, daß von ihm eine selbständige Politik nicht zu befürchten war; der neue Machthaber in Paris stützte sich zu sehr auf die Armee, als daß er diese auf einen entfernten Schauplatz zu schicken Lust haben konnte, höchstens einen Krieg unmittelbar an der Grenze schien er brauchen zu können; und was zuletzt England betraf, so war dort Lord Aberdeen am Ruder, der gegen den Napoleoniden immer noch ein vorsichtiges Mißtrauen hegte, während er der russischen Politik so nahe stand, wie kein anderer britischer Staatsmann. Wenn je, so war jetzt der Zeitpunkt gekommen, um dem türkischen Reiche ein jähes Ende zu bereiten. Es war bei Nikolaus eine tief gewurzelte Ueberzeugung, daß es mit dem Halbmond in Europa nicht lange mehr dauern könne. Schon 1844 hatte er sich darüber bei einem Besuche in London sehr offen ausgesprochen. Er erklärte damals, daß es in seinem Cabinet zwei Meinungen über die Türkei gebe, nach der einen liege sie im Sterben, nach der andern sei sie schon todt; er persönlich huldige der letzteren Ansicht; jedenfalls werde man den baldigen Eintritt des Todes durch kein Mittel verhüten können. Deshalb wünschte er sich rechtzeitig mit England über das, was dann geschehn solle, zu benehmen; für sich verlangte er keinen Zoll Landes, aber er werde auch nicht dulden, daß andere Mächte sich vergrößerten, besonders nicht Frankreich, bei dem er das größte Gelüsten dazu voraussetzte. Zu bestimmten Verabredungen war es damals nicht gekommen, aber Peel und Aberdeen hatten es doch nicht abgelehnt, im

Der kranke Mann.

gegebenen Augenblicke die Frage wieder aufzunehmen und eine Verständigung mit Rußland zu suchen. Dieser Augenblick schien jetzt gekommen zu sein, und Nikolaus knüpfte mit dem englischen Gesandten an seinem Hofe, Sir Hamilton Seymour, gelegentlich Gespräche an, die sich ganz in den Bilder- und Gedankenkreisen von 1844 bewegten. Der kranke Mann an der Donau werde sterben; Frankreich dürfe aus diesem Ereigniß keinen Vortheil ziehen; deshalb sei es nöthig, eine Verständigung über die Leichenfeier zwischen Rußland und England zu erzielen; für seine Person sei er entschlossen, Constantinopel in dem richtigen Momente zu besetzen, nicht als Eigenthum, aber wohl als Unterpfand. An Vergrößerung denke er nicht, die Gelüste Catharinas II. lägen ihm fern. Er wünsche ein aufrichtiges Bündniß mit England, auf das allein er sich in seiner orientalischen Politik stützen könne und wolle.

England und die Türkei.

In London erregten diese Aeußerungen eben so viel Mißbehagen als Widerspruch. Denn so wenig man den bedenklichen Verfall der Türkei mißkannte, so wenig vermochte man grade jetzt eine besonders große Gefahr zu erkennen. Ohne Zweifel waren die Geschicke des osmanischen Reiches eben damals geübten und rechtlichen Händen anvertraut. Der Großvezier Ali Pascha und der Minister des Auswärtigen Fuad Pascha erfreuten sich einer vortrefflichen europäischen Bildung und wirkten in bester Eintracht für die Wiederbelebung ihres Staates. Allerdings suchten sie dieselbe mehr durch eine Anlehnung an England und Frankreich zu erzielen, als durch die Unterstützung Rußlands. Der britische Einfluß in Stambul war Dank der Persönlichkeit des Gesandten, Lord Stratford Cannings, von Jahr zu Jahr gewachsen und überwog zur Zeit jeden andern; aber auch Frankreich spielte eine bedeutende Rolle und der Vertreter des Prinz-Präsidenten, Graf Lavalette, hatte im December 1852 einen diplomatischen Triumph davongetragen, der in Petersburg sehr schmerzlich empfunden wurde und den nächsten Anstoß zu des Kaisers Unterredungen mit Sir Hamilton Seymour gab.

Die heiligen Stätten.

Der Gegenstand, um den es sich handelte, schien freilich von sehr geringer Bedeutung. Seit Alters gab es im heiligen Lande neun sog. heilige Stätten, an deren Besitz sechs verschiedene christliche Bekenntnisse, darunter die beiden großen katholischen Kirchen, betheiligt waren. Da nun im Oriente die griechische Kirche weitaus die verbreitetste war und überdies in ihrer Mitte die religiöse Pflicht einer Wallfahrt nach dem heiligen Lande ungleich lebhafter anerkannt und befolgt wurde als von Seiten der römischen Katholiken, so waren griechische Priester die Hüter der meisten Orte, an die sich große Erinnerungen aus dem Leben des Heilandes knüpften, und ihnen waren die wichtigsten Vorrechte in Bezug auf diese Stätten durch großherrliche Firman gewährleistet. Indeß war auch die römische Kirche nicht ohne mancherlei Rechte; nur daß sie allerlei Verletzung derselben in

Laufe der Jahre sich hatte gefallen lassen müssen. Allerdings hatte Frankreich durch einen Vertrag, den es im Jahre 1740 mit der Pforte abgeschlossen hatte, ein gewisses Schutzrecht erworben; aber theils das geringe Interesse, das man in Paris Jahrzehnte hindurch an diesen Dingen nahm, theils das wachsende Uebergewicht, dessen sich Rußland in Stambul rühmen durfte, hatten bewirkt, daß nach und nach den Griechen allerlei Zugeständnisse von der Pforte gemacht waren, welche die Lateiner (so pflegte man die römischen Katholiken kurzweg zu nennen) als Eingriffe in ihre Rechte ansehen mußten. So geringfügig die streitigen Punkte auch dem Unbetheiligten erscheinen mochten, so eifrig verfochten die Priester beider Kirchen ihre Forderungen, und die Zänkereien ruhten keinen Augenblick. Als nun der Prinz-Präsident Napoleon im Jahre 1850 überall nach Mitteln suchte, um die katholische Geistlichkeit sich geneigt zu machen, richtete sich seine Aufmerksamkeit auch auf diese paläftinischen Händel, und seine Gesandten, Anfangs der General Aupick, dann seit dem Mai 1851 Herr von Lavalette, erhielten Auftrag, die Ausführung des Vertrages von 1740 mit Nachdruck zu fordern. Angefeuert durch den Lobspruch des Papstes, der die übrigen katholischen Regierungen Europas anstachelte, das Verlangen Frankreichs zu unterstützen, entwickelte letzteres in der That einen Eifer, der mit dem Gegenstande der Verhandlungen in schlechtem Verhältnisse stand, aber da auch Rußland nicht lässig war, so war die Frucht der beinahe zweijährigen Verhandlungen endlich doch nur eine türkische Note vom 9. Februar 1852, die den französischen Forderungen nur in beschränkter Weise genügte. Zugestanden wurde hauptsächlich der Anspruch der Lateiner auf den Besitz des Schlüssels zum Hauptportale der Kirche, die in Bethlehem an der Geburtsstätte des Erlösers steht, und sodann ihre Forderung, in diesem Heiligthum einen silbernen Stern wieder anzubringen, der bei einem Streite zwischen den griechischen und lateinischen Mönchen im Jahre 1847 abhanden gekommen war. Vor der Hand beruhigte sich Lavalette bei der erwähnten Note und schrieb sich den Sieg zu. Aber seine Freude dauerte nur wenige Tage; denn schon am 14. Februar erging auf die ungestüme Forderung des russischen Gesandten ein großherrlicher Firman, welcher auch den Griechen alle ihre Rechte bestätigte. Firman und Note standen in einem unlösbaren Widerspruch; denn die Rechte, welche der eine anerkannte, waren Verletzungen der Privilegien, welche die andere bekräftigt hatte. Die unglückliche Pforte befand sich eben in einer Lage, die ihr nicht gestattete, den einen Theil zu befriedigen, ohne den andern zu verletzen. Vergebens suchte sie sich durch doppeltes Spiel und Versprechungen nach rechts und links zu helfen; ihre Ausflüchte hatten nur kurzen Bestand. Es schien schon ein Gewinn zu sein, wenn der Kampfplatz der Diplomatie für einige Monate aus Konstantinopel nach Jerusalem verlegt wurde. Das geschah da-

durch, daß Frankreich die Zusage erhielt, der russenfreundliche Firman solle dort nicht verlesen werden, und Rußland das geheime Versprechen empfing, die Auslieferung des Schlüssels werde unterbleiben. Ein besonderer Bevollmächtigter der Pforte, Afif Bey, ging nach Palästina, um auf Grund dieser Weisungen dort beide Parteien zu beruhigen. Das System, welches er befolgte, war, mit der einen Hand zu geben und mit der andern zu nehmen. So entschied er, die Lateiner dürften jährlich einmal eine Messe in der Marienkirche auf Gethsemane lesen; aber er verlangte, daß der griechische Altar dabei ohne Aenderung der Ornamente benutzt werde, eine Forderung, die den Lateinern wie eine Schändung der Messe erschien. Die Verlesung des Firmans schlug er dem russischen Consul ab und that, als ob er von demselben gar Nichts wisse; aber er erreichte dadurch weiter Nichts, als daß der Consul alsbald eine Beschwerde an den Gesandten in Constantinopel schickte. Auch die Auslieferung des Schlüssels konnte er wohl verzögern, aber nicht verhindern; dafür sorgte das unablässige Drängen Lavalettes. Als im December 1852 der silberne Stern in Jaffa ankam, unter feierlicher Begleitung nach Jerusalem und Bethlehem gebracht und in dem Heiligthum aufgestellt wurde, empfing der lateinische Patriarch gleichzeitig den versprochenen Schlüssel.

Russische Drohungen.

Die Griechen und mit ihnen Rußland hatten also zuletzt doch den Kürzeren gezogen und das zweideutige Benehmen der Pforte war nicht geeignet, ihnen den Schmerz der Niederlage zu versüßen. So erscholl denn von Petersburg ein lauter Ruf der Klage und der Entrüstung. Der Sultan habe sein Wort gebrochen, schrieb der Kanzler Nesselrode; er habe der römischen Kirche ein Uebergewicht im Oriente zugestanden, das der russische Kaiser nicht dulden dürfe; er fordere sichtliche Genugthuung, und da Frankreich seine Ansprüche durch kriegerische Drohungen unterstützt und erreicht habe, so müsse auch Rußland militärische Maßregeln ergreifen. Diesen Worten folgte die That; ein Armeecorps wurde in Bessarabien aufgestellt und zwei andere zu seiner Unterstützung ausgerüstet.

Montenegro.

So lagen die Dinge, als Nikolaus dem englischen Gesandten seine vertraulichen Mittheilungen machte. Ja, er konnte sich noch auf einen zweiten Punkt berufen, der nicht minder eine Katastrophe herbeizuführen schien. Auch in der europäischen Türkei war es zu blutigen Unruhen gekommen. In Montenegro, das bis zum Jahre 1851 unter der Herrschaft eines geistlichen Fürsten gestanden hatte, war zum ersten Male ein weltlicher Gebieter in der Person des jungen Danilo erwählt worden; die Pforte besorgte nun, es möchte dadurch die Erblichkeit der Fürstenkrone angebahnt werden, und schickte deshalb den Omer Pascha, der eben allerlei Unruhen in Bosnien gedämpft hatte, im December 1852 mit 60,000 Mann gegen das kleine Bergvolk. Keine Macht war bei diesen Vorgängen unmittelbarer be-

theiligt als Oestreich, weniger deshalb, weil die kriegerischen Bewegungen sich in nächster Nähe seiner Grenzen vollzogen, als weil eine russische Einmischung und damit verbunden eine Stärkung des russischen Einflusses in den Provinzen nördlich vom Balkan seinen wichtigsten Interessen gefährlich werden mußte. Das wiener Cabinet entschloß sich daher, der russischen Vermittlung zuvorzukommen und durch eine drohende Sprache in Constantinopel die Zurückberufung Omers und seiner Armee zu erzwingen. Mit diesem Auftrag entsandte es den Grafen Leiningen nach Stambul. Nikolaus hatte nicht sobald davon gehört, als er sich den Forderungen Oestreichs anschloß und im Fall der Verweigerung mit Krieg drohte. Es wäre das kaum nöthig gewesen, um die Pforte, welche die Gefahr der Lage hinreichend erkannte, zum Nachgeben zu veranlassen. Leiningens Sendung erreichte ihren Zweck in kürzester Zeit und in vollstem Maße; Omer Pascha wurde zurückgerufen. Damit war dieser Stein des Anstoßes beseitigt, und Nikolaus mußte sich zu seinem Verdrusse gestehen, daß ihm ein wichtiges Mittel entgangen sei, um die englischen Minister von der Unvermeidlichkeit einer Katastrophe in der Türkei zu überzeugen.

Oestreichische Einmischung.

Daß er sie durch das Versprechen eines großen Beuteantheils in seine Bahnen locken könne, mag er wohl selbst kaum ernstlich gehofft haben. Doch unterließ er es nicht, auch diese Saite anklingen zu lassen. Während er in den Gesprächen, die er im Januar 1853 mit Seymour hatte, davon noch völlig schwieg, erklärte er ihm am 21. Februar rund heraus, daß er nichts dagegen habe, wenn England bei der Erbtheilung Aegypten und Candia fordere. Das klang um so uneigennütziger, als er auch jetzt für Rußland keinerlei Landerwerb beanspruchte, sondern die Provinzen nördlich vom Balkan in selbständige Staaten (Bosnien, Bulgarien, Serbien) umzuschaffen vorschlug, von den Ländern südlich des Gebirges und von der Hauptstadt selbst aber gar nicht sprach. Seymour war genugsam von der Politik seiner Regierung unterrichtet, um die ihm hingehaltene Lockspeise sogleich zurückzuweisen, und in London billigte man das mit der treffenden Bemerkung: man müsse Verhandlungen, die auf der Voraussetzung eines Zerfalls der Türkei beruhten, schon deshalb ablehnen, weil grade dadurch dieser Zerfall nur näher gerückt werde.

Rußlands Vorschläge.

Unter diesen Umständen ließ der russische Kaiser seine weitergehenden Pläne fahren und vereinte alle seine Anstrengungen auf den einen Punkt, Genugthuung für die Beeinträchtigung zu erhalten, welche seiner Kirche in Palästina widerfahren war. Diese Genugthuung sollte in einer Bürgschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge bestehen, und eine genügende Bürgschaft in dieser Hinsicht glaubte er nur dadurch erhalten zu können, daß ihm der Sultan das unbedingte Schutzrecht über die griechische Kirche in der gesammten Türkei übertrage. Da sich leicht

Schutzrecht über die griechische Kirche.

erwarten ließ, daß dieser Forderung der Einwand entgegen gestellt werde, Frankreich würde das nicht zugeben, so war Nikolaus weiter entschlossen, dem Sultan ein Schutz- und Trutzbündniß anzubieten oder vielmehr aufzudrängen, eine Aufgabe, die zu ihrer Lösung einer möglichst rücksichtslosen Persönlichkeit bedurfte. Als der geeignete Mann erschien Fürst Menschikoff, der Statthalter von Finnland, dazu General und Groß-Admiral. Ende Februar machte er sich auf den Weg nach Constantinopel; der gleichzeitige Vormarsch des Generals Dannenberg an den Pruth, eine Flottenschau, die Menschikoff unterwegs in Sebastopol abhielt, die Begleitung zahlreicher Offiziere von der Armee und der Flotte, gaben der Ankunft des außerordentlichen Gesandten den erforderlichen Nachdruck. Das Auftreten desselben entsprach den Erwartungen, die Nikolaus in ihn setzte. Dem Großvezier Ali Pascha machte er seine Aufwartung, aber Fuad Effendi, den Minister des Auswärtigen, den erklärten Franzosenfreund, zu besuchen, weigerte er sich, so daß der eingeschüchterte Sultan die angebotene Entlassung desselben annahm. Mit dieser ersten Demüthigung, die er den Türken zugefügt, noch nicht zufrieden, erschien Menschikoff am 2. März im Divan im Reisepaletot und bestaubten Stiefeln, um durch dieses burschikose Auftreten die Rathgeber des Sultans noch mehr zu entmuthigen. Er hatte um so leichteres Spiel, als von Seiten der übrigen Großmächte kein genügendes Gegengewicht in die Wagschale geworfen werden konnte; denn der einflußreiche englische Gesandte, Lord Stratford de Redcliffe, war auf Urlaub, und sein Vertreter, der Oberst Rose, konnte ihn durch sein persönliches Gewicht nicht ersetzen. Dennoch war er es, der durch eine entschlossene eigenmächtige That den Türken den Muth wiedergab. Als der Großvezier zu ihm kam, ihm seine Noth zu klagen und den Wunsch zu äußern, die englische Flotte möge sich von Malta aus den Dardanellen nähern, ertheilte Rose diesen Befehl auf eigene Verantwortlichkeit und gab dadurch den Türken die verlorene Fassung wieder. Das englische Ministerium machte zwar den Schritt seines Vertreters rückgängig, aber die Wirkung desselben war ihm sehr angenehm, und diese ging auch durch den Widerruf nicht zu Grunde. Nachdem der erste Schreck überwunden war, bewahrte die Pforte eine fast wankungslose Haltung. Ueberdies nahte jetzt Lord Stratford, der beim Eintritt der ernsten Verwicklungen von seiner Regierung den Befehl erhalten hatte, über Paris und Wien auf seinen Posten zurückzukehren. Am 5. April traf er in Stambul ein. Sogleich eilten der Großvezier und Rifaat Pascha, Fuads Nachfolger, zu ihm, um seinen Rath einzuholen. Die Lage war ernst genug. Einige Wochen hatte Menschikoff gezögert, mit seinen Forderungen hervorzutreten, und vorher das Versprechen verlangt, daß aus seinen Anträgen den Westmächten ein strenges Geheimniß gemacht werde. Ende März hatte er dann Farbe bekannt und, den Aufträgen des Kaisers gemäß, das Schutzrecht über die

Menschikoff in Constantinopel.

Der englische Gesandte.

Diplomatische Kämpfe in Constantinopel.

griechische Kirche gefordert und dagegen ein Bündniß angeboten, welches Rußland zur Stellung einer Armee von 400,000 Mann verpflichtete. Obgleich er dabei drohte, falls die geringste Mittheilung an England erfolge, sogleich abreisen zu wollen, so hatte Rifaat doch dem Obersten Rose Anzeige davon gemacht und wiederholte jetzt den Hergang, wenngleich stückweise und zögernd, weil er Tadel fürchtete, dem Gesandten. Dieser war angewiesen, einerseits die begründeten Beschwerden Rußlands zu unterstützen, und die Pforte dahin zu drängen, ihren christlichen Unterthanen vollkommen gerecht zu werden, andererseits aber auch den Sultan gegen jeden übertriebenen Druck zu schützen. Um das zu erreichen, lag es ihm besonders am Herzen, die Frage wegen der heiligen Stätten von den neuen Forderungen Rußlands gründlich zu trennen, und dadurch, daß er jene zur Zufriedenheit des Czaren erledigte, diese zu beseitigen. Menschikoff ließ sich wirklich auf dies Verfahren ein; was ihn dazu verleitete, waren die russenfreundlichen Aeußerungen Stratfords hinsichtlich der ersten Frage und die irrige Meinung, derselbe werde auch in Bezug auf das Protectorat eben so nachgiebige Gesinnungen bethätigen; vielleicht kam auch die Hoffnung hinzu, Frankreich werde von seinen Forderungen in keiner Weise nachlassen und es dadurch mit England verderben. Das war aber eine verhängnißvolle Täuschung; denn Stratford hatte seinen Aufenthalt in Paris gut benutzt, um auch den Kaiser Napoleon zu kleinen Zugeständnissen zu bewegen, und so kam unerwartet schnell am 22. April ein Vertrag über die heiligen Stätten zu Stande, durch welchen alle berechtigten russischen Empfindlichkeiten befriedigt wurden. Wenn die Lateiner den Schlüssel auch behielten, so wurde doch ausdrücklich anerkannt, daß sie damit kein Eigenthumsrecht erworben hätten, und einem griechischen Priester wurde die Pförtnerstelle in der Kirche übertragen; der Silberstern sollte als ein Geschenk des Sultans gelten, das den Lateinern keinerlei Rechte verleihe. Die Ausbesserung der Kuppel in der Kirche des heiligen Grabes, über die man gleichfalls stritt, wurde unter die Aufsicht des griechischen Patriarchen gestellt, während die Kosten der Arbeit von der türkischen Regierung auf ihre Rechnung übernommen wurden; und endlich ward die Reihenfolge der Messen in den Kirchen, wo beide Confessionen sie zu lesen berechtigt waren, so geordnet, daß die griechische den Vortritt erhielt.

Der Vertrag über die heiligen Stätten.

Die glückliche Erledigung dieser kleinlichen Angelegenheiten sicherte indeß noch keineswegs die Erhaltung des Friedens; denn [no]ch blieb die Forderung des Protectorates bestehen, und auf das [a]ngebotene Schutz- und Trutzbündniß zu verzichten war Nikolaus [u]m so weniger geneigt, als Frankreich ihn durch Entsendung [ei]ner Flotte nach Salamis neuerdings wieder gereizt hatte. [M]enschikoff empfing deshalb sehr entschiedene Weisungen und hielt [se]ine Forderungen aufrecht. Vergebens machte ihn Stratford [d]arauf aufmerksam, wie bedenklich es für die Pforte sei, einem

Das Schutzrecht.

fremden Monarchen das Protectorat über 15 Millionen der eigenen Unterthanen zu geben, und wie das Schutzrecht, welches Oestreich über die paar hunderttausend Katholiken besitze, dafür nicht als Gegenbeweis dienen könne; überdies sei durch das Abkommen vom 22. April ja allen Beschwerden des Czaren genügt und für ein besonderes Schutzverhältniß kein triftiger Grund mehr vorhanden. Einigermaßen in die Enge getrieben, gab Menschikoff nun so weit nach, daß er statt des Protectorates nur einen Vertrag (Sened), forderte, welcher der griechischen Kirche alle Rechte neu bestätige, die sie seit Alters besitze; für den Fall der Weigerung ließ er es auch jetzt wieder an Drohungen nicht fehlen; er sei bis zur äußersten Linie der Mäßigung geschritten und Rußland werde es niemals zugeben, in Constantinopel eine untergeordnete Rolle zu spielen. Stratford sah ein, daß jetzt die Stunde der Entscheidung herangekommen sei; er vermuthete, daß Menschikoff einen letzten Trumpf ausspielen und den Sultan persönlich einzuschüchtern suchen werde. Um dem vorzubeugen, erbat er sich selbst am 9. Mai eine Audienz. Er bereitete den Sultan darauf vor, daß Rußland wahrscheinlich die diplomatischen Beziehungen abbrechen und die Donaufürstenthümer besetzen werde; eine Kriegserklärung halte er nicht für wahrscheinlich, ja für moralisch unmöglich, wenn der Sultan durch einen neuen Firman aus eigenem Antrieb den Christen ihre Rechte bestätige und von dem Erlaß desselben allen Großmächten Kenntniß gebe. Als sich Abdul Medjid dazu gern bereit erklärte, bemerkte Stratford, daß er dem Monarchen nunmehr eine Mittheilung zu machen habe, die er bisher auch den Ministern noch vorenthalten: er sei ermächtigt, im Fall der Gefahr der Flotte in Malta Befehl zu ertheilen, sich segelfertig zu machen. Das war im Grunde genommen eine höchst unbedeutende Befugniß; denn sie schloß keineswegs den Befehl zur Abfahrt ein; dieser mußte aus London selber kommen. Und dennoch machte diese vertrauliche Mittheilung auf den Sultan den tiefsten Eindruck; Stratford hatte die Wirkung wohl berechnet und deshalb nicht das Geringste von diesem Theile seiner Weisungen bisher verlauten lassen. Hätte er den türkischen Ministern in einem früheren Zeitpunkte davon gesprochen, so würde höchst wahrscheinlich ein unwilliges: Weiter nichts? die Antwort darauf gewesen sein; jetzt, wo er ungefragt und im tiefsten Geheimniß dem Sultan selbst unter Anerkennung der ernsten Lage Anzeige davon machte, war die nothwendige Folge, daß jener darin nur den Anfang zu Größerem sah, und in seinen Entschlüssen gekräftigt von dem englischen Gesandten Abschied nahm.

Menschikoffs Drohungen.

Englands Gegenwirkung.

Letzte Verhandlungen.

In der That war die Haltung der Pforte von jetzt an unerschütterlich. Am nächsten Tage wurde das russische Verlangen eines Seneds abgewiesen. Am Tage darauf, am 11. Mai, übersandte Menschikoff sein Ultimatum. Um den letzten Druck auszuüben, begab er sich am 13. zum Sultan und verlangte ohne

Vermittlung der Minister eine Privataudienz. Sie wurde ihm zwar gewährt, hatte aber keinen anderen Erfolg, als daß der Sultan jede Erörterung an sein Ministerium verwies. Ja Menschikoff verlor durch diesen Schritt noch Zeit. Denn das Ministerium legte sein Amt nieder, weil der Souverän, ohne es zu fragen, den Russen empfangen habe, und die neuen Rathgeber des Sultans konnten mit vollem Recht fordern, daß ihnen die dreitägige Frist des Ultimatums um etwas verlängert werde. Sie beriefen einen großen Divan, der mit 42 gegen 3 Stimmen beschloß, das russische Verlangen abzulehnen. Am 18. Mai machte der neue Vezier Reschid Pascha dem Fürsten Menschikoff mündlich davon Mittheilung und setzte ihm zugleich auseinander, was die Pforte Alles thun wolle, um thatsächlich jeden Wunsch des Czaren zu erfüllen; auch versprach er, ihm den Firman zu senden, welchen der Sultan erlassen wolle. Das wartete Menschikoff aber gar nicht ab, sondern erklärte in einer Note vom selben Tage den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Weil er jedoch nachträglich wohl fühlen mochte, daß er sich damit übereilt habe, so benutzte er die goldene Brücke, welche ihm die Gesandten der andern Großmächte bauten, um noch einmal ein kleines Zugeständniß zu machen. Der östreichische Vertreter sprach ihm nämlich im Auftrag seiner Collegen, die sich am 19. bei Stratford zu einer Conferenz vereinigten, das Bedauern desselben über seinen Schritt aus und lud ihn ein, wenigstens die schriftlichen Erklärungen der Pforte noch entgegenzunehmen. Dies sagte er wirklich zu für den Fall, daß die zu erwartende Note genau dem Wortlaute des von ihm geforderten Seneds entspreche. Als Reschid Pascha mit Stratfords Billigung auch diese gemilderte Form zurückwies, machte er mit seinen oft wiederholten Drohungen wirklich Ernst und schiffte sich am 21. Mai mit der ganzen russischen Gesandtschaft ein. Sein letzter Act war eine Erklärung, daß, wenn die Verbürgung der geistlichen Rechte, welche der beabsichtigte Firman zusichere, den Ausschluß der weltlichen Vorrechte des griechischen Clerus bedeuten solle — was natürlich gar nicht der Fall war — Rußland darin eine Handlung der Feindseligkeit erblicken werde.

Menschikoffs Abreise.

England und Frankreich.

So war der Bruch also vollzogen und mit größter Spannung mußte man den Schritten entgegensehn, die in Petersburg einerseits und andrerseits in London beschlossen werden würden. Das englische Cabinet war trotz der maßvollen Weisungen, welche es seinem Vertreter gegeben hatte, doch unzweifelhaft tief in die Sache verwickelt, und konnte ehrenhalber der Türkei seine kräftige Unterstützung nicht versagen. Das erkannte Lord Clarendon, der Minister des Auswärtigen, auch unumwunden an und erklärte England in einer Note vom 31. Mai für verbunden, die Unabhängigkeit der Pforte gegen unverschuldete Angriffe zu verteidigen. Zugleich aber suchte er ein engeres Verhältniß zu Frankreich zu gewinnen und fand bei Napoleon, dem nichts Erwünschteres be-

gegnen konnte, das bereitwilligste Entgegenkommen. Schon in den ersten Tagen des Juni erhielten die beiden Mittelmeerflotten Befehl, sich in die Nähe der Dardanellen zu begeben, und gingen in der Besika=Bucht, hart an der Mündung der Meerenge, vor Anker; den Admiralen ward die Weisung ertheilt, sich den Gesandten in Constantinopel zur Verfügung zu stellen.

Stimmung in Petersburg.

In Petersburg war die erste Aeußerung, welche die Nachrichten aus Stambul hervorriefen, der Ausbruch des lang verhaltenen Grolls gegen Stratford, dessen unheilbares Mißtrauen und stürmische Geschäftigkeit in den Rathgebern der Pforte alle versöhnlichen Gesinnungen gewaltsam unterdrückt hätten. An demselben Tage, an dem Clarendon dem Sultan Englands Beistand zusicherte, am letzten Mai, kündigte Rußland der Türkei die Besetzung der Donaufürstenthümer an, wenn Menschikoffs letzte Note nicht binnen acht Tagen angenommen werde; dadurch wolle der Czar, ohne Krieg zu beginnen, sich ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen verschaffen.

Verblendung des Czaren.

Offenbar hatte man in Petersburg keine rechte Vorstellung von der Haltung, welche die andern Mächte einnehmen würden. Die Gesandten derselben, General von Rochow für Preußen, Graf Mensdorff für Oestreich und Castelbajac für Frankreich, waren viel zu sehr daran gewöhnt, dem Czaren gegenüber die unterwürfigste Gefälligkeit zur Tonart ihrer Verhandlungen zu wählen, als daß sie jetzt plötzlich eine andere Sprache hätten reden können. Und das täuschte die Russen. Ja selbst in Bezug auf England glaubte Nikolaus ruhig sein zu können. Er hatte mit großem Eifer die öffentliche Meinung des Inselreiches studirt und glaubte sie, das sprach er gradezu aus, besser zu kennen als Sir Hamilton Seymour, den jahrelange Abwesenheit des eignen Urtheils beraubt habe. In Wirklichkeit aber hatte er selbst sich durch die Bewegungen auf der Oberfläche täuschen lassen. Er schrieb der Manchesterschule und ihrer Friedenspolitik einen viel größeren Einfluß zu, als sie wirklich besaß; und da einzelne Mitglieder des Cabinets, wie Aberdeen und Gladstone, gleichfalls ausgeprägte Freunde des Friedens waren, so fürchtete er eine kriegerische Bethätigung Englands durchaus nicht. Vollends eine Verständigung desselben mit Frankreich sah er als ganz außer dem Bereich des Wahrscheinlichen liegend an, und die Berichte, die Kisseleff aus Paris und Brunnow aus London erstatteten, mußten allerdings ein Bündniß zwischen den Siegern und den Besiegten von Waterloo als leeres Schreckgespenst erscheinen lassen. Ehe der Czar aus diesen Träumen aufgerüttelt werden konnte, ertheilte er dem General Gortschakoff den Befehl, über den Pruth zu gehen. Am 2. Juli 1853 rückten die Russen in die Moldau ein, und ein Manifest des Kaisers verkündete der Welt, daß der einzige Zweck dieses Schrittes die Aufrechterhaltung der unveräußerlichen Rechte sei, welche die heilige griechische Kirche besitze.

Russische Truppen über den Pruth.

Die Nachricht von dem erfolgten Einmarsch Gortschakoffs

wurde in Constantinopel mit viel größerer Ruhe angehört als in Wien. Oestreich hatte bis dahin eine große Zurückhaltung bewiesen, wie sie seiner eigenthümlichen Stellung zu Rußland entsprach. Jetzt aber kamen die wichtigsten Interessen der Monarchie ins Spiel. Nimmermehr durfte man es zugeben, daß der russische Einfluß sich an der Südgrenze des Staates mit bewaffneter Hand festsetze und die Umklammerung der östlichen Hälfte des Kaiserreiches vollkommen mache. Graf Buol erklärte sein vollstes Einverständniß mit der Politik der Westmächte; sollten die Dinge so weit kommen, daß die östreichische Armee in Thätigkeit treten müsse, so werde das nur zu Gunsten der Unabhängigkeit der Türkei geschehen. Da auch Preußen sich ganz in demselben Sinne aussprach, so standen alle Großmächte vereint gegen Rußland da, und ihre Gesandten in Wien, Baron Bourqueney, Lord Westmoreland und Graf Arnim, traten mit dem östreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Buol-Schauenstein, zur Berathung gemeinsamer Schritte in einer Conferenz zusammen. Noch am 2. Juli beriethen sie eine Gesammtnote, in welcher sie Rußland aufforderten, seine Ansprüche mit den Rechten des Sultans als eines unabhängigen Fürsten in Einklang zu setzen. Da keine von ihnen, selbst Frankreich nicht, den Krieg wünschen konnte, so waren sie zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Den deutlichsten Beweis dafür lieferte die s. g. wiener Note vom 31. Juli. Der Sultan hatte den beabsichtigten Firman am 6. Juni erlassen und mit einer begleitenden Note vom 20. Juli nach Wien geschickt, damit beides von dort unter der Zustimmung der Conferenz nach Petersburg abgehe. Allein man fand in Wien, daß die Note, die von den Gesandten in Constantinopel gebilligt war, ihrem Zweck nicht entspreche, und arbeitete sie deshalb um, wobei man die Vorsicht anwandte, sich unter der Hand zu vergewissern, daß der beliebte Wortlaut den Czaren befriedige. Nachdem dies geschehen, wurde das Actenstück Namens der Conferenz nach Petersburg und Constantinopel geschickt, damit es, wenn es beider Orten gebilligt sei, als türkische Note noch einmal vom Bosporus an die Newa wandre. Nikolaus erklärte sich, wie zum Voraus feststand, am 3. August befriedigt; allein die türkischen Minister forderten drei Aenderungen und Lord Stratford gab ihnen, wenn er auch amtlich die unbedingte Annahme empfahl, insgeheim Recht. Die wichtigste war, daß in dem Satz: der Sultan werde den Bestimmungen der früheren Friedensschlüsse, welche die Beschützung des christlichen Cultus ...räfen, treu bleiben — statt dessen gesagt wurde: die Beschützung ... christlichen Religion durch die hohe Pforte, wodurch jede ...utung, als ob von dem Schutz, den eine andre Macht ausübe, ... Rede sei, ausgeschlossen wurde. Wie nöthig diese Vorsicht ...wesen, hatte die wiener Conferenz, die Anfangs sehr schlecht auf ... Türken zu sprechen war, bald genug Gelegenheit, wahrzu...hmen. Denn in einer erläuternden Note vom 7. September

Oestreich und Preußen.

Die wiener Conferenz.

Der Vermittlungsvorschlag vom 31. Juli.

Scheitern desselben.

gab Graf Nesselrode den streitigen Worten in der That grade die Auslegung, welche die Türken fürchteten, und welche auch die Conferenz nicht wollte. In Constantinopel mußte man sich nunmehr überzeugen, daß eine Verständigung nicht möglich sei, und da die eifrig betriebenen Rüstungen inzwischen weit genug gediehen waren, da die religiös-politische Aufregung unter den Moslemin einen hohen Grad erreicht hatte, so beschloß ein großer Divan von 172 Mitgliedern, die Räumung der Fürstenthümer von Rußland zu fordern und im Weigerungsfalle selbst den Krieg zu erklären. Eine Frist von 15 Tagen wurde gesetzt, und als diese verstrichen war, am 23. October der Krieg begonnen.

Die westmächtlichen Flotten.

Es lag den Türken viel daran, gleich zum Beginn des Schutzes der westmächtlichen Flotten gewiß zu sein, und Reschid nahm, um dies zu erreichen, seine Zuflucht zu einem echttürkischen Mittel. Da er Lord Stratford zu beeinflussen nicht hoffen durfte, wandte er sich an den französischen Gesandten und stellte ihm in lebhaften Farben die Gefahr vor die Seele, in welcher sich beim Ausbruch des Krieges die Christen der Hauptstadt befinden würden, wenn dem muselmännischen Fanatismus, der von 1821 her in schreckhafter Erinnerung stand, nicht durch die Anwesenheit der beiden Flotten im Hafen von Constantinopel ein Dämpfer aufgedrückt werde; die Regierung sei leider der religiösen Wuth gegenüber zu ohnmächtig, um die Sicherheit der Christen verbürgen zu können. Bis dahin hatten die Westmächte sich sorgfältig in Acht genommen, den Vertrag von 1841, der ihren Flotten das Einlaufen in die Dardanellen verbot, zu mißachten; Napoleon hatte die Sache freilich schon zweimal in London angeregt, aber nicht darauf bestanden; jetzt kam er, gestützt auf seines Gesandten Berichte, zum dritten Mal und mit großem Nachdruck mit diesem Vorschlag. Und sein Einfluß auf die britischen Minister war wirklich schon so groß geworden, daß sie ihm nachgaben und am 23. September der Flotte den Befehl ertheilten, trotz des Vertrages von 1841 nach Constantinopel zu segeln. Den Einspruch Rußlands wies Lord Clarendon mit der Erklärung zurück, daß durch den Einmarsch Gortschakoffs in die Donaufürstenthümer der Friede längst gebrochen, und nur für Friedenszeiten die Dardanellen durch den Vertrag von 1841 fremden Geschwadern verschlossen seien.

Frankreich.

Für den Kaiser Napoleon war der Schritt, den er soeben bei England durchgesetzt hatte, von großem Werthe; denn allein würde er ihn nicht gewagt haben, und doch lag ihm viel daran, in den Augen der Franzosen eine möglichst thätige Rolle zu spielen. Die bloße Betheiligung an den wiener Conferenzen, wo er Einer unter Vieren war, genügte ihm überhaupt nicht, und er hatte deshalb sorgsam jede Gelegenheit benutzt, sein engeres Einverständniß mit dem britischen Cabinet bemerklich zu machen. Jedenfalls lag ihm an diesem mehr, als an der Gemeinsamkeit mit den beiden deutschen Mächten, die Nikolaus' Handlungsweise

zwar eben so mißbilligten wie er und Lord Clarendon, die aber gleichwohl Rußland gegenüber immer noch möglichst schonend vorzugehen wünschten. Besonders Preußen vertrat eine der russischen nicht so sehr fernstehende Auffassung. Auch Friedrich Wilhelm IV. verwarf zwar, als gefährlich für den Bestand der Türkei, ein ausschließlich russisches Protectorat, aber ein gemeinsames Schutzrecht aller fünf Großmächte hielt er für sehr wohl zulässig. Sein Wunsch und sein bestimmter Antrag war deshalb darauf gerichtet, einen solchen Sened, wie Rußland ihn für sich und die griechischen Christen allein verlangte, für alle Großmächte und alle Christen in der Türkei zu fordern; einem bloßen Firman, wie ihn die Pforte erlassen, schrieb auch er geringen Werth zu. Noch bedeutsamer war es, daß er jede directe Hülfe, die dem Islam gegen Christen geleistet werde, für eine unchristliche Thorheit erklärte, für die Gottes Strafgericht nicht ausbleiben werde, und daß er, ganz folgerichtig, das Heil Preußens unter solchen Umständen in der unbedingtesten Neutralität suchte.

Preußen

Zu einer Kriegsdrohung gegen Rußland wäre daher Preußen um diese Zeit schwerlich zu bewegen gewesen; aber man war in London überhaupt zweifelhaft, ob man sich auf die Haltung des Königs verlassen könne. Man klagte über den gänzlichen Mangel einer entschiedenen Politik in Berlin; man beschwerte sich bitter darüber, daß Herr von Wildenbruch in Constantinopel, ohne den andern Gesandten etwas davon mitzutheilen, „unverschämt russische“ Vorschläge mache. Bei dieser Sachlage konnte es nicht ausbleiben, daß der kriegslustige Theil des Ministeriums, Palmerston an der Spitze, den Sieg über die Friedenspartei davon trug, und daß auch Aberdeen und seine Gesinnungsgenossen in das gemeinsame Vorgehen mit Frankreich, diesen „Incest“, wie Friedrich Wilhelm es nannte, willigten. Und doch war die Hoffnung auf eine gütliche Schlichtung auch jetzt noch nicht aufgegeben; ja Nikolaus selbst schien sie lebhaft zu wünschen. Ob freilich im Ernst oder nur zum Schein? ob er nicht jetzt etwa sich friedfertig stelle, weil er vor dem Fühjahr nicht kriegsfertig sein könne? das waren Fragen, die einem vorsichtigen Beobachter sehr leicht kommen mußten. Er hatte bereits am 24. September eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oestreich in Olmütz gehabt und war von da zum Besuch nach Berlin gefahren. In Olmütz war zwischen ihm und den Oestreichern eine Erklärung der vier Mächte vereinbart worden, welche dem Sinne der wiener Note entsprach und die Ansprüche der russischen Note vom 7. September in den Hintergrund schob. Damit war man in Berlin sehr zufrieden, und auch die beiden Westmächte wollten nur in so fern eine Aenderung, als sie jene Erklärung in eine türkische Note umzuwandeln vorschlugen, nach deren Empfang und Annahme Rußland sich verpflichten müsse, die Truppen aus den Fürstenthümern zurückzuziehen. Diese Absichten wurden aber durch die Thatsachen überholt. Denn während Nikolaus auch

England.

Oestreich.

nach erfolgter Kriegserklärung unter dem 31. October den Großmächten anzeigte, daß er seinerseits nicht angreifen werde, überschritten die Türken unter Omer Pascha am 28. October bei Widdin die Donau und verschanzten sich am linken Ufer in Kalafat.

Der Krimkrieg.

Beginn des Krieges.

Damit nahmen denn die Feindseligkeiten thatsächlich ihren Anfang; aber große Ausdehnung gewannen sie den Winter hindurch noch nicht. Allerdings wurden von den Türken auf der ganzen Flußlinie von Widdin bis Tschernawoda zahlreiche Donauübergänge ausgeführt, die ihren Zweck, die Russen zu belästigen, vollkommen erreichten. Auch an der russisch-türkischen Gränze in Asien waren es die Türken, welche zuerst vorgingen und dem Feinde das Fort Nikolaus nahmen. Allein hier wie dort beschränkten sich die Russen auf die Verteidigung und erfüllten also das Versprechen vom 31. October. Zur See verhielten sie sich anders. Jedenfalls gereizt durch die Anwesenheit der westmächtlichen Flotten im Bosporus, gab Nikolaus der seinigen Befehl, von Sebastopol auszulaufen und die Türken aus dem Schwarzen Meere zu vertreiben. Schon am 20. November fiel ein feindlicher Dampfer in ihre Gewalt und an demselben Tage erschienen sie mit acht Schiffen auf der Rhede von Sinope, wo Osman Pascha mit der türkischen Flotte lag. Der russische Admiral war Nachimoff. Ohne Zweifel stand ihm vollkommen das Recht zu, seinen Gegner anzugreifen; auch die Note vom 31. October konnte ihn nicht mehr daran hindern, seitdem die Türken zur Offensive übergegangen waren. Osman erwartete deshalb nichts Anderes als einen Angriff und bat, da er sich nicht stark genug fühlte, um die Entsendung der westmächtlichen Flotten nach Sinope. Allein Stratford verweigerte diesen Schritt, von dem er eine unheilbare Wirkung fürchtete und verließ sich darauf, daß Nachimoff nicht angreifen würde. Gleichwohl geschah dies. Am 30. November wurde die ganze türkische Flotte vernichtet. Sie leistete heldenmüthigen, aber hoffnungslosen Widerstand; alle Schiffe bis auf eins wurden zerstört, von der Bemannung 4000 getödtet und die 400 Ueberlebenden fast alle verwundet.

Seeschlacht bei Sinope.

Kriegerische Strömung in England.

Die Nachricht von diesem Ereigniß war der letzte Tropfen, der die im englischen Volk schon lange regen Gelüste nach Krieg zum Ueberfließen brachte. Vergebens suchten sich Aberdeen und der Prinz-Gemahl dagegen zu stemmen. Die öffentliche Meinung forderte das Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer und die Vertreibung Nachimoffs aus demselben. Zu ihrem Dollmetsch machte sich im Cabinet Lord Palmerston, und der französische Gesandte drängte in derselben Richtung. Als sich trotzdem die Mehrheit des Cabinets gegen einen so entschiedenen Schritt aus-

sprach, benutzte Palmerston einen Streit mit Lord John Russell über eine Reformbill, welche dieser vorschlug, um am 15. December aus dem Ministerium zu treten; in der Presse aber erhob sich ein heftiger Sturm gegen die Russenfreunde und insonderheit gegen den Prinzen Albert, der durch seine verfassungswidrige Einmischung die Königin beeinflusse. Dieser Bewegung vermochte Aberdeen nicht lange zu widerstehen, er gab den französischen Vorschlägen nach und berief den ausgetretenen Palmerston nach kaum acht Tagen wieder auf seinen Posten. Eine Note vom 24. December machte in Petersburg die Mittheilung, daß jedes russische Kriegsschiff, sobald es sich im Schwarzen Meere zeige, von den beiden Flotten nach Sebastopol zurückgewiesen werden solle, und am 4. Januar 1854 liefen die vereinigten Geschwader der Westmächte endlich in den Euxinus ein. Dadurch wurde Nikolaus Zorn wieder zur hellsten Flamme angefacht, während er unter dem ersten Eindruck des Sieges von Sinope und der nachgiebigen Haltung Englands zum Einlenken sehr geneigt gewesen war. Die wiener Conferenz hatte nämlich am 5. December mit unermüdlichem Eifer neue Vorschläge gemacht, die besonders auf den Abschluß eines Waffenstillstandes und die Bestimmung der Friedenspräliminarien hinausliefen; während des ersteren sollten die Russen noch in den Fürstenthümern bleiben, aber gleich nach Unterzeichnung der letzteren die Räumung vollziehen. Jetzt war von einem Eingehen auf solche Vorschläge bei Nikolaus keine Rede mehr; sein Entschluß, die diplomatischen Beziehungen mit London und Paris abzubrechen, war gefaßt, wenn er auch durch Einhaltung der üblichen Fristen erst einige Wochen später ausgeführt wurde. Es war augenscheinlich, daß der Krieg unvermeidlich sei, und von beiden Seiten wurde deshalb mit verdoppeltem Eifer um die Freundschaft der deutschen Mächte geworben.

Palmerston.

Drohungen in Petersburg.

Bruch mit Rußland.

Frankreich hatte schon im November darauf gedrungen, daß die Westmächte sich Klarheit über deren Stellung verschaffen sollten; aber da seine Annäherungen in Wien und gar in Berlin nur eine sehr kühle Aufnahme erhoffen durften, so wünschte es England vorzuschicken. Der preußische Gesandte in London, Bunsen, war ein treuer Anhänger des Zusammenhaltens der vier Mächte und bei seinem bedeutenden Einfluß auf den König, der überdies den Lord Aberdeen sehr schätzte, durfte man in London auf eine erwünschte Wendung wohl noch hoffen. Wirklich traf Mitte December ein freidenkender preußischer Staatsmann, der Graf Pourtalès, in besonderer Sendung ein und suchte zu erforschen, ob man für Preußens Unterstützung wohl geneigt sei, diesem freie Hand in Deutschland zu lassen, nicht zur Verschluckung der kleineren Staaten, sondern zur Wiederaufnahme der Unionsbestrebungen. Die Hauptpunkte seines Programms waren: Uebertragung des Oberbefehls im Kriege an Preußen, Errichtung eines beständigen Ministercongresses (Bundesrathes) und Begründung

Die Russenfeinde in Preußen.

einer Vertretung der Kammern am Bunde, welcher die Bewilligung der Gelder für Militärzwecke obliegen sollte. Diese Forderungen fanden grade keine begeisterte Aufnahme bei den englischen Ministern, zumal nicht bei Aberdeen, der ein getreuer Freund Oestreichs war; allein sie wurden doch zugestanden. Leider enthielten sie aber viel mehr das Programm von Pourtalès, Bunsen und ihren Gesinnungsgenossen, als das des Ministeriums Manteuffel oder des Königs selbst. Dieser hatte sich vielmehr mit der ganzen Zähigkeit seines krankhaften Gemüthes darauf gesteift, daß ihm als Preis für seine Dienste die Zurückgabe Neuenburgs, „seines lieben, treuen, unter die Füße der Gottlosen getretenen Ländchens am Jura", zugesichert werde, und er verstieg sich in seinem Eifer so weit, zu behaupten, daß kein preußischer König ohne die Erfüllung dieser Bedingung zu Diensten bereit sein werde. Da nun andrerseits das brittische Cabinet erklärte, kein englischer Minister könne die Verantwortlichkeit für solche Zusage übernehmen, so zerschlugen sich die Verhandlungen vollständig, und der förmliche Antrag der Westmächte, gemeinsam mit ihnen und Oestreich den Frieden zu erhalten oder zu erzwingen, wurde Anfang Januar kurzer Hand abgelehnt. Friedrich Wilhelm glaubte schon sehr weit in der Rücksichtnahme auf die Westmächte gegangen zu sein, wenn er ein Neutralitätsbündniß mit Oestreich, zu dem ihn Nikolaus am 31. December durch den Baron Budberg einladen ließ, gleichfalls verweigerte, und eine Neutralität, die weder unentschieden noch schwankend, sondern souverän sein solle, auf eigne Hand zu beobachten entschlossen war. In vertrauten Briefen aber machte er kein Hehl daraus, daß diese Neutralität sich in ein Bündniß mit Rußland „auf Leben und Tod" verwandeln werde, sobald Frankreich die Revolution als seinen Alliirten loszulassen beginne.

Der König.

Preußische Neutralität.

Revolutionäre Pläne Napoleons und Palmerstons.

Dieser Vorbehalt bezog sich auf die weitgehenden Pläne, die Napoleon und mit ihm Palmerston im Hintergrunde hielten, aber doch schon jetzt gelegentlich durchblicken ließen. Sie waren der Ansicht, daß die türkischen Angelegenheiten aufgehört hätten, der eigentliche Angelpunkt des Streites zu sein; jetzt, wo die Sachen so weit gediehen seien, komme es darauf, Rußland endgültig zu schwächen. Das Nächste schien ihnen, die Donaufürstenthümer mit Oestreich zu vereinigen, wofür diese Macht einerseits der Pforte eine Million Pfund Sterling als Entschädigung für den Tribut, den diese verliere, zahlen und andrerseits die Lombardei an Sardinien abtreten sollte; Frankreich würde sodann Savoyen erhalten haben. Dieser Plan, den Palmerston schon Anfang November seinen Collegen entwickelte, erweiterte sich später noch bedeutend; Finnland wurde für Schweden, Bessarabien und die russischen Südprovinzen am Schwarzen Meer für Oestreich bestimmt, das dagegen Preußen in Deutschland Raum machen sollte. Für den sehr denkbaren Fall aber, daß Franz Joseph solchen Vorschlägen seine Zustimmung versagen und sich wohl gar mit

Rußland vereinigen würde, hatte man eine Revolutionirung von Italien und Ungarn ins Auge gefaßt. Dieser Gedanke erregte Friedrich Wilhelms lebhaftesten Abscheu, und ihm gegenüber war auch er zum Bündniß mit Rußland entschlossen.

Die östreichische Politik.

In Wien befand man sich unzweifelhaft in einer sehr unbehaglichen Lage; man durfte Rußland nicht gewähren lassen und lief doch andrerseits bei einem Bruche mit ihm die größten Gefahren; nirgends mußte das Verlangen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen, stärker sein als bei den östreichischen Ministern. Um in diesem Sinne wirken zu können, schien das erste Erforderniß eine möglichst freie Stellung nach beiden Seiten hin, und weil diese mit Preußens Hülfe leichter behauptet werden konnte, wünschte man ein möglichst enges Verhältniß zum berliner Hofe, ohne dafür indeß zu Gegenleistungen bereit zu sein. Mehrfache Begegnungen zwischen den beiden Monarchen bahnten den Weg nach diesem Ziele. Dagegen war der russische Antrag, unter Nikolaus' Vermittlung ein Neutralitätsbündniß mit Preußen zu schließen, ganz unannehmbar; denn er hätte einen Bruch mit den Westmächten bedeutet. Es war deshalb umsonst, daß der Czar im Januar 1854 seinem vertrautesten Freund, Orloff, an den Kaiser von Oestreich sandte, also zu derselben Zeit, wo Budberg in Berlin für das gleiche Ziel wirkte. Hier wie dort wollte man sich auf Nichts einlassen. Wohl aber bezeigte Buol seine russenfreundliche Gesinnung in anderer Weise. Denn auf die Ablehnung der petersburger Anträge ließ er zum großen Aerger des englischen Ministeriums noch Gegenanträge folgen, obgleich der Czar von vornherein erklärt hatte, Orloff solle auf einem einfachen Ja oder Nein bestehen. Auch milderte er Nikolaus' Entrüstung dadurch nicht; eine Statuette des östreichischen Kaisers, die der Czar in seinem Zimmer stehen hatte, fand man, als er Orloffs Depesche gelesen, zertrümmert an einer Säule liegen. Es war eine Zeit der bittersten Enttäuschungen und der heftigsten Aufregungen für den stolzen Gewalthaber; aber wenn ihn der schlechte Gang des Donaufeldzuges kränkte, wenn ihn das Einlaufen der verbündeten Flotten ins Schwarze Meer beleidigte, wenn ihn Preußens unentschlossene und Englands kriegerische Politik enttäuschte, so war der Undank, durch den Oestreich die Welt in Erstaunen setzte, doch der schwerste Kummer und die ernstlichste Gefahr, die ihn heimsuchte. Seinem herrischen und unbeugsamen Geiste wurde ein Einlenken dadurch nur um so unmöglicher; er war zum Bruche mit den Westmächten entschlossen; Ende Januar und Anfang Februar 1854 wurden die gegenseitigen Gesandten abberufen und ein Brief Napoleons, der am 29. Januar noch einmal persönliche Verhandlungen zwischen den Herrschern anzuknüpfen suchte, wurde mit einem kriegerischen Manifeste erwidert, das den Franzosen die Erneuerung der Niederlagen von 1812 in Aussicht stellte.

Der Czar.

Westmächtlich-türkisches Bündniß.

Die Westmächte traten nun in Verhandlungen mit der Türkei, um die Art, in welcher sie derselben ihren Schutz angedeihen lassen

wollten, vertragsmäßig festzustellen. Sie verpflichteten sich außer ihrer Flotte auch ein Landheer dem Sultan zur Hülfe zu schicken, bedangen sich aber vollkommene Freiheit für ihre kriegerischen Bewegungen aus; alle Theile verzichteten auf den Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland und die Westmächte versprachen noch überdies, vierzig Tage nach der Wiederherstellung des Friedens ihre Truppen von dem türkischen Gebiete zurückzuziehen. Am 12. März 1854 wurde dieser Vertrag unterzeichnet. In Paris vereinbarte man außerdem noch ein besonderes Bündniß zwischen Frankreich und England, das am 10. April zum Abschluß kam; als Zweck desselben wurde die Sicherung der Türkei gegen die Wiederkehr unbilliger Ansprüche Rußlands und die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts hingestellt; von der Verfolgung eigensüchtiger Zwecke versprachen beide Theile abzustehen; andere Mächte sollten zum Beitritt eingeladen werden.

Französisch-englisches Bündniß.

Deutschland.

Unter diesen andern Mächten verstand man einerseits Schweden, das man durch die Erwerbung Finnlands und der Alands-Inseln zu gewinnen suchte, vor Allem aber doch die beiden deutschen Großmächte. Die öffentliche Meinung in Deutschland war überwiegend russenfeindlich und gab sich in den Zeitungen und zahlreichen Broschüren vernehmlich kund; die Anhänger des Czaren traten mit ihrer Thätigkeit viel weniger an das Tageslicht. Dafür waren sie unter der Hand in den berliner Hofkreisen und bei den mittelstaatlichen Regierungen um so geschäftiger. Wenn in Stuttgart, Darmstadt und anderer Orten die verwandtschaftlichen Beziehungen ihren starken Druck ausübten, so kam für Baiern noch ein besonderes Interesse hinzu. Russische Hetzereien hatten unter den christlichen Unterthanen des Sultans am Busen von Arta, also an der Nordgrenze Griechenlands, einen Aufstand zu Wege gebracht, der von der griechischen Regierung ziemlich offenkundig unterstützt wurde. Unwillig darüber forderte die Türkei schon im März Genugthuung dafür und Abstellung ihrer Beschwerden, und die Westmächte unterstützten diese Forderung. Trotzdem blieb Griechenland hartnäckig und fügte sich erst, als am 26. Mai ein verbündetes Geschwader Truppen im Piräus ausschiffte und dadurch jeden Widerstand brach. Eine solche Bedrohung der hellenischen Selbständigkeit erschien in München als eine dem bairischen Königshause zugefügte Unbill, die man, so lange sie noch nicht vollzogen war, zu hindern und nachher durch verstärkte Hingabe an Rußland zu rächen suchte. Aber was konnten die Mittelstaaten ausrichten, wenn Oestreich und Preußen einig waren? Und diese Einigkeit wurde, wenn schon mit großer Mühe, vor der Hand noch aufrecht erhalten, selbst dann noch aufrecht erhalten, als in Berlin die erklärten Russenfeinde unterlagen. Dies geschah bereits zu Anfang April und gab sich kund in der Abberufung Bunsens von dem londoner Gesandtschaftsposten und der Entlassung des Kriegsministers Bonin. Auch jetzt gelangten die Russenfreunde keineswegs zur unbedingten

Baiern und Griechenland.

Der Arta-Aufstand.

Niederlage der Russenfeinde in Berlin.

Herrschaft: Manteuffel, der das Heft in den Händen behielt, schloß sich vielmehr noch enger an Oestreich an und suchte durch dessen Vermittlung Fühlung mit den Westmächten zu behalten und den Czaren zum Nachgeben zu drängen. Alle vier Mächte erklärten auf der wiener Conferenz am 9. April, daß sie trotz der Verschiedenheit, die in ihrer Stellung durch die westmächtliche Kriegserklärung eingetreten sei, doch einmüthig bei ihren gemeinsamen Forderungen vom 5. December 1853 verharrten, daß sie die Unversehrtheit des türkischen Gebietes, insonderheit also die Räumung der Donaufürstenthümer, die ungeschmälerte Souveränität des Sultans auch seinen christlichen Unterthanen gegenüber und die gesicherte Stellung der Pforte im Kreise der europäischen Regierungen nicht preisgeben würden. Oestreich wäre gern noch einen Schritt weiter gegangen; es war bereit, sich mit den Westmächten zu verbünden, wenn Preußen sich gleichfalls anschlösse; es hatte schon am 14. März den Bundestag eingeladen, sich einer thätig eingreifenden Politik zuzuwenden. Allein in Berlin wie in Frankfurt fand es taube Ohren; zu Gunsten Rußlands hängten sich Preußen und die Mittelstaaten ihm wie Schwergewichte an und hemmten seine freie Bewegung.

Wiener Protocoll vom 9. April.

Ganz dieser Rolle angemessen war es, wenn Manteuffel, sobald Oestreich sich loszureißen drohte, ihm doch wieder einige Zugeständnisse machte. Schon im März erklärte er in der zweiten Kammer, daß Preußens Beistand dem deutschen Staate nicht fehlen werde, der sich durch seine geographische Lage etwa genöthigt sehe, zuerst das Schwert für die Vertheidigung deutscher Interessen zu ziehen; als dann im April der Freiherr von Heß nach Berlin geschickt wurde, um ein weiteres gemeinsames Vorgehen gegen Rußland zu vereinbaren, machte er zwar Schwierigkeiten und Zögerungen genug, schloß aber am 20. April wirklich für die Dauer des begonnenen Krieges ein Schutz- und Trutzbündniß ab, durch welches beide Staaten sich ihren vollen Länderbestand verbürgten. Ein Zusatzvertrag vom 28. bestimmte, daß Oestreich die Räumung der Donaufürstenthümer, die Preußen bereits am 8. in Petersburg von Neuem empfohlen hatte, jetzt seinerseits fordern solle, und daß, wenn es darüber in Krieg mit Rußland gerathe und sein Gebiet von feindlichen Truppen überzogen werde, Preußen ihm beistehen müsse; sollte Nikolaus aber gar die Fürstenthümer seinen Staaten einverleiben oder sein Heer über den Balkan schicken, so würden beide deutsche Mächte ihrerseits zum Angriff schreiten.

Oestreichisch-preußisches Bündniß.

Den Mittelstaaten gingen diese Verabredungen schon viel zu weit. Als sie aufgefordert wurden, dem Bündniß beizutreten, hielten sie am 25. Mai eine Conferenz in Bamberg ab, um zu verabreden, wie sie die Rolle des Hemmschuhs, die Preußen aufgegeben zu haben schien, mit besserem Erfolge spielen könnten. Sie einigten sich darüber, daß nicht die einzelnen Staaten, sondern der Bund als solcher dem Vertrage vom 20./28. April bei-

Die bamberger Conferenz.

treten müsse, daß nicht Rußland allein, sondern auch die Westmächte aufzufordern seien, ihre Streitkräfte vom türkischen Gebiete zurückzuziehen, daß dem Bunde, und nicht den beiden Großmächten, die Entscheidung zukomme, wann eine thätige Betheiligung am Kriege Platz zu greifen habe, und daß endlich der Bund auch auf dem dereinstigen Friedenscongresse vertreten sein müsse, um die Interessen Deutschlands, d. h. die freie Schifffahrt auf der Donau, den Schutz der Christen in der Türkei und die Unabhängigkeit Griechenlands, wahrzunehmen. Von alle diesen Bedingungen wurde schließlich doch nur die erste festgehalten, und nachdem die beiden Großmächte ihr Bündniß am 20. Juli in Frankfurt mitgetheilt hatten, am 24. der Zutritt zu demselben beschlossen.

Es geschah das zum guten Theil deshalb, weil die Dinge eine unverhofft friedliche Gestalt angenommen hatten. Rußland fühlte sich durch den östreichisch-preußischen Vertrag ernstlich bedroht, um so mehr als die Türkei durch eine Abkunft vom 14. Juni den Oestreichern das Recht ertheilte, in die Fürstenthümer einzurücken. Hätten die russischen Waffen an der Donau irgend nennenswerthe Erfolge aufzuweisen gehabt, so würde der Czar vielleicht selbst einem östreichischen Angriffe Trotz geboten haben; nach Lage der Dinge war das aber kaum möglich. In den ersten Monaten des Jahres hatte Gortschakoff sich vergeblich bemüht, die Türken aus Kalafat wieder zu vertreiben; nur Dschurdschewo zu nehmen, war ihm im Februar gelungen. Paskiewitsch, der ihn Mitte April im Oberbefehl ablöste, hatte dann gar die ganze kleine Wallachei (bis zur Aluta) geräumt und alle seine Kräfte zusammengenommen, um der starken Festung Silistria Herr zu werden. Fast zwei Monate lagen die Russen vor der Stadt, die von Mussa Pascha und einem Preußen, dem Obersten Grach, vortrefflich verteidigt wurde; als aber Paskiewitsch bei einem mißglückten Sturm am 9. Juni selbst verwundet wurde, so daß er den Oberbefehl wieder an Gortschakoff abgeben mußte, als dieser vier Tage später durch einen Ausfall der Besatzung und den gleichzeitigen Angriff Omer Paschas schwere Verluste erlitt, und als gerade jetzt obendrein der östreichisch-türkische Vertrag vom 14. Juni geschlossen wurde, da mußte die Belagerung aufgehoben werden, nachdem sie den Russen bereits 12,000 Mann gekostet hatte, und das Heer trat am 21. den Rückzug an das nördliche Donauufer an. Acht Tage später erklärte sich Graf Nesselrode bereit, das wiener Protocoll vom 9. April als Friedensgrundlage anzuerkennen, wenn Oestreich den Abzug der französisch-englischen Truppen vom türkischen Gebiete verbürgen könne. Diese waren Anfangs des Monats in einer Stärke von etwa 50,000 Mann in Gallipoli gelandet, die Franzosen von Saint-Arnaud, die Engländer von Lord Raglan geführt, einem alten Waffengefährten Wellingtons, unter dessen Commando er bei Waterloo den rechten Arm verloren hatte. Bei Gallipoli war die Landung

Oestreichisch-türkischer Vertrag.

Militärische Lage an der Donau.

Belagerung von Silistria.

Landung der Verbündeten in Gallipoli.

deshalb erfolgt, weil man die Ueberschreitung des Balkans durch die Russen fürchtete und ihnen bei dem Vormarsch auf Constantinopel in die Flanke zu fallen gedachte. Sehr schnell erkannte man, daß diese Vorsorge gänzlich überflüssig sei, und schiffte sich wieder ein, um in Varna am Schwarzen Meere, also im Norden der Balkanlinie, zu landen. Auch hier waren die Verbündeten nichts weniger als vor dem Feinde, da die Russen eben jetzt die Belagerung von Silistria aufhoben. Nur in der Dobrudscha, der Landschaft, die im Osten vom Meere, im Norden und Westen von der Donau begrenzt wird, standen noch russische Truppentheile, die im März bei Galatz über den Fluß gekommen und südwärts bis Köstendsche vorgedrungen waren. Da auch sie bereits im Rückzuge begriffen waren, so mußte man sich beeilen, wenn man sie noch fassen wollte. St.-Arnaud entsandte deshalb am 24. Juli 10,000 Franzosen unter Espinasse, um ihnen nachzusetzen und eine Schlappe zu sühnen, die sie den Türken bei Tschernawoda beigebracht hatten. Allein es war zu spät dazu. Espinasse konnte des Feindes nicht mehr ansichtig werden und hätte seine Truppen unversehrt zurückbringen können, wenn nicht die Cholera, die auch in dem Lager von Varna furchtbare Opfer forderte, sein Heer in den Sümpfen und Steppen der Dobrudscha mit entsetzlicher Heftigkeit angefallen hätte. So schrecklich waren die Verwüstungen, die sie anrichtete, daß von den 10,000 Mann, die am 24. Juli ausgezogen waren, am 10. August nur 4500 ins Lager zurückkehrten. Ein längerer Aufenthalt in diesem ungesunden Klima drohte das ganze Heer aufzureiben; er war überdies völlig sinnlos, weil die Russen mittlerweile auch über den Pruth gegangen waren und die Donaufürstenthümer sich zur Verfügung der östreichisch-türkischen Armee befanden. Wäre der Zweck des Krieges nur der gewesen, das Protokoll vom 9. April durchzusetzen, so hätten die Westmächte die triftigsten Gründe gehabt, Nesselrodes Forderung zu bewilligen und ihre Truppen nunmehr vom türkischen Gebiete zurückzuziehen.

in Varna.

Franzosen in der Dobrudscha.

Rückzug der Russen über den Pruth.

Aber nachdem es einmal so weit gekommen war, wollten sie mehr, wollten sie Rußland ernstlich demüthigen und sein Uebergewicht auf lange hinaus brechen. Oestreich befand sich daher nicht in der Lage, die von Rußland geforderte Bürgschaft für die Räumung zu übernehmen; es empfahl zwar die Nesselrodesche Note vom 29. Juni in Paris und London, erhielt aber am 22. Juli die Antwort, daß die Westmächte auf vier Punkten als unerläßlichen Bedingungen des Friedens bestehen müßten: auf der Aufhebung des russischen Schutzrechtes in den Donaufürstenthümern und Serbien — auf der Freiheit der Donauschifffahrt — auf der Beschränkung der russischen Machtstellung im Schwarzen Meere — und auf der Beseitigung jeder Schirmherrschaft einer einzelnen Macht über die christlichen Unterthanen der Pforte. Diese Forderungen lehnte Rußland unbedingt ab, Oestreich dagegen eignete sie sich an und trennte sich dadurch wesentlich von Preußen, das

Die vier Forderungen der Westmächte.

treten müsse, daß nicht Rußland allein, sondern auch die Westmächte aufzufordern seien, ihre Streitkräfte vom türkischen Gebiete zurückzuziehen, daß dem Bunde, und nicht den beiden Großmächten, die Entscheidung zukomme, wann eine thätige Betheiligung am Kriege Platz zu greifen habe, und daß endlich der Bund auch auf dem dereinstigen Friedenscongresse vertreten sein müsse, um die Interessen Deutschlands, d. h. die freie Schifffahrt auf der Donau, den Schutz der Christen in der Türkei und die Unabhängigkeit Griechenlands, wahrzunehmen. Von alle diesen Bedingungen wurde schließlich doch nur die erste festgehalten, und nachdem die beiden Großmächte ihr Bündniß am 20. Juli in Frankfurt mitgetheilt hatten, am 24. der Zutritt zu demselben beschlossen.

Es geschah das zum guten Theil deshalb, weil die Dinge eine unverhofft friedliche Gestalt angenommen hatten. Rußland fühlte sich durch den östreichisch-preußischen Vertrag ernstlich bedroht, um so mehr als die Türkei durch eine Abkunft vom 14. Juni den Oestreichern das Recht ertheilte, in die Fürstenthümer einzurücken. Hätten die russischen Waffen an der Donau irgend nennenswerthe Erfolge aufzuweisen gehabt, so würde der Czar vielleicht selbst einem östreichischen Angriffe Trotz geboten haben; nach Lage der Dinge war das aber kaum möglich. In den ersten Monaten des Jahres hatte Gortschakoff sich vergeblich bemüht, die Türken aus Kalafat wieder zu vertreiben; nur Dschurdschewo zu nehmen, war ihm im Februar gelungen. Paskiewitsch, der ihn Mitte April im Oberbefehl ablöste, hatte dann gar die ganze kleine Wallachei (bis zur Aluta) geräumt und alle seine Kräfte zusammengenommen, um der starken Festung Silistria Herr zu werden. Fast zwei Monate lagen die Russen vor der Stadt, die von Mussa Pascha und einem Preußen, dem Obersten Grach, vortrefflich verteidigt wurde; als aber Paskiewitsch bei einem mißglückten Sturm am 9. Juni selbst verwundet wurde, so daß er den Oberbefehl wieder an Gortschakoff abgeben mußte, als dieser vier Tage später durch einen Ausfall der Besatzung und den gleichzeitigen Angriff Omer Paschas schwere Verluste erlitt, und als gerade jetzt obendrein der östreichisch-türkische Vertrag vom 14. Juni geschlossen wurde, da mußte die Belagerung aufgehoben werden, nachdem sie den Russen bereits 12,000 Mann gekostet hatte, und das Heer trat am 21. den Rückzug an das nördliche Donauufer an. Acht Tage später erklärte sich Graf Nesselrode bereit, das wiener Protocoll vom 9. April als Friedensgrundlage anzuerkennen, wenn Oestreich den Abzug der französisch-englischen Truppen vom türkischen Gebiete verbürgen könne. Diese waren Anfangs des Monats in einer Stärke von etwa 50,000 Mann in Gallipoli gelandet, die Franzosen von Saint-Arnaud, die Engländer von Lord Raglan geführt, einem alten Waffengefährten Wellingtons, unter dessen Commando er bei Waterloo den rechten Arm verloren hatte. Bei Gallipoli war die Landung

Oestreichisch-türkischer Vertrag.

Militärische Lage an der Donau.

Belagerung von Silistria.

Landung der Verbündeten in Gallipoli.

deshalb erfolgt, weil man die Ueberschreitung des Balkans durch die Russen fürchtete und ihnen bei dem Vormarsch auf Constantinopel in die Flanke zu fallen gedachte. Sehr schnell erkannte man, daß diese Vorsorge gänzlich überflüssig sei, und schiffte sich wieder ein, um in Varna am Schwarzen Meere, also im Norden der Balkanlinie, zu landen. Auch hier waren die Verbündeten nichts weniger als vor dem Feinde, da die Russen eben jetzt die Belagerung von Silistria aufhoben. Nur in der Dobrudscha, der Landschaft, die im Osten vom Meere, im Norden und Westen von der Donau begrenzt wird, standen noch russische Truppentheile, die im März bei Galatz über den Fluß gekommen und südwärts bis Köstendsche vorgedrungen waren. Da auch sie bereits im Rückzuge begriffen waren, so mußte man sich beeilen, wenn man sie noch fassen wollte. St.-Arnaud entsandte deshalb am 24. Juli 10,000 Franzosen unter Espinasse, um ihnen nachzusetzen und eine Schlappe zu sühnen, die sie den Türken bei Tschernawoda beigebracht hatten. Allein es war zu spät dazu. Espinasse konnte des Feindes nicht mehr ansichtig werden und hätte seine Truppen unversehrt zurückbringen können, wenn nicht die Cholera, die auch in dem Lager von Varna furchtbare Opfer forderte, sein Heer in den Sümpfen und Steppen der Dobrudscha mit entsetzlicher Heftigkeit angefallen hätte. So schrecklich waren die Verwüstungen, die sie anrichtete, daß von den 10,000 Mann, die am 24. Juli ausgezogen waren, am 10. August nur 4500 ins Lager zurückkehrten. Ein längerer Aufenthalt in diesem ungesunden Klima drohte das ganze Heer aufzureiben; er war überdies völlig sinnlos, weil die Russen mittlerweile auch über den Pruth gegangen waren und die Donaufürstenthümer sich zur Verfügung der östreichisch-türkischen Armee befanden. Wäre der Zweck des Krieges nur der gewesen, das Protokoll vom 9. April durchzusetzen, so hätten die Westmächte die triftigsten Gründe gehabt, Nesselrodes Forderung zu bewilligen und ihre Truppen nunmehr vom türkischen Gebiete zurückzuziehen.

in Varna.

Franzosen in der Dobrudscha.

Rückzug der Russen über den Pruth.

Aber nachdem es einmal so weit gekommen war, wollten sie mehr, wollten sie Rußland ernstlich demüthigen und sein Uebergewicht auf lange hinaus brechen. Oestreich befand sich daher nicht in der Lage, die von Rußland geforderte Bürgschaft für die Räumung zu übernehmen; es empfahl zwar die Nesselrodesche Note vom 29. Juni in Paris und London, erhielt aber am 22. Juli die Antwort, daß die Westmächte auf vier Punkten als unerläßlichen Bedingungen des Friedens bestehen müßten: auf der Aufhebung des russischen Schutzrechtes in den Donaufürstenthümern und Serbien — auf der Freiheit der Donauschifffahrt — auf der Beschränkung der russischen Machtstellung im Schwarzen Meere — und auf der Beseitigung jeder Schirmherrschaft einer einzelnen Macht über die christlichen Unterthanen der Pforte. Diese Forderungen lehnte Rußland unbedingt ab, Oestreich dagegen eignete sie sich an und trennte sich dadurch wesentlich von Preußen, das

Die vier Forderungen der Westmächte.

zwar seinerseits in Petersburg auch diese neue Grundlage lebhaft befürwortete, aber zugleich in den übrigen Hauptstädten am 6. September erklären ließ, daß es an keinen Zwangsmaßregeln zur Durchführung derselben Theil nehmen werde und daß durch die Räumung der Donaufürstenthümer der Zusatzvertrag vom 28. April erledigt sei. Dadurch war die Einigkeit der vier Mächte, welche die wiener Conferenz bildeten, endlich gesprengt und weitere Sitzungen derselben fanden nicht statt. In Berlin fühlte man sich in einer höchst unbehaglichen Lage. Vollends zu Rußland überzutreten, wäre in der That, wie einst der Kriegsminister Bonin gesagt hatte, so unmöglich gewesen wie ein Vatermord im alten Athen; Oestreich lenkte immer kräftiger in das Fahrwasser der Westmächte ein und suchte, von Frankreich unterstützt, den deutschen Bund sich nachzuziehen; Preußens Vereinsamung wurde äußerst peinlich. Nach langen Kämpfen entschloß man sich also, wieder engere Fühlung mit Oestreich zu suchen. Manteuffel gestand am 30. October zu, daß die vier Punkte seitens der Verbündeten vom 20. April nochmals in Petersburg empfohlen würden, und daß, wenn Rußland sie abermals verwerfe, die Stellung Oestreichs in den Fürstenthümern unter den Schutz jenes Bündnisses fallen solle; und obgleich Oestreich in Erwiderung darauf sich ausdrücklich das Recht wahrte, aus der Verteidigung zum Angriff überzugehen, und nicht allein für die Westmächte, sondern auch für sich selbst die Freiheit vorbehielt, neue Bedingungen über die vier Punkte hinaus zu stellen, so wurde doch am 26. November ein neuer Zusatzvertrag geschlossen, der Preußen zum Schutze der östreichischen Stellung an der Donau und zur Durchführung der vier Punkte verpflichtete, und der am 9. December auch vom Bunde angenommen wurde. Preußen hatte sich also wieder einen Schritt weiter ziehen und als Drücker gegen Rußland verwenden lassen; der nächste Erfolg war, wie man ihn in Berlin gehofft; schon am 28. November erklärte Rußland, daß es die vier Punkte als Grundlage der Friedensverhandlungen annehmen wolle. Gleich darauf aber zeigte sich, was Oestreich mit seinen Vorbehalten gemeint hatte. Ohne Preußen darüber zu verständigen und ohne Rücksicht auf Rußlands erneute Nachgiebigkeit schloß es am 2. December mit den Westmächten ein Bündniß, durch das es auf fernere Sonderverhandlungen mit Rußland verzichtete und für den Friedensschluß weitere Bedingungen über die vier Punkte hinaus vorbehielt; den Westmächten sollte der Einmarsch in die Donaufürstenthümer gestattet sein und mit Schluß des Jahres, sofern der Friede dann noch nicht gesichert sei, eine neue Vereinbarung über die ferneren Maßregeln stattfinden; würde Oestreich dann am Kriege Theil nehmen, so solle ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen werden; Preußen wurde der Zutritt zu diesem Vertrage offen gehalten.

Wohl hatte man in Berlin ein Recht, über diese gering-

Randnotizen: Sprengung der wiener Conferenz. — Preußens und des Bundes Zutritt zu den vier Punkten. — Oestreichisch-westmächtliches Bündniß. — Mißachtung Preußens.

schätzige Behandlung erzürnt zu sein und darin eine Mißachtung der preußischen Großmachtsstellung zu erkennen; aber als Manteuffel diesem seinem Aerger amtlichen Ausdruck gab, erhielt er nur die spöttische Antwort, die Rechte einer Großmachtsstellung, die man Preußen nicht bestreiten wolle, seien mit der Erfüllung ihrer Pflichten untrennbar verknüpft; wer den Ereignissen des Tages fern bleibe, könne nicht an ihrer Erledigung Theil nehmen. Oestreich hatte sogar die Kühnheit von Preußen die Aufstellung von 200,000 Mann bei Breslau und Posen zu fordern, weil es durch die Rüstungen Rußlands bedroht werde; auch lud es die Bundesstaaten, welche seinen Standpunkt theilten, ein, ihre Truppen für den Kriegsfall unter östreichischen Oberbefehl zu stellen und setzte am 8. Februar 1855 in Frankfurt zwar nicht die geforderte Mobilmachung, wohl aber die schleunige Kriegsbereitschaft des Bundesheeres durch. Viel erreicht war damit allerdings nicht; denn Preußen, das für sich selbst die Aufstellung jener 200,000 Mann unbedingt ablehnte, ließ durch seinen Bundesgesandten, den Herrn von Bismarck, ausdrücklich erklären, es betrachte die Kriegsbereitschaft nicht als gegen Rußland gerichtet — denn dieses bedrohe Oestreich nicht —, sondern als nach allen Richtungen hin verwendbar. Das rief denn freilich die lebhaftesten Einsprüche Oestreichs und Frankreichs hervor und erbitterte sie noch mehr gegen Preußen; aber dieses beharrte auf seiner Ansicht und erfreute sich dabei der allerdings sehr vorsichtig umschriebenen Zustimmung der Mittelstaaten.

Kriegsbereitschaft des Bundesheeres.

Es mißlang also zu Oestreichs großem Kummer, Preußen und Deutschland in das westmächtliche Bündniß zu verstricken. Aber fast noch größeren Schmerz mußte es den wiener Staatsmännern bereiten, daß dafür Sardinien sich dem Bündniß gegen Rußland anschloß. Ein unmittelbares Interesse hatte der italienische Mittelstaat an dem türkischen Streite gewiß nicht; aber jede Verwickelung, in der Oestreichs Haltung von großem Belang war, mußte seine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und ihn zu Vorsichtsmaßregeln veranlassen. Wie großen Werth Frankreich auf den Beitritt Oestreichs zum Bündniß gegen Rußland lege, wurde vollkommen klar dadurch, daß es am 12. December 1854 dem Kaiserstaate den Besitz seiner italienischen Lande verbürgte; England war dem gegenüber freilich gern bereit, auch Sardiniens Unversehrtheit zu gewährleisten; aber einerseits sicherte das noch nicht vor einer wachsenden Ausbreitung des östreichischen Einflusses in Italien, und andrerseits drängte gerade England sehr zu einer Betheiligung Sardiniens am Kriege. Seine eigene Landmacht war der französischen nicht entfernt ebenbürtig und die Gefahr, daß in Folge dessen Napoleons Stellung allzu mächtig werden möge, erweckte in London den dringenden Wunsch, je früher desto lieber ein drittes verbündetes Heer neben dem englischen und dem französischen im Felde zu sehen. Der König von Sardinien und Graf Cavour, sein erster Minister,

Sardiniens Bündniß mit den Westmächten.

erkannten auch sofort, von welchem Vortheil der Eintritt Sardiniens in diesen Krieg für seine europäische Stellung sein werde; aber weitaus die meisten sardinischen Staatsmänner hielten eine solche Betheiligung für eine Abenteurerpolitik, der sie sich aus allen Kräften widersetzten. Cavour ließ sich keine Mühe verdrießen, ihren Widerspruch zunächst unter der Hand zu besiegen und erreichte bei vielen, besonders bei seinem Collegen im Kriegsministerium, Alfons Lamarmora, vollkommen sein Ziel. Er konnte darauf hinweisen, daß Rußland seit 1848 die rücksichtsloseste Feindseligkeit gegen Sardinien geäußert habe; Nikolaus hatte die Anzeige von der Thronbesteigung Victor Emanuels nicht in Empfang genommen und noch 1852 einen Versuch zur Erneuerung der diplomatischen Beziehungen zurückgewiesen. Daß Sardinien jetzt auf dieselbe Seite treten sollte, zu der Oestreich neigte, war auf den ersten Blick zwar befremdend, aber doch leicht zu rechtfertigen; gesellte es sich den Gegnern seiner beiden großen Nachbarn zu, so war es verloren, und selbst seine Neutralität konnte, weil sie Oestreich bedrohte, leicht als eine Feindseligkeit gedeutet werden. Das gestanden denn auch viele Gegner des Bündnisses, z. B. der Minister des Auswärtigen, Dabormida, zu; aber sie verlangten, daß Oestreich den Beitritt Sardiniens durch ein Zugeständniß erkaufen solle. Als solches bezeichneten sie die Aufhebung der Beschlagnahme, die Franz Joseph am 13. Februar 1853 auf die Güter der flüchtigen Lombarden gelegt hatte. Anlaß dazu war ein schnell unterdrückter Aufstandsversuch in Mailand am 6. Februar gewesen, den die Flüchtlinge übrigens nicht verursacht hatten. Sardinien war damals mit größter Entschiedenheit für die Rechte der Benachtheiligten eingetreten; aber seine Verwahrung blieb, obgleich von Frankreich und England unterstützt, ohne Erfolg und die lebhaften diplomatischen Erörterungen, die sich daran knüpften, hatten endlich zur Abberufung der beiderseitigen Gesandten aus Wien und Turin geführt. Jetzt verlangte Dabormida, daß die Westmächte von Oestreich als Preis des sardinischen Bündnisses die Aufhebung der Beschlagnahme fordern sollten. Cavour wußte, daß dies Verlangen nicht durchzusetzen sei, und mehrere der angesehensten Flüchtlinge baten überdies ausdrücklich, nicht an dieser Bedingung das Abkommen scheitern zu lassen. Weil Dabormida aber trotzdem auf seiner Forderung beharrte, so mußte er am 10. Januar 1855 sein Amt niederlegen und Cavour schloß als Minister des Auswärtigen an demselben Tage den Bündnißvertrag mit dem Herzog von Gramont und Sir James Hudson ab. Er verpflichtete sich, ein Heer von 15,000 Mann aufzustellen, das von einem selbständigen Befehlshaber geführt, aber auf englische Kosten nach dem Kriegsschauplatze gebracht werden sollte; englische Hülfsgelder bedang er sich nicht aus, obgleich Viele das wünschten; er wollte die Sardinier nicht in das schlechte Licht eines Söldnerheeres stellen; dagegen leistete England die Gewähr für eine dreiprocen-

Rußland und Sardinien.

Oestreich und Sardinien.

Der Vertrag vom 10. Januar 1855.

tige Anleihe von einer Million Pfund, deren Sardinien nicht entrathen konnte. Die Verhandlungen in den Kammern begannen am 3. Februar, und obgleich die Ultramontanen und die Radicalen sich gegen den Vertrag verbündeten, so trug er doch in beiden Häusern eine Mehrheit von über 30 Stimmen davon; alle Nationalgesinnten jubelten über diesen Schritt, und auch die freisinnigen preußischen Staatsmänner freuten sich des Pistolenschusses, der, wie Herr von Usedom meinte, hart an Oestreichs Ohren vorbeigegangen war.

Landung in der Krim.

Der Kriegsschauplatz, für den die sardinischen Truppen Mitte April unter der Führung Lamarmoras eingeschifft wurden, war die Krim. Seit sieben Monaten lagerte dort bereits das Heer der Verbündeten, um die gewaltige Seefeste Sebastopol zu bezwingen. Als der Kriegsrath in Varna am 21. Juli 1854 auf Antrieb Napoleons die Landung auf der taurischen Halbinsel beschloß, hegte man noch die Hoffnung, es werde möglich sein, den wichtigen Waffenplatz durch einen Handstreich zu gewinnen; man besorgte nicht, daß es ein Unternehmen werden könne, welches ein volles Jahr und die größesten Opfer erforderte. Am 5. September begann die Einschiffung von 58,000 Mann, vierzehn Tage später waren sie bei Eupatoria gelandet. Den Oberbefehl über die Russen in Sebastopol führte Fürst Menschikoff; er verhinderte die Ausschiffung nicht, weil sie von der starken feindlichen Flotte gedeckt wurde, sondern beschloß den Vormarsch, der durch drei von Osten nach Westen strömende Flüsse erschwert wurde, zu vereiteln. An dem nördlichsten derselben, der Alma, kam es am 20. September 1854 zur Schlacht. Theils die überlegene Bewaffnung der Verbündeten, theils eine geschickte Umgehung, die General Bosquet leitete, entschieden den Tag nach heißem Kampfe zu Gunsten der Angreifenden. Fürst Menschikoff zog sich in das Innere der Halbinsel auf Bachtschiaseraj zurück und begnügte sich, unter Preisgebung der beiden folgenden Flußlinien, der Katscha und des Balbek, den Vormarsch und die Stellung der Verbündeten in der Flanke zu bedrohen. Um nicht auch in ihrem Rücken durch anmarschirende russische Heere gefährdet zu werden, beschlossen diese, ihr Lager südlich von Sebastopol an der Küste aufzuschlagen und bemächtigten sich zu dem Zwecke der Stadt Balaklawa und der westwärts davon gelegenen Kamiesch-Bucht. Sebastopol liegt an einem von Westen nach Osten ¾ Meilen tief in das Land einschneidenden Meerbusen, der an der Mitte seines Südrandes eine gleichfalls weit eindringende Bucht senkrecht nach Süden entsendet. Diese letztere bildete den Kriegshafen, zwischen dessen westlicher Seite und der westlichen Hälfte der Südküste des Hauptbusens die eigentliche Stadt lag, während sich an dem östlichen Ufer die Schiffervorstadt (Karabelnaja) und an dem Nordrande des Hauptbusens die Vorstadt Severnaja ausdehnte. Jeder Angriff von der Seeseite, jede Einfahrt in den Hauptbusen wurde den Verbündeten dadurch unmöglich gemacht,

Schlacht an der Alma.

Sebastopol.

daß die Russen schon am 23. September ihre gesammte Flotte zwischen den beiden Forts, welche die Mündung des Busens deckten, Constantin im Norden, Alexander im Süden, versenkten und dadurch den Zugang vollständig sperrten. Die Severnaja kam bei dem Angriffsplane der Verbündeten nicht weiter in Betracht; sie war landwärts durch das Sternfort und andre Befestigungen gedeckt, denen man übrigens keine große Widerstandskraft zuschrieb. Am Süduser dienten der Altstadt Sebastopol eine Reihe von Forts und Bastionen zur Deckung, die sich von der Südspitze des Kriegshafens und dem Thale, das ihn landeinwärts verlängerte, zum Fort Alexander hinzogen; gegenüber diesen Befestigungen lagerten die Franzosen, denen die Kamiesch-Bucht als Hafenplatz diente. Die Engländer, auf Balaklawa gestützt, hatten den Raum von dem Hafenthale bis zur Tschernaja, einem Flusse, der in die innerste Spitze des Hauptbusens mündet und kurz vor seinem Ausflusse bei den Ruinen von Inkerman überbrückt war, inne. Die ihnen gegenüberliegende Karabelnaja war mit ganz jungen Festungswerken versehen, unter denen der große Redan nicht weit von der Südspitze des Kriegshafens, der Malakoff nordöstlich davon und der kleine Redan wieder etwas weiter nordöstlich die bedeutendsten waren. Die Russen waren unermüdlich beschäftigt, alle diese Festungswerke zu vervollständigen und der ausgezeichneten Kunst des Generals Todleben, dem diese Aufgabe oblag, gelang es, ihnen unter den Augen der Verbündeten eine furchtbare Stärke zu geben. Die Türken, 8000 Mann an der Zahl, standen an der Tschernaja zur Beobachtung Menschikoffs.

St.-Arnauds Tod.

Noch ehe die Franzosen ihre Stellungen bei Sebastopol bezogen, legte St.-Arnaud, der schwer an der Cholera erkrankt war, den Oberbefehl in die Hände des Generals Canrobert nieder; drei Tage später, am 29. September, starb er an Bord des Berthollet, der ihn nach Constantinopel bringen sollte. Eine regelrechte Belagerung wurde nunmehr eingeleitet; am 9. October konnten die Laufgräben, am 17. die Beschießung eröffnet werden. Bis dahin hatte Menschikoff Nichts gethan um die Angreifer zu beunruhigen; Ende des Monats aber glaubte er sich durch Zuzüge von der Donau-Armee, welche die Generale Liprandi und Dannenberg herbeiführten, stark genug zu einem Schlage. Liprandi

Schlacht bei Balaklawa.

griff am 25. die Türken an, nahm die Feldschanzen, welche sie östlich von Balaklawa aufgeworfen, und rückte gegen diese Stadt vor; ein furchtbarer Angriff der schweren englischen Reiterei, der zu den glänzendsten Waffenthaten der Neuzeit gerechnet wird, zwang ihn zum Rückzug. Eine Erneuerung des Kampfes am nächsten Tage wurde mit leichterer Mühe von Sir de Lacy Evans zurückgeschlagen. Menschikoff ruhte nun mehrere Tage, um Dannenbergs Truppen vollends herankommen zu lassen und benutzen

Schlacht bei Inkerman.

zu können. Am 5. November ließ er dieselben die Tschernaja auf der Inkerman-Brücke überschreiten und bedrängte die Engländer so hart, daß nur das rechtzeitige Eintreffen der französischen

Reserve unter Bosquet sie rettete; gleichzeitig schlug das französische Belagerungscorps unter Forey einen heftigen Ausfall zurück. Bei Inkerman konnte die Schlacht lange zu keiner Entscheidung kommen; endlich siegte der französische Ungestüm über die russische Zähigkeit, Dannenberg zog sich zurück, sein Verlust wurde auf 10,000 Mann geschätzt; aber wenn die Verbündeten auch wenig mehr als ein Drittel dieser Zahl eingebüßt hatten, so war dieser Verlust für sie doch viel weniger leicht zu verschmerzen. Die rauhe Jahreszeit hatte begonnen, und mit ihr waren Fieber, Typhus, Scorbut und andere Krankheiten in dem Lager ausgebrochen. Die Verpflegung der Heere, besonders die des englischen, war außerordentlich mangelhaft; die nothwendigsten Schutzmittel gegen die Unbill des Wetters trafen erst ein, als der Winter zu Ende ging; ganz ungenügend waren die Anstalten für die Pflege und Heilung der Kranken. Es war ein Glück für die Belagerer, daß auch die Russen sich außer Stande fühlten, einen neuen Angriff zu versuchen; so verstrichen die Wintermonate ohne kriegerische Vorfälle. Wohl aber bereitete man sich auf beiden Seiten vor, im Frühjahr mit vermehrten Streitkräften aufzutreten; Frankreich vergrößerte sein Heer durch eine starke Aushebung, England warb eine Fremdenlegion und nahm 20,000 Türken in seinen Sold, die Sardinier sollten mit 15,000 Mann eine werthvolle Verstärkung bringen. Andrerseits schickte der Czar alle entbehrlichen Truppen in die Krim und ordnete am 10. Februar die Bildung einer allgemeinen Reichsmiliz an. Mit gespannter Erwartung sah man dem Wiederbeginn der Kämpfe entgegen.

Beschwerden des Winters.

Rüstungen.

Da durchflog Europa plötzlich die ungeahnte Kunde von dem Tode des russischen Herrschers. Am 2. März 1855 starb Nikolaus I. im sechzigsten Lebensjahre. Schon leidend hatte er bei entsetzlicher Kälte, trotz der Warnungen seines Leibarztes, der solches Verfahren einen Selbstmord nannte, eine Musterung abgehalten und war todkrank in seinen Palast zurückgekehrt. Was war von diesem Thronwechsel zu erwarten? Der Nachfolger des Czaren, sein 1818 geborener Sohn Alexander II., galt für einen milden, aufgeklärten und friedensfreundlichen Mann; aber durfte er es wagen, mit der Politik seines Vaters zu brechen? Die ersten Maßregeln des neuen Kaisers sahen nicht danach aus. Die Ansprache an sein Volk, mit der er den Thron bestieg, verkündete, daß er in den Bahnen Peters des Großen, Katharinas, Alexanders I. und Nikolaus' fortschreiten werde; die Ersetzung Menschikoffs durch Gortschakoff im Oberbefehl in der Krim deutete auf die Absicht einer entschlosseneren Kriegführung. Andrerseits aber erklärte Fürst Nesselrode sich am 10. März zu Verhandlungen in Wien bereit und schon am 15. begannen dieselben unter Betheiligung Rußlands, Englands, Frankreichs, Oestreichs und der Türkei; Preußen war ausgeschlossen. Ueber die beiden ersten Punkte, die Aufhebung der russischen Schirmherrschaft in den

Nikolaus' Tod.

Alexander II.

Wiederbeginn der Verhandlungen.

Donaufürstenthümern und die Freiheit der Donauschifffahrt verständigte man sich schnell; um so ergebnißloser waren die Verhandlungen über den dritten, die Beschränkung der russischen Macht im Schwarzen Meere. Die Westmächte forderten die Herabsetzung der russischen Flotte auf ein ganz geringes Maß, Oestreich wollte die frühere Stärke zugestehen und verrieth seinen Aerger über die Zulassung Sardiniens zu dem Bündniß durch die Erklärung, es könne aus ein paar Linienschiffen mehr oder weniger keinen Kriegsfall machen; allen berechtigten Forderungen der Westmächte werde vollauf genügt, wenn Rußland die Unversehrtheit der Türkei feierlich verbürge und wenn durch Aufhebung des Meerengenvertrages von 1841 England und Frankreich das Recht erhielten, auch mit ihrer Seemacht ins Schwarze Meer einzulaufen. Rußland endlich, dessen Vertretung hauptsächlich in den Händen seines Gesandten am Bundestage, des Fürsten Gortschakoff, lag, erklärte rundweg, es werde sich durch Nichts zu einer Beschränkung seiner Flotte auf ein bestimmtes Maß bewegen lassen. So stellte sich denn nach sechswöchentlichen Berathungen die Unmöglichkeit einer Verständigung heraus; John Russell und Drouyn de l'Huys verließen Ende April Wien, und nachdem erneute schriftliche Verhandlungen gleichfalls ohne Erfolg geblieben waren, wurde die Conferenz am 4. Juni förmlich aufgelöst. Die bedeutsamste Aenderung der Lage bestand in der neuen Stellung Oestreichs; es bestritt, daß die Westmächte in ihrer Behandlung des dritten Punktes sich auf den Vertrag vom 2. December berufen könnten; es wollte ihnen nicht wehren, ihre weitergehenden Ansprüche geltend zu machen, aber es leugnete, daß es selbst zur Unterstützung derselben verpflichtet sei, und verweigerte diese Unterstützung. Eine Verminderung seines Heeres in den Donaufürstenthümern zeigte deutlich, daß es die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Rußland als erheblich gemindert betrachtete.

Oestreichs veränderte Stellung.

Belagerung von Sebastopol.

Die Belagerung von Sebastopol hatte indessen einige Fortschritte gemacht. Ende Februar und Anfang März unternahmen die Franzosen Stürme auf die Werke, welche Todleben vor dem Malakoff und besonders auf dem Grünen Hügel (Mamelon vert) südlich vom großen Redan hatte errichten lassen. Sie scheiterten; aber als die Russen am 22. März einen großen Ausfall machten, ging es ihnen nicht besser; sie wurden blutig zurückgeworfen. Canrobert richtete nun seine Hauptanstrengungen gegen den westlichen Theil der Befestigungen, der gleichfalls im Winter durch vorgeschobene Werke verstärkt war, und dem General Bazaine gelang es am 1. Mai die Außenwerke der Centralbastion, des Hauptforts an dieser Seite, zu nehmen und sich darin zu halten. Dieser Erfolg rettete Canrobert doch nicht vor der Abberufung, die in Paris schon beschlossen war. An seine Stelle trat am 16. Mai General Pélissier, der sich durch seine ebenso glückliche, wie grausame Kriegführung in Algier einen Namen gemacht hatte.

Pélissier

Dieser erneute zwar vom 22.—24. Mai die Angriffe bei der Centralbastion und nahm noch einige neue Werke in Besitz; aber den Hauptnachdruck verlegte er auf die östliche Hälfte der Festung, da nach dem Gutachten des Generals Niel, den Napoleon zur Besichtigung der Belagerungsarbeiten abgeschickt hatte, von dem Besitz des Malakoff die Einnahme Sebastopols abhing. Zur Sicherung der Angriffe von dieser Seite schien vor Allem die Beherrschung der Tschernaja-Linie nöthig, weil nur dadurch Flankenanfälle der Russen verhindert werden konnten. Canrobert, der jetzt unter Pélissier diente, erhielt deshalb am 25. den Auftrag, gemeinsam mit Omer Pascha und Lamarmora den Feind ins Innere zurückzuwerfen und löste denselben vollkommen. Aber noch in andrer Weise sollte die russische Entsatzarmee geschwächt werden. Sie bezog ihre Verstärkungen und Zufuhren nur zum geringeren Theile auf dem schwierigen Landwege über die Enge von Perekop; der weitaus größere Theil wurde ihr zu Schiff über das Asow'sche Meer zugeführt. Gelang es daher den Verbündeten, sich zum Herren dieses Binnenwassers zu machen, so war Gotschakoffs Stellung wesentlich verschlechtert. Die Admirale Lyons und Bruat liefen also mit 66 Schiffen aus, besetzten am 25. Mai Kertsch und Jenikale, drangen in das Asow'sche Meer ein und vernichteten nicht allein die großen Vorräthe in den Küstenstädten, sondern auch alle Fahrzeuge der Russen; am 6. Juni hatten sie ihre Aufgabe vollendet und kehrten nach Balaklawa zurück.

Schlacht an der Tschernaja.

Die Flotte im Asow'schen Meere.

An demselben Tage waren die Parallelen gegen die Außenwerke des Malakoff und der beiden Redans eröffnet und am nächsten Morgen begann der Sturm. Unter schweren Verlusten auf beiden Seiten gelang es doch den Franzosen, sich des Mamelons und der sogenannten Weißen Werke vor dem kleinen Redan zu bemächtigen, während die Engländer die Steinbrüche vor dem großen Redan nahmen. Nun glaubte Pélissier sofort einen Sturm auf die Hauptwerke wagen zu dürfen. Nach 24stündiger Beschießung begann am 18. Juni der Angriff. Während Sir John Campbell gegen den großen Redan und der General Brunet gegen den Malakoff vorgingen, überstieg General d'Autemarre die Verbindungsmauer zwischen beiden und wandte sich gleichfalls gegen den Malakoff. Aber zwischen zwei feindliche Feuer gestellt, mußte er mit schweren Verlusten wieder zurück; den Hauptcolonnen gelang ihr Vorhaben nicht besser; alle Stürme prallten ab, und der Tag endete ohne jeden Erfolg mit einem Verlust von beinah 5000 Mann für die Verbündeten; Campbell und Brunet hatten ihren Tod gefunden.

Der Sturm vom 18. Juni.

Aus diesem Mißgeschick ergab sich die Lehre, daß man auch gegen die Hauptwerke die gewöhnlichen Belagerungsarbeiten vornehmen müsse, so schwierig dieselben auch in dem harten Felsboden waren. Reichlich elf Wochen verstrichen, bis man sie vollendet hatte. In dieser Zeit starb, und zwar schon am 28. Juni, Lord Raglan; an seine Stelle trat General James

Lord Raglans Tod.

Simpson. Die Russen machten nur einmal einen ernstlichen Versuch den Feind zu stören. Am 16. August rückte Gortschakoff mit 48,000 Mann gegen die mittlere Tschernaja vor, und griff die befestigten Anhöhen des linken Flußufers an; der Kampf entschied sich aber ziemlich schnell zu Gunsten der Verbündeten, unter denen die Sardinier hier besonders Gelegenheit fanden sich auszuzeichnen. Anfang September waren die Belagerungsarbeiten so weit gediehen, daß Napoleon einen Brief an Pélissier zu veröffentlichen wagen durfte, in dem er die Erwartung aussprach, daß der Fall der Festung jetzt nahe bevorstehe. Vom 5. September an wurde die immer schon heftige Beschießung der Stadt auf eine beispiellose Stärke gebracht; bis Mittags am 8. dauerte der Kugelregen an; Schlag 12 Uhr verstummte der Donner der Geschütze, und der Sturm begann. Während 30,000 Engländer und Sardinier die Flanke an der Inkerman-Brücke gegen Gortschakoff deckten, gingen Mac Mahon und Bosquet gegen den Malakoff und kleinen Redan, Codrington gegen den großen Redan, de Salles gegen die Centralbastion und die übrigen Werke der Westhälfte vor. Nur der Angriff auf den Malakoff gelang; nach vierstündigem Kampfe waren die Franzosen Herren desselben. Aber dieser eine Erfolg entschied, wie Niel vorhergesagt hatte, den Fall von Sebastopol, und die 10,000 Menschenleben, welche der 8. September den Verbündeten gekostet hatte, waren wenigstens nicht umsonst geopfert. Gortschakoff gab noch an demselben Abend Befehl, die Pulvermagazine und Minen in allen Forts der Südhälfte zu sprengen und die Besatzung auf einer Schiffbrücke, die schon seit einigen Wochen geschlagen war, nach der Severnaja hinüber zu führen; am 10. September, am 350. Tage der Belagerung, zog Pélissier in die rauchenden Trümmer von Sebastopol ein.

Fall von Sebastopol.

Der Jubel über diesen langersehnten Erfolg war besonders in Frankreich ungeheuer; Pélissier ward zum Herzog von Malakoff erhoben, überdies ihm sowie Bosquet und Canrobert der Marschallstab verliehen. Es war nicht allein der militärische Triumph, den seine Truppen davongetragen, worüber sich Napoleon freute; er sehnte sich auch nach dem Frieden, den er doch ohne die Einnahme Sebastopols zu schließen nicht hätte wagen dürfen. Fortan hatte er an der Weiterführung des Krieges durchaus kein sonderliches Interesse mehr. Da von einem Vordringen in das Innere Rußlands nicht die Rede sein konnte, so mußten sich die ferneren Waffenthaten wesentlich auf die Bewegungen der Flotte beschränken; dabei konnte Frankreich aber nur die zweite Rolle spielen, die vor Sebastopol naturgemäß den Engländern zugefallen war. Außerdem waren bedeutende Erfolge weder bisher zur See errungen, noch fernerhin zu erwarten. Aufgetreten waren die verbündeten Flotten freilich in allen russischen Gewässern und kein feindliches Geschwader hatte ihnen gegenüber die See zu halten versucht; aber so empfindlich sie auch durch strenge Blokaden den russischen Handel schädigten, so ließ sich davon doch

Friedliche Strömungen.

Der Seekrieg.

keine entscheidende Wirkung erwarten. Einige schwächere Küstenplätze waren gefallen, und als am 17. Oktober die Festung Kinburn am Dniepr-Busen genommen war, gab es im Schwarzen Meere kaum noch etwas zu thun. Wollte man jetzt noch einen ernstlichen Schlag gegen Rußland führen, so mußte man den Krieg in die Ostsee verlegen und Kronstadt erobern, eine Aufgabe, gegen welche die Belagerung von Sebastopol als Kleinigkeit erschien. Im ersten Kriegsjahre hatten Sir Charles Napier und der General Baraguay d'Hilliers den Seekrieg im finnischen und bottnischen Busen mit großem Eifer begonnen, aber die Erfolge waren sehr bescheiden gewesen und hatten sich auf die Einnahme der Festung Bomarsund auf den Alands-Inseln am 16. August 1854 beschränkt. Im zweiten Jahre gab es gar keinen Triumph zu verzeichnen und auch die Hoffnung, Schweden durch die Anwesenheit des verbündeten Geschwaders zu Feindseligkeiten gegen Rußland zu verleiten, war gescheitert. Der Marschall Canrobert, der sich im November 1855 als außerordentlicher Gesandter nach Stockholm begab, brachte nur einen Vertrag (vom 21. datirt) zurück, in dem Schweden sich verpflichtete, in keinerlei Gebietsabtretungen oder Austausche mit Rußland sich einzulassen, etwaige Vorschläge dieser Art vielmehr umgehend den Westmächten anzuzeigen, die sodann mit genügenden Streitkräften den Uebergriffen Rußlands entgegenzutreten sich bereit erklärten. Es hatte der Vertrag also nur den Fall der Abwehr im Auge und daß Rußland diesen nicht herbeiführen werde, lag auf der Hand. So waren denn auch in der Ostsee die Verhältnisse durchaus nicht danach angethan, eine Verlängerung des Krieges den Verbündeten rathsam zu machen, und die englische Kriegspartei mußte sich wohl oder übel davon überzeugen, daß die Zeit zum Frieden gekommen sei.

Vertrag mit Schweden.

Einige militärische Erfolge in Klein-Asien erleichterten es dem russischen Kaiser, selbst den ersten Schritt der Annäherung zu thun. Murawieff war im Juni 1855 mit 30,000 Mann in Armenien eingefallen und belagerte Kars, das von den Türken unter der Leitung englischer Offiziere und ungarischer Flüchtlinge tapfer verteidigt wurde. Als aber Omer Pascha, der von der kaukasischen Küste zum Entsatz heranrückte, zurückgeschlagen wurde, konnte sich die Festung nicht mehr halten und ergab sich am 28. November an Murawieff. Für weitere Angriffsbewegungen in Klein-Asien bot sie einen vortrefflichen Ausgangspunkt und so konnte ihre Eroberung wohl dazu dienen, Rußlands Stellung zu verbessern und seine Friedensanträge ein wenig des demüthigenden Scheines ı entkleiden, den sie ohne dies Ereigniß an sich tragen mußten. 'aiser Alexander ergriff die Gelegenheit schnell und ließ durch ne Note vom 23. December in Wien neue Vorschläge über den unkt machen, an dem im Mai die Verhandlungen gescheitert aren: über die Beschränkung der russischen Macht im Schwarzen Meere. Aber er kam doch zu spät damit. Kaum war jene Note ıch Wien abgegangen, so überreichte der österreichische Gesandte

Der Krieg in Asien.

Friedensverhandlungen.

in Petersburg eine Depesche Buols vom 16. December, durch die noch einmal in dringlichster Weise die alten vier Punkte zur Annahme empfohlen wurden, verschärft obendrein durch die geforderte Abtretung eines allerdings nur schmalen Landstrichs an der Donaumündung und durch einen fünften Punkt, welcher den kriegführenden Mächten das Recht wahrte, im europäischen Interesse auch noch andere Bedingungen zu stellen. Vergebens bemühte sich Rußland, wenigstens diese neuen Zusätze zurückzuweisen; Oestreich mußte auf denselben beharren, um nicht die Zustimmung der Westmächte zu verlieren, und auch Preußen rieth dringend, sich nicht länger zu sträuben. Da überdies ein stillschweigendes Einverständniß darüber herrschte, daß der vieldeutige fünfte Punkt keine practische Wichtigkeit erlangen solle, gab Alexander noch einen Schritt nach und ließ am 16. Januar 1856 seine bedingungslose Annahme der fünf Punkte in Wien erklären. In Folge dessen traten am 1. Februar die Bevollmächtigten Oestreichs, Rußlands, Englands, Frankreichs und der Türkei in Wien zusammen, bestätigten die allseitige Annahme der fünf Punkte und verabredeten die Berufung eines Friedenscongresses, der nach drei Wochen in Paris eröffnet werden solle. Außer Rußland waren alle betheiligten Staaten durch ihre Minister des Auswärtigen vertreten: es erschienen Walewski, der den Vorsitz führte, Clarendon, Cavour, Ali Pascha, Buol und an Nesselrodes Statt Graf Orloff; zu zweiten Bevollmächtigten waren die Gesandten in Paris ernannt, Cowley, Villamarina, Djemil Pascha, Hübner, für Rußland der Gesandte in Frankfurt Brunnow und für Frankreich der Gesandte in Wien Baron Bourqueney. Das Protocoll führte Benedetti. Preußen war zur Theilnahme am Congreß nicht aufgefordert; weil aber der dritte Punkt, die Regelung der Flottenverhältnisse im Schwarzen Meere, nicht ohne Aenderung des Meerengenvertrags von 1841 geordnet werden konnte und Preußen zu dessen Unterzeichnern gehörte, so beschloß man am 10. März, eine nachträgliche Einladung nach Berlin ergehen zu lassen und vom 18. an nahmen Manteuffel und der preußische Gesandte in Paris, Graf Hatzfeld, an den Sitzungen Theil. Wie sehr das Ansehen Preußens gesunken war, konnte man besonders daraus ersehen, daß noch im letzten Augenblicke Lord Clarendon den Versuch machte, die Theilnahme der preußischen Staatsmänner blos auf jene eine Frage zu beschränken; hauptsächlich den Erklärungen Frankreichs hatte Manteuffel es zu danken, daß ihm diese Demüthigung erspart blieb.

Die wiener Präliminarien. *Der pariser Congreß.*

Der erste Beschluß des Congresses, der gleich in der ersten Sitzung gefaßt wurde, verordnete einen Waffenstillstand zu Land und Meer, der bis zum 31. März dauern sollte. In siebzehn darauf folgenden Sitzungen wurde der Friedensvertrag im Einzelnen berathen, in der 19. Sitzung am 30. März fand die Unterzeichnung statt. Das Schwarze Meer ward für neutral erklärt; keine Arsenale sollten an seinen Küsten errichtet, keine Kriegsschiffe

Der pariser Friede.

in demselben zugelassen werden; nur je zehn leichte Schiffe für den Dienst der Küsten wurden Rußland und der Türkei zugestanden und außerdem jeder der sieben Vertragsmächte das Recht eingeräumt, zwei solche Fahrzeuge an die Donaumündung zu senden, um die Freiheit der Schifffahrt auf diesem Flusse zu überwachen. Eine Commission von Vertretern der sieben Mächte erhielt den Auftrag, während der nächsten zwei Jahre die nöthigen Maßregeln für die Fahrbarkeit des Strombettes zu treffen und zur Deckung der Kosten einen Flußzoll einzuführen; nach Ablauf jener Frist sollten ihre Befugnisse an eine Commission der Uferstaaten übergehen. In der letzteren ward auch den drei Vasallenstaaten, Serbien, der Wallachei und der Moldau, je ein Vertreter zugestanden; die künftigen Verhältnisse der beiden letztgenannten wurden gleichfalls an eine Commission verwiesen, die an Ort und Stelle mit Vertretern der Bevölkerung berathen und später ihre Vorschläge nach Paris richten sollte; die Vereinigung der Moldau und Wallachei zu einem Staate wurde von der Türkei und Oestreich so heftig bekämpft, daß die anderen Mächte darauf verzichteten, die Frage schon jetzt zum Austrag zu bringen; dagegen wurde das gemeinsame Schutzrecht der Mächte über die drei Staaten verkündet und der Türkei die Befugniß abgesprochen, ohne Zustimmung der Mächte Truppen in dieselben einrücken zu lassen. Die Moldau wurde um ein Kleines vergrößert durch den Landstrich, den Rußland am linken Donauufer abtreten mußte. Den christlichen Unterthanen der Pforte gegenüber verzichteten alle Mächte auf jedes Schutz- und Einmischungsrecht; sie nahmen Kenntniß von einem großherrlichen Ferman, dem Hatti-Humayum, der am 21. Februar in Constantinopel veröffentlicht war und in 21 Punkten die wohlklingendsten Verbesserungen versprach, aber sie erklärten ausdrücklich, aus der Mittheilung dieses Fermans keine Rechte ableiten zu wollen. Durch einen besonderen Artikel ward endlich noch die Türkei in die Reihe der gleichberechtigten europäischen Staaten aufgenommen und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes von allen Mächten verbürgt.

Sonstige Verhandlungen des pariser Congresses.

Mit der Unterzeichnung dieses Friedensvertrages beendete aber der Congreß seine Thätigkeit noch nicht. Napoleon wünschte die Gelegenheit zu benutzen, um durch den Anstoß zu einer großen reformatorischen Bewegung auf dem Gebiete des Seerechtes seinen Eifer für den Fortschritt der Civilisation kund zu geben. Wurde aber eine fremdartige Frage in die Verhandlungen des Congresses hereingezogen, so konnte man auch andere, an denen diese oder jene Macht besonderen Antheil nahm, nicht zurückweisen. So gestaltete sich die Sitzung am 8. April zu einer freien Besprechung verschiedener Fragen, die mehr oder weniger lebhaft das europäische Interesse in Anspruch nahmen. Außer der Reform des Seerechts beschäftigte man sich mit der Lage Griechenlands und Italiens, mit den Ausschreitungen der belgischen Presse und auf Preußens Anregung mit den Zuständen in Neuenburg. Aber nur in Bezug

Die Reform des Seerechts. auf das Seerecht wurden förmliche Beschlüsse gefaßt, die nicht allein von den Congreßmächten, sondern auf ihre Einladung auch von den übrigen Seestaaten als völkerrechtlich verbindlich angenommen wurden. Der erste Beschluß erklärte die Kaperei für abgeschafft, der zweite und dritte erkannten feindliche Waaren unter neutraler Flagge und neutrale Waaren unter feindlicher Flagge (immer jedoch mit Ausschluß von Kriegscontrebande) als gedeckt an, der vierte ließ eine Blokade nur dann als gültig zu, wenn sie wirksam sei. Diese Beschlüsse wurden am 16. April gefaßt; am folgenden Tage hielt der Congreß seine letzte Sitzung und ging dann auseinander, ohne die übrigen angeregten Fragen erledigt zu haben. Gegen die Abschaffung der Kaperei erhoben nachträglich (am 28. Juli) die Vereinigten Staaten Einspruch, nicht weil sie diese Aenderung mißbilligten, sondern weil sie Privateigenthum zur See unter allen Umständen für unantastbar erklärt haben wollten. Da diese Forderung an Englands Widerspruch schon auf dem Congresse selbst gescheitert war, so blieb es bei der beschlossenen halben Maßregel, die immerhin gegenüber den früheren Zuständen schon einen wesentlichen Fortschritt bildete.

Frankreichs Vorherrschaft und innere Lage.

Ergebnisse des Krieges. So war Europa denn der Friede zurückgegeben und es war an der Zeit zu prüfen, welche Früchte der Krieg getragen habe. Rußlands Antwort auf diese Frage lag in der Ansprache vor, durch welche der Czar seinen Völkern schon am 31. März den Friedensschluß angekündigt hatte. Der Zweck des Krieges ist erreicht, so hieß es da, das Loos der Christen im Oriente ist gesichert. Es klang etwas sonderbar, wenn der besiegte Theil auf diese Weise seinen Willen durchgesetzt zu haben versicherte, und leicht genug war der Einwand zu erheben, daß nicht die Verbesserung des Looses der Christen, sondern die Erweiterung des russischen Machteinflusses im Orient der eigentliche Zweck des petersburger Cabinets gewesen sei. Daß dieser wahre Zweck vereitelt worden, das war ein zweifelloses, wenn auch rein negatives Ergebniß des Krieges; aber wie stand es mit jenem vorgeschützten Zwecke? War die Lage der christlichen Bevölkerungen im türkischen Reiche wirklich sicherer und erträglicher geworden? Das Urtheil darüber hing ausschließlich von dem Werthe ab, den man den Versprechungen und Verordnungen der Pforte glaubte beimessen zu dürfen. Der Hatti-Humayum vom 21. Februar enthielt auf dem Papiere die allerschönsten Zusagen; die Christen wurden den Moslim in ihren Rechten vollkommen gleich gestellt; Gerichtswesen und Schulen sollten verbessert, Verwaltung und Besteuerung von Grund aus umgestaltet, Handel und Gewerbe mannigfaltig gefördert werden. Aber daß dies Alles nun auch wirklich geschehe, dafür bürgte Niemand; verzichteten die Großmächte je

Die Christen in der Türkei.

doch in dem Friedensvertrage ganz ausdrücklich auf das Recht, sich in die Beziehungen der Pforte zu ihren Unterthanen zu mengen. Hingen aber somit alle diese Reformen des Hatti-Humayums von dem guten Willen des Sultans und seiner Rathgeber ab, so konnte man in ihnen gewiß kein bedeutendes Ergebniß des Krieges erblicken und die Erfahrung bewies nur zu bald, daß sie nicht das Papier werth waren, auf dem sie standen. Viel wichtiger mußte schon die veränderte Stellung der Pforte erscheinen; man hatte sie durch einen eigenen Artikel des Friedensvertrages in das öffentliche Recht Europas aufgenommen; ihre Unverletzlichkeit war nicht allein durch diesen selben Artikel, sondern auch noch durch einen besonderen Vertrag gewährleistet, den die Westmächte und Oestreich am 15. April mit einander zu Paris abschlossen. Die Gefahr, die den Türken von Petersburg her drohte, war also für so lange, wie diese Verträge hielten, abgewandt, und in der Neutralisirung des Schwarzen Meeres und der Abdrängung Rußlands von der Donau konnte man eine kleine Gewähr dafür auch auf eine längere Frist erblicken. Indeß im Ganzen und Großen war damit doch nicht mehr erreicht, als daß der Zustand vor dem Kriege wieder hergestellt und die Entscheidung der orientalischen Frage noch einmal auf unbestimmte Zeit vertagt war; auch dieser Erfolg war ein überwiegend negativer. So blieb denn als das wichtigste Ergebniß des Krieges die gänzlich veränderte Stellung der Mächte zu einander, und da konnte kein Zweifel sein, daß aller Vortheil Frankreich zufiel. Es lag das nicht allein daran, daß seine Armee sich vor allen übrigen als die brauchbarste und beste erwiesen hatte; es lag vielleicht noch mehr in den diplomatischen Verschiebungen, die statt gefunden hatten. Eine breite Kluft hatte sich zwischen Rußland und Oestreich aufgethan; der Undank des Hauses Habsburg konnte in Petersburg sobald nicht vergessen werden, und kein russischer Staatsmann hielt es für nöthig, den gerechten Groll über Oestreichs Politik irgend wie zu verhehlen, am wenigsten Gortschakoff, der neue Minister des Aeußern. der sich in sarkastischen Drohungen gegen diesen Staat, der in Wahrheit gar kein Staat, sondern nur ein Ministerium sei, erging. Daß die Stunde der Vergeltung nicht sofort schlagen werde, wußte man freilich wohl; denn Kaiser Alexander war entschlossen, zunächst der großen europäischen Politik zu entsagen und sein erschöpftes Reich erst wieder neue Kräfte sammeln zu lassen. Aber trotzdem war seine Erbitterung auf Oestreich von der größten Bedeutung; der drohende Nachbar lähmte die freien Entschließungen des Kaiserstaates und ermuthigte alle seine Feinde. In Italien begannen die nationalen Hoffnungen wieder aufzuleben und die sardinische Regierung arbeitete planmäßig und unablässig daran, einen neuen Krieg herbeizuführen und Frankreichs Beistand dazu sich zu erbitten. Auch Preußen stand Oestreich jetzt doch ganz anders gegenüber als wenige Jahre früher; des Königs Sympathie für Rußland ließ ihn die Kränkung,

Europäische Stellung der Türkei.

Rußland und Oestreich.

Italien.

Preußen.

die dem Czaren von seinem Schützling widerfahren war, lebhaft empfinden; die hochmüthige Behandlung, in der sich Oestreich besonders am Bundestag Preußen gegenüber gefiel, verdroß ihn mehr und mehr, und es kam bald soweit, daß Friedrich Wilhelm selbst von der Möglichkeit eines Krieges sprach und in Wien die Erklärung abgeben ließ, daß seine Nachgiebigkeit zu Ende sei.

Frankreichs Uebergewicht.

Alle diese Verhältnisse wirkten direct dahin, Frankreichs Stellung zu heben. Alexander selbst war eifrig bemüht, sich dem Kaiser Napoleon zu nähern; sein Beispiel vermochte viel in Berlin wie an den kleineren deutschen Höfen; in Italien blickte wenigstens die nationale Partei bittend und hoffnungsvoll nach den Tuilerien.

England.

Nur England war etwa noch da, das eine selbständige Politik Frankreich gegenüber hätte befolgen können; aber einerseits war durch die Kriegsgemeinschaft doch ein ziemlich festes Band zwischen beiden Ländern geknüpft, das schon einen tüchtigen Ruck aushalten konnte ohne zu reißen; andererseits würde das englische Cabinet durch eine Trennung von Frankreich zur Annäherung an Oestreich gezwungen sein, die einem liberalen Ministerium gewiß herzlich zuwider sein mußte; und endlich brach obendrein in Ostindien ein gewaltiger Aufstand der Hindus aus, der die Betheiligung Englands an der europäischen Politik auf ein sehr geringes Maß beschränkte. So traf denn Alles zusammen, um dem Emporkömmling auf dem französischen Kaiserthron die erste Stellung in Europa zu geben und den Schwerpunkt der Politik des Erdtheils wieder einmal an die Seine zu verlegen.

Napoleon und die europäischen Höfe.

Den Augen der großen Masse wurde diese Thatsache vornehmlich klar durch die fürstlichen Besuche, welche Napoleon empfing und abstattete, und durch den Glanz, der sich an den Namen Paris knüpfte. Seit im August 1855 die englische Königin dem Kaiser den Besuch erwiedert, den er ihr im April in England gemacht, und seit im November desselben Jahres auch Victor Emanuel sich in Paris eingefunden hatte, kamen die regierenden Fürsten und die Prinzen zahlreich und immer zahlreicher in die Hauptstadt an der Seine und befreiten den Kaiser aus der Vereinsamung, in der er sich bisher befunden. Die Könige von Würtemberg und Baiern, der Großherzog von Toscana, östreichische, preußische, englische, russische, schwedische Prinzen stellten sich ein, und Czar Alexander, der in den Tuilerien als Gast zu weilen wie billig noch Bedenken trug, verabredete doch für den September 1857 eine Zusammenkunft mit Napoleon in Stuttgart, der Franz Joseph vergeblich den Stachel dadurch zu nehmen suchte, daß er den heimkehrenden Czaren auf der Durchreise in Weimar begrüßte. Paris war besonders seit der Weltausstellung von

Paris.

1855 das Ziel zahlreicher Wallfahrten. Hunderttausende waren damals aus allen Theilen Europas in die französische Hauptstadt geströmt und voll Staunens und Bewunderung zurückgekehrt. Bauten, wie man sie in Paris sah, von dieser Pracht, diesem Umfange, dieser Großartigkeit kannte man anderwärts noch nicht.

Und auf der Bahn, die man einmal betreten, schien es keinen Einhalt zu geben. Hunderte von Millionen verwendete Haussmann, der Seinepräfect, darauf, ganze Stadtviertel niederzureißen und prächtige Straßen, schnurgerade und breit, mit Palästen besetzt, anzulegen, die nebenbei noch den Zweck erfüllten, bei etwaigen Unruhen den Kanonen und den Infanteriemassen bequemen Spielraum zu schaffen. In den ersten zwölf Jahren des Kaiserreichs wurden durchschnittlich im Jahr mehr als 100 Millionen für Bauzwecke in der Hauptstadt ausgegeben, und Lyon, Marseille, Rouen wetteiferten mit diesem Vorbilde. Paris war ohne Zweifel die Königin der Städte. Paris war nicht der Mittelpunkt Frankreichs allein, es war der Sitz der Kunst, des Luxus, der Mode, die Hauptstadt Europas. Je weniger der Fremde in seiner eigenen Heimath fand, was er den Wunderwerken an der Seine Aehnliches oder Ebenbürtiges, geschweige denn Ueberlegenes gegenüber stellen könne, um so maßloser war seine Bewunderung und seine Verehrung für das Genie Frankreichs. Die kleinen Nationen waren es daher, die am überschwenglichsten in die Posaunen des Lobes bliesen und am eifrigsten ihr Heil in der Nachahmung der französischen Cultur suchten; aber den Dänen und Rumänen, den Schweden und Griechen, den Holländern und Portugiesen folgte auch der Pole und der Russe, der Italiener und der Spanier, der Engländer und der Deutsche nach. Daß unter dem glänzenden Firniß viel Moder und Fäulniß wohne, war kein Geheimniß, aber darüber setzte die Welt sich leichtsinnig hinweg. Der sittenlose französische Roman beherrschte die europäische Lesewelt, frivole pariser Schauspiele und Operetten hielten ihre Triumphzüge über die fremden Bühnen. Der allgemeine Einfluß, welcher dadurch dem französischen Wesen gesichert wurde, erhielt seine besondere politische Färbung durch die Wirksamkeit der pariser Presse und der in der Hauptstadt ansässigen fremden Correspondenten. Was in Deutschland und selbst in England, was in Rußland oder Italien, und was nun gar in den unbedeutenderen Ländern sich ereignete, das wurde einem großen Theile der übrigen Welt entweder ausschließlich auf dem Wege über Paris, oder doch gewiß in französischer Zubereitung mitgetheilt. Man wußte wohl, daß diese französische Presse nichts weniger als unabhängig sei, daß sie ebensowohl den Winken der großen Geldmänner sich füge, wie den Geboten der Regierung gehorche, daß die Widersetzlichkeit eines Blattes gleichbedeutend mit seiner Unterdrückung sei; gaben doch zwei Verwarnungen, die einer Zeitung ertheilt waren, dem Ministerium das Recht, sie auf zwei Monate zu verbieten; konnte der Kaiser sie doch durch besonderen Befehl vollständig unterdrücken; aber trotzdem verbreitete man diese trüben Quellen in zahllosen Canälen weiter und weiter und befestigte unaufhörlich den Einfluß des französischen Urtheils auf die öffentliche Meinung Europas.

Einfluß der französischen Cultur.

Die pariser Presse.

Dieser Einfluß wurde dadurch um Nichts gefahrloser, daß

Die Feinde des Bonapartismus.

er zum Theil von heftigen Gegnern des napoleonischen Regimentes geübt wurde; in der Verherrlichung Frankreichs waren ja doch alle Parteien einig, und die Lobsprüche fanden im Auslande nur um so bereitwilligeren Glauben, wenn sie mit Schmähungen auf den Kaiser verbunden waren. In Frankreich selbst durften die letzteren sich natürlich nicht an die Oeffentlichkeit wagen, wenngleich allen Parteien die Veröffentlichung mindestens einer Zeitung in der Hauptstadt zugestanden blieb; aber durch die Berichterstatter auswärtiger Blätter und durch die Reden und Schriften flüchtiger Franzosen wurden sie doch an den Markt gebracht. Die Anfeindungen, die so gegen den Kaiser gerichtet wurden, hatten meist etwas Kleinliches und Gehässiges; man fühlte ihnen die Ohnmacht ihrer Urheber an; man sagte sich, daß von dieser Seite dem Kaiserreiche gewiß keine Gefahr drohe, und hörte und las sie deshalb vielleicht um so lieber. Daß der Thron Napoleons für die nächste Zukunft fest stehe, galt für ganz zweifellos, sofern nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintraten. Denn freilich wenn der Kaiser starb, wenn ein Mordversuch auf ihn glücklicher ausfiel, als die, welche der Garibaldianer Pianori am 29. April 1855 und bald darauf ein Schuhmacher Namens Bellemare gemacht hatten, dann war der Fortgang der Ereignisse nicht zu übersehen. Napoleon selbst verhehlte es sich gewiß nicht, daß dann die Thronfolge des Sohnes, der ihm am 16. März 1856 geboren war, sehr unwahrscheinlich sei; in seiner Antwort auf den Glückwunsch des Senates gedachte er ernst der Schicksale derer, die vor diesem „Kinde von Frankreich" als Thronfolger geboren waren; ein Regentschaftsgesetz, das im Juli vom Senate genehmigt wurde, sollte, soweit das möglich war, die Schwierigkeiten im Fall eines vorzeitigen Todes des Kaisers hinwegräumen. Aber schwerlich gab es viele Leute, die großes Vertrauen in diese papierene Stütze setzten. Das Kaiserreich beruhte ganz augenscheinlich auf zwei Augen; nicht die Kaiserin und nicht der Prinz Napoleon, Jéromes Sohn, waren geeignet, in der Stunde der Gefahr den Zusammenbruch zu verhüten. Die Kaiserin genoß freilich in den strengkirchlichen Kreisen einer großen Verehrung, weil sie treu zu der Fahne des Ultramontanismus hielt; aber nicht bei den Ultramontanen lag im Fall einer Revolution die Entscheidung. Und wenn andrerseits der Prinz Napoleon mit den Republikanern liebäugelte, so war doch nur ein verschwindender Bruchtheil dieser Partei für seine Zuvorkommenheiten empfänglich, und zu größerem Einfluß hätte er besten Falls doch nur durch ein Mittel gelangen können, durch die Aufopferung des kaiserlichen Prinzen. Das Regiment, unter dem Frankreich stand, war also im allerstrengsten Sinne ein rein persönliches Regiment; die Partei, auf welche es sich stützte, folgte keinem anderen Banner als dem Kaiser und seinem Glück. So lange er Aemter und Ehrenzeichen zu verleihen hatte, so lange unter seinem Schutze das Börsenspiel blühte und Handel und Wandel

Die Aussichten der Dynastie.

im glänzenden Aufschwunge begriffen waren, so lange sein Wort Europa ängstlich lauschen machte und Frankreich mit dem Bewußtsein erfüllte, die erste der Nationen zu sein, so lange blieb der große Troß der Aemtersüchtigen und Ruheliebenden, der Erwerblustigen und Gleichgültigen seiner Fahne treu, so lange waren die feindlichen Parteien zur Unthätigkeit verurtheilt. Aber weder das Heer noch die Landbevölkerung, die beiden breiten Pfosten, auf denen das Kaiserthum ruhte, waren darnach angethan, die Fortdauer des Systems durch ein thätiges Eingreifen zu verbürgen, wenn der Träger des Systems einmal die Augen schloß.

Parteidemonstrationen.

Im Einzelnen der Kundgebungen zu gedenken, durch welche die alten Parteien zeigten, daß sie noch am Leben seien, würde leicht eine falsche Vorstellung von ihrer Wichtigkeit hervorrufen. Mit besonderer Vorliebe wurden die Beerdigungen bedeutender Gegner des Kaiserthums zu solchen Demonstrationen benutzt; die Ruhe des Friedhofs und das Gezänk der Parteien traten in eine Wechselbeziehung, als ob kein Verstand und kein gesundes Gefühl sich dagegen empörte. Kleine Verschwörungen, meist von nichtigen und einflußlosen Leuten angezettelt, tauchten bald hier bald dort auf und wurden ohne Mühe erstickt, mochten sie nun die republikanische oder die legitimistische Farbe tragen. Der Haß und die Bosheit der Unterdrückten fand dann wohl in bitteren Reden der Angeklagten und ihrer Vertheidiger eine kleine Genugthuung, aber dieser ärmliche Trost war selbst wieder eine Quelle des Verderbens für die Besiegten; es entschwanden ihnen die großen practischen Gesichtspunkte unter den hohlen Phrasen ihrer Advocaten und den kleinlichen Nergeleien und Nadelstichen, mit denen sie die Regierung zu ärgern suchten.

Die Monarchisten.

Die monarchischen Parteien der Bourbons und der Orleans trugen sich eine Zeitlang von Neuem mit dem Gedanken, ihren Einfluß durch eine Verschmelzung zu mehren. Der Graf von Chambord empfing in den Jahren von 1853—1856 Besuche und Briefe von den Herzogen von Nemours und Montpensier und hatte mit der Wittwe Louis Philipps Begegnungen in England und Italien. Aber ganz aufrichtig waren selbst diese Annäherungen nicht, die Herzogin von Orleans und ihr Sohn, der Graf von Paris, standen ihnen fern, und schließlich kam es selbst zwischen Nemours und Chambord wieder zum Bruche. Napoleon hatte die Befriedigung, daß aus dem Doppellager des Königthums mancher geldbedürftige oder kampfesmüde Mann in seine Reihen übertrat, daß besonders der Adel je länger desto weniger den Genuß der hohen Staatsämter verschmerzen konnte und wenigstens äußerlich seinen Frieden mit der herrschenden Partei machte. In dem gesetzgebenden Körper bestand die kaiserliche Mehrheit vorzugsweise aus vormals Königischen. Eigene Parteigenossen, die sich zu Volksvertretern geeignet hätten, waren nur spärlich aufzutreiben; denn die Kaiserlichen geboten nur über wenige Männer von geistiger Bedeutung und gesell-

schaftlicher Stellung, und diese wenigen mußten an wichtigeren Stellen verwendet werden als in der einflußlosen Kammer. Daß die Bekehrten, welche hier unter der Leitung einiger erprobter Bonapartisten das große Wort führten, nicht abtrünnig wurden, dafür sorgte einerseits die Verachtung, in die sie bei ihren früheren Gesinnungsgenossen gefallen waren, andrerseits die Gewalt, welche die Regierung über sie hatte. Jeder wußte, daß alle Wahlen von den Präfecten und Maires gemacht wurden, daß nur die officiellen Candidaten Aussicht auf Erfolg hatten und daß ein Unzuverlässiger sicher war, bei der Wiederwahl durchzufallen. Erst durch die Erneuerung der Kammer im Jahre 1857 kamen ein paar vereinzelte Gegner des Bonapartismus in das Palais Bourbon. Der Muth, mit dem sie ihre Ansichten vertraten, war aller Ehren werth; aber eine fruchtbare parlamentarische Thätigkeit hätten sie auch bei größerer Zahl nicht entwickeln können, denn der gesetzgebende Körper war zu völliger Ohnmacht verurtheilt. Er hatte nicht das Recht, die Vorlagen der Regierung zu verbessern, außer wenn der Senat seine Zustimmung gab; er bewilligte den Staatshaushalt in etwa 50 großen Posten und selbst diese schwache Schranke, die der finanziellen Willkür des Kaisers gezogen war, konnte durch eine einfache Verordnung überschritten, Gelder, die zu dem einen Zweck bewilligt waren, zu dem andern verwandt werden. Der gesetzgebende Körper durfte keine Bittschriften in Empfang nehmen, keine Interpellationen an die Minister richten; er hatte nicht das Recht, sich in Adressen an den Kaiser zu wenden oder ungehindert zum Volke zu reden. Seine Verhandlungen wurden in amtlicher Zusammenziehung veröffentlicht und der Presse jede unparteiische, oder besser gesagt jede andere Mittheilung als solche im Sinn der kaiserlichen Partei, unmöglich gemacht.

Die Kammern.

Zukunftslosigkeit des kaiserlichen Systems.

Auf diese Weise schnitt sich der Bonapartismus selbst die Zukunft ab; aber freilich konnte er sie sich nur erobern durch die schwerste Gefährdung der Gegenwart. Gerade die Eigenthümlichkeiten, in denen das Wesen des Bonapartismus bestand, prägten ihm den Stempel eines zukunftslosen Uebergangssystemes auf. Napoleon wollte die Wohlfahrt und die Gleichberechtigung der Massen durch eine ihrem Wesen nach absolute Regierung herbeiführen, aber er konnte sich nicht verhehlen, daß der Augenblick kommen werde, wo diese Massen der Vormundschaft überdrüssig werden und sich aus ihrer eigenen Mitte heraus würden regieren wollen. Die Freiheit, so hatte er am 14. Februar 1853 gesagt, hat nie ein dauerhaftes politisches Gebäude gründen helfen, sie kann es nur krönen. Also nöthig war doch auch sie, ohne sie war das Gebäude nicht vollendet, und gleichwohl war es dem Kaiser unmöglich, zu ihr hinüberzuleiten, war es ihm unmöglich, sich eine lebensfähige parlamentarische Partei zu schaffen. Die Möglichkeit dazu gewähren hieß die Freiheit gewähren, und die konnte er wiederum nicht gewähren, so lange er nicht eine ehrenhafte und

tüchtige Partei, die den Kampf mit der anderen aufnehmen konnte, hinter sich hatte. Er befand sich in einem fehlerhaften Kreise, aus dem nicht herauszukommen war.

Fürsorge für die Massen.

So blieb also kein anderes Mittel zur Befestigung des bestehenden Regimentes als die Befriedigung der Massen. Daran ließ es der Kaiser nicht fehlen. Die großartigen Bauten, die er anordnete, gaben der Arbeiterbevölkerung reichlichen Verdienst, der Bauer wurde durch aufmunternde Worte, durch die Erhaltung der Ordnung, durch die Verbesserung der Verkehrsstraßen festgehalten, der kleine Bürger, der Kaufmann, der Industrielle gewann durch den unerhörten Aufschwung des Handels und der Gewerbe, durch den sich Aus- und Einfuhr in den 15 Jahren nach 1850 von $2^1/_2$ Milliarde auf das Dreifache hob. Auch die geistige und sittliche Förderung des Volkes ließ Napoleon sich, soweit es ging, angelegen sein; der Verbreitung des Volksunterrichtes widmete er unausgesetzt sein Interesse; in Paris z. B. stiegen die Ausgaben für das Schulwesen von 1847—1867 von etwas über eine Million auf das Sechsfache; Arbeiterwohnungen, die zu ganzen Stadtvierteln anwuchsen, und Hülfscassen, bei denen 1859 über eine halbe Million Arbeiter betheiligt waren, beförderten nicht nur den Wohlstand der unteren Stände, sondern auch den Familiensinn und das Gefühl der Gegenseitigkeit, also die wirksamsten sittlichen Triebfedern. Wo sich eine Gelegenheit bot, dem athemlosen Jagen nach Gewinn, dem leichtsinnigen und sittenlosen Treiben der Hauptstadt entgegenzutreten, ließ Napoleon sie sich nicht entgehen. Er wußte recht wohl, wie gefährlich es sei, sich nur auf den Materialismus des Volkes zu stützen, und je mehr ihn seine Lage gerade dazu zwang, um so begieriger benutzte er die spärlichen Anlässe, auch dem Idealismus ein Wort zu gönnen. Die Bundesgenossenschaft, die sich bei solchen Gelegenheiten ihm aufdrängte, der katholische Clerus, war freilich auch wieder gefährlich. Wenn durch die Begründung von Gemeindebibliotheken und durch den Hausverkauf belehrender Schriften die Bildung des Volkes gehoben, wenn durch das Verbot des Vertriebes unsittlicher Bücher (in zwei Jahren wurden ihrer an 6000 verfehmt) der zunehmenden Verwilderung ein Riegel vorgeschoben werden sollte, so dienten diese Maßregeln, da sie unter Mitwirkung und Obhut der Geistlichkeit ausgeführt wurden, doch auch der Verbreitung des Wunderglaubens und verstärkten den Einfluß der Kirche nicht blos in den Richtungen, wo er ihr bereitwillig einzuräumen war. Die Mirakelsucht und der Mariencultus mehrten sich in erschreckender Weise, seit 1853 die Jungfrau in La Salette einigen Hirtenkindern erschienen war und der Papst dies Wunder beglaubigt hatte. Auch das Unterrichtswesen befand sich in bedenklicher Abhängigkeit von den Bischöfen, und schon wagten es die Heißsporne unter denselben, das Studium der griechischen und römischen Classiker aus den höheren Schulen verdrängen und die Kirchenväter an deren Stelle setzen zu wollen.

Der katholische Clerus.

Mit den gemäßigten Männern, die noch auf vielen Bischofsstühlen saßen, wie beispielsweise mit dem Erzbischof Sibour von Paris, den ein halbverrückter Priester 1857 in der Kirche ermordete, konnte die Regierung allerdings sehr wohl zusammen wirken, ohne dem Staate etwas zu vergeben; aber diese Gemäßigten hatten einen schweren Stand gegen die Hitzköpfe, für die Louis Veuillot im Univers das Wort führte. Sibour nahm den Kampf mit ihnen muthig auf und verbot das übereifrige Blatt; allein der Papst selbst ergriff 1853 für Veuillot Partei und der Erzbischof mußte sich dem Zeitungsschreiber unterwerfen. Zuweilen wagte der Kaiser es wohl, den Clericalen in deutlicher Weise sein Mißvergnügen zu erkennen zu geben; aber im Allgemeinen suchte er sich sorgsam ihre Freundschaft zu erhalten, da ihre Feindschaft ihm nur zu leicht die Unterstützung der Landbevölkerung kosten konnte.

Die Verwaltung.

Alles in Allem stand also der Bonapartismus für den Augenblick fest: so lange der Kaiser lebte, lag die Gefahr einer neuen Umwälzung in weiter Ferne. Heer, Geistlichkeit und Beamtenthum waren für die bestehenden Verhältnisse gewonnen, Arbeiter, Bürger und Bauernstand zufrieden. Die Verwaltung des Reiches war in geschäftskundigen und gewandten, wenn auch nicht immer reinen Händen. Zu Veränderungen in seinem Ministerium griff der Kaiser nicht leicht, wenn ihn nicht Todesfälle dazu zwangen. An St. Arnauds Stelle war 1854 Vaillant als Kriegsminister getreten, als Fortoul 1856 starb, übernahm Rouland den Unterricht. Drouyn de l'Huys allerdings räumte Walewski den Platz im Auswärtigen Amte, als Mitte 1855 die Verhandlungen mit Rußland in Wien scheiterten, und Magne ging aus dem Handels- in das Finanzministerium über; Fould und Abbatucci waren mit ihm seit 1852 im Amte, Billault seit 1854, Rouher und der Admiral Hamelin seit 1855. Da der Kaiser allein verantwortlich war und alle diese Männer von Grundsätzen nicht viel hielten, sondern vorzugsweise auf Bewahrung ihrer Stellung bedacht waren und etwaige Schwenkungen daher bereitwillig mitmachten, so war zu häufigerem Wechsel in der That auch kein Anlaß vorhanden. Der Schein von Beständigkeit aber, der dadurch erzielt wurde, kam dem ganzen Regierungssystem zu Gute und befestigte den Glauben an des Kaisers überlegene Consequenz und Klugheit, einen Glauben, der den ganzen Erdtheil beherrschte und der rückwirkend dem Einfluß Napoleons und der Macht Frankreichs nicht geringen Vorschub leistete.

So verstrichen die nächsten Jahre nach dem pariser Frieden, ohne daß bedeutende Ereignisse die Ruhe gestört hätten. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Ausführung des Friedensvertrages noch herausstellten, wurden meist durch den Einfluß des Kaisers beseitigt, und mehr als eine Conferenz, die zu diesem Zwecke in Paris abgehalten wurde, rief den Völkern immer von Neuem die

Thatsache ins Gedächtniß, daß die Leitung Europas in Frankreichs Händen sich befinde. Manche andere Verwicklung, die sonst noch auftauchte und in derselben Weise geschlichtet wurde, wird im weiteren Verlaufe der Erzählung noch zu berühren sein. Man hätte glauben sollen, daß allmälig das Vertrauen in die friedfertigen Absichten des Kaisers ausschließlich die Herrschaft erlangen werde. Allein das war nicht der Fall, obgleich Niemand die eigenthümlichen Worte kannte, mit denen Napoleon am Schluß des Congresses den kriegslustigen Grafen Cavour entlassen hatte: Beruhigen Sie sich, ich habe das Gefühl, daß der Friede nicht lange dauern wird. Dies Gefühl war in der That allgemein. Da trat plötzlich eines jener unvorhergesehenen Ereignisse ein, die das Leben des Kaisers und damit die bestehende Ordnung in Frankreich bedrohten, und zwar diesmal so ernstlich bedrohte, daß Napoleon sich dadurch zu den folgenreichsten Entschlüssen für seine innere wie seine äußere Politik bestimmen ließ.

Orsinis Mordversuch

Am Abend des 24. Januar 1858 fuhr der Kaiser mit der Kaiserin in die Oper. Schon seit einiger Zeit hatte die Polizei Kenntniß von einem Mordanfall, den ein gewisser Pieri beabsichtige. Ein großes Aufgebot von Polizisten wurde daher stets bereit gehalten, die Person des Monarchen zu schützen, und war auch an diesem Abend vor der Oper aufgestellt. Unter der Volksmenge, die sie von dem Betreten des Trottoirs abzuhalten hatten, befand sich ein Mensch, der dies Verbot hartnäckig und mit einem gewissen Trotz mißachtete; er wurde verhaftet und als Pieri erkannt. Ein paar Minuten später kam der Wagen des Kaisers angerollt; in demselben Augenblicke flog eine Bombe durch die Luft, der gleich darauf zwei andere folgten; sie platzten vor und unter dem Wagen, und verwundeten durch ihre Splitter 141 Personen, einige davon tödtlich. Das Kaiserpaar blieb unverletzt; nur ein Glassplitter ritzte dem Kaiser die Nase; auch sein Hut wurde durchbohrt. Ein paar Minuten später erschien er, von einem lauten Jubelsturm begrüßt, in seiner Loge und wohnte mit seiner Gemahlin der Vorstellung bis zu Ende bei.

Unter den Verhafteten befand sich ein Italiener, Namens Gomez, der ohne Ausflüchte sich als den Diener des Flüchtlings Felix Orsini bekannte und dessen Wohnung angab. Die Polizei suchte ihn auf und fand ihn im Bett, von einem Bombensplitter im Gesicht verwundet. Weder er noch Pieri machten den Versuch zu leugnen. Orsini war 39 Jahre alt; sein ganzes Leben war eine fast ununterbrochene Kette von Verschwörungen und Aufstandsversuchen gewesen. Zweimal war er in die Gewalt der Regierungen gefallen und beidemal dem Gefängniß glücklich entkommen, 1846 durch die Amnestie des Papstes, 1855 durch eine abenteuerliche Flucht aus der Festung Mantua. Seitdem hatte er sich in London aufgehalten und dort den Entschluß gefaßt, Napoleon zu ermorden, weil er Schuld an dem Scheitern der italienischen Erhebung von 1848 sei. Zu Genossen seines

Planes hatte er einen flüchtigen Franzosen Bernard und seine Landsleute Pieri, Gomez und Rudio gewonnen; Bernard war jedoch nicht mit aus England herübergekommen. Das Geständniß der Verschwörer und die bei ihnen aufgefundenen Papiere ließen alle wesentlichen Punkte mit hinreichender Sicherheit erkennen; insbesondere auch den Umstand, daß der gefürchtete Mazzini, mit dem Orsini in schlechtem Einvernehmen lebte, durchaus unbetheiligt war. Die Verteidigung des Rädelsführers übernahm Jules Favre, wenn man es anders eine Verteidigung nennen wollte; denn bei dem offenen Eingeständniß des Angeklagten beschränkte sich der berühmte Advocat darauf, die Beweggründe seines Schützlings in ein möglichst günstiges Licht zu setzen und seine That als die Aeußerung einer irregeleiteten Vaterlandsliebe hinzustellen. So wollte auch Orsini seine Handlungsweise aufgefaßt wissen. Ohne für sich um Gnade zu bitten, richtete er angesichts des Todes am 11. Februar noch einen Brief an den Kaiser, in welchem er ihn beschwor, Italien zu Hülfe zu kommen. Nicht einer unmittelbaren bewaffneten Unterstützung bedürfe es; Italien werde sich selbst befreien, wenn Frankreich nur verhindere, daß Deutschland Oestreich seinen Beistand leihe. Befreien Sie mein Vaterland, so schloß der Brief, und der Segen von 23 Millionen Bürgern folgt Ihnen in die Nachwelt.

Der Proceß.

Orsinis Briefe.

Das merkwürdige Schriftstück blieb nicht ohne Eindruck auf das Gemüth des Kaisers; er gestattete, daß Favre es vor dem Gerichtshofe verlas und daß es veröffentlicht wurde. Dafür ihm zu danken schrieb Orsini einen zweiten Brief, am 3. März 1858. Die Theilnahme des Kaisers für sein Vaterland gewähre ihm, so versicherte er, keinen geringen Trost; er bereue seine That, biete willig sein Leben als Sühne für die unschuldigen Opfer derselben und beschwöre seine Landsleute, nicht ferner den Mord zu den politischen Mitteln zu zählen. Die Begnadigung, die er nicht erbeten, erhielt er auch nicht; am 13. März erlitten er und Pieri den Tod auf dem Schaffot, Rudio und Gomez wurden deportirt.

Einfluß auf die innere Politik.

Die nächste Folge des Ereignisses war eine Verschärfung des Polizeisystems und ein rücksichtsloses Einschreiten gegen die Reste der alten Parteien. Da der Polizeipräfect Pietri und Billault, der Minister des Innern, den Plan der Verschwörer trotz mancher Fingerzeige nicht rechtzeitig entdeckt und vereitelt hatten, mußten beide am 6. Februar ihre Posten verlassen und das Regiment an den General Espinasse abgeben, der sich zwar nicht grade durch Feinheit und Verschlagenheit, um so mehr aber durch brutale Energie empfahl. Die Eintheilung des ganzen Landes in fünf große Militärbezirke, die ihren Mittelpunkt in Paris, Lyon, Toulouse, Tours und Nancy hatten, erleichterte die Verwendung der Truppen an jedem Orte, wo es etwa Noth thun mochte. Die Presse wurde durch Unterdrückungen und Verwarnungen eingeschüchtert. Der Hauptschlag aber wurde durch den Erlaß der

Espinasse.

Die Sicherheitsgesetze.

Sicherheitsgesetze geführt, durch die auf eine Unzahl von politischen Vergehen außer der sonstigen Strafe noch die Verbannung oder die Verweisung nach Algerien oder in ein beliebiges Departement Frankreichs gesetzt und überdies der Regierung das Recht gegeben wurde, dieselbe Maßregel, wenn ernste Thatsachen es erforderlich machen sollten, ohne richterlichen Spruch über alle die zu verhängen, welche wegen der Ereignisse von 1848, 1849 und 1851 verurtheilt worden seien. Mit neunfacher Majorität genehmigte der gesetzgebende Körper am 14. Februar diese Anträge der Regierung; nur 24 Stimmen erhoben sich dagegen, und nach der selbstverständlichen Zustimmung des Senats konnten die Sicherheitsgesetze am 27. Februar veröffentlicht und sogleich in Vollzug gesetzt werden. Dies geschah in der rücksichtslosesten Art. Die Präfecten wurden nach Paris entboten und erhielten von Espinasse den Auftrag, so und so viel Verhaftungen vorzunehmen; etwa 2000 Opfer wurden, oft ohne den geringsten Anhaltspunkt, auserkoren und theils in die Gefängnisse, theils — unter den gröbsten Mißhandlungen — nach Algerien geschafft. Unter diesen Umständen war jeder Widerstand gegen die Regierung eine äußerst gefährliche Sache; besonders bedenklich mußte es erscheinen, sich von der Opposition in die Kammer wählen zu lassen. Mancher, der sonst gern die Vertretung von Paris, das soeben Nachwahlen zu vollziehen hatte, übernommen haben würde, trat deshalb scheu zurück; zwei Männer aber wurden gewählt, die fortan mit den drei 1857 gewählten Republikanern, Emil Ollivier, Darimon und Hénon, zu einer geschlossenen Opposition zusammentraten: Jules Favre und Ernst Picard. Diese Gruppe der Fünf bildete mehrere Jahre hindurch den unscheinbaren, aber unschätzbaren Mittelpunkt, von dem aller Widerstand gegen das Kaiserreich ausging, und ihrer geschickten Kampfesweise war es zu danken, daß die Fahne der Opposition nicht allein hochgehalten wurde, sondern auch neue Kämpfer um sich sammelte, so daß mit jeder neuen Wahl sich das Häuflein ihrer Verteidiger beträchtlich vermehrte.

Die Opposition in der Kammer.

General Espinasse mußte übrigens seinen Ministerposten schneller wieder fahren lassen, als er gedacht. Er verdarb es mit der Geistlichkeit, indem er die Wohlthätigkeitsanstalten zwingen wollte, ihr unbewegliches Vermögen zu verkaufen und das Geld in Staatspapieren anzulegen. Der Stimme des Clerus, die des Ministers Rücktritt forderte, konnte der Kaiser nicht widerstehen, und ersetzte ihn schon im Juni durch Delangle, welcher den Proceß gegen Orsini geleitet hatte. Gleichzeitig wurde für den Prinzen Napoleon ein neues Ministerium, das der Colonien und Algeriens geschaffen, und da der Prinz sich von jeher mit seinen liberalen Ideen und Verbindungen gebrüstet hatte, so konnte man von seiner Ernennung, zumal sie mit Espinasse's Entfernung zusammenfiel, immerhin eine Lockerung der straff angespannten Zügel erhoffen.

Espinasses Rücktritt.

Auswärtige Politik.

Die auswärtige Politik Napoleons wurde durch Orsinis That in doppelter Weise beeinflußt; sie begann einen Feldzug gegen die Flüchtlinge in den Nachbarländern, und sie faßte entschlossener den Gedanken ins Auge, mit dem der Kaiser sich schon lange getragen: die Befreiung Italiens vom östreichischen Joch.

Beschwerden über die Flüchtlinge.

Gleich nach dem Attentate mußten die großen Körperschaften dem Kaiser ihren Unwillen darüber aussprechen, daß gewisse Nachbarländer den Empörern und Meuchelmördern Gastfreundschaft gewährten; eine Adresse der Obersten der Armee schlug denselben Ton an, und gestützt auf diese „öffentliche Meinung“ verlangte Walewski, der Minister des Aeußern, von dem britischen Cabinet und den kleineren Nachbarstaaten, Sardinien, Belgien und der Schweiz, Maßregeln für die Sicherheit Frankreichs. Daß in den Grenzländern Hauptheerde der Verschwörungen gegen das Kaiserthum zu suchen waren, ließ sich nicht bestreiten. Man brauchte nur die Schaufenster der Buchhandlungen in Brüssel oder Genf zu betrachten, um zu sehen, wie hier alles Gift und alle Bosheit gegen den Bonapartismus sich ansammelte. Auch die liberalen Zeitungen dieser Grenzländer dienten zum großen Theil dem Kampfe wider Napoleon und standen unter dem Einflusse der französischen Flüchtlinge. Zu wiederholten Malen schon hatte das pariser Cabinet das Einschreiten der Nachbarregierungen gegen diese Anfeindungen erzwungen.

Sardinien.

Am bereitwilligsten war ihm Sardinien entgegengekommen, wo Cavour schon nach dem Staatsstreich im Februar 1852 einen Gesetzentwurf durchgebracht hatte, der die Beleidigung fremder Staatsoberhäupter von den Geschworenen an die ordentlichen Gerichte überwies und den Strafantrag des Beleidigten für unnöthig erklärte. Als jetzt ein piemontesisches Blatt den Meuchelmord zu verteidigen wagte und nach den bestehenden Gesetzen freigesprochen wurde, beeilte sich der Minister, eine neue Gesetzesvorlage zu machen, die solche Urtheile in Zukunft verhindern sollte. In glänzender Rede wies er am 16. April 1858 den Vorwurf zurück, daß er fremdem Druck unwürdig nachgebe; es sei nur der Druck des Gewissens, dem er gehorche; Italien könne der Allianzen nicht entbehren und dürfe sie nicht durch die Maßlosigkeiten seiner Presse verscherzen. So zahlreich die Gegner der Vorlage auch Anfangs gewesen waren und wie heftig sie sich widersetzten, Cavour trug doch den Sieg davon, und Napoleon rechnete ihm diesen Dienst hoch an.

Belgien.

Auch Belgien hatte schon ein paar Jahre früher auf Frankreichs Verlangen einschränkende Gesetzesbestimmungen getroffen. Zur Zeit des pariser Congresses waren die Angriffe der brüsseler Zeitungen auf den Kaiser so heftig geworden, daß Walewski in der Congreßsitzung vom 8. April erklärte, wenn die belgische Regierung nicht aus eigenem Antriebe die Presse zur Ruhe bringe, so müsse Frankreich es ihr begreiflich machen, daß es die erste aller internationalen Pflichten sei, keine Gefährdung der Ordnung in

den Nachbarstaaten zu dulden. Dieser Sprache mußte sich das clericale Ministerium, das damals am Ruder stand (de Decker, Vilain XIV., Nothomb) fügen und die gewünschten Verschärfungen der Preßgesetzgebung durchführen; eine Aenderung der Verfassung lehnte es aber unbedingt ab. Zur Zeit des Orsinischen Attentates hatten die Liberalen die Regierung in den Händen. Das clericale Ministerium hatte nämlich 1857 ein Wohlthätigkeitsgesetz eingebracht, das die Macht der Orden in bedenklicher Weise zu erhöhen schien, indem es das Vermögen frommer Stiftungen der Staatsaufsicht entzog und der Aufsicht der zum großen Theil clericalen Gemeindebehörden unterstellte. Schon bei der Berathung der Vorlage drohte Rogier, der Führer der Liberalen, mit dem Unwillen des Volkes, der sich in einem Klostersturm Luft machen werde, und als das Gesetz am 27. Mai wirklich angenommen ward, begannen in der That in den großen Städten sofort blutige Straßenunruhen. Der König, der im Jahre vorher bei der Feier seines Regierungsjubiläums die dankbaren Huldigungen aller Parteien entgegengenommen hatte, war sehr erzürnt über dieses Benehmen der Liberalen. Ich steige zu Pferd, rief er entrüstet aus, um die Volksvertretung zu schützen, ich lasse die Mehrheit nicht beschimpfen! Trotz aller Unparteilichkeit und trotz seiner eigenen liberalen Gesinnungen waren ihm doch die Clericalen im Ministerium bequemer; die Liberalen, pflegte er zu sagen, sind wie ein Band von Sand; sie waren unter sich oft uneinig und erschwerten ihm, wenn sie am Ruder waren, sehr die Regierung. Bei reiferer Ueberlegung konnte sich der Monarch aber doch nicht verbergen, daß die Aufreizung von dem Ministerium ausgegangen war. Das Wohlthätigkeitsgesetz war nichts weniger als unentbehrlich, es hatte keinen andern Zweck als den, das Uebergewicht der katholischen Partei dauernd zu machen. Jede Maßregel aber, die einer der beiden großen belgischen Parteien die Herrschaft über die andere gleichsam dauernd verbürgen sollte, war für dieses Staatswesen eine Gefahr. Das erkannte Leopold und sprach es in einem Briefe, den er am 13. Juni an den Minister des Innern richtete, unumwunden aus; er rieth der Kammermehrheit, das gefährliche Gesetz bis zur Beruhigung der Gemüther liegen zu lassen und schloß die Versammlung für dieses Jahr. Die Stimmung wurde in Folge dessen auch wirklich ruhiger, aber bei den Gemeindewahlen im Herbst bewies die ungeheuere Mehrheit, welche die Liberalen gewannen, daß sie in der That das Volk hinter sich hatten. Das Ministerium bot daher am 31. October seine Entlassung und wurde durch Rogier, Frère-Orban, Tesch, die Führer der bisherigen Opposition, ersetzt. Auch die zweite Kammer mit ihrer clericalen Mehrheit mußte nun aufgelöst werden, und die Wahlen vom 10. December ergaben eine große, fast eine Zweidrittelmajorität für die neue Regierung. Für das Verhältniß zu Frankreich war dieser starke Rückhalt sehr nützlich. Das Mi-

nisterium durfte sich dem Drängen Walewskis, der Sicherheitsmaßregeln forderte, nicht widersetzen und würde bei schwächerer Mehrheit durch den Abfall einzelner Parteigenossen vielleicht eine Niederlage erlitten haben. Wie aber die Dinge jetzt standen, brachte es seine Vorlagen über Fremdenpolizei und Beleidigungen fremder Regenten ohne jede Schwierigkeit im Februar und März durch, und Napoleon war befriedigt.

Die Schweiz.

Der dritte der kleinen Nachbarstaaten, die sich dem Gebote Frankreichs fügen mußten, war die Schweiz. Für sie waren Beschwerden über das Asylrecht, das sie den Vertriebenen anderer Länder gewährte, eine längst gewohnte Sache. Wie nach dem Jahre 1830, so war auch nach 1848, und zwar vorzugsweise von Oestreich aus, Alles aufgeboten, um die Bundesbehörden einzuschüchtern. Ein sehr unfreundlicher Notenwechsel war schon Ende 1852 durch die Ausweisung aller fremden Klostergeistlichen aus dem Canton Tessin veranlaßt worden; Oestreich drohte als Gegenmaßregel die Vertreibung aller Tessiner aus der Lombardei an. Da kam am 6. Februar 1853 noch die unglückliche Mailänder Erhebung hinzu, die von der Schweiz aus befördert sein sollte. Sogleich wurde mit der Ausweisung der Tessiner Ernst gemacht, eine strenge Grenzsperre gegen den Canton verhängt und vom Bundesrathe die Entfernung der Flüchtlinge aus Tessin und Bürgschaften für die Zukunft verlangt. Allein in Bern blieb man fest und ließ sich auch durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, den Oestreich am 21. Mai vollzog, nicht einschüchtern. Es erforderte das um so mehr Muth, als man auch mit Preußen wegen Neuenburgs noch immer auf dem allerschlechtesten Fuße stand. Für Friedrich Wilhelm IV. war dieser an sich so unbedeutende Streitpunkt zu einer Herzens- und Ehrensache geworden, und es bereitete ihm schweren Kummer, daß er sich und der preußischen Partei in Neuenburg nicht zum Siege verhelfen konnte. Durch ein londoner Protocoll vom 24. Mai 1852 waren seine Besitzrechte zwar von den Großmächten anerkannt worden, aber bei keiner fand er Theilnahme für seine Bemühungen um Wiedererwerbung eines Ländchens, das nach der treffenden Bemerkung des greisen Herzogs von Wellington Frankreich jeden Augenblick besetzen, und Preußen nie verteidigen konnte. Nicht einmal die verwickelten Verhältnisse während des Krimkrieges brachten das berliner Cabinet seinem Ziele näher, und als Herr von Manteuffel in der großen Sitzung des pariser Congresses vom 8. April die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den einzigen Punkt in Europa lenkte, wo allen Verträgen zuwider noch immer die Revolution herrsche, fand seine Klage nicht den leisesten sympathischen Widerhall. Wenige Monate darauf wurde die Angelegenheit in weitaus wirksamerer Weise Europa ins Gedächtniß gerufen. Die kleine preußische Partei in Neuenburg erhob sich am 3. September 1856 mit bewaffneter Hand, geführt von den Pourtalès, Meuron, Wesdehlen und anderen Adelsgeschlechtern des Landes. Man bemächtigte sich des

Der Neuenburger Handel.

Schlosses, nahm den Staatsrath gefangen und erklärte die Wiedereinsetzung des Königs von Preußen in sein Fürstenthum. Der Umschwung hielt aber kaum 24 Stunden vor. Schon andern Tages eroberten 1500 Republikaner unter Oberst Denzler das Schloß und nahmen die Königlichen gefangen. Friedrich Wilhelm hatte dem Putsche seiner Anhänger durchaus fern gestanden; daß er jetzt für sie eintrat, war trotzdem zweifellos ein Gebot der Ehre. Das Nächste, was er verlangte, war die Freilassung der Gefangenen; zugleich forderte er die Großmächte auf, die Gelegenheit zu benutzen und ihm auf diplomatischem Wege zu seinem Rechte zu verhelfen. Allein keines der vier Cabinette beeilte sich, dieser Einladung nachzukommen; sie begnügten sich, in Bern die Freilassung der Gefangenen zu unterstützen und boten, wenn diese erfolgt sei, dem Bundesrathe sogar ihre guten Dienste an, um eine Lösung im Sinne der Schweiz, d. h. die Anerkennung der völligen Unabhängigkeit Neuenburgs durch Preußen, herbeizuführen. Eigensinnig steifte sich der Bundesrath jedoch darauf, daß diese Maßregel der Entlassung der Gefangenen vorausgehen müsse, und ließ sich weder durch die Abberufung des preußischen Gesandten von Sydow, noch durch die vom König angeordnete Mobilmachung und die Gestattung des Durchzugs preußischer Truppen durch die süddeutschen Staaten einschüchtern. Erst als von Seiten Frankreichs eine sehr ernste Sprache geführt und andrerseits eine Art von Bürgschaft für die Unabhängigkeit Neuenburgs übernommen wurde, gab man in Bern so weit nach, daß man auf Grund eines in Paris Anfang Januar 1857 geschlossenen Vertrages die Gefangenen entließ. Damit war die Vorbedingung, die Friedrich Wilhelm gestellt hatte, erfüllt und da ein Krieg um Neuenburgs willen doch gar zu abenteuerlich gewesen wäre und angesichts der Haltung Frankreichs mit unabsehbaren Verwickelungen drohte, so erklärte sich Preußen am 16. Januar zu Verhandlungen bereit. Sie wurden unter Betheiligung der Großmächte in Paris geführt und endeten mit dem Vertrage vom 26. Mai, der seitens Preußens den Verzicht auf Neuenburg, seitens der Schweiz eine vollständige Begnadigung, die Zahlung einer Entschädigung von einer Million Franken und einige untergeordnete Zugeständnisse enthielt. Unmittelbar nach Abschluß des Vertrages erklärte der preußische Gesandte, daß sein König auf die Geldentschädigung verzichte, daß er aber seinen Fürstentitel weiter führen werde, wogegen die Schweiz natürlich Nichts einwenden konnte.

Die Flüchtlingsfrage.

Für den glücklichen Ablauf dieser langwierigen und gefährlichen Verwickelung war man in Bern jedenfalls Napoleon den größten Dank schuldig. Ihn zu bethätigen, gewährte das Orsinische Attentat eine recht unerwünschte Gelegenheit. Neue gesetzliche Bestimmungen zu treffen, war allerdings nicht nöthig, da der Bundesrath alle Vollmachten, deren er bedurfte, besaß; aber die Anwendung derselben war doch eine sehr unangenehme Sache.

Der Canton Genf widersetzte sich denn in der That auch der Ausweisung von siebzehn Italienern, die von ihm verlangt wurde; aber die Festigkeit des Bundesrathes zwang ihn zum Nachgeben und seine nachträgliche Beschwerde bei der Bundesversammlung wurde abgewiesen. Der französische Kaiser hatte also in allen drei Nachbarstaaten seinen Willen erreicht, und wenn man auch mit Recht der Ansicht sein mochte, daß kein Gesetz im Stande sein werde, Männer von verzweifeltem Charakter von verzweifelten Unternehmungen abzuhalten, so war doch eine jede Erschwerung solcher Pläne für Napoleon sicher als ein Gewinn zu betrachten.

England und der Aufstand in Ostindien.

England und die Flüchtlingsfrage.

Aber den unmittelbaren Anlaß zu Beschwerden hatten doch bei dem Orsinischen Attentate nicht Sardinien und nicht Belgien oder die Schweiz gegeben, sondern England. Die Hauptsache war also, daß auch dort die Forderungen Napoleons befriedigt wurden. Wenn dies nicht geschah, so lag es nicht an dem Ministerium, an dessen Spitze des Kaisers bester Freund in England, Lord Palmerston, stand. Schon im Jahre 1855 war nämlich die gemischte Verwaltung, die Lord Aberdeen im December 1852 gebildet, von den peelitischen Elementen gereinigt, die in der That bei ihrer ausgeprägten Friedensliebe während des Krimkrieges im Ministerium nicht an ihrem Platze waren. Die fortgeschrittenen Liberalen rechneten ihnen überdies die Unfruchtbarkeit des Cabinettes an inneren Reformen zur Schuld an, und einer von ihnen, einer der wenigen, die Lord Palmerstons kräftige äußere Politik von jeher bewundert hatten, Roebuck, war es, der ein populäres Feldgeschrei zu benutzen wußte, um seinen Freund an die Spitze der Regierung zu bringen. Das ganze englische Volk war von lebhaftem Unwillen erfüllt über die traurigen Zustände, welche in dem Lager in der Krim herrschten. Trotz der rauhen Jahreszeit war für die Behausung, Bekleidung und Verpflegung der englischen Truppen in völlig ungenügender Weise gesorgt, und die Klagen darüber wurden nur zu sehr durch die Zunahme der Seuchen und die erschreckende Zahl der Todesfälle bestätigt. Roebuck kündigte deshalb sofort beim Zusammentritt des Parlamentes, am 23. Januar 1855, den Antrag an, einen besonderen Ausschuß mit der Untersuchung dieser Mißstände und des Verhaltens des Ministeriums zu beauftragen. Da dieser Antrag am 29. Januar mit gewaltiger Mehrheit (305 gegen 148) angenommen wurde, trat Aberdeen zurück und Lord Palmerston übernahm die Bildung des neuen Cabinets, in das Granville, Clarendon, Grey, und für einige Monate auch Russell eintraten. Sehr fest war begreiflicher Weise die Stellung auch dieses Ministeriums den verschiedenen Parteien gegenüber nie gewesen; zu inneren Reformen fand es eben so wenig wie seine Vorgänger Zeit oder Kraft; tauchte

Ministerium Aberdeen.

Sein Sturz.

Ministerium Palmerston.

irgend eine Frage auf, die ihm die fortgeschrittenen Liberalen entfremdete, so war sein Sturz unvermeidlich. Und solch eine Frage rührte selbst Napoleon durch seine Beschwerden gegen die Flüchtlinge übereilter Weise auf. Palmerston glaubte ihm eine gewisse Genugthuung nicht versagen zu dürfen und brachte bereits am 8. Februar ein Gesetz ein, das jede Verschwörung zum Zweck des Mordes, auch wenn sie gegen Fremde gerichtet sei, mit Zwangsarbeit bis zu fünf Jahren bedrohte. Da führte denn seine Nachgiebigkeit gegen den französischen Kaiser zum zweiten Male seinen Sturz herbei. In zahlreichen Meetings erhob die englische „öffentliche Meinung" Verwahrung gegen solche Handlangerdienste, die bei dem Stande der englischen Gesetzgebung obendrein ganz überflüssig seien, und das Unterhaus ertheilte nach glänzenden Reden Milner Gibsons und Lord John Russells dem Ministerium am 19. Februar mit 234 gegen 215 Stimmen einen Tadel, weil es eine derartige Vorlage gemacht habe, ohne vorher die französische Beschwerdenote vom 20. Januar zurückzuweisen. Das Cabinet reichte darauf seine Entlassung ein, und bei der völligen Zersetzung der liberalen Partei fiel so den Tories die Regierung wieder zu. Lord Derby trat an die Spitze des neuen Ministeriums, Malmesbury übernahm das Aeußere, Disraeli die Finanzen. Nun hielt es Napoleon für räthlich, den Bogen nicht zu scharf anzuspannen, und berief seinen Gesandten in London, Herrn von Persigny, ab, um ihn durch den Marschall Pélissier zu ersetzen, der als Sieger vom Malakoff für eine den Engländern genehme Person gelten durfte. Wirklich stellte sich das gute Einvernehmen auch schnell wieder her, und der Besuch der Königin von England in Cherbourg, als dort im August der neue Kriegshafen eingeweiht wurde, drückte der auf beiden Seiten gewünschten Versöhnung den öffentlichen Stempel auf.

Palmerstons Sturz.

Napoleons Rückzug.

Die Tories übernahmen von ihren Vorgängern eine so schwer drückende kriegerische Erbschaft in Asien, daß sie einen Bruch mit Frankreich in der That selbst dann nicht hätten verantworten können, wenn ihnen der Kaiser minder bereitwillig entgegengekommen wäre. Einen Krieg mit Persien hatte Lord Palmerston vor Jahresfrist zwar glücklich beendet; aber einen Krieg mit China und schlimmer als das, einen furchtbaren Aufstand in Ostindien hinterließ er seinen Nachfolgern. Um diese asiatischen Verwickelungen zu schildern, müssen wir zum Theil etwas weiter wieder zurückgreifen.

Der persische Krieg.

Die Zustände in Persien und Afghanistan hatten seit dem Rachezuge Pollocks und der Rückkehr Dost Mahomets im Jahre 1842 keinen Anlaß zu kriegerischer Einmischung geboten, obgleich Herat nach dem Tode Kamrans im Jahre 1843 wieder zum Spielballe der Parteien geworden war. Nach dem Beginn des Krimkrieges wünschte Rußland aber die Engländer in diesen Gegenden wieder zu beschäftigen und stiftete den Schah von Persien an, daß er einen Neffen Kamrans, Yussuf, bei einem Zuge gegen

Herat unterstützte. Für kurze Zeit gelangte Jussuf 1855 wirklich in den Besitz der Stadt; bald aber wurde er von seinen Feinden wieder verjagt und rief den Schah von Persien, den er als Lehnsherrn anerkannte, um Hülfe an. Diese wurde bereitwillig geleistet, obgleich ein englisch-persischer Vertrag von 1853 es verbot, und am 26. October 1856 mußte Herat sich den Persern ergeben. Die Folge davon war umgehend eine englische Kriegserklärung. Eine Flotte unter Admiral Leake mit Landungstruppen, deren Befehl später Sir James Outram übernahm, lief im November in den persischen Meerbusen ein, bemächtigte sich Anfang December der Insel Karrak und der Stadt Buschir und nahm von ihnen für die englische Krone Besitz. Ins Innere vorzudringen, hielt General Outram nicht für gerathen, sondern begnügte sich, das heranrückende feindliche Heer am 8. Februar 1857 bei Kuhsch-ab zurückzuschlagen und sich zum Herrn der Küste und insbesondere des nahe der türkischen Grenze gelegenen wichtigen Mohammerah zu machen. Schon vor der Einnahme dieses Platzes war in Paris unter französischer Vermittelung am 4. März der Friedensschluß vollzogen, durch den Persien gegen Rückgabe der englischen Eroberungen auf Herat verzichtete und in künftigen Streitigkeiten mit irgend einer afghanischen Regierung zunächst Englands gute Dienste anzurufen versprach. Die Genehmigung dieses Vertrages, die der Schah am 14. April zu Teheran vollzog, machte dem Kriege ein Ende, und General Outram konnte mit seinen Truppen nach Indien zurückkehren, gerade rechtzeitig, um dort zur Unterdrückung des großen Aufstandes mitzuwirken.

Ausdehnung der britischen Herrschaft in Ostindien.

Der äußere Zuwachs der englischen Macht im Gebiete der ostindischen Compagnie war in den letzten fünfzehn Jahren sehr groß gewesen, aber die innere Befestigung des Besitzes hatte damit nicht gleichen Schritt gehalten. Der bedeutendste neue Erwerb war das gewaltige Gebiet des Indus. Schon im Februar 1843 eroberte Sir Charles Napier die große Stadt Heiderabad am Unterlaufe dieses Flusses und unterwarf sich durch mehrere Schlachten die ganze Landschaft Sind, deren Statthalter er wurde. Nachdem dann Ende desselben Jahres der letzte Mahrattenstaat, Gwalior, südlich von Agra an einem Nebenflusse des Dschumna, in Folge einer Empörung unter den britischen Schutz gezwungen war, brach Ende 1845 der lange gefürchtete Krieg mit den Sikhs im Pendschab aus. Nach mehreren Schlachten am linken Ufer des Sutledsch überschritt Lord Hardinge, der damalige General-Statthalter von Indien, in dessen Gefolge sich auch Prinz Waldemar von Preußen befand, diesen Fluß, eroberte Lahore und stellte den unmündigen Maharadscha Dhulip Singh unter britischen Schutz; der im März 1846 abgeschlossene Frieden fügte große Länderstrecken, besonders südlich vom Sutledsch, dem Gebiete der ostindischen Compagnie hinzu. Aber nur für sehr kurze Zeit war dadurch die Ruhe gesichert. Schon Anfang 1848 begann einer der Sikhs-Fürsten, Dewan Mulradsch von Multan, neue

Feindseligkeiten; bald folgte das ganze Pendschab seinem Beispiele, und auch Dost Mahomet von Kabul trat aus seiner Zurückgezogenheit hervor und besetzte Peschawer. Die Engländer waren Anfangs so schwach, daß sie nur auf ihre Vertheidigung denken konnten; Hardinges Nachfolger in der Statthalterschaft, Lord Dalhousie, war jedoch von vornherein entschlossen, die Gelegenheit zur völligen Unterwerfung der Sikhs zu benutzen und zog deshalb große Truppenmassen heran. Zuerst wurde Mulradsch im Fort von Multan am 4. Januar 1849 zur Uebergabe gezwungen, dann warf Lord Gough die Hauptmasse der Feinde in mehreren Schlachten, doch nicht ohne Wechsel des Kriegsglücks, nordwärts zurück; General Gilbert, der unter ihm befehligte, nahm 20,000 Feinde bei Rawalpindi gefangen, überschritt westlich von diesem Orte bei Attok den Indus und zwang Dost Mahomet zur Rückkehr nach Afghanistan. Nachdem so ein vollständiger Sieg errungen war, erklärte Lord Dalhousie am 29. März 1849 den Dhulip Singh für abgesetzt, und das Pendschab für eine Provinz des britischen Reiches, eine Vergrößerung, die beinahe 5000 Quadratmeilen mit drei Millionen Einwohnern und Einkünften von einer Million Pfund betrug. Der Königin Victoria ward als Siegesbeute der berühmte Diamant Kohinur übersandt. Aber auch mit dieser Einverleibung hatte die Erweiterung der ostindischen Besitzungen ihr Ende noch nicht erreicht. Lord Dalhousie benutzte jede Gelegenheit, um bei eintretenden Todesfällen der Fürsten ihre Besitzungen für verfallen zu erklären und die bisher bezahlten Pensionen zurückzuhalten; einer von denen, welche darunter litten, war Nena Sahib, der bald eine so hervorragende Rolle spielen sollte. Gegen Osten hin gab ein neuer Krieg gegen Birma Gelegenheit zur Machtentfaltung; den geringfügigen Anlaß dazu bot eine Straffumme von 125 Pfund Sterling, zu der zwei englische Rheder von einem birmanischen Gerichtshofe verurtheilt waren und die sie obendrein anderen englischen Unterthanen zu zahlen hatten. Im November 1851 erschien in Folge dessen ein Geschwader unter Commodore Lambert vor Rangun, dem einige Monate später eine Landungsarmee unter General Godwin folgte. Der Krieg dauerte bis in den April 1854 und endete mit der Abtretung der ganzen Ostküste, soweit sie nicht schon in dem früheren, 1826 beendeten Kriege an England überlassen war.

Krieg mit Birma.

Die wichtigste und folgenreichste Einziehung, zu der Lord Dalhousie schritt, war aber die des Königreichs Audh mit der Hauptstadt Lukno zwischen dem mittleren Ganges und dem Himalaya. Die Zustände, die hier unter der Regierung des Wajid Ali seit 1847 herrschten, waren allerdings so, daß ihre Fortdauer unter den Augen eines britischen Agenten eine Schmach für England war. Wir haben einen Narren zum König, einen Buben zum Minister, und beide stehen unter dem Einfluß des gewandtesten und gewissenlosesten Schurken, so lautete das zusammenfassende Urtheil

Das Königreich Audh.

dieses Agenten. Freilich war deshalb noch keineswegs die Einziehung des Landes das einzige Mittel zur Besserung; aber Lord Dalhousie bestand darauf und erzwang sie im Februar 1856 durch Entsendung eines Heeres. Sir James Outram erklärte in seinem Namen den Wajid Ali, der eine Pension von 120,000 Pfund erhielt, für abgesetzt, und die 4—5 Millionen Menschen, welche das Königreich bewohnten, wurden der unmittelbaren britischen Herrschaft unterworfen.

Indische Zustände.

Die gesammte Bevölkerung des indischen Reiches mochte um diese Zeit auf 175 Millionen geschätzt werden können, von denen etwa der siebente Theil in Vasallenstaaten lebte. Die bewaffnete Macht der Compagnie belief sich auf reichlich 300,000 Mann, von denen kaum ein Sechstel Europäer waren, ein buntes Gemisch aus den niederen Ständen Großbritanniens, aber gestählte und waghalsige Naturen. Die einheimischen Truppen, Sepoys genannt, theils Hindus, theils Muhammedaner, zählten in der wichtigsten der drei großen Armeen, der von Bengalen, viele Brahmanen; in den andern beiden waren fast nur Hindus der niederen Kasten. Auf ihre Treue war schon seit Jahrzehnten kein ganz sicherer Verlaß; ihr Mangel an Disciplin wurde seit den zwanziger Jahren von den englischen Offizieren bitter beklagt und gelegentlich gingen die Widersetzlichkeiten soweit, daß sie offenem Aufstande fast gleichkamen. Die europäischen Truppen waren den Sepoys nicht nur an Zahl bei Weitem nicht gewachsen, sondern überdies noch in ganz kleinen Abtheilungen durch das ungeheure Land zerstreut, wie Pfeffer, den man aus einer Pfefferbüchse schüttet, um mit Napier zu reden. Bei einem großen Aufstande der Eingeborenen waren alle diese vereinzelten Häuflein der drohendsten Gefahr ausgesetzt und im besten Falle mußte geraume Zeit verfließen, ehe sich eine achtunggebietende europäische Streitmacht versammeln konnte.

Unzufriedenheit.

Die Möglichkeit eines solchen großen Aufstandes war aber seit langem von den leitenden Männern in Indien sehr wohl erkannt worden; seit zwanzig Jahren waren alle ihre Berichte voll von Befürchtungen für die Zukunft. Die Hindus waren durch Neuerungen aller Art, Einführung der Impfung, Verbot des Kindermordes und der Wittwenverbrennung, Errichtung von Mädchenschulen u. dgl. empfindlich gereizt; die Mohammedaner erbitterte es, einen ihrer Fürsten nach dem andern seiner Macht beraubt und nun zuletzt auch das Königreich Audh, die letzte Erinnerung an das Reich des Großmoguls, vernichtet zu sehen. Sie waren es, von denen der Anstoß zur Empörung ausging, die durch Priester und Fakire, durch briefliche Verbindungen und Anschläge an den Thüren der Moscheen Aufregung zu erzeugen suchten, die geheimnißvoll von dem bevorstehenden Erscheinen eines Arvatars, eines Erlösers, sprachen und eifrig eine alte Prophezeiung verbreiteten, laut deren die Europäer nicht länger als hundert Jahre in Indien herrschen sollten. Nun war aber der

22. Juni 1857 der Tag, an welchem Lord Clive vor hundert Jahren durch die Schlacht von Plassey die britische Macht am Ganges begründet hatte; auf diesen Tag wurde deshalb der Ausbruch der Verschwörung festgesetzt; mit einem Schlage sollten die zerstreuten Europäer niedergemetzelt und ein einheimisches Reich errichtet werden. Aber die Erregung, die man in den Sepoy-Regimentern genährt hatte, ließ sich nicht so lange zurückhalten; ein geringfügiger Umstand beschleunigte ihren Ausbruch. Zu Anfang des Jahres verbreitete sich das Gerücht, die Patronen zu der Enfield-Büchse, die eben eingeführt wurde, seien mit Schweine- oder Kuhfett versetzt, Schweinefett, das der Mohammedaner, Kuhfett, das der Hindu und vor Allen der Brahmane, wie Alles was von jenen Thieren herkommt, ohne Verunreinigung nicht berühren darf. Fast gleichzeitig wurden von Dorf zu Dorf und von Regiment zu Regiment kleine Mehlkuchen verbreitet, die aus dem Pendschab kamen und als Zeichen der Verschwörung dienten. Die Folge war, daß der verborgene Zunder hier und da vor der Zeit Feuer fing. Brandstiftungen und Widersetzlichkeiten kamen schon im Februar in einzelnen Garnisonen vor, denen die neuen Patronen ausgetheilt waren. In größerem Umfange traten sie im April in Mierut, 11 Stunden nordöstlich von Delhi, auf; aber die britischen Offiziere achteten alle diese Anzeichen gering, und glaubten durch heilsame Strenge jede Unbotmäßigkeit unterdrücken zu können. Etwa 80 Mann vom dritten Regiment der Sepoy-Reiter wurden von einem Kriegsgericht in Mierut zu zehnjährigem Gefängniß verurtheilt, weil sie sich geweigert hatten, sei es die alten, sei es die neuen Patronen anzunehmen. Damit schien die Sache beendet, und der Vorsitzende dieses Kriegsgerichts berichtete noch am 9. Mai: Wir werden nichts weiter von einer Verschwörung hören. Aber schon anderen Tages ging der Sturm los. Die Kameraden der Verhafteten erbrachen das Gefängniß und stürzten sich auf die ahnungslosen Europäer; zwei Infanterie-Regimenter und ein Theil der Bevölkerung schlossen sich ihnen an; es begann ein scheußliches Gemetzel, in dem der Oberst Finnis mit anderen Offizieren und Frauen und Kindern den Tod fand. Allerdings gaben die Meuterer die Stadt Mierut dann sofort auf, ohne sich in einen Kampf mit der europäischen Besatzung verwickeln zu lassen. Sie eilten nach Delhi, wo nur einheimische Truppen standen, drei Regimenter, die sofort auf ihre Seite traten und die Greuelscenen von Mierut in noch entsetzlicherer Weise wiederholten. Ein reiches Kriegsmaterial, 64 schwere und gegen 100 leichte Kanonen, Tausende von Gewehren, große Vorräthe von Pulver und Kugeln, dazu etwa zwei Millionen Pfund Sterling in baarem Gelde fielen in ihre Hände. Auch ein Haupt, das der ganzen Bewegung den Namen geben sollte, fanden sie hier: den 90jährigen Schah Akber, den Sohn des letzten, 1806 gestorbenen Moguls, den sie am 11. Mai als Herrscher von Indien ausriefen. Einfluß gewann der alte Mann nicht im Ent-

Ausbruch der Empörung.

Aufstand in Mierut.

in Delhi.

ferntesten und von einer gemeinsamen Leitung des Aufstandes war überhaupt nicht die Rede. Planlos wirkten die Führer, die in den verschiedenen Gegenden an die Spitze traten, neben einander, und Nena Sahib, Tantia Topih und wie sie alle heißen mochten, erkannten keinen Höheren über sich an. Die Kunde von den Vorgängen in Delhi war überall, wo sie hin kam, das Zeichen zum Aufstande. Wo englische Truppen neben den Sepoys in Garnison standen, beobachteten diese freilich die Vorsicht, nicht sofort loszubrechen, sondern heuchelten wohl gar Treue und Anhänglichkeit; wo das nicht der Fall war, ging es sofort ans Plündern und Morden, und die furchtbarsten Frevelthaten eröffneten fast aller Orten den Aufstand. Glücklicher Weise that der Telegraph den Engländern gute Dienste und brachte besonders in die ferneren Theile des Landes die Nachricht so früh, daß Vorsichtsmaßregeln getroffen und viele Sepoy-Regimenter entwaffnet werden konnten. Die Präsidentschaften von Madras und Bombay, sowie das Pendschab, wo Sir John Lawrence befehligte, blieben in Folge dessen von der Empörung fast ganz verschont; seltsamer Weise enthielten sich grade die Sikhs, die eben erst unterworfen waren, jeder Theilnahme und kämpften sogar tapfer an der Seite der Engländer. Auch die Ghorkas und andere Bergstämme des Himalajah blieben treu und was noch wichtiger war, die Landbevölkerung zeigte sich fast überall vorsichtig und treu. Ihre Haupttriumphe feierte die Empörung im Gebiete des mittleren Ganges und des Dschumna, wo britische Truppen nur in unglaublich geringer Zahl standen. Hier waren nur vier Garnisonen außer der von Mierut im Stande sich gegen den ersten Anlauf zu behaupten, die von Benares unter Oberst Ponsonby, von Luckno, der Hauptstadt von Audh, unter Sir Henry Lawrence, von Kanpur unter Sir Hugh Wheeler und von Agra, wo Oberst Thompson befehligte. Diese inselartigen Citadellen rechtzeitig zu entsetzen mußte die eine, Delhi, das Hauptquartier der Aufständischen, wieder zu gewinnen, die andere Aufgabe sein, deren Lösung zunächst in Angriff zu nehmen war. Benares konnte auf dem Ganges leicht erreicht werden und war bald außer Gefahr; Kanpur umgekehrt fiel, ehe ihm Hülfe gebracht wurde. General Wheeler hatte dem Aufstande, der dort am 5. Juni ausbrach, drei Wochen lang in einer verschanzten Kaserne getrotzt; ein Ausfall, den er am 26. Juni machte, kostete ihm das Leben, und nun entschloß sich die bedrängte Besatzung mit ihrem Belagerer Nena Sahib eine Capitulation abzuschließen, durch die ihr der Abzug verbürgt wurde. Allein Nena Sahib, der sich den Ruhm erwarb, von allen diesen indischen Wütherichen der grausamste und hinterlistigste zu sein, brach den Vertrag, überfiel die Abziehenden, schleppte die Frauen in die Gefangenschaft und ließ alle Männer ermorden. So blieben also nur Luckno und Agra, die auf Entsatz harrten. An beiden Orten gab es viele und heiße Kämpfe mit den Schwärmen der Belagerer, und hier wie dort erhielt der

Abfall Bengalens.

Die britischen Citadellen.

Der Fall von Kanpur.

Luckno und Agra.

Commandant, Sir Henry Lawrence und Oberst Thompson, bei heldenmüthiger Verteidigung die Todeswunde. Aber die Hoffnung auf Errettung hielt die Bedrängten aufrecht und ließ sie den schwersten Entbehrungen und Mühsalen trotzen. Von zwei Seiten her war Hülfe im Anmarsch: von Nordwesten aus dem Pendschab kam der Oberbefehlshaber der indischen Armeen Lord Anson, ein alter, gebrechlicher Mann, den die Nachricht von den schrecklichen Ereignissen aus seiner Ruhe in der Sommerresidenz Simla (im Gebiete des oberen Sutledsch) aufgescheucht hatte; von Osten her auf dem Ganges nahten Sir Henry Havelock und Sir James Outram. Ansons nächstes Ziel mußte Delhi sein und trotz mangelhafter Ausrüstung seiner Truppen und glühender Sommerhitze rückte er eilig darauf los; denn hier galt es, wie Sir John Lawrence antreibend ihm zurief, die Sicherheit des Reiches, gegen die alle Bedenken, die aus den Regeln der Kriegskunst erwachsen mochten, zurücktreten mußten. Aber kaum hatte Anson die nöthigsten Truppen bei einander und den Vormarsch begonnen, so starb er selbst am 27. Mai an der Cholera. General Barnard, der ihn ersetzte, traf am 8. Juni vor Delhi ein und erkämpfte sich eine feste Stellung vor der Stadt; aber ehe die Belagerungsgeschütze ihm nachkamen, raffte auch ihn Anfang Juli die Cholera dahin. Beinahe zwei Monate verstrichen unter vielen schweren Kämpfen, ehe man im Stande war, den Sturm zu beginnen; endlich am 14. September gab General Wilson, der jetzt die oberste Leitung hatte, den Befehl dazu; es gelang in die Stadt einzudringen, aber bis zum 20. dauerte der Kampf in den Straßen und über 1200 Mann betrug der Verlust des kleinen englischen Heeres. Schah Akber, der mit den Seinen entflohen war, wurde etwa drei Meilen von der Stadt eingeholt und gefangen; das Ende des Processes, der im folgenden Januar in Calcutta gegen ihn angestrengt wurde, erlebte der alte Mann nicht mehr; er starb im Gefängniß. Daß die Grausamkeiten der Empörer auch bei den Engländern einen wilden Rachedurst geweckt hatten, war nur zu begreiflich, und das Strafgericht, das über Delhi und die gefangenen Rebellen erging, war schrecklich. Indes beinah die ganze Streitmacht derselben war entkommen, und Wilson hatte daher noch die schwierige Aufgabe sie zu verfolgen; den Entsatz von Lucknow und Agra mußte er Havelock überlassen, der trotz seiner geringen Mittel einen glücklichen Anfang damit gemacht hatte. Ein schneller Marsch von Allahabad aus, in der Gabel zwischen Ganges und Dschumna, führte ihn nach drei siegreichen Schlachten in kaum drei Wochen am 17. Juli zunächst nach Kanpur, das südöstlich von Lucknow liegt. Nena Sahibs Heer wurde in diesen Kämpfen auseinander gesprengt, er selbst aber entkam. Havelock setzte nun unmittelbar seinen Marsch auf Lucknow fort; allein die Feinde, die sich ihm entgegenstellten, waren so zahlreich, daß es langer Kämpfe bedurfte, ehe er die Hauptstadt von Audh erreichte, und nachdem er sich in den Tagen vom

Einnahme von Delhi.

Havelocks Marsch nach Kanpur.

Erster Entsatz von Lucknow.

25. bis 30. September endlich den Zugang zu den Belagerten, die nur einen kleinen Theil der Stadt, die sogenannte Residenz, besetzt hielten, erstritten hatte, schlossen sich alsbald wieder die Reihen der Aufständischen, und es war nicht mehr erreicht als eine Verstärkung der Besatzung, bei den geringen Vorräthen an Lebensmitteln obendrein ein zweifelhafter Vortheil. Glücklicher war der Oberst Greathed, der zum Entsatz von Agra aufgebrochen war und zwar etwas später, am 10. October, dort eintraf, dann aber in seinen weiteren Bewegungen ungehemmt blieb. Havelock mußte seine eigene Befreiung jetzt von Sir Colin Campbell erwarten, der als Ansons Nachfolger zum Oberstcommandirenden ernannt war und in den letzten Tagen des October von Calcutta aufbrach. Ueber Kanpur näherte er sich Mitte November den hart Bedrängten und bewirkte am 17. die Vereinigung mit ihnen. Es konnte nicht seine Absicht sein, Luckno mit den Streitkräften, über die er verfügte, gegen die ungeheuere Ueberzahl der Rebellen zu behaupten; es kam zunächst darauf an, die Frauen und Kinder, die Verwundeten und Kranken in Sicherheit zu bringen und einen leichter zu verteidigenden Punkt in möglichster Nähe von Luckno zu besetzen, um von da aus später den Angriff wieder aufzunehmen. Während er selbst mit den Geretteten nach Kanpur zurückkehrte und sie von dort nach Calcutta sandte, erhielt Sir James Outram den ehrenvollen Auftrag, mit etwa 4000 Mann bei Alumbagh, kaum zwei Stunden von Luckno, die Wiederaufnahme des Angriffs abzuwarten. Seinen treuen Kampfgenossen, den General Havelock, ereilte an diesem Orte am 25. November der Tod an der Ruhr. Wochen vergingen, ehe Campbell im Stande war, von Kanpur wieder vorzurücken; denn ehe dies geschah, mußte er das Land am rechten Ganges-Ufer so weit von feindlichen Banden gesäubert haben, daß sein Rücken von ihnen nicht gefährdet wurde. Glücklicher Weise trafen jetzt die Verstärkungen aus Europa in reichlichem Maße ein; in einer großen Anzahl von Gefechten wurden die Aufrührer von Gwalior zurückgeschlagen und als der Obergeneral selbst sich wieder nach Audh begab, konnte er den General Sir Hope Grant mit genügenden Truppen zurücklassen, um sein Werk in diesen Gegenden zu vollenden. Outram hatte während dieser langen Zeit allen Angriffen auf Alumbagh siegreich widerstanden. Mitte Februar ward er aus seiner gefährlichen Lage befreit, und von verschiedenen Seiten rückten die Engländer, allein an Fußvolk 50,000 Mann stark, gegen Luckno vor. Auch so war die Eroberung der inzwischen stark befestigten Stadt keine leichte Sache und vom 9. bis zum 19. März wurde fast täglich gekämpft und gestürmt, bis endlich die Rebellen sich zur Flucht wandten.

Entsatz von Agra. — *Sir Colin Campbell.* — *Sir James Outram.* — *Kämpfe in Gwalior und Audh.* — *Zweite Einnahme von Luckno.*

Die Unterwerfung von Audh war damit allerdings noch keineswegs gesichert, denn die 50,000 Aufrührer, die sich in die Berge und Sümpfe gerettet hatten, sammelten sich leicht wieder zu neuen Angriffen. Ebenso dauerte in den anderen Provinzen,

die sich der Empörung angeschlossen hatten, der Krieg ununterbrochen fort; allein die einzelnen Thatsachen desselben, die Belagerungen und Eroberungen von Städten, das Zersprengtwerden und Wiederzusammenlaufen der Rebellenschaaren trägt doch nur das Gepräge eines großartigen Guerillakrieges und entzieht sich deshalb der ausführlichen Erzählung. Nach dem Fall von Luckno konnte über den Ausgang des Kampfes kein Zweifel mehr obwalten, und die Auszeichnungen, welche die Königin den hervorragenden Generalen verlieh, insbesondere die Erhebung Colin Campbells zum Lord Clyde of Clydesdale, waren wohlverdient. Von den bedeutenderen Häuptern des Aufstandes verteidigte sich Nena Sahib lange in Gwalior; als im Juni 1858 Sir Hugh Rose diese Stadt und die Burg erstürmte, entfloh er und warf sich in die nördlichen Grenzdistricte; über seinen Ausgang schwebt ein Dunkel; angeblich soll er in Nepal 1859 gestorben sein. Tantia Topih, von allen Führern der Empörung der ausdauerndste und fähigste, kämpfte bis in den April 1859 gegen die Engländer, wurde dann von einem Freunde verrathen und durch ein Kriegsgericht zum Galgen verurtheilt. Erbarmen kannten die Sieger nicht und durften es nicht kennen; es galt nicht allein Frevel zu strafen, die zum Theil alle Vorstellung übertrafen, sondern es konnte auch der Wiederkehr ähnlicher Erhebungen nur durch rücksichtslose Strenge vorgebeugt werden; Gnade würde nur mißverstanden sein, und die Gefangenen selbst wußten sehr wohl, welches Schicksal sie verdient hatten. Zu Hunderten wurden sie vor die Kanonen gebunden und weggeblasen, wie der übliche Ausdruck lautete; nur denen, die keinen Theil an der Ermordung britischer Unterthanen gehabt, wurde Verzeihung versprochen, wenn sie vor dem 1. Januar 1859 die Waffen niederlegten. Je geringer die Aussichten auf Sieg im Laufe des Herbstes wurden, um so häufiger wurde von dieser Begnadigung Gebrauch gemacht, und wenn auch zu Anfang des Jahres 1859 noch zahlreiche bewaffnete Banden vorhanden waren, so war in weitaus den meisten Gegenden doch die Ruhe vollkommen wieder hergestellt. Die Gefangennahme und die Hinrichtung Tantia Topihs durfte als der Endpunkt des Krieges bezeichnet werden.

Nena Sahib. Tantia Topih. Strafgerichte.

Die ostindische Compagnie erlebte diesen Endpunkt nicht mehr, sondern war selbst in der Zwischenzeit zu den Todten gelegt. Schon vor dem Ausbruch der Empörung war sowohl in England wie in Indien eine kräftige Bewegung im Gange, deren Ziel die Beseitigung dieses Kaufmannsregimentes war; ohne die Rebellion würde aber um so mehr Alles beim Alten geblieben sein, als die Compagnie-Privilegien erst 1853 mit einigen Beschränkungen erneuert waren. Da man sich aber bei dieser Gelegenheit nicht wieder, wie 1833, für zwanzig Jahre die Hände gebunden, sondern die Privilegien nur bis dahin verlängert hatte, wo das Parlament andere Bestimmungen treffen werde, so konnte jetzt die unerläßliche Reform sofort begonnen werden. Eine Ver-

Aufhebung der ostindischen Compagnie.

zögerung trat allerdings durch den Ministerwechsel ein, den das Orsinische Attentat im Gefolge hatte. Die indische Bill Palmerstons war kaum am 18. Februar mit einer Mehrheit von beinahe 150 Stimmen durch die erste Lesung gegangen, als ihr Urheber von seinem Posten zurücktreten mußte. Die Tories konnten sich aber von den Grundzügen jener Vorlage nicht weit entfernen, und nachdem das Unterhaus am 8., das Oberhaus am 23. Juli die Neuordnung endgültig angenommen hatte, legte das Directorium der Compagnie am 1. September seine Herrschaft nieder, und Lord Stanley übernahm als Minister für Indien die Verwaltung des Landes, unterstützt von einem Regierungsrathe, dessen Mitglieder zum Theil aus der Mitte der bisherigen Directoren hervorgegangen waren. Zum Vicekönig des mächtigen Reiches wurde der bisherige General-Statthalter Lord Canning ernannt, der während des ganzen Aufstandes mit großer Umsicht und Mäßigung seines Amtes gewaltet hatte. Die Finanzen Indiens blieben von denen Englands gesondert, wurden aber den Beschlüssen des britischen Parlamentes unterworfen. Sie waren schon in den Jahren vor 1857 ungünstig genug gewesen und durch die gewaltigen Kosten des Krieges vollends zerrüttet, so daß ihnen nur durch eine Anleihe und durch sehr starke Zollerhöhungen aufgeholfen werden konnte. Trotz des Reichthums des Landes und des mächtigen Aufschwungs des Handels, dem durch die Erschließung von China und Japan, durch die Herstellung der Telegraphenverbindung mit England und durch die Eröffnung des Suezcanals neue Wege gewiesen wurden, wollte das Gleichgewicht in dem indischen Budget Jahre lang nicht wiederkehren, und Mißernten, die schwere Hungersnoth im Gefolge hatten, verhinderten es, daß die Zerstörungen, welche die Empörung angerichtet hatte, so schnell überwunden wurden, wie man unter andern Umständen wohl hätte erwarten können.

Verwicklungen in Ost- und Mittel-Asien.

China. Gleichzeitig mit der Bekämpfung des indischen Aufstandes mußten die britischen Waffen auch gegen China gerichtet werden, um dort die Durchführung der früher erlangten Zugeständnisse zu erzwingen. Der Hafen von Canton, der nach dem Frieden von 1842 dem englischen Verkehr geöffnet werden sollte, war trotzdem geschlossen geblieben. Auch die Vereinigten Staaten, die 1843, und Frankreich, das 1844 einen Handelsvertrag mit China vereinbart, konnten gegen die Halsstarrigkeit der Chinesen nichts ausrichten. Die Taipings. Schreckliche Bürgerkriege, die das Innere des Reiches durchwühlten und ganze Provinzen von demselben losrissen, machten die Verhältnisse noch schwieriger. In dem südlichen Theile des Landes war seit dem Anfange der fünfziger Jahre die Regierung in Peking ohne jede Macht; statt ihrer herrschte ein Abenteurer,

Namens Hung-Siutsuen, der das Reich des Taiping, d. h. des großen Friedens, gestiftet hatte. Volksschullehrer seines Zeichens, hatte er durch den Missionar Gützlaff das Christenthum kennen gelernt und diese Kenntniß zur Grundlage der wunderlichsten Lehren gemacht. Seine Götzenbilder warf er aus dem Hause, las die Bibel und verbreitete sie in seinem Stamme, ließ sich aber nicht etwa taufen, sondern erklärte, er sei selbst ein jüngerer Bruder Christi. Bald hatte er einen so bedeutenden Anhang gewonnen, daß die chinesische Regierung Truppen gegen ihn aussenden mußte, ja daß er sich im Herbst 1851 in der Provinz Kuangsi als Kaiser ausrufen lassen konnte. Binnen einem Jahre fiel ihm fast das ganze Land südlich vom Yang-tse-Kiang und östlich vom Tsekiang zu; den Gipfel der Macht erreichte er, als es ihm gelang, am 19. März 1853 die Stadt Nanking zu erobern. Ueber die genannten beiden Flüsse vorzudringen, vermochte er jedoch nicht und ebenso blieben die Seestädte ihm lange verschlossen. Die Hoffnungen, die man in europäischen Kreisen Anfangs auf diese Bewegung gesetzt hatte, verschwanden, sobald man sie genauer kennen lernte und sie des falschen christlichen Schimmers entkleidet wurde. Die traurigen Zustände in den Taiping-Provinzen, das jammervolle Bild der Verwüstung, das vor Allem Nanking, die einst so reiche und blühende Stadt, bot, die Unmöglichkeit irgend welche geordnete Handelsbeziehungen mit den Europäern anzuknüpfen, Alles das würde schon längst das Einschreiten der Europäer herbeigeführt haben, wenn diese nicht mit der rechtmäßigen Regierung in ununterbrochenem Streite gelegen hätten. Eine Beleidigung der englischen Flagge im Hafen von Canton brachte die Feindseligkeiten endlich im October 1856 zum offenen Ausbruch. Contre-Admiral Seymour bombardirte und erstürmte die Forts von Canton und die Stadt selbst und bohrte am 5. November 23 chinesische Kriegsdschonken in den Grund. Der Fremdenhaß der Chinesen schwoll dadurch noch mehr an. Sie scheuten sich nicht, auch die Flagge der Vereinigten Staaten zu verletzen und die Factoreien von Canton in Brand zu stecken. Da nun Seymour zu wenig Truppen bei sich hatte, um die sämmtlichen Forts zu behaupten, und der amerikanische Commodore Armstrong sich damit begnügte, einige Verschanzungen des Feindes zu zerstören, so äscherten die Engländer Anfang Januar 1857 einen Theil der Stadt ein, räumten die Festungswerke und beschränkten sich auf das eine Fort Teatotum. In der Heimat erregte die Kunde von diesen Vorgängen große Aufregung; [illegible]e mehr das entschlossene Drauflosgehen Seymours, der übrigens [illegible]uf die Weisungen Sir John Bowrings, des Statthalters von Hongkong, handelte, den Beifall Palmerstons hatte, um so weniger waren die Tories und die Manchesterleute damit zufrieden, obgleich den letzteren Bowring, ein eifriger Schüler Benthams, sehr nahe stand. Im Oberhause trug die Regierung gegenüber dem Mißtrauensantrag Lord Derbys den Sieg davon, im Unterhause

Die europäischen Mächte.

Englisch-chinesischer Krieg.

Krisis in England.

aber brachte Cobden, von den unabhängigen Whigs und den Tories unterstützt, am 4. März eine Mehrheit von 16 Stimmen zusammen, die das Völkerrecht durch die Beschießung von Canton für verletzt und die britische Ehre für gefährdet erklärte. Palmerston kannte die Nation jedoch besser, als daß er aus solch einem Anlaß zurückgetreten wäre; er löste das Parlament auf und gewann nicht allein eine Mehrheit, sondern hatte auch den Triumph, daß Cobden, Bright, Milner Gibson, kurz alle Führer der Manchesterpartei unterlagen. Als Bevollmächtigter zur Wiederherstellung des Friedens ward Lord Elgin nach China geschickt und für den Fall, daß die Fortsetzung des Krieges nothwendig sein sollte, ein Bündniß mit Frankreich geschlossen. Lord Elgin machte einige Bemühungen, den Streit auf gütlichem Wege zu erledigen, aber vergebens; er verhängte deshalb am 8. August die Blokade über den Fluß und Hafen von Canton, und im December traf ein französisches Geschwader unter Rigault de Genouilly ein, ihn zu unterstützen. Canton wurde von der Seeseite eingeschlossen, bombardirt und am 29. December zum zweiten Male eingenommen. Aber auch jetzt blieb die chinesische Regierung hartnäckig; weder die Einsetzung einer den Verbündeten verantwortlichen Verwaltung in Canton, noch die Unterstützung, welche Rußland und die Vereinigten Staaten durch ihre Bevollmächtigten Putjatin und Reed den Vorstellungeu Elgins und seines französischen Collegen Baron Gros zu Theil werden ließen, erschütterte ihre Standhaftigkeit. Der Krieg mußte also weiter verfolgt werden und das verbündete Geschwader dampfte im Mai 1858 nordwärts und lief in die Mündung des Peiho ein, nachdem es die Vesten, welche dieselbe beschützten, die Forts von Taku am 20. genommen hatte. Erst als die Flotte den Strom bis Tientsin hinaufgefahren war, entschloß sich Hienfong, der Kaiser, zum Frieden, und am 26. und 27. Juni kamen Verträge mit den Verbündeten, mit Rußland und dem nordamerikanischen Bunde zum Abschluß, die allen das Recht, eine Gesandtschaft nach Peking zu schicken, einräumten, der christlichen Religion Schutz versprachen und die Zahlung einer Kriegsentschädigung an England und Frankreich ausbedangen. Ueberdies wurden eilf neue Häfen den verbündeten Flaggen eröffnet und freie Schifffahrt auf dem Yang-tse-Kiang ihnen eingeräumt. Lord Elgin übte dies letztere Recht sofort aus, indem er mit seinem Geschwader den Strom hinauf bis Hankau fuhr. Dann begab er sich nach Japan, um auch mit diesem Staate einen Handelsvertrag abzuschließen.

Lord Elgin. — *Frankreichs Theilnahme am Kriege.* — *Rußland und die Vereinigten Staaten.* — *Der Friede von Tientsin.*

Die Franzosen in Cochinchina.

Der französischen Flotte war ein anderer Schauplatz zu kriegerischer Thätigkeit in Asien angewiesen. Wiederholte Ermordungen von Christen in dem hinterindischen Königreiche Annam und insbesondere neuerdings die des spanischen Bischofs Diaz von Tonkin veranlaßten Frankreich und Spanien zu einem gemeinsamen Feldzuge. Rigault de Genouilly dampfte also süd-

wärts nach der Bucht des Turon, des Flusses, an welchem die Hauptstadt von Annam, Hue, liegt und verhängte über diese im September die Blokade. Mit dem Beginn des Jahres 1859 verlegte er aber seine Angriffe weiter nach Süden und eroberte am 17. Februar die Stadt Saigun, die zu einer französischen Flottenstation ausersehen war. Mehrere Heere des Königs von Annam, die zum Entsatz herankamen, wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen, und im Juni bat der Beherrscher des Landes um Frieden. Durch die Schuld beider Theile zerschlugen sich aber wiederholte Unterhandlungen, und der Krieg dauerte, mehrfach unterbrochen, noch Jahre lang fort. Die französische Regierung war sich selbst nicht völlig klar darüber, ob sie einen großen Theil Annams sich abtreten lassen, oder sich mit einigen Hafenstädten begnügen solle. Erst 1866 erloschen die Feindseligkeiten, doch auch in den späteren Jahren war die neue Colonie noch mannichfachen Gefahren ausgesetzt und gewährte Frankreich kaum einen andern Vortheil als den einer Kohlenstation in diesen Gewässern.

Der zweite chinesische Krieg.

Das Verhältniß der europäischen Mächte zu China war durch den Frieden von Tientsin auch nur für kurze Zeit geordnet. Kaum waren die fremden Flotten aus den chinesischen Gewässern fort, so gab sich in Peking wieder die alte Halsstarrigkeit kund. Die kaiserliche Bestätigung des Friedensvertrages blieb aus, und was noch bedenklicher war, die Forts am Peiho wurden wieder hergestellt. Ein kleines Geschwader, das unter dem Befehle des Admirals Hope und mit den Gesandten Englands, Frankreichs und der Union an Bord, am 24. Juni in den Fluß einfahren wollte, wurde von den Kanonen von Taku mit beträchtlicher Einbuße zurückgewiesen. Da die geforderte Genugthuung nicht geleistet wurde, mußte der Krieg von Neuem begonnen werden. Im April 1860 vereinigte sich ein ansehnliches Geschwader bei Shanghai und erzwang die Einfahrt in den Peiho. Diesmal war man entschlossen, bis Peking selbst vorzudringen. Allerdings stellten sich in Tientsin wieder Friedensboten ein, aber, ohne die Verhandlungen deshalb abzulehnen, rückten die Verbündeten bis Tung-tschao, vier Meilen von Peking, vor. Hier machten sie Halt und schlossen eine Waffenruhe. Allein die Chinesen brachen dieselbe am 18. September und zogen sich dadurch am 21. bei Palikao eine große Niederlage zu, die dem französischen Befehlshaber Cousin-Montauban den Titel eines Grafen von Palikao einbrachte. Der Eindruck dieses Sieges, den 7000 Europäer über 50,000 Chinesen davongetragen, und vielleicht noch mehr die Plünderung des prachtvollen kaiserlichen Sommerpalastes durch die Franzosen und seine Verbrennung durch die Engländer erschreckten den Kaiser im höchsten Maße. Er selbst floh nach Norden, der Prinz Kong, sein Stellvertreter, unterhandelte mit den Verbündeten, und im October zogen Elgin und Gros, von je tausend Mann begleitet, in die Hauptstadt ein.

Schlacht von Palikao.

Friedensschluß.

Am 6. November wurde der Friede von den Chinesen amtlich veröffentlicht; er gewährte neben den früheren Zugeständnissen den Fremden freien Zutritt in alle chinesische Städte, dazu eine neue Zahlung an Kriegskosten und das Recht, Tientsin sammt den Forts am Peiho besetzt zu halten. Kaiser Hienfong überlebte diese Demüthigung nicht lange, sondern starb schon 1861, und da sein Sohn Kitsiang erst sechs Jahre alt war, so leitete Kong, der den Europäern freundlich war, die Regierung, Anfangs an der Spitze eines Regentschaftsrathes, dann, da dieser ihm hinderlich in den Weg trat, nach einem glücklichen Staatsstreich im November 1861 unter dem Beirath von Männern, die ihm treu ergeben waren. Daß seine Politik China zum Vortheil gereichte, zeigte sich zunächst in der Unterstützung, welche die Europäer ihm bei der Unterdrückung der Taipings leisteten. Diese begingen die Unklugheit, durch Einnahme von Ningpo und Shanghai sich selbst mit den Engländern und Franzosen in Streit zu bringen. Zu der Befreiung der beiden Hafenstädte wirkten die Truppen der Verbündeten unmittelbar mit; für die weitere Fortsetzung des Krieges gestatteten dieselben hervorragenden Offizieren, Sherard Osborne, Coligny u. A., denen sich auch der Amerikaner Ward anschloß, in chinesischen Diensten Fremdenlegionen zu bilden, mit deren Hülfe die Taipings immer mehr zurückgedrängt wurden, bis der Fall ihrer Hauptstadt Nanking am 19. Juli 1864 ihre völlige Niederlage besiegelte.

Prinz Kong.

Besiegung der Taipings.

Die preußische Flotte in Ostasien.

Auch andere europäische Staaten zogen aus der veränderten Richtung der chinesischen Politik ihren Vortheil. Die junge preußische Flotte erschien in den ostasiatischen Gewässern, und Graf Eulenburg schloß als außerordentlicher Gesandter am 2. September 1861 einen Handelsvertrag mit China; Spanien, Portugal, Belgien, Dänemark folgten in den nächsten Jahren. Daß auch in Japan gleichzeitig eine den Europäern freundliche Strömung die Regierung leitete und die chinesischen Verträge daher durch japanesische ergänzt werden konnten, erhöhte den Werth beider. Den ersten Vertrag mit Japan schlossen die Vereinigten Staaten durch den Commodore Perry schon am 31. März 1854 ab; er gab ihnen aber noch kein weiteres Recht, als in den Häfen Hakodadi auf Jeso und Simoda auf Nipon Holz, Wasser und Proviant für ihre Schiffe einzunehmen und Consuln zu ernennen. Schon 1856 und 57 folgten dann aber weitergehende Verträge mit Holland und Rußland, 1858 auch mit den Vereinigten Staaten, durch die der freie Handel in Nangasaki und Hakodadi gestattet wurde, Häfen, denen in den nächsten Jahren Yokohama und andere hinzugefügt wurden. Lord Elgin und Baron Gros erwarben 1858 die gleichen Rechte für England und Frankreich, Graf Eulenburg am 24. Januar 1861 für Preußen und den Zollverein. Dann aber trat ein Rückschlag in Japan ein, der durch die Anhänger des Alten herbeigeführt wurde. Diese fanden sich hauptsächlich unter den Daimios, dem

Japanesische Handelsverträge.

Rückschlag in Japan.

hohen Adel des Landes, dessen Zustimmung der Taikun, selbst ein Daimio, der thatsächlich statt des Mikado, des wahren Souveräns, die Regierung führte und daher von den Europäern als der weltliche Herrscher von Japan bezeichnet zu werden pflegte, bei seinen Maßnahmen bedurfte. Im Fall, daß zwischen dem Taikun und den Daimios keine Einigung erzielt werden konnte, stand dem Mikado, der für gewöhnlich nur geistliche Functionen auszuüben hatte, die Entscheidung zu. Seinem Spruche konnte sich der Taikun nicht entziehen und kündete den europäischen Mächten durch ein Rundschreiben vom 1. Mai 1861 an, daß er sich durch die Wirkungen der Verträge sehr enttäuscht finde. Die Lebensmittel würden im Lande von Tag zu Tage theurer, das Volk verarme und es sei sogar eine Revolution zu fürchten; die Häfen, deren Eröffnung versprochen sei, müßten daher einstweilen geschlossen bleiben und auf neue Verträge einzugehen, sei die Regierung außer Stande. Die europäischen Mächte ließen sich in Folge dessen einen fünfjährigen Aufschub gefallen, aber gewaltsame Ausbrüche der Mißstimmung des Volkes blieben doch nicht aus. Schon Anfang 1861 war ein Dollmetscher des amerikanischen Gesandten ermordet worden, im Juli wurden zwei Engländer im Hause der Gesandtschaft schwer verwundet, im September 1862 ein Anderer von dem Gefolge eines Daimios getödtet und im folgenden Februar wieder die Wohnung des Gesandten überfallen. Für alle diese Gewaltthaten sagte der Taikun die verlangte Genugthuung zu und bekundete auch durch die Entsendung einer Gesandtschaft, die 1862 Europa bereiste, seinen guten Willen; aber er mußte doch der Volksstimmung Rechnung tragen und sich zur Erfüllung der europäischen Forderungen wenigstens dem Anscheine nach zwingen lassen, auch im Frühjahr 1863 von Neuem den Gesandten anzeigen, daß der Mikado die Aufhebung der Verträge und die Ausweisung der Fremden befehle; sie möchten also durch ihre Flotten in den verschiedenen Häfen für die Sicherheit ihrer Landsleute selbst sorgen. Daß die Warnung guten Grund hatte, lehrten die Ereignisse sehr bald. Zwei der mächtigsten Daimios, die von Nagato und Satsuma, wagten es, amerikanische, französische und holländische Dampfer anzugreifen. Die Antwort darauf war das Bombardement von Simonosaki durch französische, und von Kagosima durch engliche Kriegsschiffe im Juli und August 1863. Die Mehrzahl der Daimios wurde dadurch eingeschüchtert und auch der Mikado gab seinen Widerspruch auf. Eine neue Gesandtschaft wurde nach Europa geschickt, um die Feindseligkeiten beizulegen und womöglich auch die Fremden auf gütlichem Wege zur Verzichtleistung auf einen Theil ihrer Rechte zu veranlassen. Als diese Bemühungen scheiterten, schlossen die Gesandten am 24. Juni 1864 auch ohne das einen neuen Vertrag mit Frankreich ab und der Taikun gestattete einer französisch-englisch-holländischen Flotte, den Daimio von Nagato, der seine feindliche Haltung beibehielt, zum Gehorsam zu zwingen. Bei der Ankunft

Ausbruch der Feindseligkeiten.

Neue Verträge.

des Geschwaders im September 1864 zog der unruhige Fürst es vor, sich scheinbar zu fügen; wirklich beseitigt war aber sein und seiner Genossen Widerstand nicht und die Stellung des Taikun blieb nach wie vor eine sehr schwierige. Die Mittel, deren er sich bediente, um gegen eine Empörung gewaffnet zu sein, die Einübung seines Heeres durch europäische Offiziere und die Einführung europäischer Sitten und Einrichtungen waren sehr gefährlich, weil sie ihm die Gemüther des Volkes immer mehr entfremdeten. Auch die Haltung des englischen Gesandten, der die feindliche Partei durch Entgegenkommen versöhnen wollte und sogar bei dem Fürsten von Satsuma als Gast weilte, untergrub seine Macht, indem sie den Glauben zerstörte, daß die Fremden ihn in jedem Falle unterstützen würden. So griff denn endlich im Jahre 1866 der Daimio von Nagato mit vielen Verbündeten in offener Empörung zu den Waffen, und ein Bürgerkrieg begann, der durch den Tod des Taikun im September nur für kurze Zeit unterbrochen wurde. Denn der regelrecht gewählte Nachfolger des Verstorbenen, Stotsbaschi, konnte keine andere Politik verfolgen als sein Vorgänger, und der Angriff der Daimios war auch keineswegs bloß gegen die Person des Taikun gerichtet, sondern gegen das Taikunat selbst. Stotsbaschi fühlte sich bald außer Stande, seinen Gegnern zu widerstehen und entschloß sich, auf sein Amt zu verzichten. Sofort begann unter den Daimios eine große Bewegung in dem Sinne, daß für den abdankenden ein neuer Taikun überhaupt nicht gewählt, sondern der Mikado wieder als einziger Herrscher anerkannt werden solle. Sie traten in einer Art von Parlament zusammen, gaben ihre Besitzungen, natürlich unter der voraus zugesicherten Bedingung, sie wieder zu erhalten, in die Hände des kaum zwanzigjährigen Mikado zurück und vollzogen so, im September 1869, eine großartige Revolution, mit der auch die europäischen Mächte einverstanden sein konnten, da sie die Verhältnisse des Inselreiches wesentlich vereinfachte und der Fremdenhaß so sehr zurückgedrängt war, daß der Mikado selbst die Hauptstadt Jeddo dem freien Verkehr am 1. Januar 1869 öffnete und den fremden Kaufleuten einen bestimmten Stadttheil zum Wohnsitze anwies. Auf einen Rückschlag mußte man sich freilich immer noch gefaßt machen, aber die langsame Einwirkung europäischer Sitten, die Reisen vieler Japanesen nach Europa und Amerika, ihr eifriges Studium der dort herrschenden Cultur und die steigende Bedeutung und Verallgemeinerung der Handelsbeziehungen eröffneten doch die Aussicht, daß auch diese Gefahr von Jahr zu Jahr mehr schwinden werde.

Empörung der Daimios.

Sturz des Taikunats.

Rußlands Politik in Ostasien.

In dem Verhältnisse zu Japan und China hatte sich Rußland im Allgemeinen auf einer Linie mit den Westmächten und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika gehalten und abgesehen von einigen Landabtretungen keine besonderen Ansprüche für sich erhoben. Von Japan ließ es sich erst 1875 den süd-

lichen Theil der Insel Sachalin mit bedeutenden Kohlenbergwerken abtreten, wogegen es seinerseits auf die Kurilen verzichtete; von China hatte es schon 1858 das Gebiet des Amur erworben. Ohne die Bedrängniß, in der sich die pekinger Regierung damals durch den Krieg mit England und Frankreich befand, würde es dem General Murawieff, den dafür der Titel Amurski schmückte, wohl nicht so leicht geworden sein, diese wichtige Vergrößerung des russischen Reiches zu erlangen. Der Vertrag vom 28. Mai 1858 bestimmte, daß von der Mündung der Schilka bis zu der des Ussur in den Amur dieser Fluß die Grenze bilden sollte, während weiter stromabwärts auch auf dem südlichen Ufer und an der Meeresküste ein großer Landstrich abgetreten wurde, den ein zweiter Vertrag vom 14. November 1860 noch um ein neues Stück (bis 42° 50′ N. B.) vergrößerte. In diesen Gegenden erregte das Vordringen der Russen auch bei den Engländern kein Mißtrauen und keine Besorgniß; anders aber stand es mit den ungleich größeren Erwerbungen, die das Czarenreich in Mittelasien in der Richtung auf Afghanistan machte. Seit der mißglückten Expedition, die Perowski 1839 gegen Khiwa unternommen hatte, lenkte Rußland sein Augenmerk vorzugsweise auf das östlichste und schwächste der drei großen turanischen Khanate, auf Kokand. Um dorthin vorzudringen, brauchten die Heere nicht wie gegen Khiwa ungeheuere Wüsten zu durchmessen, sondern konnten dem Laufe des Syr Darja folgen; der Besitz von Kokand aber eröffnete wieder westwärts verhältnißmäßig bequeme Straßen nach der Bucharei und weiter nach Khiwa. Als Vorbereitungen zum Kriege gegen Kokand diente die Einverleibung der Kirgisensteppe mit ihren 3 Millionen Bewohnern, die Gründung des Forts Aralsk an der Mündung des Syr Darja und die Erbauung einer kleinen Flotte am Aral-See. Als diese Einleitungen 1852 beendet waren, begann der Angriff, und das Fort Perowski, einige Tagemärsche stromaufwärts vom Fort Aralsk, war die erste Beute, die den Kokandern abgenommen wurde. Trotz des Krimkrieges wurden die militärischen Operationen in diesen Gegenden fortgesetzt und, als Khiwa sich zum Schutze Kokands einmischen wollte, auch auf diesen Staat ausgedehnt und 1854 von ihm ein Vertrag erzwungen, der den Russen auf zwanzig Jahre das Recht ertheilte, eine Besatzung nach Urgendsch, am Südufer des Aral-Sees, zu legen. Auch Mozaffer, der Khan der Bucharei, mischte sich in diese Wirren. Er benutzte die Bedrängniß Kokands, um es anzugreifen und zur Anerkennung seiner Lehnshoheit zu zwingen. Nichts konnte Rußland erwünschter sein. Eine Note Gortschakoffs vom 21. November 1864 setzte den Engländern sehr gründlich und unbefangen auseinander, daß die wahre Grenzlinie Rußlands in diesen Gegenden von dem Issikul über die Stadt Tschemkend an den Syr Darja führe, daß diese zur Vertheidigung nothwendig sei, darüber hinauszugehen aber den eigenen Interessen Rußlands widerstrei-

Erwerbung des Amur-Gebietes.

Rußlands Politik in Mittelasien.

Vordringen gegen Kokand.

Khiwa.

Bokhara.

ten würde. Allein kaum war man dieser Linie sicher, so änderte sich die Meinung der russischen Staatsmänner; schon 1865 überschritt der General Tschernayeff auch jene Grenze, nahm die südlich davon gelegene Stadt Taschkend und schuf eine neue russische Provinz Turkestan. Als er dann seinem Gegner Mozaffer gegenüber einige Schlappen erlitt, wurde er abberufen, und seine Nachfolger, Romanowski und Kaufmann, verfolgten die betretene Bahn mit noch größerem Nachdruck. Ein großer Sieg bei Yedschar, den 3600 Russen über 40,000 Feinde errangen, öffnete ihnen den Weg nach Khodschend und Samarkand, das sie am 20. Juni 1866 eroberten. Vergebens hatte Mozaffer sich mit Bitten um Hülfe nach Calcutta und Constantinopel gewandt; da er allein den Russen nicht gewachsen war, fügte er sich nach manchen Umschweifen und nachdem General Kaufmann auch sein Hauptquartier erobert, in das Unvermeidliche und schloß einen Frieden, der das eroberte Gebiet in den Händen Rußlands ließ, die Erbauung einer Straße nach der Stadt Bokhara zusicherte und die Zölle für russische Waaren auf 3% herabsetzte, während die englischen 40% bezahlten. Damit schien ein gewisser Stillstand in dem Vorrücken nach Süden wirklich eingetreten zu sein; Rußland half dem Khan von Bokhara eine Empörung seines ältesten Sohnes unterdrücken und bezwang 1870 einige Vasallenfürsten, die von Mozaffer abgefallen waren, beide Male ohne für sich eine Erweiterung der Grenzen zu fordern. Ja, als der Khan von Khiwa dem Czaren, grade vor Ablauf des zwanzigjährigen Vertrages von 1854, durch die Gefangennahme einiger seiner Unterthanen den Vorwand zu einem neuen Kriegszuge gab und beim Friedensschluß (1873) auf die Ostküste des Kaspi-Sees bis an die persische Grenze und auf das rechte Ufer des Amu Darja verzichten mußte, überließ Rußland sogar einen Theil dieses letzteren Gebietes an Bokhara.

Khiwa.

Englands Verhalten.

Fast unthätig sah England dem Vorrücken seines asiatischen Rivalen gegen seine eigenen indischen Besitzungen zu. Der alte Glaube an einen dereinstigen Zusammenstoß der beiden europäischen Mächte in Afghanistan war im Lauf der Jahre sehr erschüttert worden und galt trotz der düsteren Warnungsrufe, die David Urquharts Nachfolger, unter ihnen besonders der ungarische Reisende Vambéry, ausstießen, nicht mehr als ein unantastbares Dogma. Man verkannte auch in England nicht, daß Rußlands Grenzerweiterungen noch von einem höheren Interesse geboten seien als von dem Durste nach Eroberung und Macht, daß die russischen Waffen zugleich der Wissenschaft und der Gesittung dem Handel und dem Christenthume die Wege bereiteten. Ueber dies entsprach es der friedlichen Strömung, der das englische Volk seit dem Beginn der sechziger Jahre sich unverkennbar hingegeben hatte, nicht, um einer doch mindestens zweifelhaften Gefahr, die im Schoße der Zukunft ruhen konnte, zuvorzukommen, die zweifellosen Mühen und Sorgen und Kosten eines augenblic

lichen Krieges auf sich zu nehmen. Man begnügte sich daher in London und Calcutta damit, Persien, Afghanistan und das Reich von Kaschgar und Jarkand für die englische Sache zu gewinnen, auch das freilich nur mit geringem Erfolge. Insbesondere Jakob Kuschbegi, der Beherrscher des letztgenannten Staates, der seit 1864 die weiten Gebiete Chinas zwischen dem Thian-Schan und dem Küen-Lün von dem himmlischen Reiche losgerissen und sich unterworfen hatte, erklärte ganz offen, daß er vor dem waffenmächtigen und kriegsbereiten Czaren weit mehr Respect habe als vor der friedfertigen Königin von England; er schlug das britische Bündniß aus und verband sich mit Rußland. In Afghanistan war der Einfluß der Engländer so lange gut begründet, wie ihr früherer Feind Dost Mahomet noch lebte; unbeirrt hielt der alternde Fürst zu England, seit Sir John Lawrence mit ihm 1855 einen Vertrag abgeschlossen hatte, der seine und seiner Erben Herrschaft in Afghanistan verbürgte; auch der indische Aufstand brachte ihn nicht ins Wanken. Vor seinem Lebensende wünschte er noch Herat seiner Herrschaft zu unterwerfen und kam auch noch eben ans Ziel; aber am Tage, nachdem die Stadt gefallen war, starb er im Jahre 1863. In den Thronstreitigkeiten, die darauf zwischen seinen Söhnen ausbrachen, spielten die Engländer nicht die beste Rolle. Nach dem Vertrage von 1855 hätten sie dem ältesten Sohne Schir-Ali beistehen müssen; weil aber ein jüngerer, Afzul Khan, Anfangs vom Glück begünstigt war, so verhielten sie sich unthätig und empfahlen eine Theilung. Afzuls Schicksal wendete sich jedoch bald, er wurde ermordet; Schir-Ali half sich selbst aus der Noth und besiegte auch seine anderen Gegner. Jetzt waren die Engländer gern bereit, ihn zu unterstützen, schickten ihm Waffen und versprachen ihm ein jährliches Geschenk von 120,000 Pfund. Schir-Ali ging darauf ein und schloß im März 1869 persönlich mit dem Vicekönig von Indien, Lord Mayo, in Umballah einen Vertrag ab, durch den er die Oberhoheit Englands anerkannte. Die Bemühungen des britischen Cabinets waren nun unausgesetzt darauf gerichtet, ihm durch Verträge mit Rußland eine gesicherte Nordgrenze zu schaffen. Zu mehr als allgemein gehaltenen Verabredungen kam es aber nicht, weil man in Petersburg die Möglichkeit einige der beanspruchten Grenzdistricte selbst zu erwerben nicht aufgeben wollte; man einigte sich wohl über den Grundsatz, eine neutrale Zone zwischen dem beiderseitigen Machtgebiete zu schaffen; aber alle Anläufe, diesen Grundsatz thatsächlich zu verwirklichen, scheiterten und während dessen schob Rußland ununterbrochen seine Grenzlinien weiter gegen Süden vor.

Kaschgar.

Afghanistan.

Englisch-russische Verhandlungen.

Rußland nach dem Krimkriege.

Die inneren Verhältnisse Rußlands hatten seit dem Krimkriege tiefgreifende Veränderungen erlitten. Kaiser Alexanders

Rußlands europäische Politik.

fester Vorsatz war es, sich in keine europäischen Verwickelungen einzulassen, so lange nicht die Wunden, die der Krieg dem Lande geschlagen, vollständig ausgeheilt und die Versäumnisse nachgeholt waren, deren sich Nikolaus in seiner langen Regierung und besonders in den letzten Jahren schuldig gemacht hatte. Rußland schmollt nicht, es sammelt seine Kräfte — La Russie ne boude pas, elle se receuille, mit diesen Worten kündigte Fürst Gortschakoff, der im April 1856 an Nesselrodes Stelle die Leitung des auswärtigen Amtes übernahm, den fremden Mächten diesen Entschluß an. Damit stand die Ausdehnung der russischen Macht gegen China und in Centralasien nicht im Widerspruch, weil ernstere Verwicklungen dabei sehr leicht vermieden werden konnten. In Europa wäre das nicht möglich gewesen und deshalb enthielt sich Gortschakoff hier mit größter Vorsicht jedes selbständigen Schrittes und begnügte sich im Allgemeinen damit, durch rechtzeitige Zugeständnisse und Höflichkeiten die französische Politik in einem Fahrwasser zu erhalten, das Rußlands Interessen entsprach. Die Zusammenkunft, die Kaiser Alexander im Herbst 1857 mit Napoleon in Stuttgart hatte, war eine von diesen Höflichkeiten, und zu guten Diensten auf diplomatischem Felde gab es Gelegenheit genug in solchen Fragen, bei denen Rußland nicht unmittelbar betheiligt war. Dafür zeigte sich Frankreich denn in allem, was den europäischen Orient betraf, dankbar und wirkte in engem Einverständniß mit dem Petersburger Cabinet.

Alexander II.

Daß Kaiser Alexander durch seine friedliche Haltung keineswegs Verzicht leisten wollte auf die Eroberungspläne, die seit anderthalb Jahrhunderten den rothen Faden der russischen Politik gebildet hatten, dessen machte er gar kein Hehl; gleich in der Anrede an sein Volk, die er bei seiner Thronbesteigung veröffentlichte, sprach er das ja unumwunden aus. Aber er hatte erkannt, daß seinem Reiche die Kräfte ausgehen würden, wenn es bei seinem schnellen äußeren Wachsthum nicht durch innere Reformen gefestigt werde. Der friedliebende Charakter des neuen Herrschers erleichterte ihm diesen Entschluß sehr. Sein ganzes Wesen erinnerte weit stärker an seinen Oheim Alexander I., als an seinen Vater Nikolaus. Eine weiche, heftigen Erregungen durchaus abholde Natur war ihm die Anlehnung an starke Charaktere ein inneres Bedürfniß. Wo er einen solchen Halt einmal gefunden hatte, sei es im Kreise seiner gekrönten Vettern, sei es in dem seiner Diener, da hielt er mit großer Beständigkeit daran fest; in dieser Hinsicht seinem Oheim unzweifelhaft noch überlegen. Ohne Hast und Leidenschaft verfolgte er die Pläne, die er sich einmal vorgesteckt; besondere Wärme für ihre Ausführung verrieth er äußerlich nur selten; im Gegentheil hätte die kaltgleichgültige Haltung, die er in der Regel zeigte, oft auf vollständige Theilnahmlosigkeit schließen lassen können. In Wahrheit aber bewies er große Consequenz in dem, was er einmal begonnen; wo er eine Schwenkung in seinen Regierungsmaßregeln vornahm,

geschah es gewiß erst, nachdem die Männer, welche ihn bisda geleitet, vollkommen die Zeit und Gelegenheit gehabt hatten, ihren Weg zu gehen, und nicht früher, als bis sich die Unmöglichkeit dieses Weges unzweideutig herausgestellt hatte. Der aufgeregten Stimmung des Tages war er wenig zugänglich; aber Vortheil aus ihr zu ziehen, sie zu lenken und auszubeuten, überhaupt die Gunst des Augenblickes zu benutzen, verstand er sehr wohl. Vielleicht war es mehr das Verdienst seiner Rathgeber als sein eigenes, solche Momente rechtzeitig auszuspähen; jedenfalls wußte der Kaiser das zu würdigen und ließ nicht durch Unentschlossenheit die günstige Gelegenheit wieder entschwinden. Auch Vorurtheile und berechtigten Groll zu unterdrücken erwies er sich in wichtigen Fragen als fähig; den hartnäckigen Haß seines Vaters kannte er nicht. Allen seinen Reformen lag augenscheinlich nicht allein kluge Berechnung, sondern eben so sehr menschliches Wohlwollen zu Grunde, und wenn die Durchführung dieser Reformen in der That für Rußland zu einer Lebensfrage geworden war, so konnte es sich Glück dazu wünschen, daß in diesem wichtigen Zeitpunkte grade dieser Kaiser auf seinem Throne saß.

Neue Männer.

Unmöglich konnte sich Alexander bei seinen Plänen der Männer bedienen, die sein Vater um sich versammelt hatte; dennoch trennte er sich von ihnen nicht eher, als bis die Sachlage es gebot. Den wichtigsten Posten hatte seit 1848 Fürst Alexis Orloff bekleidet, der Vorstand der kaiserlichen Kanzlei, Abtheilung drei, d. h. der Geheimpolizei. Sein Einfluß war so groß gewesen, daß man die übrigen Minister, etwa den des Krieges ausgenommen, einfach als seine Untergebenen betrachtete. Die Ersetzung Bibikoffs, der das Innere, und Kleinmichels, der die Bauten unter sich gehabt hatte, durch Lanskoy und Tschewkin machte daher auch nur geringen Eindruck. Aber als Orloff seinen Platz räumen mußte und der wohlwollende, wenn auch unbedeutende Dolgoruki an seine Stelle trat, begrüßte lauter Jubel diese Maßregel als den entscheidenden Umschwung.

Die Presse.

Ein ganz neuer Geist schien in das öffentliche Leben zu fahren und vor Allem in der Presse einen Ausdruck zu suchen. Mit äußerster Strenge hatte Nikolaus diese unterdrückt; seine Censur ließ nicht allein in Rußland keine Kritik aufkommen, sondern erstickte erfolgreich auch die Stimme des Auslandes; nicht der zehnte Theil der fremden Blätter, die den Einlaß suchten, fand ihn; alle bedeutenderen Bücher wurden grundsätzlich ausgeschlossen, und da ein Paß zur Reise ins Ausland 500 Silberrubel für ein Jahr kostete, so war auch die Möglichkeit, sich persönlich über die öffentliche Meinung Europas zu belehren, nur Wenigen gegönnt. Jetzt schwand die hohe Steuer, die auf die Ueberschreitung der Grenze gelegt war, und es schwand der Druck, der auf der Presse ruhte. So groß war die Zahl der neu entstehenden Zeitschriften, daß in den Jahren 1858—60 gegen 80 derselben wieder eingehen mußten, obgleich ihnen die größte Theilnahme entgegen kam. Weitaus

die meisten dieser Blätter huldigten dem fortgeschrittensten Liberalismus, und mit den Schriftstellern wetteiferten die Censoren an Freisinnigkeit. Wenn trotzdem noch immer gar manche Uebelstände vorhanden waren, die kein russisches Blatt berühren durfte, so war doch auch dafür gesorgt, daß diese nicht ungesagt blieben. In London erschien nämlich seit 1855 eine Zeitung unter dem Titel Kolokol (die Glocke), deren Herausgeber, ein russischer Flüchtling Namens Herzen, in der räthselhaftesten Weise sich von den geheimsten Dingen Kenntniß zu verschaffen und ebenso auf niemals aufgeklärten Wegen sein Blatt in tausenden von Abdrücken durch Rußland zu verbreiten wußte. Die einheimische Presse und mit ihr der einheimische Liberalismus spaltete sich in zwei sich allmälig sondernde Gruppen. Während die eine sich mit westeuropäischer Cultur zu durchdringen suchte und daher den Beinamen der Sapadniki, d. h. der Westlichen, erhielt, legte die andre den Hauptnachdruck auf die russische Nationalität und wurde daher gewöhnlich als die der Slawenfreunde bezeichnet. In des Kaisers Gunst stand zunächst die erste am höchsten; ihr Führer war der Bruder des Czaren, Großfürst Konstantin, und nicht selten bezeichnete man sie nach ihm als die der Konstantinowzen. Mehr oder minder entschieden gehörten ihr einige der bedeutendsten Minister an, so Gortschakoff und vor Allem Walujeff, der Anfangs die Domänen und seit 1861 das Innere verwaltete, ein Mann, der schon zu Nikolaus Lebzeiten, als er noch in untergeordneter Stellung in Livland lebte, durch seine schonungslosen amtlichen Denkschriften über die Branntweinpacht, die Leibeigenschaft und andre Gegenstände seinen Freimuth sowohl wie seinen Scharfblick bekundet hatte. Die Slawenfreunde hatten ihren Hauptsitz in Moskau; auch sie zählten in ihren Reihen nicht nur vortreffliche Schriftsteller, wie Aksakoff oder Katkoff, sondern auch Staatsmänner von erstem Range, wie die Brüder Miljutin. In den Anfängen der Regierung Kaiser Alexanders standen sie den Sapadniki noch nicht so feindlich gegenüber wie später; die Lösung der starren Bande, in die Nikolaus Alles geschlagen hatte, war der einen Partei so erwünscht wie der andern. Die Entsetzung betrügerischer Beamten, die Unterdrückung des Spionirsystems, die Befreiung der Universitäten von den Einschränkungen, die ihnen auferlegt waren, die Begnadigungen der Unglücklichen, die seit dem Dekabristen-Aufstande oder der polnischen Revolution in Sibirien schmachteten, die Erbauung von Eisenbahnen, der Nikolaus sich hartnäckig widersetzt hatte, die Verminderung des Heeres, der Erlaß der Rekrutirung für vier Jahre, die Niederschlagung der Steuerrückstände im Belauf von 24 Millionen Rubel, Alles das waren Maßregeln, denen der junge Liberalismus jeder Färbung ohne Unterschied zujauchzte und die den Namen des Kaisers im ganzen Reiche, ja in ganz Europa populär machten.

Parteien.

Reformen.

Aufhebung der Leibeigenschaft.

Aber einschneidender als alle diese Reformen war der große Entschluß, den Kaiser Alexander faßte, die 23 Millionen Leib-

eigener seines Reiches zu befreien. Der Einsicht, daß dieser Schritt endlich einmal geschehen müsse, hatte sich selbst Nikolaus nicht entzogen. Dreimal, 1826, 1836 und 1839, hatte er Ausschüsse niedergesetzt, um die Frage zu prüfen, alle dreimal war er vor der Ausführung zurückgebebt. Aber noch auf dem Todtenbette, so erzählte man, war er zu diesen Ideen zurückgekehrt und hatte sie dem Thronfolger warm empfohlen. Alexander war dann auch entschlossen, Ernst damit zu machen. Unter dem Adel war das Gerücht verbreitet, ein geheimer Artikel des pariser Friedens verpflichte ihn dazu, und der Gouverneur von Moskau bat in Folge dessen den Kaiser bei seiner Anwesenheit im August 1856 um beruhigende Versicherungen. Alexander erklärte darauf, er habe zwar nicht die Absicht, schon jetzt die Sache in die Hand zu nehmen; aber lange könne die Leibeigenschaft nicht mehr bestehen, und es sei besser, daß sie von oben her, als daß sie von unten abgeschafft werde. Er schloß mit der Bitte an den versammelten Adel über diese Sache nachzudenken.

In demselben Sinne äußerte er sich bei seiner Krönung im September 1856 auch gegen die Adelsmarschälle der übrigen Provinzen und trug ihnen auf, in ihren Kreisen dafür zu wirken. Ein geheimer Ausschuß, den er in Petersburg niedersetzte und in dem sein Bruder Konstantin bald eine bedeutende Rolle spielte, sollte die ersten Vorbereitungen treffen. Die Unlust, mit welcher die meisten Mitglieder desselben an die schwierige und opfervolle Aufgabe herantraten, lähmte dessen Thätigkeit jedoch sehr und die Bedingungen, über die man sich endlich einigte, waren engherzig genug. Alles Landeigenthum, mit Ausnahme der Uçadba, d. h. des kleinen Gärtchens, des Hauses und der Stallung, die jeder Bauer inne hatte, sollte im Besitze des Edelherrn bleiben; die Uçadba sollte der Bauer binnen zehn Jahren abverdienen und erst nach Ablauf dieser Frist sollte die Befreiung eintreten. Selbst diese Bedingungen konnten indeß nicht auf den Beifall des Adels rechnen, die Zustimmungserklärungen, auf die der Czar gehofft hatte, blieben aus, und als endlich im November 1857 der Gouverneur von Littauen eine solche einsandte, da war sie gefälscht, und Niemand war mehr überrascht als der littauische Adel, als ihm ein kaiserliches Schreiben den Dank des Monarchen für die bewiesene Bereitwilligkeit aussprach und ihn anwies, einen besonderen Ausschuß zu bilden und mit der Ausarbeitung von detaillirten Entwürfen zu beauftragen. Abschriften dieses Erlasses wurden an alle Adelsmarschälle des Kaiserreichs geschickt, um durch gelinden Druck die Bewegung in Gang zu bringen; der petersburger Adel erhielt unmittelbar vom Kaiser die Aufforderung, zur Bildung eines Ausschusses zu schreiten. In den Grundlagen der Befreiung waren inzwischen bereits einige Aenderungen als unerläßlich erkannt, insbesondre die Nothwendigkeit, den Bauern außer ihrer Uçadba noch so viel Land zu geben, wie zu ihrem Unterhalt erforderlich war. Dadurch wurde es dem Adel noch schwerer,

sich dem kaiserlichen Auftrage zu fügen, und ein Jahr beinah verging, ehe die Ausschüsse in allen Provinzen ins Leben traten. Auch machte sich in vielen derselben eine große Verbitterung Luft, und nur durch Gewalt und Drohung konnte mancher Heißsporn zur Gefügigkeit gezwungen werden. Erst im März 1859 trafen die letzten Entwürfe in Petersburg ein, und das gesammte Material wurde nun vom Kaiser einem Ausschuß überwiesen, an dessen Spitze der überaus thätige General-Adjutant Rostowzoff stand, und zu dessen Mitgliedern Tscherkaßki, Miljutin und andre bedeutende Männer gehörten. Bei der Ausarbeitung des Gesetzes sollte dieser Ausschuß sich der Mitwirkung von Abgeordneten bedienen, die aus allen Gouvernements nach Petersburg berufen wurden. Dieses Zugeständniß genügte dem Adel jedoch nicht. Selbst unter denen, welche die Befreiung billigten, waren viele, die eine Entschädigung, nicht in Geld oder Geldeswerth, sondern in politischen Rechten dafür verlangten. Es lag auf der Hand, daß die Macht des Adels in eben dem Grade gemindert, wie die des Kaisers gesteigert wurde. Alle die Millionen, welche bisher den Edelmann als ihren Herrn betrachtet hatten, traten fortan in die gleichberechtigte unmittelbare Unterordnung unter den Kaiser und konnten von der Krone gegen den Adel verwendet werden; die schwachen Bollwerke, die dem Absolutismus des Czaren bisher noch von der Aristokratie entgegengesetzt waren, wurden eingerissen. Es schien nicht mehr als billig, daß der letzteren dafür eine größere Mitwirkung an der Regierung gestattet werde; in welchem Umfange, darüber gingen die Wünsche auseinander, aber man sprach selbst von einer parlamentarischen Verfassung und wollte jedenfalls die Leibeigenen nicht aus der Hand lassen ohne vorher des Preises sicher zu sein. Dem widersetzte sich der Kaiser auf das Entschiedenste und die Wortführer dieser Richtung bekamen seinen Unwillen zu fühlen; er war entschlossen, die beiden Fragen völlig auseinander zu halten, und als die Abgeordneten, nach ungnädigem Abschiede in ihre Heimat zurückgekehrt, von ihren Standesgenossen in augenfälliger Weise geehrt und in ihren Forderungen unterstützt wurden, mehrten sich die Verweise und die Strafen. Auch in dem engeren Kreise des Ausschusses platzten die Gegensätze noch scharf aufeinander, sodaß der Kaiser, der es doch auch mit dem Adel nicht ganz verderben wollte, den Großfürsten in Folge einiger überscharfen Aeußerungen beurlaubte und auf Reisen schickte. Die Länge der Frist, binnen welcher die Bauern ihren Landbesitz erwerben sollten, der Umfang desselben und die Frage, ob die alte russische Einrichtung des Gemeindebesitzes beibehalten werden solle, waren die hauptsächlichsten Streitpunkte. Für den letzten Vorschlag erwärmten sich besonders die Slawenfreunde, deren Wortführer Miljutin war. Wenn nicht der einzelne Bauer das Besitzrecht an seinem einzelnen Hofe erwarb, sondern statt dessen die ganze Gemeinde das Besitzrecht an sämmtlichen Höfen, so war damit ebenso sehr eine eigenthümliche

Entwicklung des russischen Lebens im Gegensatze zum westeuropäischen gesichert, wie ein bedeutender Schritt zur Ausführung der communistischen Ideen gethan, die in den Köpfen der slawischen Partei spukten. Den Sieg errang diese aber nicht. Nach langen Verhandlungen, die sich in tiefes Dunkel hüllten, trat die Entscheidung endlich in dem Gesetz vom 3. März 1861 ans Licht. Es steckte eine Frist von zwei Jahren für die Durchführung der neuen Maßregel und ordnete in jedem Bezirke die Wahl von Friedensrichtern an, welche die etwa ausbrechenden Streitigkeiten schlichten sollten. Den Bauern wurde außer ihrer Uçadba ein bestimmtes Maß von Landeigenthum zugesprochen, das sie allmälig abverdienen sollten; die gutsherrliche Polizei ward aufgehoben und die Bauernhöfe zu Gemeinden zusammengelegt. Daß eine so gewaltige Aenderung nicht ohne heftige Zuckungen vor sich gehen werde, verhehlte sich der Kaiser selbst nicht; auch die Befürchtung, daß der Bauer seine Freiheit mißbrauchen und durch Faulheit und Leichtsinn dem Wohlstande des Landes neue schwere Wunden schlagen werde, klang durch die ermunternden Worte, mit denen Alexander die Veröffentlichung des Gesetzes begleitete, vernehmlich hindurch. Die aufrührerischen Bewegungen, zu denen es besonders östlich der Wolga wirklich kam, wurden schnell genug unterdrückt; selbst die 10,000 Bauern, die sich um den Anton Petrow schaarten, um diesen, der sich für den vom Adel aus Petersburg vertriebenen Czaren ausgab, auf den Thron zurückzuführen, waren in wenigen Tagen zersprengt. Aber die Unlust zur Arbeit und die Verschwendung des überschüssigen Ertrages der Felder, die man für die nächste Zeit befürchten mußte, trat wirklich ein und ihre schlimmen Folgen machten sich in bösen Hungerjahren bemerklich. Dazu kam als eine noch bedenklichere und nicht so klar vorausgesehene Wirkung der Aufschwung des demokratischen Geistes, der in Rußland bisher fast unbekannt, eine ganz unerwartete Macht gewann und den Wunsch des Adels, seine eigene politische Stellung zu verstärken, als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ. In der gebildeten Jugend erwachte nach diesem einen großen Fortschritte ein ungezügelter Drang nach völlig umstürzenden Neuerungen. Die maßvolle Reform, welche dem Kaiser vorschwebte, fand in diesen Kreisen gar kein Verständniß. Für sie war das einzige Orakel Herzens Kolokol, der um so leichter alle Köpfe beherrschen konnte, als sein Name von der russischen Presse nicht genannt werden durfte und seine Lehren und Forderungen also auch nicht öffentlich bekämpft werden konnten. So bemächtigte sich der socialdemokratische Gedanke, den Herzen vertrat, im Fluge der Gebildeten und vor Allem der studentischen Jugend; ungestüm verlangten sie danach ihn auch im Volke zu verbreiten und in Flugblättern, Vorlesungen, Sonntagsschulen wurde den ungebildeten Classen, die kaum aus dem Zustande der Unfreiheit heraustraten, das socialistische Evangelium verkündet. Darüber mußten auch die aufrichtig Liberalen unter

Bauernunruhen.

Aufschwung der Demokratie.

den Sapadniki stutzig werden und der Czar selbst hielt es für geboten, wenigstens auf dem Gebiete des Universitätswesens mit der Ertheilung neuer Freiheiten inne zu halten. Unglücklicher Weise übertrug er nun aber die Leitung dieses Zweiges der Verwaltung dem dazu gänzlich ungeeigneten Admiral Putjätin, der durch schroffes Dreinfahren und gewaltsame Unterdrückung die Studenten wieder zur Ordnung zu bringen gedachte. Statt dessen reizte er sie dadurch im Herbst 1861, während der Czar in der Krim weilte, zu Straßenaufläufen und hitzigen Kundgebungen, die in Petersburg, Moskau, Charkow und Kiew Tage lang anhielten und sich des unverhohlenen Beifalls und der Unterstützung der Bevölkerung erfreuten. So weit zu gehen war Alexanders Wille nicht gewesen; Putjätin mußte zurücktreten und wurde durch Golownin ersetzt, einen genauen Freund Walujeffs; auch Miljutin wurde als Kriegsminister in den Rath der Krone berufen, und von Reutern, der Finanzminister, Seleny, der Minister für die Domänen, die gleichzeitig mit ihm Anfang 1862 ins Amt traten, waren ebenfalls liberalgesinnte Männer. In allen Zweigen der Verwaltung wurden die Reformen daher rüstig wieder aufgenommen, allerdings nicht überall mit gleichem Glück. Aus dem Justizministerium erging eine neue Gerichtsverfassung nach westeuropäischem Muster mit Geschworenen und Friedensrichtern und lebte sich trotz zahlreicher erheblicher Mängel schnell ein, theils wegen des populären Rufes, dessen sie sich im Voraus erfreute, theils weil sie wenigstens einem Uebelstande der bisherigen Justiz, der Langsamkeit, wirksam abhalf. Der neue Finanzminister erschöpfte seinen Scharfsinn zwar in vielen vergeblichen Mitteln, die Geldlage des Reiches zu bessern, aber er konnte doch auch nicht unwesentliche Fortschritte anbahnen. Zum ersten Male ließ er durch die Zeitungen den Voranschlag des Staatshaushaltes veröffentlichen und traf Vorkehrungen, daß Staatsgelder fortan nicht mehr wie bisher eingenommen und ausgegeben werden konnten, ohne daß das Finanzministerium etwas davon erfuhr; zahlreiche Mißstände, besonders die ganz gewöhnlichen Gehaltsauszahlungen für unbesetzte Aemter, wurden dadurch abgestellt und dem Staate so Millionen erspart. Dazu kamen Reformen wie die Umwandlung der Branntweinpacht in eine Steuer, die Verbesserung der Zollverwaltung und die Beschränkung der Staatsindustrie durch den Verkauf von Domänen, Bergwerken und Eisenbahnen, so daß allmälig Einnahmen und Ausgaben sich ungefähr deckten und nach einem Jahrzehnt zum ersten Male gar ein kleiner Ueberschuß veranschlagt werden konnte.

Studentenunruhen.

Neue Reformen.

Das Heer.

Auch im Heerwesen wurden bedeutende Neuerungen durch Miljutin angebahnt. Auf diesem Gebiete machte sich die Aufhebung der Leibeigenschaft sehr stark bemerklich. Bisher war der Eintritt in das Heer eine Anwartschaft auf die Befreiung gewesen; weil man aber den Adel nicht durch zu häufige Recrutirungen schädigen durfte, hatte die Dienstzeit 25 Jahre gedauert.

Von einer Reserve konnte bei diesem System nicht die Rede sein; ein großer Theil der Soldaten war schon vor Ablauf der 25 Jahre im Grunde völlig unbrauchbar geworden. Miljutin setzte nun die Dienstzeit auf sieben Jahre herab und vermehrte die Zahl der Bataillone auf 664, in Kriegszeiten jedes zu 1000 Mann, im Frieden aber nur halb oder ein Drittel so stark. Ferner sorgte er für eine gründliche Umgestaltung der Offiziersschulen, führte eine bessere Verpflegung ein, hob die körperliche Züchtigung auf, milderte überhaupt die Strenge der Disciplin, und erreichte dadurch nach allen Seiten hin die besten Resultate; beispielsweise sank die Sterblichkeit im Heere binnen weniger Jahre von 66 auf 20 Promille. An Gegnern fehlte es ihm, dem Demokraten, der sich von unten heraufgearbeitet hatte, nicht; aber da er der Hauptführer der Slawenfreunde war und diese bald in den unbestrittenen Besitz der Regierung gelangten, so hielt er allen Stürmen erfolgreich stand und konnte sein großes Werk vollkommen durchführen.

Fortdauernde Gährung.

Alles in Allem genommen unterlag es keinem Zweifel, daß Rußland in dem halben Jahrzehnt, das zwischen dem pariser Frieden und der Befreiung der Bauern lag, in der „Sammlung seiner Kräfte" schon tüchtige Fortschritte gemacht hatte und in jedem Jahre neue machte. Daß es trotzdem zu einer kräftigen Politik nach außen auch jetzt noch nicht im Stande war, lag wesentlich an den inneren Gährungen, die, statt abzunehmen, wuchsen. Die Widersetzlichkeit des Adels und sein immer bestimmteres Verlangen nach neuen Rechten war weniger bedenklich, als die unklaren socialdemokratischen Bestrebungen, die in die Massen geschleudert wurden. Räthselhafte Feuersbrünste, die besonders im Mai 1862 Petersburg in unheimliche Aufregung versetzten, ließen die dunklen Absichten ahnen, die im Hintergrunde schlummerten. Mit der Unterdrückung einiger demokratischen Blätter, der Schließung verschiedener Clubs, der Verbannung verdächtiger Schriftsteller war doch gegen diese Gefahren nur wenig auszurichten; viel mehr ward schon dadurch gewonnen, daß in dem slawischen Lager eine conservative Gegenströmung aufkam, indem Katkoff, der Hauptvorkämpfer in der Presse, sich mit Erlaubniß der Regierung entschloß, Herzen und seine Grundsätze offen anzugreifen. Man erkannte, freilich spät genug, daß das Versteckenspielen die Gefahr nur vergrößere, und der Erfolg lehrte, daß wirklich in dem Geheimniß eine Hauptstärke des Kolokol gelegen hatte. Sobald es gestattet war, in den Zeitungen von ihm zu sprechen und gegen ihn zu kämpfen, war auch seine Alleinherrschaft in der öffentlichen Meinung gebrochen. Viel wirksamer war allerdings noch die Ablenkung, welche dem Nationalgeiste durch den polnischen Aufstand widerfuhr. Alexander selbst und die Konstantinowzen waren von den besten Absichten gegen die Polen und überhaupt gegen die nichtrussischen Bewohner des Reiches, die Deutschen in den Ostseeprovinzen, die Finnen u. s. f.

Conservative Gegenströmung.

Die Ostseeprovinzen und Finnland.

erfüllt. Es war für die Slavenfreunde ein Hauptklagepunkt, daß in Riga, Warschau und Helsingfors weit liberaler regiert werde als in Petersburg und Moskau. In den Ostseeprovinzen hatte der treffliche Suwaroff in einer dreizehnjährigen Verwaltung und ebenso seit 1861 sein Nachfolger, Baron Lieven, eine gleichmäßige, den deutschen Interessen freundliche Gesinnung bewährt; in Finnland geschahen sogar einleitende Schritte zur Einberufung der Stände, die seit 50 Jahren nicht versammelt worden waren; es schien, als solle die vertragsmäßige Selbständigkeit des Großfürstenthums, die von Nikolaus schnöde mißachtet worden war, wieder ins Leben gerufen werden. Vollends gegen die Polen war durch Alexander von vorn herein ein ungleich milderer Ton als der bisher übliche angeschlagen worden. Er hatte gleich in den ersten Jahren seiner Regierung umfassende Begnadigungen vorgenommen und bei seiner ersten Anwesenheit in Warschau, im Mai 1856, vor Träumereien gewarnt und Vergessen des Vergangenen versprochen wie empfohlen. Diese Sprache war nicht ganz wirkungslos geblieben. Ohne Zweifel war auf der polnischen Seite die Zahl derer, die aufrichtig eine Versöhnung wollten, nur sehr klein; aber diese kleine Zahl bestand aus einflußreichen Mitgliedern des Adels und hatte an ihrer Spitze einen Führer von klarem Geiste und kühnem Willen, den stolzen Marquis Wielopolski. Die erste Aufwartung, die er dem Czaren machte, characterisirte den Mann. Der Hofmarschall war in Verlegenheit, wo er dem seltsamen Gaste bei der großen Audienz den Platz anweisen sollte; da ersparte ihm Wielopolski die Mühe, indem er sagte, er werde ihn selbst sich suchen, und sich dann entschlossen unter die Gesandten der fremden Mächte stellte. Als Alexander ihn darauf freundlich aufforderte, die Vorschläge, die er wegen Polens machen wollte, den Ministern zu übergeben, erklärte er sich dazu bereit, obgleich die Archive dieser Herren als die „Gräber der guten Ideen“ bekannt seien; und wenigstens in so weit bekam er Recht, als Jahre vergingen, ehe seine Anträge hinlänglich verarbeitet waren, um durch den kaiserlichen Ukas vom 26. März 1861 ins Leben gerufen zu werden. Diese Zwischenzeit aber war von den polnischen Hetzern, besonders von den Sendlingen Mieroslawskis und anderer Verbannten, tüchtig ausgenutzt, um das Mißtrauen der Bevölkerung zu nähren und Wielopolskis Absichten als verrätherisch zu brandmarken. Auch allerlei kleine Unruhen hatten sie in Warschau anzustiften gewußt, so zuerst am 30. Jahrestage der Revolution von 1830 und dann in den letzten Februartagen 1831. Von der Geistlichkeit begünstigt, führten sie eine Fahne mit dem polnischen weißen Adler in feierlicher Procession herum und verleiteten dadurch das leicht erregbare Volk zu so feurigen Kundgebungen für die Unabhängigkeit Polens, daß es die Aufforderung der Behörden, sich zu zerstreuen, mißachtete und mehrere Opfer todt auf dem Platze ließ. Von diesen Vorgängen nahmen mehrere angesehene Bewohner Warschaus, der Erzbischof an der

Polen.

Wielopolski.

Unruhen in Warschau.

Spitze, Anlaß, eine Adresse an den Kaiser zu richten, in der sie das herrschende Regierungssystem hart verdammten und die unverlierbaren Rechte der Nationalität für ihr Vaterland in Anspruch nahmen. Alexander antwortete darauf zwar in sehr schroffem Tone, ließ aber dieser Antwort fast unmittelbar den erwähnten Ukas folgen, durch den er einen polnischen Staatsrath ins Leben rief und die Anordnung traf, daß die Provinzial-, Kreis- und Stadträthe künftig aus Wahlen hervorgehen sollten; zugleich wurde Wielopolski in die Regierung berufen und mit der Leitung der Unterrichts- und Kirchensachen betraut. Der gute Eindruck, der durch diese Maßnahmen hätte erzielt werden können, wurde durch die nationale Partei mittelst neuer Unruhen vollkommen vernichtet. Daß der Statthalter, Fürst Gortschakoff, und der Marquis Wielopolski darauf mit der Auflösung des landwirthschaftlichen Vereines antworteten, weil dieser unter der Leitung des Fürsten Zamoyski der Mittelpunkt der politischen Hetzereien geworden sei, erweiterte die Kluft noch mehr; die Geistlichkeit stellte sich immer entschiedener auf die Seite der Nationalen und der Erzbischof lehnte es geradezu ab, einen beruhigenden Hirtenbrief zu erlassen. Kaum eine Woche verging von da an, in der es nicht zu Aufläufen gekommen wäre, die nicht selten mit Blutvergießen endeten. Die Wahlen zu den Kreis- und Stadträthen mußten unter diesen Umständen vertagt werden, selbst die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Königreich ward für nöthig erachtet und Wielopolski erkannte, daß seine Absichten vereitelt seien, ehe sie nur begonnen hatten ins Leben zu treten. Er schied aus der Regierung wieder aus und blieb nur im Staatsrath. Inzwischen stritten die Parteien in Petersburg eifrig um den Einfluß auf Alexander. Die Sapadniki, vor Allem Großfürst Konstantin, waren für Wielopolskis Absichten eingenommen und schoben das Mißlingen darauf, daß die warschauer Regierung nicht standhaft genug auf dem betretenen Wege verharrt sei. Etwas Wahres lag ohne Zweifel in dieser Behauptung; schon äußerlich betrachtet, mußte es als durchaus ungünstig erscheinen, daß in dem einen Jahre 1861 hinter einander Fürst Gortschakoff, General Suchozanet, Graf Lambert und General Lüders die Statthalterwürde bekleidet hatten; von einer gleichmäßigen folgerichtigen Politik hatte da nicht die Rede sein können. Wielopolski und die, welche mit ihm an die Möglichkeit einer Versöhnung glaubten, durften das Recht beanspruchen, daß man ihre Ideen nicht früher als unausführbar bei Seite werfe, als bis ein ernstlicher, aufrichtiger und ausdauernder Versuch mit ihnen gemacht sei. Das sah Alexander ein, und um diesen Männern wirklich freie Bahn zu geben, ernannte er seinen Bruder Konstantin am 11. Juni 1862 zum Statthalter von Polen und übertrug dem Marquis die ganze Civilverwaltung des Landes. Es war Ernst mit diesem Versuche und deshalb konnten die entmuthigenden Anzeichen, unter denen er begonnen wurde, die Ver-

Versöhnliche Schritte des Czaren.

Wachsende Unzufriedenheit.

Die Parteien in Petersburg.

Großfürst Konstantin und Wielopolski.

erfüllt. Es war für die Slavenfreunde ein Hauptklagepunkt, daß in Riga, Warschau und Helsingfors weit liberaler regiert werde als in Petersburg und Moskau. In den Ostseeprovinzen hatte der treffliche Suwaroff in einer dreizehnjährigen Verwaltung und ebenso seit 1861 sein Nachfolger, Baron Lieven, eine gleichmäßige, den deutschen Interessen freundliche Gesinnung bewährt; in Finnland geschahen sogar einleitende Schritte zur Einberufung der Stände, die seit 50 Jahren nicht versammelt worden waren; es schien, als solle die vertragsmäßige Selbständigkeit des Großfürstenthums, die von Nikolaus schnöde mißachtet worden war, wieder ins Leben gerufen werden. Vollends gegen die Polen war durch Alexander von vorn herein ein ungleich milderer Ton als der bisher übliche angeschlagen worden. Er hatte gleich in den ersten Jahren seiner Regierung umfassende Begnadigungen vorgenommen und bei seiner ersten Anwesenheit in Warschau, im Mai 1856, vor Träumereien gewarnt und Vergessen des Vergangenen versprochen wie empfohlen. Diese Sprache war nicht ganz wirkungslos geblieben. Ohne Zweifel war auf der polnischen Seite die Zahl derer, die aufrichtig eine Versöhnung wollten, nur sehr klein; aber diese kleine Zahl bestand aus einflußreichen Mitgliedern des Adels und hatte an ihrer Spitze einen Führer von klarem Geiste und kühnem Willen, den stolzen Marquis Wielopolski. Die erste Aufwartung, die er dem Czaren machte, characterisirte den Mann. Der Hofmarschall war in Verlegenheit, wo er dem seltsamen Gaste bei der großen Audienz den Platz anweisen sollte; da ersparte ihm Wielopolski die Mühe, indem er sagte, er werde ihn selbst sich suchen, und sich dann entschlossen unter die Gesandten der fremden Mächte stellte. Als Alexander ihn darauf freundlich aufforderte, die Vorschläge, die er wegen Polens machen wollte, den Ministern zu übergeben, erklärte er sich dazu bereit, obgleich die Archive dieser Herren als die „Gräber der guten Ideen" bekannt seien; und wenigstens in so weit bekam er Recht, als Jahre vergingen, ehe seine Anträge hinlänglich verarbeitet waren, um durch den kaiserlichen Ukas vom 26. März 1861 ins Leben gerufen zu werden. Diese Zwischenzeit aber war von den polnischen Hetzern, besonders von den Sendlingen Mieroslawskis und anderer Verbannten, tüchtig ausgenutzt, um das Mißtrauen der Bevölkerung zu nähren und Wielopolskis Absichten als verrätherisch zu brandmarken. Auch allerlei kleine Unruhen hatten sie in Warschau anzustiften gewußt, so zuerst am 30. Jahrestage der Revolution von 1830 und dann in den letzten Februartagen 1831. Von der Geistlichkeit begünstigt, führten sie eine Fahne mit dem polnischen weißen Adler in feierlicher Procession herum und verleiteten dadurch das leicht erregbare Volk zu so feurigen Kundgebungen für die Unabhängigkeit Polens, daß es die Aufforderung der Behörden, sich zu zerstreuen, mißachtete und mehrere Opfer todt auf dem Platze ließ. Von diesen Vorgängen nahmen mehrere angesehene Bewohner Warschaus, der Erzbischof an der

Polen.

Wielopolski.

Unruhen in Warschau.

Spitze, Anlaß, eine Adresse an den Kaiser zu richten, in der sie das herrschende Regierungssystem hart verdammten und die unverlierbaren Rechte der Nationalität für ihr Vaterland in Anspruch nahmen. Alexander antwortete darauf zwar in sehr schroffem Tone, ließ aber dieser Antwort fast unmittelbar den erwähnten Ukas folgen, durch den er einen polnischen Staatsrath ins Leben rief und die Anordnung traf, daß die Provinzial-, Kreis- und Stadträthe künftig aus Wahlen hervorgehen sollten; zugleich wurde Wielopolski in die Regierung berufen und mit der Leitung der Unterrichts- und Kirchensachen betraut. Der gute Eindruck, der durch diese Maßnahmen hätte erzielt werden können, wurde durch die nationale Partei mittelst neuer Unruhen vollkommen vernichtet. Daß der Statthalter, Fürst Gortschakoff, und der Marquis Wielopolski darauf mit der Auflösung des landwirthschaftlichen Vereines antworteten, weil dieser unter der Leitung des Fürsten Zamoyski der Mittelpunkt der politischen Hetzereien geworden sei, erweiterte die Kluft noch mehr; die Geistlichkeit stellte sich immer entschiedener auf die Seite der Nationalen und der Erzbischof lehnte es geradezu ab, einen beruhigenden Hirtenbrief zu erlassen. Kaum eine Woche verging von da an, in der es nicht zu Aufläufen gekommen wäre, die nicht selten mit Blutvergießen endeten. Die Wahlen zu den Kreis- und Stadträthen mußten unter diesen Umständen vertagt werden, selbst die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Königreich ward für nöthig erachtet und Wielopolski erkannte, daß seine Absichten vereitelt seien, ehe sie nur begonnen hatten ins Leben zu treten. Er schied aus der Regierung wieder aus und blieb nur im Staatsrath. Inzwischen stritten die Parteien in Petersburg eifrig um den Einfluß auf Alexander. Die Sapadniki, vor Allem Großfürst Konstantin, waren für Wielopolskis Absichten eingenommen und schoben das Mißlingen darauf, daß die warschauer Regierung nicht standhaft genug auf dem betretenen Wege verharrt sei. Etwas Wahres lag ohne Zweifel in dieser Behauptung; schon äußerlich betrachtet, mußte es als durchaus ungünstig erscheinen, daß in dem einen Jahre 1861 hinter einander Fürst Gortschakoff, General Suchozanet, Graf Lambert und General Lüders die Statthalterwürde bekleidet hatten; von einer gleichmäßigen folgerichtigen Politik hatte da nicht die Rede sein können. Wielopolski und die, welche mit ihm an die Möglichkeit einer Versöhnung glaubten, durften das Recht beanspruchen, daß man ihre Ideen nicht früher als unausführbar bei Seite werfe, als bis in ernstlicher, aufrichtiger und ausdauernder Versuch mit ihnen emacht sei. Das sah Alexander ein, und um diesen Männern virklich freie Bahn zu geben, ernannte er seinen Bruder Konstantin am 11. Juni 1862 zum Statthalter von Polen und übertrug dem Marquis die ganze Civilverwaltung des Landes. Es var Ernst mit diesem Versuche und deshalb konnten die entnuthigenden Anzeichen, unter denen er begonnen wurde, die Ver-

Versöhnliche Schritte des Czaren.

Wachsende Unzufriedenheit.

Die Parteien in Petersburg.

Großfürst Konstantin und Wielopolski.

folgung desselben nicht hemmen. Am wenigsten schreckte es den beherzten Großfürsten und den für seine Pläne begeisterten Marquis, daß das revolutionäre Gesindel von Warschau innerhalb der nächsten zwei Monate vier Mordanfälle zu Stande brachte, zuerst auf den bisherigen Statthalter General Lüders, dann auf Konstantin selbst und zwar gleich am Tage nach seiner Ankunft, endlich zweimal binnen acht Tagen auf Wielopolski. Viel bedenklicher war es, daß der polnische Adel Nichts zur Erleichterung ihrer Stellung beitrug, daß die Zugeständnisse an den Katholicismus, die Besetzung aller fünf Gouverneurstellen mit polnischen Edelleuten, die völlige Umgestaltung der Verwaltungseinrichtungen von dem Grafen Zamoyski und einer großen Adelsversammlung in echtpolnischer Begehrlichkeit und Verblendung mit der Forderung beantwortet wurden, daß alle Provinzen, die einst zur polnischen Republik gehört, zuvor wieder mit dem Königreiche vereinigt würden. Entweder sprach aus solchem Verlangen die vollendete Unfähigkeit, sich auf das politisch Erreichbare zu beschränken, oder der böswillige Wunsch, dem wohlgemeinten Vorhaben Steine in den Weg zu werfen. Daß der Adel von Podolien und Littauen die erste Gelegenheit, wo er sich versammelte, ergriff, um auch seinerseits die Wiedervereinigung mit Polen zu fordern, legte die Befürchtung einer planmäßigen Durchkreuzung der Versöhnungspolitik nur noch näher. Es war, als sollten die besten Freunde, die Polen in Rußland hatte, gewaltsam zu feindlichen Maßregeln gedrängt werden. Daß Zamoyski zur Verantwortung nach Petersburg geladen und auf drei Jahre ins Ausland geschickt wurde, daß der Kaiser die Adelsversammlungen auflösen und ihre Adressen abweisen ließ, war gewiß keine übertriebene Härte. Die begonnenen Reformen wurden ruhig fortgesetzt und der Kriegszustand fast im ganzen Lande aufgehoben. Aber eine Lehre glaubten der Großfürst und Wielopolski allerdings aus diesen Vorgängen ziehen zu müssen: die, daß es für die Erreichung ihrer Pläne von größter Wichtigkeit sei, die schlimmsten Hetzer auf möglichst vorsichtige Weise unschädlich zu machen. Den Adel konnte man, wie Zamoyski, auf Reisen schicken; mit den jungen demokratischen Heißspornen ging das nicht. Für sie mußten andere Wege ausfindig gemacht werden, und als der bequemste erschien der, eine neue Rekrutirung anzuordnen und diese gefährlichen Elemente ins Heer zu stecken.

Unversöhnlichkeit der Polen.

Das Nationalitätsprincip und der Orient.

Der Panslawismus.

Die Folgen dieses Entschlusses werden uns erst später beschäftigen. Was die Rekrutirung selbst anlangte, so lag in de[n] augenblicklichen politischen Verhältnissen zwar kein Grund für si[e] vor, aber da seit sechs Jahren keine Aushebung mehr stattge[-] funden hatte, konnte man sie doch auch weder verfrüht nennen noch brauchte man sie als ein Vorzeichen kriegerischer Absichten

zu betrachten. Eigenthümlich war es freilich, daß der kaiserliche Befehl, welcher sie anordnete, gerade am 20. September 1862 erging, das heißt an dem Tage, an welchem der Czar in Nowgorod mit seinem Volke das tausendjährige Bestehen des russischen Reiches feierte. Lag in diesem Zusammentreffen die Ankündigung verborgen, daß Rußlands Heer berufen sei, die Gedanken zu verwirklichen, welche dem Feste von Nowgorod den höheren Schwung gaben, die Gedanken nicht an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft, eine Zukunft, welche alle slawischen Völker vereinigen solle? Dieser Gedanke des Panslawismus lebte unzweifelhaft in Rußland; die ganze junge Generation hing ihm an; die Presse der Slawenfreunde predigte ihn so unverhohlen, wie es die Rücksicht auf Oestreich, dessen Zerstückelung seiner Verwirklichung hätte voraufgehen müssen, nur irgend zuließ. Und nun ertheilte der Czar selbst gar an diesem Jubelfeste des Slawenthums Orden und Auszeichnungen an die hervorragendsten Slawen der östreichischen Monarchie. Er bezeichnete sie dadurch gleichsam als Theilnehmer an diesem Feste, als Genossen der großen Familie, deren Haupt er selber sei. Selbst auf die Vorgänge in Polen konnte diese Handlungsweise ein neues Licht werfen. Die bisherige Lage dieses slawischen Landes konnte die übrigen Bruderstämme nicht eben für die Vereinigung mit Rußland begeistern. Vielleicht gelang es Wielopolski jetzt einen Zustand zu schaffen, der als lockendes Vorbild für die Verbindung Galiziens und der übrigen östreich-slawischen Provinzen mit dem Czarenreiche dienen konnte. Die Verwirklichung des großen Traumes brauchte deshalb keine Aufgabe des nächsten Tages zu sein. Sie bedurfte ohne Zweifel noch vieler Vorbereitungen. Aber daß auf der andern Seite auch schon viel geschehen war, daß die Ereignisse der letzten Jahre dem Panslawismus vorgearbeitet hatten, das lag offen vor Aller Augen.

Oestreichs Gefährdung.

Die Kluft, die zwischen Petersburg und Wien sich aufgethan, das gute Einvernehmen, in dem der Czar mit Preußen und Frankreich stand, vor Allem die schweren Schläge, die Oestreich erlitten hatte, Alles das berechtigte zu weitgehenden Hoffnungen. Oestreichs Ruin war ein Gewinn, war fast schon ein Sieg für den Panslawismus. Und dieser Ruin schien unaufhaltsam hereinzubrechen. Ungarn war und blieb widerspenstig und unversöhnlich, in Deutschland gährte und brodelte es und Herr von Bismarck, der am Tage vor der Nowgoroder Feier in Berlin eintraf, um die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen, war der erklärte Feind Oestreichs, der erklärte Freund Rußlands.
ollends nun gar in Italien hatten die großartigsten Um'lzungen sich vollzogen und der Herrschaft Oestreichs, der ttelbaren wie der unmittelbaren, ein Ende gemacht. Von en Seiten war der Kaiserstaat bedroht; sein schlimmster ind, der nationale Gedanke, war in ganz Europa das Loigswort des Tages; sollte dieser Gedanke nicht auch für das awenthum sich verwirklichen lassen? Das waren die Ideen, die

Das Nationalitätsprincip und der Panslawismus.

in Rußland lebten, die eben so eifrig wie unkritisch genährt wurden, über denen man leichtsinnig es vergaß oder verbarg, daß in Polen grade das Nationalitätsprincip sich gegen den Panslawismus wehrte und daß nur die größte Unwissenheit es wagen konnte, Russen und Polen und Tschechen und Kroaten in demselben Sinne als Volksgenossen zu bezeichnen wie Sardinier und Neapolitaner oder wie Preußen und Baiern, Würtemberger und Hannoveraner.

Napoleon und das Nationalitätsprincip.

Aber mochte dieser Panslawismus auch eine Verirrung sein, er war jedenfalls eine Verirrung, die in der geistigen Strömung der Zeit ihren Ursprung hatte. Mehr und mehr war seit dem Ende des Krimkrieges der Druck gehoben, der länger als ein halbes Jahrzehnt schwer auf den Völkern Europas lastete. Nur diesem Drucke war es gelungen, die aufstrebenden nationalen Bewegungen, die der Erdtheil 1848 gesehen, niederzuhalten: sie zu ersticken war ihm nicht gelungen, und so wie der Druck nachließ, traten sie wieder hervor. Der einflußreichste Machthaber in ganz Europa, der Kaiser Napoleon selbst, war es, der ihnen dabei hülfreiche Hand leistete, der diese verpönten Bestrebungen, dieses geächtete Nationalitätsprincip, als erster in die Kreise der entsetzten Diplomatie einzuführen wagte. Weit entfernt davon, den großen Zukunftsgedanken um seiner selbst willen zu fördern, bezweckte er damit allerdings nur, die eigene Macht zu erhöhen und seinen Namen mit neuem Glanze zu umgeben. Aber mochten seine Beweggründe sein, welche sie wollten, mochten die Geister, die er wach rief, ihm selbst bald zu gewaltig werden und schließlich mehr als etwas sonst zu seinem Sturze beitragen, jetzt, wo er auf der Höhe seiner Macht stand, gab es keinen zweiten, der mit gleicher Kraft das Zauberwort sprechen und den nationalen Bestrebungen jenen politischen Rückhalt bieten konnte, ohne den sie vielleicht noch lange in dem Zustande der Vorbereitung hätten verharren müssen. Daß der Kaiser dies that, daß er sich zum Wortführer der unterdrückten Nationalitäten aufwarf, geschah vornehmlich um Italiens willen und war theils Folge des Orsinischen Mordversuches, theils Frucht der unermüdlichen Anstrengungen des Grafen Cavour. Aber mit seiner gewöhnlichen Vorsicht und Zurückhaltung gab Napoleon das Losungswort nicht sogleich in Bezug auf Italien aus; er wollte zunächst die Diplomatie an den übelberufenen Klang, den das Nationalitätsprincip in ihren Ohren hatte, gewöhnen, und so war es denn eine ziemlich untergeordnete Frage, bei der er es zum ersten Male versuchsweise als leitenden Grundgedanken ausspielte, die Frage der Donaufürstenthümer.

Die Donaufürstenthümer

Der pariser Friede hatte über die künftige Gestaltung dieser Länder nur allgemeine Grundzüge festgestellt, die insbesondere die Frage, wie weit eine Vereinigung der Moldau und Wallachei zugestanden werden solle, unentschieden ließen. Die Türkei und Oestreich, denen England sich anschloß, wollten von dieser Vereinigung Nichts wissen, Rußland und Frankreich, und in ihrem

Gefolge Preußen und Sardinien, begünstigten sie. Nun erlosch im Juli 1856 die siebenjährige Amtszeit der beiden Hospodaren, die 1849 auf Grund des Vertrages von Balta Liman eingesetzt waren, und die Verwaltung der Länder ging einstweilen an Statthalter, Kaimakame, über, welche die Pforte ernannte, den Demetrius Ghika in der Wallachei und den Nicolaus Vogorides in der Moldau. Deren nächste Aufgabe war es, in Gemäßheit eines großherrlichen Fermans, den die Gesandten in Constantinopel am 7. Januar 1857 genehmigt hatten, die Wahlen zu den moldau-wallachischen Diwans auszuschreiben, welche Vorschläge über die künftige Gestaltung der Länder machen sollten. Schon vor den Wahlen zeigte sich in der Moldau eine lebhafte Bewegung gegen die Vereinigung; Adressen an die Pforte baten ausdrücklich die Selbständigkeit des Landes zu schützen, und die Wahlen selbst fielen in eben diesem Sinne aus. Frankreich aber und die ihm folgenden Mächte erklärten, dieses Ergebniß sei durch Mißachtung des Fermans künstlich erzielt, verlangten in Constantinopel die Abberufung des Vogorides und die Erneuerung der Wahlhandlung, und erzwangen diese Forderung durch den Abbruch des diplomatischen Verkehrs im August 1857. In der That kam nun ein Diwan zu Stande, der mit 82 gegen nur 2 Stimmen am 19. October die Vereinigung mit der Wallachei forderte und für den erblichen Thron des neuen Staates, der den Namen Rumänien führen und für neutral erklärt werden sollte, einen europäischen Prinzen wünschte: Forderungen denen der wallachische Diwan sich zwei Tage später sogar einstimmig anschloß. Die Pforte erhob sogleich sehr nachdrückliche Einsprache und beeilte sich die Diwans aufzulösen, sobald sie ihre Vorschläge mit einer begründenden Denkschrift der Gesandtenconferenz in Constantinopel übergeben hatten. Die weitere Berathung und endgültige Entscheidung sollte in Paris getroffen werden, und hier war es, wo im Juli 1858 eine von Napoleon veranlaßte Schrift (Napoleon III. und die rumänische Frage) für die Rechte der neuen „rumänischen" Nationalität eintrat. In Oestreichs Augen und in denen der Pforte war diese Begründung gewiß die schlechteste, die es geben konnte; denn wenn sie zugelassen wurde, so hatten auch die Rumänen in Siebenbürgen ein Recht, sich dem neuen Staate anzuschließen, so durften auch die Serben, die von der Wiederherstellung des altserbischen Reiches schwärmten, den Beistand der Mächte anrufen. In keinem Theile Europas bot die Ausführung des Nationalitätsprincipes mehr Schwierigkeiten dar als in der Türkei, und deshalb konnte es hier am wenigsten zur Grundlage der Neuordnung gemacht werden. Der Entscheid der pariser Conferenz fiel daher auch nicht so günstig aus, wie die Rumänen im Vertrauen auf Napoleons Geneigtheit wohl gehofft hatten. Unter dem Namen der Vereinigten Fürstenthümer der Moldau und Wallachei sollte das Land zwar in Fokschani einen gemeinsamen höchsten Gerichtshof und einen aus

Napoleon III. und die rumänische Frage.

16 Mitgliedern bestehenden ständigen Ausschuß haben, der zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung, wie eine Art von Staatsrath berufen wurde, aber jedes Fürstenthum sollte seinen eigenen Hospodaren und seine eigene Landesvertretung wählen, und die Abhängigkeit von der Pforte und die Tributpflichtigkeit (der Tribut betrug 4 Millionen Piaster, d. h. etwa 1¼ Mill. Mark) wurden ausdrücklich von Neuem anerkannt. Indessen die Rumänen wußten doch, über die Zugeständnisse der Mächte hinaus, ihre Wünsche durchzusetzen. Nachdem die Moldau am 16. Februar 1859 den Obersten Alexander Kusa zum Hospodaren gewählt hatte, erkor die wallachische Landesversammlung 14 Tage später denselben Mann zu ihrem Fürsten. Frankreich und Rußland waren mit diesem Schritte sehr zufrieden; die übrigen Mächte befanden sich in großer Verlegenheit. Oestreich, das an der Schwelle eines großen Krieges stand, mußte die Sache gehen lassen, England wollte sich um einen so geringen Preis nicht mit Frankreich überwerfen. So ließen sie denn die Pforte im Stich und erkannten am 6. September für die Lebenszeit Kusas die Vereinigung an. Auf die Dauer konnte nun auch der Sultan nicht widerstehen und beschränkte sich endlich auf die Forderung, daß der Hospodar persönlich die Bestätigung in Constantinopel einhole. Dazu war dieser gern bereit, und Anfang 1862 konnten die bisher getrennten Ministerien und Diwane vereinigt und der neue Staat Rumänien in pomphaften Proclamationen den Völkern Europas vorgestellt werden.

Die Wahl Kusas.

Dieses Vorbild an der Donaumündung ging nun begreiflicher Weise für die übrigen christlichen Unterthanen der Pforte nicht verloren; am schnellsten kamen bei den Serben die nationalen Bestrebungen wieder stärker in Fluß. Aus ihren Befreiungskämpfen in den Jahren 1804—15 hatten sie in ihr politisches Leben Parteiungen mit hinüber genommen, die weit mehr persönlicher als sachlicher Art waren. Ihr erster Führer im Aufstand wider die Türken, Karageorg, der schwarze Georg, hatte nach vielen Unglücksfällen das Land verlassen müssen, und der Ruhm der Befreiung war daher seinem Nachfolger, dem Milosch Obrenowitsch, zugefallen, den die Pforte 1815 als Fürsten anerkannte. Bis 1839 behauptete dieser sich in der Herrschaft, zum Theil durch die härtesten Mittel, wie durch die Ermordung Karageorgs, der nach Serbien zurückgekehrt war. 1839 aber stürzte ihn eine Partei, die constitutionelle Einrichtungen für das Land forderte. Geführt von dem Senator Wukfitsch erhob sie erst den Sohn des Milosch, Michael Obrenowitsch, auf den Thron und ließ, a auch dieser ihren Wünschen nicht entsprach, 1842 von einer Lande versammlung, der Skuptschina, den Sohn Karageorgs, Alexan Karageorgiewitsch, erwählen. Auch mit diesem war sie ni besser gefahren, denn von 1848 an berief Karageorgiewitsch kei Skuptschina mehr, sondern regierte auf eigene Hand. Aber ihn Oestreich, an das er sich ganz anschloß, hielt und auch

Serbien.

Karageorgiewitsch.

Pforte mit ihm zufrieden war, so konnte er trotz mancher Verschwörungen sich behaupten. Nach der Beendigung des Krimkrieges nahm jedoch die Unzufriedenheit zu; im Senate, der aus 17 unabsetzbaren Mitgliedern bestand, rührten sich die Anhänger des vertriebenen Milosch; aus allen Theilen des Landes wurde das Verlangen laut, daß endlich wieder eine Skuptschina berufen werde. Der Pforte hätte das unter keinen Umständen lieb sein können, weil es die nationale Gährung steigern mußte; vollends aber wenn Rußland, wie es das offenkundig that, durch seinen Consul in Belgrad dafür hetzte und wühlte, mußten die türkischen Staatsmänner Gegner der Skuptschina sein. Allein ihr Einspruch war vergeblich; der Senat verlangte von dem Fürsten die Einberufung nach einem neuen Wahlgesetz, und Rußland mit den ihm befreundeten Mächten bestritt dem Sultan das Recht, sie zu verhindern. Die Wahlen fanden also statt und am 12. December 1858 wurde die Skuptschina eröffnet. Gleich in den ersten Sitzungen zeigte sich, daß die Partei des Karageorgiewitsch in schwacher Minderheit sei, daß die Mehrheit theils den alten Milosch, theils seinen Sohn Michael auf den Thron zu setzen wünsche. Ein türkischer Commissär, Kabuli Effendi, der dies zu verhüten abgeschickt war, bemühte sich nun, unter der Hand die drei einflußreichsten Männer des Landes, den alten Vukfitsch, den europäisch gebildeten Minister Garaschanin, einen bekannten Feind Oestreichs, und den reichen Mischa, für den Plan zu gewinnen, daß sie als Kaimakame vorläufig die Regierung übernehmen sollten; allein ehe diese Intrige ins Werk gesetzt werden konnte, forderte die Skuptschina am 22. December den Fürsten zur freiwilligen Abdankung auf und erklärte den alten Milosch zu seinem Nachfolger. Karageorgiewitsch floh in die Festung, die von türkischen Truppen besetzt war; er gedachte von da sich leicht wieder der Stadt bemächtigen zu können; aber Volk und Heer erklärten sich gegen ihn und Oestreich, das Miene machte, ihm bewaffneten Beistand zu leisten, wurde plötzlich von dem hereinbrechenden Unwetter des italienischen Krieges überrascht. So gab der Fürst das Spiel verloren und Milosch, dem die Pforte auf Rußlands und Frankreichs Verwendung die Bestätigung ertheilte, hielt am 6. Februar 1859 seinen Einzug in Belgrad. Ihn umgab, als den Befreier vom Türkenjoch, noch immer ein nationaler Heiligenschein und trotz der Vertagung der Skuptschina, der Verhaftung und des verdächtigen Todes des Vukfitsch, und anderer herrischer Maßregeln blieb ihm die Liebe des Volkes bewahrt, bis [er] im Alter von 81 Jahren am 26. September 1860 starb. [M]ehr als auf ihn baute die jungserbische Partei ihre nationalen [H]offnungen aber noch auf seinen Sohn Michael, der ihm folgte, [o]hne daß die Pforte das Erbrecht anerkannte, aber auch ohne [d]aß sie es hindern konnte. Das Ziel der Nationalen war die [V]ereinigung von Bosnien, der Herzogewina und Montenegro mit [S]erbien zu einem neuen großserbischen Reiche. In allen diesen

Die serbische Skuptschina.

Flucht des Fürsten.

Fürst Milosch.

Fürst Michael.

Aufstände in Bosnien u. s. f.

Ländern war es seit 1856 auch unruhig genug zugegangen; blutige Aufstände waren besonders im Frühjahr 1858 ausgebrochen, und der Fürst von Montenegro, Danilo Petrowitsch, pochte trotzig auf fremden Beistand. Eine Reise nach Paris, im Februar 1857, hatte große Hoffnungen in ihm erweckt, die durch die Ankunft einiger französischen Kriegsschiffe im adriatischen Meere noch verstärkt wurden; von Rußland flossen ihm die Geldmittel ganz offenkundig zu. Allzuweit wollte man die Dinge in Petersburg und Paris aber noch nicht kommen lassen; es galt nur die Gährung zu unterhalten, um zu passender Zeit einen Ausbruch herbeiführen zu können. Deshalb mußte Fürst Danilo jetzt mit einer Grenzregulirung, die unter Mitwirkung der Großmächte vollzogen wurde, sich zufrieden geben, und ehe er die Erlaubniß zu neuen Unruhen bekam, fand er im August 1860 seinen Tod durch die Kugel eines Feindes. Kraft eines Erbfolgegesetzes, das er vor seiner Reise nach Paris gegeben und das jeden, der Freundschaft für die Türken an den Tag lege, ausschloß, folgte ihm sein nächster Verwandter, sein Neffe Nikita. Ein neuer Aufstand in der Herzogewina verwickelte diesen schon 1862 wieder in Krieg mit den Türken; da aber die Pforte mit großem Kraftaufwande eine bedeutende Armee unter Omer Pascha absandte, mußte sich auch Nikita zum Frieden bequemen, ohne die gewünschte Ausdehnung seines Landes bis an die Küste erreicht zu haben. Wirklichen Vortheil zog aus diesen Unruhen von 1862 nur Michael Obrenowitsch von Serbien. Reibereien zwischen der türkischen Besatzung und der Bevölkerung von Belgrad hatten den Commandanten veranlaßt, seine Truppen in die Festung zurückzuziehen und von da aus die Stadt zu bombardiren. Die Mächte mischten sich ein und beschränkten im September das türkische Besatzungsrecht auf vier Citadellen im Lande, darunter allerdings auch die von Belgrad, während in der Stadt selbst das sogenannte Türkenviertel geräumt und geschleift werden mußte. Nicht sowohl der Umfang dieses Zugeständnisses, als die Thatsache selbst, daß die Türken eine neue Einbuße an ihren Rechten erlitten, besänftigte die aufgeregte Stimmung der Serben in Etwas, so daß die Ruhe erhalten blieb. Aber im ganzen Norden und Westen der Balkanhalbinsel glomm das Feuer unter der Oberfläche und konnte und kann nicht erstickt, sondern nur nothdürftig verdeckt werden.

Montenegro.

Streit in Belgrad.

Auch die Griechen, die im Königreiche wie die in der Türkei, blieben von der nationalen Strömung dieser Jahre nicht unberührt. Indeß hatten sie keineswegs blos Gewinn von derselben zu erwarten. Unter den slawischen Bulgaren, die sich zur griechischen Kirche bekannten und ihre Bischöfe von dem Patriarchen von Constantinopel erhielten, äußerte sich das erwachende Leben in einer Griechenland feindlichen Weise. Man wollte seine eigene Nationalität pflegen und deshalb die hohe Geistlichkeit aus der eigenen Mitte wählen und nicht mehr stammfremde Griechen sich

Die Bulgaren.

schicken lassen. Rußland zeigte sich diesen Ideen günstig, die Pforte nicht minder, und wenn der Streit erst gegen Ende des Jahrzehnts zur wirklichen Losreißung der Bulgaren von dem Patriarchate in Constantinopel führte, so erregte er doch jetzt schon alle Gemüther und bedrohte das Hellenenthum mit schwerem Verlust. Unter den griechischen Unterthanen der Pforte brachen grade wie unter den serbischen mancherlei Unruhen aus, 1858 auf Candia, 1860 in Macedonien, aber da sie keine erhebliche Unterstützung aus dem Königreiche erhielten, wurden sie schnell gedämpft. In Athen war man durch die Erfahrungen des Krimkrieges sehr vorsichtig geworden. Trotz Rußlands Fürsprache auf dem pariser Congreß zogen die Westmächte sich aus dem Piräus erst im Februar 1857 zurück, und diese dreijährige Anwesenheit fremder Truppen in der Hauptstadt hatte die Regierung, wie auch die wechselnden Minister heißen mochten, ernstlich eingeschüchtert. Das Volk freilich vergaß die Warnung schnell und rechnete die Schmach, die dem Lande widerfahren war, wohl gar dem Könige selbst zur Schuld an. Otto I. war nicht im Stande gewesen, auf diesem Boden wirklich festzuwurzeln; nur einer machtvollen Persönlichkeit hätte es gelingen können, in diesem Gewirr von Parteiungen und Begehrlichkeiten zu Ansehen und Einfluß zu gelangen; statt dessen war der König eine lässige Natur, die sich nur schwer zu Entschlüssen aufzuraffen vermochte und gern an Kleinigkeiten haftete. Unlustig zum Regieren und kränklich, überließ er nicht allein während seiner wiederholten Reisen nach Deutschland der Königin, einer entschlossenen, aber hastigen und sehr unbeliebten Frau, die Regierung, sondern gestattete ihr auch sonst zeitweilig einen großen Einfluß. Den Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems war er in keiner Weise gewachsen, und daß es ihm durch eine Revolution am 15. September 1843 aufgezwungen war, hatte er auch nicht vergessen. Die Willkürlichkeiten, deren sich alle seine Minister ohne Unterschied der Partei schuldig machten, die Fälschungen der Wahlen, das Polizeiregiment verbitterten die Stimmung gegen den Monarchen selbst; daß er obendrein kinderlos war, beraubte ihn auch der Stütze, die ein im Hellenenthum heranwachsender Sohn ihm würde gegeben haben. Kein Wunder, wenn man ihm jetzt Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen des griechischen Volkes vorwarf, wenn man die Schuld daran, daß nicht längst die Grenzen des Reiches sich erweitert hatten, daß so mancher griechische Stamm vergebens sich der Türkenherrschaft zu entwinden suchte, seiner Theilnahmlosigkeit zuschrieb und von jedem andern Fürsten eher die Erfüllung der nationalen Hoffnung erwartete. Besonders gern dachte man sich einen englischen Prinzen auf dem griechischen Throne; als sicheren Gewinn glaubte man dann die ionischen Inseln davon zu tragen, die in den letzten Jahren sich sehr lebhaft für den Anschluß an das Königreich auszusprechen begonnen hatten, und auch die Hoffnung auf Candia, Samos und andere

Aufstände in Candia u. s. f.

Griechenland.

König Otto.

Stimmung des Volkes.

unzufriedene Inseln schien nicht allzu kühn. Neben dieser nationalen Strömung, die in dem Könige das größte Hemmniß sah, lief eine radicale, die jedes Königthum haßte, und liefen zahlreiche persönliche Feindschaften, wie sie der Monarch in dem zerklüfteten Lande gar nicht hatte vermeiden können. Auf den Beistand der Schutzmächte durfte er nicht rechnen; mit England hatte er fast immer auf gespanntem Fuße gestanden; Rußland und Frankreich betrachteten ihn mindestens mit Gleichgültigkeit. So war die Lage, als im Jahre 1861 die feindseligen Stimmungen sich in Thaten Luft zu machen begannen. Die ersten Versuche, eine Verschwörung in Athen, ein Mordanfall auf die Königin, mißlangen. Ernstlicher war eine Militärrevolution, die im Februar 1862 in Nauplia ausbrach und der sich die Inseln Syra, Santorin und Naxos anschlossen. Allein auch sie wurde glücklich unterdrückt und der König suchte durch Versöhnlichkeit und Milde die Unzufriedenen zu beschwichtigen. Er änderte sein Ministerium, ließ den vom Aufstande heimgesuchten Gegenden beträchtliche Geldsummen durch die Kammern bewilligen, schlug die Preßprocesse nieder, ertheilte eine umfassende Begnadigung und trat im October selbst mit der Königin eine Reise durch den unzufriedenen Peloponnes an. Grade diese Reise aber war das Zeichen zum Ausbruch einer weitverzweigten Verschwörung. Am 19. erhoben sich die Rebellen in Vonitza am Golf von Arta, am 20. in Patras, am 22. in Athen. Hier in der Hauptstadt erklärten sie sofort das Königthum Ottos und seiner Gemahlin für erloschen und bildeten eine Regierung, in die Bulgaris, Kanaris und Rufos eintraten. Otto, der sogleich nach dem Piräus zurückeilte, überzeugte sich hier durch eine Unterredung mit den fremden Gesandten, die zu ihm an Bord seines Schiffes kamen, von der Aussichtslosigkeit jeder Gegenwehr. Am 24. October gab er durch eine Proclamation seinen Entschluß nach Deutschland zurückzukehren kund, verzichtete aber nicht auf sein und seiner Familie Anrecht auf die Krone. Da die vorläufige Regierung ausdrücklich die Fortdauer der monarchischen Staatsform als nothwendig anerkannt hatte, mochte er hoffen, daß der Thron seinem Bruder Luitpold und dessen Nachkommen noch erhalten werden könne. Indeß die Griechen wollten von den Baiern nichts mehr hören; alle ihre Wünsche richteten sich auf den Prinzen Alfred von England, und obgleich dieser durch den Vertrag der Großmächte von 1832 wie alle Prinzen aus deren Häusern ausgeschlossen war, obgleich England dies in Athen ausdrücklich erklären ließ und auch mit Rußland von Neuem die Verpflichtung austauschte, daß weder ein englischer noch ein russischer Prinz (der Herzog von Leuchtenberg) eine Wahl annehmen dürfe, so stimmten doch von 240,000 Wählern 230,000 für den Sohn der Königin Victoria, natürlich ohne dadurch den Entschluß des britischen Cabinets zu ändern. Man empfand nun aber in London eine Art von Verpflichtung, den Griechen andere Vorschläge zu machen, und da der

Verschwörungen.

Vertreibung des Königs.

Die Königswahl.

zuerst empfohlene Herzog Ernst von Coburg-Gotha, der Bruder des Prinzen Albert, unbedingt ablehnte, verfiel man auf den minderjährigen zweiten Sohn des dänischen Thronfolgers, den Prinzen Wilhelm von Dänemark, dessen Schwestern mit den Erben von England und Rußland verheiratet, resp. verlobt waren. Die griechische Nationalversammlung griff um so bereitwilliger zu, als sie den Boden unter ihren eigenen Füßen bereits wanken fühlte, und am 30. März 1863 ward Prinz Wilhelm von ihr einstimmig unter dem Namen Georg I. als König ausgerufen. Er nahm in der That an, wurde von den Großmächten trotz aller bairischen Verwahrungen am 5. Juni anerkannt, und traf am 31. October, ein Jahr nach Ottos Sturze, in Athen ein. Als Mitgift brachte er den Griechen, wie sie gehofft, die ionischen Inseln mit, deren Abtretung England schon im December 1862 in Aussicht gestellt und ein Protocoll der Schutzmächte vom 26. Juni genehmigt hatte. Von weiteren Vergrößerungen des Königreiches aber war nicht die Rede, und was die innere Ordnung und die Beschwichtigung des Parteigetriebes betraf, so zeigte sich bald, daß durch den Thronwechsel darin auch nicht die leiseste Besserung eingetreten sei.

Georg I.

Die ionischen Inseln.

Die Türkei, die an ihren Grenzen und in ihren Grenzen so gewaltthätige Bewegungen sich vollziehen sah, blieb auch in dem herrschenden Theile ihrer Bevölkerung den Zuckungen des nationalen Lebens nicht fremd. Wenn Rumänen und Serben, Bulgaren und Hellenen sich gegen die Herrschaft der Moslim aufzulehnen suchten, konnte es nicht ausbleiben, daß auch unter diesen selbst sich der Nationalstolz und was damit zusammenfiel der religiöse Fanatismus mit erhöhter Kraft aufbäumte. Daß der Hatti-Humajum den Christen die volle Gleichberechtigung mit den Muhammedanern zugesichert hatte, kränkte jeden Rechtgläubigen deshalb nicht weniger, weil thatsächlich dadurch nicht viel geändert wurde. Gleich auf die erste Nachricht von dem Erlasse des neuen Gesetzes waren in den kleineren Städten des Reiches vielfache blutige Angriffe auf die Christen gemacht worden; die türkischen Grundherren in Bosnien, Rumelien, Albanien plagten ihre andersgläubigen Unterthanen fortan mit verdoppelter Bosheit und riefen dadurch die Aufstände hervor, von denen oben die Rede war. Rußland wies wiederholt darauf hin, daß die Lage der Christen um Nichts sich verbessert habe, daß der Hatti-Humajum ein leeres Wort geblieben sei; aber England und Oestreich steiften sich so hartnäckig auf den neunten Artikel des pariser Friedensvertrages, der jede Einmischung der Großmächte in die Beziehungen des Sultans zu seinen Unterthanen ausschloß, daß die Bemühungen des petersburger Hofes fruchtlos blieben. Zweimal indeß ließ sich der muselmännische Fanatismus in entfernteren Provinzen zu Frevelthaten von solcher Größe hinreißen, daß auch den englischen Ministern die Geduld ausging; zuerst im Juni 1858, wo in Dschidda, dem Hafenorte von Mekka, eine große Nieder-

Die Muhammedaner.

Das Blutbad von Dschidda.

metzelung der Christen stattfand, bei der auch die Consuln von England und Frankreich als Opfer fielen; dann zwei Jahre später, wo der Libanon und Damaskus Zeugen noch weit entsetzlicherer Frevel wurden. Dschidda büßte durch ein furchtbares Bombardement, mit dem ein englisches Kriegsschiff die Stadt heimsuchte; durch rücksichtsloses Einschreiten hoffte und vermochte man auch wirklich der Verpflanzung der Greuel, die damals Ostindien mit Entsetzen erfüllten, in andere muhammedanische Länder vorzubeugen. Bei dem Blutbade in Syrien war der Strafvollzug nicht so leicht und gefahrlos wie der gegen die arabische Küstenstadt. Hier handelte es sich darum, im Innern des Landes die Ordnung mit bewaffneter Hand wieder herzustellen und zu erhalten. Schon seit Alters hatte zwischen den verschiedenen Stämmen, die den Libanon bewohnen, der religiöse Haß häufige Fehden und scheußliche Gewaltthaten herbeigeführt. Beträchtlich mehr als drei Viertheile der über 200,000 Seelen zählenden Bevölkerung nannten sich Christen, sie zerfielen aber in mehrere Secten, Maroniten, Melchiten, griechische Orthodoxe; ihnen gegenüber standen die muhammedanischen Drusen und Metuali, zusammen nur gegen 50,000 Köpfe, aber durch ihre Wildheit und Kriegslust der Schrecken ihrer Nachbarn und häufiger siegreich als besiegt. Seit anderthalb Jahrzehnten hatten sie indeß so leidlich Ruhe gehalten und um so überraschender und unheilvoller war daher ihr plötzlicher Losbruch Ende Mai 1860. Der Umfang der Metzeleien, die sie anrichteten, hüllte sich in Dunkel; bis auf 30,000 wurde die Zahl der Opfer, die ihrem Hasse fielen, angegeben; die türkischen Obrigkeiten thaten Nichts, dem Blutbade zu wehren. In Constantinopel freilich war man über diesen Ausbruch thierischer Wildheit nicht minder entsetzt als in den christlichen Hauptstädten, denn es gab keine ungünstigere Zeit, in der das schreckliche Ereigniß hätte eintreten können als grade diese Monate. Eben erst war das dringende Verlangen Rußlands, eine gründliche Untersuchung der Beschwerden der Christen durch großmächtliche Commissare vorzunehmen, von den andern Mächten zu Fall gebracht; sie hatten sich damit begnügt, daß der Großvezier Kiprisli Pascha persönlich eine Rundreise zur Kenntnißnahme und Verbesserung der Lage der Christen anzutreten sich verpflichtete. Nun kamen diese Vorgänge im Libanon, die alle die düsteren Voraussagen des petersburger Cabinettes nicht erfüllten, sondern weit übertrafen; nur durch schnelles kräftiges Eingreifen konnte jetzt die fremde Einmischung abgewendet werden. So ging denn Fuad Pascha am 8. Juli mit 16,000 Mann und großer Vollmacht nach Syrien ab; allein fast gleichzeitig mit dieser beschwichtigenden Botschaft kam die Nachricht von einem neuen Blutbade. Am 9. Juli wollte der Statthalter von Damaskus an einigen Muselmännern, welche Christen beleidigt hatten, die Strafe vollziehen; darüber empörten sich deren Glaubensgenossen und fielen über das christliche Stadtviertel her; die Truppen, die gegen sie geschickt wurden, schlossen

Der Aufstand im Libanon.

Die Großmächte.

Das Blutbad von Damaskus.

sich ihnen an; vergebens suchte Abdel Kader, der zurückgezogen in Damaskus lebte, dem Morden ein Ende zu machen; sechs Tage dauerte die Schlächterei, das Sengen und Brennen, das Plündern und Rauben; eine Obrigkeit gab es nicht mehr. Daß Fuad, als er ankam, das strengste Gericht hielt, daß er den Statthalter selbst und beinahe 200 Schuldige erschießen oder hängen ließ, konnte die Entrüstung des Abendlandes nicht mehr besänftigen. Unmittelbar auf die ersten Nachrichten hin hatte Napoleon zwei französische Kriegsschiffe an die syrische Küste geschickt und die Großmächte zu gemeinsamen Maßregeln aufgefordert, schon am 3. August kam in Paris ein Protocoll zu Stande, kraft dessen 6000 Franzosen unter General Beaufort d'Hautpoul sich fünf Tage später nach Syrien einschifften und die Entsendung von weiteren 6000 Mann einer anderen Macht vorbehalten wurde, wenn es mit diesen Kräften noch nicht gelinge, die Ordnung zu verbürgen. Die sechsmonatliche Frist, die für den Aufenthalt der Franzosen bestimmt wurde, ward vor ihrem Ablauf noch um ein halbes Jahr verlängert; länger als bis zum 5. Juni 1861 die Anwesenheit derselben zu gestatten, war jedoch England in keiner Weise zu bewegen. Auch erwies sich dieser Zeitraum hinterdrein als völlig genügend; die Pforte bewilligte eine neue Verwaltungseinrichtung für den Libanon, durch die ein christlicher Statthalter, Daud Pascha, eine sehr selbständige Stellung und in einer einheimischen Miliz das Mittel erhielt, sich in derselben zu behaupten.

Die syrische Expedition.

Diese Umgestaltung war das letzte Werk Abdul Medjids, der nach zweiundzwanzigjähriger Regierung am 25. Juni 1861 starb. Mit großen Schritten war unter ihm die Türkei ihrem Verfalle entgegengeeilt; daß sie noch bestand, war nicht sein Verdienst, sondern die Folge des Interesses, das Oestreich und England daran hatten. In den Augen der fanatischesten Muhammedaner aber war der verstorbene Sultan in erster Linie Schuld an der Zerbröckelung des alten osmanischen Regierungssystemes, in der sie die Quelle alles Unheils sahen, und es fehlte deshalb auch nicht an Verschwörungen, deren Ziel es war, Abdul Medjid aus dem Wege zu schaffen; besonders eine, die im September 1859 entdeckt wurde, hatte keinen geringen Umfang gehabt. Ruhig beobachtenden Türken konnte es freilich nicht entgehen, daß die Reform das einzige Mittel war, ihre Herrschaft noch für eine Weile zu fristen; über den schließlichen Ausgang gestattete allerdings schon der finanzielle Zustand des Landes, die immer höher anschwellende Masse der Schulden, keinen Zweifel. Abdul Medjid hatte wenig gethan, um die unverantwortliche Vergeudung der Staatsgelder zu beschränken; aber trotzdem war es seinem Bruder und Nachfolger Abdul Aziz vorbehalten, ihn darin noch weit zu übertreffen und im Schuldenmachen das Unerhörte zu leisten; es kam schließlich dahin, daß die sämmtlichen Staatseinnahmen bis auf einen Rest von 60 Millionen Mark für die Verzinsung und Tilgung der auswärtigen Schuld erforderlich gewesen sein würden,

Abdul Medjids Tod.

Abdul Aziz.

während der Sultan für sich nicht weniger als 40 Millionen Mark verwandte, der Großvezier ein Gehalt von 600,000, der Finanzminister von 300,000 Mark bezog und so die übrigen Würdenträger im Verhältniß. Um diese Summen aufzubringen, mußte die christliche Bevölkerung mit den schwersten Steuern gedrückt werden; die Unzufriedenheit, das Verlangen nach einer selbständigen nationalen Existenz zog daraus immer neue Kräfte, und nur der Mäßigung Rußlands, der türkenfreundlichen Gesinnung Englands und Oestreichs, der tiefen Verwickelung Frankreichs in andere Fragen war es zuzuschreiben, daß der oft gefürchtete allgemeine Aufstand der slawischen Stämme immer und immer wieder auf sich warten ließ und der Todeskampf der Türkei einer späteren Stunde vorbehalten blieb.

Italien vor dem Kriege.

Italien und das Nationalitätsprincip.

Mittlerweile hatte das Nationalitätsprincip unter Napoleons Beistand längst in Italien seinen ersten entscheidenden Sieg gefeiert, einen Sieg, gegen den die kleinen Erfolge in Rumänien oder Serbien oder Griechenland, ebenso wie die Mißerfolge in den übrigen Theilen des türkischen Reiches vollständig in Schatten traten. Mit unvergleichlicher Deutlichkeit hatte die nationale Entwicklung Italiens allen Völkern die gewaltige Kraft vor Augen gestellt, die dem Nationalitätsprincipe innewohnte; schwer und mühevoll war es gewesen, den Stein ins Rollen zu bringen; aber sobald er einmal in Bewegung gesetzt war, riß er unaufhaltsam Alles mit sich fort, was ihm in den Weg trat, und Napoleon selbst war nicht mehr im Stande, ihm Halt zu gebieten. Die große Umgestaltung nahm Verhältnisse an, die weit über seine Wünsche und Erwartungen hinausgingen; die Ideen waren mächtiger als die Menschen; nur der behielt die Kraft sie zu lenken und zu meistern, der selbstlos sich in ihren Dienst gestellt, der selbst von ihnen innerlich durchdrungen war. Dem

Napoleon.

französischen Kaiser galt die Wiedergeburt der Völker, die Erhebung des Nationalitätsprincips zu dem herrschenden Grundsatze, an dem die Berechtigung oder Nichtberechtigung der bestehenden Staatengebilde gemessen werden sollte, doch nur als ein Mittel zu ganz anders gearteten eigensüchtigen Zwecken; er wollte davon Gebrauch machen, wo es ihm vortheilhaft schien, und es schien ihm nach und nach an nicht wenigen Orten vortheilhaft; aber er dachte nicht daran, das Mittel zum Selbstzweck zu erheben, dem

Cavour.

auch er sich beugen und gehorchen müsse. Der Mann, der das Nationalitätsprincip in diesem Sinne auffaßte, der alle seine Kraft aus ihm sog und auch die bittren Folgen zu verschmerzen wußte, der Schöpfer des neuen Italien, war Camillo Benso, Graf von Cavour. Mit allen seinen Vorzügen und mit allen seinen Schwächen ein echter Sohn seines Volkes und seiner Zeit,

gehörte er zu jenen Männern, die ebenso sehr durch die ganze heiße Leidenschaft des Herzens wie durch das nüchterne Urtheil des prüfenden Verstandes auf ein einziges, unverrückbares Ziel hingedrängt werden, das zu erreichen ihnen Lebenszweck, Gewissenssache und unaussprechliches Glück zugleich ist. Seit er die Begründung der nationalen Einigung Italiens als seine persönliche Aufgabe erfaßt hatte, gehörte jede Minute, jeder Gedanke, jede Fiber seines Herzens diesem Ziele. Bald vorsichtig und zurückhaltend, bald leidenschaftlich drängend, bald achtsam vorbereitend, bald hastig-entschlossen zugreifend, schonte er sich selbst nicht und gönnte Andern keine Schonung, hieß er jedes Mittel gut, das Erfolg versprach, ordnete er dem einen Endzweck jede seiner Handlungen, seine ganze Person unter. Mag mein Ruf, mein guter Name darüber zu Grunde gehen, so schrieb er; gleichviel, wenn nur Italien gemacht wird. Eine heitere, lebensfrohe Natur, voll Empfänglichkeit und Verständniß für die Wirklichkeit, aber frei von jedem Anfluge phantastischer Träumerei, durchschaute er die Bedingungen, unter denen er seine Aufgabe lösen mußte, mit der nüchternsten Klarheit, die sich doch wieder zu fast prophetischem Scharfblick steigerte, und ihm den Muth gab, Schritte zu wagen, die dem kurzsichtigen Beobachter oft genug wie das ziellose Umhertasten eines Abenteurers erschienen. Gewandt und verstellungsreich, ein Meister in der Intrige, verschmähte er durchaus nicht die Schleichwege und die kleinen Künste der Diplomatie; aber mehr als durch sie täuschte er seine Gegner durch die vielbespöttelte Offenheit und Zuversicht, mit der er seine letzten Ziele rückhaltslos aussprach und doch dabei Wege einschlug, die in völlig entgegengesetzter Richtung zu laufen schienen. Er wußte, daß er nur auf Umwegen an sein Ziel gelangen könne, und er ließ sich den weitesten Bogen nicht verdrießen, wenn er ihn nur ein Stückchen auf seinem Wege förderte. Sein Herz brannte vor Verlangen selbst noch der Früchte seiner Arbeit zu genießen und nie zweifelte er daran, daß diese Früchte reifen würden; aber ob in zwei, in zwanzig, in hundert Jahren, das wußte er nicht, und doch hemmte diese Unsicherheit nie seine Thatkraft, lähmte nie seinen Eifer. Aus conservativen, strengkatholischen Familienkreisen hervorgegangen, war er zum Bruche mit vielen Vorurtheilen und festgewurzelten Empfindungen genöthigt; aber sollten auch die ältesten Freunde sich in bittere Feinde verwandeln, so galt das Opfer ihm nicht zu hoch. Er hatte in den Jahren der stürmischen Aufregung tapfer und trotzig zur Mäßigung gerathen, dem Spotte der Radicalen und dem Toben der Gallerien gelassen die Stirne geboten und gern sich als „Mylord“ Cavour und als Führer der Zopfpartei, wie man die Aristokraten nannte, mißhandeln lassen. Es machte ihn nicht irre, daß in diesen Jahren sein Programm der Reformen kein Verständniß fand. Der politischen Erhebung des Volkes, das war seine Ueberzeugung, konnte nur durch die wirthschaftliche eine

Parteistellung während der Revolutionsjahre.

feste Grundlage gegeben werden. Wie er vor 1848 in dem absoluten Staate unablässig die Hebung der Landwirthschaft, die Förderung der Gewerbthätigkeit und die Befreiung des Handels verfochten hatte, so fuhr er in diesen Bemühungen nach 1849 fort. Aber freilich war sein Gesichtskreis ein weiterer geworden. Er hatte sich von den letzten Resten aristokratisch-conservativer Vorurtheile frei gemacht; er ermaß die Nothwendigkeit umfassender Reformen und verlangte, daß die Minister die ruhigen Zeiten, die eingetreten waren, dazu benutzen und sich so als wahre Staatsmänner erweisen sollten. Offenkundig vollzog er seinen Uebertritt zur liberalen Partei durch die glänzende Vertheidigung des Gesetzes, durch welches der Justizminister Siccardi Anfang 1850 die Abschaffung der geistlichen Gerichte bezweckte. Als dasselbe am 9. März mit großer Mehrheit angenommen und dadurch das Ministerium Azeglio neu befestigt war, konnte der Eintritt Cavours in den Rath der Krone nur noch eine Frage der Zeit sein, und kaum erledigte der Tod seines Freundes Santa Rosa das Ministerium des Handels und Ackerbaus, so ward er vom Könige am 11. October 1850 an diese Stelle berufen. Sofort begann er seine volkswirthschaftlichen Grundsätze ins Leben zu setzen. Die einseitige Aufhebung der Schutzzölle würde in der Kammer einer übermächtigen Opposition begegnet sein; deshalb stand Cavour davon ab und wählte den Weg der Handelsverträge, durch die er für die piemontesische Industrie Gegenleistungen von Frankreich, Belgien und England erwirkte. Aber auch aus politischen Gründen zog er dieses System vor. Wir wollen, rief er der Kammer im Januar 1851 zu, durch unsere Verträge jenes wünschenswerthe Bündniß herbeiführen, das zwischen den freien Völkern Westeuropas herrschen muß. Die freien Völker waren dabei allerdings nicht viel mehr als ein verlockendes Aushängeschild; denn Cavour trug nicht das mindeste Bedenken sich auch dem unfreien Frankreich anzuschließen und unmittelbar nach dem Staatsstreich Napoleons Gunst dadurch zu gewinnen, daß er das Urtheil über Beleidigungen fremder Herrscher den Geschworenen entzog und an die ordentlichen Gerichte überwies. Aber im Inneren wollte er in der That liberal regieren, und weil er das wollte, befriedigte ihn die bisherige ministerielle Mehrheit nicht. Diese bestand aus der Rechten und dem rechten Centrum; schon das linke Centrum, dessen Führer Rattazzi und Lanza waren, befand sich für gewöhnlich in der Opposition. Andrerseits konnte Azeglio auch auf die Unterstützung der Revel und Margarita nie mit Sicherheit zählen und die Verhältnisse geboten daher augenscheinlich eine Verschiebung des ministeriellen Schwerpunktes nach links hin. Cavour sah das ein; er erbat sich und erhielt bei jenem Gesetze über die Beleidigung fremder Herrscher die Unterstützung Rattazzis und erklärte dies offen in der Sitzung vom 5. Februar. Erzürnt bezeichnete Revel diese Ehe (connubio) mit dem linken Centrum als die Scheidung von der Rechten, und gab

Die Siccardischen Gesetze.

Eintritt Cavours ins Ministerium.

Handelsverträge.

Das Connubium.

dadurch der neuen Parteiverschmelzung den Beinamen des Connubiums, den sie behalten hat. Aber nicht die beleidigte Rechte allein war unzufrieden mit Cavours Verfahren; mit wenigen Ausnahmen mißbilligte das ganze Ministerium seinen Schritt, und als Cavour trotzdem entschlossen die Consequenzen zog und bei dem Tode des bisherigen Kammerpräsidenten Pinelli die Wahl Rattazzis auf diesen wichtigen Posten beförderte, brach der Conflict offen aus, und das ganze Ministerium reichte am 16. Mai seine Entlassung ein.

Cavours Rücktritt.

Für kurze Zeit behauptete die conservative Partei den Sieg. Da nur der eine Farini, der seit einem Jahr etwa das Unterrichtsministerium leitete, auf Cavours Seite stand, so entschloß sich der König, seine übrigen Räthe nicht zu entlassen und Azeglio blieb noch einige Monate am Ruder. Grade diese Frist bewies aber unzweideutig, wie richtig Cavour gehandelt hatte. Als das Ministerium ein Gesetz über die Civilehe einbrachte, hatte es große Schwierigkeiten, eine Mehrheit dafür zu finden und Azeglio fühlte sich durch diese parlamentarischen Nöthe so ermüdet, daß er im October sein Entlassungsgesuch wiederholte. Diesmal nahm der König es an. Balbos Versuche, ein conservatives Cabinet zu bilden, scheiterten, und am 4. November 1852 ward Cavour mit der Neubildung des Ministeriums und dem Vorsitz in demselben betraut, den er von da ab mit kurzer Unterbrechung bis an seinen Tod bekleiden sollte.

Sein Wiedereintritt.

Jetzt erst war er im Stande, gestützt auf das Connubium, seine Politik in vollem Umfange und nach allen Richtungen zur Ausführung zu bringen. Drei Gesichtspunkte waren es, die er vorzugsweise ins Auge faßte: es galt das Land durch innere Reformen zu stärken, es galt das Vertrauen auf Piemont in dem übrigen Italien zu beleben, und es galt unter den Mächten Europas Freunde und Bundesgenossen für den dereinstigen Krieg mit Oestreich zu werben. In allen diesen Dingen hatte das Ministerium Azeglio und hatte Cavour selbst schon tüchtig vorgearbeitet; aber erst jetzt, und von jetzt an volle sechs Jahre hindurch, hatte der große Staatsmann freien Spielraum für seine Entwürfe und konnte sich auf eine Kammermehrheit stützen, die ihn selbst in solchen Augenblicken nicht im Stich ließ, wo seine Politik sich verschleiern und scheinbar befremdliche Wege wandeln mußte.

Lamarmora und das Heer.

Die inneren Reformen kamen vor Allem dem Heere zu Gute, dessen Schlagfertigkeit von dem fleißigen und entschlossenen, wenn auch kurzsichtigen Lamarmora durch Abschaffung vieler Mißbräuche, durch Schärfung der Disciplin und besonders auch durch Nachahmung preußischer Einrichtungen gehoben wurde. Handel und Verkehr nahmen einen großen Aufschwung durch die Zollermäßigungen und durch den Bau von Eisenbahnen, dem der Venetianer Paleocapa seine ganze Aufmerksamkeit zuwandte. In den sechs Jahren nach 1848 wurden 400 Kilometer neu gebaut,

Handel und Verkehr.

während es vorher nur gegen 20 gegeben hatte. Der Eisenbahn über den Apennin, die seit 1853 Turin mit Genua verband, folgten die Vorbereitungen zur Durchbohrung des Mont-Cenis, mit der am 30. August 1857 der Anfang gemacht wurde. Die Einfuhr des Landes wuchs von 1850 ab in drei Jahren um das Fünffache; mit der Ausfuhr freilich stand es schlimm, denn die beiden Hauptartikel, Wein und Seide, wurden mehrere Jahre hindurch von Krankheiten der Reben und der Seidenraupen schwer heimgesucht. Unter diesen Umständen vermochten auch die Finanzen des Landes, die Cavour persönlich leitete, sich nicht zu erholen und zu vielen nöthigen Dingen, beispielsweise zur Hebung des Volksschulwesens, fehlte weniger der gute Wille als das Geld.

Schule und Kirche.

Sehr nahe lag die Versuchung der ewigen Geldnoth, die durch mehrfache Anleihen nur noch wuchs, durch Einziehung des reichen Kirchengutes abzuhelfen. Aber dazu mochte Cavour sich nicht entschließen. Er hob allerdings durch das Klostergesetz von 1855 über 300 Ordenshäuser mit mehr als 4000 Mönchen und 1200 Nonnen auf und ließ nur 264 Niederlassungen mit ungefähr 4000 Insassen bestehen; aber das Geld, welches der Verkauf ergab, floß in eine besondere geistliche Casse und diente zur Aufbesserung der am schlechtesten besoldeten Pfarrstellen; für die wirthschaftliche Lage des Landes war das Gesetz nur mittelbar ein Gewinn, insofern die Kirchengüter unter den Händen ihrer neuen Besitzer ganz anders ausgenutzt wurden als bisher.

Ministerkrisis.

Die ultramontane Partei hatte die äußersten Anstrengungen gemacht, es zu hintertreiben. Auf die erste Kunde davon, schon im Januar, verhängte der Papst die Excommunication über die Urheber und die Vollstrecker; an den König, der um dieselbe Zeit binnen fünf Wochen seine Mutter, seine Gemahlin und seinen Bruder durch plötzliche Todesfälle verlor, drängte sich der hohe Clerus heran, in der Hoffnung, sein erschüttertes Gemüth vollends einschüchtern zu können; endlich als trotz alledem das Gesetz von den Abgeordneten angenommen war, versuchten die Bischöfe es im Senate dadurch zu Fall zu bringen, daß sie durch den Mund Calabianas, des Bischofs von Casalmonferrato (später von Mailand), dem Staate dieselbe Summe, die als Erlös für die geistliche Casse veranschlagt war, etwas über 900,000 Francs, bar auszuzahlen sich erboten. Cavour hielt es demgegenüber für angemessen, dem Könige seinen Rücktritt anzubieten, und Victor Emanuel schwankte in der That einen Augenblick. Allein bei ernster Erwägung erkannte er, daß Cavours Entlassung, vollends in dieser Zeit, wo Sardinien eben in den Krimkrieg eingetreten war, einen völligen Verzicht auf die Politik der letzten Jahre einschließen würde. Das Anerbieten der Bischöfe wurde abgelehnt, das Gesetz vom Senate angenommen und vom Könige am 29. Mai vollzogen.

Die Ultramontanen.

Der Haß der Ultramontanen gegen Sardinien kannte nun allerdings keine Grenzen mehr; aber die Erfahrungen der letzten Jahre hatten hinreichend gelehrt, daß man ihn nicht zu scheuen brauche, daß entschlossene

Gegenmaßregeln vielmehr auch den widerspenstigen Clerus zu bändigen im Stande seien. Ueber die Siccardi'schen Gesetze war eben so heftiges Geschrei entstanden, wie jetzt über den Verkauf der Klostergüter, der Heißsporn der Ultramontanen, Fransoni, Erzbischof von Turin, lehnte sich offen dagegen auf und mußte durch Gefängnißstrafe zur Ordnung gezwungen werden; er verließ sogar das Land und suchte es von Lyon aus durch Hirtenbriefe aufzuhetzen; aber die Regierung bewies sich stark und ging als Siegerin aus dem Streite hervor. Der Widerstand gegen das Klostergesetz nahm ganz denselben Ausgang; der Verkauf der Kirchengüter ging unter großem Lärm der Ultramontanen trotz aller Drohungen mit den Strafen des Himmels glücklich von Statten und die Orden, die bestehen blieben und der Aufsicht des Staates unterstellt wurden, fügten sich wohl oder übel in das Unvermeidliche. Selbst bei den nächsten Wahlen, die im November 1857 stattfanden, gelang es der Priesterpartei nicht Rache zu nehmen; sie brachte durch den rücksichtslosen Gebrauch der geistlichen Waffen zwar eine sehr starke Schaar ihrer Anhänger in die Kammer, aber die Mehrheit blieb doch auf Seiten des Ministeriums und die lebhaften Besorgnisse, die Cavour eine Zeit lang gehegt, erwiesen sich als hinfällig.

Die Radicalen

Der radicalen Partei war mit dem Klostergesetze natürlich lange nicht genug gethan, und Cavour selbst wäre an die Verminderung der Bischofssitze und ähnliche Reformen sehr gern herangetreten; aber er wußte, wie weit er gehen dürfe, ohne auf unüberwindlichen Widerstand zu stoßen. Ueberdies hegte er vor den Radicalen keine große Furcht; sie waren nicht blos in Sardinien eine schwache Minderheit geworden, sondern hatten auch im übrigen Italien viel von ihrer Macht verloren. Die öffentliche Meinung der ganzen Halbinsel, etwa Neapel ausgenommen, wandte sich mehr und mehr Sardinien zu. Schon 1851 bekannte sich Gioberti in seiner Verbannung zu der Ansicht, daß die Erneuerung Italiens ganz ausschließlich von Piemont zu erwarten sei, und die Schrift, in der er die piemontesische Hegemonie predigte, sein Rinuovamento civile degl' Italiani, die bürgerliche Erneuerung der Italiener, fand andächtige und gelehrige Leser auch unter den extremen Parteien. Grade von den bedeutendsten Köpfen wandten sich viele der Politik Cavours zu. Der flüchtige Dictator von Venedig, Daniel Manin, der Sicilianer La Farina, der heldenmüthige Vertheidiger Roms, Garibaldi, und viele Andere wurden allmälig an der Ausführbarkeit ihres eigenen republikanischen Programms irre, lernten an die Möglichkeit der constitutionellen Monarchie glauben und brachten der Liebe zum Vaterlande ihre Parteianschauungen zum Opfer. Das Hauptverdienst an diesem Wandel fiel Cavour zu, wenngleich der König und Azeglio durch ihr treues Festhalten an der Verfassung die Wege geebnet hatten. Aber die Verfassung allein hätte jenen Republikanern kein Genüge gethan; die constitutionelle Monarchie

Die Nationalen.

dauern des Kaisers über die Art der Regierung in Neapel auszusprechen und knüpfte daran weiter den Wunsch, daß es bald ermöglicht werden möge, die französischen und östreichischen Truppen aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen. Lord Clarendon unterstützte diese Aeußerungen mit noch weit lebhafteren Worten; die übrigen Gesandten hielten ihr Urtheil zurück; Cavour aber, um dessetwillen die ganze Sache eingeleitet war, gab den Klagen Italiens in aller Form einen feierlichen und beredten Ausdruck. Die Wirkung, das wußte er wohl, war nicht ein förmlicher Beschluß, sondern nur die Erregung der öffentlichen Meinung, die darüber jubelte, Oestreich und Neapel auf der Anklagebank und Sardinien als den Ankläger zu sehen; und diese Wirkung verstärkte er noch durch eine zweite Note vom 16. April, in der er Piemont den Rächer Italiens, den Bürgen des Friedens und der Ordnung auf der Halbinsel nannte. Vorübergehend hatte er wohl gehofft, mehr noch als dies auf dem Congreß zu erreichen; lebhaft trug er sich mit dem Gedanken, die Herzöge von Parma und Modena nach der Moldau und Wallachei zu verpflanzen und ihre Länder für seinen König zu erwerben. Daß diese Hoffnung im allerersten Keim erstickt wurde, daß er „nicht das kleinste Herzogthum in der Tasche" mit nach Hause brachte, daß Napoleon drei, vier Entwürfe, Sardinien zu vergrößern, aufstellte und wieder fallen ließ, war schmerzlich, aber doch zu verwinden; denn als unzweifelhafter Gewinn des Congresses blieb bestehen, daß Italiens Sache vor den Richterstuhl Europas gezogen war, daß Oestreichs Stellung zu den Westmächten sich erheblich verschlechtert hatte, und daß, wie Cavour in offener Kammerrede erklärte, die Grundsätze Oestreichs und die Grundsätze Sardiniens sich als unversöhnlich erwiesen hatten. Binnen drei Jahren werden wir den guten Krieg ausbrechen sehen, schrieb er von Paris, und mit Zuversicht rechnete er schon jetzt für diesen Fall auf französische Hülfe.

Cavours Beschwerden.

An Oestreich aber waren die Vorgänge auf dem Congreß doch nicht spurlos vorübergegangen. Es suchte einzulenken und den Groll der Italiener zu beschwichtigen. Es empfahl dem Könige von Neapel Nachgiebigkeit; freilich umsonst; denn solche Schwäche, meinte König Ferdinand, sei gleichbedeutend mit dem Verzicht auf seine Souveränität; es berief die Central-Congregation, die Landesvertretung der Lombardei und Venetiens, im December 1856 wieder zusammen; um dieselbe Zeit statteten der Kaiser und die Kaiserin dem Lande einen mehrmonatlichen Besuch ab und die Aufhebung der Güterbeschlagnahme, die 1853 gegen die lombardischen Flüchtlinge verhängt war, eine Anfangs beschränkte, bald aber, am 25. Januar 1857, eine umfassende allgemeine Begnadigung, der Abzug der östreichischen Besatzungen aus Parma und Modena, die Ersetzung des 91jährigen Radetzky durch den liberal gesinnten Erzherzog Maximilian, der den Titel eines Vicekönigs erhielt, Alles das waren Versuche, die Herzen der Lom-

Milderes Regiment in der Lombardei.

barden dem Kaiserhause wieder zu gewinnen. Allein keines dieser Mittel verfing. Die guten Absichten und wohlwollenden Maßregeln des Erzherzogs machten auf die Lombarden keinen größeren Eindruck als vorher Verbannung, Kerker und Standgericht. Und wenn sie Engel wären, wir wollen keine fremden Herren im eigenen Hause: das war die Stimmung, die das ganze Land beherrschte, und die jeden Erfolg Maximilians vereitelte. Wenn Jemand, so wäre sonst dieser aufgeklärte und milde Prinz die geeignete Persönlichkeit für das neue System gewesen; scheiterte auch er an dem Unterfangen, so war die Unmöglichkeit des Versuches erwiesen. Cavour unterließ Nichts, was dazu dienen konnte, diesen Beweis zu erbringen, und Oestreich selbst erleichterte ihm das durch den völligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen. An demselben Tage, an welchem Franz Joseph seinen Einzug in Mailand hielt, berichteten die turiner Blätter von den Gaben, die aus der Lombardei für ein Ehrendenkmal der piemontesischen Armee und für die Ausrüstung der Festung Alessandria mit 100 Kanonen einliefen. Dadurch gereizt, erging sich die östreichische Presse in heftigen Angriffen auf Cavour, und die piemontesischen Blätter vergalten das mit noch gröberen Gegenstößen. Vergebens beschwerte sich Graf Buol darüber und verlangte Abhülfe; Cavour vertheidigte lebhaft den Nutzen der Preßfreiheit und verwies jenen an die Gerichte des Landes. Ihm konnte nichts Erwünschteres widerfahren, als daß Oestreich grade jetzt diese ungeberdige Sprache führte und endlich erklärte, wenn ihm keine Genugthuung würde, könne auch der kaiserliche Geschäftsträger nicht länger in Turin bleiben. Mit Freuden sah er den Grafen Paar am 23. März 1857 abreisen und sofort ertheilte er dem sardinischen Vertreter in Wien den Befehl, gleichfalls zurückzukehren. Dadurch ward offenkundig ausgedrückt, daß Oestreichs milderes Verfahren in der Lombardei keinen Einfluß auf das turiner Cabinet habe, daß nicht die Art der östreichischen Herrschaft allein, daß diese Herrschaft selbst und an sich von Cavour bekämpft werde. Mehr brauchten die Lombarden nicht, um in ihrem Widerstande bestärkt zu werden. Man kümmerte sich nicht im Geringsten um des Erzherzogs Reformen; man fragte nicht einmal danach, ob sie ernstlich gemeint seien. Es schien, als ob die ganze Bevölkerung sich bei hellem Tageslichte verschworen habe, und unbefangene fremde Beobachter bedauerten bald den Prinzen, der sich abquälen müsse, einen Mohren weiß zu waschen.

Erfolglosigkeit.

Sardinien und Oestreich.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Dennoch war dieser Umschwung der östreichischen Politik für Cavour nicht ohne Gefahren; er bedrohte ihn ernstlich mit dem Verluste der ohnedies schon gefährdeten englischen Freundschaft. Um sich diese zu erhalten, verfiel er vorübergehend auf die abenteuerlichsten Pläne; selbst an der Expedition nach China wollte er sich einmal betheiligen. Was in London sehr unangenehm berührte, das war die Unterstützung, die er Rußland zu Theil werden ließ. In allen Fragen, die durch die Unabhängigkeitsgelüste

England und Rußland.

dauern des Kaisers über die Art der Regierung in Neapel auszusprechen und knüpfte daran weiter den Wunsch, daß es bald ermöglicht werden möge, die französischen und östreichischen Truppen aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen. Lord Clarendon unterstützte diese Aeußerungen mit noch weit lebhafteren Worten; die übrigen Gesandten hielten ihr Urtheil zurück; Cavour aber, um dessetwillen die ganze Sache eingeleitet war, gab den Klagen Italiens in aller Form einen feierlichen und beredten Ausdruck. Die Wirkung, das wußte er wohl, war nicht ein förmlicher Beschluß, sondern nur die Erregung der öffentlichen Meinung, die darüber jubelte, Oestreich und Neapel auf der Anklagebank und Sardinien als den Ankläger zu sehen; und diese Wirkung verstärkte er noch durch eine zweite Note vom 16. April, in der er Piemont den Rächer Italiens, den Bürgen des Friedens und der Ordnung auf der Halbinsel nannte. Vorübergehend hatte er wohl gehofft, mehr noch als dies auf dem Congreß zu erreichen; lebhaft trug er sich mit dem Gedanken, die Herzöge von Parma und Modena nach der Moldau und Wallachei zu verpflanzen und ihre Länder für seinen König zu erwerben. Daß diese Hoffnung im allerersten Keim erstickt wurde, daß er „nicht das kleinste Herzogthum in der Tasche" mit nach Hause brachte, daß Napoleon drei, vier Entwürfe, Sardinien zu vergrößern, aufstellte und wieder fallen ließ, war schmerzlich, aber doch zu verwinden; denn als unzweifelhafter Gewinn des Congresses blieb bestehen, daß Italiens Sache vor den Richterstuhl Europas gezogen war, daß Oestreichs Stellung zu den Westmächten sich erheblich verschlechtert hatte, und daß, wie Cavour in offener Kammerrede erklärte, die Grundsätze Oestreichs und die Grundsätze Sardiniens sich als unversöhnlich erwiesen hatten. Binnen drei Jahren werden wir den guten Krieg ausbrechen sehen, schrieb er von Paris, und mit Zuversicht rechnete er schon jetzt für diesen Fall auf französische Hülfe.

Cavours Beschwerden.

Milderes Regiment in der Lombardei.

An Oestreich aber waren die Vorgänge auf dem Congreß doch nicht spurlos vorübergegangen. Es suchte einzulenken und den Groll der Italiener zu beschwichtigen. Es empfahl dem Könige von Neapel Nachgiebigkeit; freilich umsonst; denn solche Schwäche, meinte König Ferdinand, sei gleichbedeutend mit dem Verzicht auf seine Souveränität; es berief die Central-Congregation, die Landesvertretung der Lombardei und Venetiens, im December 1856 wieder zusammen; um dieselbe Zeit statteten der Kaiser und die Kaiserin dem Lande einen mehrmonatlichen Besuch ab und die Aufhebung der Güterbeschlagnahme, die 1853 gegen die lombardischen Flüchtlinge verhängt war, eine Anfangs beschränkte, bald aber, am 25. Januar 1857, eine umfassende allgemeine Begnadigung, der Abzug der östreichischen Besatzungen aus Parma und Modena, die Ersetzung des 91jährigen Radetzky durch den liberal gesinnten Erzherzog Maximilian, der den Titel eines Vicekönigs erhielt, Alles das waren Versuche, die Herzen der Lom-

barden dem Kaiserhause wieder zu gewinnen. Allein keines dieser Mittel verfing. Die guten Absichten und wohlwollenden Maßregeln des Erzherzogs machten auf die Lombarden keinen größeren Eindruck als vorher Verbannung, Kerker und Standgericht. Und wenn sie Engel wären, wir wollen keine fremden Herren im eigenen Hause: das war die Stimmung, die das ganze Land beherrschte, und die jeden Erfolg Maximilians vereitelte. Wenn Jemand, so wäre sonst dieser aufgeklärte und milde Prinz die geeignete Persönlichkeit für das neue System gewesen; scheiterte auch er an dem Unterfangen, so war die Unmöglichkeit des Versuches erwiesen. Cavour unterließ Nichts, was dazu dienen konnte, diesen Beweis zu erbringen, und Oestreich selbst erleichterte ihm das durch den völligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen. An demselben Tage, an welchem Franz Joseph seinen Einzug in Mailand hielt, berichteten die turiner Blätter von den Gaben, die aus der Lombardei für ein Ehrendenkmal der piemontesischen Armee und für die Ausrüstung der Festung Alessandria mit 100 Kanonen einliefen. Dadurch gereizt, erging sich die östreichische Presse in heftigen Angriffen auf Cavour, und die piemontesischen Blätter vergalten das mit noch gröberen Gegenstößen. Vergebens beschwerte sich Graf Buol darüber und verlangte Abhülfe; Cavour verteidigte lebhaft den Nutzen der Preßfreiheit und verwies jenen an die Gerichte des Landes. Ihm konnte nichts Erwünschteres widerfahren, als daß Oestreich grade jetzt diese ungeberdige Sprache führte und endlich erklärte, wenn ihm keine Genugthuung würde, könne auch der kaiserliche Geschäftsträger nicht länger in Turin bleiben. Mit Freuden sah er den Grafen Paar am 23. März 1857 abreisen und sofort ertheilte er dem sardinischen Vertreter in Wien den Befehl, gleichfalls zurückzukehren. Dadurch ward offenkundig ausgedrückt, daß Oestreichs milderes Verfahren in der Lombardei keinen Einfluß auf das turiner Cabinet habe, daß nicht die Art der östreichischen Herrschaft allein, daß diese Herrschaft selbst und an sich von Cavour bekämpft werde. Mehr brauchten die Lombarden nicht, um in ihrem Widerstande bestärkt zu werden. Man kümmerte sich nicht im Geringsten um des Erzherzogs Reformen; man fragte nicht einmal danach, ob sie ernstlich gemeint seien. Es schien, als ob die ganze Bevölkerung sich bei hellem Tageslichte verschworen habe, und unbefangene fremde Beobachter bedauerten bald den Prinzen, der sich abquälen müsse, einen Mohren weiß zu waschen.

Erfolglosigkeit.

Sardinien und Oestreich.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Dennoch war dieser Umschwung der östreichischen Politik für Cavour nicht ohne Gefahren; er bedrohte ihn ernstlich mit dem Verluste der ohnedies schon gefährdeten englischen Freundschaft. Um sich diese zu erhalten, verfiel er vorübergehend auf die abenteuerlichsten Pläne; selbst an der Expedition nach China wollte er sich einmal betheiligen. Was in London sehr unangenehm berührte, das war die Unterstützung, die er Rußland zu Theil werden ließ. In allen Fragen, die durch die Unabhängigkeitsgelüste

England und Rußland.

der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel aufgewühlt wurden, fand man Sardinien stets im Gefolge Frankreichs und Rußlands, und was noch mehr besagen wollte, durch die Einräumung einer Kohlenstation in Villafranca bei Nizza machte Victor Emanuel es der russischen Flagge möglich, sich trotz des pariser Friedens dauernd im Mittelmeer zu entfalten. Eine gewisse Entfremdung zwischen den Cabinetten von London und Turin war unter diesen Umständen unvermeidlich; um so eifriger war Cavour darauf bedacht, zu verhüten, daß sie nicht allzu groß werde, und der englische Gesandte, Sir James Hudson, ein warmer Freund Italiens, stand ihm darin treulich bei. Auch die Verblendung der Gegner that ab und zu das Ihre. So gab Ferdinand von Neapel Cavour die Gelegenheit, gemeinsam mit England die Herausgabe des Dampfschiffes Cagliari zu verlangen, dessen Capitän von seinen Passagieren gezwungen war, an der neapolitanischen Küste zu landen und sie dort zum Zweck eines Aufstandsversuches auszusetzen. Ein Kriegsschiff Ferdinands hatte ihn dabei ertappt, den Dampfer weggenommen und die Mannschaft, darunter einige Engländer, gefangen nach Neapel gebracht. Hartnäckig verweigerte Ferdinand die verlangte Freilassung und strengte sich sehr an, die Mitschuld Don Camillos, wie er Cavour spöttisch zu nennen pflegte, zu erweisen; endlich aber mußte er doch nachgeben. Cavour war an der albernen Cagliari-Geschichte ebenso unschuldig, wie an den zahllosen kleinen Aeußerungen des revolutionären Geistes, die sonst in diesen Jahren an den Tag traten. Er hätte einen Thronwechsel in Neapel freilich sehr gern gesehen, um die Mitwirkung dieses Königreiches bei dem künftigen Kriege gegen Oestreich zu sichern; denn noch war die Herstellung eines italienischen Bundes, nicht der Einheitsstaat das Ziel, das er ins Auge faßte; aber um keinen Preis wollte er das radicale Verschwörerthum begünstigen, das er für Italiens größtes Unglück hielt. Daß der Mazzinismus zusehends an Einfluß auf der Halbinsel verlor, war für ihn eines der erfreulichsten Zeichen. Ohne geheime Gesellschaften ging es freilich auch bei der nationalen Partei, die auf Piemont ihre Hoffnung setzte, nicht ab, da sie ihr Banner in den übrigen Staaten ja nicht offen entfalten durfte. Der italienische Nationalverein, den Giorgio Pallavicino, La Farina und Manin im August 1857 gegründet, konnte seine Thätigkeit nicht auf Sardinien beschränken und doch war sein Programm, die Unabhängigkeit und Einheit Italiens, überall sonst aufs strengste verpönt. So galt es denn, insgeheim in den übrigen Staaten Anhänger zu werben, nicht große Massen, die zum Losschlagen vorbereitet wurden, sondern zuverlässige und einflußreiche Männer, die im gegebenen Augenblicke an die Spitze treten konnten. Uebrigens stand Cavour auch diesem Vereine zunächst ganz fern, und erst als die Stunde der Entscheidung herankam, nahm er die angebotene Mitwirkung an und leitete den Verein durch La Farinas Vermittlung in seinem Sinne.

Neapel.

Der Nationalverein.

Napoleons Entschluß.

Diese Stunde kam durch das Attentat Orsinis auf Napoleon. Der Kaiser gelangte zu der Einsicht, daß es kein anderes Mittel gebe, die italienischen Banditen zu entwaffnen, als die Erfüllung der nationalen Wünsche. Seit Jahren hatte er sich mit diesem Gedanken getragen, niemals den Muth fassen können, Ernst damit zu machen. In bedächtigem Erwägen zwischen der Ausführung und dem Preisgeben eines Planes zu schwanken, alle Gründe für und wider stets von Neuem zu ermessen, ohne zu einem festen Entschluß zu kommen, und dann plötzlich unter irgend einer äußeren Einwirkung die Entscheidung zu treffen und dem innern Kampfe ein Ende zu machen, das war, wie früher schon hervorgehoben, recht eigentlich die Eigenthümlichkeit des französischen Kaisers. In seinem Verhältniß zu Oestreich und Italien hatte ihm dieser äußere Anstoß bis dahin gefehlt. Alles war vorbereitet, um gegebenen Falls die Unabhängigkeit der Halbinsel von östreichischem Joche als Vorwand und Zielpunkt eines Krieges aufzustellen, aber Nichts war geschehen, wodurch das Beschreiten dieser Bahn unwiderruflich geworden wäre. Erst nach der That Orsinis wurde der letzte Entschluß gefaßt und alles auf dies Ziel gerichtet. Um Englands Freundschaft nicht einzubüßen, gab Napoleon seine Forderungen in Betreff des Asylrechts auf; um Rußland bei sich festzuhalten, war er ihm an der Donau, in Serbien, Rumänien, Montenegro, in jeder Weise gefällig. Der Gegendienst, den er dafür verlangte, war nur der, Preußen und den deutschen Bund von jeder thätigen Parteinahme für den Kaiserstaat abzuhalten. Auch Englands Freundschaft wurde nur zu diesem Zweck in Anspruch genommen; eine active Betheiligung seines Alliirten aus der Krim hätte dem französischen Kaiser nicht einmal erwünscht sein können, da sie ihn nur in der Freiheit seiner Entschlüsse behindert haben würde, ohne ihm einen wesentlichen Zuwachs an Macht zu geben. Der einzige Bundesgenosse, den er gebrauchte, und auf den er unbedingt zählen konnte, war Sardinien.

Der italienische Krieg.

Die Zusammenkunft von Plombières.

Mit welchem Jubel mag Cavour die Einladung Napoleons empfangen haben, die ihn im Juli 1858 nach dem Bade Plombières in den Vogesen berief, um dort im tiefsten Geheimniß mit dem Kaiser die Vertreibung der Oestreicher aus Italien zu vereinbaren. Ein schriftlicher Vertrag wurde nicht aufgesetzt, aber in mündlichen Besprechungen vereinigten sich beide Staatsmänner am 20. Juli über Leistung und Gegenleistung. Für den Erwerb der Lombardei und Venetiens verpflichtete Cavour sich die Abtretung Savoyens an Frankreich zu bewirken; für den Erwerb von Parma und Modena, der nur als Möglichkeit in Aussicht genommen wurde, versprach er Nizza zum Opfer zu bringen. Die

Zeit bis zum nächsten Frühjahr sollte zu energischen Rüstungen benutzt werden. In Turin gab man sich kaum die Mühe diese zu verheimlichen, oder die gegen Oestreich gekehrte Spitze zu verhüllen. Die lombardischen Flüchtlinge wurden militärisch organisirt, eine ungarische Legion gebildet, Italiener aus allen Theilen der Halbinsel im Staatsdienste angestellt. Mit dem Nationalverein knüpfte Cavour jetzt durch La Farina innigere Beziehungen an; auch mit Garibaldi kam er dadurch im December 1858 zuerst in persönliche Beziehung. Er brauchte diese Männer, um im schlimmsten Falle eine große Revolutionirung Italiens zu bewerkstelligen, und entwarf den Plan dazu im October mit La Farina. In Massa und Carrara sollte die Erhebung beginnen; als Zeitpunkt wurde der 1. Mai 1859 festgesetzt. Mit seinen Hoffnungen auf Napoleon hielt Cavour auch diesem Vertrauten gegenüber durchaus zurück; erfüllten sie sich, so förderten die Vorbereitungen des Nationalvereins die Erreichung der darauf gebauten Pläne und wiesen das drohende Uebergewicht des mächtigen Bundesgenossen einigermaßen in engere Schranken zurück; erfüllten sie sich nicht, so war ein Weg zu selbständigem Vorgehen eröffnet, der sich als ein Schreckmittel gegen den französischen Kaiser verwenden ließ und im schlimmsten Falle wirklich mit einiger Aussicht auf Erfolg betreten werden konnte.

Der Nationalverein.

Der Neujahrsgruß.

Europa merkte Nichts von dem, was hinter dem Vorhange vorbereitet wurde, und glaubte weniger als je an einen neuen Krieg. Um so größer war das Entsetzen, als der erste Tag des neuen Jahres plötzlich die schwarzen Wolken aller Augen enthüllte. Beim Empfange des diplomatischen Corps sprach der Kaiser dem östreichischen Gesandten sein Bedauern darüber aus, daß die Beziehungen der französischen Regierung zu der östreichischen nicht so gut wie früher seien; ich bitte Sie übrigens, fügte er hinzu, Ihrem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gesinnungen für ihn unverändert dieselben geblieben sind. Weder dieser Zusatz, noch die beschwichtigenden Versicherungen der amtlichen Blätter vermochten die Unruhe und Aufregung zu dämpfen, welche dieser Neujahrsgruß überall hervorrief, und Schlag auf Schlag traten neue Anzeichen hervor, welche die Nähe des Sturmes verkündeten. Auf den 10. Januar waren die sardinischen Kammern einberufen; Victor Emanuel eröffnete sie mit einer Thronrede, welche des Schmerzensschreies gedachte, der aus so vielen Theilen Italiens an sein Ohr dringe, und gegen den er bei aller Achtung vor den Verträgen nicht unempfindlich bleiben könne. Unmittelbar nach diesen drohenden Worten reiste der Prinz Napoleon nach Turin, und die pariser Blätter meldeten, daß am 17. Januar seine Verlobung mit der Tochter des Königs, der Prinzessin Clotilde, stattfinden werde. Der Unterzeichnung des Ehecontractes voran ging der Abschluß eines förmlichen Vertrages, der die Verabredungen von Plombières für beide Theile verbindlich machte. Mit Recht konnte Victor Emanuel den Kam-

Der „Schmerzensschrei" Italiens.

Heirat des Prinzen Napoleon.

Der turiner Vertrag.

mern versichern: „das Jahr beginnt gut, und ich hoffe, daß es noch besser endigen werde; das französische Bündniß kann uns für künftige Fälle ein Quell vieler Vortheile werden." Schon am 30. Januar wurde die Hochzeit gefeiert, und das junge Ehepaar reiste nach Paris ab. Ein Zweifel an dem nahen Ausbruch des Krieges war jetzt kaum noch möglich, und wenn Napoleon in seiner Thronrede vom 7. Februar die Phrase gebrauchte, es sei kein ausreichender Grund zu Befürchtungen vorhanden, so steigerten sich diese in Folge dessen nur um so schneller.

Oestreichs Rüstungen.

Auch in Wien hatte man den Ernst der Lage allmählich erkannt und schritt zu Gegenmaßregeln. Aber es war schwer, jetzt in wenigen Monaten nachzuholen, was seit Jahren versäumt war. Der Zustand der östreichischen Armee entsprach in vielen Stücken den Ansprüchen nicht, welche man an sie stellen mußte. Insbesondere litt sie großen Mangel an Offizieren, zumal an tüchtigen und beliebten Offizieren. In der Eintheilung, Ausrüstung und Bewaffnung waren die Erfahrungen der letzten Kriege wenig verwerthet worden. Ein besonderer Uebelstand lag noch darin, daß die größere Hälfte der Armee sich in dem östlichen Theile der Monarchie befand und Italien nur von drei Corps (etwa 55,000 Mann) besetzt war, die unter dem Befehl des gänzlich unfähigen Giulay standen. Ein schnelles Hinüberwerfen von Truppen nach der Lombardei oder Venetien war aber deshalb unmöglich, weil diese Provinzen noch immer durch keinen Eisenbahnstrang mit der Monarchie verbunden waren. Seit Jahren wurde daran gearbeitet, und man wartete nur auf die Vollendung, um dem gewaltigen Festungsviereck, das seit 1850 an der Etsch und dem Mincio vollendet war, die schweren Positionsgeschütze zuzuführen, deren es bedurfte. Thatsächlich waren und blieben die berühmten Festungen während des ganzen Krieges mit glatten Sechs- und Zwölfpfündern armirt, während die für sie bestimmten Geschütze auf der letzten Eisenbahnstation fest lagen. Wären die Verhandlungen, welche dem Beginn des Krieges vorangingen, nicht so zeitraubend gewesen, so würde es kaum möglich gewesen sein, eine kampffähige Armee in Oberitalien aufzustellen. Allein Dank den Vermittlungsversuchen der Großmächte gewann Oestreich Zeit genug um seine Rüstungen hinreichend fördern zu können; es war ausschließlich Schuld der eigenen Langsamkeit, wenn trotzdem beim Beginn des Krieges noch Vieles an der vollen Kampfbereitschaft fehlte.

Zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen Wien und Turin kam es zunächst nicht, da der diplomatische Verkehr zwischen beiden Höfen noch immer unterbrochen war. Die Sprache, in welcher man mit einander redete, waren militärische und polizeiliche Maßnahmen. Auf die Bildung der italienischen Freiwilligencorps antwortete Oestreich durch die Verstärkung der lombardischen Armee; das dritte Corps wurde Giulay zu dem fünften, siebenten und achten, die er bereits befehligte, hinzugegeben, und alle

vier auf Kriegsfuß gebracht, so daß er Ende Februar etwa 100,000 Mann zur Verfügung hatte. Erzherzog Maximilian ward abberufen; Post, Telegraph, Eisenbahndienst wurden von italienischen Beamten gereinigt und mit zuverlässigen Männern besetzt. Cavour beschleunigte dagegen die Armirungen von Alessandria, forderte und erhielt von den Kammern eine Anleihe von 50 Millionen Francs und setzte seine Rüstung fort. Unter den Großmächten durfte er neben Frankreich auch auf Rußlands Freundschaft zählen; denn in Petersburg war der Wunsch, Oestreich gedemüthigt zu sehen, nicht minder lebhaft als in Turin. Preußen und England erkannten wenigstens an, daß es an berechtigten Klagepunkten nicht fehlte, und waren zu einseitiger Parteinahme für den wiener Hof nicht geneigt. An England wandte sich Graf Buol, um seine Vermittlung anzurufen. Es geschah dies durch eine Note vom 25. Januar. Das britische Cabinet ging darauf ein, indem es seinen Gesandten in Paris, Lord Cowley, am 25. Februar mit Vorschlägen, auf deren Annahme durch Napoleon es hoffte, nach Wien schickte. Oestreich sollte auf seine Schutz- und Trutzbündnisse mit den oberitalienischen Herzogthümern verzichten, der Kirchenstaat von den fremden Truppen geräumt, in allen Staaten der Halbinsel zeitgemäße Reformen eingeführt werden. Buol stellte wenigstens in Bezug auf den ersten und letzten Punkt einige Nachgiebigkeit in Aussicht, forderte dafür aber eine Verbürgung für die östreichischen Besitzungen in Italien. England knüpfte darauf hin mit Cavour an und verlangte von diesem das Maß der Reformen, die er beanspruche, zu hören. Die Antwort, welche jener gab, zeigte die Unmöglichkeit eines Vergleiches; denn neben der Einführung constitutioneller Verfassungen in den Postaaten forderte er vor Allem die Errichtung einer getrennten nationalen Regierung für die Lombardei und Venetien. Auf diesem Wege war nicht weiter zu kommen. Da trat Rußland auf und schlug einen Congreß vor, indem es sich auf die pariser Verabredungen von 1856 berief, nach denen vor dem Beginn eines Krieges Versuche einer gütlichen Verständigung durch die Unbetheiligten unternommen werden sollten. In London und Berlin war man damit zufrieden; Napoleon knüpfte seine Zustimmung an die Bedingung, daß Sardinien zu diesem Congreß zugelassen werde; Cavour forderte dasselbe; in Wien verweigerte man aber nicht blos dies Zugeständniß, sondern verlangte am 22. März noch obendrein, daß Piemont vorher abrüste. Cavours größte Besorgniß war die, daß Napoleon der letzten Forderung zustimmen möchte; denn das unmittelbare Ergebniß derselben, die Entlassung der Freiwilligen, an deren Spitze Garibaldi stand, wäre dem französischen Kaiser gar nicht unlieb gewesen. Eine heimliche Reise, die der sardinische Staatsmann am 23. März nach Paris machte, beseitigte glücklich diese Gefahr; Napoleon verwarf die Forderung Buols. Nun trat England noch einmal in den Vordergrund, erkannte den

Die Großmächte.

Vermittlungsversuche.

Congreßpläne.

Anspruch Sardiniens auf Theilnahme an dem Congreß als begründet an, wollte dasselbe Recht aber auch den andern italienischen Fürsten einräumen; die Abrüstung, die Oestreich forderte, billigte es gleichfalls, doch mit dem Zusatze, daß der Kaiserstaat dasselbe thun müsse, und daß Vertreter der Großmächte und Sardiniens die allseitige Entwaffnung einleiten sollten. Diesem Vorschlage sich zu widersetzen, hielt Napoleon nicht für räthlich, weil er fürchtete, seine oft gepriesene Friedensliebe dadurch in ein bedenkliches Licht zu setzen. Der Moniteur verkündete seine Einwilligung und am 20. April erhielt Cavour von Paris durch den Telegraphen die bündige Weisung, auch seinerseits die englischen Bedingungen anzunehmen. Mit einem Schlage schien Alles verloren zu sein. Ueberanstrengt durch wochenlange Aufregung und übermenschliche Thätigkeit, die nicht bei Tag und nicht bei Nacht unterbrochen war, gerieth Cavour in die furchtbarste Verzweiflung; ohne Trank und Speise zu sich zu nehmen, ohne Jemanden, auch nur seine Vertrautesten, zu sich zu lassen, stöberte er ruhelos in seinen Papieren und verbrannte viele. Pläne nach Amerika auszuwandern und Selbstmordsgedanken durchkreuzten seine Seele. Nach acht Jahren der rastlosesten Arbeit sich weiter vom Ziele zu sehen als am Anfang, der Gedanke war schrecklich. Der einzige Ausweg, der noch offen zu stehen schien, grenzte an ruchlose Verwegenheit. Sollte er Napoleons Gebote trotzen? Sollte er mit Sardiniens unzulänglichen Mitteln den Krieg gegen Oestreich aufnehmen, und um nur die Zukunft zu retten, für jetzt die sichere Niederlage, die schmählichste Demüthigung herbeiführen? Die Verblendung seiner Feinde ersparte ihm diesen verantwortungsvollen Entschluß. In demselben Augenblick, wo Oestreichs Lage sich wahrhaft beneidenswerth gestaltete, begingen Oestreichs Staatsmänner den unverzeihlichen Fehler, sie gründlich zu verderben. Statt den englischen Entwaffnungsvorschlag anzunehmen, richtete Buol unter dem 19. April ein Ultimatum an die sardinische Regierung, durch welches er binnen drei Tagen nach der Ueberreichung eine nackte Erklärung, Ja oder Nein, darüber verlangte, ob der König die Abrüstung versprechen wolle. Nun war Cavour gerettet. Ohne Gefahr konnte er dem englischen Vorschlage beitreten, konnte den Kammern und Napoleon Oestreich als den Angreifer und Friedensstörer hinstellen, konnte von jenen die Dictatur für Victor Emanuel und von dem französischen Kaiser auf Grund des Januarvertrages bewaffnete Hülfe verlangen. Am 23. April traf der außerordentliche östreichische Gesandte Graf Kellersperg in Turin ein; am selben Tage bewilligten die Kammern dem Könige die verlangte Machtvollkommenheit. Am 26. April beantwortete Cavour das feindliche Ultimatum weder mit Ja noch mit Nein, sondern durch Berufung auf seine Zustimmung zu den englischen Vorschlägen; am selben Tage erklärte Napoleon in Wien, er werde die Ueberschreitung des östreichisch-sardinischen Grenzflusses, des Tessin, als eine

Napoleons Schwanken.

Oestreichisches Ultimatum.

Kriegserklärung gegen Frankreich betrachten. Die Würfel waren gefallen, und ehe der Monat zu Ende ging, hatte der Krieg begonnen.

Beginn des Krieges.

Als Giulay in der Nacht zum 30. April den Tessin überschritt, standen ihm etwa 100,000 Mann zur Verfügung. Sich gegenüber hatte er die sardinische Armee von 70,000 Mann unter des Königs Oberbefehl; von den 150,000 Franzosen, die nach Italien bestimmt waren, hatten kaum die ersten Spitzen die Alpenpässe überschritten oder die Landung in Genua begonnen. Ein kräftiger Vormarsch am nördlichen Poufer hätte Turin binnen weniger Tage in die Hand der Oestreicher gebracht und die Alpenpässe verriegelt. Nach diesem Plane schien Giulay Anfangs zu handeln; aber nach kaum einer Woche gab er ihn auf und setzte sich in der Lomellina zwischen Tessin und Sesia fest. Denn unaufhörliches Regenwetter erschwerte und verlangsamte die Märsche und Turin konnte nicht so schnell genommen werden, daß nicht große Massen von Franzosen vorher zu Genua gelandet und mit den Sardiniern vereinigt im Stande gewesen wären, am südlichen Poufer durch Parma hindurch zu marschiren und in die Lombardei einzubrechen. Dort aber stand noch kein zweites östreichisches Heer bereit, sie zurückzuweisen und Giulay glaubte deshalb diese Aufgabe als die nächste betrachten zu müssen. Selbst über den Po zu gehn und die Feinde, welche sich auf das starke Alessandria stützten, anzugreifen, fühlte er sich zu schwach und wurde es auch in der That von Tag zu Tage mehr. Da auch seitens der Verbündeten kein Angriff unternommen, sondern die Ankunft der französischen Heerestheile abgewartet wurde, so folgte eine vierzehntägige Pause in den beiderseitigen Bewegungen.

Gefecht von Montebello.

Giulay machte ihr am 20. Mai ein Ende, indem er dem Grafen Stadion eine Recognoscirung gegen Alessandria befahl, durch die er sich überzeugen sollte, ob die feindliche Hauptmacht dort noch stehe oder den befürchteten Rechtsabmarsch gegen Parma hin schon angetreten habe. Diese Aufgabe, die übrigens durch Spione weit zweckmäßiger erledigt worden wäre, löste Stadion nicht einmal, da er nur eine einzige französische Division zum Schlagen brachte und von dieser, unter Foreys Befehl, mit einem Verlust von 1200 Mann bei Montebello zurückgedrängt wurde. Im französischen Hauptquartier beabsichtigte man aber gar nicht mehr, den von Giulay allein befürchteten Rechtsabmarsch zu unternehmen, sondern war vielmehr zu einer Linksschwenkung in der Weise entschlossen, daß man oberhalb der Sesiamündung bei Casale auf das nördliche Poufer übertreten und den rechten Flügel der Oestreicher im Norden umgehen wollte. Die Einleitung dazu wurde Garibaldi mit seinen Alpenjägern als äußerstem linkem Flügel übertragen. Schon am 23. Mai überschritt er bei Sesto Calende, da wo der Tessin aus dem Lago Maggiore strömt, die lombardische Grenze, drang über Varese bis Como vor und schlug sich mit wechselndem Glück während der nächsten Tage in den

Garibaldi.

Ausläufern der Alpen mit dem General Urban herum, der gegen ihn ausgeschickt wurde. Trotz seines Erscheinens an dieser Stelle argwöhnte Giulay noch Nichts von den Plänen der Feinde. Hinter den Piemontesen, die längs dem Po und der Sesia aufgestellt waren, zogen sich die Franzosen nordwärts gegen Vercelli hin und hatten diesen Linksmarsch glücklich vollzogen, als Giulays Generalstabschef, der Oberst Kuhn, endlich seine Täuschung erkannte. Der Oberfeldherr selbst beharrte auch dann noch in seiner Verblendung, als die Francosarden am 30. Mai zum Angriff schritten. Es war bei Palestro, wo Cialdini mit den Piemontesen, nachdem er unbehindert über die Sesia gegangen, die Oestreicher angriff. Umsonst suchte ihm Giulay am nächsten Tage, obendrein mit ungenügenden Kräften, das Dorf wieder zu entreißen. Von einem Regiment Zuaven unterstützt, schlugen die Italiener unter den Augen des tapfer mitkämpfenden Victor Emanuel, den die Zuaven nach der Schlacht zu ihrem Corporal erwählten, die Feinde in die Flucht, nahmen ihnen acht Kanonen und brachten ihnen einen Verlust von 2200 Mann bei. Schlimmer als das aber war, daß während dieses Kampfes ein ganzes französisches Armeecorps unter Niel bei Vercelli die Sesia überschritt und nordöstlich auf Novara marschirte, womit die Umgehung des rechten Flügels der Oestreicher vollzogen war. Giulay erkannte jetzt, daß seine einzige Rettung der schleunige Uebergang über den Tessin sei und so gab er am 1. Juni den Befehl, „sich rückwärts zu concentriren", ein Ausdruck, dem er dadurch sprüchwörtliche Bedeutung verschaffte.

Gefecht bei Palestro.

Jenseits des Flusses, an der Straße von Novara nach Mailand, nahm er wieder Stellung, um hier, vom 3. Juni ab unterstützt durch den Rath des greisen Heß, der vor einem Jahrzehnt Radetzkys Generalstabschef gewesen war, die Hauptstadt der Lombardei zu decken. Fast ohne Kampf überschritten die Franzosen den Tessin. Während die Hauptmacht, unter Napoleons Anführung, auf der mailänder Straße vorrückte, um die schlechtgesprengte Brücke von Buffalora zu benutzen, wurde Mac Mahon mit seinem Corps und einem Theil der Garde nordwärts geschickt und betrat schon am 3. Juni bei Turbigo das lombardische Ufer des Flusses. Von hier aus rückte er am nächsten Tage südwärts gegen Magenta vor, das nicht weit von Buffalora an der Straße nach Mailand liegt, zwischen sich und dem Tessin aber noch einen von Nord nach Süd laufenden Canal, den Naviglio grande, hat. Die Aufgabe, Mac Mahon zurückzuhalten, war dem General Clam Gallas zuertheilt, der soeben mit seinem Corps durch Tyrol angekommen war. Während dieser sich nordwärts von Magenta herumschlug, rückte Napoleon mit etwa 50,000 Mann über den Tessin gegen den Naviglio grande vor. Giulay hatte ihm etwa 58,000 Mann gegenüber zu stellen. Es entspann sich ein erbitterter Kampf, dessen nächster Gegenstand die Canalübergänge waren. In ihrem Besitz hätten die Oestreicher den Feind auf

Schlacht von Magenta.

und in den Tessin zurückwerfen, die Franzosen aber Clam Gallas von Giulay trennen und von beiden Seiten fassen können. Trotz des blutigsten Ringens, gelang es aber keinem Theile den Sieg zu gewinnen; die Entscheidung mußte von Norden her kommen. Für die Oestreicher wäre freilich die bloße Abwehr des feindlichen Anpralls schon ein Sieg gewesen, und da er an der Behauptung seiner Stellungen nach stundenlangem Widerstande nicht mehr zweifelte, meldete Giulay triumphirende Siegesbotschaften durch den Telegraphen nach Wien, und verließ sogar den Kampfplatz. Er hatte das nördliche Schlachtfeld gänzlich außer Acht gelassen. Hier war Mac Mahon in langsamem, aber beständigem Vordringen; gegen 6 Uhr traf er vor Magenta ein und der Sturm auf das Dorf — Espinasse fand dabei seinen Tod — war erfolgreich. Damit war der Tag für die Verbündeten entschieden. Die hereinbrechende Nacht, die zerstreute Stellung der Franzosen, ihre schweren Kämpfe und Verluste — sie hatten 4000 Todte und Verwundete, die Oestreicher 6000, dazu 4500 Gefangene verloren — machten eine Verfolgung des Sieges aber unmöglich. St. Jean d'Angely, der in dem Kampfe am Naviglio das Hauptverdienst hatte, und Mac Mahon wurden zu Marschällen ernannt, der letztere, der Held des Tages, auch zum Herzog von Magenta. Giulay trat am Morgen des 5. Juni den Rückzug an und gab den Siegern den Weg nach Mailand frei; an eine Verteidigung der Stadt dachte er nicht mehr; selbst die Festungen in seinem Rücken, Pavia, Piacenza und weiter Pizzighettone, Bergamo, Brescia ließ er räumen. Nur einer seiner Corpsgenerale, Benedek, kam am 8. Juni bei Melegnano, drei Meilen südwestlich von Mailand, noch einmal zum Schlagen, und wies einen Ueberfall Baraguay d'Hilliers erfolgreich zurück; ja er marschirte am andern Morgen auf der Straße gegen Mailand vor und bot, freilich umsonst, den Gegnern eine Schlacht an; dann wandte auch er sich rückwärts und am 10. Juni überschritten die letzten Oestreicher die Adda.

Gefecht von Melegnano.

Napoleon in Mailand.

Napoleon übereilte sich nicht, ihnen zu folgen. Am Tage der Schlacht von Melegnano hielt er mit Victor Emanuel seinen Einzug in Mailand. Proclamationen an die Armee und an die Italiener bezeichneten das Ende dieser ersten Hälfte des Krieges. Hatte der Kaiser bei seiner Abreise von Paris in der Proclamation vom 3. Mai die Losung „Italien frei bis zur Adria" ausgegeben, so wiederholte er jetzt die Versicherung seiner eigenen Uneigennützigkeit, versprach die Wünsche des Volkes zu erfüllen, und rief die Italiener unter die Fahnen Victor Emanuels. Es waren nicht die Lombarden allein, welche diese Worte auf sich bezogen. Auf die Kunde von der Schlacht bei Magenta hatten die Herzogin Luise von Parma und der Herzog Franz von Modena eiligst ihre Länder verlassen; der Großherzog von Toscana war ihnen längst mit dem Beispiel dazu vorangegangen; der Abzug der östreichischen Besatzungen aus Bologna, Ferrara, Ancona u. s. f. gab auch den nördlichen Provinzen des Kirchenstaates, der Romagna, das Zeichen zur Er-

Mittelitalien.

hebung und um die Mitte des Monats Juni hatte ganz Oberitalien, soweit es die östreichische Armee nicht besetzt hielt, und ein gutes Stück von Mittelitalien sich der Bewegung angeschlossen.

Franz Joseph zur Armee.

In Wien empfand man jetzt bitter den Ernst der Lage, den man bis dahin unterschätzt hatte. Kaiser Franz Joseph begab sich selbst zum Heere und übernahm am 16. Juni den Oberbefehl. Es standen ihm jetzt ganz andere Truppenmassen zur Verfügung, als Giulay commandirt hatte. Die Armee, die zwischen dem Gardasee und dem Po stand, zählte 220,000 Mann; halb so viel standen am adriatischen Meere, in Tyrol und Illyrien, und im übrigen Reiche befand sich noch eine Viertelmillion unter den Waffen. Aber was sich durch den kaiserlichen Oberbefehl nicht besserte, war die Unentschlossenheit und Unklarheit der Leitung.

Unsichere Bewegungen.

Zwei verschiedene Ansichten bekämpften sich. Der alte Heß wollte hinter den Mincio zurückgehn, der zweite Generalstabschef, Ramming, die Linie der Chiese, welche westlich vom Mincio, diesem parallel, in den Oglio fließt, verteidigen. Der Kaiser schwankte von dem einen Rathe zu dem andern hin und her. Am 16. wurden die Stellungen an der Chiese geräumt, am 17. wieder besetzt, am 19. abermals geräumt, am 23. zum dritten Mal eingenommen. An diesem Tage langten auch die Verbündeten, die endlich wieder vormarschirt waren, am rechten Ufer des genannten Flusses an; am 24. wollten sie die Gegend zwischen Chiese und Mincio besetzen.

Schlacht von Solferino.

Da die Oestreicher ihre ersten Stellungen noch nicht völlig wieder bezogen hatten, so befanden auch sie sich an diesem Tage im Vormarsch; auf keiner der beiden Seiten erwartete oder beabsichtigte man eine Schlacht. Zu gegenseitiger Ueberraschung traf man in der ersten Morgenfrühe, gleich beim Beginn des Marsches, schon auf einander. Die Linie der Oestreicher, welche 160,000 Mann stark waren, zog sich von dem Südufer des Gardasees über Solferino, wo das Centrum war, südwestlich gegen Medole. Bei diesem Orte traf ihr linker Flügel auf General Niel, den Canrobert unterstützen sollte; bei Solferino standen die beiden Kaiser sich persönlich gegenüber; rechts bei Pozzolengo stieß Benedek auf die Piemontesen. Die Schlacht zerfiel dadurch in drei fast ganz unabhängige Kämpfe. Die Entscheidung lag bei Solferino. Hier wurde von 5 Uhr früh bis 2 Uhr Mittags erbittert gestritten; die Oestreicher unter Stadion bedeckten sich mit nicht minderem Ruhm als die Franzosen, von denen sich Bazaine und Ladmirault besonders auszeichneten. Als das Dorf endlich aufgegeben werden mußte, setzte Franz Joseph den Widerstand persönlich in San Cassiano und Cavriana fort. Verloren und wiedergewonnen blieben auch diese Orte endlich 5 Uhr Abends in der Hand der Franzosen, als ein furchtbares Sturm- und Regenwetter dem Kampfe ein Ende machte. Auch auf dem südlichen Schlachtfelde waren die Franzosen um diese Stunde siegreich, da Canrobert endlich seinem Rivalen Niel Hülfe gebracht hatte. Im Norden hingegen, wo Benedek gegen Victor Emanuel stand, war das Glück von

Anfang an auf Seiten der Oestreicher. Die Piemontesen wurden bis hart an den See zurückgedrängt; durch neue Truppen verstärkt rückten sie zwar wieder vor, aber selbst ein fünfmaliger Sturm auf Benedeks Stellung, San Martino, brachte den Ort nicht in ihre Gewalt. Auch während des Unwetters dauerte hier der Kampf fort. Da erhielt Benedek die Nachricht von dem Ausgang der Schlacht bei Solferino und den Befehl zum Rückzug. Vor Zorn weinend gehorchte er, und um 7 Uhr Abends konnte Lamarmora San Martino besetzen. Die Hauptmacht der Oestreicher hatte unter dem Schutz des Unwetters inzwischen bereits den Rückzug über den Mincio angetreten; 13,000 Todte und Verwundete, über 9000 Zersprengte hatte ihnen der Tag gekostet; die Verluste der Francosarden waren fast noch größer; an Todten und Verwundeten zählten sie über 14,000 Mann, doch beliefen sich die Zersprengten nicht ganz auf 3000. Die Stärke der beiden Heere war fast gleich gewesen, gegen 160,000 Oestreicher, 150,000 Verbündete.

Politisch-militärische Lage nach der Schlacht.

Gegenüber der großen moralischen Bedeutung des Sieges waren die unmittelbaren Folgen nur sehr gering. Das Land bis an den Mincio stand den Verbündeten allerdings offen, und auch der Uebergang über den Fluß wurde ihnen nicht verwehrt; aber jenseits desselben gegen die Etsch hin, inmitten des berühmten Festungsviereckes, hart unter den Mauern von Verona, auf dem classischen Schlachtfelde von Santa Lucia, standen die Oestreicher, reichlich 200,000 Mann stark, in den vortheilhaftesten Positionen. Die französische Armee hatte mittlerweile zwar auch Verstärkungen erhalten, da Prinz Napoleon, der mit einem Corps am 23. Mai in Livorno gelandet und von da nach Parma gezogen war, in den ersten Tagen des Juli sich mit der Hauptarmee vereinigte. Aber dieser Zuwachs war geringfügig im Vergleich zu den Truppenmassen, welche die Belagerung der beiden Minciofestungen erforderte; gegen Mantua wurde außer dem Prinzen noch Canrobert, gegen Peschiera die Piemontesen und Baraguay d'Hilliers entsandt, nur mit den drei Corps St. Jean d'Angelys (der Garde), Mac Mahons und Niels konnte der Kaiser dem Feinde zu einer dritten Hauptschlacht entgegen treten. Eine Niederlage war durchaus nicht unwahrscheinlich; ein Sieg stellte nur kümmerliche Früchte in Aussicht. Leicht konnten bei einer mühsamen Belagerung der Festungen, während gefährliche Seuchen im Heere ausbrachen, die Lorbeern von Magenta und Solferino wieder verloren gehn. Andere Erwägungen traten hinzu die Kriegslust zu mindern. Der Zug des Prinzen Napoleon durch Toscana und die Poherzogthümer hatte dort das Verlangen hervorrufen sollen diesen Vetter des Kaisers zum Regenten zu erhalten. Aber keine Stimme hatte sich in diesem Tone vernehmen lassen; die allgemeine Forderung ging auf Verbindung mit dem oberitalischen Königreiche. Je länger der Krieg dauerte, desto lauter mußte sie ertönen, und desto weniger konnte Napoleon sie überhören

olche Stärkung Sardiniens lag aber keineswegs in seinen
en. Vollends der Anschluß der päpstlichen Romagna an
uen Staat hätte des Kaisers Wünschen durchaus wider=
t und ihn in Verwickelungen mit dem Papste gebracht,
ängstlich scheute. Mit dem wird man nicht vermittelst
nschüssen fertig; diese Seite des Krieges gefällt mir nicht,
schon bei seiner Landung in Genua bedenklich zu seinem
Arese gesagt. Zu alle dem gesellte sich jetzt noch die
Preußen und Deutschland auf die Seite Oestreichs treten
. Eine ungeheure Aufregung hatte sich gleich beim Be=
s Krieges der oberdeutschen Bevölkerungen bemächtigt;
ehört verhallten die Stimmen derer, welche zur Besonnen=
nten, und den alten Grundsatz, daß am Po der Rhein
t werde, bestritten. Mit endlosem Jubel wurden die
hen Truppen begrüßt, welche durch Baiern und Tirol
lien zogen; daß Preußen zögerte, mit voller Kraft dem
n Bundesgenossen beizuspringen, galt für nichts Ge=
als Vaterlandsverrath. Und selbst im Norden war
liche Meinung ganz überwiegend für den Eintritt in
. Die schwärmerische Begeisterung für Oestreich fand
: nur spärlichen Anklang; um so mehr aber die Er=
daß Napoleon das Spiel seines Oheims zu wiederholen
d wenn er den Kaiserstaat gebrochen, sich über Preußen
schland stürzen werde. Auch das berliner Cabinet ver=
se Gefahr nicht; aber in seinen Augen mußte die andere
er bedenklich erscheinen: Oestreichs Macht durch einen
ens Hülfe erfochtenen Sieg so hoch zu schrauben, daß
Willen den Bundesgenossen als unweigerliches Gebot
könne. Man war in Berlin zum Kriege bereit, aber
Zugeständnisse an Preußens Machtstellung. Oestreich
ur die preußischen Bedingungen zu erfüllen, so mar=
: kriegsbereiten deutschen Regimenter, und Napoleon
den Rhein eilen, um das eigene Land zu schützen.
zunächst bevorstand, war eine Friedensvermittlung,
: die drei neutralen Großmächte seit Solferino unter=
Die Grundlagen derselben waren: Vereinigung der
und der Poherzogthümer mit Sardinien, Venetiens
ng als selbständiger Staat unter einem östreichischen
Gründung eines italienischen Bundes, der aus Sar=
etien, Toscana, dem Kirchenstaate und Neapel bestehen
t 6. Juli erhielt Napoleon einen Brief des Kaisers
id, welcher diese Vorschläge ankündigte und mit dem
aß Preußen und England entschlossen seien sie durch=
: Entschuldigung verband, daß Rußland sich deshalb
nen Krieg stürzen könne. Nun war Napoleons
vorüber; er wollte der Vermittlung zuvorkommen
:dingungen als eigene Vorschläge an den Kaiser von
iten. Noch an demselben 6. Juli überbrachte sein

Deutschland und Preußen.

Rußland.

Zusammenkunft in Villafranca.

Anfang an auf Seiten der Oestreicher. Die Piemontesen wurden bis hart an den See zurückgedrängt; durch neue Truppen verstärkt rückten sie zwar wieder vor, aber selbst ein fünfmaliger Sturm auf Benedeks Stellung, San Martino, brachte den Ort nicht in ihre Gewalt. Auch während des Unwetters dauerte hier der Kampf fort. Da erhielt Benedek die Nachricht von dem Ausgang der Schlacht bei Solferino und den Befehl zum Rückzug. Vor Zorn weinend gehorchte er, und um 7 Uhr Abends konnte Lamarmora San Martino besetzen. Die Hauptmacht der Oestreicher hatte unter dem Schutz des Unwetters inzwischen bereits den Rückzug über den Mincio angetreten; 13,000 Todte und Verwundete, über 9000 Zersprengte hatte ihnen der Tag gekostet; die Verluste der Francosarden waren fast noch größer; an Todten und Verwundeten zählten sie über 14,000 Mann, doch beliefen sich die Zersprengten nicht ganz auf 3000. Die Stärke der beiden Heere war fast gleich gewesen, gegen 160,000 Oestreicher, 150,000 Verbündete.

Politisch-militärische Lage nach der Schlacht.

Gegenüber der großen moralischen Bedeutung des Sieges waren die unmittelbaren Folgen nur sehr gering. Das Land bis an den Mincio stand den Verbündeten allerdings offen, und auch der Uebergang über den Fluß wurde ihnen nicht verwehrt; aber jenseits desselben gegen die Etsch hin, inmitten des berühmten Festungsviereckes, hart unter den Mauern von Verona, auf dem classischen Schlachtfelde von Santa Lucia, standen die Oestreicher, reichlich 200,000 Mann stark, in den vortheilhaftesten Positionen. Die französische Armee hatte mittlerweile zwar auch Verstärkungen erhalten, da Prinz Napoleon, der mit einem Corps am 23. Mai in Livorno gelandet und von da nach Parma gezogen war, in den ersten Tagen des Juli sich mit der Hauptarmee vereinigte. Aber dieser Zuwachs war geringfügig im Vergleich zu den Truppenmassen, welche die Belagerung der beiden Minciofestungen erforderte; gegen Mantua wurde außer dem Prinzen noch Canrobert, gegen Peschiera die Piemontesen und Baraguay d'Hilliers entsandt, nur mit den drei Corps St. Jean d'Angelys (der Garde), Mac Mahons und Niels konnte der Kaiser dem Feinde zu einer dritten Hauptschlacht entgegen treten. Eine Niederlage war durchaus nicht unwahrscheinlich; ein Sieg stellte nur kümmerliche Früchte in Aussicht. Leicht konnten bei einer mühsamen Belagerung der Festungen, während gefährliche Seuchen im Heere ausbrachen, die Lorbeern von Magenta und Solferino wieder verloren gehn. Andere Erwägungen traten hinzu die Kriegsluft zu mindern. Der Zug des Prinzen Napoleon durch Toscana und die Poherzogthümer hatte dort das Verlangen hervorrufen sollen, diesen Vetter des Kaisers zum Regenten zu erhalten. Aber kein Stimme hatte sich in diesem Tone vernehmen lassen; die allgemeine Forderung ging auf Verbindung mit dem oberitalischen Königreiche. Je länger der Krieg dauerte, desto lauter mußte sie ertönen, und desto weniger konnte Napoleon sie überhören

Eine solche Stärkung Sardiniens lag aber keineswegs in seinen Absichten. Vollends der Anschluß der päpstlichen Romagna an den neuen Staat hätte des Kaisers Wünschen durchaus widersprochen und ihn in Verwickelungen mit dem Papste gebracht, die er ängstlich scheute. Mit dem wird man nicht vermittelst Kanonenschüssen fertig; diese Seite des Krieges gefällt mir nicht, hatte er schon bei seiner Landung in Genua bedenklich zu seinem Freunde Arese gesagt. Zu alle dem gesellte sich jetzt noch die Gefahr, Preußen und Deutschland auf die Seite Oestreichs treten zu sehen.

Deutschland und Preußen.

Eine ungeheure Aufregung hatte sich gleich beim Beginn des Krieges der oberdeutschen Bevölkerungen bemächtigt; fast ungehört verhallten die Stimmen derer, welche zur Besonnenheit mahnten, und den alten Grundsatz, daß am Po der Rhein verteidigt werde, bestritten. Mit endlosem Jubel wurden die östreichischen Truppen begrüßt, welche durch Baiern und Tirol nach Italien zogen; daß Preußen zögerte, mit voller Kraft dem bedrängten Bundesgenossen beizuspringen, galt für nichts Geringeres als Vaterlandsverrath. Und selbst im Norden war die öffentliche Meinung ganz überwiegend für den Eintritt in den Krieg. Die schwärmerische Begeisterung für Oestreich fand hier zwar nur spärlichen Anklang; um so mehr aber die Erwägung, daß Napoleon das Spiel seines Oheims zu wiederholen scheine und wenn er den Kaiserstaat gebrochen, sich über Preußen und Deutschland stürzen werde. Auch das berliner Cabinet verkannte diese Gefahr nicht; aber in seinen Augen mußte die andere nicht minder bedenklich erscheinen: Oestreichs Macht durch einen mit Preußens Hülfe erfochtenen Sieg so hoch zu schrauben, daß es seinen Willen den Bundesgenossen als unweigerliches Gebot auferlegen könne. Man war in Berlin zum Kriege bereit, aber nur gegen Zugeständnisse an Preußens Machtstellung. Oestreich brauchte nur die preußischen Bedingungen zu erfüllen, so marschirten die kriegsbereiten deutschen Regimenter, und Napoleon mußte an den Rhein eilen, um das eigene Land zu schützen.

Rußland.

Was ihm zunächst bevorstand, war eine Friedensvermittlung, über welche die drei neutralen Großmächte seit Solferino unterhandelten. Die Grundlagen derselben waren: Vereinigung der Lombardei und der Poherzogthümer mit Sardinien, Venetiens Constituirung als selbständiger Staat unter einem östreichischen Erzherzog, Gründung eines italienischen Bundes, der aus Sardinien, Venetien, Toscana, dem Kirchenstaate und Neapel bestehen würde. Am 6. Juli erhielt Napoleon einen Brief des Kaisers von Rußland, welcher diese Vorschläge ankündigte und mit dem Bemerken, daß Preußen und England entschlossen seien sie durchzuführen, die Entschuldigung verband, daß Rußland sich deshalb nicht in einen Krieg stürzen könne.

Zusammenkunft in Villafranca.

Nun war Napoleons Schwanken vorüber; er wollte der Vermittlung zuvorkommen und jene Bedingungen als eigene Vorschläge an den Kaiser von Oestreich richten. Noch an demselben 6. Juli überbrachte sein

Adjutant Fleury dem Kaiser Franz Joseph, der sein Hauptquartier in Verona hatte, ein Handschreiben mit dem Antrag auf einen Waffenstillstand; am andern Tage traf in Valeggio, dem französischen Hauptquartier, die östreichische Zustimmung ein und am 8. wurde in dem neutral erklärten Villafranca von Heß, Vaillant und della Rocca der Waffenstillstand abgeschlossen. Für den 11. Juli wurde an demselben Orte eine Zusammenkunft der beiden Kaiser verabredet. Sie dauerte eine Stunde und führte zu einer Verständigung. Napoleon begab sich nach Valeggio zurück und zeichnete die Ergebnisse der Unterredung in Vertragsform auf. Die Hauptpunkte waren: Gründung eines italienischen Bundes, Abtretung der Lombardei an Frankreich, das sie Sardinien übergeben werde, Rückkehr der Herrscher von Toscana und Modena (Parma wurde mit Stillschweigen übergangen), jedoch ohne bewaffnete Mitwirkung der Friedenschließenden, Reformen in diesen Ländern und im Kirchenstaat. Prinz Napoleon brachte diesen Entwurf Nachmittags 4 Uhr nach Verona. Franz Joseph änderte Einiges daran. Mantua und Peschiera wurden von dem abzutretenden Gebiete ausgenommen; die Clausel wegen der bewaffneten Einmischung in Toscana und Modena gestrichen. In dieser Fassung unterzeichnete Franz Joseph den Entwurf und erhielt am andern Morgen Napoleons und Victor Emanuels Unterschrift.

Die Präliminarien.

Der Zürcher Friede.

Mit diesen Präliminarien von Villafranca war der Krieg beendet; der wirkliche Friedensschluß fand erst vier Monate später am 10. November in Zürich statt. Nur die Abtretung der Lombardei wurde so vollzogen, wie sie verabredet war. Die Rückkehr der Fürsten, die Reformen im Kirchenstaat, der italienische Bund, Alles das existirte nur auf dem Papier. Die lebendige Weiterentwickelung der Thatsachen ging rücksichtslos darüber hinweg.

Rücktritt Cavours.

Der Italiener bemächtigte sich, als sie die Nachricht von Villafranca erhielten, ein gewaltiger Zorn. Am tiefsten getroffen war Cavour. Mit ungeheurer Anstrengung hatte er von Turin aus, als stellvertretender Kriegsminister — La Marmora war zum Heer abgegangen —, als Minister des Aeußern, als Ministerpräsident für das Gelingen seines Werkes gearbeitet. Er hatte nicht mehr daran gezweifelt, daß des Kaisers Programm: Frei bis zur Adria! zur Wahrheit werde. Kühnere, weiter gehende Hoffnungen hatte die Erhebung Mittelitaliens geweckt. Was war dem gegenüber der Gewinn der Lombardei? Mußte man sich nicht aus allen Kräften den Abmachungen von Villafranca widersetzen? Konnte Italien nicht mit eigener Macht den Krieg fortführen? Auf die erste Kunde von dem Geschehenen eilte Cavour ins Hauptquartier; aber es war zu spät. Eine heftige Scene mit dem König, und der Graf sah ein, daß seine Stunde gekommen sei; er kehrte nach Turin zurück und gab am 19. Juli seine Entlassung. Ein Cabinet Rattazzi ersetzte ihn und seine Collegen. Der Wechsel war aber nicht blos eine Folge des Un-

Rattazzi.

muths und der Aufwallung, er war eine politische Nothwendigkeit für Italien. Die Klagen und Forderungen, welche die Nation jetzt noch zu erheben hatte und die auf einem Congreß, den Napoleon beabsichtigte, zur Sprache kommen mußten, konnten weit nachdrücklicher von neuen Männern geltend gemacht werden als von Cavour, dem man in Berlin und Petersburg nicht minder als in Wien und Paris Revolutionspläne zutraute. Davon abgesehen, arbeitete der neue Minister des Auswärtigen Dabormida vollkommen in seines Vorgängers Sinn. Schon am 23. Juli kündigte er in einem Rundschreiben an, daß Sardinien dem italienischen Bunde nicht beitreten und auf dem Congreß die Forderungen der Herzogthümer verfechten werde. Die Hoffnung, nicht blos Parma, sondern auch Modena, Toscana und die Romagna doch noch zu gewinnen, gab man in Turin keinen Augenblick auf.

Mittelitalien, Savoyen und Nizza.

Toscana.

Am wenigsten Neigung, die staatliche Selbständigkeit zu opfern, bestand wohl in Toscana, obgleich dessen Fürst der erste gewesen war, der sein Land verließ. In der ersten Hälfte des April hatte der piemontesische Gesandte in Florenz, Boncompagni, wiederholt die dringende Aufforderung an ihn gerichtet, dem Bündniß gegen Oestreich beizutreten; sie war höhnisch zurückgewiesen worden. Als aber in den Ostertagen das Ultimatum Buols und der bevorstehende Ausbruch des Krieges bekannt wurden, als eine lebhafte Bewegung durch die Bevölkerung ging und die Führer der gemäßigten Liberalen (der sogenannten Aristonationalen) den Großherzog beschworen, seine Krone nicht auf das Spiel zu setzen, als die Radicalen offen seine Abdankung verlangten und im Heere die Zeichen der nationalen Gesinnung sich mehrten, da entschloß sich Leopold in der Nacht zum 27. April zur Einsetzung eines liberalen Ministeriums und zur Einwilligung in das verlangte Bündniß. Aber jetzt war es schon zu spät. Ricasoli, das Haupt der Aristonationalen, hatte, an der Bekehrung des Großherzogs verzweifelnd, bereits Florenz verlassen; die Radicalen wollten von der Erhaltung des Herrscherhauses überhaupt nichts wissen; schon Mittags überzeugte sich Leopold, daß seine Rolle vorerst ausgespielt sei und verließ, unter dem Schutze des diplomatischen Corps, mit seiner Familie das Land. Sogleich wurde eine vorläufige Regierung eingesetzt, an deren Spitze Peruzzi stand, und am nächsten Tage die Dictatur für die Kriegszeit dem Könige Victor Emanuel übertragen. Dieser lehnte den Titel ab, weil Frankreich ihn übel vermerken konnte, übernahm jedoch die Oberleitung der Streitkräfte und die Beschützung des Staates, dessen Unabhängigkeit ausdrücklich anerkannt wurde. Zu seinem Stellvertreter in Florenz ernannte er den bisherigen Gesandten Bon-

Flucht des Großherzogs.

Boncompagni.

Kaiser mußte er sich wohl oder übel davon überzeugen, daß es diesem Ernst mit dem Vorschlag sei, und die Ernennung Thouvenels zum Minister des Auswärtigen an Walewskis Statt vollendete die Schwenkung der französischen Politik.

Wiedereintritt Cavours

Jetzt war auch Cavours Stunde wieder gekommen. Längst schon zum Vertreter des Königs auf dem Congreß ausersehen, war er, der Vertraute von Plombières, jetzt der richtige Mann, um die Annexion Mittelitaliens, aber freilich auch die Abtretung von Savoyen und Nizza zu vollziehen. Rattazzi, der sich leidenschaftlich an seinen Posten klammerte, war zwar durch seine Willfährigkeit in Paris auch recht gut angeschrieben, aber er hatte grade in den letzten Wochen doch noch mehr durch sein Liebäugeln mit den Radicalen, die unter Garibaldis Vorsitz einen Verein, la nazione armata, gebildet hatten, verdorben. Am 16. Januar 1860 gab er seine Entlassung, am 20. hatte Cavour ein neues Ministerium gebildet, in dem Fanti, Farini, der Lombarde Jacini, der Romagnole Mamiani sogleich oder nach einigen Wochen ihren Platz fanden. Ein Rundschreiben Cavours vom 27. Januar kündigte den festen Entschluß an, die mittelitalienische Frage ihrer Lösung zuzuführen. Englands Unterstützung war ihm dabei sicher. Schon am 22. hatte Russell in Paris die allmälige Räumung Roms durch die französischen Truppen und eine neue freie Abstimmung in der Emilia und Toscana vorgeschlagen. Frankreich billigte beides und erlangte von Oestreich wenigstens so viel, daß es sich am 17. Februar anheischig machte, keinen Conflict deshalb hervorzurufen, wenn es gleich den neuen Zustand nicht anerkennen werde. Cavour gegenüber schlug Thouvenel aber noch einen zurückhaltenderen Thon an. In zwei Noten vom 24. Februar bot er die Annexion von Modena und Parma, sowie das Vicariat in der Romagna an, verlangte aber für Toscana Wiederherstellung der Selbständigkeit; dagegen müsse Frankreich für sich die Abtretung von Savoyen und Nizza fordern. Cavour erwiderte, Sardinien sei nicht in der Lage, den Bewohnern dieser Provinzen die freie Entscheidung über ihr Schicksal zu verweigern, da es dieselbe für Mittelitalien ja selbst in Anspruch nehme; es werde sich hier wie dort der freien Abstimmung des Volkes fügen; über Toscana und das Vicariat enthielt er sich weiterer Erörterungen. Sogleich aber wurde von Farini und Ricasoli (Boncompagni legte seine Würde nieder) die Abstimmung auf den 12. und 13. März anberaumt. In der Emilia stimmten für die Annexion 426,000, dagegen 756; in Toscana dafür 366,000, dagegen 15,000. Am 18. März überbrachte Farini, am 22. Ricasoli das Resultat. Der König acceptirte beide Abstimmungen und übernahm die Regierung am 25. März. Ein letzter Versuch, den Papst dadurch zu versöhnen, daß ihm die Oberhoheit in der Romagna gelassen werden und der König nur sein Vicar sein sollte, wurde wie frühere Anerbietungen derselben Art in Rom unbedingt zurückgewiesen; ein neues Breve vom 26. März verhängte die Excom-

England und Frankreich.

Abstimmungen in Mittelitalien.

Annahme durch den König.

munication über alle bei dem Abfall Betheiligten. Von Napoleon war kein weiterer Widerstand zu befürchten; er verwahrte sich zwar noch am 15. März in einem Briefe an den König gegen die Aneignung Toscanas, allein das hatte keinen andren Sinn als den, die Abtretung Savoyens und Nizzas zu beschleunigen. Am 23. März wurde der Vertrag, welcher diese regelte, von Talleyrand und Benedetti, Cavour und Farini in Turin unterzeichnet. Die Abstimmung vom 13. April ergab in Nizza auf 25,000 Ja nur 160 Nein, in Savoyen auf 130,000 Ja etwas über 2000 Nein. Daß französische Wühlereien, Versprechungen wie Drohungen, viel dazu gethan, dies Ergebniß herbeizuführen, lag auf der Hand; aber auch die zwingende Macht der Thatsachen, die geographische Lage Savoyens am Westabhange der Alpen, die französische Abstammung und Sprache seiner Bewohner, durften nicht vergessen werden. Für Nizza trafen die letzten Umstände zwar nicht zu; aber auch diese Stadt neigte durch ihre Handelsbeziehungen, durch ihren Fremdenverkehr, durch den provençalischen Charakter ihrer Bevölkerung mindestens eben so sehr zu Frankreich wie zu Italien. Nur in den gebildeteren Familien war ein nationales Bewußtsein entwickelt; daß Garibaldi hier geboren war, er, der volksthümliche Held des neuerstehenden Italiens, konnte nur solche über die wirkliche Stimmung der Nizzarden irre führen, die aus einem vereinzelten Umstand einen allgemeinen Schluß zu ziehen für erlaubt hielten. Sein Protest und sein Austritt aus der Kammer am 23. April machten großen Eindruck, änderten aber an der Sachlage nichts. Auch das Parlament, in dem die Vertreter Mittelitaliens bereits ihre Sitze eingenommen hatten, bestätigte am 29. Mai nach tagelanger Debatte mit großen Mehrheiten (229 gegen 35 im Abgeordnetenhause, 92 gegen 10 im Senat) die Abtretung, und Frankreich war um 240 Quadratmeilen größer, um 800,000 Einwohner reicher geworden.

Abtretung von Nizza und Savoyen.

Garibaldi.

Von allen europäischen Mächten wurde dieser Schritt mit Mißbehagen angesehn; entschieden dagegen aufzutreten wagte keine. In England machte die Opposition dem Ministerium bittere Vorwürfe, als ob der so eben abgeschlossene vortheilhafte Handelsvertrag mit Frankreich das Linsengericht gewesen sei, um das es seine Zustimmung verkauft habe. Die Schweiz beschwerte sich lebhaft, weil die Neutralität der nördlichen Theile Savoyens, die vom wiener Congreß verfügt war, durch die Einverleibung in Frankreich hinfällig geworden sei. Aber trotz des eifrigsten Notenwechsels, trotz der heftigen Sprache der Zeitungen war von Napoleon nicht Anderes zu erlangen, als freundschaftliche Versicherungen und begütigende Worte. Von einer Abtretung jener Norddistricte, des Chablais und Faucigny, die er im Februar der Schweiz in Aussicht gestellt, wollte er nichts mehr hören. Dem Bundesrathe blieb daher nichts übrig, als seine Rechte zu verwahren und jedes Abkommen, durch welches er die Einverleibung

England und die Schweiz.

Savoyens anerkannt hätte, zu verweigern. Soweit es die Neutralität der Schweiz zuließ, entfernte sich dieselbe in ihren politischen Beziehungen von Frankreich und näherte sich Italien.

Neapel und der Kirchenstaat.

Umfang des neuen Königreiches.

Victor Emanuels Macht hatte sich durch die Ereignisse des letzten Jahres mehr als verdoppelt. War durch die Abtretung Savoyens und Nizzas die Bevölkerung seines alten Königreiches auf wenig über 4 Millionen gemindert, so waren $2^1/_2$ Millionen Lombarden, 500,000 Parmesen, 600,000 Modenesen, über eine Million Romagnolen und fast zwei Millionen Toscaner dafür hinzugekommen. Aber es war doch immer erst die kleinere Hälfte der Italiener, die unter seinem Scepter stand. Von Venetien mit $2^1/_4$ und Welschtyrol mit $^1/_2$ Million ganz abgesehen, zählten der Kirchenstaat mit 2 und Neapel=Sicilien mit $8^1/_2$ Millionen, zusammen eben so viel Unterthanen wie das neue Königreich. Das Werk der Wiedergeburt Italiens war deshalb noch lange nicht beendet, und Cavour war nicht Willens, auf den Weiterbau zu verzichten. Jetzt sind wir Complicen, nicht wahr? sagte er sarkastisch zu Benedetti, als er den Abtretungsvertrag vom 23. März unterzeichnet hatte. Er selbst durfte freilich fortan nicht offen in den Vordergrund treten; aber es fehlte nicht an andern Kräften, die das für ihn besorgten und die mehr des Zügels als des Sporns bedurften. Geographisch hätte es am nächsten gelegen, die weitere Annexion des Kirchenstaates zuförderst zu betreiben; auch politisch konnte die Broschüre der Papst und der Congreß dazu verlocken. Denn das Patrimonium Petri, welches diese für einen genügenden weltlichen Besitz des Kirchenhauptes betrachtete, umfaßte nur $^3/_4$ Millionen Einwohner, und fast die doppelte Anzahl in den Marken und Umbrien erschien deshalb als gestattete Beute. Die Radicalen brannten denn auch vor Begier sich über diese zu stürzen, allein Cavour hielt sie zurück. Lohnender und folgenreicher erschien ein Angriff auf das neapolitanische Königreich, das in Sicilien eine tödtlich verwundbare Stelle hatte. Dorthin verwies Fanti den Nizzarden Ribotti, der in Umbrien einbrechen wollte; dort hatte Lafarina seit langem seine Verbindungen angeknüpft; dort sollte Garibaldi Genugthuung für den Verlust seiner Vaterstadt suchen. Als er im Begriff war, nach Nizza abzusegeln, um dort die Annexion zu hintertreiben, erhielt er in Genua ein lakonisches Billet Cavours: Nizza, oder Sicilien? Er blieb in Genua und begann seine Vorbereitungen.

Gefährdung des Kirchenstaates.

Sicilien.

Neapel.

Neapel hatte dem Kriege von 1859 unthätig zugesehen. Beim Beginn desselben, am 22. Mai, starb König Ferdinand II., ein Fünfziger, nach neunundzwanzigjähriger Regierung. Vergeblich hatte seine Wittwe, die Erzherzogin Maria Therese, ihrem

eigenen Sohn, dem Grafen Trapani, die Nachfolge zu verschaffen versucht; der berechtigte Erbe, Franz Herzog von Calabrien, ein Sohn des Königs aus erster Ehe und seit wenigen Wochen Gemahl der bairischen Marie, einer Schwester der Kaiserin von Oestreich, bestieg den Thron. Eine leichte Wendung zum Besseren trat in der inneren Regierung ein; die politisch Verdächtigen wurden zu Aemtern zugelassen, manchen Flüchtlingen die Rückkehr erlaubt, bald auch die verhaßte Schweizertruppe aufgelöst. In der äußeren Politik war die Anknüpfung der diplomatischen Beziehungen zu den Westmächten ein Gewinn. Aber in den beiden Hauptpunkten folgte Franz dem Vorbilde seines Vaters: er wollte nichts von einer Verfassung wissen und verwarf das von Cavour angebotene Schutz- und Trutzbündniß mit Sardinien, so warm dies auch von Rußland empfohlen wurde. Ja, er trug sich sogar mit kriegerischen Gedanken und ließ sich im Herbst 1859 mit Antonelli, dem wiener Hofe und der Königin Isabella von Spanien in allerhand Zettelungen ein, welche die Wiedereroberung der Romagna, die Rückführung der vertriebenen Fürsten in Toscana, Parma und Modena und die Begründung eines östreichisch-italienischen Gegenbundes gegen Piemont zum Ziele hatten. Je näher man aber diesem Plane trat, desto zweifelhafter erschien sein Gelingen, und so schrumpfte er immer mehr zusammen, bis im März 1860 auch der letzte Ueberrest desselben, der Vorsatz, die neapolitanischen Truppen in die Marken und Umbrien als Besatzung einrücken zu lassen, vor dem kräftigen Einspruch Cavours und dem dringenden Rathe Englands zusammenfiel.

Franz I.

Restaurationspläne.

Die innere Lage des Landes hätte schon von solchen Entwürfen zurückhalten müssen; denn zu der Gährung in Sicilien gesellten sich die Wühlereien der Müratisten auf dem Festlande, die von Frankreich heimlich begünstigt wurden. In Sicilien arbeiteten die Mazzinisten und der Nationalverein um die Wette. Die Berichte der königlichen Behörden lauteten immer bedenklicher. Am 3. April 1860 kam es in Palermo zu einem Aufstande. Er wurde zwar in der Stadt schnell unterdrückt, aber er verbreitete sich im Lande und rief in Messina und andern Städten Unruhen hervor. Während überall verkündigt wurde, daß Garibaldi in kurzer Frist mit seinen Freiwilligen erscheinen werde, liefen piemontesische Kriegsschiffe unter Persanos Commando in den Hafen von Messina ein und ermuthigten durch ihre Anwesenheit die Rebellen. Die Landung Garibaldis aber begünstigte Cavour nicht, wünschte sie wenigstens verschoben zu sehen. Wenn die Actionspartei nicht länger zu bändigen war, dann hielt er wohl Sicilien für ihr bestes Arbeitsfeld und suchte sie dorthin zu lenken; indeß am liebsten wäre es ihm gewesen, sie hätte sich noch still verhalten. In den letzten Tagen des April mußte Lafarina Garibaldi, der in der Nähe von Genua weilte, besuchen und ihn zur Ruhe mahnen. Der Erfolg war nicht so günstig, wie jener wähnte. Angestachelt von seinen sicilianischen

Aufstand in Palermo.

Garibaldis Abfahrt.

Freunden Lamasa und Crispi, von Bertani, dem Ungarn Türr, Nino Bixio und andern Getreuen, traf Garibaldi die letzten Vorbereitungen und ging in der Nacht zum 6. Mai mit 1067 Mann von Genua in See. Ohne Zweifel hätte Cavour ihn mit Gewalt daran hindern können, aber dann wäre seine Rolle zu Ende gewesen. Er begnügte sich damit, Persano anzuweisen, die Schiffe festzuhalten, falls sie in einem Hafen der Insel Sardinien anlegen sollten. Das geschah aber nicht. Garibaldi landete zwar noch einmal, um seine Ausrüstung besonders durch vier kleine Kanonen zu vervollständigen; aber er that es an der Südgrenze Toscanas, bei St. Stefano. Ungehindert setzte er dann seine Fahrt nach Marsala an der Westspitze Siciliens fort und landete hier, beschützt von zwei englischen Kriegsdampfern, die unter dem Vorwande ihrer eignen Sicherheit von den neapolitanischen Schiffen eine Unterbrechung der Kanonade verlangten und erhielten. Sogleich brach er gegen Palermo auf. Bei Calatafimi schlug er am 14. die ersten königlichen Truppen. Sein Häuflein vermehrte sich durch den Zuzug aufständischer Schaaren; aber die Aushebung aller Wehrfähigen von 17—20 Jahren, die er als Dictator im Namen Victor Emanuels anordnete, hatte wenig Erfolg. Nur mangelhaft gelang es Lamasa und andern Sendlingen die Insulaner zur Erhebung zu reizen; erst wenn ein größerer Trupp Garibaldiner erschien und die Königlichen wichen, wagten es die unkriegerischen Sicilianer sich jenen anzuschließen; die Muthigsten waren die Mönche. Ohne Schlappen ging es auch für Garibaldi nicht ab; so verlor er bei Parco südlich von Palermo am 24. Mai seine Kanonen; aber während die Neapolitaner einen Theil der Seinen südwärts verfolgten, wandte er selbst sich mit kaum 3000 Mann gegen die Hauptstadt und drang in der Frühe des 27. ein. Bis zum Mittag des 30. dauerte der Kampf, da bot Lanza, der königliche Befehlshaber einen Waffenstillstand an; mehrfach verlängert, verwandelte sich derselbe am 6. Juni unter vorheriger Billigung des Königs Franz in eine Capitulation; Flotte und Heer räumten die Hauptstadt; an demselben Tage lief Persano mit zwei Kriegsschiffen in den Hafen ein.

Landung in Marsala.

Einzug in Palermo.

Die europäische Diplomatie.

Während nun Garibaldi in Palermo einen mehrwöchentlichen Aufenthalt nahm um die Regierung der Insel neu zu ordnen, während er dem Drängen der Annexionisten widerstand, weil er die Kräfte Siciliens zu seinen weiteren Unternehmungen selbst in der Hand behalten wollte, während er so weit ging, Cavours Vertrauten Lafarina von der Insel zu verbannen und dem König, der ihm von weiteren Plänen abrieth, eine abschlägige Antwort zu geben, entwickelte die gesammte europäische Diplomatie eine fieberhafte Thätigkeit theils um die Früchte des Unternehmens zu sichern, vorwiegend aber um sie zu Nichte zu machen. Im ersten Augenblick war Alles wie verdutzt über die verwegene Keckheit des Abenteurers. Nicht übel stellte ein italienisches Witzblatt die Gesandten dar, wie sie mit langen Nasen den absegelnden

Schiffen nachsehen; auch Cavours Nase ist sehr lang, aber der Russe behauptet, sie sei von Papiermaché. Aus Neapel erschollen natürlich die heftigsten Klagen und Anklagen; alle Welt wurde um Hülfe angerufen; aber die Neigung war nirgends groß. Am meisten erbittert war Rußland, das übrigens Sardinien so wohl geneigte; daß Cavour und die Engländer seinen alten Bundesgenossen in dieser Weise behandelten, erklärte Alexander für infam, und Gortschakoff ließ nach Turin melden, nur die geographische Lage Rußlands halte es von einer bewaffneten Einmischung ab. In Berlin und Paris mißbilligte man das Geschehene auch mit kräftigen Worten; aber dort war von thätlichem Eingreifen überhaupt nicht die Rede und hier übten die müratistischen Hoffnungen im Stillen ihre Zauberkraft. England machte kaum ein Hehl aus seinem Beifall. So fanden Neapels Bittgesuche, die der Minister de Martino persönlich nach Paris trug, nirgends Gehör; statt dessen drängten sich von allen Seiten die Rathschläge, König Franz solle eine liberale Verfassung ertheilen und ein nationales Bündniß mit Victor Emanuel schließen; dann werde er sein Reich behaupten und Sicilien wenigstens in der Form der Personal-Union behalten können. Am 25. Juni entschloß sich der junge Monarch dazu, diese bittere Pille zu verschlucken. Er übertrug dem Liberalen Spinelli die Bildung eines neuen Ministeriums, nahm die dreifarbige Fahne an, entließ die politischen Gefangenen und rief die Verfassung vom 10. Februar 1848 wieder ins Leben. Die Verhandlungen mit Victor Emanuel begannen erst, nachdem der Papst dazu eine halbe Erlaubniß ertheilt hatte, in der Mitte des Juli. Da sie von keiner Seite recht ernst gemeint waren, schleppten sie sich wochenlang ohne Ergebniß hin. Wohl aber lähmten sie und das ganze liberale System, das den Bourbonen doch widernatürlich war und der naturwüchsigen Kraft und des Selbstvertrauens entbehrte, die Kriegführung auf Sicilien. Dort standen dem Könige reichlich 30,000 Mann zur Verfügung, die sämmtlich auf der Ostküste, zur Hälfte in Messina, sich befanden. Leicht konnte ihre Zahl vom Festlande aus noch vermehrt und ein kräftiger Angriff auf Palermo ins Werk gesetzt werden. Aber das wagte das Ministerium nicht zu befehlen, um die Westmächte nicht zu reizen. Nur ein General, Bosco, der die Nordostecke der Insel besetzt hielt, ermannte sich auf eigne Faust zu einem Angriff und warf sich am 17. Juli bei Milazzo auf den Garibaldiner Medici. Der Versuch schlug fehl und Bosco verschanzte sich auf der Halbinsel von Milazzo, die sich nordwärts in die See zieht. Hier ward er seinerseits am 20. von Garibaldi angegriffen, in das Castell gedrängt und nach tapfrer Gegenwehr am 23. zur Capitulation genöthigt, die ihm den ehrenvollen Abzug nach dem Festlande sicherte. Garibaldi aber hatte nach dem Siege ein Strafgericht an den Bewohnern von Milazzo zu vollstrecken, die während des Kampfes auf die Seinen geschossen; angeblich waren es 39, die dafür mit dem

Liberale Schwenkung in Neapel.

Der Krieg in Sicilien.

Capitulation von Milazzo

Tode büßten — jedenfalls ein Beweis, daß der kühne Norditaliener nicht überall auf der Insel willkommen war.

Räumung Messinas.

Boscos Niederlage hatte die kleinmüthige Preisgabe von Messina im Gefolge. Auf Befehl aus Neapel schloß der Commandant General Clary am 28. Juli einen Vertrag mit Medici, kraft dessen nur die Citadelle mit einigen Hafenforts den Königlichen belassen wurde. Die Mehrzahl der Truppen schiffte sich nach dem Festlande ein. Es fragte sich jetzt, ob und wie bald Garibaldi folgen werde. Zwar das stand fest, daß er mit der Bewältigung Siciliens seine Aufgabe nicht gelöst zu haben glaube; aber viele hofften, nicht Neapel, sondern der Kirchenstaat werde jetzt sein nächstes Ziel sein. Längst hatte die Actionspartei in dieser Voraussicht Freiwillige gesammelt; 2000 standen unter Nicotera in der Gegend von Florenz; für 8000 andre war Terranova an der nördlichen Ostküste der Insel Sardinien zum Sammelplatz bestimmt. Dem turiner Ministerium war dies wohl bekannt; es hatte durch Farini ausdrücklich deshalb mit Bertani, dem Bevollmächtigten Garibaldis in Genua, verhandelt, und beide hatten Ende Juli ein Abkommen geschlossen, wonach diese Tausende sich in kleinen Abtheilungen nach Terranova begeben und von da unter Piancianis Führung über Sicilien nach der römischen Küste abgehen sollten. In Wirklichkeit aber war der lebendige Wunsch Cavours jene Freiwilligen auf Neapel zu werfen, und darin traf er diesmal mit Garibaldi zusammen. Dieser fühlte sich zu dem gewagten Unternehmen ohne neue Unterstützung nicht stark genug; von den Sicilianern durfte er nichts hoffen; als Medici seine Truppe fragte, wer mit auf das Festland wolle, meldeten sich — acht. So bedurfte Garibaldi des für Rom geworbenen Corps. Er begab sich deshalb am 6. August von Palermo nach Cagliari auf Sardinien, wo er Pianciani fand; denn auf Cavours Befehl hatten sich die einzelnen Abtheilungen, so wie sie ankamen, von Terranova dorthin verfügen müssen und waren so bereits von dem Wege nach Rom ab und auf den nach Sicilien hingedrängt worden. So ungern nun viele von ihnen den römischen Plan auch aufgaben, so zauderten sie doch nicht Garibaldis Verlangen zu erfüllen und folgten ihm nach Sicilien, wo sie am 17. August landeten.

Rüstungen der Actionspartei

Garibaldis Verstärkungen.

Uebergang nach dem Festlande.

Mittlerweile hatte der Uebergang auf das Festland schon begonnen; doch waren es nur 150 Mann unter Missori, die als Pfadfinder am 9. August vorangegangen waren und sich einstweilen auf dem Aspromonte in der Südspitze Calabriens festsetzten. Jetzt, da er im Ganzen über 18,000 Mann verfügte, folgte Garibaldi ihnen nach. Glücklich vermied er ein paar königliche Kriegsschiffe und landete am 19. August von Taormina aus bei Melito, dem südlichsten Dorfe der Halbinsel. Drei Tage darauf ergab sich ihm Reggio, die Hauptstadt des jenseitigen Calabrien. An demselben Tage landeten nördlich von Reggio Medici und Cosenz mit ein paar tausend Mann. Dadurch gerieth

ein ansehnliches Truppencorps unter dem General Briganti, das bei Piale stand, zwischen zwei Feuer und capitulirte bereits am 23. Ueber 10,000 Mann waren es, die so die Waffen streckten und — was noch mehr den schlechten Geist der neapolitanischen Armee kennzeichnet — da ihnen freigelassen wurde zu gehen, wohin sie wollten, nach allen Richtungen auseinander liefen, so daß nur 1800 von ihnen sich wieder zusammenfanden. Im Fluge verbreitete sich jetzt die Erhebung durch die südlichen und östlichen Provinzen; in Potenza, in Bari, in Foggia standen die Bewohner auf, und die Truppen, die gegen sie geschickt wurden, machten gemeinsame Sache mit ihnen. Unter diesen Umständen durften die neapolitanischen Generale es gar nicht wagen, einzelne Regimenter auszusenden und sammelten fast alle ihre Streitkräfte, etwa 36,000 Mann, in dem Dreieck Neapel-Salerno-Ariano (im Apennin). Was sich an Truppen noch südwärts befand, wurde zur Capitulation gezwungen; so am 30. August bei Soveria-Manelli der General Ghio mit 12,000 Mann und wenige Tage später bei Eboli die Brigade Caldarelli. Bis Salerno stand der Weg dem Eindringling offen, und wenn überhaupt, so mußte es dort zu einer Schlacht kommen, die über das Schicksal der Hauptstadt entschiede.

Schnelle Erfolge.

Dort war bis dahin auf der Oberfläche Alles so leidlich ruhig geblieben; aber in der Tiefe arbeiteten die Parteien um so heftiger. Als Sturmvogel war am 3. August bereits der Admiral Persano in den Hafen von Neapel eingelaufen. Er brachte die Weisung von Cavour mit, wenn irgend möglich die Abreise des Königs zu veranlassen und vor Garibaldis Ankunft die Revolution zu entfesseln. Sobald dies geschehen, sollte er seine Truppen ausschiffen und die Forts besetzen, die neapolitanische Flotte aber, von deren Offiziercorps die Mehrzahl für den Plan gewonnen war, mit der seinigen vereinen. Er selbst oder der sardinische Gesandte Villamarina war zum Dictator bestimmt. Auf solche Weise hoffte Cavour Garibaldi zu überlisten und ihm das Heft zu entreißen, das er gutwillig in Sicilien nicht hatte aus der Hand geben wollen. Die Mittel, deren sich Persano und Villamarina bedienten, waren von der bedenklichsten Art. Für Bestechungszwecke war ihnen ein unbegrenzter Credit eröffnet; im entscheidenden Augenblick mischten sie sich selbst verkleidet unter die Matrosen im Hafen, um sie durch Geldspenden zu vermögen, die Steuerruder ihrer Schiffe unbrauchbar zu machen, das Wasser aus den Heizkesseln zu lassen und durch solche Mittel die Flotte unfähig zu machen dem fliehenden König zu folgen. Um ihn zur Flucht zu bewegen, bedienten sie sich des verrätherischen Ministers Liborio Romano, ja sie gewannen selbst den Oheim des Monarchen, den Prinzen von Syracus, dessen Gemahlin eine Base Victor Emanuels war, und veranlaßten beide dem rathlosen Franz Briefe (am 20. und 25. August) zu schreiben, in denen sie Flucht oder Abdankung ihm als das einzige Rettungsmittel schilderten. Auch

Zustand in Neapel.

Sardinische Wühlereien.

Falsche Rathgeber.

mit den beiden geheimen Revolutionsausschüssen knüpften sie Verbindungen an, um durch sie den Aufstand und die Wahl des Dictators zu beschleunigen; aber nur der minder mächtige der gemäßigten Partei war dazu bereit; der mazzinistische wollte keinen andern Dictator als Garibaldi und warnte in seinen Aufrufen vor den piemontesischen Intrigen; nicht eher dürfe die Erhebung beginnen, als bis Garibaldi nahe sei. Daran scheiterte vornehmlich die Absicht Cavours; am 31. August erkannte er, daß er dem gefeierten Volkshelden den Vorsprung nicht abgewinnen werde; er verzichtete für jetzt darauf und bereitete sich vor, im Kirchenstaate zum dritten Male den Versuch zu machen, der in Palermo und Neapel mißlungen war.

Cavour und Garibaldi.

Bis zum 4. September bestand am neapolitanischen Hofe noch die Absicht, vor Salerno dem heranrückenden Feinde eine Schlacht zu liefern; besonders die Königin Marie drängte darauf, daß ihr Gemahl an der Spitze seiner Truppen seinen Thron vertheidigen solle. Aber je näher Garibaldi kam, desto schlimmer lauteten die Nachrichten, desto mehr schwand der Muth. Kein General wollte den Oberbefehl in diesem Entscheidungskampfe übernehmen, und so ward am 6. September beschlossen, die Armee nördlich von Neapel bei Capua am Volturno zusammenzuziehen. Noch an demselben Tage dampfte das Königspaar auf einem Postschiffe, begleitet von zwei spanischen Kriegsfahrzeugen, dem östreichischen, preußischen und spanischen Gesandten nach der Festung Gaeta ab.

Flucht des Königs von Neapel.

Sogleich machte sich Villamarina auf, Garibaldi entgegen zu reisen; Liborio Romano stellte dem „unbesiegbaren General, dem Dictator beider Sicilien“ seine Dienste zur Verfügung. Schon andern Morgens traf der gefeierte Held, von wenigen Offizieren begleitet, ein und fuhr in offenem Wagen durch die Stadt, deren Forts noch von 8000 königlichen Soldaten besetzt waren. Er übernahm die Dictatur, bildete ein Ministerium Scialoja-Romano, führte die sardinische Verfassung von 1848 ein, und übergab die Flotte, die aus 34 Schiffen bestand, dem piemontesischen Admiral. Von der Vereinigung Neapels mit dem norditalischen Königreiche wollte er aber noch nichts wissen; erst wenn er auch den Kirchenstaat von dem Joche, das auf ihm lastete, befreit, hielt er die Zeit zur Annexion für gekommen.

Einzug Garibaldis.

Seine Dictatur.

Auf der andern Seite war aber Cavour nicht länger gewillt, der Bewegungspartei allein das Feld zu überlassen. Garibaldi persönlich war gut königlich gesinnt, aber unter seinen vertrautesten Rathgebern war die republikanische Partei zahlreich vertreten und arbeitete für ihr Ideal: eine süditalienische Republik, die sich bei günstiger Gelegenheit auch über Norditalien ausdehnen sollte. In klarer Einsicht dieser Gefahr stand Cavours Programm fest: soll die Monarchie gerettet werden, so müssen die königlichen Truppen am Volturno sein, ehe Garibaldi bis an die Grenze der Romagna vordringt. Kaum war daher in Turin

Cavour und der Kirchenstaat.

die Nachricht von dem Einzug in Neapel durch den Telegraphen gemeldet, so erließ Cavour noch am selben Tage eine Aufforderung an den Cardinal Antonelli, deren einziger Zweck war, den Bruch herbeizuführen. Er verlangte die Entlassung der fremden päpstlichen Söldner, welche das Eigenthum, die Ehre und das Leben der Bewohner gefährdeten. Es hieß das nichts Anderes als die Auflösung der päpstlichen Armee fordern. Seit mit dem Ende des Jahres 1859 die Möglichkeit einer Abberufung der französischen Besatzung, die seit 1849 in Rom stand, näher getreten war, hatte nämlich der Kriegsminister Pius' IX., der Graf von Merode, mit großem Eifer die Verstärkung des eigenen Heeres betrieben. Da aber die Bevölkerung des Kirchenstaates weder sehr zuverlässig noch sehr kriegstüchtig war, so bestanden die Neugeworbenen zum großen Theil aus glaubenseifrigen oder abenteuerlustigen Ausländern. Die östreichische Regierung unterstützte Merodes Bestrebungen äußerst wirksam dadurch, daß sie den Uebertritt aus ihrer Armee in die päpstliche begünstigte. Der klericale Adel Frankreichs und Belgiens — letzterem gehörte Merode selbst an — drängte sich mit Eifer unter die Fahnen des Kirchenfürsten, und da der vielgerühmte französische Legitimist Lamoricière den Oberbefehl übernahm, so setzte die Curie nicht geringe Hoffnungen auf die neue Schöpfung, die Alles in Allem etwa 20,000 Mann stark sein mochte. Selbstverständlich wies also Antonelli die Aufforderung Cavours verächtlich zurück und Pio Nono verkündete seinen Getreuen, daß der Zorn des Herrn diese neuen Sanheribe ausrotten werde. Dies Vertrauen ging nicht in Erfüllung. Am 11. September, demselben Tage, an welchem Antonelli die piemontesische Forderung abschlug, rückte General Fanti in die Marken und Umbrien ein. Während sein rechter Flügel die Tiber hinauf nach Perugia und dann weiter südöstlich nach Foligno und Spoleto bis an die neapolitanische Grenze vordrang, dadurch die Truppen Lamoricières nach der Küste des adriatischen Meeres hin zusammendrängte und ihnen den Rückzug durch die Pässe des Apennin verlegte, rückte Cialdini längs des Gestades gegen Ancona vor und an dieser Festung vorbei, um sich zwischen sie und Lamorcière zu werfen. Südlich von der Stadt fließt der Musone ins Meer; am linken (nördlichen) Ufer liegt Castel Fidardo, das Cialdini besetzte, am rechten der bekannte Wallfahrtsort Loreto, seit dem 17. September Lamoricières Hauptquartier. Den 6000 Päpstlichen standen 18,000 Königliche gegenüber; die Aussichten Lamoricières, sich nach Ancona durchzuschlagen, waren also gering. Der Angriff, den er selbst durch Ueberschreitung des Flusses begann, wurde zurückgewiesen; schon Mittags gab er das Spiel verloren und rettete nur sich selbst mit etwa 130 Begleitern nach Ancona; der Haupttheil seiner Truppen mußte am nächsten Tage in Loreto capituliren. Es waren gegen 4000 Mann mit 11 Geschützen unter dem Befehl des Obersten Cudenhoven. In Ancona stand eine Besatzung

Merode und Lamoricière.

Einmarsch der Piemontesen.

Schlacht von Castel Fidardo.

Fall von Ancona.

von etwa 5000 Mann. Als Lamoricière am Abend des 18. den Oberbefehl über dieselbe antrat, hatte die Belagerung der Festung schon begonnen. An der Seeseite erschien Persano mit 10 Schiffen; ein Befehl Cavours vom 7. September hatte ihn angewiesen, sich von Neapel in die Adria zu begeben. Cialdini mit den Landtruppen trat erst am 24. in Thätigkeit; den vereinten Bemühungen gelang es, die Festung schon am 29. zur Ergebung zu zwingen. Da inzwischen auch mehrere kleinere Forts gefallen waren, konnte Fanti als Erfolg des 18tägigen Feldzugs die Einnahme von 6 festen Plätzen, die Erbeutung von 190 Geschützen, die Gefangennahme von 17—18,000 Feinden rühmen. Sein eigener Verlust betrug 579 Mann.

Diplomatischer Bruch Sardiniens mit Frankreich.

Ein Angriff auf das Erbtheil St. Peters, auf die ewige Stadt selbst konnte nicht in Cavours Plänen liegen; er hätte ihn unausweichlich mit Frankreich in Krieg verwickelt. Schon den Einfall in die Marken mißbilligte Napoleon, wenn auch mehr zum Schein, als im Ernst. Wie die Dinge lagen, mußte ihm Victor Emanuels Sieg und Herrschaft, so unerwünscht sie an sich waren, doch lieber sein als Garibaldis und der Bewegungspartei Erstarken. Seinen Gesandten berief er freilich gleich am 11. von Turin ab, allein unter der Hand mochte Cavour doch zur Genüge erfahren, wie man in den Tuilerieen denke. Er zauderte deshalb auch nicht auf dem beschrittenen Wege zu beharren. Daß er dabei einen ernstlichen Zusammenstoß mit dem heißblütigen Garibaldi zu bestehen haben werde, machte er sich vollkommen klar; aber er baute auf die Nothwendigkeit seiner Politik. Die Radicalen suchten mittlerweile sich Garibaldis immer mehr zu versichern. Sie bewogen ihn bei einem kurzen Aufenthalt in Palermo, seinen bisherigen Stellvertreter in Sicilien, den Cavour freundlichen De Pretis, am 11. September durch Mordini zu ersetzen; sie hätten ihn sogar gern zu dem Befehle vermocht, die von Norden her anrückenden königlichen Truppen als Feinde zu behandeln. Dazu besaß Garibaldi jedoch zu viel gesunden Patriotismus. Ueberdies war er dem Könige in wahrer Ergebenheit zugethan; all sein Haß richtete sich gegen den Diplomaten Cavour. Ihn zu stürzen war sein lebhafter Wunsch und er machte den directen Versuch dazu, indem er den Marchese Pallavicino, den er zum Prodictator des festländischen Neapel ernannte, nach Turin schickte, um von Victor Emanuel eine Aenderung nicht seiner Politik, aber seiner Minister zu fordern. Der König würdigte indeß den Ernst der politischen Lage und die Unentbehrlichkeit Cavours viel zu sehr, als daß er dessen angebotene Entlassung hätte annehmen können. Vielmehr genehmigte er die augenblickliche Berufung des Parlaments, das am 2. October zusammentrat und seinen Richterspruch in diesem persönlichen und principiellen Streite zu Gunsten Cavours fällte, indem es am 11. October nach lebhaften Erörterungen mit überwältigenden Mehrheiten (im Unterhause 296 gegen 6) die Annexion von

Cavour und Garibaldi.

Richterspruch des Parlamentes.

Mittel- und Unteritalien für den Fall genehmigte, daß die Bevölkerungen in freier Abstimmung dieselbe verlangen sollten. Trotzdem suchte Garibaldi, von Crispi und Mordini verleitet, seinen Widerspruch noch fortzusetzen und ordnete Wahlen zu einer Nationalversammlung an, welche zuvor die Bedingungen der Annexion und die Art der Abstimmung festsetzen sollte. Doch hier war er an der Grenze seiner Macht angelangt. Pallavicino forderte seine Entlassung, wenn die von ihm auf den 21. October anberaumte Abstimmung vereitelt werde; die Stadt Neapel vollzog eine großartige Demonstration, indem am 13. Morgens alle Welt, „als ob in der Nacht ein si-si-Schneefall stattgefunden hätte", mit si (Ja-)Zetteln auf den Straßen erschien. Eine Menge von Adressen, eine Berathung mit den angesehensten Männern überzeugte Garibaldi, daß die öffentliche Meinung auf Pallavicinos Seite stehe. Dieser blieb im Amte, sein Hauptgegner Crispi schied aus dem Ministerium, und am 21. October fand die Abstimmung auf dem Festland und auf der Insel statt. Hier ergab sie auf 430,000 bejahende nicht ganz 700, dort auf 1,300,000 zustimmende etwas über 10,000 verneinende Stimmen. In den Marken und Umbrien befragte Cavour die Bevölkerung 14 Tage später; auch sie entschied sich am 4. und 5. November (mit 230,000 gegen 1600 Stimmen) für die Vereinigung mit dem übrigen Italien. Nur Venetien und das Erbtheil St. Peters fehlten jetzt noch in dem neuen nationalen Verbande.

Annexion Neapels, der Marken und Umbriens.

Inzwischen hatten aber die Waffen nicht geruht. Das bourbonische Heer stand seit dem 7. September hinter der Volturnolinie, an welcher Capua, das am südlichen Ufer des Flusses liegt, ihr starkes Ausfallsthor bildete. Die Stellung war fest und die Vertheidiger an Zahl den Garibaldianern weit überlegen. Deshalb zögerten diese mit dem Angriff, zumal ihnen ein Versuch, jenseits des Flusses bei Cujazzo festen Fuß zu fassen, am 21. September eine empfindliche Schlappe zugezogen hatte. Da ergriffen am 1. October die Königlichen aus freien Stücken die Offensive und bedrängten, 30,000 Mann stark, in Gegenwart des Königs Franz die 20,000 Freiwilligen, die südöstlich von Capua um Maddaloni und Caserta standen. Eine Umgehung des rechten feindlichen Flügels schien ihnen den Sieg zu verbürgen; aber sie wurde zu langsam ausgeführt und scheiterte. Mit heldenmüthiger Tapferkeit und mit dem Aufgebot der letzten Kräfte kämpften Garibaldi und mit ihm vorzüglich Medici den ganzen Tag über, bis sich Abends die Neapolitaner auf Capua zurückzogen. Nur 3000 Mann, die Caserta besetzt hielten, blieben zurück, aber zu ihrem Verderben; denn am nächsten Tage wurden sie umzingelt und zur Ergebung genöthigt. Bei diesem Nachspiel wurde Garibaldi, dem der vorhergehende Tag über 3000 Mann gekostet hatte, zum ersten Mal von königlichen Truppen, die Villamarina von der Flotte schickte, zum großen Aerger seiner radicalen Generale unterstützt. Er selbst war sehr dankbar dafür und lud ein paar Tage darauf Victor Emanuel, der sich inzwischen von Turin nach Ancona begeben hatte, zu einem Besuche in Neapel ein. Der König war bereits im besten

Kämpfe um Capua.

Victor Emanuel nach Neapel.

Zuge dieser Einladung nachzukommen, aber an der Spitze seiner Truppen, die etwa 30,000 Mann zählten. Ohne Widerstand zu finden, rückte er längs der adriatischen Küste vor; auch die östliche Abdachung des Apennin wurde ohne Kampf erklommen, in der Richtung von Chieti auf die Volturno-Quellen. In dem Paß von Castel Sangro, welcher zu diesen hinab nach Isernia führt, kam es am 20. October zuerst zum Gefecht. Der Langsamkeit seiner Gegner hatte es Cialdini, welcher die Vorhut befehligte, zu danken, daß er den Engpaß rechtzeitig besetzen und den Feind in die Ebene hinabwerfen konnte. Durch diesen erfolgreichen Marsch war das oberitalische Heer in den Rücken der Volturno-Linie vorgedrungen und die Neapolitaner mußten dieselbe bis auf das feste Capua räumen und hinter den Garigliano zurückgehen. Ehe man sich zum Uebergang über diesen Fluß anschickte, empfing Victor Emanuel in Teano am 26. October den Besuch Garibaldis, der den Umständen gemäß etwas kühl verlief. Die beiden Heere theilten sich in die noch zu lösende Aufgabe, und zwar so, daß den Freiwilligen die Bezwingung von Capua, den Königlichen die Belagerung von Gaeta zufiel. Jene Festung mit ihrer 10,000 Mann starken Besatzung und fast 300 Kanonen ergab sich schon am 2. November, und am 3. gelang es dem Nordheere den Garigliano zu überschreiten. Mehrere Tage war es daran behindert durch den Einspruch des französischen Admirals Barbier de Tinan, der mit einer Flotte vor Gaeta lag und auf Persanos Schiffe zu schießen drohte, wenn diese sich an dem Kampfe betheiligen würden. Auf die telegraphischen Beschwerden des Königs wies jedoch Napoleon seinen Admiral an, sich auf die Beschützung Gaeta's von der Seeseite zu beschränken, und gestattete dadurch den Uebergang über den Fluß. Das feindliche Heer war noch so zahlreich, daß es in der Festung keinen Raum und keine Lebensmittel gefunden hätte; deshalb zogen sich nur 10,000 dorthin zurück; fast doppelt so viel überschritten die römische Grenze und wurden dort entwaffnet. So war denn in den ersten Tagen des November außer der Citadelle von Messina und einem kleinen Castell an der römischen Grenze in den Abruzzen, Civitella del Tronto, Gaeta der einzige Punct neapolitanischer Erde, wo König Franz noch gebot. Hier vertheidigte er sich noch fast ein Vierteljahr hindurch, bis zum 13. Februar 1861. Die Belagerer befanden sich in einer sehr unglücklichen Lage weil ihnen bis gegen Ende Januar von den Franzosen der Angriff auf den drei Seiten, welche das Meer bespült, untersagt wurde. Erst als Barbier de Tinan auf Englands Drängen die Rhede verließ und seit dem 22. Januar die Flotte unter Persano in die Beschießung mit eintrat, wurde eine erfolgreiche Belagerung möglich. Dem jungen König und seiner bairischen Gemahlin, die mit großem Muthe sich der Pflege der Kranken und Verwundeten widmete, wurde dadurch wenigstens ein ehrenvolles Ende ihrer kurzen Königsherrlichkeit bereitet. Ein französischer Dampfer brachte sie nach Civita vecchia, als Gaeta nach 101tägiger Belagerung die weiße Fahne aufziehen mußte. Noch grade einen Monat länger hielt sich Messina, Civitella del Tronto

Capua und Gaeta.

Fall von Gaeta.

gar um 5 Wochen; jenes ergab sich am 13., dieses am 20. März 1861, zu einer Zeit, wo Victor Emanuel bereits den Titel eines Königs von Italien angenommen hatte.

Garibaldi nach Caprera.

An der Belagerung von Gaeta nahm dieser keinen Theil, sondern begab sich am 7. November nach Neapel, wo er mit Garibaldi und den beiden Prodictatoren Pallavicino und Mordini in geschlossenem Wagen und bei strömendem Regen, aber unter dem endlosen Jubel der dichtgedrängten Menschenmenge seinen Einzug hielt. Als neuen Statthalter des Königreiches brachte er Farini mit. Vergeblich waren die Bemühungen Garibaldis, diese Würde für sich zu erlangen, vergeblich seine Klagen, daß er wie eine ausgepreßte Orange jetzt bei Seite geworfen werde. Es war eine unabweisliche Nothwendigkeit, daß eine politisch zuverlässigere Hand die Zügel der Regierung übernahm. Erbittert lehnte er den höchsten Orden der Annunciata, den ihm der Monarch bot, als königliche Klingelwaare ab, verabschiedete sich von seinen Getreuen und schiffte sich am 9. November, arm wie er gekommen, auf dem Washington nach seiner Felseninsel Caprera ein.

Seine Freiwilligen.

Seine Freiwilligen sollten, nach einem Decret vom 12. neben dem stehenden Heer auch ferner ein besonderes Corps bilden; doch sah es die Regierung nicht ungern, daß sich die Reihen immer mehr lichteten und diese gefährliche Stütze des Thrones einer allmählichen Auflösung entgegen ging. Für Garibaldi freilich war das ein neuer Grund zum Hasse gegen Cavour, und mit ungemilderter Gesinnung erschien er in dem ersten Parlamente, das, ganz Italiens Vertreter vereinend, am 18. Februar 1861 zusammentrat.

Das Königreich Italien.

Während der ersten zwei Monate hielt er sich schmollend zurück; er nahm nicht Theil an dem einstimmigen Beschlusse, der am 14. März Victor Emanuel zum Könige von Italien (durch die Gnade Gottes und durch das Volk) erklärte, noch an dem Ausspruch, durch welchen die Kammer Italiens Anrecht an Rom als an seine Hauptstadt verwahrte.

Garibaldi und Cavour.

Als aber Ricasoli den Versuch machte, eine Verständigung zwischen den beiden Männern herbeizuführen, welche das größte Verdienst um das Vaterland sich erworben hatten, da wies er in lebhafter Rede jede Versöhnung mit dem Manne, der Nizza verschachert und den Bürgerkrieg heraufbeschworen habe, zurück. Es lag in dieser unerbittlichen Feindschaft doch etwas von der rächenden Nemesis für so manches verfängliche Mittel, dessen beide Männer sich zur Erreichung ihres großen Zweckes bedient hatten. Cavour empfand das tief und verließ das Parlament, als es sich am 20. April für ihn ausgesprochen hatte, heftig erschüttert. Er fühlte wohl schon den Keim des Todes in sich. Aufreibende Arbeit und Sorgen aller Art zehrten an seinen Kräften.

Das neue Ministerium.

Das neue Ministerium, das er am 22. März aus Männern aller Provinzen gebildet, war ohne ihn Nichts. Der Toscaner Peruzzi, der Modenese Fanti, der Romagnole Minghetti, die Neapolitaner de Sanctis und all die andern neuen Collegen, waren wohl tüchtige Männer, aber sein Werk fortzusetzen war keiner von ihnen fähig. Die Opposition in der Kammer war fürerst zwar noch schwach; aber in der Mehrheit waren zahlreiche Ansätze zu Spaltungen und

Verwaltungsaufgaben.

Feindschaften. Schwere Aufgaben waren im Innern zu lösen. Die ganze Verwaltung des Königreiches mußte geordnet werden, und es war eine verhängnißvolle Frage, ob die Anhänger der straffen Einheit oder die Verteidiger des Regionalsystems, die aus den bisherigen Einzelstaaten Provinzen von ausgedehnter Selbständigkeit machen wollten, das Rechte trafen. Cavour selbst schwankte, wofür er sich entscheiden solle. Nicht mindere Sorge mußte ihm das Verhältniß

Kirche und Staat.

der Kirche zum Staate bereiten. Zwar stand das Ziel ihm hier klar vor Augen. Die freie Kirche im freien Staate war sein Losungswort, das letzte Wort, welches auf dem Todtenbette von seinen Lippen kam. Aber die Wege nach diesem Ziel, die Mittel zur Ueberwindung des Widerstandes der Geistlichkeit, die Bemühungen unter den Abgeordneten die richtige Einsicht zu verbreiten, erforderten unausgesetzte auf-

Die Lage nach außen.

reibende Thätigkeit. Dazu die bedenkliche Lage nach außen. Von allen Großmächten hatte nur England das neue Königreich anerkannt; von anderen europäischen Staaten bis zu Cavours Tode nur die Schweiz und Griechenland, dazu die nordamericanische Union und ein halbes Dutzend Staaten von dem Caliber Maroccos und Uruguays. Frankreich, Rußland, Oestreich, Spanien hatten keinen Gesandten in

Cavours Tod.

Turin. Die Zukunft war in dunkle Wolken gehüllt. Aber Cavours Vertrauen und sein Glaube in diese Zukunft wurde deshalb nicht erschüttert; moralisch blieb er stark, auch als sein Körper der Last der Arbeit erlag. Am 29. Mai kam er fieberhaft erregt aus dem Parlament nach Hause; es sollte sein letzter Ausgang gewesen sein. Vergebens suchten die Aerzte durch häufige Aderlässe die Fieber zu bekämpfen; sie beschleunigten dadurch nur die Abnahme der Kräfte. Vergeblich suchte der Graf selbst seine Schwäche zu überwinden und hielt sogar im Bette liegend noch einen zweistündigen Ministerrath ab; nach wenigen Tagen war sein Zustand hoffnungslos. Am 4. Juni empfing er die Sacramente und den letzten Besuch des Königs; am 6. Juni, dem achten Tage seiner Krankheit, gegen 7 Uhr Morgens, verschied er.

Der Zustand Italiens.

Vollendet hatte er das Werk seines Lebens nicht, selbst in den äußeren Umrissen nicht; denn noch fehlten Rom und Venedig in dem jungen Einheitsstaate. Viel ernstlicher aber als dieser Mangel war der berechtigte Zweifel, ob das neue Gebäude den Stürmen, die da kommen würden, Stand zu halten vermöge. Alles, was Italien Feind war, hoffte auf die inneren Spaltungen, und prophezeite, daß Beelzebubs Reich in sich selbst uneins werden und nicht bestehen könne. An Stoff zu solcher Voraussage fehlte es nicht. Nur durch Cavours starke Hand waren die republicanischen Gelüste zeitweilig gebändigt und im Grunde nicht so sehr überwunden als überlistet; der Boden, auf dem Victor Emanuels Thron stand, war bis in die Tiefen durchwühlt, ein kräftiger Stoß konnte über kurz oder lang kommen und das neue Königreich über den Haufen werfen. Heer und Flotte hatten, wie Achtungswerthes sie auch geleistet haben mochten, die letzte Probe doch jedenfalls noch nicht bestanden; bei dem Kampfe mit Oestreich waren die französischen Bundesgenossen es

gewesen, die den Ausschlag gaben; im Kampfe mit dem Papste und Neapel war der Gegner schwach und schlecht vorbereitet überfallen. Die Finanzen Sardiniens waren schon vor dem Kriege nicht im besten Stande, trotz hoher Steuern hatten die Schulden sich gemehrt; zwei Milliarden betrugen sie zu Anfang des Jahres 1861 und einer Einnahme von 500 Millionen standen in diesem und im folgenden Jahre Ausgaben von der doppelten Höhe und darüber entgegen; daß der neue Zustand keine Verminderung derselben zulasse, lag auf der Hand, und die Hülfsquellen der eroberten Provinzen waren unentwickelt und boten für die nächste Zukunft, auf die es ankam, keine Erleichterung. Mußten aber trotzdem neue Steuern ausgeschrieben werden, so gab das der Unzufriedenheit wiederum Nahrung, den Wählern aller Parteien erwünschte Vorwände zum Hetzen. Die Gelegenheit dazu konnten sie nach ihrer Bequemlichkeit wählen. Ueber das ganze Land zerstreuten sich Garibaldis Freiwillige, die ihren Abschied verlangt hatten, und über das ganze Land zerstreut waren ohnedies schon die Vorkämpfer des Papstes, die Freunde des Alten, die Priester, die von der Kanzel und im Beichtstuhl das sündhafte neue Regiment offen und versteckt angriffen. Wenn Radicale und Reactionäre zusammenwirkten, konnte da die Schöpfung Cavours sich ohne fremden Beistand erhalten? Und war fremder Beistand zu erwarten? Das einzige England stand unbedingt auf der Seite Italiens, und selbst bei ihm war von freundlichen Gesinnungen bis zu thatkräftiger Unterstützung in der Stunde der Gefahr doch ein weiter Schritt. Allerdings war auch von Napoleon anzunehmen, daß er seinen Schützling nicht gänzlich fallen lassen werde. Doch wenn dieser Schützling von der radicalen Partei zum Angriff auf Rom oder Venetien gedrängt wurde, wie dann? Nur den Züricher Frieden und die Eroberungen in Mittelitalien erkannte Frankreich als rechtsverbindlich an; was weiter geschehen war, entbehrte seiner Zustimmung und konnte von ihm ohne Demüthigung preisgegeben werden. Ja faßte man den Fall ins Auge, daß Napoleon aufhöre Frankreich zu beherrschen, so standen die Sachen für Italien noch weit schlimmer; denn in der Masse der französischen Bevölkerung und bei den Gegnern des Kaiserreiches war Mißgunst gegen das einheitliche Königreich weit häufiger zu finden als Wohlwollen und Freundschaft. Wohl stand Napoleons Thron zur Zeit noch fest; aber durch den ganzen Erdtheil ging die dumpfe Ahnung, daß dem Kaiser ein neuer Krieg unentbehrlich sei, daß er mit neuen Eroberungsplänen sich trage; — und daß dann Verwicklungen eintreten müßten, die Italien ernstlich gefährdeten, wer konnte das verkennen? Wo also lag die Stärke des neuen Staates, die ihm die Zukunft verbürgte? Sie lag trotz aller Parteiungen, die ihn zerrütteten, trotz aller Wühlereien der Mazzinisten und der Clericalen, in dem großen Gedanken der nationalen Einheit. Der Glaube an das Princip der Nationalität war eine Macht geworden in Europa, und die ihn genährt, so lange er noch nicht zur Verwirklichung gelangt war, die sogen jetzt, da sie vom Glauben zum Schauen vorgedrungen waren, aus ihm eine Kraft, die sie unbesiegbar machte.

Die Kraft des Nationalitätsprincips.

Viel Lug und Trug, viel Selbstsucht und unedle Berechnung hatten mitgewirkt, um Italien ins Leben zu rufen; aber es stand jetzt da und war die Verkörperung einer Idee, deren Sittlichkeit, innere Gesundheit und Naturgemäßheit selbst der bitterste Gegner nur für den einzelnen Fall, nicht aber im Allgemeinen bestreiten konnte. Daß dieser Fortschritt um der Mängel und Sünden willen, unter denen er sich vollzogen, wieder rückgängig gemacht werden sollte, war für Jeden, der an den Fortschritt glaubte und der da wußte, daß große Umwälzungen nie ohne großes Unrecht sich vollziehen, ein Ding der Unmöglichkeit. Aber mehr noch als dies: wenn das Nationalitätsprincip in Italien den Sieg errungen hatte, so war das ein mächtiger Antrieb für alle die andern Völker und Völkchen, die von demselben Grundsatze das Heil auch für sich erwarteten. Jedes dieser Völker war für Italien ein Bundesgenosse, für Oestreich und die vertriebenen italienischen Fürsten ein Gegner. Allen andern voran stand an Wichtigkeit die deutsche Nation, stand der preußische Staat, dem jenseits der Alpen die Rolle zufallen mußte, die Sardinien im Süden gespielt hatte. Auf Preußen waren deshalb Cavours Blicke seit langem sehnsüchtig gerichtet gewesen. Unmittelbar nach seinem Besuche in Plombières war er nach Baden-Baden geeilt, um dort die Bekanntschaft des Prinzregenten zu machen. Er gewann schon damals die Ueberzeugung, daß Manteuffels Tage gezählt seien, daß bald ein kräftigerer Geist in die preußische Politik einziehen werde. Auch der Eindruck, den er selbst auf den Prinzen machte, war ein günstiger, und in Berlin erscholl bald die Klage, daß er den Regenten ganz für sich erobert habe. Das war nun freilich übertrieben, und Cavour sollte bald die Erfahrung machen, daß man sich an den Ufern der Spree nicht so leicht um der großen Idee willen über das bestehende Recht hinwegsetzte, wie er das vermochte. Als wenige Monate später der Fürst von Hohenzollern ein neues Ministerium bildete, versuchte der sardinische Minister durch den Marquis von Pepoli, einen Verwandten des Fürsten, von diesem die Zusicherung einer wohlwollenden Neutralität oder wohl gar der Unterstützung im Fall eines Krieges mit Oestreich zu erlangen. Napoleon, den Pepoli vorher besuchte, begünstigte diese Bemühungen eifrig und zeigte sich einer Vergrößerung Preußens und einem Bündnisse mit ihm sehr geneigt, ohne vor der Hand von irgend welchen Gegenleistungen zu sprechen. Hohenzollern jedoch lehnte diese Eröffnungen ab. So sehr Cavour das bedauern mußte, ließ er doch den Gedanken eines Bundes mit Preußen nicht fallen. Er ist mit breiten Lettern in das Buch der zukünftigen Geschichte eingeschrieben, meinte er damals; Preußen ist unwiderruflich an die nationale Idee gebunden. Und dieser Ansicht blieb er bis auf das Todtenbett treu; in seinen letzten Fieberphantasien beschäftigte er sich emsig mit diesen Preußen, die so langsam seien, die fünfzig Jahre zu dem brauchten, was Italien in dreien vollbracht. Als eine Art von Vermächtniß hinterließ er den Plan eines preußisch-italienischen Bündnisses seinen Nachfolgern; erst dieses Bündniß, erst die Frucht, die es zeitigen sollte, die Einigung Deutschlands, konnte der Einigung

Cavour und Preußen.

Italiens zu der inneren Gewähr der Dauer auch die äußere geben; erst dieses Bündniß eröffnete auch die Möglichkeit trotz Frankreichs Abneigung die letzten Steine in das Gebäude der italienischen Einheit zu fügen, Venetien und Rom mit dem neuen Staate zu verbinden. Daß der gewünschte Augenblick bald kommen werde, war kaum zu hoffen; unfreundlich genug hatte die preußische Regierung die letzten Schritte Cavours beurtheilt, beängstigende Gerüchte erzählten, daß der Kaiser von Oestreich im August 1860 persönlich von dem preußischen Regenten zu Teplitz das Versprechen bewaffneter Hülfe gegen einen Angriff auf Venetien erhalten habe. Und soviel war in der That richtig, daß man in Berlin entschlossen war, nicht zum zweiten Male ein Bündniß Napoleons und Victor Emanuels gegen Oestreich hinzunehmen. Man erkannte dort die Berechtigung des Nationalprincipes vollkommen an; es bildet, so schrieb der preußische Minister des Aeußern am 13. October 1860 nach Turin, den laut ausgesprochenen Ausgangspunct unserer eigenen Politik in Deutschland; aber als Beschränkung stellte er ihm das Rechtsprincip gegenüber, das Cavour beständig mißachte, während die preußische Regierung beflissen sei, die Forderungen der Nation auf Grund desselben zu verfechten; wer das nicht thue, der verlasse den Boden der Reform und betrete den der Revolution. Cavour meinte darauf lächelnd, Preußen werde ihm für das Beispiel, das er gegeben, dereinst noch dankbar sein, und er erlebte noch die Freude, daß der preußische Landtag sich im Februar 1861 zu Gunsten der neuen Ordnung in Italien aussprach. Aber die Hoffnung, schon in nächster Zukunft auch die Regierung umgestimmt zu sehen und dadurch die Möglichkeit zu einem Angriff auf Venetien zu gewinnen, hegte er nicht. Solch einen Angriff konnte er ohne Frankreichs Hülfe nicht wagen, und Frankreichs Hülfe, das erklärte auch England, mußte einen europäischen Krieg heraufbeschwören. Die Abtretung von Savoyen und Nizza hatte eine reiche Saat des Mißtrauens gegen den französischen Kaiser ausgestreut, so daß alle seine Nachbarn die Hand an die Waffen legten und entschlossen waren, jeder ferneren Gefahr rechtzeitig zu begegnen; wollte er nicht einem großen europäischen Bündnisse trotzen, so mußte Napoleon, und mit ihm Cavour, auf jeden ferneren Angriff für die nächste Zeit wenigstens verzichten.

Frankreich und seine Nachbarn.

Mißtrauen gegen Frankreich.

Die Schweiz und Belgien, England und Deutschland waren es, die sich am meisten von den Vergrößerungsgelüsten Frankreichs bedroht fühlten. So vernehmlich erhoben sich die Aeußerungen des Argwohns und Zornes, daß der Moniteur in bittere Klagen über dieses „einstimmige Concert böswilliger Gerüchte und falscher Beurtheilungen“ ausbrach, und daß Napoleon all seinen Scharfsinn erschöpfte, um auf Beruhigungsmittel zu sinnen. Nur den besten Weg, den er hätte einschlagen können, der Schweiz sein Wort zu halten und ihr

die nördlichen Bezirke von Savoyen abzutreten, verschmähte er. Bitter enttäuscht nahm der Bundesrath eine drohende Haltung an, die er doch nur dann zu behaupten vermochte, wenn die Großmächte ihm beisprangen. Aber Oestreich und Preußen dachten nicht daran, um dieser paar Quadratmeilen willen Krieg zu beginnen, Rußland erklärte den französisch-italienischen Vertrag gradezu für einen durchaus regelmäßigen Hergang, und England schmollte und grollte zwar mit dem Kaiser, war aber viel zu friedliebend, als daß es den gefährlichen Nachbar hätte reizen mögen. Diese Unlust der großen Mächte erstickte denn bald den Anfangs sehr regen Kriegseifer der Schweizer. Die Bundesversammlung ließ sich vornehmlich durch den Züricher Regierungspräsidenten Dubs zu großer Nachgiebigkeit bestimmen; sie verweigerte dem Bundesrathe die Ermächtigung, Nordsavoyen militärisch zu besetzen, wie es die Kriegspartei, an deren Spitze Stämpfli von Bern stand, beabsichtigte, und der Bundesrath entließ daher die Truppen wieder, die er bereits aufgeboten hatte, und bemühte sich, auch das vergeblich, die Großmächte wenigstens für eine Conferenz über die savoyische Frage zu gewinnen. In den östlichen Cantonen dauerte jedoch die patriotische Erregung noch lange fort, und als im Juni das Schweizer Schützenfest in Genf begangen wurde, erklangen trotzige und muthvolle Worte in Rede und Lied: eher sei man bereit, die blühende Stadt in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, als sie französisch werden zu lassen; wie die Schweiz auf Genf, so könne Genf auf die Schweiz zählen. Wenn ja der französische Kaiser mit begehrlichen Augen auf diese Grenzlande geschaut und sich mit der Hoffnung geschmeichelt hatte, auch diesen Boden allmälig für seine Abstimmungskünste vorbereiten zu können, so mußte ihn der kräftige Ausdruck der öffentlichen Meinung vollkommen belehren, daß hier nur mit Gewalt eine Fremdherrschaft begründet werden könne.

Die Schweiz.

Belgien.

Einen lauten Widerhall fanden diese schweizer Stimmen in Belgien, das nicht minder ernstlich den Beginn einer neuen Periode französischer Annexionen fürchtete. Wenige Tage nach dem Genfer Schützenfest, am 17. Juni 1860, ward auf einer großen Versammlung in Brüssel die Gründung eines Vereins beschlossen, dessen Mitglieder sich verpflichteten, mit Gut und Blut die Unabhängigkeit ihres Landes zu vertheidigen. Die Provinzialräthe überschütteten den König mit Adressen, die ihn von der Einmüthigkeit der öffentlichen Meinung überzeugen sollten, und in den Reden, die bei solchen Anlässen gehalten wurden, erklang nicht minder entschlossen als in der Schweiz der Ruf: eher sollen unsere Städte in Grund und Boden zerstört und unsere Felder zu Wüsten werden, ehe wir die Herrschaft der Fremden uns gefallen lassen. Daß König Leopold und seine Regierung die vorhandene Gefahr nicht unterschätzten, konnte man aus mancherlei Anzeichen entnehmen. Seit die Ereignisse von 1848 die Wiederaufnahme der alten Eroberungspolitik durch Frankreich hatten befürchten lassen, war man mit dem Plane umgegangen, Antwerpen zu befestigen und es zum Mittelpuncte der nationalen Vertheidigung zu machen. Ein Ausschuß von Civil- und Militärpersonen hatte diesen

Befestigung von Antwerpen.

Gedanken 1851 zu einer bestimmten Vorlage ausgearbeitet, allein mehrfache Versuche, die Genehmigung der Kammern zu erlangen, waren seitdem gescheitert; die Einen fürchteten, der Entwicklung Antwerpens zu schaden, die Andern hielten es für richtiger, Brüssel zu befestigen, nicht Wenige wollten es vermeiden, Frankreich zu reizen. Aber das Jahr 1859 erschütterte diese buntscheckige Opposition, und die Regierung erhielt im September die 50 Millionen Francs, welche sie für die Verteidigungsarbeiten forderte. Späterhin machte ihr die Sache freilich noch große Noth. Die Stadt Antwerpen klagte über die Schädigung, die sie erleide, und ihre fünf Vertreter entzogen dem Ministerium ihre Unterstützung und brachten dessen Mehrheit dadurch so herunter, daß gelegentlich eine Stimme den Ausschlag gab. Erst durch allgemeine Neuwahlen im August 1864 gewann die Regierung wieder eine feste Majorität. Auf die Bereitwilligkeit, für Belgiens Selbstständigkeit einzutreten, waren diese Spaltungen jedoch völlig einflußlos; eine französische Partei, das zeigte die Bewegung des Jahres 1860 deutlich, gab es im Lande nicht. War das schon eine starke Bürgschaft gegen das Gelingen napoleonischer Angriffspläne, so wurde sie noch verstärkt durch die Entschlossenheit der übrigen Nachbarn, Belgien schlimmsten Falls zu schützen. Selbst in Holland war der alte Groll so weit geschwunden, daß die gesammte Presse warm für die Unversehrtheit des Nachbarstaates eintrat und der König im August 1860 den letzten Schritt that, der zur vollen Versöhnung noch immer fehlte, den einer persönlichen Zusammenkunft mit Leopold in Wiesbaden. Und wie er bei dieser Gelegenheit versicherte, daß die Stunde der Gefahr die beiden Völker brüderlich verbündet finden werde, so sorgte er durch die Vorlage eines neuen Wehrgesetzes im folgenden Monat dafür, daß Holland dann nicht unvorbereitet überrascht werde.

Holland.

Es waren diese Maßnahmen um so bedeutungsvoller, als es wohl bekannt war, daß Wilhelm III. dank den Einflüssen seiner würtembergischen Gemahlin dem Tuilerienhofe sehr nahe stand. Auch war er sichtlich beflissen, eine Verständigung mit demselben anzubahnen, und durch persönliche Besuche, die er im nächsten Jahre am französischen und am belgischen Hofe machte, beschwichtigend und vermittelnd zu wirken. In gleichem Sinne zu handeln war auch der damalige englische Ministerpräsident Lord Palmerston, der alte Freund Napoleons, vorzugsweise geeignet. Unzufrieden im höchsten Grade mit der französischen Politik, wollte er doch andrerseits mit dem Kaiser nicht brechen. Wenn ich Frankreich die eine Hand reiche, erklärte er im Parlamente, werde ich die andre an den Schild halten. Rüstig und energisch, wie er trotz seines hohen Alters noch war, zeigte er doch in diesem seinem letzten Ministerium eine weit größere Friedensliebe als früher, und sein Bestreben, alle ernstlichen Verwicklungen im Innern oder nach Außen fern zu halten, war unverkennbar. Insbesondre verhinderte er, der stets ein Gegner neuer Wahlreformen gewesen war, die Wiederaufnahme dieser Frage, obgleich sie es gewesen, die das Tory-Ministerium gestürzt hatte. Eine Reformvorlage

England.

Sturz des Tories.

Disraelis, die das Wahlrecht an die Zahlung einer jährlichen Pacht oder Miethe von 10 Pfund knüpfte, war nämlich am 31. März 1859 in einer Minderheit von 39 Stimmen geblieben. Statt zurückzutreten, hatten die Tories darauf Berufung an das Land eingelegt, waren aber nur wenig gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen, so daß sie am 10. Juni einem Mißtrauensvotum des neuen Unterhauses gegenüber doch zurücktreten mußten. Die Sieger konnten nun ein einheitliches Ministerium nicht herstellen, sondern mußten ihre Verwaltung aus Whigs, Peeliten und Radicalen bilden. Das Auswärtige übernahm Lord John Russell, die Finanzen Gladstone, das Handelsministerium ein bewährter Freihändler, Milner Gibson. Gern hätte Palmerston das Haupt der Manchesterleute, Richard Cobden, zum Eintritt in das Ministerium willig gemacht; allein so freudig dieser seinen Beistand gegen die Schutzzöllner versprach, so groß war sein Mißtrauen gegen die kriegerischen Gelüste des Lords Feuerbrand, den er noch immer für den gefährlichsten aller Premiers erklärte. Seine Besorgnisse waren unbegründet; nachgiebiger und friedenssüchtiger konnte kein Ministerium nach außen hin auftreten, als unter Russells, Gladstones und Milner Gibsons Einfluß dies letzte Palmerstonsche Cabinet, und der erste wichtige Schritt, den es vornahm, war eine zweifellose Bekräftigung seiner friedlichen Absichten: der Abschluß eines Handelsvertrages mit Frankreich.

Ministerium Palmerston.

Französisch-englischer Handelsvertrag.

Das Hauptverdienst daran gebührte Cobden, der natürlich kein Bedenken trug, in dieser besonderen Sache sich dem Ministerium zur Verfügung zu stellen. Auf französischer Seite war Michel Chevalier sein wichtigster Verbündeter. Dieser gewann den Kaiser nicht sowohl für die Idee des Freihandels, der Napoleon schon seit Jahren huldigte, als vielmehr für den Entschluß, sie jetzt auf dem Wege des Vertrages ins Leben zu rufen. Er theilte Cobden brieflich die günstige Stimmung des französischen Herrschers mit, dieser benachrichtigte das Ministerium davon und ließ sich dann zur Führung der Verhandlungen nach Paris schicken. Die Grundlagen des Vertrages waren sehr bedeutende Zollermäßigungen für die Einfuhr von Eisen, Woll- und Baumwollwaaren in Frankreich, von Weinen, Seide, Luxusartikeln in England; für die Zukunft gestanden sich die beiden Länder gegenseitig alle die Zollerleichterungen zu, die sie etwa Dritten gewähren würden; der dadurch vorbereitete Bund der meistbegünstigten Nationen, die in gewissem Sinne ein einziges großes Handelssystem bildeten und bald alle bedeutenderen europäischen Völker umschlossen, durfte in der That für einen tüchtigen Schritt zu einer Verbrüderung der Nationen, zu einer Zeit dauernden Friedens gelten. Dafür wollte auch Napoleon den Handelsvertrag angesehen wissen, und sprach das in einem schnell veröffentlichten Briefe aus, den er am 5. Januar 1860 an den Minister Fould richtete. Die Begeisterung darüber war in England größer als in Frankreich; in goldenen Buchstaben, so meinte John Bright auf einem Feste, das an demselben Tage, an welchem der Vertrag unterzeichnet wurde, am 24. Januar, die Freihändler von Manchester feierten, in goldenen Buchstaben verdiene dieser

Brief der Nachwelt überliefert zu werden, und Gladstone erging sich in den wärmsten Lobsprüchen auf Cobden, als er den Vertrag dem Unterhause vorlegte. In Frankreich erhoben dagegen die Schutzzöllner, so laut sie nur durften, ihre klagende Stimme, und da dem gesetzgebenden Körper nicht einmal die Gelegenheit geboten wurde, die Ermäßigungen des Tarifs zu prüfen, so schloß sich die politische Opposition ihren Beschwerden bereitwillig an. Auf beiden Seiten des Canales aber waren die Gegner darin einig, daß der ganze Vertrag ein Schachergeschäft gewesen sei, durch das Napoleon unter Aufopferung blühender französischer Industriezweige Englands Willfährigkeit erkauft, England aber gegen einen guten Markt für seine Baumwollwaaren Savoyen preisgegeben habe. Wie einseitig ungerecht diese Urtheile waren und welch segensreiche Folgen die neuen Verkehrsverhältnisse für beide Länder bringen sollten, konnte erst die Zukunft lehren; der unglaubliche Aufschwung des französischen Handels, der 1857 in Aus- und Einfuhr noch nicht drei, und 1865 schon über 7 1/2 Milliarde Francs an Werth betrug, war die beste Rechtfertigung des kühnen Vertrages, der stets als eines der größten Verdienste Napoleons gelten wird.

Englische Rüstungen.

Aber daß politische Beweggründe mächtige Triebfedern bei dieser Angelegenheit gewesen, blieb deshalb nicht minder wahr. Napoleon wünschte aus guten Gründen England zu ködern, ehe er mit der Aneignung von Savoyen und Nizza herausrückte, und ganz mißglückt war dieser Versuch jedenfalls nicht. Wenigstens die Manchesterleute glaubten an die Friedensliebe des Kaisers und bekämpften den Argwohn und die Furcht ihrer Landsleute in Wort und Schrift. Aber die Entrüstung über die französischen Annexionen, die Theilnahme für Belgien und die Schweiz, der Glaube an die Möglichkeit einer Gefährdung des eigenen Landes waren im britischen Volke doch stärker als Cobdens Beredtsamkeit. Die Minister selbst befiel ein ernstes Gefühl ihrer Verantwortlichkeit. Schon 1847 hatte der Herzog von Wellington auf den schlechten Zustand der Verteidigungsmittel des Landes aufmerksam gemacht, und doch war seitdem nichts von Bedeutung geschehen. Eine Verschiebung der Machtverhältnisse zur See zu Ungunsten Englands ging ganz allmälig dadurch vor sich, daß die Benutzung der Dampfkraft und die Vervollkommnung der Artillerie, bald auch die Panzerung der Fahrzeuge, die alten Flotten mehr und mehr entwerthete und dadurch den Vorsprung, den England hatte, aufhob. Betreffs der Landmacht konnte man natürlich gar nicht daran denken, mit Frankreich zu wetteifern, und so brach sich die beängstigende Vorstellung Bahn, daß eine französische Landung schwer zu verhindern und ein gelandetes Heer noch schwerer wieder zu vertreiben sei. Das heimische Wehrsystem mußte also verbessert werden, und wie konnte das in diesem Lande, wo von großen stehenden Heeren und allgemeiner Dienstpflicht nicht die Rede sein durfte, anders geschehen als durch die Bildung einer gewaltigen freiwilligen Miliz? Darauf lief also das erste ungestüme Verlangen der öffentlichen Meinung hinaus, und wie mit einem Schlage wuchsen neue Milizregimenter

neben den bestehenden aus dem Boden; schon im Juni konnte die Königin in London eine Musterung über 20,000 freiwillige Vaterlandsvertheidiger halten, im nächsten Monate eröffnete sie das große Schützenfest der Freiwilligen in Wimbledon, im August marschirten in Edinburg 20,000 Schotten an ihr vorüber. Mochte viel Soldatenspielerei bei diesen Schaustellungen mit unterlaufen, der Kern der ganzen Bewegung war gesund, und der Kaiser der Franzosen verstand die Sprache des Patriotismus vollkommen. Das englische Ministerium blieb an seinem Theile hinter dieser freiwilligen Bewegung nicht zurück. Am 23. Juli verlangte Lord Palmerston vom Parlamente 11 Millionen zur Vertheidigung der Küsten. Schwere Stürme, so äußerte er, ständen am Horizonte, und die nächste Gefahr drohe von Frankreich; trotz des Handelsvertrages sei England nicht sicher vor einem Ausbruch des kriegerischen Eifers seines Nachbarn; zur Vertheidigung bedürfe Frankreich nicht der großen Flotte, die es sich schaffe; sei sie aber zum Angriff bestimmt, so müsse England sich vorsehen; eine Landung freilich fürchte er nicht, aber schon durch die Zerstörung der Arsenale könne das Land in die Gewalt des Feindes gerathen. Napoleon beeilte sich natürlich darauf mit „offenherzigen Erklärungen" zu antworten; in einem Briefe an Persigny, seinen dermaligen Botschafter in London, klagte er in gekränktem Tone über diese kleinen Eifersüchteleien, dieses ungerechtfertigte Mißtrauen, das wohl zwischen Dieben, die sich gegenseitig übervortheilen wollen, aber nicht zwischen anständigen Leuten am Platze sei. Alles, was er damit erreichte, war, daß Palmerston im Parlamente sein Vertrauen zu der Fortdauer des Friedens aussprach, vorausgesetzt, wie er hinzufügte, daß England gerüstet gegen jeden Angriff sei; und das Unterhaus billigte diese Auffassung, indem es am 3. August die geforderten 11 Millionen einmüthig bewilligte. So stand also England dem Kaiser nichts weniger als freundlich gegenüber, und wenn das Ministerium seine Friedensliebe auch durch das laue Verfahren gegenüber den Klagen der Schweiz zweifellos bethätigte, so durfte Napoleon doch ziemlich sicher sein, daß ein Angriff auf Belgien oder den Rhein England zu den Waffen rufen werde.

Fürstenbegegnungen.

Eine Besprechung, welche die Königin Victoria am 12. October in Coblenz mit dem Prinzregenten von Preußen unter Theilnahme der beiderseitigen Minister des Aeußern hatte, war auch ein Glied in der langen Kette der Mißtrauenserklärungen, die Napoleon sich durch die Erwerbung der italienischen Grenzprovinzen zuzog. Ueberhaupt waren die Fürstenbegegnungen in diesem unruhigen Jahre so zahlreich wie kaum zuvor. Des Fürstentages in Baden, auf dem der Prinzregent, umgeben von den deutschen Königen und mehreren Großherzögen und Herzögen, dem Kaiser Napoleon entgegentrat, der holländisch-belgischen Begegnung in Wiesbaden, der Zusammenkünfte von Teplitz, Salzburg, Warschau, die eine Annäherung zwischen Oestreich einerseits, Preußen und Rußland andrerseits zur Folge hatten, ist entweder schon gedacht worden, oder wird noch gedacht werden. Sie alle trugen den Stempel des Argwohns gegen Napoleon an der

Stirne und beglaubigten in gewissem Sinne die mißtrauische Erregung, welche die Völker ergriffen hatte. Unverkennbar war es, daß Frankreich in Europa augenblicklich ganz vereinsamt dastand, wenn man nicht etwa Italien, mit dem es doch den diplomatischen Verkehr abgebrochen, und Spanien, dem der Kaiser alles Ernstes die Aufnahme unter die Großmächte zu verschaffen gedachte, als seine zuverlässigen Bundesgenossen ansehen wollte. Gleichwohl war die Stellung Frankreichs dadurch in keiner Weise gefährdet; denn alle Mächte, die ans Schwert griffen, thaten es nur, um sich zu verteidigen und von einem Angriff auf das Kaiserreich war nicht die Rede. Zu guter Letzt fühlten sich die Franzosen wohl gar geschmeichelt durch die Aufmerksamkeit, die man ihnen von allen Seiten schenkte, und die Furcht, die man vor ihnen bezeugte; es befriedigte ihren Stolz, zu sehen, wie vorsichtig man mit ihnen umging, und wie sorgsam die fremden Regierungen sich hüteten, ihren Herrscher zu reizen. Vollends als Lord Palmerston und Persigny bei dem Lord-Mayors-Bankette im November wieder friedliche und freundliche Reden mit einander austauschten, die unbequemste der Spannungen, die mit England, also beseitigt war, gewöhnte man sich, auf die unruhige Beweglichkeit der übrigen Nachbarn mit einer Art wohlwollender Ueberlegenheit herabzusehen und die Herstellung der natürlichen Grenzen gegen Nord und Ost als eine bloße Frage der Zeit zu betrachten. Napoleon aber, der persönlich auf solche Vergrößerungen um ihrer selbst willen kein Gewicht legte, sondern als erstes und letztes Ziel seiner Politik doch immer nur die Befestigung seines Thrones verfolgte, hielt es an der Zeit, durch die Ertheilung einiger neuen Rechte an die Kammern und den Schein einer liberaleren Regierungsweise nach außen hin ein neues Pfand für seine Friedensliebe und nach innen eine kleine Abschlagszahlung für die Ungeduldigen zu geben. Wenn er am 5. Januar im Ministerium des Auswärtigen Walewski durch Thouvenel ersetzt hatte, so wurde jetzt am 24. November Walewski an Foulds Stelle Staatsminister und einige Tage darauf Persigny für den Herzog von Padua Minister des Innern, während Billault und Magne ohne Portefeuille in das Cabinet eintraten. Ein kaiserlicher Erlaß vom 24. November gab dem Senate und der Kammer das Recht auf die Thronrede mit einer Adresse zu antworten; er versprach Aenderungen in der Geschäftsordnung und größere Oeffentlichkeit der Verhandlungen. Rundschreiben Persignys vom 5. und 8. December empfahlen den Präfecten, das Versöhnungswerk zwischen den Parteien zu vollenden, die ehrenwerthen Männer der früheren Regierungen zum öffentlichen Leben heranzuziehen, der Presse einen größern Spielraum zu gestatten und die Gewohnheiten der freien Discussion zu begünstigen. Wenige Tage später zog der Kaiser alle bisher ertheilten Verwarnungen zurück und ertheilte volle Begnadigung für Preßvergehen. Es war wenig genug, was so gewährt wurde, viel zu wenig, um irgend einen Gegner zu entwaffnen, aber auch zu wenig, um dem kaiserlichen Regimente schaden zu können; und dennoch war die leise Schwenkung, die das Kaiserreich damit vornahm, nicht wirkungslos; sie beruhigte die auswärtigen Mächte und sie befriedigte, als ein Zeichen des

Frankreichs Stellung.

Liberale Zugeständnisse Napoleons.

Der Erlaß vom 24. November 1860.

Vertrauens und der Sicherheit, die großen Massen, die nichts Anderes wünschten, als die Erhaltung des Bestehenden. Zog man dazu noch in Betracht, daß die französischen Waffen den unentbehrlichen Ruhm in Asien und Afrika (China, Annam, Syrien, Algier) und bald auch in Amerika (in Mexico) suchten, so hatte man Anhaltspuncte genug, um für Europa eine friedliche Entwicklung hoffen zu dürfen.

Deutschland und die neue Aera.

Diese Friedenshoffnung war gleichsam stillschweigend auf die Voraussetzung gegründet, daß nur ein willkürlicher Krieg, wie man ihn von Frankreich befürchtete, ausbrechen könne; sie ließ die Möglichkeit völlig außer Acht, daß Deutschland auf ähnlichem Wege wie Italien die Schäden, an denen es litt, zu heilen und so zur nationalen Einheit durchzudringen versuchen könnte. In der That war zu keiner Zeit der Glaube, daß unser Vaterland auf friedlichen Bahnen seine Umgestaltung vollziehen werde, verbreiteter, als in den Tagen, wo Cavour starb und Napoleon sich friedlichen Reformen zuzuwenden schien. Offen lag es vor den Blicken aller Welt, daß eine mächtige Gährung das ganze Land durchzog, und daß ein Aufschwung des nationalen Geistes sich vollzogen hatte, wie ihn ein halbes Jahrzehnt früher Niemand für möglich gehalten hätte. Drei schnell aufeinander folgende Ereignisse hatten diese Erweckung und Neubelebung der vaterländischen Hoffnungen veranlaßt: der Wechsel des Regierungssystems in Preußen, den andre deutsche Staaten bald nachahmten, das Vorbild des italienischen Volkes, das mit schnellen Schritten seiner staatlichen Einigung entgegeneilte, und die Befürchtung eines Krieges mit Frankreich, der alle Parteien gleichmäßig zur Abwehr bereit fand.

Das Ende der Reaction.

Der traurige Zustand, der seit den Tagen von Olmütz in Preußen herrschte, war, solange Friedrich Wilhelm IV. am Staatsruder blieb, in keiner Weise erfreulicher geworden. Die Kläglichkeit der auswärtigen Politik während des Krimkrieges und in der neuenburger Frage trug nur zu sehr den Stempel der eigenen Persönlichkeit des Königs, als daß eine Aenderung bei seinen Lebzeiten hätte erwartet werden können. Die Grundsätze, von denen er sich leiten ließ, und die Interessen, welche er verfocht, waren zuletzt wenig mehr als persönliche Schrullen, die sich in seinem kranken Geiste aus ursprünglich hochsinnigen und edlen Gedanken zu fixen Ideen verdichtet hatten. Leidenschaftlich erregt, wie er häufig war, mochte ihn zuweilen mit Macht das Bewußtsein der schmählichen Abhängigkeit packen, in die er seinen Staat Oestreich gegenüber gebracht hatte; zu einer folgerichtigen und entschlossenen Umkehr auf der betretenen Bahn hätte er doch nicht mehr die Kraft besessen. Manteuffel aber, sein Minister des Aeußern, entbehrte von vornherein jeder staatsmännischen Befähigung; fein gebildet und ein durchaus makelloser Charakter, sprach er sich als Staatsmann doch selbst das vernichtendste Urtheil, als er der Kammer einst erklärte, er wolle nichts weiter, als ohne Rücksicht

Die preußischen Minister.

auf seine eigenen Anschauungen den Willen des Königs, seines Herrn, ausführen. Diesem Grundsatz entsprechend handelte er während seiner ganzen Amtsführung, und da andere seiner Collegen nicht dieselbe Entsagung besaßen, sondern in Gemeinschaft mit der persönlichen Umgebung des Königs den Willen des Monarchen vollständig nach den Wünschen der Kreuzzeitungsritter zu lenken wußten, so war Manteuffel, obgleich dem Namen nach Haupt des Ministeriums, doch keineswegs dessen Seele. Dafür konnte am ersten der Minister des Innern Westphalen gelten, den kundige Beobachter für den gescheutesten und gefährlichsten Mann im Cabinet erklärten, und neben ihm Otto von Raumer, der Cultusminister, den Alexander von Humboldt für den schädlichsten von allen hielt, da er die Wissenschaft geradezu verachte. Unter den andern Ministern war von der Heydt als tüchtiger Fachmann der bedeutendste, und obschon viele seiner Maßnahmen auf lebhaften Widerspruch stießen, so erwarb er sich doch durch die eifrige Förderung des Eisenbahnbaues, durch die Einführung von Nachtzügen, durch die Ermäßigung des Briefportos, durch den Abschluß des deutsch-östreichischen Post- und Telegraphen-Vereins große Verdienste, die gegen seine Zustimmung zu dem reactionären Bedrückungssystem dieser Jahre als Ausgleichung in die Wagschale geworfen werden konnten.

Der Prinz von Preußen.

Die Leiter der preußischen Politik, die amtlichen im Ministerium wie die privaten in der Camarilla und in der Presse, wußten recht wohl, daß sie nur eine kleine, wenn auch zur Zeit mächtige Partei bildeten. So gut sie durch die Zusammensetzung des Herrenhauses dafür gesorgt hatten, daß der eine Theil der Landesvertretung ganz und gar von ihnen abhing, so war es doch zweifellos, daß mit dem Tode des Königs ihr Einfluß auf die Krone ein Ende hatte. Der Prinz von Preußen, der bei der Kinderlosigkeit des Monarchen zur Nachfolge berufen war, hatte nie auf ihrer Seite gestanden, und das Mißtrauen, welches er ihnen einflößte, war so groß gewesen, daß sie ihn durch eines ihrer verkommensten Geschöpfe, einen gewissen Lindenberg, förmlich überwachen und sich Bericht über ihn erstatten ließen. Mit Männern, denen die Ehrfurcht gegen das Königshaus, die sie beständig heuchelten, nicht verwehrte zu solcher Ausspürerei und Angeberei sich zu erniedrigen, konnte der Prinz dereinst gewiß nicht die Regierung führen, und der Zeitpunkt, wo die Krone auf ihn überging, mußte daher den Sturz der Kreuzzeitungspartei und die Berufung neuer Männer mit sich bringen.

Erkrankung des Königs.

Das Leben des Königs war also für die herrschende Clique vom höchsten Werthe, und kein geringer Schreck mußte sie ergreifen, als sich bei Friedrich Wilhelm, der eben das sechzigste Lebensjahr überschritten hatte und äußerlich noch immer ein Bild blühender Gesundheit war, die Spuren einer Geisteskrankheit zeigten. Mochte man sich eine Zeit lang mit trügerischen Hoffnungen über diese Wahrnehmung hinwegsetzen: im Laufe des Spätsommers 1857 wurden die Symptome unverkennbar. Aus einem Zustande unnatürlicher Aufregung verfiel der König oft plötzlich in völlige Stumpfheit, die

sich bis zu Geistesabwesenheit steigerte. Im October schien eine nahe Auflösung bevor zu stehen. Wider Erwarten trat noch einmal eine Besserung ein, aber die Unfähigkeit des Monarchen zur Regierung ließ sich nicht mehr verbergen. Während also die Aerzte darauf drangen, daß er für längere Zeit eine Reise außer Landes unternehmen, mühten die Kreuzzeitungsleute sich ab, eine Form zu finden, die ihnen die Macht noch möglichst lange in den Händen ließ. Es kam ihnen dabei sehr zu statten, daß die königliche Familie (und der Thronfolger wohl nicht am wenigsten) es zu vermeiden wünschte, die Geisteskrankheit des Königs, so lange noch eine entfernte Hoffnung auf Besserung vorhanden war, offen anzuerkennen. Diesem Umstande verdankten sie einen Ausweg, von dem freilich die Verfassung Nichts wußte: am 23. October ernannte der König seinen Bruder zum Stellvertreter. Als solcher glaubte der Prinz die Regierung im Sinne des Königs, und also auch mit dessen Räthen fortführen zu müssen; dreimal ließ er sich seine Ernennung, die jedesmal auf drei Monate erfolgte, verlängern; als aber nach Jahresfrist, im October 1858, in dem Befinden des Königs noch immer keine Besserung eingetreten war, bestand er darauf, daß man nunmehr zu der verfassungsmäßigen Regentschaft übergehe. Dieser Forderung zu widerstehen fehlte den Ministern der Muth; nur Westphalen verweigerte seine Zustimmung hartnäckig und nahm lieber seinen Abschied. Nachdem der König selbst am 7. October eingewilligt hatte, traten am 9. die beiden Häuser des Landtags beinah vollzählig zusammen, um die Nothwendigkeit des Schrittes zu prüfen, und nachdem sie einstimmig und ohne Discussion auf den Antrag eines dazu niedergesetzten Ausschusses ihre Einwilligung ausgesprochen hatten, leistete der Prinz am 26. October den Eid auf die Verfassung. Wie ungern die Minister sich von ihren Posten trennten, ersah man daraus, daß sie zögerten, ihre Entlassung einzureichen. Nur die beiden Rheinländer, Simons und von der Heydt, welche Hoffnung hatten, auch in dem neuen Cabinet ihren Platz wieder zu finden, drängten auf ein gemeinsames Rücktrittsgesuch; die übrigen wollten davon Nichts wissen und warteten, bis ihnen die Mittheilung wurde, daß der Prinzregent den Fürsten Anton zu Hohenzollern-Sigmaringen mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut habe.

Die Stellvertretung.

Die Regentschaft.

Das Ministerium Hohenzollern.

Die deutsche Gesinnung dieses Mannes, die er 1849 durch den Verzicht auf sein Fürstenthum bewährt hatte, seine vornehme Stellung, die ihn hoch über den brandenburgischen Junkeradel hinaushob, der gute Ruf, der seinen staatsmännischen Einsichten vorausging, Alles das machte die Wahl des Prinzregenten zu einer höchst glücklichen. Auch mit den Persönlichkeiten der übrigen Minister war das Land vollauf zufrieden. Schleinitz, der Minister des Aeußeren, hatte in demselben Amte 1849 und 50 eifrig für die Begründung der Union gewirkt; Patow, der die Finanzen übernahm, gehörte zu den verdientesten Vorkämpfern der liberalen Partei in der reactionären Landrathskammer; Bonin, der Kriegsminister, war im Mai 1854 aus dem Manteuffelschen Cabinet geschieden, weil er dessen russenfreund-

liche Politik nicht stützen wollte; Bethmann-Hollweg, dem Kirchen- und Schulwesen zufiel, war ein treuer Anhänger der Union und hatte manchen Strauß mit Stahl und anderen ihrer Gegner durchgefochten; Flottwell, der 72jährige Minister des Innern, der übrigens schon vier Wochen früher an Westphalens Stelle getreten war, zählte zu den tüchtigsten Verwaltungsbeamten; in fünf Provinzen war er Oberpräsident gewesen und vor 1848 auch schon einmal Finanzminister; daß er aufrichtig den Verfassungsstaat anerkenne, war außer Zweifel. Wenn Simons und von der Heydt durch ihre letzte Vergangenheit keiner großen Beliebtheit sich erfreuen konnten, so erregten sie doch durch ihr Verbleiben nicht gerade Mißtrauen gegen das neue Cabinet, das ein äußerst werthvolles Mitglied endlich noch in Rudolf von Auerswald erhielt. Dem Prinzregenten durch innige Jugendfreundschaft verbunden, erfreute sich dieser Mann andrerseits einer solchen Volksbeliebtheit, daß die Vossische Zeitung vorschlug, man solle ihn einstimmig in allen Wahlbezirken Berlins zum Abgeordneten erwählen. Es war recht eigentlich ein Ministerium der vorsichtigen, besonnenen Reform, das so zu Stande gekommen war; weder ein schroffer Bruch mit der Vergangenheit, noch ein Verharren auf dem bisherigen Wege war von ihm zu erwarten, sondern nur ein langsames und rücksichtsvolles, dabei seines Zieles aber stets bewußtes Ueberleiten in neue Bahnen. Mehr aber verlangte man für jetzt auch selbst in den gelichteten Reihen der alten Demokratie nicht; Schulze-Delitzsch beispielsweise lehnte einen Sitz in der Kammer ab, weil seine Wahl der Rückschrittspartei erwünscht sein und dem Ministerium Schwierigkeiten schaffen werde; Unruh, Virchow, Rodbertus u. A. gaben ähnliche Erklärungen ab, oder fanden, wenn sie doch in den Wahlmännerversammlungen vorgeschlagen wurden, nicht die erforderliche Unterstützung. Mit ungetheilter Befriedigung nahm das Land den Umschwung auf, und erwartete vertrauensvoll die Aenderungen, die er im Einzelnen nach sich ziehen mußte.

Das Programm des Prinzregenten.

Ueber den Umfang derselben gab die Rede Aufschluß, mit welcher der Prinzregent am 8. November sein Ministerium begrüßte. An Verwahrungen gegen die Erwartung, als ob nunmehr ein liberales Parteiregiment beginnen werde, fehlte es darin nicht; Versprochenes, so hieß es, solle treu gehalten, aber Nicht-Versprochenes muthig verhindert werden; die conservative Grundlage des Staates wurde stark betont. Wenig bestechend klang die Aufforderung, auf Grund der wahren Besteuerungsfähigkeit des Landes in Zukunft erhöhte Geldmittel zu beschaffen, diese Geldmittel vor Allem zur Verstärkung des Heeres zu verwenden, den Bau von Eisenbahnen aber nöthigenfalls einzuschränken; allein grade das bestach und gewann die öffentliche Meinung, daß man jedem Worte der Rede die ehrliche Ueberzeugung und den nüchternen Blick ansah, dem es entsprungen war; grade die Verbindung mit minder liebsamen An- und Absichten erhob den Werth der übrigen Sätze. Wo sich Willkürliches oder den Bedürfnissen der Zeit Widersprechendes zeige, versprach der Regent die sorglich bessernde Hand anzulegen; eine Regierung sei stark, wenn sie ein

reines Gewissen habe, wenn sich in ihren Handlungen Wahrheit, Gesetzlichkeit und Consequenz ausspreche. Er beklagte, daß in kirchlichen Fragen letzthin leider viel vergriffen sei, daß die Religion als Deckmantel politischer Bestrebungen eine Orthodoxie, und in deren Gefolge eine Heuchelei und Scheinheiligkeit großgezogen habe, die man entlarven müsse, wo es nur möglich sei; denn die wahre Religiosität zeige sich nicht in äußerem Gebahren und Schaustellungen, sondern in dem ganzen Verhalten des Menschen. Die evangelische Union sollte kräftig aufrecht erhalten, der katholischen Kirche kein Uebergriff über ihre verfassungsmäßigen Rechte gestattet werden; den Unterrichtsanstalten ward die Aufgabe zugewiesen, Preußen an der Spitze der geistigen Intelligenz zu erhalten, doch ohne einzelne Classen über ihre Sphäre zu heben. Durch eine weise Gesetzgebung im Innern und durch die Pflege von Einigungselementen, wie der Zollverein, der übrigens einer Reform bedürfe, hoffte der Regent in Deutschland moralische Eroberungen für Preußen zu machen. Die Welt muß wissen, so schloß er, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist, und was dem Staate an materieller Macht fehlt, das muß die Besonnenheit, Consequenz und Energie seiner Politik ersetzen.

Zustimmung des Volkes.

Wie verschieden war diese Sprache doch von der, mit welcher der kranke König einst Preußens und Deutschlands Volk entzückt hatte. Die glänzenden Bilder, die genialen Wendungen, die andeutungsvolle Unbestimmtheit des Ausdrucks, sie fehlten gänzlich; Alles war scharf umgrenzt, rund herausgesagt, das Ergebniß ruhiger Prüfung und fester Entschluß. Etwas soldatisch Strammes und christlich Ernstes ging durch die ganze Rede; ein selbstbewußter Manneswille lenkte fortan die preußische Politik, und dieser Wille erkannte die neue Zeit, erkannte insbesondere die bestehende Verfassung ohne Rückhalt an. Es war ein Aufruf an alle gesunden Elemente des Volkes, sich um das Banner der Gesetzlichkeit und des Staatsinteresses zu schaaren. Die nächste Antwort mußte das preußische Volk in den Wahlen zum Abgeordnetenhause geben; wie nicht anders zu erwarten, fiel sie vollkommen zustimmend aus. Wenn auch die Gardeoffiziere gegen den Kriegsminister, die Staatsanwälte und Prediger gegen Bethmann-Hollweg stimmten, so wurden doch alle Minister gewählt, Auerswald (und neben ihm Schwerin und Grabow) viermal, Patow dreimal, Georg von Vincke, Beckerath und andre Führer der constitutionellen Partei doppelt; von den abgetretenen Ministern erschien nur Manteuffel in der neuen Kammer. Damit war der neuen Richtung auch vom Volke das Siegel der Bestätigung aufgedrückt und mit den freudigsten Hoffnungen sah man der „neuen Aera“, die nun begonnen hatte, entgegen.

Rückwirkung auf andre deutsche Staaten.

Daß die Bewegung an der preußischen Grenze nicht inne hielt, verstand sich von selbst. Eine mächtige Förderung erhielt sie in Süddeutschland durch den Umschwung, der in Baiern eintrat. König Max, der durch seinen Minister von der Pfordten in einen langen erbitternden Streit mit seinem Landtage verwickelt war, dessen stets wiedergewähltem mißliebigem Präsidenten Weiß er hartnäckig die

Bestätigung versagte, entschloß sich am 9. April 1859 zum Nachgeben, erklärte, daß er Frieden haben wolle mit seinem Volke, und schickte von der Pfordten als Bundesgesandten nach Frankfurt, während der Freiherr von Schrenk von dort als Ministerpräsident nach München berufen wurde. Die Bedeutung des Schrittes lag nicht sowohl in dem Wechsel der Personen, denn Schrenk war um Nichts liberaler als von der Pfordten, wie in der Thatsache, daß der König die Macht der öffentlichen Meinung anerkannte. Auch andre Fürsten konnten sich der neuen Strömung nicht entziehen. Selbst da, wo die alten Diener der Reaction am Ruder blieben, bemerkte man doch meistentheils, daß sie gelindere Saiten aufzogen, daß die Behandlung der Kammern, der Presse, der Vereine zuvorkommender und milder wurde. Auch der Bundestag mußte es erleben, daß unerhörte Dinge vor ihm zur Sprache kamen. Schon während seiner Stellvertretung hatte der Prinz von Preußen mancherlei anregen lassen, was den meisten Regierungen damals noch sehr unlieb war, z. B. die Veröffentlichung der Bundestagsprotocolle, die seit 1824 sich in tiefes Dunkel hüllten. In der schleswig-holsteinischen Frage, die später im Zusammenhange erzählt werden soll, verstieg man sich bereits bis zur Androhung der Bundesexecution. Gegen Oestreich führte der preußische Gesandte von Bismarck-Schönhausen eine sehr kräftige Sprache; den Anlaß dazu gab ein Vertrag zwischen Oestreich und Baden, kraft dessen die östreichische Garnison, die seit dem Abzug der Preußen im Jahre 1850 in Rastatt lag, verstärkt werden sollte. Dem entschiedenen Einspruch, der dagegen von Berlin erhoben wurde, und der Forderung, daß zur Verstärkung, wenn diese nöthig sei, preußische Truppen nach Rastatt gezogen würden, gelang es, das Vorhaben zum Scheitern zu bringen und so den östreichischen Einfluß in Baden zu erschüttern. Die Sache war an sich nicht unwichtig, viel wichtiger aber als erster Schritt zur Umkehr auf dem Wege einer ängstlichen Absonderung und der endlichen Rückkehr zu den Grundsätzen einer nationalen Politik. Und als solchen bezeichnete ihn die amtliche Berliner Zeitung mit der Versicherung, daß dem Ernst der Erklärungen der Ernst der Handlungen folgen werde. Sehr zu Statten kam diesem festen Entschluß, das östreichische Joch zu brechen, der italienische Krieg. Indeß zeigte sich doch grade hier auch die schwache Seite des preußischen Cabinets, seine übertriebene Gewissenhaftigkeit, die vor jeder rücksichtslosen Ausnutzung der Bedrängniß des Bundesgenossen zurückscheute. Rathschläge, wie Ferdinand Lassalle sie in einer Flugschrift ertheilte: Preußen solle auf Sardiniens Seite treten, die deutsch-östreichischen Provinzen erobern und so das deutsche Kaiserthum gründen, waren freilich schon deshalb nicht ausführbar, weil nicht ein Dutzend solcher Anhänger für solch eine Politik in Deutschland wären zu finden gewesen. Aber auch maßvollere Vorschläge fanden in Berlin kein Gehör. Herr von Bismarck, der mit Offenheit seine Theilnahme für Italien aussprach, wurde von Frankfurt nach Petersburg versetzt, oder, wie er selbst meinte, wie Champagner für späteren Gebrauch kalt gestellt,

Der Bundestag.

Der italienische Krieg.

weil sich das, noch dazu falsche, Gerücht verbreitet hatte, er sei der Verfasser eines Schriftchens, das Preußen empfahl, Oestreichs Noth zu benutzen, um diese undeutsche und undankbare Macht aus ihrer Stellung in Deutschland zu verdrängen.

Herr von Bismarck.

Es war eine erstaunliche Wandlung, die sich in diesem Staatsmann während seines Aufenthalts in Frankfurt vollzogen hatte. Wenige Monate hatten genügt, um ihn zunächst von aller Schwärmerei für Bund und Bundestag zu heilen. Das mißtrauische Ausspioniren, die wichtigthuende Kleinigkeitskrämerei, der völlige Mangel an Wahrheitsliebe und Vernunft, womit diese „superklugen Bundestagsmenschen" ihn quälten, und von der sich, wie er glaubte, selbst der böswilligste Demokrat keine Vorstellung machen könne, erfüllten ihn mit Ekel. Nicht ein einziges Fettauge vermochte er auf den nüchternen, einfältigen Wassersuppen, die sie kochten, zu entdecken, und Heines schnöde Verse: O Bund, du Hund, du bist nicht gesund, schienen dem preußischen Diplomaten Angesichts dieser Jämmerlichkeiten die passendste deutsche Nationalhymne zu sein. Für sein liebes Preußen, das ihm als ein realer Staat hoch über dem Traumbild eines einigen Deutschland stand, erkannte er in dem Bundesverhältniß eine drückende, unter Umständen lebensgefährliche Fessel, die man zerbrechen müsse, sobald ein Beschluß, der sich als Ueberschreitung der Bundesbefugnisse deuten lasse, die Gelegenheit dazu gebe. Die bloße Beseitigung des Bundes, selbst wenn nichts Besseres an die Stelle gesetzt werde, hielt er schon für einen Fortschritt; denn innerhalb des Bundes, das war seine auf Erfahrung begründete Ueberzeugung, ließ sich für Preußen auch gar Nichts erreichen, weil die Magnetnadel der mittelstaatlichen Politik trotz aller kleinen Schwankungen doch immer wieder dahin weise, gemeinschaftlich mit Oestreich Preußens Macht und Einfluß niederzuhalten, und ihm nur soviel Spielraum zu gönnen, wie nöthig sei, um dem Kaiserstaate einige Schranken zu ziehen. Der preußische Bundestagsgesandte war also ein entschiedener Feind des Bundes, er wollte ihn untergraben. Zu solch entschlossener Politik konnten sich die Minister der neuen Aera nicht bekennen; sie hofften auf den gegebenen Grundlagen doch für ihr Land noch eine bessere Stellung erringen zu können, und da war es dann natürlich, daß sie Herrn von Bismarck im März 1859 durch Herrn von Usedom ersetzten, der von der Frankfurter Versammlung vielleicht nicht respectvoller dachte, aber doch weniger ungestüm war, als sein Vorgänger.

Preußische Rüstungen.

Es galt nun, aus dem italienischen Kriege möglichst großen Vortheil für Preußens Einfluß in Deutschland zu ziehen. Dabei wünschte man, wenn irgend möglich, die Theilnahme am Kriege zu vermeiden; nicht blos die natürliche Friedensliebe, sondern wohl auch die Abneigung, das Heer vor der beabsichtigten Umgestaltung gegen den Feind zu führen, waren die Beweggründe. Aber die Wahrscheinlichkeit, ohne Schwertstreich davon zu kommen, war nicht groß, und jedenfalls mußte Preußen, um ein Wort mitsprechen zu können, gerüstet sein. Deshalb wurden schon Mitte April drei Armeecorps in Kriegsbereitschaft gesetzt, und im Mai von dem Landtage 40 Millionen für den Fall

der Mobilmachung gefordert. Diese ward in der That am 14. Juni angeordnet und nunmehr der Entschluß des Prinzregenten verkündigt, durch bewaffnete Vermittelung Oestreich seinen Länderbesitz zu erhalten. Diesem Vorgehen entsprach auch Preußens Haltung in Frankfurt; schon am 23. April hatte es dort die Marschbereitschaft des Bundesheeres beantragt, aber dem herausfordernden Antrag Hannovers, ein Beobachtungscorps am Oberrhein aufzustellen, den entschiedensten Widerspruch entgegengestellt; jetzt beantragte es selbst die Mobilmachung der Bundestruppen. Vielfache Verhandlungen mit Oestreich hatten die Zwischenzeit ausgefüllt; Mitte April war Erzherzog Albrecht in Berlin gewesen, Ende Mai ward General Willisen nach Wien geschickt, am 3. Juli erschien wiederum Fürst Windischgrätz am preußischen Hofe. Es handelte sich theils darum, welche Zugeständnisse Oestreich in Italien machen wolle, theils um die Stellung, die Preußen für sich in Deutschland forderte. In Italien sollte Oestreich nach der Meinung des Berliner Cabinets auf die militärische Besetzung der Herzogthümer verzichten und Lombardo-Venetien eine unabhängige Stellung unter einem Erzherzog als Vicekönig einräumen; in dieser Form wäre ihm sein ganzer Besitzstand gewährleistet worden. Für sich selbst begehrte Preußen die Führung der Bundesarmee ohne die beschränkenden Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung. Zeitweilig schien Oestreich nicht abgeneigt um diesen Preis die preußische Hülfe zu erkaufen, aber schließlich siegte die Eifersucht auf den nordischen Bundesgenossen und das Klagegeschrei der Preußenfeinde, die flehentlich vor dem Otterngezüchte warnten, das dem Prinzregenten die Eroberung Deutschlands nnd die Erneuerung des Kaiserthums anrathe. Besonders eifrig wirkte der sächsische Minister von Beust gegen diese „Umsturzpläne", und als es zur Entscheidung kam, trug er den Sieg davon. Franz Joseph verlor lieber die Lombardei, als daß er Preußen die selbständige Führung der Rheinarmee anvertraut hätte. Den Prinzregenten zum Bundesfeldherrn zu ernennen, so daß er den Weisungen aus Frankfurt hätte gehorchen müssen, dazu waren Oestreich und die Mittelstaaten bereit, und am 7. Juli stellte der Präsidialgesandte einen Antrag in diesem Sinne. Aber nie und nimmer konnte ein preußischer Fürst auf eine solche Unterordnung sich einlassen, und der österreichische Vorschlag wäre deshalb ein todtgeborener Entwurf geblieben, auch wenn Franz Joseph nicht an demselben 7. Juli jene Waffenruhe zu Villafranca geschlossen hätte, der vier Tage später der Friede folgte. So war die Eifersucht zwischen den beiden Großmächten durch die Verhandlungen ans Licht gebracht, aber nicht im mindesten der Lösung entgegengeführt. Bitterlich beklagte sich der Kaiser in dem Manifest, durch welches er seinen Völkern den Frieden mittheilte, über die Täuschung, die seine ältesten und natürlichen Bundesgenossen ihm dadurch bereitet, daß sie Oestreich mit seinem guten Recht im Stich gelassen. Die feindliche Spannung zwischen beiden Höfen war damit öffentlich anerkannt und in weiterer Folge ein Kampf zwischen ihnen in Aussicht gestellt, dessen nächster Gegenstand die Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung sein mußte.

Preußische Forderungen.

Zerwürfniß der beiden Großmächte.

Das deutsche Volk.

Natürlich konnte das kein Kampf zwischen den Cabinetten bleiben; das ganze deutsche Volk war herausgefordert daran Theil zu nehmen und Partei für oder wider zu ergreifen. Und wenn die Regierungen im Stande waren, den Kampf zunächst auf den engen Boden der Militärverhältnisse zu beschränken, so mußte er sich im Volke sofort über das ganze Gebiet, um das zuletzt doch gestritten wurde, über die gesammte Verfassung des Bundes erstrecken. Die Parteien von 1849 lebten in verjüngter Gestalt wieder auf und von Neuem erscholl der Ruf nach einer Centralgewalt mit Volksvertretung, nach der Reichsverfassung von 1849, nach dem preußischen Kaiserthum. Genährt wurde die Bewegung durch die wachsende Gefahr eines Krieges mit Frankreich. Hauptsächlich die Ueberzeugung, daß ein solcher Krieg mit dem Napoleoniden doch unvermeidlich sei, hatte selbst in Norddeutschland den Wunsch erweckt, Preußen möchte Oestreich zu Hülfe eilen; jetzt schien die Gefahr zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die vergönnte Frist sollte genützt werden, um Deutschland einig zu machen. Noch im Juli, auf die erste Nachricht von dem Friedensschlusse, traten in Eisenach und in Hannover patriotische Männer zusammen und forderten Preußen auf ein deutsches Parlament und eine Centralgewalt zu schaffen. Aus vielen andern Städten erfolgten Zutrittserklärungen zu diesem Programm, und der Gedanke brach sich Bahn, nach dem Vorbilde des italienischen Nationalvereins eine gleiche Verbindung in Deutschland zu begründen. Eine zweite, größere Versammlung in Eisenach nahm den Plan am 14. August auf und selbst in der bairischen Kammer fand an demselben Tage ein Antrag, in dem der Abgeordnete Völk Centralgewalt und Parlament forderte, reichlich ein Drittel (45) der abgegebenen Stimmmen. Die Mehrheit der Süddeutschen wollte freilich von diesen Plänen Nichts wissen, weil die alte Abneigung gegen Preußen durch dessen Haltung im italienischen Kriege nur noch verstärkt war; an thätigen und begabten Vorkämpfern fehlte es der preußischen Spitze aber auch dort nicht.

Der Nationalverein.

Sie kamen am 15. und 16. September in Frankfurt mit den Freunden aus dem Norden zusammen und begründeten den Nationalverein. An die Spitze desselben trat Rudolf von Bennigsen, der seit zwei Jahren die liberale Partei in Hannover im Kampfe gegen die Regierung führte, und diese Wahl zeigte deutlicher als die absichtlich etwas verschleierten Worte des Programms, daß auf Preußen allein die Hoffnung des Vereins beruhe. Die Gegner gaben sich darüber auch keiner Täuschung hin und stürzten sich sofort auf den neuerstandenen Feind mit einer Wuth, die dessen Bedeutung nicht wenig erhöhte. In dem Herzog Ernst von Coburg-Gotha fand er einen Beschützer, der ihm gestattete in Coburg seinen Sitz aufzuschlagen, nachdem der Frankfurter Senat das gleiche Gesuch zurückgewiesen hatte. Manche Regierungen, wie die von Mecklenburg, Kurhessen und Darmstadt verboten ihren Unterthanen den Beitritt; andre, wie besonders die von Hannover, verfolgten die Mitglieder durch kleinliche Maßregelungen und mannigfache Zurücksetzung; Hessen-Darmstadt ermannte sich sogar nach Jahresfrist (am 5. Januar 1861) zu einem

Antrag am Bunde, der ein allgemeines Verbot herbeiführen sollte; aber alle diese Behinderungen brachten der Sache des Vereins mehr Nutzen als Schaden; sie verhinderten vielleicht in etwas das Anschwellen der Zahl seiner Mitglieder, die nie über 20,000 stieg, aber sie vermehrten seine Anhänger und verbreiteteten seine Ideen. Die liberale Presse stellte sich der Mehrzahl nach auf die Seite des Vereins, und wenn die Ansichten sogar über wichtige Punkte auch noch weit auseinandergingen, wenn z. B. im Vereine selbst die Gegner der preußischen Führung keinen geringen Einfluß hatten, so trat das doch weit zurück hinter der Thatsache, daß die deutsche Frage, die jahrelang förmlich todtgeschwiegen war, jetzt wieder in jedem Zeitungsblatt und bei jedem Festmahle ihre Stimme erhob, daß die Regierungen selbst ihr Vorhandensein anerkennen mußten. Mit gewaltiger Kraft machte sich der Einheitsdrang des Volkes Luft, als der 10. November 1859 den hundertsten Geburtstag des Dichters herbeiführte, der des Volkes Liebling und zugleich der lauterste Prophet seiner Nationalität war. Ein Fest wie Schillers Jubelfeier war in Deutschlands Grenzen noch nicht begangen worden. Keine Stadt, kein Flecken, so weit die deutsche Zunge klingt, blieb theilnahmlos an diesem großen Ehrentage und über die Meere hinüber und herüber, wo irgend Deutsche bei einander waren, erscholl mit des Dichters Worten Mahnung und Gelübde: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Noth uns trennen und Gefahr! Die belebende Kraft, welche von diesem Feste ausging, regte den Wunsch an, dergleichen Jubeltage der Nation häufiger zu feiern. So mächtiger Schwung, wie ihn Schillers Name verlieh, war freilich aus keiner andern Quelle zu schöpfen; aber wenn Hunderte und Tausende von kräftigen Männern aus allen Gauen Deutschlands sich zusammenfanden, dann war zuletzt doch immer der nächste Anlaß. aus dem es geschah, nebensächlich, und mochten es nun Schützen oder Turner oder Sänger sein, die mit einander tagten und zechten, immer brach sich der Vaterlandsgedanke Bahn und wandelte diese Wanderfeste, die in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in Gotha, Frankfurt, Bremen, Dresden, Stuttgart und andern Orten stattfanden, zu nationalen Freudetagen um, an denen Rede und Lied die Herzen packten und erwärmten und das Verlangen nach Einheit, Freiheit und Macht des deutschen Volkes in jeder Brust neu entzündeten oder kräftigten. Nüchternen Beobachtern mochte des Festjubels besonders in den späteren Jahren leicht etwas zu viel scheinen und die überschwängliche Beredtsamkeit mit ihren stets wiederkehrenden Schlagwörtern abgedroschen und ermüdend klingen; ungeduldige Naturen mochten die Worthelden spottend zu Thaten auffordern und in dieser Schönrednerei und dem ganzen „Festesdusel" das Grab der Thatkraft und der klaren Würdigung des Bestehenden erkennen; in Wirklichkeit war doch diesen Festen und Versammlungen eine wichtige Aufgabe zu Theil geworden, die sie glücklich gelöst haben: die tiefere und völligere Durchdringung des gesammten Volkes mit dem Gefühl seiner unverlierbaren Einheit und mit der Forderung, diese auch äußerlich in irgendwelcher Form zum Ausdruck zu bringen. Es fehlte

Die Schillerfeier.

Andre nationale Feste.

daneben nicht an solchen Vereinigungen, welche auch die ernstere und schwierigere Arbeit, nach der besten dieser Formen zu suchen, in Angriff nahmen und die selbst, wo sie irrten, doch zur Klärung der Meinungen beitrugen. Die Generalversammlungen des Nationalvereins, die in Coburg, Heidelberg, Leipzig stattfanden, waren in dieser Hinsicht von besonderer Bedeutung. Nicht zu gleicher Geltung vermochte sich die Gegenpartei aufzuschwingen, die erst im Jahre 1862 als deutscher Reformverein zusammentrat und ihre Forderungen auf ein Bundesdirectorium und eine Kammer von Vertretern der einzelnen deutschen Landtage beschränkte. Dem Nationalverein gelang es in manchen Landtagen der kleineren Staaten die Mehrheit zu gewinnen, so daß vom Jahre 1860 ab bald diese, bald jene Regierung von ihren Kammern aufgefordert wurde, für die Schaffung einer kräftigen Centralgewalt und für eine Volksvertretung am Bunde zu wirken. Auch da, wo man sich recht gut in der Minderheit wußte, scheute man doch solche Anträge nicht, in der Ueberzeugung, daß der Kampf mit den Gegnern schon an sich die gute Sache fördern werde. Zwischen den Liberalen der einzelnen Länder bestand die regste Verbindung; im Herbst 1862 schlossen sich die Abgeordneten der liberalen Partei zu einem besonderen Vereine zusammen, der alljährlich tagen sollte und die Durchführung der Reichsverfassung von 1849 auf sein Banner schrieb. Ohne solche bestimmte Parteirichtung waren naturgemäß die wissenschaftlichen und meist auch die wirthschaftlichen Wanderversammlungen; aber nichtsdestoweniger ward auch ihnen ein politischer Charakter mehr und mehr eigen. Juristen und Philologen, Naturforscher und Journalisten hielten in dieser Weise ihre Vereinstage ab; der volkswirthschaftliche Congreß und der Handelstag gewannen eine hervorragend praktische Bedeutung, jener vor Allem durch das siegreiche Eintreten für die Gewerbefreiheit, die seit dem Jahre 1860 zuerst in Sachsen, dann in vielen andern Staaten eingeführt wurde, der Handelstag vornehmlich im Jahre 1862 durch seinen Beschluß zu Gunsten des Handelsvertrages mit Frankreich.

Politische Versammlungen.

Vereinstage.

Kirchliche Parteien.

Auch auf kirchlichem Gebiete hielten die Parteien in ganz Deutschland zusammen; der Kirchentag, die Generalversammlungen des Gustav-Adolf-Vereins und der katholischen Gesellschaften Deutschlands waren schon älteren Ursprungs; erst im Jahre 1863 kam als Vertreter der freisinnigen Bestrebungen in der evangelischen Kirche der Protestantenverein hinzu, dessen Ziel eine deutsche Nationalkirche und die Durchführung der Gemeindeverfassung bildete. Aber schon vor der Gründung dieses Vereines waren in mehr als einem Einzelstaate kirchliche Fragen der Gegenstand heftiger Kämpfe geworden; schwere Niederlagen erlitt besonders der Ultramontanismus. Glücklicher Weise hatte die Reaction es in den letzten Jahren ihrer Herrschaft verabsäumt oder wohl gar mit Bewußtsein für überflüssig gehalten, die Genehmigung der Kammern zu den Concordaten, die man mit Rom geschlossen, einzuholen. Auch die Landtage ihrerseits hatten bisher geschwiegen oder nur schüchterne Einrede gegen die Beschränkung erhoben, die ihrem Gesetzgebungsrechte durch diese Verträge gezogen war. Jetzt aber, wo das

Volksbewußtsein, wo das Selbstgefühl der Landesvertretungen wieder erwacht war, erhoben diese, die zweite badische Kammer voran, ihre Stimme gegen die Concordate und verlangten dieselben ihrer Prüfung zu unterziehen. Die Folge war, daß am 29. März 1860 der badische Vertrag von der zweiten Kammer mit großer Mehrheit verworfen wurde. Vergebens steifte sich der Minister Stengel darauf ihn trotzdem zur Ausführung zu bringen, der Großherzog griff persönlich ein, erklärte, daß er den Verfassungsstreit, der daraus entstehen müsse, nicht wolle, daß der Inhalt des Concordates in Gesetzesform gebracht und dadurch der katholischen Kirche die versprochenen Rechte ertheilt werden könnten, und ersetzte die bisherigen Minister durch Liberale, durch Stabel und Lamey, denen sich ein Jahr später als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Freiherr von Roggenbach, ein erklärter Freund der preußischen Führung, zugesellte. Allerdings erhoben sich die Ultramontanen ingrimmig gegen diesen Umschwung: aber trotz des heftigen Protestes, den der Erzbischof von Freiburg erließ, trotz der Erklärung von 300 Priestern, daß sie der Kirche und nicht dem Staate gehorchen würden, kamen die badischen Kirchengesetze noch im Juli zu Stande, und das Beispiel, das die Kammern in Karlsruhe gegeben, fand in Stuttgart, Wiesbaden und Darmstadt Nachfolge. An letzterem Orte stemmte sich der Minister Dalwigk allerdings lange gegen die Forderungeu der zweiten Kammer und gab ihr nicht einmal volle Kenntniß von den Conventionen, die er mit dem Bischof Ketteler abgeschlossen hatte; selbst einem Beschlusse, ihn deswegen in Anklagezustand zu versetzen, konnte er Trotz bieten, weil er wußte, daß die erste Kammer ihre Zustimmung dazu doch nicht ertheilte. Erst nach dem Kriege von 1866 fügte er sich in das Unvermeidliche und hob am 6. October die Conventionen auf; die gesetzliche Neuordnung, die dadurch nöthig wurde, fand gar erst unter seinem Nachfolger 1875 ihren Abschluß. In Würtemberg aber nahm der Streit denselben schnellen Verlauf wie in Baden. Gerade ein Jahr später, im März 1861, verwarf die zweite Kammer die Convention und die Regierung gab nach; nur beschränkte sich hier der Ministerwechsel auf die Ersetzung des Cultusministers Rümelin durch den Staatsrath Golther; der leitende Kopf, ein heftiger Preußenfeind, Freiherr von Linden, verblieb am Ruder. Auch in den evangelischen Landeskirchen fehlte es nicht an schweren Kämpfen, aber meistens begnügte sich die freisinnige Richtung mit der Abwehr feindlicher Angriffe, so in dem pfälzer Gesangbuchsstreit, der von 1858—1861 währte und durch den protestantischen Verein, der 20,000 Mitglieder zählte, zum siegreichen Ende, d. h. zur Abschaffung des aufgezwungenen Gesangbuches geführt wurde. Aehnlich hatte man im jenseitigen Baiern gegen eine neue Liturgie, in Baden gegen eine neue Agende, in Hannover gegen einen neuen Katechismus zu kämpfen. Der erste Sieg gehörte dabei überall dem Liberalismus; aber zu behaupten verstand er ihn nur in Baden; nur hier und in einigen Kleinstaaten wurde die freisinnige Theologie als gleichberechtigt anerkannt; überall sonst, auch in Preußen, war ihr Einfluß gering und blieb ihr Bestand gefährdet.

Die süddeutschen Concordate.

Die evangelischen Landeskirchen.

Verfassungskämpfe.

In denjenigen Ländern, welchen in der Reactionszeit ihre Verfassungen von 1848 geraubt oder verstümmelt waren, begann natürlich auch eine Bewegung zu Gunsten der Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes. Aber weder der Bundestag, den die Anhaltiner um Hülfe anriefen, noch die einzelnen Fürsten ließen sich einschüchtern; besonders in Mecklenburg, das am schwersten unter seiner mittelalterlichen Ständeverfassung litt, waren alle Bemühungen um Besserung umsonst. Im Allgemeinen fanden diese Bestrebungen jenseits der engen Grenzen des einzelnen Ländchens keine große Theilnahme; in zwei Fällen aber wurden sie als deutsche Nationalangelegenheit aufgefaßt, in Kurhessen und Schleswig-Holstein.

Kurhessen.

Die kurhessischen Kammern hatten trotz der Gewaltmaßregeln, welche erst Hassenpflug und, nachdem dieser bei dem Kurfürsten in Ungnade gefallen war, sein Nachfolger Scheffer gegen sie anwandte, die neue Verfassung, die dem Lande am 13. April 1852 aufgezwungen war, nicht bestätigt und dadurch die Rückkehr zu dem Grundgesetz von 1831 offen gehalten. Ermuthigt durch die Neubelebung des öffentlichen Geistes und auf Preußens Beistand hoffend, wandte sich die zweite Kammer im Februar 1860 nach Frankfurt. Schon im nächsten Monat trat Preußen wirklich mit einem Antrag zu Gunsten des Rechtszustandes am Bunde hervor, allein die Mehrheit der Regierungen konnte sich zu einem solchen Bruch mit der Vergangenheit noch nicht aufschwingen; sie begnügte sich damit, der Verfassung von 1852 die von dem Kurfürsten erbetene Garantie in so weit zu versagen, als die Stände sie nicht genehmigt hätten. Nun machte sich die hessische Regierung daran, die Forderungen, welche besonders von der ersten Kammer erhoben waren, zu berücksichtigen und ein umgearbeitetes Grundgesetz unter dem 30. Mai 1860 zu erlassen. Damit war vielleicht einzelnen Beschwerden abgeholfen, aber der Rechtsbruch blieb ungesühnt, und diese Sühne war es doch vor Allem, was das Land forderte. Schon die Proteste die seitens der städtischen Behörden nach wenigen Tagen beim Bundestag einliefen, lehrten, wie fruchtlos diese Maßregel der Regierung sei. Als dann im November der Landtag zusammentrat, erließ er sofort auch seinerseits eine Verwahrung gegen die Rechtsbeständigkeit des neuen Zustandes und erklärte sich für nicht befugt, die neue Verfassung durchzuberathen, so daß der Regierung Nichts übrig blieb, als ihn schon am 8. December wieder aufzulösen. Ganz dasselbe Schauspiel wiederholte sich im Juni 1861 und im Januar 1862. Aber weder die unerschütterliche Haltung der Stände und ihres Präsidenten Nebelthau, noch die mit tausenden von Unterschriften bedeckten Adressen, weder die dringenden Ermahnungen der preußischen Regierung, noch die Beschlüsse, die fast in allen deutschen Landtagen zu Gunsten der Verfassung von 1831 gefaßt wurden, machten den Kurfürsten irre; es schien ihm unglaublich, daß der Bundestag je mit seiner Vergangenheit brechen, oder daß Preußen es wagen werde, Gewalt zu gebrauchen. Allerdings war in Frankfurt die Mehrheit immer noch auf seiner Seite und Badens Antrag, der Bund solle sich für die Verfassung von 1831 erklären, blieb

monatelang gänzlich unbeachtet; nur Preußen und Weimar gaben ausdrücklich ihr Einverständniß damit zu erkennen. Als aber im Januar 1862 auch der dritte Versuch des Kurfürsten einen willfährigen Landtag zu schaffen glänzend gescheitert war, gelang es der preußischen Regierung endlich auch Oestreich von der Unhaltbarkeit dieser Zustände zu überzeugen. Ein gemeinsamer Antrag, der am 8. März eingebracht wurde und sich nur in Nebendingen von dem badischen unterschied, war das Ergebniß der Verhandlungen. Für den Kurfürsten schien das Spiel verloren. Aber nun bäumte er sich in seinem Trotz erst recht auf. Eine Verordnung vom 26. April beraubte alle die, welche nicht vor der Wahl die Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1860 protocollarisch anerkannten, des Wahlrechts. Alle Proteste dagegen halfen Nichts; die Vorstellungen des Berliner Cabinets wurden kalt zurückgewiesen. Diese Dreistigkeit konnte Preußen sich unmöglich bieten lassen; es ließ in Wien erklären, daß es fortan seine Schritte in Kassel nicht mehr von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen werde, und sandte am 11. Mai den General von Willisen mit einem sehr ernsten Handschreiben des Königs an den Kurfürsten. Der Empfang des königlichen Abgesandten war der Art, daß der preußische Geschäftsträger in Cassel sofort Befehl zur Abreise erhielt und für zwei Armeecorps die Marschbereitschaft auf den 23. Mai angeordnet wurde. Nun wurde die Sache doch auch dem Bundestag und der östreichischen Regierung bedenklich. Am 13. Mai bereits forderte die Frankfurter Versammlung den Kurfürsten auf die Wahlbeschränkung wieder aufzuheben, und eine östreichische Note erklärte rund heraus, daß dieser Beschluß trotz seiner milden Form als ein zwingender Befehl zu betrachten sei; wenige Tage später kam der östreichisch-preußische Antrag vom 8. März zur Verhandlung und wurde gegen die eine Stimme Mecklenburgs angenommen. Längeren Widerstand zu leisten war rein unmöglich; der Kurfürst entließ also am 26. Mai seine Minister und übertrug dem Herrn von Dehn-Rothfelser die Leitung der Geschäfte und die Wiedereinführung der Verfassung von 1831. Die neugewählten Volksvertreter, die am 30. October zusammentraten und wiederum Nebelthau zu ihrem Präsidenten erkoren, kamen der Regierung durchaus persönlich entgegen; aber der Kurfürst hatte seinen Aerger noch nicht überwunden, und weil er ihn in anderer Weise nicht auslassen konnte, so machte er sich das Vergnügen allen Vorlagen, welche die Minister an die Kammer bringen wollten, seine Zustimmung zu versagen. Der Zustand wurde schließlich so unerträglich, daß die Minister den Landtag auf unbestimmte Zeit vertagen mußten, zugleich aber selbst ihre Entlassung forderten. In Preußen saß um diese Zeit schon Herr von Bismarck am Ruder. Er war nicht Willens sich dieses tolle Treiben gefallen zu lassen. Die gesandtschaftliche Verbindung mit Cassel war noch nicht wiederhergestellt; nach der Behandlung, die dem General Willisen im Mai widerfahren war, konnte man eine Person von Rang nicht wieder an den Kurfürsten schicken; es ging also am 24. November ein simpler Feldjäger an ihn ab mit einer Note, die den sofortigen Zusammentritt des Landtags befahl

Herstellung der Verfassung.

und im Fall des Ungehorsams Zwangmaßregeln ankündigte, die so lange fortdauern würden, bis unter Zuziehung der Agnaten des Kurfürsten hinlängliche Bürgschaften gegen die Wiederkehr ähnlicher Mißstände gewonnen seien. Dem preußischen Feldjäger folgte ein östreichischer General mit ähnlichen Mahnungen und so entschloß sich denn der Kurfürst zu der neuen Demüthigung. An erneuten Reibereien zwischen ihm und seinen Ministern und der Kammer war auch förderhin kein Mangel, aber in der Hauptsache wurden die Verhältnisse jetzt doch glatt geordnet. Die bundeswidrigen Bestimmungen wurden aus der Verfassung ausgemerzt und im nächsten Jahre zum ersten Mal nach dreizehnjähriger Unterbrechung ein regelmäßiges Budget zu Stande gebracht. Ueber das erzielte Resultat herrschte allgemeine Freude in Deutschland; es war ein Unrecht und eine Schmach gesühnt, die kaum von der schleswig-holsteinischen überboten wurde; aber daß dieses Resultat so lange Zeit erfordert hatte, daß ein einziger eigensinniger Fürst das deutsche Volk und seine beiden Großmächte so lange hatte verhöhnen dürfen, das blieb doch immer eine tief beschämende Thatsache und ein trübseliger Beweis für den kläglichen Zustand, in welchem sich das deutsche Volk befand.

Noch vernehmlicher freilich predigte dieselbe Lehre der zähe Widerstand, welchen Dänemark den Forderungen des Bundes entgegenstellte, und das kecke Spiel, das es mit seinen Geboten trieb. Aber eben deshalb, weil es seinen Trotz noch erheblich länger fortsetzte als der hessische Kurfürst und die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage daher einem späteren Zeitpunkte angehört, so gedenken wir ihrer an dieser Stelle nur flüchtig, um sie später im Zusammenhange zu erzählen.

Bundesreformversuche.

Preußen und die Mittelstaaten.

Unterdessen hatte Preußen die Reform der Bundesverfassung, oder eigentlich nur der Bundeskriegsverfassung, in Fluß gebracht und dadurch auch seine Gegner, die mittelstaatlichen Regierungen, unsanft aus der Ruhe gerüttelt. Wenn irgendwo, so wußte man es an den Höfen der Königreiche, daß der bisherige Zustand auf die Dauer gegen den Strom der Zeit nicht zu halten sei, daß Preußen, wenn es nur, mit Bismarck zu reden, muthig wollte und seines Wollens sich nicht schämte, wenn es am Bunde, in der Presse und vor Allem in der Kammer offen darlegte, wessen es bedürfe und was es fordre, des Sieges früher oder später sicher sein könne. Die Klugheit gebot daher den mittelstaatlichen Diplomaten, durch rechtzeitige Zugeständnisse zu retten, was zu retten war. Eine solche Politik wurde ihnen ungemein erleichtert durch die kalte Zurückhaltung, die das Berliner Cabinet gegen die Anerbietungen der Nationalpartei an den Tag legte. Graf Schwerin, der bewährte liberale Minister von 1848, der sehr bald an Flottwells Stelle Minister des Innern geworden war, eine

Ernennung, die das Vertrauen des Volkes in die neue Aera nicht wenig gehoben hatte, erklärte doch schon im September 1859 den Bürgern Stettins,, als sie sich in einer Adresse an den Prinzregenten wandten: Stärkung der Wehrkraft und Sicherung des Rechtszustandes sei für Deutschland mehr werth, als verfrühte Anträge auf Aenderung der Bundesverfassung. Aengstlich vermied man in Berlin Alles, was bei den übrigen deutschen Fürsten Mißtrauen erwecken konnte. Die Thronreden befleißigten sich einer vorsichtigen Zurückhaltung da, wo sie auf die mangelhafte Gestaltung des deutschen Bundes zu sprechen kamen. In den Adreßdebatten wehrten die Minister eifrig jeden Ausdruck ab, der unverhüllt die preußische Spitze forderte, und bis zum Jahre 1861 schwächten die Abgeordneten auch stets ihre Forderungen bis zu der Tonart ab, welche der Regierung genehm war. Einigkeit macht stark, und da wir stark sein müssen, so müssen wir auch einig sein; die Einigkeit steht höher als die Einigung; das war der Grundgedanke, der aus allen Maßnahmen des Prinzregenten wie seiner Minister hervorleuchtete. Die Besorgniß, daß Frankreich unter irgend welchem Vorwand Krieg beginnen und bei einzelnen deutschen Fürsten auf rheinbündlerische Neigungen stoßen könnte, war dem Ministerium offenbar nicht fremd, und unberechtigt durfte sie gewiß nicht genannt werden. Ganz geflissentlich drohte der hannoversche Minister von Borries mit auswärtigen Bündnissen; in öffentlicher Kammersitzung erklärte er am 1. Mai 1860 die Bestrebungen des Nationalvereins seien dazu angethan, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten dem Ausland in die Arme zu treiben; uud als sich über diese Aeußerung ein Sturm des Unwillens in ganz Deutschland erhob, als im preußischen und anderen Landtagen, die gerade beieinander waren, in Vereinen und Versammlungen die heftigsten Verwahrungen gegen solchen Vaterlandsverrath eingelegt wurden, erhob König Georg seinen Minister in den Grafenstand, und der Prinzregent erklärte begütigend in der Rede, mit welcher er die Kammern schloß: in der unerschütterlichen Treue gegen das gemeinsame Vaterland seien alle deutschen Regierungen mit ihm einig.

Der Badener Fürstentag.

Auch Kaiser Napoleon, dem der verhängnißvolle Verdacht, der auf ihm ruhte, lästig genug war, wünschte zur Beruhigung der öffentlichen Meinung etwas beizutragen und bot deshalb dem Prinzregenten eine freundschaftliche Zusammenkunft an; im Hintergrunde schlummerte dabei vielleicht die Hoffnung, auf diese Weise dem Mißtrauen, das an den übrigen deutschen Höfen gegen Preußen herrschte, neue Nahrung zuführen zu können. Aber wenn diese Berechnung vorhanden war, so wurde sie durchkreuzt. Der Prinzregent erklärte sich zu einer Besprechung gern bereit, wenn es auch andern deutschen Fürsten gestattet sei, daran Theil zu nehmen. Diese Bedingung konnte Napoleon nicht wohl abschlagen, und so ersuchte der Prinzregent die süddeutschen Fürsten mit ihm gemeinsam in Baden-Baden den Kaiser zu empfangen. Der König von Hannover sprach seinerseits den Wunsch aus, gleichfalls zugezogen zu werden, und veranlaßte dadurch noch eine Einladung an den sächsischen König, so daß die Zahl der vom

16.—18. Juni 1860 zum Fürstentage in Baden versammelten deutschen Herrscher sich auf zehn belief. Sie nahmen die lebhaften Friedensversicherungen des französischen Kaisers gemeinsam entgegen und pflogen überdies noch gemeinsamer Berathungen über die Lage Deutschlands, die wenigstens das eine Resultat hatten, daß die Verhandlungen über die Bundeskriegsverfassung ein wenig gefördert wurden.

Die Bundeskriegsverfassung.

Die Nothwendigkeit einer erneuten Prüfung dieses Gesetzes war Dank Preußens Bemühungen schon durch einen Beschluß vom 12. November 1859 anerkannt worden. Aber statt durch ernstliches Eintreten in diese Reform weitergehende Forderungen abzuschneiden, suchten die Mittelstaaten kurzsichtig genug gerade diese Frage in den Hintergrund zu schieben; denn in keinem Punkte war ihr Souveränitätsdünkel verletzlicher als in militärischen Dingen. Das Mittel, das sie ersannen, war nicht übel. Am 21. November 1859 versammelten sich ihre Minister zahlreich in Würzburg, erkannten den Wunsch der Nation nach innigerer Vereinigung und größerer Kräftigung als durchaus berechtigt an und fügten dem Verlangen nach einer verbesserten Kriegsverfassung noch sieben andere Forderungen hinzu, unter denen sich die Befestigung der Küsten, die Begründung eines obersten Bundesgerichts, die Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Civil- und Criminalgesetzgebung, zur Einheit von Maß und Gewicht, kurz ganz vortreffliche Vorschläge befanden. Mit diesem Programm, das sie als den einzig praktischen Weg bezeichneten, traten sie am 17. December 1859 vor die Bundesversammlung. Die preußische Regierung aber war mit dieser Zersplitterung der Thätigkeit keineswegs zufrieden und überdies völlig abgeneigt, der Wirksamkeit des Bundes einen größeren Spielraum zu gestatten. Auch ohne damit hervorzutreten, hielt sie doch immer noch fest an dem Plane eines engeren Bundesstaates mit gemeinsamer Volksvertretung; diesem und nicht dem Frankfurter Schattenwesen hatte sie die Durchführung derartiger Reformen zugedacht; in Frankfurt wollte sie nichts Anderes erzielen als eine gesteigerte Wehrhaftigkeit Deutschlands und einen gesicherten Einfluß Preußens auf die Leitung eines möglichen Bruderkrieges. Allen andern Vorschlägen der Würzburger stellte daher Herr von Usedom die größte Lauheit entgegen; in dem Militärausschuß aber beantragte er, daß im Fall eines Krieges die norddeutschen Truppen unter Preußens, die süddeutschen unter Oestreichs Oberbefehl treten, und daß die Regierungen der beiden Großstaaten sich alsdann unter Zuziehung von Vertretern der übrigen Bundescorps über einen gemeinsamen Feldzugsplan einigen sollten. Dieser Forderung stemmten sich die Würzburger mit aller Macht entgegen und Oestreich stand ihnen bei; nur unter der einen Bedingung, daß Preußen ihm den Besitz Venetiens verbürge, schien es zeitweilig geneigt, auf dessen Seite zu treten; aber diese Bedingung zu erfüllen war für Preußen schon deshalb unmöglich, weil Oestreich dadurch zu einem Angriffskrieg gegen Sardinien ermuthigt worden wäre. Das Ende war also, daß der Militärausschuß am 2. Mai 1860 die Berliner Anträge gegen Preußens

Die Würzburger Anträge.

Preußens Forderungen.

einzige Stimme verwarf. So lagen die Dinge, als der Badener Fürstentag zu erneuten Versuchen führte, und zwar in doppelter Weise, theils durch Wiederaufnahme der Würzburger Conferenzen, theils durch eine Annäherung zwischen den Herrschern von Oestreich und Preußen. Diese letztere einzuleiten und dadurch die Spannung, die seit dem Frieden von Villafranca bestand, zu lösen, übernahm der König von Baiern. Er brachte eine Begegnung der beiden Monarchen in Teplitz (am 26. Juli 1860) zu Stande und überbrückte dadurch wenigstens die Kluft in den persönlichen Verhältnissen. Das politische Ergebniß der Zusammenkunft aber war geringer, als hier gehofft und dort gefürchtet wurde. Franz Joseph konnte sich nicht entschließen, auch nur in Norddeutschland die preußische Führung sich gefallen zu lassen, und der Prinzregent übernahm in Bezug auf Venedig keine andre Gewähr, als daß er für den Fall eines französisch-italienischen Angriffs seine Hülfe in Aussicht stellte, und auch das schwerlich ohne den alten Vorbehalt in Betreff des Oberbefehls. Die Furcht, daß Preußen wieder einmal „mit Wiener Gemüthlichkeit über den Löffel balbiert sei“, war sicherlich ungegründet, wenngleich sie durch die schwungvolle Erwähnung der Teplitzer Zusammenkunft in einem Toaste des östreichischen Kaisers, als dieser vierzehn Tage später mit dem Könige von Baiern die Wien-Münchener Eisenbahn in Salzburg eröffnete, einige Nahrung erhielt. Unter diesen Umständen war auch von den Würzburger Conferenzen, die in der ersten Augustwoche stattfanden, nicht viel zu erwarten. Die Annäherung an die preußischen Forderungen, die der König von Würtemberg auf dem Fürstentage versprochen hatte, beschränkte sich darauf, daß in solchen Fällen, wo die Großmächte über ihre bundesmäßigen Verpflichtungen hinaus für die Vertheidigung Deutschlands einträten, der Oberfeldherr von ihnen und nicht von der Bundesversammlung ernannt werden solle; das, was Preußen verlangte, die freie Verfügung über sein eignes Heer und über die andern norddeutschen Truppen, erhielt es also nicht; im Gegentheil, es wurde ihm nur die Aussicht eröffnet, sich Oestreich unterordnen zu müssen; denn mit der Hoffnung, daß dieses sich jemals einem preußischen Oberbefehl fügen werde, konnte sich doch niemand ernstlich tragen. Den Würzburgern war die Nichtigkeit ihres Planes auch so vollständig klar, daß sie nicht die mindeste Eile zeigten, mit demselben hervorzutreten; erst am 31. Mai 1861 legten sie ihn dem Bundestage vor. Dem Berliner Cabinet war er natürlich schon länger bekannt gewesen; es konnte nur dann darauf eingehen, wenn den beiden Großmächten das Recht ertheilt wurde, nicht den Oberfeldherrn, sondern die Oberleitung unter sich zu vereinbaren; ward diese Fassung gewählt, so blieb die Zweitheilung des Oberbefehls, wie Preußen sie wünschte, wenigstens offen und die Aussicht, sie im gegebenen Fall von Oestreich zu erdringen, war nicht so gering. Aber auch von diesem Vorschlage wollten die Würzburger, als Preußen ihn am 2. Mai 1861 machte, nichts hören; nur Baden trennte sich von den bisherigen Genossen und trat auf Preußens Seite.

Annäherung zwischen Oestreich und Preußen.

Weitere Verhandlungen.

Mit den übrigen war eine Verständigung nicht zu erzielen und die ganze Angelegenheit verschwand von der Tagesordnung.

Sächsisches Reformproject.

Aber nur um in erweiterter Gestalt alsbald von Neuem aufzutauchen. Dem Ehrgeiz des sächsischen Ministers Freiherrn von Beust war es beschieden, den Streit um die Verbesserung der Bundeskriegsverfassung in einen Streit um die Neugestaltung des gesammten Bundes umzuwandeln. Dem geistvollen, aber unruhigen und eitlen Manne schien der Augenblick günstig, um den Lorbeer des Regenerators von Deutschland, nach dem Niemand mit voller Entschiedenheit zu greifen wagte, für sich zu erhaschen. Auf der einen Seite war das Drängen im Volke so mächtig, daß es zum Mindesten durch mäßige Zugeständnisse beschwichtigt werden mußte; auf der andern Seite hatte sich der freudige Jubel, mit dem die Regentschaft in Preußen begrüßt war, sehr gedämpft, der laute Ruf nach der preußischen Spitze war bedenklich leiser geworden, und selbst der Nationalverein unterließ in den Beschlüssen, die seine Generalversammlung am 23. August 1861 in Heidelberg in Betreff der deutschen Centralgewalt faßte, jede Erwähnung Preußens. An diesem Rückschlag der öffentlichen Meinung war die mangelhafte politische Bildung, die in der Erhebung Preußens zur Führerrolle weit mehr eine Belohnung, als eine Nothwendigkeit erblickte, nicht minder Schuld, als das schwächliche Auftreten der preußischen Regierung, die keineswegs mit ihren Zielen wuchs. Je geringere Hoffnung sie hatte, am Bunde eine Stärkung ihrer militärischen Kraft zu erreichen, um so mehr suchte sie das eigene Heer auf eine höhere Stufe der Vollendung zu erheben, und bediente sich dabei, wie die spätere Erzählung lehren wird, keineswegs immer der klügsten Mittel. Die festen Grenzen, welche der Prinzregent sich für die inneren Reformen und in seiner deutschen Politik vorgezeichnet hatte, blieben in der That unverrückt; die Zeit aber drängte weiter, und nicht ohne Mißbehagen hörte man den Herrscher mit einer gewissen Vorliebe den Gedanken wiederholen, daß jede Regierung ihre eigene Aufgabe habe und daß er sich nicht wider seine Ueberzeugung über die Linie hinaustreiben lassen werde, die er sich selbst gezogen. Die Enthaltsamkeit der fortgeschrittenen Parteien hielt dem gegenüber nicht Stich, und wenn 1858 die Männer der Linken freiwillig auf die Betheiligung an der Landesvertretung verzichtet hatten, so führten die Ersatzwahlen doch Einen nach dem Andern, vor Allem im December 1860 den bewährten und vielgehaßten Waldeck, in die Kammer. Der Widerstand, welchen das Herrenhaus den dringendsten Gesetzen, z. B. denen über die Grundsteuer und über die bürgerliche Eheschließung, bereitete, regte die Parteileidenschaft lebhaft an, und die Forderung, die erste Kammer müsse ganz beseitigt werden, verbreitete sich in wenig erfreulicher Weise. Auch mit der auswärtigen Politik, besonders mit dem Verhalten der Regierung gegen Italien war der Liberalismus unzufrieden, und Vincke selbst, die Hauptstütze des Ministeriums, beantragte und erreichte, wenngleich mit knapper Mehrheit, im Februar 1861 jene Erklärung, die das neuerstandene Italien freudig begrüßte.

Ungeduld der öffentlichen Meinung.

Es geschah dies in der Antwort auf die erste Thronrede, welche

Wilhelm I. als König hielt. Am 2. Januar 1861 war sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. endlich seinen Leiden erlegen. Irgend welchen Einfluß auf die Regierung hatte er längst nicht mehr geübt; auch sein Tod schien deshalb eine politische Bedeutung nicht zu haben. Dennoch gab er mittelbar zu einer Verschlechterung in der Stellung der Regierung mancherlei Anlaß. Die Proclamation des neuen Königs an sein Volk enthielt zwar goldene Worte: Es ist Preußens Bestimmung nicht, hieß es darin, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben; in der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht — aber man hatte neben diesen ernsten und beherzigenswerthen Mahnungen auch freiheitliche Zugeständnisse, man hatte ein entschiedeneres Programm in der deutschen Frage erhofft und war mißmuthig über die Enttäuschung. Die Verhandlungen über die Reorganisation des Heeres verbitterten sich; nur mit Mühe wurde ein vorläufiges Abkommen zu Stande gebracht; daß die Frage bereits zu einem politischen Duell führte, zwischen dem General Edwin von Manteuffel und dem späteren Abgeordneten Twesten, bot einen richtigen Gradmesser für die herrschenden Stimmungen. Dem Schluß des Landtages folgte die Bildung einer neuen Partei auf dem Fuße nach: am 9. Juni 1861 erschien das Programm „der deutschen Fortschrittspartei in Preußen". Die bisherige Mehrheit habe sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt; das Volk müsse bei den bevorstehenden Neuwahlen kräftigere Männer nach Berlin senden; die deutsche Centralgewalt in den Händen Preußens, eine gemeinsame deutsche Volksvertretung, Beseitigung der noch gültigen reactionären Gesetze, Ministerverantwortlichkeit, Trennung des Staates von der Kirche, Sparsamkeit im Heerwesen, gründliche Umgestaltung des Herrenhauses, das seien die dringendsten Erfordernisse, die es durchzusetzen gelte. Dem gegenüber rafften sich auch die conservativen Schichten auf und gründeten im September einen preußischen Volksverein, dessen Programm durch eine wahre Flut von Verneinungen (kein Untergehen in dem Schmutz einer deutschen Republik, kein Kronenraub und Nationalitätenschwindel, keine Beseitigung des christlichen Fundaments, keine constitutionelle Ministerverantwortlichkeit — und so ins Endlose) sich hervorthat. Dem Könige selbst aber lag daran, seine persönliche Stellung vor dem ganzen Lande durch einen nicht mißzuverstehenden Act zu kennzeichnen: am 3. Juli kündigte er an, daß er am 18. October sich in Königsberg feierlich krönen werde und daß diese Krönung in Gegenwart des Landtags an die Stelle der im absoluten Staate gebräuchlichen Erbhuldigung treten solle; dadurch, daß er die Krone vom Altare nahm und sie sich selbst aufs Haupt setzte, wollte er aussprechen, daß er sie Niemandem als Gott verdanke und daß sein königliches Amt über dem Volkswillen und seinen Schwankungen stehe; dadurch, daß er den Landtag zum Zeugen dieses Actes einlud, bestätigte er die Erwartung, daß er dem so verstandenen Königthum doch keine Befugnisse beimesse, die durch die Verfassung

König Wilhelm.

Die Fortschrittspartei und der preußische Volksverein.

Die Königsberger Krönung.

ihm entzogen waren, und daß er in dem Königthum von Gottes Gnaden, das er gern nachdrücklich betonte, keinen Gegensatz zu dem Constitutionalismus sehe, der sich geschichtlich in Preußen entwickelt hatte. Dieses gewissenhafte Abwägen des Alten und Neuen fand aber innerhalb der vorwärtsdrängenden Parteien wenig Verständniß; man sah darin ein neues Zeichen der Beschränktheit, des Mangels an Muth, der Unfähigkeit, die große Aufgabe der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung zu lösen. Bei einem jugendlichen Fanatiker, der obendrein durch seine ausländische Erziehung dem deutschen Volke entfremdet war, bei dem Studenten Oskar Becker aus Odessa, verdichteten sich diese Klagen und Anklagen zu dem frevelhaften Plane des Mordes; den König bei Seite zu schaffen und dadurch einem Andern die Möglichkeit zu geben, an seiner Statt das Verlangen des deutschen Volkes zu befriedigen, schien dem erhitzten und verblendeten Verbrecher eine patriotische That. Am 14. Juli 1861 schoß er auf der Promenade in Baden-Baden ein Pistol auf den Fürsten ab; er verfehlte ihn; die schwerste Strafe, die ihm hätte zu Theil werden können, ward ihm erspart: er erlebte es nicht mehr, wie am neunten Jahrestage seiner That das ganze deutsche Volk dem Manne, den er hatte ermorden wollen, als dem Hort des Vaterlandes, dem Wahrer deutscher Ehre, entgegenjauchzte. Zu zwanzigjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, ward er später begnadigt und starb in Aegypten im Irrsinn.

Beckers Mordanfall.

So lagen die Dinge, als sich Freiherr von Beust ermuthigt fühlte, die Frage der Bundesreform im mittelstaatlichen Interesse in Anregung zu bringen. Drei Tage vor der Krönung in Königsberg, am 15. October 1861, versandte er sein Programm. Der Bundestag sollte fortan nur zwei Monate jährlich berathen: im Mai unter Oestreichs Vorsitz in Regensburg, im November unter Preußens Präsidium in Hamburg; wenn er ein Gesetz erlassen wolle oder es sonst für zweckdienstlich halte, solle er eine Versammlung von Vertretern der deutschen Landtage berufen; aus Oestreich und Preußen würden je 30, aus den übrigen Staaten 68 daran Theil zu nehmen haben; endlich sollte für die Zeit, wo er nicht beisammen sei, eine ausführende Gewalt, bestehend aus Oestreich, Preußen und einem Dritten, gebildet und diese mit ausgedehnter Vollmacht für den Fall außerordentlicher politischer Verwicklungen ausgestattet werden. Der ganze Plan war so lächerlich dürftig, daß er nur den Spott und die Entrüstung der Nation herausforderte. Baden und Coburg-Gotha, die beiden volksthümlichen Regierungen, kamen mit ihrem vernichtenden Urtheil zuerst hervor. Der Herzog Ernst, der schon im Januar selbst einen sehr künstlichen Reformplan ausgearbeitet und verschiedenen Staatsmännern vertraulich mitgetheilt hatte, erklärte am 31. October am Bunde: Deutschland brauche eine einheitliche Volksvertretung, eine einheitliche Kriegsverwaltung, Armee, Flotte, Vertretung im Auslande; bestimmte Anträge zu stellen sei Sache der größeren Regierungen; er wünsche sehr, daß diese sich dazu entschließen möchten, denn die Reform sei dringlich. Der badische Minister von Roggenbach bezeichnete den

Beusts Entwurf.

Baden und Coburg.

sächsischen Vorschlag ganz unverhohlen als einen Stein, den man dem deutschen Volke statt des Brodes biete; ein einheitlicher Wille thue Deutschland noth und der Großherzog sei bereit, die Opfer zu bringen, welche dazu erfordert würden. Auf der andern Seite wollte man in Wien von dem Beust'schen Vorschlage auch Nichts wissen; der Wechsel im Vorsitz am Bundestage sei eine Einbuße, in die Oestreich nur dann willigen könne, wenn ihm der Besitz seines ganzen Gebietes von dem deutschen Bunde verbürgt werde; so lange es vorkommen könne, daß der eine Theil der deutschen Nation gegen das Ausland kämpfe, während der andre den egoistisch rechnenden Zuschauer spiele, sei jede Verfassungsreform werthlos. Oestreich kam also mit der Sprache sehr offen heraus und gab den Preis, den es forderte, rund zu erkennen. Aber auch Preußen hielt diesmal mit seiner Meinung nicht zurück. Im October hatte der bisherige Minister des Aeußern, Herr von Schleinitz, seine Entlassung gefordert; unter den Staatsmännern, die als seine Nachfolger in Betracht kommen konnten, befand sich vor allen Herr von Bismarck, dessen Ansichten über Preußens Stellung zum Bunde sich in Petersburg eher verschärft als gemildert hatten. Seine Privatbriefe waren voll bitteren Spottes über den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätschwindel der kleinen Fürsten, denen der Bund nur als Piedestal diene, um von da herab europäische Macht zu spielen; die ganze Bundesverfassung sei ein Unsinn, ein Treibhaus gefährlicher Sonderbestrebungen; eine straffere Zusammenfassung der deutschen Wehrkraft sei so nöthig wie das liebe Brot; für eine gründliche Reform ehrlich und ernst einzutreten, sei Preußens Pflicht, und weshalb es dabei vor der Idee einer Volksvertretung am Bunde zimperlich zurückschrecken solle, sehe er nicht ein. Dem Könige, der ihn nach Baden berief, setzte er diese Ansichten mündlich und schriftlich auseinander; Auerswald rieth, ihn mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen; aber noch schien dem König dieser Schritt zu gewagt; nicht Bismarck, sondern Graf Bernstorff wurde zu Schleinitz Nachfolger ernannt. Einen kräftigeren Zug brachte aber auch dieser in die preußische Politik und Bismarcks Entwicklungen waren dabei schwerlich ohne Einfluß. In der Antwort, die dem sächsischen Minister am 20. December zu Theil wurde, stellte Bernstorff zum ersten Male wieder den lange verhüllten Gedanken des engeren Bundesstaates in den Vordergrund; er lehnte es ab die Befugnisse des jetzt bestehenden Bundes irgend zu erweitern und erklärte, jede engere Vereinigung müsse auf dem Wege der freien Vereinbarung erfolgen, der jetzige Bund sei blos ein völkerrechtlicher Verband; seine Grundlagen seien zwar mannigfach verändert, aber nicht zu seinem Vortheil; statt auf diesem Wege fortzufahren, müsse man sie wieder vereinfachen und auf den Schutz nach außen beschränken; innerhalb des so gelockerten Staatenbundes sei aber die Bildung eines engeren Bundesstaates sehr wohl möglich, und Preußens Ziel sei es, diese anzubahnen. Wie eine Bombe platzte diese Erklärung in das mittelstaatliche Heerlager. Herr von Beust selbst gab zunächst eine vornehme ablehnende Antwort, in der er andeutete,

Oestreich und Preußen.

Bismarck und Bernstorff.

Der engere Bundesstaat.

Die gleichlautenden Noten.

Preußen werde sich wohl noch eines Besseren besinnen; die andern Königreiche aber, Darmstadt und Nassau, sandten am 2. Februar 1862 gemeinsam mit Oestreich gleichlautende Noten nach Berlin, in denen sie den Abschluß eines derartigen engeren Bundes als eine Unterwerfung unter Preußen bezeichneten, die mit dem Wesen und der Verfassung des Bundes unvereinbar sei und diesen thatsächlich sprengen würde. Wenn sie mit der Aufforderung schlossen, Preußen möge seinen Standpunct ändern und auf Berathungen über die Reform des Bundes eingehen, so verstand sich von selbst, daß die Antwort darauf entschieden ablehnend ausfiel. Der Nationalpartei war aber dieses Auftreten Preußens noch bei Weitem nicht energisch genug; es belebte wohl wieder ihr Vertrauen in etwas und der Ausschuß des Nationalvereins erließ am 3. März eine Ansprache an die Vereinsgenossen, die voll guter Hoffnungen war und unzweideutig den preußischen Bundesstaat anempfahl; aber daß zwischen diesen Anschauungen und denen der preußischen Regierung doch eine weite Kluft bestand, ward durch die Verhandlungen im Abgeordnetenhause offenbar, die zu einem vollständigen Bruche führten.

Die Heeresreform und das Ende der neuen Aera.

Die Altliberalen und ihr Ministerium.

Unglücklicher Weise war es dem Ministerium der neuen Aera nicht gelungen, mit dem Landtage der Jahre 1859—1861 die vom Könige geforderte Neugestaltung des preußischen Heeres zu vereinbaren. So sicher es auf die wohlwollende Unterstützung der großen Mehrheit der Volksvertreter rechnen konnte, so hatte es doch nicht in so enger Fühlung mit ihr gestanden, daß es ihre Führer vertrauensvoll in die Schwierigkeiten seiner eigenen Lage eingeweiht und dadurch eine den Verhältnissen entsprechende Haltung der Partei herbeigeführt hätte. Einen Theil der Schuld daran trugen freilich auch diese Führer und besonders Vincke, der jede allzunahe Berührung mit den Ministern mied, und um ihnen keinen Einfluß über sich zu gestatten, sich auch des Einflusses begab, den er auf sie hätte üben können. Das mochte so lange gefahrlos sein, als der Druck von rechts und links die Widerstandskraft der regierenden Mittelpartei nicht überstieg; aber auf die Fortdauer dieses Zustandes war doch nicht mit Sicherheit zu rechnen, und je deutlicher die Anzeichen wurden, daß eine bedeutende Partei im Lande die Politik der Minister nicht kräftig genug fand, um so mehr hätten diese sich bemühen müssen, die wichtigste Frage, die sie zu ordnen hatten, und das war eben die Umgestaltung des Heeres, zum Abschluß zu bringen, ehe die Neuwahlen des Jahres 1861 eine andre Parteibildung des Abgeordnetenhauses herbeiführen konnten.

Der König und das Heer.

Dem Prinzregenten und nunmehrigen Könige konnte man gewiß nicht vorwerfen, daß er seinerseits irgend einen Zweifel über das Maß von Wichtigkeit, das er der Heeresreform beilegte, habe aufkommen lassen. Seit seiner ersten an die Oeffentlichkeit gelangten

Ansprache an das Ministerium der neuen Aera hatte er jede Gelegenheit benutzt, um seine Ansicht dem Lande offen kund zu geben. Er betrachtete und bezeichnete die Umgestaltung als sein eigenstes Werk, das um so unerläßlicher für Preußens Machtstellung wurde, je hoffnungsloser die Bemühungen um eine Besserung der Bundeskriegsverfassung sich anließen. Daß einzelne Kleinstaaten nach dem Vorbilde Coburgs im Jahre 1861 und weiterhin ihre Truppen freiwillig unter Preußens Leitung stellten, war militärisch natürlich von keinem Belang und nur als Bezeigung des guten Willens und als moralische Unterstützung des Berliner Cabinettes von Werth; die Kräftigung des eigenen Heeres war die unerläßliche Vorbedingung für jede entschlossene Politik nach außen, und wenn sie dem Lande neue schwere Lasten aufbürdete, so bot sie doch auch viele Vortheile und Erleichterungen, die es wohl verdienten, sorgsam gewürdigt zu werden.

Vorgeschichte der Reorganisation.

Die Nothwendigkeit einer Reorganisation wurde denn auch innerhalb der liberalen Partei gerade von sachverständiger Seite durchaus eingeräumt. Den schmählichsten Mißbrauch des besten Materials, die elendeste und theuerste Reserve, die man sich denken könne, so bezeichnete im Februar 1861 ein genauer Freund Vinckes, ein höherer Offizier, Lamarmora gegenüber die preußische Landwehr. Die Landwehr aber stand nach der bisherigen Heeresverfassung in engster Verbindung mit der Linie; je ein Regiment aus beiden Theilen des Heeres wurde im Kriegsfall zu einer Brigade verschmolzen; jeder Mangel und jede Verzögerung bei der Landwehr schädigte deshalb die gesammte Feldarmee. Das hatte man gelegentlich der Mobilmachung im November 1850 schmerzlich empfunden und seit der Zeit waren die Reformbestrebungen im Gange. Schon unter Friedrich Wilhelm IV. wurde die dreijährige Dienstzeit, die seit zwanzig Jahren thatsächlich von der zweijährigen verdrängt war, obgleich sie noch gesetzlich zu Recht bestand, wieder eingeführt und die Stärke der Cadres erhöht; Willisen und Clausewitz arbeiteten vollständige Reorganisationspläne aus. Zur Deckung der bedeutenden Mehrkosten sollte der Ertrag der Grundsteuer dienen, deren Regulirung 1857 bei den Kammern beantragt wurde. Die Ablehnung dieser Vorlage durch das Herrenhaus und die Krankheit des Königs hatten die Sache aber ins Stocken gebracht, so daß sie ruhte, bis der Prinz von Preußen die Regentschaft übernahm. Ohne Zweifel gehörte dieser zu den gründlichsten Kennern des Heeres. Er hatte nicht allein durch den praktischen Dienst im Frieden, sowie durch den badischen Feldzug reiche Erfahrungen gesammelt, sondern auch seit 1819 allen Commissionen über militärische Fragen als Mitglied und in späteren Jahren als Vorsitzender angehört. Seine Ansichten über den Werth oder Unwerth der preußischen Heeresverfassung standen fest und die Mobilmachung des Jahres 1859 bekräftigte sie noch mehr. Er glaubte durch eine Umgestaltung auch dem Lande eine Erleichterung zu verschaffen; kam es 1859 doch vor, daß in einer einzigen Landwehrcompagnie (250 Mann) sich 242 Familienväter befanden, deren Familien von der Gemeinde unterstützt werden mußten. Andererseits

Die allgemeine Wehrpflicht.

wurden bei Weitem nicht alle brauchbaren Militärpflichtigen wirklich in das Heer eingestellt, weil dessen Friedensstärke dazu nicht ausreichte. Zwar war dieselbe von 1815—1858 allmählich um etwa 20,000 Mann gesteigert, aber die Bevölkerung war in viel stärkerem Maße gewachsen, und während nach den Befreiungskriegen 1,25 pCt. der Einwohner unter die Waffen traten, geschah dies jetzt nur von 0,85 pCt. Die allgemeine Wehrpflicht war also nur noch dem Namen nach vorhanden; in Wirklichkeit wurden von 40 pCt. brauchbarer Mannschaft nur 26 pCt. eingestellt; statt der 40,000 Rekruten, die jährlich ausgehoben wurden, hätte man über 60,000 einstellen müssen. Auf diesen Erwägungen, die gewiß nicht antiliberal genannt werden konnten, beruhten die Reorganisationspläne, die der Prinzregent beförderte.

Plan der Reorganisation.

Durch eine stärkere Rekrutirung sollte die Friedensarmee vergrößert und in den Stand gesetzt werden, im Kriegsfalle ohne die Landwehr ins Feld ziehen zu können. Um das zu ermöglichen, sollte die Zahl der Linienregimenter vermehrt, und der jüngste Theil der Landwehr aus dieser ausgeschieden und zur Reserve gezogen werden. Nach dem Gesetze von 1814 bestand die letztere nur aus zwei Jahrgängen; diese reichten natürlich nicht aus, um die vermehrte Regimenterzahl auf den Kriegsfuß zu bringen; erst wenn man die Reservepflicht um zwei oder drei Jahre verlängerte, konnte man bei einer künftigen Mobilmachung auch ohne Landwehr dieselbe Heeresstärke aufstellen, wie jetzt mit derselben. Die drei Jahrgänge des stehenden Heeres und die zwei der bisherigen Reserve erhöhten sich von je 40,000 auf 63,000, d. h. zusammen um 115,000 Mann; hierzu traten die zwei neuen Jahrgänge mit je 63,000 Mann, so daß eine Steigerung von 200,000 auf 440,000 Mann in Aussicht gestanden hätte, wenn nicht in jedem späteren Jahrgange ein höherer Ausfall durch Tod, Auswanderung und andere Ursache in Anschlag zu bringen gewesen wäre. Immerhin aber konnte man hoffen, die Zahl von 400,000 Mann zu erreichen und somit für denselben Zweck künftighin mit Leuten unter 27 Jahren auszukommen, für den man jetzt bis zum 32. Lebensjahre greifen mußte. Die Landwehr wurde deshalb nicht aufgehoben, sondern nur eingeschränkt; es fiel das sog. zweite Aufgebot weg, und während der Preuße bisher erst mit dem vierzigsten Jahre zum Landsturm entlassen wurde, geschah dies nach den neuen Plänen schon mit dem dreiunddreißigsten. Die großen Vortheile der Einrichtung lagen also auf der Hand. Die älteren Classen der Bevölkerung wurden zu Gunsten der jüngeren, überdies kriegstüchtigeren entlastet; dem Lande wurde im Kriegsfalle die Versorgung aller der mittellosen Familien erspart, deren Väter nun nicht mehr zu den Fahnen zu eilen brauchten; und endlich wurde der große Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht wieder in erhöhtem Maße zur Geltung gebracht. Wenn es in der bisherigen Art weiter ging, so mußte mit jeder Million, umwelche die Bevölkerung zunahm, während die Zahl der eingestellten Rekruten gar nicht oder unerheblich wuchs, der Widerspruch zwischen jenem Grundsatze und den thatsächlichen Verhältnissen größer werden, und keiner, der in der allgemeinen Wehr-

pflicht die wichtigste moralische Kraft des preußischen Heeres verehrte, konnte sich der Ueberzeugung verschließen, daß etwas zur Abhülfe gegen diese Gefahr geschehen müsse.

Der Liberalismus.

Dazu war denn auch die liberale Partei in ihrer großen Mehrheit völlig bereit, aber sie glaubte diesen Zweck auf billigere Weise erreichen zu können: durch einen schnelleren Wechsel der Soldaten; sie billigte die stärkere Aushebung, aber sie wollte den einzelnen Mann nur zwei Jahre bei den Fahnen festhalten und dadurch die Möglichkeit schaffen, in derselben Zeit und mit denselben Kosten drei statt zwei Soldaten heranzubilden. Dann brauchte die Zahl der Regimenter nicht vermehrt zu werden und man erreichte für dasselbe Geld, das man bisher auf die Armee verwandt, alle die Vortheile, welche sich der König von seinem Plane versprach. Wenn auf diesem Wege alljährlich Millionen erspart werden konnten, so schien es Pflicht zu sein, trotz der dringenden Vorstellungen des Herrschers und seiner Minister daran festzuhalten und vielmehr von diesen Nachgiebigkeit zu fordern. Auf den Einwand, welcher militärischerseits gemacht wurde, daß in zwei Jahren der Rekrut nicht hinreichend ausgebildet werden könne, daß insbesondere durch den zu schnellen Wechsel der Mannschaft den einzelnen Truppentheilen der feste Zusammenhang, die innere Einheit geraubt werde, glaubte man kein großes Gewicht legen zu brauchen, weil ja länger als zwanzig Jahre die zweijährige Dienstzeit thatsächlich in Uebung gewesen war und die Kriegsminister und Generale jener Zeit somit Zeugniß gegen den König und seine Fürsprecher ablegten. Der König aber war von der Richtigkeit und Unerläßlichkeit seiner Forderung zu tief durchdrungen, er hatte die Schäden, welche in jener früheren Zeit dem zweijährigen Dienste entsprungen waren, zu schmerzlich empfunden, als daß er es mit seiner Pflicht hätte vereinbaren können, den Vorstellungen der liberalen Partei nachzugeben. So stand Pflichtbewußtsein gegen Pflichtbewußtsein, und der Zusammenstoß war unvermeidlich.

Die Kriegsbereitschaft von 1859.

Aber er hätte doch vielleicht schnell erledigt werden können, wenn die liberalen Minister ihm von vornherein muthig ins Gesicht geschaut und zu einer Zeit, wo sie noch allgemeiner Verehrung genossen, ihre Forderung offen und mit aller Kraft auf gesetzlichem Wege durchzubringen sich entschlossen hätten. Statt dessen benutzten sie die Zeitverhältnisse nur dazu, um die Reorganisation thatsächlich und schrittweise ins Leben zu führen. Als der Friede von Villafranca geschlossen war, hoben sie die Mobilmachung nicht auf, sondern ließen die einberufenen Landwehrbataillone bei der Fahne. Allerdings wurden die Wehrleute aus denselben entlassen, aber statt ihrer stellte man Rekruten und Reserven ein und schuf so thatsächlich neue Truppenkörper innerhalb des stehenden Heeres. Dem Landtage von 1860 wurde ein Gesetz vorgelegt, durch welches die Reorganisation eingeführt werden sollte. Allein das Abgeordnetenhaus zeigte sich schwierig und das Herrenhaus verwarf die Grundsteuervorlagen, aus deren Ertrag die Mehrkosten der neuen Einrichtung bestritten werden sollten; mit dem 1. Mai lief die Frist ab, bis zu welcher die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft bewilligt

war; wenn sie nicht verlängert wurde, so mußte die Regierung aus Geldmangel die Landwehrbataillone entlassen. In dieser Verlegenheit zogen die Minister ihre Gesetzvorlage zurück und beantragten statt dessen die Bewilligung von 9 Millionen Thalern für die Zeit bis zum 30. Juni 1861, um damit auf Grund der bestehenden Gesetze die bisherige Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres aufrecht zu erhalten und zu vervollständigen. Wirklich bewilligte der Landtag die geforderte Summe und ertheilte dadurch der Regierung das Vertrauensvotum, das sie verlangt hatte. Ausdrücklich aber bezeichnete er die Kriegsbereitschaft als eine nur „einstweilige" und legte dadurch Verwahrung ein gegen die endgültige Vermehrung der Bataillone. Unter diesen Umständen war es sehr bedenklich, daß gleichwohl die Landwehrbataillone zu besonderen Regimentern zusammengezogen wurden und als solche am 4. Juli 1860 von dem Regenten neue Namen erhielten, mehr noch, daß ihnen im folgenden Januar eigene Fahnen verliehen wurden. Zu alle dem hatte der Kriegsherr zwar vollkommen das Recht; aber da die Kammern durch Verweigerung der Gelder den Fortbestand dieser Truppentheile schon in wenigen Monaten unmöglich machen konnten, so lag in dieser Fahnenweihe eine nicht wegzudeutende Mißachtung der Volksvertretung. Schlimmer noch war es, daß ihr in der Sitzung von 1861 das Wehrgesetz des vorigen Jahres gar nicht wieder vorgelegt wurde. Die Regierung erklärte die Aenderung des Gesetzes von 1814 zwar immer noch für wünschenswerth und versprach sie später zu beantragen; aber unerläßlich für die Reform sei sie nicht; denn es komme eigentlich nur die Verlängerung der Reservepflicht in Betracht, und so wünschenswerth diese sei, um die Landwehr zu entlasten, so werde die Frage doch immer erst im Falle einer Mobilmachung brennend und dann stehe es der Regierung vollkommen frei, entweder die Bataillone statt auf 1000 Mann nur auf 800 zu bringen, oder die fehlenden 200 Mann aus der Landwehr in die Linie einzustellen. In der That sei die Reorganisation dem Landtage gegenüber nur eine Geldfrage; sie bestehe schon jetzt thatsächlich und rechtlich; bis zum 30. Juni seien die nöthigen Summen bewilligt, und die Regierung bitte, sie fortan in den ordentlichen Staatshaushalt aufzunehmen.

Die Verlängerung derselben.

Die Fahnenweihe.

Zwiespalt zwischen Regierung und Kammer.

Dazu konnten sich Vincke und die Mehrheit nicht entschließen; die Fähigkeit des Landes, die Mehrkosten zu tragen, stand freilich bei der guten Finanzlage außer Frage, zumal nachdem das Herrenhaus am 7. Mai endlich die Abänderung der Grundsteuer, die 2—3 Millionen Mehreinnahme versprach, angenommen hatte; aber die Hoffnung, doch schließlich die zweijährige Dienstzeit noch zu erreichen, und nicht minder das Verlangen, einen unzweifelhaft gesetzlichen Zustand zu schaffen, bewog die Abgeordneten, auch diesmal die Mittel nur in außerordentlicher Weise für das nächste Jahr zu bewilligen. Es waren nur 11 Stimmen Mehrheit, mit denen dieser Beschluß durchging, auch wurden die Ansätze der Regierung noch um 3/4 Millionen verkürzt, und in einer besonderen Erklärung, die Vincke beantragte, forderte das Haus für das nächste Jahr die Vorlage eines

Wehrgesetzes; aber in der That hatte jetzt die Kammer das Heft schon aus den Händen gegeben; unmöglich konnte 1862 die neue Einrichtung, die dann zwei Jahre bestanden hatte, noch wieder rückgängig gemacht werden; die ganze Armee wäre dadurch in Verwirrung und das Land somit in die größte Gefahr gerathen.

Der erste Landtag von 1862.

So hatte man auf beiden Seiten die kostbare Zeit verloren, sich mühsam durch kleine Aushülfsmittel immer einen Schritt weiter geschleppt, und entdeckte nun Angesichts der Neuwahlen, deren Ausfall Niemand verbürgen konnte, daß man eine breite Kluft zwischen sich habe. Die Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses, das im Januar 1862 zusammentrat, war der Regierung so ungünstig wie möglich; die Fortschrittspartei hatte einen glänzenden Sieg errungen und beherrschte die Kammer. Die Regierung suchte in vielen Stücken den liberalen Forderungen entgegenzukommen; ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit, eine neue Kreisordnung, auch das versprochene Wehrgesetz wurden vorgelegt; die Antwort Bernstorffs auf das sächsische Reformproject, die Haltung Preußens in der kurhessischen und schleswig-holsteinischen Frage, überhaupt die auswärtige Politik näherte sich wesentlich den Forderungen des Volkes; mit der früheren Mehrheit des Abgeordnetenhauses wäre die Verhandlung unter diesen Umständen schwerlich erfolglos geblieben. Jetzt stand es anders; der Fortschrittspartei genügten die Zugeständnisse nicht; der conservative Theil des Ministeriums andrerseits verhielt sich kalt und ablehnend gegen die neue Mehrheit. Besonders galt dies von dem Kriegsminister von Roon, der schon im December 1859 an Bonins Stelle getreten war und gleich dem Könige seinem Herrn alle Kraft für die Durchführung der Neuordnung einsetzte. Von Haus aus ein conservativer Mann, durch gründliche Fachbildung und wissenschaftliche Leistungen hervorragend, schlagfertig und klar, aber auch scharf und verletzend in der Debatte, war er schon der frühern Mehrheit nur halb genehm gewesen und konnte in dem neuen Hause noch weniger auf Freunde zählen. Andrerseits lag auch ihm nichts an der Fortdauer des liberalen Regimentes; ein Bruch mit den Abgeordneten erschreckte ihn nicht, wenn dadurch ein Sieg in der Militärfrage herbeigeführt wurde. Das Herrenhaus, dem die Fortschrittspartei den Krieg erklärte, war ihm ein viel behaglicherer Aufenthalt als die zweite Kammer, und scherzend lobte er, als er die Ergänzung zum Wehrgesetz von 1814 zuerst im Oberhause einbrachte, die angenehme Temperatur, die hier im Gegensatze zu den Bestrebungen an einem andern Orte herrsche. Zum Dank dafür beeilten sich die Herren sehr mit der Vorlage, die natürlich an der dreijährigen Dienstzeit festhielt, und genehmigten sie schon am 1. Februar; die zweite Kammer dagegen verwies sie an einen Ausschuß, der zu zwei Dritteln aus Mitgliedern der Fortschrittspartei bestand. Aussicht auf eine Verständigung war nicht vorhanden. Auch in den andern Commissionen des Hauses platzten die Gegensätze aufeinander; es wurde die Anerkennung des Königreichs Italien gefordert: die Regierung lehnte jede Theilnahme an der Berathung darüber ab; es wurde ein

von Roon.

Die Opposition.

ausführlich begründeter Antrag in der deutschen Frage beschlossen: der Minister erklärte sich gegen die Begründung, die auf die Reichsverfassung von 1849 Bezug nahm, und selbst gegen einzelne Sätze des Antrags, die er als eine Drohung gegen die übrigen Regierungen bezeichnete. Endlich verlangte am 6. März das Haus selbst auf den Antrag des Abgeordneten Hagen mit 171 gegen 143 Stimmen, daß in dem bereits vorgelegten Staatshaushalt für 1862 die einzelnen Posten nachträglich in kleinere Summen mit genauer Angabe des Zweckes zerlegt werden und die Regierung nicht berechtigt sein solle, etwaige Ersparnisse an dem einen Posten auf Mehrausgaben für den andern zu verwenden. Es half Nichts, daß der Finanzminister von Patow den Antrag als grundsätzlich berechtigt anerkannte und seine Durchführung in dem Staatshaushalt von 1863 versprach; auch nicht daß er andeutete, die Regierung könne, wenn der Antrag angenommen werde, die Verantwortung für die fernere Leitung der Geschäfte abzulehnen veranlaßt sein. Die Mehrheit war nicht Willens, den wesenlosen Schein, der nach ihrer Ansicht bei der bisher üblichen Gestaltung des Haushaltes an die Stelle einer wirksamen Prüfung getreten sei, sich auch nur noch ein Jahr gefallen zu lassen. Die Minister nahmen von diesem Vorfall den Anlaß, um das unerquickliche Verhältniß zu lösen; in der That, entweder *sie* mußten gehen, oder der Landtag. Am 8. März reichten sie dem Könige ihre Entlassung ein. Dieser erwiderte, daß sie bei ihm und dem wohldenkenden Theile der Nation vollen Vertrauens genössen und daß sie ihm demnach andre Vorschläge machen möchten; nur der Fürst von Hohenzollern und der Cultusminister von Bethmann-Hollweg beharrten auf ihrer Entlassung und erhielten sie. Die übrigen empfahlen dem Monarchen die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die denn auch am 11. März erfolgte. Es mußte also zu Neuwahlen geschritten werden. Aber ließ sich von diesen eine freundlicher gesinnte Mehrheit erwarten? Die Aussichten dazu waren nicht groß; selbst die altliberale Minderheit des aufgelösten Hauses versprach in ihrem Wahlaufruf, der schon am 13. März erschien, nur dann dem Ministerium ihre Unterstützung, wenn es durch die That den Beweis liefere, daß es den Grundsätzen der constitutionellen Partei treu bleiben wolle; als eine solche That wurde ausdrücklich die Umgestaltung des Herrenhauses auf verfassungsmäßigem Wege gefordert. Dazu war der König in keinem Falle zu bewegen; um die Grundsteuergesetze durchzubringen, hatte er 1860 weiteren sechs Städten einen Sitz im Herrenhause verliehen und 18 neue Mitglieder aus allerhöchstem Vertrauen ernannt; aber eine solche Maßregel durfte nicht zu bald wiederholt werden und war in seinen Augen am wenigsten jetzt berechtigt, wo die erste Kammer fest zu der Heeresreform stand; ohne einen derartigen Pairsschub war aber die verfassungsmäßige Zustimmung des Herrenhauses zu seiner eigenen Umgestaltung nimmer zu erlangen. Wie der Monarch über diese Frage dachte, konnte man deutlich genug daraus ersehen, daß er grade den Präsidenten des Herrenhauses, den Fürsten Hohenlohe-Ingelfingen, an Hohenzollerns Statt zum Vorsitzenden des Staats-

Der Hagensche Antrag.

Auflösung des Landtags.

ministeriums ernannte. Die liberalen Minister mußten sich nun wohl überzeugen, daß ihre Stellung zwischen dem Könige und der eigenen Partei unhaltbar geworden sei: acht Tage nach der Auflösung des Hauses baten sie zum zweiten Male um ihre Entlassung, und erhielten sie. Es schieden aus Rudolf von Auerswald, von Patow, Graf Schwerin, der Hausminister Graf Pückler und Herr von Bernuth, der seit dem December 1860 als Nachfolger von Simons der Justiz vorstand. Es blieben Herr von der Heydt, der nur aus dem Handelsministerium in die Finanzen übertrat, von Roon und Graf Bernstorff. Ihre neuernannten Collegen waren Graf Itzenplitz für die Landwirthschaft, Graf Lippe für die Justiz, von Jagow für das Innere und von Mühler für den Cultus.

Ministerium Hohenlohe.

An Bemühungen, die Stimmung des Landes zu ihren Gunsten zu wandeln, ließen es die neuen Räthe der Krone nicht fehlen. Um die conservativen Kreise zu reger Betheiligung an den Wahlen aufzustacheln, ergingen sich nicht allein die amtlichen Blätter, sondern sogar die Erlasse der Minister in Anklagen gegen die aufgelöste Kammer, als ob dieselbe die der Krone zustehende Macht sich selbst habe anmaßen wollen; eine unheilvolle Verblendung habe das Volk bei den letzten Wahlen beherrscht und dem Fluche dieser Geburt sei das Abgeordnetenhaus erlegen; von Neuem würden die Demokraten jetzt ihre Aufreizungen beginnen, um die Kraft des königlichen Regimentes zu Gunsten einer sog. parlamentarischen Regierung zu erschüttern; der König halte unverändert an seinem Programm von 1858 fest, und die Pflicht jedes treuen Unterthans, insbesondere aber jedes Beamten sei es, im Sinne des Ministeriums zu wählen. Gegen diese letztere Zumuthung verwahrten sich indeß viele Beamte, voran die Professoren der Universitäten Berlin und Bonn, mit aller Entschiedenheit; auch wußten die Minister wohl, daß sie mit diesen Mitteln allein keinegefügige Kammer erhalten würden. Der Finanzminister von der Heydt machte deshalb den Vorschlag, die Regierung solle auf den Zuschlag von 25 pCt. verzichten, der seit 1859 von der Einkommen- und andern Steuern erhoben wurde. Das bedeutete aber eine Mindereinnahme von $3^3/_4$ Millionen. Mochte dieselbe auch theilweise in Folge des allgemeinen Aufschwungs der Geschäfte durch höhere Einnahmen beglichen werden, so war doch nur durch Ersparnisse in den Ausgaben das Gleichgewicht im Staatshaushalt vollkommen herzustellen. v. d. Heydt wandte sich deshalb am 21. März in einem vertraulichen Briefe, der bald in die Oeffentlichkeit drang, an den Kriegsminister, stellte ihm vor, daß in allen Verwaltungszweigen die Ausgaben schon seit Jahren über Gebühr beschränkt seien und daß nur in der Heeresverwaltung Nichts gespart sei; diese müsse deshalb mindestens $2^1/_2$ Millionen von ihren Forderungen ablassen. Dazu erklärte sich von Roon und ein Ausschuß von Generalen, den der König mit der Prüfung betraute, außer Stande; aber es wurde doch ein Abstrich von über 800,000 Thalern für dieses, und von über 1,100,000 für das nächste Jahr bewilligt, und durch königliche Entschließung vom 16. April der Wegfall des Steuerzuschlags gut geheißen. Auch in

Wahlerlasse.

Steuerermäßigung.

Andere Zugeständnisse.

andrer Weise suchte von der Heydt den Wünschen der Liberalen entgegen zu kommen; er kündigte an, daß dem neuen Landtag nicht allein der Haushalt für 1863 sofort mit dem für 1862 vorgelegt werden solle, während bis dahin stets schon ein beträchtlicher Theil des Jahres verstrichen war, ehe die Vertreter die Forderungen der Regierung prüfen konnten, sondern auch, daß diese Vorlagen nach dem Hagenschen Antrag eingerichtet sein würden. Daneben regnete es andre Verheißungen: Aufhebung der Getreidezölle, Herabsetzung des Briefportos, Ermäßigung der Eisenzölle u. dgl. Aber Alles war umsonst; als man die Wahlen vom 6. Mai übersehen konnte, ergab sich eine Verminderung aller Parteien mit einziger Ausnahme des verfolgten Fortschritts, der beträchtlich verstärkt am 19. Mai in Berlin wieder einrückte; von den Ministern aber war nicht ein einziger gewählt.

Der zweite Landtag von 1862.

Was dem Lande gegenüber mißlungen war, versuchte die Regierung nun den Abgeordneten gegenüber; alle möglichen Zugeständnisse, zu denen sich das frühere Ministerium nicht hatte bereit finden lassen, wurden hervorgesucht. Trotz Oestreichs Zorn erkannte der König am 21. Juli das Königreich Italien an; den Ernst in der schleswig-holsteinischen Frage sollte die Forderung von fast 1½ Millionen für die Flotte kennzeichnen; gegen Kurhessen ließ man sogar, wie früher erzählt wurde, zwei Armeecorps mobil machen; da die Wahlerlasse mit Recht viel böses Blut erregt hatten, und selbst der Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, in seiner Ansprache bei der Eröffnung beredte Klage wider die erhoben hatte, die in das verfassungstreue preußische Volk den Wahlruf: ob Königthum, ob Parlament? hineingeschleudert, so erklärte von der Heydt zur Ehrenrettung, daß in jenen Erlassen nicht etwa ein Theil der Landesvertretung gemeint worden sei! Den bedenklichen Principienfragen suchte man einstweilen aus dem Wege zu gehen, indem die im Januar vorgelegten Gesetze, auch das Wehrgesetz, bis zur Wintersitzung zurückgezogen wurden; im Allgemeinen aber versprach das Ministerium, die weitere Durchführung der Verfassung in freisinniger Weise fördern zu wollen.

Der französische Handelsvertrag.

Nur mit tiefem Kummer konnten die Freunde Preußens, welche von ihm grade jetzt auf Grund der Bernstorffschen Noten muthige Schritte zur Einigung Deutschlands gehofft hatten, diese inneren Zerwürfnisse sehen. Daß die Begründung eines engeren Bundes, für den man doch nur auf die liberalen Regierungen hätte zählen können, unter den obwaltenden Umständen unmöglich sei, lag auf der Hand. Aber es schien nicht allein der erhoffte Fortschritt in die Ferne geschoben, sondern obendrein auch ein gewaltiger Rückschritt nahe gerückt zu sein. Dem Zollverein drohte eine schwere Krisis, und war Preußen grade jetzt in der Lage der zu trotzen? Angeregt durch den englisch-französischen Handelsvertrag, der schon mehrfach Nachfolge gefunden, hatte das Ministerium Hohenzollern auch für den Zollverein einen Handelsvertrag mit Frankreich nach den Grundsätzen der Handelsfreiheit vereinbart, der freilich erst nach seinem Sturz am 29. März

zur Unterzeichnung kam. Nun stand es jedem Zollvereinsstaate frei, die Genehmigung zu diesem Vertrage zu verweigern; Preußen aber war entschlossen, ihn für sich in jedem Falle durchzuführen und also mit den Zollvereinsgenossen, die ihn verwarfen, die Zollgemeinschaft bei ihrem Ablauf am 31. December 1865 nicht zu erneuern. Darüber erhob sich ein großer Sturm; viele deutsche Regierungen erklärten sich gegen den Vertrag; die Anhänger des Schutzzolls machten in Zeitungen, Vereinen und Kammern gewaltigen Lärm über die Schädigung der deutschen Gewerbthätigkeit; die östreichische Regierung behauptete, der Vertrag widerspreche den Verpflichtungen, die der Zollverein 1853 gegen den Kaiserstaat eingegangen sei. Dies war jedoch in keiner Weise der Fall; denn in der Verminderung seiner Zollsätze war der Verein durch den Vertrag mit Oestreich keineswegs beschränkt; hielt er eine solche Verminderung jetzt in seinem Interesse, um den Verkehr zu beleben, so war es ein Gebot der Klugheit, daß er dazu nicht auf dem Wege der Zollgesetzgebung schritt, sondern auf dem Wege des Vertrages, denn so erkaufte er durch diese Zollminderung, an der Frankreich viel liegen mußte, entsprechende Zollermäßigungen von dessen Seite. Unbequem genug war die Sache allerdings für Oestreich; denn die französischen Waaren, die jetzt so viel billiger nach Deutschland kamen, wurden von Deutschland auch um so viel billiger nach Oestreich eingeführt und bereiteten dort also den einheimischen Gewerben eine gefährliche Concurrenz; wollte man diese Concurrenz ausschließen, so mußte Oestreich seine Grenzzölle gegen Deutschland erhöhen und dadurch seinen Handel mit Deutschland erschweren und schädigen. Schon aus politischen Gründen wünschte man das in Wien zu vermeiden, und da Preußen die Einwendungen, die gegen den Vertrag erhoben wurden, beharrlich zurückwies, so entschloß sich die östreichische Regierung zu einem kühnen Schritt; sie verlangte am 10. Juli, und durch die Ablehnung Preußens nicht geschreckt, noch nachdrücklicher am 26. desselben Monats die Aufnahme Oestreichs in den Zollverein. In dem Vertrage von 1853 war diese wirklich als letztes Ziel hingestellt und die Verabredung getroffen worden, daß 1860 Verhandlungen in dieser Richtung eröffnet werden sollten. Das war nicht geschehen, und es jetzt nachzuholen erklärte Preußen für nutzlos: einmal sei es durch den Vertrag mit Frankreich, den Oestreich ja unbedingt verwerfe, ebenso unbedingt gebunden; sodann aber würde selbst ohne diesen Umstand eine Verständigung unmöglich sein, weil Preußen im eigenen Interesse die mit Frankreich verabredeten Zollermäßigungen festhalten müsse, während Oestreich von denselben die Vernichtung seines Gewerbes befürchte.

Oestreichs Einspruch.

Der Landtag und der Handelsvertrag.

Während diese Verhandlungen im Gange waren, mußte das preußische Abgeordnetenhaus sich über den ihm vorgelegten Vertrag entscheiden. Schadenfroh hoffte man in den Kreisen der Gegner, die Verbitterung gegen das Ministerium werde groß genug sein, um die Verwerfung herbeizuführen. Aber dieser Wunsch ward nicht erfüllt. Einem so zweifellosen Interesse des Landes gegenüber schwiegen die Parteiungen und mit 264 gegen 12 Stimmen nahmen die Abgeord-



neten am 25. Juli den Vertrag an; das Herrenhaus folgte ein paar Tage später, und am 2. August ward die Urkunde in Berlin endgültig unterzeichnet.

Kundgebungen für und gegen den Vertrag.

Von den übrigen Regierungen hatte sich Sachsen, dessen entwickelte Industrie von dem Vertrage den größten Vortheil erwartete, schon im April unbedingt auf Preußens Seite gestellt; nicht minder Baden, Oldenburg und manche Kleinstaaten. Aber die süddeutschen Könige, Hannover, Darmstadt u. a. blieben widerspenstig, verlangten, daß Preußen auf Oestreichs Forderungen eingehe, und nahmen die Miene an, als ob sie andernfalls auf eigene Hand mit Anlehnung an Oestreich einen neuen Zollverband gründen würden. Die preußische Regierung ließ sich dadurch nicht irre machen und das Abgeordnetenhaus setzte sich zum zweiten Male über alle Parteibedenken hinweg, indem es den Entschluß der Minister, selbst einer Sprengung des Zollvereins Trotz zu bieten, mit überwältigender Mehrheit am 5. September billigte. Auch aus dem übrigen Nord- und Mitteldeutschland lauteten fast alle Kundgebungen der öffentlichen Meinung zu Gunsten Preußens; selbst auf dem deutschen Handelstage, der im October in München stattfand und zahlreich aus Baiern und Oestreich beschickt war, erklärte sich eine knappe Mehrheit, darunter aber fast zwei Drittel aller zollvereinsländischen Abgeordneten, unter Beckeraths Führung, für den Handelsvertrag. Zugleich wurde ein Beschluß erneuert, den schon der erste Handelstag am 15. Mai 1861 in Heidelberg gefaßt hatte: zur Vermeidung solcher gefahrvollen Krisen sei die Begründung eines Bundesrathes und einer Volksvertretung nöthig, deren übereinstimmenden Mehrheitsbeschlüssen für den ganzen Zollverein Gesetzeskraft beizulegen sei. Dieselbe Forderung war einige Wochen vorher auch von etwa 200 Abgeordneten verschiedener Staaten, die in Weimar zusammentraten, erhoben worden und klang nach in vielen ähnlichen Beschlüssen der kleineren Landtage und freier Versammlungen. Der Mittelstaaterei konnte der Zollverein durch solche Zukunftspläne freilich nicht lockender gemacht werden; denn augenscheinlich drängten sie ja grade auf den Weg, den Graf Bernstorff in seiner Decembernote angedroht hatte, auf die Begründung eines unter preußischem Einflusse stehenden engeren Bundes und auf die Vernichtung des bisher jedem einzelnen Staate zukommenden Widerspruchsrechtes. Aber daß selbst in so ungünstiger Zeit, wie es diese Sommermonate von 1862 waren, der Zollverein der feste Boden blieb, auf dem die Freunde Preußens sich behaupten konnten, das war eine Hoffnung für die Zukunft, die über manche Besorgniß der Gegenwart hinweghelfen konnte.

Landtagsverhandlungen.

Um den inneren Frieden in Preußen sah es freilich traurig aus. Die tiefe Kluft, die zwischen der Krone und dem Abgeordnetenhause sich gebildet hatte, wurde gleich nach Eröffnung des Landtags durch das Verschwinden der Vincke'schen Partei noch unüberschreitbarer. Die bescheidenen Reste dieser alten ministeriellen Mehrheit wurden durch ihren Führer selbst auseinandergesprengt, indem er gleich in der ersten Versammlung die Erklärung forderte, daß man wohl mit der

Fraction Bockum Dolffs, aber nicht mit der eigentlichen Fortschrittspartei eine Verständigung suchen wolle. Zu neuer Verbitterung gab dann die Antwort auf die Thronrede Anlaß. Von einem der versöhnlichsten und klarsten Köpfe der neuen Mehrheit, von Twesten entworfen, beklagte sie doch die Verdächtigungen, denen der treue Sinn des Volkes, das sich Eins mit seinem Könige wisse, von den Ministern ausgesetzt worden sei und sprach die Ueberzeugung aus, daß keine Regierung, die den freiheitlichen Bedürfnissen der Nation widerstrebe, die Machtstellung Preußens fördern könne. Dabei bezog sie sich auf einen Satz aus der Rede des Prinzregenten vom 8. November 1858; der König aber erwiderte: man solle nicht nur die einzelnen Sätze herausheben, sondern sich das ganze Programm Zeile für Zeile einprägen, dann werde man seine Gesinnungen recht erkennen. Die Verhandlungen, die in dem Ausschuß des Hauses über die Militärfrage statt fanden, führten zu keiner Annäherung; im Gegentheil bald stellte sich deutlich heraus, daß die Mehrheit die geforderten Millionen vollständig zu streichen entschlossen sei. Was dann geschehen solle, war schwer zu sagen. Selbst wenn man die neugeschaffenen Regimenter sofort aufgelöst und die Verwirrung, in welche das Heer dadurch gerathen wäre, auf sich genommen hätte, so wären doch von den gestrichenen Geldern große Summen nöthig gewesen, um den Offizieren in diesen Regimentern, die natürlich nicht auf Kündigung angestellt waren, ihre Gehälter weiter zu bezahlen. Für diese Summen zum mindesten war der Staat rechtlich haftbar; die Regierung mußte sie zahlen, und doch konnten und wollten die Abgeordneten sie verweigern, ein Widerspruch, für den die Verfassung keine Lösung an die Hand gab. Zu demselben Ergebniß führte die Streichung aller der Ausgaben, die in den verflossenen Monaten bereits geleistet waren; eine gesetzliche Handhabe, die Minister persönlich zur Wiedererstattung anzuhalten, gab es nicht; der Staat mußte die Lasten tragen, und nun wollten die Abgeordneten sich doch dessen weigern. In ihrer Verlegenheit, sich aus dieser hülflosen und widerspruchsvollen Lage einen rechtlichen Ausweg zu suchen, kamen die Räthe der Krone auf den Gedanken, zu erklären, es sei hier eine Lücke in der Verfassung und — so führte Herr von Bismarck später aus — diese Lücke müsse ergänzt werden aus demjenigen Rechte, das vor der Einführung der Verfassung bestanden habe, aus dem Rechte des unumschränkten Königthums: wenn also die Kammer einen unmöglichen, unausführbaren Staatshaushaltsentwurf annehme, und die Krone denselben verwerfe, so sei das in der Verfassung geforderte Gesetz über den Staatshaushalt nicht zu Stande gekommen, und weil die Staatsmaschine doch unmöglich stille stehen könne, so liege es in der Befugniß des Königs, die Fortführung der Geschäfte zu befehlen und die zwar gestrichenen, aber unentbehrlichen Ausgaben doch leisten zu lassen. Andrerseits fanden die Constitutionellen durch diese Schlußfolgerung das gesammte Ausgabenbewilligungsrecht des Landtags in seinen Grundlagen erschüttert; wenn die Krone nach eigenem Gutdünken ihre Zustimmung zu dem Haushaltsgesetz verweigern und dann beliebig Ausgaben, die

Die Schwierigkeiten der Lage.

Die Lückentheorie.

gestrichen waren, leisten konnte, so war die vorhergehende Berathung der Kammer eitel Trug und Schein und Zeitvergeudung; nur Einer könne, so meinten sie, in Streitfällen die Entscheidung geben, und das sei der, welcher die geringste Summe bewillige; über diese geringste Summe sei dann ein Einverständniß erzielt, und dieses Einverständniß müsse Gesetzeskraft erhalten. Dagegen konnte dann freilich wieder die Regierung einwenden, daß von allem Andern abgesehen die Landesvertretung aus zwei Theilen bestehe, daß der eine dieser Theile, das Herrenhaus, verfassungsmäßig nur das Recht habe, den Haushalt in seiner Gesammtheit, wie er ihm von den Abgeordneten zukomme, anzunehmen oder zu verwerfen, und daß also in dem letzteren Falle, nach eingetretener Verwerfung, das behauptete Einverständniß unzweifelhaft nicht erzielt sei und somit die bestrittene Lücke doch vorliege.

Die Militärdebatte.

Alle diese Gedankenreihen waren angeregt, obwohl noch nicht amtlich zum Ausdruck gekommen, als am 11. September 1862 die große Militärdebatte begann. Es lagen drei Anträge vor. Der Ausschuß forderte einfach die Streichung aller Reorganisationskosten, d. h. von mehr als 6 Millionen Thalern; drei Mitglieder desselben (Stavenhagen, Sybel und Twesten) wollten für dieses Jahr sie noch bewilligen unter Abstrich von etwa 1/4 Million; Reichensperger endlich Namens der katholischen Partei beantragte Aussetzung des Beschlusses, bis die Regierung in einer besonderen Vorlage für die schon im Verlaufe des Jahres thatsächlich geleisteten Ausgaben Rechtfertigung erbeten habe. Als nach viertägigem Reden am 16. September die Abstimmung begann, wurde zunächst dieser letzte Antrag fast einstimmig verworfen und dann nach dem Verlangen des Ausschusses der erste Posten, der sich auf die Umgestaltung des Heeres bezog, mit 273 gegen 68 Stimmen gestrichen. Damit war die Frage für alle weiteren Posten, für den gesammten Betrag der 6 Millionen, grundsätzlich entschieden.

Scheinbares Einlenken des Kriegsministers.

Als indeß am nächsten Tage in der Einzelberathung fortgefahren wurde, nahm der Kriegsminister das Wort und deutete an, daß die Regierung in dem Haushalt für das nächste Jahr unter Umständen sich die zweijährige Dienstzeit gefallen lassen würde; für dieses Jahr sei natürlich nichts mehr zu ändern; aber gegenüber den vielfachen Verdächtigungen, als ob die Regierung einen Conflict suche, sei er veranlaßt diese Bemerkungen zu machen. Das Aufsehen, welches sie erregten, war groß; von so vielen Seiten bis weit nach links hin, selbst von Hoverbeck, war wiederholt ausgesprochen, daß man bei zweijähriger Dienstzeit die Umgestaltung sich gerne werde gefallen lassen; gab die Regierung also, wie es schien, in diesem Puncte nach, wenn auch erst für 1863, so war eine Verständigung möglich, ja wahrscheinlich. Die Sitzung wurde vertagt und die Regierung ersucht, zunächst im Ausschuß weitere Mittheilungen zu machen und eine Verständigung herbeizuführen. Aber die schöne Hoffnung erwies sich schnell als trügerisch. Roon hatte nichts weiter in Aussicht gestellt, als daß 1863 unter gewissen Bedingungen (Vermehrung der Unteroffiziere u. dgl.) kein Soldat über zwei Jahre im Dienst gehalten werden solle; auf eine gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit erklärte er aber

durchaus nicht eingehen zu können, und nur mit dieser gesetzlichen Regelung war doch der Mehrheit etwas gedient. Statt einer Verständigung war daher eine gesteigerte Reizbarkeit auf beiden Seiten die Folge der Enttäuschung. Die Berathung wurde wieder aufgenommen, wo sie abgebrochen war, und endete am 23. September mit dem Beschlusse, die 6 Millionen zu streichen; 308 Stimmen waren dafür, nur 11 dagegen, unter diesen Patow und die paar Conservativen des Hauses (Bethusy-Huc, Gottberg, Denzin).

Streichung der Reorganisationskosten.

Am folgenden Tage traten Fürst Hohenlohe und von der Heydt aus dem Ministerium aus: Herr von Bismarck war zur Uebernahme der Regierung in Berlin eingetroffen. Schon im März war die Frage, ihn an die Spitze der Geschäfte zu berufen, ernstlich erwogen worden; doch hatte er es vorgezogen, zunächst für einige Monate die Gesandtschaft in Paris zu übernehmen, um mit dem Kaiser Napoleon bessere Fühlung zu gewinnen. Er trat jetzt sofort den Vorsitz im Staatsministerium an und am 9. October an Bernstorffs Stelle auch die Leitung des Aeußern. Herr von der Heydt wurde durch den früheren Minister von Bodelschwingh ersetzt; auch der Handelsminister Holzbrink schied aus und machte dem Grafen Itzenplitz Platz, den als Minister für die Landwirthschaft am 9. December von Selchow ersetzte. An demselben Tage trat für den Minister des Innern v. Jagow Graf Eulenburg ein, der vor kurzem aus Japan zurückgekehrt war. Damit war das Ministerium der Conflictszeit vervollständigt; während der nächsten drei Jahre fand in seinem Bestande (Bismarck, Roon, Itzenplitz, Lippe, Mühler, Bodelschwingh, Eulenburg, Selchow) keine Veränderung statt.

Das Conflictsministerium.

Das Cabinet war vor allen Dingen darin einig, daß es den „unausführbaren" Beschlüssen des Abgeordnetenhauses gegenüber in der Nothlage sei, die Verwaltung für das laufende Jahr ohne Staatshaushaltsgesetz führen zu müssen. Um aber für das Jahr 1863 eine Regelung noch offen zu halten, um also die Hindernisse einer Verständigung nicht noch höher anschwellen zu lassen, zog Herr von Bismarck die Vorlage für 1863 bereits am 29. September zurück. Am nächsten Tage verhandelte er mit dem dafür niedergesetzten Ausschusse. Voll Mißtrauen aufgenommen erregte er durch seine offene und wie es schien verwegene Sprache noch größeres Mißfallen. Es klang wie Spott, wenn er einen Oelzweig vorzeigte, den er in Avignon gepflückt habe, um ihn als Friedenszeichen den Gegnern anzubieten; es klang wie frevelhafter Leichtsinn, wenn er erklärte, die deutsche Einheit könne nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse, wie man es 1848 und 1849 versucht habe, sondern nur durch Blut und Eisen hergestellt [w]erden. Man glaubte den alten Junker zu hören, wenn er von den [ca]tilinarischen Existenzen sprach, die auf den Umsturz in Preußen hin[ar]beiteten; aber was anders als Verstellung konnte es sein, wenn [di]eser selbe Junker die Vorliebe Preußens beklagte, eine Rüstung zu [tr]agen, die für seinen schmalen Leib zu groß sei, wenn er forderte, [da]ß es sich stärken müsse, um in diese Rüstung hineinzuwachsen. Die [gr]oße Umwandlung, die in ihm vorgegangen war, seit er als Bundes-

Bismarcks erstes Auftreten.

Feindselige Stimmungen.

tagsgesandter die tückische Feindschaft Oestreichs gegen sein geliebtes Preußen hatte kennen lernen, die gewaltigen Pläne, die er in seinem Kopfe trug und zu deren Ausführung er der starken Armee seines Königs unumgänglich bedurfte, selbst die mächtige Geisteskraft dieses Mannes, der den Meisten als das Urbild eines beschränkten, vorurtheilsvollen Junkers seit so manchem Jahre gegolten hatte, entzog sich den Blicken der Abgeordneten, denen er Vertrauen einzuflößen wünschte. Man glaubte in ihm einen großsprecherischen Prahler zu entdecken, der sich durch seine lauten Worte in seiner verzweifelten Lage selber Muth einflößen und leichtgläubige Seelen jenachdem ködern oder einschüchtern wolle. Ein Ende mit Schrecken war vorauszusehen. Im Grunde war es für die Sache der Freiheit ein Glück, daß solch ein Mann vom Könige berufen war. Jetzt brauchte man nicht mehr um einen langwierigen Conflict zu sorgen, sondern durfte einen jähen Bruch und einen schnellen Sieg der Verfassungspartei erwarten. Freilich, unersetzlichen Schaden konnte er Preußen vorher zufügen. Es mußte lange dauern, ehe das übrige Deutschland wieder Vertrauen zu einem Staate fassen konnte, in dem dieser Mann hatte ans Ruder gelangen können. Selbst die amtliche Karlsruher Zeitung sprach jetzt der preußischen Regierung jede Fähigkeit zur Führung Deutschlands ab. Die Gegner des kleindeutschen Programms erhoben kühner als seit Jahren ihr Haupt, und nutzten die Mißstimmung des Volkes durch die Gründung ihres großdeutschen Reformvereines geschickt aus. Bismarck konnte sich leicht überzeugen, daß alle Bemühungen seinen Gegnern einen richtigen Begriff von dem, was er wolle, beizubringen rein vergeblich seien. Die Zurückziehung des Budgets für 1863, die er als einen Waffenstillstandsvorschlag gemeint hatte und bezeichnete, beantwortete das Haus mit der Erklärung, daß alle Ausgaben, welche die Regierung ohne Staatshaushaltsgesetz leisten werde, verfassungswidrig seien. Ein Antrag Georg von Vinckes, der die Regierung aufforderte, sich bis zum Zustandekommen des ordentlichen Haushalts einen außerordentlichen Credit zu erbitten, ward mit großer Mehrheit abgelehnt, weil Bismarck erklärte, er werde diesem Antrage zwar nachkommen, aber ohne dessen Begründung anzuerkennen. Die letzte Brücke der Verständigung wurde endlich abgebrochen, als das Herrenhaus am 11. October den Staatshaushalt für 1862 in der Fassung des Abgeordnetenhauses verwarf und auf den Antrag des Grafen Arnim-Boytzenburg mit 114 gegen 44 Stimmen in der Fassung der ursprünglichen Regierungsvorlage annahm. Sein Ausschuß hatte ihm empfohlen, keins von beiden zu thun, sondern vorerst eine Zwischenverhandlung mit dem andern Hause anzuknüpfen. Bismarck selbst war es, der diesen sachlich richtigen Antrag zu Fall brachte. Augenscheinlich wollte er die Sitzungen des Landtags nicht gern noch verlängern; er bezeichnete den Ausschußantrag als nutzlos, was er ohne Zweifel auch war, und nur geeignet, die Gegensätze noch zu verschärfen. Der Beschluß aber, den das Herrenhaus auf Arnims Antrag nunmehr faßte, war offenkundig der Verfassung zuwider; denn nur der Haushalt, wie er von der zweiten Kammer genehmigt war, konnte der

Letzte Vermittlungsversuche.

Verfassungsbruch des Herrenhauses.

ersten vorgelegt und von ihr im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Die Erbitterung unter den Abgeordneten war daher groß. Alle Parteien mit Ausnahme des Häufleins der Conservativen traten sofort unter Schwerins Vorsitz zusammen und beschlossen in der nächsten Sitzung eine feierliche Verwahrung einzulegen. Bismarck hätte dies gern verhindert und erbat sich vom Könige die Ermächtigung schon andern Tags (am 13. October) den Landtag zu schließen. Aber der Präsident Grabow berief die Abgeordneten schon so früh zusammen, daß der Beschluß des Herrenhauses noch einhellig in namentlicher Abstimmung (die Conservativen entfernten sich) für null und nichtig erklärt werden konnte.

Schluß des Landtags.

Unter großer Erregung der Gemüther kehrten die Abgeordneten in ihre Heimat zurück. Jubelnder Empfang und zustimmende Erklärungen begrüßten sie allerwege. Den Vertretern Berlins ward in einer Adresse mit 40,000 Unterschriften die Billigung ihrer Wähler ausgesprochen. Aber auch die Regierung zeigte sich rührig. Unter den liberalen Abgeordneten waren nicht wenig Beamte; diese empfanden jetzt den Zorn der Minister; Bismarck meinte, es heiße sich lächerlich machen, wenn man sich diese Leute nicht vom Halse schaffte. Absetzen konnte man sie freilich nicht alle, aber es gab auch andre Arten der Maßregelung, wie wenn z. B. der Regierungsrath von Bockum-Dolffs, der Führer eines besonderen Theiles der Fortschrittspartei und Vorsitzende des Ausschusses für den Staatshaushalt, von Coblenz nach Gumbinnen verbannt wurde. Um den in ihrem Einkommen geschädigten Abgeordneten Ersatz zu gewähren, eröffnete der Wahlausschuß der Fortschrittspartei Geldsammlungen; die Polizei suchte dieselben eifrig zu verhindern, aber es kamen doch bis zum Schluß des Jahres etwa 75,000 Thaler ein, die als „Nationalfonds" für ihren Zweck zunächst vollkommen ausreichten. Indessen nicht blos durch Unterdrückung der entgegengesetzten Bestrebungen wollte die Regierung ihre Lage verbessern, sondern auch durch Belebung und Förderung der conservativen Partei. Nur dadurch, daß diese bisher so faul und feige gewesen sei und nicht einmal ihr Wahlrecht auszuüben sich bemüßigt habe, seien die schlechten Wahlen der letzten Jahre zu Stande gekommen, meinte der Minister von Roon. Alle Hebel wurden angesetzt, um diese Stumpfheit und Lauheit zu bekämpfen. Eine treffliche Handhabe bot der 1861 gestiftete preußische Volksverein, in welchem der vormalige Herausgeber der Kreuzzeitung, Justizrath Wagener, und Bismarcks vertrauter Jugendfreund Moritz von Blanckenburg eifrig arbeiteten; aus den Mitgliedern desselben, die auf über 26,000 angegeben wurden, bildete man sog. Loyalitätsdeputationen, Abordnungen die nach Berlin geschickt wurden, um den König der Treue seiner Unterthanen zu versichern und ihm für die Umformung des Heeres zu danken. Gradezu maßlos war die Sprache, in welcher dies geschah. Man klagte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses an, den Umsturz alles Bestehenden, die Vernichtung alles Heiligen in Staat, Kirche und Familie herbeizuführen; man sprach von bewußten Frevel und von dem Greuel des Abfalls. Nicht blos die Minister, sondern

Maßregelungen.

Nationalfonds.

Loyalitätsdeputation.

Der König. auch der König selbst hörten solche Adressen ruhig an und belobten die Ueberbringer. Der König versäumte Nichts, um seine Zufriedenheit mit dieser regierungsfreundlichen Bewegung kund zu geben und das Verhalten der Abgeordneten in scharfen Worten zu rügen. Die Führer derselben, deren allerdings nur wenige seien, beschuldigt er, daß sie mit vollkommenem Bewußtsein die starke Krone und das starke Heer, auf denen Preußens Wohlfahrt beruhe, zu untergraben trachteten; ein Parlamentsheer sei es, auf das sie es anlegten; die Verhüllung sei gefallen, und ihre Absichten lägen klar vor Augen. Daß der Monarch solche Worte nicht unbedacht und nicht mit leichtem Herzen sprach, dafür bürgte schon seine Vergangenheit; er glaubte wirklich die Umsturzbewegung des Jahres 1848 sei wieder in Fluß gekommen und es gelte, ihr mit allen Kräften Widerstand zu leisten. Die Lage des Staates machte ihm schweren Kummer. Traure ich denn nicht? Ich schlafe keine einzige Nacht! erwiederte er dem treuen Beckerath, als dieser ihm im November als Präsident des Handelstages die Münchener Beschlüsse überreichte und dabei dem Schmerze über die politische Lage Ausdruck gab. Und weit entfernt die freimüthige Rede des bewährten Mannes, der warm zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit sprach, ungnädig aufzunehmen, entließ er ihn mit der Versicherung: Nach dieser Unterredung schätze ich Sie um so mehr. Durch Wort und That suchte er dem weitverbreiteten Mißtrauen, als ob er jemals wissentlich und willentlich die Verfassung brechen könne, entgegenzuwirken; jeder Versuch, die preußischen Wirren etwa mit den kurhessischen in Vergleich zu stellen, wurde durch den verdoppelten Eifer, mit welchem Preußen in Cassel für die Verfassung von 1831 eintrat, durchschnitten; grade in diese Wochen fiel die drohende Sendung des Feldjägers, von der früher erzählt wurde. Besonders lebhaft pflegte die linke Seite der Fortschrittspartei darüber zu klagen, daß die Umformung des Heeres die Landwehr schädige und vernichte: der König bestimmte den Tag, an welchem die Landwehr 1813 begründet war, als denjenigen, an welchem die 50jährige Gedenkfeier der Freiheitskriege und die 100jährige des Hubertsburger Friedens begangen werden solle. Aber Wirkung übten alle diese Schritte nicht; sie schienen bedeutungslos gegenüber den rauhen Worten des Herrschers bei so manchem Anlaß und gegenüber der einen Thatsache, daß ein Bismarck sein Vertrauen, ein Bismarck'sches Regiment seinen Beifall genoß. Noch wurde hier und da ein Versuch gemacht, den König zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Die städtischen Behörden von Berlin, eine große Anzahl angesehener Rheinländer baten ihn einzulenken und den schweren Conflict zu enden. Aber seine Antworten ließen keine Hoffnung übrig, daß dies geschehen werde. Und so lagerte sich den eine dumpfe Mißstimmung über das Land, und traurig sah die gro Mehrzahl des Volkes in die Zukunft, die von keinem Hoffnung schimmer erleuchtet wurde.

Diese Mehrheit zu zersplittern und in eine Minderheit zu ve wandeln, gab es ein großes Mittel: eine glänzende auswärtige Polit Bismarck war entschlossen es anzuwenden, und nicht blos als Mitte

sondern als Selbstzweck. Aber es gab auch noch andre Wege, auf denen man der Partei, welche die öffentliche Meinung beherrschte, nahe kommen konnte. Diese Partei bestand in ihrem Kerne aus den wohlhabenden Bürgerclassen, sie hatte aber auch die Massen der Lohnarbeiter hinter sich. Kein Mitglied der Fortschrittspartei hatte sich um diese Bundesgenossenschaft größere Verdienste erworben als Schulze-Delitzsch, der in den Jahren der Reaction mit uneigennützigem Eifer und bedeutendem Erfolge die Handwerker und Arbeiter zur Gründung von Genossenschaften ermuntert hatte, um ihnen dadurch den billigeren Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen zu ermöglichen, die Erlangung von Vorschüssen zu erleichtern und einen Anreiz zum Sparen zu geben. Die Tausende, welche diesen Genossenschaften beigetreten waren und die segensreiche Wirksamkeit derselben an ihrem persönlichen Wohlstande verspürten, waren damit zugleich zu Anhängern der Fortschrittspartei geworden und warben ihr in ihren Kreisen und in den unteren Schichten der Bevölkerung Anhänger. Den Führern der Reaction war diese Thatsache keineswegs entgangen, und besonders der Justizrath Wagener hatte schon in den letzten Jahren eifrig daran gearbeitet, die kleinen Handwerksmeister in die Netze der Kreuzzeitungspartei zu locken, wobei ihm der Widerwille und das Mißtrauen, die in diesen Kreisen gegen die Gewerbefreiheit herrschten, gute Dienste leistete. Viel wichtiger aber war es, die eigentlichen Fabrikarbeiter von der Fortschrittspartei abwendig zu machen, und das konnte nicht wirkungsvoller geschehen, als wenn ihr Neid gegen die Besitzenden rege gemacht und ihr Glaube an die Kraft der Selbsthülfe erschüttert wurde. Es war nicht schwer einzusehen, daß die Genossenschaften, welche diese Selbsthülfe auf ihr Banner schrieben, wohl die Lage des Einzelnen verbessern, aber keineswegs den Unterschied zwischen Arm und Reich beseitigen konnten. Daß dies letztere überhaupt unmöglich sei, brauchte man den Arbeitern ja nicht zu sagen, und durfte hoffen, daß sie es selbst leicht vergessen würden, wenn ihnen trügerische Zukunftsbilder von Staatshülfe und allgemeinem Wohlstande vorgespiegelt würden. Allerdings schickte es sich für conservative Männer sehr wenig ein solches unredliches Spiel mit socialistischen Ideen zu treiben; aber es war auch keineswegs nöthig, daß sie selbst dabei in den Vordergrund traten; es genügte, wenn ihre Presse den Angriffen gegen die Fortschrittspartei, die aus solchen Anschauungen hervorgingen, ihre Spalten öffnete, und wenn einzelne dazu befähigte Männer die Verbindung mit den Führern der Arbeiterkreise pflegten. Die eigentliche Aufgabe, den Zersetzungsproceß der Fortschrittspartei einzuleiten, überließ man anderen Händen und begnügte sich selbst damit, vorsichtig nachzuhelfen, wo die Gelegenheit günstig war.

Die Fortschrittspartei und die Arbeiter.

Die Conservativen und die sociale Frage.

Die Hauptrolle in diesem Kampfe gegen den Liberalismus fiel einem Manne zu, der bis dahin nur durch seine radicalen Maßlosigkeiten, durch eine sehr anrüchige Proceßgeschichte und durch einige umfassende wissenschaftliche Arbeiten bekannt geworden war. Ferdinand Lassal, oder wie er sich später schrieb, um den jüdischen Klang seines Namens zu verwischen: Lassalle, hatte sich an den Bewegungen des

Ferdinand Lassalle.

Jahres 1848 als 23jähriger Jüngling auf der äußersten Linken betheiligt, war dann als gerichtlicher Beistand der Gräfin Hatzfeld in einem Ehescheidungsproceß aufgetreten und wegen Beihülfe zu einem Cassettendiebstahl zwar nicht verurtheilt, aber doch sehr blosgestellt worden, und hatte während der Reactionszeit und der neuen Aera sich mit philosophischen und juristischen Forschungen beschäftigt, die in zwei großen Werken über Herakleitos, den ionischen Philosophen, und über das Erbrecht zu Tage traten. Socialist, wie er stets gewesen war, hatte er bisher doch die Verdienste von Schulze-Delitzsch gern anerkannt und ihm, wie er einmal schrieb, im Geiste dafür mit Wärme die Hand gedrückt. Aber die lebhafte politische Erregung, die Aussicht auf gewaltige Stürme, die mit dem Ende der neuen Aera hereinbrach, lockte seinen unruhigen und eitlen Geist auf das Schlachtfeld, und da er mit seinem Scharfblick die Möglichkeit, eine ganz neue Partei auf der äußersten Linken zu bilden, schnell erkannte, so schloß er sich nicht der Fortschrittspartei an, sondern trat sogleich zu zu ihr in scharfen Gegensatz. Mehrere Vorträge, die er seit dem April 1862 in Berliner Arbeitervereinen gehalten, verfochten die Ideen, daß die höheren Classen kraft ihres persönlichen Interesses Feinde der Culturentwicklung seien, daß nur der Arbeiterstand die Sache der gesammten Menschheit vertreten könne, daß die preußische Verfassung keinen Werth habe, weil sie den bestehenden Machtverhältnissen widerspreche, daß die Volksvertretung sich jeder Thätigkeit enthalten solle, bis die Regierung nachgebe. Da er wegen dieser Reden gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurde, ließ er sie in der Schweiz im Druck erscheinen und lenkte dadurch und durch die Processe die Aufmerksamkeit unzufriedener Arbeiterschichten auf sich. Insbesondere veranlaßte ein Leipziger Schuster, Vahlteich, dem in dieser Zeit der Congresse und Vereine die Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitercongresses wünschenswerth erschien, seine Freunde dazu, sich von Lassalle ein Gutachten über die Arbeiterbewegung, von der in der That noch kaum etwas zu spüren war, zu erbitten. Lassalle kam der Einladung nach und entwickelte in einem gedruckten Gutachten Anfang 1863 die Ansicht, daß den Arbeitern nur zu helfen sei, wenn sie sich in eine politische Partei umwandelten, das allgemeine Stimmrecht durchsetzten und dann vom Staate sich eine Zinsgarantie, ähnlich wie sie bei Eisenbahnen üblich sei, für Productivgenossenschaften erwirkten, deren Gewinn gleichmäßig allen Theilhabern zu Gute kommen müsse. Diese Rathschläge fielen auf fruchtbaren Boden. Eine Versammlung von 4000 Arbeitern, die Vahlteich und sein Ausschuß in Leipzig veranstalteten, jubelte Lassalle zu, als er ihr die Lehre von dem ehernen Lohngesetz entwickelte, kraft dessen der Arbeiter unbeschadet geringfügiger Schwankungen stets nur so viel Lohn erhalte, wie zu seinem nothdürftigen Unterhalte erforderlich sei. Die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde am 23. Mai 1863 beschlossen, Lassalle selbst zum Präsidenten erwählt und durch die Gründung von Zweigvereinen dem neuen Bunde Bedeutung gegeben. Einzelne Männer bekannteren Namens, Achtundvierziger wie Rodbertus,

Der Leipziger Arbeitercongreß.

Der allgemeine deutsche Arbeiterverein.

Lothar Bucher, Wuttke, erklärten sich für die Bewegung; aber der einzige Leiter blieb Lassalle. Von Ort zu Ort zog er, um für seine Pläne den Boden zu bereiten; immer mehr erhitzte sich dabei sein lebhafter Geist, immer mehr berauschte sich seine Eitelkeit in den glänzenden Huldigungen, die seine Anhänger ihm darbrachten, immer leidenschaftlicher und grimmiger wurde seine Feindschaft gegen die herrschende Fortschrittspartei. Besonders erbittert war sein Kampf gegen die Presse, der er Haß und Verachtung, Tod und Untergang zuschwor. Auch mit der Staatsgewalt mußte er bei diesem Auftreten oft in Conflict gerathen; war es doch eine Hauptanklage, die er gegen den Fortschritt erhob, daß dieser keine Revolution wolle. Bald freigesprochen, bald verurtheilt, wurde er seiner Agitation doch durch wiederholte Gefängnißstrafen entzogen. Dem Vortheil, den die Regierung aus seinem Auftreten zog, geschah dadurch kein Abbruch; ihr genügte es, daß Lassalle dem Liberalismus werthvolle Kräfte raubte; daß er sie nicht unmittelbar in ihren Dienst stellte, war die nothwendige Vorbedingung des Gelingens. Herr der neuen Bewegung zu bleiben, schien nicht schwer zu sein, und unter allen Umständen war die Förderung für den Augenblick beachtenswerther als die Gefahr für die Zukunft. Lauter Jubel herrschte im conservativen Lager, wenn Lassalle die wunden Stellen der Fortschrittspartei für seine grimmigen Angriffe ersah, wenn er Schulzes Thätigkeit verhöhnte, seine wirthschaftlichen Lehren sophistisch verdrehte und verspottete, Mißtrauen und Haß gegen die Geldsäcke und gegen die Selbstsucht des herrschenden Bürgerthums aussäete. Und als er dann am 31. August 1864, im vierzigsten Jahre, in Genf der Kugel des wallachischen Bojaren Janko von Rakowitza erlag, mit dem ein Liebeshandel ihn in ein Duell verflochten hatte, da war das Bedauern über den Verlust des nützlichen Bundesgenossen in der Kreuzzeitungspartei wohl stummer, aber nicht weniger aufrichtig, als bei den Arbeitern, die in lärmenden Todtenfeiern förmlich Abgötterei mit dem dahingeschiedenen Führer trieben.

Lassalles Agitationsreisen.

Lassalles Tod.

Der Liberalismus seinerseits fühlte sich durch die socialistischen Umtriebe Lassalles nur wenig bedroht; er machte der conservativen Partei wohl bittere Vorwürfe darüber, daß sie in ihrer Presse mit dergleichen Hetzereien liebäugle und den Teufel an die Wand male, aber seine eigene Stellung im Volke galt ihm für unerschütterlich. Der Verlauf des ersten Landtages von 1863 mußte diesen Glauben bestärken. Das Land, so konnte der Präsident Grabow in seiner Eröffnungsrede am 14. Januar der Wahrheit gemäß sagen, war in dem Conflicte auf die Seite der Abgeordneten getreten. Eine natürliche Folge dieses Einklanges mit der Bevölkerung war, daß die Mehrheit des Hauses nicht von fern an eine Versöhnung mit der Regierung dachte, daß ihr einziges Augenmerk darauf gerichtet war, den König von seinen Ministern zu trennen und zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Mehr als 200 Mitglieder, an ihrer Spitze Professor Virchow und der vormals sächsische Minister von Carlowitz, beantragten in dieser Absicht eine Adresse an den Monarchen, die das volle Vertrauen

Der erste Landtag von 1863.

Adreßdebatte.

des Hauses in die Verfassungstreue des Königs aussprach, gleichwohl aber mit nackten Worten erklärte: die Verfassung sei durch die Minister bereits verletzt, da dieselben das schwere Uebel einer budgetlosen Regierung über das Land gebracht hätten. Das Haus sollte den König vor dem Rathe derer warnen, die ihre an sich ohnmächtigen Bestrebungen durch den Namen der königlichen Majestät zu decken und zu stützen bemüht seien. Das hieß nach Bismarcks Meinung nichts Anderes, als das Haus der Hohenzollern solle auf seine verfassungsmäßigen Rechte zu Gunsten des Hauses der Abgeordneten verzichten. So weit ist es noch nicht gekommen, rief er in der Adreßdebatte lebhaft aus; das preußische Königthum ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes, einen todten Maschinentheil in dem parlamentarischen Mechanismus zu bilden. Er mahnte ernstlich daran, daß das ganze Verfassungsleben eine Reihe von Compromissen sei, daß ohne solche Compromisse Conflicte entstünden, die zu Machtfragen würden und nicht durch das Recht entschieden werden könnten. Bei dem herrschenden Mißtrauen wurden diese Worte als eine Drohung mit dem Staatsstreich gefaßt, und der ehrliche Graf Schwerin warf entrüstet dem Minister vor, daß er den Satz predige: Macht gehe vor Recht. Vergebens erhob Bismarck sofort Einspruch gegen diese Verdrehung; man fand, daß Schwerins Worte die Sache mit dem rechten Namen bezeichneten, wenn der Minister sie auch in vorsichtiger Verhüllung nur angedeutet habe. Daß die Adresse angenommen werden müsse, daß Vinckes und Reichenspergers leidenschaftslosere Entwürfe durchfallen würden, stand schon vor der dreitägigen Debatte vom 27.—29. Januar fest; ebenso fest stand freilich, daß der König sich durch diese Vorstellung in seiner Ansicht nicht werde erschüttern lassen. Er lehnte den Empfang einer Deputation des Hauses ab und beantwortete am 3. Februar die Adresse, wie sie ihm ohne Vermittlung der Minister zugesandt war, auch ohne die Gegenzeichnung derselben. Eingehend wies er die Klagen der Abgeordneten zurück und rechtfertigte von seinem Standpunkt aus die budgetlose Regierung, die keine Verfassungsverletzung, sondern eine durch die zweite Kammer geschaffene Nothwendigkeit sei. Eine Verständigung herbeizuführen sei seinem Herzen Bedürfniß, aber durch Preisgebung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone und des Herrenhauses werde er dieselbe nicht erwirken.

Macht vor Recht.

Des Königs Antwort.

Mit dieser Zwiesprache war denn die Fruchtlosigkeit der neu begonnenen Session von vorn herein besiegelt; die Gesetzentwürfe, die von den Ministern vorgelegt oder im Hause selbst angeregt wurden, bestätigten diese Thatsache. Sie trugen zum großen Theil den Stempel an der Stirn, daß sie nicht in der Hoffnung durchgeführt zu werden sondern nur in dem Wunsche, die Gegensätze scharf zu bezeichnen eingebracht seien. So legte das Ministerium ein Wehrgesetz vor, das alle Grundzüge der Reorganisation, auch die hart angefochtene zweijährige Dienstzeit festhielt, oder es beantragte den Beamten, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses (und zwar überwiegend der Mehrheit) waren, die Kosten ihrer Stellvertretung aufzubürden. Die Fortschritts-

Fruchtlose Arbeiten.

Der all deutsch ter

partei andrerseits brachte ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, eine neue Kreisordnung, ein Gewerbegesetz ein, Alles Dinge, über die eine Verständigung ganz unmöglich war. Bei der Berathung des Haushalts für 1863 strich man dem Ministerium die geheimen Fonds trotz ihrer Geringfügigkeit; man schied die Kosten der Reorganisation wiederum von den übrigen Ausgaben für das Heer und erklärte die Minister mit ihrer Person und ihrem Vermögen haftbar für dieselben; man trat sodann, aber erst am 7. Mai, in die Berathung über das Wehrgesetz ein, das in dem Ausschusse bis zur Unkenntlichkeit verändert worden war.

Militärdebatte.

Diese Berathung sollte nicht zum Abschluß kommen. Schon im Verlauf der bisherigen Debatten war von beiden Seiten die Tonart, in der man zu einander redete, so heftig, die Wahl der Ausdrücke so rücksichtslos geworden, daß ein jäher Ausbruch persönlicher Gereiztheit leicht zu einer Katastrophe führen konnte. Mangel an Vaterlandsliebe, an Ehrenhaftigkeit, an Wahrheit waren den Ministern vorgeworfen; man hatte sie mit Seiltänzern und mit Don Quichotte verglichen; die Angegriffenen hatten hitzig geantwortet, auch selbst durch Spott die Gegner gereizt und weniger vielleicht durch bestimmte Ausdrücke, als durch ihre ganze Haltung sie zu kränken gesucht. Bismarck fand Gefallen daran, ihnen ihre Unkenntniß des jeweiligen Standes der auswärtigen Angelegenheiten bei jeder Gelegenheit vorzuhalten; er stellte einzelne seiner Gegner mit Männern wie Mazzini und Mieroslawski zusammen, um ihre Treue gegen den König zu verdächtigen; er erklärte ihnen, daß wenn er Krieg führen wolle, er es mit oder ohne ihre Zustimmung thun werde, und gab auf die Herausforderung, er solle das Haus doch auflösen, wohl die spitzige Antwort: das Land solle seine Vertreter erst noch besser kennen lernen. Für den Präsidenten Grabow und seine Stellvertreter, Berends von Danzig und den gemaßregelten Bockum-Dolffs, war die Handhabung der Ordnung unter diesen Umständen oft recht schwer, zumal die Minister ihnen das Recht absprachen, auch sie zur Ordnung zu rufen. Einmal war es bereits soweit gekommen, daß Berends drohte die Sitzung aufzuheben, wenn Bismarck in seinen Angriffen auf den Abgeordneten Unruh fortfahre; jetzt wiederholte sich am 11. Mai bei der Militärdebatte ein ganz ähnlicher Zank zwischen Bockum-Dolffs und dem Kriegsminister, der heftig den von Sybel erhobenen Vorwurf des Mangels an Patriotismus zurückgewiesen hatte. Der Vice-Präsident wußte sich nicht anders zu helfen, als dadurch, daß er die Sitzung schloß. Darauf erklärten die Minister schriftlich, sie würden solange nicht im Hause erscheinen, wie dasselbe für seinen Präsidenten das Recht beanspruche sie in ihrer Redefreiheit zu beschränken. In der That erhob das Haus diesen Anspruch zur Zeit nicht, sondern begehrte nur, daß der Präsident auch den Ministern in die Rede fallen dürfe; es wollte aber auf jenes weiter gehende Recht, das es sich in Wahrheit doch auch beilegte, nicht ausdrücklich verzichten, wie das Ministerium in einem zweiten Schreiben vom 16. Mai forderte und der König selbst in einer Botschaft vom 21. Mai gleichfalls verlangte. So stockten

Die Redefreiheit der Minister.

Königliche Botschaft.

Neue Adresse an den König.

die Geschäfte, und das einzige, was sich thun ließ, war eine Adresse an den König. Die Altliberalen wollten dieselbe ganz auf den vorliegenden Streitfall beschränken, übrigens auch mit der Erklärung, daß gedeihliche Verhandlungen zwischen dem gegenwärtigen Ministerium und dem gegenwärtigen Hause nicht mehr möglich seien. Die Fortschrittspartei aber war damit noch nicht zufrieden und mit 239 gegen 61 Stimmen setzte sie am 22. Mai ihren Entwurf durch, der unter Beifügung der stenographischen Berichte über die fragliche Sitzung mit der Beschwerde begann, daß dem Könige die Vorgänge vom 11. Mai nicht wahrheitsgetreu vorgetragen seien. Die Weigerung der Minister, ferner im Hause zu erscheinen, wurde als eine neue Verfassungswidrigkeit bezeichnet und nach lebhaften Klagen über die Vereinsamung, in der sich Preußen durch Schuld der Regierung in Deutschland, ja in Europa befinde, die Erklärung abgegeben, daß kein Mittel der Verständigung mit diesem Ministerium vorhanden sei, daß das Haus seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik ablehne, daß nur ein Wechsel der Personen und des Systems die Einigkeit zwischen Fürst und Volk, durch die allein Preußen stark sei, erhalten könne.

Antwort des Königs.

Des Königs Antwort vom 26. Mai war scharf und schneidig. Er vermißte trotz aller gegentheiligen Betheurungen in der Adresse die Bethätigung ehrfurchtsvoller Gesinnungen, versicherte, daß ihm die Vorgänge vom 11. Mai, sowie die Lage des Landes sehr wohl bekannt seien, unterzog die ganze Haltung des Hauses einer ins Einzelne gehenden Kritik, und bezeichnete die Forderung, daß er seine Minister wechseln solle, als den Versuch, eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Hauses der Abgeordneten anzubahnen; er wisse es den Ministern Dank, daß sie diesem Streben nach Machterweiterung entgegenträten, und hoffe mit Gottes Hülfe die sträflichen Versuche zu vereiteln, die auf Lockerung des Bandes zwischen Fürst und Volk gerichtet seien; zu fest sei sein Vertrauen in die Anhänglichkeit seiner Unterthanen, als daß es durch den Inhalt dieser Adresse erschüttert werden könne.

Schluß des Landtags.

Daß diese Antwort nicht von der Auflösung, sondern nur von der Schließung des Landtags begleitet war, konnte überraschen; allein es war für die Minister doch nur ein Gebot der Klugheit: Neuwahlen in diesem Augenblicke vorgenommen, hätten kein anders zusammengesetztes Haus ergeben können; um darauf hoffen zu dürfen, mußte die öffentliche Meinung erst noch anders beeinflußt sein. Man versuchte es mit der Einschüchterung. Auf Grund jenes Verfassungsartikels, welcher der Regierung in Abwesenheit der Kammern das Recht gab, dringende Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, erging vier Tage nach Schluß der Session, am 1. Juni, die sog. Preßordonnanz, welche den Verwaltungsbehörden die Vollmacht ertheilte, regierungsfeindliche Blätter nach zweimaliger Verwarnung sowohl wegen einzelner Artikel, wie wegen ihrer Gesammthaltung zu unterdrücken. Ein Schrei der Entrüstung durchflog das ganze preußische Volk; eine solche Nachbilderei napoleonischer Polizeiwillkür hatte man nicht erwartet, ein solches Ueberbieten der ärgsten Manteuffel-

Preß-ordonnanz.

schen Gewaltmaßregeln nicht für möglich gehalten. Der Kronprinz selbst hielt es für angemessen, auf einer Reise in Danzig zu erklären, daß er keinen Theil an den Rathschlägen habe, welche diese Verordnung herbeigeführt hätten; die bedeutendsten Zeitungen, besonders die Berliner, protestirten gegen den Gewaltact und erklärten ihn für verfassungswidrig; die städtischen Behörden von Berlin, Königsberg, Breslau und vielen anderen Städten baten den König durch Adressen und Deputationen um Rücknahme der Verordnung. Aber für solche Vorstellungen hatte der Monarch kein Gehör mehr; formell verfassungswidrig war der Schritt nicht gewesen und die Nothwendigkeit und Nützlichkeit hatte er vorher geprüft und anerkannt. So wurde das Verwarnungssystem denn in Anwendung gebracht und zuerst an den sechs protestirenden Zeitungen erprobt. Die schweren Geldverluste, mit denen die Unterdrückung eines Blattes den Verleger bedrohte, thaten bald ihre Wirkung; die Minister hatten wohl von vorn herein darauf gerechnet, daß die Verwarnungen ausreichen würden, um die allzu heftige Opposition zu ertödten. Aber darin hatten sie sehr geirrt, wenn sie glaubten, mit der Knebelung der Presse auch die öffentliche Meinung zu knebeln. Erregt wie diese einmal war, hielt sie den Ingrimm, der sie beherrschte, auch ohne die tägliche Nahrung, die ihr sonst die Zeitungen zuführten, fest, ja sie vergiftete sich mehr und mehr, und die allgemeine Verehrung, die man einst dem Könige entgegentrug, wandelte sich nicht allein in das Gegentheil um, sondern artete in völlige Verkennung des Charakters und der Beweggründe des Fürsten aus. Vollends der Befehl, den die städtischen Behörden empfingen, bei Androhung harter Strafe keine politischen Berathungen zu pflegen, die Abweisung ihrer Deputationen, die Zurücksendung ihrer uneröffneten Adressen, lenkten die Mißstimmung wie geflissentlich grade gegen die Person des Königs. Es kam soweit, daß die Stadtverordneten von Berlin beschlossen, in Zukunft überhaupt von Adressen an den Monarchen und seine Familie abzusehen, daß sie beim Tode des Prinzen Friedrich am 31. Juli in der That die übliche Beileidsbezeugung unterließen, daß selbst kleinere Städte durchreisenden Prinzen, sogar dem Kronprinzen jede feierliche Begrüßung versagten. Den Abgeordneten hingegen ward überall ein rauschender Empfang bereitet, und besonders die freisinnigen Bürger Cölns veranstalteten am 18. und 19. Juli ein großes Fest, zu dem sie das Präsidium des Abgeordnetenhauses und die liberalen Vertreter der westlichen Provinzen einluden, und das die Regierung in der Hauptsache nicht zu stören wagte.

Tiefe Erbitterung der öffentlichen Meinung.

Oestreich und der Fürstentag.

Die nationale Partei außerhalb Preußens.

Schwer litten unter diesen inneren Wirren Preußens besonders seine Anhänger im Reich. Wie konnten sie noch ihr Haupt erheben gegenüber dem höhnischen Triumphgeschrei, das die Großdeutschen einmüthig anstimmten, als König Wilhelm so von rücksichtsloser Hand jedes Band zwischen sich und der Nationalpartei durchschneiden ließ.

Gewiß blieben die Männer, welche nur von Preußen die Einigung Deutschlands erwarteten, ihrer Ueberzeugung auch jetzt noch treu; aber mit tiefem Kummer sahen sie die Hoffnung naher Erfüllung wieder in weite Ferne schwinden; die Arbeit der letzten Jahre schien umsonst, eine neue Reaction war hereingebrochen. Schritt für Schritt, so klagte schon Ende Mai der Ausschuß des Nationalvereins, ist die preußische Regierung von ihrer Aufgabe zurückgewichen bis zu dem Puncte, auf dem wir sie heute erblicken: nicht als den Schirmherrn, sondern als den gefährlichsten Widersacher der nationalen Interessen. Wenn die jetzigen Leiter Preußens ihre Hand nach der Herrschaft Deutschlands ausstrecken wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen solche Vermessenheit dem Nationalvereine begegnen.

Der Nationalverein.

Die liberalen Regierungen.

In der rathlosesten Lage befanden sich die kleinen Regierungen, welche offen und muthig für die preußische Spitze eingetreten waren: Baden, wo der Freiherr von Roggenbach das Aeußere leitete und Mathy seit etwa Jahresfrist den Finanzen vorstand; Coburg, Oldenburg, Weimar, Waldeck, deren Fürsten treu zu Preußen gestanden und die Mißbilligung ihrer mächtigeren Collegen geduldig ertragen hatten. Noch einmal war ihnen das beschämende Gefühl aufgedrungen, daß ihr vertrauensvolles Entgegenkommen, ihre Bereitwilligkeit zu Opfern an ihrer Souveränität bitter getäuscht ward. Die Landtage in diesen und anderen Staaten faßten ausdrückliche Beschlüsse, um die preußischen Abgeordneten ihrer Sympathie zu versichern; hier und da verwahrte sich auch wohl einer gegen den Abschluß einer Militärconvention gleich der coburgischen, die man vor Jahresfrist noch freudig begrüßt haben würde; nur in der Zollvereinsfrage war das Interesse stärker als die Abneigung gegen Bismarck, und nach dem Vorbilde des preußischen Landtags erklärten sich die Kammern in Cassel, Darmstadt, Wiesbaden und anderer Orten für die Annahme des Handelsvertrags. Auf die widerspenstigen Regierungen machte das jedoch keinen Eindruck und die mächtigste derselben, die bairische, erfreute sich sogar der Zustimmung der Landesvertretung; nur wenig über dreißig Stimmen kamen darin überein, die Sprengung des Zollvereins für ein Nationalunglück zu erklären, und selbst von diesen wünschte die Mehrheit nicht die unveränderte Annahme des Vertrags. Andrerseits war freilich Preußens Haltung zu entschieden, als daß Baiern sich mit der Hoffnung sie zu erschüttern hätte schmeicheln können. Vergebens bemühte es sich auf der Generalzollconferenz, die im Juni in München stattfand, wenigstens eine Antwort auf Oestreichs Antrag, in den Verein aufgenommen zu werden, zu erwirken; die Conferenz ging ohne solche Antwort aus einander und eine Annäherung der feindlichen Standpuncte war in keiner Weise erreicht worden.

Der Handelsvertrag.

Innere Lage der einzelnen Bundesstaaten.

Auf die innere Lage der einzelnen Bundesstaaten waren die preußischen Wirren im Ganzen ohne Einfluß. Allerdings verpflanzte sich die preußische Fortschrittspartei, die sich ja von vorn herein die deutsche genannt hatte, über die Grenzen in benachbarte Staaten. In Kurhessen, Nassau, Hessen-Darmstadt, den thüringischen Fürsten-

thümern, den Hansestädten und hier oder da sonst hatte sie sogar die Mehrheit in den Landesvertretungen; in Hannover, Sachsen und Baiern aber blieb sie bei den Wahlen in der Minderheit; Lippe-Detmold erlebte das ergötzliche Schauspiel, daß sein Fürst die Bildung einer solchen Partei verbot. Im Allgemeinen konnte man aber die Beobachtung machen, daß es für die Regierungen einen Reiz gewann, sich liberal und national zu bezeigen, seit Preußens freisinnige innere Politik rückläufig geworden war. Für die Strömung der Zeit war es doch höchst bezeichnend, daß eigentlich kein deutscher Fürst oder Minister es wagte, die bestehende Bundesverfassung für genügend auszugeben, daß sie alle Besserungen und Vervollkommnungen als nöthig anerkannten. Die innere Gesetzgebung hatte fast überall in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte gemacht; Preß- und Vereinsgesetze waren vieler Orten umgearbeitet, die Gewerbefreiheit hatte einen wahren Siegeszug durch die meisten Staaten angetreten. Der alte Polizeidruck war zwar nicht gänzlich geschwunden, aber mit den früheren ließen sich die jetzigen Zustände doch höchstens in Nassau vergleichen; selbst Männer wie Beust oder Dalwigk hatten die Segel bedeutend eingezogen, und wenn man noch über ihre Verfolgungssucht klagte, so geschah es aus Anlässen, die vor wenigen Jahren für verhältnißmäßig unbedeutend gegolten hätten. Herr von Borries war sogar völlig vom politischen Schauplatze abgetreten. Den Anstoß dazu hatte die heftige Bewegung gegen den neuen Katechismus gegeben, mit dem der blinde König sein Volk zur Feier der Confirmation des Kronprinzen am 14. April 1862 beschenken wollte. Man war in Hannover durch das Jahrzehnt der Reaction fast mehr noch als in Preußen daran gewöhnt worden, religiöse Engherzigkeit mit politischer Verfolgungssucht im innigsten Bunde zu sehen; das Königspaar liebte es, seine streng-lutherische Denkweise bei jeder Gelegenheit zur Schau zu tragen und die Herrschaft des angestammten Welfenhauses als einen ganz besonderen Ausfluß der göttlichen Gnade für das hannoversche Land hinzustellen. Der König gefiel sich in einer beinahe theokratisch-patriarchalischen Auffassung seiner Stellung zum Volke, und betrachtete die Entwicklung der Wohlfahrt des Landes nicht sowohl als seine Pflicht, wie als ein Mittel zu lohnen oder zu strafen. Er konnte seiner getreuen Stadt Emden ganz unbefangen androhen, daß er seine Zustimmung zu der Verbesserung der Hafenschleuse, die allerdings nothwendig sei, nicht geben werde, wenn die Bürger sich fernerhin noch den Bestrebungen des Nationalvereins geneigt erwiesen. Dem armen Manne, dem seine Blindheit es so schwer, ja unmöglich machte, die Dinge in ihrem wahren Lichte zu sehen, grollte man wegen solcher Verkehrtheiten wohl weniger als seiner Umgebung, und lange war bei der gemächlichen Denkart des niedersächsischen Stammes die hergebrachte Regierungsweise geduldig hingenommen. Der neue Katechismus war aber mit seinen Teufelsentsagungen und katholisirenden Lehren von der Beichte ein gar zu starkes Stück. Dem Unwillen, der darüber im ganzen Lande gährte, gab Mitte Juli der Prediger Baurschmidt in Lüchow durch eine kleine Schrift unter dem Titel:

Fortschritte zum Besseren.

Der hannoversche Katechismusstreit.

Prüfet Alles! den ersten öffentlichen Ausdruck. Sechs Auflagen innerhalb vier Wochen und eine Flut von Gegenschriften gaben Zeugniß von der Wirkung des Heftchens, und als das Consistorium in Hannover den Missethäter zur Verantwortung vorlud, machte sich die Volksstimmung in lärmenden Auftritten Luft. Der König wurde stutzig über diese Zeichen der Unzufriedenheit, nahm den Befehl zur zwangsweisen Einführung des Katechismus zurück, und entließ am 21. August den Grafen Borries; Ende des Jahres folgten ihm seine meisten Collegen, und während der Graf Platen-Hallermund die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten behielt, übernahm Herr von Hammerstein das Innere, Windthorst die Justiz und Lichtenberg den Cultus. Die kirchliche Frage war inzwischen von dem freier denkenden Theile der Geistlichkeit wesentlich erweitert worden. In einer Zusammenkunft in Celle hatten etwa 50 Pfarrer am 7. October die Forderung einer Synodalverfassung erhoben, und das Ministerium, geschreckt durch die Ankündigung einer zweiten größeren Versammlung, lenkte ein und verhieß am 21. November die Berufung einer Vorsynode. Nachdem ein Ausschuß die nöthigen Vorbereitungen getroffen hatte, trat diese denn auch am 6. October 1863 zusammen und brachte glücklich eine zwischen beiden Richtungen vermittelnde Synodalordnung zu Stande. Damit war übrigens das Interesse der Liberalen an diesem kirchlichen Streite erschöpft und statt den eroberten Boden zu verteidigen, ließen sie durch laue Betheiligung an den Wahlen die Synode sofort zum unbestrittenen Herrschaftsgebiete der Orthodoxen werden.

Borries Sturz.

Synodalordnung.

In der deutschen Politik Hannovers trat mit dem Ministerwechsel doch auch ein gewisser Umschwung ein; ihr leitender Gedanke war und blieb zwar Feindschaft gegen Preußen und Anlehnung an Oestreich: um Preußen zu ärgern und Oestreich gefällig zu sein, schloß sich der König, der so eifersüchtig über dem Vollbesitz seiner Souveränität wachte, sogar den Reformbestrebungen an, die der Kaiserstaat in Frankfurt befürwortete, und sträubte sich gegen den französischen Handelsvertrag trotz der Forderungen seines Landes und trotz der Gefahr für den Zollverein. Aber die liberale Strömung, die in Oestreich jetzt obenauf war, und der reactionäre Zug, der die preußische Regierung leitete, brachte doch eine leichte Aenderung wenn nicht in den Herzensneigungen, so doch in der politischen Haltung des welfischen Königs hervor, und bei mehr als einer Gelegenheit trennte sich Hannover am Bunde von den Mittelstaaten und hielt zu Preußen, gleichviel ob dies für oder gegen Oestreich stand.

Oestreich.

Oestreich hatte in der That seit dem italienischen Kriege völlig neue Bahnen betreten. Schwere Erfahrungen hatten den Kaiser von den beengenden Anschauungen befreit, die ihm anerzogen waren, und die in den ersten Jahren seiner Regierung durch den trügerischen Schein der Macht und Sicherheit, deren seine Länder sich zu erfreuen schienen, nur noch fester eingewurzelt waren. Es hatte der ernsten Lehren des Jahres 1859 bedurft, um ihn über die wahre Lage Oestreichs aufzuklären und ihn erkennen zu lassen, daß die alte Monarchie

Franz Joseph.

in jähem Laufe ihrem Untergang entgegeneilte. Auch jetzt konnte er sich nicht mit einem Schlage von alle den Vorurtheilen losreißen, die ihm so lange als lautere Wahrheit gepredigt waren. Aufrichtiger Katholik, wie er war, brachte er es nur schwer und nicht ohne Rückfälle über sich, die Verkehrtheit der Concordatspolitik sich einzugestehen; zur Krone gelangt inmitten der wilden Wirren des Revolutionsjahres, konnte er nur langsam volles Vertrauen zu der Heilsamkeit des Verfassungsregimentes gewinnen; umgeben und bedroht von unabhängigkeitsdurstigen Völkern und Völkchen, fand er nicht leicht die Grenze, die sein berechtigtes Streben nach Erhaltung der Staatseinheit von der unberechtigten Unterdrückung lebensfähiger Nationalitäten und von der eigensüchtigen Einmischung in die Entwicklung der benachbarten Staaten schied. Aber wenn seine Lehrzeit noch nicht beendet war, so hatte er doch Großes gelernt; er hatte dem alten Regierungssysteme entschlossen den Rücken gekehrt und, ohne ein klares neues Programm schon fest zu ergreifen, doch tastende Versuche auf dem richtigen Wege begonnen und jedenfalls den schnellen Verfall des Reiches gehemmt. Das Oestreich von 1863, darüber war kein Zweifel erlaubt, stand ganz anders da als das von 1859.

Brucks Pläne und Sturz.

Was dem Kaiser fehlte, um sicherer und schneller die rettende Bahn zu beschreiten, waren Rathgeber von überlegener Einsicht und Entschlossenheit. Nur einen solchen, der die neuen Aufgaben klar erkannte, hatte Franz Joseph, als er nach seinen Niederlagen auf Reformen sann, sich zur Seite, und diesen einen, der Protestant und Freihändler und bürgerlicher Herkunft war, den Freiherrn von Bruck, bekämpften tausend feindliche Einflüsse in seiner Wirksamkeit. Die Vorschläge, welche er im Sommer 1859 dem Kaiser empfahl, liefen auf die Herstellung einer parlamentarischen Verfassung mit ausgedehnter Selbständigkeit der Provinzen und Gemeinden, auf Befreiung des Handels und Verkehrs und Gleichberechtigung aller Bekenntnisse, auf völlige Umwandlung der äußeren Politik und eine liberale Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung hinaus. Zu solch einem Sprunge konnte der Monarch sich nicht sofort entschließen; Einzelheiten des Programms wurden angenommen; aber ehe noch die wichtigeren und maßgebenden Puncte ernsthaft angefaßt waren, ward Bruck dem Staate auf tragische Weise entrissen. Eine große Anleihe von 200 Millionen Gulden, die er im März 1860 ausschrieb, wurde nur zum dritten Theile gezeichnet; das erschütterte seine Stellung so völlig, daß es seinen Gegnern gelang, ihn auch in Bezug auf seinen Charakter bei dem Monarchen zu verdächtigen. Es schwebten eben damals eine Reihe von Processen gegen Männer der vornehmen Gesellschaft, den General Eynatten, den Bankdirector Richter u. A., die beschuldigt und überführt wurden, den Staat bei den Lieferungen für die Armee im letzten Feldzuge schmählich betrogen zu haben. Bruck war mit ihnen befreundet, jetzt sollte er auch ihr Mitschuldiger gewesen sein. Es ward ihm unter die Hand gegeben, seine Entlassung zu fordern, und kaum hatte er diese in kalten Ausdrücken empfangen, als man erfuhr, daß er sich am 23. April (wie einige

Wochen früher Eynatten) selbst entleibt habe. Voreilig bezeichnete ihn sogar die amtliche Zeitung darauf als Mitbeschuldigten, und erst ein Jahr später sprach der Kaiser selbst in einem Handschreiben an die Wittwe die völlige Grundlosigkeit dieser Verdächtigungen aus.

Finanzreformen.

Daß es Bruck mit seinen Reformplänen ernst sei, bewies er unzweifelhaft durch die Maßnahmen in seiner eigenen Verwaltung, dem Finanzministerium. Er begann damit eine Sünde einzugestehen, die Jahre lang sorgfältig verhüllt war: bei der letzten Anleihe von 1854 waren 111 Millionen über die geforderten 500 gezeichnet, und die Regierung hatte sie stillschweigend mit eingezogen und mit verausgabt. Um solchen Mißbräuchen künftig vorzubeugen, ward im December ein Ausschuß zur Ueberwachung des Staatsschuldenwesens eingesetzt; ein zweiter ward berufen, um über die Herstellung des Gleichgewichts im Budget zu berathen. Auch für die Befreiung des Verkehrs ward ein bedeutsamer Schritt noch vor Schluß des Jahres durch den Erlaß eines Gewerbegesetzes gethan, das wesentlich auf dem Grundsatz der Gewerbefreiheit aufgebaut war. Aber von solchen Reformen konnte man doch nur allmälige Besserungen der Finanzen erwarten. Die ungeheure Staatsschuld, die 1857 schon 2400 Millionen Gulden betragen hatte, wuchs von Jahr zu Jahr durch das unvermeidliche Deficit, das 1859 bis auf 280 Millionen gestiegen war, während bei einzelnen Steuern die Rückstände dieses Jahres bedeutender waren als die Einkünfte. Nur nach und nach konnte durch verständige Reformen auf allen Gebieten diesen Finanznöthen abgeholfen werden.

Die übrigen Ministerien.

In den meisten Verwaltungszweigen merkte man aber davon zunächst nur wenig. Die freudig begrüßte Ernennung des früheren Gesandten in Paris, Baron Hübner, zum Polizeiminister, und die freisinnige Behandlung, die er der Presse zu Theil werden ließ, waren kurze Lichtblicke; schon nach zwei Monaten trat an Hübners Stelle der Freiherr von Thierry, ein Mann von altem Schnitt. Als Minister des Innern war gleichzeitig mit Hübner, am 22. August 1859, der Graf Goluchowski eingetreten, während sein Vorgänger von Bach als Gesandter zum Papste ging. Die Aenderung, die dadurch herbeigeführt ward, konnte nicht bedeutend genannt werden; es erfolgten einige Verbesserungen in der Verwaltung; auch wurden in allen Landestheilen Ausschüsse berufen, um Vorschläge wegen einer neuen Gemeindeverfassung zu machen; aber die aristokratischen Gesinnungen des Ministers ließen nicht viel von seinem Reformeifer erwarten. Kirche und Unterrichtswesen waren noch schlimmer daran: sie blieben unter der Leitung des Concordatsministers Grafen Thun, und aus dessen Händen mußte selbst ein gutes Gesetz verdächtig erscheinen. Seit dem Erlasse des Concordats erwarteten die Protestanten Oestreichs, vorzugsweise also die Ungarns, die ja weitaus am zahlreichsten waren, eine gesetzliche Regelung ihrer Stellung. Daß dies nicht ohne ihre Mitwirkung und Zustimmung erfolgen werde, galt ihnen dabei als selbstverständliche Forderung. Auch war in der That schon 1856 den Kirchenvertretungen ein Entwurf zur Begutachtung zugegangen, von dem die Stimmen liberaler deutscher Theologen

rühmten, daß er den freisinnigsten deutschen Kirchenordnungen gleichkomme; bei den Ungarn hatte er trotzdem keinen Beifall gefunden, sie hatten zahlreiche Ausstellungen gemacht, und so war es für sie denn eine unangenehme Ueberraschung, als derselbe mit geringen Veränderungen am 1. September doch als Protestantenpatent für Ungarn vom Kaiser erlassen wurde. Sofort ertönten aus allen Gegenden des Landes die lebhaftesten Verwahrungen; die durch das Patent aufgelösten alten Kirchenvertretungen versammelten sich und widersetzten sich den kaiserlichen Befehlen. Entschlossen, das nicht zu dulden, strengte die Regierung Processe gegen die Widerspenstigen an; aber das Märtyrerthum der Verurtheilten steigerte nur die Aufregung und der Kaiser selbst wurde bedenklich und machte einem der angesehensten ungarischen Protestanten, dem Baron Vay, Versprechungen, die er dann doch unter dem Einflusse Thuns wieder zurücknahm. Bis zum 31. März 1860 sollten alle Gemeinden Augsburgischen Bekenntnisses nach dem neuen Patent sich organisirt haben, widrigenfalls ihnen die Entziehung des Wahlrechts zur Landessynode angedroht war; aber als der bestimmte Tag herankam, hatten nur 226 Gemeinden mit etwa 300,000 Seelen sich unterworfen, 333 mit 540,000 Angehörigen beharrten auf ihrer Weigerung. Dieser Widerstand war um so bedenklicher, als er das Land auch gegen die anderen Reformen, welche die Regierung betrieb, aufregte, und so entschloß sich der Kaiser denn, um nicht auch diese zu gefährden, von dem Protestantenpatente abzustehen und dasselbe am 15. Mai ausdrücklich zu widerrufen.

Das Protestantenpatent.

Diese anderen Reformen sollten in der Umwandlung des bisherigen rein bureaukratischen Reichsrathes in eine Art parlamentarischer Körperschaft gipfeln. Es war die Absicht der Regierung, in allen Kronländern jene ständischen Verfassungen jetzt wirklich einzuführen, die Anfang 1850 erlassen und dann einfach bei Seite gelegt waren; aus der Mitte dieser Stände und zwar auf Vorschlag derselben dachte der Kaiser 38 Abgeordnete zu einem verstärkten Reichsrathe zu berufen und von diesem den Staatshaushalt und die wichtigeren Gesetze berathen zu lassen. Der natürliche Weg würde nun der gewesen sein, mit der Berufung der Landesvertretungen zu beginnen und den Zusammentritt des Reichsrathes bis zum nächsten Jahre zu verschieben; allein grade des Reichsrathes bedurfte man bei der schlimmen Finanzlage am dringendsten, und weil man ihn auf dem bezeichneten Wege diesmal noch nicht schaffen konnte, so verkündete dasselbe kaiserliche Patent, das ihn am 5. März 1860 ins Leben rief, auch: daß der Kaiser die Mitglieder das erste Mal selbständig ernennen werde. Die große Frage war nun die, ob in Ungarn Männer von Ansehn sich bereit finden würden, eine solche Ernennung anzunehmen. Durch die Beseitigung der Zerstückelung des Landes in fünf Statthaltereien, durch die Ernennung Benedeks zum Generalgouverneur des ganzen Königreiches, durch das Versprechen, die alte Comitatsverfassung wieder herzustellen und sobald dies geschehen die Berufung eines Landtags vorzubereiten, Alles Verfügungen, die

Der Reichsrath.

am 19. April veröffentlicht wurden, glaubte man in Wien genügendes Entgegenkommen bezeigt zu haben; aber man vergaß dabei die fortdauernde Erbitterung über das Protestantenpatent, und erst als drei der Ernannten, Eötvös, Bay und Somsich, Anfang Mai die Ehre ablehnten, entschloß sich der Kaiser das Patent aufzuheben.

Die Parteien im Reichsrath.

Nun traten in der That alle Berufenen, unter ihnen Andrassy, Apponyi und Szecsen, in den verstärkten Reichsrath ein; aber es geschah unter der feierlichen Erklärung, die sie gleich in der ersten Sitzung am 31. Mai abgaben, daß sie sich nicht als Vertreter Ungarns ansähen, dessen historische Rechte sie ausdrücklich wahrten, sondern daß sie zu der Betheiligung nur durch die Hoffnung bewogen würden, die Weisheit des Monarchen habe in dem Reichsrathe den Ausweg gefunden, um von den bestehenden Ausnahmezuständen zu einer Befriedigung der Ansprüche Ungarns überzuleiten. Aehnliche Hoffnungen verbanden auch die Vertreter der verschiedenen slawischen Kronländer mit ihrem Eintritt in den Reichstag und so fand sich bald eine slawisch-magyarische Mehrheit, die durch einige Deutsche vom hohen Adel noch vergrößert wurde, gegenüber einer deutschen Minderheit zusammen. Ihre ersten Kämpfe hatten diese beiden Parteien in dem Einundzwanziger-Ausschuß durchzukämpfen, der zur Berathung des Staatshaushaltes niedergesetzt war. Da die Verhandlungen desselben sich in tiefes Geheimniß hüllten und selbst die Schlußanträge der Mehrheit wie der Minderheit der Oeffentlichkeit entzogen wurden, so verflossen die nächsten Monate, ohne daß man von dem Reichsrathe viel erfuhr; nur die außerordentliche Sitzung, die der präsidirende Erzherzog Rainer am 19. Juli berief, erregte lebhafteres Interesse, weil in ihr der Entschluß des Kaisers verkündet wurde, dem Reichsrathe in Steuer- und Anleihesachen statt der berathenden eine beschließende Stimme zu geben.

Mehrheits- und Minderheits-Gutachten.

Die Hauptarbeit und damit auch das Hauptinteresse drängte sich für den Reichsrath auf die letzten Tage seiner Existenz zusammen, in denen die Schlußanträge des Finanzausschusses zur Verhandlung kamen. Clam-Martinitz verfocht als Berichterstatter die Ansichten der Mehrheit, der Advocat Hein, der spätere Justizminister, die der Minderheit. Beide waren einig in der Erklärung, daß die bisherige Verfassung der Monarchie das öffentliche Vertrauen und daher auch die Finanzkraft des Staates erschüttert habe; beide forderten Maßnahmen gegen die Erschlaffung des öffentlichen Geistes, die lähmend und vernichtend auf die moralische Kraft der Staaten wirke. Aber während die Mehrheit dann das Heilmittel in der Anerkennung der historisch-politischen Besonderheit der einzelnen Kronländer fand und deren Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung unter möglichster Anlehnung an die früheren Rechtszustände forderte, scheute die Minderheit vor solchen Zugeständnissen auf Kosten der Reichseinheit und einer starken Reichsgewalt zurück und empfahl dem Kaiser, aus eigener Machtvollkommenheit Einrichtungen zu schaffen, die bei möglichster Entwicklung des Selbstverwaltungsrechtes doch auch die Einheit des Reiches und die Kraft der Regierung genügend verbürgten. Die größere Stimmenzahl und also der Sieg

war der Ausschußmehrheit von vorn herein gesichert, aber ein heißer Kampf, der fünf Tage dauerte, mußte doch erst ausgefochten werden, ehe am 27. September der Antrag der Mehrheit mit 35 gegen 16 Stimmen genehmigt wurde. Schroff standen sich die beiden Hälften des Reiches gegenüber: aus den Ländern jenseits der Leitha war nur ein deutscher Siebenbürge und der Vertreter der Woiwodina bei der Minderheit; aus den Ländern diesseits der Leitha gehörten nur die Tschechen und einige hochadlige Herren wie Fürst Colloredo oder Graf Wolkenstein der Mehrheit an. Die ganze Schwierigkeit der Lage schien in diesem Gegensatze ausgedrückt zu sein, und doch war sie es eigentlich noch nicht; denn die beiden Gruppen, welche sich feindlich gegenüber standen, waren jede in sich selbst nur durch den Gegensatz zu der andern geeinigt, und die Programme welche sie aufstellten, weit davon entfernt, praktisch ausführbar zu sein, vertuschten nur durch allgemeine Redewendungen die Puncte, über welche man sich nicht verständigen konnte.

Das October-diplom

Gleichwohl mußte eine Entschließung auf Grund des Mehrheits- oder des Minderheitsgutachtens jetzt gefaßt werden; sie erging in dem Diplom vom 20. October. Der Kaiser erklärte es darin für seine Regentenpflicht, die Erinnerungen, Rechtsanschauungen und Rechtsansprüche seiner Völker mit den thatsächlichen Bedürfnissen der Monarchie ausgleichend zu verbinden und für eine Verfassung zu sorgen, die einerseits dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein und der bestehenden Verschiedenheit der einzelnen Kronländer, und andrerseits den Anforderungen, die man an den kräftigen, unzertrennlichen Verband der Gesammtmonarchie stellen müsse, entspreche. Den Ungarn wurde demgemäß die Erneuerung ihrer alten Verfassung, den übrigen Völkern der Erlaß neuer Landesordnungen verheißen; für gemeinsame Angelegenheiten ward der auf 100 Mitglieder verstärkte Reichsrath berufen, dessen nichtungarische Mitglieder der Kaiser auch noch gesondert zur Mitwirkung bei solchen Gesetzen, die alle Länder außer Ungarn beträfen, heranzuziehen sich vorbehielt. Die Ministerien des Inneren, des Cultus und der Justiz wurden aufgehoben und der bisherige Minister des Innern Goluchowski als Staatsminister mit der Verwaltung der cisleithanischen Länder betraut; für Ungarn und Siebenbürgen wurden sogenannte Hofcanzleien wiederhergestellt, und die ungarische dem Baron Vay übertragen.

Aufregung in Ungarn.

Während nun Goluchowski die Landesverfassungen, die Bach einst entworfen hatte, mit geringen Aenderungen veröffentlichte und dadurch großes Mißtrauen gegen den Ernst der constitutionellen Reformen hervorrief, begannen die Ungarn mit ungezügeltem Eifer ihre wieder gestatteten Comitatsversammlungen abzuhalten und überall die Beamten zu erwählen, welche an Stelle der bisherigen kaiserlichen Behörden Verwaltung und Gericht übernehmen sollten. Vergeblich mahnten der Hofcanzler und der Fürst-Primas von Ungarn, der Erzbischof von Gran, zur Besonnenheit. Der Kaiser selbst, erzählte der Letztere in einer großen Versammlung, habe ihn mit den Worten begrüßt: Sie sind die Sieger! Er mahnte, der Schwierigkeiten ein-

gedenk zu sein, welche die Regierung überwinden müsse; entfremden wir uns nicht von Neuem, schrieb er, dem mit dem Friedenszweige sich uns nahenden Monarchen. Aber alle diese Vorstellungen fanden bei den Magyaren kein Gehör: die Comitate wählten Männer von Achtundvierzig, die als Landes- und Hochverräther in der Verbannung lebten; sie hemmten die Erhebung der Steuern und schrieben eigenmächtig neue aus; sie beseitigten die bestehenden Gerichtshöfe und erklärten die Gesetze von 1848 für in Wirksamkeit stehend. Anfangs betrachtete der Kaiser diese Ueberstürzungen mit Nachsicht; die Ungarn in seiner Umgebung, außer Baron Vay noch Graf Szecsen, vermochten ihn sogar, an Goluchowskis Stelle am 13. December Schmerling zum Staatsminister zu ernennen und dadurch die Mißdeutungen zu entkräften, als ob der ganze Umschwung kein ernstlicher sei. Schmerlings Eintritt in das Cabinet mußte in der That für eine unzweideutige Bekräftigung des neuen Systemes gelten; er galt zunächst auch für ein Zugeständniß an Ungarn, dessen Verfassung der neue Minister als das Maß betrachtete, nach dem auch die übrigen Landesordnungen zugeschnitten werden müßten. In einem Rundschreiben an die Statthalter verhieß er demgemäß den einzelnen Ländern anstatt der ständischen eine Interessenvertretung, die aus unmittelbaren Wahlen hervorgehen, das Recht Gesetze zu beantragen erhalten und öffentlich verhandeln solle. Auch dem Reichsrathe wurden diese selben Rechte zugesagt; überdies sollte die Zahl seiner Mitglieder stark vermehrt und das Vorschlagsrecht der Landtage in ein wirkliches Wahlrecht umgewandelt werden.

Ministerium Schmerling.

Das Februar-Patent.

Aber der Reichsrath war auch der Punct, über den Schmerling sich mit seinen ungarischen Collegen nicht verständigen konnte. Diese forderten, daß die Bestimmungen des Octoberdiploms nicht als unabänderlich gelten, sondern die Wirksamkeit des Reichsraths erst des Näheren mit dem ungarischen Landtage vereinbart werden solle; Schmerling hatte gegen den Versuch einer solchen Vereinbarung nichts einzuwenden, hielt aber an dem Octoberdiplom in der verbesserten Gestalt, die er ihm durch sein Rundschreiben gegeben hatte, unter allen Umständen fest. Er veranlaßte den Kaiser durch ein neues Patent vom 26. Februar 1861 den nunmehrigen Rechtszustand abermals zu verkünden, die in Aussicht gestellten neuen Landesordnungen für Kärnten, Steiermark, Salzburg und Tyrol zu erlassen, und den festen Entschluß zu erklären, daß er diesen ganzen Inbegriff von Grundgesetzen als die Verfassung seines Reiches gegen jeden Angriff schirmen werde.

Die Landtage.

An solchen Angriffen fehlte es auch abgesehen von der fortdauernden Widersetzlichkeit in Ungarn nicht; so hatte in Tyrol de Bischof von Brixen eine Adressenbewegung gegen die neue Lande ordnung angestiftet, in der ihm besonders die Glaubensfreiheit wi eine „Besudelung durch den Pesthauch einer schlechten Zeit“ erschie In vielen andern Kronländern schlossen sich die Gegner erst bei de Wahlen zu den Landtagen oder gar erst auf diesen selbst zusammer Die meisten derselben begannen und schlossen ihre Versammlunge

im Laufe des April; die einzige dringende Aufgabe, die sie zu lösen hatten, war die Wahl der Reichstagsboten. In Ungarn und Kroatien, Siebenbürgen, Istrien und Venetien kam diese nicht zu Stande. In Venetien half selbst die Ernennung der Abgeordneten durch die Regierung Nichts; die Ernannten weigerten sich den Ruf anzunehmen. In Istrien wurden durch die Auflösung des widerspenstigen Landtags und durch Neuwahlen bessere Resultate erzielt, so daß im September die Vertreter dieses Kronlandes doch noch im Reichstag erschienen. Auch in Siebenbürgen gelang es weiterhin durch die Octroyirung eines Wahlgesetzes die Beschickung des Reichstages zu erlangen, so daß nur Venetien, Kroatien und Ungarn ganz fern blieben. Von den Kroaten verdroß das um so mehr, als man von ihnen gehofft hatte, sie würden vor den Unterwerfungsgelüsten der Ungarn mit Freuden Rettung im Schoße des Reichstags suchen; statt dessen forderten sie kühnlich die Herstellung des alten dreieinigen Königreiches Kroatien-Slawonien-Dalmatien, von dem jedoch das letztere Land Nichts hören wollte, und ersuchten den Kaiser im September durch eine Adresse um Gewährung voller Selbständigkeit sowohl den Erblanden, wie Ungarn gegenüber. Nationale Streitigkeiten wurden auch in solchen Ländern wieder aufgerührt, welche die Beschickung des Reichstags schließlich doch nicht verweigerten; so in Böhmen, wo die tschechische Minderheit des Landtags Verwahrung gegen die ungerechte Wahlordnung und die künstlich geschaffene deutsche Mehrheit erhob: in Galizien, wo die Ruthenen unter Berufung auf ihre dem Staatsleben Oestreichs günstige politische Gesinnung die Abtrennung Ostgaliziens als eines besonderen ruthenischen Verwaltungsgebietes forderten und im November auch zugestanden erhielten: in Tyrol, wo der italienische Süden sich der Beschickung des Landtages weigerte und Sonderung der italienischen von den deutschen Bezirken verlangte. Diese Enthaltung kam nebenbei der ultramontanen Partei sehr zu statten; kraft des Einflusses, den sie in Deutsch-Tyrol besaß, vermochte sie den Landtag in Innsbruck zu einer Adresse an den Kaiser, durch welche dieser gebeten wurde, die principielle Gleichstellung der Protestanten, die er durch ein Patent vom 8. April für den ganzen Kaiserstaat ausgesprochen hatte, für Tyrol wieder beseitigen zu wollen und statt dessen den Erwerb von Grundbesitz durch die Protestanten und die Bildung akatholischer Gemeinden in Tyrol gänzlich zu verbieten.

Die ungarischen Comitate.

Weitaus am wichtigsten war natürlich die Haltung des ungarischen Landtags. Von irgend welcher Hoffnung, daß er sich auf den Boden des October-Diplomes stellen werde, konnte gar nicht die Rede sein. Trotz der ernsten Abmahnung eines kaiserlichen Handschreibens vom 16. Januar nahmen die Bewegung in den Comitaten und der Ruf nach unbedingter Wiederherstellung der Gesetze von 1848 ihren Gang. In den Antworten auf das königliche Schreiben überboten sich die einzelnen Comitate förmlich in Rücksichtslosigkeiten; in den schwärzesten Farben schilderten sie die Schrecken der vergangenen Jahre: die Verhöhnung ihrer heiligsten Erinnerungen, die unerschwinglichen Abgaben,

die Käuflichkeit der Justiz, die grausamen und gewaltthätigen Recrutirungen. Nur durch volle Rückkehr zu den Gesetzen von 1848 und durch volle Begnadigung aller Verurtheilten — ohne Vorbehalt und mit Vermeidung aller halben Maßregeln — könne Versöhnung zwischen Fürst und Volk geschlossen werden. Die Vorbehalte und halben Maßregeln, auf die dabei gezielt wurde, waren aber vorzugsweise die Bestimmungen, die Ungarns Betheiligung am Reichstage und die Stellung seiner Nebenländer betrafen. Auch die gemäßigten Patrioten, unter denen Franz Deak den größten Einfluß besaß, dachten in diesen Puncten an keine Nachgiebigkeit. In der Form wollten sie sich so versöhnlich wie möglich zeigen: sie erschienen zu der Landtagseröffnung in Ofen, obgleich dieselbe nach den alten Gesetzen in Pesth hätte vor sich gehen müssen; sie waren bereit durch eine Adresse ihre Forderungen vom Kaiser zu erbitten, anstatt sie durch einen Beschluß einfach zu decretiren; sie zögerten auch nicht den Kaiser als ihren König anzuerkennen und anzureden, obgleich die Abdankung Ferdinands für Ungarn formell immer noch rechtsungültig war. In allen diesen Puncten stand ihnen aber die Mehrheit, mit der sie in der Hauptsache doch vollkommen einig waren, schroff gegenüber.

Adresse des pesther Reichstags.

Führer derselben war Ladislaus Teleki, ein wenige Monate zuvor vom Kaiser begnadigter Flüchtling, der trotz seines Versprechens, der Politik fern bleiben zu wollen, doch in den Landtag eintrat, aber schon zwei Tage nach der Eröffnung, am 8. April, wahrscheinlich an sein Wort gemahnt, seinem Leben ein Ende machte. Nachdem der Landtag sich constituirt und seine Sitzungen nach Pesth verlegt hatte, verstrichen drei Wochen in aufgeregten Verhandlungen über die Frage: ob Adresse, ob Beschluß? Dank einigen vermittelnden Elementen der Beschlußpartei ward am 5. Juni die Form der Adresse gewählt; aber nur 155 gegen 152 Stimmen erklärten sich dafür, und die kleine Mehrheit ward zur Minderheit, als die Anredeformel zur Abstimmung kam und beschlossen wurde, den Kaiser nicht als König, sondern nur als allerdurchlauchtigsten Herrn zu bezeichnen. Ueberdies wurde noch ein Schlußsatz beigefügt, durch welchen der Landtag jede Verhandlung über die Krönung Franz Josephs so lange ablehnte, wie die Nebenländer nicht in ihm vertreten seien. Dem Kaiser konnte unter diesen Umständen gewiß nicht zugemuthet werden die Adresse in Empfang zu nehmen; da er nichts desto weniger lebhaft wünschte den Weg der Verständigung offen zu erhalten, so empfahl er den Ungarn sich der Formeln zu bedienen, welche der Krönungslandtag von 1790 angewandt hatte. Ohne Widerrede gingen beide Häuser des Landtags darauf ein, und es konnte somit am 8. Juli endlich die Adresse überreicht werden. Aber viel weiter war man dadurch noch nicht gekommen. Mit größter Entschiedenheit behauptete die Adresse, daß zwischen Ungarn und den Erblanden stets nur die Personalunion bestanden habe; auch in Zukunft seien sie nicht geneigt, das Recht der Gesetzgebung mit irgend wem sonst als mit dem König von Ungarn zu theilen; einem Reichsrathe oder irgend einer andern parlamentarischen Gesammtvertretung würden sie keinerlei Rechte zuerkennen

und mit den constitutionellen Gewalten der übrigen Erbländer nur von Fall zu Fall unter voller Wahrung ihrer Unabhängigkeit verkehren. Die nöthigen Vorbereitungen aber zu jedem weiteren Schritte, auch zu Verhandlungen über die Krönung des Königs, seien die Wiedervereinigung der Nebenländer mit Ungarn, die Erneuerung der alten Grundgesetze, die Berufung eines ungarischen Minsteriums und die Beseitigung aller noch bestehenden' Folgen des absoluten Systems.

Conflict mit dem König.

Vay und Szecsen wollten diese Adresse durch die Erklärung beantworten: der König beabsichtigte nicht den Ungarn die Form des Reichsrathes aufzuzwingen; er müsse aber an der Realunion der beiden Reichshälften festhalten und lade den Landtag ein zu weiteren Verhandlungen eine Abordnung nach Wien zu schicken. Dieser Lösung widersetzte sich jedoch Schmerling, indem er die Ansicht verfocht, die Ungarn hätten alle früheren Rechte durch die Revolution verloren und stünden jetzt gleich den übrigen Unterthanen des Kaisers nur auf dem Grunde der October- und Februarverfassung. Da eine Antwort in diesem Sinne den Beifall des Kaisers fand, forderten die beiden ungarischen Minister ihre Entlassung, und wurden durch Forgach und Moritz Esterhazy ersetzt. Diese stimmten dem Schmerlingschen Entwurfe zu und am 21. Juli wurde die kaiserliche Erwiderung veröffentlicht. Der Monarch erklärte, daß er Gesetze, welche der neuen Reichsverfassung widersprächen, nie anerkennen werde, daß er übrigens bereit sei Anträge in Bezug auf die Gesetzgebung von 1848 entgegenzunehmen. Davon wollte aber im ungarischen Landtage Niemand etwas wissen: einstimmig ward am 8. August eine zweite Adresse Deaks angenommen, die dem Könige vorwarf jede gegenseitige Verständigung unmöglich gemacht und den Faden abgerissen zu haben; das Land sei darauf gefaßt, daß nun von Neuem schwere Zeiten kommen würden, aber es sei bereit zu dulden und erwarte von der Gerechtigkeit seiner Sache eine bessere Zukunft.

Auflösung des Reichstags und der Comitate.

In der That blieb dem Könige jetzt nichts übrig als die Auflösung des Landtages zu verfügen, was am 21. August geschah. Die Opposition flüchtete sich nun von Neuem in die Comitate, und da Forgach dem wüsten Treiben, das Vay sich hatte gefallen lassen, scharf entgegentrat, widerspenstige Comitatsversammlungen und sogar den Statthaltereirath, der sie unterstützte, aufhob, an die Stelle der Obergespäne wieder königliche Bevollmächtigte setzte und die Steuern und Recruten nöthigenfalls mit Waffengewalt einzutreiben sich anschickte, so war ein Jahr nach dem Erlaß des Octoberdiploms in Ungarn Alles wieder auf den früheren Zustand zurückgedrängt. Das ganze Zwischenspiel schien beschlossen zu sein, als am 5. November ein kaiserliches Handschreiben an Forgach die Auflösung aller noch bestehenden Comitatsbehörden und die Einsetzung von Militärgerichten befahl, während gleichzeitig Graf Moritz Palffy zum Statthalter ernannt wurde. Die versöhnliche Schlußwendung, daß trotzdem alle Zugeständnisse des Octoberdiploms unverbrüchlich und ungeschmälert in Kraft bleiben sollten, verhallte begreiflicher Weise spurlos im Winde.

Während so der eifrig ersehnte Ausgleich mit Ungarn gänzlich

Der engere Reichsrath.

scheiterte, tagte seit dem 1. Mai in Wien der unvollständige Reichstag. In schwungvoller Rede hatte der Kaiser ihn eröffnet, hatte die Vertreter gebeten ihm hülfreich beizustehen, um die Geschicke des Vaterlandes über den schwierigsten aller Wendepuncte hinwegzuleiten, und hatte unter lautem Beifall die Unantastbarkeit der neuen Gesammtverfassung, die Rechte jedes einzelnen Volkes der Monarchie auf das Beieinanderbleiben Aller hervorgehoben. Nicht allein das Herrenhaus antwortete darauf mit einer durchaus zustimmenden Adresse, die freilich nur 44 gegen 33 Stimmen erhielt, sondern auch das Haus der Abgeordneten, das den Dr. Hein, den Wortführer der Minderheit im verstärkten Reichsrath, zu seinem Präsidenten erkor, erklärte sich mit 127 gegen 48 Stimmen in demselben Sinne. Durch das Erscheinen der Ungarn, Croaten und Venetianer würde sich allerdings das Parteiverhältniß völlig umgekehrt haben, es würden die Föderalisten, die Freunde des lockeren Bündnisses, über die Centralisten, die Anhänger der straffen Einheit, den Sieg davongetragen haben; das Ausbleiben der Magyaren stärkte also zunächst ihre politischen Gegner. Andrerseits konnten diese aber nicht umhin anzuerkennen, daß der Reichstag in seiner augenblicklichen Zusammensetzung nicht die ganze Monarchie vertrete, daß er nur als sog. „engerer" Reichstag für die Angelegenheiten der deutsch-slavischen Provinzen competent sei. Schmerling sprach das auf Verlangen der Polen am 5. Juni ausdrücklich aus, lehnte aber die Forderung der Tschechen, diesen engeren Reichstag bis zum Eintritt der Magyaren zu vertagen, natürlich ab. Ja als die Verständigung mit den Ungarn endgültig scheiterte, machte der Kaiser den beiden Häusern davon in einer Botschaft von 23. August Mittheilung unter dem Hinzufügen, daß die Weigerung eines Landes, an dem Reichstage theilzunehmen, die verfassungsmäßigen Vertreter der andern Völker an der Erfüllung ihrer Pflicht nicht hindern, ihre Wirksamkeit nicht hemmen dürfe, daß mit anderen Worten der engere Reichsrath sich fortan als den weiteren zu betrachten und auch die Angelegenheiten des Gesammtstaates zu verhandeln habe. Obgleich nun beide Häuser auch dieser kaiserlichen Botschaft gegenüber ihre vollkommene Zustimmung aussprachen, so erregte jene Schlußfolgerung doch nicht blos bei der föderalistischen Minderheit Bedenken; es bedurfte langer Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den Parteien, ehe Schmerling es wagen konnte, das Budget für 1862, zu dessen Berathung natürlich nur der weitere Reichsrath befugt war, vorzulegen; daß bei der Wahl des Budget-Ausschusses am 18. December dann doch die Polen und Tschechen sich der Theilnahme enthielten, daß sie beim Beginn der Verhandlungen am 24. März 1862 nach vergeblichem Proteste sogar das Haus verließen, schreckte die Mehrheit von dem betretenen Wege nicht mehr zurück, und so kam denn wirklic zum ersten Male in Oestreich ein Staatshaushaltsgesetz zu Stande, da von der Regierung mit einer Vertretung des Volkes vereinbart wa Die Genugthuung, die man darüber empfand, wurde selbst durch de eigenthümlichen Zufall nicht geschmälert, daß die Genehmigung dieses Gesetzes erst zwei Tage nach Ablauf des Finanzjahres, für das e

Polen und Tschechen.

Vorlage des Budgets.

bestimmt war, erfolgen konnte; vielmehr begann der Reichstag sofort die Berathung des Budgets für 1863 und brachte dasselbe im December auch glücklich zu Stande. Damit war denn endlich der Zeitpunct gekommen, um die lange, nur von einigen Vertagungen unterbrochene Session zu schließen. Die Thronrede, mittelst welcher der Kaiser das am 18. December 1862 that, legte auf den glücklichen Abschluß der Finanzgesetze das Hauptgewicht; so trübselig das Verhältniß der Ausgaben zu den Einnahmen auch jetzt noch war, so zeigte es doch, Dank den erheblichen Abstrichen, die der Reichstag beschlossen hatte, einen sichtlichen Fortschritt zum Besseren, und ein neues Bankgesetz, das unter den größten Schwierigkeiten nach endlosen Verhandlungen zu Stande gebracht war, schuf auch in den verwirrten Beziehungen des Staates zu der Nationalbank Ordnung und sicherte der letzteren zur lebhaften Beschwerde der Ungarn ihre Rechte im ganzen Umfange der Monarchie. Auf den anderen Gebieten der Gesetzgebung waren nur wenige Erfolge zu verzeichnen. Ganz ohne Ergebniß war der Anlauf geblieben, den der Abgeordnete Mühlfeldt gegen das Concordat unternommen hatte: der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, den er Namens eines Ausschusses schon Ende Februar 1862 eingereicht, wurde auf die lange Bank geschoben und blieb unerledigt. Die Ministerverantwortlichkeit war von der Regierung wohl im Grundsatz anerkannt worden, aber noch nicht zur gesetzlichen Ordnung gekommen. Der Presse hatte man Sicherheit gegen willkürliche Behandlung verschafft, aber der enge Spielraum, den man ihr ließ, und die strengen Strafen, denen sie unterworfen wurde, gaben doch zu sehr begründeten Klagen Anlaß. Für Handel und Verkehr war die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches ein großer Fortschritt, und für die Verwaltung der Gemeinden waren grundlegende Normativbestimmungen getroffen, deren Ausarbeitung und Anwendung im Einzelnen den verschiedenen Landtagen zufiel. Die Hauptsache aber, auf die sich Aller Gedanken beim Schluß des Reichsrathes richteten, blieb doch immer der politische Gewinn: der Kaiser durfte wahrheitsgemäß sagen, daß sich das Vertrauen auf die Kraft Oestreichs in diesen anderthalb Jahren mächtig gehoben habe und daß die Abgeordneten von erfreulichen Wahrnehmungen begleitet in ihre Heimat zurückkehrten. Er versprach an den Verfassungsgesetzen fortan wie bisher festzuhalten und des Reiches Einheit zu wahren. Die Lücke in dieser Einheit, die durch das Fehlen der Ungarn hervorgerufen wurde, berührte er kaum in einer leisen Andeutung; sie auszufüllen war zweifelsohne die wichtigste Aufgabe der Zukunft; aber da eine schnelle Lösung von Niemandem erwartet wurde, so vermißte man die Angabe der Mittel, welche die Regierung ergreifen wollte, nicht, und überließ es der Zeit, die widerstrebenden Magyaren zu dem widerspruchslosen Eintritt in den Gesammtstaat gefügiger zu machen.

Schluß der ersten Session.

Unerledigte Arbeiten.

Politischer Gewinn.

Der Zusammentritt der Landtage, der sich in den ersten Januartagen fast unmittelbar an die Entlassung des Reichsrathes anschloß, bot in den Kronländern mit gemischter Bevölkerung wieder dieselben

Die Landtage. Bilder des Zwiespaltes wie früher. Für Böhmen und Galizien wurde der Gährungsstoff sogar noch vermehrt durch den Ausbruch der Revolution im russischen Polen; dem galizischen Landtage gegenüber konnte sich die Regierung nicht anders helfen als durch eine Vertagung; im böhmischen war die Mehrheit auf Seiten der Deutschen und die tschechische Minderheit daher nicht in der Lage, dem Ministerium durch feindselige Beschlüsse Schwierigkeiten zu schaffen; aber an dem unverhohlenen Ausdruck ihrer Parteinahme für Rußland, den Hort des Panslawismus, ließen es die Palazky und Rieger nicht fehlen, und ihre Klagen über die Ungerechtigkeit des Wahlgesetzes, das sie in die Minderheit bringe, während sie doch die Mehrheit der Bevölkerung verträten, erschollen in ungeschwächter Bitterkeit. Tyrol sah wiederum den Bischof von Brixen an der Spitze der Landtagsmehrheit den Kampf für die Glaubenseinheit des Landes aufnehmen und die Bitte an den Kaiser richten, daß er durch einseitige Verfügung den Protestanten die öffentliche Ausübung ihrer Religion und das Recht sich Grundbesitz zu erwerben entziehe; es sah auch die italienischen Abgeordneten der südlichen Bezirke im Landtag erscheinen, um für sich eine gesonderte Constituirung in Anspruch zu nehmen, und als ihnen das verweigert wurde, in Masse wieder auszutreten. Venetien stand wie bisher ohne Landtag grollend bei Seite, und die Versuche der Regierung, sich mit Vertrauensmännern in Conferenzen, die Ende März zu Wien gehalten wurden, über eine Landesverfassung zu verständigen, hatten keinen Erfolg. Der kroatische Landtag ward nicht wieder einberufen, und noch viel weniger natürlich der ungarische; denn trotz der gedrückten Lage des Landes, die von dem Handelsstande zum Theil auf die Abschaffung der deutschen und die Wiedereinführung der ungarischen Gesetze von 1848 geschoben wurde, standen die Parteiführer und mit ihnen die Masse des Volkes noch immer fest auf ihrem alten Standpuncte und wußten durch Reden, die sie bei geeigneten Gelegenheiten hielten, und sonstige Kundgebungen, wie die Ueberreichung eines Ehrengeschenkes an Deak, ihre Anhänger zu ermuntern und zu bestärken. Weit eher als von einer Abnahme, konnten daher von einem Wachsen der Unzufriedenheit die Spuren wahrgenommen werden, und gegen Ende des Jahres tauchten gar Aufrufe Kossuths und Aufforderungen eines Unabhängigkeits-Ausschusses an den Straßenecken auf und ließen den Ausbruch einer neuen Revolution in der Ferne erblicken.

Kroatien und Ungarn.

Siebenbürgen. Auf diese erhöhte Reizbarkeit waren die Vorgänge in Siebenbürgen von großem Einfluß. Nachdem sich die Regierung durch die Berathungen der Sachsen und der Rumänen, die jede für sich und ohne die Magyaren zusammengetreten waren, davon überzeugt hatte, daß diese beiden Nationen die Februarverfassung anzuerkennen bereit seien, berief sie auf den 1. Juli einen siebenbürgischen Landtag und sagte sich damit ganz entschieden von der Union los, die 1848 zwischen dem Großfürstenthum und Ungarn geschlossen war. Welche Erbitterung dies bei den Magyaren hervorrief, kam auf dem Landtage selbst nicht zum Austrag, weil nur die Sachsen und Rumänen auf demselben erschienen, aber die gewählten Magyaren

drückten dem Kaiser ihre Gefühle in unzweideutiger Sprache durch eine Adresse aus, welche sie durch drei ihrer Führer zu überreichen gedachten. Der Monarch aber lehnte den Empfang ab und ließ Neuwahlen ausschreiben, während die deutschen und rumänischen Landtagsmitglieder ihre Arbeiten begannen und die Annahme der Februar-Verfassung sowie die Beschickung des Reichstages beschlossen.

Zweite Session des Reichsraths.

Dieser war am 18. Juni zu seiner zweiten Session zusammengetreten und von dem Erzherzog Carl Ludwig im Namen des Kaisers mit einer hoffnungsvollen Rede eröffnet worden. Das Vertrauen in die liberalen Absichten der Regierung hatte durch einige Aenderungen in den höchsten Staatsämtern, durch die Berufung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Hein und seines Nachfolgers Hasner an die Spitze der Justiz und des Unterrichtswesens, neue Stärkung erhalten, und man war nicht blos in Oestreich, sondern auch in Deutschland und im übrigen Europa von der Gründlichkeit des Systemwechsels fest durchdrungen und voller Sympathie für die freisinnigen Lenker des östreichischen Staates. Mit innigem Behagen verherrlichten alle Preußenfeinde den vollzogenen Umschwung und stellten die Berliner Reaction in den schwärzesten Gegensatz zu dem Wiener Constitutionalismus; selbst in Preußen gefielen sich die Presse und die Kammerredner darin, dem eigenen Staate die Gegner an der Donau als beschämendes Vorbild entgegenzuhalten und Schmerling auf Kosten Bismarcks zu preisen. Daß die Siebenbürgen sich anschickten auf den Boden der neuen Verfassung zu treten und daß ihre Abgeordneten am 20. October 1863 wirklich im Reichsrath erschienen, rief lauten Jubel hervor und schien eine neue Bürgschaft für das Gelingen des kühnen Umgestaltungsprocesses, in dem der Kaiserstaat begriffen war.

Oestreich und Deutschland.

Gewiß waren diese Zustände darnach angethan, um die östreichischen Staatsmänner zu dem Versuche einzuladen, durch eine Reform des deutschen Bundes in ihrem Sinne Preußens Einfluß zu schwächen und Oestreichs Stellung in Deutschland zu befestigen. Gern hätten sie sich auch in den Zollverein hineingedrängt und dadurch Preußen seiner festesten Verteidigungsstellung beraubt; aber alle Anläufe, die sie zu diesem Zwecke unternahmen, scheiterten vollständig an Preußens Erklärung, lieber den Zollverein aufzugeben als von dem französischen Handelsvertrage abzulassen. Im Grunde stand es freilich mit dem deutschen Bunde nicht viel anders als mit dem Zollverein; auch ihm drohte die Sprengung, wenn irgend eine durchgreifende Neuerung trotz Preußens Widerspruch beschlossen wurde; weder in Wien noch in den Hauptstädten der Mittelstaaten hatte man ein Recht zu glauben, daß König Wilhelm sich kleinmüthig den Forderungen und Beschlüssen der preußenfeindlichen Bundestagsmehrheit fügen werde, aber trotzdem ging man ans Werk. Am 7. Juli 1862 traten Bevollmächtigte Oestreichs und seiner Anhänger in Wien zusammen und begannen, ungeachtet Preußen seine Betheiligung rundweg abschlug, Berathungen über die Reform des Bundes; vier Wochen später zeigten sie in Berlin an, daß sie die beiden schwierigsten Fragen, die Begründung einer Centralgewalt und eines Parlamentes, ohne Preußens Mit-

Das Delegirtenproject.

wirkung nicht in Angriff nehmen könnten und daher zunächst nur die Errichtung eines Bundesgerichtes und die Berufung einer außerordentlichen Delegirtenversammlung vorschlügen, deren Aufgabe die Berathung gemeinsamer Gesetzbücher über den Civilproceß und das Obligationenrecht sein solle. Noch ehe diese Anträge in Frankfurt eingebracht waren, erklärte der preußische Minister des Auswärtigen Graf Bernstoff in der rückhaltslosesten Weise, daß sein König sich bei keiner Erweiterung der Befugnisse des jetzigen Bundestages betheiligen werde; so lange zwei Großmächte im Bunde seien, könne kein wirklicher Fortschritt gemacht werden, Preußens Bemühen sei nach wie vor darauf gerichtet, einen kleineren Kreis von Staaten enger mit sich zu verbinden, und wenn der günstige Augenblick gekommen sei, werde es diesem Vorschläge über eine gemeinsame Leitung des Heerwesens und Vertretung im Auslande machen. Diese ablehnende Haltung gegenüber den östreichischen Anträgen, dieses Beharren auf dem Streben nach einem engeren Bunde, wurde von der großdeutschen Partei mit heftigem Zorne, von dem Nationalverein mit kühler Befriedigung aufgenommen. Sich ohne Umschweife auf Preußens Seite zu stellen war für den Liberalismus dieser Tage eine moralische Unmöglichkeit; er hatte keinen Glauben an die Kraft der leitenden Staatsmänner, irgend etwas Gedeihliches zu Stande zu bringen, und er mußte fürchten, sie in ihrer inneren Politik zu stärken, wenn er sie nach außen hin stütze. Der erste deutsche Abgeordnetentag, der am 28. September in Weimar zusammentrat, die Generalversammlung des Nationalvereins, die ihm acht Tage später in Coburg folgte, viele Parteiversammlungen im nördlichen Deutschland, die sich als Nachspiel daran schlossen, sie alle hielten sich wie zu einem neutralen Banner zu der Reichsverfassung von 1849 und sprachen daneben die Ueberzeugung aus, daß dem östreichischen Delegirtenproject nicht einmal der Werth einer Abschlagszahlung beizulegen sei. Eine Stütze in der öffentlichen Meinung fand dieses Project in dem Reformverein, der am 28. October in Frankfurt tagte, und ungeachtet der Einwände Moritz Mohls, des Führers der Demokraten, und Heinrichs von Gagern, der offen zu den Großdeutschen übertrat, aber vor Allem eine stärkere Centralgewalt forderte, erklärten sich die 500 Theilnehmer der Versammlung fast einstimmig mit den Vorschlägen Oestreichs einverstanden. Sie mochten wohl darauf hoffen, daß ihr Standpunct allmälig immer weitere Verbreitung auch nach Norden hin finden werde. Gab sich die unbewußte Hinneigung der öffentlichen Meinung zu Oestreich doch in mancherlei unscheinbaren, aber unverdächtigen Zeichen kund. Daß in Wien die deutschen Juristen, in Karlsbad die Naturforscher, in Salzburg die Künstler ihre Jahrversammlungen hielten, daß der Gustav-Adolfs-Verein für das nächste Jahr nach Wien zu wandern beschloß und von Schmerling telegraphisch mit einem herzlichen Willkommen begrüßt wurde, daß die Veranstalter des Abgeordnetentages in Weimar, durchweg Männer des National-Vereins, sich eifrig bemühten, Mitglieder des östreichischen Reichsrathes wie Berger und Rechbauer, zur Theilnahme zu bewegen, daß

Die nationale Partei.

Der Reformverein.

die Agitation gegen den französischen Handelsvertrag und für den Eintritt Oestreichs in den Zollverein durch die Betheiligung der schutzzöllnerischen Großindustriellen einen weiten Umfang gewann, Alles das waren Zeichen der Zeit, und sie waren um so ernster, als die klein-deutsche Partei und Preußen selbst sich rein in der Vertheidigung hielt und daher des muthbelebenden Stachels, den der Angriff giebt, entbehrte. So lange nicht allein der Nationalverein, sondern auch das Berliner Cabinet lediglich verneinte und den günstigen Augenblick, von dem Bernstorff gesprochen, unthätig abwartete, so lange war ein Aufschwung der östreichisch-großdeutschen Partei die unvermeidliche Signatur der Zeit.

Bismarck und Karolyi.

Aber schneller als man hoffen durfte, trat eine Aenderung ein. Kaum hatte Herr von Bismarck die Leitung des preußischen Staates übernommen, so war er auch darauf bedacht, aus der Vertheidigung zum Angriff überzugehen. Das Dunkel des Ausschusses, an welchen der Bundestag am 14. August das Delegirtenproject verwiesen hatte, genügte ihm dazu nicht. Während die Verhandlungen dort noch schwebten, knüpfte er mit dem östreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, Besprechungen an, die den kriegslustigsten Geist athmeten. Er erklärte ihm gradezu, das Verhältniß der beiden Großstaaten müsse entweder besser oder schlechter werden; der Zustand, der seit Olmütz herrsche, die Ueberstimmung Preußens durch Frankfurter Mehrheiten, der feindliche Einfluß Oestreichs in Hannover und Kurhessen, müßten ein Ende nehmen; er forderte gradezu, daß der Kaiserstaat seinen Schwerpunct nach Ofen verlege und Preußen die Leitung in Deutschland überlasse. Für diesen Fall versprach er seinerseits treue Bundeshülfe in europäischen Verwicklungen; eine Fortdauer der bisherigen Politik aber werde Preußen bei dem nächsten großen Kriege in den Reihen der Gegner Oestreichs finden; niemals werde er, Bismarck, in einer Lage wie die von 1859 seinem Könige zur Neutralität rathen. Karolyi schien Zweifel in den Ernst dieser Erklärungen zu setzen und sich mit der Hoffnung zu trösten, daß Preußens König im entscheidenden Augenblicke vor solchen Rathschlägen doch wohl zurückscheuen würde; er suchte Oestreichs Politik in Hannover und Cassel als eine altbegründete und früher von Preußen nicht bekämpfte zu rechtfertigen, vermochte aber Nichts vorzubringen, was die Beschwerden Bismarcks über das rücksichtslose Vorgehen am Bundestage hätte entkräften können. Vor 1848, rief der preußische Minister aus, sei es unerhört gewesen, in Frankfurt Fragen von irgend welcher Erheblichkeit einzubringen, ohne sich des Einverständnisses beider Großmächte vorher zu versichern; jetzt betrachte man den Widerspruch Preußens gegen die Verfassungsmäßigkeit eines Antrags als einen der Beachtung unwerthen Zwischenfall. Er verhehlte nicht, daß er das Beharren auf diesem Wege, die Ueberschreitung der Bundestagsbefugnisse durch Mehrheitsbeschlüsse, als einen Bruch der Verträge ansehen, den preußischen Gesandten abberufen und die Wirksamkeit des Bundestages in ihrem vollen Umfange nicht mehr als zulässig anerkennen werde.

Ausgleichsversuche.

An die ganze Tragweite dieser Erklärungen glaubte doch auch Graf Rechberg nicht, obgleich er Bismarck aus ihrer gemeinsamen Thätigkeit in Frankfurt zur Genüge hätte kennen sollen. Er begnügte sich damit seinen Petersburger Gesandten, den Grafen Thun, der eben auf seinen Posten zurückkehrte, über Berlin reisen und dort eine persönliche Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten für den 22. December vorschlagen zu lassen. Aber kaum hatte Bismarck diesem scheinbar versöhnlichen Gedanken zugestimmt, als der östreichische Gesandte die nachträgliche Bedingung stellte, daß Preußen vor der Zusammenkunft gewisse Grundzüge der Bundesreform anerkennen müsse, da der Kaiser das Delegirtenproject nicht ohne anderweitigen Ersatz fallen lassen könne. Damit war der ganze Plan wieder über den Haufen geworfen, und die Ereignisse nahmen ihren Lauf. Am 18. December beantragte von der Pfordten Namens der Ausschußmehrheit die Annahme des Delegirtenprojectes, während Preußen, seit wenigen Tagen durch Herrn von Sydow an Usedoms Stelle vertreten, theils mit der Unzulänglichkeit des Vorschlages, den die Nation nicht einmal als Abschlagszahlung gelten lasse, theils mit der Bundeswidrigkeit desselben seine Ablehnung begründete und im Fall der Annahme den Augenblick als bevorstehend ankündigte, wo es den Bundestag nicht mehr als Organ jenes Bundes betrachten werde, den es 1815 geschlossen habe.

Scheitern des Delegirtenprojectes.

Oestreich und die Königreiche, auch Hessen-Darmstadt, ließen sich dadurch nicht abschrecken bei der Abstimmung am 22. Januar 1863 für ihren Antrag einzutreten; aber Kurhessen fiel von ihnen ab und stimmte mit sieben andern Curien auf Preußens Seite; Braunschweig und Nassau brachten es fertig, in einer solchen Frage gar nicht zu stimmen. Das Ergebniß war, daß Preußen mit 9 gegen 7 Stimmen siegte. Damit begnügte sich aber Bismarck nicht. In dem Votum des Herrn von Sydow war, wenn auch in bedingter Form, ein ganzes Programm enthalten. Auch Preußen wünschte eine Volksvertretung am Bunde, aber sie sollte aus der Mitte der Bevölkerung durch directe Wahl hervorgehen; nicht allein die Bewilligung von Geld und Truppen müsse ihr zufallen, sondern auch eine ausgedehnte gesetzgeberische Thätigkeit, wie sie ohne Abänderung und Erneuerung der Bundesverträge nicht denkbar sei. Zu einem solchen deutschen Parlamente könne man den fremden Stämmen, die mit Deutsch-Oestreich zu staatlicher Einheit verbunden seien, ebensowenig den Zutritt gestatten, wie andrerseits ihnen zumuthen, sich durch dasselbe Gesetze geben zu lassen. Wirkliche Befriedigung der deutsch-nationalen Bedürfnisse sei mithin nur im engeren Kreise zu finden, für die Gesammtheit des Bundes gebe es nur Scheinreformen. Deshalb sehe die königliche Regierung von Verhandlungen auf dem Bundeswege ab, und werde einen Ersatz dafür in freien Vereinbarungen und kündbaren Verträgen mit einzelnen Bundesgliedern suchen.

Preußisches Rundschreiben vom 24. Januar 1863.

Ergänzt wurde diese Abstimmung durch die Veröffentlichung eines preußischen Rundschreibens vom 24. Januar 1863, in welchem die Unterredungen Bismarcks mit Karolyi ausführlich erörtert und

Oestreich förmlich auf die Anklagebank gesetzt wurde. Die Entgegnung Rechbergs vom 28. Februar war bitter und gereizt, zeigte aber die vollkommene Rathlosigkeit, die in Wien herrschte. Wie groß diese war, ergab sich schon aus der Erklärung, mit welcher die verbündeten Regierungen ihre Niederlage vom 22. Januar beantworteten: sie wahrten sich das Recht, ihr Delegirtenproject, da es als Bundesmaßregel vereitelt sei, durch Vereinbarung unter sich zur Ausführung zu bringen: sie nahmen mit andern Worten dasselbe Recht für sich in Anspruch, das sie der preußischen Regierung stets bestritten und zum heftigsten Vorwurf gemacht hatten. Oestreich war wieder einmal einen Schritt hinter Preußen drein gehinkt, und wenn dieses ja den Versuch machte, einen engeren Bund zu begründen, so hatte sich sein Gegner von vornherein des bisher beliebten Protestes der Bundeswidrigkeit begeben.

Oestreichisches Reformproject.

Einige Monate ruhten nun die Verhandlungen oder wurden zwischen Oestreich und seinen Freunden in solchem Geheimniß fortgesetzt, daß auch heute noch Nichts davon bekannt geworden ist. Preußens innere und äußere Lage verschlimmerte sich während dieser Zeit zusehends. Seine Parteinahme für Rußland im polnischen Aufstande erregte den Groll der Westmächte, denen Oestreich sich beflissen näherte; der völlige Bruch mit dem Hause der Abgeordneten, die Gewaltmaßregeln gegen die Presse und die liberalen Beamten erweiterten die Kluft im Innern. Die allgemeine Lage war für Oestreich unvergleichlich vortheilhaft und so gelang es Schmerling, seinen Kaiser zu einem ungestümen Anlauf zu bereden. In aller Stille ward ein vollständiges Reformproject und eine Denkschrift ausgearbeitet, die dasselbe begründen sollte. Sie bezeichnete den augenblicklichen Zustand Deutschlands als schlechthin chaotisch, das Ergebniß der neuesten deutschen Geschichte als vollständige Zerklüftung und allgemeine Zerfahrenheit. Sie beklagte, daß die Bundesregierungen schon jetzt nicht mehr in einem festen Vertragsverhältniß zusammenstünden, sondern nur noch bis auf Weiteres im Vorgefühl naher Katastrophen nebeneinander fortlebten. Der Boden der Bundesverträge, so rief das vortrefflich geschriebene Actenstück aus, schwankt unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stellt, der Bau der vertragsmäßigen Ordnung der Dinge zeigt überall Risse und Spalten, und der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, kann ihnen die dazu nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben. Während dessen warte die deutsche Revolution, im Stillen geschürt, auf ihre Stunde; die gemäßigten Parteien aber drängten mit Ungeduld auf eine Reform, und die Regierungen verweise der Trieb der Selbsterhaltung auf dieselbe Bahn. Dabei wurde jeder Gedanke an eine einheitliche Spitze oder ein aus directen Volkswahlen hervorgehendes Parlament mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen. In solchen Vorschlägen erblickte die Denkschrift nur das verhüllte Streben, die Lebenskraft der Einzelstaaten allmälig zu ertödten, den Einheitsstaat anzubahnen, Oestreich aus Deutschland herauszudrängen. Sie ihrerseits forderte ein Bundesdirectorium und die regelmäßige

Plan eines Fürstentages.

Berufung eines Delegirtenparlamentes; weil dieses aber leicht allzumächtig werden und das monarchische Princip gefährden könne, so schlug sie als Gegengewicht auch persönliche Zusammenkünfte der Fürsten vor, und kündigte den Entschluß des Kaisers an, gleich jetzt zur Berathung dieser Reformvorschläge die Einladung zu einer ersten derartigen Zusammenkunft ergehen zu lassen. Sie gestand ein, daß Preußen, ja jeder andere Bundesstaat diese lauteren Bestrebungen durch seine Zurückhaltung vereiteln könne, aber doch nur insofern sie die Gesammtheit des Bundes ins Auge faßten; die begonnene Reformbewegung zum Stillstand zu bringen, sei doch auch für Preußen nicht möglich; es werde durch seine Weigerung nur die anderen Regierungen zwingen, die Hand an ein Werk der Noth zu legen und durch Ausübung ihres freien Bündnißrechtes die beabsichtigte Neugestaltung im Bereich ihrer eigenen Staaten auszuführen. Die Weisheit und Gesinnungsgröße des Königs werde es aber dahin gewiß nicht kommen lassen, sondern erwägen, daß es heute von Preußens Entschließungen abhänge, den deutschen Bund wieder auf die Höhe seiner unendlich wichtigen Bestimmung zu erheben.

Die Zusammenkunft in Gastein.

Daß diese Hoffnung, mit der die Denkschrift schloß, trügen könne, mußte man in Wien natürlich überlegt haben; vielleicht aber sah man einer solchen Entwicklung ohne allzugroße Betrübniß entgegen und beurtheilte eine Spaltung Deutschlands, die durch die Verdrängung Preußens aus dem Bunde bewirkt worden wäre, milder als eine Spaltung, die Oestreich ausgeschlossen hätte. Die Formen, in denen die Einladung des Königs erfolgte, zeigten ein eigenthümliches Gemisch von Rücksichtslosigkeit und Höflichkeit. Der preußische Monarch verweilte schon seit einigen Wochen auf östreichischem Boden; von Carlsbad, wo er eine Cur beendet hatte, begab er sich am 18. Juli nach Gastein. Hier empfing er am 2. August den Besuch des östreichischen Kaisers und nahm aus dessen Händen die Denkschrift entgegen. In wiederholten Unterredungen am nächsten Tage entwickelte Franz Joseph mündlich die Grundzüge der Reform und erwähnte, daß er die Fürsten zum 16. August nach Frankfurt einzuladen gedenke. König Wilhelm erwiderte darauf, daß es ihm nicht gerathen scheine, ohne Vorarbeiten und Besprechungen der Minister das Werk anzufangen, und daß der Fürstentag vor dem 1. October gewiß nicht mit Nutzen zusammentreten könne. Auch Bismarck hatte eine Audienz bei dem Kaiser; doch währte sie nur wenige Minuten und kurz nachher, am Nachmittag des 3. August reiste Franz Joseph ab. Man durfte annehmen, daß die Einwendungen des Königs einige Berücksichtigung finden würden; allein noch an demselben Abend überbrachte ein kaiserlicher Adjutant das Einladungsschreiben, das vom 31. Juli datirt war und trotz alledem auf den 16. August lautete. Des Königs Antwort vom nächsten Tage beharrte natürlich auf der Forderung vorgängiger Ministerconferenzen; sie ward dem Kaiser telegraphisch zur Kenntniß gebracht, allein das verhinderte nicht, daß die Einladungsschreiben an die übrigen Fürsten sofort abgeschickt wurden. Wohl aber machte Franz Joseph noch den Versuch, den König durch

Der König und der Fürstentag.

ein Schreiben vom 7. August zu bereden, den Kronprinzen als Stellvertreter nach Frankfurt zu schicken, ein Plan, dem Letzterer nicht ganz abgeneigt war, der aber trotz mannichfacher Befürwortung von dem Könige und Bismarck ebenso entschieden noch an demselben Tage abgelehnt wurde.

Die übrigen Fürsten und das deutsche Volk.

Das Ausbleiben des preußischen Monarchen hielt die übrigen deutschen Fürsten nicht ab, fast vollzählig der Einladung Franz Josephs zu entsprechen. Freilich drückten sie durch ihr Erscheinen keineswegs alle die Entschließung aus, den östreichischen Entwürfen ohne Weiteres beizutreten; es erschien wohl Manchem als ein Gebot des Anstandes sich dem Rufe seines mächtigsten Verbündeten nicht zu entziehen und dem Versuche, die deutschen Zustände zu bessern, nicht lediglich verneinend zu begegnen. Auch im deutschen Volke war diese Auffassung weit verbreitet, und der zweite Abgeordnetentag, der während der Fürstenconferenzen in Frankfurt selbst am 21. und 22. August zusammentrat, gab nach einem scharf kritisirenden Berichte Häussers dieser Stimmung Ausdruck. Es konnte in diesem Kreise, der überwiegend aus Anhängern der Reichsverfassung von 1849 bestand, von einer Billigung der Einzelheiten des östreichischen Entwurfes nicht wohl die Rede sein; man verwarf das Delegirtenproject, man forderte für Preußen die Gleichberechtigung mit Oestreich, man beanspruchte vor Allem für die Nation die Mitwirkung bei der Neuordnung und demgemäß die Berufung eines frei gewählten Parlamentes; aber man empfand bei alledem doch eine gewisse Genugthuung darüber, daß grade Oestreich sich veranlaßt sah, die bestehende Bundesverfassung zu beseitigen und lebte der Hoffnung, daß nun ein Stillstand oder gar ein Rückschritt nicht mehr zu befürchten sei. Ungleich lebhafter waren die Gefühle, mit denen in Süddeutschland und in den particularistischen Kreisen Mittel- und Norddeutschlands der Entschluß des Kaisers begrüßt wurde. In allen Städten, die Franz Joseph auf seiner Reise nach Frankfurt berührte, harrte seiner ein jubelnder Empfang; vollends die alte Kaiserstadt, die unerwartet so viel erlauchte Häupter in ihren Mauern versammelt sah, taumelte vor Begeisterung und bejauchzte das große Werk, das kaum im ersten Werden begriffen war, als sei es schon gelungen und vollendet. Da war für nüchterne Erwägungen und Bedenken kein Raum; der bloße Klang der alten Namen von Kaiser und Reich riß die Gemüther hin; die bloße Gewißheit, daß dem verhaßten Preußen ein derber Schlag ertheilt werde, entzückte die Herzen; der glanzvolle Anblick all des Pompes, der in Frankfurt entfaltet ward, die überschwenglichen Berichte über die Festlichkeiten, die mit den Berathungen in gedrängter Folge abwechselten, die erregte Spannung, mit der man den Zwischenfällen der Zusammenkunft, den Wechselreden der Fürsten, den Parteigruppirungen, die unter ihnen hervortraten, folgte, thaten das Uebrige und ließen den ganzen Fürstentag nicht als eine Veranstaltung zu ernster Arbeit, sondern als ein glänzendes Schauspiel erscheinen, das durch die Hoheit der Darsteller und die Pracht der Ausstattung die Zuschauer berauschte.

Für die östreichischen Pläne war diese Stimmung ungemein

Der östreichische Entwurf.

erwünscht; sie war die Vorbedingung, ohne die eine schnelle, wirkungsvolle Durchführung des Reformentwurfes nicht gelingen konnte; aber sie hätte freilich, um durchschlagenden Erfolg zu haben, nicht blos im Volke, sondern auch unter den Fürsten und Staatsmännern herrschen müssen, und das war keineswegs der Fall. Im Gegentheil, diese kamen schon deshalb bedächtig und argwöhnisch nach Frankfurt, weil man ihnen den ausgearbeiteten östreichischen Vorschlag nicht vorher mitgetheilt hatte, sondern erst in den Berathungen selbst kund geben wollte. Der Kaiser selbst legte ihn in der ersten Sitzung am 17. August seinen Verbündeten vor und lud sie ein, nicht durch weitaussehende Berathungen, sondern in einem raschen und einmüthigen Entschlusse ihre Zustimmung zu ertheilen. Das war mehr, als man fordern durfte. Der König von Baiern sprach sofort in den höflichsten Worten zwar seine vollkommene Billigung des kaiserlichen Wunsches, aber zugleich den Vorbehalt gewissenhaftester Erwägung und die Ansicht aus, daß einzelne Abänderungen die rasche Einigung wesentlich erleichtern würden. Jedenfalls erforderte die Reformacte mit ihren umfangreichen 36 Artikeln erst ein mehrtägiges Studium, ehe man in die Berathung eintreten konnte, und geschickt wurde die Abwesenheit des Königs von Preußen benutzt, um diese Frist unter paßlichem Vorwande zu gewinnen. Man beschloß eine gemeinsame Einladung an ihn zu erlassen, und der König Johann von Sachsen unterzog sich selbst dem Auftrage, sie nach Baden-Baden, wo König Wilhelm seit zwei Tagen verweilte, zu überbringen. Sicherlich konnte man dabei nicht die Möglichkeit einer Sinnesänderung ins Auge fassen; der preußische Herrscher hatte sich in seinen Briefen an den Kaiser so unzweideutig ausgedrückt, Herr von Bismarck hatte in einer Depesche vom 13. August so scharf erklärt, daß es der Würde seines Monarchen nicht entspreche, Vorschläge entgegenzunehmen, über die Preußens Rath vorher nicht gehört sei und deren volle Tragweite ihm erst in Frankfurt eröffnet werden solle, daß eine erneute Ablehnung zum Voraus feststand. Sie erfolgte in einem Schreiben an den Kaiser, das König Johann am 20. nach Frankfurt zurückbrachte und das den bisherigen Standpunct vollauf wahrte. Bismarck ergänzte dasselbe durch eine Depesche vom folgenden Tage, in der rundweg erklärt wurde, das östreichische Reformproject entspreche weder der berechtigten Stellung des preußischen Staates, noch den berechtigten Interessen des deutschen Volkes, und werde im Fall der Annahme nur bewirken, daß die Kräfte Preußens Zwecken dienstbar gemacht würden, welche den Interessen des Landes fremd seien.

Sendung an den König von Preußen.

Erfolge der Opposition.

Mehrere Tage waren darüber verstrichen und die Aussichten auf unveränderte Annahme der Reformacte hatten sich dadurch natürlich nicht besser gestaltet. Der Kaiser wich einen Schritt zurück und ließ vor der zweiten Sitzung seinen Mitfürsten vorschlagen, nur das System und die leitenden Gedanken sofort endgültig anzunehmen, die minder wichtigen Bestimmungen aber mit der Maßgabe an Ministerialconferenzen zu verweisen, daß wenn keine Einigung über eine andere Fassung zu Stande komme, der östreichische Entwurf in Kraft treten

solle. Der badische Minister, Herr von Roggenbach übernahm die etwas peinliche Aufgabe, dem gegenüber zu erklären, daß sein Fürst auch gegen die leitenden Gedanken mancherlei einzuwenden habe, und daß, so lange über die Fassung irgend welcher Artikel keine Einigung erzielt sei, es eben beim Alten bleiben müsse; erst wenn die ganze Vorlage durchgearbeitet sei, könne man durch eine Schlußabstimmung sich über die Annahme oder Ablehnung aussprechen.

Die Berathungen.

So wurde denn unter dem Vorsitz des Kaisers vom 22. bis 31. August der ganze Entwurf durchberathen. Unangefochten blieb von den leitenden Gedanken nur wenig; zumeist stand freilich der Großherzog von Baden mit wenigen Genossen allein; in einigen wichtigen Puncten fanden jedoch Abänderungsvorschläge die Mehrheit. Das Ergebniß der Berathungen war ein Directorium von 6, statt 5 Mitgliedern, in dem bei Stimmengleichheit nach der Bevölkerungszahl entschieden werden sollte; Oestreich, Preußen und Baiern waren ständige Mitglieder; die drei andern Könige, die neun nächstgroßen Staaten und endlich die neunzehn kleinsten stellten je ein wechselndes Mitglied. Oestreich behielt den Vorsitz, Preußen nur die Stellvertretung. Im Bundesrath führten die beiden Großmächte je drei Stimmen, die übrigen fünfzehn Curien je eine. Zur Kriegserklärung und zum Beschluß der Hülfeleistung, wenn ein deutscher Staat in seinen außerdeutschen Besitzungen bedroht werde, sollte Zweidrittel-, nicht wie Oestreich vorgeschlagen hatte, einfache Mehrheit im Bundesrath erforderlich sein. Das Delegirtenparlament war zu Gunsten Hessen-Homburgs und Hamburgs um zwei Mitglieder, auf 302 vermehrt worden, die im Allgemeinen zu einem Drittel aus den ersten Kammern, wo diese existirten, genommen werden sollten. Nur alle drei Jahre trat es zusammen und seine Beschlüsse unterlagen der Prüfung und Genehmigung des Fürstentages, in dem Oestreich, aber ohne Erfolg, auch zwei Vertretern der Standesherren ein bescheidenes Plätzchen hatte einräumen wollen. Den Beschluß der organischen Einrichtungen machte endlich ein Bundesgericht, dessen Zusammensetzung und Befugniß wesentlich nach den östreichischen Vorschlägen genehmigt wurde.

Die Beschlußfassung.

Nach Beendigung dieser Berathungen erklärten sich 24 Fürsten mit dem Ergebniß einverstanden; auch ward beschlossen, durch ein neues gemeinsames Schreiben dasselbe dem Könige von Preußen mitzutheilen und die Hoffnung auszusprechen, daß in der Brust des mächtigen und wohlgesinnten Bundesgenossen Entschließungen reifen würden, durch welche Deutschland in den Genuß dieser heilsamen Reformen gelangen könne. Darüber, daß Baden, Mecklenburg, Weimar und andre Staaten ihre Zustimmung zurückhielten, setzte man sich leichter hinweg. Die Schlußerklärung des Großherzogs von Baden entsprach in den Hauptpuncten der preußischen Auffassung: er verwarf das Directorium, forderte in besonders wichtigen Fragen für die beiden Großmächte ein Veto und verlangte die Wahl der Reichstagsmitglieder durch das Volk. Wenn zwischen Preußen und Oestreich eine Verständigung über die Vorlage gelinge, sei er zu weiteren ge-

schäftlichen Conferenzen gern bereit und werde seinen Beitritt nicht verweigern, sobald auch die Nation durch gesetzmäßig berufene Vertreter das neue Werk angenommen habe. Die übrigen theilnehmenden Fürsten theilten im Allgemeinen diesen Standpunct, nur daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin aus seiner Abneigung gegen die Einschiebung einer Volksvertretung in den Organismus des Bundes kein Hehl machte.

Mißlingen des Werkes.

Anders als er gekommen verließ Franz Joseph die alte Kaiserstadt. Die geträumte Ueberrumpelung war vollständig mißglückt; daß an dem ursprünglichen Werke erhebliche Veränderungen vorgenommen waren, ließ sich vielleicht noch verschmerzen; aber daß es nicht endgültig genehmigt, daß der dritte Theil der deutschen Staaten auf Preußens Seite getreten war, das gab dem ganzen Projecte schon den Todesstoß. Es war doch ein ganz unausführbarer Gedanke, wenn der Reformverein auf seiner Generalversammlung in Nürnberg noch Ende October empfahl, die neue Bundesverfassung für die willigen Staaten ins Leben zu rufen; als Drohung gegen Baden und Weimar klang das ganz gut, aber Preußen machte sich aus solchen Drohungen gar nichts. Die erste Antwort, die es auf die Uebersendung der Reform-Acte gab, war eine mittelbare. Am 3. September beantragte das Ministerium beim Könige die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Anordnung von Neuwahlen. Gegenüber den Bestrebungen, die auf dem Gebiete der Bundesverfassung zu Tage getreten seien, und der unverkennbaren Absicht, Preußen die Stellung in Deutschland und Europa zu verkümmern, die das wohlerworbene Erbtheil seiner ruhmvollen Geschichte bilde, empfinde — so hieß es in dem Berichte — das Volk ohne Zweifel das Bedürfniß zu zeigen, daß keine politische Meinungsverschiedenheit tief genug greife, um die Einigkeit zwischen Herrscher und Unterthanen zu gefährden. In der That war diese Begründung doch nur ein Vorwand; denn die Fortschrittspartei konnte in ihrem Wahlaufrufe mit Recht erklären, daß es zu dem angegebenen Zwecke keiner Neuwahlen bedurft hätte: auf ihrem Banner habe stets der Satz gestanden, daß Preußens Größe von der festen Einigung Deutschlands abhänge und daß diese ohne gemeinsame deutsche Volksvertretung nicht möglich sei. Die Regierung selbst mußte am Ende wünschen, daß diese Erklärung im Auslande Glauben finde; denn andernfalls würde der Ausfall der October-Wahlen, der die Fortschrittspartei noch verstärkte und das Häuflein der Ministeriellen nur auf Kosten der Altliberalen und Katholiken bis auf 37 Mitglieder brachte, den Beweis geliefert haben, daß das preußische Volk keineswegs zu seinem König stehe. Und doch war dies im vollsten Maße der Fall. Wäre nicht durch den Militärconflict ein so tiefer Abgrund zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus gerissen worden, wie hätte man dann dem Berichte zugejauchzt, den das Ministerium am 15. September dem König über die Reform-Acte erstattete. Die Forderung eines Vetos mindestens bei Kriegserklärungen, der vollen Gleichstellung mit Oestreich, eines unmittelbar vom Volke gewählten Parlamentes, die hier in schärfster Begründung

Regierung und Opposition in Preußen.

Die Neuwahlen.

und freimüthigster Ausführung auftraten, sie waren in der That die Forderungen des ganzen preußischen Volkes. Aber freilich in dem Munde eines Bismarck erschien die letzte wenigstens wie ein plumper Täuschungsversuch, dem zu erliegen die Fortschrittspartei nicht zu fürchten brauchte. Aber auf ihrer Hut mußte sie sein, damit nicht der tollkühne Ministerpräsident das Land unvermuthet in einen großen Krieg hineinziehe und durch eine leichtsinnige auswärtige Politik sich aus der Sackgasse, in die ihn seine verfassungswidrige innere Regierung geführt, gewaltsam einen Ausweg zu brechen suche. Das war die Stimmung, die in dem weitaus größten Theile des preußischen Volkes lebte, und die durch Worte und Erklärungen nicht mehr, die nur noch durch unwiderlegliche Thatsachen überwältigt werden konnte. An die ernstliche Durchführung der Reform-Acte glaubte man in Preußen nicht; den Notenwechsel, zu dem sie noch Anlaß gab, die Ministerconferenz, die Oestreich deshalb am 23. October in Nürnberg veranstaltete, die Zustimmung des Reformvereins, Alles das erregte nur noch Achselzucken; schließlich blieb von der ganzen großen Aufregung des Monats August nichts Andres übrig als ein reichlicher Stoff zu Anklagen gegen den Minister, der durch seine verkehrte Politik im Innern den Glauben an Preußens Ohnmacht bei den Gegnern genährt, und durch seine ebenso verfehlte äußere Politik den Staat unter den Großmächten vereinsamt und dadurch den stürmischen Angriffen Oestreichs und seiner Verbündeten preisgegeben habe. Daß derselbe Minister diese Angriffe doch auch siegreich zurückgeschlagen, das übersah man dabei eben so sehr, wie man die tiefgreifenden Vortheile verkannte, die jene geschmähte auswärtige Politik dem preußischen Staate verhieß und in der That schon in der allernächsten Zukunft einzutragen begann.

Bismarck und die öffentliche Meinung.

Der polnische Aufstand.

Rußland und Preußen.

Preußen stand mit Nichten, wie die Opposition es behauptete, vereinsamt da unter den Großmächten Europas: es hatte einen Bundesgenossen gewonnen, der freilich bei den Liberalen im allerschlechtesten Rufe stand, der aber Oestreich gegenüber von dem größten Werthe war: Rußland. Die freisinnigen Reformen des Czaren hätten wohl, so sollte man glauben, die alte Abneigung, die seit Nikolaus Zeiten in Deutschland gegen den östlichen Nachbarn herrschte, mildern und umstimmen sollen, und die Ansätze dazu waren auch bis zum Anfang des Jahres 1863 unverkennbar vorhanden. Die russische Friedenspolitik, die bessere Behandlung der Polen, die Aufhebung der Leibeigenschaft entbehrten des verdienten Beifalls nicht, und ohne die verdächtigen Agitationen der Slawenfreunde würde die Anerkennung wohl noch unumwundener gewesen sein. Da brach zu Anfang des Jahres 1863 der polnische Aufstand aus. Nun war von jener schwärmerischen Polenbegeisterung, die 1830 und theilweise selbst noch 1848 geherrscht hatte, im deutschen Volke nicht grade viel mehr

Polnische Sympathien.

lebendig; unter anderen Umständen würde man dem erneuten Aufflackern der nationalen Forderungen mit nüchterner Theilnahme und vorsichtigem Egoismus zugeschaut, man würde sorgfältig bedacht haben, daß Preußen und Deutschland an der Weichsel werthvollen Besitz gegen die Apostel des Polenthums zu vertheidigen habe. Aber diese Grundstimmung erlitt eine merkwürdige Aenderung von dem Augenblick an, wo Bismarck zu Gunsten Rußlands und gegen die Polen auftrat. Der Kampf des Abgeordnetenhauses gegen die Regierung beherrschte so vollkommen die Gedankenkreise der Parteiführer, daß sie gleichsam instinctiv in das polnische Lager getrieben wurden, sobald sie erfuhren, daß Bismarck im russischen stehe. Mit großer Gelehrsamkeit und historischer Sachkenntniß stellte man im Abgeordnetenhause den Satz auf, daß die richtige preußische Politik die Begünstigung der Polen gebiete; ein Mittelreich zwischen Deutschland und Rußland sollte im Osten zur Vermeidung eines Zusammenstoßes dieselben guten Dienste leisten wie Belgien an der Westgrenze; es gab keine bessere Gewähr gegen die Gelüste der Czaren auf Ostpreußen als die Wiederherstellung eines bescheidenen polnischen Reiches, das natürlich auf Rückerstattung von Seiten Preußens keinen Anspruch erheben durfte. Auch die Handelsinteressen geboten die möglichste Beseitigung der russischen Nachbarschaft. Seit vierzig Jahren klagte man über die Belästigungen des Grenzverkehrs, über die hohen Zölle, die Bestechlichkeit der Beamten, den offenkundigen Schmuggel. Alle Beschwerden und Verhandlungen waren umsonst gewesen, dem mächtigen Rußland ließen sich keine Zugeständnisse abringen, einem schwachen Polen gegenüber mußte das viel leichter sein. Solche Berechnungen waren es, auf die sich die Theilnahme für die Aufständischen stützte, und durch die man aufs Neue die Unfähigkeit Bismarcks handgreiflich nachzuweisen suchte, während der Minister darin nur die alte Neigung, für fremde Völker auf Kosten Deutschlands zu sympathisiren, erkennen wollte, eine Krankheitsform, die, wie er spöttisch meinte, leider nur in Deutschland anzutreffen sei.

Der polnische Aufstand.

Die Vorbereitungen zum Aufstande und die Vorboten desselben waren im übrigen Europa nicht für so ernstlich gehalten worden, wie sie es verdient hätten, und der Ausbruch kam deshalb sehr unerwartet. Mitte Januar 1863 wurde die Recrutirung, die der Kaiser im September angeordnet, zur Ausführung gebracht. Eine geheime Weisung, die doch nicht geheim geblieben war, hatte als den Hauptzweck der Maßregel die Entfernung der Unruhestifter hingestellt; die Behörden sollten deshalb besonders die Städte heranziehen und die Studenten, Gerichtspraktikanten und ähnliche junge Leute, die sonst von der Aushebung frei zu bleiben pflegten, diesmal nicht übergehen. Rechtzeitig gewarnt hatten sich viele der Bedrohten aber in die Wälder gerettet und wuchsen nun schnell zu kleinen Banden unter selbstgewählten Führern zusammen. Die politische Leitung der gesammten Bewegung übernahm ein geheimer Central-Ausschuß in Warschau. Am 22. Januar machte er den Beginn seiner Amtsführung bekannt und erließ zwei Verordnungen, durch die er den besitzlosen Haufen unter die

Waffen zu locken hoffte. Die erste machte die Bauern zu vollkommen freien Herren des Landes, das sie bisher gegen Frohnden oder Pacht besessen; die zweite verhieß jedem mittellosen Vaterlandsverteidiger drei Morgen Grundbesitz. An die Spitze der bewaffneten Schaaren wurde Mieroslawski unter dem Titel eines Dictators berufen, die übrigen Bevollmächtigten der revolutionären Regierung blieben wie diese selbst in geheimnißvolles Dunkel gehüllt. Rasch verbreitete sich der Aufstand über das ganze Königreich und griff auch nach Littauen hinüber; Posen und Galizien dagegen blieben ruhig, denn ein besonderer Erlaß der geheimen Regierung warnte davor, Oestreich und Preußen zu bekämpfen; Rußland sei der schrecklichste Feind und deshalb müßten alle Polen zu seiner Besiegung ihre Kräfte vereinigen. Freiwillige, Waffen und Geld forderte man von den Landsleuten jenseits der russischen Grenze, aber die Ausdehnung der Empörung auf die beiden anderen Großstaaten erkannte man mit Recht als einen Fehler. Es fragte sich nun, ob diese Vorsicht die gewünschte Folge haben und Oestreich und Preußen zur Neutralität, wohl gar zu wohlwollender Neutralität bewegen werde. Für Oestreich traf diese Hoffnung zu. Schon in den ersten Tagen des Februar berichtete die Warschauer Regierung erzürnt nach Petersburg über die Nachsicht, die man an der galizischen Grenze dem Aufstande bezeige und die nicht der am wenigsten merkwürdige Punct in der Geschichte desselben sei. Ganz anders war die Auffassung in Berlin; Bismarck nahm die Lage sehr ernst und äußerte den fremden Gesandten gegenüber die Befürchtung, daß die Russen zu schwach seien die Empörung zu ersticken. Das wollte man in Warschau natürlich nicht zugeben und beschuldigte dort den preußischen Minister, daß er den Teufel schwärzer male als er sei. Man besorgte, daß in Berlin allerlei Vergrößerungsgelüste ausgeheckt würden; Herr von Keudell, ein genauer Freund Bismarcks, der auch im russischen Polen begütert war, sollte eine Bittschrift betreiben, die eine preußische Besetzung des Landes zum Schutz gegen die Grausamkeiten der Russen forderte; die Zeitungen meldeten von einer vertraulichen Unterredung des Ministers mit dem Vicepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Behrend von Danzig, in der als Ziel der preußischen Politik ein doppeltes: entweder Beihülfe zur Erstickung des Aufstandes, oder Förderung desselben, Besetzung und Annexion Polens, hingestellt war. Für welchen Weg hatte sich Bismarck entschieden? Oder hielt er sich vielleicht zur Zeit noch beide offen? Der Czar selbst, so hieß es, sei Polens müde, eine Abtretung würde ihm nicht schwer fallen; andrerseits drängte die Ausdehnung nach Osten Preußen aus seiner deutschen Stellung heraus und gefährdete seine Zukunft. Darin hätte man allerdings keinen Grund gefunden, einem Bismarck diese Politik nicht zuzutrauen; aber seine Maßnahmen, die offenkundig der Unterstützung Rußlands dienten, widersprachen ihr. Schon am 31. Januar waren die vier östlichen Armeecorps unter dem Befehl des Generals von Werder vereinigt, und die Reserven der Infanterie einberufen; am folgenden Tage reisten des Königs Adjutanten von Alvensleben nach Petersburg und von Rauch nach War-

Mieroslawski.

Bismarcks Haltung.

Die Februar-Convention.

schau, und wiederum acht Tage später, am 8. Februar, ward eine Convention mit Rußland abgeschlossen, über deren Tragweite die übertriebensten Gerüchte in Umlauf kamen. Trotz der Versicherung Bismarcks, daß nach wie vor die Ueberschreitung der beiderseitigen Grenze durch preußische oder russische Truppen durchaus von der Einwilligung des anderen Theiles abhänge, glaubte man auf Grund von Aeußerungen im französischen und englischen Parlamente, daß den Russen die Verfolgung der Aufständischen auf preußisches Gebiet gestattet und die Mitwirkung preußischer Soldaten zu diesem Zwecke zugestanden sei. Der Spott, den Bismarck über den unaustilgbaren Glauben an diese Seeschlange ergoß, reizte die liberale Partei nur noch mehr; immer von Neuem kam sie auf die Convention zurück und konnte doch über den wahren Inhalt derselben Nichts aus dem Minister herauslocken. Auch das englische und das französische Cabinet regten sich sehr darüber auf. Drouyn de l'Huys lud sogar am 21. Februar Oestreich und England zu einem gemeinsamen Schritte bei dem Berliner Cabinette ein; indes Oestreich hatte selbst über den Beitritt zu der Convention in Unterhandlung gestanden, England wünschte den Angriff unmittelbar auf Rußland zu richten, und so kam es nur zu diplomatischen Erkundigungen; schon Anfang März konnte Bismarck überdies dem englischen Ministerium erklären, daß die Convention ein todter Buchstabe sei, da die zur Ausführung nöthigen Weisungen nicht ertheilt seien. Der Aufstand hatte sich um diese Zeit aus der gefährlichen Nähe der preußischen Grenzen weggezogen und überhaupt seinen drohenden Charakter verloren.

Kriegerische Vorfälle.

Zu kriegerischen Vorfällen von größerer Bedeutung war es gar nicht gekommen. Mieroslawski spielte seine Rolle in ein paar Tagen aus. Am 17. Februar erschien er auf polnischem Boden, schon am 23. war er nach einigen unglücklichen Gefechten wieder diesseits der Grenze. Nicht viel besser ging es dem jungen Marian Langiewicz, der sich unter dem Protest Mieroslawskis am 10. März selbst als Dictator ausrief und schon am 19. nach Galizien flüchten mußte, wo ihn die östreichische Regierung bewachte. Damit war der Aufstand allerdings noch nicht erloschen; aber die Lauheit der Bauern und Bürger, die nur geringen Eifer zeigten unter die Waffen zu treten, machte einen erneuten Aufschwung wenig wahrscheinlich. Die Hauptstärke des geheimen Central-Ausschusses bestand in der Furcht, die er den Beamten der russischen Regierung einzuflößen verstand, und in dem Schein von Thätigkeit, mit dem er sich zu umgeben wußte. Bald verbot er die Zahlung der Steuern an die russischen Behörden und setzte in den einzelnen Bezirken selbst Ausschüsse zur Erhebung derselben ein, bald verwarf er die Gnade des Czaren, die ihn beim Anblick so vieler frischer Grabhügel, so vieler rauchender Trümmer von Städten und Dörfern, so vielen noch nicht erkalteten Blutes hingemordeter Brüder mit Schaudern erfülle; dann erließ er wieder Strafbestimmungen für Staatsverbrechen und setzte geheime Gerichtshöfe zur Aburtheilung ein, oder er bescheinigte den Empfang von 22 Millionen Gulden, die in den russischen Cassen vermißt wurden,

Die geheime Regierung.

oder schrieb seinerseits ein Zwangsanlehen von 26 Millionen aus. Während er die Grenze gegen Oestreich und Preußen fortgesetzt respectirte, zog er schon Ende März, und zwar mit bestem Erfolge, Littauen, einige Wochen später, doch nicht so erfolgreich, Rothrußland in den Aufstand hinein. Ermordungen und Mordversuche, in den Straßen Warschaus unter den Augen der kaiserlichen Polizei gegen hohe Beamte oder eifrige Werkzeuge des Russenthums gerichtet, verbreiteten unheimlichen Schrecken und dienten der Nationalregierung dazu Reclame für sich zu machen, indem sie öffentlich durch Anschläge sich als Anstifterin bekannte. Kurz, die Revolution dauerte fort, obgleich sie im offenen Kampfe das Feld nicht behaupten konnte, sie dauerte fort, weil alle Patrioten mit Sicherheit darauf rechneten, daß die Westmächte und Oestreich zu ihren Gunsten einschreiten würden. So lange die Dinte der Diplomaten floß, floß, nach dem bittren Wortspiel eines polnischen Schriftstellers, auch das Blut der Polen.

Littauen und Rothrußland.

Zu drei Malen, im April, im Juni und im August, wandten sich die drei Mächte an das Petersburger Cabinet, um ihm Vorstellungen über sein Verfahren gegen die Polen zu machen; gestützt auf Preußen, das ihm kräftig zur Seite trat, und gestützt auf das lebhaft sich äußernde Nationalgefühl, lehnte Gortschakoff alle drei Einmischungen sehr entschieden ab und errang sich dadurch einen Grad von Beliebtheit in seinem Lande, der ihm später erlaubte, auch der öffentlichen Meinung zum Trotz die guten Dienste Preußens reichlich zu erwidern. Die ersten Noten der drei Mächte, verschieden in Wortlaut und Gedankengang, wurden dem Petersburger Cabinet am 17. April übergeben. Sie stimmten doch darin überein, daß sie Rußland an die Verträge von 1815 erinnerten, durch welche Polen eine Verfassung zugesichert sei, daß sie die periodische Wiederkehr der Aufstände für ein Zeichen tiefliegender Schäden erklärten und auf die Gefahr hinwiesen, die darin für ganz Europa liege. Gortschakoff verzichtete darauf, die Gültigkeit der Verträge zu bestreiten, wahrte seinem Kaiser aber das Recht dieselben auszulegen und die geeigneten Heilmittel für die vorhandenen Schäden zu suchen, und betonte sehr nachdrücklich, daß die Beunruhigung Europas zwar durch den Aufstand in Polen, der Aufstand in Polen aber durch die kosmopolitische Revolutionspartei hervorgerufen sei, die in verschiedenen Ländern Europas ihre Mittelpuncte habe; er ersuchte deshalb die beschwerdeführenden Cabinette, an ihrem Theil zur Verstopfung dieser Quelle des Mißvergnügens behülflich zu sein.

Einmischung der Westmächte und Oestreichs.

Wenn die drei Mächte geglaubt hatten, die Thatkraft der russischen Regierung durch ihren gemeinsamen Schritt zu lähmen, so fanden sie sich getäuscht. Vor dem 17. April hatte der Czar den Polen aus freien Stücken Verzeihung angeboten, nach demselben verdoppelte er seine Strenge. Zwar blieben Großfürst Konstantin und Wielopolski noch im Amt, aber im Wesentlichen ward ihnen die Verwaltung aus den Händen genommen und theils in die des Grafen Berg, theils in die der commandirenden Generale gelegt; nach Wilna ward zur Unterdrückung des littauischen Aufstandes der harte Murawiew geschickt. Er begann damit in allen Bezirken Kriegsgerichte und

Berg und Murawiew.

Militärverwaltung einzuführen, Adel und Geistlichkeit unter die schärfste Aufsicht zu stellen und eine zehnprocentige Steuer auf alle adligen Güter zu legen, eine Maßregel, die um so unerträglicher war, als schon im März den Bauern die Einlieferung ihrer Pachtzinse und Ablösungsgelder in die Kreiscassen befohlen war, von denen sie den rechtmäßigen Eigenthümern, den Edelleuten, bei dem geringsten Verdachte vorenthalten wurden. In Rußland jubelte man dem gewaltthätigen Manne entgegen, der es zu verstehen schien, die Starrheit des Adels mit den wirksamsten Mitteln zu brechen; man war unzufrieden damit, daß in Polen nicht dieselbe Strenge walte, und das Verlangen nach der Abberufung des Großfürsten Konstantin wurde immer lebhafter. Der Kaiser entschloß sich noch nicht dazu, dem zu willfahren, sondern beschwichtigte die Dränger erst durch ein paar Abschlagszahlungen: er ließ den Erzbischof von Warschau, Felinski, der schon im März aus dem Staatsrath ausgetreten war und in einem offenen Briefe an den Czaren die Personalunion gefordert hatte, nach Petersburg bringen, als er gegen die Hinrichtung eines Priesters Protest einlegte; er beurlaubte Wielopolski und beauftragte den Grafen Berg mit dem Vorsitz im Staatsrathe. Wo sich die Gelegenheit bot, führte er eine sehr kriegerische Sprache, redete von den Feinden, die vergebens auf den Zwiespalt zwischen ihm und seinem treuen Volke rechneten, drückte die Hoffnung aus, einen allgemeinen Krieg noch vermeiden zu können, und sprach zuversichtlich von der Verteidigung der Reichsgrenzen und der mit dem Reiche untrennbar verbundenen Gebiete. Adressen und Deputationen, die ihm von Adel und Städten aus allen Theilen des Landes zukamen, betheuerten in nicht minder kräftiger Weise ihre Entschlossenheit, für die Unversehrtheit des Landes einzutreten, und bis zu den Finnen und den Deutschen in den Ostseeprovinzen war Alles zum Kampfe und zu den schwersten Opfern bereit.

Wachsende Strenge des Kaisers.

Das konnte man von den drei Mächten nicht sagen. Lord Russell erklärte zu wiederholten Malen im Parlamente, daß England nicht daran denke für Polen das Schwert zu ziehen; Oestreich ließ sich nicht einmal durch Frankreichs Versprechen, ihm seinen Länderbestand zu verbürgen, zu einer kriegerischen Politik verleiten; nur Napoleon gab sich den Anschein, als ob er zum Kriege bereit sei und schlug seinen beiden Verbündeten vor, weitergehende Verabredungen zu treffen. Die Grenzen des Einverständnisses, das er erzielen konnte, waren doch ziemlich eng gesteckt. Die drei Antwortsnoten, welche Fürst Gortschakoff am 27. Juni empfing, stimmten darin überein, daß sie von den Klagen über das polnische revolutionäre Treiben im Auslande gar keine Notiz nahmen, und dem Czaren die Bewilligung von sechs Forderungen empfahlen: vollständige Begnadigung, ein polnisches Parlament, polnische Beamte, Religionsfreiheit, ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache und ein neues Recrutirungsgesetz. England und Frankreich fügten dem noch den Vorschlag hinzu, daß der Czar einen Waffenstillstand verkünden und die Unterzeichner

Neue Noten der drei Mächte.

der Wiener Congreß-Acte von 1815 zu Conferenzen auf Grund jener sechs Puncte einladen möge.

Gortschakoffs zweite Ablehnung.

Auch wenn der russische Reichskanzler keine Kenntniß von der Geringfügigkeit der Kriegsgefahr gehabt hätte, würde er diese Einmischung rundweg abgeschlagen haben. Mit leichtem Spott erwiderte er am 13. Juli, daß die Herstellung der Ruhe nicht von dem Kaiser verkündet, wohl aber von den fremden Mächten wesentlich gefördert werden könne. Die Banden, die noch unter Waffen stünden, ergänzten sich nur aus dem Auslande; sobald sie irgend wo anschwöllen, würden sie sofort zermalmt; dann aber flöhen sie über die Grenze und kämen an anderen Puncten wieder herüber. Dieses Spiel werde von den auswärtigen Revolutionsausschüssen um der guten Bühnenwirkung willen, die es bei der öffentlichen Meinung Europas hervorbringe, unermüdlich erneuert; es beruhe auf der Hoffnung, daß Rußland dadurch schließlich doch in einen Krieg mit den Mächten verwickelt werde, und werde besonders von Paris aus geleitet. Ueber die sechs Puncte wollte Gortschakoff vor Wiederherstellung der Ordnung keine Meinung äußern; eine Berathung mit den Wiener Congreßmächten lehnte er schlechthin ab, da Rußlands Würde darunter leiden müßte; gern aber sei er bereit mit Oestreich und Preußen zu verhandeln, die als Besitzer polnischer Gebiete gleiche Interessen mit Rußland hätten. Offenbar zielte dieser letzte Vorschlag darauf ab, das Wiener Cabinet von seinen beiden Verbündeten abzuziehen. Das mißlang aber. Graf Rechberg erklärte in unverbindlichem Tone, daß er auf solche Sonderverhandlungen nicht eingehen und die Zustände in Galizien nicht mit denen in Polen auf eine Stufe stellen lassen könne. Dann verständigte er sich mit England und Frankreich über eine dritte Sendung von Noten, die am 12. August in Petersburg übergeben wurden und in ihrem Schlußsatze wörtlich übereinstimmten. Nachdem jedes Cabinet zuvor in seiner Weise die Berechtigung der polnischen Beschwerden, die Geringfügigkeit der Unterstützung, die der Aufstand von außen erhalte, das Befremden über Rußlands Ablehnung des Congreßvorschlages und über sein Gegenproject ausgesprochen, erklärten sie alle drei, daß sie Rußland die volle Verantwortlichkeit für seine Ablehnung ihrer gemäßigten und versöhnlichen Rathschläge zuschieben müßten. Das nahm Gortschakoff in einer letzten Note vom 7. September sehr höflich hin und schloß damit eine Discussion, deren Fortdauer, wie er meinte, keine Annäherung, sondern nur eine größere Entfremdung in Aussicht stelle. Es war eine völlige Niederlage, welche die drei Verbündeten sich geholt hatten, und da jeder dem Andern die Hauptschuld an dem Mißgeschick beizumessen geneigt war, so hatte der gemeinsame Feldzug keineswegs eine Befestigung der gegenseitigen guten Beziehungen zur Folge.

Dritte Einmischung.

Abberufung Konstantins.

Murawiew und Berg setzten unterdessen ihre Bemühungen zur Wiederherstellung der Ordnung mit der alten Strenge fort; dem Letzteren ward Ende August durch die Abreise des Großfürsten Konstantin der letzte Hemmschuh abgenommen, der ihn noch behinderte. Trotzdem that er es bei seiner milderen Sinnesart dem Statthalter

Der Henker von Wilna.

von Littauen, dem Henker von Wilna, nicht gleich. In den national-russischen Kreisen wurde Murawiew der Held des Tages; man jubelte über die Gütereinziehungen, die er bald hier, bald dort verfügte, über die unerschwinglichen Steuern, die er dem polnischen Adel auferlegte, über die Hetzjagd, die er gegen die Aufständischen losließ, indem er drei Silberrubel Belohnung für jeden unbewaffneten, fünf für jeden bewaffneten Gefangenen, den ihm die Bauern einliefern würden, versprach. Der polnische Adel Littauens wurde planmäßig zu Grunde gerichtet; entweder gab er durch offene Betheiligung an der Empörung seine Güter gradezu preis, oder er wurde durch die maßlosen Geldforderungen zum Verkauf um ein Spottgeld gezwungen. Ebenso erbittert war der Kampf gegen die katholische Geistlichkeit, deren dreiste und verbrecherische Theilnahme am Aufstande Murawiews Erlasse in den leidenschaftlichsten Ausdrücken brandmarkten. Die Erfolge entsprachen dem aufgewandten Eifer: am 15. October konnte Littauen für befriedet erklärt werden. Ein goldenes Standbild des heiligen Michael, eine Ehrengabe vornehmer Damen Petersburgs, belohnte Murawiew für seine Verdienste um das Russenthum; mochte aus dem Kreise der Konstantinowzen der grimmige Vorschlag ertönen, ihm lieber ein goldenes Beil zu überreichen, so konnte er sich darüber mit dem rückhaltlosen Beifall der öffentlichen Meinung trösten. Die Slawenfreunde, die Polenfeinde, hatten den vollkommensten Sieg über die Sapadniki davongetragen, und ihre tüchtigsten Kräfte strömten nach Polen, um dort das Werk der Russificirung mit äußerster Anstrengung durchzuführen. Sie warteten dabei nicht einmal ab, daß auch Berg den Widerstand völlig bezwang. Gewiß war dessen Aufgabe ungleich schwieriger als die Murawiews, weil im eigentlichen Polen die russische Bevölkerung so sehr gering war und die Rebellion sich hier viel gründlicher vorbereitet hatte. Der geheime Ausschuß spottete monatelang aller Entdeckungsversuche; der strengste Belagerungszustand, eine zehntägige Absperrung Warschaus, ein Durchspüren aller Schlupfwinkel bis in die Nonnenklöster hinein blieb erfolglos; Verhaftungen über Verhaftungen, Geldstrafen über Geldstrafen, Masseneinquartierungen und Ausweisungen, Alles war umsonst. Der Jahrestag der Revolution kam heran, und noch hatte man Nichts entdeckt. Unmittelbar darauf aber änderte sich die Sache. Noch im Januar 1864 machte man das Stadthaupt von Warschau ausfindig, Ende Februar gelang es einige Mitglieder des Central-Ausschusses zu verhaften, und das Verstummen der geheimen Zeitung, die man bisher auf keine Weise hatte unterdrücken können, bewies, daß man die rechten getroffen. Bald mehrten sich die Zeichen, daß der Aufstand als hoffnungslos aufgegeben werde. Auf die spärlichen Unterwürfigkeitsadressen, die bisher mühsam zusammengebracht waren, folgten seit Mitte April Massenerklärungen aus dem Adelsstande und der Geistlichkeit; Bauerndeputationen begaben sich nach Petersburg, um dem Czaren für die Beseitigung der Leibeigenschaft zu danken, die durch Verordnungen vom 2. März endgültig vollzogen war; der Erzbischof Felinski, der noch immer in Petersburg festgehalten wurde, gebot die Aufhebung

Der Aufstand in Polen.

der Kirchentrauer, die seit seiner Abführung in Scene gesetzt war; der Pariser Revolutionsausschuß erklärte, daß seine Geldmittel dem Versiechen nahe seien, und das Haupt der flüchtigen Aristokraten, Fürst Ladislaus Czartoryski, sagte sich öffentlich von der Erhebung los. Am 18. Juni fand sich Graf Berg veranlaßt, eine beschränkte Begnadigung kund zu thun, und Anfang August war die Vollstreckung des Todesurtheils an fünf Mitgliedern der geheimen Regierung, und die Abführung von sechzehn anderen nach Sibirien gleichsam der Schlußstein in der Bewältigung des Landes.

Erlöschen des Aufstandes.

Um die Wiederkehr ähnlicher Erhebungen für die Zukunft unmöglich zu machen, wurden die umfassendsten Maßregeln getroffen. Die Befreiung der Bauern war darunter die rühmlichste und wohl auch wirksamste. Hatte man schon im eigentlichen Rußland den Adel dabei nicht eben geschont, so war davon in Polen natürlich noch weniger die Rede; die Entschädigung, die ihm in Schuldverschreibungen zu Theil wurde, brachte ihm kaum die Hälfte der jährlichen Einkünfte, die er bisher durch die Frohnden bezogen. Unter den Beamten polnischer Nationalität war schon während des Aufstandes gründlich aufgeräumt worden; was noch zu thun blieb, wurde jetzt gethan. Mit der Verbannung der polnischen Sprache aus dem amtlichen Verkehr konnte man in Warschau natürlich aus practischen Gründen nicht so weit gehen wie Murawiew in Wilna, der seinen Untergebenen und den Gemeindebehörden den Gebrauch des Russischen bei schweren Strafen anbefohlen hatte; aber die Verordnung, daß alle Aushängeschilder in Warschau neben der polnischen eine ebenso große russische Inschrift tragen müßten, zeigte, daß man auch hier den Kampf gegen die Sprache nicht außer Acht ließ; die amtliche Zeitung ward selbstverständlich fortan russisch abgefaßt. Der Katholicismus, der nach Murawiews Absichten in Littauen völlig ausgerottet werden sollte, erhielt in Polen wenigstens schwere Schläge. Nicht weniger als 114 Klöster wurden am 28. November aufgehoben und ihre Insassen theils in andre Ordenshäuser, theils über die Grenze gebracht; auch weiterhin sollte damit fortgefahren werden, bis der Bestand auf 35 Klöster mit 360 Mönchen und 140 Nonnen herabgemindert sei; alles Klostervermögen nahm der Staat in Verwaltung und bestimmte es zum Theil für die Verbesserung der Lage der niederen Geistlichkeit. Den höheren Geistlichen dagegen, die schon während der Empörung mit schweren Abgaben belastet waren, suchte man ihre Einkünfte nach Kräften zu schmälern. Für die Ausbreitung der griechischen Kirche wurden die eifrigsten Anstrengungen gemacht, vorzugsweise freilich auch wieder in Littauen und Rothrußland, wo man mit besonders gutem Erfolge die sog. unirten Griechen, die sich seit 1596 dem päpstlichen Stuhle unterworfen hatten, wieder in die orthodoxe Kirche hinüberzuziehen wußte, eine Bewegung, die nach einem Jahrzehnt ihr Ziel erreicht hatte. Auch im Schulwesen, das freilich von sehr geringer Ausdehnung war, wurde die Russificirung mit Eifer angefaßt, und so der polnischen Nationalität überall die Axt an die Wurzeln gelegt. Wenn der milde Sinn Alexanders auch mit der Zeit gelindere Saiten anspannen ließ, so

Russisches Strafregiment.

Der Katholicismus.

trat in der Sache selbst doch keine Aenderung ein; die Versöhnungspläne Wielopolskis gehörten einer überwundenen Vergangenheit an, und der Russe gebrauchte das Recht des Siegers über den besiegten, unversöhnlichen Feind, der im schroffen Gegensatze zu den Strömungen der Zeit, die überall sonst das Princip der Nationalität begünstigte, schneller als je der Vernichtung entgegenglitt und mehr und mehr selbst die Hoffnung verlor, das selbständige Dasein, das die Sünden der Väter verscherzt hatten, zurückzugewinnen.

England.

Englands Stellung in Europa.

Für die Gesammtlage der europäischen Politik hatte der polnische Aufstand seine ernste Bedeutung bereits mit dem Augenblicke verloren, in welchem Fürst Gortschakoff die Einmischung des Auslandes triumphirend zurückwies. Es war ein gewichtiges Zusammentreffen, daß dieser Augenblick derselbe war, in welchem Preußen den Frankfurter Fürstentag zum Scheitern brachte. Die beiden östlichen Mächte, die fest zusammenstanden, hatten gleichzeitig und unabhängig von einander ihre Gegner geschlagen; wenn Preußens Sieg nur Oestreich unmittelbar traf, so hatte Rußland die Schlacht vor Allem über Frankreich gewonnen; England, das dritte Glied des feindlichen Bündnisses, war verhältnißmäßig am glimpflichsten davongekommen. Es beschloß den Feldzug gegen Rußland am 20. October durch eine Note, in der Lord Russell ernst daran erinnerte, daß die Rechte Polens in derselben Urkunde enthalten seien, welche den Czaren zum Herrscher des Landes mache; — drohende Worte, denen aber die friedenssüchtige Politik, die Großbritannien seit Jahr und Tag befolgte, fast alles Gewicht raubte. England hört auf zu nehmen, es fängt an herauszugeben, mit dem ist es zu Ende, soll Herr von Bismarck gesagt haben, als um dieselbe Zeit, im November 1863, die Jonischen Inseln an Griechenland abgetreten wurden. Die offenkundige Scheu vor jeder kriegerischen Verwicklung, und der vermittelnde Einfluß, den die Regierung bald mit, bald ohne Erfolg auf die schwebenden Fragen zu üben suchte, trugen ihr im Auslande wenig Dank ein. Es gab kaum einen streitigen Punct, in dem sie es nicht mit beiden Theilen verdorben hätte, und da sie trotz gelegentlicher Kriegsdrohungen zuletzt immer geschehen ließ, was sie bisher bekämpft hatte, so legte man ihren Vermittlungsversuchen wenig Werth bei. Die Krämerpolitik Großbritanniens wurde zu einem Schlagworte, das sich unter allen Parteien in den verschiedensten Ländern Europas der gleichen Beliebtheit erfreute; in Griechenland und Rumänien, in Rom und Savoyen, in Schleswig-Holstein und Polen, überall verstand es das englische Cabinet trotz der allerbesten Absichten Nichts auszurichten oder gar die Lage zu verschlimmern. Härter jedoch als in irgend einer europäischen Frage rächte sich diese Politik der lauen Begünstigung und schwächlichen Bekämpfung in dem großen Streite, der jenseits des atlantischen Oceans ausgebrochen war. Mit allen seinen Sympathie

Unkriegerische Vermittlungsversuche.

England und die Union.

den baumwollbauenden Südstaaten zugewandt und herzlich froh, den Zusammenbruch der Union, des immer gefährlicher werdenden Nebenbuhlers, hoffen zu dürfen, waren die leitenden Staatsmänner Englands doch zu gewissenhaft oder zu ängstlich, um thatkräftig für die Zersprengung der großen Republik einzutreten. Auch benutzten sie nicht, wie Frankreich es versuchte, die Zeit, in der die Kräfte der Vereinigten Staaten gelähmt waren, zur Befestigung und Erweiterung ihres Einflusses in Amerika. Sie gestanden dem Süden die Rechte der Kriegführung zu, ließen ihn Schiffe in englischen Häfen bauen und kaufen, übersahen sogar die Vorbereitungen, die von Canada aus zu einem Einfall in die Nordstaaten gemacht wurden, und gewannen dadurch Nichts als den Haß des Nordens. Jede Gelegenheit zum Bruch, die sich darbot, vermieden sie sorgsam, und wie sie Napoleons Antrag zur bewaffneten Einmischung in den polnischen Aufstand ablehnten, so hatten sie seine Einladung zur Unterstützung der Südstaatlern verschmäht. Während dessen litt die Arbeiterbevölkerung in den englischen Fabrikbezirken große Noth; die Baumwolle blieb aus, deren Verarbeitung ihnen den Lebensunterhalt verschaffte; die Spinnereien und Webereien wurden geschlossen, und nur durch großartige Unterstützungen, in denen die englische Wohlthätigkeit ihre alte christliche Milde glänzend bewährte, konnte dem ärgsten Elend vorgebeugt werden; an die 60 Millionen Mark wurden durch Armensteuern und freiwillige Beiträge aufgebracht.

Parlamentsreform.

Rückwirkend mußte diese Noth in der Arbeiterbevölkerung die Unzufriedenheit mit ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Stellung erhöhen. Trotz aller Reformbills waren in dem freien England doch die unteren Classen immer noch politisch einflußloser als in den meisten übrigen Ländern Europas. An den Wahlen zum Parlamente konnte kaum ein Siebentel der erwachsenen Männer Theil nehmen, und wenn beispielsweise die städtischen Wähler in den 30 Jahren seit der großen Reformbill von 280,000 auf 510,000 Köpfe gestiegen waren, so stand diese Zunahme keineswegs im Verhältniß zu dem Wachsen der Bevölkerung: der Procentsatz der Arbeiterclasse war sogar von 31 auf 26 pCt. heruntergegangen. Gleichwohl machte die Regierung seit dem Jahre 1860 keinen neuen Versuch, das Wahlgesetz zu verbessern; eingestandener Maßen nicht deshalb, weil ihre Mitglieder die Zweckmäßigkeit verkannten, sondern weil Lord Palmerston Nichts davon wissen wollte. Die unabhängigen Liberalen des Unterhauses wie Locke King und Baines vermochten für ihre selbständigen Anträge, die sie Jahr für Jahr einbrachten, die Mehrheit nicht zu gewinnen, so nahe sie ihr auch manchmal kamen. Der alte Palmerston — er vollendete im October 1864 sein achtzigstes Lebensjahr — wußte mit jugendlicher Rüstigkeit die Mehrheit bei seiner Fahne zu halten und oft genug durch seine altgewohnten Scherze auch die Gegner zu entwaffnen. Sein Wunsch, die Hand am Staatsruder zu sterben, war auch der Wunsch des Landes. In dem Arbeiterstande aber machte die Forderung einer neuen Reform beständige Fortschritte; die Gewerkvereine schrieben sie auf ihr Banner und die großen Städte sahen

wieder wie in früheren Jahren gewaltige Massenversammlungen unter freiem Himmel, vor denen neue Männer aus den Arbeiterclassen, die Odger, Bradlaugh u. A. ihre feurigen Reden hielten und bei denen es auch an heftigen Zusammenstößen mit der Polizei nicht fehlte. Nicht besser stand es mit Irland. So viele Uebelstände in den letzten Jahrzehnten auch abgestellt waren, so dauerten doch die Grundübel noch fort; die Armut der irischen Bevölkerung verglichen mit dem Reichthum des zum großen Theil englischen Adels, die glänzenden Einkünfte der anglikanischen Kirche aus einem so überwiegend katholischen Lande, die Hetzereien der nationalen Führer und die Gegendemonstrationen der fanatischen Orangisten, Alles das ließ eine Beruhigung der Insel nicht zu Stande kommen. Von verhängnißvoller Bedeutung wurde auch für Irland der amerikanische Bürgerkrieg. Von den Hunderttausenden, die in den letzten zwanzig Jahren von der grünen Insel nach der Union übergesiedelt waren, hatte ein großer Theil in den Reihen der Nordstaaten tapfer für das neue Vaterland gefochten. Aber die Gedanken an die heimische Insel hatten sie darüber nicht verloren, und als nun der Bürgerkrieg zu Ende ging, bildeten sich unter ihnen Verschwörungen mit dem Zweck die Herrschaft der Engländer in Irland zu brechen. Unter dem Namen der Fenier entstand ein großer Geheimbund in Nord-Amerika, der sich schnell nach Europa verzweigte. Im Sommer 1865 entdeckte man die ersten Spuren seiner Thätigkeit, und die Regierung war sofort eifrig darüber aus, sich der Führer zu bemächtigen. Durch Haussuchungen und Verhaftungen gelang es in der That noch im September eine Anzahl Verschworener ausfindig zu machen und Einblick in die Organisation des Bundes zu gewinnen; selbst das Oberhaupt desselben, John Stephens, fiel etwas später in die Hände der Obrigkeit, entwischte aber nach kaum vierzehn Tagen aus dem Gefängniß und trieb sich dann noch über ein Vierteljahr auf der Insel herum, ehe er sich im März 1866 nach Paris in Sicherheit brachte.

Noth in Irland. *Die Fenier.*

Finanzpolitik der Whigs.

Alle diese Dinge machten die Lage der Regierung unbehaglich genug. Nur auf einen Glanzpunct konnte sie hinweisen und der wurde ihr allerdings hoch angerechnet: die Finanzen des Landes befanden sich in der vortrefflichsten Ordnung. Wenn William Gladstone bei der Vorlage des Staatshaushaltes seine jährliche große Rede hielt, und trotz der schlechten Zeiten immer wieder Ueberschüsse in Rechnung setzen, immer wieder die Abschaffung oder Verringerung lästiger Zölle beantragen konnte, dann wiederhallte das Haus von lauten Beifallsrufen und die Presse des Landes machte sich zum Echo der dankbaren Huldigungen, die dem geschickten Finanzmanne gezollt wurden. Die unausgesetzte Förderung der Freihandelspolitik knüpfte zugleich das Band zwischen der Regierung und der Manchesterpartei fester, das sonst durch die Hinausschiebung der Parlamentsreform eine bedenkliche Lockerung erfuhr. Volles Genüge that den Aposteln der Sparsamkeit freilich auch Gladstones Verwaltung noch nicht, und noch im Januar 1865, ein Vierteljahr vor seinem Tode. lehnte Cobden den Vorsitz im Rechnungsamte ab, weil er den täglichen Aerger über die

anstößige und unnütze Vergeudung der Staatsgelder nicht würde ertragen können. Daß der Vorwurf, den er damit erhob, nicht ganz ungegründet war, bewies bald nachher die Entdeckung eines argen Unfugs, den der Lordkanzler Westbury in seinem Amtsbereich bei der Besetzung einträglicher Stellen hatte einreißen lassen. Seine Collegen gaben zwar ihrer Ueberzeugung von der persönlichen Makellosigkeit des arg Angefeindeten dadurch Ausdruck, daß sie ihn im Cabinet zu halten suchten; aber das Unterhaus, das die verdrießliche Sache durch einen besonderen Ausschuß hatte untersuchen lassen, zwang ihn am 3. Juli 1865 durch ein förmliches Tadelsvotum doch zum Rücktritt.

Der Westbury-Scandal.

Bei den Neuwahlen, die gleich darauf stattfanden, gewann das Ministerium eine Mehrheit von 70 Stimmen, aber die Zukunft der liberalen Partei war trotzdem in dunkle Wolken gehüllt. Der Westbury-Scandal hatte ihr ernstlich geschadet und noch größere Aufregung erzeugte die Grausamkeit und Gesetzwidrigkeit, mit der im October ein Negeraufstand in Jamaica von dem Statthalter Eyre unterdrückt wurde. Die Regierung hielt es nicht für gerathen, diesen Beamten zu decken und schickte einen Untersuchungsausschuß nach der Insel, dessen Bericht die Hinrichtung von 330 Negern constatirte. Das Fenierunwesen war trotz des Belagerungszustandes und der scharfen Verurtheilungen, die bis zu 20 Jahren Deportation lauteten, im beständigen Aufschwung begriffen; auch die Bewegung für die Parlamentsreform nahm zu. Unter diesen Umständen war es für die Whigs beinah ein Glück zu nennen, daß am 14. October 1865 der greise Palmerston, der Hauptgegner der Reform, aus dem Leben schied. Es war ein reiches Wirken im öffentlichen Dienste, das damit zu Ende ging, und die dankbare Trauer des englischen Volkes zeigte, daß es die mehr als fünfzigjährige politische Laufbahn des Verstorbenen wohl zu schätzen wußte. Bei mehr als einer Gelegenheit hatte Old Pam, wie man ihn kurz zu nennen pflegte, dem britischen Nationalstolze die höchste Befriedigung verschafft; er war durch sein scharfes, muthiges, witziges Dreinreden und Dreinfahren im Parlamente wie im diplomatischen Verkehr der Liebling des Volkes geworden und hatte seit langem das Vorrecht genossen, daß man mit seinen Ansichten über innere Politik nicht allzuscharf ins Gericht ging. Trotz aller Frische, die er sich erhalten, war er doch schon seit Jahren nicht mehr der Feuerbrand, als der er um 1848 verschrieen war; sonst hätte die auswärtige Politik, die Earl Russell in seinem Cabinet leitete, nicht jenes merkwürdige Gemisch von Belehrungssucht und Thatenscheu, die diesen Staatsmann, und von befehlendem Tone und kurzem Entschlusse, die Palmerston characterisirten, zeigen können. Und wie die äußere Politik durch diese Mischung verdorben wurde, so auch die innere: Russells aufrichtiges Interesse für die wichtigen Reformen, an denen er so erfolgreich gearbeitet, war durch Palmerston lahm gelegt und konnte erst nach dessen Tode wieder zur Geltung kommen. Allerdings war Russell durch seine 73 Jahre und durch den Uebertritt ins Oberhaus auch ein Anderer geworden; aber er hatte sich doch genug von den Anschauungen seiner Mannesjahre

Aufstand in Jamaica.

Palmerstons Tod.

Reformbill.

bewahrt, um die Unerläßlichkeit der Reform anzuerkennen und sie jetzt eifrig zu fördern. Die Hauptaufgabe dabei fiel Gladstone zu, der durch Palmerstons Tod Führer des Unterhauses wurde. Gleich in der ersten Sitzung, die das neue Cabinet, in das Clarendon als Minister des Aeußern eintrat, nach dem Tode seines bisherigen Leiters hielt, wurde beschlossen, die Vorarbeiten zu einer neuen Reformbill zu beginnen; doch wollte man sich zuerst darauf beschränken, das Wahlrecht auszudehnen, die sehr nöthige Aenderung der Wahlbezirke aber und die Sicherung des Wahlverfahrens gegen Bestechung einstweilen vertagen. Die Gefahr, dadurch zwischen zwei Feuer zu kommen, konnte das Ministerium nicht verkennen, aber es war sehr die Frage, ob sie sich überhaupt vermeiden ließ. Der Reformbund, der sich im Lande gebildet hatte, ging mit seiner Forderung des allgemeinen Wahlrechts soweit, daß jedes Whig-Regiment auf seinen Beistand verzichten mußte, und die Tories waren umgekehrt natürlich gegen jede Reform. Eine gewisse Stärkung erlangte das Cabinet gleich nach der Parlamentseröffnung im Februar 1866 durch den Eintritt von Grey, Stansfield und einigen anderen fortgeschrittenen Liberalen; aber dafür büßte es nicht nur die Unterstützung der Iren ein, die statt Abhülfe für ihre Beschwerden zu finden, durch die Aufhebung der Habeas-Corpus-Acte noch mehr gereizt wurden, sondern es verdarb es auch durch seine Reformvorschläge mit dem rechten Flügel der Whigs, die sich unter Lord Grosvenors Führung denselben unter dem Vorwande widersetzten, daß sie nicht über einen Theil der Reform berathen könnten, ohne den Gesammtplan der Regierung zu kennen.

Die Adullamiten.

Gladstones Vorschläge waren gemäßigt genug; er wollte etwa 400,000 neue Wähler schaffen, die Hälfte davon aus dem Arbeiterstande; ungefähr 170,000 rechnete er auf die ländlichen Bezirke, in denen fortan ein Pachtzins von 14 Pfund gefordert wurde; 60,000 auf die städtischen Miether von ganzen Häusern, 150,000 auf die Miether von Etagen, sofern sie mindestens 10, oder von einzelnen Stuben, sofern sie 7 Pfund Miethe zahlten; der Rest kam auf einige andere Classen, Besitzer von Sparcassenbüchern zu 50 Pfund u. s. f. Im Ganzen stieg dadurch die Zahl der ländlichen Wähler auf 550,000, die der städtischen auf 510,000, d. h. zusammen auf den vierten Theil der erwachsenen Bevölkerung. Kaum hatte Gladstone diesen Vorschlag dem Unterhause am 12. März vorgelegt, so beschlossen die Tories und die Adullamiten, wie man Grosvenors Partei nannte, sich ihr zu widersetzen. Obgleich nun die Regierung bei der zweiten Lesung eine Mehrheit von fünf Stimmen gewann, so lag die Sache doch so bedenklich, daß es nöthig schien, den Adullamiten ihren Vorwand zu entreißen und vor der dritten Lesung einen Gesetzentwurf über die Aenderung der Wahlbezirke einzubringen. Auch dieser war sehr vorsichtig und schonend abgefaßt; 49 kleine Städte unter 8000 Einwohnern sollten von ihren zwei Vertretern je einen verlieren und dafür 26 Grafschaften, 16 englische und 7 schottische Städte ein erweitertes Wahlrecht erhalten. Allein die abtrünnigen Whigs wurden dadurch nicht versöhnt. Schnell hintereinander am 28. Mai und am

18. Juni errangen sie bei der Specialberathung der Gesetze mit zehn und elf Stimmen den Sieg über die Regierung, das erste Mal, indem sie ein Gesetz gegen die Bestechung verlangten, das zweite Mal, indem sie statt 7 Pfund Miethe, 7 Pfund Steuerwerth forderten, was einer Miethe von etwa 9 Pfund entsprach und die Arbeiter aus dieser Wählerclasse völlig ausschied.

Sturz der Whigs.

Unter diesen Umständen beschloß das Cabinet zurückzutreten und den Tories das Staatsruder zu überlassen. Am 6. Juli 1866 übernahm Earl Derby die Geschäfte; sein Sohn Lord Stanley erhielt das auswärtige Amt, Disraeli die Führung des Unterhauses; die Adullamiten lehnten die ihnen angebotenen Stellen ab. Auf die Weiterführung der Reform verzichtete Derby natürlich, verwahrte sich aber dagegen, ein principieller Feind des erweiterten Wahlrechts zu sein. Da die Whigs zunächst nicht daran dachten dem neuen Ministerium Schwierigkeiten zu machen und die Adullamiten es unterstützten, so war eine Auflösung des Parlamentes nicht nöthig. Im Lande freilich erwachte eine um so ungestümere Bewegung für die Reform: in London, Birmingham, Manchester, in Edinburg, Glasgow, Dublin und in vielen anderen Großstädten begannen wieder die Massenversammlungen, und John Bright, Stuart Mill u. A. forderten laut das allgemeine Stimmrecht. Der Druck, der dadurch auf die Regierung geübt wurde, machte sich bald bemerklich; in den leitenden Kreisen der Tories erkannte man sehr wohl, daß die Bewegung sich nur durch Zugeständnisse entwaffnen lasse, daß ohne solche ein neuer Ministerwechsel, ein neues Parlament und eine neue, radicalere Reformbill unvermeidlich seien. Derby regte die Frage daher im Cabinet schon im Herbst 1866 an und Disraeli begrüßte das Unterhaus gleich nach seinem Zusammentritt im Februar 1867 mit einer Reihe von Resolutionen, die eine mäßige Reform in Aussicht stellten, immerhin aber die Möglichkeit offen ließen, die ganze Sache zu verschleppen. Sobald er jedoch sah, daß diese Anerbietungen nicht genügten, ging er einen Schritt weiter und näherte sich in einer Rede vom 25. Februar schon sehr den Vorschlägen die Gladstone im letzten Jahre gemacht hatte. Derby und die Mehrheit des Cabinets waren damit einverstanden; einige widerstrebende Mitglieder mußten austreten. Am 18. März legte Disraeli die Bill dem Unterhause vor. Die Puncte, in denen sie sich von der Gladstone'schen unterschied, beispielsweise die Ertheilung eines doppelten Wahlrechts an gewisse Classen, die Bestimmung des Pachtwerthes in den Grafschaften auf 15 statt 14 Pfund, die Belassung von zwei Abgeordneten für die Städte über 7000 statt über 8000 Einwohner, wurden nun der Gegenstand eines eifrigen Parteikampfes. Die Adullamiten, die sich in ihrer Absonderung von der liberalen Partei immer unbehaglicher fühlten, kehrten unter Gladstones Führung zurück, und dem Ministerium blieb der geschlossenen Mehrheit gegenüber keine andre Wahl als zurückzutreten oder nachzugeben. Zögernd und schrittweise that Disraeli das Letztere, nicht zum Vortheile seiner Stellung im Hause; man wußte, daß um am Ruder zu bleiben er alle Abweichungen von

Reformbill der Tories.

Verhandlungen darüber. der Gladstone'schen Bill preisgeben würde, und als eines der ausgeschiedenen Mitglieder des Cabinets entrüstet fragte, mit welchen Bestimmungen der Bill dasselbe denn eigentlich stehen oder fallen wolle und Lord Stanley darauf die Auskunft verweigerte, war ein herzliches Gelächter die Antwort des Hauses. Bei der Specialberathung nahm das Zurückweichen des Ministeriums einen beschleunigten Gang an; in manchen Puncten ließen die Beschlüsse auch den früheren liberalen Entwurf noch hinter sich zurück, und aus den Reihen der Adullamiten erscholl die bittre Klage, daß unter dem conservativen Tory-Regiment eine wahrhaft demokratische Sündflut hereingebrochen sei. Die einzige Hoffnung der Gegner war jetzt das Oberhaus; aber zur Verwerfung der ganzen Maßregel fehlte diesem der Muth, und wenn es eine lange Reihe von Beschränkungen wieder in die Bill einführte, so geschah das ohne jede Aussicht damit durchzudringen; einige der schlimmsten wurden sogar auf die bloße Kunde von der Unzufriedenheit der Unterhausmehrheit freiwillig wieder aufgehoben, die übrigen preisgegeben, sobald das Unterhaus sie verworfen hatte. Nur in einem Puncte fügte dieses sich in einen Zusatz der Lords, indem es einwilligte, daß in den Städten, welche drei Abgeordnete ins Parlament schickten, jeder Wähler nur zwei Stimmen abgeben dürfe, wodurch die Minderheit die Möglichkeit erhielt sich des dritten Sitzes zu versichern. Am 13. August ward die Bill in der Fassung des Unterhauses von den Lords angenommen, am 15. von der Königin bestätigt. Annahme derselben. Ihre Wirkungen reichten über die Gladstone'schen Vorlagen hinaus, sowohl was die Erweiterung der Wahlberechtigung als was die Vertheilung der Abgeordnetensitze betraf; daß schließlich alle Städte unter 10,000 Einwohnern auf je einen Vertreter beschränkt, vier rotten boroughs ihres Wahlrechts ganz beraubt und dafür vier großen Städten je drei Abgeordnete zugestanden wurden, waren Erfolge, die voraussichtlich den fortgeschrittenen Liberalen zu Gute kommen mußten. Die ganze Tragweite des neuen Gesetzes auch nur annähernd zu bemessen war schlechterdings unmöglich; Graf Derby sprach die Gefühle nicht blos seiner eigenen Partei, sondern auch vieler Gegner aus, als er die Bill einen Sprung ins Dunkle nannte. Nur die Ueberzeugung, daß bei der immer höher steigenden Bewegung dieser Sprung durch jede Verzögerung tiefer und gefährlicher werden müsse, endlich aber doch nicht zu vermeiden sei, brachte das Gesetz zu Stande. Es hatte in seiner jetzigen Ausdehnung nur Bezug auf England und Wales; Weitere Reformen. die entsprechenden Bestimmungen für Schottland und Irland erfolgten ohne erhebliche Schwierigkeiten im Juli 1868; das Land war mit dem Gebotenen zufrieden und die Bemühungen der Reformvereine, noch radicalere Aenderungen durchzusetzen, verliefen ebenso im Sande, wie die Bestrebungen Stuart Mills, auch den Frauen, die einen selbstständigen Haushalt führten, das Stimmrecht zu verschaffen. Als im November 1868 zum ersten Male nach dem neuen Gesetze gewählt wurde, ergab sich eine ganz überraschend starke Vermehrung der Wahlkörperschaften; allein in England und Wales wurden über 2 Millionen Stimmen abgegeben, während Gladstone die auf Grund seiner Bill

Berechtigten auf wenig mehr als eine Million veranschlagt hatte; Schottland wies dagegen nur 140,000, Irland (bei doppelt so großer Einwohnerzahl) gar nur 80,000 Wähler auf, die wirklich gewählt hatten. Das Ergebniß der Wahlen war eine Mehrheit von 116 Stimmen auf Seiten der Liberalen; der aristokratische Charakter des Unterhauses aber blieb völlig gewahrt; ein starkes Drittel der Vertreter bestand aus künftigen Peers oder nahen Verwandten derselben; dazu kamen über 150 Baronets und Großgrundbesitzer, gegen 120 Kaufleute, Rheder und Illustrielle ersten Ranges und (vertheilt unter diese Classen) ebenso viel Directoren von Eisenbahngesellschaften. Dagegen war weder ein Arbeiter gewählt noch einer der Advocaten, die sich der Arbeiterbewegung angeschlossen, und mehrere der angesehensten Radicalen des früheren Hauses, wie Stuart Mill oder Milner Gibson, hatten sich vergebens um ein neues Mandat beworben.

Das neue Unterhaus.

Die eine brennende Frage, die Wahlreform, war also durch das Tory-Ministerium zum Besten des Landes wenn auch mit großem Schaden für die Partei geordnet worden. Um so drohender erhob sich noch vor ihrer Erledigung das irische Gespenst. Die nächsten Maßregeln, die erforderlich waren, um die gewaltsame Erstickung des Feniertthums herbeizuführen, gingen nicht über die Kräfte des Ministeriums hinaus; aber anders lag es mit der Verstopfung der Quellen des Uebels. Die ganze Größe desselben trat der Nation im Verlaufe der Jahre 1866 und 1867 in immer entsetzlicherer Weise vor Augen. Während von den Vereinigten Staaten aus Einfälle bewaffneter Fenier in Canada angedroht und wirklich versucht wurden, dauerte nicht blos in Irland selbst die Verschwörung fort, sondern verbreitete sich auch unter die irische Arbeiterbevölkerung der englischen Großstädte. Seitens der Regierung wurde kein Mittel der Strenge und der Vorsicht versäumt. Die Häupter der Fenier, die man im Juni 1866 bei dem Einfall in Canada gefangen hatte, wurden zum Tode verurtheilt: in Irland selbst wurde unter voller Zustimmung der Whigs der Ausnahmszustand von Halbjahr zu Halbjahr verlängert; Kriegsschiffe umkreisten die Küsten, die Polizei ward mit Hinterladern bewaffnet, in England hielt man für alle möglichen Fälle die Milizen in Bereitschaft. Trotzdem wagten sich die Fenier an das aussichtslose Unternehmen eines regelrechten Aufstandes, der Anfang März 1867 begann, um doch in wenigen Tagen fast ohne Blutvergießen niedergeschlagen zu werden. Die gefangenen Führer sahen in englischen Gefängnissen ihrer Verurtheilung entgegen. Um sie zu befreien, schritt der Bund zu neuen Gewaltanschlägen. Schnell hinter einander, am 19. September und am 13. December, wurden Manchester und London die Schauplätze greulicher Scenen. Dort ward die Polizei überfallen, die zwei Gefangene transportirte, und außer vielen Verwundeten blieb ein Todter auf dem Platze; hier ward gar der Versuch gemacht das Gefängniß von Clerkenwall durch eine Pulverexplosion in die Luft zu sprengen und zahlreiche Opfer erlagen diesem Frevel. Ein unheimliches Grauen ergriff die friedliche Bevölkerung bei dem Gedanken an einen Feind, der vor solchen Mitteln nicht zurückbebte;

Die irische Frage.

Fenier-Anschläge.

die Bürger stellten sich der Polizei zu außerordentlichem Hülfsdienst zur Verfügung, und durch den Verrath eines Mitwissers kam man den Thätern glücklich auf die Spur. Mit äußerster Strenge wurden die Schuldigen bestraft, und wenigstens das erreichte man dadurch, daß ein heilsamer Schreck und die Furcht vor der strengen Ueberwachung ihrer Schritte die Verschworenen von ähnlichen Greuelthaten zurückhielt. Aber unmöglich konnte sich die öffentliche Meinung dabei beruhigen. Es mußte etwas geschehen um den Keim solcher Frevel zu ertödten. Von der Tory-Regierung war keine gründliche Ausrottung der vorhandenen Mißstände zu erwarten; dieselben hingen zu eng mit ihrem Classeninteresse zusammen, als daß die Minister, selbst wenn sie gewollt, ihre Partei hätten zwingen können; das Land rief nach den Liberalen und die Liberalen entzogen sich dem Rufe nicht.

Russell und Mill.

Fast gleichzeitig erhoben der greise Russell und John Stuart Mill ihre gewichtigen Stimmen um die Heilung der beiden schlimmsten Wunden zu fordern, an denen Irland litt. Russell forderte die Einziehung der Einkünfte, welche die anglicanische Staatskirche im Belaufe von etwa 12 Millionen Mark aus Irland zog, und ihre Verwendung zum Besten des Landes; Mill drang auf eine wirkliche Revolution in den ländlichen Verhältnissen Irlands, indem er die Umwandlung der gedrückten irischen Pächter in freie Eigenthümer ihrer Aecker verlangte. Das war denn freilich mehr, als auch die Whigs zu gewähren bereit waren; für sie lag schon in der Beseitigung der kirchlichen Uebelstände eine gewaltige Schwenkung; derselbe John Russell, der jetzt dafür eintrat, hatte keine zwei Jahr früher als Minister einen ähnlichen Antrag im Oberhause zurückgewiesen, und im Unterhause hatte sich auch 1867 noch keine Mehrheit dafür gefunden. Doch war schon damals Gladstone dafür eingetreten und Russell hatte im Oberhause wenigstens die Einsetzung einer königlichen Commission zur Ermittlung der statistischen Verhältnisse durchgesetzt. Die Tories nahmen ihrem Ministerium dieses Zugeständniß sehr übel und eine große Reihe angesehener irischer Protestanten verbat sich in einer Adresse die Aufhebung der kirchlichen Privilegien. In Wahrheit konnte jener Ausschuß für ein bloßes Scheinmanöver gelten, denn noch im März des folgenden Jahres hatte er sich nicht einmal förmlich constituirt. Die Regierung gedachte auch jetzt mit einigen geringfügigen Besserungsvorschlägen sowohl im Pacht- wie im Kirchenwesen davon zu kommen; ihre Haupthoffnung setzte sie darauf, daß es ihr gelingen werde, durch die Begründung einer katholischen Universität in Irland die Bischöfe gleichsam zu bestechen und durch die Geistlichkeit dann eine Beruhigung der Gemüther zu erzielen. Dagegen brach nun bei der ersten Gelegenheit, die sich bot, im Unterhause ein heftiger Sturm los. Adullamiten und Iren, Radicale und Whigs fielen über Disraeli und den Minister für Irland, Lord Mayo, her; Bright verglich die Regierung mit einem Quacksalber, der auf dem Lande Pillen gegen Erdbeben verkaufe; selbst ein paar Tories kündigten ihren Führern den Gehorsam auf; Gladstone erklärte, daß er den Willen

Absichten der Tories.

des Hauses durch bestimmte Anträge auf Abschaffung der irischen Staatskirche erforschen werde. Am 23. März brachte er sie ein; am 3. April ward der erste, der die Abschaffung im Princip aussprach, mit 328 gegen 272 Stimmen angenommen und am 30. mit der noch gewachsenen Mehrheit von 68 Stimmen in dritter Lesung bestätigt.

Gladstones Anträge auf Abschaffung der irischen Staatskirche.

Nach der üblichen Praxis hätte Disraeli jetzt sofort das Haus auflösen oder zurücktreten müssen. Von der ersten Maßregel ließ sich kein Erfolg erwarten, die liberale Mehrheit würde nur verstärkt aus den Wahlen hervorgegangen sein; überdies waren die irische und schottische Reformbill noch nicht fertig und man hätte daher noch nach dem alten Gesetze wählen müssen, was mit Recht für mißlich erachtet wurde. Um so dringender war also der Rücktritt des Cabinets angezeigt. Davon wollte aber Disraeli erst recht nichts wissen. Seit dem 28. Februar war er nämlich an das Ziel seiner Wünsche gekommen: er war Ministerpräsident geworden. Graf Derby fühlte sich in seinem Gesundheitszustande den parlamentarischen Stürmen nicht mehr gewachsen und trat zurück; die conservative Partei hatte keinen fähigeren Mann als Disraeli, und wie sehr sich auch der aristokratische Stolz der vornehmen Parteiglieder dagegen sträubte, sie mußten den Kaufmannssohn, den Literaten, den Abkömmling eines spanischen Juden sich als Haupt ihrer Regierung gefallen lassen. Von dieser so schwer erklommenen Höhe ohne die dringendste Noth schon nach wenigen Wochen wieder herabzusteigen war nicht Disraelis Absicht; er kündigte dem erstaunten Hause am 4. Mai an, daß die Königin seine Entlassung nicht angenommen habe und daß die Befragung des Landes, wenn man ihn nicht durch ein Mißtrauensvotum früher dazu zwinge, erst im Herbst nach dem neuen Wahlgesetz statt finden solle. Trotz aller Entrüstung, welche die Opposition darüber kund gab, wünschte doch Niemand, das Damoklesschwert, mit dem man die Drohung einer früheren Auflösung verglich, zum Fallen zu bringen; denn die Kosten einer doppelten Parlamentswahl in einem Jahre, erst nach dem alten, dann nach dem neuen Wahlgesetz, behagten auch den Whigs nicht. Es blieb also bei Vorwürfen und Anklagen von unerhörter Heftigkeit, ein Mißtrauensvotum ward nicht eingebracht. Dagegen wurde auf Gladstones Antrag die Königin ersucht, nicht durch neue Ernennungen zu irischen Pfründen die Ordnung der Kirchenfrage im Sinn der Liberalen zu erschweren, und als sie darauf eine zustimmende Erklärung gegeben, durch ein Gesetz jede derartige Ernennung bis zum 1. August 1869 eingestellt. Das Oberhaus verwarf dasselbe freilich am 29. Juni mit beinah 100 Stimmen Mehrheit; allein da die Königin ihre Zusage gegeben hatte, war das unwesentlich, und aus der großen Stimmenzahl der Gegner brauchte man um so weniger Besorgnisse zu schöpfen, als ein Theil derselben ausdrücklich dem Princip zustimmte und die schwierige Frage nur nicht so hastig lösen wollte.

Disraeli Ministerpräsident.

Verhalten des Ministeriums.

Adresse an die Königin.

Die Neuwahlen im November zwangen dann Disraeli doch zum Rücktritt; noch ehe das Parlament sich wieder vereinigt hatte, reichte

Rücktritt der Tories.

er am 2. December 1868 seine Entlassung ein und machte Gladstone Platz, der an Russells Stelle die Führung der Liberalen übernahm. Manche Verdienste des gestürzten Tory-Cabinets wurden auch in den Reihen der Gegner willig anerkannt; besonders war man mit der Reformbill, die allerdings für ein unfreiwilliges Verdienst gelten konnte, durchaus zufrieden; dasselbe galt von einigen Gesetzen, welche die Machtfülle der anglicanischen Kirche in England selbst etwas beschränkten, z. B. die Dissidenten von den Steuern für die Staatskirche befreiten oder ihnen die Erlangung von Universitätsgraden ermöglichen sollten; letztgenannte Bill scheiterte freilich fürerst noch an dem Widerspruche der Lords; die Finanzverwaltung Disraelis hatte Gladstone mehrfach gebilligt; den Ankauf aller Telegraphenlinien durch den Staat erkannte man als eine bedeutende Verbesserung des Verkehrs, finanziell erwies sie sich allerdings als ein schlechtes Geschäft; daß gleich beim Beginn der Tory-Verwaltung, am 27. Juli 1866, der Great Eastern nach mehrfachen mißlungenen Versuchen die Legung eines unterseeischen Drahtes von Valentia in Irland nach Neufundland glücklich beendete, war zwar rein zufällig, gab aber doch dem zeitigen Ministerium einen gewissen Schimmer. Die auswärtige Politik Lord Stanleys unterschied sich von der seines Vorgängers durchaus nicht, und dieser, Lord Clarendon, hätte, wie Derby es ihm angeboten, in das Cabinet eintreten können, ohne eine andere Richtung einzuschlagen. Nur ein Act der auswärtigen Politik zeugte von größerer Rührigkeit und Entschlossenheit und gereichte dem Ministerium wirklich zur Ehre, das war der Feldzug in Abessinien.

Der abessinische Feldzug.

In diesem Lande hatte einer der vielen Theilfürsten durch List und Gewalt sich zum alleinigen Herrscher aufzuschwingen verstanden. Unter dem Namen Theodor und mit dem Titel eines Negus hatte er einen Zustand der Ordnung hergestellt, wie er seit Jahrhunderten bei diesen zerklüfteten Stämmen nicht bekannt gewesen. Europäischer Gesellschaft und Belehrung nicht abgeneigt, gestattete er, der selbst mit seinem Volke dem koptischen Christenthum, einer durch jüdische Lehren und Zauberunwesen entstellten Secte, anhing, den englischen Missionaren den Eintritt in sein Land und ziemlich freie Bewegung. Je fester er sich aber auf seinem Throne fühlte, um so eigenwilliger und unberechenbarer wurde er, und bald mußten nicht blos seine Unterthanen, sondern auch die Europäer, die sich in seine Nähe hatten locken lassen, seine Launen fühlen. Während jene sich in Folge dessen gegen den Tyrannen erhoben und eine allgemeine Empörung das Land bald wieder in die alten Wirrnisse zurückwarf, wurden die Europäer, unter ihnen der englische Consul Cameron und mehrere englische und schweizer Missionare, in ein paar festen Plätzen gewaltsam zurückgehalten und sahen einem traurigen Ende entgegen. Die englische Regierung hatte, seit sie Kunde davon empfangen, Nichts versäumt um die Freilassung des Gefangenen auf gütlichem Wege zu bewirken; aber weder ein eigenhändiger Brief, den die Königin Ende 1866 dem Negus schrieb, noch Stanleys drohende Sendschreiben hatten Erfolg. Trotz aller Friedensliebe und der unverkennbaren

Schwierigkeiten des Unternehmens war daher ehrenhalber eine bewaffnete Einmischung nicht zu umgehen. Mit großer Sorgfalt und Umsicht wurden im letzten Vierteljahr 1867 die Vorbereitungen getroffen und 4000 Europäer und 8000 Sepoys, vortrefflich bewaffnet und vorsorglich ausgerüstet, unter dem Befehl Sir Robert Napiers an der Küste des rothen Meeres bei Zula, südlich von Massua, gelandet. Der Argwohn der fremden Regierungen, besonders auch der ägyptischen und türkischen, als ob das wahre Ziel der Engländer die dauernde Besetzung dieser Küstenstriche sei, wurde durch unzweideutige Erklärungen entwaffnet, und das Unternehmen fand von dieser Seite her bereitwillige Förderung. Um die Jahreswende rückte die Vorhut unter Oberst Merewether in grade südlicher Richtung vor und besetzte Senafe, wo große Vorräthe angesammelt wurden; dasselbe geschah weiter südlich in Aadigirat und Antalo, so daß dem vordringenden Heere im Fall eines Unglücks eine gesicherte Rückzugslinie bereitet war. Verstärkt wurde diese Sicherheit durch ein Bündniß, das Napier am 26. Februar mit Kasa, dem Fürsten von Tigre, einer der nördlichsten Provinzen Abessiniens, schloß. Erst als auf diese Weise jedem Gebote der Vorsicht Genüge geleistet war, brach das Heer um die Mitte des März, wiederum in südlicher Richtung, gegen Magdala auf, die stärkste Veste Theodors, in die er seine Gefangenen geschleppt hatte und die zu verteidigen er selbst herbeieilte. Der Vormarsch war von ungeheuren Schwierigkeiten begleitet; es galt Pässe von mehr als 3000 Meter Höhe und eine Reihe tiefeingeschnittener Flußthäler zu überschreiten; die Rückzugslinie bis Antalo genügend zu decken war ganz unmöglich. Der Negus verstand es jedoch nicht aus diesen Umständen Nutzen zu ziehen; er ließ die Engländer bis auf die Hochebene von Dalanta kommen, die von Magdala durch die 1000 Meter tiefe Schlucht des westwärts fließenden Beschilo getrennt wird. Erst als der feindliche Vortrab unter Sir Charles Staveley am 10. April, dem Charfreitag, in dieses Thal hinabgestiegen war, griff er ihn an, zwar mit beinah vierfacher Uebermacht, aber in so ungeschickter Weise, daß die weittragenden Büchsen des Gegners seine Schaaren beim Herabstürmen von der Höhe niederstreckten, ehe diese noch ins Gefecht kommen konnten. Der Eindruck des Kampfes, der den Engländern nur 20 Verwundete, den Abessiniern allein 800 Todte und fast doppelt so viel Verwundete gekostet haben soll, war gewaltig; schon andern Tages knüpfte Theodor Verhandlungen an und war zur Herausgabe der Gefangenen bereit; aber sich selbst auszuliefern, wie Napier verlangte, ertrug er nicht. Nachdem er die Europäer ins englische Lager geschickt, stellte er den Seinen frei zu fliehen; mit 16 Mann, die ihm treu blieben, trotzte er am Ostermontag der Beschießung und dem Sturme der Engländer und gab sich, als der Feind in die Thore eindrang, durch einen Pistolenschuß selbst den Tod. Zufrieden die ihm gestellte Aufgabe glücklich gelöst zu haben, zerstörte Napier, der den Beinamen von Magdala erhielt, die Bergfestung und kehrte mit dem gefangenen Sohne Theodors bereits am 17. April nach Zula zurück, von wo er sich am 1. Juni wieder nach

Landung in Zula.

Einnahme von Magdala.

Rückkehr der Engländer.

Bombay einschiffte. Daß England sein Wort getreulich hielt und keinen Küstenpunct in Besitz nahm, wurde ihm von allen Seiten hoch angerechnet. Die Versuchung dazu war in der That nicht gering. Einmal hatte der Krieg statt 2 Millionen, wie Disraeli dem Parlamente gegenüber veranschlagt hatte, 8 Millionen Pfund, also 160 Millionen Mark, gekostet, und wenn die Engländer wirklich zu der engherzigen Krämernation herabgesunken waren, für die man sie ausgab, so mußte dieser Preis für die Befreiung von etwa 60 Personen ihnen gewiß unverhältnißmäßig hoch erscheinen. Sodann aber, und das war ein weit triftigerer Grund, stand die Eröffnung des Suezcanals in nächster Aussicht, der mit französischem Gelde und französischem Geiste gebaut dem Einflusse Englands völlig entzogen war, während dieses doch an ihm, als dem nächsten Wege nach Ostindien, das größte Interesse haben mußte. Durch die Aneignung der abessinischen Küste hätte es sich den mangelnden Einfluß sicher erworben, und in Frankreich zweifelte man deshalb auch nicht daran, daß es die günstige Gelegenheit wahrnehmen werde. Der verschiedene Geist, der die Politik der beiden Länder leitete, trat hier zum Nachtheil Frankreichs in der denkbar schärfsten Weise ans Licht, und die Engländer selbst säumten nicht die Aufmerksamkeit recht geflissentlich darauf hinzulenken. Als Gegenstück zu ihrem abessinischen Feldzug diente ihnen Napoleons mexicanisches Abenteuer. Selbst Disraeli konnte es sich nicht versagen im Parlamente die Eroberung Mexicos durch Cortez mit Napiers Zug zu vergleichen, und die Aehnlichkeit beider in Bezug auf die Schwierigkeiten, die Unähnlichkeit in Betreff der Beweggründe hervorzuheben — eine Gegenüberstellung, die Jedermann sofort auf den neuesten Cortez und seine nichts weniger als uneigennützigen Pläne übertrug.

Abessinien und Mexico.

Frankreich und Italien.

Frankreich und Mexico.

Vollständig gescheitert, wie diese Anschläge im Jahre 1868 bereits waren, übten sie doch noch immer ihre Nachwirkung auf die Stellung Frankreichs und hatten seine Politik mehrere Jahre hindurch sogar von Grund aus beherrscht. Zu tief in die Wirren jenseits des Oceans verflochten, fand Frankreich in den verhängnißvollsten Augenblicken seinen Arm so sehr gelähmt, daß es in die Entwicklung der europäischen Verhältnisse gebietend einzugreifen nicht die Macht hatte; zu ernstlich durch seine Mißerfolge in der neuen Welt geschädigt, glaubte der Kaiser das geschmälerte Ansehn durch die gefährlichsten Versuche in Europa wieder auffrischen zu müssen. Selbst sein Auftreten i[n] der polnischen Frage war durch den mexicanischen Feldzug schon sta[rk] beeinflußt, obgleich dieser eben damals den günstigsten Verlauf nahm. Auch so erforderte er die schärfste Aufmerksamkeit und starke Hülfsmittel, und ließ dem Kaiser jedenfalls nicht die Kraft, ohne Englan[d] es bis zum Kriege mit dem Czaren zu treiben. Dennoch war er

starke Sprache zu führen und setzte sich so dem empfindlichen Rückschlag aus, der eintrat, als diese Sprache taube Ohren fand. England, dessen Minister stets den Gedanken eines Krieges für Polen offen zurückgewiesen hatten, konnte sich begnügen Rußlands hartnäckiger Weigerung eine Drohung für die Zukunft entgegenzustellen; Napoleon fühlte sich außer Stande es dabei zu lassen und verfiel so auf den Plan eines europäischen Congresses, der ihm von je am Herzen gelegen hatte, und der ihm jetzt über den peinlichen Mißerfolg seiner Fürsprache hinweghelfen sollte. Die Eröffnung des gesetzgebenden Körpers am 5. November 1863 bot ihm die Gelegenheit Frankreich durch die unerwartete Veröffentlichung dieses Vorhabens zu überraschen.

Der Congreßvorschlag.

Daß der Kaiser diese Form wählte, um die Congreßidee der Welt bekannt zu machen, ließ schon erkennen, daß Erwägungen der inneren Politik derselben nicht fern geblieben waren. Wie stramm das Regiment, welches er in Frankreich führte, auch sein mochte, es konnte nicht verhindern, daß die alten Parteien am Leben blieben und bei günstiger Gelegenheit sich auch öffentlich bemerkbar machten. Durch die kleinen liberalen Zugeständnisse vom November 1860 war ihnen das erleichtert worden. Die Adreßdebatte, welche fortan wieder wie ein glänzendes und aufregendes Feuerwerk die Arbeiten der parlamentarischen Körperschaften eröffnete, bot den fünf Oppositionsmännern im gesetzgebenden Körper genügend weiten Spielraum, um ihre Beschwerden und Hoffnungen darzulegen; im Senat eignete sich der Prinz Napoleon die Rolle des demokratischen Oppositionsredners an und erging sich, wie die Tagesereignisse es fügten, in Angriffen auf den Papst oder den Czaren, in Brandreden für die Polen oder die Italiener. Die Mehrheit ließ natürlich weder hier noch dort je ein feindliches Wort in die Antwortsadressen einschlüpfen, sondern sorgte dafür, daß sie der unumwundenste Ausdruck unterthänigster Bewunderung blieben. Dennoch mehrten sich die Fälle, in denen der Kaiser unangenehm an die Fortdauer feindlicher Strömungen erinnert wurde. Seine italienische Politik hatte den hohen Clerus doch sehr empfindlich gekränkt, und wie der Papst selbst unter die ausgesuchten Schmeicheleien, mit denen er den Schirmherrn Roms von Zeit zu Zeit bedachte, gelegentlich auch ein bitteres Wort mischte, so gaben manche der hohen Prälaten Frankreichs ihrem Unwillen über die Freundschaft mit dem kirchenräuberischen Victor Emanuel sehr derben Ausdruck. Wenn Dupanloup, der gewandte Bischof von Orleans, gegen die verhüllten Redewendungen und Zweideutigkeiten eiferte, mit denen der kaiserliche Broschürenschreiber Laguerronnière die weltliche Herrschaft des Papstes ...focht, so verglich sein Amtsbruder in Poitiers die Handlungsweise ...apoleons gradezu mit der des Pontius Pilatus, der Christus hätte ...en, ohne den man Christus nicht hätte kreuzigen können, und der ...bischof von Tours drohte Fürsten und Ministern, Schriftstellern ...d Offizieren, die an dem schuldvollsten und barbarischesten Vorgange ...serer Zeit Theil genommen, mit dem rächenden Strafurtheil der ...schichte. Mächtig genug war diese Strömung in Frankreich; fanden

Die parlamentarische Opposition.

Der Clerus.

den Sympathieen für Polen, die in Frankreich herrschten, schuldig eine sich in dem getreuen Senat doch etwa 60 gegen 80 Stimmen, die dem Kaiser die weltliche Herrschaft des Papstes empfehlen wollten; aber Napoleon verhehlte sich nicht, daß er mit halben Zugeständnissen die verlorene Gunst dieser Eiferer doch nicht wieder gewinnen könne, und daß er, um sie vollauf zu befriedigen, sein eigenes Werk von 1859 von Grund aus wieder zerstören müßte. Davon konnte im Ernste nicht die Rede sein, und so erwiderte er die geistlichen Anfeindungen, die im Frühjahr 1861 am heftigsten waren, in ungewöhnlich scharfer Weise dadurch, daß er Oestreichs und Spaniens Einladung zur gemeinsamen Beschützung des Papstes an Cavours Todestage rundweg ablehnte und statt dessen am 15. Juni das Königreich Italien anerkannte. Die schnell aufeinander folgenden Besuche, die er im Herbst von den Königen von Schweden, Preußen und Holland in Compiègne erhielt, bekundeten ein beflissenes Hinneigen zu den protestantischen Mächten, und die Ernennung Foulds zum Finanzminister am 14. November kennzeichnete sich dadurch als ein liberaler Fortschritt, daß mit Fould zugleich auch seine Reformvorschläge für die Finanzverwaltung angenommen wurden. Diese bestanden erstens darin, daß die einzelnen Ministerien fortan nicht mehr über die Verwendung der ihnen in den Kammern bewilligten Summen frei verfügen, Ueberschreitungen an einem Puncte also durch Ersparnisse an einem andern ganz unüberwacht decken durften, sondern diese Freiheit nur innerhalb der einzelnen, freilich sehr groß bemessenen Capitel des Haushaltsgesetzes behielten; zweitens aber darin, daß der Kaiser auf sein Recht, in Abwesenheit der Kammern selbst den Ministerien neue Ausgaben zu bewilligen, Verzicht leistete. Er ließ sich die Gelegenheit natürlich nicht entgehen Frankreich auf solche Großmuth sehr nachdrücklich aufmerksam zu machen und ihm vorzuhalten, daß nur ein Erwählter des Volkes also handeln könne, während ein legitimer Fürst in den Vorrechten der Krone immer nur ein heiliges Gut, das man nicht anrühren dürfe, ein Erbtheil der Väter, das ungeschmälert auf den Sohn übergehen müsse, erblicken werde. Der gute Eindruck, den er damit zu machen hoffte, wurde aber völlig aufgewogen durch die scharfe Drohung, welche der Moniteur wenige Tage darauf den Blättern ertheilte, die nach dieser ersten Verbesserung der Verfassung neue und größere verlangten und dafür die Belehrung hinnehmen mußten, daß dieser Grundvertrag zwischen Kaiser und Volk nach wie vor jeder Erörterung und jedem Angriff entzogen bleibe. Ein deutlicheres Geständniß, daß der Boden des Kaiserreiches noch immer unsicher sei, konnte kaum abgelegt werden, und die Bewegungen der feindlichen Parteien, die an die Oeffentlichkeit traten, gaben, spärlich wie sie waren, doch die vollste Bestätigung. Die gährende Unzufriedenheit der studirenden Jugend von Paris, des Löwen vom Quartier latin, wie sie in einem ingrimmigen Liede sich selbst nannte, trat in mancherlei Tumulten zu Tage; wahrhaft blutlechzende Töne erklangen in jener Hymne:

Anerkennung Italiens.

Foulds Finanzverwaltung.

Das Quartier latin.

Schwarz lag die Nacht auf Frankreichs Gauen,
Daß man den Feind nur tastend fand;
Langjähr'ge Nacht, o Nacht voll Grauen,
Verzeih', daß Schlaf uns übermannt!
Jetzt bei des Morgens erstem Wehen
Erfüllt er seine Pflichten streng:
Den zu erspähen,
Den er zum Fraß sich ausersehen,
Der Löwe vom Quartier latin.

Fünf Kön'ge nur hat er gefressen —
Klein ist die Zahl für hundert Jahr,
Dem langen Haß kaum angemessen! —
Sie sind verdaut auch ganz und gar.
Er stirbt, wenn nicht der lang Erharrte
Zum letzten köstlichsten Festin
Bezahlt die Karte:
Ihn lüstert sehr nach Bonaparte,
Den Löwen vom Quartier latin!

Solcher Prahlereien hätte man in den Tuilerien spotten mögen, wenn der Student nicht „von je zum Vortrab auserkoren" auch jetzt „der Blusen Schaar" hinter sich gehabt hätte. Die völlige Abwendung der hauptstädtischen Bevölkerung von dem kaiserlichen Regimente ließ sich immer deutlicher wahrnehmen, wenn sie auch erst durch die Wahlen des Jahres 1863 urkundlich beglaubigt wurde. Paris war vielleicht nicht mehr in demselben Grade wie vor fünfzehn Jahren der ausschließlich maßgebende Mittelpunct Frankreichs; es war in seiner freien revolutionären Bewegung durch die breiten Boulevards, die es durchzogen, durch die geschickt vertheilten Casernen, durch die Forts, die rings um seinen Mauern lagen, beschränkt; durch diese Fesselung hatte es auch an moralischem Einfluß bei den revolutionären Parteien verloren, Lyon und Marseille, obgleich auch von dem Bonapartismus wohl behütet, machten ihm in den Hoffnungen der Demokratie den Rang streitig. Aber das Erwachen des alten Geistes, die kaiserfeindlichen Kundgebungen, die man im Quartier latin wagte, vor Allem die Wahl oppositioneller Volksvertreter gaben ihm schnell in dieser Richtung seine frühere Stelle wieder. Die alte Gefährlichkeit aber war und blieb verloren, nicht allein wegen der erwähnten Verteidigungsanstalten, sondern auch weil die conservativen Parteien, in Paris ohnmächtig, in den Provinzen an Stärke gewannen und ein schweres Gegengewicht gegen die Hauptstadt und die übrigen demokratischen Großstädte in die Schale warfen. Für den Kaiser war dieses Erstarken der Conservativen aber auch nur ein zweifelhafter Gewinn; für den Augenblick mochte noch nirgends die Absicht vorwalten ihn zu beseitigen und das Königthum der älteren oder der jüngeren Linie wiederherzustellen, aber als Zukunftstraum lebte diese Hoffnung in vielen Seelen. Ansätze zur Opposition konnten selbst in der Mehrheit des gesetzgebenden Körpers nicht völlig unterdrückt werden; es war ein ganz ungewohntes Schauspiel, als in denselben Tagen, wo das Quartier latin mit starken Truppenmassen besetzt wurde, der Kaiser den Antrag auf Bewilligung einer Jahresrente für

Die Bedeutung von Paris.

Die conservativen Parteien.

Forderungen der Opposition.

den Grafen von Palikao zurückziehen mußte, weil der zur Prüfung niedergesetzte Ausschuß sich einstimmig dagegen erklärt hatte; es war in demselben März des Jahres 1862, wo Jules Favre und seine Genossen heftiger als je über die Fälschung der öffentlichen Meinung durch die Presse, über die Verderblichkeit der Scheinwahlen, über die Verschwendung in den Ausgaben loszogen, wo sie die Abschaffung der Sicherheitsgesetze, die Räumung Roms, die Zurückziehung der französischen Truppen aus Mexico forderten. Natürlich erfolglos, insofern die getreue Mehrheit in allen diesen Stücken die Politik der Regierung theilte und nur ein paar Abtrünnige aus den Reihen der Clericalen sich als übereifrige Freunde des Papstes mit den Feinden desselben vereinigten, um dem Kaiser, der den mittleren Weg verfolgte, ihr Mißfallen fühlbar zu machen. Aber die fünf Stimmen, die sie den fünfen der systematischen Opposition hinzufügten, waren doch zu dürftig, als daß sie Napoleon hätten einschüchtern können; im Gegentheil, er verschärfte seinen Gegensatz gegen die Römlinge, indem er die Besatzung von Rom verminderte, an die Stelle des gut päpstlichen Generals Goyon den minder entschiedenen Montebello zum Befehlshaber ernannte, und in einer Note an seinen Gesandten in Rom die Andeutung gab, daß bei der fortgesetzten Unbeweglichkeit des Papstes Frankreichs Politik endlich einmal die Besetzung von Rom nicht mehr gestatten könnte, ohne verfälscht zu werden und die Gemüther noch mehr zu verwirren. Der Minister des Aeußeren Thouvenel, der Gesandte beim heiligen Stuhle Lavalette, und Benedetti, der Gesandte in Turin, durften für die charakteristischen Dollmetscher dieser drohenden Haltung gelten; ihnen gegenüber vertraten Walewski und Drouyn de l'Huys, ganz besonders aber die Kaiserin, die Nachgiebigkeit gegen Rom, von der allein sie Sicherung für die napoleonische Dynastie erwarteten. Die völlige Auslieferung der Tiberstadt an die Italiener hatte außer dem Prinzen Napoleon kaum einen Vertheidiger in der Umgebung des Kaisers aufzuweisen, die Ansprüche des Turiner Parlamentes wurden sammt der Befürwortung, die England ihnen angedeihen ließ, von Thouvenel sehr kurz zurückgewiesen; das äußerste Zugeständniß, das er in der Ferne sehen ließ, war, daß der Kaiser Rom den Römern überlassen werde. Aber ernstlich war auch diese Möglichkeit noch kaum ins Auge gefaßt, wenigstens nicht in dem Sinne, wie sie Italien allein hätte befriedigen können: als Uebergangszustand zur völligen Vereinigung mit dem übrigen Königreiche. Unwillig wandten sich daher die entschiedeneren unter den politischen Männern der Halbinsel von Napoleon ab und richteten ihre Blicke zum Theil auf Deutschland, zumeist aber auf England, das zuerst von allen Großstaaten Victor Emanuel als König von Italien anerkannt hatte und von dem man sich keiner selbstsüchtigen, hinterhaltigen Politi glaubte versehen zu dürfen. Bewaffneten Beistand, den man jeden falls umsonst erbeten hätte, brauchte man ja nicht, sondern nur diplomatische Förderung und private Geldunterstützung; das eine wie da andre war in ganz Europa nirgends zu finden, wenn nicht auf de britischen Inseln.

Die römische Frage.

Italien und Frankreich.

Die übrigen Großmächte.

Vor einem Angriff seitens Oestreichs oder Spaniens konnte Italien seit der Mitte des Jahres 1861 ziemlich sicher sein; ein Freischärlerzug, den der spanische General Borjes noch im September unternahm, mißlang völlig, obgleich in Calabrien, wo die Landung statt fand, die Räuberbanden, die König Franz von Rom aus unterhielt, zur Mitwirkung bereit waren und wenn irgend wo, dann hier ein solches Unternehmen Aussichten auf Erfolg hatte. Nichtsdestoweniger entbehrte die Stellung Italiens in dem europäischen Staatenvereine der Festigkeit noch gar sehr. Nach Cavours Tode war kein Staatsmann aufgetreten, der die Zügel mit straffer Hand zu halten vermocht hätte. Sein nächster Nachfolger, der Toscaner Ricasoli, war ein ehrenfester Character, aber sein starres Beharren auf den einmal gefaßten Beschlüssen machte dem „eisernen Baron" viele Feinde und beraubte ihn des Einflusses auf die Kammermehrheit, deren er um so dringender bedurfte, als auch Victor Emanuel ihm nicht sehr hold war. Bei Napoleon hatte er vollends nur auf abgünstige Gesinnungen zu rechnen; denn mit Recht wurde es ihm vor Allen zugeschrieben, daß des Prinzen Napoleon Bewerbungen in Toscana so glänzend gescheitert waren. Zwar erkannte Frankreich grade, als Ricasoli das Staatsruder ergriffen, das Königreich Italien an; aber dieses Zugeständniß hatte noch der verstorbene, nicht der neue Minister errungen, und die Bemühungen des letztern, durch Napoleons Vermittlung eine Versöhnung mit dem Papste zu bewirken, wies Thouvenel schlechthin zurück. Der Brief, den Ricasoli unter dem 10. September 1861 an den Papst gerichtet und die Vorschläge, die er ihm darin gemacht, verdienten allerdings die Bezeichnung, daß sie allzu radical seien: sie forderten die Abtretung Roms und gewährten dem heiligen Vater dafür eine bestimmte Dotation, zu der alle katholischen Nationen beitragen sollten, und die völlig unbeschränkte Herrschaft über die Kirche und die Geistlichkeit. In dieser Richtung ging Ricasoli mit der Preisgabe der staatlichen Aufsichtsrechte so weit, daß auch der eifrigste Anhänger der Cavourschen Lehre von der freien Kirche im freien Staate stutzig werden mußte. Die Stellung des Ministers litt darunter um so mehr, als er sich mit dem thätigsten seiner Collegen, Minghetti, wegen des Regionalsystems, dessen eifriger Verfechter jener war, überworfen hatte und durch dessen Austritt aus dem Cabinet zu derselben Zeit einen Theil seiner Anhänger verlor, wo Rattazzi, das Haupt der gemäßigten Linken, von Paris aus ermuthigt, gegen ihn zu intrigiren begann. Schon im März 1862 forderte er seine Entlassung, weil die Kammer ihm ein Vertrauensvotum verweigerte, und Rattazzi trat an seine Stelle. Auch dessen Regiment war indessen nicht von längerer Dauer. Daß Preußen (am 22. Juli 1862) und Rußland das Königreich jetzt anerkannten, war im Grunde ein Verdienst Ricasolis, der durch seine Ehrlichkeit Zutrauen erweckt und die Verhandlungen glücklich eingeleitet hatte. Rattazzi stieß bei ihnen auf entschiedenes Mißtrauen und mußte sich erst durch eine unzweideutige Maßregel in Gunst setzen. Die Gelegenheit dazu bot sich schnell. In der Actionspartei glaubte man auf die neuen Minister,

Ricasolis Verhandlungen mit dem Papste.

Ministerium Rattazzi.

Garibaldis Angriff auf Rom.

unter denen sich Depretis, Persano und Pepoli befanden, rechnen zu können und entwarf deshalb Pläne zu Aufständen in den slawischen Provinzen Oestreichs und der Türkei, die mit einer Landung Garibaldis in Albanien beginnen sollten; von der weiteren Entwicklung hoffte man eine solche Lähmung Oestreichs, daß ein Angriff auf Venetien erfolgreich unternommen werden könne. Ein Aufruf Kossuths vom 10. April forderte die unterjochten Stämme zur Erhebung auf. Garibaldi hielt in Genua eine Generalversammlung von mehr als 200 Vereinen, die sich zu seinem Programm bekannten, und durchkreuzte die Lombardei, um überall Schützengesellschaften zu gründen. Schon sammelten sich an der tyroler Grenze und in Brescia die Schaaren der Freiwilligen, um auf ein gegebenes Zeichen loszuschlagen, als Rattazzi, auf dringenden Befehl Napoleons, etwa 100 von ihnen und einige Führer verhaften ließ. Je fester Garibaldi und seine Freunde darauf gerechnet hatten, daß die Minister ein Auge zudrücken würden, um so größer war jetzt ihr Zorn. In seiner ersten Gestalt mußte das Unternehmen aufgegeben werden, zumal auch England zu verstehen gab, daß es die Landung in Albanien verhindern werde; aber schnell entschlossen änderte Garibaldi seinen Plan und wählte sich den Kirchenstaat zum Arbeitsfeld. Im Juni erschien er plötzlich in Sicilien, wo er von Bixio und Pallavicino, den obersten königlichen Beamten, als von alten Freunden ungehindert zu bleiben hoffte. Bald sammelten sich Parteigenossen um ihn, und wohin sie kamen, verkündeten sie unter heftigen Schmähungen auf Napoleon laut die Losung: Rom oder Tod! Auch das konnte Rattazzi natürlich nicht hingehen lassen; er berief Pallavicino ab und sandte den General Cugia mit bedeutenden Verstärkungen auf die Insel. Ein Manifest des Königs vom 3. August verkündigte, die Stunde Rom zu nehmen habe noch nicht geschlagen; wer dazu auffordere, rufe zum Bürgerkriege auf und werde die Strenge der Gesetze erfahren. Trotzdem schiffte sich Garibaldi am 24. August mit etwa 3000 Mann in Catania ein und landete in derselben Gegend wie am 19. August 1860. Aber der Ausgang war ein anderer. Die Bevölkerung wollte von dem Abenteuer nichts wissen und ließ die Ankömmlinge ohne Unterstützung, so daß sie sich sogleich in das Gebirge Aspromonte werfen mußten. Alle Ortschaften umher waren von königlichen Truppen besetzt. Da ergriff Muthlosigkeit viele der Garibaldiner. In wenigen Tagen machte sich die Hälfte der Leute aus dem Staube, und kaum 1500 waren es, die am 29. August von dem Obersten Pallavicini angegriffen wurden. Ein kurzes Gefecht, in dem beide Seiten je 29 Todte und Verwundete hatten, endete mit der Ergebung der Abenteurer. Ihr Führer selbst war durch eine Kugel am rechten Fuße verwundet. Er wurde gefangen nach dem Fort Varignano am Golf von Spezzia gebracht, und als er geheilt war, nach Caprera entlassen; auch seinen Genossen wurde am 5. October Amnestie ertheilt.

Aspromonte.

Rattazzi empfand sehr wohl, daß der furchtbare Zorn, welchen dies Einschreiten gegen den vergötterten Helden und Liebling des Volkes erregte, seinen Sturz herbeiführen werde, wenn er nicht irgend

ein bedeutendes Gegengewicht in die Wagschale zu werfen vermöge. Durando, sein Minister des Auswärtigen, forderte deshalb in einem Rundschreiben vom 10. September die Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes. Er erreichte das grade Gegentheil von dem, was er gewollt. Napoleon glaubte in seiner Nachgiebigkeit gegen Italien einhalten und der Gegenpartei wieder die Oberhand geben zu müssen. Schon Ende September wurde Lavalette aus Rom abberufen und am 15. October auch Thouvenel entlassen. An des letzteren Stelle trat Drouyn de l'Huys, an die des ersteren Graf Sartiges; auch Benedetti in Turin erhielt in den Grafen Latour d'Auvergne einen Nachfolger von minder italienfreundlicher Gesinnung. Es bedurfte der Note vom 26. October, welche die Auslieferung Roms verweigerte und nur die Förderung von Reformen im Kirchenstaat verhieß, nicht mehr, um Rattazzis Stellung vollends zu untergraben. Das Parlament erklärte sich auf Boncompagnis Antrag gegen ihn, und da der König in die Auflösung desselben nicht willigen wollte, trat das Cabinet am 1. December zurück.

Rattazzis Sturz.

Von da ab ruhten die Verhandlungen über die römische Frage längere Zeit; denn erst trat durch die Vertreibung des Königs Otto die Wiederbesetzung des griechischen Thrones, denn bald nach dem Beginn des neuen Jahres der polnische Aufstand in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Für Napoleon so gut wie für seine Gegner in Frankreich waren alle diese Fragen der äußeren Politik zugleich innere Fragen; der gesetzgebende Körper, der im Jahre 1857 gewählt war, beendete jetzt seine letzte Session, und für die Wahlbewegung griffen alle Parteien begierig nach dem Stoffe, den ihnen die diplomatischen Verhandlungen boten. Persigny, der als Minister des Innern die Aufregung dieser Wochen zu zügeln hatte, leistete das Mögliche. Während er laut verkündete, daß die Abstimmung frei sei, erneuerte er das Verbot aller Wahlversammlungen von mehr als zwanzig Personen, und schrieb den Präfecten vor öffentlich die Bewerber zu bezeichnen, die des Vertrauens der Regierung genössen; nur so könne man das aufrichtige Gemüth der Bevölkerungen vor den Kunstgriffen der Sprache und den zweideutigen Glaubensbekenntnissen schützen, mittelst deren die Factionen, die Trümmer der gestürzten Regierungen, diese Coalition von Feindseligkeiten, Aerger und Groll, die Wähler hintergehen möchten. Selbst gegen einzelne Männer richtete der geschäftige Minister seine gewandte Feder, indem er in einem langen Schreiben den Seinepräfecten anwies, die Wahl von Thiers auf das Aeußerste zu bekämpfen. Als der bedenklichste Gegner trat die clericale Partei auf das Schlachtfeld. Sie hütete sich natürlich sich als Feindin des Kaisers zu bezeichnen; aber wenn sie neben der Achtung die Ueberwachung der Regierung auf ihr Banner schrieb, wenn der wohlbekannte Erzbischof von Tours und der streitbare Dupanloup von Orleans mit fünf andern Prälaten zum Kampfe für die religiöse Freiheit und zur Verteidigung der weltlichen Unabhängigkeit des Papstes aufriefen, so konnte sich die Regierung über die Tragweite dieser Opposition nicht täuschen. Einen großen Vorsprung hatte sie,

Wahlen in Frankreich.

Zunahme der Opposition.

von allem Andern abgesehen, durch die kurz bemessene Frist gewonnen, binnen deren die Wahlen der Auflösung der bisherigen Kammer folgten. Am 8. Mai wurden die Abgeordneten entlassen, am 31. bereits schritten die Wähler zur Urne. Weitaus in den meisten Bezirken gab es kaum einen ernstlichen Gegenbewerber, und weitaus die meisten Candidaten der alten Parteien erlagen den Machtmitteln der Regierung; aber wenn auch nur 34 Abgeordnete unter 283 trotz aller Präfectenkünste über die Günstlinge der Regierung siegten, so war dies schon ein empfindlicher Schlag, und er wurde noch empfindlicher dadurch, daß sich unter den Siegern Thiers und Berryer befanden, daß Paris ohne Ausnahme nur gegnerische Candidaten gewählt hatte, daß die Stimmenzahl der alten Parteien mancher Orten hart an die Mehrheit hinanstreifte. Von praktischer Bedeutung war die Vermehrung der Opposition in der Kammer allerdings nicht; hatten früher, wenn es hoch kam, zehn Stimmen sich gegen die Regierung erklärt, so waren es jetzt dreimal so viel, eine verschwindende Minderheit blieben sie doch; in den meisten Fällen gingen sogar die zwanzig Clericalen mit dem Ministerium, und es blieben nur vierzehn, die zu der Fahne der alten Fünf standen. Aber der ernste Wink, den diese Wahlen enthielten, ward von Napoleon trotzdemsehr wohl verstanden. War es Prahlerei gewesen, wenn die Studenten im Jahr zuvor von dem Volke gesungen hatten, das in gerechtem Grimme ob all' der Lügen ohne Zahl den Moniteur durch ihre Stimme zum dritten Mal verwarne, so lag hier eine zweite Verwarnung durch das allgemeine Wahlrecht doch offenbar vor. Napoleon suchte ihr zunächst durch einen Ministerwechsel gerecht zu werden. Billault, der sich als Sprechminister seiner Aufgabe stets vollkommen gewachsen gezeigt hatte und in der That eine der schätzbarsten Kräfte des Kaiserreichs war, wurde am 24. Juni an Walewskis Stelle Staatsminister; aber ehe er noch vor die neue Kammer treten konnte, ereilte ihn am 23. October der Tod, und Rouher nahm seinen Platz ein. Persigny wurde durch den wenig bedeutenden Boudet ersetzt; Baroche erhielt das Justiz-, Duruy das Unterrichtsministerium; der Vorsitz im Staatsrathe wurde im October Rouland an Rouhers Stelle übertragen und zu Vicepräsidenten derselben Körperschaft Forcade, Chaix d'Estange und Vuitry ernannt. Es waren Alles in Allem die tüchtigsten Männer, über welche der Kaiser verfügen konnte, und einige von ihnen konnten auch zu den ehrenhaftesten Männern Frankreichs gezählt werden und erwarben sich große Verdienste nicht nur um den Kaiser, sondern auch um das Land. Mehr aber als durch innere Reformen wollte Napoleon auch fernerhin durch glänzende Actionen nach außen die Franzosen bestechen, und dazu sollte ihm als Rathgeber Drouyn de l'Huys dienen, der somit bei allem sonstigen Wechsel in seinem Ministerium verblieb.

Ministerwechsel.

Allein grade über der auswärtigen Politik schwebte unausgesetzt ein Unglücksstern. Nur dem blödesten Auge konnte die Niederlage entgehen, die sich der Kaiser Rußland gegenüber geholt hatte; sie zu vertuschen oder gar in einen Sieg zu verwandeln, war deshalb jetzt sein sehnlichster Wunsch, und das Mittel, das er zu diesem Zwecke

ersonnen, war eben der europäische Congreß, von dem er dem neuen gesetzgebenden Körper in der Eröffnungsrede Kunde gab. Mit freundlichen Worten, ohne jeden Anflug von Mißstimmung, begrüßte er die Abgeordneten, und wünschte sich Glück zu dem Ergebnisse der Wahlen, nur obenhin die Meinungsverschiedenheiten berührend, die hier und da hervorgetreten seien. Ausführlich verweilte er bei den Unternehmungen in den fremden Erdtheilen, die so viel getadelt würden, obgleich sie doch nicht aus einem vorher überlegten Plane, sondern aus der Macht der Umstände erwachsen seien, und obgleich sie die Keime reicher Zukunftsfrüchte und hohen Ruhm für die französischen Waffen in sich trügen. Dann ging er zu der polnischen Frage über; er bedauerte, daß Rußland den uneigennützigen Rath der drei Mächte nicht angenommen habe, aber er leugnete, daß nun keine andre Wahl sei als zu schweigen oder den Krieg zu erklären; der dritte Weg, den er erwählt habe, sei die Berufung eines europäischen Gerichtshofes, der nicht die polnische Frage allein, sondern alle die andern, die noch ungelöst seien, ordnen müsse. Die Verträge von 1815, rief er aus, haben aufgehört zu bestehen: fast überall sind sie gebrochen, in Griechenland, in Belgien, in Frankreich, in Italien, an der Donau; Deutschland regt sich um sie zu verändern, England hat sie durch die Abtretung der ionischen Inseln in hochherziger Weise modificirt, Rußland tritt sie in Warschau mit Füßen. Um an die Stelle dieses krankhaften und unsicheren Zustandes dauerhafte und regelmäßige Verhältnisse zu setzen, um die gerechten Bestrebungen der Völker vor engherzigen Berechnungen zu schützen, um den Umsturzgeist der radicalen Parteien unschädlich zu machen, dazu bedürfe es eines Congresses, und nur geheime Pläne, die das Tageslicht scheuen müßten, könnten die Regierungen abhalten, der Einladung, die er an sie richte, Folge zu leisten.

Eröffnung der Kammer.

Der Congreßvorschlag.

Es war ein gewagtes Spiel, das der Kaiser spielte, als er so in voller Oeffentlichkeit Vorschläge machte, deren Ausführung für ihn damit zur Ehrensache wurde, ohne doch ausschließlich in seiner Hand zu liegen. Um den Ruhm des Gelingens ganz allein zu ernten, hatte er mit keiner Macht, auch nicht mit England, sich vorher verständigt; und doch brauchte nur von einem einzigen der großen Cabinette eine Weigerung einzulaufen, so hatten alle übrigen es sehr bequem ihre Ablehnung in die Form der Annahme zu kleiden, indem sie unter der Voraussetzung beitraten, daß alle Großmächte sich betheiligen würden. Was daraus wurde, wenn einer der Mächtigen fehlte und die Uebrigen unbekümmert darum ihre Beschlüsse faßten, hatte die Welt ja so eben erst in kleinerem Maßstabe auf dem Frankfurter Fürstentag gesehen; aber trotz des völligen Mißerfolges, der dort erzielt war, schien Napoleon sich grade dieses östreichische Project zum Vorbilde genommen zu haben. Auch er wollte eine persönliche Zusammenkunft der Fürsten, denen er unter dem Datum des 4. November persönliche Einladungen zuschickte; auch er theilte die Ziele, denen er nachstrebte, nur in allgemeinen Umrissen, nicht aber in einer ausgearbeiteten Durchführung den fremden Cabinetten mit und hoffte auf die Macht der Ueberrumpelung; auch er machte endlich den Ver-

Scheitern des Congresses.

such, trotz der Weigerung einer Großmacht sein Vorhaben doch ins Leben zu rufen. Die meisten Fürsten antworteten, wie vorauszusehen war, zuvorkommend und bereitwillig, daß sie dem Vorschlage des Kaisers beiträten; andere, wie Preußen, forderten die Aufstellung eines Programms vor dem Beginn der Verhandlungen; die deutschen Mittel- und Kleinstaaten behielten sich vor ihre Entscheidung durch einen Beschluß am Bunde zu treffen; England allein lehnte mit kühlem Bedauern den ganzen Vorschlag als unpraktisch ab. Allgemeine Congresse, so meinte Earl Russell am 25. November, setzten einen vieljährigen Kriegszustand wie den dreißigjährigen oder die napoleonischen Kriege voraus; der Schlächterei müde und durch Kriegslasten erschöpft, sei dann jedermann zur Nachgiebigkeit und zu Opfern bereit. Zur Zeit aber sei von solcher friedfertigen Stimmung nirgends etwas zu bemerken; der Congreß würde daher nicht allein ohne Ergebniß auseinandergehen, sondern viele Mitglieder würden sich voraussichtlich in schlechterer Stimmung trennen als die, in der sie zusammengetreten.

Bedeutung des Zeitpunctes.

Damit war der ganze Plan begraben; der Vorschlag eines engeren Congresses, den Drouyn Namens des Kaisers am 8. December machte, fiel wirkungslos zu Boden; noch wenige Wochen und an der Eider donnerten die Kanonen, die gründlicher als ein Congreß die Verträge von 1815 zertrümmerten und dauerhafter als eine napoleonische Fürstenversammlung die gerechten Bestrebungen der Völker gegen engherzige Berechnungen schützten. Für den französischen Kaiser war der Ausbruch dieses Krieges eine fühlbare Erleichterung; triumphirend konnte er darauf hinweisen, daß er den Weg ihn zu vermeiden gezeigt habe, daß seine Behauptung von der Morschheit der bestehenden Verträge eine neue Bestätigung finde. Er ahnte noch nicht, daß mit diesem Kriege eine Entwicklung begonnen, die ohne ihn, trotz ihm und endlich gegen ihn ihren Gang nehmen sollte, daß der „wenig ernsthafte" Mann, der in Berlin die Karten in die Hand genommen, sie nicht wieder herausgeben, sondern die Führung Europas immer entschiedener an sich reißen werde. Noch fühlte er sich im Vollbesitze seiner Macht, und durch ein erstes Mißlingen nicht abgeschreckt erwartete er seine Stunde, um den Congreßvorschlag von Neuem zu erheben. Die hinhaltende Politik, die ihm die europäischen Verhältnisse einstweilen auferlegten, ließ ihm um so freiere Hand jenseits des Oceans, und zuversichtlich hoffte er, durch einen großen Erfolg in Mexico gekräftigt, in nicht zu ferner Zeit seinen Willen auch in Europa durchsetzen zu können.

Mexico und die Vereinigten Staaten vor 1860.

Mexico seit 1824.

Die Vereinigten Staaten von Mexico hatten ihrer Freiheit und der Verfassung, die sie sich im Jahre 1824 gegeben, kein geordnetes und friedliches Dasein zu danken. Die Parteiungen der Liberalen und der Clericalen dienten dem Ehrgeiz und der Habsucht wechselnder

Präsidenten und Prätendenten als Aushängeschild für die Befriedigung ihrer persönlichen Gelüste, und jedem derselben folgte ein Schwarm bedürftiger Anhänger, die Glück und Unglück mit dem Meister theilend als Sieger mit ihm das Land ausplünderten, als Besiegte mit ihm in eine der entlegeneren Provinzen oder in das Ausland zogen, um bei nächster Gelegenheit Macht und Reichthum wieder an sich zu reißen. Zerwürfnisse und Zettelungen innerhalb der beiden Lager, Abfall und Ueberläuferei aus dem einen ins andre fehlten dabei natürlich auch nicht, und der beinah ununterbrochene Bürgerkrieg entrollte in eigenthümlich amerikanischer Gestaltung die Bilder des mittelalterlichen Faustrechtes, verzerrt durch den Schein moderner Bildung und verschlimmert durch den Gebrauch der Waffen der Neuzeit. Hinrichtungen und Verbannungen, Gütereinziehung und Einkerkerung waren mit oder ohne gerichtliche Formen der einen Partei so geläufig wie der andern, und mit den Einheimischen litten selbstverständlich auch die Fremden unter der Willkür und Gewissenlosigkeit der Machthaber. Oft genug war es zu diplomatischen Verwickelungen mit dem Auslande gekommen, aber im Allgemeinen scheute sich kein mexicanischer Präsident davor, denn die Unsicherheit seiner eigenen Stellung machte ihn für das Ausland fast unangreifbar. Nur eine Macht war wirklich gefürchtet in Mexico, die große Nachbarrepublik im Norden. So sicher wie man sein durfte, daß diese, der Monroe-Doctrin getreu, keinem europäischen Staate gestatten werde, sich in Mexico festzusetzen, eben so sicher war man, daß sie, oder daß in ihr eine große Partei die Absicht habe, ein Stück von Mexico nach dem andern abzulösen und in ihren eigenen Bund aufzunehmen.

Parteiungen.

Spanien hatte im Jahre 1829 noch einmal den Versuch gemacht die verlorene Besitzung wieder zu erobern, gereizt durch die Verbannung von 22,000 seiner Landeskinder, die das Haupt der Yorkinos, wie man die Liberalen nannte, Guerrero, ein Farbiger, verfügt hatte. Aber die Landung geschah mit völlig ungenügenden Kräften und nach wenigen Monaten zwang der Kriegsminister Santana Tampico, das die Spanier besetzt hatten, zur Uebergabe. Einige Jahre später in den Nöthen des Carlistenkrieges (1836) fügte sich endlich auch das Mutterland in die Anerkennung der abgefallenen Colonie. Guerrero wurde gleich nach Santanas Sieg von seinem eigenen Vicepräsidenten Bustamente besiegt und erschossen; gegen diesen richtete wieder Santana seine Waffen und verband sich zu dem Zweck mit Pedrazza, den er früher selbst vertrieben, um Guerrero zum Präsidenten zu machen; Bustamente wiederum rief den Bravo zur Hülfe, den er gleichfalls in früheren Jahren gemeinsam mit Guerrero besiegt und verbannt hatte. Der Sieg in diesem wirren Getümmel verblieb endlich Santana, der zunächst Pedrazza, dann 1833 sich selbst auf den Präsidentenstuhl setzte. Einige Jahre hielt er leidlich Ordnung, dann entzweite er sich mit dem Congreß, der gewaltig gegen die Kirche zu wüthen begann, für beinah 100 Millionen Dollars Kirchengut einzog und obendrein Klöster und Zehnten aufhob. Noch größer ward der allgemeine Wirrwarr, in dem jeder einzelne Bundesstaat sich schließlich selbst zu

Der spanische Krieg von 1829.

Texas. helfen suchte, als der Präsident im October 1835 die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten für erloschen erklärte. Besonders Texas widersetzte sich diesem Gewaltstreich ernstlich und als Santana persönlich hineilte, um die Auflehnung zu unterdrücken, ward er bei San Jacinto geschlagen und gefangen und der abtrünnige Staat sagte sich am 2. März 1836 völlig von der Republik Mexico los. Ganz im Süden folgte Yucatan diesem Beispiel und trotz aller Anstrengungen konnten beide Länder nicht wieder in den alten Bund hineingezwungen werden.

Krieg mit Frankreich 1838. An des gefangenen Santana Stelle erklomm Bustamente wieder einmal den Präsidentenstuhl und brachte es durch hartnäckige Verweigerung jeder Genugthuung 1838 zu einem förmlichen Kriege mit Frankreich. Die Ermordung mehrerer Franzosen und die Beschränkung der Handelsfreiheit waren die Anlässe dazu. Eine feindliche Flotte blokirte, beschoß und besetzte endlich Vera-Cruz, der Congreß erließ eine feierliche Kriegserklärung und jagte alle Franzosen aus dem Lande, zuletzt aber gab man unter englischer Vermittlung von beiden Seiten etwas nach: Mexico bezahlte 600,000 Piaster Entschädigungsgelder und Frankreich ließ es sich gefallen, daß seinen Landsleuten der Detailhandel untersagt blieb. Einem Kriege mit England wich Santana, der inzwischen zurückgekehrt war, einige Jahre später noch im letzten Augenblick aus, nachdem er ihn selbst erst leichtsinnig dadurch heraufbeschworen, daß er eine englische Fahne als Siegestrophäe in seinem Triumphzuge mit aufführte.

Krieg mit der Union 1846. Etwa drei Jahre lang, von 1841—44, behauptete sich Santana dieses Mal am Ruder; dann brach seine Macht, obgleich er nicht unrühmlich gegen Texas gekämpft hatte, durch den Abfall des Congresses und der Truppen mit einem Schlage zusammen; er fand sich als Gefangener inmitten des eigenen Heeres und konnte von Glück sagen, daß man ihn nur auf ewig verbannte und nach Cuba entließ. Sein Nachfolger Herrera hatte den Wunsch sich mit Texas zu vergleichen und erkannte dasselbe in einem Vertrage vom 19. Mai 1845 als eigenen Staat an. Da aber dieser Vertrag zwei Bedingungen enthielt, die der Congreß von Texas nicht anerkannte, nämlich die Grenzlinie des Rio Nueces und das Verbot des Eintritts in die nordamerikanische Union, so wurde die Lage dadurch für Mexico noch schlimmer als sie vorher gewesen. Truppen der Vereinigten Staaten unter General Taylor rückten in Texas ein und bezogen bei Corpus Christi am Nueces ein Lager, bereit, wenn Verhandlungen Nichts fruchteten, nach Matamoros am Rio Grande del Norte, den die Union als Grenze verlangte, vorzudringen. Die Einverleibung von Texas wurde unterdessen ausgesprochen und die Abberufung der Gesandten leitete den Krieg ein. Schon im März 1846 überschritt Taylor den Nueces, warf die Mexicaner aus dem streitigen Gebiete zurück und besetzte im Mai, nachdem Präsident Polk den Krieg wirklich erklärt hatte, Matamoros.

Jahre lang hatte man sich in Mexico sorgsam gehütet mit dem mächtigen Nachbar im Norden in Streit zu gerathen; mehrmals

Verhandlungen über Texas.

waren durch gütliche Verträge und Entschädigungsgelder, die allerdings schließlich doch nicht gezahlt wurden, Feindseligkeiten vermieden. Auch die Union hatte trotz des Gelüstens, das der Süden nach Texas empfand, den Krieg nicht gesucht; die freien Staaten hegten noch immer den alten Widerwillen gegen eine Ausdehnung nach dieser Richtung, und dieselbe Rücksicht, die den Präsidenten Monroe 1819 bewogen auf den Ankauf von Texas zu verzichten, war bisher maßgebend geblieben. Man hatte wohl ein paarmal Verkaufsanträge gestellt, sich aber bei der Ablehnung ohne Weiteres beruhigt. Allein seit Texas thatsächlich von Mexico getrennt war, wurde das Drängen der Sclavenstaaten lebhafter; gleich der erste Präsident des neuen Staates, General Houston, ein Virginier, beantragte in Washington die Aufnahme in die Union, und wenn darauf zuerst wiederholte Ablehnungen erfolgten, so beherrschte diese Frage doch schon 1844 die Präsidentenwahl und Polk hatte seine Würde vorzugsweise dem Umstande zu danken, daß er für die Erweiterung der Union eingetreten war. Er versuchte zunächst auf friedlichem Wege ans Ziel zu kommen. Ein außerordentlicher Gesandter, John Slidell bot im Sommer 1845 für die Abtretung von Texas, Neu-Mexico und Californien 25 Millionen Dollars; auch nachdem Taylor den Rio Grande überschritten, wurden noch einmal für das streitige Gebiet bis zum Nueces zwei Millionen geboten. Allein in Mexico war die Kriegspartei obenauf. Herrera war als Friedensfreund von Peredes, dieser als zu nachgiebig von General Sales gestürzt, und so hatte man denn inneren und äußeren Krieg zugleich.

Siege der Union.

Die schwerste Aufgabe für die Nordamerikaner war nicht den Feind zu besiegen, sondern mit ihm zu einem Frieden zu kommen. Das Erstere geschah, wo immer man zusammenstieß. Taylor rückte von Matamoros westwärts ins Land nach Monterey und erzwang die Uebergabe dieser Stadt; in Santa Fé im oberen Gebiete des Rio Grande erschien eine zweite Colonne unter Kearney, erklärte diese Gegenden (Neu-Mexico) für einen Bestandtheil der Union und wandte sich nach Californien, um auch dies Land, von einer Flotte unterstützt, zu erobern; manche der später berühmten Generale wie Fremont, Sherman u. A. thaten hier ihre ersten Kriegsdienste. Die eigentliche Entscheidung fiel aber nicht hier und fiel auch nicht bei Taylors Heer, obgleich dieser Santana, der wieder einmal zurückgerufen war und schnell hintereinander zum Obergeneral, Präsidenten und Dictator ernannt wurde, in einem zweitägigen Kampfe bei Buena Vista im Februar 1847 schlug. Den Hauptschlag führte vielmehr General Scott, der Ende März mit einem Heere bei Vera-Cruz landete, Santana am 18. April in der Nähe von Xalapa (bei Cerro Gordo) schlug, dann wieder im August bei Contreras und Churubusco ein paar Siege errang und am 15. September die Hauptstadt Mexico erstürmte. Nun aber kostete es Mühe, Jemanden zu finden, mit dem man Frieden schließen konnte. Santana war bereits wieder abgesetzt, Peredes, sein Nachfolger, wollte den Krieg, der einzige, mit dem sich etwas anfangen ließ, war Herrera, der aber vom Congreß nicht an-

Friedensschluß.

erkannt war. So kam denn der Friede von Guadelupe Hidalgo erst am 2. Februar 1848 zu Stande und erhielt seine Bestätigung erst im Mai, als der Congreß sich damit einverstanden erklärte und Herrera wieder zum Präsidenten machte. Daß nicht allein Texas, sondern auch Neu-Mexico und Californien abgetreten werden mußten, war selbstverständlich und die Bedingungen mußten noch für sehr glimpflich gelten, da die Union zur Entschädigung die Summe von 15 Millionen Dollars an Mexico zu zahlen versprach. Das Land war denn auch trotz Peredes für den Frieden und nachdem Bustamente die Kriegspartei bezwungen hatte, konnte Herrera mehrere Jahre so ruhig sein Amt führen, wie kein Präsident vor ihm.

Für die Vereinigten Staaten war der Erwerb der drei ungeheuren Gebiete im Süden und Westen von viel größerer Tragweite, als selbst die eifrigsten Befürworter geahnt hatten. Die Entdeckung des ersten Goldes in Californien, die fieberhafte Erregung, die in Folge dessen alle abenteuerlustigen Seelen des Ostens ergriff, die unglaublich schnelle Besiedelung und Bebauung beträchtlicher Theile des fernen Westens, konnte ja Niemand vorhersehn. Was zur Erwerbung von Texas getrieben hatte, das war der alte Drang der Sclavenstaaten sich auszudehnen und ihre eigene Zahl auf derselben Höhe mit derjenigen der freien Staaten zu halten. Davon, daß dies gelang, hing das Gleichgewicht im Senate ab, in dem jeder Staat, ob groß ob klein, durch zwei Stimmen vertreten war, und dieses Gleichgewicht wiederum sicherte allein den südlichen Staaten den Fortbestand der Sclaverei.

Die Parteien in der Union.

Diese aber war das Losungswort gewesen, nach dem sich seit dem zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts die Parteien gebildet hatten. Der anfängliche Gegensatz zwischen Föderalisten und Antiföderalisten war dagegen in zweite Linie getreten. Allerdings hatte die Masse der Antiföderalisten oder Demokraten stets aus Anhängern der Sclaverei bestanden, aber ihr bedeutendster Führer, Thomas Jefferson, war ein erklärter Gegner derselben gewesen; er zitterte, wenn er im Hinblick auf diesen Bruch der Naturgesetze an die Gerechtigkeit Gottes dachte, und besorgt fragte er sich, ob nicht dereinst Verwirrung, Bürgerkrieg, völliger Umsturz die Strafe für dieses Unrecht sein werde. Er kam sogar durch seinen Haß gegen die Sclaverei dazu ihr eine weitere Ausdehnung zu wünschen; denn da die Einfuhr von Negern aus Afrika mit dem Jahre 1808 verfassungsmäßig aufhören mußte, so hoffte er durch Vertheilung des vorhandenen Bestandes an Schwarzen über ein möglichst großes Gebiet die dereinstige Befreiung derselben zu erleichtern. Nun war nach Norden und Nordwesten hin schon durch ein Gesetz von 1787 die Gründung neuer Sclavenstaaten verboten worden; das weite Hinterland über dem Ohio, das Virginien und Newyork der Union damals abtraten, war ausdrücklich jeder Art von unfreiwilliger Dienstbarkeit verschlossen worden; dafür gab es aber in dem von Frankreich 1803 gekauften Louisiana, das sich am westlichen Mississippi-Ufer unbegrenzt nach Norden erstreckte, und in den weiten Küstenländern des mexicanischen Golfes Gebiet

genug, das im Bereich der Sclavenstaaten lag. Unbehindert hatten diese daher, wie schon früher durch Kentucky und Tennessee, so 1812 durch Louisiana, 1817 durch Mississippi, 1819 durch Alabama ihre Reihen verstärken können, und nur dafür war von dem Norden gesorgt, daß durch Vermont, Ohio, Indiana, Illinois und Maine die Zahl der freien Staaten gleichfalls Zug um Zug vermehrt wurde. Als aber die Sclavenstaaten 1819 auch Missouri, den nördlichsten Theil des alten Louisiana, für sich beanspruchten, erhob sich ein heftiger Widerstand im Norden und es erforderte lange Verhandlungen, ehe man sich über den sog. Missouri-Compromiß einigte, der diesen Staat und alles Land südlich vom 36° 30′ N. B. den Sclavenstaaten überließ, damit aber ihrer Ausdehnung auch eine ganz feste Grenze gezogen zu haben schien. Freie und Sclavenstaaten standen sich jetzt völlig gleich, zwölf zu zwölf, gegenüber, und fünfzehn Jahre hindurch, von 1821—1836, trat auf keiner Seite eine Vermehrung ein. Daß dann schnell hintereinander erst Arkansas, darauf Michigan aufgenommen wurde, ließ das Verhältniß unverändert.

Bildung neuer Staaten.

Ganz anders aber mußte es werden, wenn Texas der Union einverleibt und dadurch neues Gebiet zu einer unbegrenzten Reihe von Sclavenstaaten gewonnen wurde. Der alte Trost der Gegner der Sclaverei, es werde mit dem Aufhören der Einfuhr die Zahl der Neger so wenig steigen, daß ihre Vertheilung auf ein größeres Gebiet den Sclavenhaltern selbst schaden werde, war längst hinfällig geworden. Die Zahl der Schwarzen wuchs vielmehr beständig, und die nördlichsten Sclavenstaaten, besonders Kentucky und Virginien, die ihren Ackerbau durch freie Arbeiter vortheilhafter bestellen konnten, hatten sich gradezu auf die Sclavenzucht geworfen und verkauften ihre Waare nach dem Süden, Virginien allein bis zu 30,000 Köpfen jährlich. Weit entfernt stehen zu bleiben wuchs die Zahl der Neger von Jahrzehnt zu Jahrzehnt um 24 bis 30 Procent; während sie 1810 etwa $1^1/_5$ Million betrug, belief sie sich 1840 auf reichlich das Doppelte, 1860 auf nahezu vier Millionen. Allerdings stieg die Nachfrage noch schneller als das Angebot. Der Baumwollenbau hatte durch die Erfindung und allmälige Verbreitung der Reinigungsmaschine einen ungeheuren Anstoß bekommen; eine solche Maschine verarbeitete an einem Tage dasselbe Material, das sonst 300 Neger erfordert hatte; aber dieses Material zu beschaffen reichten die bei der Reinigung ersparten Neger lange nicht aus; die Production steigerte sich ins Ungeheure, aber sie hätte sich noch weit mehr steigern können. Charleston führte 1790 für wenig mehr als 1000 Dollars Baumwolle aus, 1857 dagegen für 130 Millionen; England bezog noch 1803 nur für 7 Millionen Dollars, dagegen 1850 schon das Sechzehnfache. Und doch waren kaum 10,000 englische Quadratmeilen mit Baumwolle bebaut, während 650,000 sich dazu eigneten, wenn man nur die Arbeitskräfte gehabt hätte. Begreiflicherweise steigerte sich dadurch der Preis der letzteren ins Ungeheure und bei der erklärlichen Faulheit und Unlust der Schwarzen, deren Leistungsfähigkeit man auf den fünften Theil von der eines Weißen anschlug, ver-

Die Sclavenfrage.

Negereinfuhr. zinste sich das in Sclaven angelegte Capital sehr schlecht, 1860 zu weniger als einem Procent. Da es bei allen Südstaatlern wie ein Glaubenssatz feststand, daß der Baumwollenbau nur durch Neger betrieben werden könne, gab es gegen diese zunehmende Entwerthung des Grundbesitzes nur ein Mittel: die Freigabe der Negereinfuhr aus Afrika. Auf das lebhafteste verfochten die Pflanzer der Baumwollenstaaten die Rechtmäßigkeit dieser Forderung; sie rühmten den Sclavenhändler als einen Diener der Civilisation, der nach Afrika gehe und einen Heiden und unnützen Menschen herbeihole, um ihn zum nützlichen Mann und zum Christen zu machen; unwillig rechneten sie einander vor, wie oft sie nach Virginien oder Kentucky gehen müßten, um dort für ein Schwarzfell zwischen tausend und zweitausend Dollars zu bezahlen, während sie in Afrika bessere Waare für fünfzig Dollars haben könnten; an die Begründung neuer Sclavenstaaten sei bei dem vorhandenen Vorrath von Negern immer weniger zu denken u. s. f. Aber sie hatten wenig Aussicht mit dieser Forderung jemals durchzudringen, denn der allmächtige Dollar trennte in dieser Frage den Sclavenzüchter von dem Sclavenhalter, Virginien und Kentucky von den Baumwollenstaaten. Es blieb nur die böse Wahl, durch Schaffung neuer Sclavenstaaten die Nachfrage nach Schwarzen immer mehr zu steigern, oder den freien Staaten das Uebergewicht zu gönnen, und dann am Ende das gänzliche Verbot der Sclaverei zu gewärtigen. Wer weder das Eine noch das Andre wollte, dem blieb nur der Austritt aus der Union, die Begründung eines neuen, nur von Sclavenstaaten gebildeten Bundes als Ausweg über.

Einfluß der Südstaaten. Gern beschritt man diesen Ausweg im Süden nicht. Eifriger als im Norden beschäftigte man sich hier mit der Politik des Landes; während der 72 Jahre von 1789 bis 1861 saßen 52 Jahre hindurch Männer des Südens, nur 20 Jahre Männer des Nordens auf dem Präsidentenstuhle; sie beriefen ihre Verwandten und Freunde zu den Aemtern und Würden der Republik, sie besetzten insonderheit auch die Offizierstellen mit Bürgern der Sclavenstaaten und konnten das um so leichter thun, als in der Kriegsschule von Westpoint der größte Theil der Cadetten immerfort aus jüngeren Söhnen der Pflanzeraristokratie bestand. Die schlechte Verzinsung des Grundbesitzes nöthigte schon dazu die Vermögen zusammenzuhalten und für einen Theil der Familienglieder Beschäftigung im Staatsdienste zu suchen. Der Norden dagegen, der mehr von seiner Hände Arbeit lebte und sowohl für den Ackerbau ungemessene Striche ergiebigen Bodens zur Verfügung hatte, als auch in einer lebhaft sich entwickelnden industriellen Thätigkeit reichen Gewinn fand, zeigte grade in seinen tüchtigsten Elementen verhältnißmäßig geringes Interesse für die Politik und überließ sie in erschreckendem Maße ehrgeizigen und bestechlichen Männern, die nur zu oft gegen gute Bezahlung ihren Einfluß im Sinne des Südens verwandten.

Aus dem Gegensatz der Rohstoffproduction, die dem Süden, und der Industrie, die dem Norden eigen war, entwickelte sich ein neuer Zankapfel zwischen beiden, die Frage, ob hoher Schutzzoll oder Frei-

Schutzzoll und Freihandel.

handel das System der Union sein solle. Es gab eine Zeit, wo die Sclavenstaaten selbst geglaubt hatten die Verarbeitung der Baumwolle an sich reißen zu können; damals waren sie für den Schutzzoll gewesen und einer ihrer glänzendsten Politiker, John Calhoun von Süd-Carolina, hatte 1816 gegen den Widerspruch des Nordens einen hohen Tarif durchgesetzt. Geraume Zeit verging, ehe man in beiden Lagern die Entdeckung machte, daß man gegen seine eigenen Interessen handle. Noch 1824, als eine abermalige Erhöhung beantragt wurde, kämpfte einer der ersten Politiker des Nordens, Daniel Webster von Massachusetts, dagegen, einer der glänzendsten Staatsmänner des Südens, Henry Clay von Virginien, dafür; aber die Mehrheit bestand jetzt doch schon aus Nordstaatlern und aus dem Süden erscholl wenig später der warnende Ruf, wenn die Union jemals ernstlich gefährdet werden sollte, so würden Maßregeln dieser Art die Ursache davon sein; vollends 1828, wo eine abermalige Erhöhung beliebt wurde, hatten beide Parteien in ganzer Linie ihren Frontwechsel vollzogen, und der Süden klagte bitter über die Tyrannei des Nordens, der eben damals in Quincy Adams (1825—29) seinen zweiten Präsidenten (der erste war sein Vater John Adams 1797—1801 gewesen) durchgesetzt hatte. Die ungeheure Höhe des Zolls, der für die wichtigsten Gegenstände der englischen Industrie auf 50—60 Procent vom Werthe stieg, gab zu diesen Klagen ein gutes Recht; aber die Strafe für die Uebertreibung blieb auch nicht aus. Bisher waren mit Ausnahme von John Adams alle Präsidenten zweimal gewählt, also acht Jahre am Ruder geblieben: Washingten von 1789—1797, Jefferson 1801—9, Madison 1809—17, Monroe 1817—25; Quincy Adams erlag wie sein Vater bei der Wiederwahl, es folgte ihm General Jackson von Süd-Carolina, der dann wieder acht Jahre, von 1829—37, im Amte blieb. Er konnte allerdings in gewissem Sinne für einen Compromißcandidaten gelten; die eigentlichen Freihändler des Südens hatten Calhoun, der jetzt ganz auf ihrer Seite stand, an die Spitze des Staates bringen wollen, und dieser selbst, voller Ehrgeiz und erbittert über seine wiederholten Mißerfolge, lehnte sich 1832 offen gegen den Congreß auf. Er beantragte und erreichte in seinem Heimatsstaat Süd-Carolina, daß das Zollgesetz für ungültig erklärt (nullificirt) und der Austritt des Staates aus der Union beschlossen wurde, wenn die letztere es gleichwohl mit Gewalt durchführen wolle. Allein so leidenschaftlich wie Süd-Carolina für diesen Beschluß eintrat, ebenso entschlossen widersetzten sich alle andern Staaten. Jackson erließ eine Proclamation, worin er seine Landsleute warnte, die Schwelle des Hochverrathes, an der sie stünden, zu überschreiten; kein anderer Staat folgte dem Beispiele Süd-Carolinas; Calhoun selbst wurde durch die Drohungen des Präsidenten eingeschüchtert und Henry Clay brachte endlich einen Vergleich zu Stande, wonach die Zölle von zwei zu zwei Jahren um ein Zehntel herabgesetzt, die Nullifications-Acte aber zurückgenommen wurde. Daß Jackson bei aller Entschiedenheit, mit der er für die Erhaltung der Union einstand, doch die Interessen des Südens sehr eifrig im Auge behielt, bewies er überdies noch

Die Nullification von 1832.

durch die Aufhebung der Nationalbank, die durch ihr Papiergeldunwesen zur Bereicherung der nördlichen Kaufleute auf Kosten der südlichen Producenten viel beigetragen hatte.

Texas und Oregon.

Die gegenseitige Erbitterung war um diese Zeit, d. h. eben als Texas sich von Mexico abriß, auf das Höchste gestiegen. Kein Wunder, daß nun auch die Sclavenfrage wieder in den Vordergrund gezogen und die Einverleibung von Texas gefordert wurde. Allein wie Jackson den Bestand der Union dem Süden zu Liebe nicht hatte gefährden wollen, so hielt sich auch sein Nachfolger van Buren (1837—41) gegenüber dem heftigen Einspruche des Nordens von eigenmächtigen Schritten fern, wodurch er es freilich mit beiden Parteien verdarb. Erst Tyler, der ihn in der Präsidentschaft ablöste (er war eigentlich nur Vice-Präsident, aber der Tod Harrisons, der nur einen Monat die höchste Würde bekleidete, öffnete ihm den Weg zu dem Präsidentenstuhle), erst Tyler ließ durch Calhoun, den er zum Minister des Auswärtigen machte, den Vertrag mit Texas unterzeichnen und gab denselben auch nicht verloren, als der Senat seine Zustimmung verweigerte. Vor der Hand verständigte man sich beiderseits über die gleichzeitige Aufnahme von Florida und Jowa. Auch für Texas selbst hatten die freien Staaten ein Gegengewicht in Wisconsin, das gleichzeitig zum Staate erhoben werden konnte; aber in den ungeheuren Hinterlanden von Texas, aus denen dereinst eine große Reihe von Staaten gebildet werden konnte, lag für das bisher beobachtete Gleichgewicht eine ernstliche Gefahr. Henry Clay und van Buren, die nach Tylers Rücktritt als Bewerber um die Präsidentschaft auftraten, wollten deshalb, trotz ihrer Freundschaft für den Süden, die Einverleibung wieder fallen lassen; richtiger als sie aber traf die Gesinnungen des Landes ein bisher wenig bekannter Politiker, James Polk von Tennessee, der zugleich Texas und die weiten Gebiete von Oregon, die bisher zwischen England und der Union streitig waren, zu erwerben versprach. Er wurde gegen Clay zum Präsidenten erwählt, und wie er die beiden Theile seines Programms zur Ausführung brachte, ist an verschiedenen Orten erzählt worden. Formell fiel der Ruhm Texas einverleibt zu haben, übrigens noch Tyler zu, der am letzten Tage seiner Amtsführung, am 3. März 1845, das vom Congreß genehmigte Gesetz unterzeichnen konnte.

Durch den Frieden mit Mexico war aber nicht nur Texas, sondern auch Neu-Mexico und Californien erworben. Ersteres hatte bereits die 60,000 Einwohner, die erforderlich waren um aus einem Territorium in einen Staat umgewandelt zu werden; letzteres bekam nach der Entdeckung der Goldfelder in weniger als Jahresfrist eine noch viel größere Bevölkerung. Diese stammte in ihrer überwiegenden Mehrheit aus dem Norden und gab sich eine Verfassung ohne Sclaverei. Darüber gerieth der Süden in heftigen Zorn und wollte die Aufnahme des Staates verweigern; das Geringste was er forderte war die Verlängerung der im Missouri-Compromiß vereinbarten Grenzlinie des 36° 30′ N. Br. bis an den Stillen Ocean, also die Theilung Californiens. Texas, das kaum aufgenommene, erhob überdies noch

Ansprüche, als ob alles von Mexico abgetretene Land ihm gehöre, und forderte für die Abtrennung Californiens entschädigt zu werden; und um dem Streit noch mehr Nahrung zu geben, verwickelte der Süden darein auch noch seine Klagen über die mangelhafte Ausführung der Gesetze, welche die Auslieferung flüchtiger Sclaven seitens der freien Staaten vorschrieben. Nicht die gesammte demokratische Partei des Nordens hatte jedoch Neigung mit ihren Parteigenossen im Süden durch Dick und Dünn zu gehen; ein Theil derselben stellte auf einer Wahlversammlung in Utica van Buren für die neue Präsidentenwahl auf und verhalf durch diesen Abfall dem republikanischen Bewerber General Taylor zum Siege. Dessen Entschluß für die Erhaltung der Union, mit deren Zerstückelung der Süden schon wieder drohte, einzutreten, gab sich bereits durch die Ertheilung von Marschbefehlen nach Texas kund, als ihn plötzlich der Tod dahin raffte. Jetzt erhoben die Sclavenhalter ihre Stimme noch leidenschaftlicher, allen voran der todtkranke Calhoun, nächst ihm besonders Taylors Schwiegersohn Jefferson Davis, der die Rolle Calhouns weiter zu spielen gedachte. Clays vermittelndem Geiste gelang es endlich doch unter Beihülfe des stellvertretenden Präsidenten Fillmore einen Ausgleich zu finden, bei dem allerdings die Sclavenhalter am besten fuhren. Californien wurde durch diesen sog. großen Compromiß von 1850 als Staat aufgenommen, alles andre von Mexico erworbene Gebiet in Territorien getheilt, deren Bevölkerungen selbst über die Einführung der Sclaverei entscheiden sollten, Texas wirklich mit 10 Millionen Dollars abgefunden und ein neues strengeres Gesetz über die Auslieferung flüchtiger Sclaven erlassen.

Clays Compromiß.

Es war das Clays letzte That; bald darauf folgte er und fast gleichzeitig auch Daniel Webster Calhoun in den Tod, so daß die drei hervorragendsten Parteiführer innerhalb kurzer Frist von der Bühne abtraten. Es schien eine Pause in dem heftigen Kampfe zu beginnen, die in Franklin Pierce von New-Hampshire, dem Präsidenten der Jahre 1853—57, der mit der größten Mehrheit, die man bisher gekannt (254 gegen 62 Stimmen) erwählt war, einen geeigneten Repräsentanten fand. Allein schon 1854 brachen die Demokraten den Waffenstillstand. Daraus, daß in dem Clay'schen Compromiß den Territorien die Entscheidung über die Sclaverei überlassen war, folgerten sie, daß der Missouri-Compromiß, der die Sclaverei nördlich vom 36° 30′ ausschloß, hinfällig geworden sei, und bewirkten durch ein besonderes Gesetz den ausdrücklichen Widerruf dieser Bestimmung. Was sie dabei zunächst im Auge hatten, war die Präparation des neuen Territoriums Kansas zu einem Sclavenstaate. Aber dazu genügte der Widerruf des Missouri-Compromisses noch nicht, denn weitaus die meisten Bewohner von Kansas waren Männer des Nordens, welche die Sclaverei verwarfen. Da scheuten sich denn die Demokraten auch vor einer zweiten gesetzlichen Gewaltthat nicht: sie brachten eine Bill durch, welche den Territorien verbot die Einführung von Sclaven zu verhindern, also sie zwang, die Sclaverei zuzulassen, und erst bei ihrer Umwandlung zu Staaten ihnen die

Der Kansas-Streit.

Die Freiländlerpartei.

Ausschließung derselben gestattete. Diese Verhöhnung gab der entschiedenen Freiheitspartei des Nordens, die sich seit einigen Jahren von den Republikanern abgezweigt und den Namen der Freesoilers oder Freiländler angenommen hatte, den Muth zu entschlossenem Auftreten, und es begann nun zwischen ihr und den Sclavenfreunden ein verzweifeltes Ringen auf dem Boden von Kansas. Von beiden Seiten wurden Einwandrer dorthin befördert, zum Theil nur um in den Wahlschlachten mitzukämpfen und dann zurückzukehren; man bekämpfte sich mit Büchse und Revolver so gut wie mit gefälschten Stimmzetteln und lügenhaften Wahlprotocollen; beide Parteien bildeten ihren besonderen Territorialcongreß und entwarfen ihre besondere Verfassung, die Sclavenhalter zuerst in Shawnee, dann die Freiländler in Topeka. Der Präsident erklärte sich für die erstere, aber die Entscheidung stand dem Congreß zu. In diesen verpflanzte sich die ganze Zügellosigkeit, Roheit und Verworfenheit, die in Kansas zu Tage getreten war. Die Präsidentenwahl mußte 133 Mal wiederholt werden, ehe sie ein Resultat ergab. Als der beredteste und rücksichtsloseste Führer der Freiländler, Charles Sumner, Websters Nachfolger als Senator für Massachusetts, eineglühende Rede gegen die Sclaverei gehalten hatte, überfielen ihn zwei seiner Collegen aus dem Süden mit Guttaperchastöcken und prügelten ihn bis er die Besinnung verlor und so, daß er lange in Lebensgefahr schwebte. Süd-Carolina aber empfing die vom Congreß ausgestoßenen Raufbolde mit überschwenglichen Ehrenbezeugungen und schickte sie von Neuem nach Washington.

Die republikanische Partei.

Solche Vorgänge mußten die Demokratie im Norden in ihrem Ansehn ungeheuer schwächen. Die bisher etwas anrüchige Freiländlerpartei gewann mächtig an Boden und nicht allein die Republikaner, sondern auch die gemäßigten Demokraten des Nordens verbanden sich mit ihr im Juni 1856 zu der neuen republikanischen Partei. Auch im Repräsentantenhause verlor die Demokratie die Mehrheit; ein Ausschuß, der zur Untersuchung nach Kansas geschickt war, deckte die Fälschungen und Gewaltthaten der Shawnee-Leute auf und empfahl die Anerkennung der Topeka-Verfassung; der Senat widersetzte sich allerdings und die Frage konnte noch nicht gelöst werden; aber wie schwer die Niederlage war, die sich die nördliche Demokratie zugezogen hatte, lehrte die Präsidentenwahl im Herbst 1856: mehr als 1,300,000 Stimmen vereinigten sich auf einen unbedingten Gegner der Sclaverei, den General Fremont. Freilich genügten diese Stimmen zum Siege noch nicht: der demokratische Candidat James Buchanan hatte ihrer noch fast eine halbe Million mehr. Allein bei der letzten Wahl hatte der republikanische Bewerber nur 150,000 Stimmen gehabt, die Partei hatte sich also seitdem verneunfacht und durfte mit guter Hoffnun[g] bei der nächsten Wahl den Sieg erwarten.

Je rücksichtsloser die Demokratie auf ihrem Wege fortschritt, u[m] so stärker mußte die Stellung der Republikaner werden. Buchanar[s] Candidatur war schon eine arge Herausforderung gewesen; denn wa[s] diesen Mann dem Süden genehm machte, war das sog. Programm von Ostende, in dem derselbe als Gesandter in London, gemeinschaf[t]

lich mit seinen Collegen in Paris und Madrid, Mason und Soulé, die Erwerbung Cubas durch die Vereinigten Staaten vorgeschlagen hatte (1854). Das würde die Zahl der Sclavenstaaten wieder um einige vermehrt und die Republikaner für lange Zeit zu einer hoffnungslosen Minderheit gestempelt haben. Auch den obersten Gerichtshof zogen die Sclavenhalter in ihr Interesse; mit jubelndem Beifall begrüßten sie ein Urtheil gegen einen Neger Namens Dred Scott, dem wie allen seinen Stammesgenossen darin das Recht, Recht zu suchen, abgesprochen wurde, weil ihre Rasse durch eine unüberbrückbare Kluft von den Weißen geschieden und nur als Eigenthum zu betrachten sei; der Missouri-Compromiß wurde überdies in demselben Urtheil für verfassungswidrig erklärt, und dem Congreß die Macht bestritten, die Sclaverei in den Territorien zu verhindern. In Kansas, auf dessen Verhältnisse diese Entscheidung natürlich zielte, ging unterdessen Alles in der bisherigen Willkür weiter. Da mit der Shawnee-Verfassung nicht durchzukommen war, entwarfen die Sclavenhalter in Lecompton eine neue und ließen sie mit 6000 Stimmen annehmen, während eine Gegenabstimmung der Topeka-Leute die Verwerfung mit 10,000 Stimmen ergab. Trotz Buchanans Bemühungen gelang es auch dieser Verfassung nicht durchzudringen; das Repräsentantenhaus verlangte nochmalige Abstimmung, und da diese (im August 1858) gradezu vernichtend für die Südstaatler ausfiel, indem sie nur noch 1700 gegen 11,000 Stimmen in die Urne zu werfen hatten, so war es auch mit der Lecompton-Verfassung zu Ende, und Kansas wurde schließlich als freier Staat im Jahre 1861 aufgenommen.

Buchanan.

Der Haß gegen die Sclaverei und ihre Anhänger hielt sich natürlich auch nicht immer in den Schranken des Erlaubten. Aufrührerische Schriften wurden durch Sendlinge unter den Negern verbreitet, besondere Wanderprediger von den Abolitionisten, wie die äußerste Linke der Freiländler sich nannte, ausgeschickt. Die Erzählung der Frau Beecher Stowe von Onkel Toms Hütte war noch eines der gemäßigtesten, dabei aber eines der wirksamsten Erzeugnisse abolitionistischer Federn; andere Schriften predigten gradezu den Abbruch jedes gesellschaftlichen und geschäftlichen Verkehrs mit den Sclavenhaltern. Selbst der Gedanke unmittelbar die Neger zu den Waffen zu rufen wurde gepflegt und, freilich mit höchst ungenügenden Mitteln, zur Ausführung gebracht. Einer der freien Kansas-Leute, John Brown, versuchte am 17. October 1859 mit etwa 20 Gefährten in Harpers Ferry, einer virginischen Stadt am Potomac, einen Neger-Aufstand zu entfachen. Allein bereits am andern Tage wurde er mit den Seinen von dem Bundesobersten Robert Lee nach verzweifeltem ampfe gefangen genommen und nach gerichtlichem Spruche gehängt. en Abolitionisten galt er für einen hochherzigen Märtyrer ihrer Sache nd das Lied vom Old Johnnie war eines der beliebtesten Marsch-:der unter den Truppen der Nordstaaten.

John Brown.

Auf der andern Seite waren die Heißsporne des Südens schon t darauf bedacht sich für den Fall der Abtrennung vom Norden ı den Ufern des mexicanischen Golfes neue Bundesgenossen zu

Die Ritter vom Goldenen Kreise.

sichern. Ein Geheimbund, der sich die Ritter vom Goldenen Kreise nannte, plante die Begründung eines gewaltigen Sclavenstaatenbundes, der den ganzen goldenen Kreis der Küstenländer des Golfes, also Mexico, Central-Amerika, die Nordküste von Südamerika, die Antillen, mit den Südstaaten der bisherigen Union verbinden sollte. Wenn das Programm von Ostende mit seinen Absichten auf Cuba ein Glied in der Kette dieser Pläne bildete, so wurden directere Versuche in waghalsigen Abenteurerzügen unternommen. Das geeignete Werkzeug besaßen die Ritter in dem verwegenen Walker von Kentucky, der schon im October 1853 einen Angriff auf Nieder-Californien machte und vorübergehend diesen Staat von Mexico trennte; doch gelang es Santana, der seit dem März 1853 wieder als Dictator in Mexico schaltete, Anfang 1854 das abgefallene Land wieder zu unterwerfen. Walker war nicht lange um einen neuen Schauplatz für seine Abenteuer verlegen. Im Juni 1855 landete er an der Küste von Nicaragna, machte sich schnell zum Herrn des Staates, an dessen Spitze er einen gewissen Rivas stellte, und begann sogar schon mit auswärtigen Kriegen, indem er die Mosquito-Küste zu erobern sich anschickte. Dadurch erweckte er aber den Argwohn der andern centralamerikanischen Staaten. Im März 1856 erklärte ihm Costa-Rica den Krieg, bald folgten Guatemala, San Salvador und Honduras nach. Auch die verzweifeltste Tapferkeit und überlegene Kriegskunst half ihm auf die Dauer gegen die Uebermacht nicht; er hielt sich, im Einzelnen oft siegreich, bis zum 1. Mai 1857; dann entschloß er sich das Spiel aufzugeben und entkam glücklich auf ein Unionsschiff, das ihn nach Washington zurückbrachte. Aber schon der November fand ihn wieder an der Küste von Nicaragua, diesmal freilich mit so ungenügenden Mitteln, daß er bereits nach drei Wochen sich abermals einschiffen mußte. Ein neues Abenteuer im Jahre 1858 verhinderte Buchanan, den es doch besorgt machte, daß die Präsidenten von Nicaragua und Costarica feierlich den Schutz Englands, Frankreichs und Sardiniens angerufen hatten. Alle diese Mißerfolge schüchterten jedoch Walker nicht ein, bis er endlich seinem Schicksal erlag. Als er im Juni 1860 seinen letzten Freibeuterzug, diesmal nach der Küste von Honduras, unternahm, gerufen von den Bewohnern einiger kleiner Inseln, die England im vorhergehenden Herbst der Republik Honduras abgetreten hatte, wurde er von einem englischen Kriegsschiffe in der Stadt Truxillo blokirt, mußte sich nach längerem Widerstande ergeben und wurde am 12. September in Truxillo erschossen. Muthiger und gewandter als irgend ein andrer Abenteurer seiner Art fehlte es ihm doch keineswegs an Rivalen, und besonders Cuba war ähnlichen Flibustierzügen wiederholt ausgesetzt. Aber mit völlig unzureichenden Mitteln unternommen scheiterten sie allesammt, und würden überhaupt keiner Erwähnung verdienen, wenn sie nicht im Zusammenhange mit den Bestrebungen der Ritter vom Goldenen Kreise eine gewisse Bedeutung hätten.

Walkers Abenteuer.

Von Erfolg konnten solche Unternehmungen erst dann sein, wenn sie von den Sclavenstaaten der Union offen unterstützt wurden, wenn

Mexico.

diese also ihre Trennung von dem freien Norden vollzogen hatten. Dann freilich war ihnen ein günstiger Ausgang sehr wohl zu prophezeien, denn die inneren Zustände waren überall so wirr und hülflos, daß ein kräftiger Anprall Alles über den Haufen werfen konnte. Selbst in Mexico, dessen Kraft ausreichte europäischen Feinden Widerstand zu leisten, würde ein amerikanischer Angriff ganz andere Aussichten gehabt haben. Der verhältnißmäßig geregelten Regierung Herreras war dort 1851 unter dem Präsidenten Arista wieder ein wüster Bürgerkrieg gefolgt, der zu der schon erwähnten Rückkehr Santanas und seiner Ernennung zum lebenslänglichen Dictator im December 1853 führte. Diese Lebenslänglichkeit war allerdings nicht von längerer Dauer als vorher die seiner Verbannung. Trotz der Zurückrufung der Jesuiten und des dadurch erkauften Beistandes der Geistlichkeit fand er im August 1855 das ganze Land schon wieder in so heftigem Aufstande gegen sich, daß er es vorzog abzudanken und nach Havanna zu gehen. Binnen vier Monaten sah Mexico nun fünf Präsidenten kommen und gehn; der letzte von ihnen, General Commonfort, war der sechsunddreißigste seit 1824. Er behauptete sich glücklich zwei volle Jahre, vom December 1855 bis dahin 1857, beschwor im Frühling des letzten Jahres eine neue Verfassung und stürzte sie im December wieder um, ließ sich zum Dictator ernennen und verwickelte das Land in einen Krieg mit Spanien, den er mit nordamerikanischer Hülfe zu führen hoffte. Den Anlaß gaben wieder die alten Geldforderungen, die 1847 auf $5^1/_2$ Millionen Realen jährliche Rente festgesetzt und noch 1853 von Santana anerkannt waren, nun aber doch wieder angefochten wurden. Im Sommer 1855 erschien eine spanische Flotte vor Vera-Cruz; durch Nachgiebigkeit und Zugeständnisse wurde ein vorläufiger Ausgleich erzielt, der jedoch in Madrid nicht befriedigte und durch die Ermordung einiger Spanier vollends wieder hinfällig wurde. Ehe die Sache zum friedlichen oder kriegerischen Austrag kam, schlug dann wieder Commonforts Stunde. Sein eigener General Zuloaga stürzte ihn mit Miramons Hülfe und ließ sich zum Präsidenten machen, während Benito Juarez, der Vorsitzer des höchsten Gerichtshofs, verfassungsmäßig dieses Amt für sich in Anspruch nahm und den Congreß nach Guanaxuato berief. Das Glück stand aber auf Miramons Seite, der in einer Reihe von Schlachten die Gegenparteien schlug, ohne jedoch Vera-Cruz einnehmen zu können, das nun Juarez' Hauptquartier wurde. Zuloaga suchte sich in seinem hohen Amte durch den Beistand der Geistlichkeit zu halten und gab ihr das Recht, Grundbesitz zu erwerben, zurück, das Commonfort ihr genommen hatte; er verdarb es in seiner Geldnoth aber mit den Besitzenden, denen er eine Zwangsanleihe auferlegte, und überdies mit England und Nordamerika, deren Bürger er gleichfalls durch Beschlagnahme von Waaren zu den Kriegskosten heranzog. Halb freiwillig, halb gezwungen trat er dann im Januar 1859 die Präsidentschaft an Miramon ab, der die fremden Mächte zu versöhnen suchte, aber nicht verhindern konnte, daß Juarez von Buchanan anerkannt wurde und gegen eine Summe von

Commonfort.

Juarez.

Miramon.

klungen war: Trennung durch Waffengewalt ist Verrath. Nichts destoweniger hatten späterhin angesehene nordländische Staatsmänner und noch in allerneuster Zeit Republikaner wie Seward und Chase im Senate den einzelnen Staaten ausdrücklich das Recht der Loslösung zuerkannt, und in den Reihen der Demokraten herrschte wohl vielfach Bedauern über die Ausübung, aber nur vereinzelt Zweifel an der Existenz dieses Rechtes. Die große Mehrheit der Weißen im Süden stand ungefähr auf demselben Standpunct; der gereifte Entschluß die Sprengung der Union herbeizuführen war doch immer noch das Eigenthum beschränkter Kreise. Diese aber wirkten auf das eifrigste dafür und arbeiteten vor Allem daran, den Norden zu einem verletzenden Schritte zu treiben, der die Gleichgültigen unter den Südländern in den Harnisch zu bringen vermöge. Als geeignet dazu betrachteten sie die Wahl eines Präsidenten, der den Sclavenstaaten ganz fremd war; Nichts würde ihnen unangenehmer gewesen sein als die Wahl eines vermittelnden Mannes wie etwa Douglas', des nördlichen Demokraten, dem zum Siege zu verhelfen ihnen sehr wohl möglich war. Sie schieden deshalb aus der demokratischen Parteiversammlung, die im Juni 1860 in Baltimore gehalten wurde und sich für Douglas erklärte, aus und erwählten in Richmond einen ihrer Getreusten, John Breckenridge aus Kentucky, zum Candidaten. Doch selbst so waren sie ihrer Sache noch nicht sicher. Um Douglas die Stimmen der Unionsfreunde im Süden zu entziehen, mußte aus dessen Mitte noch ein Candidat aufgestellt werden, der die Union zu erhalten versprach und so die Stimmen von jenem ablenkte; erst als dies von einer Versammlung in Baltimore geschehen war — John Bell von Tennessee war der Auserkorene — konnte der ganze Plan als gelungen, der Sieg der Republikaner, den diese selbst kaum so lebhaft wie die Sclavenhalter wünschten, für gesichert gelten.

Die Präsidentschafts-Candidaten.

Lincolns Wahl.

Der Ausfall der Wahl am 6. November 1860 bestätigte diese Erwartung. Abraham Lincoln von Illinois, den die Republikaner nach längerem Schwanken zwischen ihm und dem Senator Seward von New-York auf ihrer Versammlung in Chicago zum Candidaten bestimmt hatten, erhielt die meisten Stimmen, etwas über 1¾ Millionen; aber beinahe drei Millionen waren auf die anderen Bewerber gefallen, fast die Hälfte davon auf Douglas, über 800,000 auf Breckenidge, etwa 600,000 auf Bell. Der Süden hatte für Lincoln und Douglas keine 200,000, der Norden für Breckenridge und Bell etwa 350,000 Stimmen abgegeben. Wären Bells Anhänger für Douglas eingetreten, so hätte dieser den Sieg davon getragen. Daß der Süden in seiner Mehrheit nicht unbedingt für die Trennung von der Union war, ergab sich daraus, daß er 150,000 Stimmen wenig[er] für Breckenbridge als für die übrigen Candidaten zusammen abgegebe[n] hatte; ebenso zweifellos lehrte aber die kleine Stimmenzahl Lincoln[s], daß die Mehrheit des ganzen Landes nicht unbedingt gegen die Au[f]lösung der Union war; denn wem die Erhaltung des bisherigen Bundes als erste Forderung obenan stand, der mußte Lincoln wählen wer gegen Lincoln stimmte, erklärte sich dadurch auf alle Fälle gegen

das erzwungene Verharren des Südens in der Union. Kein Wunder, wenn nach diesem Ergebniß der Wahl bei den Unionsfeinden der Glaube aufkam, sie würden ohne Kampf ihr Ziel erreichen; die beiden Regierungen, versicherten sie, würden Alles in Freundschaft mit einander abmachen und dann jede ihren eigenen Weg gehen. Sollte diese Erwartung sich erfüllen, so mußte man allerdings eilen, um vor dem 4. März 1861, so lange Buchanan noch am Ruder saß, zu Stande zu kommen und mußte rüsten, um die Gegner einzuschüchtern. An Beidem ließen es die Führer nicht fehlen. Schon Ende October hatten sie auf der Besitzung eines der Ritter vom Goldenen Kreise ihren Feldzugsplan entworfen; Süd-Carolina sollte mit der Austrittserklärung vorangehen, die andern folgen. Doch hätte ihnen beinah die versöhnliche Stimmung der Congreßmehrheit ihre Pläne verdorben. Unter dem Eindruck von Buchanans Botschaft vom 4. December, die alle Beschwerden des Südens unumwunden anerkannte und ihm das Recht zum Austritt zusprach, vereinigte nämlich der alte Demokrat Crittenden aus Kentucky eine große Majorität in beiden Häusern auf einen neuen Compromiß, der allen Klagen des Südens abzuhelfen versprach und um nur die Union zu erhalten die Linie des 36° 30′ ein für allemal als Grenze zwischen Sclaven- und freien Staaten anerkannte und die strenge Handhabung des Flüchtlingsgesetzes gebot. Aber Jefferson Davis und seine Freunde wußten durch Beschleunigung ihrer eigenen Maßregeln diese wohlwollenden Absichten zu vereiteln. Schon am 20. December erklärte der Congreß von Süd-Carolina den Austritt dieses Staates, und Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Texas folgten schnell dem gegebenen Beispiele. Alle sieben verbanden sich dann am 8. Februar 1861 zu Montgomery in Alabama zu einer selbständigen Conföderation, der von den übrigen Sclavenstaaten Nord-Carolina und Arkansas sofort beitraten, während Virginien, Tennessee und Missouri, die beiden letzten erst im Juni, langsamer folgten. Kentucky wollte am liebsten neutral bleiben; die beiden kleinen Sclavenstaaten zwischen dem Potomac und der Meeresküste, Maryland und Delaware, wurden durch ihre Lage des freien Entschlusses beraubt.

Vorbereitungen zur Secession.

Die Conföderation von Montgomery.

Zum Präsidenten der Conföderation wurde Jefferson Davis gewählt, der früher einmal Kriegsminister der Union gewesen war und Klarheit des Blickes mit Festigkeit und Ruhe verband; Vicepräsident wurde Alexander Stephens. Für den Fall daß der Norden doch Gewalt zu üben versuchen sollte, vertrauten sie vorzugsweise auf den verrätherischen Beistand, den ihnen die Minister Buchanans leisteten. Der Kriegsminister Floyd ließ in aller Eile mehrere tausend Geschütze und fast eine halbe Million Gewehre und Revolver in die südlichen Zeughäuser schaffen und schickte einen Theil des kleinen stehenden Heeres nach Texas, entfernte es also von den Puncten, wo es am nöthigsten gewesen sein würde; der Marineminister Toucey zerstreute einen Theil der Schiffe in entfernte Meere und ließ einen andern Theil abtakeln; auch der Finanzminister wurde beschuldigt, seine Cassen nach dem Süden entleert zu haben. Sehr spät entschloß sich

Verrätherei im Norden.

Buchanan dazu, diese Männer zu entlassen und kurz vor Ablauf seiner Amtszeit noch ein anderes Cabinet zu bilden. Was geschehen war, wurde dadurch nicht mehr geändert, und als Lincoln die Präsidentschaft am 4. März übernahm, sah er sich von allen augenblicklich verwendbaren Hülfsmitteln so gut wie völlig entblößt.

Lincoln und Seward.

Aber es schien, als ob er auch an die Zukunft keine große Hoffnungen knüpfen dürfe; der Norden war unlustig starke Anstrengungen zu machen und verlangte den Frieden. Auch der Präsident war zu jedem Opfer bereit um den Krieg zu vermeiden, nur zu dem einen nicht: zur Zerstückelung der Union. Die unbeugsame Entschlossenheit, die ihm eigen war, bürgte dafür, daß er dieses Ziel nicht fahren lassen werde. Aus niedrigen Verhältnissen hatte er sich durch eigene Kraft zu der hohen Stellung, die er jetzt einnahm, emporgearbeitet. Er hatte in seinem ganzen Leben bewiesen, daß er an dem, was er für recht erkannt, ebenso unerschütterlich festhielt, wie er in Bezug auf die Mittel, die zum Ziele führen konnten, gutem Rathe zugänglich und lenksam war. Mehr als einmal in seiner Laufbahn hatte er seinen persönlichen Ehrgeiz großmüthig dem allgemeinen Interesse aufgeopfert, aber nie durch die Aufopferung seiner Grundsätze vorübergehende Ehren erkauft. Er war nicht der Mann, die Intrigen der Gegner bis in ihre Schlupfwinkel zu verfolgen und unschädlich zu machen; das verstand sein Staatssecretär Seward vortrefflich, ein Mann, der das getreue Urbild eines amerikanischen Parteipolitikers war, gewandt, verschlagen, herausfordernd; wenn es zweckdienlich schien, sein Ziel verhüllend, und geneigter auf Umwegen als gradezu darauf loszugehen, auch nicht verlegen, es nöthigenfalls zu wechseln. Beide Männer waren wie geschaffen einander zu ergänzen; Lincoln bürgte dafür, daß das Staatsschiff stets in den richtigen Curs zurückkehrte, Seward sorgte, daß Wind und Wetter gehörig benutzt wurden. Keiner hätte ohne den Andern seine Gaben voll zum Besten des Ganzen verwerthen können; beide wußten sich zu schätzen und vertrauensvoll zusammen zu arbeiten; jeder war der Rolle, die ihm zufiel, vollauf gewachsen, der des politischen Feldherrn Lincoln, Seward der des Chefs im diplomatischen Generalstabe.

Lincolns Antrittsbotschaft.

Die Antrittsbotschaft des Präsidenten war ein klares unzweideutiges Programm. Lincoln erklärte dem Congreß, daß er die Sclaverei, wo sie bestehe, schützen und die Selbständigkeit der einzelnen Staaten achten, daß er aber keine Trennung dulden und jede Auflehnung unterdrücken werde. Die Südstaaten hatten sich fast aller Forts, die in ihrem Gebiete lagen, bemächtigt und erhoben die Zölle und Hafengelder für ihre Rechnung. Lincoln erklärte seinen festen Entschluß von dem Bundeseigenthum wieder Besitz zu ergreifen und die Einkünfte der Union für die Union zu erheben. In euren Händen, so schloß er, und nicht in den meinigen, ihr unzufriedenen Mitbürger, liegt die Entscheidung über den Bürgerkrieg; nur dann werdet ihr einen Kampf zu bestehen haben, wenn ihr selbst die Angreifer seid.

Fall von Fort Sumter.

Diese Ruhe und Mäßigung fand im Norden großen Beifall; auch Douglas und die Demokraten waren damit zufrieden. Zum mindesten war die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung jetzt noch gewahrt. Daß die Südstaaten kein Recht hatten das Bundeseigenthum, das sich zufällig in ihren Grenzen befand, für sich zu beanspruchen, war sonnenklar; erkannten sie das an, so war ein Ausgangspunct für Verhandlungen gewonnen und es ließ sich vielleicht noch ein Boden finden, auf dem man sich vereinigen konnte. Aber das war es grade, was die Südstaatler am wenigsten wollten; ihre Führer waren zum vollständigen Bruch unwiderruflich entschlossen und die Verletzung des formalen Rechtes war für sie ein sehr untergeordneter Gesichtspunct. Weit entfernt davon an eine Räumung der besetzten Forts zu denken, brannten sie vielmehr vor Ungeduld sich auch der drei kleinen Plätze zu bemächtigen, die an ihren Küsten noch von Unionstruppen gehalten wurden, Sumter bei Charleston in Süd-Carolina, Pickens bei Pensacola in Florida, und Monroe in Virginien. Bisher hatten sie den Besatzungen noch den Verkehr mit dem Lande und die Verproviantirung gestattet und nur die Zufuhr aus See verhindert; jetzt verboten sie auch das erstere, und als Lincoln darauf am 8. April erklärte, daß er nöthigenfalls mit Gewalt für die Verproviantirung sorgen werde, erhielt General Beauregard, der die Truppen von Süd-Carolina befehligte, die Weisung Fort Sumter anzugreifen. Er forderte den Commandanten, Major Robert Anderson, auf sich zu ergeben und begann, da dieser sich weigerte, die Beschießung, durch welche er nach 24 Stunden am 14. April die Räumung erzwang; Anderson erhielt jedoch mit seinen Truppen freien Abzug.

Stimmung im Norden.

Damit waren die Feindseligkeiten eröffnet, der Krieg dem Norden aufgezwungen. Weite Kreise, die bis dahin gleichgültig den Ereignissen zugeschaut hatten, wurden durch diese Beleidigung des Sternenbanners in heftige Erregung versetzt und verlangten nun ebenso entschieden, wie sie vor Kurzem noch den Frieden gewollt, einen kurzen und kräftigen Krieg, um den Uebermuth des Südens zu brechen. Daß dazu ein jahrelanges, blutiges Ringen erforderlich sein werde, sahen nur Wenige voraus. Lincoln selbst glaubte in einem Vierteljahr damit fertig zu werden und begnügte sich am 15. April 75,000 Freiwillige auf drei Monate einzuberufen und die Häfen des Südens in Blockadezustand zu erklären. Der Wiederhall, den seine Berufung an den Patriotismus der Nordstaaten fand, überstieg die kühnsten Erwartungen. Von allen Seiten strömten die Bürger zu den Waffen, die neuen Regimenter wuchsen aus dem Boden, auch als n zweites Aufgebot von 60,000 Mann am 3. Mai verlangt wurde .nd die Verpflichtung schon ernsthafter „auf die Dauer des Krieges" ıutete, ließ der Andrang nicht nach; denn die Dauer des Krieges emaß jeder auf die Dauer der guten Jahreszeit. An freiwilligen ɜeldbeiträgen liefen Millionen in den Staatscassen ein; allein im Staate New-York wurden in einem Monat an 150 Millionen Mark esammelt. Jeder wollte durch eine einmalige starke Anstrengung

das Seinige dazu beitragen, daß der ganze Krieg durch einen einzigen gewaltigen Anlauf beendet werde.

Stimmung im Süden.

Im Süden faßte man die Sachlage vollkommen anders auf. Die Täuschung, der man sich hingegeben, daß der Norden, durch die demokratische Partei gelähmt, die Spaltung geduldig über sich ergehen lassen werde, war zerronnen. Der Krieg war ausgebrochen und nun galt es ihn siegreich durchzuführen. Obgleich die Nordstaaten an Einwohnerzahl und Reichthum den Sonderbund weit überragten, so war die Stellung des letzteren doch vortrefflich. Vor Allem hatte er den Vortheil der Verteidigung für sich; Aufgabe des Nordens war es dieses ganze ungeheure Gebiet der Abtrünnigen zu unterwerfen; dem Süden konnte höchstens daran liegen einige Grenzstaaten zu erobern. Wie viel größer waren also den Aussichten, daß die Kampfeslust der Unionisten bei der gewaltigen Arbeit erlöschen, als daß die Secessionisten des Widerstandes müde würden. Vor dem Flackerfeuer der Begeisterung im Norden scheute man sich nicht. Davis und Beauregard und jeder einzelne Mann im Süden wußten es besser, daß man sie nicht beim ersten Anlauf über den Haufen werfen werde. Nicht umsonst hatten sie auf Kosten des Bundes in den letzten Monaten ihre Vorbereitungen getroffen, nicht ungenützt hatten sie den Vorsprung an Zeit gelassen, die Buchanan ihnen verschafft. Zu allem Ueberfluß war der größte Theil der Berufsoffiziere der Bundesarmee zu ihnen übergetreten und ganze Regimenter waren den Offizieren gefolgt. General Twiggs gab in Texas schon am 16. Februar das Beispiel; nach der Räumung von Fort Sumter erklärte Lee, der Generalstabschef des Bundesgenerals Scott, seinen Uebertritt, und da von den activen Offizieren weitaus die Mehrzahl durch Geburt dem Süden angehörte, so verstand es sich für sie von selbst, daß sie das Bundesheer verließen und in die heimische Armee eintraten. Von dem ersten Anprall hatte man also Nichts zu besorgen; der eigenen Ausdauer war man gewiß; an den nachhaltigen Ernst des Nordens glaubte man nicht; aber selbst wenn man sich darin täuschen sollte, so war das kein Grund zum Verzagen. Der Süden hatte kräftige, waffengeübte, des Befehles kundige Männer genug und er hatte noch etwas, wovon man sich Wunderdinge versprach: auf seiner Seite

King Cotton.

kämpfte King Cotton, König Baumwolle, eine Bundesgenossenschaft die im äußersten Falle europäische Hülfe mit Sicherheit zu verbürgen schien. Oder konnte England es ertragen, wenn ihm Jahre lang die Zufuhr eines Rohstoffes abgeschnitten wurde, von dessen Bearbeitung und Vertrieb der achte Theil seiner Bevölkerung lebte? Mußte es nicht die Aufhebung der Blockade erzwingen, sobald in Folge dieser Blockade Hunger und Elend in seinen Fabrikbezirken überhand nahm? Mußte es nicht dem Kriege Einhalt gebieten, wenn er hier die Ernten zerstörte und dort die Aussaat unmöglich machte, wenn er vielleicht gar durch Aufwiegelung und Befreiung der Neger die Bestellung der Baumwolle, die ohne Neger nicht möglich sei, für alle Zukunft zu vernichten drohte? So war man im Süden des besten Muthes und stand, Gewehr am Fuße, bereit den feindlichen Angriff zurückzuweisen.

Militärische Aufgaben.

Die militärischen Aufgaben des Nordens ließen sich unter drei Gesichtspuncten zusammenfassen: er mußte den Sonderbund von der See so völlig abschließen, daß ihm von da keine Zufuhr besonders an Kriegsmaterial kommen konnte; er mußte einen möglichst großen Theil des aufständischen Gebietes besetzen, um dessen Hülfsmittel unschädlich oder für sich selbst nutzbar zu machen; er mußte endlich und vor Allem das feindliche Heer zu vernichten suchen. Aber diese letzte Aufgabe zu lösen war die Zeit noch nicht gekommen; es gab noch keine geschlossene Hauptmacht weder hüben noch drüben, und wenn man bereits voraussehen konnte, daß die endgültige Entscheidung in Virginien liegen müsse, dessen Hauptstadt, Richmond, die Südstaatler zum Sitze ihrer Regierung machten, so wäre doch jetzt selbst durch einen großen Sieg über die dortigen Truppen des Sonderbundes noch wenig gewonnen worden. Die Führer des Nordens wußten aber auch recht gut, daß sie noch gar nicht im Stande waren, eine Schlacht zu schlagen, und immer mehr dämmerte die Einsicht, daß der Krieg nicht so kurz sein werde wie man gehofft. Was die zweite Aufgabe, möglichst viel südliches Gebiet zu besetzen, betraf, so lehrte der Versuch sie zu lösen alsbald, daß man dazu ganz andrer Truppenmassen bedürfe, als bis jetzt zur Verfügung standen; Lincoln verlangte deshalb von dem Congreß, der am 4. Juli zusammentrat, 400,000 Mann und 400 Millionen Dollars; er erhielt statt dessen 500,000 Mann und 500 Millionen. Ein gut Theil dieser Summe mußte auf die Flotte verwendet werden, um sie in den Stand zu setzen, die endlos lange Küstenstrecke erfolgreich zu blockiren und an den wichtigsten Puncten durch Landungstruppen Fuß zu fassen. Der Bau oder Umbau von Schiffen erforderte aber Zeit und so kam dieser Theil des Kriegsplanes erst gegen den Herbst zur Ausführung. Für den Sommer blieb also als einziges Ziel die Besetzung der Grenzstaaten und zwar zunächst der noch schwankenden, dann der abtrünnigen.

Rüstungen.

Die Grenzgebiete.

Die Linie, bis zu welcher die Unionisten sich vollkommen sicher fühlen durften, wurde durch den Ohio und allenfalls durch den Potomac bezeichnet. Denn wenn Maryland am nordstaatlichen Ufer des letzteren Flusses auch große Hinneigung zum Sonderbunde verrieth und es in Baltimore am 19. April sogar zu einem Kampfe mit den Unionstruppen kam, so wurde durch die Besetzung dieser Stadt durch Butler und die Verhängung des Belagerungszustandes Mitte Mai doch solchen Gelüsten ein kräftiges Halt geboten und die Wahlen im Juli fielen unionsfreundlich aus. Südlich von den beiden Flüssen liegen Virginien und Kentucky, zu denen als dritter Grenzstaat am linken Ufer des Mississippi Missouri kam; die Südgrenze dieser drei Staaten bildet eine fast ununterbrochene grade Linie, die dem 37. Breitengrade in geringem Abstande parallel läuft. Ohne daß sie einen militärischen Abschnitt bezeichnet, darf man sie als Begrenzung des Kriegsschauplatzes für die ersten Monate betrachten. Es handelte sich darum, welcher Theil den andern auf diese oder auf die Flußlinie zurückdrängen werde. Am geringfügigsten waren die kriegerischen Bewegungen im Centrum, also in Kentucky. Hier commandirte auf

Kämpfe in Kentucky 1861.

Seiten der Union erst Anderson, dann Sherman, endlich Buell. Der erste erkrankte durch die übermäßige Anstrengung, den zweiten erklärten die Zeitungen für verrückt, weil er 60,000 Mann statt der 18,000, die er hatte, zur Verteidigung für nöthig erklärte, der dritte erwartete wie seine Vorgänger den Angriff der Feinde, die unter Sidney Johnston und Zollikoffer von Tennessee aus Süd-Kentucky besetzten, aber nicht gegen den Ohio und die Hauptstadt Louisville vorzurücken wagten. Nur dieser Unentschlossenheit verdankte die Union, daß Kentucky, „wo jeder, der einen Sclaven oder ein Maulthier besaß, südstaatlich gesinnt war", der Union erhalten blieb. Viel größer war die Thätigkeit auf den beiden Flügen, dem westlichen in Missouri und dem östlichen in Virginien. In Missouri maßen sich die beiden Parteien in zahlreichen Scharmützeln; der Gouverneur Jackson rüstete die Sonderbündler mit Waffen aus, aber die Unionisten, deren Kern die zahlreiche deutsche Bevölkerung von St. Louis bildete, besetzten und retteten unter der Leitung des Hauptmanns Lyon das Zeughaus und machten Tags darauf, am 10. Mai, die aristokratische Jugend von St. Louis, die sich in einem Lager vor der Stadt verschanzt hatte, ohne erheblichen Kampf zu Gefangenen. Die südlichen Theile des Staates blieben aber in den Händen der Sonderbündler, und Lyon selbst verlor schon am 10. August in einem Gefechte das Leben. Sein Nachfolger Fremont verfügte über größere Truppenmassen, da aus den benachbarten Staaten allmälig die Milizen eintrafen, unter ihnen viele Deutsche, zu deren Offizieren Hecker und Sigel gehörten. Er leistete mit diesen vermehrten Kräften Tüchtiges und machte sich zum Herrn fast des ganzen Staates, aber er verdarb auch viel durch sein gewaltsames und herrisches Auftreten. Während Lincoln und der Congreß die Sclavenfrage mit großer Zurückhaltung behandelten, erklärte Fremont am 30. August alle Sclaven in Missouri, deren Herren die Theilnahme an unionsfeindlichen Handlungen nachgewiesen werden könne, für frei. Diese Voreiligkeit wurde ihm noch zu Gute gehalten und der Präsident begnügte sich, die Proclamation für ungültig zu erklären. Aber Fremont hinderte auch das Ineinandergreifen der Operationen auf den benachbarten Kriegsschauplätzen; tagelang ließ er Guvernöre und Senatoren in seinem Vorzimmer warten ohne sie vorzulassen; in seinem Gefolge hatte er einen Schwarm alter californischer Bekannter, Abenteurer der schlimmsten Art, deren Geldgier und schmutzige Geschäftigkeit bald auch den General selbst verdächtig erscheinen ließen. Allerdings war die Unredlichkeit in der Heeresverwaltung durchaus nichts Absonderliches; die unglaublichen Summen, die auf Verpflegung und Ausrüstung der Soldaten verwendet wurden, blieben auch anderswo zum guten Theil in den Händen der Beamten, welche die Lieferungen vergaben, hangen; aber dennoch galt Fremonts Verwaltung für schlimmer als alle andern, so daß im October der Kriegsminister Cameron selbst nach St. Louis kam um die Anklagen zu prüfen. Das Ergebniß war die Abberufung des Generals, der durch Halleck ersetzt wurde. Die schlechte Jahreszeit, die inzwischen angebrochen war, machte größere Unternehmungen für

Kämpfe in Missouri 1861.

Fremont und die Sclaverei.

Fremonts Absetzung.

die nächsten Monate unmöglich; aber Dank der festen Stellung, welche Fremont der Union in Missouri verschafft, und der Vermehrung der Truppen, zu der der Winter die Zeit gab, konnte Halleck von Cairo, an der Mündung des Ohio in den Mississippi, und von Paducah, an der Mündung des Tennessee in den Ohio, die sonderbündische Centrumsarmee in Kentucky in der Flanke bedrohen und größere Erfolge für den Wiederbeginn des Kampfes vorbereiten.

Halleck in Missouri.

Nicht so günstig standen die Sachen für die Union auf dem linken Flügel in Virginien. Hier fanden beiderseits die größten Truppenanhäufungen statt und der Kriegsschauplatz selbst zerfiel wieder in verschiedene Abschnitte. Die Kette der Alleghany-Berge scheidet Westvirginien, das im Norden vom Ohio begrenzt wird, von dem Osten des Staates. Während dieser unbedingt zum Süden hielt, neigte der Westen ziemlich stark zum Norden, und als General Mac Clellan, der hier commandirte, Mitte Juli dem Feinde ein paar siegreiche Gefechte geliefert hatte, war die Herrschaft des Nordens in diesen Gegenden gesichert und wurde weiterhin auch durch die Umwandlung Westvirginiens in einen selbständigen, unionstreuen Staat zum klaren Ausdruck gebracht. Oestlich von den Alleghanies aber hatte der Norden einen schweren Stand. So lange am linken Ufer des Potomac Maryland noch unsicher war, durften seine Truppen diesen Fluß und somit die virginische Grenze überhaupt nicht überschreiten. Dadurch gewann der Süden Zeit beträchtliche Truppenmassen unter Beauregard dort anzuhäufen und sogar die Bundeshauptstadt Washington in nächster Nähe von Alexandria aus zu bedrohen. Bei Washington schlägt der Potomac, der bis dahin südöstlich geflossen, eine südliche Richtung ein; auf der südöstlich gerichteten Strecke nimmt er bei Harpers Ferry einen Nebenfluß, den Shenandoah, auf, der in beträchtlicher Länge den Alleghanies parallel von Südwesten herkommt. Den Halbkreis, den der untere Shenandoah-Lauf mit dem Potomac bildet, schließt im Süden der Rappahannock ab, ein Fluß der bei Fredericksburg dem Potomac ganz nahe ist und in denselben münden würde, wenn dieser nicht seine südliche Richtung grade hier wieder mit der südöstlichen vertauschte, so daß beide neben einander hin in die Chesapeake-Bai strömen. In dem fast geschlossenen, inselartigen Raume zwischen den genannten drei Flüssen liegen die Bull-Run-Berge, die ihren Namen von einem Bache haben, der seine Wasser südlich von Washington dem Potomac zuführt. Als nun Maryland Mitte Mai der Union gesichert war und das Nordheer den Potomac unter Mac Dowell bei Washington und unter Patterson bei Harpers Ferry überschritt, ging Beauregard bis an den Bull-Run zurück und nahm am Südufer bei dem Eisenbahnknotenpunct Manassas Junction Aufstellung. Die öffentliche Meinung im Norden forderte ungestüm eine Schlacht, und da die dreimonatliche Dienstzeit der zuerst Einberufenen ihrem Ende nahte, so gab der Oberstcommandirende der Union, der alte General Scott, wenn auch widerwillig nach. Patterson rückte im Shenandoah-Thale, Mac Dowell gegen Manassas vor. Dem ersteren stand Joe Johnston gegenüber, der sich schleunigst zurückzog und ostwärts zu Beauregard

Kämpfe in Virginien 1861.

Erste Schlacht von Bull-Run.

wandte. Dabei traf er am 21. Juli auf ein Corps Mac Dowells, das dieser dem Feinde durch eine Umgehung in die linke Flanke schicken wollte, während er selbst ihn gleichzeitig von vorn angriff. Johnston packte aber jenes Corps so unerwartet im Rücken und von der Seite, daß es sich in wilder Flucht auflöste und die Verwirrung auch in das Hauptheer trug, das den Bull-Run überschritten und bis dahin sich gut geschlagen hatte. Eine Pulverexplosion erhöhte den Schreck, die Offiziere verloren alle Macht über ihre ungeschulten und des Gehorsams ungewohnten Leute, in wirrem Durcheinander jagten die Massen den Brücken zu und nur auf dem linken Flügel bewerkstelligte General Blenker einen geordneten Rückzug. Die gut angelegte Schlacht endete mit einer schmählichen Niederlage. Zu kräftiger Verfolgung war aber auch Beauregards Heer zu sehr erschüttert, und so war der wirkliche Verlust der Geschlagenen (gegen 3000 Mann, zur Hälfte Gefangene) nicht allzu bedeutend. Um so gewichtiger war der moralische Eindruck. Ein Gefühl der Scham bemächtigte sich des Nordens und die Erkenntniß dämmerte auf, daß man eine schwere Aufgabe vor sich habe, die nicht in einem kurzen Anlauf, sondern nur durch Anstrengung, Ausdauer und Ordnung gelöst werden könne. Der Congreß bewilligte die Verdoppelung des stehenden Heeres, das freilich auch so nur 40,000 Mann betragen sollte, er bewilligte außer den Anleihen die Erhöhung der Steuern und Zölle. An Mac Dowells Stelle erhielt Mac Clellan den Befehl über die Potomac-Armee, um bald darauf auch den greisen Scott in dem Obercommando sämmtlicher Unionstruppen abzulösen. Er war unermüdlich in seinen Anstrengungen, die Soldaten an Disciplin zu gewöhnen, und unerbittlich gegen die vielen untüchtigen und eigenwilligen Offiziere, die ihre Stellen der Wahl der Freiwilligen verdankten. Obgleich die Potomac-Armee sich beträchtlich vermehrte, vermied er doch sorgfältig einen Angriff auf den schwächeren Feind; nur mit zweifelloser Ueberlegenheit und mit zuverlässigen Truppen wollte er den Kampf wieder aufnehmen. So blieb denn der Bull-Run den Rest des Jahres die Trennungslinie der beiden Heere und dieser ostvirginische Kriegsschauplatz kennzeichnete sich grade durch die Ruhe, die auf ihm herrschte, als das Feld, wo die Entscheidung sich vorbereite.

Mac Clellan.

Flottenexpeditionen.

Der Flotte gelangen, als sie thätig einzugreifen begann, noch mehrere glückliche Landungen. Dem Potomac und Rappahannock fließen in geringen Abständen weiter südlich noch der York- und der James-Fluß parallel; an dem letzten liegt landeinwärts Richmond, die Hauptstadt Virginiens und der Conföderation. Alle vier Flüsse münden in die von Süd nach Nord sich streckende Chesapeake-Bai, die dem James gegenüber sich in den Ocean öffnet. Die Einfahrt in den James beherrscht Fort Monroe, das in den Händen der Union geblieben war, und beständig Richmond bedrohte. Von hier aus segelte General Butler im August südwärts und bemächtigte sich der Forts an den Sunden der nordcarolinischen Küste, Hatteras und Clark. Zu einem zweiten, größeren Unternehmen brach er im October auf. Sein Hauptziel war New-Orleans; aber Geschwader seiner Flotte, die über

70 Schiffe zählte, wandten sich gegen die Hafenforts an den Küsten von Süd-Carolina, Georgia und Florida. Ein halb Dutzend derselben wurde genommen und bei Beaufort, südlich von Charleston, eine Truppenabtheilung gelandet. Einige Wochen später (im Februar 1862) wurde eine neue selbständige Expedition unter Burnside nach Nord-Carolina geschickt und auch das dort liegende Beaufort, New-Bern und andre Puncte besetzt. Butlers Fahrt nach New-Orleans erreichte noch zwei Monate später, aber in glänzendster Weise, ihren Zweck. Die Hauptstadt von Louisiana liegt etwa 12 Meilen landeinwärts am Mississippi. Die Einfahrt in den Fluß deckten die Forts Jackson und Philipp unweit der Mündung. Gewaltige Ketten sperrten zwischen ihnen das Fahrwasser und dahinter lag das conföderirte Geschwader. Außerdem führt aber eine zweite Wasserstraße nach New-Orleans. Die Stadt liegt an dem See Pontchartrain, der mit dem Meer in Verbindung steht. Während Butler hier mit den Transportschiffen einlief und seine Truppen landete, sprengte Admiral Farragut am 26. April die Ketten zwischen den Forts, zerstörte das feindliche Geschwader und schreckte die Besatzungen von Jackson und Philipp dadurch so, daß sie sich ergaben. Auch New-Orleans capitulirte in der ersten Bestürzung, Butler zog ein und behauptete sich siegreich gegen den Versuch ihn wieder hinauszuwerfen. Die Stellung, welche die Union dadurch gewonnen, war nicht allein deshalb von höchster Wichtigkeit, weil die größte Handelsstadt des Feindes nun in ihrer Hand war, sondern mehr noch, weil man jetzt gleichzeitig von Norden und Süden aus den Versuch machen konnte, sich des ganzen Mississippi-Laufes zu bemächtigen.

Einnahme von New-Orleans.

Tödtliche Wunden aber ließen sich von der Seeseite aus dem Feinde nicht beibringen. Die zahllosen Buchten und Sunde boten seinen Schiffen so viel Zufluchtsorte, daß die größte Flotte der Welt sie nicht hätte sperren können. Und der Sonderbund entwickelte zur See keinen geringeren Eifer als der Norden. Seine Kaper, zum Theil in England gebaut und von waghalsigen Capitainen meisterhaft geführt, richteten in der Handelsflotte der Union gewaltige Verheerungen an. Der Verkehr mit Europa wurde trotz aller Blockaden aufrecht erhalten und für die Baumwolle reichlicher Kriegsbedarf eingetauscht. Auch die Hoffnung auf europäische Unterstützung nährte man im Süden nach wie vor. Im October wurden sogar zwei Bevollmächtigte, Mason und Slidell, abgeschickt, um in London und Paris Anknüpfungspuncte zu suchen. Capitain Wilkes von dem nordstaatlichen Kriegsdampfer San Jacinto, der dies in Erfahrung brachte, glaubte durch einen kecken Handstreich dem Verdruß, der darüber in der Union herrschte, eine Genugthuung verschaffen zu sollen. Er hielt am 8. November den englischen Postdampfer Trent, auf dem sich die beiden Männer befanden, im Bahama-Canale an und schleppte sie trotz aller Verwahrungen mit Gewalt auf sein Schiff herüber. In England erregte diese Verletzung der britischen Flagge den größten Zorn. Die öffentliche Meinung war ohnedies schon dem Norden abgeneigt, diese Beleidigung aber brachte alle Leidenschaften in Wallung.

Die Trent-Frage.

Die europäischen Mächte.

Das Recht war unzweifelhaft auf Englands Seite und die Regierungen aller Großmächte unterstützten das britische Cabinet, als es Genugthuung forderte. Kriegsrüstungen, die augenblicklich angeordnet wurden, gaben seinem Verlangen noch größeren Nachdruck. In Amerika fehlte es nicht an Heißspornen, die trotz alledem nicht nachgeben wollten und zum Kriege mit England bereit waren. Aber die Mehrheit des Congresses billigte doch die Haltung Lincolns und seines Ministers des Auswärtigen, Seward, der am 26. December die englische Beschwerde als berechtigt anerkannte und die beiden Südstaatler wieder in Freiheit setzte. Dadurch wurde dem Sonderbunde eine schöne Hoffnung vernichtet; aber die Aussichten auf künftige Verwicklungen zwischen dem Norden und den europäischen Seemächten blieben trotzdem immer noch günstig; denn eben um diese Zeit trennten England, Frankreich und Spanien in ihrem Streite mit Mexico sich von der Union und schlugen Wege ein, die mit der bisherigen amerikanischen Politik unverträglich waren; Mason und Slidell, die Wiederbefreiten, durften hoffen, daß es ihnen in Europa nicht an Gelegenheit zum Intrigiren fehlen werde.

Feldzug von 1862.

Die kriegerischen Unternehmungen des Jahres 1862 nahmen im Westen bei Hallecks Armee ihren Anfang. Er hatte beträchtliche Truppenmassen am Ohio von Cairo bis Paducah angesammelt und überdies ein Geschwader von Kanonenbooten unter Foote zur Verfügung. Ihm gegenüber standen die Südstaatler in einem Halbmond links bei Columbus an den Mississippi gelehnt, in ihrem Centrum auf Fort Henry am Tennessee und zwei Meilen östlicher auf Fort Donelson am Cumberland gestützt, mit ihrem rechten Flügel bis Bowlinggreen in Kentucky reichend. Hallecks Plan war, ihre Stellung im Centrum zu durchbrechen. Foote sollte die beiden Flüsse hinauffahren, Grant mit der Landmacht ihm folgen. Ende Januar begannen die Bewegungen und ein unerwartet schneller Erfolg belohnte sie. Fort Henry war ungenügend besetzt und ergab sich nach kurzer Beschießung am 6. Februar, aber auch Fort Donelson, wo Buckner mit 15,000 Mann stand, fiel schon am 15. mit der ganzen Besatzung in Grants Gewalt. Nun konnten auch die Flügel der Conföderirten in ihren vorgeschobenen Stellungen nicht verharren; Sidney Johnston auf dem rechten zog sich von Bowlinggreen zuerst auf Nashville, die Hauptstadt von Tennessee, zurück, räumte dann aber auch diesen Staat völlig und wandte sich südwestlich in den Staat Mississippi um sich dem linken Flügel zu nähern. Dieser hatte Stützpuncte an den Flußfestungen, zuerst an der Insel No. 10 bei Neu-Madrid, dann an dem Fort Pillow und der zehn Meilen südlicher, hart an der Südgrenze von Tennessee gelegenen Stadt Memphis. Erst am 7. April gelang es Foote, die zehnte Insel zur Uebergabe zu zwingen, ein Zeitverlust durch den General Pope, welcher den westlichen Flügel der Unionisten commandirte, weit hinter Grant zurückgeblieben war, der von Fort Henry aus in grader südlicher Richtung dem Laufe des Tennessee bis Pittsburg Landing an der Südgrenze des Staates gefolgt war. Auch Buell, der von Bowlinggreen den Conföderirten nachsetzte, hatte sein

Fall von Fort Henry und Donelson.

Verbindung mit Grant noch nicht bewirkt, als General Beauregard, der mit Verstärkungen herbeigeeilt war und den Oberbefehl über die Südstaatler übernommen hatte, am 6. April von Corinth, im nördlichsten Winkel von Mississippi, gegen den Tennessee vorrückte und bei Pittsburg-Landing das Corps Shermans, der unter Grant commandirte, angriff. Die Unionisten wurden auf den Fluß zurückgeworfen, fanden aber hier kräftige Unterstützung bei ihren Kanonenbooten und wurden über Nacht durch das rechtzeitige Eintreffen Buells verstärkt. So waren sie im Stande am nächsten Tage Beauregards neue Angriffe zurückzuweisen und ihn zur Umkehr nach Corinth zu zwingen; aber sie hatten über 12,000 Mann verloren und durften sich des Sieges nicht zu sehr rühmen. Ausgenutzt wurde er gar nicht; Halleck hatte reichlich 100,000 Mann bei der Hand, das beste Heer, das der Norden aufweisen konnte; aber er zögerte einen ganzen Monat, ehe er sich gegen Corinth in Bewegung setzte. Beauregard wollte es auf einen neuen Kampf nicht ankommen lassen, zumal in seiner linken Flanke Pillow und Memphis von Admiral Foote hart bedrängt wurden und bald fallen mußten. Noch ehe dies (am 1. und 7. Juni) geschah, räumte er seine Stellung bei Corinth mit solcher Geschicklichkeit, daß die Feinde es erst entdeckten, als er schon einen weiten Vorsprung hatte. Auch jetzt blieben die Unionisten unthätig; Halleck zankte mit Grant und ersetzte ihn durch Thomas; im Centrum stand Buell; Pope war auf den linken Flügel geschoben; aber statt nun mit dem ganzen Heere entschlossen vorzurücken und Farragut entgegenzuziehen, der nach dem Fall von New-Orleans mit seiner Flotte den Mississippi hinauf gedampft war und an Port Hudson ein neues Hemmniß gefunden hatte, blieb Halleck unthätig stehn und zersplitterte seine Armee, die mit ihren wuchtigen Massen ihn zweifellos in wenigen Wochen zum Herrn des ganzen Mississippilaufes gemacht hätte. Die Veranlassung zu dieser Unthätigkeit mochte in Weisungen aus Washington und in der schlimmen Wendung liegen, die der Krieg im Osten genommen hatte, und die Mitte Juli auch die Berufung Hallecks in die Bundeshauptstadt und seine Ernennung zum Nachfolger Mac Clellans zur Folge hatte.

Schlacht von Pittsburg-Landing.

Beauregards Rückzug von Corinth.

Dieser war den Winter über mit bestem Erfolge thätig gewesen sich eine schlagfertige Armee heranzubilden. Der Feldzugsplan, den er entwarf, wich von dem bisherigen vollständig ab. Er wollte nicht von Nord nach Süd gegen Richmond ziehen, wobei ihm die zahlreichen Flußlinien große Hindernisse geschaffen hätten, sondern er gedachte bei Fort Monroe zu landen und von da auf der Halbinsel, welche der James- und der York-Fluß bilden, westwärts gegen die feindliche Hauptstadt loszurücken. Blieb das Geheimniß gewahrt, so hatte der Plan viel Aussicht auf Erfolg; denn die Hauptmacht des Sonderbundes stand noch immer am Bull Run, also gegen 20 Meilen nördlich von Richmond. Um sie dort festzuhalten, rückten einige Divisionen am 13. März gegen Manassas Junction vor; aber zum nicht geringen Erstaunen fand man die feindlichen Linien vollständig geräumt; Mac Clellans Plan war verrathen und das Südheer auf

Mac Clellan gegen Richmond.

Merrimac und Monitor.

Richmond zurückgegangen. Fast gleichzeitig machte man eine zweite unangenehme Entdeckung. Am 8. März dampfte aus dem Hafen von Fort Norfolk, das Fort Monroe gegenüber liegt, ein gepanzertes Kriegsfahrzeug, mit Hundertpfündern und einem mächtigen Eisensporn bewaffnet, auf zwei Unionsfregatten los, bohrte die eine durch den ersten Stoß in den Grund und drängte die andre auf den Strand. Es war der Merrimac; seinem Sporn, das war außer Zweifel, konnte kein Holzschiff widerstehen und an seinem Panzer prallten alle Kugeln machtlos ab. So lange er im James-Flusse lag, konnte die Bundesflotte nicht ans Einlaufen denken, und der Beistand, den sie dem Heere Mac Clellans durch ihre Kanonen und durch Zuführung von Proviant leisten sollte, war eitel geworden. Einen Augenblick durfte man freilich hoffen, den schlimmen Gegner doch unschädlich machen zu können. Auch für den Norden war ein neues Fahrzeug von dem berühmten Ingenieur Ericson ersonnen worden, das Thurmschiff Monitor, das tief im Wasser liegend nur seine gepanzerte Batterie den feindlichen Schüssen darbot. Schon am nächsten Tage forderte es den Merrimac heraus und fünf Stunden umkreisten und beschossen sie sich gegenseitig, ohne sich irgend welchen Schaden zuzufügen. Die Sache blieb also wie sie war. Der Monitor war dem Merrimac wohl gewachsen, aber er konnte ihn nicht zerstören, und wenn der Widder zwischen die Holzschiffe fuhr, konnte das eine Thurmschiff diesen in den engen Gewässern die Fahrstraße nicht freihalten ohne sie zugleich selbst zu versperren. In doppelter Hinsicht waren also die Voraussetzungen, unter denen Mac Clellan seinen Plan entworfen hatte, zu Nichte gemacht; als Drittes kam noch hinzu, daß Lincoln den unausgesetzten Anfeindungen, welche die republikanische Partei gegen den demokratischen Obergeneral richtete, nachgab und Mac Clellans Machtbefugniß auf die Leitung der Monroe-Expedition beschränkte, während die übrigen Theile der Potomac-Armee, die im Shenandoah-Thale und am Rappahannock blieben, seinem Befehle entzogen wurden. Dennoch beharrte Mac Clellan bei seinem Vorhaben und hatte am 5. April 90,000 Mann mit 350 Geschützen vorwärts Fort Monroe versammelt. Nur einer Aenderung unterwarf er seinen Plan. Weil die Flotte ihn auf dem James-Flusse nicht unterstützen konnte, beschloß er sich nicht mit seinem linken Flügel auf diesen, sondern mit dem rechten auf den York- und dessen Quell-Fluß, den Pamunkey, zu stützen, die kein Merrimac versperrte. Dabei trat ihm als erstes Hinderniß das feste Yorktown, nahe an der Mündung des Stromes entgegen. Volle vier Wochen widerstand es seiner gewaltigen Artillerie, aber in der Nacht zum 4. Mai ward es von den Südstaatlern geräumt, weil von Norden her Mac Dowell und Ban[ks] heranzogen und sich zwischen Yorktown und Richmond zu werfe[n] drohten. Mac Clellan drängte den Abrückenden nach und hatte m[it] ihnen einige Meilen westlich von Yorktown bei Williamsburg vor[n] 5.—7. Mai lebhafte Gefechte, konnte aber nicht hindern, daß sie de[n] Chickahominy überschritten und an diesem Nebenflusse des James ein[e] Deckung nach Nord und Ost gewannen. Joe Johnston, der sei[t]

Fall von Yorktown.

Beauregards Abgang nach Tennessee die Sonderbundstruppen führte, hatte hier schon vorher Befestigungen anlegen lassen, die er jetzt verstärkte; auch zog er aus allen Richtungen Truppen heran und gab unter anderm zu diesem Zwecke Fort Norfolk auf, bei dessen Räumung der Merrimac in die Luft gesprengt wurde; da Mac Clellan sich doch einmal auf den York-Fluß stützte, schien der Unterlauf des James seine Bedeutung verloren zu haben und die Verrammelung seines Bettes oberhalb der Chickahominy-Mündung beim Fort Darling zum Schutze Richmonds zu genügen. Nur Eine bedeutendere Heeresmacht, die ihm zur Verfügung stand, zog Johnston nicht heran, weil sie ihm gesondert viel bessere Dienste leistete. Das war Stonewall Jacksons Abtheilung, die von dem Shenandoah-Thale aus Mac Dowell in der Flanke bedrohte und von weiterem Vorrücken abschreckte, den General Fremont, der aus Westvirginien kam, und Banks, der ihr von Harpers Ferry entgegenzog, zurückschlug, und selbst Washington so ernstlich gefährdete, daß Lincoln sich am Ende entschloß, alle diese einzelnen Corps über den Rappahannock zurückzunehmen und unter General Pope, der aus Tennessee abberufen wurde, zu einem Heere zu vereinigen. Aber lange ehe es soweit kam (25. Juni), war für Mac Clellan die Hoffnung, daß jene Generale mit ihm zusammen wirken würden, durch Jacksons kühne Züge vereitelt. Sein eigener Vormarsch stockte am Chickahominy, und als es seinem linken Flügel endlich gelungen (oder von Johnston gestattet) war, den Fluß anderthalb Meilen von Richmond zu überschreiten, wurde er bei Fair Oaks und Seven Pines am 31. Mai heftig angegriffen und zurückgeworfen. Von dem nördlichen Flußufer konnten nur einzelne Divisionen den Bedrängten Hülfe bringen und obgleich der Kampf am folgenden Tage von den Unionisten wieder aufgenommen wurde, blieb Johnston doch Sieger. Eine schwere Verwundung und die angeschwollenen Fluten des Chickahominy machten jedoch auch ihm die Benutzung des Sieges unmöglich. Furchtbare Regengüsse, die in den nächsten Wochen anhielten, brachten Mac Clellans Heer in die traurigste Lage; Krankheiten aller Art wütheten in den Reihen seiner Soldaten und das Ausreißen nahm überhand. Die Südstaatlichen, jetzt wieder von Beauregard geführt, der nach seinem Rückzug von Corinth an des verwundeten Johnston Stelle gerufen wurde, verstärkten sich umgekehrt durch immer neue Zuzüge und ließen jetzt auch Stonewall Jackson herankommen. Kaum erschien dieser am linken Ufer des Pamunkey im Rücken von Mac Clellans rechtem Flügel, als der Unionsgeneral die schwere Gefahr, in die er gebracht wurde, erkannte. Jetzt erwies es sich als ein großes Glück, daß Johnston den Unterlauf des James aufgegeben und ihn der nordstaatlichen Flotte geöffnet hatte. Denn nun konnte Mac Clellan, um sich vor dem Doppelangriff Beauregards und Jacksons zu retten, seinen ursprünglichen Plan wieder aufnehmen und statt an dem York (Pamunkey) an dem James Anlehnung suchen. Freilich bedurfte es dazu eines Flankenmarsches vor dem Feinde und es war nicht zu hoffen, daß er ohne schwere Kämpfe ausgeführt werden könne. Mac Clellan ergriff daher am 25. Juni selbst die

Kämpfe im Shenandoah-Thale.

Schlachten am Chickahominy.

Mac Clellans Flankenmarsch.

Schlacht bei Richmond.

Initiative; sein linker Flügel auf dem südlichen Chickahominy-Ufer begann den Kampf. Während dessen sollte der rechte Flügel von dem nördlichen auf das südliche Ufer übertreten und sich hinter den Fechtenden her bis an den James schieben. Aber diesen Plan erschwerte Jackson, der herankam und auch den rechten Flügel angriff, noch ehe der Uebergang vollzogen war. Gleichwohl beharrte Mac Clellan auf seinem Vorsatze, und setzte ihn auch unter achttägigen blutigen Kämpfen (vom 25. Juni bis 1. Juli) durch. Als die „Schlacht von Richmond", wie man sie zusammenfassend nennt, an der beiderseitigen Erschöpfung erstarb, hatte die Bundesarmee bei Malvernhill am James eine Stellung bezogen, wo sie im Rücken durch 100 Kanonenboote vollkommen gedeckt war, durch die Flotte leicht verproviantirt werden konnte und doch noch auf zwei Tagemärsche vor Richmond stand. Aber freilich war ihre Stärke auf 60,000 Mann zusammengeschmolzen, und ein neuer Angriff war nur möglich, wenn Pope mit seinen 80,000 Mann sich über den Rappahannock zur Hülfe heranwagte. Um das zu vereiteln, schickte sich der Sonderbund sofort wieder zum Vorrücken gegen Washington an. Pope hatte seinen rechten Flügel, den Banks befehligte, über den Rappahannock gegen den Rapidan vorgeschoben, der oberhalb Fredricksburg in jenen mündete. Jackson überschritt den Rapidan und traf bei Cedar Mountain am 9. August mit Banks zusammen. Nach blutigem Kampfe ging er Abends wieder über den Fluß zurück, aber Halleck, der jetzt Oberst-commandirender aller nördlichen Heere war, zweifelte nicht länger an einem gemeinsamen Angriff, fürchtete für Washington und berief die James-Armee, an deren Spitze statt Mac Clellans inzwischen Burnside gestellt war, zurück. Am 16. schiffte sie sich ein und wurde in ihre neuen Quartiere hinter dem Rappahannock gebracht. Nun rückten auch die Südstaatler, jetzt von Lee geführt, vor und drängten die Unionstruppen bis über den Bull Run zurück. Vom 28.—30. August wurde auf dem alten Schlachtfelde heiß gestritten und vornehmlich durch die Schuld des Corps Mac Dowell das Nordheer zum zweiten Mal an derselben Stelle geschlagen und auf Washington zurückgeworfen. Man erwartete, daß Lee nun grade auf die Hauptstadt losgehen werde, und die Armee verlangte laut, daß Mac Clellan, in den sie von allen Führern das meiste Vertrauen setzte, wieder an ihre Spitze trete. Lincoln befriedigte diese Forderung sofort, Lee aber marschirte wider Erwarten links ab und überschritt unterhalb Harpers Ferry den Potomac. So standen die Sonderbundstruppen, wenige Wochen nachdem ihre eigene Hauptstadt schwer bedroht gewesen, auf feindlichem Boden. Aber es war das doch mehr ein Triumph als ein Erfolg. Lee durfte es nicht wagen sich vom Potomac zu entfernen, weil sich sonst die Feinde von Washington und Harpers Ferry aus hinter ihm vereinigt und ihm den Rückzug abgeschnitten hätten. Seine Reiterei machte wohl kühne Streif- und Plünderungszüge, die Hauptmacht aber zog sich, sobald Mac Clellan am nördlichen Ufer des Potomac heranrückte, bis oberhalb Harpers Ferry hinter den Antietam-Bach zurück und nahm erst hier am 17. September die Schlacht an. Mac Clellan' Wunsch war, den nördlichen (linken) Flügel Lees zu umgehen u

Rückzug der Unionisten.

Zweite Schlacht von Bun-Run.

Schlacht am Antietam.

dadurch seine Rückzugslinie zu bedrohen. Aber Hooker, der diese Bewegung ausführen sollte, scheiterte daran, und nur der rechte Flügel des Feindes, dem Burnside gegenüber stand, ward Abends zum Weichen gebracht. Die hereinbrechende Nacht benutzte dann Lee sofort um seine Stellungen zu räumen und über den Potomac zurückzugehen; Mac Clellan aber muthete seinen Truppen weitere Anstrengungen nicht zu, sondern begnügte sich Washington gerettet zu haben. Lees Reiterführer Stuart durfte es sogar wagen einen tollkühnen Streifzug bis nach Pennsylvanien hinein zu unternehmen, ohne dabei von der feindlichen Armee erheblich behelligt zu werden.

Kämpfe im Tennessee und Kentucky.

Die Stellung der beiden Heere in Virginien war jetzt nicht wesentlich anders als ein halbes Jahr früher, und die beiderseitige Erschöpfung ließ eine längere Ruhezeit erwarten. Dagegen begannen nun die Kämpfe im Centrum und im Westen wieder lebhafter zu werden. Als im Juni Tennessee von dem Sonderbunde geräumt wurde, war von Hallecks großer Armee der linke Flügel den Tennessee hinauf in den Osten des Staates nach Chattanooga abgerückt. Da Pope nach Virginien abgerufen wurde, erhielt Buell hier wieder die Leitung. Seine Heeresabtheilung wurde aber bedeutend vermindert, und so konnte er das Gebirge an der Ostgrenze von Tennessee und Kentucky nicht von den feindlichen Streifschaaren säubern: die Pässe nach Virginien und Nord-Carolina fielen in ihre Gewalt. Im Süden wurde unterdessen gewaltig gerüstet; insbesondere organisirte General Bragg in Mississippi und Alabama ein Heer von 30—40,000 Mann, das im September sich gegen Chattanooga in Bewegung setzte. Buell fühlte sich außer Stande einen Kampf aufzunehmen und wich nordwärts bis an den Ohio zurück; die Bevölkerung von Tennessee und Kentucky strömte unter Braggs Fahnen und bald war Alles in diesen Gegenden wieder in demselben Zustande wie im Sommer 1861. Aber nun eilten auch die Milizen vom rechten Ohio-Ufer wieder herbei und verstärkten Buells Armee. Anfang October konnte dieser von Louisville, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen, wieder vordringen und zwang bei Perryville, 12 Meilen südöstlich von jener Stadt, Bragg am 8. und 9. October zum Rückzug über den Cumberland, so daß wenigstens Kentucky wieder befreit war.

am Mississippi.

Im Westen am Mississippi verliefen die Dinge ähnlich, nur daß sie sich auf engerem Raum abspielten. Die Südgenerale Price und van Dorn griffen Grant, der um Memphis und Corinth commandirte und seine Truppen sehr zerstreut hatte, im September an. Grant nahm seine vorgeschobenen Corps zurück und ließ nur den General Rosecrans vorrücken, um Price bei Juka in die rechte Flanke zu fallen. Dieses Unternehmen endete am 18. September mit einer Schlappe und Rosecrans ging auf das befestigte Corinth zurück. Hier ward er nach kleineren Gefechten am 4. October angegriffen und warf in blutigem Kampfe den Feind in die Flucht. Weil die Verfolgung aber nur matt war, konnte van Dorn seine Truppen im Norden von Mississippi wieder ordnen und der Erfolg war kein dauernder. Rosecrans wurde deshalb von Grant seines Commandos enthoben, und erhielt bald darauf

eine selbständige Stellung in Kentucky, wo er Buell ersetzte. Grant selbst drang dann in den letzten Wochen des Jahres südwärts in Mississippi ein, vermochte aber die Milizen unter Pemberton, die ihm gegenüber standen, nicht bei Seite zu schieben und kehrte wieder um. Nicht glücklicher war Sherman, der auf seinen Befehl, geleitet von einem Geschwader unter Porter, von Memphis nach Vicksburg gedampft und in der Mündung des Yazoo, der eben oberhalb der Festung in den Mississippi fließt, gelandet war. Ein Angriff am 29. December mißlang und da nicht allein Pemberton mit bedeutenden Verstärkungen sich in den Platz warf, sondern die Südstaatler auch aus dem Arkansas-Flusse, der zwischen Memphis und Vicksburg in den Mississippi fällt, mit einigen Kanonenböten die Verbindungslinien Shermans bedrohten, so mußte die Belagerung Vicksburgs nochmals aufgegeben werden. Für die weiteren Operationen erhielt an Shermans Stelle Mac Clernand den Oberbefehl.

Die Sclavenfrage.

Diesem unaufhörlichen Wechsel in der Leitung der einzelnen Corps verdankte die Union vor Schluß des Jahres auch am Potomac noch eine Aufnahme der Feindseligkeiten und eine blutige Niederlage. Mac Clellan wollte nach dem Siege am Antietam sich ruhig verhalten und seine Rüstungen vervollständigen. Das bot den Republikanern, die ihn bitter haßten, einen neuen Vorwand zu seinem Sturze, und sie ergriffen ihn um so lieber, als die demokratische Partei sich sehr ernstlich rührte und ersichtlich an Einfluß wuchs. Den Prüfstein dafür bot ihr Auftreten in der Negerfrage. Je länger der Krieg dauerte, um so schwieriger wurde es für Lincoln, seinen anfänglichen Standpunct, von dem aus er die Befreiung der Sclaven unbedingt zurückwies, aufrecht zu erhalten. Schon Ende 1861 gab er soweit nach, daß er ein Gesetz bestätigte, welches alle zu kriegerischen Zwecken gegen die Union verwandten Neger freisprach; im März 1862 empfahl er einen Beschluß, durch welchen der Congreß allen Staaten, welche die allmälige Abschaffung der Sclaverei gesetzlich beschließen würden, den finanziellen Beistand der Union zusagte; im April genehmigte er die Befreiung der Schwarzen in der Bundeshauptstadt Washington und dem zu ihr gehörigen Bezirke Columbia. Aber damit waren die Abolitionisten nicht zufrieden, sie verlangten, daß Lincoln kraft seiner kriegsherrlichen Rechte in allen aufrührerischen Staaten die Sclaverei kurzweg aufhebe. Dazu entschloß sich der Präsident schwer, und als General Hunter, ähnlich wie ein Jahr früher Fremont in Missouri, eigenmächtig im Mai die Neger von Süd-Carolina, Georgien und Florida für frei erklärte, vernichtete Lincoln auch diesen Erlaß. Auf die Dauer konnte er aber der immer dringenderen Forderung der Abolitionisten nicht widerstehen, und so erging denn am 22. September die Proclamation, welche in den Staaten und Theilen von Staaten, die am 1. Januar 1863 nicht ordnungsmäßig im Congreß vertreten sein würden, die Sclaverei für mit diesem Tage erloschen erklärte. In den unionstreuen Sclavenstaaten dagegen (also Maryland, Delaware, Kentucky u. s. f.) blieb sie bestehen und sollte nach des Präsidenten Absicht unter Entschädigung der Besitzer bis zum Jahre 1900

Lincolns Emancipations-Proclamation.

auf verfassungsmäßigem Wege beseitigt werden. Da der verfassungsmäßige Weg die Zustimmung von drei Vierteln aller Staaten erforderte, so konnte er so lange überhaupt nicht beschritten werden, wie ein Viertel der Staaten die Union nicht anerkannte, und dieser Theil der Frage hatte deshalb für den Augenblick noch keine Bedeutung. Aber die kriegsherrliche Proclamation vom 22. September erbitterte die Demokraten gewaltig; sie erklärten sich in Versammlungen und Adressen dagegen und erreichten mit diesem Feldgeschrei in den Herbstwahlen zum Congreß und zu den Staatsämtern in New-York, Pennsylvanien und anderen Staaten den Sieg. Als Antwort der Republikaner, die zur Zeit das Heft noch in der Hand hielten, konnte man die abermalige Enthebung Mac Clellans vom Befehle der Potomac-Armee betrachten, die um so ungerechtfertigter war, als der General sich jedes Schrittes gegen die Proclamation vom 22. September enthalten hatte. Zu seinem Nachfolger war Burnside bestimmt. Er wußte, daß die Partei, die ihn erhoben, einen neuen Angriff verlangte. Die Grenze der beiderseitigen Stellungen war seit dem September wieder der Rappahannock. Ihn galt es also zu überschreiten und da am Norduser 150,000 Unionisten, am Südufer aber nur 80,000 Feinde standen, so glaubte sich Burnside des Erfolges sicher. Am 13. December kam es zur Schlacht bei Fredericksburg. Aber wenn die Stadt selbst auch genommen wurde, so prallten an den festen Stellungen hinter derselben und bei den andern Flußübergängen alle Angriffe ab und nach einem Verluste von 12,000 Mann mußte Burnside in seine alten Quartiere zurückkehren. Mac Clellans abwartende Kriegsführung war wieder einmal glänzend gerechtfertigt und Burnsides Nachfolger Hooker kehrte sofort zu ihr zurück.

Erfolge der Demokraten.

Erste Schlacht von Fredericksburg.

So war um die Wende des Jahres die Lage der Union wenig erfreulich. Trotzdem verlor man in Washington den Muth nicht und zeigte das auch nach außen durch die entschlossene Art, mit der das Anerbieten Frankreichs, den Frieden zu vermitteln, abgelehnt wurde. Seward wies die französische Note vom 9. Januar 1863 entschieden zurück und der Congreß billigte das mit der Erklärung, daß jede solche Einmischung, auch wenn sie in guter Absicht unternommen werde, als eine Unfreundlichkeit gegen die Union zu behandeln sei. Nicht minder selbstbewußt trat Seward gegen England auf. Die Südstaaten hatten in Liverpool und andern Häfen Kaper- und Panzerschiffe gekauft, gebaut oder bestellt, die dem Handel des Nordens ungeheuren Schaden schufen; besonders die Alabama, Capitain Semmes, richtete wahre Verheerungen an. Seward erklärte nun in einem Notenwechsel mit Lord Russell Anfang 1863, daß die Vereinigten Staaten England für allen diesen Schaden verantwortlich machten und ihre Rechnung seiner Zeit einreichen würden; er forderte weiterhin, daß den im Bau begriffenen Panzerschiffen das Auslaufen untersagt werde und erzwang diese Forderung im August durch die gemessene Drohung mit einer Kriegserklärung. Der feste Entschluß, der sich in diesem Auftreten aussprach, nicht eher zu rasten, als bis der Sonderbund gedemüthigt sei, fand denn auch in fortgesetzten Rüstungen seinen

Die europäischen Mächte.

eine selbständige Stellung in Kentucky, wo er Buell ersetzte. Grant selbst drang dann in den letzten Wochen des Jahres südwärts in Mississippi ein, vermochte aber die Milizen unter Pemberton, die ihm gegenüber standen, nicht bei Seite zu schieben und kehrte wieder um. Nicht glücklicher war Sherman, der auf seinen Befehl, geleitet von einem Geschwader unter Porter, von Memphis nach Vicksburg gedampft und in der Mündung des Yazoo, der eben oberhalb der Festung in den Mississippi fließt, gelandet war. Ein Angriff am 29. December mißlang und da nicht allein Pemberton mit bedeutenden Verstärkungen sich in den Platz warf, sondern die Südstaatler auch aus dem Arkansas-Flusse, der zwischen Memphis und Vicksburg in den Mississippi fällt, mit einigen Kanonenböten die Verbindungslinien Shermans bedrohten, so mußte die Belagerung Vicksburgs nochmals aufgegeben werden. Für die weiteren Operationen erhielt an Shermans Stelle Mac Clernand den Oberbefehl.

Die Sclavenfrage.

Diesem unaufhörlichen Wechsel in der Leitung der einzelnen Corps verdankte die Union vor Schluß des Jahres auch am Potomac noch eine Aufnahme der Feindseligkeiten und eine blutige Niederlage. Mac Clellan wollte nach dem Siege am Antietam sich ruhig verhalten und seine Rüstungen vervollständigen. Das bot den Republikanern, die ihn bitter haßten, einen neuen Vorwand zu seinem Sturze, und sie ergriffen ihn um so lieber, als die demokratische Partei sich sehr ernstlich rührte und ersichtlich an Einfluß wuchs. Den Prüfstein dafür bot ihr Auftreten in der Negerfrage. Je länger der Krieg dauerte, um so schwieriger wurde es für Lincoln, seinen anfänglichen Standpunct, von dem aus er die Befreiung der Sclaven unbedingt zurückwies, aufrecht zu erhalten. Schon Ende 1861 gab er soweit nach, daß er ein Gesetz bestätigte, welches alle zu kriegerischen Zwecken gegen die Union verwandten Neger freisprach; im März 1862 empfahl er einen Beschluß, durch welchen der Congreß allen Staaten, welche die allmälige Abschaffung der Sclaverei gesetzlich beschließen würden, den finanziellen Beistand der Union zusagte; im April genehmigte er die Befreiung der Schwarzen in der Bundeshauptstadt Washington und dem zu ihr gehörigen Bezirke Columbia. Aber damit waren die Abolitionisten nicht zufrieden, sie verlangten, daß Lincoln kraft seiner kriegsherrlichen Rechte in allen aufrührerischen Staaten die Sclaverei kurzweg aufhebe. Dazu entschloß sich der Präsident schwer, und als General Hunter, ähnlich wie ein Jahr früher Fremont in Missouri, eigenmächtig im Mai die Neger von Süd-Carolina, Georgien und Florida für frei erklärte, vernichtete Lincoln auch diesen Erlaß. Auf die Dauer konnte er aber der immer dringenderen Forderung der Abolitionisten nicht widerstehen, und so erging denn am 22. September die Proclamation, welche in den Staaten und Theilen von Staaten, die am 1. Januar 1863 nicht ordnungsmäßig im Congreß vertreten sein würden, die Sclaverei für mit diesem Tage erloschen erklärte. In den unionstreuen Sclavenstaaten dagegen (also Maryland, Delaware, Kentucky u. s. f.) blieb sie bestehen und sollte nach des Präsidenten Absicht unter Entschädigung der Besitzer bis zum Jahre 1900

Lincolns Emancipations-Proclamation.

auf verfassungsmäßigem Wege beseitigt werden. Da der verfassungsmäßige Weg die Zustimmung von drei Vierteln aller Staaten erforderte, so konnte er so lange überhaupt nicht beschritten werden, wie ein Viertel der Staaten die Union nicht anerkannte, und dieser Theil der Frage hatte deshalb für den Augenblick noch keine Bedeutung. Aber die kriegsherrliche Proclamation vom 22. September erbitterte die Demokraten gewaltig; sie erklärten sich in Versammlungen und Adressen dagegen und erreichten mit diesem Feldgeschrei in den Herbstwahlen zum Congreß und zu den Staatsämtern in New-York, Pennsylvanien und anderen Staaten den Sieg. Als Antwort der Republikaner, die zur Zeit das Heft noch in der Hand hielten, konnte man die abermalige Enthebung Mac Clellans vom Befehle der Potomac-Armee betrachten, die um so ungerechtfertigter war, als der General sich jedes Schrittes gegen die Proclamation vom 22. September enthalten hatte. Zu seinem Nachfolger war Burnside bestimmt. Er wußte, daß die Partei, die ihn erhoben, einen neuen Angriff verlangte. Die Grenze der beiderseitigen Stellungen war seit dem September wieder der Rappahannock. Ihn galt es also zu überschreiten und da am Nordufer 150,000 Unionisten, am Südufer aber nur 80,000 Feinde standen, so glaubte sich Burnside des Erfolges sicher. Am 13. December kam es zur Schlacht bei Fredericksburg. Aber wenn die Stadt selbst auch genommen wurde, so prallten an den festen Stellungen hinter derselben und bei den andern Flußübergängen alle Angriffe ab und nach einem Verluste von 12,000 Mann mußte Burnside in seine alten Quartiere zurückkehren. Mac Clellans abwartende Kriegsführung war wieder einmal glänzend gerechtfertigt und Burnsides Nachfolger Hooker kehrte sofort zu ihr zurück.

Erfolge der Demokraten.

Erste Schlacht von Fredericksburg.

So war um die Wende des Jahres die Lage der Union wenig erfreulich. Trotzdem verlor man in Washington den Muth nicht und zeigte das auch nach außen durch die entschlossene Art, mit der das Anerbieten Frankreichs, den Frieden zu vermitteln, abgelehnt wurde. Seward wies die französische Note vom 9. Januar 1863 entschieden zurück und der Congreß billigte das mit der Erklärung, daß jede solche Einmischung, auch wenn sie in guter Absicht unternommen werde, als eine Unfreundlichkeit gegen die Union zu behandeln sei. Nicht minder selbstbewußt trat Seward gegen England auf. Die Südstaaten hatten in Liverpool und andern Häfen Kaper- und Panzerschiffe gekauft, gebaut oder bestellt, die dem Handel des Nordens ungeheuren Schaden schufen; besonders die Alabama, Capitain Semmes, richtete wahre Verheerungen an. Seward erklärte nun in einem Notenwechsel mit Lord Russell Anfang 1863, daß die Vereinigten Staaten England für allen diesen Schaden verantwortlich machten und ihre Rechnung seiner Zeit einreichen würden; er forderte weiterhin, daß den im Bau begriffenen Panzerschiffen das Auslaufen untersagt werde und erzwang diese Forderung im August durch die gemessene Drohung mit einer Kriegserklärung. Der feste Entschluß, der sich in diesem Auftreten aussprach, nicht eher zu rasten, als bis der Sonderbund gedemüthigt sei, fand denn auch in fortgesetzten Rüstungen seinen

Die europäischen Mächte.

Rüstungen. Ausdruck. Waren nach der Schlacht bei Richmond im Sommer 1862 neue 600,000 Mann unter die Waffen gerufen, so griff man im Februar 1863 sogar zur allgemeinen dreijährigen Dienstpflicht, der alle Bürger vom 20. bis 45. Jahre unterworfen wurden, und entschloß sich selbst zur Bewaffnung der Neger. Der tägliche Aufwand für Kriegszwecke belief sich auf etwa 2 Millionen Dollars und die Bundesschuld wuchs bis Mitte des Jahres auf fast 900 Millionen an. Das Soll der Armee betrug um diese Zeit fast 1,100,000 Mann, vondenen aber freilich ein starkes Drittel nur auf dem Papiere stand.

Der Feldzug von 1863. Am Mississippi waren unterdessen die kriegerischen Bewegungen ununterbrochen fortgegangen. Mac Clernand und Porter fuhren Anfang Januar den Strom wieder hinauf und in den Arkansas hinein, wo sie Fort Hindman mit 4500 Mann ohne große Mühe am 11. zur Ergebung zwangen. Da hierdurch ihre Verbindungen mit Memphis gesichert waren, kehrten sie nach Vicksburg zurück. Wenige Tage darauf traf auch Grant dort ein und übernahm den Oberbefehl. Alle Truppen lagen auf dem rechten Flußufer, Vicksburg gegenüber, weil der Anmarsch auf dem linken durch Joe Johnston verhindert wurde, der sein Hauptquartier in Jackson, etwa zehn Meilen grade östlich von der Festung hatte. Grants Absicht war, an Vicksburg vorbei zu marschiren und dann unterhalb den Fluß zu überschreiten. Das war aber nur möglich, wenn es gelang die Flotte, Transportschiffe und Vorräthe dort hinüberzubringen. Er hoffte dies durch Ausgrabung eines Canales, der Vicksburg umgehen sollte, zu bewerkstelligen, aber wenn gleich Wochen darauf verwendet wurden, so mißlang der Versuch doch. Nun entschloß sich Admiral Porter die Durchfahrt unter den Kanonen der Festung zu erzwingen, und trotz des heftigen Feuers der Feinde gelangte er in der Nacht zum 17. April mit geringen Verlusten an dem verabredeten Puncte an. Hierhin ließ Grant nun auch seine drei Corps unter Mac Clernand, Mac Pherson und Sherman aufbrechen und überschritt mit ihnen Anfang Mai den Fluß. Jenseits gab es einige Gefechte mit Joe Johnston, der aber zu schwach war um Jackson zu halten und sich nordwärts zurückzog. So wurde Vicksburg von Osten eingeschlossen. Die Hoffnung es durch einen Sturm zu nehmen schlug fehl, und eine regelrechte Belagerung begann. Johnston, der von allen Seiten Verstärkungen an sich zog, wurde durch Sherman in Schach gehalten und konnte nicht zum Entsatz kommen. Unter diesen Umständen

Fall von Vicksburg. sah sich Pemberton genöthigt, am 4. Juli zu capituliren; die 30,000 Mann, die er bei sich hatte, wurden auf Ehrenwort entlassen, traten jedoch, wie wenigstens Halleck behauptete, fast alle sofort unter dem Vorwande, ausgewechselt zu sein, in Braggs Armee, die gegen Rosecrans in Tennessee focht.

Der Fall von Vicksburg war von großer Bedeutung. Zur unmittelbaren Folge hatte er, daß Joe Johnston sich vor Sherman nach Osten (Alabama) zurückzog und daß bereits am 8. Juli der letzte

Port Hudson. feste Punct des Südbundes am Mississippi, Port Hudson, sich dem General Banks ergab, der Anfang des Jahres von New-Orleans

ausgezogen war ihn zu belagern. Der ganze gewaltige Fluß war also jetzt in den Händen der Union und wurde von Porters und Farraguts Geschwadern beherrscht. Die großen Hülfsquellen, die der Aufstand am westlichen Ufer besaß, waren verstopft oder konnten doch nur spärlich und langsam benutzt werden. Dem Norden dagegen stand ein großer Theil der Truppen, die bisher hier im Westen gebraucht waren, zur Verwendung im Centrum zu Gebote.

Schlacht von Murfreesboro,

Hier hatte General Rosecrans Ende 1862 an Buells Statt das Commando übernommen, den Cumberland überschritten und seinen Gegner Bragg durch die viertägigen Kämpfe am Stone-Flusse oder bei Murfreesboro am 3. Januar zum Rückzug auf Chattanooga am Tennessee gezwungen. Hier aber hielt Bragg nicht allein Stand, sondern bedrohte auch Rosecrans' Verbindungen, so daß dieser sich in vorsichtiger Verteidigung hielt. Damit war man in Washington unzufrieden und schickte im März Burnside durch Westvirginien nach Knoxville im Nordosten von Tennessee, damit er Rosecrans' linken Flügel decke und in enger Fühlung mit ihm zum Angriff gegen Bragg schreite. Aber auch in Richmond wußte man die Wichtigkeit dieser Stellungen zu schätzen und entsandte den General Longstreet mit 20,000 Mann um sich zwischen Burnside und Rosecrans zu drängen. So blieb Monate lang die Entscheidung in der Schwebe, bis endlich nach dem Fall von Vicksburg Rosecrans den Tennessee unterhalb Chattanooga überschritt und dadurch Bragg zur Räumung der Stadt veranlaßte. Unmittelbar hinter derselben aber, am Chickamauga, machte er Halt, zog in gedeckter Stellung Longstreets Truppen heran und wies am 19. und 20. September die Angriffe des Unionsgenerales so blutig zurück, daß dieser sich eilend nach Chattanooga zurückzog und sich hier bald von vorn umschlossen und im Rücken durch Streifcorps, die ihm die Zufuhr abschnitten, bedroht sah. Um ihn zu entsetzen und zugleich durch einen seiner Corpsführer zu ersetzen, wurde Grant im October nach Chattanooga geschickt. Einen Hauptangriff verschob er, bis Sherman mit den Truppen, die er von Vicksburg über Memphis herbeiführte, herangekommen war. Dann griff er die auf den Missionary-Bergen südlich von Chattanooga verschanzten Südstaatler an und zwang Bragg am 23.—25. November zum Rückzug durch die Pässe, die nach Dalton im Nordwestwinkel von Georgien führen. Longstreet, der sich gleich nach der Schlacht von Chickamauga wieder gegen Burnside gewandt hatte und denselben in Knoxville eng umschlossen hielt, mußte Bragg bald folgen. Denn vom Schlachtfelde selbst brach Sherman in Eilmärschen gegen ihn auf und rettete den schwer bedrängten Burnside durch seine rechtzeitige Ankunft am 5. December. Es war eine glänzende Siegeslaufbahn, auf die Grant und er seit der Eroberung von Vicksburg zurückschauen konnten, und der feierliche Dank des Congresses, die Ernennung Grants zum Oberbefehlshaber aller Armeen und Shermans zu seinem Nachfolger im Westen waren wohl verdiente Ehrenbezeugungen.

am Chickamauga,

an den Missionary-Bergen.

Während so am Mississippi, in Kentucky und Tennessee die Waffen des Nordens entscheidende Erfolge davon trugen, war auf

Zweite Schlacht von Fredericksburg.

dem östlichen Kriegsschauplatz das Jahr 1863 wieder reich an Wechselfällen gewesen. Ende April entschloß sich Hooker zum Angriff. Da Lees Truppen bei Fredericksburg dicht gesammelt standen, so wollte er oberhalb und unterhalb dieser Stadt den Rappahannock überschreiten. Aber diese beiden Bewegungen griffen nicht gehörig in einander. Während er selbst am 2. Mai bei Chancellorsville, westlich von Fredericksburg von Lee angegriffen und am folgenden Tage vollständig besiegt wurde, kam Sedgeville, der unterhalb Fredericksburg übergegangen war, erst am 4. Mai in den Besitz dieser Stadt und Lee konnte sich nun, da er den einen Feind los war, leicht auch des anderen, viel schwächeren erledigen. Diese zweite Schlacht von Fredericksburg (oder Chancellorsville) kostete dem Südbunde freilich 15,000 Mann und den trefflichen Jackson, der durch einen traurigen Irrthum von den Kugeln seiner eigenen Leute fiel, aber das Nordheer hatte noch schwerere Verluste, an 20,000 Mann, und Hooker mußte wieder hinter den Rappahannock zurück. Gegen Ende des Monats begann Lee seinerseits über den Fluß vorzudringen und vermochte den Feind durch eine kühne Seitenbewegung sich bis an den Bull Run ohne ernstlichen Kampf zurückzuziehen. Er schickte nämlich den General Ewell in das Shenandoah-Thal, das von den Nordstaatlern verhältnißmäßig schwach besetzt war. Ungestüm vordringend warf Ewell seinen Gegner Milroy vollständig über den Haufen, setzte bei Harpers Ferry über den Potomac und stand so Mitte Juli im Nordwesten von Washington. Die Ereignisse vom September des vorigen Jahres schienen sich zu wiederholen. Lee selbst folgte seinem Untergeneral und stand, von Hooker kaum belästigt, schon am 24. Juni mit ganzer Macht in Maryland. Auch dem Unionsheere blieb jetzt keine Wahl; es mußte gleichfalls über den Potomac um die Bundeshauptstadt zu decken. Seine Führung wurde, da Hooker sich überdies widerspenstig gegen Hallecks Befehle zeigte, dem General Meade übertragen und diesem fiel so die Rolle zu, die Mac Clellan am Antietam gespielt. Er traf das feindliche Heer unweit der Quellen des Antietam bei Gettysburg in Pennsylvanien, westlich von Baltimore. Hier kam es vom 1.—3. Juli zur blutigsten Schlacht des ganzen Krieges; beide Heere verloren zu etwa gleichen Hälften an 50,000 Mann. Lee war geschlagen und mußte zurück; aber die Art, wie er an Meades Heere vorüber seinen Flankenmarsch nach dem Potomac vollzog und den hochangeschwollenen Fluß überschritt, war ein neuer Beweis seiner überlegenen Meisterschaft. Er wich nun bis hinter den Rappahannock, ja bis hinter dessen Nebenfluß, den Rapidan, zurück, während Meade in dem Winkel zwischen diesen beiden Flüssen sein Hauptquartier nahm. Im October machte der Südgeneral noch einmal einen Vorstoß, vor dem das Nordheer anfangs zurückwich. Aber an den festen Stellungen, die es bezog scheiterten die Angriffe und ohne sie mit voller Macht zu wiederholen kehrte Lee Anfang November in seine Verschanzungen südlich von Rapidan zurück. Meade seinerseits überzeugte sich durch einen Versuch zu Ende des Monats, daß er dem Gegner dort Nichts anhaben

Schlacht von Gettysburg.

könne, und so blieben auch für diesen Winter Rapidan und Rappahannock die Trennungslinien der beiden Heere.

Niederlagen der Demokraten.

Die Siege im Westen eröffneten dem Norden für das Jahr 1864 aber doch viel bessere Aussichten als er bisher gehabt. Außerdem veränderte sich die Lage unmerklich, aber unablässig dadurch zu seinen Gunsten, daß dem menschenarmen Süden die Ausfüllung der Lücken in seinen Heeren immer schwerer fiel, während die eigenen Truppen immer noch leicht ergänzt werden konnten und überdies an Schulung und Tüchtigkeit mehr und mehr den Vorsprung einholten, den der Sonderbund anfangs gehabt hatte. Auch gelang es Ende 1863 die friedenssüchtigen Demokraten des Nordens unschädlich zu machen. Ihren äußersten Flügel, die sogenannten Copperheads, die gradezu mit dem Süden buhlten, hatte man mit Gewalt zu Boden werfen können, als sie Mitte Juli, gleich nach der Schlacht von Gettysburg, die zwangsweise Aushebung zum Kriegsdienste als Hebel benutzten, um den Pöbel von New-York zu einem Aufstande zu reizen. Aber auch die anständige Demokratie erlitt eine schwere Niederlage, als der Congreß im December ihren Antrag Friedensverhandlungen mit den Behörden in Richmond anzuknüpfen durch die Erklärung beantwortete, daß er, so lange der Krieg daure, nur zwei Parteien, Patrioten und Verräther, kenne und jeden Vorschlag zu Verhandlungen ein- für allemal zurückweise. Alle erforderlichen Mittel an Mannschaften und Geld wurden der Regierung von Neuem zur Verfügung gestellt, und das hatte um so mehr zu bedeuten, als der Präsident des Südens in denselben Tagen seinem Congresse die bedenkliche Finanzlage des Sonderbundes unumwunden kundgeben mußte.

Flottenexpeditionen.

Es konnte das nicht Wunder nehmen, da die Seeexpeditionen des Nordens den Handel der Südstaaten vollständig unterbunden hatten, wenn sie auch sonst zu keinen glänzenden Ergebnissen führten. So war es zum Beispiel gelungen im August die Hafenforts von Mobile in Alabama und im September wenigstens einige vor Charleston in Süd-Carolina zu nehmen und dadurch die Blockade dieser Plätze undurchbrechbar zu machen, aber die Städte selbst zu erobern gelang nicht; von der Belagerung Mobiles stand Admiral Farragut schon im September ab, und Charleston wurde von Beauregard so umsichtig und ausdauernd verteidigt, daß der Norden Anfang 1864 weitere Bemühungen als erfolglos aufgab. Unter den Mitteln der Abwehr, welche die Ingenieure des Südens ersannen, waren es besonders die Torpedos, die große Wirkungen erzielten. Offene Häfen aber behielt der Sonderbund nur zwei, Wilmington in Nord-Carolina und Galveston in Texas, das General Banks im Herbst vergeblich angriff, während er die übrigen Häfen jener Küste bis Brownsville an der mexikanischen Grenze in seine Gewalt brachte.

Die ersten Monate des Jahres 1864 verflossen auf den Hauptschauplätzen des Krieges sehr ruhig. Große Regsamkeit herrschte dagegen im Osten und Westen des untern Mississippi, wo Sherman mit Banks verschiedene Unternehmungen vereinbarte, die es ihm ermöglichen sollten, den größten Theil seiner Truppen von dort weg

Der Feldzug von 1864.

nach Chattanooga zu ziehen, um sie bei dem großen Einfall in Georgien, den er plante, mit verwenden zu können. Obgleich jene Unternehmungen wenig glücklich waren und am linken Mississippi-Ufer Kerby Smith, am rechten die Reitergenerale Morgan und Forrest sich siegreich behaupteten, so trug Sherman doch kein Bedenken, alle irgend entbehrlichen Truppen zu seiner Hauptunternehmung heranzuziehen. Anfang Mai stand er bei Chattanooga zum Aufbruch bereit, während Grant in denselben Tagen über den Rapidan vorging. Des letzteren Ziel war natürlich Richmond. Zwei Seitencorps sollten seinen Hauptangriff unterstützen. Bei Fort Monroe und Yorktown, also in den Stellungen, die Mac Clellan 1862 inne gehabt, stand Butler mit etwa 30,000 Mann und dem Auftrag gegen Petersburg vorzugehen, das zwei Meilen südlich von Richmond an dem Appomatox liegt, einem Flusse, welcher bei Bermuda Hundred in den James mündet. Die Verteidigung der Linie Petersburg-Richmond leitete Beauregard, der von Charleston herbeigerufen war und sie in großartiger Weise befestigte. Bermuda Hundred lag außerhalb seiner Werke und konnte deshalb von Butler besetzt und stark verschanzt werden; einen Versuch, darüber hinaus vorzudringen und Fort Darling am James zu nehmen, wies aber Beauregard am 16. Mai siegreich zurück, und so blieb hier zunächst der Kampf im Stehen. Das zweite Nebencorps Grants führte Sigel im Shenandoah-Thale; seine Aufgabe war von Westen her gegen Richmond vorzurücken. Das zu verhindern beauftragte Lee den General Breckenridge, der in der That am 15. Mai Siegl bei Newmarket zurückschlug und dann zum Hauptheere zurückkehrte. Grant ließ es aber bei dem einen Versuche nicht bewenden, sondern ersetzte Sigel durch Hunter mit dem Befehle von Neuem vorzurücken. Ungehindert drang derselbe bis Lynchburg am oberen James vor, stieß aber hier auf den General Early, den Lee ihm entgegenschickte, wurde von diesem Ende Juni geschlagen und über die Alleghanies nach Westvirginien getrieben. Statt auf seinem rechten Flügel durch das Seitencorps Deckung zu finden, mußte Grant also umgekehrt das Shenandoah-Thal in der Hand des Feindes sehen und konnte es vorerst nicht hindern, daß Early über Harpers Ferry in Maryland einfiel und Washington und Baltimore beunruhigte.

Grant gegen Richmond.

Kämpfe in Shenandoah-Thale.

Schlacht in der Wildniß.

Für das Hauptheer waren diese Schlappen indes ziemlich bedeutungslos geworden, weil Grant um diese Zeit schon weit nach Süden vorgerückt war und seine Verbindungslinien auf den Wasserweg, in die Chesapeake-Bai, verlegt hatte. Die nächste Folge seines Ueberganges über den Rapidan war ein siebentägiges blutiges Ringen zwischen ihm und Lee gewesen, daß man als die Schlacht in der Wildniß (Wilderness, vom 6.—12. Mai) zusammenfaßt. Da der Uebergang gegenüber dem linken Flügel Lees erfolgt war, zog der Sonderbundsfeldherr seine ganze Macht an diesen heran, um eine Umgehung zu verhüten. Grant aber operirte nun grade gegen den rechten Flügel des Feindes und suchte ihn von der graden Straße nach Richmond abzudrängen. Das vereitelte Lee seinerseits dadurch, daß er sich rechtzeitig bis Spottsylvania-Courthouse zurückzog, wo vom 10.—12. Mai die

Lees und Grants Manövrirungen.

heftigsten Kämpfe statt fanden; im Ganzen kostete diese Woche dem Norden an 30, dem Süden fast an 20 Tausend Mann. Nach einigen Rasttagen begannen beide Theile von Neuem ihre Versuche, den Gegner zu umgehen; seinen Zweck erreichte keiner, aber Lee konnte sich doch nur durch einen weiteren Rückzug decken und mußte am 24. hinter den Nord-Anna, der mit dem Süd-Anna zusammen den Pamunkey bildet, zurückgehen. Anfangs folgte ihm Grant in die Gabel zwischen den beiden Flüssen, aber da die festen Stellungen der Südstaatler nur mit neuen furchtbaren Verlusten genommen werden konnten, entschloß er sich zu einer viel weiter greifenden Umgehung. Er kehrte auf das linke Ufer des Nord-Anna zurück, marschirte an diesem und dem Pamunkey abwärts und setzte bei White-House, grade östlich von Richmond über den letztgenannten Fluß. Seine Landverbindung mit Washington gab er dadurch freilich etwaigen Angriffen der Sonderbündler preis, aber da er sich auf die Flotte in der Chesapeake-Bai stützen konnte, durfte er es darauf ankommen lassen. Lee hatte nicht sobald diese neue Umgehung des Gegners entdeckt, als er auch sofort den weiteren Rückzug über den Süd-Anna antrat. Da er den bei weitem kürzeren Weg hatte, traf er glücklich noch vor seinem Gegner am Norduser des Chickahominy ein und wies Grants Versuch, diesen Fluß zu überschreiten, am 3. Juni erfolgreich zurück. Nicht hindern aber konnte er es, daß die Nordarmee ihren Umgehungsmarsch noch einmal wiederholte, indem sie den Chickahominy abwärts bis zu seiner Mündung in den James zog, dann diesen Fluß überschritt und bei Bermuda Hundred sich mit dem Heere Butlers am 14. Juni vereinigte. So stand also die ganze Potomac-Armee östlich der befestigten Linie Richmond-Petersburg gegenüber und Lees Aufgabe war es geworden, dem Vertheidiger derselben, Beauregard, zu Hülfe zu kommen. Er that dies, indem er Richmond und den James passirte und südlich von Petersburg längs der Weldon-Bahn seine Aufstellung nahm. Da sich Grant unmittelbar nach seiner Ankunft besonders am 18. Juni durch wiederholte verlustreiche Stürme auf Petersburg überzeugt hatte, daß er zu einer regelrechten Belagerung schreiten müsse, so trat in den nächsten Wochen eine Art Waffenruhe ein, die nur durch einförmige und ergebnißlose Versuche, die Weldon-Bahn zu zerstören, unterbrochen wurde.

Grant vor Richmond.

Shermans Zug nach Atlanta.

Während dessen hatte Sherman mit einem Heere von 100,000 Mann mit 250 Geschützen seinen Vormarsch von Chattanooga aus angetreten. Die einzige Aufgabe, die Grant ihm gestellt hatte, war die Sonderbundsarmee, welche Joe Johnston befehligte, von dem Marsch nach Richmond abzuhalten, nöthigenfalls aber ihr auf den Fersen zu folgen. Johnston stand bei Dalton, einige Meilen südöstlich von Chattanooga. Als er aber erfuhr, daß das Corps Mac Pherson durch die Pässe südlich von Dalton über das Gebirge gedrungen sei, während die Corps Thomas und Schofield von Norden heranrückten, wich er südwärts aus nach Resacca, hielt hier gegen die doppelte Uebermacht am 15. Mai tapfer Stand und entschlüpfte in der folgenden Nacht abermals glücklich nach Süden. Sherman eilte

hinter ihm her und vermochte durch Theilung seiner starken Armee den Feind noch mehrere Male aus seinen festen Stellungen hinauszumanövriren; doch kosteten ihm die kleinen Kämpfe des Monats Mai fast 10,000 Mann und das war um so beachtenswerther, als Johnston bei geringeren Verlusten sich durch Heranziehung anderer Truppentheile um mehr als 20,000 Mann verstärkte. Furchtbare Regengüsse, die drei Wochen hindurch ununterbrochen anhielten, machten den Vormarsch unmöglich und gaben Johnston Zeit, an der Eisenbahn nach Atlanta bei Marietta auf dem Kenesaw-Berge eine sehr feste Stellung vorzubereiten. Ein Angriff Shermans am 27. Juni wurde mit großen Verlusten zurückgeschlagen und das einzige Mittel die Räumung des Platzes zu erzwingen war wieder die Umgehung. Dieses Manöver wurde aber um so gefährlicher, je weiter sich Sherman von seinen Magazinen entfernte, denn es bot Johnston die Gelegenheit sich auf die rückwärtigen Verbindungen des Gegners zu werfen und ihn durch Zerstörung derselben in große Noth zu bringen. Der Sonderbundsgeneral mochte jedoch die Zeit für ein solches Vorgehen noch nicht für gekommen erachten; er räumte auch den Kenesaw am 3. Juli und zog sich hinter dem Chattahoochee zurück, der eine Meile nördlich von Atlanta vorbeifließt. Sherman ließ Mac Phersons Corps mehrere Meilen flußabwärts rücken und dort auf das Südufer übertreten. Das wichtige und stark befestigte Atlanta vollkommen zu umzingeln, reichten seine Truppen nicht aus, zumal die einzelnen Corps enge Fühlung mit einander halten mußten, seit an Johnstons Stelle General Hood den Oberbefehl der feindlichen Armee mit dem Auftrage loszuschlagen übernommen hatte. Heftige Ausfälle, bei deren einem Mac Pherson das Leben verlor, bezeugten den veränderten Kriegsplan des Feindes; am 20. und 22. Juli wurden blutige Schlachten vor den Wällen von Atlanta geliefert, ohne daß die gegenseitige Stellung dadurch wesentlich verändert worden wäre. Ein dritter heftiger Kampf entspann sich, als Sherman am 28. eine starke Verschiebung seiner Armee nach links hin vornahm, in Folge deren er die Stadt von der Westseite umschloß und die Eisenbahnlinien, welche sich südwärts ziehen, bedrohte. Seine Absicht war dieselben so gründlich zu zerstören, daß dem Feinde die Verbindung nach außen völlig abgeschnitten werde. Angesichts der starken Besatzung von Atlanta konnte das nur weiter südwärts geschehen und das Natürlichste war, es durch Cavallerie-Abtheilungen besorgen zu lassen. Sherman sandte also Mac Cook und Stoneman aus, die ihre nächste Aufgabe auch lösten und dem Feinde viel Schaden zufügten, aber selbst übel zugerichtet wurden. Auch waren die Zerstörungen, die sie angerichtet, schnell wieder ausgebessert und Sherman überzeugte sich, daß er so seine Absicht nicht erreiche. Er entschloß sich also nur eine starke Truppenabtheilung unter General Slocum an den Chattahoochee-Uebergängen zurückzulassen und mit der ganzen übrigen Armee südwärts zu ziehn, auf die Gefahr hin von allen seinen Verbindungen abgeschnitten zu werden. Die Bewegung begann am 25. August und schon am 3. September hielt es General

Die drei Schlachten von Atlanta.

Hood für gerathen, Atlanta zu räumen, weil ihm die Vorräthe auszugehen drohten. Er bewerkstelligte seinen Abzug ohne Schwierigkeiten und erreichte in großem Bogen die Eisenbahn südlich der von Sherman zerstörten Strecke. Dem Nordheere aber ward jetzt, nach einem viermonatlichen Feldzuge voll der größten Anstrengungen eine kurze Ruhezeit gegönnt, um sich zu weiteren Unternehmungen vorzubereiten.

Räumung von Atlanta.

Der Fall von Atlanta, das von den Sonderbündischen selbst das Thor des Südens genannt wurde und überdies durch seine Waffenfabriken und Zeughäuser von größter Bedeutung war, machte weithin durch die aufständischen Staaten den tiefsten Eindruck. Die Vorgänge auf dem virginischen Kriegsschauplatze konnten sich an Wichtigkeit damit nicht messen, erhöhten aber auch die Bedrängniß des Südens. Ein gewaltiger Sturm auf Petersburg am 30. Juli, den in Abwesenheit des Obergenerals Maede leitete, mißlang zwar; aber am 18. August bemächtigte sich Grant der Weldon-Eisenbahn, nachdem er durch einen mehrtägigen Scheinangriff auf Richmond Lee verleitet hatte, beträchtliche Truppenmassen auf das nördliche James-Ufer hinüber zu schicken. Alle Bemühungen, den verlorenen Boden wiederzugewinnen, blieben vergeblich und die Verbindung Richmonds mit dem Inlande war jetzt auf die südwestlich laufende Danville-Bahn beschränkt. Um diese erfolgreich zu decken, mußte Lee eine Linksschwenkung machen, so daß er nun mit der Front nach Süden stand und Gefahr lief auch im Rücken angegriffen zu werden. Dies zu verhindern war die Aufgabe Earlys, dessen siegreiche Kämpfe gegen Hunter zu Ende Juni früher erwähnt wurden. Der kühne Reitergeneral hatte sich damals durch das Shenandoah-Thal nach Maryland geworfen und wieder einmal Washington und Baltimore in Aufregung und Angst versetzt. Hunters Erscheinen bewog ihn dann zwar auf das linke Potomac-Ufer zurückzugehen, aber hier behauptete er sich bei Harpers Ferry bis in den September. Erst als in Sheridan ihm ein ebenbürtiger Gegner mit überlegenen Truppen entgegentrat, wich er im Shenandoah-Thale zurück, nicht ohne bei Winchester am 17. und weiter aufwärts bei Straßburg (Fishers Hill) am 21. und 22. September hartnäckig, aber unglücklich gekämpft zu haben. Einen weiteren Rückzug mußte Lee um seiner eigenen Sicherheit willen wenn irgend möglich zu verhindern suchen. Early erhielt deshalb Verstärkungen und ging wieder gegen Sheridan vor. Am 19. October griff er ihn bei Straßburg (am Cedar Creek) an, erlitt aber nach fast schon errungenem Siege doch wieder eine Niederlage. Von da ab hielt er sich in der Vertheidigung, und da Lee ihm abermals Verstärkungen unter Longstreet zusandte, behauptete er sich auch im oberen Thale des Shenandoah. Bedenklich genug war jedoch auch er die Lage für den Sonderbund geworden, und wenn Sherman n Stande war von Atlanta gegen Richmond vorzudringen, so saß ee in einer Falle, aus der es kaum einen Ausweg gab.

Kämpfe vor Richmond.

am Shenandoah.

In dieser großen Bedrängniß schien dem Süden aus dem Lager s Gegners selbst eine kaum noch erwartete Hülfe kommen zu sollen. m 4. März 1865 ging Lincolns Präsidentschaft zu Ende, und am

Die Parteien des Nordens.

4. November 1864 mußte daher die Wahl seines Nachfolgers statt finden. Die Parteien rüsteten sich schon seit Monaten zu der großen Schlacht und verkündeten ihre Programme (Platforms). Die ersten am Platz waren die Radicalen, die sich als neue Partei von den Republikanern absonderten und von Lincoln lossagten. Ihre Platform, die am 31. Mai von einer Versammlung in Cleveland aufgestellt wurde, verlangte Unterdrückung der Rebellion, Befreiung und Gleichberechtigung der Neger, Einziehung alles Grundeigenthumes in den sonderbündlerischen Staaten; zum Präsidenten wurde Fremont ausersehen. Dadurch erlitten die alten Republikaner, die an Lincoln festhielten, einen beträchtlichen Verlust an Stimmen. Sie erklärten sich in ihrem Programm von Baltimore am 8. Juni gleichfalls für kräftige Fortsetzung des Krieges und für Ausrottung der Sclaverei, verwarfen aber die weitergehenden Forderungen der Radicalen. Am längsten ließen die Demokraten auf sich warten. Daß sie den Frieden wünschten, war wohl bekannt; aber noch war kein Jahr vergangen, seit der Congreß ihre Anträge auf Verhandlungen mit dem Süden als verrätherisch gebrandmarkt hatte, und die Forderungen ihres Programmes mußten daher um so sorgfältiger und vorsichtiger ausgedrückt werden. Sie begannen also ihre Platform, die in Chicago am 29. August berathen wurde, mit der Erklärung unerschütterlicher Treue gegen die Union und deren Verfassung, ließen aber unmittelbar darauf die Forderung folgen, daß die Feindseligkeiten unverzüglich eingestellt und die Herstellung der Union auf friedlichem Wege versucht werde. Erlangte ihr Candidat, und das war kein Geringerer als Mac Clellan, die Mehrheit, so hatte mithin der Süden die besten Aussichten doch noch seinen Willen durchzusetzen. Daß es anders kam, war vorzugsweise den Siegen Shermans und Sheridans zu danken, die rechtzeitig genug eintraten, um noch auf die Massen zu wirken und den Glauben an die Behauptung der Platform von Chicago, daß alle Anstrengung der verflossenen vier Jahre vergebens gewesen sei, zu erschüttern. Dennoch war der Ausfall der Wahl so lange noch völlig zweifelhaft, wie die Radicalen auf ihrer Absonderung bestanden; erst als Fremont am 24. September zurücktrat und Lincolns Wiederwahl als traurige Nothwendigkeit für jeden, der die Erhaltung der Union wolle, bezeichnete, ließ sich mit leidlicher Gewißheit auf den Sieg der Republikaner zählen. In der That fielen auf Lincoln beinahe 2 1/5, auf Mac Clellan aber 1 4/5 Millionen Stimmen; es war also eine Mehrheit von kaum 10 Procent und in manchen Staaten, z. B. in New-York, wo sie nur 7000 auf mehr als 700,000 Wähler betrug, sank sie unter ein Procent hinab. Aber je schwerer er errungen war, um so jubelvoller wurde der Sieg begrüßt. Man fühlte, daß die letzte und gefährlichste Krisis überwunden sei und glaubte an eine nahe Entscheidung. Aus den Südstaaten kamen Nachrichten, die untrüglich ein schnelles Ermatten, eine zunehmende Erschöpfung der feindlichen Hülfsquellen bekundeten. Wohl hatte es der Sonderbundscongreß noch im Juni für eine Tollheit erklärt, von der Besiegung von acht Millionen Menschen zu träumen, die einmüthig entschlossen seien lieber als Freie zu sterben,

Lincolns zweite Wahl.

denn als Sclaven zu leben; größeren Eindruck als solche hohe Worte machte das Geständniß, welches Jefferson Davis in einer Rede zu Macon Ende September entschlüpfte: es gehe mit den Hülfsmitteln der Südstaaten auf die Neige, oder die Erörterungen der Richmonder Blätter über die Frage, ob man die Neger bewaffnen solle. Auch die Botschaft, mit der Jefferson Davis am 7. November den Sonderbundscongreß wieder eröffnete, ließ trotz des schüchternen Versuches, die Finanzlage als befriedigend und die militärische gar als günstig zu bezeichnen, doch die schweren Sorgen, mit denen der Präsident sich trug, vollkommen klar erkennen. Wie weit mußte es schon gekommen sein, wenn allen Ernstes der Ankauf von 40,000 Negern beantragt wurde, die durch das Versprechen der Freiheit zum Kampfe für ihre Herren begeistert werden sollten. Und wie zweischneidig war diese Waffe! Mehr als 40,000 heranzuziehen und sie anders als zu Pionierdiensten zu verwenden, erklärte Davis selbst für nicht rathsam. Was galt da die Drohung, daß man in der Stunde der Gefahr lieber alle Schwarzen bewaffnen als sich unterwerfen werde?

Erschöpfung der Südstaaten.

Diese Stunde aber rückte schnell heran. Während Grant in seinen Stellungen vor Richmond-Petersburg den Feind enger und enger einschnürte, nahm Sherman um die Mitte des November seine Angriffsbewegungen wieder auf. Die zwei Monate, die seit der Einnahme von Atlanta verstrichen waren, hatte er größtentheils auf der Suche nach General Hood zugebracht. Dieser entschloß sich nämlich bald nach dem Falle jener Stadt mit seinem ganzen Heere, das auf etwa 35,000 Mann zu veranschlagen war, sich nordwärts zu wenden und die Verbindungen Shermans mit Chattanooga gründlich zu zerstören. Mit der Absicht ihn nicht allein daran zu hindern, sondern wo möglich auch zu einer Feldschlacht zu zwingen, setzte Sherman ihm nach, während General Slocum mit genügenden Kräften in Atlanta verblieb, das vorher von der gesammten Bevölkerung hatte geräumt werden müssen. Hood aber ließ es auf eine Schlacht nicht ankommen; er machte einige vergebliche Handstreiche auf die wichtigeren Puncte der Eisenbahn, zog sich aber stets eilig zurück, wenn stärkere Abtheilungen des Feindes anrückten. So zog er Sherman bis Dalton hin nach sich; als er dann aber die westliche Richtung durch den Norden von Alabama einschlug, entschloß sich der Bundesgeneral zurückzukehren und die Aufgabe mit dem beweglichen Gegner fertig zu werden dem General Thomas zu überlassen, der schon vorher nach Tennessee geschickt war und dort beträchtliche Truppenmassen zur Verfügung hatte. Sherman selbst wollte jetzt mitten durch Georgien an die Seeküste marschiren; Verwundete, Kranke und alles überflüssige Gepäck wurde nach Chattanooga geschickt und dann die ganze Eisenbahn nach Atlanta vollständig zerstört. Sie zu decken war doch nicht möglich, so sollte denn wenigstens auch der Feind keinen Nutzen aus ihr ziehen. Um das Heer zu erhalten war Georgien reich genug, und Sherman war entschlossen es gründlich auszubeuten. Die Verwüstung des Landes war ihm beinah Selbstzweck geworden; er wollte zeigen, wie er selbst sagte, daß er Georgien heulen machen könne. Ein Hintergedanke

Shermans Zug an die See.

Lage in Georgien. dabei war, durch diese Behandlung den Staat zum Abfall vom Sonderbunde zu treiben; bei manchen einflußreichen Personen glaubte Sherman die Geneigtheit dazu entdeckt zu haben; er hoffte sogar auf den Gouverneur Brown. Hülfe stand den Georgiern von keiner Seite in Aussicht. Hoods Armee war weit entfernt, durch die starken Märsche in schlechter Verfassung und unfähig ohne eigene Vorräthe noch einmal durch die viel verheerte Gegend von Chattanooga bis Atlanta zu marschiren. Daß sie es gar nicht beabsichtige, ließ sich daraus ersehen, daß Beauregard, welcher den Oberbefehl übernommen hatte, ohne übrigens Hood die wirkliche Führung aus der Hand zu nehmen, sein Hauptquartier nach Corinth in Mississippi verlegte. Für den schlimmsten Fall aber war Thomas beauftragt ihm auf den Fersen zu folgen. Sherman selbst nahm 60,000 Mann mit sich, den rechten Flügel befehligte General Howard, den linken Slocum. Am 15. November verließ das Heer Atlanta, eine Trümmerstätte voll Flammen und Qualm; wohin es eigentlich gehe, wußten die Soldaten nicht, aber allgemein war die Meinung verbreitet, daß Grant vor Richmond auf sie warte. Von feindlichen Truppen war auf dem ganzen Marsche wenig zu sehen; die Reiterschwärme Wheelers und die von Hardee geführte georgische Miliz belästigten den Zug ab und an, aber ohne erheblichen Schaden anzurichten. An Lebensmitteln war bei der rücksichtslosen Fouragirung, die Sherman angeordnet, Fall von Savannah. kein Mangel. Ueber Milledgeville, die Hauptstadt des Staates, ging der Marsch an den Ogeechee-Fluß, der dem Savannah parallel fließt und wenig südlich von diesem ins Meer fällt. An beiden Ufern bewegte sich das Heer abwärts. Gegen den 10. December war man vor Savannah am gleichnamigen Flusse und bei Fort Mac Allister, das die Mündung des Ogeechee in den Ossabaw-Sund deckte, und schon am 13. gelang es das Fort zu stürmen und dadurch die Verbindung mit dem Geschwader herzustellen, das unter Admiral Dahlgren an dieser Küste der Ankommenden wartete. Groß war der Jubel über das glücklich durchgeführte Unternehmen, dessen Abschluß, die Einnahme von Savannah, trotz Hardees Anwesenheit in der Stadt nur noch eine Frage der Zeit war. Der Südbundsgeneral ließ es auf eine wirkliche Belagerung oder gar auf einen ernstlichen Sturm nicht ankommen. Am 21. räumte er den Platz unter Zurücklassung reicher Vorräthe und zog sich über den Savannah nordwärts um die beiden Carolinas zu decken, die jetzt Shermans nächstes Ziel sein mußten.

Aufbruch nach Richmond. Eine Zeit lang freilich schien es, als ob die Siegeslaufbahn des Mississippi-Heeres, wie Shermans Armee amtlich noch immer hieß, hier unterbrochen werden solle. Grants Wunsch war, die sieggewoh[illegible]ten Truppen zur See nach Richmond heranzuziehen. Indes n[illegible] Erwägung aller Umstände nahm er diesen Befehl zurück und Sh[illegible]man erhielt die Erlaubniß den Marsch zu Lande fortzusetzen. N[illegible] einer Rast von zwei, drei Wochen brach er Anfang Januar 18[illegible] wieder auf, zuerst in rein nördlicher Richtung nach Columbia, [illegible] Hauptstadt von Süd-Carolina, wobei seine Flügel jedoch sich so w[illegible]

nach Osten und Westen ausdehnten, daß der Feind unsicher war, ob das Ziel des Angriffes Charleston an der Küste oder Augusta am Savannah sei. Bewaffneter Widerstand von irgend welchem Belang war auch hier nirgends zu überwinden und Vorräthe bot das Land zur Genüge; dagegen erschwerten heftige Regengüsse, schlammige Wege und angeschwollne Flüsse den Marsch sehr. Der Feind befolgte in Rücksicht auf seine geschwächte Heereskraft den Grundsatz, alle nebensächlichen Puncte aufzugeben und die Besatzungen heranzuziehen, um sie Joe Johnston, der wieder zu Gnaden angenommen war, zur Bildung eines starken Heeres zu überweisen. So wurden nicht allein Charleston (am 18. Februar) und Georgetown, sondern auch (am 22.) Wilmington in Nord-Carolina geräumt, das freilich seine Wichtigkeit zum großen Theil eingebüßt hatte, seitdem General Terry am 15. Januar des Forts Fisher, das den Hafeneingang deckte, Herr geworden war. Mit den Besatzungen, die aus diesen Küstenplätzen abzogen, mit den Milizen der beiden Carolinas und den kleineren Truppenmassen, die sich im Lande befanden, sollten sich überdies noch die Trümmer der Armee Hoods verbinden, die etwa 25,000 Mann stark von Tennessee her im Anmarsch waren. Anfangs von Thomas in seinen Unternehmungen wenig behindert, war Hood Ende November siegreich in Mittel-Tennessee eingefallen und hatte den Versuch gemacht das feindliche Heer von der Hauptstadt Nashville abzudrängen. Durch ein glückliches Gefecht bei Franklin, 5 Meilen südwestlich von Nashville, erkämpfte sich Thomas aber den Rückzug und bei einem Angriff, den er auf Grants lebhaftes Drängen am 16. December unternahm, schlug er den Gegner vor den Thoren von Nashville so vollkommen aufs Haupt, daß derselbe mit schweren Verlusten südwärts über den Tennessee entfliehen mußte. Nach kurzer Rast und nothdürftiger Ersetzung seines Kriegsmaterials wurde er jetzt in Süd-Carolina erwartet. Aber noch vor seiner Ankunft erreichte Sherman in den ersten Tagen des März die Südgrenze dieses Staates und knüpfte von Fayetteville am Cap-Fear-Strom seine unterbrochenen Verbindungen mit der Flotte, die an der Mündung dieses Flusses bei Fort Fisher lag, wieder an. Der Landmacht, die Terry dort und in Wilmington hatte, und Schofields Corps, das aus Tennessee über Baltimore herangezogen war und etwas weiter nördlich bei Newbern stand, wurde Befehl ertheilt, sich am 20. März bei Goldsboro (nordöstlich von Fayetteville) mit Sherman zu vereinigen. Letzterem suchte Johnston jetzt freilich den Weg dahin zu verlegen, aber bei seinen geringen Streitkräften zog er in der Schlacht bei Bentonsville am 19. und 20. den kürzeren und mußte nordwestlich auf Raleigh zurückgehn. Um den weiteren Feldzugsplan mit Grant persönlich zu berathen, ließ Sherman jetzt seine gesammte Armee, die an 80,000 Mann zählte, unter Schofields Commando bei Goldsboro stehen und gab sich in den letzten Tagen des März nach City Point, Grants Hauptquartier am James. Hier hatte sich die Lage in der Hauptsache nicht geändert. Lee stand mit seinen 50,000 Mann in befestigten Stellungen vor Petersburg, die Front südwärts, den Rücken an den

Kämpfe in Carolina.

Kämpfe in Tennessee.

Zusammenkunft Shermans und Grants.

Kämpfe um Richmond.

östlich fließenden Appomattox gelehnt. Vergebens hatte Grant am 5. Februar einen neuen Versuch gemacht sich der Danville-Bahn, die am Südufer des Flusses hinführt, zu bemächtigen; dagegen konnte Sheridan diese wichtige Verbindung weiter landeinwärts auf eine große Wegstrecke zerstören, nachdem es ihm Anfang März gelungen war, seinen Gegner Early aus dem Felde zu schlagen. Lee selbst sah wohl ein, daß die letzte Stunde der Rebellion gekommen sei und wandte sich deshalb Anfang März an Grant mit dem Anerbieten in Unterhandlungen einzutreten. Allein er wollte keine bloß militärische Abkunft treffen, sondern zugleich politische Zugeständnisse für den Süden ausbedingen, und dazu hatte Grant keine Vollmacht; Lincoln erklärte ihm vielmehr am 3. März ganz ausdrücklich, daß er alle politischen Maßregeln ausschließlich seiner eigenen Entscheidung vorbehalte. Nun machte Lee noch einen kräftigen Versuch sich durch die feindlichen Truppen durchzuschlagen, um sich mit Joe Johnston zu vereinigen und durch Shermans Heer nach Süden durchzubrechen. Allein das Unternehmen scheiterte am 25. März und eine Wiederholung wurde von Tag zu Tage aussichtsloser, weil jetzt auch Sheridan mit seinen sieggewohnten Reitern den James unterhalb Richmonds überschritt und auf dem linken Flügel Grants einrückte. Lincoln begab sich nun selbst zur Armee und traf dort unerwarteter Weise auch mit Sherman zusammen. So konnten in persönlicher Besprechung die Vorbereitungen für die letzten Schläge getroffen werden. Lincoln wünschte dringend das Blutvergießen, das von einer entscheidenden Hauptschlacht zu erwarten stand, zu vermeiden; die beiden Generale aber waren einmüthig der Ueberzeugung, daß dies nicht möglich sei. Während Sherman nach Goldsboro zurückkehrte, um mit seiner Armee, die sich inzwischen wieder verproviantirt hatte, den letzten Vormarsch anzutreten, begann Grant am 29. März den Angriff auf die Petersburger Stellungen. Bis zum 1. April trug er keinen sichtbaren Erfolg davon; an diesem Tage aber nahm Sheridan die Werke Lees, welche die Eisenbahn deckten. Damit war dem Feinde der Rückzug auf dem Südufer des Appomattox vollkommen abgeschnitten; es blieb ihm nur noch der Raum zwischen dem Nordufer und dem James. Dennoch hielt Lee auch am 2. noch Stand; aber als an diesem Tage Grant sich zum Herrn der ganzen äußeren Befestigungslinie machte, konnte nur der schleunigste Rückzug das Heer noch retten. In der Nacht ward er angetreten und so sehr beeilt, wie der traurige Zustand der Truppen es irgend zuließ. Dank dem so gewonnenen Vorsprung überschritt das fliehende Heer den Appomattox weiter aufwärts, ehe Sheridans Reiter herangekommen waren. Aber es sollte nicht weit mehr kommen. Ehe es noch Fühlung mit Joe Johnstons Armee gewonnen hatte, warf sich Sheridan ihm in den Weg und trieb am 6. die völlig demoralisirten und durch Desertion arg gelichteten Reihen an den Appomattox und über diesen Fluß zurück. Von allen Seiten umstellt mußte Lee am 9. April bei Appomattox-Courthouse mit 26,000 Mann die Waffen strecken. Die Bedingungen, die Grant ihm gewährte, waren ehrenvoll genug; den

Lincoln im Lager Grants.

Lees Rückzug und Capitulation.

Offizieren wurden Waffen und Pferde gelassen, mit ihren Mannschaften mußten sie der Union Treue geloben und konnten dann frei in ihre Heimat gehn, wo sie nicht behelligt werden sollten, so lange sie ihrem Gelöbniß und den an ihrem Wohnort gültigen Gesetzen treu blieben. Sherman erhielt die Nachricht von diesem großen Ereigniß, als er eben seinen Vormarsch nach Raleigh, wo er Johnston zu fassen hoffte, angetreten hatte. Da sein Gegner aber den Rückzug rechtzeitig begonnen hatte, so wäre es nicht möglich gewesen ihn zum Stehen zu bringen und zu verhindern, daß er sein Heer in Streifschaaren auflöste und den Kleinkrieg begann. Um so freudiger begrüßte Sherman sein Gesuch um Waffenstillstand, das er am 14. April erhielt; für den 17. wurde eine persönliche Zusammenkunft der beiden Oberbefehlshaber bei Durham nordwestlich von Raleigh verabredet.

Shermans Vertrag mit Joe Johnston.

Eben im Begriff sich dorthin zu begeben, erhielt Sherman die Meldung, daß Lincoln am Abend des 14. April, des Charfreitags, im Theater zu Washington ermordet sei. Einige leidenschaftliche Parteigänger des Südens hatten im Hause einer Frau Surrat sich zu einer scheußlichen Reihe von Meuchelmorden verschworen. Außer dem Präsidenten war der Vicepräsident Andrew Johnson, der Minister des Auswärtigen Seward, der Kriegsminister Stanton, die Generale Grant, Sherman und Andere zu Opfern ausersehen. Man wollte den Norden mit einem Schlage aller seiner Führer berauben und dadurch der verlorenen Sache des Südens einen neuen Aufschwung geben. Daß von den leitenden Männern des Sonderbundes irgend einer um diese frevelhaften Pläne gewußt, ist ebenso unerwiesen wie unwahrscheinlich; die tapferen und ehrenhaften Generale des Südens, die Lee und Johnston vor Allen, sprach selbst die erbitterte öffentliche Meinung des Nordens von jedem Verdachte frei; wenn sie dagegen auf Jefferson Davis die leidenschaftlichsten Anklagen häufte, so war das eben so gut eine Ausgeburt des ingrimmigen Hasses, wie die Verläumdung, daß er bei seiner Flucht aus Richmond ungeheure Summen in Gold, man sprach von 6—13 Millionen Dollars, mitgenommen und Sherman bestochen habe um entschlüpfen zu können. In der That zeigte schon die mangelhafte Ausführung der Mordpläne, daß sie nur mit beschränkten Mitteln entworfen waren. Lincolns Mörder allein erreichte sein Ziel. Es war ein Schauspieler Namens Booth. Mit den Ortsverhältnissen genau bekannt, sprang er, nachdem der tödtliche Dolchstoß geschehen, aus der Loge des Präsidenten auf die Bühne, eilte durch eine Seitenthür auf die Straße, wo ihm ein Pferd bereit stand, und galoppirte davon. Unablässig verfolgt und am 26. April eingeholt, fand er im Kampfe mit seinen Gegnern den Tod. Von den übrigen Verschworenen erreichte keiner seine Absicht und nur einer, Namens Payne, schritt überhaupt wirklich zur That, indem er den erkrankten Seward in seiner Wohnung verwundete. Er, die Surrat und einige Andere wurden gefangen und ein paar Monate später das Todesurtheil an ihnen vollstreckt.

Lincolns Ermordung.

Lincolns Nachfolger war verfassungsmäßig der Vicepräsident Andrew Johnson aus Tennessee, also aus einem der Rebellenstaaten.

Andrew Johnson.

Auch er hatte sich aus ärmlichen Verhältnissen durch angestrengte Thätigkeit und praktischen Verstand immer weiter emporgearbeitet, und so war aus dem früheren Schneidermeister jetzt ein Präsident der Republik geworden. Die feinere Bildung des Geistes, die ihm durch seine Erziehung versagt war, hatte er aber auch in seiner späteren Laufbahn nicht zu erwerben vermocht; seine Sitten waren roh geblieben; es fehlte ihm das Maß und der feine Tact, selbst der äußere Anstand; als er sein hohes Amt antrat, konnte er den Eid auf die Verfassung nur mit lallender Stimme leisten, er war betrunken. Wenn er bisher schon in seiner politischen Haltung sich gern dem radicalen Flügel der republikanischen Partei zugeneigt hatte, so drohten die aufregenden Vorgänge der letzten Tage ihn vollends zum Werkzeug blinder Rachegelüste zu machen. Nicht ohne Schaudern konnte man ihn in öffentlichen Reden von dem Tode als einer zu leichten Strafe des Hochverraths sprechen und die geistigen Führer des Aufstandes mit dem Strick bedrohen hören. Stanton und andre Mitglieder des Cabinets, die bisher von Lincoln gezügelt waren, schlossen sich jetzt auch unumwunden dem radicalen Programm an, und die Versöhnungspolitik, die dem ermordeten Präsidenten vor der Seele geschwebt, schien beseitigt zu sein.

Anklagen gegen Sherman.

Die Folgen dieses Umschwungs erfuhr zunächst Sherman. Er schloß am 18. April bei Durham eine Uebereinkunft mit Johnston, die nach seiner festen Ueberzeugung Lincolns Billigung gefunden haben würde. Sie erstreckte sich auf alle noch im Felde stehenden südstaatlichen Truppen. Es wurde ihnen der Treueid und die Ablieferung der Waffen auferlegt, dagegen eine allgemeine Begnadigung und Wiedereinsetzung in alle politischen Rechte verheißen. Durch diese Bestimmungen überschritt Sherman freilich das rein militärische Gebiet und entschied im Wesentlichen schon die Frage, ob die abgefallenen Staaten sogleich wieder zu vollen Rechten in die Union aufgenommen werden sollten; allein er wußte, daß er im Geiste des früheren Präsidenten handle und daß er durch diese Bedingungen eine Bürgschaft gegen die Fortdauer des Kleinkrieges gewinne. Auf die Möglichkeit, daß seine Abmachungen in Washington verworfen werden könnten, war er zwar gefaßt; daß es aber in so verletzender Form geschehen werde, wie Stanton zu thun beliebte, konnte er im Hinblick auf seine ausgezeichneten Dienste nicht erwarten. Der Präsident verwarf nicht allein die Uebereinkunft vom 18. April, sondern ertheilte Grant den Befehl, sich sofort in Shermans Hauptquartier zu begeben und die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen; Stanton sorgte durch eine amtliche Bekanntmachung dafür, daß diese Maßregeln zur allgemeinen Kenntniß kamen und erlaubte sich dabei sogar Anspielungen, als ob der Zweck von Johnstons Verhandlungen nur sei, Jefferson Da[vi]s die Gelegenheit zu geben sich mit Sherman über seine Flucht u[n]d die Rettung seiner Schätze zu verständigen. Grants rücksichtsvolle[m]

Joe Johnstons Capitulation.

Benehmen war es zu danken, daß Sherman wenigstens noch die E[hre] eines neuen Vertrages genoß; Johnston ergab sich am 26. April a[uf] die Bedingungen hin, die Lee gestellt waren. Gegen 37,000 Ma[nn]

strecken so die Waffen. Lees Armee hatte noch reichlich 26,000 Mann betragen; etwa doppelt so viel, die in den südlicheren Staaten zerstreut standen, ergaben sich in den nächsten Wochen, so daß im Ganzen gegen 120,000 Mann entwaffnet wurden. Am längsten dauerte der Widerstand in Texas, wo Kirby Smith erst Ende Mai sich unterwarf.

Ende des Krieges.

Fast genau vier Jahre hatte der gewaltige Krieg gedauert und furchtbar waren die Verluste, die er beiden Theilen zugefügt; auf reichlich eine halbe Million darf man die Zahl der Todten, auf beinah 2 Millionen die der Verwundeten schätzen, davon je $^3/_5$ für den Norden und $^2/_5$ für den Süden. Für die Kosten des Krieges giebt das Anwachsen der Schuldenlast des Nordens um $2^1/_2$ Milliarde Dollars, d. h. gegen 12 Milliarden Mark, nur einen sehr ungenügenden Maßstab; es fehlen die Anleihen des Südens, die jetzt für ungültig erklärt wurden, die freiwilligen Beiträge, die Steuern und Zölle, die für den Krieg verwandt wurden, vor Allem die unschätzbaren Summen, die durch Zerstörung des Eigenthums, durch Lähmung des Handels und Gewerbes, durch Verwüstung des Landes auf Jahre hinaus verloren waren. Und was hatte man dafür erreicht? Die Abschaffung der Sclaverei und die Erhaltung der Union, oder genauer gesprochen für Beides eigentlich nur die Möglichkeit. Denn das Eine wie das Andre schwebte so lange noch in der Luft, wie die Rückkehr auf den verfassungsmäßigen Boden noch nicht vollzogen war. Diese Aufgabe zu lösen lag jetzt Andrew Johnson ob, und es war eine Aufgabe, die eines ganzen Mannes bedurfte. Konnte der radicale Schneider von Tennessee mit seinem schroffen und tactlosen Wesen ihr genügen?

Die Union nach dem Kriege und das übrige Amerika.

Lincoln und die Republikaner.

Die Radicalen erwarteten nichts Anderes, als daß ihr Programm dem neuen Präsidenten zur unabänderlichen Richtschnur dienen werde. Von ihrer Gnade sollte es abhängen, wann die unterworfenen Staaten wieder zur Theilnahme am Congreß zugelassen werden und das Recht der Selbstregierung zurückempfangen sollten; sie wollten bestimmen, welche Stellung den Negern eingeräumt werden und daß sie an allen politischen Rechten, besonders an dem der Wahl, theilnehmen sollten. Lincoln wäre auf diese Absichten nicht eingegangen: er hatte im Senate bereits im April 1864, im Repräsentantenhause am 3. Januar 1865 einen Zusatzartikel zur Verfassung (den ersten seit 60 Jahren) durchgebracht, der die völlige Aufhebung der Sclaverei aussprach, aber er hatte auch stets daran festgehalten, daß zur vollen Rechtsgültigkeit desselben noch die Zustimmung von drei Vierteln sämmtlicher Staaten mit Einschluß der aufständischen, d. h. von 27, erforderlich sei; der Ertheilung des Wahlrechts an die Neger war er entgegen; noch in seinen letzten Tagen leugnete er, daß bei der Verschiedenheit der schwarzen und der weißen Rasse ihre gesellschaftliche und politische Gleichstellung

Johnsons Politik.

möglich sei. Von Johnson glaubte man solche Behauptungen nicht erwarten zu dürfen, und die heftige Art seines ersten Auftretens bestärkte diese Auffassung. Ohne Beweis schleuderte er gegen Jefferson Davis die Anklage der Mitschuld an Lincolns Ermordung, ließ den Gefangenen in Ketten legen und schien fest entschlossen sein Todesurtheil herbeizuführen; die Begnadigung, die er erließ, schloß dreizehn Classen von Südländern aus, und wenn er sich vorbehielt, besondere Gesuche der Ausgeschlossenen zu prüfen und zu gewähren, so legte man dem kein großes Gewicht bei. Allein sehr bald änderte sich die Haltung des Präsidenten. Jefferson Davis wurde ohne Urtheil gegen Bürgschaft entlassen. Die außerordentlichen Begnadigungen wurden massenhaft ertheilt; als einer der ersten erbat und erhielt Lee Verzeihung. Den Bundesguvernören in den Südstaaten wurde die Weisung gegeben, auf die Bildung der Staatenlegislaturen und die Wahl einheimischer Guvernöre hinzuwirken, wobei natürlich von jedem Wähler ein Treueid gegen die Union und die Zustimmung zu dem Verfassungszusatz gefordert wurde. Den Abgesandten der Südstaaten, die zu ihm kamen, stellte der Präsident nur drei Bedingungen: Annahme dieses Verfassungszusatzes, Rücknahme des Secessionsbeschlusses und Werthloserklärung aller Anleihen, welche die Südstaaten gemacht hatten. Ueber das Negerwahlrecht äußerte er wohl Privatansichten, wollte aber jedem Staate die freie Entschließung überlassen und diese nur durch ein Gesetz beeinflussen, nach welchem die Vertretung im Congreß nicht mehr wie bisher von der Bevölkerungszahl unter Zurechnung von drei Fünfteln der Sclaven, sondern von der Zahl der Wähler abhängen sollte. Daß er den Negern durch eine bestimmte Lohntaxe, wo es nöthig war, ihren Lebensunterhalt sicherte, sie aber andrerseits auch zur Arbeit zwang, daß er für sie die Zeugnißfähigkeit vor Gericht und den nothwendigsten Schulunterricht forderte, versöhnte die Radicalen begreiflicher Weise nicht: sie waren außer sich vor Zorn über die Enttäuschung, die ihnen Johnson bereitete. So lange der neue Congreß nicht zusammengetreten war, besaßen sie freilich keine Mittel den Präsidenten zu hindern; kaum aber war die Session eröffnet, so begann der Kampf. Kraft des Rechtes, welches dem Secretär des Repräsentantenhauses zustand, strich dieser alle angemeldeten Vertreter des Südens als offenkundig Unberechtigte von der Liste der Congreßmitglieder und beraubte sie dadurch — natürlich im Einverständniß mit der republikanischen Mehrheit — bis zur Wahlprüfung ihrer Sitze. Mit großer Mehrheit, 123 gegen 36 Stimmen, beschloß das Repräsentantenhaus sodann, keinen Abgeordneten aus dem Süden aufzunehmen, bis ein Ausschuß, den es in Gemeinschaft mit dem Senate niedersetzte, berichtet habe, welche der Sonderbundsstaaten zur Wiedereinnahme ihrer früheren Stellung berechtigt seien. Der Conflict mit dem Präsidenten und der Bruch mit der bisherigen Rechtsanschauung der republikanischen Partei war damit vollzogen. Johnson und Seward standen noch immer treu zu Lincolns Lehre, daß kein Staat der Union ausscheiden und somit aufhören könne, Staat zu sein, daß die verfassungsmäßige Mitwirkung der Südstaaten im

Seine Bedingungen für die Wiederaufnahme der Südstaaten.

Conflict mit dem Congreß.

Congreß durch die Rebellion unterbrochen, aber nicht zerstört worden sei, daß es nur williger und treuer Organe in den bezwungenen Staaten bedürfe, um sie wieder in den Vollbesitz ihrer Rechte treten zu lassen. Dem entsprach es, wenn Johnson am 18. December eine Proclamation erließ, in welcher er ankündigte, daß nunmehr drei Viertel sämmtlicher Staaten, darunter acht Mitglieder des Sonderbundes, den Zusatzartikel zur Verfassung angenommen hätten und daß somit die völlige Abschaffung der Sclaverei Verfassungsrecht geworden sei. Unlogisch genug ließ die Congreßmehrheit diese Proclamation unangefochten, während sie doch auf dem Satze beharrte, daß die Sonderbundsstaaten ihr Staatenrecht verloren hätten und zu Territorien herabgesunken seien, die erst von Neuem als Staaten anerkannt werden müßten. Um des erwünschten Inhaltes willen ließ sie sich den Staatsstreich, wie radicale Blätter die Proclamation nannten, gefallen; konnte es doch an anderen Gelegenheiten, ihre dem Präsidenten feindliche Politik zu bethätigen, nicht lange fehlen.

Aufhebung der Sclaverei.

Ein Gesetz über die sog. Freigelassnenämter, das im Januar und Februar 1866 von beiden Häusern angenommen wurde, eröffnete den Kampf. Es verordnete die Fortdauer dieser Aemter, die während des Krieges aus Offizieren gebildet waren, um die Freigelassnen gegen ihre früheren Herren zu schützen. Bei einer Strafgewalt bis zu 1000 Dollars und einem Jahre Gefängniß beschränkten dieselben die ordentliche Rechtspflege der Einzelstaaten und gaben der Centralregierung eine außerordentliche Gerichtsbarkeit in denselben. Johnson hielt ihre Fortdauer für nicht mehr erforderlich und für unvereinbar mit der Selbständigkeit der Staaten; er verwarf daher die Freigelassnenbill, indem er von seinem Veto Gebrauch machte, und spitzte dadurch seine Stellung zum Congreß in gefährlicher Weise zu; denn das Veto war eine seltenbenutzte Waffe und in den 76 Jahren, seit denen es existirte, nur 26 Mal zur Anwendung gekommen. Vollends für Johnson war aber der Gebrauch desselben gefährlich, weil der Congreß von seiner Gegenwaffe Gebrauch machen, d. h. durch einen zweiten, mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß dem fraglichen Gesetze trotz des Vetos des Präsidenten Rechtskraft verleihen konnte. Nur ein einziges Mal war es im bisherigen Verlauf der amerikanischen Geschichte zu einer solchen Entwaffnung des Präsidenten gekommen; denn geschlossene Zweidrittelmehrheiten gehörten natürlich zu den Seltenheiten: auch jetzt hätten sie den Republikanern gefehlt, wenn die Vertreter der Südstaaten auf ihren Sitzen gewesen wären. Im Senate regten sich denn auch Bedenken gegen ein so scharfes Vorgehn, und während im Repräsentantenhause gar eine Vierfünftelsmehrheit das Veto außer Kraft setzte, stimmten von 48 Senatoren nur 30 dafür und der Präsident ging diesmal noch als Sieger aus dem Kampf hervor. Aber die Erbitterung war von beiden Seiten jetzt auf das Höchste gestiegen; Johnson stürzte sich in öffentlichen Reden mit der vollen Maßlosigkeit seiner Beredtsamkeit über die Congreßmehrheit her, bestritt die Gesetzlichkeit der Versammlung, aus der elf Staaten ausgeschlossen seien, und erließ am 4. April eine

Die Freigelassnenämter.

Das Veto des Präsidenten.

Umstoßung desselben.

Proclamation, welche den Krieg für beendet erklärte und die Selbstregierung der Sonderbundsstaaten wieder herstellte. Schon einige Tage vorher hatte er sein Veto zum zweiten Male gegen ein Gesetz geübt, das die civilrechtliche Stellung der Neger ordnete und den Schutz derselben den Bundesgerichten überwies. Jetzt war auch im Senat seine Sache verloren. Von den sechs Republikanern, die bei der Freigelassnenbill noch zu Gunsten des Vetos gestimmt hatten, fielen drei ab und mit 33 gegen 15 Stimmen hob der Senat am 9. April das Veto vom 27. März auf. Das Repräsentantenhaus verfuhr natürlich ebenso und die Civilrechtsbill war trotz dem Präsidenten Gesetz.

Die öffentliche Meinung, die noch immer zwischen dem Congreß und Johnson schwankte, wurde durch dieses Gesetz um so mehr von dem Präsidenten abgedrängt, als einzelne gräuelvolle Metzeleien in Memphis, New-Orleans und in verschiedenen Bezirken von Texas die Hülfsbedürftigkeit der Neger in entsetzlicher Weise veranschaulichten. Auch verdroß es das Volk des Nordens, wenn es sehen mußte, wie so mancher Rebellenführer bereits wieder, als ob Nichts vorgefallen wäre, in die Politik eingriff und von Johnson in zuvorkommender Weise behandelt wurde. Trotzdem wünschte die große Mehrheit auch der Republikaner lebhaft aus den Uebergangszuständen endlich herauszukommen und es handelte sich nur um die Bedingungen, die man den Südstaaten vor ihrer Zulassung zum Congreß stellen solle.

Bedingungen des Congresses für die Wiederaufnahme der Südstaaten.

Der Ausschuß beider Häuser, der zur Berathung dieser Frage niedergesetzt war, brauchte sehr lange Zeit um sich zu einigen; seine Anträge vom 1. Mai erlitten vor der Annahme einige Veränderungen und liefen dann in ein Gesetz aus, welches einerseits alle an der Rebellion Betheiligten bis zum 4. Juli 1870 des Wahlrechtes für den Congreß und die Präsidentschaft beraubte, andrerseits die Wiederanerkennung der Rebellenstaaten von der Einwilligung in einen neuen Verfassungszusatz, den vierzehnten, abhängig machte, der den Negern das Bundes- wie das Staatenbürgerrecht sicherte, die Vertheilung der Congreßsitze nach der Zahl der Wähler in den einzelnen Staaten ordnete, die Zulassung ehemaliger Rebellenführer zu irgend einem Amte an einen Zweidrittelsbeschluß des Congresses knüpfte und endlich die völlige Nichtigkeit aller Sonderbundsschulden aussprach. Es war dies insofern ein geschickter Schachzug, als Johnson, der die sämmtlichen Südstaaten bereits wieder als vollberechtigt anerkannt hatte, in eine peinliche Lage kam, wenn einer derselben die Congreßbedingungen annahm und dadurch mittelbar die präsidentielle Anerkennung als ungenügend kennzeichnete.

Wiederaufnahme von Tennessee.

Wirklich geschah dies und obendrein in Johnsons Heimatsstaat Tennessee und unter d[en] erschwerendsten Umständen. Die Anhänger des Präsidenten konnt[en] nämlich durch Entfernung die gesetzgebende Versammlung des Staat[es] beschlußunfähig machen; um dies zu verhindern, wurden zwei de[r]selben von den Gegnern unter Anwendung körperlicher Gewalt fe[st]gehalten und mitgezählt. Kaum war dies geschehen, so telegraphirt[en] die Sieger die Annahme des Verfassungszusatzes nach Washington

und der Congreß beschloß sofort auf dieses Telegramm hin die Zulassung von Tennessee. Johnson glaubte sich fügen zu müssen; er verwahrte sich zwar gegen die Begründung der Zulassung und die Gültigkeit des erzwungenen Beschlusses, unterzeichnete aber trotz dieses Protestes das Gesetz über die Wiederaufnahme seines Heimatlandes.

Parteibewegungen.

Drei Tage darauf, am 28. Juli 1866, vertagte sich der Congreß und nun drängten sich Parteiversammlungen für und gegen den Präsidenten in schneller Folge. Manche darunter hatten doch großes Gewicht. Wenn mehr als 130 Generale und 3000 andre Offiziere sich Mitte September in Cleveland für den Präsidenten aussprachen, so konnte das durch eine Gegenkundgebung Butlers, Burnsides und andrer republikanischer Heerführer nicht ungeschehen gemacht werden. Es gab Angriffspuncte genug gegen den Congreß. Besonders daß er über der hohen Politik die praktischen Bedürfnisse des Landes unverantwortlich vernachlässigt, daß er erst in einer letzten, achtundvierzigstündigen Sitzung eine lange Reihe von Finanz-, Verkehrs- und Ackerbaugesetzen durchgejagt hatte, wobei viele Mitglieder zum Abstimmen erst geweckt werden mußten, ließ sich sehr vortheilhaft gegen ihn verwenden. Aber Johnson war nicht der Mann danach dies recht zu benutzen; meist schadeten seine Angriffe durch ihre Form ihm selbst mehr als dem Angegriffenen.

Johnsons Agitationsreise.

Begleitet von Männern wie Seward, Grant, Farragut, Meade, trat er im September eine Reise über New-York nach Chicago an, wo dem verstorbenen Douglas ein Denkmal enthüllt werden sollte; überall hielt er Reden, erschien in Volksversammlungen, zankte sich mit namenlosen Leuten oft in witziger, immer in würdeloser Weise herum und verdarb seine Sache gründlich. Die Republikaner waren ihm beständig auf den Fersen. So wie er eine Stadt verlassen hatte, erschienen ihre Redner hinterdrein und verarbeiteten den abgezogenen Präsidenten auf das schonungsloseste. Das Ergebniß dieses Kampfes trat in den Herbstwahlen zum Congreß als eine völlige Niederlage Johnsons an den Tag. Ein Zweig der Republikaner, der sich zu ihm hinüberschlagen wollte, unterlag glänzend, die Demokraten büßten wenigstens einige Sitze ein, die bisherige Zweidrittelmehrheit ging neu gestärkt aus den Wahlen hervor.

Antrag auf Anklage gegen den Präsidenten.

Bis zum 4. März 1867 bestand aber noch der alte Congreß. Kaum war er wieder zusammengetreten, so beschloß er, daß gleich nach seinem Auseinandergehen sein Nachfolger in Thätigkeit treten solle, um so dem Präsidenten jede eigenmächtige, nicht überwachte Wirksamkeit unmöglich zu machen. Eine lange Reihe von andern Beschlüssen bewegte sich in derselben feindseligen Richtung und so wie der Präsident sich widersetzte, war die Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern bereit, sein Veto umzustoßen. Selbst zu einer Anklage wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt verstiegen sich die radicalsten Mitglieder schon; aber der Antrag, den ein gewisser Ashley am 7. Januar 1867 einbrachte und der an einen Ausschuß verwiesen wurde, war so ungenügend begründet, daß der dem nächsten Congreß im Juni darüber erstattete Bericht auf vorläufige Abweisung lautete und das

Repräsentantenhaus sich darauf beschränkte dem Ausschusse zu empfehlen, daß er die Sache auch ferner im Auge behalte.

Die Reconstruction-Bill.

Auch der Congreß befand sich indes den Südstaaten gegenüber in einer unbehaglichen Lage. Er mußte wünschenß, da sein Verfassungszusatz angenommen werde, aber von 36 Staaten hatten ihm nur 23 zugestimmt; außer Tennessee war keiner der Sonderbundsstaaten darauf eingegangen. Unlustig längeren Wartens brachte deshalb Thaddaeus Stevens am 28. Januar den Antrag ein, der Congreß solle selbst die Gesetzgebung für die Südstaaten in die Hand nehmen und die Art ihrer Neugestaltung anbefehlen. Schon nach acht Tagen empfahl der mit Prüfung dieses Verlangens beauftragte Ausschuß einen Gesetzentwurf, der sich auf diesen Grundlagen bewegte. Die zehn Südstaaten wurden in fünf Militärbezirke getheilt, deren Befehlshaber nicht der Präsident, sondern General Grant ernennen sollte; dieselben erhielten den Auftrag und das Recht, allen Einwohnern für ihre persönlichen und Eigenthumsrechte Schutz zu gewähren, und konnten, wenn es ihnen nöthig schien, alle bürgerlichen Gerichte bei Seite schieben. Ueber die Bedingungen der Wiederzulassung der zehn Staaten wurde nach längerer Verhandlung mit dem Senat am 20. Februar bestimmt, daß ein Convent sämmtlicher Bürger, also mit Einschluß der Neger, aber mit Ausschluß der Rebellen, zuvörderst eine Staatsverfassung genehmigt haben müsse, die mit den Gesetzen der Union in Einklang stehe und allen besagten Bürgern das Wahlrecht gebe; diese werde der Congreß prüfen und sobald der noch immer in der Luft schwebende vierzehnte Verfassungszusatz Rechtskraft gewonnen habe, Vertreter der so umgestalteten Staaten in seine Mitte aufnehmen. Vergeblich legte Johnson auch jetzt sein Veto ein; es war durchaus zur Regel geworden, dasselbe einfach durch eine zweite Abstimmung umzustürzen; wie auf diesem Wege die Aufnahme des 37. Staates Nebraska erfolgt oder dem Präsidenten das Recht höhere Beamte abzusetzen genommen war, so trat nun auch die Reconstruction-Bill, das „Neugestaltungs-Gesetz", wider seinen Willen in Kraft.

Johnson und die Militärgouvernöre.

So viel es in seiner Macht lag, suchte er es darauf wenigstens in der Ausführung zu beschränken, und griff besonders die im Sinne des Congresses aufgestellten Wählerlisten an, die er durch Einfügung der von ihm begnadigten Rebellen zu ändern suchte. Er hatte dabei sein ganzes Ministerium mit Ausnahme des radicalen Kriegsministers Stanton auf seiner Seite, konnte sich auch auf den obersten Gerichtshof berufen, dessen Mehrheit in verschiedenen Einzelfällen gegen den Congreß entschied, obgleich kein einziges seiner Mitglieder von Johnson ernannt war. Den nächsten Widerstand dagegen hatte er von den Militärguvernören zu erwarten, unter denen zwei, Sheridan und Sickles, ihm entschieden feindlich gegenübertraten, zwei andre, Schofield und J. B. Thomas, ernstliche Conflicte zu vermeiden suchten, und nur der fünfte, Ord, offen zum Präsidenten stand. Sheridan begann damit die von Johnson eingesetzten Civilguvernöre von Louisiana und Texas ihrer Stellen zu entheben und erhielt durch einen nachträglichen Congreßbeschluß, natürlich abermals gegen das Veto des Präsidenten,

die Bestätigung dafür. Nun ging Johnson die Geduld aus, er griff zu Maßregeln, die ihm durch Congreßbeschlüsse gradezu verboten waren. Obgleich ihm das Recht der Absetzung entzogen war, ernannte er an Stantons Stelle, den er von der Leitung des Kriegsministeriums „einstweilen" entband, Grant, an Sheridans und Sickles Stelle zwei getreue Generale; obgleich ihm das Recht der Begnadigung genommen war, hob er durch eine Proclamation vom 7. September beinah alle Ausnahmen, die er im Mai 1865 gemacht hatte, auf und beschränkte dadurch die Zahl derer, welche nach seiner Auffassung von dem Wahlrecht ausgeschlossen sein sollten, auf 2—3000. Allein seine Macht reichte nicht mehr aus, solche Befehle durchzusetzen. Als am 24. September die Wahllisten in den 10 Südstaaten geschlossen wurden, wiesen sie zusammen an schwarzen Wählern etwa 80,000 mehr auf als an weißen, während die Zahl der weißen Bevölkerung doch etwa doppelt so stark war wie die der schwarzen; die Wahlcommissare hatten sich also an keine Begnadigungen des Präsidenten gekehrt. Kaum war der Congreß im December 1867 wieder zusammengetreten, so begannen auch die Conflicte wieder. Den Ausschußantrag, jetzt den Präsidenten anzuklagen, lehnte das Repräsentantenhaus am 7. December noch einmal ab; dagegen beschloß es einen Dank für Sheridan, erklärte die Civilregierungen in den Südstaaten für abgesetzt und übertrug das Recht, neue zu ernennen, auf General Grant, so daß dieser gleichsam außerordentlicher Präsident für den ehemaligen Sonderbund war; aus dem Kriegsministerium mußte er dagegen scheiden, weil der Senat am 14. Januar 1868 die Wiedereinsetzung Stantons beschloß. Allen diesen Angriffen gegenüber entschloß sich Johnson nun zu einem handgreiflichen Gesetzesbruch: obgleich der Senat versammelt war, enthob er ohne dessen Mitwirkung Stanton am 21. Februar wiederum seines Amtes, ernannte den 70jährigen General Lorenzo Thomas zu seinem Nachfolger und traf Vorbereitungen um den bisherigen Minister mit Gewalt aus seinem Büreau zu vertreiben. Gleich andern Tags nahm das Repräsentantenhaus mit 126 gegen 47 Stimmen den Antrag an, die Klage gegen den Präsidenten beim Senate anhängig zu machen, und zwei der leidenschaftlichsten Radicalen, Stevens und Bingham, erschienen am 25. Februar als Kläger vor der Barre des andern Hauses. Am 30. März begannen die Verhandlungen unter Leitung des Oberrichters Chase, der den Senatspräsidenten in diesem Falle zu vertreten hatte, und am 17. Mai ward über den ersten Punct der Anklage, die Absetzung Stantons, abgestimmt. Zur Verurtheilung des Präsidenten gehörte eine Zweidrittelmehrheit, 36 von den 54 Senatoren, welche die 27 anerkannten Staaten repräsentirten; 35, also einer zu wenig, fällten ihr Schuldig, Johnson war freigesprochen. Daß er es war, verdankte er dem Abfall einiger Republikaner, gegen die nun beide Häuser eine Untersuchung wegen Bestechung einleiteten; sie führte zwar zu keinem bestimmten Ergebniß, allein an der Wahrheit der Anklage zweifelte Niemand. Für den Frieden des Landes und die Würde seiner höchsten Magistratur war der Ausgang des

Stantons Suspension.

Grants Stellung im Süden.

Anklage und Freisprechung Johnsons.

Wiederaufnahme der Südstaaten.

Processes in keinem Falle zu beklagen; er wirkte wie ein niederschlagendes Mittel; heftige Ausfälle der beiden Parteien gegen einander wurden seltener: die Republikaner behandelten Johnson wie einen todten Mann, dieser selbst zog aus seiner bisherigen Haltung nur noch die unerläßlichsten Consequenzen, unterließ aber jede Herausforderung zum Kampfe. Die Südstaaten wurden durch die augenscheinliche Ohnmacht des Präsidenten bewogen, sich dem Congresse zu beugen; Alabama ging schon im Februar 1868 mit seinem Beispiele voran, Ende April folgten die beiden Carolina, Georgien, Luisiana und Arkansas; alle sechs wurden darauf ohne Weiteres auf Grund der Reconstruction-Bill zugelassen und das Veto, welches Johnson einlegte, mit großen Mehrheiten gestürzt. Nur Virginien, Florida, Mississippi und Texas beharrten noch auf ihrem Widerstande, und wurden deshalb von der Theilnahme an der Präsidentenwahl ausgeschlossen. An Floridas Stelle, das sich bald fügte, trat aber Georgien noch einmal, dessen gesetzgebende Versammlung ihrem Negerhasse so ungezügelten Ausdruck gab, daß der Congreß einschreiten mußte. Erst im Jahre 1870 wurden auch diese vier Staaten in ihre vollen Rechte wieder eingesetzt, und damit die letzte Lücke, welche der große Krieg in die staatsrechtlichen Institutionen der Republik gerissen hatte, ausgefüllt.

Die Abrüstung

Andrew Johnson wurde auch von seiner eigenen Partei bei den Neuwahlen im Herbst 1868 bei Seite geschoben: die Demokraten vereinigten ihre Stimmen auf Horatio Seymour, früheren Gubernör von New-York. Die ungeheure Mehrheit aber erwählte den republikanischen Bewerber General Grant, der demnach von 1869—1873 und, da er zum zweiten Male gewählt wurde, bis zum 4. März 1877 mit der höchsten Würde des Landes bekleidet ward. Wie er die Wiederherstellung der Union vollendete, so fiel ihm die Beseitigung mancher anderen Nachwehen des Krieges zu. Die militärischen Rüstungen hatte natürlich Johnson sofort nach den entscheidenden Capitulationen aufgehoben. Das Militärbudget war schon Ende 1865 von über 500 auf etwa 34 Millionen Dollars, die Schiffszahl der Flotte von 530 auf 117, ihre Bemannung von mehr als 50,000 auf 12,000 Mann vermindert; an Freiwilligen des Landheeres waren etwa 800,000 Mann entlassen. Nicht so leicht konnten die Finanzen wieder geordnet werden. Eine Hauptaufgabe des Congresses mußte die Beschränkung des Papiergeldes sein, dessen Betrag während des Krieges von 200 auf 700 Millionen Dollars gestiegen war und das natürlich dem Hartgelde gegenüber stark entwerthet war; sodann galt es die Schuld, welche am 31. October 1865 etwa $2^3/_4$ Milliarden Dollars betrug, nach Kräften zu vermindern. Die republikanisch Partei und mit ihr Johnson hielten daran fest, daß schnellste Einziehung der Schatzscheine, Umwandlung der hochverzinsten Anleihen in billigere und Auszahlung der Zinsen wie des Capitals in Gold die leitenden Gedanken der Finanzpolitik sein müßten; die Demokraten dagegen wollten durch Bezahlung der Gläubiger in dem entwertheten Papier, das ja gesetzliche Geltung in der Union habe, dem Staats-

Die Finanzlage.

schatze aufhelfen. Trotz der glänzenden Abwerfung dieses Vorschlages, der im Repräsentantenhause am 14. December 1868 nur 6 von 160 Stimmen für sich hatte, kam die demokratische Partei bald verhüllter, bald offener noch wiederholt damit zum Vorschein, allein immer erfolglos, und es gelang auf dem ehrlichen von der Regierung eingeschlagenen Wege die Schuld bis Ende 1875 auf 2¼ Milliarde herabzubringen und den Zinsbetrag durch Conversionen auf kaum 40 Millionen zu vermindern.

Conflicte mit England.

Selbst von ihren Urhebern nicht ernsthaft gemeint, sondern nur als ingrimmige Drohung hingeworfen, war die von Sumner im Senate vertretene Forderung, daß England wegen der Unterstützung, die es mittelbar dem Sonderbunde gewährt habe, die Hälfte der Kriegskosten zu ersetzen verpflichtet sei. Darüber aber waren alle ernsthaften Staatsmänner der Union einig, daß sie eine glänzende Genugthuung und eine gewisse Entschädigung für die Ausrüstung der Kaperschiffe in englischen Häfen fordern müßten. Gleich nach der Niederwerfung des Aufstandes theilte Seward dies dem englischen Cabinet mit und schlug die Bildung eines Schiedsgerichtes vor. Das lehnte Earl Russell am 30. August 1865 ab, behauptete die Rechtmäßigkeit der Haltung, die England befolgt habe, und wollte nur die Bildung einer gemischten Commission zugeben, welche die Ansprüche, die von der einen oder der andern Seite erhoben werden könnten, gegen einander abwägen solle. Die beiden Standpuncte schlossen sich so vollkommen aus, daß man hüben wie drüben die Möglichkeit eines Krieges scharf ins Auge faßte und England besonders um Canada besorgt war, das etwaigen Angriffen ziemlich offen stand. Auch die Fenier-Einfälle, deren früher gedacht wurde, mußten diese Besorgniß verstärken, und die Schutzmittel, welche man dagegen vorbereitete, die Vereinigung Canadas mit Neu-Schottland, Neu-Braunschweig und den andern britischen Colonien im Norden der Vereinigten Staaten zu einer Conföderation, die in Ottawa ihre neue Hauptstadt erhielt, die Erhöhung des canadischen Militärbudgets von 300,000 auf eine Million Pfund, die Befestigung verschiedener Plätze und ähnliche Maßregeln konnten erst allmälig Bedeutung und Kraft gewinnen. Der Präsident Johnson dachte indessen überhaupt nicht an eine kriegerische Lösung der Streitfrage, sondern begnügte sich Erhebungen über den Umfang des angerichteten Schadens anstellen zu lassen und einen günstigen Augenblick abzuwarten. Auch das war für England ebenso peinlich wie unheimlich; denn man mußte sich sagen, daß Amerika jeden Krieg Englands mit einer anderen Macht benutzen konnte, um Rache zu nehmen und dem britischen Handel durch die Ausrüstung von Kaperschiffen Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Darum nahm das britische Cabinet selbst von Zeit zu Zeit die Sache wieder auf, um sie aus der Welt zu schaffen, während Seward allen Anerbietungen gegenüber auf der ursprünglichen Forderung eines Schiedsgerichts beharrte und diesem selbst die Frage zur Beantwortung überweisen wollte, ob England berechtigt gewesen sei den Sonderbund als kriegführende Macht anzuerkennen. Bis auf diesen einen

Kriegsgefahr.

Annäherungen.

Punct hatte die Tory-Regierung Anfang 1868 schon nachgegeben und die unabhängigen Liberalen, die im Gegensatz zu den Whigs immer auf Seiten des Nordens gestanden hatten, drängten sie auch in dieser Hinsicht zu weichen. Das hielt die Regierung denn aber doch mit ihrer Würde nicht vereinbar und Johnsons bedrängte Stellung eröffnete ihr überdies bessere Aussichten. Im August 1868 erschien ein neuer amerikanischer Gesandter in London, Reverdy Johnson, ein Demokrat, der gelindere Saiten aufzog, auf einem Festbankett nach dem andern von der Nothwendigkeit einer Versöhnung und der brüderlichen Gesinnung des amerikanischen Volkes sprach und am 23. November wirklich mit Lord Stanley einen Vertrag unterzeichnete, der einer gemischten Commission in Washington die Erledigung der Sache übertrug und nur die Puncte, über die sie zu keiner Einigung kommen könne, dem Schiedsspruch eines unbetheiligten Suveräns vorbehielt. Die große Freude, die darüber in England herrschte, wurde aber bald schmerzlich getrübt, denn der Senat verwarf den Vertrag im April 1869 mit allen gegen eine Stimme, obgleich England durch die Veränderung seiner Neutralitätsgesetze bereits ein großes Zugeständniß gemacht und den Vertrag selbst in einigen untergeordneten Puncten am 14. Januar 1869 dem amerikanischen Standpunct noch mehr angenähert hatte. Grant berief darauf Reverdy Johnson ab und beauftragte seinen Nachfolger Motley, die alte Politik des Zögerns wieder zu befolgen. Erst gegen Ende des Jahres 1870 wurden die Verhandlungen lebhafter wieder aufgenommen; Motley ward durch Schenck ersetzt und am 10. Februar 1871 verständigte man sich über die Einsetzung einer gemischten Commission in Washington, die Vorschläge zur endgültigen Ordnung machen sollte. Sie stellte in einem Protocoll vom 8. Mai den Grundsatz fest, daß eine neutrale Macht die Ausrüstung von Kapern, überhaupt die Benutzung ihres Gebietes als Operationsbasis keinem kriegführenden Theile gestatten dürfe. Einem Schiedsgericht von fünf Mitgliedern, die England, die Union, Brasilien, Italien und die Schweiz ernennen sollten, wurde die Entscheidung übertragen, ob und in welchem Umfange England diesen Grundsatz verletzt habe; es ward demselben zugleich Vollmacht gegeben auf eine Entschädigungssumme in Bausch und Bogen zu erkennen, und die Sache schien also auf dem besten Wege. Dennoch drohte alles Gewonnene noch einmal zu scheitern. Als das Schiedsgericht am 17. December 1871 in Genf zusammengetreten war, meldete Amerika seine Forderungen nicht allein für den unmittelbar, sondern auch für den mittelbar ihm zugefügten Schaden an, und es hieß, der letztere beziffere sich auf 600 Millionen Pfund. Natürlich erhob das englische Ministerium laute Einsprache dagegen und erklärte, bei dem Washingtoner Vertrag nur den unmittelbaren Schaden im Auge gehabt zu haben. Amerika aber versicherte von sich das Gegentheil, und wenn es auch bereit war, die Aufgabe des Genfer Schiedsgerichtes auf diesen unmittelbaren Schaden zu beschränken, so behielt es sich doch in diesem Falle alle weiteren Ansprüche vor, wollte also den schlimmsten Anlaß zum Streite unerledigt lassen. Die Sch

Der Vertrag von Washington.

Das Genfer Schiedsgericht.

richter selbst machten der Sache am 19. Juni 1872 dadurch ein kurzes Ende, daß sie erklärten, eine Ersatzpflicht für mittelbaren Schaden kenne das Völkerrecht gar nicht und die amerikanischen Ansprüche seien deshalb durchaus hinfällig. Dabei beruhigte sich die Union denn auch und zog ihre Forderung ausdrücklich zurück, worauf das Schiedsgericht nach gründlichen Verhandlungen die Ersatzsumme am 14. September auf $15^1/_2$ Million Dollars bestimmte. Obgleich das nur der dritte Theil des amerikanischen Anschlages war, gab man sich doch in Washington damit zufrieden und begnügte sich mit dem moralischen Siege, der durch einen zweiten Schiedsspruch, der wenige Wochen darauf erfolgte, noch erhöht wurde. Der deutsche Kaiser entschied nämlich am 21. October 1872 auf Ersuchen der beiden Mächte einen alten Streit über die kleinen Inseln, die zwischen dem Festlande und der Vancouver-Insel liegen, den S. Juans-Archipel. In dem Oregon-Vertrage von 1846 waren die Bestimmungen darüber zweideutig gefaßt und um weiteren Zwistigkeiten vorzubeugen, wurde nun das unparteiische Urtheil eines Dritten erbeten, das auf das Gutachten des Geographen Kiepert und einiger Juristen hin zu Gunsten der Vereinigten Staaten ausfiel.

Der Juans-Archipel.

Die kleine Vergrößerung, welche der Union dadurch zu Theil ward, hatte natürlich keine Bedeutung. Aber die amerikanischen Staatsmänner waren seit Beendigung des Bürgerkrieges auch sonst sichtlich beflissen, das Gebiet ihres Landes zu erweitern. England gegenüber war das nur einmal zur Geltung gekommen, als die Colonisten am Red River und Winipeg-See, unzufrieden, daß man ihr Gebiet mit Canada vereinigt habe, sich zu einer gesonderten Republik Winipeg constituirten und nun der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten dem Präsidenten empfahl England zu einer Abtretung dieses Gebietes zu veranlassen. Die baldige Unterwerfung der Aufständischen (im August 1870) vereitelte jedoch weitere Bemühungen in dieser Richtung, und die Einverleibung der ungeheuren Länder, welche bis 1869 der Hudsonsbai-Compagnie gehört hatten, in Canada ging ohne den geträumten Gewinn für die Union von Statten. Dagegen war noch weiter im Norden und getrennt von den Vereinigten Staaten das bisher russische Nord-Amerika erworben. Der Vertrag, den Johnson darüber mit Rußland schloß, ward vom Senate am 9. April 1867 genehmigt; die Bewilligung der Kaufsumme von $7^1/_2$ Millionen Dollars zog sich im Repräsentantenhause bis in den Juli 1868 hin, worauf das neue Territorium am 18. unter dem Namen Alaska aufgenommen wurde. Die Vollendung der großen Eisenbahnlinie, die San Francisco mit New-York verbindet, knüpfte auch dieses ferne und öde Gebiet im folgenden Jahre e[illegible]er an die Staaten, in denen das eigentliche Leben der Union p[illegible]sirt. Die Erbauung der Bahn aber führte zu neuen Indianerkriegen, di[illegible] Blut und Geld in erschreckendem Maße verschlangen und die Aus[illegible]tung der Ureinwohner des Landes immer näher rückten. Bis 1875 sa[illegible]k ihre Zahl auf etwa 280,000 Köpfe, doch befand sich darunter ei[illegible] doppelt so große Zahl ansässiger Familien wie fünf Jahre früher, [illegible]lich fast 20,000.

Die Hudsons-bai-Länder.

Alaska.

St. Thomas. Wenig erfolgreich waren die Versuche, die besonders Grant sehr eifrig betrieb, auf den westindischen Inseln festen Fuß zu fassen. Der natürliche Widerwille, den die Gegner der Sclaverei in früheren Jahren gegen eine Ausdehnung in dieser Richtung gefaßt hatten, war noch immer in voller Stärke lebendig und besonders Charles Sumner, der Senator für Massachusetts, that Alles um die Anträge des Präsidenten zum Scheitern zu bringen. Den ersten Anstoß hatte übrigens auch hier Johnson gegeben; er schloß Ende 1867 einen Vertrag mit Dänemark über den Ankauf der Inseln St. Thomas und St. Juan, konnte aber die Zustimmung des Senates nicht erhalten und der einmal gescheiterte Plan kam trotz der günstigen Volksabstimmung auf den Inseln nicht zur Ausführung. Grant hatte sich noch größere Dinge vorgenommen; ihm lag die Erwerbung von San Domingo und selbst von Cuba im Sinne. Hier wie dort waren die Zustände Domingo. solchen Plänen sehr förderlich. In San Domingo hatte die mehr als hundertjährige, durch den Ryswicker Frieden 1697 begründete Zweitheilung der Insel durch die Erhebung des östlichen Theiles gegen die spanische Herrschaft im Jahre 1822 und seine Vereinigung mit der vormals französischen westlichen Hälfte, der Republik Haïti, nur eine vorübergehende Unterbrechung erfahren. Schon 1844 löste sich San Domingo wieder ab, weil es dem Negerregimente in Haïti sich nicht anbequemen wollte. Unter der Leitung Santanas behauptete es sich gegen die Wiedereroberungsversuche seiner Nachbarn, die besonders lebhaft wurden, als der Neger Soulouque sich unter dem Namen Faustin I. zum Kaiser von Haïti aufgeschwungen hatte, die aber auch nach dessen Sturze durch den General Fabre Geffrard im December 1858 nicht aufhörten. Santana hielt endlich die Rückkehr unter spanische Herrschaft für das beste Mittel Domingo sicher zu stellen und rief am 8. März 1861 Isabella II. als Königin aus. Fortwährende Aufstände, mit denen Geffrard in Haïti zu kämpfen hatte, kamen der Neuerung zu statten, aber es dauerte nicht lange, so hatten sich auch die Republikaner von Domingo verständigt und erhoben sich gegen Spanien und Santana. Eine provisorische Regierung, die sie im September 1863 einsetzten, leitete den Aufstand so erfolgreich, daß Spanien die Insel aufgab und im Juli 1865 seine Truppen zurückzog. Allein damit kehrte die Ruhe nicht zurück; in wenigen Monaten wechselten drei Präsidenten und zwei von diesen, Cabral und Baez, verdrängten sich im Laufe der folgenden Jahre wiederholt gegenseitig mit bewaffneter Hand. Baez suchte sich Beistand von Haïti zu verschaffen, wo Geffrard 1867 endlich auch seinem Gegner Salnave erlegen war; allein ehe dieser ihm zu Hülfe kommen konnte, entbrannte gegen ihn selbst wieder der Bürgerkrieg und nahm eine so schlimme Wendung für ihn, daß sein Gegner, der General Nissage-Saget Ende 1869 ihm die wichtigsten Städte Cap-Haïti und Port-au-Prince nahm und ihn im Januar 1870 verhaften und erschießen ließ. Dieser Sieg der Gegenpartei in dem Nachbarstaate verschlechterte auch Baez' Stellung in Domingo der Art, daß er sich nach fremder Hülfe umsah und diese bei Grant fand. Auf Grund eines Vertrages,

in dem er die Samana-Bai an der Nordküste der Insel für anderthalb Millionen Dollars für die Vereinigten Staaten erwarb, ließ Grant am 6. December 1869 das Sternenbanner in Samana hissen; ein weiterer Vertrag stellte San Domingo unter den Schutz der Union und sollte die völlige Einverleibung vorbereiten. Allein die Abneigung gegen diese Pläne war in dem Washingtoner Senat so groß, daß Grant sie nach wiederholten Versuchen aufgeben mußte und die Insel ihren eigenen Wirren überlassen blieb.

Cuba.

Damit war auch die Entscheidung über die ähnlichen Absichten auf Cuba gegeben. Bei ernstlichem Willen hätte die Erwerbung dieser Perle der Antillen den Vereinigten Staaten nicht mißlingen können, denn seit lange war die größte Unzufriedenheit über das spanische Aussaugesystem auf derselben verbreitet; trugen doch Cuba und Portorico zusammen mehr als ein Drittel zu den Einnahmen des Mutterlandes bei. Ein Anlauf zu Reformen, den die Regierung 1866 zu nehmen schien, endete ohne Ergebnisse; nicht einmal die Befreiung der Sclaven, die von den Plantagenbesitzern selbst als nöthig anerkannt wurde, fand in Madrid Zustimmung. Unter diesen Umständen bedurfte es nur eines Anstoßes, um die Gährung in offene Empörung zu verwandeln, und diesen Anstoß gab die Vertreibung der Bourbonen aus dem Mutterlande. Kaum war die Nachricht davon im October 1868 auf die Insel gekommen, so brach im Osten der Aufstand los; an die Spitze traten der Advocat Cespedes und der Gutsbesitzer Aguilera, und bei den geringen Streitkräften, über welche der Generalcapitän Dulce verfügte, machten sie Anfangs große Fortschritte. Als aber die Regierung größere Truppentheile hinüberschickte und ihre Anhänger auf Cuba selbst Freiwilligencorps zu bilden begannen, gerieth der Kampf ins Stehen. Von den Vereinigten Staaten aus wurde dem Aufstande unter der Hand vielfache Unterstützung zu Theil; aber die Mehrheit im Senate und auch im Lande fürchtete von der Aneignung der Insel mehr Uebel als Segen, und Grant war deshalb nicht in der Lage entscheidende Maßregeln zu ergreifen. Für aufgegeben durften die Annexionspläne deshalb aber keineswegs gelten.

Central-Amerika.

Zu den vielfachen Wirren der mittel- und südamerikanischen Republiken nahm die große Union des Nordens mehr und mehr eine schiedsrichterliche Stellung ein oder suchte doch, meist mit Erfolg, den europäischen Einfluß auszuschließen. Von besonderer Wichtigkeit war ein Vertrag mit Columbien vom Februar 1869, der den Vereinigten Staaten das Recht gab, binnen 15 Jahren einen Canal über den Isthmus von Panama anzulegen, denselben militärisch zu besetzen und selbständig zu verwalten, nach hundert Jahren aber der Republik Columbien zu übergeben. Ein bescheideneres Werk, eine Eisenbahn quer durch Central-Amerika, von Caballos in Honduras grade südwärts nach der Fonseca-Bai, wurde von amerikanischer Seite nur angeregt, aber mit europäischem Gelde zum großen Schaden der Gläubiger von dem Staate Honduras bis 1872 ausgeführt. In Südamerika fand die Union Gelegenheit als Friedensvermittlerin auf-

Südamerika. zutreten. In den sechziger Jahren hatte sich das immer schroffe Verhältniß zwischen Spanien und den Küstenstaaten am stillen Ocean bis zum offenen Kriege gesteigert. Gereizt durch die Wiederbesetzung San Domingos waren die Congresse fast aller südamerikanischen Republiken heftig über das Mutterland hergefallen und der Plan eines großen Bundes gegen Spanien wurde lebhaft besprochen. Ehe man sich aber noch über die vorbereitenden Schritte geeinigt hatte, brachen Peru. Feindseligkeiten zwischen Peru und Spanien aus. Ein außerordentlicher Gesandter der Königin Isabella, Salazar y Mazarredo, erschien im Frühjahr 1863 in Lima um Genugthuung für die Ermordung eines Spaniers zu fordern; als der Präsident Pezet diese verweigerte, reiste Mazarredo ab, begab sich zu einem spanischen Geschwader das seiner harrte und überfiel die Chincha-Inseln, auf denen sich die großen Guanolager, die wichtigste Einnahmequelle Perus, befinden. Außer Stande dieselben wieder zu erobern, rechnete Pezet auf den Beistand der Nachbarrepubliken und brachte auch glücklich im folgenden Jahre einen Congreß in Lima zusammen, auf dem außer Peru, Chile und Bolivia, Columbien und Venezuela, Guatemala und Salvador vertreten waren. Aber mit der Hülfe, die er sich von diesen Staaten versprochen, ward es zunächst wenigstens Nichts, und als Anfang Januar 1865 die spanische Flotte vor Callao erschien und mit einer Beschießung drohte, hielt es Pezet für das Gerathenste Frieden zu machen und die Räumung der Chinchas mit 3 Millionen Piaster zu Chile. erkaufen. Durch diesen guten Erfolg ermuthigt fuhr der spanische Admiral Pareja nach Valparaiso um auch dort durch Drohungen die Befriedigung einiger Beschwerden zu erzwingen. Allein hier bezeigte sich die Regierung hartnäckiger; auf die Blokade antwortete sie mit einer Kriegserklärung, gab Kaperbriefe aus und hatte den Triumph im November ein feindliches Kriegsschiff zu nehmen. In demselben Monat siegte in Peru die Kriegspartei, die den Frieden mit Spanien verwarf, über Pezet, und ihr Haupt, der General Prado, schloß noch vor Ende des Jahres 1865 ein Schutz- und Trutzbündniß mit Chile. Nun versuchte die spanische Flotte, jetzt von Admiral Nuñez geführt, ihr Heil bald gegen den einen, bald gegen den andern Feind. Im Februar 1866 an der südchilenischen Küste mit großen Verlusten geschlagen, bombardirte sie am 31. März Valparaiso und richtete dabei einen Schaden von mehr als 30 Millionen Mark an; dann fuhr sie nach Callao, wurde hier aber von den peruanischen Strandbatterien am 2. Mai zum Rückzug gezwungen, und gab nun weitere Angriffe auf. Der Kriegszustand aber dauerte fort, bis im Juli 1869 die Vereinigten Staaten einen Waffenstillstand auf zwei Jahre und nach dessen Ablauf eine Verlängerung und Friedensverhandlungen in Washington vermittelten.

Paraguay. Ein zweiter langjähriger Krieg in Südamerika nahm seinen Ausgang von den unendlichen Parteikämpfen in der Banda Oriental oder Uruguay. Gegen den Präsidenten Aguirre erhob sich einer seiner Vorgänger Flores und ward dabei von Brasilien unterstützt, das in allerlei Grenz- und Handelsstreitigkeiten mit der Nachbarrepublik verflochten

war. Eine brasilianische Flotte eroberte Ende 1864 Paysandu am Uruguay-Flusse, Flores selbst bemächtigte sich mehrerer anderer Städte und bedrohte selbst Montevideo. Arg bedrängt gaben Aguirre und seine Parteigenossen, die Blancos oder Conservativen, das Spiel verloren, und Flores zog im Februar 1865 siegreich in die Hauptstadt ein. Durch die Einmischung der Brasilianer war aber die Eifersucht des Dictators von Paraguay, Solano Lopez, wach geworden. Ein Sohn des Antonio Lopez, der vor ihm 22 Jahre, von 1840—1862, Paraguay regiert hatte, und Großneffe des Doctor Francia, der bei seinem Tode dem Antonio die Herrschaft übergeben, konnte sich Lopez beinah als erblichen Fürsten betrachten und hielt ganz im Gegensatze zu den Präsidenten südamerikanischer Republiken die Kräfte seines Landes vollkommen in seiner Hand. Darauf gestützt glaubte er es nicht mit Brasilien und Uruguay allein, sondern auch mit den furchtbar zerklüfteten Laplata-Staaten, deren Präsident zu dieser Zeit der General Mitre war, aufnehmen zu können und drängte die letzteren, die der Neutralität gar nicht abgeneigt waren, durch Verletzung ihres Gebietes gradezu in die Reihen seiner Feinde, die nun Anfang 1865 eine Triple-Allianz schlossen. Die heftigen, aber unentschiedenen Kämpfe der ersten Jahre verdienen nicht im Einzelnen erzählt zu werden. Lopez ging Anfangs angreifend vor, zersplitterte aber seine Kräfte, indem er in die Länder seiner drei Gegner gleichzeitig einfiel, und mußte sich bald auf die Verteidigung zurückziehn. Mitre, der die Hauptmacht der Verbündeten gegen ihn führte, war ihm an militärischer Tüchtigkeit weitaus nicht gewachsen; besser wurde die Heerführung erst, als Anfang 1868 der brasilianische Marschall Caxias den Oberbefehl erhielt. Lopez hatte eine sehr feste Stellung bei Humaita am Paraguay-Flusse, kurz vor dessen Mündung in den Parana, bezogen und wußte den Gegnern, die ihn zu Lande und zu Wasser angriffen, durch List und Tapferkeit die schwersten Verluste beizubringen; im August 1868 sah er sich aber zur Räumung dieser Stellung und zum Rückzug nach Norden gezwungen, und konnte nach einer neuen Niederlage im December nicht mehr verhindern, daß die feindliche Armee im Januar 1869 seine Hauptstadt Assuncion besetzte. Die Beendigung des Krieges, die nun in nahe Aussicht zu nehmen war, wurde dem Schwiegersohne des Kaisers von Brasilien, dem Grafen von Eu, Sohne des Herzogs von Nemours, übertragen; er rückte dem nordostwärts ins Innere des Landes weichenden Dictator nach, besiegte ihn mehrfach, besonders im August bei Caraguaty, und zersprengte die letzten geordneten Truppen, die jenem folgten. Nur mit wenigen Getreuen hielt sich Lopez noch den Winter hindurch in den Wäldern und entzog sich, von seinen Verfolgern eingeholt, am 1. März 1870 der Gefangenschaft durch den Tod. Die Sieger setzten nun eine vorläufige Regierung in Assuncion ein und schlossen mit ihr den Frieden, der dem erschöpften Lande, das vier Fünftel seiner erwachsenen männlichen Bevölkerung verloren hatte, an Stelle der bisher in Paraguay heimischen Dictatur das traurige Revolutionssystem des übrigen Südamerika brachte.

Frankreich und Mexico.

Die Triple-Allianz gegen Mexico.

Weitaus bedeutsamer für die allgemeine Geschichte wie für die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika war aber der Versuch, diesem Systeme in Mexico ein Ende zu machen und es durch das Kaiserthum zu ersetzen. Benito Juarez hatte durch die Bestätigung des Congreßbeschlusses vom 17. Juli 1861, der die Zahlungen an das Ausland für zwei Jahre einzustellen befahl, größeren Verwicklungen die Wege gebahnt, als er ahnen mochte. Wider Erwarten verbanden sich Frankreich, England und Spanien am 31. October um durch bewaffnete Einmischung die Befriedigung der beträchtlichen Geldforderungen ihrer Angehörigen zu erzwingen. Alle weitergehenden Pläne wurden in dem Vertrage geleugnet, jede Absicht eines Gebietserwerbes oder einer Umgestaltung der mexicanischen Verfassung ausdrücklich ausgeschlossen, und daß es Ernst mit diesen Betheurungen sei, durch die Einladung an die Union, dem Bündnisse beizutreten, bekräftigt. Lincoln ließ diese Einladung durch Seward unbedingt ablehnen. Auch wenn der Sonderbundskrieg nicht alle geistigen und materiellen Kräfte der Union vollauf in Anspruch genommen hätte, würde ein Bündniß mit europäischen gegen einen amerikanischen Staat so sehr gegen alle Ueberlieferungen der heimischen Politik gewesen sein, daß die unbedingte Ablehnung selbstverständlich war. Ueberdies war Juarez nicht allein der von den Vereinigten Staaten begünstigte Präsident, gegen den feindlich einzuschreiten die angekündigte Zahlungseinstellung keinen genügenden Grund bot, sondern es befanden sich auch unter den drei Mächten zwei, deren jüngstes Verhalten in Washington ernstlich beunruhigte. Erst wenige Monate waren verstrichen, seit Spanien seine Flagge wieder in San Domingo wehen ließ, und was Frankreich betraf, so wußte man, daß Garcia Moreno, der Präsident von Ecuador, sich mit dem Plane trug, ihm das Protectorat über die Republik von Quito anzutragen. Lag also die Gefahr, daß der Sonderbundskrieg ernstliche Verletzungen der Monroe-Doctrin im Gefolge haben werde, sehr nah, so verstand es sich von selbst, daß die Union trotz ihrer eigenen Bedrängniß nicht gegen, sondern für Mexico eintrat. Seward verband deshalb mit seiner Ablehnung, an dem Dreibunde Theil zu nehmen, die Ankündigung, daß er Juarez seine Hülfe angeboten habe, um die gerechten Ansprüche der Mächte zu befriedigen, mit andern Worten, daß die Vereinigten Staaten in irgend einer Form bereit seien, die Geldforderungen der europäischen Mächte an Mexico, die auf etwa 400 Millionen Mark zu schätzen waren, auf sich übertragen zu lassen.

Landung der Europäer.

Diese Antwort war kaum von Washington abgegangen, als die Spanier unter General Prim vor Vera-Cruz erschienen und die Stadt am 18. December 1861 ohne Widerstand besetzten. In der ersten Woche des Januar 1862 folgten ihnen die Franzosen und Engländer unter Jurien de la Gravière und Dunlop. Ein gemeinsamer Aufruf an die Mexicaner und eine gemeinsame Note an Juarez betheuerte die Absicht der drei Mächte, sich in die inneren

Angelegenheiten des Landes nicht zu mischen; aber es war darin doch auch von der Wiedergeburt Mexicos die Rede, deren Zeugen und wenn nöthig Beschützer die Bevollmächtigten sein würden, und der Vertreter Frankreichs machte seinen Collegen gar kein Hehl daraus, daß der Kaiser Napoleon diese Wiedergeburt durch monarchische Einrichtungen am besten zu fördern glaube. Unverkennbar hing mit diesen Hintergedanken die Höhe und die schlechte Begründung der französischen Geldforderungen zusammen; sie überschritten dergestalt die Erwartungen des englischen und des spanischen Commissars, daß beide sich weigerten, sie anzuerkennen. Von vornherein war also die Einigkeit zwischen den drei Mächten zerstört und nur mit Mühe verständigte man sich noch über die nächsten Maßnahmen: die Forderung an Juarez, den verbündeten Truppen um die Mitte des Februar die Städte Xalapa und Orizaba zu öffnen, weil das Klima in Vera-Cruz um diese Zeit ungesund werde, und den Vorschlag einer Conferenz zwischen General Prim als Vertreter der Verbündeten und General Doblado, dem mexicanischen Kriegsminister. Zu dieser Conferenz gab Juarez seine Einwilligung; sie fand am 19. Februar in Soledad statt und führte zu einem Abkommen, in welchem die drei Mächte Juarez anerkannten, Unterhandlungen über die Befriedigung ihrer Forderungen in Orizaba zu eröffnen versprachen, dafür das Recht erhielten diese Stadt und einige andre zu besetzen, in Vera-Cruz aber die mexicanische Flagge wieder aufzuziehen sich verpflichteten. Der Beginn der Unterhandlungen von Orizaba wurde auf das Verlangen der französischen Bevollmächtigten erst auf den 15. April angesetzt; sie wußten, daß ihr Verfahren den Absichten des Kaisers nicht entspreche, und wollten deshalb erst neue Weisungen einholen. Diese kamen unerwartet früh schon Ende Februar an und ihr Ueberbringer, General Almonte, einst Gesandter Miramons in Paris, jetzt von Juarez verbannt und ein leidenschaftlicher Feind desselben, bürgte schon durch seine Person dafür, daß sie mit dem Abkommen von Soledad unvereinbar seien. Er eröffnete den Bevollmächtigten, daß der Kaiser Napoleon ihm seine Unterstützung versprochen habe, um dem Erzherzog Maximilian von Oestreich die mexicanische Krone zu verschaffen; er hoffe in zwei Monaten diesen Plan verwirklichen zu können und rechne auch auf die Unterstützung Englands und Spaniens. Sofort erklärten ihm Prim und Sir Charles Wyke, der diplomatische Vertreter Englands im Hauptquartier, daß sie im Gegentheil auf solche Pläne sich nicht von ferne einlassen könnten, und daß sie ihm, als einem Feinde der Regierung, mit der sie unterhandelten, nicht einmal ihren Schutz gewähren würden. Die französischen Bevollmächtigten dagegen, neben dem Admiral Jurien der Graf Dubois de Saligny, ließen trotzdem Almonte nicht allein im Hauptquartier verweilen, sondern kündigten auch die Abkunft von Soledad auf und zogen ihre Truppen in die Stellungen zurück, welche für diesen Fall vereinbart waren. Nur um der Form zu genügen fand am 9. April noch eine Zusammenkunft aller Vertreter der drei Mächte statt; eine Verständigung war nicht möglich; das Protocoll konnte nur constatiren, daß England und Spanien in dem Verfahren

Convention von Soledad.

Auflösung der Triple-Allianz.

Vormarsch der Franzosen.

Frankreichs einen Bruch des Londoner Vertrags vom 31. October erblickten, und daß sie fortan gesondert handeln würden. Auf die Mittheilung dieser Vorgänge versprach Juarez mit ihnen in Mexico selbst Verhandlungen über ihre Beschwerden zu beginnen und rief seine Landsleute zum Kriege gegen die Franzosen auf. Diese hatten inzwischen Verstärkungen erhalten und General Lorencez, der sie überbrachte, übernahm an Juriens Stelle den Oberbefehl; Almonte ließ sich unter ihrem Schutze zum Präsidenten ausrufen und sammelte um sich, was an Parteigängern unter dem General Marquez und Andern gegen Juarez unter den Fahnen stand. Noch Ende April begann, während die Spanier und Engländer abzogen, der Vormarsch. Aber die Prophezeiung Prims, daß eine Schlappe die erste Folge sein werde, sollte sich schnell erfüllen. Lorencez wurde am 5. Mai von den Mauern Pueblas so scharf zurückgewiesen, daß er den Rückzug nach Orizaba antreten und sich dort gegen die Angriffe der Generale Zaragoza und Ortega durch Verschanzungen decken mußte. Almontes zwei Monate verstrichen und verdoppelten sich, ohne daß seine Pläne den geringsten Fortschritt machten, ohne daß er auch nur mit dem Namen Maximilians hervorzurücken wagte. Auch Napoleon hielt es für gerathen die Herstellung der Monarchie in Mexico noch als eine offene Frage zu behandeln. Als die Opposition im gesetzgebenden Körper gegen die Bewilligung der 15 Millionen sprach, die er für den mexicanischen Feldzug forderte, ließ er durch Billault erklären, daß unter Frankreichs Schutze die Bevölkerung selbst über die Regierungsform entscheiden solle und daß er selbst Juarez anerkennen werde, wenn die Abstimmung zu dessen Gunsten ausfalle. Als dringend erforderlich aber bezeichnete er die Besetzung der Hauptstadt durch französische Truppen, und da Lorencez den in ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprochen hatte, schickte er den Marschall Forey mit neuen Truppen ab, ihn zu ersetzen. In einem offenen Briefe vom 3. Juli 1862 theilte er demselben die Gesichtspuncte mit, von denen er sich leiten lasse, und die, wie er hoffte, auch das französische Volk für seine Unternehmung begeistern sollten. Die Blüte Amerikas sei zwar für Europa von höchster Wichtigkeit, aber trotzdem sei es für Frankreich gar nicht wünschenswerth, daß grade die Vereinigten Staaten sich des ganzen Golfs von Mexico bemächtigten und von da auch Südamerika beherrschten; es komme vielmehr darauf an der lateinischen Rasse jenseits des Oceans ihre Stärke und ihren Einfluß wiederzugeben und das werde am erfolgreichsten durch die Begründung einer Monarchie oder doch einer starken Regierung in Mexico erreicht werden. Die Mißgunst gegen die Union, die in diesem Briefe schon wenig verhüllt zu Tage trat, verleitete den Kaiser im October sogar zu dem Antrag an England und Rußland, gemeinsam in dem Bürgerkriege un natürlich zu Gunsten des Sonderbundes zu vermitteln, ein Schritt der keine anderen Folgen hatte, als das Bündniß zwischen Juarez und den Vereinigten Staaten fester zu knüpfen und des Ersterer Widerstandskraft dadurch erheblich zu erhöhen.

Napoleons Brief an Forey.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ließ auch, nachdem Forey

im September den mexicanischen Boden betreten hatte, noch monatelang auf sich warten, theils weil die Jahreszeit ungünstig war, theils weil umfassende Vorbereitungen für die Verproviantirung des Heeres getroffen werden mußten; kaum daß kleinere Unternehmungen wie die Besetzung von Tampico oder Xalapa die Unthätigkeit unterbrachen. Erst Ende Februar 1863 begann der Vormarsch gegen Puebla, erst am 16. März die Belagerung dieser Stadt. Acht Wochen hindurch leistete sie mit einer Besatzung von 12,000 Mann tapferen Widerstand; als aber eine Entsatzarmee unter Commonfort geschlagen und das schwere Belagerungsgeschütz eingetroffen war, ging es schnell zu Ende; am 17. Mai ward Bresche geschossen und die Stadt erstürmt. Sofort setzte sich die Vorhut unter General Bazaine gegen Mexico selbst in Bewegung; glaubte Napoleon doch, dort angekommen, am Ziele seiner Wünsche zu sein. Juarez hingegen gab die Hauptstadt ohne weiteren Kampf preis, verlegte die Regierung am 29. Mai nach San Luis de Potosi und rief die Bevölkerung zu erneuten Anstrengungen auf. Die Bildung einer Gegenregierung stieß somit auf keine Schwierigkeiten; kaum war Forey am 10. Juni in Mexico eingezogen, so ernannte er eine Oberjunta, die den General Almonte, den Erzbischof Labastida und den General Salas mit der Regierungsgewalt bekleidete; eine Versammlung von etwa 180 Notabeln, die der Ernennung und dem Rufe Foreys Folge leisteten, bestätigte ihre Vollmachten und beschloß überdies am 11. Juli den Erzherzog Maximilian als Kaiser auszurufen. Eine Deputation schiffte sich nach Europa ein und empfing am 3. October von dem Erwählten die Zusicherung, daß er die hohe Aufgabe, die man ihm übertrage, zu übernehmen bereit sei, sobald das mexicanische Volk in freier Abstimmung die Wahl der Notablen bestätigt und er selbst die Bürgschaften gefunden habe, die das zu errichtende Kaiserreich vor den ihm drohenden Gefahren sichern könnten. Diese Bürgschaften erwartete er von Napoleon und theilweise auch vom Papste. So wenig Maximilian seiner ganzen Denkweise nach dem Ultramontanismus huldigte, so konnte er doch nur auf diesen als eine willige Stütze rechnen; er mußte ihm daher zweifelsohne viele Zugeständnisse zu machen bereit sein, aber ebenso dringend mußte er wünschen darin Maß halten zu können, und das ihm zu ermöglichen war nur der Papst im Stande. Die einheimischen mexicanischen Prälaten, der Regent Labastida voran, erwarteten von den neuen Zuständen vor Allem doch die Aufhebung der kirchenfeindlichen Gesetzgebung und die Rückerstattung der eingezogenen Kirchengüter. Sie gingen in diesen Forderungen so weit, daß weder Forey noch Bazaine, der den heimkehrenden Obergeneral seit dem . October ersetzte, weder Almonte noch Salas, die beide doch altbewährte Ultramontane waren, davon etwas hören wollten. Enttäuscht zog sich Labastida noch vor Schluß des Jahres aus der Regentschaft zurück, legte feierlich Verwahrung gegen den Verkauf der Kirchengüter ein und schleuderte gegen die Käufer den Bann. Offenbar bedurfte Maximilian dem gegenüber päpstliche Hülfe, denn die Rückgabe der eingezogenen Güter war bei dem Stande der mexicanischen

Eroberung von Puebla.

Wahl Maximilians zum Kaiser.

Maximilians Verhandlungen mit dem Papst und Napoleon.

Finanzen rein unmöglich; er verhandelte also mit Rom, besuchte den heiligen Vater persönlich im April 1864, ehe er sich nach Amerika einschiffte, und empfing nicht allein den päpstlichen Segen, sondern auch die Zusicherung, daß ein Nuntius mit versöhnlichen Vollmachten ihm baldigst in sein Reich folgen solle. Weit umfassender aber als diese Verhandlungen waren die, welche der erwählte Kaiser mit Napoleon zu führen hatte; auch diese brachte er persönlich während eines Aufenthaltes in Paris Anfang März 1864 zum Abschluß. Frankreich verpflichtete sich demnach, 25,000 Mann bis auf Weiteres in Mexico zu lassen und die Zahl nur allmälig zu verringern; dafür erhielt es vom 1. Juli ab je 1000 Francs jährlich für den Mann, während die Gesammtsumme der Kriegskosten bis zum 1. Juli auf 270 Millionen berechnet wurde und bei dreiprocentiger Verzinsung nach und nach abgetragen werden sollte. Als Anzahlung wurden 66 Millionen gefordert, wovon 12 Millionen unter die Gläubiger, um deretwillen die Expedition begonnen war, zu vertheilen seien; weiterhin sollte die jährliche Abschlagszahlung auf alle diese Schulden zusammen 25 Millionen betragen. Jene 66 Millionen wurden in Schuldscheinen einer neuen Anleihe von 6 Millionen Pfund (200 Mill. Frcs.) berichtigt, die Maximilian in London zum Curse von 63 pCt. bei 6 pCt. Zinsen, also thatsächlich zu 9½ pCt. abschloß.

Maximilian in Mexico.

Als durch diese Verträge die Bürgschaften, von denen Maximilian gesprochen, gewonnen waren, empfing er die Deputation am 10. April 1864 in seinem Schlosse Miramar von Neuem und nahm die Kaiserkrone endgültig an. Die allgemeine Abstimmung, die er überdies gefordert, war mittlerweile auch vollzogen und zwar in viel größerem Umfange als man hatte annehmen können. Denn Juarez vermochte sich den geschlossenen Colonnen der Franzosen gegenüber niemals zu halten; seine Generale wichen aus Potosi, Guadalaxara, Zacatecas, kurz wo der Feind erschien, zurück und die Abstimmung ging überall mit dem geforderten Erfolge von Statten. Rückten dann freilich die Franzosen weiter vor, so tauchten auch die juaristischen Banden wieder auf, und zu einer Befestigung des neuen Regimentes kam es kaum in den größeren Städten. Immerhin waren unter der Bevölkerung von Mexico mannichfache Sympathien für den Kaiser vorhanden, und als derselbe mit seiner Gemahlin Charlotte, der Tochter Leopolds I. von Belgien, am 29. Mai in Vera-Cruz landete und am 12. Juni in die Hauptstadt einzog, da fehlte es neben den überschwenglichen offiziellen Huldigungen doch auch nicht an Begrüßungen aller Art, die den Stempel der Freiwilligkeit an sich trugen. Die ersten Maßregeln des Herrschers deuteten auf ein freisinniges wohlwollendes Regiment hin, wie man es nach seiner Vergangenheit von ihm erwarten durfte. Wenn die Häupter der Rückschrittspartei, Almonte, Miramon, Mejia sammt dem alten heimgekehrten Santana zu Feldmarschällen ernannt wurden, so berief der Kaiser in sein Ministerium doch liberale Männer; er befahl die Aufhebung der Censur, schuf eine Art Landwehr und die Anfänge eines regelmäßigen mexicanischen Heeres, bereiste fast n Vierteljahr lang die ihm anhänglichen Provinzen und verkündete i n

päpstlichen Nuntius Meglia zum Trotz die Religionsfreiheit und die Bestätigung des Verkaufs der Kirchengüter, über die Meglia unerhörter Weise die versprochenen Vollmachten doch nicht mitgebracht hatte. Während dessen fuhren die Franzosen fort die entlegeneren Provinzen zu durchstreifen; Durango und Monterey im Norden, Oaxaca im Süden der Hauptstadt, Mazatlan an der Westküste und Matamoros am mexicanischen Golf wurden den Generalen des Juarez entrissen; der flüchtige Präsident mußte hoch im Norden in Chihuahua den Sitz seiner Regierung aufschlagen, und Bazaine ward von seinem erfreuten Kaiser mit dem Marschallstabe ausgezeichnet. Geringe Zwischenfälle abgerechnet, entwickelte sich auch im folgenden Jahre Alles in derselben Richtung wie bisher. Die kaiserliche Armee gewann an Stärke, die Fremdenlegionen, Franzosen, Belgier, Oestreicher, zusammen gegen 15,000 Mann, erwiesen sich fast überall den einheimischen Banden weit überlegen, Juarez wurde selbst aus Chihuahua vertrieben und nahm seinen Aufenthalt in Paso del Norte, einem Städtchen am Rio del Norte, hart an der Grenze der Union gelegen. Maximilian glaubte den Gegner bereits völlig verjagt und verkündete durch eine Proclamation vom 2. October, der ehemalige Präsident habe den Boden Mexicos verlassen und wer fortan noch in seinem Namen kämpfe, könne nicht mehr als Soldat, sondern nur noch als Bandit angesehen und demgemäß behandelt werden; ein Kriegsgericht sollte jeden gefangenen Guerilla zum Tode verurtheilen und die Strafe binnen 24 Stunden vollstrecken lassen. Unglücklicher Weise kam dieses Decret wirklich zur Anwendung: zwei juaristische Generale wurden auf Grund desselben am 13. October erschossen. Die Wirkung war natürlich nicht die Einschüchterung, sondern im Gegentheil die heftigste Erbitterung der Gegner. Von einem Erlahmen des Aufstandes konnte man ernsthaft ebenso wenig sprechen wie von einem Erstarken des Kaiserthums. Die Steuern gingen so mangelhaft ein und standen zu den Ausgaben in so schlimmem Verhältniß, daß der Voranschlag für 1866 auf 15 Millionen Dollars Einnahme ein Deficit von 25 Millionen brachte. Die Gelder der Anleihe von 1864 waren längst aufgezehrt, schon im April 1865 waren neue 250 Millionen Francs angeliehen, sechsprocentig zum Curse von 54 pCt., also in Wahrheit nur 136 Millionen zu beinah 12 pCt. Zinsen. Die innere Verwaltung hatte nur geringe Fortschritte gemacht, eine Verfassungsurkunde vom 10. April 1865 stand blos auf dem Papier, die Widersetzlichkeit der Geistlichen nahm eher zu als ab, und der päpstliche Nuntius trieb seine Dreistigkeit so weit, den Kaiser einen Unterthan des Papstes zu nennen und ihm das Recht zu bestreiten, der Veröffentlichung päpstlicher Befehle entgegen zu treten.

Juarez' Bedrängniß.

Gedrückte Lage des Kaiserreichs.

Gefahrdrohender als alles dies war aber die Haltung der Vereinigten Staaten. Seit dem April dieses Jahres war der Sonderbund vernichtet und die Union stand da in voller Rüstung, wohlbefähigt troß alles französischen Schutzes der monarchischen Regierungsform an ihren Grenzen ein schnelles Ende zu machen. Was half es Maximilian, daß alle europäischen Großmächte ihn anerkannt hatten,

Drohende Haltung der Union.

so lange Lincoln oder Johnson sich weigerte seine Gesandten zu empfangen und mit Juarez als dem allein berechtigten Oberhaupte Mexicos verhandelten? Als er im April 1864 die Krone annahm, hatte er sich der Hoffnung hingegeben, daß ihm die Anerkennung der Union nicht lange fehlen werde; denn Lincoln hatte bis dahin die strengste Neutralität beobachtet und Seward noch in einer Depesche vom 23. October 1863 versichert, daß die Vereinigten Staaten die Einführung irgend einer vom Volke Mexicos freigewählten Regierungsform nicht verhindern würden. Sogar der Senat schien die Begründung des Kaiserthums über sich ergehen lassen zu wollen, denn er vermied es sich einen Beschluß des Repräsentantenhauses anzueignen, durch welchen dieses am 4. April 1864 einstimmig die beklagenswerthen Vorgänge in Mexico verdammt und die Voraussetzung zurückgewiesen hatte, als ob der Congreß je eine in Amerika unter europäischem Schutze auf den Trümmern einer Republik errichtete Monarchie anerkennen werde. Ein volles Jahr hindurch war dann von der Unionsregierung kein irgend verfänglicher Schritt gethan, aber nach der Beendigung des Sonderbundskrieges wurde die Sprache, die Seward gegen den französischen Gesandten führte, immer ernster. Napoleon bot aus freien Stücken die Heimkehr seiner Truppen aus Mexico an, wenn Präsident Johnson die Regierung Maximilians nur als die thatsächlich bestehende anerkennen wolle; Seward aber erklärte diese Bedingung für ganz unerfüllbar, denn die Unzufriedenheit in den Vereinigten Staaten beruhe nicht auf der Anwesenheit einer fremden, geschweige denn grade einer französischen Armee, sondern auf der Errichtung des Kaiserthums in Mexico. Er forderte daher am 6. December und durch einen Congreßbeschluß vom 12. gedrängt noch entschiedener am 16., daß Frankreich es zur Vermeidung drohender Gefahren mit seinen Interessen und seiner Ehre vereinbar finden möge, ohne weitere Bedingungen seine Truppen aus Amerika zurückzuziehen. Thatsächlich war Napoleon auch dazu bereit; aber um die Form zu wahren mußte Drouyn de l'Huys am 9. Januar 1866 doch noch eine Bedingung stellen: die der strengsten Neutralität von Seiten der Vereinigten Staaten. Auf beiden Seiten des Oceanes wußte man recht wohl, daß diese ohnedies vollkommen gesichert und daß Maximilians Sturz auch ohne amerikanische Einmischung unvermeidlich war, sobald die Franzosen ihn verließen. Aber das ausdrückliche Versprechen Sewards den Dingen in Mexico ihren Lauf zu lassen, beseitigte doch den üblen Schein, als ob Frankreichs Banner vor dem der Union weiche und gab dem gesetzgebenden Körper in Paris die Möglichkeit stolz zu erklären, Frankreich habe die Gewohnheit sich nur zu seiner Stunde in Bewegung zu setzen. Betrogen bei der ganzen Sache war nur der arme Maximilian. Als im Februar 1866 Baron Seillard von Napoleon gesendet bei ihm eintraf, um ihm die Rückkehr der französischen Truppen anzumelden und dieselbe durch geeignete Bestimmungen zu regeln, war sein Schicksal entschieden. Entschlossen nicht zu weichen suchte der Kaiser nach irgend einem andern Rettungsanker; ein Vertrag, den er am 11. März

Abzug der Franzosen.

1866 mit seinem Bruder, dem Kaiser von Oestreich schloß, sicherte ihm das Recht, im laufenden Jahre 4000 und in jedem folgenden bis 1870 je 2000 Mann in Oestreich für seine Fremdenlegion anzuwerben. Aber auch hier griff die Union erbarmungslos dazwischen; Seward erhob die entschiedenste Verwahrung gegen jede Einschiffung von Truppen nach Mexico, und als im Mai die ersten tausend Mann in Triest zur Abfahrt bereit waren, kam wirklich aus Wien das Verbot, das auch diese Hoffnung Maximilians zu Nichte machte. Bald nach dem Eintreffen dieser Unglücksbotschaft begannen die Franzosen die entfernteren Provinzen zu räumen und die Einschiffung in Vera-Cruz vorzubereiten; im November 1866 sollte der erste Theil, im März 1867 ein zweiter, im November dieses Jahres der Rest ihrer Truppen die Heimfahrt antreten. Nicht zufrieden damit, entriß Napoleon der mexicanischen Regierung aber auch noch ihre beste Einnahmequelle; ein Vertrag vom 30. Juli zwang sie die Hafenzölle in Vera-Cruz und Tampico (das übrigens zwei Tage darauf schon von den Juaristen besetzt wurde) als Entschädigung für die jährliche Zahlung von 25 Millionen Franken, die in dem Vertrage von Miramar festgesetzt war, an Frankreich abzutreten. In dieser verzweifelten Lage machte sich die Kaiserin Charlotte selbst auf die Reise nach Europa um Napoleon persönlich an seine Versprechungen zu erinnern und für mildere Bedingungen zu gewinnen. Allein ihr vierzehntägiger Aufenthalt in Paris war gänzlich ohne Erfolg; nur den einen Rath hatte der Kaiser für sie, daß sie Maximilian zur Niederlegung der Krone bereden möge, und nur das eine Versprechen, daß er um Zeit für diesen Schritt zu geben den Abzug des ersten Theiles seiner Truppen bis zum Frühjahr 1867 verschieben, dann aber das ganze Heer auf einmal zurückziehen wolle. Auch in Rom, wohin die Kaiserin sich von Paris begab, fand sie keinen Trost und keine Hülfe; die gewaltige Erregung überstieg ihre Kräfte und Anfang October befiel unheilbarer Irrsinn ihren Geist. Dieser neue schwere Schlag erschütterte auch die Festigkeit Maximilians; fiel er doch zusammen mit der Ankunft eines neuen napoleonischen Boten, des Generals Castelnau, der den Auftrag hatte, ihm die Abdankung zu empfehlen und dann gemeinsam mit Gesandten der Vereinigten Staaten (dem General Sherman und dem Gesandten bei Juarez, Campbell) die Begründung einer neuen liberalen und republikanischen Regierung in Mexico zu befördern. Diesen zweiten Auftrag hatte freilich Napoleon selbst unmöglich gemacht, als er die Rückkehr seiner Truppen bis zum Frühjahr verschob; Seward antwortete auf die Mittheilung dieses Entschlusses in der ernstesten Tonart; er sprach am 23. November die Erwartung aus, daß der Kaiser in angemessener Frist durch den Telegraphen oder die Post befriedigende Aufklärungen gebe, ließ Sherman, der bereits in Vera-Cruz war, zurückkommen, schickte Campbell zu Juarez, der seinen Sitz schon wieder in Durango aufschlug, und wies die Unionstruppen in Texas an, der besonderen Befehle des Präsidenten gewärtig zu sein. Aber wenn durch diesen Zwischenfall die geplante französisch-amerikanische Einmischung einst-

Kaiserin Charlotte.

Maximilians Schwanken.

weilen vereitelt war, so stand sich Maximilian bei der ausschließlich amerikanischen um Nichts besser. Am 21. October, noch ehe er Castelnau empfangen, verließ er die Hauptstadt, in der Bazaine den Befehl übernahm, und begab sich nach Orizaba. Hier versammelte er am 24. November die Minister und den Staatsrath, erklärte, daß er seine Person für ein Hinderniß des Friedens halte und zurückzutreten bereit sei, fand aber unter 22 Anwesenden nur zwei, die seine Abdankung billigten. Die andern zwanzig forderten, daß er die Regierung fortführe, bis ein Nationalcongreß, zu dem auch die Juaristen Zutritt haben sollten, über die Frage, ob Republik ob Monarchie, entschieden hätte. Es war doch eine eitle Hoffnung, daß die Gegner an einem solchen Congreß überhaupt theilnehmen würden; machte sie doch jeder Tag im Süden wie im Norden zu Herren neuer Provinzen und verbürgte ihnen folglich den schließlichen Sieg ohne jedes Zugeständniß an den Kaiser. Vor den Franzosen hatten sie keine Angst mehr; zu offenkundig lag es vor Aller Augen, daß Maximilian von ihnen nichts mehr zu erwarten habe. Wie der Moniteur schon im September zur Anzeige brachte, daß Napoleon die Ernennung zweier Franzosen zu mexicanischen Ministern nicht gestattet habe, so forderte im December Bazaine seine Landsleute in der mexicanischen Armee auf, sich den heimkehrenden kaiserlichen Truppen anzuschließen; Maximilian selbst löste auf Napoleons Verlangen die Fremdenlegionen auf und empfahl ihnen das Gleiche. Ende December war nur noch die Hauptstadt und was an der Straße von dort nach Vera-Cruz lag von den Franzosen besetzt; auf derselben Straße in Puebla standen einheimische Truppen unter Marquez; Miramon in Guadalaxara und Mejia in San Luis Potosi hatten den Rest von Maximilians Streitkräften bei sich; alles übrige Land war in den Händen der Juaristen, die bis Xalapa, zehn Meilen von Vera-Cruz vorgedrungen waren.

Siege der Juaristen.

Noch einmal kehrte der Kaiser in seine Hauptstadt zurück, nicht um den Nationalcongreß dort zu begrüßen, denn dieser Plan war als unausführbar aufgegeben, sondern um den Rath einer kleinen Versammlung von Notabeln einzuholen, die am 14. Januar 1867 zusammentrat und trotz der Abmahnungen Bazaines, der selbst in ihrer Mitte erschien, mit großer Mehrheit ihn bat, nicht abzudanken. Maximilian ließ sich bereden. Er sah den Abzug der Franzosen aus der Hauptstadt am 5. Februar, er erfuhr, daß Miramon von Escobedo, einem der tüchtigsten Generale der Republikaner, geschlagen sei, er empfing eine letzte Einladung Bazaines, sich den heimkehrenden Franzosen anzuschließen; aber sein Ehrgefühl sträubte sich dagegen, unter dem Schutze derer, die ihn herbeigelockt und ihn jetzt verließen, gleichsam mit dem Troß der napoleonischen Armee die Rückfahrt anzutreten. Während er Marquez in Mexico zurückließ um die Stadt gegen den Juaristen Porfirio Diaz zu vertheidigen, der Oaxaca genommen hatte und von Süden her anrückte, wandte er sich selbst gegen Escobedo und bezog eine abwartende Stellung in Queretaro. Bald war er von allen Seiten umschlossen und konnte nur noch die

eine Hoffnung hegen, sich um jeden Preis nach der Küste durchzuschlagen. Was er aus dem Lande erfuhr, war nichts als Unglück. Die letzten französischen Truppen hatten sich am 6. März eingeschifft, die letzten französischen Schiffe zehn Tage später die Rhede von Vera-Cruz verlassen; viel werthvolles Kriegsmaterial, das sie nicht mitnehmen konnten, hatten sie vernichtet, anderes gar für Schleuderpreise an Zwischenhändler verkauft, die in Juarez' Auftrage handelten. Marquez war Porfirio entgegen gezogen und von ihm geschlagen; Puebla ward am 2. April von den Republikanern erstürmt, Mexico kaum vierzehn Tage später belagert. Die Zeit zum Aufbruch drängte und zum 15. Mai ward er beschlossen. Aber unterdessen hatte der Verrath auch in der kleinen Schaar, die noch zu Maximilian hielt, sein Werkzeug gefunden: ein Oberst, Miguel Lopez, unterhandelte mit Escobedo und verkaufte für 10,000 Piaster den Ahnungslosen. In der Nacht zum 15. Mai ließ er republikanische Truppen heimlich in zwei Klöster von Queretaro und machte dadurch jeden ferneren Widerstand unmöglich; auf dem Hauptplatze der Stadt fand sich Maximilian umzingelt und mußte mit Miramon und Mejia sich ergeben.

Der Fall von Queretaro.

Die europäischen Mächte waren lange auf dieses Ereigniß vorbereitet und hatten sich ernstlich bemüht die wahrscheinliche Folge, des Kaisers Erschießung, abzuwenden. Allein selbst die Stimme der Vereinigten Staaten, die bei Juarez um Schonung bat, verhallte ungehört, wie viel mehr denn die des preußischen und der übrigen Gesandten. Eine Unterredung, die Maximilian von seinem siegreichen Gegner erbat, ward ihm verweigert, ein Kriegsgericht verurtheilte ihn sammt Miramon und Mejia zum Tode. Unter den Anklagepuncten stand die Erschießung der Gefangenen auf Grund des Erlasses vom 3. October 1865 in vorderster Reihe; den Republikanern erschien das Todesurtheil gegen den Kaiser als eine billige Vergeltung dessen, was er selbst an Anderen gethan. In der Frühe des 19. Juni ward auf dem Platze, wo er sich ergeben, an Max und seinen Schicksalsgenossen der kriegsrechtliche Spruch vollstreckt. Der Leiche ward eine ehrenvolle Behandlung zu Theil; ihre Auslieferung an den Kaiser von Oestreich ward nur von einem ausdrücklichen Gesuch abhängig gemacht; als dies erfolgt war, durfte Admiral Tegetthoff auf derselben Fregatte Novara, die drei Jahre früher das Kaiserpaar nach Mexico geführt, die letzten Ueberreste des unglücklichen Habsburgers nach Europa zurückgeleiten, wo sie am 18. Januar 1868 bei den Kapuzinern in Wien zur Ruhe bestattet wurden.

Maximilians Tod.

In Mexico kehrte auch nach dem Sturze des Kaiserthums vollkommene Ordnung nicht wieder ein; aber verhältnißmäßig friedlich konnten die Zustände fortan doch genannt werden. Die Hauptstadt selbst und Vera-Cruz ergaben sich unmittelbar nach dem Eintreffen der Todesbotschaft aus Queretaro den juaristischen Generalen; der siegreiche Präsident, dessen Amt verfassungsmäßig längst abgelaufen war, wurde wieder gewählt und hielt am Weihnachtstage einen pomphaften Einzug in Mexico. Von den europäischen Mächten ward er nur zögernd anerkannt; lange Zeit war der preußische Gesandte der einzige euro-

Die Zustände in Mexico.

päische Vertreter. Aufstände in verschiedenen Provinzen wurden mühsam, aber glücklich niedergeschlagen, nicht die wenigsten durch Escobedo, der Juarez' beste militärische Stütze blieb, während Porfirio Diaz selbst sich gegen ihn auflehnte. Noch einmal ward nach dem Ablauf seiner Amtszeit Juarez 1871 mit der ersten Würde seines Landes bekleidet, doch überlebte er diesen Triumph nicht lange: er starb am 18. Juli 1872 und erhielt zum Nachfolger seinen langjährigen Freund und Minister Lerdo de Tejada. Handelsverträge mit auswärtigen Mächten, Eisenbahnbauten, Bemühungen zur Hebung des Unterrichts, strenge Maßregeln gegen den Clerus, Reformen in der Verwaltung brachten manchen Fortschritt im Einzelnen zu Stande, ohne die Grundübel der Parteiung, der Ueberschuldung, der Gesetzesverachtung bewältigen zu können, und in den Vereinigten Staaten erschollen von Zeit zu Zeit immer wieder die alten Stimmen, welche die Abtrennung der Grenzprovinzen von Mexico und ihre Vereinigung mit der Union als das beste und das einzige Heilmittel verkündeten, das zu erfinnen sei, ein Heilmittel, das so lange in passenden Zwischenräumen stets von Neuem angewendet werden müsse, bis das Sternenbanner über den Forts von Vera-Cruz und am Golf von Tehuantepec flattre.

Juarez' Tod.

Der deutsch-dänische Krieg.

Das tragische Ende Maximilians mochte jenseits des Meeres als gerechte Strafe für einen unberufenen Versuch, monarchische Formen nach Amerika zu übertragen, aufgefaßt werden: in Europa rief es doch ungetheiltes Mitgefühl hervor und erstickte die Stimme des Tadels, dem das abenteuerliche Unternehmen reichlich genug begegnet war. Der jugendkräftige Erzherzog — er war bei seinem Tode 35 Jahre alt — hatte seinen hochfliegenden Ehrgeiz so schwer gebüßt, daß ein natürliches Gefühl den Beurtheiler weit eher auf die rühmlichen Seiten seines Wesens und seines Wagnisses, als auf die Schatten, die sich darum lagerten, hinwies. Wenn es ihm geglückt wäre, in diesem reichen und begünstigten, diesem zerklüfteten und frevelhaft ruinirten Lande ein dauerhaftes, schöpferisches Regiment zu begründen, welchen Ruhmeskranz würde die Geschichte, würde das Mexico der Zukunft um die Stirne des Erretters gewunden haben. Nun es gescheitert war, durfte man da den Stein auf Maximilian werfen, der doch unbestreitbar seine beste Kraft, sein ganzes Selbst für die Sache, die er erkoren, eingesetzt hatte? Mußte man nicht den für Alles verantwortlich machen, der das Unternehmen eingefädelt und sein williges und vertrauensvolles Werkzeug dann schmählich im Stich gelassen hatte? In der That fiel die ganze Schmach und der ganze Schaden des traurigen Ausgangs auf Napoleons schuldvolles Haupt zurück. Und nicht blos des Ausgangs. Daß dieser Zug nach Mexico kein gutes Ende nehmen werde, hatten die Gegner des Kaiserreiches lange vorausgesagt, und jeder Schlag, der drüben gegen Maximilian fiel, ward in Europa als ein Schlag gegen den fran-

Bedeutung der mexicanischen Expedition.

Napoleons Stellung in Europa.

zösischen Kaiser mit Schadenfreude begrüßt; über dem Wunsche Napoleon gedemüthigt zu sehen, ward jeder Vortheil, den das Gelingen bot, bereitwillig vergessen. Die Fülle von Verlegenheiten, die sich seit dem Bruche des Uebereinkommens von Soledad für den Kaiser herausstellten, übte den stärksten Einfluß auf seine europäische Politik; die bedrängten Finanzen Frankreichs wurden durch die Millionen, die Mexico verschlang, empfindlich belastet; ein starkes Truppencorps, das jeden Augenblick Nachschub erfordern konnte, war der Verwendung in der Heimat entzogen; die reichen Vorräthe der französischen Zeughäuser und Magazine wurden bei dem überseeischen Unternehmen vergeudet; ein Krieg mit der nordamerikanischen Union gehörte zu den wahrscheinlichsten Ereignissen, sobald europäische Verwicklungen den Kaiser zu einem anderen Kriege verlockt hätten. Aber schlimmer als Alles waren doch die moralischen Folgen, die Unzufriedenheit, die sich in Frankreich verbreitete, die Erschütterung des Glaubens an die Klugheit und politische Rechenkunst Napoleons, die Einbuße an Vertrauen in seine Consequenz und politische Zuverlässigkeit. Der geheimnißvolle Schimmer überlegener, undurchdringlicher Weisheit, der seine Schläfe so manches Jahr umleuchtet hatte, war von ihm gewichen und auf ein anderes Haupt übergegangen. Daß dieser Wechsel so schnell sich vollzog, kam nicht allein, aber doch zum guten Theil auf Rechnung der mexicanischen Expedition, wo die Fehler und der Mißerfolg so handgreiflich waren, daß man sie Jedermann aufweisen und Jedermann zu dem Schlusse veranlassen konnte, wie in diesem Falle, so sei es mit der napoleonischen Politik auch in den andern großen Fragen bestellt, die zu Frankreichs Nachtheil entschieden wurden. Denn nur zu gern vergaßen Haß und Eitelkeit, daß in diesen andern Fragen fremdes Recht und fremde Kraft einen Sieg davon trugen, den ihnen nicht entwunden zu haben keineswegs gegründeten Anlaß zu Klage und Verkleinerung gab. Im Gegentheil befolgte der Kaiser in vielen Stücken großherzigere und umsichtigere Grundsätze als seine heimischen Gegner; aber diese Grundsätze waren nicht dazu angethan glänzende Triumphe herbeizuführen. Der große Zug der europäischen Entwicklung war der Befriedigung der französischen Nationaleitelkeit durchaus ungünstig; das hatte Napoleon sehr wohl erkannt; einmal, bei der Einverleibung von Savoyen und Nizza, war es ihm gelungen, einen Sondervortheil zu erhaschen; aber das zweite und dritte Mal, wo er es versuchte, in der polnischen Frage und bei seinem Congreßvorschlage, hatte er empfindliche Schlappen erlitten. Eben deshalb lagen ihm die Expeditionen in fremden Erdtheilen so sehr am Herzen, deshalb hatte er auf den mexicanischen Feldzug so große Hoffnungen gebaut. Bitter getäuscht in seinen Erwartungen mußte er nun doch wieder in Europa suchen, was er in Amerika nicht gefunden, obgleich er gelähmter und abhängiger war als vorher. So lange die Aussichten Maximilians günstig waren, bewegte er sich frei und auf dem Boden von Grundsätzen; sobald sie eine schlimme Wendung nahmen, begann Deutschland und Italien

gegenüber ein Haschen nach kleinen Vortheilen und ein Suchen nach kleinen Mitteln, die völlig ungeeignet, irgend einen Theil wahrhaft zu befriedigen und irgend eine Frage endgültig zu lösen, nur den französischen Kaiser selbst unfähig machten, die leitende Rolle gegenüber einem Manne wie Bismarck zu behaupten, der wirklich große Gedanken mit großem Geiste zu erfassen und mit großen Mitteln zu verwirklichen verstand.

Bismarcks Politik.

Die Handhabe, deren sich der preußische Staatsmann dabei bediente, schuf er sich nicht selbst, sondern ergriff sie behend, als ein glücklicher Zufall sie ihm darbot. Die Einleitungen, die er in seinem Kampfe gegen den Frankfurter Fürstencongreß getroffen, waren deshalb nicht umsonst gewesen, sondern harrten der Verwerthung, sobald der günstige Zeitpunct kam. Zunächst aber wurden alle die Folgen, die sich aus dem Fürstentage noch hätten ergeben mögen, durch das Ereigniß abgeschnitten, das durch Bismarcks gewandtes Eingreifen der Ausgangspunct einer großen Entwicklung werden sollte und dessen hohe Bedeutung zum Guten oder Bösen, unerwartet wie es kam, doch sofort das gesammte deutsche Volk zu leidenschaftlicher patriotischer Erregung hinriß.

Dänemark und Schleswig-Holstein.

Am 15. November 1863 starb König Friedrich VII. von Dänemark, der letzte rechtmäßige Herzog von Schleswig-Holstein. Die Stunde war also gekommen, wo das Schicksal des vielgeprüften Landes sich entscheiden mußte; entweder trat das Londoner Protocoll von 1852 jetzt in Kraft und der Gesammtstaat Dänemark war gerettet, oder die Elbherzogthümer trennten sich, wie es ihr gutes Recht war, von dem verschwisterten Königreiche und begannen im engsten Bunde mit Deutschland ein neues und selbständiges staatliches Dasein. Sie hatten ihrerseits die neue Erbfolgeordnung, welche das Londoner Protocoll ihnen auferlegte, niemals anerkannt; eben so wenig hatte der Deutsche Bund demselben seine Zustimmung gegeben, und von der Augustenburgischen Familie, auf welche die Krone der Herzogthümer übergehen mußte, lag wenigstens kein vollgültiger rechtlicher Verzicht vor. Nur das zeitige Haupt derselben, der Herzog Christian, hatte sich zu der Erklärung verstanden, Nichts gegen das Londoner Protocoll zu unternehmen, weil er nur dadurch eine Entschädigung für seine Güter, die Dänemark eingezogen hatte, erlangen konnte, aber sowohl sein Bruder, der Prinz von Noer, wie sein Sohn, der Erbprinz Friedrich, hatten ihre Ansprüche ausdrücklich verwahrt. In Kopenhagen trug man gegen alle diese Lücken in der Rechtsgültigkeit der beabsichtigten Thronfolge unverändert eine hochmüthige Mißachtung zur Schau. Regierung und Reichsrath erließen am 31. Juli 1853 auf Grund des Londoner Protocolls eigenmächtig ein ne s Thronfolgegesetz und betrachteten damit die Frage als gelöst; d n Widerstand der Herzogthümer gedachten sie bis zum Inkrafttreten d s neuen Zustandes durch eine gründliche Danisirung vollkommen u brechen. Jedes Mittel ward angewendet, um deutsche Sprache u d deutsche Sitte zwischen Eider und Königsau zu ertödten, dänis e Predigt und dänischer Unterricht wurden auf alle Weise ausgebreit ,

und durch Verfolgung der Deutschgesinnten, durch Anstellung nationaldänischer Beamten ein System der Einschüchterung und Corruption begonnen, von dem man sich die glänzendsten Erfolge versprach. Der kühnste Schritt, den man wagte, war der Erlaß einer Gesammtverfassung für das Königreich und die Herzogthümer, am 2. October 1855. Dadurch wurde schon jetzt die Einheit des Staates hergestellt und die Ausbeutung und Mißhandlung der deutschen Länder in gesetzliche Form gebracht. In hoffnungsloser Minderheit hätten die 33 Vertreter Schleswig-Holsteins selbst dann nichts gegen die 47 Dänen, die im Reichsrathe saßen, durchzusetzen vermocht, wenn nicht unter ihnen acht vom König ernannte und also dänisch gesinnte gewesen wären; trotz ihres Widerspruchs wurde der Verkauf der Domänen in Holstein beschlossen, wurden die Provinzialverfassungen willkürlich abgeändert, und die Zusicherungen, welche selbst das Londoner Protocoll noch zu Gunsten der Selbständigkeit der Herzogthümer gemacht hatte, für Nichts geachtet. Die lauenburgischen Stände wandten sich in Folge dessen 1857 mit einer Klage an den Bund und erreichten wirklich, daß dieser im Februar 1858 die dänische Regierung aufforderte, die Gesammtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg außer Kraft zu setzen. Eine Zeit lang suchte man sich in Kopenhagen diesem unliebsamen Beschluß zu entziehen und schritt sogar auf der betretenen Bahn noch weiter fort, indem man dem Reichsrathe Gesetzentwürfe über einen neuen Zolltarif und Gemeinsamkeit des Münzwesens, sowie über Verstärkung der Land- und Seemacht vorlegte. Als der Bundestag aber am 12. August unter Androhung der Execution binnen drei Wochen eine bestimmte Erklärung verlangte, entschloß man sich einzulenken, machte in Frankfurt, Wien und Berlin vertrauliche Mittheilungen über die beabsichtigte Lösung und hob dann am 6. November die Gesammtstaatsverfassung für Holstein-Lauenburg sowie ein paar andre angefochtene Gesetze auf, berief auch den holsteinischen Landtag zu ferneren Verhandlungen auf den Januar 1859 nach Itzehoe. Die Ausführung der Bundesexecution ward in Folge dessen wirklich verschoben und die dänische Regierung nur verpflichtet keine Gesetze ohne die Genehmigung der holsteinischen Stände zu erlassen. Aber binnen kurzem glaubte sie den Bund schon wieder hinreichend eingeschläfert, um sich dieser Verpflichtung zu entschlagen, und bestimmte am 4. Juli 1860 eigenmächtig das holsteinisch-lauenburgische Budget für das laufende Jahr. Bei der gesteigerten politischen Regsamkeit, die der italienische Krieg im Gefolge hatte, bemächtigte sich nun aber die öffentliche Meinung der Frage, und in Deutschland wie in Dänemark, besonders aber in Schleswig-Holstein selbst, stiegen die Wogen höher. Der schleswigsche Sonderlandtag mit seiner gutdeutschen Zweidrittelmehrheit hatte bereits zu Anfang des Jahres in freimüthiger Sprache die ihm entrissenen Rechte zurückgefordert und die dänischen Unbilden in ihrer ganzen empörenden Rohheit so scharf an den Pranger gestellt, daß die ein wenig ermattete Theilnahme des deutschen Volkes wieder zu frischem Leben erwachte. Dänische Antworten waren darauf

Die dänische Gesammtstaatsverfassung.

Beschwerden am Bunde.

Executionsdrohungen.

34*

nicht ausgeblieben, und als nunmehr Oldenburg am Bunde von Neuem die Execution in Vorschlag brachte, da der Erlaß des holsteinischen Budgetgesetzes ein Zurücktreten Dänemarks von dem bisherigen Einvernehmen bekunde, schritt man in Kopenhagen eifrig zu Kriegsrüstungen und suchte sich den Beistand Frankreichs, Rußlands und Schwedens zu verschaffen. Die Unerquicklichkeit des Hin- und Herzerrens der Verhandlungen zwischen Frankfurt und Kopenhagen erweckte aber auch im dänischen Volke wachsendes Mißbehagen. Der Gedanke, in Bezug auf Holstein sich zu fügen, und Schleswig dafür um so fester in dänische Fesseln zu schlagen, fand weitere Verbreitung als er je gehabt; die eiderdänische Partei, die ihn verfocht, begründete einen eigenen Verein, dessen Name, der Danewirke-Verein, schon sein Programm enthielt, und verlangte in ihren Zeitungen und in Adressen an den König die Entlassung des Ministeriums Hall, das der Gesammtstaatspartei angehörte. Aber dieses selbst entzog sich der eiderdänischen Tagesströmung nicht, sondern bekannte sich verschiedentlich in ziemlich unumwundener Weise zu dem Danewirke-Programm und nahm Orla Lehmann, der es mit entworfen hatte, im September 1861 als Minister des Inneren in seine Mitte auf. Eine ehrliche Befriedigung auch nur der besonderen holsteinischen Landeswünsche war damit allerdings durchaus nicht ins Auge gefaßt; man begnügte sich, als der Bundestag dem oldenburgischen Antrage entsprechend am 7. Februar 1861 wirklich wieder mit der Execution drohte und England sehr lebhaft zum Entgegenkommen mahnte, die holsteinischen Stände im März zusammen zu rufen, ihnen den Staatshaushalt in zweideutiger Weise zur Begutachtung vorzulegen und damit ganz unannehmbare Vorschläge über die Stellung Holsteins zu dem übrigen Staate zu verbinden. Da die Stände sich darauf nicht einlassen wollten, so ergriff das dänische Cabinet den Ausweg, Holsteins Antheil an den gemeinsamen Ausgaben nach dem seiner Zeit von Preußen gebilligten Normalbudget von 1856 zu bemessen, und erreichte dadurch glücklich, daß der Bundestag am 12. August noch einmal von der Execution abstand. Das preußische Cabinet aber nahm sich jetzt nicht blos Holsteins, sondern auch Schleswigs mit regerem Eifer an; es forderte in einer Note vom 5. December 1861 Aufklärungen über die weiteren Absichten Dänemarks und verwahrte sich eben so wohl dagegen, daß Holstein als abgesondertes Glied dem mit Schleswig zu einem Gesammtstaate vereinigten Dänemark gegenüber gestellt werde, wie gegen die unablässige Verfolgung des deutschen Wesens nördlich von der Eider, in der es eine Verletzung der Zusagen vom 29. Januar 1852 erblicken müsse. Auch die beiden deutschgesinnten Schleswiger im dänischen Reichsrathe, der im Januar 1862 wieder einberufen war, erhoben nachdrücklich ihre Stimme und protestirten dagegen, daß die Gesammtstaatsverfassung von 1855, nachdem sie durch das Ausscheiden Holsteins schon seit drei Jahren in ihrem Wesen völlig verändert sei, dennoch in Kraft erhalten und Schleswig dadurch zum willenlosen Opfer Dänemarks herabgedrückt werde. Die Reichsrathsmehrheit wußte darauf nicht besser zu antworten als indem sie

Die Eiderdänen.

Zugeständnisse an Holstein.

Schleswig.

die Protestirenden ihres Sitzes für verlustig erklärte; die deutschen Großmächte aber und mit ihnen der Bundestag begnügten sich mit einer allgemein gehaltenen Verwahrung gegen alle rechtlichen Folgen, die aus dem Fortbestand der Verfassung von 1855 entspringen könnten; über bestimmte gemeinsame Forderungen vermochten sie nicht sich zu einigen. Voll der besten Hoffnungen, daß der deutsche Angriff wieder einmal abgeschlagen sei, feierte man in Dänemark lärmende Feste zu Ehren des Königs von Schweden, zur Feier der Schlacht von Idstedt und zur Verbrüderung der scandinavischen Studenten, als sehr störend am 24. September 1862 ein Vorschlag des Grafen Russell auftauchte, der die Aufhebung der Verfassung von 1855, die Einführung eines zehnjährigen Normalbudgets und im Uebrigen eine völlig getrennte Verwaltung und Gesetzgebung für Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg empfahl. Vergebens betheuerte Hall, daß dieser Vorschlag die Zerstückelung der Monarchie bedeute, daß die enge Verbindung Schleswigs mit Dänemark eine Frage über Leben und Tod sei; Russell blieb bei seiner Meinung und konnte sogar die Versicherung beifügen, daß Rußland und Frankreich derselben Ansicht seien, was denn gar bald durch Noten aus Paris und Petersburg bestätigt wurde. Nun glaubten die Dänen sich nur durch schnelles und trotziges Handeln vor weiterem Drängen retten zu können. Die Minister stellten sich in ihren Noten an die deutschen Mächte offen auf den eiderdänischen Standpunct, und der Reichsrath richtete am 21. Januar 1863 ein Adresse von derselben Färbung an den König. Stürmische Volksversammlungen schlossen sich dieser Forderung an, und am 30. März versprach ein königliches Patent ihren Wünschen zu willfahren. Unbekümmert um die Verpflichtungen von 1852, unbekümmert um die uralte Verbindung der beiden Herzogthümer, unbekümmert um den Widerspruch aller Großmächte, schickte sich Dänemark an, eine förmliche Einverleibung Schleswigs herbeizuführen. Aber auch so verleugnete das Ministerium seinen Ursprung aus der Gesammtstaatspartei nicht; es suchte die Bande zwischen Holstein und den andern Provinzen so stark wie irgend möglich zu belassen; vor Allem sollte das Heer für alle Theile des Staates gemeinsam bleiben, die holsteinischen Truppen sollten nach Dänemark verlegt und von dänischen Offizieren befehligt werden dürfen, zu den Kosten aller gemeinsamen Einrichtungen sollten Holstein und Lauenburg ein für alle Mal nach Maßgabe des Budgets von 1856 beitragen. Dieser Anmaßung gegenüber drohte der Bund am 9. Juli abermals mit der Execution; doch Hall, der eben in lebhafter Verhandlung mit dem in Kopenhagen weilenden schwedischen Minister des Aeußern, Grafen Manderström, stand, antwortete sehr zuversichtlich mit einem Hinweis auf fremde Hülfe, die Dänemark nicht fehlen werde, und legte dem Reichsrath am 28. September die neue Verfassung zur Berathung vor. Nun ging auch den deutschen Mächten die Geduld aus: am 1. October beschlossen sie die Execution einzuleiten. Auch bei dieser Lage der Dinge hatte Dänemark noch neun Wochen zum Besinnen; denn so lange währten die Fristen, welche die Bundesexecutions-

Englische Vorschläge.

Patent vom 30. März 1863.

ordnung von 1820 vorschrieb; allein man dachte in Kopenhagen an kein Nachgeben; die Verfassung wurde berathen und am 13. November 1863 mit 41 gegen 16 Stimmen angenommen.

Tod Friedrichs VII.

Das Einzige, was jetzt noch einen Bruch verhüten konnte, war die Weigerung des Königs, die Verfassung zu bestätigen. Von Friedrich VII. war eine solche Weigerung nicht zu erwarten. Da ereilte ihn plötzlich, am zweiten Tage nach der Annahme des neuen Grundgesetzes durch die Volksvertreter, zu Glücksburg in Schleswig ein jäher Tod. Die wichtige Entscheidung war seinen Händen entrissen und dem Protocollprinzen, Herzog Christian von Glücksburg, überlassen. Für diesen war die Wahl doppelt ernst. Wohl stand sein Recht auf den dänischen Thron unbestritten fest, aber der Pöbel von Kopenhagen hätte es nicht anerkannt, wenn er die Verfassung zu bestätigen gezaudert hätte; andrerseits, bestätigte er sie, so verletzte er eben jenes Londoner Protocoll, auf dem allein Alles beruhte, was er an Rechten auf Schleswig-Holstein besten Falls geltend machen konnte. In dieser bedenklichen Lage überwog die nähere Gefahr, und gedrängt von der stürmisch aufgeregten Bevölkerung der Hauptstadt unterzeichnete der neue König Christian IX. am 18. November die verhängnißvolle Urkunde.

Bewegung in Deutschland.

Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Kunde von dem wichtigen Doppelereigniß durch ganz Deutschland und überall erscholl als Antwort der einmüthige Ruf: Hoch lebe Friedrich VIII., der rechtmäßige Herzog von Schleswig-Holstein! Die politische Aufregung, die in den letzten Jahren durch den Nationalverein und seine Gegner, durch die neue Aera und den Verfassungskampf in Preußen, durch die Schützen-, Turn- und Sängerfeste erweckt war, verband sich jetzt mit der stachelnden Kraft, welche der Sache der Herzogthümer von je eigen gewesen. Selbst unter den deutschen Regierungen waren nicht wenige, welche die Stunde zum Handeln gekommen glaubten; die Landtage, die grade bei einander waren, erhoben ihre Stimmen zu Gunsten der nationalen Sache; in Stuttgart, Dresden, Darmstadt, bald auch in München und Berlin erklärten sie sich für den Herzog Friedrich; noch lauter erklang die Forderung des Volkes in den Zeitungen und Flugschriften, in den Adressen und Beschlüssen zahlloser Versammlungen in allen Theilen des Vaterlandes. Ungeduldig verlangte man von den Regierungen schnellstes Handeln; in der Auswahl der Gründe war man nicht ängstlich; das Erbrecht des Herzogs ward ebenso scharf betont wie das unverjährbare Recht der deutschen Nation; Demokraten und Legitimisten, Nationalvereinler und Großdeutsche fanden einen Boden, auf dem sie gemeinsam nach einem Ziele ringen konnten. In den Herzogthümern selbst verstummte jede gegnerische Stimm[e]; Ständemitglieder huldigten dem „angestammten" Landesfürst[en]; Tausende von Beamten verweigerten Christian IX. den Eid; Mass[en]-

Herzog Friedrich.

versammlungen riefen den Bund zur Hülfe herbei. Der neue Herz[og] zauderte jedoch in sein Land zu eilen; in seiner Ansprache verzicht[ete] er ausdrücklich darauf, das Volk zu den Waffen zu rufen: er beg[ab] sich nach Gotha, dessen Herzog neben dem Großherzog von Bad[en]

der erste Fürst war, der ihn anerkannte, bildete ein Ministerium Samwer-Francke, schrieb ein Anlehen aus, traf Einleitungen zur Gründung eines Freiwilligencorps und wandte sich vor Allem an den Bund.

Der Bundestag.

Diesem lag nun die wichtige Entscheidung ob, welchen der beiden Thronbewerber er anerkennen wolle. Entschied er sich, wie das Volk verlangte, für Friedrich VIII., so war der Executionsbeschluß vom 1. October hinfällig; hielt er den letzteren aufrecht, so erkannte er damit im Grunde schon Christian IX. an. Der sächsische Minister von Beust erfand einen Mittelweg; die Gesandten beider Bewerber sollten einstweilen abgewiesen und die Execution in eine Besetzung des Landes bis zur Entscheidung der Hauptfrage verwandelt werden. Mit der Abweisung der beiden Gesandten waren Oestreich und Preußen einverstanden, und so erfolgte sie bereits am 28. November; den Executionsbeschluß zu stürzen reichte aber Sachsens Anhang nicht aus; mit 8 gegen 7 Stimmen wurde am 7. December beschlossen, an ihm festzuhalten. Bismarck rechtfertigte dieses Verhalten im Abgeordnetenhause wie in einem Rundschreiben vom 4. December dadurch, daß er zum nicht geringen Unwillen des Volkes die Rechtsverbindlichkeit des Londoner Protocolls als zweifellos hinstellte: nur aus diesem stamme überdies Preußens Berechtigung auch für Schleswig einzutreten, und sich davon lossagen heiße einen europäischen Krieg entfachen. Aber die öffentliche Meinung in Deutschland war eben Willens auch einem solchen Kriege Trotz zu bieten. Die feindliche Haltung Preußens däuchte den Meisten offener Vaterlandsverrath und stachelte zu neuen Demonstrationen an. Ueberall wurden Geldsammlungen eröffnet, vieler Orten Wahlvereine gebildet, um Freiwilligenschaaren für den heiligen Kampf einzuüben. Die Ausschüsse des National- und des Reformvereins traten am 6. December in Nürnberg zusammen und beriefen gemeinschaftlich auf den 21. eine Versammlung deutscher Kammermitglieder nach Frankfurt. Etwa 500 an Zahl erklärten diese den Londoner Vertrag für unverbindlich, Friedrich VIII. für den rechtmäßigen Herzog, und bildeten einen Ausschuß von 36 Mitgliedern zur Leitung der Bewegung und zur Entfaltung jeder gesetzlichen Thätigkeit im Sinne des Volkswillens. Auf die Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten verfehlte dieser kräftige Druck seiner Wirkung nicht: der eine nach dem andern, schon am 17. December auch König Max von Baiern, erkannte den Augustenburger an; aber Preußen und Oestreich blieben unerschüttert. Wohl verwahrte sich Bismarck lebhaft gegen die Mißdeutungen seiner Politik; nicht einen Fußbreit deutscher Erde, nicht einen Titel deutschen Rechtes wolle er opfern; aber den richtigen Weg zu finden, sei Sache des Königs und nicht einer vielköpfigen Versammlung, die aus Dilettanten in der Politik bestehe und die volle Sachlage gar nicht kenne. In derselben Weise beantwortete der König die Adresse des Hauses, die am 18. December die Besorgniß aussprach, Bismarcks Politik werde die Verträge von 1852 neu bekräftigen und das Land auf lange hinaus schädigen. Aber damit wurde das Mißtrauen nicht beschwichtigt und das Volk jubelte den Abgeordneten zu, als sie ein paar Wochen später (am

Die Großmächte und das Volk.

Die preußischen Abgeordneten.

22. Januar 1864) mit 275 gegen 51 Stimmen die 12-Millionen-Anleihe verweigerten, die Bismarck gefordert, und auf Schultze-Delitzsch' Antrag erklärten, da Preußen seine Großmachtsstellung mißbrauche, die Herzogthümer von Neuem an Dänemark auszuliefern im Begriff sei und den Bürgerkrieg herausfordre, so würden sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich einer solchen Politik widersetzen. Auch die östreichische Regierung erfreute sich nicht der Unterstützung ihres Abgeordnetenhauses; denn wenn dasselbe auch ein förmliches Mißtrauensvotum mit großer Mehrheit ablehnte, so setzte es doch die Summe von 10 Millionen Gulden, die von dem Ministerium gefordert wurde, auf wenig mehr als die Hälfte herab.

Execution in Holstein.

Verletzend genug für die Volkswünsche waren in der That die Schritte, welche die Großmächte thaten. An der Besetzung Holsteins waren beide zunächst nicht betheiligt. Der Executionsbeschluß vom 1. October hatte die Ausführung dieser Maßregel an Sachsen und Hannover übertragen, die nur im Nothfall von Oestreich und Preußen unterstützt werden sollten. Dieser Nothfall trat nicht ein. Außerordentliche Abgesandte Englands und Frankreichs, Lord Wodehouse und General Fleury, hatten in Kopenhagen ernstlich zum Nachgeben gerathen, und als am 23. December der sächsische General Hake mit 10,000 Sachsen und Hannoveranern die holsteinische Grenze überschritt, räumten die Dänen unter Protest das Land und die Bundesbevollmächtigten konnten die Verwaltung ohne Schwierigkeiten übernehmen. Sie ließen es ohne nennenswerthen Widerstand geschehen, daß überall die Bevölkerung den Herzog Friedrich als Landesherrn ausrief, daß am 27. December in Elmshorn eine Massenversammlung von 20,000 Köpfen ihn einlud nach Holstein zu kommen, und daß er dieser Aufforderung entsprechend am vorletzten Tage des Jahres seinen Wohnsitz in Kiel aufschlug. Der Bundestag billigte die Haltung seiner Bevollmächtigten und verwarf mit 10 gegen 6 Stimmen am 2. Januar 1864 den Antrag der Großmächte, den Herzog auszuweisen. Auch die Auflösung des 36-Ausschusses und die Unterdrückung der Wehrvereine und der übrigen Mittelpunkte der schleswig-holsteinischen Bewegung verweigerten die Mittel- und Kleinstaaten, unbesorgt um die Gefahren, mit denen dieses „Netz revolutionärer Elemente“ einer preußisch-östreichischen Note vom 31. December zufolge die Zukunft Deutschlands bedrohen sollte.

Zwiespalt zwischen den Großmächten und dem Bunde.

Der Gegensatz zwischen den Großmächten und der Mehrheit der übrigen Staaten erreichte eine Höhe, wie kaum im Anfang der zwanziger Jahre; und diesmal stand ungleich kräftiger als damals die öffentliche Meinung hinter den Kleinen. Bismarcks Bereitwilligkeit, die Rechte Christians IX. anzuerkennen und sich besten Falls mit der Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein abfinden zu lassen, galt für nichts Geringeres als Vaterlandsverrath; auf Schritt und Tritt sich diesen schwarzen Plänen zu widersetzen war das Wenigste, was man von jeder deutschen Regierung forderte. Mit Unwillen sah man Oestreich, das soeben noch um die Gunst der Kleinen so eifrig gebuhlt hatte, widerstandslos sich in den Geleisen der preußischen Politik bewegen; aber der eigentliche Haß richtete sich

doch gegen Bismarck, den man ausnahmslos und mit Recht für den leitenden Geist der neuen großmächtlichen Freundschaft hielt. In Allem, was er that und vorschlug, sah man nur das Widerwärtige, den nationalen Forderungen Widerstrebende; die Anknüpfungspuncte und Ueberleitungen, mittelst deren das bestehende internationale Recht den Ansprüchen des deutschen Volkes angenähert werden sollte, bemerkte man nicht und konnte man unter den obwaltenden Verhältnissen, zumal im Hinblick auf Bismarcks Vergangenheit, auch nicht bemerken. Als Oestreich und Preußen am 14. Januar in Frankfurt beantragten, von Dänemark die Aufhebung der November-Verfassung, soweit sie Schleswig betreffe, zu fordern, und falls diesem Verlangen nicht genügt werde, auch Schleswig von Bundeswegen als Pfand zu besetzen, fand die Mehrheit darin nur eine mittelbare Anerkennung der Rechte Christians IX., von der sie nichts wissen wollte, und forderte eine Besetzung Schleswigs zu Gunsten Friedrichs VIII. Mit 11 gegen 5 Stimmen lehnte sie den Antrag der Großmächte ab und protestirte sofort gegen die Erklärung derselben, nunmehr auf eigene Hand die abgelehnte Maßregel in Ausführung bringen zu wollen.

Die Lage Schleswigs.

In Wien und Berlin kümmerte man sich um diesen Protest wenig, sondern schritt schnell zur That: schon am 16. Januar erging an Dänemark das Ultimatum, binnen 48 Stunden die Verfassung zurückzunehmen. Die Entscheidung in dieser schwierigen Stunde lag nicht mehr in den Händen des alten Ministeriums. Am Weihnachtstage hatte Hall dem Könige seine Entlassung eingereicht und der eiderdänischen Partei die Erbschaft überlassen: Bischof Monrad bildete aus ihrer Mitte ein neues Cabinet, in das er zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten den bisherigen Gesandten in Berlin, Quaade, berief. Diesen Männern war der Rücktritt von der Verfassung fast noch unmöglicher als ihren Vorgängern. Kaum aber hatten sie das Ultimatum abgelehnt, so erhielt der preußische Feldmarschall Wrangel den Befehl, mit 70,000 Mann durch Holstein in Schleswig einzurücken. Etwa ein Drittel seiner Armee bestand aus Oestreichern unter dem Commando des Feldmarschallleutnants von Gablenz; diese bildeten das Centrum und sollten über Rendsburg auf Schleswig rücken; auf dem rechten Flügel, mit der Marschrichtung Kiel-Eckernförde, standen die brandenburgische Division Manstein und die westfälische Wintzingerode unter dem Prinzen Friedrich Carl; auf dem linken Flügel 10,000 Mann preußischer Garden unter dem General von der Mülbe. Die dänische Armee hielt, reichlich 30,000 Mann stark, unter dem General de Meza die Danewirke besetzt, eine Linie von Befestigungen, die sich gegen 11 Stunden weit von Schleswig aus west- und ostwärts erstreckte und für sehr schwer zu nehmen galt. Am 1. Februar überschritten die Verbündeten die Eider. Prinz Friedrich Carl war der erste am Feinde. Nach kleinen Scharmützeln mit dänischer Infanterie und zwei Kriegsschiffen in der Bucht von Eckernförde suchte er am 2. die Schanzen von Missunde auf dem östlichen Flügel der Danewirkestellung zu stürmen und den Uebergang über die Schlei an dieser

Beginn des Krieges.

Krieg als den mit Deutschland, so antwortete Drouyn am 28. Januar der Einladung Russells, gebe es für Frankreich nicht, und der Kaiser werde sich also nicht darauf einlassen. Rußlands Haltung war gleichfalls stark beeinflußt durch die Verlegenheiten, die ihm noch immer aus den polnischen Unruhen erwuchsen; es fühlte sich zudem der preußischen Politik zu Dank verpflichtet und hielt deshalb seine Sympathien für Dänemark in bescheidenen Grenzen. Eine Conferenz der Londoner Vertragsmächte war somit das Höchste, was von allen Seiten erstrebt wurde. Gegen Ende März willigten die kriegführenden Staaten in diesen Vorschlag und der Zusammentritt wurde auf den 12. April angesetzt. Weil aber der Vertreter des Deutschen Bundes, Herr von Beust, an diesem Tage noch nicht in London sein konnte und die Gesandten von Oestreich und Preußen ohne ihn nicht beginnen wollten, verzögerte sich die Eröffnung bis zum 25. April. Diese Frist wurde von der preußischen Armee noch zu einem entscheidenden Schlage verwerthet. Wochenlang war außer Recognoscirungsgefechten vor den Düppeler Schanzen Nichts von Bedeutung vorgefallen. Die Dänen hatten ihre Stellungen befestigt und in dem Panzerschiff Rolf Krake ein vortreffliches Verteidigungsmittel herbeigeschafft. Erst am 17. März kam es zu einem ernsthafteren Kampfe, der den Dänen beträchtliche Verluste schuf und die Preußen in den Besitz des Vorterrains bis auf etwa 1500 Schritt von den Schanzen brachte; am 30. wurde die erste Parallele eröffnet. Aber während so Alles zur Eröffnung des ernsten Artillerieangriffes vorbereitet wurde, betrieb der Prinz gleichzeitig im tiefsten Geheimniß ein ganz anderes Unternehmen. In der Nacht zum 2. April wurden bei Ballegard, der Nordspitze von Alsen gegenüber, 50 schwere Geschütze aufgestellt, alle verfügbaren Pontons und Boote wurden dorthin geschafft und die Brigade Göben bestimmt, mittelst derselben nach der Insel hinübergebracht zu werden. Gelang das Unternehmen, so war die Stellung von Düppel umgangen und der Krieg entschieden. Das Geheimniß war vortrefflich bewahrt und nur eine Vorbedingung mußte eintreffen: ruhige See; denn dem heftigeren Schlage der Wellen waren die Pontons nicht gewachsen. Unglücklicher Weise erhob sich ein stürmischer Nordwest, der auch die folgende Nacht hindurch anhielt. Damit war der ganze kühne Plan vereitelt, denn längeres Zögern verrieth den Dänen die Absicht und setzte sie in den Stand Gegenmaßregeln zu treffen, die alle Hoffnung auf Gelingen zerstörten. So wurde denn nun der directe Angriff gegen Düppel als einziges Ziel ins Auge gefaßt; am 7. April begann die Beschießung zunächst aus 66 Geschützen, welche den Feind bald zum Verstummen brachten; in den nächsten Tagen folgte die Anlegung weiterer Parallelen und endlich am Ostermontag, 18. April, der Sturmangriff, eingeleitet durch eine zwanzigstündige ununterbrochene Beschießung aus 102 Geschützen. Um 10 Uhr brachen die sechs Sturmcolonnen vor und setzten sich in weniger als einer halben Stunde in den Besitz der vordersten sechs Schanzen, fast eben so schnell in den der zweiten Linie. Dann kam der Angriff eine Weile zum Stehen, aber schon um 12 Uhr

Die Londoner Conferenz.

Kämpfe vor Düppel.

Erstürmung der Düppeler Schanzen.

waren die Dänen bis in den Brückenkopf zurückgeworfen und wieder zwei Stunden später hatten die Letzten von ihnen das Festland geräumt. Ihr Verlust betrug gegen 5000 Mann, zur größeren Hälfte unverwundete Gefangene; 120 Geschütze fielen in die Hände der Sieger, die ihrerseits an 1200 Todte und Verwundete zählten. Da es unmöglich war dem Feinde nach Alsen zu folgen, beschloß Wrangel, den Sieg durch entschlossenes Vordringen in Jütland auszunutzen. Zu der Garde, die in den letzten Tagen auch nach Düppel herangezogen war, wurden andere Truppentheile gefügt, das so gebildete Corps unter den Befehl des bisherigen Generalstabschefs Wrangels, Vogel von Falckenstein (den nunmehr Generalleutnant Moltke ersetzte), gestellt, und sofort der Vormarsch begonnen. In wenigen Tagen war Jütland bis zum Lym-Fjord von Feinden gesäubert und Wrangel konnte für den 1. Mai eine Contribution von 650,000 Thalern als Ersatz für die Blockirung deutscher Häfen und die Wegnahme deutscher Schiffe ausschreiben. Auch der letzte feste Punct, den die Dänen behaupteten, Fridericia, war, von Gablenz beschossen, ein paar Tage nach dem Beginn der Conferenzen, am 29., von dem Feinde Nachts geräumt.

Vormarsch bis zum Lym-Fjord.

Auch jetzt stellten die Dänen dem Abschluß eines Waffenstillstandes noch allerlei Hindernisse entgegen; auf ihren Inseln glaubten sie so bald Nichts befürchten zu brauchen. Erst am 11. Mai kam auf 4 Wochen die später bis zum 26. Juni verlängerte Waffenruhe zu Stande. Die förmlichen Conferenzen nahmen ihren Anfang. Beust verlangte die Anerkennung der Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins unter seinem rechtmäßigen Herzog Friedrich VIII.; einen Beweis dafür, daß diese Forderung dem Willen des deutschen Volkes entspreche, konnte er in der Adresse liefern, die 1353 Abgeordnete der Einzelstaaten an ihn gerichtet hatten. Aber ohne den Beistand der beiden Großmächte war er doch ohnmächtig, und dieses Beistandes entbehrte er zunächst. Preußen that freilich sofort einen großen Schritt der Annäherung. Nachdem die Kanonen gesprochen hatten und so viel Blut vergossen war, konnte Bismarck unbedenklich den Londoner Vertrag als verfallen bezeichnen; Dänemark selbst habe ihn durch den Krieg zerrissen. Allein was er und mit ihm Oestreich forderten, war trotzdem sehr wenig und mehr geeignet, die fremden Mächte als das deutsche Volk zu befriedigen: sie schlugen nämlich am 17. Mai die Vereinigung Schleswig-Holsteins zu einem Staate vor, der durch Personal-Union mit Dänemark verbunden werden solle. Erst als der dänische Gesandte diesen Vorschlag rundweg ablehnte, gingen sie weiter und erklärten die Anerkennung Friedrichs VIII., der in den Augen Deutschlands die besten Erbrechte und überdies die unbedingte Zustimmung der Schleswig-Holsteiner habe, für die einzige noch mögliche Lösung. Freilich stimmte ihnen darin nur Herr von Beust zu; aber auch England sah jetzt ein, daß Dänemarks Sache verloren sei; höchstens Nordschleswig hoffte es ihm noch retten zu können. Die Theilungsvorschläge, die es in Folge dessen machte, fanden jedoch hüben wie drüben unbedingte Zurückweisung. Den Dänen war nicht einmal die Schleilinie genug, während Preußen nicht daran dachte

Die Londoner Conferenz.

Die Anerkennung des Erbprinzen.

Vergebliche Verhandlungen.

die Stellung von Düppel aufzugeben. Aus dieser Verlegenheit glaubte Palmerston endlich den bequemsten Ausweg zu finden, wenn er die Lösung der Grenzfrage durch einen Schiedsrichter empfehle. Er dachte sich darunter keinen andern als Napoleon. Daß Dänemark sich weigern werde darauf einzugehen, zog er gar nicht in Rechnung; bei Oestreich setzte er mit Recht die größte Bereitwilligkeit voraus; Preußens muthmaßliche Ablehnung aber war die lockendste Möglichkeit, die er sich denken konnte. Er sah in Folge derselben bereits das Bündniß der deutschen Großmächte gesprengt und den französischen Kaiser in heftigem Zorne wegen der ihm widerfahrenen Beleidigung, und kaum war von Berlin, aber freilich auch von Kopenhagen und Wien die ablehnende Antwort eingelaufen, so machte er noch einmal den Versuch Napoleons Mitwirkung zu einer kriegerischen Drohung zu erlangen. Der Erfolg war doch kein besserer als früher: der französische Kaiser wollte nur dann darauf eingehen, wenn England bereit sei, ihm die Ausnutzung eines Sieges im französischen Interesse zu gestatten, und dazu hatte man doch in London keine Lust. Selbst das sehr dänenfreundliche Unterhaus billigte nach langen Debatten auf Kinglakes Antrag am 9. Juli das Verhalten der Regierung, das sich inzwischen doch schon als völlig unfruchtbar erwiesen hatte. In Deutschland aber begann eine neue mächtige Agitation und bald lagen die Erklärungen von 350 Volksversammlungen und Vereinen gegen alle Theilungspläne vor. So blieb der Conferenz nichts übrig, als sich am 26. Juni ohne Ergebniß aufzulösen und noch einmal den Waffen das Wort zu gönnen.

Eroberung von Alsen.

Diese sprachen mit unerwarteter Schnelligkeit. An Wrangels Stelle war Prinz Friedrich Carl als Oberbefehlshaber getreten; in der Führung der Armee von Düppel ersetzte den letzteren Herwarth von Bittenfeld. In der Nacht zum 29. Juni führte dieser seine Truppen, wenig behelligt von dem gefürchteten Rolf Krake, den die Strandbatterien in Schach hielten, über den Alsensund, trieb das dänische Heer bis Mittag in die Halbinsel Kekenis und nöthigte es so mit einem Verlust von 1200 Todten und Verwundeten, 2800 Gefangenen und 97 Kanonen nach Fünen hinüber zu flüchten. In den folgenden Tagen rückten Gablenz und Vogel von Falckenstein in Jütland über den Lym-Fjord vor, zwangen den Generalleutnant von Hegermann sich gleichfalls nach Fünen einzuschiffen und pflanzten am 13. Juli ihr Banner am Cap Skagen auf. Auch zur See, wo sie ihrer Ueberlegenheit so sicher gewesen waren, begünstigte das Glück die Dänen nicht. In der ersten Hälfte des Krieges, vor dem Waffenstillstande, war es zu zwei Seetreffen gekommen, am 17. März an der Ostküste von Rügen bei Jasmund und am 9. Mai bei Helgoland. In dem ersten Gefechte forderte ein kleines preußisches Geschwader unter dem Contre-Admiral Jachmann (3 Schiffe mit 43 Kanonen) den vierfach überlegenen Feind tapfer heraus und kehrte ohne Verlust nach Swinemünde zurück. Bei Helgoland wurde der östreichische Admiral Tegetthoff, der ein östreichisch-preußisches Geschwader befehligte, durch den Brand seines Flaggenschiffes Schwarzenberg zwar zum

Kämpfe zur See.

Rückzug nach der Elbe gezwungen, so daß die Dänen den Sieg für sich beanspruchen durften, aber dieser Sieg war doch ein gänzlich fruchtloser. Seit dem Ende des Waffenstillstandes war es zu größeren Seeunternehmungen nicht gekommen; aber ein paar kleine Schlappen entmuthigten die Dänen sehr. Daß der Rolf Krake so wenig leistete, widersprach aller Erwartung; ein Scharmützel bei Dornbusch in der Ostsee am 2. Juli endete mit dem Rückzug einer dänischen Fregatte vor ein paar preußischen Kanonenbooten, und in der Nordsee bemächtigten sich die Verbündeten der westfriesischen Inseln Sylt, Föhr u. s. f. und bekamen dabei mehrere dänische Kanonenboote und deren Befehlshaber, den kühnen Capitain Hammer, in ihre Gewalt. Die Nachricht von diesem Vorgange verstärkte den niederschlagenden Eindruck, den der Verlust Alsens und Jütlands in Kopenhagen hervorrief; man fing an sich auch auf den Inseln nicht mehr sicher zu fühlen und eine feindliche Landung für möglich zu halten. Das eiderdänische Ministerium Monrad, das an dem Könige niemals eine Stütze gehabt und nun auch das Vertrauen des Volkes verloren hatte, trat am 8. Juli zurück und der König bildete ein Cabinet aus ehemaligen Gesammtstaatsmännern mit dem bestimmten Auftrage sofort Friedensverhandlungen zu beginnen. Am 12. Juli machte Bluhme, der neue Minister des Aeußern, dem Feinde Mittheilung von diesem Auftrage und schon am 18. ward in Christiansfelde eine Waffenruhe bis zum Schluß des Monats vereinbart, während deren in Wien die Friedensunterhandlungen gepflogen werden sollten. Sie führten am 1. August zum vorläufigen Abschluß, der dann ein Vierteljahr später, am 30. October 1864, endgültig durch den Wiener Frieden bestätigt wurde. König Christian entsagte allen seinen Ansprüchen an die drei Herzogthümer und erkannte zum Voraus alle Verfügungen an, welche Preußen und Oestreich bezüglich derselben treffen würden; einige Grenzdistricte in Nordschleswig wurden gegen eingeschlossene Gebietstheile, die bisher zu Jütland gehört hatten, eingetauscht; auf den Ersatz der Kriegskosten verzichteten die beiden Mächte, behielten sich aber vor, sie von den Herzogthümern sich erstatten zu lassen; endlich übernahmen sie für die letzteren einen Theil der dänischen Staatsschuld im Betrage von über 20 Millionen Thalern.

Umschwung in Kopenhagen.

Der Wiener Friede.

Die Theilnahme Europas hatte sich während der ganzen Dauer des Krieges unzweifelhaft fast ausschließlich Dänemark zugewandt. Von einem wirklichen Verständniß der Streitfrage war im Auslande nur sehr vereinzelt eine Spur zu finden; im Allgemeinen empfand der Fremde nur das begreifliche Mißbehagen, das Jemanden beschleicht, der zwei Große einen Kleinen zu Boden werfen sieht; und daß diese beiden Großen Oestreich und Preußen waren, Oestreich, so lange Jahre hindurch der Hort des Absolutismus und der Willkür, Preußen, das widerwillige Opfer Bismarckscher Despotie und militärischer Ueberbürdung, ließ jedem Unkundigen die Behauptung nur um so glaublicher erscheinen, daß es sich hier im Grunde um einen Kampf der Reaction gegen den Liberalismus handle und daß die Freisinnigkeit der

Die Haltung Europas.

Dänische Parteikämpfe.

dänischen Verfassung von 1863 ihre Hauptschuld in den Augen der preußischen und östreichischen Staatsmänner gewesen sei. Die Dänen ließen sich diese Auffassung sehr gern gefallen und fanden sie durch den conservativen Charakter des Ministeriums Bluhme bestätigt. Die Abneigung gegen ein Cabinet, das dem Lande einen opfervollen Frieden gebracht, kam der dänischen Fortschrittspartei, die sich mit dem volksthümlichen Namen der Bauernfreunde geschmückt hatte, sehr zu Statten, und da mit dem Verluste Schleswigs die bisherige Verfassung nothwendig einer Abänderung unterzogen werden mußte, so fehlte es nicht an Stoff zu heftigen Kämpfen. Schon über die Frage, ob der Rumpf des weiteren Reichsraths, in dem die Schleswiger mit gesessen hatten, oder ob der engere Reichstag, in dem nur Jütland und die Inseln vertreten waren, zur Abänderung befugt sei, entspann sich ein bitterer Streit; Regierungsanträge auf Beschränkung des Wahlrechts und Einführung zweijähriger Budgetperioden gaben neuen Stoff. Bluhme suchte sich durch Neuwahlen im Mai 1865 zu helfen, gewann aber keine Mehrheit und machte im November dem Grafen Frijs-Frijsenborg Platz, der denn glücklich sowohl mit dem Reichsrath wie mit dem Reichstag die neue Verfassung vereinbarte. Der heftige Parteigegensatz dauerte aber fort und die Bauernfreunde gewannen von Jahr zu Jahr mehr Boden im Lande, ohne daß der König sich hätte entschließen können, ihnen die Regierung anzuvertrauen. Seine eigene Stellung zum dänischen Volke, die von vorn herein sehr unbefriedigend gewesen war, besserte sich daher auch nicht wesentlich und eine volle Aussöhnung war fast ebenso schwierig und fernliegend, wie die Wiederkehr eines freundlichen Verhältnisses zwischen dem dänischen und dem deutschen Volke.

Verfassungskämpfe in Preußen und Oestreich.

Bismarcks erste Erfolge.

Mit voller Befriedigung durfte dagegen der leitende Staatsmann Preußens auf den Weg zurückzuschauen, den er seit Jahresfrist zurückgelegt hatte. Ohne von der Treue, die selbst einem drückenden Vertrage gebührte, abzuweichen, ohne die Gefahr eines großen europäischen Krieges, die nahe genug lag, näher zu rücken, ohne sich von der feindlichen Haltung der eigenen Landesvertretung, von der tiefgehenden Aufregung des deutschen Volkes, von dem Murren und Drängen der übrigen Bundesfürsten beeinflussen zu lassen, hatte Bismarck das höchste Ziel aller Patrioten, die völlige Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark, auf seinem Wege erreicht, hatte er die Schritte der östreichischen Staatsmänner nach seinem Willen gelenkt, hatte er dem preußischen Namen auf militärischem und politischem Felde den lang entbehrten Glanz zurückgegeben. Aber wie viel auch schon gewonnen war, es blieb doch fast noch mehr zu thun übrig. Die staatlichen Verhältnisse der Elbherzogthümer mußten neu geordnet werden. Eine weite Kluft trennte die preußischen Pläne von den Forderungen des deutschen Volkes und der Schleswig-Holsteiner, wie von den Absichten

der östreichischen Regierung. Diese, welche selbst nicht daran denken konnte, an der Nord- und Ostsee Länderbesitz zu erwerben, war durchaus geneigt dem Bundestag und dem deutschen Volke zu willfahren und den Herzog Friedrich VIII. einzusetzen; Preußen dagegen meinte es mit den Ansprüchen, die es von Christian IX. im Wiener Frieden erworben hatte, ernstlicher, und war entschlossen dieselben, wenn nicht zur völligen Einverleibung der Herzogthümer, so doch dazu zu benutzen, die Streitkräfte derselben zu Land und See sich dienstbar zu machen. Schon frühzeitig war die öffentliche Meinung auf diese Absichten hingewiesen worden, am deutlichsten durch eine Adresse, die Graf Arnim-Boytzenburg und andre hervorragende Conservative am 11. Mai 1864 an den König gerichtet und in der sie ein Schutzverhältniß oder die völlige Einverleibung der Herzogthümer als wünschenswertheste Lösung erbeten hatten. Unter welchen Bedingungen Preußen geneigt sei, die Einsetzung Friedrichs VIII. einzuräumen, entwickelte Bismarck dem Prinzen persönlich in einer Unterredung, die er mit ihm am 1. Juni hatte; er forderte die Abtretung einiger befestigten Puncte, das Aufsichtsrecht über den projectirten Nord-Ostsee-Canal und einen Militär-Vertrag. Zu seinem Unglück glaubte der Prätendent davon noch mancherlei abdingen zu können, machte Schwierigkeiten hinsichtlich der Landabtretungen und erklärte, der Militär-Vertrag dürfe jedenfalls nicht so umfassend sein wie der mit Koburg abgeschlossene. Durch ungeschickte Drohungen mit dem Bunde und sogar mit Oestreich verdarb er seine Stellung vollends und machte es seinen Freunden am preußischen Hofe, zu denen selbst der Kronprinz gehörte, sehr schwer für ihn einzutreten. Die Stimmung in den Herzogthümern war noch so unentschieden, daß die Einwilligung des Prätendenten in die Forderungen Bismarcks das Aufkeimen jedes Widerstandes verhindert haben würde. Jetzt aber wurde derselbe künstlich groß gezogen. Jeder Aeußerung zu Gunsten der preußischen Forderungen folgte eine Antwort im Sinne des Erbprinzen; wenn eine Versammlung von Prälaten und Rittern am 8. August die Gemeinschaft der Diplomatie und des Heerwesens mit Preußen empfahl, so betonte kaum 14 Tage später der Städtetag von Neumünster die Selbständigkeit des Landes, die durch den Anschluß an Preußen nicht gefährdet werden dürfe. Das Mißtrauen gegen Bismarck erwies sich schnell als so mächtig, daß die Dankbarkeit dagegen verschwand. Schon im October, ehe noch der Friede unterzeichnet war, hatte die Augustenburgische Agitation das Land so unterwühlt, daß Preußen eine Befragung der Stände über die Zugeständnisse, die es forderte, nicht mehr wagen durfte. Die Folge davon war, daß man in Berlin d endgültige Lösung hinauszuschieben sich entschloß und die völlige V rschmelzung Schleswig-Holsteins mit dem preußischen Staate ernstli her ins Auge faßte. Diese fand nun freilich gar wenig Anklang i den Herzogthümern selbst, wie im übrigen Deutschland; sogar die F eunde der preußischen Vormacht sahen darin eine Gefährdung der b ndesstaatlichen Einigung Deutschlands. Wenn in Preußen selbst d s staatliche Bewußtsein stark genug war, um auch die liberalen

Preußens Zielpuncte und Bedingungen.

Die Stimmung in den Herzogthümern.

Die Opposition in Preußen.

Gegner Bismarcks zu der heimlichen Anerkennung zu nöthigen, daß die Einverleibung doch das wünschenswertheste Ziel sei, so machte die erregte Parteistimmung und die wachsende Vergiftung des Verfassungsconflictes es doch nur wenigen scharfblickenden und muthigen Männern möglich, auch offen dafür einzutreten. Erfolgreicher als irgend ein zweiter erhob Heinrich von Treitschke in den Preußischen Jahrbüchern seine warm zum Herzen dringende Stimme, um den alten Grundsätzen der nationalen Partei zum Siege über die augenblickliche Verbitterung zu verhelfen; Mommsen, selbst ein Schleswig-Holsteiner, und andere folgten seinem Vorbilde, und wenn die Wirkung ihrer Worte noch nicht gleich zu Tage trat, so war der Stoß, den die Schwärmerei für den Augustenburger in tausenden von Gemüthern durch sie erhielt, doch ein gewaltiger. Aber die leitenden Köpfe der Opposition konnten sich, wie die Dinge nun einmal lagen, doch zu keiner offenen und vertrauensvollen Unterstützung Bismarcks verstehen: zu tief waren sie durch den bisherigen Verlauf des Verfassungsstreites verletzt worden, und zu nichtig waren die Hoffnungen auf eine ehrliche Versöhnung mit dem Ministerium. Die Landtagssession, welche den Neuwahlen vom October 1863 folgte, hatte nicht den leisesten Schimmer einer Annäherung gezeigt; über die Preßordonnanz vom 1. Juni, über die Wahlumtriebe der Regierung, über das Wehrgesetz und das Budget von 1864 entbrannten heiße Kämpfe, und die verdächtige Politik Bismarcks in der schleswig-holsteinschen Frage bot ein neues Schlachtfeld, auf dem die Gegner ingrimmig an einander geriethen. Nachdem die Abgeordneten zu guter Letzt jede Anleihe ohne ihre Genehmigung für verfassungswidrig und auf alle Zeiten unverbindlich erklärt hatten, schloß eine königliche Botschaft am 25. Januar, also acht Tage vor Beginn des Krieges, den Landtag und ein Beschluß des Ministeriums bestimmte die Grundsätze, nach denen die budgetlose Regierung geführt werden solle. In die Kriegs- und Siegesklänge mischten sich die unerfreulichen Berichte über die Maßregelungen liberaler Beamten, und die Hetzereien und Verhöhnungen der regierungsfreundlichen Presse, die im Geiste schon das „innere Düppel“ gleich dem äußeren erstürmt sah. Wie gering die Umstimmung in den Kreisen des Volkes war, lehrten die Nachwahlen im Herbst des Jahres 1864, die fast alle zu Gunsten der Opposition ausfielen, und wenn der Ruhm der preußischen Waffen allüberall im Lande mit Jubel begrüßt wurde, so war man doch weit entfernt davon, der Umgestaltung des Heeres daran einen erheblichen Antheil beizumessen. Weder der Hinweis der Thronrede vom 15. Januar 1865 auf den Zusammenhang zwischen der Reorganisation und dem siegreichen Kriege, noch die Lobrede Eulenburgs auf die Eleganz, mit der das umgestaltete Heer den Feind geschlagen, am allerwenigsten aber die Betheuerung des Herrenhauses, daß der Sieg die erste Frucht der neuen Heeresverfassung sei, gewannen der Regierung auch nur eine einzige Stimme im Abgeordnetenhause. Die Thronrede sprach den dringenden Wunsch des Königs aus, daß der Gegensatz zwischen Regierung und Landtag seine Ausgleichung finden möge; Graf Eulen-

Die Landtagssession von 1864,

von 1865.

burg bot jeden anderen Ansatz des Budgets als Prüfstein dafür an, daß das Ministerium sich in Abstriche fügen werde; lassen Sie diesen Streitpunct aus der Welt verschwinden, rief er aus, dann wird uns der zweijährige Kampf als Lehre dienen für künftige Zeiten und mehr, als wir jetzt ahnen, zur Entwicklung des Verfassungslebens beitragen; — aber Alles das waren doch nur Worte, von thätlichem Entgegenkommen der Regierung war Nichts zu merken, und die Abgeordneten glaubten daher selbst einer Antwortsadresse auf die Thronrede sich enthalten zu sollen; ein paar warme Worte, mit denen der Präsident Grabow in der ersten Sitzung der kriegerischen Vorgänge gedachte, durch die Preußens verpfändete Ehre ruhmreich eingelöst und die Scharte von Olmütz ausgewetzt sei, lieferten den einzigen Beweis, daß auch die Opposition die Bedeutung der jüngsten Ereignisse nicht verkannte. Vergebens bemühten sich einige der liberalen Abgeordneten ihre Freunde zu einer Kundgebung für den möglichst engen Anschluß der Elbherzogthümer an Preußen zu bewegen; Carlowitz empfahl dem Hause sich für die Erwerbung des Kieler Hafens und einen Flottenvertrag mit Schleswig-Holstein zu erklären; Michaelis beantragte eine Resolution, die ganz in Bismarcks Sinne die Zugeständnisse bezeichnete, welche Preußen von dem Augustenburger fordern müsse; Twesten und manche andere patriotisch und nüchtern denkende Männer sprachen sich zu Gunsten dieses Antrags aus; aber die große Mehrheit der Fortschrittspartei verwarf ihn, weil sie das Ministerium um jeden Preis stürzen und es zu dem Zweck überall bekämpfen wollte. Da der Antrag auf Einverleibung des eroberten Landes, den Wagener Namens der Conservativen stellte, mit noch größerer Mehrheit verworfen wurde, so ging die Session zu Ende, ohne daß die zweite Kammer irgend welchen Beschluß über eine Frage gefaßt hatte, die doch jedermann im Lande, die ganz Europa auf das lebhafteste beschäftigte. Wurde darüber schon Mancher, der in dem Verfassungskampfe treu zu der Mehrheit stand, stutzig, so verstärkte die lediglich verneinende Haltung, die das Haus auch zu vielen andern Vorlagen der Regierung einnahm, diesen Eindruck. Militärgesetz und Budget sah das Volk wohl ohne Verwunderung und ohne Mißbilligung in derselben Weise wie bisher behandelt und zu Fall gebracht; aber daß die Abgeordneten die nachträgliche Genehmigung der Kriegskosten im Betrage von etwa 70 Millionen Mark verweigerten, daß sie den Flottengründungsplan, der innerhalb zwölf Jahren etwa 100 Millionen Mark auf die Wehrkraft Preußens zur See verwenden wollte, einfach verwarfen, daß sie einer Anleihe behufs Ausdehnung des Eisenbahnnetzes sich widersetzten und der preußischen Bank die Ermächtigung versagten ihren Geschäftsbetrieb auf das übrige Deutschland zu erstrecken, das Alles erregte viel Befremden und wurde mindestens von den nächst Betheiligten als eine Schädigung der Landesinteressen aufgefaßt, für die das Abgeordnetenhaus verantwortlich sei. Das strenge Festhalten an dem Satze, dieses Ministerium dürfe in keinem Puncte unterstützt werden, mußte zu sehr unliebsamen Folgerungen führen, und ab und zu konnte selbst die

Fortdauer des Conflictes.

Unfruchtbarkeit der Session.

Der Zollverein.

Fortschrittspartei ihm nicht treu bleiben. In der Eisenbahnfrage bewilligte eine Mehrheit von 70 Stimmen die Mittel zum Bau dadurch, daß sie der Regierung den Verkauf von Actien, die sich im Besitze des Staates befanden, gestattete, und als die Verträge über die Fortdauer des Zollvereins vorgelegt wurden, hatte gradezu Niemand Lust sie um des Principes willen zu verwerfen. Wie sich die deutschen Regierungen trotz alles Sperrens im Laufe des Jahres 1864, die eine nach der andern, dem vielangefochtenen französischen Handelsvertrage gebeugt hatten, so lag doch auch für das Abgeordnetenhaus eine peinliche Nothwendigkeit darin, daß es dem Siege der verhaßten Regierung gleichsam das letzte Siegel aufdrücken mußte, als es die Zollvereinsverträge genehmigte; wenn es in dieser Frage unbeschadet seiner sonstigen Opposition das Ministerium von Anfang an zum Heile des Landes ehrlich unterstützt hatte, warum, so hörte man fragen, konnte es nicht ebenso in anderen wichtigen Dingen handeln? Ein Blick in die liberalen Zeitungen, besonders in die Zeitungen des außerpreußischen Norddeutschland lehrte, daß die Fortschrittspartei aus der Session von 1865 jedenfalls nicht gekräftigt hervorgegangen war, daß sich neue, der Regierung freundlichere Strömungen in der öffentlichen Meinung vorbereiteten. Wenn sie nicht erfolgreicher zum Durchbruch kamen, so lag das lediglich an dem verletzenden Auftreten des Ministeriums. Eine Forderung zum Zweikampf, die Bismarck an den Abgeordneten Virchow richtete, weil derselbe Zweifel an seiner Aufrichtigkeit geäußert, eine Drohung Roons: der Streit könne aus einer Rechts- zu einer Existenzfrage werden, wodurch die Beseitigung der Verfassung in Aussicht gestellt zu sein schien, eine Fülle von scharfen Worten, die während der fünfmonatlichen Session vom Ministertisch gefallen waren, die fortgesetzte Bevormundung der städtischen Behörden, die Maßregelungen der Beamten, der Vereine und der Presse, die Beeinflussung der Gerichte, deren Unabhängigkeit Männer wie Twesten und Gneist für gebrochen erklärten, und so viele andre verwandte Klagen hielten auch die, welche der äußeren Politik Bismarcks mehr und mehr sich zuneigten, in dem Banne der Opposition gegen das Ministerium fest. Die funfzigjährige Jubelfeier der Vereinigung des Rheinlandes mit Preußen verlief kalt, in gedrückter Stimmung; die Liberalen schlossen sich vieler Orten davon aus, der König selbst konnte nicht in dem verdrossenen Köln, sondern mußte in Aachen am 15. Mai die Hauptfeier begehen; dasselbe Köln aber bereitete sich zu einem glänzenden Feste vor, das ein liberaler Verein unter Führung des Stadtverordneten Classen-Kappelmann am 22. Juli den fortschrittlichen Abgeordneten zu geben gedachte, und das zu verhindern die Regierung offenbare Gesetzwidrigkeiten und Gewaltm regeln nicht scheute. Vom Rhein bis zum Pregel gab es keine gr Stadt, die nicht in dem Kampf gegen die Regierung verwickelt gewe wäre; Berlin sah von neun Stadtrathswahlen, die innerhalb dre Monate statt fanden, acht vernichtet; Königsberg erhielt einen co servativen Landrath zur Verwaltung des Bürgermeisteramtes, da d Ministerium der von den Stadtverordneten getroffenen Wahl ha

Symptome der Verbitterung.

näckig die Bestätigung versagte; ähnlich ging es in zahllosen anderen Fällen. Dafür verweigerten dann die städtischen Behörden in Köln oder Trier, in Essen oder Münster die geforderte Theilnahme an den Jubelfesten, lehnten in Stettin den feierlichen Empfang des Kronprinzen ab, oder unterließen in Königsberg wohl gar die Erleuchtung und Beflaggung an des Königs Geburtstag, in einem so königstreuen Volke, wie das preußische seit Alters gewesen, Vorgänge von ernster Bedeutung, Zeugnisse für den Beginn einer Umwandlung des sittlich-politischen Urtheils, die jedem monarchisch gesinnten Manne beunruhigender erscheinen mußten, als die revolutionären Ausschreitungen des Jahres 1848 oder die Mordversuche eines Tschech oder Oskar Becker.

Die Lage in Oestreich.

Für die auswärtige Politik Preußens war der innere Streit nicht in dem Maße ein Hinderniß, wie man wohl hätte erwarten können; hauptsächlich deshalb nicht, weil der nächste Gegner, den man bekämpfen mußte, Oestreich, sich in ganz ähnlicher Lage befand. Bis über den Frankfurter Fürstentag hinaus, bis in den Beginn der schleswig-holsteinschen Bewegung hinein war die Schmerlingsche Politik, die sich auf die deutsche Bevölkerung stützte und Ungarn in den Einheitsstaat hineinzwingen wollte, im Aufsteigen begriffen; in Deutsch-Oestreich und in einem großen Theile von Deutschland glaubte man an ihren Erfolg, und dieser Glaube gab ihr Kraft. Aber das Scheitern des Fürstentages und das Bündniß mit Preußen gegen Dänemark waren zwei harte Schläge für Schmerling; die Entfremdung, die im Gefolge derselben zwischen Wien und den mittelstaatlichen Cabineten eintrat, bedrohte die Grundlage seines Systems, und Rechbergs Entfernung aus dem Auswärtigen Amte war die Vorbedingung für den Wiedergewinn des Verlorenen; es war unmöglich, daß man gleichzeitig die Großdeutschen beleidigte und bekämpfte, und sich doch auf die großdeutsch gesinnte Bevölkerung Oestreichs stützen wollte. Der Sturz Rechbergs, dem es kaum noch vergönnt wurde, den Frieden mit Dänemark zu unterzeichnen, bedeutete daher unzweifelhaft einen Sieg Schmerlings; Graf Mensdorff-Pouilly, der am 27. October 1864 die Leitung der auswärtigen Politik übernahm, hatte als dringendste Aufgabe die verlorene Fühlung mit den deutschen Mittelstaaten wiederherzustellen, oder wie das Abgeordnetenhaus sich in seiner Antwort auf die Thronrede am 6. December ausdrückte: die bundesrechtlichen Beziehungen zu den deutschen Staaten zu pflegen, die Bande mit denselben durch Reformen der Bundesverfassung noch enger zu knüpfen und den bundeswidrigen Sonderbestrebungen Preußens entgegenzutreten. Aber dieser Auftrag war leichter gegeben als ausgeführt, und wenn Schmerling vom östreichischen Standpunct aus die schleswig-holsteinsche Frage mit Recht als gänzlich verfahren bezeichnete, so wußte doch weder er noch das Abgeordnetenhaus die Wege anzugeben, auf denen sie wieder in das richtige Geleise gebracht werden könne. Ueberdies gab es der andren Sorgen nur gar zu viele. Als der weitere Reichsrath im November 1864 wieder zusammentrat, blieben die tschechischen Mitglieder aus und verstümmelten

Annäherung an die Mittelstaaten.

Die Opposition in den Landtagen.

dadurch die hohe Körperschaft noch mehr als früher. In den einzelnen Ländern war die Opposition gegen den Einheitsstaat sichtlich gewachsen; im Prager Landtag hatten die Tschechen die Mehrheit gewonnen, in Tyrol erhob die Partei der Glaubenseinheit mit ungeminderter Kraft ihre Stimme, in Krain, Dalmatien, Triest kam es zu mißliebigen Kundgebungen der Slowenen und Italiener; Venetien erlebte in Friaul sogar einen kurzen Aufstandsversuch und in Padua hochverrätherische Demonstrationen der Studenten, Ungarn beharrte in seinem Widerstande, und die Ersetzung Forgachs durch den Grafen Zichy, der recht geflissentlich seine Wünsche für die Februarverfassung bei einem Festmahl in Wien kundgab, reizte die Deakisten und die Altconservativen zu lebhaften Gegenäußerungen; Galizien war durch die Verhängung des Belagerungszustandes aus Anlaß des politischen Aufstandes mundtodt gemacht. Daß die Regierung verfassungsmäßig zu dieser Sicherheitsmaßregel berechtigt gewesen sei, konnte nicht geleugnet werden, aber gleichwohl entwickelte sich daraus ein ernstlicher Streit mit dem Abgeordnetenhause. Dieses verlangte, daß nach seinem Zusammentritt ihm die kaiserliche Verordnung vorgelegt werde, und bestritt ihre Gültigkeit für den Fall, daß der Reichsrath seine Zustimmung versage; das Ministerium aber gab dem Verfassungsparagraphen, welcher ihm das Recht ertheilte in Abwesenheit des Reichsrathes dringende Verfügungen zu treffen, und es nur verpflichtete der Landesvertretung späterhin Gründe und Erfolge eines solchen Schrittes darzulegen, die weitgreifende Bedeutung, daß eine Genehmigung des Reichsrathes selbst nachträglich nicht vonnöthen sei; ja es gestand zu, daß nach seiner Auffassung mittelst dieses Paragraphen sogar die Verfassung geändert werden könne, eine Erklärung, die das ganze bestehende Recht von dem Willen des Kaisers abhängig machte, und die an ihrer beängstigenden Tragweite dadurch Nichts einbüßte, daß Schmerling eifrig betheuerte, mit seinem Willen werde das Kind die Mutter nicht verschlingen, der Paragraph die Verfassung nicht umbringen. War doch, als diese Worte am 16. Juni 1865 fielen, die Stellung des Ministers schon völlig untergraben und sein Sturz nur noch wenige Tage entfernt. Die ganze Dauer der Reichsrathssession war eine einzige Kette von Niederlagen für den gewandten Vorkämpfer des Einheitsstaates gewesen. Vergebens suchte er das gelockerte Band, das ihn mit seiner Partei verknüpfte, durch vertrauliche Verhandlungen mit den Führern und durch große Versammlungen von 80 bis 100 Mitgliedern, die er zu sich lud, wieder zu festigen; vergebens kam er dem Wunsche, die Ausgleichung mit Ungarn zu beschleunigen, der schon in der Antwort auf die Thronrede sehr nachdrücklich ausgesprochen war, entgegen, indem er die Einleitungen zur Wiederberufung des ungarischen und des croatischen Landtags traf; es blieben der Puncte, in denen er nicht weichen konnte und in denen die Mehrheit nicht weichen wollte, zu viele, als daß ein herzliches Einverständniß zu erreichen gewesen wäre. Vorlagen, die das Haus verlangte, wie ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz oder der Friedensvertrag mit Dänemark, wurden verweigert, Interpellationen

Schmerlings Stellung erschüttert.

über Interpellationen blieben unbeantwortet, im Finanzausschuß, der über den Staatshaushalt für 1865 berieth, kamen die Gegensätze so aneinander, daß die Minister sich weigerten in demselben zu erscheinen. Diese Finanzfragen waren weitaus der schlimmste Stein des Anstoßes. Das Jahr 1864 hatte mit einem Deficit von 27 Millionen Gulden über den Voranschlag hinaus geschlossen; reichlich 7 Millionen waren mehr ausgegeben, etwa 20 Millionen weniger eingenommen worden, als das Budget bestimmte. Um den dringenden Anforderungen des täglichen Bedarfes zu entsprechen hatte sich das Ministerium dann Unregelmäßigkeiten erlaubt, Gelder, die ihm zur Einziehung von Münzscheinen und zu ähnlichen Zwecken bewilligt waren, anderweitig verwandt. Erregte das natürlich, als es bekannt wurde, großen Unwillen, so war doch schon vorher über das Maß der möglichen Ersparnisse ein heftiger Zwist entbrannt; der Finanzausschuß und nach seinen Anträgen das Haus strich von den Ausgaben so viel, daß ein Deficit von etwa $7\frac{1}{2}$ Million übrig blieb; die Absetzung von beinah 13 Millionen für Heer und Flotte hatte sich das Ministerium gefallen lassen, aber etwa 6 Millionen, die das Haus außerdem noch strich, wollte es nicht fahren lassen. Es fand dabei eine Stütze am Herrenhause, das die Summe des Deficits wieder auf beinah 14 Millionen erhöhte; aber diese Stütze war zu schwach, als daß sie dem schwankenden Ministerium einen Halt hätte bieten können. Länger als vier Jahre hatte der Kaiser auf Schmerlings Wegen ausgeharrt; jetzt sagte er sich, daß er dem erstrebten Ziele ferner sei als je: in Ungarn rührte sich keine Hand zu einem Ausgleich mit Schmerling; selbst die Altconservativen waren nicht zur Versöhnung mit ihm bereit, während sie dem Kaiser Hoffnung machten, sich mit andern Männern zu verständigen; über den Reichsrath hatte der Minister jede Herrschaft verloren; nicht in den unbedeutendsten Puncten vermochte er bei der Budgetdebatte dem Finanzausschuß gegenüber die Mehrheit auf seine Seite zu ziehen. So reifte der Entschluß des Kaisers von ihm zu lassen und die Februarverfassung aufzugeben. Ein Besuch in der ungarischen Hauptstadt, Anfang Juni 1865, diente dazu das zerrissene Verhältniß zu einem Theile des magyarischen Adels wieder herzustellen, wobei Graf Moritz Esterhazy, der des Kaisers besonderes Vertrauen genoß, die wichtigsten Vermittlerdienste leistete. Es wurde für einen glänzenden Empfang des Monarchen gesorgt, und dieser erklärte dem Erzbischof-Primas, daß es sein entschiedener Wille sei, Ungarn möglichst zu befriedigen. Während dessen erlitt das Ministerium im Reichsrath eine letzte entscheidende Niederlage: zur Deckung des Deficits und zur Leistung von Geldzahlungen an die Bank forderte der Finanzminister von Plener am 8. Juni eine Anleihe von 117 Millionen; der Finanzausschuß aber beschloß schon zwei Tage später mit 20 gegen 5 Stimmen darauf nicht einzugehen, und Alles, worauf das Haus selbst sich einließ, war die Bewilligung von 13 Millionen für die dringlichsten Bedürfnisse, eine Bewilligung, die mit scharfen Beschlüssen gegen das ganze Finanzsystem des Ministeriums verbunden war. Wenige Tage darauf, am 26. Juni 1865, entließ der Kaiser

Schmerlings Sturz.

aus eigenem Antrieb die Hofkanzler für Ungarn und Siebenbürgen, Zichy und Nadasdy, und ersetzte den ersteren durch Majlath, den Schmerling zu seinen erbittertsten Gegnern zählte. Diesen deutlichen Wink konnte das Ministerium nicht mißverstehen: es bat sofort um seinen Abschied, nur Mensdorff-Pouilly und der Kriegsminister Franck waren bereit zu bleiben. Wochen vergingen, ehe für die scheidenden Räthe der Krone sich Nachfolger gefunden hatten; schweigend erwartete das Land und erwartete der Reichstag die Entscheidung des Kaisers. An ernstliche Verhandlungen war in dieser gespannten Lage ja doch nicht zu denken, und nur das Budget für 1865 fand noch zur Befriedigung der Abgeordneten seine Erledigung. Auf ausdrücklichen Befehl des Monarchen wurde die italienische Armee auf den Friedensstand gesetzt und dadurch fast alle Ersparungen, welche das Abgeordnetenhaus forderte, ermöglicht; auch das Herrenhaus stimmte ihnen nunmehr selbstverständlich zu und man gab sich der trügerischen Hoffnung hin mit einem Deficit von 8 Millionen davonzukommen: wenige Monate später verkündete der neue Finanzminister, daß es in Wahrheit rund 80 Millionen betragen werde, weil die Einnahmen um 48 Millionen hinter dem Anschlag zurückgeblieben und für Rückzahlungen an die Bank 24 Millionen erforderlich seien, die gar nicht in Ansatz gebracht waren. Ohne Ahnung dieser Enttäuschung versammelte sich der Reichsrath am 27. Juli zum letzten Male, um von dem Erzherzog Ludwig Victor im Namen des Kaisers mit freundlichen Worten der Anerkennung für seine ersprießliche Thätigkeit entlassen zu werden. Von einem Staatsstreich enthielt die Thronrede nicht die leiseste Andeutung; sie versicherte nur, daß der Kaiser jetzt schleunigst eine Verständigung mit der östlichen Hälfte des Reiches suchen werde; aber trotzdem ahnte man sehr wohl, daß eine verhängnißvolle Wendung bevorstehe, und zweifelnd sprachen die Abgeordneten beim Abschiede die Hoffnung aus, sich in den alten Sitzungsräumen dereinst wieder zu sehen. Die Minister erhielten noch an demselben Tage ihre Entlassung; Graf Belcredi als Präsident, Graf Larisch für die Finanzen und der bisherige Minister des Aeußern Graf Mensdorff bildeten den Kern des neuen Cabinets, das nach ihnen das Dreigrafenministerium genannt wurde. Ihr Programm ließ noch zwei Monate auf sich warten; erst am 20. September verkündete ein kaiserliches Manifest den Völkern Oestreichs, was über sie beschlossen sei. Franz Joseph versicherte, daß er an seinem Diplom vom 20. October 1860 festhalten werde; aber die Form der Ausführung, welche dasselbe durch die Februarverfassung erhalten, bedürfe der Aenderung, da sie in der östlichen Reichshälfte auf unüberwindliche Rechtsbedenken gestoßen sei. Die Verfassungen der einzelnen Länder zwar sollten in Kraft bleiben (und in der That waren die Landtage bereits auf Ende November einberufen), aber das Band, welches der engere Reichsrath um die deutsch-slawischen Provinzen geschlungen, könne nicht fortdauern, so lange der weitere Reichsrath nicht von allen Seiten anerkannt sei; sobald mit Ungarn darüber eine Verständigung erzielt sei, werde der Kaiser dieselbe der gleich

Schluß des Reichsraths.

Ministerium Belcredi.

gewichtigen Entscheidung der übrigen Kronländer unterbreiten, bis dahin aber müsse er die Wirksamkeit der Reichsvertretung sistiren und dem Ministerium die Wahrnehmung der Landesinteressen ohne parlamentarische Mitwirkung anvertrauen.

Suspension der Februarverfassung.

Mit gelassener Befriedigung nahmen die Ungarn, mit jubelnder Zustimmung die Tschechen und Slowenen, mit heftiger Mißbilligung die Deutschen diesen Staatsstreich auf. Am schwersten wurden die letzteren in Siebenbürgen dadurch betroffen: Friede mit Ungarn war ohne die Preisgabe des Großfürstenthums nicht zu erkaufen, und sein Schicksal war bereits besiegelt, als der Landtag zum 20. November nicht auf Grund der Verordnungen von 1863, sondern nach den vormärzlichen Bestimmungen berufen wurde. Denn dadurch erhielten die Magyaren ihre alte künstliche Mehrheit gegenüber den Deutschen und Rumänen wieder, und es hätte des Beamtenwechsels, der gleichzeitig stattfand, nicht bedurft, um den Beschluß zu erwirken, daß Vertreter Siebenbürgens nach Pesth abgeordnet werden sollten, um dort über die Vereinigung beider Länder zu berathen. Als dieser Beschluß, der am 6. December gefaßt war, die kaiserliche Genehmigung erhalten hatte, wurde der Landtag Anfang Januar 1866 vertagt und das einzige Zugeständniß, das die Deutschen erhielten, bestand darin, daß er später wieder einberufen werden solle um die Pesther Abmachungen zu bestätigen, ein Zugeständniß, das bei der magyarischen Mehrheit des Landtags nur formell und ohne jeden sachlichen Werth war.

Siebenbürgen.

Minder günstig war die Lage für die Magyaren in Croatien; zwar hatten sie hier auf dem Landtage, der am 12. November eröffnet wurde, eine sehr starke Partei für sich, aber die Mehrheit war doch national gesinnt und gegen die Verbindung mit Ungarn. Durchaus überraschend mußte es daher sein, daß bei der Berathung einer Adresse an den Kaiser am 9. Februar 1866 ein der Vereinigung günstiger Zusatz mit 99 gegen 94 Stimmen angenommen wurde. Allein dieser augenblickliche Erfolg verlor schon am nächsten Tage viel von seiner Bedeutung, als bei der Schlußabstimmung die ganze Minderheit sich zurückzog und die Mehrheit sich spaltete, so daß nur 78 Abgeordnete die formell allerdings die Mehrheit bildeten, die Adresse annahmen; und als dann am 9. März bei der Wahl von Deputirten nach Pesth denselben gar die Weisung mitgegeben wurde, dafür zu sorgen, daß Croatien selbständig in der Centralregierung vertreten sei, als in Folge dessen die magyarische Partei ihren Gegnern die Vornahme der Wahl allein überließ, da hatte sich der kurze Sieg wieder völlig in eine Niederlage verwandelt, und es war vorauszusehen, daß die Deputation [illegible] Pesth keine Verständigung erzielen werde. Drei Forderungen waren [illegible], über die man sich nicht vereinbaren konnte: die Croaten wollten ihr [V]erhältniß zu Ungarn erst dann regeln, wenn ihr eigenes Verhältniß [z]um Gesammtstaate geordnet, d. h. wenn ihnen eine Vertretung in [d]er Centralregierung zugestanden sei; sie beanspruchten zweitens die Stadt Fiume für ihr dreieiniges Königreich, und sie forderten drittens, [d]aß eine besondere Urkunde über die Krönung des Kaisers zu ihrem

Croatien.

Könige ausgestellt werde, daß diese Krönung also für einen von der ungarischen Krönung gesonderten Act gelten solle. Das wollten die Magyaren Alles nicht zugeben, und so wurden die Unterhandlungen im Juni 1866 abgebrochen.

Der ungarische Landtag.

Der ungarische Landtag trat erst spät, am 14. December 1865 zusammen. Bei der Wahlbewegung hatte sich die radicale Partei einer sichtlichen Zurückhaltung beflissen, und da Majlath im Gegensatze zu Vays Verfahren im Jahre 1860 die Comitatsversammlungen einstweilen noch nicht wieder ins Leben gerufen und damit den Leidenschaften ihren gefährlichsten Tummelplatz verschlossen gehalten hatte, so waren die Deakisten entschieden als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Sie kamen dem Könige ebenso versöhnlich entgegen wie dieser ihnen. In seiner Thronrede gab Franz Joseph die Schwarzenberg-Schmerlingsche Lehre von der Rechtsverwirkung ausdrücklich preis, und erwartete dafür von den Vertretern, daß sie auch ihre Theorie von der Rechtsbeständigkeit der achtundvierziger Gesetze aufgeben würden. Formell, das gestand er ihnen sogar zu, unterliege dieselbe keinem Einwande mehr, aber die unveränderte Durchführung jener Gesetze sei außer dem Bereiche der Möglichkeit; sie müßten derart umgestaltet werden, daß eine gemeinsame Behandlung der gemeinsamen Reichsangelegenheiten im Sinne des Octoberdiploms eintreten könne; den Weg, der dahin führe, zu finden und die Ordnung des Verhältnisses Ungarns zu Siebenbürgen und Croatien, das seien die dringenden Aufgaben dieses Landtages, nach deren Erledigung er die Weihe der Krönung mit dem Diademe des heiligen Stephan empfangen wolle.

Annäherungen.

Die nächsten Aeußerungen des Landtags, die Wahl Szentivanyis zum Präsidenten, Andrassys zum Vicepräsidenten, und die Einladung der Kaiserin zu einem Besuche in Ungarn, zeugten deutlich von dem versöhnlichen Geiste der Mehrheit, den das Land im Januar 1866 durch den glänzenden Empfang bestätigte, welchen es dem Kaiserpaar bereitete. Und dennoch drohten die Wege des Monarchen und des Landtags noch einmal völlig auseinanderzugehen. Auch die deakistische Mehrheit glaubte eine Vereinbarung so lange nicht annehmen zu sollen, wie zwei Forderungen nicht erfüllt seien: die Einsetzung eines besonderen ungarischen Ministeriums und die Wiederbelebung der Comitatsverfassung: ein Antrag Apponyis, sich mit der theoretischen Anerkennung der Rechtsbeständigkeit zu begnügen, fiel durch; die Mehrheit beschloß am 24. Februar 1868 eine Adresse, in der sie die Vollziehung der achtundvierziger Gesetze in jenen beiden Puncten forderte, ein Verlangen, das doch jedenfalls keine politische Unmöglichkeit enthalte. Der Kaiser nahm das aber sehr ungnädig auf, lehnte am 3. März die doppelte Forderung ab und bestand darauf, daß der Landtag seine Vorschläge über das zukünftige Verhältniß Ungarns zur Gesammtmonarchie sofort in Angriff nehme. Und wirklich fügten sich die Deakisten. Auf Antrag ihres Führers wurde ein Ausschuß niedergesetzt, der die Grundlagen einer Vereinbarung entwerfen sollte, und nur daran hielt man fest, daß diese Vereinbarung nicht ins Leben

treten dürfe, so lange jene beiden Forderungen nicht erfüllt seien. Am 25. Juni hatte der Ausschuß seine Arbeit vollendet: die parlamentarische Gemeinschaft mit der westlichen Hälfte verwarf er durchaus; gemeinsame Ministerien für gewisse Angelegenheiten erkannte er als zulässig an, und da somit auch ein gemeinsames Budget nöthig war, so empfahl er die Bildung von Delegationen des engeren Reichsrathes und des ungarischen Landtages, die sich darüber in getrennten Sitzungen und durch schriftlichen Verkehr verständigen sollten; nur wenn das nicht gelinge, sollten sie zusammentreten und durch absolute Mehrheit entscheiden. Auch für die Genehmigung dieser ihrer Vorschläge wollten sie denselben Weg einschlagen, nur mit dem Unterschiede, daß hierbei die Delegationen sich nicht verschmelzen durften, sondern schlimmsten Falls der Kaiser die streitigen Puncte auf Grund der ihm unterbreiteten Daten entscheiden solle.

Delegationsproject.

Eine Aeußerung des Monarchen oder eine Beschlußfassung des Landtages über diese Vorschläge erfolgte zunächst nicht; ein großer Krieg hatte wenige Tage zuvor begonnen und es war keine Zeit zu Verfassungsverhandlungen; am 26. Juni wurde der Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem die Vertretungskörper der übrigen Provinzen ihm längst vorangegangen waren. Das Bild der Spaltung, das die wichtigsten von ihnen entrollt hatten, war wenig erfreulich gewesen. In Galizien verlangten die Polen für ihr Königreich einen besonderen Hofkanzler, verwarfen aber den Vorschlag der Regierung und die Forderung der Ruthenen, das Land nach den Nationen in zwei Statthaltereibezirke zu theilen. In Böhmen vergrößerte sich die tschechische Mehrheit noch durch den Austritt des Fürsten Carlos Auersperg und einiger anderen Deutschen, die durch Tschechen ersetzt wurden; während Herbst einen Antrag auf Prüfung des Septemberpatentes einbrachte, und Plener jede Adresse, die nur Parteianschauungen Ausdruck gebe, bekämpfte, beschloß die Mehrheit dem Kaiser ihren wärmsten Dank für die Sistirung der Verfassung zu sagen. Der Nationalitätenstreit erreichte eine sehr bedenkliche Höhe und machte sich in besonders gehässiger Weise in mehrfachen Judenhetzen Luft, die der Regierung im Februar 1866 zu militärischen Maßregeln einen auch aus anderen Gründen erwünschten Anlaß gaben. Verhältnißmäßig friedlich sah es in Mähren aus, wo Giskra mit einer Adresse gegen das Septemberpatent nicht durchdringen konnte, aber auch die tschechische Partei Dank einer kleinen vermittelnden und mäßigenden Gruppe keine Erfolge auf dem Landtage erringen konnte. In Ober- und Niederöstreich dagegen, in Kärnten und Steiermark, in Salzburg, Vorarlberg und Schlesien wurden Adressen und Resolutionen gegen den Staatsstreich beantragt und meistens gegen geringe Minoritäten angenommen. Die Ausdrücke, in denen sich diese Beschlüsse bewegten, reichten zum Theil bis hart an die Grenze der Majestätsbeleidigung und gaben getreulich Zeugniß von der heftigen Erregung, in welche die deutschen Bevölkerungen Oestreichs durch den Umschwung des Regierungssystems versetzt waren. Die vier Jahre parlamentarischen Lebens hatten den öffentlichen Geist schon zu sehr

Die übrigen Kronländer.

Die Deutschen.

aufgerüttelt, der Glaube an die Lebensfähigkeit der Februarverfassung war zu tief eingewurzelt, als daß man sich jetzt ohne ingrimmigen Schmerz das Errungene wieder entrissen sehen konnte. Dazu kam die ernstliche Befürchtung, daß Ungarn und Slawen das Heft an sich reißen und die Deutschen, die so lange die Herrscher gewesen, die sich als die Gründer des Kaiserstaates betrachten durften, als hülflose Minderheit unterdrücken würden. Auf die endliche Beseitigung der vieljährigen Finanznoth wagte man jetzt gar nicht mehr zu hoffen; das Geständniß des erwähnten Deficits von 80 Millionen, die Veröffentlichung des Finanzgesetzes für 1866 mit einem Ausfall von 40 Millionen, der vom Kaiser verfügte Abschluß einer Anleihe von 90 Millionen, und zwar zu den allertraurigsten Bedingungen, das waren Thatsachen, die zu der Wiederkehr des Vertrauens, von welcher der Finanzminister in seinem Berichte an den Kaiser sich baldige Besserung der Staatseinkünfte versprach, sehr wenig stimmten. Der einzige tröstliche Umstand war, daß man im Heerwesen wirklich zu sparen bemüht war, und daß die auswärtige Politik deshalb kriegerische Verwicklungen zu vermeiden suchte. Aber andrerseits waren diese eingestandene Friedensliebe und die Abrüstung des Heeres auch Elemente der Schwäche, die ein so gewandter Gegner, wie Oestreich ihn in Herrn von Bismarck hatte, sich nicht entgehen ließ.

Die schleswig-holsteinsche Verwickelung.

Die Großmächte und der Bund.

Gegner aber waren Oestreich und Preußen geblieben, auch als sie Seite an Seite gegen Dänemark kämpften und die Bundestagsmehrheit gleichgültig bei Seite schoben; nur hatte Graf Rechberg, so lange er die auswärtige Politik des Kaiserstaates leitete, sich stets nach kurzem Widerstreben den Forderungen Bismarcks gefügt, während Graf Mensdorff sich von dieser Nachgiebigkeit frei zu machen suchte, soweit er das, gebunden durch die Maßnahmen seines Vorgängers, konnte. Nur sehr lässig unterstützte er Preußen bei der Durchführung des ersten Schrittes, den dieses zur Erreichung seiner ferneren Ziele that, bei der Entfernung der Bundestruppen aus Holstein. Schon in den entscheidenden Julitagen, wo nach der Eröffnung von Friedensunterhandlungen die preußischen Bataillone vor dem Feinde entbehrlich wurden, hatte Bismarck in sehr deutlicher Weise der Executionsarmee sein Mißfallen über ihre Anwesenheit kund gegeben. Reibereien

Rendsburg.

zwischen Preußen und Hannoveranern, die gemeinsam Rendsburg besetzt hielten, und die Entfernung preußischer Fahnen, die zur Alsener Siegesfeier ausgehängt waren, durch einen hannoverschen Offi[illegible] veranlaßten den Befehl an den Prinzen Friedrich Carl, sich zum He[illegible] der Festung zu machen. Dieser theilte also am 21. Juli dem Bund[illegible] general Hacke mit, daß General Goeben mit 6000 Mann die St[illegible] besetzen werde, und ohne sich um den Protest desselben zu kümm[illegible] rückten die preußischen Truppen noch an demselben Tage ein. H[illegible] zog es nun vor, es nicht auf einen blutigen Zusammenstoß ankom[illegible]

zu lassen und die Bundesversammlung billigte das; aber mit Worten ging man in Frankfurt und den mittelstaatlichen Residenzen dafür um so gewaltiger los. Kammern und Schleswig-Holstein-Vereine unterstützten die Regierungen in ihren Beschwerden über diese kränkende Gewaltthat und der Bundestagsausschuß berieth über das Maß der Genugthuung, das er fordern müsse. Bismarck dagegen erklärte sehr ruhig, daß er weder das Abrücken der Hannoveraner verlangt noch gegen ihre Rückkehr etwas einzuwenden habe, und nach monatelangem Zaudern mußte man sich wirklich damit zufrieden geben, daß die Bundestruppen am 27. November mit allen militärischen Ehren noch einmal in die Stadt einzogen.

Abzug der Bundestruppen aus Holstein.

Als das geschah, waren zwischen Wien und Berlin die Verhandlungen über die gänzliche Entfernung der Bundestruppen aus Holstein bereits im besten Gange. Der Krieg war zu Ende, die Bundesexecution gegenstandslos geworden, also, schloß Bismarck, hatten die Sachsen und Hannoveraner kein Recht mehr in dem Herzogthum zu bleiben; Preußens Absicht konnte es nicht sein, übermäßig starke Truppentheile dort zu lassen, die Anwesenheit des Executionsheeres hätte es aber im Hinblick auf die Möglichkeit eines Conflictes mit dem Bunde dazu gezwungen; überdies fand die augustenburgische Partei an den Bundesbevollmächtigten keine verächtliche Stütze. Während also die siegreichen Truppen der Großmächte unter Zurücklassung von Friedensgarnisonen abzogen, verlangte Bismarck am 29. November in Dresden und Hannover den Abmarsch auch des Executionsheeres; nicht einmal eine vorgängige Beschlußfassung am Bundestage wollte er zulassen, sondern einfach den Abzug der Truppen dort zur Anzeige gebracht wissen; die Ansammlung eines Armeecorps bei Minden und eines andern bei Berlin gab dieser Forderung Nachdruck und der Fürst von Hohenzollern reiste nach Wien, um den Widerstand Oestreichs zu brechen. In Hannover fügte man sich sofort in das bittere Muß; Graf Beust aber hoffte auf Beistand von Wien und Frankfurt, brachte die Staatscassen auf dem Königstein in Sicherheit und rief die Beurlaubten ein. Doch als Oestreich wiederum einen Schritt zurückwich und zufrieden, daß Preußen seinen Widerspruch gegen die vorgängige Beschlußfassung in Frankfurt fallen ließ, gemeinschaftlich mit ihm am 1. December den Antrag einbrachte, die Execution für erloschen zu erklären, war auch für Sachsen kein Widerstand mehr möglich; es stimmte wohl mit Baiern, Würtemberg und drei anderen Curien gegen den Antrag, hatte aber allen Grund froh zu sein, daß die Mehrheit nicht auf seiner Seite war, und genau ein Jahr nach dem Frankfurter Executionsbeschlusse vom 7. December 1863 übernahmen die preußisch-österreichischen Bevollmächtigten aus der Hand der sächsisch-hannoverschen die Verwaltung des Landes.

Die Frage über die endgültige Stellung der Herzogthümer konnte nun nicht länger verschoben werden. Für die öffentliche Meinung in Deutschland war sie überhaupt keine Frage mehr: sechzehn Rechtsfacultäten hatten den Ansprüchen des Herzogs von Augustenburg, die in den Augen des Volks an sich schon für unantastbar galten, zu

Die holsteinischen Praetendenten.

allem Ueberfluß noch die wissenschaftliche Bestätigung gegeben, Preußen und Oestreich hatten sie auf der Londoner Conferenz anerkannt, die große Mehrheit der Bundesfürsten war seit langem für sie eingetreten. Einige freilich hatten sich nicht entblödet — denn als unerträgliche Anmaßung erschien das den Schleswig-Holstein-Vereinen — selbst Ansprüche geltend zu machen. Am besten gewaffnet trat der Großherzog von Oldenburg auf, dem der Kaiser von Rußland seine eigenen Anrechte überließ; Prinz Friedrich von Hessen, die herzoglich sächsischen und anhaltinischen Höfe folgten, zuletzt erschien auch Preußen mit einigen alten Actenstücken, die ein Erbrecht der Hohenzollern auf gewisse Theile des Landes nachweisen sollten. Ernsthaft gemeint war das von Bismarck doch nicht; es sollte nur dazu beitragen die allgemeine Rechtsüberzeugung zu erschüttern und die Erbfolge in das Licht einer verwickelten Streitfrage zu rücken. Die wirkliche Grundlage der preußischen Annexionsbestrebungen war der Wiener Friede; dieser hatte alle Rechte, welche König Christian IX. besessen, auf die Herrscher von Oestreich und Preußen übertragen; das Bestreben Bismarcks mußte es also sein nachweisen zu lassen, daß Christian IX. der rechtmäßige Herr in den Herzogthümern gewesen sei. Für das

Lauenburg.

kleine Lauenburg konnte das kaum mit Erfolg bestritten werden, und in diesem Ländchen begann daher schon im October einer der einflußreichsten Großgrundbesitzer, Graf Bernstorff-Gyldensteen, den Anschluß an Preußen officiell zu betreiben; er bewog Ritter- und Landschaft zur Absendung einer Deputation nach Berlin uud erwirkte dort die Zusicherung, daß der König die Einwilligung des Kaisers von Oestreich zu erlangen suchen und dann das Ländchen in derselben Weise wie früher Neuenburg mit seiner Krone vereinigen werde. Für Schleswig-Holstein aber mußte das Besitzrecht Christians IX., wenn es überhaupt vorhanden war, gegen die geachtetsten und gelehrtesten Rechtskundigen verteidigt werden, und die Schicklichkeit gebot daher,

Gutachten der preußischen Kronsyndiker.

eine wissenschaftliche Prüfung preußischerseits anzustellen, mit der Ende December 1864 die Kronsyndiker beauftragt wurden. Ihr Gutachten fiel ganz und gar im Bismarckschen Sinne aus: sie erklärten den augustenburgischen Verzicht von 1852 für vollgültig, den Protest, welchen Herzog Friedrich 1859 dagegen erhoben, für nichtig, und Preußen und Oestreich für die rechtmäßigen Besitzer des Landes. Wog ihr Urtheil als ein parteiisches und bestelltes in der öffentlichen Meinung auch nur wenig, so bot es doch für die diplomatische Verfolgung der preußischen Ansprüche einen sehr werthvollen Rückhalt.

Bismarck war indes keineswegs entschlossen die völlige Einverleibung Schleswig-Holsteins um jeden Preis zu erzwingen; er war bereit dem Herzog Friedrich das Land zu überlassen, sobald derselbe durch unauflösliche Verträge die Hülfsquellen der Herzogthümer zur Verfügung der preußischen Krone stellen wollte. So lange das nicht geschehen war, konnte allerdings von seiner Einsetzung nicht die Rede sein und mußte die Agitation für die Einverleibung als ein kräftiger Drücker geschickt benutzt werden. Dabei gingen nun die Wege Oestreichs und Preußens vollständig auseinander. Man war in Wien

Oestreich und die Annexion.

in der That weit eher geneigt, die nordischen Grenzmarken gegen die Abtretung eines Stückes von Schlesien vollständig an Preußen zu überlassen, als ihm zu gestatten, daß es die militärische und diplomatische Oberhoheit über dieselben vertragsmäßig von Herzog Friedrich erwerbe und so seine Macht erweitere, ohne daß Oestreich irgend ein Gewinn zugefallen wäre. Da König Wilhelm die ersten Andeutungen, mit denen Graf Karolyi den Verzicht auf Südschlesien berührte, schlechterdings zurückgewiesen hatte, so verlangte Graf Mensdorff am 5. December die unverweilte Einsetzung des Augustenburgers, während ein Bundesschiedsgericht die Ansprüche der übrigen Bewerber erledigen könne. Bismarck antwortete darauf am 13. December mit der bestimmten Erklärung, daß vor der Einsetzung des Augustenburgers die Stellung Preußens zu den Herzogthümern geregelt sein müsse; er empfahl nochmals die wirkliche Einverleibung in Preußen, erhielt aber darauf nur die alte Antwort, daß Oestreich für diesen Fall statt der gebotenen Geldsumme ein Stück preußischen Gebietes fordern müsse. Es fehlte somit vor der Hand an jedem Boden der Verständigung und das Einzige, was man thun konnte, war eine möglichst erträgliche Form der gemeinsamen Regierung in den Herzogthümern auszufinden. Man schuf also unter der obersten Civilbehörde, die aus dem östreichischen Bevollmächtigten von Halbhuber und dem preußischen von Zedlitz bestand, eine besondere Landesregierung, die ihren Sitz in Schloß Gottorf bei Schleswig erhielt und von deren Verfügungen Berufung an die Civilbehörde gestattet war. Wie lange diese vorläufige Ordnung Bestand haben werde, ließ sich nicht voraussehen; Bismarck seinerseits meinte, er habe Geduld, und Preußen könne es ruhig abwarten, daß Jemand den Versuch mache, seine Truppen aus Düppel zu vertreiben. Mit dem Augustenburger waren seit dem Abschluß des Wiener Friedens alle Verhandlungen abgebrochen; gegen seine Anhänger in den Elblanden wurden preußischerseits alle Hebel, deren man sich nur bemächtigen konnte, in Bewegung gesetzt. Aber von den Adelskreisen und etwa gewissen Bezirken Nordschleswigs abgesehen, fand die Berliner Politik bei der Bevölkerung nur sehr geringen Anklang. Während Scheel-Plessen um die Jahreswende mit Mühe 16 Unterschriften für eine Adresse fand, welche die Monarchen von Oestreich und Preußen um den engsten Anschluß Schleswig-Holsteins an das letztere bat, und während die Nationalpartei, die sich im Februar in Rendsburg bildete, für ihre Forderung, daß Preußens berechtigter Einfluß im Lande vor der Einsetzung des Augustenburgers gesichert sein müsse, nur wenige Hunderte von offenen Bekennern zu werben vermochte, schlossen sich an 60,000 Schleswig-Holsteiner der Erklärung an, die bei der Kieler Messe, dem sog. Umschlag, Mitte Januar von 40 angesehenen Männern zu Gunsten des Herzogs Friedrich und der freien Mitwirkung des Landes bei der Bewilligung der preußischen Forderungen erlassen wurde, und die Gesammtheit der Schleswig-Holstein-Vereine entschied sich auf ihrer Rendsburger Abgeordnetenversammlung am 26. Februar in demselben Sinne.

Agitation in den Herzogthümern.

Die Februarbedingungen.

Das war ein Standpunct, von dem aus mit Bismarck nicht zu verhandeln war. Der preußische Minister betrachtete seinen König als den nur durch Oestreichs Mitbesitz beschränkten Herrn des Landes; verzichtete König Wilhelm auf diese seine wohlerworbenen Rechte, so konnte das nur nach Erfüllung der Bedingungen geschehen, die zu stellen ihm gut schien, und an denen Niemand herumzumarkten befugt war. Selbst Oestreichs Zustimmung war nur insofern nöthig, als ohne sie Alles beim Alten und Preußen also im Besitze der gemeinschaftlich ausgeübten Souveränität bleiben mußte: man konnte in Wien nach Bismarcks Meinung wohl verhindern, daß Preußen freiwillig auf einen Theil seiner Rechte verzichtete, nicht aber erzwingen, daß es diejenigen Ausflüsse der Machtvollkommenheit fahren lasse, die es behalten wollte. Den Umfang derselben legte Bismarck am 22. Februar in einer Note an den Gesandten in Wien dar. Er verlangte darin die Abtretung der Ufer des Alsen-Sundes mit Sonderburg und Düppel, der Feste Friedrichsort und einiger anderer Puncte am Kieler Hafen, sowie der Mündungen des Nord-Ostsee-Canals, dessen Anlage damals eifrig betrieben wurde; über diesen Canal sollte Preußen die Aufsicht führen, in Rendsburg, das zur Bundesfestung bestimmt war, die Besatzung stellen. In wirthschaftlicher Beziehung sollte Schleswig-Holstein durch den Eintritt in das preußische Zollsystem und durch die Uebergabe der Post und der Telegraphen aufs engste mit Preußen verbunden, nicht minder auch in Bezug auf Heer und Flotte ganz nach Art einer preußischen Provinz behandelt werden; die gesammte preußische Militärgesetzgebung sollte ohne Weiteres in Kraft treten, der Fahneneid dem Könige geleistet werden. Erst nach Sicherstellung aller dieser Forderungen war Bismarck bereit die Länder ihrem neuen Souverän zu übergeben; für den Fall aber, daß seine Vorschläge auf Schwierigkeiten stießen, behielt er sich volle Freiheit vor.

Verhandlungen am Bunde.

Diese Schwierigkeiten machten sich denn nun, wie zu erwarten stand, sofort von allen Seiten geltend. Oestreich lehnte die preußischen Forderungen am 5. März nicht allein ab, sondern trat von den Verhandlungen, die ja doch zu keiner Vereinbarung führen könnten, völlig zurück. Dagegen nahm es bereitwillig Kenntniß von einem Antrage, den Baiern, Sachsen und Darmstadt am 27. März am Bunde einbrachten, und der das Vertrauen aussprach, die beiden Mächte würden die Herzogthümer nunmehr endlich dem Erbprinzen übergeben. Der preußische Gesandte ließ gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß dieses Vertrauen ein völlig irriges sei, daß sein König vielmehr sowohl die eigenen wie die oldenburgischen Ansprüche zu wahren die feste Absicht hege; trotzdem wurde der Antrag am 6. A[illegible]il von Oestreich und acht anderen Stimmen gegen Preußen, Hannov[illegible]r, Kurhessen, Mecklenburg, Oldenburg und die freien Städte angenomm[illegible]. Der Erbprinz schöpfte zu seinem Unglück aus diesen Vorgängen [illegible]n Muth, auch seinerseits die Februarbedingungen zu verwerfen. Na[illegible]dem Bismarck sie ihm am 20. März hatte mittheilen lassen, unt[illegible]warf er sie am 31. in einer Note an seinen Bevollmächtigten [illegible]

Berlin, Herrn von Ahlefeldt, einer Prüfung, die zwar von Versicherungen der Opferwilligkeit und des Entgegenkommens bis an die äußerste Grenze überfloß, aber grade die wichtigsten Puncte, wie die über das Heer-, Post- und Telegraphenwesen beanstandete und die Zustimmung der schleswig-holsteinschen Landesvertretung wie eine selbstverständliche Bedingung behandelte. Freilich hätte der Herzog, um anders aufzutreten, den Muth haben müssen mit seiner eigenen Partei zu brechen; denn keine acht Tage vorher hatte der Engere Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine erklärt, die Ableistung des Fahneneides an den König von Preußen, die Einführung der preußischen Militärgesetzgebung und die Uebergabe der Zoll-, Post und Telegraphenverwaltung seien Forderungen, denen die Bevölkerung den zähesten Widerstand entgegensetzen werde. Und dieser Erklärung mußte man um so mehr Gewicht beilegen, als sie in der preußischen Hauptstadt nach eingehenden Berathungen mit dem 36-Ausschuß und mit preußischen Abgeordneten erlassen war, und also den Stimmungen in den Herzogthümern wahrscheinlich eher einen abgeschwächten, als einen zu scharfen Ausdruck gab. Für Bismarck mußte in alle dem nur ein Anreiz liegen, durch Thaten zu zeigen, daß ihn dergleichen in seinen Plänen nicht irre mache. Dem Augustenburger antwortete er mittelbar, indem er in Wien die Erwartung aussprechen ließ, man werde von dort einem Vertrage, den Preußen etwa mit dem suveränen Großherzog von Oldenburg abschließen könnte, keine Schwierigkeiten in den Weg legen, ein Vorschlag, den Graf Mensdorff selbstverständlich ablehnte; aber für den Erbprinzen war damit doch die Gewißheit gekommen, daß seine Rolle, so weit es von Bismarck abhing, ausgespielt sei. Allerdings ließ sich Mitte April die preußische Politik noch einmal ganz unerwartet versöhnlich und nachgiebig an; zum allgemeinen Erstaunen beantragte Bismarck in Wien die Berufung einer schleswig-holsteinschen Landesversammlung, die sich, freilich nur mit berathender Stimme, über die Februarforderungen äußern sollte; wie die öffentliche Meinung in den Herzogthümern war, zweifelte doch Niemand daran, daß jede Landesvertretung, nach welchem Wahlgesetz sie auch gewählt werden mochte, augustenburgisch sein werde, und der neue Schachzug des preußischen Ministers galt deshalb für eine offene Annäherung an den Erbprinzen. Aber bald genug wurde es klar, daß der Schein getrogen habe. Der umfängliche Notenwechsel, den Bismarck über die Frage eröffnete, ob die Landesvertretung nach dem Wahlgesetz von 1854, oder nach dem von 1848, oder auf Grund des allgemeinen directen Wahlrechts berufen werden solle, lehrte schon, daß es ihm mit der Ausführung seines Vorschlages nicht sehr eile; und während die Verhandlungen darüber noch schwebten, mischte sich plötzlich der Großherzog von Oldenburg ein, protestirte am 22. Mai gegen irgend eine Wahl, die vorgenommen werde, so lange die augustenburgische Nebenregierung in Kiel noch existire, und bot dadurch Preußen in demselben Augenblicke, wo Oestreich ihm durch Annahme des Wahlgesetzes von 1854 den Vorwand zu weiterer Zögerung raubte, einen neuen Anlaß, die Berufung der Landesversammlung hinaus-

Die Schleswig-Holstein-Vereine.

Die Berufung der Stände.

Der Großherzog von Oldenburg.

Wachsende Verwicklungen.

zuschieben. Oestreich hatte sich durch zu vielfache Erklärungen für den Erbprinzen gebunden, es hätte obendrein durch jede Maßregel gegen ihn sich mit den Mittelstaaten und der öffentlichen Meinung wieder zu unheilbar verfeindet, als daß ein Schwanken in diesem Puncte möglich gewesen wäre. Und eben darauf baute Bismarck. Während die Zeitungen meldeten, er gedenke den Augustenburger gewaltsam auf eine preußische Festung zu schleppen, und während Herr von Zedlitz die bevorstehende Geburtstagsfeier des Prätendenten auf alle Weise zu hindern suchte, ließ Bismarck am 3. Juli in Wien erklären, er wolle von den Februarforderungen Alles fallen lassen, was Oestreich beanstande, wenn dieses seine Rechte dem Oldenburger abtrete und den Augustenburger preisgebe. Die Ablehnung auch dieses Anerbietens war für Bismarck nicht allein das Zeichen, den Kampf gegen die Kieler Nebenregierung offen zu beginnen: er machte auch gar kein Hehl daraus, daß er in diesem Kampfe das Vorspiel des Krieges mit Oestreich sehe; selbst dem französischen Botschafter in Wien, dem Herzog von Gramont, sprach er das rückhaltslos aus, als derselbe Mitte Juli nach Karlsbad kam, wo Bismarck mit dem Könige zur Cur verweilte. Die Lage des Kaiserstaates war grade in diesen Wochen so trübselig, daß die Hoffnung, seine Staatsmänner durch Kriegsdrohungen einzuschüchtern, guten Grund hatte; der Bruch des Kaisers mit dem Schmerlingschen System, die Rathlosigkeit, was nun zu beginnen sei, die drückende Finanznoth, die eben beschlossene Verminderung der Armee, Alles das kam Preußen zu Statten. In der That schien Mensdorff denn auch einen Theil der bisher bestrittenen Forderungen jetzt einräumen zu wollen; der preußische Gesandte in Wien, von Werther, begab sich nach Karlsbad zu seinem Könige um ihm Mittheilung davon zu machen, und daraus, daß der Monarch wenige Tage später aus dem böhmischen Bade nach Gastein, also weiter von seinen Staaten weg und tiefer in Oestreich hinein reiste, mochte man schließen, daß die Kriegsgefahr geschwunden sei. Allein auf eben dieser Reise ward am 21. Juli in Regensburg ein Ministerrath gehalten, zu dem nicht die Mitglieder des Cabinets allein, sondern auch Moltke und die Gesandten in Wien und Paris beschieden waren, und dieser Ministerrath erklärte die Zugeständnisse Oestreichs für ungenügend und stellte die Befähigung Preußens, den Krieg aufzunehmen, fest. Bismarck selbst theilte die Eindrücke, die er hier in Regensburg gesammelt, zwei Tage später in Salzburg sehr offenherzig dem bairischen Minister von der Pfordten mit: es handle sich nur um ein Duell zwischen den beiden Großmächten, das bald zu Ende sein werde, wenn das übrige Deutschland neutral bleibe; Oestreich sei weder gerüstet, noch habe es die Mittel zu rüsten: ein einziger Stoß, eine Hauptschlacht, und Preußen werde die Bedingungen dictiren können. Bleibe Baiern neutral, so werde ihm die Erbschaft Oestreichs in Süddeutschland zufallen; denn über den Main denke Preußen sein Machtgebiet nicht zu erstrecken; eine strenge Neutralität, nöthigenfalls eine bewaffnete, liege deshalb in Baierns eigenem Interesse. Von der Pfordten war doch weit davon entfernt, diesem Rathe zu folgen; in Verbindung

Kriegsgefahr.

Ministerrath in Regensburg.

Die Mittelstaaten.

mit Beust und Dalwigk glaubte er trotz der so oft bewiesenen Ohnmacht des Bundes durch einen Antrag in Frankfurt zur Beruhigung beitragen zu können, und empfahl am 27. Juli unter der Form einer Anfrage die Berufung der schleswig-holsteinschen Stände und Aehnliches mehr. Während des kam Beust über Wien nach München gereist, wo auch Varnbüler aus Stuttgart sich einstellte, und die drei suchten vergeblich und ohne sich nur unter einander einigen zu können, nach Mitteln die Eintracht unter den Großmächten zu erhalten.

Conflicte zwischen Zedlitz und Halbhuber.

Mancherlei Vorgänge in den Elbherzogthümern verschärften unterdessen den Streit. Am 25. Juli ließ Herr von Zedlitz zwei augustenburgische Literaten, beides geborene Preußen, der eine, Frese, sogar Mitglied des Abgeordnetenhauses, ohne Mitwirkung des östreichischen Commissars oder der Landesregierung verhaften und ausweisen. Zu so offenem Ausdruck wie durch den Protest, welchen Herr von Halbhuber gegen diesen „in rechtlicher und gesetzlicher Beziehung ungültigen Gewaltschritt" erließ, war der Zwiespalt zwischen den beiden Bevollmächtigten bis dahin doch noch nicht gekommen. Nicht einmal als Halbhuber Anfang April der Landesregierung befohlen hatte, die auf Ersuchen des Herrn von Zedlitz gewährte Beihülfe bei der Uebersiedelung der Danziger Flottenstation nach Kiel einzustellen, war der Gegensatz so schroff gewesen; denn Zedlitz hatte ja nur ein Ersuchen gestellt und Halbhuber nur eine Verfügung der Landesregierung aufgehoben; auch waren die Vorbereitungen in Kiel darum durch preußische Offiziere nicht minder eifrig und ganz unbehindert fortgesetzt, so daß, ein verständlicher Wink, grade in diesen Tagen, am 20. Juli, die Flottenstammdivision von Danzig in Kiel eintreffen konnte. Andre Anlässe zum Streit waren jeder für sich genommen doch wenig bedeutend gewesen, wenn sie auch in ihrer Gesammtheit ein sehr ansehnliches Capital von Aerger und Abgunst aufgehäuft hatten. Es ließ sich nicht verkennen, daß der preußische Bevollmächtigte fast jedesmal den Zank herbeigeführt hatte, bald durch sein barsches Auftreten gegen die Augustenburger, bald durch den Versuch die Landesregierung durch persönliche Theilnahme an ihren Berathungen einzuschüchtern, bald wieder durch ein erkünstelltes Liebäugeln mit den Dänen Nordschleswigs, deren Klagen über das Schreckensregiment der deutschen Patrioten, d. h. also der Augustenburger, Fürst Hohenlohe-Ingelfingen in besonderer Mission untersuchen und für begründet erklären mußte. Alles das hatte bei dem östreichischen Commissär und im ganzen Lande heftigen Unwillen erregt, aber es war doch Nichts gegen das willkürliche einseitige Eingreifen des preußischen Bevollmächtigten bei den neuesten Ausweisungen. Das ganze Land brauste auf über diesen despotischen Schritt, der ebensowohl das östreichische Mitbesitzrecht, wie die bestehenden Gesetze mit Füßen trat. Zu mehr als Worten konnte es hier im Norden natürlich nicht kommen: die Entscheidung lag in Wien und Gastein; aber daß der letzte Tropfen, der den Eimer zum Ueberlaufen bringen werde, nunmehr gefallen, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei, das glaubte man auch an der Eider zu fühlen und zweifelte nicht, welche Partei man ergreifen müsse.

Der Gasteiner Vertrag.

Allein das drohende Kriegswetter sollte sich noch einmal verziehen; Oestreich bedurfte des Friedens auf das dringendste, und der König von Preußen wünschte ihn trotz der Siegesgewißheit seines ersten Rathes ebenso dringend. An geschäftigen Vermittlern und Vermittlerinnen fehlte es hüben wie drüben nicht; besonders thätig waren Franz Josephs Mutter, die Erzherzogin Sophie, geborene Prinzessin von Baiern, und ihre Schwester Elisabeth, die Wittwe Friedrich Wilhelms IV.; als diplomatischer Unterhändler diente der östreichische Gesandte in München, Graf Blome, der eifrig zwischen Wien und Gastein hin und her reiste. Für eine endgültige Lösung der Frage ließ sich freilich keine Grundlage finden; die Erhaltung des Friedens hing also davon ab, daß beide Theile darauf verzichteten, die Sache schon jetzt zum Austrag zu bringen, und daß man Waffenstillstandsbedingungen ersann, die einige Gewähr der Dauer boten. Wir verkleben die Risse, meinte Bismarck. Das Dringlichste war dem zwiespältigen Zustande in Schleswig-Holstein, wo der eine Commissar verbot, was der andre befahl, ein Ende zu machen; das konnte ohne Schädigung des einen oder des andern Theils nur durch räumliche Abgrenzung der Befugnisse geschehen, und so einigte man sich denn darüber, daß unbeschadet des gemeinsamen Besitzrechtes Oestreich fortan in Holstein, Preußen in Schleswig befehlen solle; doch wurde für den Kieler Hafen zu Gunsten Preußens eine Ausnahme gemacht, und auch in Rendsburg sollte wenigstens jedes zweite Jahr das Commando an Preußen übergehen. Außerdem wurden diesem einige Militärstraßen durch Holstein, ein eigener Post- und Telegraphendienst, der Bau einer Eisenbahn und des Nord-Ostseecanals, sowie der Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein zugestanden. Für Lauenburg endlich verzichtete der Kaiser auf seinen Mitbesitz völlig und ließ sich dafür mit einer Summe von $2^1/_2$ Million dänischer Reichsthaler abfinden. Bis zum 15. September sollte dieser Vertrag ins Leben getreten sein; für den Austausch der Ratificationen wurde eine persönliche Zusammenkunft der beiden Monarchen verabredet.

Beurtheilung desselben.

In Gastein war es, wo am 14. August diese Verabredungen von Bismarck und Blome getroffen wurden; in Salzburg wurden sie am 19. von den beiden Fürsten bestätigt und König Wilhelm begleitete zum Zeichen der Versöhnung den Kaiser noch nach Ischl um dort den Friedensstifterinnen einen Besuch zu machen. Herr von Bismarck aber, der mit dem Ausgang der Verwickelung vielleicht am wenigsten zufrieden war, wurde von dem Könige an dem Tage, an welchem die Gasteiner Convention ins Leben trat, in den Grafenstand erhoben. Von vergänglichem Werthe wie dieser Vertrag war sicherte er doch Preußen eine erhebliche Reihe von Vortheilen; er Erwerb von Lauenburg, der Besitz von Kiel, vor Allem die a[illegible]schließliche Herrschaft in Schleswig, wo auch der Bund nicht ein[illegible]al den Schein eines Rechtes zur Einmischung hatte, Alles das wa[illegible]n Schritte, die gradewegs auf Bismarcks Ziel zuführten; es gab in [illegible]m Vertrage keine Bestimmung, die einen Sieg Oestreichs, ein Zur[illegible]weichen Preußens bedeutet hätte. Schon das würde genügt hab[illegible],

um demselben die schlechteste Aufnahme in Deutschland, wie in ganz Europa zu bereiten; allein es fehlte auch nicht an anderen Angriffspuncten, die sich zumal für den diplomatischen Kritiker noch viel bequemer darboten. Drouyn de l'Huys erging sich noch vor Schluß des Monats in einer Circulardepesche in den heftigsten Klagen über diese Convention, die ebensowohl die europäischen Verträge wie das Erbrecht, das Nationalitätsprincip wie den Volkswillen mißachte, die keine andere Grundlage als die Gewalt, keine andere Rechtfertigung als die Bequemlichkeit der beiden Theilungsmächte habe, die ein Verfahren erneuere, dessen das heutige Europa entwöhnt sei und für das man nur in den traurigsten Zeiten der Geschichte Vorbilder zu finden vermöge. Auch John Russell hielt mit seinem Urtheile nicht zurück, aber die Aehnlichkeit seiner Ausdrücke mit denen der französischen Depesche war grade in diesem Falle kaum geeignet, die Wirkung seines Rundschreibens zu erhöhen. Daß sich die beiden fremden Minister auch zu Vertheidigern der Volkswünsche gegen die deutschen Großmächte aufwarfen, erregte selbst in preußenfeindlichen Kreisen Mißstimmung; man bedurfte solcher Unterstützung in der That nicht; war doch an Resolutionen und Protesten gegen die Convention auch innerhalb der deutschen Grenzen kein Mangel, und von einer thätlichen Einmischung des Auslandes würden nur sehr vereinzelte Eiferer etwas haben hören wollen. Von der einzigen Stelle, die man gern zu entschiedenem Eingreifen hätte fortschreiten sehen, von dem Bundestage, erwartete man doch mit gutem Recht im Ernste nichts mehr. Die Mittheilung des Gasteiner Vertrages bewog den schleswig-holsteinschen Ausschuß auch den bairischen Antrag vom 27. Juli einfach bei Seite zu legen, und wenige Tage darauf entfernten die Ferien den ganzen Bundestag bis Ende October vom Schauplatz. Trotzdem blieb er doch der einzige gesetzliche Ort, wo die Schleswig-Holsteiner ihre Klagen vorbringen konnten, und so reichten etwa zwei Drittel der Mitglieder der letzten Ständeversammlung einen Protest in Frankfurt ein, dem sich etwa dreißig Städte des Landes und über hundert Schleswig-Holstein-Vereine anschlossen. Um das übrige Deutschland erfolgreich in den Kreis dieser Bewegung hineinzuziehen, ward durch den 36-Ausschuß für den 1. October eine neue Abgeordnetenversammlung einberufen; wirklich fanden sich auch 272 Theilnehmer ein; allein da die Baiern mit den Frankfurtern und Nassauern bereits die Mehrheit bildeten, da Würtemberg allein so viel Vertreter zählte wie Oestreich, Preußen, Sachsen und Hannover zusammen, da fast die Hälfte der deutschen Staaten überhaupt nicht vertreten war, und von den acht Preußen sich alle bis auf Frese und einen Gesinnungsgenossen der Abstimmung enthielten, so konnten die Beschlüsse zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Schleswig-Holsteiner und gegen den Rechtsbruch des Gasteiner Vertrags, oder gar die Aufforderung zur Steuerverweigerung, die an die östreichischen und preußischen Abgeordneten gerichtet wurde, keine große Wirkung üben. Die Absageschreiben, welche von Seiten mancher der Eingeladenen veröffentlicht wurden, dienten zum Theil mehr zur Klärung der Lage als die Versammlung selbst. Wenn Twesten

Die fremden Mächte.

Der Bundestag.

Der Abgeordnetentag.

Twestens Schreiben.

schrieb: wir ziehen jede andre Möglichkeit einer Niederlage des preußischen Staates vor; Beschlüssen, die gegen dessen Macht und Zukunft gerichtet sind, wird die Mehrheit der preußischen Abgeordneten niemals zustimmen; so sah man daraus, daß der leidenschaftliche parlamentarische Kampf, der in Preußen fortdauerte, daß die persönlichen Gefährdungen, denen grade Twesten ausgesetzt war, doch bei diesem Manne, den man mit mehr Recht als Frese für den Typus eines preußischen Abgeordneten ansehen durfte, das Staatsgefühl nicht abgeschwächt habe, und mit Spannung durfte man der neuen Session des Landtags entgegenschauen, die am 15. Januar 1866 eröffnet werden sollte.

Der preußische Landtag.

Von Seiten des Königs wurde in der Thronrede, die Bismarck verlas, der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß bei einer unbefangenen Prüfung des bisher Erreichten und des fernerhin Erstrebten genug der Zwecke und Ziele zu finden seien, in denen alle Parteien sich eins wüßten; über die fortgesetzten Kränkungen, denen die liberale Mehrheit preisgegeben war, vermißte man aber jedes einlenkende Wort. In Folge dessen glaubte der Präsident Grabow, beim Antritt seines Amtes das Bild der bestehenden Zustände in ganzer Schwärze entrollen zu müssen; die gehässigen Angriffe der reactionären Presse gegen die vielverhöhnten und gemaßregelten Volksvertreter, die chronisch gewordene Verfassungskrisis, der Stillstand der politischen Gesetzgebung, die Beseitigung aller freisinnigen Grundsätze aus der Verwaltung des Staates mußten die Farben zu dem dunklen Gemälde liefern, in dem auch die schleswig-holsteinsche Frage, die durch die Gasteiner Convention noch mehr verwickelt sei, und die gefährdete bundesstaatliche Einigung Deutschlands nicht fehlten. Irgend einen versöhnlichen Zug, irgend eine Lichtseite des Ministeriums Bismarck suchte man vergebens in der Rede des Präsidenten; aber eine erschöpfende Darstellung aller vorhandenen Beschwerden war sie gleichwohl noch lange nicht, wie die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses alsbald lehrten. In den kriegsschwangeren Julitagen des verwichenen Jahres hatte die Regierung mit der Direction der Cöln-Mindener Eisenbahn einen Vertrag geschlossen, durch den sie die Actien der Gesellschaft, welche der Staat besaß, zum Betrage von fast 30 Millionen Thalern in baares Geld verwandelte und sich dadurch die Mittel zur Kriegführung verschaffte; wie sie damals bereits die Zustimmung der Landesvertretung zu diesem Geschäfte für überflüssig erklärt hatte, so verweigerte sie jetzt jede Auskunft darüber, während ein Ausschuß des Hauses auf Antrag des Abgeordneten Lasker das ganze Geschäft für verfassungswidrig und rechtsungültig erklärte. Die Maßregeln zur Unterdrückung des Cölner Abgeordnetenfestes, das in denselben Tagen stattgefunden, wurden auf eine Beschwerde Classen-Kappelmans gleichfalls von dem Hause für verfassungswidrig erklärt und gerichtliches Einschreiten gegen die betheiligten Beamten gefordert. Gegen den Erwerb von Lauenburg konnte man nicht aus dem Grunde auftreten, der am nächsten zu liegen schien: wegen der Entschädigungsgelder, die Oestreich erhalten hatte; denn dadurch daß der König diese Summe auf den Kronschatz übernommen, war das Be-

Neue Conflicte.

willigungsrecht des Landtags umgangen; aber da die Verfassung die Zustimmung der Volksvertreter forderte, wenn der Monarch die Regierung in einem fremden „Reiche" übernehme, so glaubte man doch auch die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußen für rechtsungültig erklären zu dürfen, wie sehr sich auch Bismarck bemühte aus Schlegels Shakespeare-Uebersetzung und der Reichsverfassung von 1849 nachzuweisen, daß ein Herzogthum kein Reich sei. Mehr als alle diese Gegenstände erbitterte die Opposition jedoch ein Beschluß des Obertribunals vom 29. Januar, der die Redefreiheit der Abgeordneten zu gefährden drohte und um so gehässiger war, als er nur durch die Mitwirkung zweier vom Justizminister ernannten Hülfsrichter eine Mehrheit von einer Stimme gefunden hatte. Die Abgeordneten Twesten und Frenzel waren wegen einiger Reden, die sie in der letzten Session gehalten, wegen Verläumdung verfolgt, die Anklage aber von den Gerichten erster und zweiter Instanz abgewiesen worden, und zwar auf Grund der verfassungsmäßigen Redefreiheit, wie sie zweimal, 1853 und noch im Januar 1865, vom Obertribunal ausgelegt war. Gleichwohl wandte sich der Staatsanwalt auch jetzt wieder an den höchsten Gerichtshof, und dieser fand nun aus, daß die Verfassung nur die Meinungen der Abgeordneten, nicht aber die Anführung falscher und beleidigender Thatsachen für straflos erkläre. Für die wissenschaftliche Rechtfertigung dieser Unterscheidung mochten sich erhebliche Gründe beibringen lassen und an der Gewissenhaftigkeit auch der beiden Hülfsrichter mochte kein Makel haften, das Eine blieb doch unumstößlich stehen, daß der Justizminister von Lippe diese beiden Männer in das Gericht hineingeschoben hatte, um eine Mehrheit zu bilden, die einen ihm genehmen Entscheid herbeiführen sollte. Und auch das konnte man mit Sicherheit annehmen, daß die Regierung in der Ausnutzung der neuen Verfassungsdeutung nicht lässig sein, daß eine lange Reihe von Processen der Verurtheilung Twestens und Frenzels folgen, daß die Debatten des Abgeordnetenhauses der beständigen lauernden Ueberwachung des Staatsanwaltes ausgesetzt sein würden. Als einzige Waffe blieb auch hier wieder der Beschluß, den Hoverbeck beantragte: die Entscheidung des Obertribunals für verfassungswidrig zu erklären. Aber diese Waffe wurde durch den häufigen Gebrauch stumpf, und wie wenig Bismarck sie fürchtete, zeigte sein Schreiben vom 18. Februar, mittelst dessen er die Entgegennahme der Beschlüsse über Lauenburg, das Cölner Abgeordnetenfest und den Obertribunalsentscheid einfach ablehnte. Das Haus ging seinerseits über dieses Schreiben eben so ablehnend zur Tagesordnung über; aber was wollte daraus werden? War man schon so weit gekommen, daß man auf beiden Seiten die Streiche des Gegners nicht mehr fühlte und nicht mehr fürchtete? Dann war eine Verständigung, ja auch nur eine Annäherung unmöglicher als je; zu bloßen Scheingefechten ohne jeden praktischen Ausgang war aber die Zeit durchaus nicht geeignet; die Waffenruhe mit Oestreich hatte bereits wieder ihr Ende erreicht und die auswärtige Politik nahm Bismarcks ganze Aufmerksamkeit in Anspruch; so erfolgte denn am 22. Februar ganz unerwartet die

Lauenburg.

Das Obertribunal.

Plötzlicher Schluß der Session.

Vertagung auf den 23., und die Ankündigung, daß an diesem Tage der Schluß der Session erfolgen werde. Eine lebhafte Aufforderung Grabows an das Land, seinen Vertretern treu zu bleiben, und eine Thronrede voll heftiger Klagen und Anklagen waren die letzten Töne, in denen die Disharmonie dieser Session verklang.

Die Gewißheit, daß das Land einem großen Kriege entgegensteuere, hatte das Abgeordnetenhaus noch nicht; aber in dem Dunkel der diplomatischen Verhandlungen war Alles bereits so weit gediehen, daß jeden Tag eine Enthüllung erfolgen konnte, und diese durfte den Landtag nicht mehr bei einander finden. Bismarck hatte die Verklebung der Risse, die in Gastein vorläufig gelungen war, keinen Augenblick für eine dauerhafte Arbeit gehalten. Wenn zwischen dem östreichischen Statthalter von Holstein, dem Freiherrn von Gablenz, und dem preußischen Befehlshaber in Schleswig, dem Freiherrn von Manteuffel, auch äußerlich ein viel besseres Einvernehmen und Anbequemen bestand, als zwischen Halbhuber und Zedlitz, so war der Gegensatz zwischen der beiderseitigen Politik doch um Nichts gemildert; man hütete sich nur ihn ungeschwächt an die Oeffentlichkeit bringen zu lassen. Einen Augenblick gelang es sogar den trügerischen Schein zu verbreiten, als ob die beiden Großmächte wieder ganz ein Herz und eine Seele wären. Nach dem Frankfurter Abgeordnetentage vom

Der Feldzug gegen die Revolution.

1. October machten sie dem Senate in gleichzeitigen Noten ernste Vorstellungen darüber, daß er die Bundesstadt zum Tummelplatze umsturzlustiger Bestrebungen werden lasse und den 36-Ausschuß dort dulde, den Graf Mensdorff ein in Permanenz erklärtes Organ der deutschen Revolutionspartei nannte. Der Senat verbat sich darauf in sehr entschlossenem Tone alle Drohungen, da er ebenso selbständig und unabhängig sei wie die anderen Bundesglieder, und Herr von Beust unterstützte ihn nach Kräften, während Hannover und Mecklenburg — denn allen Regierungen waren die großmächtlichen Noten amtlich zur Kenntniß gebracht — mit lebhafter Genugthuung von diesem Feldzuge gegen die Revolution Kenntniß nahmen. Damit war die Sache denn abgethan, zu einem Antrag am Bunde, den man hätte erwarten

Der Bundestag.

sollen, kam es nicht. Auch die schleswig-holsteinsche Frage tauchte nach der Beendigung der Ferien in der Eschenheimer Gasse nur noch auf, um förmlich von der Tagesordnung abgesetzt zu werden. Baiern, Sachsen und Darmstadt erneuerten am 4. November in bestimmterer Form ihren Antrag auf Berufung der holsteinschen Stände und Aufnahme Schleswigs in den Bund; als sie aber am 18. November trotz der Unterstützung Badens, der sächsischen Herzogthümer, Braunschweig-Nassaus und der Fürstencurie gegen acht Stimmen unterlagen, erklärten sie ihre bundesmäßige Thätigkeit in dieser Sache mit einer lauten Verwahrung gegen jede Rechtsverletzung für a[illegible] geschlossen.

Das konnte dem Grafen Bismarck nur genehm sein. D[illegible] 36-Ausschuß war verstummt, die Opposition am Bundestage w[illegible] verstummt; es kam nun darauf an auch die Augustenburger zu Schweigen zu bringen. Herr von Manteuffel entwickelte zu d[illegible]

Manteuffels Regiment in Schleswig.

Zwecke eine große Thätigkeit. Als dem Erbprinzen bei einem Besuche in Eckernförde große Huldigungen zu Theil wurden, bestrafte er das Städtchen durch Einquartierung, und ließ den Fürsten wissen, daß der König trotz aller Gnade, die er stets für seine Person und sein Haus gehabt, doch den Befehl ertheilt habe, ihn im Wiederholungsfalle zu verhaften; dasselbe verkündete der preußische Staatsanzeiger. Allen Zeitungen ward bei strenger Strafe verboten, den Prätendenten als Herzog, als Friedrich VIII. oder irgend wie sonst als Landesherrn zu bezeichnen; den holsteinschen Blättern, die das doch thaten, wurde der Vertrieb in Schleswig entzogen. Unter den Beamten ward eine scharfe Auslese gehalten; viele im Kampf gegen die Dänen ergrauten Männer wurden ihrer Stellen enthoben und wohl gar durch willfährige Werkzeuge der früheren Fremdherrschaft ersetzt. Doch brach Manteuffel auf der andern Seite entschieden mit dem vormaligen Buhlen um die Gunst der nordschleswigschen Dänen; unbarmherzig schnitt er jede Hoffnung auf Abtretung der Grenzbezirke ab und sprach wiederholt davon, daß Preußen keine sieben Fuß herausgeben, daß er sie eher mit seinem Leibe decken werde. Einen rückhaltlosen Vernichtungskrieg hatte er den Schleswig-Holstein- und den Kampfgenossen-Vereinen geschworen: unter den verschiedensten Vorwänden wurde bald hier, bald dort einer aufgelöst, und vor Ende des Jahres waren sie im Norden der Eider alle verschwunden. Auch den Adressen und Petitionen machte er ein jähes Ende; sie richteten sich vornehmlich auf die Berufung der Ständeversammlung; Manteuffel erklärte nicht allein, daß davon keine Rede sein könne, sondern erneuerte auch eine dänische Verordnung, die alle Eingaben in allgemeinen Landessachen mit Strafe belegte. Wenn er zum Ersatz dafür bestimmte Stunden für Privataudienzen ansetzte, so hieß das zum Schaden noch den Spott hinzufügen.

Gablenz in Holstein.

Der Versuchung, solcher drakonischen Amtsführung gegenüber sich selbst in liberalem Glanze zu zeigen, konnten Oestreich und Herr von Gablenz persönlich nicht lange widerstehen. Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren, lautete das verständliche Programm, das er den Manteuffelschen Schroffheiten entgegensetzte. Wo er auf höheren Befehl die preußischen Angriffe auf das Augustenburgerthum unterstützen mußte, geschah es in mildester Form. Ein Regierungsrath bereiste die Städte des Landes, um den Zeitungsredactionen freundschaftliche Weisungen zu ertheilen; ein persönlicher Besuch des Statthalters versüßte dem Erbprinzen die Warnung wieder nach Schleswig zu gehen und den Kummer, sich auch in den holsteinschen Blättern des Herzogstitels und der VIII beraubt zu finden; [g]egen die beabsichtigten Petitionen um Einberufung der Stände sollte [ei]n Schreiben an die Landesregierung genügen, in dem der Statt[h]alter sich für behindert erklärte, derartige Bittschriften wirksam zu [u]nterstützen. Allein so dankbar die Holsteiner bei jeder Gelegenheit, [sc]hon um Preußen zu ärgern, das wohlwollende Regiment Oestreichs [a]nerkannten, so waren sie doch nicht Willens, sich durch freiwillige [Rü]cksichten dieselben Fesseln anzulegen, in die Herr von Manteuffel

Die Altonaer Versammlung.

die Schleswiger schmiedete. Auf den 23. Januar 1866 wurde also nach Altona eine Massenversammlung ausgeschrieben um in einer Adresse die endliche Berufung der Stände zu erbitten. Vergebens wandte sich die Regierung in einem Erlaß an den patriotischen Sinn der Bevölkerung; vergebens drohte die Polizei mit Gewaltmaßregeln; Alles was sie erreichte war von Seiten der Parteiführer das Versprechen, daß man auf förmliche Beschlüsse verzichten wolle. Dafür gaben denn die sämmtlichen Redner dem allgemeinen Verlangen um so kräftigeren Ausdruck, und das Hoch der 3—4000 Männer auf ihren rechtmäßigen geliebten Herzog Friedrich VIII. war für Bismarck ein ebenso triftiger Grund zur Beschwerde wie irgend eine Resolution; daß eines der rührigsten Mitglieder des 36-Ausschusses und des Frankfurter Abgeordnetentages, der Darmstädter Metz, auf der Versammlung eine Rolle gespielt, bot ihm noch einen besonders erwünschten Anknüpfungspunct, um Oestreich zu beschuldigen, daß es den Kampf gegen die Revolution in Holstein nicht allein vernachlässige, sondern sogar behindere.

Gereizter Notenwechsel.

Bereits ein paar Tage früher, am 20. Januar, hatte er in Wien auf die Gefahr hinweisen lassen, die dem herzlichen Einvernehmen beider Cabinete durch die östreichische Politik in Holstein drohe; für den aufregenden Charakter derselben verschaffte er sich ein Zeugniß von dem stets bereiten Scheel-Plessen und 18 Genossen, die ihm am Tage der Altonaer Versammlung eine Adresse anfertigten, in der sie als Gegenmittel gegen die entsittlichende Wühlerei des Augustenburgerthums abermals die baldige Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen unter Wahrung ihrer eigenthümlichen Einrichtungen erbaten. So gerüstet erklärte er dem Wiener Cabinet am 26. Januar, daß die Stellung der beiden Großmächte an einem entscheidenden Wendepunct angelangt sei; Reden wie die in Altona gehaltenen zuzulassen, sei ein Zurückweichen von dem Kampfe gegen die Revolution, sei gradezu ein Angriff auf Preußen, das sein Besitzthum — und das bleibe Holstein nach wie vor, wenn es auch der Loyalität Oestreichs als Pfand anvertraut sei — nicht gefährden lassen dürfe und wolle; auf ausdrücklichen Befehl des Königs beklage er sich darüber, daß solche revolutionäre Bestrebungen sich unter dem Schutze des Doppeladlers entfalten dürften, und verlange Klarheit darüber, ob Oestreich nicht mehr den Willen habe auf die Dauer gemeinsame Wege mit dem Berliner Cabinet zu gehen; in diesem Falle werde Preußen für seine Politik wieder volle Freiheit gewinnen und davon den Gebrauch machen, der in seinem Interesse liege. Dem entschlossenen Tone dieses Schriftstücks setzte Mensdorff am 7. Februar eine nicht minder entschlossene Antwort gegenüber. Gleichfalls auf ausdrücklichen Befehl seines Herrn lehnte er jede Rechenschaft über die Zulassung der Altonaer Versammlung oder irgend einen anderen Act der Verwaltung Holsteins ab; der Kaiser halte es nicht für glaublich, daß König Wilhelm die Einwilligung Oestreichs in die Annexion zum Maßstabe der Beziehungen zwischen beiden Staaten machen werde; an dem Wiener Cabinete liege es nicht, wenn die gemeinsame Politik der

deutschen Großmächte auf Hindernisse stoße; es habe derselben schon große Opfer gebracht, indem es sein Verhältniß zu den Mittelstaaten schweren Beeinträchtigungen ausgesetzt habe; es wolle auch jetzt durch so manche Wahrnehmungen von gestern und heute sich nicht verleiten lassen, die ganz anders geartete Politik Preußens zum Gegenstande der Besprechung zu machen. Damit war denn der Bruch vollzogen. Bismarck begnügte sich dem Grafen Karolyi als Antwort einfach mitzutheilen, daß er die herzlichen Beziehungen zu Oestreich, wie sie seit dem dänischen Kriege bestanden, als gelöst betrachte; sie seien auf den Standpunct zurückgeführt, den sie vor dem Kriege gehabt, d. h. nicht besser und nicht schlimmer als die zu jeder anderen Macht. Im Schoße des preußischen Cabinets aber veranlaßte er eine Prüfung der Frage, ob man durch die Umstände genöthigt sei, sich auf einen Krieg vorzubereiten. Unter Zuziehung des Gesandten in Paris, Moltkes, Manteuffels und anderer Militärs fand die Erörterung darüber unter dem Vorsitz des Königs in einem Ministerrathe vom 28. Februar statt. Die Antwort lautete verneinend; daß aber damit keine Aenderung in der bisherigen Politik eingetreten sei, ließ sich unzweifelhaft aus der Antwort auf die Scheel-Plessensche Adresse ersehen, die am 2. März erfolgte und die Annexion für das wünschenswertheste, die Erfüllung der Februarbedingungen aber für unerläßlich erklärte.

Bruch zwischen Preußen und Oestreich.

Der Ministerrath vom 28. Februar.

Die Einleitungen zum Kriege und Italien.

In der That war der Ministerrath, obgleich er sich gegen kriegerische Rüstungen aussprach, doch von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt; das ergab sich aus dem Auftrag, welchen der Gesandte von der Goltz mit nach Paris nahm: er sollte durch seinen dortigen italienischen Collegen Nigra das Florentiner Cabinet einladen, einen General zu politisch-militärischen Besprechungen nach Berlin zu schicken. Mit dieser Einladung war der Gedanke beseitigt, der gegen Bismarck von Manchem am Hofe begünstigt wurde: durch die Verbürgung Venetiens die Einwilligung Oestreichs in die Annexion der Herzogthümer zu erkaufen. Es stand jetzt der Entschluß fest, mit Italien gegen Oestreich, nicht auf Kosten Italiens mit Oestreich zu gehen. Die wichtigste Frage war also vorab die, ob die Regierung von Florenz den Muth zu einem Bündniß mit Preußen habe, oder, was ziemlich gleichbedeutend war, ob Napoleon dieses Bündniß erlaube. Nach Allem, was er bisher in dieser Beziehung erkundet, durfte sich Bismarck diese Fragen bejahen.

Preußens Beziehungen zu Italien.

Schon unmittelbar nach seinem Eintritt in das Ministerium hatte er sich Italien genähert und durch den italienischen Gesandten in Berlin die Versicherung erhalten, daß in einem preußisch-östreichischen Kriege Italien auf Preußens Seite stehen werde. Weitere Folgen hatte dieses Anfragen und Antworten nicht gehabt. An der Spitze des Turiner Cabinets stand damals Farini, der im December 1862 an Rattazzis Stelle getreten war. Sehr bald aber ward diese be-

Erste Anfrage 1862.

Ministerium Minghetti.

deutende Kraft dem Vaterlande entrissen; die Symptome einer Gehirnerweichung, die sich schon während seiner fieberhaften Thätigkeit im Jahre 1860 angedeutet hatten, traten stärker hervor und wenn er auch bis in den März 1863 im Amte verblieb (er starb 1866 in einer Irrenanstalt), so fiel die Leitung des Ministeriums doch Minghetti zu, der am 24. März auch zum Präsidenten ernannt wurde. Die Lage des Landes war nicht blos in Rücksicht der auswärtigen Verhältnisse und nicht blos in Folge der Wühlereien der Bewegungspartei eine ernste; auch das Räuberunwesen in Neapel und die schwere Geldnoth wurden äußerst bedrohlich. Gegen jenes hatten auch die vorhergehenden Ministerien nach Kräften, aber bisher noch ohne Erfolg angekämpft. In den zwei Jahren, die seit dem Fall von Gaeta verstrichen waren, hatten die königlichen Truppen über 6000 Briganten unschädlich gemacht; mehr als 1000 davon waren standrechtlich erschossen, 2400 im Kampfe gefallen; die andern saßen in den Gefängnissen oder arbeiteten in den Bergwerken. Cialdini und Lamarmora, die nach einander die Oberleitung dieses blutigen Kleinkrieges führten, griffen mit Kraft ein, aber alle Anstrengung war vergebens, weil die Geistlichkeit das Brigantenthum begünstigte und vom Kirchenstaate aus, wohin sich die Bedrängten stets zurückziehn konnten, unaufhörlich Nachschub kam. König Franz von Neapel, der noch immer in Rom verweilte, sparte kein Geld um diese Vorkämpfer seiner Rechte zu unterstützen und fand in mehreren Cardinälen eifrige Gehülfen. So lange dieser Zustand fortdauerte, war wenigstens in den Abruzzen und den Grenzprovinzen eine Besserung nicht zu erreichen. Nicht hoffnungsvoller stand es um die andre große Noth des Landes, die Finanzen. Jahr für Jahr schloß mit einem Deficit ab, so daß von 1859—1864 die Mehrausgabe gegen die Einnahmen fast 2800 Millionen betrug, und Minghetti, der selbst das Finanzministerium leitete, die Aufgabe ungelöst seinem Nachfolger Sella überlassen mußte, als er im Herbst 1864 durch die Lösung der römischen Frage, die er mit Napoleon vereinbart, aus dem Amte gedrängt wurde.

Das Räuberunwesen.

Italienische Finanzen.

Die September-Convention.

Die französische Besatzung, welche nun seit 15 Jahren in Rom stand, war für Napoleon im Grunde eben so lästig wie für Italien, da sie einerseits die Bewegungspartei leidenschaftlich reizte und andrerseits eine gewisse Mitschuld an allem, was der Papst that und nicht that, auf Frankreich zu laden schien. Besondre Vortheile brachte sie aber nicht; der Schatten der französischen Fahne deckte den Papst eben so sicher wie die Anwesenheit einiger Regimenter. Es war deshalb kein schweres Opfer, wenn der Kaiser im Sommer 1864 sich gegen den General Menabrea, der ihn in Vichy besuchte, zur Abberufung seiner Truppen bereit erklärte, falls Italien die Sicherheit des Papstes verbürgen wolle. Minghetti und sein Minister des Aeußern, der Mailänder Visconti Venosta, eröffneten darauf Unterhandlungen und brachten am 15. des Monats die sog. September-Convention zum Abschluß. Italien verpflichtete sich darin, den Papst nicht anzugreifen, vielmehr gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Was bei einem Aufstande in Rom selbst geschehen solle, wurde nicht gesagt; in einem

nachträglichen Notenaustausch verständigte man sich dahin, daß für diesen Fall beide Theile freie Hand haben sollten. Die Franzosen versprachen Rom binnen zweier Jahre zu räumen; innerhalb dieser Frist werde der Papst seine eigene Armee neu bilden können. Eine schwere Verbindlichkeit war es, daß Italien sich mit einem Theile der kirchenstaatlichen Schulden nach Maßgabe des von ihm erworbenen Gebietes zu belasten versprach; doch hätte das Land alles das geduldig angenommen, wenn nicht eine andre Bestimmung, die nicht in der Convention, sondern in einem Protocoll von demselben Tage ihren Platz fand, gewesen wäre. Victor Emanuel versprach, seine Hauptstadt zu verlegen. Wohin? das wurde nicht gesagt, aber auf beiden Seiten war man einverstanden, daß Florenz, welches Azeglio schon länger empfohlen hatte, Residenz werden solle. Die Bedeutung dieser Maßregel wurde von Napoleon anders aufgefaßt als von den italienischen Ministern; jener sah darin einen Verzicht auf das Cavour'sche Programm: Rom die Hauptstadt! diese betrachteten Florenz nur als eine Station auf dem Wege nach Rom. Mindestens trösteten sie sich damit und gedachten andre damit zu trösten; einstweilen sollte dieses Protocoll noch strenges Geheimniß bleiben. Aber schon am 20. September wurde es bekannt, und nun brach in Turin ein ungeheurer Sturm der Entrüstung aus. Zu Gunsten Roms wäre man bereit gewesen das große Opfer zu bringen und von dem Range der Hauptstadt, den man jahrhundertelang bekleidet, zu dem einer Provinzialstadt hinabzusteigen; aber zu Gunsten von Florenz? Mehrere Tage nach einander kam es in dem sonst so ruhigen und getreuen Turin zu Aufläufen und Zusammenrottungen, die mit den Waffen zerstreut werden mußten. Dem Groll der Bewohner, den Victor Emanuel im Innersten theilte, mußte das Ministerium weichen; am 24. September gab ihm der König seine Entlassung und beauftragte Lamarmora mit der Neubildung.

Verlegung der Hauptstadt.

September-Tumulte in Turin.

Obgleich der neue Präsident selbst Piemontese war und seine bedeutendsten Collegen Lanza und Sella aus seinen Landsleuten wählte, konnte er doch nicht daran denken, die September-Convention fallen zu lassen. Eine Rente von einer Million, welche der alten Hauptstadt vom Parlamente zugesprochen wurde, sollte den Verdruß und den materiellen Schaden, welchen sie litt, ein wenig vermindern. Im Senate stimmten 134 gegen 47, von den Deputirten 317 gegen 70 für die Verlegung, und der König selbst genehmigte sie widerwillig am 12. December. Noch einmal zuckte der Unmuth der Turiner im folgenden Monat heftig auf, als die gerichtlichen Verhandlungen über die Septembertumulte bevorstanden. Aber die plötzliche Abreise des Königs nach Florenz am 3. Februar 1865 bewirkte einen Umschlag der Stimmung und von einer Deputation eingeladen, von den Arbeitervereinen festlich empfangen, kehrte der König drei Wochen später noch auf wenige Monate nach Turin zurück. Die 600jährige Geburtsfeier Dantes, des großen Florentiners, die am 14. Mai mit allgemeiner Begeisterung gefeiert wurde, war der erste festliche Act, dem der König in seiner neuen Residenz beiwohnte. An demselben

Ministerium Lamarmora.

Die Permanenten. Tage hielt der Senat in Turin seine letzte Sitzung. In der Parteibildung innerhalb des Parlamentes wirkte aber der Unwille der Piemontesen noch lange nach; sie trennten sich von der Consorteria, der großen Mischpartei, welche auf Cavours Programm stand, und bildeten als die Gruppe der Permanenten nicht allein durch ihre Zahl, sondern auch durch ihre parlamentarische Erfahrung einen einflußreichen Club, dessen Haltung aber, weil sie durch persönliches Mißvergnügen mehr als durch sachliche Gründe beeinflußt war, nur schwer berechnet werden konnte.

Finanznoth. Schon in Turin hatte sich übrigens das Ministerium mit Ernst der Finanzlage zugewandt. Sella fand den Staatsschatz leer, während binnen drei Monaten 298 Millionen zu bezahlen waren. Er half durch den Verkauf von Domänen und später von Eisenbahnlinien, durch die Ausgabe von Schatzscheinen, durch die Erhöhung der Steuern auf Salz, Taback, Getreide und des Briefportos, durch Vorauserhebung der Grundsteuer des Jahres 1865, wozu sich nach dem Vorgange von Brescia fast das ganze Land bereit erklärte, so daß am Jahresschluß von etwa 120 Millionen schon über 95 eingegangen waren. Der König entsprach dieser patriotischen Haltung des Landes in seiner Weise dadurch, daß er auf $3^1/_2$ Million von seiner Civilliste verzichtete. Alles das half aber nur herzlich wenig; wirkliche Besserung konnte nur eintreten, wenn die römische und die venetianische Frage eine Verminderung des Heeres und der Flotte gestattete. Die friedliche oder kriegerische Lösung dieser Frage erschien als nothwendige Vorbedingung für die Gesundung der Finanzen. Der Septembervertrag forderte dringend dazu auf in Rom sein Heil zu versuchen. Allerdings zeigte der Papst nicht die geringste Neigung von seiner bisherigen Politik abzulassen. Seine Antwort auf die Convention vom 15. September war das Rundschreiben (die Encyclica) vom 8. December mit ihrem Anhängsel, dem Syllabus, einer Zusammenstellung der herrschenden Irrlehren. Eigentlich blieb von den Einrichtungen der europäischen Gesellschaft so gut wie gar Nichts von der päpstlichen Verdammung frei; die parlamentarische Vertretung der Völker, die Gewissensfreiheit der Nichtkatholiken, die Preßfreiheit, die selbständige Entwicklung des Schulwesens, die staatliche Ehegesetzgebung, alles das und zahlloses sonst wurde verworfen. Aber seine ganz besonderen Spitzen hatte dieser Syllabus doch für Italien, das den heiligen Vater seines weltlichen Besitzes zum großen Theil beraubt, das die Klostergüter eingezogen, die Geistlichen zu Staatsdienern gemacht, die Civilehe eingeführt hatte und eben darüber aus war, die geistlichen Körperschaften aufzuheben, lauter Einflüsterungen des Teufels, welche das Rundschreiben mit Abscheu verwarf. Trotzdem bot sich dem italienischen Cabinet eine Gelegenheit zu friedlichen Verhandlungen. Pius IX., der gegen Victor Emanuel immer ein gewisses persönliches Wohlwollen bewahrte, schrieb demselben nämlich am 6. März 1865 einen eigenhändigen Brief und erklärte sich zu einer Vereinbarung über die vielen unbesetzten Bisthümer bereit. Darauf hin wurde Vegezzi, ein dem Papste genehmer Mann, nach Rom gesandt um

Encyclica und Syllabus.

Verhandlungen anzuknüpfen. Gern hätte das italienische Ministerium die Zahl der 230 Bischöfe beträchtlich vermindert; wäre sie auf 59, für jede der Provinzen einen, herabgesetzt worden, so hätte ein Sprengel immer doch nur durchschnittlich 350,000 Seelen gezählt, ein Drittel von dem was er in dem gut katholischen Belgien umfaßte. Aber nicht allein dieser Antrag, sondern die ganze Verhandlung scheiterte, da die jesuitische Umgebung des Papstes, die ihn sich einen Augenblick hatte entschlüpfen lassen, inzwischen wieder vollkommen seiner mächtig geworden war. Im Juli mußten alle Verhandlungen abgebrochen werden, und Vegezzi kehrte nach Florenz zurück.

Vegezzi in Rom.

Was Venetien anlangte, so waren die Hoffnungen auf einen friedlichen Erwerb sehr gering. Wohl hatte Nigra, der italienische Gesandte in Paris, im November 1864 gemeldet, daß Oestreich das Nachbarkönigreich anerkennen wolle, wenn dieses entwaffne, und hatte hinzugefügt, späterhin sei nach Drouyns Meinung vielleicht eine Abtretung Venetiens zu erwarten, wenn sich für Oestreich eine passende Entschädigung z. B. in den Donaufürstenthümern biete; aber diese allgemeinen Zusagen hatten keinen Werth und zu einer Entwaffnung war Lamarmora, dessen ganzer Stolz das vielfach nach preußischem Muster gebildete Heer war, um so weniger bereit, als er voraussah, daß dann die Neuwahlen im Jahre 1865 eine ganz radicale Kammer liefern würden. Alle seine Hoffnungen gingen deshalb auf einen Krieg mit Oestreich, und mit Wohlgefallen beobachtete er die wachsende Entfremdung zwischen den deutschen Großmächten. Kam es zwischen beiden zum Bruch, so stand auch für ihn die Antwort fest, welche Farini Ende 1862 gegeben hatte, daß Italien an Preußens Seite zu finden sein werde — den einen Fall ausgenommen, welchen er sehr wohl für möglich hielt, daß Oestreich vor Ausbruch des Krieges Venetien freiwillig abträte.

Hoffnungen auf Venetien.

In dieser Lage und Stimmung befanden sich Italien und Lamarmora, als in den Tagen vor der Gasteiner Convention Graf Usedom, der preußische Gesandte in Florenz, zum zweiten Male die Frage stellte, wie Italien sich in einem preußisch-östreichischen Kriege verhalten werde. Lamarmora antwortete mit Vorsicht: ernsthafte, bestimmt gefaßte Vorschläge werde er sorgsam prüfen; aber Italien könne sich nicht von Preußen als bloßes Drohmittel brauchen lassen; auch müsse es Napoleons Ansichten vorher erkunden. Diese gingen dahin, daß man ja nichts übereilen solle, daß aber von Seiten Frankreichs den freien Entschließungen Italiens kein Hemmniß würde bereitet werden. So wäre denn ein Bündniß wohl mit gutem Erfolge angebahnt worden, wenn nicht unerwartet schnell der Gasteiner Vertrag die Möglichkeit des Krieges wieder beseitigt hätte. Voll Mißtrauens glaubte nun Lamarmora, es sei Bismarck und Usedom überhaupt nicht Ernst gewesen, sie hätten ihn nur als Vogelscheuche benutzen wollen. Dieser Verdacht wurzelte sich so tief bei ihm ein, daß er durch kein Mittel wieder ausgerissen werden konnte; ja er bewirkte sogleich eine völlig veränderte Politik. Die Ausgaben für Heer und Flotte, welche bis dahin ungemindert geblieben waren,

Bismarcks zweite Anfrage.

Verminderung des Heeres.

wurden zunächst um 70 Millionen herabgesetzt, und dieser Weg nach Sellas Austritt aus dem Ministerium von seinem Nachfolger Scialoja noch entschiedener verfolgt. Lamarmora selbst erklärte es für einen Fehler, daß man in den letzten 5 Jahren der öffentlichen Meinung zu Liebe eine halbe Milliarde zu viel auf das Heer verwandt habe. Die Aushebung der Recruten unterblieb und bis zum 1. März 1866 sollte die Armee auf 140,000 Mann vermindert sein.

Malaguzzi in Wien.

Dagegen sollte nun ein ernstlicher Versuch gemacht werden, Venedig durch Güte, sei es für Geld, sei es für Landerwerb im Osten, von Oestreich zu erlangen. Graf Malaguzzi aus Modena, der am Wiener Hofe gut gelitten war, reiste am 10. October dorthin ab mit der Ermächtigung bis zu einer Milliarde zu bieten. Aber was Oestreich so eben für das kleine Lauenburg zugestanden hatte, schlug es für Venedig rundweg ab, und Malaguzzi mußte zu Anfang December das völlige Scheitern seiner Sendung melden. Allerdings hatte man auch in Wien den Wunsch sich mit Italien besser zu stellen, um Preußen so dieses Bundesgenossen zu berauben; aber man hatte nicht den Muth, den einzig ausreichenden Preis dafür zu zahlen. Versprechungen eines Handelsvertrages und einer halben Anerkennung, die durch Vermittlung des französischen Cabinets gemacht wurden, besaßen natürlich keine Zugkraft. Wenn Preußen daher von Neuem mit Anfragen kam, so fand es zwar krankhaftes Mißtrauen, aber dabei doch viel Geneigtheit zu gemeinsamer Action vor.

Bismarck in Biarritz.

Bismarck hatte seit Gastein nichts unterlassen um den erklärlichen Unwillen Lamarmoras zu beschwichtigen; auch den Umweg über Paris hatte er dabei nicht verschmäht: bedurfte er doch der Kenntniß von Napoleons Gesinnungen auch um ihrer selbst willen. Die Verhandlungen, die er mit dem französischen Kaiser im October 1865 in Biarritz pflog, sind in irgend zuverlässiger Weise nicht bekannt geworden; unerfreulich konnte das Ergebniß für den preußischen Minister nicht gewesen sein; auf der Rückreise hatte er gegen Nigra den Krieg mit Oestreich als unvermeidlich bezeichnet, und in Bezug auf Italien geäußert, wenn es nicht da wäre, müßte man es erfinden. Auch

Handelsvertrag Italiens mit dem Zollverein.

wurden die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit dem Zollverein, die längere Zeit unterbrochen waren, wieder aufgenommen und führten am letzten December 1865 zum Abschluß. Victor Emanuel erhielt den schwarzen Adlerorden, dessen er bis dahin noch nicht für würdig befunden war, und alle Zollvereinsstaaten erkannten das revolutionäre Königreich zu Oestreichs großem Kummer an. Die Ratification des Vertrags erfolgte am 12. März 1866. So war also das Verhältniß zwischen beiden Cabineten ein äußerlich recht gutes, als in Berlin jener Minister- und Kriegsrath vom 28. Februar stattfand und nun zum dritten Male, wenn auch noch verschleiert, an Italien die Frage erging, wie es sich zu einem östreichisch-preußischen Kriege stellen werde.

Grade in diesem Augenblicke kam dem italienischen Minister diese Frage nicht sehr gelegen. Wenige Tage vorher hatte sich in Bukarest ein Ereigniß zugetragen, auf das er die Hoffnung gründete, in frie-

licher Weise Venetien zu erwerben: der Hospodar Kusa war gestürzt. Der Jubel, mit dem die Rumänen diesen Fürsten begrüßt hatten, war schnell verklungen; schon im Mai 1864 sah Kusa keinen andern Weg mit den widerspenstigen Kammern fertig zu werden, als daß er sie mit Gewalt auseinander jagte, ein neues Wahlgesetz und einen Zusatz zur Verfassung decretirte und Beides nach napoleonischer Sitte durch eine Volksabstimmung bestätigen ließ. Der Erfolg war glänzend; 680,000 Stimmen erklärten sich für, nur 1300 gegen den Staatsstreich, Dankadressen liefen in Massen ein, Statuen wurden dem Retter des Vaterlandes errichtet und die Großmächte mitsammt der Pforte billigten das Geschehene. Aber die Freude war nur von kurzer Dauer. Eigenmächtige Maßregeln, nicht eben alle verwerflicher Art, die Aufhebung der Frohnden, die Einführung der Erblichkeit (obgleich Kusa um einen Erben zu haben ihn erst adoptiren mußte), die Monopolisirung des Tabacksverkaufs, Verhaftungen und Verbannungen mehrten den Anhang der feindlichen Bojarenpartei; Anfangs 1866 glaubte diese einen Aufstand wagen zu dürfen. In der Nacht zum 24. Februar drang der General Golesco mit 40 Verschworenen in das Schlafzimmer des Fürsten, zwang ihn zur Abdankung und Entfernung aus dem Lande und bildete mit einigen Genossen eine vorläufige Regierung. Aus diesen Vorgängen schöpfte Nigra und auf seine Anregung Lamarmora die Hoffnung nach einem in Italien längst beliebten Plane Oestreich durch den Erwerb Rumäniens zum Verzicht auf Venetien bewegen zu können. Schnell genug erwies sich das freilich als eitel; England wollte Nichts von dieser Zerstückelung der Türkei hören und bereits am 17. März mußte Nigra nach Florenz melden, daß es mit diesem Vorhaben Nichts sei. Immerhin war es jedoch nicht unmöglich, daß man, wenn die Frage offen blieb, noch einmal darauf zurück kam; in Preußens Interesse lag es also, daß sie erledigt werde, und da der Graf von Flandern, der Bruder des Königs von Belgien, die ihm angebotene Krone ausschlug, da überhaupt kein europäischer Prinz, wie die Rumänen es wünschten, Lust haben konnte, ein Vasall des Sultans zu werden, so betrachtete die öffentliche Meinung es wohl kaum mit Unrecht als ein patriotisches Opfer auf dem Altar der Bismarck'schen Politik, als der Prinz Carl Ludwig von Hohenzollern-Sigmaringen, den die Volksabstimmung am 20. April, die gesetzgebende Kammer am 13. Mai erwählte, diesen Ruf annahm und trotz des Widerspruchs einer in Paris zusammengetretenen Conferenz der Großmächte, trotz der Drohungen der Pforte sich im tiefsten Geheimniß durch Oestreich in sein neues Land begab und am 22. Mai seine dornenvolle Laufbahn als Carol I. von Rumänien begann.

Revolution in Rumänien.

Italienische Pläne.

Prinz Carl von Hohenzollern.

In den ersten Tagen des März hätte diese Lösung der Frage noch Niemand ahnen können. Lamarmora war eben im besten Zuge den erwünschten Zwischenfall im italienischen Interesse auszubeuten, als ihm Bismarcks Einladung, einen General nach Berlin zu schicken, zukam. Natürlich durfte er diese neue Handhabe zum Erwerbe Venetiens nicht fahren lassen; er entsandte also den General Govone,

Govone nach Berlin.

gab ihm aber auch Kenntniß von dem rumänischen Project und hoffte wohl, die Verhandlungen mit Preußen würden in Wien als eine Mahnung zur Gefügigkeit verstanden werden. War das nicht der Fall, so kam ihm das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen, zu dem Govone die Vollmachten mitnahm, sehr gelegen. Zu seinem größten Erstaunen erfuhr dieser aber, als er am 14. März in Berlin ankam, gleich in der ersten Unterredung mit Bismarck, daß noch Monate verstreichen würden, ehe der Krieg beginnen könne. Nicht um die schleswig-holsteinsche Frage, sondern um die Neugestaltung Deutschlands werde es sich dann handeln. Des italienischen Bündnisses bedürfe der Minister zunächst dazu um König Wilhelm allen sonstigen Einflüssen zum Trotz auf dem betretenen Wege festzuhalten. Preußen verpflichtete sich, das war des Grafen Idee, wenn es einmal den Krieg begonnen, ihn nur mit Italiens Zustimmung zu enden und diesem den Erwerb von Venetien zu verbürgen; Italien dagegen sollte sich schon jetzt anheischig machen, Preußen in jedem Falle in den Krieg zu folgen, wenn dieses den Zeitpunct für gekommen erachte. Bismarck hatte indeß schwerlich gehofft, diesen Vorschlag bei Govone durchzusetzen; er rückte deshalb gleich mit einem zweiten, etwas abgeschwächten Plane heraus, nach welchem Italien erst von einem bestimmten, näher zu beredenden Augenblick an, z. B. sobald Preußen ein deutsches Parlament zusammen berufe, gebunden sein solle. Aber auch das leuchtete Govone nicht ein. Ebenso argwöhnisch wie Lamarmora glaubte er fest, Bismarck wolle das Bündniß nur als Drohmittel gegen Oestreich benutzen, um von diesem die Auslieferung der Elbherzogthümer zu erzwingen; oder auch, er wolle Italien außer Stand setzen, einen gütlichen Ausgleich wegen Venetiens zu treffen, den Oestreich ihm etwa anbieten könnte, um gegen Preußen ganz freie Hand zu haben. Bismarck drückte daher seine Forderungen noch weiter herunter und schlug ganz einfach den Abschluß eines allgemeinen Bündniß- und Freundschaftsvertrages ohne besondere Ziele vor. Zu allen drei Vorschlägen erklärte sich Govone nicht für ermächtigt und erbot sich nur, sie nach Florenz zu melden.

Bismarcks erste Vorschläge.

Mißtrauen der Italiener.

Das Mißtrauen der Italiener fußte nicht allein auf den früheren Erfahrungen, die gelehrt hatten, daß der preußische König sehr schwer zu einem Kriege mit Oestreich zu bewegen sei, sondern nicht minder auf der für sie überraschenden Entdeckung, daß Bismarck die Frage der Elbherzogthümer jetzt als eine untergeordnete, die der Bundesreform aber als die Hauptsache behandle. Dieser Verwandlung des Zieles aber trauten sie nicht, und daß es im Grunde gar keine Verwandlung sei, vermochten sie nicht zu übersehen. Ueberdies war der preußische Minister amtlich mit diesen seinen weiteren Plänen noch nicht hervorgetreten, sondern ließ erst eben jetzt durch die ihm freundlichen Blätter den Gedanken verbreiten, daß in Ermangelung eines preußisch-östreichischen Einverständnisses die Lösung der schleswig-holsteinschen Frage mit der Umgestaltung des Bundes in Zusammenhang gebracht werden müsse. Was lag näher als zu fürchten, daß dies nur ein neues Mittel sei um Oestreich zur Nachgiebigkeit zu bewegen, zumal man Nichts von preußischen Rüstungen hörte, während

in Wien die kriegerischen Vorbereitungen doch ernstlich begonnen hatten. Ein Marschallsrath unter dem Vorsitze des Kaisers berieth vom 7.—13. März über die nöthigen Maßregeln und von den Befehlshabern der Armeecorps, die zur Theilnahme daran nach der Hauptstadt beschieden waren, blieben einzelne, besonders Benedek, der Oberstcommandirende der Armee in Venetien, auch nach Beendigung jener Conferenzen in Wien; aus Ungarn wie aus anderen Provinzen lief die Nachricht ein, daß Truppensendungen nach Böhmen angeordnet seien; am 16. März verlautbarte gar, daß auch Sachsen im tiefsten Geheimnisse die Einrufung der Reserven angeordnet habe. Wenn Preußen dem gegenüber unthätig blieb, so konnte es ihm mit dem Kriege nicht ernst sein. Andre bedenkliche Anzeichen kamen hinzu. Am 17. März richtete Graf Karolyi an Bismarck die amtliche Frage, ob Preußen entschlossen sei, die Gasteiner Convention zu zerreißen und den Bundesfrieden zu brechen, und der preußische Minister antwortete darauf natürlich mit einem entschiedenen und unumwundenen Nein. An demselben Tage sollte Govone seine Antrittsaudienz beim Könige haben; aber sie wurde abbestellt, weil der Monarch sich unpäßlich fühle, in Wahrheit, wie die Italiener glaubten, weil es den Einflüssen öftreichisch gesinnter Personen gelungen sei, den verhängnißvollen Empfang zu verhindern. Endlich bot eben jetzt England seine guten Dienste an, und wenn es damit von Bismarck auch nach Wien verwiesen wurde, wo der wahre Friedensstörer sich finde, so war diese vermittelnde Thätigkeit doch für Italien ein Grund mehr zur Vorsicht.

Oestreichische Rüstungen.

Austausch friedlicher Erklärungen.

Bismarck war in diesen Tagen allerdings in einer gefährlichen Lage, und einen Augenblick scheint er wirklich die einzige Rettung in einem plötzlichen Ausbruch des Krieges, den Italien leicht durch ein Freicorps bewirken konnte, gesehen zu haben. In heftiger Aufregung machte er am 19. März Barral diesen Vorschlag. Aber da kam er schlecht an. Die Italiener, besorgt überlistet zu werden, hofften doch statt dessen die Preußen zu überlisten; noch war das rumänische Project im Schwange, und Govone rieb sich schon im Geiste die Hände aus Freude darüber, daß mittelst desselben, wie er mit einem italienischen Sprüchwort an Lamarmora schrieb, die Natter den Charlatan beißen werde. Auf Bismarcks Andeutungen versprach Barral, der Gesandte, Nichts weiter als einen Bericht nach Florenz. Aber schon am nächsten Tage war auch der preußische Minister von seinen Vorschlägen zurückgekommen; wahrscheinlich hatte er in der Zwischenzeit Kenntniß von einer Note erhalten, die Graf Mensdorff am 16. März an die befreundeten deutschen Höfe gerichtet hatte. Darin erklärte Oestreich seine Absicht, die schleswig-holsteinsche Frage an den Bundestag zu verweisen und forderte die Regierungen auf, in Frankfurt die Mobilmachung ihrer vier Armeecorps zu beschließen. Das war ein zweifelloser Bruch des Gasteiner Vertrags, eine offenkundige Kriegsdrohung gegen Preußen. Mit dieser Note bewaffnet konnte Bismarck leicht die Bemühungen seiner Gegner vereiteln und den König von dem bösen Willen Oestreichs überzeugen. Er brauchte jetzt keinen Gewaltschritt Italiens mehr zu wünschen, sondern kam auf

Plan einer italienischen Offensive.

Plan eines Bündnisses auf zwei Monate.

seinen Vorschlag eines Freundschaftsvertrages zurück, in den die Bestimmung aufgenommen werden sollte, daß man beim Eintritt kriegerischer Ereignisse einen neuen, besondern Schutz- und Trutzvertrag unterzeichnen werde, über den man sich mittlerweile zu verständigen hätte. Auch dieser Gedanke fand aber bei den Italienern keine Gnade; Govone ward der Sache ganz überdrüssig, zumal die rumänischen Träume seit dem 17. vereitelt waren, und bat am 22. März Lamarmora um die Erlaubniß zurückkehren zu dürfen; Barral dagegen schlug auf eigene Hand ein Schutz- und Trutzbündniß für die Dauer von zwei Monaten vor. Acht Tage früher hatte Bismarck eine solche Frist noch für durchaus ungenügend gehalten; aber die östreichische Note vom 16. März hatte die Entwicklung sehr gefördert. Nach dem Vorgange des Wiener Cabinets konnte sich jetzt auch das preußische an seine deutschen Bundesgenossen wenden und ihnen seine Lage und seine Absichten vollkommen enthüllen. Es geschah das am 24. März. Nicht mehr die augenblickliche Sicherung des preußischen Staates sei es, um was es sich handle, sondern die ganze Zukunft desselben und damit die Zukunft Deutschlands, das in seiner zeitigen Verfassung keine große europäische Krisis ertragen könne, ohne Gefahr zu laufen, dem Schicksal Polens zu verfallen. Die Note schloß mit der Frage, wie weit Preußen auf die Hülfe seiner Bundesgenossen rechnen könne, wenn es von Oestreich angegriffen oder zum Kriege gezwungen werde.

Preußische Note vom 24. März.

Bündnißentwurf vom 27. März.

Damit war also die Schwenkung vollzogen, für die Bismarck eine längere Frist in Aussicht genommen hatte; neben und über den Elbherzogthümern stand jetzt die Frage der Neugestaltung Deutschlands. Der Ausbruch des Krieges war dadurch so viel näher gerückt, daß der Barralsche Vorschlag eines Bündnisses auf kurze Zeit annehmbar erschien; Bismarck begnügte sich, statt der zwei Monate drei zu verlangen. Eine Erkrankung, die ihn mehrere Tage ans Bett fesselte, verzögerte die Vereinbarung des Entwurfes bis zum 27. März. Der Hauptinhalt war, daß Italien sich verpflichtete, sobald Preußen zur Durchführung der Bundesreform die Waffen ergriffen habe, auch seinerseits Oestreich den Krieg zu erklären, und daß beide Theile nur dann zum Rücktritt von diesem Vertrage berechtigt seien, wenn Italien Venedig, und Preußen ein gleich stark bevölkertes Stück der östreichischen Monarchie im Frieden erwerben könne. Auf die Zusicherung von Welschtyrol, das die Italiener gleichfalls gern gehabt hätten, wollte sich König Wilhelm nicht einlassen und ebenso bestand er darauf, daß die andern deutschen Staaten, die Oestreich möglicher Weise unterstützen würden, in dem Vertrage gar nicht erwähnt wurden.

Lamarmora und Napoleon.

Lamarmora zögerte mit der Genehmigung des Entwurfes, bis er sich der Zustimmung des Kaisers Napoleon versichert hatte; als ihm durch den Grafen Arese, den er nach Paris geschickt, und den Prinzen Napoleon, der plötzlich eine Kunstreise nach Italien antrat, diese Gewißheit geworden war, gab er am 3. April die Vollmacht zur Unterzeichnung, und nach Erledigung einiger Weiterungen, die über Nebenpuncte entstanden waren, wurde der Vertrag am 8. April vollzogen. Es war nur eine Frist von drei Monaten, für welche

Italien sich gebunden hatte; während dieser kurzen Spanne Zeit mußte der Krieg zum Ausbruch kommen, wenn Preußen nicht Gefahr laufen wollte ihn doch ohne Bundesgenossen zu führen. Bismarck ging deshalb mit größter Schnelligkeit ans Werk. Gleich am Tage nach der vorläufigen Verständigung mit Barral, am 28. März, befahl eine königliche Ordre die Kriegsbereitschaft; am Tage nach der wirklichen Unterzeichnung des Vertrages, am 9. April, reichte Herr von Savigny, der preußische Gesandte in Frankfurt, den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes ein. Die Ankündigung dieses Schrittes, die in dem Rundschreiben vom 24. März enthalten gewesen war, hatte fast überall nur ungläubige Hörer gefunden; im Volke konnte man sich nicht davon überzeugen, daß es in ernsthafter Absicht geschehe, wenn ein Bismarck solche Vorschläge mache, und die Regierungen sahen darin im Allgemeinen nur den Versuch, die Verwirrung zu steigern. Baiern machte in dieser Beziehung eine Ausnahme; schon am 31. März erklärte von der Pfordten seine Geneigtheit auf Bundesreformpläne einzugehen und verband damit nur das naturgemäße Verlangen, daß die beiden Großmächte mittlerweile eine Art von Waffenstillstand abschließen sollten, indem sie die Versicherung austauschten, daß sie eines gewaltsamen Angriffs sich unbedingt enthalten würden. Oestreich war von diesem Vorschlage ohne Zweifel bereits vorher unterrichtet und ließ an demselben 31. März in Berlin erklären, daß den Absichten des Kaisers Nichts ferner liege als ein Angriff auf Preußen; Bismarck konnte darauf natürlich nicht umhin, im Namen seines Königs genau dasselbe zu erklären: aber es war doch eine große Täuschung, wenn man glaubte durch solchen Austausch von Worten irgend etwas gewonnen zu haben. Für Oestreich, das von dem Entwurfe des preußisch-italienischen Bündnisses gleich nach dem 27. März über Paris Kenntniß erhalten hatte, kam Alles darauf an die Verhandlungen bis zum Ablauf der drei Monate in die Länge zu spinnen, und darauf richtete es sein Verhalten ein, indem es den Gegner bald reizte, bald vor ihm zurückwich. Graf Mensdorff hatte kaum die preußische Friedensbotschaft erhalten, als er das weitere Verlangen stellte, daß die am 28. März befohlene Kriegsbereitschaft rückgängig gemacht werde; er hielt sich dazu für voll berechtigt, weil nach seiner Versicherung in Oestreich noch keine der Verfügungen getroffen sei, die dazu dienten einen großen Krieg vorzubereiten; nur unbedeutende, kaum nennenswerthe Verschiebungen von Truppenkörpern hätten stattgefunden. Als Bismarck am 15. April darauf erwiderte, die Begriffe unbedeutend und kaum nennenswerth seien sehr dehnbar und die preußischen Vorkehrungen entsprächen nur dem wohl bekannten Maße der östreichischen, ging Mensdorff noch einen Schritt weiter und versprach die Truppenverschiebungen vom 25. April ab rückgängig zu machen, wenn Preußen an demselben oder dem folgenden Tage sein Heer auf den Stand vom 27. März zurückführen wolle. Kaum aber war von Berlin am 21. April die Zusage eingetroffen, daß der König mit Genugthuung Kenntniß von diesem Vorschlage genommen habe und die Abrüstung in demselben Maße und in denselben Zeiträumen an-

Preußischer Reformantrag.

Oestreichische Anschläge.

Abrüstungsvorschlag.

Rüstung gegen Italien.

zuordnen bereit sei, wie dies östreichischerseits geschehen werde, so glaubte man in Wien auch schon triumphirend am Ziele zu sein, und beschloß noch selbigen Tages, nunmehr die italienische Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, wovon Karolyi am 23. mit der unschuldigsten Miene „um jedes Mißverständniß zu vermeiden" Mittheilung machte, während an den übrigen Höfen die Ansammlung italienischer Truppen bei Bologna und Piacenza als zwingender Grund für die neuen, unerwarteten Maßregeln angeführt wurden.

Italienische Gegenrüstungen.

Aber damit war das Spiel auch zu Ende. Weder Bismarck noch Lamarmora konnten sich dergleichen bieten lassen. Dem Letzteren ging zwar aus Paris die Mahnung zu ruhig zu bleiben, denn Napoleon kannte den östreichischen Plan und wußte, daß Italien Nichts zu befürchten habe; um so mehr aber drängte ihn das eigene Parlament, in dem er einem von der Linken beantragten Mißtrauensvotum am 26. April nur dadurch entging, daß er sofort Gegenrüstungen anbefahl und durch ein Rundschreiben vom 27. den fremden Höfen die Mobilmachung anzeigte; die einmüthige Unterstützung der sonst so gespaltenen Kammer zeigte ihm, daß er das Rechte getroffen. Aber auch Bismarck war der östreichischen List sofort entschlossen gegenüber getreten. Am 30. April erklärte er die Abrüstung auch in Venetien für unerläßlich, und am 2. Mai gab er Govone im Namen des Königs das Versprechen, daß Preußen über den Vertrag vom 8. April hinaus Italien auch dann unterstützen werde, wenn dieses von Oestreich angegriffen werden sollte.

Bedingter Verzicht auf Venetien.

Offenbar drohte der schön ausgesonnene Plan Mensdorffs zu scheitern; wollte er ihn retten, so mußte er seine Karten offener zeigen und Italien gradezu zum Vertragsbruch auffordern. Es konnte das nur auf dem Wege über Paris geschehen. Am 5. Mai ließ Napoleon den Gesandten Nigra zu sich rufen und theilte ihm mit, er habe von Oestreich den förmlichen Vorschlag erhalten, daß es Venetien an Frankreich behufs der Wiederabtretung an Italien überlassen wolle, wenn man ihm gestatte, sich durch preußisches Gebiet zu entschädigen und wenn Italien von seinem Bündniß mit Preußen abstehe. Lamarmora gerieth über diese Nachrichten in die größte Herzensangst. Zu lebhaft empfand er die Schmach, mit der er sich und sein Land für alle Zeit durch solchen Vertragsbruch bedecken würde; auch mußten ihm gewichtige Zweifel aufsteigen, ob er dem sich aufbäumenden Ehrgefühl der Italiener mit solch verächtlicher Politik werde Stand halten können: auf der andern Seite drohte ihm der Zorn Napoleons, wenn er ablehnte, winkte ihm der mühelose Gewinn Venetiens, wenn er annahm. Der Entschluß, den er in dieser Noth faßte, kennzeichnet seinen Charakter. Umgehend antworte[te] er Nigra: es sei eine Ehrensache den Vertrag zu halten; aber [da] derselbe am 8. Juli erlösche, so könne man sich ja durch einen Congre[ß]

Lamarmoras Congreßvorschlag.

helfen. Neun Wochen konnten darüber leicht verstreichen, und wäre[n] sie abgelaufen, dann hatte Italien wieder freie Hand, dann ließ es si[ch] mit Venetien für seine Neutralität bezahlen und sah geruhig zu, w[ie] Preußen dafür Schlesien verlor.

Napoleon war über diesen Plan nicht wenig erfreut. Die Verwickelungen dieser Tage bereiteten ihm eine innere Befriedigung, wie er sie lange nicht gekannt. Alles schien in Fluß zu kommen, die Verträge von 1815 geriethen ins Wanken, eine Grenzerweiterung bis an den Rhein war kein zu kühner Traum. Man glaubte, er wünsche selbst an dem bevorstehenden Kriege Theil zu nehmen. Als er am 6. Mai in Auxerre eine Rede hielt, in der er seinen und Frankreichs „Abscheu" gegen die Verträge von 1815 aussprach, da verglichen seine Zeitungsschreiber dieses Wort einem Kanonenschusse, der durch Europa halle und keiner Deutung bedürfe. Aber eine friedliche Erwerbung der Rheinlande hätte er doch bei Weitem vorgezogen und dazu bot ein Congreß die Gelegenheit. Wenn Bismarck recht ins Gedränge gerieth, wenn er in die Lage kam ohne Bundesgenossen gegen Oestreich und Frankreich kämpfen zu müssen, sollte er dann nicht den Widerstand gegen die Abtretung deutschen Bodens fahren lassen, da er doch sonst mit den gegebenen Verhältnissen so gut zu rechnen wußte? Napoleon nahm also mit größter Freude den Congreßvorschlag an und ein günstiger Zufall wollte, daß England ihn fast gleichzeitig aus eigenem Antrieb anregte.

Von Napoleon gebilligt.

Aber eine große Schwierigkeit stellte sich diesem Plane entgegen: man konnte nicht mit Aussicht auf Erfolg zu einem Congresse zusammentreten, während Europa von Waffen starrte. Der letzte Notenwechsel zwischen Oestreich und Preußen hatte zur Folge gehabt, daß in Berlin am 4. und 8., in Wien am 6. Mai der Befehl zur Mobilmachung erging. Auch die deutschen Mittelstaaten waren stark im Rüsten. Sachsen hatte Bismarcks Aufforderung vom 27. April, auch seinerseits zu entwaffnen, abgelehnt und sich am 5. Mai hülfeflehend an den Bundestag gewandt. Mit 9 gegen 5 Stimmen beschloß dieser am 9. Mai beruhigende Erklärungen von Preußen zu fordern. Am nächsten Tage ordnete dann auch Baiern die Mobilmachung an, Würtemberg war schon lange mit kriegerischen Vorbereitungen beschäftigt, andere Staaten folgten. Von keinem der Großen oder der Kleinen war vorauszusetzen, daß er geneigt sein werde zuerst zu entwaffnen; selbst Lamarmora erklärte schon am 11. Mai aus Rücksicht auf die Stimmung des Landes, daß er den Congreß nur ohne Abrüstung annehme. So lag darin schon ein schweres Hinderniß einer Verständigung. Aber nicht einmal die Form der Einladung zum Congreß war eine leichte Sache. Frankreichs erster Vorschlag, den es auf Grund mündlicher Verhandlungen mit England und Rußland am 17. Mai machte, befriedigte diese beiden Mächte nicht, und erst am 28. Mai kam eine gleichlautende Einladung zu Stande, die ganz allgemein die schleswig-holsteinsche Frage, den italienischen Streit und die Reform des Deutschen Bundes, so weit sie Europa interessire, als Gegenstände des Congresses bezeichnete.

Abrüstung und Einladung.

Um diese Zeit betrachtete Graf Bismarck den ganzen Plan schon als völlig mißlungen, als eitles Trugbild. Schwere Wochen waren an ihm vorübergegangen. Während er mit dem Aufgebot aller seiner Kräfte für Preußen und Deutschland arbeitete, waren ihm nicht blos

Agitation gegen Bismarck.

seine natürlichen Gegner entgegen getreten: das preußische Volk selbst hatte sich ihm widersetzt, wie es nur konnte, und ein jugendlicher Fanatiker, Julius Cohen, ein Stiefsohn des flüchtigen badischen Republikaners Carl Blind, hatte durch Meuchelmord ihn aus dem Wege zu schaffen gesucht. Von Hohenheim, der würtembergischen Landwirthschaftsschule, war er nach Berlin gereist, und feuerte am 7. Mai unter den Linden aus nächster Nähe, zum Theil im Handgemenge mit dem Grafen, der ihn schnell packte, fünf Revolverschüsse auf den verhaßten Mann ab, ohne ihn erheblich zu beschädigen. Wer bürgte dafür, daß nicht der nächste Tag einen ähnlichen Frevel brachte? Die zitternde Aufregung, die ganz Deutschland durchwallte, die leidenschaftliche Wuth, die außerhalb Preußens durch keine Schranken auch nur äußerlich noch in Zucht gehalten wurde, konnten wie leicht zu Verbrechen reizen. An sich mochten alle die Volksversammlungen und Parteibeschlüsse, die von Entrüstung schäumten, und gegen die friedensbrecherische Politik der preußischen Regierung den bewaffneten Widerstand Deutschlands aufriefen, nicht gar zu schwer wiegen; aber sie steigerten doch die Erhitzung, in welche sich viele der mittelstaatlichen Regierungen schon hineingeredet, und machten die Neutralität des übrigen Deutschland, die Beschränkung des Krieges auf ein Duell zwischen Preußen und Oestreich immer unmöglicher. Vereinsamt waren außerhalb Preußens die Stimmen, die gegen den allgemeinen Lärm anzukämpfen suchten: die städtischen Behörden in Leipzig, die den König um Frieden baten, die Kammern in Wiesbaden und Darmstadt, welche die Mittel zum Kriege verweigerten, die hannoverschen Liberalen mit Bennigsen an der Spitze, die einen Ministerwechsel forderten oder die badischen, die auf Bluntschlis Antrag Neutralität beanspruchten. Als gegen Ende Mai fast überall die Landtage zusammentraten, widerhallten sie von heftigen Angriffen auf Preußen, und in Stuttgart ließ sich selbst der leitende Minister zu einem Vae victis gegen die nordische Großmacht hinreißen. Die Bewilligung der geforderten Kriegsgelder stieß fast überall nur auf kleine Minderheiten; die Forderung, für den Frieden zu wirken, ward wohl laut genug erhoben, aber dahinter ertönte stets der Ruf, sich dem Friedensbrecher — und das sollte nun einmal Preußen sein — entgegenzustellen. Wo ein Minister nicht unbedingt in dies Horn stieß, mußte er fallen, so die Kriegsminister in Stuttgart und Cassel, einige Wochen später auch Mathy in Carlsruhe, wo Roggenbach das auswärtige Amt schon im Herbst 1865 dem östreichisch gesinnten Freiherrn von Edelsheim eingeräumt hatte. Was es mit den Vermittlungsversuchen der Mittelstaaten auf sich hatte, war leicht zu errathen. Sie veranstalteten in Augsburg am 22. April, in Bamberg am 14. Mai diplomatische, in Stuttgart am 11. Mai militärische Conferenzen, beantragten am 19. Mai in Frankfurt allgemeine Abrüstung und erhoben den Antrag fünf Tage später zum Beschluß, kurz sie waren ungemein geschäftig, aber ohne jeden Erfolg. Von einem ernsthaften Eingehen auf das preußische Reformproject war keine Rede. Das freilich wurde durch Baierns Bemühungen glücklich erreicht, daß der preußische Antrag vom 9. Ar-

Kriegerische Strömungen in den Mittelstaaten.

der zunächst ja nur die Berufung eines Parlamentes forderte, am 21. einem Ausschuß überwiesen wurde, ohne daß nach Oestreichs Verlangen Bismarck vorher seine Reformideen mitgetheilt hatte; aber in diesem Ausschuß ruhte er nun doch wochenlang, und kam selbst dann nicht in Fluß, als Herr von Savigny sich persönlich Weisungen vom Grafen Bismarck geholt hatte und wenigstens mündlich einige ganz allgemein gehaltene Grundzüge mittheilte. Die Vereine und Versammlungen hielten sich von dem preußischen Antrage scheu zurück, wenn sie ihn nach ihrer Vergangenheit nicht gradezu verunglimpfen konnten. Auch der deutsche Abgeordnetentag, der am 20. Mai noch einmal in Frankfurt zusammenkam, und nach tobenden Debatten und pöbelhaften Tumulten mit knapper Mehrheit Neutralität und Parlament forderte, wagte doch nicht diese seine Forderung mit der preußischen zu identificiren.

Der preußische Reformantrag.

Auch in Preußen selbst traten nur spärlich und arg angefeindet, liberale Männer zu Bismarcks Gunsten ein. Seit den letzten Tagen des März war ein lauter Ruf nach Frieden die Hauptäußerung der öffentlichen Meinung. Mit Nachdruck forderte die Cölnische Zeitung die Entfernung Bismarcks und empfahl die Abtretung der Grafschaft Glatz für Schleswig-Holstein. Andere Blätter stimmten ein. Die Behörden der rheinischen Städte und die Handelskammern wandten sich mit Adressen und Deputationen an den König den Frieden zu erbitten; Berlin selbst schloß sich dieser Bewegung an, die bald bis Königsberg reichte. Der entgegengesetzten Ansicht gaben zuerst am 26. April 65 Altliberale in Halle entschiedenen Ausdruck: sie traten für das von Preußen geforderte Parlament und wenn es sein müsse für den Krieg ein; nicht diesen Krieg, wohl aber die Umkehr auf dem betretenen Wege erklärten sie für ein nationales Unglück. Die werthvollste Unterstützung, die ihnen ward, war am 15. Mai eine gleichgesinnte Adresse der städtischen Behörden von Breslau, der Stadt, welche den Kriegsgefahren doch am meisten ausgesetzt war und die nun dem Könige die alte Opferwilligkeit von 1813 zusicherte, nicht ohne dabei die feste Zuversicht auszusprechen, daß die Weisheit des Herrschers die Mittel finden werde, durch Beseitigung des inneren Conflictes die Kampfbegeisterung zu wecken. Erfreulich wie diese Kundgebungen waren, blieben sie doch zu vereinzelt in dem allgemeinen „Friedensgewimmer“, um Bismarck eine erhebliche Stütze zu gewähren.

Die öffentliche Meinung in Preußen.

Die Rheinländer, die von allen am eifrigsten waren Bismarck zu stürzen, ahnten nicht, wie derselbe Mann angestrengt arbeitete, die Begehrlichkeit Napoleons nach rheinischem Boden zu überlisten. Daß allerlei Anforderungen von Paris aus laut geworden seien, wußte man wohl; schon im März verwahrte sich die Stadt Saarbrücken dagegen an Frankreich geopfert zu werden, denn die Kohlenbezirke der Saar, so hieß es damals, habe Bismarck in Biarritz dem Kaiser Napoleon versprochen. Aber der heftigste Angriff, den der preußische Staatsmann auszuhalten hatte, erfolgte doch erst, als der Congreßvorschlag in Gang kam. Govone war es, der sich zum ersten Mittels-

Französische Rheingelüste.

Govones Anträge.

mann der französischen Gelüste machte. Er war Anfang Mai über Paris nach Florenz berufen, und kehrte am 20. auf demselben Wege zurück. Bismarck zeigte sich über die Zumuthungen, deren Ueberbringer der Italiener war, natürlich keineswegs erstaunt und sein Widerstand schien jenem nicht allzuschwer zu brechen; versicherte der Minister doch, daß er selbst viel weniger Deutscher als Preuße sei, und verwies immer nur auf den König, den man nur im alleräußersten Augenblick zu Abtretungen bewegen könne. Darauf rückte

Benedetti.

denn Benedetti selbst mit des Kaisers Forderungen heraus, und es ergab sich, daß dieselben alles Land bis zur Mosel umfaßten. Bismarck bewahrte auch jetzt seine alte Gelassenheit und vertröstete den Gesandten, wie es scheint, auf seine eigene Anwesenheit in Paris, wohin er sich zum Congreß begeben und persönlich mit dem Kaiser verhandeln werde. Selbstverständlich nahm er, und ebenso Lamarmora, die Einladung zum Congresse an; das Gehässige, ihn zum Scheitern zu bringen, überließ er mit Zuversicht Oestreich. In der

Scheitern des Congresses.

That mußte dieses sicher sein, von dem Congresse ohne Venetien zurückzukehren; es wollte daher auch eine Bürgschaft haben, daß es eine Entschädigung, nämlich Schlesien, erhalte, und kleidete dieses Verlangen in die Form der Bedingung, daß keine der zur Zeit geladenen Mächte auf dem Congreß einen Machtzuwachs erhalten dürfe. Was es selbst in Venetien verlor, wollte es in Schlesien wiedergewinnen; Preußen mochte in Schleswig-Holstein sich schadlos halten, und Italien sollte wohl den Kirchenstaat wiederherstellen, wie die Einladung auch des Papstes zum Congreß, die zweite Bedingung Oestreichs, vermuthen läßt. Für Napoleon genügte die erste, um sich mit Entschiedenheit dagegen zu erklären; sollte keine Macht, also auch Frankreich nicht, einen Zuwachs erhalten, so war der Krieg in seinen Augen dem Congreß weit vorzuziehen, zumal Oestreich ihm erklären ließ, daß es nach wie vor bereit sei Venetien gegen gleichwerthige Eroberungen in Deutschland abzutreten. Am 4. Juni gab demgemäß der Herzog von Gramont die Erklärung ab, daß die östreichischen Vorbehalte den Congreß unmöglich gemacht hätten.

Berufung der holsteinischen Stände durch Gablenz.

Bis zu diesem Tage hatte denn auch Bismarck, dessen Reise nach Paris nunmehr ja wegfiel, die erneuerten französischen Forderungen endgültig abgelehnt. Um so dringender war jetzt ein baldiger Ausbruch des Krieges zu wünschen. Oestreich kam dabei dem preußischen Staatsmann sehr wirksam zu Hülfe. Am 1. Juni ließ es in Frankfurt die Erklärung abgeben, daß nach dem völligen Scheitern aller Versuche, sich mit Preußen über Schleswig-Holstein zu verständigen, das Weitere nunmehr Sache des Bundes sei, dessen Entscheidungen der Kaiser bereitwillig anerkennen werde; überdies wurde Gablenz ermächtigt, die holsteinschen Stände auf den 11. Juni nach Itzehoe zu berufen. Damit war ein zweifelloser Vertragsbruch vollzogen; denn vor dem Beginn des dänischen Krieges, am 16. Januar 1864, hatten sich die beiden Großmächte verpflichtet, die Erbfolgefrage und die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur im gegenseitigen Einverständnisse festzustellen; jetzt übertrug Oestreich die Entscheidung

dem Bunde. Es übertrug ihm aber gleichzeitig dadurch auch die Entscheidung über die Fortdauer der Gasteiner Convention, und darauf gestützt ließ Bismarck am 6. Juni durch Manteuffel dem Statthalter Gablenz die Anzeige machen, er werde, da der frühere ungetheilte Gemeinbesitz nunmehr wieder hergestellt sei, nächsten Tages zur Wahrung der preußischen Besitzrechte Holstein wieder besetzen und stelle den Oestreichern frei in Schleswig einzurücken. Gablenz machte davon keinen Gebrauch, sondern zog sich unter Protest von Kiel nach Altona zurück, versammelte dort seine Truppen, die Brigade Kalik, und lehnte jede Verständigung mit Manteuffel ab. Dieser erklärte darauf durch Erlaß vom 10. Juni, daß er die oberste Regierungsgewalt auch in Holstein übernehme, die bisherige Landesregierung auflöse und den Baron Scheel-Plessen zum Oberpräsidenten beider Herzogthümer ernenne; noch an demselben Tage wurde Itzehoe besetzt, der östreichische Commissar zur Ständeversammlung verhaftet und die Eröffnung des Landtags verhindert. Gablenz antwortete am 11. mit einer letzten Ansprache an die Schleswig-Holsteiner: seine Truppen seien zum Widerstande zu schwach, er müsse der Gewalt weichen, und verließ am andern Tage das Land. Der Erbprinz von Augustenburg, der seine persönliche Freiheit mit Recht gefährdet glaubte, folgte sogleich diesem Beispiele.

Einmarsch der Preußen in Holstein.

Abmarsch der Oestreicher.

Auch in Frankfurt hatte Oestreich inzwischen am 9. Juni feierlichen Protest eingelegt: zwei Tage später beantragte es gegen die Verletzung der Bundesacte, deren sich Preußen durch den bewaffneten Einmarsch in Holstein schuldig mache, die Mobilmachung aller nichtpreußischen Bundesarmeecorps. Trotz des Einspruchs, den Herr von Savigny erhob, wurde die Abstimmung auf den 14. angesetzt. Auf Preußens Seite standen an diesem Tage Baden, Luxemburg, Mecklenburg, Oldenburg, Thüringen, die freien Städte, zu Oestreich die vier Königreiche und die beiden Hessen; das waren sieben Stimmen gegen sieben. Die Entscheidung lag bei Braunschweig-Nassau und der Fürstencurie; innerhalb der letzteren waren drei Stimmen für, drei gegen den Antrag, die siebente, Bückeburg, war gar nicht instruirt; dennoch erklärte sich der stimmführende Gesandte für Oestreich, und ebenso verfuhr trotz Braunschweigs Widerspruch Nassau. Da Herr von Savigny gar keine Stimme abgab, sondern gegen den ganzen Antrag auf Grund des Bundesrechts, das nur eine Execution, keine Mobilmachung gegen Bundesglieder kenne, protestirte, so faßte der östreichische Präsidialgesandte das Ergebniß dahin zusammen, daß mit neun gegen sechs Stimmen der östreichische Antrag angenommen sei. Nunmehr erhob sich Herr von Savigny um in Erfüllung einer ernsten Pflicht den Bundesbruch für vollzogen, den bisherigen Bundesvertrag für erloschen zu erklären; aber sein König betrachte damit die nationalen Grundlagen, auf denen dieser Bund erbaut gewesen, nicht als zerstört; die Einheit der deutschen Nation sei über die wechselnden Formen erhaben und es gelte jetzt einen neuen Ausdruck für dieselbe zu finden. Indem der Gesandte einen vollständigen Entwurf zu einer neuen Bundesacte, der den einzelnen Regierungen schon am 10. Juni mit-

Austritt Preußens aus dem Bunde.

getheilt war, auf den Tisch der Bundesversammlung niederlegte, erklärte er seine bisherige Thätigkeit für beendet und verließ den Saal.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Der gesandtschaftliche Verkehr zwischen Wien und Berlin war von Oestreich schon am 12. Juni abgebrochen; Karolyi verabschiedete sich von seinem italienischen Collegen mit der Versicherung: wir werden nicht immer Feinde sein; siegen wir über Preußen, so ist Venetien Ihnen gewiß. Dieselbe Erklärung hatte Napoleon sich durch seinen Gesandten in Wien, den Herzog von Gramont, sogar schriftlich zu verschaffen gewußt, während er andrerseits von Preußen die Zusicherung erhalten hatte, daß keine Frage, die Frankreichs Interessen berühre, ohne dessen Mitwirkung geordnet werden solle. Darauf hin faßte er nunmehr den Entschluß, ohne zu rüsten die weitere Entwickelung der Dinge abzuwarten. In einem offenen Briefe an Drouyn de l'Huys vom 11. Juni leugnete er alle Vergrößerungsgelüste ab; nur in dem einen Falle, daß die Karte Europas zum ausschließlichen Vortheil einer Großmacht verändert werden und die Nachbarprovinzen durch frei ausgedrückten Wunsch ihrer Vereinigung mit Frankreich fordern sollten, könne letzteres an die Erweiterung seiner Grenzen denken. Den bevorstehenden Krieg führte er auf drei Gründe zurück, darauf daß Preußens geographische Lage schlecht abgegrenzt sei, daß Deutschland das Bedürfniß einer besseren politischen Verfassung empfinde und daß Italien seine Unabhängigkeit gesichert sehen wolle. Als Heilmittel für diese drei Uebelstände galten ihm: für Preußen ein Zuwachs an Kraft und Zusammenhang im Norden; für Deutschland eine engere Vereinigung und bedeutsamere Rolle der Mittelstaaten unter Aufrechterhaltung der einflußreichen Stellung Oestreichs; für Italien der Erwerb Venetiens gegen eine angemessene Entschädigung. Frankreichs Interessen ständen jedoch bei der Frage, ob diese Ziele durch den Krieg erreicht würden, nicht auf dem Spiele; was er, der Kaiser verlangen müsse, die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und die Erhaltung Italiens, sei gesichert, auch ohne daß er zum Schwerte greife; eine aufmerksame, uneigennützige Neutralität sei deshalb die Politik, die er sich vorgeschrieben.

Napoleons Programm.

Kurhessen und Hannover.

Auf diese Neutralität Frankreichs gestützt hatte Preußen fast alle Truppen aus der westlichen Hälfte des Staates nach Sachsen und Schlesien ziehen können, um sie dort gegen den Hauptfeind zu verwenden. Von der Schlagfertigkeit der deutschen Mittelstaaten hatte man in Berlin eine so geringe Meinung, daß man ihnen nur die allerbescheidensten Streitkräfte entgegenstellte. Nach der Abstimmung vom 14. Juni mußte man gewärtig sein, daß auch Kurhessen und Hannover sich dem östreichischen Bündniß anschließen würden. Es bedeutete das einen völligen Bruch mit der preußenfreundlichen Politik, welche beide Staaten seit dem Ausbruch des dänischen Krieges befolgt hatten. Sowohl König Georg wie Kurfürst Friedrich Wilhelm haßten die volksthümliche Bewegung, die sich durch ganz Deutschland zu Gunsten Schleswig-Holsteins erhoben, zu bitter, als daß sie mit den übrigen Mittelstaaten hätten gemeinsame Sache machen können. Der Kampf gegen die Revolution, den die beiden Großmächte auf

ihre Fahne schrieben, hatte ihren vollsten Beifall und selbst als Preußen sich von Oestreich trennte und letzteres sich den Mittelstaaten und damit der öffentlichen Meinung zuwandte, blieb man in Cassel und Hannover noch im preußischen Fahrwasser. Das änderte sich aber sofort, als Bismarck mit seinem Plane eines Deutschen Parlamentes hervortrat. Auch ohne daß er seine Vorschläge für die Reform des Bundes mittheilte, wußte doch jedermann, daß sie auf eine Stärkung des preußischen Einflusses, auf eine Schmälerung der Souveränetätsrechte der übrigen Fürsten abzielen würden. Dagegen aber sträubte sich der Stolz des Welfenkönigs aufs Aeußerste. Seine Empfindlichkeit in diesem Puncte war aus dem Cultus, den er mit der Größe und dem Ruhm seines Hauses trieb nur zu wohl bekannt. Mehr als einmal hatte er im Laufe des letzten Jahres bei festlichen Gelegenheiten sein Glas darauf geleert, daß der Geist der ächten Monarchie, daß die Treue für das Welfenhaus bis an das Ende aller Dinge in seinen Landen walten möge, und die Geschmacklosigkeiten, deren er sich fähig zeigte, sobald es die Verherrlichung seines Stammes galt, hatten ihm gutmüthigen und bitteren Spott von allen Seiten reichlich eingetragen. In seiner Umgebung war Niemand, der mit dem Willen, ihm nach dieser Richtung Zügel anzulegen, auch den Einfluß verbunden hätte; die Königin und die Günstlinge bestärkten ihn vielmehr durch Schmeicheleien darin. Graf Borries war wieder zu hohem Ansehen gelangt, und seine Ernennung zum Präsidenten des Staatsraths hatte im Herbst 1865 die halbwegs liberalen Minister Windthorst, Hammerstein, Erxleben und Lichtenberg zum Rücktritt bewogen; unter ihren Nachfolgern waren Bacmeister und Leonhardt die bedeutendsten. Die Opposition in der Kammer bemühte sich redlich, den König von dem gefährlichen Wege, auf den er sich begab, zurückzuhalten; noch am 15. Juni stellte Bennigsen den Antrag, die Kammer solle den Rücktritt des Ministeriums, Aufhebung der Mobilmachung und strenge Neutralität fordern; ein ganz entsprechender Antrag ward um die nämliche Stunde von Herrn von Bischoffshausen im kurhessischen Landtag gestellt: aber hier wie dort blieben die Regierenden jeder Warnung unzugänglich, sie verschmähten die goldene Brücke, die ihnen geboten wurde. An demselben 15. Juni überreichten die preußischen Gesandten in Hannover, Cassel und Dresden Preußens Ultimatum: noch vor Ablauf des Tages sollten die drei Regierungen die Abrüstung ihrer Truppen anordnen und die preußischen Reformvorschläge annehmen; dafür werde ihnen Preußen ihr Gebiet und ihre Souveränetätsrechte nach Maßgabe dieser Reformvorschläge verbürgen; für den Fall der Ablehnung aber werde der König sich als im Kriegszustande mit ihnen befindlich betrachten und dem entsprechend handeln.

Ablehnung des preußischen Ultimatums.

Der Krieg von 1866.

Diesen Worten Nachdruck zu geben, standen gegen Hannover und Kurhessen drei Truppenkörper bereit: 14,000 Mann unter Manteuffel

Einmarsch der Preußen in Hannover und Kurhessen.

bei Altona, etwa eben so viel unter Vogel von Falckenstein (Goeben) bei Minden, 20,000 unter Beyer bei Wetzlar. Die hannoversche Armee, gegen 18,000 Mann, und die kurhessische, etwa halb so stark, waren weder vereinigt, noch vollständig gerüstet. Aber auch dieser Umstand hielt die Fürsten nicht von ihrem kriegerischen Entschlusse ab. Der Kurfürst von Hessen versagte dem preußischen Gesandten von Röder persönlich in einer leidenschaftlich erregten Audienz die Annahme des Ultimatums, der König von Hannover empfing spät in der Nacht, umgeben von seiner Familie, eine Abordnung der städtischen Behörden, um ihr zu erklären, daß er als Christ, Monarch und Welf die preußischen Forderungen, deren Erfüllung das Königreich mediatisiren würde, nicht bewilligen könne, und daß er seinen Truppen befohlen habe, sich um Göttingen zu sammeln. Er selbst begab sich in ihre Mitte, während der Kurfürst, der seine Armee gleichfalls südwärts zur Vereinigung mit den Baiern schickte, trotzig in Wilhelmshöhe blieb und allem Weiteren und den Widerstand der Unthätigkeit entgegensetzte.

Die Besetzung der beiden Länder durch die Preußen zu verhindern wären die beiden Armeen selbst vereinigt nicht im Stande gewesen; wohl aber konnten sie rechtzeitig ihren Marsch nach Süden vollziehen, nöthigenfalls ihn gegen Beyer erzwingen, und dann in Verbindung mit den oberdeutschen Truppen ein erhebliches Gewicht in die Wagschale werfen. König Georg aber war nicht zu bewegen sein Land zu verlassen: er hoffte darauf, daß die Baiern durch den Thüringer Wald zu ihm heranziehen und in schnellem Umschlag Manteuffel und Goeben wieder aus dem Lande werfen würden.

Besetzung von Hannover und Cassel.

Während er in dieser Hoffnung bei Göttingen seine Rüstungen vervollständigte, trafen am 17. von Minden, am 18. von Harburg aus die Preußen in der Hauptstadt ein und General Vogel von Falckenstein übernahm die Verwaltung des Königreiches. Auch die kurhessische Hauptstadt wurde am 18. von den Preußen erreicht und der Kurfürst als Gefangener nach Stettin abgeführt. Die drei preußischen Truppentheile hatten sich also theils schon vereinigt, theils einander erheblich genähert. Eine weitere Verstärkung stand ihnen durch einige thüringische Contingente in Aussicht. Preußen richtete nämlich am 16. Juni an alle norddeutschen Staaten den Antrag auf Grund der Reformvorschläge vom 10. Juni mit ihm ein Bündniß zu schließen und ihre Truppen in Kriegsbereitschaft zu setzen. Voran den übrigen, die mit wenigen Ausnahmen doch bald folgten, nahm der Herzog von Coburg-Gotha diese Einladung an, und ließ am 20. Eisenach besetzen, über welche Stadt die grade Verbindungslinie der Hannoveraner und Baiern führte. Von Beyers Truppen wurden Theile nach Meiningen entsandt, dessen Herzog sich für Oestreich erklärte und nun gleichfalls sein Land verließ. Die Stellung der Hannoveraner bei Göttingen wurde somit täglich gefährdeter; der Weg nach dem Süden war bereits nicht mehr frei: der Anmarsch Falckensteins drohte auch die Möglichkeit sich gegen Beyer allein durchzuschlagen zu rauben. So entschloß sich König Georg denn am 21. sein Land zu verlassen und in südöstlicher Richtung über Heiligenstadt und Mühlhausen durch preußisches

Gebiet auf Eisenach loszurücken. Aber der Entschluß wurde ihm zu schwer, als daß er ihn ohne Zeitverlust und ohne wiederholtes Schwanken hätte durchführen können. In Mühlhausen wurde der Plan wieder geändert und statt südlich auf Eisenach südöstlich auf Langensalza marschirt; während dessen gingen Parlamentäre zum Herzog von Gotha, um durch dessen Vermittlung gegen das Versprechen, ein Jahr lang nicht gegen Preußen zu kämpfen, freien Durchmarsch nach dem Süden zu erhandeln; die Absicht des Königs war dabei an Oestreichs Seite gegen Italien zu fechten. Das konnte Preußen nicht gestatten und ehe General Alvensleben, der die Verhandlungen führen sollte, von Berlin eintraf, hatte König Georg auch schon sein Anerbieten zurückgenommen. Doch kam es vom 25. bis zum 26. Morgens zu einer Waffenruhe, und preußischerseits wurde nun nochmals durch den Obersten Döring ein Bündniß auf Grund der Bedingungen vom 15. Juni angeboten. Als auch dies zurückgewiesen wurde, erging am 26. Abends von Berlin der Befehl zum Angriff. Damit freilich war keineswegs gemeint, daß nicht erst die völlige Umstellung der Hannoveraner vollendet werden sollte, und Falckenstein, der für den nächsten Tag aus Anlaß einer Reise nach Cassel den Oberbefehl an Manteuffel abtrat, faßte den Befehl auch in diesem Sinne auf. General Flies aber, der von Göttingen aus auf der Eisenbahn über Magdeburg und Halle nach Gotha geschickt war und dieselbe Weisung unmittelbar aus Berlin erhalten hatte, war andrer Meinung. Obgleich er Alles in Allem nur 8500 Mann hatte, Goeben und Beyer noch hinter Eisenach, Manteuffel noch hinter Mühlhausen stand, alle Drei somit noch zu weit zurück waren um am 27. schon eingreifen zu können, beschloß er doch an diesem Tage von Gotha aus vorzurücken und eine Schlacht herbeizuführen. Die Hannoveraner, über die General von Arentsschild den Oberbefehl führte, standen in vortrefflicher Stellung hinter der Unstrut bei Merxleben, eine halbe Meile nordöstlich von Langensalza. Diese Stadt, in der sie nur Vorposten hatten, gaben sie ohne Weiteres preis, und ebenso den Raum bis zum Flusse, wo die Preußen sich auf zwei Hügeln, dem Judenberg und dem östlich gelegenen Erbsberg, und in dem Badewäldchen zwischen diesen Hügeln und der Unstrut festsetzten. Ganz vergeblich aber waren alle Versuche gegen den doppelt so starken Feind und seine weit überlegene Artillerie die Brücke von Merxleben zu erstürmen. Vielmehr ging Arentsschild, nachdem der Kampf schon beinah vier Stunden gedauert und die letzte preußische Reserve ins Gefecht gegangen war, gegen 2 Uhr zum Angriff über und zwang Flies zum Rückzug bis hinter Langensalza. Heldenmüthig hielt die preußische Landwehr auf dem Erbsberg Stand; langsam räumte sie den Judenberg; erfolgreich wiesen die Infanteriebataillone, zu Quarrés formirt, die glänzenden Angriffe der vortrefflichen hannoverschen Reiterei zurück: um 4 Uhr war aller gewonnene Boden doch wieder verloren und eine Fortsetzung des Kampfes hätte schlimme Folgen haben können. Allein im hannoverschen Lager war man so vollständig planlos, daß man die Schlacht abbrach, zumal ein Verlust von 1400 Mann an

Marsch der hannoverschen Armee.

Schlacht von Langensalza.

Capitulation von Langensalza.

Todten und Verwundeten für die kleine Schaar sehr empfindlich war. Durch dieses Versäumniß wurde der Sieg zur Niederlage. Bis zum nächsten Morgen waren nicht allein von Eisenach so viel Truppen nach Gotha gezogen, daß kein Durchbruch mehr gelingen konnte, sondern es war auch Manteuffel weit genug herangekommen um an einem neuen Kampfe Theil zu nehmen. Von allen Seiten von überlegenen Truppenmassen umringt, überdies kaum noch für einen Tag mit Lebensmitteln versehen, mußte König Georg seine Einwilligung zu einer Capitulation geben: Falckenstein sandte einen Bevollmächtigten nach Langensalza und in der Frühe des 29. kam der Vertrag zum Abschluß. Der König und der Kronprinz durften ihren Aufenthaltsort außerhalb des Königreichs Hannover frei wählen, ihr Privatvermögen ward ihnen gelassen; die Offiziere behielten ihre Waffen und versprachen nicht gegen Preußen zu kämpfen; die Truppen wurden in ihre Heimat befördert, das gesammte Kriegsmaterial mit Fahnen und Standarten den Preußen übergeben. So war vierzehn Tage nach dem entscheidenden Bundesbeschluß einer der Feinde völlig gedemüthigt und entwaffnet, sein Land in der Gewalt des Siegers. Nicht viel besser sah es mit Kurhessen aus, wenn dessen Truppen auch an den Main entkommen waren. Das übrige Norddeutschland war dem preußischen Bündnisse beigetreten und rüstete; ein Gesandter nach dem andern stellte in Frankfurt seine Thätigkeit ein, ein Landtag nach dem andern bewilligte die Mittel um die Landestruppen zum Kampf an Preußens Seite mobil zu machen. Und während die Heere der süddeutschen Staaten nutzlos hin und her zogen, ohne dem Feinde nahe zu kommen, war auf dem Hauptschauplatze des Krieges das Königreich Sachsen gleichfalls bereits in der Hand der Preußen, das östreichische Heer aber in einer Reihe von harten Kämpfen schwer getroffen und aller Siegeszuversicht beraubt.

Die drei preußischen Hauptarmeen.

Die preußische Hauptmacht stand um die Mitte des Juni an der sächsisch-östreichischen Grenze von Torgau bis Neiße in drei große Heere zusammengeschaart. Das Centrum bei Görlitz bestand aus Pommern, Brandenburgern und Thüringern; gegen 110,000 Mann stark bildete es unter Führung des Prinzen Friedrich Carl die Erste Armee. Auf dem rechten Flügel, also bei Torgau, standen reichlich 50,000 Rheinländer und Westfalen unter dem Befehle Herwarths von Bittenfeld; sie erhielten die Bezeichnung Elb-Armee. Die sog. Zweite Armee endlich, beinah 150,000 Mann, Preußen, Posener, Schlesier und Garde, wurde vom Kronprinzen geführt und bildete um Neiße herum den linken Flügel. In Reserve standen außerdem um Berlin etwa 35,000 Mann unter dem Commando des Generals von der Mülbe. Alle angeführten Zahlen bezeichnen übrigens nicht die Anfangsstärke, die um etwa ein Sechstel geringer anzunehmen ist, sondern die Summe der während des ganzen Krieges den einzelnen Armeen zugewiesenen Leute. Die Durchschnittsstärke der drei Heere betrug gegen 260,000 Mann mit 800 Geschützen.

Auf feindlicher Seite standen ihnen gegenüber die Sachsen, von ihrem Kronprinzen Albert geführt, an 22,000 stark, und sieben östreichische

Armeecorps, 230 bis 250,000 Mann, unter dem Oberbefehl Benedeks. Nur das erste dieser Corps, Clam Gallas, und ein Theil des dritten, die aus Holstein gekommene Brigade Kalik, war in Böhmen, die ganze übrige Macht hatte sich im nördlichen Mähren um Olmütz herum versammelt. Ein Angriff auf Schlesien, also auf die Armee des Kronprinzen, war der voraussichtliche Zweck dieser Aufstellung.

Die östreichische Armee.

Die weitgedehnte Front der preußischen Heere mußte sich verkürzen, sobald Sachsens politische Haltung zweifellos wurde. Erklärte es sich für neutral, so war ein großer Linksabmarsch der Ersten und der Elb-Armee geboten; trat es auf Oestreichs Seite, so mußten diese beiden Heere durch den rechtselbischen Theil des Königreiches gegen die Nordspitze Böhmens vorrücken. Daß Kronprinz Albert bei der Entfernung Benedeks, nur auf Clam Gallas gestützt, dem weit überlegenen Feinde keinenfalls Widerstand leisten, sondern sich bis in die böhmischen Grenzpässe zurückziehen werde, war mit Sicherheit anzunehmen. Die Entscheidung möglichst bald herbeizuführen war Aufgabe der Diplomatie. Bismarck stellte deshalb in Dresden am 15. Juni dieselbe Forderung wie in Cassel und Hannover: bis Mitternacht solle der König sich für Annahme der preußischen Reformvorschläge und unbewaffnete Neutralität erklären, oder Preußen werde sich als im Kriege mit Sachsen befindlich betrachten. Die Antwort fiel aus, wie zu erwarten stand, und gleichzeitig begann die sächsische Armee unter Zerstörung der Eisenbahnen und Elbbrücken sich nach Böhmen zurückzuziehen. Früh am 16. rückte darauf Herwarth von Torgau aus am linken Elbufer vor, überschritt am nächsten Tage bei Riesa den Fluß und war am 18. in Dresden. Hinter ihm her rückte das Reserve-Corps von der Mülbes, das am 19. Leipzig besetzte und das Verbleiben der Elb-Armee überflüssig machte. Diese stellte Fühlung mit der Ersten Armee her, welche Bautzen und Zwickau besetzte, und nahm bis zum 22. Stellung an der Grenze.

Besetzung von Sachsen.

Aber auch die Zweite Armee war mittels eines Rechtsabmarsches von Neisse über Glatz bis Landshut dem Centrum in diesen Tagen ein bedeutendes Stück näher gekommen. Die Möglichkeit dazu hatte Benedek selbst geboten, indem er vom 17. an mit einem entsprechenden Linksabmarsch von Olmütz nach Josephstadt voranging. Sobald die Nachricht von dieser Bewegung, die den Verzicht auf einen Einfall in das südliche Schlesien zu enthalten schien, in Berlin einlief, ertheilte Moltke dem Kronprinzen am 19. den Befehl zu jenem Flankenmarsch und wies ferner alle drei Armeen am 22. an, die Grenze zu überschreiten und die Stadt Gitschin als gemeinsames Marschziel ins Auge zu fassen. Eine eigentliche Kriegserklärung war zwischen den beiden Hauptmächten gar nicht ausgetauscht worden. Beide Monarchen wandten sich mit Ansprachen an ihre Völker, Franz Joseph am 17., König Wilhelm am 18. Der östreichische Kaiser versprach, da der unheilvollste Krieg, ein Krieg Deutscher gegen Deutsche, nun einmal unvermeidlich geworden sei, im Vertrauen auf seine gerechte Sache und im Gefühle seiner Macht nicht eher zu ruhen, als bis er seinem

Einleitende Märsche.

Beginn des Krieges.

Reiche und den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwicklung gesichert und ihre Machtstellung in Europa neuerdings befestigt habe. Der König von Preußen erinnerte daran, wie Oestreich nicht vergessen wolle, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrscht, wie es in dem jüngeren Preußen keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur den feindlichen Nebenbuhler erblicke. Alte, unselige Eifersucht, so rief er aus, ist in hellen Flammen wieder aufgelodert. Preußen soll geschwächt, entehrt, vernichtet werden. Gegen Preußen werden deutsche Fürsten zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: Erniedrigung Preußens. Es sei ein Kampf auf Leben und Tod gegen die, welche den Staat des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, der Freiheitskriege von der Stufe herabstoßen möchten, worauf seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung ihn erhoben. Aber mit Gottes Hülfe werde dieses Preußen stark genug sein, das lose Band, welches Deutschland bisher zusammengehalten habe und das jetzt von den Gegnern zerrissen sei, kraft der Rechtsmacht des nationalen Geistes fester und heilvoller zu erneuern.

Stimmung des preußischen Volkes.

Es hätte dieser markigen Worte nicht mehr bedurft, um den Kampfesmuth und die Vaterlandstreue des preußischen Volkes zur höchsten Opferwilligkeit anzustacheln. Sowie der Krieg gewiß war, schwanden alle Beschwerden und Einwendungen, die bis dahin aus der Mitte der friedliebenden Bürger gegen Bismarcks schneidige Politik erhoben waren; das volle Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, der tiefberechtigte Stolz auf den kerngesunden, ruhmvollen Heimatsstaat, die freudige Aussicht in eine glorreiche Zukunft, die Preußen und Deutschland endlich an das Ziel ihrer Wünsche bringen werde, Pflichtgefühl und Begeisterung im herrlichsten Bunde, durchzuckten das ganze Volk, und erfüllten es mit Muth und Kraft wie in den glänzendsten Tagen seiner Vergangenheit. Es war kein eitler Siegesrausch, dem man sich voreilig hingab; es war kein Vergessen, der schweren Opfer und Gefahren, die noch bevorstanden; aber es war die Stimme des nationalen Gewissens, die den endlichen Sieg verbürgte, und der Glaube an das ungeschriebene göttliche Recht, der nicht trügen konnte. Jetzt erkannte man den König wieder, den man so lange verkannt hatte; jetzt huldigte man in dem entschlossenen Diener des Fürsten dem Diener einer höheren Macht, „der Rechtsmacht des nationalen Geistes“; jetzt flossen die aufgeregten Fluten des politischen Lebens, die so heftig gegen einander angestürmt waren, alle in dem einen gemeinsamen Bette der Vaterlandsliebe nach der einen gemeinsamen Richtung, bereit die Dämme zu durchbrechen, die feindliche Mißgunst aufgeworfen, und Alles, was Widerstand zu leisten drohte, unaufhaltsam mit sich wegzuschwemmen.

Oestreichischer Uebermuth.

Die spannungsvollen Tage der einleitenden Märsche, die dem Beginn des gewaltigen Kampfes voraufgingen, brachten in Hülle und Fülle die Prahlereien der östreichischen und süddeutschen Zeitungsblätter und Kammerredner, sie brachten aber auch die Kunde von dem

entschlossenen Vorrücken der preußischen Truppen, deren „affenartige Geschwindigkeit“ man in Wien hochmüthig verspottete und mit dem Hinweis auf Benedeks geheimen und vorsichtigen, aber zerschmetternden und vernichtenden Kriegsplan lächerlich zu machen gedachte. Dieser Kriegsplan lief darauf hinaus mit der ganzen Macht der Nordarmee sich auf Friedrich Carl und Herwarth zu stürzen und unbekümmert um den Kronprinzen die „Jagdpartie“ nach Berlin zu eröffnen. Clam Gallas und die Sachsen wurden deshalb angewiesen sich bis hinter die Iser zurückzuziehen und die Linie dieses Flusses, der hier ostwestlich mit leichter Richtung nach Süden fließt, von Turnau bis Münchengrätz zu halten. Dem Hervorbrechen der preußischen Heere aus den Gebirgspässen ward also kein Widerstand geleistet; ungehindert betrat die Elbarmee schon am 22., Prinz Friedrich Carl am 23. den feindlichen Boden. Nach einem leichten Gefechte bei Sichrow besetzte die thüringische Division Horn am 26. Abends Turnau und rückte dann noch eine Meile flußabwärts Herwarth entgegen um die Brücke von Podol zu besetzen. Hier aber traf sie die östreichische Brigade Poschacher, die sich zwischen die beiden preußischen Armeen schieben sollte, und es entspann sich, auf preußischer Seite vom General Bose, auf östreichischer von Clam Gallas selbst geleitet, ein mehrstündiges Dorfgefecht in der mondhellen Nacht, das mit dem Rückzuge der Oestreicher und einem Verluste von 700 Mann, darunter 500 Gefangenen, endete. Herwarth war an diesem Tage nur bis Hünerwasser, nordwestlich von Münchengrätz gekommen, und hatte dort die Oestreicher mit noch größerem Verluste zurückgeworfen; die Preußen verloren in beiden Treffen zusammen nur etwa 150 Mann. Zum Angriff auf Münchengrätz, das von 60,000 Feinden gedeckt war, mußte aber das Eintreffen größerer Heerestheile abgewartet werden und der 27. Juni verstrich daher ohne Kampf. Clam Gallas benutzte diese Frist um sich durch Besetzung der wichtigsten Punkte seine Rückzugslinie nach dem östlich gelegenen Gitschin zu sichern, und als am 28. die beiden preußischen Führer mit sieben Divisionen ihn bei Münchengrätz angriffen, vermochte er sich einer eigentlichen Schlacht zu entziehen, wenn er auch gegen 1500 Gefangene bei den Rückzugsgefechten einbüßte. Vor Gitschin nahm er in einem großen Viertelskreis mit der Front gegen Nordwesten von Neuem Aufstellung, um die Ankunft des dritten Corps, die Benedek ihm für den 29. ankündigte, abzuwarten. Aber statt der Freunde rückten Nachmittags von Turnau, also von Nordwesten, die brandenburgische Division Tümpling, etwas später von Münchengrätz, also von Westen, die Pommern unter General Werder an. Schon hatten sie beträchtlich an Boden gewonnen, als Clam Gallas von Benedek den neuen Befehl erhielt, sich südöstlich über Horitz und östlich über Milletin auf die Hauptarmee zurückzuziehen. Er brach daher um 7 Uhr den Kampf ab, überschritt die Czidlina, einen Bach der südwärts durch Gitschin fließt, und ließ die Sachsen zur Deckung des Rückzugs in der Stadt zurück. Einige Stunden später wurden diese von den Preußen überfallen und die Stadt im nächtlichen Straßenkampfe erobert. Der Tag hatte dem Feinde gegen

Benedeks Plan.

Podol.

Hünerwasser.

Münchengrätz.

Gitschin.

5000 Mann gekostet, darunter 2000 Gefangene, während die Preußen nur etwa 1000 Mann an Todten und Verwundeten einbüßten. Prinz Friedrich Carl hatte damit das ihm vorgeschriebene Marschziel erreicht; er gönnte den Truppen einen Ruhetag und rückte erst am 1. Juli bis Horitz und Milletin vor, während Herwarth südwestlich davon bei Smidar an der unteren Czidlina Stellung nahm. Gleichzeitig gelang es über Milletin hinaus auf dem linken Flügel Fühlung mit den Vortruppen der kronprinzlichen Armee und damit die Sicherheit zu gewinnen, daß auch diese aller Hindernisse Herr geworden sei.

Die Zweite Armee.

In der That hatte die Zweite Armee mit weitaus den größten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Auf der drei bis vier Meilen langen Gebirgsstrecke, durch deren Pässe sie in Böhmen einfallen mußte, konnte Benedek ihr an 200,000 Mann gegenüberstellen, während ihre eigene Stärke nur 125,000 Mann betrug. Der Kronprinz hatte die Ueberschreitung der Grenze für das Centrum, die Garde, auf den 26. Juni bestimmt, das heißt einen Tag früher als für die Ostpreußen unter Bonin auf dem rechten, und die Posener unter Steinmetz auf dem linken Flügel. In Folge einer tiefen Einbucht der preußischen Grenze stand die Garde nämlich hinter den beiden Flügeln erheblich zurück; auch war der bei Eipel mündende Seitenpaß, den sie benutzen sollte, schwieriger und länger, als der nördliche Hauptpaß von Trautenau und der südliche von Nachod. Trautenau und Eipel liegen an dem Flüßchen Aupa, das zwischen beiden Orten seine östliche Richtung in einem rechten Winkel mit der südlichen vertauscht; es fließt in einem tiefen Thale, dessen rechtes Ufer den Abhang eines großen Plateaus bildet. Nur bis auf dieses Plateau waren die Oestreicher und zwar nur mit einer Brigade von Gablenz' Corps gekommen, als um 8 Uhr Morgens am 27. die Vortruppen Bonins in Trautenau einrückten. Niemand hatte ihnen den Weg durch die Pässe verlegt, und völlig ungenügend war auch der Widerstand, den sie in der Stadt (wie man fälschlich glaubte auch von Seiten der Bürger) und an dem Plateaurande fanden. Sie erstürmten denselben und rückten südwärts vor, und so sicher war Bonin des Erfolges, daß er den angebotenen Beistand der Gardedivision General Hiller von Gärtringen, die kaum eine Meile entfernt nördlich von Eipel stand, ablehnte. Nachmittags aber änderte sich die Lage. In vortheilhafter Stellung hatte Gablenz die Ankunft seiner noch fehlenden Brigaden abgewartet; gegen 5 Uhr ging er zum Angriff über und warf mit seiner Uebermacht die Preußen an den Plateaurand und in den Aupagrund hinab. Waren seine eigenen Verluste im Laufe des Tages auch drei- bis fünfmal stärker gewesen als die der Preußen (die Angaben schwanken zwischen 3600 und 5700 Mann), so hatte er doch unzweifelhaft den Sieg gewonnen und der Erfolg war um so größer, als Bonin ganz ohne Noth bis über die Grenze zurückging und den nächsten Tag völlig unthätig blieb.

Trautenau.

Dafür griff nun aber am 28. Juni die Garde ein. Von Eipel stieg sie westwärts früh Morgens in einer Schlucht das Plateau

hinan, und stand im Rücken von Gablenz' rechtem Flügel, den dieser durch das Corps Festetics gedeckt glaubte. Durch einen verhängnißvollen Irrthum hatte Festetics aber zwei gleichnamige Dörfer verwechselt und befand sich, ohne daß Gablenz es ahnte, mehrere Meilen von dem Orte, den Benedek ihm angewiesen hatte. Nur Bonins Unthätigkeit rettete jetzt die Oestreicher vor der Vernichtung und gestattete Gablenz die Front zu ändern. Aber daß Hiller von Gärtringen die Dörfer Burkersdorf und Soor erstürmte, daß die zweite Gardedivision Plonski den ganzen Plateaurand umging und Trautenau wieder nahm, konnte er nicht verhindern; mit einem Verluste von 8000 Mann, darunter über die Hälfte an Gefangenen, erkaufte er nur mühsam in ehrenvollem Kampfe den Rückzug westwärts nach Pilnikau, und brachte aus der Doppelschlacht von Trautenau nur 17,000 Mann seines etwa 30,000 zählenden Corps zurück. Gablenz, so durften die preußischen Berichte melden, war vollkommen geschlagen.

Nachod und Skalitz.

Dasselbe Schicksal erlitt an denselben Tagen dem linken Flügel des Kronprinzen gegenüber der Feldmarschallleutnant Ramming. Auch er kam, wie Gablenz, am 27. zu spät, um Steinmetz den Vormarsch aus dem Passe von Nachod zu verlegen; denn statt bei seinem Anrücken von Süden her mit seiner Hauptmacht gradewegs auf Nachod zu marschiren, rückte er nach Skalitz vor, das eine Meile westlich von Nachod liegt, und fand dann, als er halbwegs zwischen beiden Orten dem vordringenden Steinmetz entgegentrat, diesen bereits zu stark, als daß er ihn noch hätte überwinden können. Mit einem Verlust von angeblich 6000 Mann wurden die Oestreicher nach Skalitz bei Seite gedrängt und hier „in ihrer ursprünglich beabsichtigten Aufstellung" an diesem Tage, obgleich es erst 2 Uhr war, nicht mehr behelligt, da Steinmetz erst alle seine Truppen aus den Pässen heraushaben wollte. Das genügte denn den Oestreichern, um in Verbindung mit der Niederlage Bonins die schönsten Siegesnachrichten über den 27. Juni in die Welt zu senden. Aber der nächste Tag verwandelte, wie bei Trautenau den Sieg in Niederlage, so hier die verhüllte Niederlage in eine offene. Wie schwer Rammings Corps bereits erschüttert war, gestand Benedek mittelbar dadurch zu, daß er es durch das des Erzherzogs Leopold ablösen ließ. Auch dieses sollte aber nur bis 2 Uhr am 28. bei Skalitz stehen bleiben, und wenn dann kein Angriff erfolgt sei, südwestlich nach Josephstadt an der Elbe zurückgehn; der Plan des Oberfeldherrn war an diesem Flusse dem Kronprinzen vertheidigungsweise Widerstand zu leisten und während des mit den meisten Truppen nach Gitschin abzurücken, um dort mit Clam Gallas und den Sachsen den Prinzen Friedrich Carl zu schlagen. Steinmetz' Angriff auf Skalitz in Verbindung mit dem Siege der Garde bei Soor, machte diesen Plan zu Nichte. Der preußische General ließ seine Truppen eine Schwenkung nach rechts machen und drang, an die Aupa gelehnt, an der auch Skalitz liegt, Mittags gegen die Stadt vor. Es war ein furchtbar erbitterter Kampf, der den Oestreichern nach ihren eigenen, wohl übertriebenen Angaben beinah 12,000 Mann

kostete, jedenfalls aber wieder 2500 Gefangene in die Hände der Preußen brachte und mit dem Rückzug des Erzherzogs auf Josephstadt endete. Ihm dorthin zu folgen lag nicht in Steinmetz' Operationsplan, der ihn nordwestlich gegen Königinhof an der Elbe und auf die grade Straße nach Gitschin wies. Auf diesem Wege hatte er sich am 29. in seiner linken Flanke noch des Corps Festetics zu erwehren, das er bei Schweinschädel, westlich von Skalitz, mit 1000 Mann Verlust zurückwarf, um dann unbehelligt Königinhof zu erreichen. Eben dorthin war Prinz August von Würtemberg an diesem Tage mit der Garde gerückt und hatte das Städtchen gegen eine Brigade des Corps Festetics erstürmt; Bonins Ziel war Arnau, das etwas weiter elbaufwärts liegt; am 30. Juni, einem Ruhetage, lagen alle drei Corps, denen der größte Theil des schlesischen unter General Mutius nachrückte, engverbunden an der Elbe und stellten, wie früher erzählt, auch die Fühlung mit der Ersten Armee her.

Schweinschädel.

Lage der Oestreicher.

Acht Tage waren erst verstrichen, seitdem die ersten Preußen den feindlichen Boden betreten hatten, und schon waren Clam Gallas und die Sachsen, Gablenz, Ramming, Erzherzog Leopold, Festetics, d. h. sechs von den acht feindlichen Corps, schwer, zum Theil vernichtend geschlagen, schon hatte die feindliche Armee in sechs großen und vielen kleineren Kämpfen an 40,000 ihrer Streiter eingebüßt, und nur noch zwei Corps, Thun und Erzherzog Ernst waren unberührt. Benedek selbst verzweifelte und rieth dem Kaiser telegraphisch am Morgen des 1. Juli, Frieden zu schließen, da eine Katastrophe der Armee unausbleiblich sei. Nicht die geringere Zahl der Kämpfer konnte ihm diese schwarze Voraussicht eingegeben haben; denn immer noch waren die beiden Heere sich beinah gleich, und der kleine Unterschied wurde überreichlich dadurch aufgehoben, daß die Oestreicher sich jetzt zu einer Vertheidigungsschlacht die vortheilhaftesten Stellungen wählen und sie festungsartig vorbereiten konnten. Aber was die Lage so verzweifelt machte, das war die offenkundige Ueberlegenheit der preußischen Führer und der preußischen Truppen. Den einen Bonin ausgenommen hatten sich alle preußischen Corps- und Divisionsführer mit Ruhm bedeckt; die glänzende Anlage des Kriegsplanes bewährte die hohe Meisterschaft des Generalstabschefs Hellmuth von Moltke; und die Durchführung der gegebenen Weisungen seitens der einzelnen Armeen bewies, daß Blumenthal und Voigts-Rhetz, die Generalstabschefs des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Carl, die würdigen Gehülfen des leitenden Kopfes waren. Nun die drei Heere auf engem Raume vereinigt waren, erschien auch der König selbst, von Moltke, Bismarck und Roon begleitet, in ihrer Mitte. Am 29. Juni reiste er von Berlin ab, am 2. Juli war der Siebzigjährige in Gitschin. Alles war zu einem entscheidenden Schlage bereit. Da mochte denn dem östreichischen Obergeneral wohl besorglich zu Muthe werden. Kein Vorgang der letzten Tage, selbst nicht der Sieg von Trautenau, war geeignet sein Selbstvertrauen oder das Vertrauen auf seine Rathgeber oder die Corpsführer zu beleben. Der Generalstabschef von Henikstein und der Generalquartiermeister Krismanic, beides tüchtige

Die beiderseitigen Führer.

und gewissenhafte Leute, waren doch dem großen Gegner nicht entfernt gewachsen und wurden überdies am 3. Juli von Wien aus ihrer Stellen enthoben und durch den noch unbedeutenderen Generalmajor von Baumgarten ersetzt. Unter den Corpsführern hatte Clam Gallas sich vielleicht am tüchtigsten gezeigt, aber grade er war in Benedeks Augen der schuldigste, Erzherzog Leopold trat „aus Gesundheitsrücksichten" nach der Schlacht von Skalitz zurück; Ramming, Festetics, selbst Gablenz hatten sich nicht bewährt. Ebenso bedenklich wie diese Unfähigkeit der Führer war die Haltung der Truppen. Gewiß hatten die meisten an den meisten Orten tapfer gekämpft; aber die große Zahl der Gefangenen zeugte von der Unzuverlässigkeit vieler italienischer und ungarischer Regimenter, die das ganze Heer erschüttern mußte. Am vorzüglichsten hatte sich bisher die östreichische Artillerie bewährt, deren gezogene Geschütze der preußischen entschieden überlegen waren; die Cavallerie dagegen hatte den hochgespannten Erwartungen nicht entsprochen, sondern in der preußischen einen durchaus ebenbürtigen Gegner gefunden, und die Infanterie endlich, die doch den Ausschlag geben mußte, zog nicht allein gegen das Zündnadelgewehr, sondern eben so sehr gegen die größere Intelligenz, Ausdauer und sittliche Kraft des Feindes den Kürzeren. Gewiß ließ sich trotz alledem noch immer eine günstige Wendung für Oestreich hoffen; durch die großen Verluste der letzten Tage war doch vorzugsweise die Spreu von dem Weizen gesondert; benutzte man jetzt die Erfahrungen der schweren Woche, bezog man eine feste Stellung, die der Artillerie eine große Rolle zu spielen erlaubte, sammelte man alle Streitkräfte, die man bisher zersplittert vergeudet hatte, auf einem Puncte, so brauchte man der Entscheidung noch keineswegs so hoffnungslos, wie Benedek es that, entgegenzusehen. Es lag in der Hand der Oestreicher, ob sie diesseits oder jenseits, östlich oder westlich der Elbe den Feind empfangen wollten. Benedek zog es vor, den Fluß, der hier von Norden nach Süden fließt und durch die beiden Festungen Josephstadt und Königgrätz gedeckt ist, im Rücken zu behalten und dadurch zwar einerseits sich den Rückzug zu erschweren, aber sich andrerseits auch vor einer Umgehung zu sichern. Parallel der Elbe, von Nord nach Süd, fließt westlich von Königgrätz die Bistritz in einem tief eingeschnittenen sumpfigen Grunde. Zwei Straßen überschreiten sie, die eine grade westlich von Königgrätz bei Nechanitz, die andre nordwestlich von der Festung bei Sadowa; die letztere führt in derselben Richtung weiter nach Horitz, die andere nach Smidar; auf jener rückte also Friedrich Carl, auf dieser Herwarth heran. Beide Straßen vereinigen sich kurz vor Königgrätz mit einander und mit einer dritten, von Norden, also von Königinhof herkommenden, auf der man des Kronprinzen gewärtig sein mußte. Etwa in der Höhe von Sadowa überschreitet auch diese Straße bei dem Dorfe Ratschitz einen Bach, die Trotina, die als Deckung gegen Norden dienen konnte. Der Raum zwischen Sadowa und Ratschitz wird östlich von dem ersten Dorfe durch den Swiep-Wald, südwestlich von dem letzten durch den Berg von Horenowes gesperrt; zwischen Wald und Berg liegt in der

Die beiderseitigen Heere.

Concentrirung der Oestreicher bei Königgrätz.

Senkung, doch selbst wieder auf einem kleineren Hügel, das Dorf Masloweđ. Der Bistritz-Abhang von Sadowa südwärts bis Nechanitz ist fast überall steil und unersteigbar; nur unmittelbar südlich von Sadowa ist er gesenkter, aber von einem zweiten dichten Walde, dem Hola-Walde, bedeckt, an dessen Nordrande die Sadowa-Königgrätzer Straße entlang führt. An dieser Straße liegt etwa halbwegs, grade südlich von Masloweđ, das Dorf Rozberitz, derart, daß dieser Ort die Süd-, Masloweđ die Nordost- und Sadowa die Nordwestspitze eines fast gleichschenkligen, rechtwinkligen Dreiecks bilden. Inmitten der Ostseite dieses Dreiecks liegt das Dorf Chlum, grade westlich von demselben inmitten der Südwestseite das Dorf Lipa, zwischen beiden Dörfern der Berg von Chlum und an dessen Nordabhange am Rande des Swiep-Waldes das Dorf Cistowes. Dem Berg von Chlum südwestlich gegenüber endlich, durch die Chaussee von ihm getrennt, erhebt sich, nicht viel niedriger als er, die Höhe von Lipa.

Stellung der Oestreicher.

Hier war es, wo Benedek persönlich seinen Standpunct nahm. Zu seiner Linken, im Hola-Walde und an den Bistritz-Uebergängen von Sadowa, und weiter südwärts, stand das Corps Gablenz; zu seiner Rechten, auf dem Berge von Chlum gegen den Swiep-Wald, Erzherzog Ernst; diese beiden Corps bildeten sein Centrum. Zum linken Flügel bei Nechanitz und den auf dem Plateau gelegenen Dörfern Prim und Problus bestimmte er die Sachsen und hinter ihnen als Reserve Erzherzog Leopold (jetzt Generalmajor Weber); die für den rechten Flügel bestimmten Corps Festetics und Thun sollten erst wenn der Kronprinz wirklich angriffe, in die Linie von Chlum nach der Trotina-Mündung einrücken, und so im rechten Winkel „als defensiver Haken" nordwärts gewandt sich an die westwärts gekehrte Schlachtordnung des Centrums und des linken Flügels anschließen. Einstweilen aber blieben sie rückwärts von Rozberitz mit den Corps Ramming und Clam Gallas, der schweren Reiterei und der Artilleriereserve in Bereitschaft.

Die preußischen Heere.

Es war im Laufe des 1. und 2. Juli, daß Benedek diese Anordnungen ausführen ließ. Der Kronprinz bemerkte schon am 1., wie das rechte Elbufer, Königinhof gegenüber, von den Oestreichern verlassen wurde, Prinz Friedrich Carl erhielt von den Ansammlungen erst Nachmittags am 2. Kunde. Er kam eben von Gitschin zurück, wo er den König besucht hatte und wo für den 3. eine doppelte Recognoscirung, seitens der Ersten Armee über Sadowa nach Königgrätz, seitens der Zweiten am östlichen Elbufer gegen Josephstadt beschlossen war. Die Meldungen, die er empfing, daß die ganze östreichische Armee zwischen Elbe und Bistritz stehe, bewogen ihn, sofort den Kronprinzen zu ersuchen, mit der ganzen Garde oder mit noch mehr Truppen am westlichen Elbufer vorzustoßen, da er selbst entschlossen sei, den Feind über Sadowa an die Elbe zu drängen. Voigts-Rhetz eilte sofort nach Gitschin, wo er in einem Kriegsrathe nach Mitternacht des Königs und Moltkes Genehmigung für diese Pläne erwirkte. Herwarth und der Kronprinz erhielten sogleich noch directen Befehl,

mit dem frühsten Tagesgrauen aufzubrechen und die Erste Armee setzte sich schon zwei Uhr Nachts in Bewegung.

Schlacht von Königgrätz.

Obgleich auch sie einen erheblichen Marsch bis an den Feind zu machen hatte, mußte sie doch weit früher an ihn kommen, als der entferntere und später aufbrechende Kronprinz. Dichter Regen erschwerte den Marsch und erweichte die Straßen. Der König selbst, der die Anwesenheit des Feindes hinter der Bistritz übrigens persönlich bezweifelte, fuhr um 5 Uhr seinem Heere nach, stieg gegen 8 Uhr zu Pferde und kam an die Bistritz, als eben die preußische Artillerie von den diesseitigen Höhen den Kampf mit den feindlichen Batterien jenseits begonnen hatte. Etwa zwei Stunden dauerte dieser Geschützkampf; da erst fuhren die vorgeschobensten feindlichen Batterien ab, und die preußische Infanterie bemächtigte sich Sadowas und der südlicheren Flußübergänge. Von seinen drei Corps hielt Friedrich Carl die Brandenburger in der Reserve; die Pommern und die thüringische Division Horn erhielten den Auftrag durch den Hola-Wald gegen Lipa vorzudringen; die andre thüringische Division Fransecky war etwas weiter nordwärts über die Bistritz geschickt und sollte durch den Swiep-Wald gegen Cistowes und Chlum vorrücken. Vom Kronprinzen war um diese Zeit noch Nichts zu sehen; Herwarth war zwar schon um 8 Uhr nach fünfstündigem Marsche in Nechanitz angekommen, brauchte aber mindestens vier Stunden um seine drei Divisionen über den Fluß zu schaffen. Die Hauptarbeit lag also seit 10 Uhr den Truppen in den beiden Wäldern ob. Schon die Division Horn und die pommerschen Bataillone, die in dem Hola-Walde gegen Gablenz kämpften, hatten einen furchtbar schweren Stand; Stunden lang hielten sie sich wacker unter den schwersten Verlusten; gegen 1 Uhr aber mußte der Prinz die Brandenburger aus der Reserve heranziehen, um zu verhüten, daß Benedek sein Centrum durchbreche. Weit schrecklicher aber noch war die Lage Franseckys im Swiep-Walde, denn gegen ihn sandte Benedek Thun und Festetics ins Gefecht, diesen von Chlum und Cistowes aus nordwärts, jenen von Maslowed und Horenowes westwärts. Vierfach an Infanterie, achtfach an Geschützzahl dem Gegner überlegen rückten sie vor, ihn von zwei, bald von drei Seiten umschließend. Von 9 bis 11 Uhr behaupteten sich die tapferen Thüringer und suchten in dreimaligem Sturme aus dem Walde vorbrechend sogar Maslowed dem Feinde zu entreißen; dann aber drangen die Oestreicher unter schmetternder Musik mit ungeheurer Uebermacht vor und schoben die gelichteten Bataillone Schritt um Schritt bis in die äußersten Waldzipfel zurück. Entschlossen hier zu sterben leisteten die Ermatteten den letzten Widerstand, den zwei Bataillone, welche Horn von Sadowa gegen Cistowes entsandte, nur wenig erleichterten: da erschienen in der höchsten Noth, zwischen 12 und 1 Uhr von Maslowed her preußische Reiter, die Vorboten des Kronprinzen; gleichzeitig erlahmte der Angriff der Oestreicher; Thun und Festetics zogen ihre Regimenter zurück: ein Telegramm aus Josephstadt hatte Benedek gemeldet, daß der Kronprinz nahe und nun galt es schleunigst gegen diesen Front zu machen; durch eine schnelle

Rückwärtsschwenkung bildeten die beiden Corps den defensiven Haken, der ihnen vorgeschrieben war, und hinderten kaum noch, daß Fransecky, der den vierten Theil seiner Infanterie verloren hatte, Cistowes besetzte.

Nun erst machte Benedek eine Hauptanstrengung, um bei Sadowa die Reihen Friedrich Carls zu durchbrechen. Zu den Corps Gablenz und Erzherzog Ernst zog er Theile der Reserven heran um den Hola-Wald wieder zu nehmen. Obgleich jetzt auch die Brandenburger mit im Kampfe standen, schien es kaum möglich, daß die Preußen sich hielten; von der Nähe des Kronprinzen wußte der König noch Nichts; der Rückzug der Infanterie wurde ernstlich erwogen; die Cavallerie ward zusammengezogen um ihr zur Aufnahme zu dienen. Da um 2 Uhr, im verhängnißvollen Augenblick, ehe der schwere Entschluß noch gefaßt war, sprengte Voigts-Rhetz vom linken Flügel heran, meldete dessen Erlösung und die Ankunft der Zweiten Armee. Nun war von keinem Rückzug mehr die Rede. Von Neuem gingen die unvergleichlichen Bataillone vor, nahmen den Wald, überschritten den Rand, und schickten sich an die Höhe von Lipa zu stürmen, als sie auch schon zur Linken auf der Höhe von Chlum die Truppen des Kronprinzen erblickten, und von Problus zur Rechten die Siegeskunde von Herwarth vernahmen.

Dieser war mit seinen Rheinländern und Westfalen erst gegen 2 Uhr zum Angriff auf das Plateau gekommen. Unter schweren Verlusten erklomm er den ungedeckten Abhang und nahm binnen einer Stunde die Dörfer Prim und Problus; nur schrittweise konnte er Boden gewinnen, denn die Sachsen fochten in vortrefflicher Stellung mit ausgezeichneter Tapferkeit; aber der Besitz von Problus entschied über den Besitz des ganzen Plateaurandes bis Sadowa hin; die Batterien, die von dortaus sieben Stunden Feuer und Verderben unter die Preußen gespieen, mußten abfahren, und die Verbindung des rechten preußischen Flügels mit dem Centrum war hergestellt.

Noch entscheidender freilich war der Schlag, den der Kronprinz ausführte. Die ersten auf dem Schlachtfelde waren Hiller von Gärtringen mit seiner Gardedivision und Zastrow mit einer Division Schlesier, die vereint die Batterien auf dem Berge von Horenowes zum Abzug zwangen, noch ehe Thun und Festetics ihre neuen Stellungen vollständig bezogen hatten; so befand sich östlich von Maslowed in ihrer Schlachtordnung eine breite Lücke. In diese drang, begünstigt von dem dicken Pulverdampfe, Hiller von Horenowes aus ein und stürmte trotz des mörderischen Geschützfeuers den Abhang von Chlum hinauf, während ein Theil seiner Bataillone sich südwärts gegen Rozberitz wandte und auch diesen Ort nahm. Wohl mochte Benedek die Schreckensnachricht unglaublich erscheinen; wohl nahm er alle seine Reserven zusammen, um die verlorenen Puncte wiederzugewinnen; wohl gelang es gegen 4 Uhr der großen Uebermacht Rozberitz noch einmal zu stürmen und dadurch wenigstens die Rückzugslinie frei zu machen: aber gegen den festen Schlüssel der ganzen Stellung, gegen Chlum, vermochte er Nichts; der ersten Gardedivision kamen Theile

der zweiten zu Hülfe; von Cistowes rückten Bonins Ostpreußen heran; von Problus her kamen die Westfalen, vom Hola-Walde die Brandenburger; die zweite Gardedivision erstürmte Lipa; da mußte er denn wohl das Spiel verloren geben; Gablenz und Erzherzog Ernst erhielten Befehl zum Rückzug, den die vorgeschickte Reiterei tapfer deckte; um $4^1/_2$ Uhr begann die Verfolgung.

Der König selbst stellte sich an die Spitze der Cavallerie von Friedrich Carls Armee und begegnete zuerst in Lipa der zweiten Gardedivision. Mit unbeschreiblichem Jubel begrüßten die Truppen den greisen Herrscher; die Offiziere stürzten sich auf seine Hände sie zu küssen, und der König ließ sich die Huldigung gefallen. So ging es vorwärts, immer noch im Kanonenfeuer, vorwärts von einer Truppe zur andern, und überall nicht enden wollendes Hurrahrufen. Das sind Augenblicke, schrieb der glückliche Sieger am nächsten Tage seiner Gemahlin, das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß um sie zu begreifen, zu verstehen! Aber auch die blutigen Kampfesscenen spielten noch fort. Zwischen Problus und Rozberitz kam es zu einem furchtbaren Reitergefecht, und fürchterlich sah das Schlachtfeld aus, als der König es unmittelbar darauf beritt. Am Thalrand der Elbe gerieth er selbst noch in so heftiges Granatenfeuer, daß Bismarck, der stets an seiner Seite war, ihn in einer Weise daraus entfernte, wie es kein Andrer gewagt hätte. So begeistert war der alte Herr über seine Truppen, daß er das Sausen und Einschlagen gar nicht zu merken schien. Immer wieder fand er Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis er richtig wieder ins Feuer hineingerathen war. Es ist mir aber doch lieber so, meinte Bismarck, als wenn er die Vorsicht übertriebe, und dann hat er so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird; ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht.

Den Kronprinzen traf der König erst als es Abend wurde, gegen 8 Uhr; unter herabstürzenden Thränen empfing er aus den Händen des Vaters den Orden pour le mérite. Unzweifelhaft hatte er in dem gewaltigen Ringen dieses Tages die Rolle Blüchers bei Waterloo gespielt, und ohne sein rechtzeitiges Eintreffen wäre die Schlacht zur Niederlage geworden oder hätte doch am folgenden Tage von Neuem wieder begonnen werden müssen. Furchtbar und schmerzlich waren die Verluste schon an diesem einen Tage gewesen. Der tapfere Hiller von Gärtringen hatte in dem Augenblicke das Leben eingebüßt, wo der Besitz von Chlum gesichert war; ein zweiter General Hiller war in Herwarths Reihen gefallen; der Erbprinz Anton von Hohenzollern hatte vier Gewehrkugeln im Bein und erlag seinen Wunden. Ueber 1800 todte, gegen 7000 verwundete Preußen deckten die Wahlstatt. Aber weit größer waren freilich die Verluste der Oestreicher, die zu 18000 Todten und Verwundeten noch 24,000 Gefangene oder Ausreißer vermißten. 174 Geschütze und 11 Fahnen waren die Beute des Siegers. Eine noch weiter reichende Ausnutzung durch sofortige Verfolgung hinderte theils die Ermüdung der Sieger, theils die milde Gesinnung des königlichen Feldherrn und das Ueber-

maß der Freude über das Errungene; so ward den Fliehenden ein Vorsprung gestattet, der sich nachher nicht mehr einholen ließ und es ihnen ermöglichte sich in dem festen Lager von Olmütz zu sammeln. Das Corps Clam Gallas und die Reiterei rückten grades Wegs auf Wien, dessen Sicherung jetzt das nächste Ziel der östreichischen Heeresführung sein mußte.

Eindruck der Schlacht.

Groß wie der Jubel in Preußen und dem nördlichen Deutschland war die Bestürzung, ja die Verzweiflung in Wien. Bis in die letzten Tage hinein hatten selbst die leitenden Kreise, wieviel weniger also die Presse und das Volk, nicht die entfernteste Ahnung von dem schlimmen Stande der Dinge gehabt. Um so vernichtender wirkte jetzt die Nachricht von Königgrätz. Mit fieberhafter Erregung wurden am Schlachttage selbst die widersprechenden Nachrichten aufgenommen und besprochen; man fühlte, daß Oestreichs Schicksal auf dem Spiele stehe, man machte sich auf eine große Trauerbotschaft gefaßt, aber die schreckliche Meldung, die der Morgen des 4. Juli brachte: die Nordarmee existirt nicht mehr! überbot doch alle Befürchtungen. Aber nachgeben, Frieden suchen durfte man trotzdem nicht, wenigstens nicht mit den Preußen; lieber wollte man in Ermangelung eigener Kraft den Kampf um den Preis der größten Opfer mit fremder Hülfe fortsetzen. Wo diese zu finden und die Opfer zu bringen seien, lag ja klar auf der Hand. Man mußte Italien durch die Abtretung Venetiens befriedigen und Napoleon in den Krieg zu verwickeln suchen.

Der Krieg in Italien.

Italien gegenüber nachzugeben war vom Standpunct der militärischen Ehre betrachtet sehr wohl möglich; denn auf den Schlachtfeldern zwischen Etsch und Mincio hatten die östreichischen Waffen ihren alten Ruhm behauptet und mit geringeren Kräften einen rühmlichen Sieg davon getragen. Allerdings durfte Victor Emanuel nach dem Bündniß vom 8. April ohne Preußen keinen Frieden schließen; aber wenn Napoleon es ihm gebot, war er dann im Stande es zu verweigern? und wenn man die italienische Kriegführung genau beobachtete, zeigte sie dann nicht deutliche Spuren der Unlust, der Zwiespältigkeit, der Friedenssehnsucht? Von der gewaltigen Energie und Einheit des preußischen Feldzugsplanes war jedenfalls südlich der Alpen Nichts zu bemerken. Wäre es nach den Vorschlägen Moltkes gegangen, so würden die Italiener das hindernde Festungsviereck durchkreuzt oder umgangen und ihren Vormarsch mit möglichster Beschleunigung in das deutsche Oestreich gerichtet haben.

Die Usedomsche Note.

Eine Freischaar unter Garibaldis Führung hätte außerdem nach dem Vorschlage, den Usedom am 17. Juni an Lamarmora richtete, an der dalmatinischen Küste landen sollen, um nach Ungarn hin vorzudringen und dieses Land zur Empörung zu reizen, eine Aufgabe, der gleichzeitig ein Flüchtlingscorps, das Klapka in Preußisch-Schlesien bildete, von Norden au[s] dienen sollte. Das wären Stöße, so meinte Usedom mit Recht, di[e] nicht mehr die Gliedmaßen, sondern das Herz der östreichischen Monarchie träfen, die für Italien den Sieg und seine Frucht, di[e] Erwerbung Venetiens, endgültig und unwiderruflich machen würden. Aber Lamarmora wollte von diesen Rathschlägen Nichts hören; er hielt sie für gefährlich und fand es überdies beleidigend, daß man

ihm von Berlin aus Vorschriften ertheilen wolle. Usedoms Note erhielt er nicht mehr in Florenz und nicht mehr als Ministerpräsident. Er hatte dieses Amt an Ricasoli, das Ministerium des Aeußern an Visconti Venosta, den bisherigen Gesandten in Constantinopel, abgetreten, um selbst den Oberbefehl über das Heer zu übernehmen. Man schickte ihm das wichtige Actenstück ins Hauptquartier Cremona nach, und er empfing es am 19. als er eben die Kriegserklärung nach Mantua abschicken wollte; allein anstatt es ernsthaft zu prüfen, legte er es verdrossen bei Seite und würdigte es selbst nach einer zweiten Aufforderung nicht einmal einer Antwort. Er hatte seinen eigenen Kriegsplan und sah keine Veranlassung, sich von diesem abbringen zu lassen.

Lamarmoras Verhalten.

Und doch waren auch im italienischen Lager gewichtige Stimmen mit ihm keineswegs einverstanden. Während er der Ansicht huldigte, man müsse die Oestreicher in ihren Festungen einschnüren und dürfe dann erst mit den überschüssigen Streitkräften an weitere Unternehmungen denken, verlangte Cialdini im Sinne des preußischen Planes ein Vordringen über den unteren Po im Osten der Festungen. Das Ansehen dieses Generales war so groß und seine Ungefügigkeit so bekannt, daß Lamarmora es für das Beste hielt ihm freien Spielraum zu lassen; er übertrug ihm also den Oberbefehl über eines der vier Corps, die ins Feld rückten, wies ihm seine Stellung am unteren Po bei Ferrara an und verabredete mit ihm, daß sie sich gegenseitig durch eine starke Demonstration unterstützen wollten, wenn Cialdini über den Po oder wenn Lamarmora über den Mincio gehen werde. Was von beiden aber geschehen, wer zuerst den Flußübergang versuchen solle, darüber verständigten sie sich nicht; jeder nahm im Stillen für sich diese Ehre in Anspruch. Lamarmora befehligte unmittelbar drei Corps, die von Durando, Cucchiari und Rocca geführt zusammen mindestens 120,000 Mann zählten; Cialdinis eines Corps war wenigstens so stark wie zwei der andern zusammen, so daß die italienische Feldarmee sich reichlich auf 200,000 Mann belief. Die Oestreicher, von Erzherzog Albrecht geführt, hatten dem zur Schlacht bei Weitem nicht die Hälfte entgegenzustellen; wenn ihre ganze Südarmee auch auf dem Papiere 190,000 Mann betrug, so blieb davon für die Operationen im Felde lange nicht die Hälfte, vielleicht 75—85,000 Mann, über. Schon dieser geringen Stärke wegen glaubte Lamarmora einen Angriff nicht befürchten zu müssen, zumal Nigra aus Paris am 15. Juni aus zuverlässigster Quelle berichtete, die Oestreicher würden einer Schlacht aus dem Wege gehen. Trotz der lebhaften Einsprache des Königs, der die Gefährlichkeit dieser Voraussetzung lebhaft empfand, beschloß er am 23. den Mincio zu überschreiten, Cucchiari zur Beobachtung von Mantua auf dem rechten Flügel zurückzulassen, mit dem linken Flügel (Durando) sich zwischen Peschiera und Verona zu schieben und mit dem Centrum (Rocca) westwärts gegen und über die Etsch vorzurücken, um dort Cialdini die Hand zu reichen, der in der Nacht zum 25. über den Po gehen wollte.

Lamarmora und Cialdini.

Uebergang über den Mincio.

Custozza.

Man hatte im italienischen Lager keine Ahnung davon, daß um diese Zeit Erzherzog Albrecht mit seiner ganzen Armee bereits auf dem Hügellande östlich von Peschiera bis nach Verona hin zur Schlacht bereit stand. Mit der größten Heimlichkeit waren alle Vorbereitungen getroffen um das Heer schnell über die Etsch in diese Stellung hinüber zu ziehen, und die Maßregel war auf das Vollkommenste gelungen. Der Rand der Hügelkette erstreckt sich von Valeggio am Mincio bis Sommacampagna nordostwärts, von da bis Bussolengo an der Etsch nördlich; grade südlich von Sommacampagna liegt in der Ebene Villafranca, mittwegs zwischen Sommacampagna und Valeggio Custozza am Tione, einem Bache, der hier das Hügelland durchschneidet und südwärts in die Ebene fließt. Durando war mit seinem Corps von Valeggio nordwärts in das Hügelland gerückt und führte einen zersplitterten Kampf mit den Oestreichern, die ihn nicht über den Tione kommen ließen und schließlich auf den Mincio zurückwarfen. Der wichtigste, heißeste und wechselvollste Kampf fand bei Custozza statt, das mehrfach genommen und verloren wurde. Während um diesen Ort auf das Erbittertste gestritten wurde, stand der größte Theil von Roccas Corps in nächster Nähe südöstlich bei Villafranca, wo er früh Morgens in der Richtung von Goito angekommen war; aber nachdem er einen wüthenden Reiterangriff der Oestreicher abgeschlagen hatte, verhielt er sich den ganzen Tag über unthätig, wie dringend auch seine Divisionscommandanten Bixio und der Kronprinz Humbert um die Erlaubniß zum Dreinschlagen baten. Als gegen Abend, nachdem Custozza von den Oestreichern mit Sturm genommen und die dort stehenden Italiener in die Flucht geworfen waren, ein zweiter Angriff auf Villafranca unternommen wurde, wiesen sie denselben ab, mußten ihre Stellung nun aber auch aufgeben und marschirten mit klingendem Spiel an den Mincio zurück. Lamarmora selbst hatte in den Nachmittagsstunden vollständig den Kopf verloren; er verließ das Schlachtfeld und ging nach Goito, dritthalb Meilen von Custozza. Es heißt, daß der König seine Befehle durchkreuzt, vielleicht gar Roccas Unthätigkeit verschuldet habe.

Rückzug der Italiener.

So schmerzlich diese Niederlage für das italienische Ehrgefühl sein mußte, so war doch im Grunde nicht gar so viel verloren. Nur eines der vier Corps war geschlagen, die drei andern ganz oder fast ganz ungeschwächt. Der Verlust des Feindes betrug kaum 200 Mann weniger als der der Italiener; das wollte bei einer Zahl von etwa 8000 nicht viel sagen, zumal die Oestreicher den Abgang viel schwerer empfinden mußten als ihre Gegner. Weiter als bis auf das westliche Mincio-Ufer zurückzuweichen, lag für Lamarmora gar kein Grund vor, und wenn er doch Befehl ertheilte, hinter den Po zu gehen, so bewog ihn dazu vorzugsweise der Aerger über Cialdinis Meldung, daß er nach dem unglücklichen Ausgang der Schlacht bei Custozza seinerseits am südlichen Po-Ufer bleiben werde und den begonnenen Uebergang wieder rückgängig gemacht habe. Bei reiferer Ueberlegung und als man erfuhr, daß Erzherzog Albrecht nicht nachdränge, wurde denn auch der Rückzug eingestellt und das Heer blieb am Oglio.

Auch Cialdini, der bis Modena zurückgegangen war, kehrte in seine bisherige Stellung zurück, und versprach am 29. Juni in Parma persönlich dem Obergeneral, daß er den Uebergang von Neuem mit allen Kräften unternehmen wolle. Trotzdem weigerte sich Lamarmora die Führung der Armee zu behalten, während auch Cialdini sie nicht annehmen wollte. So herrschte Zwiespalt und Unklarheit im italienischen Lager und die Oestreicher hatten volle Freiheit unbehelligt und unbeobachtet von dem Feinde ihre Truppen aus Venetien wegzuziehen und der Nordarmee zuzuführen. Als der Befehl dazu nach der Königgrätzer Schlacht von Wien aus ertheilt wurde, standen die Italiener so weit vom Feinde, daß sie bei dem besten Willen die Ausführung nicht mehr erheblich hätten erschweren können.

Abtretung Venetiens.

Nichtsdestoweniger bedeutete der Abmarsch der Südarmee natürlich den Verzicht auf Venetien; denn sobald die Italiener davon erfuhren, war zu erwarten, daß sie nachrückten und auch die Grenze von Deutsch-Oestreich überschritten. Dies zu verhindern gab es nur ein Mittel, und Franz Joseph ergriff es. Am 5. Juli trat er seine italienischen Besitzungen dem Kaiser Napoleon ab und ersuchte ihn den Frieden mit Victor Emanuel zu vermitteln. Nicht auch den Frieden mit Preußen; vielmehr gedachte er sich jetzt mit allen Kräften auf diesen Feind zu werfen und hoffte dabei Napoleon auf seiner Seite zu sehen. Allein der französische Kaiser war zum Kriege weder vorbereitet noch geneigt; er ging daher auf die östreichische Einladung nur unter der Bedingung ein, daß seine Vermittlung sich auch auf Preußen erstrecke. Als Grundlage derselben hielt er die Vorschläge fest, die er in seinem Briefe vom 11. Juni aufgestellt hatte, und da in diesen die Erhaltung des östreichischen Einflusses in Deutschland und (von Venetien abgesehen) die Unversehrtheit der östreichischen Monarchie ausgesprochen war, so fügte sich Franz Joseph auch darein, wohl überzeugt, daß Preußen sich dessen weigern und so den Kaiser doch zum Kriege treiben werde. Der Jubel, der über diese Wendung in Paris ausbrach, war ungeheuer. Die Straßen prangten im Schmuck der Tricolore, eine glänzende Beleuchtung der Hauptstadt feierte den Sieg des Kaisers, in den überschwänglichsten Tönen priesen die ergebenen Zeitungen den Ruhm und die Macht Frankreichs. Napoleon selbst beeilte sich dem König Victor Emanuel das Ereigniß anzuzeigen. „Das italienische Heer," so telegraphirte er am 5., „hat Gelegenheit gehabt seine Tapferkeit zu zeigen; daher ist weiteres Blutvergießen unnöthig und Italien kann leicht durch eine Uebereinkunft mit mir Venetien erlangen; ich schreibe an den König von Preußen um ihm, wie Ew. Majestät einen Waffenstillstand als Einleitung zu Friedensverhandlungen vorzuschlagen."

Napoleons Vermittlung.

Nationaler Unwille in Italien.

Wie ein Blitzstrahl traf diese Nachricht das Ehrgefühl aller patriotisch gesinnten Italiener. Nicht als durch eigene Kraft erworben, sondern als ein Geschenk aus der Hand des mächtigen Beschützers sollte Venetien mit dem Mutterlande vereinigt, nicht um den Preis des eigenen Blutes, sondern durch den Verrath an Preußen sollte das Kriegsziel erreicht, der Friede geschlossen werden. Selbst Lamarmora

fand es außerordentlich schmerzlich, daß Napoleon auf Kosten der Ehre Italiens Preußen am Vordringen hemmen wolle; er nannte es erniedrigend, Venetien als ein Geschenk von Frankreich anzunehmen, und fürchtete, das Heer werde auf diese Weise alles Ansehn verlieren, Italien nicht mehr zu regieren sein. Visconti Venosta ließ gleich am 5. unumwunden in Paris erklären, ohne Preußens Zustimmung werde Italien die Feindseligkeiten nicht einstellen, und fügte gewandt die Gelegenheit benutzend hinzu, daß es auch die Abtretung von Südtyrol verlangen müsse. Ricasoli war, glühend vor Scham über die Rolle, die man ihm zumuthete, selbst zum Kriege mit Frankreich entschlossen, wenn dieses, wie die französischen Diplomaten androhten, Venedig als sein Eigenthum betrachten und den Italienern den Einmarsch verbieten wollte, zu welchem Zweck es ja, wie der französische Gesandte höhnisch geäußert haben soll, nur einen Corporal und vier Mann zu entsenden brauche. In ehrenhafter Weise gab man diesen Entschlüssen sofort auch durch die That Ausdruck. Noch am 5. Juli erhielt Cialdini Befehl den Brückenkopf von Borgoforte am Südufer des Po anzugreifen und erzwang noch in der folgenden Nacht die Räumung; in der Nacht zum 8. wurden drei Brücken über den Fluß geschlagen und am frühen Morgen der Uebergang von 80,000 Mann begonnen; auch die Entsendung Garibaldis nach Ungarn ward vom Ministerrath beschlossen, wenn sie gleich nicht mehr zur Ausführung kam. Um jeden Preis sollte Cialdini die abziehenden Oestreicher noch zu erreichen suchen; allerdings ein schwieriger Auftrag, der mit der äußersten Kraftanstrengung doch nur soweit gelöst werden konnte, daß Medici am 21. Juli nördlich von Bassano bis an den Feind kam und ihn in ehrenvollem Kampfe zurückwarf. Gleichzeitig drang Garibaldi mit seinen Freiwilligen von der Westseite des Gardasees in Tyrol ein, und beide Generale hofften sich in Trient zu vereinigen. Auch an die Flotte wurden die größten Anforderungen gestellt; binnen acht Tagen, so forderte Ricasoli von dem Admiral Persano, muß das feindliche Geschwader zerstört und Istrien besetzt sein. Nicht mit Unrecht glaubte man grade zur See eines glänzenden Erfolges über die Oestreicher sicher zu sein. Ungeheuere Summen, an 300 Millionen Francs binnen fünf Jahren, waren in die Flotte gesteckt worden und den sieben Panzern des Feindes konnte man 24 gegenüberstellen; auch an Holzdampfern war die italienische Flotte dem Gegner überlegen; nur an Segelschiffen hatte dieser das Uebergewicht. Aber man vergaß bei diesen siegesfreudigen Berechnungen, daß zur See viel weniger als zu Lande die Zahl den Ausschlag giebt; man wußte nicht, mit welch unverzeihlicher Nachlässigkeit die Ausrüstung der eigenen Flotte betrieben war; man kannte nicht die unermüdlic Sorgfalt, mit welcher Tegetthoff, der feindliche Admiral, die Lehr des amerikanischen Krieges studirt und die neuen Kampfesweisen, d sich daraus ergaben, eingeübt hatte. Vom Admiral bis zum Matrose vom Capitän bis zum Maschinisten war in der östreichischen Mari jeder Einzelne ganz anders geschult als in der italienischen, und d höhere Lenksamkeit und Verwendbarkeit der Schiffe, die dadurch erzie

Cialdinis Uebergang über den Po.

Garibaldis Einfall in Tyrol.

Krieg zur See.

wurde, verdoppelte ihre Zahl. Tegetthoff war denn auch voll kühnen Selbstvertrauens; schon Ende Juni erschien er vor Ancona und forderte Persano, der dort lag, vergebens zum Kampfe heraus; jetzt lauerte er in Pola auf den Augenblick, wo der Feind ihm die Gelegenheit zum Schlagen geben werde. Ihn dort anzugreifen wagte Persano nicht; als ihm Ricasoli befahl seine Unthätigkeit zu brechen, wandte er sich gegen die Insel Lissa, beschoß die Befestigungen derselben am 18. und 19. Juni, versuchte auch, aber ohne Erfolg, Truppen zu landen. Als er so den größten Theil seiner Kohlen schon verbraucht hatte, erhielt er früh am 20. die Nachricht, daß Tegetthoff nahe. In drei Keilen, voran die sieben Eisenpanzer, den Max, das Flaggenschiff, an der Spitze, dann die großen Holzschiffe, vom „Kaiser" geführt, endlich die kleineren Fahrzeuge, kamen die Oestreicher gegen die feindliche Flotte heran, die ihrerseits in zwei langen Reihen Aufstellung nahm; die erste Reihe bildeten 12 Panzer, in drei durch breite Zwischenräume getheilten Gruppen, die zweite, in beträchtlichem Abstande, die Holzschiffe. Die Mittelgruppe führte der Re d'Italia, das Flaggenschiff Persanos; aber der Admiral selbst war nicht auf demselben, sondern fuhr an Bord des kleinen Affondatore zu dem hintersten Keil der östreichischen Schiffe, ohne auch nur dort etwas auszurichten. Tegetthoff hingegen brach durch einen der Zwischenräume und griff die Mittelgruppe von hinten an; mit vier Panzern warf er sich auf den Re d'Italia, dem nur der Palestro zu Hülfe kam, während die italienischen Holzschiffe sich scheu zurückhielten und die übrigen Panzer von den östreichischen Holzschiffen vollauf beschäftigt wurden. Nachdem er dann das feindliche Hauptschiff von allen Seiten umstellt, fuhr er plötzlich mit seinem Max gegen dessen Breitseite und brachte ihm einen furchtbaren Riß bei. In wenigen Minuten strömte das Meer ein und das stolze Fahrzeug sank mit der ganzen Bemannung. Dem Palestro gelang es zwar zu entkommen, aber eine Kugel hatte sein Kohlenmagazin entzündet, das Feuer griff um sich und drang in die Pulverkammer; vergebens forderte der Capitän die Mannschaft rechtzeitig auf das Schiff zu verlassen; wie er selbst, so wollten seine Leute auf ihrem Schiffe untergehen: eine furchtbare Explosion verkündete den Augenblick, wo die Tapfern den Seemannstod starben. Auf östreichischer Seite ging kein Schiff verloren, wenn auch der Kaiser sich brennend zurückziehn mußte; alle seine Fahrzeuge brachte Tegetthoff glücklich durch die feindlichen Reihen und nahm Aufstellung mit dem Rücken gegen Lissa. Persano aber beeilte sich, so lange seine Kohlen reichten, nach Ancona zurückzukehren, und verlor im Hafen selbst noch den Affondatore, der unter sehr verdächtigen Umständen sank. So war die Schlacht von Lissa eine noch weit peinlichere Niederlage geworden als die von Custozza, und so entmuthigt wirkte diese Enttäuschung, so traurig war außerdem der Zustand der Flotte, daß die Minister keinen Admiral finden konnten, der einen zweiten Angriff zur See gewagt hätte.

Schlacht bei Lissa.

Die Preußen hatten unterdes ihren Sieg gehörig ausgenutzt. Nachdem ein Waffenstillstand, den Gablenz am 4. Juli nachsuchte,

Vormarsch der Preußen.

kurzer Hand abgelehnt war, begann am nächsten Tage der Vormarsch, der die siegreichen Heere am 6. und 7. Juli über die Elbe führte. Nur das schlesische Corps unter Mutius, blieb zur Beobachtung von Königgrätz und Josephstadt zurück; die Besetzung von Prag und Nordböhmen ward dem Reservecorps Mülbe übertragen, das aus Sachsen nachrückte. Der Kronprinz marschirte auf Olmütz, Friedrich Carl auf Brünn, Herwarth auf Iglau. Diese Bewegungen erlitten durch Napoleons Vermittlungserbieten keine Unterbrechung. Es traf den König bereits in der Nacht zum 5. Juli in Horitz und enthielt, wie das an Victor Emanuel gerichtete, den Vorschlag eines Waffenstillstandes. Wollte man Frankreich nicht ganz in das östreichische Lager treiben, so konnte von einer schroffen Ablehnung nicht die Rede sein. Der König antwortete also umgehend, daß er grundsätzlich Nichts gegen den französischen Vorschlag habe, daß er aber Italiens Zustimmung und der Einwilligung Oestreichs in die Hauptforderungen Preußens vorher sicher sein müsse; um dieses Verhalten zu begründen, ward am 7. der Prinz Reuß aus dem Hauptquartier nach Paris geschickt. Dort kämpften im kaiserlichen Rathe die Kriegs- und die Friedenspartei einen harten Kampf. Drouyn de l'Huys war der Hauptverfechter eines entschlossenen Zugreifens; er forderte die Aufstellung von 80,000 Mann am Rheine und war überzeugt, daß diese Drohung Preußen gefügig machen werde. Meldete ihm doch Benedetti, daß von Berlin bis zum Rhein nicht 15,000 Mann ständen und daß Frankreich durch eine bloße Demonstration die Lage beherrschen könne. Freilich hatte derselbe Gewährsmann schon im Juni berichtet, daß der König so wenig wie sein geringster Unterthan die Möglichkeit einer Abtretung am Rheine zulasse; aber das war der Kriegspartei ganz recht; denn an dem Siege ihrer Waffen zweifelte sie nicht, und die Erweiterung der Grenzen, die sie durch Anwendung von Gewalt zu erreichen hoffte, war natürlich viel bedeutender als die, zu der sich etwa auf dem Wege der Verhandlungen die Gelegenheit geboten hätte. Die Friedenspartei hingegen, zu der besonders Rouher und Magne gehörten, war von der Unbesieglichkeit des französischen Heeres nicht in gleicher Weise durchdrungen und wußte den Kaiser davon zu überzeugen, wie sehr die Armee durch die mexicanische Expedition in ihrer Schlagfertigkeit gelähmt sei. Sie empfahl deshalb für jetzt nur eine Abschlagszahlung zu fordern, etwa die Grenzen des ersten Pariser Friedens wiederherzustellen, ohne damit übrigens, wie Rouher ausdrücklich betonte, eine Quittung für die Zukunft auszustellen; in wenigen Jahren, so prophezeite er, werde Süddeutschland einen neuen Zankapfel abgeben, und dann müsse Frankreich schneller bei der Hand sein als diesmal. Diese Trinkgeldspolitik, wie Bismarck sie nannte, trug den Sieg davon. Am 10. Juli beschloß der Ministerrath, Oestreichs Hülfsgesuch abzulehnen, und durch Benedetti im preußischen Hauptquartier eine Grenzberichtigung fordern zu lassen.

Die französische Vermittlung.

Hier waren inzwischen in Voraussicht der kommenden Dinge die ernstesten Verhandlungen gepflogen worden. Was Frankreich eigentlich wolle, wußte man noch nicht; aber das stand bei dem Könige fest,

Das preußische Hauptquartier.

daß er lieber abdanken als ohne Vergrößerung Preußens aus diesem Kriege zurückkehren wolle. Napoleons mangelhafte Rüstung war den leitenden Kreisen sehr wohl bekannt; Moltke erklärte, daß Preußen schlimmsten Falls im Stande sei den Krieg zugleich an der Donau und am Rheine zu führen; kein Wunder also, wenn in der kriegerischen Luft des Hauptquartiers die waghalsigsten Entschlüsse Verteidiger fanden. Dem gegenüber war es Bismarcks Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und daran zu erinnern, daß Preußen nicht allein in Europa lebe, sondern drei Nachbarn habe. Er wollte nicht ohne Noth wie ein leichtsinniger Spieler den großen Gewinn, dessen er sich sicher wußte, noch einmal auf eine Karte setzen, und der König billigte seine gemäßigten Rathschläge. Als Benedetti * in der Nacht zum 12. Juli im Hauptquartier eintraf und es am andern Morgen nach Brünn begleitete, behandelte der Minister die Abtretungsforderungen ausweichend, hob hervor, daß Frankreich und Preußen ja allerdings jetzt in der Lage seien, gemeinsam die Karte von Europa umzugestalten, und ließ auch wohl ein Wort von Belgien oder selbst von der Pfalz fallen oder sich gefallen. Es waren das ja Themata, die nicht zum ersten Male zur Verhandlung kamen, und denen gegenüber es Bismarck stets als seine Aufgabe ansah, durch hinhaltende Aeußerungen, die sich aber nie bis zu einem Versprechen verstiegen, Frankreichs eigenthümliche Einbildungen zu schonen, anstatt durch Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden zu gefährden. So gelang es ihm, diese Frage der Grenzberichtigung bis zur Rückkehr nach Berlin zu verschieben, allein in Bezug auf die Friedensbedingungen war das nicht möglich; hier kam es darauf an, fest auf dem Unerläßlichen zu bestehen und in den nothwendigen Puncten nachzugeben. So verzichtete Bismarck auf eine Gebietserweiterung auf Kosten Oestreichs oder Sachsens, gestand den deutschen Staaten südlich vom Main das Recht zu einen gesonderten Bund zu schließen und versprach die nördlichen Bezirke von Schleswig an Dänemark zurückzugeben, wenn die Bevölkerung in freier Abstimmung diesen Wunsch ausspreche. Dagegen bestand er auf dem Austritt Oestreichs aus dem Deutschen Bunde, auf der Begründung eines Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung, auf dem Rechte mit Süddeutschland eine nationale Verbindung herzustellen und auf der vollen Freiheit, Preußen durch die eroberten Gebiete nördlich vom Main zu vergrößern. Bedeutend wie diese Errungenschaften waren, erschienen doch auch die Verzichte nicht gering, und Bismarck war der erste, später in der Kammer einzugestehen, daß nicht alles Wünschenswerthe erreicht sei, und anzudeuten, daß Frankreich in seinen Forderungen die Grenzen der Mäßigung überschritten habe. In dem ersten Entwurfe, den Napoleon am 16. Juli an Bismarck gelangen ließ, war das in noch weit höherem Maße der Fall; denn er enthielt Nichts von preußischen Vergrößerungen in Norddeutschland. Erst als Bismarck dem Gesandten erklärte, daß der König sich darauf in keinem Falle einlassen werde, gab man in Paris darin nach und überließ es Preußen, diesen Punct mit Oestreich selbst zu ordnen. Frankreich

Ergebniß der Verhandlungen.

betrachte sich nicht als Schiedsrichter, der beiden Parteien die Lösung vorschreibe, so hieß es in einer Depesche vom 19. Juli, auch nicht als Unterhändler, der unmittelbaren Antheil an den Vereinbarungen nehme, sondern es wünsche nur Nichts zu unterlassen, um die kriegführenden Mächte auf einen gemeinsamen Boden zu bringen. Unter diesen Umständen war Preußen bereit eine fünftägige Waffenruhe eintreten zu lassen, um während derselben direct mit Oestreich zu verhandeln, und da aus dieser Waffenruhe, wie vorauszusehen war, der Friede hervorging, so erlosch mit ihrem Beginn, Mittags am 22. Juli, der Krieg, fast genau einen Monat nachdem die ersten Preußen die östreichische Grenze überschritten hatten.

Der Waffenstillstand.

Der Einzug des Feindes in die Hauptstadt wurde dadurch den Oestreichern erspart, während er ohnedies unverhütbar gewesen wäre. Die preußische Armee war in der vollen Stärke, mit der sie die Grenze überschritten, gegen die Donau vorgerückt; alle Lücken, welche Krankheit und Schlacht gerissen oder die Zurücklassung beobachtender Truppentheile, z. B. vor Königgrätz und Olmütz, hervorgerufen hatte, waren durch reichlichen Nachschub ausgefüllt. Trotz der Cholera, die in bedenklichem Umfang in dem Heere ausbrach, war dasselbe von dem besten Geiste erfüllt. Unsere Leute sind zum Küssen, schrieb Bismarck nach Haus: jeder so todesmuthig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen Alle, kein Plündern und kein Sengen, bezahlen was sie können und essen verschimmeltes Brot; es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das Alles nicht sein! Die moralische Ueberlegenheit, die dem Sieger als schönste Frucht des Sieges in den Schoß fällt, hatte sich auch bei den kleineren Gefechten in den letzten Wochen vollauf bestätigt. Gablenz war mit seinen Truppen ohne Kampf bis an die Donau gelangt; auch von den Corps, die mit Benedek zwischen dem 10. und 12. Juli im Lager vor Olmütz eintrafen, wurden die Sachsen und Erzherzog Ernst unbehelligt mit der Eisenbahn nach Wien geschafft. Eben dorthin sollten auch die übrigen Corps aufbrechen. Den Befehl dazu ertheilte Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, den der Kaiser an Benedeks Stelle zum Oberbefehlshaber ernannt hatte, und der durch Vertrauen athmende Armeebefehle den Geist der Truppen zu heben bemüht war. Daß ihm dies bei den Besiegten von Königgrätz nicht gelang, zeigten die Gefechte südlich von Olmütz. Benedek hatte die Absicht auf beiden Ufern der March nach Preßburg zu marschiren; allein als den Vorrückenden bei Tobitschau am rechten Ufer Bonin mit Theilen seines ostpreußischen Corps entgegentrat und sie am 15. Juli nördlich auf Olmütz zurückwarf, verzichtete der Feldherr auf das rechte Marchufer und zog alle seine Truppen auf das linke. Ja, als preußische Reiterei unter General Hartmann über den Fluß setzte, und an demselben Tage bei Prerau den Vortrab von Gondrecourt (früher Clam Gallas) angriff, ließ Benedek auch diese Straße fallen und ging über die Kleinen Karpathen ins Thal der Waag, um in diesem südwärts auf

Die preußische Armee.

Rückzug der Oestreicher.

Tobitschau.

Komorn zu marschiren. Dadurch entfernte er sich beträchtlich von Wien und seine Ankunft vor der Hauptstadt wurde weit hinausgeschoben; erst am 22. Juli trafen seine vordersten Truppen in Presburg ein. Auch die aus Italien herangezogenen Corps waren an diesem Tage, als der Waffenstillstand begann, nur theilweise angekommen und nicht vor dem 26. vollzählig versammelt. Die preußischen Armeen standen dagegen der Hauptstadt so nahe, daß ihre Vorposten des Abends die erleuchteten Fenster sehen konnten. Die vorderste Linie bildete die Elb-Armee auf dem rechten, die Friedrich Carls auf dem linken Flügel; der Kronprinz stand weiter rückwärts. Auf dem linken Marchufer befand sich Fransecky mit den Thüringern, denen noch unmittelbar vor Beginn der Waffenruhe ein freilich unfruchtbarer Erfolg zu Theil wurde. Am Morgen des 22. rückte Fransecky nämlich gegen Thun und eine Brigade von Gablenz' Corps vor, die nordöstlich von Preßburg, links an die March, rechts bei Blumenau an die Karpathen gelehnt, standen. Schon war General Bose mit einem Theil der Truppen auf Gebirgspfaden dem Feinde in den Rücken gefallen, als die Mittagsstunde schlug und damit den Feindseligkeiten ein Ende gemacht wurde. Beide Theile rückten friedlich an einander vorüber, um die Stellungen zu beziehen, welche ihnen durch die Bedingungen der Waffenruhe angewiesen waren.

Preßburg.

Vier Tage später, am 26. Juli, wurde in Nikolsburg der Friede geschlossen. Oestreich gab darin seine norddeutschen Verbündeten, Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt, vorbehaltslos der preußischen Regierung preis, nur für Sachsen erwirkte es den Fortbestand in seinen bisherigen Grenzen, freilich als Theil des künftigen Norddeutschen Bundes. Die süddeutschen Staaten fanden, wenigstens soweit sie südlich vom Main lagen, ihre Selbständigkeit gewährleistet; im Uebrigen aber waren sie Preußen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und erst für den 2. August wurde ihnen das Recht eingeräumt, an dem Waffenstillstande Theil zu nehmen. Bis dahin konnten die preußischen Truppen ihren Siegeslauf noch ungehindert fortsetzen.

Praeliminarien von Nikolsburg.

In Folge dessen gingen die Feindseligkeiten zwischen Preußen und Süddeutschland, wie sie zuletzt ihren Anfang genommen, so auch zuletzt zu Ende. Erst nach der Schlacht bei Königgrätz war der erste Zusammenstoß mit den Baiern erfolgt. Den Oberbefehl über diese und zugleich über das achte Bundesarmeecorps führte der 71jährige Prinz Carl von Baiern, ein Oheim des Königs. Nach einer Uebereinkunft, die sein Generalstabschef von der Tann am 14. Juni in Olmütz mit Benedek getroffen, sollte dieser die allgemeinen Weisungen ertheilen, dabei aber die unmittelbare Deckung Baierns und der übrigen verbündeten Staaten nicht aus den Augen lassen. Für den Fall eines unglücklichen Friedens enthielt diese Uebereinkunft noch die politische Bestimmung, daß Baiern nur in gleichem Verhältniß mit den andern Bundesgenossen eine Schmälerung seiner Grenzen erleiden dürfe und für etwaige Abtretungen anderweitig schadlos gehalten werden solle, eine Abrede, die kaum eine andere Deutung als zu Ungunsten Badens

Der Krieg gegen Süddeutschland.

Kreuz- und Quermärsche.

zuließ. Die bairische Armee sollte am 15. Juni, etwa 40—50,000 Mann stark, in Franken bereit stehen, sich dann westwärts dem achten Bundescorps nähern und mit diesem zusammen in nordwestlicher Richtung zum Angriff schreiten. Die Führung des achten Corps ward dem Prinzen Alexander, Bruder des Großherzogs von Hessen und Schwager des Kaisers von Rußland, übertragen; unter ihm befehligten General Hardegg die Würtemberger, Prinz Wilhelm von Baden die Badenser, General Perglas die Darmstädter, Graf Neipperg eine aus Oestreichern, Kurhessen und Nassauern gemischte Division. Die höchste Stärke des ganzen Corps betrug etwa 55,000 Mann, von denen ein Theil überdies die Besatzung von Mainz bildete. Die Kriegsbereitschaft und die Disciplin fast aller dieser Truppen ließ noch viel zu wünschen übrig; in dem buntscheckigen Hauptquartier befand sich fast kein Offizier, den Prinz Alexander sich selbst ausgewählt; seit 26 Jahren war das Corps nicht mehr zu gemeinsamen Uebungen vereinigt gewesen. Mit sehr geringen Hoffnungen übernahm der Prinz den Oberbefehl, zugleich aber ließ auch er im Bewußtsein der Kriegserfahrungen, die er im Kaukasus und 1859 in Oberitalien gesammelt, es an Fügsamkeit gegen die Befehle des bairischen Prinzen mangeln. Dieser hatte sein Hauptquartier anfangs in Bamberg und verlegte es dann nach Schweinfurt. Ueber sein Verhalten den Hannoveranern gegenüber konnte er zu keinem festen Entschlusse kommen. Bald war er bereit ihnen über Eisenach Hülfe zu bringen, bald wies er den Abgesandten des Königs, den Historiker Onno Klopp, mit der Bemerkung zurück, eine Armee von 19,000 Mann, wie die hannoversche, sei stark genug sich durchzuschlagen. Am 27. Juni traf er endlich in Schweinfurt mit dem Prinzen Alexander die feste Abrede, daß sie beide auf Hersfeld marschiren und sich dort vereinigen wollten. Kaum aber war diese Bewegung begonnen, so traf die Nachricht von dem Siege bei Langensalza ein, und nun ward wieder rechts abgeschwenkt um über den Thüringer Wald nach Eisenach zu marschiren. Auch Prinz Alexander hielt sich nur sehr oberflächlich an die Schweinfurter Verabredungen, indem er zwar seinen rechten Flügel nach Hersfeld, die Badenser aber auf Wetzlar und die Würtemberger auf Gießen richtete. So standen denn zu derselben Zeit, wo die Preußen nach der Capitulation von Langensalza bei Eisenach vereinigt waren, die 80—90,000 Mann, über welche Prinz Carl verfügte, auf der weiten Linie von Ilmenau bis Wetzlar zerstreut, und die Main-Armee, wie Falckensteins Truppen seit dem 1. Juli genannt wurden, hatte die Möglichkeit, sich auf die vereinzelten Gegner zu werfen. Allerdings begannen diese sofort sich einander zu nähern um bei Fulda dem Feinde gemeinsam entgege[n z]u-treten; dieses Vorhaben aber kam nicht mehr zur Ausführung. Falc[ke]n-stein entsandte Beyer auf der Straße von Eisenach gegen Fu[ld]a, während Manteuffel und Goeben östlich von derselben am Ostabha[n]ge der Rhön vorrückten, um den aus Thüringen heranziehenden Bai[er]n den Weg zu verlegen. Am 4. Juli kam es zwischen ihnen und [d]en bairischen Divisionen Zoller und Hartmann zu einer Reihe von [G]e-

Anmarsch der Main-Armee.

fechten um Dermbach herum, bei Wiesenthal, Roßdorf, Fischbach. Dermbach. Preußischer Seits waltete nur die Absicht ob, den Feind an weiterem Vordringen zu hindern, nicht aber ihm zu folgen und sich dadurch von der Straße nach Fulda zu entfernen. Dies gelang vollkommen. Prinz Carl gab sogar, da er die ganze Main-Armee sich gegenüber glaubte, die Stellungen, die seine Truppen tapfer behauptet hatten, auf und zog sich noch am Nachmittag südwärts zurück. Seine Cavallerie, die unter dem Befehle des 70jährigen Fürsten von Thurn und Taxis um Fulda stand und also die Verbindung mit dem Prinzen von Hessen herstellte, that dies in weniger ehrenvoller Weise. Sie war, gleichfalls am 4., nördlich bis Hünfeld vorgegangen, stieß Hünfeld. hier auf den Vortrab Beyers, griff an, ward aber durch ein paar mörderische Kanonenschüsse so geschreckt, daß sie in völlig aufgelöstem Zustande nach Fulda zurückjagte. Thurn und Taxis räumte also die Stadt, und wenn nunmehr eine Vereinigung der Baiern mit dem achten Corps noch stattfinden sollte, so mußte sie weiter südlich auf der Linie Schlüchtern-Brückenau-Kissingen geschehen. In diesem Sinne ertheilte denn auch Prinz Carl dem Prinzen Alexander seine Befehle. Der aber erhielt nicht sobald die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz, als er auch die Verbindung mit den Baiern ganz preisgab und sich schleunigst auf Frankfurt und Hanau zurückzog. Darauf hin änderte Falckenstein sein Marschziel, das eigentlich Frankfurt war, und beschloß sich zuerst auf die Baiern zu werfen. Von Fulda aus schwenkte er links ab durch die Rhön nach Brückenau und ließ von Kissingen. dort am 10. Juli Goeben und Manteuffel östlich gegen Kissingen, Beyer, den er selbst begleitete, südwärts gegen Hammelburg vorrücken. Um Kissingen entspann sich ein heißer Kampf. Das rechte Saalufer mußten die Baiern bald aufgeben, aber die Flußübergänge verteidigten sie hartnäckig. Dennoch gelang es den Preußen gegen Mittag südlich von der Stadt über eine schlecht zerstörte Laufbrücke vorzudringen und dadurch den Feind zur Räumung der unteren Stadt und der steinernen Saalbrücke zu zwingen. Aber in zähem Widerstande verteidigten die Baiern auch jetzt noch alle haltbaren Puncte in und hinter dem Orte, bis das Gefecht gegen 5 Uhr eine halbe Meile nordöstlich von Kissingen erstarb. Durch das Eintreffen neuer Truppen ermuthigt griffen sie dann zwar nochmals an; allein der dreistündige Kampf, dem erst die Dunkelheit ein Ende machte, brachte keine Wendung des Schicksals. Die Hauptehre des Tages gebührte Goeben und insbesondere der Brigade Wrangel; Manteuffel, der nördlich von Kissingen über die Saale gehen sollte, war nur wenig ins Gefecht gekommen; Beyer hatte bei Hammelburg den Flußübergang durch einen heftigen Sturmangriff schnell erzwungen. Prinz Carl aber war durch diesen neuen Schlag so entmuthigt, daß er sofort den Rückzug auf Würzburg befahl.

Falckenstein wandte sich nunmehr gegen den Prinzen von Hessen. Beyer sollte über Gelnhausen, Goeben über Aschaffenburg gegen Hanau marschiren, Manteuffel zunächst diesen Abmarsch den Baiern gegenüber verdecken und dann Goeben folgen. Prinz Alexander hatte

inzwischen den Plan Frankfurt zu vertheidigen auch wieder aufgegeben und beschlossen sich am südlichen Mainufer den Baiern zu nähern. In Folge dessen glaubten nicht allein der Herzog von Nassau und der Großherzog von Darmstadt, sondern auch die Bundesversammlung auf ihre Rettung bedacht sein zu müssen; sie verlegte am 11. Juli ihren Sitz nach Augsburg in das Hotel zu den drei Mohren. Die Erdwerke, die vor Frankfurt angelegt waren, wurden wieder zerstört und die Besatzung rückte ab. General Beyer traf unter diesen Umständen bei seinem Vormarsch auf keinen Feind mehr; Goeben aber stieß östlich von Aschaffenburg auf die hessische Division, die er am Abend des 13. bei Laufach zurückwarf. Da Prinz Alexander den Mainübergang bei Aschaffenburg nicht preisgeben durfte, so lange ein Theil seiner Truppen noch auf dem rechten Ufer des Flusses war, so sandte er noch Abends die Division Neipperg mit der Eisenbahn zur Unterstützung der Hessen ab und ließ den Kampf am 14. erneuern. Aber die Truppen, meist Italiener, fochten schlecht und wurden schlecht geführt, so daß Goeben schon Mittags in die Stadt einziehen konnte, der Feind aber außer 600 Todten und Verwundeten 1500 Gefangene verlor. Angriffsweise über den Main vorzugehen war Goeben zu schwach; Beyer stand weit nördlich, Manteuffel war zwei Tagemärsche zurück. Falckenstein ließ daher das achte Bundescorps stehen und gewährte ihm die Möglichkeit sich bei Würzburg mit den Baiern zu vereinigen. Sein nächstes Ziel war jetzt Frankfurt, das er denn auch am 16. Juli ohne Schwierigkeit erreichte, und das nun den ganzen Zorn der Preußen fühlen sollte.

Laufach und Aschaffenburg.

Frankfurt.

Natürlich wurde vor Allem der Senat und das Militär aufgelöst und die Regierung von Vogel von Falckenstein übernommen; der Bürgermeister Fellner und Senator Müller wurden unter seiner Oberleitung mit der Führung der Geschäfte betraut, einige andere Senatoren verhaftet, mehrere Zeitungen unterdrückt und der einjährige Sold der Main-Armee im Betrage von etwa 6 Millionen Gulden der Stadt als Contribution auferlegt. Kaum waren diese Maßregeln angeordnet, als Falckenstein einen königlichen Befehl vom 11. Juli erhielt, der ihn zum Guvernör von Böhmen ernannte und den Oberbefehl über die Main-Armee dem General Manteuffel übertrug. Dem Letzteren, der schon in Schleswig-Holstein commandirender General gewesen war, wurde dadurch eine Stellung zu Theil, auf die er ein Anrecht hatte und die ihm auch vor Beginn des Feldzugs, als man noch auf einen besonderen Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein, vielleicht gar gegen die Dänen, gefaßt sein mußte, zugedacht war. Er hatte sich seitdem, nicht ohne daß es zu manchen Reibereien gekommen wäre, dem älteren Falckenstein unterordnen müssen und ging nun als Sieger aus dem Streite mit seinem Nebenbuhler hervor, hauptsächlich wohl, weil man im großen Hauptquartier mit den Vorgängen bei Langensalza und Dermbach nicht zufrieden war und die Schuld daran der Kränklichkeit Falckensteins beimaß. Der neue Obergeneral blieb nun zunächst noch einige Tage in Frankfurt und erschreckte die geängstigte Stadt durch die Forderung einer neuen

Abberufung Falckensteins.

Contribution von 25 Millionen Thalern; in seiner schroffen Weise erklärte er dem Bürgermeister Fellner, daß er ihm gern einen Schein schreiben werde, jener habe erst auf die Drohung hin, daß Frankfurt sonst geplündert und in Brand gesteckt werde, in die neue Zahlung gewilligt; alle Vorstellungen von der Unmöglichkeit eine solche Summe aufzubringen wies er zurück; lange blieb die schwere Drohung über der Stadt schweben und Fellner, der diese Angst nicht mehr ertragen konnte, gab sich selbst den Tod. Erst als der Senator Müller ins Hauptquartier nach Nikolsburg beschieden wurde, beruhigte sich die Stimmung wieder etwas, und nach dem Abschluß des Friedens wurde die Forderung natürlich zurückgezogen. Auch die 6 Millionen Gulden wurden der inzwischen mit Preußen vereinigten Stadt nachträglich vom Staate wieder abgenommen.

Manteuffels Vormarsch.

Die militärischen Operationen wurden von Manteuffel am 21. Juli mit bedeutend verstärkten Kräften wieder begonnen. Abgesehen von preußischen Truppen, die zu ihm gestoßen waren, hatte er auch die oldenburgisch-hanseatische Brigade an sich gezogen und verfügte im offenen Felde über reichlich 60,000 Mann. Auch erwuchs ihm eine bei längerer Dauer des Krieges sehr wesentliche Hülfe daraus, daß von Leipzig aus eine Zweite Reserve-Armee unter dem Großherzog von Mecklenburg sich nach Hof, Baireuth und Nürnberg in Bewegung setzte, welch letztere Stadt sie am 31. Juli erreichte. Andrerseits waren allerdings jetzt auch Prinz Carl und Prinz Alexander, die zusammen an 100,000 Mann unter ihrem Befehle hatten, einander so nahe gerückt, daß ihre Vereinigung täglich in ihrer Macht lag: die Baiern standen um Würzburg, das achte Bundescorps hinter der Tauber, die 4—5 Meilen westlich von Würzburg bei Werthheim von Südosten her dem Maine zufließt. Ein erstes Gefecht fand am 23. Juli bei Hundheim zwischen dem preußischen Vortrab und der badischen Division statt und endete trotz des großen Machtunterschiedes mit dem Rückzug des Prinzen Wilhelm auf Werbach an der Tauber. Hier ward er am 24. von den Oldenburgern und Hanseaten, die von Beyer unterstützt wurden, angegriffen und räumte nach geringem Widerstande auch diese Stellung um sich auf Würzburg zurückzuziehen. Gleichzeitig überschritt Flies, der jetzt die früher von Manteuffel befehligte Division führte, die Tauber bei Werthheim ohne einen Feind dort zu finden, und auf dem rechten Flügel bei Tauberbischofsheim erzwang Goeben in heißem Kampfe den Uebergang gegen die Würtemberger, bei denen Prinz Alexander selbst zugegen war. Die Baiern aber standen während des ruhig einige Meilen rückwärts bei Würzburg und erwarteten hier einerseits, daß Prinz Alexander sich ihrem linken Flügel anschließe, andrerseits den Angriff der Preußen. Diese drangen denn auch trotz ihrer bedenklichen Minderzahl am 25. in doppelter Richtung vor; Beyer von Werbach und Flies von Werthheim aus griffen die Baiern bei Helmstadt an und warfen sie auf Roßbrunn zurück; Goeben marschirte in nordöstlicher Richtung von Tauberbischofsheim gegen Würzburg, stieß bei Gerchsheim wieder auf den Prinzen Alexander und zwang ihn

Kämpfe an der Tauber.

Die Preußen vor Würzburg.

auch diese Stellung aufzugeben. Ihn zu verfolgen erlaubte die starke Erschöpfung der Truppen nicht und der Prinz konnte deshalb am andern Tage unbehindert den Main überschreiten, während die Baiern sich die Möglichkeit dazu erst durch tapfere Rückzugsgefechte erkämpfen mußten. Am Abend des 26. aber standen beide Corps glücklich hinter dem Flusse, während die Preußen Würzburg gegenüber Stellung nahmen und ihre Batterien gegen den Marienberg, die am linken Mainufer gelegene Citadelle, zu errichten begannen.

Friedensverhandlungen.

Zu einem ernstlichen Angriffe sollte es aber nicht mehr kommen. Schon seit einigen Tagen weilte Herr von der Pfordten im Hauptquartier zu Nikolsburg, und wenn er einen Waffenstillstand auch erst für den 2. August erlangte, so ward ihm daneben doch die Zusicherung, daß Manteuffel angewiesen werden solle keine weitere Entscheidung durch die Waffen zu suchen. Nur um die Besetzung eines möglichst großen Stückes von Baiern, die bei den Friedensverhandlungen gute Dienste leisten konnte, zu erleichtern, wurde der sofortige Waffenstillstand versagt. Auch Würtemberg und Hessen-Darmstadt schickten ihre Minister ins preußische Hauptquartier und erlangten dasselbe wie Baiern. Der Großherzog von Baden schlug einen anderen Weg ein; am 29. Juli berief er seine Truppen von der Armee ab, bildete ein neues Ministerium, Mathy, Jolly, Freydorff, und erklärte seinen Austritt aus dem alten Bunde; am 3. August folgte dann auch seinerseits in Nikolsburg der Abschluß eines Waffenstillstandes. Nassau, Kurhessen und Frankfurt wurden so wenig wie Hannover zu Verhandlungen zugelassen; ihre staatliche Selbständigkeit war durch den Krieg vernichtet, und nur eine Privatabfindung der enthronten Fürsten konnte noch in Frage kommen.

Neue französische Einmischung.

Es begannen nunmehr mit den einzelnen Staaten die Unterhandlungen über die Friedensschlüsse. Keiner derselben war im Stande den preußischen Forderungen aus eigener Kraft noch Widerstand entgegenzusetzen, und dennoch zogen sich die Verhandlungen in die Länge: man hoffte in den süddeutschen Hauptstädten auf Napoleon. Nur der Großherzog von Baden verschmähte es den französischen Beistand anzuflehen; aus all den andern Hauptstädten gingen Bittgesuche nach Paris und fanden dort wohlgefällige Aufnahme und Befürwortung. Aber Napoleon wollte auch für sich selbst nicht leer ausgehen. Kaum war Bismarck im Gefolge des Königs wieder in Berlin angelangt, so erhielt Benedetti zu seinem eigenen Mißbehagen den Befehl in Rücksicht auf die Vergrößerung Preußens Abtretungen am Rheine zu verlangen. Es handelte sich um die Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz. Der Gesandte zog es vor dem Grafen zunächst schriftlich Mittheilung davon zu machen und erst andern Tags, am 6. August, sich persönlich die Antwort zu holen. Als er vernahm, daß der König Napoleons Verlangen rundweg abschlage, drohte er mit Krieg; Bismarck aber erwiderte gelassen: Nun gut, dann ist Krieg; aber dem Kriege werde die Revolution folgen, und der Kaiser möge sich wohl fragen, wer dieser am besten trotzen könne, er oder König Wilhelm. Mit dieser Antwort begab sich Benedetti nach Paris,

Benedettis Forderungen.

und Napoleon hielt es für gerathen, den Plan fallen zu lassen und alle Verantwortlichkeit auf Drouyn zu schieben, der eigenmächtig während des Kaisers Abwesenheit in Vichy die Sache angeregt habe. Er entließ den Minister sogar und übertrug dem Gesandten in Constantinopel, Moustier, bis zu dessen Ankunft aber dem Minister des Innern, Lavalette, das auswärtige Amt. Die Vergrößerungspläne ließ er deshalb doch keineswegs fahren; nur wandte er jetzt seine Blicke von Deutschland auf Belgien und Luxemburg. Benedetti kehrte nach eingehenden Besprechungen mit dem Auftrage zurück, die Einverleibung Luxemburgs und den bewaffneten Beistand Preußens zur demnächstigen Eroberung Belgiens zu fordern. Bismarck befolgte diesem neuen Verlangen gegenüber wieder seine Zögerungspolitik; er machte an dem Vertragsentwurf in fünf Artikeln, den ihm der Gesandte vorlegte, seine Ausstellungen, ließ ihn nach Paris zurückgehen, wo Napoleon und Rouher in eigenhändigen Correcturen seinen Einwürfen Rechnung trugen, schützte dann das Bedenken vor, der Kaiser wolle ihn durch diesen Vertrag nur mit England verfeinden, und reiste endlich auf sein Gut Varzin in Pommern ab, wo er bis in den December verblieb.

Drouyns Rücktritt.

Anschläge auf Belgien.

Den deutschen Staaten gegenüber aber wußte er aus den französischen Forderungen den größten Vortheil zu ziehen. Von der Pfordten erschrak nicht wenig, als er sah, daß Napoleon, von dem er Hülfe erhoffte, sich selbst auf Baierns Kosten bereichern wollte; Würtemberg und Baden wußten gleichfalls recht gut, daß die Entschädigungen, welche Frankreich in dem Entwurf vom 5. August für Baiern in Aussicht genommen hatte, von ihnen hätten geliefert werden müssen. Alle drei Staaten beeilten sich deshalb nicht allein ihren Frieden mit Preußen zu machen, sondern auch ein geheimes Schutz- und Trutzbündniß anzunehmen, das Bismarck ihnen vorschlug, und durch das sie dem Könige von Preußen im Kriege den Oberbefehl über ihre Truppen übertrugen. Am 13. August wurden mit Würtemberg, am 17. mit Baden, am 22. mit Baiern beide Verträge unterzeichnet. Alle drei Staaten mußten mäßige Summen, acht, sechs, dreißig Millionen Gulden, zum Ersatz für die preußischen Kriegskosten zahlen, Baiern überdies ein paar Grenzbezirke, Gersfeld, Orb und Caulsdorf in Thüringen, etwa 10 Quadratmeilen mit 33,000 Einwohnern abtreten. Hessen-Darmstadt, dessen Minister Dalwigk in das Geheimniß der Schutz- und Trutzbündnisse nicht eingeweiht wurde, kam schlechter weg; es mußte am 3. September außer einigen andern Bezirken die Landgrafschaft Hessen-Homburg, die ihm erst kurz vor dem Kriege durch den Tod des letzten Landgrafen zu-
:fallen war, zusammen 20 Quadratmeilen mit 75,000 Einwohnern rausgeben, drei Millionen Gulden zahlen, preußische Besatzung in lainz aufnehmen und mit seinen nördlich vom Main gelegenen rovinzen in den Norddeutschen Bund eintreten. Noch später kam it den beiden kleinen thüringischen Staaten, die hartnäckig zu Oestich gehalten, mit Meiningen und Reuß ä. L. der Friede zu Stande; eide hatten erst militärisch besetzt, der Herzog von Meiningen zu

Die Schutz- und Trutzbündnisse.

Die Friedensschlüsse.

Gunsten seines Sohnes abdanken müssen, ehe sie durch den Eintritt in den Nordbund den Frieden erkauften. Noch später fügte sich der König von Sachsen in das Unvermeidliche; sein langes Säumen rief sogar die Befürchtung im Lande wach, es handle sich um einen Wechsel des Herrscherhauses, der Großherzog von Weimar sei zur Nachfolge berufen; der Friedensschluß vom 21. October ließ jedoch in der Beziehung Alles beim Alten; dem Königreiche wurden 10 Millionen Thaler Kriegskosten zugeschoben, und außer dem Beitritt zum Norddeutschen Bunde wurden ihm nur noch verschiedene untergeordnete Verpflichtungen auferlegt, deren wichtigste der sofortige Verzicht auf seine diplomatische Vertretung im Auslande war.

Der Prager Friede.

An den Friedensverhandlungen mit Oestreich, die von den Herren von Werther und von Brenner in Prag geführt wurden, nahm auch ein italienischer Vertreter, General Menabrea, Theil. Nur schwer hatte sich das Florentiner Cabinet trotz seiner Niederlagen im Felde in den Gedanken gefunden, daß es auf die Erwerbung von Welschtyrol verzichten müsse. Dank seinen Zögerungen war der Abschluß des Waffenstillstandes erst am 11. August in Cormons erfolgt; am 13. traf Menabrea in Prag ein. Zwischen Preußen und Oestreich war Alles schnell geordnet; schon am 23. August wurde der Friede auf Grundlage der Nikolsburger Uebereinkunft geschlossen; die Geldentschädigung, welche Preußen empfing, belief sich auf 20 Millionen Thaler; andere 20 Millionen wurden auf die Kriegskosten, die Oestreich von Schleswig-Holstein zu fordern hatte und für die Verpflegung der preußischen Truppen seit Ende Juli abgerechnet. Der Vereinigung Venetiens mit Italien gab Franz Joseph ausdrücklich seine Zustimmung; in dem am 3. October mit Menabrea geschlossenen Frieden erhielt er dafür die Summe von 35 Millionen Gulden als Antheil Venetiens an der östreichischen Schuld. Das Decret der Einverleibung unterzeichnete Victor Emanuel erst am 4. November, nachdem General Leboeuf in Napoleons Namen die Stadt Venedig dem Gemeinderath übergeben und eine allgemeine Abstimmung bei mehr als 650,000 Ja nur 69 Nein aufgewiesen hatte. Mit dem Einzuge des Königs in seine neue Stadt und den glänzenden Festlichkeiten, die sich daran schlossen, endete dieser wechselreiche Abschnitt in dem Leben des jungen Staates, und es fehlte jetzt nur noch Rom und das Erbtheil Petri in der nationalen Gemeinschaft, deren Erwachsen abermals so sichtlich vom Glücke begünstigt worden war.

Italien und Venetien.

Die Früchte des Krieges.

Für Deutschland und vor Allem für Norddeutschland began mit der Beendigung des Krieges die keineswegs mühelose, aber erhebende und gedeihliche Arbeit sich seine neuen Staatsformen zu schaffen. Wohl war es für den Patrioten ein trauriger Gedanke, daß der Main das Vaterland fortan in zwei Hälften scheiden werde; unmöglich konnte dieser Zustand von Dauer sein; unmöglich konnte

Deutschland und die Mainlinie.

diese oberdeutschen Stämme, die unter sich kaum minder verschieden waren als im Vergleich mit ihren nordmainischen Landsleuten, dazu verdammt sein, auf alle Zeiten seitab von dem großen Strome des nationalen Lebens eine kränkelnde Sonderexistenz zu führen und in der alten staatlichen Verkümmerung ihre edlen Kräfte zu vergeuden. Allerdings war unter dem lebenden und tonangebenden Geschlecht ja der Preußenhaß so tief gewurzelt, daß die Mehrheit der Süddeutschen ihre Abtrennung als eine Befreiung, als eine Rettung vor der Verpreußung begrüßen mußten; aber gar locker saßen diese Gedanken doch bei der heranwachsenden Generation, die nicht durch längst gefaßte Vorurtheile behindert wurde, die Lehren der jüngsten Tage zu verstehen, und auch gar manchem ehrlichen Preußenfeinde, der mit seinen alten großdeutschen und östreichischen Lieblingsgedanken nicht so schnell brechen konnte, trat doch die Nothwendigkeit, sich dem Geschehenen anzubequemen, näher und näher und zwang ihn, vorerst vielleicht nur im Stillen, zu dem Geständniß, daß bei der einzigen Wahl, welche die Macht der Ereignisse jetzt noch gestattete, die enge Verbindung mit dem Norden dem hülflosen Schwanken zwischen Oestreich und Frankreich doch weitaus vorzuziehen sei. In Preußen selbst und in den ihm verbündeten Staaten beklagte man umgekehrt die Trennung von Süddeutschland grade jetzt sehr schmerzlich; aber bei nüchterner Ueberlegung konnte die Klage sich doch kaum zur Anklage gegen Bismarck steigern. Wäre man auch bereit gewesen einen Krieg mit Frankreich zu wagen, um die Stammesgenossen bis zum Bodensee für den neuen Bund zu gewinnen, so lag doch andrerseits offen vor Augen, daß ihr Eintritt viel feindliche und zerstörende Elemente in den Stand gesetzt hätte, das Band welches man zu weben im Begriff war, zu lockern und zu gefährden. Unzweifelhaft konnte die Verfassung eines Norddeutschen Bundes viel einheitlicher und straffer werden als die eines alldeutschen, in dem auch Baiern und Würtemberg Platz finden sollten; unzweifelhaft konnten die widerstrebenden Parteien des Südens, wenn sie mit denen des Nordens sich verbanden, viel Nützliches verhindern, viele ganze Maßregeln zu halben und unvollkommenen abschwächen. Traurig wie es war, mußte man sich doch einstweilen bei dem Gedanken beruhigen, daß die Main-Linie ein nothwendiger Haltepunct sei, eine Station, wie Miquel von Osnabrück sich im Reichstage ausdrückte, auf der man Kohlen und Wasser einnehme und Athem schöpfe um dann bald weiter zu gehen.

Die Beilegung des Conflictes in Preußen.

Unter solchen Gesichtspuncten konnte die traurige Nothwendigkeit der Zerspaltung wohl gar als eine heilsame erscheinen, heilsam wenigstens für so lange, als die drei großen Aufgaben noch ungelöst waren, die Norddeutschland fürerst zu verarbeiten hatte. Die erste und dringendste, gleichsam die Vorbedingung für die beiden andern, war die Herstellung des inneren Friedens in Preußen. Nur mit Hülfe der liberalen Partei, die dadurch versöhnt wurde, konnte dann weiter einerseits die allmälige Verschmelzung der neu erworbenen mit den alten Provinzen und andrerseits die Vereinbarung über die Verfassung des Nordbundes erreicht werden. Die Herstellung des inneren Friedens

war durch die glänzenden Siege des umgestalteten Heeres bedeutend erleichtert worden. Bei der Neuwahl der Abgeordneten, die unter dem Eindruck der ersten Freudenbotschaften aus Böhmen am Tage von Königgrätz vollzogen wurde, erlag beinah die Hälfte der bisherigen Vertreter der veränderten Volksstimmung. Die Conservativen gewannen fast 100 Stimmen, die Fortschrittspartei schmolz auf 70 bis 80 zusammen. Zudem brachten viele von diesen, die im Februar als heftige Gegner der Regierung aus Berlin geschieden waren, friedlichere Gesinnungen mit zurück; es wurde in ihrer Mitte unverhohlen ausgesprochen, daß nach den Ereignissen dieses Jahres Niemand mehr daran denken könne, die Minister wegen der Reorganisation zur Verantwortung zu ziehen, daß es aber trotzdem Pflicht der Landesvertretung sei, sich fördernd an den bevorstehenden großen Aufgaben des Staates zu betheiligen. Nicht alle Mitglieder der Fortschrittspartei vermochten freilich diesen Standpunct einzunehmen und die Mißhelligkeiten, zu denen dies im Laufe der Landtagsverhandlungen führte, veranlaßten am 24. October 24 Abgeordnete zum Ausscheiden aus der Fraction und zur Gründung einer neuen Partei, die der auswärtigen Politik Bismarcks ihren vollen Beistand versprach, bezüglich der inneren Verwaltung aber die Pflichten einer wachsamen und loyalen Opposition zu erfüllen beabsichtigte. Auf Grund dieses doppelten, zugleich nationalen und liberalen Programms nahm sie die Bezeichnung der nationalliberalen Partei an, und gewann als solche bald den maßgebenden Einfluß in Preußen wie in Norddeutschland, obgleich die erzürnte Fortschrittspartei Nichts unterließ, um diese Erfolganbeter, diese Hurrahschreier und Bismärcker beim Volke in üblen Ruf zu bringen.

Die Nationalliberalen.

Die Indemnität.

Beim Beginn des Landtags, den der König am 5. August, eben von den böhmischen Schlachtfeldern heimgekehrt, persönlich eröffnete, war die künftige Parteibildung noch völlig unübersehbar. Alles hing davon ab, ob der Monarch den Liberalen die Hand zur Versöhnung und zu gemeinsamer Arbeit bieten, oder ob er sie zurückstoßen und nur auf die Conservativen sich stützen werde. Die Kreuzzeitungspartei hatte es nicht an Bemühungen fehlen lassen um eine Entscheidung in der letzteren Richtung herbeizuführen; allein eine Besprechung, die Kleist-Retzow und andre ihrer Häupter mit dem Grafen Bismarck vor dessen Heimkehr in Prag hatten, belehrte sie, daß der Minister entschlossen sei, der Verfassung ihre volle Geltung zurückzugeben. Die Thronrede beseitigte auch für die Oeffentlichkeit jeden Zweifel, der darüber etwa noch herrschen konnte. Rückhaltslos erkannte der König an, daß die Staatsausgaben der letzten Jahre der gesetzlichen Grundlage entbehrt hätten, und sprach das Vertrauen aus, daß der Landtag der Regierung die Indemnität, welche sie da[illegible] fordern wolle, bereitwillig ertheilen und damit den bisherigen C[illegible]flict für alle Zeit zum Abschluß bringen werde. Die Minister [illegible]stätigten diesen Wunsch persönlich in den entgegenkommendsten A[illegible]drücken und legten am 13. August das Indemnitätsgesetz vor. Natürl[illegible] wollten weder der König noch die Regierung dieses Einlenken [illegible]n Sinne einer Abbitte verstanden wissen; er habe nicht anders hande[illegible]n

können, als er gehandelt, erklärte der Monarch beim Empfang der Adresse des Abgeordnetenhauses; er würde unter gleichen Umständen stets wieder genau eben so handeln müssen; aber zum zweiten Mal, fügte er nachdrücklich hinzu, werden solche Umstände eben nicht wieder vorkommen. Das beruhigte die bisherigen Bundesgenossen Bismarcks wenigstens halbwegs; obgleich sie die große Schwenkung, die der Minister vollzogen, nicht verkannten, so gaben sie der Indemnität doch widerstrebend ihre Zustimmung. Im Abgeordnetenhause beharrten nur die Polen, Katholiken und etwa 30 Fortschrittsmänner auf ihrem Widerspruch, während 230 gegen 75 Mitglieder am 3. September die Vorlage genehmigten und das Herrenhaus sie fünf Tage später einstimmig annahm.

Sonstige Landtagsverhandlungen.

Auch so blieben freilich noch mancherlei Fragen, die zu neuen Zerwürfnissen führen konnten, wenn die nationalliberalen Elemente der Fortschrittspartei es an Nachgiebigkeit fehlen ließen. Der neue Präsident der zweiten Kammer, Forckenbeck, dem Grabow in versöhnlicher Absicht freiwillig diesen Ehrenplatz eingeräumt hatte, und neben ihm einzelne Abgeordnete, besonders Twesten, Lasker, Michaelis, Unruh, wußten jedoch die Schwierigkeiten zu ebnen. Mit fast demselben Stimmverhältniß wie bei dem Indemnitätsgesetz wurden der Regierung am 25. September 60 Millionen Thaler bewilligt, die zur Deckung der Kriegskosten dienen sollten, und wurde ihr gestattet den geleerten Staatsschatz wieder zu füllen, doch mit der Beschränkung, daß er nicht mehr als 30 Millionen Thaler enthalten dürfe. Dem Wunsche des Königs, die Verfügung über 1½ Millionen zu erhalten, um dieselben unter die hervorragendsten Heerführer zu vertheilen, stimmte die große Mehrheit des Hauses nicht allein zu, sondern sie reihte in die Liste des Königs, die Roon und Moltke, Herwarth, Steinmetz und Falckenstein umfaßte, auch noch den Grafen Bismarck ein, und Hoverbecks Versuch, diesen und Roon wieder zu streichen, scheiterte am 5. December an einer Mehrheit von 219 Stimmen. Der wahre Prüfstein für die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Nationalliberalen mit dem Ministerium war indes die Berathung des Haushaltes für 1867. Hier gab es so viele Puncte, in denen die Opposition nicht nachgeben durfte, daß die friedliche Stimmung nicht selten doch wieder in eine kriegerische umschlug; eine beträchtliche Reihe von Beschlüssen fiel gegen die Regierung aus, bei der Berathung des Justizetats griff Lasker den Minister von der Lippe heftig an, vor Allem drohte beim Militäretat der alte Streit wieder aufzuleben.

Das Militärbudget.

Eine Mehrheit von 14 Stimmen verwahrte sich vor der Bewilligung der geforderten 44 Millionen am 10. December ausdrücklich gegen die Folgerung, als ob sie damit auf die gesetzliche Regelung der Heeresumgestaltung Verzicht leisten wolle, und nur der Abfall einiger Mitglieder vereitelte dann (bei 163 gegen 153 Stimmen) den Antrag von Virchow und Baerst, die 44 Millionen nur als Pauschsumme zu bewilligen, die Streichung der Reorganisationskosten im nächsten Jahre also offen zu halten. Dank dem vermittelnden Antrage von Reichenheim, der 41½ Millionen als fortlaufende Ausgaben, den Rest als

Extraordinarium bewilligte, kam ein Etat zu Stande, der am 18. December fast einstimmig angenommen wurde, und dem auch Bismarck, trotz der vielen Mängel, die er habe, zustimmte, um seine Achtung vor dem Budgetrecht des Hauses zu bethätigen. So war also, nicht ohne große Mühen, zum ersten Male so lange es eine preußische Verfassung gab, der Staatshaushalt vor Beginn des neuen Jahres gesetzlich geregelt und das verfassungsmäßige Regiment in seiner wichtigsten Bestimmung zur Wahrheit geworden. Dem gegenüber trat Alles was diese Landtagssession außerdem an förderlichen Gesetzen ins Leben geführt, selbst der Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Aufhebung des Salzmonopols, die Beseitigung der Wuchergesetze, in den Hintergrund; nur die Maßregeln zur Einverleibung der neuen Provinzen und zur Begründung des Nordbundes konnten an historischer Bedeutung damit verglichen werden.

Die Annexionen.

Das Gebiet, um welches die Annexionen Preußen vergrößerten, betrug Alles in Allem 1308 Quadratmeilen mit 4,3 Mill. Einwohnern, so daß der Umfang des ganzen Staates auf 6400 Quadratmeilen und die Bevölkerungszahl auf 23,6 Mill. stieg. Schleswig-Holstein wurde von den übrigen Erwerbungen getrennt behandelt, weil man vorher einen Ausgleich mit dem Großherzog von Oldenburg zu erreichen wünschte, dessen Ansprüche bisher regierungsseitig zu oft anerkannt waren, als daß man sie jetzt einfach hätte bei Seite schieben mögen. Am 27. October willigte derselbe denn auch in einen Vertrag, der ihm das Amt Ahrensböck in Holstein und eine Million Thaler zusicherte. Wie Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt durch Gesetz vom 21. September, so wurde nunmehr Schleswig-Holstein am 24. December mit der preußischen Monarchie verschmolzen. Von allen Seiten war man darüber einverstanden, daß den neuen Provinzen manche berechtigte Eigenthümlichkeiten zu belassen seien, und da eine sofortige gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse nicht möglich war, so räumte man der Regierung bis zum 1. October 1867 das Recht der Dictatur ein und bestimmte, daß erst an dem genannten Tage die preußische Verfassung in Kraft treten solle.

Stimmung der Neupreußen.

Die Abneigung der Bevölkerungen gegen den Verlust ihrer staatlichen Sonderexistenz trat besonders in Hannover und Frankfurt sehr grell hervor; hier wie dort waren es nur Minderheiten, die den neuen Zustand freudig begrüßten; die große Masse der Gleichgültigen aber wurde von dem Adel und den Beamten so erfolgreich bearbeitet, daß sie wenigstens vorübergehend sich ganz und gar in den Dienst der Preußenfeinde stellte. Der König suchte persönlich durch wohlwollendes Entgegenkommen die Aufregung und Erbitterung nach Kräften zu dämpfen. Er erkannte die sittlichen Beweggründe, die gar Manchen fest an die Vergangenheit knüpften, rückhaltslos an, und äußerte wohl, er würde seine neuen Unterthanen minder schätzen, wenn sie nicht, wie die Hannoveraner, zu deren Deputation er diese Worte sprach, Schritte zur Erhaltung ihres früheren Herrschers bei ihm gethan hätten. Die persönliche Lage der entthronten Fürsten wünschte er so sorgenfrei und angenehm wie möglich zu gestalten und ließ deshalb Verhandlungen mit ihnen anknüpfen,

die ihnen glänzende Abfindungssummen in Aussicht stellten. Der Kurfürst von Hessen, der seit Ende Juni 1866 in Stettin sich in Gefangenschaft befand, erkaufte sich schon am 17. September die Freiheit und den Genuß seiner bisherigen Einkünfte durch einen Vertrag, in dem er seine Unterthanen ihres Eides entband; mit dem Herzog von Nassau kam ein Jahr später, am 22. September 1867, ein Abkommen zu Stande, das ihm einige seiner Schlösser und eine Summe von etwa 15 Millionen Gulden überwies, und wenige Tage darauf, am 29. September, schloß der frühere hannoversche Minister Windthorst für seinen vormaligen Herrn einen Vertrag, der diesem die Zinsen eines Capitals von 16 Millionen Thalern verhieß, ohne daß er ausdrücklich auf seine Krone verzichtete. Troß der Unzufriedenheit, die über diese Freigiebigkeit im Landtage herrschte, fügten sich viele Abgeordnete doch dem Drucke, den Bismarck durch die Drohung mit seinem Rücktritt ausübte, und am 1. Februar 1868 wurde der Vertrag mit 254 gegen 113 Stimmen genehmigt. Zur Ausführung kam derselbe aber nicht. Wenige Tage darauf feierte König Georg in Hietzing bei Wien, wo er seine Wohnung aufgeschlagen, seine silberne Hochzeit. Waren schon früher aus Anlaß von Familienfesten häufig zahlreiche Deputationen aus seinem Lande bei ihm erschienen, um ihn ihrer Anhänglichkeit zu versichern, so trafen an diesem Tage etwa 1200 Personen mittelst Extrazuges ein und der König selbst trank bei einem großen Bankette auf die Wiederherstellung seines Thrones. Ernsthafter als das waren die kriegerischen Rüstungen, die er unausgesetzt betrieb. Aus seinem früheren Heere waren einige hundert Mann ihm treu geblieben und zu einer Welfenlegion formirt; um den Zuwachs derselben zu erleichtern, war sie anfangs in Holland untergebracht, das von Militärpflichtigen, die sich dem preußischen Dienst entziehen wollten, leicht erreicht werden konnte. Bismarcks entschiedenes Auftreten veranlaßte jedoch die Niederlande, der Legion die Gastfreundschaft aufzukündigen, und nicht anders verfuhr die Schweiz, als Zürich zum Sammelplatz erkoren wurde. Nun wandte sich König Georg durch seinen Minister des Auswärtigen Platen-Hallermund an Napoleon, und dieser gestattete den Legionären, die von der Wiener Polizeidirection mit Pässen versehen wurden, truppweise in Lothringen, in der Champagne, in Orleans, in Amiens zusammenzubleiben und öffentlich militärische Uebungen anzustellen. Die Straffreiheit, die König Wilhelm den Irregeführten bei sofortiger Rückkehr anbot, blieb unbenutzt. Ein Pariser Blatt, die Situation, das von König Georg begründet war, hetzte und stachelte überdies unablässig die Franzosen gegen Preußen auf. Vergebens rief man in Berlin die Vermittlung verwandter Höfe an, um den entthronten Monarchen zur Einstellung dieser Feindseligkeiten zu bewegen; man erreichte Nichts, sondern mußte nur erleben, daß der, wie es schien straflose, Trotz den Kurfürsten von Hessen zur Nacheiferung verlockte, die sich in Denkschriften an die europäischen Höfe, geheimen Aufrufen an die Hessen, Dankschreiben für Geburtstagsgeschenke und dergleichen mehr kundgab. Darauf hin rieth Bismarck dem Könige das Vermögen

Welfische Agitationen.

Beschlagnahmegesetz.

beider Fürsten mit Beschlag zu belegen, die Zinsenzahlung also einzustellen. Es geschah dies für den König von Hannover schon durch Erlaß am 2. März 1868, der am 29. Januar 1869 vom Abgeordnetenhause gebilligt wurde; in Bezug auf den Kurfürsten wurde die gleiche Maßregel einen Tag später beschlossen; die Bestimmung, daß die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch Gesetz erfolgen könne, gab diesen Beschlüssen thatsächlich beinah die Bedeutung eines Rücktritts von den Verträgen. Ueber die Zinsen durfte das Ministerium frei verfügen; sie sollten nach Bismarcks Worten dazu verwandt werden, die Reptilien, die den neuen deutschen Staat feindlich belauerten, bis in ihre Höhlen zu verfolgen, eine Ermächtigung von größter Tragweite, die dem Ministerium eine finanzielle Macht gab, deren Einwirkung auf die Presse sich allmälig in unerfreulicher Weise bemerklich machte. Denn so nützlich und nothwendig es sein mochte, in den neuen Provinzen die feindlichen Strömungen auch durch ministerielle Zeitungen einzudämmen, so wurde dadurch doch ein Heer von Correspondenten groß gezogen, das sich mehr und mehr auch in unabhängigen Blättern einzunisten verstand und ebensowohl die Selbständigkeit wie den gesunden Ton der deutschen Presse empfindlich schädigte. Erst nach unangenehmen Erfahrungen im Jahre 1875 wurde die Benutzung des Reptilienfonds in dieser Richtung wenigstens eingeschränkt, und die Rückkehr zu gesunderen Preßverhältnissen dadurch angebahnt.

Reptilienfonds.

Die Provinzialfonds.

Mit kaum geringeren Bedenken wie die reichen Abfindungssummen für die entthronten Fürsten begrüßte die öffentliche Meinung den Entschluß der Regierung, den neuen Provinzen einen großen Theil ihrer Selbstverwaltung durch Ueberweisung von bestimmten Fonds zu erhalten und zu erleichtern. Kurhessen gegenüber geschah dies durch königliche Verordnung noch während der Dictatur am 16. September 1867; betreffs Hannovers wurde die Sache nach heißen Debatten im Februar 1868 geordnet. Während die Nationalliberalen und ein Theil der Conservativen, die sich unter dem Namen der Freiconservativen von der Mutterpartei abgesondert hatten, die Regierung unterstützten, machten nicht nur die Fortschrittsmänner, sondern auch die Altconservativen so heftige Opposition, daß nur eine Mehrheit von fünf Stimmen in der entscheidenden Sitzung zu dem Ministerium stand. Bismarck verhehlte die politische Wichtigkeit dieser Parteigruppirung nicht; das Band zwischen ihm und seiner alten Partei, das seit Königgrätz gelockert war, erhielt dadurch einen gewaltigen Riß und wurde durch die fast einstimmige Genehmigung, die das Herrenhaus dem hannoverschen Provinzialfonds ertheilte, nur dürftig wieder zusammengeheftet. Es konnte auch dadurch nicht stärker werden, daß der Graf sich bereit erklärte, späterhin auch für die alten Provinzen ähnliche Fonds zu beantragen und dadurch eine größere Decentralisation in der Verwaltung herbeizuführen; denn in dieser Verheißung lag zugleich doch auch die Drohung, den Provinzialständen in ihrer veralteten Gestalt ein Ende zu machen, und durch eine neue Provinzialordnung erst Körperschaften zu schaffen, denen man so gewichtige Aufgaben übertragen konnte. Mittelbar enthielt deshalb

Reform der Provinzialverfassung.

diese Erklärung Bismarcks ein ganzes Programm weitaussehender innerer Reformen, die nur unter dem heftigsten Widerstande der Conservativen gefördert werden konnten, und deren allmälige Verwirklichung die Kluft zwischen dem leitenden Staatsmann und seiner alten Partei immer mehr vertiefen mußte.

Die Neupreußen.

In den neuen Provinzen erwies sich die finanzielle Selbständigkeit und das Maß von Selbstverwaltung, das man ihnen damit gab, als ein sehr wirksames Mittel, um die vorhandenen Mißstimmungen zu beschwichtigen. Grund genug, kein solches Mittel zu verschmähen, war vorhanden, denn naturgemäß konnte die Verwandlung in preußische Provinzen nicht ohne schmerzlichen Schnitt vor sich gehen, und nicht alle die Beamten, welche aus den alten Landestheilen zur Verwaltung der neuen entsendet wurden, vermochten die straffe Pflichterfüllung, an die sie gewöhnt waren, den leichteren mittelstaatlichen Gepflogenheiten ausgleichend anzubequemen. Auch aus den Ministerien kamen während der Dictatur Verordnungen und Gesetze, die selbst von den Preußenfreunden als unbegründete Neuerungen getadelt wurden, und die rückgängig zu machen nicht immer leicht war. An Klagen und Beschwerden fehlte es deshalb nicht, aber nichtsdestoweniger vollzog sich der schwierige Proceß im Allgemeinen doch rascher als man hoffen konnte.

Bismarck hatte allen Grund damit zufrieden zu sein, daß er seine ersten Pläne, die westlichen Provinzen völlig umzubilden und Stücke derselben mit Stücken der neuen Erwerbungen zu neuen Einheiten zu verschmelzen, eine Provinz Rheinfranken, Thüringen, Niedersachsen und so fort, zu schaffen, aufgegeben und dem Gewichte Rechnung getragen hatte, das man in Hessen und Hannover auf die alte Zusammengehörigkeit legte. Von bester Wirkung war es, daß man, um die Wünsche der Bevölkerungen kennen zu lernen, Berathungen mit Vertrauensmännern veranstaltete und daraus die Provinzial-Verfassungen für Hannover, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein hervorgehen ließ. Daß sich die Regierung dabei überall auf den Liberalismus stützen mußte, trat auch in den Personenfragen an den Tag, wie denn beispielsweise Rudolf von Bennigsen Landesdirector in Hannover wurde. Besonders langsam lebte sich Frankfurt in die neuen Verhältnisse ein, obgleich die Stadt einen raschen Aufschwung nahm und der König ihr persönlich viel Wohlwollen bezeigte; er erkannte nicht allein die Kriegscontribution von 1866 als preußische Staatsschuld an, sondern erleichterte die schwierigen Verhandlungen, die sich bei der Sonderung des bisher nicht getrennten städtischen und Staatseigenthumes ergaben, dadurch, daß er aus eigenen Mitteln zu den zwei Millionen, welche die preußische Regierung für die Abtretung gewisser Gebäude u. dgl. als höchste Entschädigung anbot, eine dritte fügte, ein Gnadengeschenk, das man in Frankfurt als solches zwar nicht gelten lassen wollte, aber doch zur Erledigung des Streites trotz des Zornes der Demokratie annahm. In Kurhessen und Nassau errang die liberale, mit den neuen Zuständen einverstandene Partei sehr schnell die Herrschaft; in Hannover behauptete allerdings das Welfenthum, auf die orthodoxe Geistlichkeit und den Adel ge-

Der Liberalismus.

stützt, einen mächtigen Einfluß, aber verglichen mit den Parteiverhältnissen vor der Annexion, hatte doch ein bedeutendes Anwachsen der Preußenfreunde stattgefunden; in Schleswig-Holstein endlich waren die Anhänger des Augustenburgers zu fest durch ihre bisherige Politik gebunden, als daß sie den Segen der neuen Verhältnisse sofort hätten anerkennen mögen; aber so gut wie irgendwo war auch in diesem Lande für eine nahe Zukunft ein vollständiger Umschwung der Stimmungen gesichert, und der Anschluß an die altpreußische Fortschrittspartei, die ja in ihrem Gegensatz zum Ministerium verharrte, war der gewiesene Weg auf dem sich die unzufriedenen, aber gutdeutschen Bewohner dieser Nordmarken in das fremdartige preußische Staatswesen finden konnten.

Die Begründung des Nordbundes.

Die nächste Gelegenheit dazu bot die Mitarbeit an der Begründung des Nordbundes und die Theilnahme an seiner Befestigung. Kaum von den böhmischen Schlachtfeldern heimgekehrt, hatte Bismarck begonnen Hand an dies große Werk zu legen. Ein vorläufiges Bündniß auf die Dauer eines Jahres sollte die Zeit zur Verständigung über die Verfassung des Bundes sowohl unter den Regierungen wie mit einem constituirenden Reichstag gewähren. Auf die Einladung Bismarcks, die vom 4. August 1866 datirt war, erklärten sich 15 Staaten, die Großherzogthümer Oldenburg und Weimar, die Herzogthümer Braunschweig, Anhalt, Coburg-Gotha und Altenburg, die Fürstenthümer Waldeck, Detmold, Bückeburg, Reuß j. L., Rudolstadt und Sondershausen, die Städte Hamburg, Bremen und Lübeck, am 18. August dazu bereit, die beiden Mecklenburg folgten mit einigen Vorbehalten am 21.; Sachsen, Darmstadt, Meiningen, Reuß ä. L., mit denen der Kriegszustand noch fortdauerte, traten in den Friedensschlüssen bei. Den Landtagen der einzelnen Staaten wurde durch die Vorlage des Wahlgesetzes zum Reichstage Gelegenheit gegeben sich über ihre Stellung zu dem Werke der Einigung auszusprechen. Unbeschadet mancher unerfüllbaren Wünsche, die hier und da erhoben wurden, waren alle doch bereit wesentliche Theile ihrer Rechte dem künftigen Parlamente abzutreten; aber die mächtigsten unter ihnen, besonders das preußische Abgeordnetenhaus, weigerten sich das im Voraus zu thun, ehe durch die Bundesverfassung Sicherheit geboten sei, daß der Reichstag auch wirklich alle die Befugnisse erhalten werde, welche die Landtage verlören. Es geschah dies in Preußen in der Form, daß in dem Wahlgesetz dem nächsten außerordentlichen Reichstage nur die Berathung, nicht die Vereinbarung der Bundesverfassung zur Aufgabe gestellt wurde, daß die Abgeordneten sich selbst also die nachträgliche Annahme oder Verwerfung dieser Verfassung vorbehielten. Ungern ließ Bismarck sich auf diese Beschränkung ein; denn was dem preußischen Landtage Recht war, war allen andern Kammern und Kämmerchen billig; die Verhandlungen wurden somit durch diesen Beschluß sehr vervielfacht und erschwert; aber andrerseits durfte man den moralischen Druck, den das fertige Verfassungswerk ausüben werde im Voraus für stark genug halten, um alle böswillige Opposition unschädlich zu machen. Erwies sich doch schon jetzt in einer einzelnen

Das allgemeine Wahlrecht.

Frage das nicht einmal vollkommene Einverständniß der Regierungen als mächtig genug, um eine sehr lebhaft erhobene Forderung der liberalen Parteien zu hintertreiben. Bismarck huldigte der Ansicht, daß dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber eine Beschränkung der Wählbarkeit auf die wohlhabenderen Classen nöthig sei, und daß diese am leichtesten erzielt werde, wenn die Reichstagsmitglieder keine Diäten erhielten. So eifrig nun auch der Liberalismus diese Bestimmung, die unzweifelhaft einem großen Theile der gebildeten Stände den Eintritt in das Parlament verschloß, bekämpfte, so drang sie doch durch und nur in einigen der kleineren Länder willigten die Regierungen ein, den Abgeordneten für dies eine Mal von Staatswegen Tagegelder zu bezahlen.

Der Verfassungsentwurf.

Die Verhandlungen der Regierungen über den Entwurf der Bundesverfassung fanden unter Bismarcks Vorsitz vom 15. December 1866 bis zum 9. Februar 1867 in Berlin statt. Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens, zeigte sich doch auch hier wieder, wie schwer es war, eine volle Uebereinstimmung unter so vielen selbständigen Regierungen und in so vielen und verwickelten Puncten zu erreichen. Gewisse Wünsche und Beschwerden blieben denn auch bei vielen der Verbündeten bestehen und wurden am 7. Februar in einem Schlußprotocolle niedergelegt; aber die Unterzeichnung des Verfassungsentwurfes erfolgte doch unbeschadet derselben von allen Seiten. Mit Weimar und etwa der Hälfte der kleinen Staaten schloß Preußen überdies am 4. Februar noch einen Militärvertrag ab, der die Truppen dieser Staaten vollständig mit der preußischen Armee verschmolz, ihnen dafür aber während der nächsten sieben Jahre einen Erlaß von zusammen 225 Thalern für jeden Mann gewährte. Sachsen andrerseits bedang sich am 7. Februar durch besonderen Vertrag aus, daß sein Heer ein besonderes Armeecorps bilden solle, dessen Befehlshaber indes der König von Preußen ernannte, und das ganz nach preußischer Art organisirt werden mußte. Den Oberbefehl über alle Bundestruppen erhielt verfassungsmäßig in Krieg und Frieden der König von Preußen; die gesammte preußische Militärgesetzgebung, insbesondere also die allgemeine Wehrpflicht, wurde auf den ganzen Bund ausgedehnt; die Stärke des Heeres sollte ein Procent der Bevölkerung von 1867 betragen und alle zehn Jahre neu geordnet werden; zur Bestreitung der Kosten waren ein- für allemal 225 Thaler für den Mann berechnet. Ebenso unbeschränkt wie über das Heer gebot der König von Preußen über die Bundesflotte; er erwählte selbst die zwei Staaten, die neben Preußen in einem Ausschusse für das Heer und einem anderen für das Seewesen sitzen sollten. In allen anderen undesangelegenheiten stand ihm als dem erblichen Präsidenten die sübende Gewalt zu, die er durch einen Bundeskanzler wahr-nehmen hatte; die Gesetzgebung lag dem Bundesrath und dem ichstag ob. Im Bundesrathe erhielten die 18 kleinen Staaten eine Stimme, Schwerin und Braunschweig je zwei, Sachsen r, Preußen siebzehn, so daß die Gesammtzahl 43 betrug. Fünf ndige Ausschüsse, die aus einem Vertreter des Präsidiums und

zwei vom Bundesrath gewählten Mitgliedern bestanden, wurden für Zoll- und Steuerwesen, Handelssachen, Eisenbahnen (mit Post und Telegraphie), Justiz und Rechnungswesen eingesetzt. Damit waren zugleich die Gebiete der Bundesgesetzgebung bezeichnet, deren nähere Abgrenzung in anderen Paragraphen sorgfältig vollzogen wurde; sie zu erweitern konnte nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Die Einnahmen des Bundes setzten sich aus den Zöllen und Verbrauchssteuern zusammen; den Hansestädten, die nicht gezwungen werden sollten, in den Zollverein zu treten, wurden dafür jährliche Abfindungssummen (Aversa) auferlegt; reichten diese Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht hin, so wurden die fehlenden Summen als Matrikularbeiträge nach der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Staaten vertheilt.

Der erste Reichstag.

Einundsiebzig Artikel in 14 Abschnitten waren es, aus denen dieser Verfassungsentwurf bestand; der einundsiebzigste besagte, daß nach der Annahme desselben das Verhältniß zu Süddeutschland durch besondere Verträge geordnet werden solle. Zunächst hatte nun der Reichstag den Entwurf zu prüfen. Nachdem die Wahlen am 12. Februar stattgefunden, wurde er am 24. eröffnet. Mit warmen Worten begrüßte der König in der Thronrede diese Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben habe. Er gedachte der vergangenen Zeiten der Zerrissenheit und Ohnmacht, wo Deutschland für fremde Mächte das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergegeben; er ermahnte den Reichstag sich nicht durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen zu lassen, nicht das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern, nicht den günstigen Augenblick zur Errichtung eines Gebäudes zu versäumen, dessen vollendeteren Ausbau man getrost der Zukunft überlassen könne. Den Süddeutschen bot er offen und entgegenkommend die Hand zu weiterer Verständigung; dem Ausland rief er zu, daß nur zur Abwehr, nicht zum Angriff die deutschen Stämme sich geeinigt; die Vertreter des Nordbundes aber forderte er auf, rasch und sicher die große Arbeit durchzuführen und so den Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter in Erfüllung zu bringen.

Die Parteien.

Die Zusammensetzung des Reichstags war der Art, daß man an dem redlichen Willen der Mehrheit, sich mit den Regierungen zu verständigen, nicht zweifeln konnte. Schon die Wahl Simsons zum Präsidenten sprach dies aus, und daß der Herzog von Ujest und Rudolf von Bennigsen ihm zur Seite gestellt wurden, lehrte, daß die Entscheidung bei Parteien ruhe, die mit den schroffen Gegensätzen der preußischen Conflictszeit brechen wollten. Der Herzog von Ujest war der Repräsentant der freiconservativen Partei, die sich im Gegensatz zu dem brandenburgisch-pommerschen Landadel, der unter den Altconservativen den Ton angab, vorzugsweise aus der hohen Aristokratie zusammensetzte; der Herzog von Ratibor, Fürst Pleß, Graf Bethusy-Huc, der hannoversche Graf Münster waren hervorragende Mitglieder der Partei, der die Gegner nicht unwitzig späterhin den Namen der Botschafterfraction beilegten. Rudolf von Bennigsen gehörte zu den

Führern der Nationalliberalen, und trug im Verein mit seinem Landsmann Miquel, dem Nassauer Braun, dem Kurhessen Oetker und vielen anderen Abgeordneten der neuen Provinzen nicht wenig dazu bei, innerhalb der neuen Partei die persönlichen Abneigungen gegen Bismarck, die mißliebigen Erinnerungen an die Conflictszeit und den gereizten Ton der Debatte, zu dem die Altpreußen, selbst die Twesten und Lasker, doch immer wieder hinneigten, in möglichst enge Grenzen zu bannen. Die unzufriedenen liberalen Abgeordneten aus den neuen Provinzen, besonders die Augustenburger aus Schleswig-Holstein, führten der altpreußischen Fortschrittspartei, die aber trotzdem kaum auf 20 Köpfe kam, erwünschte Verstärkung zu; ihre conservativen Landsleute suchten dagegen weniger Fühlung mit den Gesinnungsgenossen in dem leitenden Staate, die sich des Eintritts von Moltke, Steinmetz, Falckenstein in ihre Fraction rühmen durften, sondern wurden mehr durch die Particularisten angezogen, die beispielsweise das Königreich Sachsen entsandt hatte und die sich zu einer bundesstaatlich-constitutionellen Vereinigung zusammenthaten. Diese nahm zum Theil auch die Katholiken auf, die sich noch zu keiner eigenen Partei zusammenschlossen, wohl aber schon jetzt durch Mallinckrodt und Windthorst den neuen Bund so heftig angriffen, daß eines der ersten geflügelten Worte Bismarcks ihnen vorhielt, wie der Abfall der Welfen und der Sieg der Ultramontanen die Ursache von Deutschlands Zerrüttung gewesen seien. Ganz fremd und beinah nur ablehnend verhielten sich endlich die Polen, die zwei Dänen, die Nordschleswig schickte, und die Socialdemokraten.

Die Socialdemokratie.

So gering an Zahl diese letzteren auch waren, so hatten sie doch in ungeahntem Maße Einfluß auf weite Kreise des Volkes gewonnen. Selbst der Zwiespalt, der nach Lassalles Tod unter ihnen ausbrach und in dem persönlichen Ehrgeize ihrer Führer reichliche Nahrung fand, lähmte ihre Wirksamkeit nur wenig. Auf der einen Seite stand der von Bebel und Liebknecht geleitete deutsche Arbeiterbund, der sich Anfang September 1868 in Nürnberg zu einem internationalen Programm bekannte, sich im nächsten Jahre zu Eisenach vollständig von den Lassalleanern trennte und mit dem gesammten europäischen Radicalismus auf den internationalen Arbeitertagen und Friedenscongressen, die in Genf, Lausanne, Bern, Basel stattfanden, Fühlung suchte. Die eigentlichen Lassalleaner, denen die nationalen Gesinnungen ihres verstorbenen Parteihauptes aber auch immer fremder wurden, trotz des abgöttischen Cultus, den sie nach wie vor mit seinem Andenken trieben, spalteten sich ihrerseits wieder in zwei Gruppen, den Hauptverein unter Schweitzer, und die sog. weibliche Linie, die zu Lassalles Freundin, der Gräfin Hatzfeld und ihrem Schützling Fritz Mende hielt: den Vorwand für die Spaltung, die doch im Grunde rein persönlichen Zwistigkeiten entsprang, bot die Frage, ob man planmäßig durch Arbeitseinstellungen die Lage der Arbeiter bessern könne und solle oder nicht — eine Frage, die Schweitzer bejahte, Mende verneinte. Einig waren alle diese Richtungen darin, daß sie nicht allein den Haß gegen die

Besitzenden nährten, sondern auch die überlieferte Religiosität der arbeitenden Classen durch atheistische und materialistische Anschauungen zu verdrängen suchten. Rein wirthschaftlichen Reformen zugewandt waren die Gewerkvereine, die von Mitgliedern der Fortschrittspartei nach englischem Muster gegründet wurden, nach und nach jedoch sich auch dem socialistischen Principe näherten und den Zusammenhang mit der Fortschrittspartei lockerten. Alle diese Vereinigungen zählten ihre Anhänger nach Hunderttausenden, und obgleich ein großer Theil derselben seiner Jugend wegen noch gar nicht wahlberechtigt war, so hatten sie doch in den Fabrikdistricten Macht genug, um ihre Führer, Bebel, Schweitzer, Mende, Hasenclever u. A. durchzubringen. Eine sehr thätige, ebenso gewissenlose wie geschickt redigirte Presse, weit mehr aber eine ausgedehnte und planmäßig geleitete Agitation durch gutbezahlte Wanderprediger, die in allen Künsten der Aufwiegelung schulmäßig unterrichtet, ihre Schlagworte und Irrlehren unermüdlich zu wiederholen und ihren gläubigen Zuhörern wie unangreifbare Wahrheiten einzuflößen verstanden, sorgten dafür, daß die Bewegung im beständigen Wachsen blieb, während von Seiten der liberalen Partei nur langsam und nachdem schon viel Boden unrettbar verloren war, eine kräftige Gegenwirkung als unerläßlich erkannt wurde. Die Schulzeschen Genossenschaften waren nicht darauf eingerichtet grade in den Arbeiterkreisen großen Einfluß zu üben, und im Ganzen unterschätzte der Liberalismus die Bedeutung der neuen Bewegung schon deshalb, weil sie auf dem parlamentarischen Schlachtfelde nur mit geringen Kräften auftreten konnte.

Die Verfassungsdebatten.

Diese Puncte, über welche die Mehrheit mit dem Grafen Bismarck, der als Präsident der Regierungsbevollmächtigten die Verfassung dem Reichstage am 4. März vorlegte, in Zwiespalt gerieth, waren zahlreich genug, zum Theil freilich nur von geringer Tragweite. Nicht weniger als vierzig Abänderungen fanden schließlich die Zustimmung der Regierungen. In den Hauptfragen beharrte Bismarck jedoch bei den Vorschlägen des Entwurfes: so wies er mit Entschiedenheit die Bildung eines Bundesministeriums und eines Oberhauses zurück. Das eine wie das andre erschien ihm unverträglich mit der Wirksamkeit des Bundesrathes, der gewissermaßen die Elemente von Beidem in sich trage. Das Oberhaus erfreute sich auch bei den Abgeordneten nur geringer Sympathien, das Bundesministerium aber wurde wenigstens mittelbar von den Nationalliberalen sehr zäh festgehalten. Auf den Namen kam es ihnen nicht an; sie wollten aber die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige direct von dem Präsidium ernannt und dem Reichstage gegenüber verantwortlich gemacht haben. Es kam dabei zu Abstimmungen, in denen Stimmengleichheit oder eine Stimme Mehrheit den Ausschlag gab. Bismarck sprach mit tiefem Schmerze seine Ueberzeugung aus, daß der Block, der mühsam bis nahe an die Spitze gewälzt sei, zurück rollen, daß das vollständig unannehmbare Amendement der Nationalliberalen die Verfassung zum Scheitern bringen werde. Die Folge davon war jedoch, daß bei der entscheidenden Abstimmung über einen von Twesten-

nigsen beantragten Zusatz 140 gegen 124 Stimmen denselben verworfen. Ebenso unterlagen Anträge auf die Gewährung gewisser Grundrechte und die Zulässigkeit directer Bundessteuern; dagegen wurde trotz des Einspruchs, den Bismarck erhob, der Antrag auf Gewährung von Diäten mit 136 gegen 130 Stimmen angenommen, und in der Militärdebatte nach Forckenbecks Vorschlag die Stärke des Heeres (ein Procent der Bevölkerung) und die Ausgaben für dasselbe (225 Thaler für den Mann) nur bis zum 31. December 1871 bewilligt. Nachdem die ganze Verfassung so in erster Berathung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen war, erklärte Bismarck am 15. April, daß die Regierungen in allen anderen Stücken nachzugeben bereit seien, nur nicht bezüglich der Diäten und des Heeres. Den ersten Punct ließ der Reichstag darauf sofort fallen; um den zweiten durchzusetzen mußte Bismarck aber zu einer neuen Drohung mit seinem Rücktritt seine Zuflucht nehmen. Ujest und Bennigsen brachten darauf in Gemeinschaft mit 180 Mitgliedern den Antrag ein: die Einnahmen des Militäretats mit 225 Thalern für jeden Mann der jetzt bewilligten Heeresstärke auch über das Jahr 1871 hinaus bis zu weiterer gesetzlicher Regelung bestehen zu lassen, die Ausgaben aber von diesem Zeitpunct ab durch den jährlichen Haushalt zu ordnen — ein Vorschlag, der mit 202 gegen 80 Stimmen zum Beschluß erhoben und andern Tags, am 17. April, auch von Bismarck Namens der Regierungen angenommen wurde. Wenige Stunden später schloß der König den Reichstag unter dankbarer Anerkennung der Opfer, die von allen Seiten, von den Regierungen wie von den Vertretern, gebracht seien um das große Werk zu sichern. Deutschland saß im Sattel: jetzt mußte sich zeigen, ob es wirklich, wie Bismarck in der Debatte vom 11. März prophezeit hatte, allein werde reiten können.

Schlußberathung.

Annahme in den Einzelstaaten.

Das Nächste war die Bestätigung der Bundesverfassung durch die Landtage der Einzelstaaten. Sachsen eilte den übrigen voran: am 3. und 4. Mai stimmten seine Kammern fast einmüthig der Vorlage zu. In Preußen dagegen machte die Fortschrittspartei heftige Anstrengungen gegen den Entwurf. Waldeck, Virchow und Hoverbeck stellten in einem langen Antrage alle ihre Klagen zusammen und forderten die Regierung auf, unter Berücksichtigung dieser Puncte neue Verhandlungen mit den anderen Staaten zu beginnen. Die große Mehrheit der Abgeordneten, auch viele, die den Beschwerden der Fortschrittspartei sachlich zustimmten, 226 gegen 91, nahmen dagegen am 8. Mai in erster, am 31. in zweiter Lesung die Verfassung an, und das Herrenhaus genehmigte sie am 1. Juni gar einstimmig. In den kleineren Staaten war von Widerspruch natürlich noch weniger die Rede, nur in Waldeck lehnte die Landesvertretung die Bundesverfassung einstimmig ab, um dadurch den Fürsten zum Abschluß eines Vertrages zu drängen, der die Verwaltung des Landes auf zehn Jahre an Preußen übertrug und die schwer mit Steuern überbürdete Bevölkerung erheblich entlastete, obgleich dem Lande sein Antheil an den Domänen für die Dauer des Vertrages zu Gunsten des Fürsten verloren ging. Auch von den anderen Kleinstaaten mit Aus-

nahme der beiden Mecklenburg und Braunschweigs wurden noch eine Reihe von Sonderverträgen mit Preußen geschlossen, kraft deren dieses überall die Verwaltung des Heeres, der Post und der Telegraphen ausschließlich in die Hand nahm. Die Bundesverfassung selbst trat am 1. Juli in Kraft, Graf Bismarck ward zum Kanzler, der Geheimrath Delbrück, ein Mann von freisinnigen Grundsätzen, hervorragender Arbeitskraft und langjähriger Erfahrung besonders in Handels- und Zollangelegenheiten, zum Vorstande des Kanzleramtes ernannt. Der Bundesrath eröffnete seine Sitzungen am 15. August und am 31. fanden die Wahlen zu dem ersten ordentlichen Reichstage statt, der am 10. September in Berlin zusammentreten sollte.

Wachsender Einfluß der Liberalen.

Die innere Entwicklung des Nordbundes nahm von da an im engsten Zusammenhange mit der inneren Entwicklung Preußens immer unzweideutiger einen durchaus liberalen Charakter an. Von ganz hervorragendem Einfluß war dabei die Mitwirkung der nationalliberalen Partei und aus ihrer Mitte wieder vorzugsweise der Abgeordneten aus den neuen Provinzen und den kleineren Bundesstaaten. Zumal unter den ersteren befanden sich Männer von hoher politischer Befähigung. Leichter als mit den kaum versöhnten Gegnern der Conflictszeit konnte Bismarck sich mit ihnen in schwierigen Fragen verständigen; stärker als jene waren sie, die in der Heimat vielfach angefeindeten, auf den Zusammenhalt mit der Regierung angewiesen. Der Richtung, in der sie vorwärts drängten, widersetzten sich wohl manche unter den preußischen Ministern, die sich von ihren alten Anschauungen nicht losmachen konnten; aber das hatte nur den Erfolg, daß Bismarck sich immer entschiedener den Nationalliberalen zuwandte. Er war freilich weit entfernt davon nun die alten Genossen kurzer Hand bei Seite zu schieben, und würde auch selbst wenn er es gewollt hätte an der treuen Anhänglichkeit des Königs, der jedem der Minister aus der schweren Conflictszeit persönliche Dankbarkeit bewahrte, ein ernstes Hinderniß gefunden haben; er mußte deshalb die Nationalliberalen lange über die zwei Seelen, die sie in seinem Ministerium entdeckten, und über die unbegreifliche Verbindung, die er mit den Eulenburg, Mühler und Lippe aufrecht erhalte, klagen lassen; aber auf die Dauer ließ sich der Systemwechsel doch nicht ohne einen Wechsel der Personen ermöglichen. Der Justizminister Graf zur Lippe räumte zuerst seinen Platz und erhielt am 5. December 1867 in dem Hannoveraner Leonhardt einen Nachfolger, der thätig an eine Umgestaltung des Rechtswesens ging und von der nationalen Partei sehr günstig aufgenommen wurde. Er wies zwar die liberalen Neigungen, die man ihm zuschrieb, in schroffer Weise zurück und beschwor ein Jahr nach seinem Amtsantritt im preußischen Landtag einen gewaltigen Sturm gegen sich herauf, als er trotz des gegentheiligen Beschlusses der Abgeordneten die Absicht aussprach, auch fernerhin Hülfsrichter an das Obertribunal zu berufen; aber dieser Zwist wurde bald dadurch beigelegt, daß man die Hülfsrichter durch die Errichtung von drei neuen Rathsstellen bei dem höchsten Gerichte

Ministerwechsel in Preußen.

entbehrlich machte, und der rege Eifer, den der Minister für die Justizreform entfaltete, beseitigte allmälig die entstandene Mißstimmung. Die Erfolge grade auf diesem Gebiete entsprachen in der That allen berechtigten Hoffnungen. Ueber den Rahmen der Bundesverfassung hinaus verfochten Miquel und Lasker erfolgreich die Ausdehnung der Bundescompetenz auf das ganze bürgerliche Recht; die sächsische Regierung ergriff ihrerseits die Initiative, um die Einsetzung eines Bundes-Oberhandelsgerichts zu beantragen, das in Leipzig seinen Sitz erhielt; vor Allem aber wurde in der kurzen Zeit bis zum 25. Mai 1870 die Berathung eines neuen Strafgesetzbuches vollendet und damit ein Werk geschaffen, das trotz mancher Schwächen von hoher nationaler Bedeutung war. Bei den Verhandlungen darüber fehlte es natürlich nicht an heftigen Kämpfen; an der Frage, ob die Todesstrafe beibehalten werden solle, drohte sogar die ganze Vorlage zu scheitern, denn Bismarck weigerte sich unbedingt, in diesem Puncte nachzugeben. Auch bei anderen Gelegenheiten kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen; man hörte den Kanzler mehr als einmal offen oder von ferne mit seinem Rücktritt drohen, und die nationalen Parteien fanden sich dann nicht selten in die Nothwendigkeit versetzt an ihrer besseren Einsicht Opfer zu bringen. Andrerseits war Bismarck doch vorsichtig genug sich auf seine Unentbehrlichkeit und beispiellose Volksthümlichkeit nicht ungebührlich zu steifen. Wenn seine große Reizbarkeit, die Frucht des aufreibenden Dienstes der letzten Jahre ihn gelegentlich zu hartem und herrischem Auftreten hinriß, so war er doch stets wieder bereit zu beschwichtigen, Compromißvorschläge anzubieten oder anzunehmen und Wunden, die er geschlagen, wieder zu heilen. Um einem neuen Conflicte vorzubeugen, brachte er Opfer, die ihm sehr schwer werden mußten. So forderte der Reichstag beispielsweise 1868, daß die Verwaltung der Bundesschulden seiner Ueberwachung unterliegen solle; lieber als daß er dies zugegeben hätte, verzichtete der Graf auf die beantragte Anleihe von 10 Millionen Thalern, die für Flottenzwecke bestimmt war, und gab dann schließlich einem Mittelwege seine Zustimmung, der die Ueberwachung der preußischen Oberrechnungskammer zuwies, die zu dem Zwecke durch Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags verstärkt wurde. Unerbittlich blieb er in einem Puncte, den Waldeck alljährlich wieder zur Sprache brachte, in der Verweigerung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten; auch der Errichtung von Bundesministerien widersetzte er sich mit Heftigkeit, als Lasker und Graf Münster sie wieder anregten. Er hatte an den Reibereien im preußischen Ministerium genug und wünschte nicht, sie durch einen neuen Kreis ebenbürtiger Collegen verdoppelt zu sehen. Welche Kämpfe er mit diesen seinen Amtsgenossen auszufechten hatte, ließ sich einigermaßen aus der Haltung entnehmen, die Graf Lippe beobachtete, als er sich nach seinem Austritt aus der Regierung im Herrenhause zum Führer der allerverbittertsten Opposition aufwarf. Bismarck hatte zu lange Jahre mit den strengconservativen Elementen der ersten Kammer auf vertrautem Fuße gelebt, als daß es ihm leicht geworden wäre, voll-

Justizreformen.

Bismarck und der Liberalismus.

ständig mit ihnen zu brechen. Er suchte die Fäden, die ihn mit der Kreuzzeitungspartei verbanden und die immer lockerer wurden, festzuhalten, so lange er konnte, ein Bemühen, das ihm dann wieder von liberaler Seite Angriffe zuzog. Eine werthvolle Stütze innerhalb des preußischen Ministeriums erhielt er am 2. December 1869 durch die Ernennung Delbrücks zum Minister ohne Portefeuille, und noch einige Wochen früher durch die Beförderung Camphausens zum Finanzminister. Von der Heydt, der beim Ausbruch des Krieges von 1866, als Bodelschwingh den Muth verlor, diesen Posten übernommen hatte, trat jetzt wieder zurück, weil der Landtag in die Steuerzuschläge nicht willigen wollte, die er zur Deckung eines auf 5½ Millionen Thaler veranschlagten Deficits forderte. Sein Nachfolger, bisher Präsident der Seehandlung, war ein Mann von gemäßigtem, aber bewährtem Freisinn, und seine Wahl wurde um so freudiger begrüßt, als er mit dem besten Vertrauen in die Finanzen Preußens der augenblicklichen Verlegenheit durch eine Verminderung der Schuldentilgung, nicht aber durch eine Erhöhung der Steuern abzuhelfen versprach. Einige Wochen später, im Februar 1870, schien auch der Cultusminister Mühler, mit dem Bismarck sich am allerwenigsten verständigen konnte, aus dem Amte scheiden zu sollen; er reichte dem Könige seine Entlassung ein, und da er auch im Abgeordnetenhause jeglicher Stütze entbehrte, schien die Annahme des Gesuches zweifellos; aber grade die ungestümen Angriffe, die von einzelnen Deputirten gegen ihn erhoben wurden, das Fort mit diesem Minister! das grade so wie einst während der Conflictszeit in den Verhandlungen erscholl, mochte den König bewegen das Gesuch abzulehnen. Daß Bismarck im Cabinet bei wichtigen Abstimmungen nicht in der Minderheit blieb, dafür boten neben Delbrück, Leonhardt und Camphausen doch auch Roon und Eulenburg einige Gewähr, indem sie zwischen den starrconservativen Mühler, Itzenplitz, Selchow und den Bismarckianern vermittelten. Eulenburg ging auf die Reform der Kreis- und Gemeindeverfassungen ein und zeigte sich für die Wünsche der liberalen Parteien nach und nach empfänglicher; Roon hatte nie zu dem eigentlichen Kreuzzeitungsmännern gehört und war in der deutschen Politik mit Bismarck vollkommen einverstanden. So erwies sich denn von den zwei Seelen, die in dem Ministerium herrschten, die liberalere in der Regel als die stärkere, und vollends in der Verwaltung des Norddeutschen Bundes traten particularistisch-conservative Ansprüche Preußens so wenig hervor, daß Bismarck gelegentlich mit Recht sagen konnte: der Süden wolle deshalb Nichts von dem Eintritt in den Nordbund wissen, weil dieser ihm zu liberal und national, im Ganzen also zu nationalliberal sei.

Delbrück und Camphausen.

Der Kampf um Süddeutschland und der Luxemburger Streit.

Stimmung in Süddeutschland.

Die Berechtigung zu diesem Ausspruch, bei dem der Kanzler nur Baden ausnahm, lag allerdings in dem Verhalten der großen Masse in Süddeutschland begründet. Wenn die offene Hinneigung zu Frankreich sich nur in engen Kreisen hervorwagen durfte und das Buhlen mit den „herzigen Französlein, die daran Schuld sind, daß wir nicht Mußpreußen werden können", sich auf ein paar ultramontane oder radicale Winkelblätter beschränkte, so war die Anlehnung an Oestreich dafür in um so weiteren Kreisen ein Glaubensartikel, und alle Großdeutschen schauten wieder eifrig nach Wien, seit Kaiser Franz Joseph den Freiherrn von Beust, den vormals sächsischen Minister, in seinen Rath berufen hatte und diesem Manne den größten Einfluß gestattete. Dadurch erwachte in vielen Gemüthern, die mit ehrlicher Treue an ihren alten großdeutschen Träumen hingen, die Hoffnung, daß sich doch noch ein Weg finden lassen werde, auf dem das „dreigetheilte" Vaterland wieder geeinigt werden könne. Ob man zu dem Zweck erst einen südwestdeutschen Bund schließen müsse oder nicht, und ob dieser Bund in ein engeres Verhältniß zu dem Norden oder in ein gleich enges auch zu Oestreich treten solle, das waren Fragen, worüber die Ansichten dann wieder auseinander gingen. Bei den praktischen Staatsmännern freilich stand es fest, daß ein eigentlicher Südbund schon wegen der Eifersucht, die zwischen den einzelnen Staaten bestand, unmöglich sei, und daß die Schutz- und Trutzbündnisse, die dem Könige von Preußen die Führung im Kriege überwiesen, daß die Nothwendigkeit den Zollverein zu erhalten, in den Oestreich ja doch nicht eintreten konnte, die engere Verbindung mit dem Nordbunde außer Frage stellten. Nur Varnbüler, der würtembergische Minister, ließ sich der Mehrheit seines Landtags zu Gefallen so vernehmen, als ob deren Wunsch, eine gemeinsame parlamentarische Vertretung des Südens, ein sogenanntes Verfassungsbündniß, herzustellen nicht allein möglich, sondern sogar schon in der Vorbereitung begriffen wäre. In Wirklichkeit wollten doch weder die Regierungen noch die meisten Kammern von einem so aussichtslosen Versuche etwas hören; nur die ersten Kammern in Baiern und Hessen, die zweite Kammer in Würtemberg waren solchen Plänen günstig gestimmt, und fanden in einzelnen Parteiversammlungen und Parteiblättern Unterstützung. In Baden sprachen sich beide Kammern mit der größten Entschiedenheit für den Eintritt in den Nordbund aus, und die Minister, Männer wie Mathy und Freydorff, waren damit höchlichst einverstanden, wenn sie auch zur Zeit noch auf die Verwirklichung dieses Wunsches verzichten mußten; der naturnothwendige Gang der Entwicklung werde, so trösteten sie die Ungeduldigen, von selbst die Vereinigung herbeiführen, die zu beschleunigen nicht ohne Gefahr sei;

Der Südbund.

über die Nothwendigkeit und nationale Pflicht dieser Vereinigung gebe es gar keine Meinungsverschiedenheit, sondern nur über die Art derselben; die zu bestimmen, liege aber nicht in der Hand der Südstaaten, für die der Anschluß an Norddeutschland eine Existenzfrage sei, sondern in der Preußens, dessen Verteidigungsstellung ohne jene stärker sei als mit ihnen. Zurückhaltender als in Baden war man in Baiern. Für die Begründung des Südbundes fand sich auch in München kaum ein Fürsprecher; von der Pfordten erklärte, daß er keinen Schritt zur Verwirklichung dieses französischen Projectes gethan habe. Für den Eintritt in den Nordbund erhob sich freilich auch nur die Linke des Abgeordnetenhauses, die Völk, Brater, M. Barth; beinah alle Parteien desselben aber forderten den engen Anschluß an Preußen, in der Hoffnung dadurch unter Mitwirkung eines freigewählten Parlamentes die Einigung Deutschlands und die erfolgreiche Abwehr fremder Angriffe zu sichern. In der ersten Kammer fand dieser Beschluß der Abgeordneten zwar einen sehr lebhaften Verteidiger in dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst; aber die Mehrheit blieb doch bei dem Wunsche stehen, daß der König sich jedem Angriff auf deutsches Gebiet mit allen Kräften widersetzen möge. Bei der patriotischen Gesinnung des Monarchen war die Erfüllung desselben im Voraus gesichert; König Ludwig wünschte aber im gegebenen Falle besser gerüstet aufzutreten als 1866 und von vornherein zu Preußen ein besseres Verhältniß anzubahnen, als von der Pfordten das bei seiner Vergangenheit konnte. Als den geeigneten Mann dazu erkannte er den Fürsten Hohenlohe. Auf Grund einer ausführlichen Denkschrift über Baierns Stellung in Deutschland, die er sich von ihm ausarbeiten ließ, berief er ihn am 31. December 1866 ins Ministerium des Aeußern. Dem Landtage gab der neue Minister am 19. Januar 1867 ausführliche Kenntniß von der Politik, die er zu befolgen gedenke; den Eintritt in den Nordbund wies er ebenso entschieden zurück wie die Gründung des Südwestbundes; er betonte, daß Baiern nicht vereinsamt in Europa stehen bleiben könne, daß es der Anlehnung an eine Großmacht bedürfe; diese Großmacht sei aber weder Frankreich noch Oestreich, sondern ganz ausschließlich Preußen; als letztes Ziel seiner Politik bezeichnete er die Herstellung eines Verfassungsbündnisses mit der Gesammtheit der andern deutschen Staaten; bis es aber möglich sei dieses Ziel zu erreichen, versprach er durch den freisinnigen Ausbau der inneren Staatseinrichtungen Baiern das Selbstbewußtsein und das Vertrauen in die eigene Lebensfähigkeit zurückzugeben. Zugleich suchte er mit den drei anderen süddeutschen Staaten Vereinbarungen über die Grundzüge einer gemeinsamen oder doch gleichartigen Wehrverfassung zu treffen und veranlaßte zu diesem Zweck Militärconferenzen in Stuttgart, die vom 3.—5. Februar 1867 stattfanden und die Grundlagen feststellten, auf denen durch wiederholte spätere Verhandlungen unter Anlehnung an die preußischen Einrichtungen in den wesentlichsten Puncten ein Einverständniß erzielt wurde.

Baiern.

Hohenlohe.

Es waren nicht unerhebliche Opfer, welche die Durchführung

dieser Pläne den süddeutschen Staaten auferlegte, und Niemanden konnte es überraschen, daß die Gegner sich der finanziellen Bedenken als eines schützenden Schildes bedienten, hinter dem sie ihre politischen Gegengründe verbargen. In den Debatten, welche darüber in der bairischen Kammer geführt wurden, enthüllte Fürst Hohenlohe zuerst das Geheimniß der mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse. Bismarck gab dazu um so lieber seine Zustimmung, als der Augenblick dieser Veröffentlichung auch Frankreich gegenüber sehr günstig war. In dem gesetzgebenden Körper zu Paris waren die anmaßlichsten Worte Deutschland gegenüber gefallen und Napoleon selbst schickte sich eben an, durch den Erwerb von Luxemburg den Vergrößerungsgelüsten der Franzosen wenigstens eine kleine Befriedigung zu bieten. Da kam die Veröffentlichung der Augustbündnisse am 18. März grade recht um jeden Zweifel an der Haltung Süddeutschlands im Keime zu ersticken und die Erklärung von 119 bairischen Landtagsabgeordneten, daß Baiern seine Pflichten gegen Deutschland treu erfüllen werde, die Beschlüsse zahlreicher Volksversammlungen auch in den andern Südstaaten bezeugten die Befriedigung, welche die überraschende Kunde bei der Mehrheit der Bevölkerung erweckte.

Die Schutz- und Trutzbündnisse.

Für Napoleon war die Entwicklung der deutschen Frage allerdings mit der Zeit immer peinlicher geworden. Persönlich war er von Mißgunst gegen das Nachbarvolk, in dessen Mitte er einen Theil seiner Jugend verlebt hatte und dessen politische Einigung er doch für unvermeidlich hielt, ungleich freier als die große Masse der Franzosen; aber er fühlte sich außer Stande die Vorurtheile und Mißstimmungen seiner Unterthanen zu überwinden, und suchte sie deshalb auf alle Weise wenigstens zu beschwichtigen. Wo sich die Gelegenheit bot, wurden die vortheilhaften Seiten des neuen Zustandes hervorgekehrt. Am weitesten ging in dieser Beziehung ein Rundschreiben, das Lavalette als stellvertretender Minister des Aeußern am 16. September 1866 versandte; es begrüßte die Zersprengung des eisernen Gürtels, mit dem der Deutsche Bund und seine beiden Großmächte bisher Frankreich umspannt hätten; abgesehen von Spanien sei in dem früheren Europa kaum ein festländischer Staat gewesen, mit dem Frankreich eine Allianz habe schließen können; jetzt sei die Freiheit der Bündnisse das Princip, welches den Erdtheil regiere, und gegenüber dem drohenden Anwachsen Rußlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die vor Ablauf des Jahrhunderts je 100 Millionen Menschen zählen würden, liege es in dem Zukunftsinteresse der mitteleuropäischen Völker ihrer Zersplitterung ledig zu werden. Frankreich habe durch die großen Umwandlungen Nichts verloren; nirgends bemerke es Vorgänge, die sein Glück stören könnten; ein dauerhafter Friede scheine gesichert. Doch eine Lehre ergebe sich allerdings aus den Ereignissen des letzten Krieges: die Nothwendigkeit zu einer Vervollkommnung der militärischen Einrichtungen zu schreiten. Und damit wurde denn auch Ernst gemacht. Ein besonderer Ausschuß, dessen Seele der General Niel war, legte schon im December 1866 einen Gesetzentwurf vor, der eine active Armee und eine Reserve

Napoleons Verhalten.

von je 420,000, sowie eine Mobilgarde von 390,000 Mann zu schaffen vorschlug.

Die öffentliche Meinung in Frankreich.

Aber die öffentliche Meinung ließ sich weder durch diese Rüstungen noch durch die rosige Darstellung der europäischen Lage begütigen und zu ihrem Wortführer machte sich im gesetzgebenden Körper besonders Thiers. Er verdammte die Einheit Deutschlands eben so wie die Italiens und schilderte die Lage Frankreichs im März 1867 als so traurig, daß auch nicht ein einziger Fehler mehr gemacht werden dürfe. Sehr verständig äußerte sich dagegen Ollivier, der die Rechtmäßigkeit des Norddeutschen Bundes anerkannte, die Mainlinie als eine vorübergehende Schranke und das Werk Bismarcks als festgegründet betrachtete. Seine Ausführungen übertrafen selbst Rouhers Verteidigungsrede an Sachgemäßheit; denn der Minister, der nicht in Abrede stellte, daß ihn die Schlacht von Königgrätz mit patriotischer Beklemmung erfüllt habe, während er Thiers gegenüber kühn behauptete, auch nicht einen einzigen Fehler gemacht zu haben, erging sich in räthselhaften Drohungen gegen Preußen, falls dieses die tolle Anmaßung haben sollte, bis an die Zuyder See vordringen zu wollen, und schlug damit eine ähnliche Tonart an wie Granier von Cassagnac, der für Frankreich seine natürlichen Grenzen forderte und prahlerisch zum Kriege aufrief.

Der Luxemburger Streit.

Den eigentlichen Sinn dieser Worte vermochten zunächst nur wenige Eingeweihte zu verstehen; Napoleon war eben darüber aus, Luxemburg zu erwerben und dadurch das beste Beschwichtigungsmittel anzuwenden, das es gegen den Aerger der Franzosen über die preußischen Erfolge gab. In vielfacher Hinsicht konnte es gar kein geeigneteres Object für die französische Vergrößerungssucht geben als das kleine Großherzogthum, das beinah herrenloses Gut schien. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes unabhängig geworden, wegen seiner offenkundigen undeutschen Gesinnung von Bismarck gar nicht zum Eintritt in den Norddeutschen Bund aufgefordert, mit Holland nur durch Personalunion vereinigt und für dessen König ein ziemlich unsicherer und daher unbequemer Besitz, hatte es doch auf der anderen Seite in der deutschen Geschichte eine bedeutende Rolle gespielt, war ein Glied des deutschen Zollvereins und hatte in seiner Hauptstadt, der starken Festung, eine preußische Besatzung. Die Einverleibung in Frankreich war also für Deutschland zweifellos ein Verlust, groß genug, um die Schadenfreude der Franzosen zu befriedigen, und doch zu geringfügig, um deshalb einen Krieg zu wagen. Ueberdies hatte Bismarck das Ausscheiden des Ländchens aus Deutschland schon zugegeben, weshalb sollte er da nicht, die Zustimmung des Großherzogs und der Einwohner vorausgesetzt, auch in die Verbindung mit Frankreich willigen? So wurde die Sache denn vorsichtig eingeleitet, wahrscheinlich durch Vermittlung der Königin von Holland, die über ihrem Haß gegen Preußen längst vergessen hatte, daß sie eine würtembergische Königstochter war. Eine holländische Note vom 20. Februar klagte in Paris über die fortdauernde preußische Besatzung und sprach den Argwohn aus, daß es in Bismarcks Plänen

liege, die Niederlande in Abhängigkeit von Deutschland zu bringen. Napoleon ließ darauf am 28. Februar antworten, daß er sich für die Räumung Luxemburgs verwenden werde, daß aber die beste Lösung doch wohl der Verkauf des Landes an Frankreich sei, und dem holländischen Könige leuchtete das ein. Bald waren die näheren Bedingungen verabredet und Napoleon übernahm es Preußens Zustimmung zu erwirken. Doch ehe noch Benedetti die ersten Eröffnungen deshalb gemacht hatte, verrieth der König von Holland die Sache dem preußischen Gesandten durch die ängstliche Anfrage, wie Preußen sich gegebenen Falls wohl verhalten würde, und nun war binnen wenigen Tagen das Geheimniß öffentlich. Im Norddeutschen Reichstage stellte Bennigsen am 1. April mit 70 Genossen an Bismarck die Frage, was er zu thun gedenke, und verhieß ihm in feuriger Rede und unter lauter Zustimmung des Hauses die einmüthige Unterstützung aller Parteien zu entschlossenem Widerstande. Die Antwort des Grafen war vorsichtig und friedlich; doch konnte man daraus entnehmen, daß er in die Einverleibung Luxemburgs nicht willigen werde. Den fremden Großmächten war das höchst unerwünscht; ihnen erschien der Gegenstand zu unbedeutend, als daß er Anlaß zu einem großen Kriege werden dürfe; Beust meinte einen Ausgleich durch einen Tausch gefunden zu haben, mittels dessen Napoleon ein Stück von Belgien, Belgien aber Luxemburg erhalten haben würde; doch scheiterte dieser Vorschlag an der Weigerung König Leopolds II. Dagegen fand ein anderer Ausweg des östreichischen Ministers großen Anklang: danach sollte Luxemburg wie Belgien neutralisirt werden, Frankreich also den Ankaufsplan und Preußen sein Besatzungsrecht aufgeben. Es war das immerhin ein großes Zugeständniß des Berliner Cabinets; denn es hatte seine Garnison in Luxemburg nicht auf Grund des erloschenen Bundesverhältnisses, sondern auf Grund eines europäischen Vertrages vom 3. November 1815, es gab also ein Recht auf, das schwer zu bestreiten war. Indessen Bismarck erklärte sich um einen unanfechtbaren Beweis seiner Friedensliebe zu geben dazu bereit, wenn die Großmächte geneigt seien, die Neutralität Luxemburgs wie die Belgiens zu verbürgen. Eine Verständigung darüber sollte auf einer Conferenz in London stattfinden, die Fürst Gortschakoff vorschlug und zu der der König von Holland die Einladungen erließ. Am 7. Mai trat dieselbe zusammen; unter den Großmächten war zum ersten Mal Italien, außer ihnen Belgien, Holland und Luxemburg vertreten. Die Verhandlungen nahmen einen schnellen Verlauf; schon am 11. wurde ein Vertrag unterzeichnet, kraft dessen die Mächte eine Gesammtbürgschaft für die Neutralität Luxemburgs übernahmen, Preußen die Räumung und der König-Großherzog die Schleifung der Festung versprach. Der Gesammtbürgschaft wohnte indessen, wie sich bald herausstellte, nur ein sehr geringer Werth bei; die englischen Minister erklärten nämlich im Parlamente, daß sie dieselbe für erloschen ansähen, sobald einer der Unterzeichner sich von ihr lossage. Da nun Luxemburg bei seiner geographischen Lage nur von einem der Unterzeichner bedroht werden konnte, so erlosch nach dieser Deutung die

Die Londoner Conferenz.

Bürgschaft für die Neutralität in eben dem Augenblicke, wo sie würde in Kraft treten sollen. Das Recht sich einzumischen behielten die Unterzeichner allerdings nach englischer Auffassung auch dann noch; aber die Pflicht fiel weg und mit der Pflicht natürlich grade das, was der Bürgschaft ihren Werth gab.

Tauffkirchens Sendung nach Wien.

Die Haltung Oestreichs während dieses Luxemburger Streites war sichtlich darauf berechnet gewesen, den Frieden zu erhalten; denn so sehr Beust Preußen haßte, so war die Stunde doch noch nicht gekommen, in der er sich erfolgreich an einem Kriege hätte betheiligen können, und deshalb suchte er den Ausbruch zu verschieben. Fürst Hohenlohe, der bairische Minister, der lebhaft eine Versöhnung zwischen Wien und Berlin herbeiwünschte, ließ sich dadurch zu der Hoffnung verleiten, es werde ihm gelingen, diese Versöhnung zu vermitteln. Sein Programm für die deutsche Frage hatte mittlerweile eine feste Gestalt angenommen. Er wünschte eine Verständigung unter den süddeutschen Staaten über einen weiteren Bund mit Norddeutschland zu Stande zu bringen und den dadurch begründeten Gesammtbund dann wieder durch eine völkerrechtliche Allianz mit Oestreich zu verknüpfen. Graf Bismarck, dem Hohenlohe diese Pläne durch einen besonderen Gesandten, den Grafen Tauffkirchen, gegen Mitte April vorlegen ließ, zeigte sich nicht abgeneigt sie zu verfolgen; doch durfte er durch eine Annäherung an Oestreich die erprobte Freundschaft mit Rußland nicht gefährden und stellte daher die Bedingung, daß „seine Karten für Rußland offen liegen müßten"; übrigens glaubte er versichern zu können, daß man in Petersburg bereit sei für längere Zeit die orientalische Frage nicht aufzurühren und somit den gefährlichsten Anlaß zum Streit mit Oestreich zu vermeiden. Herr von Beust wollte indes von allen diesen Vorschlägen Nichts wissen; eines Bündnisses zur Rückendeckung gegen Frankreich, wie Bismarck und Hohenlohe es wollten, bedurfte er nicht, da er durch seinen Gesandten in Paris, den Fürsten Metternich, auf dem besten Fuße mit Napoleon stand; über die Stellung Süddeutschlands zu Preußen wollte er nicht einmal eine Meinung äußern, um auch nicht den Schein der Verantwortlichkeit für ein weiteres Hinausgehn über die Bestimmungen des Prager Friedens, der schon durch die Augustbündnisse beeinträchtigt sei, auf sich zu nehmen; Graf Tauffkirchen, der sich von Berlin nach Wien begeben hatte, kehrte also ohne den geringsten Erfolg Ende des Monats wieder nach München zurück.

Hohenlohes Pläne.

Hohenlohe nahm nun mit verdoppeltem Eifer die Versuche zu einer Verständigung unter den Südstaaten auf. Er hatte damit um so größere Eile, als die öffentliche Meinung in Baden und Hessen sehr stark auf den bedingungslosen Eintritt in den Nordbund drängte; dort unterzeichneten im Laufe des Mai fast alle Abgeordneten eine Erklärung in diesem Sinne, hier wurde der förmliche Antrag in der Kammer gestellt und trotz Dalwigks Widerspruch am 4. Juni mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Baierns Interesse war es jedenfalls, solche Schritte der einzelnen Staaten zu verhindern. Bismarck hatte zwar im constituirenden Reichstage erklärt, daß er den Eintritt

eines einzelnen Staates nur dann für zulässig ansehe, wenn Oestreich seine Einwilligung dazu gebe; aber er hatte doch auch, wenigstens in Bezug auf Südhessen, sehr bestimmt die Erwartung ausgesprochen, daß diese Einwilligung nicht ausbleiben werde, und durch die Annahme eines von Lasker und Miquel gestellten Amendements war dafür gesorgt, daß verfassungsmäßig der Eintritt jedes einzelnen Staates auf Antrag des Bundespräsidiums durch ein bloßes Gesetz erfolgen konnte. Wenn nun auch Herr von Dalwigk sich nicht entblödete, gegenüber dem Drängen der hessischen Kammer sich bei Herrn von Beust einen Protest gegen den Eintritt Südhessens in den Norddeutschen Bund gradezu zu bestellen, so konnte ein Mann wie Hohenlohe doch seine Politik nicht auf solche Mittelchen bauen. Ihm lag es ja nicht daran, die Vereinigung mit dem Norden überhaupt zu verhindern, er wollte nur für Baiern eine ausgedehnte Selbständigkeit wahren, deren Aufopferung ihm überflüssig schien. Dazu war der von ihm eingeschlagene Weg der zweckmäßigste. Ein wirkliches Verfassungsbündniß der vier Südstaaten war viel gefährlicher für den Particularismus: tagte nördlich und südlich vom Main ein nationales Parlament, dann trat gewiß ein, was Bismarck im Reichstage prophezeit hatte; diese beiden Parlamente waren nicht länger auseinander zu halten als die Gewässer des Rothen Meeres nach dem Durchzug der Kinder Israel. Beschränkte man sich aber, wie Hohenlohe es wollte, darauf gewisse Angelegenheiten für gemeinsame zu erklären, die dann im Norden vom Reichstage, im Süden aber von den einzelnen Ständekammern berathen wurden, so war die bairische Selbständigkeit allerdings in weitem Umfange gerettet. Varnbüler war denn auch vom würtembergischen Standpuncte aus mit diesen Plänen sehr einverstanden und beide Minister erließen am 16. Mai eine Einladung zum Beitritt an Baden und Hessen. Den badischen Staatsmännern konnte dies Project nicht genügen; sie erklärten sich wohl zu Verhandlungen bereit, stellten aber zugleich die Forderung, daß nicht die süddeutschen Ständekammern, sondern der durch süddeutsche Mitglieder verstärkte Reichstag die gemeinsamen Angelegenheiten berathen müsse. Ebenso faßte Graf Bismarck die Sache auf, und kam, ehe sich Hohenlohe noch weiter in sein Project verrannt hatte, mit einem Schachzuge dazwischen, der die Verhandlungen schnell in das richtige Geleise rückte.

Der Zollverein.

Durch die Friedensschlüsse waren die Zollvereinsverträge wieder in Kraft gesetzt, doch mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist. Am 28. Mai zeigte Bismarck an, daß die Kündigung zum 1. Januar 1868 erfolgen werde und lud gleichzeitig die süddeutschen Minister zu Conferenzen über die Erneuerung des Zollvereins auf den 3. Juni nach Berlin. Hier legte er ihnen einen Entwurf vor, nach dem die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen sowie über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabacks in Zukunft bei einem Zollbundesrath und Zollparlament ruhen sollte, die beide aus den durch süddeutsche Mitglieder verstärkten Organen des Nordbundes zu bilden seien. Damit war den bairischen Projecten der Boden unter

den Füßen weggezogen; Baden und Würtemberg nahmen die Bismarckschen Vorschläge sogleich an, Hessen nach kurzem Bedenken; Fürst Hohenlohe konnte sich schwerer dazu entschließen, nachdem aber Taufkirchen noch einige kleine Zugeständnisse erhandelt hatte (besonders eine Anzahl von sechs statt vier bairischer Stimmen im Zollbundesrath), fügte auch er sich, und am 8. Juli wurden die neuen Verträge auf die Dauer von 8 Jahren in Berlin unterzeichnet.

Kampf um die neuen Verträge.

Das war eine neue Brücke über den Main, fester noch und breiter als die, welche die Schutzbündnisse gebaut. Sollten die Süddeutschen jetzt an den schwersten Pflichten des Nordbundes theilnehmen, sollten sie die preußischen Heereslasten tragen und dieselben Zölle und Steuern zahlen wie die nordmainischen Landsleute, dann mußte mit unwiderstehlicher Macht über kurz oder lang auch das Verlangen erwachen, an den Rechten theilzunehmen, welche die Verfassung des Nordbundes gewährte, und aus dem Zollparlamente ein Vollparlament zu machen. Die Verträge vom 8. Juli erwiesen sich daher bald als ein starkwirkender Gährstoff bei der Umbildung der Parteien, die in ganz Süddeutschland im Gange war. Alles was der Annäherung an den Nordbund feind war, stemmte sich gegen sie und suchte sie zu Fall zu bringen; Alles was die engste Verbindung mit Preußen wünschte, klammerte sich an sie und erklärte ihre Durchführung für eine Lebensfrage. Dabei waren die letzteren von vornherein im Vortheil. Nicht allein, weil die Regierungen auf ihrer Seite standen, weil die Bevölkerungen Badens und Hessens vollständig für die nationale Politik gewonnen waren und den beiden Königreichen also in wirthschaftlicher und politischer Beziehung eine unhaltbare Isolirung drohte, weil demgemäß die materiellen Interessen sich überall regten und städtische Behörden, Gewerbe- und Handelskammern, die Erhaltung des Zollvereins um jeden Preis forderten, sondern auch deshalb, weil die Nachwirkungen des Jahres 1866 immer mehr in ihre Rechte traten, weil die anregenden und fruchtbaren Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags mächtige Propaganda gemacht hatten, und weil die nationale Erregung durch die Luxemburger Kriegsgefahr und die zweideutige Haltung Oestreichs und Frankreichs immer neue Nahrung erhielt. Den schwersten Stand hatte die deutsche Partei in Würtemberg, wo demokratische Stimmungen, ein hochgesteigertes Stammesgefühl und begreifliche Abneigung gegen die strengeren Ansprüche eines großen Staatswesens der ehemaligen großdeutschen Partei ihre meisten Anhänger erhielten. Auch suchte hier das Ministerium, obgleich es bei den Anhängern der großdeutschen „Volkspartei" eben so schlecht angeschrieben war wie bei den Nationalen, die letzteren auf alle Weise am Aufkommen zu hindern und begünstigte die Demokratie, deren Abneigung gegen Preußen Varnbüler durchaus theilte. In Baiern übernahm der Ultramontanismus die Führung im Kampfe gegen den Nordbund. Er richtete seine Angriffe zunächst allerdings nur auf das Ministerium Hohenlohe, das durch seine inneren Reformen, besonders durch den Entwurf eines Schulgesetzes, den Einfluß der Geistlichkeit zu brechen suchte.

Baiern.

Die Mehrheit der zweiten Kammer war noch gut liberal und patriotisch deutsch gesinnt, dabei aber von so zweifelloser Anhänglichkeit an das bairische Königshaus, daß alle Verleumdungen in dieser Richtung wirkungslos verhallten. Bis zu den nächsten Wahlen, und die fanden erst 1869 statt, war deshalb der Reichsrath die einzige Stütze der Ultramontanen. Aber sie wußten schon jetzt durch Versammlungen, Erklärungen und Adressen, noch mehr aber durch die geistlichen Einwirkungen von der Kanzel und aus dem Beichtstuhl die Gemüther zu bearbeiten und in unermüdlicher Thätigkeit das Feld für die Wahlen zu bestellen.

Die badischen und hessischen Kammern sowie das bairische Abgeordnetenhaus nahmen die Zollverträge im October gegen verschwindende Minderheiten an; im Reichsrath zu München wurde dagegen mit allen gegen drei Stimmen auf Antrag des Fürsten Löwenstein-Werthheim beschlossen, die Zustimmung davon abhängig zu machen, daß Baiern sein altes Vetorecht in Zollvereinssachen erhalten bleibe. Fürst Hohenlohe ließ sich darauf ein, wenn auch ohne zu glauben, daß diese Bedingung Aussicht auf Gewährung habe; er hielt es für das Räthlichste, den Gegnern volle Klarheit zu verschaffen und reiste mit dem Führer der Opposition, dem Freiherrn von Thüngen, noch am selben Tage, dem 26. October, nach Berlin um mit Bismarck zu verhandeln. Dieser hatte nicht den geringsten Anlaß ein so gefährliches Zugeständniß zu machen, er durfte sich auf die Stärke der öffentlichen Meinung verlassen. Ein Dutzend Deputationen und etwa 80 Telegramme, die zu Gunsten der Verträge mittlerweile beim Reichsrathe eingelaufen waren, die Drohungen der Presse und der unverhohlene Unwille des Königs, bekehrten denn auch zusammen mit den Nachrichten, welche Thüngen heimbrachte, die Widerspenstigen, sie erklärten dem Frieden und der Eintracht ihre Ueberzeugung zum Opfer bringen zu wollen, und am 31. October wurden die Verträge mit 35 gegen 13 Stimmen genehmigt; zu den Unbekehrbaren gehörten bezeichnender Weise drei Prinzen des königlichen Hauses und drei katholische Prälaten. Durch die Entscheidung in Baiern war nun auch der Entschluß der würtembergischen Kammer unweigerlich gegeben. Trotz der heftigen Artikel des Beobachters, des leitenden Blattes der Volkspartei, und trotz der leidenschaftlichen Mahnrufe Moritz Mohls, der seinen alten Haß gegen den Zollverein durch ein ganzes Menschenalter treu bewahrt hatte, beugten sich bis auf 16 Unversöhnliche auch die Gegner der Nothwendigkeit, so daß der Vertrag mit 73 Stimmen genehmigt wurde, und der Austausch der Ratificationen seitens aller betheiligten Staaten am 6. November in Berlin erfolgen konnte. Auch die Augustbündnisse von 1866 wurden bei der Gelegenheit noch einmal neu bekräftigt, denn auch sie waren von den Gegnern angefochten und nur in Würtemberg auf Verlangen der Regierung von den Kammern ausdrücklich bestätigt worden. Bismarck erklärte jetzt, daß sie die unerläßliche Ergänzung zu den Zollvereinsverträgen seien, und die öffentliche Meinung stimmte rückhaltslos den Worten des nassauischen Reichstagsabgeordneten Braun

Würtemberg.

zu, der jede Gemeinschaft in Handel und Wandel zurückwies, wenn die Gemeinschaft zu Schutz und Trutz verweigert werde.

König Wilhelm in Paris.

Man hatte um so mehr Anlaß, die Unauflösbarkeit dieser Waffenbrüderschaft immer wieder zu betonen, als mindestens einer der süddeutschen Minister, Varnbüler, sich für jeden Kriegsfall das Recht vorbehalten hatte zu prüfen, ob das Bündniß ihn zur Theilnahme am Kampfe verpflichte, und als andrerseits die Gefahr eines großen Krieges mit Frankreich unvermindert fortdauerte. Nach der Beendigung des Luxemburger Streites trat allerdings eine Annäherung zwischen Berlin und Paris ein. Eine neue internationale Ausstellung, die am 1. April in der französischen Hauptstadt eröffnet war, gab dem Könige Wilhelm Anlaß Napoleon einen Besuch abzustatten und dadurch seine versöhnlichen Gesinnungen zu bezeugen. Doch spielten selbst in diese friedliche Kundgebung die politischen Gegensätze hinein. Kaiser Alexander II., der gleichfalls seinen Besuch in Paris zugesagt hatte, wünschte persönlich zusammen mit seinem preußischen Oheim bei Napoleon zu verweilen. Eine solche Bekräftigung der russisch-preußischen Freundschaft war aber dem Tuilerienhofe sehr unbequem und Etikettenfragen sollten den Vorwand bieten, sie zu hintertreiben. Der Czar bestand jedoch auf seiner Absicht und gab nur so weit nach, daß er einige Tage vor dem Könige eintraf und auch vor ihm wieder abreiste; doch waren beide fast eine Woche lang zusammen in Paris, und unerwartete Zwischenfälle vereitelten vollends Napoleons Hoffnung, den russischen Kaiser zu sich herüber zu ziehen. Die polnischen Flüchtlinge und ihre demokratischen Gesinnungsgenossen unter den Franzosen beleidigten den Czaren gleich in den ersten Tagen seiner Anwesenheit wo er sich sehen ließ, durch Hochrufe auf Polen, und als er am 6. Juni aus dem Boulogner Wäldchen von einer Truppenschau zurückfuhr, schoß ein junger Insurgentenführer Namens Berezowski gar ein Terzerol auf ihn ab. Glücklich der Gefahr entronnen, verließ Alexander die französische Hauptstadt doch sehr mißgestimmt, und die Zeichen des Beifalls, welche dem Attentäter gespendet wurden, der Eifer, mit dem sich 36 Pariser Advocaten zu seiner Verteidigung anboten, das Urtheil der Geschworenen, die das Vorhandensein mildernder Umstände zugaben, hielten dieses Mißbehagen auch über den ersten Eindruck hinaus lebendig.

Attentat auf den Czaren.

Frankreich und Oestreich.

Um so fester suchte man nun von Paris aus den Kaiser von Oestreich an sich zu fesseln und fand dabei an Beust den treuesten Gehülfen. Keine Gelegenheit ließ dieser vorübergehen ohne zu erklären, daß er Oestreich die volle Freiheit wahre sich gegenüber den Verträgen zwischen dem Nordbunde und den Südstaaten auf die Verfügungen des Prager Friedens zu berufen. Wie er Dalwigk dadurch den Vorwand bot, den Eintritt Südhessens in den Nordbund zu verweigern, so suchte er Hohenlohe und Varnbüler dadurch von ihren Verhandlungen mit Bismarck abzuschrecken. Seine ganze Politik hatte augenscheinlich nur den Zweck, möglichst viele Streitpuncte mit Preußen offen zu erhalten und dabei mit Napoleon im intimsten

Vertrauen zu bleiben. Eben sollte die Reise Franz Josephs nach Paris diesem Zwecke gewichtigen Vorschub leisten, als die Kunde eintraf daß Kaiser Maximilian von Mexico in Queretaro erschossen sei. Unmöglich konnte der Bruder des Gemordeten jetzt den Mann besuchen, der in letzter Linie dies schwere Schicksal zu verantworten hatte; ja die Gefahr lag vor, daß der Schatten des ritterlichen Erzherzogs der bisherigen Intimität der beiden Kaiser für immer ein Ende machen werde. Das zu verhindern war der nächste Zweck, den Napoleon verfolgte, als er nun seinerseits mit seiner Gemahlin dem östreichischen Herrscherpaar einen Beileidsbesuch abstattete. Auf der Durchreise von den Königen von Würtemberg und Baiern begrüßt, traf er am 18. August in Salzburg ein und fand hier Franz Joseph und die Kaiserin Elisabeth, außerdem aber, obgleich er selbst ohne Minister gekommen war, auch Beust und Andrassy. Die Versöhnung, zu der man beiderseits sehr geneigt war, kam schnell zu Stande; das politische Einverständniß in allen wichtigen Fragen wurde befestigt, besonders der russischen Politik im Oriente gegenüber auch bestimmte Verabredungen getroffen. Mit Preußen wollte man noch Frieden halten, und nur die künftige Katastrophe vorbereiten. Vor allzu blindem Vertrauen in Beusts Kriegslust mochte den Kaiser jedoch Andrassys kühle Haltung und die Sprache der Wiener Zeitungen warnen. Erklärte eine der einflußreichsten doch gradezu, daß die deutschen Provinzen Oestreichs zu Preußen und dem übrigen Deutschland stehen würden, wenn Beust einen Krieg an Frankreichs Seite führen wollte. Der ganze Verlauf der Zusammenkunft hätte das Vertrauen in den Frieden befestigen können, wenn nicht die französische Presse von den gemeinsten Angriffen auf Preußen gestrotzt und Napoleon selbst bei einer Reise durch Nordfrankreich, die er unmittelbar darauf antrat, inmitten der üblichen Friedensbetheuerungen der schwarzen Puncte gedacht hätte, die den Horizont zu verdunkeln drohten. Bismarck gab der Stimmung Deutschlands bei all diesen Beunruhigungen den würdigsten Ausdruck in einem Rundschreiben vom 7. September; er wies im Namen des nationalen Gefühles jede Vormundschaft fremder Einmischung zurück, erkannte die Entscheidung über das Maß der Annäherung an den Norddeutschen Bund ausschließlich den süddeutschen Regierungen zu und sprach seinerseits die größte Bereitwilligkeit aus, jedem Wunsche nach Erweiterung und Befestigung des nationalen Bandes entgegenzukommen. Der Reichstag, der am 10. September wieder zusammengetreten war, gab dieser Politik in einer Adresse, die der Präsident Simson dem Könige nach der Burg Hohenzollern überbrachte, seine vollste Zustimmung, und in dem jubelnden Empfang, den der preußische Herrscher fast aller Orten im Süden fand, in den Begegnungen mit seinen oberdeutschen Bundesgenossen, selbst in der Zusammenkunft, die er am 22. October in Oos bei Baden-Baden mit dem Kaiser Franz Joseph hatte, als dieser nach Paris reiste, um Napoleons Besuch zu erwidern, konnte man in Verbindung mit der fast gleichzeitigen Annahme der Zollvereinsverträge werthvolle Bürgschaften für die Befestigung der deutschen Zustände

Die Salzburger Zusammenkunft.

König Wilhelm in Süddeutschland.

und damit auch eine Gewähr für die Erhaltung des Friedens sehen.

Die Wahlen zum Zollparlament.

Die Gegner des Norddeutschen Bundes gaben aber deshalb den Kampf noch keineswegs auf, sondern vereinigten jetzt alle ihre Anstrengungen dahin, die nationale Partei bei den Wahlen zum Zollparlamente zu schlagen. Ihre wirksamste Waffe blieb der Hinweis auf die Höhe des Militärbudgets, das schon jetzt durch die unerläßlichen Reformen im Heerwesen, die Einführung des Zündnadelgewehres in Baden und Würtemberg, die erhöhte Rekrutirung, die verlängerte Dienstzeit und andre Dinge, in denen man sich allmälig Preußen näherte, erheblich anschwoll, durch den Eintritt in den Nordbund aber noch höher steigen mußte. Trotzdem glaubte Mathy grade durch diesen Eintritt die deutsche Partei in Baden vor dem Abfall der Massen, die durch Demokraten und Ultramontane unablässig bearbeitet wurden, schützen zu können. Aber Bismarck ging auf den Antrag, den er Ende November stellte, nicht ein: er wollte, wie er später im Reichstag sich ausdrückte, den Milchtopf nicht absahnen aus Furcht, der Rest möchte sauer werden. Mathys Befürchtung, die übrigens von den eigenen Parteigenossen kaum getheilt wurde, ging aber wirklich in Erfüllung, um so mehr als durch seine Erkrankung, die am 4. Februar 1868 mit dem Tode endete, der Einfluß der Regierung bei den Wahlen sehr beeinträchtigt wurde. Von 14 Abgeordneten brachten die Gegner sechs durch, ein Triumph der fast noch größer war, als die völlige Niederlage der deutschen Partei in Würtemberg, dessen 17 Vertreter sich aus 6 Regierungsmännern und 11 erklärten Preußenfeinden zusammensetzten. In Baiern gehörte von 48 Abgeordneten der vierte Theil den Nationalen an, die Ultramontanen hatten 26, die Regierung 9 durchgebracht. Am günstigsten war das Ergebniß in Südhessen, wo vier von sechs Deputirten nationalliberal waren. Alles in Allem hatten etwa 300,000 Wähler für die „Preußen" gestimmt, etwa 400,000 für die Ultramontanen und Demokraten, gegen 150,000 für die Mittelpartei; von 85 Abgeordneten waren 24 national, 15 Regierungsleute, 46 Feinde der preußischen Spitze. Natürlich erhob sich zumal in Würtemberg und Baiern ein gewaltiger Jubel unter den Siegern, während die Unterlegenen nach Kräften die Mittel aufdeckten, deren die Feinde sich bedient. Hier hatte die Angst vor dem Lutherischwerden, dort die Furcht vor einem Franzosenkriege, hier die Drohung mit unerschwinglichen Steuern, dort die haarsträubendste Schilderung des preußischen Heerwesens die Gemüther eingeschüchtert. Die Armuth des Nordens und der behäbige Wohlstand des Südens hatten zu wirksamen Gegensätzen herhalten müssen; bezahlen, Soldat werden und Maulhalten, so hieß es, seien die drei Paragraphen der preußischen Verfassung, die doch Niemand gegen die würtembergische Freiheit werde eintauschen wollen; der Ruin des Weinbaues und der Tabackspflanzungen wurde als unvermeidlich prophezeit; die norddeutschen Landjunker und der Berliner Schwindel mit Arzneimitteln, die Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik und die Hungersnoth, die eben in Ostpreußen herrschte, das bunteste Gemisch

wahrer, verdrehter und erlogener Thatsachen, Alles war gut und willkommen gewesen, um dem Bauern und Kleinbürger den Eintritt in den Nordbund als das erschreckendste Ereigniß darzustellen: selbst das „Lieber französisch!“ hatte man auszuspielen gewagt. Da lautete denn freilich der Wahlruf der Nationalen, wenn sie von preußischer Zucht und Strammheit sprachen, wenn sie die Mängel der norddeutschen Bundesverfassung eingestanden, wenn sie von Pflichterfüllung redeten, die auch vor materiellen Opfern nicht zurückscheuen dürfe, wenig verlockend, und man brauchte sich kaum daran zu erinnern, daß diese Bevölkerungen vor nicht zwei Jahren gegen den Norden in den Waffen gestanden hatten, um den Ausfall der Wahlen in Anbetracht des allgemeinen Stimmrechts begreiflich und keineswegs entmuthigend zu finden.

Für den Augenblick freilich war er bedauerlich genug. Denn in Verbindung mit den norddeutschen Particularisten, den „Bundesstaatlich-Constitutionellen“, den Conservativen und den rein verneinenden Fractionen der Ausländer und der Socialdemokraten bildeten die Großdeutschen im Zollparlamente regelmäßig dann eine Mehrheit, wenn es sich darum handelte, die Thätigkeit desselben in engen Schranken zu halten. Bei der Präsidentenwahl am 28. April 1868 errangen freilich die nationalen Parteien für ihre Candidaten, Simson, Fürst Hohenlohe und Herzog Ujest, den Sieg. Als aber der Darmstädter Metz den Antrag auf eine Adresse einbrachte, in der von der vollständigen Einigung des Vaterlandes die Rede war, da konnten nicht einmal die vermittelnden Anträge auf motivirte Tagesordnung durchgesetzt werden, sondern 186 gegen 150 Stimmen lehnten die Adresse einfach ab. Und doch war der Redekampf, der dieses Ergebniß hatte, für die Besiegten erfreulicher als für die Sieger; denn die versöhnliche Art, in welcher Bennigsen die Adresse empfahl, bewog den Freiherrn von Thüngen in unerwartet entgegenkommender Weise zu antworten, ja zum großen Kummer der Donauzeitung und anderer ultramontaner Blätter mit der Versicherung zu schließen, daß er und seine Genossen es mit dem Zusammengehn des Südens und des Nordens nicht schlechter meinten als die Nationalen. Der rechte Muth sich zu den Hetzereien zu bekennen, denen so viele von ihnen ihre Wahl zu danken hatten, fehlte eigentlich der gesammten süddeutschen Fraction; sie waren nur eifrig beflissen jede Abschweifung der Debatten von den Vorlagen zu verhüten und die Verhandlungen möglichst trocken zu erhalten. Der Handelsvertrag mit Oestreich, der fast einstimmig genehmigt, die Petroleumsteuer, die mit großer Mehrheit verworfen wurde, der Tabackszoll, den man nur um die Hälfte von dem erhöhte, was der Bundesrath gefordert, das waren Gegenstände, die in der That mit der nüchternsten Geschäftlichkeit behandelt werden konnten. Aber dennoch brach gelegentlich die patriotische Leidenschaft mächtig hervor, und als der Würtemberger Probst vor der Ausdehnung der Befugnisse des Parlamentes warnte, weil irgendwo an einem Berge eine Lawine hange, die durch einen solchen Beschluß leicht ins Rollen gebracht werden könne, da erwiderte ihm nicht allein

Das erste Zollparlament.

Bürgschaft für die Neutralität in eben dem Augenblicke, wo sie würde in Kraft treten sollen. Das Recht sich einzumischen behielten die Unterzeichner allerdings nach englischer Auffassung auch dann noch; aber die Pflicht fiel weg und mit der Pflicht natürlich grade das, was der Bürgschaft ihren Werth gab.

Tauffkirchens Sendung nach Wien.

Die Haltung Oestreichs während dieses Luxemburger Streites war sichtlich darauf berechnet gewesen, den Frieden zu erhalten; denn so sehr Beust Preußen haßte, so war die Stunde doch noch nicht gekommen, in der er sich erfolgreich an einem Kriege hätte betheiligen können, und deshalb suchte er den Ausbruch zu verschieben. Fürst Hohenlohe, der bairische Minister, der lebhaft eine Versöhnung zwischen Wien und Berlin herbeiwünschte, ließ sich dadurch zu der Hoffnung verleiten, es werde ihm gelingen, diese Versöhnung zu vermitteln. Sein Programm für die deutsche Frage hatte mittlerweile eine feste Gestalt angenommen. Er wünschte eine Verständigung unter den süddeutschen Staaten über einen weiteren Bund mit Norddeutschland zu Stande zu bringen und den dadurch begründeten Gesammtbund dann wieder durch eine völkerrechtliche Allianz mit Oestreich zu verknüpfen. Graf Bismarck, dem Hohenlohe diese Pläne durch einen besonderen Gesandten, den Grafen Tauffkirchen, gegen Mitte April vorlegen ließ, zeigte sich nicht abgeneigt sie zu verfolgen; doch durfte er durch eine Annäherung an Oestreich die erprobte Freundschaft mit Rußland nicht gefährden und stellte daher die Bedingung, daß „seine Karten für Rußland offen liegen müßten"; übrigens glaubte er versichern zu können, daß man in Petersburg bereit sei für längere Zeit die orientalische Frage nicht aufzurühren und somit den gefährlichsten Anlaß zum Streit mit Oestreich zu vermeiden. Herr von Beust wollte indes von allen diesen Vorschlägen Nichts wissen; eines Bündnisses zur Rückendeckung gegen Frankreich, wie Bismarck und Hohenlohe es wollten, bedurfte er nicht, da er durch seinen Gesandten in Paris, den Fürsten Metternich, auf dem besten Fuße mit Napoleon stand; über die Stellung Süddeutschlands zu Preußen wollte er nicht einmal eine Meinung äußern, um auch nicht den Schein der Verantwortlichkeit für ein weiteres Hinausgehn über die Bestimmungen des Prager Friedens, der schon durch die Augustbündnisse beeinträchtigt sei, auf sich zu nehmen; Graf Tauffkirchen, der sich von Berlin nach Wien begeben hatte, kehrte also ohne den geringsten Erfolg Ende des Monats wieder nach München zurück.

Hohenlohes Pläne.

Hohenlohe nahm nun mit verdoppeltem Eifer die Versuche zu einer Verständigung unter den Südstaaten auf. Er hatte damit um so größere Eile, als die öffentliche Meinung in Baden und Hessen sehr stark auf den bedingungslosen Eintritt in den Nordbund drängte; dort unterzeichneten im Laufe des Mai fast alle Abgeordneten eine Erklärung in diesem Sinne, hier wurde der förmliche Antrag in der Kammer gestellt und trotz Dalwigks Widerspruch am 4. Juni mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Baierns Interesse war es jedenfalls, solche Schritte der einzelnen Staaten zu verhindern. Bismarck hatte zwar im constituirenden Reichstage erklärt, daß er den Eintritt

eines einzelnen Staates nur dann für zulässig ansehe, wenn Oestreich seine Einwilligung dazu gebe; aber er hatte doch auch, wenigstens in Bezug auf Südhessen, sehr bestimmt die Erwartung ausgesprochen, daß diese Einwilligung nicht ausbleiben werde, und durch die Annahme eines von Lasker und Miquel gestellten Amendements war dafür gesorgt, daß verfassungsmäßig der Eintritt jedes einzelnen Staates auf Antrag des Bundespräsidiums durch ein bloßes Gesetz erfolgen konnte. Wenn nun auch Herr von Dalwigk sich nicht entblödete, gegenüber dem Drängen der hessischen Kammer sich bei Herrn von Beust einen Protest gegen den Eintritt Südhessens in den Norddeutschen Bund gradezu zu bestellen, so konnte ein Mann wie Hohenlohe doch seine Politik nicht auf solche Mittelchen bauen. Ihm lag es ja nicht daran, die Vereinigung mit dem Norden überhaupt zu verhindern, er wollte nur für Baiern eine ausgedehnte Selbständigkeit wahren, deren Aufopferung ihm überflüssig schien. Dazu war der von ihm eingeschlagene Weg der zweckmäßigste. Ein wirkliches Verfassungsbündniß der vier Südstaaten war viel gefährlicher für den Particularismus: tagte nördlich und südlich vom Main ein nationales Parlament, dann trat gewiß ein, was Bismarck im Reichstage prophezeit hatte; diese beiden Parlamente waren nicht länger auseinander zu halten als die Gewässer des Rothen Meeres nach dem Durchzug der Kinder Israel. Beschränkte man sich aber, wie Hohenlohe es wollte, darauf gewisse Angelegenheiten für gemeinsame zu erklären, die dann im Norden vom Reichstage, im Süden aber von den einzelnen Ständekammern berathen wurden, so war die bairische Selbständigkeit allerdings in weitem Umfange gerettet. Varnbüler war denn auch vom würtembergischen Standpuncte aus mit diesen Plänen sehr einverstanden und beide Minister erließen am 16. Mai eine Einladung zum Beitritt an Baden und Hessen. Den badischen Staatsmännern konnte dies Project nicht genügen; sie erklärten sich wohl zu Verhandlungen bereit, stellten aber zugleich die Forderung, daß nicht die süddeutschen Ständekammern, sondern der durch süddeutsche Mitglieder verstärkte Reichstag die gemeinsamen Angelegenheiten berathen müsse. Ebenso faßte Graf Bismarck die Sache auf, und kam, ehe sich Hohenlohe noch weiter in sein Project verrannt hatte, mit einem Schachzuge dazwischen, der die Verhandlungen schnell in das richtige Geleise rückte.

Der Zollverein.

Durch die Friedensschlüsse waren die Zollvereinsverträge wieder in Kraft gesetzt, doch mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist. Am 28. Mai zeigte Bismarck an, daß die Kündigung zum 1. Januar 1868 erfolgen werde und lud gleichzeitig die süddeutschen Minister zu Conferenzen über die Erneuerung des Zollvereins auf den 3. Juni nach Berlin. Hier legte er ihnen einen Entwurf vor, nach dem die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen sowie über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabacks in Zukunft bei einem Zollbundesrath und Zollparlament ruhen sollte, die beide aus den durch süddeutsche Mitglieder verstärkten Organen des Nordbundes zu bilden seien. Damit war den bairischen Projecten der Boden unter

Die bairischen Patrioten.

Mit besserem Glücke hatten die Patrioten, d. h. die ultramontanen Particularisten, in Baiern gearbeitet. Bis zu den Neuwahlen von 1869 hatten sie keinen andern Rückhalt als den Reichsrath, dessen Mehrheit das Schulgesetz mit seinen Beschränkungen des geistlichen Einflusses zu vereiteln im Stande war. Der 22. Mai 1869 aber gab ihnen auch eine zweite Kammer, in der 79 ihrer Anhänger gegen 55 Liberale und 20 Regierungsmänner die Mehrheit bildeten. Trotzdem blieb Hohenlohe noch am Ruder und wartete den Zusammentritt des Landtags ab. Durch verschiedene Umstände stellte sich da das Verhältniß so, daß beide Parteien in genau derselben Stärke von je 72 Stimmen auftraten. Fest geschlossen schritten sie beide zur Wahl des Präsidenten und trotz siebenmaliger Abstimmung blieb das Ergebniß unverändert dasselbe: Stimmengleichheit für den nationalgesinnten Professor Edel und den ultramontanen Ministerialrath Weis. Der König ertheilte in Folge dessen den Befehl zur Auflösung der Kammer, aber die Neuwahlen fielen noch ungünstiger für Hohenlohe aus: neben 80 Patrioten schickte das Land am 25. November nur 74 Nationale nach München. Einige Minister, der des Cultus Gresser, und der des Innern Hörmann, bestanden nun auf ihrer Entlassung, Hohenlohe aber blieb auf Bitten des Königs auch jetzt noch. Kaum waren die Kammern im Januar 1870 wieder bei einander (die zweite nunmehr natürlich unter dem Vorsitz des Dr. Weis), so begannen die Angriffe. Der Reichsrath ging mit einer scharfen Adresse voran; ein evangelischer Prälat, von Harleß, hatte sie entworfen und sechs königliche Prinzen stimmten für sie, trotz des Wunsches, den der Monarch ihnen eröffnet, sie möchten der Sitzung fern bleiben; nur 12 Reichsräthe standen zur Regierung. Um über seine persönliche Gesinnung nicht den leisesten Zweifel aufkommen zu lassen, verweigerte König Ludwig darauf die Annahme der Adresse, zeichnete die 12 Reichsräthe in demonstrativer Weise aus und verbot den Prinzen bis auf Weiteres den Hof. Doch war Hohenlohe gegen den Widerspruch beider Kammern nicht zu halten. Er blieb nur noch, um in der Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses, die nicht weniger als 12 Tage dauerte, seine Politik gegen die Angriffe Jörgs und der andern Patrioten zu vertheidigen. Am 15. Februar trat er zurück und empfahl dem Könige als Nachfolger den Gesandten in Wien, Grafen Bray-Steinburg, der am 7. März sein Amt antrat. Dessen Politik war zwar auch nicht völlig die der Patrioten, aber sie verzichtete doch bereitwillig auf die Ausbildung des Verhältnisses zum Nordbunde, hielt den Gedanken eines Südbundes für nicht gradezu unausführbar und betrachtete die augenblickliche Lage Baierns als durchaus befriedigend, ja unangreifbar. Weit entfernt aber war der neue Minis[illegible]präsident davon, aus diesen Voraussetzungen mit den Patrioten [illegible] Schluß zu ziehen, daß Baiern nun entwaffnen könne, und aus [illegible] Anträgen, welche Kolb, der Berichterstatter über das Heerwesen, [illegible] bereitete, aus der Forderung, die Dienstzeit bei der Infanterie [illegible] acht Monate festzusetzen, die Zahl der Offiziere zu vermindern, [illegible] Regimentsverbände aufzulösen, schien sich im Juli 1870 eben [illegible]

Ministerium Bray.

neuer Conflict zu entwickeln, als größere Ereignisse alle diese Pläne über den Haufen warfen.

Der napoleonische Liberalismus.

Kriegsgefahr von Frankreich.

Daß die neue Ordnung der Dinge in Deutschland über kurz oder lang noch einmal durch einen großen Krieg gegen Frankreich werde befestigt werden müssen, das war ein Gefühl, in dem nach 1866 die öffentliche Meinung in ganz Europa mit den Diplomaten von Fach durchaus übereinstimmte. Zu leidenschaftlich war die Stimmung jenseits des Rheines gegen die Preußen aufgeregt, zu einmüthig lechzten alle Parteien nach baldiger Revanche für Sadowa, als daß Napoleon, der aus persönlichen Motiven, von körperlichen Leiden geplagt, nur auf die Befestigung seiner Dynastie bedacht, den Kampf wohl lieber vermieden hätte, ihrem Geschrei hätte Einhalt thun können. Unter diesen Umständen lag für Bismarck die Versuchung nahe, selbst den Krieg zum Ausbruch zu bringen, ehe noch die neue französische Wehrverfassung vollständig durchgeführt war, ehe Oestreich, voraussichtlich der Bundesgenosse Frankreichs, sich von seinen Schlägen erholt hatte. An Vorwänden und Gelegenheiten dazu würde es nicht gefehlt haben da Napoleon unablässig seine alten Versuche erneuerte, den Kanzler zur Preisgabe deutschen oder belgischen Landes zu bewegen. Eine entschiedene und schroffe Ablehnung dieser Zumuthungen hätte den Kaiser ohne Zweifel sofort zum Kriege getrieben; denn hinlänglich klar war es, daß diese stets wiederholten Anträge von ihm nur in der Hoffnung gestellt wurden, er könne sich dadurch den Kampf mit Deutschland ersparen; raubte man ihm diese Hoffnung unwiderruflich, so mußte der Krieg auch ihm unvermeidlich erscheinen und dann war der Ausbruch binnen Kurzem gewiß. Aber Bismarck nahm zu diesem Mittel seine Zuflucht nicht; er meinte, so sicher durchschaue Niemand die Absichten der göttlichen Vorsehung, daß er jede Möglichkeit des Friedens bestreiten dürfe; auch ein siegreicher Krieg erschien ihm als ein Uebel, das die Staatskunst den Völkern ersparen müsse; er rechnete mit der Möglichkeit, daß Napoleon selbst durch eine Revolution gestürzt und Frankreich dann durch innere Wirren unfähig zum Angriff gemacht werden könne. Diese Erwägung veranlaßte ihn, auch fernerhin alle französischen Anträge hinhaltend und ausweichend zu behandeln, nie auch nur mündlich ein Versprechen zu machen, aber nie auch dem Kaiser die letzte Hoffnung zu rauben. Vier Jahre des Friedens, aber freilich auch der unablässigen Kriegsbefürchtungen, waren die Frucht dieser Politik.

Ausweichende Politik Bismarcks.

Die Reformen vom 19. Jan. 1867.

Ob Napoleons Herrschaft in Frankreich wirklich ernsthaft gefährdet sei oder nicht, konnte Niemand mit Sicherheit sagen. Der Zuwachs an Kraft, den die Opposition gewonnen, war allerdings unverkennbar; aber diese Opposition war doch auch in gewissem Umfange dynastischer geworden. Nicht weil man den Bonapartismus liebte, sondern weil man den beständigen Wechsel für das größte

Unglück hielt, fing man an, sich mit der Hoffnung zu tragen, es werde das Kaiserreich zu einer liberaleren Politik im Inneren gebracht werden können. Selbst Thiers äußerte sich wohl in diesem Sinne, und Ollivier bekannte sich ganz unverhohlen dazu. Napoleon war schon Anfang 1867 nahe daran den letzteren ins Ministerium zu berufen. Allein die liberalen Aenderungen, zu denen er bereit war, ein neues Preß- und Vereinsgesetz und die Ertheilung des Interpellationsrechtes an Stelle der Adreßdebatte, hielten sich doch noch in zu engen Grenzen um einen so bedeutsamen Personenwechsel zu rechtfertigen. Die bisherigen Minister traten zwar zurück, als der Kaiser am 19. Januar einen Brief an Rouher richtete, in dem er jene Neuerungen ankündigte; allein die meisten nahmen Contremarken, wie der endgültig verabschiedete Kriegsminister Randon spöttisch meinte, und der Eintritt Niels, des Reorganisators der Armee, war in der That die einzig erhebliche Aenderung, die das Cabinet erlitt.

Die Armeereform Niels.

Für die innere Politik hatte freilich auch sie keine Bedeutung, aber in die Reform des Heerwesens kam jetzt wirklich ein neuer Schwung, und daß daran alles Verdienst ausschließlich Niel zufiel, lehrte späterhin die Thatsache, daß mit dem Tode des Ministers (1869) die bisherige Langsamkeit, Gleichgültigkeit und Entschlußlosigkeit auch in der Armeeverwaltung wieder überhand nahm. Niel brachte vor Allem das neue Wehrgesetz zu Stande, das die Dienstpflicht auf neun Jahre feststellte, von denen fünf bei der Fahne, vier bei der Reserve abzudienen waren, und überdies eine Nationalgarde schuf, der jeder Waffentüchtige angehören sollte — Reformen, durch welche man in einigen Jahren gegen 800,000 Liniensoldaten und Reservisten, gegen 400,000 Mobilgardisten zur Verfügung zu haben hoffte; er entwarf außerdem einen vollständigen Mobilmachungsplan, versammelte die Eisenbahndirectoren zu Berathungen über die Truppentransporte in Kriegszeiten, ließ durch den Militärbevollmächtigten in Berlin, den Obersten Stoffel, das preußische Heerwesen gründlich studiren und in sehr umfassenden Berichten für den Kaiser fachgemäß darstellen, kurz that Alles, was geeignet war, um Frankreich für den Krieg mit Preußen, den er aus ganzer Seele wünschte, auszurüsten.

Parteigruppirungen.

Die keineswegs geringen Lasten, welche das neue Wehrgesetz dem Lande auferlegte, riefen auch in der Kammer sehr umfängliche Discussionen hervor, und ehe es am 1. Februar 1868 vom Kaiser vollzogen werden konnte, hatte es mannigfachen Umarbeitungen unterzogen werden müssen. Deutlicher als bei den meisten anderen Gesetzen ließ sich an diesem das allmälige Erstarken jener Mittelpartei erkennen, die keineswegs auf jede Opposition verzichten wollte, aber noch weniger an der kaiserlichen Dynastie zu rütteln gedachte. Dem alten Kerne der Bonapartisten war dieser gemäßigte Widerstand gegen den Willen des Kaisers natürlich schon ein Greuel; daß Napoleon sich auf Zugeständnisse wie die vom 19. Januar einließ, verdroß sie höchlichst, und auf der äußersten Rechten gab eine kleine Anzahl von Männern ihrem Schmollen sogar dadurch Ausdruck, daß sie zu einer eigenen Fraction, die nach ihrem Clublocal in der Rue de l'Arcade

den Namen der Arkadier erhielt, zusammentraten. Diese mannigfaltigere Parteibildung war ein bedeutsameres Zeichen der Zeit als die lebhaften Plänkeleien zwischen der Opposition und dem Ministerium, oder die Kundgebungen des ingrimmigen Hasses gegen das Kaiserthum, die außerhalb der Kammern vorfielen. Nicht mehr die alten historischen Gegensätze der Legitimisten, der Orleanisten, der Bonapartisten waren es, die in diesen neuen Gruppen zur Geltung kamen, sondern statt ihrer die naturgemäßen Unterschiede derer, die ein parlamentarisches Regiment von größerer oder geringerer Machtfülle, und derer, die nach alter Weise eine absolute Herrschaft des Kaisers wollten. Erhielten die neuen Strömungen, die innerhalb der bestehenden Verfassung blieben, Zeit sich zu vertiefen und zu verbreitern, verzichtete der Kaiser darauf sie zu verschütten oder einzudämmen, so konnten sie nach und nach viele Elemente in sich hereinziehen, die bis jetzt noch von dem Bonapartismus Nichts wissen wollten. Die Maßlosigkeiten der Radicalen mußten dieser Entwickelung sogar förderlich werden, wenn der Kaiser die maßvollen Forderungen der dynastischen Opposition zu befriedigen verstand. Bei der pariser Arbeiterbevölkerung mochten die bissigen Bemerkungen, mit denen Rochefort, der Herausgeber eines neuen Blättchens, der Laterne, den Kaiser verfolgte, lauten Jubel, bei den unzufriedenen Mitgliedern der alten Opposition zum mindesten unverhohlene Schadenfreude erregen: eine ernstere politische Gefahr konnte dieses Strohfeuer von Witz und Bosheit doch selbst in Frankreich nicht schaffen, und wie unerschöpflich Rocheforts Talent für Anspielungen und Zweideutigkeiten auch sein mochte, am Ende mußte es doch seiner selbst überdrüssig werden und verstummen. Alles kam also darauf an, daß die Regierung ihren Gleichmuth bewahrte und daß der Kaiser den liberaleren Ideen, denen er sich zuzuwenden versprochen hatte, unentwegt treu blieb. Aber das war allerdings nicht der Fall und konnte kaum der Fall sein, da Napoleon alsdann mit seiner ganzen Weltanschauung hätte brechen müssen. Oft genug wurden die Gerichte in Anspruch genommen um die allzukecken Angriffe der Radicalen zu strafen; oft genug mischte sich die Polizei oder die Verwaltung ein, wenn die Republikaner mißliebige Kundgebungen veranstalteten. Die Wirkung war doch jedesmal die, daß die an sich unbedeutende Veranlassung, die bald der Vergessenheit anheim gefallen wäre, der Ausgangspunct neuer, längere Zeit andauernder Erregungen wurde, und daß die radicalen Advocaten, unter denen der junge Leon Gambetta hervorzutreten begann, Gelegenheit fanden, die Bewunderung der Menge auf sich zu lenken. Diese Verkettung der Ereignisse trat beispielsweise Ende des Jahres 1868 bei einem geringfügigen Vorfall deutlich zu Tage. Am Allerseelenfeste pilgerten die Republikaner nach dem Montmartre-Kirchhof, die Gräber ihrer Parteigenossen nach allgemeiner Sitte zu bekränzen, so auch das Baudins, des Abgeordneten, der beim Kampfe gegen den Staatsstreich auf der Barrikade gefallen war. Die Polizei griff ein und reizte dadurch die republikanischen Blätter zur Eröffnung einer Geldsammlung für ein Grabdenkmal Baudins. Das führte wieder zu

Die Radikalen.

Baudins Grab.

einer Reihe von Processen, und in diesen fand Gambetta die Gelegenheit zu den bittersten Angriffen auf den Kaiser, dessen Genossen beim Staatsstreich er den Auswurf der Bevölkerung nannte. Nun war Alles reif für einen blutigen Zusammenstoß am Todestage Baudins, und der Kaiser selbst fand die Haltung des Ministers des Innern so ungeschickt, daß er ihn entließ und Forcade de la Roquette mit dem schwierigen Amte betraute.

Die Wahlen von 1869.

Dieser zog zwar auch die Blätter, die allzu dreist sich äußerten, zur Verantwortung, und ließ die Versammlungen schließen, wenn in ihnen mit nackten Worten der Umsturz des Bestehenden, die Ungültigkeit des politischen Eides oder die Vortrefflichkeit der socialistischen Republik gepredigt wurde; aber er ging doch besonnener damit vor und beschritt einen wirksameren Weg, indem er die maßlosesten Reden dieser Art zu kleinen Tractätlein zusammenstellen und unter die ländliche und kleinstädtische Bevölkerung vertheilen ließ, sicher, daß diese dadurch dem Bonapartismus nur um so mehr in die Arme getrieben werde. Für die nahe bevorstehenden Wahlen zog die Regierung daraus keine geringe Unterstützung. Die Mittelpartei aber durfte darauf Anspruch machen, daß der Kaiser, wenn es ihm mit Reformen Ernst sei, sie gewähren lasse und ihren Candidaten keine anderen entgegenstelle. Diese Erwartung ging jedoch nicht in Erfüllung. Rouher fürchtete, daß seine Rolle als Vicekaiser dann ausgespielt sei, daß er vor den Häuptern des tiers-parti, den Buffet, Talhouet, Daru, vielleicht gar vor Ollivier sich werde zurückziehen müssen. Den Anstrengungen der Präfecten und der Maires gelang es denn auch, etwa 200 Rouheristen durchzubringen; die dynastische Opposition setzte in den Wahlen vom 23. Mai 1869 etwa 60, die radicale gegen 40 ihrer Anhänger durch; die ansehnlichen Minderheiten, deren sich die Mittelpartei fast überall erfreute, konnten beweisen, daß ohne die Gegenwirkung der Regierung der Sieg auf ihrer Seite gewesen sein würde.

Die Interpellation der Mittelpartei.

Diese Thatsache erwies sich nun kräftiger als das bloße Stimmenverhältniß; inmitten der gewählten Rouheristen erhob sich der Abfall, noch ehe die Kammer wieder zusammengetreten war. Befand sich doch auch unter ihnen gar mancher, der von vornherein der Mittelpartei sehr nahe gestanden hatte und wenig geneigt war, sich zu den eigentlichen „Mameluken“, wie der Volkswitz die unbedingten Anhänger der Regierung nannte, zählen zu lassen. Der reactionäre Eifer der Ministeriellen that ein Uebriges. Ihr Wortführer in der Presse, Clément Duvernois, der in persönlichen Beziehungen zum Kaiser stand, verkündete, daß bei diesem Ausfall der Wahlen von einer Vermehrung der Freiheiten nicht die Rede sein könne; und Napoleon selbst schrieb einem der Gewählten, dem Herzog von Mackau, einen Brief, in dem er andeutete, daß er es seiner Ehre schuldig sei, gerade jetzt Rouher nicht fallen zu lassen. Er hoffte eine Frist dadurch zu gewinnen, daß er die neue Kammer Ende Juni zu einer sog. kleinen Session berief, in der nur die Wahlen geprüft werden sollten. Allein kaum war dieselbe eröffnet, als die Mittelpartei die Interpellation ankündigte, ob die Regierung dem Lande wirksameren Antheil an den

Geschäften zu geben gedenke. Rouher, der bald herausfühlte, daß die Mehrheit sich für diese Interpellation erklären werde, lenkte nun plötzlich ein. Durch einen seiner Getreuen ließ er eine Gegenfrage stellen, die viel weiter ging und ganz bestimmte Rechte forderte, besonders die Wahl des Vorstandes durch die Kammer und die Wiederherstellung der Adresse. Aber die Mittelpartei war nicht Willens, sich das Heft aus der Hand nehmen zu lassen; sie änderte vielmehr ihre Interpellation um und beanspruchte sogar die Ministerverantwortlichkeit. Und so groß war die Zersetzung unter den Rouheristen, daß binnen wenigen Tagen diese Interpellation 116 Unterschriften zählte, darunter keine einzige aus den Reihen der Linken. Trat diese — wie das zweifellos war — bei der Abstimmung auch auf die Seite der Unterzeichner, so verfügten diese über 156 von 292 Stimmen, d. h. über die Mehrheit. Das Unerhörte stand also bevor: ein bonapartistischer gesetzgebender Körper war im Begriff vom Kaiser eine Verfassungsänderung zu verlangen, die das ganze bisherige System, die ausschließliche Verantwortlichkeit des Staatsoberhauptes, auf den Kopf stellte.

Rouhers Rücktritt.

Es wurde Napoleon schwer einen schnellen Entschluß zu fassen: aber den dringenden Vorstellungen Schneiders, des Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung, gelang es, ihm wenigstens ein erstes Entgegenkommen abzuringen. Eine Botschaft vom 12. Juli versprach zwar nicht die Verantwortlichkeit der Minister, wohl aber die Wahl des Kammerbüreaus und andre Erweiterungen der parlamentarischen Rechte; zugleich vertagte sie die Kammer und berief den Senat auf den 2. August, um diese Pläne zu genehmigen. Rouher wurde aus dem Ministerium entlassen, mit ihm schied die Hälfte seiner Collegen; doch war unter denen, die Forcade, der neue Ministerpräsident, zum Ersatz aussuchte kein Mitglied der Mittelpartei und, was noch bezeichnender war, Rouher erhielt die Ernennung zum Vorsitzenden des Senates. Dieser genehmigte darauf in einer vierwöchentlichen Session zwölf neue Verfassungsparagraphen, deren einer die Abhängigkeit der Minister vom Kaiser und ihre Verantwortlichkeit, aber ohne den Zusatz: vor der Kammer, verfügte. Nur drei Stimmen, unter denen sich die des Prinzen Napoleon befand, erklärten sich am 6. September gegen diese Aenderungen. Zum 29. November wurde der gesetzgebende Körper wieder einberufen, um in den Genuß der neuen Rechte zu treten. Eine Amnestie am 15. August, dem Napoleonstage, und ein Freibrief für Rochefort, der, wegen neuer Preßvergehen nach Belgien geflüchtet, am 21. November bei einer Nachwahl in Paris als Candidat auftreten wollte und wirklich gewählt wurde, sollten bezeugen, daß der Kaiser den Weg der Versöhnung auch den Unversöhnlichen gegenüber ernstlich betreten wolle.

Verfassungsänderung.

Ministerium Ollivier.

Um das mit Erfolg zu thun, reichten aber die bisherigen Zugeständnisse nicht aus: vor Allem war ein anderes Ministerium nöthig, und der Kaiser, der das einsah, knüpfte daher noch vor Jahresschluß von Neuem mit Emil Ollivier an. In einem Briefe vom 27. December 1869 gab er ihm die Vollmacht, ein gleichartiges Cabinet, welches das Vertrauen der Kammer genieße, zu bilden, und am

2. Januar 1870 bestätigte er die Liste, die neben Ollivier die Namen Buffet, Daru, Talhouet, Louvet, Richard, Chevaudier de Valdrôme, Segris und von den bisherigen Ministern Leboeuf, Rigault de Genouilly und Vaillant enthielt. Die neuen Männer waren sämmtlich der Mittelpartei entnommen; einzelne von ihnen waren persönlich mit dem Kaiser verfeindet gewesen, andre standen Thiers, Guizot, Odilon Barrot nahe, und es war ein vielverheißendes Vorzeichen, daß diese Häupter des Orleanismus das neue Regiment willig anerkannten, ja sich zum Theil in berathende Commissionen schicken ließen um die reformatorischen Gesetze, mit denen Ollivier sich trug, vorzubereiten. Der Radicalismus schäumte natürlich vor Wuth über diese neue Wendung, die seine schönsten Hoffnungen zu knicken drohte. Jetzt galt es, Alles auf eine Karte zu setzen und zu sehen, ob Paris zur Revolution willig und stark sei. Vielleicht kam ein Zufall ihm dabei zu Hülfe, vielleicht war der scheinbare Zufall selbst schon ein Glied des revolutionären Anschlags. Rochefort und einer seiner Mitarbeiter an dem Blatt, das er jetzt unter dem Namen der Marseillaise herausgab, Paschal Grousset, lagen in einem Federstreit mit dem Prinzen Peter Bonaparte, einem Vetter des Kaisers, dem dritten Sohne Lucians. Dieser lebte in der Vorstadt Auteuil, vermählt mit einer Arbeiterin, ohne Verbindung mit dem Hofe, an dem sein rohes und leidenschaftliches Wesen ihn unmöglich machte. Am 10. Januar erschienen bei ihm unerwartet zwei Republikaner, Victor Noir und Fonvielle, um ihm eine Herausforderung Groussets zu überbringen. Ein Wortstreit, der sich zwischen ihnen entspann, führte zu Thätlichkeiten, von beiden Seiten griff man zum Revolver, und Noir ward von dem Prinzen erschossen. Kaum war diese Mordthat bekannt geworden, als die Radicalen aus allen Kräften das Volk aufzuhetzen begannen, obgleich Ollivier sofort die Verhaftung des Prinzen befahl. In einem wuthschnaubenden Artikel der Marseillaise beklagte Rochefort, daß er die Schwäche gehabt zu glauben, ein Bonaparte könne etwas Anderes sein als ein Mörder. Französisches Volk, so schloß er, findest du nicht, daß es genug ist? Er bestellte die Menge in öffentlicher Ansprache zu dem Begräbniß Noirs, zu dem Rendezvous, das über die Zukunft der Demokratie entscheiden werde; er verglich in der Kammer die Bonapartes mit den Borgias und forderte alle Bürger auf die Waffen zu ergreifen, um sich selbst Recht zu verschaffen. Wirklich fanden sich wohl 100,000 Menschen am 12. zu der Beerdigung ein; aber das Ministerium hatte so gute Vorsorge getroffen, daß dem Revolutionär, dessen persönlicher Muth überhaupt für etwas fraglich galt, die Sache bedenklich wurde; er wiegelte ab und es blieb beim Singen der Marseillaise und ähnlichen Kundgebungen. Daß die Revolte darum nicht aufgegeben war, stand aber fest. Ollivier beantragte deshalb bei der Kammer die Erlaubniß Rochefort gerichtlich zu verfolgen und erhielt sie auch, als er mit seinem Rücktritt drohte; die gesammte Linke aber, die Favre, Picard, Crémieux, vor Allem in unbeschreiblicher Erregung Gambetta, warfen sich zu Vorkämpfern Rocheforts auf. Der Proceß begann sofort und nachdem das Urtheil, das auf

Ermordung Victor Noirs.

Rochefort verhaftet.

6 Monate Gefängniß lautete, ergangen war, ließ Ollivier den Verurtheilten am 8. Februar in einer Volksversammlung verhaften. Die achtunggebietenden Vorkehrungen, die er getroffen, hatten während dieser vier Wochen jeden ernsthafteren Versuch zu Ruhestörungen unmöglich gemacht; jetzt aber da der äußerste Moment gekommen war, glaubte Flourens, einer der Genossen Rocheforts, Alles wagen zu müssen. Er proclamirte den Aufstand und errichtete Barrikaden, fand aber so wenig Unterstützung, daß er, noch ehe es zu erheblichem Blutvergießen gekommen war, sich auf und davon machte.

Neue Verfassungsänderung.

Für die Stellung Olliviers wäre ein wirklicher Kampf mit den Rothen vielleicht vortheilhafter gewesen: vermieden konnte derselbe auf die Dauer ja doch nicht werden, wenn das Ministerium sich auch fernerhin seiner Aufgabe gewachsen zeigte. Die Verschwisterung der Freiheit mit der Ordnung, die es ins Leben rufen wollte, erforderte aber noch andere Kämpfe. Vor Allem mußte die Verfassungsveränderung, die das Senatsconsult vom 8. September getroffen, vervollständigt werden, und dazu die Einwilligung des Kaisers zu erlangen war nicht leicht. Erst am 21. März gab er in einem Briefe an Ollivier seine Zustimmung dazu, daß der Senat sein Wächterrecht über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze mit der Rolle eines Oberhauses vertauschen solle; aber er behielt sich selbst das Recht vor, jederzeit an das Volk Berufung einzulegen und es ohne die Mitwirkung der beiden großen Körperschaften über seine Zustimmung zu etwaigen weiteren Verfassungsänderungen zu befragen: er ließ sich so die Thür offen, durch die er stets zu seinem alten Systeme zurückkehren konnte und wollte auch gleich die jetzt in Frage kommenden Neuerungen durch Volksabstimmung bestätigt wissen. Zwei der Minister, Daru und Buffet, konnten sich mit diesen Halbheiten nicht befreunden und schieden daher aus dem Cabinet, das erst einige Wochen später durch den bisherigen Gesandten in Wien, den Herzog von Gramont, als Minister des Auswärtigen, vervollständigt wurde. Die übrigen Minister nahmen die von dem Kaiser gezogenen Grenzen an, und am 20. April genehmigte der Senat die neue Verfassung in 46 Artikeln, die nunmehr dem Volke zur Bestätigung vorgelegt werden sollten. Umfassende Vorbereitungen, ein Aufruf des Kaisers, ein Rundschreiben des Gesammtministeriums, die angestrengteste Thätigkeit der Präfecten, gingen dem großen Tage voraus, an dem die Nation zum vierten Male darüber abstimmen sollte, ob Napoleon der Mann ihres Vertrauens sei. Auch die feindlichen Parteien legten die Hände nicht in den Schooß, und Agitation und Gegenagitation durchwühlten das ganze Land. Der Sieg der Regierung stand allerdings von Anfang an außer Frage, aber mit welchem Stimmenverhältniß sie siege, das war für beide Theile doch von höchster Bedeutung: eine so große Mehrheit, wie sie der 8. Mai dem Kaiser brachte, erwartete man wohl von keiner Seite. 7½ Million hatten mit Ja, 1½ Million mit Nein gestimmt. Unter diesen Nein befanden sich allerdings viele Stimmen von schwerem Gewicht: in allen großen Städten, mit einziger Ausnahme Straßburgs, waren die Ja

Ministerwechsel.

Das Plebiscit.

in der Minderheit, in Paris wie 11:15. Noch ernster war die Thatsache, daß über 50,000 Soldaten ein Nein abgegeben hatten. Der Schluß, den die Radicalen daraus zogen, daß die Armee zum Abfall reif sei, war freilich sehr voreilig, und die Tumulte, die sie an den folgenden Abenden vor den Kasernen erregten, deren Insassen sie für Gesinnungsgenossen hielten, wurden durch eben diese Truppen leicht unterdrückt; aber der Gedanke, daß die Armee unzuverlässig werden müsse, wenn ihr nicht durch einen Krieg anderweitig Beschäftigung gegeben werde, bemächtigte sich auch des Kaisers, und die Berufung Gramonts, der von je der Kriegspartei angehört hatte, war ein Zeichen, daß Olliviers Friedensprogramm nicht mehr allein die Herrschaft hatte. Die Hetzereien gegen Preußen, die sonst in der Presse an der Tagesordnung gewesen, seit dem Beginn des Jahres aber seltener geworden waren, begannen wieder sich zu mehren; auch in der Kammer regte sich der Chauvinismus aufs Neue und nahm, da es an anderen Vorwänden fehlte, den Bau der Gotthardbahn, der mit deutscher und italienischer Unterstützung so eben begonnen wurde, zum Ausgangspuncte. Eine kriegerische Verwicklung grade aus diesem Friedenswerke herzuleiten, war allerdings unmöglich, aber es kam zunächst auch nur darauf an die Gemüther vorzubereiten und sorglich auf einen geeigneten Streitpunct zu passen. Ollivier stand diesen Gedankengängen wohl völlig fern. Er hatte seit 1866 unablässig Freundschaft mit Deutschland gepredigt und sah die innere Lage Frankreichs so hoffnungsvoll an, fühlte sich selbst in der Rolle des Freiheitspenders so glücklich, daß ihm die Erhaltung des Friedens, die Vorbedingung seiner Wirksamkeit, gewiß am Herzen liegen mußte. Während der Marineminister schon in Cherbourg Erkundigungen nach dem Zustande der dortigen Schiffsvorräthe einzog, erklärte der Ministerpräsident am 30. Juni noch mit vollkommener Unbefangenheit, daß der Friede nie weniger bedroht gewesen sei als eben jetzt — genau drei Wochen, ehe die Kriegserklärung in Berlin übergeben wurde. Für den Kaiser aber war die Beschäftigung mit neuen kriegerischen Entwürfen nur eine Wiederaufnahme der Gedankenkreise, die er erst seit wenigen Monaten unterbrochen hatte. Eine große Reihe weit ausgesponnener Fäden hatte er damals fallen lassen; sie wieder zu ergreifen war nicht schwer, und Gramont, der längst seine Hand dabei im Spiele gehabt, war grade der richtige Mann, dabei behülflich zu sein. Sein mehrjähriger Aufenthalt in Wien gab seinen Urtheilen über den Grafen Bray, der soeben in München die Geschäfte übernommen hatte, und über den preußenfeindlichen Geist, der die würtembergischen und bairischen Kammern beherrschte, ein hohes Gewicht; es klang sehr glaublich, wenn er versicherte, daß ein gleich günstiger Zeitpunct zum Kriege noch nicht dagewesen sei. Oestreichs Neigung an Frankreichs Seite gegen Preußen zu kämpfen, konnte nach der ganzen bisherigen Politik Beusts nicht zweifelhaft sein, und sein Vorbild war dann sehr geeignet, die nationalen Gewissensbedenken der Süddeutschen niederzuschlagen. Im Vertrauen auf diese Allianzen, die so gut wie unfraglich schienen, im Vertrauen auf die von Niel umgestaltete

Die Kriegspartei.

Gramont.

Armee, die Leboeuf für fertig und überfertig zum Kriege erklärte, begann der Kaiser die diplomatischen Intrigen gegen Preußen, die seinen eigenen Sturz und die Vollendung der deutschen Einheit zur Folge haben sollten.

Oestreichische Verfassungskämpfe.

Beust.

Wie feindlich man in Wien auch nach dem Prager Frieden der neuen Ordnung in Deutschland gegenüberstand, war durch die Ernennung Beusts zum Minister des Aeußern so unumwunden wie möglich ausgesprochen worden. Das glaubte dem leidenschaftlichen Preußenfeinde doch Niemand, daß er mit dem Eintritt in den kaiserlichen Dienst sich wirklich von seiner politischen Vergangenheit getrennt habe, wie er das in seinem ersten Rundschreiben am 2. November 1866 erklärte. Wohl aber konnte man nach seiner ganzen Persönlichkeit vermuthen, daß er mehr auf geheimen Wegen als durch offenen Angriff seinem Hasse Genugthuung verschaffen werde. Ueberdies zwang ihn ja nicht allein die Erschöpfung des Kaiserstaates zu großer Zurückhaltung, sondern es lag auch offen zu Tage, daß die dringendste Aufgabe jedes östreichischen Ministeriums die Befriedigung Ungarns sein mußte. Sehr nahe hatte während des preußischen Krieges die Gefahr gelegen, daß eine Streifschaar Flüchtiger und Verbannter, die sich unter Klapkas Führung in Schlesien sammelte, die Flammen des Aufstandes unter den Magyaren anfachte; nur den Bedenklichkeiten, die gegenüber der Anwendung dieser Kriegswaffe am preußischen Hofe immer wieder laut wurden, war es zu danken, daß sie auch dann thatsächlich nicht mit Entschlossenheit geführt wurde, als ihr Gebrauch doch principiell beschlossen war. Die versöhnlichen Ungarn, Deak an der Spitze, hatten in den Tagen der Gefahr sich allerdings von jeder verdächtigen Verbindung ehrenhaft ferngehalten; aber sie hatten darum nicht minder laut ihre alten Forderungen erhoben und in den Verhandlungen, zu denen man sie Mitte Juli nach Wien lud, die Gewährung eines eigenen ungarischen Ministeriums immer wieder als die Vorbedingung jeder Verständigung verlangt. An den deutschen Provinzen waren die Eindrücke des Krieges auch in dieser Beziehung nicht spurlos vorübergegangen; man empfand jetzt lebhafter als vorher die dringende Nothwendigkeit der Versöhnung. Vor Allem wollte man aber mit der Sistirungspolitik Belcredis gebrochen sehen; daß dieser zum 19. November alle Landtage einberufen hatte, befriedigte Niemanden. Mochte man nun, wie eine Gruppe von Abgeordneten, die sich im October in Wien berieth, streng an dem alten Einheitsprogramm festhalten, oder mochte man, wie andre Versammlungen, die im September in Aussee und im November in Wien stattfanden, dem Dualismus größere Zugeständnisse zu machen bereit sein, in der Verdammung der Sistirungspolitik und der Forderung, daß der engere Reichsrath berufen werden müsse, stimmten Alle überein, und sprachen das dem Kaiser in den Adressen aus, die alle deutschen Landtage nach

Ungarn.

Die Deutsch-Oestreicher.

Die Slawen. ihrem Zusammentritt erließen. In Böhmen freilich und in Galizien waren die slawischen Mehrheiten der grade entgegengesetzten Ansicht; sie wünschten Beharren auf dem betretenen Wege, der ihnen allein die Möglichkeit bot, das Ziel zu erreichen, als das ihnen ein fünffacher Bundesstaat, aus Deutschen, Nordslawen, Polen und Ruthenen, Magyaren und Siebenbürgen, und aus Südslawen zusammengesetzt, vorschwebte. Diese letzteren wollten von der Vereinigung mit den Ungarn jetzt gar Nichts mehr wissen: der kroatische Landtag brach im December die früher in Pesth geführten Verhandlungen völlig ab und verlangte directe Verständigung mit der Wiener Regierung. Hier lagen Beust und Belcredi, der Verfechter des Dualismus und der Verfechter des Föderalismus, bereits in heftigem Kampfe. Den Ausgleich mit Ungarn hatten beide Männer gemeinsam einleiten können, dann aber trennten sich ihre Wege. Als der Pesther Reichstag am 19. November zusammentrat, verkündigte ihm ein kaiserliches Schreiben, daß der Monarch entschlossen sei durch Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums und Wiederherstellung der Comitate den Ansprüchen des Landes gerecht zu werden; als gemeinsame Angelegenheiten der Gesammtmonarchie bezeichnete es das Heer, das Zollwesen, die Monopole und indirecten Steuern sowie die Staatsschulden; das Land stehe an der Schwelle der Erfüllung seiner Wünsche; der Reichstag möge mit Unbefangenheit diese Vorschläge prüfen und den Mahnruf der Zeit nicht überhören. Die Linke, von Tisza geführt, wollte freilich auch in diesen Anerbietungen noch keine Grundlage zu Verhandlungen erkennen; sie stand unbedingt zu den Gesetzen von 1848, vor deren Bestätigung sie zu keinerlei Versprechungen zu bewegen war. Deak hingegen und mit ihm die Mehrheit war zu der Erklärung bereit, daß der Reichstag, sobald die Verfassung wiederhergestellt sei, die kaiserlichen Forderungen berücksichtigen werde, und diese Erklärung ward in einer Adresse vom 15. December niedergelegt. Unzweifelhaft war, wenn man in Wien auf diesen Antrag einging, die Februarverfassung beseitigt; aber es war damit noch Nichts über die Frage entschieden, ob an ihre Stelle der Beustische Dualismus oder der Belcredische Föderalismus treten solle. Den Dualismus konnte man bei der Stimmung, die jetzt in den deutschen Ländern herrschte, auf dem engeren Reichsrathe, dessen Mehrheit ja deutsch war, durchsetzen; sollte aber der Föderalismus verwirklicht werden, so bedurfte man eines außerordentlichen Reichsrathes, in dem durch Einwirkung der Regierung künstlich eine slawische Majorität zu Wege zu bringen war. Bei der Entscheidung über diesen doppelten Weg behielt Belcredi noch einmal den Sieg; am 2. Januar 1867 löste ein kaiserliches Patent alle Landtage auf, schrieb Neuwahlen zu denselben aus und ordnete an, daß die so neu gebildeten Landtage (in welcher Art, das wurde ihnen freigelassen) Abgeordnete zu dem außerordentlichen Reichstag wählen sollten, der gleichzeitig auf den 25. Februar einberufen wurde. Sofort begannen aber auch in den deutschen Provinzen die heftigsten Kundgebungen gegen dieses willkürliche Vorgehen; zahlreiche Versammlungen beschlossen, auf den

Margin notes: Die Verhandlungen mit Ungarn. — Beust und Belcredi. — Auflösung der Landtage.

Landtagen nicht zu dem außerordentlichen, sondern zu dem ordentlichen Reichsrathe zu wählen, und wenn in Böhmen, Mähren, Krain, Galizien und Tyrol auch die Föderalisten siegten, so ernannten dagegen die übrigen Provinzen fast nur solche Männer zu Abgeordneten, die entschlossen waren nicht in den außerordentlichen Reichsrath zu treten. Es ließ sich also keine vollzählige Beschickung desselben erwarten, und doch war diese dringend zu wünschen, da die Verhandlungen, die Graf Andrassy Namens der Deak-Partei in Wien führte, den Ausgleich mit Ungarn in nahe Aussicht stellten und man nicht die Gefahr laufen durfte, bei Beendigung derselben keine gesetzliche und vollständige Vertretung der westlichen Reichshälfte zu haben, der man sie doch zur Bestätigung vorlegen mußte. Beust verlangte daher jetzt mit Entschiedenheit, daß der Kaiser den außerordentlichen Reichsrath fallen lasse, die Sistirungsperiode für beendet erkläre, und auf Grund der Februarverfassung den ordentlichen Reichsrath berufe um diesem die Verfassungsänderungen vorzulegen, die durch den Ausgleich mit Ungarn nöthig würden. Der Entschluß des Kaisers diesen Weg einzuschlagen, zwang Belcredi zum Rücktritt; am 7. Februar übernahm Beust an seiner Stelle den Vorsitz im Ministerium und am 18. wurde die Berufung des ordentlichen Reichsraths auf den 18. März angekündigt. In der Zwischenzeit war die volle Verständigung mit den Ungarn erzielt. Deak selbst begab sich nach Wien und unter seiner Leitung wurden die letzten Schwierigkeiten geebnet. Den Eintritt ins Ministerium lehnte er ab: Andrassy ward mit der Bildung desselben betraut und am 20. Februar ward die Liste des neuen Cabinets veröffentlicht, auf der Eötvös, Lonyay, Wenckheim, Festetics die bekanntesten Namen waren.

Belcredis Rücktritt.

Ministerium Andrassy.

Auch mit dem ungarischen Reichstage wurde alles Weitere nun leicht geordnet; er begrüßte die neuen Minister mit lautem Hochruf, bewilligte ihnen Anfang März gegen verschwindende Minderheiten die Steuern für das Jahr 1867 und die Aushebung von 48,000 Rekruten und genehmigte im Mai sechs Vorlagen zur Abänderung der Gesetze von 1848; nachdem dann auch die Abdankung des Kaisers Ferdinand und demgemäß die Thronbesteigung Franz Josephs förmlich anerkannt war, wurde am 8. Juni die Krönung in Ofen feierlich vollzogen. Eine umfassende Begnadigung, die nur durch die Anerkennung des neuen Rechtszustandes bedingt war, und der glückliche Entschluß des Kaisers, die 100,000 Ducaten, welche ihm nach alter Sitte als Krönungsgeschenk dargebracht wurden, für die Invaliden der aufständischen ungarischen Armee von 1848 und für die Hinterbliebenen der damals Gefallenen zu bestimmen, versöhnte die Gemüther vollends. Daß alle Flüchtlinge mit einziger Ausnahme Kossuths, daß selbst Männer wie Klapka und Perczel die Begnadigung annahmen, war der schönste Erfolg, den der Kaiser sich wünschen konnte.

Die Krönung in Ofen.

Schwierigkeiten genug gab es freilich auch jetzt noch zu überwinden; vor Allem galt es mit den tieferbitterten Slawen fertig zu werden. Den ordentlichen Reichsrath der westlichen Länder zum

Die Reichswahlen.

18. März zu berufen, hatte sich bald als unmöglich erwiesen. Die deutschen Provinzen außer Tyrol nahmen allerdings die Wahlen ihrer Abgeordneten unter dankbarer Anerkennung des vollzogenen Umschwunges vor; auch in Tyrol und Galizien fügte man sich, wenngleich mit Murren; aber in Böhmen, Mähren, Krain verweigerten die slawischen Mehrheiten die Wahl oder richteten klagende Adressen an den Kaiser. Die Antwort darauf wurde mit großer Schnelligkeit gegeben: Franz Joseph löste die widerstrebenden Landtage auf und benutzte jedes Mittel persönlichen Einflusses um die sofort angeordneten Neuwahlen im Sinne des Ministeriums zu lenken. Nur in Krain mißlang das; in Böhmen und Mähren dagegen fand sich eine deutsche Mehrheit zusammen und nahm unbeirrt durch das ungeberdige Auftreten der Tschechen die Reichstagswahlen vor, indem sie rücksichtsvoll genug auch der Minderheit eine angemessene Vertretung gewährte. Erst als dies geschehen war, konnte am 22. Mai der Reichsrath vom Kaiser eröffnet werden.

Verhalten der Slawen.

Es lag keineswegs in der Absicht des Ministeriums, den einzelnen Provinzen, besonders den slawischen, dasjenige Maß von Selbständigkeit zu verkümmern, welches mit der Aufrechterhaltung des dualistischen Princips vereinbar war. Die unzweideutige Erklärung, welche die Thronrede in dieser Beziehung abgab, wurde denn auch von den Polen gut aufgenommen, und sie versprachen ihre Unterstützung, wenn ihnen ein besonderer Minister für Galizien, polnische Amtssprache, polnische Schulen und ein polnischer Unterrichtsrath zugesichert würden; die Slowenen folgten diesem Beispiele, und beiden wurden ihre Forderungen im Wesentlichen zugesagt; die Tschechen hingegen enthielten sich trotzig der Theilnahme am Reichsrath, so daß ihre Sitze einige Wochen später für erledigt erklärt werden mußten. Ungarn gegenüber bezeigte sich der Reichsrath sogleich in den Adressen, welche er in beiden Häusern auf die Thronrede erließ, zur Verständigung bereit, und die Entsendung von Deputationen zu der Krönungsfeierlichkeit war eine weitere Bestätigung des Ausgleichs. Um die Bedingungen desselben im Einzelnen zu regeln und das Verhältniß der beiden Reichshälften zu ordnen, wurden sodann in Wien und Pesth je 15 Abgeordnete gewählt, die im Wege der Verhandlung die Vorlage ausarbeiten sollten; Graf Beust aber, der unzweifelhaft an dem glücklichen Verlauf dieser Entwicklung das größte Verdienst hatte, wurde am 30. Juni zum Reichskanzler ernannt. Ihm zur Seite standen u. A. Graf Taaffe für das Innere, Becke für die Finanzen, John für den Krieg. Offenbar mußte jetzt eine Scheidung im Ministerium vorgenommen werden: Krieg, Finanzen, Auswärtiges waren gemeinsame Angelegenheiten des ganzen Reichs; die Vorsteher der übrigen Verwaltungszweige aber übten ihre Thätigkeit nur für die cisleithanischen Länder. Die Bemühungen Beusts, eine solche Scheidung zu vollziehen, scheiterten jedoch fürerst noch daran, daß die Abgeordneten, denen er die Ministerposten anbot, sich nicht für alle Bestimmungen des Ausgleiches, wie er ihn den Ungarn zugesagt hatte, verpflichten wollten. Ehe das cisleithanische Ministerium

Der Ausgleich mit Ungarn.

ernannt werden konnte, mußte also das Ergebniß der Delegationsverhandlungen abgewartet werden. Sie begannen am 7. August in Wien und nahmen einen sehr langsamen Verlauf; nur mit Mühe waren die Ungarn dahin zu bringen, ihren Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben für Heerwesen und Diplomatie für die nächsten zehn Jahre von 25 auf 30 pCt. der Gesammtsumme zu erhöhen; von den Staatsschulden, die der Finanzminister auf etwas über 3 Milliarden Gulden mit einer Verzinsung und Tilgung von 150 Millionen angab, wollten sie noch weniger hören: Alles was sie bewilligten war ein fester Beitrag von 30¼ Million jährlich, also 20 pCt. der Ausgaben. Am 26. September wurden diese Abmachungen von den beiden Delegationen endgültig angenommen; sie sollten als untheilbares Ganzes gelten und überdies noch durch den Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses bedingt sein, das gleichfalls nur für zehn Jahre geschlossen wurde und auf das Engste mit den Bestimmungen über die Beitragspflicht zusammenhing, da die gemeinsamen Zölle in erster Linie für die militärischen und diplomatischen Ausgaben verwendet und nur der durch sie nicht gedeckte Rest nach dem Verhältniß von 30 und 70 vertheilt werden sollte. In beiden Reichshälften genehmigten im Laufe des December die Volksvertretungen diese Vorlagen, so daß der Kaiser sie zum Weihnachtsfeste bestätigen und Beust, Becke und John (den aber schon nach 14 Tagen der Feldmarschallleutnant Kuhn ersetzte) zu Reichsministern ernennen konnte. Bis zu demselben Zeitpunct war auch die Durchsicht der Februarverfassung vollendet; vier besondere Staatsgrundgesetze hatten die allgemeinen Rechte der Staatsbürger festgestellt, die Ausübung der Regierungs- und der richterlichen Gewalt geordnet, und einen Staatsgerichtshof begründet; ein anderes Gesetz, gleich den übrigen vom 21. December datirt, regelte die Befugnisse und die Zusammensetzung der Delegationen. Beide bestanden aus je 60 Mitgliedern, 20 aus dem Ober-, 40 aus dem Unterhause; unter den letzteren mußten sich für Cisleithanien 10 Böhmen, 7 Polen, 4 Mähren und so im Verhältniß eine bestimmte Anzahl von Vertretern jedes einzelnen Kronlandes befinden, so daß dadurch den Föderalisten eine gewisse Genugthuung bereitet wurde. Den Abschluß dieser Gesetzgebung bildete die Ernennung des cisleithanischen Ministeriums, das unter dem Vorsitz des Fürsten Carlos Auersperg aus den Grafen Taaffe und Potozki, dem Edlen von Plener und den Doctoren Giskra, Hasner, Herbst, Berger und Brestel bestand — eine Zusammensetzung, die ihm den Beinamen des Doctoren- oder des Bürgerministeriums eintrug.

Das gemeinschaftliche Ministerium.

Das östreichische Ministerium.

Die Aufgabe, welche diese Männer zu lösen hatten, war weitaus schwieriger als die der ungarischen Minister. Wohl lag auch diesen noch die Pflicht ob, das Verhältniß ihrer Reichshälfte zu Kroatien und Siebenbürgen in Ordnung zu bringen; aber das war eine Kleinigkeit verglichen mit dem Widerstande, der in Böhmen und anderen Kronländern der westlichen Hälfte zu brechen war. Siebenbürgen gegenüber gestattete der Kaiser dem magyarischen Ministerium völlig freies Spiel; die Einverleibung des Landes in Ungarn wurde

Siebenbürgen.

am 1. December 1868 durch den Reichstag beschlossen, die gesonderte Regierung in Klausenburg demgemäß aufgehoben, die Ernennung des sächsischen Nationsgrafen und die Bestätigung der Wahlen zu der Nationsvertretung (Universität) nach Pesth verlegt. Daß über diese Behandlung ein tiefer Unwille unter den siebenbürger Sachsen herrschte, machte den Magyaren wenig Sorge; sie waren sicher, daß die Deutschöstreicher sich, wie die Verhältnisse einmal lagen, der Landsleute doch nicht würden annehmen können und wollen. Mit den Kroaten kam man noch viel besser zu Stande. Der widerspenstige Landtag, der sich geweigert hatte zu der Krönung des ungarischen Königs Abgeordnete nach Pesth zu senden, wurde aufgelöst und die Neuwahlen ergaben dank einer willkürlichen Aenderung des Wahlgesetzes eine ganz andere Mehrheit. Nun begannen neue Verhandlungen mit dem Pesther Reichstage, und am 21. Juli 1868 kam ein Abkommen dahin zu Stande, daß die Kroaten 45 pCt. ihrer Landeseinnahmen, mindestens aber $2^1/_5$ Million Gulden für eigene Zwecke behielten, 29 Abgeordnete in das Unterhaus, zwei Magnaten (außer den persönlich berechtigten) in das Oberhaus schickten und in dem ungarischen Ministerium einen besonderen Minister für Kroatien erhielten. Diesen Abmachungen gab der Kaiser am 19. November seine Bestätigung und erfüllte nur die Wünsche nicht, welche auf die Vergrößerung des kroatisch-slawonischen Königreichs durch Einverleibung der Militärgrenze und Dalmatiens Bezug hatten. Die nationale Partei war über diesen Ausgang zwar äußerst erbittert, aber sie hatte nicht die Macht, sich den neuen Zuständen zu widersetzen, und die transleithanische Reichshälfte genoß daher von diesem Zeitpunct an einer gesetzlichen Ordnung, von der die cisleithanische noch weit entfernt war.

Kroatien.

Die Ultramontanen.

Hier gährte es vielmehr an allen Ecken und Enden, und neben der nationalen Opposition, vielfach auch mit ihr verflochten, machte sich ein heftiger Widerstand des Klerus bemerklich. Das neue Ministerium bestand aus Männern, die im Kampfe gegen das Concordat die vorderste Reihe gebildet hatten. Sie theilten allerdings nicht die Ansicht des ungestümen Mühlfeld, der seinen Antrag von 1862 im Juli 1867 wieder aufgenommen hatte und unter ausdrücklicher Lossagung vom Concordate ein umfassendes Religionsgesetz durchführen wollte. Aber noch weniger billigten sie die Verfahrungsweise des letzten Cultusministers Hye, der ohne Verhandlungen mit der Curie die kirchliche Gesetzgebung nicht glaubte umgestalten zu dürfen. Herbst, der nunmehrige Justizminister, (er war bisher Professor der Rechte in Prag gewesen), hatte dem gegenüber im Juli 1867 mit 70 Genossen den Erlaß dreier Gesetze: über das Eherecht, das Verhältniß der Schule zur Kirche und die Gleichstellung aller Bekenntnisse gefordert; diesem Antrage entsprechend war ein Ausschuß niedergesetzt, der ohne Mitwirkung der Regierung die bezüglichen Vorlagen ausgearbeitet hatte; waren diese zum Theil schon von dem Reichstage angenommen, so betrieb Herbst mit seinen Collegen die Sache nach dem 1. Januar 1868 natürlich noch eifriger, und nach den aufgeregtesten Debatten besonders im Oberhause konnten alle drei

Gesetze am 25. Mai vom Kaiser veröffentlicht werden. Die klerikale Partei schäumte darüber vor Wuth. Von dem Augenblick an, wo das Rütteln am Concordate wieder begann, hatten die Bischöfe kein Mittel der Gegenwehr unbenutzt gelassen, und nun war doch Alles vergeblich gewesen. Ihr erster Schritt, der freilich gleich völlig mißlang, war eine Adresse an den Kaiser, in der alle 25 cisleithanischen Bischöfe am 28. September 1867 im Namen von 17 Millionen Katholiken den Monarchen um Schutz des bestehenden Rechtes anflehten. Allein sie riefen dadurch nur eine stürmische Gegenbewegung hervor, zu der der Wiener Gemeinderath den Anstoß gab, und der Kaiser antwortete ihnen in einem Handschreiben an den Cardinal Rauscher in milden, aber festen Worten, daß er nicht allein die Kirche zu schirmen, sondern auch die Pflichten eines constitutionellen Herrschers zu erfüllen habe. Als darauf gegenüber den priesterlichen Hetzereien, die sich besonders in Steiermark und Oberöstreich bemerklich machten, Giskra als Minister des Innern einen strengen Erlaß veröffentlichte, kündigte der Heißsporn unter den Bischöfen, Rudigier von Linz, am 9. März feierlich an, daß er den Staatsgesetzen nur soweit gehorchen werde, wie sie nach dem Maßstabe der katholischen Kirchenlehre den göttlichen Satzungen nicht widersprächen. Seinem Vorgange folgten nach dem Erlaß der Gesetze auch die anderen Bischöfe, ermuthigt vom Papste, der nicht allein durch seinen Nuntius ausdrücklichen Protest gegen den Bruch des Concordates erhob, sondern am 22. Juni sogar in einer Ansprache an die Cardinäle unter bitteren Klagen über die unselige öſtreichische Verfassung diese drei abscheulichen, verwerfens- und verdammenswerthen Gesetze für gänzlich nichtig und immerdar ungültig erklärte. Die öffentliche Meinung, wiederum geführt durch den Wiener Gemeinderath, und nicht minder Graf Beust in einer Note vom 3. Juli wiesen besonders kräftig die Anmaßung zurück, daß der Papst sich auch über die Verfassung ein so feindseliges Urtheil erlaubt habe; auch wurde das Kriegsschiff abberufen, das bisher in Civitá vecchia zu seinem Schutze gelegen hatte. Der Widerstand der Bischöfe gab sich besonders dadurch kund, daß sie sich weigerten, die Eheacten den weltlichen Gerichten auszuliefern oder die Kirchhöfe für die Beerdigung von „Civilehegatten“ oder „Civilehekindern“ zu öffnen. Die liberalen Zeitungen verlangten dringend, daß man dagegen ohne Nachsicht einschreite; es genügte ihnen kaum, daß der Justizminister die Gerichte anwies durch Geldstrafen die widerspenstigen Prälaten zu zwingen: auch schien es Anfangs als ob dadurch nichts zu erreichen wäre. Aber als man beispielsweise beim Olmützer Fürstbischof die Strafsumme von 20,000 Gulden erreicht hatte, hielt er es doch für gerathen den Widerstand aufzugeben, und seine Amtsbrüder machten es, der eine früher, der andre später, ebenso. Der hartnäckigste war wiederum der Bischof von Linz. Sein Hirtenbrief über die Maigesetze hatte der Regierung so schwere Beleidigungen angehängt, daß der Staatsanwalt dagegen einschritt; nun wußte der Angeklagte durch alle möglichen Einwendungen die Entscheidung zu verschleppen, weigerte sich endlich, als Alles nichts half, vor den Geschworenen zu erscheinen,

Die Curie.

Die Bischöfe.

und mußte durch die Polizei gewaltsam hingeschafft werden. Die Gefängnißstrafe, zu der er am 12. Juli 1869 verurtheilt wurde, erließ ihm der Kaiser jedoch, ohne daß er darum nachzusuchen brauchte, ein neuer Beweis, wie schwer dem gutkatholischen Fürsten jeder Schritt wurde, der ihm von Rom aus Tadel zuzog.

Die Finanzen. Diese Gemüthsstimmung des Kaisers machte von vorn herein auch den Plan unmöglich, die verzweifelte Finanzlage des Staates durch die Einziehung der Kirchengüter zu verbessern. Außer diesem Mittel gab es aber in den Augen Vieler keinen anderen Weg als die eigenmächtige Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld. In beschränktem Maße war auch das Ministerium dieser Maßregel nicht abgeneigt, aber aus allen Kräften widersetzte es sich den Anträgen, durch welche die Mehrheit des Finanzausschusses im Juni 1868 eine Verminderung der Zinsen um den vierten Theil erzwingen wollte. Nur durch die Drohung mit seinem Rücktritt erreichte es, daß man sich mit einer 16procentigen Steuer auf die Coupons begnügte, einer Maßregel, die allerdings immer noch einem wenig verhüllten Staatsbankerott gleich kam.

Böhmen. Noch größere Noth indeß als die Finanzen und der Widerstand des Klerus schufen der Regierung die nationalen Parteien in den Einzellandtagen. Den höchsten Grad erreichte die Gährung in Böhmen, wo sich die Tschechen an Straßentumulten und blutigen Zusammenstößen, an Kundgebungen des Deutschenhasses und Buhlerei mit den Feinden des Kaiserstaates gar nicht genug thun konnten. Allerdings waren sie unter sich selbst nicht mehr ganz einig; die sog. Jungtschechen, deren bedeutendster Führer Sladkowsky war, wollten das Zusammengehen mit der klericalen Aristokratie, den Thun, Clam-Martinitz und Schwarzenberg, nicht billigen, während Palazky und Rieger, die alten Häupter der Partei, sich eng mit diesen verbanden; allein den Deutschen gegenüber hielten beide Gruppen trotzdem fest zusammen. Ein Versuch des Kaisers gelegentlich einer Reise nach Prag im Juni 1868 durch Auersperg und Beust eine Annäherung einzuleiten, scheiterte völlig und führte nur zu Mißhelligkeiten zwischen den beiden Ministern. Bei der Eröffnung des Landtags im August blieben sämmtliche Tschechen aus und ließen den Deutschen, die übrigens eine beschlußfähige Mehrheit bildeten, eine Declaration übergeben, durch die sie den ganzen bestehenden Rechtszustand anfochten, die Vereinigung Böhmens mit Mähren und Schlesien forderten und die bloße Personal-Union dieser Länder mit dem übrigen Reiche als ihr historisches Recht verlangten. Genau denselben Schritt that die Partei auch in Mähren; in Schlesien dagegen verfügte sie nur über eine Stimme, und der Landtag verwahrte sich im September ausdrücklich dagegen Schlesien als Anhängsel der Wenzelskrone behandel zu lassen. Die Regierung schritt gegen alle Unbotmäßigkeiten ur offenen Auflehnungen mit großer Strenge ein; aber sie erzielte di durch weder eine Beruhigung der Gemüther noch einen besseren Ausfall der Wahlen; von den 81 ausgetretenen Declaranten wurdei

vielmehr im September des nächsten Jahres 80 wiedergewählt und von einem Einlenken oder Ermatten der Opposition war nichts zu bemerken.

Galizien.

Nicht besser stand es in Galizien. Hier hatte der Landtag 1867 Delegirte zum Reichsrathe gewählt und seine Vertreter hatten das Ministerium gestützt, in der Voraussetzung, daß ihnen ihre nationalen Forderungen erfüllt würden. Da dies nur theilweise geschehen war, stellte Smolka auf dem Landtage von 1868 den Antrag, die Deputirten wieder zurückzurufen. Das wurde nun zwar am 24. September mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen eine Adresse an den Kaiser beschlossen, die eine ausgedehnte Selbständigkeit für das Königreich forderte. In den Verhandlungen darüber wurde die Hoffnung und der Wunsch, sich dereinst ganz von Oestreich zu trennen, ganz offen ausgesprochen; selbst der Statthalter Goluchowski wagte auf eine vielleicht nebelhafte, aber doch mögliche Zukunft hinzudeuten, die man sich nicht verrammlen dürfe. Das geschah in einem Augenblicke, wo bereits die Vorkehrungen zum Empfange des Kaiserpaares getroffen wurden, das dem Lande einen längst versprochenen Besuch abstatten wollte. Kaum hatte Franz Joseph am 26. September telegraphisch von diesen Vorgängen Kunde erhalten, als er, ohne seine Minister zu befragen, von Steiermark aus, wo er eben jagte, die Reise abbestellen ließ. Fürst Auersperg, der seines Amtes längst überdrüssig war, entnahm daraus den Anlaß, von seinem Posten zurückzutreten und wurde vorläufig durch Graf Taaffe ersetzt; auch Goluchowsky, der persönlich nach Wien eilte, um den Kaiser umzustimmen, erhielt, nachdem ihm dies mißlungen, die erbetene Entlassung.

Die übrigen Kronländer.

In den reindeutschen Landtagen fand das Ministerium überall die wünschenswerthe Unterstützung, außer in Tyrol, dessen Klerikale, von dem Pater Greuter geführt, nach wie vor die Verfassung für unvereinbar mit ihren Landesrechten erklärten. Sehr feindlich waren außerdem die Slowenen gesinnt, die in Krain die Mehrheit hatten; sie kamen zwar nicht dazu, ihre Forderung eines slowenischen Königreichs, das sich aus Krain, Kroatien, dem Küstenlande, Theilen von Steiermark u. s. f. zusammensetzen sollte, zum Beschluß zu erheben, brachten aber ihre Wünsche nach Schluß des Landtags auf einer großen Versammlung in Görz zum Ausdruck. Eine bewaffnete Empörung endlich brach Ende 1869 in Dalmatien aus, allerdings nicht aus nationalen Gründen, sondern weil sich die Bocchesen nicht der allgemeinen Wehrpflicht unterwerfen wollten. Nach einem ziemlich erfolglosen Kampfe von mehreren Wochen entschloß man sich in Wien es mit Güte zu versuchen, und bewog in der That noch im December die Aufständischen durch Geldzahlung und Amnestie zur Unterwerfung.

Zwiespalt im Ministerium.

So war in der westlichen Reichshälfte Verwirrung und Hader in erschreckendem Maße verbreitet, und das Doctorenministerium stand rathlos diesem Wirrwar gegenüber. Man konnte nicht länger den ganzen Verfassungszustand des Landes in der Schwebe lassen, man mußte auf Schritte sinnen, um den engeren Reichsrath wirklich zum

Organe aller der Länder zu machen, die er vertreten sollte; aber man konnte diesen Fragen doch auch nicht näher treten, ohne die Einigkeit inmitten des Ministeriums selbst zu zerstören. Die Mehrheit des Cabinets war der Ansicht, daß man an dem bestehenden Reichsrathe festhalten und seine Beschickung aus den widerstrebenden Ländern dadurch erzwingen müsse, daß man den Landtagen das Wahlrecht, das auszuüben sie sich weigerten, nehme und es den Bevölkerungen direct übertrage; kamen dann auch nur Minderheitswahlen zu Stande, so hatte man doch eine gesetzliche Vertretung und mochte mit dieser über Verfassungsänderungen berathen, welche die nationale Opposition beschwichtigen sollten. Diese Ansicht vertraten fünf Minister: Plener, Giskra, Herbst, Hasner und Brestl; sie entwickelten sie dem Kaiser in einem Gutachten vom 18. December 1869. Taaffe, Potozki und Berger setzten dagegen in einer Denkschrift vom 26. December auseinander, daß durch die Anordnung directer Wahlen die Lage nur scheinbar gebessert werde; daß man eine aufrichtige Versöhnung nur durch Berufung eines besonderen Reichsrathes, dem keine andere Aufgabe gestellt werde als die Anbahnung eines Ausgleiches, erreichen könne; daß ausgedehnte Zugeständnisse an die Tschechen, Polen, Slowenen unerläßlich seien. Zwischen beiden Gruppen mußte der Kaiser wählen. Die unbedingte Zustimmung, welche der Reichsrath dem Programme der Mehrheit gab, entschied dessen Sieg. Taaffe, Potozki und Berger wurden am 1. Februar 1870 entlassen und Hasner übernahm den Vorsitz in dem Cabinet, das durch den General von Wagner, Stremayr und Banhans ergänzt wurde. Aber von langer Dauer war dieses Uebergewicht der Verfassungspartei nicht. Der Kaiser war persönlich sehr für den Versuch eines Ausgleiches mit den Tschechen eingenommen und Graf Beust entwickelte eine rege Thätigkeit in demselben Sinne, obgleich dieselbe gar nicht in dem Bereich seiner Amtsgeschäfte lag. Giskra sah sich dadurch veranlaßt, Rieger und Sladkowski zu Unterhandlungen nach Wien einzuladen; aber er bekam eine abschlägige Antwort. Um so dringender betrieb er nun die Aenderung des Wahlgesetzes. Allein auch dabei stieß er auf Widerstand, und nicht nur beim Kaiser, sondern auch bei seinen Collegen, welche die Angelegenheit bis zur nächsten Session vertagen wollten. Er forderte deshalb am 20. März seine Entlassung und erhielt sie, aber wenige Tage später war es auch mit den übrigen Mitgliedern des Cabinets vorbei. Die Polen im Reichsrathe spielten ihre letzte Karte aus, die sie so lange zurückgehalten: sie erklärten am 31. März ihren Austritt, und die Slowenen folgten ihrem Beispiel. Damit war der Reichsrath in der That zu einem Rumpfparlamente geworden, das fast nur noch aus Deutschen bestand und kaum beschlußfähig war. Gleichwohl verweigerte der Kaiser seine Einwilligung zur Auflösung der Landtage, die doch nothwendig erfolgen mußte, wenn man nicht dieselben Abgeordneten wiedergewählt und die Austrittserklärungen binnen Kurzem wiederholt sehen wollte. Er berief Potozki am 4. April zur Bildung eines neuen Ministeriums, in das neben dem Grafen Taaffe nur untergeordnete Persönlichkeiten eintraten, und überließ ihm

Rücktritt der Minderheit.

Rücktritt Giskras.

Ministerium Potozki.

die Sorge einen neuen Versuch zur Begütigung der Polen und Tschechen zu unternehmen.

Potozki hätte gern einen Theil der Deutschen auf seine Seite gezogen und machte deshalb Rechbauer, der stets für möglichst ausgedehnte Selbständigkeit der einzelnen Provinzen eingetreten war, den Antrag, in sein Cabinet zu treten. Aber die Forderungen, welche dieser stellte und die der Kaiser schriftlich genehmigen sollte, überschritten weit das Maß der Zugeständnisse, zu denen der Monarch bereit war. Ueberdies wollte Rechbauer den verfassungsmäßigen Weg nicht verlassen, insonderheit also nicht die Berufung eines außerordentlichen Reichsrathes zugeben. Auf der andern Seite ließen sich aber die Tschechen, mit deren Führern Potozki erst in Wien, dann in Prag verhandelte, nicht einmal dazu herbei, die Beschickung eines solchen außerordentlichen Reichsrathes zu versprechen, und die Polen, die sich in diesem Puncte nachgiebig erwiesen, beharrten doch sachlich auf allen ihren Forderungen von 1868, so daß auch mit ihnen die Verständigung in weiter Ferne lag. Potozki erreichte nun beim Kaiser Ende Mai die Auflösung des Reichsraths und sämmtlicher Landtage; als die letzteren dann aber im August und September neugewählt zusammentraten, war die Mehrheit der von ihnen ernannten Reichstagsmitglieder dem Ministerium entschieden feindlich. Der böhmische Landtag wies eine ganz ungewöhnlich starke tschechische Mehrheit auf und verweigerte dem entsprechend die Entsendung von Abgeordneten; auch die directen Wahlen, die darauf angeordnet wurden, hatten nur ein mißliches Ergebniß: 24 Deutsche traten in den Reichsrath ein und verhalfen der Verfassungspartei zu einer knappen Mehrheit; 36 Tschechen aber erneuerten die Declaration von 1868 und legten ihr Mandat sodann nieder. Potozki befand sich somit in einer ganz unhaltbaren Stellung, und als Herren- und Abgeordnetenhaus Mitte November sich in ihren Adressen an den Kaiser rückhaltlos gegen die Versuche eines Ausgleiches zwischen Gegensätzen, die doch unvereinbar seien, ausgesprochen hatten, bat er unter gleichzeitiger Vertagung des Reichsraths am 23. November um seine Entlassung. Beinah ein Vierteljahr blieb dies Gesuch in der Schwebe: es war eine entscheidende Wahl, die der Kaiser zu treffen hatte. Die Erhaltung des Dualismus mit Hülfe der verfassungstreuen deutschen Reichstagsmehrheit — oder die Umgestaltung Oestreichs in einen lockeren Bundesstaat mit Hülfe der Tschechen und Polen: ein Drittes gab es nicht. Am 4. Februar 1871 fiel die Entscheidung. An die Stelle Potozkis wurde Graf Hohenwart berufen und dieser bildete ein Ministerium aus Männern, deren keiner dem Reichsrath angehörte: ein vormals würtembergischer Professor Schäffle, zwei Tschechen, Habietinek und Jirecek, der bisherige Finanzminister von Holzgethan und ein General-Major von Scholl waren die Mitglieder des neuen Cabinets; etwas später trat zu ihnen noch der Pole Grocholski. Den Boden der Verfassung wollte doch auch dieses Ministerium nicht verlassen; aber es beabsichtigte selbst die Vorlagen zu machen, welche die berechtigten Wünsche der nationalen Opposition befriedigen sollten; es ge-

Der außerordentliche Reichsrath.

Potozkis Rücktritt.

Ministerium Hohenwart.

dachte die Befugnisse der Landtage auf Kosten des Reichsrathes zu erweitern und wagte für diese Politik, die Hohenwart selbst eine ächt östreichische nannte, die Unterstützung der Deutschen in Anspruch zu nehmen.

Ausgleich mit Galizien.

Diese Hoffnung wurde allerdings schnell genug enttäuscht. Wie Herr von Schmerling, der Präsident des Herrenhauses, die Ankündigung des neuen Ministeriums mit einer förmlichen Kriegserklärung beantwortete, so zerfetzte im Abgeordnetenhause Herbst als Berichterstatter die Gesetzentwürfe der Regierung, die mit einer Mehrheit von 30 Stimmen am 9. Mai abgelehnt wurden. Dennoch hielt Hohenwart Stand und legte einen Ausgleich mit Galizien vor, der diesem Lande eine ausgedehnte Selbständigkeit gab, zugleich aber seinen Vertretern im Reichsrathe das Recht beließ, in den Angelegenheiten der anderen Provinzen mitzustimmen. Ganz unverholen gab er zu erkennen, daß er ein eben solches Abkommen mit den Tschechen zu schließen bereit sei, so daß also die slawischen Stämme nicht allein ihre eigenen Angelegenheiten unabhängig in den Landtagen würden geordnet, sondern überdies noch durch ihre Mehrheit im Reichsrath den deutschen Provinzen ihr Gesetz würden auferlegt haben, sofern

Klagen der Deutschen.

diese letzteren unter solchen Umständen nicht vielmehr vollständig auf die Existenz eines Reichsrathes verzichteten. Bei der Kundgebung dieser Pläne beschloß das Haus sich klagend in einer Adresse an den Kaiser zu wenden; als dieser aber beim Empfange derselben am 30. Mai sein volles Vertrauen zu dem Ministerium aussprach und nun der Reichstagsmehrheit kein anderes Mittel als die Verweigerung des Budgets übrig blieb, da versagte einigen unter den Abgeordneten doch der Muth: sie enthielten sich der Abstimmung oder legten ihre Mandate nieder, und mit 77 gegen 66 Stimmen wurde das Budget bewilligt.

Verhandlungen mit den Tschechen.

Schleunigst wurde, sobald dies geschehen war, der Reichsrath vertagt und der Ausgleich mit den Tschechen ernstlich in Angriff genommen. Am 5. August war Alles so weit geordnet, daß der Kaiser den Tschechenführer Rieger in langer Audienz empfangen konnte. Der Weg, den man einschlagen wollte, bestand darin, daß zunächst alle verfassungstreuen Landtage aufgelöst wurden, während die föderalistisch gesinnten in Thätigkeit blieben. Durch starke Beeinflussung der Wahlen hoffte man weiter auch in einigen der deutschen oder der gemischten Länder regierungsfreundliche Mehrheiten zu Stande zu bringen, eine Erwartung, die in Oberöstreich und Mähren glänzend in Erfüllung ging. Die Folge war, daß der nunmehr in Aussicht stehende Reichsrath unter 203 Mitgliedern nur 66 verfassungstreue zählte, daß also die Regierung über eine Zweidrittelmehrheit, die zu Verfassungsänderungen erforderlich war, verfügte. Allerdings war dabei vorausgese[tzt], daß die Tschechen sich für dies eine Mal zum Eintritt in den Reich[s]rath bequemten; und dazu waren sie in der That willig, wenn d[er] Kaiser ihrem Landtage vorher die Gewährung der Declarationsfo[r]derungen zusagte. Den ersten Schritt dazu that Franz Joseph [in] einem Schreiben vom 12 September; er erkannte darin die Rech[te]

des Königreichs Böhmen an und versprach sie in einem Krönungseide zu bekräftigen. Der Landtag machte sich darauf unter Protest der deutschen Minderheit, die sich jeder Theilnahme enthielt, sofort an den Entwurf einer Verfassung. Ein Ausschuß, an dessen Spitze Clam Martinitz und Fürst Taxis standen, entwarf im Einverständniß mit Hohenwart die sog. 18 Fundamental-Artikel, die dem Königreich Böhmen etwa dieselbe Stellung wie Ungarn gaben; nur wenige Angelegenheiten sollten mit den übrigen cisleithanischen Ländern gemeinsam bleiben und durch einen Delegirtencongreß der einzelnen Landtage geordnet werden; zur Genehmigung von Staatsverträgen und Verfassungsänderungen, zur Schlichtung von Competenzstreitigkeiten und mit andern ähnlichen Befugnissen wurde ein Senat in Aussicht genommen. Die Bitte um die Genehmigung dieser Fundamental-Artikel ward in einer Adresse vom 10. October dem Monarchen vorgetragen.

Die 18 Fundamental-Artikel.

Beusts Eingreifen.

Bis dahin hatte sich sowohl das ungarische wie das Reichsministerium diesen Vorgängen gegenüber sehr gleichgültig verhalten; jetzt scheuchte die mächtige Aufregung, die in den deutschen Erblanden ausbrach, Beust aus seiner Unthätigkeit auf und eine ausführliche Denkschrift, die er dem Kaiser nach Ischl sandte, setzte die Unzulässigkeit der Fundamental-Artikel und ihre Unvereinbarkeit mit dem ungarischen Ausgleich auseinander. Dadurch stutzig gemacht, schob Franz Joseph seine Antwort auf die böhmische Adresse hinaus und berief Andrassy am 16. October zu einer Berathung nach Wien. Die Auffassung des ungarischen Ministerpräsidenten stimmte mit der Beusts durchaus überein und in einem Ministerrathe, an dem Beust, Kuhn, Lonyay (der Nachfolger des Anfang 1870 verstorbenen Reichsfinanzministers von Becke), Andrassy und Hohenwart Theil nahmen, fand der Letztere nicht die mindeste Unterstützung: es wurde der Entwurf einer Antwort an den böhmischen Landtag vereinbart, in dem von einer Vorlage der Fundamental-Artikel an den Reichsrath keine Rede war.

Hohenwarts Sturz.

Für den Kaiser mußte diese Entschließung allerdings sehr peinlich sein, da die Tschechen zu ganz anderen Erwartungen berechtigt waren. Auf seinen besonderen Wunsch kamen Rieger und Clam Martinitz am 24. October nach Wien, um noch einmal eine Verständigung zu versuchen. Natürlich wurde sie nicht erreicht, und am 30. October trat das Ministerium Hohenwart zurück mit Ausnahme Holzgethans, der die Geschäfte fortführte, bis am 20. November Fürst Adolf Auersperg ein verfassungstreues Ministerium zu Stande brachte, in dem Lasser, Stremayr, Banhans und auch Holzgethan selbst Platz fanden. Aber Hohenwart und seine Collegen waren nicht die einzigen Opfer des verunglückten böhmischen Ausgleichs: nicht mit Unrecht machte der Kaiser dem Grafen Beust Vorwürfe, daß er erst dann Einspruch erhoben, als die Verhandlungen mit den Tschechen den Monarchen persönlich schon stark compromittirt hatten. Der Reichskanzler verstand den Wink und bat am 6. November um seine Entlassung, die ihm sofort unter Ernennung zum Botschafter in London ertheilt wurde.

Beusts Rücktritt.

An seinen Platz trat der ungarische Ministerpräsident Andrassy, dessen Stelle in Pesth wiederum Lonyay, der bisherige Reichsfinanzminister, einnahm. Holzgethan rückte darauf aus dem cisleithanischen in das gemeinsame Cabinet vor, und sein Ersatzmann in dem ersteren wurde Depretis, der früher schon Potozkis Ministerium angehört hatte.

Stellung zu Deutschland.

Das Ausscheiden Beusts aus dem auswärtigen Amte, das er fünf Jahre geleitet, war von der größten politischen Tragweite, da es endlich eine aufrichtige Freundschaft zwischen Wien und Berlin möglich machte. Wie sehr der frühere sächsische Minister auch seinen Preußenhaß unter schönen Worten verstecken mochte, er hatte doch Niemanden dadurch täuschen können; man wußte, daß er nur auf die günstige Gelegenheit laure, um diesem Hasse Luft zu machen, und man beobachtete ihn deshalb auf das Sorgfältigste. Besonders waren die ungarischen Staatsmänner durchaus nicht gewillt, sich in einen Krieg gegen Deutschland verflechten zu lassen; wenn in den Delegationen alljährlich das Militärbudget und die auswärtigen Angelegenheiten besprochen wurden, fehlte es von magyarischer Seite niemals an Mahnungen zur Friedfertigkeit und an Verwahrungen gegen etwaige Versuche, den Einfluß Oestreichs in Deutschland wieder herzustellen. Aber auch die deutsche Verfassungspartei überwand schnell den Groll, den sie anfänglich gegen den Sieger von Königgrätz hegen mochte; der Neid gegen Preußen wurde zurückgedrängt durch die Einsicht, daß die Politik Bismarcks ernstlich den Frieden suche, den Frieden, dessen ja kein Staat dringender benöthigte als Oestreich; hier und da tauchte wohl gar in den trübsten Stunden der Verfassungswirren, als die Hohenwart'schen Ausgleiche die Deutschen unter die Füße der Slawen zu bringen drohten, der Gedanke auf, daß die letzte Zuflucht Deutschöstreichs unter dem Scepter der Hohenzollern zu suchen sei. Ernstlich wurden solche Träume freilich weder diesseits noch jenseits der Grenze genährt; vielmehr waren sie eine der beliebtesten Waffen, mit denen verläumderischer Haß die Bismarck'sche Politik zu schädigen sich befliß: mit wie geringem Erfolg konnte ein Blick in die Wiener Zeitungen lehren, in denen das Schimpfen und Murren über die Ereignisse von 1866 immer schwächer, die Anerkennung der Größe Bismarcks und die sympathische Theilnahme an der Entwicklung des norddeutschen Bundes immer lebhafter wurde.

Beust und Napoleon.

Das hinderte Beust doch nicht, seine ganze auswärtige Politik auf die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges und eines östreichisch-französischen Bündnisses zu gründen, und dadurch die unaufhörlichen Kriegsbefürchtungen, von denen Mitteleuropa in den Jahren 1866—70 gepeinigt wurde, eigentlich erst zu ermöglichen. In jedem einzelnen Falle suchte er freilich den Ausbruch des Gewitters zu verhüten; aber man kannte den Grund, der ihm diese scheinbar friedfertige Haltung eingab. Weder Oestreich noch Frankreich waren nach seiner Schätzung hinreichend gerüstet, um Deutschland mit der Sicherheit des Erfolges bestehen zu können; hier wie dort sollte erst die neue Heeresverfassung ins Leben getreten sein, ehe der Kampf zur Demüthigung der Hohenzollern begann. Das war eine Politik, die

mit dem innersten Wesen Napoleons zu gut übereinstimmte, als daß sie diesem nicht hätte genehm sein sollen. Auch der französische Kaiser konnte den letzten entscheidenden Entschluß nie über sich gewinnen; er war mit dem Gedanken eines Krieges gegen Deutschland als einer Schicksalsnothwendigkeit vollkommen vertraut, spielte mit den Maßregeln, die den großen Conflict herbeiführen mußten, und wich dem letzten unwiderruflichen Schritte doch immer wieder aus. Die große Politik Europas zwischen dem Kriege von 1866 und dem von 1870 hatte fast keinen andern Inhalt, als dies Anfachen der Kriegsgefahr und die darauf folgenden Löschversuche. Von Oestreich abgesehen wurde dabei ein Volk Europas nach dem andern in die bonapartistischen Pläne hineingezogen, und Verhältnisse, denen Deutschland völlig fern stand, mußten dazu dienen, die Verwickelung vorzubereiten oder wieder zu beseitigen.

Der Niedergang des Papstthums.

Frankreich und der Papst.

Beinah selbstverständlich erschien es dem französischen Stolze, daß Italien, obgleich es den preußischen Siegen mehr als irgendwem sonst den Erwerb Venetiens verdankte, im Kampfe gegen Deutschland Waffenfolge leiste. Aber dringender noch als Italiens bedurfte man der römischen Curie, deren Beistand insbesondere die Bürgschaft für den Vaterlandsverrath der süddeutschen Ultramontanen gewähren, im günstigen Falle auch die Treue der preußischen Katholiken erschüttern und überdies den Kriegseifer in Frankreich und Oestreich anfachen sollte. Da fand sich nun Napoleon vor einem schwer lösbaren Widerspruch. Wie bitter man in Rom das neue deutsche Staatswesen hassen, wie aufrichtig sich bei der Kunde von Königgrätz der Schreckensruf: Die Welt geht unter! den Lippen Antonellis entrungen haben mochte, nicht minder verfeindet war man doch mit dem Kronenräuber Victor Emanuel, und auch mit Oestreich lag man in argem Hader. Ein volles offenes Einverständniß mit dem Papste zu erzielen, war kaum möglich, wenn ihm nicht wenigstens der Besitz von Rom unwiderruflich zugesichert wurde, und doch konnte ihm der nicht zugesichert werden, ohne Italien auf das schwerste zu kränken und es Preußen in die Arme zu treiben. Kein Kunstgriff konnte diese Schwierigkeit beseitigen, kein Auskunftsmittel über diese Gegensätze hinweghelfen. In dem erfolglosen Bemühen, das Unmögliche doch möglich zu machen, erschöpfte die französische Staatskunst ihre Kräfte; bald schmeichelte sie dem Papste, bald buhlte sie mit den Italienern; bald zeigte sie diesen die ewige Stadt als lockenden Kampfpreis, bald vermaß sie sich hoch und heilig zu betheuern, daß niemals, niemals Italien sich Roms bemächtigen solle. Die Folge war Mißtrauen und Lauheit auf beiden Seiten. Der französische Einfluß war stark genug, um die florentiner Staatsmänner von Preußen fern zu halten, aber er benahm ihnen nicht den ernsten Willen, dem Lande zu seiner ersehnten Hauptstadt zu verhelfen; die eigene Politik drängte die Curie dahin, aus Abneigung gegen das protestantische Preußen ihre Sym-

pathien Frankreich zuzuwenden, aber um offen und rückhaltlos auf Napoleons Seite zu treten, dafür hätte der Papst einen höheren Preis gefordert. In der Stunde der Entscheidung fand Frankreich, das die Hülfe Italiens und des heiligen Stuhles zugleich haben wollte, weder hier noch dort die gehoffte Willfährigkeit, und die guten Wünsche, mit denen beide Theile nicht kargten, verhallten wirkungslos in dem Donner der Schlachten.

Italien und der Papst.

In einzelnen Puncten gelang es der französischen Regierung allerdings einen Ausgleich zwischen Rom und Florenz herbeizuführen, obgleich sich der Papst auch in solchen Fällen nie dazu herbeiließ, unmittelbar mit Italien zu verhandeln, sondern stets den Weg über Paris einschlug. So ordnete ein Vertrag vom 7. December 1866 den Antheil des Königreiches an den Schulden des Kirchenstaates und belastete die traurigen Finanzen Italiens dadurch wieder mit einer Summe von beinahe 20 Millionen Francs. Es war gleichwohl eine Nothwendigkeit diesen Vertrag einzugehen, denn er war die Vorbedingung für den Abzug der französischen Besatzung, die Mitte December sich einschiffte und italienischen Truppen die Aufgabe überließ, etwaige Einfälle von Freischaaren durch strenge Grenzbewachung unmöglich zu machen. Ricasoli, der stets eine Verständigung mit dem Papste lebhaft gewünscht hatte, hielt den Augenblick für günstig, um eine Annäherung zu versuchen; der Ausgangspunct, den er dabei nahm, bot aber von vorn herein wenig Hoffnung des Gelingens. Das von Steuern überbürdete Land konnte die Mittel zur Deckung der Ausgaben und des alljährlichen Deficits nicht aufbringen; die einzige Quelle, aus der sich noch immer erhebliche Einnahmen schöpfen ließen, waren die liegenden Gründe der Kirche. Diese zu verkaufen, von dem Erlöse 600 Millionen für den Staat zu behalten, den Rest aber den Bischöfen auszuantworten, die außerdem das Recht haben sollten, bei dem Verkaufe ihre Güter wieder zu erwerben — eine Operation, welche ihnen besonders dadurch erleichtert wurde, daß mit der Ausführung des Verkaufs das Brüsseler Haus Langrand-Dumonceau, die Bankfirma des Papstes, beauftragt werden sollte — das waren die Pläne Ricasolis. Um hierzu die Einwilligung der Curie zu erlangen, ließ er durch einen vertraulichen Gesandten Tonnello den Verzicht des Staates auf die Bestätigung der Bischöfe, der Bullen, der Hirtenbriefe u. s. f. anbieten und gab für den Ernst seiner Absichten auch dadurch eine Bürgschaft, daß er die Kammer, die viel größere Anforderungen an die Kirche erhob, im Februar 1867 auflöste. Als aber fast ganz dieselben Abgeordneten wiedergewählt wurden und Tonnello unverrichteter Dinge zurückkehrte, blieb dem Minister nichts übrig, als einem neuen Cabinete die Gelegenheit zu geben, auf andere Weise sich dem Ziele zu nähern.

Verkauf der Kirchengüter.

Ministerium Rattazzi.

Die Parteigruppirung in der Kammer wies Rattazzi diese Aufgabe zu, und am 11. April 1867 übernahm er die Geschäfte. Einer Verständigung mit Rom legte er keinen Werth bei, sondern nahm ohne viel Bedenken den Vorschlag eines Kammerausschusses an, wonach die sämmtlichen Prälaturen, Abteien, Stiftungen u. s. f. ihrer

juristischen Persönlichkeit beraubt, die Güter zum Besten des Staates verkauft und die Gehälter und Pensionen an die Berechtigten vom Staate ausgezahlt werden sollten. Kaum 60 Stimmen von der Rechten (Minghetti, Lanza, Sella, Lamarmora) erklärten sich dagegen, mehr als 200 in der Endabstimmung am 27. Juli dafür. Die gesammte Linke hatte in dieser Frage zu Rattazzi gestanden. Der Verkauf wurde natürlich mit möglichster Vorsicht betrieben, um die Preise nicht gar zu sehr zu drücken; aber auch so brachte er bis 1876 doch über 508 Millionen ein, und schuf der bedrängten Staatscasse dadurch keine geringe Erleichterung.

Als billige Gegenleistung erwartete die Linke von Rattazzi, daß er in der Weise Cavours ihren Anschlägen auf Rom förderlich sein werde. Seit dem Abzuge der Franzosen hatten die Vorbereitungen dazu nicht geruht. Garibaldi selbst war seit dem Frühjahr in beständiger Bewegung, bald in Venetien, bald in Piemont, bald in Toscana die Gemüther zu schüren, und das Unternehmen, dessen Leitung ihm von der römischen Actionspartei feierlich übertragen war, ins Werk zu setzen. Ricasoli trat ihm dabei offen und muthig entgegen, Rattazzi ließ ihn gewähren, und fühlte sich um so sicherer, als Napoleon, wie es schien, durch die Luxemburger Frage am Einschreiten gehindert war. Kaum hatte jedoch der französische Kaiser durch die Londoner Conferenz seine volle Freiheit wieder gewonnen, so gab er in sehr verletzender Weise den Italienern zu verstehen, daß es noch immer seine Truppen seien, die man in Rom zu bekämpfen habe. Unter den verschiedenen Fremdenregimentern, die der päpstliche Kriegsminister Kanzler hatte anwerben lassen, befand sich nämlich auch ein französisches, nach dem Sammelplatze an der südfranzösischen Küste gewöhnlich die Legion von Antibes genannt. In dieser waren zahlreiche Desertionen vorgekommen, ein Umstand, der Frankreich ohne Zweifel gar nichts anging. Dennoch sprach der Kriegsminister Niel in einem Schreiben an den Obersten der Legion sein Mißfallen darüber mit der ausdrücklichen Bemerkung aus, daß die Legion durchaus ein Bestandtheil der französischen Armee sei; ja er schickte Mitte Juli den General Dumont nach Rom, um das Regiment zu besichtigen. Rattazzi verstand den Wink und suchte Garibaldi zu einer Verschiebung seiner Pläne zu bewegen; eine Zeit lang zauderte und schwankte der General; dann aber trug sein Haß gegen die „Vipernbrut" in Rom den Sieg davon. Er begab sich Ende September an die römische Grenze, wo die Freiwilligen seiner schon harrten, und wollte dieselbe eben überschreiten, als er in der Frühe des 24. September auf Rattazzis Befehl in Asinalunga bei Arezzo verhaftet wurde. Man brachte ihn st auf die Festung Alessandria, wagte aber doch um des aufgeregten olkes willen nicht ihn dort zu behalten, sondern schickte ihn wieder f seine Insel Caprera, wo ihn ein paar Kriegsschiffe bewachten. ährend dessen fuhren seine Anhänger, ohne erheblich gestört zu werden, n ihren Vorbereitungen fort und Garibaldi ernannte öffentlich seinen Sohn Menotti zu seinem Stellvertreter. Am letzten Tage des Monats berschritt dieser die römische Grenze, besetzte das Städtchen Acqua pen-

Garibaldis Anschlag auf Rom.

Verhaftung in Asinalunga.

dente, und schlug sich dann mit schwankendem Glücke vierzehn Tage lang mit den päpstlichen Truppen herum, auf die Erhebung wartend, die verabredeter Maßen in Rom stattfinden sollte. Aber das einzige Lebenszeichen, das die Gesinnungsgenossen in der heiligen Stadt von sich gaben, war eine mit 12,000 Unterschriften bedeckte Adresse an den Papst, in der sie diesen baten, die Hülfe der italienischen Regierung anzurufen. Nichts würde Rattazzi erwünschter gewesen sein als eine solche Wendung der Dinge; zwischen den Drohungen Napoleons, dessen Flotte zum Ausschiffen bereit in Toulon lag, und der ungestümen Bewegung des italienischen Volkes, das keine Behinderung der Freischaaren, ja nicht einmal die Auflösung ihrer Werbestellen oder des Hauptausschusses in Florenz duldete, befand er sich in einer sehr peinlichen Lage; nach langem Zögern entschloß er sich am 15. October die Actionspartei heimlich zu unterstützen. Aber kaum hatte er diese neue Politik eingeschlagen, als die Nachricht kam, daß der Papst Napoleons Beistand angerufen und zugesichert erhalten habe, während Garibaldi am 14. October von Caprera auf einem Fischerkahn entkommen sei. Jetzt galt es offen Farbe zu bekennen und entweder einem Zusammenstoß mit Frankreich zu trotzen oder selbst die Hand zur Bändigung der Freischaaren zu bieten. Das Eine wie das Andere zu thun war Rattazzi nicht der Mann; er nahm seine Entlassung, und für einige Tage gab es in Florenz keine Regierung. Angeblich bemühte sich Cialdini eine solche zu bilden, in Wahrheit aber schien dieser Zwischenzustand nur darauf berechnet zu sein, die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Garibaldi kam unbehelligt nach Florenz und fuhr unbehelligt von dort an die Grenze; ungehindert entfalteten die Ausschüsse der Bewegungspartei überall die regste Thätigkeit. Auch in Rom selbst wurde auf die Meldung von diesen Ereignissen ein Aufstand versucht; doch die kleine Schaar, die den Muth dazu hatte, unterlag sofort am 23. October den päpstlichen Truppen. Garibaldi selbst erfocht in dem Gebiete von Rom bald eine Reihe von kleinen Erfolgen und machte die Schlappen wieder gut, die sein Sohn vor seiner Ankunft erlitten; Viterbo zwar vermochte er nicht einzunehmen, dagegen erstürmte er Monte Rotondo, und südlich von Rom verbreitete gleichzeitig ein Haufe unter Nicotera den Aufstand.

Rattazzis Rücktritt.

Französische Expedition.

Weiter durfte Napoleon die Dinge nicht kommen lassen. Daß er ungern eingriff, hatte er durch die wiederholte Rücknahme des Befehls zur Abfahrt der Flotte gezeigt; so lange noch irgend welche Aussicht vorhanden war, daß die italienische Regierung das Schergenamt übernehmen werde, war er gern bereit, sich selbst die gehässige Arbeit zu ersparen; als er aber am 26. erfuhr, daß Cialdini den Auftrag ein Ministerium zu bilden zurückgegeben habe, glaubte er nicht mehr zögern zu dürfen, und schon am 28. lief seine Flotte in Cività Vecchia ein. Failly, der den Befehl über die Landungstruppen führte, war indeß auch jetzt noch angewiesen sich möglichst zurückzuhalten; eine thätige Betheiligung am Kampfe mußte ja eine Kluft zwischen Frankreich und Italien reißen, die Napoleon zu scheuen allen Grund hatte. Zweierlei war möglich: entweder bewog Menabrea,

der am 27. die Regierung übernommen hatte, Garibaldi auch jetzt noch zum Abzug, oder General Kanzler, der mit den päpstlichen Truppen gegen ihn ausrückte, zwang ihn dazu. Die erste Hoffnung schlug fehl: trotz eines Aufrufes des Königs, trotz des Einmarsches Cialdinis, der überall die päpstlichen Wappen wieder aufrichten ließ, beharrte Garibaldi bei seinem Entschluß zu kämpfen. Aber auch die zweite Möglichkeit schwand dahin; denn als Kanzler die Freischaaren am 3. November bei Mentana angriff, wurde er trotz tapfern Widerstandes geworfen und wäre verloren gewesen, wenn nicht eine französische Brigade in Reserve gestanden und den Kampf aufgenommen hätte. Trefflich bewaffnet mit den neuen, noch nicht erprobten Chassepotflinten richtete diese unter den sehr mangelhaft gerüsteten Rothhemden ein furchtbares Blutbad an, und Failly konnte triumphirend nach Paris vermelden, daß die Chassepots Wunder gethan — ein Jubelruf, der die Erbitterung der Italiener aufs höchste steigerte. In Mentana übrigens hielten sich die Garibaldiner, die dem Tod und der Gefangenschaft entronnen waren, und flüchteten Nachts einzeln von dannen. Garibaldi selbst ward auf der Eisenbahn verhaftet und in das Fort Varignano bei Spezzia gebracht; doch diente seine erschütterte Gesundheit der Regierung schon nach drei Wochen als Vorwand ihn wiederum nach Caprera zu entlassen.

Schlacht von Mentana.

Eine tiefe Verstimmung, die bei den fortgeschrittenen Parteien zu wahrem Ingrimm wurde, griff in Folge dieser Vorgänge zwischen Frankreich und Italien Platz. Dem schwächeren Theile blieb ja freilich zunächst keine andere Wahl als sich zu fügen, die eigenen Truppen, wie Napoleon es forderte, sogleich aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen, das Verbleiben der Franzosen unter Protest über sich ergehen zu lassen und nur etwa in diplomatischen Noten und Parlamentsbeschlüssen feierlich zu bekunden, daß man den alten Anspruch an Rom als die Hauptstadt Italiens keineswegs fallen lasse. Napoleon andrerseits hätte gern Mittel und Wege gefunden, um das beleidigte Nationalgefühl nach Kräften zu versöhnen. Aber was ließ sich thun? In der Sache selbst konnte er nicht nachgeben, ja die lebhaften Debatten, welche die Opposition im gesetzgebenden Körper hervorrief, gestatteten seinen Ministern nicht einmal ein beschwichtigendes Schweigen zu beobachten: sie mußten ihre Politik und die Wunder von Mentana vertheidigen, preisen, aufrecht erhalten und gaben dabei durch manches scharfe Wort dem Zorn der südlichen Nachbarn immer neue Nahrung. Wohl versuchte der Kaiser, die schwierige Lage Roms einer europäischen Conferenz zu unterbreiten und dadurch die Verantwortlichkeit von seinen Schultern zu wälzen; aber so bereitwillig Herr von Dalwigk in Darmstadt auf diese ehrenvolle Einladung einging, ohne zu ahnen, daß ein strenger Verweis vom Grafen Bismarck sein Lohn dafür sein werde, so gern wie Oestreich und Spanien bereit waren, dem bedrängten Kaiser aus seiner Sackgasse den erwünschten Ausweg zu brechen, so wenig Neigung zeigten England, Rußland und Preußen dazu. Sie wollten nur dann an der Conferenz sich betheiligen, wenn ein Ausgleich zwischen Rom und Italien in Aussicht stehe, und davon war

Spannung zwischen Italien und Frankreich.

nicht im Entferntesten die Rede; Italien stellte außerdem die Vorbedingung, daß die Franzosen erst wieder aus Rom abziehen und die September-Convention dadurch wieder zur Wahrheit machen müßten; da war es denn unvermeidlich, daß der ganze Plan zu Boden fiel und der Stachel in dem Gemüthe des italienischen Volkes zurückblieb.

Hinneigung der Italiener zu Deutschland.

Eine Hinneigung zu Deutschland machte sich bemerklich, wie sie bis dahin, selbst im Jahre 1866, nicht kund geworden war: dem preußischen Kronprinzen, der im Frühjahr 1868 zur Vermählung des italienischen Thronerben als Gast eintraf, wurden begeisterte Huldigungen dargebracht und die Blätter der Linken ergingen sich in Lobpreisungen des preußischen Bündnisses. Die kleinen Mittel, welche die Gegner dagegen ausspielten, verfingen doch nur wenig: Lamarmora, der aus dem Feldzuge von 1866 einen tiefen Groll gegen den glücklicheren Bundesgenossen bewahrt hatte, suchte durch Klagen über die damalige preußische Politik sich selbst rein zu waschen und Mißtrauen gegen Bismarck zu säen, doch vergeblich. Versöhnung mit Frankreich war nur durch eine befriedigende Lösung der römischen Frage zu erzielen. Die leitenden Staatsmänner waren selbstverständlich bemüht, die Kluft nicht zu erweitern; hing doch aller Voraussicht nach der Erwerb von Rom für alle Zeit von Frankreichs Zustimmung ab.

Das Ministerium Menabrea.

Menabrea machte sogar Anstrengungen, eine Grundlage für ein vorläufiges Abkommen mit dem Papste zu finden; er dachte an eine Zolleinigung, ein gemeinsames Bürgerrecht u. dergl. Aber als er sah, daß diese Vorschläge bei der Curie keinen Anklang fanden, und daß Napoleon sich höchstens dazu verstand, die Brigade in Rom, an deren Spitze General Dumont stand, auf Civitá vecchia zurückzuziehen, da gab er die Verhandlungen als unwürdig auf und erwartete geduldig den Zeitpunct, wo Frankreich seinerseits sie wieder aufnehmen werde.

Ihm selbst war es nicht vergönnt, bis dahin am Ruder zu bleiben; es war schon viel, daß er sich länger als zwei Jahre behauptete, eine Amtsdauer, wie sie kein Ministerpräsident seit dem Frieden von Villafranca erreicht hatte. Auch Menabrea wurde das nur dadurch möglich, daß er einen Theil seiner Collegen verschiedentlich wechselte; denn auf der einen Seite zwang die Schwierigkeit der inneren Lage, insbesondere der verzweifelte Zustand der Finanzen die Regierung zur Vorlage sehr drückender und deshalb leicht angreifbarer Steuerprojecte, an denen zu mäkeln die Opposition niemals unterließ, und andererseits stand die conservative Partei in ihren verschiedenen Gruppen so sehr unter der Herrschaft persönlicher Mißstimmungen und Launen, daß die Linke kaum nöthig hatte, Zankäpfel unter sie zu werfen. Menabrea hatte im Mai 1869 den Versuch gemacht, die Partei der Permanenten, jene Piemontesen mit ihrem Anhang, die sich seit d[illegible] Verlegung der Hauptstadt nach Florenz aufs Schmollen geworfen, m[illegible] sich zu versöhnen; aber nach wenigen Monaten war die Uneinigk[illegible] wieder in alter Weise ausgebrochen, und als die Linke dem Führer d[illegible] Permanenten, Lanza, gegen den Willen des Ministeriums zum Vorsi[illegible] in der Kammer verhalf, erbat Menabrea am 19. November sein[illegible] Entlassung. Erst nach beinah vier Wochen kam das neue Cabinet z[illegible]

Stande; Lanza übernahm das Präsidium und das Innere, Sella die Finanzen, Visconti Venosta das Aeußere, Govone den Krieg.

Finanzlage Italiens.

Trotz der unerquicklichen parlamentarischen Zustände war doch unter Menabreas Leitung manches wichtige Gesetz vereinbart worden; allein in der Session von 1868 hatten die Kammern gegen 150 Millionen neuer Steuern bewilligt. Unglücklicher Weise entsprach jedoch die Ertragsfähigkeit dieser Abgaben, besonders die der Mahlsteuer, den Erwartungen sehr wenig, und wie man sich gezwungen gesehen hatte, durch den Verkauf der Kirchengüter das Vermögen des Landes zur Bestreitung der jährlichen Ausgaben anzugreifen, so griff der Finanzminister Cambray-Digny im Juni 1868 dazu, eine der einträglichsten Finanzquellen, das Tabaksmonopol, auf zwanzig Jahre zu verpachten und sich auf die Pachtsumme 230 Millionen im Voraus zahlen zu lassen, um damit einen Theil des Deficits zu decken. Solche Maßregeln beseitigten für den Augenblick die Noth, aber sie verschlimmerten die Zukunft, auf deren Kosten man vor der Hand lebte. Trotzdem war der Steuerdruck schon jetzt so schwer, daß die Bewegungspartei die Unzufriedenheit zu häufigen kleinen Putschen in Sicilien, im Neapolitanischen, in der Romagna, selbst in der Lombardei ausnutzen konnte, ein Verfahren, das nicht allein die Leistungsfähigkeit des Landes beständig schwächte, sondern auch neue Ausgaben und Lasten im Gefolge hatte. An der Armee und der Flotte sparte man, so viel es irgend zulässig war; während nach der neuen Wehrverfassung, die 1869 beschlossen wurde, jährlich 80,000 Rekruten hätten eingestellt werden sollen, begnügte man sich mit 44,000, um die 140 Millionen, die für das Kriegsbudget ausgeworfen waren, nicht zu überschreiten; noch weiter herabzugehen, war Angesichts der kriegerischen Zeitläufte nicht möglich: denn alle Parteien stimmten darin überein, daß Italien die erste europäische Verwickelung zur Erwerbung von Rom benutzen müsse; und dazu war ein achtunggebietendes Heer auf alle Fälle erforderlich. Für die Hebung von Handel und Verkehr geschah Bedeutendes; die Eisenbahn durch den Mont Cenis war noch nicht vollendet, als das Ministerium schon für die Gotthardlinie eintrat, an die sich dann wieder eine Reihe localer Bahnen anschloß; auch Dampferlinien, wie die durch den Suez-Canal, der Ende 1869 eröffnet wurde, erhielten die Unterstützung des Staates; für Hafenbauten, Landstraßen und ähnliche Anlagen wurde nach Kräften gesorgt: alles das konnte erst in der Zukunft Früchte tragen, und für die Gegenwart blieb zuletzt keinem Ministerium etwas Anderes übrig, als immer wieder die Steuern zu erhöhen. Auch Sella begrüßte die Kammern im Frühjahr 1870 mit der unerwünschten Botschaft, daß in Zuschlag von 12 Procent zu allen Abgaben für das laufende Jahr unerläßlich sei.

Die Pläne der Curie.

Die Unterthanen des Papstes waren im Vergleich mit diesen drückenden Lasten fast glücklich daran, da das Deficit in den Cassen der Curie zum guten Theil mit den reichlichen Peterspfennigen gedeckt werden konnte, die aus der ganzen katholischen Welt zusammenströmten; in den sechs Jahren von 1859—65 waren über 40 Millionen

durch solche freiwillige Beisteuern eingelaufen, und daß auch späterhin die Opferwilligkeit der Ultramontanen nicht erkaltete, bewies u. A. die Summe der Geschenke, die Pius am 11. April 1869, dem funfzigsten Jahrestag seiner Priesterweihe, erhielt und die sich auf fast 10 Millionen belief. Dadurch wurde die Curie befähigt, ihre Netze in ganz Europa immer weiter auszubreiten und überall Verbindungen für einen großartigen politischen Umschwung im Sinne ihres Systemes anzuspinnen. Es handelte sich für sie dabei keineswegs blos um die Wiederherstellung des Kirchenstaates, sondern eben so wohl um die Wiederherstellung der päpstlichen Macht in allen übrigen Staaten, und da dieses Ziel nur erreichbar war, wenn der Katholicismus sich überall willenlos der päpstlichen Führung beugte, wenn die Bischöfe des Grades von Selbständigkeit, den sie noch besaßen, beraubt und die Laien aus dem Rachen des Liberalismus, der sie bedrohte oder schon verschlungen hatte, gerettet wurden, so arbeiteten die Jesuiten unermüdlich in dieser Richtung. Mit großer Consequenz wußten sie überall, wo die staatliche Gesetzgebung im Widerspruch zu ihren Ansprüchen trat, durch päpstliche Anreden, Bullen, Bannflüche die Gläubigen zum Widerstande gegen die heimische Regierung aufzuhetzen und durch solchen Kampf das Entstehen ausschließlich katholischer Parteien zu begünstigen. Streitsüchtiger und mehr mit aller Welt verfeindet war das Papstthum kaum je gewesen als jetzt, wo es der weltlichen Macht fast ganz entkleidet war und in den Händen eines hochbetagten, gutmüthigen und unselbständigen Priesters lag; mit Oestreich und Italien wie mit der Schweiz oder Baden, mit Mexico oder Neugranada wie mit dem Czaren oder dem Sultan gab es Streit, und um ein Regiment zu finden, das ganz nach ihrem Herzen war, mußte die Curie sich bald mit Ecuador begnügen, „der ruhmreichen Republik jenseits des Oceans, die inmitten des schuldbewußten Schweigens der europäischen Mächte allein ihre Stimme für die Wiederherstellung des Kirchenstaates erhebe“.

Encyclica und Syllabus.

Das gesammte politisch-religiöse Programm der Curie war in dem Rundschreiben und dem Syllabus vom 8. December 1864 zusammengefaßt, Schriftstücken, die nicht blos den Bischöfen, sondern auch der Laienwelt unweigerlich die Richtschnur für ihr öffentliches Verhalten vorschrieben. Ob der Papst dazu ein Recht habe, ob nicht vielmehr seinen Entscheidungen, wenn sie die Glaubens- und Sittenlehren nicht berührten, Gehorsam und Beipflichtuug versagt werden dürfe, das war allerdings ein strittiger Punct und die Verdammung, welche das Rundschreiben über die Zweifler aussprach, konnte sicherlich Niemanden bekehren. Eine nothwendige Ergänzung zu dem Erlaß des Syllabus war daher seine Bekräftigung durch einen Ausspruch der gesammten Kirche, und den konnte nur ein Concil thun. Dessen Berufung war demgemäß fortan das nächste practische Ziel der Jesuiten, und nur darüber herrschten noch Zweifel, ob man von demselben die Bestätigung des Syllabus verlangen oder den Papst für unfehlbar erklären lassen solle. Der erste dieser beiden Wege führte im Grunde genau eben so weit wie der zweite; er war nur in der Form der

Die Unfehlbarkeitslehre.

mildere, da er wenigstens zum Schein die Mitwirkung der Bischöfe zuließ und der päpstlichen Allmacht Schranken zog; Pius selbst wollte kaum mehr als dies; er versicherte häufig, daß er eine Dogmatisirung seiner Unfehlbarkeit nicht bedürfe, da ja Niemand gegen deren Ausübung Widerspruch erhebe, und seine erste Erklärung, daß er unfehlbar sei, unangefochten geblieben war, obgleich er sie schon in einer Encyclica vom 9. November 1846 kund gegeben. Ganz andrer Ansicht waren indeß die Jesuiten; sie drängten unablässig darauf, daß die Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben werde, und bereiteten durch ihre Zeitschrift, die Civiltà cattolica, die Gemüther auf die Entscheidung dieser Frage vor, während in den Katechismen, die bisher zum Theil die Unfehlbarkeit geradezu leugneten, der neue Lehrsatz stillschweigend eingefügt wurde. Unter den Bischöfen herrschte darüber eine weit verbreitete Unzufriedenheit; sie mußten sich sagen, daß ihre Selbständigkeit vollständig werde geknickt werden und daß ihnen vieler Orten dem Staate gegenüber ernstliche Schwierigkeiten aus dem Dogma erwachsen müßten. Als sie daher im Juni 1867 in großer Zahl, beinah 500, zur Jubelfeier des Apostels Petrus in Rom versammelt waren und den Papst in einer Adresse begrüßten, verwarfen sie den Wunsch Einzelner, die Unfehlbarkeit ausdrücklich anzuerkennen, und schlugen den Mittelweg ein, die eigenen Worte des Papstes in der Encyclica von 1864 zu gebrauchen: es sei ihm die göttliche Vollmacht ertheilt, die gesammte Kirche zu weiden, zu leiten und zu regieren. Den Plan, ein Concil zu berufen, nahmen sie so günstig auf, daß der Papst sofort die Ausführung beschloß und ihnen durch den Cardinal Laterini 17 Fragen vorlegen ließ, die zur Verhandlung gestellt werden sollten und unter denen die Unfehlbarkeit sich nicht befand. Auch die förmliche Einladung, die am 29. Juni 1868 in der Bulle Aeterni Patris erging und auf den 8. December 1869 lautete, gedachte derselben mit keinem Worte. Erst als im Winter 1868 auf 1869 in Rom eine Reihe von Ausschüssen zusammentrat, um die Verhandlungen des Concils vorzubereiten, wurde einem derselben durch den Erzbischof von Edessa, Cardoni, eine Abhandlung vorgelegt, welche die Dogmatisirung der Unfehlbarkeit betraf, und mit allen gegen die eine Stimme des deutschen Theologen Alzog von Freiburg genehmigte der Ausschuß, in dem einige hervorragende Jesuiten wie Perrone und Schrader saßen, diese Anregung. Nun konnte die Sache natürlich nicht mehr lange verheimlicht bleiben: die Gegner des Vorhabens waren gewarnt. In Deutschland, Oestreich und Frankreich machte sich ein wissenschaftlicher Widerstand fühlbar, der an dem pseudonymen „Janus", Döllinger in München, Schulte in Prag, dem französischen Bischof Maret u. A. seine literarischen Vorkämpfer und an vielen angesehenen Bischöfen seinen Rückhalt hatte. Auch die Vertheidiger der Unfehlbarkeit, wie Feßler von St. Pölten, Plantier von Nîmes, Cardinal Manning u. A. betraten den Kampfplatz, obgleich das kaum nöthig war, wenn jener römische Ausschuß Recht hatte, der alle geschichtlichen Einwürfe für kraftlos erklärte, sofern ihnen durch einen Concilsbeschluß widersprochen werde. In Deutschland gab es

Das Jubiläum Petri.

Vorbereitungen zum Concil.

unter den Kirchenfürsten nur vereinzelte wie Senestrey von Regensburg, oder Martin von Paderborn, die das Dogma herbeiwünschten; andere, wie Ketteler von Mainz, hielten die Anregung desselben für unklug, bezweifelten seine Wahrheit aber nicht; wieder andere, wie Hefele von Rottenburg, gehörten zu den entschiedensten Leugnern und mußten von den eifrigeren Amtsbrüdern bereits die Drohung hören, daß Rom ihnen ihr ketzerisches Fell schon abstreifen werde. Diese verschiedenen Standpuncte zu einer gemeinsamen Ansprache an die deutschen Katholiken zu vereinigen, war gewiß nicht leicht; aber die Bischöfe brachten es fertig; sie erließen, neunzehn an der Zahl, am 6. September 1869 auf einer Conferenz in Fulda einen Hirtenbrief, in dem sie betheuerten, daß sie einmüthig überzeugt seien, es werde das Concil kein neues Dogma einführen — kein neues Dogma; denn wenn die Unfehlbarkeit dazu erhoben wurde, so geschah das natürlich unter der Versicherung, daß sie stets und aller Orten gegolten habe, und daß kein historischer Einwurf diese Versicherung entkräften könne. Ein Theil der Prälaten wandte sich auch noch in einem Privatschreiben an den Papst, um ihn zu bitten, von der Dogmatisirung Abstand zu nehmen; dann machten sich alle auf die Reise nach Rom.

Hirtenbrief der deutschen Bischöfe.

Das Concil und die Regierungen.

In der politischen Welt sah man dem Concil im Allgemeinen mit großer Gleichgültigkeit entgegen. Fürst Hohenlohe, der bairische Minister des Aeußern, wies seine Amtsgenossen in einem Rundschreiben vom 9. April 1869 vergeblich auf die hochpolitische Natur der Unfehlbarkeitsfrage hin; er empfahl auf einer europäischen Conferenz sich über eine gleichartige Haltung zu verständigen und etwa gemeinsam Verwahrung gegen die einseitige Beschlußfassung des Concils in staatskirchlichen Fragen einzulegen. Allein dieser Vorschlag wurde sehr schlecht aufgenommen; Herr von Beust fand vorbeugende Maßregeln eines Verfassungsstaates nicht würdig, Graf Bismarck wollte als Minister eines protestantischen Landes den katholischen Regierungen den Vortritt lassen, Napoleon hoffte durch die französischen Bischöfe, von denen sich außer Maret auch Dupanloup und Darboy sehr entschieden gegen das neue Dogma erklärt hatten, den nöthigen Einfluß zu gewinnen, ohne durch diplomatische Schritte den Papst überflüssiger Weise zu erzürnen. Ein Gedanke, der vielfach besprochen wurde, war der, das Concil auch von Seiten der Fürsten durch besondere Gesandte, Oratoren, beschicken zu lassen, wie das früher üblich gewesen; unter Andern befürwortete Graf Harry Arnim, der norddeutsche Gesandte in Rom, diesen Plan; Graf Bismarck meinte aber in seiner Antwort vom 26. Mai 1869, da jene Oratoren ja doch kein Vetorecht besitzen würden, so sei es vortheilhafter für den Staat, das Concil ganz allein gewähren zu lassen. Ebenso dachte man in den übrigen Cabinetten und nur Portugal ernannte wirklich einen Gesandten zum Conci[l], der jedoch starb ohne seine Vollmacht übergeben zu haben. Von deu[t]scher Seite verfiel man endlich noch auf die Idee, den greisen Kön[ig] Johann von Sachsen, den gelehrten Kenner der mittelalterlichen Theologie, nach Rom zu entsenden; doch ward auch dieser Vorschlag zum Bedauern des Königs nicht gebilligt.

Eröffnung des Concils.

Dem Papste waren diese Anstrengungen gegen das Dogma trotz ihrer Geringfügigkeit doch überraschend gekommen, und als nun Ende November die Bischöfe in Schaaren nach Rom strömten und so viele eifrige Verfechter des Katholicismus ihn bestürmten, von seinem Vorsatz abzustehen, gerieth er wieder ins Schwanken und meinte sich mit der Bestätigung des Syllabus und insbesondre des zweiundzwanzigsten unter seinen 80 Artikeln begnügen zu können, da in diesem bereits die Lehre, als ob je ein Papst seine Macht überschritten, sich die Rechte der Fürsten angemaßt oder in Sachen des Glaubens und der Moral geirrt habe, als ketzerisch verflucht wurde. Die beruhigenden Worte, die er reichlich spendete, übten jedoch nur so lange einige Wirkung, bis man die Geschäftsordnung kennen lernte, die für das Concil entworfen war. Danach behielt der Papst ausschließlich sich selbst das Recht vor, Beschlüsse zu beantragen; die Einwände, die bei den Berathungen laut würden, sollten besonderen Ausschüssen überwiesen und von diesen geprüft werden; in der Gestalt, wie die Vorlagen aus diesen Ausschüssen hervorgingen, kamen sie dann abermals an das Concil, aber nicht zur Berathung, sondern nur zur Abstimmung, bei der die Mehrheit entschied. Dadurch waren der Minderheit alle die Bürgschaften genommen, die sie bisher in dem nie bestrittenen Satze gefunden, daß ein Concil nur mit moralischer Einhelligkeit Beschlüsse fassen könne. Wie wenig Rücksicht die Mehrheit zu nehmen gesonnen war, ergab sich schon daraus, daß in die vier Ausschüsse kein Mitglied der Minderheit gewählt wurde. Und doch zählte diese unter den 779 Bischöfen, die in Rom eingetroffen waren, über 200 Anhänger; es gehörten ihr die meisten deutschen, östreichischen, ungarischen, französischen Prälaten an, überdies viele aus Oberitalien, Portugal, Nordamerika, während die getreue Mehrheit allein 62 Bischöfe aus dem Kirchenstaate, etwa 100 aus dem übrigen Italien und gegen 120, die gar keinen Sprengel hatten (in partibus infidelium) umschloß. Nach der Zahl der Gläubigen, die sie vertraten, stellte die Minderheit daher beinah einen größeren Theil der katholischen Welt dar als die Mehrheit; wollte man über ihren Widerspruch flüchtig hinweggehn, so war die Beschlußfassung eine große Täuschung.

Die Opposition.

Aber freilich war die Opposition in sich keineswegs geschlossen; es gab in ihr einige kampflustige und gewandte Streiter, wie Stroßmayer von Diakovar, Kenrick von St. Louis, Connolly von Halifax; andere die besser mit der Feder als mit dem Worte fertig wurden, wie die Cardinäle Schwarzenberg von Prag, Rauscher von Wien, Matthieu von Besançon, oder der Bischof Hefele. Sehr zahlreich waren die, welche den Fall der Niederlage nie aus den Augen verloren und sich klüglich den Rückweg frei erhalten wollten. Den Mittelpunct der Opposition bildete eine kleine internationale Gruppe, die unter Rauschers Vorsitz berieth; außerdem versammelten sich die Deutschen und Oestreicher bei Schwarzenberg, die Franzosen Anfangs bei Matthieu, dann als diesem der Muth entfiel und er Rom verließ, bei Darboy. Den Heißspornen der Unfehlbarkeit wurde diese Parteienbildung bald unbehaglich und um der ganzen Sache schnell ein Ende

zu machen, veranlaßten sie eine Adresse an den Papst, die ihn bat, das Dogma vorzulegen. Rauscher antwortete darauf am 12. Januar 1870 mit 136 Bischöfen durch eine Gegenadresse, und da sie überdies unter der Hand den Papst wissen ließen, daß sie Rom sofort verlassen würden, wenn man etwa den Versuch mache, die Unfehlbarkeit durch Zuruf zu verkünden, so blieb das Verlangen der Mehrheit noch unerfüllt. In den Verhandlungen befand sich diese in einer sehr schlimmen Lage, da sie der Beredtsamkeit Stroßmayers keinen ebenbürtigen Gegner entgegenstellen konnte; das bequemste Rettungsmittel war eine neue Geschäftsordnung vom 23. Februar, die dem vorsitzenden Cardinal de Angelis das Recht ertheilte jedem Redner das Wort zu entziehen und auf Verlangen von 10 Bischöfen die Debatte ganz zu schließen; überdies sprach sie den Satz, daß Stimmenmehrheit für die Beschlußfassung genüge, noch schärfer als die erste aus. Ein Theil der Opposition wollte von der Rücknahme dieser Geschäftsordnung sein Verbleiben auf dem Concil und die Anerkennung von dessen Freiheit und Rechtmäßigkeit abhängig machen, aber die meisten konnten sich dazu doch nicht entschließen, obgleich die größeren Cabinette sehr geneigt waren sie zu unterstützen. Bismarck ließ durch Arnim, der mit der Opposition lebhafte Beziehungen aufrecht erhielt, die Zusicherung geben, daß die Regierung die Bischöfe nicht im Stich lassen werde; Beust und Daru mischten sich Anfang Februar ein, indem sie gegen die 21 Verfluchungen protestirten, die, aus den Kernsätzen des Syllabus bestehend, dem Concil so eben zur Annahme vorgelegt waren. Allein die Unsicherheit der Opposition hätte einer stärkeren Stütze bedurft; sie ließ sich auf allerlei Zugeständisse ein, und nahm am 24. April in der dritten öffentlichen Sitzung (die beiden andern, am 8. December und 6. Januar hatten nur zur Erfüllung von Formalien gedient) nicht allein die Verfluchungen an, sondern auch einen Zusatz, kraft dessen der Papst verwerfliche Lehren, auch wenn sie nicht ketzerisch seien, vollgültig verdammen konnte. Nur Stroßmayer fehlte bei dieser Abstimmung, er, der auch allein Verwahrung erhoben und die Freiheit des Concils bestritten hatte, als ihm am 22. März während einer von dem häufigen Pfui! seiner Amtsbrüder unterbrochenen Rede das Wort entzogen war.

Die Geschäftsordnung.

Mit der Unfehlbarkeit war es inzwischen auch Ernst geworden: am 6. März war der Entwurf des Dogmas vertheilt, bis zum 17. sollten die Einwendungen bei dem betreffenden Ausschusse eingebracht werden. Nun regte sich noch einmal Alles, was der Neuerung widerstand. Schwarzenberg, Rauscher, Hefele, Kenrick, selbst Ketteler, ließen historische und theologische Erörterungen darüber drucken; die Gesammtheit der Opposition reichte ihre Bemerkungen ein, in denen sie den Abfall der frömmsten Katholiken voraussagte, den begründeten Zweifel der Regierungen an der staatsbürgerlichen Treue der Unfehlbarkeitsgläubigen hervorhob, die allgemeine Verbreitung des neuen Dogmas bestritt, ja die grade entgegengesetzte Lehre des christlichen Alterthums, die Denkwidrigkeit, die mangelhafte, unredliche, unwürdige Beweisführung seiner Anhänger, die verstümmelten, gefälschten, ein-

Die Unfehlbarkeit.

geschobenen, zugestutzten und unechten Belegstellen, auf die sie sich stützen müßten, zur Sprache zu bringen wagte. Es schien, als ob sie damit ihre Schiffe hinter sich verbrannt hätten; auch führten sie in den dreiwöchentlichen Verhandlungen, die vom 14. Mai bis zum 3. Juni währten, ihre Sache mit Eifer und Geschick. Noch waren 49 Redner zum Worte gemeldet, da beschloß die Mehrheit den Schluß der Generaldebatte und ging über den schriftlichen Protest der 93, die noch zur Opposition hielten, zur Tagesordnung über. Nun betheiligten sich diese nicht mehr an den Einzelberathungen, sondern blieben nur deshalb noch in Rom, um schließlich ihr Nein zu sprechen. In einer Denkschrift, die letzte Stunde des Concils, setzten sie ihren Standpunct, die Unzulässigkeit durch Mehrheitsbeschlüsse Dogmen zu schaffen, noch einmal auseinander und appellirten von diesem unfreien an ein künftiges freies Concil; dann kam der Tag der Abstimmung, der 13. Juli. Nur 601 Bischöfe erschienen in der Sitzung, 451 nahmen das Dogma an, 62 verlangten Abänderungen, 88 stimmten mit Nein. Der Wortlaut des Beschlusses sagte, daß der Papst, wenn er ex cathedra, d. h. in Erfüllung seines höchsten Hirten- und Lehramtes allen Christen eine von der ganzen Kirche anzunehmende Glaubens- oder Sittenlehre verkünde, mit derselben Unfehlbarkeit ausgestattet sei, welche Christus der Kirche verliehen habe: er sei also aus sich selbst heraus unfehlbar. Nun fehlte nur noch ein Schritt: die Wiederholung des Beschlusses in öffentlicher Sitzung in Gegenwart des Papstes, wo keine andere Abstimmung als Ja und Nein galt. Hier zu erscheinen, hier offen und muthig ihr Nein zu sprechen, wagten von der ganzen Opposition nur zwei: die meisten waren vorher entschlossen sich zu beugen. Ein kleines Zugeständniß hofften sie noch von dem Papste zu erlangen: sie baten ihn durch eine Deputation an Stelle der Worte: aus sich selbst heraus unfehlbar, doch wenigstens zu setzen: unfehlbar auf Grund des Zeugnisses der Kirche; Ketteler beschwor den Papst, der ganz unschuldig erklärte, er habe das Dogma noch nicht in seiner jetzigen Fassung gelesen, fußfällig um diese Aenderung. Aber die Eiferer wollten auch nicht eines Fingers Breite nachgeben. Manning und Senestrey bewogen vielmehr den Papst, nun grade hinter den Worten: aus sich selbst heraus, noch den Zusatz: und nicht in Folge der Uebereinstimmung der Kirche, zu machen, und in dieser Form ward das Dogma am 18. Juli mit 547 gegen 2 Stimmen beschlossen.

Abstimmung am 13. Juli.

Unmittelbar darauf beschloß der Papst in Rücksicht auf die Sommerhitze und den deutsch-französischen Krieg, der grade ausgebrochen war, eine Vertagung des Concils bis zum 11. November. Er durfte annehmen, daß bis dahin alle Mitglieder der Opposition ihre Unterwerfung vollzogen haben würden. Manche von ihnen, wie Ketteler, thaten das noch vor ihrer Abreise von Rom; die meisten andern zögerten etwas länger, am längsten Stroßmayer und Hefele, doch endlich gaben sie alle nach und überließen der deutschen Wissenschaft, den Döllinger, Schulte, Friedrich, den ehrenvollen aber hoffnungsarmen Kampf für die altkatholische Lehre gegen die vernunft-

Vertagung des Concils.

und geschichtswidrige Anmaßung der Neuerer — einen Kampf, in den die deutsche Regierung entschlossen eintrat, um die Ausnutzung des Dogmas zu den Zwecken, um deretwillen es doch hauptsächlich erlassen war, um die Wiederherstellung der mittelalterlichen Machtansprüche des Papstthums gegenüber dem Staate und dem Einzelgewissen zu vereiteln. Dem Dogma als solchem den Krieg zu erklären, lag für den Staat kein Anlaß vor; doch seine politischen Folgen abzuschneiden war ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung. Keine Regierung war besser gerüstet um diesen Kampf aufzunehmen als die deutsche, keine weniger als die des napoleonischen Frankreich, und mit gutem Grunde wandten alle Sympathien der Curie sich deshalb dem letzteren zu. Es war für sie ein harter Schlag, daß Deutschland siegreich aus dem schweren Streite hervorging, daß in Folge dessen das Dogma vom 18. Juli der Ausgangspunct einer ganz anderen Entwicklung wurde, als in der Absicht seiner Beförderer gelegen hatte.

Fast geringfügig konnte daneben der Umstand erscheinen, daß Frankreichs Niederlage dem Papste auch den letzten Rest des Kirchenstaates entriß. Für Italien war das freilich die Hauptsache: seine ganze Politik richtete sich nach der Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen. Es wäre zu einem Bündniß mit Frankreich bereit gewesen, wenn Napoleon rechtzeitig Rom als Preis geboten hätte: es benutzte die Demütigung des Kaisers um sich gegen seinen Willen der ersehnten Beute zu bemächtigen. Kaum war die französische Besatzung Anfang August aus dem Erbtheil Petri abgezogen, so schickte sich die florentiner Regierung zu einem Gewaltstreich an; eine Depesche vom 7. September theilte den großen Mächten, ein Brief des Königs vom folgenden Tage dem Papste diesen Entschluß mit. Pius verweigerte natürlich seine Zustimmung, die Victor Emanuel erbat, doch entsagte er auch nutzlosem Blutvergießen. Als General Cadorna, der am 11. September die Grenze überschritten, am 20. vor der heiligen Stadt stand, ließ er ihn, um die Anwendung der Gewalt offen zu constatiren, an der Porta Pia Bresche in die Stadtmauer schießen, zog aber dann seine Truppen in die leoninische Stadt zurück und gestattete unter entsprechendem Protest gegen die sündhafte Beraubung ihre Entwaffnung. Eine Volksabstimmung vom 2. October bestätigte in üblicher Weise mit mehr als 130,000 gegen 1500 Stimmen die Einverleibung in das Königreich, die das italienische Parlament in den letzten Tagen des Jahres feierlich bekräftigte. Victor Emanuel selbst besuchte seine künftige Hauptstadt, die vom 1. Juli 1871 ab der Sitz der Regierung werden sollte, am 31. December für wenige Stunden; zu längerem Aufenthalt behagte es ihm dort nicht: er schickte seinen Sohn, den Kronprinzen Humbert, um an seiner S[illegible]lle den Quirinal zu beziehen, während der Papst im benachbarten Vat[illegible]n die Rolle des Gefangenen spielte. Ein Gesetz vom 9. Mai 1[illegible]1 sicherte dem Oberhaupte der katholischen Kirche umfassende Vorrec[illegible]e: es sprach ihm eine Rente von 3¼ Million Franken zu, gestat[illegible]te ihm die Haltung einer Leibwache und den gesandtschaftlichen Verk[illegible]r, erkannte ihm überhaupt die Stellung eines suveränen Fürsten [illegible]u,

Abzug der Franzosen.

Einmarsch der Italiener.

Das Garantiegesetz.

und verbürgte nicht nur die Freiheit der Concilien und Conclaven, sondern im Allgemeinen die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat im ganzen Königreiche. Unter diesem Schutze konnte der greise Papst sich in den ungemessensten Angriffen gegen die Satanskinder, die Ausgeburten der Hölle, die Trabanten des Teufels in Menschengestalt und welche Ehrentitel er sonst noch für die italienische Regierung bereit hatte, ergehen, konnte zu Hunderten und Tausenden seine Getreuen empfangen und seinen ganzen Groll gegen die sündhafte Welt und vorzugsweise das neue Deutsche Reich auslassen. Vor Behinderungen durch die italienische Regierung war er sicher; sie suchte keinen Streit mit ihm und kümmerte sich auch um die Folgen des Unfehlbarkeitsdogmas nicht; sie hätte auch die Erneuerung des Concils sehr gern gesehen, um aller Welt zu zeigen, wie frei der Papst sei. Aber eben deshalb verzichtete dieser darauf, und der Orden, der seine Politik leitete, vereinigte alle Kräfte dahin, unter den Katholiken der einzelnen Länder geschlossene klericale Parteien zu bilden, um mit deren Hülfe die feindlichen Regierungen zu stürzen und einen großen europäischen Kreuzzug vorzubereiten, welcher dereinst auch die weltliche Macht des Papstes wiederherstellen und das mit Nichten aufgegebene Ideal der Jesuiten, die unbedingte Herrschaft des Papstthums, d. h. ihre eigene unbedingte Herrschaft über die ganze Christenheit, verwirklichen könnte.

Rußland und der Orient.

Frankreich und Rußland.

Die Beihülfe, welche sich der französische Kaiser von Italien und von dem Papste zu seinem großen Kriege wider Deutschland versprach, erwies sich also thatsächlich als eine trügerische Hoffnung. Nicht besser erging es ihm mit den Versuchen, im übrigen Europa Bundesgenossen zu finden. Am erwünschtesten wäre ihm der Beistand Rußlands gewesen; aber freilich konnte er sich grade auf den am wenigsten Hoffnung machen und mußte zufrieden sein, den Czaren durch anderweitige Verwicklungen an der Unterstützung Preußens zu hindern. Das russische Volk war allerdings, soweit es überhaupt politische Meinungen in westeuropäischen Dingen hatte, nichts weniger als deutschfreundlich gesinnt; die panslawistischen Zeitungen in Petersburg und Moskau liebäugelten vielmehr beständig mit den Franzosen und zehrten von dem, wie es schien, unerschöpflichen nationalen Hasse, zu dem der hundertjährige Einfluß deutscher Staatsmänner und Generale den Grund gelegt hatte; aber der Czar selbst und sein Kanzler blieben sich in ihrer deutschfreundlichen Politik getreu, ungeachtet aller Mittel, die Napoleon anwandte um sie zu sich herüberzuziehen. Es gab eigentlich nur einen Punct, der für die, welche Mißtrauen zwischen den beiden verbündeten Regierungen ausstreuen wollten, einigermaßen günstig war, und den sie nicht ohne Geschick benutzten: das war der Umstand, daß in den russischen Ostseeprovinzen der Adel und die städtische Bevölkerung zum größten Theile deutschen

Die Ostseeprovinzen.

Stammes sind. Man suchte daraus den Schluß zu ziehen, daß Bismarcks nationale Politik ihn nothwendig dahin drängen werde, diese deutschen Bevölkerungen dem Mutterlande wiederzugewinnen. Daß auf nicht einmal 140,000 Deutsche in diesen Provinzen über zwölfmal so viel Bewohner fremden Stammes kommen, daß die Vertheidigungsstellung des Nordbundes durch die Erwerbung des schmalen Küstensaumes unendlich geschädigt werden mußte, daß der liv- und kurländische Adel durchaus kein Verlangen trug, seine einflußreiche Stellung in Rußland aufzugeben, Alles das wurde möglichst in Dunkel gehüllt, und auf der einen Seite kein Versuch gescheut, den Czaren mit Argwohn gegen Bismarck zu erfüllen — ein Unterfangen, dessen sogar der hessische Minister von Dalwigk beschuldigt wurde — auf der andern Seite aber die russische Nationalpartei aufzuhetzen, ihre Russificirungskünste, die in Littauen und Polen so eifrig betrieben wurden, auch auf die Ostseeprovinzen auszudehnen. In Bezug auf die Religion war dies gegenüber den esthnischen Bauern schon in den vierziger Jahren mit äußerlichem Erfolge geschehen; sie waren, durch allerlei Vorspiegelungen verlockt, gemeindeweise zur griechischen Kirche übergetreten. Allein die neue Glaubensform hatte bei ihnen so wenig innerlichen Anklang gefunden, daß sie den Kaiser massenhaft mit Bittschriften um die Erlaubniß der Rückkehr zu ihrem alten lutherischen Bekenntniß bestürmen ließen. Die wurde ihnen nunmehr trotz der Empfehlung des kaiserlichen Adjutanten Bobrinski, der im Jahre 1864 im Auftrage des Czaren die Verhältnisse persönlich studirt hatte, schlechthin verweigert; den Slawophilen aber wurde es klar, daß sie tiefer einschneiden müßten um ans Ziel zu gelangen, und sie begannen daher einen förmlichen Feldzug gegen die deutsche Sprache. Vertragsmäßig stand den Ritterschaften und Behörden der Provinzen das Recht zu, sich derselben im amtlichen Verkehre zu bedienen: Nikolaus hatte es freilich 1850 durch einen Ukas aufgehoben, aber derselbe war ein todter Buchstabe geblieben. Jetzt verlangte die russische Presse die Erneuerung und Durchführung jenes Befehles und der Kaiser genehmigte am 13. Juni 1867 einen entsprechenden Antrag der Minister. Dadurch ermuthigt erweiterten die Panslawisten ihren Angriff zu einem wahren Sturm gegen die deutschen „Schmarotzerbarone, die sich von dem Blute ihrer Bauern mästeten und sich von ihren Musikbanden zwanzigmal die preußische Nationalhymne aufspielen ließen". Vergebens wandten sich die Bedrohten persönlich an den Kaiser, um von ihm die Erhaltung des alten Rechtszustandes zu erbitten; ihr Gesuch wurde abgewiesen und im nächsten Jahre verschlimmerte sich die Lage noch durch die Ernennung neuer Gubernöre, die entweder Russen oder doch griechischer Religion waren, und durch beschränkende Maßregeln gegen die Universität in Dorpat und die übrigen Lehranstalten. Deutschland war nicht im Stande seinen Stammesgenossen gegen diese Gewaltthaten Hülfe zu leisten, da es ihm an jedem Recht zur Einmischung gebrach und die Klugheit es durchaus verbot, erfolglose Vermittlungsversuche anzustellen. Die öffentliche Meinung billigte daher die Zurückhaltung Bismarcks vollkommen; sie verfolgte mit

Ihre Privilegien.

Bedrängung der Deutschen.

Theilnahme die erregte literarische Fehde, die sich zwischen den Vertretern des Deutschthums und den Slawenfreunden erhob; aber sie empfand schon einiges Mißbehagen, als Ende 1867 die Fortschrittspartei die Sache im Reichstage zur Sprache brachte und war sehr zufrieden damit, daß es bei dieser einmaligen Anregung verblieb. Die ganze Frage war unzweifelhaft eine innere Angelegenheit Rußlands und nur ein Umschwung der Parteiverhältnisse oder die bessere Einsicht der Panslawisten konnte den gerechten Beschwerden der deutschen Abhülfe schaffen.

Die Hoffnung, daß dies bald geschehen werde, war freilich sehr schwach, denn die nationalrussische Partei hatte um diese Zeit den Gipfel ihrer Macht erstiegen. Sie erfreute sich eines unbegrenzten Einflusses bei der Kaiserin und dem Thronfolger; die Ministerien waren fast sämmtlich mit ihren Führern oder mit Männern, die wie Gortschakoff sich ihr möglichst anbequemten, besetzt; in Polen, Lithauen, Finnland, machte die Russificirung glänzende Fortschritte. Der Sprachenzwang wurde besonders in Polen unerbittlich durchgeführt; selbst den Krämern und Wirthen ward der Gebrauch des Polnischen im Verkehr mit ihren Kunden bei willkürlicher Polizeistrafe verboten; die wichtigsten Unterrichtszweige mußten in den Schulen russisch ertheilt werden, die Warschauer Universität sogar ward ihres nationalen Charakters entkleidet, auch für den Gottesdienst die Anwendung der russischen Sprache geboten. Wohl fehlte es demgegenüber nicht an hartnäckigem Widerstande; aber man wußte ihn in Petersburg zu brechen. Besonders gegen die Geistlichkeit kannte man keine Schonung, sondern verfolgte sie um so unbarmherziger, als man darin zugleich das einzige Mittel fand, seinem Groll gegen Rom Luft zu machen. Die persönlichen Anklagen des Papstes gegen den Czaren, der die Kirche Christi quäle und ihre Getreuen bis zum Tod verfolge, hatten schon 1864 zur Abberufung des Gesandten Kisseleff geführt; ein Geschäftsträger blieb noch bis Anfang 1866 in Rom, kehrte aber dann in Folge einer heftigen Unterredung, die er beim Weihnachtsempfang mit dem Papste gehabt, gleichfalls zurück. Ende des Jahres, am 4. December, sagte sich nun Alexander vollständig von den Verträgen los, die Nikolaus 1847 mit der Curie geschlossen, und wies am 22. Mai 1867 die polnische Geistlichkeit an, jeden directen Verkehr mit Rom zu unterlassen und sich lediglich der Vermittlung des geistlichen Collegiums in Petersburg zu bedienen. Jeder Ungehorsam gegen dieses oder gegen andre Gebote wurde unnachsichtlich gestraft, und nach kurzer Zeit waren fast alle Bischofssitze in Polen verwaist. Zu spät erkannte man in Rom die schweren Wunden, die man in unkluger Heftigkeit der Kirche geschlagen, und zu ungenügend waren selbst dann die Zugeständnisse, die man bot, als daß eine wirkliche Versöhnung hätte eintreten können. Die Russen aber fühlten durchaus kein Bedürfniß die eingeschlagene Bahn zu verlassen; sie hatten richtig genug in dem Katholicismus die Stelle erkannt, an der sie das Polenthum am tödlichsten verwunden konnten.

Rußland und der Papst.

Erfolge der Panslawisten.

Der Sturz der Minister Golownin 1866 und Walujeff 1868 befreite die Panslawisten von ihren einzigen thätigen Gegnern in der Umgebung des Kaisers; nur einen Mann wußten sie trotz der Beihülfe des Thronfolgers lange Zeit nicht zu beseitigen, den Grafen Peter Schuwaloff, den Chef der Geheimpolizei, der des Kaisers höchstes Vertrauen genoß, seit er im Jahre 1866 bei einem Attentate, das ein gewisser Karakosoff unternommen, seinen Scharfsinn bewährt hatte; als es ihnen endlich gelang, ihn aus Petersburg zu entfernen, geschah es doch auch nur durch seine Ernennung zum Botschafter in London, von wo sie ihn dereinst als Nachfolger des alternden Gortschakoff zurück erwarten mußten. Dieser wußte seinerseits die nationale Partei geschickt zu benutzen, ohne ihr eine Herrschaft über seine Politik zu gestatten. Besonders Oestreich gegenüber konnten ihm die Panslawisten treffliche Dienste leisten. Eine ethnographische Ausstellung, die sie im Mai 1867 in Moskau veranstalteten und die von den östreichischen Slawen, deren schönste Hoffnungen grade durch Belcredis Sturz geknickt waren, durch Abgeordnete beschickt wurde, bot zu sehr verständlichen Kundgebungen gegen den benachbarten Kaiserstaat den bequemsten Anlaß: der Czar selbst trug kein Bedenken, die Unterthanen des fremden Herrschers als Stammesgenossen sympathisch zu begrüßen. Es geschah dies allerdings unmittelbar, nachdem der östreichische Minister jenen Vorschlag einer Annäherung an Rußland, den Bismarck ihm durch den Grafen Tauffkirchen hatte machen lassen, kalt zurückgewiesen und dadurch seine Unversöhnlichkeit von Neuem kundgethan hatte. Vielleicht wäre Beust geneigter gewesen sich unter Napoleons Vermittlung mit Gortschakoff zu verständigen, und der östreichisch-russisch-französische Dreibund, der daraus hätte hervorgehen können, war der Lieblingstraum der französischen Blätter. Aber davon wollte man wiederum in Petersburg nichts hören, und der Czar persönlich verlor keine Gelegenheit, durch Ordensverleihungen, Trinksprüche, Glückwunschdepeschen seine innige Theilnahme für König Wilhelm und sein siegreiches Heer auszudrücken.

Oestreich und Rußland.

Die schleswigsche Frage.

Practisch bethätigte sich diese dankbare Gesinnung unter Anderm in der Zurückhaltung, die Rußland in der schleswigschen Frage bewies. Der fünfte Artikel des Prager Friedensvertrages, der Dänemark die Rückgabe der nördlichsten Bezirke von Schleswig in Aussicht stellte, war bislang noch nicht zur Ausführung gekommen, und Oestreich, das allein ein Recht hatte, seine Erfüllung zu fordern, ließ die Frage, wie alle anderen, in denen es Verletzungen des Friedens erkennen wollte, unerörtert, um sie zu gelegener Zeit als Beschwerdepunct gegen Preußen zu verwerthen. Die französische Diplomatie beschäftigte sich dagegen lebhaft damit und suchte wenigstens mittell[illegible] denn zu directer Einmischung besaß auch sie das Recht nicht, Preu[illegible] Verlegenheiten daraus zu schaffen. Bismarck war seinerseits [illegible] bereit, die Abstimmung der Bevölkerung zu veranlassen, verlangte [illegible] zuvor von Dänemark Angabe der Bürgschaften, welche es den deutsc[illegible] Gemeinden, die etwa mit abgetreten würden, für die Schonung i[illegible] Sprache und Nationalität geben wolle, da von dem Maße dessel[illegible]

die Größe der Abtretungen abhänge. Der dänische Minister Frijs antwortete darauf am 1. Juni 1867, daß er keine andre Bürgschaft als die bestehenden Gesetze bieten könne, worauf denn Bismarck die Sache einstweilen ruhen ließ, und als Frankreich durch seinen Geschäftsträger in Berlin auf Beschleunigung drängen wollte, sich dies so entschieden verbat, daß Napoleon seinen Vertreter verleugnete. Seinen Verdruß gab er durch eine Sendung des Handelsministers Béhic und durch die Reise einiger getreuer Deputirten und Journalisten kund, die im August in Kopenhagen eintrafen und überschwängliche Verbrüderungsfeste mit den Dänen feierten. Trotz der Hoffnungen auf französischen Beistand, die dadurch erweckt wurden, eröffnete der dänische Gesandte von Quaade aber doch im Herbst, als die Kriegsaussichten, die sich an die Salzburger Zusammenkunft geknüpft, geschwunden waren, in Berlin wiederum Verhandlungen, mit denen preußischerseits Lothar Bucher, der Demokrat von 1848, betraut wurde, den Bismarck schon Ende 1864 als vortragenden Rath ins auswärtige Amt berufen hatte. Monate lang wurde verhandelt, ohne daß man übereingekommen wäre. Bucher stellte 12 Garantiepuncte auf und verhieß dafür die Abtretung des Landes bis zur Gjenner Bucht; Quaade aber forderte auch Alsen und Düppel und brach dann endlich, als dies verweigert wurde, im März 1868 die Verhandlungen wieder ab. Wenige Wochen darauf begab sich der Kriegsminister Raaslöff mit einigen Offizieren nach Paris und wiederholte diese Reise in demselben Monat April zum zweiten Mal, eine Drohung, die man in Berlin um so besser verstand, als Anfang März der Prinz Napoleon zu einem zehntägigen Besuche dort eingetroffen war und die alten Forderungen einer Grenzberichtigung oder der Beihülfe zur Eroberung Belgiens wiederholt hatte. Die neue Ablehnung, die ihm zu Theil geworden, war ein neuer Antrieb für den Kaiser, sich mit den Waffen zu erobern, was ihm Bismarck in Güte verweigerte, und eine der beliebten halbofficiellen Broschüren verkündete Frankreich im Mai, daß die jetzige politische Lage, die nach des Kaisers eigenen Worten weder der Friede mit seiner Sicherheit, noch der Krieg mit seinen glücklichen Folgen sei, ein Ende nehmen, daß der Friede durch den Krieg erworben werden müsse.

Frankreichs Einmischung.

Auf Rußlands Beistand rechnete man dabei freilich nicht; aber man glaubte wenigstens sicher zu sein, daß es Oestreich nicht am Eingreifen werde hindern können, weil es selbst in der Türkei stark beschäftigt werden sollte. So ziemlich in allen Vasallenländern der Pforte dauerte die nationale Gährung ungeschwächt fort, in Candia war sie zu hellen Flammen ausgebrochen und konnte, bei geringer Nachhülfe durch eine fremde Macht, leicht zu einem griechisch-türkischen Kriege führen. Als der Aufstand im Mai 1866 begann, bewies Griechenland allerdings eine große Zurückhaltung: es hatte mit sich selbst nur zu viel zu thun. Die Hoffnungen, die sich an die Revolution und das Königthum Georgs I. geknüpft, waren vollständig zu Nichte geworden, die Finanzen des Landes lagen so traurig darnieder, und die Parteien mit ihren ewig wechselnden Ministerien verfolgten

Griechenland und Candia.

Pesth im Mai 1868 nach Constantinopel führte, hing mit diesen Plänen zusammen, und die Ansammlung polnischer Flüchtlinge in Galizien ließ erkennen, daß auch eine Insurrection in Polen mit in Aussicht genommen war. Aber die Zurückhaltung, die Rußland beobachtete, vereitelte die günstige Gelegenheit von Monat zu Monat, und als im September eine Revolution in Spanien ausbrach und nicht allein die Königin Isabella, auf deren Truppen Napoleon mindestens zur Besetzung von Rom gerechnet hatte, stürzte, sondern auch Frankreich mit gefährlicher republikanischer Nachbarschaft bedrohte, da ließ der Kaiser die Fäden, die er angesponnen, fallen und bot die Hand dazu, den Orient wieder einigermaßen zu beruhigen. Das dringendste war die Beseitigung des griechisch-türkischen Conflictes.

Der griechisch-türkische Conflict.

Dieser hatte das ganze Jahr 1868 hindurch angedauert; das Ministerium in Athen sprach unverhohlen seine Theilnahme für die Candioten aus, ja Delyannis, der Minister des Aeußern, erklärte die Erwerbung der Insel rundweg für das Ziel seiner Politik. Das hatte denn auf der einen Seite neue Freiwilligenzüge und Munitionssendungen zur Folge, auf der andern Seite aber riß jetzt der Pforte die Geduld. Sie ließ am 11. December in Athen ein Ultimatum übergeben, das unter Anderm Verhinderung der Freischärlerzüge und Entwaffnung der drei Privatkriegsschiffe, die den Verkehr mit der Insel vermittelt hatten, sowie strenge Beobachtung des Völkerrechts forderte. Als Griechenland dies Verlangen zurückwies, reiste der türkische Gesandte ab, und ein Decret des Sultans gebot allen Hellenen binnen 14 Tagen seine Lande zu verlassen. Einige Monate früher würde Napoleon diesen Bruch mit Freuden begrüßt haben; bei der friedfertigen Stimmung, die jetzt in den Tuilerien herrschte, nahm er den

Die Pariser Conferenz.

Vorschlag, den Bismarck am 19. December machte und der von Rußland sofort unterstützt wurde, an und lud die Unterzeichner des Pariser Friedens auf den 9. Januar 1869 zu einer Conferenz nach Paris ein. Da der griechische Gesandte, Rhizos Rhangabe, der nur Sitz aber keine Stimme haben sollte, sich der Theilnahme völlig enthielt, so wurde der Protocollführer der Conferenz, der jüngere Graf Walewski, nach Athen entsandt, um im Namen der Mächte die Erfüllung der türkischen Forderungen zu verlangen; nur das demüthigende Versprechen, fortan das Völkerrecht beobachten zu wollen, wurde den Griechen erlassen; für die übrigen Puncte aber trat der Czar auch noch in einem eigenhändigen Schreiben an König Georg ein. Dieser entließ demgemäß am 2. Februar das Ministerium Bulgaris-Delyannis, und dessen Nachfolger Zaimis beugte sich dem Ausspruch der Conferenz. Das Verhältniß der Pforte blieb selbstverständlich auch nach der Wiederanknüpfung der diplomatischen Verbindungen sehr kühl, aber vor solch leichtfertigen Herausforderungen wie in der candiotischen Sache hüteten sich doch die folgenden Ministerien, so viel ihrer wa[illegible]n. Verwicklungen mit anderen Mächten, besonders mit England, das im April 1870 Genugthuung für die Ermordung mehrerer Britten in den Bergen von Marathon verlangte, besonders aber der Stoß, [illegible]n der unbedingte Glaube an russische Hülfe erlitten, trugen zu die[illegible]r

vorsichtigen Haltung wohl mehr bei als die klare Einsicht, daß man Ordnung im Innern schaffen müsse, ehe man eine Vergrößerung des Königreichs erstrebe. An der Politik des Czaren war man ganz irre geworden. Ueberall hatte Alexander die sonst so eifrig beförderten nationalen Bestrebungen zurückgewiesen; er hatte in Bukarest im October 1868 den Rücktritt des beliebten Ministeriums Bratiano-Golesco und seine Ersetzung durch den conservativen Kogolnitscheano zugegeben; er schlug 1869 dem Fürsten Nikita von Montenegro trotz einer Reise nach Petersburg die Vergrößerung seines Ländchens durch den Hafen von Spizza ab; ja er drängte 1869 durch seinen Gesandten Ignatieff die Pforte zu einem Ferman, durch den sie die Losreißung der Bulgaren von dem griechischen Patriarchat und die Begründung einer selbständigen bulgarischen Kirche genehmigte, und dadurch die griechischen Zukunftsträume um so rauher störte, als die kirchliche Gemeinschaft das Einzige war, worauf sich der Anspruch, die slawischen Bulgaren dereinst dem großen hellenischen Reiche einzuverleiben, stützen konnte.

Rußlands Zurückhaltung.

Rußland aber ließ sich von der Mißstimmung in Athen um so weniger beeinflussen, als es in der Stunde der Noth doch immer der einzige Helfer war, den Griechenland anrufen konnte. Mit unerschütterlichem Gleichmuth sah es den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel zu: alle Reformversuche, die Aali und Fuad Pascha, die europäisch und insonderheit französisch gebildeten Minister, unternahmen, erweckten nicht die Befürchtung, daß sie zu irgend welchen gedeihlichen Ergebnissen führen könnten. In der That hatte die Pforte die böse Wahl zwischen den nützlichen, aber unausführbaren Rathschlägen Frankreichs, und den ausführbaren, aber verderblichen des Petersburger Cabinets. Frankreich meinte durch die Hereinziehung der Christen in die Verwaltung die Verschmelzung der verschiedenen Stämme zu einem Ganzen befördern zu können; Rußland empfahl in jedem einzelnen Falle, den beschwerdeführenden Provinzen eine größere Selbständigkeit zu geben, was den Zerfall des Reiches natürlich beschleunigen mußte. Eine Menge zum Theil tiefgreifender Verfügungen im französischen Sinne erging während der Jahre 1867 und 1868. Das ganze Reich wurde nun in Verwaltungsbezirke eingetheilt, ein oberster Verwaltungs- und Justizrath, im Mai 1868 auch ein Staatsrath begründet, und der Eintritt in alle Aemter allen Glaubensbekenntnissen eröffnet. Eine Reise des Sultans zur Pariser Ausstellung von 1867, ein Besuch an den Höfen von London und Wien, eine Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen in Coblenz — unerhörte Ereignisse in dem Leben eines Sultans — gewährten dem Herrscher selbst einen Einblick in die europäische Civilisation; aber segensreiche Folgen für seine Unterthanen ergaben sich daraus nicht. Die Kosten der Reise mußten die Beamten bestreiten, denen der sechste Theil ihres Gehaltes abgezogen wurde, und der rettungslose Verfall der Finanzen, der auch durch diese Thatsache beleuchtet wurde, schnitt jede Möglichkeit, die widerwilligen christlichen Unterthanen ohne Druck zu regieren und so vielleicht zufrieden zu stellen, von vornherein ab.

Türkische Reformen.

Aegypten.

Aber auch mit seinem mächtigsten mohamedanischen Vasallen, dem Vicekönig von Aegypten, lag der Sultan fast ununterbrochen in Streit. Ismaïl Pascha, der seinem Bruder Saïd im Januar 1863 in der Regierung des Landes gefolgt war, entwickelte eine große Rührigkeit, um die Beziehungen Aegyptens zu den europäischen Völkern zu mehren und die zu der Pforte abzuschwächen. Er hatte von seinem Vorgänger als Aufgabe die Vollendung des großen Canales übernommen, den Ferdinand von Lesseps auf Grund eines Vertrages von 1856 zwischen Suez und Port Saïd am Mittelmeer zu bauen begonnen hatte. Ohne Zweifel versprach das Riesenwerk dereinst zum Aufschwunge Aegyptens im großartigsten Maßstabe beizutragen; zunächst aber verschlang es nicht allein die 200 Millionen Francs, die größtentheils in Frankreich auf Actien gezeichnet waren, sondern noch beinahe 300 Millionen darüber, und diese 300 Millionen wurden nur zur kleineren Hälfte durch nachträgliche Anleihen zu Lasten des Canals, zur größeren Hälfte aber durch Zuschüsse des Vicekönigs gedeckt, der sich dadurch tief in Schulden stürzte. Der Sultan mochte aus diesem Grunde die Fortsetzung des Baues nicht ungern sehen und ihn als eine Schwächung des ehrgeizigen Vasallen betrachten, die sich bei dem wahrscheinlichen Mißlingen des Unternehmens durch keinen späteren Vortheil wieder ausgleichen werde. Längere Zeit hindurch behandelte man daher Ismaïl in Constantinopel sehr wohlwollend; man gestattete ihm im Mai 1866 gegen eine Erhöhung des Tributes und reichliche Geldgeschenke die Aenderung der Erbfolge in seiner Familie, sodaß fortan der älteste Sohn und nicht mehr der älteste Verwandte den Thron besteigen sollte; man zeichnete ihn vor den übrigen Paschas durch den Titel eines Khedive aus und räumte ihm das Recht ein, bei besonderen Anlässen unter Aufsicht der Pforte Agenten an die fremden Höfe zu schicken. Diese günstige Stimmung verschlechterte sich aber, je näher die Vollendung des Canals rückte und je mehr man durch Mustapha Fazyl Pascha, den Bruder des Khedive, der durch die Erbfolgeordnung des Thronrechts beraubt und dadurch bitter mit Ismaïl verfeindet war, auf die großen Rüstungen aufmerksam wurde, welche dieser trotz seiner Geldnoth veranstaltete. Panzerfregatten, Armstrongkanonen, Chassepotgewehre wurden in Frankreich, England und Oestreich bestellt, Anleihen gemacht, die bis 1868 die Schuldenlast auf 43 Mill. Pfund brachten, die Armee beständig vermehrt und durch Kriege gegen Darfur, Abessinien und die Völker am oberen Nil in den Waffen geübt. Bei alle dem ließ sich doch kein triftiger Grund finden, um den Vicekönig zur Verantwortung zu ziehen; denn er überbot sich in Versicherungen der Treue und in Gefälligkeiten gegen den Sultan und wußte schlimmsten Falls den guten Eindruck seines geschmeidigen Benehmens durch wohlangebrachte Bestechungssummen zu unterstützen. Als er aber im Sommer 1869 eine Rundreise an die europäischen Höfe antrat, um die regierenden Fürsten zu der Einweihung des Canals einzuladen, und dabei sowohl persönlich wie durch seinen Minister des Aeußern, Nuber Pascha, die Oberhoheit des Sultans völlig in Vergessenheit zu bringen wußte,

Ismaïl Pascha.

Conflict mit dem Sultan.

da riß der Pforte die Geduld, und Ali Pascha rief ihm nicht allein in einer scharfen Note seine Abhängigkeit ins Gedächtniß zurück, sondern verlangte auch in einem zweiten Schreiben vom 29. August die Ablieferung von 200,000 Gewehren, die Aufbestellung der im Bau begriffenen Panzerschiffe, die Herabminderung des Heeres auf die vertragsmäßigen 30,000 Mann, die Einsendung des jährlichen Budgets, das Ismaïl seit 1866 durch eine Scheinvertretung des Volkes berathen ließ, die Einholung der großherrlichen Erlaubniß bei etwa erforderlichen Anleihen und endlich auch noch die öffentliche Verlesung eines Fermans, in dem ihm Alles dies befohlen wurde. Der Khedive, dem zu dieser Zeit nichts mehr am Herzen lag, als die Eröffnung des Canals durch die Anwesenheit europäischer Fürsten möglichst zu verherrlichen, machte nichts desto weniger Anstalt sich zu widersetzen; er rechnete darauf, daß der Sultan die Heimkehr der christlichen Souveräne abwarten werde, ehe er zur Gewalt seine Zuflucht nehme, und täuschte sich darin auch nicht. Unter der Theilnahme des Kaisers von Oestreich, der Kaiserin von Frankreich, des Kronprinzen von Preußen und anderer Fürstlichkeiten konnte er am 16. November die Eröffnung des Canals vollziehen. Vor der feierlichen Einweihung berieth ein internationaler Handelscongreß in Cairo über die Bestimmungen, die für den Aufschwung des Verkehrs auf der neuen Wasserstraße die förderlichsten zu sein schienen: oben an stand die Neutralität des Canals und die Zollfreiheit der Waaren; zur Verzinsung der Anlagekosten sollten nur die Tonnengelder dienen, die auf 10 Francs per Tonne festgesetzt wurden. Die Höhe dieser Abgabe beeinträchtigte allerdings die Benutzung des Canals, aber trotzdem nahm diese ziemlich schnell zu und stieg von etwa 500 Schiffen mit einer halben Million Tonnen im Jahre 1870 auf beinah 1300 Fahrzeuge mit der fünffachen Tonnenzahl im Jahre 1875.

Eröffnung des Suez-Canals.

Weit aus am stärksten benutzte England die neue Straße, obgleich es sich am wenigsten an dem Bau betheiligt und ihm amtlich sogar, wo es nur konnte, Schwierigkeiten in den Weg gelegt hatte. Seine Abneigung gab sich auch äußerlich dadurch kund, daß kein Mitglied des Herrscherhauses der Einweihung beiwohnte; ernsthafter und gefährlicher für den Khedive war es aber, daß der englische Gesandte in Constantinopel den Sultan zur Aufrechterhaltung aller Forderungen, die Ali Pascha gestellt hatte, ermuthigte; wollte Ismaïl es nicht auf einen Krieg ankommen lassen, so mußte er sich fügen, seine neuen Schiffe und Waffen ausliefern und den Ferman verkündigen. Nach einigem Bedenken entschloß er sich dazu und bereitete sich nur die kleine Genugthuung, das Actenstück in türkischer Sprache verlesen zu lassen, so daß kaum einzelne der Anwesenden seinen Inhalt verstanden. In der Verfolgung seiner politischen Ziele ließ er sich auch fernerhin nicht im mindesten beirren; selbst der große europäische Umschwung, der seine französischen Freunde außer Stand setzte, ihm weiter behülflich zu sein, erschreckte ihn nicht, sondern bewog ihn nur sich England mehr zu nähern und auf ein gutes Verhältniß zu Italien, Deutschland und Rußland zu sehen. Einen Augenblick hatte es sogar

Die Neutralität des Schwarzen Meeres.

den Anschein gehabt, als ob der endliche Ausbruch des deutsch-französischen Krieges auch im Oriente die lange verzögerte Katastrophe herbeiführen werde, und in allen Vasallenländern erwachten deshalb neue Hoffnungen. In der That war die russische Diplomatie im Sommer 1870 so geschäftig wie seit langem nicht, um in Montenegro, Serbien, Rumänien Alles für den Kriegsfall vorzubereiten. Allein in Wahrheit wollte sie damit nur Vorsorge auch für die schlimmsten Möglichkeiten treffen: ihr unmittelbares Ziel war sehr viel bescheidener und bestand nur darin, die beschränkenden Bestimmungen zu beseitigen, denen sich Rußland 1856 in Betreff seiner Seemacht im Schwarzen Meere hatte unterwerfen müssen. Da England, Oestreich und Frankreich sich damals durch den Vertrag vom 25. April verpflichtet hatten, alle Bestimmungen des Pariser Friedens mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen, so war der Zeitpunct, in dem Frankreich zur Erfüllung dieser Verpflichtung unfähig war, zu verlockend, als daß Gortschakoff ihn sich hätte entschlüpfen lassen mögen. Während die unruhigen Bewegungen in den Vasallenländern dazu bestimmt waren, die Pforte einzuschüchtern, rückte Ignatieff in Constantinopel mit Anträgen hervor, die in der einen oder der andern Form die Aufhebung der Neutralität des Schwarzen Meeres bezweckten. Die türkischen Staatsmänner erschraken darüber nicht wenig und suchten Hülfe in London und Wien. Allein so sehr man beider Orten die russischen Pläne haßte, so wenig hatte man den Muth, zu ihrer Vereitelung die Waffen zu ergreifen. Besonders in Wien fürchtete man sehr, sich dadurch auch mit Deutschland in einen Krieg zu verwickeln. Hatte der Czar doch auf Erkundigungen nach der Bedeutung seiner Rüstungen erwidert, daß dieselben auf alle Fälle nicht gegen Preußen gerichtet seien, während General von Schweinitz, der preußische Gesandte in Wien, den ungarischen Ministerpräsidenten Andrassy, der sich wiederholt um eine Annäherung zwischen Wien und Berlin bemühte, stets die Bemerkung entgegenhielt: Aber unsere Freundschaft mit Rußland müssen wir beibehalten! Der Gedanke lag also nahe, daß ein förmliches Abkommen zwischen Bismarck und Gortschakoff getroffen sei, und dem die Stirne zu bieten fühlte sich Beust außer Stande. Daß England einen Krieg zu Gunsten der Türkei nicht ohne den Beistand einer großen Landmacht unternehmen könne, war selbstverständlich, und so lagen die Verhältnisse also für Rußland ungemein günstig. Gortschakoff verlor daher nicht länger Zeit mit vergeblichen Verhandlungen in Constantinopel, sondern erklärte in einem Rundschreiben vom 31. October kurzab, daß sich sein Herr fortan nicht mehr an die Bestimmungen über die Neutralität des Schwarzen Meeres gebunden erachte. Obgleich die Diplomatie seit Monaten auf diese Erklärung vorbereitet war, beantwortete sie dieselbe doch mit einer Flut von Drohungen und Protesten; Jedermann aber war damit zufrieden, daß Bismarck den Zusammentritt einer

Londoner Conferenz.

Conferenz in London vorschlug, auf welcher die einseitige Maßnahme Rußlands geprüft, und das hieß unter den obwaltenden Umständen nichts Anderes, als: bestätigt werden sollte. Sie trat im

Januar 1871 zusammen. Rußland gab gleich in der ersten Sitzung vom 17. seine Zustimmung zu einer Erklärung, daß keine Macht das Recht besitze, sich einseitig von einem Vertrage loszusagen — der beste Beweis, daß es schon jetzt die Gewißheit hatte, mit seinen Forderungen durchzudringen. Die Einzelberathungen boten allerdings noch manche Schwierigkeiten, doch kam am 13. März 1871 der neue Vertrag zu Stande, der die Bestimmungen von 1856 aufhob, die Durchfahrt fremder Flotten durch die Dardanellen und den Bosporus an die Zustimmung des Sultans knüpfte, Rußland aber volle Freiheit zurückgab, an den Küsten des Schwarzen Meeres so viel Schiffe zu bauen, wie es für angemessen hielt. Der Sultan fügte sich in die unangenehme Zwangslage mit vielem Anstande, und weit entfernt davon, mit dem Czaren ob dieser Niederlage zu schmollen, zeigte er vielmehr von da ab wieder ein unverkennbares Bestreben, sich mit dem Petersburger Cabinet auf guten Fuß zu setzen, während der Einfluß seiner drei Verbündeten, die ihm doch in der Noth nicht hatten helfen können, ersichtlich schwächer wurde.

England und Belgien.

Englands innere Politik.

Am empfindlichsten war das für England, das sich durch die große Zurückhaltung, welche seine Staatsmänner nun schon seit Jahren in allen auswärtigen Fragen zeigten, mehr und mehr um allen Einfluß auf die politische Entwickelung Europas gebracht sah. Mit der Lösung seiner eigenen inneren Schwierigkeiten war es dafür um so eifriger beschäftigt, aber auch diese Arbeit trug nicht den Stempel eines großen entschlossenen Geistes, sondern bestand im wesentlichen in einem Markten und Feilschen der Parteien, das in der Regel nur zu Halbheiten führte. Das Gladstonesche Cabinet, das seit December 1868 die Geschäfte leitete, hatte als dringendste Verpflichtung die Regelung der irischen Verhältnisse in Bezug auf die Staatskirche und auf die Lage der Pächter übernommen, eine Verpflichtung, die nicht leicht wog, da die Lords mit seinem Programm sehr unzufrieden waren, und im Unterhause die beiden äußersten Flügel der ministeriellen Mehrheit in grade entgegengesetztem Sinne daran herum zu bessern suchten. Zur Ordnung der kirchlichen Verhältnisse brachte Gladstone am 1. März 1869 eine Bill ein, welche die Entstaatlichung und Entpfründung der irischen Kirche verfügte. Eine königliche Commission sollte vorübergehend die Verwaltung des Vermögens übernehmen, bis die Geistlichen und Gemeinden aus sich heraus eine Vertretung geschaffen hätten, der alsdann — und zwar wurde der 1. Januar 1871 als Termin angenommen, — von den 16 Millionen Pfund, auf die das Vermögen der irischen Staatskirche geschätzt wurde, reichlich 6 Millionen übergeben werden sollten; von den übrigen zehn Millionen waren zwei für die Presbyterianer und Katholiken Irlands, acht für gemeinnützige Anstalten wie Krankenhäuser, Taubstummenschulen u. s. w. bestimmt. Nach langwierigen Debatten wurde diese Vorlage am 31. Mai mit 361 gegen 247 Stimmen in dritter Lesung vom Unterhause ge-

Die irische Staatskirche.

nehmigt, während die Lords sich anschickten, sie durch Zusätze und Aenderungen so zu verstümmeln, daß sie der Unterhausmehrheit nicht mehr zusagen konnte. Die Entrüstung darüber war im ganzen Lande groß; in der Presse und in Versammlungen wurde ernstlich die Frage erörtert, ob ein Oberhaus, das so im Widerspruch mit dem Willen des Volkes und der Krone handle, berechtigt sei noch länger zu bestehen: John Bright ließ sich durch seine Stellung im Ministerium nicht abhalten, in einem Briefe an seine Wähler das schlechthin zu verneinen. Indes den aristokratischen Elementen in der Unterhausmehrheit wie in der Regierung waren solche Angriffe auf das Haus der Lords nicht minder unlieb als diesem selbst, und daraus entsprang der lebhafte Wunsch nach irgend einer gütlichen Verständigung. Der alte Derby mit den strengen Tories verweigerte zwar jedes Entgegenkommen; aber Disraeli und im Oberhause Lord Cairns ließen mit sich handeln und waren bereit die Entstaatlichung der Kirche zuzugeben, wenn ihre Dotation statt auf sechs auf zwölf Millionen gesetzt werde. Das Ministerium ging darauf ein und brachte die demgemäß veränderte Bill am 22. Juli bei den Lords, am folgenden Tage bei den Gemeinen durch, so daß sie schon am 26. veröffentlicht werden konnte. Wirklich befriedigt wurde durch sie jedoch Niemand; denn während die Freunde der Staatskirche über ihre gesetzliche Herabwürdigung klagten, fanden die Iren, daß ein Vermögen von 12 Millionen Pfund im Besitz einer religiösen Körperschaft von etwa 600,000 Mitgliedern dieser noch immer eine Macht lasse, gegen die keine andere Religionsgenossenschaft ankämpfen könne.

Noch bescheidener als in der Kirchenfrage drohten die Erfolge der Liberalen in der irischen Landfrage auszufallen. Von der gründlichen Revolution der Ackerverhältnisse, die Stuart Mill verlangt, war in Regierungskreisen selbstverständlich keine Rede: als John Bright für die Pächter das Recht forderte, ihre Pachtungen gegen eine bestimmte Ablösungssumme in freies Eigenthum zu verwandeln, wollten seine Collegen Nichts davon wissen. Die Vorlage des Ackergesetzes erfolgte auch nicht mehr in der Session von 1869, sondern wurde bis 1870 verschoben; die wichtigste Bestimmung war, daß die Pächter bei der Erwerbung eigenen Landes vom Staate unterstützt werden sollten; auch wurde die Form der Pachtverträge zu ihren Gunsten gebessert, willkürliche Kündigungen erschwert und die Erstattung der Aufwendungen für Neubauten u. dgl. bei Ablauf der Pachtzeit gesetzlich verbürgt. Erheblichen Einfluß auf die Beruhigung der öffentlichen Meinung in Irland hatte dieses Gesetz doch nicht. Die Ermordungen von Gutsherren, die tumultuarischen Zusammenrottungen, die sympathischen Kundgebungen für die Losreißung von England dauerten fort, und neben der Partei, die mit den Feniern von der Begründung einer irischen Republik träumte, verstärkte sich die andere, die im Parlamente unter der Führung von Butt, Sullivan u. A. die selbständige heimische Regierung (home rule) der Insel verlangte und in der föderativen Gestaltung der Schweiz, Oestreichs, Deutschlands die Beweise für die Durchführbarkeit ihrer eigenen Pläne finden wollte.

Die auswärtige Politik.

Nur für diese Partei, die kein geringes parlamentarisches Gewicht besaß, konnte die Zukunft möglicher Weise Erfolge im Schooße tragen; für die Fenier dagegen schwand die einzige greifbare Hoffnung, die sie hegen konnten, dahin, als England und die Vereinigten Staaten sich durch den Alabama-Vertrag aussöhnten: ohne fremde Hülfe ließ sich die irische Republik nun einmal nicht ins Leben rufen, und sich auf europäische Hülfe Aussicht zu machen, dazu waren selbst die Fenier nicht hoffnungsselig genug. Dank seiner Zurückhaltung besaß England zwar kaum irgendwo auf dem Festlande warme Freunde, aber eben so wenig stieg der Unwille über seine laue und eigennützige Politik je bis zu erbitterter, oder gar kriegslustiger Feindschaft. Man hatte sich eben daran gewöhnt, die britischen Staatsmänner als eine Art meist wohlwollender, aber thatenscheuer und kaum recht urtheilsfähiger Zuschauer bei allen Dingen, die sie nicht ganz unmittelbar betrafen, anzusehen. Bis zu welchem Grade dies Urtheil berechtigt war, bewies Graf Clarendon, der Minister des Aeußern, besonders handgreiflich im Februar 1870, als er sich von dem Ministerium Ollivier dafür gewinnen ließ, in Berlin eine Entwaffnung vorzuschlagen. Weder das gänzlich verschiedene Wehrsystem der beiden Großmächte, noch die Erwägung der Verantwortlichkeit, die er auf sich lud, wenn er Preußen in eine französische Falle lockte, noch die Thatsache, daß Bismarck gleichartige directe Aufforderungen bereits zweimal zurückgewiesen hatte und der ganze Vorschlag deshalb von vornherein aussichtslos war, hielt ihn zurück, in Berlin das Unmögliche zu befürworten. Die Enttäuschung, die ihm der plötzliche Ausbruch des Krieges bereitet haben würde, erlebte er nicht mehr, da er ein paar Tage vorher, am 27. Juni 1870, starb. Allein auch aus den Erfahrungen seiner jüngsten Amtsführung hätte er die Unzuverlässigkeit der französischen Politik genugsam kennen lernen können, da Napoleon selbst den einzigen Punct, an dem die englische Diplomatie trotz aller sonstigen Gleichgültigkeit höchst empfindlich blieb, die Unabhängigkeit Belgiens, versteckter Weise anzugreifen sich nicht bedacht hatte.

Clarendons Abrüstungsvorschlag.

Die belgischen Eisenbahnverträge.

Im Frühjahr 1868, also noch zur Zeit des letzten Tory-Ministeriums, erwarb nämlich die französische Ostbahngesellschaft das Eigenthum der Wilhelmsbahn in Luxemburg und einer Zweiglinie nach Spaa; schon das erregte Aufsehen, weil das Geschäft von Seiten der Käuferin ein sehr schlechtes war; aber noch ehe das Jahr zu Ende ging, tauchte das Gerücht auf, daß dieselbe Gesellschaft auch mit mehreren belgischen Compagnien in Verhandlung stehe und im Begriff sei, unter andern die Linien von Luxemburg nach Brüssel und von Lüttich an die holländische Grenze zu erwerben. Da auch das bei der schlechten Verzinsung aller dieser Bahnen nur mit großem Schaden geschehen konnte, lag es nahe zu argwöhnen, daß politische Gründe und nicht geschäftliche Interessen dabei maßgebend seien. Der leiseste Zweifel daran schwand, als man vernahm, daß die französische Regierung die Zinsgarantie von 4½ pCt., die sie der Ostbahn für ihre alten Linien leistete, auch auf diese belgischen Strecken, die kaum 3 pCt. trugen, ausdehnen werde. Offenbar hoffte Napoleon durch

den Besitz dieser Bahnen einen solchen Druck auf Belgien ausüben zu können, daß es sich dem Eintritt in ein Zollbündniß mit Frankreich nicht zu entziehen vermöge; für den Fall eines Krieges mit Deutschland aber konnte er mittelst dieser Linien einen Theil seiner Truppen in die rechte Flanke der preußischen Armee werfen und diese schon durch die bloße Drohung im Vorrücken behindern. Mit der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens war es jedenfalls schlecht bestellt, wenn das scheinbar so unschuldige Project zur Ausführung gelangte.

Einspruch der belgischen Regierung.

Das Brüsseler Cabinet faßte die Sache von vorn herein in der ernstesten Weise auf und erklärte, daß es diese Kaufverträge nicht zur Ausführung kommen lassen werde. Nichts desto weniger schlossen die betheiligten Bahnen am 31. Januar 1869 ihr Geschäft ab. Darauf brachte Frère-Orban, der an der Spitze der Regierung stand, am 13. Februar ein Gesetz ein, das jeden Verkauf von Eisenbahnen von der Genehmigung des Ministeriums abhängig machte, und Abgeordnetenkammer wie Senat nahmen diese Bestimmung mit großen Mehrheiten an. Allerdings fiel nun die französische Presse in gewohnter Heftigkeit über die undankbaren Nachbarn her; aber die Gesetzlichkeit des Verfahrens, das Frère-Orban eingeschlagen, war in keiner Weise anzutasten, und andrerseits trat England sofort mit ungewöhnlicher Entschiedenheit für Belgien ein. Alles was sich erreichen ließ, war daher ein geordneter Rückzug. Den schlug Napoleon ein, indem er die Einsetzung einer belgisch-französischen Commission befürwortete, die über Betriebserleichterungen auf den fraglichen Bahnen berathen sollte. Das zu verweigern hatte Belgien keinen Grund; es räumte sogar in einer Uebereinkunft vom 10. Juli der Ostbahn das Recht ein, durchgehende Züge mit französischem Personal bis nach Rotterdam zu schicken, und baute dadurch dem Feinde eine goldene Brücke, für die er allen Grund hatte dankbar zu sein.

Der Pariser Vertrag.

Bismarck hatte sich bei diesen Verhandlungen vollständig zurückgehalten und den englischen Staatsmännern die Sorge überlassen, Belgien in seinem Widerstande ausreichend zu kräftigen. Den leidenschaftlichen Angriffen der französischen Presse entging er dadurch freilich nicht; denn in Paris war es fast zum Glaubensartikel geworden, daß überall, wo Frankreich etwas Unangenehmes widerfahre, der preußische Staatsmann die Hand im Spiele gehabt haben müsse. Auf dieser Voraussetzung, die man durch zahlreiche phantastische Beispiele glaubte belegen zu können, baute sich endlich, da man sie auch auf die Wirren, in denen Spanien lag, übertrug, die verleumderische Anklage auf, mittels deren der lange verzögerte Krieg nun doch muthwillig heraufbeschworen wurde.

Die spanische Revolution.

Der marokkanische Krieg.

Spanien hatte während der ersten Hälfte der sechziger Jahre mehr auswärtige Kriege geführt als irgend ein anderer Staat. Wi-

es in Mexico und San Domingo, in Chile und Peru seine Waffen zeigte, wurde an anderer Stelle erzählt; erfolgreicher und rühmlicher als diese amerikanischen Kämpfe war indes der ihnen vorangegangene Feldzug gegen Marocco, den die Riffpiraten im August 1859 durch einen Einfall in das spanische Gebiet von Ceuta provocirten, und den O'Donnell im Februar 1860 durch die Eroberung von Tetuan und im April durch einen ehrenvollen Frieden beendete. Der Eindruck aller dieser kriegerischen Vorgänge war für Spanien durchaus günstig, das Land schien kräftiger und gesunder zu sein, als man bei dem wirren Parteitreiben hätte annehmen sollen; Napoleon verfiel sogar auf den wunderlichen Gedanken, Spanien feierlich unter die Großmächte aufnehmen zu wollen, indem er hoffte, sich an ihm einen treuen Verbündeten zu erwerben. Allein in Wirklichkeit war die Zerrüttung des öffentlichen Lebens auch unter O'Donnells straffem Regimente nicht geringer geworden, und als er im Februar 1863 das Staatsruder niederlegen mußte, weil seine mexicanische Politik Napoleons Zorn erregt hatte, begann für reichlich zwei Jahre wieder ein Wettlauf nach den Ministerien, in dem je länger je mehr die Führer der reactionären Parteien, Miraflores, Arrasola, Mon, Narvaez, den Sieg behielten. Die Königin Isabella war bei alledem ziemlich wenig betheiligt. Sie stand vollkommen unter dem Einflusse ihres Geliebten Marfori und einer frömmelnden Umgebung, in der der Beichtvater Claret und die Nonne Patrocinio die Hauptrolle spielten. Verfolgungen der wenigen Protestanten, die es in Spanien gab, Begünstigung der clericalen Interessen, Pläne zur Wiederherstellung der päpstlichen Macht, das waren die Bedingungen, unter denen die einzelnen Ministerien sich den Beistand der Camarilla erkauften. Die Wahlen zu den Cortes fielen regelmäßig im Sinne derjenigen Regierung aus, die sie ausschrieb, ohne daß deren Nachfolger deshalb daran zu verzweifeln brauchten, auch für ihre Pläne die Mehrheit zu gewinnen. Politische Gesinnungstreue war äußerst selten zu finden, und selbst politischer Ehrgeiz außerhalb der Reihen des Militärs nicht häufig; einzelne Professoren der Madrider Universität, wie Emilio Castelar, der 1865 darüber seine Stelle einbüßte, bildeten seltene Ausnahmen. Aus dem Schooße der Armee gingen dafür revolutionäre Versuche um so häufiger hervor; einer derselben wurde im Juni 1865 von Narvaez rechtzeitig entdeckt, allein die große Anzahl und Verbreitung der Verschworenen und der Umstand, daß ihr Haupt, der General Prim, sich noch außer Landes befand, bewogen Narvaez zurückzutreten und die Regierung wieder dem Marschall O'Donnell zu überlassen. Dieser räumte mit den reactionären Gesetzen der beiden letzten Jahre schnell auf, stellte die Preßfreiheit wieder her, erkannte das Königreich Italien an, entfernte Claret und die Patrocinio aus der Nähe der Königin, konnte jedoch durch alle diese Maßregeln die Unterstützung der Progressisten nicht gewinnen, die den Aufstand, den sie gegen Narvaez geplant, jetzt gegen O'Donnell zu wenden gedachten und sich dabei kein geringeres Ziel als die gänzliche Vertreibung der Bourbons steckten. Prim selbst erhob am 3. Januar 1866 in Aranjuez die

Parteitreiben.

O'Donnells letztes Ministerium.

Fahne der Empörung und wollte gegen Madrid ziehen. Der geringe Zulauf, den er fand, zeigte ihm aber bald, daß seine Stunde noch nicht gekommen sei; er wandte sich mit seinem Häuflein nach Süden, dann nach Westen und überschritt schon am 20. Januar die portugiesische Grenze, um dort die Waffen niederzulegen. Auch in der Verbannung behielt er jedoch seine Verbindung mit den Freunden in Madrid und bewog sie zu einem neuen Aufstand, am 22. Juni. Einige Stunden hindurch schienen die Dinge für die Empörer, deren Haupt der General Pierrod war, sehr günstig zu stehen, die Königin selbst wurde in ihrem Schlosse bedroht, und es gelang dem Marschall nicht, die Barrikaden zu nehmen. Endlich aber wandte sich der Kampf, Pierrod floh, die Barrikaden wurden erobert, O'Donnells Stellung schien neugefestigt. Allein nachdem so die Bombe geplatzt war, ohne Schaden anzurichten, zögerte auch die clericale Partei nicht länger wieder nach der Regierung zu greifen; die Königin wurde leicht beredet, die Ernennung von 25 Senatoren, die O'Donnell forderte, zu verweigern und als der Minister darauf am 11. Juli seine Entlassung einreichte, diese zu genehmigen und Narvaez wieder ins Amt zu berufen. Kräftig unterstützt von seinem Minister des Innern Gonzalez Bravo schritt dieser nunmehr nicht allein gegen die progressistischen Empörer vom 22. Juni ein, indem er sich ihrer durch massenhafte Todesurtheile und Deportationen entledigte, sondern er beseitigte auch die gemäßigten Liberalen durch Gewaltacte, ließ die Präsidenten der Cortes und des Senats Rios Rosas und Serrano sammt andern bedeutenden Personen verhaften und aus Madrid wegschaffen, und vermochte dadurch auch O'Donnell, freiwillig die Verbannung zu wählen, in der ihn Ende 1867 zu Biaritz der Tod ereilte. Narvaez überlebte seinen vieljährigen Gegner kaum ein halbes Jahr; er starb im April 1868 und Gonzalez Bravo trat als sein Nachfolger an die Spitze der Regierung. Für ihn, der keine militärische Vergangenheit besaß, war die Abgunst der liberalen Generale, die in der Armee sich großer Beliebtheit erfreuten, doppelt gefährlich; er wollte sich deshalb mit einem Schlage von ihnen befreien und ließ am 7. Juli Serrano, Dulce, Rodas und mehrere andere hervorragende Offiziere verhaften und theils nach den canarischen Inseln, theils nach den Balearen bringen. Auch dadurch fühlte er sich noch keineswegs sicher; als der gefährlichste Mann im Königreich erschien der Herzog von Montpensier, der Schwager der Königin, den die Monarchisten unter der Opposition zum künftigen Herrscher, oder doch zum Regenten für den minderjährigen Thronfolger Alfonso ausersehen hatten; auch er mußte Spanien verlassen und sich mit seiner Gemahlin nach Lissabon begeben. Gegen alle diese Gewaltmaßregeln konnte ein Rückschlag gewiß nicht ausbleiben, und Gonzalez Bravo suchte deshalb nach auswärtigem Beistand. In dem Wunsche Montpensiers Regentschaft zu verhindern, durfte er auf die volle Zustimmung Napoleons rechnen, dem ein Orleans auf den spanischen Thron nimmer recht sein konnte; überdies vermochte er ihm einen werthvollen Gegendienst zu leisten, indem er sich anheischig machte, den Papst durch spanische Truppen in Rom zu schützen, sobald die französische

Narvaez.

Gonzalez Bravo.

Besatzung zu größeren Dingen von dort abberufen werde. Ein enges Bündniß sollte auf dieser doppelten Grundlage zwischen den beiden Nachbarstaaten abgeschlossen werden, und eine persönliche Zusammenkunft der Monarchen war bestimmt es einzuleiten: Isabella begab sich im September nach San Sebastian, der Kaiser verweilte in Biarritz: an einem der nächsten Tage sollte die Begegnung stattfinden.

Der Aufstand von Cadix.

Da traf plötzlich aus dem südlichsten Winkel Spaniens, aus Cadix, die Nachricht ein, daß die verbannten Generale, unter ihnen auch Prim, dort angekommen seien und in Verbindung mit dem Admiral Topete, der das dort liegende Geschwader befehligte, den Aufstand proclamirt hätten. Nur zu schnell bestätigten und erweiterten neue Unglücksbotschaften die Kunde von dem Geschehenen. Am 18. September, einen Tag nach der Veröffentlichung von Topetes Aufruf, hatten sich die Truppen und die Bürger der Stadt Cadix der Empörung angeschlossen, am 19. eine gemeinsame Proclamation der verbundenen Generale die Einsetzung einer vorläufigen Regierung und die Wiedergeburt des Landes durch das allgemeine Stimmrecht als Ziel der Bewegung hingestellt. Mit einer Schnelligkeit, die deutlicher als Alles sonst die Mißstimmung gegen das bestehende Regiment zeigte, verbreitete sich der Aufstand durch den Süden Spaniens und sprang nach wenigen Tagen auch nach dem Norden über. Die Königin war indessen völlig rathlos; durfte sie Hülfe von Napoleon erbitten? sollte sie nach Madrid zurückkehren? ließ sich von einer Annäherung an Serrano, ihren früheren Günstling, Rettung erhoffen? Daß Gonzalez Bravo jetzt der Sachlage nicht gewachsen war, verstand sich von selbst; du begreifst, so sagte ihm die Königin, daß ich einen General an der Spitze des Ministeriums brauche, und ernannte dann den General Concha, der sofort militärische Vorbereitungen traf, aber auch Verhandlungen mit Serrano einleitete. Diese scheiterten an der Forderung des Marschalls, daß die Königin Marfori verbannen und zu Gunsten ihres Sohnes Alfonso abdanken sollte. So wenig wie Isabella darauf eingehen wollte, so wenig fanden ihre Hoffnungen auf Waffenerfolge Erfüllung. General Novaliches, dem Concha den Oberbefehl über die königlichen Truppen übergeben, stieß am 28. September am Guadalquivir flußabwärts von Cordova mit Serrano zusammen und wurde bei der Brücke von Alcolea besiegt. Nun erklärte sich auch Madrid für die aufständischen Generale, Concha selbst verlangte die Abdankung Isabellas, und der Guvernör von Catalonien, Graf Cheste, der in Folge dessen zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, konnte nicht einmal in Barcelona sich Achtung verschaffen. Auf alle diese Unglücksbotschaften hin entschloß sich die Königin zur Flucht; am 30. September verließ sie Spanien und begab sich nach Pau, dessen Schloß ihr Napoleon zur Verfügung stellte. Damit war der Widerstand ihrer Partei vollkommen gebrochen; überall erkannte man die Revolution an und am 8. October trat die vorläufige Regierung, die sich aus Serrano als Präsidenten, Prim für das Heer, Topete für die Marine, Zorilla, Sagasta, Ayala, Figuerola und einigen anderen theils progressistischen, theils liberalen Partei-

Schlacht bei Alcolea.

Flucht Isabellas.

Die Parteien.

führern zusammensetzte, ins Leben. Ohne der Entscheidung der constituirenden Cortes vorzugreifen, war die Regierung doch im wesentlichen für die Beibehaltung der monarchischen Staatsform; ob man aber den jungen Alfonso oder Montpensier oder Don Fernando von Portugal oder vielleicht gar dessen Sohn, den König Luiz, auf den Thron erheben solle, darüber gingen die Meinungen völlig auseinander; keine Stimme erhob sich in diesem Kreise für Carlos VII., den Enkel des Don Carlos, der von Paris aus seine Thronansprüche wahrte. Für die Republik erklärte sich zuerst Orense, Marquis von Albaida, indem er die Catalonier sogar für die Umwandlung Spaniens in einen Bundesstaat zu gewinnen suchte; aber er konnte seine Parteigenossen, die Demokraten, die am 11. October in Madrid eine große Versammlung abhielten, nicht davon überzeugen, daß es zweckmäßig sei, durch diese Forderung die Einmüthigkeit der Revolution schon jetzt zu stören, und Martos, das anerkannte Haupt der Partei, erklärte einige Tage später, daß sie in jedem Falle den Ausspruch der Cortes achten würden. Als er darüber hinaus mit den Progressisten und Unionisten gemeinsam für die constitutionelle Monarchie zu wirken begann, sagten sich Orense, Castelar und Andre von ihm los und bildeten eine besondere föderativ republikanische Partei, die bald großen Anhang gewann. Doch behielten bei den Wahlen zu den constituirenden Cortes die Monarchisten so entschieden den Sieg, daß sie reichlich drei Viertel der Abgeordneten zählten und gemäß dem von Salustiano Olozaga ausgearbeiteten Verfassungsentwurf am 21. Mai 1869 mit 214 gegen 71 Stimmen unter Anerkennung der Souveränität des Volkes das Königthum als die Form der Regierung anerkannten.

Regentschaft Serranos.

Die Schlußabstimmung über die ganze Verfassung fand am 1. Juni statt, am 6. die feierliche Verkündigung. Weil man aber vor der Hand noch keinen König hatte, so beantragte Olozaga bis auf Weiteres Serrano zum Regenten zu erwählen, was denn auch am 15. Juni mit 193 gegen 45 Stimmen geschah. Die bislang erfolglosen Bemühungen einen geeigneten Herrscher zu finden, wurden darum doch nicht minder eifrig fortgesetzt; indes waren die inneren Zustände des Landes nicht geeignet, fremde Fürsten zu einem Versuche mit der spanischen Königskrone zu ermuthigen. Die Finanzen befanden sich in einer geradezu trostlosen Verfassung; Figuerola machte den Versuch, eine Anleihe von zwei Milliarden Renten, d. h. etwa einer halben Milliarde Mark, zur Deckung des noch um die Hälfte höheren Deficits aufzubringen; aber trotz der glänzenden Bedingungen wurde nicht der vierte Theil gezeichnet, und man blieb nach wie vor am Rande des Bankerotts.

Revolutionäre Erhebungen.

Dazu kamen beständig revolutionäre Erhebungen in den Provinzen. Die Republikaner vom äußersten Flügel machten damit schon Ende 1868 in Cadix und Malaga den Anfang, wurden freilich von Caballero de Rodas schnell bezwungen, erhoben sich aber mit verstärkter Macht im Herbst 1869 unter dem Generals Pierrod und beunruhigten mehrere Wochen Catalonien, Aragonien, Valencia und andere Provinzen. Kurz vorher hatte Don Carlos sich in die baskischen Provinzen gewagt und mit Tristany, Elio und

anderen Getreuen einen Aufruhr zu entflammen gesucht; auch ihm war das einstweilen mißlungen, aber so gar verächtlich war seine Feindschaft doch nicht, da er auf den Beistand der Ultramontanen rechnen durfte, die durch die Austreibung der Jesuiten, die verfassungsmäßige Gewähr der Religionsfreiheit, den Bau protestantischer Kirchen in Madrid und einigen andern Städten unversöhnlich gereizt waren und schon auf eigene Hand in Burgos und andren Orten Pöbelaufstände herbeiführten. Zu alledem mußte der künftige König darauf rechnen, außer den Ultramontanen und Republikanern auch die Anhänger der übrigen Kronbewerber sich gegenüber zu sehen. Wenigstens einer von diesen, der Herzog von Montpensier, hatte eine geschlossene Partei, die vormaligen Unionisten, für sich, und einige Minister wie Topete hielten so fest zu ihm, daß sie aus dem Amte schieden, als Prim sich durch Napoleon für den 16jährigen Herzog Thomas von Genua, einen Neffen Victor Emanuels, gewinnen ließ. Ursprünglich hatte Prim den Vater des Königs von Portugal, Dom Fernando, begünstigt, und für diesen auch die Zustimmung Serranos und des ganzen Ministeriums erworben, da man auf diesem Wege die Vereinigung Spaniens und Portugals anzubahnen hoffte. Grade deshalb fand aber dieser Plan in Lissabon sehr wenig Anklang, Ferdinand wies ihn im April zurück und sein Sohn, der König Dom Luiz, wartete nicht einmal das förmliche Angebot ab, sondern erklärte auf das bloße Gerücht hin in einem Briefe an seinen Minister, den Herzog von Loulé, daß er Portugiese sei und bleiben wolle. Noch einen andern Mann gab es auf der Halbinsel, dem vornehmlich die Republikaner die Ehre der Krone zugedacht hatten, Baldomero Espartero, der den Vorzug des Alters, wie der Abgeordnete Garrido spöttisch meinte, mit dem der Kinderlosigkeit verband; aber der 76jährige verrieth keine Neigung die schwere Bürde auf sich zu nehmen. So mußte man denn im übrigen Europa suchen, und da Victor Emanuel für den Herzog von Genua nach längerem Schwanken ablehnte, so ging Prim auf den Vorschlag ein, den ihm Salazar y Mazarredo machte: den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, den jüngeren Bruder des Fürsten Carl von Rumänien, die Krone anzubieten. Um diesen Plan in Spanien selbst populärer zu machen, schrieb Salazar im October eine Flugschrift, welche die Verwandtschaft des Prinzen mit den regierenden Häusern von Portugal, Belgien, Frankreich und Preußen, seine persönlichen Eigenschaften und sein katholisches Bekenntniß gebührend hervorhob und die Aussichtslosigkeit aller andern Candidaturen grell beleuchtete. Es wurden darauf Verhandlungen mit dem Prinzen angeknüpft, derselbe schickte zweimal Bevollmächtigte nach Spanien, um sich die Verhältnisse anzusehen, lehnte dann aber auf Grund ihrer Berichte entschieden ab. Prim ließ sich dadurch nicht abschrecken, sondern erneuerte im Frühjahr 1870 seinen Versuch nochmals und fand jetzt in Sigmaringen bessere Aufnahme, so daß er den Cortes am 11. Juni mittheilen konnte, er glaube eines Candidaten sicher zu sein, der alle wünschenswerthen Eigenschaften besitze; den Namen schon jetzt zu nennen, verbiete ihm

Throncandidaten.

Prinz Leopold von Hohenzollern.

die Discretion. Unter der Hand aber machte er so wenig ein Geheimniß daraus, daß der englische Gesandte in Madrid, Layard, seiner Regierung schon im Mai Nachricht davon hatte geben können. Das preußische Ministerium erfuhr von der Sache zuerst im März 1870, wenn man nicht eine flüchtige Anfrage, die Benedetti ein volles Jahr früher auf ein völlig unbegründetes Gerücht hin gestellt hatte, als die erste Erwähnung der Candidatur gelten lassen will; irgend welchen Antheil an den Verhandlungen nahm man in Berlin auch späterhin nicht, da die Sache Privatangelegenheit des Prinzen war; den König persönlich fragte dieser um Rath und erhielt eine abmahnende Antwort; trotzdem entschied er sich, als Salazar Ende Juni zum vierten oder fünften Male ihn in Sigmaringen aufsuchte, für die Annahme, und auf diese Meldung hin beschloß der Ministerrath in La Granja am 4. Juli 1870 unter Serranos Vorsitz ihm die Krone officiell anzutragen. Vorbehalten blieb dabei die Zustimmung der Cortes, die jedoch in den maßgebenden Kreisen in keiner Weise bezweifelt wurde.

Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

Frankreichs Stellung.

So gut wie an den übrigen europäischen Höfen hatte man auch in Paris seit längerer Zeit Kunde von den Verhandlungen, die zwischen dem Prinzen und Prim schwebten: actenmäßig feststeht, das Drouyn de l'Huys schon am 17. November 1869 den Kaiser brieflich auf die Candidatur Leopolds aufmerksam gemacht hatte. Sah Napoleon in diesem Plane eine Gefahr für Frankreich, so bedurfte es nur einer nachdrücklichen Erklärung seines Gesandten in Madrid, und die spanische Regierung verzichtete auf die Durchführung: wie gehorsam sie den Winken des Kaisers Folge leistete, war ja durch die Preisgabe Montpensiers offenbar geworden. In der That aber ließ sich kein triftiger Grund absehen, weshalb der Tuilerienhof sich gegen einen Prinzen sträuben sollte, der durch seine Mutter Josephine, die Tochter der Großherzogin Stephanie von Baden, ein Abkömmling der Beauharnais und durch seinen Vater, einen Sohn der Prinzessin Antoinette Murat, auch mit dem einstmaligen Könige von Neapel, dem Schwager des ersten Napoleon, verwandt war, während der Stammbaum, der ihn mit dem preußischen Königshause verband, bis in das dreizehnte Jahrhundert zurückreichte. Aber freilich trug er den Namen der Hohenzollern, und diese Thatsache beeinflußte das französische Publikum jedenfalls leichter als die genealogischen Belehrungen, mittelst deren man es hätte aufklären können. Dazu kam noch, daß die Pariser Presse seit zwei Jahren unermüdlich ihren Lesern gepredigt hatte: die ganze spanische Revolution von 1868 sei durch Bismarck angestiftet worden; bisher hieß es, er habe dem Kaiser dadurch eine treue Bundesgenossin entreißen wollen; jetzt lag es auf der Hand, daß seine Absicht dabei noch weit schlimmer gewesen war, daß er es von vorn herein darauf angelegt hatte, Spanien zu einer preußischen

Provinz zu machen. So eignete sich der Vorfall trefflich dazu, um die öffentliche Meinung aufzuregen, und der Kaiser hatte doch immer noch die Wahl, entweder den Rücktritt des Prinzen von der preußischen Regierung zu fordern und so einen Triumph über diese zu feiern, oder durch verletzendes Auftreten einen Bruch mit ihr herbeizuführen und den zehnmal in Aussicht genommenen Krieg nun wirklich zu beginnen. Daß er von Anfang an beide Möglichkeiten ins Auge faßte und auch, als die Verwicklung ernstlicher wurde, die erste noch nicht fallen ließ, ist bei seinem Charakter durchaus wahrscheinlich; ja Bismarck hatte Grund zu glauben, daß sogar nach erfolgter Kriegserklärung die eigentliche Absicht war, vor oder nach der ersten Schlacht dem Feinde einen Friedensschluß auf Kosten Belgiens vorzuschlagen. In der Umgebung Napoleons dagegen brannten die einflußreichsten Personen vor Ungeduld nach dem Krieg gegen Preußen, und indem sie ihn Schritt für Schritt vorwärts trieben, brachten sie ihn endlich in eine Lage, aus der es ohne Demütigung keinen Ausweg gab. Den größten Antheil an dieser verhängnißvollen Politik schrieb man der Kaiserin zu, die ihrerseits von ihren ultramontanen Freunden gehetzt und geängstigt wurde; neben ihr hatten naturgemäß der Minister des Aeußern Gramont und der Kriegsminister Leboeuf den bedeutendsten Einfluß, während Ollivier und die meisten seiner Collegen sich Anfangs nur mit vorwärts schieben ließen, bis sie zuletzt, um nicht selbst als hinderlich bei Seite geworfen zu werden, mit in das Kriegsgeschrei einstimmten und ihre anfängliche Lauheit durch verdoppelte Heftigkeit in Vergessenheit zu bringen suchten. Der Senat und der gesetzgebende Körper betrachteten die Angelegenheit wie jede andre nur unter dem alten Gesichtspunkt, je nachdem sich der Regierung angenehm zu machen oder ihr Verlegenheiten zu schaffen. An und für sich hatte gegen den Krieg Niemand etwas einzuwenden: nur die Besorgniß eine Niederlage zu erleiden, oder was vielleicht noch unangenehmer war, den Bonapartismus durch einen großen Sieg neu gekräftigt zu sehen, bewog die Opposition, gegen die Kriegslust der Regierung anzueifern.

Die Note des Constitutionnel.

Die Nachricht, daß der Prinz angenommen habe, und daß seine Wahl unmittelbar an die Oeffentlichkeit treten werde, traf in Paris beim auswärtigen Amte am 3. Juli ein, am vierten Jahrestag von Königgrätz. Gramont setzte sich sofort mit der Presse in Verbindung und am nächsten Morgen, noch ehe der Ministerrath von La Granja stattgefunden, brachte der Constitutionnel die Mittheilung des Ereignisses und gab seinem Staunen darüber Ausdruck, daß einem preußischen Prinzen, dem Enkel einer Prinzessin aus der Familie Murat, deren Namen nur durch traurige Erinnerungen an Spanien geknüpft sei, das Scepter Carls V. anvertraut werden solle. Eine Reihe anderer Blätter begleiteten die Nachricht mit ähnlichen Bemerkungen, die sich am folgenden Tage verschärften und in heftige Ausfälle gegen die Bismarckische Politik umwandelten. Zugleich kündigte der Abgeordnete Cochery mit mehreren Collegen im gesetzgebenden Körper eine Interpellation in dieser Angelegenheit an, und das Ministerium war schon am 6. zur Beantwortung bereit. Unter tumultuarischer Zustimmung

Gramonts Erklärung.

der Mehrheit verlas Gramont ein Actenstück, das an demselben Morgen im Ministerrathe zu St. Cloud unter dem Vorsitze des Kaisers vereinbart war und dessen drohendste Stellen von Napoleon persönlich herrührten: noch am Abend zuvor hatte der Kaiser sich durchaus friedlich geäußert: über Nacht war in Folge einer langen Unterredung mit der Kaiserin, die ihrerseits von clericaler Seite bearbeitet wurde, eine solche Umstimmung mit ihm vorgegangen, daß er trotz der Einwendungen mehrerer Minister die schrofffste Sprache gegen Preußen geführt wissen wollte. Frankreich, so hieß es in der Erklärung, sei nicht verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht das Gleichgewicht Europas störe und, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Carls V. setze, die Interessen und die Ehre Frankreichs in Gefahr bringe; die Regierung hoffe allerdings, daß die Weisheit des deutschen, die Freundschaft des spanischen Volkes es dazu nicht kommen lassen werde; sollte das aber doch der Fall sein, so werde sie, stark durch die Unterstützung der Nation, ihre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche erfüllen. Vergebens forderte Picard, als der Beifallssturm, mit dem der gesetzgebende Körper diese Worte begrüßte, verrauscht war, die Vorlage der diplomatischen Actenstücke, vergebens bezeichneten Glais-Bizoin und Arago die Worte Gramonts als eine Kriegserklärung, vergebens warnte Crémieux die Minister, nicht den castilianischen Stolz zu kränken und dadurch die noch unsichere Wahl des Prinzen unwiderruflich zu machen; die Mehrheit übertäubte alle Einwendungen mit wüstem Geschrei, und die Minderheit ließ wiederum kaum Ollivier zu Worte kommen, als er Namens der Regierung versichern wollte, daß sie den Frieden wünsche, mit Leidenschaft wünsche, aber freilich auch nur mit Ehren wünsche. Trotz seiner Betheuerung, daß er den Krieg nicht für unvermeidlich halte und daß Frankreich stets Europa auf seiner Seite habe, wenn es mit Festigkeit und Mäßigung seine rechtmäßigen Ansprüche verteidige, war das Ergebniß der Sitzung bei allen der Eindruck, den Arago in die Worte faßte: Der Minister des Aeußern hat zweierlei gethan: er hat einen König von Spanien ernannt und Preußen den Krieg erklärt.

Die Stimmung in Deutschland.

In Deutschland konnte man sich doch von der Richtigkeit dieser Bemerkung noch durchaus nicht überzeugen; man betrachtete mit größter Verwunderung die leidenschaftliche Aufgeregtheit, die in die Franzosen gefahren war, und begriff entfernt nicht, wie die Wahl eines deutschen Privatmannes auf den spanischen Königsthron den Vorwand zu einem Kriege geben könne. Während die Sprache der Pariser Zeitungen von Tag zu Tage heftiger wurde, während Emil de Girardin in der Liberté verlangte, daß man die Preußen mit Kolbenstößen über den Rhein treibe, während der Moniteur die „Frage erweitern“ wollte und die Räumung von Mainz, die Aufhebung der Bündnisse mit ... en
Südstaaten, die Abtretung Nordschleswigs forderte, begnügte sich ... ie
deutsche Presse einmütig mit kurzen, ruhigen, wenn auch deutli... en
Abfertigungen, und Granier de Cassagnac klagte in seinem P... s:
Unser Kriegsgeschrei bleibt ohne Antwort, die Echos des Rheins ... id
stumm: hätte Preußen mit uns gesprochen, wie wir mit ihm, ... ir

wären längst schon unterwegs. Auch in den leitenden Kreisen Deutschlands betrachtete man die Verwicklung noch nicht als unheilbar. Als am 4. Juli der französische Geschäftsträger Le Sourd dem Herrn von Thile — denn Bismarck verweilte in aller Ruhe auf seinem Gute Varzin — die Klagen seiner Regierung vortrug, erhielt er die erschöpfende Antwort, daß die ganze Angelegenheit dem preußischen Ministerium völlig fremd sei und für dasselbe gar nicht existire. Aehnlich äußerte sich an demselben Tage der Gesandte in Paris, von Werther, bei einer Besprechung mit Gramont und Ollivier; doch übernahm er es, dem Könige, zu dem er sich folgenden Tags auf einer Urlaubsreise nach Ems begeben wollte, Mittheilung davon zu machen, daß die französische Regierung in der Thronbesteigung Leopolds eine Gefährdung des Friedens erblicke, und telegraphisch die Antwort des Königs zu melden. Daraus, daß Gramont diese nicht einmal abwartete, ehe er die Interpellation Cocherys beantwortete, ließ sich allerdings schon deutlich entnehmen, daß man die Sache gar nicht in Güte beizulegen wünschte. Ganz zweifellos wurde dies, als seit dem 7. Rüstungen in den Seehäfen begannen und am 9. Benedetti von Wildbad, wo er die Cur gebrauchte, in Ems eintraf und Namens des Kaisers von dem Könige forderte, er solle dem Prinzen verbieten, die spanische Krone anzunehmen.

Werthers Reise nach Ems.

Den fremden Cabinetten, wenigstens dem englischen, wagte Gramont diese Forderung noch nicht einzugestehen; auf die Vorstellungen, die ihm der Gesandte Lord Lyons am 8. Juli wegen der begonnenen Rüstungen machte, gab er die friedlichsten Versicherungen und bat ihn zu einem freiwilligen Verzicht Leopolds als zu der glücklichsten Lösung mitzuwirken; erst nachdem er andern Tags erfahren hatte, daß der König von Preußen auf die Forderung Benedettis erklärt habe, er könne dem Erbprinzen sowenig die Annahme der Krone verbieten, wie er sie ihm erlaubt habe, zog er auch Lyons gegenüber den preußischen Monarchen in diese Frage hinein und forderte, daß derselbe dem Prinzen rathe seine Candidatur zurückzuziehen. Dieser Rath wurde überflüssig, als der Vater Leopolds, der Fürst Anton von Hohenzollern, am 12. Juli gleichzeitig Prim und dem spanischen Gesandten in Paris Olozaga die Anzeige machte, daß sein Sohn zurücktrete. Damit schien jede Schwierigkeit aus dem Wege geräumt: Ollivier eilte seelenvergnügt in die Kammer, um die große Nachricht zu verbreiten und in die Blätter, die am nächsten Morgen erscheinen sollten, wurden Artikel geschickt, die den Streit für beseitigt, Frankreich für befriedigt erklärten.

Leopolds Rücktritt.

Allein die Kriegspartei dachte nicht daran, das Spiel so schnell verloren zu geben; war ihr der erste Vorwand entrissen, so mußte schleunigst ein zweiter geschaffen werden. Unbekümmert darum, daß König Wilhelm wiederholt — auch bei einer zweiten Audienz, die er Benedetti am 11. Juli ertheilte — ausgesprochen hatte, er habe bei der Sache Nichts zu verbieten und zu erlauben, verlangte sie nun, da ein eigentliches Verbot widersinnig geworden war, von dem Könige wenigstens das Versprechen, daß er künftighin keinem Hohenzollern

Der Entschuldigungsbrief.

gestatten werde den spanischen Thron zu besteigen. Gramont spielte diesen neuen Trumpf aus, ohne den Kaiser auch nur zu fragen; wahrscheinlich war die Sache also zum Voraus zwischen ihnen abgekartet worden. Der Freiherr von Werther, der am Vormittag des 12. von Ems zurückgekehrt war, befand sich grade bei dem Minister, als Olozaga mit dem Telegramm aus Sigmaringen kam; sofort erklärte Gramont diese Mittheilung für Nebensache, denn die Thronbesteigung Leopolds würde Frankreich ja doch nie zugelassen haben; worauf es ankomme, das sei die Beschwichtigung der öffentlichen Meinung in Frankreich, und die könne nur durch einen Brief an den Kaiser erzielt werden, einen Brief, in welchem der König versichere, er habe der Würde der französischen Nation nicht zu nahe treten wollen, und schließe sich der Entsagung des Prinzen an. Ollivier, der aus der Kammer zu der Unterredung hinzukam, ergriff diesen Gedanken mit Begeisterung und wollte ihn obendrein durch die Versicherung empfehlen, das Ministerium werde sich sonst nicht am Ruder erhalten, noch das Verfahren des Königs gegen die Angriffe der Kammer verteidigen können. Alle diese Aeußerungen nahm Werther nicht allein geduldig auf, sondern versprach sogar sie seinem Herrn zu melden; nur das Verlangen, sich des Telegraphen zu diesem Zwecke zu bedienen, ging doch auch ihm zu weit. Die französischen Minister brannten aber so vor Ungeduld, die Sache zu beenden, daß sie noch in derselben Nacht Benedetti die Weisung zugehen ließen, am nächsten Tage dem Könige ihre Forderung vorzulegen.

Das Verhalten des Königs.

König Wilhelm hatte bis zu diesem Augenblicke eine Versöhnlichkeit und Ruhe an den Tag gelegt, die mit der anmaßlichen Vielgeschäftigkeit der französischen Staatsmänner im schroffsten Widerspruche stand. Tief durchdrungen von der schweren Verantwortlichkeit, die ein Fürst auf sich nimmt, wenn er nicht Alles thut, den Frieden zu wahren; zu vornehm, um sich durch das zudringliche Auftreten Benedettis, durch die leichtfertige Sprache der französischen Minister oder gar durch das Geschrei der Pariser Blätter beeinflussen zu lassen; völlig frei von irgend welchem persönlichen Interesse an der Entwicklung der spanischen Thronfolge, die bisher doch der einzige Gegenstand des Streites war, hatte er die Entsagung Leopolds durchaus nicht als eine Niederlage aufgefaßt, sondern wohl mittelbar sie herbeigeführt. Nicht überall in Deutschland war man damit zufrieden gewesen; denn über den unablässigen Schmähungen und Drohworten, die über den Rhein herüber klangen, war doch auch diesseits das Blut in Wallung gerathen, und mit der Ueberzeugung, daß der Entschluß zum Kriege bei den Pariser Gewalthabern feststehe, war der Wunsch allgemeiner geworden, es möchte das berechtigte Oberhaupt der deutschen Nation den hingeworfenen Handschuh aufnehmen und der unerträglichen Unsicherheit ein Ende machen. Bismarck selbst äußerte gegen den englischen Gesandten, Lord Loftus, der ihm am 13. seinen Glückwunsch zu dem Rücktritte des Prinzen und der dadurch scheinbar verbürgten Erledigung des Streites darbrachte: des Königs Mäßigung habe eine allgemeine Entrüstung in Deutschland hervorgerufen,

Die öffentliche Meinung.

selbst die besonnensten Blätter meinten, nur die wärmste Friedensliebe, die ernsteste Erwägung der furchtbaren Calamitäten eines deutsch-französischen Krieges könne sie über das Gefühl der Demütigung trösten, das der Verzicht Leopolds errege.

Interpellation Duvernois.

In Frankreich waren auf der andern Seite die Kriegshetzer durch den Rücktritt des Prinzen bitter enttäuscht; die neue Forderung des Ministeriums, die in der Nacht zum 13. nach Ems abging, war ihnen noch nicht bekannt; ihre Blätter strömten deshalb am folgenden Morgen über von Ergüssen über dieses Ministerium der Schande, und als Gramont Mittags in der Kammer die Erklärung abgab, die Verhandlungen mit Preußen seien noch nicht zu Ende, da genügte diese Andeutung den Heißspornen so wenig, daß Jérôme David sofort eine Interpellation ankündigte über den greifbaren Widerspruch zwischen der festen ministeriellen Erklärung vom 6. Juli und der lächerlichen Langsamkeit der diplomatischen Verhandlungen, während Clément Duvernois, den man des Kaisers Leibjournalisten nannte, schon Tags zuvor nach den Bürgschaften gefragt hatte, die Preußen für seine künftige Haltung abgefordert seien. Gramont erbat sich für die Beantwortung beider Fragen Frist bis zum 15., in der Erwartung, daß bis dahin in Ems die Demütigung oder der Bruch erfolgt sein müsse.

Die englische Diplomatie.

Den mahnenden Vorstellungen des englischen Gesandten setzte er die Forderung entgegen, Lord Granville, der seit dem 3. Juli Clarendons Nachfolger war, möge auch seinerseits den König von Preußen zur Ableistung des geforderten Versprechens drängen, und der englische Minister ließ sich in der That dazu bereit finden. Der preußische Gesandte in London, Graf Bernstorff erklärte ihm jedoch kurzab, daß er dergleichen Vorschläge seinem Könige nicht machen könne; ohne Zweifel der telegraphischen Weisung Bismarcks folgend, der am 13. auf Werthers gleichartigen Bericht umgehend geantwortet hatte: er weigere sich, solche Eröffnungen seinem königlichen Herrn vorzulegen: der Gesandte müsse die französischen Minister mißverstanden haben; wenn dieselben Mittheilungen dieser Art zu machen hätten, dann möchten sie solche selbst redigiren und durch den kaiserlichen Botschafter in Berlin überreichen lassen; übrigens solle der Gesandte sofort den ihm früher ertheilten Urlaub antreten.

Die Entscheidung in Ems.

Während Bismarck in dieser Weise die französische Anmaßung in gebührender Weise abfertigte, trat gleichzeitig an den König die Aufgabe heran, sie persönlich zurückzuweisen. Als er früh Morgens am 13. seinen Brunnen trank, ward ihm das Extrablatt der Kölnischen Zeitung gebracht, das die Entsagung Leopolds meldete; directe Kunde hatte er darüber noch nicht empfangen, doch bezweifelte er die Nachricht nicht, sondern theilte sie sofort Benedetti, der ihm begegnete, mit, indem er hinzufügte, nun sei die Sache ja erledigt. Der französische Botschafter aber hatte über Nacht die neuen Forderungen seiner Regierung empfangen und hielt Ort und Zeit für angemessen, sie dem Könige auf der Stelle mitzutheilen. Uebrigens war von dem Entschuldigungsbriefe dabei denn doch nicht die Rede, sondern nur von dem Versprechen des Königs, daß er niemals wieder seine Ein-

willigung geben wolle, wenn die Bewerbung Leopolds wieder aufleben sollte. Diese Zumuthung aber erdreistete sich Benedetti nicht nur einmal zu stellen, sondern sie nach der bestimmten Ablehnung des Königs noch dringender zu wiederholen, bis ihn der Monarch mit der festen Erklärung, daß er ein solches Versprechen weder geben könne noch geben wolle, und daß hier auf der öffentlichen Promenade nicht der Ort sei, solche Dinge zu verhandeln, verabschiedete. Benedetti aber glaubte sich bei dieser unzweideutigen Antwort noch nicht beruhigen zu dürfen, um so mehr als er im Laufe des Vormittags durch eine neue Depesche Gramonts wiederholt angewiesen wurde, auf der Zustimmung des Königs zu dem vorliegenden Verzicht und auf dem Versprechen für die Zukunft zu bestehen. Als ihm daher ein königlicher Flügel-Adjutant, Fürst Radziwill, Mittags um zwei Uhr die formelle Anzeige machte, daß Seine Majestät durch die mittlerweile bestätigte Verzichtleistung des Prinzen diese Angelegenheit als abgemacht ansehe, stellte er gleichwohl das Verlangen nochmals zur Audienz zugelassen zu werden, um seine Anträge von der Brunnenpromenade zu wiederholen, sei es auch nur, wie er hinzufügte, um dieselben Worte Seiner Majestät noch einmal zu vernehmen. Darauf ward ihm denn gegen 6 Uhr Abends nach Beendigung der Hoftafel die endgültige Antwort: der König billige die Entsagung des Prinzen in demselben Umfange wie er die Candidatur desselben gebilligt habe; er lehne es entschieden ab, sich über die verlangten bindenden Versicherungen für die Zukunft in weitere Discussionen einzulassen; was er heute Morgen über diesen Punct gesagt, sei sein letztes Wort in dieser Sache; alle weiteren Verhandlungen hätten von nun an durch die Ministerien zu gehen.

Freudige Erregung in Deutschland.

So scharf diese Abfertigung der Sache nach war, so bewegte sie sich doch dergestalt in den Formen, welche der königlichen Würde angemessen waren, daß Benedetti sich durchaus nicht beleidigt fühlte und sich am nächsten Tage von dem Könige, der nach Coblenz fuhr, am Bahnhof verabschiedete. Anders aber faßte die französische Regierung und das deutsche Volk den Vorgang auf. Jene stürzte sich frohlockend auf diese Beleidigung, die dem französischen Botschafter widerfahren sei; dies jubelte laut auf, als es endlich, endlich nach schweren Tagen die Kunde vernahm, wie sein König dem gallischen Uebermuthe ein Ende gemacht. Mit zitternder Erregung las man an den Straßenecken das Zeitungstelegramm aus Ems mit den verhängnißvollen Schlußworten: Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe! Da war kein Zw[illegible]el möglich, was diese Worte bedeuteten. Dem Botschafter, der [illegible]ie eigenste Person des Kaisers Napoleon vertrat, war die Thür gewie[illegible]n worden; die jedes Maß überschreitende Frechheit, eine Frechheit, [illegible]ie sie der erste Napoleon sich kaum in den Zeiten seines größten Uel[illegible]r-muths erlaubt, hatte die gebührende, die einzig mögliche Antwort [illegible]e-funden; geschäftig malte sich die Phantasie den Vorgang in [illegible]n

grellsten Farben aus; es war, als ob jedem Einzelnen eine persönliche Genugthuung geworden wäre, als ob ein lange verhaltener persönlicher Groll sich in einem Zornesausbruch Luft gemacht und die Brust von dem lastenden Alpdruck befreit hätte. Ueber die actenmäßige Darstellung des Herganges, wie die preußische Regierung sie bald veröffentlichte, trug die mythenbildende Kraft des Volksgeistes schnell den Sieg davon, und kaum waren die ersten Siege erfochten, so daß der Humor inmitten des ernsten Kriegsgetümmels sein Recht fordern konnte, da schilderte das Lied vom König Wilhelm, der ganz heiter zu Ems saß und nicht weiter an die Händel dieser Welt dachte, die Scene, wie das Volk sie sich ausmalte:

Da sieht unser Wilhelm Rexe
Sich das klägliche Gewächse
Mit den Königsaugen an;
Sagte gar nichts weiter, sundern
Wandte sich, so daß bewundern
Jener seinen Rücken kann.

Patriotische Begeisterung.

Für den Augenblick freilich war von einer scherzhaften Auffassung auch nicht von ferne die Rede; ein stolzer Ernst durchzuckte das ganze deutsche Volk; man fühlte, daß der Krieg jetzt unvermeidlich sei; und man wußte, daß es ein furchtbarer, blutiger Kampf sein werde. Aber wie groß auch die Opfer sein mochten, die er fordern konnte, die Nation hätte sich selbst nach ihres Dichters Wort für nichtswürdig halten müssen, wäre sie jetzt nicht bereit gewesen, ihr Alles an ihre Ehre zu setzen. Und sie that das nicht zweifelnd oder zagend, auch nicht tollkühn oder siegestrunken, sondern mit männlichem Ernst mit heiliger Entschlossenheit, gefaßt auf die Möglichkeit schwerer Schläge, doch durchdrungen von der felsenfesten Gewißheit endlichen Sieges. Unmöglich, so rief Treitschke seinen Zuhörern zu, daß ein tapferes und sittliches Volk wie das unsre im Kampf für sein Recht und seine Unabhängigkeit unterliegen könne; unmöglich, so erscholl es von allen Seiten, daß diesen gewissenlosen Schwüren des Kriegsbrandes, diesen gewerbsmäßigen Hetzern und Unruhstiftern, diesem aus Meineid hervorgegangenen, in ewiger Lüge fortwuchernden Kaiserthume der Sieg beschieden sein könnte. Man fühlte das Wehen der göttlichen Allmacht in der Geschichte, und erhoben, gekräftigt, veredelt durch die Ahnung, daß hier nicht Menschenwitz, daß hier eine höhere Fügung zur Wirklichkeit werde, trat das deutsche Volk in die schicksalsschweren Tage ein. Jetzt erbrauste wirklich, wie es in dem Liede hieß, ein Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall: Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein! Wer will des Stromes Hüter sein? Und dieses Lied Max Schneckenburgers, das dreißig Jahre kaum beachtet ein vergessenes Dasein gefristet, es ertönte urplötzlich in Nord und Süd, vom Rhein bis zu der Memel, und in tausend-, hunderttausendfachem Wiederhall erklang sein Gelübde: Lieb Vaterland, magst ruhig sein, fest steht und treu die Wacht am Rhein. Es erklang im Süden des Maines so gut wie im Norden, zwischen den Felsen des bairischen Hochgebirges wie in den Dünen der Nord- und Ostsee; die Zwistigkeiten und bittern Gefühle, die kaum eben

noch die einzelnen deutschen Stämme gegen einander aufgeregt hatten, die kaum eben noch in der bairischen Kammer in grimmigen Worten zu Tage getreten waren, sie wurden erstickt und erdrückt von der hinreißenden Macht patriotischer Begeisterung, die auch gar manchen Widerwilligen in kurzer Frist eingeschüchtert, gebeugt, überwältigt hatte. Das war ein eitler Traum der Franzosen gewesen, als sie gehofft hatten, daß sie mehr als einzelne verkommene Individuen in ihre Netze verstricken könnten, daß der Schwabe und der Baier, der Holsteiner und Hannoveraner vor Begierde brenne das preußische Joch von sich abzuschütteln, sich unter die Fittiche des napoleonischen Adlers zu flüchten. Auch wo dem Preußenkönige die Herzen bisher noch verschlossen waren, da öffneten sie sich ihm, da flogen sie ihm entgegen, als er in der entscheidungsvollen Stunde an die Spitze der Nation trat, und seine Reise von Ems nach Berlin im Laufe des 15. Juli glich dem Triumphzug eines Siegers, nicht blos in den preußischen Städten, sondern nicht minder in Hessen und Hannover. In Berlin vollends konnte die Menge kein Ende finden den heimgekehrten Herrscher zu begrüßen; zu Tausenden wogte sie Kopf an Kopf um das königliche Schloß bis spät in den Abend: doch als gegen 11 Uhr sich die Losung verbreitete, der König bitte um Ruhe, da der Kriegsrath während der Nacht noch schwere Arbeit vor sich habe, da erscholl es plötzlich in dem Gewühl: Nach Hause! und binnen wenigen Minuten war der große Platz still und öde.

Der König nach Berlin.

Der Kriegsrath aber beschloß in dieser Nacht die Mobilmachung des Heeres und die Berufung des norddeutschen Reichstags auf den 19. Juli.

Mobilmachung.

Der Kronprinz, Bismarck, Roon und Moltke waren dem Könige bis Brandenburg entgegengefahren, um schon unterwegs die Berathungen zu beginnen; denn Mittags war von Paris die Meldung eingelaufen, daß dort der Krieg endgültig beschlossen sei. Der Tag nach dem Emser Ereigniß, Donnerstag, der 14. Juli, war für die Kriegspartei in peinlicher Spannung verstrichen. Benedettis Telegramme meldeten die Antwort des Königs, die Verweigerung der Audienz, die Verweisung aller ferneren Verhandlungen an Bismarck. Ein Vorwand den Krieg sofort zu erklären war darin nicht zu finden; denn der Botschafter fühlte sich in keiner Weise verletzt, und die Erklärung, daß der leitende Minister und nicht der König persönlich weiterhin die gegnerischen Mittheilungen entgegen nehmen werde, beseitigte ja nur die formlose Art der bisherigen Verhandlungen und nicht die Verhandlungen selbst. Was war also die nächste Folge? Eine Verzögerung, und eine Verzögerung in demselben Augenblicke, wo Gramont die Interpellationen von Duvernois und David beantworten sollte! Ein gewaltiger Sturm stand demnach für den 15. zu erwarten, und die Minister wußten nicht, wie sie ihm Trotz bieten könnten. Auch der Kaiser schwankte rathlos hin und her; er verweigerte seine Zustimmung zur Mobilmachung, die Leboeuf forderte; als dieser darauf seinen Rücktritt ankündigte, gab er in einem Ministerrathe, der um 4 Uhr am 14. zu Ende ging, dem Verlangen nach;

Die französische Regierung.

Der Kaiser.

aber schon zwei Stunden später besann er sich abermals eines Andern und berief das Cabinet zu einer neuen Sitzung, in der gegen 11 Uhr Nachts der Beschluß gefaßt wurde, noch nicht zu mobilisiren. Kaum aber war das geschehen, als die Meldung von dem Zeitungstelegramm über die Emser Vorgänge eintraf. Dieses Telegramm war preußischerseits officiell als richtig anerkannt und den deutschen Regierungen sowie einigen Gesandten zur Benachrichtigung überschickt worden. Zwei französische Agenten machten davon telegraphisch Mittheilung, indem sie berichteten, die preußische Regierung habe sich beeilt, die Abweisung Benedettis amtlich zur Kenntniß der europäischen Cabinette zu bringen. Ohne die Sachlage auch nur obenhin zu prüfen, ergriff der Ministerrath diese Meldung, um sie zu dem zu stempeln, was die Behandlung Benedettis Dank der höflichen Formen des Königs nicht war: zu einer Beleidigung. Als bestätigende und erschwerende Umstände wurde noch die Beurlaubung Werthers und das Gerücht von dem Beginne preußischer Rüstungen hinzugezogen, und darauf hin der Beschluß gefaßt, daß jeder weitere Versuch zur Versöhnung eine Hintansetzung der Würde Frankreichs und eine Unklugheit sei, daß die Mobilmachung sofort erfolgen müsse. Der Kaiser unterzeichnete das Decret, durch welches die Reserven einberufen wurden; mehrere Gesetzentwürfe, die der Regierung Credite bewilligten und das Recht gaben die Mobilgarde in Activität zu setzen, wurden gleichfalls genehmigt und eine Erklärung festgestellt, die am nächsten Tage im Senat und in der Kammer verlesen werden sollte.

Der Entschluß zum Kriege.

Die Erklärung in der Kammer.

Ollivier selbst übernahm es, dem gesetzgebenden Körper gegen 1/2 2 Uhr am 15. Juli diese Erklärung mitzutheilen. Sie wurde mit rasendem Beifall begrüßt und die Dringlichkeit der Creditforderungen der Regierung wie im Sturme bewilligt. Dann erst gelang es der Opposition, zu Worte zu kommen. Gambetta forderte die Vorlage der Depeschen, besonders jener letzten beleidigenden, von der die Minister natürlich nicht sagten, daß sie ein bloßes Zeitungstelegramm, keine Mittheilung an fremde Regierungen, sondern eine bloße Benachrichtigung der preußischen Gesandten, folglich eine rein innere Angelegenheit des preußischen auswärtigen Amtes sei. Ollivier verlas darauf die Telegramme seiner Agenten sowie einige Depeschen Benedettis über die Emser Vorgänge. Da unterbrach ihn die Opposition von allen Seiten, Thiers, Grévy, Arago, Garnier-Pagès, Glais Bizzoin: Alle Welt wird Ihnen Unrecht geben! Das sollen Beweise sein! Das sind Redensarten! Sie wollen den Krieg um jeden Preis! In längerer Rede, doch von dem tobenden Unwillen der Mehrheit unaufhörlich unterbrochen, erhob Thiers eine förmliche Anklage gegen die Regierung. Während Ollivier betheuerte, daß er mit leichtem Herzen den aufgezwungenen Krieg annehme, beschuldigte Thiers ihn, aus Laune den Krieg herbeigeführt zu haben. Preußen habe eine Niederlage erlitten, als der Prinz seine Bewerbung zurückzog; es hätte toll sein müssen, wenn es die Absicht gehegt, mit dieser selben Bewerbung noch einmal wieder hervorzutreten. Jetzt werde ganz Europa Frankreich Unrecht geben; die Gelegenheit zum Kriege sei

Conflicte.

schlecht gewählt und das werde sich rächen; er wünsche nicht minder lebhaft als die Regierung Preußen zu demütigen; aber er wolle den Krieg nur um der wahren Interessen Frankreichs willen, nicht wegen überreizter Empfindlichkeiten und Etikettenfragen, nicht wegen der Fehler des Cabinets. Erschöpft verließ der kleine beredte Mann endlich die Tribüne, verfolgt von den beleidigten Zurufen der Mehrheit, die ihm vorwarf, eine preußische Sprache zu führen und dem Vaterlande mehr Schaden zu bereiten als viele feindliche Bataillone oder ein paar verlorene Schlachten. Doch hatten seine Worte auch Manchen ernüchtert und der förmliche Antrag Jules Favres auf Vorlegung der Depeschen vereinigte doch wenigstens 84 Stimmen auf sich. Dann vertagte sich die Kammer für einige Stunden, um dem Ausschusse Zeit zu lassen, die Regierungsvorlagen zu prüfen und die Aufschlüsse der Minister anzuhören. Gegen 10 Uhr Abends kam man wieder zusammen und nun begannen noch einmal dieselben tumultuarischen Scenen. Von Neuem verlangte Gambetta wenigstens die Mittheilung der letzten beleidigenden Depesche, da es nicht genüge, daß der Ausschuß sie gesehen habe; doch hochmüthig wies ihn Ollivier zurück: er wundre sich, daß es so schwer sei, einer gewissen Partei einen Ehrenpunct klar zu machen; er versichere die beleidigende Thatsache auf seine Ehre; der Worte seien nun genug gewechselt, es sei Zeit zum Handeln. Und die Kammer entsprach dieser Aufforderung; sie schrie Grévy und Picard, die noch weiter reden wollten, nieder und bewilligte gegen zehn Stimmen, unter denen sich weder Thiers noch Gambetta befanden, wohl aber Arago, Favre, Garnier, Grévy, Pelletan, den ersten Credit von 50 Millionen, gegen eine einzige Stimme, die Glais-Bizoins, die übrigen Gesetzentwürfe. Im Senate hatte sich die Entgegennahme der Regierungsmittheilungen sehr viel ruhiger abgespielt. Nachdem Rouher als Präsident dem jubelnden Beifall seiner Collegen Worte geliehen und den Degen Frankreichs, der jetzt seine Pflicht thun werde, gefeiert hatte, wurde die Sitzung auf allgemeines Verlangen sofort aufgehoben. Die Annahme der Regierungsvorlagen erfolgte am 16. ohne Debatte und einstimmig, desgleichen der Beschluß sich sofort insgesammt nach St. Cloud zu begeben und den Kaiser der Anhänglichkeit des Senates zu versichern. Rouher führt dabei im Namen des „vor Unwillen und Stolz bebenden" Vaterlandes das Wort; er sprach von den Uebergriffen des preußischen Ehrgeizes, den ein Tag großen Glückes überreizt habe; er pries den Kaiser, der hastiger Ungeduld widerstehend, doch beseelt von jener stillen Beharrlichkeit, in der die wahre Kraft liege, vier Jahre zu warten und in dieser Zeit die Ausrüstung und die Organisation der Armee so zu vervollständigen gewußt habe, daß Frankreich jetzt fertig dastehe, entschlossen, kein vermessenes Unternehmen zu dulden; als den Ausgang des Krieges aber bezeichnete er die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft, die es unterdrücke, und die Wiederherstellung des Friedens in Europa. Daß die Kriegslust, die aus seinen Worten wie aus der Haltung der Kammern sprach, der getreue Ausdruck der öffentlichen Meinung wenigstens in einem großen Theil des Landes war, wurde

Die Abendsitzung.

Der Senat.

Die öffentliche Meinung.

dem Kaiser überdies noch durch die amtlichen Berichte der Präfecten bestätigt. Wie in Paris lärmende Haufen die Straßen durchzogen und unter den Klängen der bisher verbotenen, jetzt aber gestatteten Marseillaise selbst das Hotel der preußischen Gesandtschaft bedrohten, so kam es in fast allen größeren Städten zu gleich kriegerischen Kundgebungen; mit dem siegesgewissen Rufe: Nach Berlin, nach Berlin! empfing man die Telegramme über die Erklärungen der Minister; die preußischen Consuln sahen sich gezwungen ihre Schilder einzuziehen; in den Theatern und Concertlocalen mußte die französische Fahne auf die Bühne gebracht werden, begrüßt von den Klängen nationaler Lieder; selbst die Kreisräthe, die eben zu ihren Sitzungen versammelt waren, überboten sich in Adressen an den Kaiser, und die kleine Provinzialpresse wetteiferte mit der Pariser in kühnen Prophezeiungen, wie man die Preußen über den Rhein werfen, den Napoleonstag in Berlin feiern, die französischen Grenzpfähle bis Coblenz und Mainz verschieben werde. Zu der Prahlerei gesellte sich in erschreckendem Umfang die Gemeinheit und Lüge. Da hieß es, die Preußen hätten noch vor der Kriegserklärung die Grenze überschritten, den heiligen Boden Frankreichs besudelt, da sollten deutsche Stadtbehörden und Vereine den Kaiser gebeten haben, seine wohlwollenden Absichten ihren Landsleuten durch Proclamationen kund zu thun, da berichtete man triumphirend, wie die verzweifelten preußischen Landwehrmänner weinend und jammernd von den Gensdarmen in die Eisenbahnwaggons hineingezwungen werden müßten. Die badische Armee sollte mit Sprenggeschossen für die Infanterie versehen sein, Würtemberg und Baiern sich auf die Seite Frankreichs gestellt haben, in Berlin binnen einer Woche über 200 Personen aus purer Angst am — Durchfall gestorben sein. Unbekümmert darum, ob der nächste Tag die plumpe Lüge durch Thatsachen widerlegen werde, verbreitete man sie unter das Volk, zufrieden, wenn sie nur einstweilen die Erregung steigerte. Wie das Ministerium sich und Andere belogen hatte, um einen klanghaften Vorwand zum Kriege zu finden, so belogen die niederen Behörden und die Zeitungen das Volk, und der Masse der Franzosen erschien die ganze Weltlage in einem so rosigen Lichte, daß der Gedanke an die Wechselfälle des Krieges auch nicht einmal auftauchen konnte.

Süddeutschland.

Besonders groß war die Täuschung in Bezug auf Süddeutschland. Allerdings gab es einige Thatsachen, die sehr geeignet waren, falsche Hoffnungen bei den Franzosen zu erregen. Ein Mensch wie Sigl, der Redacteur des Vaterland in München, telegraphirte noch am 17. nach Paris, daß die Patrioten keinen Kreuzer zum Kriege bewilligen würden; in Stuttgart führte der Beobachter eine ähnliche Sprache und in Darmstadt verbot sogar der Minister Dalwigk eine patriotische Kundgebung dem französischen Gesandten zu Gefallen. Aber was wollten diese und ähnliche Symptome vaterlandsverrätherischer Gesinnung gegenüber den großartigen Demonstrationen der Vaterlandsliebe besagen!

König Ludwig von Baiern.

Mit welchem Jubel wurde der blitzschnelle Entschluß des bairischen Königs aufgenommen, an Preußens Seite in den Kampf zu treten, ein Entschluß, der neben seiner großen politischen

Tragweite einen gewaltigen moralischen Einfluß übte; wußte doch nun das bairische Volk bis in seine untersten Schichten hinein, daß seine patriotischen Gefühle in Einklang standen mit dem Willen seines Herrschers, daß der Afterpatriotismus, der sich in der Kammer breit machte, auch in den Augen des Monarchen ein betrügerisches Aushängeschild sei. Als König Ludwig, nachdem er auf Schloß Berg schon am 16. die Mobilmachung anbefohlen, am 17. in seiner Hauptstadt eintraf, zogen Nachmittags an 30,000 Menschen vor seinen Palast, um ihm ein mächtiges Hoch zu bringen und ihm die Unterstützung anzugeloben, deren er vielleicht gegen die Mehrheit der Kammer bedurfte. Denn diese, Jörg, Westermayer, Ruland, Huttler, Kolb und Genossen, standen wirklich noch auf dem Standpuncte, daß sie ohne Erröthen von der Neutralität Baierns sprechen mochten, daß sie sich von Napoleon den Besitz der Pfalz garantiren lassen wollten und den Schutz- und Trutzbündnissen bei diesem „spanischen und dynastischen" Streite die Gültigkeit abzusprechen wagten. Als der Kriegsminister von Pranckh am 18. die Bewilligung von etwa 27 Millionen Gulden forderte, verwiesen sie die Vorlage in aller Ruhe an einen Ausschuß, und dieser Ausschuß beantragte in seiner Mehrheit, nur 5—6 Millionen und zwar ausdrücklich nur zur Aufrechterhaltung der bewaffneten Neutralität zu gewähren. Mit eisiger Offenheit legten die ultramontanen Führer am nächsten Tage ihre Gleichgültigkeit gegen das übrige Deutschland dar und bewunderten die Macht der nationalen Idee, die trotz aller Abneigung gegen Preußen doch in keinem von ihnen den Wunsch eines Bündnisses mit Frankreich habe aufkommen lassen. Heftig erhoben sich gegen sie die Redner der liberalen Minderheit, Völck, Fischer, der Pfälzer Levi, aber auch die Minister Bray und Pranckh, und ein Theil der bisherigen Mehrheit, dessen Wortführer Sepp war. Durch den Abfall dieses letzteren war die Beseitigung des Ausschußantrages gesichert: er fiel mit 89 gegen 58 Stimmen, und mit 101 gegen 47 wurde dann der Antrag der Minderheit angenommen, der für den Fall der Unvermeidlichkeit des Krieges 18 Millionen anwies. Der Reichsrath genehmigte diesen Beschluß am folgenden Tage einstimmig, und mit diesem Zutritt Baierns war auch für die würtembergische Volkspartei die Sache entschieden. Selbst Männer wie Carl Mayer und Moritz Mohl stimmten, wenngleich unter verdrießlichen Protesten, den Geldforderungen der Regierung zu. An der patriotischen Haltung der nationalliberalen Mehrheiten in Karlsruhe und Darmstadt hatte ein Zweifel natürlich nie bestanden.

Die bairischen Patrioten.

Würtemberg.

Die Kriegserklärung.

So war Süddeutschland dank der hochherzigen Entschlossenheit des bairischen Königs mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit d[illegible]n Nordbunde zur Seite gesprungen und in den Stand gesetzt, in [illegible]n militärischen Vorbereitungen gleichen Schritt mit ihm zu halten: [illegible]ie Entscheidung in München war an demselben 19. Juli erfolgt, an [illegible]n in Berlin der Reichstag vom Könige eröffnet und die Kriegserklär[illegible]g von dem französischen Geschäftsträger Le Sourd übergeben wu[illegible]e. Die Thronrede, die König Wilhelm Mittags um 12 Uhr ver[illegible]s,

konnte die feierliche Ankündigung des Krieges noch nicht erwähnen, da diese erst eine Stunde später überreicht wurde. König Wilhelm empfing sie, als er von dem Grabe seiner Mutter, deren Todestag der 19. Juli war, zurückkehrte; gegen $^1/_2$3 Uhr machte Graf Bismarck dem Reichstage Anzeige davon, und stürmisches Hochrufen und Händeklatschen begrüßte den ernsten Augenblick. Der gehobenen Stimmung des ganzen deutschen Volkes war durch die Thronrede ein würdiger Ausdruck gegeben. Wie sie in schlichter Weise die Entstehung des Zerwürfnisses darstellte und in schwungvollen Worten den Willen und die Kraft Deutschlands zur Abwehr französischer Gewaltthat verkündete; wie sie der Zeiten gedachte, wo unser Volk ähnliche Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre schweigend ertragen mußte, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es sei; so verweilte sie ernst bei der Betrachtung, daß Sieg und Niederlage in der Hand des Lenkers der Schlachten ruhe, erinnerte daran, wie das französische Volk, das der Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleich dem deutschen genieße und begehre, zu einem heilsameren Wettkampfe als zu dem blutigen der Waffen berufen sei, und erhob die schwerwiegende Anklage gegen die französischen Machthaber, durch berechnete Mißleitung das Selbstgefühl ihres Volkes für persönliche Interessen und Leidenschaften ausgebeutet und mit derselben Geringschätzung, von der die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs so viele Beispiele biete, das Anrecht der Völker auf die Segnungen des Friedens mißachtet zu haben. Die Antwort des Hauses, in kleinerem Kreise vorbereitet, von Miquel in der zweiten Sitzung am 20. Juli im Namen aller Parteien beantragt und einstimmig ohne Discussion durch lauten Zuruf angenommen, war der Widerhall dieser königlichen Worte. Sie dankte dem Monarchen für den sittlichen Ernst und die hohe Würde, mit welcher er die unerhörte Zumuthung des Feindes zurückgewiesen, betheuerte den Wunsch des deutschen Volkes, in Frieden und Freundschaft mit allen Nationen zu leben, die seine Ehre und Unabhängigkeit achten, und sprach das volle Vertrauen auf die Tapferkeit des Heeres, auf die erfahrene Führung des greisen Heldenkönigs, auf Gott, dessen Gericht den blutigen Frevel strafen werde, nicht minder aber die entschlossene Opferwilligkeit des deutschen Volkes, dem keine Last zu schwer sein werde, und die frohe Hoffnung aus, auf der behaupteten Wahlstatt den Boden friedlicher und freier Einigung aller Stämme des Vaterlandes zu finden.

Der norddeutsche Reichstag.

Wie bei dem Antrag auf diese Antwortsadresse, so wurden auch bei den übrigen Vorlagen gar keine oder nur kurze Reden gehalten. Graf Bismarck legte nach Annahme der Adresse die Actenstücke über ie Entstehung des Krieges vor, darunter die erste und einzige amt- he Mittheilung, welche er von der napoleonischen Regierung seit m Bekanntwerden der hohenzollerschen Candidatur empfangen habe: e Kriegserklärung. In der dritten Sitzung am Nachmittag des 20. be- htete der Präsident Simson über die Audienz, in welcher er um 12 Uhr Adresse dem Könige übergeben; dann wurde in erster und zweiter sung ohne Discussion eine Anleihe von 120 Millionen Thaler bewilligt;

die dritte Lesung fand am 21. Vormittags statt und nur die beiden Socialdemokraten Bebel und Liebknecht enthielten sich der Abstimmung, da sie laut einer dem Präsidenten überreichten schriftlichen Erklärung die verlangten Millionen weder bewilligen noch verweigern könnten. Mittags um 12 am 21. wurde eine fünfte, Nachmittags um 2 Uhr eine sechste Sitzung gehalten; dadurch erreichte man, daß der Reichstag 48 Stunden nach seiner Eröffnung schon wieder geschlossen werden konnte: neben kleineren Gesetzen war abgesehen von der Adresse und der Anleihe die Errichtung von Darlehnscassen beschlossen und die Dauer der laufenden Reichstagsmandate für die Dauer des Krieges, doch nicht über den 31. December 1870 hinaus verlängert. Mit begeistertem Hoch auf den obersten Bundesfeldherrn der deutschen Heere ging der Reichstag am 21. Juli 2½ Uhr auseinander.

Die Mobilmachung.

Mit derselben Schnelligkeit wie die Gesetzgebung arbeiteten während dessen der Generalstab und das Kriegsministerium, und schon drangen die beruhigenden Versicherungen Moltkes in die Oeffentlichkeit, daß die Deutschen vor den Franzosen an der Grenze sein würden. Ein Zeitraum von 14 Tagen war für die Concentration der Truppen in Aussicht genommen; während desselben arbeitete Bismarck mit glänzendem Erfolge daran, die Franzosen auf dem diplomatischen Felde völlig zu schlagen.

Diplomatische Enthüllungen.

Er hatte die Waffen dazu in der Hand, da Benedetti 1866 die Thorheit begangen, ihm den Vertragsentwurf über die Eroberung Belgiens zu lassen. Bismarck sorgte dafür, daß derselbe am 25. Juli von der Times veröffentlicht wurde und gab der zornigen Aufregung, die sich alsbald in Parlament und Presse Luft machte, reichliche Nahrung durch eine zusammenhängende Darstellung aller der französischen Anerbietungen, die er mit so großer Kunst vereitelt hatte. Vergeblich bemühten sich Benedetti, Gramont und Ollivier um die Wette, den Spieß umzukehren und jenes Actenstück als ein Erzeugniß Bismarcks, das er arglistischer Weise dem französischen Botschafter in die Feder dictirt habe, darzustellen; selbst die unabhängigen französischen Blätter ließen sich dadurch keinen Sand in die Augen streuen, und in England erklärte sich die öffentliche Meinung sofort mit aller Entschiedenheit dahin, daß man Belgien um jeden Preis schützen müsse. Granville schlug den beiden kriegführenden Mächten am 30. Juli den Abschluß eines Vertrages vor, durch welchen sich eine jede derselben verpflichtete, etwaigen Angriffen des andern Theiles auf das neutrale Königreich gemeinsam mit Großbritannien entgegen zu treten, und so ungern Napoleon darauf einging, so konnte er sein Zögern doch gegenüber der Bereitwilligkeit Bismarcks nicht lange aufrecht erhalten, sondern mußte diesen Vertrag unterzeichnen, durch den ihm gleich beim Beginn des Krieges ein wesentliches Stück der er-hofften Beute entschlüpfte.

Das Urtheil Europas.

Uebrigens waren schon seit dem Aug[en]blick, wo Gramont sich trotz der Zurückziehung der hohenzollersch[en] Candidatur zu neuen Forderungen verstiegen hatte, die unparteiisch[en] Cabinette sowohl wie die öffentliche Meinung aller Länder darü[ber] einig, daß Frankreich der Friedensstörer sei, und die Behauptun[g] des französischen Ministeriums, daß ganz Europa mit mehr o[der]

weniger Wärme die Gerechtigkeit der französischen Politik anerkannt habe, wurde mit mehr oder weniger Entschiedenheit von allen Seiten Lügen gestraft. Die englische Presse, die Times voran, erklärte rückhaltslos diesen ungerechten, absichtlich angelegten Krieg für das größte nationale Verbrechen, das seit dem ersten französischen Kaiserreiche geplant worden sei, und die englischen Staatsmänner befleißigten sich wohl einer zahmeren Sprache, ließen aber über ihre wahre Herzensmeinung doch keinen Zweifel aufkommen. Den Versuch eine Versöhnung zu vermitteln, unternahmen sie nur pflichtgemäß, ohne den Glauben an sein Gelingen. Ganz ähnlich war die Haltung Gortschakoffs, der in den entscheidenden Tagen grade durch Berlin reiste und die Sachlage persönlich mit Bismarck besprach. Er hätte gern dem preußischen Staatsmann einen noch größeren Dienst geleistet, indem er in London die Unterzeichnung eines Protocolls seitens der neutralen Mächte anregte, das die Erledigung des ganzen Streites constatiren sollte. Einer so entschiedenen Parteinahme für Deutschland entzog sich Granville jedoch, unter dem Vorwande, es sei zu dieser Erklärung jetzt, am 16. Juli, bereits zu spät; der eigentliche Grund war, daß er Frankreich nicht reizen und unzugänglich für künftige Friedensvermittelungen machen wollte; überdies aber stand von vornherein fest, daß Oestreich und Italien einem solchen Protocolle doch nicht beigetreten wären. Herr von Beust hing mit seinen besten Wünschen an der französischen Sache. Wohl mußte er den lebhaften Sympathien, die sich in Deutsch-Oestreich wie in Ungarn zeigten, wenigstens soweit Rechnung tragen, daß er zum Schein wie alle übrigen Mächte die strengste Neutralität verkündete. Insgeheim aber versicherte er dem Pariser Cabinet am 20. Juli, daß diese Neutralität nur den Zweck habe zur Vervollständigung der Rüstungen Zeit zu gewinnen und den Eintritt in den Krieg so lange hinauszuschieben, bis die schlechte Jahreszeit Rußland an der Zusammenziehung seiner Truppen verhindere. Getreu den Verpflichtungen, welche die beiden Souveräne im Jahre 1869 brieflich ausgetauscht, betrachte Franz Joseph die Sache Frankreichs als seine eigene und werde innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu deren Siege beitragen. Ohne Italiens Beistand war das allerdings gefährlich, und Beust bat den französischen Kaiser deshalb dringend, seine Truppen aus dem Kirchenstaat abzuberufen, indem er versicherte, ein so liberaler Schritt würde auch in Oestreich den teutonischen Aufwallungen, d. h. der lebhaften Sympathie für Deutschland, einen Damm entgegenstellen. Zugleich knüpfte er in Florenz Verhandlungen über ein Bündniß an, die von Victor Emanuel nicht zurückgewiesen wurden, während die Linke, besonders die Abgeordneten Laporta und Miceli das Ministerium sorgfältig beobachteten und bei einer aufrichtigen, unbewaffneten Neutralität zu erhalten suchten, ein Bestreben, das auch Garibaldi eifrig förderte, indem er es öffentlich für die größte Schande erklärte, wenn Italien den 2. December unterstützen wollte. Dennoch würde ein östreichisch-italienisches Bündniß mit Frankreich ohne die überraschend schnellen Siege der deutschen Waffen wohl nicht ausgeblieben sein; unter dem

Die Großmächte.

überwältigenden Eindruck der glänzenden Erfolge des deutschen Heeres trat aber in Wien und Florenz gar bald große Ernüchterung ein, und beide Cabinette schlossen sich einem Neutralitätsbunde an, den Rußland und England anregten, und dessen Zweck war, die Einmischung des einen oder andern der Verbündeten, selbst wenn sie nur die Herstellung des Friedens bezwecke, an die Zustimmung der übrigen zu binden. Wie diese Vereinbarung den deutschen Interessen durchaus günstig war, so erwies sich der englische Einfluß in Gemeinschaft mit dem russischen auch in Kopenhagen als förderlich. Das dänische Volk begrüßte den Krieg begreiflicher Weise als ein höchst erwünschtes Ereigniß und hätte ein Bündniß mit Frankreich, zu dessen Abschluß der Herr von Cadore am Sunde eintraf, um so lieber gesehen, als das Erscheinen der französischen Flotte in der Ostsee dem Glauben an die Ueberlegenheit Frankreichs gleichsam einen greifbaren Anhalt gab. Es waren dankenswerthe Dienste, welche England hier durch seine ernsthaften Vorstellungen der Sache des Friedens leistete, und man durfte sie ihm deutscherseits wohl etwas zu Gute rechnen, wenn es andrerseits wieder durch die mangelhafte Handhabung seiner eigenen Neutralitätsgesetze Frankreich wesentlich begünstigte. Denn nicht ohne Grund erhob schon Ende Juli die deutsche Presse laute Klage wider das Inselreich, daß es mit Wissen seiner Regierung der französischen Infanterie als Patronenfabrik, der Artillerie und Cavallerie als Remontestall, der Flotte als Kohlenmagazin diene, und wenn in der Antwort der englischen Blätter, daß daran die Ohnmacht Deutschlands zur See die Hauptschuld trage, viel Wahres lag, so zeugte diese Antwort doch gewiß nicht von Wohlwollen, sondern fügte vielmehr zu dem Schaden noch den Spott. Es bedurfte langer Verhandlungen, bis das Gladstonesche Cabinet sich endlich entschloß, durch das Verbot der Waffenausfuhr vom 21. November ab auch nur den dringendsten deutschen Beschwerden ein Ende zu machen; ganz beseitigt wurden dieselben nie, und die unzweifelhafte Verlängerung des Krieges, zu der diese englischen und die gleichartigen nordamerikanischen Zufuhren die Möglichkeit boten, verwischte sehr das freundliche und dankbare Gefühl, mit dem das deutsche Volk beim Beginn des Krieges die sympathische Haltung der englischen Presse begrüßt hatte.

Neutralitätsbündniß.

Dänemark.

Die englische Neutralität.

Die Niederlagen der Rhein-Armee.

Der Aufmarsch der Deutschen.

So lange die beiden Heere noch im Anmarsch waren, richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit um so mehr auf die diplomatischen Vorgänge, als die Zeitungen nur spärliche militärische Meldung[en] bringen konnten. Doch erfuhr man genug, um das gänzlich v[er]schiedene Verfahren, das hüben und drüben in der Ansammlung [der] Truppen befolgt wurde, zu erkennen. Auf deutscher Seite lag [der] Mobilmachung ein Plan zu Grunde, den General Moltke im Win[ter] auf 1869 ausgearbeitet hatte, und der auf Tag und Stunde [die] Ausrüstung und Bewegung jedes einzelnen Truppentheiles ordne[te].

Er ging davon aus, daß von den 13 norddeutschen Armeecorps zunächst drei und ein halbes, das preußische, pommersche, schlesische und das halbe schleswig-holsteinsche, zurückbleiben müßten, während die übrigen in der Heimat binnen acht Tagen mobil gemacht werden sollten, um dann auf den sechs vorhandenen Eisenbahnlinien nach einem Fahrplan, der jedes Geleise und jede Stunde auf das Sorgfältigste ausnutzte, an die Grenze geworfen zu werden. Diese Fahrpläne und Marschordnungen, aus denen jeder Truppentheil die Zeit seines Aufbruchs und Eintreffens genau ersah, lagen fertig da, und wurden in der Nacht zum 16. sobald der König die Mobilmachung befohlen, den Befehlshabern zugeschickt. Am zehnten Tage mußten danach die ersten Abtheilungen unweit der französischen Grenze anlangen, am dreizehnten zwei Armeecorps versammelt sein, am achtzehnten 300,000 Mann zur Verfügung stehen und endlich am zwanzigsten (den 4. August) auch alle Trains sich eingefunden haben. Auch die Gliederung der Armeecorps zu drei großen Armeen war zum Voraus bestimmt. Die beiden Corps, welche zuerst an der Grenze eintreffen sollten, das rheinische (VIII., von Goeben) und westfälische (VII., von Zastrow), wurden als Erste Armee unter den Befehl des Generals von Steinmetz (Chef des Generalstabes: von Sperling) gestellt; sie hatten als rechter Flügel sich längs der Saar bis Saarlouis zu versammeln und wurden am 5. August durch das preußische Corps (I., von Manteuffel) auf etwa 85,000 Mann gebracht. Oestlich an diese Erste Armee sollte sich die Zweite unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Carl (Generalstabschef von Stiehle) schließen. Als Frontlinie war derselben der obere Saarlauf von Saarlouis über Saarbrücken bis gegen Saargemünd angewiesen. Diese Armee bestand aus der Garde (Prinz August von Würtemberg), den Brandenburgern (III., Generalleutnant von Alvensleben), den Thüringern (IV., General von Alvensleben), den Hannoveranern (X., Voigts-Rhetz); ferner, doch zunächst als Reserve, dem halben schleswig-holsteinschen Corps, das durch die großherzoglich hessische Division zu voller Corpsstärke ergänzt war, (IX., Manstein) und dem königlich sächsischen Corps (XII., Kronprinz Albert von Sachsen); dazu kamen später noch die Pommern (II., Fransecky), so daß diese Armee insgesammt aus sieben Corps bestand, die eine Stärke von mindestens 220,000 Mann darstellten. Der Dritten Armee, die den linken Flügel der Gesammtaufstellung bildete, und die in erster Linie für den Schutz Süddeutschlands zu sorgen hatte, war der Kronprinz (Generalstabschef von Blumenthal) zum Oberbefehlshaber gegeben; er sammelte seine Truppen zu beiden Seiten des Rheines um Landau und Karlsruhe; sie bestanden aus den Posenern (V., Kirchbach) und Hessen-Nassauern (XI., Bose), den zwei bairischen Corps (I., von der Tann; II., von Hartmann), den Würtembergern (Obernitz) und Badensern (Beyer), die zu einem Corps unter Werders Führung vereinigt wurden, zusammen fünf Corps, zu denen als sechstes weiterhin die Schlesier (VI., Tümpling) stießen, so daß die Gesammtstärke nicht viel unter 200,000 Mann blieb. Außer diesen drei Armeen standen zur Verteidigung der Küsten, für welche

der Generalgouvernör Vogel von Falckenstein in Hannover zu sorgen hatte, die eine zurückgebliebene schleswig-holsteinsche Division (von Schimmelmann), die Gardelandwehr (von Loën), die erste und zweite Landwehrdivision (Tresckow und Selchow) und erhebliche Ersatz- und Besatzungstruppen, zusammen über 90,000 Mann, zur Verfügung: den Oberbefehl über sie erhielt der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin. Die Flotte war zum größten Theil (19 Schiffe mit 93 Geschützen) in der Nordsee, wo Vice-Admiral Jachmann den Oberbefehl führte, während das Ostseegeschwader (11 Schiffe mit 91 Geschützen) der Contre-Admiral Heldt commandirte; vier Schiffe mit 75 Kanonen waren auf auswärtigen Stationen; sechs andre (und überdies die Segelschiffe) konnten aus Mangel an Mannschaften oder wegen nöthiger Reparaturen nicht in Dienst gestellt werden. Von den in Wilhelmshaven liegenden Schiffen waren überdies die beiden größten, der König Wilhelm und Friedrich Carl, durch Beschädigung des Cylinders oder der Schraube ihrer vollen Schnelligkeit beraubt; doch wäre auch ohne diesen Umstand bei der großen Ueberlegenheit der französischen Flotte eine defensive Haltung geboten gewesen. Der Aufbau von Strandbatterien, das Versenken von Fahrzeugen, das Auslegen von Torpedos diente dazu, den feindlichen Geschwadern das Einlaufen in die Flußmündungen und Häfen zu verleiden; die Leuchtfeuer und Seezeichen waren gleich am ersten Tage der Mobilmachung eingezogen worden.

Die deutsche Flotte.

Alle Vorbereitungen wurden auf deutscher Seite mit der größten Sicherheit und ohne jede Verzögerung, so wie sie geplant waren, auch ausgeführt; nur ließ man aus Rücksicht auf die Nähe der französischen Streitkräfte die Versammlung der Armeen in größerer Entfernung von der Grenze vor sich gehen, als an und für sich nöthig war. Am 2. August traf der König mit dem großen Hauptquartier in Mainz ein, und der Einbruch in Frankreich konnte nun jeden Tag beginnen.

Das französische Heer.

Ganz anders war die Versammlung der Truppen auf französischer Seite bewerkstelligt. Der Gedanke, der den Kaiser Napoleon bei seinen Anordnungen leitete, war der: möglichst schnell eine beträchtliche Truppenmasse bereit zu haben und dieselbe nach Süddeutschland hineinzuwerfen, um dieses zum Abfall von Preußen zu zwingen und womöglich auch Oestreichs und Italiens Eintritt in den Krieg dadurch zu beschleunigen. Die natürlichen Mittelpuncte für die Ansammlung der Truppen waren bei der Lage der Eisenbahnen Metz und Straßburg; dort gedachte der Kaiser 150,000, hier 100,000 Mann zu vereinigen und dann beide Massen bei Maxau über den Rhein zu führen; im Lager von Chalons sollte überdies eine Res[illegible]ve von 50,000 Mann bereit stehen und die Flotte eine Landungsar[illegible]ee von 30,000 Mann zur Unterstützung der Dänen an die norddeut[illegible]he Küste werfen. Alle diese Pläne scheiterten an der mangelhaften A[illegible]s-rüstung der französischen Truppen und dem entsetzlichen Wirrw[illegible]r, in dem sie an die Grenze kamen. Die einzelnen Regimenter, die [illegible]u einem Corps vereinigt werden sollten, machten in Ermanglung ei[illegible]s

festen Plans weite Irrfahrten auf der Bahn, ehe sie ihren Bestimmungsort erreichten; wenn sie dort ankamen, standen sie noch auf Friedensfuß, und erwarteten ihre Reserven, ihre Trains, ihre Vorräthe tagelang vergebens, so daß sie gänzlich außer Stande waren vorzurücken. Als der Kaiser, der seine Gemahlin zur Regentin eingesetzt hatte und selbst den Oberbefehl übernahm, am 28. Juli in Metz eintraf, fand er dort etwa 130,000, um Straßburg nicht einmal 50,000 Mann versammelt; diesen allen fehlte es an Pferden, an Verpflegungscolonnen, an Aerzten und Verwaltungsbeamten; einmal über das andre telegraphirten die Corpsintendanten an das Ministerium, ihnen Feldbacköfen und Wägeinstrumente, Zwieback und Hafer, Zucker und Heu, Krankenwagen oder Lagerzelte zu schicken; kein einziges Corps war in voller Stärke, kein einziges in wirklich feldtüchtigem Zustande. Mit der Flotte sah es ähnlich aus; nur acht Schiffe fuhren am 24. Juli unter dem Commando Bouet-Villaumez' von Cherbourg aus; die Kaiserin selbst begleitete sie in See; aber keine Landungsarmee war an Bord und die Ausrüstung so mangelhaft, daß an größere Unternehmungen gar nicht gedacht werden konnte. Nicht besser stand es mit dem etwa gleich starken Geschwader des Admirals Fourichon, das 14 Tage später auslief und in der Nordsee kreuzte, während Bonet in die Ostsee geschickt war. Abgesehen von der Blokade, die sie aufrecht hielten, und der Wegnahme einzelner Handelsschiffe fügte keine der beiden Flotten Deutschland irgend welchen Schaden zu.

Die Flotte.

Von den acht Corps der Landarmee war das zweite, Frossard, das aus dem Lager von Chalons kam, noch am besten zur Aufnahme der Feindseligkeiten gerüstet; es traf am 18. Juli in St. Avold, drei bis vier Meilen südlich von Saarlouis, eben so weit südwestlich von Saarbrücken, ein, und schob sich in den nächsten Tagen gegen letztere Stadt auf Forbach vor. Es hatte sich gegenüber in Saarbrücken nur ein hohenzollernsches Bataillon und einige Schwadronen Uhlanen unter dem Befehl des Oberstleutnants Pestel; aber selbst diese geringe Macht anzugreifen wagte man nicht, und so kam es nur zu zahlreichen kleinen Scharmützeln. Mittlerweile war das dritte Corps, Bazaine, in St. Avold eingetroffen, das fünfte, Failly, rechts davon bei Saargemünd versammelt, und das vierte, Ladmirault, auf dem äußersten linken Flügel gegenüber Saarlouis eingerückt. Napoleon stellte alle vier Corps, etwas über 100,000 Mann, unter Bazaines Befehl und verlangte, daß er am 31. Juli gegen Saarbrücken vorgehen solle; aber der Marschall sowohl wie die andern Corpsführer erklärten, das sei bei der mangelhaften Ausrüstung unmöglich. Von der wirklichen Stärke der Preußen hatte man keine Ahnung, da die Cavallerie ihre Pflicht, Aufklärung darüber zu verschaffen, arg vernachlässigte, während deutscherseits kühne Streifritte, wie der des Grafen Zeppelin, die wünschenswerthe Kenntniß über die Stellung des Feindes gewährten. Um die Ungeduld der Pariser zu beschwichtigen, bestand Napoleon endlich am 2. August darauf, daß Frossard eine gewaltsame Recognoscirung gegen Saarbrücken ausführe. Pestel nahm den Kampf muthig an, natürlich mit dem Entschluß sich im richtigen Augenblicke zurück-

Erste Feindseligkeiten.

Saarbrücken.

zuziehen; Napoleon erschien persönlich auf dem Schlachtfelde, mit ihm sein Sohn, der hier die Feuertaufe erhalten sollte und angeblich selbst die erste Mitrailleuse auf die Preußen abschoß. Nach mehrstündigem Feuergefecht zog Pestel sich nordwärts auf eine andre Abtheilung zurück, die Steinmetz ihm zum Rückhalt geschickt hatte. Der Verlust betrug auf beiden Seiten einige achtzig Mann; das ganze Gefecht ging nicht über die Bedeutung eines Scharmützels hinaus. Die Pariser Blätter aber erhoben einen lauten Jubelruf über diesen ersten Sieg, die Eroberung von Saarbrücken; die Chassepots und die Mitrailleusen wurden bis in den Himmel erhoben und einzelne Zeitungen verstiegen sich bis zu der Prophezeiung, daß mit diesem 2. August eine neue Geschichtsperiode begonnen habe.

Ueber Saarbrücken vorzudringen versuchten die Franzosen nicht; Frossard ließ von den Spicherer Höhen südlich von Saarbrücken einige Granaten in die Stadt schießen, schickte um 6 Uhr eine Patrouille hinein und besuchte sie selbst erst am andern Tage. Ueber die Stärke und Stellung der Preußen war man so klug wie vorher. In der That standen diese mit der Ersten wie mit der Zweiten Armee noch einige Tagemärsche von der Grenze entfernt und hatten nur kleinere Abtheilungen gegen Saarbrücken und Saarlouis vorgeschoben; erst am 3. August erging aus dem Hauptquartier der Befehl, daß beide Armeen sich soweit nähern sollten, um bei einer Schlacht zusammenwirken zu können; eine allgemeine Offensive sei beabsichtigt und die Dritte Armee werde schon folgenden Tags in Frankreich einmarschiren.

Weißenburg.

Diese hatte sich gegenüber nur eine Division des ersten französischen Corps Mac Mahon, die unter dem Befehl des Generals Abel Douay Weißenburg und den dahinter liegenden Geisberg besetzt hielt; der Kronprinz war also in der Lage mit großer Uebermacht vorgehen zu können. Gegen 1/2 9 Uhr am 4. August eröffnete nördlich von Weißenburg die bairische Division Bothmer den Angriff; weiter östlich, die Lauter abwärts, stand das Eintreffen der Posener und Hessen-Nassauer zu erwarten, die nach Ueberschreiten des Flusses sich westwärts gegen Weißenburg und die südlich nach Hagenau führende Straße wandten, um die Rückzugslinie Douays abzuschneiden. Da die Artillerie aber auf den durchweichten Wegen nur langsam vorrückte, so waren die Angriffe auf die mit Wall und Graben umgebene Stadt lange vergebens; erst gegen 12 Uhr gelang es von Südwesten her den Bahnhof, anderthalb Stunden später den Ort selbst zu erstürmen und 500 Mann in demselben gefangen zu nehmen. Noch blutiger war der Kampf um den südöstlich gelegenen Geisberg, auf dessen Gipfel das von 15 Fuß hohen Mauern umgebene Schloß aller Infanterieangriffe spottete; erst als gegen 2 Uhr einige Batterien auffuhren, ergab sich die 200 Mann starke Besatzung, während die Hauptmasse des Feindes, die ihren Führer Douay durch eine Explosion verloren hatte, längst auf dem Rückzug begriffen war. Die Höhe seines Verlustes betrug mit Einschluß von 1000 unverwundeten Gefangenen, etwa 2200 Mann; den Deutschen kostete der Kampf über 1500 Todte und Verwundete; auch General Kirchbach war leicht verletzt.

wie blutig der Tag auch gewesen, es war ein glänzender Sieg, den man erfochten: das erste Treffen auf französischem Boden hatte mit der Flucht des Feindes geendet. Helle Begeisterung herrschte unter Baiern und Preußen, die hier zum ersten Male vereint die Bluttaufe empfangen, und aus dem Heere verpflanzte sich der Jubel in die Heimat und befreite die Seelen von der bangen Erwartung, mit der sie dem ersten wirklichen Kampfe entgegensahen. Doch wurde ihnen nicht lange Zeit gelassen, sich diesen ersten Eindrücken hinzugeben. Schon der zweite Tag, der 6. August, brachte neue und größere Siegeskunde.

Wörth.

Die geschlagene französische Division hatte sich geführt von General Pellé südwestlich auf Mac Mahons Corps zurückgezogen. Der Zustand desselben war keineswegs dazu angethan, eine große Schlacht zu schlagen; allerdings verstärkte sich der commandirende General durch eine Division des siebenten Corps, Felix Douay, die einzige, welche von diesem Corps bis dahin im Elsaß eingetroffen war; auch unterstellte ihm der Kaiser das fünfte, Failly, das von Forbach-Saargemünd längs der bairischen Grenze bis Bitsch vorgeschoben war, um die Verbindung zwischen der Mosel- und der Rhein-Armee herzustellen; allein die Gesammtheit dieser Truppen war doch immer noch schwächer als die kronprinzliche Armee und schon dadurch auf die Verteidigung angewiesen; Failly konnte überdies frühestens am 7. mit seinem ganzen Corps herankommen, und ohne ihn verfügte Mac Mahon nur über 45,000 Mann. Er bezog deshalb am 5. August eine Defensivstellung bei Wörth, einem Flecken südwestlich von Weißenburg, am Sauerbach gelegen, der hier von Nord nach Süden durch eine Hügellandschaft fließt und eine vortreffliche Deckung in der Front bildete. Hier fanden ihn am 5. die preußischen Schwadronen, welche zur Aufklärung der Gegend vom Kronprinzen ausgeschickt waren, und ihre Meldung bewirkte den Befehl, daß am nächsten Tage die bisher nach Süden gekehrte Front der 3. Armee nach Westen gerichtet und eine Zusammenziehung nach dem rechten Flügel, den die Baiern unter Hartmann bildeten, vollführt werden solle; der Angriff wurde erst für den 7. August in Aussicht genommen. Doch schon in aller Frühe am 6. kam es bei Wörth und südlich davon zu Scharmützeln, und auch die bairische Vorhut auf dem äußersten rechten Flügel überschritt die Sauer und bemächtigte sich des Terrains zwischen dieser und dem bei Wörth in sie mündenden Sulzbach, drang dann auch über diesen vor und setzte sich in der linken Flanke des Feindes bei Nehwiller fest. Auf höheren Befehl mußte sie diese Stellung allerdings gegen 11 Uhr wieder räumen und bis an den Sulzbach zurückgehn; doch kaum war diese Bewegung ausgeführt, so kam von General Kirchbach die dringende Aufforderung, wieder vorzurücken. Dieser hatte nämlich nach einem halbstündigen Geschützkampfe um 10 Uhr bei Wörth die Sauer überschritten und lag nun in schwerem Kampfe mit den Franzosen, welche die Dörfer Fröschwiller (grade westlich über Wörth) und Elsaßhausen (südlich von Fröschwiller) besetzt

zuziehen; Napoleon erschien persönlich auf dem Schlachtfelde, mit ihm sein Sohn, der hier die Feuertaufe erhalten sollte und angeblich selbst die erste Mitrailleuse auf die Preußen abschoß. Nach mehrstündigem Feuergefecht zog Pestel sich nordwärts auf eine andre Abtheilung zurück, die Steinmetz ihm zum Rückhalt geschickt hatte. Der Verlust betrug auf beiden Seiten einige achtzig Mann; das ganze Gefecht ging nicht über die Bedeutung eines Scharmützels hinaus. Die Pariser Blätter aber erhoben einen lauten Jubelruf über diesen ersten Sieg, die Eroberung von Saarbrücken; die Chassepots und die Mitrailleusen wurden bis in den Himmel erhoben und einzelne Zeitungen verstiegen sich bis zu der Prophezeiung, daß mit diesem 2. August eine neue Geschichtsperiode begonnen habe.

Ueber Saarbrücken vorzudringen versuchten die Franzosen nicht; Frossard ließ von den Spicherer Höhen südlich von Saarbrücken einige Granaten in die Stadt schießen, schickte um 6 Uhr eine Patrouille hinein und besuchte sie selbst erst am andern Tage. Ueber die Stärke und Stellung der Preußen war man so klug wie vorher. In der That standen diese mit der Ersten wie mit der Zweiten Armee noch einige Tagemärsche von der Grenze entfernt und hatten nur kleinere Abtheilungen gegen Saarbrücken und Saarlouis vorgeschoben; erst am 3. August erging aus dem Hauptquartier der Befehl, daß beide Armeen sich soweit nähern sollten, um bei einer Schlacht zusammenwirken zu können; eine allgemeine Offensive sei beabsichtigt und die Dritte Armee werde schon folgenden Tags in Frankreich einmarschiren.

Weißenburg.

Diese hatte sich gegenüber nur eine Division des ersten französischen Corps Mac Mahon, die unter dem Befehl des Generals Abel Douay Weißenburg und den dahinter liegenden Geisberg besetzt hielt; der Kronprinz war also in der Lage mit großer Uebermacht vorgehen zu können. Gegen ½9 Uhr am 4. August eröffnete nördlich von Weißenburg die bairische Division Bothmer den Angriff; weiter östlich, die Lauter abwärts, stand das Eintreffen der Posener und Hessen-Nassauer zu erwarten, die nach Ueberschreiten des Flusses sich westwärts gegen Weißenburg und die südlich nach Hagenau führende Straße wandten, um die Rückzugslinie Douays abzuschneiden. Da die Artillerie aber auf den durchweichten Wegen nur langsam vorrückte, so waren die Angriffe auf die mit Wall und Graben umgebene Stadt lange vergebens; erst gegen 12 Uhr gelang es von Südwesten her den Bahnhof, anderthalb Stunden später den Ort selbst zu erstürmen und 500 Mann in demselben gefangen zu nehmen. Noch blutiger war der Kampf um den südöstlich gelegenen Geisberg, auf dessen Gipfel das von 15 Fuß hohen Mauern umgebene Schloß aller Infanterieangriffe spottete; erst als gegen 2 Uhr einige Batterien auffuhren, ergab sich die 200 Mann starke Besatzung, während die H[illegible] [illegible]masse des Feindes, die ihren Führer Douay durch eine Explosion ver[illegible] hatte, längst auf dem Rückzug begriffen war. Die Höhe seines Verlustes betrug mit Einschluß von 1000 unverwundeten Gefang[illegible] etwa 2200 Mann; den Deutschen kostete der Kampf über 1500 [illegible] und Verwundete; auch General Kirchbach war leicht verletzt.

wie blutig der Tag auch gewesen, es war ein glänzender Sieg, den man erfochten: das erste Treffen auf französischem Boden hatte mit der Flucht des Feindes geendet. Helle Begeisterung herrschte unter Baiern und Preußen, die hier zum ersten Male vereint die Bluttaufe empfangen, und aus dem Heere verpflanzte sich der Jubel in die Heimat und befreite die Seelen von der bangen Erwartung, mit der sie dem ersten wirklichen Kampfe entgegensahen. Doch wurde ihnen nicht lange Zeit gelassen, sich diesen ersten Eindrücken hinzugeben. Schon der zweite Tag, der 6. August, brachte neue und größere Siegeskunde.

Wörth.

Die geschlagene französische Division hatte sich geführt von General Pellé südwestlich auf Mac Mahons Corps zurückgezogen. Der Zustand desselben war keineswegs dazu angethan, eine große Schlacht zu schlagen; allerdings verstärkte sich der commandirende General durch eine Division des siebenten Corps, Felix Douay, die einzige, welche von diesem Corps bis dahin im Elsaß eingetroffen war; auch unterstellte ihm der Kaiser das fünfte, Failly, das von Forbach-Saargemünd längs der bairischen Grenze bis Bitsch vorgeschoben war, um die Verbindung zwischen der Mosel- und der Rhein-Armee herzustellen; allein die Gesammtheit dieser Truppen war doch immer noch schwächer als die kronprinzliche Armee und schon dadurch auf die Verteidigung angewiesen; Failly konnte überdies frühestens am 7. mit seinem ganzen Corps herankommen, und ohne ihn verfügte Mac Mahon nur über 45,000 Mann. Er bezog deshalb am 5. August eine Defensivstellung bei Wörth, einem Flecken südwestlich von Weißenburg, am Sauerbach gelegen, der hier von Nord nach Süden durch eine Hügellandschaft fließt und eine vortreffliche Deckung in der Front bildete. Hier fanden ihn am 5. die preußischen Schwadronen, welche zur Aufklärung der Gegend vom Kronprinzen ausgeschickt waren, und ihre Meldung bewirkte den Befehl, daß am nächsten Tage die bisher nach Süden gekehrte Front der 3. Armee nach Westen gerichtet und eine Zusammenziehung nach dem rechten Flügel, den die Baiern unter Hartmann bildeten, vollführt werden solle; der Angriff wurde erst für den 7. August in Aussicht genommen. Doch schon in aller Frühe am 6. kam es bei Wörth und südlich davon zu Scharmützeln, und auch die bairische Vorhut auf dem äußersten rechten Flügel überschritt die Sauer und bemächtigte sich des Terrains zwischen dieser und dem bei Wörth in sie mündenden Sulzbach, drang dann auch über diesen vor und setzte sich in der linken Flanke des Feindes bei Nehwiller fest. Auf höheren Befehl mußte sie diese Stellung allerdings gegen 11 Uhr wieder räumen und bis an den Sulzbach zurückgehn; doch kaum war diese Bewegung ausgeführt, so kam von General Kirchbach die dringende Aufforderung, wieder vorzurücken. Dieser hatte nämlich nach einem halbstündigen Geschützkampfe um 10 Uhr bei Wörth die Sauer überschritten und lag nun in schwerem Kampfe mit den Franzosen, welche die Dörfer Fröschwiller (grade westlich über Wörth) und Elsaßhausen (südlich von Fröschwiller) besetzt

hielten und die steilen Abhänge nach der Sauer zu aus ihren Schützengräben in den Hopfenpflanzungen erfolgreich verteidigten. Alles Anstürmen der tapferen Posener war vergebens, und doch hätte ihr Rückgang auf das westliche Sauerufer den Franzosen unzweifelhaft das Recht gegeben, sich eines Sieges zu rühmen, zumal auch die Hessen, unter Bose, die gegen 9 Uhr südlich von Wörth bei Gunstett den Bach überschritten hatten, mit schweren Verlusten zurückgeworfen waren. Unter diesen Umständen faßte Kirchbach den verantwortungsvollen Entschluß, trotz der gegentheiligen Befehle des Kronprinzen den Kampf fortzusetzen und Hartmann wie Bose aufzufordern, ihn zu unterstützen. Beide versprachen, ihn nicht im Stiche zu lassen; außerdem rückte zwischen Kirchbach und Hartmann das erste bairische Corps unter von der Tann, hinter Bose die würtembergische Division, von Werder geführt, heran; auch der Kronprinz eilte auf die Meldung von diesen Vorgängen herbei und übernahm um 1 Uhr den Oberbefehl. Aber ehe die Hülfe von den Flügeln kommen konnte, hatten die Posener noch schwere Stunden zu überstehen; sie gewannen allerdings an Boden auf den Abhängen, aber nur in geringem Umfang und mit furchtbaren Verlusten. General Bose war mit den Hessen schon um 12 Uhr wieder über die Sauer vorgegangen, hatte das Dorf Morsbronn genommen und dann seine Front nordwestlich gegen Elsaßhausen und den davor liegenden Niederwald gerichtet; einen furchtbaren Angriff der französischen Cavalleriebrigade Michel wies er gegen 1 Uhr siegreich zurück, fast die ganze feindliche Schaar ging dabei zu Grunde; aber es wurde ½3 Uhr, ehe er des Waldes Herr wurde und Elsaßhausen nahm, das dann gegen einen nochmaligen Vorstoß des Feindes und gegen einen zweiten großen Cavallerieangriff der Division Bonnemains verteidigt werden mußte. Dann erst konnten die Hessen unmittelbar gegen Fröschwiller anrücken und wurden dabei von den Würtembergern unterstützt, die um 3 Uhr in Elsaßhausen eintrafen. Fast um dieselbe Zeit gelang es den Baiern, die schon seit 1 Uhr wieder im Kampfe standen, den Höhenrand nördlich von Fröschwiller zu nehmen, sofort drangen auch sie gegen diesen Schlüsselpunct der feindlichen Stellung vor und waren die ersten, die ihn erreichten. Nicht minder stürmten jetzt die Posener vorwärts und so vereinigten sich Theile aller fünf Corps in der Eroberung des Dorfes, das die Franzosen nach heißem Kampfe Haus um Haus gegen halb fünf in wilder Flucht verließen: ihr tapferer Widerstand war zu lange fortgesetzt, als daß ein geordneter Rückzug möglich gewesen wäre. 9000 Gefangene, 33 Geschütze, ein Adler, vier Turkofahnen bezeugten die Größe des Sieges, der freilich auch den Deutschen über 10,000 Mann — mehr als Königgrätz — gekostet hatte. Die Verfolgung begann sofort nach der Schlacht von den beiden Flügeln aus, vornehmlich durch würtembergische und bairische Cavallerie; sie richtete sich über Reichshoffen, das grade westlich von Fröschwiller liegt, längs der Bitscher Bahn nach Niederbronn, wo es spät Abends noch zu einem Reitergefechte kam. Andern Tags nahmen auch preußische Cavalleriedivisionen daran Theil, und zwar in doppelter Richtung

von Niederbronn aus: nordwestlich auf Bitsch, wo man keinen Feind mehr traf, da Failly noch Abends am 6. seinen Rückzug auf Lützelstein und Saarburg angetreten hatte, und südwestlich auf Zabern, welchen Weg Mac Mahon in der That eingeschlagen hatte. Doch war der Vorsprung, den er gewonnen, und der Vortheil, daß er die Vogesen überschritten, zu groß, als daß die Verfolger ihn noch hätten erreichen können.

Spichern.

Aber nicht bei Wörth allein war am 6. August gekämpft und gesiegt worden; derselbe Tag, der die Niederlage Mac Mahons gesehen, hatte bei Saarbrücken die Zersprengung des Corps Frossard herbeigeführt. Auch auf diesem Kriegsschauplatze beabsichtigte die deutsche Heeresleitung am 6. August noch keine Schlacht, doch war der bisher untersagte Uebergang über die Saar am Nachmittage des 5. vom großen Hauptquartiere aus erlaubt worden. In Folge dessen rückten die Westfalen und Rheinländer von der Ersten Armee, die Brandenburger von der Zweiten auf Saarbrücken und die benachbarten Flußübergänge vor, und General Kameke entschloß sich, mit der Düsseldorfer Division den Feind, der im Abzuge zu sein und die Spicherer Höhen nur schwach besetzt zu haben schien, von denselben zu vertreiben. Er rückte auf der Straße nach Forbach, welche von Norden kommend jene Höhen bei ihrem nördlichsten felsigen Vorsprung, dem Rothen Berge, erreicht und sich dann in südwestlicher Richtung an ihrem Abhange hinzieht, vor und griff gegen Mittag rechts und links von derselben an. Zur Linken galt es die zum Theil senkrecht aufsteigenden Abhänge, vor Allem den genannten Rothen Berg und den südöstlich daran stoßenden Gifert-Wald zu nehmen; zur Rechten mußte man sich des Stiringer Waldes, zwischen der Straße und dem Damm der Forbacher Eisenbahn, sodann aber auch der Zollhäuser an der Grenze und endlich des Dorfes Stiring bemächtigen. War Letzteres gelungen, so konnte man ostwärts durch den Spicherer Wald die Höhen bequemer erklimmen und den Rothen Berg von hinten fassen. Der erste Angriff richtete sich jedoch sogleich direct gegen diese Felsenbastion und den Gifertswald. Mit großen Opfern gelang es einigen Compagnien sich in dem letzteren festzusetzen; die steilen Felsen des Rothen Berges spotteten jedoch stundenlang aller Angriffe, und als es bald nach 3 Uhr dem tapferen General François, der dabei von fünf Kugeln durchbohrt den Tod fand, gelang, die Höhe des Plateaurandes zu erreichen, zwang fast gleichzeitig ein Angriff der verstärkten Franzosen zur Räumung des Gifertswaldes. Auch in der Stiringer Niederung war es nicht möglich erhebliche Fortschritte zu machen, so daß die Lage Kamekes zwischen 3 und 4 Uhr äußerst bedenklich wurde. Grade jetzt aber trafen, von dem Kanonendonner zur höchsten Eile getrieben, rheinische und brandenburgische Regimenter auf dem Schlachtfelde ein; Goeben, der die ersteren führte, übernahm nunmehr die Leitung der Schlacht, die aber schon eine Stunde darauf an Zastrow als den älteren General und gegen 7 Uhr an Steinmetz überging, also viermal wechselte. Nach dem Eintreffen der ersten Verstärkungen wurde der Angriff überall wieder aufgenommen, und

sowie ein Bataillon oder eine Batterie ankam, wurde sie ins Feuer geführt. Gleichwohl blieb der Feind dank seinen vortrefflichen Stellungen und seiner Uebermacht fast unerschüttert, bis gegen 6 Uhr in der Niederung die Einnahme der Zollhäuser, auf der Höhe die des Gifertswaldes gelang. Um diese Zeit glaubte Goeben dem Könige bereits ein Siegestelegramm schicken zu können; allein ein allgemeiner Vorstoß der Franzosen bedrohte gleich darauf wieder die Stellung an der Stiringer Straße und andrerseits scheiterten alle Versuche Reiterei auf die Höhe des Plateaus zu bringen. Eine volle Stunde hindurch nahm so die Schlacht wieder einen bedenklichen Charakter an, da gelang es durch neue Verstärkungen von der Straße aus in den Spicherer Wald vorzudringen und so die Franzosen zur Räumung der Höhen zu nöthigen. Den Rückzug des Feindes westlich zu behindern, waren die erschöpften deutschen Truppen nicht mehr im Stande; sie warfen ihn in der Dämmerung noch aus Stiring heraus und schoben ihre Vorposten gegen Forbach vor; auch traf die westfälische Division Glümer, die mehrere Meilen westlich von Saarbrücken bei Völklingen die Saar überschritten hatte, mit ihren Spitzen noch Abends bei Forbach ein und stand für den nächsten Tag bereit, falls die Franzosen, die ja aus geringer Entfernung bedeutende Truppenmassen heranziehen konnten, den Kampf erneuern sollten. Der Verlust der Deutschen, 4800 Mann, war nicht viel geringer als der des Feindes, der mit Einschluß von 1500 Gefangenen reichlich 5500 Mann betrug. Von ungeheurer Bedeutung aber war die moralische Tragweite des Sieges. Bei Weißenburg und Wörth hatten die Deutschen eine zweifelhafte Uebermacht, durch welche die Gunst der feindlichen Defensivstellungen ausgeglichen wurde; hier bei Spichern dagegen hatte eine kleinere Anzahl die größere aus den glänzendsten Positionen hinausgeworfen: die Ueberlegenheit des deutschen Heeres war auf das unzweideutigste kund geworden, und so gewaltig war der Eindruck im französischen Hauptquartier, auf das gleichzeitig noch die Kunde von Wörth einstürmte, daß sofort der Rückzug gegen Metz, ja im ersten Schrecken, am 7. August, gar über Metz hinaus nach Chalons beschlossen wurde, und die deutschen Truppen in den nächsten Tagen kaum noch Fühlung mit dem eiligst abziehenden Feinde gewinnen konnten.

Siegesjubel in Deutschland.

In ganz Deutschland aber erhob sich über den herrlichen Doppelsieg ein unendlicher Jubel. Freudenfeuer und Böllerschüsse, Siegesgesänge und festliche Aufzüge waren an der Tagesordnung; während ein paar Tage früher, am 4. August, die ungenügenden Zeichnungen auf die Bundesanleihe (statt der ausgeschriebenen 100 Millionen liefen nur etwa 68 ein) noch das Vorhandensein ängstlicher Berechnungen wenigstens in den Kreisen der hohen Finanz verrathen hatte, schwand nach Weißenburg, Wörth und Spichern die letzte Besorgniß vor einem feindlichen Einfall. Schon fing man an von der Möglichkeit eines baldigen Sieges zu sprechen. Die Schlachten von Skalitz und Trautenau waren geschlagen: in wenigen Tagen mußte Königgrätz folgen. Dann stürzte der napoleonische Thron unrettbar zusammen, und die

Männer der Opposition, die sich ja dem Kriege widersetzt hatten, kamen ans Ruder. Die Haltlosigkeit des Bonapartismus war schon jetzt unverkennbar. Nicht blos im Lager von Chalons beim Corps Canrobert gab es tumultuarische Auftritte, sondern in der Hauptstadt selbst gährte der Abfall. Falsche Siegesnachrichten hatten die Pariser am 5. August in eine wahre Raserei von Jubel versetzt: Mac Mahon und Bazaine sollten die Dritte Armee völlig erdrückt, den Kronprinzen mit 250,000 Mann gefangen genommen, Landau erobert haben. Von der Börse verbreitete sich das Gerücht bis in die Gerichtssäle, wo die Verhandlungen unterbrochen, die Depesche von dem Präsidenten verlesen, von Richtern und Advocaten und Publicum einmüthig der Jubelruf angestimmt wurde. Als dann die Erkenntniß sich verbreitete, daß Alles nur ein Börsenschwindel sei, brach die Wuth darüber nicht minder heftig los, und Ollivier konnte sich von den Massen, die ihn im eigenen Hause bedrängten, kaum durch das Versprechen befreien, daß künftig alle einlaufenden Telegramme ausnahmslos veröffentlicht werden sollten. Noch ahnte Niemand, daß der Minister damit die unverweilte Bekanntmachung der schwersten Unglücksposten verhieß. Als dieselben in der Nacht zum 7. eintrafen, mußte man die bedenklichsten Scenen erwarten. In der ersten Morgenfrühe eilte die Regentin von St. Cloud in die Tuilerien und versammelte den Ministerrath: eine Proclamation ward veröffentlicht, die zum Vertrauen, zur Ruhe, zur Ordnung ermahnte; wer diese störe, der conspirire mit dem Feinde. Eine Depesche des Kaisers versicherte, daß der Rückzug sich in voller Ordnung vollziehe, daß noch Alles gut werden könne. Zwei Decrete beriefen die Kammern, die am 22. Juli auseinander gegangen waren, auf den 11. August wieder ein und verhängten über Paris zur Sicherung der militärischen Vorbereitungen den Belagerungszustand. Alles das besänftigte nicht, es steigerte nur die Erregung. Die oppositionellen Blätter verlangten die allgemeine Bewaffnung, die Entfernung aller regelmäßigen Truppen an die Grenze, die Erhebung des Generals Trochu, der sich 1867 durch ein Schriftchen über die Heeresreform bei den Liberalen sehr in Gunst gesetzt hatte, oder Changarnier zum Ministerpräsidenten. Unter den Pariser Abgeordneten ward der Plan erwogen, sich selbst zum Verteidigungsausschuß zu constituiren; auch andere Gruppen von Volksvertretern vereinigten sich und wollten den 11. nicht abwarten. Ein neues Decret der Kaiserin kam ihnen am 8. entgegen und berief die Kammern schon auf den 9. Auf den Boulevards gab es ernstliche Zusammenrottungen; Mißhandlungen einzelner Personen, Zerstörung von Läden, eine allgemeine Spionenjägerei dauerten von einem Tage zum andern fort. Als der gesetzgebende Körper am 9. um 1 Uhr zusammentrat, umlagerten Tausende das Sitzungsgebäude. Unter furchtbarem Tumulte gab Ollivier kurzen Bericht von der Sachlage: keine unserer Festungen, rief er aus, ist in Feindeshand, unsere Vorräthe sind unangetastet, Paris setzt sich in Verteidigung, die Mobilgarde tritt zusammen, wir können 450,000 Mann ausrüsten, mit Einschluß der Nationalgarde verfügen wir über zwei Millionen Streiter! Aber

Bestürzung in Paris.

Zusammentritt der Kammern.

Sturz Olliviers.

Niemand wollte ihn hören, die Opposition nicht, weil sie durch Favres Mund den Rücktritt der Regierung forderte, die Bonapartisten nicht, weil sie zuverlässigere Männer an der Spitze haben wollten. Ein offenes Mißtrauensvotum ward freilich abgelehnt, aber nur, um auf Duvernois Antrag den Beschluß zu fassen: die Kammer sei entschlossen ein Cabinet zu unterstützen, das fähig sei, die Nationalverteidigung zu organisiren. Vergebens erklärte Ollivier vorher, er werde im Fall der Annahme seine Entlassung einreichen: der Antrag ward angenommen und die Kaiserin genehmigte sofort den Rücktritt des ganzen Cabinets und übertrug die Neubildung dem 73jährigen Grafen Palikao.

Ministerium Palikao.

Die Männer, welche sich der Besieger der Chinesen zu Amtsgenossen erwählte, waren zum Theil als Heißsporne des Bonapartismus übel berufen, so Jérôme David und Clément Duvernois, zum Theil durch langjährige Dienste an den Kaiser gekettet, wie Magne oder Grandperret. Von den Oppositionsblättern höhnisch als das Cabinet der letzten Stunde begrüßt, erwiesen sie sich jedenfalls kräftiger und muthvoller gegen die feindlichen Stürme in der Kamme als ihre Vorgänger; sie wagten auch dem Kaiser rücksichtslos die Forderungen zu stellen, deren Erfüllung sie für unerläßlich hielten und entwickelten nach allen Richtungen hin eine rege Thätigkeit. In der Wahl der Mittel waren sie dabei völlig ohne Scrupeln. Das Verlangen der Opposition nach Mittheilung aller Nachrichten wiesen sie zurück und speisten die Neugier und die patriotische Ungeduld mit den dürftigsten Brocken und mit den unerhörtesten Fälschungen ab; über die 60,000 Deutsche, die in Frankreich lebten, verhängten sie sofort die Ausweisung, und rechtfertigten sie als eine Repressalie für die Mißhandlungen, denen die Franzosen in Deutschland ausgesetzt seien. Dem Kaiser ließen sie so lange keine Ruhe, bis er sich am 12. August entschloß, Leboeuf als Generalstabschef abzusetzen, den Oberbefehl über das Heer an Bazaine abzutreten und dadurch auf alle Macht zu verzichten; denn auch nach Paris sollte er nicht wieder zurückkehren, sondern die Kaiserin in ihrer Würde als Regentin belassen. Für die Verteidigung der Hauptstadt sorgten sie mit großem Eifer, verhinderten die Ernennung eines Ausschusses, den die Kammer zu diesem Zweck einsetzen wollte, und bildeten statt dessen selbst einen, in dem Thiers, Talhouet, Daru u. A. Platz fanden; der Verproviantirung nahm sich besonders Duvernois mit allem Ernste an und leistete darin Vorzügliches. Das kühne Drängen der Republikaner auf Absetzung des Kaisers wußten sie wenigstens in den öffentlichen Sitzungen zum Verstummen zu bringen, und in den geheimen Berathungen, die daneben statt fanden, war es unschädlich; bei ein neuen Niederlage war das Kaiserthum ja doch verloren; es galt nu es wenigstens für den Fall des Sieges möglich zu erhalten. Pöbe unruhen, die in der Vorstadt Belleville ausbrachen, wurden m Energie erstickt, für die Versammlung und Ausrüstung neuer Truppe theile das Möglichste gethan, alle unverheirateten Bürger vom 25.–30. Lebensjahre zur Linie eingezogen, die Waffenübungen der Mobi

garde emsig gefördert. Es war eine fieberhafte und im Allgemeinen nicht ungeschickte Thätigkeit, die sie entwickelten, und die Vorwürfe der Lässigkeit und Unfähigkeit, mit denen die Gramont und Leboeuf gerechter Weise überhäuft wurden, konnten gegen sie billiger Weise nicht gerichtet werden.

Rückzug der Rheinarmee.

Aber freilich kamen alle diese Anstrengungen jetzt viel zu spät und wurden obendrein durch die Fehler der Heeresleitung vollends unfruchtbar gemacht. Das französische Hauptquartier schwankte nach dem Doppelschlage vom 6. August rathlos von einem Entschluß zum andern. Daß an der Saar ein neuer Kampf nicht mehr versucht werden solle, stand sogleich fest; ob man aber am rechten Moselufer Stand halten, ob man auf Metz gestützt hinter diesem Flusse Widerstand leisten, ob man auf die Maas bei Verdun oder auf Chalons an der Marne oder gar ganz bis Paris zurückweichen solle, das waren Fragen, die heute so und morgen so entschieden wurden. Am meisten litt darunter de Faillys Corps, das in zwecklosen Kreuz- und Quermärschen auf Nancy, Langres, Toul, Paris, Chaumont dirigirt wurde, um dann endlich am 21. August im Lager von Chalons einzutreffen. Mac Mahon war zwei Tage früher dort angelangt, Felix Douay kam von Belfort einen Tag später; neugebildet war inzwischen ein Corps, das Trochu befehligen sollte, das aber Lebrun übernahm, als jener an die Spitze der Verteidigung von Paris berufen wurde. Diese vier Corps wurden nun unter den Oberbefehl Mac Mahons gestellt, der sein eigenes Corps dem General Ducrot übertrug. Canrobert, der Anfang August noch in Chalons gestanden, war dagegen nach Metz gerufen, wo außerdem die Corps Bazaine, Ladmirault, Frossard und die Garde versammelt waren; Bazaines Commando übernahm, als dieser vom Kaiser zum Generalissimus ernannt wurde, Decaen.

Vormarsch der Deutschen.

Die deutschen Armeen setzten während dessen ihren Vormarsch gegen die Mosel in der Weise fort, daß der rechte Flügel (Steinmetz) sich nur langsam vorwärts bewegte, das Centrum (Friedrich Carl) in stärkeren Märschen, am schnellsten aber der linke Flügel (der Kronprinz), der den weitesten Weg zurückzulegen hatte. Ernsthaften Widerstand fand keine der drei Armeen, doch hatte der Kronprinz auf seinem Wege verschiedene kleine Festungen zu nehmen oder einzuschließen. So ließen die Baiern von Hartmanns Corps eine Abtheilung zur Beobachtung von Bitsch zurück und nahmen Marsal; die Würtemberger zwangen Lichtenberg, die Posener Lützelstein zur Ergebung; die Schlesier unter Tümpling cernirten Pfalzburg und Werder mit der badischen Division wurde vor Straßburg zurückgelassen. Die Hauptmasse des Heeres, fünf Corps und die würtembergische Division, hatte am 12. August den Durchzug durch die Vogesenpässe vollendet, und rückte nun auf die Linie Nancy-Lunéville vor; weit voraus streiften die Reiterschaaren, besonders die Uhlanen, und erfüllten durch ihre Kühnheit die Bevölkerung mit unheimlichem Grausen. Uebrigens wurde die strengste Mannszucht gehalten und das Versprechen des Königs, der am 11. von Saarbrücken aus den

französischen Boden betrat und dem friedlichen Bürger vollen Schutz verhieß, bei allen Truppentheilen zur Wahrheit gemacht.

Colombey-Nouilly.

Sobald der Kronprinz die Vogesen im Rücken hatte, wurden vom großen Hauptquartier die Anweisungen zum gemeinsamen Vormarsch aller drei Heere ertheilt. Man mußte erwarten, daß es an der französischen Nied, hinter der vier feindliche Corps bereit standen, zur Schlacht kommen werde. Allein Napoleon gab die gut vorbereitete Stellung auf und zog seine Streitkräfte auf und über die Mosel herüber. Von großem Einflusse darauf mochte der Umstand sein, daß Friedrich Carl die Uebergänge südlich von Metz, besonders Pont-à-Mousson, unbesetzt gefunden und sofort begonnen hatte, den Fluß zu überschreiten; dadurch ward der Rückzug nach Verdun bedroht, und es schien deshalb gerathen, denselben schleunigst anzutreten und so dem Feinde zuvorzukommen. Deutscher Seits erwartete man auch jetzt noch, daß die Franzosen auf dem rechten Moselufer durch einen Vorstoß nach Süden den Uebergang der Zweiten Armee stören würden, und für diesen Fall hatte Steinmetz die Weisung, anzugreifen; einen eiligen Rückzug, wie ihn Bazaine antrat, hatte man aber nicht vorausgesetzt und deshalb war im allgemeinen der Befehl ertheilt, sich am 14. ruhig zu verhalten. Als jedoch von 11 Uhr Morgens ab die Vorposten immer bestimmter meldeten, daß die Franzosen über den Fluß zurückgingen, entschloß sich von der Goltz sie mit der Vorhut des westfälischen Corps daran zu verhindern und griff Nachmittags gegen 4 Uhr an. Unmittelbar bei Metz mündet, von Osten kommend, ein Bach in die Mosel, der von zwei Quellbächen, einem von St. Barbe in südwestlicher und einem von Colombey in nordwestlicher Richtung fließenden, gebildet wird. Alle drei Wasserläufe durchschneiden in tiefen Schluchten eine Hochfläche, die nach dem zwischen Colombey und Metz liegenden Dorfe Borny genannt wird. Goltz rückte nun auf Colombey los und entriß das Dorf und den jenseitigen Uferrand den Franzosen; aber seine Lage wurde sehr bedrohlich, als die Feinde darauf den Abmarsch einstellten und sich mit großer Uebermacht gegen ihn wandten. Selbst als zur Rechten Manteuffel gegen Noisseville und Nouilly am Bach von St. Barbe vorrückte, und links nach und nach das ganze westfälische Corps ins Gefecht eintrat, blieb der Kampf noch ein ungleicher, und nur sehr allmälig gelang es gegen Borny hin Boden zu gewinnen; erst als von Süden, durch den Kanonendonner gelockt, die schleswig-holsteinsche Division Wrangel von der Zweiten Armee anrückte, wichen die Franzosen bei einbrechender Dunkelheit unter den Schutz der Forts Queuleu und St. Julien zurück. Eben so heiß wie hier war inzwischen von den Spitzen des preußischen Corps bei Nouilly gekämpft und etwa gleichzeitig auch hier der Feind zum Rückzug gezwungen. Die Deutschen behaupteten das Schlachtfeld und die Westfalen bivouakirten auch auf demselben, während die Ostpreußen, bei denen Steinmetz persönlich gegen 8 Uhr eingetroffen war, nur Vorposten zurückließen und dann in ihre früheren Stellungen zurückkehrten. Der blutige Nachmittag hatte den Deutschen gegen 5000, den Franzosen 3600 Todte und Verwundete gekostet,

unter den letzteren Decaen, der einige Tage später starb und durch Leboeuf ersetzt wurde; Bazaine hatte eine Quetschung erhalten. Da eine Verfolgung des Sieges für die Deutschen wegen der Nähe der Forts unmöglich war, und Borny von dem Feinde erst während der Nacht aus freien Stücken geräumt wurde, so glaubten die Franzosen sich den Sieg zuschreiben zu dürfen und Napoleon selbst beglückwünschte Bazaine dazu, daß er den Zauber gebrochen habe. Im preußischen Hauptquartier sah man die Sache natürlich anders an: der Erfolg, den man errungen, lag nicht in dem eroberten Terrain, sondern in der gewonnenen Zeit: der Abmarsch des französischen Heeres war um kostbare Stunden verzögert, und es galt nun jenseits der Mosel die Früchte des 14. August zu ernten.

Vionville-Mars la Tour.

Daß man den Feind noch in der Nähe von Metz erreichen werde, ließ sich freilich nicht annehmen; Moltke rechnete aber darauf, ihn durch den schleunigen Vormarsch der Zweiten Armee beim Uebergang über die Maas zu ereilen. Die Hauptmasse derselben schlug also diesen Weg ein, nur die Brandenburger und Hannoveraner mit zwei Cavalleriedivisionen wurden angewiesen, nordwärts gegen die Straße Metz-Verdun vorzubrechen. Auf dieser liegen westlich von Metz in etwa gleichen Abständen von einander die Dörfer Gravelotte, Rezonville, Vionville und Mars la Tour. Wider die Annahme der deutschen Heeresleitung waren die französischen Truppen selbst mit ihren Spitzen am Morgen des 16. noch nicht über das letztgenannte Dorf hinausgekommen; der größte Theil war sogar noch zwischen Gravelotte und Metz; von Gravelotte an nach Rezonville und Vionville standen die Corps Frossard und Canrobert, ihnen zunächst Bourbaki mit der Garde; der linke Flügel, Leboeuf und Ladmirault, sollte gar bis Nachmittag noch in den Lagern bei Metz bleiben. Ein kleiner Truppentheil brach in aller Frühe auf einer nordwestlich nach Verdun führenden Straße, die sich bei Gravelotte von der Hauptroute abzweigt, auf, um den Kaiser Napoleon fortzugeleiten, der die Nacht zum 16. in Gravelotte zugebracht hatte. Bazaines Hauptsorge war, daß die Preußen sich zwischen ihn und Metz schieben möchten. Als daher am Morgen des 16. die beiden Cavalleriedivisionen, die eine von Süden her über Gorze gegen Rezonville, die andre von Südwesten über Tronville auf Vionville, recognoscirend vorgingen und die französische Reiterei, auf die sie trafen, zurückwarfen, als gegen 10 Uhr die beiden Divisionen des brandenburgischen Corps ihnen folgten und den Kampf aufnahmen, da verwandte er gegen sie nur das Corps Frossard und einen Theil von Canroberts Truppen; den Rest derselben und die Garde behielt er um Rezonville und Gravelotte, um einen etwaigen Angriff aus den Wäldern südlich dieser beiden Dörfer abzuwehren. Dadurch wurde den Brandenburgern ihre Aufgabe etwas erleichtert, wenngleich sie auch so gegen schwere Uebermacht zu kämpfen hatten. Gegen halb zwölf gelang es ihnen Vionville, das sie von drei Seiten umfaßten, zu nehmen, und etwas später unter schrecklichen Verlusten das südöstlich davon (nicht an der Straße) gelegene Flavigny zu stürmen. Dadurch hatte die nunmehr

nach Osten gewendete deutsche Front feste Stützpuncte gewonnen und sich zugleich erheblich verkürzt; allein immer noch entbehrte sie der erforderlichen Tiefe und schwebte in größter Gefahr von dem stärkeren Feinde durchbrochen oder überflügelt zu werden. Alvensleben, der Führer der Brandenburger, und später Friedrich Carl, der auf die Meldung von dem entbrannten Kampf in weniger als einer Stunde einen Ritt von über drei Meilen machte und um halb vier im Walde südöstlich von Flavigny eintraf, suchten dieser Gefahr durch stets erneuerte blutige Angriffe, vornehmlich der Reiterei, vorzubeugen. Besonders glänzend war der Todesritt der halberstädter Cürassiere und der altmärkischen Uhlanen, die gegen 3 Uhr von Vionville vorbrachen, geführt von G. M. Bredow, eine feindliche Batterie nahmen, die dahinter stehende Infanterie niederritten und dann von französischer Cavallerie angegriffen durch die feindlichen Massen zurückschwankten und mit furchtbaren Verlusten bei Flavigny wieder ankamen. Andrerseits unternahmen auch die Franzosen gewaltige Vorstöße; es war ein furchtbares Ringen auf engem Raum, und mit jedem Augenblick wurde die Lage der Deutschen bedenklicher, da auf dem rechten Flügel des Feindes allmälig auch Leboeuf und Ladmirault heranrückten. Glücklicher Weise kamen aber fast gleichzeitig auch die Hannoveraner unter Voigts-Rhetz heran und marschirten zwischen Vionville und Mars la Tour nördlich über die Straße nach Verdun hinweg gegen Leboeuf. Einen Augenblick stand hier Alles auf dem Spiele; denn gleichzeitig traf die Division Cissey vom Corps Ladmirault ein, und nur ein ungestümer Angriff der deutschen Cavallerie machte den Hannoveranern wieder Luft. Für die tapferen Brandenburger war die Lage durch die Ankunft des neuen Corps wesentlich besser geworden; auch trafen ein paar rheinische und rheinhessische Regimenter und Batterien ein und gaben die Kraft zu Vorstößen gegen Rezonville und Gravelotte, wodurch Bazaine in seiner Besorgniß für seinen äußersten linken Flügel wieder bestärkt wurde und seine Reserven dort zurückhielt, statt sie gegen den Feind zu führen. So brach allmälig die Dämmerung herein, von den Deutschen freudig als hülfreiche Freundin begrüßt; denn ihre Kräfte waren erschöpft und neue Verstärkungen so bald nicht zu erwarten. Noch einmal unternahm Friedrich Carl um 7 Uhr mit einer brandenburgischen und einer hannoverschen Division von Vionville einen Angriff auf Rezonville; er hatte keinen Erfolg, aber der letzte Schwertstreich war von deutscher Seite gefallen und damit der Beweis geliefert, daß die deutsche Armee nicht geschlagen war. Dann senkte sich die Nacht auf das Schlachtfeld und die Truppen bivuakirten erschöpft von den fast übermenschlichen Anstrengungen auf dem blutgetränkten eroberten Boden.

Gravelotte-St. Privat.

Die Verluste waren auf beiden Seiten etwa gleich, je 16,000 Mann; auch hatte die Wage des Sieges bis zum Abend unentschieden hin- und hergeschwankt. Es gelang den Deutschen nicht, den doppelt überlegenen Feind aus seinen Hauptstellungen zu vertreiben, und eben so wenig gelang es den Franzosen Vionville zu nehmen und sich die Straße über Mars la Tour zu öffnen. Damit hatte die

Schlacht aber für sie den einzigen Zweck verfehlt, den sie haben konnte, und so räumten sie über Nacht ihre Stellungen und bereiteten sich zum Abzug auf der nördlichen Straße, die bei Gravelotte abzweigt. Deutscher Seits war man in erster Linie auf einen neuen Angriff für den 17. gefaßt, und in Erwartung desselben eilte der König früh Morgens auf das Schlachtfeld; allein die Franzosen verhielten sich still, und so glaubte man den linken Flügel des Feindes nach Nordwesten abmarschirt, während man in der Zurückziehung des rechten auf Gravelotte ein Anzeichen sehen konnte, daß auch er auf der nördlichen Straße abrücken solle. Mit den ermatteten Brandenburgern und Hannoveranern konnte man ihm nicht folgen, es galt also zunächst frische Corps heranzuziehen und diese in die vordere Reihe zu schieben. Das geschah im Laufe des 17., und früh am nächsten Tage marschirten die Sachsen unter ihrem Kronprinzen Albert von Mars la Tour grade nordwärts auf Jarny, die Garde unter dem Prinzen August von Würtemberg auf das östlich davon gelegene Doncourt, Manstein endlich mit seinen Rheinhessen und Holsteinern rechts davon auf Caulve Ferme. Als zweites Treffen folgten die Brandenburger und Hannoveraner mit den beiden Cavalleriedivisionen, die mit ihnen den Ruhm von Vionville und Mars la Tour getheilt. Zur Rechten schlossen sich die Rheinländer und Westfalen von der Ersten Armee an, so daß sieben Armeecorps den Vormarsch begannen. Immer noch glaubte man den Feind in seiner Hauptmasse links vorwärts auf der Straße nach Verdun, doch behielt man auch die andre Möglichkeit im Auge und erkannte bald, daß sie den Thatsachen entspreche. Das französische Heer hatte sich nämlich auf einem Höhenrücken aufgestellt, der von St. Privat (grade nördlich von Gravelotte) südöstlich nach der Mosel zuläuft und in der Front durch die Schlucht des Mance-Baches, der ein wenig östlich von Gravelotte die Straße kreuzt, eine gute Deckung hatte. Zwischen der Mosel und der Straße, an der oberhalb der Schlucht das gut befestigte Gehöft St. Hubert und etwas weiter rückwärts ein zweites, Point du jour, lag, stand das Corps Frossard; daran schloß sich Leboeuf auf die gleichfalls befestigten Höfe Moskau, Leipzig, La Folie gestützt; dann folgte um das Dorf Amanvillers herum Ladmirault, endlich bei St. Privat, das wegen seiner hohen Lage (über 1000′) den Beinamen la Montagne führt, und noch nördlich darüber hinaus bis Roncourt Canrobert; die Garde war hinter Leboeuf bei dem Fort Plappeville als Reserve aufgestellt, übrigens durch eine zweite Schlucht, die des Chatel-Baches, die hinter dem ganzen Rücken des französischen Heeres parallel mit der des Mance-Baches sich hinzog, von den übrigen Corps getrennt.

Sobald man deutscher Seits diese Aufstellung wenigstens bis Amanvillers kennen gelernt hatte, erfolgte eine große Schwenkung, bei der das westfälische Corps südlich von Gravelotte stehen blieb, das rheinische nördlich von diesem Dorfe auf die Höfe Mogador und Malmaison (an der Straße nach Doncourt-Jarny) einschwenkte, während Manstein nach Verneville in der Höhe von Leipzig und La Folie, die Garde nach Habonville und St. Ail (Amanvillers gegenüber), die

Sachsen endlich nach St. Marie aux chênes (westlich von St. Privat) gerichtet wurden. Brandenburger und Hannoveraner blieben in der Reserve; auf dem rechten Flügel wurden die Pommern unter Fransecky von Gorze her als Rückhalt für Zastrow und Goeben erwartet. Da die Garde und vor Allem die Sachsen erst einen weiten Marsch zu machen hatten, so mußte dem deutschen Hauptquartier daran liegen, den Beginn des Kampfes zu verzögern; als aber Manstein gegen 12 Uhr das Corps Ladmirault in tiefster Ruhe bei Amanvillers lagern sah, glaubte er es, obgleich er nur erst seine holsteinische Division zur Stelle hatte, durch einen heftigen Artillerieangriff überraschen zu sollen und eröffnete so die Schlacht. Die Lage, in welche er dadurch kam, wurde bald sehr bedrängt, zumal auf seinem rechten Flügel auch das Corps Leboeuf, auf seinem linken das Corps Canrobert sich am Kampfe betheiligte; trotz aller Tapferkeit konnte es nicht verhindert werden, daß der Feind sich zweier Geschütze bemächtigte, die erst durch die Capitulation von Metz wieder in den Besitz der Deutschen kamen, und daß andre Batterien schwer beschädigt abfahren mußten. Etwas erleichtert wurde diese Lage, als um 1 Uhr Prinz Ludwig von Darmstadt mit seiner Division links bei Habonville einrückte; aber stundenlang war die Gefahr noch groß und erst das Herbeieilen der brandenburgischen Artillerie, das die Zahl der deutschen Geschütze an dieser Stelle auf 106 brachte, zwang gegen 5 Uhr die feindlichen Batterien ihr Feuer einzustellen. Ganz entsprechend stand es auf dem linken deutschen Flügel. Die preußische Garde, Division Pape, die links an Mansteins Corps schloß, war seit 1 Uhr von Habonville nördlich gegen St. Ail vorgegangen, hatte dieses Dorf und zwei Stunden später auch das noch weiter nördlich gelegene St. Marie aux chênes genommen und einen lebhaften Geschützkampf gegen St. Privat begonnen. Eine sächsische Division, die auch bei dem Sturm auf St. Marie erfolgreich mitgewirkt hatte, drang gegen den äußersten rechten Flügel des Feindes bei Roncourt vor und stand hier in hartem Kampfe. Die gewaltige Entwicklung der deutschen Artillerie — 180 Geschütze von Habonville an nordwärts — brachte auch hier die feindlichen Batterien gegen 5 Uhr zum Schweigen, und so herrschte um diese Stunde im Centrum und in der linken Flanke verhältnißmäßig Ruhe, die Ruhe vor dem Sturm.

Auf dem rechten Flügel der deutschen Armee hatte Steinmetz, sobald er den Kanonenschall von Mansteins Corps vernahm, zwischen 12 und 1 Uhr auch die Artillerie von Zastrows und Goebens Corps ins Gefecht eintreten lassen, so daß bald 132 Geschütze gegen die französischen Batterien bei Point du jour und Moskau losdonnerten. Auch waren rheinische Regimenter rechts und links [illegible] Straße von Gravelotte nach Point du jour in die Schlucht [illegible] Mance-Baches hinabgestiegen, hatten unter furchtbaren Verlusten [illegible] jenseitigen Abhang erklommen und erstürmten um 3 Uhr St. Hub[illegible] Aber von dort aus gegen Point du jour oder Moskau vorzudrin[illegible] erwies sich als ganz unmöglich; Cavallerie und Artillerie, die [illegible] vorzog, vermochten sich nicht zu halten, und nur mit äußerster [illegible]

strengung wurde die gewonnene Stellung behauptet. Ganz rechts, hart an der Mosel, drang eine westfälische Brigade gegen den äußersten linken Flügel des Feindes vor und bedrohte ihn von Jussy aus; doch war ihre Aufgabe nicht, weiter anzugreifen, sondern nur den Gegner auch hier in Besorgniß zu setzen. Das Gefecht stand seit 5 Uhr und konnte nur durch das Eintreffen neuer Infanteriemassen wieder in Gang gebracht werden. Der König, der aus der Gegend von Malmaison die Schlacht leitete, stellte deshalb nunmehr das pommersche Corps (Fransecky) Steinmetz zur Verfügung. Aber ehe dieses herankam, unternahmen auch die Franzosen einen heftigen Vorstoß, und alle Kräfte mußten neu eingesetzt werden diesen abzuwehren. Darüber vergingen die letzten Abendstunden, und als gegen 9 Uhr die Feinde auf Moskau und Point du jour zurückgeworfen waren, verbot die Dunkelheit jeden ferneren Kampf. Bereit, am andern Morgen das begonnene Werk fortzuführen, standen die Pommern in vorderster Linie, während Rheinländer und Westfalen in die Reserve traten.

Allein es sollte zu keiner neuen Schlacht mehr kommen, denn auf dem linken Flügel war um dieselbe Zeit die Entscheidung schon gefallen. Während in der Mitte Manstein, durch eine Gardebrigade verstärkt, in fortgesetztem heißen Kampfe mit dem Gegner um Amanvillers und die südlich davon gelegenen Höfe rang, suchte ihm Prinz August von Würtemberg, noch ehe die Sachsen von Norden her mit eingreifen konnten, gegen 1/2 6 durch einen Sturm auf St. Privat Luft zu machen. Auf dem flachen Abhang stürmten die tapferen Garderegimenter von St. Marie und von Südwesten auf die Höfe los, doch war es unmöglich in dem furchtbaren Feuer an das befestigte Dorf heranzukommen. Der Angriff kam mittwegs zum Stehen: hier aber hielten sich die gelichteten Bataillone und warteten die Zeit zum neuen Draufgehn ab. Canrobert sah sich dadurch veranlaßt, seinen rechten Flügel von Roncourt her einzuziehen, so daß die Sachsen keinen erheblichen Widerstand fanden, als sie sich dem letzteren Dorfe näherten. Sofort gingen sie gegen St. Privat weiter und es erfolgte der letzte Sturm um sieben Uhr. Wiederum floß das Blut in Strömen, aber unterstützt durch das furchtbare Feuer von 24 Batterien, gelang es bis an die Häuser des brennenden Ortes vorzudringen und denselben im wirren Einzelgefecht zu erobern. Damit war die Schlacht entschieden. Der größere Theil von Canroberts Corps eilte in Auflösung dem Moselthale zu; einzelne Truppen, dazu die erst jetzt von Plappeville herangezogene Garde und das Corps Ladmirault bei Amanvillers hielten jedoch wacker Stand, bis die hereinbrechende Dunkelheit ihnen gestattete, sich unbehelligt zurückzuziehn.

Die drei Schlachten um Metz.

Der Verlust der Deutschen war ungeheuer: über 20,000 Mann, darunter von der Garde 8200 mit Einschluß von über 300 Offizieren. Die Franzosen hatten nach ihren Angaben viel weniger gelitten und angeblich nur 13,000 Mann verloren. Betrachtete man die drei Schlachten von Colombey-Nouilly, von Vionville-Mars la Tour, von Gravelotte-St. Privat als ein zusammenhängendes Ganze, wie

sie das wirklich waren, so mochte man wohl im Hinblick auf die 40,000 Deutschen, die sie mit Tod und Wunden erkauft, ausrufen: Ein Schlachten wars, nicht eine Schlacht zu nennen. Unter den Thränen, die diese Siege kosteten, erstickte auch in der Heimat der laute Jubel, der die ersten Kämpfe begrüßt, und der furchtbare Ernst des Krieges klopfte vernehmlich an alle Herzen. Er steigerte die ohnedies schon große Bereitwilligkeit der daheim Gebliebenen, den Opfern des Krieges ihre Leiden nach Kräften zu erleichtern, aber er verminderte in keiner Weise die patriotische Entschlossenheit. Vielmehr wuchs die Bewunderung für die deutsche Heeresleitung und für die unübertreffliche Bravur der deutschen Truppen durch diese Tage noch mehr. War doch ganz Ungeheures erreicht worden, und erreicht worden unter den schwierigsten Umständen. Bazaines Heer, an die 180,000 Mann wie sich später ergab, saß eingezwängt zwischen den Forts von Metz, und wenn die deutschen Corps jetzt um die Festung herum sich eingruben, dann bürgte ihre Tapferkeit dafür, daß der Feind nicht eher aus diesem eisernen Ringe entlassen wurde, als bis der Hunger ihn zur Uebergabe trieb. Wie lange das dauern werde, davon hatte man keine Ahnung; denn jede Angabe über die Verproviantirung der Festung fehlte. Auf verzweifelte Durchbruchversuche war man natürlich gefaßt, und sofort ging es deshalb an die Arbeit, um durch Verschanzungen, Schützengräben, Verhaue jeden Ausgang zu versperren. Der Feind störte diese Vorkehrungen nur wenig und ließ den letzten Tag des Monats herankommen, ehe er zum ersten Male den Versuch machte, sich nach Norden und Nordosten Bahn zu brechen.

Der Zusammenbruch des Kaiserthums.

Mit der Aufgabe Metz zu bewachen und zu bezwingen wurden vom Könige die Erste und Zweite Armee betraut, die später, am 15. September, unter Friedrich Carls Oberbefehl vereinigt wurden; dagegen schieden die Garde, die Thüringer und Sachsen aus dem Verbande der Zweiten Armee und wurden als Vierte oder Maas-Armee unter den Oberbefehl des Kronprinzen Albert von Sachsen gestellt, der sein Corpscommando seinem Bruder Georg übertrug. Steinmetz verließ den Kriegsschauplatz und ging nach Posen als Guvernör. Die drei selbständigen deutschen Armeen, die nunmehr im Felde standen, zählten also: die Zweite, Friedrich Carl, sieben Corps und die inzwischen eingetroffene Reservedivision Kummer, die Dritte, der Kronprinz, fünf Corps und die würtembergische Division, die Vierte, Kronprinz von Sachsen, drei Corps. Den beiden letzten lag es ob, Mac Mahon zu suchen, von Metz fern zu halten und zu schlagen.

Von dem wirklichen Stande der Dinge um Metz hatte man weder in Paris noch im französischen Hauptquartier genügende Kenntniß. Man schwankte deshalb rathlos hin und her, ob man Mac Mahons Armee, die sich in Chalons sammelte, zum Entsatz Bazaines

vorschicken oder zum Schutze von Paris zurückziehen solle. Ein Kriegsrath am 17. hatte das letztere beschlossen: Trochu war zum Gubernör von Paris ernannt und eilte dorthin mit der Meldung, der Kaiser und die Armee werde ihm folgen. Dagegen erhob jedoch Palikao sofort telegraphisch Einspruch und die Kaiserin unterstützte ihn, da sie Napoleons Rückkehr, die sie für sehr gefährlich hielt, so am besten zu verhindern glaubte. Mac Mahon fügte sich nun und war bereit, Bazaine entgegenzuziehen, zumal die Meldungen über die Schlacht von Vionville das baldige Vorrücken der Rheinarmee in Aussicht stellten; dann aber blieb mehrere Tage jede Nachricht aus und erst am 22. traf in Reims, wohin der Marschall, um sich beide Wege noch frei zu erhalten, sein Hauptquartier verlegt hatte, die Meldung Bazaines ein, daß er sich auf Montmédy (unweit der Maas und der belgischen Grenze) zurückziehen und nöthigenfalls zwischen der Maas und der Grenze bis auf Sedan, ja bis Mezières marschiren werde, wenn die südwärts führenden Straßen von den Preußen zu stark besetzt seien. Mac Mahon antwortete ihm darauf, daß er ihm nach Montmédy entgegenrücken werde, und begann diesen Marsch am 23. Damit gab er dem Kronprinzen von Preußen, der an diesem Tage sein Hauptquartier schon halbwegs zwischen Maas und Marne in Ligny hatte, den Weg nach Paris frei, und kaum waren am 24. Mittags die letzten zwei Regimenter aus Chalons aufgebrochen, so sprengten schon die ersten preußischen Uhlanen zur Stadt hinein. Der Kronprinz von Sachsen mit der Vierten Armee erreichte am 24. August bei Verdun und südlich davon die Maas. Ein Angriff auf die Festung mißglückte, grade wie die Zweite Armee vergeblich auf ihrem Wege von Nancy her Toul zu überrumpeln gesucht, oder die Erste Armee schon am 15. August einen erfolglosen Handstreich gegen Thionville gemacht hatte; man mußte sich damit begnügen, alle die festen Puncte zu umschließen und zu beobachten, denn zu einem ernsthaften Angriff bedurfte man des Belagerungsgeschützes, das erst aus Deutschland herbeigeschafft werden mußte. Die Hauptmassen der Heere ließen sich dadurch nicht aufhalten. Die Preußen marschiren mit einer unerschütterlichen Sicherheit, schrieb ein belgischer Berichterstatter in diesen Tagen; sie gleichen einem Meere, dessen Flut Nichts hemmen kann: sie steigt und steigt, was man ihr auch entgegenstellt! Marschziel beider deutscher Heere war Chalons, wo sie zusammentreffen sollten, möglicherweise um sich mit Mac Mahon zu messen. Der unerwartete Linksabmarsch des Feindes änderte aber diesen Plan sofort. Schon am 25. erhielt man im deutschen Hauptquartier Kunde von der neuen Sachlage; denn die französische Reiterei, deren Aufgabe es hätte sein müssen, den Zug nach der Maas zu verschleiern, erwies sich auch hier als unthätig und ungeschickt, während die deutschen Reiter, meilenweit ihren Truppentheilen vorausssprengend, bald die veränderte Marschrichtung des Feindes ausgekundschaftet hatten. Wenn irgend wann, so hing aber hier von ein paar Tagen Alles ab. Leicht konnte die Entfernung zwischen Mac Mahon und den westwärts marschirenden deutschen Heeren so groß werden, daß

Der Kronprinz.

jener unbehelligt von diesen sich von Norden auf den Prinzen Friedrich Carl werfen konnte, während Bazaine gleichzeitig aus Metz vorbrach. Die schleunige Rechtsschwenkung der Dritten und Vierten Armee beseitigte diese Gefahr. Sie wurde in der Nacht vom 25. zum 26. angeordnet, und der König folgte ihr sofort, indem er am 26. das große Hauptquartier von Bar le Duc nordwärts nach Clermont in den Argonnen verlegte. Eben hier war am Tage zuvor der Kronprinz von Sachsen mit dem sächsischen Corps angelangt, das nunmehr nordwärts geschoben die Führung übernahm und mittelst seiner vorausgesandten Reiterei am 27. bei Buzancy zuerst wieder auf den Feind stieß. In einem glänzenden Gefecht wurden die feindlichen Schwadronen geworfen. Diese Begegnung belehrte nun aber auch Mac Mahon über seine Lage, und da er den ganzen Flankenmarsch nie recht gebilligt hatte, so entschloß er sich schnell, ihn noch jetzt aufzugeben und sich nach Mezières zurückzuziehen. Auch Napoleon billigte diesen Entschluß; doch als von Paris, wohin man ihn sofort telegraphisch meldete, in der Nacht strenger Gegenbefehl eintraf, wagten weder der Kaiser noch der Marschall die Verantwortung auf sich zu nehmen, anders zu handeln; allzudeutlich hatten Palikao und die Kaiserin zu wiederholten Malen erklärt: Bazaine im Stiche lassen, heiße Paris zur Revolution treiben. Ueber die wahre Stimmung der Hauptstadt gestattete auch diese Depesche keine Täuschung, denn sie schloß mit den Worten: Was sich auch ereignen möge, führen Sie den Kaiser nicht nach Paris zurück; es bedeutet die Revolution.

Rechtsschwenkung der Dritten und Vierten Armee.

So marschirte denn Mac Mahon auch am 29. weiter: sein linker Flügel auf den Maasübergang von Mouzon, südöstlich von Sedan, der rechte noch etwas weiter südwärts auf Stenay. Jenen bildeten Ducrot und Lebrun, diesen Douay und Failly; an des letztgenannten Generals Stelle wurde Wimpffen aus Afrika erwartet; auch stand als Verstärkung ein neugebildetes Corps Vinoy in Aussicht, das sich über Mezières in Bewegung setzte. Doch die Entscheidung war näher, als daß diese Hülfe noch hätte zur Geltung kommen können. Bereits am 29. erfuhren die Franzosen, daß der Maasübergang bei Stenay ihnen nicht mehr zugänglich sei, daß sie nur weiter nordwärts den Fluß überschreiten könnten. Bei Nouart, westlich von jener Stadt, stießen nämlich Truppen von Faillys Corps auf den Vortrab der Sachsen und wurden von der Straße nach Stenay nordwärts auf Beaumont geworfen, das zwischen Stenay und Mouzon unweit der Maas liegt. Hier hielten sie sich merkwürdiger Weise für so sicher, daß sie am nächsten Tage die gewöhnlichsten Vorsichtsmaßregeln versäumten und sich in ihrem Lager erst durch die Schüsse der unvermerkt am Waldesrande aufgefahrenen thüringischen Batterien [illegible]schrecken ließen. Hinter Beaumont hielten sie jedoch Stand, un[illegible] es begann ein heftiges Gefecht, das auf dem linken deutschen Fl[illegible] durch von der Tanns Baiern, in der Mitte von den Thürin[illegible] (Alvensleben), rechts von den Sachsen (Prinz Georg) geführt w[illegible] und die Franzosen immer weiter auf Mouzon zurückdrängte. [illegible] Lebrun und Ducrot den Fluß an dieser Stelle bereits am Ab[illegible]

Nouart und Beaumont.

vorher und am Morgen des 30. überschritten hatten, standen nur Failly und Douay im Gefecht; von Stunde zu Stunde weiter nach Norden gedrängt, geriethen die Feinde mehr und mehr in Unordnung und vermochten nur theilweise bei Mouzon und weiter abwärts bei Remilly und Bazeilles das andere Ufer zu gewinnen; beträchtliche Massen blieben diesseits und zogen sich in der Richtung auf Sedan zurück, nachdem sie mehr als 40 Geschütze und 5000 Mann verloren hatten. Mouzon ward noch am Abend von den Deutschen besetzt und die Sachsen sammt der Garde angewiesen, andern Tags auf das rechte Ufer überzutreten, während die Thüringer bei Mouzon stehen blieben. Die Baiern wurden nach Remilly geschickt, die Hessen und Posener gegen Sedan, die würtembergische Division noch etwas weiter westlich als äußerster linker Flügel gegen Donchéry; die Schlesier waren noch erheblich weit zurück.

Rückmarsch Mac Mahons.

Eine Möglichkeit, mit seiner ganzen Armee zwischen den Deutschen und der belgischen Grenze hindurch nach Metz zu gelangen, gab es unter diesen Umständen für Mac Mahon nicht mehr; rückte er mit seinen vordersten Corps, Lebrun und Ducrot, weiter, so schob sich die deutsche Armee zwischen diese und den Rest seines Heeres und rieb sie beide einzeln auf. Um alle seine Truppen wieder zu vereinigen, war es nöthig zurückzugehn und den Marsch auf Metz aufzugeben. Noch am Abend erhielt Ducrot, bei dessen Corps sich der Kaiser befand, die entsprechenden Befehle und zog sich von Carignan, das östlich von Mouzon am Chiers, einem Zuflusse der Maas, liegt, gegen Sedan zurück. Die Meldung von dieser Bewegung rief bei den Ministern in Paris die größte Aufregung hervor; sie ahnten, auch ohne von der Schlacht von Beaumont Kenntniß zu haben, daß ein Unglück geschehen sein müsse, und wagten es deshalb nicht, den Befehl zum Vormarsch zu erneuern. Uebrigens würde kein Befehl die Entschlüsse Mac Mahons mehr haben beeinflussen können; er war gar nicht mehr Herr seines Willens und konnte unter der Umstrickung der deutschen Corps nichts Anderes mehr thun, als innerhalb des engbegrenzten Raumes, der ihm blieb, eine möglichst vortheilhafte Verteidigungsstellung aufsuchen.

Sedan.

Er erwählte dazu den inselartigen Raum, der bei Sedan von der nordwestlich fließenden Maas, dem oberhalb der Festung von Norden her in sie mündenden Givonne-Bach und dem unterhalb von Osten her kommenden Bache von Illy umschlossen wird. Hinter diesem letzteren stellte er bei den Dörfern Floing (unweit der Maas) und Illy (nordöstlich von Floing), mit der Front nach Norden, das Corps Douay auf; daran schloß sich im rechten Winkel nach Süden zu, also mit der Front nach Osten, hinter dem Givonne-Bach bei den Dörfern Givonne und Daigny das Corps Ducrot, und als dessen Verlängerung in derselben Richtung bei den Dörfern Moncelle und Bazeilles das Corps Lebrun. In Sedan selbst und im Inneren des eingeschlossenen Raumes stand Wimpffen (Failly), theils um die Maaslinie zu verteidigen, theils um als Reserve zu dienen. Der deutsche Angriffsplan ging dahin, oberhalb und unterhalb dieser französischen Stellungen die Maas zu überschreiten und die beiden Heereshälften in dem

Scheitelpunct des französischen rechten Winkels zusammentreffen zu lassen, so daß sie einen Halbkreis bildeten, der rechts und links an die Maas gelehnt den Rückzug nach der belgischen Grenze verwehrte. Um diesen Plan durchzuführen, mußte der linke Flügel des deutschen Heeres erst einen weiten Marsch machen. Die Maas verläßt nämlich gleich unterhalb der Jlly-Mündung ihren nordwestlichen Lauf und wendet sich in scharfer Biegung nach Süden, bis sie bei Donchéry, grade westlich von Sedan, eine ebenso scharfe Wendung nach Westen macht. Hier nun überschritt das hessische und nach ihm das posensche Corps den Fluß, während die Würtemberger und eine zahlreiche Cavallerie daselbst zurückblieben, und eine gewaltige Artillerie auf dem Höhenrande auffuhr, der sich von Donchéry südöstlich nach Remilly hinzieht. Auf einem besonders günstig gelegenen Puncte bei Frénois unweit Donchéry nahm der König, umgeben von Moltke, Bismarck, Roon, seine Aufstellung; nicht weit davon hielt der Kronprinz mit seinem Generalstabe.

Während der linke Flügel seinen Marsch von mehreren Meilen antrat, eröffneten die Baiern (von der Tann) in der frühesten Frühe des nebligen Morgens, unterstützt durch eine furchtbare Kanonade der Batterien diesseits der Maas, die Schlacht mit einem Angriff auf Bazeilles. Die Marinetruppen vom Corps Lebrun, welche den Ort vertheidigten, leisteten heldenmüthigen Widerstand, auch die Bevölkerung betheiligte sich daran, ihren Pfarrer an der Spitze. Das Dorf wurde genommen und wiedergenommen und ging dabei vollständig in Flammen auf. Entschieden war der Kampf um dasselbe erst nach sechs Stunden zwischen 10 und 11 Uhr, und die dritte bairische Division (vom Corps Hartmann) ging nun nordwestlich gegen Sedan auf das Dorf Balan vor, das sie nahm und gegen heftige Ausfälle aus der Festung behauptete. Schon bald nach halb sieben waren aber rechts von den Baiern die Sachsen in den Kampf eingetreten, hatten gegenüber den vorgeschobenen Truppen Ducrots Boden bis gegen die Givonne hin gewonnen und nach der Abwehr eines heftigen Vorstoßes der Franzosen etwa zu derselben Zeit, wo der Kampf um Bazeilles erstarb, Moncelle genommen. Bei dem Angriff, den sie darauf gegen das nördlich davon gelegene Daigny richteten, löste sie die Garde ab, deren Spitzen seit 9 Uhr das Schlachtfeld erreicht hatten, und die nun sich weiter rechts thalaufwärts schob, während die Sachsen Daigny um Mittag eroberten. Mittlerweile waren auf dem westlichsten Ende des Schlachtfeldes seit neun Uhr die Hessen und etwas später links von ihnen die Posener eingetroffen und hatten zunächst einen heftigen Artillerieangriff gegen die französische Stellung zwischen Floing und Jlly eröffnet. Erst um 1 Uhr ging die Infanterie gegen das erste Dorf vor, wies die verzweifelten Cavallerieangriffe der Franzosen mit vernichtender Wirkung zurück und bemächtigte sich gegen 3 Uhr des Ortes, worauf der Feind auch das benachbarte Jlly nicht mehr zu behaupten vermochte, sondern durch den rückwärts gelegenen Wald von Garenne auf Sedan zurückging. Hatte sich so der westliche Flügel der Deutschen dem östlichen erheblich genähert, so war

dieser, speciell die Garde, gleichfalls seit Mittag von Daigny und Givonne aus gegen Illy vorgedrungen und reichte um 3 Uhr den Posenern die Hand; in die Lücke aber, die zwischen der Garde und den Sachsen entstand, waren die Thüringer eingerückt, so daß nunmehr der ganze Kreis geschlossen war. Wie eine lebendige Mauer umklammerten die deutschen Truppen die feindliche Heeresmacht, der sich in der Festung Sedan kein irgend brauchbarer Stützpunct bot. Ganz ungenügend verproviantirt und nach veralteter Weise befestigt, wurde sie von den deutschen Batterien vollständig beherrscht und konnte jeden Augenblick mit einem Hagel von Kugeln und Granaten überschüttet werden. Aber da man im deutschen Hauptquartier mit Sicherheit die sofortige Anknüpfung von Verhandlungen erwartete, machte man von dieser Waffe zunächst keinen Gebrauch. Während sich die französischen Regimenter fechtend und flüchtend auf Sedan zurückzogen und große Schaaren von Gefangenen in den Händen der Deutschen ließen, verstummte der Donner der Geschütze: es trat eine Pause im Kampfe ein. In Sedan herrschte unterdessen die größte Verwirrung, nicht blos bei den Truppen, die sich erschreckt durch die engen Thore in die schmalen Gassen der Stadt drängten, sondern nicht minder bei der Heeresleitung. Mac Mahon war bereits früh Morgens zwischen Bazeilles und Moncelle von einem Granatsplitter verwundet worden und hatte den Oberbefehl an Ducrot übertragen. Als aber Wimpffen davon Meldung erhielt, zeigte er eine Vollmacht Palikaos vor, die ihn auf alle Fälle zum Nachfolger des Marschalls ernannte, und nahm demgemäß Ducrot die Leitung ab. Wenig vertraut mit der Armee, bei der er kaum 24 Stunden verweilte, war er jedenfalls unter diesen Umständen schlechter als jeder Andere befähigt, ihr einen moralischen Halt zu geben. Dennoch that er während der Schlacht wie nach derselben sein Möglichstes und bot dem Kaiser noch nach 3 Uhr an, ihn inmitten aller Truppen, die man zusammenraffen könne, über Carignan nach Montmédy zu führen. In richtiger Erkenntniß der Unmöglichkeit dieses Vorhabens lehnte Napoleon das ab; er ließ sogar eine weiße Fahne aufziehen, die aber schnell wieder entfernt wurde. Wimpffen machte trotzdem mit 2—3000 Mann seinen Durchbruchsversuch gegen Balan, überzeugte sich aber schnell von der Unausführbarkeit desselben. Darüber war es gegen 5 Uhr geworden, und da man von Frénois aus noch immer keine Zeichen der Uebergabe wahrnahm, so begannen die bairischen Batterien Granaten, die sofort zündeten, in die Stadt zu werfen. Nun ließ Napoleon ohne Wimpffens Zustimmung von Neuem die weiße Fahne aufziehen und sandte einen Parlamentär ins deutsche Hauptquartier. Gleichzeitig war von König Wilhelm der Oberstleutnant von Bronsart nach Sedan geschickt, um die Capitulation zu fordern. Er wurde zum Kaiser geführt, der ihn wegen der bezüglichen Verhandlungen an Wimpffen verwies, und betreffs seiner eigenen Person den General Reille an den König sandte. Von Bronsart geleitet traf derselbe gegen 7 Uhr auf dem Hügel bei Frénois ein und übergab dem Könige einen kurzen Brief Napoleons: Da er

Napoleon.

nicht inmitten seiner Truppen habe sterben können (in der That hatte der Kaiser während mehrerer Stunden auf dem Schlachtfelde umherirrend ersichtlich den Tod gesucht), so bleibe ihm nichts übrig, als seinen Degen in die Hände Sr. Majestät zu überliefern. Nach kurzer Berathung mit dem Kronprinzen, Bismarck, Moltke und Roon schrieb der König sofort seine Antwort: Indem er die Umstände bedauerte, unter denen er den Kaiser wiedertreffe, nahm er dessen Degen an und bat ihn, einen Offizier zu bevollmächtigen, um über die Capitulation der Armee zu verhandeln, die sich so tapfer unter seinem Befehle geschlagen habe: er seinerseits habe zu diesem Zwecke den General Moltke ernannt. Mit diesem Schreiben eilte Reille zurück, während der König sich in sein Hauptquartier Vendresse begab. Napoleon beauftragte Wimpffen mit den Verhandlungen, und nach einem vergeblichen Versuche, jetzt noch seine Entlassung als Oberbefehlshaber zu erhalten, nahm der General die Sendung an. Er traf Moltke und Bismarck, der für den Fall, daß politische Fragen auftauchen sollten, zur Stelle geblieben war, in Donchéry und die Verhandlungen wurden bis 1 Uhr Nachts geführt. Die deutschen Bedingungen: Kriegsgefangenschaft der ganzen Armee, Uebergabe alles Kriegsmaterials und der Festung Sedan, Freilassung der Offiziere, welche ihr Ehrenwort geben würden, nicht ferner gegen Deutschland zu kämpfen, erschienen dem Franzosen unannehmbar; er meinte wenigstens noch den Abzug über die belgische Grenze fordern zu können, wo dann die Entwaffnung durch den kleinen neutralen Nachbarstaat erfolgt sein würde. Moltke ließ ihm keine Hoffnung, daß an den Bedingungen irgend etwas geändert werden könne, bewilligte ihm aber eine Frist bis 9 Uhr Morgens am 2. September. In die Festung zurückgekehrt, berief Wimpffen einen großen Kriegsrath, der mit 30 gegen 2 Stimmen ferneren Widerstand für unmöglich erklärte und die Unterzeichnung der Capitulation billigte. Der Kaiser selbst wartete diese Entscheidung nicht ab. Früh 5 Uhr verließ er Sedan in einem offenen Wagen, begleitet von Reille, Castelnau und vier anderen Adjutanten. Reille sprengte voran nach Donchéry, wo er den König vermuthete, und ersuchte, da er ihn nicht fand, Bismarck um eine Zusammenkunft mit dem Kaiser. Der Kanzler stieg sogleich zu Pferd und traf den besiegten Gegner etwa halb sieben auf der Landstraße vor Donchéry. Er stellte ihm sein Quartier in diesem Städtchen zur Verfügung, doch zog der Kaiser es vor, zunächst in einem Arbeiterhäuschen diesseits der Maas abzusteigen. Hier hatte Bismarck in dem engen Stübchen eine einstündige Unterredung mit ihm, aus der sich ergab, daß der Kaiser, wie man deutscherseits vorausgesetzt, sich zu Friedensverhandlungen als Gefangener nicht für befugt erachtete, sondern in dieser Beziehung auf die Regentschaft verwies. Seine dringenden Bitten, günstigere Capitulationsbedingungen zu gewähren, veranlaßten die Berufung Moltkes und dessen sofortigen Ritt nach Vendresse zum König; doch wurde dem Kaiser nicht verschwiegen, daß die Absicht dabei nicht sei, seine Wünsche zu befürworten. Bis gegen 10 Uhr verblieb Napoleon mit Bismarck theils in, theils vor dem Arbeiter-

Capitulationsverhandlungen.

häuschen, dann fuhr er nach dem nahegelegenen Schlößchen Bellevue bei Frénois hinüber, das Bismarck seinem Könige als Ort der Begegnung vorgeschlagen hatte. Eben dort war inzwischen auch Wimpffen angelangt und hatte, da Moltke noch nicht zurück war, die Verhandlungen mit dem General Podbielski begonnen. Der schwache Hoffnungsschimmer, durch des Kaisers Bitten doch noch eine Milderung der Bedingungen zu erreichen, schwand sehr schnell, da ein Offizier die Meldung brachte, der König werde Napoleon erst nach Unterzeichnung der Capitulation besuchen. Bald darauf kam auch Moltke, dem Bismarck entgegen geritten war, zurück, und um halb zwölf wurde die Capitulation von ihm und Wimpffen unterzeichnet.

Die Capitulation.

Es waren noch etwa 84,000 Mann, darunter fast 3000 Offiziere, die so in deutsche Kriegsgefangenschaft geriethen; während der Schlacht waren gegen 21,000 Mann gefangen; die Zahl der Todten und Verwundeten betrug etwa 13,000, auf deutscher Seite nicht ganz 10,000; ungefähr 3000 Franzosen waren über die belgische Grenze entkommen, einige Tausende sammelten sich außerdem in Mezières; die Gesammtstärke der Armee Mac Mahons hatte also am Tage der Schlacht noch an 140,000 Mann betragen, denen freilich fast 100,000 Deutsche mehr gegenüber standen. An Geschützen waren mit Einschluß der Festungsartillerie über 600 erbeutet. Es war ein Sieg, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gekannt hatte, und — so fügten die jubelnden deutschen Berichte hinzu — wie sie ihn vielleicht niemals wiedersehen werde. Was ihm aber ganz besonderen Glanz verlieh, obgleich es politisch von geringem Belang schien, das war die Gefangennahme des Kaisers. Der saß während der Vormittagsstunden in trüber Stimmung in dem Schlößchen Bellevue und erwartete seinen Besieger. König Wilhelm empfing die Urkunde der Capitulation bald nach 12 Uhr aus Moltkes Händen in der Nähe von Donchéry, umgeben von einer großen Anzahl deutscher Prinzen; er ließ sie durch den Adjutanten von Treskow verlesen und knüpfte daran warme Worte des Dankes für seine Armee und seine Bundesgenossen; dann begab er sich nach Bellevue, wo er gegen 2 Uhr eintraf. Napoleon eilte ihm an der Thür entgegen und Beide hatten dann eine viertelstündige Unterredung unter vier Augen, die den gedemüthigten Kaiser zu Thränen rührte; er nahm das Schloß Wilhelmshöhe bei Cassel, das ihm der König zum Aufenthalte vorschlug, an und sprach den Wunsch aus, unter starker militärischer Bedeckung durch Frankreich geleitet zu werden. Am Morgen des nächsten Tages trat er die Reise an.

König Wilhelm.

Der König aber kehrte nach einem fünfstündigen Umritt bis Givonne, dann über Bazeilles im Wagen, erst Nachts um 1 Uhr in sein Hauptquartier Vendresse zurück, mit unbeschreiblichem Jubel von all den Truppentheilen begrüßt, denen er auf seinem Wege begegnete. Schon am Abend des vorigen Tages hatte ihn das siegestrunkene Heer in tief ergreifender Weise gefeiert. Ueberall, wo er sich zeigte, stürmische Hurrahs, überall die brausenden Klänge des Preußenliedes und der Wacht am Rhein, oder das Lichtmeer einer

schnell hergestellten Beleuchtung. Dieselben Scenen wiederholten sich auch an diesem Nachmittag und Abend des 2. September. Und wie das Heer dem Könige, so huldigte der König dem Heere und seinen bewährten Rathgebern. Bei der Tafel am nächsten Tage trank er auf das Wohl der braven Armee, auf den Minister Roon, der die Waffen geschärft, auf Moltke, der sie geleitet, auf Bismarck, dessen Politik Preußen auf diesen Höhepunct gebracht habe. In würdevoller Bescheidenheit vertheilte er die Anerkennung für all das Errungene auf seine treuen Gehülfen. Der Königin aber schrieb er an diesem Tage: Wenn ich mir denke, daß nach einem großen glücklichen Kriege ich während meiner Regierung nichts Ruhmreicheres mehr erwarten konnte, und ich nun diesen weltgeschichtlichen Act erfolgt sehe, so beuge ich mich vor Gott, der allein mich, mein Heer und meine Mitverbündeten auserséhen hat, das Geschehene zu vollbringen und uns zu Werkzeugen Seines Willens bestellt hat: nur in diesem Sinne vermag ich das Werk aufzufassen, um in Demuth Gottes Führung und Seine Gnade zu preisen!

Jubel in Deutschland.

Unsäglicher Jubel aber verbreitete sich durch das ganze deutsche Land, als in den Morgenstunden des 3. September die große Siegeskunde erscholl. Gewaltig war alles das gewesen, was man in dem großen Augustmonat erlebt hatte; aber gewaltiger, zündender, berauschender als Alles war diese mährchenhafte Botschaft: Der Kaiser, der Kaiser gefangen! Mit zitternden Lippen rief der Eine es dem Andern zu, die überwallenden Gefühle ertödteten in jeder Brust jeden anderen Gedanken, ein Herzschlag des ausgelassensten patriotischen Freudentaumels durchzuckte die ganze Nation. Stunden wie die hatte das deutsche Volk noch nicht erlebt, konnte es nicht wieder erhoffen. In den flaggengeschmückten Straßen drängten sich die jubelnden Schaaren auf und nieder, aus den Schulhäusern strömten die frohlockenden Kinderschaaren, aus den Fabriken die feiernden Arbeiter, auf den Marktplätzen sammelten sich die Hunderte und Tausende, und in mächtigem Chorus erscholl das Nun danket Alle Gott und die Wacht am Rhein, löste ein donnerndes Hoch und Hurrah das andere ab, verhallten Glockenklang und Böllerschüsse in dem brausenden Jubel der Menschenstimmen. Ueber den blutgetränkten Gefilden an der Mosel und Maas sah man in stolzer Herrlichkeit die Morgenröthe des neuen deutschen Reiches emporsteigen und ungezählte Segenswünsche begrüßten den greisen Sieger als den Herzog, König, Kaiser der Deutschen. Schon vor Sedan hatte es in den Herzen der großen Mehrheit unsres Volkes festgestanden, daß die blutigen Opfer von Spichern und Wörth, von Vionville und Gravelotte nicht nutzlos gebracht sein dürften. Ein Aufruf, den hervorragende Männer in Berlin, der Oberbürgermeister Seidel, die Abgeordneten Lasker, Miquel, Löwe, Duncker, Bernuth u. A., am 30. August an das deutsche Volk erlassen, eine Adresse, die sie an den König gerichtet hatten, erneuerten das Gelöbniß keine Anstrengung zu scheuen, bis die Begründung eines freien, einigen Reiches und die Erwerbung gesicherter Grenzen gelungen sei. In der begeisterten Erregung, welche der Schlacht von

Patriotische Forderungen.

Sedan folgte, reiften diese Wünsche zu unbedingten Forderungen: die Vereinigung des Südens mit dem Norden zu staatlicher Einheit, die Abtretung von Elsaß und Lothringen mit Straßburg und Metz waren vor den Thoren von Sedan entschieden. Ja, die Hoffnungen flogen noch höher: man hielt auch den Abschluß des Friedens für nahe bevorstehend, und selbst im Hauptquartier und in der Diplomatie theilte man diesen Glauben. Das erwies sich denn freilich als ein Irrthum, der dem französischen Volke weniger Ausdauer und verzweifelte Widerstandskraft zutraute, als es aus seinem bewunderungswürdigen Patriotismus zu schöpfen vermochte. Hatte der französische Soldat trotz der schlechten Führung und der mangelhaften Vorsorge, die ihm zu Theil geworden, sich fast ausnahmslos in den bisherigen Kämpfen durch glänzende Tapferkeit hervorgethan, so sollte jetzt die Zeit kommen, wo der französische Bürger trotz der Vergeblichkeit des Ringens und der niederschmetternden Wucht des Unglücks eine Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit zeigte, die auch dem Gegner gerechte Anerkennung gebieterisch abpreßte. Freilich traten in dem Sturm der Leidenschaften auch die schlechten Seiten des Volkscharakters grell zu Tage: Verlogenheit, Prahlerei, Selbstüberschätzung, Maßlosigkeit jeder Art verdunkelten den Glanz der begeisterten Vaterlandsliebe und beraubten sie der Reinheit, die sie allein zu einem Bade der Wiedergeburt, zu einem Quell der inneren Gesundung für das französische Volk hätte machen können. Die Erkenntniß der eigenen Schuld, die dazu erforderlich gewesen wäre, wurde sogar geflissentlich zurückgedrängt und alle Verdammniß ausschließlich auf das Haupt des gefangenen Kaisers und seiner Gehülfen gehäuft. Aber das war vielleicht unerläßlich, wenn der Widerstand gegen den äußeren Feind wirklich Kraft gewinnen solle: ein büßendes, sich selbst erkennendes Volk wäre zu einem gewaltigen, Erfolg versprechenden Aufschwung nicht fähig gewesen. Erst, wenn auch dieser Aufschwung furchtbar zu Boden geschmettert war, konnte die Nation den Weg zur Einkehr in sich selbst und zur Umkehr auf der betretenen Bahn finden; auf die Bewältigung des Kaiserreichs mußte die Bewältigung der Republik folgen, um Frankreich zur Selbstbesinnung, zu dem Läuterungsproceß, dessen es bedurfte, auch nur die Möglichkeit zu gewähren. Ob es dieselbe nachher benutzen werde, war eine andere Frage, deren Beantwortung erst von einer späteren Zeit erwartet werden konnte.

Das französische Volk.

Gegen die ersten dumpfen Nachrichten über den Unglückstag von Sedan suchte man sich in Paris mit dem alten Rüstzeug zu wappnen: man verkleinerte, leugnete, verschwieg, was man vernahm, und sprach sich Muth ein durch die abenteuerlichsten Lügengerüchte; selbst einen Freischärlereinfall in Deutschland wagte man den Gläubigen vorzuspiegeln und ihnen zu erzählen, wie jeder Mann zwei Flaschen Petroleum mit sich führe und dank diesem neuen Kriegsmittel der Schwarzwald, dieser furchtbare Bundesgenosse der Deutschen, in hellen Flammen stehe. Palikao hatte den Kammern erst am 31. August versichert, daß die Preußen schon über 200,000 Mann verloren hätten; auf französischer Seite, so betheuerte er weiter am 3. September,

Die Revolution in Paris.

würden binnen fünf Tagen 500,000 Kämpfer bereit stehen. Noch einmal gelang es ihm, den Vorschlag Favres, den General Trochu an die Spitze der Verteidigung zu stellen, zurückzuweisen; aber am Abend wurde die Capitulation Mac Mahons bekannt und nun ergriff eine grenzenlose Aufregung die Pariser Bevölkerung. In großen Massen wälzte sie sich durch die Straßen, die Rufe Absetzung und Republik wurden immer ungestümer, Trochu und Gambetta wurden in lärmenden Ovationen gefeiert, hier und da kam es auch zu blutigen Zusammenstößen, bei denen einige Personen den Tod fanden. Der Präsident Schneider berief, gedrängt von einzelnen Abgeordneten, eine Nachtsitzung, die nach 1 Uhr früh am 4. September stattfand. Palikao erschien in derselben, völlig rathlos; er ließ es ohne Einspruch geschehen, daß Jules Favre die Absetzung des Kaisers, die Ernennung eines Verteidigungsausschusses durch die Kammer, die Bestätigung Trochus als Guvernör von Paris beantragte. Schweigend ward der Antrag angehört, schweigend die Sitzung aufgehoben und für 1 Uhr Mittags eine neue anberaumt. In der Zwischenzeit vereinigte sich das Ministerium mit der Kaiserin zu dem Gegenantrage, daß ein Regierungs- und Verteidigungsrath von fünf Mitgliedern unter dem Präsidium Palikaos die Leitung des Landes übernehme. Der Anblick, den der Eintrachtsplatz und die Brücke, die von ihm über die Seine zu dem Palaste des gesetzgebenden Körpers führt, den dieser Palast selbst und seine Umgebungen in der Mittagsstunde boten, konnte schon lehren, daß es für dieses Auskunftsmittel zu spät sei. Trotz des starken Aufgebotes von Nationalgarden und Linientruppen drängte sich das Volk in wilden Massen in und um den Palast zusammen und versperrte den Abgeordneten beinah den Zugang. In dem Sitzungssaale empfing den Ministerpräsidenten wirrer Lärm und das ungestüme Verlangen nach Absetzung des Kaisers. Kaum hatte er seinen Antrag verlesen, so forderte Favre, daß die Abstimmung über den seinigen vorangehe, erhob sich Thiers, um die Ernennung eines Verteidigungs- und Regierungsausschusses durch die Kammer und, sobald die Ereignisse es gestatteten, die Berufung einer neuen verfassunggebenden Versammlung zu fordern. Alle drei Anträge wurden auf Gambettas Vorschlag sofort an eine Commission verwiesen und die Sitzung auf einige Zeit vertagt. Während dessen wuchs der Lärm und das Gedränge in dem Palaste; die Zuhörer eilten von den Tribünen herunter und verkündeten den draußen Stehenden, die Absetzung sei beschlossen. In Wahrheit entschied sich die Commission während dessen für den Antrag von Thiers, der die kaiserliche Dynastie mit Stillschweigen überging und die Frage der Regierungsform einer späteren Zeit vorbehielt: es war ein geschickt gewählter Mittelweg, welcher der bonapartistischen Mehrheit die Schande ersparen sollte, offen von ihrem Kaiser abzufallen, und der zugleich die Erneuerung des Orleans'schen Königthums noch möglich erhielt. Aber die Commission sollte mit diesem Vorschlage nicht mehr zu Worte kommen. Als der Präsident die Sitzung um 3 Uhr wieder eröffnete, wimmelte der Saal von Blusenmännern und National-

gardisten: vergebens bemühte sich selbst Gambetta, Ordnung und Ruhe herzustellen, es blieb nichts übrig als die Sitzung aufzuheben. Nun theilten sich die Schaaren, und während ein Haufe nach dem Gefängniß von St. Pelagie zog, um Rochefort aus demselben zu befreien, wandten sich Andere mit Gambetta, Favre, Ferry nach dem Stadthause, der geheiligten Geburtsstätte aller revolutionären Regierungen. Um die gesetzlichen Körperschaften, um Ministerium, Senat und Kammer, kümmerte man sich nicht mehr. Der Senat saß unter Rouhers Präsidium seit 12 Uhr bei einander, vernahm die Meldungen, die ihm von draußen über die Ereignisse im gesetzgebenden Körper zukamen, und hörte mit lebhaftem Beifall die ehrenhaften Worte an, mit denen einzelne seiner Mitglieder, Chabrier, Poniatowski, Ségur, Nisard ihre unverbrüchliche Anhänglichkeit an den Kaiser versicherten. Man war auf einen Sturm der Volksmenge gefaßt und wollte sich deshalb nicht trennen; doch als sich herausstellte, daß Paris nicht von ferne an den Senat denke, empfahl Baroche mit einem Protest gegen die Vergewaltigung des gesetzgebenden Körpers auseinander zu gehen, damit jeder Einzelne draußen nach Kräften die Dynastie vertheidige. Aber diese hatte in der Person der Kaiserin um dieselbe Stunde ihre Sache schon als rettungslos verloren erkannt und das Feld geräumt. Entschlossen, es nicht auf einen Bürgerkrieg ankommen zu lassen, verließ die Regentin gegen 1 Uhr die Tuilerien und entkam in einem bescheidenen Fuhrwerk aus Paris, um sich auf beschwerlicher Flucht nach Trouville in der Normandie zu retten, wo einige Getreue eine englische Yacht ausfindig machten, auf der die Kaiserin sich nach England einschiffte, das auch ihrem Sohne seit einigen Tagen einen Zufluchtsort bot. Das Ministerium war seit der Mittagssitzung der Kammer so gut wie nicht mehr vorhanden, und ein Versuch, den die Mehrheit des gesetzgebenden Körpers am Nachmittag machte, um nach dem Antrag ihres Ausschusses die Vorschläge von Thiers zur Ausführung zu bringen, erwies auch deren Ohnmacht. Sie schickte Abgesandte, Daru, Buffet, Grévy, den Berichterstatter Martel, in das Stadthaus, um mit den dortigen Machthabern sich zu verständigen. Aber hier waren die Dinge bereits so weit gediehen, daß man von keinem Zugeständniß mehr hören wollte. Die sämmtlichen Abgeordneten von Paris, mit Ausnahme von Thiers, der seine Mitwirkung verweigerte, waren zu einer Regierung der nationalen Vertheidigung zusammengetreten und hatten Trochu bewogen, an ihre Spitze zu treten. Ein Aufruf verkündete dies den Parisern und proclamirte die Republik. Jules Favre wurde Minister des Aeußern, Gambetta des Innern, Crémieux der Justiz, Picard der Finanzen, Simon des Cultus; Ferry, Arago, Garnier Pagès, Glais-Bizoin, Pelletan, Rochefort gehörten der Regierung an, ohne einen besonderen Verwaltungszweig zu übernehmen; Leflô für den Krieg, Fourichon für die Marine, und ein paar Andere wurden zu Ministern ernannt, ohne Mitglieder der Regierung zu sein; die Polizeipräfectur erhielt Kératry. Gegen diese vollzogenen Thatsachen war die Kammer ohnmächtig. Abends um 8 Uhr trat sie noch zu einer letzten Sitzung

Flucht der Kaiserin.

Die Regierung der nationalen Vertheidigung.

zusammen: nicht Schneider oder einer der Vicepräsidenten, sondern Thiers führte den Vorsitz. Ihm zu Liebe erschienen Favre und Simon, um von dem Vorgefallenen Mittheilung zu machen; wenn Sie Ihre Zustimmung dazu geben, meinte Favre, so werden wir Ihnen erkenntlich sein; wenn nicht, so werden wir die Entscheidung Ihres Gewissens achten, aber uns die Freiheit des unsrigen wahren. Alles was Thiers unter diesen Umständen noch erreichen konnte, war, daß er sowohl die Zustimmung der Kammer als den Protest verhinderte, der von mehreren Seiten beantragt wurde. Er wollte der neuen Regierung kein Hemmniß in den Weg legen, weil er die Einigkeit der Parteien für das dringendste Erforderniß des Augenblicks erkannte; er wollte ihr aber auch keine gesetzliche Stellung verschaffen und nicht in sie eintreten, weil er seine monarchischen Hoffnungen für die Zukunft aufrecht erhielt. So that die Kammer, was er ihr vorschlug: ohne einen Beschluß zu fassen ging sie um 10 Uhr auseinander und trat damit für immer vom Schauplatze ab.

Die Rüstungen der Republik und der Fall von Metz.

Jules Favres Rundschreiben.

Die neue Regierung entwickelte sofort eine sehr rege Thätigkeit. Bei den europäischen Cabinetten führte sie Jules Favre durch ein Rundschreiben vom 6. September ein, das allerdings nicht den besten Eindruck machen konnte. Er betonte darin die Unschuld der Republikaner an dem entbrannten Kriege, gab aber in demselben Athemzuge dessen Volksthümlichkeit zu, indem er sagte, er selbst habe sich ihm um den Preis seiner Popularität widersetzt; er fand daß die Armee nach ihren Niederlagen größer dastehe als nach den glänzendsten Siegen, und versicherte, daß Frankreich keinen Zoll breit von seinem Boden, keinen Stein von seinen Festungen abtreten werde; er erwartete von dem Könige Wilhelm, daß er den Frieden anbieten werde, da er ja erklärt habe, er führe den Krieg nur gegen den Kaiser, nicht gegen Frankreich, und nahm für die Sache seines Landes den Ruhm in Anspruch, die des Rechtes und der Gerechtigkeit zu sein. Alles das ließ eine fruchtbare Thätigkeit nach practischen Gesichtspuncten von dem neuen Minister nicht erwarten: ganz wie Napoleon trug er sich ausschließlich mit dem Gedanken herum, irgendwo doch noch eine Allianz zu Stande zu bringen oder wohl gar Europa zu veranlassen, dem siegreichen Deutschland den Frieden aufzuzwingen. Der leichtwiegende Beifall, den die Republikaner in den Vereinigten Staaten, in Spanien, Italien und der Schweiz der neuen Staatsform entgegentrugen, wurde maßlos überschätzt; daß Garibaldi so[...] umsprang und aus vollem Herzen den Freunden in Paris jede Un[...] stützung versprach, galt für ein großes Ereigniß. Die tiefe Bestürzu[...] die über die Katastrophe von Sedan in den skandinavischen Länd[...] entstand und sich unverhohlen kund gab, belebte auch die Hoffnu[...] auf ein nordisches Bündniß von Neuem, und selbst bei Engla[...] Rußland, Oestreich wagte man noch einmal anzuklopfen und um Hü[...]

zu bitten. Graf Granville wurde angelegentlich um seine Vermittlung bestürmt und hatte trotz aller Abmahnungen der englischen Presse wenigstens die Gefälligkeit durch Lord Lyons bei Bismarck anzufragen, ob er zu mündlichen Verhandlungen über einen Waffenstillstand bereit sei. Die mittelbare Antwort darauf gab ein Rundschreiben des Bundeskanzlers d. d. Reims, 13. September, in dem unverhüllt ausgesprochen wurde, daß Deutschland die Festungen, mit denen Frankreich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze bedrohe, als defensive Bollwerke in seine Gewalt bringen müsse. Granville, von Thiers, der in außerordentlicher Sendung am 13. September in London eintraf, zu entschiedenerem Auftreten gedrängt, verhieß nun wirklich seine Vermittlung, empfahl aber dringend, daß Favre sich persönlich ins deutsche Hauptquartier begeben möge. Als berechtigter Vertreter Frankreichs dort empfangen zu werden konnte er freilich nicht erwarten: Bismarck war der Ansicht, daß die Herren vom Pflaster, wie er sie in Privatgesprächen wohl bezeichnete, keine Bürgschaft für die Dauerhaftigkeit der mit ihnen geschlossenen Verträge bieten könnten. Doch verwahrte er sich andrerseits in einem Rundschreiben vom 16. September auch gegen die Annahme, als ob eine andre Regierung bessere Bedingungen erhalten werde; jede Regierung werde den Frieden nur als Waffenstillstand betrachten und bei günstiger Gelegenheit ebenso händelsüchtig und ruhlos wie in diesem Jahre den Krieg wieder beginnen; dagegen müsse Deutschland sich schützen. Obgleich nun Favre den Mangel einer regelmäßigen Vollmacht zur Vertretung Frankreichs dadurch etwas zu verhüllen suchte, daß er in einem Rundschreiben vom 17. September auf den Entschluß der Regierung hinwies, sobald wie irgend möglich eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, so konnte er mit Bismarck unter diesen Umständen doch nur eine private Unterredung haben und verließ, da sich der Bundeskanzler zu einer solchen bereit erklärte, ohne sich mit seinen Collegen zu berathen, am 18. Paris, um das deutsche Hauptquartier aufzusuchen. Dasselbe war an diesem Tage bis in die unmittelbare Nähe der Hauptstadt vorgerückt; die erste Conferenz der beiden Staatsmänner fand am Nachmittag des 19. in dem Schlößchen Haute Maison bei Montry, die beiden folgenden am selben Abend und am Mittag des 20. in Ferrières, dem Landsitze des Barons Rothschild, statt. Eine Verständigung zu erzielen war bei der Verschiedenheit der Standpuncte und der beiden Naturen doch nicht möglich. Wenn Bismarck hinwarf, der Pöbel könne die bestehende Regierung ebenso schnell stürzen, wie er sie erhoben habe, so betheuerte Favre, daß es in Paris keinen Pöbel gebe, sondern nur eine verständige, ergebene Bevölkerung; wenn Bismarck Straßburg als den Schlüssel zu unserm Hause bezeichnete, den er haben müsse, und als Umfang der Abtretung die Departements des Ober- und Niederrheins und (wenigstens theilweise) der Mosel angab, so drohte Favre mit Europa, das diese „Vernichtung" Frankreichs verhindern werde, und rief die neuen Ideen, die Fortschritte der Sitten an, die es nicht gestatteten, wider ihren Willen über die Bewohner dieser Gegenden zu verfügen. Alle Er-

Zusammenkunft in Ferrières.

örterungen über die Bedingungen des Friedens waren in Bismarcks Augen von vorn herein blos academischer Art; es gab für ihn nur eine Frage, die practisch gelöst werden konnte: das war die, ob man einen Waffenstillstand von 2—3 Wochen schließen wolle, während dessen das Land Abgeordnete mit dem Auftrag, eine regelmäßige Regierung zu ernennen, erwählen solle. Er berieth darüber mit dem Könige und knüpfte die Gewährung an die Bedingung, daß Straßburg, Bitsch, Toul und — falls die Versammlung in Paris tagen solle — auch das Fort des Mont Valérien den Deutschen übergeben werde; bei Straßburg, dessen Einnahme ohnedies bevorstehe, müsse sich außerdem die Besatzung in Kriegsgefangenschaft begeben. Das erschien Favre unerträglich. Sie vergessen, Herr Graf, so fuhr er auf, daß Sie zu einem Franzosen reden! Es wäre eine Feigheit, diese heldenmüthige Besatzung zu opfern! Dann nahm er unter vergeblichen Anstrengungen seine Thränen zu ersticken Abschied, und berichtete nach der Rückkehr seinen Collegen und den Parisern in einem langen Actenstücke über die Erfolglosigkeit seiner Reise. Der Fall Touls an demselben Tage und Straßburgs eine Woche später ließ die großen Worte des unglücklichen Diplomaten in einem doppelt ungünstigen Lichte erscheinen.

Thiers Rundreise.

Thiers fuhr inzwischen mit dem ganzen jugendlichen Eifer seines rüstigen Alters fort, die Neutralen für Frankreich zu gewinnen. Die Reise nach London, zu der er sich durch Favre hatte bestimmen lassen, war nur das erste Glied einer umfangreicheren Sendung: es galt alle die Cabinette, welche dem Neutralitätsbündnisse beigetreten waren, zu gemeinsamem Handeln zu bewegen, da sie ja auf selbständiges Eingreifen verzichtet hatten. Am schwierigsten war diese Aufgabe in Petersburg, wo Thiers am 27. September ankam. Gortschakoff und der Kaiser selbst nahmen ihn sehr wohlwollend auf, aber die einzige Hoffnung, die sie ihm machten, war, daß König Wilhelm sich beim Friedensschluß eben so edelmüthig zeigen werde, wie groß und glücklich im Kriege. Ungefähr denselben Sinn hatte eine Note Granvilles vom 4. October; sie lehnte die Erwartung, als ob die neutralen Mächte ihre etwaigen Vorstellungen Deutschland gegenüber mit Gewaltdrohungen unterstützen würden, sehr entschieden ab und erhoffte den Frieden nur von dem moralischen Muthe des Besiegten und der Mäßigung des Siegers. Noch viel zurückhaltender war Herr von Beust geworden: er meinte am 3. October, Oestreich sei am wenigsten in der Lage, mit Aussicht auf Erfolg Preußen zum Frieden zu rathen, und müsse sich begnügen, England und Rußland dazu aufzufordern; und als er von diesen Mächten ablehnende Antworten erhielt, schrieb er zwar an seinen Gesandten in Berlin am 13. October eine Note voll bittrer Anklagen gegen Preußen, wagte aber doch nicht ihm eine Einmischung aufzutragen. Daß Italien sich nicht veranlaßt fand, für die Republik Frankreich mehr zu thun als für das Kaiserreich, war selbstverständlich; der Prinz Napoleon hatte noch in den letzten Augusttagen vergeblich alle Beredsamkeit aufgeboten, um seinen Schwiegervater in den Krieg hineinzuzerren; dann löste ihn ein außerordent-

licher Gesandter Favres ab, aber obgleich die vertriebene Kaiserin, die auch an die Herrscher von Oestreich und Rußland zur Befürwortung von Thiers' Sendung flehentliche Briefe schrieb, ihn dabei unterstützte, hatte er keinen Erfolg. Victor Emanuel zog es vor nach Rom zu gehen und auf diese Weise sich seinen Antheil an der Katastrophe von Sedan zu sichern. Als endlich Herr Thiers, der in der ersten Octoberwoche nach Wien gekommen war, sich von da nach Florenz begab, mußte er es nach acht Tagen mit der Gewißheit verlassen, daß Frankreich von keiner der großen europäischen Mächte bewaffneten Beistand erwarten dürfe.

Burnside und Regnier.

Ein paar andre Versuche, den Frieden zu fördern, wurden in halb privater Weise unternommen, so von dem amerikanischen General Burnside, der am 1. October aus dem preußischen Hauptquartier in das umschlossene Paris ging, und durch einen sonderbaren Abenteurer, Namens Regnier, der sich bei Bismarck Gehör zu verschaffen wußte und dann nach Metz eingelassen wurde; hier bewog er Bourbaki sich zur Kaiserin nach England zu begeben, und machte es dadurch dem General möglich, in diesem Kriege später noch eine beklagenswerthe Rolle zu spielen.

Die Außenregierung in Tours.

Erfolgreicher als auf dem diplomatischen Gebiete war die Thätigkeit der nationalen Regierung in der Organisation neuer Streitkräfte und in der Aufstachelung des Landes. Da man voraussah, daß die Verbindung der Hauptstadt mit den Provinzen binnen kurzer Zeit unterbrochen sein werde, hielt man es für gerathen, einen Zweig der Regierung von Paris nach Tours zu verlegen und bestimmte dazu Anfangs nur Crémieux, dann noch Glais-Bizoin und den Admiral Fourichon, denen Vertreter der verschiedenen Ministerien, besonders Laurier für das Innere und Chaudordy für das Aeußere zur Seite standen. Aber bei dem besten Willen war die Außenregierung, die ihre Wirksamkeit am 13. September begann, ihrer Aufgabe nicht gewachsen; dazu bedurfte es eine Kraft, die rüstiger war als die beiden alten Oppositionsmänner und populärer als der wenig bekannte Admiral. Die Bereitwilligkeit, die äußersten Opfer zu bringen, war in den meisten Strichen des Landes so groß, daß sie der festesten Leitung bedurfte, um nicht werthvolle Kräfte in ungeordneter Weise zu vergeuden; nur ein Dictator, der durch rücksichtslose Gewaltthätigkeit das ersetzte, was ihm an gesetzlicher Berechtigung abging, konnte hier helfen, und der fand sich in Leon Gambetta. Als er in der umzingelten Capitale die Nachricht erhielt, daß die Außenregierung das Heft aus den Händen verliere, schlug er den einzigen Weg ein, welchen ihm die deutschen Truppen offen ließen: ein Luftballon trug ihn am 6. October aus Paris hinaus, und sofort kam Nachdruck und Einheit in die Rüstungen, die bereits einen verhängnißvollen Grad der Zersplitterung angenommen hatten. Die Radicalen der großen Städte fühlten sich nämlich durchaus nicht verpflichtet, den Befehlen der Pariser Abgeordneten sich zu fügen; in Marseille, in Lyon, in Toulouse zogen sie ihrerseits die rothe Fahne auf und setzten Wohlfahrtsausschüsse und Gemeinderäthe (Communen) ein, deren Abgeordnete zu einem Convente in Lyon zusammentreten sollten. Nicht mit den

Gambetta.

Parteiungen in den Provinzen.

vormals kaiserlichen Beamten allein, sondern, wo ihre Macht hinreichte, auch mit den republikanischen Präfecten und Maires machten sie wenig Umstände: Challemel-Lacour, den die Pariser Regierung nach Lyon geschickt hatte, und Hénon, der Maire der Stadt, mußten ins Gefängniß wandern, und Crémieux war schwach genug, um größere Wirren vorzubeugen, die rothe Fahne in Lyon anzuerkennen. Das große Wort führte in der zweiten Stadt des Landes der General Cluseret, der seinen Rang sich im amerikanischen Sonderbundskriege geholt und nach dem Sturz des Kaiserreiches sofort in Paris einen Zeitungskampf gegen Gambetta, der sich besser als Steinmetz um König Wilhelm verdient mache, eröffnet hatte. Was es an ausländischen Socialisten und Revolutionären in Frankreich gab, schloß sich der Lyoner Commune an, sei es um wie Bakunin, der Russe, eine politische Rolle zu spielen, sei es um wie der Pole Dombrowski unter dem rothen Banner ins Feld zu ziehen. Das ganze Rhonethal mit Einschluß von Marseille war von dieser Bewegung der Art beherrscht, daß die Vertreter von dreizehn Departements eine Liga des Südens abschlossen, die ihre Waffen zunächst zwar gegen die Deutschen kehrte, zugleich aber die Wirksamkeit der Pariser Regierung völlig aufhob. Andrerseits ließen in den westlichen Landestheilen die königlich und katholisch Gesinnten ihre Stimme vernehmen. Schon ertönten in der Bretagne die Kampflieder im Namen des Grafen von Chambord:

Ja, von des vierten Heinrichs Blut
Fließt noch ein Tropfen, rein und gut,
Daß unser Frankreich wieder werde
Nächst Gottes Himmelreich das schönste Reich der Erde;
Drum muthig, treibt die Bösen fort:
Heinrich der Fünft' ist unser Hort!
Voran, daß man den Weg ihm bahne,
Ihm, Frankreichs wahren Herrn, und seiner weißen Fahne!

In der Vendée bildeten die Cathélinean, Charette und andre Führer der Ultramontanen auf eigene Hand Freischaaren, in Rennes vereinigten sich die Präfecten von elf Departements, um eine Liga des Westens zu bilden. Die Gefahr, welche der Pariser Regierung von dieser Seite drohte, war wohl minder groß als die, welche im Rohnethal und an der Südküste aufstieg; aber verhängnißvoll mußte auch sie werden, zumal wenn der Westen und der Süden, die Legitimität und der Radicalismus an einander geriethen: es war kaum wahrscheinlich, daß dann die gemäßigte Mitte, als deren Vertreter man Favre und selbst Gambetta betrachten mußte, sich am Ruder zu behaupten vermochte. Daß die Verteidigung des Landes in jedem Falle gelähmt wurde, sobald sie hier von der einen, dort von der andern Seite zur Parteisache gemacht ward, lag nicht minder klar auf [der] Hand, und es war somit dringendste Pflicht der nationalen Regieru[ng,] nicht blos um ihrer Selbsterhaltung, sondern um der wahren Int[er]essen des Landes willen, die sectirerischen Regungen so schnell [als] möglich zu ersticken.

Die beabsichtigten Wahlen.

Das nächstliegende Mittel dazu konnte man jetzt aber schon nic[ht] mehr gebrauchen: es hätte darin bestanden, das Land zu befrag[en]

und von ihm die Bestätigung der Pariser Regierung einzuholen. Anfänglich lag das in der Absicht Favres und seiner Collegen: bedurften sie doch auch dem Auslande, dem Feinde gegenüber dieser Bestätigung. Demgemäß bestimmte ein Decret vom 8. September, daß am 16. October die Wahl von 764 Abgeordneten zur verfassunggebenden Nationalversammlung stattfinden solle; auch wurden etwas später auf die letzten Septembertage die Neuwahlen der Gemeinderäthe angeordnet. Allein bei dem leidenschaftlichen Parteiregimente, das in weiten Theilen des Landes die Herrschaft gewonnen hatte, stiegen der Regierung denn doch Bedenken auf: sie mußte fürchten sich einer feindlichen Mehrheit gegenüber zu finden, die ihrerseits wieder aus den unvereinbarsten Elementen gemischt wäre. Am 24. September erging also ein neues Decret, welches die Gemeinde- sowie die Abgeordnetenwahlen aufschob. Doch die Außenregierung hatte nicht die Kraft es durchzusetzen. Da sie nur durch Nachgiebigkeit und Compromisse ihr Ansehn in Lyon und Marseille zu erhalten vermochte, so stellte sie den 16. October als Wahltag wieder her, und beschwichtigte die Schreier überdies durch Maßregeln der gefährlichsten Art. So ordnete Crémieux die Entsendung von Commissaren in die einzelnen Departements an, gab ihnen Vollmacht Generale ein- und abzusetzen, ließ den commandirenden General Mazure in Lyon verhaften und übernahm, als Fourichon in Folge dessen seine Entlassung forderte, er, der 74jährige, des Krieges ganz unkundige Mann, auch noch das Kriegsministerium. Wenige Tage darauf erschien Gambetta, und nahm diese Last auf seine eigenen Schultern; bezüglich der Wahlen brachte er ein Decret der Pariser Regiernng mit, kraft dessen die Vertagung derselben von Neuem angeordnet wurde, und trotz der Schritte, die auch von gemäßigten Republikanern wie Grévy dagegen gethan wurden, hielt er fest daran. Gegen die radicale Wirthschaft in Marseille, Toulouse und andern Städten ergriff er die entschlossensten Mittel, und das Gewicht seines Namens, der Ruf unbeugsamer Energie, der ihm voranging, überdies auch die Unterstützung Garibaldis, Castelars, Orenses und anderer ausländischer Republikaner, die mit ihm zugleich in Tours eintrafen und sich ihm zur Verfügung stellten, gaben ihm die Kraft, der feindlichen Strömungen Herr zu werden. Durch prahlerische, von erlogenen Siegen und erdichteten Regimentern strotzende Proclamationen wußte er den Muth anzustacheln und sich selbst mit dem Nimbus des Retters zu umgeben; dabei arbeitete er in der That unaufhörlich an der Organisirung der Wehrkraft des Landes, zog unterschiedslos Anfangs wenigstens die Männer aller Parteien heran und beanspruchte und behauptete dennoch über sie alle ein dictatorisches Ansehen. Wären ihm nicht militärische Kenntnisse so völlig abgegangen, so hätte die Politik des unbedingten Widerstandes keinen geeigneteren Vertreter finden können als ihn.

Gambettas Dictatur.

Die Grundlagen des von Niel entworfenen französischen Heersystems blieben natürlicher Weise auch für Gambetta maßgebend; seine Neuerungen bestanden darin, daß er einerseits immer neue Jahrgänge der Mobilgarde dem Linienheer überwies und dafür neue

Seine Rüstungen.

Jahrgänge der Nationalgarde mobilisirte, andrerseits aber außerordentliche Corps schuf, die theils, wie die Fremdenlegion Garibaldis, zum geordneten Kampfe, theils, wie die Freischützenbanden, nur zum Kleinkrieg verwandt werden sollten. Ihren Gipfelpunct erreichte diese Thätigkeit durch das Decret vom 2. November, das nach dem Vorbilde der ersten Revolution das Massenaufgebot anordnete. Die rechte Hand Gambettas bei all seinen Maßregeln war der Ingenieur Freycinet, der besonders den Bureaudienst, die Anfertigung von Karten u. dgl. musterhaft leitete, auf der andern Seite aber von einer noch viel größeren Hast und Ungeduld war, als sein Meister, und den commandirenden Generalen das Leben sehr schwer machte. Abgesehen von den Heeren in Metz und Paris zerlegte Gambetta am 12. October Frankreich in vier Militärcommandos, von denen das des Nordens (Lille) Bourbaki, das des Westens (Le Mans) Fiéref, das der Mitte (Bourges) Polhès, das des Ostens (Besançon) Cambriels leiten sollten. Die organisirten Truppen, die ihnen als Kern für ihre Neubildungen dienen konnten, waren überall geringfügig; nur in dem Commando der Mitte durfte die Loire-Armee unter dem General Lamotterouge für einen tüchtigen Ansatz gelten. Grade hier aber griffen Gambetta und Freycinet auch am rücksichtslosesten dazwischen und erschwerten dadurch den Fachmännern ihre Arbeit in beispielloser Weise.

Belagerung von Metz.

Die deutsche Armee hielt unterdessen Paris wie Metz mit eisernen Armen umschlossen. Bazaine hatte fast in denselben Stunden, wo um Sedan gekämpft wurde, seinen ersten großen Versuch gemacht durch die Reihen der Belagerer durchzudringen. Am Morgen des 31. August bemerkte man von den deutschen Beobachtungsposten, wie das ganze französische Heer die Mosel überschritt und auf dem rechten Ufer aufmarschirte. Es standen ihm dort nur die Ostpreußen unter Manteuffel und die Division Kummer gegenüber: ein sofortiger energischer Vorstoß würde daher die besten Aussichten des Gelingens geboten haben. Allein ohne ersichtlichen Grund verzögerte sich der Angriff bis 4 Uhr Nachmittags, und wenn es den Feinden bei ihrer großen Uebermacht auch jetzt noch gelang die Deutschen zurückzudrängen, auf dem rechten Flügel (Leboeuf) Noisseville, im Centrum (Ladmirault) wenigstens vorübergehend Servigny, und links (Canrobert) die Höhen nordwestlich von Failly zu nehmen, so war darüber doch die Nacht hereingebrochen und bis zum andern Morgen war den Deutschen genügende Unterstützung gewiß. Manstein mit seinen Holsteinern und Hessen, Theile des westfälischen, des brandenburgischen und des hannoverschen Corps waren herangeeilt, der Großherzog von Mecklenburg, der mit einem neugebildeten Corps (der zurückgelassenen holsteinischen Division und Landwehrtruppen) anrückte, mußte im Laufe des Tages das Schlachtfeld erreichen. Manteuffel, dem Friedrich Carl auch am 1. September den Oberbefehl beließ, eröffnete den Kampf schon bald nach 4 Uhr Morgens. In heißem Angriff gelang es ihm das verlorene Terrain, gegen 11 Uhr auch Noisseville wiederzunehmen, und ehe es Mittag war, befand sich der Feind überall im vollen

Noisseville.

Rückzug in die Festung. Auch diesmal hatte Bazaine nicht die Entschlossenheit gehabt, seine volle Kraft für den Sieg einzusetzen; mehr als die Hälfte der 140,000 Mann, die er zur Hand hatte, war gar nicht ins Feuer gekommen. Die Verluste waren auf beiden Seiten etwa gleich, 3500 Franzosen gegen 3000 Deutsche.

Fortdauer der Belagerung.

Nach diesem ersten unglücklichen Durchbruchsversuche verhielt sich der Marschall wochenlang fast unthätig. Von der Außenwelt war er so völlig abgeschlossen, daß er die Nachricht von Sedan und von der Revolution in Paris erst durch die Auswechslung von Gefangenen, die Meldung, daß Straßburg gefallen sei, erst durch einen Parlamentär erhielt. Unsicher über die politische Rolle, die er jetzt spielen solle, und durch den sinkenden Muth seiner Leute sowie durch den Mangel an kräftigen Pferden täglich unfähiger zu Operationen in offenem Felde, glaubte er sich abwartend verhalten zu müssen, um dadurch vielleicht Metz für Frankreich und die Armee für mögliche innere Kämpfe nach dem Friedensschlusse zu erhalten. Die deutsche Heeresleitung fuhr während dessen fort, die Umzingelung zu verstärken. Wohl kamen mit der schlechteren Jahreszeit schlimme Wochen, wo der Regen die Leichenhügel zerstörte und die aufgespülten Cadaver die Luft verpesteten, wo die Lager in Sümpfe verwandelt waren und die dürftigen Laubhütten keinen Schutz mehr gewährten, wo der fünfte Theil der Belagerer in den Lazarethen lag und zu dem Ausbruch verheerender Krankheiten sich Schwierigkeiten in der Verpflegung gesellten. Indessen auch diesen Leiden bot der deutsche Soldat ausdauernd Trotz und seitens der Vereine, die sich in Deutschland gebildet hatten, geschah Alles, was möglich war, um die Intendantur in ihrer mühsamen Aufgabe zu unterstützen. Zu einer wirklichen Belagerung überzugehen und die schweren Geschütze von Toul und Straßburg nach der Einnahme dieser Plätze gegen die Forts von Metz zu richten, erwies sich bei näherer Prüfung als nutzlos; ebenso der großartige Plan, die Mosel unterhalb der Stadt bei Argancy durch einen gewaltigen Steindamm aufzustauen um die feindlichen Lager zwischen den Forts unter Wasser zu setzen — eine Arbeit, die gegen vier Monate erfordert haben würde. Man mußte schlechterdings warten, bis der Hunger den Feind zur Uebergabe trieb, und die häufigen kleinen Ausfälle, die Ende September zu dem ersichtlichen Zweck der Furagirung stattfanden, ließen hoffen, daß dieser Zeitpunct nicht mehr allzufern sei.

Ausfälle.

Immerhin war es möglich, daß Bazaine noch durch eine letzte große Anstrengung zu entkommen suchte, und als er sich in der Nacht zum 2. October durch einen Ueberfall in den Besitz des Schlosses Ladonchamps, grade nördlich von Metz, setzte, erwartete man hier, wo Kummer mit der Landwehr stand, einen heftigen Angriff. Mehrere Tage verstrichen unter unaufhörlichen Geplänkel, erst am 7. erfolgte wirklich ein Ausfall. Aber da man deutscher Seits darauf gefaßt war, so stießen die Franzosen bald auf kräftigen Widerstand; von rechts her griff eine hannoversche, von links eine brandenburgische Brigade ein, und bei Einbruch der Dämmerung war der alte Besitz-

stand wieder hergestellt; der Kampf hatte den Deutschen fast 1800, den Franzosen über 1200 Mann gekostet. Von Seiten Bazaines war es auf einen wirklichen Durchbruch gar nicht abgesehen; der Ausfall sollte nur die Waffenehre retten und Verhandlungen einleiten.

Capitulationsverhandlungen.

Noch am 7. berief der Marschall einen Kriegsrath auf den 10. October, und in diesem wurde beschlossen, sofort, ehe die Noth den höchsten Gipfel erreicht habe, Unterhandlungen mit dem Feinde zu beginnen, und nur wenn dieser ehrenhafte Bedingungen verweigere, noch einmal mit den Waffen einen Ausweg zu suchen. Der Abgesandte Bazaines, General Boyer, der sich in Folge dessen am 12. October ins große Hauptquartier begab, fand Bismarck bereit gegen Uebergabe der Festung Metz der Armee freien Abzug zu gewähren, falls dieselbe sich verpflichte für die Sache der Kaiserin einzutreten, und falls letztere einwillige die preußischen Friedensbedingungen anzunehmen, nach dem Orte, wohin die Armee sich begebe, eine Nationalversammlung zu berufen, die über die künftige Regierungsform zu entscheiden habe. Als Boyer mit dieser Auskunft zurückkehrte, beschloß ein neuer Kriegsrath am 18. October, den Unterhändler nach Chiselhurst zu senden, wo die Kaiserin Eugenie ihren Aufenthalt genommen hatte; er sollte sich davon überzeugen, ob die Regentin ihrerseits einen solchen Vertrag mit dem Feinde schließen wolle und andernfalls sie bitten, die Armee des Eides für den Kaiser zu entbinden. Weder zu dem Einen noch zu dem Andern konnte die vertriebene Fürstin sich entschließen; statt dessen versprach sie die größten Anstrengungen zu Gunsten der Armee zu machen und veranlaßte dadurch Bismarck zum völligen Abbruch der politischen Verhandlungen und zu der Mittheilung an Bazaine, daß die Lage wieder eine ausschließlich militärische geworden sei; in demselben Sinne antwortete König Wilhelm der Kaiserin in einem Briefe vom 25. October. Der französische Marschall konnte nun nicht länger zaudern; auf seine Bitte gewährte Friedrich Carl am 25. Mittags zunächst dem 80jährigen Changarnier, der sich mit in Metz befand, eine persönliche Audienz und bevollmächtigte dann seinen Generalstabschef Stiehle zu Unterhandlungen, die Abends in dem Schlößchen Frescaty südlich von Metz am rechten Moselufer begannen: französischer Seits führte sie General Cissey. Nach langen vergeblichen Versuchen, das Schicksal der Festung Metz von dem der Armee zu trennen, kam ein Vertrag zu Stande, der die Uebergabe des Platzes und des Heeres bestimmte; nur über untergeordnete Puncte, besonders darüber, ob allen Offizieren, oder nur denen, welche ihr Wort gäben nicht mehr gegen Preußen zu kämpfen und die in Folge dessen ihre Freiheit erhielten, die Waffen gelassen werden sollten, wurde noch keine Verständigung erzielt. Da nach der Capitulation von Sedan verschiedene Offiziere ihr Wort gebrochen oder, wie General Ducrot, du[rch] künstliche Deuteleien umgangen hatten, war vom Könige der a[us]drückliche Befehl ertheilt worden, diese Ehrenbezeugung nur in [der] angegebenen Beschränkung einzuräumen. Der neue Kriegsrath, d[en] Bazaine auf diese Nachrichten hin am 26. früh abhielt, beschloß no[ch]malige Verhandlungen darüber zu fordern; sie fanden Abends

Frescaty zwischen Stiehle und dem französischen Generalstabschef Jarras statt, zogen sich bis 1 Uhr in der Nacht hinaus und bewogen den preußischen Unterhändler, den Prinzen Friedrich Carl um nochmalige Anfrage beim Könige zu bitten. Ein paar Stunden später traf eine zustimmende Antwort ein und nun wurde am späten Abend des 27. October die Capitulationsurkunde in Frescaty von Jarras und Stiehle unterzeichnet. Die Ausführung ward auf den 29. angesetzt: 173,000 Mann, darunter 6000 Offiziere und drei Marschälle von Frankreich (Bazaine, Canrobert, Leboeuf) geriethen in Gefangenschaft. Die vollständige Auslieferung der Adler und Fahnen wurde durch einige französische Generale vereitelt, die trotz der ausdrücklichen Bestimmung der Capitulation mit der Vernichtung begannen, an der Vollendung dieses Vertragsbruches aber durch Bazaine verhindert wurden. Die materielle Tragweite der Uebergabe übertraf noch die von Sedan, die moralische Bedeutung jenes großen Tages konnte freilich nur noch ein Ereigniß erreichen, der Friedensschluß. König Wilhelm verlieh seinem Danke für den neuen Erfolg dadurch Ausdruck, daß er den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Carl zu Feldmarschällen ernannte und Moltke in den Grafenstand erhob. König Ludwig von Baiern aber gab dem obersten Heerführer der Deutschen seine Freude in einem Telegramme kund, das mit den Worten schloß: Wenn einst die Nachwelt die glänzenden Erfolge überblickt, welche die deutschen Heere unter Ihrer Führung unaufhaltsam erfochten, so wird sie mit Recht Ihnen den Namen „Wilhelm der Siegreiche" beilegen!

Die Capitulation.

Versuche zum Entsatz von Paris.

Zeit zur Rast ließ die deutsche Heeresführung auch nach diesem neuen Triumphe weder sich selbst noch den Truppen. Galt es doch jetzt mit aller Kraft den gewaltigen Anstrengungen entgegenzutreten, die Gambetta zum Entsatz von Paris machte. Bereits vor dem Abschluß der Capitulation war der Befehl eingetroffen, der die vormals von Steinmetz geführte Erste Armee wieder herstellte und Manteuffel mit ihrem Commando betraute; das ostpreußische Corps übernahm General von Bentheim. Aufgabe der Ersten Armee wurde es, im Norden Frankreichs zu operiren, insbesondere auch die zahlreichen Festungen an der Maaslinie zu nehmen; die Zweite Armee dagegen wurde bestimmt in das Herz Frankreichs an die Loire zu ziehen, wo die schwierigsten Kämpfe ihrer harrten. Gegen die Truppenkörper, welche Cambriels in den östlichen Departements sammelte, war schon seit dem Fall Straßburgs General von Werder mit der badischen Division und den zu dieser gestoßenen Landwehrregimentern verfügbar; die französischen Rüstungen im Westen, die an Fiéreks Stelle jetzt Kératry leitete, mußte man schon aus geographischen Gründen einstweilen ungestört lassen; übrigens waren sie auch noch am weitesten im Rückstande.

Vertheilung der Belagerungs-Armee.

Straßburg. Die Belagerung der elsässischen Hauptstadt war in Deutschland mit einer Theilnahme verfolgt worden, der selbst die soviel größeren Ereignisse auf den Hauptschauplätzen des Krieges keinen Abbruch thaten. Anfangs hatte man auf einen schnellen Erfolg gehofft, doch zeigte sich bald, daß der Commandant, General Uhrich, zum ausdauernden Widerstande entschlossen war. Er verfügte über etwa 25,000 Mann, darunter freilich fast ein Drittel wenig brauchbarer Nationalgarden und eine zu geringe Zahl von Pionieren. Angreifbar war die Stadt nur von Nordwesten, da die andern Seiten durch Ueberschwemmungen gedeckt waren. Werder suchte zuerst vom 24. bis 27. August durch ein Bombardement, das große Verheerungen anrichtete, unter andern auch die kostbare Bibliothek zerstörte und das Münster vielfach beschädigte, die Bevölkerung einzuschüchtern und zu einem Druck auf den Commandanten zu treiben; die heftigen Anklagen, daß eine solche Kriegführung barbarisch sei, konnten ihn um so weniger beeinflussen, als von der Citadelle von Straßburg aus schon ein paar Tage früher das gegenüberliegende unbefestigte Kehl beschossen war, von Saarbrücken ganz zu schweigen. Doch stand er von dem Bombardement ab, als sich zeigte, daß es seinen Zweck nicht erreiche, und begann nun sofort die regelrechte Belagerung mit solchem Eifer, daß schon in der Nacht zum 30. August die erste Parallele, 7—800 Schritt vom Glacis vor dem Steinthore eröffnet wurde. Durch heftiges Artilleriefeuer und wiederholte Ausfälle suchten die Franzosen den Feind von dort wieder zu vertreiben oder doch wenigstens den Bau der zweiten Parallele zu verhindern; allein beides mißlang ihnen. Am Morgen des 9. September war die zweite, früh am 12. die dritte Parallele fertig; acht Tage später fanden die Belagerer zwei Vorwerke der Festung geräumt, und Alles wurde nun für einen Sturm vorbereitet. Schon war Bresche in den Hauptwall geschossen, da erschien am Abend des 27. September die weiße Fahne auf dem Münsterthurm; die Verhandlungen wurden eingeleitet und führten schnell zum Abschluß auf Grund der üblichen Bedingungen: über 17,000 Mann, 1200 Geschütze, große Vorräthe an Kriegsmaterial und Baarbestände von 10 Millionen Francs fielen dem Sieger in die Hände.

Der Festungskrieg. Während nun Werder mit seinem Armeecorps südwestwärts vormarschirte, wurde die Eroberung der anderen elsässischen Festungen einer Reserve-Division unter General Schmeling anvertraut, die am 24. October Schlettstadt, am 7. November Fort Mortier und am 10. Neu-Breisach bezwang. Von den lothringischen Festungen hatte sich Toul schon am 23. September dem Großherzog von Mecklenburg ergeben, der am 16. October auch Soissons nahm; Verdun hielt sich bis zum 8. November, Pfalzburg gar bis zum 14. December. Diedenhofen war der erste Platz, den die westfälische Division Kameke, die vornehmlich den Festungskrieg im Norden führte, zum Capituliren nöthigte (am 24. November); Montmédy folgte am 14. December, Mézières am 2. Januar, Rocroy am 5., Longwy am 25., alle unter den Bedingungen der Capitulation von Sedan. Die Belagerung und Einnahme einiger anderen Vesten wie Laon, La Fère, Péronne hing

mit größeren Unternehmungen zusammen und wird im Zusammenhange damit erwähnt werden.

Umzingelung von Paris.

Die größte und gewaltigste aller Festungen aber war Paris, auf das die beiden kronprinzlichen Armeen sofort von Sedan losgerückt waren. Zur Bewachung der kriegsgefangenen französischen Truppen, die nur allmälig nach Deutschland übergeführt werden konnten, blieben die Corps von Bose und von der Tann einstweilen bei Sedan zurück; die übrigen deutschen Streitkräfte langten in der Stärke von 147,000 Mann mit 622 Geschützen am 19. September vor Paris an. Unter den Zwischenfällen des Anmarsches war nur einer von größerer Bedeutung: als sich am 9. September die Citadelle von Laon dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg ergeben hatte, sprengte ein französischer Soldat das Pulvermagazin in dem Augenblicke, wo die Räumung vollzogen war, in die Luft; mehr als 100 Deutsche und etwa die dreifache Zahl von Franzosen wurden die Opfer der Schandthat; die Pariser Blätter aber frohlockten über den Heldenmuth des neuen Leonidas und priesen die Katastrophe von Laon als ein kleines Vorspiel dessen, was die Preußen in Paris erwarte.

Die Verteidigung der Hauptstadt.

Von der Widerstandskraft der Hauptstadt sich im Voraus ein zuverlässiges Bild zu machen war für Freund und Feind gleich unmöglich. Seitdem Thiers im Jahre 1840 die Erbauung der Umwallung und der Forts durchgesetzt hatte, waren die Verhältnisse vielfach andere geworden, so daß die damaligen Voraussetzungen nicht mehr zutrafen. Einerseits war die Artillerie in den letzten dreißig Jahren so sehr vervollkommnet, daß die Entfernung der Forts von der Umwallung, die etwa 2500 Meter betrug, nicht mehr ausreichte um dem Feinde die Besetzung der Stellungen zu verwehren, von denen aus er die Stadt selbst beschießen konnte. Andrerseits hatte der Ausbau eines großartigen Eisenbahnnetzes die Möglichkeit geschaffen, nicht allein für die Belagerungsarmee den Proviant Tag für Tag herbeizuführen, sondern auch in verhältnißmäßig kurzer Frist die Belagerungsgeschütze kommen zu lassen. War man also 1840 von der Erwartung ausgegangen, daß Paris für zwei Monate mit Lebensmitteln versorgt werden könne, während es dem Feinde nicht möglich sei, eine Armee von 400,000 Mann (denn so viel hielt man zur Einschließung für erforderlich) auf die Dauer zu ernähren, so waren diese Voraussetzungen jetzt hinfällig. Allein auch zu Gunsten der Belagerten war Manches anders geworden: Dank der gewachsenen Bevölkerungszahl von Paris war die Zahl der Verteidiger eine viel größere geworden; die in der Stadt aufgehäuften Waaren überstiegen bei Weitem das 1840 vorausgesetzte Maß; die Eisenbahnlinien hatten überdies solche Massen von Nahrungsmitteln in kürzester Frist herbeigeschafft, daß die gesammelten Vorräthe trotz der verdoppelten Einwohnerzahl statt für 60, für 132 Tage ausreichten. Im Ganzen und Großen erfüllte daher die Befestigung von Paris doch den Zweck, den man durch sie erreichen wollte: eine starke feindliche Armee, wenn nicht 400,000, doch im Durchschnitt 200,000 Mann, wurde nicht zwei Monate, sondern vier Monate, an diesen Punct gefesselt und

dadurch den Provinzen Zeit gelassen, neue Armeen zu schaffen, den fremden Mächten Gelegenheit geboten, mit ihrer Friedensvermittlung einzutreten.

Die Bevölkerung und die Truppen.

Die Verteidigung der Hauptstadt lag in den Händen Trochus, der unzweifelhaft von dem Vertrauen der großen Mehrzahl der Einwohner getragen wurde. Allerdings fehlte es in Paris ja nicht an zahlreichen radicalen Elementen, die vom ersten Augenblick an danach trachteten selbst ans Ruder zu kommen und denen die Bewaffnung der unruhigen Vorstädter von Belleville und La Villette eine gefährliche Macht gab. Die Tumulte, die sie wiederholt anstifteten, lähmten die Verteidigung aber doch nicht erheblich: Trochu besaß mindestens 200,000 Mann, die den Verlockungen der Radicalen nicht zugänglich waren; etwa 80,000 derselben waren Linientruppen mit Einschluß der Marineinfanterie, der Rest Mobilgarden und Freischützen, die zum Theil aus den conservativsten Gegenden des Landes, wie aus der Bretagne und Normandie, stammten. Die Pariser Nationalgarde, die in 266 Bataillonen formirt und den Befehlen des Generals Tamisier unterstellt wurde, war allerdings zum großen Theil ebenso unzuverlässig in ihren politischen Gesinnungen, wie unbrauchbar zum Kampfe; ihre Stärke belief sich (mit Ausschluß der Mobilgarden) auf gleichfalls 200,000 Mann. Die im Felde verwendbaren Truppen wurden in zwei Armeen getheilt, deren eine Ducrot, die andere Trochu selbst befehligte; unter den Corps- oder Divisionsgeneralen befanden sich Vinoy und mehrere Admirale Saisset, La Roncière, Pothuan. Ausschüsse aller Art sollten für die Vervollständigung der Verteidigung sorgen; in vorzüglicher Weise wurde die Verbindung mit der Außenwelt durch die Tauben- und Ballonpost organisirt; eine besondere Barricadencommission tagte unter dem Vorsitze Rocheforts; ein wissenschaftlicher Ausschuß erhielt den Auftrag neue Zerstörungsmittel zu ersinnen, und erfreute sich dabei der Concurrenz zahlreicher Privatleute, die durch ihre Petroleumspritzen, Dampfmitrailleusen und Satansraketen die ganze deutsche Armee mit der Vernichtung bedrohten. Wenn der Patriotismus der Pariser schon in diesen Erfindungen vielfach eine lächerliche Gestalt annahm, so war das noch mehr der Fall in den hochtrabenden Redensarten, mit denen sie in Zeitungen und Clubs um sich warfen. Das heilige Paris wurde hunderttausendmal für uneinnehmbar erklärt, die Vermessenheit der Deutschen, die diese Hauptstadt des Weltalls, diese Sonne des Menschengeschlechts, diesen Brennpunct der Civilisation anzugreifen wagten, galt für eine Sünde wider den heiligen Geist der Menschheit. Glaubt es nicht, rief Victor Hugo, der sofort nach dem Sturze Napoleons von Brüssel nach Paris eilte, der Masse zu, die ihn begrüßen wollte, glaubt es nicht, daß diese Stadt, ein solcher Herd des Lichtes, ein solcher Mittelpunct der Geister, Herzen und Seelen, ein solches Gehirn des gemeinen Gedankens entweiht, zerschmettert, gestürmt werden könnte — und durch wen? durch einen Haufen von Wilden! Das war die Tonart, die anschlug, und die mit weniger Phantasie aber gleich großem Behagen von Journalisten und Clubrednern nachgeahmt wur-

Cimbern und Teutonen, Vandalen und Hunnen, Samojeden und Irokesen wurden die üblichen Ehrentitel für die Deutschen, und es war ordentlich eine wohlthätige Abwechslung, als Victor Hugo in einem neuen Musterstücke seiner Beredtsamkeit herausbrachte, daß Deutschland für den Occident sei, was Indien für den Orient, eine Art von — Urgroßmutter, und als er mit dem ganzen Feuer seiner Leidenschaft diese Urgroßmutter belehren und warnen wollte, daß sie sich nicht mit der Schande bedecken möge, Paris zu erobern.

Gefecht von Clamart.

Der Brand der Wälder und Gehöfte, durch den Trochu die Hauptstadt mit einer Art von Wüstengürtel umgeben wollte, verkündete inzwischen den Parisern, daß der Feind näher rücke. Nun galt es womöglich seine Versuche, die Einschließung zu vollziehen, zu stören, und ein erster Ausfall nach Süden hin sollte am 19. September diese Aufgabe lösen. Als die Posener und das bairische Corps Hartmann gegen Versailles vorrückten, wurden die ersteren von Ducrot mit vier Divisionen bei Petit-Bicêtre angegriffen; sehr bald aber kamen die Baiern zur Unterstützung heran und übernahmen schon gegen 11 Uhr allein das Gefecht, während die Posener auf Versailles weitermarschirten, da eine wilde Panik, die auf dem linken französischen Flügel bei einem Zuavenregimente ausbrach und auch andre Truppentheile ergriff, Ducrot zum Rückzug nöthigte. Die Baiern nahmen darauf noch eine feindliche Batterie in der Schanze von Moulin de la Tour, zwischen Clamart und Sceaux, ohne Kampf in Besitz, und die Umschließung war am Abend des Tages vollendet.

Die Cernirung.

Die Seine durchfließt Paris in einem nach Süden geöffneten Bogen, dessen Verlängerung oberhalb der Stadt in einer langen nordsüdlichen Linie besteht, während der Fluß abwärts bei Sèvres, nachdem er kaum aus der Umwallung von Paris herausgetreten ist, in scharfer Krümmung sich nordostwärts parallel der Umwallung zurückbiegt, um dann bei St. Denis in ebenso scharfem Bogen wieder die Richtung nach Südwesten einzuschlagen, die er bei Bougival, nordwestlich von Sèvres, wieder mit einer nordöstlichen vertauscht. Die Halbinsel zwischen Bougival, Sèvres und St. Denis wurde durch das stärkste aller Pariser Forts, den Mont Valérien, gedeckt; sie von Süden her zu beobachten waren die Posener unter Kirchbach bestimmt. Die eigentliche Südfront von Paris, von Sèvres an bis Choisy le Roi an der oberen Seine, fiel den Corps Bose, Hartmann und Tümpling zu. An diese schlossen sich auf dem rechten Seineufer die Würtemberger, deren linke Flanke zwischen Neuilly und Noisy an die Marne stieß, die unterhalb Choisy von Osten her, aber unter vielfachen Krümmungen, in die Seine mündet. Die Nordost- und Nordfront, von Noisy an der Marne bis St. Denis an der Seine, bewachten die Sachsen und die Garde, während die Thüringer von St. Denis bis gegen Bougival die Halbinsel des Mont Valérien von Westen umschlossen und somit den Posenern die Hand reichten.

Es war ein Kreis von ungeheurem Umfange, nicht weniger als 11 Meilen auf der Vorpostenlinie gemessen, den so die deutschen Truppen bildeten; statt der drei bis vier Mann, die man sonst auf

jeden Schritt der Umschließungslinie zu rechnen pflegt, kamen hier ihrer kaum zwei. Um so nöthiger war es, mit möglichster Schnelligkeit Verteidigungsstellungen einzurichten und dadurch den Anprall des Feindes, der leicht auf jeden einzelnen Punct unendlich überlegene Massen werfen konnte, ungefährlicher zu machen. Jeden Gedanken an einen gewaltsamen Angriff, wie ihn die Pariser wohl erwarteten, verwarf man natürlich im deutschen Hauptquartier; die dreifache Ueberlegenheit des Feindes, die feste Umwallung der Stadt und das Kreuzfeuer der Forts hätten das heldenmüthigste Sturmlaufen der bravsten Truppen vereiteln müssen. Für den artilleristischen Angriff dagegen traf man die Vorbereitungen schon jetzt, obwohl viele Wochen verstreichen mußten, ehe das nöthige schwere Geschütz in genügender Anzahl und mit ausreichender Munition eintreffen konnte; als erstes Ziel wurden die beiden westlichen Forts der Südfront, Issy und Vanves, in Aussicht genommen. Einstweilen konnte man sich deutscherseits lediglich verteidigend verhalten, und es lag also in der Hand Trochus, wie oft er zur Belebung des kriegerischen Muthes der Belagerten blutige Zusammenstöße herbeiführen wollte. Die ersten Ausfälle ließ er gegen Süden unternehmen: nach kleineren Vorstößen brach Vinoy am 30. September von dem dritten und vierten Fort der Südfront, Montrouge und Bicêtre, gegen die Schlesier vor; rechts und links wurde der Angriff durch Scheinmanöver unterstützt; allein das Ergebniß waren nur schwere Verluste auf französischer Seite, während die Deutschen wie bei den meisten folgenden Ausfällen in ihren gedeckten Stellungen verhältnißmäßig wenig litten. Ebenso ging es am 13. October, wo Vinoy gegen das zweite bairische Corps vorbrach und gleichzeitig die Kanonen des Mont Valérien das Schloß von St. Cloud, nördlich von Sèvres, gründlich zerstörten; — oder am 21. als Ducrot auf der Halbinsel des Mont Valérien in der Richtung auf Bougival vordrang und von den Posenern und der Gardelandwehr, die nach dem Fall von Straßburg zur Verstärkung herangezogen war, zurückgeworfen wurde. Nach Norden hin glückte den Franzosen am 28. October der Ueberfall des Dorfes Le Bourget, östlich von St. Denis; die einzige Gardecompagnie, die den Punct besetzt hielt, mußte ihn der Uebermacht preisgeben, und General Bellemarc, der das Unternehmen geleitet, wurde in Paris hoch gefeiert. Aber schon am 30. ging das Gewonnene wieder verloren; General Budritzki erstürmte das in der Zwischenzeit gut verbarrikadirte Dorf mit einem Verlust von etwa 500 Mann und machte dabei 1200 Gefangene; die Masse der Franzosen eilte in vollster Auflösung nach Paris zurück und je größer vorher der Jubel gewesen war, um so heftiger war jetzt die Aufregung und das Geschrei über den Rückschlag.

Ausfälle.

Le Bourget.

Die Radicalen.

Auf solche Unfälle aber lauerten in der Hauptstadt selbst die Radicalen, von der Art der Blanqui, Flourens, Grousset, denen die herrschenden Parteihäupter bei Weitem nicht entschieden genug waren. Schon einmal hatten sie am 1. October einen kläglichen Versuch gemacht, jene zu stürzen; jetzt traten zu dem Verlust von Le Bourget andre Ereignisse hinzu, die ihnen den Muth zu einer neuen Erprobung

ihrer Kräfte gaben: am 27. October war Metz gefallen, und der die Nachricht nach Paris brachte, war kein Geringerer als Thiers, der Orleanist, der Befürworter eines Waffenstillstandes. Nach der Beendigung seiner Rundreise an die europäischen Höfe hatte er sich am 21. October nach Tours begeben und bei Gambetta durchgesetzt, daß ihm gestattet wurde, im preußischen Hauptquartier, das seit dem 6. October in Versailles war, den Durchlaß nach Paris zu erbitten, um dort Bericht von seiner Reise abzustatten und Vollmacht zum Abschlusse eines Waffenstillstandes zu fordern, den Granville in einer Note vom 20. dringend empfohlen und die andern neutralen Großmächte sammt Spanien und Türkei befürwortet hatten. Da man in Versailles keinen Anstand nahm ihm den Weg nach Paris zu öffnen, so hatte er den Tag von Le Bourget in Besprechungen mit der Regierung zugebracht und kehrte am 31. October früh nach Versailles zurück, um die Verhandlungen mit Bismarck zu eröffnen. Er fand bei diesem ein sehr weitgehendes Entgegenkommen; 28 Tage hindurch sollten die Feindseligkeiten eingestellt werden, obgleich dadurch die Franzosen eine kostbare Zeit zur Vervollständigung ihrer Rüstungen gewannen; auch gegen die Theilnahme von Vertretern des Elsaß und Lothringens an der zu berufenden Nationalversammlung wollte Bismarck nichts einwenden. Selbstverständlich aber beharrte er bei seiner alten Forderung, daß während der Waffenruhe Paris nicht verproviantirt werden dürfe, es sei denn, daß die Deutschen dafür eine militärische Gegenleistung, also etwa den Mont Valérien, erhielten. Nach mehrtägigen erfolglosen Verhandlungen über diesen Punct entschloß sich Thiers endlich am 5. November nochmals nach Paris zu gehen, um dort Nachgiebigkeit zu empfehlen. Unbestimmte Meldungen der deutschen Vorposten hatten aber mittlerweile schon die Nachricht gebracht, daß in der Stadt eine Revolution ausgebrochen und die Regierung gestürzt sei. Erwies sich das gleich als übertrieben, so war es doch im eigenen Interesse Thiers geboten, sich nicht über die Vorpostenlinie hinauszuwagen, und die Besprechung, zu der Jules Favre und Ducrot erschienen, fand deshalb in einem zerfallenen Pavillon des Boulogner Wäldchens statt. Hier erfuhr Thiers die Vorgänge der letzten Tage. Bald nachdem er am 31. October die Stadt verlassen, hatten sich große Pöbelmassen in den Umgebungen des Stadthauses, wo die Regierung ihre Berathungen hielt, versammelt. Unter dem ungestümen Ruf: Die Commune, die Commune! forderten sie die Abdankung der Regierung und ihre Ersetzung durch sieben Männer: Dorian, Louis Blanc, Felix Pyat, Victor Hugo, Blanqui, Flourens und Delescluze. Andre riefen andre Namen dazwischen, wieder andre wollten erst die 80 Mitglieder der Commune gewählt wissen und aus deren Mitte dann die Regierung ernennen. Am ungeberdigsten von allen war Flourens; er drang mit seinen Banden in den Sitzungssaal ein und nahm die Regierung förmlich gefangen; nur Picard entkam durch eine List, indem er die Erlaubniß in ein Nebenzimmer zu treten erwirkte, dessen Thür schnell hinter sich verschloß und durch einen andern Ausgang forteilte. Vom Finanz-

Thiers in Paris.

Der Aufstand vom 31. October.

ministerium aus setzte er dann das gemäßigte Paris in Bewegung. Das erste Bataillon Nationalgarde, das seinen Befehlen nachkam, traf gegen 6 Uhr vor dem Stadthaus ein; es gelang ihm nicht, sich desselben zu bemächtigen; aber es konnte doch, als es sich vor der Uebermacht der Belleviller zurückziehn mußte, wenigstens Trochu, Ferry und Arago in seiner Mitte mit wegführen. Jules Favre mit den Uebrigen blieb dagegen noch bis nach Mitternacht in der Gewalt der „einsichtsvollen und ergebenen Bevölkerung", die er dem Grafen Bismarck gegenüber so eifrig in Schutz genommen hatte. Endlich in den ersten Stunden des 1. November waren die Anhänger der Regierung stark genug, um trotz der Barrikaden in das Stadthaus zu dringen und die Gefangenen zu befreien; gekämpft wurde dabei nicht, denn die Pöbelhaufen waren meist nicht mehr in der Verfassung dazu: sie hatten den Weinfässern und Vorrathskammern des Stadthauses nach Kräften zugesprochen und ließen jetzt schlaftrunken Alles über sich ergehn. Die Verhaftung von Blanqui, Pyat, Flourens und einigen andern Majoren der Nationalgarde war übrigens fast die einzige Vorsichtsmaßregel, welche die gerettete Regierung zu ergreifen wagte; außerdem berief sie das Volk von Paris auf den 3. November zur Abstimmung über ein Vertrauensvotum, das ihr mit etwa 560,000 Ja gegen 60,000 Nein ertheilt wurde, und ließ am 5. November neue Maires wählen, wobei sie in mehreren Bezirken Niederlagen erlitt. Rocheforts Austritt aus ihrer Mitte, die Ernennung Ferrys zum Maire von Paris an Aragos Stelle, die Ersetzung Tamisiers als Oberbefehlshaber der Nationalgarde durch den General Thomas und ein paar andre untergeordnete Personaländerungen bildeten das Nachspiel: das Gefühl der Sicherheit gewann die Regierung aber durch alle diese Schritte nicht wieder, und was die brennende Frage des Tages, den Waffenstillstand, anging, so war es ihr unter den gegebenen Umständen völlig unmöglich, ihn zu genehmigen, wenn sie ihn durch irgend welches Zugeständniß erkaufen sollte.

Mit diesen Nachrichten also kehrte Thiers nach Versailles zurück: natürlich hütete er sich sie Bismarck mitzutheilen, und brach die Verhandlungen einfach ab. Der Krieg nahm somit seinen Fortgang und es mußte sich nun zeigen, welche Früchte die unermüdliche Thätigkeit Gambettas bisher gezeitigt habe.

Die Provinzialarmeen.

An Menschenmassen, die er seinen Generalen zur Verfügung stellen konnte, fehlte es dem Dictator nicht; schon war die Wehrpflicht für die Nationalgarde bis zum 60., für die Mobilen bis zum 40. Jahre ausgedehnt; die Altersclassen bis zum 35. Jahre waren den Linienregimentern zugewiesen, die Freischützenschaaren hatten eine große Ausdehnung gewonnen und behinderten die Post- und Courierverbindung der Deutschen, ihre Verpflegung und ihren Vorpostendienst im h[illegible]en Grade. Für die Ausrüstung der Truppen, besonders für den Ankauf [illegible]on Waffen und Munition in England und Amerika, waren von v[illegible]en Departements freiwillig bedeutende Summen bewilligt worden, [illegible]it denen bereits Erhebliches geleistet war. Der Geist der neueingeste[illegible]en Krieger war zwar nicht gleichmäßig, aber im Allgemeinen doch [illegible]t,

zum Theil vortrefflich. Besonders ernteten die Mobilen aus den nördlichen und westlichen Landestheilen hohes Lob; hier ging der Bauer mit warmem Patriotismus und tiefgewurzelter, wenn auch vielfach abergläubischer Religiosität in den Kampf. Schon die Kriegslieder, die man in diesen Reihen sang, konnten zeigen, daß ein andrer Geist in ihnen lebte, als da wo die Marseillaise der stereotype Schlachtgesang war:

An jedem Morgen — erst Gebet,
Dann drauf mit Teufelswuth,
Und schlagt sie todt, wo ihr sie seht:
Das ist kein Christenblut!

Die Hölle hat sie ausgesandt!
Zermalmt sie! Ihr Gebein
Soll einst noch für's Bretagnerland
Der beste Dünger sein!

* * *

Die Kugeln sausen überall
Und schwirren durch die Luft.
In Feuersgluth erstrahlt der Wall
Und Gruft reiht sich an Gruft.

Juchhei! das ist mein Hochzeitstag,
Mein rothes Blut der Wein,
Kanonenhall und Trommelschlag
Soll Festmusik mir sein.

Leb wohl, leb wohl! und noch einmal
Reich deinem Schatz die Hand:
Der stirbt, wie seine Brüder all,
Für Glaub' und Vaterland.

Wenn Truppen, in deren Reihen solche markigen und wahr empfundenen Weisen entstanden und ertönten, Zeit gehabt hätten, sich tüchtig einzuüben und in den Dienst hineinzuwachsen, so würden sie gefährliche Gegner haben werden müssen. Diese Zeit ließ ihnen aber weder Gambetta noch die deutsche Heerführung. Am weitesten vorgerückt in der Organisation war das Corps des General Lamotterouge an der Loire, das schon Fourichon in seiner kurzen Ministerlaufbahn eifrig gefördert hatte. Allein schon Anfang October ins Feld zu rücken, wie man ihm zumuthete, war zu viel verlangt. Und doch zwangen die Verhältnisse dazu. Als nämlich in den ersten Octobertagen die preußischen Cavalleriedivisionen, welche die im Rücken der Belagerungsarmee liegenden Departements durchstreiften, um sie von Freischützen zu säubern und den Anmarsch feindlicher Truppen zu beobachten, Meldung von dem Auftauchen französischer Streitkräfte an der Loire machten, wurde von der Tann, der von Sedan vor Paris angekommen war, mit seinem eigenen Corps der rhein-hessischen Division Wittich und reichlicher Cavallerie, zusammen 28,000 Mann mit 160 Geschützen, südwärts vorgeschickt. Schon am 10. October stieß seine Vorhut bei Artenay, nördlich von Orléans, auf den Feind warf ihn, ohne selbst erhebliche Verluste zu erleiden, zurück und nahm ihm über 1000 Gefangene ab. Ernstlicher war der Kampf am andern Tage, wo Lamotterouge sein ganzes Corps vereinigt hatte und in sehr günstiger

Artenay.

Orléans. Stellung vor Orléans die Schlacht annahm. Sie währte von Morgens 10 bis Nachmittags 5 Uhr; von Abschnitt zu Abschnitt mußte der Feind aus den Weinbergen, Gärten und Parks vertrieben werden; erst als er zum Rückzug in die Stadt gezwungen wurde, gab er den Widerstand auf und ging über den Fluß, so daß die Baiern noch am selben Abend in Orléans einziehen konnten.

Gambetta enthob in Folge dessen Lamotterouge seines Commandos und ersetzte ihn durch den General Aurelle de Paladines, einen alten, sehr besonnenen und vorsichtigen Mann, der entschlossen war seine Truppen erst besser auszurüsten und einzuüben, ehe er sie wieder in den Kampf führte. Moltke hätte auch ihm am liebsten dazu nicht die Zeit gelassen. Er stellte von der Tann anheim, über die Loire bei Bourges vorzudringen und die dortigen großen Arsenale und Fabriken zu zerstören. Da der bairische General diesen Auftrag aber bei der Schwäche seiner Truppen und der Ungunst des seenreichen Terrains am linken Loire-Ufer für unausführbar hielt, so unterblieb es und die Division Wittich wurde statt dessen nach Westen geschickt, wo Freischützen und Mobilgarden ihr Wesen trieben. Der nächtliche Ueberfall einer Husarenabtheilung in dem Dorfe Ablis war an den Bewohnern, mit deren Hülfe er ausgeführt war, schon am 8. October Chateaudun. durch die Zerstörung des Ortes gesühnt worden. Jetzt war das nächste Ziel Chateaudun, wo der Graf Lipowski mit etwa 1000 Mann sich durch höchst kunstvolle Barrikaden, übrigens zum großen Kummer der Stadtbehörden, festungsmäßig eingerichtet hatte. Der Ort wurde am Nachmittag des 18. October angegriffen und mit schweren Opfern erstürmt; erst um 3 Uhr Nachts erstarb der erbitterte Kampf in den Straßen der Stadt, die dabei selbstverständlich schlimm mitgenommen ward. Der Vormarsch nach Chartres, das von den Mobilgarden geräumt wurde, und die Entsendung einer Abtheilung nach Dreux und darüber hinaus gaben dem General Wittich die Gewißheit, daß er keine kampffähigen Gegner mehr sich gegenüber habe, und so trat auch auf dieser nach Westen gerichteten Front Ende October eine Ruhepause ein.

Der Osten. Im großen Hauptquartier hatte man währenddes den Wunsch bis Bourges vorzudringen, den Tann nicht erfüllen konnte, auf andre Weise zu erreichen gesucht: am 19. October erhielt Werder ein Telegramm Moltkes, das ihn anwies, den Feind, welchen er sich gegenüber hatte, bis Besançon zu verfolgen und dann westlich über Dijon nach Bourges zu marschiren. Dem General Cambriels, der die Organisation der französischen Streitkräfte im Osten leitete, war es noch weniger als Lamotterouge möglich gewesen, einen festen Kern für die lockeren Anhängsel der Freischützen und Mobilgarden zu bilden. Denn gleich nach dem Fall von Straßburg hatte Werder den Generalmajor von Degenfeld mit etwa 6000 Badensern über die Vogesenpässe in das südliche Lothringen geschickt, und dieser hatte an der oberen Meurthe am 5. October bei Raon l'Etape, besonders aber am 6. südlich Etival. davon bei Etival, was sich ihm an Feinden entgegenstellte, geworfen und dadurch die ganze Gegend so gesäubert, daß Werder selbst fast

ohne einen Gegner zu treffen über Epinal an der oberen Mosel nach Vesoul, etwa 5 Meilen nördlich von Besançon, hatte vorrücken können. Hier traf ihn das erwähnte Telegramm Moltkes. So gefährlich der Auftrag war, den 50 Meilen langen Marsch nach Bourges anzutreten und sich dort ohne gesicherte Rückzugslinie mit einem Feinde zu messen, der selbst dann, wenn von der Tann zur Mitwirkung von Orléans herbeikam, eine große Ueberlegenheit haben mußte, so war Werder doch zur Ausführung bereit; nur mußte Cambriels vorher noch einmal kräftig auf Besançon zurückgeschlagen sein. Dieser Absicht dienten die Gefechte am Ognon, einem Nebenflusse der Saône, der parallel dem Doubs (an welchem Besançon liegt) in südwestlicher Richtung fließt. An demselben standen, etwa 2 Meilen von der Festung, die Franzosen. Werder griff sie am 22. October an, warf sie über den Fluß und drängte sie bis unter die Mauern der Stadt zurück. Dann trat er seinen Marsch nach Westen an und überschritt am 24. bei Gray die Saône.

Ognon.

Der Fall von Metz befreite ihn von dem gefährlichen Weitermarsch. Jetzt, wo man im großen Hauptquartier über die Armee des Prinzen Friedrich Carl verfügen konnte, dachte man nicht mehr daran, das kleine Corps auf das gewagte Unternehmen auszuschicken. Werder erhielt den neuen Auftrag, bis nach Dijon, der alten burgundischen Hauptstadt, vorzustoßen und im Uebrigen die Zweite Armee bei ihrem Vormarsch in der linken Flanke zu decken. Nachdem General Beyer den ersten Theil dieser Aufgabe am 31. October durch die Erstürmung Dijons gelöst hatte, nahm das Corps Aufstellung auf der 12 Meilen langen Linie Dijon-Vesoul. Etwa 22,000 Mann stark hatte es mindestens 60—70,000 Feinde im Schach zu halten, die von General Michel, den Gambetta zu Cambriels Nachfolger ernannte, und von Garibaldi organisirt wurden. Zu ernsteren Gefechten kam es vorerst nicht; bei einem Vorstoß gegen Dôle, unweit der Doubs-Mündung, konnte man Anfang November keinen Feind entdecken.

Dijon.

Um so regsamer wurden die Franzosen jetzt aber an der Loire. Aurelle hatte die Ausrüstung seiner beiden Corps (Paillères und Chanzy) südlich von der Loire unbelästigt vollziehen können, da es ihm gelungen war, die Ungeduld Gambettas, der schon Ende October zu einem Angriff auf von der Tann Befehl gab, eine Zeit lang zu zügeln. Als aber der Fall von Metz bekannt wurde, ließ sich der Dictator, der in leidenschaftlichen Proclamationen den gefangenen Bazaine des Verrathes beschuldigte, nicht mehr halten. Der bairische General hatte für den Fall eines Angriffs den Befehl erhalten, Orléans nur gegen überlegene Streitkräfte zu räumen; da er aber seine Cavallerie und Artillerie in dem unebenen Terrain bei der Stadt nicht gut verwerthen konnte, so beschloß er den Versuch, ob er dem Gegner gewachsen sei, weiter westlich bei Coulmiers zu machen. Mit 19,000 Mann und 110 Geschützen erwartete er hier die Franzosen, die am 9. November mit 70,000 Mann und 160 Geschützen angriffen. Auf dem rechten Flügel vermochten sie seine Stellung nicht zu erschüttern; in der Mitte und links aber mußte er nach sechsstündigem Kampfe

Die Loire-Armee.

Coulmiers.

und einem Verlust von 1500 Mann weichen; die Franzosen hatten ihren ersten Sieg errungen. Der blutige Widerstand und der musterhafte Rückzug der Baiern benahmen ihnen aber alle Lust zur Verfolgung; vielmehr beschloß ein Kriegsrath, an dem Gambetta und Freycinet Theil nahmen, vor Orléans ein großes verschanztes Lager anzulegen und ruhig den Angriff der Deutschen abzuwarten; von einem Vormarsch gegen Paris wagte selbst der Dictator kaum zu sprechen. In der That würde dieser auch auf ernstlichen Widerstand gestoßen sein. Da man in Versailles die gefährdete Lage der Baiern wohl kannte, hatte man der Division Wittich den Befehl ertheilt, sich wieder mit von der Tann zu vereinigen und außerdem noch die holsteinische Division Treskow und eine zweite Cavalleriedivision südwärts entsandt; alle diese Truppen (45,000 Mann mit 200 Geschützen) versammelten sich am 12. November bei Toury an der Straße Paris-Orléans unter dem Oberbefehl des Großherzogs von Mecklenburg, stark genug, dem Vorrücken des Feindes Halt zu gebieten. Als dieser nun in Folge des erwähnten Kriegsrathes sich vollständig still verhielt, glaubte man deutscherseits, er habe einen Linksabmarsch vollzogen und beabsichtige über Chartres und Dreux von Westen her auf Paris loszugehn. Kaum waren daher die Spitzen von Friedrich Carls Armee von Metz her nahe genug herangekommen, um schlimmsten Falls die Straße Paris-Orléans decken zu können, so wurde der Großherzog am 15. November westwärts geschickt, um den Feind zu suchen. In mühseligen Märschen die Kreuz und Quer wurde bis gegen Le Mans hin die Gegend aufgeklärt, von der Loire-Armee aber keine Spur gefunden. Nun erst überzeugte man sich, daß dieselbe vor Orléans geblieben sei und dort in voller Stärke dem Prinzen Friedrich Carl entgegentreten werde. Der Großherzog wurde deshalb angewiesen, schleunigst dorthin zurückzukehren und sich unter den Oberbefehl des Prinzen zu stellen, der mit etwa 60,000 Mann (Hessen-Holsteiner, Brandenburger und Hannoveraner) seinen Marsch von der Mosel an die Loire vollendet hatte und nunmehr über 85,000 Mann Infanterie, 20,000 Reiter und 480 Geschütze verfügte. In weitem Bogen von Orgères, westlich der Straße Paris-Orléans, über Toury (an dieser Straße) und Pithiviers bis Beaune la Rolande standen dieselben zu Abwehr und Angriff bereit.

Aber auch die Loire-Armee hatte sich in der Zwischenzeit verstärkt, ja verdreifacht; auf ihrem linken Flügel war ein Corps unter General Durrieu, auf dem rechten deren zwei unter Crouzat und Billot eingerückt; Freycinet berechnete die Gesammtstärke aller fünf Corps, freilich übertreibend, auf 250,000 Mann. Ungeduldig forderten er und Gambetta jetzt von Aurelle die Offensive: Paris hungre und fordre Hülfe; Trochu wolle mit 150,000 Mann ausfallen; [illegible] Norden her rücke eben jetzt eine Armee zum Entsatz der Hauptst[illegible] vor. Trotz alledem beharrte Aurelle auf der Weigerung, seine fes[illegible] Stellungen zu verlassen. Da riß den Strategen in Tours die Gedu[illegible], und weil sie den Sieger von Coulmiers doch nicht abzusetzen wagt[illegible], gab Freycinet den Generalen der neuen Corps unmittelbare Befel[illegible]

Durrieu widersetzte sich und wurde alsbald entfernt; sein Nachfolger Sonis gehorchte, verließ seine feste Stellung auf dem linken Flügel hinter dem Conie-Bache um Chateaudun zu besetzen und wurde in Folge dessen von dem Großherzog von Mecklenburg so übermanövrirt, daß er sich schleunigst südlich auf Marchenoir zurückziehen mußte, wo er nach einem beschwerlichen Nachtmarsche am 29. Morgens, ohne gekämpft zu haben, in großer Unordnung ankam. Noch viel schlimmer lief die Sache auf dem rechten Flügel ab. Crouzat sollte mit seinem und Billots Corps die Hannoveraner (Voigts-Rhetz) bei Beaune la Rolande angreifen. Mit rühmlichem Feuer gingen die jungen Truppen am 28. ins Gefecht und bereiteten durch ihre große Zahl den Deutschen schwere Stunden: Juranville und andre Dörfer gingen verloren, Beaune la Rolande war ernstlich gefährdet. Als aber auf dem linken deutschen Flügel die Brandenburger eintrafen und so den Hannoveranern den Dienst von Vionville vergalten, wendete sich der Kampf, und nur der aufgeweichte Lehmboden, welcher der deutschen Cavallerie die Verfolgung unmöglich machte, rettete den geschlagenen Feind. Vergebens bemühte sich Freycinet die Schlacht für einen Sieg auszugeben und Crouzat zu neuem Vorgehen zu drängen; weder dieser noch Billot, dem darauf der Oberbefehl über die beiden Corps des rechten Flügels übertragen wurde, konnten ihren Truppen ohne Ruhetage einen neuen Kampf zumuthen: sollte etwas geschehen, so mußte jetzt Aurelle mit den beiden Corps des Centrums vor. In einem Kriegsrath vom 30. November erklärte er sich dazu bereit und Ballonnachrichten aus Paris, die andern Tages meldeten, Ducrot habe die preußischen Linien durchbrochen, erhöhten die Zuversicht auf das Gelingen. Am 1. December rückte demnach Chanzy gegen den rechten Flügel der Deutschen, den die Baiern bei Orgères bildeten, heran; eine vorgeschobene Brigade derselben nahm bei Villepion den Kampf auf, konnte ihre Stellung aber nicht gegen die Uebermacht behaupten, sondern ging Abends auf Orgères zurück. Früh am 2. December jedoch drang das ganze bairische Corps wieder vorwärts, auf seiner Linken bei Bazoches les hautes von der Division Treskow unterstützt, während noch weiter links, bei Poupry, an der Straße Paris-Orléans, die Division Wittich und Theile des Corps Manstein gegen Paillères kämpften. Die hartbedrängten Baiern wurden durch einen glänzenden Vorstoß Treskows aus ihrer bedenklichen Lage befreit und warfen Chanzy südwärts zurück; bei dem Dorfe Loigny wurde dieser von dem als Reserve dienenden Corps Sonis aufgenommen, das bis in die Dunkelheit hinein den Widerstand fortsetzte, dann aber ebensowohl wie Paillères den Rückzug antreten mußte; bei allen diesen Truppen zeigten sich nach der Schlacht, in der sie große Tapferkeit bewiesen hatten, die Mängel ihrer ungenügenden Ausbildung; den einzelnen Regimentern fehlte der Zusammenhang, sie irrten compagnieweise auseinander; die einzelnen Soldaten kannten keine Disciplin: viele ließen sich gefangen nehmen, viele trieben sich betrunken in Orléans und der Umgegend herum. Noch einmal, am 3. December, die Offensive zu ergreifen, war Aurelle deshalb außer Stande; er hätte selbst

Beaune la Rolande.

Loigny und Bazoches.

Orléans.

Orléans geräumt, wenn er dadurch bei dem schnellen Vordringen der Deutschen nicht gar zu große Truppentheile preis gegeben hätte. So hielt er seine Stellungen am Rande des Waldes von Orléans unter lebhaftem Kampfe besonders bei Artenay noch einen Tag fest; als dann am 4. December aber die ganze Armee Friedrich Carls, im Centrum auf der Straße selbst Manstein, westlich derselben der Großherzog, östlich Alvensleben und Voigts-Rhetz, vorrückte, nahm er seine Truppen fechtend zurück und räumte in der Nacht zum 5. die Stadt, die sofort von Manstein besetzt wurde. Mehr als 10,000 Gefangene waren während der zweiten Schlacht vor Orléans in die Hände der Deutschen gefallen.

Beaugency.

Die deutsche Armee hatte sich auf diese Weise des Centrums der feindlichen Stellung bemächtigt, und die französischen Flügel mußten ihren Rückzug in entgegengesetzter Richtung antreten: die Corps Crouzat, Paillères und Billot die Loire aufwärts gegen Gien, Chanzy und Sonis den Fluß hinab gegen Tours. Da Aurelle nach seiner Niederlage sofort des Commandos enthoben wurde, so gingen aus der Loire-Armee nunmehr zwei selbständige Heere hervor, deren eines Bourbaki befehligte, den Gambetta schon einige Tage früher von Lille nach Orléans gerufen hatte, während das andere Chanzy anvertraut wurde. Das letztere wurde sofort durch zwei neue Corps, die im Lager von Conlie hinter Le Mans durch Kératry gebildet waren, vergrößert und war so im Stande, wenige Meilen unterhalb Orléans, bei Beaugency und Marchenoir, wieder Halt zu machen. Die Aufgabe ihm zu folgen war dem Großherzog von Mecklenburg zugefallen, und obgleich auch seine Truppen durch die schweren Mühen der letzten Wochen arg zusammengeschmolzen waren (das Corps von der Tann zählte beispielsweise nur noch 10,000 Mann), war er doch bereits am 7. December wieder am Feinde, und es begann die viertägige Schlacht von Beaugency. Trotz der fünffachen Ueberlegenheit der Franzosen gelang es von Tag zu Tag, ihnen feindlichen Boden abzugewinnen, und als Prinz Friedrich Carl, der selbst wieder den Oberbefehl übernahm, die Hannoveraner zur Unterstützung herbeiführte, während Manstein auf dem linken Ufer der Loire vordrang und den Rücken der Franzosen bedrohte, gab Chanzy endlich die tapfer vertheidigte Stellung auf und zog sich nordwestwärts auf Le Mans zurück. Der Deckung von Tours war er überhoben, da die Außenregierung die Stadt schon am 9. verließ und ihren Sitz nach Bordeaux verlegte. Noch fast eine Woche, bis zum 16. December hin, stand aber ein neuer Kampf fast täglich in Aussicht. Chanzy hielt sich in sehr fester Stellung bei Vendôme hinter dem Loir, einem der Loire fast parallel laufenden Nebenflusse; Friedrich Carl mußte eilen, ihn von dort zu vertreiben, denn oberhalb Orléans bei Gien wurde das Anrücken Bourbakis beobachtet, dem von der Tann mit den paar tausend Mann, denen in Orléans endlich eine Erholungspause gegönnt war, unmöglich widerstehen konnte; es drohte die Gefahr, daß die deutsche Heeresmacht von hinten und vorn zugleich mit weit überlegenen Massen angegriffen werde. Der plötzliche Abmarsch Chanzys

Räumung von Tours.

und die Umkehr Bourbakis machten dieser peinlichen Lage ein unerwartetes Ende; mit dem 17. December begann für die Deutschen eine Ruhezeit, deren sie dringend bedurften. Ihre Reihen waren in erschreckender Weise zusammengeschmolzen, die Munition reichte für große Unternehmungen nicht mehr hin, Ausrüstung und Bekleidung, besonders das Schuhzeug befand sich im übelsten Zustande: wenige zähe Gemüther ausgenommen, hatte Jedermann selbst die glücklichsten Gefechte satt. Die Hannoveraner blieben am Loir und besetzten am 19. auch Tours; der Großherzog von Mecklenburg, durch neue Cavalleriedivisionen verstärkt, übernahm die Deckung gegen Westen bei Chartres und Dreux; die übrigen Corps wurden auf Orléans zurückgezogen und dorthin auch das Hauptquartier des Prinzen verlegt. Die Baiern, die in den ersten zehn Decembertagen an 6000 Mann verloren hatten, rückten bald darauf nach Paris ab und ergänzten hier ihre Lücken, so daß sie kaum zwei Monate später mit etwa 26,000 Mann ihre ursprüngliche Stärke fast wieder erreicht hatten.

Die Lage von Paris.

Die furchtbaren Opfer und Anstrengungen der deutschen Loire-Armee waren ihres Preises werth gewesen: alle Hoffnungen, die man in Paris auf Aurelle setzte, hatte ihre zähe Tapferkeit vereitelt. Nach den ereignißvollen Tagen zu Ende October war vor der französischen Hauptstadt eine längere Ruhe eingetreten; die amtlichen Telegramme aus dem deutschen Hauptquartier hatten der Ungeduld der daheim Gebliebenen wenig Anderes zu melden als das einförmige: Vor Paris nichts Neues. Im Inneren der Stadt machten sich die unangenehmen Wirkungen der Einschließung allmälig fühlbarer; die Preise der Lebensmittel nahmen eine schwindelnde Höhe an, frisches Fleisch wurde immer seltener und beschränkte sich schon Ende November fast gänzlich auf Pferdefleisch. Trotzdem machte sich wenigstens äußerlich in der Stimmung der Einwohner noch kein Wechsel bemerklich; ein paar kleinmüthige Zeitungsartikel, die gegen Mitte des Monats eine Wendung einzuleiten schienen, wurden durch die Nachricht von Aurelles Sieg bei Coulmiers vollständig aufgewogen. Mit unbeschreiblicher Freude verkündete Favre die großartig aufgebauschte Siegesbotschaft den Parisern, und die Loire-Armee war von nun an der feste Hoffnungsanker, an dem sich Paris hielt. Da der Verkehr mit der Außenregierung Dank der Ballon- und Taubenpost regelmäßig genug war, um mit annähernder Sicherheit gemeinsame Unternehmungen für dieselbe Zeit verabreden zu können, so galt es nun ein Zusammenwirken ins Leben zu führen. An demselben Tage, wo der rechte Flügel der Loire-Armee bei Beaune la Rolande gegen die Hannoveraner losstürmte, verkündete Ducrot, den Trochu mit der Leitung eines großen Ausfalles betraut hatte, seinen Truppen, daß die Stunde gekommen sei, den eisernen Ring der Deutschen zu durchbrechen und daß er persönlich entschlossen sei und es vor der ganzen Nation schwöre, entweder todt oder als Sieger nach Paris zurückzukehren. Um die Richtung des Hauptausfalles zu verhüllen, wurde nach verschiedenen Seiten hin demonstrirt, um die artilleristischen Unterstützungen zu ver-

Mont Avron. stärken, der Mont Avron vor der Ostfront von Paris am 28. November besetzt und mit Geschützen bepflanzt. Derselbe liegt grade nördlich von jener Stelle des Marnelaufes, wo dieser Fluß kurz vor seiner Mündung seine westliche Richtung verläßt, um erst ein Stückchen nach Süden zu fließen, dann die Gestalt eines großen lateinischen S nachzuahmen, und endlich den unteren Bogen dieses S durch eine plötzliche Wendung nach Norden fast zur Insel zu machen, ehe er mit einer letzten westlichen Krümmung sich in die von Süden kommende Seine ergießt. Champigny und Brie. Am ersten Tage des Ausfalls, am 29. November, drang Vinoy am linken Seineufer gegen die Schlesier vor; doch ward er so ungenügend unterstützt, daß er die beim ersten Anprall genommenen Ortschaften wieder räumen mußte; der eigentliche Angriffspunct lag denn auch ganz wo anders: in dem oberen Bogen des Marne-S. Die offene Seite desselben wird durch das Dorf Champigny geschlossen; nördlich davon liegt Brie, östlich mittwegs von beiden Villiers. Alle diese Dörfer, wie überhaupt den ganzen unteren Marnelauf, hatten die Würtemberger zu verteidigen; rechts auf dem andern Marne-Ufer schlossen sich die Sachsen an, links an der Seine die Pommern; jene hatten in aller Frühe des 30. November ein Bataillon zur Unterstützung der Würtemberger nach Champigny geschickt; allein dasselbe wurde von den Franzosen, die auf acht Brücken über den Fluß setzten, überrascht und mußte das Dorf räumen. Da Ducrot eine fast zehnfache Uebermacht auf der Durchbruchslinie zu entwickeln vermochte, bedurfte es von Seiten der Würtemberger der zähesten Ausdauer, um sich zu behaupten. Brie mußten sie noch fahren lassen, aber aus Villiers konnte kein Ansturm der Franzosen sie vertreiben; vielmehr gingen sie selbst zur Offensive über, wenn auch mit keinem besseren Erfolge als die Sachsen, die wiederholt vergeblich gegen Brie vorstürmten. Die Pommern und ein Theil der Würtemberger hatten bei den Dörfern Bonneuil und Mesly (südlich von dem untern Marnebogen) abgesondert zu kämpfen und konnten keine Hülfe bringen. So endete der Tag damit, daß Champigny und Brie in den Händen des Feindes blieben, ohne daß dieser damit eine Lücke in die Umzingelung gerissen hätte. Die Nachrichten, welche Trochu sofort an Gambetta sandte, stellten den Erfolg natürlich im glänzendsten Lichte dar, und da sie auch der gänzlich gleichgültigen Besitznahme von Epinai, einem Dörfchen an der Seine unterhalb St. Denis, erwähnten, ohne die Lage desselben beizufügen, so glaubte man in Tours nicht anders, als dieses Epinai sei ein etwa 20 Kilometer südlich von Paris gelegener Ort dieses Namens, und schloß daraus, daß der Durchbruch vollkommen gelungen sei. Ungestüm forderte Gambetta nun den sofortigen Vormarsch der Loire-Armee, um den Parisern die Hand zu reichen: die Niederlagen v[illegible] Bazoches les Hautes, der Verlust von Orléans waren die Fol[illegible] Ducrot aber ruhte einen vollen Tag auf seinen bescheidenen Lorbee[illegible] und gestattete den Deutschen pommersche und schlesische Regimenter hera[illegible] zuziehen und für den 2. December Alles zur Wiedereroberung der ve[illegible] lorenen Dörfer vorzubereiten. Noch ehe es hell wurde, stürmten di[illegible]

Sachsen Brie, die Würtemberger Champigny; und wenn beide die gewonnenen Stellungen auch noch einmal wieder räumen und dann stundenlang bei Villiers und dem südlich davon gelegenen Coeuilly in der Verteidigung verharren mußten, so begann doch Nachmittags wieder die Angriffsbewegung, und als der kurze Wintertag zu Ende ging, war nur noch Brie in der Hand des Feindes. Damit war die Leistungsfähigkeit der Pariser erschöpft; am 3. December nahmen sie den Kampf nur noch auf, um den Rückgang über die Marne zu decken; über 6000 Mann, die sie selbst, gegen 5000, welche die Deutschen verloren hatten, waren dem verunglückten Versuche zum Opfer gefallen.

Gleich darauf ließ Graf Moltke Trochu Meldung von den Vorgängen an der Loire machen; die Hoffnung, ihn dadurch zum Einlenken zu bewegen, schlug aber fehl, obgleich Niemand weniger als der Guvernör-Präsident sich aus der Unmöglichkeit einer erfolgreichen Verteidigung ein Hehl machte. Hatte er doch den Widerstand der Hauptstadt von Anfang an im engeren Kreise als eine heldenmüthige Narrheit bezeichnet und höchstens an die Möglichkeit geglaubt, mit einem Theile der Besatzung nach Westen hin durchbrechen zu können. Weil ihm aber von dort aus kein Entsatzheer entgegenkam, so unternahm er auch jetzt keinen Versuch in dieser Richtung, sondern bestimmte zum nächsten Angriffspunct die Nordfront, obgleich die Aussichten, dort mit dem französischen Nordheere Fühlung zu gewinnen, auch nur sehr gering waren. Der Ausfall, von Admiral Roncière und Ducrot geleitet, fand am 21. December statt; der Verlauf entsprach den bisherigen Erfahrungen: zuerst drangen die Franzosen ein paar Kilometer in die preußischen Vorpostenstellungen ein, besetzten Stains, Dugny, Le Bourget und andere Ortschaften östlich von St. Denis, dann erlahmte ihr Angriff an den festen Positionen des Gardecorps, endlich ging dieses zum Angriff über und nahm auch das Anfangs verlorene Terrain wieder. Mehr als 1000 Gefangene und eine große Anzahl Todter und Verwundeter waren der Preis des unglücklichen Tages.

Le Bourget.

Die Nordarmee.

An ernstlichen Versuchen, der bedrängten Hauptstadt von Norden her zu Hülfe zu kommen, fehlte es allerdings nicht. Ungestört hatte Bourbaki mehrere Wochen lang seine Organisationsarbeiten betreiben können, ehe Manteuffel nach Beendigung der Metzer Gefangenentransporte am 7. November mit der Ersten Armee westwärts aufbrach und am 21. bei Compiègne die Oise erreichte. Der Schauplatz, auf dem er zu wirken hatte, war im Wesentlichen das Viereck, das im Südosten von der Oise, im Nordosten von der Somme, im Nordwesten von der Meeresküste, im Südwesten von der Seine eingeschlossen wird. An der Oise hielt der Feind nur noch einen festen Punct, La Fère, besetzt, und auch dieser capitulirte schon am 27. November; an der Somme waren St. Quentin (zwei bis drei Meilen nördlich von La Fère) und dann abwärts La Péronne, Amiens und Abbéville die hauptsächlichsten Stützpuncte; Amiens insbesondere mußte wegen seiner zahlreichen Eisenbahnverbindungen für äußerst wichtig

gelten. Manteuffel wandte sich zunächst dorthin und stieß nach kleineren Gefechten am 27. November auf die Truppen des Generals Farre, der einstweilen an Bourbakis Stelle getreten war. Man hatte deutscherseits erwartet, der Feind werde hinter der Somme Aufstellung nehmen und deshalb erst für den 28. auf eine Schlacht gerechnet; statt dessen fand man ihn nun schon südlich des Flusses in wohlvorbereiteten Stellungen und mußte ihn obendrein mit getrennten Kräften angreifen; denn Goeben mit dem rheinischen Corps marschirte links, Bentheim mit einigen ostpreußischen Regimentern und die Cavalleriedivision Groeben rechts von der Avre, einem von Süden kommenden Nebenflusse der Somme, der eine gegenseitige Unterstützung unmöglich machte. Die Rheinländer drangen langsam aber sicher von Dorf zu Dorf vor, erstürmten bei Anbruch der Dunkelheit Dury, eine Meile südlich von Amiens, mußten dem Feinde aber die dahinter liegenden Schanzen lassen; die Ostpreußen waren bei ihrer geringen Zahl in weit schlimmerer Lage und vermochten besonders nach links hin nicht Boden zu gewinnen, so daß Manteuffel hier persönlich die Bedeckung des Hauptquartiers ins Gefecht führte, damit der Feind sich nicht zwischen seine beiden Flügel dränge. Und doch fiel grade bei den Ostpreußen die Entscheidung. In Verbindung mit Groebens Cavallerie erstürmten sie auf ihrem rechten Flügel gegen 4 Uhr das Dorf Villers-Bretonneux und nahmen dem Feinde, der sich fluchtartig zurückzog, über 1100 Gefangene. Der Verlust an Todten und Verwundeten betrug auf beiden Seiten je 1200 Mann, die französischen Mobilgarden waren zum Theil in völlige Auflösung gerathen. Zur Verfolgung fehlte es Manteuffel an Mitteln; überdies war ihm als eigentliches Angriffsziel Rouen zugewiesen. Er wartete deshalb nur die Capitulation der Cidatelle von Amiens (am 30. November) ab, ließ dann von der Groeben mit ein paar Regimentern hier zurück und marschirte selbst mit 30,000 Mann gegen die untere Seine vor, wo General Briand ein Heer von 44,000 Mann gesammelt hatte.

Amiens.

Rouen.

Wider Erwarten hielt dieser jedoch nicht Stand, so daß Rouen am 6. December besetzt und durch einzelne Abtheilungen Dieppe an der Küste und andere Städte eingenommen werden konnten. Weiter nach Westen vorzudringen und etwa gar einen Angriff auf Havre zu wagen, war um so weniger thunlich, als zahlreiche Anzeichen lehrten, daß Faidherbe, der an Farres Stelle das Commando der Nordarmee übernommen hatte, östlich von Amiens über Péronne und St. Quentin auf Paris losrücke. Er änderte diesen Plan zwar und wandte sich gegen Amiens, das von der Groeben in Folge dessen zu Manteuffels größtem Mißfallen am 16. December räumte. Aber auch hier konnten die Deutschen nur dann auf erfolgreichen Widerstand sich Hoffnung machen, wenn sie den 60,000 Mann, auf die man die Franzosen schätzte, alle nur irgend verfügbaren Kräfte entgegenstellten. Amiens selbst wurde schleunigst noch vor Ankunft des Feindes am 18. wieder besetzt; bei Rouen blieb Bentheim mit nur 13 Bataillonen stehen; reichlich 20,000 Mann wurden am 22. December an der Somme vereinigt,

um dem fast dreifach überlegenen Feinde die Stirne zu bieten. Dieser hatte eine vortreffliche Stellung hinter der Hallue, einem oberhalb Amiens von Norden her in die Somme mündenden Flüßchen. Früh am 23. rückte Goeben mit den Rheinländern darauf los und entriß dem Feinde in heißem Kampfe alle Dörfer an den Flußübergängen; ganz vergeblich aber waren seine Versuche, die steilen jenseitigen Thalhänge zu erstürmen. Schon hatte die Dunkelheit der Schlacht ein Ende gemacht, da brachen die Franzosen um 5 Uhr noch einmal vor und bedrohten die deutschen Stellungen; aber mit Hülfe der Reserven gelang es, sie alle ohne Ausnahme zu behaupten, um 6 Uhr war der Vorstoß auf der ganzen Linie siegreich abgewiesen. Deutscherseits bereitete man nun für den 25. eine Umgehung des rechten französischen Flügels vor, und da auch der Feind nicht ernstlich angriff, verstrich der 24. fast ohne Kampf: in der Frühe des Weihnachtsfestes aber erkannte man, daß Faidherbe die ganze Stellung geräumt hatte. Sofort begann die Verfolgung in nordöstlicher Richtung, die bis Bapaume fortgesetzt wurde, während andere Truppentheile ostwärts zur Umschließung von Péronne abgingen, und wieder andere zur Unterstützung Bentheims nach Rouen zurückgeschickt wurden.

Hallue.

Dort war es in der Zwischenzeit zwar zu keinem herzhaften Angriff der Franzosen gekommen, aber das kleine deutsche Häuflein hatte sich doch sehr zusammenhalten müssen, um die überlegenen Schaaren des Feindes auf beiden Seineufern und die 30,000 brodlosen Arbeiter der Stadt in Schach zu halten. Die Verstärkung, welche Bentheim nach der Schlacht an der Hallue erhielt, benutzte er schleunigst zu einem Vorstoße: durfte er doch nicht darauf rechnen, sie lange zu behalten. Am 31. December erstürmte er am linken Seineufer das feste Schloß Robert le Diable, am 4. Januar 1871 warf er den Feind bei Bourgachard zurück, schon am 7. mußte er wieder sechs Bataillone nach Amiens schicken. Denn inzwischen war der überaus rührige Faidherbe schon wieder vorgedrungen und hatte bei Bapaume eine neue Schlacht geliefert. Die schwachen deutschen Truppen, wenig mehr als 10,000 Mann, über die Goeben in Manteuffels Abwesenheit den Oberbefehl führte, hatten sich vor ihm am 2. Januar auf Bapaume zurückziehen müssen und dort am 3. in neunstündigem Kampfe zwar ausdauernd Widerstand geleistet, aber doch so gelitten, daß Goeben für den 4. bereits den Rückzug angeordnet hatte. Daß derselbe gleichwohl nicht zur Ausführung kam, verdankte man der geringen Zähigkeit Faidherbes und seiner jungen Truppen: noch ehe die Preußen am andern Morgen ihre Stellungen räumten, ging der Feind aus den seinen zurück und gab dadurch das Recht, den Sieg für sich zu beanspruchen, selbst preis. Der Fall von Péronne, der am 9. Januar eintrat, brachte die ganze Somme-Linie in die Hand der Deutschen.

Bapaume.

Sehr gefährdet blieb die Lage der Nordarmee aber auch jetzt noch, und der Wunsch, Verstärkungen zu ihr heranzuziehen, war sehr natürlich. Am bequemsten schien sich dazu die westfälische Division Kameke zu bieten, welche die Eroberung von Mezières und Rocroy

in diesen Tagen vollendete und dadurch verfügbar wurde. Allein das große Hauptquartier bestimmte sie und das ganze westfälische Corps erst für Paris, wo dann Kameke persönlich zur Leitung der Ingenieurarbeiten auch zurückblieb, dann für den südöstlichen Kriegsschauplatz, auf dem in diesen Wochen sich so ernste Ereignisse vorbereiteten, daß man dort die Bildung einer neuen Armee unter Manteuffels Commando für nöthig erachtete. Der Nordarmee, deren Führung nun Goeben übernahm, konnte aber die Unterstützung, deren sie bedurfte, doch auch in Aussicht gestellt werden, da inzwischen die Loire-Armee Chanzys vollständig zusammengebrochen und dadurch der Großherzog von Mecklenburg in den Stand gesetzt war, von Süden gegen Rouen zu marschiren und Bentheim zu ersetzen.

Die Loire-Armee.

Am 1. Januar hatte Prinz Friedrich Carl den Befehl erhalten, den Vormarsch gegen Le Mans wieder aufzunehmen. Da man über das Verbleiben Bourbakis im großen Hauptquartier noch immer keine Ruhe hatte und daher eines Angriffs auf Orléans gewärtig sein mußte, wurde Fransecky mit den Pommern von Paris dorthin entsandt, während von der Tann, wie erwähnt, in die Pariser Linie eingerückt war. Der Prinz richtete seinen Vormarsch so ein, daß am 6. Januar seine Armee in der Stärke von 73,000 Mann am Loir stehen sollte, rechts der Großherzog, dann Manstein mit seiner holsteinischen Division (während die hessische oberhalb Orléans bei Gien verblieb), darauf Alvensleben mit den Brandenburgern, endlich links Voigts-Rhetz mit den Hannoveranern. Bei einer Kälte von 8—10 Grad, heftigen Schneestürmen und von Glatteis überzogenen Wegen begann der Vormarsch unter beständigen Kämpfen. In dem vielfach durchschnittenen, von niederem Gehölz bedeckten, an Dörfern, Höfen und Schlössern reichen Lande hatte der Feind die beste Gelegenheit, den Kleinkrieg zu führen und die Deutschen, ohne eine große Schlacht anzunehmen, durch unaufhörliche Gefechte zu ermüden. Allein es gelang ihm nicht, das Vordringen des Prinzen dadurch aufzuhalten; am Abend des 10. stand das deutsche Heer in einem großen Bogen um Le Mans herum, der Großherzog nordöstlich um Conerré an beiden Ufern der Huisne, die bei Le Mans in die Sarthe mündet, die übrigen Corps am Südufer dieses Flusses, während Chanzy sich zwischen beiden Flüssen vor der Stadt aufgestellt hatte. Entschlossen, hier Stand zu halten, kam er am 12. den Deutschen selbst durch einen Angriff entgegen; aber während er ihnen auf dem rechten Flügel und im Centrum mühsam den Boden streitig machte, drangen die Hannoveraner gegen 4 Uhr Nachmittags fast ohne Kampf von Süden her in die Stadt ein und bedrohten seinen Rückzug derart, daß er schnell das Gefecht abbrach und sich zur Flucht auf Alençon und Laval wandte. Die einbrechende Nacht begünstigte ihn dabei, aber seine Armee war fast aufgelöst. Allein an Gefangenen hatte sie in der letzten Woche 18,000 Mann verloren und der Verlust an Todten und Verwundeten war auch erheblich, mindestens viel größer als der der Deutschen, die etwa 3500 Mann eingebüßt hatten. Die nächsten Tage brachten noch an 6000 Gefangene in die Hand des Siegers,

Le Mans.

der dem Feinde in allen Richtungen, nach Alençon, Conlie, Angers, Tours folgte. Nachdem die völlige Zersplitterung der Loire-Armee erreicht war, sammelten sich Ende des Monats die Hannoveraner und Brandenburger wieder bei Le Mans, während Manstein nach Orléans und der Großherzog nach Rouen abzog.

Die Nordarmee.

Noch ehe des Letzteren Ankunft sich fühlbar machen konnte, war aber auch Faidherbe gegenüber die letzte Entscheidung gefallen. Verstärkt durch Zuzüge, die er seewärts erhalten, nahm der französische General Mitte Januar nochmals den Versuch auf, möglichst weit ostwärts gegen Paris vorzurücken. Die Ankunft seines Vortrabs bei St. Quentin, das von der schwachen deutschen Besatzung geräumt werden mußte, verrieth aber seinen Plan, und Goeben zog nun mit größter Schnelligkeit alle seine Truppen zwischen Péronne und La Fère zusammen, um so von Westen und Süden dem französischen Heere Halt zu gebieten. Faidherbe nahm vor der Stadt Aufstellung und erwartete den Angriff, der am 19. Januar erfolgte. Obgleich er mit seinen 40,000 Mann den Deutschen erheblich überlegen war, gelang es diesen doch, nicht allein im Centrum die feindlichen Positionen zu nehmen, sondern sie auch von beiden Seiten so zu überflügeln, daß Faidherbe sich zum Rückzug entschloß, den er gegen 2 Uhr durch einen letzten Offensivstoß zu decken suchte. Allein er vermochte den Umfang der Niederlage dadurch nicht mehr abzuschwächen. Während nach den übrigen Schlachten, bei Amiens, an der Hallue und bei Bapaume, die Hauptmassen der französischen Nordarmee stets in leidlicher Ordnung abgezogen waren, lösten sie sich jetzt in wilder Flucht auf, und nicht allein die 10,000 Gefangenen, die in des Siegers Hände fielen, sondern auch die Möglichkeit, dem geschlagenen Feinde bis in seine Festungslinien, über Arras, Cambrai, Landrecy hinaus, zu folgen, bewies die Wucht des Schlages, den er erlitten hatte. Zur Belagerung dieser Festung zu schreiten, war den Deutschen allerdings nicht möglich, da sie weder ihre schwachen Kräfte derart zersplittern durften, noch auch das nöthige schwere Geschütz mit Zubehör zur Hand hatten. Sie begnügten sich also damit, die Eisenbahnen und Telegraphen in diesen Gegenden gründlich zu zerstören, und dann vom 25. Januar ab wieder hinter ihre Verteidigungslinie, die Somme, zurückzugehen.

St. Quentin.

Die Entscheidung.

Beschießung von Paris.

Hier traf denn, noch ehe sie alle wieder versammelt waren, die Nachricht ein, daß es endlich mit Paris zu Ende sei. Die Noth in der Stadt war seit dem letzten Ausfalle vom 21. December im schnellen Steigen; für den Reichen gab es allerdings gegen hohe Preise immer noch genügende Lebensmittel von guter Beschaffenheit, aber für die Armen waren Pferde, Hunde, Katzen, Ratten längst zu Leckerbissen geworden: die Zahl der öffentlich Unterstützten belief sich Ende des Jahres auf fast eine halbe Million; die Sterblichkeit nahm

ungeheuer zu; hatte sie in der ersten Woche der Umlagerung etwa 1600 betragen, so stieg sie in der letzten Decemberwoche auf reichlich das Doppelte, im Monat Januar auf 17,000, während der ganzen Zeit der Cernirung auf mehr als 64,000 gegen kaum 22,000 in derselben Periode des Vorjahres. Einen neuen Schrecken fügte die ungewöhnliche Kälte der Weihnachtswoche den übrigen Leiden hinzu; dagegen sah man die ersten deutschen Bomben, die in die Stadt flogen, mit ziemlich großem Gleichmuth an: besonderen Schaden konnten sie in der massiv gebauten, ungeheuren Stadt nicht anrichten; wohl aber riefen sie ein neues Gefühl des Stolzes hervor, und mit geschäftiger Phantasie malte sich der Pariser die Bewunderung aus, die Europa ob seiner heldenmüthigen Haltung ergreifen müsse. Die Deutschen begannen ihren Artillerieangriff nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, auf der Südfront, sondern im Osten gegen den Mont Avron, dessen vorgeschobene Batterien ihnen bei den Ausfällen sehr unbequem geworden waren. Morgens am 27. December eröffneten sie die Beschießung, und schon in der folgenden Nacht wollte Oberst Stoffel, der dort commandirte, in richtiger Erkenntniß von ihrer Unhaltbarkeit die Stellung räumen. Trochu fürchtete jedoch den moralischen Eindruck dieses Schrittes und ließ den Widerstand noch 24 Stunden fortsetzen; in der Nacht zum 29. mußte er aber, um Schlimmeres zu verhüten, doch den Rückzug gestatten und die Sachsen nahmen die Stellung in Besitz. Wenige Tage darauf, durch den dichten Nebel etwas verzögert, begann die Beschießung auch im Süden gegen die Forts Issy und Vanves; drei Wochen hindurch wurde sie fortgesetzt und 53,000 Granaten und Shrapnels verfeuert. Die Forts stellten ihr Feuer allmälig ein, blieben aber durchaus verteidigungsfähig. Etwas erfolgreicher war man im Norden, wo die Beschießung erst am 21. Januar begann und doch schon nach wenigen Tagen zwei Werke, die Double Couronne und La Briche vor St. Denis, ernstlich gefährdet waren. Im Ganzen verfeuerte man auf der Ost- und Nordfront über 56,000 Geschosse.

Unzufriedenheit mit Trochu.

Nach einer Richtung hin beschleunigte diese Beschießung aber doch den Fall von Paris. Die Unzufriedenheit mit Trochu, die sich bisher nur in den socialistischen Schichten kundgegeben hatte, stieg in die höheren Classen der Bevölkerung hinauf und gewann selbst in der Regierung an Boden. Der Präsident mußte es sich nach der Räumung des Mont Avron gefallen lassen, daß ihm ein Kriegsrath (Ducrot, Vinoy u. A.) zur Seite gestellt wurde, ohne dessen Zustimmung er keine militärische Maßregel mehr ergreifen durfte. Die Zeitungen drängten eifriger auf einen Ausfall und Durchbruch. Ziemlich unverhüllt gab sich dabei schon die Berechnung kund, daß, wenn die 200,000 Soldaten und Mobilen sich ihren Weg in die Provinzen gebahnt und sich für Frankreich erhalten hätten, die weitere Verteidigung von Paris überflüssig sei und eine Capitulation ehrenhalber möglich werde. In den Kreisen, wo man so dachte, erregte es gar keinen Beifall, als Trochu in einer Proclamation vom 6. Januar wieder einmal verkündete: der Guvernör von Paris wird

nicht capituliren! Die kleinen Ausfälle, die man am 10. und 13. von Issy aus gegen Clamart, oder im Norden gegen Le Bourget machte, blieben völlig wirkungslos. Trochu mußte sich überzeugen, daß, so unmöglich das Beginnen auch sei, ein letzter großer Durchbruchsversuch ihm nicht geschenkt werde. So bestimmte er denn für den 19. etwa 100,000 Mann unter Ducrot, Bellemare und Vinoy zu einem Ausfall auf der Halbinsel des Mont Valérien. Der von Vinoy geführte linke Flügel hatte verhältnißmäßig den größten Erfolg: er nahm die vor St. Cloud gelegene Schanze von Montretout; aber schon das Centrum unter Bellemare konnte nicht über die preußische Vorpostenstellung bei dem Dorfe Garches vordringen, und der rechte Flügel unter Ducrot bewerkstelligte sogar seinen Anmarsch so langsam und in solcher Verwirrung, daß er gar Nichts ausrichtete. Gegen 2 Uhr gingen die Deutschen, die inzwischen Verstärkungen herangezogen hatten, selbst wieder zum Angriff über, warfen beim Anbruch der Dunkelheit die Franzosen vor Garches zurück und überfielen Nachts um 11 Uhr auch noch die Schanze von Montretout, so daß der Feind nicht den geringsten Vortheil in der Hand behielt und gegen 7000 Mann, zehnmal mehr als die Deutschen, nutzlos geopfert hatte. Damit war Trochus Rolle ausgespielt: am 21. Januar wurde er von seinen Collegen seines Amtes als Guvernör von Paris enthoben und Vinoy an seinen Platz berufen; seine Stellung an der Spitze der Regierung behielt er bei. Den Radikalen war damit aber lange nicht genug geschehen: wenn irgend ein Augenblick, so schien ihnen der jetzige günstig, die Commüne ins Leben zu rufen. Am 21. bemächtigten sie sich des Gefängnisses von Mazas, in dem Flourens und andre ihrer Leute seit den Octobertumulten saßen, befreiten dieselben und führten sie nach der Mairie von Belleville. Hier nahmen sie Besitz von den Brodrationen und dem Wein, den sie fanden, und verabredeten ihre Revolution für die Mittagsstunde des 22. Beim Stadthause, das sie in großen Haufen umströmten, stießen sie zwar auf energischen Widerstand und mußten, nachdem auf beiden Seiten mehrere Personen getödtet und verwundet waren, zurückweichen; aber unterdrückt war der Aufstand damit nicht, und die Regierung konnte unmöglich zugleich nach außen und nach innen sich vertheidigen; ein paar drohende Maßregeln, die Schließung aller Clubs, die Unterdrückung der socialistischen Blätter Pyats und Blanquis, die Einsetzung neuer Kriegsgerichte, sollten ihre Entschlossenheit kundgeben, und dienten in jedem Falle dazu, um den schwierigen Augenblick zu erleichtern, in welchem das Geständniß gemacht werden mußte, daß die Lebensmittel erschöpft seien. Der aber war jetzt hereingebrochen, die Berechnungen ergaben, daß die alleräußerste Frist, bis zu der die Vorräthe reichten, mit der ersten Februarwoche zu Ende gehen würde; da Tage erforderlich waren, um neue Nahrungsmittel herbeizuschaffen, so durfte man nicht länger zaudern. Favre machte noch einen Versuch, die Maires von Paris zu bewegen, daß sie an Stelle der Regierung die Verhandlungen mit den Deutschen übernehmen möchten; da sie sich dessen weigerten, ließ er sich Vollmacht von seinen Collegen

Der letzte Ausfall.

Unruhen in Paris.

Capitulationsverhandlungen.

geben und fuhr am Abend des 23. Januar über Sèvres nach Versailles, wo er sofort eine Unterredung mit Bismarck erhielt.

Aber es schien fast, als ob der Kanzler auf keine politische Verhandlungen mit dem französischen Minister mehr eingehen wolle; wenigstens empfing er ihn mit der unerwarteten Nachricht, daß er mit dem Kaiser Napoleon in Friedensverhandlungen stehe, die Aussicht auf Erfolg böten; von einer neugewählten National-Versammlung sei bei dem Schreckensregiment, das Gambetta führe, kein gedeihlicher Beschluß zu erwarten; vielmehr werde man auf den Senat und den gesetzgebenden Körper des Kaiserreichs zurückgreifen, die ja nur auseinander gesprengt, nicht aufgelöst seien. Auf Favres dringliche Vorstellungen gegen diese Pläne versprach Bismarck jedoch, sie ruhen zu lassen, wenn sich die Möglichkeit zeige, mit der republikanischen Regierung eine Verständigung herbeizuführen. Es handelte sich dabei wesentlich um die Frage, ob Gambetta einen Waffenstillstand und die Wahlen zu einer National-Versammlung zugeben werde, und das glaubte Favre verbürgen zu können. Was Paris anlangte, so drehten sich die Verhandlungen hauptsächlich darum, ob die Nationalgarde ihre Waffen behalten und ob die Deutschen einen Theil der Stadt besetzen sollten oder nicht. Erst am 26. waren alle Schwierigkeiten beseitigt, und Favre kehrte nach Paris zurück, um die Genehmigung der Regierung für seinen Entwurf einzuholen: um Mitternacht fielen von beiden Seiten die letzten Schüsse, am 28. wurde die Convention in Versailles unterzeichnet. Sie setzte die Dauer des Waffenstillstandes bis zum 19. Februar Mittags fest und bezeichnete genau durch die einzelnen Departements hindurch die Grenzlinie, von der sich die bewaffneten Kräfte beider Theile 10 Kilometer entfernt halten sollten; für die Wahlen wurde deutscherseits jede Erleichterung versprochen, nicht minder für die Reise der gewählten Abgeordneten nach Bordeaux. Während die Forts von Paris überliefert, die Umwallung abgerüstet und die Lafetten der Kanonen sowie die Waffen der Besatzung in die Forts geschafft werden sollten, verzichtete das deutsche Heer darauf, während der Waffenruhe in die Stadt einzurücken; die kriegsgefangene Armee durfte innerhalb der Umwallung bleiben, eine Division blieb sogar zur Erhaltung der Ordnung bewaffnet, auch die Nationalgarde behielt ihre Waffen, da Favre die Gefahr, welche ihm selbst und den besitzenden Classen dadurch bereitet wurde, trotz Bismarcks Warnung nicht zugeben wollte. Die Verproviantirung der Stadt sollte deutscherseits nach Kräften erleichtert werden; eine Contribution von 200 Millionen Francs diente gleichsam als Ersatz für die Naturalverpflegung der deutschen Truppen, zu der die Hauptstadt außer Stande war.

Die Capitulation.

Die Ausführung aller dieser Bedingungen ging ohne Hinder[illegible] von Statten; dennoch dauerten die Feindseligkeiten auf einem Kri[illegible]schauplatze noch fort und führten noch zu einer gewaltigen Katastrop[illegible]: das war in den Departements Doubs, Jura und Côte d'or, die a[illegible]drücklich von dem Waffenstillstande ausgeschlossen blieben. Die m[illegible]tärischen Operationen der Franzosen in diesen Gegenden unterschie[illegible]

Die Kämpfe im Osten.

sich von denen der Nord- und der Loire-Armee dadurch, daß sie nicht unmittelbar den Entsatz von Paris, sondern in erster Linie die Unterbrechung der rückwärtigen Verbindungen des Feindes und den Einfall in Süddeutschland zum Ziele hatten. Nach den lebhaften Kämpfen im October war während des folgenden Monats der Krieg auf kleine Gefechte beschränkt geblieben, die den Deutschen viel zu schaffen machten, ohne dem Feinde irgend welchen Vortheil zu bringen. Inzwischen verstärkten sich aber seine Reihen und es ballte sich eine Macht zusammen, die General Werders Streitkräften weit überlegen war. Außer dem Corps Michel (früher Cambriels), das bei Besançon stand, hatte der deutsche Heerführer Garibaldi mit seiner Fremdenlegion von mindestens 20,000 Mann und einen der wortbrüchigen Offiziere von Metz, Cremer, mit etwa 30,000 Mobilgarden und Freischützen sich gegenüber. Ihm selbst standen dagegen nur die 16,000 Badenser bis Dijon unmittelbar zur Verfügung; von der Goltz war mit einer preußischen Brigade nach Langres entsandt, Schmeling deckte mit seiner Landwehr die Verbindung nach dem Elsaß, Treskow umlagerte mit einer andern Landwehrdivision Belfort; die nächste Unterstützung hätten Zastrows Westfalen bringen können, die an der oberen Seine angekommen waren; da sie aber Mitte December den Befehl erhielten, nach der Loire aufzubrechen, so durfte Werder auch auf sie nicht rechnen. Er beschloß nun einen Vorstoß gegen Cremer zu machen, den General Glümer mit der badischen Division am 18. December auch ruhmvoll ausführte; der Feind wurde vor Nuits, südlich von Dijon, mit einem Verlust von über 2500 Mann geworfen und die Stadt erstürmt; allein weiter vorzudringen, oder auch nur in Nuits zu bleiben, war für das kleine Häuflein nicht thunlich, und so ward am nächsten Tage der Rückmarsch nach Dijon angetreten. Selbst hier durfte man aber nicht stehen bleiben, als in den Weihnachtstagen verläßliche Nachrichten meldeten, daß Bourbaki mit dem rechten Flügel der vormaligen Loire-Armee von Bourges heranrücke. Werder räumte daher am 27. December Dijon, zog Goltz von Langres her an sich und nahm Stellung bei Vesoul. Auch im großen Hauptquartier erkannte man die Gefahr und befahl Zastrow nach Westen umzukehren, um sich mit Werder zu vereinigen; als aber gleich darauf Meldungen einliefen, die Alles, was von Bourbakis Zuge berichtet war, als Fabel erscheinen ließen, nahm man den Befehl, der Zastrow ertheilt war, wieder zurück und wies Werder an, von Neuem auf Dijon loszugehen. Auf Grund seiner besseren Kenntniß begnügte sich dieser jedoch südwärts über den Ognon zu gehen, wodurch er die vollste Sicherheit gewann, daß Bourbaki in der That zwischen Ognon und Doubs auf Belfort marschire. Nun kam Alles darauf an, vor den Franzosen die belagerte Festung zu erreichen und in die Stellung einzurücken, die man hinter der Lisaine, einem Flüßchen, das eine Meile westlich von Belfort in südlicher Richtung dem Doubs zufließt, sich zu einer Verteidigungsschlacht ausgesucht hatte. Um das zu ermöglichen, mußte man den vorrückenden Feind durch einen Flankenangriff aufhalten; dies geschah am 9. Januar durch die Schlacht

Villersexel.

von Villersexel am Ognon. Während die Hauptmacht Werders nach der Lisaine eilte, stürzte sich von der Goltz auf den Feind und hielt ihn in einem sechzehnstündigen Kampfe, der zu den erbittertsten des ganzen Krieges gehört, fest; erst 2 Uhr Morgens am 10. erstarb das Gefecht und die Deutschen räumten nun sofort Villersexel, um gleichfalls hinter die Lisaine zu eilen. Hier galt es jetzt Stand zu halten, bis Hülfe kam. Im großen Hauptquartier hatte man nicht sobald seinen Irrthum erkannt, als auch schon Zastrow und Fransecky die Weisung erhielten, in Eilmärschen nach Westen zu ziehen; mit Werders Corps vereinigt sollten sie die Süd-Armee bilden, deren Führung Manteuffel übertragen wurde. Aber lange Tage mußten verstreichen, ehe diese Truppen ihre weiten Märsche zurücklegen konnten, und während dessen stand Werder mit 43,000 Mann den 150,000 gegenüber, die Bourbaki heranführte, während im Rücken das starke Belfort lag, dessen Besatzung stündlich in die Schlacht eingreifen konnte. Selbst die Vortheile der trefflichen Stellung, die Werder ausgesucht, wurden durch den heftigen Frost dieser Tage, der die Lisaine mit einer festen Eisdecke überzog, erheblich geschwächt. Aber alles das erschütterte den Muth der tapferen Badener und Preußen nicht, und in dreitägigem heißem Kampfe trotzten sie mit dem äußersten Aufgebot ihrer Kräfte dem feindlichen Ansturm, ein Widerstand, den der König selbst in seinem Glückwunsch an Werder den größten Waffenthaten aller Zeiten zugesellte. Der Hauptkampf begann am 15. Januar und dauerte den 16. und 17. fort. Im Centrum der Deutschen, bei Héricourt, wo Schmeling commandirte, gelangen dem Feinde auch nicht die geringsten Fortschritte; wenig erfolgreicher war er auf seinem eigenen rechten Flügel, wo er die Stadt Mömpelgard (an der Mündung der Lisaine in den Doubs) allerdings schon am 14. besetzt hatte, aber trotz aller Anstrengungen nicht einmal das von allen Seiten umzingelte, von nur zwei Compagnien ostpreußischer Landwehr besetzte Schloß zu erstürmen vermochte. Am ernsthaftesten wurde die Lage auf dem rechten deutschen Flügel bei Frahier und Chenebier; drei Batterien wurden hier am zweiten Tage von 15,000 Mann unter Cremer angegriffen und mußten gegen Abend ihre Stellungen räumen. Aber auch so entstand keine Lücke in dem lebendigen Wall der deutschen Krieger; in ihren rückwärtigen Positionen hielten sie die Nacht Wache und, verstärkt durch die badische Brigade Keller, ging es schon vor 4 Uhr Morgens am 17. wieder gegen den Feind vor, dem vorübergehend selbst ein Theil von Chenebier durch Ueberrumpelung wieder entrissen wurde. Bis zum Nachmittage ward dann in furchtbarem Kampfe gestritten, bis auf beiden Seiten die Kräfte schwanden und nur die Artillerie noch thätig blieb. Gegenüber solchem Widerstande verzweifelte Bourbaki an der Möglichkeit seines Unternehmens; in drei blutigen Tagen, die ihm 3—4000 Mann gekostet hatten, war er kaum einen Schritt breit vorwärts gekommen; überdies trat jetzt Thauwetter ein, das dem Angreifer seine Aufgabe in jeder Beziehung erschwerte, insbesondere bei strömendem Regen die Wege unergründlich machte: da beschloß er am 18. den

Belfort.

Rückzug und tröstete sich mit der Hoffnung, der Feind werde ihm folgen; es wäre zum Entzücken, meldete er nach Bordeaux, wenn er uns so die Möglichkeit gäbe, ihn unter günstigeren Bedingungen anzugreifen. Aber Werder unterließ am 18. die Verfolgung nicht allein aus Klugheitsgründen, sondern vor Allem, weil seine Truppen das Aeußerste geleistet hatten, was man von Menschen verlangen konnte. Mindestens zwei Drittel derselben hatten auch Nachts unter Waffen gestanden, zum Theil ohne Holz, Stroh und Feuer bivuakirt, seit vier, fünf Tagen nichts Warmes gegessen und überdies vielfach nur schmale Portionen bekommen. Ein Ruhetag war deshalb, zumal auch die Munition verschossen war, von selbst geboten, und erst am 19. konnte die Verfolgung angetreten werden.

Manteuffels Vormarsch.

Zu dieser mitzuwirken war jetzt auch Manteuffel bereit. Er war in Eilmärschen von Chatillon an der oberen Seine in der Richtung auf Vesoul mit den Pommern und Westfalen herangerückt und erfuhr jetzt am 18. den Rückzug Bourbakis. Sofort beschloß er die bisherige Marschrichtung aufzugeben, den Doubs unterhalb Besançon zu überschreiten und dem geschlagenen Heere die Straßen zu verlegen, die auf der 12 Meilen breiten Strecke zwischen der schweizer Grenze und dem Doubs von Besançon nach Lyon, dem Rückzugsziele Bourbakis, laufen. Folgte dann Werder dem Feinde von Norden, so mußte es gelingen, diesen in dieselbe Lage wie Mac Mahon bei Sedan zu bringen, d. h. ihn zu einer Schlacht mit dem Rücken nach der Grenze zu nöthigen. Allerdings war das Unternehmen gewagt, denn Bourbaki war noch doppelt so stark wie Manteuffel ohne Werder, und bei Dijon stand Garibaldi mit seinem Corps, das den Deutschen in die Flanke fallen konnte. Aber auch Moltke billigte den Plan und bat den König im Voraus, im Fall des Mißlingens Manteuffel nicht zu tadeln; denn um große Erfolge zu erzielen, müsse etwas gewagt werden. Französischerseits setzte man auf Bourbaki noch Tage lang so große Hoffnungen, daß Favre es war, der den östlichen Kriegsschauplatz von dem Waffenstillstande auszunehmen vorschlug. Auch Gambetta erwartete von dem Angriff auf Manteuffel große Dinge. Er hielt denselben allerdings für schwächer als er war, da ihm aus Dijon gemeldet wurde, die Hälfte der preußischen Armee habe sich dorthin gewandt, um Garibaldi anzugreifen. In Wahrheit aber war nur eine Brigade unter General Kettler zu diesem Zweck entsandt worden und hatte am 21. und 23. tapfer gegen den Italiener gekämpft, allerdings ohne ihm die Stadt entreißen zu können; dies gelang erst am 1. Februar dem General Hann von Weyhern, der mit zwei Brigaden zur Unterstützung Kettlers nachgeschickt wurde. Bourbaki versäumte unterdessen die letzte Frist, die ihm gelassen war, nach Westen durchzubrechen; fast einstimmig theilte sein Kriegsrath die Ansicht, daß ein solcher Versuch, wie Gambetta ihn forderte, hoffnungslos sei, und beschloß den Abmarsch nach Pontarlier an der schweizer Grenze. Am 26. ward derselbe angetreten; Gambetta beantwortete die Meldung mit der telegraphischen Entsetzung des Oberfeldherrn und der Ernennung des Generals Clinchant zu seinem

Kämpfe um Dijon.

Bourbakis Absetzung.

Nachfolger: Bourbaki aber war so völlig zerschlagen, daß er Abends durch Selbstmord sein Leben zu enden versuchte. Da die Wunde nicht tödtlich war, blieb ihm der Schmerz, den trostlosen Ausgang seines Feldzuges zu erleben, nicht erspart. Clinchant konnte die eingeleiteten Bewegungen nicht mehr rückgängig machen und marschirte auf Pontarlier, während südlich von ihm das Manteuffelsche Heer sich in Parallelmärschen bewegte und Schmeling von Norden heranrückte. Am 29. erreichten die Westfalen eine Meile diesseits Pontarlier, bei Sombacourt und Chaffois, den feindlichen Nachtrab; auch die Pommern waren bis auf einen Tagemarsch herangekommen; jeder Ausgang war Clinchant verlegt. Da zeigten die Franzosen den Deutschen den Abschluß des Waffenstillstandes an, den Gambetta ihnen gemeldet hatte, und da man im deutschen Lager noch nichts davon wußte, also auch die Ausschließung dieses Kriegsschauplatzes nicht kannte, so wurden in der That die weiteren Bewegungen eingestellt. Andern Tags war der Irrthum durch Telegramme aus Versailles aufgeklärt; die Franzosen aber beharrten bei ihrer Behauptung, daß der Waffenstillstand ein allgemeiner sei, und protestirten gegen den Bruch desselben. Favre hatte nämlich wirklich versäumt, die einschränkende Clausel mit nach Bordeaux zu telegraphiren, und dadurch die Verwirrung veranlaßt. Von Einfluß auf die Operationen war diese falsche Annahme übrigens nicht: das Schicksal Clinchants war vorher schon unabänderlich. In einer Reihe von Gefechten, in denen er insgesammt 15,000 Gefangene verlor, deckte er seinen Rückzug an die Grenze, und schloß dann Morgens am 1. Februar einen Vertrag mit dem schweizer General Hans Herzog, kraft dessen er mit 85,000 Mann und 266 Geschützen auf das schweizer Gebiet übertrat, um sich entwaffnen zu lassen. Nur etwa 20,000 Mann waren von der großen Ostarmee in kleineren Abtheilungen entkommen und für den Fall, daß der Friede nicht aus dem Waffenstillstand hervorging, zu neuen Kämpfen verwendbar.

Katastrophe der Ostarmee.

Militärische Lage.

Unter solchen Umständen konnten auch die hitzigsten Heißsporne gewissenhafter Weise nicht daran denken den Krieg fortzusetzen. 385,000 französische Krieger befanden sich in Deutschland, 150,000 in Paris in Gefangenschaft, an 100,000 waren in Belgien und der Schweiz entwaffnet. Von den französischen Festungen hielten die Deutschen 22 besetzt, 25 Departements waren in ihrer Hand; sie hatten das Kriegsmaterial von drei großen Armeen, über 1800 Feld- und dreimal so viel Festungsgeschütze, dazu an 600,000 Gewehre erbeutet. Gegen die 250,000 Mann, die Frankreich noch auf dem Papiere unter Waffen hatte, standen ihrerseits (nach dem Heeresausweis vom 1. März) 570,000 Mann Infanterie, 63,000 Mann Cavallerie und 1742 Feldgeschütze auf feindlichem Boden, d. h. unter Zurechnung [illegible] Offiziere und Beamten, der Artillerie, der Pionniere und des Tr[illegible] nicht viel weniger als eine Million Köpfe, zu der in Deutschl[illegible] selbst noch eine Viertelmillion Ersatz- und Besatzungstruppen ka[illegible] Auch ohne die moralische und militärische Ueberlegenheit des einzel[illegible] deutschen Kriegers in Anschlag zu bringen, wäre eine Erneuerung [illegible]

Kampfes gradezu Wahnsinn gewesen. Dieser Sachlage trug Favre an seinem Theile Rechnung dadurch, daß er am 15. Februar den Waffenstillstand durch eine Zusatzconvention auch auf den Osten ausdehnen ließ und dabei die Festung Belfort gegen freien Abzug der Besatzung unter Oberst Denfert den Deutschen räumte.

Gambettas Rücktritt.

Gambetta freilich träumte noch einen Augenblick davon, den Krieg fortzusetzen. In einer wuthschnaubenden Proclamation vom 31. Januar klagte er die Pariser Regierung der sträflichen Leichtfertigkeit an, mit der sie ohne sein Wissen den Waffenstillstand abgeschlossen, ergoß die ganze Schale seines Zornes über die deutschen Barbarenhorden und forderte zu neuen Rüstungen, zu neuen Kämpfen auf. Allein er wagte doch schon nicht mehr die Wahlen zu verhindern, welche die Pariser Regierung ausschrieb, und gedachte sie nur dadurch zu beeinflussen, daß er durch willkürliches Decret alle Minister und Präfecten, Staatsräthe, Senatoren und offiziellen Candidaten des Kaiserreichs der Wählbarkeit beraubte. Da hierdurch der Nationalversammlung grade die conservativsten und friedlichsten Elemente entzogen worden wären, erhob Bismarck sofort Einspruch dagegen, und die Pariser Regierung stellte sich so entschieden auf seine Seite, daß Gambetta am 6. Februar seine Entlassung forderte und erhielt. Zwei Tage darauf fanden die Wahlen im ganzen Lande statt, und bereits am 13. konnte Jules Favre die Vollmachten der Verteidigungsregierung in die Hände der soeben eröffneten Nationalversammlung von Bordeaux niederlegen.

Die National-Versammlung.

Die Zusammensetzung dieser Körperschaft bewies, so wenig sich die Parteistellung jedes einzelnen Mitgliedes auch jetzt schon übersehen ließ, doch unzweifelhaft, daß die große Mehrheit der Franzosen des Krieges überdrüssig und nach der Republik zum mindesten nicht begierig war. Die ersten Schätzungen bezeichneten 400 Mitglieder als Orleanisten, 150 als Republikaner, 150 als Legitimisten, 20 als Anhänger Napoleons. In der That aber waren die Orleanisten durchaus keine geschlossene Partei mit festem Programm; auch schaarten sie sich nicht um den ältesten Prinzen des vertriebenen Hauses, den Herzog von Aumale, oder um seinen Bruder Joinville, die beide gewählt waren, sondern um Thiers, den 26 Departements erkoren hatten. Dessen Wünsche aber gingen dahin, die Verfassungsfrage auf sich beruhen zu lassen, und nicht durch ihre Behandlung den Parteigeist zu wecken, eine Auffassung, der sich auch Aumale in seiner Wahlproclamation angeschlossen hatte. War somit die zahlreichste Partei bereit, die republikanischen Formen vor der Hand beizubehalten, so konnte über den Mann, den sie an die Spitze der Regierung zu berufen hatte, gar kein Zweifel sein: durch die Stimme der Nation nicht minder als durch die Verhältnisse war Thiers dazu erkoren.

Thiers Chef der Regierung.

Durch den sogenannten Pact von Bordeaux ernannte ihn die Nationalversammlung am 17. Februar, „in Erwartung der Entscheidung, die Frankreich über die endgültige Regierungsform treffen werde", unter Wahrung ihres eigenen Aufsichtsrechtes zum Haupte der ausführenden Gewalt der französischen Republik, mit dem Rechte, die

Minister selbst zu ernennen. Er behielt Dufaure, Favre, Picard, Simon, Leflô in seinem Rathe bei, nahm aber auch einen Legitimisten, de Larcey, auf, und forderte in der Rede, mit welcher er sein Amt am 19. antrat, alle Parteien auf, mit ihm an der Wiederherstellung des Friedens und der öffentlichen Wohlfahrt zu arbeiten. Nur eine Partei ward von Anfang an wie der Auswurf der Nation behandelt, die bonapartistische. Obgleich der Kaiser von Wilhelmshöhe aus in einer Proclamation vom 4. Februar erklärt hatte, daß er, gebeugt durch so viele Ungerechtigkeiten und bittere Enttäuschungen, jene Rechte nicht in Anspruch nehmen wolle, die das Volk ihm viermal binnen 20 Jahren freiwillig übertragen, so fühlte doch die Mehrheit der Versammlung instinctiv, daß der Bonapartismus mit der Zeit wieder mächtig werden könne und daß selbst jetzt seine Anhänger in Frankreich ungleich viel mehr Boden besäßen, als es nach ihrer schwachen Vertretung in Bordeaux erscheinen konnte. Eine der ersten Gelegenheiten, die sich bot, als am 1. März der Friedensvertrag zur Verhandlung kam, wurde deshalb benutzt, um den Sturz der Dynastie durch ein feierliches Votum zu bekräftigen und Napoleon für alles geschehene Unglück verantwortlich zu machen — ein sprechender Beweis dafür, wie wenig man noch zu der Erkenntniß gelangt war, daß der Ausbruch des Krieges, unbeschadet aller Schuld des Kaisers und seiner Regierung, doch nur durch den Ehrgeiz, die Ruhmsucht und die Eroberungslust des ganzen Volkes möglich geworden war.

Die Bonapartisten.

Von diesen Kundgebungen gegen das Kaiserthum und einigen persönlichen Zänkereien abgesehen, schwiegen während der ersten Sitzungen in Bordeaux die Parteirufe: auch die Legitimisten und die Radicalen, die letzteren besonders zahlreich unter den 43 Abgeordneten von Paris vertreten, sonderten sich nicht auffällig von der großen orleanistisch-republikanischen Mischpartei ab. Zum Präsidenten der Versammlung wurde fast einstimmig Grévy erwählt; während der Dauer der Friedensverhandlungen wurden die Sitzungen unterbrochen: die Führung derselben, die Thiers persönlich in Gemeinschaft mit Favre und Picard übernahm, sollte nur durch einen Ausschuß von 15 Mitgliedern, die sich nach Paris begaben, überwacht werden. Ein Versuch des elsässischen Deputirten Keller, die Versammlung vorher zu dem Entschlusse zu treiben, daß sie in die Abtretung von Elsaß und Lothringen nicht willigen werde, scheiterte an den ernsten Erklärungen, die Thiers abgab, und endete mit der Ertheilung eines Vertrauensvotums für die Unterhändler. Ueber diesen Verhandlungen war indeß der Waffenstillstand abgelaufen, und es erwies sich mehrfach eine Verlängerung als nöthig, die deutscherseits stets nur für wenige Tage zugestanden ward. Endlich am 21. Februar traf Thiers in Versailles ein und die Verhandlungen begannen. Die deutschen Forderungen bestanden in dem Elsaß mit Belfort, Deutsch-Lothringen mit Metz und 6 Milliarden Franken Kriegsentschädigung; die französischen Bemühungen waren darauf gerichtet Metz, Belfort und einige Milliarden zu retten, und in dem letzteren Puncte gelang es Thiers, auch sich die Fürsprache des englischen Cabinets zu verschaffen, bei dem er in

Die Friedensverhandlungen.

aller Eile in der Person des Herzogs von Broglie einen neuen Botschafter beglaubigt hatte. Die Verhandlungen nahmen zum Theil einen sehr lebhaften Charakter an, so daß Bismarck, der ebensoviel Ruhe wie Rücksicht zeigte, zeitweise zum Gebrauch der deutschen Sprache überging, da er des Französischen nicht mächtig genug sei, um die von Thiers gebrauchten Ausdrücke (Gemeinheit, Beraubung u. dgl.) zu verstehen. Das Ergebniß des heißen Kampfes war endlich am 26. Februar, daß Deutschland eine Milliarde nachließ und auf Belfort verzichtete, dagegen die Besetzung eines Theiles von Paris bis zu dem Augenblick, wo die Nationalversammlung den Frieden genehmigt haben werde, sich ausbedang. Die Zahlung der ersten Milliarde sollte im Laufe des Jahres 1871 erfolgen, für den Rest wurde eine weitere Frist von drei Jahren gewährt; als Bürgschaft für diese Schuld blieb ein Theil Frankreichs von 50,000 Mann deutscher Truppen besetzt; den abgetretenen Gebietstheilen wurden gewisse Handelserleichterungen, ihren Bewohnern das Recht nach Frankreich auszuwandern zugestanden. An der Unterzeichnung dieser Urkunden nahmen deutscherseits neben Bismarck die süddeutschen Minister Bray, Wächter und Jolly Theil, französischerseits neben Thiers nur Jules Favre. Zur Abschaffung des endgültigen Friedensvertrages wurden fernere Conferenzen in Brüssel verabredet.

Der Friedensschluß.

Die Besetzung von Paris wurde von 30,000 Mann am 1. März ausgeführt; sie erstreckte sich aber nur auf den kleinen südwestlichen Theil der Stadt, der am rechten Seine-Ufer liegt und nordwärts durch die Linie von den Tuilerien über den Triumphbogen bis zur Umwallung begrenzt wird, so daß kaum ein Zehntel der ungeheueren Stadt betreten wurde. Auch erfolgte die Räumung sehr schnell, da die Nationalversammlung sich nach Kräften beeilte, der Hauptstadt ihren „großen Schmerz", wie Thiers sich ausdrückte, zu verkürzen. Sofort nach seiner Ankunft in Bordeaux hatte sich der Präsident, Nachmittags am 28. Februar, in die Versammlung begeben, um ihr die Friedensurkunde vorzulesen; schon nach den ersten Worten aber versagte ihm die Stimme, und sein Cabinetschef Barthélemy de St. Hilaire mußte ihn ablösen. Andern Tags fand die Berathung statt. Während Victor Lefranc Namens des Friedensausschusses die Annahme empfahl, forderte die Linke durch Edgar Quinet die Verwerfung. Victor Hugo unterstützte ihn in einer Rede, die einzig darauf berechnet zu sein schien, die Unerläßlichkeit der deutschen Forderungen zu bestätigen. Er verkündete den Tag, wo das unbesiegbare Frankreich sich wieder erheben und zu Elsaß und Lothringen die Rheinlande mit Mainz und Cöln sich nehmen werde, wo es dem deutschen Volke die Republik der Brüderlichkeit, den Frieden und die Freiheit in den Vereinigten Staaten Europas anbieten, wo es ihm den Gegendienst leisten und, wie es jetzt selbst durch Deutschland von seinem Kaiser befreit sei, auch das deutsche Volk von dem seinigen befreien werde. Die Worte des überschwänglichen Redners fanden indeß in dieser Versammlung, die im Grunde ihres Herzens monarchisch und nothgedrungen friedliebend war, mehr Widerspruch als

Die Deutschen in Paris.

Die Opposition in Bordeaux.

Beifall. 546 Stimmen erklärten sich für die Bestätigung des Vertrages, nur 107 konnten sich nicht dazu entschließen: manche, wie Buffet, hielten es für erlaubt, sich der Stimmabgabe ganz zu enthalten. Unter den Verwerfenden befanden sich die Abgeordneten des Elsaß und Deutsch-Lothringens, die während der Verhandlungen durch Bamberger von Metz sich hatten vertreten lassen, und zum Schluß noch durch Keller einen leidenschaftlichen Protest abgaben: zwei Tage darauf erklärten sie, den Verhältnissen gemäß, ihren Austritt aus der Versammlung. Diese zog nun die Frage in Berathung, wo sie fortab ihre Sitzungen halten solle. An Paris war so lange nicht zu denken, wie die Deutschen einen Theil der Forts besetzt hielten; überdies aber betrachtete die Mehrheit aus guten Gründen die Hauptstadt mit sehr verdächtigen Blicken; denn der Ausfall der Wahlen hatte gezeigt, welch ungeheuren Einfluß die Socialisten sich dort erobert hatten. Man ging deshalb gern auf den Vorschlag ein, den Thiers machte, und bestimmte Versailles, das von dem deutschen Hauptquartier am 7. März verlassen war, zum Sitz der Versammlung und der Regierung. Noch ehe man dort die in Bordeaux am 11. März unterbrochene Thätigkeit wieder aufgenommen hatte, brach der socialistische Sturm los, dessen Nahen sich seit dem Falle von Paris täglich deutlicher angekündigt hatte.

Der Pariser Commüne-Aufstand.

Die Stimmung in Paris.

In der That konnte für den Versuch, die socialistischen Träume zu Wirklichkeiten werden zu lassen, keine Zeit und kein Ort geeigneter sein als die französische Hauptstadt nach dem Ende der Belagerung. Nach Zehntausenden zählten in ihr die Existenzen, die sich während der letzten Monate daran gewöhnt hatten, auf Staatskosten ernährt zu werden, und die in den Waffen, welche ihnen für den Dienst in der Nationalgarde übergeben waren, das Mittel besaßen, um sich die Fortdauer des bisherigen faulen Bummlerlebens auch für die Zukunft zu erhalten. Die gewaltigen Aufregungen der jüngst verflossenen Zeit, die überschwänglichen Schmeicheleien, die unverantwortlichen Hetzreden, mit denen die Regierung, Presse und Clubredner das Volk um die Wette überschüttet hatten, mußten unendlich viele schwache Gemüther, die in gewöhnlichen Zeiten ruhig in ihrem Gleise geblieben wären, aus ihrer Bahn werfen und für die verwegensten Entschlüsse zugänglich machen. Man hatte so Unerhörtes erlebt, so völlig ungeahnte Zustände hereinbrechen sehen, daß kaum noch etwas unmöglich erschien; eine ganz neue Ordnung der Dinge herzustellen Manchem nicht schwerer däuchte, als die Rückkehr in die alten Verhältnisse. Du[...] waren Tod und Verstümmelung, Brand und Zerstörung so la[...] der Stoff des täglichen Gesprächs, der Gegenstand der persönli[...] Erfahrung gewesen, daß Verstand und Gefühl dagegen abgestum[...] waren und eine Roheit der Empfindung auch da groß gezogen w[...] wo früher, wenn nicht tiefere sittliche Regungen, doch die Macht [...]

Gewöhnung und der überlieferte Glaube die roheren Triebe niederhielten. Man hatte eine Autorität nach der andern sinken sehen, eine Institution nach der andern verlästern hören; man war daran gewöhnt worden den Glauben an die Gottheit, die Heiligkeit der Ehe, die Rechtmäßigkeit des Besitzes, die Ordnung der Stände, den Vorrang des Geistes als Ammenmärchen verspotten zu lassen und selbst zu verspotten; man hatte aus seiner eigenen Mitte Männer aufsteigen sehen, die mit zuversichtlichen Worten ungestraft den Umsturz des Bestehenden forderten, den Anbruch einer neuen Zeit verkündeten — weshalb sollte man jetzt nicht Hand anlegen, diese Worte zur Wahrheit zu machen und die glorreichen Zeiten der ersten Republik, die Tag für Tag mit so mancher klangvollen Phrase verherrlicht wurden, zu erneuern? Von Seiten dessen, was man jetzt Regierung nannte, war ein ernstlicher Widerstand ja nicht zu befürchten; die Departements um Paris herum waren noch für geraume Zeit in den Händen der Deutschen; die hatten zu oft erklärt, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs nicht mischen würden, und sehnten sich zu sehr nach Frieden und Heimkehr, als daß man von ihnen einen Angriff hätte zu besorgen brauchen. Und wenn ja, wenn wider Erwarten die Regierung oder das deutsche Heer Paris angreifen sollte, nun, Paris war ja unüberwindlich, das hatte man tausendmal gesagt und tausendmal gehört: nur der Verrath der Regierung, die Feigheit Trochus hatte den Fall verursacht: wenn aber die Barrikadenkämpfer zum todesmuthigen Widerstande entschlossen in den Straßen und Häusern den Kampf aufnahmen, wenn sie dem Brande und der Sprengung Trotz boten und kein Mittel der Vernichtung verschmähten, dann mußte der Ausgang ein andrer werden, und die französischen Provinzler, die deutschen Landwehrleute konnten doch am Ende auch nicht so bornirt sein, daß sie nicht die Herrlichkeit der allgemeinen Völkerrepublik erkennen und trotz Thiers und trotz Wilhelm Verbrüderung mit dem heldenmüthigen Volke von Paris schließen sollten. Nationale Gesichtspuncte waren der großen Masse der Socialisten fast ganz abhanden gekommen; der Haß gegen die Deutschen dauerte freilich fort, aber er hinderte doch schon nicht mehr, daß man bei den Pariser Wahlen neben andern socialistischen Größen auch Liebknecht als Candidaten aufstellte. Vollends die Führer der Bewegung huldigten durchaus den Grundsätzen, die in den sechziger Jahren unter den socialistischen Flüchtlingen in London den Bund der Internationale hervorgerufen hatten, deren Programm keine Scheidewand der Völker mehr anerkannte, sondern durch Beseitigung der Religion, der Ehe, des Erbrechts eine allgemeine Völkerverbrüderung, oder, wie die Gegner sich ausdrückten, einen unterschiedslosen Urbrei von Individuen herbeiführen wollte. Ungeduldig hatten die Führer, ein Blanqui, Pyat, Assy, zu wiederholten Malen schon während der Belagerung das Heft an sich reißen wollen; aber wenn auch das Kaiserreich ihnen schon eine Menge gelehriger Schüler herangebildet hatte, so waren die Massen doch erst durch den Krieg und die Katastrophe für ihre Pläne reif geworden. Auch jetzt bedurfte man

Die Internationalen.

für sie noch manchmal des nationalen Aushängeschildes, und um den Ausbruch der Revolution vorzubereiten, kannte man kein schicklicheres Mittel als den Deutschenhaß, durch den man sich immer noch Tausende dienstbar zu machen wußte, die des Köders noch nicht ganz entbehren konnten. Der bevorstehende Einzug der Preußen, die ausbedungene Uebergabe der Kanonen dienten als Handhaben, um die Sache in Gang zu bringen: diese Kanonen mußte man retten: man rettete sie auf den Montmartre: man befestigte den Montmartre mit Barrikaden, und nun hatte man die Burg, die dem Aufstande zum Hauptquartier und den Rädelsführern als uneinnehmbares Bollwerk dienen sollte.

Wegführung der Kanonen.

Schon am Abend des 26. Februar nahmen diese Vorgänge ihren Anfang; trotz des Anmarsches von drei Linienbataillonen wurde der Artilleriepark der Nationalgarde vom Wagram-Platze nach dem Montmartre geschafft, Gefangene wurden befreit, Munition unter die Bataillone von Belleville, Montmartre und anderen revolutionären Vierteln vertheilt, und die Autorität der Regierung, des Generals Vinoy vollständig mißachtet. Die Leitung der Bewegung ging von zwei verschiedenen Comités aus; das eine, an dessen Spitze Assy stand, war aus den Pariser Mitgliedern der Internationalen gebildet; das andre, aus Männern wie Flourens oder Delescluze zusammengesetzt, wollte durch freie Wahl aus dem Schoße der Nationalgarde hervorgegangen sein. Beide wirkten zunächst Hand in Hand und betrieben ihre Wühlereien um so ungescheuter, als die Regierung nicht einmal öffentlich davon zu reden wagte. Erst nach dem Abmarsch der Deutschen, als die Aufständischen schon gegen 200 Kanonen und Mitrailleusen bei einander hatten und an die 100,000 Mann, reichlich mit Gewehren und Patronen versorgt, den Befehlen der geheimen Comités gehorchten, gestand man sich die Gefahr der Lage, und suchte nicht allein durch Ansprachen und Aufrufe, sondern auch durch die Vermehrung der Linientruppen in der Stadt einer schlimmen Wendung vorzubeugen. Aurelle de Paladines, der am 3. März zum Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde ernannt wurde, sollte durch eine Umbildung der gefährlichen Truppe, besonders durch weitgreifende Aenderungen im Offiziercorps Wandel schaffen, allein er beschleunigte dadurch nur die Organisation der Meuterer, deren Centralcomité sich eine Delegirtenversammlung der 200 Bataillone, auf die es rechnen konnte, zur Seite stellte und außerdem in jedem Bataillon und jeder Legion einen berathenden Ausschuß bilden ließ. Trotzdem unterschätzte man die wirkliche Größe der Gefahr auch jetzt noch und wiegte sich vollends in trügerische Sicherheit, als Vinoy am 11. März eine Musterung über angeblich 40,000 Mann Linientruppen halten konnte und an demselben Tage nicht nur das Todesurtheil, welches von einem Kriegsgerichte über Blanqui, Flourens und andere Führer des Aufstandes vom 30. October gefällt wurde, sondern auch die Unterdrückung von sechs radicalen Pariser Blättern ohne große Aufregung hingenommen wurde. Mehrere Tage verlor man noch mit Vorbereitungen aller Art, ehe man sich zu dem unerläßlichen

Gegenmaßregeln der Regierung.

Hauptschritt entschloß, den Verschwörern ihre Kanonen wieder zu entreißen. Gegen 2 Uhr Morgens am 18. März besetzte endlich der General Lecomte ganz unerwartet mit einigen Linienregimentern den Montmartre, ohne von Seiten der überraschten Nationalgardisten den geringsten Widerstand zu finden. Aber kaum war es Tag geworden, so strömten aus allen Richtungen die Aufständischen zum Angriff herbei, und als Lecomte den Kampf aufnehmen wollte, schwenkten die Linientruppen ihre Kolben in die Luft, verweigerten den Gehorsam und ließen ihren General und einen Theil der Offiziere von den Meuterern gefangen wegführen. Dasselbe Schicksal erlitt der frühere Befehlshaber der Nationalgarden, Clément Thomas, der sich in bürgerlicher Kleidung auf den Schauplatz des Kampfes begab und, bald erkannt, von den Wüthenden verhaftet wurde. Beide Generale wurden wenige Stunden darauf durch den Spruch eines sogenannten Kriegsgerichtes zum Tode verurtheilt und sofort erschossen. Auf Widerstand stießen die Empörer zunächst nirgends. Nachmittags besetzten sie das Stadthaus, wo die beiden Comités, die sich nun unter Assys Präsidium verschmolzen, ihren Sitz nahmen, und Abends waren sie Herren des ganzen rechten Seine-Ufers, bis auf einzelne, allerdings wichtige Gebäude wie Bank und Börse, die ein paar von den alten conservativen Nationalgardebataillonen schützten. Thiers und Vinoy zeigten sich ganz unfähig, dem Strom der Empörung einen Damm entgegenzustellen; sie räumten am 19. auch das linke Seine-Ufer und zogen sich mit den Truppen nach Versailles zurück; nicht einmal die Forts der Südseite wurden behauptet, nur auf dem Mont Valérien wehte noch die dreifarbige Fahne. Innerhalb der Stadt versuchten die Maires der 20 Bezirke, obgleich auch sie zu den fortgeschrittensten Republikanern gehörten, dem Widerstande einen Halt zu geben und ihn durch Zugeständnisse zu entwaffnen, besonders erwies sich der Maire von Montmartre, Clémenceau, sehr eifrig und wußte seine Collegen zu dem Entschlusse zu ermuthigen, daß sie sich dem Stadthaus-Comité gegenüber als die gesetzliche Obrigkeit hinstellten und in dieser Eigenschaft den Admiral Saisset am 22. März zum Befehlshaber der Nationalgarde ernannten. Allein ihr Einfluß reichte nicht weit, und eine friedliche Kundgebung der ihnen ergebenen Bürger, die wiederholt in großem Zuge auf den Vendôme-Platz rückten, wo starke Massen der aufständischen Bataillone standen, wurde von diesen endlich mit einer vollen Salve begrüßt, die den erschreckten Haufen sofort auseinander sprengte. Dennoch kam es zu Unterhandlungen zwischen dem Stadthause und den Maires, die bereit waren, sich vor einer neugewählten Gemeindevertretung zurückzuziehen, und schon hoffte man eine Verständigung erreicht zu haben, als der Centralausschuß die Verhandlungen plötzlich abbrach und die Bürger von Paris auf den 26. einseitig zur Wahl des Gemeinderathes, der Commüne, berief. Nun gab auch Saisset das Spiel verloren, löste die treu gebliebenen Bataillone auf und ging nach Versailles: die Ordnungspartei war so völlig entmuthigt, daß sie selbst an der Wahlurne nur spärlich zu erscheinen wagte, obgleich ihr dort der Sieg

Der 18. März.

Vermittlungsversuche.

Die Wahl der Commüne.

vollkommen sicher gewesen wäre. Denn von der halben Million Wähler, die Paris zählen mochte, kamen nur 180,000 zur Stimmabgabe und auch von diesen waren nur etwa zwei Drittel Anhänger der Commüne: eine allgemeine Betheiligung hätte also den Gemäßigten die Mehrheit verschafft, während jetzt beinah die ganze Liste des Stadthauses durchging, und von Blanqui, Assy, Pyat, Flourens, Delescluze an alle ihre Häuptter, zum Theil noch wenig oder gar nicht bekannte Namen, gewählt wurden. Am 28. März trat die Commüne zusammen, constituirte sich und bildete zehn Ausschüsse, deren Vorsitzende die Obliegenheiten der Minister wahrzunehmen hatten: Pascal Grousset leitete die auswärtigen Geschäfte, Raoul Rigault besorgte die Polizei; Platzcommandant von Paris wurde „General“ Bergeret; unter den häufig wechselnden Kriegsministern war Cluseret der bekannteste; der Oberbefehl über das Heer wurde unter drei Generale Eudes, Brunet und Duval, getheilt, da Garibaldi, dem schon der provisorische Ausschuß diese Ehre zugedacht hatte, sie in einem übrigens sehr wohlwollenden Schreiben ablehnte. Seine allerdings fruchtlose und wenig glänzende Thätigkeit auf dem Kriegsschauplatze war ihm nämlich sehr schlecht gelohnt; als seine Vaterstadt Nizza ihn als Abgeordneten nach Bordeaux entsandte, wurde er dort als Fremder gar nicht zugelassen und überdies von der Rechten so gröblich durch leidenschaftliche Angriffe beleidigt, daß auch sein Freund und Lobredner Victor Hugo in Folge dessen nicht länger in der Nationalversammlung sitzen wollte; auf die Nachricht, daß die Pariser ihn an ihre Spitze berufen hätten, wurde nun gar von der Versailler Regierung ein Verhaftsbefehl gegen ihn und seinen Sohn Menotti, der zum Generalstabschef ausersehen war, erlassen, so daß er vorzog, auf Caprera zu bleiben. Neben der Commüne bestand übrigens der Ausschuß der Internationalen ruhig fort, und Assy, der im Gemeinderathe nicht so zur Geltung kam, wie er gehofft haben mochte, gerieth dadurch bald in ernstliche Händel mit seinen Genossen. Es dauerte nicht lange, so wurde er durch Raoul Rigault verhaftet und wanderte in die Gefängnisse, in die ihm nach und nach noch manche seiner Collegen folgten. Die wenigen Mitglieder der Commüne, die der Partei der Maires angehörten, nahmen die auf sie gefallene Wahl entweder gar nicht an, oder traten bald wieder zurück, so daß der schrankenloseste Radicalismus im Stadthause herrschte. Gleich die ersten Maßregeln der Commüne bestanden in der Niederschlagung aller Miethen und Zinsen für die letzten drei Vierteljahre, in der Aufhebung der Conscription und der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für die Nationalgarde, deren Mitglieder jetzt einen Sold von täglich 2½ Franken bezogen. Auch für die Fr en, legitime wie illegitime, schuf man wohlbesoldete Stellen als Kra en-wärterinnen und Marketenderinnen, und setzte den Witwen und Kindern der Gefallenen reichliche Pensionen (600, resp. 360 Fra len für den Kopf) aus. Um Geld zu schaffen wurden die Kirchenge th-schaften mit Beschlag belegt, Klostergüter eingezogen, Zwangsanl. hen und Vorschüsse bei den Versicherungsgesellschaften, den Eisenbahncc en,

Garibaldi.

Parteiungen in der Commüne.

Die ersten Maßregeln der Commüne.

der Bank und bei Privaten erhoben und so dem Communismus practisch vorgearbeitet. Bis zum 1. Mai waren auf diese Weise nach dem Bericht des Finanzdelegirten Jourde 26 Millionen eingenommen und 25 Millionen (davon 20 für den Krieg) ausgegeben, eine Summe, die sich bis zum Ende des Aufstandes noch etwa verdoppelt haben mochte.

Dem übrigen Frankreich suchte man durch Proclamationen und Sendlinge den Gedanken annehmlich zu machen, daß es sich in eine große Föderation selbständiger Gemeinden nach dem Vorbilde der Pariser zerlegen möge. In Marseille, Lyon, St. Etienne, Toulouse und andern großen Städten fand das natürlich Anklang und gab zu lärmenden und blutigen Putschen Anlaß, die aber doch alle im Verlaufe weniger Tage bezwungen wurden. Damit war im Grunde auch schon das Todesurtheil der Pariser Commüne gesprochen, denn nur durch die Verpflanzung ihrer Einrichtungen in die übrigen Städte des Landes konnte sie hoffen den Sieg zu erringen. Es war doch ein völlig hoffnungsloses Unternehmen, wenn sie ohne solche Unterstützung den Versuch machte, mit Waffengewalt sich weiteren Boden zu verschaffen. Aus den Bataillonen der Nationalgarde wurden Marschregimenter gebildet und gegen Versailles in Bewegung gesetzt. Allein die 6000 Mann, die am 2. April bei Neuilly die Seine überschritten, wurden von den Regierungstruppen leicht zurückgeworfen, und als die drei Generale der Commüne am nächsten Tage den Angriff mit ihrer gesammten Macht, einem Haufen von 100,000 Menschen, wiederholten, feuerten die Kanonen des Mont Valérien so erbarmungslos in die wirre Menge, daß zahllose Opfer die Ebene bedeckten und Tausende sich gefangen nehmen ließen; unter den Todten war Flourens, unter den Gefangenen Duval, den ein Kriegsgericht in Versailles sofort erschießen ließ. Die Commüne entnahm daraus natürlich das Recht in gleicher Weise vorzugehen, und da sie keine Gefangenen hatte, so nahm sie Geiseln aus der Mitte der „Verdächtigen", die in Paris geblieben waren, vor Allem den Erzbischof Darboy und andere Priester, und drohte für jede fernere Erschießung in Versailles drei von diesen zu tödten; gegen Thiers, Favre u. A. wurde überdies Anklage vor einem Volksgericht erhoben und ihr Vermögen eingezogen; Thiers' Haus wurde einige Wochen später von Grund aus zerstört.

Kämpfe gegen die Versailler.

Die Kämpfe zwischen Paris und Versailles dauerten inzwischen Tag für Tag fort: die Unfähigkeit des einen oder des andern Theiles erhebliche Fortschritte zu machen und der schreckhafte Eindruck, den die Erschießungen und Verhaftungen hervorriefen, ermuthigten indes die versöhnlicheren Elemente zu neuen Vermittlungsversuchen, obgleich doch ernstlich von einer Verständigung zwischen so unvereinbaren Gegensätzen unmöglich gesprochen werden konnte. Es bildete sich aus dem Anhange Clémenceaus und der übrigen Maires ein „republikanischer Bund zur Verteidigung der Rechte von Paris", der sich am 11. April durch Abgesandte mit Thiers in Verbindung setzte. Aber der Präsident wollte weder die Unabhängigkeit der Pariser Gemeinden anerkennen, noch darauf verzichten, die Stadt mit Linientruppen zu besetzen; er

Neue Vermittlungsversuche.

versprach Allen außer den Mördern der beiden Generale Verzeihung und den arbeitslosen Nationalgardisten überdies für einige Wochen die Weiterzahlung des Soldes; aber er weigerte sich ebensowohl mit den Aufständischen wie mit Kriegführenden einen Waffenstillstand zu schließen, wie der Stadt Paris irgend welche Vorrechte vor den übrigen Städten einzuräumen. In wie schroffem Gegensatze er sich selbst zu den verhältnißmäßig gesunden Gedanken, die in der Commüne-Bewegung versteckt lagen, befand, zeigte er grade in diesen Tagen in der Nationalversammlung, die über ein neues Gemeindegesetz berieth und von dem Präsidenten durch die Drohung mit seinem Rücktritt gezwungen wurde, einen schon gefaßten Beschluß wieder umzustoßen und die Ernennung der Maires in allen Städten von mehr als 20,000 Einwohnern der Regierung zu überlassen; die straffe Zusammenfassung der Regierungsgewalt, die Unterdrückung der berechtigtesten Ansprüche auf Selbstverwaltung hatten in Thiers einen weit eifrigeren Vorkämpfer als früher in Napoleon III. Die Commüne ihrerseits machte sich das Scheitern der Vermittlungsversuche natürlich zu Nutze, noch einmal lud sie in geschickter Form in einem Aufruf Frankreich ein, sich dem heldenmüthigen Paris anzuschließen; nur verstohlen schimmerten die socialistischen Pläne durch, wenn es an einer Stelle als Wunsch der Commüne hingestellt wurde, die Gewalt und das Eigenthum zu verallgemeinern; der ganze Nachdruck des Aufrufes war auf die Verfechtung der Gemeindefreiheit gelegt, die Paris nicht für sich allein, sondern für das ganze Land fordere. Frankreichs Sache sei es jetzt Versailles zu entwaffnen; die Hauptstadt aber betrachte es als ihre Aufgabe, ihre Gemeinderevolution, die furchtbarste von allen, die je die Geschichte geschmückt, siegreich durchzuführen oder unterzugehen.

Neue Kämpfe.

Der Ton des Schriftstücks ließ im Ganzen noch keine Ermuthigung erkennen und der weitere Verlauf der Kämpfe vor Paris hätte auch keinen Anlaß dazu gegeben. Mac Mahon, der am 3. April an Vinoys Stelle mit dem Oberbefehl betraut war, hatte bisher nicht eben glücklich gekämpft; am 12. April war es dem Polen Dombrowski sogar gelungen, beträchtliche Erfolge über die Truppen Ladmiraults, der auf der Halbinsel des Mont Valérien befehligte, zu erringen, und wenn diese seitdem wieder zerronnen waren, so behaupteten die Communalen sich doch in ihren alten Stellungen, und erst am 25. April fühlte man sich in Versailles im Stande den förmlichen Angriff auf die Forts zu beginnen. Nicht weniger als 128 Batterien eröffneten in den nächsten Tagen ihr Feuer gegen Issy, Vanves, Montrouge und die Umwallung; ein Bombardement der Stadt, wie es vom Mont Valérien leicht ausführbar gewesen wäre, unterblieb selbstverständlich. Nur langsam gewann Cissey, der auf der Südfr[illegible] commandirte, an Boden: eine günstige Gelegenheit, das zeitwei[illegible] unbesetzte Fort Issy zu nehmen, ließ er sich am 30. April entgeh[illegible]; erst am 9. Mai, nachdem es zum zweiten Male geräumt war, zog[illegible] die Versailler ein; fünf Tage darauf ward auch Vanves, wieder [illegible] Tage später Montrouge besetzt. Jedes derartige Mißgeschick füh[illegible]

in Paris zu Absetzungen, Verhaftungen und Gewaltthätigkeiten. Der ersten Räumung von Issy folgte noch an demselben Tage die Verhaftung Cluserets, dessen Nachfolger Rossel wiederum nach dem endgültigen Verluste desselben Forts selbst um eine Zelle in Mazas bat, da er weder Lust habe den gegenwärtigen Wirrwarr länger mit anzusehen, noch allein die Verantwortlichkeit übernehmen wolle, die unthätigen Legionsführer der Nationalgarde erschießen zu lassen. Zwischendurch war vom 2. Mai an auch ein Wohlfahrtsausschuß in Thätigkeit getreten, zu dessen fünf Mitgliedern Pyat gehörte, obgleich er eben vorher der Commüne seinen Austritt erklärt hatte und kaum der Verhaftung entgangen war; und neben diesem Wohlfahrtsausschuß fuhr auch das alte Centralcomité fort, sich in Alles zu mischen, so daß von einheitlicher Leitung nirgends die Rede war. Um so einmüthiger erscholl fortan aber die Klage, daß Verräther von dem Golde der Reaction erkauft seien, und daß eine weitverbreitete geheime Verschwörung gegen die Commüne bestehe. Die natürliche Folge war, daß jetzt die wildesten und wüthendsten unter den Führern die einflußreichsten wurden. Zerstörungsmaßregeln, die lange hingehalten waren, wie die Zertrümmerung der Vendôme-Säule oder die Zerstörung von Thiers Wohnung, wurden nun in aller Eile ausgeführt; zehn gemäßigte Blätter, die bis dahin noch geduldet waren, mußten an einem Tage aufhören zu erscheinen; von einem „Corps der Rächer" wurden die Verhaftungen Verdächtiger zu Hunderten vollzogen; das Revolutionstribunal eröffnete unter dem Vorsitz Raoul Rigaults seine Thätigkeit und auf den Antrag von Delescluze beschloß die Commüne am 20. Mai beim Eindringen der Regierungstruppen alle öffentlichen Gebäude in Brand zu stecken. Das Gefühl von dem nahen Ende der Schreckensherrschaft stachelte alle Leidenschaften zum höchsten Aufruhr an: wenn es denn zu sterben gelte, so wolle man, hieß es, der Freiheit wenigstens eine würdige Leichenfeier bereiten. Zum letzten Male wurde von Dombrowski am 19. noch ein Ausfall versucht; er scheiterte völlig, und am 21. überfielen die Regierungstruppen das Thor von St. Cloud, zu dem sie ein Bürger Jules Ducatel in einem Augenblick führte, wo dasselbe grade unbesetzt war. Andern Tags drangen sie auch weiter westlich zum Thore von Montrouge herein und nun begann ein erbitterter Straßenkampf, der vier Tage und fünf Nächte dauerte. Als sie des rechten Seineufers Herr geworden waren, machten sich die wuthschnaubenden Communisten an ihre greulichsten Racheacte. Colonnen von Brandstiftern wurden abgesandt, um das stolze Paris in Asche zu legen; die Flammenglut, die Abends am 23. von den Tuilerien und dem Louvre aufstieg, gab das Zeichen; rasende Männer und Weiber, die Petroleurs und Petroleusen, trugen aufgestapeltes Oel und andre Brennstoffe herbei, und bald standen das Palais Royal, das Stadthaus, die Polizeipräfectur, eine lange Reihe von Ministerien, Klöstern, Kirchen, Theatern, Bahnhöfen, Magazinen, Museen in Flammen. Auch an den unglücklichen Geiseln kühlte der verbrecherische Wahnsinn noch seine Wuth: der Erzbischof Darboy, der Abbé Deguerry, der Bankier Jecker und viele

Innere Zwietracht der Communalen.

Extreme Maßregeln.

Der Kampf in Paris.

Mord und Brand.

andere wurden auf Delescluze's Befehl von Raoult Rigault zum Tode geführt; Delescluze selbst, vielleicht der verruchteste unter der ganzen Mordbande, fand in den letzten Stunden des Widerstandes den gesuchten Tod auf einer Barrikade. Außer ihm fielen im Kampfe oder wurden auf der Stelle erschossen Dombrowski, La Cecilia, Rigault und viele andre; eine große Zahl der Commünemitglieder aber ertrug es zu leben und suchte sich durch die Flucht zu retten; vielen gelang es, andre wurden entdeckt und verhaftet, mit ihnen auch Rochefort, der gleich beim Beginn des Aufstandes nach Paris geeilt war und durch journalistische Hetzreden die Commüne unterstützt hatte. Die Zahl der Getödteten wird bis zu 17,000 angegeben; Mac Mahons Truppen hatten etwa 1000 Todte und über 6000 Verwundete; gefangen eingebracht wurden nach Versailles an 25,000, eine Zahl, die durch nachträgliche Verhaftungen mehr als verdoppelt wurde. Von bekannten Männern waren darunter Assy, Cluseret, Rossel, der Maler Courbet, Grousset. Daß sie auf keine Gnade zu rechnen hatten, verstand sich von selbst. Die ungeheure Menge der Verhafteten machte es freilich nöthig, Tausende schließlich ohne Strafe laufen zu lassen; aber über die Häupter wurde von den Kriegsgerichten das Todesurtheil gefällt, und über Tausende wurde die Deportation nach Australien verhängt. Nach Verlauf eines Jahres waren über 10,000 Urtheile gesprochen, von denen über 70 auf Tod, über 200 auf lebenslängliche Zwangsarbeit, gegen 4000 auf Deportation oder Verbannung, etwa ebenso viel auf Festung oder Gefängniß, und nur etwas über 2000 auf Freisprechung lauteten. Erledigt war die Arbeit damit noch nicht; selbst Todesurtheile kamen auch fernerhin noch in erheblicher Zahl vor; doch wurden sie großentheils gegen Abwesende gefällt und kamen also nicht zur Vollstreckung. Die Gesammtzahl der Verurtheilten stieg schließlich auf 10,137; nur etwa 600 erhielten auf dem Wege der Gnade gänzlichen Erlaß, etwa 2000 eine Milderung ihrer Strafe; die Zahl derer, gegen welche das gerichtliche Verfahren eingestellt wurde, belief sich auf 20,000. Den Flüchtlingen bot sich auch jetzt wieder in England eine schützende Zuflucht, und die Internationale setzte von London aus ihre wühlende Thätigkeit mit einer Unbefangenheit fort, als ob alle die Greuelthaten der Commüne für sie eben so viele Ruhmestitel wären.

Die Kriegsgerichte.

Kaiser und Reich.

Die Deutschen und die Commüne.

Die deutschen Truppen hatten im Besitze der Nordforts von Paris während des Aufstandes strenge Neutralität bewahrt. Bismarck verhehlte sich nicht, daß ein Augenblick kommen könne, in dem es ihn geboten sein werde einzuschreiten; allein er vermied sorgf[illegible] Alles, was ein solches Einschreiten näher gerückt hätte; wir wür[illegible] so meinte er, dadurch die beiden Parteien sich nur wieder in [illegible] Arme treiben und hätten zu gewärtigen, daß sie vereint über u[illegible] verminderten Truppen herfielen. Er gestand der republikanis[illegible]

Regierung allerdings das Recht zu, die 40,000 Mann, die sie nach dem Friedensvertrage in Paris halten durfte, in Versailles zu versammeln und sie dort zu verdoppeln und zu verdreifachen; aber er ließ auch keine Maßregel versäumen, welche die Vorsicht zum Schutze der Deutschen gebot; auf das strengste wurde darauf gehalten, daß die Communisten die neutrale Zone vor den Nordforts von Paris nicht überschritten, die Entlassung der französischen Kriegsgefangenen wurde eingestellt, der Abzug der deutschen Truppen verlangsamt. Wenn das der Regierung von Versailles nicht eben lieb sein konnte, so bot sie doch andrerseits auch Anlässe genug, um dem Verdacht, daß sie es nicht ganz ehrlich meine, Nahrung zu geben. Untergeordnet war es vielleicht, daß sie im März und April die Ve pflegungsgelder für die deutschen Truppen nicht zahlte, obgleich sich nicht einsehen ließ, warum sie die verhältnißmäßig geringen Summen nicht durch Ausgabe von Papiergeld berichtigte, das Bismarck anzunehmen bereit war, da es ja sofort wieder in Frankreich verausgabt wurde; aber ernsthafter waren die Hindernisse und Zögerungen, die sie bei den Brüsseler Friedensverhandlungen schuf, so daß diese, obgleich schon am 28. März eröffnet, den ganzen April über zu keinem Abschluß führten. Deutscherseits leitete sie als erster Bevollmächtigter Graf Harry von Arnim, französischerseits Baude, Goulard und Declerq. Thiers' Ziel war, die Zahlung der fünf Milliarden in französischen Renten zu erreichen, während Arnim auf baarem Gelde oder unzweifelhaft guten Papieren bestand. Nach wochenlangen Verhandlungen war man sich Ende April noch um Nichts näher gekommen, so daß Bismarck endlich am 2. Mai die Gelegenheit wahrnahm, im deutschen Reichstage die Sachlage zu skizziren und den Schluß daraus ziehen, daß Deutschlands Streitkräfte in Frankreich stark genug bleiben müßten, um jeder Möglichkeit gewachsen zu sein. Darauf hin entschloß sich Thiers zum Nachgeben; er nahm die abgebrochenen Verhandlungen wieder auf und schickte Jules Favre und den Finanzminister Pouyer-Quertier nach Frankfurt, wohin auch Bismarck sich am 5. Mai begab. Andern Tags wurden die Verhandlungen, an denen auch Arnim und Goulard betheiligt blieben, wieder aufgenommen und am 10. Mai Mittags 2 Uhr konnte das endgültige Friedensdocument unterzeichnet werden. Die süddeutschen Regierungen genehmigten es am 15., Kaiser Wilhelm für den norddeutschen Bund am 16., die französische National-Versammlung am 18., so daß die Ratificationen verabredeter Maßen am 20. Mai im Gasthof zum Schwan in Frankfurt am Main von Bismarck und Favre ausgetauscht werden konnten.

Die Brüsseler Conferenzen.

Der Frankfurter Friede.

So war denn der letzte Federstrich vollzogen, der die Früchte [d]es gewaltigen Krieges völkerrechtlich sicherte; der Beginn einer neuen [Z]eit urkundlich beglaubigt. Allerdings waren es nur untergeordnete [M]omente, meist Geldfragen, gewesen, die den Abschluß so lange [h]inausgezögert hatten: die größeren, wahrhaft historischen Erfolge, [d]ie Wiedererwerbung der altdeutschen, linksrheinischen Lande, die Einigung Deutschlands an Haupt und Gliedern, sie waren längst vorher verbürgt und keine französischen Zauberkünste hatten sie mehr in

Frage stellen können. Immerhin war doch nun erst die Sicherheit geboten, daß die Kanonen nicht noch einmal zu reden brauchten. Die

Die fünf Milliarden.

Zahlung der fünf Milliarden wurde in der Weise geordnet, daß die ersten 500 Millionen dreißig Tage nach der Unterwerfung von Paris, die zweiten und dritten im Laufe des Jahres 1871, die vierten am 1. Mai 1872 fällig werden sollten; für die übrigen drei Milliarden wurde Frist bis zum 2. März 1874 gegeben; als Zahlungsmittel sollten Gold, Silber, preußische, englische, holländische und belgische Banknoten, Anweisungen und Wechsel ersten Ranges dienen; 325 Millionen kamen in Abrechnung für die französische Ostbahn in Elsaß-Lothringen, die Deutschland erwarb. Die Verzinsung mit 5 pCt. lief vom 2. März 1871 ab; dem Maße der Zahlungen entsprach die allmälige Räumung des französischen Gebiets durch die deutschen Truppen; die Forts vor Paris blieben bis zur Erledigung der dritten Halbmilliarde besetzt.

Elsaß-Lothringen.

In der Begrenzung des abgetretenen Gebietes wurden durch den Frankfurter Frieden einige unerhebliche Aenderungen getroffen: ein paar Dörfer bei Belfort blieben französisch, ein paar andere bei Metz wurden zu Deutschland geschlagen. Der Gesammtumfang der Abtretungen belief sich auf 264 Quadratmeilen mit 1,550,000 Einwohnern. An der Größe Frankreichs oder Deutschlands gemessen war das kein allzu erhebliches Gebiet; aber es war der „Schlüssel zu unserm Hause“, es war ein Beutestück Frankreichs, das stets von Neuem an Deutschlands tiefsten Verfall erinnerte, es war ein Land, bewohnt von deutschen Stämmen, die im letzten Augenblick der Gefahr vollständiger Verwelschung entrissen wurden. Darum war es ein so einstimmiges Verlangen der ganzen Nation gewesen, daß diese Lande wieder gewonnen werden müßten, darum klang der Jubel so hell in tausend Siegesliedern:

> Was uns entriß des Feindes Trug,
> Als Zwietracht uns mit Ohnmacht schlug,
> Des Elsaß' rheindurchströmte Au,
> Lothringens städtereichen Gau,
> Ein neues Band
> Knüpft sie an's alte Vaterland!

Wohl machte man sich kein Hehl daraus, daß diese Gefühle der Freude von den Wiedergewonnenen noch nicht getheilt würden, daß sie zum weitaus größten Theile leidenschaftlich an Frankreich hingen; aber man vertraute der Macht der Zeit und dem deutschen Blute, das in den Adern der neuen Landsleute floß; man vertraute auch der Zauberkraft des wiedererstandenen Deutschen Reichs, seiner inneren Gesundheit, seiner verfassungsmäßigen Freiheit, die es hoch über die schweren Kämpfe hinaus hob, in denen Frankreich sich jetzt die Formen sei[illegible]s neuen Daseins erstreiten mußte. Und wie vor wenigen Jahren [illegible]ch die Bewohner der neuen preußischen Provinzen ihren Uebergang [illegible]n das neue Staatswesen sich vielfach dadurch erleichterten, daß sie [illegible]n oppositionellen Elementen, die sie vorfanden, besonders also der F[illegible]t-schrittspartei sich anschlossen, so mochte man es immerhin auch [illegible]n Elsässern zu Gute halten, ja es durchaus naturgemäß finden, w[illegible]n

sie an dem Ultramontanismus, als dem widerstrebendsten Elemente in dem neuen Staatswesen, einen Anhalt suchten. Das allmälige Wachsen und Erstarken der deutschen Gesinnung hatte zur Voraussetzung die Betheiligung und das Interesse an den Kämpfen der politischen Parteien in Deutschland; traten die neuen Landsleute nur erst in diese Kämpfe ein, wenn auch zunächst nur in der Absicht zu zerstören und mit geflissentlich zur Schau getragener Kälte und Absonderung, so war damit schon ein wichtiger Schritt gethan. Nur durfte man freilich nicht gleich sichtbare, greifbare Früchte erwarten, den Kindern gleich, die den Kern in die Erde legen und sie alle Tage wieder umwühlen, um zu sehen, ob er schon Keime getrieben. Man durfte auch nicht verlangen, daß gleich die ersten Sprossen des neuen politischen Lebens die Umrisse und Formen des deutschen Nationalgefühls an sich trugen, sondern mochte ihnen gestatten, daß sie eben sowohl erst ein fremdartiges, ein local-elsässisches Gepräge zeigten, wie die ersten Keimblätter nicht denen des ausgewachsenen Baumes gleichen. Den Localpatriotismus zu wecken, das Franzosenthum durch das elsässische Heimatsgefühl zu ersticken, das war die Aufgabe, welche jedes bewußte Eingreifen von deutscher Seite zu fördern hatte; und dieser Aufgabe wurde von allem Anfang an dadurch entsprochen, daß man die neuen Lande nicht, wie es wohl erwartet wurde, mit Preußen vereinigte oder gar theilweise zu Baiern schlug, sondern daß man ihnen eine particulare Existenz als deutsche Reichslande gönnte.

Die Einigung Deutschlands.

Daß sie aber deutsche „Reichslande" werden konnten, daß es nun wieder ein wirkliches, wahrhaftes Deutsches Reich und einen deutschen Kaiser gab, das war von allen Früchten des Krieges doch die edelste. Die Bewegung im deutschen Volke, die schon vor der Schlacht von Sedan begann und nachdrücklich die endgültige Beseitigung der Mainlinie forderte, hatte sich unter dem ersten Eindruck der großen Entscheidungsschlacht mächtig, besonders auch durch Süddeutschland, verbreitet. Wie wir einig in den Krieg gingen, so hieß es, so soll auch der Friede uns einig finden: Ein Volk, Ein Heer, Ein Reichstag, das war der Ruf, in den die öffentliche Meinung Alles, was sie verlangte, zusammenfaßte. Die Unerläßlichkeit dieser Forderungen war auch den süddeutschen Regierungen vollkommen klar; aber die praktische Auslegung derselben, die Anwendung der geforderten und zugestandenen Einheit auf die einzelnen Gebiete des Staatslebens, das Maß der Sonderrechte, die man glaubte retten zu können und zu dürfen, der Umfang der Machtvollkommenheit, den man der Centralgewalt zugestehen wollte oder mußte, das war es, worin noch eine Fülle von Schwierigkeiten lag. Nur in Baden war die Regierung, getreu ihrer bisherigen Politik, unbedingt bereit, die Verfassung des Norddeutschen Bundes anzunehmen, ja selbst für eine noch größere Kräftigung der Centralgewalt zu wirken. In Hessen war die Freudigkeit des Entschlusses schon erheblich geringer, aber der Entschluß selbst konnte doch nicht wesentlich anders ausfallen. In Würtemberg machten sich die Wünsche, zu retten was irgend zu retten sei, schon bemerklicher; doch stand seit dem 31. August nicht mehr Varnbüler an der

Die süddeutschen Staaten.

Spitze des Ministeriums, sondern Mittnacht; der Kriegsminister Suckow war ein entschiedener Freund des engsten Anschlusses, und die Bevölkerung, die in den letzten Wahlen sich so particularistisch gezeigt hatte, war durch die patriotische Aufregung wie umgewandelt, so daß die Neuwahlen, welche die Regierung im October ausschrieb, eine glänzende Niederlage der Volkspartei, den vollständigen Sieg der Nationalen zur Folge hatten. Die feste Burg des Particularismus war naturgemäß Baiern. Wies ihm seine Größe, seine Vergangenheit, die Zusammensetzung seines Landtags schon diese Rolle an, so waren die leitenden Staatsmänner, die ja der Sturz des nationalgesinnten Hohenlohe ans Ruder gebracht hatte, durchaus dazu geneigt, sie mit so viel Ausdauer, wie irgend angänglich war, festzuhalten. Andrerseits konnten doch auch sie sich der mächtigen Strömung der Zeit nicht entziehen; sie konnten vor Allem nicht königlicher sein als der König, ihr Herr, und bei diesem hatte das stark ausgeprägte dynastische Gefühl doch seine sehr scharfe Begrenzung nicht allein in der richtigen Würdigung der Lage, sondern auch in einem warm empfundenen Patriotismus. Vielleicht erschwerte dieser letztere in gewissem Sinne die Verständigung. Grade weil der König sich seiner vaterländischen Gesinnung bewußt war, und sie durch die That bewiesen hatte, mochten ihm manche Beschränkungen seiner Souveränität durch kein allgemeines Interesse geboten erscheinen, während Bismarck doch darauf zu sehen hatte, daß die Wohlfahrt des neuen Bundes nicht von der guten Gesinnung einzelner Fürsten abhängig blieb, sondern verfassungsmäßig gewährleistet wurde. Gleichwohl wünschte der Kanzler nicht, den vorhandenen Widerstand durch rücksichtslosen Druck zu beseitigen und ihn so vielleicht in eine fortwuchernde Mißstimmung umzuwandeln. Er gab deshalb dem Minister Delbrück, als er denselben auf den Wunsch der bairischen Regierung Mitte September nach München sandte, keine andre Weisung mit, als die, sich jeder Aeußerung zu enthalten, die so gedeutet werden könnte, als ob Preußen auf die freien Entschließungen eines treuen und bewährten Bundesgenossen auch nur den entferntesten Druck ausüben wolle. Die nächste Folge davon war allerdings, daß Baiern nun sein Angebot mit einer wahren Mauer von Clauseln umgab. Nicht weniger als 80 Puncte wurden aufgestellt, in denen die Bundesverfassung geändert oder das süddeutsche Königreich von ihr ausgenommen werden sollte. Mit dem Heerwesen wollte man es ganz lassen wie bisher, an der Flotte sich nicht betheiligen; die auswärtige Politik sollte Baierns Controle unterliegen, jede Verfassungsänderung seiner Zustimmung bedürfen; in der Justizgesetzgebung, dem Verkehrswesen, der Besteuerung des Bieres, der Freizügigkeit und Anderm mehr wollte Baiern vollständig unabhängig bleiben. Dem gegenüber ko[nnte] denn freilich Delbrück nur erklären, daß Preußen eine derartige L[ocke]rung der norddeutschen Verfassung nicht zugeben könne, und [auch] Herr von Mittnacht, der von Stuttgart zu den Berathungen herü[ber]gekommen war, mochte diese Münchener Forderungen nicht unterstü[tzen]. Delbrück verließ also am 28. September nach achttägigem Aufent[halt]

König Ludwig von Baiern.

Delbrück in München.

die bairische Hauptstadt unverrichteter Dinge. Allein in Wahrheit war man doch schon ein gutes Stück weitergekommen. Preußen hatte Nichts gefordert, nur abgelehnt: der Norddeutsche Bund konnte warten. Das konnte Baiern aber nicht. Die öffentliche Meinung drängte selbst im eigenen Lande ungestüm nach einer Verständigung; das Münchener Cabinet war dadurch gezwungen, auf neue Vorschläge zu denken, und es mußte sich darauf gefaßt machen, je länger es säumte, um so mehr an sich selbst die Geschichte der sibyllinischen Bücher zu erleben. Denn wenn Preußen mit den andern süddeutschen Staaten abschloß und Baiern Miene machte sich abzusondern, dann war ein Sturm des öffentlichen Unwillens zu erwarten, dem keine Regierung hätte Stand halten können. Baden, Hessen und selbst Würtemberg waren aber schon im besten Zuge, ihren Eintritt in den Nordbund zu vollziehen. Aus Carlsruhe erging am 2. October das Angebot des bedingungslosen Anschlusses nach Versailles und die beiden andern Cabinette folgten mit einigen Vorbehalten dem Beispiele. Bismarck lud sie darauf ein, Bevollmächtigte ins Hauptquartier zu schicken und machte davon in München Anzeige. Wollte das bairische Ministerium nicht in den Nachtrab gedrängt werden, so durfte es nicht zögern. Das erkannte man denn auch vollkommen, und fast gleichzeitig mit Jolly und Freydorf, Mittnacht und Suckow, ja noch vor Dalwigk und Hofmann, reisten Graf Bray und Lutz am 20. October als bairische Bevollmächtigte nach Versailles ab. Hier begannen nun zwischen Roon und Delbrück einerseits und den genannten Vertretern andrerseits Verhandlungen, die für jeden einzelnen Staat gesondert geführt wurden; über das Maß der Zugeständnisse, das die öffentliche Meinung im Norden den Südstaaten einzuräumen geneigt sei, hatte Bismarck sich vorher mit den Abgeordneten Bennigsen und Friedenthal verständigt, die er als die befugten Wortführer der beiden maßgebenden Parteien, der nationalliberalen und der freiconservativen, nach Versailles berufen hatte; die Ansichten der norddeutschen Regierungen brachte der sächsische Minister von Friesen zur Geltung, der an den Verhandlungen Theil nahm. Mit den drei kleineren Staaten wurde eine Verständigung binnen acht Tagen erzielt; Baierns Angebote blieben aber immer noch hinter den Erwartungen Bismarcks zurück. Als nun der Kanzler sich zum Abschluß mit jenen anschickte und am 6. November gemeinschaftliche Conferenzen, bei denen nur Baiern fehlte, eröffnete, machte dieses einen letzten Versuch seine Stellung dadurch zu verbessern, daß es Würtemberg auf seine Seite zöge. Derselbe war von so schnellem Erfolge gekrönt, daß schon am 13. ein Telegramm aus Stuttgart den Ministern gebot, den Vertrag nicht [zu] unterzeichnen, sondern sich mit den bairischen Bevollmächtigten im [E]inverständniß zu erhalten. Erschreckt über die plötzliche Wendung [b]rachen Mittnacht und Suckow die Unterhandlungen ab und reisten [s]ofort nach Hause, um dem Könige ihr Entlassungsgesuch zu über[r]eichen. Baden und Hessen aber unterzeichneten am 15. November [ei]n Protocoll, durch welches sie von dem 1. Januar 1871 ab sich auf [G]rund der norddeutschen Verfassung mit dem bisherigen Nordbunde

Verhandlungen in Versailles.

Die Verträge mit Baden und Hessen.

zu einem neuen Deutschen Bunde vereinigten; die Vorbehalte, die dabei gemacht wurden, waren im Ganzen unbedeutend; zum Theil waren sie nicht einmal auf Wunsch der beiden Staaten gemacht, sondern gehörten zu den für die beiden Königreiche eingeräumten Sonderbestimmungen und waren nur der gleichmäßigen Behandlung wegen auf die Nachbarstaaten übertragen.

mit Baiern und Würtemberg.

Der Abschluß mit Baden und Hessen und die dringenden Vorstellungen der heimgekehrten Minister genügten, um die rückläufige Strömung in Stuttgart zu besiegen, sowie dieses Einlenken Würtembergs dann seinerseits wieder dem Zögern und Sträuben in München ein Ende machte. Schließlich kam der Vertrag mit Baiern, dessen Vertreter in Versailles geblieben waren, sogar noch früher zum Abschluß als der mit den würtembergischen Ministern, die erst wieder nach Berlin reisen mußten. Bismarck war in dem Maße seiner Zugeständnisse bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was man in Norddeutschland für zulässig hielt. Für 26 Paragraphen der Verfassung hatte er Abänderungen zugestanden, die freilich zum Theil nur formell waren; 25 weitere Paragraphen aber, die sich auf Eisenbahnen, Post, Telegraphie und Heerwesen bezogen, wurden für Baiern überhaupt außer Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage wurde der Vertrag am 23. November unterzeichnet; Würtemberg schloß den seinigen am 25. ab und vollzog gleichzeitig nach dem Vorgange Badens eine Militärconvention, durch die seine Truppen zu einem besonderen Armeecorps formirt wurden. Am 8. December endlich wurden alle diese Einzelverträge von den betheiligten Staaten gegenseitig anerkannt und dadurch, unter Vorbehalt der parlamentarischen Bestätigung, die Arbeit der Diplomatie beendet.

Bundesrath und Reichstag.

Der Bundesrath bestand nach diesen neuen Vereinbarungen aus 58 Mitgliedern, indem 2 hessische, 3 badische, 4 würtembergische und 6 bairische Stimmen zu den bisherigen 43 hinzutraten. In dem Ausschuß für das Heerwesen wurde Baiern und Würtemberg, wie früher schon Sachsen, ein ständiger Sitz zugesichert; überdies wurde ein neuer Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet, der unter bairischem Vorsitz aus Vertretern der drei Königreiche und zwei andern vom Bundesrathe gewählten Mitgliedern bestehen sollte; auch die Angelegenheiten des Reichslandes leitete ein besonderer Ausschuß. Dem Reichstage traten 48 bairische, 17 würtembergische, 14 badische und 6 südhessische Mitglieder hinzu, so daß die Gesammtzahl der Vertreter sich auf 382 belief. Der eigenen Gesetzgebung der drei Südstaaten blieb die Besteuerung des inländischen Bieres und Branntweins vorbehalten, wogegen sie natürlich jeden Anspruch an die Einnahme aus den entsprechenden Bundessteuern verloren. In derselben Weise hatten die beiden Königreiche keinen Antheil an den Erträgnissen der Post und Telegraphie, behielten dafür aber die Verwaltung dieser Anstalten für ihren eigenen, internen Verkehr. Das Eisenbahnwesen unterlag der bestimmt geregelten Aufsicht und Einwirkung des Bundes, die aber für Baiern nur in einem einzigen Puncte Geltung erhielt: in dem Recht, für die Anlegung und Ausrüstung solcher

Die Reservatrechte.

Bahnen, die für die Landesverteidigung wichtig seien, einheitliche Normen zu erlassen. In Bezug auf das Heerwesen behielt Würtemberg, ähnlich wie Sachsen und Braunschweig im Norddeutschen Bunde, die eigene Verwaltung seines Corps, während Baden und Hessen gleich den kleineren Bundesgenossen im Norden auf alle verfassungsmäßig zulässigen kriegsherrlichen Rechte zu Gunsten des Kaisers verzichteten; Baiern dagegen wahrte sich seine volle Kriegsherrlichkeit in Friedenszeiten, und ließ sie nur dadurch beschränken, daß es die Zuständigkeit der Bundesgesetzgebung für gewisse Materien anerkannte, Gleichmäßigkeit in der Ausrüstung und Organisation der Truppen herzustellen versprach und die Festsetzung der Schlußsumme seines Militärbudgets den Bundesgewalten überließ, während es die Verwendung im Einzelnen selbst regeln wollte. An die Stelle des ursprünglich von Baiern verlangten Vetos gegen Verfassungsänderungen trat die Bestimmung, daß 14 Stimmen (also beispielsweise Baiern, Würtemberg und Sachsen zusammen) ein solches Einspruchsrecht erhalten sollten, während zur Aufhebung der einzelnen Staaten bewilligten Sonderrechte natürlich die Einwilligung eben dieser Staaten erforderlich blieb.

Der Kaisertitel.

Noch ehe die Verträge, welche diese Bestimmungen enthielten, die Genehmigung des norddeutschen Reichstages und der Kammern des Südens erhalten konnten, gab König Ludwig von Baiern die Anregung, sie in einem zwar nur formellen, aber trotzdem hochwichtigen Puncte abzuändern. Am 30. November richtete er an seine sämmtlichen Bundesgenossen ein Handschreiben, in dem er die Erneuerung des Kaisertitels vorschlug. Lange schon hatte sich die öffentliche Meinung mit dieser Frage befaßt, und wenn gar manche gewichtige Stimme sich gegen die Wiederbelebung eines Titels aussprach, der mit Erinnerungen an das heilige römische Reich oder an napoleonische Willkürherrschaft untrennbar verknüpft schien, so waren diese gelehrten politisch-historischen Bedenken doch dem allgemeinen Gefühle fremd: das Volksbewußtsein hörte aus dem Kaisernamen nichts Anstößiges heraus, es empfand ihn aber als den höchsten, den ein Herrscher tragen, als den einzigen, der das Oberhaupt des deutschen Volkes über die Könige und Herzoge der Einzelstaaten nach Gebühr erheben könne. Und eines solchen Titels bedurfte man in der That um so mehr, als der geschäftsmäßig nüchterne Charakter der Verfassungsverträge gebieterisch eine Ergänzung forderte, die unmittelbar die Phantasie und das Gemüth des Volkes zu packen vermochte. Der Präsident des Deutschen Bundes konnte nimmermehr den Platz in den Vorstellungen und Gedankenkreisen der Menge beanspruchen, der dem Kaiser ganz ohne Weiteres zufiel. Darum war die Anregung des bairischen Königs ein Verdienst, das manche unliebsame Bestimmung der Verfassungsverträge aufwog. Ein Widerspruch gegen den Vorschlag, der von dem mächtigsten und selbständigsten der Bundesfürsten ausging, war für die übrigen Genossen des Bundes von vornherein unmöglich; und König Ludwig konnte daher ihrer Zustimmung sicher sein, als

er am 3. December durch den Prinzen Luitpold den König von Preußen in Versailles zur Annahme der Kaiserkrone einladen ließ.

Genehmigung der Verträge durch den norddeutschen Reichstag.

Inzwischen war der norddeutsche Reichstag zur Genehmigung der Verträge einberufen und von Delbrück am 24. November eröffnet worden. An lebhaftem Widerspruch gegen die Sonderrechte, die Baiern eingeräumt waren, fehlte es nicht; abgesehen von den Socialdemokraten und den Ultramontanen Windthorst und Mallinckrodt suchte besonders die Fortschrittspartei der Annahme dadurch Schwierigkeiten zu schaffen, daß sie die Berufung eines neuen gesammtdeutschen Reichstages zur Berathung der Verfassung verlangte. Die Nationalliberalen beschränkten sich darauf Verbesserungen zu beantragen, erklärten aber offen, daß ihnen das Zustandekommen der Verträge höher stehe, als diese oder jene Einzelbestimmung. Die Mittheilungen, die Delbrück am ersten Tage der Debatten, am 5. December, über das Schreiben des bairischen Königs machte, beschwichtigten auch manche Bedenken, und so wurden denn am 9. December alle Verträge, auch der bairische, angenommen. Unmittelbar darauf legte Delbrück einen Gesetzentwurf vor, der den Titel Deutscher Kaiser und die Bezeichnung Deutsches Reich einführte. Auch der wurde sofort angenommen, und vor Schluß des Reichstags am 10. December noch die Entsendung einer Deputation nach Versailles beschlossen, die unter Führung des Präsidenten Simson, desselben Mannes, der 22 Jahre früher an der Spitze der Frankfurter Deputirten Friedrich Wilhelm IV. vergebens die deutsche Kaiserkrone angeboten hatte, dem Könige eine Adresse überreichen sollte, die, von Lasker verfaßt, den Wunsch der Fürsten durch den Wunsch des Volkes bekräftigen sollte. König Wilhelm empfing die 30 Abgesandten am 18. December im Kreise der Fürsten, die im großen Hauptquartier weilten, umgeben von seinen Staatsmännern und Generalen, und erklärte sich zur Annahme des Kaisertitels bereit, sobald die Verträge auch von den süddeutschen Landtagen genehmigt seien.

durch die süddeutschen Landtage.

In Karlsruhe war dies eben vorher, am 16. December, von der zweiten Kammer fast einstimmig geschehen; die erste Kammer folgte am 19. nach, und die hessischen und würtembergischen Volksvertretungen gaben gleichfalls noch vor dem Schluß des Jahres ihre Zustimmung, so daß in diesen drei Staaten die Vereinigung mit dem Nordbunde am 1. Januar 1871 vollzogen werden konnte. In Baiern aber war man, dank den absichtlichen Zögerungen der Patrioten, nicht weiter als bis zu weitschweifigen Berathungen in einem Fünfzehner-Ausschuß gekommen, den die zweite Kammer zu diesem Zwecke niedergesetzt hatte. Die große Mehrheit desselben, 11 Patrioten und der Demokrat Kolb, erklärte sich endlich gegen die Annahme der Ver[illegible]äge und bestellte Jörg zum Berichterstatter; die Minderheit, aus M. [illegible] [illegible]ch Crämer und Louis bestehend, beantragte die Zustimmung des [illegible] [illegible]tages. Da eine Zweidrittelmehrheit zur Annahme erforderlich [illegible]ar, so standen die Aussichten sehr mißlich; aber Angesichts der Spal[illegible]ng der Patriotenpartei beim Beginn des Krieges brauchte man doc[illegible] die Hoffnung nicht fahren zu lassen. Der König that persönlich [illegible] es,

Baiern.

was ihm möglich war, die Verträge zu stützen. Nachdem der Reichsrath dieselben angenommen hatte, schrieb er dem Erzbischof von München, der sich der Mehrheit zugesellt hatte, einen Dankbrief und bat ihn, auch in anderen Kreisen im gleichen Sinne zu wirken. Auch das Volk unterstützte durch Adressen und Petitionen die nationale Sache und grade aus den ultramontanen Wahlbezirken liefen die zahlreichsten Vorstellungen ein. Die Debatten begannen am 11. Januar und dauerten zehn Tage; nicht weniger als 16 Redner waren eingeschrieben. Neben den Ministern und den bewährten nationalen Führern, Stauffenberg, Völk, Barth u. A. traten von den Patrioten Sepp, Schleich, Huttler u. A. für die Genehmigung ein, während Jörg, Mahr, Pfahler, Kolb ihre ganze Beredtsamkeit gegen die Verträge aufboten. Unter ungeheurer Spannung fand am 21. die Abstimmung statt: 54 Patrioten hatten sich, wie es hieß, im Club verpflichtet mit Jörg zu stimmen; hielten sie Wort, so bildeten die übrigen 100 Abgeordneten nicht die Zweidrittelmehrheit. Aber sie hielten nicht Wort; einer legte sein Mandat nieder, drei wurden krank, zwei sprangen um: mit 102 gegen 48 Stimmen wurden die Verträge genehmigt und mit einem jubelnden Hoch auf den deutschgesinnten König — nicht auf den Kaiser — begrüßt. Am 29. Januar tauschten die bairischen Minister Lutz und Pranckh in Berlin mit Delbrück die Ratificationen aus, und am 1. Februar wurde der Eintritt Baierns in das deutsche Reich vollzogen.

Die Kaiserproclamation.

In Versailles hatte man die Proclamation des Kaiserthums am 1. Januar unterlassen, weil in München die Entscheidung noch nicht gefallen war; man nahm statt dessen den 18. Januar, an dem vor 170 Jahren der erste König von Preußen sich die Krone aufs Haupt gesetzt hatte, in Aussicht, und hielt daran auch fest, als die bairischen Patrioten selbst bis dahin noch nicht fertig geworden waren. Deputationen aller Regimenter, die in erreichbarer Nähe standen, waren mit ihren Fahnen in die französische Königsstadt berufen worden, um Zeugen des feierlichen Actes zu sein. In dem Spiegelsaale des Versailler Schlosses versammelten sie sich in der Mittagsstunde des 18. Januar und erwarteten den König, der, umgeben vom Kronprinzen und 30—40 deutschen Fürsten, darunter acht seiner regierenden Bundesgenossen, begleitet von dem glänzenden Kreise seiner Minister und Generale, in ihrer Mitte erschien. Ein feierlicher Gottesdienst mit Liturgie und Gemeindegesang, Predigt und Segen fand Statt; dann trat der König an den vorderen Rand der erhöhten Bühne, auf welcher die Fürsten und im Hintergrunde die 56 Fahnenträger mit ihren wallenden Bannern standen, verkündete, daß er zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches die Kaiserwürde für sich und seine Nachfolger übernehme, und forderte den Kanzler Grafen Bismarck auf, die Proclamation, die er an das deutsche Volk gerichtet, zu verlesen. „Wir übernehmen, so schloß sie, die kaiserliche Würde, in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unab-

hängigkeit Deutschlands zu stützen und die Kraft des Volkes zu stärken. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneuerte Angriffe Frankreichs gewähren wird. Uns aber und unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Reichs zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung." Kaum hatte der Kaiser geendet, so trat der Großherzog von Baden vor, schwenkte den Helm und stimmte das Hoch dem Kaiser! an, in das die begeisterte Versammlung unter den Klängen des preußischen Königsliedes jubelnd einfiel.

Der erste deutsche Reichstag.

Zwei Monate später war der Kaiser siegreich in seine Hauptstadt zurückgekehrt und eröffnete am 21. März, am Tage vor seinem 74. Geburtsfeste, den ersten deutschen Reichstag, der unter den anderen wichtigen Aufgaben, die ihm oblagen, auch die Verarbeitung der Verträge und der norddeutschen Bundesverfassung zu einer neuen Verfassungsurkunde zu genehmigen hatte. Die Parteikämpfe, die hierbei und bei der Beschlußfassung über eine Antwortsadresse an den Kaiser entbrannten, bezeichnen den Beginn einer neuen Periode, für deren geschichtliche Darstellung die Zeit noch nicht gekommen ist. Die Verfassungsurkunde des Deutschen Reiches ging aus den Verhandlungen in der Form hervor, wie der Bundesrath sie vorgeschlagen hatte, und mit ihrer Publication am 16. April 1871 war der letzte Stein in das stolze Gebäude des neuen Reiches geführt, unter dessen schützendem Dach das deutsche Volk nach den Worten der Thronrede die Aufgabe lösen sollte, sich auch in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen und dem deutschen Reichskriege, den es so ruhmreich geführt, einen nicht minder glorreichen Reichsfrieden folgen zu lassen.

Schlußbetrachtung.

Die erste Voraussetzung für diese Hoffnung war vorhanden. Das deutsche Volk war in der That, wie die Thronrede es nannte, stark und selbstbewußt genug, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbtheil zu bewahren. Der ganze Ertrag der langen Zeit, die zwischen der Abschüttelung des fremden Joches und der Begründung des deutschen Staates, zwischen der Befreiung und der Einigung Deutschlands verstrichen war, lag in diesen Worten beschlossen. Nicht unter der scheelsüchtigen Einmischung fremder Mächte, sondern aus eigener Kraft und eigenem Recht hatte sich die Nation ihre Verfassung gegeben; nicht in der Herrschaft über den besiegten

Feind, nicht in der drückenden Beeinflussung der Nachbarvölker suchte sie ihren Ruhm und ihre Stärke, sondern in der selbständigen Lenkung ihrer eigenen Geschicke und in der Verbürgung des europäischen Friedens gegen die willkürlichen Störungen anmaßlicher Selbstsucht, die ihn so oft bedroht hatten. In dem Herzen Europas gab es jetzt eine Macht, die, in sich gefestet und abgerundet, mit keinem neidischen Blicke den Besitz des Nachbars bedrohte, ein Volk, das mit einem ausreichenden Maße von Freiheit gerüstet war, um sich wohl zu fühlen und um auf dem Wege geordneter Entwicklung das Fehlende zu ergänzen, einen Staat, der keines Krieges und keiner Revolution mehr bedurfte, um sich die Bedingungen eines gesunden politischen Lebens zu erkämpfen. Gewiß war damit durchaus nicht gesagt, daß in diesem Gemeinwesen nun Alles in bester Ordnung, oder gar ein Idealstaat in ihm verwirklicht gewesen wäre. Kunstvoll, wie der Bau der deutschen Verfassung aus den geschichtlich gegebenen Bausteinen zusammengefügt war, befand sich in ihm doch auch manch morscher Balken und verdeckte die stolze Façade noch manches winklige Gemach, das nur den Insassen durch alte Gewohnheit lieb und heimisch war. Aber der Festigkeit und Wohnlichkeit des Ganzen thaten diese Schmollwinkel des Particularismus doch keinen Abbruch, und man durfte ihnen ohne Besorgniß den Raum, den sie einnahmen, gönnen, und konnte sich getrösten, daß sicherlich die Zeit kommen werde, wo die Insassen selbst, der beengenden Wände überdrüssig, den Umbau fordern würden.

Auch vor Angriffen von außen war der deutsche Staat durchaus nicht sicher. Das zornige Rachegeschrei, das über den Rhein herübertönte, mochte daran mahnen, daß über kurz oder lang die Nothwendigkeit eintreten könne, durch einen neuen Krieg das Errungene zu schützen. Dagegen galt es denn vor Allem die sittliche Tüchtigkeit zu erhalten, der die großen Erfolge der jüngsten Vergangenheit zu danken waren; es galt, die militärische Ueberlegenheit zu bewahren, die der letzte Krieg bekundet hatte; und es galt durch den thatsächlichen Beweis, daß die deutsche Politik dem Frieden und der Freiheit des Erdtheils förderlich sei, dem Entstehen feindlicher Coalitionen vorzubeugen. Diese letzte Aufgabe löste die geniale Politik des großen deutschen Staatsmannes, indem sie die Heilige Allianz Deutschlands, Oestreichs und Rußlands in den Formen und dem Geiste erneuerte, die der veränderten Zeit entsprachen; die christlich-frommen Worte des Programms von 1815 wurden diesmal nicht gehört, aber die emsige Arbeit an der Beseitigung von Mißverständnissen und Friedensbedrohungen diente demselben Zweck, und sie ward verstanden, auch wo sie sich selbst einer kriegerischen Sprache bedienen mußte. Von gemeinsamen Grundsätzen, nach denen die inneren Angelegenheiten der einzelnen Völker geleitet werden sollten, geschweige denn von den freiheitsmörderischen Bestrebungen, denen sich die erste Heilige Allianz allmälig dienstbar gemacht hatte, konnte bei dem neuen Bündniß der drei Kaiser nicht die Rede sein; die Verschiedenheit der Verfassungs-

formen in ihren Staaten verbürgte an sich die Gewißheit, daß sie die selbständige Entwicklung der einzelnen Völker nicht nach einer Schablone modeln konnten. Der große Grundsatz, daß jede Nation die Herrin ihrer eigenen Geschicke bleiben müsse, so lange sie selbst nicht störend in das Leben der Nachbarn eingreife, war zu einem gesicherten Gewinn des europäischen Staatensystems geworden und konnte nur da noch in Frage gestellt werden, wo das Nationalitätsprincip noch nicht den Sieg errungen hatte.

Von einer absoluten Herrschaft des letzteren ließ sich freilich kaum irgendwo reden; allen großen Staatseinheiten führten die Grenzgebiete fremdartige Bestandtheile zu; es gab Nationalitäten, wie die Polen oder Iren, denen die Fähigkeit zu einer selbständigen Existenz verloren gegangen war; es gab Staatswesen, wie Oestreich oder die Schweiz, in denen die Föderation verschiedener Stämme mit mehr oder weniger Glück versucht worden war und deren ganze Existenz auf dieser Föderation beruhte. In den letzteren mochte man die Verkörperung eines zweiten, eigenartigen Princips erkennen, dessen Lebensfähigkeit die Zukunft noch zu erproben hatte und dem auf den Trümmern der europäischen Türkei sich dereinst noch ein großes Versuchsfeld bot. Aber unbeschadet dessen erwies doch die Entwicklung der letzten sechzig Jahre, daß der Zug der Politik auf die Wiederbelebung des Naturrechtes der Völker, auf eine Umbildung der Staaten nach dem Principe der Nationalität ziele. Damit war aber in engster Wechselwirkung auch die Nothwendigkeit gegeben, daß den Völkern ein unmittelbarer Einfluß auf die Lenkung ihrer Geschicke verstattet wurde. Nur da hatte das Nationalitätsprincip Kraft, wo es nicht blos die Waffe eines eigensüchtigen Staatsmannes war, sondern wo es wirklich im Herzen des Volkes lebte; nur da konnte es wirklich im Herzen des Volkes leben, wo dieses sich frei selbst regierte und so der Freude an seiner eigenen Existenz fähig war. Deshalb war nicht die Einheit allein, sondern nicht minder die Freiheit das Losungswort in den Kämpfen der letzten Geschlechter gewesen, und wechselweise hatte ein Fortschritt auf der Bahn zu dem einen Ziele einen Fortschritt auch in der andern Richtung herbeigeführt. In den Programmen der Parteien mochte je nachdem das eine Ziel dem andern voranstehen, mochte es hier durch Einheit zur Freiheit, dort durch Freiheit zur Einheit lauten: in der Wirklichkeit hatte kein Volk die eine oder die andere Bahn voll durchlaufen und an ihrem Ende dann auch das zweite Gut gefunden, sondern sprungweise hatte man sich beiden, bald diesem, bald jenem genähert, war mit jedem Zuwachs an Freiheit der nationalen Einheit näher gerückt, mit jedem Fortschritt zur nationalen Einheit auch freier geworden.

Ganz vollendet hatte sich dieser große Prozeß nur in Deutschl[...]d und Italien, und hier war auch die materielle Kraft vorhanden, [...]s Erreichte zu schützen. Allein es galt nicht blos gegen physische Gew[al]t die neuen Schöpfungen zu verteidigen, sondern nicht minder ge[ge]n die feindlichen Mächte im Reiche der Geister. Diese waren nat[...]-

gemäß doppelter Art, theils solche, die rückwärts blickend nur in der Wiederherstellung des Alten die Bürgschaft für die Fortdauer ihrer eigenen Existenz finden zu können glaubten, theils solche, die ungestüm vorwärts stürmend in dem nationalen und monarchisch-constitutionellen Staate nichts weiter als eine Halbheit sahen. Beide besaßen, insofern sie rein politische Principien darstellten, nicht die Kraft, die Massen und somit die Zukunft zu erobern; beide aber gewannen an Bedeutung und Gefährlichkeit dadurch, daß sie andere Stützpuncte suchten und fanden: und zwar die ersten, die conservativen oder reactionären Mächte, in gewissen religiösen, die zweiten, die radicalen und revolutionären, in gewissen socialen Ideen. Als mächtigstes Bollwerk für die, welche die Rückbildung der neuen Staatsformen anstrebten, bot sich der römische Katholicismus dar. Er hatte in dem letzten Jahrzehnt seine Gegnerschaft gegen die modernen Ideen noch einmal kräftig proclamirt, er hatte das Princip der Nationalität als seinem eigenen Wesen, der Katholicität, widersprechend als einen heidnischen, mit dem Christenthum unvereinbaren Grundsatz verworfen; er hatte seine eigene Offensivkraft durch die Verkündigung und Erzwingung der Unfehlbarkeit nach bestem Vermögen gestärkt und war zum Kampfe bereit. So mußte denn dieser Kampf zwischen Staat und Kirchenthum entbrennen, nicht weil die Kirche oder gar die Wesenheit der Religion vom Staate gefährdet worden wäre, sondern weil jene sich in ihrer weltlichen Organisation Veränderungen hätte unterziehen müssen, denen sie zu entgehen wünschte. Der nationale constitutionelle Staat bot der Kirche nicht die Möglichkeit des politischen Einflusses, den sie in früheren Zeiten genossen; kein Wunder, daß sie, soweit sie auf solchen Einfluß Anspruch machte, sich zur Wehr setzte, daß sie innerhalb der einzelnen Staaten sich politische Parteien schuf, daß sie darauf hoffte, hier und da, wie in Spanien oder Frankreich, wohl gar das Ruder in die Hand zu bekommen und so in den Besitz der physischen Gewalt zu gelangen, deren sie doch in jedem Falle bedurfte, um den Sturm gegen die inzwischen durch innere Parteiungen unterminirte Festung des modernen Staatsthums erfolgreich zu beginnen. Dieses hingegen konnte und durfte die Vernichtung des Gegners, der ihm selbst den Untergang drohte, nicht anstreben oder auch nur wünschen; es mußte selbst dem Katholicismus gegenüber sich damit begnügen, ihn in seine Schranken zu bannen, innerhalb deren er selbst in unserem Volke, geschweige denn bei den romanischen Nationen, noch eine Mission hatte, zu deren Uebernahme keine andere Form des Christenthums zur Zeit hinreichend vorbereitet war. So stand das Ziel des Kampfes, der sich entspann und in dem wir Lebenden Partei zu ergreifen haben, fest, und sein Ausgang war trotz aller Wandlungen im Einzelnen für jeden unzweifelhaft, der an die sittliche Berechtigung des modernen Staates glaubte und gleichwohl die religiöse Aufgabe des Katholicismus noch nicht für beendigt hielt: der Tag mußte kommen, wo die päpstliche Kirche die neue Form des Staates ebenso anerkannte, wie sie die früheren Wandlungen an-

erkannt hatte, wo sie sich mit den neuen Verhältnissen thatsächlich aussöhnte und in dem neuen Rahmen sich neue Formen jenes Einflusses suchte, der ihr, als einer das Denken und Wollen des Volkes beherrschenden Macht, mittelbar auch in politischen Dingen niemals fehlen wird.

Was also von der Kirche überhaupt, und von der katholischen insbesondere, gefordert wurde, war nur, daß sie dem Kaiser gebe, was des Kaisers sei, d. h. daß sie die sittliche Berechtigung des modernen Staates anerkenne, ihn als die Basis annehme, auf der sie ihre religiöse Wirksamkeit entfalte und auf der sie als berechtigter geistiger Factor auch ihrerseits erhaltend wie umbildend an der Fortentwicklung mitarbeite. Genau dieselbe Forderung erhob sich gegenüber den vorwärtsdrängenden radicalen Strömungen. Auch sie proclamirten den Umsturz der neugeschaffenen nationalen Staaten, indem sie ihre socialen Grundlagen angriffen und in mehr oder minder weitem Umfange das individuelle Eigenthum aufheben wollten. Insofern ihr Streben dem Wunsche entsprang, die Existenz der großen Masse menschenwürdiger und sorgloser zu gestalten, befanden sie sich auf einer Basis, die dem Staatsprincipe nicht nur nicht widersprach, sondern durchaus im Einklang mit ihm stand. Allein die allmälige Besserung, die sich auf dem Wege der Reform erhoffen ließ, genügte ihnen nicht; aus der Unfähigkeit des Staates, ihre Ideale zu verwirklichen, schlossen sie auf den bösen Willen der herrschenden Classen und hetzten die minder Begüterten gegen die Besitzenden auf; in der ausschließlichen Rücksicht auf das materielle Wohlsein, mit dem sie ihre Anhänger lockten, unterschätzten sie nicht allein das steigende Maß von Bildung und Freiheit, welches der Staat allen seinen Angehörigen gewährte, sondern sie erklärten eben dieser Bildung den Krieg, indem sie die Grundlagen derselben, die Religion, die Familie, die Nationalität, bekämpften; sie mißbrauchten jene Freiheit, indem sie die Voraussetzung derselben, den gesetzlichen Sinn und die Eintracht der Stände, unterwühlten. Wenn die Pariser Commüne jedem unbefangenen und unverdorbenen Gemüthe als ein Bild des Gräuels, der Unfreiheit und des Verderbens erschienen war, so hörte man von dieser Seite sie als ein glorreiches Ereigniß, als den Vorboten der kommenden Entwicklung preisen. Die herrschenden Begriffe von Sitte und Recht wurden als willkürliche Satzungen behandelt und mit dem rohen Spotte, wie er der Halbbildung eigen zu sein pflegt, das Heilige um so lieber der Verachtung preis gegeben, je theurer es Anderen war. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung oder das, was einzelne Schulen dafür hielten, wurden unverstanden und unverarbeitet in das Volk geschleudert, um den überlieferten Glauben zu ertödten und dadurch vielen Gemüthern den einzigen sittlichen Halt zu entreißen. Eine Verwilderung des Denkens und Fühlens, eine Abkehr von der schlichten Pflichterfüllung und der schweren Arbeit des täglichen Lebens, ein Hasten und Jagen nach Genuß und wieder Genuß wurden dadurch großgezogen, die, wenn sie um sich griffen schwere Stürme für die Zukunft in Aussicht stellten.

Alle diese Erscheinungen aber traten keineswegs blos bei den unteren Ständen hervor, sondern zeigten sich auch in den höheren Classen, nur daß hier der Eindruck, den sie machten, durch den Firniß der äußeren Bildung gemildert und vielfach durch die Fähigkeit, der Genußsucht auf formell gesetzlichem Wege Befriedigung zu verschaffen, ganz versteckt wurde. Im Allgemeinen aber konnte man nicht verkennen, daß die communistischen und social-demokratischen Bewegungen in den Arbeiterkreisen nur die parallelen Erscheinungen zu der Frivolität und der Genußsucht der höheren Schichten und in gewissem Sinne deren Ausfluß waren. Als solche hingen sie, vor Allem in Deutschland, mit den werthvollsten Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, mit den Fortschritten der Wissenschaft, mit der Befreiung des öffentlichen Lebens, mit dem schnell gestiegenen materiellen Wohlstande, wie der Schatten mit dem Lichte zusammen. Das äußere Ansehn der Religion war gesunken und damit auch ihre innerliche Wirksamkeit vielfach beeinträchtigt; die Autorität des Beamtenthums war gebrochen und damit auch die Achtung vor dem Gesetz vielfach geschmälert; die Mittel zum Lebensgenuß waren reicher und allgemeiner geworden und dadurch auch die Bedürfnisse selbst gestiegen. Alle diese Wirkungen konnten nicht durch Klagen beseitigt, sondern mußten durch Gegenwirkungen gehoben werden. Es galt die Kirche dem Verständniß der Gebildeten, dem Herzen des Volkes wieder näher zu rücken; es galt die Schule vor dem Abwege zu hüten, auf dem sie zur bloßen Unterrichtsanstalt zu werden drohte, anstatt der Bildung nicht blos des Verstandes, sondern auch des Gemüthes zu dienen; es galt die Massen des Volkes mit der Erkenntniß des Erreichbaren, mit dem Gefühle der Pflicht, mit dem Bewußtsein der Gemeinsamkeit im Dienste des Ganzen zu durchdringen. Nur wenn diese schwierigen Aufgaben nicht allein im Allgemeinen erkannt, sondern auch im Einzelnen mit Aufmerksamkeit verfolgt und mit Wärme durchgeführt wurden — eine Pflicht, die nicht von oben her vorgeschrieben, sondern nur durch den freien Entschluß jedes Einzelnen übernommen werden konnte —, nur dann war auch von der staatlichen Gesetzgebung die volle Wirkung zu erwarten, nur dann konnte die köstliche Frucht, die das deutsche Volk sich erworben, vor langsam weiter schleichender Fäulniß bewahrt werden.

Die Hoffnung, das Vertrauen, die Gewißheit, daß dies geschehen werde, aber damit zugleich auch die Einsicht von der Heiligkeit der Aufgabe, an dieser Arbeit mitzuwirken, schöpfen wir aus dem Bewußtsein, daß der Kern unseres Volkes noch urgesund ist, daß es nicht blos seine physische, sondern auch seine sittliche Kraft noch vor wenigen Jahren glänzend bekundet hat. Zu den Mitteln aber, ihm diese Kraft zu stärken, es in seinem Denken und Fühlen gesund zu erhalten, gehört mit in vorderster Linie die Belebung des historischen Sinns. Er lehrt, daß kein Ideal durch schnellen Ansturm in die Wirklichkeit gezaubert wird, daß es in langsamer Arbeit vorbereitet werden muß; er lehrt, daß das Bestehende selbst die Frucht solcher Arbeit ist und auch dann, wenn es bekämpft werden muß, in so weit

Schonung verlangen darf, wie es noch mit lebendigen Fasern in der Gegenwart wurzelt; er kräftigt so den edlen conservativen Sinn, der Geduld und Pietät predigt. Aber er zeigt auch, daß keine gute und wahre Idee untergeht oder lange unterdrückt werden kann, wenn ihre Anhänger Muth und Treue bewähren; er zeigt, daß die Erscheinungsformen wechseln und was bei seinem Entstehen nothwendig und heilsam war, mit der Zeit unwahr und verderblich werden kann; er kräftigt so den Glauben an den Fortschritt und den Entschluß fortzuschreiten und fördert den liberalen Geist, der den Conservatismus vor der Versumpfung bewahren soll. Das politische Leben wird stets erfordern, daß, wer an ihm thätig Theil nehmen will — und das sollte ja jeder in seiner Weise — Farbe bekennt und Partei ergreift; aber es erfordert nicht, daß er die Gegner in ihrer Berechtigung mißversteht und die Leidenschaft, die der einzelne Moment des Kampfes vielleicht erzwingt oder bedingt, sich zu Geringschätzung und Verkennung versteinern läßt; es erfordert nur, daß er einerseits über der gewissenhaften Würdigung des Gegners nicht die eigne Thatkraft und die Wärme der Ueberzeugung verliert, und daß er andrerseits die Achtung, die er dem politischen Widersacher entgegenbringt, dem Ehrgeiz, der Selbstsucht, überhaupt der Schlechtigkeit versagt, die sich in politische Gewänder hüllt.

Diesen Sinn zu fördern, ist aber vor allen Perioden der Geschichte die jüngste Vergangenheit geeignet, weil sie die Gesetze, welche das Werden und Vergehen, das Steigen und Sinken der Völker beherrschen, nicht an fremden und fernliegenden Beispielen, sondern an unserem eigenen Fleisch und Blut uns erkennen lehrt, weil sie uns unmittelbar befähigt, das Bestehende nach diesen Gesetzen in seiner Lebenskraft und seiner Würdigkeit zu schätzen. Zwei Menschenalter voll ernster Arbeit, voll schwerer Irrthümer, voll muthigen Glaubens waren erforderlich, unser Vaterland zu dem zu machen, was es geworden ist, und wohl mögen wir gleich dem römischen Dichter rufen:

Soviel Mühsal schuf es, den Staat uns Deutschen zu gründen!

Erfüllt uns aber das Gewordene mit Stolz und Freude, erfüllt es uns mit dankbarer Bewunderung für die, welche, namenlos oder berühmt, an der Spitze der Nation oder in Reih und Glied neben Tausenden und aber Tausenden streitend, ihre Kräfte für das hohe Ziel einsetzten, erfüllt es uns mit dem erhebenden Bewußtsein, daß die Begründung unseres Nationalstaates ein starker Ring ist in der Kette der gottgewollten Entwicklung der Menschheit, so werden wir um so mehr uns von der Heiligkeit der Pflicht durchdringen lassen, nicht allein die geschaffene Form zu erhalten, sondern nicht min[der] den Geist, der sie schuf und der sie erfüllen muß, wenn sie nicht [zu] einer schönen Schale mit taubem Kern herabsinken soll. Geist[reich] hat man ein altes Märchen unseres Volkes auf die Lage, in [der] wir uns befinden, gedeutet. Wie dem Schäfer, der die Wunderbl[ume] fand, die ihm den Weg wies zu den Schätzen im Schoße des Ber[ges,]

warnend die Stimme zurief: Vergiß das Beste nicht! — er aber ließ das Beste, die Wunderblume, liegen, raffte an Kostbarkeiten zusammen, was er tragen konnte, und hatte seinen Lohn dahin — so mahnt es auch uns, nicht über dem Genuß des Erworbenen das unscheinbare Kleinod zu mißachten, das uns den Weg zu diesen Schätzen öffnete, uns die Tugenden zu bewahren, die allein ein Volk glücklich und groß machen, glücklich und groß erhalten können: den frommen Sinn und die strenge Zucht, die bescheidene Genügsamkeit und die Freude an der Arbeit, die gewissenhafte Selbstprüfung, und den Glauben an das Ideal — Tugenden, in denen unser Volk, bis es den Gipfel seiner Größe erstieg, mit keinem anderen den Vergleich zu scheuen brauchte.

Namen- und Sachregister.

Die Mitglieder der regierenden oder entthronten Dynastien sind unter den betreffenden Ländern zusammengestellt.

C.

E.

J.

Druckfehler-Verzeichniß.

Band I:

p. 6 Z. 20 v. o. Ermordung statt Verschwörung.
„ 8 „ 3 v. u. vorgebliche „ vergebliche.
„ 30 „ 5 „ „ abrathen „ anrathen.
„ 41 „ 14 „ „ unter „ über.
„ 51 „ 12 „ „ Verachtung „ Vernichtung.
„ 158 „ 13 „ „ Hooghvorst „ Hoghvorst.
„ 179 „ 6, 7 u. 10 v. o. März „ Februar.
„ 230 „ 18 v. u. Empörern „ Europäern.
„ ib. „ 8 „ „ 1828 „ 1822.
„ 238 „ 16 „ „ Christinos „ Carlisten.
„ 242 „ 20 v. o. 1836 „ 1830.
„ 255 passim Urquhart „ Urquhart.
„ 260 Z. 15 v. u. Anlehnung „ Anbahnung.
„ 264 passim Simonitsch „ Simowitsch.
„ 265 Z. 9 v. o. Keane „ Kean.
„ ib. „ 7 v. u. Pollock „ Pollack.
„ 275 „ 25 „ „ Grüße fehlten „ Größe fehlte.
„ 296 „ 2 v. o. Hassenpflug „ Hasenpflug.
„ 336 „ 22 „ „ zwölf „ neun.

Band II:

p. 63 Z. 1 v. o. Hans statt Alfred.
„ 122 „ 22 v. u. Simon „ Simson.
„ 175 „ 12 v. o. Luiz „ Luis.
„ 395 „ 20 v. u. Behrend „ Berends.
„ 495 „ 14 v. o. Meade „ Maede.
„ 695 „ 20 „ „ neben „ nach.
„ 697 „ 14 v. u. neu „ nun.
„ 698 „ 2 „ „ Nubar „ Nuber.
„ 706 passim Pierrad „ Pierrod.
„ 708 Z. 12 v. u. Realen „ Renten.
„ 717 „ 18 „ „ Schürern „ Schwüren.
„ 734 „ 23 „ „ unzweifelhafte „ zweifelhafte.
„ ib. „ 3 „ „ Friedens „ Sieges.
„ 769 „ 13 v. u. Bellemare „ Bellemarc.
„ 776 „ 12 v. o. Trescow „ Treskow.
„ 784 „ 16 „ „ Kunde „ Ruhe.
„ 794 „ 3 „ „ Larcy „ Larcey.
„ 795 „ 20 „ „ Abfassung „ Abschaffung.
„ 802 „ 20 v. u. Entmuthigung „ Ermuthigung.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.


UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 06397 2049


BOUND